

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus - Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung. Band 1-3

Onken, Werner

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Onken, W. (2022). *Marktwirtschaft ohne Kapitalismus - Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung. Band 1-3*. München: oekom verlag. <https://doi.org/10.14512/9783962389338>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Werner Onken

MARKT WIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS

Von der Akkumulation und
Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer
Dezentralisierung

Band 1

natürlich oekom!

Mit diesem Buch halten Sie ein echtes Stück Nachhaltigkeit in den Händen. Durch Ihren Kauf unterstützen Sie eine Produktion mit hohen ökologischen Ansprüchen:

- mineralölfreie Druckfarben
- Verwendung von Recyclingpapier
- Kompensation aller CO₂-Emissionen
- kurze Transportwege - in Deutschland gedruckt

Weitere Informationen unter www.natürlich-oekom.de
und #natürlicheoekom



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über www.dnb.de abrufbar.

© 2022 oekom verlag, München
oekom – Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Waltherstraße 29, 80337 München

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Band 1

Lektorat: Werner Onken
Umschlaggestaltung: Mirjam Höschl, oekom verlag
Druck: CPI books GmbH



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz: Namensnennung –
Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0).
Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine
kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter:
creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

Alle Rechte vorbehalten
ISBN 978-3-96238-376-3
E-ISBN 978-3-96238-933-8
<https://doi.org/10.14512/9783962389338>



Werner Onken

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Von der
Akkumulation und Konzentration
in der Wirtschaft
zu ihrer Dezentralisierung

Band 1
Kapitel 1 bis 7

Inhaltsverzeichnis

Band 1

	Vorwort	15
1	Einleitung: Nach feudalen, kapitalistischen und totalitären Herrschaftspyramiden zu einer egalitären Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern	23
2	Der Laissez-faire-Kapitalismus der liberalen Klassiker und seine frühsozialistischen Gegenbewegungen	35
2.1	Adam Smith's Vision einer bürgerlichen Marktgesellschaft und die Realität der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft	35
2.2	Frühe Kritiken am Industriekapitalismus	44
2.2.1	Sismonde de Sismondis erste Kritik an der gesellschaftlichen Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme	45
2.2.2	Frühsozialismus in Frankreich und in England vor 1848	49
2.2.2.1	Claude Henri Saint-Simon und das soziale Unternehmertum	49
2.2.2.2	Charles Fourier und die frei assoziierten Phalanstières	53
2.2.2.3	Robert Owen als sozialer Unternehmer sowie als Initiator der Londoner Arbeitsbörse und kommunistischer Siedlungen	61
3	Karl Marx & Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Korrektur des Liberalismus zum antiliberalen Kommunismus in ihren Frühschriften bis zum „Kapital“ Band 1	75
3.1	Geldkritisches in den Frühschriften von Marx & Engels	77
3.2	„Kommunistisches Manifest“ (1848)	83
3.3	„Das Kapital“ (1867) als wissenschaftliche Entschlüsselung des „Geheimnisses der Plusmacherei“ in der Produktionssphäre	86
3.4	Kommunismus = Gütergemeinschaft + schrankenlose Steigerung der technischen Produktivkräfte	93
3.5	Ähnlichkeiten zwischen antiliberalen Strukturmerkmalen von Kommunismus und Feudalismus	95
4	Sozialer Liberalismus und libertärer Sozialismus in England und Frankreich um 1848 und danach	103
4.1	John Stuart Mills Ansätze eines sozialen Liberalismus	103
4.2	Pierre Joseph Proudhons „Gleichheit der Bedingungen“ und die „Gegenseitigkeit als Formel der Gerechtigkeit“	122

5	Geld- und Zinskritisches in den Spätwerken von Marx & Engels und ihren Nachfolgern in der Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg	163
5.1	Spuren von Geldkritik im „Kapital“ Band 1 und in den Vorstudien	163
5.2	Engels' Spätschriften sowie die Bände 2 und 3 des „Kapital“	165
5.3	Vom „Kapital“ Band 1 zur Programmatik der Sozialdemokratie	174
5.4	Rosa Luxemburgs kritische Auseinandersetzung mit dem Band 2 von Marx' „Kapital“	179
5.5	Rudolf Hilferdings Analyse der Rolle des Finanzkapitals im Monopolkapitalismus des frühen 20. Jahrhunderts	190
5.6	Vladimir I. Lenins Interpretation des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus	204
5.7	Noch immer: Verstaatlichung des in privaten Händen konzentrierten Industrie- und Finanzkapitals	208
6	Bürgerliche Antworten auf den Marxismus in der Ökonomie und in der Soziologie	215
6.1	Gustav Schmoller und die Historische Schule der Ökonomie	215
6.2	Neoklassische Grenznutzen- und Grenzproduktivitätstheorien	219
6.3	Thorstein Veblen und der Institutionalismus in den USA	228
6.4	Geldkritisches in der Soziologie	235
6.4.1	Georg Simmels „Philosophie des Geldes“	235
6.4.2	Max Webers „Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“	250
6.4.3	Werner Sombarts „Der Bourgeois“	255
6.5	Marcel Mauss und die archaische Schenkökonomie	257
7	Im Schatten von Neoklassik und Marxismus – Alternativen zu Kapitalismus und Kommunismus	263
7.1	Henry George und die Single-Tax-Bewegung	265
7.2	Entgeltliche Nutzungsrechte statt privater Eigentumsrechte am Boden und bodenreformerische Siedlungsprojekte	290
7.2.1	Theodor Hertzkas Utopie einer Freilandsiedlung in Afrika	290
7.2.2	Franz Oppenheimer und der liberale Sozialismus	294
7.2.3	Gustav Landauers libertärer Sozialismus der Tat	313
7.2.4	Gartenstädte als Wiederverbindung von Stadt und Land	317
7.3	Silvio Gesells Geld- und Bodenrechtsreform als Weg in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus	320
7.4	Rudolf Steiner und die Dreigliederung des Sozialen Organismus	383
7.5	Religiöser Sozialismus	418
7.6	Nachwirkungen	420

8	Hauptströmungen in der Ökonomie und Wirtschaftssoziologie während der 1920er bis 1940er Jahre	439
8.1	Neoklassische Wettbewerbs- und Preistheorie – als Rechtfertigung von Monopolen und Oligopolen	440
8.2	Rudolf Hilferding & Fritz Naphtali: Organisierter Kapitalismus und Wirtschaftsdemokratie	447
8.3	Joseph Alois Schumpeter und die Entwicklung des Kapitalismus durch die von innovativen Unternehmern bewerkstelligte „schöpferische Zerstörung“	456
8.4	Keynes' Makroökonomie und sein Ausblick auf einen evolutionären „Gezeitenwechsel“ in der Wirtschaftspolitik	476
8.5	Karl Polanyi und die „große Transformation“	525
8.6	Die wirtschaftspolitische Ideologie des Nationalsozialismus	537
8.6.1	Vorläufer von Müller und List bis Sombart und Spann	537
8.6.2	Das NSDAP-Programm mit Elementen einer rassistisch-antisemitischen Pervertierung der Geld- und Bodenrechtsreform	558
8.6.3	Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus ab 1933	570
8.6.4	Zäsur 1936 – Mit dem Vierjahresplan zum „totalen Krieg“ und zur Judenvernichtung	576
8.6.5	Wäre der tiefe Fall in die Barbarei vermeidbar gewesen?	578
9	Der Ordoliberalismus der Freiburger Schule als Reaktion auf die totalitären Herrschaftssysteme des Kommunismus und des Nationalsozialismus/Faschismus	583
9.1	Die theoretischen Grundlagen des Ordoliberalismus	589
9.1.1	Franz Böhm – Wettbewerb oder Kampf der Monopole	590
9.1.2	Walter Eucken und das „Modell der vollständigen Konkurrenz“	596
9.1.3	Alexander Rüstow – gegen die „Elephantiasis der Wirtschaft“	616
9.1.4	Wilhelm Röpke – Vom „Kult des Kolossalen“ zum „menschlichen Maß“ in der Wirtschaft	626
9.2	Kritik am Glauben an den technischen Fortschritt und die industrielle Massenproduktion	632
9.3	Kehrtwende von der monopolfreien vollständigen Konkurrenz zur sozial verbrämten kapitalistischen Marktwirtschaft	636
9.3.1	Alfred Müller-Armack und die „Soziale Marktwirtschaft“	636
9.3.2	Ludwig Erhard als Wegbereiter des sog. „Wirtschaftswunders“	640
9.3.3	Friedrich August von Hayeks dezidiert unsozialer Liberalkapitalismus	643
9.3.4	Ordoliberalismus zwischen der „Mont-Pèlerin-Society“ und der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“	648
9.3.5	Anpassung der Wettbewerbstheorie an die Realität der monopolkapitalistisch vermacherten Marktwirtschaft	653

9.4	Ordoliberalismus zwischen selbst verursachtem Niedergang und der Chance zu seiner freiheitlich-sozialen Erneuerung	656
Exkurs 1	Norbert Elias „Über den Prozess der Zivilisation“	660
Exkurs 2	Karl Poppers „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“	665
Exkurs 3	Karl Jaspers und Hannah Arendt	669
10	Im Windschatten von Kapitalismus und Kommunismus – Ansätze einer Dezentralisierung während der Nachkriegsjahrzehnte bis zur Mitte der 1980er Jahre	683
10.1	Leopold Kohr und das „Ende der Großen“	683
10.2	Ernst Friedrich Schumachers „Small is beautiful“	710
10.3	Ivan Illich und die „konvivialen Werkzeuge“	731
10.4	Partnerschaftliche Mitarbeiterunternehmen und Modellversuche mit innerbetrieblicher Demokratie im Westen	748
10.5	Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien	758
10.6	Ota Šik und der Prager Frühling 1968	770
11	Neoliberale Entfesselung der Finanzmärkte seit der Mitte der 1970er Jahre und unzureichende Gegenstrategien	785
11.1	Milton Friedmans „Monetaristische Gegenrevolution“	792
11.2	Die Verselbstständigung der Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft, der Gewerkschaften und den Staaten	801
11.3	Marginales Schattendasein der Geld- und Bodenrechtsreform während des Höhenflugs des Finanzmarktkapitalismus	806
11.4	Das Fehlen kritischer Geldbetrachtungen in der Soziologie	812
11.4.1	Michel Foucaults Poststrukturalismus	813
11.4.2	Kritische Theorie der Frankfurter Schule	815
11.4.3	Niklas Luhmann und die Systemtheorie	834
11.4.4	Die Wiederentdeckung von Georg Simmels „Philosophie des Geldes“	843
11.4.5	Die Jenaer neue Kritische Theorie: Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa	846
11.4.6	Dieter Prokop und die „Kritische Theorie des Gelds“	858
11.5	Von den „Grenzen des Wachstums“ zum „Wachstum der Grenzen“ und zur ökologischen Modernisierung im „Green Capitalism“	863
11.5.1	Hans Christoph Binswangers Unterscheidung zwischen einer nicht wachsenden Versorgungswirtschaft und einer wachsenden Erwerbswirtschaft	864
11.5.2	Ernst Winklers Unterscheidung zwischen der kapitalistischen Wachstums-krankheit und einer „Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang“	865
11.5.3	Die Rückholung der Natur in die ökonomische Theorie durch Hans Christoph Binswanger	866
11.5.4	„NAWU-Report – Wege aus der Wohlstandsfalle“ (1979)	868
11.5.5	„Arbeit ohne Umweltzerstörung“ (1983)	871
11.5.6	Von der Entkapitalisierung des Geldes und der Natur zu Simmels „Philosophie des Geldes“ und zur Problematisierung der Geldschöpfung der Geschäftsbanken	876

11.5.7	Dieter Suhrs „Geld ohne Mehrwert“ als Ausweg aus der zerstörerischen Wachstumswirtschaft	878
11.5.8	Argwohn und ökologische Vorbehalte gegenüber einer Geldreform	880
11.5.9	Rehabilitationen der Geld- und Bodenrechtsreform durch Gerhard Scherhorn, Carlo Jaeger und Hans G. Nutzinger	882
11.5.10	Grünes Wachstum vs. Wachstumskritik	884
11.5.11	Claus Leggewies & Harald Welzers „radikaler Richtungswechsel“?	886
11.5.12	Helge Peukerts Diagnose und Therapie der „großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise“ (2010)	887
11.5.13	Green Capitalism als Ausweg?	888
11.5.14	Wem gehört eigentlich die Natur?	891
11.5.15	Niko Paechs Entwurf einer „Postwachstumsökonomie“ (2012)	895
11.5.16	Lateinamerikanische „Buen Vivir“-Bewegung	905
11.5.17	Christian Felbers „Gemeinwohl-Ökonomie“	910
11.5.18	Das Bedingungsloses Grundeinkommen	915

Band 3

12	Orientierungssuche in Zeiten einer „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) – Erste Ansätze einer Neuorientierung der Globalisierungskritik in die Richtung einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus	935
12.1	Historisch-sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahmen von Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein	936
12.2	Nach 200 Jahren des kapitalistischen „Weltsystems“ (Wallerstein) und nach mehr als 40 Jahren seiner völligen Liberalisierung und Deregulierung	939
12.3	Der unbewältigte „Geldkomplex“ als „Schlüsselfrage“ des 21. Jahrhunderts (Peter Ulrich)	944
12.4	Von Simons' und Fisher's „100%-Money“ zu Hubers „Vollgeld“	946
12.5	„Kampf Davids gegen Goliath-Finanzinstitutionen“ (Helge Peukert)	951
12.6	„Gesell-Geld“ (Buiter) ante portas oder erst in 100 Jahren?	958
12.7	Negative Leitzinsen als Beginn eines „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsels“?	961
12.7.1	Abschied von dauerhaft positiven Zinsen als „Herzstück des Kapitalismus“ (Straubhaar)	962
12.7.2	Wissenschaftliche Wiederentdeckung Gesells als Vorläufer einer Geldreform in den USA, in England und in Frankreich	964
12.7.3	Wissenschaftliche Reaktionen auf Null- bzw. Negativzinsen in Deutschland	965
12.7.4	Null- und Negativzinsen und das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“	967
12.7.5	Wie weiter mit den negativen (Leit-)Zinsen? Zurück zu positiven Zinsen oder vorwärts zu ca. -5 %?	975
12.7.6	Verteufelung negativer Zinsen durch die neuere Österreichische Schule	977
12.7.7	Mit Vollgeld zurück zu einem „Normalzustand“ mit positiven Zinsen (Joseph Huber)?	979
12.7.8	Zwischen Abwehr und allmählicher Akzeptanz von Null- und Negativzinsen	982

12.8	Antikapitalismus – von links wieder nach rechts?	984
12.8.1	Ulrich Busch und der „negative Geldfetischismus“	986
12.8.2	Elmar Altvaters Ablehnung der Geld- und Bodenrechtsreform als „verkürzter Kapitalismuskritik“	987
12.8.3	Christoph Deutschmanns Erinnerung an Gesell und Keynes und David Harveys Annäherung an ein „oxidierendes Geld“ als Zwischenschritt zu einer „Gesellschaft ohne Tauschwert“	988
12.8.4	Axel Honneths „Aktualisierung der Grundideen des Sozialismus“	989
12.8.5	Lisa Herzog: „Kann man heute noch liberal sein?“	992
12.8.6	Paul Masons „Postkapitalismus“	995
12.8.7	Wider die „Imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand & Markus Wissen)	997
12.8.8	Sahra Wagenknechts marktwirtschaftlicher Antikapitalismus	1000
12.8.9	Grüne Strategien zur Verhinderung eines weiteren Finanzcrashs	1005
12.8.10	Andreas Reckwitz' Wegweisung in die Richtung eines „einbettenden Liberalismus“ als Antwort auf den Staatsinterventionismus und neoliberale Exzesse	1007
12.8.11	Nico Stehr & Dustin Voss: Das Geld als zentrales Medium in ihrer „Gesellschaftstheorie der Moderne“ (2019)	1012
12.8.12	Rechtspopulismus – eine Folge der von Wissenschaften sowie von politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften nicht bewältigten Aufgabe, eine freiheitliche und zugleich gerechte Ordnung der Wirtschaft zu schaffen	1015
13	Realutopische Umriss einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Ausblicke und Forschungsfragen	1027
13.1	„Punkt eins aller Menschenrechte“: Eine gleiche Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Lebensgrundlagen	1029
13.1.1	„Die Erde als Gemeinschaftsgut aller Menschen und die Menschheit als Gutsgemeinschaft“ (Fritz Andres)	1030
13.1.2	Präzisierung der Menschenrechte und ein kurzer Rückblick auf die bisherigen Verfassungen	1039
13.1.3	Verpasste historische Chancen	1040
13.1.4	„Prinzip und Ende der Rentenökonomie“ (Dirk Lohr)	1042
13.2	Geld – vom sozialen Sprengstoff zum sozialen Integrationsmittel	1051
13.2.1	Berührungspunkte mit dem Judentum, Christentum und Islam	1055
13.2.2	Berührungspunkte mit der Philosophie	1058
13.2.3	Berührungspunkte mit den Naturwissenschaften?	1065
13.3	Menschenbild – Vom homo oeconomicus zum homo cooperativus	1075
13.4	Wettbewerb und Kooperation auf monopolfreien Märkten	1084
13.5	Qualitativer Strukturwandel der Arbeitswelt – Von der Lohnabhängigkeit zu selbstbestimmten Tätigkeiten	1089
13.5.1	Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz	1091
13.5.2	Zukunft der Arbeitswelt – Von der fremdbestimmten Beschäftigung zur selbstbestimmten Tätigkeit	1094
13.5.3	Allmählicher Wandel des Arbeitsmarktes	1097
13.5.4	Parallel laufender allmählicher Wandel des Kapitalmarkts	1099
13.5.5	Mittel- und langfristige Dezentralisierung der Unternehmen in einer Vielfalt von kleineren und mittleren Dimensionen	1101

13.5.6	Selbstverwaltung und Demokratisierung der Unternehmen	1103
13.5.7	Auswirkungen auf den Gütermarkt	1105
13.5.8	Funktionswandel der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften	1106
13.5.9	Internetkonzerne	1107
13.6	Produktion und Reproduktion: Von der Geschlechterhierarchie über die „Subsistenzperspektive“ und das „Vorsorgende Wirtschaften“ zu einem egalitären Geschlechterverhältnis	1111
13.6.1	Bezahlte Erwerbsarbeit vs. unbezahlte Hausarbeit – Zur Hausarbeitsdebatte der 1970er Jahre (Marianosa Dalla Costa & Selma James)	1114
13.6.2	Die Bielefelder „Subsistenzperspektive“ (Maria Mies & Veronika Bennholdt-Thomsen & Claudia von Werlhof)	1116
13.6.3	„Vorsorgendes Wirtschaften“ (Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister)	1122
13.6.4	Nach „Subsistenzperspektive“ und „Vorsorgendem Wirtschaften“ – Gibt es bessere Wege zu ihren richtigen Zielen?	1126
13.7	Vom Glauben an die Grenzenlosigkeit des Wirtschaftswachstums zu einer Postwachstumsökonomie	1138
13.8	Europa und die übrige Welt	1145
13.8.1	Europäische Einigung? Ja, aber auf einem marktwirtschaftlichen statt kapitalistischen Fundament und nicht als „Festung Europa“	1146
13.8.2	Neuordnung der Weltwirtschaft – Von der nachholenden Entwicklung zur Einebnung des Nord-Süd-Gefälles	1170
Exkurs	„Alles unter dem Himmel“ – Das chinesische „Tianxia“-System	1200
14	Anstelle eines Nachworts: Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus, Transformationstheorie und Corona-Krise	1205
14.1	Siegeszug, Rückschläge, Gefährdungen und Vollendung der modernen Demokratie	1205
14.2	Transformationsforschung zwischen einem „Nicht mehr“ und einem „Noch nicht“	1235
14.3	Corona-Krise – Ein mit herkömmlichen Mitteln überwindbarer Schock für die Wirtschaft oder auch eine Chance für ein Vorankommen der Transformation?	1239
15	Literaturverzeichnis	1261

Kapitel 1
Vorwort und Einleitung

Vorwort

Diese Studie hat eine etwas längere, bereits mehr als 10 Jahre zurückliegende Vorgeschichte. Ihr Auslöser war mein Wunsch, mich intensiv mit dem von marxistischen Autoren geäußerten Eindruck auseinanderzusetzen, dass der mir seit längerem bedeutsam erscheinene, aber wissenschaftlich nur unzureichend rezipierte alternativökonomische Denkansatz einer Geld- und Bodenrechtsreform des Sozialreformers Silvio Gesell eine „verkürzte Kapitalismuskritik“ darstelle. Aufgrund seiner einseitigen Fixierung auf das Geld und auf das Finanzkapital sei er blind für die Problematik des Privateigentums und obendrein anschlussfähig an antisemitische Ideologien.¹

Was zur letzteren nicht haltbaren Unterstellung zu sagen ist, wurde an anderer Stelle bereits gesagt.² Von Kritikern der Geld- und Bodenrechtsreform wird leider darüber hinweg gesehen, dass mit der Bodenrechtsreform zumindest ein großer Teil der Eigentumsfrage geradezu im Mittelpunkt dieses ganzen Denkansatzes steht. Ebenso ist die Frage des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und seiner Konzentration in der Geldreform enthalten, auch wenn Gesell dies vor rund 100 Jahren erst in – ausbaufähigen – Ansätzen skizziert hat.

Umgekehrt ließe sich auch die marxische Kapitalismuskritik als „verkürzt“ ansehen, da sie das private Eigentum an den Produktionsmitteln sehr stark in den Focus gerückt und die Problematik des kapitalistischen Geldes vernachlässigt hat. Aber es soll hier nicht um Retourkutschen gehen, sondern um den Versuch, Unvollständigkeiten auf beiden Seiten zu erkennen. Im Zuge eines kritischen Überblicks über den Gesamtzusammenhang von konzentriertem Finanz- und Realkapital und der hierarchisch untergeordneten Lohnarbeit soll es darum gehen, erste Grundzüge einer zukünftigen Arbeitswelt jenseits von Kapitalmacht und Lohnabhängigkeit sichtbar zu machen. -

Als ich im Laufe des Jahres 2010 begann, mich tiefer in diese Zusammenhänge hineinzudenken, wurde mir bald bewusst, dass es sinnvoll sein würde, auch die Entwicklung von anderen ökonomischen Theorien vor und nach Marx & Engels einzu beziehen. Auch die von Adam Smith und nach ihm von anderen klassisch-neoklassischen Ökonomen gelegten Grundlagen der modernen Ökonomie wollte ich aus dem Blickwinkel der Geld- und Bodenrechtsreform betrachten und mir außerdem das Spektrum von kritischen Bewegungen vergegenwärtigen, die sich seit dem frühen 19. Jahrhundert gegen den liberalen Laissez-faire-Kapitalismus erhoben haben. Damit verselbstständigte sich die Arbeit an dieser Studie gegenüber ihrem ursprünglichen Ziel. Gleichwohl blieb letzteres darin weiterhin enthalten. Aber über den Blick auf die Arbeitswelt hinaus ergab sich fortan mein Anliegen in dieser nun viel umfangreicher gewordenen Studie, den sowohl von den Wissenschaften als

¹ Vgl. hierzu Elmar Altvater (2004). - Peter Bierl (2005) und (2012). - Robert Kurz (1995).

² Werner Onken (2007a und 2007b).

auch von der Zivilgesellschaft vernachlässigten alternativökonomischen Denksatz einer Bodenrechts- und Geldreform noch unter weiteren Gesichtspunkten der Geschlechterfrage, der Frage nach Krieg oder Frieden und der Frage nach dem Verhältnis der Wirtschaft zur Natur mit ganz verschiedenen Denkrichtungen in der Ökonomie und auch in der Soziologie in Beziehung zu setzen. Durch kritische Vergleiche mit anderen, den Kapitalismus legitimierenden oder ihn in Zweifel ziehenden Denkrichtungen wollte ich die Bodenrechts- und Geldreform in die Geschichte der ökonomischen Theorien einfädeln, damit auch Verständigungsbrücken bauen und das bislang ungenutzte Potenzial dieser Reformgedanken verdeutlichen, das in weiterentwickelten Formen vielleicht zur Bewältigung aktueller Krisen in Wirtschaft und Gesellschaft beitragen könnte.

Bei meiner Beschäftigung mit Smith, den Frühsozialisten, Marx & Engels, Proudhon, Mill und späteren Ökonomen und Soziologen fiel mir zu meiner Überraschung auf, dass einige Denkmuster bei linken und rechten Kapitalismuskritikern Ähnlichkeiten aufweisen und dass den verschiedenen Spielarten des Antikapitalismus trotz mancher gravierender Unterschiede eines gemeinsam war: sie wandten sich gegen die Freiheit der Märkte und übersahen in ihrem links wie rechts gleichermaßen antiliberalen Affekt etwas, was auch Adam Smith tragischer Weise schon von Anfang an übersehen hatte: nämlich die kapitalistische Deformation der Freiheit der Märkte erstens durch die dem Geld in seiner kapitalistischen Gestalt inhärente strukturelle Macht und Dysfunktionalität und zweitens durch die mit dem privaten Bodeneigentum verbundenen Privilegien. Infolgedessen erlagen sowohl die Protagonisten als auch die Kritiker der modernen kapitalistischen Marktwirtschaft dem folgenschweren Irrtum, dass die Marktwirtschaft und der Kapitalismus miteinander identisch seien und dass man sie nur entweder gemeinsam befürworten oder gemeinsam ablehnen könne.

Bei alledem geht es hier nicht darum, Adam Smith, Karl Marx & Co. zu verurteilen, weil sie die Problematik des Geldes und des privaten Bodeneigentums nicht gleich in ihrer ganzen Tragweite erkannt oder unterschätzt haben. Vielmehr gilt es zu berücksichtigen, dass sie als Kinder ihrer jeweiligen Zeiten erst die Anfänge des modernen Kapitalismus vor Augen hatten und dass sie noch nicht mit größerem zeitlichem Abstand auf die Entwicklung des Kapitalismus zurückblicken konnten. Ähnlich wie in der Medizin manche Krankheiten im Frühstadium entweder übersehen oder deren weitere Verläufe falsch eingeschätzt werden, so vermochten auch die liberalen Klassiker und ihre antiliberalen Kritiker noch nicht aus dem Schatten des Dogmas von der Unbedenklichkeit des vermeintlich neutralen Geldes heraustreten. Es erschien mir also als angebracht, in einem Streifzug durch die Ideengeschichte der Ökonomie einschließlich ihrer unkonventionellen ‚Unterwelten‘ zu rekonstruieren, wo aufgrund einer Fehleinschätzung des vermeintlich neutralen Geldes Ursachen der Kapitalakkumulation und -konzentration übersehen oder falsch gedeutet wurden und wo Ansätze zu einer Dezentralisierung von Geld-, Boden- und Realkapital in tragischer Weise auf der Strecke blieben.

Dabei wurde mir deutlich, dass auch in der marxistischen Theorieentwicklung *nach* dem Band 1 des „Kapitals“ der Kapitalismus als ein mehr vom Finanzkapital als vom Realkapital angetriebenes Wirtschaftssystem analysiert wurde. Schon im Band 3 des „Kapital“ haben Marx & Engels einzelne Aspekte der späteren Geld- und Zinskritik von Gesell vorweggenommen, ebenso wie Rosa Luxemburg in ihrem Werk „Akkumulation des Kapitals“ und Rudolf Hilferding im „Finanzkapital“. Selbst Elmar Altvater betrachtete den modernen Kapitalismus als „finanzgetrieben“.³ Könnte die Kluft zwischen dem frühen und späten Marx vielleicht größer sein als die Kluft zwischen dem späten Marx & Engels und der Geld- und Bodenrechtsreform?

Des Weiteren möchte ich in dieser Studie zeigen, dass in der von mehreren unkonventionellen Denkern entwickelten Bodenrechts- und Geldreform sehr wohl auch ein Ansatz enthalten ist, die Eigentumsfrage umfassender zu stellen und die Konzentration von Finanz-, Boden- *und* Realkapital mitsamt der Monopolisierung der Märkte anders zu erklären als Marx & Engels. Daraus lassen sich nach meinem Eindruck Möglichkeiten einer Dezentralisierung des Kapitals, einer Befreiung der Märkte von mono- und oligopolistischen Vermachtungen und letztlich - darauf kommt es entscheidend an - einer Überwindung der Lohnabhängigkeit der menschlichen Arbeit ableiten, die bislang weder von Befürwortern noch von Gegnern der Marktwirtschaft gesehen wurden. Gerade diese Perspektiven veranlassten mich, in der Geschichte der ökonomischen Theorien und sozialen Bewegungen nach weiteren Denkrichtungen Ausschau zu halten, die zum Teil in Anknüpfung an den Frühsozialismus und die Genossenschaftsbewegung des 19. Jahrhunderts ebenfalls Wege zur Dezentralisierung des sowohl im Kapitalismus als auch im Kommunismus konzentrierten Kapitals gesucht haben.

Ein wichtiges Anliegen wurde es für mich außerdem, den Anspruch des Nationalsozialismus und späterer rechtsextremistischer Antikapitalismen zurückzuweisen, eine Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus zu sein. Unerlässlich erschien es mir deshalb, auch die schauerlichen Verirrungen des Nationalsozialismus und seiner Wirtschaftsideologie näher in Augenschein zu nehmen, denn wer wie während der Jahrzehnte des Kalten Krieges nur einen *dritten Weg* jenseits von Kapitalismus und Kommunismus sucht, hat nur eine Hälfte des gesamten Spektrums ökonomischer, sozialer und politischer Ideen im ideengeschichtlichen Rückspiegel und könnte Gefahr laufen, gleichsam im toten Winkel von der anderen unheilvollen Hälfte dieses Spektrums eingeholt zu werden.

Ein sehr bedeutender Ansatz einer Dezentralisierung der Wirtschaft war als frühe Reaktion auf die beiden ‚großen‘ totalitären Herrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts der Ordoliberalismus. Allerdings entfernte er sich von seinen konsequent marktwirtschaftlich-antimonopolistischen Ursprungsidealen und geriet im Laufe der 1950er Jahre vollends in kapitalistisches Fahrwasser, was tragischer Weise zu einer erneuten Verfestigung des Irrtums führte, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus zwei Seiten ein und derselben Medaille seien.

³ Elmar Altvater (2009/2010), S. 3.

Weitere Ansätze einer Dezentralisierung lassen sich bei Leopold Kohr, Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich als den drei von der Ökologiebewegung der 1970er Jahre inspirierten Vordenkern des „Small is beautiful“ finden - ebenso bei einigen partizipativen Mitarbeiterunternehmen mit innerbetrieblicher Demokratie im kapitalistischen Westen und bei der jugoslawischen Arbeiter selbstverwaltung im kommunistischen Osten. Ihre jeweiligen Unvollkommenheiten führten jedoch dazu, dass alle diese Dezentralisierungsansätze im Sande verliefen, als der sog. Neoliberalismus um die Mitte der 1970er Jahre zu einem ungeahnten Höhenflug ansetzte und das Tor zu einer Entfesselung der internationalen Finanzmärkte aufstieß, die sich von keiner gesellschafts- bzw. globalisierungskritischen Bewegung aufhalten ließ und die sich nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetimperiums über die ganze Welt ausbreitete.

Weder die verschiedenen gesellschaftskritischen Denkrichtungen innerhalb der Soziologie noch die dem ökonomischen Mainstream entgegengesetzten kritischen Strömungen innerhalb der Ökonomie vermochten es bislang, die Dynamik der verselbstständigten internationalen Finanzmärkte und das Wachstum von multinationalen marktbeherrschenden Konzernen aufzuhalten. Da nun aber dieser mehr oder weniger staatlich gesteuerte Monopolkapitalismus nicht mehr wie früher von den Theoretikern des Organisierten Kapitalismus als Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer zentralstaatlich geplanten Sozialistischen Produktionsweise betrachtet werden kann, bleibt nur noch die Möglichkeit, in einem Streifzug durch die Geschichte der ökonomischen, sozialen und politischen Ideen an jene Denkansätze zu erinnern und sie historisch-kritisch aufzuarbeiten, denen es um eine Dezentralisierung der Wirtschaft ging, also an die Denkansätze von Mill und Proudhon, den Bodenrechts- und Geldreformern, den frühen Ordoliberalen und den Vordenkern des „Small is beautiful“.

Diese Rekonstruktion der verschiedenen Dezentralisierungsansätze und der Bau von Verständigungsbrücken zwischen ihnen und der Bodenrechts- und Geldreform wurden im Laufe der Zeit umfangreicher als ich es zunächst beabsichtigt hatte. Mir lag aber sehr daran, die ökonomischen Überlegungen über die Konzentration und Dezentralisierung des Kapitals zumindest ansatzweise auch mit einem gesellschaftspolitischen Leitbild einer nachkapitalistischen, republikanisch-demokratisch verfassten Bürgergesellschaft zu verbinden. So spannte sich ein weiter Bogen auf über folgende Fragen: Warum wurde am Beginn der Moderne die klassische Vision einer nachfeudalistisch-bürgerlichen egalitären Marktgesellschaft nicht zur Wirklichkeit? Welche Gefahren der Entstehung einer neuen, diesmal kapitalistischen sozialen Hierarchie haben die Klassiker nicht gesehen? Auf welche Weise haben Marx & Engels und ihre Nachfolger die kapitalistische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft falsch gedeutet? Wie gelangten sie zu der tragischen Fehleinschätzung, dass die privatkapitalistische Kapitalkonzentration nicht durch eine Dezentralisierung, sondern durch eine noch stärkere Konzentration des Kapitals in den Händen eines proletarischen Staates zu überwinden wäre? Und wo sind in der Ideen-

geschichte Ansätze einer Dezentralisierung zu finden, die sich als Bausteine einer egalitären nachkapitalistisch-bürgerlichen Marktgesellschaft verwenden lassen?

Wegen des großen Umfangs des durchzuarbeitenden Stoffes ließen sich Unvollkommenheiten bei seiner Rezeption nicht vermeiden und ich bitte dafür um Nachsicht. So bin ich trotz der Schlüsselrolle des Geldes in dem hier thematisierten Gesamtkontext nicht tiefer in geldtheoretische Details eingestiegen, weil mir zunächst die Suche nach einer ideengeschichtlich-ordnungspolitischen Grundorientierung wichtiger war. Dabei wären zweifellos auch theoretische Diskussionen über geldpolitische Details notwendig. Sie können aber nach meinen Erfahrungen auch allzu schnell einen eher ‚technischen‘ Charakter annehmen und dann den Kontakt zu den mir wichtigen Grundwerten der gleichen Freiheit aller Menschen und ihres solidarisch-kooperativen Zusammenlebens und -arbeitens verlieren.

Überhaupt betrachte ich anstelle eines punktuellen Intervenierens in die Wirtschaft eine Vorstellung von einer *Ordnung des Ganzen* als das A & O jeglichen Bemühens um eine Neugestaltung der Wirtschaft. Mit Sorge sehe ich deshalb nicht nur die vielen interessengeleiteten punktuellen Interventionen in die Wirtschaft bis hin, um nur ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zu nennen, zu der kürzlich beschlossenen öffentlichen Förderung der Computerspiele herstellenden Industrie mit 50 Millionen Euro. Auch die mir gewiss sympathischen globalisierungskritischen Bewegungen konzentrieren sich weitgehend darauf, unzählige einzelne Missstände anzuprangern. Verdienstvoll, aber nicht hinreichend ist es aus meiner Sicht, dass sie Kampagnen gegen immer neue Fehlentwicklungen in einzelnen Bereichen der Agrar-, Energie-, Verkehrs-, (Frei-)Handelspolitik (MAI, TTIP, TiSA & Co.) usw. organisieren, dass sie aber noch kaum eine Vision einer zukünftigen gerechten *Gesamtordnung* von Wirtschaft und Gesellschaft haben.

Da die bestehende ‚Ordnung‘ der kapitalistischen Marktwirtschaften durch und durch monopolistisch vermachtet und verfilzt ist und da eine Steigerung der privatwirtschaftlichen Kapitalkonzentration in den Händen eines proletarischen Staates nicht mehr als Gegenmodell in Frage kommt, bleibt nach meiner Ansicht als Ausweg nur der Versuch zu erkennen, wo sich der kapitalistische ‚Wurm‘ bereits in den marktwirtschaftlichen Vorstellungen der liberalen Klassiker eingenistet hatte. Davon ausgehend und in Anknüpfung an die Frühsozialisten, Mill und Proudhon sowie an die Bodenrechts- und Geldreformer, die frühen Ordoliberalen und die Vordenker des „Small is beautiful“ wären eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ und eine „Demokratie ohne Kapitalismus“ zu konzipieren. Und schließlich wären beide mit neueren Bewegungen der Solidarischen Landwirtschaft, der Gemeingüter, der Wachstumskritik usw. zu verknüpfen. Bei alledem habe ich nichts neu ‚erfunden‘, sondern die vielfältigen Gedankenfunde nur auf eine vielleicht etwas ungewohnte Weise anders zusammengesetzt.

In diesem Gedankenpuzzle fehlen noch viele Teile wie beispielsweise Gedanken zur politischen Theorie und zu den Politikfeldern Bildung, Gesundheit oder Weltbevölkerung. Angesichts der Fülle der durchgearbeiteten historischen und aktuellen Quellen ließen sich auch Unschärfen in mancherlei Details nicht vermeiden. Vieles

blieb unvollkommen, aber ich hoffe und vertraue darauf, dass sich Menschen finden, die Verständnis für das ordnungspolitische Grundanliegen dieser Studie zeigen und dann Detailfragen eigenständig weiter bearbeiten.

Wichtig war es mir, im Zusammenhang mit der sozialen Frage auch die ökologische Frage neu aufzurollen, nachdem unübersehbar geworden ist, dass es sich beim sog. „grünen Wachstum“ um eine ähnliche Halbheit handelt wie beim vormaligen sozialdemokratischen Staatsinterventionismus. Angesichts näher kommender oder bereits überschrittener Grenzen des Wachstums wird es immer schwieriger, die von Kapital und Lohnarbeit allzu lange einvernehmlich verdrängte Verteilungsfrage weiterhin zu ignorieren und hinzunehmen, dass die Folgen dieses ungelösten gesellschaftlichen Grundwiderspruchs weiterhin auf die natürliche Mitwelt abgewälzt werden.

Seit dem Erscheinen des berühmten Buches über die „Grenzen des Wachstums“ (1972) sind nun fast fünf Jahrzehnte verstrichen, ohne dass diese kostbare Zeit für eine über eine wohlklingende Nachhaltigkeitsrhetorik hinausgehende systemische Kurskorrektur genutzt wurde. Dabei hätte es während dieser verlorenen Jahrzehnte bei Kohr, Schumacher, Illich und anderen mancherlei Anregungen für den Entwurf einer auf Dezentralisierung und stetigen Kreisläufen statt auf Kapitalakkumulation und Wachstum beruhenden Wirtschaftsentwicklung gegeben. Die ganze Fehlentwicklung in die Richtung der Kapitalakkumulation und -konzentration noch einmal gedanklich durchzugehen - nicht zuletzt in Erinnerung an Menschheitskatastrophen wie in Auschwitz und Hiroshima & Nagasaki, an Vietnam- und andere Kriege während der sog. Nachkriegszeit sowie an Umweltkatastrophen wie in Seveso und Bophal, Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima oder im Golf von Mexiko - und Bausteine einer Dezentralisierung aus den verschiedenen Phasen der ökonomischen Entwicklung zusammenzutragen und zu einem auf Menschenrechten, Demokratie und Weltoffenheit beruhenden Gesamtbild zusammenzufügen - das ist es, wozu die vorliegende Studie einige Anregungen geben möchte.

Die Entwicklung eines ideengeschichtlich, ordnungs- und gesellschaftspolitisch fundierten Leitbildes einer republikanisch-demokratisch verfassten Gesellschaft freier und kooperativ miteinander verbundener Bürgerinnen und Bürger, die nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch im Hinblick auf die Entfaltung ihrer Lebenschancen ökonomisch gleich(berechtigt) sind, erscheint mir in den gegenwärtigen Zeiten, in denen sich soziale und ökologische Krisen verschärfen, als im wahrsten Sinne des Wortes not-wendig. Nach Jahrzehnten einer Entfesselung kapitalistischer Formen der Globalisierung führen die mit ihrer Krisenhaftigkeit einhergehenden existenziellen Unsicherheiten und Ängste mittlerweile bei vielen Menschen zur Neigung, scheinbare Sicherheit in rechtspopulistischen oder gar fundamentalistischen Ideologien zu suchen. Gemäß zahlreicher Studien wie derjenigen der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte in der Krise“ (2010⁴) verstärkt sich nicht nur in Deutschland

⁴ Oliver Decker & Marliese Weißmann & Johannes Kiess & Elmar Brähler (2010); auf der Website <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf> (Zugriffe: 28.10.2010, 10.5.2013 und 17.8.2016).

angesichts zunehmender Krisen in den letzten Jahren eine Hinwendung von Menschen aus den mittleren und unteren Schichten zu solchen dumpfen Ideologien. Wissenschaften und Zivilgesellschaft stehen also vor der verantwortungsvollen Aufgabe, einen wirksamen Damm gegen diese zunehmende Gefahr von rechts zu bauen. Dazu braucht es allerdings nicht nur mehr Schutzmaßnahmen gegen zunehmende akute Gefahren, sondern auch das Bestreben, diesen Gefahren durch eine gerechte Ordnung von Wirtschaft und Politik den Nährboden zu entziehen.

Die Denkansätze einer Bodenrechts- und Geldreform haben mich seit meiner Zivildienstzeit und meinem Ökonomiestudium an der Universität Oldenburg während ihrer gesellschaftskritischen Gründungsphase in den 1970er Jahren beschäftigt. Dank der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ behielt ich nach meiner Studienzeit die Möglichkeit, mich im Rahmen meiner von ihr getragenen Tätigkeiten weiterhin intensiv mit diesen unkonventionellen Denkansätzen zu beschäftigen. Durch meine Tätigkeiten als Redakteur der „Zeitschrift für Sozialökonomie“, als Verwalter des „Archivs für Geld- und Bodenreform“ sowie als Mitorganisator der Tagungsreihe „Mündener Gespräche“⁵ bin ich sehr vielen interessanten Menschen begegnet, mit denen ich meine Hoffnungen auf mehr Gerechtigkeit und Frieden in der Welt ebenso wie die manchmal schwer auszuhaltende Erfahrung teilen konnte, dass diese Denkansätze in den Wissenschaften und in der Zivilgesellschaft ignoriert, belächelt oder gar als exotische Spinnerei abgetan wurden. Meiner Familie bin ich herzlich dankbar dafür, dass sie mein Engagement mitgetragen und manchmal auch ausgehalten hat. Vielen Weggefährten/innen, von denen Roland Geitmann, Margrit Kennedy, Helmut Creutz, Klaus Wulsten und Fritz Andres leider schon verstorben sind, wie auch Menschen mit kritischen Vorbehalten bin ich herzlich dankbar für den zum Teil langjährigen Gedankenaustausch. Besonders verbunden fühle ich mich mit meinem langjährigen Verleger Christoph Gauke sowie mit Alwine Schreiber-Martens und Beate Bocking, Dirk Löhr, Gerhard Senft und zahlreichen weiteren Freunden, die sich hier nicht alle namentlich erwähnen lassen, und nicht zuletzt mit Niko Paech, mit dem ich vom Sommer 2008 bis zum Sommer 2016 an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg eine „Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie“⁶ organisieren und danach noch weitere zwei Jahre als Veranstaltungsreihe außerhalb der Universität fortsetzen konnte. So durfte ich viele beeindruckende Menschen aus nächster Nähe miterleben, was mir vielfältige Anregungen gab. Freilich kam mir dabei des Öfteren auch der Gedanke in den Sinn, wie schön es doch wäre, wenn in Ergänzung zu allem Gehörten auch die mir besonders am Herzen liegenden Denkansätze der Bodenrechts- und Geldreform schon etwas weiter in den öffentlichen Diskurs vorgedrungen wären.

Und zu guter Letzt freut es mich zusammen mit meinem Freundeskreis noch ganz besonders, dass diese jahrzehntelang zu wenig beachteten oder auch einfach nur

⁵ Vgl. hierzu die Webseiten <https://www.sozialoekonomie-online.de/> - [https://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv Geld- und Bodenreform/archiv geld- und bodenreform.html](https://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld- und_Bodenreform/archiv_geld- und_bodenreform.html) - <https://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

⁶ Vgl. die Website <http://www.postwachstumsoekonomie.de/>

unbekannt gebliebenen Denkansätze der Geldreform in jüngster Vergangenheit durch die sog. Negativzinsentwicklung ‚plötzlich und unerwartet‘ gleichsam wie von selbst im angelsächsischen Sprachraum wissenschaftlich salonfähig und diskutierbar geworden sind. Diese von der wirtschafts- und geldpolitischen Praxis ausgegangene Negativzinsentwicklung nahm einen etwas anderen Anfang und Verlauf als den, der in Geldreformkreisen lange Zeit herbeigesehnt worden ist, denn als vermeintlicher Hort der kapitalistischen Geldwirtschaft senkten mehrere Zentralbanken unter dem Druck der Marktverhältnisse ihre Leitzinsen gegen Null und sogar geringfügig darunter. Das ist noch keine Geldreform im eigentlichen Sinne, aber vielleicht ein erster Schritt in eine richtige Richtung. Geht die weitere Entwicklung vielleicht ‚von selbst‘ in eine Richtung, die Marx & Engels mit ihrem „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“ und Keynes mit seinem Ausblick auf einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“ mit einem Sinken der Geld- und Realkapitalrenditen gegen null schon vor langer Zeit in allerersten Umrissen geahnt haben?

Gegenwärtig erleben wir also spannende Umbruchzeiten, in denen es freilich nicht nur Chancen, sondern auch Gefahren der Verirrung auf Abwege gibt. Und über allem schwebt wie ein Damoklesschwert die Gefahr einer weiteren Erderwärmung bzw. Erdüberhitzung, so dass alles Bemühen um ein sozial- und umweltverträglicheres Wirtschaften auch zu einem Wettlauf gegen die Zeit zu werden droht. Umso ungeduldiger könnte man angesichts des Umstandes werden, dass eine Reform der Geld- und Bodenordnung noch einige Zeit brauchen wird, obwohl die drängende Ressourcen- und Klimaproblematik es wünschenswert erscheinen lässt, dass diese Reformansätze möglichst bald zu praktikablen Lösungen weiterentwickelt und im Sinne einer Bewältigung der multiplen Weltkrise angewandt werden. Denn wenn man bedenkt, wie hauchdünn und verletzlich die unseren Planeten umgebende natürliche Humusschicht und die soziale Humusschicht der Zivilisation sind, und wenn man sieht, wie diesen beiden seidenen Fäden, an denen unser Dasein hängt, tagtäglich weitere Wunden zugefügt werden, dann kann man mit Hoffnungen, aber auch mit Sorgen an die Zukunft der nächsten Generationen denken. Aber alles hat bzw. bekommt hoffentlich seine Zeit. Bis vor wenigen Jahren war noch unvorstellbar, dass Zentralbanken und namhafte Geldtheoretiker zu Vorreitern negativer Leitzinsen werden könnten. Und so wird es hoffentlich nicht mehr lange dauern, bis auch auf nationalen und internationalen Ebenen ein grundlegender Wandel in den Bereichen des Boden- und Ressourcenrechts, der Unternehmensverfassung und des Geschlechterverhältnisses in Gang kommt.

Oldenburg im Herbst 2019

Werner Onken

1 Einleitung: Nach feudalen, kapitalistischen und totalitären Herrschaftspyramiden zu einer egalitären Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern

Im Gegensatz zur alten feudalen Ständegesellschaft sollten die „Unabhängigkeitserklärung“ in Nordamerika (1776) und die französische „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ (1789) nach und nach in ganz Europa republikanisch-demokratische Gemeinwesen mit einem in sich homogenen „Dritten Stand“ aus politisch mündigen Bürgern herbeiführen, die dank ihres Eigentums frei und wirtschaftlich unabhängig sind. Große Philosophen des Humanismus und der Aufklärung hatten unter dem Leitbild „Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit“ den Weg vom Mittelalter in die Moderne geistig vorbereitet, darunter der englische Philosoph John Locke (1632-1704), der schon einhundert Jahre vor der Französischen Revolution mit seiner „Zweiten Abhandlung über die Regierung“ (1689) begonnen hatte, sich jenseits der Feudalherrschaft über Leibeigene und Sklaven gerechte rechtliche Beziehungen zwischen freien, gleichen und selbstständigen Menschen im „politischen Körper“ einer bürgerlichen Gesellschaft vorzustellen. Für Locke bestand der anzustrebende „Gesellschaftszustand“ der einzelnen Bürger in der „Übereinkunft mit anderen, sich zusammenzuschließen und in einer Gemeinschaft zu vereinigen, mit dem Ziel eines behaglichen, sicheren und friedlichen Miteinanderlebens, in dem sicheren Genuss ihres Eigentums und in größerer Sicherheit gegenüber allen, die nicht zu dieser Gemeinschaft gehören.“⁷ Locke und nach ihm französische Philosophen wie Charles de Montesquieu (1689-1755), Jean-Jaques Rousseau (1712-1778) und Emmanuel Sieyès (1748-1836) betonten ganz besonders die *gleichen* Freiheitsrechte aller brüderlich miteinander in einer Republik vereinten Bürger.

Im Gegensatz zur feudalaristokratisch-monarchischen Macht von Königen und Kaisern (deren Pomp sich noch heute in ‚Touristenattraktionen‘ wie den Schlössern von Versailles, Sanssouci, Neuschwanstein, Schönbrunn usw. betrachten lässt, ohne dass dort zugleich eine Stärkung des Demokratiebewusstseins stattfindet), bereitete Montesquieu die nächsten Schritte auf dem Weg zur Ausbreitung eines „Geistes der Gesetze“ (1748) vor. Als aufgeklärter Philosoph betrachtete er den Menschen als ein „Vernunftwesen“, das eine ganz besondere „Liebe zu den Gesetzen und zum Vaterland“ entwickeln und zu einer „unablässigen Entscheidung für das öffentliche Wohl unter Hintansetzung des Eigenwohls“ bereit werden müsse. Voraussetzung hierfür sei neben einer „Liebe zur Republik“ und einer „Liebe zur Demokratie“ auch eine „Liebe zur Gleichheit“ und eine „Liebe zur Genügsamkeit“. Jeder Bürger sollte ein „Gleicher unter Gleichen“ sein und nicht durch Reichtum und Luxus in die Lage kommen, Macht über andere Bürger auszuüben. „Gesunder Sinn und das Glück der Einzelpersonen bestehen größtenteils in der Mittellage ihrer

⁷ John Locke (1689/2007), S. 82.

Talente und ihrer Vermögen. Eine aus besonnenen Leuten zusammengesetzte Republik, in der die Gesetze einen großen Mittelstand schaffen, wird sich besonnen regieren. ... Wirkliche Gleichheit ... ist ... in der Demokratie die Seele des Staates. Wie die Gleichheit der Vermögen die Genügsamkeit fördert, so erhält die Genügsamkeit die Gleichheit der Vermögen aufrecht.“⁸

Damit entsprach Montesquieus gesellschaftspolitische Grundorientierung der Vorstellung des antiken Philosophen Aristoteles (384-322 v.Chr.), wonach es Aufgabe des Gesetzgebers sei, „die Vermögen nicht nur gleich (zu) machen, sondern auch nach einer mittleren Größe (zu) zielen. ... Gewiss ist es also, um Bürgerkriege zu verhindern, zuträglich, wenn das Vermögen der Bürger gleich ist. ... Vor allem aber soll man die Gesetze so einrichten, dass keiner allzu mächtig werde an Einfluss, Freunden oder Geld.“⁹ Neben Montesquieus tiefer Einsicht in die Notwendigkeit gleicher Rechte für freie, unabhängige und kooperativ verbundene Menschen hatte er freilich über Kriege, über den Einfluss des Klimas auf Menschen sowie über Frauen noch sehr antiquierte Auffassungen. Es war nach ihm die Schriftstellerin Olympe de Gouges (1748-1793), die zusätzlich zu den bis dahin nur als männlich aufgefassten Menschenrechten auch „Rechte der Frau und Bürgerin“ (1793) einforderte und deshalb ihr Leben verlor.¹⁰

Noch in patriarchal verengter Perspektive wandte sich auch Rousseau gegen jegliches Recht von Stärkeren, womit er die Macht und Gewalt von Feudalherren über ihre Untertanen meinte. Sein Werk „Der Gesellschaftsvertrag“ begann mit dem berühmten Satz: „Der Mensch ist frei geboren und überall liegt er in Ketten.“ Im Unterschied zu Locke wollte Rousseau die modernen republikanischen Staaten nicht auf einer Gewaltenteilung und auf parlamentarischen Mehrheiten aufbauen, sondern auf einem Allgemeinwillen des souveränen Volkes („volonté générale“). „Das Volk, das den Gesetzen unterworfen ist, muss auch ihr Urheber sein. ... Solange mehrere vereinigte Menschen sich als einen einzigen Körper betrachten, haben sie nur einen einzigen Willen, der die gemeinsame Erhaltung und das allgemeine Wohl zum Gegenstand hat. Dann sind die Triebfedern des Staates kräftig und einfach und seine Grundsätze klar und deutlich; er hat keine verwickelten, einander widersprechende Interessen; das Gemeinwohl tritt überall deutlich hervor und es bedarf nur gesunden Verstandes, um es wahrzunehmen. Friede, Einigkeit und Gleichheit stehen politischen Spitzfindigkeiten entgegen. ... Ein auf solche Weise regierter Staat

⁸ Charles de Montesquieu (1748/1989), S. 96 (Vernunft), 136 (Liebe zu den Gesetzen), 139 - 140 (Liebe zu Republik, Demokratie, Gleichheit und Genügsamkeit, großer Mittelstand), 142 und 144 (Gleichheit als Seele des Staates) sowie 174 (Luxus) und 180 (übertriebene Gleichheit).

⁹ Aristoteles (1978), S. 83, 183 und 242.

¹⁰ Charles de Montesquieu (1748/1989), S. 179 und 271 (Frauen), 201 (Kriege), 259 und 268 (Klima). - Olympe de Gouges (1791/1995). Von den aufgeklärten Philosophen traten nur sehr wenige Männer wie Marquis de Condorcet dafür ein, die Menschenrechte nicht nur als Männerrechte, sondern auch als Frauenrechte zu verstehen.

hat nur wenige Gesetze nötig.“¹¹ Zwischen freien und vernunftbegabten Bürgern könne ein Gesellschaftsvertrag die völlige Gleichheit aller Bürger vor Gott und dem Gesetz gewährleisten.

Noch stärker als Rousseau hat Emmanuel Sieyès die Bedeutung nicht nur der rechtlichen, sondern auch der ökonomischen Gleichheit aller Bürger für den Übergang vom Ancien Regime in eine republikanisch-demokratische Bürgergesellschaft betont. In einer „Abhandlung über die Privilegien“ (1788) postulierte Sieyès ein „Urgesetz: Füge dem anderen kein Unrecht zu. ... In starken und unverdorbenen Menschen spricht unablässig eine geheime Stimme für die Schwachen.“ Für ihn waren deshalb „alle Privilegien ihrem Wesen nach ungerecht ... und dem höchsten Zweck jeder staatlichen Gemeinschaft entgegengesetzt.“ In Privilegien erkannte Sieyès bereits in ersten vagen Ansätzen eine Tendenz zur Bildung von Monopolen. „Das Monopol hat bekanntlich immer die Folge, den Schwung derer zu lähmen, die in einem freien Wettbewerb hätten Fähigkeiten zeigen können.“¹²

In seiner im Revolutionsjahr 1789 erschienenen Schrift „Was ist der dritte Stand?“ verstärkte Sieyès seine Kritik an Privilegien und Monopolen. „Jedes Privileg ... steht dem allgemeinen Recht entgegen. Daher bilden ausnahmslos alle Privilegierten eine vom dritten Stand sich unterscheidende und ihm feindliche Klasse. ... Kennt man nicht die Wirkungen des Monopols? Weiß man nicht, dass es die einen, die es ausschließt, niederdrückt, während es die anderen, die es begünstigt, untüchtig macht? Weiß man nicht, dass jede Arbeit teurer und schlechter wird, wenn man sie dem freien Wettbewerb entzieht?“¹³ Sieyès hatte dabei seiner Zeit entsprechend erst die Privilegien und Monopole der Feudalaristokratie vor Augen, die nicht in eine bürgerliche Gesellschaft mit einem, wenn man so will, klassenlosen „dritten Stand“ passen. „Was ist der dritte Stand? Alles. Was ist er bis jetzt in der staatlichen Ordnung gewesen? Nichts. Was verlangt er? Etwas darin zu werden“ - und zwar in dem Sinne, dass die alte hierarchische Feudalgesellschaft in eine neue egalitäre, republikanisch-demokratisch verfasste Bürgergesellschaft ohne eine „Kaste der Adligen“ übergeht. „Was also ist der dritte Stand? Alles, aber ein gefesselt und unterdrücktes Alles. Was wäre er ohne den privilegierten Stand? Alles, aber ein freies und blühendes Alles.“ Abgesehen von der Forderung nach einer Gleichverteilung der Steuerlasten auf alle Bürger konzentrierte sich Sieyès jedoch ganz auf die politischen Fragen nach der Konstituierung der Verfassungsorgane.¹⁴

Kurz vor der Französischen Revolution hatte bereits der deutsche Philosoph Immanuel Kant (1724-1804) ähnlich dem „Urgesetz“ von Sieyès einen „kategorischen Imperativ“ formuliert: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich

¹¹ Jean-Jacques Rousseau (1762/1978), S. 39 (Freiheit vs. Ketten), 42 - 43 (Recht des Stärkeren), 70 und 130 (Allgemeinwillen als Grundlage von einfachen Gesetzen). Zum Staats- und Demokratieverständnis bei Locke vgl. (1689/2007), S. 83, 87 und 104.

¹² Emmanuel Sieyès (1788-89/1968), S. 24 - 25 und 28 (Urgesetz, Privilegien und Solidarität mit Schwachen) sowie 44 (Monopole).

¹³ Emmanuel Sieyès (1788-89/1968), S. 57 und 64 (Privilegien vs. Wettbewerb)

¹⁴ Emmanuel Sieyès (1788-89/1968), S. 55 - 59 (Was ist der dritte Stand?) und 90 (Steuern).

als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“¹⁵ Und nachdem die von sozialer Ungleichheit durchsetzte Feudalgeschichte von einer schier endlosen Reihe von Kriegen begleitet gewesen war, in denen europäische Adelsgeschlechter wie die Bourbonen, Windsors, Habsburger, Hohenzollern, Wittelsbacher, Welfen, Romanows usw. sog. Reiche durch Gewalt und Heiratspolitik zusammenraubten, entwarf Kant in seiner Schrift „Vom Ewigen Frieden“ (1795) auch noch die Vision eines „Weltbürgerrechts“ aller Menschen dieser Erde und eines Weltfriedens auf der Grundlage eines „Föderalismus freier Staaten“ und eines „Völkerrechts“. Dabei übte Kant auch bereits eine deutliche Kritik am „inhospitalen Betragen der gesitteten, vornehmlich Handel treibenden Staaten unseres Weltteils“ in anderen Teilen der Welt. „Die Ungerechtigkeit, die sie in dem Besuche fremder Länder und Völker ... beweisen, geht bis zum Erschrecken weit.“ Im Gegensatz zum Kolonialismus europäischer Feudalmächte proklamierte Kant ein „Recht des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde“ für alle Menschen, von denen „niemand an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat als der andere. ... Die Natur hat dafür gesorgt, dass Menschen allerwärts auf Erden leben könnten.“ Durch einen respektvollen Handel „können entfernte Weltteile miteinander friedlich in Verhältnisse kommen, die ... das menschliche Geschlecht endlich einer weltbürgerlichen Verfassung immer näher bringen können.“ Dazu sollte Kant zufolge auch ein „Recht des Fremdlings“ gehören, „seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen von diesem nicht feindselig behandelt zu werden“.¹⁶ -

Es war dann nicht nur die Gegenrevolution der alten Feudalmächte, die einen unblutigen Übergang in die Moderne verhinderte. Auch die Moderne selbst, die sich von Land zu Land in unterschiedlichen Geschwindigkeiten gegen die alten Feudalmächte durchsetzen konnte, brachte nicht jene von den Aufklärern erhoffte egalitäre Bürgergesellschaft hervor, sondern ‚nur‘ eine kapitalistisch deformierte Bürgergesellschaft mit neuen komplexeren Formen der sozialen Ungleichheit. Die neuen hierarchischen Macht- und Ohnmachtsstrukturen waren noch schwerer zu durchschauen als die alten feudalistischen Herrschaftsverhältnisse. An ihrer Spitze standen nämlich keine klar als Herrscher identifizierbare *Personen* mehr, sondern nur Repräsentanten von nicht personalisierbaren systemischen Herrschaftsstrukturen. In ihnen gab es keine eindeutig voneinander unterscheidbaren Herrscher und Beherrschte mehr, sondern nur noch Menschen, die - mit unterschiedlich großen Anteilen - sowohl als ‚Täter‘ als auch als ‚Opfer‘ in diese anonymen Herrschaftsstrukturen verwickelt und gefangen waren.

Als das Großbürgertum in den Anfängen der Französischen Revolution am 12. Oktober 1789 per Gesetz das biblisch-kanonische Zinsverbot endgültig aufhob - seine

¹⁵ Immanuel Kant (1781/1998), S. 53 (kategorischer Imperativ im § 7 Grundgesetz der reinen praktischen Vernunft).

¹⁶ Immanuel Kant (1795/2008), S. 16 (Völkerrecht), 21 - 24, 28 und 33 (Weltbürgerrecht vs. Kolonialismus, internationaler Handel)

Aufhebung hatte sich bereits im Zuge der kirchlichen Reformation angebahnt¹⁷ - , ahnte von den aufgeklärten Wegbereitern und Akteuren der Französischen Revolution noch niemand, welche explosiven, Montesquieus „Liebe aller Menschen zur Gleichheit“ innerhalb eines dritten Standes untergrabenden Kräfte im zinstragenden Geld freigesetzt würden. Nachdem Locke „die Erfindung des Geldes ... , des kleinen Stück gelben Metalls“ noch ganz arglos als günstigen äußeren Umstand dafür betrachtet hatte, dass Menschen sich durch eigene Arbeit jenes Eigentum verschaffen, das sie wirtschaftlich unabhängig macht, war es auch für Montesquieu noch eine Selbstverständlichkeit gewesen, dass „die zivilisierten Völker“, sobald sie „Herren der Welt“ sind (!), Edelmetallgeld als „gemeinsamen Wertmesser“ zur Abwicklung von Handelsgeschäften verwenden. Seine einzige Sorge war es, dass „der gemeinsame Maßstab für alles“ nicht durch eine Inflation verfälscht werde.¹⁸ Und nachdem Rousseau in seinen Frühschriften über die Ungleichheit unter den Menschen den Luxus der reichen Feudalherren kritisiert hatte, weil dieser das „Gleichgewicht von Produkt und Konsum“ und die Geldzirkulation zwischen Stadt und Land störe, erschien es ihm auch im „Gesellschaftsvertrag“ mehr im Rückblick auf die Feudalgesellschaft als in der Vorausschau auf eine Bürgergesellschaft als ein Problem, dass Menschen „dem Mammon nachjagen. ... Aber gebt nur Geld her, bald werdet ihr Ketten haben.“ Nur Immanuel Kant sprach frühzeitig von einer „gefährlichen Geldmacht“, die - in Verbindung mit der „Heeresmacht“ - in Zeiten mit einem „Kreditsystem ins Unendliche anwachsender und doch immer für die gegenwärtige Forderung ... gesicherter Schulden“ in Konflikt mit den bürgerlichen Freiheitsrechten geraten könnten.¹⁹

Keiner der aufgeklärten Philosophen hat die tiefere Wurzel der sich damals erst unscheinbar und langsam ausbreitenden „Geldmacht“ (Kant) und die daraus entstehenden „verwickelten, einander widersprechenden Interessen“ (Rousseau) erkennen können. Ebenso wenig konnten sie voraussehen, welche neuen Privilegien und Interessen durch die Aufsplitterung des vormals feudalen Bodeneigentums in kleineres und mittleres kapitalistisches Bodenprivateigentum entstehen würden und wie Privilegien des Geldes und des privaten Bodeneigentums, sich wechselseitig verstärkend, zur Aufrichtung einer neuen kapitalistischen, den dritten Stand zersetzenden Herrschaftspyramide mit feudalistischen Überresten führen würde. Auch nach dem Übergang in demokratisch-republikanische Rechtsstaaten blieb sie in der Lage, die Volkssouveränität auszuhöhlen und das Recht mit der strukturellen Macht des Geld-, Boden- und Realkapitals zu durchsetzen.

Ähnlich wie schon Aristoteles waren Locke, Rousseau und Kant auch unklar in der Frage, ob das ehemals feudale Bodeneigentum in der bürgerlichen Gesellschaft fortan als gemeinschaftliches Eigentum der Menschen privat genutzt werden sollte

¹⁷ Eugen von Böhm-Bawerk (1884/1921), S. 36 und 44 - 52. - Zur schrittweisen Relativierung des biblisch-kanonischen Zinsverbots vgl. Roland Geitmann (2016), S. 38 - 51.

¹⁸ John Locke (1689/2007), S. 37 (Geld). - Charles Montesquieu (1748/1989), S. 340 - 344 (Geld).

¹⁹ Jean-Jacques Rousseau (1755/1964), S. 74, 283 und 290. - Jean-Jacques Rousseau (1762/1978), S. 121 (Mammon, Geld und Ketten). - Immanuel Kant (1795/2008), S. 5 - 6 und 33 (Geldmacht).

(wofür tatsächlich auch erst im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts von der Bodenrechtsreformbewegung Regeln für die Praxis entwickelt wurden) oder ob es in privates Eigentum umgewandelt werden sollte, mit dem sich wie mit Waren handeln lässt und das mit Hypotheken beliehen werden kann.

Obwohl Locke sich zunächst dessen bewusst war, dass „Gott ... die Welt den Menschen gemeinsam ... gab ... , kann man nicht annehmen, er habe beabsichtigt, dass sie immer Gemeingut und unkultiviert bleiben sollte.“ Daher rechtfertigte er die Zersplitterung des feudalen Bodeneigentums in vielfältiges kleines Bodenprivateigentum mit der Begründung, dass sich dann die Menschen den Boden nur im begrenzten Umfang ihrer eigenen Arbeitskräfte aneignen könnten. „So viel Land ein Mensch bepflanzt, bepflanzt, bebaut, kultiviert und so viel er von dem Ertrag verwerten kann, so viel ist sein Eigentum. ... Das Maß des Eigentums hat die Natur durch die Ausdehnung der menschlichen Arbeit und durch die Annehmlichkeiten des Lebens festgesetzt.“ Außerdem ging Locke davon aus, dass nach einer einzelnen Aneignung von Land „noch genügend und gleich gutes Land übrig blieb.“²⁰

Rousseau erkannte ebenfalls ein „Recht des ersten Besitzergreifens“ von Land an, und zwar unter den Voraussetzungen, dass es zuvor noch unbewohnt und ungenutzt war, dass man nur so viel nahm, wie man zum eigenen Unterhalt brauchte, und dass man es tatsächlich „durch „Arbeit und Anbau“ bewirtschaftete.“ Und auch Kant sah letztlich keinen Widerspruch zwischen dem „Recht des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde“ und der Vorstellung, dass es in „schon errichteten Staaten“ eines „gesicherten Grundeigentums“ als Basis des Weltbürger- und Völkerrechts sowie des „Besuchsrechts“ von Fremden bedürfe. Bei aller Weltoffenheit seines Denkens stellte sich Kant die „schon errichteten Staaten“ als Nationalstaaten vor und er war auch der Ansicht, dass „die Natur weislich die Völker trennt“, wenngleich sie sie „auch andererseits ... durch den Handelsgeist ... vereinigt“.²¹

Schließlich besiegelte innerhalb des Code Napoleon (1804) ein Code Rural die Aufhebung von Allmenden, d.h. von Landnutzungsrechten von Gemeinden, und die ‚freie‘ Verkäuflichkeit des landwirtschaftlichen Bodens.²² Die daraufhin in Preußen mit den Stein-Hardenbergschen Reformen (1806/1807) angestrebte Bauernbefreiung führte nicht zu der erwarteten Entstehung einer Vielzahl von selbstständig wirtschaftenden Bauernhöfen. Östlich der Elbe bestanden die Großgrundbesitzungen von feudalen Junkern fort und in den Gebieten westlich der Elbe fehlte vielen Bauern

²⁰ John Locke (1689/2007), S. 30 und 33 - 36 (Arbeit als Grundlage des Privateigentums am Boden). - Zum gemeinschaftlichen oder privaten Bodeneigentum bei Aristoteles vgl. seine „Politik“ (1978), S. 74-75.

²¹ Jean-Jacques Rousseau (1762/1978), S. 55 (privates Bodeneigentum). - Immanuel Kant (1795/2008), S. 21 (gemeinschaftlicher Besitz der Erde; Weltbürger-, Völker- und Besuchsrechte) 27 - 28 (gesichertes Grundeigentum in schon errichteten Staaten) und 32 - 33 (Handel zwischen getrennten Völkern). - Zur Einstellung damaligen Ökonomen zum Zinsnehmen und zum privaten Bodeneigentum vgl. Charles Gide & Charles Rist (1923), S. 105, 123 und 361 (Locke, Hume, Smith und Bentham zum Zinsnehmen) und S. 366 - 367, 610 und 621 (Bastiat und Say zur Bodenrente) sowie Eugen von Böhm-Bawerk (1884/1921), S. 36 und 44 - 52.

²² Gerd von Heuvel (1988), S. 147 (Code Rural).

die materielle Grundlage für eine selbstständige Existenz. Sie mussten ihre früheren Grundherren, die von jeglicher Unterstützung ihrer bisherigen Leibeigenen befreit wurden, entschädigen. Dadurch und auch in Folge von Erbteilungen konnten viele Höfe, vor allem die kleineren, nicht wirtschaftlich betrieben werden. Viele Bauern mussten entweder ihre Höfe aufgeben und sich bei größeren Höfen als Landarbeiter und Tagelöhner verdingen oder sie mussten sich verschulden (was später zur Bildung von landwirtschaftlichen Selbsthilfe-Genossenschaften führte).²³

Alles in allem waren die bürgerlich-revolutionären Kräfte so sehr mit äußeren Kämpfen gegen die Gegenrevolution und inneren Kämpfen um die beste politische Verfassung für demokratisch-republikanische Rechtsstaaten beschäftigt, dass sie gar nicht bemerken konnten, dass sie sich nicht nur in einem Zweifrontenkampf gegenüberstanden, sondern auch noch einer kaum sichtbaren dritten Front ausgesetzt waren: nämlich der Front des beginnenden Frühkapitalismus. Diese noch ganz diffuse dritte Front ließ sich nicht als Gefahr erkennen, denn sie erschien in revolutionärem Gewand, weil sie auf eine Überwindung des Feudalismus drängte. Zugleich war sie aber auch konterrevolutionär, denn sie machte die Aussicht auf eine allgemeine „Mittellage von Talenten und Vermögen“ (Montesquieu) zunichte und verdrängte die „geheime Stimme für die Schwachen“ (Sieyès), indem sie neue, den dritten Stand aufspaltende Privilegien schuf und auf den Aufbau eines neuen Herrschaftssystems drängte. An die Stelle der alten Feudalpyramide mit dem Adel und dem Klerus an der Spitze und den Leibeigenen an der Basis trat seit der Wende von 18. zum 19. Jahrhundert eine neue hierarchische Schichtung der Gesellschaft in eine Großbourgeoisie mit Industriellen und Finanziers als Oberschicht, in eine kleinbürgerliche Mittelschicht und in eine proletarische Unterschicht - zunächst noch in Monarchien und nach und nach auch in demokratischen Republiken.

Die ökonomische Instabilität dieser neuen kapitalistischen Herrschaftspyramide führte im 19. und 20. Jahrhundert zu zahlreichen Wirtschaftskrisen und nach dem 1. Weltkrieg bzw. der Großen Weltwirtschaftskrise ab 1929 zweimal zu tragischen Abstürzen in totalitäre Herrschaftsformen. Nachdem der Kapitalismus nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Tyrannei im Westen restauriert worden war, konnte er sich - begünstigt durch den Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetimperiums im Herbst 1989 - schließlich weltweit ausbreiten und sich zu einem Turbo- bzw. Casino-Kapitalismus steigern. Im Zuge der neoliberalen Deregulierung und Entfesselung der internationalen Märkte für Finanz- und Realkapital kam es geradezu zu einer exzessiven Flut von Finanzinnovationen, bis die Weltwirtschaft nach einer Serie von Krisen in Asien, Russland und Lateinamerika sowie dem Platzen der dot.com-Blase während der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten (2008) an den Rand einer monetären Kernschmelze geriet und nur noch durch sog. Rettungspakete im Umfang von dreistelligen Milliardenbeträgen vor dem endgültigen Kollaps bewahrt werden konnte - was immer noch nicht zu seiner grundlegenden Reform führte!

²³ Vgl. hierzu Werner Onken (2004), S. 15 - 17 (Bauernbefreiung).

In unmittelbarem Zusammenhang mit der seit zwei Jahrhunderten offenkundigen inneren Instabilität des modernen Kapitalismus ist die Gesellschaft noch immer wie zuvor im Feudalismus, nur auf komplexere Weise, hierarchisch geschichtet und von einer sich weiter vertiefenden Kluft zwischen Reichtum und Armut gezeichnet. Gemäß einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Sommer 2010 über die Lage der mittleren Schichten „gibt es einen deutlichen Anstieg des Anteils der unteren Einkommensgruppen. Die mittlere Einkommensgruppe, deren Gewicht in der langen Periode seit dem zweiten Weltkrieg enorm gestiegen ist, ist Verlierer der Umschichtungen in der Einkommensverteilung im letzten Jahrzehnt. Aus dieser Gruppe sind einige in die obere Einkommensgruppe auf- und viele in die untere Einkommensgruppe abgestiegen.“²⁴

Nach Angaben der taz-Journalistin Ulrike Herrmann „besaß das reichste eine Prozent der Bundesbürger 23 Prozent des gesamten Vermögens in Deutschland. Die obersten 5 Prozent verfügten gar über 46 Prozent – und das reichste Zehntel kontrollierte 61,1 Prozent. ... Für die Mehrheit bleibt da nicht mehr viel übrig. So besaßen zwei Drittel der Bevölkerung gar nichts oder nur sehr wenig. Die unteren 70 Prozent kommen noch nicht einmal auf neun Prozent vom Gesamtvermögen. ... Die Mittelschicht schrumpft in Deutschland. Im Jahr 2000 gehörten ihr noch 62 Prozent an. 2006 waren es nur noch 54 Prozent. ... Die Mittelschicht wird ärmer, während die Reichen reicher werden.“²⁵

Die Mittelschichten, die als Rückgrat einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft unentbehrlich sind, befinden sich demnach in einem Prozess ihrer schleichenden Auflösung. Im Kampf um Marktanteile auf den monopolistisch vermachteten (Welt-)Märkten geraten kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ins Hintertreffen gegenüber der Übermacht der Konzerne. Ihre existenzielle Verunsicherung verleitet die Angehörigen der Mittelschichten vielfach zu einem tragischen Selbstbetrug, indem sie sich mit den Oberschichten gegen die Unterschichten verbünden: „Ausgerechnet die Massenarbeitslosigkeit verleitet die Beschäftigten der Mittelschicht dazu, sich mit der Elite zu identifizieren. Sie führen sich bereits herausgehoben, nur weil sie nicht zu den Ausgestoßenen gehören. ... Doch auch die Angst vor dem Abstieg ist allgegenwärtig.“²⁶ Und statt die Ursachen der schleichenden Auflösung der Mittelschichten in falschen wirtschaftlichen *Strukturen* zu suchen, verstärken diese Ängste quer durch Europa die Ausbreitung von rechtspopulistischen Feindbildern und die Suche nach ‚schuldigen‘ *Personen*. Wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, werden vermeintlich Schuldige vorzugsweise in Kreisen von sog. Sozialschmarotzern und Migranten gesucht.²⁷

²⁴ Jan Göbel, Martin Gornig und Hartmut Häußermann (2010), S. 7–8, auf der Website http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.357505.de/10-24-1.pdf (Zugriff: 20.10.2010)

²⁵ Ulrike Herrmann (2010), S. 33, 37 und 40.

²⁶ Ulrike Herrmann (2010), S. 90 und 117. – Vgl. auch Helmut Creutz (1993/2003), S. 156 - 175, 292 - 311 und 392 - 406.

²⁷ Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess und Elmar Brähler (2010), auf der Website <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf> (Zugriff: 20.10.2010)

Zwar ist die Auflösung der Mittelschichten in Deutschland noch nicht so weit fortgeschritten wie in anderen Ländern, u.a. in den USA. Aber verstärkt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise schreitet sie auch in Deutschland voran. Dieser Fehlentwicklung lässt sich nicht mit herkömmlicher Interessenpolitik für den Mittelstand begegnen, die lediglich darauf bedacht ist, die Position des Mittelstandes in der ansonsten hierarchisch geschichtet bleibenden Gesellschaft zu festigen. So sehen Ulrike Herrmann und einige Ökonomen wie Thomas Piketty und Joseph Stiglitz in einer Anhebung der Spitzensteuersätze und Erbschaftssteuern eine „mit dem Kapitalismus zu vereinbarende“ Möglichkeit, die weitere Auflösung der Mittelschichten und den Zerfall der Gesellschaft in wenige Reiche und viele Arme zu stoppen. Mit einer solchen Umverteilung geht es Herrmann „nicht darum, den Eliten alle ihre Privilegien zu nehmen. Soziale Hierarchien wird es in einer kapitalistischen Gesellschaft immer geben. Dafür sorgt schon das Prinzip des Eigentums. Aber die Kluft zwischen den einzelnen Schichten sollte nicht zu groß werden.“²⁸

Eine solche fiskalische Umverteilung mag ein notwendiger erster realpolitischer Schritt zu einer Umkehr sein. Aber es reicht nicht aus, die Kluft zwischen Reichtum und Armut nur *teilweise* schließen zu wollen, denn - wie schon Emanuel Sieyès hervorhob - sind „*alle* Privilegien ihrem Wesen nach ungerecht“. Sie machen wirtschaftliches Handeln gemäß seinem „Urgesetz“ und Kants „kategorischem Imperativ“ unmöglich und gewähren Sonderinteressen den Vorrang vor dem Allgemeinwohl. Soll fatalistisch hingenommen werden, dass es soziale Ungleichheit und hierarchische Herrschaftssysteme „immer geben wird“? Im Interesse einer Verwirklichung demokratisch-republikanischer Bürgergesellschaften läge es nicht nur, die „Kluft zwischen den einzelnen Schichten nicht zu groß werden zu lassen“. Nach zwei Jahrhunderten zwiespältiger bis sehr leidvoller Erfahrungen mit dem Kapitalismus, mit seinen Abstürzen in Totalitarismen und zuletzt mit der neoliberalen Hypertrophie einer ‚ungleichen Freiheit‘ und einer Vernachlässigung der Brüderlichkeit bzw. Geschwisterlichkeit aller Menschen ist es an der Zeit, gedanklich wieder zum Ausgangspunkt der Moderne zurückzukehren und einen großen Bogen von Montesquieus Vision einer „Mittellage von Talenten und Vermögen“ zu der von dem Wirtschaftshistoriker Richard Wilkinson und der Epidemiologin Kate Pickett formulierten Einsicht zu schlagen, dass „Gleichheit Glück“ ist und dass „gerechte Gesellschaften für alle besser sind“.²⁹

In Erinnerung an die von Montesquieu und anderen Philosophen der Aufklärung zum gesellschaftlichen Leitbild erhobene Liebe zur Gleichheit und Genügsamkeit, Republik und rechtsstaatlicher Demokratie und im Rückblick auf die mehr als zwei Jahrhunderte andauernden Wege und Abwege in die Moderne wäre zu fragen: Weshalb folgte auf die alte Feudalgesellschaft ‚nur‘ eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft mit einer neuen Herrschaftspyramide? Warum entwickelte sich nicht die

²⁸ Ulrike Herrmann (2010), S. 179 und 182. - Vgl. auch Thomas Piketty (2013/2014), S. 587 - 787 (zunehmende soziale Ungleichheit). - Steffen Mau (2012). - Joseph Stiglitz (2015).

²⁹ Richard Wilkinson & Kate Pickett (2010).

erhoffte egalitäre Bürgergesellschaft mit solidarisch verbundenen Freien und Gleichen? Und wie könnte sich mit mehr als zweihundertjähriger Verspätung erreichen lassen, dass die ursprünglichen Hoffnungen der aufgeklärten Philosophen und der Wegbereiter der Französischen Revolution nach dem langen Umweg über den Kapitalismus, Kommunismus, Faschismus/Nationalsozialismus und den neoliberalen Casino-Finanzkapitalismus vielleicht doch noch in zeitgemäßen nachkapitalistischen Formen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität in Erfüllung gehen? Wie könnte eine zweite Moderne ohne die Widersprüchlichkeiten und tragischen Verirrungen der ersten Moderne aussehen?

Alle Schichten von der Groß- über die Kleinbourgeoisie, die freien Berufe und die Angestellten und Arbeiter bis hin zum Prekariat könnten sich in einem neuen, in sich homogenen dritten Stand zusammenfinden, der nicht identisch wäre mit dem bislang zwischen Ober- und Unterschichten eingezwängten Mittelstand und darum mit diesem auch nicht verwechselt werden sollte. Dieser von jeglichen Privilegien freie dritte Stand könnte zu einer ganz neuen Form eines „Reiches der Mitte“ werden. Ebenfalls wäre die Einsicht vonnöten, dass das bürgerliche Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht per se eine verwerfliche Quelle von wirtschaftlicher Macht ist, dass es vielmehr erst aufgrund seiner Konzentration in wenigen Händen zu einem Machtinstrument geworden ist und im Falle seiner Dezentralisierung tatsächlich noch zu einem schon von den Aufklärern erhofften Mittel werden könnte, gleichermaßen freien Bürgerinnen und Bürgern zu einer wirtschaftlich unabhängigen und selbstständigen Existenz zu verhelfen. In einer solchen egalitären Bürgergesellschaft aus wirtschaftlich selbstständigen „Citoyens“ (Rousseau) mit einem in kleineren und mittleren Größenordnungen sehr breit gestreuten Eigentum, also mit einer „Mittellage ihrer Talente und ihrer Vermögen“ (Montesquieu) würde auch die politische Zivilgesellschaft gestärkt, was Rechtsstaatlichkeit und Demokratie schützen würde - nicht zuletzt vor ihrer weiteren Instrumentalisierung durch Herrschaftsinteressen und vor einem nochmaligen Absturz in autoritär-totalitäre Herrschaftsformen.

Kapitel 2

Der Laissez-faire-Kapitalismus der liberalen Klassiker und seine frühsozialistischen Gegenbewegungen

2 Der Laissez-faire-Kapitalismus der liberalen Klassiker und seine frühsozialistischen Gegenbewegungen

2.1 Adam Smith's Vision einer bürgerlichen Marktgesellschaft und die Realität der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft

Eigeninteresse und Sympathiegefühle

Der Übergang vom feudalabsolutistischen Zeitalter mit seiner staatlich gelenkten merkantilistischen Wirtschaft zur modernen bürgerlichen Gesellschaft mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Freiheit von menschlichen Individuen auf sich selbsttätig ordnenden Märkten ist eng mit dem Namen des schottischen Astronomen, Moralphilosophen und Ökonomen Adam Smith (1723–1790) verbunden. Im Sinne der Philosophen des Humanismus und der Aufklärung hatte Smith in seiner „Theorie der ethischen Gefühle“ (1759) sein Bild vom Menschen entworfen, der – von der Bevormundung durch geistliche und weltliche Mächte befreit – als selbstverantwortliches Individuum seinem legitimen Eigeninteresse folgt und sich dabei aufgrund seiner „Sympathie“ für seine Mitmenschen mit ihnen auch rücksichtsvoll verbunden weiß. In der Natur des Individuums lägen „offenbar gewisse Prinzipien ..., die ihn dazu bestimmen, an dem Schicksal anderer Anteil zu nehmen, und die ihm selbst die Glückseligkeit dieser anderen zum Bedürfnis machen.“ Daher würde das Individuum „die heiligsten Gesetze der Gerechtigkeit achten“, weil ihm nämlich ein „innerer Richter“ als „unparteiischer Zeuge“ innewohne, der ihn darauf achten lasse, die „ehrlichen Spielregeln“ einzuhalten. „In dem Augenblick, in dem gegenseitige Schädigung beginnt, werden alle Bande der Gesellschaft gebrochen.“¹

Im Übrigen betrachtete Smith „die Sorge für die allgemeine Glückseligkeit *aller* vernünftigen und fühlenden Wesen“ jedoch als „das Geschäft Gottes und nicht das des Menschen. Dem Menschen ist ein weit niedrigerer Arbeitsbereich zugewiesen, aber einer, der der Schwäche seiner Fähigkeiten und der Enge seiner Fassungskraft weit angemessener ist.“² –

In seinem Standardwerk der Ökonomie „Wohlstand der Nationen“ (1776) beschrieb Adam Smith ausführlich, wie das arbeitsteilige Wirtschaften der einzelnen selbstständigen, nur auf ihren eigenen Gewinn bedachten Produzenten von freien Märkten zu einem sinnvollen, dem allgemeinen Wohl entsprechenden Ganzen zusammengefügt wird. Die Menschen hätten eine „natürliche Neigung zu handeln

¹ Adam Smith (1759/1977), S. 1 (individuelle Rücksichtnahme auf andere Menschen und zwischenmenschliche Sympathien), 123 (unparteiischer Zuschauer), 124 (ehrliche Spielregeln), 125 (heiligste Gesetze der Gerechtigkeit), 128 (alle Bande der Gesellschaft) und 199 (innerer Richter).

² Adam Smith (1759/1977), S. 122 (Verantwortungsbereiche Gottes und des Menschen).

und Dinge gegeneinander auszutauschen. ... Gib mir, was ich wünsche, und du bekommst, was du benötigst. ... Jeder kann nach seinem Bedarf das kaufen, was wiederum andere aufgrund ihres Talents hergestellt haben. ... Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen. Sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. ... Niemand möchte weitgehend vom Wohlwollen seiner Mitmenschen abhängen. ... So lebt eigentlich jeder vom Tausch oder er wird in gewissem Sinne ein Kaufmann. Und das Gemeinwesen entwickelt sich letztlich zu einer kommerziellen Gesellschaft.“³

Natürliche Ordnung der Wirtschaft

Anders als im Merkantilismus, in dem die Wirtschaft von ‚sichtbaren Händen‘ der Feudalherrscher reglementiert worden war, könnten freie, sich selbst überlassene Märkte – gleichsam wie von einer „unsichtbaren Hand“ geleitet – sich selbsttätig ordnen und sich auch von selbst in einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht stabilisieren. Die Aufgabe der selbsttätigen Koordination von Angebot und Nachfrage übernahm das nach Auffassung von Smith „überall nutzbringend“ umlaufende Geld, welches eine hohe Komplexität der Tauschbeziehungen ermöglichte, die weit über die Umständlichkeiten des Naturaltausches hinausging. Das Geld wurde zum „unentbehrlichen ... großen Schwungrad im Wirtschaftskreislauf und wichtigsten Hilfsmittel im Handel ..., gegen das man alle Dinge leicht eintauschen kann.“⁴

Beim Geld hatte Adam Smith in erster Linie Münzen aus Gold, Silber und Kupfer vor Augen, zu deren Herstellung menschliche Arbeit erforderlich ist – ebenso wie zur Herstellung der Waren, deren Austausch die Münzen dienen. Die sowohl in den Waren als auch in den Geldmünzen enthaltene menschliche Arbeit mache das Geld und die Waren miteinander vergleichbar. „Arbeit ist demnach das wahre oder tatsächliche Maß für den Tauschwert aller Güter“ und auch für den Tauschwert des Geldes.⁵ Wurde für die Herstellung von 100 Ellen Leinentuch genauso viel Arbeit aufgewendet wie für die Förderung und Prägung von 10 Goldmünzen à 5 £, d.h. haben die 100 Ellen Leinentuch und die 50 £ den gleichen Arbeitsaufwand verursacht, so werden diese 100 Ellen Leinentuch und die 50 £ auf dem Markt als Äquivalente ausgetauscht. Aller Austausch von gleichwertigen Waren und Geld beginnt also aus der Sicht einzelner Produzenten mit dem Verkauf eigener Produkte und der Verwendung des Verkaufserlöses für den Kauf der Produkte von anderen Produzenten: Ware – Geld – Ware (W – G – W).

Daran änderte sich nach Auffassung von Smith auch nichts, als anstelle des Metallgeldes Papiergeld als Tauschmittel und Wertmesser verwendet wurde: „Tritt an

³ Adam Smith (1776/1978), S. 16 – 19 und 23.

⁴ Adam Smith (1776/1987), S. 27, 238, 240 und 294.

⁵ Adam Smith (1776/1987), S. 28.

die Stelle von Gold- und Silbermünzen Papiergeld, so wird ein kostspieliges Tauschmittel durch ein wesentlich billigeres ersetzt, das zudem gleich dienlich ist.“ Dennoch kann in einem Land „bei gleichbleibender Wirtschaftstätigkeit nur so viel Papiergeld reibungslos umlaufen, wie an dessen Stelle Gold- und Silbermünzen umlaufen würden.“ Das Papiergeld behielt also nach Ansicht von Smith eine Rückbindung an den Wert der Münzmetalle: „Was man für Papiergeld kauft oder verkauft, muss daher zwangsläufig genauso billig sein, wie wenn man Gold und Silber dafür hingegeben hätte.“⁶

Adam Smith war davon überzeugt, dass die Märkte und das Geld die selbstständigen Produzenten zu einer „natürlichen Ordnung einer vollkommenen Freiheit und Gerechtigkeit“ integrieren. Er räumte übrigens landwirtschaftlichen „Gütern für den Lebensbedarf“ noch einen „Vorrang vor solchen“ ein, „die dem Genuss und dem Luxus dienen. Die Kultivierung und Verbesserung des Bodens, der für uns den Lebensunterhalt liefert, müssen daher wichtiger sein als die Entwicklung der Stadt, die uns lediglich mit Dingen versorgt, die unserer Bequemlichkeit und dem Luxus dienen.“ In der Landwirtschaft, aber auch im Handwerk, im Handel und in den industriellen Gewerben würde eine Vielzahl von Produzenten in einem freien Leistungswettbewerb miteinander stehen. Als arbeitsteilig wirtschaftende Produzenten seien sie allesamt wechselseitig aufeinander angewiesen und kein Produzent habe wirtschaftliche Macht über andere Produzenten. Sie alle stünden quasi auf etwa gleicher Augenhöhe nebeneinander, denn „der Unterschied der Begabungen ist weit geringer“, als vielfach angenommen werde.⁷

Betriebliche Hierarchien und Monopole

Gleichwohl beobachtete Adam Smith durchaus auch das Aufkommen von Monopolen, die den gerechten Ausgleich von Angebot und Nachfrage störten. Er kritisierte sie deshalb als „nutzlos und schädlich“: „Der Monopolist versorgt den Markt ständig mangelhaft.“ Und ebenso kritisierte Smith, dass „Geschäftsleute des gleichen Gewerbes selten zusammenkommen, ohne dass irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise erhöhen kann. ... Kaufleute sind immer daran interessiert, den Wettbewerb einzuschränken. ... Geschäftsleute wollen ihren Gewinn über die natürliche Spanne hinaus erhöhen.“ Solche Unternehmer und Kaufleute, die nach eigenen Vorteilen aus der Monopolisierung des Binnenmarktes streben, betrachtete Smith als eine „Gruppe von Menschen, deren Interesse niemals dem öffentlichen Wohl genau entspricht und die in der Regel vielmehr daran interessiert sind, die Allgemeinheit zu täuschen.“⁸

⁶ Adam Smith (1776/1987), S. 35, 241, 247 und 267 - 268.

⁷ Adam Smith (1776/1987), S. 509 und 18 sowie 312 (Vorrang der Landwirtschaft vor städtischer Industrie).

⁸ Adam Smith (1776/1987), S. 54, 112, 213 und 371 - 373.

Die Monopolisierung der Märkte stellte für ihn eine Einschränkung der allgemeinen Gewerbefreiheit dar und er sah in ihr auch eine „ständige Gefahr für die Regierung“, da Monopolisten regelmäßig versuchten, „die Legislative einzuschüchtern.“ Smith äußerte sich sehr kritisch über das „erbärmliche Monopoldenken“ und die „eigennützige Sophisterei der Kaufleute und Unternehmer“. Umso verwunderlicher ist, dass er dennoch in der Bildung von Monopolen keine dauerhafte Gefahr für den Wettbewerb erkannte. Zwar ließen sich Preisabsprachen zur Beschränkung des Wettbewerbs „unmöglich durch irgendein Gesetz unterbinden, das durchführbar und mit Freiheit und Gerechtigkeit vereinbar wäre“. Aber solange der Staat die Monopolstellungen nicht legalisiere, seien sie nicht von längerer Dauer.⁹

In der Gewissheit, dass dem freien Wettbewerb langfristig keine Gefahren durch die Monopole drohten, unterließ Adam Smith es auch ganz und gar, nach Ursachen der Monopolbildung zu suchen. Tragischer Weise bemerkte er auch eine weitere Fehlentwicklung der bürgerlichen Marktgesellschaft nicht: die hierarchische Unterordnung der aus Tagelöhnern, Dienstboten und Arbeitern bestehenden „Masse der Bevölkerung“ unter eine Minderheit von Kapital besitzenden Unternehmern: „Im gesamten Handwerk und Gewerbe sind fast alle Arbeiter auf einen Unternehmer angewiesen“ – auf einen Unternehmer als „Projektemacher“. Nur in ganz seltenen Fällen hätten Handwerker genügend Kapital, um unabhängig und selbstständig wirtschaften zu können. Sie seien dann „Unternehmer und Arbeiter in einer Person“. Im Übrigen nahm Smith die Lohnabhängigkeit vieler Arbeiter von wenigen Unternehmern als unabänderliche Selbstverständlichkeit hin: „In ganz Europa kommt auf zwanzig abhängige Arbeiter nur einer, der selbstständig ist.“¹⁰ Auch David Ricardo, der führende klassische Ökonom in der Generation nach Smith, nahm es als Selbstverständlichkeit hin, dass die bürgerliche Gesellschaft in eine Minderheit von Kapitaleigentümern und in eine Mehrheit von besitzlosen Arbeitern aufgeteilt war.¹¹

Unerkannte Geld- und Zinsproblematik

Diese Unterordnung der Arbeiter unter die Unternehmer und die Beschränkung der Konkurrenz durch Monopole machten die Entwicklung einer egalitären Bürgergesellschaft von wirtschaftlich und politisch selbstständigen Freien und Gleichen von vornherein unmöglich. Doch was könnte der tiefere Grund dafür gewesen sein, dass Adam Smith und David Ricardo die Ausbreitung einer hierarchisch geschichteten bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft nicht als eine Fehlentwicklung erkannten und dass sie es als Selbstverständlichkeit hinnahmen, dass

⁹ Adam Smith (1776/1987), S. 112, 213, 367, 385 und 407 (eigennützige Sophistereien und Monopoldenken).

¹⁰ Adam Smith (1776/1987), S. 49, 54 - 58, 68 und 308.

¹¹ David Ricardo (1817/1972), S. 77 (Kapitalistenklasse) und 105 (Kapitaleigentümer und Arbeiter).

sich Kapital in den Händen weniger Unternehmer ansammelte, während Arbeiter auf lohnabhängige Beschäftigungen angewiesen waren? Hierzu dürfte maßgeblich beigetragen haben, dass sie am Beginn des modernen Kapitalismus noch keine Vorstellung davon haben konnten, welche die Gesellschaft spaltende Wirkung das Geld noch entfalten sollte.

Obwohl ihm das Sprichwort „Wo Geld ist, kommt Geld hinzu“ geläufig war, ahnte Adam Smith noch nicht, dass das Geld neben seiner dienenden Funktion als Tauschmittel über seine Konzentration in den Händen von Minderheiten auch eine strukturelle Herrschaft über Menschen und Märkte entfalten könnte. Im Gegensatz zur merkantilistischen Identifikation von Geld mit Reichtum stellte das Geld für ihn wie für die gesamte klassische Ökonomie ein ganz und gar unbedenkliches Mittel dar, das den Austausch von Waren im Vergleich zum früheren Naturaltausch lediglich erleichtert. Es „dient allein dem Umsatz von konsumierbaren Gütern. ... Geld ist ein anerkanntes und eingeführtes Mittel im Handel, gegen das man alle Dinge leicht eintauschen kann.“ Während Waren „vielen anderen Zwecken dienen“, könne Geld „ausschließlich zum Erwerb von Gütern verwendet werden. Im Geld liegt daher zwangsläufig die Tendenz zum Güterkauf. ... Menschen lieben Geld also nicht des Geldes, sondern der Güter wegen, die sie damit kaufen können.“¹²

Wie vor ihm schon der englische Philosoph John Locke¹³ betrachtete Smith außerdem eine besondere Eigenschaft des Geldes als einen Vorzug, obwohl gerade sie zur Quelle von problematischen Schattenseiten des Geldes werden sollte – nämlich seine im Vergleich zur menschlichen Arbeit und ihren Produkten höhere Haltbarkeit. Es sei vernünftig gewesen, Metalle anstelle von Teeziegeln, Fellen oder Salz als Tauschmittel zu verwenden, da Metall sich nicht nur wegen seiner exakten Teilbarkeit am besten als Wertmesser eigne, sondern auch „haltbarer als jede andere Ware ist und sich ohne nennenswerten Verlust aufbewahren“ lässt. „Waren sind zumeist verderblicher als Geld, so dass ein Kaufmann, will er sie auf Lager halten, häufig einen entsprechend höheren Verlust erleiden mag.“ Verderblicher als Geld ist auch die menschliche Arbeit. Smith erkannte durchaus das Ungleichgewicht zwischen Unternehmern und Arbeitern in ihren Lohnkonflikten: „Die Unternehmer können viel länger durchhalten. ... Dagegen könnten viele Arbeiter ohne Beschäftigung nicht einmal eine Woche, wenige einen Monat und kaum einer ein ganzes Jahr überstehen. Für längere Zeit mag zwar der Unternehmer genauso auf den Arbeiter angewiesen sein wie umgekehrt dieser auf ihn, für kurze Zeit ist er es aber nicht.“¹⁴ Allerdings nahm Smith keinen Anstoß an diesem Vorteil der Unternehmer gegenüber den Arbeitern und drang noch nicht zu der Einsicht vor,

¹² Adam Smith (1776/1987), S. 80, 280, 347 und 355 - 357.

¹³ John Locke (1689/2007): „Die Menschen waren überein gekommen, dass ein kleines Stück gelben Metalls, das sich weder abnutzt noch verdirbt, den gleichen Wert haben sollte wie ein großes Stück Fleisch oder ein ganzer Haufen Getreide. ... So kam der Gebrauch des Geldes auf, einer beständigen Sache, welche die Menschen, ohne dass sie verdarb, aufheben und nach gegenseitiger Übereinkunft gegen die wirklich nützlichen, aber verderblichen Lebensmittel eintauschen konnten.“ (S. 37 und 45)

¹⁴ Adam Smith (1776/1987), S. 23, 355 und 58.

dass die soziale Ungleichheit zwischen Unternehmern und Arbeitern die Folge des Umstands sein könnte, dass sich Geldbesitzer einerseits und die Anbieter von Arbeit und Waren andererseits auf den Märkten strukturell nicht auf gleicher Augenhöhe gegenübertraten. Smith kam noch nicht auf den Gedanken, dass der qualitative Unterschied zwischen dem Geld und der Arbeit bzw. den Waren dem Geld die den Wettbewerb verzerrende Möglichkeit verschafft, sich von der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen mit einem Zins ‚angemessen bedienen‘ zu lassen oder sich andernfalls vorübergehend von den Märkten zurückzuziehen und seinen Dienst als Tauschmittel zu verweigern.

Geld ist also keineswegs nur – wie Adam Smith und nach ihm andere klassische Ökonomen wie Jean Baptiste Say meinten – „ein treuer Freund“, der im Wirtschaftskreislauf verlässlich „von Hand zu Hand geht“. Die dem Geld von ihm zugeschriebene „Tendenz zum Güterkauf“ wirkt nämlich nicht immer und überall „zwangsläufig“.¹⁵ Arbeitende sind auf einen baldigen Tausch ihrer Waren gegen Geld angewiesen, um Hunger und zusätzliche Aufwendungen für die Instandhaltung ihrer Waren zu vermeiden. Demgegenüber können Geldbesitzer mit dem Tausch ihres Geldes gegen Waren zeitweise warten – zumindest wenn sie über größere Geldbeträge verfügen, die über die Güter des täglichen Bedarfs hinausgehen. So kann sich das Geld unter Umständen auch als ein Widersacher des Gemeinwohls erweisen, wenn es den wirtschaftlichen Tauschkreis zeitweise unterbricht und – mehr noch – wenn es geradezu wie ein nicht sichtbarer, struktureller Dieb wirkt, der über den Zins Einkommen und Vermögen von den Arbeitenden zu den Privilegierten umverteilt.

Anders als die mittelalterliche Scholastik beargwöhnte Smith den Zins des Geldes nicht und sah darin kein leistungsloses Einkommen – im Gegenteil, vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung, dass sich der Zins während des Mittelalters nicht durch Verbote hatte aus der Welt schaffen lassen, gab ihm Smith eine wissenschaftliche Rechtfertigung: „Da man Geld überall nutzbringend verwerten kann, sollte man eigentlich überall für seine Nutzung etwas bezahlen.“¹⁶ Unter diesen Umständen wird das Geld von den Menschen nicht nur wegen seiner Eigenschaft als dienendes Tauschmittel geschätzt, sondern mehr noch als ein Mittel geliebt, sich über seine Vermehrung Vermögen, Einfluss, Prestige und wirtschaftliche Macht anzueignen. Neben der menschlichen Arbeit erkannte Adam Smith also auch den Zins des Geldes als ein vermeintlich menschlicher Leistung entspringendes Einkommen an: „Wer sein Kapital anlegt, arbeitet selbst produktiv.“¹⁷

¹⁵ Adam Smith (1776/1987), S. 348 und 355. – Jean Baptiste Say betrachtete das Geld ähnlich wie Smith als ein bloßes „Vehikel des Warenwerts“ und als seine „Zwischenware“, die für eine permanente Gleichheit von gesamtwirtschaftlichen Angeboten und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage sorgt, die Märkte vollständig räumt und den Wirtschaftskreislauf geschlossen hält. (Traité d'économie politique, zitiert nach Werner Hofmann (1971), S. 48 – 51.

¹⁶ Adam Smith (1776/1987), S. 83 und 294.

¹⁷ Adam Smith (1776/1987), S. 297.

Und als dritte Einkommenskategorie gab es schließlich noch die den Eigentümern des privaten Bodeneigentums zufließende Bodenrente. John Locke hatte das Privateigentum am Boden in dem Maße gerechtfertigt, in dem ein Mensch den Boden bearbeiten kann. Durch die private Aneignung von einem Stück Land könne niemand Schaden nehmen, „da noch genügend und gleich gutes Land übrig blieb.“¹⁸ Während Smith das feudale Großgrundeigentum als eine „barbarische Einrichtung“ ablehnte, übernahm er von Locke die Rechtfertigung des privaten Bodeneigentums, obwohl ihm bewusst war, dass der Boden wegen seiner natürlichen Begrenztheit ein Monopolgut und die Bodenrente deshalb eigentlich ein „Monopolpreis“ war: „Von allen drei Klassen brauchen die Grundbesitzer allein weder Arbeit noch Mühe aufzuwenden, um ein Einkommen zu erhalten. Es fließt ihnen einfach von selbst zu, ohne dass sie Pläne oder Projekte entwerfen oder verwirklichen brauchen.“ Aus diesem Grund erwog Smith bereits ähnlich wie der französische Physiokrat Anne-Robert Turgot mit seinem Vorschlag einer Bodensteuer als einziger Steuer („l'impôt unique“, 1766), die private Bodenrente zugunsten der Allgemeinheit zu besteuern. Jedenfalls betrachtete er die von „einer Schule französischer Gelehrter“ vorgeschlagene „Steuer auf die Grundrente“ als eine „geistreiche Theorie“, obwohl er selbst auch noch andere Steuerarten zur Finanzierung des Staates vorsah. Und im Hinblick auf die Ressourcen hob Smith sogar schon hervor, dass „die nachfolgenden Generationen ... das gleiche Recht auf die Erde und auf alles (haben), was sie trägt, wie jeweils ihre Vorfahren.“¹⁹

Soziale Spaltung der Marktgesellschaft in Bodeneigentümer, Unternehmer und Arbeiter

Die privaten Eigentümer des Bodens, die Unternehmer und die lohnabhängig beschäftigten Arbeiter waren für Adam Smith die „drei großen Klassen, aus denen von Anfang an jede entwickelte Gesellschaft besteht.“ Aus diesem - auch von David Ricardo geteilten - kapitalen Irrtum und der letztlich Anerkennung des Arbeitslohns, der Bodenrente und des Zinseszins bzw. des Kapitalgewinns als den „drei Quellen eines jeden Einkommens“²⁰ ergaben sich besonders im Hinblick auf den Arbeitslohn und den Kapitalgewinn weitere Fehleinschätzungen, die die weitere Entwicklung ökonomischer Theorien auf Abwege führte:

¹⁸ John Locke (1689/2007), S. 33 – 34.

¹⁹ Adam Smith (1776/1987), S. 44, 126 und 211 - 212 (Bodenrente als Monopolpreis), 317 (gleiches Recht aller Menschen auf die Ressourcen der Erde; Großgrundeigentum als barbarische Einrichtung) und 705-717 (Bodensteuer), besonders S. 708 (Bodensteuer als geistreiche Theorie der französischen Physiokraten). - Vgl. auch David Ricardo (1817/1972), S. 144 - 150 und 240 - 248.

²⁰ Adam Smith (1776/1987), S. 211 (drei große Klassen), 46, 57 und 514 (drei Einkommensarten). - David Ricardo (1817/1972), S. 33: „Der Ertrag der Erde verteilt sich unter drei Klassen des Gemeinwesens, nämlich den Eigentümer des Bodens, den Besitzer des Vermögensstammes oder Kapitals und die Arbeiter.“

• Arbeitslohn

Smiths anfängliche Anerkennung der menschlichen Arbeit als „einziges allgemein gültiges Wertmaß oder alleiniger Maßstab, nach dem man die Werte der verschiedenen Waren immer und überall miteinander vergleichen kann“, hätte ihn zur Forderung nach einem vollen, nicht durch leistungslose Einkünfte aus Bodenrenten und Kapitalzinsen geschmälernten Arbeitsertrag veranlassen können. Stattdessen postulierte er die Existenz „natürlicher Sätze“ von Arbeitslohn, Bodenrente und Kapitalgewinn und begnügte sich mit der Forderung, dass der Arbeitslohn mindestens dem Existenzminimum entsprechen müsse: „Der Mensch ist darauf angewiesen, von seiner Arbeit zu leben, und sein Lohn muss mindestens so hoch sein, dass er davon existieren kann. ... Keine Nation kann blühen und gedeihen, deren Bevölkerung weithin in Armut und Elend lebt.“²¹

• Kapitalgewinn

Smith erwähnte zwar auch einige Male die Existenz der Bank of England sowie von Banken und Börsen, aber in den Anfängen des Laissez-faire-Kapitalismus hatte er erst hauptsächlich Unternehmer vor Augen, die eigene Ersparnisse als Kapital in ihre Handwerksbetriebe, gewerblichen Manufakturen oder Handelsunternehmen investierten: „Kaufleute und Fabrikanten sind die beiden Gruppen, die gewöhnlich die größten Kapitalien investieren. ... Kapital wird durch Sparsamkeit erhöht und durch Verschwendung und Misswirtschaft vermindert.“²²

Dabei übersah Smith eine innere Widersprüchlichkeit sowohl der Unternehmer als auch ihrer Kapitalien. Die Fabrikanten und Kaufleute gerieten in eine widersprüchliche Doppelrolle. Einerseits agierten sie als Unternehmer, die für die Leitung ihrer Geschäfte einen Unternehmerlohn als Arbeitseinkommen erhielten. Andererseits wurden sie gleichzeitig auch zu Kapitalisten, die ein leistungsloses Einkommen aus der Verzinsung ihres Eigenkapitals erzielen konnten. Zwei Seelen schlugen also in ihrer Brust und der innere Zwiespalt in den einzelnen Unternehmerkapitalisten wurde dadurch verdeckt, dass Smith ihre sowohl leistungsbezogenen wie auch leistungsfremden Einkommensbestandteile undifferenziert im Sammelbegriff ‚Kapitalgewinn‘ zusammenfasste.

Daraus ergab sich eine gleichermaßen widersprüchliche Kapitalbildung, die sich aus zwei unterschiedlichen Quellen speiste: zum einen aus angesparten Teilen des Unternehmerlohns und zum anderen aus angesparten Zinseinkünften und Bodenrenten. Ebenso wie Smith den Kapitalgewinn insgesamt zu Unrecht als ein Leistungseinkommen rechtfertigte, so erblickte er auch in dem aus legitimen und ille-

²¹ Adam Smith (1776/1987), S. 28, 33 [Arbeit als alleiniges Wertmaß] sowie 48, 55 [natürliche Sätze von Bodenrente, Arbeitslohn und Kapitalgewinn], 59 und 68 [Existenzminimum].

²² Adam Smith (1776/1987), S. 241, 262, 271 und 392 - 401 [Banken und Börsen] sowie 212 und 278 [Kapitalbildung].

gitimen Quellen akkumulierten Kapital ein komplett „heiliges und unverletzliches Eigentum“ der Unternehmer.²³ Dabei bemerkten er und die weiteren Ökonomen des klassischen Liberalismus nicht, dass das private Eigentum an den Produktionsmitteln auch ‚unheilige‘ Bestandteile enthielt und dass die Schmälerung des Arbeitslohns zugunsten von Kapitalzinsen und Bodenrenten die Arbeiter insofern ‚verletzte‘, als sie deren Möglichkeiten beschnitt, erarbeitetes Einkommen zu sparen und eigene Produktionsmittel zu erwerben oder sich zu Genossenschaften zusammenzuschließen.

Eingeschränkte Fähigkeit der kapitalistisch verfälschten Märkte, sich selbsttätig zu ordnen und zu stabilisieren

Die Fehleinschätzung des Geldes als vermeintlich neutrales Tauschmittel und die Akzeptanz von Bodenrenten und Kapitalzinsen als vermeintlichen Leistungsentgelten durchsetzten die „vollkommene Freiheit“ der Märkte und „völlige Gewerbefreiheit“²⁴ mit Privilegien, die aus der gleichen Freiheit für alle Menschen ein ‚Recht‘ von wenigen Stärkeren machten und einen Leistungswettbewerb auf freien Märkten in einen Verdrängungswettbewerb auf monopolkapitalistisch verfälschten Märkten umwandelten. So entstand nach dem Ende des Feudalismus anstelle einer egalitären Gesellschaft freier und gleicher Bürger eine hierarchisch geschichtete Klassengesellschaft, in der eine Minderheit von Unternehmerkapitalisten über die Mehrheit von eigentumslosen lohnabhängigen Arbeitern herrschte.

Obendrein war diese keineswegs ‚natürliche Ordnung‘ der monopolkapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft auch in sich instabil – nicht nur weil Geldbesitzer die Möglichkeit bekamen, Geld- und Realkapital auf Kosten der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit zu akkumulieren und zu konzentrieren, sondern weil sie in Zeiten sinkender Renditen den Geldkreislauf durch einen vorübergehenden Rückzug ihres Geldes von den Märkten unterbrechen konnten. Die wirtschaftliche Realität entsprach also nicht dem von Jean-Baptiste Say (1767-1832) aufgestellten und von David Ricardo (1772-1823) übernommenen Theorem, wonach sich jedes Angebot automatisch mit Hilfe des Geldes seine eigene Nachfrage schaffe und zügig von den Märkten abgeräumt werde.

Schließlich vermochten auch die sich auf den kapitalistisch verfälschten Märkten bildenden Preise die Produktion nicht dem Bedarf der Menschen gemäß zu steuern. Die Schwingungen der Marktpreise der einzelnen Waren um ihre jeweiligen „natürlichen Preise“ würden Smith zufolge für eine selbsttätige Ausrichtung der Produktion am menschlichen Bedarf sorgen. Aber entgegen seiner ursprünglichen Ansicht, wonach „Arbeit das wahre oder tatsächliche Maß für den Tauschwert aller Güter“ ist, setzten sich die „natürlichen Preise“ – so seine spätere Auffassung –

²³ Adam Smith (1776/1987), S. 106. Immerhin lehnte Smith noch die Beschränkung der Haftung von Aktiengesellschaften ab; vgl. dazu Helge Peukert (2010), S. 461 - 462.

²⁴ Adam Smith (1776/1987), S. 99 und 103.

aus „natürlichen Sätzen“ nicht nur des Arbeitslohns, sondern auch der Bodenrente und des Kapitalgewinns zusammen. „Der Marktpreis kann entweder höher oder niedriger als der natürliche Preis oder ihm genau gleich sein. ... Der natürliche Preis ist gleichsam der zentrale, auf den die Preise aller Güter ständig hinstreben. ... Alles Erwerbsstreben passt sich auf solche Weise ganz natürlich der effektiven Nachfrage an.“²⁵ Als dezentrale Übermittler von Preisinformationen enthielten die in Geld ausgedrückten Preise also nicht nur Informationen über die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen. Daneben waren in die Preise immer auch gleichsam Falschinformationen über die Sonderinteressen der privaten Bodeneigentümer und der Unternehmerkapitalisten einkalkuliert, welche den Austausch von Informationen über den menschlichen Bedarf einschränkten und zu einer partiellen Desinformation der Produktion führten. -

Die im Frühkapitalismus offen zutage getretenen Funktionsmängel der kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft riefen vor allem im nachrevolutionären Frankreich und in England frühsozialistische Gegenbewegungen hervor, die nach Wegen suchten, die Märkte von Machtballungen zu befreien, das Kapital zu dezentralisieren und die bürgerliche Freiheit mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Die Tatsache, dass Smith immer nur von Kapitalgewinnen gesprochen und nicht mitbedacht hatte, dass Unternehmerkapitalisten auch Verluste machen konnten, und vor allem seine Rechtfertigung des in ihren Händen konzentrierten privaten Eigentums an den Produktionsmitteln trugen sehr dazu bei, dass im Laufe der Zeit auch anti-liberale Gegenbewegungen sowohl zum klassischen Liberalismus als auch zum Frühsozialismus entstanden, welche die Unternehmer pauschal als Kapitalisten und den Kapitalgewinn ebenso pauschal als Profit anklagten und das Privateigentum an den Produktionsmitteln ganz wieder abschaffen wollten.

2.2 Frühe Kritiken am Industriekapitalismus

Nach der Überwindung von Feudalismus und Merkantilismus entwickelte sich die Gesellschaft nicht zu einem in sich homogenen „Dritter Stand“ (Emmanuel Sièyes) aus wirtschaftlich und politisch freien und gleichen Bürgern, die selbstständig wirtschafteten, sondern zu einem neuen gesellschaftlichen Herrschaftssystem. An der Spitze dieser neuen, marktwirtschaftlich-kapitalistischen sozialen Pyramide erhob sich eine kleine Bourgeoisie von Unternehmer- und Handelskapitalisten über kleinbürgerliche Mittelschichten und eine große Masse von lohnabhängig beschäftigten Arbeitern bzw. den Arbeitslosen in der industriellen Reservearmee.

Die frühen Formen der Kritik an dieser neuen sozialen Ungleichheit waren noch von den ursprünglichen bürgerlichen Idealen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und von der Hoffnung geprägt, diese mit gleichsam historischer Verspätung doch noch verwirklichen zu können. Jedoch blieben die in den Strukturen des Geldes liegenden tieferen Wurzeln der sozialen Ungleichheit unerkannt, so

²⁵ Adam Smith (1776/1987), S. 28 und 48 - 51.

dass die nachrevolutionären Kritiker des Frühkapitalismus trotz mancherlei konstruktiver Detailüberlegungen kein ökonomisches Gesamtkonzept entwickeln konnten, das in der Lage gewesen wäre, der nächsten bürgerlichen Revolution von 1848 eine tragfähige wirtschaftliche Grundlage zu geben.

2.2.1 Sismonde de Sismondis erste Kritik an der gesellschaftlichen Spaltung in Reiche und Arme

Zu den ersten, noch im Liberalismus verwurzelten Kapitalismuskritikern gehörte der Ökonom und Historiker Sismonde de Sismondi (1773–1842). Nach ausgedehnten Reisen durch England und andere europäische Länder kehrte er in die vom Calvinismus geprägte Handelsstadt Genf zurück, die sich während der Reformation zu einer unabhängigen Republik erklärt hatte und wo zeitweise die aufgeklärten Philosophen Voltaire und Rousseau als Wegbereiter der Französischen Revolution gewirkt hatten.

In seinen „Neuen Grundsätzen der politischen Ökonomie“ (1819) akzeptierte Sismondi den Reichtum zwar als „etwas Nützliches, wenn er für alle Klassen Wohlstand mit sich bringt“. Aber er hielt es für „schlecht, wenn einige wenige Individuen ungeheure Reichtümer anhäufen.“²⁶ Dies veranlasste ihn allerdings nicht, Smiths Kritik an der Wettbewerbsbeschränkung durch Monopole aufzugreifen und sie gemäß der fortschreitenden Monopolisierung der Märkte zu vertiefen.

Anders als die meisten anderen klassischen Ökonomen verschloss Sismondi jedoch nicht die Augen vor der Krisenanfälligkeit der frühkapitalistisch deformierten Marktwirtschaft. Infolge der ungleichmäßigen Verteilung von Einkommen und Vermögen konnte die von Say postulierte Übereinstimmung von gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nicht zustande kommen: „Die gesamte Produktion ist stets für den Verbrauch bestimmt. Und wenn das jährliche Produkt auf dem Markt, für den es bestimmt war, keine Abnehmer findet, stockt notwendigerweise die Reproduktion und die Bevölkerung geht inmitten des größten Überflusses zugrunde.“²⁷

Lohnarbeit und Kapital

Hatte Smith die Unternehmerkapitalisten und ihren aus dem Unternehmerlohn sowie aus Kapitalzinsen und Bodenrenten zusammengesetzten Unternehmergewinn noch undifferenziert positiv gesehen, so verkehrte sich der Blick auf beides bei Sismondi ebenso pauschal ins Negative. Da er „allen Reichtum als Produkt der Arbeit“ ansah, kritisierte er, dass die Arbeiter in der modernen Gesellschaft nicht mehr selbst über Boden, Rohstoffe und Maschinen verfügten. Er beklagte die zu

²⁶ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 1, S. 27.

²⁷ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 1, S. 84.

niedrigen Löhne und zu lange Arbeitszeiten bis hin zu sozialen Missständen wie der Kinderarbeit. Gleichwohl akzeptierte er die Bodenrente, den Kapitalgewinn und den Arbeitslohn als die „üblichen“ drei elementaren Einkommensarten und kritisierte zugleich die „ungleiche Teilung zwischen dem Kapitalisten und dem Arbeiter“ und den „Gewinn eines Unternehmers als Raub an dem von ihm beschäftigten Arbeiter. ... Die Armen befinden sich in Abhängigkeit von den Kapitalisten“, welche sie ausbeuten, um „Profite ... auf Kosten der Menschlichkeit“ zu erlangen.²⁸

Geld als Äquivalent der Waren und Banken als bloße Dienstleister

Der Gedanke, dass dem Geld eine die Gesellschaft in Lohnarbeit und Kapital spaltende Kraft innewohnen könnte, lag Sismondi bei aller Kritik am Frühkapitalismus noch ebenso fern wie Adam Smith. Stattdessen sah er die soziale Ungleichheit als eine unvermeidliche Begleiterscheinung von Arbeitsteilung und Technik: „Der Fortschritt in Industrie und Produktion führte stets zur größeren Ungleichheit unter den Menschen ... Die Teilung der Arbeit ließ die Klassenunterschiede entstehen.“²⁹ Dagegen war das Geld auch noch für Sismondi ein bloßes „Äquivalent der Ware“, das als dienendes Tauschmittel „alle Beziehungen vereinfachte“ und sich „in unaufhörlicher Bewegung zwischen den Produzenten und den Verbrauchern“ befand. Am Edelmetallgeld schätzte er besonders dessen Eigenschaft, „sich ohne Veränderung lange zu erhalten“, und sah in der Auflösbarkeit der Einheit von Käufen und Verkäufen noch keine Gefahr, dass der Wirtschaftskreislauf durch zu lange Zeitabstände zwischen Käufen und Verkäufen gestört werden könnte.³⁰

Das von ihm als „immer steril“ angesehene Geld hat Sismondi zufolge auch keinen Einfluss auf die Kapitalbildung. „Das Kapital, fast immer durch Geld repräsentiert, ist dennoch alles andere als Geld. ... Das Geld bleibt steril und lässt kein Einkommen entstehen.“ Dementsprechend betrachtete Sismondi auch den Zins als eine rein realwirtschaftliche „Frucht des Kapitals und nicht des Geldes“. Die vor-moderne Kritik der Propheten und Kirchenväter am Zins als einem leistungslosen Einkommen wies er als eine „Folge religiöser Vorurteile“ und als „vernunftwidrig“ zurück. Dem Zins eine „verachtenswerte Bedeutung beizumessen“, kam für Sismondi einer „abgeschmackten Wortklauberei“ gleich. Er beobachtete auch, dass die Unternehmerkapitalisten nicht mehr wie zu Zeiten von Adam Smith größtenteils eigenes Kapital investierten, sondern auch begannen, mehr und mehr Fremdkapital von Banken zu leihen, um damit „Arbeit in Bewegung zu setzen“. Als „fungierende Kapitalisten bieten sie den Geldverleihern eine gewisse Beteiligung an den zu erwartenden Profiten an.“ Somit erscheint der Zins als einer von mehreren Bestandteilen des in der Produktion entstehenden Profits, den die Banken

²⁸ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 1, S. 84 – 86, 89, 97 – 98, 106 und 304 – 315.

²⁹ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 1, S. 80 – 81 und 88.

³⁰ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 1, S. 116 – 177 sowie Band 2, S. 1 – 2.

dafür erhalten, dass sie als „einfache Kassenverwalter der Handelskapitalisten“ den praktischen Zahlungsverkehr erleichtern.³¹

Privateigentum am Boden

Schließlich hielt es Sismondi für richtig, dass der Boden nach dem Ende des Feudalismus in privates Eigentum überging. Die private Aneignung des Bodens hielt er für eine „nutzbringende Usurpation“ und „vorteilhaft für die ganze Gesellschaft, weil sie dem Bearbeiter des Bodens die Gewissheit verlieh, sich ständig in vollem Maße der Früchte seiner Arbeit erfreuen zu können.“ Sismondi dachte hierbei ausschließlich an landwirtschaftlich genutzten Boden und ließ den städtischen Boden außer Acht. Erbteilungen hielt er aufgrund der steigenden Produktivität der Landwirtschaft für unproblematisch.³²

Die Vorstellung einer Überführung des Bodens in ein Gemeineigentum erschien Sismondi als eine „furchtbare Revolution. ... Die gesamte Ordnung der Gesellschaft wird umgestürzt.“ Dabei war ihm die Möglichkeit der Vergabe von privaten Nutzungsrechten im Wege der Erbpacht geläufig; er betrachtete sie sogar als eine „äußerst glückliche Erfindung“, aber nicht als eine zu verallgemeinernde Form der Nutzung des Bodens. Für wichtig erachtete Sismondi die uneingeschränkte Verkäuflichkeit des Bodens, damit in Schwierigkeiten geratene Bauern keine Hypotheken aufnehmen müssten, sondern ihre Höfe an kapitalkräftigere Eigentümer verkaufen könnten.³³

Bei alledem war Sismondi wie vor ihm bereits Smith durchaus die „Monopolstellung der Eigentümer des Bodens ... gegenüber dem Rest der Nation“ bewusst. Deshalb sollte der „Landbesitz stets einer solchen Gesetzgebung unterstellt werden, die tatsächlich das Wohl aller gewährleistet.“ Dennoch lehnte Sismondi im Zusammenhang mit seiner kritischen Auseinandersetzung mit David Ricardos Bodenrententheorie auch eine Bodensteuer ab, weil sie „Unordnung auf den Märkten“ schaffe und zu einer „gewissen Entfremdung vom Eigentum“ führe.³⁴

Bändigung des Frühkapitalismus – aber wie?

Sismondis Kritik am Frühkapitalismus blieb widersprüchlich und sie bot auch keine Mittel zu dessen Bändigung. Damit nicht nur die Angehörigen der oberen und mittleren Schichten, sondern auch die Menschen in den unteren Schichten aus der eigenen Kraft ihrer Arbeit ein „anständiges Leben“ führen könnten, wollte Sismondi in die bestehende soziale Ordnung „zwar korrigierend eingreifen, sie aber nicht

³¹ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 2, S. 2, 12, 25 – 28 und 62 sowie Band 1, S. 317.

³² Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 1, S. 136 – 138, 143 und 148.

³³ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 1, S. 149 (Revolution), 205 – 209 (Erbpacht) und 226 – 232 (Verkäuflichkeit des Bodens).

³⁴ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 1, S. 139 und 172 (Monopolstellung des Bodens) und S. 250 – 260 (David Ricardos Bodenrententheorie) sowie Band 2, S. 140 – 153 (Bodensteuer), hier: S. 150.

gänzlich umstürzen.“³⁵ Mit dieser Forderung nach einer nachträglichen Korrektur der von den monopolistisch verzerrten Märkten bewirkten Verteilung von Einkommen und Vermögen durch den Staat durchbrach Sismondi zwar das von Adam Smith aufgestellte klassische Dogma, wonach der Staat sich nicht in das Geschehen auf den Märkten einmischen dürfe. Aber auch er erkannte noch nicht die tieferen Ursachen der ungerechten Primärverteilung und blieb angesichts des „dürftigen Standes der Wissenschaften“ ratlos, mit welchen Mitteln die Politik die Wirtschaft reglementieren könnte.³⁶ Zudem wollte Sismondi den finanziellen Spielraum des Staates durch seine Forderung einschränken, dass „Steuern das Kapital nicht treffen dürfen.“³⁷

Ohne Einsichten in die geldwirtschaftlichen Wurzeln der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung mitsamt ihrer hierarchischen Klassenschichtung und ihrer immanenten Krisenanfälligkeit vermochte Sismondi letztlich keine gangbaren Wege für Interventionen des Staates in die Märkte zu weisen. „Der Staat ist geschaffen worden, um jeden einzelnen mit den Kräften aller gegen die Angriffe des anderen zu schützen. ... Diese Aufgabe ist schwierig, sie ist verwickelt. Ihre Lösung muss verknüpft sein mit dem größten Respekt vor der persönlichen Freiheit.“³⁸ Deshalb war für Sismondi eine Rückkehr von den sich unzureichend selbst ordnenden Märkten zu der „komplizierten und zur Unterdrückung neigenden Ordnung der Zünfte“ ausgeschlossen. Stattdessen überlegte er zusätzlich zu einer Armenfürsorge, ob sich die Lage der Arbeiter dadurch verbessern lassen könnte, dass sie über eine Gewinnbeteiligung zu Teilhabern der Fabriken werden. „Aber diese Utopie wird schwerlich zum Gegenstand der Gesetze werden.“ Als eine Möglichkeit der Arbeiter, sich untereinander zu solidarisieren, erschien ihm die Bildung von Genossenschaften, wie sie Robert Owen in England und Charles Fourier in Frankreich vorschlugen. „Die Mittel und Wege aber, die sie vorgeschlagen haben, erachte ich keineswegs geeignet, jemals dieses Ziel zu erreichen.“ Sismondi bedauerte, dass er „nicht die Kraft habe, die Mittel zur Ausführung anzugeben. ... Es scheint mir auch über die menschlichen Kräfte zu gehen, einen Eigentumsstand zu schaffen, der gänzlich anders ist als derjenige, den wir aus der Erfahrung kennen. ... Ich wünsche, dass die städtische Industrie und die Landwirtschaft sich auf eine große Zahl unabhängiger Werkstätten und Höfe verteilen und nicht nur unter einem einzigen Unternehmer vereinigt sind, der Hunderte und Tausende von Arbeitern befehligt.“³⁹ Sismondi hielt also noch konsequenter als Smith am klassisch-liberalen Ziel einer egalitären Gesellschaft freier und selbstständiger Produzenten fest. Nur fand er noch keine Mittel, mit denen sich die gesellschaftliche Spaltung in Kapital und Arbeit sowie die Monopolisierung der Märkte und ihre Krisenanfälligkeit hätten überwinden lassen.

³⁵ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 1, S. 27.

³⁶ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 2, S. 262 – 264; vgl. auch Band 1, S. 56 – 63 und 336.

³⁷ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 2, S. 130 – 131.

³⁸ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 2, S. 263 – 264.

³⁹ Sismonde de Sismondi (1819/1971), Band 2, S. 268 – 269 und S. 283 – 28

2.2.2 Frühsozialismus in Frankreich und in England vor 1848

Die Ernüchterung darüber, dass sich nach der Französischen Revolution mit der politischen Gleichheit nicht zugleich auch eine wirtschaftliche Gleichheit der Menschen durchsetzen konnte und dass sich stattdessen neue Formen der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit entwickelten, löste in Frankreich und England frühsozialistische Gegenbewegungen aus.

2.2.2.1 Claude Henri Saint-Simon und das soziale Unternehmertum

Nachdem sich der aus einer Pariser Adelsfamilie stammende Claude Henri Saint-Simon (1760–1825) zunächst am amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gegen England beteiligt hatte, verlor er während der Französischen Revolution sein Vermögen durch erfolglose Spekulationsgeschäfte. Unter großen Entbehrungen verfasste Saint-Simon während der ersten beiden Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts gesellschaftskritische Schriften, die dank der Hilfe seiner Freunde veröffentlicht werden konnten.

In Anknüpfung an Condorcets Geschichtsphilosophie und Comtes Soziologie kritisierte Saint-Simon das untergegangene Herrschaftssystem der Feudalzeit mit seiner unheiligen Allianz von Adel und Kirchen. In den Adligen sowie in den historisch rückwärts gewandten Teilen der Kirchen, des Staates, der Wissenschaften und der schönen Künste sah er „unproduktive Klassen“. Deshalb begrüßte er es, dass deren Herrschaft im Laufe der Französischen Revolution von der Herrschaft der „produktiven Klassen“ abgelöst wurde. Dazu zählte Saint-Simon Bauern und Handwerker, Fabrikanten und Kaufleute, Bankiers, Wissenschaftler – vor allem jene, die den technischen Fortschritt durch ihre Erfindungen förderten.⁴⁰

Anstelle von Adel und Kirchen sollten die „produktiven Klassen“ die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen. Vor allem in den Fabrikanten sowie in den Naturwissenschaftlern und Technikern sah Saint-Simon die Träger des Fortschritts. „In den Ideen von der Industrie sollten wir unser Heil suchen. ... Die industrielle Klasse ist die Nährmutter der ganzen Gesellschaft.“ Die weltliche Macht sollte noch weiter auf die Eigentümer und die geistige Macht auf die Wissenschaftler übergehen.⁴¹ Dabei verurteilte Saint-Simon die Religionen und Kirchen nicht pauschal als Herrschaftsinstrumente des alten Feudalsystems und er postulierte

⁴⁰ Claude Henri Saint-Simon, Die nationale oder industrielle Partei im Vergleich mit der antinationalen Partei, in: ders. (1802-1821/1977), S. 262, und ders., Über das Industriesystem (1821), in: (1802-1821/1977), S. 295.

⁴¹ Claude Henri Saint-Simon, Briefe eines Genfer Einwohners an seine Zeitgenossen (1802), in: ders. (1802-1821/1977), S. 27; Die Industrie oder politische, moralische und philosophische Betrachtungen im Interesse aller mit nützlichen und unabhängigen Arbeiten befassten Menschen, in: (1802-1821/1977), S. 197; ders., Über das Industriesystem – Teil 2, in: (1802-1821/1977), S. 304; ders., Katechismus der Industriellen, in: (1802-1821/1977), S. 378.

auch keinen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen ihnen und den Wissenschaften. Vielmehr differenzierte er zwischen jenen Kräften in den Religionen und Kirchen, die sich von der Macht korrumpieren ließen, und der „kleinen Zahl Geistlicher ..., die von der himmlischen zur irdischen Moral übergehen“ wollte, um das Christentum besonders für die „ärmste Klasse ... auf Erden zu verwirklichen“. Im Sinne des biblischen Gebots der Nächstenliebe und der „umfassenden Brüderlichkeit“ sollten alle Menschen und Völker „in einer gemeinsamen Familie vereinigt“ werden. Als Ergänzung zu den Wissenschaften und Künsten stellte sich Saint-Simon ein „neues Christentum“ vor und aus allen drei Quellen sollte eine umfassende „Enzyklopädie des 19. Jahrhunderts“ hervorgehen, die die Menschen von geistlichen und weltlichen Mächten emanzipiert.⁴²

Europäische Friedensordnung

Auf einer solcherart breiten Basis von Wissen und geläutertem Glauben sollten „alle aufgeklärten Völker“ – ihrem „Drang nach Gleichheit“ folgend – weiter von der Feudalherrschaft zum Industriesystem übergehen.⁴³ Allerdings stellte sich Saint-Simon die „Reorganisation des moralischen, religiösen und politischen Systems“ gemäß den Zeitumständen im nachrevolutionären Frankreich erst in der Form einer konstitutionellen Monarchie vor und achtete den „großen Napoleon“ als ein „Genie“.⁴⁴ Als nach dessen militärischer Niederlage und der Restauration der Bourbonenmonarchie in Frankreich auf dem Wiener Kongress 1814/15 versucht wurde, die Macht der europäischen Nationalstaaten neu auszubalancieren, entwickelte Saint-Simon die Vision einer gesamteuropäischen Föderation mit einer „anglo-französischen Föderation“ als ihrem Kern. Ihr „erstes Werk muss sein, die Reorganisation Deutschlands zu beschleunigen, indem es dessen Revolution abkürzt und weniger schrecklich werden lässt. ... Zweifellos wird die Zeit kommen, in der alle Völker Europas erkennen werden, dass sie Fragen von allgemeinem Interesse gemeinsam regeln müssen, bevor sie sich den nationalen Interessen zuwenden. Dann wird die Zwietracht weichen und Kriege werden aufhören. ... Kriege, was auch immer ihr Ziel sein mag, schaden der ganzen Menschheit. Sie schaden auch

⁴² Claude Henri Saint-Simon, Korrespondenz mit Herrn von Redern, in: (1802-1821/1977), S. 67; Neue Enzyklopädie, in: (1802-1821/1977), S. 79 – 89; Die Industrie oder politische, moralische und philosophische Betrachtungen ..., in: (1802-1821/1977), S. 217 und 221 – 223; ders., Über das Industriesystem Teil 2, in: (1802-1821/1977), S. 313; ders., Neues Christentum – Dialoge zwischen einem Konservativen und einem Neuerer, in: (1802-1821/1977), S. 408 – 409, 428 und 443.

⁴³ Claude Henri Saint-Simon, Briefe eines Genfer Einwohners an seine Zeitgenossen (1802), in: ders. (1802-1821/1977), S. 16, und Die Industrie oder politische, moralische und philosophische Betrachtungen ..., in: (1802-1821-1977), S. 198.

⁴⁴ Claude Henri Saint-Simon, Abhandlung über die Wissenschaft vom Menschen (1813), in: (1802-1821/1977), S. 99; Briefe eines Genfer Einwohners an seine Zeitgenossen (1802), sowie Einführung in die wissenschaftlichen Arbeiten des 19. Jahrhunderts (1807), in: (1802-1821/1977), S. 15 und 43 – 44. Die konstitutionelle Monarchie war für Saint-Simon die „einzige Ordnung, die uns entspricht“; vgl. Die Industrie und politische, moralische und philosophische Betrachtungen ..., in: (1802-1821/1977, S. 219.

den Völkern, die Sieger bleiben. ... So gilt der oft wiederholte Grundsatz: Man kann nur wahrhaft glücklich sein, wenn man sein Glück im Glück der anderen sucht.“⁴⁵

Natürliche Ordnung der Wirtschaft mit einem sozialen Unternehmertum

In Übereinstimmung mit dem „unsterblichen Smith“ und Say vertraute Saint-Simon auf die sich selbsttätig steuernde „natürliche Ordnung der Dinge der Industrie“. Smiths Werk hielt er für das „non plus ultra der politischen Ökonomie in Europa“.⁴⁶ In Übereinstimmung mit Smith ging Saint-Simon davon aus, dass die Menschen neben einem „starken persönlichen Interesse“ auch von einer „Liebe zur Menschheit“ beseelt sind und Freude an der „Arbeit zum Wohle der Menschheit“ empfinden.⁴⁷ Deshalb dürfe der Staat über seine klassischen Aufgaben der Schaffung einer Rechtsordnung sowie der Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit hinausgehend nicht mehr wie im vorangegangenen Merkantilismus in den Wirtschaftsprozess einmischen: „Die Regierung ist ein notwendiges Übel, sie ist in dieser Hinsicht eine Wohltat, weil sie das größte aller Übel, die Anarchie, verhindert.“ Andererseits soll sich die Regierung „darauf beschränken, die Industrie vor jeglicher Art von Störung und Widerwärtigkeit zu bewahren.“ Sie soll nur „den notwendigen Lauf der Dinge erleichtern“ und dafür sorgen, dass die produktiven Klassen selbstständig und unabhängig wirtschaften und „die Produkte ihrer verschiedenen Arbeiten unmittelbar und in voller Freiheit unter sich austauschen können, damit sich alle Einzelarbeiten in den Wissenschaften, Schönen Künsten und in den Gewerben mit größtmöglichem Nutzen miteinander verbinden. ... Nur mit der Industrie kann die Freiheit wachsen und nur durch sie sich festigen.“⁴⁸

Ähnlich wie Adam Smith akzeptierte Saint-Simon auch die hierarchische Überordnung von wenigen Unternehmern über die Vielzahl von lohnabhängig arbeitenden „Nichteigentümern“. In der Verfügungsmacht über Eigentum sah er noch kein Privileg der Unternehmer, sondern nur eine Folge ihres im Vergleich zu den Arbeitern höheren Bildungsstandes. Die Unternehmer sollten „das Eigentum so produk-

⁴⁵ Claude Henri Saint-Simon, Über die Reorganisation der europäischen Gesellschaft oder über die Notwendigkeit und die Mittel, die Völker Europas unter Wahrung ihrer nationalen Unabhängigkeit in einer einzigen Körperschaft zu vereinigen, in: (1802-1821/1977), S. 140, 146 – 147, 157 – 158, 187, 190 und 193; ders., Die Industrie oder politische, moralische und philosophische Betrachtungen ..., in: (1802-1821/1977), S. 202.

⁴⁶ Claude Henri Saint-Simon, Die Industrie oder politische, moralische und philosophische Betrachtungen ..., in: (1802-1821/1977), S. 201; ders., Verfassungsmäßige Mittel, den Reichtum Frankreichs zu vermehren, seine Freiheit nach innen zu vergrößern, seine Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland zu sichern und den Industriellen alle politischen Vorteile zu verschaffen, die sie wünschen können, in: (1802-1821/1977), S. 239, 243 und 247 – 248.

⁴⁷ Claude Henri Saint-Simon, Briefe eines Genfer Einwohners an seine Zeitgenossen (1802), in: (1802-1821/1977), S. 4.

⁴⁸ Claude Henri Saint-Simon, Briefe in der Bedrängnis, in: (1802-1821/1977), S. 94; ders., Die Industrie oder politische, moralische und philosophische Betrachtungen ..., in: (1802-1821/1977), S. 197, 202 und 211; ders., Der Organisator, in: (1802-1821/1977), S. 279 und 285.

tiv wie möglich nutzen“. Jedoch billigte Saint-Simon kein bloßes Gewinnstreben der Unternehmer, sondern er forderte von ihnen eine Orientierung am Gemeinwohl. Als sozial eingestellte Unternehmer sollten sie allen Nichteigentümern Arbeit verschaffen. Gerade das Los derjenigen wollte Saint-Simon verbessern, „die keine anderen Existenzmittel als ihrer Hände Arbeit haben. ... Alle Menschen werden arbeiten; sie werden sich alle wie Arbeiter an einer gemeinsamen Werkstatt ansehen.“⁴⁹

Saint-Simon zählte sowohl die mit dem Kopf arbeitenden Eigentümer von Unternehmen, Handelsgeschäften oder Banken als auch die mit ihren Händen arbeitenden Nichteigentümer zur Gesamtheit der produktiven Klassen, die alle zusammen eine große Interessengemeinschaft bilden: „Industrie umfasst alle Arten nützlicher Arbeiten, die Theorie wie ihre Anwendung, die Arbeiten des Geistes ebenso wie die der Hände. ... Ihre besonderen Interessen stimmen allein durch den Zwang der Dinge mit dem allgemeinen Interesse völlig überein. ... Die Vereinigung der Werk-tätigen bildet die wirkliche Gesellschaft.“ Außerdem glaubte Saint-Simon in den Anfängen der Industriegesellschaft noch an die Möglichkeit, dass besitzlose Proletarier durch Maßnahmen zu ihrer Bildung und „sozialen Erziehung“ in die Lage versetzt werden könnten, eigenes Eigentum an Produktionsmitteln zu verwalten und als selbstständige Unternehmer und Kaufleute zu wirtschaften. Gemäß den Vorstellungen von Adam Smith könnte sich dann auf monopolfreien Märkten ein gerechter Leistungswettbewerb zwischen vielen kleinen und mittleren Anbietern entwickeln, so dass „ein System möglichst vollkommener Gleichheit geschaffen sein wird. ... Alle Vorrechte werden beseitigt sein.“⁵⁰

Und nicht zuletzt sollte der Staat nach den Vorstellungen Saint-Simons zu Lasten des Militärhaushalts auch für die Arbeitsunfähigen sorgen – so wie es die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte im Artikel 21 der französischen Verfassung von 1793 gefordert hatte: „Die Gesellschaft ist zum Unterhalt der unglücklichen Bürger verpflichtet, indem sie ihnen entweder Arbeit verschafft oder den Arbeitsunfähigen die Mittel zum Leben gibt.“⁵¹

⁴⁹ Claude Henri Saint-Simon, Briefe eines Genfer Einwohners an seine Zeitgenossen (1802), in: ders. (1802-1821/1977), S. 15 und 32; ders., Die Industrie oder politische, moralische und philosophische Betrachtungen ..., in: (1802-1821/1977), S. 226; ders., Über das Industriesystem – Teil 1, in: (1802-1821/1977), S. 297; ders., Brief an die Herren Arbeiter (1821), in: (1802-1821/1977), S. 320.

⁵⁰ Claude Henri Saint-Simon, Die Industrie oder politische, moralische und philosophische Betrachtungen ..., in: (1802-1821/1977), S. 197; ders., Verfassungsmäßiges Mittel, die politische Kraft der Industrie zu vergrößern und den Reichtum Frankreichs zu vermehren, in: (1802-1821/1977), S. 253; ders., Über das Industriesystem – Teil 1, in: (1802-1821/1977), S. 298 – 299; ders., Über das Industriesystem – Teil 2, in: (1802-1821/1977), S. 312; ders., Über die Bourbonen und die Stuarts, in: (1802-1821/1977), S. 338; Über die Gesellschaftsorganisation, in: (1802-1821/1977), S. 399.

⁵¹ Vgl. hierzu Thilo Ramm (1956), S. XIV. – Claude Henri Saint-Simon, Die Klasse der Proletarier, in: ders. (1802-1821/1977), S. 328 – 329.

Übersehene Privilegien des privaten Bodeneigentums und des Geldes

Saint-Simon hielt den technischen Fortschritt für die eigentliche Antriebskraft der modernen Wirtschaft und sah noch nicht, dass dieser seinerseits vom Interesse des sich allmählich konzentrierenden Geld- und Realkapitals an einer Vermehrung durch Zinsen und Zinseszinsen angetrieben und teilweise auch fehlgeleitet wurde. Zwar erschien ihm nach der großen Assignaten-Inflation der Revolutionszeit ein „Papiergeld als nötig, das den Umlauf beschleunigt.“⁵² Aber seine Abneigung gegen die Privilegien der alten Feudalmächte war noch so stark, dass er noch nicht ahnte, welche neuen Privilegien durch das Geld und das Privateigentum am mobilisierten Boden entstehen sollten. Saint-Simon beobachtete nur, wie die Banken „alle Geldbewegungen vornehmen“ und wie sie Geld gegen Zinsen verliehen, „um aus ihrem Kredit Vorteile zu ziehen“ – hauptsächlich Kredite an die Staaten und in geringerem Umfang auch an private Unternehmen. Dies beunruhigte ihn aber nicht, weil die Unternehmen damit „ihre Transaktionen auszudehnen und größeren Reichtum zu erzeugen vermochten.“⁵³ Aber weder die Kapitalzinsen noch die privaten Bodenrenten erkannte Saint-Simon als leistungswidrige Einkommensarten – ausdrücklich forderte er auch die freie Verkäuflichkeit des privaten Bodeneigentums als Handelsware und dessen Verpfändbarkeit.⁵⁴ Und er erkannte auch die Herausbildung hierarchischer Unternehmensstrukturen noch nicht als Folge der Akkumulation von Kapitalzinsen und Bodenrenten. Infolgedessen blieb ihm die innere Widersprüchlichkeit der Unternehmer, Kaufleute und Bankiers als Unternehmer-, Handels- und Bankkapitalisten verborgen. Der ihnen auferlegte systemimmanente Zwang zur Erwirtschaftung einer Eigen- und Fremdkapitalverzinsung schränkte ihren Spielraum für ihr von Saint-Simon gefordertes soziales Verhalten ein. Und die Schmälerung der Arbeitseinkommen der Lohnabhängigen schränkte auch deren Möglichkeiten stark ein, eigene Produktionsmittel zu erwerben und sich wirtschaftlich selbstständig zu machen.⁵⁵

2.2.2.2 Charles Fourier und die frei assoziierten Phalanstières

Während für Saint-Simon die industrielle Klasse noch aus einer Gemeinschaft von Eigentümern und Nichteigentümern bestand, rückte der Interessengegensatz zwischen ihnen bei Bazard, Entantin und anderen Saint-Simonisten deutlicher in den Mittelpunkt. Die Industriearbeiter erschienen ihnen als „unmittelbare Nachfahren der Sklaven und Leibeigenen ... Heute wird die ganze Masse der Arbeiter durch

⁵² Claude Henri Saint-Simon, Über die Reorganisation der europäischen Gesellschaft (1814), in: ders. (1802-1821/1977), S. 184.

⁵³ Claude Henri Saint-Simon, Katechismus der Industriellen (1802/1821/1977), S. 348.

⁵⁴ Claude Henri Saint-Simon, Verfassungsgemäßes Mittel, die politische Kraft der Industrie zu vergrößern und den Reichtum Frankreichs zu vermehren, in: (1802-1821/1977), S. 235 und 253.

⁵⁵ Zur Wirkungsgeschichte Saint-Simons vgl. Thilo Ramm (1956), S. 66 – 90. – Ahlrich Meyer (1977), S. 95 – 114.

diejenigen ausgebeutet, deren Eigentum sie nutzbar machen.“ Und sie bekamen auch den widersprüchlichen Doppelcharakter von Unternehmern in den Blick, die die Ausbeutung der Arbeiter organisierten und zugleich auch selbst in geringerem Maße durch die Kapitaleigner ausgebeutet wurden: „Die Leiter der Industrie selbst unterliegen dieser Ausbeutung, was ihre Beziehungen zu den Eigentümern betrifft, allerdings in unvergleichlich schwächerer Weise, und sie nehmen ihrerseits am Vorrecht der Ausbeutung teil, das mit seinem ganzen Gewicht auf die Arbeiterklasse fällt.“⁵⁶ Bald zerstritten sich jedoch die Saint-Simonisten über die Stellung der Frauen in der Gesellschaft sowie über religiöse Fragen und sie zerfielen in kleine, sich gegenseitig bekämpfende Gruppen. Es folgte die Wirkungszeit des zweiten großen französischen Frühsozialisten Charles Fourier (1772–1837), dessen Schriften im Schatten Saint-Simons zunächst unbemerkt geblieben waren.

Der Handel anstelle des Geldwesens als Ursprung der sozialen Ungleichheit

Als Sohn eines reichen Kaufmanns musste Fourier ebenfalls den Beruf eines Kaufmanns erlernen, obwohl er eine tiefe Abneigung gegen die Geschäftspraktiken seines Vaters und anderer Kaufleute hegte. Während der Französischen Revolution beteiligte er sich in Lyon an Arbeiteraufständen gegen die Herrschaft der Jakobiner, wurde zeitweise eingekerkert und verlor sein gesamtes Vermögen. Fortan blieb Fourier darauf angewiesen, seinen Unterhalt mit einer ungeliebten Tätigkeit als kaufmännischer Angestellter zu sichern.

In seinem „Fragment über den Handel“ betrachtete Fourier den Handel als den „Angelpunkt allen sozialen Lebens“, weil er alle Bereiche der arbeitsteiligen Wirtschaft miteinander verbindet bzw. verbinden sollte, denn in Wirklichkeit erfüllen die Kaufleute ihre gesellschaftliche Integrationsfunktion nur sehr mangelhaft. Im Gegensatz zu „allen wesentlichen Klassen der Gesellschaft: der Eigentümer, der Landbauer, der Fabrikanten und selbst der Regierung“ hielt Fourier die Kaufleute für eine „Klasse von parasitischen und unproduktiven Agenten“. Sie herrsche als „Despot über die Zivilisation und selbst über die Souveräne“. Die Händler und auch die „Börsenwucherer ... berauben Produzenten und Konsumenten durch Spekulationskniffe“ und Manipulationen der Preisbildung auf den Märkten, um über eine Zurückhaltung von Waren oder über eine Erzeugung von Warenüberschüssen die Preise je nach ihren Interessen steigen oder fallen zu lassen. Selbstherrlich „leiten und hemmen sie alle Triebfedern der Zirkulation“ und hindern damit die Wirtschaft daran, sich in ihrem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht zu stabilisieren.⁵⁷

⁵⁶ Zitiert nach Thilo Ramm (1956), S. 83 – 84.

⁵⁷ Charles Fourier, Fragment über den Handel, in: Thilo Ramm (1956), S. 135 – 138, 140, 147 und 149. – Im „Epilog über den Abschied von der Moralphilosophie – Politische Ökonomie und Moral“ in seiner „Theorie der vier Bewegungen“ (1808/1980) bezeichnete Fourier den Austausch als die „Seele des Gesellschaftsmechanismus“. (S. 103) Über die „Börsenwucherer“ vgl. Charles Fourier, Über die Handelsfreiheit, ihre bekannten Übel und ihre unbekanntes Gefahren, in: (1808/1980), S. 186.

Obwohl der Handel „die lügnerischste Klasse des sozialen Körpers“ sei, nehme die Wissenschaft seine „kommerzielle Zungendrescherei mit ihren Theorien von Gleichgewicht und Handelsbilanz“ gegen berechtigte Kritik in Schutz. „Diese Illusion müssen wir auflösen.“⁵⁸ Fourier war der erste Kritiker der aufgeklärten Philosophie und der klassischen Ökonomie, der die Wurzel der im Frühkapitalismus zu Tage getretenen sozialen Verwerfungen in der Sphäre der Zirkulation suchte. Einerseits verdammt er den Handel nicht pauschal als unnützlich, sondern er differenzierte zwischen den realen Erscheinungsformen des Handels als „Räuberwirtschaft“ und einem idealtypischen Handel, der „sich damit begnügt, die Waren aus den Händen des Produzenten in die des Konsumenten zu liefern.“⁵⁹ Andererseits führte Fourier die Missstände im Handel auf individuelles Fehlverhalten zurück, indem er den Kaufleuten im Allgemeinen und sogar jüdischen Händlern im Besonderen vorsätzliche „Erpressungen und Spitzbübereien“ unterstellte und die Forderung erhob, diese „Betrügereien“ strafrechtlich genauso zu ahnden wie die Falschmünzerei.⁶⁰

Damit personalisierte Fourier ein gesellschaftliches Problem, das in Wirklichkeit strukturelle Ursachen hatte und keineswegs nur Kaufleute betraf, sondern auch Handwerker, Unternehmer, Bankiers und alle anderen in sich selbst gespaltenen Berufsgruppen, die mit eigenem und fremdem Kapital arbeiteten, das sich über seine Verzinsung gleichsam von allein akkumulierte und konzentrierte. Über „Zirkulation oder Verstopfung“ auf den Märkten entschied nicht nur das persönliche Verhalten der Kaufleute⁶¹, sondern in viel stärkerem Ausmaß die ungerechte Grundstruktur des kapitalistischen Geldes, welches die Gesamtheit aller Märkte mono- und oligopolistisch verfälschte. Mit deren sozialer Schiefelage entstand überhaupt erst der Nährboden für individuelles Fehlverhalten - unabhängig vom Glauben der wirtschaftlich handelnden Personen. Die die Gesellschaft spaltende und soziale Ungleichheit erzeugende Eigenmächtigkeit des Geldes blieb Fourier ebenso verborgen wie den klassischen Ökonomen, Sismondi und Saint-Simon. Das Geldsystem erschien ihm eigenartigerweise sogar als der letzte Winkel in „unseren industriellen Beziehungen“, in dem es mit rechten Dingen zugehe: „Die Wahrheit ist im Geldsystem und im System der Maße sehr fest verankert. Es gibt nichts, was rechtschaffener und besser gewährleistet wäre als die Geldbeziehungen.“⁶²

⁵⁸ Charles Fourier, Fragment über den Handel, in: Thilo Ramm (1956), S. 136. – Vgl. auch (1808/1980), S. 22 sowie S. 100 und 103 über die „Scharlatanerie der politischen Ökonomie“.

⁵⁹ Charles Fourier, Fragment über den Handel, in: Thilo Ramm (1956), S. 139 und 146. In seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ innerhalb der „Theorie der vier Bewegungen“ bezeichnete Fourier die Händler als „Freunde des Dunkelmännertums“ (1810/1980), S. 111.

⁶⁰ Charles Fourier, Fragment über den Handel, in: Thilo Ramm (1956), S. 140, 145, 148 und 150 sowie S. 164 – 165 über jüdische Händler. Vgl. außerdem Fourier (1808/1980), S. 59, 115 und 223.

⁶¹ Charles Fourier, Fragment über den Handel, in: Thilo Ramm (1956), S. 143. Vgl. auch Charles Fourier (1970).

⁶² Charles Fourier (1803/1980), S. 173. – Vgl. auch ders., (1808/1980), S. 60 und 67.

Von der Lohnarbeit zur selbstbestimmten und frei assoziierten Arbeit für Männer ebenso wie für befreite Frauen

In seinen anderen Schriften beschäftigte sich Fourier auch eingehend mit der Produktionssphäre der Wirtschaft und stellte die Hierarchien in der Arbeitswelt im Gegensatz zu Saint-Simon und noch viel entschiedener als Sismondi in Frage. Besonders in seiner „Theorie der vier Bewegungen“ (1808) unterzog Fourier die Lohnabhängigkeit der großen Klasse der Industriearbeiter von der zahlenmäßig kleinen Klasse der Unternehmer einer vehementen Kritik und entwarf - mehr phantasievoll als systematisch - erstmals ein Gegenbild einer assoziativen Gesellschaft, in der sich die Menschen nach und nach auf einer in ökonomischer Hinsicht gleichen Augenhöhe als Produzenten und Konsumenten miteinander verbinden.

Wie Adam Smith griff auch Charles Fourier auf die Astronomie zurück, um seine Vorstellung von einer nachfeudalen und nachmerkantilistischen Gesellschaft zu entfalten. Aber während die harmonische Selbstorganisation des Kosmos bei Smith in die - von der Realität widerlegte - Überzeugung eingeflossen war, dass das private Wirtschaften hierarchisch organisierter Unternehmen durch eine ‚unsichtbare Hand‘ selbsttätig aufeinander abgestimmt werde, betrachtete Fourier die Anfänge des modernen industriellen Kapitalismus geradezu als eine „Umkehrung der natürlichen Ordnung“ und die Lohnabhängigkeit der Arbeiter von den Unternehmern erschien ihm als eine moderne Form der Sklaverei.⁶³ Außerdem folgten die einzelnen Unternehmer ihrer „Sucht, ziellos zu produzieren. Ohne irgendeine Methode der verhältnismäßigen Vergütung und der proportionalen Verteilung“ organisieren sie ihre Fabriken planlos-anarchisch und dabei geht die Orientierung der Produktion an den Bedürfnissen der Menschen ebenso verloren wie die höhere Interessengemeinschaft von Produzenten und Konsumenten.⁶⁴

Dieses Stadium der „zusammenhanglosen Zivilisation“ und der „industriellen Zersplitterung“⁶⁵ sollte durch freiwillige Zusammenschlüsse von ökonomisch gleichberechtigten Menschen überwunden werden. In den Fähigkeiten und Leidenschaften der Individuen sah Fourier ihnen von Gott eingepflanzte Anziehungskräfte, die wie die Schwerkraft oder die Liebe dafür sorgen könnten, dass sich die Menschen gegenseitig ‚anziehen‘. Sie könnten dann viele kleine und mittlere Arbeits- und Lebensgemeinschaften bilden, die sich in ihrer Gesamtheit gemäß den ursprünglichen Hoffnungen der Französischen Revolution auf eine Verwirklichung von politischer und wirtschaftlicher Gleichheit zu einer wohlproportionierten, dezentralisierten Gesellschaft zusammenfügen.

Statt wie im Frühkapitalismus als kleine Rädchen im Getriebe der ihnen nicht gehörenden Unternehmen fremdbestimmte Arbeiten zu verrichten und in isolier-

⁶³ Charles Fourier (1808/1980), S. 8, 58 und 208.

⁶⁴ Charles Fourier (1808/1980), S. 57, 202 und 208.

⁶⁵ Charles Fourier (1808/1980), S. 15, 24 - 25 und 35. - Zur politischen Dimension von Fouriers Gedanken vgl. Johanson Zilberfarb (1974), S. 168 - 189.

ten Kleinfamilien zu leben, sollten sich jeweils etwa 1000 bis 1800 Menschen zu ländlich-industriellen Lebens- und Arbeitsgemeinschaften assoziieren. Fourier bezeichnete sie als „sozietäre Kantone“ und „Phalanxen von Leidenschaftsgruppen“ oder auch als „Fiskalfarmen“: „Alle Fabriken oder wenigstens die meisten werden die Städte verlassen, um sich über die Fiskalfarmen zu verbreiten.“⁶⁶ Auf diese Weise sollten die weitere Konzentration von Kapital in städtischen Ballungsräumen, die Entstehung von Armutsvierteln für die Arbeiter und eine Verödung ganzer Landstriche verhindert werden. Fourier wandte sich sogar schon gegen den „materiellen Niedergang durch die wachsende Vernichtung der Wälder, Hänge und Quellen sowie die Beeinträchtigung des Klimas“ und gegen „gesundheitsschädigende Bauwerke“. Als erster Kritiker des Kapitalismus überhaupt entwickelte er Gedanken für einen „Architekturkodex, der für die Gesundheit und die Verschönerung Vorsorge trifft und sowohl die Gestaltung der Innenräume wie des äußeren Aussehens der Bauwerke beiden Zielsetzungen unterwerfen würde.“ Ähnlich wie in mittelalterlichen Klöstern sollten Wohnungen und Arbeitsgebäude so miteinander verbunden werden, dass einerseits die Kommunikation gefördert und andererseits Lärmbelastigungen vermieden werden.⁶⁷

Schon in ihrer frühen Jugend sollten die Menschen sehr vielseitig ausgebildet werden, damit sie in die Lage kommen, abwechselnd verschiedene landwirtschaftliche, handwerkliche und industrielle Tätigkeiten auszuüben. „In den Fiskalfarmen kann der Arbeiter seine Arbeit wechseln, alternierend im Garten, im Stall, in der Fabrik usw. arbeiten und sich seines Daseins erfreuen, dessen Annehmlichkeiten so groß sind wie die Qualen des Lebens in den Fabrikhallen der Städte.“⁶⁸ Als Pendant zum früheren „Recht auf Jagd und Fischfang, auf das Sammeln von Früchten und auf Weiden“ stehe allen Menschen die „Freiheit der anziehenden Arbeit“ zu, die im Gegensatz zur Lohnsklaverei „weder körperliches Unbehagen noch seelische Qual verursacht und für die Werk tätigen ein Vergnügen darstellt.“ Fourier proklamierte ein Menschenrecht auf die „freie Wahl der Dauer, Gattung und Art der Arbeit“ – wobei er nicht nur an vermeintlich produktive Arbeiten dachte – und auch ein Recht auf die „Gerechtigkeit der Verteilung“: „Vergnügungen wie die Jagd, der Fischfang, die Musik, die dramatische Kunst, die Pflege der Blumen und der Vögel werden ganz so bezahlt wie die Arbeit auf dem Feld und im Weinberg.“⁶⁹ Damit stellte sich Fourier die menschliche Arbeit nicht mehr als Fron und Qual wie bei den alten Griechen und im Herrschafts- und Ausbeutungssystem des Frühkapi-

⁶⁶ Charles Fourier (1808/1980), S. 12 – 13 und 69.

⁶⁷ Charles Fourier (1808/1980), S. 40 und 208 (Kritik an der Umweltzerstörung), S. 238 (Architektur). Franziska Bollerey (1977/1991). - Zu mittelalterlichen Klöstern als Vorbild von Fouriers Phalanxen vgl. Claudia Dobrinski, Brunhilde Geddereth und Katrin Wipfler Hrsg. (2007).

⁶⁸ Charles Fourier (1808/1980), S. 35 und 234.

⁶⁹ Charles Fourier (1808/1980), S. 79 (früheres Recht auf Jagd, Fischfang usw.), S. 35, 83 und 86 (Recht auf Arbeit) und S. 215 (gerechtes Entgelt auch für ‚unproduktive‘ Arbeiten). Das Zusammenleben vieler Familien in den Phalanxen sollte es besonders für die Kinder möglich machen, „Chöre zu bilden“; ebenda S. 235.

talismus vor, sondern als eine freie und selbstbestimmte, mit der Arbeit anderer Menschen freiwillig assoziierte Tätigkeit.

Und anders als Adam Smith, der die patriarchalische Geschlechterhierarchie als eine „überall auf der Welt“ gegebene Tatsache hingenommen hatte⁷⁰, und anders als die französischen Revolutionäre betrachtete Fourier dieses Recht auf freie Arbeiten nicht nur als ein Männerrecht, sondern in Übereinstimmung mit der „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ von Olympe de Gouges (1791) auch bereits als ein Recht der Frauen: „Frauen sind nicht nur dazu bestimmt, am Kochtopf zu stehen und die Hosen des Ehemannes zu flicken.“ Die Unfreiheit der Frau schade auch den Männern. „Die sozialen Fortschritte und Übergänge von einer Periode zur anderen erfolgen aufgrund des Fortschritts in der Befreiung der Frauen. ... Die Erweiterung der Privilegien der Frauen ist das Prinzip allen sozialen Fortschritts.“⁷¹

Garantismus als Übergangsstadium auf dem Weg zur sozialen Harmonie

Nach dem historischen Durchgangsstadium der kapitalistischen Zivilisation werde die ganze Menschheit auf ihrem Weg von der Wildheit, der Barbarei und des Patriarchats weiter voranschreiten zu höheren Entwicklungsstufen – zunächst zur Stufe des „Garantismus“, die später in das Stadium einer sozialen Harmonie übergehen werde.

Allerdings waren Fouriers „sozietäre Kantone“ bzw. „Phalanxen“ noch nicht wirklich die ersten Genossenschaften, für die sie vielfach gehalten wurden.⁷² Zwar gehörte Fourier unzweifelhaft zu den bedeutenden Wegbereitern eines solidarischen Miteinanderwirtschaftens freier Individuen. Der konkreten Form aber, in der er sich ein kooperatives Wirtschaften vorstellte, hafteten durchaus noch kapitalistische Züge an. Ausgehend von der sozialen Ungleichheit in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft seiner Zeit sollten sich „Harmoniemitglieder der drei Klassen, der reichen, mittleren und armen Klassen“ assoziieren und sich als große, mittlere und kleine „Aktionäre“ gegenseitig „soziale Garantien“ geben: „Der gesunde Menschenverstand verweist uns zunächst auf zwei Garantien, nämlich auf die Garantie der Arbeit, des Unterhalts und des Wohlbefindens für die arme Klasse und auf die Garantie der Wahrhaftigkeit in den sozialen Beziehungen für die mittlere und die reiche Klasse.“⁷³

Ähnlich wie bei Saint-Simon die sozialverantwortlich handelnden Unternehmer sollten sich die in den Phalanxen mitwirkenden „kapitalkräftigen Kapitalbesitzer“ nicht mehr als habgierige „Gewinnjäger“ gebärden, sondern „zwei Gegengewichte“ respektieren, „die sie im Gleichmaß, in der Bahn des Gleichgewichts und der Ge-

⁷⁰ Adam Smith (1776/1987), S. 316.

⁷¹ Charles Fourier (1808/1980), S. 89 und 92. – Vgl. dazu auch Ahlrich Meyer (1977), S. 69.

⁷² Thilo Ramm (1956), S. IX. – Helmut Faust (1958), S. 87 – 96.

⁷³ Charles Fourier (1808/1980), S. 217, 229, 234, 237 und 240.

rechtigkeit halten. ... Weil die Gerechtigkeit ihnen Gewinn, Ehre und Vergnügen einbringt“, sollten die Mitglieder der Phalanxen ihre gemeinsam erzeugten Produkte nach einem Verteilungsschlüssel „Kapital 4/12, Arbeit 5/12, Talent 3/12“ aufteilen. Dann könnten sie sich alle der gegenseitigen Zuneigung sicher sein und der „Überzeugung, dass jeder sein Interesse im kollektiven Interesse findet, in der Zufriedenstellung der ganzen Phalanx, im Fortschritt der industriellen Anziehung, der Quelle künftigen Reichtums.“⁷⁴

Fourier erwartete, dass die Arbeiter „die Bedeutung der Kapitalisten für die Phalanxen erkennen“ und sich mit 5/12 des Gesamtprodukts begnügen, weil die Zugehörigkeit zu diesen Assoziationen für sie insgesamt vorteilhaft sei. Er sprach sogar von einem „Hang jedes armen Harmoniemitglieds zur Unterstützung der reichen Klasse“. Umgekehrt legte er den reichen Kapitalisten in den Phalanxen nahe, den armen Klassen ein Grundeinkommen zu zahlen, um ihnen ein existenzsicherndes „Minimum für den Lebensunterhalt“ zu garantieren. Es ließe sich aus den Produktivitätszuwächsen finanzieren, die sich aus der im Vergleich zur früheren „industriellen Zersplitterung“ höheren Produktivität der Arbeit ergeben, wenn sie erst unter den neuen Bedingungen der „industriellen Anziehung“ erfolge.⁷⁵

Die Zahlung eines solchen Grundeinkommens an die ärmeren Mitglieder der Phalanxen war für Fourier ein wichtiger Schritt der Gesellschaft auf ihrem Weg, „die Zivilisation zu verlassen“ und während der Phase des Garantismus den weiteren Übergang in eine soziale Harmonie vorzubereiten. Hinzukommen müsse als weiterer Schritt die „Gewährung von Aktienscheinen an die Arbeiter sowie des Stimmrechts in Wirtschaftsfragen, um den Geist des Eigentums anregen“. Durch „beharrliches Sparen“ könnte jeder Arbeiter im Laufe der Zeit ein „anwachsendes kleines Vermögen“ bilden und dadurch zu einem „kleinen Eigentümer“ werden. „Er besitzt Eigentumsgeist, Stimmrecht in verschiedenen Gremien und Wahlrecht bei allen Wahlen. Er kann also den reichen gegenüber keine Abneigung empfinden; er kommt mit ihnen zusammen und hofft, ihnen ebenbürtig zu werden.“⁷⁶ Die Bildung von Vermögen in den Händen vieler Arbeiter erschien Fourier also als eine wesentliche Voraussetzung für die breite Streuung von individuellen Eigentumsanteilen an gemeinschaftlichen ländlich-industriellen Produktionsstätten sowie zur Übernahme von Mitverantwortung der Arbeiter für die Phalanxen und zur Demokratisierung von Entscheidungen in ihnen.

Unzulänglichkeiten

Fourier war von der Richtigkeit seiner Gedanken so sehr überzeugt, dass er während vieler Jahre tagtäglich während der Mittagszeit zu Hause blieb, um nicht den

⁷⁴ Charles Fourier (1808/1980), S. 37 – 38, 214

⁷⁵ Charles Fourier (1808/1980), S. 35 (Grundeinkommen) und 215 - 217 (Verteilungsschlüssel).

⁷⁶ Charles Fourier (1808/1980), S. 72 (Aktien für die Arbeiter) und S. 87 (Übergang vom Kapitalismus zum Garantismus)

ersehten Besuch eines wohlhabenden Finanziers zu verpassen, der die Gründung einer Mustersiedlung hätte finanzieren können. Er wartete vergeblich – was ihn einerseits schmerzte, ihn aber andererseits auch davor bewahrte, ein enttäuschendes Scheitern miterleben zu müssen. Nach seinem Tod gab sein Schüler Victor Considérant den Anstoß zur Gründung einer Phalanx in Texas; jedoch hatte sie keinen Bestand. Rund 20 Jahre nach Fouriers Tod formte der französische Industrielle Jean Baptiste Godin sein Unternehmen in Guise nordöstlich von Paris, in dem bis dahin Heizkörper hergestellt worden waren, teilweise nach den Vorstellungen von Fourier zu einer „Famillistère“ um. Zur Fabrik inmitten großer Gärten gehörten Wohnhäuser für 250 Arbeiterfamilien, Kindergärten, ein gemeinschaftliches Waschhaus und ein Theater. Später wurde daraus eine Genossenschaft, die dann nochmals in einen selbstverwalteten Betrieb umgewandelt wurde.⁷⁷

Obwohl Fourier ähnlich wie die französischen Physiokraten um Francois Quesnay (1694-1774) die Landwirtschaft für wichtiger hielt als die übrigen ‚sterilen‘ Bereiche der Wirtschaft, dachte auch er bei der Verteilung des gemeinschaftlichen Produkts nur noch an „Kapital, Arbeit und Talent“ und nicht mehr an den Boden. Auch als Frühsozialist thematisierte er nicht die Fragwürdigkeit der privaten Bodenrente und überlegte deshalb auch noch nicht, wie sich die Nutzung des gemeinschaftlichen Bodens in den sozietären Kantonen gerecht regeln ließe.⁷⁸

Trotz seiner zahllosen Angriffe auf die „freie Konkurrenz mit falschem Glanz“ stand Fourier dem klassischen Liberalismus noch nahe genug, um ihn nicht pauschal zu verdammen. Statt wie Babeuf und dessen „Verschwörung der Gleichen“ eine (ur-)kommunistische Gütergemeinschaft und eine Abschaffung des Geldes zu fordern⁷⁹, unterschied Fourier zwischen dem real existierenden Laissez-faire-Prinzip und der durch Monopole „eingeschränkten Konkurrenz“ einerseits und einer zukünftigen „sozietären Konkurrenz“ andererseits. Darin sollten die persönliche Freiheit, das individuelle Gewinnstreben und das Streben nach persönlichen Anteilen am Eigentum der Phalanxen nicht abgeschafft, sondern in sozial gemäßigten Formen weiter bestehen.⁸⁰

Aber es sind nicht nur Missstände im Bereich des Fourier so sehr verhassten Handels, die den entscheidenden qualitativen Unterschied zwischen der freien und

⁷⁷ Thilo Ramm (1956), S. 92. - Helmut Faust (1958), S. 93 – 95. Zur „Famillistère“ in Guise vgl. die Websites

<http://www.famillistere.com/site/index.php> und

http://www.famillistere.com/site/english/utopia/work_progress_utopia.php (Zugriff: 6.2.2011)

⁷⁸ Charles Fourier (1808/1980), S. 110 und 113. Fourier äußerte sogar schon Bedenken gegen den Einsatz chemischer Hilfsmittel in der Landwirtschaft; vgl. ebenda S. 224. Zur Verlagerung seines Blicks vom Boden auf Arbeit, Kapital und technischen Fortschritt vgl. S. 75 und 213 – 214. Nur an einer einzigen Stelle deutete Fourier seine Vorstellung an, dass die „kleinen Haushalte“ beim Eintritt in eine Phalanx „ihre Bodenketzen verkaufen würden“; S. 232.

⁷⁹ Vgl. hierzu Thilo Ramm (1956), S. 2 – 20, S. 15 über die Abschaffung des Geldes.

⁸⁰ Charles Fourier (1808/1980), S. 61 – 63 und 182 – 183 (Kritik an der freien Konkurrenz), S. 71 (Ablehnung kommunistischer Gütergemeinschaften), S. 12 – 13 (gemäßigte Gewinnorientierung) und S. 112, 178 und 198 (sozietäre Konkurrenz).

der sozietären Konkurrenz ausmachen. Der Handel ist kein allein schuldiger „Vampir, der das ganze Geld bei sich konzentriert und das Blut des industriellen Körpers bei sich einsaugt“. Es würde – abgesehen von praktischen Problemen bei der Durchführung – auch nicht genügen, den Handel von privaten Kaufleuten auf assoziativ verwaltete und überwachte Lagerhäuser zu übertragen, die „auf den großen Märkten Vermittlungsbüros haben“, um den „Überfluss an Zwischenhändlern“ abzubauen und Hortungen von Waren und Geld in der Zirkulation auflösen zu können. „Sobald der Gesellschaftskörper gegen jede Veruntreuung seitens der Händler vollauf gesichert ist“, so glaubte Fourier, „fließt das ganze umlaufende Geld wieder produktiven Arbeiten zu.“⁸¹

Es besteht jedoch kein Gegensatz zwischen dem vermeintlich ‚bösen‘ Handel und den ‚guten‘ ‚produktiven Klassen‘ in der Landwirtschaft und in der Industrie. Vielmehr sind alle Bereiche der Wirtschaft infolge der von Fourier noch nicht wahrgenommenen inneren Widersprüchlichkeit des Geldes gleichermaßen zwiespältig beschaffen, so dass sämtliche ‚produktiven‘ Unternehmen den Menschen nicht nur dienen, sondern sie auch strukturell ausbeuten und beherrschen. Aufgrund der dem Geld in seiner kapitalistischen Struktur innewohnenden Akkumulations- und Konzentrationsdynamik sind wettbewerbsbeschränkende Monopole nicht nur im Handel, sondern ebenso in der Industrie und allen übrigen Wirtschaftsbereichen entstanden. Gerade diese Akkumulations- und Konzentrationsdynamik des Geldes hätte einer schrittweisen Stilllegung durch ein strukturell reformiertes, auch bei gegen Null sinkenden Geld- und Realzinsen verlässlich zirkulierendes Geld bedurft, um das Geld- und Realkapital so zu dezentralisieren, dass sich für alle Menschen in freien Assoziationen ohne hierarchische Über- und Unterordnungen gerecht verteilte Lebenschancen eröffnen. Und ein solchermaßen verändertes Geld wäre auch erforderlich gewesen, um als Mittel der Selbstorganisation in der „sozietären Konkurrenz“ den wohlproportionierten Gesamtzusammenhang aller Assoziationen zu gewährleisten.

2.2.2.3 Robert Owen als sozialer Unternehmer sowie als Initiator der Londoner Arbeitsbörse und kommunistischer Siedlungen

Nachdem Robert Owen (1771-1858) als junger Mann die in Manchester und Umgebung konzentrierte britische Textilindustrie mit ihren schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiter und ihre Familien genau kennen gelernt hatte, lebte er als Inhaber einer Baumwollspinnerei mit rund 500 Arbeitern in New Lanark im Süden Schottlands mehr als 20 Jahre lang beispielhaft vor, was auch Saint-Simon von den Unternehmern gefordert hatte: nämlich ein sozialverantwort-

⁸¹ Charles Fourier (1808/1980), S. 183 (Handel als Vampir), S. 202 und 233 – 234 (assoziativ überwachte Lagerhäuser als Ersatz für private Händler), S. 175 – 178 und 181 (Zwischenhandel und Störungen der Zirkulation).

liches unternehmerisches Handeln.⁸² Mangelndes Verständnis und Widerstände von Seiten anderer Unternehmer sowie der Politik und der Kirche veranlassten ihn 1825, seine Firma zu verkaufen. Im US-Bundesstaat Indiana erwarb er von ehemaligen deutschen Rappisten eine Siedlung New Harmony, um sie zu einer sozialreformerischen Modellsiedlung auszubauen und die Richtigkeit seiner Ziele unter Beweis zu stellen. Nach deren Scheitern kehrte Owen nach England zurück und gründete in London eine Arbeitsbörse. Als auch sie scheiterte, wurde Owen in den neu entstehenden Bewegungen der Konsumvereine und der Gewerkschaften tätig.

Arbeiterschutz und Kindererziehung in der Baumwollspinnerei in New Lanark/Schottland

In seiner eigenen Fabrik verkürzte Owen die Arbeitszeiten von 14 oder mehr auf 10,5 Stunden. Er ließ Wohnungen mit Gärten für seine Arbeiter und deren Familien bauen und vermietete sie zu günstigen Bedingungen. Außerdem richtete Owen für seine Arbeiter auch noch ein System der betrieblichen Kranken- und Altersversicherung ein sowie eine Bibliothek mit einem Lesesaal. Entgegen der sonst weit verbreiteten Kinderarbeit beschäftigte er keine Kinder unter 10 Jahren und richtete stattdessen für sie Spielplätze und Schulen ein.

Beeindruckt von William Godwins Büchern über die politische Freiheit und Gerechtigkeit und von Herbert Spencers frühen Evolutionsgedanken betrachtete Owen besonders die Erziehung der Kinder als einen Schlüssel zur moralischen Gesundung der Gesellschaft. In seiner Schrift „Eine neue Gesellschaftsauffassung“ (1812-1814) legte er seine tiefe Überzeugung dar, junge Menschen durch die Bildung „von unwissendsten zu aufgeklärtesten“ Persönlichkeiten formen zu können. Charakterliche und geistige Bildung erschien Owen als Garantie für das im Allgemeinwohl aufgehobene persönliche Glück der Menschen. „Jedermann muss für den anderen zwingend Nächstenliebe empfinden.“ Dann würden auch Alkoholismus, Kriminalität, ungerechtes Strafen und Fremdenhass ebenso zurückgehen wie „Aberglaube, Frömmerei, Hass, Heuchelei und Rachsucht. ... Diese Grundsätze veränderten den Gesamtcharakter der New-Lanarker Gemeinde völlig, die mehr als 2000 Einwohner zählte und der ständig Neuankömmlinge zuströmten. ... Mit Leichtigkeit kann sie dazu gebracht werden, den Menschen entweder zu einem Dämon des Unheils für ihn selbst und seine ganze Umgebung oder zu einem Anwalt unbegrenzter Güte zu machen.“⁸³

⁸² Helmut Faust (1958), S. 50.

⁸³ Robert Owen (1812-1814/1956a), S. 191, 193, 196, 198 (Nächstenliebe), 203 (Übernahme der Baumwollspinnerei von Owens Schwiegervater), 204 - 214 (günstige Vermietung der Arbeiterwohnungen, Alkoholismus und Kriminalität) und 238 (Aberglaube und Frömmerei sowie Charaktermängel), 243 (Eigenliebe und Allgemeinwohl), 245 (Arbeitersiedlungen mit Gärten), 250 und 253 (ungerechtes Strafen, Alkoholismus) und 273 (Mensch als Dämon oder Anwalt unbegrenzter Güte). – Zum Einfluss von Godwin und Spencer auf Owen vgl. Helmut Faust (1958), S. 51 – 53.

Bei alledem verstand sich Owen nicht nur als ein Philanthrop, sondern auch als ein „Fabrikant, der Geld verdienen will.“ Durch seine arbeiterfreundliche Unternehmensführung brauchte er keine geschäftlichen Einbußen hinzunehmen. Dass Owen die Arbeiter nicht bis zum Äußersten auspresste wie andere Fabrikanten, führte sogar zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität: „Mein Verfahren ist für andere wohlthätig und für mich, selbst in finanzieller Hinsicht vorteilhaft“, warb Owen bei anderen Unternehmern für seine Geschäftspraxis. „Es war meine Pflicht und mein Interesse ..., möglichst viel Geld heraus zu wirtschaften. ... Aus untrüglicher Erfahrung kann ich Ihnen versichern, dass diese Verwendung Ihrer Zeit und Ihres Geldes Ihnen nicht 5, 10 oder 15 % Ihres so angelegten Kapitals wieder einbringt, sondern oft 50 und in vielen Fällen 100 %.“⁸⁴

Angetrieben von dem „sehnlichsten Wunsch, das Glück Eurer Mitmenschen zu begründen“, warb Owen auch in der Politik für seine Form der Unternehmensführung und wurde dadurch zum Pionier der Arbeiterschutzgesetze. Allerdings dachte er zunächst noch nicht über seinen persönlichen Erfahrungshintergrund als Leiter seiner Baumwollspinnerei hinaus. Wie andere Fabriken blieb auch sie hierarchisch organisiert und auch Owen betrachtete seine Arbeiter noch als „Untertanen“. Bei allem Verständnis für deren Schutzbedürftigkeit hatte er noch keine Vorstellung vom tieferen strukturellen Kern der Aggressivität des Kapitals, vor der er die Arbeiter schützen wollte. Und Owen sah auch noch nicht seine eigene widersprüchliche Doppelrolle als ein auf sozialverantwortliches Handeln bedachter Unternehmer und als ein eigenes und fremdes Kapital verwertender Kapitalist. So blieb es vorerst bei dem Versuch, „diese Hydra des menschlichen Unglücks, dieses Ungeheuer, das bisher jeden Zugang zu wahren Wohlwollen und werktätiger Güte erfolgreich verwehrt hat“, mit einem möglichst sozialen Handeln als Unternehmer sowie mit moralischen Appellen an andere Unternehmer und an die Politik zu bezwingen.⁸⁵

Staatliche Beschäftigungsprogramme und Arbeitsstatistik

Als Leiter der Baumwollspinnerei in New Lanark erlebte Owen schließlich auch Phasen konjunktureller Abschwünge mit, in denen der finanzielle Spielraum für sein Handeln als sozialverantwortlicher Unternehmer enger wurde. Außerdem wurden viele Arbeiter und ihre Familien vom Los der Arbeitslosigkeit getroffen. Während die klassische Ökonomie an ihrem Glauben festhielt, dass die freien Märkte die Arbeitslosen von selbst wieder in neue Arbeiten bringen würden, forderte Owen den Staat auf, „Reservearbeiten für die überzählige Arbeiterbevölkerung“ zu vergeben. „Diese Arbeit müsste für öffentliche, der Allgemeinheit nützliche Projekte geleistet werden“. Dabei dachte Owen an den Bau von Straßen, Kanä-

⁸⁴ Robert Owen (1812-1814/1956a), S. 219 – 220.

⁸⁵ Robert Owen (1812-1814/1956a), S. 188 (Owens persönliche Motivation), 222 (Arbeiter als Untertanen) und 252 (Kapital als Hydra und Ungeheuer).

len und Häfen. Und außerdem sollte der Staat auch „regelmäßig genaue Erkundigungen über den Stand und die Nachfrage nach Arbeit einziehen. ... Es sollten Bestimmungen getroffen werden, um vierteljährlich Berichte über die Lage auf dem Arbeitsmarkt in jeder Grafschaft oder auch in kleineren Bezirken zu erlangen.“⁸⁶

In seinem „Bericht an die Grafschaft Lanark“ vom 1. Mai 1820 bezeichnete Owen die Arbeitslosigkeit als eine Folge des Widerspruchs zwischen dem „raschen Anwachsen der Produktivkräfte“ infolge des technischen Fortschritts einerseits und des herkömmlichen Gold- und Silbergeldes andererseits. Es erweise sich als unfähig, für den reibungslosen Absatz der „Überproduktion aller Arten von Gütern“ zu sorgen. „Das Geld ist die Wurzel allen Übels. ... Gold und Silber können nicht länger den vergrößerten Reichtum verkörpern, den die britische Industrie, vom Fortschritt der Wissenschaft unterstützt, geschaffen hatte.“⁸⁷

Von den Metall- und Papierwährungen zur Arbeitswährung

Damit kam Owen dem Kern des Krisenproblems zwar nahe, verfehlte aber dennoch seine Lösung. Nicht nur das aus Gold und Silber gemünzte Metallgeld, sondern auch das Papiergeld, das die Bank of England 1797 als Ersatz für das Metallgeld und „vorübergehendes Hilfsmittel“ in den Verkehr gebracht hatte, erschien ihm als Tauschmittel ungeeignet: „Es machte den Wohlstand und das Wohlergehen der Gemeinschaft von der Gnade und Barmherzigkeit einer Handelsgesellschaft abhängig, die trotz ihrer hoch anzuerkennenden Befähigung großenteils die Maschine nicht kannte, die sie zu lenken hatte.“⁸⁸

Anstelle der beiden „künstlichen Wertmaße“ der Metall- bzw. Papierwährungen empfahl Owen, zukünftig allein die menschliche Arbeit als „natürliches Wertmaß“ beim Austausch von Gütern zu verwenden. Dem möglichen Einwand, dass die körperlichen und geistigen Kräfte der einzelnen Menschen zu ungleich seien, als dass sich ein Durchschnittswert der menschlichen Arbeit ermitteln ließe, begegnete Owen mit dem Hinweis, dass für wissenschaftlich-technische Zwecke bereits die durchschnittliche Stärke von Pferden trotz deren individueller Unterschiede berechnet worden sei. „Nach demselben Grundsatz kann der Durchschnittswert der menschlichen Arbeit oder Kraft ermittelt ... und ihr Tauschwert festgesetzt werden. ... Die menschliche Arbeit würde auf diese Weise ihren natürlichen und inneren Wert erhalten. ... Diese Veränderung des Wertmaßes würde sofort die vorteilhaftesten heimischen Märkte öffnen, bis die Bedürfnisse aller in reichlichem Maße befriedigt wären. Sie würde die Mittel für einen völlig unbegrenzten und nutzbrin-

⁸⁶ Robert Owen (1812-1814/1956a), S. 217 und 278 (staatliche Beschäftigungsprogramme) und 273 – 274 (Arbeitsmarktstatistik und vierteljährliche Berichterstattung).

⁸⁷ Robert Owen (1812-1814/1956b), S. 285 – 287.

⁸⁸ Robert Owen (1812-1814/1956b), S. 288.

genden Verkehr und Austausch mit anderen Nationen sichern.“⁸⁹ Der direkte bargeldlose Austausch der Güter zwischen den Produzenten auf der Basis der durchschnittlichen menschlichen Arbeit als natürlichem Wertmaß würde einen unbeschränkten Absatz der Güter reibungslos gewährleisten und auch dafür sorgen, dass die Produktivitätssteigerungen aus den Fortschritten der Technik gerecht auf alle Menschen verteilt werden, „bis der Wohlstand in so übermäßigem Maße vorhanden sein sollte, dass jedes weitere Anwachsen als nutzlos und unerwünscht angesehen wird.“⁹⁰

Ähnlich wie Fourier wollte Owen vermeiden, dass ein Zwischenhandel Gewinne aus dem Austausch der Güter ziehen und die Produktion behindern kann. „Alle Artikel werden untereinander zu ihrem Einkaufspreis oder unter Zugrundelegung der in ihnen enthaltenen Arbeit, die gerecht festgestellt werden kann, getauscht werden.“⁹¹ Die Überlegung, wonach allein die menschliche Arbeit das ausschlaggebende Wertmaß beim Austausch der Produkte sein sollte, hatte durchaus ihre Berechtigung. Jedoch hat Owen dabei nicht vorausgesehen, dass es sich als praktisch unmöglich erweisen könnte, analog zu den Pferdestärken einen Durchschnittswert der menschlichen Arbeit zu berechnen und ihn als statischen Dreh- und Angelpunkt einer Arbeitswährung allen Austauschprozessen zugrunde zu legen. Stattdessen hätte sich das „natürliche Wertmaß“ nur gleichsam ‚von selbst‘ aus dem dynamischen Prozess der dezentralen Selbstordnung der Märkte ergeben können. Allerdings hätte es dafür – im Gegensatz zum damaligen klassischen Laissez-faire – einer rechtlichen Rahmenordnung der Märkte bedurft, die zum einen die privaten Boden- und Ressourcenrenten in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die Allgemeinheit zurückerstattet und die zum anderen das von Owen verworfene Papiergeld so als ein öffentliches Gut institutionalisiert, dass das durchschnittliche Zinsniveau im Laufe der Zeit gegen Null absinkt.

Aufgrund des Fehlens einer solchen Rahmenordnung der Märkte blieb es weiterhin möglich, sich Boden- und Ressourcenrenten privat anzueignen, und es blieb auch weiterhin unumgänglich, das in Produktionsanlagen angelegte Eigen- und Fremdkapital zu verzinsen. So war Owens Annahme, diese beiden leistungsfremden kapitalistischen Kostenfaktoren bei der Berechnung des „natürlichen Wertmaßes“ außen vor lassen zu können, ebenso ein Trugschluss wie sein Glaube, dass die Einkaufspreise der Waren nur noch ihre tatsächlichen Arbeitswerte verkörpern würden. Beim Austausch der Waren auf der Basis ihrer Einkaufspreise wäre zwar die Handelsspanne entfallen; dennoch hätten die Einkaufspreise neben der menschlichen Arbeit auch weiterhin noch Bodenrenten und Kapitalzinsen enthalten, die nicht nur im Handel, sondern auch auf allen Stufen der Produktion in die Preiskalkulationen eingehen.

⁸⁹ Robert Owen (1812-1814/1956b), S. 287 - 290

⁹⁰ Robert Owen (1812-1814/1956b), S. 293.

⁹¹ Robert Owen (1812-1814/1956b), S. 304.

Kommunistische Siedlung New Harmony im US-Bundesstaat Indiana

In seinem „Bericht an die Grafschaft Lanark“ (1820) äußerte Owen auch bereits erste grundsätzliche Zweifel an der Lohnabhängigkeit der Arbeiter von den Unternehmern. Wenn die Produkte der menschlichen Arbeit erst einmal auf der Grundlage ihrer „natürlichen Wertmaße“ ausgetauscht würden, „wären die arbeitenden Klassen nicht länger Sklaven eines künstlichen Lohnsystems. ... Die Idee einer Bevorrechtigung und damit Überlegenheit“ einiger Wohlhabender über die arme Bevölkerungsmehrheit „ist Hauptursache aller Zwietracht innerhalb jeder Gesellschaft“ und sie steht „in direktem Widerspruch zu der reinen und unverfälschten Religion“ wie auch zur „Macht der Vernunft“. Owen widersprach deshalb auch der Behauptung von Robert Malthus, dass die soziale Lage der arbeitenden Klassen eine Folge der übermäßigen Vermehrung der Bevölkerung sei. Stattdessen war es für ihn „nur schwer zu begreifen, dass ein vernünftiges Wesen mehr besitzen wolle, als seine Natur genießen könne.“⁹²

Enttäuscht über die anhaltenden Anfeindungen gegen sein Verständnis von den Aufgaben der Unternehmer von Seiten anderer Fabrikanten sowie aus den Kreisen von Politik und Kirchen verkaufte Robert Owen seine Baumwollspinnerei in New Lanark⁹³ und erwarb 1825 von ehemals deutschen Rappisten die gemeinschaftliche Siedlung New Harmony im US-Bundesstaat Indiana. Dort wollte Owen den praktischen Beweis für die Richtigkeit seiner Gedanken erbringen, die er in seinem „Buch von der neuen Welt“ über ein gemeinschaftliches Eigentum an Boden und Produktionsanlagen sowie über genossenschaftliche Formen der Selbsthilfe von Arbeitern und Handwerkern dargelegt hatte. Von der Ausstrahlungskraft eines erfolgreichen Modellversuchs erhoffte sich Owen eine friedliche Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine Gesellschaft der Gleichheit und Gerechtigkeit, in der auch Frauen die gleichen Rechte bekommen sollten wie Männer.

Während die Arbeiterfamilien in New Lanark noch in vereinzeltten Wohnungen gelebt hatten, wollte Owen die Bauern, Handwerker und Arbeiter in New Harmony zu einer großen Lebensgemeinschaft vereinen. Alle Mitglieder der Gemeinschafts-siedlung sollten sowohl an der leitenden Kopfarbeit als auch an der ausführenden Handarbeit beteiligt werden. Produktion und Konsum sollten gemeinschaftlich geplant und durchgeführt werden. Und je nach ihrem Alter sollten alle eine gleiche Erziehung und gleiche Kleidung erhalten. Im Februar 1826 schlossen sich die Mitglieder der Siedlung New Harmony zu einer „Gesellschaft der Gleichheit“ zusammen: „Gleichheit der Rechte, ohne Unterschied des Geschlechtes und des Standes,

⁹² Robert Owen (1812-1814/1956a), S. 259 - 261 (Habgier einzelner Menschen im Widerspruch zu einer unverfälschten Religion), 276 (Robert Malthus), 280 (Macht der Vernunft) und 290 (Lohnsklaverei).

⁹³ Unter anderem unterbreitete Owen seine Vorstellungen einer Kommission des britischen Parlaments, der auch der Ökonom David Ricardo angehörte. Ricardo befürwortete zwar Owens Vorschläge zur Beschränkung der Kinderarbeit, aber er hielt Owens weitergehende Gedanken über eine Überwindung des Lohnsystems durch gütergemeinschaftliche Siedlungen für utopisch. Vgl. hierzu Lola Zahn in: Werner Krause, Karl-Heinz Graupner und Rolf Sieber (1989), S. 405 - 409, hier: S. 406.

für alle Erwachsenen und Gleichheit der Pflichten, je nach der körperlichen und geistigen Befähigung; Gemeinsamkeit des Eigentums und genossenschaftliche Vereinigung in den Geschäften und Vergnügungen des Lebens.“⁹⁴

Um den Aufbau der Siedlung kümmerte sich Owen aber nur zeitweise, weil er allzu schnell begann, die Gründung weiterer Siedlungen an mehreren anderen Orten zu initiieren. So zeichnete sich schon bald ab, dass sich Owens hohe Erwartungen nicht erfüllen würden. Von den etwa 800 wahllos in die Siedlung aufgenommenen Menschen hatten die allermeisten keine beruflichen Ausbildungen. Das gemeinschaftliche Eigentum wurde nicht gepflegt und Mehrheitsbeschlüsse erwiesen sich oft als nicht durchführbar, weil das Streben nach persönlichen Vorteilen erstarkte. Auch unterschätzte Owen die Schwierigkeiten der gerechten Verteilung der gemeinsam erzeugten Produkte. Berechnungen des Wertes der Arbeit erwiesen sich als unmöglich. Aber das Problem ihrer Verteilung würde sich von selbst erübrigen, wenn die Güter erst einmal in unbegrenzten Mengen hergestellt würden. Dann würden die Siedler auch zunehmend weniger Wert auf privates Eigentum legen.

Im Frühjahr 1827 wurde das Scheitern der Siedlung New Harmony öffentlich eingestanden. Owen führte es auf den zu schnellen Versuch zurück, von der kapitalistischen Gesellschaft in eine Gemeinschaftssiedlung überzugehen. Die Gesellschaft sei dafür noch nicht reif und bräuchte Zwischenstadien, in denen die Menschen vorläufig noch in ihren kleinen Familien und individualisierten Formen leben, sich aber wenigstens zu Produktions- und Konsumgenossenschaften zusammenschließen. Mit solchen Vorstellungen reiste Owen im Sommer 1828 nach Mexiko, um sich mit der dortigen Regierung über die Gründung einer „Friedenskolonie“ an der Grenze zwischen Mexiko und den USA zu verständigen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch, weil die katholische Regierung nicht auf Owens Forderung nach einer Religionsfreiheit in der Kolonie eingehen wollte.⁹⁵

Gründung einer Arbeitsbörse in London

Unterdessen entstanden in England und Schottland die ersten Lebensmittel- und Textilhandwerkergenossenschaften sowie Konsumvereine als Versuche von Bauern, Handwerkern und Arbeitern, sich von Monopolunternehmen unabhängig zu machen und sich gegenseitig selbst zu helfen. Ihr Ziel war es, durch einen gemeinschaftlichen Wareneinkauf in größeren Mengen günstige Einkaufspreise zu erzielen und dann Lebensmittel und Kleidung zum Selbstkostenpreis an ihre Mitglieder weiterzuverkaufen.

Zwischenzeitlich erlitt die genossenschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter allerdings auch einen herben Rückschlag, als die 1832 von Robert Owen nach seiner Rück-

⁹⁴ Thilo Ramm, Einführung zu Robert Owen, in: ders. (1956), S. 183. – Helmut Faust (1958), S. 53 – 56. – Vgl. auch Klaus Hansen (1984), S. 118 – 142, insbes. S. 125 – 127.

⁹⁵ Helmut Faust (1958), S. 53 – 57.

kehr nach England in London gegründete Arbeitsbörse scheiterte. Gemäß den Vorstellungen von Owen sowie der drei Arbeitsgeldtheoretiker John Gray, William Thompson und John Bray dürfe das herkömmliche Geld nicht länger zwischen die Produzenten und Konsumenten treten, weil es eine wirtschaftliche Macht über die Arbeiter ausübe und sie unterdrücke. Stattdessen solle eine Arbeitsbörse die Produzenten und Konsumenten direkt, also ohne Geld und ohne einen Zwischenhandel miteinander in Verbindung bringen.



Arbeitsstundenschein der National Equitable Labour Exchange im Wert von 20 Stunden

aus: Robert Eisler - Das Geld - Seine geschichtliche Entstehung
und gesellschaftliche Bedeutung, München 1924, S. 340.⁹⁶

Die Produzenten sollten ihre Waren in großen zentralen Hallen der Arbeitsbörse einlagern. Deren Wert sollte nach der für ihre Herstellung aufgewendeten menschlichen Arbeit geschätzt und den Produzenten dementsprechend mit „Arbeitsnoten“ bescheinigt werden, die sie zum Erwerb anderer gleichwertiger Waren aus den Lagerhallen oder in den Läden der Konsumvereine berechtigen. Um das Netzwerk der Tauschbeziehungen zu erweitern, sollte eine landesweite Vereinigung der Arbeiter gebildet werden, „der die Konsumvereine in gewissen Zeitabständen ihren Bedarf oder Überfluss an gewissen Artikeln zu melden haben.“ Dadurch werde die Produktion an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet, so dass sowohl ein Mangel als auch ein Überfluss von einzelnen Waren oder auch deren unzureichende Qualität vermieden werden könne. Auf diese Weise werde

⁹⁶ Eisler erwähnte, dass der Schriftsteller Herbert G. Wells ihm ein Original der „Twenty Hours“ leihweise überlassen habe, um es in seinem Buch „Das Geld“ abbilden zu können. (S. 340)

auch die Verteilung der Waren sehr viel billiger bewerkstelligt als wenn sich daran private Händler aufkosten der Gesellschaft bereichern.⁹⁷

Das Interesse von Handwerkern und Arbeitern an der Arbeitsbörse war anfangs groß, doch traten schon bald ähnliche Probleme auf wie in der Siedlung New Harmony. Der Arbeitswert der Waren erwies sich als schwer abschätzbar, so dass es zu Streitigkeiten über ihre ‚richtige‘ Bewertung und zum Streben nach persönlichen Vorteilen kam. Die praktische Handhabung der Arbeitswertbescheinigungen war viel umständlicher als der Umgang mit Geld und es kam noch die besondere Schwierigkeit hinzu, „dass die Industriearbeiter, zu deren Vorteil die Gründung in erster Linie gedacht war, sich an dem Tauschverkehr am wenigsten beteiligen konnten, weil sie im modernen spezialisierten Fabrikbetrieb gar nicht in der Lage waren, für sich selbst Tauschgüter herzustellen.“ Die Arbeitsbörse vermochte das Angebot und die Nachfrage noch schlechter miteinander zu koordinieren als das herkömmliche Geld, so dass sie schon nach zwei Jahren zusammenbrach.⁹⁸

Zwischen der Genossenschafts- und der Gewerkschaftsbewegung

Unabhängig von diesem Misserfolg der Londoner Arbeitsbörse blieben die Genossenschaften und Konsumvereine weiterhin bestrebt, durch Großeinkäufe von Lebensmitteln und Kleidungsstücken die Zahlung größerer Handelsgewinne zu vermeiden.⁹⁹ Bald gründeten sie gemäß den Erziehungsidealen von Owen auch genossenschaftliche Büchereien und Zeitungen. Und um ihre Arbeitskraft nicht mehr als Ware an kapitalistische Unternehmer zu verkaufen, schlossen sich viele Arbeiter auch zu Produktionsgenossenschaften zusammen. Darin erprobten sie Formen des kooperativen, selbst verwalteten Produzierens, bei denen alle Mitglieder einen gleichberechtigten Anteil an den Entscheidungsprozessen erhielten.

Einen besonderen Auftrieb erhielt die Welle der Gründung weiterer Genossenschaften und Konsumvereine durch die „Redlichen Pioniere von Rochdale“ bei Manchester, die im Sinne von Robert Owen sog. „sich selbst erhaltende Heimkolonien gemeinsamer Interessen“ gründeten und Land kauften oder pachteten, um darauf genossenschaftliche Wohnungen und Produktionsanlagen zu bauen.¹⁰⁰ Diese Kolonien verstanden sich zunächst als Gegenwelten zu dem vom egoistischen Profitstreben angetriebenen kapitalistischen Fabrikssystem. Dem kapitalistischen Privateigentum an den Produktionsmitteln wollten sie lokale und regionale For-

⁹⁷ Helmut Faust (1958), S. 66.

⁹⁸ Helmut Faust (1958), S. 67.

⁹⁹ „Owens Erkenntnis, dass der Profit der Zwischenhändler durch den Zusammenschluss der Konsumenten ausgeschaltet werden kann, ist sein großes Verdienst für die Genossenschaftsbewegung.“ Helmut Faust (1958), S. 62 – 65, hier: S. 65.

¹⁰⁰ Zu den „Redlichen Pionieren von Rochdale“ vgl. George D.H. Cole (1954), S. 34 – 41. – Helmut Faust (1958), S. 73 – 86. – Vgl. außerdem E.P. Thompson, Owenismus, in: Manfred Hahn Hrsg. (1974), S. 232 – 258. – Zu den Anfängen der Genossenschaftsbewegung in Deutschland vgl. Arno Mersmann (1985), S. 17 – 38.

men des gemeinschaftlichen Eigentums gegenüber stellen. Der Gedanke an eine Verstaatlichung der Produktionsmittel, wie ihn Francois Babeuf in der kommunistischen „Verschwörung für die Gleichheit“ unmittelbar nach der Französischen Revolution verfochten hatte¹⁰¹ lag für sie allerdings noch in weiter Ferne.

Im Laufe der Zeit traten jedoch ähnliche Probleme zutage wie schon in der Siedlung New Harmony. Neben die Konsumgenossenschaften traten erste Wohnungsbaugenossenschaften sowie erste Spar- und Kreditvereine für Bauern und Handwerker, die so sehr daran gewöhnt waren, selbstständig und eigenverantwortlich zu wirtschaften, dass sie sich nur schwer oder gar nicht in die Genossenschaftssiedlungen integrierten. So entstanden weitere Genossenschaftssiedlungen, aber auch mehr und mehr ‚individuellere‘ Genossenschaften ohne Siedlungsbasis, die dem Streben nach persönlichen Erfolgen mehr Raum gaben und auch Größenordnungen erreichten, die an die Grenzen der demokratischen Organisierbarkeit reichten. Die an Robert Owen orientierten Genossenschaftler „sahen in der Genossenschaftsbewegung nicht nur eine Bewegung der Konsumenten, sondern der Konsumenten und der Produzenten in aktiver Partnerschaft, wobei Produzenten und Konsumenten natürlich weitgehend dieselben Personen waren.“ Sie missbilligten, dass die Konsumenten die Produzenten nahezu wie kapitalistische Arbeitgeber behandelten und forderten zumindest eine Gewinnbeteiligung der Produzenten an den Vorteilen der Konsumgenossenschaften aus Großeinkäufen. Im Gegensatz dazu hatten die von John Mitchell angeführten pragmatischen Genossenschaftler „keinen Sinn für den genossenschaftlichen Idealismus und erst recht nicht für sozialistische Anschauungen. ... Mitchell machte aus der ausschließlichen Kontrolle durch die Konsumenten eine Philosophie und sagte allen Vorstellungen von einer Partnerschaft der Arbeitnehmer bei der Kontrolle der genossenschaftlichen Produktion sowie des genossenschaftlichen Groß- und Einzelhandels den Kampf an. Er siegte auf der ganzen Linie. ... Die Philosophie Mitchells brachte es mit sich, dass die Masse der Mitglieder die Genossenschaftsbewegung nur nach dem Gesichtspunkt des unmittelbaren Nutzens wertete.“¹⁰²

Trotz seiner Misserfolge und Rückschläge ließ sich Robert Owen nicht entmutigen und blieb der Genossenschaftsbewegung auch weiterhin eng verbunden. Zugleich wandte er sich auch den Bestrebungen der Trade Unions zu, die um 1840 begonnen hatten, der Macht der kapitalistischen Unternehmer eine organisierte Gegenmacht der Arbeiter gegenüberzustellen und den Kapitalisten durch Streiks höhere Arbeitslöhne abzurufen. Mit seinem Buch „Von der neuen moralischen Welt“ (1836ff), seiner Zeitschrift „New Moral World“ und seinem letzten Buch „Die geistige und praktische Revolution der Menschheit“ (1849) übte Owen einen starken Einfluss auf die englische Gewerkschaftsbewegung aus. Dennoch wurde er in ihr nicht so heimisch wie in der Genossenschaftsbewegung, weil es ihm mehr da-

¹⁰¹ Zu Francois Babeuf vgl. Thilo Ramm (1956), S. 2 – 20, hier: S. 6 – 9 (große nationale Gütergemeinschaft)

¹⁰² George D. H. Cole (1954), S. 36 – 38.

rum ging, „den Menschen zu einem sozialen Wesen zu machen und ihn höchst freundschaftlich mit all seinen Mitmenschen zu vereinen“¹⁰³, als die Arbeiter zu Kämpfen gegen die Kapitalisten aufzufordern.

Auch in seinen späteren Schriften erkannte Owen nicht, dass die die Gesellschaft spaltende Kraft nicht im Handel, sondern in der strukturellen Macht des kapitalistischen Geldes lag und dass die genossenschaftlichen Vereinigungen der Menschen nicht ausreichten, um diese soziale Spaltung zu überwinden.¹⁰⁴ Trotz aller gemeinschaftlichen Umgehung von Handelsgewinnen drangen Gegensätze zwischen Produzenten und Konsumenten auch in die Genossenschaften und Konsumvereine ein.

Zudem befanden sich die Genossenschaften und Konsumvereine auf den monopolkapitalistisch verfälschten Märkten in einem harten Wettbewerb mit den kapitalkräftigeren Privatunternehmen. Statt die kapitalistische Gesellschaft durch die Gründung von immer mehr Genossenschaften allmählich auf friedlichem Wege in eine solidarische Gesellschaft umzuwandeln, gerieten die Genossenschaften und Konsumvereine unter einen ständigen Druck, sich an die übermächtige Konkurrenz entweder anzupassen oder ihr zu weichen. Die Balance zwischen dem äußeren Anpassungsdruck und ihren eigenen idealistischen Zielen zu halten, wurde zunehmend schwieriger. Größere Genossenschaften, die sich am Markt behaupten konnten, nahmen zuweilen selbst hierarchische Züge an und beschäftigten auch Lohnabhängige. Und wo mehrere von ihnen in einem Ort oder einer Region entstanden, gerieten sie entgegen Owens Vorstellung von einer Welt „ohne Wettbewerb und Konkurrenz“¹⁰⁵ auch noch miteinander in Konkurrenz.

Im Vergleich zu den privatkapitalistischen Unternehmen stand den Genossenschaften und Konsumvereinen zwar deutlich weniger Kapital zur Verfügung, aber auch sie mussten ihr auf allen Produktions- und Handelsstufen eingesetztes Boden- und Kapitaleigentum mit Bodenrenten und Kapitalzinsen bedienen. Und indem die Arbeiter begannen, kleine Ersparnisse zu bilden und sie bei ihren Genossenschaftsbanken gegen Zinsen zu hinterlegen, wurden auch sie – freilich in weit aus geringerem Maße als die Unternehmerkapitalisten – von der sozialen Spaltung erfasst, denn einerseits blieben sie zwar Ausgebeutete, aber andererseits wurden sie nach und nach auch selbst zu Beziehern leistungsloser Zinseinkünfte.

In seinen letzten Lebensjahren schwankte Robert Owen zwischen der Gewerkschaftsbewegung, die vor allem in den größeren Industriestädten die Interessen der Arbeiterschaft vertrat, und der Genossenschaftsbewegung, die sich hauptsächlich auf dem Lande und in kleineren Städten ausbreitete. Schließlich wandte er sich auch noch den Anfängen der englischen Gartenstadtbewegung zu.¹⁰⁶

¹⁰³ Robert Owen (1842/1989), S. 337.

¹⁰⁴ In diese Richtung gingen Ferdinand Wenzlaff zufolge die Überlegungen von Owens Schüler James O'Brien in seinem Buch „The Rise, Progress and Phases of Slavery“; vgl. Ferdinand Wenzlaff (2011), S. 16.

¹⁰⁵ Robert Owen (1842/1989), S. 341.

¹⁰⁶ Vgl. Helmut Faust (1958), S. 69.

Kapitel 3

**Karl Marx & Friedrich Engels:
Die Entwicklung des Sozialismus
von der Korrektur des Liberalismus
zum antiliberalen Kommunismus
in ihren Frühschriften
bis zum „Kapital“ Band 1**

3 Karl Marx & Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Kritik am Liberalismus zum antiliberalen Kommunismus in ihren Frühschriften bis zum „Kapital“ Band 1

Was schon während der Französischen Revolution mit Babeufs „Verschwörung für die Gleichheit“ begonnen hatte und sich über Louis Blanc, Etienne Cabet und Wilhelm Weitlings „Bund der Kommunisten“ fortsetzte¹, verstärkte sich zwischen dem Beginn der Julimonarchie in Frankreich (1830) und den bürgerlichen Revolutionen in Frankreich und Deutschland (1848) immer mehr: eine allmähliche Verdrängung des Frühsozialismus, der noch die Freiheit und die Gerechtigkeit miteinander verbinden wollte, durch den radikal antiliberalen und antidemokratischen Kommunismus.

Die Niederwerfung der bürgerlichen Revolutionen von 1848 in Frankreich und Deutschland machte die frühsozialistischen Hoffnungen auf die verspätete Verwirklichung einer nichtkapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft endgültig zunichte. Sie zerstörte auch die Hoffnungen der kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten auf eine gleiche politische Teilhabe an der Gestaltung einer demokratischen Republik. Die Konzentration der wirtschaftlichen und politischen Macht in den Händen der aufstrebenden Bourgeoisie und Teilen des Adels erfolgte mit einer solchen Durchschlagskraft, dass dem mit unerhörter Rücksichtslosigkeit ausgebeuteten Industrieproletariat offenbar keine andere Wahl blieb als zu versuchen, den Mächtigen ihre Macht gewaltsam zu entreißen. Der Kommunismus versprach die Verwirklichung einer klassenlosen Gesellschaft von allseits gleichen Proletariern und entwendete damit dem klassischen Liberalismus die von ihm nicht eingelöste Verheißung einer egalitären Gesellschaft. Er selbst sollte jedoch dieses Versprechen ebenfalls nicht einlösen und später parallel zu einer Liquidierung der Bourgeoisie eine neue Klassenherrschaft von kommunistischen Parteifunktionären über lohnabhängig bleibende Proletarier errichten.

Eine Schlüsselrolle beim Übergang vom Frühsozialismus zum Kommunismus spielten Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895), deren erste Schriften 1843/44 erschienen und die mit ihrem gewaltige Ausmaße annehmenden Werk einen alles beherrschenden Einfluss zunächst auf die englischen Chartisten und dann auf die gesamte Arbeiterbewegung gewinnen sollten. Auch aus ihrer Sicht hatte die Französische Revolution von 1789 nur ein neues Herrschaftssystem hervorgebracht, in dem die alte Feudalherrschaft von Adel und Kirche von einer neuen Herrschaft der Bourgeoisie über das Industrieproletariat abgelöst worden war.

¹ Vgl. hierzu Thilo Ramm (1956), S. 308 – 390. – Ahlrich Meyer (1977), S. 132 – 220. - Helga Grebing (1975), S. 26 – 28 und 40 – 47.

In Anknüpfung an die von Georg F.W. Hegel entfaltete Philosophie des deutschen Idealismus entwickelten Marx & Engels ein Menschen- und Geschichtsbild, das wie dasjenige von Hegel von der Vorstellung ausging, dass die Geschichte ein von einer objektiven Vernunft geleiteter, dialektisch ablaufender Prozess sei. Mit gesetzmäßiger Zwangsläufigkeit würden höhere auf niedrigere Entwicklungsstadien folgen. Allerdings wurde die Geschichte von der Urgesellschaft über die Sklavenhaltergesellschaft und den Feudalismus zum Kapitalismus und schließlich zum Kommunismus nicht nur als ein gradlinig aufsteigender Prozess gedacht, sondern auch als ein Prozess mit Um- und Abwegen.²

Im Gegensatz zum Hegelschen Idealismus betrachteten Marx & Engels die historische Entwicklung nicht mehr als Realisierung von Ideen eines universellen Weltgeistes. Als Reaktion auf die unheilige Allianz von Altar und Thron während des Feudalismus stellten sie Hegel „vom Kopf auf die Füße“, indem sie wie andere Junghegelianer religiöse Vorstellungen als „verkehrtes Weltbewusstsein, Seufzer der bedrängten Kreatur und Opium des Volkes“ bzw. als ideologische „Nebelbildungen im Gehirn des Menschen“ ablehnten und stattdessen ein materialistisches Weltbild entwickelten. Demnach ist nicht ein „Überbau“ von Ideen eines Weltgeistes, sondern die „reale Basis“ der materiellen Lebensbedingungen der menschlichen Gattung entscheidend für den Lauf der Geschichte. „Die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.“³

Entgegen den Verheißungen der Französischen Revolution konnten sich die Menschen innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht gemäß ihrer wahren Bestimmung selbst verwirklichen, sondern sie wurden ausgebeutet und damit von ihrem eigentlichen Wesen entfremdet. Deshalb komme es – so Marx in seiner 11. Feuerbach-These – darauf an, die Welt nicht nur unterschiedlich zu interpretieren, sondern sie auch zu verändern.⁴ So wie die Steigerung der technischen Produktivkräfte vormals die feudalistischen Produktionsverhältnisse gesprengt und die Negation des Feudalismus durch den Kapitalismus herbeigeführt hatte, so schaffe ihre fortgesetzte quantitative Steigerung auch die Voraussetzung für eine weitere, die Welt verändernde dialektische „Negation der Negation“, also

² Karl Marx & Friedrich Engels (1845-47), in: MEW 3, S. 22 – 26 und 45. – Friedrich Engels (1876-78/1968), in: MEW 20, S. 11 – 12 und 41 (Hegels Dialektik) und S. 349 „Dialektik der Natur“. – Friedrich Engels (1880/1969), in: MEW 19, S. 202 – 209 (Hegels Dialektik) und 210 ff (materialistische Geschichtsauffassung).

³ Karl Marx (1843-44/1970), in: MEW 1, S. 378. – Karl Marx & Friedrich Engels (1845-47/1969), in: MEW 3, S. 26 und 39. – Karl Marx (1859/1969), in: MEW 13, S. 8 – 9. – Vgl. auch Iring Fetscher (1967), S. 49 – 59.

⁴ Karl Marx (1845/1969), in: MEW 3, S. 7 und 535.

für eine Negation des Kapitalismus. „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist. Und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“ Wenn aber die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erst einmal von der Bourgeoisie auf ihre höchstmögliche technische Stufe angehoben worden seien, dann komme ein historischer Augenblick, in dem die gesteigerte Quantität der kapitalistischen Produktivkräfte dialektisch in eine neue Qualität „umschlage“; dann werde ein historischer Sprung aus den kapitalistischen in höhere kommunistische Produktionsverhältnisse möglich, bei dem der Klassengegensatz zwischen den Kapitalisten und den entfremdeten Lohnarbeitern überwunden werde. Und „mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.“⁵

Als Sachwalter der gesamten menschlichen Gattung sollte das Proletariat nicht im Sinne von Hegel auf das geschichtliche Walten eines Weltgeistes warten; darin sahen Marx & Engels ohnehin nur ein „metaphysisches Gespenst“. Vielmehr sollte sich das Proletariat – sobald die technischen Produktivkräfte weit genug entwickelt sind – die „Totalität der Produktivkräfte aneignen“ und von da an „ihre Geschichte mit vollem Bewusstsein selbst machen“. Mit dieser „weltbefreienden Tat“ würden die „Menschen endlich Herren ihrer eigenen Art der Vergesellschaftung und damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst – frei.“ Im Zuge der „Entwicklung der Individuen zu totalen Individuen“ würden schließlich die Selbstentfremdung und die Ausbeutung der Arbeitenden ganz aufhören.⁶

3.1 Geldkritisches in den Frühschriften von Marx & Engels

Obwohl Marx & Engels ihr Hauptaugenmerk im Gefolge der Philosophie Hegels in ihren eigenen philosophischen wie ökonomischen Schriften auf die menschliche Arbeit und die Produktionssphäre richteten, suchten sie die Ursachen der Ausbeutung ganz am Anfang auch noch in der Zirkulationssphäre. Smith und Hegel lieferten ihnen hierfür keine Anregungen.⁷ Jedoch lenkten die französischen und englischen Frühsozialisten, insbesondere Fourier, ihren Blick auch auf die Zirkulationssphäre. So konnte es zunächst den Anschein haben, dass Marx & Engels nahe da-

⁵ Karl Marx (1843-44/1970), in: MEW 1, S. 391 (Negation des Privateigentums). – Karl Marx (1859/1969), in: MEW 13, S. 9 (Vorbereitung der neuen Gesellschaftsformation im Schoße der alten Gesellschaft). – Friedrich Engels (1876-78/1968), in: MEW 20, S. 11 – 12 und 41 (dialektisches Umschlagen von Quantität in Qualität).

⁶ Karl Marx & Friedrich Engels (1845-47/1969), in: MEW 3, S. 48 (Weltgeist als metaphysisches Gespenst) und S. 67 – 68 (Aufhebung der Entfremdung und Entwicklung der Individuen zu totalen Individuen). – Friedrich Engels (1876-78/1968), in: MEW 20, S. 264 (Menschen als Herren der Natur und Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung, die ihre Geschichte mit vollem Bewusstsein selbst machen), außerdem (1880/1969), in: MEW 19, S. 228 (Menschen als Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung und der Natur).

⁷ Vgl. die Hegels Ansichten zum Geld rezipierende und weiterführende Studie von Dieter Suhr (1988a).

ran waren, die Ursachen der Ausbeutung der menschlichen Arbeit auch aus dem Handel und dem Geld abzuleiten.

- Während seiner Zeit als Textilfabrikant in Manchester kritisierte Engels die klassische Ökonomie, das „auf Adam Smiths ‚Wealth of Nations‘ gegründete System der Handelsfreiheit (...), als Heuchelei, Inkonsequenz und Unsittlichkeit, die jetzt auf allen Gebieten der freien Menschlichkeit gegenübersteht. ... Der Handel ist der legale Betrug. ... Die liberale Ökonomie hat die Menschheit in eine Horde reißender Tiere verwandelt, die einander auffressen. ... Der Kulminationspunkt der Unsittlichkeit ist die Börsenspekulation in Fonds.“⁸

Über Fourier und Owen hinausgehend, die ihm nicht revolutionär genug eingestellt waren, brachte Engels die „Spaltung der Menschheit in Kapitalisten und Arbeiter“ auch annäherungsweise mit der Rolle des Geldes in Verbindung. „Das Geld ist der Gott dieser Welt“, schrieb er in seiner erschütternden Darstellung der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ und empörte sich über die „tief demoralisierte, unheilbar durch den Eigennutz verderbte, innerlich zerfressene Klasse der englischen Bourgeoisie“, für die „nichts in der Welt existiert, was nicht nur um des Geldes willen da wäre.“ Von „Habsucht und Geldgier“ sah Engels das Leben der englischen Bourgeoisie angetrieben: „Alle Lebensverhältnisse werden nach dem Gelderwerb gemessen und was kein Geld abwirft, das ist dummes Zeug, unpraktisch, idealistisch.“ Die Bourgeoisie beugte das Recht durch ihre Macht; sie richtete die Gesetzgebung, zum Beispiel die Korn- und Armengesetze, nach ihren Interessen aus und verfolgte bei alledem nur einen „Lebenszweck: das Aufhäufen von Geldsäcken.“⁹

Diese Einsichten bewogen Engels jedoch nicht dazu, sich als Unternehmer und Kaufmann im familieneigenen Unternehmen „Ermen & Engels“ in Manchester ähnlich sozial wie Robert Owen gegenüber seinen eigenen Arbeitern zu verhalten. Als „viktorianischer Baumwoll-Lord im Gehrock ... in Cottonopolis“ befand sich Engels in einem Knotenpunkt weltweiter Produktionsketten von den Baumwollplantagen der amerikanischen Südstaaten über Manchester und Wuppertal bis nach Indien. Zwar schränkte er in seiner Firma die Kinderarbeit ein, aber ansonsten presste er wie andere Kapitalisten den Mehrwert aus seinen Arbeitern heraus, um selbst ein Leben als Bourgeois zu führen und Marx, neben dem er nach seinen eigenen Worten die „zweite Violine“ spielte, finanziell über Wasser zu halten. So lebte Engels als Kapitalist mit Sympathien für das revolutionäre Proletariat in einer permanenten „Spaltung im persönlichen Leben“ und einem Widerspruch zwischen Worten und Taten. Zwar klagte er die „entwürdigende Lage“ der englischen

⁸ Friedrich Engels (1843-44/1970), in: MEW 2, S. 501 – 505 und 515.

⁹ Friedrich Engels (1843-44/1970), in: MEW 2, S. 512. - Ders. (1845/1969), in: MEW 2, S. 343, 352, 487 und 492. - In der Nationalökonomie seiner Zeit sah Engels sogar nur eine „Lieblingwissenschaft dieser Schacherjuden“; (S. 487). - Tristram Hunt (2017), S. 94 und 99 [Engels' Beschäftigung mit Saint-Simon und Fourier, die ihm nicht revolutionär genug gesinnt waren].

Arbeiter leidenschaftlich an - in seinem eigenen Wirkungskreis erleichterte er sie jedoch nicht.¹⁰

Unabhängig davon galt für Engels auch im Hinblick auf die „Deutschen Zustände“, dass „das Bürgertum nur durch das Geld mächtig ist und dass es politische Macht nicht anders erlangen kann als dadurch, dass es das Geld zum einzigen Kriterium für die Fähigkeit einer Person macht, an der Gesetzgebung mitzuarbeiten. Es muss alle feudalen Privilegien, alle politischen Monopole vergangener Zeiten in das eine große Privilegium und Monopol des Geldes aufgehen lassen.“ So werde die politische Gleichheit aller vor dem Gesetz durch die ökonomische Ungleichheit von Reichtum und Armut unterlaufen.¹¹ Und bei alledem spürte Engels auch die Bedeutung der mit dem Geld verbundenen Zinsen im Prozess der vielschichtigen Spaltung zwischen Kapital und Arbeit und der inneren „Entzweiung der Arbeit“: „Selbst der Gewinn wird wieder in Zinsen und eigentlichen Gewinn gespalten. In den Zinsen ist die Unvernünftigkeit dieser Spaltungen auf die Spitze getrieben. Die Unsittlichkeit des Zinsenverleihens, des Empfangens ohne Arbeit, für das bloße Borgen, ist, obwohl schon im Privateigentum liegend, doch zu augenscheinlich und vom unbefangenen Volksbewusstsein, das in diesen Dingen meistens Recht hat, längst erkannt.“¹²

● In seinen Pariser „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ (1844) hat sich Marx intensiv mit Adam Smith's „Wohlstand der Nationen“ auseinander gesetzt und der einseitig positiven Betrachtung des Geldes bei Smith eine eigene einseitig negative Einschätzung gegenüber gestellt. In Anknüpfung an Shakespeares „Timon von Athen“ und Goethes „Faust“ kritisierte Marx das Geld vehement als ein „allmächtiges Wesen, das die Eigenschaft besitzt, alles zu kaufen und alle Gegenstände sich anzueignen“ und das – als „sichtbare Gottheit“ verehrt – eine alles „verkehrende Macht“ hat: „Es verwandelt die Treue in Untreue, die Liebe in Hass, den Hass in Liebe, die Tugend in Laster, das Laster in Tugend, den Knecht in den Herrn, den Herrn in den Knecht, den Blödsinn in Verstand, den Verstand in Blödsinn.“¹³

Allerdings ging Marx' pauschale Verurteilung des Geldes über seine positive Eigenschaft als „Band aller Bande“ hinweg. Als ein alle Teile der arbeitsteiligen Gesellschaft miteinander verbindendes Tauschmittel vermochte es die menschlichen Individuen sehr viel wirksamer zu vergesellschaften als vormals die (groß-

¹⁰ Tristram Hunt (2017), S. 8 (Baumwoll-Lord), 10 (globale Textilfabrikation, zweite Violine neben Marx), 16 (Widerspruch zwischen Worten und Taten), 21 (Kinderarbeit), 109 - 110 (Spaltung im persönlichen Leben, Manchester als Cottonopolis), 121 (Vergleich mit Robert Owen). - Sein Biograf Tristram Hunt schilderte Engels als „leidenschaftlichen Fuchsjäger, Mitglied der Börse von Manchester ... , draufgängerischen, lebensfrohen, dem Alkohol zugeneigten Liebhaber der schönen Dinge“ sowie als „geübten Womanizer“ (S. 7 und 192), bei dem dieser Widerspruch in späteren Jahren auch zu depressiven Stimmungslagen führte. (S. 243) - Friedrich Engels (1845/1969), in: MEW 2, S. 230 (entwürdigende Lage der Arbeiter).

¹¹ Friedrich Engels (1845/1969), in: MEW 2, S. 579.

¹² Friedrich Engels (1843-44/1970), in: MEW 2, S. 511.

¹³ Karl Marx (1844/1970), S. 563 - 566.

familiären Bande.¹⁴ Marx richtete seinen Blick allein auf das Geld als Machtmittel, erkannte dabei aber nicht seinen eigentlichen problematischen Kern: nämlich die dem Geld strukturell innewohnende Fähigkeit, die Zirkulation eigenmächtig entweder zu unterbrechen oder sich für seinen Dienst als Tauschmittel mit einem Zins, der die Arbeitseinkommen schmälert, bedienen zu lassen.

- Bei ihrer Annäherung an die Geldproblematik drangen Marx & Engels noch nicht tief genug in den widersprüchlichen Doppelcharakter des Geldes als Tausch- und Machtmittel ein. Auch erkannten sie noch nicht die Schlüsselrolle des Geldes als Machtmittel bei der Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln und bei ihrer Entfremdung von ihrer Arbeit als einer von Kapitalisten zur Ware gemachten, fremdbestimmten und lohnabhängigen „Erwerbstätigkeit“, deren Produkte ihnen als „fremde Macht“ gegenüberstehen.¹⁵ Stattdessen personalisierten Marx & Engels zunächst dieses Problem, indem sie wie vor ihnen Fourier – dessen „Fragment über den Handel“ Engels ins Deutsche übersetzte – in ihren Frühschriften jüdische Bankiers und Händler als „Schacherer“ attackierten. In seiner Schrift „Zur Judenfrage“ fragte Marx: „Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld. Die Emanzipation vom Schacher und vom Geld, also vom praktischen, realen Judentum wäre die Selbstemanzipation unserer Zeit.“ Und so wie Marx „im Judentum ein allgemein gegenwärtiges antisoziales Element“ meinte zu erkennen, so betrachtete auch Engels die klassische Ökonomie als „Wissenschaft des Gelderwerbs und Lieblingwissenschaft dieser Schacherjuden.“ Gemeinsam charakterisierten Marx & Engels in der „Heiligen Familie“ das „Geldsystem (als) letzte Ausbildung des weltlichen und darum auch des religiösen Judentums“.¹⁶

In die dem Geld unabhängig von Eigenschaften und Ansichten von Personen innewohnende strukturelle Macht drangen Marx & Engels möglicherweise auch deshalb nicht tiefer ein, weil sie bereits in ihren Frühschriften eine undifferenzierte Abneigung gegen sämtliche Merkmale einer liberalen Ökonomie hatten – gegen das Geld und ebenso gegen den wirtschaftlichen Wettbewerb und das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Weder erkannten sie die innere Widersprüchlichkeit des Geldes, noch konnten sie sich vorstellen, dass die Konkurrenz nicht per se ein „feindlicher Kampf zwischen Kapitalist und Arbeiter“ ist¹⁷, sondern dass sie erst durch das kapitalistische Geld aus einem „freien Spiel der wirtschaftlichen

¹⁴ Karl Marx (1844/1970), S. 565.

¹⁵ Karl Marx (1844/1970), S. 477, 484 und 510 – 522.

¹⁶ Karl Marx (1843/1970), S. 372. – Friedrich Engels (1843-44/1970), S. 487. – Engels' deutsche Übersetzung von Fouriers „Fragment über den Handel“ findet sich in MEW Band 2, S. 604 – 610. – Karl Marx und Friedrich Engels (1844/1969), S. 115. Auch im „Kommunistischen Manifest“ betrachteten Marx & Engels die „gewissenlose Handelsfreiheit“ in der bürgerlichen Gesellschaft als „Schacher“; vgl. dazu (1848/1969), S. 465 und 476. Auch im „Kapital“ Band 1 finden sich weitere Ressentiments gegenüber Juden; vgl. S. 93 und 169.

¹⁷ Karl Marx (1844/1974), S. 471. – „Die Konkurrenz ist der vollkommenste Ausdruck des in der modernen bürgerlichen Gesellschaft herrschenden Kriegs Aller gegen Alle.“ Friedrich Engels (1845/1969), in: MEW 2, S. 306.

Kräfte' in einen rücksichtslosen ‚Kampf ums Dasein‘ verwandelt wurde. Ebenso wenig erkannten Marx & Engels, dass privates Produktionsmitteleigentum nicht an sich ein Mittel zur Ausübung wirtschaftlicher Macht ist, sondern dass erst die zinsbedingte Konzentration von Geld- und Realkapital die Arbeiter von ihren Produktionsmitteln trennt und sie in der Hand von Kapitalisten zu Machtinstrumenten werden lässt. So gelangten Marx & Engels zu der irrigen Ansicht, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln und der wirtschaftliche Wettbewerb als solche die eigentlichen Ursachen für den Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit seien.¹⁸ Hierauf fixiert, konnten sie auch nicht auf den Gedanken kommen, dass anstelle einer Überwindung von Privateigentum und Konkurrenz eine strukturelle Änderung des Geldes einen Weg eröffnen könnte, den Prozess der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital zu stoppen, ihn in die Richtung ihrer Dezentralisierung umzuleiten und dadurch Geld, Produktionsmittel und Wettbewerb zu entkapitalisieren.

Zwar gab es einige wenige „Allerreichste“, die „vom Geldzins leben können“; aber Marx beobachtete auch einen zeitweisen „Fall des Geldzinses“, der „aus Rentiers Geschäftsleute machte.“ Das Gesamtbild der Wirtschaft während des Übergangs von den Manufakturen zum Fabrikssystem bestimmten also „alle übrigen, die mit ihrem Kapital ein Geschäft treiben oder es in den Handel werfen müssen.“¹⁹ Mehr noch als Adam Smith hatten Marx & Engels Fabrikherren vor Augen, die eigenes Kapital in ihre Unternehmen investierten und die deshalb noch Unternehmer und Kapitalisten in einer Person waren. Infolgedessen verlegten sie die Wurzel der wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeit fortan ganz von der Zirkulations- in die Produktionssphäre. Nicht mehr Händler und Bankiers, sondern allein die Unternehmer, in denen Smith noch vorbehaltlos ‚gute‘ Projektmacher und Erzeuger des Wohlstands der Nationen gesehen hatte, wurden nunmehr pauschal verurteilt. Sie galten fortan als die ‚bösen‘ Kapitalisten, welche die Arbeiter ausbeuteten, indem sie ihnen ihre Arbeitskraft als Ware abkauften und den über das Existenzminimum hinausgehenden Mehrwert aus ihnen herauspressten. Die undifferenzierte Rechtfertigung des Kapitalgewinns durch Smith kehrten Marx & Engels ebenso undifferenziert in ihr Gegenteil um und kritisierten vehement, dass die Kapitalisten den Lohn der Arbeiter durch Abzüge für den Kapitalgewinn und die Grundrente so weit auf das Existenzminimum drückten, dass die ihrer eigenen Arbeit entfremdeten Arbeiter damit nur noch völlig verarmen und verelenden konnten: „Die Nationalökonomie kennt den Arbeiter nur als Arbeitstier, als ein auf die striktesten Leibesbedürfnisse reduziertes Vieh.“²⁰

Auf diese Weise wurden die Arbeiter nicht nur von ihrer eigenen Arbeit, sondern auch von der Erde entfremdet. Nachdem schon der feudale Großgrundbesitz die

¹⁸ Vgl. hierzu Friedrich Engels (1843-44/1970), S. 500, 518 und 523. – Ders. (1845/1969), S. 306. – Karl Marx (1844/1974), S. 483 und 523 – 529.

¹⁹ Karl Marx (1844/1974), S. 474.

²⁰ Karl Marx (1844/1974), S. 471, 478 und 510 – 522.

Herrschaft einer kleinen Minderheit über eine große Mehrheit von Menschen begründet und diese von der Erde entfremdet hatte, hatte die Französische Revolution mit der Privatisierung und Mobilisierung des Bodens noch keine wirkliche Überwindung dieses Herrschaftsverhältnisses hervorgebracht. „Die Teilung des Grundbesitzes verneint das große Monopol des Grundeigentums, hebt es auf, aber nur dadurch, dass sie dieses Monopol verallgemeinert“. Privateigentümer von kleineren Grundstücken erlangten ein Privileg gegenüber jenen Menschen, die gar keinen Boden hatten oder ihn durch Verschuldung wieder verloren. Die „Verwandlung des Grundeigentums in eine Ware“ in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft stellte für Marx eine „schändliche Verschacherung der Erde“ dar.²¹

Als Konsequenz aus ihrer Fundamentalkritik am privaten Eigentum am Boden und an den Produktionsmitteln konnte sich für Marx & Engels nur ein einziger Ausweg aus der kapitalistischen Trennung der Arbeiter vom Boden und von den Produktionsmitteln sowie der Entfremdung von ihrer Arbeit ergeben: nämlich der Weg zum „Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums ... als vollständige, bewusst und innerhalb des ganzen Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordene Rückkehr des Menschen für sich als eines gesellschaftlichen, d.h. menschlichen Menschen.“ Den Kommunismus hielt Marx für den „vollendeten Naturalismus = Humanismus“ und für eine „wahrhafte Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen ..., zwischen Individuum und Gattung.“ Den Kommunismus verklärte Marx sogar noch zum „aufgelösten Rätsel der Geschichte. ... Die Aufhebung des Privateigentums ist daher die vollständige Emanzipation aller menschlichen Sinne und Eigenschaften.“²²

Vorerst war aber die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft noch in die sich bekämpfenden Klassen der Kapitalisten und der Arbeiter gespalten. Die Streiks hielt Engels für „Vorpostenscharmützel; sie entscheiden nichts, aber sie sind der sicherste Beweis, dass die entscheidende Schlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie herannaht.“ Die Fronten zwischen ihnen waren so sehr verhärtet, dass ein erbitterter Klassenkampf als „sozialer Krieg der Armen gegen die Reichen“ unvermeidlich schien. „Er wird der blutigste sein, der je geführt worden ist. ... Es ist zu spät zur friedlichen Lösung ... Ein kleiner Anstoß wird bald hinreichen, um die Lawine in Bewegung zu setzen.“²³ Erst nachdem das Proletariat einen Sieg im gewaltsamen Klassenkampf errungen habe, werde der Kommunismus die Spaltung der Gesellschaft in die herrschende Bourgeoisie und das ausgebeutete Proletariat überwinden.

²¹ Karl Marx (1844/1974), S. 505 und 507.

²² Karl Marx (1844/1974), S. 536, 540 und 546.

²³ Friedrich Engels (1845/1969), in: MEW 2, S. 359, 441 (Streiks und Entscheidungsschlacht zwischen Bourgeoisie) und 504 – 506.

3.2 „Kommunistisches Manifest“ (1848)

In ihrem „Kommunistischen Manifest“ vom Frühjahr 1848 gaben Marx & Engels ihrem Aufruf zum Klassenkampf zwischen den „zwei großen feindlichen Lagern der Bourgeoisie und des Proletariats“ und ihrer Forderung nach einer Abschaffung von Privateigentum, Markt und Wettbewerb eine auf Massenwirksamkeit abgestimmte populäre Form. Einerseits habe die Bourgeoisie große historische Leistungen vollbracht und „eine höchst revolutionäre Rolle gespielt“: sie habe die feudale Ständegesellschaft mit ihren „idyllischen Verhältnissen“ der „Idiotie des Landlebens“ und der Zünfte und Korporationen überwunden und an deren Stelle die „moderne große Industrie“ mit ihrer „Unterjochung der Naturkräfte, mit massenhaften und kolossalen Produktivkräften“ und weltumspannenden Verkehrsmitteln geschaffen. Dabei betrachteten es Marx & Engels ebenfalls als einen Fortschritt, dass die Industrie auch bereits begonnen hatte, „barbarischste Nationen in die Zivilisation“ mitzureißen, indem sie nicht nur „einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeitete“ und ihre Produkte im eigenen Land und in der ganzen Welt vertrieb. Andererseits hielten sie der „modernen bürgerlichen Gesellschaft“ entgegen, dass sie „die Klassengegensätze nicht aufgehoben“, sondern nur „neue Klassen an die Stelle der alten gesetzt“ habe.²⁴

Offenbar empfanden Marx & Engels eine Art Hassliebe zur kapitalistischen Produktionsweise. Einerseits machten sie sie für die Entfremdung der menschlichen Arbeit und das Lohnarbeitsverhältnis verantwortlich – andererseits hielten sie eben jene Konzentration des Kapitals, die zur Entfremdung der Arbeit geführt hatte, für einen so bedeutsamen Schritt in die Richtung einer gesellschaftlichen Produktion, dass sie sich in mehrfacher Hinsicht einem folgenschweren Irrglauben hingaben: jedes Festhalten an der „Zersplitterung der Produktionsmittel und der Bevölkerung“ außerhalb „großer Fabriken“, das den Vorstellungen der Französischen Revolution von einem homogenen Dritten Stand und auch noch den Vorstellungen der Frühsozialisten entsprochen hätte, verunglimpften Marx & Engels nunmehr als einen Versuch, „das Rad der Geschichte zurückzudrehen. ... Die Mittelstände sind nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär.“ Sie wünschten deren „Übergang in das eigentumslose Proletariat“, welches dann den „gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie“ herbeiführen und den „ganzen Überbau“ der auf ihm lastenden Schichten „in die Luft sprengen“ sollte. Für die Kommunisten reklamierten Marx & Engels den Anspruch, „theoretisch vor der

²⁴ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 4, S. 463 – 467. - Ähnlich der Geringschätzung der „Idiotie des Landlebens“ hielt auch Engels das vorindustrielle Leben von Bauern für „geistig tot. (Sie) ... fühlten sich behaglich in ihrem stillen Pflanzenleben und wären ohne die industrielle Revolution nie herausgetreten aus dieser allerdings sehr romantisch-gemütlichen, aber doch eines Menschen unwürdigen Existenz.“ Friedrich Engels in: MEW 2, 239.

übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus zu haben.“²⁵

Im „Kommunistischen Manifest“ sprachen sie deutlicher als in ihren Frühschriften aus, wie das Proletariat durch einen „gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“ zur politischen Macht gelangen sollte. Verstärkt durch „Bildungselemente“ aus den mittleren und oberen Schichten sollte es „seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie ... vermittelt despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse ... nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ Auch der Boden und die Banken sollten in der Hand des proletarischen Staates zentralisiert werden, der dann einen „gemeinschaftlichen Plan“ für die gesamte Produktion und Verteilung aufstellt.²⁶ Was Marx & Engels im „Kommunistischen Manifest“ nicht ausdrücklich erwähnten, hatte Engels kurz vorher in den „Grundsätzen des Kommunismus“ beschrieben, nämlich seine Erwartung, dass infolge der staatlichen Zentralisierung aller Produktionsmittel und der Banken die Produktion in der kommunistischen Gesellschaft stark gesteigert werden könne. Dann könnten „auch die letzten Verkehrsformen der alten Gesellschaft entfallen.“ Die Überfülle der Produkte mache dann „das Geld überflüssig“.²⁷

Was für Robert Owen trotz aller Kritik am privaten Produktionsmitteleigentum noch unvorstellbar gewesen war, wurde fortan für Marx & Engels zu einem unumstößlichen Dogma: die Vorstellung, dass sich die Entfremdung der menschlichen Arbeit überwinden lasse, wenn ausgerechnet jene Konzentration des Kapitals in den Händen einer Minderheit von privaten Kapitalisten, welche das Lohnarbeitsverhältnis überhaupt erst hervorgebracht hatte, vom proletarischen Staat noch systematisch gesteigert werde: „Wenn also das Kapital in gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft gehörendes Eigentum verwandelt wird, so verwandelt sich der gesellschaftliche Charakter des Eigentums. Er verliert seinen Klassencharakter.“²⁸ Unter diesen Umständen könne dann auch die bisherige kapitalistische Form der Arbeitsteilung mit ihrer extremen Spezialisierung auf ständig wiederkehrende mechanische Handgriffe in eine Vielfalt wechselnder selbstbestimmter Tätigkeiten übergehen: „In der kommunistischen Gesellschaft, wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, regelt die Gesellschaft die allgemeine Produktion und macht mir eben dadurch möglich, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu

²⁵ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 4, S. 466, 469, 472 – 474. - Zur geringschätzigen Einstellung von Marx & Engels zur „philisterhaften Mittelmäßigkeit“ der „Mittelklasse“ vgl. auch die „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ (in: MEW 1, S. 389).

²⁶ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 4, S. 471 (bürgerliche Bildungselemente), 493 (gewaltsamer Umsturz), 474, 481 (Verstaatlichung von Produktionsmitteln, Boden und Banken),

²⁷ Friedrich Engels (1847/1969), in: MEW 4, S. 374.

²⁸ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 4, S. 476.

jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ Mit dem Wegfall des innergesellschaftlichen Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit würden schließlich auch der Gegensatz zwischen Stadt und Land sowie „die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander“ aufhören.²⁹

Der etwaigen Befürchtung, dass die in großen Staatsbetrieben zentralisierte Produktion für die Arbeitenden zu einer nicht geringeren oder gar noch schlimmeren Despotie werden könnte als die Lohnsklaverei in privaten Großbetrieben, traten Marx & Engels mit dem Versprechen entgegen, die kommunistische Gesellschaft werde zu einer „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“³⁰ Während die Frühsozialisten tatsächlich noch freiwillige Assoziationen selbstständiger Individuen in Genossenschaften und Siedlungen angestrebt hatten, trug die Vorstellung einer zentralstaatlichen Planung von Produktion und Verteilung von Beginn an den Keim eines die individuelle Freiheit zerstörenden Zwangs in sich. Zu den von Marx & Engels für den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus geforderten „Maßregeln“ gehörte nämlich von Beginn an auch ein „gleicher Arbeitszwang für alle“.³¹

Am Ende ihres „Kommunistischen Manifests“ distanzierten sich Marx & Engels deutlich von anderen sozialen Bewegungen und deren Kritik an Frühkapitalismus und klassischer Ökonomie. Nicht nur dem historisch rückwärts gewandten „feudalen Sozialismus“, der in die Zeit vor 1789 zurückkehren wollte, sondern auch den „Philosophen, Halbphilosophen und Schönggeistern ... des deutschen Sozialismus“, die die „deutschen Zustände erhalten“ und mit sozialpolitischen Mitteln lindern wollten, fehle das Verständnis für die vorwärts zum Kommunismus drängenden historischen Gesetzmäßigkeiten. Ebenso kritisierten Marx & Engels den „kleinbürgerlichen Sozialismus“ Sismondis und den von ihnen so genannten „utopischen Sozialismus“ der Frühsozialisten. Saint Simon, Fourier und Owen würden nur „an die Philanthropie der bürgerlichen Herzen und Geldsäcke appellieren“ oder „noch immer von der versuchsweisen Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Utopien, Stiftung einzelner Phalanstère und Gründung von Home-Kolonien träumen.“ Der Hinweis auf die „kleinen, natürlich fehlgeschlagenen Experimente“ der Frühsozialisten war zwar überheblich, aber auch nicht ganz unbegründet. Tatsächlich vermochten weder ein sozialeres Unternehmertum noch die genossenschaftliche Selbsthilfe der Arbeit noch die Siedlungsprojekte die Machtstrukturen des in wenigen privaten Händen konzentrierten Kapitals aufzulösen. Insofern war es verständlich, dass Marx & Engels sich nicht auf die „Macht des Beispiels“ verließen

²⁹ Karl Marx & Friedrich Engels (1845-47/1969), in: MEW 3, S. 33. – Dies., (1848/1969), in: MEW 4, S. 479

³⁰ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 4, S. 482.

³¹ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 4, S. 481.

und es für notwendig hielten, nach einem anderen Ausweg aus dem sozialen Elend des Frühkapitalismus zu suchen.³²

Als mit dem Scheitern der bürgerlichen 1848er Revolution auch alle weitergehenden revolutionären Hoffnungen verfliegen, verließen Marx & Engels Paris und gingen nach England. Während sich Marx in London niederließ, kehrte Engels nach Manchester zurück, um im Familienunternehmen „Ermen & Engels“ für weitere 19 Jahre wieder ein „Doppelleben“ mit einem Spagat zwischen dem „ausbeuterischen Baumwoll-Lord und dem revolutionären Sozialisten“ zu führen und Marx mit unzähligen Geldzuwendungen und Informationen aus der unternehmerischen Praxis die „empirische Grundlage“ für die Arbeit an dessen Hauptwerk „Das Kapital“ zu geben.³³

3.3 „Das Kapital“ (1867) als wissenschaftliche Entschlüsselung des „Geheimnisses der Plusmacherei“ in der Produktions-sphäre

Weil das soziale Unternehmertum auf wenige Einzelfälle beschränkt blieb und die genossenschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter mit der sich verstärkenden Konzentration von Kapital in großen Privatunternehmen nicht Schritt halten konnte, wurde es für die wachsende Zahl der Industriearbeiter schließlich immer wichtiger, sich – was schon zu Zeiten von Adam Smith begonnen hatte – zu vereinigen, um den Kapitalisten in Lohnkämpfen höhere Löhne abringen zu können. Im „Kommunistischen Manifest“ hatten auch Marx & Engels deshalb ein „massenhaftes Zusammenhalten“ der Arbeiter und eine Bildung von „Koalitionen gegen die Bourgeois“ gefordert.³⁴ Während in England die Chartistenbewegung und die Trade Unions entstanden, waren solche Koalitionen von Arbeitern wie auch von Unternehmern in Deutschland noch bis in die 1860er Jahre verboten. Auch nach deren Zulassung blieb es für die Mitglieder der ersten Arbeiterbildungsvereine und Gewerkschaften mit der Gefahr von Freiheitsstrafen verbunden, sich gegen das Kapital und den Staat zu stellen.

Obwohl Marx & Engels im letzten Satz Ihres „Kommunistischen Manifests“ die Proletarier aller Länder aufgefordert hatten, sich zu vereinigen, entstanden innerhalb der Arbeiterbewegung schon bald zwei große und gegensätzliche Strömungen. Unter dem Eindruck des frühen Laissez-faire-Kapitalismus in England, wo sich der liberale Staat weitgehend aus der Wirtschaft heraushielt, betrachteten Marx & Engels die Gewerkschaften als wichtigste Organisationsform für den Klassenkampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten. Im feudalgesellschaftlichen

³² Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 4, S. 482 – 491, besonders S. 490 - 491. Zum Respekt von Engels vor den Frühsozialisten vgl. (1845/1969), in: MEW 2, S. 345, und MEW 20, S. 245.

³³ Tristram Hunt (2017), S. 242 - 243 (Widerspruch zwischen Kapitalist und Sozialist) sowie 258 - 260, 268, 272 und 303 (Doppelleben) 315 (Praxisbeispiele).

³⁴ Adam Smith (1776/1978), S. 58. - Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 4, S. 470.

Deutschland dagegen, wo die einzelnen Länder die Wirtschaft noch obrigkeitlich reglementierten, strebte Ferdinand Lassalle die Bildung einer Arbeiterpartei als politischer Interessenvertretung des Proletariats an. Aufgrund eines von ihm formulierten „ehernen Lohngesetzes“ glaubte Lassalle nicht, dass die Gewerkschaften gegen den Widerstand des Kapitals höhere Löhne für die Arbeiter durchsetzen könnten. Deshalb wollte er die Lage der Arbeiterschaft durch eine Einflussnahme auf die Gesetzgebung und auch durch die Bildung von Produktionsgenossenschaften verbessern. So entstand in der deutschen Arbeiterbewegung frühzeitig eine Spannung zwischen ihren parteipolitisch und ihren gewerkschaftlich orientierten Kräften, wobei die Lassalleaner zunächst ein Übergewicht behielten.³⁵

In England hingegen, wo Marx seit 1849 im Exil lebte, gewann er in der 1864 in London gegründeten ersten Internationalen Arbeiterassoziation einen maßgeblichen Einfluss, der auch die Verbreitung und Wirkung seines Hauptwerks „Das Kapital“ sehr begünstigte. Der 1. Band über den „Produktionsprozess des Kapitals“ erschien 1867 in London und sollte als „letzten Endzweck ... das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft enthüllen“. Zunächst wollte Marx nachweisen, dass sich das „Geheimnis der Plusmacherei“ allein in der Produktions- und nicht in der Zirkulationssphäre lüften lässt. Im Anschluss daran wollte er die Produktion des Mehrwerts, also die Ausbeutung der menschlichen Lohnarbeit detailliert beschreiben, um damit auch das Proletariat in seinem alltäglichen Kampf um höhere Löhne zu unterstützen. Und schließlich wollte Marx im „Kapital“ die „naturgemäßen Entwicklungsphasen“ der Geschichte wissenschaftlicher als im „Kommunistischen Manifest“ darlegen und dem Proletariat den mittel- und langfristigen Weg aus dem Kapitalismus in eine kommunistische Zukunftsgesellschaft weisen.³⁶

- Ähnlich wie in seinen Frühschriften griff Marx auch im Band 1 des „Kapital“ auf geld- und zinskritische Überlegungen bei Shakespeare sowie bei Sophokles und vor allem bei Aristoteles zurück. Aristoteles hatte zwischen einer „natürlichen Erwerbskunst“, in der das Geld nur als Tauschmittel dient, und einer „unnatürlichen Erwerbskunst der Chrematistik“ unterschieden, in der sich das Geld durch den Zins und Zinseszins vermehrt.³⁷ Dies ähnelte dem Unterschied zwischen der einfachen Reproduktion $W-G-W$ und der erweiterten Reproduktion $G-W-G'$ bei Marx. Dennoch hielt Marx an seiner Auffassung fest, dass die tiefere Wurzel der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in der kapitalistischen Produktionsweise und nicht etwa in der Zirkulationssphäre liege.

In einer ausführlichen, zum Teil langatmigen und umständlichen Analyse der arbeitsteiligen Produktion von Waren sowie ihrer Gebrauchs- und Tauschwerte

³⁵ Helga Grebing (1970/1975), S. 50 – 68. – Arno Klönne & Hartmut Reese (1986), S. 22 – 42. – Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 29 – 43. – Zu den Produktionsgenossenschaften vgl. Luise Gubitzer (1989), S. 159 – 178.

³⁶ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 15 – 16 (ökonomisches Bewegungsgesetz), 189 (Geheimnis der Plusmacherei) und 598 (politische Ökonomie als Ideologie der Kapitalisten).

³⁷ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 73 – 74, 146, 167 und 179.

stellte Marx dar, wie die Waren als „Arbeitsprodukte“ ihr durchschnittliches „Quantum an gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit“ enthielten. Dadurch bestimme sich ihre „Wertgröße“, durch die die Waren mess- und vergleichbar werden. Im Laufe der Zeit hätten Edelmetalle, vor allem das Gold, den „bevorzugten Platz“ einer „dritten Ware“ und „allgemeinen Geldware“ eingenommen. Da auch bei der Gewinnung von Gold aus der Erde ein durchschnittliches Quantum menschlicher Arbeit aufgewendet werde, sei es ebenfalls eine „bloße Gallerte menschlicher Arbeit“ und könne deshalb „innerhalb der Warenwelt die Rolle des allgemeinen Äquivalents spielen“. Dadurch konnte der Naturaltausch in eine Geldwirtschaft bzw. in eine Wirtschaft mit einer Goldwährung als „allgemeinem Wertmaß“ übergehen. Für den Fall einer Verwendung von Papier anstelle des Goldes als Geldmaterial forderte Marx die Einhaltung eines „Repräsentationsverhältnisses zum Gold. ... Die Ausgabe des Papiergelds ist auf die Quantität zu beschränken, worin das von ihm symbolisch dargestellte Gold (resp. Silber) wirklich zirkulieren müsste.“³⁸

Wie Adam Smith und andere Klassiker, die das Geld bloß für ein neutrales Tauschmittel hielten, hielt auch Marx an der klassischen Auffassung fest, dass es sich beim Austausch von Gütern gegen Geld lediglich um einen Austausch von Äquivalenten handele: „Die Bildung von Mehrwert und daher die Verwandlung von Geld in Kapital kann also weder dadurch erklärt werden, dass die Verkäufer die Waren über ihrem Werte verkaufen, noch dadurch, dass die Käufer sie unter ihrem Werte kaufen.“³⁹ Ganz sicher war sich Marx in dieser Aussage aber offenbar doch nicht, denn unter dem Eindruck der Geld- und Zinskritik von Aristoteles und der Hinweise von Boisguillebert auf vom Geld ausgehende Störungen der Zirkulation gestand er auch „Widersprüche der allgemeinen Formel“ zu: „Kapital kann also nicht aus der Zirkulation entspringen und es kann ebenso wenig aus der Zirkulation nicht entspringen. Es muss zugleich in ihr und nicht in ihr entspringen. ... Die Verwandlung des Geldes in Kapital ist auf Grundlage dem Warenaustausch immanenter Gesetze zu entwickeln, so dass der Austausch von Äquivalenten als Ausgangspunkt gilt. Unser nur noch als Kapitalistenraupe vorhandener Geldbesitzer muss die Waren zu ihrem Wert kaufen, zu ihrem Wert verkaufen und dennoch am Ende des Prozesses mehr Wert herausziehen als er hinein warf. Seine Schmetterlingsentfaltung muss in der Zirkulationssphäre und muss nicht in der Zirkulationssphäre vorgehen. Dies sind die Bedingungen des Problems. Hic Rhodus, hic salta!“⁴⁰ Ein antisemitischer Unterton schwang in Marx' Äußerung mit, dass „der Kapitalist weiß, dass alle Waren ... im Glauben und in der Wahrheit Geld, innerlich beschnittene Juden sind und zudem wundertätige Mittel, um aus Geld mehr Geld zu machen.“⁴¹

³⁸ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 52 – 54, 65 (Gallerte), 83 – 84 (allgemeines Äquivalent), und 135 (dritte Ware).

³⁹ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 175.

⁴⁰ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 144 und 155 (Boisguillebert, Schatzbildung), 170 und 180 – 181.

⁴¹ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 169.

- Im Zusammenhang mit der fragwürdigen Fiktion einer gesellschaftlich notwendigen Durchschnittsarbeitszeit als Maßstab für die Werte von Waren bedachte Marx genauso wenig wie Adam Smith mit, dass in die Preise der Waren auf den Märkten nicht nur ihre Arbeitswerte einfließen, sondern in unterschiedlichem Umfang auch Bodenrenten und Kapitalzinsen, welche die Äquivalenz der Käufe und Verkäufe auf eine unmerkliche Weise aushebelten. Anstatt genauer zu untersuchen, wie der volle Ertrag aller Arbeitenden – nicht nur derjenige der lohnabhängigen Proletarier – durch die leistungsfremden Einkünfte aus Bodenrenten und den Kapitalzinsen geschmälert wurde, übernahm Marx im Band 1 des „Kapital“ zwei weitere Denkfehler der klassischen Ökonomie, die erst sehr viel später im Band 3 ansatzweise korrigiert wurden: Zum einen definierte er wie Smith die zur Wahrung des bloßen Existenzminimums eines Lohnarbeiters im Durchschnitt erforderliche Menge an Lebens- und Unterhaltungsmitteln als Wert der Ware Arbeitskraft und zum anderen unterließ es Marx wie vor ihm Smith, den Kapitalgewinn nach seinen in sich widersprüchlichen Bestandteilen aufzugliedern – nur mit dem Unterschied, dass Smith den gesamten Kapitalgewinn kritiklos gerechtfertigt hatte, während Marx ihn ebenso pauschal als Mehrwert bzw. Profit verurteilte.

Ihre nicht naturgegebene, sondern gesellschaftlich bedingte Lohnabhängigkeit zwingt die Arbeiter, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, eben diese Arbeitskraft als Ware auf dem Arbeitsmarkt anzubieten. Ihr Wert ist „gleich jeder anderen Ware bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit.“ Diese löse sich auf in diejenige Arbeitszeit, die ihrerseits für die Produktion der Lebens- und der anderen Unterhaltungsmittel wie Wohnung, Heizung, Kleidung und Bildung aufgewendet werden muss, um die Arbeitskraft der Arbeiter zu erhalten. Marx sah zwar die Schwierigkeit, den Wert der Arbeitskraft angesichts ihrer individuellen Unterschiede bei „Geschick, Fertigkeit und Raschheit“ und der Abhängigkeit der Bedürfnisse von den „Gewohnheiten und Lebensansprüchen der Klasse der freien Arbeiter“ und von der „Kulturstufe eines Landes“ zu berechnen. „Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element.“ Dennoch hielt er es für statthaft, der Berechnung des Werts der menschlichen Arbeitskraft einen „Durchschnitts-Umkreis der notwendigen Lebensmittel“ zugrunde zu legen. Und wie schon Adam Smith betrachtete auch Marx den „Wert der physisch unentbehrlichen Lebensmittel“ als die „Minimalgrenze des Werts der Arbeitskraft“, d.h. als Existenzminimum.⁴²

Zu dem auf diese Weise ermittelten Durchschnittswert kaufe der Kapitalist dem „Arbeitskraftbesitzer“ seine Arbeit ab, der ihm „scheu, widerstrebsam“ in die von der Zirkulationssphäre aus nicht sichtbare „verborgene Stätte der Produktion“ folgt, „wie jemand, der seine eigene Haut zu Markt getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die – Geberei.“ Und nachdem der Arbeiter „unter der Kon-

⁴² Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 183 – 187 und 210. – Zum Existenzminimum vgl. auch Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 4, S. 469.

trolle des Kapitalisten“ gearbeitet hat, bekommt er den seinem Wert entsprechenden Lohn, während die von ihm erzeugten Produkte „Eigentum des Kapitalisten“ werden, der die Produkte teurer verkauft und sich die Differenz zwischen dem Verkaufserlös und dem Lohn des Arbeiters als Mehrwert aneignet: „Der Konsumtionsprozess der Arbeitskraft ist zugleich der Produktionsprozess von Ware und Mehrwert.“ Auch den Tausch der Ware Arbeitskraft gegen den Lohn betrachtete Marx als einen Austausch von Äquivalenten: „Der Umstand, dass die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Arbeitstag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag arbeiten kann, dass daher der Wert, den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist wie ihr eigener Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer.“⁴³ -

Je nachdem, ob der Kapitalist den Arbeitstag verlängerte oder die Arbeitsproduktivität durch einen höheren Einsatz von fixem und variablem Kapital steigerte, um mehr aus der Ware Arbeitskraft herauszuholen, unterschied Marx zwischen dem „absoluten bzw. relativen Mehrwert“. Die weiteren Kapitel des „Kapital Band 1“ enthalten ausführliche Schilderungen der Kämpfe zwischen dem Kapital mit seinem „Vampyrduurst nach lebendigem Arbeitsblut“ und der Arbeit um die „Normierung des Arbeitstages“ und um Zeit- und Stücklöhne in den englischen Fabriken.⁴⁴ Immerhin ging es Marx bei aller Kritik an der Ausbeutung der Lohnarbeit nicht um Feindseligkeiten gegen Kapitalisten als Personen, sondern um eine Kritik an den „Verhältnissen, deren Geschöpfe sie sozial bleiben“.⁴⁵

Im Zusammenhang mit dem relativen Mehrwert zeichnete Marx die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung von „ursprünglich zerstreuten selbstständigen Handwerken“ mit ihrer „naturwüchsigen Sonderung der Gewerbe“ zu den kapitalistischen Formen der Arbeitsteilung in Manufakturen und im Fabrikssystem nach, in denen „die Produktionsmittel in der Hand eines Kapitalisten konzentriert sind ..., der die unbedingte Autorität über Menschen hat, die bloße Glieder eines ihm gehörigen Gesamtmechanismus bilden.“⁴⁶

Papier-, Uhren- und andere Manufakturen „verkrüppeln den Arbeiter in eine Abnormität, indem sie sein Detailgeschick treibhausmäßig fördern durch Unterdrückung einer Welt von produktiven Trieben und Anlagen“, so dass als Folge einseitiger Spezialisierungen eine „gewisse geistige und körperliche Verkrüppelung“ und eine „moralische Verkümmernung“ eintreten.⁴⁷ Während die technische Um-

⁴³ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 189, 191, 199 – 201 und 208 – 209.

⁴⁴ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 245 ff, bes. 249, 271, 334 und 531 - 534 (absoluter und relativer Mehrwert)

⁴⁵ Karl Marx (1867/1972), S. 618 (Kapitalisten als Geschöpfe der sozialen Verhältnisse) und S. 100 und 286.

⁴⁶ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 359 und 364 (naturwüchsige Arbeitsteilung zwischen selbstständigen Handwerken) sowie 376 – 377 (Arbeiter als bloße Glieder eines Gesamtmechanismus).

⁴⁷ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 381 und 384 (geistige und körperliche Verkrüppelung); vgl. auch S. 359, 361 und 421 (moralische Verkümmernung).

wandlung der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem Manufakturstadium bei der menschlichen Arbeit ansetzte, setzte sie im Stadium der fabrikmäßig-industriell betriebenen Baumwollspinnereien und Webereien bei den Arbeitsmitteln an, indem Dampfmaschinen anstelle von Tieren die Rolle der Antriebskräfte übernahmen. Der Einsatz solcher Motoren wurde durch eine „Verspeisung von Kohlen und Wasser“ möglich, während „der Wind zu unstat und unkontrollierbar“ gewesen wäre. Die Kohle als Energiequelle war außerdem „städtisch und nicht gleich dem Wasserrad ländlich und erlaubte die Konzentration der Produktion in Städten statt sie wie das Wasserrad über das Land zu zerstreuen.“ Auch in die Landwirtschaft wirkte die „große Industrie“ hinein, indem sie „den Bauern als das Bollwerk der alten Gesellschaft vernichtet. ... An die Stelle des gewohnheitsfaulsten und irrationellsten Betriebs tritt bewusste, technologische Anwendung der Wissenschaft.“ Andererseits sah Marx bereits die Gefahr, dass „die kapitalistische Produktion ... zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“⁴⁸

Dank der Maschinen konnte die kapitalistische Mehrwertproduktion alle „Schranken der menschlichen Kraft“ überwinden und zu einem von jeglichen natürlichen Rhythmen emanzipierten „fieberhaft tollten Wirbeltanz“ werden, zumal „die aus Kooperation und Teilung der Arbeit entspringenden Produktivkräfte dem Kapital nichts kosten. Sie sind Naturkräfte der gesellschaftlichen Arbeit. Naturkräfte wie Dampf, Wasser usw., die zu produktiven Prozessen angeeignet werden, kosten ebenfalls nichts.“ Schließlich erlaubten es die Maschinen auch, „Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwicklung, aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder anzuwenden. Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie.“⁴⁹ Und nicht zuletzt ließen sich Nächte zu Arbeitstagen machen. So wurden die Maschinen, die die menschliche Arbeit erleichtern sollten, aufgrund der kapitalistischen Form ihrer Anwendung in Wirklichkeit zu einem Mittel der Erschwerung und Ausbeutung der menschlichen Arbeit: „Das Arbeitsmittel erschlägt den Arbeiter“ und das „vollständige Fabrikssystem“ nahm gleichsam militärische Züge an, indem das Kapital die Arbeiter unter eine „Oberaufsicht gemeiner Industriesoldaten und Industrieoffizieren“ stellte und sie im „ununterbrochenen Opferfest der Arbeiterklasse“ einer „kasernenmäßigen Disziplin“ unterwarf.⁵⁰

⁴⁸ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 391, 397 – 398 (Antriebskräfte der Dampfmaschinen und Überwindung der Schranken der menschlichen Kraft), 528 – 530 (Landwirtschaft und Untergrabung der Springquellen des Reichtums). - Später sahen Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ schon die Notwendigkeit einer „Rückverwandlung der Exkremente der Produktion, ihrer sogenannten Abfälle, in neue Produktionselemente“ voraus. Vgl. hierzu MEW 25, S. 89 - 90 und 110 - 111.

⁴⁹ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 402 (Produktion als fieberhafter Wirbeltanz), 407 (für das Kapital kostenlose Steigerung der Arbeitsproduktivität und kostenlose Naturkräfte), 416 (Frauen- und Kinderarbeit), 528 (Landwirtschaft) und 530, 630 und 659 (Springquellen).

⁵⁰ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 447, 455, 465 (Ambivalenz der Maschinen) und 511 (ununterbrochenes Opferfest).

- Dass Marx den gesamten Kapitalgewinn als Mehrwert kritisierte und den Zins des Kapitals nur als einen untergeordneten Teil des Mehrwerts betrachtete, mochte so lange verständlich sein, wie „industrielle Kapitalisten, diese neuen Potentaten“, ihre Unternehmen vollständig mit Eigenkapital finanzierten. „Der kapitalistische Produzent gilt uns als Eigentümer des ganzen Mehrwerts oder als Repräsentant aller seiner Teilnehmer an der Beute.“ Deshalb erschien Marx ein „vorläufiges Wegsehen von allen Phänomenen“ legitim, „welche das innere Spiel seines Mechanismus verstecken.“⁵¹

Als der Kapitalismus jedoch sein Frühstadium hinter sich gelassen hatte, entstanden seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auch Unternehmen in der Form von Aktiengesellschaften – vor allem für den kolonialen Fernhandel und den Bau von Eisenbahnen. Sie gehörten nicht mehr nur einzelnen Kapitalisten, sondern einer größeren Zahl von Aktionären. Dadurch spaltete sich die von Marx damals noch nicht gesehene widersprüchliche Doppelrolle der industriellen Kapitalisten als Unternehmer und Kapitalisten noch weiter auf in Unternehmerkapitalisten, Verleiher und Leiher von fremdem Kapital sowie in Manager, auf die Aufgaben der Unternehmensleitung übertragen wurden. Trotz der Ausbreitung von großen Aktiengesellschaften blieben nach dem Eindruck von Marx die industriellen Kapitalisten noch vorherrschend. Zwar entstand parallel zu den Aktiengesellschaften auch eine „Brut von Bankokraten, Finanziers, Rentiers, Maklern, Stockjobbers und Börsenwölfen“. Jedoch war sie für ihn noch keine Folge der zunehmenden Finanzierung von Unternehmen mit geliehenem Fremdkapital. Stattdessen hielt Marx den neu aufkommenden Bereich der „Bankokratie und des Börsenspiels“ für eine Begleiterscheinung des ebenfalls an Bedeutung gewinnenden „Systems des öffentlichen Kredits, d.h. der Staatsschulden. ... Von ihrer Geburt an waren die großen Banken nur Gesellschaften von Privatspekulanten, die sich den Regierungen an die Seite stellten und ihnen Geld vorzuschießen imstande waren. ... Wie mit dem Schlag der Wünschelrute begabt die öffentliche Schuld das unproduktive Geld mit Zeugungskraft und verwandelt es so in Kapital, ohne dass es dazu nötig hätte, sich der von industrieller und selbst wucherischer Anlage unzertrennlichen Mühwaltung und Gefahr auszusetzen.“⁵²

- Am Ende von Band 1 des „Kapital“ legte Marx in seiner über die alltäglichen Lohnkämpfe hinausweisenden historischen Gesamtperspektive dar, wie eine „ursprüngliche Akkumulation“ den ganzen Prozess der Umwandlung von Waren und Geld in Kapital und der Akkumulation von Mehrwert in der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt in Gang gebracht hat. Ohne die Rolle des Geldes als sozialer Spaltpilz bei der ursprünglichen Akkumulation näher zu analysieren, beließ er es bei der Feststellung, dass die ursprüngliche Akkumulation die Trennung der Arbeiter sowohl vom Boden wie auch von den Produktionsmitteln eingeleitet habe.

⁵¹ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 743 (industrielle Kapitalisten als neue Potentaten) und 590 (vorläufiges Wegsehen von den Teilen des Mehrwerts).

⁵² Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 782 -783

Dadurch habe sie „in der politischen Ökonomie ungefähr dieselbe Rolle gespielt wie der Sündenfall in der Theologie“.⁵³

Wie schon im „Kommunistischen Manifest“ rechtfertigte Marx diese „Expropriation der unmittelbaren Produzenten, d.h. die Auflösung des auf eigener Arbeit beruhenden Privateigentums“, weil dieses „zwerghafte Eigentum vieler“ sonst zu einer Erstarrung der ökonomischen Entwicklung in einer „allgemeinen Mittelmäßigkeit“ geführt hätte. „Die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentriertes, massenhaftes Eigentum weniger“ sei deshalb trotz der mit ihr verbundenen Ausbeutung der menschlichen Arbeit ein historisches Verdienst.⁵⁴

Nachdem dieser Prozess der Akkumulation und Konzentration des privaten Produktionsmitteleigentums „nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat“, gelte es auf dem Weg der „bewussten technischen Anwendung der Wissenschaft und der planmäßigen Ausbeutung der Erde“ nunmehr den nächsten Schritt zu gehen und die „viele Arbeiter exploitierenden Kapitalisten“ selbst zu „expropriieren“: „Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise. ... Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert. ... Das kapitalistische Privateigentum ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist die Negation der Negation.“⁵⁵

3.4 Kommunismus = Gütergemeinschaft + schrankenlose Steigerung der technischen Produktivkräfte

„Die Spaltung der Gesellschaft in eine ausbeutende und eine ausgebeutete Klasse“ war für Marx & Engels nicht nur eine Folge des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln sowie der Warenproduktion und des Austausches von Waren auf Märkten, sondern auch eine „notwendige Folge der früheren geringen Entwicklung der Produktion.“ Deshalb verbanden sie uralte menschheitsgeschichtliche Sehnsüchte nach einer universellen Gütergemeinschaft mit dem modernen Glauben an einen grenzenlosen Fortschritt der Technik und mit dem Glauben an eine historisch notwendige Mission des Kapitalismus, „individuelle und zersplitterte Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentriertes ... massenhaftes Eigentum weniger

⁵³ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 741.

⁵⁴ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 789.

⁵⁵ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 790 – 791. – Vgl. die Parallelstelle im „Kommunistischen Manifest“, in: Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 546. – Vgl. außerdem das Kapitel „Karl Marx – Das Verhältnis von Frühwerk und „Kapital“ in: Iring Fetscher (1967), S. 13 – 32.

zu verwandeln“⁵⁶ und die Produktivkräfte nach der Erfüllung dieser Mission in den Händen eines proletarischen Staates weiter zu steigern. Ihre (natur-)wissenschaftlich-technische Heilserwartung führte sie zu mehreren tragischen Fehleinschätzungen:

Die Konzentration von Industriekapitalien in Aktiengesellschaften erschien ihnen als ein „neuer mächtiger Hebel der gesellschaftlichen Akkumulation“ und insofern als ein richtiger Schritt auf dem Weg des Kapitalismus von seinem frühen in ein höher entwickeltes Stadium, das die revolutionäre Zentralisierung der Produktionsmittel in den Händen eines proletarischen Staates vorbereite. „Manche dieser Produktions- und Verkehrsmittel sind von vornherein so kolossal, dass sie wie die Eisenbahnen jede andere Form kapitalistischer Ausbeutung ausschließen. ... In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol, kapituliert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. ... Die Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraf, Eisenbahnen.“⁵⁷

Was Marx für einen Fortschritt hielt und was Engels in seiner Schrift über die „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ noch näher erläuterte, war in Wirklichkeit die Fortsetzung einer Fehlentwicklung, die mit der Akkumulation von Kapital durch Einzelkapitalisten begonnen hatte und sich in der Monopolisierung ganzer Märkte fortsetzte. Die Aktiengesellschaften und Trusts eröffneten dem Kapital Möglichkeiten der Akkumulation, die noch weit über das Ausmaß der Akkumulation in den Händen von einzelnen Unternehmerkapitalisten hinausgingen. Und sie eröffneten dem Kapital obendrein Wege, die mit der Akkumulation zunehmenden Risiken durch Haftungsbeschränkungen von sich auf die Gesellschaft abzuwälzen.

Geradezu eine Fata Morgana war die Annahme von Marx & Engels, es sei die historische Mission des Proletariats, die „gesellschaftliche Produktion“ aus den Händen von Einzelkapitalisten, Aktiengesellschaften und Trusts nur noch in die Verfügungsgewalt eines proletarischen Staates zu übertragen, um die von ihnen mit Recht so leidenschaftlich kritisierte Lohnabhängigkeit der vom Eigentum an ihren Produktionsmitteln entblößten Arbeiter zu überwinden. Beim Übergang der zuerst privat und dann staatlich konzentrierten „gewaltigen Produktivkräfte“ in die Hände eines proletarischen Staates bleibt es entgegen den Erwartungen von Engels unmöglich, dass sie sich „von dämonischen Herrschern in willige Diener verwandeln“. Angesichts der fortbestehenden und noch weiter gesteigerten Konzentration der Produktionsmittel können die „assozierten Produzenten“⁵⁸ nur formal zu deren Miteigentümern werden, aber ihre Lohnabhängigkeit de facto nicht über-

⁵⁶ Friedrich Engels (1880/1969), in: MEW 19, S. 224. - Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 789.

⁵⁷ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 656 – 657. - Friedrich Engels (1880/1969), in: MEW 19, S. 220 - 221.

⁵⁸ Friedrich Engels (1880/1969), in: MEW 19, S. 222 - 223.

winden. Als stark spezialisierte Arbeitskräfte bleiben sie ein bloß entfremdetes Zubehör der hochgradig konzentrierten maschinellen Produktionstechnik.

Ein weiterer Kardinalfehler war die Annahme von Marx & Engels, dass es nur eine Frage der kapitalistischen oder kommunistischen Anwendung der modernen Naturwissenschaften und der Technik sei, die darüber entscheide, ob die große maschinell betriebene Industrie die Arbeit der Menschen erleichtere oder sie zur Qual mache. Sowohl in ihrer privatkapitalistischen als auch in ihrer staatlichen Form der „gesellschaftlichen Konzentration“ lenkte die Akkumulation des Kapitals die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik in falsche Bahnen, in denen die dauerhafte Überschreitung menschlicher und natürlicher Grenzen zur allgemeinen Regel wurde. Obwohl Marx & Engels sahen, dass dem Kapital die menschliche Arbeit und die Natur als „Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums“ zu viel zu günstigen Bedingungen oder gar ganz unentgeltlich zur Verfügung standen, hielten sie eine staatszentralistische Fortsetzung der privatkapitalistisch begonnenen Kapitalakkumulation für den richtigen Weg zu einer kommunistischen Zukunftsgesellschaft. Darin würde das bisherige „Reich der Notwendigkeit“ durch eine „schrakenlose Steigerung der Produktivkräfte“ in ein „Reich der Freiheit“, d.h. in ein Reich der Befreiung der Menschen von der Arbeit übergehen.⁵⁹

Wer schließlich trotz dieser ökonomisch-großtechnischen Glücksverheißung noch die Befürchtung hatte, dass sich die Selbstaufhebung des Proletariats als Trugschluss erweisen und dass eine Avantgarde des Proletariats eine neue, die Freiheit der Menschen missachtende Klassenherrschaft errichten könnte, wurde von Engels damit beschwichtigt, dass „der Staat abstirbt und ins Museum der Altertümer neben das Spinnrad und die bronzene Axt versetzt wird. ... Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt - die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft - , ist zugleich sein letzter selbstständiger Akt als Staat. ... An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen.“⁶⁰

3.5 Ähnlichkeiten zwischen antiliberalen Strukturmerkmalen von Kommunismus und Feudalismus

In ihrem „Kommunistischen Manifest“ haben Marx & Engels die „idyllischen Verhältnisse“ in feudalen Ständegesellschaften als rückständig verworfen⁶¹ und es war auch gewiss nicht ihre Absicht, das Rad der Geschichte in den vormodernen Feudalismus zurückzudrehen. Dennoch gab es Ähnlichkeiten zwischen antilibera-

⁵⁹ Friedrich Engels (1880/1969), in: MEW 19, S. 226, und Karl Marx (1894/1973), in: MEW 25, S. 828 (Reich der Notwendigkeit und Reich der Freiheit).

⁶⁰ Friedrich Engels (1876-1878/1968), in: MEW 20, S. 262, und ders. (1880/1969), in: MEW 19, S. 223 - 224 (Selbstaufhebung des Proletariats und Absterben des Staates).

⁶¹ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 4, S. 464 - 466 und 505.

len Strukturmerkmalen des reaktionären Feudalismus und des progressiven Kommunismus, deren quasi-feudale Regressivität wegen des starken Glaubens von Marx & Engels an den naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt nicht weiter auffiel.

Die zentralen Elemente der liberalen Marktgesellschaft wie die arbeitsteilige Warenproduktion, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die Gewinnorientierung, die durch das Geld vermittelte Bildung von Marktpreisen für die Waren und die Konkurrenz zwischen selbstständigen Produzenten wurden sowohl von den romantischen Verfechtern einer Rückkehr zur feudalen Ständegesellschaft als auch von den Kämpfern für ein vom technischen Fortschritt beflügeltes Vorschreiten in eine kommunistische Zukunftsgesellschaft beargwöhnt.

Während die Produktion und Verteilung von Gütern in einer hierarchischen Ständegesellschaft obrigkeitlich von den Ständen geleitet wurden, sollten sie in einer nicht minder hierarchischen kommunistischen Gesellschaft (zumindest übergangsweise) von Organen des proletarischen Staates zentral verwaltet werden. „Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt“ und mit ihr die Arbeitsteilung. Die von Marx & Engels als „Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion“ empfundene dezentrale Selbstorganisation der Märkte „wird ersetzt durch eine planmäßige bewusste Organisation“ von Produktion und Verteilung durch Menschen, „die nun zum ersten Male bewusste, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eigenen Gesellschaft werden.“ Abgesehen vom unverhohlenen Anspruch auf eine Herrschaft über die menschliche Gesellschaft und die äußere Natur dürfte es kein Zufall sein, dass Marx & Engels im Zusammenhang mit ihren Ausblicken auf eine zukünftige kommunistische Gesellschaft ausgerechnet „altindische Gemeinwesen und südslawische Familiengemeinden“, also feudalgemeinschaftliche Verhältnisse, als historische Beispiele für Gesellschaften erwähnten, in denen sich die gesellschaftlich erzeugten Produkte nicht in Waren verwandeln und in denen keine Waren auf Märkten gehandelt werden. „Die Mitglieder der Gemeinde sind unmittelbar zur Produktion vergesellschaftet; die Arbeit wird nach Herkunft und Bedürfnis verteilt, die Produkte, soweit sie zur Konsumtion kommen, ebenfalls. Die unmittelbar gesellschaftliche Produktion wie die direkte Verteilung schließen allen Warenaustausch aus, also auch die Verwandlung der Produkte in Waren ... und damit auch ihre Verwandlung in Werte.“⁶²

Noch „näher liegend“ war für Marx das aus der europäischen Vormoderne stammende Beispiel der „ländlich patriarchalischen Industrie einer Bauernfamilie, die für den eigenen Bedarf Korn, Vieh, Garn, Leinwand, Kleidungsstücke usw. produziert. Diese verschiedenen Dinge treten der Familie als verschiedene Produkte ihrer Familienarbeit gegenüber, aber nicht sich selbst wechselseitig als Waren.

⁶² Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 56 (altindische Gemeinden). - Friedrich Engels (1876-1878/1968), in: MEW 20, S. 264 und 287 - 288 (altindische Gemeinwesen und slawische Familiengemeinden), und ders., (1880/1969), in: MEW 19, S. 226 und 228.

Die verschiedenen Arbeiten ... sind in ihrer Naturalform gesellschaftliche Funktionen, weil Funktionen der Familie. ... Die individuellen Arbeitskräfte wirken von Haus aus nur als Organe der gemeinsamen Arbeitskraft der Familie.“ Dementsprechend würde in einem kommunistischen „gesellschaftlichen Produktionsorganismus“ das für kapitalistische Märkte so typische „Verhältnis wechselseitiger Fremdheit“ aufgehoben und die bislang in ihrer Anonymität vereinzelt und rivalisierenden Menschen würden zu einer großen Gemeinschaft vereinigt.⁶³ Unbeabsichtigt und unbemerkt war also im Kampf für die Anhebung einer nicht mehr Waren produzierenden Gesellschaft mittels der Steigerung der Produktivkräfte auf eine höhere, für den Kommunismus erforderliche Stufe auch eine Tendenz zur Refeudalisierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verborgen.

Allerdings war es im Frühstadium des Kapitalismus sowohl für seine reaktionären als auch für seine progressiven Kritiker noch schwierig, den inneren liberalen Kern von Arbeitsteilung, Warenproduktion, Märkten und Geld unter ihrer abstoßenden äußeren kapitalistischen Schale zu erkennen. Schon Adam Smith hatte nicht bemerkt, dass die Spaltung der Gesellschaft in wenige Kapitalisten und viele von den Produktionsmitteln getrennte Arbeiter kein konstituierendes Merkmal einer liberalen Marktökonomie war, sondern bereits eine von der strukturellen Macht des Geldes verursachte kapitalistische Deformation des Liberalismus. Dadurch hatte Smith dem irreführenden Eindruck Vorschub geleistet, dass die kapitalistische Erscheinungsform des Liberalismus mit seinem eigentlichen Wesenskern identisch sei. So erkannten auch Marx & Engels den scheinbaren siamesischen Zwilling von Liberalismus und Kapitalismus nicht als ein in sich widersprüchliches Gebilde. Für sie blieb es unvorstellbar, den Liberalismus gedanklich vom Kapitalismus zu trennen und in Anknüpfung an die Frühsozialisten zu überlegen, ob ein nichtkapitalistischer, sozial geläuterter Liberalismus denkbar wäre.

Eines der größten Hindernisse, die dem Nachdenken über eine solche nachkapitalistische Marktwirtschaft im Denken von Marx & Engels im Weg standen, war ihr Dogma vom „Fetischcharakter der Warenwelt“. Demnach bildeten die arbeitsteilige Produktion von Waren als solche und das hierarchische Lohnarbeitsverhältnis eine unauflösliche Einheit. Weil sie sich anstelle der bestehenden kapitalistischen Teilung der Arbeit in übergeordnete Leitungsfunktionen von Kapitalisten und untergeordnete ausführende Arbeiten von Proletariern keine Arbeitsteilung zwischen ökonomisch gleichrangigen Produzenten vorzustellen vermochten, hatten arbeitsteilig produzierte Waren für Marx & Engels generell eine „gespenstische Gegenständlichkeit“. Eine Ware war für Marx „ein sehr vertracktes Ding, voll metaphysischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken. ... Der mystische Charakter der Ware entspringt nicht aus ihrem Gebrauchswert“, sondern aus ihrem Tauschwert,

⁶³ Karl Marx [1867 - 1972], in: MEW 23, S. 90 - 93 (ländlich patriarchalische Industrie einer Bauernfamilie) und 102 (Verhältnis wechselseitiger Fremdheit). Möglicherweise war Marx' Vorstellung von einem "gesellschaftlichen Produktionsorganismus" [1867/1972, in: MEW 23, S. 93] auch von Hegels Vorstellung von einem "Staatsorganismus" beeinflusst. (Vgl. 1843-44/1970), in: MEW 1, S. 213.

also aus der Tatsache, dass sie erst in ein „nützliches Ding und ein Wertding gespalten und auf einem Markt verkauft werden muss, bevor sie für einen Käufer zum Gebrauchswert werden kann. ... Dieser Fetischcharakter der Warenwelt entspringt aus dem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert.“ Der Tauschwert der Ware „verwandelt jedes Arbeitsprodukt in eine gesellschaftliche Hieroglyphe. ... Aller Mystizismus der Warenwelt, all der Zauber und Spuk, welcher Arbeitsprodukte auf Grundlage der Warenproduktion umnebelt, verschwindet sofort, sobald wir zu anderen Produktionsformen flüchten.“⁶⁴

Diese Flucht nach vorn in „andere Produktionsformen“ mit einer zentralstaatlichen Planung der Wirtschaft oder auch zurück in eine ständestaatlich gebundene Wirtschaft war während der Jahrzehnte des Frühkapitalismus die Folge eines fehlenden Verständnisses für den in sich widersprüchlichen Doppelcharakter des kapitalistischen Geldes als dienendes Tauschmittel und zugleich strukturell herrschendes Machtmittel, der seine Widersprüchlichkeit auch auf die Arbeitsteilung, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, das Geld und den Wettbewerb auf freien Märkten übertrug und der Marktwirtschaft ihren kapitalistischen Stempel aufdrückte. Und außerdem war diese Flucht aus der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft nach vorn oder zurück auch die Folge einer in der ganzen Gesellschaft weit verbreiteten existenziellen Verunsicherung und Angst vor der bürgerlichen Freiheit, da diese bis dahin nur als „gewissenlose Handelsfreiheit“ (Marx⁶⁵) und noch nicht als eine für alle Menschen gleiche Freiheit in Gerechtigkeit in Erscheinung trat. Diese diffuse Angst vor dem „Zauber und Spuk der Warenwelt“ weckte eine tiefe Sehnsucht nach einem vermeintlich sicheren Aufgehobensein in vor- bzw. nachkapitalistischen Gemeinschaften, die entweder in ständestaatlicher Gebundenheit organisiert oder von einem proletarischen Staat zentral geplant werden. „Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.“⁶⁶ Und obwohl Marx das Scheitern von Robert Owens Arbeitsbörse in London bekannt war, schlug er für die gesamtgesellschaftliche Verteilung des gesellschaftlich erzeugten Produkts einen Maßstab vor, der sich schon im kleinen Modellversuch nicht bewährt hatte: nämlich die Berechnung einer gesellschaftlich notwendigen durchschnittlichen Arbeitszeit.⁶⁷

⁶⁴ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 52 (gespenstige Gegenständlichkeit der Arbeitsprodukte), 85 – 88 (mystischer Charakter der Waren). Schon in der "Deutschen Ideologie" unterstellten Marx & Engels, dass jede Form der Arbeitsteilung unvermeidbar Interessengegensätze zwischen individuellen Produzenten und der Allgemeinheit impliziert. (1845-47/1969), in: MEW 3, S. 32, 50 - 51 und 66.

⁶⁵ Karl Marx (1848/1969), in: MEW 4, S. 465. - „Schöne Freiheit, wo dem Proletarier keine andere Wahl bleibt, als die Bedingungen, die ihm die Bourgeoisie stellt, zu unterschreiben oder - zu verhungern, zu erfrieren, sich nackt bei den Tieren des Waldes zu betten.“ Friedrich Engels (1845/1969), in: MEW 2, S. 307.

⁶⁶ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 93.

⁶⁷ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 93. Zu Marx' Kenntnis von Owens Londoner Arbeitsbörse vgl. auch MEW 23, S. 109.

Sowohl die rückwärts als auch die vorwärts gewandten antiliberalen Gegenbewegungen zur frühkapitalistisch deformierten Marktwirtschaft konnten die historische Entgleisung der egalitären Bürgergesellschaft zu einer neuen kapitalistischen Herrschaftspyramide nicht korrigieren. Statt mit historischer Verspätung die Hoffnungen der Französischen Revolution auf eine 'klassenlose Gesellschaft' mit einem homogenen „Dritten Stand“ zu verwirklichen, bereiteten sie der Entstehung neuer hierarchischer, nur scheinbar klassenloser Gesellschaften vor, die sowohl die Freiheit als auch die Gerechtigkeit zerstören sollten.

Kapitel 4
Sozialer Liberalismus
und libertärer Sozialismus
in England und Frankreich
um 1848 und danach

4 Sozialer Liberalismus und libertärer Sozialismus in England und Frankreich um 1848 und danach

Der beiden einzigen Sozialreformer, die die Arbeiterbewegung noch hätten veranlassen können, ihren von Marx & Engels eingeschlagenen Kurs zu korrigieren, waren der englische Philosoph und Ökonom John Stuart Mill (1806-1873) und der französische Sozialreformer Pierre Joseph Proudhon (1809-1865). In ihrem „Kommunistischen Manifest“ hatten Marx & Engels Proudhon dem „konservativen Bourgeoisozialismus“ zugeordnet, mithin jenem „Teil der Bourgeoisie, der den sozialen Missständen abzuhelfen wünscht, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. ... Er verlangt im Grunde nur, dass das Proletariat in der jetzigen Gesellschaft stehen bleibe, aber seine gehässigen Vorstellungen von derselben abstreife.“¹ Und auch John Stuart Mill war für sie ein bürgerlicher Ökonom, der mit „geistlosem Synkretismus“ und der Wiederholung von Dogmen und Gemeinplätzen lediglich versuche, „die politische Ökonomie des Kapitals mit den jetzt nicht länger zu ignorierenden Ansprüchen des Proletariats in Einklang zu setzen“.²

Dabei wollten weder Mill noch Proudhon die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft durch eine soziale Ummäntelung konservieren, wie Marx und Engels ihnen unterstellten. Vielmehr wollten sie die kapitalistisch deformierte bürgerliche Gesellschaft auf anderen Wegen als die Frühsozialisten in eine tatsächlich egalitäre Bürgergesellschaft der Freien und Gleichen umformen. Während Mill die klassische Ökonomie in die Richtung eines sozialen Liberalismus weiterentwickeln wollte, betrachtete Proudhon sie mehr von außen³ und hoffte, außerhalb von ihr eine neue Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit als nichtkommunistische Alternative zum Kapitalismus entwickeln zu können. Allerdings waren Mills und Proudhons Vorstellungen über die Ursachen der kapitalistischen Fehlentwicklung des Liberalismus und über eine rechtliche Rahmenordnung monopolfreier Märkte noch unvollkommen, so dass es für Marx & Engels einfach war, sich ihnen überlegen zu fühlen und ihre Schwächen zu kritisieren.

4.1 John Stuart Mills Ansätze eines sozialen Liberalismus

Der in den Bereichen der alten Sprachen, der Philosophie und Mathematik sowie der Geschichte und Ökonomie umfassend gebildete John Stuart Mill lehrte zwar nicht an einer Universität, sondern war in der „Ostindischen Gesellschaft“ tätig. Gleichwohl war er eng vertraut mit den Lehren der Klassiker und mit den kritischen Stimmen, die sich in der Ökonomie und mehr noch in den sozialen Bewe-

¹ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 488.

² Karl Marx & Friedrich Engels (1867/1972), S. 21 und 530.

³ Vgl. hierzu Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 67 [„Die Nationalökonomie ist die schlimmste Art von Autorität auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Philosophie.“], 102, 130 und 142 (Kritik an Jean Baptiste Say).

gungen gegen die Ausbeutung der menschlichen Arbeit im Frühkapitalismus erhoben. Als letzter großer Klassiker hielt Mill in seinem Werk über die „Grundsätze der Politischen Ökonomie“ (1848) an der von Adam Smith postulierten Freiheit des unternehmerischen Handelns und an der dezentralen Selbstorganisation freie Märkte fest; aber er nahm die Kritik der Frühsozialisten an den real existierenden Formen der kapitalistisch vermachteten Märkte ernst, insbesondere die Kritik von Saint-Simon, den er während einer Reise nach Frankreich persönlich kennenlernte. Dem klassischen Laissez-faire-Prinzip hielt Mill liberale und zugleich soziale Überlegungen entgegen, wie die 1789 von der Französischen Revolution erkämpfte politische Gleichheit der Menschen nach dem Umweg über den Frühkapitalismus doch noch um eine wirtschaftliche Gleichheit ergänzt werden könnte.

Das private Bodeneigentum als Monopolgut und die Bodenrente als leistungsloses Einkommen

Für eine ganz wesentliche Ursache der monopolistischen Vermachtung der Märkte hielt Mill das private Eigentum am Boden. Deshalb verstärkte er die schon von Smith geäußerten Zweifel an der Rechtmäßigkeit der privaten Vereinnahmung der Bodenrente und knüpfte an den Gedanken von Ricardo an, die private Bodenrente, deren Höhe sich nach der Beschaffenheit und Lage von Grundstücken richtet, wegen ihrer Eigenschaft als leistungsloses Monopoleinkommen mit Hilfe einer Bodensteuer zugunsten der Allgemeinheit zu besteuern.⁴

Im Gegensatz zum privaten Eigentum an Gütern, das sich auf die Arbeit ihrer Eigentümer zurückführen lässt, ist der Boden nach Auffassung von Mill „nicht das Produkt von Arbeit. ... Kein Mensch schafft das Land. Es ist das ursprüngliche Erbe des ganzen Menschengeschlechts.“ Deshalb ist es ein „Gipfelpunkt der Ungerechtigkeit ...“, das Geschenk der Natur einzelnen Individuen allein zur Aneignung zu überlassen. ... Jeder, dem Land gehört, schließt andere von dem Genusse daran aus. Bei Land sollte kein ausschließliches Recht irgendeinem einzelnen Individuum, welches nicht nachweist, dass es wirklich Gutes schaffen kann, zuerkannt werden.“⁵ Damit widersprach Mill der Rechtfertigung des privaten Bodeneigentums durch John Locke, der es auf menschliche Arbeit zurückgeführt hatte.

Da der Boden von Natur aus knapp ist und nicht durch menschliche Arbeit vermehrt werden kann, stellte er für Mill eine „Monopolware“ dar. Deshalb können seine privaten Eigentümer - unabhängig davon, ob es wenige oder viele Eigentümer sind - von den übrigen Menschen einen Preis für die leihweise Überlassung von Grundstücken verlangen. Auf diese Weise fließt ihnen als „Wirkung eines Monopols“ über Mieten und Pachten die Bodenrente als leistungsloses Einkommen

⁴ David Ricardo (1817/1972), S. 64 - 76 (Bodenrente), 141 - 143 (Besteuerung der Bodenrente) und 240 - 248 (Adam Smith's Grundrententheorie).

⁵ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 343, 348 und 351.

zu.⁶ Den Einfluss von Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenqualität sowie des Baus von Straßen, Kanälen und Eisenbahnen auf die Höhe der Bodenrente untersuchte Mill ebenso wie Möglichkeiten, Renteneinkünfte aus der privaten Aneignung von Naturressourcen und aus Patenten zu beziehen. „Ist nicht die Erde selbst, sind nicht Wälder und Gewässer und alle anderen Schätze der Natur über und unter der Erde da? Dies alles gehört zum Erbe des Menschengeschlechtes und wegen dessen gemeinschaftlicher Benutzung müssen Bestimmungen erlassen werden.“⁷

Mit Vorschlägen zur Überwindung der mit dem privaten Bodeneigentum verbundenen Privilegien blieb Mill jedoch vorerst sehr viel vorsichtiger als Marx & Engels, die etwa zur selben Zeit in ihrem „Kommunistischen Manifest“ rigoros für eine entschädigungslose „Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben“ eintraten.⁸ Mill war sich nämlich auch der Tatsache bewusst, dass die Verbesserung der in der Natur vorgefundenen Grundstücke durch ihre Urbarmachung und Einzäunung auf persönlicher Arbeit beruht. Trotz seiner Kenntnis des Erbpachtssystems sah er zunächst noch keine Möglichkeit, den Boden und die Bodenrente eigentumsrechtlich von den Bodenmeliorationen und aufstehenden Gebäuden zu trennen. Besonders für den Bereich der Landwirtschaft folgte Mill Sismondis Ansicht, dass das Privateigentum am Boden der beste Garant für die Unabhängigkeit und Produktivität nicht zu kleiner und auch nicht zu großer bäuerlicher Familienbetriebe sei.⁹ Deshalb stellte Mill das Privateigentum am Boden letztlich doch nicht in Frage und begnügte sich mit der Forderung nach einer Steuer, welche die Bodenrente zugunsten der Allgemeinheit abschöpft. Einerseits habe „der Grundeigentümer keine Möglichkeit, die Last auf einen anderen abzuwälzen“, und andererseits könne sich diese Steuer nicht hemmend auf die wirtschaftliche Nutzung von Grundstücken auswirken.¹⁰ Allerdings ließ Mill offen, nach welchen Richtlinien der Staat die steuerlich abgeschöpfte Bodenrente verwenden sollte und ob er sich ergänzende Maßnahmen zu einer breiteren Streuung des privaten Bodeneigentums vorstellte.

Die übersehene Kraft des zinstragenden Geldes, Geld- und Realkapital zu konzentrieren

Die von den Klassikern als Selbstverständlichkeit hingegenommene Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft in die „drei Klassen: Arbeiter, Kapitalisten und Grund-

⁶ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 620 - 621.

⁷ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 695 - 699 (Patente), und Band 2, S. 459.

⁸ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 481.

⁹ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 344 - 345 und 417 - 446, bes. S. 381 (Sismondi). Andererseits hielt Mill es für richtig, die früheren Allmenden nicht völlig zu privatisieren. „Es ist Zeit, dass das, was vom Gemeindeland geblieben ist, als ein für das Wohl der Armen bestimmter Boden zurückgehalten werde.“ (S. 564)

¹⁰ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 489 - 492 und 498 - 500.

herren“¹¹ hat John Stuart Mill also insofern korrigiert, als er der Klasse der Bodeneigentümer keine leistungslosen Einkünfte aus der Bodenrente mehr gewähren wollte.

Im Hinblick auf die Spaltung der Gesellschaft in Kapitalisten und Arbeiter blieb er allerdings noch weitgehend in den Vorstellungen des klassischen Liberalismus befangen. So teilte er zum einen dessen Fehleinschätzung des Geldes als neutrales Tauschmittel und zum anderen dessen Rechtfertigung des Kapitalzinses als eine durch eine Leistung begründete Einkommensart: „Die Einführung des Geldes greift keineswegs in den Verlauf irgendeines der Wertgesetze störend ein. Die Verhältnisse der Güter zueinander bleiben durch das Geld unverändert. Wie die Gesamtheit der auf dem Markte befindlichen Güter die Nachfrage nach Geld ausmacht, so macht die gesamte Masse des Geldes die Nachfrage nach Gütern aus. Das Geld und die Güter suchen einander zum Zwecke des gegenseitigen Austausches.“¹² Mill pflichtete dem von Jean-Baptiste Say aufgestellten Theorem bei, wonach die angebotenen Waren stets durch die Nachfrage von den Märkten abgeräumt werden, so dass sich die Gesamtwirtschaft in einem von Krisen freien Gleichgewicht befindet. Die Einheit von Kauf und Verkauf sowie von Sparen und Investieren bleibe in einer Geldwirtschaft wie in einer Naturaltauschwirtschaft erhalten. Zwar könnten auch Situationen mit einem „Unterangebot von Geld“ eintreten. „Infolge plötzlicher umfangreicher Kreditentziehung will sich niemand des Bargeldes entäußern.“ Solche Situationen entstünden aber nicht durch eine Überproduktion von Waren, sondern durch ein „Übermaß an Spekulationskäufen. ... Das Heilmittel hiergegen ist nicht eine Verringerung des Warenangebots, sondern die Wiederherstellung des Vertrauens.“ Die Unternehmer würden ihr Kapital nur für kurze Zeit „müßig in Händen“ halten und es bald wieder investieren.¹³

Während der Wert der Gold- und Silbermünzen genauso wie der Wert der Waren durch die bei ihrer Herstellung aufgewendete Arbeit bestimmt werde, bestehe allerdings bei einer nicht durch Edelmetalle gedeckten Papierwährung die Gefahr einer Ausgabe von zu viel Papiergeld, um zum Beispiel Schulden des Staates inflationär zu entwerten. Geldwertveränderungen hielt Mill für ein „unerträgliches Übel. ... Alle Schwankungen im Wert des Umlaufmittels sind nachteilig“, da sie den Handel „auf längere Zeit zu einer vollkommen unsicheren Sache“ mache. Deshalb „sollte kein Papiergeld bestehen, dessen Wert nicht auf den der Edelmetalle abgestimmt werden kann.“¹⁴ Unter dem Einfluss der Philosophie des Utilita-

¹¹ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 299.

¹² John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 9 und 13. - „Aller Handel ist in Wirklichkeit ein Tauschgeschäft und Geld bloß ein Mittel, die Dinge gegeneinander auszutauschen.“ (Band 2, S. 144) - Vgl. auch Band 1, S. 108.

¹³ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 110 (Saysches Theorem) und 507 - 508 (müßiges Kapital) sowie Band 2, S. 114. „Geizhälse sammeln heute ihre Schätze nicht in Geldschränken, sondern legen sie in produktiver Beschäftigung an.“ (S. 516)

¹⁴ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 89 - 93 und 244 - 284 (Mengensteuerung eines in Edelmetalle einlösbaren Papiergeldes).

rismus von Jeremy Bentham führte Mill den Wert der Waren außerdem nicht mehr nur auf den Wert der bei ihrer Herstellung aufgewendeten menschlichen Arbeit zurück, sondern auch auf ihren subjektiven Nutzen für ihre jeweiligen Verbraucher.

Der Kapitalgewinn bestand für Mill aus drei Teilen, die er für gleichermaßen berechtigt hielt: 1. aus dem Unternehmerlohn als „Entschädigung für die zur Aufsicht erforderliche Arbeit und Mühe“ des Unternehmers, 2. aus einer Prämie für das Risiko, das Unternehmer mit ihrer Produktion eingehen, und 3. aus dem Zins des Kapitals, der als „Vergütung von Enthaltbarkeit“ eine Belohnung für die Bereitschaft von Kapitalgebern sei, auf gegenwärtigen Konsum zu verzichten und ihr Kapital entweder als Eigenkapital in ihre Produktionsanlagen zu investieren oder es bei Banken anzulegen, die es als Fremdkapital an andere Unternehmen verleihen. In Übereinstimmung mit Bentham's „Briefen über den Wucher“ wandte sich Mill gegen das „Vorurteil der Kirche gegen das Zinsnehmen“ und unterstellte wie Smith und Ricardo die Existenz eines dauerhaft positiven „natürlichen Zinses“, um den die Marktzinsen je nach Angebot und Nachfrage von bzw. nach Kapital schwanken.¹⁵ Damit unterschätzte er die Gefahren einer zeitlichen Entgrenzung von Geld und Kapital, die dadurch entstanden, dass sich zum einen der Kreislauf von Ware - Geld - Ware (W - G - W) zeitweise unterbrechen ließ und dass sich zum anderen gespartes und wieder investiertes Geld durch den Zins und Zinseszins 'von allein' vermehrte (G - W - G' bzw. G - G').

Infolge der unbemerkt gebliebenen inneren Widersprüchlichkeit der Bestandteile des Kapitalgewinns erkannte Mill die Widersprüche im Prozess der Bildung weiteren Kapitals ebenso wenig wie vor ihm Smith und Ricardo. „Kapital ist das Ergebnis von Sparen“¹⁶, stellte er nur fest und beachtete dabei nicht, dass in die von ihm als Resultat des Sparens betrachtete Bildung von Kapital und Eigentum einerseits gesparte Teile des Arbeitseinkommens einfließen, das die Unternehmerkapitalisten in ihrer Funktion als Unternehmer und Organisatoren der Produktion verdient haben, und andererseits gesparte Teile ihrer leistungslosen Zinseinkünfte, die sie in ihrer Funktion als Kapitalisten für die Bereitstellung ihres Kapitals erhalten haben.

Auf diese Weise konnte sich privates Eigentum an Geld- und Realkapital aus legitimen und illegitimen Quellen in den Händen einer Minderheit von Unternehmerkapitalisten konzentrieren, während die Mehrheit der Arbeiter nur einen um den „natürlichen Zins“ geschmäleren „natürlichen Lohn“ (Smith) erhielt. Als Arbeiter galten für Mill, nebenbei bemerkt, nicht nur Industrieproletarier, sondern auch Bauern und Handwerker. Und als produktiv betrachtete er auch die gemeinhin als unproduktiv angesehenen Arbeiten von Händlern und anderen „Verteilern“ wie zum Beispiel auch Transportarbeitern und Seeleuten, von Gelehrten, Erfindern und Lehrern, von Ärzten, Musikern und Schauspielern oder von Beamten - kurzum

¹⁵ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 596 - 597 und Band 2, S. 226 - 229 und 655 - 656.

¹⁶ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 103, 246 und 250.

die Tätigkeiten aller Menschen, die der Gesellschaft nützliche Dienste erweisen und dafür entlohnt werden.¹⁷ Die Löhne und Gehälter all dieser Arbeitenden sollten sich nach Mills Vorstellungen aus dem Verhältnis zwischen der Bevölkerungsentwicklung und dem verfügbaren Kapital ergeben. „Hauptregulator der Löhne“ war für ihn die Konkurrenz, wobei er zunächst noch nicht sah, dass das von den Klassikern gerühmte freie Spiel der Marktkräfte (zusätzlich zu den Privilegien des privaten Bodeneigentums) in Wirklichkeit auch durch die Konzentration von Kapital in wenigen Händen monopolistisch verfälscht war.¹⁸ Unter diesen Umständen fehlten den Arbeitern jene Ersparnisse, die sie für die Bildung von eigenem Produktionsmitteleigentum gebraucht hätten. Die Bildung von konzentriertem Kapital beruhte also mehr auf der strukturell erzwungenen 'Enthaltsamkeit' der Arbeiter als auf der freiwilligen Enthaltsamkeit von Kapitalisten.

Durch ihre Konzentration wurden die der Produktion dienenden Produktionsmittel zugleich zu Mitteln der Ausübung von wirtschaftlicher Macht über die lohnabhängigen Arbeiter - und zwar nicht primär deshalb, weil sie sich im Privateigentum von Unternehmerkapitalisten befanden, sondern weil die Produktionsmittel in deren privaten Händen konzentriert wurden. Den falschen „Zustand der Dinge, der mit wenigen Ausnahmen allgemein vorherrscht, wo die Arbeiter und Kapitalisten gesonderte Klassen bilden“, nahm Mill genauso wie Smith, Ricardo und Say als selbstverständliche Normalität hin: „Die Aufsicht über die gewerblichen Unternehmungen steht gewöhnlich der Person zu, die den ganzen oder größten Teils des Fonds, durch welche sie durchgeführt werden, hergibt und die nach der gewöhnlichen Regelung entweder allein oder am meisten (wenigstens direkt) am Resultat interessiert ist.“¹⁹ In dieser scheinbaren Normalität der kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft war die lohnabhängige Arbeiterschaft einer Minderheit von Unternehmerkapitalisten hierarchisch untergeordnet.

Die innere Widersprüchlichkeit des konzentrierten Privateigentums an den Produktionsmitteln, das in den Händen weniger Unternehmerkapitalisten sowohl Garant ihrer bürgerlichen (Vertrags-)Freiheiten und ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit als auch Herrschaftsmittel war, wurde Mill nicht in vollem Umfang bewusst. Dennoch schwangen in seiner Auseinandersetzung mit der Eigentumskritik der englischen und französischen Frühsozialisten auch Zweifel am Privateigentum und ein gewisses Verständnis für Formen des gemeinschaftlichen Eigentums mit. Wegen seiner Bedeutung als Garant von Freiheit und Unabhängigkeit nahm Mill das Privateigentum gegen Kritik in Schutz; aber er gestand auch zu, dass „das System noch heute manche starken Spuren eines Ursprungs“ trägt, indem die Verfügungsmacht über privates Produktionsmitteleigentum noch immer insofern das „Ergebnis von Eroberung und Gewalt“ ist, als aus der Feudalzeit überkomme-

¹⁷ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 44 - 81, hier: S. 57, 60, 66

¹⁸ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 505 und 327, sowie Band 2, S. 299 - 302. Vgl. auch S. 613: „Der Grund des Profits ist, dass die Arbeit mehr produziert als zu ihrem Unterhalt erforderlich ist.“

¹⁹ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 597 und 614.

ne Privilegien des privaten Bodeneigentums ihren Inhabern die Möglichkeit geben, sich Produktionsmitteleigentum auch ohne eigene Arbeit zu verschaffen. Bei seiner Rechtfertigung des Privateigentums stellte es sich Mill deshalb als „Einrichtung (vor), nicht wie es ist, sondern wie es sein könnte.“ Bei richtiger Verwirklichung werde es „nicht mehr von einer der ursprünglichen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten begleitet (sein). Die Eigentumsgesetze haben sich bisher nirgends den Prinzipien angepasst, auf denen die Rechtfertigung des Privateigentums beruht.“²⁰ Außerdem konnte sich Mill neben dem Privateigentum durchaus auch gemeinschaftliche Formen des Eigentums am Boden und an den Produktionsmitteln vorstellen. Als Beispiele hierfür erwähnte er Klöster, Siedlungen von Auswanderergemeinschaften wie den Quäkern oder Rappisten in Nordamerika und den Jesuitenstaat in Paraguay ebenso wie Gemeinschaftsprojekte von Frühsozialisten und Kommunisten. Zwar bestehe eine „Schwierigkeit der gerechten Zuteilung der Arbeit der Gemeinschaft unter die einzelnen Mitglieder. Mit welchem Maßstab sollen die mancherlei Arbeiten gegeneinander abgemessen werden?“ Aber die verschiedenen Formen des Wirtschaftens mit gemeinschaftlichem Eigentum sollten nicht vorschnell verurteilt werden: „Man kann sie nicht ohne weiteres als undurchführbar hinstellen.“²¹ Allerdings sollten kommunistische Formen des Wirtschaftens auch nicht verallgemeinert werden. Im Hinblick auf die Möglichkeit einer überwiegend kommunistischen Organisation der Wirtschaft stellte Mill die bange Frage: „Wird beim Kommunismus noch ein Asyl für Individualität des Charakters übrig bleiben? Wird die öffentliche Meinung nicht ein tyrannisches Joch darstellen? Wird die absolute Abhängigkeit eines jeden von allen und die Überwachung eines jeden von allen nicht schließlich die Leute in eine Mühle hineinwerfen, aus der nur eine farblose Gleichförmigkeit in Gedanken, Gefühlen und Handlungen heraus kommt?“²²

Kapitalkonzentration, große Maschinen und Massenproduktion

Vorerst befürwortete Mill im Großen und Ganzen allerdings noch die fortschreitende Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit durch ihre sich immer weiter ausdifferenzierende Teilung und Zusammenfassung in größeren Unternehmen, deren private Eigentümer eine weitere Kapitalakkumulation und Investitionen in Maschinen anstreben. Schon Adam Smith habe am Beispiel der in etwa 80 verschiedene Tätigkeiten zerlegten Produktion von Stecknadeln gezeigt, welche Produktivitätsfortschritte möglich sind, wenn „sich durch die immer größere Zerlegung eines jeden Arbeitsprozesses in seine Teile ... jeder Arbeiter auf immer kleinere Arbeitsverrichtungen beschränken kann.“²³

²⁰ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 304 und 314.

²¹ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 305, 307, 312 und 320.

²² John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 317.

²³ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 183. - Vgl. Adam Smith (1776/1978), S. 9 - 10.

Im Interesse einer steigenden Arbeitsproduktivität liege es, dass die Produktion nicht generell, aber doch „in manchen Fällen im Großen betrieben wird.“ Große Fabriken mit ebenso großen „teuren Maschinen setzen ein großes Kapital voraus. ... Viele Unternehmungen erfordern einen Kapitalbetrag, der die Mittel auch der reichsten Einzelpersonen oder privater Teilhaberschaft überschreitet. Keine Einzelperson hätte eine Eisenbahn von London nach Liverpool bauen können.“ Deshalb befürwortete Mill Aktiengesellschaften als Rechtsform für große kapitalintensive Unternehmen - nicht nur im Bereich der Produktion und des Verkehrs, sondern auch in den Bereichen der Banken und Versicherungen - , auch wenn das Interesse am geschäftlichen Erfolg bei kleineren und mittleren Unternehmen ausgeprägter sei als bei Aktiengesellschaften, die durch ein aus „gemieteten Dienern“ bestehendes Management geleitet werden, und auch wenn sich mit Eisenbahnaktien spekulieren ließ.²⁴

In die von Verwertungsinteressen des Kapitals bestimmte konkrete Ausgestaltung der Arbeitsteilung schlich sich eine doppelte Übersteigerung der an sich sinnvollen Spezialisierung von Arbeitenden auf die ihren Fähigkeiten entsprechenden Tätigkeiten hinein: zum einen teilte sich der Gesamtzusammenhang von Kopf- und Handarbeit in hierarchisch über- und untergeordnete leitende und ausführende Arbeiten und zum anderen wurden die lohnabhängigen Arbeiter zu immer kleineren Rädchen in einem großen anonymen Getriebe, das sie fremdbestimmte. Mit der über eine 'normale' horizontale Arbeitsteilung hinausgehenden horizontalen und vertikalen Spaltung der Gesellschaft und Konzentration von Kapital in großen Unternehmen ging obendrein eine räumliche Entgrenzung einher, indem sich Kapital in großen Städten konzentrierte und viele Menschen vom Land in die Städte ziehen ließ und indem ein überhöhter energieintensiver Verkehr erforderlich wurde, um die Teile der Gesellschaft über ihre soziale Spaltung hinweg miteinander zu verbinden.

Mit alledem verband sich schließlich bei Mill wie bei der gesamten klassischen Ökonomie und auch bei Marx & Engels der Anspruch der fortschrittsgläubigen Moderne auf eine „unbegrenzte Zunahme der Herrschaft des Menschen über die Natur“, um ihre Vorräte an Ressourcen und Energie für menschliche Zwecke verfügbar zu machen. „Wir brauchen nicht daran zu zweifeln, dass diejenigen Völker, die wir die zivilisierten zu nennen, gewohnt sind, für absehbare Zeit weiterhin in dieser Hinsicht fortschreiten werden, sondern dass auch die meisten anderen Völker der Welt ... nach und nach in die gleiche Laufbahn eintreten werden.“²⁵ So setzte sich die soziale Spaltung der Gesellschaft durch das Geld und die Kapitalkonzentration in großen Aktiengesellschaften in ihrer Abspaltung von der Natur und ihrem Anspruch auf eine wissenschaftlich-technische Herrschaft über die Natur fort. Statt sich als Gesellschaft in die Natur einzufügen und mit ihr im Interesse

²⁴ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 197 - 198, 202, 205 - 208 (Aktiengesellschaften) und Band 2, S. 235 (Spekulationen mit Eisenbahnaktien).

²⁵ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 311 - 312.

einer bloßen Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu kooperieren, unterwarf sich die moderne Industriegesellschaft die Natur - nicht nur im Interesse ihrer Bedürfnisbefriedigung, sondern auch und vor allem im Interesse der Verwertung von sich weiter konzentrierendem Kapital.

Umverteilung von Einkommen durch den Staat

Auch wenn Mill das herkömmliche zinstragende Geld nicht als tiefere Wurzel der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung und als Antriebskraft der Kapitalakkumulation in großen Aktiengesellschaften erkannte, so entging ihm dennoch nicht die sich mehr und mehr vertiefende Kluft zwischen dem Wachstum des rentable Anlagen suchenden Kapitals, das nicht nur in große Industrieanlagen, sondern auch in die Finanzierung von Staat und Militär drängte, und der verarmenden Arbeiterschaft. Im Gegensatz zum Bereich der Produktion, in dem neben ökonomischen Aspekten auch unabänderliche „physikalische Wahrheiten“ zu beachten seien, hielt Mill den Bereich der Verteilung für eine „rein menschliche Einrichtung. ... Die Vermögensverteilung hängt von den Gesetzen und Gewohnheiten der Gesellschaft ab“²⁶ und lässt sich deshalb durch staatliches Handeln verändern und gerechter gestalten. Einerseits erweiterte Mill das liberale Verständnis des demokratischen Staates zur Vorstellung vom Staat als „eine alles andere überragende Zusammenfassung aller“; andererseits behielt er auch die Notwendigkeit im Blick, „angemessene Schranken des Aufgabenkreises und Wirkungsbereiches des Staates“ zu errichten.²⁷ Während der Staat bei Adam Smith allein das Recht durchsetzen, den Handel erleichtern und die Bildung sowie die innere und äußere Sicherheit gewährleisten sollte, sollte der Staat nach den Vorstellungen von Mill zusätzlich zu seinen klassischen Aufgaben auch die Verteilung von Einkommen und Vermögen korrigieren, sozialpolitisch tätig werden und öffentliche Infrastruktureinrichtungen wie Straßen und Eisenbahnen, Kanäle, Häfen und Deiche schaffen.

Um den Staat in die Lage zu versetzen, seine Aufgaben zu finanzieren, sollten alle Bürger nach dem Grundsatz der „Gleichmäßigkeit der Besteuerung ... im Verhältnis ihrer Leistungsfähigkeit“ zur Zahlung von Steuern auf ihre Einkommen aus Bodenrenten, Kapitalgewinnen und Arbeitslöhnen herangezogen werden: „Von allen sollen gleiche Opfer gefordert werden.“²⁸ Mill schlug eine vollständige Wegsteuerung der Bodenrente vor, differenzierte aber beim Kapitalgewinn nicht nach dem darin enthaltenen Unternehmerlohn und dem Anteil der Kapitalzinsen. Neben

²⁶ John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 300 - 302.

²⁷ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 455 (Grenzen des Staates), 471 und 463 (öffentliche Infrastruktur). - „Bei einer Demokratie ist es nicht weniger wichtig als bei allen anderen Regierungsformen, dass auf jede Neigung der Staatsbehörden, das Gebiet ihrer Einmischung auszudehnen und Befugnisse an sich zu reißen, auf deren Ausübung man leicht verzichten kann, mit nie nachlassender Aufmerksamkeit aufgepasst werden sollte.“ (Band 2, S. 684 - 685, 691)

²⁸ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 466, 468 und 471.

den Einkommenssteuern sollte der Staat auch noch den Verbrauch von Gütern besteuern.²⁹

Im Hinblick auf die Frage, ob der Staat zusätzlich zu seinen Steuereinnahmen auch Schulden aufnehmen sollte, um seine Aufgaben zu erfüllen, vertrat Mill den „ausgezeichneten Grundsatz, dass gegenwärtige Einnahmequellen nur zur Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse da sein sollen“. Langfristige Schulden dürfe der Staat nur für große Vorhaben aufnehmen, die auch noch zukünftigen Generationen zugutekommen, oder für besondere Belastungen in Not- und Kriegszeiten, wobei zu berücksichtigen sei, dass eine staatliche Nachfrage nach Krediten sich tendenziell erhöhend auf das Zinsniveau auswirkt. Zum Ausgleich zwischen den Generationen sollte in erster Linie eine „beträchtliche Steuer auf Vermächtnisse und Nachlässe“ beitragen. Zudem sollte eine hohe Erbschaftssteuer auch einer weiteren Vermögenskonzentration entgegenwirken. „Niemand darf durch Erbschaft mehr als den zu einem einigermaßen unabhängigen Leben notwendigen Betrag erwerben.“³⁰

Neben seiner Aufgabe, bürgerliche Freiheits-, Eigentums- und Gewerberechte zu schützen sowie die innere und äußere Sicherheit des Landes zu gewährleisten, sollte der Staat Mill zufolge ein öffentliches Bildungswesen bereit stellen, ohne die Bildung in den Händen des Staates zu monopolisieren. „Ein Staat, welcher die Ansichten und Gefühle des Volkes schon von seiner Jugend an formt, kann mit ihm nach seinem Belieben verfahren. ... Die Befugnis Privater, im Wettbewerb Anstalten zu errichten, darf nicht von einer behördlichen Erlaubnis abhängig gemacht werden.“³¹ Außerdem sollte der Staat Gesetze zum Schutz der menschlichen Arbeit erlassen. Insbesondere sollte er die Arbeitszeiten der Industriearbeiter begrenzen, außerdem Frauen, Kinder und Jugendliche vor ihrer Ausbeutung in Fabriken schützen und eine öffentliche Fürsorge für Arme und Menschen mit Behinderungen organisieren. „Der Anspruch auf Hilfe, der aus dem Mangel entspringt, ist der unabweislichste, den es geben kann. Somit ist von vornherein die weitgehendste Begründung dafür gegeben, wenigstens die äußerste Not derjenigen, die der Hilfe bedürfen, so sicher zu beseitigen, wie es durch Anordnungen der Allgemeinheit geschehen kann.“ Allerdings sollte die staatliche Hilfe so gestaltet sein,

²⁹ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 459, 466 (Grund- und Gebäuderente), 489 („Die Grundeigentümer ... werden reicher wie im Schlafe ohne Arbeit, ohne Risiko und ohne sparsames Haushalten. Welchen Anspruch haben sie, nach dem allgemeinen Grundsatz sozialer Gerechtigkeit, auf diese Vermehrung ihres Reichtums? Worin würden sie benachteiligt sein, wenn die Allgemeinheit sich von Anfang an das Recht vorbehalten hätte, die von selbst eintretende Rentenvermehrung zu besteuern, und zwar mit dem höchsten für die finanziellen Bedürfnisse erforderlichen Betrag?“), 500 - 503 (Steuern auf Kapitalgewinne) und 504 - 507 (Lohnsteuern) sowie S. 519 - 552 (Verbrauchssteuern). Zur Besteuerung von Erbschaften vgl. Band 1, S. 340, und Band 2, S. 582.

³⁰ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 580. Zur Besteuerung von Erbschaften vgl. Band 1, S. 340, und Band 2, S. 582 und 599.

³¹ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 698 und 702. - Zur Koexistenz von staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen vgl. auch John Stuart Mill (1863/1948), S. 188.

dass sie „jedem einen starken Anreiz lässt, wenn irgend möglich ohne sie auszukommen.“³²

Bei alledem konnte sich Mill nicht dazu durchringen, das klassische Laissez-faire-Prinzip noch weiter aufgeben. Vor allem blieb er sehr skeptisch, ob sich gesetzlich festgelegte Mindestlöhne gegen die Kräfte des Marktes durchsetzen ließen und ob Lohnkämpfe organisierter Arbeiter gegen die Kapitalisten der richtige Weg zur Verbesserung ihrer Lage sein können. Einerseits kritisierte Mill staatliche „Gesetze gegen Koalitionen der Arbeiter zur Erzielung höherer Löhne“ und sah in solchen Verboten freiwilliger gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse „Zeichen eines teuflischen Geistes der Sklavenhalter“. Andererseits erschienen ihm die Massen von Arbeitern zu groß und zu heterogen als dass sie der geballten Macht der Kapitalisten eine wirksame Gegenmacht entgegensetzen könnten. Immerhin sind „Streikerfahrungen die beste Lehre der arbeitenden Klassen über die Beziehungen zwischen Löhnen einerseits und der Nachfrage und dem Angebot von Arbeit andererseits gewesen; und es ist sehr wichtig, dass dieser Lehrgang nicht gestört wird.“³³

Genossenschaften von Arbeitern als Alternativen zu Aktiengesellschaften

Im Gegensatz zu den Streiks, in denen Engels Vorboten einer großen Entscheidungsschlacht des Proletariats gegen die Bourgeoisie sah³⁴, hielt Mill eine andere Strategie für aussichtsreicher, alle Hindernisse zu beseitigen, die der Neigung des Kapitalgewinns, möglichst tief zu sinken, im Wege stehen. Mit der zunehmenden Sättigung von Märkten weise der Kapitalgewinn bzw. der „Kapitalprofit“ die Tendenz auf, allmählich zu sinken und sich gesamtwirtschaftlich auf einem niedrigen Niveau auszugleichen. „Um den Kapitalgewinn auf seine Mindesthöhe zu vermindern, würde nur eine kurze Zeit erforderlich sein, wenn das Kapital weiterhin in dem gegenwärtigen Verhältnis zunähme.“ Dafür müssten „die gesamten Ersparnisse ... im Lande selbst angelegt werden.“ Im Gegensatz dazu stand jedoch „das ständige Abfließen von Kapital in die Kolonien“, das Mill für einen der Hauptgründe dafür hielt, dass „in England das Herabsinken des Kapitalgewinns aufgehalten worden ist“. In diesem Zusammenhang sprach er zwar von den unzivilisierten „Wilden“ in den Kolonien, verurteilte aber die „fluchwürdige Sklaverei“ als einen „Schandfleck in der englischen Geschichte ..., den man nur mit Schmerz sehen kann.“³⁵

³² John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 703 - 707 und 718 - 721 (Hilfen für Arme).

³³ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 692 (Laissez-faire); Band 1, S. 532 (Mindestlöhne); Band 2, S. 560, 668, 672 und 674 (Freiheit der Bildung von Gewerkschaften und Grenzen ihrer Möglichkeiten).

³⁴ Friedrich Engels (1845/1969), in: MEW 2, S. 441.

³⁵ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 365 - 367 (Marktsättigung und Sinken des Kapitalgewinns). - Band 1, S. 604 - 616 (Kapitalgewinn), und Band 2, S. 356 - 378 (tendenzieller Fall des Kapitalgewinns), hier: S. 365 und 377. Zu Mills Kritik an der Sklaverei vgl. Band 1, S. 158 (Wilde) und 377 (Sklaverei).

Wenn zusätzlich zu den staatlichen Umverteilungsmaßnahmen, insbesondere zur steuerlichen Abschöpfung der privaten Bodenrente, und zur staatlichen Sozialpolitik der Weg für ein weiteres Sinken der Kapitalgewinne geebnet werde und wenn „vielleicht noch für einen beträchtlichen Zeitraum“ eine Beteiligung der Arbeiter am Kapitalgewinn hinzukäme³⁶, könnte sich die Lage der arbeitenden Klassen grundlegend verändern. Dank höherer Einkommen und größerer Sparmöglichkeiten kommen die Arbeiter dann nämlich nach und nach in die Lage, sich zu Genossenschaften zusammenzuschließen. So wie „keiner von ihnen einem patriarchalischen Regierungssystem unterworfen sein will“, so könnten sich die Arbeiter - wie es bereits die Frühsozialisten erhofft hatten - auch aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von einzelnen Unternehmerkapitalisten oder großen Aktiengesellschaften befreien, indem sie Genossenschaften als eigene Unternehmen gründen. In einer Zeit, in der sich die Idee der politischen und wirtschaftlichen Gleichheit der Menschen verbreite und in der sich die Freiheit ihrer Gedanken kaum noch unterdrücken lasse, sei Mill zufolge „nicht zu erwarten, dass die Teilung der Menschheit in zwei erbliche Klassen, in Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für immer aufrecht erhalten werden kann.“³⁷

Als Alternative zu großen Aktiengesellschaften, deren Anfänge in die Frühzeit des kolonialen, räumlich entgrenzten und mit hohen Risiken verbundenen Fernhandels zurückreichten, könnten sich genossenschaftliche Formen des arbeitsteiligen Zusammenwirkens entwickeln, in denen die Arbeiter zwar aufeinander angewiesen, aber nicht im Sinne von Herrschaftsverhältnissen voneinander abhängig sind. Mill stellte sich vor, dass - „wenn die Fortschritte der menschlichen Gesellschaft andauern“ - in der Wirtschaft dann nicht mehr Großbetriebe mit „einem Kapitalisten als Leiter und seinen Arbeitern ohne Stimmrecht in der Verwaltung“ vorherrschen. An ihre Stellen treten nach und nach Genossenschaften als freiwillige Vereinigungen von Arbeitern, deren Geschäfte von „erwählten und wieder absetzbaren Leitern“ geführt werden. Maßgebend für deren Handeln werden „Grundsätze der Gleichheit mit gemeinsamem Besitz des zur Durchführung des Unternehmens nötigen Kapitals“.³⁸ Mit der demokratischen Teilhabe aller Genossenschaftler an den leitenden und ausführenden Arbeiten in ihren Unternehmen kann auch eine andere Einstellung zur Arbeit entstehen. Anstelle des Interessengegensatzes zwischen Kapitalisten, die auf die Ausbeutung ihrer Arbeiter bedacht sind, und Arbeitern, die ihre Arbeit als fremdbestimmte Mühsal erleben, würde sich bei den Mitgliedern einer Genossenschaft ein gemeinsames Interesse am Wohlergehen ihres Unternehmens entwickeln. Damit könne eine „Steigerung der Würde der Arbeit“ einhergehen. „Unter Umständen und vielleicht in kürzerer Zeit, als man annehmen mag, werden wir sehen, dass die menschliche Gesellschaft sich infolge des Genossenschaftsgedankens so umändert, dass Freiheit und

³⁶ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 449.

³⁷ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 402 [patriarchalisches Regierungssystem] und 408.

³⁸ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 411 und 421 - 422.

Selbstständigkeit des Einzelnen sich mit den sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Vorteilen der gesamten Produktion vereinigen lassen. Und ohne Gewalt oder Beraubung ... werden im Erwerbsleben die besten Ziele des demokratischen Geistes dadurch verwirklicht, dass ein Ende mit der Trennung der Gesellschaft in einen erwerbstätigen und einen nichts tuenden Teil gemacht und mit allen gesellschaftlichen Unterscheidungen aufgeräumt wird, die nicht durch persönliche Verdienste und Mühen ehrlich verdient sind. ... Die Zeit ist reif, mit dieser Umwandlung zu beginnen.“³⁹

Im Zuge eines solchen Übergangs von wenigen großen Aktiengesellschaften zu vielen kleinen und mittleren Genossenschaften könnten es eines Tages „Kapitalbesitzer vorteilhaft finden ... , ihr Kapital den Genossenschaften zu leihen; dies würde zu einem immer niedrigeren Zinssatz geschehen und schließlich vielleicht gegen Umtausch ihres Kapitals gegen bestimmte Rentenzahlungen.“ Dadurch könnten Kapitalansammlungen dezentralisiert werden und schließlich in „gemeinsames Eigentum aller derer (übergehen), die an produktiver Beschäftigung teilnehmen.“ Hierin sah Mill den „nächsten Schritt zur Annäherung an volle soziale Gerechtigkeit“ und letztlich auch einen entscheidenden Schritt zu einer Entmonopolisierung der bislang von akkumulierten Kapitalien beherrschten Märkte. Die Forderung von sozialistischen und kommunistischen Kritikern nach einer Abschaffung von 'freien Märkten' hielt Mill allerdings für grundfalsch. „Einer ihrer größten Irrtümer ist nach meiner Auffassung, dass sie der Konkurrenz alle wirtschaftlichen Übel der heutigen Zeit zur Last legen.“ Nicht in der Konkurrenz als solcher sah Mill „etwas Verderbliches und Antisoziales, wie sie allgemein von den Sozialisten aufgefasst wird“, sondern für ihn stellte „jede Beschränkung der Konkurrenz ein Übel dar“ - und zwar jede Beschränkung des Wettbewerbs sowohl durch marktbeherrschende Monopole als auch durch Eingriffe der Politik in monopolisierte Märkte.⁴⁰

Übergang der wirtschaftlichen Entwicklung in einen zukünftigen „stationären Zustand“

Während der englische Frühsozialist Robert Owen im Glauben an den fortwährenden technischen Fortschritt noch von einer grenzenlosen Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ausgegangen war, stellte John Stuart Mill frühzeitig die „weitere Frage: Wozu führt dies alles, welchem Endpunkt strebt die Gesellschaft mit ihren Fortschritten im gewerblichen Leben zu?“ Die Wirtschaft in den entwickelten Industrieländern könne nicht ewig weiter wachsen. „Am Ende des sogenannten Fortschrittzustandes liegt der stationäre Zustand.“ Allerdings würde das Ziel einer stationären Wirtschaft dadurch „vor uns fliehen“, dass fortwährend Kapital aus Europa in andere Erdteile entweicht. „Die reichsten und blühendsten Länder wür-

³⁹ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 447 - 451.

⁴⁰ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 450 - 454.

den sehr bald den Ruhezustand erreicht haben, wenn nicht in den Fertigkeiten der Produktion weitere Fortschritte gemacht würden und wenn das Kapital von diesen Ländern nicht unaufhörlich in unkultivierte oder schlecht kultivierte Teile der Erde abflösse.“⁴¹ Infolgedessen bleiben in Europa das Kapital knapper und die Zinsen höher als sie es ohne die Möglichkeiten des Kapitalexports in andere Erdteile geblieben wären. Dadurch wurde auch die Dynamik der Kapitalakkumulation bis auf Weiteres in Gang gehalten und daran gehindert, in einem stationären Zustand zur Ruhe zu kommen.

Langfristig war es nach Ansicht von Mill jedoch eine „Unmöglichkeit, letzten Endes dem Ruhezustand aus dem Wege zu gehen“. Für ihn existierte eine „unwiderstehliche Notwendigkeit, wonach der Strom des menschlichen Erwerbslebens schließlich in einen anscheinend still stehenden See einmünden muss. ... Ich kann einen stationären Zustand des Kapitals und Vermögens nicht mit der ausgesprochenen Abneigung betrachten, die die Nationalökonomien der alten Schule ihm allgemein entgegengebracht haben.“⁴²

Das Entwicklungsstadium des Frühkapitalismus mit seinem von großen Aktiengesellschaften forcierten technischen Fortschritt mochte „eine notwendige Stufe für den Fortschritt der Zivilisation“ gewesen sein. Im Gegensatz zum „fortwährenden Kampfe gegeneinander und dem Stoßen, Drängen, einander auf die Fersen treten, das heute das Kennzeichen unserer gesellschaftlichen Zustände ist“, hielt Mill eine von Monopolen befreite Marktwirtschaft mit einem auf viele Genossenschaften breit gestreutem Eigentum an Produktionsmitteln für einen erstrebenswerteren Zustand. Eine „bessere Eigentumsverteilung“ in Verbindung mit einer „Mäßigung des Einzelnen“ und einer „die Vermögensgleichheit begünstigenden Gesetzgebung“ würde „den besten Zustand für die menschliche Natur“ herbeiführen, in dem „keiner arm ist, niemand reicher zu sein wünscht und niemand Grund zu der Furcht hat, dass er durch die Anstrengungen anderer, die sich selber vorwärts drängen, zurückgestoßen werde.“⁴³ Ein solchermaßen stationärer Zustand der Wirtschaft sei „unserer heutigen Verfassung sehr vorzuziehen“ und keineswegs mit einem Zustand statischer Erstarrung zu verwechseln, denn „ein Stillstand in der Kapital- und Bevölkerungszunahme schließt nicht notwendig auch einen Stillstand des menschlichen Kulturfortschritts in sich“. Im Gegenteil - er öffnet ungeahnte Freiräume für die geistige und kulturelle Entfaltung der menschlichen Individuen, „wenn die Gemüter nicht mehr so ausschließlich durch die Sucht, nur wirtschaftlich vorwärts zu kommen, in Anspruch genommen wären. Ja selbst die Fertigkeiten der Erwerbstätigkeit könnten mit dem gleichen Ernst und dem gleichen Erfolg gepflegt werden - nur mit dem Unterschied, dass die industri-

⁴¹ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 388.

⁴² John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 388

⁴³ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 391 - 393.

ellen Verbesserungen, anstatt nur der Vermehrung des Vermögens zu dienen, ihre ursprüngliche Wirkung hervorbrächten, nämlich die Arbeit zu verkürzen.“⁴⁴

Internationaler Handel

Nachdem Mill zunächst die Konzentration von Kapital in großen Aktiengesellschaften gerechtfertigt hatte, wiesen seine weiteren Ausblicke auf eine stationäre Wirtschaft mit vielen kleineren und mittleren Genossenschaften, in deren Händen das Eigentum an den Produktionsmitteln breit gestreut ist, in die richtige Richtung einer nachkapitalistischen Marktgesellschaft freier und gleicher Bürgerinnen und Bürger. Seine anfängliche Fehleinschätzung des Geldes als „bloßes Mittel, die Dinge gegeneinander auszutauschen“⁴⁵, das ansonsten keinen Einfluss auf realwirtschaftliche Vorgänge ausübe, erwies sich jedoch auch auf der Ebene des internationalen Handels als ein Hindernis für die sofortige Entwicklung einer Vorstellung eines gleichmäßig über die Erde verteilten Welthandels, der sowohl von einer Kapitalkonzentration in Zentren als auch von einer Verarmung in der Peripherie frei wäre.

Für „angemessen“ hielt Mill es im Hinblick sowohl auf die Wirtschaft innerhalb einzelner Länder als auch auf die gesamte Weltwirtschaft, dass „eine Ware ... in möglichster Nähe des Marktes, auf dem sie zum Konsum verkauft werden soll, produziert wird“. Es gebe jedoch auch „einige Dinge“ wie Früchte und Gewürze, „die nur bei besonderen Wärme-, Boden-, Wasser- und Klimaverhältnissen produziert werden“. Deshalb befürwortete Mill eine internationale Ausdifferenzierung der Arbeitsteilung als Weg zur „Vermehrung und wirksameren Beschäftigung der produktiven Kräfte der Welt“ und zur allgemeinen Verbilligung der Produktion. Zudem erschien ihm der internationale Handel als „Hauptgarantie des Friedens in der Welt“. Sein Eindruck, dass „Handelsabenteurer aus vorgeschrittenen Ländern im allgemeinen die ersten Zivilisatoren unterentwickelter Länder gewesen sind“⁴⁶, zeigte jedoch auch, dass Mills Blick auf die Welt noch von England und anderen europäischen Kolonialmächten als Maßstab für die Entwicklung und Unterentwicklung geprägt war. Und trotz seiner Sympathien für die europäische Arbeiterschaft und seiner Abneigung gegen die Sklaverei verlor er dabei aus den Augen, dass es den europäischen Fernhandelsaktiengesellschaften mehr um die gewaltsame Aneignung und Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und menschlicher Arbeit als um die friedliche Verbindung zwischen Völkern ging. Allein die in anderem Zusammenhang von Mill geäußerte Kritik am Export von Kapital hätte ihm diese Fehlentwicklung des Welthandels bewusst machen und ihn auf den Gedanken

⁴⁴ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 393 - 395. -

⁴⁵ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 144 (Geld als neutrales Tauschmittel).

⁴⁶ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 131, 137, 141 (Produktionssteigerung durch Handel) und 144 - 145 (Frieden durch Welthandel; Geld als neutrales Tauschmittel).

bringen können, das alle Länder der Erde die Möglichkeit hätten bekommen sollen, sich ohne koloniale Abhängigkeiten aus eigener Kraft zu entwickeln.

In der von David Ricardo aufgestellten Außenhandelstheorie von den sog. komparativen Kostenvorteilen, mit der auch Mill die Vorgänge auf den Weltmärkten zu erklären versuchte, blieb dieses Gefälle zwischen 'entwickelten' Ländern in Europa und 'unterentwickelten' Ländern in anderen Erdteilen jedoch unsichtbar. Für den internationalen Handel mit Rohstoffen, Lebensmitteln oder Textilien innerhalb Europas und mit den Kolonien seien nicht immer nur die „absoluten Produktionskosten“ in den einzelnen Ländern maßgebend, sondern „der Unterschied in den vergleichswisen Kosten“.⁴⁷ In die Vergleiche von Produktionskosten in verschiedenen Ländern flossen in sich widersprüchliche Kostenelemente ein, deren Fragwürdigkeit unbemerkt blieb: zum Beispiel die Niedriglöhne auf polnischen Großgrundbesitzungen, welche Getreide nach England lieferten⁴⁸, oder die Kosten der aus den Industrieländern in die Kolonien exportierten Kapitalien und die dortigen viel zu niedrigen Löhne und Rohstoffpreise, die alles in allem eine 'Verbilligung' der Produktion in fernen Ländern ermöglichten. Solchermaßen falsch zusammengesetzte Weltmarktpreise brachten die internationale Arbeitsteilung in eine Unordnung, in der sich dann sowohl die stärkeren als auch die schwächeren Länder durch sogenannte Schutzzölle voneinander abschotteten. Mill kritisierte die Schutzzolltheorie als eine „irrtümliche Theorie“ und forderte die Abschaffung von Zöllen, obwohl noch gar keine gerechten Handelsbedingungen als Voraussetzung für einen zollfreien Welthandel gegeben waren.⁴⁹

Bürgerliche Freiheiten und Utilitarismus (1863)

In seinen „Grundsätzen der Politischen Ökonomie“ zählte Mill ausdrücklich auch den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit zu den Aufgaben des Staates. In einer weiteren Schrift „Über die Freiheit“ vertiefte er seine Gedanken über das Verhältnis zwischen den menschlichen Individuen und dem modernen bürgerlichen Rechtsstaat. Ähnlich wie Wilhelm von Humboldt in seinen „Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ (1792/1851) ging es Mill in mahrender Erinnerung an die Tyrannei, die politischen Herrscher in vorbürgerlichen Gesellschaften gehabt hatten, in erster Linie darum, die Gewissensfreiheit der menschlichen Individuen in demokratischen Republiken unter den Schutz von rechtsstaatlichen Institutionen zu stellen, die von wählbaren und verantwortlichen Regierungen geschaffen werden. Jedoch sollten den staatlichen Organen auch „verfassungsmäßige Schranken“ gesetzt werden, damit die persönliche Freiheit des Denkens einschließlich der freien Religionsausübung und die Freiheit des wirtschaftlichen Handelns nicht durch eine neue „Tyrannei der Mehrheit“ oder

⁴⁷ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 134.

⁴⁸ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 132.

⁴⁹ John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 640.

durch eine „Tyrannei der Bürokratie“ Schaden nimmt. „Der einzige Zweck, um dessentwillen man Zwang gegen den Willen eines Mitglieds einer zivilisierten Gemeinschaft rechtmäßig ausüben darf, der ist: die Schädigung anderer zu verhüten. ... Über sich selbst, seinen eigenen Körper und Geist ist der Einzelne souveräner Herrscher.“⁵⁰

Was Mill allerdings aufgrund seines mit den Klassikern geteilten Glaubens an die Neutralität des zinstragenden Geldes als Tausch- und Kreditmittel noch nicht sehen konnte, war der Umstand, dass das de facto nicht neutrale Geld mit der ihm innewohnenden strukturellen Ungerechtigkeit das wirtschaftliche Verhalten der Menschen mehr auf ein sich gegenseitig schädigendes Rentabilitätsstreben ausrichtete als auf eine wechselseitige Bedürfnisbefriedigung und Hilfsbereitschaft. Auf eine kaum merkbare Weise untergrub das Geld die „strengen Regeln der Gerechtigkeit“, deren Befolgung für Mill eine Garantie darstellte, dass die zu mannigfachen Individualitäten gereiften Menschen ihre Einzelinteressen mit dem Wohl der Allgemeinheit zur Übereinstimmung bringen und eine Bereitschaft zu uneigennützigem Handeln entwickeln. Durch die vom Geld verursachten Schädigungen aller Individuen gewann jedoch deren gesteigerter Egoismus die Oberhand über den „sozialen Teil ihres Wesens“ und damit entstand auch ein steigender Bedarf an staatlich-bürokratischen Korrekturen des Wirtschaftens. Diese „wachsende Neigung, die Macht der Gesellschaft über das Einzelwesen ... ungebührlich auszuweiten“, beobachtete Mill nur als äußeres Phänomen, ohne sie in einen Zusammenhang mit der tiefer im Geld wurzelnden Antriebskraft zu bringen und ohne zu sehen, dass es nicht ausreichen würde, diesem „Übel, das immer fürchterlicher anschwillt ... , eine starke Schranke sittlicher Überzeugung“ entgegenzustellen.⁵¹

Gleichberechtigung der Frauen in Politik und Ökonomie (1869)

In seinem Ausblick auf eine allmähliche Ablösung großer Aktiengesellschaften durch kleine und mittlere Genossenschaften hatte Mill auch bereits hervorgehoben, dass er es als eine Selbstverständlichkeit betrachtete, die Arbeit in Genossenschaften nicht nur Männern vorzubehalten, sondern genauso auch Frauen an den

⁵⁰ John Stuart Mill (1863/1948), S. 26 - 31 und 38 - 39. Entsprechend dem damaligen Zeitgeist in 'entwickelten' Ländern Europas billigte Mill den „Despotismus (noch als) legitime Regierungsform, wo sie es mit Barbaren zu tun hat - vorausgesetzt, dass er zu ihrer Veredelung führt und die Mittel dadurch gerechtfertigt werden, dass man den Zweck wirklich erreicht. Freiheit als Prinzip kann man nicht auf einer Entwicklungsstufe anwenden, auf der die Menschheit noch nicht einer freien und gleichberechtigten Erörterung derselben fähig ist.“ (S. 39)

⁵¹ John Stuart Mill (1863/1948), S. 45 [Ausprägung von Individualitäten vs. Zunahme staatlicher Aktivitäten] und 118 - 119 [Regeln der Gerechtigkeit]. „Wenn Straßen, Eisenbahnen, Banken, Versicherungsanstalten, große Aktiengesellschaften, Universitäten und öffentliche Wohltätigkeitsanstalten alle zu Zweigen der Regierung würden ... , wenn die Regierung die Angestellten all dieser verschiedenen Unternehmungen ernennen und besolden würde ... , so würde alle Pressefreiheit und volkstümliche Verfassung weder England noch irgend ein fremdes Land anders frei machen als nur dem Namen nach.“ (S. 193)

leitenden und ausführenden Arbeiten zu beteiligen. „Die gleichen Gründe, welche es nicht mehr nötig machen, dass der Arme von dem Reichen abhängig sein soll, machen es ebenso unnötig, dass die Frau vom Manne abhängig ist. ... Gedanken und Einrichtungen, bei denen die Zufälligkeiten des Geschlechtes zur Grundlage einer Ungleichheit gesetzlicher Rechte und einer erzwungenen Verschiedenheit der sozialen Stellung gemacht werden, müssen bald als größtes Hindernis für einen sittlichen, sozialen und selbst geistigen Fortschritt angesehen werden. ... Um die Stellung der Frauen zu heben, sollte man im Gegenteil ihnen weitesten Zugang zu unabhängiger industrieller Tätigkeit öffnen.“⁵²

In einer Zeit, in der sowohl die Klassiker als auch Marx oder Proudhon noch ganz in konservativen Bildern der Geschlechterrollen gefangen waren, war John Stuart Mill nach Charles Fourier der zweite große Vorkämpfer für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Politik und in der Wirtschaft. Gemeinsam mit seiner Frau Harriet Taylor-Mill und deren Tochter Helen Taylor verfasste er ein Buch über die „Hörigkeit der Frau“, in dem sie die im „reaktionären 19. Jahrhundert“ bestehende Unterordnung des angeblich schwachen Geschlechts der Frauen unter das angeblich starke Geschlecht der Männer als ein großes Unrecht anklagten und auch die Behauptung zurückwiesen, wonach es Unterschiede in den geistigen Fähigkeiten von Frauen und Männern gebe. Die verbreitete Ansicht, wonach es der „natürliche Beruf“ der Frauen sei, als Mütter und Hausfrauen außerhalb von Erwerbsarbeit, Wissenschaft und Politik zu bleiben, durchschauten Mill & Taylor & Taylor als „etwas durch und durch künstlich Erzeugtes - das Resultat erzwungener Niederhaltung nach der einen, unnatürlicher Anreizung nach der anderen Seite“. Deshalb klagten sie die „Ausschließung der Frauen von den meisten Ämtern und Berufszweigen“ als „Relikt einer vergangenen Zeit“ an. Es ist „gegenwärtig eines der wesentlichsten Hemmnisse für eine höhere Vervollkommnung der Menschheit und es erscheint deshalb geboten, an die Stelle dieses Prinzips das der vollkommenen Gleichheit zu setzen.“⁵³

Besonders die Ehegesetzgebung sollte nicht länger ein „Gesetz des Despotismus“ bleiben, das die Beziehungen zwischen Männern, Frauen und Kindern auf die schiefe Ebene von Befehl und Gehorsam stellt.⁵⁴ Vielmehr sollte die bisherige Geschlechterhierarchie mit ihrer beide Geschlechter entwürdigenden Abhängigkeit der Hausfrauen und Mütter von ihren erwerbstätigen Männern in eine Verbindung zwischen gleichberechtigten Frauen und Männern übergehen, die allein von einer von jeglicher Macht befreiten Liebe getragen wird. „Die Gleichheit der Eheleute vor dem Gesetz ist .. die Quelle wahren Glücks für beide Teile und auch das einzige

⁵² John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 450 und 707.

⁵³ John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 5, 9, 11 [schwaches und starkes Geschlecht], 34, 36, 38, 48 [angeblich natürlicher Beruf der Frauen] und 84 - 85, 106 - 109 [angebliche Unterschiede in den geistigen Fähigkeiten von Männern und Frauen].

⁵⁴ John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 56 - 57 [Ehe als „Hölle auf Erden“; „Despotismus in der Familie“], 61 und 63 [Die „häusliche Tyrannei“ erzeugt vielfach auch eine „Gegentyrannei“.] und 75.

Mittel, das tägliche Leben der Menschheit im höheren Sinne des Wortes zu einer Schule moralischer Veredelung zu gestalten. ... Die moralische Regeneration der Menschheit wird erst dann beginnen, wenn die Hauptgrundlage der gesellschaftlichen Beziehungen unter das Gesetz gleicher Gerechtigkeit gestellt ist.“⁵⁵ Außerhäusliche Erwerbsarbeiten, wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeiten sowie politische Ämter sollten den Frauen genauso offen stehen wie den Männern.⁵⁶

Gemeinsam erwarteten Mill, Harriet und Helen Taylor, dass die „Freiheit der Konkurrenz ... die beste Triebfeder für die Frauen sein“ werde, „jene Berufszweige zu ergreifen, in denen ihre Dienstleistungen besonders gesucht sind.“⁵⁷ Doch war die Konkurrenz in doppelter Hinsicht nicht wirklich frei. Zum einen war sie noch immer durch die Privilegien der Bodeneigentümer und der Kapitalisten zum Nachteil der lohnabhängigen Arbeiterschaft monopolistisch vermachtet. Und zum anderen befanden sich sowohl Arbeiterfrauen als auch Frauen von Privilegierten innerhalb dieser gesamtgesellschaftlichen sozialen Schieflage gegenüber den Männern noch in einem zusätzlichen strukturellen Nachteil, weil sie als Lohnarbeiterinnen wegen des 'Risikos' potenzieller Schwangerschaften noch geringere Löhne erhielten als männliche Lohnarbeiter und weil sie als Mütter und Hausfrauen vollends abhängig von den Vätern ihrer Kinder wurden. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft war also nicht nur in die drei Klassen der Bodeneigentümer, der Kapitalisten und der Arbeiter gespalten, sondern die soziale Spaltung hatte mit der keineswegs naturgegebenen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern noch eine weitere Dimension: ausgebeutet wurde nicht nur die männliche Lohnarbeit in der Produktionssphäre, sondern vollends unentlohnt blieb auch noch die weibliche Haus- und Familienarbeit in der Reproduktionssphäre.

Trotz ihrer bahnbrechenden Bedeutung konnte die Forderung von Mill & Taylor & Taylor nach einer gleichen Teilhabe von Frauen und Männern an Wirtschaft und Politik vorerst nur zu dem ersten Teilerfolg führen, dass außerhäuslich erwerbstätige Frauen dasselbe Recht wie Männer auf lohn- und gehaltsabhängige Arbeiten erlangen konnten, die jedoch noch schlechter entlohnt wurden als die Lohnarbeiten von Männern. Und noch ganz außerhalb ihrer Vorstellungen lag die Frage, wie sich die Verantwortung für die Kindererziehung und die Lasten der unbezahlten Familienarbeit zu gleichen Teilen auf außerhäuslich erwerbstätige Mütter und Väter hätten verteilen lassen. Obwohl sie bei ihrer fortschrittlichen Ansicht blieben, dass „die Fähigkeit des Erwerbens für die Würde einer Frau sehr wesentlich ist“, sahen Mill & Taylor & Taylor letztlich doch keine andere Möglichkeit als „die gewöhnliche Einrichtung ... , vermöge welcher der Mann erwirbt und die Frau den Haushalt führt“, als die „richtigste Teilung der Arbeit zwischen den beiden Personen“ zu akzeptieren. Weil die meisten Frauen wegen ihrer „Oberleitung der Fami-

⁵⁵ John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 72 und 130 - 166, hier: S. 157.

⁵⁶ John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 87 - 88 (politische Wahlrechte und Ämter für Frauen).

⁵⁷ John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 47 und 162 (weibliche Tätigkeiten in Wohltätigkeitsorganisationen).

lie und des Haushalts ... nur wenig Zeit“ für außerhäusliche Erwerbstätigkeiten haben, kämen wirtschaftliche Rechte dann insbesondere denjenigen Frauen zugute, die entweder die Familienaufgaben noch vor bzw. schon hinter sich haben oder die sich für ein Leben ohne Kinder entscheiden.⁵⁸

4.2 Pierre Joseph Proudhons „Gleichheit der Bedingungen“ und die „Gegenseitigkeit als Formel der Gerechtigkeit“

Wie Fourier stammte auch Proudhon aus der Stadt Besançon nördlich von Lyon, wo in den 1830er Jahren große Aufstände von Seidenwebern niedergeschlagen worden waren. Aufgrund der Armut seiner Eltern blieb ihm ein akademisches Studium verwehrt. Nach einer Lehre als Schriftsetzer und einer Zeit der Wanderschaft durch die Schweiz machte sich Proudhon gemeinsam mit zwei Freunden als Inhaber einer Druckerei selbstständig und lernte dabei die existentiellen Nöte kleiner Unternehmer kennen. Seine eigenen Erfahrungen im Spannungsfeld zwischen größeren Unternehmern und den von ihnen abhängigen Arbeitern sowie seine Anteilnahme an der Not der Arbeiterschaft bewogen ihn, sich ausführlich mit den Sprach- und Wirtschaftswissenschaften zu beschäftigen und als Stipendiat der Akademie von Besançon eine Arbeit über die Frage „Was ist das Eigentum?“ zu verfassen (1840). Darin setzte sich Proudhon kritisch mit der von Smith und in Frankreich von Say und Bastiat formulierten klassischen Ökonomie auseinander und skizzierte Umriss einer gerechteren Gesellschaft. Allerdings vermochte er als Autodidakt seine tiefen Einsichten in die Widersprüchlichkeit der sozialen Welt nicht immer mit der nötigen wissenschaftlichen Systematik darzustellen.

Menschen- und Gesellschaftsbild

Anders als für den Materialismus war die Religion durch die Allianz der Kirchen mit weltlichen Mächten für Proudhon nicht generell diskreditiert, aber „die Wahrheit des Christentums reicht kaum über das Zeitalter der Apostel hinaus.“ Deshalb hielt er es für notwendig, den Kern der Religionen aus den Schalen kirchlich-staatlicher Machtinteressen herauszulösen. Wie vor ihm schon Saint-Simon ging es auch Proudhon um die Erneuerung des emanzipatorischen Gehalts des ursprünglichen Judentums und Christentums als Befreiungsbotschaft für die Armen. Der unverfälschten mosaischen Gesetzgebung zufolge kommt der Mensch „weder als Usurpator noch als Eindringling auf die Welt; sondern als Mitglied der großen Menschenfamilie setzt er sich an den großen gemeinsamen Tisch. Die Gesellschaft ist nicht Herr darüber, ihn aufzunehmen oder zurückzuweisen.“⁵⁹ Jeder Mensch habe von Natur aus ein gleiches Recht auf das Leben und das Recht, durch seine

⁵⁸ John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 80 - 81 und 121.

⁵⁹ Pierre Joseph Proudhon (1839), zitiert nach Thilo Ramm Hrsg. (1963), S. XV - XVI. – Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 16.

Arbeit als Bauer, Handwerker, Gewerbetreibender, Wissenschaftler oder Künstler persönliches Eigentum zu erwerben und seine Existenz als unabhängiger Bürger zu erhalten. Zwei Jahrzehnte bevor Darwin das Leben als „Kampf ums Dasein“ deutete, lautete Proudhons Credo: „Das Leben ist Kampf, aber kein Kampf des Menschen gegen den Menschen, sondern des Menschen gegen die Natur. ... Das gesellschaftliche Gleichgewicht ist die Ausgleichung der Starken und Schwachen.“⁶⁰

Wie Adam Smith in seiner „Theorie der ethischen Gefühle“ ging auch Proudhon von einem allen Menschen innewohnenden Gefühl der „Sympathie (aus), welche uns zur Gesellschaft hinzieht. ... Der Mensch ist als geselliges Wesen geboren. ... Der Mensch ist nur Mensch durch die Gesellschaft, die ihrerseits nur durch das Gleichgewicht und die Harmonie der Kräfte gehalten wird, aus welchen sie besteht.“ Unter der Voraussetzung, dass die sich aus dem Naturrecht ergebende „Gleichheit der Bedingungen“ gewahrt wird, beschränkt sich zudem der „Geselligkeitssinn“ der Menschen keinesfalls nur auf ihre wirtschaftlichen Beziehungen: „Der Geist der Wohltätigkeit und der Liebe erstreckt sich auch darüber hinaus. ... Die Freundschaft ist die Tochter der Gleichheit.“⁶¹

Damit hielt Proudhon am Leitbild einer bürgerlichen Marktgesellschaft als einem wohlproportionierten, in sich ausgewogenen „sozialen Organismus“ und als einer „zusammengesetzten Assoziation“ fest. „Der isolierte Mensch kann nur einen sehr geringen Teil seiner Bedürfnisse befriedigen.“ Um die Produktivität ihrer Tätigkeiten zu steigern, sind die Menschen darin mit ihren verschiedenen Fähigkeiten arbeitsteilig als Bauern, Handwerker, Industrielle und Händler tätig. „Es gibt also keinen Menschen, der nicht von dem Produkt vieler Tausend verschiedener Arbeiter lebte; keinen Arbeiter, der nicht seinen ganzen Verbrauch und mit ihm die Mittel zur Reproduktion von der Gesellschaft empfinde.“ Und gemäß ihrer nur geringfügig voneinander abweichenden Leistungsfähigkeiten tauschen sie die Produkte ihrer Arbeiten auf eine gerechte Weise aus: „Was heißt also: Gerechtigkeit üben? Es heißt, jedem gleichen Anteil an Gütern gewähren, unter der Bedingung gleicher Arbeit. ... Die Gleichheit der Bedingungen, das ist die allgemeine Solidarität.“⁶²

Trotz seiner Übereinstimmung mit dem Menschen- und Gesellschaftsbild des klassischen Liberalismus verleugnete Proudhon keineswegs die offenkundigen sozialen Disharmonien im Frühkapitalismus. Und im Gegensatz zur Ökonomie seiner Zeit wollte er sie auch nicht unter einem ideologischen Deckmantel verbergen: „Die Gleichheit der Bedingungen ist niemals verwirklicht worden. Aber unser Widerstand gegen dieses Gesetz lässt seine Notwendigkeit immer mehr und mehr hervortreten.“ Den Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit des Liberalismus nahm Proudhon zum Anlass, die Ursachen der „Unordnung in der Gesellschaft“ zu suchen, „welcher ihrerseits wieder der Egoismus entsprang“. Sodann wollte er die

⁶⁰ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 16, 43 und 99.

⁶¹ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 184, 192 und 204.

⁶² Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 117, 187, 191, 194 und 198.

kapitalistische „Ungleichheit der Bedingungen“ überwinden, dadurch den übersteigerten Egoismus mäßigen und ihn mit den zwischenmenschlichen Sympathiegefühlen versöhnen.⁶³ Um das bis dahin unerreichte Ideal des Liberalismus doch noch verwirklichen, war es notwendig, die Eigentumsfrage neu zu stellen und ihr eine Antwort zu geben, die sich sowohl von den Theorien des klassischen Liberalismus als auch von kommunistischen Vorstellungen von Babeuf, Blanqui, Blanc oder Cabet unterschied.

Proudhons provozierende Formulierung „Eigentum ist Diebstahl“⁶⁴ machte ihn schlagartig berühmt, aber auch berüchtigt. Dabei wandte er sich gar nicht gegen jede Form des privaten Eigentums, denn in Übereinstimmung mit den Klassikern der Ökonomie betrachtete auch Proudhon das bürgerliche Eigentum als eine „Tochter der Arbeit“. Dies gelte vor allem für die von Menschen erarbeiteten Güter des täglichen Bedarfs und auch für das in kleinen und mittleren Dimensionen breit gestreute Privateigentum an Produktionsmitteln. Aber es gelte nicht für dasjenige Privateigentum an Produktionsmitteln, das in den Händen von wenigen Großunternehmen konzentriert ist. Und es gelte erst recht nicht für das private Bodeneigentum, über das Proudhon differenziertere Ansichten hatte als vor ihm Jean-Jacques Rousseau und John Locke.⁶⁵

Soziale Ungleichheit durch privates Bodeneigentum ...

Bereits einige Jahrzehnte vor der Französischen Revolution hatte Rousseau in der ersten privaten Einzäunung eines Stückes Land den eigentlichen Gründungsakt der bürgerlichen Gesellschaft gesehen: „Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wie viele Leiden und Schrecken hätte nicht derjenige dem Menschengeschlecht erspart, der die Pfähle herausgerissen oder den Graben zugeschüttet und den Menschen zugerufen hätte: ‚Hütet euch davor, auf diesen Betrüger zu hören. Ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte allen gehören und dass die Erde niemandem gehört.‘“⁶⁶ Ähnlich wie Locke hatte Rousseau einerseits gespürt, dass die niemandem gehörende Erde eigentlich nicht hätte privates Eigentum werden dürfen; andererseits hatte er wiederum wie Locke die Privatisierung des Bodens mit dem Argument gerechtfertigt, es sei unvorstellbar, dass „der Begriff des Eigentums aus etwas anderem als aus der Arbeitskraft hervor gegangen sein sollte“, die beim Ackerbau eingesetzt werde. „Die Dinge hätten in diesem Zustand sich gleich bleiben können, wenn die Talente aller gleich geblieben wären.“ So hatte Rousseau die „Ungleichheit der Vermögen“ letztlich aus einer „natürlichen Ungleichheit“ der Menschen abgeleitet. Während die Menschen in ihrem „ursprünglichen Naturzustand“ noch durch ein „natürliches Mitgefühl“ miteinander verbun-

⁶³ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 198 und 204.

⁶⁴ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 1.

⁶⁵ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 67 und 37.

⁶⁶ Jean-Jacques Rousseau (1755/2010), S. 74.

den gewesen seien, würden sie nunmehr im „Gesellschaftszustand“ von einer „finsternen Neigung“ geleitet, „sich gegenseitig zu schaden: Konkurrenz und Rivalität auf der einen Seite, Gegensatz der Interessen auf der anderen und immerzu die versteckte Begierde, seinen Gewinn auf Kosten anderer zu realisieren. ... Auf die Zerstörung der Gleichheit folgte die fürchterlichste Unordnung“, die Gewalt und Kriege hervorbringt und „das Menschengeschlecht bis an den Rand des Ruins“ treibt.⁶⁷

Anders als für Rousseau und Locke lag die tiefere Wurzel der sozialen Ungleichheit für Proudhon nicht im unterschiedlichen Leistungsvermögen der Menschen, sondern in Privilegien, durch die eine Minderheit von Menschen auch ohne Arbeit zu privatem Bodeneigentum gelangen konnte, während die Mehrheit von Menschen trotz ihrer Arbeit keine Chancen hatte, ein Stück Land zu erwerben. Zwar gestand Proudhon durchaus zu, dass auch in die Bearbeitung und Verbesserung des Bodens menschliche Arbeit einfließt. Jedoch könne dies kein Recht auf ein veräußerliches Privateigentum am Boden, sondern nur ein Recht auf eine mittel- und langfristige private Nutzung des Bodens begründen. Deshalb hielt Proudhon am biblischen Verständnis der Erde als Eigentum Gottes fest und betrachtete die Menschen als „Durchreisende“, als vorübergehende Gäste, die mit der Erde als ihrer aller Lebensgrundlage treuhänderisch umgehen sollen.⁶⁸ Demnach waren sowohl das feudale Großgrundeigentum als auch das mehr oder weniger zersplitterte kapitalistische Privateigentum am Boden Wurzeln der sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Ihretwegen war es nach der Französischen Revolution von 1789 unmöglich gewesen, zugleich mit der Freiheit auch die Postulate der ökonomischen und nicht nur politischen Gleichheit und der Brüderlichkeit zu verwirklichen: „Was hat denn die feste Natur des Erdbodens mit dem Recht der Aneignung zu tun? ... Wer hätte das Recht, sich den Gebrauch des Bodens bezahlen zu lassen, dieses Reichthums, der nicht vom Menschen geschaffen wurde? Wem ist man den Pachtzins für die Erde schuldig? Dem Erschaffer der Erde. Wer hat die Erde erschaffen? Gott. Nun also, Eigentümer, ziehe dich zurück. Aber der Erschöpfer der Erde verkauft sie nicht, er schenkt sie und zwar tut er dies ohne Bevorzugung irgendwelcher Personen. Warum behandelt man denn die einen von seinen Kindern als Erstgeborene und die anderen als Bastarde? Wenn die Gleichheit der Anteile ursprüngliches Recht war, warum trat im späteren Recht Ungleichheit der Bedingungen ein?“⁶⁹

Der napoleonische Code Civil, der das Privateigentum am Boden legalisiert und den Boden zu einem Kapitalgut gemacht hatte, mit dem sich handeln und spekulieren ließ, stellte für Proudhon eine permanente institutionalisierte „Rechtsverletzung“ dar, die das frühere Unrecht des feudalen Großgrundeigentums auf eine neue kapitalistische Weise fortführte. „Das Recht des Grundbesitzes anerkennen,

⁶⁷ Jean-Jacques Rousseau (1755/2010), S. 82, 86 – 90. - John Locke (1689/2007), S. 29 – 36.

⁶⁸ Pierre Proudhon (1839), zitiert nach Thilo Ramm Hrsg. (1963), S. XVI. – Psalm 24.1.

⁶⁹ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 66 – 67..

heißt sich seiner menschlichen Würde zu entäußern. ... Das Eigentumsrecht war der Anfang allen Übels auf Erden, der erste Ring zu jener langen Kette von Verbrechen und Elend, die das Menschengeschlecht seit seiner Entstehung mit sich schleppt.“⁷⁰ Anstelle des feudalen Großgrundeigentums und des Bodenprivateigentums mitsamt seiner ungleichmäßigen Verteilung und der privaten Aneignung der Bodenrente als eines leistungslosen Einkommens forderte Proudhon eine Behandlung des Bodens und der übrigen Lebensgrundlagen als unveräußerliche Gemeinschaftsgüter: „Die Erde ist wie das Wasser, die Luft und das Licht eine der ersten Notwendigkeiten, deren sich jeder frei bedienen soll. ... Aber die Erde ist weit weniger ausgedehnt als die übrigen Elemente. Daher bedarf ihr Gebrauch einer Regelung, nicht zum Vorteil einiger weniger, sondern im Interesse und zur Sicherheit aller.“⁷¹

Allerdings äußerte sich Proudhon nicht dazu, ob er sich die Überführung des Bodens in ein Eigentum der Allgemeinheit mit oder ohne Entschädigungszahlungen an die bisherigen Eigentümer vorstellte. Und er ließ auch offen, wie eine private Nutzung des vergesellschafteten Bodens rechtlich geregelt werden könnte. Andererseits erkannte er frühzeitig, dass neben der Gesamtheit aller Lebensgrundlagen „auch das Talent und das Wissen eines Menschen das Produkt der allgemeinen Intelligenz“ sind und ein „angehäuftes Gesellschaftskapital“ darstellen, das als ein gemeinschaftliches Gut zu behandeln ist.⁷²

... und durch die Konzentration von Kapital

Neben dem privaten Bodeneigentum und der privaten Aneignung der Bodenrente betrachtete Proudhon die Konzentration von Produktionsmitteln in den Händen von privaten Eigentümern als zweite Form der sozialen Ungleichheit. Sein Blick auf das private Produktionsmitteleigentum war jedoch differenzierter als derjenige von Smith und Marx, die es entweder als Ergebnis von Arbeit und Sparen gerechtfertigt oder als Ergebnis der Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft verurteilt hatten. Solange die Produktionsmittel in kleineren und mittleren Größenordnungen, die dem menschlichen Leistungsvermögen entsprachen, breit gestreut waren, akzeptierte Proudhon das Privateigentum an ihnen, während er das Produktionsmitteleigentum dort als „Diebstahl“ verurteilte, wo es in den Händen privater Monopolisten angehäuft war. Für ihn bestand das konzentrierte Produktionsmitteleigentum aus zwei widersprüchlichen Bestandteilen: zum einen aus der Anlage von gesparten Teilen des Arbeitseinkommens seiner Privateigentümer und zum anderen aus der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft im Produktionsprozess: „Der Lohn des Arbeiters übersteigt seine laufende Verzehrung nicht mehr, während der Kapitalist in dem vom Arbeiter hervorgebrachten Produkt ein Unterpand der Un-

⁷⁰ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 64 und 72 – 73.

⁷¹ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 70 – 71.

⁷² Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 113 – 114, außerdem S. 2.

abhängigkeit und Sicherheit für die Zukunft findet. ... Während der Eigentümer dank dem Zusammenwirken aller Arbeiter gesichert und sorgenlos dahin lebt und nicht mehr Mangel an Arbeit und Brot fürchtet, so muss der Arbeiter seine ganze Hoffnung auf das Wohlwollen dieses Eigentümers setzen, dem er seine Freiheit verkauft hat.“⁷³

Die tiefere Ursache der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten suchte Proudhon jedoch nicht wie Marx in der Produktionssphäre, sondern in der Zirkulationssphäre, weil die Kapitalisten ihrerseits darauf angewiesen seien, dass die auf den Märkten erzielbaren Preise ihrer Waren mindestens den in ihnen enthaltenen Arbeitswerten entsprechen. Dies führte ihn zu den zentralen Frage: „Wie viel Nägel ist ein Paar Holzschuhe wert? Könnten wir dieses entsetzliche Problem lösen, so hätten wir den Schlüssel zu dem sozialen System, nach dem die Menschheit seit 6000 Jahren sucht. ... Der absolute Wert einer Sache ist also das, was sie an Zeit und Aufwand kostet.“ Da der in die Herstellung einer Ware einfließende Aufwand an Arbeit und Zeit an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich hoch sein könne, hänge die Legitimität des Handels letztlich davon ab, dass ihr Preis in der Nähe ihres durchschnittlichen „relativen Wertes“ liege.⁷⁴

Die Ermittlung von relativen Werten der Waren erwies sich jedoch auch für Proudhon als schwierig, zumal er anders als Smith und Marx neben den Arbeiten in der Industrie auch noch die Tätigkeiten von Lehrern, Künstlern, Wissenschaftlern oder Beamten zu den produktiven Tätigkeiten zählte. Aufgrund der Unmöglichkeit, die Werte der Waren genau zu schätzen, ließ sich nicht verlässlich beurteilen, ob es beim Austausch der Waren mit rechten Dingen zugeht oder nicht. So erschien Proudhon die Zirkulationssphäre zunächst als eine „Quelle von kommerziellen Betrügereien“. Im Gegensatz zu Fourier reduzierte er die Ungerechtigkeiten beim Austausch der Waren und die daraus resultierende Ungleichheit der Vermögen aber nicht nur auf den „ungetreuen Handel“, also auf vorsätzliche Täuschungsmanöver der Tauschpartner.⁷⁵ Vielmehr waren mit der privaten Aneignung von Bodenrenten, mit Zinsen für verliehenes Geld und „Renten für dauernd angelegte Kapitalien“ sowie Mieten für Gebäude mehrere leistungswidrige Einkommensarten legalisiert worden, durch die private Eigentümer unabhängig von ihrem mehr oder weniger unfairen Verhalten beim Warenaustausch ein institutionalisiertes „Herrschaftsrecht“ erhielten, ihr angehäuften Vermögen noch weiter auf Kosten der Arbeitenden zu vermehren. Die „Äquivalenz der ausgetauschten Produkte“, die eigentlich das „Grundgesetz des Handels“ sein sollte, wird durch diese leistungswidrigen, aber von der klassischen Ökonomie gerechtfertigten Einkommensarten aufgehoben.⁷⁶ Im Gegensatz zu den „törichte Aphorismen einer aus dem Eigentum entstandenen Volkswirtschaftslehre“ argumentierte Proudhon, dass „die Ka-

⁷³ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 92 und 94.

⁷⁴ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 105 - 109.

⁷⁵ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 110, 116 und 204.

⁷⁶ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 122, 125, 128 - 131 und 232.

pitalien, Werkzeuge und Maschinen unproduktiv sind. Der Eigentümer, der eine Abgabe oder einen Preis für den Dienst seines Instruments verlangt, setzt eine grundfalsche Tatsache voraus, nämlich dass die Kapitalien etwas durch sich selbst produzieren und empfängt so in der Bezahlung für diese eingebildeten Produkte buchstäblich Etwas für nichts. ... Das Herrschaftsrecht gleicht einem Vorabzug von der gesellschaftlichen Produktion.“ Obendrein „wächst der Zins wie der Krebs.“⁷⁷ So führen Investitionen von selbst erarbeiteten Ersparnissen und von leistungslosen Vermögenseinkünften aus Bodenrenten, Geld- und Realkapitalzinsen sowie Mieten zu immer größeren Anhäufungen von Kapital. Der Leistungswettbewerb auf freien Märkten verwandelt sich dadurch in einen Verdrängungswettbewerb auf monopolisierten Märkten, auf denen Stärkere die Schwächeren beherrschen.

Angehäuftes Eigentum stellte demnach ein Konglomerat aus eigener Arbeit und legaler, aber eigentlich illegitimer Aneignung von fremder Arbeit dar und es bewirkt, dass die Wirtschaft fortwährend mit struktureller Gewalt durchtränkt wurde.⁷⁸ Dementsprechend verwandelten sich nach Auffassung von Proudhon auch die Produktionstechniken von „wunderlichen Erfindungen“, die die Arbeit der Menschen erleichtern sollten, zu „höllischen Maschinen“, die zu Lohnsenkungen führten, ihre Ausbeutung noch steigerten und ihre Gesundheit schädigten - besonders dort, wo neben Männern auch noch Frauen und Kinder zu Fabrikarbeiten herangezogen wurden. Ohne ein Maschinenstürmer zu sein, verwies Proudhon darauf, dass damit auch noch eine „Entwertung der Handarbeit“ einherging.⁷⁹

In ersten Umrissen erkannte Proudhon auch die Unausweichlichkeit von Störungen der Geldzirkulation, Absatzstockungen und Arbeitslosigkeit sowie die Unmöglichkeit eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts von Angebot und Nachfrage, wenn die durch leistungslose Vermögenseinkünfte geschmäleren Löhne der Arbeiter nicht ausreichen, um das produzierte Angebot vom Markt zu räumen, und wenn es den „Unternehmern bald zur Unmöglichkeit wird, die Zinsen der Kapitalien, die sie ausbeuten, zu bezahlen. ... Die erste Ursache der Handels- und Industriestockungen ist also der Zins des Kapitals.“⁸⁰

Weder Kapitalismus noch Kommunismus, sondern eine „Gleichheit der Bedingungen“

Wie vor ihm die Frühsozialisten, aber auf eigenen Gedankenwegen⁸¹ und auch etwas anders als Mill wollte Proudhon die auf kapitalistische Irrwege geratene frei-

⁷⁷ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 26 (Volkswirtschaftslehre), 125 (Zins), 131, 134, 176 und 216 -217.

⁷⁸ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 133.

⁷⁹ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 147 und 153.

⁸⁰ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 153 - 154.

⁸¹ Ramm verwies auf eine Auseinandersetzung Proudhons mit Victor Considérant, dem führenden Kopf der Nachfolger Fouriers, in einer Schrift „Warnung an die Eigentümer“ (1842); vgl. Thilo Ramm Hrsg. (1963), S. XVIII.

heitliche Bürgergesellschaft auf einen Weg des Ausgleichs sozialer Gegensätze bringen, ohne dabei auf Abwege des Kommunismus zu geraten. Den Kommunismus erkannte er frühzeitig als eine neue Form der Unterdrückung und Knechtschaft und warnte mit historischem Weitblick davor, ihn an die Stelle des Kapitalismus zu setzen: „Der Kommunismus verletzt die Autonomie des Gewissens und die Gleichheit. ... Er wird tyrannisch und ungerecht dadurch, dass er die Einförmigkeit zum Gesetz erhebt, womit er der freien, tatkräftigen, vernünftigen, unabhängigen Persönlichkeit des Menschen Fesseln anlegt. ... Die größte Gefahr, der die Gesellschaft heutzutage ausgesetzt ist, ist ein neuer Schiffbruch an dieser Klippe.“⁸²

Dem Motto „enrichissez-vous“, das der durch die 1830er Julirevolution zur Macht gelangte Bürgerkönig Louis-Philippe ausgerufen hatte, stellte Proudhon deshalb nicht die Forderung nach einer kommunistischen Gütergemeinschaft, sondern die Forderung nach einer „Gleichheit der Bedingungen“ entgegen, unter denen die Menschen als freie Individuen ihre Arbeitsfähigkeiten entfalten und eine „dritte Gesellschaftsform“ erreichen können, in der persönliche Freiheit und „soziale Gleichheit ohne Verletzung der Gerechtigkeit“ zur Synthese gelangen können.⁸³ Die gesellschaftlichen Hierarchien aus den Zeiten des Feudalismus und des frühen Kapitalismus sollten nicht in ein kommunistisches Machtsystem, sondern in einen egalitären Dritten Stand übergehen. An die Stelle mächtiger Adliger, Kleriker und Großbürger, ohnmächtiger Proletarier und vom Absturz ins Proletariat bedrohter Kleinbürger sollten freie, selbstständig und unabhängig werdende Bürger treten, die einander ebenbürtig werden. Während des Übergangs von der Konzentration zur Dezentralisierung des Kapitals bedürfe es „in jeder Industrie noch der Lenker, Aufseher usw.“ Aber Proudhon forderte, dass sie wie bei politischen Ämtern „aus der Mitte der Arbeiter durch diese selbst gewählt werden und die Bedingungen der Wählbarkeit erfüllen müssen.“⁸⁴ Als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Fernziel hatte er eine „freie Assoziation“ von Bürgern vor Augen. „Die Freiheit, die sich darauf beschränkt, die Gleichheit in den Produktionsmitteln und den Gleichwert beim Tausch aufrecht zu erhalten, ist die einzig mögliche, einzig gerechte und einzig wahre Gesellschaftsform.“ Auf der Grundlage einer solchen „Gleichheit in den Produktionsmitteln“ werde es möglich, dass die zu sich selbst befreiten Bürger entweder in kleineren Betrieben selbstständig produzieren oder dass sie sich auf freiwilliger Basis zu mittleren oder größeren Produzentengemeinschaften assoziieren. Und die Einhaltung des „Gleichwerts beim Tausch“ führe dann dazu, dass die Gesellschaft insgesamt ihr „soziales Gleichgewicht“ findet.⁸⁵

⁸² Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 208 - 211 und 227. - In seinen „Bekanntnissen eines Revolutionärs“ prägte Proudhon später den Begriff des „sozialistischen Feudalismus“ und sah mit dem Kommunismus die Gefahr voraus, „die größte Tyrannei und ein Schrecken erregendes Elend herbeizuführen“. (1849/1969, S. 164 und 211)

⁸³ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 51 und 227.

⁸⁴ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 101.

⁸⁵ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 229.

Durch soziale Gleichheit zu Föderalismus und Anarchie in der Politik

Mit dem Übergang von der Aristokratie und Monarchie zur Demokratie hatte die „Bewegung von 89“ im Rahmen ihrer Durchsetzung der Menschenrechte zwar die formale Gleichheit der Menschen bzw. nur erst der Männer (!) vor dem Gesetz hergestellt. Jedoch wurden die Rechtsgleichheit und die Souveränität der Bürger noch durch die soziale Ungleichheit ausgehöhlt, so dass in der Demokratie in Wirklichkeit noch das Recht der wirtschaftlich Stärkeren galt: „Daher findet man auch in den sogenannten neuen Institutionen, die die Republik sich schuf, dieselben Prinzipien, die man bekämpft hatte, und den Einfluss aller Vorurteile, die man umgestoßen glaubte. ... Was ist die Demokratie? Die Souveränität eines Volkes, oder richtiger gesagt, die Mehrheit der Nation. Aber das ist immer die Souveränität des Menschen, der an die Stelle der Souveränität des Gesetzes gesetzt ist, die Souveränität der Willkür an Stelle der Souveränität der Vernunft, mit einem Worte: die Leidenschaft an Stelle des Rechts.“⁸⁶

Allerdings kritisierte Proudhon leider noch nicht die Beschränkung der Menschenrechte auf Männer und unterstützte nicht den Kampf von Frauen um die Anerkennung ihrer Menschenrechte, den Olymp de Gouges mit ihrer „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ (1791) begonnen und mit ihrem Leben bezahlt hatte. Im Gegensatz zu Fourier blieb Proudhon einem extrem patriarchalischen Familienbild verhaftet. In „Was ist das Eigentum?“ distanzierte er sich scharf von dem, „was man heute Frauenemanzipation nennt. ... Zwischen Weib und Mann kann Liebe, Leidenschaft, Angewöhnung und alles, was man will, existieren, aber nie eine Gesellschaft. Mann und Weib haben keine Gemeinschaft.“ Auch in seinen weiteren Schriften betrachtete Proudhon den Familienhaushalt als „Königreich der Frau“.⁸⁷

Unabhängig davon wollte Proudhon mit der Verwirklichung von sozialer Gleichheit die von der Französischen Revolution zunächst nur für Männer herbeigeführte Rechtsgleichheit vollenden und einer bürgerlichen Gesellschaft den Weg bahnen, in der jegliche ökonomische und politische Herrschaft von Menschen über Menschen überwunden sein wird. „Wie der Mensch die Gerechtigkeit in der Gleichheit sucht, so sucht die Gesellschaft die Ordnung in der Anarchie“, worunter Proudhon die „Abwesenheit jedes Herrschers, jedes Souveräns“ verstand. In einer tatsächlich herrschaftsfreien Republik würden sich föderale statt zentralistische Strukturen der Politik herausbilden und die bislang von Interessengruppen dominierte Politik würde auf neutrale, von Sonderinteressen unabhängige Wissenschaften übergehen: „Die Wissenschaft der Regierung gehört von Rechts wegen in eine Sektion der Akademie der Wissenschaften, deren ständiger Sekretär notwendigerweise Premierminister wird. ... Alles, was Gegenstand der Gesetzgebung und

⁸⁶ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 18 - 19 und 56.

⁸⁷ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 197, sowie ders. (1846/2003), S. 424, und (1848/1963), S. 121.

Politik ist, ist Gegenstand der Wissenschaft, nicht der privaten Meinung. ... Dem Despotismus des Willens wird die Herrschaft der Vernunft folgen.“⁸⁸

Wurzeln der hierarchischen Unternehmensorganisation und der Lohnabhängigkeit der Arbeiter

In seiner Frühschrift erhob Proudhon ausdrücklich nicht den Anspruch, ein bis in letzte Details durchdachtes „System aufstellen“ zu wollen, sondern er wollte in erster Linie für gerechte Rahmenbedingungen des Wirtschaftens sorgen: „Ich verlange Aufhören der Privilegien, Gleichheit der Rechte, Herrschaft des Gesetzes. Gerechtigkeit, das allein ist der Inhalt meines Werkes. ... Die Gerechtigkeit ist das Hauptgestirn, welches die Gesellschaften lenkt“ bzw. lenken sollte.⁸⁹ Seine Frühschrift „Was ist das Eigentum?“ entstand in der Zeit des Frühkapitalismus, in der Kapitalisten noch durchweg Unternehmer und Kapitalisten in einer Person waren und ihre Unternehmen hauptsächlich mit Eigenkapital finanzierten und in der das Bankwesen noch wenig entwickelt war.⁹⁰ Unter diesen Umständen blieben manche von Proudhons Erklärungen der sozialen Ungleichheit noch vage. Stellenweise ahnte er die Zusammenhänge mehr als dass er sie schon genau analysieren konnte. Gleichwohl wies er einen Weg in die richtige Richtung einer nachkapitalistischen Bürgergesellschaft mit einem gemeinschaftlichen Bodeneigentum und mit einer breiten Streuung von Geld und Kapital, das bei einem Zins von Null seine „unendliche Akkumulationskraft“⁹¹ verliert.

Um seinen Gedanken eine größere Wirkungskraft zu verleihen, systematisierte Proudhon sie in einem umfangreichen Werk, das 1846 in zwei Bänden erschien. Sein Titel „System der ökonomischen Widersprüche“ versprach, die Lehren der herrschenden, „in ihre Träumereien verliebten Ökonomie“ kritisch zu durchleuchten und einen Ausweg aus dem kapitalistischen Durcheinander zu zeigen, auf dem sich eine gerechte Ordnung des Wirtschaftens unter Wahrung der persönlichen Freiheit erreichen ließe.⁹²

An den Anfang seines großen Werkes stellte Proudhon ausführliche Betrachtungen zum Gebrauchs- und Tauschwert der Waren, weil ihm der Wert als „Eckstein des ökonomischen Gebäudes“ erschien. Dennoch kam er nicht um das Eingeständnis herum, dass sich die Werte nicht exakt messen lassen, weil „im Zustand der Freiheit ... der Wert launenhaft ist wie die Freiheit. ... Die Einschätzung des Wertes bleibt auf immer willkürlich und der Preis der Waren wird immer schwanken. ... Die Gleichheit wird in der Gesellschaft nicht wie eine starre Waage hervorgebracht; sie ist ein abstrakter Punkt, diesseits und jenseits dessen das Tatsächli-

⁸⁸ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 224 - 225 und 230 - 231.

⁸⁹ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 3 und 13.

⁹⁰ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 174.

⁹¹ Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 172.

⁹² Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 56 - 68.

che unaufhörlich hin und her schwankt. ... Der Kommunismus, nebenbei gesagt, wird mit dieser Schwierigkeit nie fertig werden.“ Auch wenn ihm bewusst wurde, dass die „Gerechtigkeit ohne eine Bestimmung hinkt“, hielt Proudhon es für aussichtslos, ein exaktes „Eichmaß des Wertes“ zu finden, das es ermögliche, der notwendigen „Verhältnismäßigkeit der Werte“ eine „unumstößliche Garantie“ zu geben.⁹³

Umso deutlicher erkannte Proudhon die unbedingte Notwendigkeit, jegliche Privilegien bis hin zu „Erfindungspatenten“ zu beseitigen, die die dezentrale Selbstorganisation der Märkte beeinträchtigen und die Verteilung der Einkommen und Vermögen zugunsten von Privilegierten verfälschen. Nur die menschliche Arbeit sollte konstituierend für den Wert der nützlichen und verkäuflichen Waren wirken, um den die Preise in möglichst geringer Bandbreite oszillieren sollten. Dies müsse auch für die als Geldwaren verwendeten Edelmetalle Gold und Silber gelten. In diesem Zusammenhang deutete Proudhon zum ersten Mal an, dass das Geld als „Ware par excellence“ aufgrund seiner „absoluten Tauschfähigkeit ... zu einem typischen Leitprodukt aller anderen Produkte wird“ und dadurch eine besonders herausgehobene Stellung im Gesamtzusammenhang der Wirtschaft erlangt. „Ist es also möglich, die Reihe wieder herzustellen, aus der das Geld anscheinend herausgelöst worden ist, und es folglich wieder zu seinem wahren Prinzip zurückzuführen?“⁹⁴

Dieser Frage sollte Proudhon erst später wieder nachgehen. Zunächst vertiefte er sich in Untersuchungen über das Wesen der Arbeitsteilung, des technischen Fortschritts und der Maschinen, deren innere Widersprüchlichkeiten er deutlich vor Augen führte. Wie Smith mit seinem berühmten Beispiel der Herstellung von Stecknadeln schätzte Proudhon die Arbeitsteilung als Mittel zur Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit, aber in zu sehr mechanisierten Formen der Arbeitsteilung wie der „menschensmörderischen Stückerarbeit“ erkannte er auch die Gefahren einer „Verderbung der Seele“. Einerseits erschienen ihm die Maschinen als Mittel zur Erleichterung der menschlichen Arbeit und damit als ein „Symbol der menschlichen Freiheit“ - andererseits sah Proudhon, wie sich Arbeits- zulasten von Ruhezeiten ausdehnen ließen oder wie Arbeiter durch Maschinen ersetzt und arbeitslos wurden und Löhne durch ein vermehrtes Angebot von Arbeit sanken. Schließlich leitete er - allerdings ohne in den realen kapitalistischen Ausformungen der Technik und der Maschinen auch schon Auswirkungen der Konzentration von Geld und Kapital zu erkennen - die Lohnabhängigkeit aus der maschinellen Produktion ab: „Vergebens sichert das Gesetz jedem Menschen das Recht zu, ein Unternehmen zu haben sowie die Möglichkeit, für sich alleine zu arbeiten und seine Erzeugnisse direkt zu verkaufen. ... Die Maschine bzw. die Werkstatt degradiert zuerst den Arbeiter dadurch, dass sie ihm einen Herren gibt, und richtet ihn danach vollends zugrunde, indem sie ihn von der Stellung eines Handwerkers zu

⁹³ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 76 - 77, 82, 84 - 85 und 565.

⁹⁴ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 92, 94 und 237 - 238.

der eines Handlangers absinken lässt. ... Seit der Errichtung großer Manufakturen ist eine Menge kleiner Gewerbe aus den Häusern verschwunden. ... Mit der Maschine und der Werkstatt hält das Autoritätsprinzip Einzug in die politische Ökonomie. Kapital, Meisterschaft, Vorrecht, Monopol, Kommanditgesellschaft, Kredit, Eigentum usw. - das ist der Uranfang all unserer Nöte.“ Anders als Marx erklärte Proudhon die Lohnabhängigkeit nicht zu einem untrennbaren Bestandteil einer arbeitsteiligen Tauschwirtschaft: „Die Lohnabhängigkeit, nach Arbeitsteilung und Tausch entstanden, ist letztlich in einem notwendigen Zusammenhang mit der Theorie der Kostenreduktion zu sehen“⁹⁵ - also im Zusammenhang mit den Theorien über die Vorteile der industriellen Massenproduktion, wobei näher zu definieren wäre, ob unter diesen Kostenvorteilen höhere Renditen auf das eingesetzte Kapital oder günstigere Preise für die Konsumenten zu verstehen sind. Unabhängig davon erlaubte Proudhons Sichtweise die Frage, ob „es denn unmöglich ist, dass in dem heutigen Zustand der Gesellschaft die Werkstatt mit ihrer hierarchischen Organisation und die Maschinen, anstatt ausschließlich den Interessen der am wenigsten zahlreichen, am wenigsten arbeitenden und reichsten Klasse zu dienen, zum Wohle aller eingesetzt werden?“⁹⁶

Diese Frage ließ Proudhon offen und auch eine Ersetzung der auf Kapitalkonzentration und betrieblichen Hierarchien beruhenden Technik durch dezentralisierte und kleinere Formen der Technik lag noch außerhalb der Reichweite seines Denkens. Die zeitbedingten Grenzen seiner Vorstellungskraft zeigten sich auch in seinen Gedanken über den Wettbewerb und über Monopole. Einerseits gab es für Proudhon keine Zweifel, dass zu einer arbeitsteiligen Tauschwirtschaft notwendigerweise auch ein freier Wettbewerb auf freien Märkten gehört: „Die Konkurrenz ist notwendig für die Konstituierung der Werte. ... Als Triebfeder der individuellen Kräfte ist sie das Pfand ihrer Freiheit, erstes Moment ihrer Harmonie, die Form der Verantwortlichkeit, die sie alle vereint und solidarisch macht.“ Andererseits beobachtete er aber auch eine zunehmende Tendenz zur Aufhebung der Konkurrenz durch Monopole: „Die Konkurrenz aber, sich selbst überlassen und der Leitung eines übergeordneten und wirksamen Prinzips beraubt, ist nur eine unbestimmte Bewegung, ein zielloses Hin- und Herschwanken der wirtschaftlichen Macht.“⁹⁷

Im Gegensatz zu seiner eigenen herrschaftskritischen Grundhaltung unterzog Proudhon die Monopole in seinem „System der ökonomischen Widersprüche“ keiner grundsätzlichen Kritik. Im Gegenteil - er rechtfertigte sie sogar als etwas zur Natur und zum Menschen Gehörendes, das „zum Wachstum des Wohlstands beiträgt. ... Das Monopol an sich enthält also nicht die Idee der Ungerechtigkeit.“ Freilich blieb ihm auch nicht die innere Widersprüchlichkeit der Monopole verborgen mit ihrem „die Gesellschaft aufbauenden Prinzip und der Bedingung des Reich-

⁹⁵ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 107, 127, 129, 133, 139 und 141 - 143.

⁹⁶ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 143.

⁹⁷ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 156 und 181.

tums; zugleich und im selben Maße mit ihrem Prinzip der Beraubung und des Pauperismus.“ Alles in allem hielt Proudhon eine Abschaffung der Monopole aber weder für wünschenswert noch für möglich: „Wo sollte die Gesellschaft etwas hernehmen, von dem sie die Monopolisten entschädigen könnte? ... Das gesellschaftliche Problem besteht darin zu erfahren, nicht wie man alle Monopole abschafft, sondern wie man sie in Einklang miteinander bringt“, d.h. wie sich - trotz der Anhäufung von Kapital in Monopolen! - erreichen ließe, dass sich große, mittlere und kleine Unternehmen in einem ausgeglichenen Gesamtgefüge gegenseitig ergänzen könnten.⁹⁸

Proudhon beobachtete auch, dass sich in den Monopolen in Industrie und Handel nicht nur lohnabhängige Arbeiter den Unternehmern hierarchisch unterordnen mussten, sondern dass sich in Kommanditgesellschaften, die anders als die späteren Aktiengesellschaften noch Personengesellschaften waren, in denen wenigstens einer der Gesellschafter die volle Haftung trug, allmählich auch die Funktionen der Unternehmer und der Kapitalisten voneinander trennten. In Aktiengesellschaften wurden Unternehmer vollends zu Geschäftsführern von Kapitalisten, die ihnen Fremdkapital liehen und dafür Zinsen und Dividenden bezogen. Folglich ging es in Monopolen nicht mehr hauptsächlich um die Erzeugung von Waren für den menschlichen Bedarf, sondern um das Interesse von Kapitalgebern, ohne Rücksicht darauf, „ob dieses Interesse nun dem gesellschaftlichen Interesse zuwider läuft oder nicht.“⁹⁹

Dennoch blieb Proudhons Haltung gegenüber Monopolen ambivalent. Trotz ihrer offenkundigen Nachteile begründete er ihre Notwendigkeit damit, dass technische Maschinen größere Unternehmen erfordern. In diesem Zusammenhang bedachte er nicht mit, dass sich die Tendenz zur Monopolbildung auch aus dem Interesse angehäufter Geldvermögen ergab, in entsprechend größeren Unternehmen investiert zu werden. Zwar kam Proudhon der Macht des Geldes über Menschen und Märkte sowie dem Zins und Zinseszins als ein leistungsloses, Ungleichheit schaffendes Einkommen schon näher als die klassischen Ökonomen und Marx, aber er konnte - wie das Kapitel über das Kreditwesen in seinem „System der ökonomischen Widersprüche“ zeigte - deren tiefere Ursachen und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft noch nicht vollständig ergründen.

Aufgrund ihrer Funktion als Waren aller Waren sah Proudhon im Gold und Silber „Synonyme für Macht, Königtum, ja fast für Göttlichkeit“. Seine besondere Stellung in der Wirtschaft als alleiniges Tauschmittel mache das Geld zur „Fürstin unter den Waren“ und zum „Idol des menschlichen Geschlechts. ... Ein Koffer voll Geld ist eine Zauberschachtel, die denen, die die Möglichkeit haben, da hinein zu greifen, Gesundheit, Reichtum, Vergnügen und Ruhm schenkt. ... Wer über Geld verfügt, ist im Handel wie der, der im Spiel die Trümpfe hat.“ Und wer so viel Geld hatte, dass er Teile davon als Kredit verleihen konnte, ohne dadurch selbst etwas

⁹⁸ Pierre Joseph Proudhon [1846/2003], S. 182 - 189 und 193.

⁹⁹ Pierre Joseph Proudhon [1846/2003], S. 191, 194, 196, 199 und 203.

zu entbehren, überließ zwar die königliche Eigenschaft seines Geldes zeitweise dem Kreditnehmer, aber er vermochte sein Geld noch zusätzlich dadurch zu krönen, dass er das Verliehene am Ende mit einem Zins zurückerhielt, der die Einkommen der Arbeitenden ebenso wie die privat angeeignete Bodenrente schmälerte. Damit wurde der Kredit, der eigentlich erfunden wurde, „um der Arbeit zu Hilfe zu kommen, indem er das Instrument in die Hände der arbeitenden Menschen gelangen lässt ..., zum dramatischsten Teil der ganzen politischen Ökonomie“. Mit ihrer Rechtfertigung des Zinsnehmens stellte sie sich in einen Gegensatz zur mosaischen Gesetzgebung, die das Zinsnehmen verurteilt hatte.¹⁰⁰

Entsprechend der inneren Widersprüchlichkeit des Kredits entwickelten sich auch die Banken und Sparkassen zu widersprüchlichen Institutionen. Einerseits ermöglichten sie mit ihren Kreditgeschäften die Produktion von Waren; andererseits häuften sie auch selbst Kapital und Macht an, wurden auf diese Weise zu „Königinnen über Gewerbe und Handel“ und bewirkten eine Zunahme der sozialen Ungleichheit. So entstand mit den unentbehrlichen Dienstleistungen der Banken zugleich auch eine „Herrschaft der Banken und ein Kult des Goldenen Kalbs“.¹⁰¹

Am Ende des „Systems der ökonomischen Widersprüche“ fehlten Ausblicke auf konkrete Schritte zu einer Entthronung des Geldes und einer Umwandlung des Kredits in ein „Gleichgewichtsmittel“. Proudhon beließ es ausdrücklich bei einer „Ahnung, dass es ein Tauschgesetz sein muss, eine Theorie der Wechselseitigkeit und der Mutualität, ein System von Garantien“, wodurch sich die „gegenwärtige Periode der Antinomien der Gesellschaft“ würde überwinden lassen.¹⁰² Sein Werk schloss mit der Hoffnung auf eine zukünftige Gerechtigkeit und Gleichheit innerhalb der Völker, die zugleich auch als Grundlage für eine „wahrhafte Solidarität unter den Völkern“ dienen sollte. Als Bindeglied zwischen den Völkern stellte sich Proudhon einerseits einen freien Handel vor, damit „die Menschheit durch eine Ausbalancierung zwischen den Völkern auf ihre einheitliche Verfassung zugehen“ und eine Zeit anbrechen kann, „in der alle Volksstämme nichts als eine Familie und der Erdball eine einzige Werkstatt bilden werden“. Der internationale Handel ist nur eine grenzüberschreitende Ausweitung des freien Handels innerhalb einzelner Länder und „notwendig für den Gleichklang zwischen den Völkern. ... Die kostenlosen Gaben der Natur gerecht unter die Menschen zu verteilen, ist eine ebenso elementare Idee wie diejenige, zu tauschen oder zu produzieren.“¹⁰³ Andererseits war sich Proudhon auch dessen bewusst, dass Privilegien des monopolistischen Eigentums an Boden, Geld und Kapital die „Ungleichheit der Bedingungen“ innerhalb einzelner Länder auch auf den internationalen Handel übertragen und dort „zur neuen Ursache von Unterdrückung und Räuberei“ werden. Deshalb äu-

¹⁰⁰ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 303, 348, 352, 357 und 384 (mosaisches Zinsverbot).

¹⁰¹ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 304, 366, 391 - 393.

¹⁰² Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 385, 390 und 573.

¹⁰³ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 292 (Menschheit als Familie der Völker), 294 und 341 (gereehte Verteilung der kostenlosen Gaben der Natur)..
573 (Völkerverständigung und Handelsfreiheit vs. Zölle)

berte er Verständnis für das Bestreben einzelner Länder, sich mit Getreide- oder anderen Zöllen vor ausländischer Konkurrenz zu schützen; aber er sah durchaus auch die machtpolitischen Schattenseiten solcher den internationalen Handel hemmenden „missbräuchlichen Wegegelder“ oder Maßnahmen wie Napoleons Kontinental Sperre gegen England. Dieser Widerspruch zwischen Freihandel und Schutzzoll werde aber hoffentlich nicht ewig fort dauern, denn das für eine einzelne Gesellschaft geltende „Gesetz der Verhältnismäßigkeit“ der Werte „gilt genauso für die Gesamtheit des Menschengeschlechts“. Letztlich hielt Proudhon eine „Assoziierung der Völker“ für das Ziel der Geschichte.¹⁰⁴ -

Wie ein roter Faden zog sich durch sein „System der ökonomischen Widersprüche“ der eindringliche Appell an die Arbeiterschaft, nicht den Versprechungen des Kommunismus zu folgen, dass er mit einer Abschaffung von arbeitsteiliger Warenproduktion und -tausch und Geld eine auf Brüderlichkeit beruhende Gesellschaft hervorbringen werde.¹⁰⁵

Auseinandersetzung mit Marx (1847)

Trotz mancherlei Unvollkommenheiten und Widersprüchlichkeiten stieß Proudhons Ansatz einer Alternative zum Kapitalismus innerhalb der französischen Arbeiterbewegung auf eine größere Resonanz, so dass sich Marx veranlasst sah, Proudhons Einfluss zurückzudrängen. Im Interesse einer Durchsetzung seiner eigenen Alternative zum Kapitalismus reagierte er 1847 auf Proudhons Werk, wobei er dessen Untertitel „Philosophie des Elends“ in „Das Elend der Philosophie“ umwandelte, um bereits im Titel seine Absicht deutlich zu machen, Proudhons Denkansätze als unwissenschaftlich und wertlos herabzusetzen.

Ein heftiger Zusammenprall zwischen Marx und Proudhon hatte sich bereits angebahnt, obwohl sich Marx & Engels in ihrer „Heiligen Familie“ (1844/45) noch sehr wohlwollend über Proudhon geäußert hatten. In mehreren persönlichen Begegnungen während seines Pariser Exils hatte Marx die sozialen Verhältnisse in Frankreich und die dortigen sozialistischen Kreise durch Proudhon näher kennen gelernt und umgekehrt hatte Marx Proudhon mit der Philosophie Hegels bekannt gemacht. Allerdings übernahm Proudhon nicht die Vorstellung eines dialektischen Geschichtsprozesses, in dem der Feudalismus zwangsläufig durch den Kapitalismus abgelöst worden sei und in dem der Kapitalismus ebenso zwangsläufig durch den Kommunismus abgelöst werde.

Als Marx 1845 aus Frankreich ausgewiesen wurde und sein Einfluss auf die sozialistischen und kommunistischen Kreise in Paris geringer wurde, ersuchte er Proudhon von Brüssel aus brieflich, die Koordination einer Korrespondenz zwi-

¹⁰⁴ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 301 (internationaler Handel als Räuberei), 328 (Kontinental Sperre gegen England), 330 (Gesetz der Verhältnismäßigkeit für die Gesamtheit des Menschengeschlechts), 339 (Zölle als Wegegelder) und 341 (Assoziierung der Völker).

¹⁰⁵ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 496.

schen Sozialisten und Kommunisten in Paris, London und Deutschland zu übernehmen. Dabei würden freilich auch „Meinungsverschiedenheiten zu Tage treten“. Dennoch „glauben wir alle, dass wir keinen besseren Korrespondenten finden können als Sie.“ Dieser Brief enthielt jedoch noch einen Nachsatz mit einer Warnung vor dem im Pariser Exil lebenden deutschen Sozialisten Karl Grün, zu dem Proudhon eine Freundschaft pflegte und der seine Schriften ins Deutsche übersetzte. Dass Marx Grün als „literarischen Hochstapler, Scharlatan und gefährlichen Menschen“ bezeichnete¹⁰⁶, weckte in Proudhon die Befürchtung, dass die „Meinungsverschiedenheiten“ in dieser von Marx angestrebten Korrespondenz nicht mit fairen Mitteln ausgetragen werden könnten. Deshalb mahnte er in seiner Antwort, dass er selbst und Marx sich nicht zu „Aposteln einer neuen Religion oder Führern einer neuen Intoleranz machen“ sollten. „Geben wir der Welt ein Beispiel an weiser und weit schauender Toleranz. ... Unter dieser Bedingung werde ich mich Ihrer Vereinigung mit Vergnügen anschließen. Wenn nicht, nicht.“¹⁰⁷

Daraufhin riss die Verbindung zwischen Marx und Proudhon ganz ab. Marx bekämpfte Proudhon fortan als „doktrinären ... Philosophen und Ökonomen des Kleinbürgertums“, als „kleinbürgerlichen Vulgärökonom“ und wies dessen Warnung vor dem Kommunismus als „lächerlich“ zurück.¹⁰⁸ Seine Schrift „Das Elend der Philosophie“ war geradezu eine Schmähchrift, in der er Proudhon mit ätzender Kritik, Hohn und Spott überschüttete. Erstens habe Proudhon die Dialektik Hegels nicht verstanden. Zweitens habe er als ein Bourgeois mit einem „Bieder-mannsgewissen“ die ebenso „reaktionäre wie utopische“ Vorstellung, mit einer Umwandlung des königlichen Geldes in ein nur noch dienendes Tauschmittel erreichen zu können, dass sich in einer auf „Produktionsanarchie“ beruhenden Marktwirtschaft mit durchweg kleineren und mittleren Unternehmen die Waren gemäß ihren „konstituierten Werten“ gerecht austauschen lassen würden. Für den „Spießbürger“ Proudhon habe „jede ökonomische Kategorie zwei Seiten, eine gute und eine schlechte. ... Die gute Seite sieht er von den Ökonomen hervorgehoben, die schlechte von den Sozialisten angeklagt. ... Zu lösendes Problem: Die gute Seite bewahren und die schlechte beseitigen.“ Die „Produktionsanarchie“ auf freien Märkten sei aber nun einmal grundsätzlich nichts, wovon man eine gute Seite bewahren und eine schlechte kapitalistische Seite überwinden könne. „Er will die Synthese sein und ist ein zusammengesetzter Irrtum.“¹⁰⁹ Drittens fehle Proudhon jegliches Verständnis für die Notwendigkeit von Klassenkampf und proletarischer Revolution; er wolle den Kapitalismus nicht überwinden, sondern letztlich nur mit kleinen Reformen abwandeln, aber in seinem Kern konservieren. Alles in allem boten theoretische Unzulänglichkeiten in Proudhons Argumentation, u.a. in seinen Vorstellungen über die Konstituierung von Werten und über die Rolle der Maschi-

¹⁰⁶ Karl Marx, Brief an Pierre Proudhon vom 5.5.1846 (1846/1965), in: MEW 27, S. 442 – 443.

¹⁰⁷ Pierre Proudhon, Brief an Karl Marx vom 17.5.1846, zitiert nach Rudolf Rocker (1953), S. 11.

¹⁰⁸ Karl Marx, Brief an Pawel W. Annenka vom 28.12.1846 (1846/1965), in: MEW 27, S. 460 – 462.

¹⁰⁹ Karl Marx (1847/1969), S. 97, 105, 131 und 143 - 144, vgl. auch S. 163.

nen, willkommene Anlässe für Marx, die „Phrasen des Herrn Proudhon“, die freie Konkurrenz gemäß den ursprünglichen Idealen der Französischen Revolution von sozialer Ungleichheit befreien zu wollen, als kleinbürgerlich-romantisch abzukanzeln, statt diese vielversprechende, aber in der Tat noch sehr unfertige freiheitliche Alternative zum Kapitalismus konstruktiv weiterzuentwickeln. Auch Engels betrachtete Proudhon weiterhin als einen „höchst schwachen Ökonomen“ und „der Inhalt seiner Schriften ... reduziert ... sich auf null.“¹¹⁰

Volksbank und zinslose Kredite (1848/49)

Nach dieser ‚Erledigung‘ durch Marx & Engels ging Proudhon seinen eigenen Weg weiter zwischen den Fronten des Frühkapitalismus und des Kommunismus. Im Revolutionsjahr 1848 wurde er als Volksvertreter in die französische Nationalversammlung gewählt und geriet auch dort zwischen die Stühle von Vertretern der Bourgeoisie und des Proletariats. Durch die Gründung seiner Zeitung „Le Peuple“ gelang es ihm jedoch, sich existentiell unabhängig zu machen und mit den Vorbereitungen zur Gründung einer Volksbank zu beginnen. Eine gewaltfreie direkte Aktion erschien Proudhon als ein aussichtsreicherer Weg zu einer gerechteren Gesellschaft als der von Marx propagierte, in letzter Konsequenz auch gewaltsame Kampf zwischen den Klassen.¹¹¹

In seinem „Revolutionären Programm“, mit dem er sich vor den Wahlen zur Nationalversammlung an die Wähler im Seine-Bezirk gewandt hatte, trat Proudhon für eine Vollendung der bürgerlichen Freiheitsrechte durch ein „auf sein richtiges Maß zurückgeführtes Eigentum“ ein, d.h. für eine freie Wettbewerbswirtschaft mit breit gestreutem Eigentum an den Produktionsmitteln. Zwar schloss seine Vorstellung von einer solchermaßen dezentralisierten Wirtschaft noch immer den Fortbestand auch von größeren Aktiengesellschaften in Industrie und Handel ein; aber die Wirtschaft sollte überwiegend aus kleineren und mittleren Unternehmen bestehen und die Konkurrenz sollte als „natürliches Heilmittel für das Monopol“ gestärkt werden.¹¹²

Den eigentlichen Schlüssel zur Verwirklichung seines Ziels erblickte Proudhon in der Umgestaltung des bislang königlich herrschenden Geldes in ein Geld, das nur noch als Tauschmittel dient. Während der 1848er Revolution wurde ihm außerdem noch deutlicher als bisher, dass das Geld nicht nur der „König des Austausches“ ist, sondern dass mit seiner Herrschaft über die Zirkulationssphäre auch gravierende Störungen der Geldzirkulation einhergingen: „Es wird nicht weitergearbeitet, die Werkstätten sind geschlossen, die Lager bleiben gefüllt, der Markt fordert keine Produktion, das Kapital flieht, das Bargeld verschwindet, der Handel liegt darnieder, die Steuern gehen nicht ein, der Staat treibt zum Bankrott, der Arbeiter

¹¹⁰ Karl Marx (1847/1969), S. 154. - Friedrich Engels (1849/1968c), S. 562 - 564

¹¹¹ Karl Marx (1847/1969), S. 182.

¹¹² Pierre Joseph Proudhon (1848/1963), S. 123, 127, 134 (Aktiengesellschaften) und 139.

krümmt sich vor Hunger und Verzweiflung: mit einem Wort, die Zirkulation hat aufgehört, das ist die Krise. ... Das Geld ist also ein Hemmnis für den Austausch, eine Fessel für die Freiheit des Handels und der Industrie."¹¹³

Auch wenn Proudhon die näheren Kausalzusammenhänge zwischen dem Königtum des Geldes und den Störungen seiner Zirkulation bis hin zu ihrem völligen Stillstand noch verborgen blieben, so gingen seine Gedanken schon während der 1848er Revolutionszeit in eine Richtung, der sich Marx & Engels erst nach zwei weiteren Jahrzehnten in ihren späteren Werken annäherten. Und er überlegte auch, auf welche Weise sich eine kontinuierliche Zirkulation des Geldes sicherstellen lassen könnte.

Ausgangspunkt seiner praktischen Überlegungen war eigenartigerweise eine These der klassischen Ökonomie, die das Geld für ein neutrales Tauschmittel hielt und seine königliche Stellung über den Märkten verleugnete - nämlich die These, dass sich letztlich „Produkte gegen Produkte austauschen“. Die Edelmetalle Gold und Silber sollten deshalb nicht länger die einzigen Generalnenner aller Waren sein, sondern ihr Privileg der universellen Tauschbarkeit sollte verallgemeinert und auf alle Waren ausgedehnt werden. Jede Ware sollte „Geld (monnaie courante)“ werden.¹¹⁴ Proudhon wollte also das von der klassischen Ökonomie nicht gesehene Machtgefälle zwischen dem Edelmetallgeld und den Waren dadurch ebnen, dass alle Waren in den Rang des Geldes erhoben und mit dem Geld auf eine gleichsam höhere Stufe gestellt werden. Auf dieser Stufe werde das Geld als Tauschmittel entbehrlich und es könne durch eine Tauschbank ersetzt werden, welche die organisatorischen Voraussetzungen für einen auf Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit beruhenden Austausch der Waren schafft. Obendrein könne die Tauschbank dann auch zinslose Kredite ausgeben, was leistungslose Zinseinkünfte unmöglich macht und die Selbstständigkeit kleinerer und mittlerer Produzenten stärkt: „Auf das Bargeld zu verzichten und den Zins für das Umlaufkapital zu beseitigen, das ist die erste Fessel der Freiheit, die ich durch die Gründung einer Tauschbank zu sprengen vorschlage. ... Den Tausch organisieren, das heißt die unbegrenzte Herabsetzung des Kapitalzinses bis zu seiner Auslösung organisieren; das heißt den Sieg der Arbeit über das Kapital ... und die Gegenseitigkeit (mutualité) organisieren, die die Republik organisieren heißt.“¹¹⁵ Aus den Marktpreisen der Waren sollten die Kapitalzinsen und auch die Bodenrenten verschwinden, damit sie dann ausschließlich die gerecht eingeschätzten Arbeitswerte der Waren sichtbar machen können. Entsprechend Kants kategorischem Imperativ betrachtete Proudhon die „Gegenseitigkeit in der sozialen Ordnung“ als die „Formel der Gerechtigkeit. ... Die Organisation der gegenseitigen Beziehungen, das ist die ganze soziale Wissenschaft. Gebt dem sozialen Körper eine vollkommene Zirkulation ... und die menschliche Solidarität ist eingeführt, die Arbeit organisiert. ...

¹¹³ Pierre Joseph Proudhon (1848/1963), S. 124 - 125.

¹¹⁴ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), zitiert nach Diehl, Karl (1888-1896/1968), S. 43 (253) und 90.

¹¹⁵ Pierre Joseph Proudhon (1848/1963), S. 125 und 133.

Was wir nötig haben und was ich im Namen der Arbeiter verlange, ist die Gegenseitigkeit und die Gerechtigkeit im Tausche, ist die Organisation des Kredits.“¹¹⁶

Was Proudhon in seinem 1848er „Revolutionären Programm“ als direkte Aktion angekündigt hatte, setzte er im Januar 1849 mit der Gründung einer Tauschbank mit dem Namen „P. J. Proudhon & Comp.“ in die Tat um. Er selbst übernahm deren verantwortliche Leitung, arbeitete mit der Generalversammlung zusammen und unterstand einem Aufsichtsrat. Jeder Bürger sollte sich durch einen Erwerb von Aktien an der Volksbank beteiligen können, die zunächst eine Kommanditgesellschaft sein und später in eine „anonyme Gesellschaft“ übergehen sollte. Der Ein- und Austritt von Gesellschaftern sollte allein deren freiem Willen obliegen. Das Kapital der Volksbank sollte aus 5 Mio. Francs bestehen und durch die Ausgabe von 1 Mio. Aktien zu je 5 Francs aufgebracht werden, die zu ihrem Nennwert ausgegeben werden und keine Zinsen tragen sollten. Und als vorerst kleine Insel inmitten der kapitalistischen Geldwirtschaft sollte die Volksbank ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen, sobald 10.000 auf die Namen ihrer Inhaber lautende Aktien gezeichnet sind.¹¹⁷

Schon gleich nach ihrer Gründung fand die Tauschbank einen so großen Zulauf, dass sie bald beginnen konnte, den Tausch von Waren zu organisieren und zinslose Kredite auszugeben. Da Proudhon nicht das Geld verändern, sondern die Wirtschaft vom „Joch des Bargeldes“ befreien wollte, sprach er bei der Einrichtung der Tauschbank konsequenterweise nicht von einer Geldreform, sondern von einer „Bankreform“, die anstelle einer Verstaatlichung der Banken den „demokratischen Grundsatz der Volkssouveränität auf eine finanzwissenschaftliche Formel“ bringen sollte.¹¹⁸ Allerdings erwies es sich ähnlich wie in der 1832 von Robert Owen in London gegründeten Arbeitsbörse auch in der Pariser Tauschbank als notwendig, bei der Organisation des Warenaustausches einen Ersatz für das Geld als Wertmesser zu finden. Folglich setzte sie geschätzte „Kostenpreise“ und Tauschwerte der Waren fest und gab zur Abwicklung der Tauschvorgänge als Ersatz für das Geld sog. „Bons de Circulation“ mit Nennwerten von 5, 10, 20, 50 und 100 Francs aus. Und aus den Spareinlagen ihrer Mitglieder sollte die Tauschbank zinslose Kredite insbesondere an freie „Arbeiter-Assoziationen“ vergeben.¹¹⁹

¹¹⁶ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), zitiert nach Diehl, Karl (1888-1896/1968), S. 43 - 44 (253 - 254) und 90 (300).

¹¹⁷ Pierre Joseph Proudhon (1849/1986), S. 16 - 20.

¹¹⁸ Pierre Joseph Proudhon (1848/1963), S. 126 und 130. An anderer Stelle sprach Proudhon von der "fatalen Fessel des Bargeldes". (S. 140) Vgl. außerdem Pierre Joseph Proudhon (1849/1986), S. 13.

¹¹⁹ Pierre Joseph Proudhon (1848/1963), S. 147, und (1849/1986), S. 24 [zinslose Kredite für Arbeiter-Assoziationen]. - Zur Wertbestimmung vgl. auch Pierre Joseph Proudhon (1849/1969), S. 160 - 161.

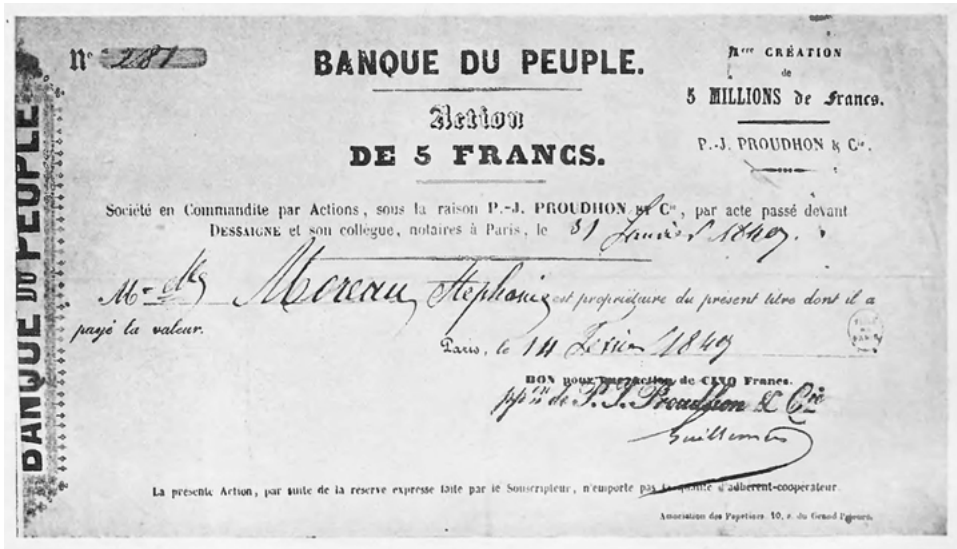


Abb.: Von Proudhons Tauschbank ausgegebene
 „Bons de Circulation - 5 Francs“ (1849)

Quelle: Georges Renard & Jean Jaurès, Musée carnavalet¹²⁰

Von diesem Modellversuch mit einer auf demokratische Weise selbst verwalteten Bank erhofften sich Proudhon und die Mitglieder der Tauschbank eine große Ausstrahlung und eine allmähliche Umformung der Gesellschaft. Trotz ihrer Zuversicht, dass die Tauschbank einer „Ausdehnung ins Unendliche fähig“ wäre, begrenzten sie ihre Dauer auf 99 Jahre, um geltenden Gesetzesvorschriften zu genügen.¹²¹ Als Proudhon jedoch im Februar 1849 wegen einer beleidigenden Äußerung über den neuen Präsidenten Bonaparte angeklagt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, musste die Volksbank bereits im April 1849 ihre Tätigkeit wieder einstellen. Allen Mitgliedern wurden ihre Einlagen erstattet und zurück blieb eine Kontroverse, ob die Tauschbank im Falle ihres Fortbestands Erfolg gehabt hätte, wovon ihre Anhänger überzeugt waren, oder ob sie gescheitert wäre, wie ihre Kritiker unter Hinweis auf das Schicksal von Owens Londoner Arbeitsbörse glaubten.

Während seiner Haft schrieb Proudhon seine „Bekennnisse eines Revolutionärs“ nieder und stellte zusammenfassend dar, warum die bürgerlichen Revolutionen

¹²⁰ Georges Renard & Jean Jaurès (o.J.), S. 333 - 334; auf der Website <https://t1p.de/b0kc>

Original-Link:

http://images.google.de/imgres?imgurl=https%3A%2F%2Fupload.wikimedia.org%2Fwikipedia%2Fcommons%2Fthumb%2F0%2F04%2FJaures-Histoire_Socialiste-9-p333.jpg%2F440px-Jaures-Histoire_Socialiste-9-p333.jpg&imgrefurl=https%3A%2F%2Ffr.wikisource.org%2Fwiki%2FHistoire_socialiste%2FLa_R%25C3%25A9publique_de_1848%2FP2-08&h=253&w=440&tbnid=fT4cdi00_v-zuM%3A&docid=ATrGuolBdY46TM&hl=de&ei=duLBV5STBOTKgAbsh7SoAw&tbnm=isch&iact=rc&uact=3&dur=423&page=0&start=0&ndsp=23&ved=0ahUKEwiUppiOo-LOAhVkJcAKHewDDTUQMwg4KA0wDQ&bih=564&biw=1280
 [Zugriff: 25.8.2016]

¹²¹ Pierre Joseph Proudhon (1849/1986), S. 18.

von 1789 und 1848 aus seiner Sicht unvollendet geblieben waren. Letztlich führte er die anhaltende Existenz von sozialer Ungleichheit darauf zurück, dass nach der Überwindung der Feudalherrschaft von Thron und Altar eine neue kapitalistische Macht von Geld und Kapital entstanden war, die die rechtliche Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz aushöhlte und dazu führte, dass sich Staaten wie Frankreich, England oder Deutschland nicht zu herrschaftsfrei-föderativen Rechtsordnungen entwickelten, sondern zu etwas Zwitterhaftem, das das Recht zusammen mit den Resten feudalistischer Macht und der aufstrebenden kapitalistischen Macht auf widerspruchsvolle Weise in sich vereinigte.

Proudhon reagierte hierauf vorschnell mit der Zukunftsvision einer staatenlosen Herrschaftsfreiheit und er zweifelte auch grundsätzlich an der Sinnhaftigkeit von staatlichen Unterstützungen für benachteiligte Menschen, statt es einer zukünftigen Entwicklung zu überlassen, ob zumindest vorübergehend noch staatliche Sozialhilfen notwendig bleiben. „Welche Individuen werden ein Recht auf die Beihilfe haben? Wonach wird diese Entschädigung verteilt werden? Wird man den Bedürftigen Bedingungen vorschreiben? ... Der Arbeiter, welcher arbeitet, zahlt für den, welcher nicht arbeitet; der Gute für den Schlechten, der Sparsame für den Verschwender und Liederlichen. ... Während ihr das Volk durch eure Hilfs- und Kreditrichtungen sittlicher machen wollt, entsittlicht ihr es durch die Unterstützung.“¹²² Bei aller Berechtigung von Proudhons Warnung vor den Gefahren einer Verletzung der menschlichen Würde durch öffentliche Unterstützungen und deren fehlerhafte Bemessungen hätte er es der Zukunft überlassen können, wie staatliche Hilfen im Laufe einer längeren Entwicklung von der sozialen Ungleichheit zur Gleichheit einmal in freiheitliche und zugleich verlässliche Formen der gegenseitigen Hilfe übergehen könnten.

In seinen „Bekanntnissen eines Revolutionärs“ blickte Proudhon auch auf die „drei Monate Januar, Februar, März 1849“ als die „schönste Zeit meines Lebens“ zurück, in der die Grundsätze der Tauschbank zwar noch nicht zur vollständigen Verwirklichung gelangt waren, aber doch wenigstens „konkret gemacht und in das öffentliche Bewusstsein eingebracht“ waren. „Die Zahl der Beitritte zur Volksbank hatte sich in sechs Wochen auf etwa 20.000 erhöht, welche wenigstens 60.000 Personen repräsentierten.“ Die Tatsache, dass dieser Versuch, der Gesellschaft ein praktisches Beispiel eines auf Gerechtigkeit beruhenden Warenaustausches und einer gegenseitigen Förderung durch zinslose Kredite zu geben, schon so schnell wieder beendet werden musste, stimmte Proudhon im Gefängnis sehr wehmütig - auch weil er sich die Gerechtigkeit als einen Weg zur vollen Entfaltung der persönlichen Freiheit vorgestellt hatte, der sich nun nicht mehr weitergehen ließ: „Durch eine größere Entwicklung der individuellen Freiheit erstrebte die Volksbank, die Gesamtfreiheit, die zugleich divergente und konvergente Gesellschaft, die wahre

¹²² Pierre Joseph Proudhon (1849/1969), S. 135.

Solidarität unter den Menschen zu begründen. ... Der freieste Mensch ist derjenige, welcher die meisten Beziehungen zu seinen Mitmenschen hat.“¹²³

Kontroverse über den Zins mit Frederic Bastiat

Während Proudhons Haftzeit ergab sich im Winter 1849/50 eine briefliche Kontroverse mit dem klassischen Ökonomen Frederic Bastiat, der in einer Broschüre „Kapital und Rente“ das Zinsnehmen gerechtfertigt hatte und der ebenso wie Jean-Baptiste Say die wirtschaftliche Realität im Frühkapitalismus als „Economie harmonique“ verklärte. Hauptkritikpunkt Proudhons war Bastiats „Fiktion der Produktivität des Kapitals“, die trotz des biblisch-kanonischen Zinsverbots während der Neuzeit „in die Praxis der Völker eingedrungen“ sei. Nicht das Kapital sei produktiv, sondern die menschliche Arbeit - aber nur so lange, wie die Zirkulation den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang störungsfrei gewährleistet.¹²⁴ Im Laufe der Kontroverse kam Proudhon Bastiat insofern entgegen als er ihm zugestand, dass „der Kapitalzins zu einer gewissen Zeit als rechtmäßig betrachtet werden konnte“, dass er aber nun - wo eine demokratische Organisation der Zirkulations-sphäre möglich geworden sei - nicht mehr gerechtfertigt werden könne. Bastiats Argumentation beruhe auf einer „Verwechslung der Epochen“.¹²⁵

Proudhons „System der ökonomischen Widersprüche“ und seine „Bekennnisse eines Revolutionärs“ enthielten auch einige Passagen, die den Eindruck wecken könnten, als habe er sich bei seinen geld- und zinskritischen Überlegungen von antisemitischen Ressentiments leiten lassen. Entgegen den mosaischen Gesetzen sei das jüdische Volk „dem Mammon treu ergeben“. Außerdem erwähnte Proudhon den „geistreichsten der sozialistischen Schriftsteller“ Alphonse de Toussenel, der mit seinem Buch „Die Juden, die Könige der Gegenwart“ zutreffend zum Ausdruck gebracht habe, dass „das Wesen dieser Regierung die Börsenherrschaft“ sei. An anderer Stelle sprach er ohne Anspielung auf jüdische Bankiers von einer „Bankokratie“.¹²⁶

Trotz dieser inakzeptablen Verneigung vor Toussenel war Proudhons gesamter Denkstil jedoch nicht antisemitisch. Seine Kritik am Geld und Zins zielte in ihrem Kern nicht gegen jüdische Bankiers, Börsianer und Händler, sondern gegen die Funktion des Geldes als „Ware par excellence“. Und sein Konzept einer Tauschbank enthielt auch keinerlei Absichten, jüdischen Besitz zu enteignen oder gar Menschen jüdischen Glaubens Leid zuzufügen. In seinem „System ökonomischer

¹²³ Pierre Joseph Proudhon (1849/1969), S. 147 - 165, hier: S. 150 und 164.

¹²⁴ Pierre Joseph Proudhon (1849/1937), Nr. 4, S. 114 und 116;

¹²⁵ Pierre Joseph Proudhon (1849/1937), Nr. 6, S. 176 - 178.

¹²⁶ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 384; ders. (1849/1969), S. 33 und 43. Gemeint war mit „dieser Regierung“ die 1830er Julimonarchie des Louis Philippe. - Trotz seiner vehementen Kritik an Proudhon nahm Marx keinen Anstoß an dessen antisemitisch eingefärbten Äußerungen. In seiner Schrift „Zur Judenfrage“ hatte Marx „den Schacher ... als weltlichen Kultus der Juden“ und das Geld als deren „weltlichen Gott“ bezeichnet. (in: MEW Band 1, S. 372 und 374)

Widersprüche“ betonte Proudhon ausdrücklich, dass „das Mittel, diese erschreckende Macht des Geldes zu zerstören, nicht darin besteht, ihr Organ, ihren Inhaber zu zerstören, sondern darin, ihr Prinzip zu verallgemeinern“, d.h. das Geld als über den Menschen thronenden König durch eine ihnen nur noch dienende Tauschbank zu ersetzen und für eine allgemeine Zinslosigkeit von Krediten zu sorgen, damit sich weder jüdische noch christliche oder andere Kreditgeber durch Zinseinkünfte bereichern können.¹²⁷

Diese Sichtweise bekräftigte Proudhon auch in seiner Kontroverse mit Bastiat. Darin ging er davon aus, dass sich das Verhalten von Kapitalisten in Banken und Börsen, Industrie und Handel aus dem strukturellen Gefälle zwischen dem Geld und der menschlichen Arbeit ergibt und nicht etwa aus böartigen Eigenschaften von einzelnen handelnden Personen. „Wir sind von dem guten Glauben der Rentiers und Eigentümer überzeugt.“ In den bestehenden Verhältnissen mit dem „Übergewicht des Geldes“ sind Kapitalisten und Arbeiter gleichermaßen gefangen und wer als Kapitalist sich „seines Kapitals zugunsten des Arbeiters entäußern“ würde, um die „unwürdigste Beraubung“ der Arbeiter zu mildern, würde Verluste in Kauf nehmen und „seine Sicherheit vermindern. ... In der gegenwärtigen Lage der Dinge kann das Zinsdarlehen nicht als eine unerlaubte Handlung angesehen werden.“ Der Ursprung des Zinses liege „in einem Zusammentreffen politischer und ökonomischer Umstände, die von dem Willen der Vertragschließenden unabhängig und bei der Entstehung der Gesellschaften unvermeidlich sind.“ Proudhon ahnte, dass es letztlich eine strukturelle „Gewalt ist, die das erste und das letzte Wort in einer auf das Zinsprinzip gegründeten Gesellschaft hat, die sich seit 3000 Jahren gegen den Zins abmüht.“ Seine Kritik an Bastiat endete deshalb mit den Worten: „Es ist mir niemals in den Sinn gekommen, die Menschen anzuklagen. Was ich anklage, sind die Ideen und Einrichtungen. ... Trotz aller Fehler und Verbrechen glaube ich an die Heiligkeit des menschlichen Geschlechts.“ Die Überwindung des Zinses ist deshalb „der Grundpfeiler des Sozialismus und Schlussnagel der Revolution.“¹²⁸

Nach dem endgültigen Scheitern der 1848er Revolution

Ein Staatsstreich Louis Napoleons und zwei Plebiszite, die ihn zuerst zum Präsidenten auf 10 Jahre und dann zum Kaiser machten, besiegelten 1851 in Frankreich vorläufig die Restauration der Monarchie. Damit war eine Verwirklichung von Proudhons Zielen in weite Ferne gerückt. Im Juni 1852 wurde er zwar aus dem Gefängnis entlassen, aber für 10 Jahre nach Belgien verbannt, wo er schriftstellerisch tätig bleiben konnte.

¹²⁷ Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 348 und 379.

¹²⁸ Pierre Joseph Proudhon (1849/1937), Nr. 6, S. 180; Nr. 9, S. 276 - 277; Nr. 11, S. 339 - 341 und Nr. 12, S. 374.

Während dieser Zeit und auch noch darüber hinaus hielten Marx & Engels an ihrem Feindbild vom Kapitalisten fest, der als Unternehmerkapitalist eigenes Kapital investiert, um Arbeiter im Produktionsprozess auszubeuten und maximale Profite zu erzielen. Im Gegensatz dazu wandte sich Proudhon den Anfängen von Banken und Finanzmärkten zu und untersuchte neue Formen von leistungslosen Einkünften, die im Zuge der fortschreitenden Konzentration von Kapital zusätzlich zu dem im Unternehmerngewinn enthaltenen Eigenkapitalzins entstanden. Als Folge der fortschreitenden Kapitalakkumulation und des Größenwachstums von Unternehmen entwickelten sich die Banken von Verwaltern der Vermögen von Adel und Kirche zu Kapitalsammelstellen, von wo aus sich Kapital auf dem Kreditweg als Fremdkapital an Unternehmen und auch an Staaten verleihen ließ. Parallel dazu wandelten sich größere Unternehmen in zunehmendem Maße von Personen- zu Kapitalgesellschaften, die nicht nur Fremdkapital von Banken liehen, sondern sich auch über die Ausgabe von Aktien finanzierten, welche an Börsen gehandelt werden konnten. Im Gegensatz zu der von englischen und französischen Frühsozialisten initiierten Gründung von Genossenschaften ging es bei der Gründung von anonymen Kapitalgesellschaften nicht mehr um ein im gemeinschaftlichen Interesse organisiertes Wirtschaften, sondern in erster Linie um die Erzielung von leistungslosen Dividenden aus dem Besitz von Aktien zum Beispiel von Bergwerken oder Eisenbahn-, Schifffahrts-, Kanalbau- und Fernhandelsgesellschaften.

In Aktiengesellschaften wurde eine „unbillige Besitznahme“ möglich, die die Macht des Kapitals über die Arbeit „ins Hundertfache vermehrte“. Dabei entfernte sich das private Eigentum vollends von seiner eigentlichen Funktion als Garant der persönlichen Freiheit und Unabhängigkeit. Und anders als in Personengesellschaften löste sich auch die Verantwortung für das wirtschaftliche Handeln in „anonymen Gesellschaften“ immer mehr auf. An die Stelle der alten „industriellen Anarchie“, in der kleinere und mittlere Unternehmen miteinander konkurrierten, trat ein „industrielles Feudalwesen“, das die Märkte monopolisierte und inmitten der Republik ein „industrielles Kaisertum“ aufrichtete. Und nicht zuletzt ging es dabei auch noch um Kursgewinne aus dem Handel mit Aktien, durch den „das Kapital von allen Fesseln befreit ... und zur Ware wurde wie das Produkt und sogar leichter beweglich und leichter umzusetzen als dieses selbst.“¹²⁹

In seinem 1854 anonym erschienenen „Handbuch des Börsenspekulanten“ versuchte Proudhon erstmals, diese Entwicklung vom Industrie- zum Finanzkapitalismus bzw. vom Industrie- zum Industrie- und Finanzkapitalismus gedanklich zu durchdringen. Er beobachtete, wie sich dabei die Kräfteverhältnisse allmählich von der Industrie zu den Banken und Börsen verschoben. Die im frühen Industriekapitalismus mit dem hierarchischen Lohnarbeitsverhältnis entstandene soziale Spaltung der Gesellschaft vertiefte und verzweigte sich noch weiter, als sich neben den

¹²⁹ Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 57 - 58 (Entfesselung des Kapitals), 117 - 119 (Macht des Kapitals über die Arbeit), 121 - 122 (Auflösung von Verantwortlichkeiten) sowie 147 und 153 (industrielles Feudalwesen und Kaisertum).

Eigen- und Fremdkapitalzinsen mit den Dividenden, Kursgewinnen und Gewinnen aus spekulativen Geschäften weitere Formen leistungsloser Einkünfte ausbreiteten. „Über Arbeit, Kapital, Handel oder Tausch und ihren unzählbaren verschiedenen Arten steht noch die Spekulation. ... Die Spekulation ist nichts anderes als die Kunst, die indessen immer gewagt bleibt, sich ohne Arbeit, ohne Kapital, ohne Handel, ohne Genie zu bereichern; das Geheimnis, sich das öffentliche Vermögen oder das der Einzelnen anzueignen, ohne einen Gegenwert als Tausch zu geben. ... Die Börse ist der Tempel der Spekulation.“ Der „einzige Gedanke der Börsenleute“ lautet: „Beim Spiel Geld gewinnen!“¹³⁰ Proudhon beobachtete, wie Gerüchte verbreitet wurden, um Aktienkurse zu beeinflussen, und wie wirtschaftliche Macht auf die Politik ausgeübt wurde, um zum Beispiel Konzessionen für den Bau von Eisenbahnlinien zu bekommen. Sogar die ersten Vorboten eines sich von der Realwirtschaft ablösenden Casinokapitalismus nahm er schon wahr: auf den Umfang geschäftlicher Risiken wurden Wetten abgeschlossen. „Zusammengesetzte Operationen bieten Verwicklungen bis ins Unendliche. Man benutzt sie, wenn die Kurschwankungen unbestimmt sind, bald zum Steigen, bald zum Sinken geneigt.“¹³¹

Die Spekulation mit ihren verschiedenen Erscheinungsformen einschließlich des Spielens und Wettens und die Korruption wirkten auf Proudhon wie eine vom realen Leben abgehobene „überirdische Welt“, die von einem „spielsüchtigen Spekulationsfieber ergriffen ist, gierig nach Konzessionen, Unterstützungen, Privilegien, Prämien und Monopolen. ... Aus diesen neuen unheilbaren Sitten, die unseren Bürgerstand anstecken, ist der Widerwille gegen die Arbeit entstanden, die Unfähigkeit zu ernsten Geschäften, die Überreizung der Geldgier, die Einschläferung des Gewissens.“ Für unabänderlich hielt Proudhon diese Missstände aber nur solange, wie die soziale Ungleichheit und chronische Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage noch weiterbestehen: Um die „Käufe auf Zeit“ innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse verbieten zu können, müsste man die Schwankungen des Angebots und der Nachfrage abstellen, d.h. dem Handel zugleich Produktion, Qualität, Festigkeit und Unveränderlichkeit des Preises der Dinge gewährleisten.“ Der Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit für spekulative Zwecke lasse sich aber nicht verhindern, weil sonst jegliche unternehmerischen und politischen Freiheiten unterdrückt werden müssten. Die Politik habe schon „mehr als einmal versucht, die ordnende Hand nach ihr auszustrecken, und immer hat die Spekulation sie ihrer Ohnmacht überführt.“¹³²

Beim Versuch, die Spekulation wirksam auszuschalten, wäre es Proudhon zufolge auch falsch, „wenn wir die Personen und Körperschaften, d.h. die ganze Menschheit angriffen.“ Um der Spekulation den Nährboden zu entziehen, müssten die tieferen „Ursachen des gegenwärtigen Verfalls“ überwunden werden. Proudhon

¹³⁰ Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 5, 9, 17 und 92.

¹³¹ Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 9 (Wetten), 12, 20 sowie 51 und 59 (Gerüchte und Korruption), 74 (zusammengesetzte Operationen).

¹³² Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 28 - 31.

sah sie „in den schlecht ausgeglichenen Kräften und besonders in jenem gesellschaftlichen Kriegszustand, den die privilegierten Klassen von jeher als den Ausdruck der Freiheit und Ordnung erschaffen und erhalten haben.“¹³³ Deshalb forderte er eine „vollständige Umwälzung der Gesellschaftswirtschaft“ mit dem Ziel einer „industriellen Demokratie“ und einer großen Vielfalt von „Arbeiter-Assoziationen“. Diese sollten im Laufe einer Übergangszeit dadurch entstehen können, dass Arbeiter sich im Zuge der Organisation einer störungsfreien Zirkulation und eines zinslosen Kreditwesens „aus der Stellung als Lohnarbeiter in die eines Teilhabers an einem Geschäft erheben“ können. Das Kapital werde dann allmählich zu einem „Untergebenen der Arbeit“. Die Arbeiter sollten sich dann freiwillig zu Assoziationen - ähnlich wie zu Genossenschaften - zusammenschließen und sie auch ebenso freiwillig wieder verlassen können. Grundprinzip dieser Arbeiter-Assoziationen sollte die „Teilnahme aller Assoziierten an der Leitung des Unternehmens und an den Gewinnen in bestimmten Grenzen und Verhältnissen“ werden. „Die Arbeiter-Assoziationen sind eine neue Grundkraft, eine Mustergesellschaft, welche die jetzigen anonymen Gesellschaften ersetzen müssen. ... Die Arbeiter sind übrigens überzeugt, dass die Stärke der Assoziationen weit weniger in ihrer Ausdehnung als in ihrer Gegenseitigkeit liegt.“¹³⁴

Am Ende seines „Handbuchs des Börsenspekulanten“ brachte Proudhon seine Hoffnung auf eine „gänzliche Umbildung der Gesellschaft im Sinne der Freiheit und Gleichheit der Personen, eines Bundes zwischen allen Völkern“ zum Ausdruck. Andererseits war er sich dessen bewusst, dass die Zeit für diese „glückliche Umgestaltung noch nicht reif zu sein scheint“. Noch sei die „in eine unsichere Lage geratene Mittelklasse“ darauf bedacht, an den Privilegien der Reichen teilzuhaben und keinesfalls in das Proletariat abzusinken. Und noch sei das Proletariat gefangen in seinem „Misstrauen gegen die Mittelklasse, die es in seinem Hass mit dem hohen Bürgerstand verwechselt.“ Anstelle des von Marx & Engels angefeuerten unversöhnlichen Klassenkampfes hielt Proudhon es für notwendig, „den Verstand des Mittelstandes und den Arm des Plebejers zu verbinden“ und die „notwendige und endgültige Vermischung der beiden Klassen herbeizuführen.“¹³⁵

„Landwirtschaftlich-industrielle Föderation“

Bis zu seinem Tod - Proudhon starb Anfang 1865 im Alter von nur 56 Jahren - blieb er ein die meiste Zeit politisch Verfolgter. Sein nach seiner Rückkehr aus Belgien 1858 in Paris erschienenes Werk „Über die Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche“ brachte ihm auf Betreiben der Kirche eine neuerliche Verurteilung zu

¹³³ Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 89

¹³⁴ Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 67 und 89 (tiefere Ursachen der Spekulation), 161 - 168 (neue Arbeiter-Assoziationen und industrielle Demokratie) und 178 (Kapital als Untergebener der Arbeit).

¹³⁵ Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 29 (Zeit noch nicht reif), 155 - 158 (Kluft zwischen Mittelklasse und Proletariat) und 173 und 176 (Vermischung von Mittelklasse und Proletariat).

einer dreijährigen Gefängnisstrafe ein. Der Inhaftierung konnte er durch seine Flucht nach Belgien entkommen. Dort entstand sein Buch „Krieg und Frieden“ mit Einsichten, die sich schon 1858 in seinem „Kleinen politischen Katechismus“ angekündigt hatten. Darin deutete Proudhon den Krieg als eine Folge von „sozialer Gewalt“ und von strukturellen Ungerechtigkeiten in der Wirtschaft. Die soziale „Ungleichheit der Bedingungen und Vermögen“ hat nach 1789 dazu geführt, dass „ein kapitalistischer Feudalismus anstelle des Adelsfeudalismus“ entstanden ist. Und in einer „zügellosten Konkurrenz“ ist die „Verneinung der Ordnung zum Prinzip“ erhoben worden. Frieden könne demgegenüber erst dann entstehen, wenn soziale Ungerechtigkeiten überwunden werden: „Wenn das Gleichgewicht hergestellt ist, wenn die Gerechtigkeit kommt, dann ist kein Krieg mehr möglich.“¹³⁶

Dank einer Amnestie durfte Proudhon 1862 wieder nach Frankreich zurückkehren, wo ein Jahr später sein Spätwerk „Über das föderative Prinzip und die Notwendigkeit, die Partei der Revolution wieder herzustellen“ erschien. Darin und auch in seiner posthum erschienenen „Theorie des Eigentums“ kehrte er noch einmal an den Ausgangspunkt seiner Sozialkritik zurück - nämlich zur Problematik des privaten Eigentums am Boden sowie des Unterschieds zwischen selbst erarbeitetem und leistungswidrig konzentriertem Privateigentum an den Produktionsmitteln.

In seiner „Theorie des Eigentums“ legte Proudhon nochmals ausführlich dar, dass er die Umwandlung des feudalen Bodeneigentums in eine Ware bzw. in ein Kapitalgut, mit der/dem Privatpersonen frei handeln und spekulieren, d.h. über das sie „in unbeschränkter Machtvollkommenheit verfügen“ können, für eine fundamentale Fehlentwicklung nach 1789 hielt: „Das tiefe Naturgefühl und die Liebe zum Boden, die allein das Landleben gibt, sind erloschen. ... Die Scheidung des Menschen vom Boden lässt diesen zum Objekt der Börsenspekulation, beinahe hätte ich gesagt: der Prostitution, werden.“¹³⁷ Weil sich der Boden nicht durch menschliche Arbeit vermehren lässt wie Produktionsmittel und Konsumgüter, m.a.W. weil er aufgrund seiner natürlichen Knappheit in privaten wie vormals in feudalen Händen zu einem Monopolgut wird, wollte Proudhon an die Stelle des alten Feudaleigentums am Boden kein handelbares Bodenprivateigentum setzen, sondern ein unveräußerliches gemeinschaftliches und zugleich privat nutzbares Bodeneigentum: „Die Menschheit selbst ist nicht Eigentümerin der Erde. ... Es ist doch nicht die Menschheit, die den Boden erschaffen hat: Mensch und Erde sind vielmehr füreinander geschaffen worden und unterstehen beide einer höheren Instanz. Wir haben sie, diese Erde, zur Pacht und Nutznießung erhalten; sie ist uns gegeben worden, damit wir sie solidarisch und individuell in gemeinsamer und persönlicher Verantwortung besitzen und bewirtschaften.“ Während landwirt-

¹³⁶ Pierre Joseph Proudhon (1858/1963), S. 161, 168 - 169 und 174. - Vgl. auch Proudhons Spätwerk „Über das föderative Prinzip“: „Krieg und Vermögensungleichheit waren von Anbeginn das Los der Völker.“ (1863/1963, S. 212)

¹³⁷ Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 115 - 118 und 162.

schaftliche und städtische Flächen für Zwecke des Wohnens und Arbeitens privat genutzt werden sollten, sollte „der Staat die unteilbaren und ihrer Bestimmung nach allen gemeinsamen Teile behalten: Wasserläufe, Seen, Teiche, Straßen, öffentliche Plätze, Brachland, unbebaute Berge, Forste, Wüsten und alles, was nicht angeeignet werden kann.“¹³⁸

Um auch im Bereich des durch menschliche Arbeit vermehrbaren Privateigentums an den Produktionsmitteln jegliche Konzentration zu überwinden, forderte Proudhon dessen Dezentralisierung: „Können wir das Eigentum vom Missbrauch reinigen und diese Einrichtung tadellos machen? ... Das ist von nun an die ganze Frage. Angesichts dieses Problems haben Antike und Mittelalter versagt; ich glaube, jetzt ist es die Aufgabe unserer Epoche, es zu lösen.“¹³⁹ Anstelle des „Unglücks der kleinen Gewerbetreibenden, die von der Konkurrenz der großen Kapitale ausgelöscht werden“ und anstelle der Lohnabhängigkeit der Arbeiter vom „großen Eigentum“, das er für ein „Ersatzmittel für die feudale Leibeigenschaft“ hielt, wollte Proudhon „die verschiedenen Formen des Eigentums auf einen durchschnittlichen Umfang verringern“ - sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk, in der Industrie und im Handel.¹⁴⁰ Das entsprach der aristotelischen Vorstellung, wonach „der Gesetzgeber die Vermögen nicht nur gleich machen, sondern auch nach einer mittleren Größe zielen“ sollte. Und es entsprach auch dem von Montesquieu und anderen französischen Philosophen der Aufklärung postulierten Leitbild der „Mittellage“ der Talente und des Vermögens genügsamer Menschen.¹⁴¹

In diesem Sinne wollte Proudhon „den Massen also Erziehung und Bildung“ geben. „Man ... flöße allen Menschen ein Gefühl für ihre Würde ein, lehre sie, ihre Macht und ihre Rechte zu erkennen, und bald wird man sehen, dass es immer weniger lohnabhängige Angestellte geben wird.“¹⁴² Ein System aus gegenseitigen wirtschaftlichen Garantien - bestehend aus gemeinschaftlichem Bodeneigentum, aus Tauschbanken und unentgeltlichem Kredit, gleichgewichtigem Handel und gerechter Besteuerung sowie politischer Gewaltenteilung, Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, Pressefreiheit und föderativen Strukturen des Gemeinwesens - sollte das „Gleichgewicht des Eigentums“ herbeiführen und es in Größenordnungen erhalten, in denen das Eigentum an den Produktionsmitteln immer nur auf der Arbeit derer beruht, die in kleinen Betrieben selbstständig wirtschaften oder die sich freiwillig zu mittleren und größeren „Industriegenossenschaften“ assoziieren.¹⁴³

In seinem anderen Spätwerk „Über das föderative Prinzip“ stellte Proudhon dem „heute herrschenden Finanz- und Industriefeudalismus“ seine Vision einer „land-

¹³⁸ Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 163 - 165.

¹³⁹ Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 129.

¹⁴⁰ Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 131.

¹⁴¹ Aristoteles (1978), S. 83 [Eigentum in mittlerer Größe]. - Charles de Montesquieu (1748/1989), S. 139 - 140).

¹⁴² Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 131.

¹⁴³ Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 132 - 133 und 174 - 177.

wirtschaftlich-industriellen Föderation“ entgegen. Für jeden Arbeiter sollte es möglich werden, statt Handlanger auch selbst Industrieller und Künstler und statt Lohnempfänger auch Meister zu werden“. Ebenso sollte es möglich werden, dass selbstständig Wirtschaftende sich zu Genossenschaften zusammenschließen.¹⁴⁴

Sowohl innerhalb einzelner Länder als auch im Handel zwischen den Ländern sollte sich eine von Monopolen „freie und unbegrenzte Konkurrenz“ entwickeln. Im Gegensatz zur klassischen Ökonomie stellte sich Proudhon jedoch „gleich starke Nationen“ vor, also keine durch unterworfenen Kolonien erweiterten Industrieländer, die sich durch Zölle gegeneinander abschotten. „Der einzige Schutz oder, wenn man lieber sagen will, das einzige Hindernis für die Einfuhr ähnlicher Produkte liegt in der Entfernung. ... Jedes Land soll von seiner eigenen Produktion leben.“¹⁴⁵

Mit diesem Leitbild stellte sich Proudhon gegen die von Adam Smith befürwortete und von David Ricardo mit der Außenhandelstheorie der komparativen Kostenvorteile begründete Rechtfertigung einer grenzenlosen Ausdehnung der internationalen Arbeitsteilung. Damit war er ein früher Wegbereiter einer Regionalisierung von Produktion und Konsum. England als fortgeschrittenes Industrieland betrachtete Proudhon als eine „Ausnahme von dieser Regel ...“, als zeitlich begrenzte Anomalie; es sei denn gewisse Völker seien für eine ewig andauernde Unterworfenheit bestimmt“ - wovon europäische Kolonialmächte damals wie selbstverständlich ausgingen. Zwar gebe es auch „außergewöhnliche Erzeugnisse, die überall nachgefragt werden, wie etwa Pfirsiche“, aber im Großen und Ganzen sollten die Produkte dort hergestellt werden, wo sie anschließend auch verbraucht werden.¹⁴⁶

Strukturwandel von Staat und Steuern

Mit diesen Veränderungen der Eigentumsordnung wollte es Proudhon unmöglich machen, dass konzentriertes Eigentum noch länger privatwirtschaftliche Macht ausüben und obendrein den modernen Rechtsstaat für seine privatwirtschaftliche Machtentfaltung instrumentalisieren kann. Konzentriertes Kapital sollte also nicht länger „aus der Regierung ein Instrument der Ausbeutung machen“ können. Vielmehr sollte dezentralisiertes Eigentum die persönliche Freiheit der menschlichen Individuen schützen und zugleich dafür sorgen, dass die aus Feudalzeiten stammende „furchtbare Macht des Staates“ abnimmt. Da sich die Staaten nach der Französischen Revolution nur tendenziell zu Rechtsstaaten entwickelt hatten und da sie noch immer auch feudalistisch-kapitalistische Machtstaaten geblieben wa-

¹⁴⁴ Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 259

¹⁴⁵ Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 138 und (1863/1963), S. 175.

¹⁴⁶ Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 175.

ren, sollten sie ihres Charakters als Macht- und Obrigkeitsstaat noch weiter entkleidet werden.¹⁴⁷

Die Weiterentwicklung der Rechts- und Machtstaaten, die ihren Untertanen Steuern als Zwangsabgaben ohne spezielle Zweckbindungen auferlegen, zu reinen Rechtsstaaten, die als Organe der Allgemeinheit die Freiheit der Bürger garantieren, ihnen öffentliche Dienste erweisen und dafür Steuern einnehmen, die mehr den Charakter von Gebühren erhalten - all das hat Proudhon in ersten Umrissen in seiner „Theorie der Steuer“ (1861) beschrieben. „Was ist die Steuer in einer freien Gesellschaft? Sie ist kein Tribut, denn die Vorstellung eines Tributs ist unvereinbar mit derjenigen von Freiheit und Souveränität.“ In einem herrschaftsfreien Rechtsstaat wird die Steuer „der Anteil, den jeder Bürger für die Ausgaben der Dienstleistungen des Staates bezahlen muss. ... Aus dieser Vorstellung ergibt sich, dass ... das System der Ausgaben und Einnahmen der Regierung im Grunde genommen nur ein Tausch ist. Das, was sie den Bürgern an Dienstleistungen aller Art gibt, muss das genaue Äquivalent dessen sein, was sie von ihnen fordert.“¹⁴⁸

Siebzig Jahre nach der Französischen Revolution war Proudhons Überlegung immer „noch ziemlich neu“, sich das Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat nicht mehr als ein hierarchisches Subordinationsverhältnis vorzustellen, sondern als ein egalitäres Koordinationsverhältnis, bei dem der Austausch von staatlichen Leistungen gegen private Gegenleistungen genauso auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit stattfinden soll wie die Tauschbeziehungen zwischen Privatpersonen. „Gemäß den Maximen und Definitionen von 1789“ wollte Proudhon „ein System von Gleichgewichten finden ... , in dem die Freiheit genauso gut aufgehoben ist wie die Autorität; wo Fertigkeiten und Vermögensverhältnisse eben aufgrund des Gesetzes ihrer Ausbreitung zur Gleichheit hin tendieren; wo eine Angleichung des Wohlstands durch Gleichheit der Lasten erreicht wird; wo Bürgertugend durch ihre Identifizierung mit der Staatsräson etwas ganz Alltägliches wird.“¹⁴⁹

Gemäß der Äquivalenz im Verhältnis zwischen dem herrschaftsfreien Rechtsstaat und seinen Bürgern sowie der Äquivalenz zwischen den Bürgern sollte auch der Staatshaushalt ausgeglichen sein. Alles in allem sollte ein herrschaftsfreier Rechtsstaat seine Einnahmen und Ausgaben so in ein Gleichgewicht bringen, dass er keine Schulden aufnehmen braucht. Die permanente, besonders durch Militärausgaben bedingte Verschuldung Englands und Frankreichs betrachtete Proudhon als eine „verhängnisvolle Angewohnheit“.¹⁵⁰ Während sich nach seiner Auffassung auf der Grundlage der sozialen Ungleichheit im Frühkapitalismus von vornherein keine Steuergerechtigkeit erzielen ließ - auch nicht durch eine Steuerprogression, die er für eine „Scheinheiligkeit pur“ hielt - , hoffte Proudhon, dass eine soziale Gerechtigkeit und allseitige Gegenseitigkeit zur Grundlage für ein gerechtes Steu-

¹⁴⁷ Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 98 und 103.

¹⁴⁸ Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 63, 66 - 69, 89 - 91, 101 - 103 (Steuer als Tausch statt als Tribut) und 248 (Staat als Garant der bürgerlichen Freiheitsrechte).

¹⁴⁹ Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 29 und 67.

¹⁵⁰ Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 117 (schuldenfreier Staatshaushalt)

ersystem werden könnten. Auch wenn die soziale Gleichheit nicht absolut, sondern nur annäherungsweise erreicht werden könne, so „bleibt sie immer das Gesetz der Gesellschaft, die Formel der Gerechtigkeit sowohl für die Lebens- und Vermögensverhältnisse als auch für die Steuer“. Obendrein könne sie die Voraussetzung dafür schaffen, den Staatshaushalt nicht nur auszugleichen, sondern ihn auch zu verkleinern, statt ihn wie im Kapitalismus aufgrund des steigenden Regulierungs- und Reparaturbedarfs ständig zu vergrößern.¹⁵¹ Unter solchen Umständen sollte der Staat letztlich nicht wie ein gewinnorientierter Privatunternehmer auftreten, sondern seine Dienste zum „Selbstkostenpreis“ anbieten. Und die Bürger sollten Proudhon zufolge sogar die Freiheit bekommen, einzelne ‚Leistungen‘ des Staates wie zum Beispiel das Militärwesen nicht anzunehmen und dafür auch keine Steuern zahlen zu müssen.¹⁵²

Allerdings vermochte Proudhon zahlreiche praktische Fragen nach gerechten Steuerbemessungsgrundlagen, nach einer proportionalen und/oder progressiven Besteuerung und nach Problemen der Abwälzung von Steuern noch nicht zu klären. Trotz mancherlei Unvollkommenheiten im Detail war der Kern seiner Gedanken über den strukturellen Wandel von Staat und Steuern bahnbrechend: „Um die gleichmäßige Verteilung der Steuer ins Werk zu setzen ... , müsste man ... damit beginnen, die gleichmäßige Verteilung der Vermögen, des Kapitals, der Erzeugnisse und der Dienstleistungen ins Werk zu setzen.“¹⁵³

Proudhon bedauerte sehr, dass „die Ökonomen ... keine Vorstellung von dieser ungeheuren Veränderung haben“ und dass sie deshalb eine solche Veränderung nicht unterstützten. Dabei hätten sie einen Gedanken von François Quesnay und den „verehrungswürdigen Physiokraten“ aufgreifen können, der für Proudhon zum „Dreh- und Angelpunkt bzw. Eckstein“ seiner Staats- und Steuertheorie wurde: nämlich die Einsicht, dass die Bodenrente, die Adam Smith noch neben dem Arbeitslohn und dem Kapitalzins als eine der „drei Urquellen eines jeden Einkommens“ betrachtet hatte, kein rechtmäßiges Einkommen der Privateigentümer des Bodens war, sondern dem Staat als „Organ des Allgemeininteresses“ zusteht. Der Staat „repräsentiert ... die Gemeinschaft und die Solidarität der Gesellschaft“ und die bislang von Bodeneigentümern privat vereinnahmte Bodenrente hielt Proudhon deshalb in Übereinstimmung mit Quesnay und Mirabeau für die „einfachste, vernünftigste Steuer“ zur Finanzierung des Staatshaushalts, zumindest für seinen größten Teil.¹⁵⁴

¹⁵¹ Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 123 (Verkleinerung statt Vergrößerung des Staatshaushalts), 189, 191, 196 und 199 - 200 (keine Steuergerechtigkeit im Kapitalismus, Steuerprogression als scheinheiliges System) und 250 (Gleichheit als Voraussetzung für Steuergerechtigkeit).

¹⁵² Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 69, 74 und 103 (staatliche Leistungen zum Selbstkostenpreis) sowie 118, 125, 145 und 247 (keine Steuern für Militär und Kriegführung).

¹⁵³ Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 17 - 26 (Hinweise von Dirk Löhr im Vorwort), 82 (Steuerbemessung), 95 -97 (Ablehnung einer einheitlichen Pro-Kopf-Steuer), 128 - 135 (Verhältnismäßigkeit von Steuern) und 237 (gleichmäßige Verteilung von Kapital und Steuern).

¹⁵⁴ Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 94 und 253 (Ökonomen), 223 (Übereinstimmung mit Quesnay und Mirabeau), 230 - 231 (Staat als Repräsentant der Gesellschaft), 253 - 254 (Quesnay und Physiokra-

Gegen Ende seines Lebens stellte Proudhon also wie nach ihm der US-amerikanische Bodenreformer Henry George nicht mehr das Bodenprivateigentum als solches in Frage, sondern ‚nur‘ noch die Möglichkeit, dieses Eigentum zur Quelle eines leistungslosen Einkommens aus der Bodenrente zu machen. „Das einzig wahre Eigentum ist das Eigentum an Grund und Boden. Denn nur aufgrund dieses Eigentums ist der Mensch wirklich frei, gesichert und souverän.“ Zugleich erkannte Proudhon, dass die Höhe der gesamten Bodenrente nicht nur von der Bevölkerungsdichte abhing, sondern ganz wesentlich auch von der Art und dem Umfang des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur. Umso plausibler erschien ihm deshalb eine Bodenrentensteuer als „erste und wichtigste Quelle der Steuer“. Zugleich sei sie „unabhängig von dem Recht, das der Staat auf einen Anteil an dieser Rente hat, von allen Steuern ... diejenige, die am wenigsten Kapital, Arbeit, Gewinne und Löhne berührt und die am wenigsten das Werk der Produktion stört.“¹⁵⁵

Gerade weil Proudhon die Bodenrentensteuer als „einfachste, vernünftigste, gerechteste, am wenigsten kostspielige, die Massen am wenigsten beschwerende ... Steuer“ forderte, überraschte seine Auffassung, dass der Staat nur ein „Recht auf einen Anteil an dieser Rente“ habe und dass die Bodenrentensteuer „nicht bis zur Ausschöpfung der Gesamtheit der Grundrente gehen ... darf“. Dieser Widerspruch in seiner Argumentation hätte zwei Folgen gehabt. Zum einen hätte sie einen unnötigen Verzicht des Staates auf denjenigen Teil der Bodenrente bedeutet, der weiterhin den privaten Bodeneigentümern als leistungsloses Einkommen verbliebe. Und zum anderen würde dadurch der finanzielle Spielraum des Staates eingengt, so dass er aus dieser Steuerquelle nur einen „Bruchteil der Staatsausgaben“ hätte finanzieren können; für seine öffentlichen Dienste hätte er also noch weitere Steuern wie zum Beispiel Verbrauchssteuern erheben müssen.¹⁵⁶

Davon abgesehen war Proudhons Auffassung sehr bemerkenswert, dass es neben dem privaten Eigentum am Boden und an den dezentralisierten Produktionsmitteln auch öffentliches Eigentum geben sollte, „das ein Staat niemals veräußern darf. Dazu gehören zuallererst die Verkehrswege, die Eisenbahnen, Straßen und Kanäle, Bergwerke, Gewässer und Wälder. ... Um besagtes Eigentum ... zum Selbstkostenpreis ... zu verwerten“, müsse sich der Staat „an Pachtgesellschaften

ten, Staat als Organ der Allgemeininteressen, Bodenrente als erste und wichtigste Steuerquelle, Dreh- und Angelpunkt der Steuertheorie) sowie 270 und 272 (Bodenrente als Dreh- und Angelpunkt). - Adam Smith (1776/1987), S. 211 (drei große Klassen), 46, 57 und 514 (drei Einkommensarten).

¹⁵⁵ Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 212 (Bodeneigentum als Freiheitsgarantie), 253 (Bodenrentensteuer als erste und wichtigste Steuer) und 257 (Bodenrentensteuer stört die Produktion am wenigsten). In der Übersetzung von Proudhons „Theorie der Steuer“ durch Lutz Roemheld ist durchweg von „Grundrentensteuer“ die Rede. Da jedoch der Begriff „Grundrente“ auch in anderem Kontext verwendet wird, wird hier nur der Begriff „Bodenrentensteuer“ verwendet.

¹⁵⁶ Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 25 (Dirk Lühr in der Einleitung), 231 (Bodenrentensteuer als einfachste, vernünftigste und gerechteste Steuer; keine vollständige Wegsteuerung der Bodenrente) und 257 (keine vollständige Wegsteuerung der Bodenrente).

wenden, denn sein Fachgebiet erlaubt ihm nicht, sich mit Landwirtschaft oder Förderung von Bodenschätzen, mit Holzfällerei oder gar mit Jagd und Fischfang zu befassen.“ Und hinsichtlich der „Stollen mit Bodenschätzen“ war ihm bereits bewusst, dass sie „von der Natur geschaffene Lagerstätten“ darstellen, „eine Art öffentlicher Magazine zum Nutzen einer bestimmten Zahl von Generationen, die sich jedoch nicht erneuern lassen“. Und es dürfe nicht möglich sein, zugleich mit dem Abbau dieser Ressourcen private Ressourcenrenten zu erzielen. „Es kann sein, dass der Förderer dieser Bodenschätze ihnen jedes Jahr weit über das hinaus entnimmt, was für seine Existenz notwendig ist. Aber vom Gesichtspunkt der Gesellschaft aus gesehen, die die Folge vieler Generationen umspannt, darf man nicht zulassen, dass die Nutzung der Stollen eine Rente hervorbringt.“ Nachdem „der Grubenbetrieb im Verlauf von 50 Jahren Anlass zu einer Vielzahl skandalöser Missbrauchs“ war, sei es nunmehr an der Zeit, „den Bergbau ähnlich wie die Eisenbahnen zu betreiben, Arbeitergesellschaften (companies ouvrières) zu organisieren, die ihn betreiben, seine Produkte den Bürgern (citoyens) zum Förderpreis zu liefern, ausgenommen eine vom Staat zu erhebende Wertsteuer.“¹⁵⁷ Zusätzlich zu einer Bodenrentensteuer schlug Proudhon also - 1861! - auch schon ein der Allgemeinheit zufließendes Entgelt für die private Nutzung von Ressourcen vor. -

Auf seine „Theorie der Steuer“ folgte noch ein Werk „Über das föderative Prinzip“ (1863). Darin charakterisierte Proudhon den Staat sowohl in seiner feudalistischen als auch in seiner von wirtschaftlicher Macht verfälschten kapitalistisch-demokratischen Gestalt als eigentliche Verkörperung der Autorität, welche die persönliche Freiheit der Menschen beschränkt: „Da der Bürger und die Gemeinde jeder Würde beraubt sind, dringt der Staat in vielfältiger Form weiter vor und die Lasten des Steuerzahlers wachsen entsprechend. Es ist nicht mehr die Regierung, die für das Volk da ist, sondern das Volk ist für die Regierung da. Die Staatsgewalt durchdringt alles. ... Dem Bürger bleibt nichts mehr übrig, als in seinem kleinem Winkel seine Aufgabe zu erfüllen, sein kleines Gehalt entgegen zu nehmen, seine kleine Familie groß zu ziehen und sich im Übrigen auf die Weisheit der Regierung zu verlassen.“¹⁵⁸

Frankreich und England betrachtete Proudhon mehr als hierarchisch-zentralistische Machtstaaten denn als Rechtsstaaten. Und auch die Bildung weiterer Staaten in Deutschland, Italien, Ungarn, Irland oder Polen „nach dem Muster der Großmächte“ hielt er „im Grunde nur für die Herstellung von Einheitsstaaten“, die die persönliche Freiheit zugunsten von wirtschaftlicher Macht beschränken. „Die so viel von der Wiederherstellung der nationalen Einheit reden, haben wenig Sinn für die individuellen Freiheiten. Sie bedienen sich des Nationalismus als Vorwand, um der wirtschaftlichen Revolution auszuweichen.“ Aufgrund der ihnen zu-

¹⁵⁷ Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 132 (unveräußerliches öffentliches Eigentum) sowie 272 und 274 (Endlichkeit der Ressourcen).

¹⁵⁸ Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 194, 213 und 248 - 249.

grunde liegenden sozialen Ungleichheit werde in allen diesen Staaten immer wieder ihre innere politische Instabilität zu Tage treten.¹⁵⁹

Im Gegensatz zu den annexionistischen Machtstaaten, die um die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent und in der Welt kämpften, stellte sich Proudhon eine „Dezentralisation der Großstaaten und eine allgemeine Abrüstung“ vor, damit eine breite Vielfalt europäischer „Souveräne mittlerer Größe“ entstehen kann - ähnlich wie die Schweiz - , die sich mit dem Ziel eines „europäischen Gleichgewichts ... durch einen Föderationspakt miteinander ... zu einer Konföderation der Konföderationen ... vereinigen.“¹⁶⁰ Darin sollten die einzelnen Staaten ihren bisherigen widersprüchlichen Doppelcharakter als Rechts- und Machtstaaten ablegen und zu reinen Rechtsstaaten werden, die eine gerechte Rahmenrechtsordnung für die Wirtschaft und die Gesellschaft schaffen, aber nicht länger vormundschaftlich in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben intervenieren: „In einer freien Gesellschaft spielt der Staat oder die Regierung vornehmlich die Rolle des Gesetzgebers, des Einrichtenden, Schöpfenden, Einsetzenden oder des Einführenden - und am wenigsten die Rolle des Ausführenden. ... Der Staat ist kein Unternehmer für öffentliche Dienstleistungen; dies hieße ihn den Industriellen gleich stellen, die sich zur Ausführung von Gemeindearbeiten verdingen.“ Proudhon war für die Trennung nicht nur der Kirche, sondern auch des Bildungswesens vom Staat. Außerdem sah er keine Notwendigkeit einer staatlichen Organisation des Verkehrswesens, befürwortete aber einen staatlichen Rechnungshof und auch ein staatliches Amt für Statistik.¹⁶¹

Am Ende mündete Proudhons Vision einer marktwirtschaftlichen, aber nicht mehr kapitalistischen Ordnung der Wirtschaft und einer föderativen Ordnung der Politik in die Erwartung, dass „das 20. Jahrhundert die Ära der Föderation eröffnen wird. Oder die Menschheit wird wieder durch ein tausendjähriges Fegefeuer gehen. Das wahre Problem, das es zu lösen gilt, ist nicht das politische, sondern das wirtschaftliche Problem. ... Ganz Europa verlangt laut nach Frieden und Abrüstung.“¹⁶²

Nachwirkungen bei Peter Kropotkin und Gustav Landauer

In gewisser Hinsicht erging es Proudhon mit seinen späten Schriften wie Marx & Engels mit dem Band 3 des „Kapital“. Sie wurden nämlich sehr viel weniger rezipiert als seine frühen Schriften wie „Was ist das Eigentum?“ oder „Bekenntnisse eines Revolutionärs“ - nicht zuletzt, weil sie erst Jahrzehnte später auch in andere Sprachen übersetzt wurden.

Obwohl Proudhon die ursprünglichen Ziele der politischen Demokratie befürwortete und auch die Wirtschaft demokratisieren wollte, bezeichnete er seine Vision

¹⁵⁹ Pierre Joseph Proudhon (1858/1963), S. 187 und 209 - 224.

¹⁶⁰ Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 238 und 241 - 242.

¹⁶¹ Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 234 - 235.

¹⁶² Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 257 - 258 und 262.

einer egalitär-föderativen Ordnung vieler kleiner und mittlerer Republiken in Europa vielfach nicht als Demokratie, sondern - um die politische und ökonomische Herrschaftslosigkeit begrifflich von der real existierenden kapitalistisch verfälschten Demokratie zu unterscheiden - als „Anarchie“.¹⁶³ Dies führte zu dem Missverständnis, dass Proudhons Abneigung gegen jegliche Autorität von Menschen über Menschen auf das Ziel einer völligen Abschaffung des Staates hinauslaufe. Diesem Missverständnis hatte er bereits in seiner ersten Schrift „Was ist das Eigentum?“ und nochmals unmittelbar nach der gescheiterten 1848er Revolution in den „Bekennnissen eines Revolutionärs“ selbst mit den Worten Vorschub geleistet, dass „die Regierungen und Parteien verschwinden müssen, wenn der Mensch einmal mündig geworden ist. ... Autorität, Regierung, Macht, Staat - diese Worte bezeichnen alle eine und dieselbe Sache. ... Die wahre Form der Regierung ist die Anarchie, die Herrschaftslosigkeit. ... Ich will weder regieren noch regiert werden!“¹⁶⁴ Jedoch stellte sich Proudhon föderale Rechtsstaaten als Form der Politik vor und nicht etwa eine Auflösung von jeder Staatlichkeit.

Da zudem Leon Walras, der spätere Mitbegründer der neoklassischen Ökonomie, seit seiner Dissertation (1860) einem Eindringen von Proudhons Gedanken in die Ökonomie wirkungsvoll entgegen trat¹⁶⁵, konnte in der Folgezeit auch keine gedankliche Verbindung zwischen dem klassisch-liberalen Staatsverständnis von Adam Smith und Proudhons Vision einer föderativen Ordnung mehr zustande kommen. Und da schließlich große Teile der internationalen Arbeiterbewegung nach dem Zerwürfnis zwischen Marx und Proudhon staatszentralistisch orientiert blieben - Ferdinand Lassalle verhöhnte den liberalen Staat später gar als „Nachtwächterstaat“ - , konnten Proudhons Gedanken fortan nur noch im staatskritischen oder gar staatsfeindlichen Anarchismus weiterwirken. Dieser teilte sich wiederum in eine von Michail Bakunin (1814-1876) und Peter Kropotkin (1842-1921) geprägte anarcho-kommunistische Richtung und in eine vor allem von Proudhon beeinflusste libertäre Richtung auf.¹⁶⁶

In der Pariser Kommune, die wenige Jahre nach Proudhons Tod während des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71 entstand, wirkte sich die Spaltung der Arbeiterbewegung besonders nachteilig aus. Nachdem Frankreich die Schlacht bei Sedan verloren und das von deutschen Truppen belagerte Paris kapituliert hatte, wurde Wilhelm I. im Spiegelsaal zu Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen und in Frankreich die Monarchie von einer bürgerlichen Republik abgelöst. Wäh-

¹⁶³ Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 199 [Anarchie] und 262 [Republik] sowie (1866/2010), S. 176 [Anarchie].

¹⁶⁴ Pierre Joseph Proudhon (1849/1969), S. 7 [Republik als Ideal], 18 - 19 [Ablehnung jeglicher Autorität], 94 und 223 [Anarchie]. - Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 23 [keine Herrschaft von Menschen über Menschen], 56 [Despotie, Monarchie, Aristokratie und Demokratie sind Tyrannen], 219 [„Ich bin Anarchist.“], 224 und 228. - Adam Smith (1776/1978), S. 587 - 693.

¹⁶⁵ Leon Walras (1860).

¹⁶⁶ Zur Wirkungsgeschichte von Proudhons Werk vgl. Johannes Hilmer (1997), S. 175 - 189. - Adam Smith (1776/1978), S. 587 - 693.

rend dieses bürgerkriegsähnlichen Übergangs wurde Frankreich von Versailles aus regiert und als der Pariser Stadtrat neu gewählt wurde, gewannen linksbürgerliche, sozialistische und kommunistische Kräfte die Mehrheit. Der neue Gemeinderat ordnete die sofortige Bewaffnung der Pariser Bevölkerung an, um die Selbstständigkeit der Stadt sowohl gegen deutsche Truppen als auch gegen französische Regierungstruppen verteidigen zu können. Bei den Beratungen über die Schaffung menschenwürdiger sozialer Verhältnisse in Paris brachen dann heftige Kontroversen zwischen den kommunistisch orientierten Blanquisten und den anarchistisch-sozialistisch eingestellten Proudhonisten aus, wobei die Blanquisten die Oberhand bekamen. Schließlich ging die Pariser Kommune nach 72 Tagen unter, als die Regierungstruppen Paris in einer „blutigen Maiwoche“ zurückeroberten.¹⁶⁷ -

Danach lebten Proudhons Gedanken insbesondere im Werk von Kropotkin weiter, der eine besondere Berühmtheit dadurch erlangte, dass er Darwins Deutung des Lebens als Kampf ums Dasein mit seinem Buch über die „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“ entgegen trat (1902). Wenige Jahre vorher hatte Kropotkin in seinem Buch „Landwirtschaft, Fabrik und Werkstatt“ seine Vision einer Gesellschaft beschrieben, die aus einer Vielzahl von kleinen sozialistischen Kommunen mit gemeinschaftlichem Eigentum bestehen sollte. Wenn sich die Großindustrie nur auf der Grundlage der Lohnabhängigkeit der Arbeiter aufrecht erhalten lasse, dann solle die Gesellschaft auf großtechnische Produktionsanlagen verzichten. An ihnen kritisierte Kropotkin auch die zu weit voran getriebene Arbeitsteilung, die die Arbeit der Lohnabhängigen in der industriellen Massenproduktion oftmals auf einzelne, sich in stumpfer Monotonie wiederholende Handgriffe reduzierte. Er kritisierte den Verlust von Handwerk und Kunsthandwerk und verwies darauf, dass die Arbeitsteilung unter den Bedingungen der Konzentration von Kapital keineswegs nur der Erleichterung der menschlichen Arbeit und der Steigerung ihrer Produktivität gedient habe, sondern in erster Linie der Steigerung von Gewinnen. Ähnlich wie Proudhon kritisierte Kropotkin die Teilung und hierarchische Über-/Unterordnung von leitenden und ausführenden Arbeiten und erhoffte sich von einer Dezentralisierung von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel in Gestalt landwirtschaftlich-industrieller Föderationen Möglichkeiten für neue egalitäre Verbindungen von geistigen und körperlichen Arbeiten. „Das gegenwärtige System der Industrie, das auf eine fortgesetzte Zergliederung der Tätigkeit gegründet ist, trägt schon die Keime zu seinem eigenen Untergang in sich. ... Das Ideal der Zentralisten bedarf dringend einer Revision.“ Landwirtschaftliche und industrielle Tätigkeiten sollten enger miteinander verbunden werden - „nicht in ihrer gegenwärtigen Form als kapitalistische Fabrik, sondern in Gestalt einer sozial organisierten Produktion. Mit voller Hilfe der Maschinen und des technischen Wissens“ sollte die dezentralisierte Industrie „in die Dörfer kommen“, wobei Kropotkin auch die englische Gartenstadtbewegung vor Augen hatte. „Habet Fabrik

¹⁶⁷ Maschkin, Michail (1982).

und Werkstätte dicht neben euren Feldern und Gärten!“ Zudem sollte ein „gleichzeitiger Unterricht in Wissenschaft und Handwerk“ für eine umfassende Erziehung und vielseitige Bildung der Menschen sorgen und letztlich sollte dadurch auch das Kunsthandwerk zu einer neuen Blüte gelangen können.¹⁶⁸

Ganz besonders kritisierte Kropotkin die kapitalistisch-kolonialherrschaftliche Form der internationalen Arbeitsteilung, bei der 'entwickelte' europäische Industrieländer sich sowohl Rohstoffvorräte als auch Absatzgebiete in 'unterentwickelten' Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas aneignen und „eine ständig zunehmende Schnelligkeit der überseeischen Verbindungen“ benötigen. „Es ist Zeit, den Schluss zu ziehen“, womit Kropotkin nicht jeden internationalen Verkehr beenden sollte; aber „Industrien aller Arten sollten sich dezentralisieren und sich über die ganze Erde verbreiten. Jedes Volk wird der Reihe nach ein Industrievolk. Und die Zeit ist nicht mehr fern, da die Völker Europas sowohl die der Vereinigten Staaten und die zurück gebliebenen Völkerschaften Asiens und Amerikas beinahe alles, was sie brauchen, selbst herstellen werden. ... Und was die afrikanischen Völker anbelangt, so ist deren Elend doch wahrlich keine Grundlage für den Wohlstand eines zivilisierten Volkes. In anderer Richtung ist der Fortschritt zu suchen. Er liegt in der Produktion für den eigenen Bedarf.“ Jedes Land der Welt sollte landwirtschaftliche, handwerkliche und industrielle Güter in erster Linie für den eigenen Bedarf herstellen.¹⁶⁹

Der Einfluss von Proudhon und Kropotkin erstreckte sich im frühen 20. Jahrhundert schließlich noch auf Gustav Landauers und Martin Bubers Gedanken über die Bildung von Siedlungen und Genossenschaften. Damit sollte die kapitalistische Gesellschaft nach und nach auf gewaltfreie Weise und ohne den Staat zu einem bürokratischen „monströsen Riesenunternehmer“ zu machen in eine freiheitlich-sozialistische Gesellschaft übergehen. In der „Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft in selbstständig wirtschaftenden und tauschenden Gemeinden“ sah Landauer auch einen Weg zum „Wiederanschluss der Wirtschaft an die Natur.“¹⁷⁰ Über Martin Buber wirkten diese Vorstellungen auf die Kibbuz-Bewegung in Palästina/Israel weiter. Außerdem beeinflusste Proudhon den Anarcho-Syndikalismus, der insbesondere in den romanischen Ländern bestrebt war, in privaten Händen konzentriertes Kapital auf lokale Untergliederungen der Gewerkschaften zu übertragen. Dem Syndikalismus mangelte es jedoch an der Einsicht in die Notwendigkeit, boden-, geld- und kreditpolitische Voraussetzungen für die Entstehung nichtkapitalistischer Arbeiterassoziationen zu schaffen.¹⁷¹

¹⁶⁸ Peter Kropotkin (1902/1976), S. 21 - 23 (Regionalisierung von Produktion und Verbrauch), 196 - 197 (Gartenstadtbewegung und Revision des Ideals der Zentralisten), 232 (Kunsthandwerk) und 244 (Nachbarschaft von Landwirtschaft und Industrie).

¹⁶⁹ Peter Kropotkin (1902/1976), S. 24 (internationale Transporte), 47 - 49 und 199.

¹⁷⁰ Gustav Landauer (1911/1967), S. 101 (Staat als Riesenunternehmer), 178 und 188.

¹⁷¹ Martin Buber (1947/1985), S. 56 - 109 (über die Einflüsse von Proudhon, Kropotkin und Landauer). - Zum Anarcho-Syndikalismus vgl. den Abschnitt 5.3 im vorliegenden Buch.

Vorläufer des späteren Faschismus?

In neuerer Zeit fand der Kampf von Marx und Engels gegen Proudhon als ‚kleinbürgerlichen Sozialisten‘ seine Fortsetzung in Versuchen, ihn unter Hinweis auf antisemitische, rassistische und frauenfeindliche Äußerungen als einen Vorläufer des späteren deutschen Faschismus zu stigmatisieren. So hat Frederic Krier ihn im Untertitel seiner Studie über einen „Sozialismus für Kleinbürger“ als „Wegbereiter des Dritten Reiches“ charakterisiert, obwohl die Resultate seiner Studie sehr viel differenzierter ausfallen.

Proudhons Polemiken gegen Parteien, gegen das „parlamentarische Schwatzen“¹⁷² und gegen die Herrschaft von Mehrheiten über Minderheiten waren in der Tat eine Gratwanderung. Sie konnten den Eindruck einer Geringschätzung der kleinen Fortschritte erwecken, die die damalige Politik gegenüber dem Ancien Regime erreichte. Aber sie richteten sich nicht gegen die Demokratie als solche, sondern gegen ihre Verfälschung durch die Machtpolitik von Parteien und Interessenverbänden. Proudhons gesamte Denkweise war gegen jegliche Herrschaft von Menschen über Menschen und erst recht gegen totalitäre Herrschaftssysteme gerichtet und auch sein Menschenbild wies keine sozialdarwinistischen Züge auf. Er bekannte sich zu einer herrschaftsfreien Föderation einer Vielzahl von kleinen und mittleren Republiken.¹⁷³

Im Gegensatz zu Kriers Einschätzung sind auch Proudhons Abneigung gegen das römische Bodenrecht und seine Sympathie für germanische Bodenrechtsvorstellungen kein Indiz für seine besondere Vorliebe für ‚die Germanen‘ und für eine besondere Abneigung gegen ‚die Römer‘. Unabhängig von den unterschiedlichen Rechtsvorstellungen von Römern und Germanen ging es Proudhon um die - wie er ausdrücklich betonte - auch bei slawischen Völkern vorhandene Einsicht, dass der Boden grundsätzlich kein Privateigentum sein dürfe bzw. privates Bodeneigentum nicht zur Quelle einer leistungslosen Bodenrente werden dürfe.¹⁷⁴ Und im Gegensatz zum Untertitel seines Buches kommt Krier an mehreren Stellen seines Buches auch im Hinblick auf die Problematik des Geldes und des Zinses selbst zu dem Ergebnis, dass es eben doch „keine direkte Geistesverwandtschaft zwischen Proudhon und dem nationalsozialistischen Programm der ‚Brechung der Zinsknechtschaft‘“ gibt. Andererseits haben Kriers Hinweise ihre Berechtigung, dass Proudhon in sich widersprüchliche und kritikwürdige Ansichten über das Juden-

¹⁷² Pierre Joseph Proudhon (1849/1969), S. 41.

¹⁷³ Vgl. hierzu Karl Hahn (1975), S. 277 - 315 (Proudhons Kritik an der real existierenden Demokratie), S. 229 - 275 und 317 - 338 (Ausblicke auf Proudhons Vorstellungen von einem zukünftigen demokratischen Förderalismus).

¹⁷⁴ Frederic Krier (2009), S. 109 - 129. Vgl. hierzu Pierre Joseph Proudhon (1865/2010), S. 161 und 169 - 170.

tum und das Christentum hatte. Einen prägenden Einfluss auf seine ökonomischen Gedanken hatten sie allerdings nicht.¹⁷⁵

¹⁷⁵ Frederic Krier (2009), S. 60 und 179 - 282. Vgl. außerdem das Klarheit schaffende Nachwort von Gerhard Senft zur Neuauflage von Proudhon „Handbuch der Börsenspekulanten“, in: Proudhon (1854/2009), S. 277 - 310.

Kapitel 5
Geld- und Zinskritisches
in den Spätwerken von Marx & Engels
und ihren Nachfolgern in der
Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg

5 Geld- und Zinskritisches in den Spätwerken von Marx & Engels und ihren Nachfolgern in der Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg

5.1 Spuren von Geldkritik im „Kapital“ Band 1 und in den Vorstudien

Ihre Grundannahme, wonach Geld und Waren in der Zirkulationssphäre als Äquivalente getauscht werden, hatten Marx & Engels in ihren Frühschriften, im „Kommunistischen Manifest“ und auch noch im Band 1 des „Kapital“ zu der Auffassung geführt, dass die Wurzel der Ausbeutung der menschlichen Arbeit nur in der Produktionssphäre verborgen sein könne. Deshalb hielten sie es für verfehlt, die Ausbeutung wie Proudhon durch Änderungen innerhalb der Zirkulationssphäre bekämpfen zu wollen. Stattdessen forderten Marx & Engels eine revolutionäre Umwälzung innerhalb der Produktionssphäre, d.h. eine Zentralisierung des bis dahin privaten Eigentums an den Produktionsmitteln in den Händen eines vom Proletariat eroberten Staates sowie eine zentralstaatliche Planung von Produktion und Verteilung – mit der tragischen Folge, dass sich große Teile der Arbeiterbewegung in eine welthistorische Sackgasse von Diktatur und Planwirtschaft verirrt und sich in unauflösbare Widersprüche verwickelten.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass es nicht nur in ihren Frühschriften, sondern auch im Band 1 des „Kapital“ (1867) sowie in einigen vorher und danach veröffentlichten Werken vereinzelte Aussagen gab, die erkennen lassen, dass Marx & Engels zumindest unterschwellig auch Zweifel an der Äquivalenz von Geld und Waren gehabt haben könnten. Diese Zweifel haben sich nach dem Erscheinen von Band 1 des „Kapital“ im Zuge der weiteren Ausdifferenzierung des Kapitalismus offensichtlich noch verstärkt. Die nach Marx' Tod aus seinem Nachlass von Engels herausgegebenen Bände 2 und 3 des „Kapital“ (1885 und 1894) enthalten noch sehr viel mehr Anzeichen für eine im Vergleich zum Band 1 stärkere Gewichtung der Zirkulationssphäre. So gewannen Marx & Engels in ihren Spätwerken Einsichten in die Nichtäquivalenz von Geld und Waren, die ansatzweise in eine Richtung wiesen, in der sich der Kapitalismus auf eine monetäre statt arbeitswert- und mehrwerttheoretische Weise hätte analysieren und auf eine nichtkommunistische Weise überwinden lassen.

Zwar brachten Marx & Engels die Nichtäquivalenz von Geld und Waren und die Vorrangstellung des Geldes gegenüber der zur Ware degradierten menschlichen Arbeit und ihren Produkten noch nicht in einen unmittelbaren Kausalzusammenhang mit dem leistungslosen Einkommen aus Kapitalzinsen. Aber dennoch bekamen sie auch den Vorrang des Geldkapitals gegenüber dem industriellen Sachkapital als ein strukturelles Problem der kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsweise in den Blick und begingen nicht nochmals den Fehler, dieses strukturelle

Problem wie Fourier oder in ihren eigenen Frühschriften auf den Handel zu reduzieren oder gar im Sinne von Ressentiments gegenüber jüdischen Kaufleuten und Bankiers zu personalisieren.¹

- In seinen Vorstudien zum „Kapital“, die 1859 unter dem Titel „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ erschienen, deutete Marx den Unterschied zwischen den Waren, die jeweils nur „ein besonderes Bedürfnis“ befriedigen, und dem aus Gold bestehenden Geld an, das „jedes Bedürfnis befriedigt. ... Aus dem bloßen Handlanger wird das Geld zum Gott der Waren.“² Er spürte ebenfalls den Unterschied zwischen der „unvergänglichen Form“ der „unverwüstlichen“ Geldmetalle und der Unmöglichkeit, Waren längere Zeit aufzubewahren, und sah im Geld zudem einen „Gegenstand wie Quelle der Bereicherungssucht“. Aber seine Überzeugung, dass Waren und Geld als Äquivalente ausgetauscht werden, hielt ihn letztlich davon ab, die Möglichkeit einer „Erstarrung des zirkulierenden Geldes in Schätzen ...“, die in bürgerlich entwickelten Ländern in den Bankreservoirs konzentriert werden“, als ein besonderes Privileg der Besitzer von Geld bzw. Geldkapital zu erkennen. Stattdessen erschien ihm die Schatzbildung nur als eine Reaktion auf die „Schwankungen der Warenzirkulation. Die Schätze erscheinen so als Zufuhr- und Abzugskanäle des zirkulierenden Geldes, so dass immer nur das durch die unmittelbaren Bedürfnisse der Zirkulation selbst bedingte Quantum Geld als Münze zirkuliert.“³
- In dem 1857/58 entstandenen, aber erst posthum veröffentlichten Manuskript „Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie“ rückte Marx ebenfalls von der klassischen Betrachtung des Geldes als bloßem Tauschmittel und von seiner eigenen Auffassung ab, wonach sich Geld und Waren auf den Märkten als Äquivalente austauschen. In Anknüpfung an Überlegungen von Karl Arndt und Thomas Hodgskin betrachtete Marx das Geld in den „Grundrissen“ nicht nur als bloßes Zirkulationsmittel, sondern geradezu als „Herrscher und Gott in der Welt der Waren. ... Aus seiner Knechtsgestalt, in der es als bloßes Zirkulationsmittel erscheint, wird es plötzlich der Herrscher und Gott in der Welt der Waren. ... Das Geld ist also nicht nur der Gegenstand, sondern zugleich die Quelle der Bereicherungssucht.“⁴
- Auch im Band 1 des „Kapital“ war sich Marx dessen bewusst, dass der „Salto mortale der Ware“ beim Austausch von Waren und Geld misslingen kann, dass also der Kauf $G - W$ oftmals leichter ist als der Verkauf $W - G$. „Man sieht, die Ware liebt das Geld“ – aber nicht immer umgekehrt auch das Geld die Ware! „Nichts kann alberner sein als das Dogma, die Warenzirkulation bedinge ein notwendiges Gleichgewicht der Verkäufe und Käufe, weil jeder Verkauf Kauf und vice versa. ... Keiner kann verkaufen, ohne dass ein anderer kauft. Aber keiner braucht unmit-

¹ Gegen Ende seines Lebens distanzierte sich Engels deutlich vom Antisemitismus; vgl. dazu Fried-

² Karl Marx (1859/1969), S. 102 – 103.

³ Karl Marx (1859/1969), S. 105, 107, 109 – 114.

⁴ Karl Marx (1857-58/1953), S. 84 – 86 (Geld als allgemeines Äquivalent) und 113 (Geld als Gott der Waren). – Zu Thomas Hodgskin vgl. ebenda, S. 319 – 320 („Labour defended against the claims of capital“), und zu Karl Arndt vgl. S. 734 („Traité sur le commerce“). Zu Hodgskin vgl. auch Karl Marx (1894/1973), S. 402 – 403 und 412.

telbar kaufen, weil er selbst verkauft hat. Die Zirkulation sprengt die zeitlichen, örtlichen und individuellen Schranken des Produktaustausches eben dadurch, dass sie die hier vorhandene unmittelbare Identität zwischen dem Austausch des eigenen und dem Eintausch des fremden Arbeitsprodukts in den Gegensatz von Verkauf und Kauf spaltet.“ Gerade dadurch – so zitierte Marx einen Ausspruch von Boisguillebert, einem französischen Ökonomen des 17. Jahrhunderts – „ist das Geld der Henker aller Dinge geworden.“ Dennoch unterstellte Marx bei seiner Untersuchung der „Gesamtmetamorphose“ von Waren und Geld auf den Märkten, dass „diese Transsubstantiation gelingt. Hier ist sein normaler Vorgang also vorauszusetzen.“⁵ Und den „bevorzugten Platz“ des Geldes auf den Märkten brachte Marx auch noch nicht mit seiner Möglichkeit in Verbindung, die Zirkulation eigenmächtig zu unterbrechen, sondern ihm ging es an dieser Stelle nur um das „gesellschaftliche Monopol“, das das Gold als einzige Ware mit einer Geldfunktion innehatte, ohne daraus – wie er unausgesprochen unterstellte – einen Sondervorteil zu ziehen.⁶

Die Akkumulation des Kapitals stellte Marx im Band 1 des „Kapital“ ebenfalls unter der Voraussetzung dar, dass „das Kapital seinen Zirkulationsprozess in normaler Weise durchläuft“. Die Akkumulation des Kapitals und seine erneute Investition betrachtete er also als einen von keinerlei Unterbrechungen gestörten „beständigen Fluss“ der einfachen Reproduktion, die dann „aus der Kreisform in die Spirale“ der Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter übergeht: „Ein Verschluss des Geldes gegen die Zirkulation wäre gerade das Gegenteil seiner Verwertung als Kapital und Warenakkumulation im schatzbildnerischen Sinn reine Narrheit.“⁷

5.2 Engels' Spätschriften sowie die Bände 2 und 3 des „Kapital“

In seiner Kritik an dem antisemitischen Ökonomen Eugen Dühring, der ein „sozialitäres System“ mit einer Vielzahl von „Wirtschaftskommunen“ an die Stelle des Kapitalismus setzen wollte, bemängelte Engels in den späten 1870er Jahren dessen unzureichendes Verständnis des Geldes. Dühring wolle das herkömmliche Metallgeld nicht außer Kraft setzen, obwohl „eine bloße Buchführung hinreichen“ würde, „wenn sie mit dem natürlichen Maßstab der Arbeit – der Zeit, der Arbeitsstunde als Einheit – rechnet.“ Stattdessen wolle Dühring das herkömmliche Metallgeld als „verkleidete Arbeitsmarke“ ähnlich dem „Arbeitsstundengeld“ von Owen weiter verwenden. Dagegen erhob Engels den Einwand, dass Dühring „nicht verhindern kann, dass die einen sich einen kleinen Geldschatz zurücklegen, während die anderen mit dem ihnen gezahlten Lohn nicht auskommen.“ Dann besteht auch weiterhin unvermeidlich „die Gelegenheit und das Motiv einerseits zur

⁵ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 120 – 127 und 144, 155 (Boisguillebert). – Zu Boisguillebert vgl. Ferdinand Wenzlaff (2011), S. 16.

⁶ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 83 – 84.

⁷ Karl Marx (1885/1973), in: MEW 24, S. 589, 591, 612, 615 und 656.

Schatzbildung, andererseits zur Verschuldung. ... Und da der Schatzbildner in der Lage ist, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, so ist mit dem als Geld fungierenden Metallgeld auch der Zinswucher wieder hergestellt.“ Das Privileg des verschatzbaren Geldes, sich mit Zinsen bedienen zu lassen, betrachtete Engels als Ursache dafür, dass „die in Bankiers übergegangenen Schatzbildner und Wucherer“ wie im Kapitalismus so auch in Dührings „Wirtschafts- und Handelskommunen“ zu den „Beherrschern des Zirkulationsmittels“ und damit auch zu den eigentlichen „Beherrschern der Produktion und der Produktionsmittel“ werden.⁸

- Außerdem brachte Engels in seiner Schrift über die „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (1880) die chronische Krisenhaftigkeit des Kapitalismus in einen unmittelbaren Zusammenhang mit Störungen des Geldkreislaufs. Seit dem frühen 19. Jahrhundert sei das Geld in periodischen Zeitabständen immer wieder phasenweise zu einem „Zirkulationshindernis“ geworden: „Seit 1825, wo die erste allgemeine Krisis ausbrach, geht die ganze industrielle und kommerzielle Welt, die Produktion und der Austausch sämtlicher zivilisierter Völker und ihrer mehr oder weniger barbarischen Anhängsel so ziemlich alle zehn Jahre einmal aus den Fugen. Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabsetzbar, das bare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still, die arbeitenden Massen ermangeln der Lebensmittel, weil sie zu viel Lebensmittel produziert haben, Bankrott folgt auf Bankrott, Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Stockung ..., bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen“ und die arbeitslose „industrielle Reservearmee“ wieder neue Lohnarbeiten findet.⁹

- Knapp 20 Jahre, nachdem Marx im Band 1 des „Kapital“ den „Produktionsprozess des Kapitals“ mehrwerttheoretisch analysiert hatte, gab Engels kurz nach Marx' Tod den Band 2 des „Kapital“ mit einer Analyse des „Zirkulationsprozesses des Kapitals“ heraus. Darin wurde nicht mehr so selbstverständlich wie im Band 1 ein ununterbrochener Kreislauf des Kapitals vorausgesetzt. Im Falle einer Stockung „erstarrt das Geldkapital zum Schatz; die Produktionsmittel liegen funktionslos auf der einen Seite, während die Arbeitskraft auf der anderen unbeschäftigt bleibt. Unverkäuflich aufgehäuften Waren versperren den Zirkulationsfluss. ... Das Geld hat so die Form von brachliegendem, latentem Geldkapital. Doch gehen wir zunächst nicht weiter darauf ein.“ Als Selbstzweck habe die Schatzbildung „nur in den unterentwickelten vorkapitalistischen Formen“ eine Rolle gespielt.¹⁰

Erst im weiteren Verlauf seiner Analyse des Zirkulationsprozesses sowie der Produktion und Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter wurde Marx & Engels

⁸ Friedrich Engels (1876-1878/1968), in: MEW 20, S. 282 - 284. – Zu Dührings Vorstellungen von Wirtschaftskommunen vgl. Gerhard Albrecht (1927), S. 223 - 255.

⁹ Friedrich Engels (1880/1969), in: MEW 19, S. 218 - 219. – Anzeichen für die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus hatte Engels schon 1845 in der „Lage der arbeitenden Klassen in England“ beobachtet; vgl. dazu (1845/1969), in: MEW 2, S. 314 - 315.

¹⁰ Karl Marx & Friedrich Engels (1885/1973), in: MEW 24, S. 56, 82 und 88.

deutlicher bewusst, dass die Verschätzbarkeit des Geldes auch „ein dem kapitalistischen Produktionsprozess immanentes Moment“ ist: „Diese zahlreichen Punkte, wo Geld der Zirkulation entzogen wird und sich in zahlreichen individuellen Schätzen resp. potentiellen Geldkapitalien aufhäuft, scheinen ebenso viele Hindernisse der Zirkulation zu sein, weil sie das Geld immobilisieren und es seiner Zirkulationsfähigkeit für längere oder kürzere Zeit berauben.“¹¹

Wenn „latentes Geldkapital“ der Zirkulation zeitweise entzogen wird, bleiben Waren in entsprechendem Umfang solange unverkäuflich und es fallen für ihre Instandhaltung auch noch besondere „Zirkulationskosten“ an: „Das Verharren des Warenkapitals als Warenvorrat auf dem Markt erheischt Baulichkeiten, Magazine, Reservoirs der Waren, Warenlager, also Auslage von konstantem Kapital, ebenso Zahlung von Arbeitskräften zur Einmagazinierung der Waren in ihre Reservoirs. Außerdem verderben die Waren und sind schädlichen elementaren Einflüssen ausgesetzt.“¹² Es fehlte an dieser Stelle nur noch der Hinweis, dass solche Zirkulationskosten auch für die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft und der Produktionsmittel entstehen, wenn sie durch Störungen im Kreislauf des Kapitals zeitweise stillgelegt werden, und dass sie im Unterschied dazu für das Geld und das Geldkapital gerade nicht in vergleichbarem Maße anfallen. Sonst würde ihre vorübergehende Immobilisierung zumindest erschwert oder ganz unterbleiben.

Außerdem fiel Marx auf, dass das Geld noch einen weiteren strukturellen Vorteil in Gestalt seiner höheren Liquidität hat – und zwar sowohl als Tauschmittel gegenüber den Waren und als auch als Geldkapital gegenüber den Produktionsmitteln und der menschlichen Arbeit: „Als Geld befindet sich der Wert in einer stets umsetzbaren Form. Als Ware muss er erst durch die Verwandlung in Geld diese Gestalt unmittelbarer Austauschbarkeit und daher stets schlagfertiger Wirksamkeit erhalten.“¹³

Auch ohne schon die ganze Tragweite dieser strukturellen Nichtäquivalenz von Geld und Geldkapital einerseits und Arbeit, Produktionsmitteln und Waren andererseits zu überblicken und ihren Kausalzusammenhang mit dem Kapitalzins als leistungslosem Einkommen zu erkennen, nahmen Marx & Engels im Band 2 des „Kapital“ wahr, wie sich dadurch die wirtschaftliche Macht mehr und mehr vom Industriekapital zu einem „Monopol großer Geldkapitalisten, vereinzelter oder assoziierter“ verlagerte: „Geldkapital ... bildet die Form, worin jedes individuelle Kapital auf die Bühne tritt, seinen Prozess als Kapital eröffnet. Es erscheint daher als primus motor, Anstoß gebend dem ganzen Prozess. ... Entwickelte kapitalistische Produktion vorausgesetzt, also Herrschaft des Lohnarbeitersystems, spielt offenbar das Geldkapital eine Hauptrolle.“¹⁴ Diese Aussage stand im diametralen

¹¹ Karl Marx & Friedrich Engels (1885/1973), in: MEW 24, S. 488 – 489.

¹² Karl Marx & Friedrich Engels (1885/1973), in: MEW 24, S. 140, 146 und 149.

¹³ Karl Marx & Friedrich Engels (1885/1973), in: MEW 24, S. 128 – 128.

¹⁴ Karl Marx & Friedrich Engels (1885/1973), in: MEW 24, S. 111, 354 (Geldkapital als primus motor) und 474.

Gegensatz zu der im Band 1 mehrwerttheoretisch begründeten Aussage, wonach das Industriekapital die alles beherrschende Rolle im Kapitalismus spielt.

Die Dominanz des Geldkapitals verstärkte sich im mittleren Drittel des 19. Jahrhunderts noch dadurch, dass nicht mehr nur einzelne Industriekapitalisten die Immobilisierbarkeit des Geldes bzw. Geldkapitals als „virtuelles Geldkapital“ nutzten, um die Verwertung ihres Eigenkapitals je nach der Entwicklung der Profithöhen zu sichern, sondern dass ein Bank- und Kreditwesen entstand, welches die brach liegenden Teile des Geldkapitals der einzelnen Industriekapitalisten bündelte. „Das Geldkapital, das der Kapitalist noch nicht in seinem eigenen Geschäft anwenden kann, wird von anderen angewandt, von denen er Zinsen dafür erhält. Es fungiert für ihn als Geldkapital im spezifischen Sinn, als eine vom produktiven Kapital unterschiedene Sorte Kapital. Aber es wirkt als Kapital in anderer Hand. ... Das Geldkapital erhält dadurch in einer anderen Form den enormsten Einfluss auf den Verlauf und die gewaltige Entwicklung des kapitalistischen Produktionssystems.“¹⁵

- Obwohl Marx den „Kreislaufprozess des Kapitals“ im Band 2 als eine „Einheit von Zirkulation und Produktion“ betrachtete¹⁶, lautete der Untertitel von Band 3 letztlich doch nur „Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion“ und nicht – was nahe gelegen hätte – „Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion und Zirkulation“. Obwohl also Marx' Hauptaugenmerk wie im Band 1 auch im Band 3 auf die Produktionssphäre gerichtet blieb, enthielt der Band 3 ebenfalls zahlreiche Aussagen über das Verhältnis zwischen Kapitalisten und Proletariern, die sehr viel differenzierter waren als seine grob vereinfachende Vorstellung vom Klassenkampf zwischen den industriellen Kapitalisten und Proletariern im „Kommunistischen Manifest“ und im Band 1. Diese Aussagen dürften zumindest teilweise von Engels stammen, der die von Marx hinterlassenen Manuskriptfragmente aus dem „oft nur mühsam zu entziffernden Original“ übertrug und „möglichst im Marxschen Geist“ redigierte.¹⁷

Im „Kapital“ Band 3 spiegelte sich die Entwicklung des Kapitalismus im letzten Quartal des 19. Jahrhunderts wieder. Im Gegensatz zu ihrem frühkapitalistischen Stadium war die Gesellschaft nicht mehr nur in zwei deutlich voneinander abgrenzbare und sich bekämpfende Klassen gespalten. Sowohl das Kapital als auch die Lohnarbeit spalteten sich immer weiter auf: aus der in sich widersprüchlichen Klasse der industriellen Unternehmerkapitalisten wurden

a) Unternehmer, die weiterhin eigenes Kapital investierten, sowie

¹⁵ Karl Marx & Friedrich Engels (1885/1973), in: MEW 24, S. 323 und 494; vgl. auch S. 182.

¹⁶ Karl Marx & Friedrich Engels (1885/1973), in: MEW 24, S. 64.

¹⁷ Engels im Vorwort zu Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 11. Was Engels in Marx' Nachlass vorfand, war „nicht ein fertiger Entwurf, nicht einmal ein Schema, dessen Umrisse auszufüllen wären, sondern nur ein Ansatz von Ausarbeitung, der mehr als einmal in einen ungeordneten Haufen von Notizen, Bemerkungen, Materialien in Auszugsform ausläuft. ... Mir blieb nichts übrig als die Sache in gewisser Beziehung übers Knie zu brechen, mich auf möglichste Ordnung des Vorhandenen zu beschränken, nur die notdürftigsten Ergänzungen zu machen.“ [ebd. S. 12 – 13]

- b) Unternehmer, die neben eigenem auch fremdes Kapital von Banken und Börsen liehen und ihre Leitungsaufgaben auf bezahlte Manager übertrugen, und
- c) kaum noch oder gar nicht mehr selbst produzierende Kapitalisten, die nur noch - wie übrigens auch Engels nach seinem Ausscheiden aus dem Familienunternehmen in Manchester - mit Aktien spekulierten und von Dividenden lebten.¹⁸ Produktiv tätig waren zudem nicht nur Industrieproletarier, sondern auch Bauern, Handwerker, Lehrer, Ärzte und andere Freiberufler sowie Angestellte.

Dominanz des Finanzkapitals über das Industriekapital

Aufgrund ihrer Erwartung, dass die kleinbürgerlichen Mittelschichten in das Proletariat übergehen würden, setzten sich Marx & Engels im Band 3 nicht mehr näher mit dem sozialen Wandel in den oberen, mittleren und unteren Schichten auseinander. Dafür analysierten sie die weitere Ausdifferenzierung des Kapitals in Industrie- und Finanzkapital umso klarer und entwickelten eine komplexere Vorstellung sowohl von den Kapitalisten als auch vom Mehrwert bzw. Profit.

Trotz ihrer nochmaligen Abgrenzungen gegenüber Proudhon griffen auch Marx & Engels im Band 3 die mittlerweile nicht mehr übersehbare „Trennung der Kapitalisten in Geldkapitalisten und industrielle Kapitalisten“ auf und berücksichtigten, dass sie „ganz verschiedene Rollen im Reproduktionsprozess spielen. Der eine verleiht das Kapital nur, der andere wendet es produktiv an. ... Der Geldkapitalist ist bloßer Eigentümer des Kapitals. Er vertritt also das bloße Kapitaleigentum vor dem Produktionsprozess und außerhalb des Produktionsprozesses.“¹⁹ Demnach erkannten Marx & Engels am Ende doch noch die Macht des Geldkapitals, von außen zu bestimmen, was innerhalb des Produktionsprozesses mit dem Realkapital und der Arbeit zu geschehen hat. Im Gegensatz zu Adam Smiths Rechtfertigung der Kapitalisten und zu ihrem eigenen früheren Feindbild vom ausbeuterischen industriellen Kapitalisten, der in seiner Fabrik unumschränkt herrscht, stellten sie im Band 3 die innere Widersprüchlichkeit der nicht nur mit eigenem, sondern auch mit fremdem Kapital arbeitenden Kapitalisten dar: „Der Anwender des Kapitals, auch wenn er mit eigenem Kapital arbeitet, zerfällt in zwei Personen: den bloßen Eigentümer des Kapitals und den Anwender des Kapitals.“ Der Anwender von eigenem Kapital ist also in sich selbst gespalten in die „zwei Personen“ des Unternehmers und des Kapitalisten, während sich bei der Anwendung von fremdem Kapital tatsächlich „zwei Personen“ gegenüberstehen – die des Unternehmers und die des Kreditgebers.²⁰ Noch komplizierter wird diese innere Spaltung der ‚Kapitalistenklasse‘ bei Unternehmer- und Handelskapitalisten, die sowohl mit eigenem

¹⁸ Tristram Hunt (2017), S. 319, 352 und 354 [Engels' Spekulationen, u.a. mit Aktien von großen Eisenbahngesellschaften].

¹⁹ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 357 und 367 (Abgrenzungen gegenüber Proudhon) sowie 383, 385 und 387 (Unterschied zwischen Geld- und industriellen Kapitalisten).

²⁰ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 388.

als auch mit fremdem Kapital arbeiten, sowie bei den Banken, Börsen und Aktiengesellschaften, die einerseits mit Geldkapital als „konzentrierter, organisierter Masse“ auftreten und die andererseits ähnlich wie die Unternehmer konkrete Tätigkeiten ausüben und „die Tendenz haben, diese Verwaltungsarbeit als Funktion mehr und mehr zu trennen von dem Besitz des Kapitals. ... Neben und über dem wirklichen Dirigenten tritt eine Anzahl Verwaltungs- und Aufsichtsräte auf.“²¹

Außerdem haben Marx & Engels den Unternehmerkapitalisten im Band 3 zugestanden, dass sie in ihrer Rolle als Unternehmer Arbeitsleistungen erbringen, die entlohnt werden müssen, während sie in ihrer Rolle als Kapitalisten nicht arbeiten und leistungslose Zinseinkünfte beziehen: „Dem Geldkapitalisten gegenüber ist der industrielle Kapitalist Arbeiter, aber Arbeiter als Kapitalist, d.h. als Exploiteur fremder Arbeit. ... Die Arbeit des Exploitierens ist ebenso gut Arbeit wie die Arbeit, die exploitiert wird. ... Der industrielle Kapitalist ... erscheint daher ... als Arbeiter, und zwar als Lohnarbeiter. ... Repräsentant des fungierenden Kapitals sein, ist keine Sinekure wie die Repräsentation des zinstragenden Kapitals.“²²

Dementsprechend rückten Marx & Engels im Band 3 auch von ihrer früheren pauschalen Verurteilung des Mehrwerts bzw. des Profits ab. Stattdessen unterschieden sie jetzt – ähnlich wie Engels andeutungsweise schon in seiner allerersten Schrift „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ – zwischen dem „Unternehmergewinn als Aufsichtslohn der Arbeit ... der Oberleitung“ bzw. als „Lohn des Dirigenten“ und zwischen dem Zins als tatsächlich leistungslosem Einkommen: „Auch wenn der Industrielle mit eigenem Kapital arbeitet, spaltet sich sein Profit in Zins und Unternehmergewinn. ... Der Unternehmergewinn bildet keinen Gegensatz zur Lohnarbeit, sondern nur zum Zins.“ Der Zins des eigenen wie auch des fremden Kapitals erscheint im Band 3 also nicht mehr nur als ein untergeordneter Bestandteil eines insgesamt verabscheuungswürdigen Profits, sondern als die eigentliche ausbeuterische Einkommensart. „Im Gegensatz zum Zins stellt sich der Unternehmergewinn dar als unabhängig vom Kapitaleigentum, vielmehr als Resultat seiner Funktionen als Nichteigentümer, als – Arbeiter.“²³

Die von Marx & Engels im Band 3 vorgenommene Unterscheidung zwischen Unternehmern und Kapitalisten sowie zwischen dem Unternehmergewinn (passender wäre es gewesen, in diesem Zusammenhang von einem Unternehmerlohn zu sprechen) und dem Zins gilt schließlich auch für den ebenfalls hierarchisch strukturierten Bereich der Banken, Aktiengesellschaften und Börsen, in denen einerseits Kapitalisten leistungslose Einkünfte aus Zinsen und Dividenden beziehen und andererseits Unternehmer, Manager und Angestellte als ‚Arbeiter‘ Dienstleistungen erbringen.

²¹ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 381 und 401 – 403.

²² Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 393 und 395 – 396.

²³ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 389, 392 – 393, 396, 400 und 402. – Vgl. hierzu Engels' Frühschrift (1833-34/1970).

Alles in allem brachten Marx & Engels erst im Band 3 die Verlagerung der wirtschaftlichen Macht vom industriellen Realkapital zum Geldkapital mitsamt der „Verselbstständigung des Zinses gegen den Profit“ zum Ausdruck. „Im zinstragenden Kapital erreicht das Kapitalverhältnis seine äußerlichste und fetischartigste Form. Wir haben hier $G - G'$..., Geld heckendes Geld. ... Es wird ganz Eigenschaft des Geldes, Wert zu schaffen, Zins abzuwerfen, wie die eines Birnbaums, Birnen zu tragen.“ Marx & Engels sprachen vom „Eingewachsensein des Zinses in das Geldkapital“ und von der „Kapitalmystifikation in der grellsten Form“. Gleichwohl kritisierten sie die „Volksvorstellung“ vom Geldkapital als „Kapital par excellence“, weil sie den Gesamtzusammenhang von kapitalistischer Produktions- und Zirkulationsweise ausblende.²⁴

Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate

Im Unterschied zu dem von ihnen lange Zeit unterstellten Äquivalententausch von Waren und Geld gemäß ihrer Arbeitswerte bezogen Marx & Engels im Band 3 deutlicher als vorher die beständigen Abweichungen der Marktpreise von den Arbeitswerten bzw. „Kostpreisen“ der Waren sowie auch die damit verbundenen „Wertsteigerungen und die Entwertung von Kapital“ mit ein. Im Zusammenhang mit ihren Überlegungen zur „Verwandlung des Profits in Durchschnittsprofit“ wurde ihnen bewusst, dass „die Werttheorie hier unvereinbar ist mit der wirklichen Bewegung, unvereinbar mit den tatsächlichen Erscheinungen der Produktion. ... Es ist nichts leichter, als die Ungleichmäßigkeiten von Nachfrage und Zufuhr einzusehen und die daraus folgende Abweichung der Marktpreise von den Marktwerten.“²⁵

Dennoch hielten Marx & Engels an dieser Stelle noch an ihrer arbeitswerttheoretischen Prämisse fest, dass „der Wert der Ware als Grundlage wichtig bleibt, weil das Geld nur aus diesem Fundament heraus begrifflich zu entwickeln und der Preis seinem allgemeinen Begriff nach zunächst nur der Wert in Geldform ist.“ Und sie blieben bis dahin auch bei ihrer Annahme einer von störenden Unterbrechungen freien Geldzirkulation: „Allerdings wird bei der Betrachtung des Geldes als Zirkulationsmittel unterstellt, dass nicht nur eine Metamorphose einer Ware vorgeht. Es wird vielmehr die gesellschaftliche Verschlingung dieser Metamorphosen betrachtet. Nur so kommen wir zum Umlauf des Geldes und zur Entwicklung seiner Funktion als Zirkulationsmittel.“²⁶

²⁴ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 370 (Verselbstständigung des Zinses), 404 – 407 (Kapitalverhältnis in seiner fetischartigsten Form als Geld heckendes Geld) und 389 (Volksvorstellung vom Geldkapital). Die ersten Anfänge dieser Entwicklung hatte Ricardo schon 1817 beobachtet: „In allen reichen Ländern gibt es eine gewisse Anzahl von Menschen, welche die sogenannte Kapitalistenklasse bilden; diese Leute sind in keinem Gewerbe beschäftigt, sondern leben von den Zinsen ihres Geldes, welches bei Wechselgeschäften oder Darlehensgewährungen an den aktiveren Teil der Gesellschaft Verwendung findet.“ David Ricardo (1817/1972), S. 77 – 78.

²⁵ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 33ff, 120, 162 und 199.

²⁶ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 203.

Daran anknüpfend enthält das Kapitel über das „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ im Band 3 des „Kapital“ zwei eng miteinander zusammenhängende Beobachtungen:

- Zum einen verwiesen Marx & Engels auf die periodisch wiederkehrenden Krisen und zweifelten deshalb die Geschlossenheit des gesellschaftlichen Geld- und Warenkreislaufs wieder an. „Diese Störung und Stockung paralyisiert die mit der Entwicklung des Kapitals gleichzeitig gegebene ... Funktion des Geldes als Zahlungsmittel, unterbricht an hundert Stellen die Kette der Zahlungsobligationen an bestimmten Terminen, wird noch verschärft durch das damit gegebene Zusammenbrechen des gleichzeitig mit dem Kapital entwickelten Kreditsystems und führt so zu heftigen akuten Krisen.“²⁷
- Und zum anderen erkannten sie im Zusammenhang mit der Verlagerung der wirtschaftlichen Macht vom Industrie- zum Finanzkapital schließlich auch noch, dass das Industrie- und das Finanzkapital den absoluten und relativen Mehrwert nicht beliebig steigern konnten. Augenscheinlich gab es auch eine zwar in sich widersprüchliche, aber alles in allem gegenläufige Tendenz zum Fallen der Mehrwert- bzw. Profitrate, die schon Smith, Ricardo und Mill aufgefallen war. Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate stelle für die kapitalistische Produktion ein „Mysterium“ dar, „um dessen Lösung sich die ganze politische Ökonomie seit Adam Smith dreht.“²⁸

Diese beiden Beobachtungen verbanden Marx & Engels zu der Schlussfolgerung, dass eine fortwährende, nicht von Krisen unterbrochene „Produktion ... und Überakkumulation von Kapital“ dessen Knappheit allmählich überwindet, d.h. mit fallenden Raten verlieren die Profite allmählich ihre Wirkungskraft als „belebendes Feuer der Produktion“ bzw. als „Stachel der kapitalistischen Produktion und Treiber der Akkumulation“. Die Profitrate könnte sogar ganz bis auf null fallen, wenn die Produktion nicht schon vorher durch eine „periodische Entwertung des vorhandenen Kapitals“ aufgehalten würde, wenn also seine Knappheit und Fähigkeit zur Selbstverwertung nicht vorzeitig durch eine „Brachlegung und selbst eine teilweise Vernichtung von Kapital“ wieder hergestellt würden. Demnach kommt die Produktion nicht erst dann zum Stillstand, wenn die menschlichen Bedürfnisse befriedigt sind, sondern schon vorher an einem Punkt, „wo die Produktion und Realisierung von Profit diesen Stillstand gebietet.“ Es wird also nicht absolut, sondern nur relativ „zu viel Reichtum produziert. Es wird periodisch zu viel Reichtum in seinen kapitalistischen, gegensätzlichen Formen produziert.“ Und die Produktion wird dann solange unterbrochen, bis das Kapital wieder so relativ knapp wird, dass es genügend hohe Profite abwerfen kann. „Die eingetretene Stockung der Produktion hätte

²⁷ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 264.

²⁸ Vgl. David Ricardo (1817/1972), S. 100 - 101: „Die natürliche Tendenz des Profits ist demnach zu fallen. ... Diese Tendenz, dieses Gravities sozusagen der Profite, wird glücklicherweise in sich wiederholenden Zwischenräumen durch die Verbesserungen der Maschinerie ... gehemmt.“ - John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 604 - 616, und Band 2, S. 356 - 378, hier: S. 365 und 377. - Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 223 und 242 (gegenwirkende Kräfte).

eine spätere Erweiterung der Produktion - innerhalb der kapitalistischen Grenzen - vorbereitet. Und so würde der Zirkel von neuem durchlaufen.“²⁹

Wie Marx & Engels im Band 3 ihres „Kapital“ richtig erkannten, „strebt die kapitalistische Produktion beständig danach, die ihr immanenten Schranken zu überwinden“, hinter denen die konzentrierten Produktionsmittel ihren Kapitalcharakter bei einem weitergehenden Fall der Profitraten auf null allmählich ganz hätten verlieren können. Stattdessen überwindet die kapitalistische Produktion diese Schranken „nur durch Mittel, die ihr diese Schranken auf's Neue und in gewaltigerem Maßstab entgegenstellen“; d.h. sie kann diese Schranken in Wirklichkeit nicht überwinden, sondern sie wird in den periodisch wiederkehrenden Krisen immer wieder hinter sie zurückgeworfen in ihre alte kapitalistische Grundstruktur. „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: dass das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint.“³⁰

Allerdings sind Marx & Engels am Ende ihres Lebens nicht mehr auf den nahe liegenden Gedanken gekommen, die Tendenz zur Selbstaufhebung des Kapitalismus dadurch zu unterstützen, dass die periodischen Störungen des Geldkreislaufs und die Brachlegungen von Kapital unmöglich gemacht werden. Zu wirkungsmächtig blieb ihre frühere Auffassung, dass der Kapitalcharakter der Produktionsmittel nicht in ihrer relativen Knappheit bestehe, sondern in ihrer Eigenschaft als Privateigentum, und dass eine Überwindung des Kapitalismus allein durch eine Verstaatlichung des in privaten Händen akkumulierten Privateigentums möglich sei. Und anstatt in einem Fall der Profitraten auf null das Tor zu einer möglichen Entkapitalisierung und Dezentralisierung der Produktionsmittel zu erblicken, blieben Marx & Engels auch bei ihrer früheren Auffassung, dass es der „historische Beruf“ der kapitalistischen Produktionsweise sei, „die rücksichtslose, in geometrischer Progressive vorangetriebene Entfaltung der Produktivität der menschlichen Arbeit“ fortzusetzen, bis die technischen Voraussetzungen für eine sozialistische Produktionsweise mit verstaatlichten Produktionsmitteln gegeben seien.³¹

²⁹ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 259 (periodische Entwertung des Kapitals), 261 (Überproduktion und Überakkumulation von Kapital), 263 (Brachlegung und Vernichtung von Kapital), 265 und 268 - 269 (Profite als Stachel bzw. belebendes Feuer der Produktion).

³⁰ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 260. - In diesem Zusammenhang äußerten Marx & Engels noch einen weiteren Gedanken, der später in der Kolonialismus- und Imperialismustheorie von Rosa Luxemburg eine zentrale Bedeutung erlangen sollte, dass sich der Kapitalismus nämlich nicht nur durch eine vorübergehende Brachlegung und teilweise Vernichtung von Kapital in Krisen am Leben erhält, sondern auch durch ein Ausweichen in noch nicht industrialisierte Länder. „Der Markt muss daher beständig ausgedehnt werden. ... Der innere Widerspruch sucht sich auszugleichen durch Ausdehnung des äußeren Feldes der Produktion.“ (S. 255 und 266)

³¹ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), in: MEW 25, S. 272.

5.3 Vom „Kapital“ Band 1 zur Programmatik der Sozialdemokratie

In einer von sinkenden Profitraten bzw. sinkenden Eigen- und Fremdkapitalzinsen ausgelösten Krise hätte dem Geld und dem Geldkapital nur noch die Möglichkeit genommen werden müssen, sich vorübergehend von den Märkten zurückzuziehen. Damit wäre jene Schranke aus dem Weg geräumt worden, die das Finanz- und Industriekapital mit Hilfe periodisch wiederkehrender ‚Reinigungskrisen‘ vor einem noch weiteren tendenziellen Fall der Profitrate bzw. des Zinsniveaus gegen null (oder sogar darunter) schützte. An und hinter dieser Schranke hätten das Finanz- und das Industriekapital ihren Kapitalcharakter allmählich ganz verloren. Und ein auf diese Weise erreichtes Ende des Kapitalismus hätte eine Wende zur Dezentralisierung des bislang akkumulierten und konzentrierten Kapitals einleiten können.

Im „Kapital“ Band 3 waren Marx & Engels also - ohne es zu merken - einer Möglichkeit, den Kapitalismus zu überwinden, greifbar nahe gekommen. Jedoch blieb ihnen die ganze Tragweite ihrer in eine richtige Richtung weisenden Gedanken verborgen, weil sie sich auch im Band 3 letztlich nicht von ihrer früheren Vorstellung befreien konnten, dass eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel in kapitalistischen Aktiengesellschaften als „Resultat der höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktion ... ein notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten“ sei. Diese Rückverwandlung des Kapitals in ein Eigentum der Produzenten stellten sich Marx & Engels ausdrücklich nicht als dezentralisiertes „Privateigentum einzelner Produzenten“ vor, sondern wie im „Kommunistischen Manifest“ und im „Kapital“ Band 1 als ein in der Hand des proletarischen Staates hochgradig konzentriert bleibendes „unmittelbares Gesellschaftseigentum“.³²

Die von Adam Smith und den Klassikern nicht als ‚verkehrte Welt‘ wahrgenommene soziale Spaltung der Gesellschaft und das hierarchische Lohnarbeitsverhältnis haben Marx & Engels zwar als fehlerhaften „Doppelcharakter“ des Wirtschaftens gespürt, aber sie haben diese Fehlentwicklung des Liberalismus zum Laissez-faire-Kapitalismus im „Kapital“ Band 1 falsch erklärt und das Übel mit einer ungeeigneten Gegenstrategie noch verschlimmert statt die frühsozialistischen Korrekturen des Laissez-faire-Kapitalismus weiterzudenken und den Kapitalismus in konstruktiv-kritischer Fortführung der Gedanken von Proudhon und Mill mit einem sozial gebändigten Liberalismus zu überwinden.

Die im Band 1 entfaltete Arbeitswert- und Mehrwerttheorie entwickelte eine so gewaltige gedankliche Schubkraft – die zudem noch durch ihre populären Darstellungen in „Lohnarbeit und Kapital“ und später in „Lohn, Preis und Profit“ verstärkt

³² Karl Marx & Friedrich Engels [1894/1973], in: MEW 25, S. 453.

wurde³³ – , dass die Widersprüche zwischen der Arbeitswert- und Mehrwerttheorie im Band 1 und den späteren Einsichten in die Strukturprobleme der Zirkulationssphäre im Band 3 auch im Falle einer stärkeren Beachtung von Band 3 innerhalb der Arbeiterbewegung nur in begrenztem Maße wahrgenommen worden wären. Aber vielleicht hätten Marx' & Engels' späte Werke bei einzelnen Theoretikern der Arbeiterbewegung die Frage aufkommen lassen, ob sich eine Zentralisierung der Produktionsmittel in den Händen eines proletarischen Staates wirklich als richtiger Weg zur Überwindung des kapitalistischen Lohnarbeitsverhältnisses erweisen würde oder ob es dazu – zumindest zusätzlich – auch Veränderungen in der Zirkulationssphäre bedurft hätte.

In Anbetracht des unermesslichen Leids von Millionen von Menschen, zu dem der Kampf des Proletariats gegen die Industriekapitalisten und für den Kommunismus geführt hat, erscheint es im Nachhinein als eine ungeheure Tragik der Weltgeschichte, dass – wie es Engels im Vorwort zum Band 2 des „Kapital“ ausdrückte – „Marx' Mehrwerttheorie wie ein Blitz aus heiterem Himmel eingeschlagen hatte“.³⁴ Ihre Wirkung war so gewaltig, dass die späten Einsichten von Marx & Engels in den Bänden 2 und 3 des „Kapital“ keine theoretische Kurskorrektur der Arbeiterbewegung mehr bewirken konnten. Aus ihnen hätte sich – vielleicht in Verbindung mit den zirkulationskritischen Ansätzen bei Proudhon – eine Chance ergeben können, die kapitalistische Produktions- und Zirkulationsweise auf gewaltfreiem Weg durch eine beim Geld ansetzende Gesamtreform zu überwinden und eine Dezentralisierung des Geld- und Realkapitals einzuleiten, die den klassischen Liberalismus im Sinne der Frühsozialisten sowie von Proudhon und Mill korrigiert hätte. Diese Chance haben jedoch auch spätere Theoretiker der Arbeiterbewegung wie Rosa Luxemburg und Rudolf Hilferding vollständig übersehen – auch weil Engels in seiner Darstellung der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (1880) die Frühsozialisten nochmals als „die drei großen Utopisten“ kritisiert hatte, deren „unreife Theorien noch dem unreifen Stand der Produktivkräfte“ im Frühkapitalismus entsprochen hätten. Außerdem seien Saint-Simon, Fourier und Owen noch „keine Vertreter des Proletariats“ gewesen, sondern sie hätten „gleich die ganze Menschheit befreien“ wollen.³⁵

Revolution oder Reform?

Nachdem die bürgerlich-konservativen Eliten unter der Führung von Otto von Bismarck die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von 1878 bis 1890 durch sog. Sozialistengesetze unterdrückt hatten und nachdem Bismarck

³³ Karl Marx (1849/1968), in: MEW 6, S. 397 – 423. – Karl Marx (1865 bzw. 1898/1968), in: MEW 16, S. 103 – 152. Diese auf einem Vortragsmanuskript aus dem Jahr 1865 beruhende Schrift wurde erstmals 1898 von Marx' Tochter Eleanor herausgegeben.

³⁴ Friedrich Engels in: MEW 24, S. 21.

³⁵ Friedrich Engels (1880/1969), in: MEW 19, S. 191 – 201, hier: S. 191 und 193.

außerdem begonnen hatte, ihr durch die Einführung einer Kranken-, Unfall- und Altersversicherung den politischen Wind aus den Segeln zu nehmen, setzten sich vor allem Eduard Bernstein und Karl Kautsky auf dem Erfurter Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (1891) dafür ein, dass die sich aus dem Band 1 des „Kapital“ ergebenden praktischen Konsequenzen zur Grundlage ihrer Programmatik wurden. Insbesondere das letzte Kapitel mit der Rechtfertigung des „massenhaften Eigentums weniger“ und der Forderung nach einer schlussendlichen „Expropriation der Expropriateure“ wurde zum Kern des Erfurter Programms. Hierbei vertraute die Sozialdemokratie auf die von Marx & Engels postulierte historische Gesetzmäßigkeit, dass „die planlose Produktion der kapitalistischen vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft kapitulieren“ werde. Über die Konzentration von Kapital in großen Aktiengesellschaften und Trusts – besonders „bei den großen Verkehrsanstalten Post, Telegrafien und Eisenbahnen“ – werde der Kapitalismus zwangsläufig in eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaft „hineinwachsen“.³⁶

Im festen Glauben an den Sieg des Proletariats über das Kapital verband sich die proletarisch-revolutionäre Rhetorik allerdings bald mit der Überzeugung, dass eine reformerische Praxis auf der Bühne des bürgerlichen Parlamentarismus der beste Weg sei, nach und nach die politische Macht zu gewinnen und dann auf parlamentarischem Weg einen Übergang vom Kapitalismus zu einem demokratischen Sozialismus einzuleiten.³⁷ Tatsächlich gelang es der Sozialdemokratie trotz fortwährender Repressalien, binnen weniger Jahre zu einer der stärksten politischen Kräfte im deutschen Kaiserreich aufzusteigen. Ihre Stimmenanteile bei Reichstagswahlen konnte sie von knapp 20 % im Jahr 1890 auf knapp 35 % im Jahr 1912 steigern.³⁸ Während dieser Zeit entstanden besonders in den Stahl-, Chemie- und Elektroindustrien große Konzerne und Trusts, deren Finanzierung große Banken übernahmen - eine Entwicklung, die besonders Rudolf Hilferding in seinem Buch „Das Finanzkapital“ analysierte. -

Nur wenige Unternehmer wie der badische Eisen- und Stahlfabrikant Michael Flürscheim (1844-1912), der Hamburger Fabrikant Heinrich Freese (1853-1944), Ernst Abbe (1840-1905) als Mitbegründer der Jenaer Zeiss-Werke, Robert Bosch (1861-1942) als Hersteller von Elektrotechnik und Verbrennungsmotoren oder der Flugpionier Otto Lilienthal (1848-1896) sahen ihre soziale Verantwortung für ihre Arbeiter, wie sie die Frühsozialisten Saint-Simon und Owen vorgelebt hatten. Als „Arbeitersohn, dem über Nacht nicht Unternehmer- und Kapitalistenaugen wachsen wollten“, baute Abbe die optische Werkstatt von Carl Zeiss in Jena als Stiftungsunternehmen auf. Der Arbeitstag der Arbeiter war darin auf acht Stunden am Tag begrenzt. Es gab Vorkehrungen zum Schutz ihrer Gesundheit und außerdem wurden die Arbeiter am Unternehmensgewinn beteiligt. Auch Michael Flürscheim,

³⁶ Friedrich Engels (1880/1969), in: MEW 19, S. 220 – 221.

³⁷ Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 48 – 54.

³⁸ Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 55 – 59.

Heinrich Freese und Otto Lilienthal führten auf freiwilliger Basis in ihren Unternehmen Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage ihrer Arbeiter ein. Lilienthal schaffte in seinem Maschinen- und Flugzeugbauunternehmen die Akkordarbeit ab und führte eine 25-prozentige Beteiligung seiner Arbeiter am Gewinn ein.³⁹

Für den Industriellen Robert Bosch war Geld nur „das jetzige Mittel, um Macht zu gewinnen. Ohne dieses kann niemand Leute dinge, um andere dienstbar zu machen, d.h. sie für sich arbeiten zu lassen. ... Geld im eigentlichen jetzigen Sinne darf es nicht mehr geben und somit kein aufspeicherbares Kapital und demnach keine Bestechung, keinen Raub, Diebstahl usw.“⁴⁰ Und dem Industriellen Rudolf Diesel war sein Konzept des „Solidarismus“ zur Lösung der sozialen Frage weitaus wichtiger als seine technische Erfindung des Dieselmotors.⁴¹

Ähnlich wie Abbe engagierten sie sich Flürscheim, Freese und Lilienthal neben ihren sozialverantwortlichen Unternehmertätigkeiten auch noch für eine Reform

³⁹ Zu Michael Flürscheim vgl. Michael Wessel (2014), S. 15 - 20. - Zu Heinrich Freese vgl. Karl-Wilhelm Gabbert (1970), S. 45 - 93 („konstitutionelle Fabrik“, Gewinnbeteiligung, Achtstundentag und andere sozialpolitische Maßnahmen). - Ernst Abbe (1906), S. V, 4 und 26 - 56. - Zur Gewinnbeteiligung in Lilienthals Unternehmen vgl. Manuela Runge & Bernd Lukasch (2005), S. 165. Mit der Entwicklung des Fliegens wollte Lilienthal Grenzen überwindende Verbindungen zwischen den Völkern der Welt schaffen. Nach dem Vorbild von Gerhart Hauptmanns „Die Weber“ (1892) verfasste er auch ein sozialkritisches Theaterstück „Moderne Raubritter“ (Berlin 1896), das ursprünglich „Der Gewerbeschwindler“ heißen sollte. (Vgl. Manuela Runge & Bernd Lukasch 2005, S. 211 - 213)

⁴⁰ Robert Bosch (1885), S. 42.

⁴¹ Rudolf Diesel (1903/2007). - Diesel hat übrigens schon frühzeitig überlegt, ob sein Motor mit Pflanzenölen statt mit fossilem Öl betrieben werden könnte. Sein Solidarismus wies neben sympathischen Elementen allerdings auch erhebliche Schwächen auf. Die einzelnen Betriebe verglich Diesel mit Bienenstöcken und die darin Arbeitenden mit Bienen. „Das Anlage- und Betriebskapital von Bienenstöcken wird beschafft durch Aufnahme einer verzinslichen, in 50 Jahresraten rückzahlbaren Anleihe, für deren Kapital und Zinsen die Volkskasse haftet. ... Der Bienenstock ist ein Selbstbetrieb. Alle Bienen sind Teilhaber des Geschäfts; sie haben die uneingeschränkte Nutznießung und Verwaltung desselben; sie leiten ihr Geschäft selbst durch eine Anzahl gewählter Vertrauensleute.“ Jeder Bienenstock besteht aus einem Produktionsbereich, einem Tauschlager sowie aus sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Lehrlingswerkstätten, Bibliotheken und Veranstaltungsräumen, die von den Bienen kostenlos genutzt werden können. Landwirtschaftliche Bienenstöcke sollten aus mehreren Bauernhöfen bestehen, die gemeinschaftlich statt einzeln wirtschaften. Und als Untergliederungen der „Volkskasse“ sollte es auch Banken als Bienenstöcke geben, bei denen Ersparnisse verzinslich angelegt werden können. (S. 13 - 17, 20 - 21, 35 - 36, 41 und 70) Den Gesamtzusammenhang aller Bienenstöcke stellte sich Diesel als ein „wunderbares Uhrwerk“ vor, dass von der „Volkskasse“ so organisiert werde, dass die Interessen der Einzelnen mit dem Wohl der Allgemeinheit übereinstimmen. Der Austausch der Erzeugnisse der einzelnen Bienenstöcke sollte zu „Bienenpreisen“ erfolgen, d.h. die Preise sollten den „natürlichen Selbstkostenpreisen“ entsprechen. Als Eigentümerin aller Bienenstöcke sollte die „Volkskasse“ keine Gewinne aus den Bienenstöcken verlangen, „da das Gesamtertragnis den Bienen gehört. ... Unter Ausschluss der Erzielung eines Gewinns soll die Volkskasse die gesamten Ertragnisse der Bienenstöcke an ihre Bienen als Gegenwert ihrer Arbeit auszahlen.“ (S. 20, 23, 39 und 53) Trotz des Ansinnens von Rudolf Diesel, die Arbeitenden solidarisch miteinander zu verbinden, war die hierarchische Überordnung der leitenden Arbeit über die unselbstständige ausführende Arbeit im Solidarismus nicht aufgehoben. Noch weniger als Saint-Simon und Owen ahnte Diesel das im Geld wurzelnde Machtpotential. Die „übliche Verzinsung“ des Kapitals (S. 13) nahm er als Selbstverständlichkeit hin und erkannte nicht, dass eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen dadurch unmöglich wird.

des Bodenrechts im Sinne einer Vergesellschaftung des Bodens bzw. der Bodenrente, um die kapitalistischen Strukturen des Wirtschaftens immerhin teilweise zu überwinden und den Proletariern Chancen zu eröffnen, freie und selbstständige Wirtschaftsbürger zu werden.⁴² -

Das Gros der Unternehmer beharrte jedoch unerbittlich auf ihrem Machtanspruch, „Herr im eigenen Hause“ zu sein. Das stärkte indirekt den Widerstand der Gewerkschaften. Von 277.000 Mitgliedern im Jahr 1891 stiegen ihre Mitgliederzahlen kontinuierlich an: „1899 wurde die 500.000er Grenze überschritten. 1904 war die erste Million erreicht, 1910 die zweite und vor Ausbruch des Weltkrieges standen schließlich 2,5 Millionen Mitglieder in ihren Reihen.“⁴³ Ohne Berücksichtigung der späten Einsichten von Marx & Engels in die sich verkomplizierende soziale Spaltung der Gesellschaft folgten sowohl die Gewerkschaftsbewegung als auch ihre Gegner im Unternehmerlager bei weiteren Konflikten um Löhne und soziale Rechte der im Frühkapitalismus entstandenen Frontlinie des Klassenkampfes zwischen dem Industriekapital und dem vereinigten Proletariat.

Trotz ihres rasanten Aufstiegs konnten die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sich freilich nicht den mittel- und langfristigen Wirkungen entziehen, die die von Bismarck eingeführten Sozialgesetze entfalteten. Die relative Verbesserung der proletarischen Lebensverhältnisse durch kleine Zugeständnisse des Kapitals an die Arbeit könnte einen revolutionären Umsturz verhindert und den Wunsch nach weiteren kleinen Verbesserungen geweckt haben. Neben die revolutionäre Programmatik trat jedenfalls eine reformistische Alltagspraxis, mit der die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse pragmatisch für die Rechte der Arbeiter und auch der Frauen sowie für bessere Wohnbedingungen und eine bessere Bildung kämpften – so sehr, dass August Bebel die Arbeiterbewegung mahnte, sich angesichts des bald beginnenden neuen Zeitalters nicht in der Tagespolitik zu verlieren. Als aber Eduard Bernstein die Arbeiterbewegung in seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (1899) auch noch mit starken Zweifeln an der Richtigkeit der von Marx angenommenen historischen Gesetzmäßigkeiten verunsicherte und darauf verwies, dass die Mittelschichten gar nicht ins Proletariat absinken, sondern sich nur in ihrer sozialen Struktur veränderten – infolgedessen entstanden auch liberale bzw. christliche Arbeitervereine und Gewerkschaften – , brach ein lange anhaltender sog. „Revisionismusstreit“ zwischen radikalen Revo-

⁴² Ernst Abbes Begeisterung für die Ziele des „Bundes deutscher Bodenreformer“ (BdB) wurde durch einen Vortrag von Adolf Damaschke geweckt. Abbe übernahm die Leitung einer von ihm wenig später mit gegründeten Jenaer Sektion des BdB; vgl. hierzu Damaschkes Lebenserinnerungen „Zeitenwende - Aus meinem Leben“ Band 2, Leipzig 1925, S. 301 - 302. In seinen „Sozialpolitischen Schriften“ vertrat Abbe bodenreformerische und auch zinskritische Ansichten; vgl. hierzu (1906), S. 5 - 16. - Eberhard Gaugler (2002), S. 22 - 24. - Zu Flürscheim vgl. Michael Wessel (2014), S. 15 - 20. - Zu Freeses Engagement für eine Bodenreform vgl. Karl-Wilhelm Gabbert (1970), S. 216 - 276. - Zum sozialen Unternehmertum vgl. auch Hannes Koch (2007).

⁴³ Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 56.

lutionären und gemäßigten Reformern aus. Kautsky konnte ihn mit seinem Wort, wonach „die Sozialdemokratie eine revolutionäre, aber keine Revolution machende Partei“ sei, nur mühsam überbrücken.⁴⁴ Wirklich auflösen konnten die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung den Widerspruch zwischen ihrem revolutionären Fernziel und ihrer reformistischen Praxis allerdings nicht. Mehr und mehr wandelten sie sich von systemverändernden zu systemstabilisierenden Kräften. Schließlich versuchten die geschwächten revolutionären Kräfte unter der Leitung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Arbeiterbewegung wieder mehr auf ihr Fernziel auszurichten und sie für Massenstreiks als Mittel des Klassenkampfes gegen die Kapitalisten zu mobilisieren.⁴⁵

Syndikalismus

Als Gegenbewegung zur Zentralisierung der Produktionsmittel in den Händen eines proletarischen Staates breitete sich vor allem in romanischen Ländern der aus dem Anarchismus Proudhons und Kropotkins hervorgegangene Syndikalismus aus, der die Produktionsmittel auf dem Wege von Generalstreiks auf föderalistisch organisierte Gewerkschaften übertragen wollte. Dem Syndikalismus zufolge sollten die Gewerkschaften nicht nur für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in den privatkapitalistisch organisierten Unternehmen kämpfen, sondern selbst wirtschaftlich tätig werden. Dabei sollten die Produktionsmittel nicht in die Hände der Gewerkschaftsspitzen gelangen, sondern – ähnlich wie in Genossenschaften – von ihren lokalen Unterorganisationen auf dezentrale Weise selbst verwaltet werden.⁴⁶ Die „Expropriation der Expropriateure“ stellte sich der revolutionäre Syndikalismus jedoch kaum anders vor als der Kommunismus. Und ebenso wie bei der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung blieb auch der Blick des Syndikalismus auf die Produktionssphäre fixiert.

5.4 Rosa Luxemburgs kritische Auseinandersetzung mit dem Band 2 von Marx' "Kapital"

Neben ihrer Lehrtätigkeit an der Parteischule und ihrer klassenkämpferischen Agitation war es das Ziel von Rosa Luxemburg (1871-1919), in Würdigung der „unvergänglichen Verdienste Marxens“ dessen ökonomische Theorie wissenschaftlich weiterzuentwickeln. Außerdem verteidigte sie dessen revolutionäre Ziele vehe-

⁴⁴ Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 61 (August Bebel) und 67 (Karl Kautsky). Zu den christlichen Teilen der Arbeiterbewegung vgl. Helga Grebing (1970/1975), S. 120 – 133. – Sven Papcke (1979).

⁴⁵ Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 70. – Helga Grebing (1970/1975), S. 99 – 120. – Arno Klönne & Hartmut Reese (1986), S. 67 – 103.

⁴⁶ Rudolf Rocker (1919). – Marcel van der Linden & Thorpe Wanye (1999). – Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in anderen Ländern vgl. Wolfgang Abendroth (1965/1975), S. 51 – 62, insbes. S. 55 – 58 über den Syndikalismus in romanischen Ländern.

ment gegen den innerhalb der Sozialdemokratie von Eduard Bernstein und anderen Revisionisten vertretenen Reformismus.

Obwohl die freie Konkurrenz zwischen Einzelkapitalisten längst in eine monopolkapitalistische Konkurrenz zwischen marktbeherrschenden Aktiengesellschaften, Trusts und Syndikaten übergegangen war, ging Luxemburg bei ihrer 1913 erschienenen Analyse der „Akkumulation des Kapitals“ noch wie Marx im Band 1 des „Kapital“ von frühkapitalistischen Verhältnissen aus, „wo des Einzelkapitalisten souveräner Wille höchstes Gesetz ist“. Sie unterstellte die Existenz einer Vielzahl von privaten Unternehmerkapitalisten, die durch ein besonderes „Zaubermittel“, nämlich durch die „Aneignung unbezahlter Lohnarbeit ... schrankenlos, in unaufhörlichem Wachstum, in einer immer größeren Menge“ Mehrwert erzielen. Der in der Produktionssphäre entstehende Mehrwert werde auf den Märkten realisiert, indem die Waren dort „ohne jede gesellschaftliche Kontrolle“ ausgetauscht werden - anders als „in einer agrarkommunistischen Markgenossenschaft ..., in der die Konsumtionsbedürfnisse der Gesamtheit der Arbeitenden demokratisch bestimmt“ (?) werden. Luxemburg teilte Marx' Erwartung, dass die „Planlosigkeit dieser Zusammenhänge“ - wenn die „Beherrschung der äußeren Natur“ durch technische Produktivkräfte weit genug entwickelt sei - durch einen revolutionären Akt überwunden werden könne. So hatte sie schon bei einer früheren Gelegenheit im Zusammenhang mit großen Eisenbahn- und Kanalprojekten in eroberten Kolonien die Auffassung vertreten, dass solche „Riesenunternehmungen einstweilen Kinder ganz platter kommerzieller und kriegerischer Interessen (sind); dank ihrer Überlegenheit gegenüber kleinen und mittleren Unternehmungen werden sie aber ihre Schöpferin - die kapitalistische Wirtschaft - überdauern. Sie zeigen auch wiederum, welche kolossalen Produktivkräfte im Schoße unserer Gesellschaft schlummern und welchen Aufschwung sie und die Kultur nehmen werden, wenn sie einmal die Fesseln des kapitalistischen Interesses losgeworden sind.“⁴⁷ Diese riesigen Unternehmungen, an deren Überlegenheit gegenüber kleineren und mittleren Unternehmen Luxemburg keine Zweifel hatte, würden die Entwicklung des Kapitalismus und seinen schließlichen Zusammenbruch beschleunigen.

Am Beginn ihrer Analyse der „Akkumulation des Kapitals“ stand die bereits von Marx vorgenommene Unterscheidung zwischen der einfachen und der erweiterten Reproduktion. Während die einfache Reproduktion Ware - Geld - Ware (W - G - W) „als ein ununterbrochener gleichmäßiger Kreislauf verläuft“, kann die erweiterte, kapitalistische Reproduktion Geld - Ware - mehr Geld (G - W - G') „nur als eine fortlaufende Reihe einzelner Spiralen dargestellt werden, deren Windungen anfänglich klein, dann immer größer, zum Schluss ganz groß sind, worauf ein Zu-

⁴⁷ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 7 - 9 (Produktion von Mehrwert), 3 und 10 (Überlegenheit der Großunternehmen gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen) - 11 (agrarkommunistische Markgenossenschaft bzw. Dorfgemeinden mit demokratischen Entscheidungen), 16 (souveräne Einzelkapitalisten) sowie 7 und 17 (unkontrolliertes, planlos-anarchisches Marktgeschehen), 2 und 10 (Beherrschung der äußeren Natur und Vorteile des Groß- gegenüber dem Kleinbetrieb). - Zu Luxemburgs Glauben an den technischen Fortschritt vgl. ihre Schrift (1898/1974), S. 283 und 286 - 287.

sammenschrumpfen folgt und die nächste Spirale wieder mit kleinen Windungen beginnt, um dieselbe Figur bis zur Unterbrechung durchzumachen.“⁴⁸ Im Gegensatz zur einfachen Reproduktion $W - G - W$, die für sie ein „sicheres Zeichen des allgemeinen wirtschaftlichen und kulturellen Stillstands“ war, sah Luxemburg in der erweiterten kapitalistischen Reproduktion $G - W - G'$ eine Garantie für einen dynamischen technischen Fortschritt. Und trotz aller konjunktureller Auf- und krisenhafter Abschwünge übernahm sie zunächst von Marx die Auffassung, dass sich diese zyklischen Abweichungen vom langfristigen Entwicklungstrend der erweiterten Reproduktion zu einem „Durchschnitt des ganzen Zyklus“ und zu einer „mittleren Resultante des Konjunkturwechsels“ ausgleichen. „Dieser Durchschnitt ist nicht bloß ein theoretisches Gedankenbild, sondern auch ein realer, objektiver Tatbestand.“⁴⁹

Bei aller Bewunderung für Marx fielen Rosa Luxemburg im Band 2 von Marx' „Kapital“ jedoch auch einige theoretische Unstimmigkeiten auf. Und neben deren Korrektur wollte sie Marx' Analysen der Kapitalakkumulation im Hinblick auf den Kolonialimperialismus und den Militarismus erweitern.

Kritische Anmerkungen zu Marx' Analyse des Zirkulationsprozesses

Etwas anders als vor ihm der Physiokrat François Quesnay (1694-1774) in seinem „Tableau économique“ hatte Marx den Produktions- und Konsumtionsprozess in den Schemata der einfachen und erweiterten Reproduktion als ein gesellschaftliches, über die Rolle von einzelnen Kapitalisten hinausgehendes Ganzes beschrieben. Zunächst würdigte Rosa Luxemburg Marx' Verdienst, die kapitalistische Warenproduktion im Gegensatz zu Adam Smith nicht als naturgegebene Tatsache, sondern als ein „gesellschaftliches Verhältnis“ dargestellt und damit „die Hieroglyphe der kapitalistischen Wirtschaft ... enträtselt“ zu haben, wodurch „erst die Lösung des Geldrätsels wie im Scheine einer Blendlaterne hell in die Augen springt“.⁵⁰

Gleichwohl monierte Luxemburg wenig später, dass Marx' Schema der einfachen Reproduktion „unvollständig“ sei: „Den beiden großen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion: der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumtionsmitteln müsste als dritte Abteilung beigeordnet werden die Produktion von Austauschmitteln, für die es gerade charakteristisch ist, dass sie weder zur Produktion noch zur Konsumtion dienen, sondern die gesellschaftliche Arbeit in unterschiedsloser gebrauchsunfähiger Ware darstellen.“ Wenn man nicht nur ein einzelnes Stadium der Reproduktion betrachte, sondern „mehrere Perioden in ihrer Aufeinanderfolge und gegenseitigen Verschlingung“, dann komme

⁴⁸ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 5 - 7 und 12 (einfache Reproduktion als Stillstand).

⁴⁹ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 12 (einfache Reproduktion als Stillstand) und 7 (durchschnittliche Entwicklungsrichtung der konjunkturellen Zyklen).

⁵⁰ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 39 - 40.

man um die Einfügung der Produktion des Geldes als einer solchen „dritten Abteilung“ nicht herum. Ohne sie könne man nicht erklären, woher das zur Realisierung des Mehrwerts erforderliche Geld kommt. Marx' Versuch, die Produktion des als Geld verwendeten Goldes in der ersten Abteilung der Produktion von Produktionsmitteln unterzubringen, empfand Luxemburg als unbefriedigend. „Hier weichen wir allerdings von Marx ab.“⁵¹

Marx' Blick auf das Geld in der einfachen Reproduktion war nach Ansicht von Luxemburg unzureichend. Das habe sich auch nachteilig auf das Verständnis der erweiterten Reproduktion ausgewirkt, die der wirtschaftlichen Realität sehr viel mehr entspreche als die einfache Reproduktion, in der „die Geldzirkulation noch der Warenzirkulation folgt, der Kreislauf des gesellschaftlichen Kapitals sich genau schließt“. Deshalb fragte Luxemburg: „Wie sieht die Sache im Leben aus?“⁵²

In der Realität gehe die Kapitalakkumulation in der erweiterten Reproduktion auf eine kompliziertere Weise vonstatten, die sich nicht mit „gewissen mathematischen Übungen mit Addition und Subtraktion“ darstellen lasse. Nur „weil das Papier sich geduldig mit mathematischen Gleichungen beschreiben lässt“, könne man nicht davon ausgehen, dass „die Akkumulation ... so ins Unendliche störungslos verläuft.“⁵³ Luxemburgs weitere Überlegungen drehten sich deshalb hauptsächlich um zwei Fragen: Wie findet in einer „kapitalistischen Warenwirtschaft“ die erweiterte Reproduktion tatsächlich statt? Und aus welchen Gründen kommt es dabei immer wieder zu zyklischen Störungen?

- „Damit tatsächlich akkumuliert, d.h. die Produktion erweitert wird, ist noch eine andere Bedingung notwendig: eine Erweiterung der zahlungsfähigen Nachfrage nach Waren. ... Um neue Arbeiter mit neuen Produktionsmitteln arbeiten zu lassen, muss man - kapitalistisch - vorher einen Zweck für die Erweiterung der Produktion haben, eine neue Nachfrage nach Produkten, die anzufertigen sind.“ Versuche, diese neue Nachfrage aus der Bevölkerungsvermehrung abzuleiten, überzeugten Luxemburg nicht. Sodann wog sie die Tatsache ab, dass die Gesellschaft nicht nur aus Kapitalisten und Lohnarbeitern, sondern auch noch aus „3. Personen“ bestand. „Außer diesen beiden Klassen gibt es noch eine große Masse der Bevölkerung: Grundbesitzer, Angestellte, liberale Berufe: Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, Wissenschaftler, es besteht noch die Kirche mit ihren Dienern, der Geistlichkeit, und endlich der Staat mit seinen Beamten und dem Militär.“ Diese Bevölkerungsschichten seien jedoch nur „Mitverzehrter“ des Mehrwerts und der Löhne, so dass deren Nachfrage die Erweiterung der Reproduktion nicht erklären könne. „Dieser Ausweg ist bei näherem Zusehen nur ein scheinbarer. ... Da innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft schlechterdings keine ersichtlichen Abnehmer für die Waren zu entdecken sind, in denen der akkumulierte Teil des Mehrwerts steckt, so

⁵¹ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 70 - 73 und 270 - 271 (Kritik an Bulgakow)

⁵² Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 76 und 79.

⁵³ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 92.

bleibt nur noch eins übrig: der auswärtige Handel“, von dem Marx im Band 2 des „Kapital“ weitgehend „abstrahiert“ hatte.⁵⁴

- Als ebenso unbefriedigend empfand Luxemburg das „völlige Absehen von der Geldzirkulation im Schema der erweiterten Reproduktion“ bei Marx, der das Geld in der erweiterten Reproduktion ebenso wie in der einfachen Reproduktion nur als „verschwindenden Vermittler der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts“ betrachtet und dabei seine über die bloße Vermittlerfunktion hinausgehende Rolle als „Erscheinungsform des Kapitals“ nicht beachtet habe. „Wir kommen damit wieder auf die Frage: Wer realisiert den akkumulierten Mehrwert?“⁵⁵

Dabei hatte Marx die Rolle des Geldes als Kapital im Band 2 des "Kapital" durchaus thematisiert, indem er seine „Hauptrolle“ als „primus motor“ hervorgehoben und ebenfalls darauf hingewiesen hatte, dass die erweiterte Reproduktion von Zeit zu Zeit in krisenhafte Stockungen gerät, wenn nämlich Geldkapital vorübergehend brach gelegt und verschätzt wird.⁵⁶ Die ganze Tragweite der Hauptrolle des Geldkapitals im Produktions- und Zirkulationsprozess und die Auswirkungen periodischer Immobilisierungen von Geldkapital auf den Gesamtprozess der erweiterten Reproduktion bekam Luxemburg jedoch noch nicht in den Blick. Für sie ging es weiterhin hauptsächlich um die noch offene „Frage nach der ‚Geldquelle‘ zur Akkumulation“. Außerdem könne die „kapitalistische Schatzbildung“ nichts zur Erklärung der periodisch auftretenden Krisen beitragen. Der Band 2 des „Kapital“ ende, „ohne uns die lange gesuchte Lösung der Schwierigkeit gebracht zu haben.“⁵⁷

In ihrem Ringen um die von Marx nicht gelöste Frage nach der Herkunft des Geldes, das zur nächstfolgenden Windung in der Spirale der erweiterten Reproduktion erforderlich ist, verwies Rosa Luxemburg auf den „Umstand ..., dass der 2. Band des 'Kapital' kein abgeschlossenes Werk, sondern Manuskript war, das mitten im Wort abgebrochen wurde“, weil Marx von „niederdrückenden Krankheitszuständen“ geplagt war. „Man muss dieses ‚Etwas‘ bewundern, das Engels aus einem so beschaffenen Material zu machen verstanden hat.“⁵⁸ Rätselhaft bleibt freilich, warum Luxemburg nur wenig Notiz von den weiterführenden Einsichten nahm, die Marx und mehr noch Engels im Band 3 des „Kapital“ über die Priorität des Finanzkapitals gegenüber einzelnen industriellen Unternehmerkapitalisten, über die

⁵⁴ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 104 - 108 sowie 301 und 318.

⁵⁵ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 110. Diese noch offene Frage betrachtete Luxemburg als "wunde Stelle" des marxischen Reproduktionsschemas. (S. 321)

⁵⁶ Vgl. hierzu die oben im Abschnitt 5.2 zitierten Textstellen aus dem Band 2 des "Kapital" und die dort ebenfalls angegebenen Quellen.

⁵⁷ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 119 [Schatzbildung], 127 [Geldquelle zur Akkumulation], 299, 305 und 318. Dennoch hatte der polnische Ökonom Michael Kalecki später den Eindruck, dass Rosa Luxemburg die Keynes'schen Gedanken über die zeitweise Unwirksamkeit von Teilen der Gesamtnachfrage vorweggenommen haben könnte. Vgl. dazu Kalecki (1939), *Essays in the Theory of Economic Fluctuations*, London, S. 45 - 46.

⁵⁸ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 137 - 140.

Unterscheidung zwischen Zins und Unternehmerlohn sowie über den tendenziellen Fall der Profitraten niedergelegt hatten.⁵⁹

Koloniale Eroberung nichtkapitalistischer Weltmilieus

In der Überzeugung, die Geldquelle der Akkumulation im auswärtigen Handel gefunden zu haben, konzentrierte sich Rosa Luxemburg bei ihren weiteren Ausführungen über die Akkumulation des Kapitals ganz auf die kolonialen Eroberungen, welche Industrieländer wie England, Frankreich, Spanien und Portugal, die Niederlande und mit zeitlicher Verzögerung auch Deutschland und Italien in 'unterentwickelten' Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens mit militärischer Gewalt durchsetzten. Die Spirale der erweiterten Reproduktion und des Wachstums könne sich in den kapitalistischen Zentren der Welt nur dann auf stets steigender Stufenleiter in die Höhe schrauben, wenn sie in peripheren Erdteilen fortwährend neue „nichtkapitalistische Schichten, Gesellschaften und Weltmilieus“ finde, die sich ihrer an der Mehrwerterzielung ausgerichteten Produktion einverleiben lassen. „Das Entscheidende ist, dass der Mehrwert weder durch Arbeiter noch durch Kapitalisten realisiert werden kann, sondern durch Gesellschaftsschichten oder Gesellschaften, die selbst nicht kapitalistisch produzieren.“⁶⁰

In den weiteren Kapiteln ihres Buches über die Akkumulation des Kapitals wandte sich Rosa Luxemburg deshalb dem „Weltverkehr“ als „historischer Existenzbedingung des Kapitalismus“ zu. Im Gegensatz zur klassischen und neoklassischen Ökonomie bestand der internationale Handel für sie nicht nur aus Austauschverhältnissen, sondern zugleich auch aus Ausbeutungsverhältnissen. Ricardos Theorie über komparative Kostenvorteile des Außenhandels lehnte Luxemburg deshalb als „doktrinäre Täuschung“ ab. Beim internationalen Handel gehen freiwilliges und gewaltsam erzwungenes Tauschen in Verbindung mit der Ausbeutung von menschlicher Arbeit und natürlichen Ressourcen fließend ineinander über. „Das Kapital kann ohne die Produktionsmittel und die Arbeitskräfte des gesamten Erdballs nichts auskommen; zur ungehinderten Entfaltung seiner Akkumulationsbewegung braucht es die Naturschätze und die Arbeitskräfte aller Erdstriche.“⁶¹

Ähnlich der „Proletarisierung der Mittelschichten, dem Verfall der bäuerlichen Wirtschaft und des handwerksmäßigen Kleingewerbes“, die den Prozess der Kapitalakkumulation in Europa begleitet hatten, folgten nunmehr im Zuge der kolonial-imperialistischen Ausbreitung der kapitalistischen Reproduktion über die ganze Welt eine „Zersetzung der verschiedensten primitiven Produktions- und Gesellschaftsformen in außereuropäischen Ländern“ und damit einhergehend deren

⁵⁹ In ihrem Buch über die „Akkumulation des Kapitals“ gibt es nur eher beiläufige Beachtungen des „Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitraten“; vgl. hierzu (1913/1969), S. 313.

⁶⁰ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 323, 337 und 423.

⁶¹ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 331, 337 - 338, 342, 360 und 431.

'Zivilisierung'.⁶² Traditionelle Gesellschaften wurden in einem „Vernichtungskampf gegen die Naturalwirtschaft“ gedrängt, zur kapitalistischen Geldwirtschaft überzugehen. Parallel dazu fielen soziale Strukturen der Zerstörung anheim, als vormals gemeinschaftliches Land, zum Beispiel das Land in afrikanischen Dörfern oder das Land von Indianern in den USA, privat angeeignet und zum Objekt der Spekulation in den Städten oder zum Großgrundbesitz auf dem Lande umgewandelt wurde. Der „Ruin des Gemeineigentums“ bereitete den Weg für die Entfesselung einer „ungestümen Gier der Akkumulation“, die im Laufe der Zeit dazu führte, dass die „kapitalistische Produktion der bäuerlichen Wirtschaft immer einen Zweig des Gewerbes nach dem anderen entreibt, um sie zur fabrikmäßigen Massenproduktion zu konzentrieren.“ Schließlich gerieten auch Farmen von Weißen in eine Verschuldung durch Hypotheken.⁶³

Außerdem war „die kapitalistische Produktion von Anbeginn ... auf die gesamte Erde als Schatzkammer der Produktivkräfte berechnet“. Entsprechend der „Elastizität und Sprunghaftigkeit des Akkumulationsprozesses“ erfolgten deshalb eine „schrakenlose Nutzbarmachung aller von der Natur und der Erde zur Verfügung gestellten Stoffe und Bedingungen“ und von Zeit zu Zeit eine „plötzliche Inangriffnahme neuer Rohstoffgebiete in unbeschränktem Maße“. Zu deren Erschließung wurden ein weltweites Telegrafennetz eingerichtet und große Verkehrsprojekte wie Fernstraßen, Eisenbahnen, Ozeandampfer und Kanäle, zum Beispiel die Suez- und Panamakanäle, realisiert.⁶⁴ Finanziert wurden diese großen Infrastrukturprojekte mit internationalen Anleihen: „Realisierter Mehrwert, der in England oder Deutschland nicht kapitalisiert werden kann und brach liegt, wird in Argentinien, Australien, Kapland oder Mesopotamien in Eisenbahnbau, Wasserwerke, Bergwerke usw. gesteckt.“ Das hatte in doppelter Hinsicht Auswirkungen: zum einen wirkte der Abfluss von Kapital in die Kolonien dem ‚tendenziellen Fall‘ des Zinsniveaus in den Industrieländern entgegen, was bereits John Stuart Mill beobachtet hatte; und zum anderen gerieten die Kolonien durch ihre Verschuldung in eine sowohl ökonomische als auch politische Abhängigkeit von ihren ‚entwickelten‘ Gläubigern. Länder wie die Türkei, Ägypten, Griechenland und mehrere Länder Lateinamerikas konnten während der 1870er Jahre die auf ihnen lastenden Zinsverpflichtungen nicht mehr erfüllen. „Trotzdem wiederholt sich Ende der 1880er Jahre das Fieber nach exotischen Staatsanleihen.“⁶⁵

⁶² Rosa Luxemburg [1913/1969], S. 333 - 334.

⁶³ Rosa Luxemburg [1913/1969], S. 339 - 369, hier: S. 340 (Vernichtung der Naturalwirtschaft), 342 (Privatisierung des Bodens), 349 (ungestüme Gier der Akkumulation), 353 (Ruin des Gemeineigentums), 369 - 370 (Trennung der Landwirtschaft von Handwerk und Gewerbe) und 375 - 377 (Hypothekenschulden und Bodenspekulation).

⁶⁴ Rosa Luxemburg [1913/1969], S. 328 - 329 (Erde als Schatzkammer), 337 (Nutzbarmachung der ganzen Erde), 359 - 360 (Verkehrsprojekte und Telegrafen) und 394 - 423 (internationale Anleihen).

⁶⁵ Rosa Luxemburg [1913/1969], S. 396 und 401 (Einstellung des Schuldendienstes überschuldeter Länder) - 402.

Als sich schließlich die Konkurrenz zwischen den europäischen Kolonialmächten auf den Weltmärkten verschärfte, gingen selbst bisherige Protagonisten des freien Welthandels zum System der Schutzzölle über, um ihre eigenen Interessen besonders zu 'schützen'. Außerdem verstärkte sich das Bestreben der Kolonialmächte, ihre jeweiligen Einflussphären und Weltmarktanteile auch mit militärischen Mitteln abzusichern. So erwies sich der „Militarismus als Vollstrecker der Kapitalakkumulation“ und Luxemburg sah kurz vor dem 1. Weltkrieg die Gefahr, dass sich Spannungen zwischen den Weltmächten in einem großen Krieg militärisch entladen könnten.⁶⁶

Weltweite Kapitalakkumulation bis zur völligen Durchkapitalisierung nichtkapitalistischer Milieus

Trotz ihrer leidenschaftlichen Klage über das Unrecht und das Leid, das der Kolonialimperialismus europäischer Länder mit dem Raub von Arbeitskräften und Naturressourcen über die übrige Welt brachte, blieb auch Rosa Luxemburg letztlich im Glauben von Marx & Engels befangen, dass der Kapitalismus die historische Mission habe, die technischen Produktivkräfte schrankenlos zu entwickeln und damit die materiellen Voraussetzungen für den revolutionären Übergang in eine kommunistische (Welt-)Gesellschaft zu schaffen.

Bereits im „Kommunistischen Manifest“ hatten es Marx & Engels begrüßt, dass die Bourgeoisie im Zuge ihrer innereuropäischen Kapitalakkumulation auch schon begonnen hatte, sog. „barbarische Länder“ der Erde in den Prozess der Kapitalakkumulation hineinzuziehen.⁶⁷ Auch danach betrachtete Engels die Slawen (mit Ausnahme der Polen) und überseeische Völker im Vergleich mit den industriellen Vorreitern in Westeuropa noch als rückständig auf der „erst rohesten Zivilisationsstufe geblieben“ und darum „geschichtslos“. Er rechtfertigte auch die Annexion von bis dahin spanisch-mexikanisch okkupierten Gebieten in Kalifornien und Texas durch die „energischen Yankees“, weil die „faulen Mexikaner ... nichts ... mit dem herrlichen Kalifornien ... zu machen wussten“. Schließlich rechtfertigte Engels auch noch die Unterwerfung Algeriens unter die französische Kolonialherrschaft. Erst sehr viel später hat er diese (west-)eurozentrischen Auffassungen überdacht. Doch hielt er noch 1882 Eduard Bernstein in einem Brief dessen „Sympathien mit den Naturvölkchen“ vor; die Existenz von „reaktionären Völkern“ außerhalb Europas hielt Engels „für einen Anachronismus“ und ihre Unterentwicklung müsse dem Fortschritt der modernen Industrie weichen.⁶⁸

⁶⁶ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 416 (Militarismus und Kapitalakkumulation) und 423 - 433, bes. S. 431.

⁶⁷ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 463 - 467. Zu Marx' Einstellung zum Kolonialismus vgl. auch den Band 1 des „Kapital“, in: (1867/1972), S. 792 - 802, und Band 3, in: (1894/1973), S. 255: „Der Markt muss daher beständig ausgedehnt werden.“

⁶⁸ Vgl. hierzu Engels' Biograf Tristram Hunt (2017), S. 226 - 228 (Slawen als geschichtslose Völker, Kalifornien und Mexiko, Brief an Bernstein), 299 - 303 (Polen, Algerien, spätere Korrektur von Engels'

Auch Rosa Luxemburg behielt den damals weit verbreiteten 'weißen' Blick auf die „primitiven Völker“ in den Kolonien bei, die genauso wie die das „primitive bäuerliche Gewerbe“ in Europa durch den technischen Fortschritt auf höhere Entwicklungsstufen angehoben werden müssten. Gegenüber solchen niedrigen Entwicklungsstufen war Luxemburg von der „technischen Überlegenheit der fabrikmäßigen Massenproduktion mit ihrer Spezialisierung, mit ihrer wissenschaftlichen Analyse und Kombination des Produktionsprozesses“ überzeugt. „Nur das Kapital mit seinen technischen Mitteln vermag solche wunderbaren Umwälzungen in so kurzer Zeit hervorzuzaubern.“ Ausdrücklich wandte sich Luxemburg gegen Sismondis ‚kleinbürgerliche‘ „Skepsis in Bezug auf die Möglichkeit der vollen Entfaltung des Kapitalismus und somit der Produktivkräfte“. Sismondis „Ruf nach der Dämpfung der Akkumulation, nach der Mäßigung des Sturmschritts in der Expansion der Kapitalherrschaft“ hielt sie für „die reaktionäre Seite seiner Kritik“ am Frühkapitalismus.⁶⁹

Im Blick auf die Zukunft des Kapitalismus und seine Lebenserwartung sah Luxemburg eine Zeit voraus, in der das Kapital keine weiteren vorkapitalistischen Milieus mehr auf der Erde findet, die es für weitere Umdrehungen der Wachstumsspirale bräuchte. „Die kapitalistische Akkumulation ... kann nur so lange existieren, als sie dieses Milieu vorfindet. ... Hier beginnt aber die Sackgasse. Das Endresultat einmal erreicht - was jedoch nur theoretische Konstruktion bleibt - , wird die Akkumulation zur Unmöglichkeit: die Realisierung und Kapitalisierung des Mehrwerts verwandelt sich in eine unlösbare Aufgabe.“ Die Produktivkräfte lassen sich dann nicht noch weiter steigern und die sich bis dahin auf beständig steigender Stufenleiter erweiternde Reproduktion kollidiere dann endgültig mit der „objektiven geschichtlichen Notwendigkeit des Untergangs des Kapitalismus. ... Schon die Tendenz zu diesem Endziel der kapitalistischen Entwicklung äußert sich in Formen, die die Schlussphase des Kapitalismus zu einer Periode der Katastrophen gestalten.“⁷⁰

Rosa Luxemburg war offenbar der Ansicht, dass das Ende des Kapitalismus in den Industrieländern zeitlich mit dem Ende des Kolonialimperialismus zusammenfallen könnte. Spätestens dann, wenn sich die „Produktivkräfte des Erdenrundes“ weder in Europa und den USA noch in Lateinamerika, Afrika und Asien weiter steigern lassen⁷¹, werde die Zeit reif für eine Weltrevolution. Dann könnten proletari-

Ansichten). - Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 5, S. 394 - 395; ders. (1849/1968a), in: MEW Band 6, 172 und 176 (reaktionäre Völker); (1849/1968b), in: MEW Band 6, S. 273 - 275. - „Die Deutschen haben das ehemals deutsche, später slawische Gebiet von der Elbe bis zur Warthe den Slawen wieder aberobert. Diese slawischen Gebietsstrecken sind vollständig germanisiert. ... Dass diese Eroberung aber im Interesse der Zivilisation lag, ist bisher noch nie bestritten worden.“ (S. 277 - 278) - Friedrich Engels (1882/1967), S. 281 - 285.

⁶⁹ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 2 - 3, 188 (Kritik an Sismondis Ruf nach einer Dämpfung der Kapitalakkumulation), S. 329 (Bewunderung für die Entfaltung der Produktivkräfte), 334, 342 und 370 (technische Überlegenheit der Massenproduktion).

⁷⁰ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 338, 393 und 424.

⁷¹ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 446.

sche Staaten überall auf der Welt die technischen Früchte von Kapitalismus und Kolonialimperialismus ernten.

Luxemburgs Deutung des Kolonialimperialismus und des Militarismus als Instrumente der Kapitalakkumulation war einerseits bahnbrechend; andererseits verlor sie aus dem Blick, dass die Industrieländer beim Übergang zum Kommunismus ihren historischen Akkumulations- und Entwicklungsvorsprung gegenüber den später modernisierten Ländern in anderen Teilen der Erde behalten würden.

Unbezahlte Hausarbeit und unterbezahlte Lohnarbeit von Frauen

Im Rahmen ihrer Ausführungen über den Kolonialimperialismus und in ihrer Revolutionstheorie thematisierte Rosa Luxemburg außerdem zwei weitere Formen der 'Landnahme' nur unzureichend. Zum einen hatte die erweiterte Reproduktion in den kapitalistischen Zentren Europas nicht nur mit der Ausbeutung der industriellen Lohnarbeit begonnen, sondern auch mit der Kapitalisierung von Boden und Ressourcen in den Industrieländern. Und zum anderen wurden auch Frauen als 'innere Kolonie' ausgebeutet; entweder leisteten sie die innerhäusliche Familienarbeit unentgeltlich oder sie arbeiteten neben ihrer Familienarbeit auch noch in der Industrie, wo sie Löhne erhielten, die noch geringer waren als die Löhne von Männern.

Hatte Luxemburg in einer früheren Veröffentlichung noch kritisiert, dass eine große Zahl „Frauen und Kinder des Volkes ... , die zuvor von dem Verdienste ihrer Männer und Väter leben konnten ... , durch den eisernen Besen der Proletarisierung aus dem Familienheim auf den Arbeitsmarkt, den Markt der lebendigen Ware gefegt“ wurden und dort auf das Lohnniveau drückten⁷², so erschien es ihr 1914 als ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zur gemeinsamen Befreiung von Frauen und Männern von jeglicher Ausbeutung, dass der Kapitalismus die „Frau des Volkes“ aus der „häuslichen Enge eines armeseligen Familiendaseins ... gerissen und in das Joch der gesellschaftlichen Produktion gespannt hat, auf fremde Äcker, in die Werkstätten, auf Bauten, in Büros, in Fabriken und Warenhäuser getrieben. Als bürgerliche Frau ist das Weib ein Parasit der Gesellschaft, ihre Funktion besteht nur im Mitverzehren der Früchte der Ausbeutung; als Kleinbürgerin ist sie ein Lasttier der Familie. In der modernen Proletarierin wird das Weib erst zum Menschen, denn der Kampf macht erst den Menschen.“ Die Forderungen bürgerlicher Frauen nach politischen Rechten hielt Luxemburg für eine „Ideologie einzelner schwacher Gruppen, ein Phantom des Gegensatzes zwischen Weib und Mann“, denn die politische Gleichberechtigung der Frauen taste weder die Herrschaft des Kapitals an noch stürze sie den Staat um. Stattdessen „braucht die Proletarierin politische Rechte, weil sie dieselbe wirtschaftliche Funktion in der Gesellschaft ausübt, ebenso für das Kapital rackert, ebenso den Staat erhält, ebenso von ihm ausgesogen und niedergehalten wird wie der männliche Proletarier. ... Ihre politi-

⁷² Rosa Luxemburg (1898/1974), S. 291 - 292.

schen Forderungen wurzeln ... nicht im Gegensatz von Mann und Frau, sondern im Gegensatz von Kapital und Arbeit.“ Deshalb „kann das Frauenwahlrecht nur zusammen mit dem ganzen Klassenkampf des Proletariats siegen oder verlieren.“⁷³

Mithin hätten Proletarierinnen ihren Platz in einer revolutionären Sozialdemokratie einzunehmen. „Hier, in Reih und Glied der Organisation, breitet sich vor der proletarischen Frau ein unübersehbares Feld politischer Arbeit und politischer Macht aus. Hier allein ist die Frau ein gleichberechtigter Faktor. ... Hier rüttelt die arbeitende Frau neben dem Manne an den Säulen der bestehenden Gesellschaftsordnung. Und bevor ihr diese den Schein ihres Rechtes zugesteht, wird sie helfen, diese Gesellschaftsordnung unter Trümmern zu begraben.“⁷⁴ Jedoch ließ Luxemburg völlig offen, wie nach einer proletarischen Revolution die wirtschaftliche Gleichberechtigung der befreiten Geschlechter aussehen könnte und wie Frauen und Männer dann die Verantwortung für ihre Kinder wahrnehmen könnten.

Kampf gegen Kriegskredite und Haltung zur Russischen Revolution

Rosa Luxemburgs Buch über die „Akkumulation des Kapitals“ zog wegen der darin gezogenen revolutionären Konsequenzen heftige Kritik vonseiten von Reformisten auf sich. Die Kluft zwischen diesen Flügeln der Sozialdemokratie vertiefte sich noch weiter, als Luxemburg deren opportunistischer Zustimmung zur Finanzierung des ersten Weltkriegs mit Krediten den Kampf ansagte.

Als Luxemburg während des Krieges zweimal für längere Zeit inhaftiert wurde, schrieb sie unter anderem einen Zusatz zu ihrem Buch, der mit einer scharfen Kritik am „Epigonentum“ endete, „das im letzten Jahrzehnt die offizielle theoretische Führung der Arbeiterbewegung in Deutschland innehatte“. Als Antwort an ihre reformistischen Kritiker forderte Luxemburg eine „klare Einsicht in die Zusammenhänge“ als „notwendige Voraussetzung für die Wiederaufrichtung einer proletarischen Politik. ... Marxismus ist nicht ein Dutzend Personen, die einander das Recht der 'Sachverständigkeit' ausstellen. ... Marxismus ist eine revolutionäre Weltanschauung, die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muss, die nichts so verabscheut wie das Erstarren in einmal gültigen Formen, die am besten im geistigen Waffengeklirr der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft bewährt.“⁷⁵

Die russische Revolution vom Oktober 1917 begrüßte Rosa Luxemburg und sie war wie Lenin der Ansicht, dass ihr auch in Deutschland bald eine proletarische Revolution folgen sollte. Allerdings kritisierte sie, dass Lenin jegliche parlamentarische Kontrolle der Bolschewisten ausschaltete. Der Errichtung einer diktatorischen Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei trat sie mit der Forderung nach einer „Freiheit für Andersdenkende“ entgegen - allerdings nicht im Sinne

⁷³ Rosa Luxemburg (1914/1973), S. 410 - 413.

⁷⁴ Rosa Luxemburg (1914/1973), S. 413.

⁷⁵ Rosa Luxemburg (posthum 1921/1969), S. 120.

bürgerlicher Freiheiten auch für Revolutionsgegner, sondern nur im Sinne einer Freiheit für unterschiedlich denkende Revolutionäre. „Das Proletariat kann, wenn es die Macht ergreift, nimmermehr nach dem guten Rat Kautskys auf die soziale Umwälzung verzichten und sich nur der Demokratie widmen, ohne an sich selbst, an der Revolution Verrat zu üben. Es soll und muss eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben; aber Diktatur der Klasse, nicht einer Partei oder Clique, Diktatur der Klasse, d. h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie. ... Diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung.“⁷⁶

Während der deutschen Novemberrevolution war Rosa Luxemburg maßgeblich an der Formulierung des Programms der Kommunistischen Partei beteiligt. Kurz nach der Niederschlagung des Spartakusaufstandes wurden sie und Karl Liebknecht von Rechtsextremisten auf brutale Weise ermordet.

5.5 Rudolf Hilferdings Analyse der Rolle des Finanzkapitals im Monopolkapitalismus des frühen 20. Jahrhunderts

1910 erschien ein Buch des österreichischen Sozialdemokraten Rudolf Hilferding (1877–1941), das zuweilen als Band 4 des „Kapital“ von Marx & Engels galt. Sein Titel „Das Finanzkapital“ ließ Hilferdings Absicht erkennen, dem Geld und dem Geldkapital im fortschreitenden Übergang vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus ein noch stärkeres Gewicht im Gesamtzusammenhang der Produktions- und Zirkulationssphären beizumessen, als sich dies bei Marx & Engels in den Bänden 2 und 3 des „Kapital“ schon angekündigt hatte. Aber trotz einzelner Blickerweiterungen verhalfen letztlich weder Rudolf Hilferding noch Rosa Luxemburg der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung oder dem Syndikalismus dazu, ihre Fixierung auf die Produktionssphäre zu überwinden und einen anderen Ausweg aus dem Kapitalismus zu konzipieren als eine allumfassende Verstaatlichung des gesamten Industrie- und Finanzkapitals. Letztlich fielen sie sogar wieder hinter die späten Einsichten von Marx und Engels in die Priorität des Geld- gegenüber dem Industriekapital und in die Tendenz zum tendenziellen Fall der Profitraten zurück.

Geld und Kredit

Da die einzelnen Produzenten in der „Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise“ anders als in einer vorkapitalistischen oder nachkapitalistisch-kommunistischen Produktionsgemeinschaft nicht schon in der Produktion, son-

⁷⁶ Rosa Luxemburg (1917/1983), S. 362 - 363.

dern erst durch den Austausch ihrer Waren zu einem gesellschaftlichen Ganzen verbunden werden, begann Hilferding seine Analyse des fortgeschrittenen Monopolkapitalismus mit einer Untersuchung der Tauschsphäre. Darin würden zunächst unmittelbar und später unter Vermittlung durch das Geld Waren gegeneinander ausgetauscht, wobei das Geld als Wertmesser fungiert. Wie Marx & Engels unterstellte auch Hilferding, dass das Geld - das als Metallgeld auch selbst einen Arbeitswert verkörpere - dabei sichtbar mache, wie viel gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeitszeit jeweils in den einzelnen Waren geronnen sei. „Geld ist also als Ware Wert wie jede andere“ und so ist jeder Austausch von Waren „notwendigerweise der Austausch zu Wertäquivalenten“.⁷⁷

Im Gegensatz zu Marx & Engels schränkte Hilferding die These, dass sich auf den Märkten Äquivalente austauschen, ein - allerdings eher beiläufig und ohne Folgen für die weitere Entwicklung seiner eigenen Kapitalismusanalyse. Es würden nämlich nur dann tatsächlich Äquivalente ausgetauscht, „wenn die Bedingungen für die Warenproduktion und den Warenaustausch für alle Mitglieder der Gesellschaft sozial gleich sind, wenn sie alle selbstständige Besitzer ihrer Produktionsmittel sind“ und ihre selbst produzierten Waren auf Märkten austauschen. Diese soziale Gleichheit der Produzenten und Tauschpartner existiert jedoch nicht. „Die Enteignung des einen Teils der Gesellschaft und der Monopolbesitz des anderen Teiles modifiziert naturgemäß den Austausch.“ Deshalb stellte Hilferding die Tauschäquivalenz aber nicht gleich grundsätzlich in Frage, sondern blieb dabei, dass der „Tauschakt eine Gleichheitsbeziehung“ sei. „Die Ungleichheit erscheint jetzt als Gleichheit nicht mehr des Wertes, sondern des Produktionspreises, also die Ungleichheit des Arbeitsaufwandes in der Gleichheit der Profitrate. Diese Gleichheit drückt nichts anderes aus, als dass in der kapitalistischen Gesellschaft das Entscheidende das Kapital ist. Deshalb steht der einzelne Tauschakt nicht mehr unter der Bedingung: gleiche Arbeit gegen gleiche Arbeit, sondern: für gleiches Kapital gleich viel Profit.“⁷⁸

Die Zirkulationssphäre untersuchte Hilferding zunächst in ihrer Form des Tausches Ware - Geld - Ware (W-G-W), also noch nicht in der Form G-W-G', bei der sich die Frage nach der Herkunft der Differenz zwischen G und G' gestellt hätte. Und als Geld hatte er nicht mehr nur Gold- und Silbergeld vor Augen, sondern auch praktische Erfahrungen mit Papiergeld in Österreich, den Niederlanden und Indien. „Die Menge der Zirkulationsmittel ist zunächst bestimmt durch die Preissumme der Waren.“ Bei gleichbleibenden Warenmengen und gleichbleibender Umlaufgeschwindigkeit des Geldes würden Schwankungen der Warenpreise zu Schwankungen der Geldmengen und auch zu Schwankungen des Geldwertes führen. Eine reine Papierwährung könne auf die Dauer den Anforderungen der Zirkulation nicht genügen. „Da ihr Wert bestimmt ist durch die Menge der jeweils zirku-

⁷⁷ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 19 (Äquivalententausch) und 22 - 23 (Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise und Gold als Geldware).

⁷⁸ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 15 - 16.

lierenden Waren, diese aber beständigen Schwankungen unterworfen ist, würde auch der Wert des Geldes beständig schwanken. Das Geld würde nicht mehr das Maß der Werte sein. ... Reines Papiergeld ist also auf die Dauer unmöglich. ... Die Unmöglichkeit der absoluten Papierwährung ist ein strikter Experimentalbeweis für die objektive Wertlehre.“ Daraus leitete Hilferding die Forderung eines aus Gold bestehenden Geldes ab. „Als Aufbewahrungsmittel des Reichtums in seiner stets schlagfertigen Form ist Geld mit Eigenwert, Gold, stets notwendig. ... Deshalb kann das Geld und der selbst wertvolle Geldstoff, zum Beispiel das Gold, in der Zirkulation, wenn sie anders ungestört verlaufen soll, nie vollständig durch bloße Zeichen ersetzt werden.“ Nur zu einem geringeren Teil sei „das vollwertige Geld, also Gold, durch relativ wertlose Zeichen zu ersetzen.“⁷⁹ Schon diese vorsichtige Lösung der Wertbestimmung des Geldes von dem in Geldmetallen verkörperten Arbeitswert löste eine heftige Kritik anderer marxistischer Theoretiker an Hilferding aus. Karl Kautsky machte ihm den Vorwurf, eine „akademische Schrulle“ zu verbreiten.⁸⁰

Dessen ungeachtet werde das Geld - so Hilferding - mit zunehmender Komplexität der Tauschbeziehungen und dem zeitlichen Auseinanderfallen von Kauf und Bezahlung mehr und mehr vom Tauschmittel zum Zahlungsmittel, das obendrein einen Charakter als Kreditgeld bekommt, sobald Kapitalisten miteinander handeln und erworbene Produktionsmittel erst mit zeitlicher Verzögerung bezahlen. Sobald sich solche Kreditbeziehungen an einzelnen Orten häufen, „entwickeln sich eigene Anstalten und Methoden ihrer Ausgleichung“, also Banken, welche ein kompliziertes Geflecht von Guthaben und Schulden so organisieren, dass sie sich in ihrer Gesamtheit ausgleichen. Jedoch können auch Geld- und Kreditkrisen auftreten, wenn Schuldner nicht in der Lage sind, ihre Zahlungsverprechen einzuhalten.⁸¹

Um „dem Geheimnis auf die Spur zu kommen, wie aus den Zirkulationsvorgängen selbst jene Macht erwächst, die als kapitalistischer Kredit schließlich die Herrschaft über die gesellschaftlichen Vorgänge erhält“, richtete Hilferding seinen Blick fortan nicht mehr wie Marx & Engels im Band 1 des „Kapital“ auf die „kapitalistische Fabrik mit ihren Wundern der Technik“, also auf die Produktionssphäre als Ort der Mehrwertentstehung, sondern auf die Zirkulationssphäre. „Der Eintönigkeit des ewig gleichen Marktvorganges muss sich unsere Betrachtung zuwenden, wo Geld in Ware und Ware in Geld sich wandelt.“⁸²

In Anknüpfung an den Band 2 des „Kapital“, in dem Marx & Engels die Sonderstellung des Geldes auf den Märkten ansatzweise erkannten, ohne daraus praktische Konsequenzen zu ziehen, und ohne jede Bezugnahme auf die Werke von Proudhon untersuchte Hilferding im Folgenden die Entwicklung, in deren Verlauf sich die wirtschaftliche Macht vom Industrie- zum Finanzkapital verlagerte und der

⁷⁹ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 25 - 27, 56 (gleichbleibende Zirkulationsgeschwindigkeit) und 59.

⁸⁰ Karl Kautsky (1910/11), S. 771 - 772. Auf diese Kritik reagierte Hilferding mit einem Aufsatz „Geld und Ware“, der 1912 in „Die Neue Zeit“ erschien.

⁸¹ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 62 und 67 - 70 .

⁸² Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 72.

Zins gegenüber anderen Bestandteilen des gesamten Unternehmergewinn an Bedeutung gewann. Die Erzeugung von Mehrwert durch die Ausbeutung der lohnabhängigen Arbeit in der Produktionssphäre hätten Marx & Engels genügend deutlich dargestellt; aber „der Zusammenhang unserer Untersuchung erfordert nun ein Eingehen auf die Formverwandlung des Werts, nicht auf seine Entstehung.“ In der Zirkulationssphäre, in der sich diese Formverwandlung des Wertes vollzieht, erscheine das Kapital unbestreitbar zuerst als Geldkapital, das in Produktionsmittel und Lohnarbeit investiert werde, um anschließend als vergrößertes Geldkapital G' wieder aus der Produktionssphäre hervorzugehen.⁸³

Im Kreislauf des Kapitals könne es vorkommen, dass verfügbares Geldkapital nicht immer gleich real investiert wird. Schon Marx & Engels hatten seine zeitweise Verschatzung beobachtet, wodurch der Kreislaufprozess gestört werden könne. Hilferding betrachtete solches Aufschatzen von Geldkapital eindeutig als eine „Notwendigkeit, die sich aus der Natur des Prozesses selbst ergibt.“ Es gebe „objektive Faktoren“ wie den technischen Fortschritt von Produktions- und Handelstechniken sowie die Erweiterung von internationalen Märkten mitsamt neuer Formen des Transports, die zwangsläufig dazu führen, dass Geldkapital innerhalb der Zirkulationssphäre in unterschiedlichem Umfang und unterschiedlich lange brach gelegt wird. Das bedeutet allerdings auch, „dass es während dieser Zeit nicht Profit erzeugen kann, eine Todsünde vom Standpunkt der Kapitalisten. ... Das Brachliegen von Kapital widerspricht aber der Funktion des Kapitals, Profit zu erzeugen. Es ergibt sich so das Bestreben, dieses Brachliegen auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Aufgabe bildet eine neue Funktion des Kredits.“ Banken würden nunmehr dafür sorgen, dass Geldkapital, das in einem Unternehmen gerade brach liegt, vorübergehend in einem anderen Unternehmen profitabel angelegt wird.⁸⁴

In Hilferdings Analyse der Zirkulation des Kapitals fehlte der Blick für die durch die Sonderstellung des Geldes bzw. des Geldkapitals verursachte strukturelle Schieflage des Marktes für Geldkapital. Sie verschaffte den Besitzern größerer Geldkapitalien Möglichkeiten, über die praktisch-objektiv begründbare Brachlegung von Geldkapital hinausgehend Geldkapital auch aus subjektiv-spekulativen Gründen vorübergehend brachzulegen, zum Beispiel wenn Profit- bzw. Zinsraten in periodischen Abständen sanken und es für Geldkapitalbesitzer vorteilhaft wurde, vorerst ganz auf noch weiter sinkende Profite bzw. Zinsen zu verzichten, bis deren Raten - statt ganz gegen Null zu fallen - wieder auf ein Vorkrisenniveau anstiegen.

Auf die Ausführungen von Marx & Engels zum „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitraten“ ging Hilferding jedoch nicht näher ein. Stattdessen vertiefte er immerhin deren im Band 3 des „Kapital“ dargelegte Beobachtung, dass Unternehmen in zunehmendem Maße von Banken abhängig wurden und dass der Zinsanteil am Gesamtprofit an Bedeutung gewann. Im Zuge der Erweiterung der

⁸³ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 74 - 75.

⁸⁴ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 84 - 85, 88 und 91.

Reproduktion nehme mit wachsendem Umfang der Produktion auch der Umfang der Zirkulation zu - sowohl im Bereich des Tauschens als auch in dem des Verleihens von Geld, in dem produktive Kapitalisten sich entweder gegenseitig Zirkulationskredite gewähren oder in dem Banken brachliegendes Geldkapital aus vielen Unternehmen bündeln und es als Kapitalkredit an einzelne produktive Kapitalisten ausleihen. „Dieses Anwachsen der Zirkulation kann vor sich gehen, ohne dass die Nachfrage nach Goldgeld zu steigen braucht.“ Durch die Schaffung von Kreditgeld werde die Produktion „unabhängig von der Schranke der vorhandenen Bargeldsumme, wobei wir unter Bargeld das vollwertige Metallgeld, das Währungsgeld, Silber- oder Goldgeld, verstehen, plus dem Staatspapiergeld mit Zwangskurs und den Scheidemünzen.“⁸⁵ Die Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter mitsamt der Vermehrung von Geldkapital ($G - G'$) als der „Basis des Kreditüberbaus“ hielt Hilferding „ohne Dazwischenkunft neuen Geldes“ für möglich. Das gesamte Geldkapital werde, sobald Teile davon stellenweise „müßig liegen“ und zu Schätzen erstarren, unverzüglich an anderen Stellen wieder von den Banken auf dem Kreditwege „in aktives Geldkapital“ verwandelt. „Die ganze Kapitalistenklasse braucht dann nur einen verhältnismäßig geringen Teil des Geldes als Schatz fungieren zu lassen, um Unregelmäßigkeiten und Störungen der Zirkulation begegnen zu können.“ Freilich benötigen die Banken dann auch einen „Reservefonds und Garantiefonds für die stete Einlösbarkeit der Depositen“.⁸⁶

Sobald die Banken jedoch nicht mehr nur den Zahlungsverkehr zwischen den einzelnen Angehörigen der Kapitalistenklasse bewerkstelligen, sondern die Verfügung über größere Mengen an Geldkapital bekommen, „ändert sich zugleich die Stellung der Banken zur Industrie. ... Die Bank verfügt immer über das Kapital in seiner flüssigen, stets schlagfertigen Form, über Geldkapital. Das Unternehmen aber ist angewiesen auf die Rückverwandlung der Ware. Stockt der Zirkulationsprozess oder sinken die Verkaufspreise, so ist zuschüssiges Kapital notwendig, das auf dem Wege des Kredits zu beschaffen ist. ... Es ist die Verfügung über das Geldkapital, was der Bank die Übermacht gibt gegenüber dem Unternehmen, dessen Kapital als Produktions- oder Warenkapital festgelegt ist.“⁸⁷

Die Tendenz zur Verlagerung wirtschaftlicher Macht von produzierenden Unternehmen zu Banken hat Hilferding durchaus richtig beobachtet. Jedoch war ihm dabei noch nicht bewusst, dass ihre äußerlich sichtbaren Phänomene lediglich Symptome einer tiefer liegenden und deshalb nicht so leicht erkennbaren strukturellen Überlegenheit des kapitalistischen Geldes über die Unternehmen und Märkte war. Die Grenzen seiner Analyse des Monopolkapitalismus zeigten sich auch in seiner nach wie vor an den frühen Marx angelehnten Deutung des Zinses nicht als Ausdruck dieser strukturellen Überlegenheit des Geldes und des Geldkapitals,

⁸⁵ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 96 und 104 - 105 .

⁸⁶ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 97 (Geldkapital als Basis des Kreditüberbaus), 106 (keine Dazwischenkunft neuen Geldes) - 107 (zügige Aktivierung von Geldkapital) und 111 (Reservefonds der Banken).

⁸⁷ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 116 - 118.

sondern als bloß sekundärem Bestandteil des Profits. Ihm fehlte noch die Einsicht, dass der Zins die primäre *conditio sine qua non* für jegliches Verleihen von Geldkapital darstellte - unabhängig davon, ob und in welcher Höhe die sich verschuldenden produzierenden Kapitalisten mit der produktiven Verwendung der Kredite Gewinne erzielen oder nicht. Unzweifelhaft „verwertet sich Kapital nur im Produktionsprozess durch Ausbeutung der Arbeitskraft, Aneignung von unbezahlter Arbeit“. Jedoch werden die Rahmenbedingungen für die Kapitalverwertung in der Zirkulationssphäre festgesetzt und die Entscheidung über die Aufteilung des Profits in den Zins für die Geldkapitalisten und den Unternehmerlohn für den produktiven Kapitalisten liegt keineswegs nur in den Händen der letzteren. Vielmehr richtet sie sich nach den Zinsforderungen des Geldkapitals bzw. der Banken und - wie es Hilferding auch selbst einmal schrieb - nach den wechselnden Verhältnissen zwischen dem Angebot bzw. der Nachfrage von/nach Geldkapital. An anderer Stelle relativierte er diesen Umstand wieder mit dem Hinweis, dass Veränderungen von Geldkapitalangebot und -nachfrage vielfach parallel liefen und dass sich deshalb „der Zinsfuß in entwickelten kapitalistischen Verhältnissen wenig ändert“. Am Ende kräftigte er immerhin seinen Eindruck, dass „in gewissem Grade der Anteil des Zinses am Gesamtprofit gegenüber dem Unternehmergewinn wächst.“ Damit wachse auch „der Anteil der müßigen Kapitalisten auf Kosten der funktionierenden.“⁸⁸

Aktiengesellschaften und Börsen

Hilferdings Einstellung zu Aktiengesellschaften war ebenso ambivalent wie diejenige von Marx & Engels. Einerseits kritisierte er deren Funktion im Prozess der Verwertung von Kapital. Neben dem Zins für Bankkredite und dem Zins in Gestalt von Dividenden auf Aktien würde mit der Gründung von Aktiengesellschaften oder mit deren Kapitalerhöhung nun auch noch eine besondere Form des Gewinns entstehen, nämlich der „Gründergewinn“ als „Differenz zwischen der ... Durchschnittsprofitrate und dem ... Durchschnittszins“.⁸⁹

Andererseits betrachtete Hilferding die Verdrängung vieler Einzelunternehmen, welche privaten Unternehmerkapitalisten gehören und von ihnen auch selbst geleitet wurden, durch große Aktiengesellschaften als einen wichtigen Fortschritt in der gesellschaftlichen Entwicklung. Die industrielle Aktiengesellschaft habe die Rolle der Kapitalisten verändert, „denn sie bringt grundsätzlich mit sich, was beim Einzelunternehmen nur zufällig einmal auftreten kann: die Befreiung des industriellen Kapitalisten von der Funktion des industriellen Unternehmers.“ Während dessen Leitungsaufgaben von bezahlten Managern wahrgenommen werden könnten, würden die Aktionäre, die ihr Geld einer Aktiengesellschaft zur Verfügung

⁸⁸ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 124 (Kapitalverwertung in der Produktionssphäre) - 125 (Abhängigkeit der Zinshöhe von Kapitalangebot und -nachfrage) und 133.

⁸⁹ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 144 - 145.

stellen, genauso zu „bloßen Geldkapitalisten“ wie Banken, die Kredite an Unternehmen vergeben - freilich mit einem Unterschied zwischen Zins und Dividende. „Der Zinssatz für das in Aktienform zur Verfügung gestellte Geldkapital ist nicht als solcher im Voraus bestimmt“ wie der Zinssatz bei einem Bankkredit, „sondern er besteht nur als Anspruch auf den Ertrag (Profit) eines bestimmten Unternehmens.“ Zwar trägt ein Aktionär das Risiko der geschäftlichen Entwicklung der Aktiengesellschaft mit, dafür haftet er aber auch nur mit seinen Aktien und nicht mehr wie ein Unternehmerkapitalist mit seinem Vermögen.⁹⁰

Für einen weiteren Vorteil der Aktiengesellschaft gegenüber Einzelunternehmen hielt es Hilferding, dass Aktionäre als Geldkapitalisten ihr Geldkapital „in ganz anderer Weise frei verfügbar“ haben als industrielle Unternehmerkapitalisten, die ihr Kapital „in einem Unternehmen fixiert“ haben und „mit ihm dauernd verwachsen“ sind. „Damit aber der Aktionär Geldkapitalist werde, ist es notwendig, dass er sein Kapital jederzeit als Geldkapital zurückerhalten kann. ... Diese Verkaufsmöglichkeit wird geschaffen durch einen eigenen Markt, die Effektenbörse“, wo Aktien jederzeit ge- und verkauft werden können.⁹¹

In Ergänzung zum Kreditgeschäft der Banken organisieren die Effekten- bzw. Wertpapierbörsen den „Markt der Zinstitel oder des fiktiven Kapitals. ... Auf der Börse erscheint das kapitalistische Eigentum in seiner reinen Form als Ertragstitel, in den das Ausbeutungsverhältnis ... begriffslos verwandelt ist. ... Das Eigentum ist losgelöst von jeder Beziehung zur Produktion, zum Gebrauchswert.“⁹² Hinzu kommt der spezifisch spekulative Charakter des Börsenhandels mit Wertpapieren, durch den die Produktion und die Realisierung von Profiten allerdings nicht unmittelbar berührt würden. „Die Gewinne oder Verluste der Spekulation entstehen nur aus den Differenzen der jeweiligen Bewertungen der Zinstitel. ... Es sind reine Differenzgewinne. Während die Kapitalistenklasse als solche sich einen Teil der Arbeit des Proletariats ohne Äquivalent aneignet und so ihren Profit erzielt, gewinnen die Spekulanten nur voneinander. Der Verlust des einen ist der Gewinn des anderen.“⁹³

Während die für Bankkredite zu zahlenden Zinsen im Voraus bekannt sind, unterliegen die Aktienkurse unvorhersehbaren Schwankungen. „Die Börsenspekulation hat den Charakter von Spiel und Wette“, wobei Großspekulanten durchaus Möglichkeiten haben, die Entwicklung der Aktienkurse gemäß ihren Interessen zu beeinflussen. Hilferding zweifelte nicht daran, „dass die Spekulation unproduktiv ist“. Dennoch betrachtete er sie als ein notwendiges Element der kapitalistischen Wirtschaft, „zum mindesten in einer bestimmten Epoche der kapitalistischen Entwicklung“, in der Aktiengesellschaften immer mehr den Platz von einzelnen Unternehmerkapitalisten einnehmen.⁹⁴

⁹⁰ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 138.

⁹¹ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 139 - 140.

⁹² Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 184 und 211.

⁹³ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 184 - 187.

⁹⁴ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 190 - 193 und 198 (Einflussnahme auf Aktienkurse),

Ein Problem sah Hilferding auch darin, dass sich das Stimmrecht der Aktionäre auf Aktionärsversammlungen nach dem Umfang ihres Aktienbesitzes richtet, dass Großaktionäre also auch die größte Entscheidungsmacht für sich beanspruchen. Und durch geschickte Verschachtelungen von Aktienpaketen werde es für große Kapitalien ebenfalls möglich, „ein System voneinander abhängiger Gesellschaften“ zu schaffen, um wirtschaftliche Macht auszuüben. „Mit der Entwicklung des Aktienwesens bildet sich eine eigene Finanztechnik aus, deren Aufgabe es ist, möglichst geringem eigenem Kapital die Beherrschung möglichst großen fremden Kapitals zu sichern. Ihre Vollendung hat diese Technik bei der Finanzierung amerikanischer Eisenbahnsysteme erfahren.“⁹⁵

Aber gerade unter dem Eindruck des auf Aktien gestützten Eisenbahnbaus in den USA hielt Hilferding es letztlich für einen entscheidenden Vorteil des Aktienwesens, dass es den technischen Fortschritt sehr viel stärker fördern könne als private „Individualunternehmer. ... Die Expansion des kapitalistischen Unternehmens, das Aktiengesellschaft geworden ist, kann jetzt, losgelöst von der Fessel des individuellen Eigentums, rein nach den Anforderungen der Technik erfolgen. ... Die Wachstumsenergie der Aktiengesellschaft ist damit eine bedeutend größere als die der Privatunternehmung. ... Das gesamte akkumulierte und nun nach Verwertung strebende Geldkapital ist das Wasser, das sie auf ihre Mühle leiten kann. Die Schranken, die aus der individuellen Zersplitterung des Kapitals ... entspringen, sind aufgehoben. Die Aktiengesellschaft appelliert unmittelbar an das vereinigte Kapital der Kapitalistenklasse“ und habe leichter Zugang zu Geldkapital in Form von Bankkrediten oder Aktien als kleine oder mittlere private Unternehmen. Hilferding war sogar der Ansicht, dass „die Interessen des Eigentümers auf Erzielung eines möglichst großen und raschen Profits, der Drang zum Raubbau, der in jeder Kapitalistenseele schlummert ... , bis zu einem gewissen Grade“ bei Leitern einer Aktiengesellschaft „hinter die rein technischen Erfordernisse, die der Betrieb stellt, zurücktreten“ können.⁹⁶ Der Gedanke, dass die kapitalistische Akkumulation als Basis der großindustriell betriebenen (Massen-)Produktion per se zur Entwicklung einer Technik führte, die weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht zu den Naturgrundlagen des Wirtschaftens passte und damit quasi zwangsläufig zum Raubbau an den natürlichen Ressourcen führte, lag für Hilferding noch in weiter Ferne.

Zusammenfassung von industrieller (Massen-)Produktion, Banken und Handel in monopolistischen Kartellen, Trusts und Syndikaten

Mit seiner geradezu einer Hassliebe ähnelnden widersprüchlichen Mischung aus Ablehnung und Bewunderung des modernen Monopolkapitalismus stellte Hilferding dar, wie das reale Industriekapital immer mehr unter die Herrschaft des fi-

⁹⁵ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 157 und 159.

⁹⁶ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 165 - 169 und 173.

nanziellen Bankkapitals geriet und wie „ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie nicht mehr den Industriellen gehört, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. ... Ein immer größer werdender Teil des in der Industrie verwendeten Kapitals ist Finanzkapital, Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen. ... Die Industrie gerät immer mehr in Anhängigkeit vom Bankkapital.“⁹⁷

Unter dem Einfluss der fortschreitenden Konzentration von Geldkapital in großen Banken und dessen Investition in entsprechend große Produktionsanlagen gerieten ehemals selbstständige Industrieunternehmen mehr und mehr in den Sog von Kartellen, Trusts und Syndikaten als aktiengesellschaftlich organisierten „monopolistischen Interessengemeinschaften“ bzw. „monopolistischen Fusionen“, welche unter Ausschaltung des Wettbewerbs die Produktionsmengen und ‚Markt‘-Preise gemäß ihren Sonderinteressen festsetzen. „Der Preis hörte auf, eine objektiv bestimmte Größe zu sein; er wird ein Rechenexempel derjenigen, die ihn mit Willen und Bewusstsein bestimmen.“⁹⁸ Und trotz der „Notwendigkeit der örtlichen Dezentralisation“ gerät schließlich auch der Handel in diesen Sog der Konzentration. Begünstigt durch die „Konzentration der Bevölkerung in den Städten“ treten große Warenhäuser an die Stelle kleiner und mittlerer Geschäfte - vor allem dort, wo Industrie- und Bankkapital auch selbst den Handel betreiben. Die Konzentration des unproduktiven Handels senke Hilferding zufolge seine zugunsten des Profits gehenden Kosten. „Die Kartellierung verringert diese Kosten ganz außerordentlich, beschränkt die Reklame auf die bloße Bekanntmachung und die Reisenden auf jene Zahl, die zur Bewegung der überdies verringerten, vereinfachten und beschleunigten Handelsoperationen nötig sind. ... Gerade handelstechnisch ist die Überlegenheit des großen gegenüber dem kleinen Betrieb evident.“ Große Handelsorganisationen könnten den Handel viel billiger bewerkstelligen als selbstständige Händler und Kaufleute; sie könnten den kleinen und mittleren Handel von sich abhängig machen und ihm die Preise vorschreiben. „Die monopolistische Vereinigung bewirkt so eine Ausschaltung des selbstständigen Handels. Sie macht einen Teil der Handelsoperationen vollständig überflüssig und verringert die Unkosten für den Rest.“ Letztlich erblickte Hilferding in der Konzentration von Banken, Industrie und Handel eine „zur höchsten Kapitalform gelangte Dreieinigkeit. Denn das industrielle Kapital ist Gott Vater, das das Handels- und Bankkapital als Gott Sohn entlassen hat; das Geldkapital ist der Heilige Geist; sie sind drei, aber doch eins im Finanzkapital.“⁹⁹

Die Bezeichnung des industriellen Kapitals als „Gott Vater“ zeigt, dass Hilferding letztlich noch immer wie Marx im Band 1 des „Kapital“ das Industrie- und nicht das

⁹⁷ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 335

⁹⁸ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 286 (monopolistische Zusammenschlüsse), 336 (Kartelle, Trusts und Syndikate), 339 (monopolistische Preisbildung)

⁹⁹ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 305 - 306, 314, 319 (Fiktion der Selbstständigkeit im Handel) und 329 (Dreifaltigkeit von Industrie-, Bank- und Handelskapital).

Geldkapital als die eigentliche Wurzel des Kapitalismus betrachtete und dass er Marx' & Engels' Entwicklung vom Band 1 zum Band 3 letztlich nicht weit genug nachvollzog, um das Geldkapital als Motor der Fehlentwicklung des frühen Industriekapitalismus zum monopolistischen Finanzkapitalismus analysieren zu können. Ebenso wenig wurde ihm bewusst, dass das vom frühen Marx verteufelte unternehmerkapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln im monopolistischen Finanzkapitalismus nur noch eine marginale Rolle spielte. Das private Produktionsmitteleigentum, das der Arbeiterbewegung noch immer als Feindbild diente, war also längst ausgehöhlt worden - und zwar nicht von ihr selbst, sondern merkwürdigerweise vom Monopolkapital als ihrem Klassengegner.

Vom Kapitalismus der freien Konkurrenz über die Krise des Monopolkapitalismus zur bewussten Lenkung der Wirtschaft durch den proletarischen Staat

Über das soziale Unternehmertum verlor Hilferding kein einziges Wort. Die Genossenschaften waren für ihn ebenfalls keine erhaltenswerten Formen eines vergesellschafteten Produzierens, weil sie der fortschreitenden Kartellierung und Vertrustung der Wirtschaft ebenso im Wege standen wie der Stärkung der politischen Gegenmacht des gewerkschaftlich organisierten Proletariats. Schließlich äußerte Hilferding auch kein einziges Wort des Bedauerns über die „Vernichtung der schwächeren Unternehmen“. Aus seiner Sicht waren kleinere und mittlere Unternehmen ohnehin nur noch abhängige oder scheinbar selbstständige Anhängsel großer Monopolunternehmen. „Sie sind eine abnehmende Schicht von geringer Widerstandsfähigkeit und mangelnder Organisationsfähigkeit, völlig abhängig von kapitalistischen Großunternehmungen, deren Agenten sie sind. ... Nachdem die Marxsche Konzentrationslehre jahrzehntelang bekämpft worden ist, ist sie heute ein Gemeinplatz geworden. Der Rückgang des gewerblichen Mittelstandes gilt als unaufhaltsam.“ Von seinem gesellschaftlichen Abstieg ständig bedroht, sei das Kleinbürgertum nur noch eine politisch reaktionäre „Schutztruppe des Großkapitals“ und „erbittertster Gegner der Arbeiterforderungen“.¹⁰⁰

Hilferdings Bewunderung galt allein den großen Aktiengesellschaften. In Übereinstimmung mit Marx & Engels hielt er es für deren historische Leistung, das Eigentum an den Produktionsmitteln von vielen kleinen und mittleren Produzenten gelöst und es vergesellschaftet zu haben. „Das Finanzkapital bedeutet seiner Tendenz nach die Herstellung der gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktion.“ Allerdings handelt es sich vorerst noch um eine gesellschaftliche Kontrolle der Produktion in privatkapitalistischen Formen der Kartelle, Trusts und Syndikate, bei der die „Herrschaft über die gesellschaftliche Produktion in den Händen einer Oligarchie bleibt.“ Diese Form der Vergesellschaftung der Produktionsmittel hielt

¹⁰⁰ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 508 (Genossenschaften), 338 (Vernichtung der kleinen und mittleren Unternehmen) und 517 - 522 (reaktionäres Kleinbürgertum) sowie 529 - 551 (Gewerkschaften).

Hilferding wie Marx & Engels für ein historisches Durchgangsstadium, das notwendig sei, um „die letzte Phase des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat“ vorzubereiten. „Schafft so das Finanzkapital organisatorisch die letzten Voraussetzungen für den Sozialismus, so macht es auch politisch den Übergang leichter. ... Es ist ein historisches Gesetz: In den auf Klassegegensätzen beruhenden Gesellschaftsformationen gehen die großen sozialen Umwälzungen erst vor sich, wenn die herrschende Klasse bereits den höchstmöglichen Stand der Konzentration ihrer Macht erreicht hat.“ Erst dann werde mit der „Expropriation der Expropriateure“ die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in ihrer höchsten zentralstaatlichen Form vollzogen.¹⁰¹

Zu diesem vermeintlich ‚historisch notwendigen‘ Übergang des Monopolkapitalismus in einen zukünftigen staatlich gelenkten Sozialismus trage auch ein entsprechender Wandel des bürgerlich-kapitalistischen Staates bei. Im Zuge der immer weiter fortschreitenden Aufhebung der freien Konkurrenz zwischen kleinen und mittleren Unternehmen durch das konzentrierte Finanzkapital, zu dem sich „die Herren“ des Bank-, Industrie- und Handelskapitals „in inniger Personalunion“ vereinen, würden aus den europäischen Staaten als liberalen Wächtern der Marktfreiheit mehr und mehr Instrumente, mit denen das Finanzkapital seine Interessen sowohl innerhalb europäischer Industrieländer als auch außereuropäischer Kolonien durchsetze. Mehr und mehr intervenierten sie in das Geschehen auf monopolisierten Märkten und errichteten sog. Schutzzölle zum Schutz vor ausländischer Konkurrenz. Ähnlich wie Rosa Luxemburg analysierte auch Hilferding den Export von europäischem Kapital in die in anderen Teilen der Erde eroberten Kolonien als Strategien des mit den Staaten verbundenen monopolistischen Finanzkapitals, die in den Kolonien lebenden Menschen und die dort vorhandenen natürlichen Ressourcen in den Dienst ihrer Kapitalverwertungsinteressen zu stellen. „Die gewaltsamen Methoden gehören zum Wesen der Kolonialpolitik. ... Hauptmittel ist die Expropriation der Eingeborenen, denen das Land und damit die Grundlage ihrer bisherigen Existenz genommen wird. Das ist namentlich der Fall, wenn es sich um Ausbeutung von Bergwerksprodukten handelt. ... Der Kapitalexport hat die Umwälzung aller alten sozialen Verhältnisse und die Einbeziehung der Erde in den Kapitalismus ungeheuer beschleunigt. ... In der Rassenideologie erstet so eine naturwissenschaftlich verkleidete Begründung des Machtstrebens des Finanzkapitals.“¹⁰²

Trotz seiner Einsichten in die dramatischen Folgen der Ausdehnung der Kapitalakkumulation und -konzentration auf den ganzen Erdball blieb Hilferding im Zusammenhang mit der Frage, ob es „Grenzen der Kartellierung“ geben könnte, bei seiner Vorstellung, dass am Ende dieses Konzentrationsprozesses - auch im

¹⁰¹ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 557 - 558 und 561.

¹⁰² Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 445 (Personalunion von Bank-, Industrie- und Handelskapital) und 450 - 456 (englische Freihandelspolitik sowie deutsche und amerikanische Schutzzollpolitik) und 462 - 506 (Kolonialismus), besonders S. 474 - 475, 481 und 504.

Weltmaßstab? - ein einziges „Generalkartell“ stehen werde. „Die ganze kapitalistische Produktion wird bewusst geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen Sphären bestimmt.“ Preise verlieren dann endgültig ihren Charakter als Informationen, welche selbstständige Anbieter und Nachfrager miteinander verbinden, und sie werden zu einer „bloß rechnungsmäßigen Art der Zuteilung von Sachen durch Personen an Personen. Das Geld spielt dann keine Rolle. Es kann völlig verschwinden, da es sich ja um Zuteilung von Sachen handelt und nicht um Zuteilung von Werten. Mit der Anarchie der Produktion schwindet ... die Wertgegenständlichkeit der Ware, schwindet also das Geld. Das Kartell verteilt das Produkt.“¹⁰³

Hilferding erwartete, dass sich die „Tendenz zur Herstellung eines Generalkartells und die Tendenz zur Bildung einer Zentralbank“ zu einer „gewaltigen Konzentrationsmacht des Finanzkapitals“ vereinigen, welche dann den weiteren Weg in eine geldlose, vom proletarischen Staat bewusst geplante kommunistische Wirtschaft bereite. „Das Finanzkapital in seiner Vollendung ist losgelöst von dem Nährboden, auf dem es entstanden ist. Die Zirkulation des Geldes ist unnötig geworden, der rastlose Umlauf des Geldes hat sein Ziel erreicht, die geregelte Gesellschaft. Und das perpetuum mobile der Zirkulation findet seine Ruh.“ Bei diesem höchsten Stadium der Kartellierung der kapitalistischen Wirtschaft handele es sich allerdings erst um eine „bewusst geregelte Gesellschaft in antagonistischer Form“. Deren Klassenantagonismus sah Hilferding ausdrücklich in ihrem „Antagonismus der Verteilung“ und nicht etwa in ihrem Antagonismus der kapitalistischen Akkumulation und Konzentration und der darauf beruhenden industriellen Massenproduktion.¹⁰⁴

Die von Hilferding beschriebene Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zur völligen Monopolisierung der Märkte, im einzelnen also

- die Entwicklung der durchschnittlichen Profit- und Zinsraten, der Dividenden und der Gründergewinne,
- die „immer höhere organische Zusammensetzung“ des Kapitals von Industrieunternehmen - besonders in den Eisen-, Stahl- und anderen Schwerindustrien - , das zu einem steigenden Teil aus konstantem bzw. fixem und zu einem sinkenden Teil aus variablem bzw. zirkulierendem Kapital besteht,
- die „kolossale Beschleunigung“ des Prozesses der Zusammenfassung von Bank-, Industrie- und Handelsunternehmungen zu Kartellen, Trusts und Syndikaten, bei dem „sich die Funktion des Eigentums von der Funktion der Produktion immer mehr gelöst hat“,
- die höchste Konzentration des Finanzkapitals zur „einheitlichen Macht, die den Lebensprozess der Gesellschaft souverän beherrscht“
- und in Verbindung damit letztlich auch das Streben der Rohstoffsyndikate nach einer „Monopolisierung der Naturbedingungen der Produktion“ sowie ihr Bestre-

¹⁰³ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 349 - 350.

¹⁰⁴ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 349.

ben, „die Herrschaft über die Verkehrswege zu Wasser und zu Lande zu erhalten“¹⁰⁵,

alle diese Merkmale der Entwicklung zum Monopolkapitalismus mündeten bei Hilferding am Ende in seine Vision einer großen Krise ein, in deren Verlauf sich ein revolutionärer Übergang vom Monopolkapitalismus zum Sozialismus vollzieht.

Während Hilferding in seinen Ausführungen zum Geld- und Kreditwesen die zeitweise Brachlegung von Geldkapital noch als zirkulationstechnische Notwendigkeit betrachtet hatte, die dessen Kreislauf nicht stören würde, verwies er am Ende doch auf ihre Krisen auslösende Wirkung. Sowohl im einfachen Kreislauf W-G-W als auch im erweiterten Kreislauf G-W-G' könne es zur zeitweisen Schatzbildung und als Folge davon zu Absatzstockungen kommen. Durch die „Geldverpuppung als Schatz“ gerät jenes wohlproportionierte Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage durcheinander, das Voraussetzung für die Stabilität der gesellschaftlichen Reproduktion auf einfacher und erweiterter Stufenleiter wäre. So kommt es von Zeit zu Zeit zum Phänomen der wirtschaftlichen Krise. „Die Krise ist ganz allgemein eine Zirkulationsstörung. Sie erscheint als massenhafte Unverkäuflichkeit der Ware, als Unmöglichkeit der Realisierbarkeit des Warenwertes (resp. ihres Produktionspreises) in Geld. ... Diese zahlreichen Punkte, wo Geld der Zirkulation entzogen wird und sich in zahlreichen individuellen Schätzen respektive potentiellen Geldkapitalien aufhäuft, scheinen ebenso viele Hindernisse der Zirkulation, weil sie das Geld immobilisieren und es seiner Zirkulationsfähigkeit für längere oder kürzere Zeit berauben. ... Das Geld ist unbeschäftigt.“¹⁰⁶ Durch die Immobilisierung des Geldes verliere das „objektive Wertgesetz als einzig möglicher Regulator der kapitalistischen Wirtschaft“ seine Fähigkeit, die Produktion mit Hilfe von Preissignalen zu steuern. Stattdessen setze sich ein „empirisches Gesetz“ durch, wonach „die kapitalistische Produktion in einen Kreislauf von Prosperität und Depression gebannt ist.“¹⁰⁷

Die Geld-, Bank- und Kreditkrisen sowie die Börsenkrisen stellen sich immer dann ein, wenn die Profitraten im Laufe einer Phase der Prosperität sinken. Und sie gehen in eine neue Phase der Prosperität über, sobald sich nach einer Phase der Depression die Verwertungsbedingungen des Kapitals wieder verbessert haben. Die Reproduktion „auf verengter Stufenleiter“ geht dann wieder in eine Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter über und der sich selbst beschleunigende Prozess der Akkumulation und Konzentration von Finanz- und Industriekapital erhält einen neuen Schub. Während „die Krise zum massenhaften Zusammenbruch der noch kleinkapitalistischen Unternehmungen führt“, können große Ban-

¹⁰⁵ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 264 - 267 (höhere organische Zusammensetzung des Kapitals), 285 und 288 (kolossale Beschleunigung und Aushöhlung des Eigentums), 350 (Finanzkapital als einheitliche Macht) und 294 - 295 (Monopolisierung der Naturressourcen und Verkehrswege).

¹⁰⁶ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 362, 365 und 372 (Immobilisierung von Geld), 377 (Geldverpuppung als Schatz) und 421 (unterbeschäftigtes Geld).

¹⁰⁷ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 355 (empirisches Gesetz) - 357 und 379 (Außerkräftsetzung des objektiven Wertgesetzes).

ken und Unternehmen die Krisen sehr viel besser überstehen. „Die wachsende Konzentration macht die Unternehmungen gegen die äußerste Wirkung der Krise, den völligen Bankrott, widerstandsfähiger. Diese Widerstandsfähigkeit wird erhöht durch die Organisationsform der Aktiengesellschaft.“¹⁰⁸

Die Ursachen dieser krisenhaften Zirkulationsstörungen verortete Hilferding allerdings nicht in der Verschätzbarkeit von Geld - dies hätte ihn zu der Frage führen können, wie sich das Verschätzen von Geld innerhalb der Zirkulationssphäre hätte unterbinden lassen - , sondern innerhalb der Produktionssphäre in der schon von Marx & Engels beklagten „Anarchie der Produktion“ und in dem Umstand, dass es darin mehr um die Kapitalverwertung als um die Bedarfsdeckung geht.¹⁰⁹ Die Möglichkeit eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen der Verschätzbarkeit von Geld und Geldkapital einerseits und dem Interesse des Geld- und Realkapitals an seiner Verwertung zog Hilferding noch nicht in Betracht.

Durch die Krise zur Revolution

Auch wenn Hilferding in seiner ökonomischen Analyse des Monopolkapitalismus die wachsende Bedeutung des Finanzkapitals gegenüber dem industriellen Kapital noch stärker hervorhob als Marx & Engels, so blieb er dennoch in deren Vorstellungen von historischen Gesetzmäßigkeiten befangen, wonach der Kapitalismus nach seinen Stadien der freien Konkurrenz und der Monopolisierung zwangsläufig in ein zunächst sozialistisches und danach höheres kommunistisches Stadium einer zentralstaatlichen Lenkung der Wirtschaft übergehen werde. Zwar erklärte Hilferding die Funktionsweise des Monopolkapitalismus teilweise anders als Marx & Engels; er verband damit aber keinerlei Absicht, mit revolutionären oder reformerischen Veränderungen im Bereich des Geld-, Bank- und Börsenwesens einen anderen Ausweg aus der Vormachtstellung des Finanzkapitals zu suchen als den, den Marx & Engels schon für einen Ausweg aus der Vormachtstellung des industriellen Kapitals gehalten hatten.

Innerhalb der damaligen Sozialdemokratie standen die historische Notwendigkeit einer revolutionären Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und der Wiederherstellung einer „menschlichen Produktionsgemeinschaft“ für Hilferding anders als für den reformistischen Bernstein außerhalb jeden Zweifels. Ähnlich wie in der vorkapitalistischen Gesellschaft ein „Pater familias ... die selbst wirtschaftende Familie“ leitete, sollte in Zukunft ein proletarischer Staat „mit allen Mitteln einer organisierten Produktions- und Konsumstatistik ... in bewusster Voraussicht“ die ganze Wirtschaft gemäß den Bedürfnissen der Menschen planen.¹¹⁰

¹⁰⁸ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 385 und 416 (schwankende Bedingungen für die Verwertung von Kapital), 427 (kleinkapitalistische Unternehmen) und 434 - 435 (Widerstandsfähigkeit von Großbanken und Großunternehmen)

¹⁰⁹ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 357 (Regellosigkeit der Produktion als Krisenursache) und 379

¹¹⁰ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 9.

Wie vor ihm Marx & Engels erkannte Hilferding nicht, dass es sich bei dem Frühkapitalismus der freien Konkurrenz bereits um eine Perversion einer bürgerlichen Marktgesellschaft mit monopolfreier Konkurrenz handelte und dass dann der Monopolkapitalismus eine Steigerung dieser Perversion war und nicht etwa ein richtiger historischer Schritt in die Richtung einer freien und gerechten Zukunftsgesellschaft. Deshalb blieb Hilferding bei der Forderung von Marx und Engels stehen, die unbeabsichtigt eine Refeudalisierung von Wirtschaft und Politik vorprogrammierte - nämlich bei der Forderung, jegliche Form von marktmäßig-anarchischer Warenproduktion mit Arbeitsteilung, Privateigentum und Geld zu beseitigen und sie durch eine staatliche Zentralplanung zu ersetzen, welche sich an das als Fortschritt missverstandene Stadium der Verbreitung von Aktiengesellschaften anschließen sollte. „Nicht das reaktionär gewordene Ideal der Wiederherstellung der freien Konkurrenz, sondern völlige Aufhebung der Konkurrenz durch Überwindung des Kapitalismus kann jetzt allein das Ziel proletarischer Politik sein.“ Indem das akkumulierte Finanzkapital die Produktion immer mehr in den Händen einer Minderheit von Kapitalisten konzentrierte, erleichtere „seine vergesellschaftende Funktion ... die Überwindung des Kapitalismus außerordentlich. ... Die Besitzergreifung von sechs Berliner Großbanken würde ja heute schon die Besitzergreifung der wichtigsten Sphären der Großindustrien bedeuten.“ Darüber hinaus sei es nicht notwendig, auch noch die große Zahl bäuerlicher und gewerblicher Kleinbetriebe zu enteignen, „da diese durch die Besitzergreifung der Großindustrie, von der sie längst anhängig geworden sind, mittelbar vergesellschaftet werden wie jene unmittelbar.“ Und durch die staatliche Zentralisierung des Finanz- und Industriekapitals werde - angeblich - auch das hierarchische Lohnarbeitsverhältnis überwunden.¹¹¹

5.6 Vladimir I. Lenins Interpretation des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus

Während seines Exils in der Schweiz, also unter dem unmittelbaren Eindruck des westlichen Monopolkapitalismus und des ersten Weltkriegs als eines Kriegs zwischen monopolistischen Machtblöcken um die Aufteilung der Welt, stellte der russische Bolschewist Vladimir I. Lenin (1870-1924) den „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ dar (1916/17). In kritischer Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Ökonomen Robert Liefmann und besonders mit dem Sozialdemokraten Rudolf Hilferding, in dem er einen Exponenten des verbürgerlichten, revisionistischen Flügels der Arbeiterbewegung sah¹¹², betrachtete auch Lenin den Kapitalismus nicht mehr als eine Wirtschaft, die wie zu Zeiten des jüngeren Marx auf der Konkurrenz vieler planlos produzierender „zersplitterter Unternehmer“ beruhte, sondern als einen hochgradig vermachteten Monopolkapitalismus, in dem

¹¹¹ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 556 - 562.

¹¹² Vladimir I. Lenin (1917/1970), S. 12.

sich die auch schon vom späten Marx beobachtete Tendenz zur Entstehung großer Aktiengesellschaften, Kartelle, Trusts und Syndikate mehr und mehr verstärkt habe – ganz besonders in den Kohle- und Stahlindustrien. Spätestens seit dem Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert sei der alte Kapitalismus der 'freien Konkurrenz' endgültig von einem staatsmonopolistischen Kapitalismus abgelöst worden.¹¹³

Während des imperialistischen 1. Weltkriegs hätte es Lenin zufolge den reformistischen Teilen der Arbeiterbewegung an der notwendigen Entschlossenheit gefehlt, den Monopolkapitalismus zu überwinden und in eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft überzugehen. „Sozialismus in Worten, Chauvinismus in der Tat“, lautete sein Vorwurf an die reformistischen Kräfte im Vorwort zu seiner Schrift „Staat und Revolution“ (1917).¹¹⁴ Dabei hätten die Grauen des Krieges ihnen die unbedingte Notwendigkeit einer revolutionären Entschlossenheit vor Augen geführt.

In dieser Schrift entwarf Lenin eine politische ‚Theorie‘ des revolutionären Übergangs vom kapitalistisch-demokratischen zum proletarischen Staat. Die Diktatur des Proletariats werde „zum ersten Mal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen“. Aber auch der proletarische Staat werde „absterben“ bzw. „einschlafen“, sobald er seine Aufgabe erfüllt habe, den „korrupten und verfaulten Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft“ vollends zu zerschlagen.¹¹⁵

Getreu seiner Überzeugung, dass „die Lehre von Karl Marx allmächtig“ sei, „weil sie wahr ist“, konzipierte Lenin auch „ökonomische Grundlagen für das Absterben des Staates. ... Organisieren wir Arbeiter selber die Großproduktion ... mit Hilfe strengster, eiserner Disziplin, die von der Staatsgewalt der bewaffneten Arbeiter aufrecht erhalten wird“. Die Arbeiter könnten den von den Kapitalisten in Monopolen vorbereiteten und „fertig vorhandenen ... Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung“ übernehmen. „Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter ... - und wir haben einen von dem ‚Schmarotzer‘ befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können. ... Unser nächstes Ziel ist, die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren.“¹¹⁶

In ihrer ersten Phase, in der „die kommunistische Gesellschaft noch mit den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet ist“, würden die Produktionsmittel zwar schon der gesamten Gesellschaft gehören; aber bei der Verteilung der Produkte werde noch streng darauf geachtet, dass jedes Mitglied der Gesellschaft

¹¹³ Vladimir I. Lenin (1917/1970), S. 23, 28 und 50.

¹¹⁴ Vladimir I. Lenin (1917/1972), S. 5.

¹¹⁵ Vladimir I. Lenin (1917/1972), S. 22 - 25 (Absterben des proletarischen Staates nach der Zerschlagung des bürgerlich-kapitalistischen Staates), 55 (bürgerlicher Parlamentarismus) und 104 - 105 (Diktatur des Proletariats als Demokratie für das Volk).

¹¹⁶ Vladimir I. Lenin (1913/1977), S. 3 (wahre und allmächtige Lehre von Marx). - Ders. (1917/1972), S. 57 - 59 (von Arbeitern organisierte Großproduktion),

gleich viel gesellschaftlich notwendige Arbeit leistet wie andere Mitglieder. Es „enthält von der Gesellschaft einen Schein darüber, dass es ein gewisses Quantum Arbeit geliefert hat“ - ähnlich wie in der von Robert Owen 1832 in London eingerichteten - und gescheiterten! - Arbeitsbörse. „Auf diesen Schein erhält es ein entsprechendes Quantum Produkte aus den gesellschaftlichen Vorräten an Konsumtionsmitteln. Nach Abzug des Arbeitsquantums, das für die gemeinschaftlichen Fonds bestimmt ist, erhält jeder Arbeiter also von der Gesellschaft so viel zurück, wie er ihr gegeben hat. Es herrscht gewissermaßen ‚Gleichheit‘.“¹¹⁷

Als die russischen Bolschewisten unter Lenins Führung nach der Revolution vom Oktober 1917 Banken, Unternehmen und Handel verstaatlichten und mit dem Aufbau einer staatlichen Planungsbürokratie begannen, erwarteten sie, dass „diese Expropriation eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichen“ werde. Und dank einer schrankenlosen Entfesselung ihrer technischen Produktivkräfte könne die kommunistische Gesellschaft schon bald in ihre zweite, höhere Phase übergehen, in der die Knappheit von wirtschaftlichen Gütern überwunden werde. „Wie rasch aber diese Entwicklung weitergehen wird, wie schnell sie zur Aufhebung der Arbeitsteilung, zur Beseitigung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit, zur Verwandlung der Arbeit in das ‚erste Lebensbedürfnis‘ führen wird, das wissen wir nicht und können wir nicht wissen. ... Der Staat wird dann völlig absterben können, wenn die Gesellschaft den Grundsatz ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen‘ verwirklicht haben wird.“¹¹⁸

Seinen geradezu ins Wahnhafte gesteigerten Glauben an die Verbindung von technischem Fortschritt und auf Kapitalkonzentration beruhender industrieller Großproduktion brachte Lenin auf die Formel: „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.“ Zuallererst müsse jedoch „eine ‚Schulung und Disziplinierung‘ von Millionen Arbeitern durch den umfassenden, komplizierten, vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usf. ... beginnen. ... Rechnungsführung und Kontrolle - das ist das Wichtigste, was zum ‚Ingangsetzen‘ der kommunistischen Gesellschaft in ihrer ersten Phase erforderlich ist. Alle Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines das gesamte Volk umfassenden Staats‘ syndikats‘. ... Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.“¹¹⁹ Sollte sich so die Lohnabhängigkeit der Arbeit überwinden lassen?

Als die russischen Bolschewisten daran gingen, ihren Glauben an die historische Zwangsläufigkeit der industriellen Großproduktion zu vollstrecken und ihre kommunistischen Pläne mit der brutalen Gewalt einer „eisernen Faust“ in die Tat um-

¹¹⁷ Vladimir I. Lenin (1917/1972), S. 107 - 108.

¹¹⁸ Vladimir I. Lenin (1917/1972), S. 112 (Entwicklung der Produktivkräfte).

¹¹⁹ Vladimir I. Lenin (1917/1972), S. 117 - 119 (Rechnungslegung und Kontrolle). - Ders. (1920/1959), S. 414 und 513 (Sowjetmacht = Sowjetmacht plus Elektrifizierung).

zusetzen, forderte Nikolaj Bucharin, der Herausgeber der KP-Zeitung „Prawda“, sie als erstes dazu auf, das Bankwesen in eine „Zentralbuchhaltung der kommunistischen Gesellschaft“ umwandeln. Und „eines schönen Tages wird der Staat wahrscheinlich gezwungen werden, die absterbende Geldzirkulation ganz abzuwürgen“, weil die steigenden technischen Produktivkräfte Produkte im Überfluss hervorbringen würden und es dann keines Tauschmittels mehr bedürfe. Per Dekret ließ sich das Geld jedoch nicht einfach verbieten. Deshalb griffen die Bolschewisten zum Mittel der Inflation, um den russischen Rubel unbrauchbar zu machen. „Das langsame Verschwinden des Geldes wird auch begünstigt durch die riesige Papiergeldemission durch den Staat.“¹²⁰

Tatsächlich haben die russischen Bolschewisten das Geld während der Revolution durch eine gigantische Inflation entwertet, was de facto seiner Abschaffung gleich kam. Da die anstelle des Geldes eingerichtete zentralstaatliche Buchführung versagte, brach die russische Wirtschaft völlig zusammen. Inmitten dieses Chaos kämpften Lenin und die Bolschewisten einen erbarmungslosen Kampf gegen jeglichen ‚Opportunismus‘ in der Arbeiterbewegung. Unter anderem ließen sie den Aufstand der Kronstädter Matrosen blutig niederschlagen, als diese unter dem Motto ‚Alle Macht den Räten - Keine Macht der Partei‘ dem totalitären Machtanspruch der Kommunistischen Partei entgegentraten. Auch gegen die ukrainische Machno-Bewegung führten die russischen Bolschewisten einen blutigen Kampf, obwohl diese Bewegung ihrem anarchistischen Selbstverständnis entsprechend ebenfalls ein Absterben des Staates anstrebte. Die Machno-Bewegung habe „nicht über die theoretischen Kräfte verfügt, die bei einer jeden großen sozialen Bewegung erforderlich sind“ und typisch sei für sie „viel nicht bis ans Ende Durchdachten“ gewesen.¹²¹

Nach vier Jahren Kriegskommunismus mit einer gewaltsamen Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, mit entsetzlichen Hungersnöten und einem Massensterben gingen die Bolschewisten schließlich im Frühjahr 1921 zu einer ‚revisionistischen‘ sog. Neuen Ökonomischen Politik über, um „Kleinbetriebe, Kleinunternehmen, Handel vorübergehend doch noch wieder zu beleben“, aber sie auch „der staatlichen Regelung zu unterwerfen“, bis die technischen Produktivkräfte weit genug gesteigert wären, um „in ein bis zwei Jahrzehnten“ in den Kommunismus übergehen zu können. „Wir haben uns auf den Staatskapitalismus zurückgezogen.“ Aber Lenin zufolge seien „schon Anzeichen vorhanden, dass das Ende dieses Rückzugs abzusehen ist.“ Auch zum Geld kehrten die Bolschewisten wieder zurück und ließen sowohl neue Goldmünzen prägen als auch neue Banknoten drucken. Das Geld erwies sich also als unentbehrlich - nach Auffassung der Bolschewisten jedoch nur noch für eine begrenzte Übergangszeit, bis die Zeit reif sei für seine endgültige Abschaffung. Die bitteren Erfahrungen des Kriegskommunismus ließen

¹²⁰ Nikolaj Bucharin & Evgenij Preobraschensky (1920), Band 2, S. 149 - 150.

¹²¹ Zur anarchistischen Bewegung in der Ukraine vgl. Peter Arschinoff (2008), S. 240 - 251, hier: S. 243 und 245.

die Bolschewisten also nicht im Geringsten an ihrer Ideologie zweifeln. Ihren verblendeten Glauben, ihre historische Mission zu einem späteren Zeitpunkt fortsetzen zu können, gaben sie nicht auf. Schon im November 1921 verspottete Lenin das Geld und insbesondere Goldmünzen wieder mit den Worten, dass „wir ... , wenn wir dereinst im Weltmaßstab gesiegt haben ... , in den Straßen einiger der größten Städte der Welt öffentliche Bedürfnisanstalten aus Gold bauen.“¹²²

Nach Lenins Tod (1924) forcierte der Diktator Stalin die brachiale Umwandlung der Sowjetunion von einem Agrar- und in einen Industriestaat. Ein „nationalisiertes Banksystem“ sollte alle Spargelder zu einer „sozialistischen Akkumulation“ bündeln. „Natürlich müssen die Deponenten dafür bestimmte Zinsen erhalten.“ Am Charakter von Zinsen als ausbeuterischem Einkommen nahm Stalin keinen Anstoß. Und „unsere sozialisierte Produktion“ sollte eine „zusammengefasste Großproduktion“ werden, denn als galt als „unbestreitbare Tatsache“, dass sie gegenüber der „zersplitterten Kleinproduktion“ haushoch überlegen sei.¹²³

5.7 Noch immer: Verstaatlichung des in privaten Händen konzentrierten Industrie- und Finanzkapitals

Trotz der sich verstärkenden Dominanz des Finanzkapitals gegenüber dem Industriekapital – das private Eigentum von Unternehmern an ihren Produktionsmitteln gehörte de facto längst zum großen Teil den Banken und (Groß-)Aktionären – , trotz der Aufhebung der Konkurrenz durch Monopole und trotz der verheerenden Auswirkungen der russischen Revolution sind weder die revisionistischen noch die revolutionären Nachfolger von Marx & Engels jemals auf den Gedanken gekommen, dass die tiefere Wurzel des Kapitalismus gar nicht im privaten Produktionsmitteleigentum, in der Konkurrenz und in der marktwirtschaftlichen Selbstorganisation an sich liegen könnte, sondern in einer noch am ehesten von Proudhon geahnten strukturellen Dominanz der gesellschaftlichen Zirkulationskräfte über die Produktionskräfte, wodurch Privateigentum, Arbeitsteilung und Märkte kapitalistisch deformiert wurden. Die Verurteilung Proudhons als *persona non grata* durch Marx & Engels wirkte so stark weiter, dass sich weder Luxemburg noch Hilferding oder Lenin mit seiner sowohl liberalen als auch sozialen Kritik am Frühkapitalismus beschäftigt haben.¹²⁴

Mithin blieb die Aversion aller Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung gegen Markt und Wettbewerb so mächtig und der Glaube an die Richtigkeit einer staatlichen ‚Vollendung‘ der privatkapitalistisch begonnenen ‚Vergesellschaftung

¹²² Vladimir I. Lenin (1921/1962), S. 90 - 98, hier: S. 91 (Kleinunternehmertum), 94 (öffentliche Toiletten aus Gold) 95 (ein bis zwei Jahrzehnte) und 98 (voraussichtliches Ende des Staatskapitalismus)..

¹²³ Josef Stalin (1926/1952), S. 108 (sozialistische Akkumulation), 111 (nationalisiertes Banksystem) und 112 (Zinsen für Deponenten). - Josef Stalin (1926/1953), S. 112 (Groß- vs. Kleinproduktion).

¹²⁴ Rosa Luxemburg erwähnte Proudhon in ihrer „Akkumulation des Kapitals“ nur einmal beiläufig, obwohl sie sich in ihrer eigenen Argumentation ansonsten ausführlich auf Ricardo, Say, Sismondi, Malthus, Rodbertus und mehreren marxistischen Autoren bezogen hat. (1913/1969, S. 234)

der Produktion“ war weiterhin so unerschütterlich, dass Luxemburg, Hilferding, Lenin und andere Theoretiker der Arbeiterbewegung sich keine andere Überwindung der Herrschaft der Finanzoligarchie vorstellen konnten, als zusätzlich zum Industriekapital auch noch das in großen Banken konzentrierte Finanzkapital in den Händen eines proletarischen Staates zu zentralisieren. Schließlich hatten Marx & Engels in ihrem „Kommunistischen Manifest“ nicht nur die Verstaatlichung der Produktionsmittel, sondern auch schon die Verstaatlichung der Banken gefordert.¹²⁵ Und trotz aller Einsichten in die Verlagerung der strukturellen Macht vom industriellen zum finanziellen Kapital war das Fazit von Hilferdings Buch über das Finanzkapital symptomatisch für den alles bestimmenden, unfassbar tragischen Einfluss, den das „Kommunistische Manifest“ und der Band 1 des „Kapital“ weiterhin auf die Arbeiterbewegung behielten: „In dem gewaltigen Zusammenprall der feindlichen Interessen schlägt schließlich die Diktatur der Kapitalmagnaten um in die Diktatur des Proletariats.“¹²⁶ -

Zu jener Zeit gehörte der von Henry David Thoreau beeinflusste nordamerikanische Anarchist Benjamin Tucker (1854 -1939) zu den wenigen, die dem verbreiteten Glauben an die private und staatliche Konzentration von Kapital als Weg in eine nichtkapitalistische Gesellschaft widersprachen. Trusts und Syndikate erschienen Tucker als „anormale und gefährliche Anhäufungen“ von Kapital, die letztlich auf dem Zins des Geldes, dem Boden- und Wohnungskapital sowie auf monopolistischem Profit beruhen und nur möglich sind, weil der wirtschaftliche Wettbewerb durch Patent- und Urheberrechtsgesetze sowie Zollgesetze beschränkt werde, welche „die Gleichheit der Freiheit“ aushöhlen.¹²⁷

Abgesehen von Tucker ist keiner der TheoretikerInnen der Arbeiterbewegung jemals auf den Gedanken gekommen zu überlegen, ob es vielleicht einen anderen Ausweg aus Kapitalismus, Kolonialimperialismus und Militarismus geben könnte als die staatliche Fortsetzung der privatkapitalistischen Konzentration der Produktionsmittel in Kartellen, Trusts und Syndikaten. Die „Negation der Negation“ hätte dann nicht die Form der gewaltsamen „Expropriation der Expropriateure“ annehmen müssen, sondern sie hätte sich in einem allmählichen Prozess einer gewaltfreien 'Reappropriation der Expropriierten' vollziehen können. Der Gedanke einer Herstellung eines monopolfreien Wettbewerbs zwischen vielen kleineren und mittleren Produzenten war jedoch innerhalb der Arbeiterbewegung außer bei Anarchisten weiterhin als kleinbürgerlich-reaktionär tabuisiert.

Während sich der Bolschewismus in Russland und kommunistische Parteien in anderen Ländern immer weiter in die Sackgasse von proletarischer Diktatur und zentralstaatlicher Planung der Wirtschaft verrannten, setzten sich die revisionistischen Kräfte innerhalb der westeuropäischen Sozialdemokratie unter dem Eindruck der Auswirkungen der russischen Revolution entschieden vom Kommunis-

¹²⁵ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), in: MEW 4, S. 481.

¹²⁶ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 562.

¹²⁷ Benjamin Tucker (1911), S. 72 - 74.- Zu Tucker vgl. Gerhard Senft (2017), S. 5 - 30 und 75 - 81.

mus ab und strebten stattdessen nach dem Ersten Weltkrieg auf parlamentarischem statt auf revolutionärem Weg einen demokratischen Sozialismus an. Dabei orientierten sie sich weiterhin an Marx' Kapitalismusanalysen und blieben auf Distanz zu der zugleich liberalen und sozialen Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus, zu der die Frühsozialisten, Proudhon, Mill und auch der Soziologe und Ökonom Franz Oppenheimer mit seinem „Liberalsozialismus“ wichtige Vorarbeiten geleistet haben.

Was Rosa Luxemburg Bernstein als Verirrung vorhielt, dass er nämlich auch die Gedanken von Proudhon und Oppenheimer näher geprüft hätte¹²⁸, haben Bernstein und andere Revisionisten in der Sozialdemokratie in Wirklichkeit versäumt, obwohl auch Kautsky gegen Ende des Ersten Weltkriegs einmal Zweifel an der Richtigkeit der Kapitalkonzentration in monopolistischen Großbetrieben äußerte. „Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns ... nur deshalb zum Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, dass wir darin irren, dass etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei, dann müssten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im Geringsten aufzugeben. Ja, wir müssten es gerade tun im Interesse unseres Endziels.“¹²⁹

Trotz ihres Erschreckens vor dem russischen Kommunismus warf die Sozialdemokratie das Ziel einer sozialistischen Produktionsweise keineswegs über Bord. An Marx' Kapitalismusanalysen einschließlich deren Abneigung gegen privates Produktionsmitteleigentum, gegen Privatkapitalisten sowie gegen Markt und Wettbewerb hielt sie weiterhin unbeirrt fest - mit dem einzigen Unterschied zu den Kommunisten, dass die Sozialdemokraten die sozialistische Produktionsweise fortan nicht mehr auf revolutionärem, sondern nur noch auf parlamentarisch-demokratischen Weg erreichen wollten. Die von Kautsky kurzzeitig für möglich gehaltene Überwindung des Kapitalismus durch eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ verloren die Sozialdemokraten schnell wieder aus den Augen. Im Laufe der 1920er Jahre verfielen sie in Strategien zur staatlichen Zählung der Marktwirtschaft, an deren kapitalistischer Verfälschung und Fixierung auf industrielle Großbetriebe weder Rudolf Hilferdings „Organisierter Kapitalismus“ noch

¹²⁸ Zu Rosa Luxemburgs Kampf gegen den Revisionismus vgl. ihre frühe Schrift „Sozialreform oder Revolution“: „Die ganze sozialistische Auffassung Bernsteins ist somit zusammengebrochen. Aus dem stolzen, symmetrischen wunderbaren Bau des Marxismus ist bei ihm nunmehr ein großer Schutthaufen geworden, in dem Scherben aller Systeme, Gedankensplitter aller großen und kleinen Geister eine gemeinsame Gruft gefunden haben. Marx und Proudhon, Leo von Buch und Franz Oppenheimer, Friedrich Albert Lange und Kant ..., Lassalle und Julius Wolf - alle haben ihr Scherflein zu dem Bernsteinischen System beigetragen, bei allen ist er in die Lehre gegangen. Und kein Wunder! Mit dem Verlassen des Klassenstandpunktes hat er den politischen Kompass, mit dem Aufgeben des wissenschaftlichen Sozialismus die geistige Kristallisationsachse verloren, um die sich einzelne Tatsachen zum organischen Ganzen einer konsequenten Weltanschauung gruppieren.“ (1900/1908, S. 125)

¹²⁹ Karl Kautsky (1918), S. 4.

Fritz Naphtalis „Wirtschaftsdemokratie“ etwas Grundlegendes korrigieren konnten. Während die Sozialdemokratie einerseits den modernen Kapitalismus bekämpfte, verstrickte sie sich andererseits immer tiefer in dessen inneren Widersprüche.

Kapitel 6
Bürgerliche Antworten
auf den Marxismus

6 Bürgerliche Antworten auf den Marxismus in der Ökonomie und in der Soziologie

Als Reaktionen auf die massive Kapitalismuskritik von Marx & Engels und ihren Nachfolgern entstand in Deutschland durch Wilhelm Roscher (1817-1894) und Bruno Hildebrand (1812-1878) eine Historische Schule der Ökonomie und unabhängig voneinander legten William St. Jevons in England (1835-1882), Leon Walras in der französischsprachigen Schweiz (1834-1910) und Carl Menger in Österreich (1840-1921) Grundlagen für die neoklassische Ökonomie. Außerdem entstand in den USA durch Thorstein Veblen (1857-1929) die Denkrichtung des Institutionalismus, die den modernen Kapitalismus anders erklären wollte als Marx & Engels.

6.1 Gustav Schmoller und die Historische Schule der Ökonomie

Die Historische Schule widersprach der sowohl von der Klassik als auch von Marx vertretenen Annahme, dass es in der Ökonomie ähnlich wie in der Naturwissenschaften objektive Gesetze gebe, die den Ablauf des Wirtschaftens im Vorhinein festlegen. Die Theorien der Klassik wie zum Beispiel über das Gesetz von Angebot und Nachfrage hielt die Historische Schule für ahistorisch. Vehement trat sie auch dem historisch-dialektischen Materialismus entgegen, mit dem Marx & Engels proklamiert hatten, dass aufgrund einer historischen Gesetzmäßigkeit auf das Stadium des Kapitalismus zwangsläufig eine proletarische Revolution folge, die ein neues Zeitalter des Kommunismus einleiten werde. Demgegenüber betrachteten Roscher, Hildebrand und später Gustav Schmoller (1838-1917) und Lujo Brentano (1844-1931) das wirtschaftliche Geschehen als eine Abfolge singulärer historischer Ereignisse. Statt ihnen theoretische Konstrukte überzustülpen, sollte die Ökonomie die unzählige Phänomene des Wirtschaftens beschreiben und so im Laufe einer längeren Zeit ein deskriptives Gesamtbild des Wirtschaftslebens zusammentragen. In die Beschreibungen von Einzelphänomenen sollten auch psychologische Beobachtungen einfließen und ethische Betrachtungen sollten zur Entwicklung von kleineren Reformen führen, die die unsozialen Seiten der kapitalistischen Marktwirtschaft erträglicher gestalten, ohne etwas an ihrer nicht als widersprüchlich erkannten Grundstruktur zu ändern.¹

Charakteristisch für diese Haltung war Gustav Schmollers Verständnis von Gerechtigkeit in der Wirtschaft. Weder hatte er die mit dem nicht neutralen Geld verbundenen Umverteilungswirkungen im Blick noch die Leistungswidrigkeit des Kapitalzinses. „Die Kapitalrente ist gerecht, weil der Kapitalhinleihende auf einen möglichen Gewinn oder Genuss verzichtet, der Kapitalleihende ohne diese Hilfe in viel schlechterer Lage wäre.“ Auch die Konzentration von Kapital in großen Unternehmen und die Spaltung der Gesellschaft in Klassen waren für Schmoller kein

¹ Harald Winkel (1977), S. 82 - 137.

² Gustav Schmoller (1881), S. 24, 28 und 30

grundsätzliches Problem. „Jede größere Unternehmung stellt sich als eine sittliche Gemeinschaft dar. ... Dass dem Minister ein höheres Gehalt gebührt als seinem Sekretär, dass der Chef einer großen Firma mehr verdient als der erste Prokurist und dieser als der letzte Kommis ..., darüber ist das wertmessende Gefühl fast aller Menschen einig.“ Problematisch würden nur zu große Einkommensunterschiede. „Aber wenn es sich darum handelt, die Abstände der Ungleichheit zu messen, in Zahlen auszudrücken ..., so werden zahlreiche Meinungsverschiedenheiten nicht ausbleiben.“²

Gleichwohl sah Schmoller die Notwendigkeit einer „Proportionalität der menschlichen Handlungen“, für deren Vorhandensein oder Fehlen die Menschen dank ihres „sozialen Instinkts“ ein Gespür hätten. Ihnen würde nicht entgehen, dass es die von der Klassik und Neoklassik behauptete „Idealvorstellung einer prästabilierten Harmonie“ in der Realität der Wirtschaft nicht gibt. „Der freie Verkehr erscheint als das Analogon des Darwinschen Kampfes ums Dasein. Der Stärkere hat Recht.“³

Schmollers Kritik am Recht des Stärkeren im kapitalistischen Kampf ums Dasein wies jedoch Inkonsistenzen und Bruchstellen auf. So gebe es „keine einfache, allen Menschen und Zeiten gleich verständliche und geläufige, für alle Gebiete gleich anwendbare Formel der Gerechtigkeit“. Besonders gegen Marx war seine Ansicht gerichtet, dass in einem proletarischen Staat „an der Spitze stehende Personen wie eine irdische Allmacht die Eigenschaften und Leistungen von Millionen übersehen, vergleichen, prüfen, schätzen und danach das Einkommen gerecht verteilen“ könnten. „Es wird eine irgendwie gemessene Gleichheit gefordert. ... Der Sozialismus kann uns belehren, nicht eine falsche Gerechtigkeit zu fordern.“⁴

Dieser Einwand gegen vermeintlich objektive Berechnungen von Arbeitswerten hatte zwar seine Berechtigung; aber wenig überzeugend war Schmollers diffuse Vorstellung, das Marktgeschehen mit seinen frei beweglichen Preisen ließe sich an „hergebrachte konventionelle Maßstäbe“ binden, die „der historische Niederschlag des Gerechtigkeitsgefühls von Millionen und Milliarden von Menschen sind, auf deren Schultern wir stehen. Durch sie gewinnt das scheinbar regellos Schwankende ... festen Körper und dauerhafte Gestalt. ... Diese konventionellen Wertmaßstäbe sind mehr oder weniger für jedes Urteil über die Gerechtigkeit der Ausgangspunkt.“ Für Schmoller verkörperte der Staat, d.h. das damalige deutsche Kaiserreich, als „leitende Intelligenz“ und „Spitze aller vorhandenen sittlichen und geistigen Kräfte“ diese konventionellen Wertmaßstäbe. Er könne „sehr Großes“ bewirken, wenn er mit einer „Reform der sozialen Institutionen“ für eine Annäherung des Marktgeschehens an Sitte, Moral und Recht Sorge.⁵ Trotz dieser Verklärung des von privatwirtschaftlicher Macht umringten Staates kam Schmoller nicht um

² Gustav Schmoller (1881), S. 24, 28 und 38.

³ Gustav Schmoller (1881), S. 28 und 41 (keine prästabilierte Harmonie).

⁴ Gustav Schmoller (1881), S. 31 (Formel der Gerechtigkeit) und 32, 46 - 47 und 52 (Kritik an Marx).

⁵ Gustav Schmoller (1881), S. 29 - 30 (konventionelle Wertmaßstäbe), 51 - 52 (soziale Institutionen und die Rolle des Staates).

das Eingeständnis herum, dass „der Kulturstaat unserer Tage ... nicht jede Unge-
rechtigkeit beseitigen“ könne. „Der Konflikt zwischen den Interessen und den sitt-
lichen Ideen wird natürlich nie ganz gehoben, sondern nur gemildert. ... Maßvoller
wird die Klassenherrschaft.“⁶

Statt sich nach den Vorstellungen der Historischen Schule schrittweise zu ver-
kleinern, vertiefte sich die Kluft zwischen wirtschaftlichen Interessen und sitt-
lichen Ideen gegen Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr. Deshalb schränkte
Schmoller in einem späteren Aufsatz seine Vorstellung stark ein, dass es gelingen
könnte, „durch verbesserte soziale Institutionen eine gerechtere Einkommensver-
teilung herzustellen“, indem „zunehmende sittliche Mächte und veredelte Gefühle
dem bloßen Kampf ums Dasein engere Schranken setzen.“⁷ Nunmehr rechtfertigte
Schmoller die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung mit einer „sozia-
len Differenzierung, die mit der Verschiedenheit der Rasse beginnt und dann durch
alle Mittelglieder verschiedener historischer Entwicklung der Völker, Klassen und
Individuen sich fortsetzt. Die Verschiedenheit des Einkommens und Vermögens ist
dann nur das notwendige äußerliche Endergebnis des körperlich-geistigen Diffe-
renzierungsprozesses. ... Ähnlich wie zwischen den Rassen und Völkern vollziehen
sich dann die Differenzierungen innerhalb der Stämme und Völker. ... Es sind auch
hier die Fähigeren, die als Träger irgendwelcher Fortschritte emporsteigen. ... Der
Beginn jeder solchen Entwicklung ruht so offenkundig auf eigentümlichen Eigen-
schaften, höheren Fähigkeiten, größerer Kraft und Intelligenz.“⁸

Unter dem Einfluss solcher die Würde menschlicher Individuen und Rassen ver-
letzender und jede Sittlichkeit aushöhlender Gedanken verflüchtigte sich Schmol-
lers Erwartung mehr und mehr, dass die „Ellbogenmoral des Geldmachers“ mit
einem „gesunden moralischen Volksgefühl“ gemäßigt werden könne und „dass mit
höherer sittlicher und rechtlicher Kultur die Betätigung der Übermacht einge-
schränkt wird“. Im „geldwirtschaftlichen Konkurrenzkampf“ sei schließlich „nie zu
verhindern, dass die schwächsten Elemente dabei ganz verkümmern und unterge-
hen, dass bestimmte Teile eines Volkes bei diesem Prozesse aussterben. Es ist
das ein harter Reinigungsprozess, der für die Gesamtheit nicht ohne Vorteil ist.“⁹
Letztendlich seien Einkommens- und Vermögensverteilung „sehr komplizierte
Vorgänge“ und es sei zweifelhaft, „ob eigentlich das historische und statistische
Beweismaterial, über das wir verfügen, gerade dafür ausreiche, aus ihm eine be-
friedigende Theorie über diese Gesamtentwicklung und ihre Tendenzen abzulei-
ten“.¹⁰

Zwar beschäftigte sich die Historische Schule mit den Problemen der Boden-
spekulation in (Groß-)Städten, aber sie schreckte vor einer tiefergehenden Kritik
an der Behandlung des Bodens als Handelsware und Kapitalgut und vor einer

⁶ Gustav Schmoller (1881), S. 42 und 52.

⁷ Gustav Schmoller (1895), S. 1074.

⁸ Gustav Schmoller (1895), S. 1071

⁹ Gustav Schmoller (1895), S. 1073 [Verdrängungswettbewerb] und 1077 - 1078.

¹⁰ Gustav Schmoller (1895), S. 1069 - 1070.

Entkapitalisierung des Bodens durch eine von Henry George vorgeschlagene Bodenwertsteuer („Single Tax“) zurück. Von der „fördernden Rolle der Einführung des privaten Grundbesitzes“ besonders für die Landwirtschaft überzeugt, gestand Schmoller dem Hinweis von George auf den Monopolcharakter des Bodens und den Charakter der Bodenrente als leistungsloses Einkommen - das hatte sowohl für Smith und Ricardo als auch für Mill schon unzweifelhaft festgestanden - zu, nicht ganz falsch zu sein. Aber es sei verfehlt, „dieses Monopol für das einzige oder wichtigste zu halten“. Mit der Forderung nach einer steuerlichen Abschöpfung der Bodenrente zugunsten der Allgemeinheit habe George seinen an sich „richtigen Gedanken ... eine übertriebene und einseitige Anwendung“ gegeben. Sie stelle einen „naiven Rückfall in einen über hundert Jahre alten, zu unzähligen Malen widerlegten Irrtum“ der Physiokraten dar, dass sich die Staatsaufgaben aus einer Bodenwertsteuer als einziger Steuer (impot unique, single tax) finanzieren lassen könnten.¹¹ Anstelle von Henry Georges Single Tax befürwortete der Ökonom Karl Diehl nur „gemäßigtere und realpolitischere Erwägungen“ im Sinne von Adolf Damaschkes Bodenwertzuwachssteuer. Zur Linderung der Bodenknappheit und der hohen Mieten in den Städten wollte er nur solche „Bestrebungen unterstützen, die durch Mittel der Verkehrspolitik das Wohnen in dem billigeren Außengelände erleichtern.“¹²

In ähnlicher Weise stand für Gustav Schmoller als führendem Kopf der Historischen Schule fest, dass einerseits Kapital in großen Unternehmen konzentriert werden müsse. Andererseits müsse „das große Unternehmertum einsehen, dass man die großen Geschäfte nicht leiten kann, ohne öffentliche Pflichten zu erfüllen, ohne sie im Geiste der großen, allgemeinen Interessen und nicht in dem habgieriger Bereicherung zu führen.“ Beispielhaft vorgelebt worden sei die soziale Verantwortung von Unternehmern bereits durch den mecklenburgischen Gutsherrn und Ökonomen Johann Heinrich von Thünen (1783-1850). Um den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu mildern statt ihn aufheben zu wollen, habe von Thünen die Lage seiner Landarbeiter einerseits durch freiwillige soziale Leistungen gehoben und andererseits deren Identifikation mit ihm als ihrem „Arbeit gebenden Gutsherrn“ gestärkt.¹³

Auch Ernst Abbe von den Jenaer Zeiss-Werken würdigte Schmoller als „einen unserer großen sozialen Reformatoren“. Er schätzte dessen gleichsam frühsozialistischen „Grundgedanken, dass die moderne Großunternehmung soziale Pflicht-

¹¹ Gustav Schmoller (1882), S. 358 - 359. Schmoller lehnte eine Bodenwertsteuer ab, obwohl ihm an anderer Stelle durchaus bewusst war, dass „die Verteilung des Grundeigentums ... in der Regel zugleich maßgebend für alle Vermögens- und Einkommensverteilung ist“. Vgl. Gustav Schmoller (1881), S. 36 - 37.

¹² Karl Diehl (1908), S. 721 und 763. - Auch in „Schmollers Jahrbuch“ wurde an die Allmenden erinnert und die Bodenspekulation thematisiert; vgl. dazu Franz Christoph (1906) sowie Paul Mohr (1907) und Carl Johannes Fuchs (1907).

¹³ Gustav Schmoller (1907), S. 4 - 5, 16 (mit einem Verweis auf Schmollers „Grundriss“ Band 1, S. 457) und 28. - Eduard Gaugler (2002), S. 20 - 21 (von Thünen).

ten erfüllen müsse“, indem sie Gewinne für soziale und wissenschaftliche Zwecke verwendet. Abbes darüber hinausgehenden Ziele einer Verstaatlichung des Bodens und einer „Eliminierung des Zinswesens“ lehnte Schmoller jedoch als Idee eines „einseitig kleinbürgerlichen, unhistorischen Radikalen“ ab, „der keine Vorstellung davon hat, dass der ganze Fortschritt der Menschheit bisher und wahrscheinlich auch noch lange auf aristokratischen führenden Kreisen beruhe.“ Als der neben Schmoller zweite führende Kopf der Historischen Schule war Adolf Wagner anfangs immerhin noch gemäßigt kritisch zum Privateigentum am Boden eingestellt und blieb auch späterhin in Kontakt mit dem von Adolf Damaschke geleiteten „Bund Deutscher Bodenreformer“.¹⁴ Ansonsten befürwortete Wagner die Bismarcksche Sozialpolitik, mit der die Folgen der ungerechten kapitalistischen Marktwirtschaft vordergründig gemildert wurden. Seine Überzeugung, dass die Bedeutung der staatlichen Sozialpolitik als Mittel zur Reparatur der von der kapitalistischen Marktwirtschaft hervorgebrachten sozialen Missstände noch weiter zunehmen werde, veranlasste ihn, ein „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben“ zu formulieren.

6.2 Neoklassische Grenznutzen- und Grenzproduktivitätstheorien

Unterdessen fuhr die neoklassische Ökonomie fort, wie ihre klassischen Vorläufer Gesetze zu formulieren, nach denen das wirtschaftliche Geschehen ablaufe. Dabei rückte sie vollständig von der klassischen Arbeitswertlehre als Ausgangspunkt von Marx' Mehrwerttheorie ab. Statt auf einen vermeintlich objektiven Arbeitswert führte die Neoklassik den Wert der Waren fortan - was sich bei John Stuart Mill schon angebahnt hatte und von Hermann Heinrich Gossen (1810-1858) erstmals 1853 theoretisch formuliert worden war - auf den subjektiven Nutzen zurück, der durch die Waren für die Konsumenten entsteht. Nach dem ersten der beiden Gossenschen Gesetze entstehe durch den Konsum einer Ware mit zunehmender Menge ein von Mal zu Mal geringer werdender zusätzlicher Nutzen (Grenznutzen), so dass nach dem Konsum des dritten, fünften oder achten Exemplars dieser Ware allmählich eine Sättigung eintritt. Gemäß dem zweiten Gossenschen Gesetz verwendet ein Haushalt sein Einkommen dann optimal, wenn die Summe aller Grenznutzen seiner konsumierten Waren am größten ist und sie sich durch ein anderes Konsumverhalten nicht noch weiter steigern lässt.

Um 1870 systematisierten William Stanley Jevons, Leon Walras und Carl Menger die Theorie des subjektiven Nutzens und in ihrem Gefolge wandte sich die Ne-

¹⁴ Gustav Schmoller (1907), S. 4 - 5, 16 (mit einem Verweis auf Schmollers „Grundriss“ Band 1, S. 457) und 28. - Ernst Abbe (1906). - Felix Auerbach (1918), S. 104 (Abbes Philosemitismus), 321 - 323 und 331 (Abbes Einstellung zum Kapitalismus, zur Zinswirtschaft und zu Aktiengesellschaften) und 426 (Schmollers Kritik an Abbe). - Adolf Wagner (1870). Zu Damaschke vgl. Klaus Hugler (2015), S. 11 - 67, bes. S. 12.

oklassik als eine die Verteilungsfrage ausblendende ‚unpolitische Ökonomie‘ ganz von der marxischen Frage nach der Ungerechtigkeit der Produktionsbedingungen ab. Auch die von Proudhon noch gestellte Frage nach der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der Zirkulationsbedingungen war für die Neoklassik kein Thema mehr. Wie die Klassik betrachtete sie das Geld als ein neutrales Tauschmittel, das keinerlei Einfluss auf die Qualität und Quantität realwirtschaftlicher Vorgänge auszuüben vermag. Das Geld sei nur wie ein Schleier über der Realwirtschaft ausgebreitet, ohne die Vorgänge in ihr zu beeinflussen. Die Wirtschaft bleibe quasi eine Naturaltauschwirtschaft und werde mit Hilfe des Geldes nur auf eine höhere Stufe ihrer Komplexität angehoben. Gemäß dem von Jean Baptiste Say formulierten klassischen Theorem unterstellte die Neoklassik, dass in der modernen Geldwirtschaft wie in der früheren Naturaltauschwirtschaft jedes Angebot sich seine eigene Nachfrage schaffe und dass somit die produzierten Waren immer vollständig von den Märkten abgeräumt werden. Das gesamte Angebot und die gesamte Nachfrage befänden sich immer in einem stabilen Gleichgewicht und der Wirtschaftskreislauf sei immer ohne Störungen geschlossen. Als ein Vertreter der Neoklassik gab der schwedische Ökonom Knut Wicksell (1851-1926) freimütig zu, dass „selbst die hervorragendsten Nationalökonomten ohne eine wirkliche, logisch durchdachte Theorie des Geldes dastehen.“¹⁵

Neoklassische Fiktion des homo oeconomicus

Aus der Philosophie des Utilitarismus und der subjektiven Wertlehre ging auch das ganz und gar säkularisierte Menschenbild der Neoklassik hervor, das den Menschen einseitig auf sein rationales Streben nach persönlichen Vorteilen reduzierte. Die von Adam Smith noch mit bedachten zwischenmenschlichen Sympathiegefühle oder andere menschliche Eigenschaften wie das Streben nach einem fairen Geben und Nehmen oder gar die Bereitschaft zu uneigennützigem Handeln ignorierte die Neoklassik völlig. Als zentrale Eigenschaft des ausschließlich rational handelnden homo oeconomicus galt es fortan, mit geringstmöglichem Aufwand knappe Güter zu erlangen und seinen subjektiven Nutzen zu maximieren. Folgerichtig kannte die Fiktion des obendrein nur männlich gedachten homo oeconomicus allein den eigennützigen Austausch von Waren und das ebenso eigennützige Bestreben, erspartes Geld auf dem Weg des zeitweisen Verleihens zu vermehren.

Dieses eindimensionale Menschenbild warf jegliches Eingebundensein des Menschen in eine höhere oder soziale Ordnung des Daseins über Bord. Die neoklassische Fiktion des Menschen als ein den subjektiven Nutzen maximierendes Individuum machte Interessengegensätze zwischen den Beziehern von leistungslosen Einkünften aus Bodenrenten und Kapitalzinsen und den Beziehern von dementsprechend geschmälerten Arbeitseinkommen unsichtbar und ignorierte sowohl die

¹⁵ Knut Wicksell (1898), S. I.

soziale Spaltung der modernen Gesellschaft in Kapitalisten und Lohnarbeiter als auch die Geschlechterhierarchie.

Heile Welt der neoklassischen Gleichgewichtsmodelle

Realitätsfremd waren auch die Prämissen eines neutralen Geldes und der Existenz eines vollständigen Wettbewerbs, auf denen Leon Walras und nach ihm Alfred Marshall (1842-1924), Vilfredo Pareto (1848-1923) und Arthur Cecil Pigou (1877-1959) ein gewaltiges Theoriegebäude aus mathematisch formulierten Gleichgewichtsmodellen errichteten. Diese Modelle sollten den Beweis für die Stabilität und Krisenfestigkeit einer von staatlichen Eingriffen freien kapitalistischen Marktwirtschaft erbringen. Im Anschluss an die im zweiten Gossenschen Gesetz postulierten optimalen Gesamtnutzen eines Individuums ergebe auch die Gesamtsumme aller Einsätze der Produktionsfaktoren und aller Tauschhandlungen eine optimale Wohlfahrt für die ganze Gesellschaft.

Aus ihrer heilen Modellwelt blendete die neoklassische Grenznutzenschule systematisch alle Probleme der realen Wirtschaft aus, die die ästhetische Schönheit ihrer mathematischen Modelle und ihren Glauben, dass Angebot und Nachfrage optimal durch die freie Bildung von Marktpreisen aufeinander abgestimmt würden, hätten beeinträchtigen können. Ihr Hauptziel war es den Anschein zu erwecken, dass es keine Interessengegensätze zwischen dem sich immer mehr konzentrierenden Kapital und der unselbstständigen Arbeit gebe, die sich zunehmend in lohn- und gehaltsabhängige Arbeiten in Industrie, Handel und Dienstleistungen ausdifferenzierte. Wie die Klassik unterstellte auch die Neoklassik eine Produktivität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital und übernahm deshalb von der Klassik die Rechtfertigung von Kapitalzins und Arbeitslohn als gleichermaßen berechnete Einkommensarten, die dem Kapital und der Lohnarbeit entsprechend ihren jeweiligen (Grenz-)Produktivitäten zuzurechnen seien.

Während Wicksell immerhin in Erinnerung an Proudhon nicht völlig ausschließen wollte, dass „der Geldzins ... beinahe auf Null sinken“ könne, war Eugen von Böhm-Bawerk (1851-1914) als Vertreter der österreichischen Neoklassik bestrebt, jegliche Kritik am Zinsnehmen zu entkräften. Am Ende seiner umfangreichen Darstellung aller das Zinsnehmen sowohl rechtfertigenden als auch kritisierenden Theorien kam Böhm-Bawerk zu dem Schluss, dass „die Überwindung der Ausbeutungstheorie besiegelt“ sei. „Gewiss wird von ihren Anhängern das Gefecht noch einige Zeit hingehalten werden ..., aber von der Wissenschaft wird dasselbe wohl bald und für immer in die Reihe der endgültig überwundenen Irrtümer gestellt werden. ... Ich glaube, es kann heute als so ziemlich ins Reine gebrachte Erkenntnis gelten, dass die Zinserscheinung einerseits mit gewissen Tatsachen der Produktionstechnik, andererseits mit der Tatsache eines zeitlichen Genussaufschubs als ihren letzten Ursachen zu tun hat.“¹⁶

¹⁶ Knut Wicksell (1898), S. V, und Eugen von Böhm-Bawerk (1884/1921), S. 539.

Im Windschatten der Neoklassik gab es in Österreich auch einzelne Kritiker wie den Juraprofessor Anton Menger (1841-1906) und den Ökonomen Otto Conrad (1876-1943), die eine Grenzproduktivität von drei Produktionsfaktoren anzweifelten. Anton Menger - er war ein Bruder des Grenznutzentheoretikers Carl Menger - betrachtete die „geltende Rechtsordnung“ als ungerecht, weil das „geltende Vermögensrecht“ den Kapitalisten eine Mehrung ihrer wirtschaftlichen Macht ermögliche und die Ausbeutung der Arbeiterschaft gewähren ließ. Deshalb wollte Menger es „im Interesse der leidenden Volksklassen umbilden“. Da ihm die damalige Sozialpolitik „unzureichend“ erschien, sollten Juristen ein „sozialistisches Rechtssystem“ schaffen, in dem die Arbeiter in Ergänzung zu den politischen Rechten auch ein „ökonomisches Grundrecht“ erhalten, und zwar nicht nur ein Recht auf Arbeit und Existenz, sondern auch ein Recht auf ihren vollen Arbeitsertrag.¹⁷ Anton Mengers Vorstellungen von einem solchen Recht waren aber noch unklar. Wegen einer „fast absoluten Unkenntnis“ der Schriften der englischen und französischen Frühsozialisten hätte die Schriften von Marx & Engels in Deutschland eine „übermäßige Wertschätzung“ erfahren. Daher stellte Menger die Grundgedanken der Frühsozialisten übersichtlich dar und benannte auch die Bodenrente und den Kapitalgewinn bzw. den Darlehenszins als „arbeitslose Einkommen“, welche den Arbeitsertrag der Lohnarbeiter schmälern. Jedoch fragte er im Hinblick auf einen Weg zur Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrags nicht, wie die private Vereinnahmung der Bodenrente und der Darlehenszins überwunden werden und das Eigentum an Produktionsmitteln breiter gestreut werden könnten. Vielmehr verwarf er ausdrücklich Vorschläge des Ökonomen Karl Marlo (1810-1865), „jedem einzelnen Staatsbürger den Betrieb eines Geschäfts für eigene Rechnung zu ermöglichen“. Und auch Proudhon habe dem Kommunismus nur eine „privatwirtschaftliche Utopie von der krassesten und augenfälligsten Undurchführbarkeit“ gegenübergestellt. Stattdessen blieb Anton Menger letztlich im Gegensatz zur Grenznutzentheorie seines Bruders Carl bei der klassisch-marx'schen Arbeitswerttheorie und der Vorstellung, dass der Austausch von Waren in Zukunft auf der Grundlage von Berechnungen durchschnittlich notwendiger Arbeitsstunden erfolgen sollte, obwohl die damit verbundenen Bewertungsprobleme bekannt waren.¹⁸

Otto Conrads Kritik an den Grundlagen der Neoklassik wurde ebenfalls nicht die verdiente Aufmerksamkeit vonseiten der Ökonomie zuteil, obwohl er eine lange Reihe wirtschaftswissenschaftlicher Publikationen vorlegte, u.a. über die Arbeitslosigkeit sowie Fehler in den Wirtschaftstheorien einiger Neoklassiker und in der Wirtschaftspolitik. Skeptisch war Conrad auch gegenüber Sozialisierungsbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg und sehr deutlich grenzte er sich auch vom

¹⁷ Anton Menger (1886), S. III - V, 2 - 6 (Vermögensrecht, unzulängliche Armenversorgung, sozialistisches Rechtssystem).

¹⁸ Anton Menger (1886), S. IV (Frühsozialisten und Marx), 3 (Bodenrente und Darlehenszins), 7 (Berechnung von Arbeitsstunden als Verteilungsprinzip), 35 - 38 (Karl Marlo), 73 - 81 (Proudhon) und 163 - 169 (Berechnungen durchschnittlicher Arbeitszeiten).

romantisch-konservativen Universalismus Othmar Spanns und vom italienischen Faschismus ab.

In der neoklassischen Rechtfertigung von Bodenrenten und Kapitalzinsen als auf Leistungen beruhenden Einkommensarten sah Otto Conrad die entscheidende „Todsünde der Nationalökonomie“. „Bei keiner anderen menschlichen Tätigkeit hat man jemals einen solchen Schluss gezogen. Ohne Violine kann man nicht geigen. Wer würde daraus schließen wollen, dass nicht nur der Geiger, sondern auch die Geige geigt? Gewiss niemand. ... Die einfache Wahrheit ist eben doch die, dass ... die leblosen Produktionsmittel keine Tätigkeit entfalten und daher auch keine Produktionsleistungen verrichten können.“ Weil also der Boden und das Kapital keine „handelnden Subjekte“ sind und keine eigenständigen Leistungen zum Sozialprodukt beitragen wie die menschliche Arbeit, hielt Conrad die personelle und funktionelle Verteilung des Einkommens auf die drei ‚Produktionsfaktoren‘ Arbeit, Boden und Kapital grundsätzlich für fragwürdig. „Zins und Bodenrente sind somit keine Vergütung für die Beistellung der Produktionsleistungen des Kapitals und des Bodens.“ Ihre Rechtfertigung als Leistungseinkommen ist eine „grobe Vergewaltigung der Wirklichkeit“.¹⁹

Diese Unaufrichtigkeit der Ökonomie verhindere ein tieferes Verständnis der Unterschiede zwischen einem freien und einem monopolistisch beschränkten Wettbewerb und der entsprechend unterschiedlichen Preisbildungen. „Wir leben in einer Zeit größter Beschränkungen der Konkurrenz und nicht in einer Ära der freien Konkurrenz.“ Die Möglichkeit der Boden- und Kapitaleigentümer, Bodenrenten und Kapitalzinsen als Entgelte für die „zeitweilige Überlassung“ ihres Bodens und Kapitals an Unternehmer und Arbeiter, die damit arbeiten, zu verlangen, führte Conrad auf ein den Wettbewerb beschränkendes „Bodenmonopol“ und einem „Kapitalmonopol“ zurück. Noch tiefer drang er allerdings nicht in die Ursachen der leistungslosen Einkünfte aus Bodenrenten und Kapitalzinsen ein und statt Wege zu ihrer Überwindung aufzuzeigen, beließ er es am Ende bei einem bloßen Appell an die Ökonomie, die „unheilvolle Lehre von den drei Produktionsfaktoren“ fallen zu lassen.²⁰ -

Der Mainstream der Neoklassik ging jedoch über solche Zweifel an der vermeintlichen Produktivität der Produktionsfaktoren Boden und Kapital hinweg.²¹ Vor al-

¹⁹ Otto Conrad (1934), S. 5 und 9 - 11.

²⁰ Otto Conrad (1934), S. 17 (freie und eingeschränkte Konkurrenz), 25 (Bodenrenten und Kapitalzinsen als Folgen von Wettbewerbsbeschränkungen), 27 (Boden- und Kapitalmonopole), 36 (zeitweilige Überlassung von Boden und Kapital) und 62 (unheilvolle Lehre von den drei Produktionsfaktoren).

²¹ Otto Conrad (1908); ders. (1913); ders. (1934). - Über Conrads Kritik an der Rechtfertigung des Zinsnehmens als Entgelt für den Beitrag zur Produktivität des Kapitals und als Belohnung für den vorläufigen Konsumverzicht ging Böhm-Bawerk ohne nähere Auseinandersetzung hinweg: „Eine Theorie, in der Otto Conrad den Kapitalzins aus einem zugunsten der Kapitalisten bestehenden ‚Monopole‘ erklären will, scheint ... den Kapitalzins mittelst einer allzu genügsamen Schlussweise abzuleiten, welche die eigentlichen Schwierigkeiten des Problems gar nicht berührt.“ (S. 462) Auch mit der Zinskritik von Proudhon hat sich Böhm-Bawerk nur flüchtig beschäftigt. Er bescheinigte ihm eine „Reinheit der Absichten“, wies aber Proudhons Auffassung lapidar zurück, dass „die Arbeit allen Wert schafft“

lem Böhm-Bawerks Schüler Ludwig von Mises (1881-1973), der unter dem Eindruck der ersten Revolutionsjahre in Russland durchaus zu Recht in Zweifel zog, dass eine Planwirtschaft auf der Grundlage einer sozialistischen Wirtschaftsrechnung funktionieren könne, lehnte zudem jede Form einer staatlichen Einflussnahme auf die Wirtschaft ab und trat kompromisslos für die Aufrechterhaltung des Laissez-faire-Kapitalismus ein. Und die Erfahrung der großen Inflation nach dem ersten Weltkrieg veranlasste Mises dazu, seine Herleitung des Geldwerts aus der neoklassischen Theorie des subjektiven Nutzens und des Grenznutzens von Waren weiter auszubauen und eine Rückkehr zu einer 100%igen Deckung von Papiergeld durch Gold zu propagieren, weil sich nur so die Wiederkehr einer Inflation vermeiden lasse.²²

Einen großen Einfluss auf die internationale Weiterentwicklung des neoklassischen Theoriegebäudes erlangte der nordamerikanische Ökonom John Bates Clark (1847-1938), der während seines Studiums in Deutschland der Historischen Schule nahe gestanden hatte und dann zur Neoklassik konvertiert war. Analog zur Marginalanalyse des (Grenz-)Nutzens einzelner Waren stellte Clark die Grenzproduktivitäten der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital mathematisch dar und rechtfertigte damit den Kapitalzins und den Arbeitslohn als Bezahlung der Produktionsfaktoren entsprechend ihres jeweiligen Anteils am Zustandekommen des Sozialprodukts. Mit einer Ausbeutung der menschlichen Arbeit hätten diese den Grenzproduktivitäten von Kapital und Arbeit entsprechenden Faktorentgelte nichts zu tun.²³

Obwohl die ganze neoklassische Modellwelt auf der Prämisse einer vollständigen Konkurrenz zwischen einer Vielzahl von Anbietern und Nachfragern aufgebaut war und diese wiederum eine vollständige Markttransparenz sowie einen freien Markteintritt und -austritt zur Voraussetzung hatte, nahmen die Neoklassiker keinen Anstoß daran, dass in der Realität die Konzentration von Kapital in Großunternehmen und die monopolistische Vermachtung der 'freien' Märkte weiter voranschritten. Sie ignorierten schlichtweg, dass es auf den monopolisierten Märkten schon lange keine Vielzahl von kleineren und mittleren Unternehmen ohne Marktmacht mehr gab, die ihre Produktion lediglich an die Mengen- und Qualitätswünsche der Nachfrager anpassten. Schon seit den 1880er Jahren waren etwa 90 Kartelle in Deutschland entstanden, zumeist Preiskartelle. „Exemplarisch ist die Geschichte der Elektroindustrie. 1882 begann der internationale Siegeszug der Glühbirne, die der US-Amerikaner Thomas Alva Edison erfunden hatte. ... Als Emil Rathenau 1887 seine Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG) gründete, stiegen Siemens und auch die Deutsche Bank als Kapitalgeber ein, so dass sie 1910 zusammen 75 Pro-

und dass „der Arbeiter darum einen natürlichen Anspruch auf das Eigentum an seinem ganzen Produkt“ habe. (S. 325 - 326)

²² Ludwig von Mises (1925).

²³ John Bates Clark (1899).

zent der elektrotechnischen Produktion in Deutschland kontrollierten. ... Auch in anderen Leitbranchen wie der Chemie ging es ähnlich zu.“²⁴

Die Eigentumsrechte („Property rights“) waren also entgegen den Prämissen der Neoklassik keineswegs gleichmäßig verteilt. Ihre Modelle beruhten auf verfehlten Arbeits- und Kapitalbegriffen, die die Neoklassiker von den Klassikern übernahmen: unter der 'Arbeit' verstanden sie weiterhin nur die unselbstständige Lohnarbeit der von Produktionsmitteln entblößten Arbeiter und unter dem 'Kapital' das von Einzelunternehmern privat angeeignete und mehr noch von Aktiengesellschaften, Trusts und Syndikaten konzentrierte Eigentum an den Produktionsmitteln. Wiederum war es John Bates Clark, der die neoklassische Wettbewerbstheorie an diese monopolistische Praxis anpasste, statt umgekehrt zu überlegen, wie der Widerspruch zwischen der neoklassischen Rhetorik von der 'vollständigen Konkurrenz' und der monopolistischen Praxis sich im Sinne einer monopolfreien Konkurrenz hätte auflösen lassen können.

„Bodenlose“ neoklassische Produktionsfunktion

Noch in einer weiteren Hinsicht passte Clark die neoklassische Theorie an die Realität der monopolkapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft an. Und zwar verdrängte er entsprechend der weiter voranschreitenden Entfernung der kapitalistischen Industriegesellschaft von den natürlichen Lebensgrundlagen die Rolle des Produktionsfaktors Boden vollständig aus dem Blickfeld der neoklassischen Ökonomie. Indem Clark und sein Nachfolger Frank Knight den Boden einschließlich der Ressourcen einfach unter das Kapital subsummierten, zementierten sie dessen fragwürdige Behandlung als Handelsware und vermehrbares Kapitalgut.²⁵ Die Unvermehrbarkeit von Boden und Ressourcen verschwand damit für lange Zeit aus dem Blickfeld der Ökonomie. Unsichtbar wurden obendrein der Charakter der Bodenrente als leistungsloses Einkommen, der den Klassikern von Smith über Ricardo bis Mill noch bewusst gewesen war, und auch die Rolle von Boden- und Ressourcenrenten bei der Wahl von Standorten für Industrieansiedlungen zum Beispiel in englischen und deutschen Kohlenrevieren.

Selbst Mitbegründer der Neoklassik wie Gossen und Walras hatten im privaten Bodeneigentum und in der privaten Vereinnahmung der Bodenrente noch ein ungelöstes Verteilungsproblem gesehen. Trotz seines Eintretens für Markt und Wettbewerb war Gossen die „Einführung des Privateigentums an Grund und Boden (als) Übelstand“ erschienen, dem „in wünschenswertester Weise abgeholfen werden könnte, wenn das Eigentum allen Grund und Bodens der Gesamtheit gehörte und wenn von ihr jeder Fleck demjenigen zur Produktion überlassen würde, der die höchste Rente davon zu zahlen sich geneigt findet.“ Mit „Rente“ meinte Gossen die

²⁴ Ulrike Herrmann (2015), S. 4 - 5.

²⁵ John Bates Clark (1893). - Bernadette Julia Felsch (2018), S. 11 - 18. - Zu Frank Knights' Kritik an George vgl. Ross. B. Emmett (2008).

Pacht, welche private Bodennutzer bei einer öffentlichen Verpachtung an Meistbietende der Allgemeinheit als Eigentümerin des Bodens zahlen würden.²⁶

Auch für Walras nahm der Boden noch eine Ausnahmestellung in der Marktwirtschaft ein. Im Gegensatz zu produzierbaren Waren und Produktionsmitteln sei der Boden keine auf Märkten handelbare Ware und auch kein Kapitalgut, sondern ein Gemeinschaftsgut der gesamten Menschheit: „Der Boden gehört allen Personen gemeinsam. ... Der Boden gehört nicht den Menschen einer Generation, sondern der Menschheit, allen Generationen von Menschen. Jede Veräußerung des Bodens ist wider die Natur, den sie schädigt die künftigen Generationen. Juristisch ausgedrückt, ist die Menschheit Eigentümerin und die gegenwärtige Generation Nutznießerin des Bodens. ... Der Staat als Eigentümer des Bodens verpachtet ihn und verwendet die Summe der Pachteinahmen für öffentliche Aufgaben, die kostenlos sind. So gilt weiterhin die Gleichheit der Lebensbedingungen für ungleiche Personen und die Gerechtigkeit bleibt gewahrt. ... Es ist zusammengefasst die Idee der Physiokraten, eine einheitliche Steuer auf das Einkommen zu erheben.“ Ein Fehler der Physiokraten war es nach Ansicht von Walras allerdings gewesen, den Boden für die einzige Quelle des Wohlstands gehalten zu haben.²⁷

Indem Clark und nach ihm Cobb & Douglas in ihrer neoklassischen Produktionsfunktion das Sozialprodukt fortan nur noch als ein Resultat des Einsatzes von Arbeit, Kapital und technischem Fortschritt interpretierten, verschwanden sowohl die 'Bodenfrage' als auch die Gedanken von Gossen und Walras über eine Reform des Bodenrechts aus der neoklassischen Ökonomie. Eine ganz besondere Mühe verwandten Clark und auch der britische Ökonom Alfred Marshall, der der Neoklassik ab 1890 ihre lange Zeit gültig gebliebene Form gab, darauf, den Einfluss des nordamerikanischen Sozialreformers Henry George (1839-1897) aus der Ökonomie hinauszudrängen.²⁸ Statt einer Verstaatlichung des Bodens und seiner anschließenden Verpachtung an private Nutzer hatte Henry George ähnlich wie John Stuart Mill vorgeschlagen, die private Bodenrente bei Fortbestand des Bodenprivateigentums mit Hilfe einer Bodenwertsteuer zugunsten der Allgemeinheit abzuschöpfen, und damit gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine große öffentliche Wirkung erzielt.²⁹

²⁶ Hermann Heinrich Gossen (1853/1927), S. 250 - 277. - Vgl. hierzu Gerhard Senft (2013), S. 89 - 90 und 92 - 97.

²⁷ Leon Walras (1924/ posthum 1990), S. 186 - 194; dt. von A. Jarré. - Vgl. auch Gerhard Senft (2013), S. 89 - 90 und 98 - 100.

²⁸ Vgl. John Bates Clark (1893), S. 302 - 315, und Alfred Marshall (1893), S. 74 - 90. - Mary Cleveland zufolge war auch Vilfredo Pareto an dem Bestreben beteiligt, "George ... auszuradieren"; vgl. Mary Cleveland (2017), S. 91 und 99 - 101.

²⁹ Vgl. Henry George (1879/1966) und das Kapitel 7.1 in diesem Buch. - Zur naturblinden Deutung des Sozialprodukts als Ergebnis des Einsatzes von Arbeit, Kapital und technischem Fortschritt passte auch die Bezeichnung „Automobile“ für Fahrzeuge, die eben nicht ‚von selbst‘ fahren, wie es diese Bezeichnung suggerierte, sondern die sich nur bewegten, wenn sie ‚Natur‘ in Form von raffiniertem Erdöl verbrannten.

Vom Methodenstreit zum Werturteilsstreit

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entbrannte innerhalb der Ökonomie ein großer Methodenstreit zwischen der Neoklassik und der Historischen Schule um die Frage, ob die Theoriebildung mit Hilfe mathematischer Modelle oder die Beschreibung einzelner wirtschaftlicher Phänomene als die am besten geeignete Methode der ökonomischen Forschung anzusehen sei. Trotz der Heftigkeit dieses Streits gab es jedoch auch eine Gemeinsamkeit von Neoklassik und Historischer Schule: beide Richtungen vermieden nämlich eine forschende Problematisierung des kapitalistischen Geldes und des Privateigentums am Boden und ihres Anteils am Zerfall der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in rivalisierende Klassen.

Ebenso weit entfernt von dieser Problematik entzündete sich in den Jahren bis zum 1. Weltkrieg ein weiterer großer Streit innerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, nämlich der sog. Werturteilsstreit um die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Wissenschaften und der Politik. Sollten diese beiden Wissenschaften die Aufgabe haben, Entscheidungen der Politik, insbesondere der mit Bismarcks Sozialgesetzen eingeführten Sozialpolitik, wissenschaftlich zu beurteilen, d.h. sie entweder zu rechtfertigen oder zu kritisieren? Sollten sie gar die Befugnis haben, der Politik normative Orientierungen vorzugeben oder sollten sie sich jeglicher Werturteile über politische Maßnahmen enthalten?

Dieser Streit entbrannte vor allem innerhalb des „Vereins für Sozialpolitik“ als der maßgeblichen Vereinigung der Ökonomen in Deutschland. Als Exponenten des ‚halb politischen‘ Flügels betrachteten es Schmoller und andere Angehörige der Historischen Schule als zentrale Aufgabe der Wissenschaften, der Sozialpolitik normative Orientierungshilfen zu geben - allerdings nur in dem von ihnen abgesteckten begrenzten Rahmen einer systemimmanenten sozialpolitischen Entschärfung der Gegensätze zwischen Kapital und Lohnarbeit und nicht etwa im Sinne einer systemtranszendierenden Überwindung dieser Gegensätze. Schmollers Ziel war es nur, die Explosivität des auf sozialer Ungleichheit beruhenden kapitalistischen Systems durch sozialpolitische Reformen so weit zu verringern, dass es zu keiner proletarischen Revolution kommen konnte. Auf dem ‚ganz unpolitischen Flügel‘ standen ihm Max Weber, Werner Sombart und andere jüngere Wissenschaftler gegenüber, in deren Augen die Wissenschaften nicht in der Lage seien, verlässliche Werturteile über politische Entscheidungen abzugeben. Deshalb sollten sie sich normativer Bewertungen enthalten. Für eine „empirische Fachdisziplin“ wie die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften könne es „niemals Aufgabe ... sein, bindende Normen und Ideale zu ermitteln, um daraus für die Praxis Rezepte ableiten zu können“.³⁰ Nicht ohne Grund wollten Weber, Sombart u.a. verhindern, dass die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften von Interessengruppen instrumentalisiert werden. Aber konnten diese Wissenschaften auf der ‚schiefen Ebene‘ der sozialen Ungleichheit im Kapitalismus wirklich neutral sein? Oder verhielten sie

³⁰ Max Weber [1904/1973], S. 187.

sich vielleicht gerade dadurch parteiisch, dass sie auf ein Werturteil über die soziale Ungleichheit verzichteten und keine wissenschaftlich objektivierbaren Wege zu deren Überwindung suchten?

Als in der deutschsprachigen Ökonomie über Methoden und Werturteile gestritten wurde, breitete sich in den USA eine Forschungsrichtung des sog. Institutionalismus aus. Ihr zufolge war für den Lauf der Wirtschaft nicht nur das individuelle Handeln von einzelnen Wirtschaftssubjekten ausschlaggebend, sondern auch das Gefüge von Institutionen, in dem die einzelnen Subjekte handeln. Obwohl der Institutionalismus die „Herrschaft des finanziellen Temperaments“ in der vom „vom Geld beherrschten Kultur“ heftig attackierte, blieb seine Kritik am Geld und an der Klassengesellschaft letztlich vordergründig.³¹ Weil kritisches Nachdenken über die Institution des Geldes im Institutionalismus nicht Fuß fassen konnte, wich dieses in die damals neu entstehende Soziologie aus. Und die Problematik des Bodenrechts und Ansätze zu seiner Reform verschwanden nahezu geräuschlos aus dem Blickfeld aller Denkrichtungen der Ökonomie und auch der Soziologie.³²

6.3 Thorstein Veblen und der Institutionalismus in den USA

Das Ziel von Gustav Schmoller und der Historischen Schule in Deutschland war es gewesen, das durch Preise gesteuerte Geschehen auf freien Märkten durch eine an „sittlicher Wertung“ orientierte „Reform der sozialen Institutionen“ zu bändigen. Dann ist „alle Betätigung des Egoismus durch eine Jahrtausende alte moralische Kulturarbeit gemildert, geordnet, gebunden“. In Sitte, Moral und Recht „haben wir den Niederschlag Jahrtausende alter Kämpfe für die Gerechtigkeit vor uns.“³³

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert legte der nordamerikanische, ursprünglich aus Norwegen stammende Soziologe und Ökonom Thorstein Veblen (1857-1929) mit seinen Büchern „Die Theorie der feinen Leute“ und „The Theory of Business Enterprise“ Grundlagen für den Institutionalismus. Im Kontrast zur Klassik und Neoklassik lässt sich dem Institutionalismus zufolge das wirtschaftliche Handeln nicht als Handeln einzelner voneinander isolierter Produzenten und Konsumenten verstehen, sondern nur im Gesamtzusammenhang wirtschaftlicher, politischer und kultureller Institutionen, in denen die Individuen als wirtschaftliche Akteure eingebunden sind. Der Institutionalismus verband die Beschreibung wirtschaftlicher Phänomene mit ihrer theoretischen Erklärung. Später gingen aus ihm die Institutionenökonomik und die Evolutorische Ökonomik hervor.

³¹ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 228 - 232.

³² Zur Verdrängung der Bodenfrage in der Soziologie vgl. Thomas Lemke (2007), S. 248 - 255.

³³ Gustav Schmoller (1881), S. 36, 42, 51 und 54.

„Theorie der feinen Leute“ (1899)

Auf eine andere Weise als Marx unterzog Veblen die Spaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in eine „müßige Klasse“ von Finanziers, die wie die Räuberbarone des Mittelalters oder der Adel und der Priesterstand während der Zeit des feudalen Absolutismus „nicht arbeiten“, und in mittlere und untere Klassen, deren Angehörige produktiv tätig sind, einer heftigen Kritik.³⁴ Seine Ausgangshypothese lautete, „dass die vornehme Klasse allmählich im Übergang von der primitiven zur barbarischen Stufe entstanden sein muss - genauer ausgedrückt, im Übergang von einem friedlichen zu einem vorwiegend kriegerischen Lebensstil.“³⁵

Bereits im friedlichen vorkapitalistischen Gesellschaftszustand hatten die Menschen Veblen zufolge eine „tief verwurzelte Vorliebe für den Wettbewerb“. Sie „stellt einen uralten, überall vorhandenen Zug der menschlichen Natur dar.“³⁶ Aus dem friedlichen Leistungswettbewerb ist im räuberischen kapitalistischen Gesellschaftszustand jedoch ein erbarmungsloser Verdrängungswettbewerb geworden. „Beim Übergang zum räuberischen Lebensstil ändern sich die Bedingungen des Wettbewerbs.“ In Anlehnung an Charles Darwin betrachtete Veblen den modernen Kapitalismus als einen „aggressiven finanziellen Wettbewerb“ und als einen „Kampf ums Dasein und Prozess der selektiven Anpassung“, in dem es nur um einen „Wettlauf um das Geld“ und das „Anhäufen von Reichtum“ geht. Im Laufe dieses „Prozesses der natürlichen Auslese von Institutionen“ verformen sich die menschlichen Eigenschaften, Denkweisen, Gewohnheiten, Werte und Normen zu einem „räuberischen Instinkt“, der die „spontane Solidarität des Einzelnen mit der Gruppe“ durch ein „egoistisches Verhalten“ verdrängt und der der Selbstsucht und Skrupellosigkeit ihren freien Lauf lässt.³⁷ Dabei werden die „finanziellen Institutionen in der Weise angepasst, dass sie den größtmöglichen privaten Gewinn abwerfen“. Und die „industrielle Aggression“, also die Ausbeutung der produktiv Arbeitenden, vollzieht sich nicht durch „einfachen Raub“, sondern durch die „Organisation der Arbeit auf der Grundlage des Privateigentums“ mit „geregelten Arbeitsverhältnissen“.³⁸

Im Gegensatz zum Müßiggang der „feinen Leute“ im „Reich der Finanzen“ haben die Angehörigen der mittleren und unteren Klassen keine andere Wahl als ihrem

³⁴ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 21.

³⁵ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 26.

³⁶ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 114 - 115.

³⁷ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 35 (Unterschied zwischen friedlichem und räuberischem Wettbewerb), 227 (aggressiver finanzieller Wettbewerb), 184 und 213 (Kampf ums Dasein und natürliche Auslese), 40 (Wettlauf um das Geld), 43 (Anhäufung von Reichtum), 46 und 49 (Egoismus vs. Solidarität), 216 - 217 (Selbstsucht und Skrupellosigkeit).

³⁸ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 45 (industrielle Aggression), 203 (gewinnorientierte finanzielle Institutionen)

„Werkinstinkt“ zu folgen und im „Bereich der Produktion“ zu arbeiten. Sie schätzen „Brauchbarkeit und Leistung, verachten hingegen vergebliches Tun, Unfähigkeit und Vergeudung“. Allerdings widerfährt ihnen die Geringschätzung ihrer Arbeit von Seiten der „feinen Leute“, die jede „produktive Arbeit oder die Beschäftigung im Dienst einer anderen Person“ verachten. „Auf diese Weise entsteht die diskriminierende Unterscheidung zwischen Heldentat und gewaltsamem Erwerb auf der einen und produktiver Arbeit auf der anderen Seite. Die Arbeit wird als Bürde empfunden, weil ihr das Odium des Verächtlichen anhaftet.“ Deshalb wird der Müßiggang in der „hochentwickelten und vom Geld geprägten Kultur“ zum allgemeinen Leitbild, an dem auch die Arbeiter in den mittleren und unteren Klassen ihr ganzes Streben ausrichten. Fortan wird die Größe des Besitzes zum verkehrten Maßstab für das Ansehen von Menschen und ihren Einfluss in der Gesellschaft wie auch für ihre eigene Selbstachtung. Im „Kampf um das auf dem Geldbesitz beruhende Prestige“ werden ihre Beziehungen von „Konkurrenzneid“ und von „neiderfüllten Vergleichen“ bestimmt, die jeden echten „Vergleich der moralischen, physischen, intellektuellen oder ästhetischen Fähigkeiten“ überdecken.³⁹

Mit der Spaltung der Gesellschaft in müßige und produktive Klassen brachte Veblen auch den Unterschied zwischen den Geschlechtern in Verbindung. Deren „natürliche Verschiedenheit“ beruhe auf einer „Verschiedenheit von Körperbau und Charakter. ... Jene Tätigkeiten, die als Heldentaten betrachtet werden, fallen dem Mann als dem stärkeren und robusteren zu.“ Aus der finanziellen Abhängigkeit der Frauen von ihren Männern ergibt sich eine patriarchalische, „auf Zwang gegründete Form der Ehe“, eine „Besitzehe“ mit einem „Haushalt unter Führung des Mannes“.⁴⁰

Gleichsam als Eigentum der „müßigen Herren“ sind die „Frauen des obersten Ranges für gewöhnlich von der gewerblichen Arbeit oder mindestens von der gemeinen Handarbeit befreit. ... Arbeit gehört nicht zur 'Welt der Frau'.“ Während sie Dienstmädchen und anderes Haushaltspersonal für sich arbeiten lassen, haben sie das Vorrecht und auch die Aufgabe, den Reichtum ihrer Männer durch modische Eleganz und verschwenderischen Konsum, zum Beispiel von Schmuck, zur Schau zu stellen. Allerdings sah Veblen noch nicht, dass mit dem „ruhelosen Modewechsel“ jener künstliche Verschleiß von Gütern begann, der dem sich vermehrenden Kapital immer wieder neue rentable Anlagemöglichkeiten verschaffte.⁴¹

Als besondere Ausdrucksformen des Müßiggangs der „besitzenden Oberklasse“ kritisierte Veblen die unproduktiven Tätigkeiten von Männern „in Krieg, Politik,

³⁹ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 222 (Reich der Finanzen und Bereich der Produktion), 34 - 35 (Arbeit als verächtliche Bürde), 183 (vom Geld geprägte Kultur), 92 (feine Leute als Vorbild und „Norm für die gesamte übrige Gesellschaft“) sowie 44 - 50 (Konkurrenzneid und Prestige) und 103 (neiderfüllte Vergleiche überdecken Vergleiche zwischen wesentlichen Eigenschaften von Menschen).

⁴⁰ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 31 - 33 (Geschlechterdifferenz) und 41 sowie 144 (patriarchalische Ehe).

⁴¹ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 83 (müßige Herren), 22 und 164 -183 (Kleidung), bes. S. 172 (ständiger Wechsel der Moden) und 175 (Befreiung der Frauen müßiger Männer von der Arbeit).

Sport, Gelehrsamkeit und Priestertum“. Vornehme Häuser mit exklusiven Möbeln, extravagante Kleidung, luxuriöses Essen, kostspielige Feste mit „berauschenden Getränken und Narkotika“ über Spiele und Glücksspiele sowie Jagd und Wettrennen bis hin zum Segeln und zu weiten Reisen waren für Veblen Beispiele eines verschwenderischen Konsums von Prestige- und Luxusgütern, den sowohl Männer wie Frauen demonstrativ zur Schau trugen. Auch sportliche Wettkämpfe einschließlich des Schießsports und der Stierkämpfe zählte er hierzu, zumal sich darin die im Kapitalismus vorherrschende „räuberische Vorliebe für den Wettbewerb“ in 'friedlichen' Formen kultivieren ließ.⁴²

Neben derlei Verirrungen des Konsumentengeschmacks durch angehäuften Geld beobachtete Veblen, wie das Geld auch im Bereich der Künste die Vorstellungen von ästhetischer Schönheit beeinflusste, indem „der Geldwert mit der Schönheit unentwerrbar vermischt wird“. Im Gegensatz dazu empfand er die Bauweise der Mietskasernen in den Arbeitervierteln der großen Städte als „endlose Reihen architektonischer Unglücksfälle“. Und da obendrein „finanzielle Standards in fromme Ideale eindringen“ und die Religion wie auch die Bildung und die Kultur bestimmen, breiten sich anstelle von Wahrem und Schönerem immer mehr „quasi-gelehrte und quasi-künstlerische Werke“ aus. Ohnehin stand Veblen dem Materialismus näher als der „außergewöhnlichen Frömmigkeit“, die „vom Standpunkt der modernen industriellen Situation ... zweifellos und in allen Fällen als atavistisches Merkmal bezeichnet werden“ kann. Den „Konsum für religiöse Zwecke“ in Form von Kirchenbauten mit ihren Altären, Priestern und Pilgerfahrten hielt er deshalb auch für einen „Bestandteil der demonstrativen Verschwendung“ und für ein „Hindernis auf dem Weg zur höchstmöglichen Leistungsfähigkeit der Industrie unter modernen Verhältnissen“.⁴³

Beschreibung von Symptomen ohne Ursachenforschung

Ähnlich wie die Historische Schule in Deutschland haben Veblen und der Institutionalismus viele Phänomene des Wirtschaftens im modernen Kapitalismus nicht immer zutreffend, aber über weite Strecken eindrucksvoll beschrieben und den schönen Schein über der Welt der „feinen Leute“ weggezogen. Allerdings ver-

⁴² Thorstein Veblen (1899/1997), S. 51 (besitzende Oberklasse), 24 und 55 (müßige Tätigkeiten von Männern) sowie 51 - 60, 77, 81, 84, 101, 141 - 143 (Beispiele für demonstrativen Konsum), 236 - 263, bes. S. 245 (Tapferkeit und sportliche Wettkämpfe) und 264 - 280 (Glücksspiele). Ähnlich problematisch wie Veblens Hinweise auf ethnische Unterschiede zwischen Menschen war seine Bemerkung, „dass das auffälligste Merkmal der Physiognomie des Sportlers die extreme Schläue und Verschlagenheit ist.“ (S. 262)

⁴³ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 132 und 138 (Vermischung von Geldwert und Schönheit), 59, 122 - 128 (Einfluss des Geldes auf Religion, Bildung und Kultur), 152 (Architektur) und 293 (Frömmigkeit als Atavismus) - 295 (frommer Konsum). Das Kapitel über "Religiöse Gebräuche" endet gar mit dem Satz: "Die Institution einer müßigen Klasse trägt dazu bei, den archaischen Typus der menschlichen Natur wie auch jene Elemente der archaischen Kultur, welche die industrielle Entwicklung auszumerzen trachtet, lebendig zu erhalten, ja geradezu zu rehabilitieren." (S. 317)

mochte Veblen nicht zu erklären, worin denn das Räuberische des finanziellen Wettbewerbs letztlich bestand und wie die Ausbeutung der Arbeit durch den Müßiggang vonstattenging. Seine Kritik an „jenen Männern ..., die Finanzberufe ausüben“ und deren „Funktion parasitär ist“, blieb an der Oberfläche von deren persönlichem Verhalten. „In Bezug auf die natürliche Begabung lässt sich der Finanzmann mit dem Kriminellen ... vergleichen.“⁴⁴ Veblens Kritik drang nicht durch die Oberfläche der wirtschaftlichen Phänomene zu den tieferen Ursachen der dem kapitalistischen Geld innewohnenden räuberischen Machtstruktur vor. Er griff auch nicht die von Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ dargelegten Gedanken über eine Dominanz des Finanzkapitals gegenüber dem Realkapital auf, sondern übernahm von der Klassik und vom frühen Marx die undifferenzierte Vorstellung vom Profit, ohne wie Marx & Engels in ihren späten Werken zwischen dem Zins und dem Unternehmerlohn als gegensätzlichen Bestandteilen des Profits zu unterscheiden. In einem Kapitel seines Buches über „Archaische Züge der Gegenwart“ verwies Veblen stattdessen sogar noch auf eine verschiedenartige „ethnische Zusammensetzung der europäischen Völker. ... Drei verschiedene ethnische Typen, nämlich der langschädlig-blonde, der kurzschädlig-dunkle oder der mediterrane“ hätten unterschiedliche Affinitäten zum Streben nach Geld. „Der langschädlig Blonde besitzt mehr Merkmale des räuberischen Temperaments als der kurzschädlig Dunkle und vor allem als der Mediterrane.“⁴⁵ Auch das private Bodeneigentum und die private Vereinnahmung der Bodenrente problematisierte Veblen nicht als strukturelle Wurzeln der kapitalistischen Klassenspaltung.⁴⁶

Ausgerechnet die beiden zentralen Institutionen, die gleichsam das Flussbett für die Entwicklung von Kapitalkonzentration, Großindustrie und gesellschaftlichen Institutionen darstellen - nämlich das Geldwesen und das Bodenrecht - , hatte Veblen bei der Grundlegung des Institutionalismus noch nicht genügend im Blick. Den räuberischen Lebensstil im modernen Kapitalismus brachte er neben fragwürdigen Anspielungen auf ethnische Unterschiede zwischen Menschengruppen auch mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln in Verbindung - allerdings ging er dabei über Unterschiede zwischen einer breiten Streuung der Produktionsmittel in den Händen vieler Einzelproduzenten und ihrer Konzentration in den Händen von wenigen Großunternehmen hinweg und beließ es auch bei einer einzigen kritischen Randnotiz über „seelenlose Aktiengesellschaften“.⁴⁷

⁴⁴ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 203 (parasitäre Funktion der müßigen Klasse), 253 (männliche Finanzberufe) und 229 (Vergleich der Finanzleute mit Kriminellen).

⁴⁵ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 208 - 210 (verschiedene ethnische Typen), 215 (Erbmerkmale von Rassen) und 238 - 241 (ethnische Unterschiede).

⁴⁶ Möglicherweise teilte Veblen die Abneigung von John Bares Clark, einem seiner akademischen Lehrer, gegen die Bodenreformvorschläge von Henry George. Vgl. Neil B. Niman (2010): Henry George and the development of Thorstein Veblen's Theory of Capital, in: Journal of the History of Economic Thought, Vol. 32 Issue 3, p. 419 ff.; auf der Website: <http://connection.ebscohost.com/c/articles/53729064/henry-george-development-thorstein-veblens-theory-capital> (Zugriff: 20.9.2016)

⁴⁷ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 26 und 40 - 43 (Privateigentum), 205 (Aktiengesellschaften).

Ähnlich wie Marx & Engels rüttelte Veblen nicht an der Konzentration von Kapital in großen Unternehmen, sondern auch er hielt das „moderne hochindustrialisierte System“ für einen unentbehrlichen Motor des technischen Fortschritts, zum Beispiel im Eisenbahnwesen und in der industriellen Massenproduktion. „In den modernen industriellen Gesellschaften wird die Arbeit in steigendem Maße mit Hilfe eines umfassenden Systems von Körperschaften und Funktionen organisiert, die sich gegenseitig bedingen“ - wie die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften. „Die industrielle Organisation nimmt mehr und mehr den Charakter eines Mechanismus an.“⁴⁸ Die Klagen von John Ruskin und William Morris über den Niedergang des Handwerks teilte Veblen nicht. Im Vergleich zur maschinellen Produktion in großen Industrien sei das Handwerk eine unrationelle „verschwenderische Produktionsmethode“.⁴⁹

Obwohl Veblen die hierarchische Klassengesellschaft kritisierte, fehlte bei ihm jeglicher Ausblick auf eine egälitäre Bürgergesellschaft. Wegen des „Beharrungsvermögens“ der Klassengesellschaft und ihres Bestrebens, sich selbst zu konservieren, könnten Wandlungen der Institutionen ohnehin nur sehr „zögernd und widerwillig vor sich gehen. ... Der Widerstand, den sie Veränderungen im kulturellen Lebensplan entgegensetzen, ist instinktiv und beruht nicht in erster Linie auf einer interessierten Wahrung materieller Vorteile. ... Dazu kommt noch, dass die müßige Klasse auch ein materielles Interesse daran hat, die Dinge so zu belassen, wie sie sind ... und die vorhandene Fehlanpassung der Institutionen zu verewigen.“ Es sei sogar zu befürchten, dass die Klassengesellschaft eher in einen „chauvinistischen Patriotismus“ zurückfällt als dass sie sich positiv verändere.⁵⁰

Andererseits sah Veblen in der Ausbreitung von „Organisationen, deren Ziel die soziale Wohlfahrt oder die Wohltätigkeit ist“, von „verschiedenen anderen sozialen Reformbewegungen wie etwa den Gesellschaften für Gefängnisreformen, für bessere Erziehungsmöglichkeiten, für die Unterdrückung des Lasters, für die Vermeidung des Krieges durch Schiedsspruch, Abrüstung oder andere Mittel“ Anzeichen für eine Entwicklung, die zum Ziel einer Abschüttelung der „feinen Leute“ vom Rücken der modernen Industriegesellschaft führen könnte. „Die Geldkultur hat in letzter Zeit damit begonnen, ihre eigenen Grundlagen zu unterhöhlen, indem die Gewohnheit, neiderfüllte Vergleiche hinsichtlich der Tüchtigkeit, ja selbst hinsichtlich der wirtschaftlichen Stellung zu ziehen, allmählich eliminiert wurde.“ Auch die Gründung von Bürgervereinen und wohltätigen Stiftungen sowie der Kampf der Frauenbewegung für den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Bildung, Beruf und öffentlichem Leben stärkte Veblens Hoffnung, dass es gelingen könnte, die mit der „Geldkultur“ einhergehende „gewohnheitsmäßige Verachtung sinnvoller Tätig-

⁴⁸ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 271 - 272.

⁴⁹ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 157 (Handwerk)

⁵⁰ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 184 - 193 (Konservativismus der Klassengesellschaft und die Gefahr ihres Rückfalls in einen chauvinistischen Patriotismus), 194 und 200 - 201 (Interessen am Erhalt des Status quo).

keiten“ zu überwinden.⁵¹ Wie vor ihm Fourier und Mill stellte für Veblen besonders „die Stellung der Frau in jeder Gesellschaft den sichersten Index für das von der betreffenden Gesellschaft erreichte Kulturniveau dar. ... Auch die Frau besitzt ... den Werkinstinkt, dem ein sinnloses Leben und ein sinnloser Aufwand zuwider sind. ... Die Frau verspürt vielleicht ein noch größeres Bedürfnis als der Mann, ihr eigenes Leben nach eigenem Gutdünken zu gestalten und am Arbeitsprozess nicht nur indirekt und sekundär teilzunehmen.“ Allerdings ging Veblens Unterstützung der Frauenrechte mit fragwürdigen Vorstellungen von einem „Typus der menschlichen Natur“ einher, „der als proto-anthropoid gekennzeichnet werden muss.“⁵²

Abgesehen von solchen zeitgeistbedingten Spekulationen über das 'Wesen' von Frauen und Männern hoffte Veblen auf einen von beiden Geschlechtern gestalteten gesellschaftlichen Wandel, bei dem „mit der Zeit die reiche Klasse selbst überflüssig“ wird. Dereinst von Geldvermehrungsinteressen befreit, werde die Gesellschaft bei weiter zunehmenden Produktivkräften zu einem sich aus technischen Notwendigkeiten ergebenden „industriellen und ökonomischen Mechanismus“. Ähnlich wie in dem bei Marx & Engels auf das „Reich der Notwendigkeit“ folgenden „Reich der Freiheit“ würde die Gesellschaft in einer fernerer Zukunft fernab von jedem Müßiggang nur noch von dem „Werkinstinkt“ der Ingenieure und Arbeiter beiderlei Geschlechts bestimmt. Auf deren „von allen Leidenschaften befreiten gesunden Menschenverstand“ vertraute Veblen als „letzte Instanz für Fragen der wirtschaftlichen Wahrheit und Angemessenheit“. ⁵³

„Theory of Business Enterprise“ (1904)

In einem Aufsatz „Industrial and Pecuniary Employments“ (1901) kritisierte Veblen noch deutlicher als in der „Theorie der feinen Leute“, dass die oftmals spekulativen „finanziellen Aktivitäten“ ein Übergewicht über die „industriellen Aktivitäten“ bekamen.⁵⁴ Und in seinem nächsten Buch „Theory of Business Enterprise“ ging er auch in anderer Hinsicht noch einen Schritt weiter. In seiner „Theorie der feinen Leute“ hatte Veblen erst den Prestigekonsum der Angehörigen der Finanzwelt kritisiert und er war sich auch dessen bewusst gewesen, dass „der am oberen Ende der finanziellen Stufenleiter akkumulierte Reichtum Entbehrung für das untere Ende bedeutet“.⁵⁵ Dennoch war er offenbar davon ausgegangen, dass die Produktion - obwohl sie den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen nur teilweise diene - im Sinne des Sayschen Theorems vollständig von den verschiedenen Klas-

⁵¹ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 321 und 325 (Anzeichen für eine Überwindung der Geldkultur), 332 (Verachtung sinnvoller Tätigkeiten).

⁵² Thorstein Veblen (1899/1997), S. 338 - 347 (Frauenbewegung) und 345 (proto-anthropoider Menschentypus).

⁵³ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 189 (Gesellschaft als Mechanismus), 204 (Überflüssigwerden der reichen Klasse), 100, 106 und 214 (Werkinstinkt als letzte Instanz).

⁵⁴ Thorstein Veblen (1901/1993). - Vgl. dazu auch Helge Peukert (2010), S. 175 - 178.

⁵⁵ Thorstein Veblen (1899/1997), S. 199.

sen der Gesellschaft verbraucht werde. Das Angebot und die Nachfrage befänden sich also in einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht. Diese Sichtweise modifizierte Veblen schließlich in seiner „Theory of Business Enterprise“. Vor dem Hintergrund des Aufstiegs von großen Banken und Industriekonzernen verwies er nunmehr darauf, dass Interessengegensätze zwischen spekulierenden Finanziers, produzierenden „captains of industry“ sowie des gewerblichen Mittelstandes und der Arbeiterschaft zu krisenhaften Instabilitäten der Märkte führen. Hierauf aufbauend entwickelte Veblens Schüler Wesley Mitchell (1874-1948) eine empirische Erforschung von Konjunkturzyklen und regte 1920 die Gründung eines „National Bureau of Economic Research“ in den USA an. Im Falle von größeren Konjunkturschwankungen forderte Mitchell bereits rund ein Jahrzehnt vor Keynes ein staatliches Gegensteuern.⁵⁶

6.4 Geldkritisches in der Soziologie

In Tuchfühlung mit der neoklassischen Ökonomie und in deutlich kritischerer Distanz zu Marx entstand um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert im Windschatten des großen Methoden- und Werturteilsstreits in der Soziologie eine zunächst noch unscheinbare Diskussion über das Geld bzw. über die „Kulturbedeutung der Geldwirtschaft“.⁵⁷ Die wichtigsten Denkanstöße zu dieser Diskussion gingen von Georg Simmel und Max Weber aus. Zwar näherte sich diese soziologische Diskussion über das Geld - besonders bei Simmel - auch seiner inneren Zwiespältigkeit an; aber ohne jede Bezugnahme auf Proudhon und ohne Anknüpfung an die späten Einsichten von Marx & Engels in die Dominanz des Finanzkapitals über das Realkapital konnte sie nicht die ganze Tragweite seiner Nichtneutralität als Mittel des gesellschaftlichen Stoffwechsels erhellen. Und bei Werner Sombart geriet diese Diskussion schließlich auf die Abwege einer biologischen 'Begründung' des Geistes des modernen Kapitalismus.

6.4.1 Georg Simmels „Philosophie des Geldes“

Anders als Marx & Engels suchte der Philosoph und Soziologe Georg Simmel (1858-1918) die moderne Geldwirtschaft nicht aus ihrer materiellen Basis der Produktionsverhältnisse zu analysieren. Erklärtes Ziel seiner „Philosophie des Geldes“ (1900) war es, „dem historischen Materialismus ein Stockwerk unterzubauen derart, dass der Einbeziehung des wirtschaftlichen Lebens in die Ursachen der

⁵⁶ Wesley Mitchell (1927). - Zwischenzeitlich lobte Veblen in seinem Buch „The Instinct of Workmanship“ (1914) nochmals die im Vergleich zum finanziellen Spekulantentum gesellschaftlich wichtigeren praktischen Fähigkeiten von Ingenieuren, in deren Hände die Leitung der Wirtschaft übergehen sollte. Damit wurde Veblen zum Initiator der späteren Technokratie-Bewegung in den USA. Vgl. dazu Gerhard Senft (2003), S. 3 - 19, auf der Website http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-139_Senft.pdf [Zugriff: 20.9.2016].

⁵⁷ Max Weber (1904/1973), S. 218.

geistigen Kultur ihr Erklärungswert gewahrt wird, aber eben jene wirtschaftlichen Formen selbst als das Ergebnis tieferer Wertungen und Strömungen, psychologischer, ja metaphysischer Voraussetzungen erkannt werden.“ In Erweiterung der neoklassischen Ökonomie fasste Simmel den mit Hilfe des Geldes vermittelten Austausch von Waren nicht bloß als ein oberflächliches ökonomisches Phänomen auf, sondern als ein „soziologisches Gebilde sui generis“. „Jener Tausch kann ganz ebenso legitim als eine psychologische, als eine sittengeschichtliche, ja als eine ästhetische Tatsache behandelt werden.“ Das „scheinbar Äußerlichste und Wesenlose“ müsse deshalb zusammen mit der „inneren Substanz des Lebens“ zu einer Vorstellung von der „Gesamtheit des Daseins“ verbunden werden.⁵⁸

Die Objektivierung subjektiver Werte in der Tauschsphäre

Auch wenn der Austausch der von Einzelproduzenten hergestellten Waren auf Märkten für Simmel ein sehr viel komplexeres Phänomen darstellte als für die neoklassische Ökonomie, so teilte er dennoch deren Grundauffassung, dass die Bildung von Marktpreisen auf subjektiven Bewertungen des Nutzens der Waren beruhe. Im Widerspruch zur Marxschen Arbeitswertlehre hielt Simmel allein die subjektive „Brauchbarkeit und Seltenheit“ der Waren für ausschlaggebend bei der Konstituierung ihrer Werte, da es ihm als ein unmögliches Unterfangen von Marx erschien, eine gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeitszeit berechnen zu wollen.⁵⁹

Bei jedem einzelnen Tauschvorgang würden in dem Sinne gleichwertige Waren ausgetauscht, als dass sich ihre jeweiligen Nutzen für die Subjekte entsprechen. „Wie durch einen selbsttätigen Mechanismus bestimmen die Dinge ihre Wertmaße gegenseitig.“ Simmel sprach von einer „Gegenseitigkeit des Sichaufwiegens“ von relativen Warenwerten, welche sich in einen intersubjektiven „Zwischenreich“ wechselseitig objektivieren und dabei zu Marktpreisen werden. Durch die freie Preisbildung werde ein Austausch von Äquivalenten gewährleistet, so dass sich innerhalb der Tauschsphäre wie von selbst eine innere Ordnung erhalte. Auf der Basis einer von Simmel unterstellten allgemeinen „Machtgleichheit“ sei der Austausch von Waren auf freien Märkten im Gegensatz zum Raub und Kampf das „erste und in seiner Einfachheit wahrhaft wunderbare Mittel, mit dem Besitzwechsel die Gerechtigkeit zu verbinden.“⁶⁰

Wie schon die Klassik, Marx und die Neoklassik ging auch Simmel von der Prämisse aus, dass in der sich entfaltenden Geldwirtschaft genauso wie zuvor in der Naturaltauschwirtschaft Äquivalente gegeneinander ausgetauscht werden. Er betrachtete den Menschen als „tauschendes Tier“ und das Tauschmittel Geld mit

⁵⁸ Georg Simmel (1900/1989), S. 11 - 13 und 89.

⁵⁹ Georg Simmel (1900/1989), S. 74 und 83. Zur detaillierteren Kritik Simmels an der Marxschen Arbeitswertlehre vgl. Simmel (1900/1989), S. 563 - 590.

⁶⁰ Georg Simmel (1900/1989), S. 55 - 57 und 386 - 388.

seinen Funktionen als Recheneinheit und Wertmesser als den höchsten „zur Selbstständigkeit gelangten Ausdruck dieses Verhältnisses“ zwischen den Werten der Waren und dem Wert des Geldes. Es ist „die Sonderverwirklichung dessen, was den Gegenständen als wirtschaftlichen gemeinsam ist. ... Das Geld drückt die Wertrelation der unmittelbar wertvollen Dinge untereinander aus“ und als allgemein gültiger, teilbarer Generalnenner aller Werte ist es zugleich das jederzeit und überall verwendbare „unindividuellste Gebilde unserer praktischen Welt“; es ist gleichsam „Gipfel und Verkörperung“ aller Wertrelationen und obendrein der „ruhende Pol“, der „den ewigen Bewegungen, Schwankungen, Ausgleichungen derselben (gemeint: der Werte; d. Verf.) gegenübersteht.“⁶¹

Allerdings bezweifelte Simmel die Notwendigkeit eines aus Gold und Silber bestehenden Geldes mit einem eigenen Substanzwert oder einer Edelmetalldeckung für das moderne Papiergeld stärker als Marx und die meisten Neoklassiker. Als allgemeine Recheneinheit und Wertmesser könne das Papiergeld auch dann dienen, wenn es anders als die früheren Gold- und Silberwährungen über keinen eigenen substanziellen Arbeitswert mehr verfüge und nur noch als „bloßes Zeichen und Symbol“ zirkuliere. „Das unmittelbar Wertlose verhilft uns weiterhin zu Werten. ... Die Bedeutung des Geldes, die relativen Werte der Waren auszudrücken, ist ... von einem an ihm bestehenden Eigenwert ganz unabhängig.“⁶² Dabei war sich Simmel durchaus der Gefahren „willkürlicher Papiergeldemissionen“ bewusst, die im Laufe der geschichtlichen Entwicklung vom metallenen Substanzwert zum bloßen Funktionswert des Geldes schon mehrfach zu Inflationen geführt hatten. Deshalb betonte er die Notwendigkeit einer Steuerung der Geldmenge, denn „die Tausch- wie die Messfunktion des Geldes ist offenbar an eine bestimmte Begrenzung seiner Quantität, an seine 'Seltenheit' gebunden.“ Selbst der Wert von Metallwährungen sei Schwankungen ausgesetzt, weil ihre Bereitstellung von entsprechenden Gold- und Silbervorräten abhängt. Demgegenüber würde eine reine, mengenmäßig begrenzt- und dosierbare Papierwährung die Möglichkeit eröffnen, den Geldwert über längere Zeiträume ohne jede Inflation oder Deflation konstant zu halten. „Die vollständige Stabilität des Geldes wäre erst erreichbar, wenn es überhaupt nichts mehr für sich wäre, sondern nur der reine Ausdruck des Wertverhältnisses zwischen den konkreten Gütern. Damit wäre es in eine Ruhelage gekommen, die sich durch die Schwankungen der Güter so wenig verändert wie der Meterstab durch die Verschiedenheit der realen Größen, die er misst.“⁶³

⁶¹ Georg Simmel (1900/1989), S. 122, 124, 127 - 128, 135 und 385 (Mensch als tauschendes Tier).

⁶² Georg Simmel (1900/1989), S. 139, 156, 165.

⁶³ Georg Simmel (1900/1989), S. 185, 205 und 234 - 235.

Grundlegende Übereinstimmung mit der Neoklassik hinsichtlich des Austausches von Äquivalenten auf den Märkten

Abgesehen von diesen speziellen geldtheoretischen Feinheiten hielt Simmel die moderne arbeitsteilige Geldwirtschaft für den wichtigsten Schlüssel, der den Menschen das Tor aus alten feudalen Gebundenheiten zur Entfaltung ihrer persönlichen Freiheit geöffnet hat. Und er stimmte grundsätzlich mit dem klassisch-neoklassischen Glaubenssatz überein, dass die unsichtbare Hand des Marktes ohne jedes Eingreifen einer sichtbaren Hand des Staates in der Lage sei, die einzelwirtschaftlichen Entscheidungen zu einem wohlfahrtsoptimalen gesamtwirtschaftlichen Ganzen zusammenzufügen. „Die wirtschaftlichen Wechselwirkungen verlaufen eben überhaupt in so wunderbarer Zweckmäßigkeit, in so fein organisiertem Ineinandergreifen unzähliger Elemente, dass man einen überschauenden, nach überindividueller Weisheit schaltenden Geist als Lenker derselben annehmen müsste, wenn man nicht auf die unbewusste Zweckmäßigkeit des menschlichen Gattungslbens zurückgreifen wollte. Bewusstes Wollen und Voraussehen des Einzelnen würde nicht ausreichen, das wirtschaftliche Getriebe in derjenigen Harmonie zu halten, die es neben all seinen furchtbaren Dissonanzen und Unzulänglichkeiten aufweist.“⁶⁴

Eindeutiger ließ sich der Zweifel an der von Marx & Engels angenommenen Planbarkeit der Gesamtwirtschaft nicht zum Ausdruck bringen. Mit nur ganz kleinen Einschränkungen teilte Simmel also den Glauben der Neoklassik an die Selbststeuerungskräfte freier, sich selbst überlassener Märkte und an die von Say postulierte Übereinstimmung von gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Er übernahm die Saysche Vorstellung eines geschlossenen Kreislaufs, in dem das Geld eine „Linie der Ununterbrochenheit“ darstellt und eine „Kontinuität der wirtschaftlichen Ereignisreihe“ gewährleistet. „Niemand lässt, soweit er es vermeiden kann, erheblichere Geldsummen still liegen; und man kann es tatsächlich fast immer vermeiden.“ Während es beim Ausbruch eines Krieges zu einer „Stockung der Zirkulation“ kommen könne, unterstellte Simmel in „normalen Zeiten“ eine „Schnelligkeit der Zirkulation. ... Die schnelle Zirkulation erzeugt eine Gewohnheit des Weggebens und Wiedereinbekommens.“⁶⁵

Wie eine Selbstverständlichkeit übernahm Simmel auch die neoklassische Rechtfertigung für den Zins des Geldes, indem er in ihm einen „Ausdruck des Wertes (sah), der ihm als Träger seiner Funktionen zukommt“. Die Zinskritik von Aristoteles, Alexander von Hales, Thomas von Aquin, überhaupt die „ganzen Bedenken des Mittelalters gegen das Zinsnehmen ...“, all diese Lehren zeigen, wie starr, den

⁶⁴ Georg Simmel (1900/1989), S. 184 - 185 und 375 - 480, hier: S. 392 (individuelle Freiheit).

⁶⁵ Georg Simmel (1900/1989), S. 129, 149, 240 und 247.

Fluktuationen des Lebens unverbunden, wie wenig als Produktivkraft das Geld erschien.“⁶⁶

Über den Gedankenhorizont der Neoklassik hinaus

Als Soziologe und Philosoph betrachtete Simmel das Geld nicht nur als generalisiertes Tauschmittel der Wirtschaft, sondern er schrieb ihm auch die Rolle zu, „innerhalb der praktischen Welt die entschiedenste Sichtbarkeit, die deutlichste Wirklichkeit der Formel des allgemeinen Seins“ zu sein. Und über den ökonomischen Horizont der Neoklassik hinausgehend erschien es ihm als ein Verdienst des Geldes, die Ausbildung der menschlichen Fähigkeit zum abstrakten und rationalen Denken maßgeblich gefördert zu haben. „Jene Projizierung bloßer Verhältnisse auf Sondergebilde ist eine der großen Leistungen des Geistes. ... Mit dem Gelde hat die Fähigkeit zu solchen Bildungen ihren höchsten Triumph gefeiert. ... Erst die Geldwirtschaft hat in das praktische Leben - und wer weiß, ob nicht auch in das theoretische - das Ideal zahlenmäßiger Berechenbarkeit gebracht.“ Außerdem hat seine exakte Zählbarkeit zu einem Vorrang des Quantitativen vor dem Qualitativen und zu einer zunehmenden Rechenhaftigkeit des Lebens geführt. „Die Bestimmung der abstrakten Zeit durch die Uhren wie die des abstrakten Wertes durch das Geld geben ein Schema feinsten und sicherster Einteilungen und Messungen.“⁶⁷

Obendrein hat sich Simmel zufolge mit der Ausbreitung der Geldwirtschaft in dem Sinne eine Vergeistigung der Wirtschaft vollzogen, dass die arbeitsteilig produzierenden und ihre Güter als Waren austauschenden Menschen sich auf das Funktionieren des Geldes verlassen. Indem sie auf das Geld als Grundlage ihres gesellschaftlichen Zusammenlebens ähnlich vertrauen wie auf Gott als den Urgrund und Generalnenner allen Lebens, erlangt das Geld im Leben der Menschen eine gottähnliche Sonderbedeutung als Quelle existenzieller Sicherheit. „Das Gefühl der persönlichen Sicherheit, das der Geldbesitz gewährt, ist vielleicht die konzentrierteste und zugespitzteste Form und Äußerung des Vertrauens auf die staatlich-gesellschaftliche Organisation und Ordnung.“⁶⁸ Indem das Geld die innere Vielfalt der Gesellschaft zu einem einheitlichen Ganzen integriert, erhält es - ähnlich wie ein religiöses Heiligtum - auch eine (quasi-)religiöse Funktion als symbolische Verkörperung der sozialen Einheit der Gesellschaft. Mit dieser Analogie zwischen Gott und Geld wollte Simmel allerdings nur die quasi-religiöse Bedeutung bewusst machen, die das Geld als gesellschaftliches Tauschmittel auch hat. Dieser Hinweis enthielt aber noch keine Kritik am modernen kapitalistischen Tanz um das

⁶⁶ Georg Simmel (1900/1989), S. 126, 200 (Kritik an Aristoteles, Thomas von Aquin u.a.); vgl. auch S. 221 - 222 und 306. - Der aus England stammende Alexander von Hales wirkte während der ersten Hälfte in Frankreich als ein Vertreter der Scholastik.

⁶⁷ Georg Simmel (1900/1989), S. 136 - 137, 369 - 371 (Quantität vor Qualität) und 614 - 615 (Ideal der Berechenbarkeit von Zeit und Geld).

⁶⁸ Georg Simmel (1900/1989), S. 216, 229, 246 und 253.

Goldene Kalb, bei dem der Götze Mammon anstelle Gottes eine geradezu kultische Verehrung erfährt. -

In der Frage, ob sich das Geld als „abstrakter Vermögenswert“ in seinem Kreislauf von Käufen und Verkäufen „zwischen jene Dinge einreihet“ - wie es die Neoklassik behauptete - oder ob es „als Maßstab und Tauschmittel über den wertvollen Dingen steht“, blieb Simmel zunächst uneindeutig.⁶⁹ Erst in einem längeren Abschnitt seiner „Philosophie des Geldes“ mit der Überschrift „Das Geld in den Zweckreihen“ ging er über die neoklassische Betrachtung des Geldes als ein bloß neutrales Tauschmittel hinaus und verwies in aller Deutlichkeit darauf, dass das Geld über den Menschen und ihren Arbeitserzeugnissen steht. Die mit der Verfügung über Geld verbundene „Wahlchance, die das Geld als abstraktes Mittel besitzt“, verschafft ihm einen Vorteil gegenüber der Verfügung über konkrete Waren, welche stärker an die Orte ihrer Herstellung gebunden sind und auch eines Schutzes vor dem Zahn der Zeit bedürfen. „Aus diesem besonderen Wert des Geldes, der seiner völligen Beziehungslosigkeit zu allen Besonderungen von Dingen und Zeitmomenten, der völligen Ablehnung jedes eigenen Zwecks, der Abstraktheit seines Mittelcharakters entstammt - fließt das Übergewicht dessen, der das Geld gibt, über denjenigen, der die Ware gibt.“ Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat „der Geldgeber die Macht ..., die Deutung dieser Chance, die doch an sich für beide Parteien die gleich günstige oder gleich ungünstige ist, nach der ihm vorteilhaften Seite zu erzwingen. ... Dieses Übergewicht des Geldes drückt sich in der ... Erfahrung aus, dass der Verkäufer interessierter und beeiferter ist als der Käufer.“⁷⁰

Trotz dieses klaren Blicks für das „Übergewicht des Geldgebers“ rückte Simmel jedoch noch nicht endgültig von der neoklassischen Prämisse ab, wonach das Geld als ein bloß neutrales Tauschmittel nur den Austausch von Äquivalenten vermittele. Zwar führte er nicht das gängige Argument ins Feld, dass jeder wirtschaftende Mensch in den allumfassenden „Verwebungen der Zwecke“ abwechselnd Käufer und Verkäufer sei und dass er bei diesem stetigen Rollentausch im nächsten Moment als Käufer wieder gewinnt, was er kurz zuvor als Verkäufer verloren hat. Und anders als die Neoklassik verschloss Simmel auch nicht den Blick vor der sozialen Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme. Ganz bewusst sprach er von einem „Superadditum des Reichtums“ und einer „selbstverständlichen Überlegenheit über den Armen“. Während ein Reicher durch seinen Reichtum entgrenzte Handlungsoptionen hat, „sind die Geldmittel des Armen nicht von dieser Sphäre unbegrenzter Möglichkeiten umgeben, weil sie von vornherein ganz unmittelbar und zweifellos in sehr bestimmte Zwecke einmünden.“ Aber trotz alledem sei „der Vorteil des Geldgebers ... kein schlechthin ungerechter: da in der Waren-Geld-Transaktion er der minder Begehrende zu sein pflegt, so kommt die Ausgleichung beider Seiten gerade dadurch zustande, dass der intensiver Begehrende ihm einen Vorteil über die objektive Äquivalenz der Tauschwerte hinaus einräumt. Wobei

⁶⁹ Georg Simmel (1900/1989), S. 124 und 126.

⁷⁰ Georg Simmel (1900/1989), S. 269 (Wahlchancen) - 270 und 273.

schließlich auch zu bedenken ist, dass er den Vorteil nicht genießt, weil er das Geld hat, sondern weil er es fortgibt.“⁷¹ Außerdem sei zu bedenken, dass „die eigentlichen Geldleute“ und „die großen Bankiers“ zwar häufig von „ruinösen Erschütterungen der Wirtschaft“ profitierten, dass an die „großen Geldmächte der Fugger, der Welser, der Florentinier und Genuesen ... (aber auch) ... leicht Ansprüche von verschiedenen, einander feindseligen Seiten gestellt wurden“ und dass sie vielfach einem großen Misstrauen ausgesetzt waren.⁷²

Ebenso widersprüchlich wie sein Umgang mit dem Übergewicht des Geldes war auch Simmels - in seinem Fall gewiss nicht antisemitisch gemeinter - Hinweis auf eine „Korrelation zwischen Zentralität des Geldinteresses und sozialer Gedrücktheit, die an den Juden ihr umfänglichstes Beispiel hat.“ Die historische Tatsache, dass das in der Diaspora lebende, auf viele Länder verstreute jüdische Volk viele Bankiers und Händler hervorbrachte, brachte Simmel in Verbindung mit einem vermeintlich „tiefen Zug der jüdischen Geistigkeit: sich viel mehr in logisch-formalen Kombinationen als in inhaltlich-schöpferischer Produktion zu bewegen“. Diese Geistigkeit war jedoch nichts spezifisch Jüdisches, sondern eher eine Folge des Umstands, dass Juden vielfach von Christen der Zugang zu sog. ‚ehrbaren‘ produktiven Gewerben verwehrt wurde und dass sie für die Abwicklung von Geldgeschäften benutzt wurden, weil sie von ihrer Religion her nicht wie die Christen gehalten waren, das biblisch-kanonische Zinsverbot auch gegenüber Fremden einzuhalten. So konnten jüdische Bankiers und Händler als Fremde in anderen Ländern das von örtlichen und zeitlichen Bedingtheiten losgelöste Geld gegen Zins ausleihen und es auf diese Weise auch vermehren. Allerdings stellte dieser Zins keineswegs nur eine Ausbeutung von ‚produktiv‘ tätigen Völkern dar, sondern seine Höhe war oftmals durch die Höhe der darin enthaltenen Prämie für das Risiko bestimmt, das bei Geschäften mit Fremden unvermeidlich dazu gehört. Außerdem wurden - wie Simmel zutreffend anmerkte - viele jüdische Bankiers und Händler auch zu „besonders gesuchten und fruchtbaren Ausbeutungsobjekten“, weil sich ihnen ihr Geldbesitz leichter rauben ließ als ein Besitz in den Formen von Land oder anderen realen Gütern.⁷³ Dieselbe rationale, auf Geldvermehrung eingestellte ‚Geistigkeit‘, die im Laufe der Geschichte immer wieder auf Menschen jüdischen Glaubens projiziert wurde, prägte genauso auch Menschen anderen oder gar keines Glaubens, die später die Rolle von Bankiers und Händlern übernehmen.

Tatsächlich ist das Geld unabhängig vom Glauben derer, die damit umgehen, aufgrund seiner - wie Simmel es ausdrückte - „Überall-Verwendbarkeit ... von der lokalen Beschränktheit ... emanzipiert“. Und es ist nicht bzw. nicht nur seine „raumüberspringende Macht“, welche soziale Bezüge lockert oder gar ganz auf-

⁷¹ Georg Simmel (1900/1989), S. 263 (Verwebungen der Zwecke), 274 - 275 Überlegenheit der Reichen gegenüber den Armen), 272 (Gerechtigkeit des Austausches trotz des Übergewichts des Geldes) und 278 (unterschiedliche Freiheiten des Reichen und des Armen).

⁷² Georg Simmel (1900/1989), S. 272 (Situation der Geldleute und Bankiers)

⁷³ Georg Simmel (1900/1989), S. 284 - 287. Fragwürdig war auch Simmels, bei Angehörigen des jüdischen Volkes ein "unruhigeres Temperament" anzunehmen als bei anderen Völkern. (S. 512)

löst. Vielmehr hat das Geld auch noch eine die Zeit überspringende und Raum und Zeit durcheinander bringende Macht, indem es je nach Marktlage den Kreislauf des Geldes unterbrechen und durch den Zins sowohl die Einkommen als auch die Vermögen von den Arbeitenden zu den Besitzenden umschichten kann. Das bindungslose „Umherflattern des Geldkapitals“ hatte nichts damit zu tun, dass ein einzelnes Volk wie das der Juden „ohne organische Verbindung mit seiner Wirtschaftsgruppe“ in der Fremde lebte. Vielmehr ist es die jegliche Bindungen auflösende und Begrenzungen von Raum und Zeit aushebelnde strukturelle Macht des Geldes, welche alle Menschen von sich selbst und von ihren Mitmenschen entbindet, welche das Geschehen auf den (Welt-)Märkten anonymisiert und Menschen überall auf der ganzen Welt zugleich zu Einheimischen und Fremden macht. Insofern war es eine zutreffende Beobachtung von Simmel, dass die „Relation zwischen dem Geldwesen und dem Fremden“ nichts spezifisch Jüdisches war, sondern auch „schon in einer Erscheinung bei einigen Naturvölkern“ im Übergang zur arbeitsteiligen Geldwirtschaft zu beobachten war - ähnlich wie im Europa des 17. Jahrhunderts bei Italienern, Spaniern, Engländern und Franzosen.⁷⁴ -

Mit seinen Gedanken zum „Wertplus des Geldes“ kam Simmel der geldreformistischen Hervorhebung der Sonderstellung des Geldes als Mittel zur Ausübung von struktureller Macht über Menschen und Märkte stellenweise schon sehr nahe. Dennoch blieb er letztlich doch in der neoklassischen Vorstellung eines geschlossenen Geldkreislaufs mit einem Austausch von Äquivalenten gefangen. Die „bloße Möglichkeit unbegrenzter Verwendung“ des Geldes sorgte immer wieder dafür, „dass es nicht ruhen mag, sondern wie von sich aus fortwährend zum Verwendetwerden drängt.“ Es „ist für keinen ein Haltepunkt, sondern für jeden nur ein Durchgang.“ Der Widerspruch zwischen den Funktionen des Geldes als Recheninheit, Wertmesser und sich bewegendem Tauschmittel einerseits und als ruhendes Wertaufbewahrungsmittel andererseits blieb Simmel ebenso verborgen wie Marx, dem zwar ein „bevorzugter Platz“ des Geldes auf den Märkten und sein „gesellschaftliches Monopol“ als allgemeines Tauschmittel aufgefallen war, der diese Sonderstellung des Geldes aber noch nicht als Quelle seiner strukturellen Macht erkannt hatte, sich von der Gesellschaft mit Zins und Zinseszins bedienen zu lassen - oder andernfalls die Zirkulation eigenmächtig zu unterbrechen.⁷⁵ Noch sah auch Simmel nicht die ganze Tragweite des Umstands, dass zur Wahlfreiheit im Umgang mit dem Geld auch die problematische Freiheit gehörte, es zeitweise zu horten und nicht als Tausch- oder Kreditmittel zu verwenden. Diese von Raum und Zeit unabhängige universelle Verwendbarkeit des Geldes als Tauschmittel in Verbindung mit der Möglichkeit, es vorübergehend außerhalb des Wirtschafts-

⁷⁴ Georg Simmel (1900/1989), S. 285 (Relation zwischen dem Geldwesen und dem Fremden) und 289 - 290.

⁷⁵ Georg Simmel (1900/1989), S. 267 (Geld mag nicht ruhen) - 268 (Wertplus des Geldes) und 245 (Geld als Wertaufbewahrungsmittel). - Karl Marx (1867/1972), S. 83 - 84 (bevorzugter Platz des Geldes und sein Funktionsmonopol auf den Märkten), 120 - 127 (störungsfreie „Transsubstantiation“ von Waren und Geld).

kreislaufs still zu legen, erkannte Simmel letztlich noch nicht als Quelle seiner besonderen Macht, sich von den Menschen und Märkten mit Zinsen und Zinseszinsen 'angemessen bedienen' zu lassen. Folglich brachte er auch das „Superadditum“ des Geldes und des Reichtums noch nicht in einen Zusammenhang mit dem Zins des Geldes - obwohl er einmal kurz die Überlegung streifte, dass man das „Superadditum ... mit dem unearned profit der Bodenrente vergleichen könnte“.⁷⁶

Am Ende fehlte Simmel noch die Einsicht, dass der Austausch von Waren mit Hilfe eines nicht neutralen, zinstragenden Geldes als Tausch- und Kreditmittel⁷⁷ nur zu einem Austausch von Nicht-Äquivalenten führen kann. Unter diesen Umständen konnte er auch noch keine geldreformerischen Konsequenzen aus seinen Gedanken über die Macht des Geldes ziehen. Von Proudhon registrierte er nur dessen Forderung, das Geld als Tauschmittel durch eine geldlose Tauschbank zu ersetzen, nicht jedoch dessen eigentliches Ziel, die königliche Herrschaft des Geldes über Menschen und Märkte zu überwinden. Dabei hätte die Frage nahe liegen können, wie sich das Geld vielleicht hätte so verändern lassen, dass es nicht mehr das „absolute Mittel“ und der „absolute Zweck“ ist, nach dem die Menschen in erster Linie streben, sondern dass es zu einem relativen Mittel und Zweck wird, nach dem die Menschen nicht mehr und nicht weniger streben als nach realen Gütern.⁷⁸

Kritiklose Hinnahme der hierarchisch strukturierten Arbeitswelt

Gemäß seiner Absicht, die Erscheinungsformen der modernen kapitalistischen Wirtschaft nicht von ihrer materiellen Basis her, sondern aus ihrem geistigen Überbau zu erklären, nahm Simmel die Arbeitswelt nur wenig in den Blick. Ohne zwischen leitenden und ausführenden Arbeiten in Landwirtschaft und Industrie zu unterscheiden, erschien ihm jegliche Arbeit als eine „lästige Anstrengung ... und Aufopferung“. Im Zusammenhang mit dem „Superadditum des Geldes“ sah Simmel durchaus, dass sich die menschliche Arbeit und ihre Produkte gegenüber dem Geld grundsätzlich in einer benachteiligten Lage befinden. „Der Arbeiter kann seine Kunst und Geschicklichkeit so gut wie nie aus seinem Gewerbe heraus ziehen und in einem anderen investieren. In Bezug auf Wahlfreiheit und ihre Vorteile steht er also dem Geldbesitzer ebenso benachteiligt gegenüber wie der Warenhändler.“⁷⁹ Dennoch unterließ Simmel jegliche Kritik an der hierarchischen Über- und

⁷⁶ Georg Simmel (1900/1989), S. 274. Auf den Seiten 310 - 311 finden sich einige Hinweise, dass Simmel zwar die Bodenrente, aber nicht unbedingt das private Eigentum am Boden kritisch gesehen hat. - Zur „Wahlfreiheit“ des Geldes (Georg Simmel 1900/1989, S. 277) vgl. auch aus geldreformerischer Sicht Tilo König (2018), S. 217 - 236. hier: S. 227.

⁷⁷ Während Simmel das Geld über weite Strecken seiner "Philosophie des Geldes" nur als Tauschmittel betrachtete, bezog er seine Rolle als Kreditmittel erst ganz am Ende und auch nur kurz mit ein; vgl. S. 667 - 669.

⁷⁸ Georg Simmel (1900/1989), S. 207 - 208 und 298 (Geld als absolutes Mittel).

⁷⁹ Georg Simmel (1900/1989), S. 65 und 267 - 268.

Unterordnung von Kapital und Arbeit und stellte auch keinerlei Überlegungen zur Überwindung der Lohnabhängigkeit an.

Die Benutzung von Arbeitswerkzeugen eröffnete Simmel zufolge den Menschen Möglichkeiten zum „Wachstum der Persönlichkeit über das Maß des Individuums hinaus“. In der modernen Geldwirtschaft führte dies zu einer „ganz eigenartigen Expansion der Persönlichkeit“ und die Verfügung über Geld führte in Verbindung mit dem Eigentumsrecht zur „Nutznießung unbestimmt vieler Sachen“. Das Privateigentum sei deshalb die „sozial garantierte Potenzialität der vollständigen Nutznießungen eines Objekts“.⁸⁰

Jedoch nahm Simmel keinen Anstoß daran, dass dieses Privateigentum nicht breit gestreut und jedem Menschen durch Arbeit zugänglich war, sondern dass es sich in konzentrierter Form in den Händen einer Minderheit befand, während die große Mehrheit der Arbeitenden vom Eigentum an den Produktionsmitteln ausgeschlossen blieb. Die hierarchische „Über- und Unterordnung“ von Kapital und Arbeit innerhalb von privaten Unternehmen war für Simmel ein „ganz unentbehrliches Organisationsmittel“, ohne das „eine der fruchtbarsten Formen der gesellschaftlichen Produktion verschwände“. Die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln werde zwar von der Arbeiterbewegung kritisiert, aber „durch das steigende Übergewicht der objektiven und technischen Elemente über die personalen“ verliere das Lohnarbeitsverhältnis seine schlimmsten Schrecken und die Technik füge Kapital und Arbeit mehr und mehr wieder so zusammen, dass „der Leiter der Produktion und der niedrigere Arbeiter, der Direktor und der Verkäufer im großen Magazin ... nun gleichmäßig einem objektiven Zweck untertan“ werden. „Erst innerhalb dieses gemeinsamen Verhältnisses besteht die Unterordnung fort als technische Notwendigkeit, in der die Anforderungen der Sache, der Produktion als eines objektiven Prozesses zum Ausdruck kommen.“ Für Simmel war die „Über- und Unterordnung in allen möglichen Gestalten jetzt die technische Bedingung für die Gesellschaft, ihre Zwecke zu erreichen“, und er verherrlichte die Technik mitsamt der hierarchischen Unternehmensorganisation sogar als eine „Erlösung“ für die Lohnarbeiter, weil sie trotz aller Unannehmlichkeiten mehr persönliche Freiheit hätten als früher die Sklaven oder die von Grundherren abhängigen Bauern. „Das Dienstverhältnis zu dem einzelnen Unternehmer ist früheren Arbeitsformen gegenüber ein unvergleichlich viel lockereres.“ Und je mehr die Technik das Geschehen in den Unternehmen bestimme, desto weiter stünde auch „die persönliche Ehre und Würde ... ganz jenseits dieser Über- und Unterordnung.“⁸¹

Statt diese Hierarchien innerhalb der Unternehmen zu verteufeln, wie dies besonders von Seiten des Anarchismus geschehe, sei es Simmel zufolge besser, „die Über- und Unterordnung ... beizubehalten und zugleich jene psychologischen Fol-

⁸⁰ Georg Simmel (1900/1989), S. 413, 433 und 439.

⁸¹ Georg Simmel (1900/1989), S. 451 und 454 - 455 sowie S. 399 - 400 und 452 (Freiheiten der Lohnarbeiter im Vergleich zur Lage von Sklaven und von Grundherren abhängigen Bauern). Vgl. zur Technik auch S. 688.

gen, um derentwillen sie perhorresziert wird, zu beseitigen“, d.h. sie mit den Mitteln der Technik und auch der Bildung erträglicher sein machen. Die Verwirklichung der Ideale des Sozialismus und Kommunismus würde jedenfalls die in der modernen Geldwirtschaft erreichte Freiheit der menschlichen Individuen wieder zerstören und die Menschen in einer staatssozialistisch bürokratisierten Wirtschaft von planenden „Berechnungen des Verstandes“ in einer „notwendigen gesellschaftlichen Gesamttaktion“ abhängig machen.⁸² Simmel verstieg sich sogar zu der Ansicht, dass „sehr krasse soziale Unterschiede ... in der Regel mit sozialem Frieden Hand in Hand gehen“, während „der Ruf nach ausgleichenden Reformen oder Revolutionen sich erst dann zu erheben pflegt, wenn ... lebhaftere Bewegungen innerhalb der Gesellschaft gewisse ... Unterschieds- und Schwellenempfindungen“ geweckt haben.⁸³

Während Simmel einerseits die bitteren Konsequenzen einer staatssozialistischen „Rationalisierung des Lebens“ frühzeitig voraussah, führte ihn seine undifferenzierte Befürwortung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in nicht nur breit gestreuten, sondern auch in - nur technisch bedingt? - konzentrierten Formen zwangsläufig auch zur bedenkenlosen Akzeptanz von Aktiengesellschaften und Börsen, welche ihm geradezu als „reinsten und gesteigertsten Ausdruck der Geldwirtschaft“ vorkamen.⁸⁴ Im Gegensatz nicht nur zu „mittelalterlichen Korporationen“, sondern auch zu Syndikaten von Arbeiter-Assoziationen, die nach der 1848er Revolution in Frankreich entstanden waren, lobte Simmel - wobei er die Genossenschaftsbewegung schlichtweg ignorierte - die Aktiengesellschaften als „wirkungsvollste kulturelle Formungen“, die es einzelnen Menschen ermöglichten, sich zu wirtschaftlichen Zwecken miteinander zu verbinden, ohne dabei auch nur die geringste persönliche Verbindung einzugehen. „Bei der Aktiengesellschaft liegt der Vereinigungspunkt der Teilhaber ausschließlich in dem Interesse an der Dividende; so ausschließlich, dass es wohl jedem einzelnen ganz gleichgültig ist, was die Gesellschaft denn eigentlich produziert. Die sachliche Zusammenhanglosigkeit des Subjekts mit dem Objekt, an dem es ein bloßes Geldinteresse hat, spiegelt sich in seiner personellen Zusammenhanglosigkeit mit den anderen Subjekten, mit denen ihn ein ausschließliches Geldinteresse verbindet.“ Dass sich im Aktienwesen auch „die ganze Herzlosigkeit des Geldes“ auswirkte, dass mit der industriellen Massenproduktion auch „eine Vertreibung der subjektiven Seelenhaftigkeit aus allem Äußerlichen“ um sich griff und dass sich der Mensch der Moderne mehr und

⁸² Georg Simmel (1900/1989), S. 394 - 395 (Sozialismus und Staatssozialismus), 453 (Anarchismus perhorresziert die Über- und Unterordnung) - 455 (Bildung) und 468 - 469.

⁸³ Georg Simmel (1900/1989), S. 356

⁸⁴ Georg Simmel (1900/1989), S. 437 und 469 (staatssozialistische Rationalisierung des Lebens). Lange vor der Russischen Revolution verwies Simmel bereits um 1900 auf die historische Erfahrung, dass der Mensch die persönliche Freiheit „oft der Unterworfenheit unter eine unpersönliche Kollektivität ... vorzieht.“ (S. 544).

mehr mit „unpersönlichen Dingen“ umgab, nahm Simmel zwar wahr.⁸⁵ Aber seine Begeisterung für die industrielle Massenproduktion in großen Aktiengesellschaften, für den „automatischen Charakter der modernen Maschine“ und die „eigenartige Schönheit der Maschine, die die Organisation der Fabrik in erweitertem Maße wiederholt“, konnte dies ebenso wenig mindern wie seine Beobachtung, dass sich das Leben im „Aneinander-Gedrängtsein und bunten Durcheinander des großstädtischen Verkehrs“ mehr und mehr von der Natur entfremdete. „Unser ganzes Leben wird auch durch die Entfernung von der Natur gefärbt, die das geldwirtschaftliche und das davon abhängige Städteleben erzwingt.“ Die Natur werde zum „seelischen Fernbild“ und das Empfinden von Menschen, aus der Natur wie aus einem Paradies vertrieben zu sein, führe zum Entstehen eines „romantischen Naturgefühls“ und auch zu einer „Reisemanie“.⁸⁶ Was Simmel richtig und stellenweise auch kritisch beobachtete, erschien ihm letztlich noch nicht als beunruhigende Anzeichen einer Fehlentwicklung, sondern als ein trotz einiger Schattenseiten wünschenswerter gesellschaftlicher Fortschritt.

Die mit Hilfe der modernen Technik in großen Aktiengesellschaften bewerkstelligte Produktion betrachtete Simmel als Auswirkung der Arbeitsteilung und diese wiederum als „Abkömmling der Geldwirtschaft. ... Das Bedeutende in der gegenwärtigen Epoche geschieht nicht mehr durch die Individuen, sondern durch die Masse. Die Arbeitsteilung bewirkt in der Tat, dass der einzelne Gegenstand schon ein Produkt der Masse ist; die unsere Arbeitsorganisation bestimmende Zerlegung der Individuen in ihre einzelnen Energien und die Zusammenführung des so Herausdifferenzierten zu einem objektiven Kulturprodukt hat zur Folge, dass in diesem Einzelnen um so weniger Seele ist, je mehr Seelen an seiner Herstellung beteiligt waren.“ Die (groß-)industrielle Massenproduktion stellte für Simmel eine „Pracht und Größe der modernen Kultur“ dar.⁸⁷ Trotz ihrer Entseelung fragte er sich nicht, ob die industrielle Massenproduktion der arbeitsteiligen Geldwirtschaft als solcher entsprungen ist oder ob sie vielleicht das Resultat einer historisch entstandenen, aber nicht ewig gültigen kapitalistischen Form der Geldwirtschaft sein könnte, in der die Arbeitsteilung und die Technik sich infolge des in sich widersprüchlichen kapitalistischen zinstragenden Geldes von gemeinschaftlichen Formen des Produzierens entfernt und unter dem Zwang der Renditemaximierung Formen der seelenlosen Massenproduktion angenommen haben.

⁸⁵ Georg Simmel (1900/1989), S. 464 - 468 (Herzlosigkeit des Geldes), 638 (unpersönliche Dinge), 648 (Pracht und Größe der modernen Kultur) und 653 (Vertreibung der subjektiven Seelenhaftigkeit aus allem Äußerlichen).

⁸⁶ Georg Simmel (1900/1989), S. 635 und 638 (Großbetriebe), 636 und 688 (Maschinen), 665 - 666 (naturfernes Leben in Großstädten) und 675 (Reisemanie).

⁸⁷ Georg Simmel (1900/1989), S. 633, 646 (Technik als Folge der raffinierten Arbeitsteilung) - 650 (Arbeitsteilung als Abkömmling der Geldwirtschaft).

Noch einmal: Das „Superadditum“ des Geldbesitzes

Am Ende seiner „Philosophie des Geldes“ kam Simmel noch einmal kurz auf seine Ausführungen zum „Superadditum des Geldes“ und der „Doppelheit seiner Funktionen“ zurück: „dass es einerseits in den Reihen der Existenz als ein Gleiches oder allenfalls ein Erstes unter Gleichen steht, und dass es andererseits über ihnen steht, als zusammenfassende, alles Einzelne tragende und durchdringende Macht. ... Der, der das Geld hat, ist dem überlegen, der die Ware hat.“⁸⁸ Zu guter Letzt sah Simmel die Risse in der 'heilen Welt' der Neoklassik also doch noch einmal deutlich und war sich dessen bewusst, dass „in Verbindung mit der Geldwirtschaft ... der Liberalismus so manche Haltlosigkeit, Wirrnis und Unbefriedigung erzeugt hat“, dass in der „Heftigkeit der modernen Wirtschaftskämpfe“ der rational rechnende Verstand das menschliche Verhalten beherrscht und die Gefühle in den Hintergrund drängt und dass das Übergewicht des Egoismus gegenüber dem Altruismus zu einer „rücksichtslosen Ausnutzung des Geldbesitzes“ führt.⁸⁹ Und dennoch ist Simmel nicht mehr auf den Gedanken gekommen, dass die moderne Geldwirtschaft kein zeitlos gültiges Instrument der Integration einer arbeitsteiligen Wirtschaft ist, sondern dass ihre real existierende Form historisch gewachsen ist und in dem Sinne verändert werden könnte, dass aus dem in sich widersprüchlichen kapitalistischen Geld ein Geld wird, das den Menschen und Märkten nur noch als Tausch- und Kreditmittel dient, ohne noch länger über ihnen zu stehen und sie zu beherrschen.

„Ungeheure synthetische und sozialisierende Kraft“ der Konkurrenz

Dass Simmel gegenüber der real existierenden kapitalistischen Form der Marktwirtschaft letztlich positiv eingestellt war, zeigte sich auch in seiner Haltung zum Wettbewerb, die er in einem Aufsatz „Soziologie der Konkurrenz“ (1903) zum Ausdruck brachte. Dem von sozialistischer Seite erhobenen Vorwurf, der Wettbewerb habe „vergiftende, zersprengende, zerstörende Wirkungen“ auf die Gesellschaft, trat Simmel mit dem Hinweis entgegen, dass „daneben ... doch diese ungeheure vergesellschaftende Wirkung ... steht: sie zwingt den Bewerber, der einen Mitbewerber neben sich hat und häufig erst hierdurch ein eigentlicher Bewerber wird, dem Umworbenen entgegen- und nahezukommen, sich ihm zu verbinden, seine Schwächen und Stärken zu erkunden und sich ihnen anzupassen, alle Brücken aufzusuchen oder zu schlagen, die sein Sein und seine Leistungen mit jenem verbinden könnten.“ Wie „sonst nur die Liebe“ gebe die Konkurrenz den Menschen die

⁸⁸ Georg Simmel (1900/1989), S. 602 und 676. - „Seit es überhaupt Geld gibt, ist im großen und ganzen jedermann geneigter, zu verkaufen als zu kaufen.“ (S. 554). Vgl. auch die Seiten 606 und 610 - 611 („Wer hat, dem wird gegeben.“)

⁸⁹ Georg Simmel (1900/1989), S. 555 - 557 (Liberalismus und Superadditum des Geldes), 591 (Vorrang des rechnenden Verstandes gegenüber den Gefühlen der Menschen), 597 (Heftigkeit moderner Wirtschaftskämpfe), 605 und 608 (Übergewicht des Egoismus)

Fähigkeit zum „Ausspähen der innersten Wünsche eines anderen, bevor sie ihm noch selbst bewusst geworden sind. ... Die moderne Konkurrenz, die man als den Kampf aller gegen alle kennzeichnet, ist doch zugleich der Kampf aller um alle.“ Die Konkurrenz habe also Simmel zufolge eine „ungeheure synthetische ... (und) ... sozialisierende Kraft“ und ihre unersetzliche Aufgabe sei es, „der unbestechliche Anzeiger des persönlichen Könnens“ zu sein, „das sich in der Leistung objektiviert hat.“ Zwar nahm Simmel auch die Entstehung von Kartellen wahr. „Die Gesetzgebung Frankreichs und Deutschlands ist seit einiger Zeit dazu übergegangen, die Konkurrenzmittel im Interesse der Konkurrenten selbst einzuschränken.“ Jedoch erkannte er nicht, dass Wettbewerbsbeschränkungen nicht im Interesse des Wettbewerbs liegen konnten. Und ebenso wenig erkannte er, dass dadurch der Leistungswettbewerb im Sinne eines freien Kräftespiels von allem mit allen, das tatsächlich die ihm von Simmel zugeschriebenen Eigenschaften haben könnte, in einen unerbittlichen Verdrängungskampf von marktbeherrschenden Stärkeren gegen ohnmächtige Schwächere überging. „Bei der Kartellierung ist von vornherein gar nicht die Lage der Subjekte, sondern die objektive Zweckmäßigkeit des Betriebes der Ausgangspunkt.“⁹⁰ Doch worin sollte die „objektive Zweckmäßigkeit“ des Geschehens in den zu Kartellen verbundenen Unternehmen bestehen?

Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern

Unabhängig von alledem enthält Simmels „Philosophie des Geldes“ noch einige bemerkenswerte Einsichten in die Geldgier und den Geiz als „pathologische Ausartungen des Geldinteresses“ sowie in das Immer-mehr-haben-wollen.⁹¹ Und weiter als die Neoklassik blickend, hat sich Simmel schließlich auch noch mit den Auswirkungen des Geldes auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern sowie mit der „ganzen Breite käuflicher Lebensinhalte“ auseinander gesetzt.⁹²

Seine Kritik an Geldheirat und Prostitution war insofern fortschrittlich, als sich Simmel damit gegen die Verletzung der Würde von betroffenen Frauen wandte. Dies konnte jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass sein Frauenbild noch von zeitbedingten patriarchalischen Denkmustern geprägt war. So vertrat er die „Meinung, dass die Frauen noch tiefer in den Gattungstypus eingesenkt sind als die Männer, von denen sich der Einzelne differenzierter und individualisierter aus jenem heraushebt. ... Hängen die Frauen wirklich noch enger und tiefer als der Mann mit dem dunklen Urgrund der Natur zusammen, so wurzelt ihr Wesentlichstes und Persönlichstes eben auch noch kräftiger in den natürlichsten, allgemeinsten, die Einheit der Art garantierenden Funktionen.“⁹³

⁹⁰ Georg Simmel (1903/1995c), S. 226 - 228 (Konkurrenz als Kampf aller um alle, sozialisierende Kraft der Konkurrenz), 238 - 241 (Kartellierung, Kartellgesetze in Frankreich und Deutschland) und 245 (Konkurrenz als Anzeiger des persönlichen Könnens).

⁹¹ Georg Simmel (1900/1989), S. 308 und 312 (Geldgier und Geiz),

⁹² Georg Simmel (1900/1989), S. 541.

⁹³ Georg Simmel (1900/1989), S. 516.

Dementsprechend traditionell und konservativ war auch Simmels Bild von den Geschlechterrollen in einer arbeitsteiligen Geldwirtschaft. „Die Produktion für den Markt und die Hauswirtschaft beginnen ihre Gegensätze, durch das Geld ermöglicht, zu entfalten und damit die schärfere Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern einzuleiten. Aus sehr nahe liegenden Ursachen fällt der Frau die nach innen, dem Manne die nach außen gewandte Tätigkeit zu, und die erstere wird mehr und mehr eine Verwaltung und Verwendung der Erträge der letzteren.“ Einen „vielfach unbefriedigenden Charakter moderner Ehen“ führte Simmel darauf zurück, dass der technische Fortschritt „außerordentlich viele hauswirtschaftliche Tätigkeiten, die früher den Frauen oblagen, außerhalb des Hauses verlegt“ hätten, „wo ihre Objekte billiger und zweckmäßiger hergestellt werden. Dadurch ist nun sehr vielen Frauen der bürgerlichen Klasse der aktive Lebensinhalt genommen, ohne dass so rasch sich andere Tätigkeiten und Ziele an die leer gewordene Stelle eingeschoben hätten.“ So seien moderne Frauen vielfach unzufrieden. „Die Unverbrauchtheit ihrer Kräfte ..., ihr teils gesundes, teils krankhaftes Suchen nach Bewährungen außerhalb des Hauses ist der Erfolg davon, dass die Technik in ihrer Objektivität einen eigenen und schnelleren Gang genommen hat als die Entwicklungsmöglichkeiten der Personen“.⁹⁴

Die Hierarchie der Geschlechter führte Simmel also - „nahe liegend“? - auf vermeintlich natürliche Unterschiede zwischen nach innen wirkenden Frauen und nach außen wirkenden Männern und auch auf Einflüsse der Technik auf die Hausarbeit zurück, statt sich zu fragen, warum die innerhäusliche Familienarbeit der Frauen in der arbeitsteiligen Geldwirtschaft nicht ähnlich finanziell honoriert wird wie die außerhäusliche Erwerbsarbeit von Männern. Sogar schon innerhalb der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern hätten dann Frauen, insbesondere Frauen mit Kindern, ohne finanzielle Abhängigkeiten von erwerbstätigen Männern bzw. Vätern und ohne Not, sich selbst ganz oder zeitweise verkaufen zu müssen, gleiche Chancen bekommen, an den gesellschaftlichen Austauschprozessen teilzuhaben. Ohne diese Möglichkeit einer ökonomischen Gleichstellung der Geschlechter zu sehen und ohne zwischen dem real existierenden Geld als Tausch-/Kredit- und Machtmittel und einem Geld zu unterscheiden, das nur noch als Tausch- und Kreditmittel dient, schrieb Simmel vorschnell dem Geld als solchem eine Affinität zu Geldheirat und Prostitution zu. „Die Indifferenz, in der es sich jeder Verwendung darbietet, die Treulosigkeit, mit der es sich von jedem Subjekt löst, weil es mit keinem eigentlich verbunden war, die jede Herzensbeziehung ausschließende Sachlichkeit, die ihm als reinem Mittel eignet - dies alles stiftet eine verhängnisvolle Analogie zwischen ihm und der Prostitution. ... Sicherlich bezeichnet es den Tiefpunkt der Menschenwürde, wenn eine Frau das Intimste und Persönlichste ..., das nur mit der gleichen personalen Hingabe des Mannes ... auf-

⁹⁴ Georg Simmel (1900/1989), S. 512 und 644.

gewogen werden sollte, gerade um einer so ganz unpersönlichen, rein äußerlich-sachlichen Vergeltung willen dahin gibt.“⁹⁵

Im Zusammenhang mit seiner zwar nicht vorbehaltlosen, aber dennoch insgesamt positiven Grundeinstellung zur modernen Geldwirtschaft stellte Simmels Ansicht, dass „dem Wesen des Geldes selbst etwas vom Wesen der Prostitution“ anhaftet⁹⁶, letztlich sogar - ohne dass er dies beabsichtigt hätte - ein unüberwindbares Hindernis für die Suche nach Wegen in eine arbeitsteilige Geldwirtschaft ohne Geldheirat und ohne Prostitution dar. Kritisch zu hinterfragen wären auch seine Auffassungen, dass „in der Geldheirat die Vereinigung des Paares durch ein Moment bestimmt wird, das mit der Rassenzweckmäßigkeit nichts zu tun hat“, und das sowohl bei der Geldheirat als auch bei der Prostitution die Würde von Männern weniger beschädigt werde als die Würde von Frauen.⁹⁷

Während Frauen durch Geldheirat und Prostitution zu von Männern käuflich erwerbenden Waren herabgewürdigt werden, werden Dienste und Überzeugungen von Menschen beiderlei Geschlechts durch die Korruption käuflich. Auch die Korruption brachte Simmel in einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Geld als solchem. „Ganz prinzipiell ermöglicht das Geld eine Heimlichkeit, Unsichtbarkeit, Lautlosigkeit des Besitzwechsels wie keine andere Wertform. ... Seine Anonymität und Farblosigkeit macht die Quelle unerkennbar, aus der es dem jetzigen Besitzer geflossen ist: es trägt kein Ursprungszeugnis an sich wie, klarer oder verhüllter, so viele konkrete Besitzgegenstände es tun.“⁹⁸ Alle diese Eigenschaften hätte das Geld auch, wenn es nur ein dienendes Tausch- und Kreditmittel wäre. Aber - was Simmel nicht mitbedachte - es ist in besonderem Maße das Geld in seiner real existierenden Form, welches eine Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen bewirkt. Erst das Geld in seiner kapitalistischen Gestalt erzeugt jene unterschiedlichen Interessenlagen und Abhängigkeiten, die zum Nährboden für die Korruption werden.

6.4.2 Max Webers „Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“

Auch der Soziologe Max Weber (1864-1920) wollte den modernen Kapitalismus aus seinem geistig-kulturellen statt aus seiner materiellen Basis der Produktions- bzw. Zirkulationsverhältnisse zu erklären. An Simmels „Philosophie des Geldes“ kritisierte er, dass Simmel die Geldwirtschaft mit dem Kapitalismus „viel zu sehr gleich gesetzt“ habe.⁹⁹

⁹⁵ Georg Simmel (1900/1989), S. 512 - 513.

⁹⁶ Georg Simmel (1900/1989), S. 514.

⁹⁷ Georg Simmel (1900/1989), S. 521 - 522 (Geldheirat) und 517 (Prostitution).

⁹⁸ Georg Simmel (1900/1989), S. 526 - 528, hier: S. 527. - Zum Frauenbild Simmels vgl. auch seinen Aufsatz „Weibliche Kultur“ im Band 7 seiner Gesamtausgabe, S. 64 - 83.

⁹⁹ Max Weber (1905/2009), S. 169 in der Anm. 1.

Warum - so lautete Webers Ausgangsfrage in seinem berühmten Werk „Die protestantische Ethik und der Geist des modernen Kapitalismus“ (1905) - kam es gerade im Abendland, speziell in Genf, in den Niederlanden sowie in England und den englisch geprägten Teilen Nordamerikas, zum Aufstieg der modernen industriekapitalistischen Zivilisation? Das Ziel, auf Märkten Gewinne zu erzielen, sei von Menschen in allen Ländern der Erde und zu allen Zeiten verfolgt worden - in den frühen Hochkulturen Babylons und Ägyptens, Athens und Roms ebenso wie im europäischen Mittelalter. Deshalb hat Weber zufolge das Streben nach einem „möglichst hohen Geldgewinn an sich mit Kapitalismus gar nichts zu schaffen.“ Vom weit verbreiteten marktwirtschaftlichen Gewinnstreben sei jedoch das spezielle Streben „kapitalistischer Einzelbetriebe“ zu unterscheiden, mit Hilfe einer rational durchkalkulierten „Kapitalrechnung“ Renditen auf investiertes Kapital zu erzielen. „Der Okzident kennt in der Neuzeit daneben eine ganz andere und nirgends sonst auf der Erde entwickelte Art des Kapitalismus: die rational kapitalistische Organisation von (formell) freier Arbeit“ in „Erwerbsbetrieben“, die sich insofern gegenüber dem Gesamtzusammenhang des Lebens verselbstständigt haben, als sie erstens die Verbindung von Wohnen und Arbeiten aufgelöst und zweitens eine hierarchische Über- und Unterordnung von „großindustriellem Unternehmer und freien Lohnarbeitern“ geschaffen haben. Neben entsprechend rationalen Strukturen von Recht und Verwaltung „ist das Entscheidende, dass eine Kapitalrechnung in Geld aufgemacht wird.“¹⁰⁰

Auf der Suche nach dem Ursprung des „spezifisch gearteten 'Rationalismus' der okzidentalen Kultur“, der dieser monetären Kapitalrechnung zugrunde liegt, kam Weber allerdings nicht auf den Gedanken, diese besondere Rationalität mit dem Streben des Geldes in Verbindung zu bringen, sich durch den Zins und Zinseszins tendenziell unbegrenzt zu vermehren. Luthers Kritik an Zins und Wucher betrachtete er als eine „rückständige Vorstellungsweise vom Wesen des kapitalistischen Erwerbs“. Auch sei das „Argument von der Unproduktivität des Geldes“ bereits in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts bei dem Dominikanermönch „Antonin von Florenz überwunden“ gewesen. Zum „Geist des Kapitalismus“ gehörte für Weber unzweifelhaft auch die von Benjamin Franklin während der nordamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung formulierte Ansicht, dass Zeit Geld sei und dass Geld aus sich selbst heraus weiteres Geld erzeugen könne.¹⁰¹

Anstelle eines Zusammenhangs zwischen dem zinstragenden Geld und der spezifisch kapitalistischen Rationalität des Okzidents fiel Weber eine „überragende Beteiligung der Protestanten am Kapitalbesitz, an der Leitung und den oberen Stufen der Arbeit in den großen modernen gewerblichen und Handelsunternehmen“ auf, während er auf Seiten des von Traditionen geprägten Katholizismus

¹⁰⁰ Max Weber (1905/2009), S. 10 - 14, 17 - 18 und 41.

¹⁰¹ Max Weber (1905/2009), S. 38 (Benjamin Franklin) und 71. Vgl. auch die Anmerkung 56 zu Webers Studie über den Geist des Kapitalismus: „Das Zinsverbot und sein Schicksal haben für uns höchstens symptomatische Bedeutung und auch diese nur begrenzt.“ (S. 187)

eine „größere Weltfremdheit und ... Indifferenz gegenüber den Gütern dieser Welt“ beobachtete. Zudem schienen ihm der Calvinismus und der Pietismus eine sehr viel stärkere Affinität zum rationalistischen „Geist des Kapitalismus“ zu haben als ihre von Luther und Zwingli beeinflussten Bereiche des Protestantismus. Im Calvinismus und Pietismus sei die Bereitschaft zum Arbeiten und Sparen am stärksten hervorgetreten - ebenso die Bereitschaft, Ersparnisse in Unternehmungen zu investieren, statt sie zu verkonsumieren, und auf diese Weise Kapital zu bilden. Während Menschen im Allgemeinen „von Natur‘ nicht Geld und mehr Geld verdienen, sondern einfach leben ... und so viel erwerben wollen, wie dazu erforderlich ist“, hätten im calvinistisch-pietistischen Glauben verwurzelte Menschen ein besonderes Berufsethos entwickelt, das sie dazu antreibe, das „Erwerben zum Zweck des Lebens“ zu erheben statt das „Erwerben ... als Mittel zum Zweck der Befriedigung von materiellen Lebensbedürfnissen“ anzusehen.¹⁰² Das Verdienen von Geld als Mittel zum Leben habe sich in das Geldverdienen um seiner selbst willen verkehrt.

Die protestantische Religion habe - soweit sie mehr von Calvin als von Luther und Zwingli geprägt war - in Verbindung mit der Deutung des wirtschaftlichen Erfolgs als Zeichen einer göttlichen Auserwähltheit zur Entstehung eines besonderen Ethos der „Pflichterfüllung in weltlichen Berufen“ geführt. Sie habe kapitalistische Unternehmer mit einer ganz besonderen „Hingabe an den ‚Beruf‘ des Geldverdienens“ hervorgebracht. „Das summum bonum dieser Ethik ist: der Erwerb von Geld und immer mehr Geld, unter strengster Vermeidung alles unbefangenen Genießens.“¹⁰³

Trotz des „ungeheuren Gewirrs gegenseitiger Beeinflussungen“ zwischen der materiellen Basis und dem geistigen Überbau der Gesellschaft war Max Weber letztlich der Auffassung, dass der „Kapitalismus als Wirtschaftssystem ein Erzeugnis der Reformation sei“.¹⁰⁴ Auch wenn sich nicht leugnen lässt, dass der Aufstieg des neuzeitlichen Kapitalismus tatsächlich in den calvinistisch bzw. pietistisch geprägten Regionen Westeuropas und Nordamerikas begann, und auch wenn Webers Argumentation ansatzweise die bedeutsame Unterscheidung zwischen dem marktwirtschaftlichen Gewinnstreben und dem kapitalistischen Streben nach Kapitalrenditen enthielt, so kann seine Herleitung des modernen Industriekapitalismus allein aus dem religiösen Überbau der Gesellschaft letztlich nicht erklären, warum nur eine Minderheit der calvinistisch-pietistisch Glaubenden Kapital bilden konnte und warum breite Mehrheiten als lohnabhängige Arbeiter besitzlos blieben. Außerdem hatte Weber bei den Geld vermehrenden Kapitalisten ähnlich wie Marx & Engels im Band 1 des „Kapital“ nur erst industrielle Unternehmerkapitalisten im Blick, die Unternehmer und Kapitalisten in einer Person waren. Er sah noch über

¹⁰² Max Weber (1905/2009), S. 19, 25 - 32, 41 - 42 und 49.

¹⁰³ Max Weber (1905/2009), S. 42, 58 (kapitalistischer Geist), 61 (Beruf des Geldverdienens), 68 (Pflichterfüllung in weltlichen Berufen), 156 und 163 (asketischer Sparzwang). - Indirekt widersprach Weber damit der These Veblens, dass die Wohlhabenden ihren Reichtum durch den Konsum von Prestigegütern demonstrativ zur Schau stellen.

¹⁰⁴ Max Weber (1905/2009), S. 79 - 80.

das in Banken gebündelte Finanzkapital hinweg, das die mehr und mehr auf Fremdkapital angewiesenen Unternehmer von sich abhängig machte.

Den Kapitalismus des frühen 20. Jahrhunderts mit dem hierarchischen Lohnarbeitsverhältnis betrachtete Weber schließlich als ein „stahlhartes Gehäuse“, aus dem weder Kapitalisten noch Arbeiter entkommen könnten. „Indem die Askese die Welt umzubauen und in der Welt sich auszuwirken unternahm, gewannen die äußeren Güter dieser Welt zunehmende und schließlich unentrinnbare Macht über den Menschen wie niemals zuvor in der Geschichte.“ Und in den USA, wo der Kapitalismus seine „höchste Entfesselung“ erreicht habe, „neigt das seines religiös-ethischen Sinnes entkleidete Erwerbsstreben heute dazu, sich mit rein agonalen Leidenschaften zu assoziieren.“ Im Zuge seiner Säkularisierung habe der Kapitalismus „Fachmenschen ohne Geist und Genussmenschen ohne Herz“ hervorgebracht. „Dies Nichts bildet sich ein, eine nie vorher erreichte Stufe des Menschentums erstiegen zu haben.“¹⁰⁵

Weber sah die Menschen als Gefangene der „modernen, an die technischen und ökonomischen Voraussetzungen mechanisch-maschinellem Produktion gebundenen Wirtschaftsordnung“. Sein Gedanke, dass dieses „Triebwerk“ das Dasein der Menschen „mit überwältigendem Zwang bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist“, war freilich einer der ersten Vorboten einer Ahnung, dass der moderne Kapitalismus eines Tages an ökologische Grenzen stoßen könnte.¹⁰⁶

Unabhängig von alledem betonte Max Weber den „vollkommen provisorischen Charakter“ seiner Untersuchungen zum religiösen Ursprung des modernen Kapitalismus und er war sich der Notwendigkeit weiterer Forschungen bewusst. Da er entsprechende Erkenntnisfortschritte nicht von einer Einbeziehung der materiellen Basis der Gesellschaft erhoffte, lief er allerdings Gefahr, sie von problematischen Bereichen des geistigen Überbaus zu erwarten. „Persönlich und subjektiv (geneigt), die Bedeutung des biologischen Erbgutes hoch einzuschätzen“, glaubte Weber nämlich an ein zukünftig noch tiefer gehendes Verständnis der Herkunft des Kapitalismus, „wenn die vergleichende Rassen-Neurologie und -Psychologie über ihre heute vorliegenden, im Einzelnen viel versprechenden Anfänge weiter hinausgekommen sind.“¹⁰⁷ Immerhin war diese Erwartung nicht auch noch mit Vorbehalten gegenüber dem Judentum verbunden. Das Verhältnis des Judentums zum Geld und zum Gewinnstreben entsprach Weber zufolge der Einstellung anderer Völker, die noch nicht vom calvinistisch-pietistischen Geist des Kapitalismus erfasst waren.¹⁰⁸ -

¹⁰⁵ Max Weber (1905/2009), S. 44 und 164 - 165.

¹⁰⁶ Max Weber (1905/2009), S. 164.

¹⁰⁷ Max Weber (1905/2009), S. 22, 24 und 37. - Zu weiteren problematischen Äußerungen Webers vgl. Geert Nabers Kommentar zu Webers Dissertation (2007) auf der Website <http://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/maxweber.htm> [Zugriff: 20. Oktober 2013].

¹⁰⁸ Max Weber (1905/2009), S. 149. An anderer Stelle sah auch Weber die Juden allerdings als die „typischen Träger des Finanz- und politischen Kapitalismus“. (S. 170 in der Anm. 2)

Erst nach seinem Tod konnte Webers Werk „Wirtschaft und Gesellschaft“ erscheinen, worin sich Spuren eines kritischen, aber noch nicht genügend differenzierten Nachdenkens über das Geld und den Zins finden. Die Ausrichtung des wirtschaftlichen Geschehens an der Rentabilität führte nach Webers Auffassung zu einer einseitigen „ökonomischen Rationalisierung der Wirtschaft“ und zu einer „absoluten Versachlichung“. „Wo der Markt seiner Eigengesetzlichkeit überlassen ist, kennt er nur Ansehen der Sache, kein Ansehen der Person, keine Brüderlichkeits- und Pietätspflichten, keine der urwüchsigen, von den persönlichen Gemeinschaften getragenen menschlichen Beziehungen. ... Der ‚freie‘, d.h. der durch ethische Normen nicht gebundene Markt mit seiner Ausnutzung der Interessenkonstellation und Monopollage und seinem Feilschen gilt jeder Ethik als unter Brüdern verworfen. ... In fast allen ethischen Lebensreglementierungen kehrt auf ökonomischem Gebiet ... die Verwerfung des Zinses wieder. ... Der Trieb nach Geld als Typus rationalen Erwerbsstrebens (ist) religiös bedenklich.“¹⁰⁹

So berechtigt Webers Kritik am „Trieb nach Geld“ und seine Erinnerung an das biblisch-kanonische Zinsverbot auch waren - es fehlte ihnen noch der Blick dafür, dass nicht das Geld an sich, sondern das Geld in seiner historisch gewachsenen kapitalistischen Gestalt als zinstragendes Geld die Rentabilität zum obersten Gebot des Wirtschaftens erhob, seine Verbindung mit ethischen Normen auflöste und die Marktwirtschaft sowohl monopolkapitalistisch vermachtete als auch absolut versachlichte. Die Versachlichung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen ist aber nicht per se verwerflich, sondern nur in ihren kapitalistisch übersteigerten Formen. Und „urwüchsige, von persönlichen Gemeinschaften getragene menschliche Beziehungen“ verbürgen keineswegs automatisch eine sich gemäß ethischen Normen vollziehende Entwicklung der Wirtschaft. Weber fehlte noch die Vorstellung eines nicht mehr eigenmächtigen, nachkapitalistischen Geldes als rechtlich geordnetem Steuerungsmedium, das das „stahlharte Gehäuse“ des Kapitalismus nicht aufbricht, sondern vorsichtig öffnet und die Tausch- und Kreditbeziehungen in einer sich allmählich von Monopolen befreienden Marktwirtschaft an tatsächlicher Rationalität und nicht mehr an der (schein-)rationalen Rentabilität ausrichtet und sie unter Berücksichtigung der Würde aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion sowohl versachlicht als auch an ethische Normen bindet. Eine solche Vorstellung könnte einer von Weber vermissten „an materialen sozialen Idealen orientierten Anschauung“ entgegenkommen, die die Ordnung des Geldwesens in einer Marktwirtschaft nicht länger zur „Angelegenheit des nur nach ‚Rentabilität‘ fragenden Interessentenbetriebs“ macht, sondern die viel wesentlichere „Frage nach dem ‚richtigen‘ Geldquantum und der ‚richtigen‘ Geldart“ stellt.¹¹⁰

¹⁰⁹ Max Weber (posthum 1922/2005), S. 452 – 453 und 490.

¹¹⁰ Max Weber (posthum 1922/2005), S. 139, und ders. (1905/2009), S. 164 - 165 (Kapitalismus als stahlhartes Gehäuse).

6.4.3 Werner Sombarts „Der Bourgeois“

Nachdem sich der Soziologe und Wirtschaftshistoriker Werner Sombart (1863-1941) von Marx' Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse abgewandt und stattdessen auch nicht die Bedeutung der Zirkulationsverhältnisse in den Blick genommen hatte, suchte er in seinem Buch „Der Bourgeois“ (1913) nach geistig-seelischen Wurzeln des Kapitalismus. Sombart zufolge hätten „alle drei Religionen einen gleichmäßigen Anteil an der Erzeugung einer dem Kapitalismus günstigen Grundstimmung gehabt“. Während jedoch der Katholizismus und der Protestantismus die Ausbreitung des von rationalen Kalkülen geleiteten kapitalistischen Erwerbsstrebens noch bis in die Anfänge der Neuzeit gehemmt hätten, habe das Judentum die „Schranken der alten Wirtschaftssitte“ von Anfang an durchbrochen (zumindest im Verkehr mit Fremden), einen „sowohl schranken- wie rücksichtslosen Erwerb“ praktiziert und im Verleihen von Geld die rationale Rechenhaftigkeit des kapitalistischen Geistes auf die Spitze getrieben.¹¹¹

Obwohl Sombart das „Geistige der Menschenart Bourgeois“ in seiner „Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen“ ergründen wollte, führte er den Geist des Kapitalismus letztlich noch mehr auf biologische und seelische Merkmale von Völkern zurück als auf Unterschiede zwischen ihren Religionen. Zunächst stellte er vorkapitalistische und kapitalistische Gesellschaften einander gegenüber. Die vorkapitalistische Gesellschaft habe aus „natürlichen Menschen“ bestanden, so „wie Gott sie geschaffen hat“. Zugleich unterstellte Sombart eine von Gott bzw. der Natur geschaffene Spaltung dieser Gesellschaft in eine Minderheit reicher herrschender Feudalherren und eine Mehrheit von armen untergebenen Bauern, Handwerkern und Händlern. Aufgrund ihres „Mangels an kalkulatorischem Sinn“ sei die Wirtschaft in dieser Gesellschaft alles in allem dem Prinzip der Bedarfsdeckung gefolgt und statisch gewesen. Durch eine allmählich „wachsende Geldsucht“ sei diese vorkapitalistische in eine dynamische kapitalistische Gesellschaft übergegangen.¹¹² Doch wodurch entstand dieser kapitalistische Geist und von wo breitete er sich aus?

Ebenso wie er bereits die soziale Spaltung der vorkapitalistischen Gesellschaft als gott- bzw. naturgegeben hingenommen hatte, so nahm Sombart auch die Spaltung der kapitalistischen Gesellschaft in Unternehmerkapitalisten und Arbeiter als unabänderlich hin und behauptete, dass es eine erblich bedingte „kapitalistische Disposition“ in den Seelen einzelner Menschen und Völker gebe, sich entweder besonders gut oder schlecht als Träger des modernen kapitalistisch rechnenden Geistes zu eignen. „Bourgeoisnaturen“ hätten mit Staatsmännern und Feldherrn mehr gemeinsam als mit Handwerkern, Künstlern, Gelehrten oder Ethikern, weil

¹¹¹ Werner Sombart (1913/1987), S. 355 - 356 und 436. Schon in seinem Buch „Die Juden und das Wirtschaftsleben“ (1911) hatte Sombart die Juden als diejenigen Menschen dargestellt, die den Kapitalismus in besonderer Weise verkörpert hätten.

¹¹² Werner Sombart (1913/1987), S. III, 11, 12 und 16 (wachsende Geldsucht).

sie „letzten Endes ja auch Eroberer“ seien. Außerdem unterschied Sombart „Völker mit größerer oder geringerer Begabung für den Kapitalismus. ... Zu den Völkern mit kapitalistischer Unterveranlagung rechne ich vor allem die Kelten und einige germanische Stämme“, während andere germanische Stämme (Normannen, Langobarden, Sachsen und Franken) und die romanischen Völker zu den „kapitalistisch überveranlagten Völkern Europas“ gehören würden. Sombarts Ansichten über vermeintlich „biologische Grundlagen des kapitalistischen Geistes“ gipfelten in der Behauptung, dass eine „eigenartige Urveranlagung“ die Florentiner, Schotten und Juden in besonderer Weise zu Händlern gemacht habe. Bei der Entstehung des modernen Kapitalismus hätten Juden angeblich am stärksten „wie ein katalytischer Stoff gewirkt“.¹¹³

In der „komplizierten Psyche jener Bourgeois“, die die größer werdenden Unternehmen leiten und die Arbeiterschaft „unter ihren einheitlichen Willen stellen“, sei eine „Synthese von Geldgier, Abenteuerlust und Erfindungsgeist“ eine Verbindung mit einem „Bürgergeist“ eingegangen, der „sich aus Rechnerei und Bedachtsamkeit, aus Vernünftigkeit und Wirtschaftlichkeit zusammensetzt“. Der moderne kapitalistische Unternehmer „muss erobern, organisieren, verhandeln, spekulieren und kalkulieren.“¹¹⁴ Anders als kleine und mittlere Unternehmer beanspruchen große Unternehmer eine „Ellbogenfreiheit“ für sich. „Was rücksichtsloser Erwerb ist, lehrt uns heute am besten das Vorgehen der großen amerikanischen Trusts. ... Die moderne Unternehmung wird immer mehr in den Börsennexus hineingezogen“, den Sombart als etwas spezifisch Jüdisches ansah. In Verbindung der Börse mit der seiner Ansicht nach „aus den Tiefen des germanisch-romanischen Geistes geborenen Wissenschaft der Natur, die die moderne Technik ermöglicht hat“, habe sich der rationalistische Geist des Kapitalismus verselbstständigt und zu einer Mechanisierung und Automatisierung des Lebens geführt. Obgleich Sombart diesen Geist des modernen Kapitalismus für etwas biologisch und religiös Bedingtes hielt, wollte er nicht ausschließen, dass er seine „jetzige Spannkraft“ vielleicht einmal einbüßen könnte. Bereits während des Ersten Weltkriegs erwartete er, dass sich der moderne Kapitalismus eines Tages „müde rennen“ werde. „Der Bourgeois verfettet in dem Maße, wie er reicher wird und sich gewöhnt, seinen Reichtum in Rentenform zu nützen, gleichzeitig sich aber auch dem Luxus zu ergeben.“ Außerdem werde der kapitalistische Geist durch eine „zunehmende Verbürokratisierung unserer Unternehmungen“ untergraben und „mit dem Abnehmen

¹¹³ Werner Sombart (1913/1987), S. 254 - 255 (erblich bedingte kapitalistische Disposition), 259, 265 (biologische Grundlagen des kapitalistischen Geistes), 269, 272 - 277 und 462 (Juden als katalytischer Stoff). Die Juden hielt Sombart sogar für ein „fast rein gezüchtetes Händlervolk“. (S. 277)

¹¹⁴ Werner Sombart (1913/1987), S. 23 - 24 (kapitalistischer Geist), 69 (einheitlicher Wille der Bourgeois), 164 - 168 (Italien, Niederlande und England), 194 (komplizierte Psyche des Bourgeois) - 195.

des Geburtenüberschusses geht dem Kapitalismus der Atem aus.“ Aber „was kommen wird ..., geht uns hier nichts an.“¹¹⁵

Anderthalb Jahrzehnte nach diesen abstrusen Erklärungsversuchen der geistigen Hintergründe des modernen Kapitalismus schrieb Sombart einmal, dass dieses Wirtschaftssystem „mit vollen Händen in die Sparsbüchse der Erde hineingegriffen“ habe.¹¹⁶ Diese Bemerkung war vielleicht ähnlich wie Webers Hinweis auf die Endlichkeit der fossilen Brennstoffe ein Anzeichen für eine vage Ahnung Sombarts, dass diese „Sparsbüchse der Erde“ irgendwann einmal geleert sein könnte.

Seine schon lange gehegten antisemitischen Ressentiments führten dazu, dass sich Sombart während der 1920er Jahre der Konservativen Revolution zuwandte. Mit seinem Buch „Deutscher Sozialismus“ diente er sich 1934 dem NS-Regime an und gehörte zu den Mitunterzeichnern eines Aufrufs „Deutsche Wissenschaftler hinter Adolf Hitler“.¹¹⁷ Nachdem die materialistische Kapitalismuserklärung von Marx & Engels allein aus den Produktionsverhältnissen, der Sombart in seinen jungen Jahren zugeneigt gewesen war, sich als unzureichend und irreführend erwiesen hatte, konnte auch der Versuch von Simmel und Weber, ihn allein aus geistigen Hintergründen wie religiösen Überlieferungen abzuleiten, nicht an seinen Grundfesten rütteln. Erst recht führte Sombarts Bestreben auf Abwege, hierfür biologisch-anthropologische Faktoren verantwortlich zu machen. -

Könnte es stattdessen beim Bestreben, den Kapitalismus zu verstehen und Wege zu seiner Überwindung zu finden, angebracht sein, anstelle einer einseitigen Verabsolutierung von materiellen oder geistigen Ursachen sowohl materielle Faktoren wie die Produktion und Zirkulation als auch geistige Faktoren wie die Religionen und Philosophien miteinander zu verbinden und sie in ihrer Wechselwirkung zu betrachten? Und könnte es dabei ebenfalls angebracht sein, auf der Basis eines normativen Werturteils über die menschenrechtsverletzende soziale Ungleichheit im Kapitalismus sowohl theoretisch als auch historisch an einer gerechteren interessenneutralen Ordnung der Wirtschaft zu arbeiten, in welcher die Einzelinteressen und das Gemeinwohl zur Übereinstimmung gelangen können?

6.5 Marcel Mauss und die archaische Schenkökonomie

Unterdessen entstand innerhalb der Soziologie durch den französischen Soziologen und Ethnologen Marcel Mauss (1872-1950) noch eine Strömung, die ein zugleich ökonomisches und kulturelles Phänomen in den Mittelpunkt rückte, das die auf Warenproduktion und Zirkulation, auf Geld und Kredit, Sparen und Investieren ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis dahin überhaupt noch

¹¹⁵ Werner Sombart (1913/1987), S. 227 (Börsen), 233 (rücksichtslose Ellbogenmentalität) - 239 (unterschiedlich große Unternehmen) und 461 (Börse, Naturwissenschaft und Technik) und 463 - 464 (Zukunft des Kapitalismus).

¹¹⁶ Werner Sombart (1928), S. 122 und 272.

¹¹⁷ Werner Sombart (1934).

nicht thematisiert hatten: nämlich das Phänomen des Schenkens. Mauss war mit den Religionen und Lebensformen von sog. Naturvölkern vertraut und stand in politischer Hinsicht der Arbeiterbewegung nahe. Beides veranlasste ihn, dem modernen Kapitalismus einen Spiegel vorzuhalten, indem er ihm Austauschbeziehungen in archaischen Gesellschaften gegenüberstellte.

Im Anschluss an sozialanthropologische Studien von Bronislaw Malinowski über sog. „Kula“-Ringtauschsysteme bei ‚Naturvölkern‘ auf den Trobriand-Inseln in Polynesien untersuchte Mauss archaische, zum Teil über weite Entfernungen gehende Tauschbeziehungen bei indigenen Völkern in Nordamerika, auf den Samoa-Inseln, Australien und bei den Maoris in Neuseeland. In seinem Buch „Die Gabe“ (1923/24) stellte er diese archaischen Tauschbeziehungen als hochgradig komplexe Vorgänge dar, die bei Anlässen wie Besuchen, Hochzeiten, Geburten, Initiationsen, Krankheiten und Bestattungen stattfanden. Dabei wurden nicht nur wirtschaftlich nützliche Dinge ausgetauscht, sondern Gesamtheiten von solchen Dingen, Höflichkeiten und Ritualen auf lokalen bzw. regionalen ‚Märkten‘, die nicht nur Orte des Tauschens waren, sondern zugleich auch Orte der Begegnungen und der Feste mit Festessen und Tänzen, wo einzelne Interessen mit Großzügigkeit und der Gewissheit der Zugehörigkeit verbunden waren.¹¹⁸

Diese archaischen sozialen „Systeme der totalen Leistungen“ und des Austauschs von Gaben und Gegengaben wiesen also neben ökonomischen auch religiöse, moralische, mythologische, kulturelle und ästhetische Aspekte auf. Und als deren ganz besonderes Charakteristikum hob Mauss hervor, dass „empfangene Geschenke ... zwangsläufig erwidert werden“ mussten. „Das soziale Leben der Trobriander ... ist ein immerwährendes Geben und Nehmen. Es wird gleichsam von einem kontinuierlichen, nach allen Richtungen fließenden Strom durchflutet, einem Strom aus Gaben, die obligatorisch und aus Eigennutz gegeben, empfangen und erwidert werden.“ In ähnlicher Weise gebe es auch in Neuseeland und auf den Samoa-Inseln einen „Zwangsumlauf von Reichtümern, Tributen und Gaben“, so dass alle diese „Zeichen des Reichtums ... unaufhörlich zirkulieren“. Die Geschlossenheit und Stetigkeit dieses großen Kreislaufs von Gaben und Gegengaben war für Mauss der „Felsen, auf dem unsere Gesellschaften ruhen“. Beim System des sog. Potlatsch der indigenen Völker Nordamerikas wohne „den ausgetauschten Sachen ... eine bestimmte Kraft inne, die sie zwingt zu zirkulieren, gegeben und erwidert zu werden“. Bei allen archaischen Tauschsystemen beobachtete Mauss geschlossene Kreisläufe mit dem Bedürfnis der Menschen, mit etwas zeitlichem Abstand Rückgaben auf Gaben folgen zu lassen. Allgegenwärtig sei ihr Bestreben, in ihren Tausch- und Geschenkbeziehungen Gaben mit etwa gleich großen Gegengaben zu beantworten. Mauss sprach geradezu von einer „Verpflichtung, Geschenke zu erwidern“, weil sonst das gesamtgesellschaftliche Gefüge aus dem Gleichgewicht geraten würde. Außerdem gebe es zwischen Gebern und Nehmern einer

¹¹⁸ Marcel Mauss [1923-1924/1968], S. 24 - 27 (Anlässe für archaische Tauschbeziehungen), 59 (Malinowski), 75 (Beziehungen über weite Entfernungen und auch über Sprachgrenzen hinweg),

‚Sache‘ auch lange nach der Übergabe noch eine bleibende „Seelen-Bindung“, in der die Beziehungen zwischen Gebern und Nehmern weiterleben. Schließlich seien die Gaben und Gegengaben nicht nur gesellschaftlich, sondern auch noch in Beziehungen zu der alles Leben tragenden Natur und zu den Göttern eingebettet.¹¹⁹

Im Vergleich dazu stellten der neoklassische homo oeconomicus und sein eindimensionales Streben nach einer individuellen Nutzenmaximierung eine armselige Reduktion gesellschaftlich-kultureller Lebenszusammenhänge dar. In ‚modernen‘ westlichen Gesellschaften sei der Mensch Mauss zufolge auf ein „ökonomisches Tier“ bzw. auf eine „Rechenmaschine“ reduziert worden. Außerdem gebe es im Gegensatz zu archaischen Tausch- und Geschenkbeziehungen beim modernen, durch das Geld vermittelten Austausch von wirtschaftlichen Leistungen und Gegenleistungen keine unaufhörliche, ununterbrochene ‚Zwangszirkulation‘ von Gaben und Gegengaben mehr, welche das Gesamtsystem im Gleichgewicht halten könnte. „Man kann sagen, dass heute ein großer Teil des industriellen und kommerziellen Rechts mit der Moral in Konflikt steht.“¹²⁰

Welche Konsequenzen konnten sich aus Mauss‘ Gegenüberstellung der von ihm als reziprok dargestellten archaischen Tausch- und Schenkbeziehungen und der gestörten Tauschbeziehungen im modernen Kapitalismus ergeben? Eine Rückkehr aus kapitalistischen in archaische Verhältnisse kam nicht in Frage, da das moderne ökonomische Tauschen in einer entscheidenden, nicht mehr umkehrbaren Hinsicht über archaische Tauschbeziehungen hinausgewachsen war. Das archaische Tauschen von komplexen Gaben und Gegengaben erfolgte nämlich noch nicht auf der Grundlage eines eigenverantwortlichen individuellen Handelns; stattdessen handelten Häuptlinge stellvertretend für die Mitglieder ihrer Familien und Clans. Archaische Tauschbeziehungen beruhten also auf hierarchischen Strukturen, in denen Häuptlinge ihren Familien und Clans als Kollektiven übergeordnet waren. „Totale Leistung liegt in dem Sinne vor, dass wirklich der ganze Clan durch die Vermittlung seines Häuptlings kontrahiert.“¹²¹

Die Frage, ob ‚moderne‘, auf Eigenverantwortung gegründete individuelle Tauschhandlungen so gestaltet werden könnten, dass auch sie ähnlich wie in archaischen Tausch- und Schenkbeziehungen, aber auf einer höheren individuell differenzierten und egalitären Ebene zur komplexen Ganzheit eines ununterbrochenen, immerwährenden Kreislaufs von Geben und Nehmen werden könnten, stellte sich Mauss allerdings nicht. Statt wie Proudhon zu überlegen, ob es Möglichkeiten zur Herstellung einer Gegenseitigkeit in allen wirtschaftlichen Beziehungen geben könnte, stellte er die leistungswidrige Einkommens- und Vermö-

¹¹⁹ Marcel Mauss (1923-1924/1968), S. 15 (Gegenseitigkeit von Gabe und Gegengabe), 18 - 19 (immerwährender Strom von Gaben und Gegengaben), 22 (System der totalen Leistungen), 35 (Seelen-Bindung), 39 (Beziehungen zur Natur und zu den Göttern), 59 (Zwangsumlauf von Gaben in Neuseeland und Samoa), 70 (Trobriander), 83 (Gabe und zeitversetzte Rückgabe) und 103 (Potlatsch).

¹²⁰ Marcel Mauss (1923-1924/1968), S. 159 (moderne Ökonomie vs. Moral)

¹²¹ Marcel Mauss (1923-1924/1968), S. 21, 24 und 55 (Häuptlinge in Clanstrukturen) und 173 (Mensch als ökonomisches Tier und Rechenmaschine).

gensverteilung im modernen Kapitalismus nicht grundsätzlich in Frage und betrachtete sowohl eine Stärkung des freiwilligen sozialen Unternehmertums als auch einen Ausbau der mit erzwungenen Steuern finanzierten staatlichen Sozialpolitik als Formen einer „Rückkehr zum Recht“. Auf beiden Wegen „kehren ... wir ... also zu einer Gruppenmoral zurück“.¹²²

Mauss bemerkte nicht, dass Privatunternehmer und Staaten - wenn sie innerhalb falscher, auf der Kapitalakkumulation beruhender Strukturen sozial handeln - noch in einer hierarchisch übergeordneten Position bleiben, in der sie ähnlich wie archaische Häuptlinge stellvertretend für ihre ‚Familien und Clans‘ handeln. Somit vermochte er noch keine Anregungen für die Entwicklung individueller Tausch- und Schenkstrukturen zu geben, in denen Entscheidungsfreiheiten und die Verpflichtung zur Synchronisierung von Geben und Nehmen ebenso zum Ausgleich kommen wie das Eigeninteresse und eine gemeinsinnige Großzügigkeit aller Menschen auf sozial und kulturell eingebetteten Märkten.

¹²² Marcel Mauss [1923-1924/1968], S. 160 - 161 [Rückkehr zum Recht]

Kapitel 7
Im Schatten von
Neoklassik und Marxismus –
Alternativen zu
Kapitalismus und Kommunismus

7 Im Schatten von Neoklassik und Marxismus - Alternativen zu Kapitalismus und Kommunismus

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichteten das Großbürgertum und die Arbeiterbewegung jeweils eigene ökonomische Theoriegebäude, die sich nur in einer, allerdings sehr wesentlichen Hinsicht nahe waren: nämlich in der gemeinsamen Überzeugung, dass die Akkumulation und Konzentration von Kapital die zentrale Voraussetzung für die Nutzung des technischen Fortschritts zur fortwährenden Erhöhung des materiellen Wohlstands war. Im Hinblick auf die Verteilung dieses Wohlstands standen sich die Theoretiker der Neoklassik und der Arbeiterbewegung jedoch unversöhnlich gegenüber. Während die Neoklassik die real existierende kapitalistische Marktwirtschaft als beste aller Welten rechtfertigte und ihre Ungerechtigkeit und innere Instabilität mit realitätsfernen Gleichgewichtsmodellen verdeckte, wollten die Theoretiker der Arbeiterbewegung die kapitalistische Marktwirtschaft auf parlamentarischen oder revolutionären Wegen überwinden und sie durch eine staatliche Zentralverwaltungswirtschaft ersetzen, die die Wirtschaft an den menschlichen Bedürfnissen statt am Profit ausrichtet. Dazwischen entstanden mit dem Institutionalismus in der Ökonomie und mit den Werken von Simmel, Weber und Sombart soziologische Analysen des Kapitalismus, aus denen sich trotz kritischer Ansätze keine generellen Zweifel an der Richtigkeit der Kapitalakkumulation und -konzentration und auch keine praktischen Konsequenzen in die Richtung eines Systemwandels ergaben. Zu groß war offenbar die Befürchtung, sich mit einer energischeren Kapitalismuskritik den Denkmustern anzunähern, die Marx & Engels im „Kommunistischen Manifest“ und im Band 1 des „Kapital“ angelegt hatten.

Dabei hätte es in den Zwischenräumen zwischen der Neoklassik und dem Marxismus Möglichkeiten gegeben, an die mehr am Leitbild einer Dezentralisierung ausgerichtete Kapitalismuskritik der Frühsozialisten sowie von Proudhon und Mill anzuknüpfen, außerdem geldkritische Gedanken aus den Bänden 2 und 3 des „Kapital“ von Marx & Engels aufzugreifen und dann noch einmal neu zu überlegen, weshalb sich die real existierende kapitalistische Marktwirtschaft von Beginn an so weit vom ursprünglichen Ideal einer bürgerlichen Marktgesellschaft entfernt hat, dass der falsche Eindruck entstehen konnte, dass Markt, Geld und Wettbewerb per se kapitalistisch seien. Was sowohl die Historische Schule und der Institutionalismus als auch die Soziologen versäumten, leisteten in allerersten Ansätzen zwei Autodidakten außerhalb von Ökonomie und Soziologie: die beiden Sozialreformer Henry George (1839-1897) und Silvio Gesell (1862-1930) machten nicht die arbeitsteilige Warenproduktion, das Geld und die Freiheit der Märkte als solche für den Kapitalismus verantwortlich, sondern die Verfälschung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs durch Privilegien des privaten Bodeneigentums (George) bzw. durch Privilegien des Privateigentums an konzentriertem Geld- und Realkapital sowie am privaten Bodeneigentum (Gesell). Nicht Arbeitsteilung, Geld

und Wettbewerb an sich haben eine gleiche wirtschaftliche Freiheit aller Menschen unmöglich gemacht und eine ungleiche Laissez-faire-Macht der Stärkeren über die Schwächeren hervorgerufen, sondern deren Verfälschung durch wettbewerbsbeschränkende Privilegien. Ohne eine dadurch sowohl bei konservativen als auch bei revolutionären Kapitalismuskritikern geweckte Angst vor der Freiheit und ohne eine antiliberalen Voreingenommenheit wollten George und Gesell nicht das liberale Kind mit dem kapitalistischen Bad ausschütten, sondern sie wollten die wirtschaftliche Freiheit in eine gerecht geordnete Bahn einer von Privilegien und Monopolen freien „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ leiten. Darin sollten alle Menschen einen gleichen Zugang zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen des Bodens, der Ressourcen, des Geldes und der Produktionsmittel erhalten.

Im Schatten der beiden großen ökonomischen Orthodoxien der Neoklassik und des Marxismus legten George und Gesell Grundsteine für eine zugleich liberale *und* soziale Alternative zur kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft. Allerdings sahen sie noch nicht alles, was zu einer gerechten Ordnung der Wirtschaft gehört, und sie waren auch nicht deren einzige Wegbereiter. Besonders im Bereich der Schaffung einer gerechten Ordnung für den Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen gab es mit Franz Oppenheimer und Gustav Landauer weitere bedeutende Vordenker eines liberalen bzw. libertären Sozialismus. Außerdem gab es Bestrebungen, das politische Bemühen um eine solche gerechte Ordnung auch mit praktischen Modellversuchen zu verbinden. Statt wie die Arbeiterbewegung einen Klassenkampf mit dem Kapital um die Verfügungsmacht über konzentriertes Kapital oder zumindest um eine Beteiligung an dieser Macht zu führen, wollten Menschen in der Bodenrechtsreformbewegung schon inmitten der kapitalistischen Verhältnisse beginnen, dem Kapitalismus einzeln oder in Gemeinschaften den Rücken zu kehren, ihr Leben vorbildlich zu erneuern und die übrige Gesellschaft zur Nachahmung anzuregen. Auf der Suche nach der verlorenen Einheit der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Verbindung mit der Natur wollten Boden- und Lebensreformer zum Teil in Anknüpfung an die Frühsozialisten mit ländlichen Genossenschaftssiedlungen und Gartenstädten neue dezentrale Formen des Lebens, Wohnen und Arbeitens entwickeln. In solchen sich bereits innerhalb des Kapitalismus, aber außerhalb von großen Städten allmählich ausbreitenden Keimzellen einer zukünftigen menschlichen Gesellschaft sollte das Leben von Grund auf erneuert werden - in den Bereichen der Ernährung, Kleidung und Medizin ebenso wie im Bereich der Bildung. Und ganz besonders sollten auch Handwerker, Kunsthandwerker, Architekten und Künstler an dieser Erneuerung mitwirken.¹ Freilich stellten sich ihnen auch Hindernisse in den Weg, weil die Bodenrechts- und Lebensreformer entweder nicht oder zu spät mit bedachten, dass zusätzlich zur Bodenfrage auch die Geld- und Kapitalfrage einer Lösung bedurfte.

¹ Vgl. Wolfgang Krabbe (1975); Diethart Kerbs & Jürgen Reulecke (1998).

7.1 Henry George und die Single-Tax-Bewegung

Wie Proudhon war Henry George zunächst Schriftsetzer, bevor er Journalist und Chefredakteur großer Zeitungen in San Francisco sowie der Arbeiterzeitung „The Standard“ wurde. Mit besonderem Interesse verfolgte er die soziale Entwicklung der US-amerikanischen Westküstenstaaten, welche nach seiner Ansicht innerhalb weniger Jahre alle jene Stadien durchlief, für die die Alte Welt und die Staaten an der Ostküste Jahrzehnte oder noch länger gebraucht hatten. Nachdem die Generation der Pioniere noch von der Hoffnung auf eine bürgerliche Gesellschaft von Freien und Gleichen beseelt gewesen war, hatte sich schon bald eine Schere zwischen Reichen und Armen geöffnet. In den Westküstenstaaten beobachtete George den Zustrom immer größerer Menschenmassen und die Okkupation des bis dahin freien Landes durch eine skrupellose Minderheit von Spekulanten und Eisenbahngesellschaften, welche der Mehrheit der Bevölkerung den gleichberechtigten Zugang zu Land versperrte und sie ihrer Not überließ. Noch stärker erschütterte ihn ein Besuch der Stadt New York, die er bis dahin für ein Sinnbild der modernen Zivilisation mitsamt ihrer segensreichen Wirkungen des technischen Fortschritts gehalten hatte. Neben einem modernen Wohlstand und sogar unvorstellbarem Luxus sah George in New York auch eine hohe Kindersterblichkeit und Prostitution, eine die Unterschichten versklavende Arbeit sowie Korruption und Kriminalität. „Der Typus der modernen Entwicklung ist die große Stadt. Hier sind der größte Reichtum und die tiefste Armut zu finden.“²

Dieser schroffe Gegensatz zwischen „Fortschritt und Armut“ - so der Titel seines 1879 erschienenen Hauptwerks - „ist das Rätsel, welches die Sphinx des Schicksals unserer Zivilisation aufgibt und dessen Nichtbeantwortung Untergang bedeutet. Solange die ganze Zunahme der Güter, welche der moderne Fortschritt mit sich bringt und nur dazu dient, große Vermögen aufzuhäufen, den Luxus zu vermehren und den Kontrast zwischen dem Haus des Überflusses und der Hütte des Mangels zu verschärfen, so lange ist der Fortschritt kein wirklicher und kann nicht dauernd sein. ... Der Turm neigt sich auf die Seite und jedes neue Stockwerk beschleunigt nur die endliche Katastrophe.“³ Was könnte die tiefere Ursache dieses Widerspruchs zwischen Fortschritt und Armut sein und wie könnte sie sich beheben lassen?

Gemeineigentum vs. Privateigentum am Boden

Henry George beobachtete, wie soziale Nöte besonders dort auftraten, wo eigensüchtige Minderheiten von Bodeneigentümern den Boden und die Schätze der Natur monopolisierten. Weil jedoch alle Menschen gleichermaßen von der Erde genommen sind und wieder zu Erde werden, sind sie alle gleichermaßen „Kinder

² Henry George [1879/2017], S. 440 (Großstädte).

³ Henry George [1879/2017], S. 10 - 11 (Fortschritt und Armut) und 366 (Prostitution usw.).

des Bodens, so wahr wie der Grashalm oder die Feldblume“. Deshalb haben auch alle Menschen ein gleiches natürliches Recht auf den Zugang zur Erde. Den Boden und die Ressourcen betrachtete George als Gaben der Natur an alle Menschen zu gleichen Teilen. Weil sie nicht durch menschliche Arbeit erzeugt oder vermehrt werden können, dürften auf sie von Minderheiten keine Sonderansprüche erhoben werden. „Sind wir alle hier durch die gleiche Erlaubnis des Schöpfers, so sind wir auch alle hier mit dem gleichen Rechtstitel auf den Genuss seiner Gaben, mit einem gleichen Recht auf den Gebrauch von allem, was die Natur so unparteiisch darbietet. Dies ist ein Recht, das natürlich und unveräußerlich ist“, und zwar ein elementares Recht aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion, das nicht durch Sonderrechte einzelner Privilegierter eingeschränkt werden darf. „Keine Macht auf Erden kann rechtmäßiger Weise ausschließlichen Grundbesitz verleihen. Wenn sich auch alle vorhandenen Menschen darüber einigten, ihre gleichen Rechte wegzugeben, so könnten sie doch nicht das Recht ihrer Nachkommen weggeben. Denn was sind wir anderes als nur Nutznießer für einen Tag? Haben wir die Erde geschaffen, dass wir den Rechten derer vorgreifen dürften, die nach uns darauf wohnen werden? Der Allmächtige hat alle Generationen der Menschenkinder durch ein auf der Verfassung aller Dinge geschriebenes Dekret zur Erbfolge bestimmt. ... Die natürliche Gerechtigkeit kann einem Menschen kein Recht auf den Besitz und Genuss von Land zuerkennen, das nicht gleichzeitig auch das Recht aller seiner Mitmenschen wäre. ... Die große Ursache in der Ungleichheit der Güterverteilung ist die Ungleichheit im Grundbesitz. Der Grundbesitz ist die große fundamentale Tatsache, welche schließlich die soziale, die politische und folglich auch die intellektuelle und moralische Lage des Volkes bestimmt. ... Das gleiche Recht aller Menschen auf den Gebrauch des Landes ist so klar wie ihr gleiches Recht, die Luft zu atmen.“⁴

Diesen Grundgedanken entfaltete George in seinem Hauptwerk „Progress and Poverty“ (1879), das durch Übersetzungen in viele Sprachen weltberühmt wurde, und in weiteren Büchern, darunter „Soziale Probleme“ (1885), „Schutz oder Freihandel“ (1887) und in einem Offenen Brief an Papst Leo XIII „Die Erlösung aus sozialer Not“ (1893). Durch sein ganzes Werk zieht sich seine leidenschaftliche Empörung über die Kluft zwischen dem Reichtum und der „schmutzigen seelenmörderischen Armut“, die ihm angesichts des technischen Fortschritts und der Steigerung der Arbeitsproduktivität ebenso unverständlich wie unnötig erschien.⁵

Der Kerngedanke eines Grundrechts aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe am Erdboden und an den natürlichen Ressourcen war nach Überzeugung von George ursprünglich in allen Religionen der Welt vorhanden - sowohl im Judentum, Christentum und Islam als auch im Buddhismus oder in den Überlieferungen der „roten Indianer“ in Nordamerika und der Farbigen in Afrika. Sie alle „haben ein

⁴ Henry George (1879/2017), S. 242 - 243 (Ungleichheit, Menschen als Kinder des Bodens), 278 (gleiches Recht auf Land und Luft) - 280; vgl. auch S. 284.

⁵ Henry George (1885/1967), S. 96 (schmutzige seelenmörderische Armut).

Herz und einen Kern, in welchem sie übereinstimmen, ein Etwas, das den mannigfaltig verzerrten Auffassungen einer ursprünglichen Wahrheit gleichsieht.“⁶

Den Grund für den Niedergang der griechischen und römischen Antike und anderer älterer Hochkulturen erblickte George in der rechtlichen Verfestigung von Privilegien des privaten Bodeneigentums, wodurch die Gleichheit aller Menschen vor Gott und seiner Erde als ihrer gemeinschaftlichen Lebensgrundlage aufgehoben wurde. Dieser Verstoß gegen das elementarste aller Menschenrechte war für George die Wurzel der sozialen Ungleichheit und der Spaltung der Menschen in Reiche und Arme. „Es war der Kampf zwischen der Idee der gleichen Rechte am Boden und der Tendenz, denselben in persönlichem Besitz zu monopolisieren, welcher die inneren Konflikte Roms und Griechenland verursachte. Der Damm, der gegen diese Tendenz errichtet wurde - in Griechenland durch Einrichtungen wie die Lykurgs und Solons und in Rom durch das Licianische Gesetz und die danach eintretenden Landverteilungen - brachte beiden Staaten eine Zeit der Kraft und des Ruhms, und es war der schließliche Triumph dieser Tendenz, der beide zerstörte. Große Güter richteten Griechenland zugrunde wie nachher große Güter Italien verdarben. ... Die Barbarei, die Rom überwältigte, kam nicht von außen, sondern von innen.“⁷

Eine historische Fehlentwicklung war es George zufolge auch, dass im Zuge von Renaissance, Humanismus und Aufklärung der von Feudalherren angeeignete Boden nicht den modernen Rechtsstaaten übereignet und von ihnen an die Menschen zur privaten Nutzung verliehen wurde, sondern dass er als Privateigentum in unzählige große, mittlere und kleine Teile aufgesplittert wurde, mit denen sich Handel treiben und spekulieren ließ. Nachdem die uralte Vorstellung vom Boden als gemeinschaftlicher Lebensgrundlage aller Menschen im Feudalismus zugunsten der Feudalmächte pervertiert worden war, war nunmehr die „Entwicklung der modernen Zivilisation seit der Feudalzeit ... auf den Umsturz ... der ursprünglichen Ansichten vom Kollektivbesitz an Grund und Boden gerichtet. So paradox es scheinen mag, das Auftauchen der Freiheit aus den Fesseln des Lehenswesens war von einer Tendenz begleitet, auf den Grund und Boden diejenige Besitzform anzuwenden, welche die Versklavung der arbeitenden Klassen involviert.“ Die private Verfügungsmacht von Bodeneigentümern über mehr oder weniger große Teile der gemeinschaftlichen Erde empfand George genauso als eine Form der Leibeigenschaft und Sklaverei wie die private Verfügungsmacht über ‚freie‘ Lohnarbeiter, die sich in einer „virtuellen Sklaverei in den Formen der Freiheit“ befinden. „Das Privateigentum an Grund und Boden ist ein ganz ähnliches Unrecht wie der Sklaven-

⁶ Henry George (1879/2017), 284, 431 und 466 (gleicher wahrer Kern der Religionen); S. 271, 277 und 279 (Christentum); 243, 294, 305, 378, 382 und 399 (Buddhismus) und 324, 405 und 408 (Indianer). - In diesem Zusammenhang bezog sich George auf S. 306 u.a. auf das Buch „Primitive Property“ des belgischen Ökonomen und Völkerrechtlers Emile de Laveleye (1822-1892; Paris 1874; dt. Übers. unter dem Titel „Das Ureigentum“, 1879).

⁷ Henry George (1879/2017), S. 307 - 309, 402 (innerer sozialer Verfall) und 430 (Aufstieg und Niedergang der Antike).

besitz.“ Beide Formen der Versklavung des Bodens und von Menschen stellten für George eine „Leugnung der natürlichen Gleichheit der Menschen“ dar. „Wenden wir unseren Blick in die Vergangenheit, so können wir überall ... sehen, dass alle Völker in ihren ersten Anschauungen den gemeinschaftlichen Besitz an Grund und Boden anerkannt haben und dass der Privatgrundbesitz eine Usurpation, eine Schöpfung der Gewalt und des Truges ist.“ Letztlich führte diese soziale Ungleichheit - wie Europa seit Jahrhunderten und die USA in ihrem Bürgerkrieg von 1861-1865 leidvoll erlebten - auch zu unzähligen kriegerischen Gewaltausbrüchen.⁸

Korrektur der klassischen Ökonomie und Rückgriff auf die französische Physiokratie

Wie schon Adam Smith und andere Klassiker der Ökonomie führte auch Henry George den Wohlstand bzw. das Sozialprodukt auf den Einsatz der drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital zurück. Jedoch kritisierte er die Ökonomie als eine unzulängliche „traurige Wissenschaft“, weil sie - statt die Öffentlichkeit über die „Ungerechtigkeit des privaten Grundbesitzes“ aufzuklären - die Verteilung des Sozialprodukts als Lohn an die Arbeiter, als Bodenrente an die privaten Bodeneigentümer und als Zins an die Eigentümer des Kapitals rechtfertigte, obwohl schon Adam Smith erkannt hatte, dass die Bodenrente ein leistungsloses, zu Lasten des Arbeitslohns und des Kapitalzinses gehendes Monopoleinkommen darstellt. „Damit wird das Grundgesetz der Natur verletzt, das bestimmt, dass der Genuss der Gaben der Natur durch den Menschen seiner Arbeit entsprechen soll. Der eine empfängt, ohne zu arbeiten; die anderen arbeiten, ohne zu empfangen. Der eine wird wider alles Recht bereichert, die anderen werden beraubt. ... Das beständige Anwachsen der Bodenrente ist der Preis, den die Arbeit für die Bodennutzung bezahlen muss. Die Bodenrente beraubt die vielen der Güter, die sie gerechter Weise verdienen, und häuft sie in den Händen der wenigen an, die nichts tun, um sie zu verdienen.“ Dem fügte George noch den Hinweis zu, dass für den Wert des Bodens häufig nicht seine Fruchtbarkeit, sondern seine Lage ausschlaggebend sei: „Der wertvollste Grund und Boden, derjenige, der die höchste Rente ergibt, ist nicht Grund und Boden von außerordentlicher natürlicher Fruchtbarkeit, sondern solcher, dem durch die Bevölkerungszunahme eine außerordentliche Nutzbarkeit verliehen wurde“ - besonders in Lagen mit öffentlich finanzierten Infrastrukturen, aber auch in räumlicher Nähe zu Ressourcenvorkommen.⁹

- Als Gipfel der verteilungspolitischen Blindheit der Ökonomie gegenüber der Bodenrente empfand George die von Thomas Robert Malthus verfochtene Theorie,

⁸ Henry George (1879/2017), S. 313 und 317 (Feudalismus), 287 - 296 (Versklavung des Bodens und der Arbeit), besonders S. 291 (virtuelle Versklavung der ‚freien‘ Lohnarbeit), 422 (Krieg) und 433 (natürliche Gleichheit der Menschen).

⁹ Henry George (1879/2017), S. 129, 134 und 182 (drei Produktionsfaktoren); 138 (Bodenrente als Monopolpreis), 198 (Lagevorteile), 278 und 296 (Ungerechtigkeit des privaten Bodenbesitzes) sowie 462 (traurige Wissenschaft).

wonach Armut und Hunger eine ‚natürliche‘ Folge der rasanten Zunahme der Bevölkerung und des Umstandes seien, dass die Erde bei wachsender Bevölkerung nicht genügend Güter für alle Menschen bereit halten könne. Am Beispiel der großen Hungersnot in Irland, die die Hälfte der Bevölkerung in den Tod oder zur Auswanderung trieb, veranschaulichte George, dass nicht ein übermäßiges Bevölkerungswachstum und die Kartoffelfäule zu Hunger und Elend geführt hatten, sondern die „gewissenlose Habgier ... einer unbarmherzigen Horde von Gutsbesitzern“, die trotz Hunger und Elend weiterhin Lebensmittel exportierten. „Selbst noch während der Hungersnot wurden Korn und Fleisch, Butter und Käse für die Ausfuhr auf Landstraßen entlanggeführt, die mit Verhungerten besetzt waren und in deren Gräben die Toten aufgeschichtet lagen.“¹⁰

Generell widersprach George der „vollkommen unhaltbaren“ Überbevölkerungstheorie von Malthus mit dem Argument, dass es nur darauf ankomme, die ausreichend vorhandenen Güter gerecht auf alle Menschen zu verteilen. „Zweck des Buches von Malthus war es, die bestehende Ungleichheit zu rechtfertigen. ... Es liefert eine Philosophie, mit welcher der schwelgende Reiche das Bild des an seiner Tür hinsinkenden Lazarus von sich fernhält. ... Ich behaupte, dass die Ungerechtigkeit der Gesellschaft, nicht die Kargheit der Natur die Ursache des Mangels und Elends ist, welche die herrschende Theorie der Überbevölkerung zuschreibt.“¹¹

- Da sich die Klassiker der Ökonomie und auch ihre Kritiker aus der Arbeiterbewegung im Laufe des 19. Jahrhunderts mehr und mehr auf das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital konzentrierten und dabei den Boden allmählich aus den Augen verloren, erinnerte George mit Nachdruck an die Erkenntnis der französischen Physiokraten um Francois Quesnay und Anne Robert Turgot, dass neben der Arbeit vor allem der Boden bzw. die Natur die materiellen Grundlagen für das menschliche Leben bereit stellt. Und unter dem Grund und Boden bzw. dem Land verstand er nicht nur die Erdoberfläche mit ihren Grundstücken für Zwecke des Wohnens und Arbeitens, sondern auch die Luft und das Wasser sowie alle unterhalb der Erdoberfläche befindlichen natürlichen Ressourcen, also die „ganze materielle Schöpfung mit Ausnahme des Menschen selbst ... , alle natürlichen Stoffe, Kräfte und Vorteile“.¹²

Dass George auch „letzte Grenzen von Erde, Luft, Wasser und Sonnenschein“ ahnte, bedeutete allerdings nicht, dass er auch schon wie vor ihm John Stuart Mill an einen späteren Übergang des wirtschaftlichen Wachstums in ein stationäres Wirtschaften gedacht hätte. Im Gegenteil - mit seiner sozialen Forderung nach einem „gleichen Recht aller Menschen auf den Gebrauch des Landes“ ging noch keine Befürchtung einher, dass die „Grenzen des Erdballs“ sich später einmal als

¹⁰ Henry George (1879/2017), S. 101 - 105, hier: S. 102 (Irland).

¹¹ Henry George (1879/2017), S. 73 - 123, hier: S. 78, 81, 85 und 116 (Kritik an Malthus' Bevölkerungslehre).

¹² Henry George (1879/2017), S. 34 (Land im umfassenden Sinn), 66, 351 - 352 und 359 (Physiokraten).

natürliche Grenzen des Wachstums der Wirtschaft erweisen könnten. Die menschlichen Bedürfnisse waren für George noch unbegrenzt; er hielt den Menschen für „das einzige Wesen, dessen Wünsche in dem Maße zunehmen, wie sie befriedigt werden“. Mit Hilfe von durch den technischen Fortschritt ermöglichten „arbeitsparenden Maschinen“ hätte „der Mensch seinen Fuß auf die erste Stufe einer unendlichen Leiter gesetzt. ... Dass der Mensch die Naturkräfte nicht erschöpfen oder vermindern kann, folgt aus der Unzerstörbarkeit des Stoffes und der Beständigkeit der Kraft. Produktion und Konsumtion sind bloß relative Ausdrücke. Absolut gesprochen, produziert der Mensch weder noch konsumiert er. Das ganze Menschengeschlecht, und wenn es bis in alle Ewigkeit arbeitete, könnte diese rollende Kugel nicht um ein Atom schwerer oder leichter machen.“¹³

- Neben der besonderen Hervorhebung der Bedeutung des Bodens bzw. der Natur für die wirtschaftliche Produktion und der zeitbedingten Unterschätzung ihrer natürlichen Grenzen kritisierte George die klassische Ökonomie auch, weil sie die die menschliche Arbeit entwürdigende Lohnabhängigkeit als ganz normale Form der Arbeit rechtfertigte. Die Akkumulation von leistungslosen Bodenrenten führte ihm zufolge jedoch in zweifacher Hinsicht zu einer Deformation der Arbeitswelt: zum einen ermöglichte sie eine Konzentration von Produktionsmitteln, d.h. von Realkapital, in den Händen von privilegierten Minderheiten und zum anderen machte die Schmälerung des Arbeitslohns durch die Bodenrente es den Arbeitern unmöglich, eigenes Realkapital zu bilden und selbstständig statt fremdbestimmt zu arbeiten. „Im Herzen unserer Zivilisation ... gibt es ... große Klassen“ von reichen Boden- und Kapitalbesitzern und armen Arbeitern mit einem „Antagonismus von Interessen. ... Unter solchen Umständen ... wird der Mensch ein Sklave, eine Maschine, eine Ware, eine Sache. ... Inmitten der Aufklärung“ gerät er in eine „virtuelle Sklaverei bei politischer Freiheit“.¹⁴

Seine in seinem Hauptwerk „Fortschritt und Armut“ nur angedeutete Kritik an der Lohnabhängigkeit der Arbeitenden führte George in seinen späteren Werken noch weiter aus. Als schwere Fehlentwicklung erschien ihm, dass „die Arbeiter zu Hunderten und Tausenden in den Dienst einzelner Personen und Firmen gestellt“ wurden, dass ihre Arbeitskraft zu einer handelbaren Ware wurde und dass große Unternehmen kleine und mittlere Unternehmen vom Markt verdrängten. „Die kleinen Krämer und Kaufleute werden zu Gehilfen und Verkäufern größerer Geschäftshäuser. Wir haben bereits Aktiengesellschaften, deren Einnahmen und Ausgaben diejenigen der größten Staaten erreichen. ... Die Wirkung aller neueren industriellen Fortschritte geht auf Großproduktion, schärfste Arbeitsteilung und Verleihung überwältigender Vorteile an den Besitz des großen Kapitals. Selbst Erfindungen wie das Telefon und der Typenschreiber dienen zur Konzentration des

¹³ Henry George (1879/2017), S. 108 - 109 (Grenzenlosigkeit der Produktion trotz Grenzen der Erde), 110 (wachsende Bedürfnisse, unendliche Leiter), 134 - 135, 204 (Maschinen) und 279 (gleiches Recht).

¹⁴ Henry George (1879/2017), S. 187 (Antagonismus der Interessen), 234 - 236 und 291 - 292 (virtuelle Sklaverei bei politischer Freiheit, Arbeit als Ware) sowie 386.

Reichtums. ... Überall liegt es zu Tage, dass der unabhängige Handwerker ein Arbeiter wird, der Krämer ein Verkäufer in einem Magazin, der kleine Kaufmann Gehilfe oder Buchhalter und dass Leute, die unter dem alten System unabhängig waren, in den Dienst großer Firmen und Gesellschaften gepfercht werden.“ Diesen Prozess der Kapitalkonzentration mitsamt seiner Tendenz zur Großtechnik und der Verdrängung kleinerer und mittlerer Unternehmen vom Markt beobachtete George in allen Zweigen der Wirtschaft und sogar schon in der Landwirtschaft. „Die große Fabrik vernichtet die kleinen. ... Die Erfindungen und Entdeckungen ... konzentrieren das Kapital und vermehren die Macht dieser Konzentrationen zur Monopolisierung und Unterdrückung; sie machen den Arbeiter abhängiger ..., fesseln seinen Geist und verkümmern und entnerven in vielen Fällen seinen Körper.“¹⁵

Zusätzlich zum Interessengegensatz zwischen dem privaten Bodeneigentum und der Arbeit schlich sich also noch ein Ungleichgewicht zwischen dem Kapital und der Arbeit in die vermeintlich natürliche Ordnung des Wirtschaftens ein, das dem Kapital die Möglichkeit gab, sich sowohl die Arbeitenden als auch die Arbeitslosen untertan zu machen. „Warum ist nicht die Konkurrenz der Arbeitgeber, Arbeitskräfte zu erhalten, ebenso groß wie die Konkurrenz der Arbeiter, Beschäftigung zu finden? ... Gegenwärtig genießt in jedem Streite zwischen Kapital und Arbeit das Kapital den ungeheuren Vorteil, besser warten zu können.“¹⁶ Und als große Gefahr erschien es George schließlich, dass diese „Kräfte der neuen Ära ... einen erblichen Stand bilden“ und wie ihre feudalen Vorgänger eine „Verewigung der großen Vermögen“ anstreben könnten.¹⁷

- Aufgrund der Monopolisierung des Bodens und der Naturressourcen sowie des Realkapitals wird das von den klassischen Ökonomen so hoch gepriesene ‚freie Spiel‘ der wirtschaftlichen Kräfte auf ‚freien‘ Märkten de facto zu einer „einseitigen Konkurrenz“, bei der die Eigentümer von Boden, Ressourcen und Realkapital die Stärkeren sind und die schwächeren Lohnarbeiter beherrschen. „In der modernen Gesellschaft hat die Konkurrenz freies Spiel, um aus dem Arbeiter das Äußerste zu pressen, das er geben kann. Und mit welcher fürchterlichen Gewalt sie verfährt, kann man aus der Lage der niedrigsten Klassen in den Zentren des Reichtums und der Industrie ersehen.“¹⁸

- Die zu Lasten der Arbeitenden gehende Akkumulation und Fehlallokation der Bodenrente in den Händen einer besitzenden Minderheit und die Spekulation mit dem Boden waren für George schließlich auch die tiefere Ursache dafür, dass es in

¹⁵ Henry George (1885/1967), S. 13 (Konzentration in Aktiengesellschaften und Verdrängungswettbewerb), 33 (Förderung der Konzentration durch den technischen Fortschritt), 35 (Bonanza-Farmen in der Landwirtschaft), 42 - 43, 96 (Arbeitskraft als Ware) und 129 - 131 (technischer Fortschritt und Kostenvorteile der industriellen Massenproduktion). - Die Entstehung von Aktiengesellschaften führte George auf die Interessen großer Grundbesitzer zurück; vgl. ders. (1879/2017), S. 331.

¹⁶ Henry George (1885/1967), S. 121 und 125.

¹⁷ Henry George (1885/1967), S. 44 - 45 (Vererbbarkeit großer Vermögen). - Vgl. auch ders. (1879/2017), S. 258.

¹⁸ Henry George (1879/2017), S. 263 (einseitige Konkurrenz) und 294.

der „industriellen Pyramide“, die „unstreitig auf dem Grund und Boden ... ruht“ und von einer „wachsenden Kompliziertheit und gegenseitigen Abhängigkeit“ aller Teile geprägt ist, immer häufiger zu Verwerfungen im Verhältnis zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Angebot und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage kam. „Offensichtlich liegt die Störung darin, dass Erzeugung und Verbrauch sich nicht entgegenkommen und befriedigen können.“ Die Folge dieser Inkongruenz von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage führt von Zeit zu Zeit zu einer „industriellen Lähmung“ mit einem mehr oder weniger stark ausgeprägten „erzwungenen Nichtstun. ... Es ist eine sonderbare und unnatürliche Sache, dass Menschen, die zu arbeiten wünschen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, keine Gelegenheit dazu finden können.“¹⁹ Die von der klassischen Ökonomie geleugneten krisenhaften Ungleichgewichte der Wirtschaft und die unfreiwillige Arbeitslosigkeit entstanden nach Auffassung von George nicht durch Überproduktion von Waren oder deren Unterkonsumtion und auch nicht durch ein Bevölkerungswachstum oder technische Produktionssteigerungen, sondern sie entstanden, weil die private Vereinnahmung der Bodenrente zu einer strukturellen Fehlallokation der Ressourcen führte und diese das Angebot und die Nachfrage nicht gesamtwirtschaftlich zur Deckung kommen ließ.

Von der Kritik am privaten Bodeneigentum zur Forderung nach einer Reform des Bodenrechts

Die entscheidende fehlerhafte soziale Einrichtung, die der von den klassischen Ökonomen behaupteten Harmonie der wirtschaftlichen Interessen von Arbeit, Boden und Kapital als Hindernis im Weg stand, war für George das private Eigentum am Boden bzw. die private Aneignung der Bodenrente, die zudem parallel zum Bevölkerungswachstum, zum Wachstum von Städten und zur Schaffung von neuer Infrastruktur (Straßen, Bahnlinien usw.) Erwartungen ihres weiteren Anstiegs weckt und zeitweise zur spekulativen Hortung von Boden verleitet. „Indem wir die Monopolisierung der Naturgaben zuließen, welche die Natur allen gleichmäßig darbietet, haben wir das fundamentale Gesetz der Gerechtigkeit ... , das höchste Weltgesetz, missachtet.“ Früher oder später muss deshalb „die moderne Zivilisation ... zur Barbarei hinab sinken. ... Das soziale Gebäude kann nicht bestehen, wenn dessen Grundlagen nicht auf Gerechtigkeit beruhen. ... Dies verbieten die ewigen Gesetze der Welt. ... Etwas Größeres als das Wohlwollen, etwas Erhabeneres als die Mildtätigkeit - die Gerechtigkeit verlangt von uns, dieses Unrecht zu sühnen.“²⁰

Dabei hielt es George für unmöglich, die durch die Monopolisierung des Bodens und der Ressourcen entstandenen „sozialen Missverhältnisse“ durch Streiks der

¹⁹ Henry George (1879/2017), S. 217 - 231 (Krisen), hier: S. 217 (Kompliziertheit), 222 - 223 (industrielle Pyramide, unfreiwillige Arbeitslosigkeit, 228 (industrielle Lähmung)

²⁰ Henry George (1879/2017), S. 436 (Niedergang der Zivilisation), 449 (Gerechtigkeit als Weltgesetz) und 452 - 453.

Gewerkschaften für höhere Löhne oder durch genossenschaftliche Zusammenschlüsse oder durch staatliche Interventionen in die strukturell vermachteten Märkte zu überwinden. Hierin sah er nur ungeeignete Ersatzlösungen für die einzig notwendige Entmonopolisierung des Bodens und der Ressourcen. Was die Gewerkschaften, die Genossenschaften und der in die monopolisierten Märkte intervenierende Staat mit ihren jeweiligen nur Symptome bekämpfenden Mitteln nicht zu erreichen vermochten - nämlich die Schaffung einer gerechten Verteilung des Sozialprodukts -, wollte George mit einer die tiefere Ursache der Ungerechtigkeit an ihrer Wurzel bekämpfenden Maßnahme erreichen, d.h. er wollte den Boden im Wege einer Bodenrechtsreform der privaten Monopolisierung entziehen und die bislang privat vereinnahmte Bodenrente in die Hände der Allgemeinheit übertragen. „Es gibt nur einen Weg, ein Übel zu entfernen, und der ist, dessen Ursache zu beseitigen. ... Alles, was für die soziale Wiedergeburt nötig ist, ist in dem Motto enthalten: Land und Freiheit! ... Dies ist also das Heilmittel für die ungerechte und ungleiche Güterverteilung der modernen Zivilisation und für all die Übel, die daraus entspringen: Wir müssen den Grund und Boden zum Gemeingut machen.“ Und weil die Bodenrente einen „Wert darstellt, den die ganze Gesellschaft geschaffen hat“, sollte sie auch der ganzen Gesellschaft und nicht nur den Bodeneigentümern zugutekommen. Auf diese Weise sollte das Geschehen auf freien Märkten in eine bodenrechtliche Rahmenordnung eingebettet werden, welche mit den harmonischen Gesetzen der Natur und des ganzen Weltalls und mit der Gerechtigkeit als „höchstem Gesetz“ übereinstimmt. Zusammen mit einer von Machteinflüssen befreiten Freiheit könne dann „der Fortschritt der Gesellschaft auf Gleichheit gerichtet sein. ... Die Ungleichheiten, die bestehen blieben, wären diejenigen der Natur, nicht die künstlichen Ungleichheiten, welche durch die Verleugnung des Naturgesetzes geschaffen werden.“²¹

Die natürlichen Unterschiede zwischen den Menschen hielt George für sehr viel unbedeutender als die durch die Monopolisierung des Bodens entstandene künstliche Ungleichheit zwischen ihnen. Damit stellte sich George übrigens nicht nur gegen die klassische Ökonomie, die die monopolistische Konkurrenz als ‚freie Konkurrenz‘ zwischen vermeintlich gleichen Wettbewerbern verbrämte, sondern auch gegen die Evolutionstheorie und ihre Erweiterungen zu sozialdarwinistischen und rassistischen Ideologien. „Ob sich der Mensch stufenweise aus dem Tier entwickelte oder nicht, braucht nicht untersucht zu werden“, weil solche Kontroversen einschließlich der Überbewertung der Rolle der Vererbung nur von der Frage nach der Ursache der sozialen Ungleichheit ablenkten und die Fehldeutung des Lebens als Kampf ums Dasein begünstigten. Auch könnten sie den Aufstieg und

²¹ Henry George (1879/2017), S. 81, 113, 123, 237 und 366 (soziale Missverhältnisse), 250 (komplizierte Regierung) sowie 257 - 258 (Streiks), 261 (Genossenschaften) und 263 - 264 (staatlicher Dirigismus). Vgl. auch ders. (1887/1968), S. 268 - 269 (Streiks). - Ders. (1879/2017), S. 270 - 271, 277 und 281 (Boden als Gemeingut, Bodenreform in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Natur und des Weltalls, Gleichheit als Fortschritt, Gerechtigkeit als höchstes Gesetz); 301 (gesellschaftliche Hervorbringung der Bodenrente) und 374 (natürliche vs. künstliche Gleichheit).

Niedergang von Zivilisationen nicht erklären. Und besonders hielt George im Widerspruch zu rassistischen Ideologien an der „großen Lehre“ fest, dass „die menschliche Natur über die ganze Erde hinweg gleich ist. ... Die Annahme einer physischen Rassenvervollkommnung ... ist durch nichts verbürgt und ... geradezu widerlegt.“²²

Bodenreform durch Einführung einer „Single Tax“

Allerdings war sich Henry George auch der Tatsache bewusst, dass die Forderung nach einer Überführung des privaten in gemeinschaftliches Bodeneigentum von Seiten der Privilegierten „in dem gegenwärtigen Gesellschaftszustand die erbitterteste Gegnerschaft hervorrufen wird“. Außerdem war die gegenwärtige Generation der Bodeneigentümer auf der Basis geltender Gesetze durch Kauf oder Erbschaft zu ihrem privaten Bodeneigentum gekommen. Wenn sie nicht willkürlich zwangsenteignet werden sollte, musste sie angemessen entschädigt werden. Abgesehen von der ungewissen Finanzierbarkeit einer Vergesellschaftung des gesamten Bodens befürchtete George, dass eine finanzielle Entschädigung der Bodeneigentümer deren privilegierte Stellung in der Wirtschaft perpetuiert. „Ihr ungerechter Vorteil würde erhalten und der ungerechte Nachteil der Nichtgrundbesitzer fortgesetzt werden.“²³

Aus diesem Grund und auch weil eine solche „große Reform“ eine „unnötige Erschütterung der bestehenden Gebräuche und Denkgewohnheiten bedeuten“ würde, erschien es George als ein klügerer „Grundsatz der Staatskunst ...“, dass große Veränderungen am besten unter alten Formen zuwege gebracht werden können. ... Ich schlage vielmehr vor, dieselbe Sache auf einfachere, leichtere und ruhigere Weise zu vollbringen als durch formelle Beschlagnahme allen Landes und durch formelle Verpachtung an die Meistbietenden.“ Statt einer möglicherweise in Gewalt endenden Revolution hielt George also eine evolutionäre Veränderung in behutsameren Schritten für das zu beachtende „Gesetz des sozialen Wachstums“ und für eine Form der „sozialen Intelligenz“, die notwendig seien, um Gewaltausbrüche wie in der Pariser Kommune zu vermeiden.²⁴

Anders als die frühen europäischen Bodenreformer wie Thomas Spence (1750-1814), die schon im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus dafür eingetre-

²² Henry George (1879/2017), S. 388 (geringe natürliche Unterschiede), 393 - 404 (Evolutionstheorie), 411 (weltweite Gleichheit der menschlichen Natur) und 415 - 417 (Kritik am Rassismus).

²³ Henry George (1879/2017), S. 271 und 338 (Widerstand gegen eine Bodenreform) und 298 (Probleme bei der Entschädigung).

²⁴ Henry George (1879/2017), S. 335 (große Veränderungen unter alten Formen). - Ders. (1885/1967), S. 3 (soziale Intelligenz) und 5 (Pariser Kommune). „Wir dürfen nicht vergessen, dass im zivilisierten Menschen noch immer der Wilde lauert.“ (1885/1967, S. 6). Vgl. auch ders. (1885/1967), S. 77. - „Die soziale Reform ist nicht mit Lärmen und Freudengeschrei, mit Klagen und Anklagen, durch Parteibildungen oder Revolutionen herbeizuführen, sondern durch die Erweckung des Denkens und den Fortschritt der Ideen. Ehe man nicht richtig denkt, kann man nicht richtig handeln.“ (1885/1967, S. 225)

ten waren, den vormals von Feudalherren okkupierten Boden ohne Umweg über dessen Privatisierung gleich in ein öffentliches und unveräußerliches Eigentum zu überführen und dann entgeltliche Rechte zur privaten Nutzung zu vergeben, empfahl George, das private Eigentum am Boden nicht anzutasten, sondern lediglich die bislang privat vereinnahmte Bodenrente zugunsten der Allgemeinheit steuerlich abzuschöpfen. „Ich schlage weder vor, den Privatbesitz an Grund und Boden zu kaufen noch ihn zu konfiszieren. Das erstere würde ungerecht, das Letztere nutzlos sein.“ Dem Privateigentum am Boden „können wir ruhig die Schale lassen, wenn wir den Kern nehmen. ... Es ist nur nötig, die Rente einzuziehen“, d.h. die Bodenrente als den von der ganzen Gesellschaft geschaffenen ökonomischen Wert des Bodens zugunsten der Allgemeinheit zu besteuern und für „öffentliche Zwecke“ zu verwenden. „Auf diese Weise kann der Staat der allgemeine Grundherr werden, ohne sich so zu nennen und ohne eine einzige neue Funktion zu übernehmen. Der Form nach würde der Grundbesitz genauso wie jetzt bleiben. ... Da die Rente vom Staat in Steuern genommen wird, würde das Land, gleichviel auf wessen Namen es lautet oder in welchen Parzellen es gehalten wird, faktisch Gemeingut sein und jedes Mitglied des Gemeinwesens würde an den Vorteilen seines Besitzes teilnehmen. Da nun die Besteuerung der Rente oder der Landwerte um so viel, wie wir andere Steuern abschaffen, notwendig erhöht werden muss, können wir die Sache in eine praktische Form bringen durch den Vorschlag, alle Besteuerung außer der auf Grundwerte abzuschaffen.“²⁵

In diesem Sinn gab George der Besteuerung der Bodenrente die Bezeichnung „Single Tax“ und hielt sie im Gegensatz zur herkömmlichen Besteuerung der menschlichen Arbeit und des Kapitals für die „gerechteste und gleichmäßigste aller Steuern“. Sie könne „die Produktion nicht im Geringsten hemmen“ und biete obendrein noch „auf Seiten der Beamten die geringstmögliche Gelegenheit zu Tyrannei oder Korruption und auf Seiten der Steuerzahler die geringstmögliche Versuchung zu Gesetzesübertretungen und Umgehungen“.²⁶

Strukturwandel des demokratischen Rechtsstaates im Sinne der Unabhängigkeitserklärung der USA von 1776

Von der Einführung einer „Single Tax“ und der gleichzeitigen Abschaffung anderer Steuerarten erwartete George eine Grundsanierung der ungerechten Wirtschaftsordnung. Auf diesem zu einer gerechten Verteilung des Einkommens führenden Weg kämen alle Menschen in die Lage, vom vollen Ertrag ihrer eigenen Arbeit zu leben, und keiner hätte dann noch das Privileg, ein leistungsloses Einkommen auf Kosten anderer Menschen zu beziehen. Für George war es eine unzweifelhafte „Wahrheit, dass der Fortschritt in dem Maße vor sich geht, wie die Gesellschaft zu

²⁵ Henry George (1879/2017), S. 337 (Single Tax).

²⁶ Henry George (1879/2017), S. 339 (Auswirkungen der Single Tax auf den Staat und die Steuerzahler), 342 (nicht durch Steuern gehemmte Produktion) und 348 (gerechteste Steuer).

enger Vereinigung und größerer Gleichheit hinstrebt“ - und zwar nicht nur zu politischer Gleichheit vor dem Gesetz, sondern auch zu wirtschaftlicher Gleichheit der Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Lebensgrundlagen. „Die Gleichheit der politischen Rechte bietet keinen Ersatz für die Verweigerung der gleichen Rechte auf die Gaben der Natur.“²⁷

Eine Erweiterung der politischen um eine wirtschaftlich-soziale Gleichheit war für George eine entscheidende Voraussetzung für die Erneuerung der Vereinigten Staaten von Amerika als eine bürgerliche Gesellschaft von Freien und Gleichen und im Sinne ihrer politischen Gründungsideale als demokratisch-republikanischer Rechtsstaat. Ohne die Schaffung von wirtschaftlich-sozialer Gleichheit war - so seine feste Überzeugung - vorgezeichnet, dass die „subtile Alchemie ... aus politischer Freiheit politischen Despotismus schmiedet und bald demokratische Institutionen in Anarchie verwandeln muss. ... Diese Umwandlung einer volkstümlichen Regierung in eine Despotie der niedrigsten und gemeinsten Art ... hat in den Vereinigten Staaten schon begonnen und schreitet in unseren Augen mit Riesenschritten voran.“ Unter den Bedingungen der wirtschaftlich-sozialen Ungleichheit falle die politische Macht den „am lautesten blökenden Demagogen“ zu und „die Macht des Geldes nimmt laufend zu. ... Vertreter von Privatinteressen“ würden „in den Vorzimmern der Parlamente umherschleichen. ... Dies alles sind Zeichen des politischen Verfalls.“ Mit großer Besorgnis um die Demokratie verwies George auf die „Gefahr einer allmählichen Umwandlung der Regierung in etwas von dem Volke Unabhängiges und außerhalb des Volkes Stehendes. ... Der große Reichtum unterstützt stets die in der Macht befindliche Partei, sei sie so verderbt, wie sie wolle. ... Die demokratischen Formen können bleiben, aber unter demokratischen Formen können sich eben so viel Tyrannei und Missregierung verbergen wie in allen anderen - ja sie bieten sich gerade am bereitwilligsten der Tyrannei und Missregierung dar.“²⁸

Sobald „die Grundlagen der Gesellschaft wieder gerecht geordnet“ sind und der Staat nicht mehr als Reparatuer der komplizierten wirtschaftlichen Unordnung gebraucht werde, könne er sich als liberaler Rechtsstaat auf seine klassischen Aufgaben als unparteiischer Garant der bürgerlichen Freiheiten in Wirtschaft und Gesellschaft sowie als Garant der inneren und äußeren Sicherheit konzentrieren. „Die legislativen, richterlichen und vollziehenden Funktionen der Regierung würden auf diese Weise ungemein vereinfacht werden. Ebenso kann ich mir nicht denken, dass die öffentlichen Schulden und stehenden Armeen ... noch lange nach der Wiedereinsetzung des alten Gedankens, dass der Boden eines Landes durch Gemeinrecht dem Volk desselben gehört, übrig bleiben würden. ... Die Gesellschaft

²⁷ Henry George (1879/2017), S. 432 (Gleichheit) und 450 (Unabhängigkeitserklärung).

²⁸ Henry George (1879/2017), S. 250 (Verselbstständigung der Regierung gegenüber dem Volk, Geld in der Politik), 324 (USA), 355 (Lobbyismus), 437 - 440 (.freie' politische Tyrannei, Demagogen, Macht des Geldes) und 453 (subtile Alchemie). - Ders. (1885/1967), S. 11 - 14 (Gefahren für die Demokratie), S. 63 (soziale Krankheit incl. Prostitution), S. 78 (natürliche Ordnung), 86 - 87 (Unabhängigkeitserklärung) und 119 (Obdachlosigkeit und Vagabundentum).

würde sich dergestalt dem Ideal der Demokratie von Jefferson, dem verheißenen Lande Herbert Spencers, der Abschaffung der Regierung nähern. Aber nur der Regierung als einer dirigierenden und unterdrückenden Macht.“²⁹

Im Laufe einer breiten Streuung von selbst erarbeitetem Eigentum und Wohlstand könnten „Wohltätigkeitsgesellschaften überflüssig“ werden. Außerdem erwartete George davon einen Rückgang von Kriminalität und Korruption. „Das Steigen der Löhne und das Erschließen von Möglichkeiten für alle, behaglich und angenehm zu leben, wird die Zahl der Diebe, Schwindler und anderer Verbrechergruppen, die eine Folge der ungerechten Güterverteilung sind, sofort verringern. ... Gefängnisse und Armenhäuser werden unnötig. ... Die Strafrechtspflege mit all ihrem notwendigen Zubehör an Polizisten, Detektiven, Gefängnissen und Zuchthäusern wird aufhören, die Lebenskraft und die Aufmerksamkeit der Gesellschaft so stark zu beanspruchen wie jetzt.“³⁰

Wenn der Staat von seinem widersprüchlichen Doppelcharakter als Rechts- und Machtstaat befreit und dann auf den „Grundsatz der lokalen Selbstregierung“ verpflichtet wird, wollte George seine Aufgaben als demokratischer Rechtsstaat jedoch nicht nur im Sinne des klassischen Liberalismus auf die Gewährleistung von Recht und Sicherheit beschränken, sondern dieser Rechtsstaat sollte auch ein breites Spektrum von öffentlichen Gütern bereitstellen und auf eine freiheitlich-zwanglose Weise „den Traum des Sozialismus verwirklichen. ... Alle diese Vereinfachungen und Aufhebungen der gegenwärtigen Regierungsfunktionen würden die Übernahme gewisser anderweitiger Funktionen ermöglichen, die jetzt zur Anerkennung drängen. Die Regierung könnte die Beförderung von Telegrammen genauso gut übernehmen wie die von Briefen, sie könnte Eisenbahnen wie gewöhnliche Landstraßen bauen und verwalten.“ Wirtschaftsbereiche wie die Energieversorgung (Gas, Elektrizität, Wärme und Wasser), das Verkehrswesen (Straßen und Eisenbahnen) und das Kommunikationswesen (Post, Telefon und Telegraf), in denen sich wegen ihrer Größe keine Konkurrenz herstellen lasse und die darum nach Auffassung von George „ihrer Natur nach vollständige Monopole sind, werden füglich zu Funktionen des Staates. Wenn sich die Gesellschaft entwickelt, muss der Staat diese ihrer Natur nach kooperativen Funktionen übernehmen, um die gleichen Rechte und die Freiheit aller sicher zu stellen.“³¹

Anders als Proudhon, dessen Staats- und Steuertheorie ihm unbekannt blieb, wollte George die Bodenrente nicht nur teilweise, sondern vollständig zugunsten der Allgemeinheit besteuern. Deshalb und aufgrund einer starken Vereinfachung des gerecht geordneten Rechtsstaates reiche das Steueraufkommen aus der „Single Tax“ zur Finanzierung der Staatsaufgaben aus, so dass sich der Staat nicht länger verschulden bräuchte. „Dieses aus dem Gemeingut erwachsende Einkom-

²⁹ Henry George (1879/2017), S. 377 (Vereinfachung des Staates, Ideal der Demokratie).

³⁰ Henry George (1885/1967), S. 8 (Wohltätigkeitsgesellschaften, Gefängnisse und Armenhäuser).

³¹ Henry George (1879/2017), S. 377 - 378 (öffentliche Güter). - Ders. (1885/1967), S. 160 (Grundsatz der lokalen Selbstregierung), 162 - 163 und 166 (Verkehrswesen), 174 (Gas, Wasser, Wärme und Elektrizität, Post, Telefon und Telegraf), und ders. (1887/1968), S. 277.

men könnte zum allgemeinen Besten verwendet werden. ... Wir könnten öffentliche Bäder, Museen, Bibliotheken, Gärten, Leseräume, Musik- und Tanzhallen, Schießstände, Spielgründe, Turnanstalten etc. errichten. Hitze, Licht und motorische Kraft ließen sich so gut wie Wasser auf öffentliche Kosten durch unsere Straßen führen; unsere Wege könnten mit Fruchtbäumen bepflanzt, Entdecker und Erfinder belohnt, wissenschaftliche Forschungen unterstützt und öffentliche Einkünfte auf tausenderlei Weise den Bemühungen für das Allgemeinwohl dienstbar gemacht werden. ... Die Regierung würde ihren Charakter ändern und die Verwaltung einer großen Produktivgenossenschaft werden. Sie würde nur die Agentur werden, durch welche das allgemeine Eigentum zum gesellschaftlichen Besten verwaltet würde.“³²

Seine Forderung nach einem öffentlichen Bildungswesen begründete George mit dem Argument, dass „die Vereinigung der Kinder von Reich und Arm, Jude und Heide, Protestant und Katholik, Republikaner und Demokrat von unschätzbarem Werte ... ist ... für die Brechung von Vorurteilen und für die Ausrottung des Kastengeistes“.³³ Und nicht zuletzt war George der Überzeugung, dass ein gerecht geordnetes Gemeinwesen mit einem Minimum an militärischem Schutz für seine äußere Sicherheit auskommen könne, was den Staatshaushalt nochmals sehr entlaste. Wenn überhaupt Militär, dann „ist alles, was wir brauchen, eine kleine Truppe von Grenzsoldaten, wie sie in Australien und Kanada gehalten wird. Stehende Flotten und stehende Heere sind dem Geiste der Demokratie feindlich und es sollte unser Stolz sein, wie es unsere Pflicht ist, der Welt zu zeigen, dass die große Republik beider entbehren kann.“ Das vom europäischen Adel übernommene hierarchische System des Militärs „ist ein Hohn auf die Demokratie und sollte beseitigt werden.“³⁴

Strukturwandel der Wirtschaft - Von der einseitigen zu einer wechselseitigen Konkurrenz und zu einer egalitären Arbeitswelt

Parallel zur Entstehung eines öffentlichen Sektors erwartete George von der Reform des Bodenrechts auch einen tief greifenden Strukturwandel der Privatwirtschaft. Sein Ziel war es letztlich, die „einseitige Konkurrenz“ mit ihrer strukturellen Macht von Boden-, Ressourcen- und Kapitaleigentümern über die Lohnabhängigen - er sprach von einer „allgemeinen Unterwerfung der vielen unter die wenigen“ - in eine gegenseitige, gemäßigte Konkurrenz zwischen ebenbürtigen Anbietern und Nachfragern umzuwandeln. „Die Konkurrenz würde nicht mehr eine einseitige sein wie jetzt. Statt dass die Arbeiter miteinander um Beschäftigung kon-

³² Henry George 1879/2017], S. 377 - 378 (öffentliche Güter). - Vgl. auch ders. (1885/1967), S. 162 - 163 und 166 (Verkehrswesen), 174 (Gas, Wasser, Wärme und Elektrizität, Post, Telefon und Telegraf), und ders. (1887/1968), S. 277.

³³ Henry George (1885/1967), S. 175.

³⁴ Henry George (1885/1967), S. 158 - 159.

kurrieren und dabei die Löhne auf den Punkt des bloßen Unterhalts hinunter drücken, würden überall die Arbeitgeber um Arbeiter konkurrieren und die Löhne bis annähernd auf den Ertrag der Arbeit steigen. ... Die Arbeitgeber würden nicht bloß gegeneinander zu bieten haben ... , sondern auch gegen die Fähigkeit der Arbeiter, ihr eigener Arbeitgeber zu werden.“³⁵

Die Entmonopolisierung des Bodens und der Ressourcen sowie die Vergesellschaftung der Bodenrente würden zu einer Überwindung von konjunkturellen Krisen führen, indem sie das gesamtwirtschaftliche Angebot und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zur Übereinstimmung bringen. Die durch den technischen Fortschritt eintretende Steigerung der Arbeitsproduktivität käme dann *allen* Menschen in Gestalt einer Anhebung des allgemeinen Wohlstands zugute.³⁶ Nach und nach würden dann die Arbeitenden in die Lage kommen, entweder eigene Produktionsmittel zu erwerben und sich mit kleineren Betrieben selbstständig zu machen oder sich durch den Erwerb von Genossenschaftsanteilen „in der Gleichheit“ mit anderen Arbeitenden zu mittleren und größeren „Produktivassoziationen“ zusammenzuschließen. In beiden Fällen werde - so Georges Erwartung in seinem Hauptwerk „Fortschritt und Armut“ - „die gleichmäßigere Güterverteilung den Kapitalisten und den Arbeiter in derselben Person vereinigen“ - in kleinen privaten Unternehmen, in mittleren genossenschaftlichen Unternehmen oder auch in größeren staatlichen Unternehmen. In allen Bereichen werde „die Industrie ... eine Assoziation von Gleichgestellten“. Unter der Gesamtleitung einer staatlichen Zentralbank konnte sich George übrigens die einzelnen Geschäftsbanken sowohl in privaten als auch in staatlichen Formen vorstellen.³⁷

Dadurch, dass die Arbeitenden dann in allen Wirtschaftsbereichen sowohl an leitenden als auch an ausführenden Arbeiten teilhaben, werden sie nicht mehr von sich selbst und ihren Arbeitserzeugnissen „entfremdet“ (Marx) sein, sondern sie werden zu „runden Menschen“. Und überhaupt werde sich ihre Einstellung zur Arbeit grundsätzlich verändern. „Nicht die Arbeit an sich ist dem Menschen zuwider; nicht die natürliche Notwendigkeit zur Anstrengung ist ein Fluch. Aber die Arbeit ... , von der er das Ergebnis nicht sehen kann, ist es. Tag für Tag sich abzumühen und doch nur das Allernotwendigste des Lebens zu erlangen, ist fürwahr hart. ... Aber von dieser Notwendigkeit erlöst, würden die Menschen härter und besser arbeiten, denn dann könnten sie arbeiten, wie ihre Neigungen es ihnen eingeben. Dann würden sie wirklich etwas für sich oder für andere tun. War Hum-

³⁵ Henry George (1879/2017), S. 263 (einseitige Konkurrenz), 288 (allgemeine Unterwerfung), 363 (Wandel der Arbeitswelt). - Vgl. auch ders. (1885/1967), S. 198 - 199 (Ein solcher von Monopolen und jeglichen Privilegien befreiter Wettbewerb sei kein „wilder Kampf um die Existenz mehr“, in dem „die Menschen einander niedertreten, in der wahnsinnigen Furcht, niedergetreten zu werden.“)

³⁶ Henry George (1879/2017), S. 359 (steigende Arbeitsproduktivität) und 363 (Überwindung der Krisen).

³⁷ Henry George (1879/2017), S. 263 (Dezentralisierung der Produktionsmittel, Produktivassoziationen), 387 (Vereinigung in der Gleichheit, Kapitalisten bzw. Unternehmer und Arbeiter in einer Person) und 431 (Gleichheit). - Ders. (1885/1967), S. 80 (Recht und Gerechtigkeit), 165 (private Banken) und 172 (staatliche Banken).

boldts Leben ein müßiges? ... Malte Michelangelo für Nahrung und Kleidung?“ Im Gegensatz zur fremdbestimmten Lohnarbeit werde die selbstbestimmte Arbeit nicht mehr „getan, um den Lebensunterhalt zu gewinnen. ... Es ist keine Arbeit von Sklaven. ... Es ist die Arbeit von Menschen, die sie um ihrer selbst willen vollbringen“ und die dabei auch „höheren Antrieben folgen“. Die technische Steigerung der Arbeitsproduktivität „würde auch keine Eintönigkeit und kein Schrumpfen der Fähigkeiten des Arbeiters mit sich bringen, sondern die Arbeit würde durch kurze Dauer, durch Änderung und Abwechslung geistiger und körperlicher Arbeit erleichtert werden.“³⁸

Fairer Wettbewerb und Kooperation

Entgegen dem rücksichtslosen Egoismus und der „Gier nach Gewinn“ in der „einseitigen Konkurrenz“ auf monopolistisch vermachteten Märkten war George fest davon überzeugt, dass neben dem Eigennutzstreben auch ein „Gerechtigkeitsgefühl tief im menschlichen Geiste“ verwurzelt ist und dass die Menschen in Wirklichkeit „gesellig“ veranlagt sind. Unter den Bedingungen eines selbstbestimmten Arbeitens innerhalb einer monopolfreien gegenseitigen Konkurrenz werde ihre „der Gleichheit entspringende Brüderlichkeit an die Stelle der jetzt die Menschen aufeinander hetzenden Eifersucht und Furcht“ treten. „Nennt es Religion, Vaterlandsliebe, Mitgefühl, Begeisterung für Menschlichkeit oder Liebe zu Gott ... - es gibt eine Kraft, die die Selbstsucht bezwingt und vertreibt, eine Kraft, welche die Elektrizität des moralischen Weltalls ist. ... Bedauernswert der Mensch, der sie nie gesehen und gefühlt hat.“³⁹

Für George gab es auch keinen Zweifel an der „Wahrheit, dass der Fortschritt in dem Maße vor sich geht, wie die Gesellschaft zu engerer Vereinigung und größerer Gleichheit hinstrebt. ... Das Gesetz des menschlichen Fortschritts, was ist es anderes als das Gesetz der Moral? Allein in dem Maße, wie die sozialen Einrichtungen die Gerechtigkeit befördern, die Gleichheit der Menschenrechte anerkennen, jedem die volle, nur durch die gleiche Freiheit jedes anderen beschränkte Freiheit sichern, muss die Zivilisation voranschreiten.“ Unter solchen Umständen könne die „intellektuelle und sittliche Natur“ der Menschen „reifen“ und sich durch Selbsterziehung eine „Veredelung ihrer persönlichen Eigenschaften“ vollziehen. In einem herrschaftsfreien, fairen Wettbewerb könnten sich dann auch Formen der Kooperation entwickeln. „Zivilisation ist Kooperation. ... Das Gesetz der Gesellschaft ist: Einer für alle sowie alle für einen.“⁴⁰

³⁸ Henry George (1879/2017), S. 382 (höhere Antriebe), 386 - 389 (selbst- statt fremdbestimmte Arbeit, runde Menschen).

³⁹ Henry George (1879/2017), S. 275 (Gerechtigkeitsgefühl), 378 (Gier nach Gewinn), 381 (Selbstlosigkeit), 383 (moralisches Weltall), 420 (Geselligkeit des Menschen) und 455 (Gleichheit als Quelle der Brüderlichkeit).

⁴⁰ Henry George (1879/2017), S. 255 (Reifung der intellektuellen und sittliche Natur), 361 (Gesetz der Gesellschaft), 432 und 434 (Kooperation als Zivilisation, Gesetz der Moral).

Wie eine wechselseitige Ergänzung von Wettbewerb und Kooperation zwischen Gleichberechtigten aussehen könnte, hat George allerdings noch nicht in Einzelheiten dargestellt. Zumindest genügte ihm nicht ein ins Soziale gewendetes kapitalistisches Unternehmertum, wie es von Rockefeller, Carnegie oder anderen Unternehmerkapitalisten praktiziert wurde. „Wer für jene Anerkennung der Gerechtigkeit kämpft, welche jedem sein Eigentum sichert und es unnötig machen wird, von dem einen für den anderen Almosen zu erbetteln, tut ein größeres und höheres Werk als der, welcher Kirchen erbaut, Hospitäler beschenkt oder Universitäten und Bibliotheken stiftet.“⁴¹

In diesem Zusammenhang hat George übrigens auch die zwei Jahrzehnte später von Thorstein Veblen formulierte Kritik am Status- und Prestigekonsum der „müßigen Klassen der feinen Leute“ vorweggenommen. Aber anders als Veblen, der die ungerechte Verteilung des Bodeneigentums und die Privatisierung der Bodenrente nicht als strukturellen Untergrund der gesellschaftlichen Hierarchie und der demonstrativen „Schaustellung des Reichtums“ der „feinen Leute“ erkannte, dachte George bereits über Veblens bloße Beschreibung der kapitalistischen Zustände hinaus. Er verwies nämlich darauf, dass die Neigung zum luxuriösen Prestigekonsum im Laufe eines Übergangs zu einer „ausgeglichenen Güterverteilung“ abnehmen werde. „Mit dieser Beseitigung des Mangels und der Furcht vor dem Mangel würde die Anbetung des Reichtums dahinschwinden, und die Menschen würden die Achtung und die Anerkennung ihrer Mitbürger auf andere Weise suchen als durch die Erwerbung und Entfaltung von Reichtum. ... Allen Klassen Muße, Behaglichkeit und Unabhängigkeit, den Anstand und die Verfeinerungen des Lebens, die Gelegenheiten zu geistiger und moralischer Entwicklung geben - das wäre Wasser in eine Wüste leiten.“⁴² -

Alles in allem stellte sich George die Wirtschaft als eine von jeglichen Monopolen befreite Marktwirtschaft mit einem größeren öffentlichen Sektor vor. Auf den Märkten sollten viele kleinere, mittlere und auch größere Unternehmen in einem privilegienfreien Leistungswettbewerb miteinander stehen. „Dies ist die natürliche Ordnung“ des Wirtschaftens, in der alle Menschen „nur beschränkt durch die gleiche Freiheit aller anderen“ durch eigene Arbeit und nicht durch Vorrechte zu Einkommen, persönlichem Eigentum und Wohlstand gelangen können. Als Gleiche stehen sie miteinander in einem freien, d.h. auch von Machtgebilden freien wirtschaftlichen Wettbewerb und ihre Kräfte halten sich selbsttätig in einem Gleichgewicht.⁴³ Allerdings war Georges Blick auf die Geschlechterverhältnisse nicht so kritisch wie der von John Stuart Mill und Harriet Taylor. Zwar hielt er eine Vergesellschaftung der Bodenrente durch die „Single Tax“ auch für einen Ausweg aus der Prostitution; aber ansonsten blieb seine Vorstellung von den Geschlechter-

⁴¹ Henry George (1885/1967), S. 81.

⁴² Henry George (1879/2017), S. 368 (ausgeglichene Güterverteilung), 382 (Rückgang des Statuskonsums) und 389 (Wasser in Wüste). Vgl. auch S. 429 (Prunksucht; Tempel, Paläste und Pyramiden).

⁴³ Henry George (1885/1967), S. 78 (natürliche Ordnung) und 86 - 87 (Unabhängigkeitserklärung).

rollen noch konservativ und es waren in erster Linie die Männer, denen er zu gleichen Chancen im wirtschaftlichen Leben verhelfen wollte.⁴⁴

Davon abgesehen hatte George also ähnlich wie Proudhon und Mill das Ziel einer freiheitlichen Überwindung des Frühkapitalismus vor Augen - nicht im Sinne einer Rückkehr zu einer feudalen Ständeordnung oder eines Voranschreitens zu einer proletarischen Staatsmacht, die die Wirtschaft zentral verwaltet und dabei die Freiheit der Menschen zerstört. „Das Ziel des Sozialismus ist groß und edel. ... Aber eine solche Gesellschaftsverfassung kann nicht künstlich geschaffen werden, sie muss wachsen. Die Gesellschaft ist ein Organismus, keine Maschine“, deren Abläufe sich vom Staat planen ließen. „Sie kann nur durch das individuelle Leben ihrer Teile leben. Und auf der freien und natürlichen Entwicklung aller Teile beruht die Harmonie des Ganzen.“⁴⁵ Nicht die Arbeitsteilung und die dezentrale Selbstordnung der Märkte, nicht den Wettbewerb und das Geld als solche machte George für den Frühkapitalismus mit seiner Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme verantwortlich, sondern deren Verfälschung durch monopolistische Privilegien des privaten Bodeneigentums bzw. der privaten Aneignung der Bodenrente. Deren Vergesellschaftung war für ihn ein wichtiger Schritt auf dem Weg vom sich selbst überlassenen Laissez-faire des Frühkapitalismus zu einer von einem demokratisch-republikanischen Rechtsstaat errichteten Rahmenordnung für eine nachkapitalistische Marktwirtschaft. George wollte also nicht wie Marx & Engels den wirtschaftlichen Wettbewerb abschaffen, sondern umgekehrt Beschränkungen des Wettbewerbs durch monopolistische Machtgebilde aufheben und allen Menschen gleiche Chancen für die Teilnahme am wirtschaftlichen Wettbewerb verschaffen. „Der Sozialismus sieht nicht ein, dass das, was er für die Übelstände der Konkurrenz hält, in Wirklichkeit bloß jene Missstände sind, welche durch die Einschränkung der Konkurrenz entstehen.“⁴⁶

Auch wenn George die Konzentration wirtschaftlicher Macht nur erst aus der Anhäufung von leistungslosen Bodenrenten in den Händen von Minderheiten erklärte und die Kapitalproblematik noch nicht sah, so kritisierte er dennoch diese Machtkonzentration als einen Fremdkörper in der von der klassischen Ökonomie postulierten natürlichen Ordnung der Wirtschaft, der den wirtschaftlichen Wettbewerb verfälscht und die Fähigkeit der Wirtschaft zu ihrer dezentralen Selbststeuerung beeinträchtigt. Anders als Marx & Engels und ihre Epigonen warf George das Vertrauen der liberalen Klassik in die Selbstordnungskräfte freier Märkte also nicht über Bord. Es erschien ihm jedoch unerlässlich, die monopolistisch vermach-

⁴⁴ Henry George (1879/2017), S. 366 (Prostitution). - Ders. (1885/1967), S. 129 („mütterliche Pflichten“ der Frauen). Offenbar wandelten sich George's Vorstellungen von den Geschlechterrollen nach dem Erscheinen seines Buches „Progress and Poverty“, denn sechs Jahre später erhob er in seinen „Social Problems“ die Forderung, auch „die Frauen für die öffentlichen Geschäfte zu interessieren“. (1885/1967, S. 226)

⁴⁵ Henry George (1879/2017), S. 264 (freiheitlicher Sozialismus).

⁴⁶ Henry George (1893/1981), S. 55. Vgl. auch Henry George (1887/1968), S. 269 - 272 (staatlich reglementierter Sozialismus).

teten Märkte von der Monopolstellung des Bodens und des durch die private Akkumulation von Bodenrenten monopolisierten Kapitals zu befreien und damit eine Voraussetzung für die Selbstordnung der Märkte zu schaffen. In einem von jeglichen monopolistischen Machtgebilden befreiten wirtschaftlichen Wettbewerb sah George das „elastischste und feinste System des Zusammenwirkens“ in der Wirtschaft, von dem wir „die gleichmäßige Ordnung der Industrie und die wirtschaftliche Verwendung aller Kräfte erwarten dürfen.“ Und er hielt einen entmonopolisierten Markt auch für einen Weg zur Versöhnung eines vom „extremen Individualismus“ befreiten nachkapitalistischen Liberalismus mit einem freiheitlichen „vernünftigen Sozialismus“, der nicht mehr glaubt, eine gerechte Verteilung mit einem „staatlichen Betrieb aller Produktionen und allen Austausches“ erreichen zu können. „Individualismus und Sozialismus sind in Wahrheit nicht feindlich, sondern zusammengehörig.“⁴⁷

Mit seiner Forderung, die Bodenrente für die Finanzierung der Aufgaben eines demokratischen Rechtsstaates zu verwenden, unterschied sich Henry George von anderen Bodenreformern, die ebenfalls ein gleiches Grundrecht eines jeden Menschen auf den Boden forderten, aber im Unterschied zu George die Bodenrente nicht zur Finanzierung der Staatsaufgaben heranziehen, sondern sie in gleichen pro-Kopf-Beträgen als eine Art Grundeinkommen an die Bevölkerung zurückverteilen wollten⁴⁸ - was dem Menschenrecht auf eine gleiche Teilhabe aller an den gemeinschaftlichen Lebensgrundlagen näher läge als die Single Tax, was aber freilich auch die Frage nach einer anderen Finanzierungsquelle für den Staatshaushalt aufgeworfen hätte.

Davon abgesehen erkannte George die elementare Bedeutung eines gerechten Zugangs für alle Menschen nicht nur zu Grundstücken für Wohn- und Arbeitszwecke, sondern ausdrücklich auch zu den Ressourcen schon zu einer Zeit, als der insbesondere auf der Verfügung über Erdöl beruhende Aufstieg der modernen Industriegesellschaft noch in seinen ersten Anfängen steckte. Allerdings ging es bei seinen Überlegungen zur praktischen Handhabung der Single Tax⁴⁹ nur um die Schaffung eines gleichen Zugangs zu Grundstücken für Wohn- und Arbeitszwecke und noch nicht um die Schaffung eines gleichen Zugangs zu den Ressourcen.

Durch freien und gerechten Welthandel zum Weltfrieden

Einen solchermaßen freiheitlichen Sozialismus betrachtete George als wirtschaftliche Grundlage für den sozialen Frieden innerhalb einzelner Länder. Und dementsprechend sah er auch im Handel mit Menschen in anderen Ländern einen „gro-

⁴⁷ Henry George (1887/1968), S. 271 (staatlicher Betrieb von Produktion und Austausch) und 274.

⁴⁸ Thomas Spence (1775/1904) und Thomas Paine (1798/2013). Vgl. hierzu Heinrich Niehuus (1910), S. 17 - 30 (Thomas Spence) und 47 - 57 (Thomas Paine); Heinrich Wehberg (1913); Michael Silagi (1973), S. 62 - 67 (George und die Arbeiterbewegung) und S. 67 - 82 (Flürschem); Elisabeth Meyer-Renschhausen (1999), Bernadette Felsch (2010) und (2017) sowie Gerhard Senft (2013), S. 37 - 54.

⁴⁹ Henry George (1879/2017), S. 139 - 151.

ßen Zivilisator und Erzieher. ... Der Handel, der an und für sich eine Form der Vereinigung oder des Zusammenwirkens ist, befördert die Zivilisation nicht nur direkt, sondern auch dadurch, dass er dem Krieg entgegengesetzte Interessen erzeugt.“⁵⁰

Diese Aufgabe könne der freie Welthandel allerdings solange nicht oder nur unzureichend erfüllen, als er noch nicht auf der Grundlage einer gleichen Freiheit und eines gleichen Rechts aller Menschen sowohl innerhalb einzelner Länder als auch weltweit stattfinde. So wie sich einzelne Menschen innerhalb einzelner Länder bislang noch nicht als ökonomisch Gleichberechtigte begegnen, sondern sich als Stärkere und Schwächere in der strukturellen Schiefelage einer „einseitigen Konkurrenz“ befinden, so stehen auch Staaten noch nicht als Rechtsstaaten auf gleicher Augenhöhe nebeneinander. Stattdessen ringen sie wie Großbritannien und seine früheren, unabhängig gewordenen Kolonien in Nordamerika sowie die europäischen Nationalstaaten als in sich widersprüchliche Rechts- und Machtstaaten miteinander um Macht und um die Vorherrschaft in Europa und in der Welt. Sie erheben Importzölle oder gewähren Exportsubventionen und schaffen andere tarifäre Handelshemmnisse, um ihre eigenen monopolistisch vermachteten Märkte vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Solche sog. Schutzzölle betrachtete George als einen gefährlichen Nährboden für Handelskriege zwischen den Staaten, welche leicht in militärisch geführte Kriege übergehen können. „Die Theorie des Schutzzolls heiligt den Nationalhass; sie bedingt einen universellen feindseligen Tarifkrieg; sie lehrt die Völker, ihr Wohlstand sei von der Beschränkung der Arbeit anderer Völker abhängig; und anstatt der christlichen Lehre von der Brüderschaft aller Menschen macht sie den Fremdenhass zu einer Bürgertugend.“⁵¹

Im Glauben an eine allseitige Wohlstandssteigerung durch den Freihandel trat Henry George für eine Befreiung des Welthandels von jeglichen Schutzzöllen ein. Schon Adam Smith habe bewiesen, „dass Schutzzölle die Produktion der Güter schädigen“. Aber er habe es ebenso wie andere Klassiker und vor allem Richard Cobden als Verfechter eines manchesterliberalen Freihandels versäumt, die unerlässliche Voraussetzung eines von Zöllen freien Welthandels einzufordern: nämlich die Befreiung der internationalen Konkurrenz von den monopolistischen Privilegien des privaten Eigentums am Boden und an den Ressourcen. „Wir müssen die Ungleichheit der gesetzlichen Rechte am Land abschaffen und allen ihre natürlichen und gleichen Rechte am gemeinsamen Erbeil wieder verschaffen. ... Um das individuelle Eigentumsrecht am Produkt der Arbeit sicherzustellen, müssen wir die Elemente der Natur als gemeinsames Eigentum behandeln. ... Der Freihandel in seinem wahren Sinne erfordert nicht bloß die Abschaffung des Schutzes, sondern auch die Beseitigung aller ... Beschränkungen der Einfuhr oder Ausfuhr mit Ausnahme derer, die im Interesse der öffentlichen Gesundheit oder Moral auferlegt werden. ... Um dies zu herbeizuführen, muss das Monopol des Grund und Bodens gebrochen und durch die Behandlung des Landes als Gemeineigentum im

⁵⁰ Henry George [1879/2017], S. 422 [Krieg und Frieden]. - Ders. [1885/1976], S. 201.

⁵¹ Henry George [1887/1968], S. 254 [einseitige Konkurrenz], und ders. [1893/1981], S. 9.

Nießbrauch des gesamten Volkes das gleiche Recht aller an dem Gebrauche der natürlichen Elemente hergestellt werden.“⁵² Wenn dann die soziale Hierarchie von stärkeren und schwächeren Menschen sowie von mächtigen und ohnmächtigen Staaten in ein Neben- und Miteinander von gleichermaßen machtlosen Rechtsstaaten übergeht, entfällt jegliche Schutzbedürftigkeit - sowohl das Bestreben von überlegenen Staaten, ihre Vorrangstellung gegen schwächere, womöglich aufstrebende Staaten zu verteidigen, als auch das Bestreben schwächerer Staaten, sich vor der Überlegenheit von stärkeren Staaten zu schützen. „Der Geist des Protektionismus ... ist der Geist der nationalen Feindschaft und des Kampfes. Der Geist des Freihandels ist der Geist der Brüderlichkeit und des Friedens.“ So könne ein gerecht geordneter Freihandel die der Menschheit durch Schutzzölle geschlagenen Wunden heilen und zur Entstehung eines „Bundes der Menschheit“ beitragen.⁵³

Unbedarfte Haltung zum Kapital und zum Kapitalzins

Rund 100 Jahre nach Adam Smith's „Wealth of Nations“ wollte Henry George angesichts der Fehlentwicklungen des Liberalismus zum Frühkapitalismus mit seinem Hauptwerk „Progress and Poverty“ den kritischen Blick von Smith und auch von Mill auf die Bodenrente noch einmal schärfen. Damit wollte er verhindern, dass die Ökonomen seiner Zeit dieses die Menschheit spaltende Unrecht des privaten Bodeneigentums resp. der privaten Aneignung der Bodenrente aus ihren Theorien verdrängen und damit die soziale Spaltung der Gesellschaft zementieren.

Es gab jedoch noch eine zweite große Desorientierung von Klassik und Neoklassik, zu deren Korrektur George leider nicht beitrug. Wie die Klassik und Neoklassik sah auch er im Geld „nur das Mittel des Austausches“ und noch kein Mittel zur Ausübung von struktureller Macht über die Märkte. Dieses „allgemeine Tauschmittel“ hielt George für eine lediglich dienende und darum unverdächtige „flüssige Masse“. Obwohl er beobachtete, dass „es bisweilen leichter ist, Geld gegen irgendeine andere Art von Gütern als Güter einer spezielleren Art gegen Geld auszutauschen“ und dass sich Geld manchmal „rar ... macht“, erkannte er noch nicht dessen Sonderstellung auf den Märkten.⁵⁴

Auch bestand für George wie für die Klassiker das Kapital noch nicht aus Geldkapital, sondern allein aus Realkapital im Sinne von produzierten Produktionsmitteln. „Das Kapital besteht ... aus Gütern, die zur Beschaffung von mehr Gütern benutzt werden.“ Dementsprechend nahm er den Zins gegen das weit verbreitete

⁵² Henry George (1887/1968), S. 8 - 9 (Adam Smith über die Wohlstandssteigerung durch freien Welt-handel und seine fehlenden Voraussetzungen), 247 und 249 (gleiches Recht am gemeinsamen Erbeil der Menschen), 255 und 258 (Aufhebung aller Beschränkungen des Im- und Exports), und ders. (1887/1968), S. 290 (über Richard Cobden, der George zufolge differenzierter dachte als andere Manchesterliberale).

⁵³ Henry George (1887/1968), S. 293 - 295.

⁵⁴ Henry George (1879/2017), S. 52 (Geld als flüssige Masse) und 221 (Geld als bloßes Tauschmittel).

„Gefühl“ in Schutz, dass er „ein Raub an der Erwerbstätigkeit sei“, und rechtfertigte ihn wie die Klassik und Neoklassik als ein durch die Organisationsarbeit der Kapital besitzenden Unternehmer gerechtfertigtes Entgelt für die Nutzung von Realkapital. Deshalb gebe es keinen von Marx behaupteten Klassengegensatz zwischen der Arbeit und dem Kapital, sondern einen Gegensatz zwischen den Arbeitern und Unternehmern/Kapitalisten auf der einen Seite, die er beide als Arbeitende betrachtete, und den sich Bodenrenten ohne Arbeit privat aneignenden Bodeneigentümern auf der anderen Seite. „Die gegenüberstehenden Parteien sind ... nicht die Arbeit und das Kapital. Es sind die Arbeiter auf der einen und die Grundbesitzer auf der anderen Seite.“⁵⁵

Gleichwohl trat George einer pauschalen Rechtfertigung des Unternehmergewinns durch die Klassik und Neoklassik und seiner pauschalen Verurteilung als Profit durch Marx entgegen und unterschied zwischen berechtigten und zweifelhaften Bestandteilen des Unternehmergewinns. Zwar konnte es ihm wegen seiner unkritischen Haltung zum Kapital und Zins noch nicht wie bei Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ um eine Unterscheidung zwischen dem Unternehmerlohn als Arbeitseinkommen und dem Zins als leistungslosem Einkommen gehen; aber er machte sehr viel deutlicher als die Klassik, dass mit der Bodenrente ein leistungsloses Element im Unternehmensgewinn enthalten ist und auch in die Bildung von Marktpreisen einfließt. „Überall, wo das Land einen Tauschwert hat, gibt es Bodenrente. ... Die Rente steckt auch im Verkaufspreis. Wird Land gekauft, so ist der Kaufpreis des Eigentumsrechts oder des Rechts auf immerwährende Benutzung eine umgewandelte oder kapitalisierte Bodenrente.“ Wer ein Grundstück für Produktionszwecke erwirbt, wird den Anschaffungspreis in die Kalkulation der Kosten seiner Produkte einbeziehen. Und wer auf einem bereits eigenen Grundstück produzieren kann, rechnet eine kalkulatorische Bodenrente in die Preise seiner Produkte ein. „Überall wo Land, das einen Wert besitzt, genutzt wird, sei es vom Eigentümer oder Pächter, da gibt es faktische Rente. Wo es nicht genutzt wird, aber doch Wert hat, da ist die Rente latent vorhanden. Diese Fähigkeit eine Rente einzubringen, macht den Wert des Landes aus.“⁵⁶

Alles in allem erkannte Henry George also nur die eine ansonsten meist übersehene Hälfte des ungelösten gesellschaftlichen Grundkonflikts in der kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft, nämlich die mit dem privaten Bodeneigentum und der privatisierten Bodenrente zusammenhängende Hälfte, während er die andere Hälfte dieses Grundkonflikts, nämlich den problematischen Kapitalcharakter von Geld und Produktionsmitteln, noch übersah. Sehr zu Recht beklagte er also den Interessengegensatz zwischen dem Bodeneigentum und der Arbeit bzw. zwischen der privaten Bodenrente und dem Arbeitslohn, aber er versäumte es, auch den

⁵⁵ Henry George (1879/2017), S. 11, 145 - 146 und 155 - 156 (Zins kein Raub), sowie S. 30 - 42, 66 (Kapital als Realkapital) und S. 55 (Antagonismus der Interessen), 235 (Naturzustand vs. soziale Spaltung in Klassen) und 258 (kein Konflikt zwischen Arbeit und Kapital).

⁵⁶ Henry George (1879/2017), S. 137 - 138 (Bodenrente in den Preisen).

zweiten Konflikt zwischen dem Kapital und der Arbeit bzw. zwischen dem Zins und dem Lohn als tiefere Ursache des Gegensatzes zwischen dem Fortschritt und der Armut zu erkennen und Wege zu seiner Überwindung zu suchen.

Abwertende Kritik von Marx & Engels

Wie vor ihm Proudhon geriet auch Henry George zwischen die Fronten der großen Orthodoxien von Klassik/Neoklassik und Marxismus. Zwar brauchte die Neoklassik seine unkritische Kapitaltheorie nicht zu fürchten; jedoch stand seine Forderung nach einer „Single Tax“ dem Bestreben der Neoklassik im Wege, den Produktionsfaktor Boden/Natur durch seine Subsummierung unter das Kapital unsichtbar zu machen und die Privatisierung der Bodenrente als Ursache von Ungleichverteilung und Ungleichgewicht aus ihren Gleichgewichtstheorien heraus zu halten.⁵⁷

Marx sah in George's Bodenreformkonzept wegen dessen unzureichender Kapitaltheorie nur einen „sozialistisch verbrämten Versuch, die Kapitalistenherrschaft zu retten“. Die Produktion von Mehrwert habe George nicht verstanden und er habe auch die Lohnarbeit nicht abschaffen wollen.⁵⁸ Während George sich anlässlich des Todes von Karl Marx respektvoll über dessen Werk äußerte, betrachtete Engels George als einen „echten Bourgeois“, der „wohl eine meteorartige Rolle spielen wird. ... Meister George ist ein ziemlicher Wirrkopf. Und da er ein Yankee ist, hat er sein eigenes, nicht gerade sehr großartiges Heilmittel; aber seine Konfusion ist ein sehr deutlicher Ausdruck des augenblicklichen Entwicklungsstandes im Denken der angloamerikanischen Arbeiterklasse.“ Der Boom, den George's „Single Tax“ ausgelöst habe, werde sich schnell wieder verflüchtigen und George in der Bedeutungslosigkeit verschwinden.⁵⁹

Die Geld-, Zins- und Kapitaltheorie von Henry George war tatsächlich falsch. Insofern war die Kritik von Marx & Engels nicht ganz unberechtigt. Aber sie haben ihm Unrecht getan mit der Behauptung, er habe die Lohnarbeit unkritisch hingenommen. „Wenn wir die Menschen in Maschinen verwandeln“, schrieb George im Hinblick auf ihre Reduktion auf einzelne Handgriffe in der industriellen Massenproduktion, „verschwenden wir die höchsten Kräfte“, nämlich ihre geistigen Fähigkeiten und beschränken die Löhne obendrein auf das Existenzminimum.⁶⁰

Mit seiner „Single Tax“ bereitete George zudem einen Weg zu einem gerechten Umgang mit dem Boden und mit den Ressourcen, der von Marx & Engels ge-

⁵⁷ Vgl. hierzu John Bates Clark (1893) und Alfred Marshall (1893) sowie Bernadette Julia Felsch (2018), S. 16 - 17, und das Kap. 6.2 im vorliegenden Buch.

⁵⁸ Karl Marx (1881/1967), in: MEW 35, S. 199 - 200.

⁵⁹ Henry George: "In the life and in the teachings of Karl Marx there were the recognition of two profound truths, for which his memory deserves to be held in special honor. ... Karl Marx has gone, but the work he has done remains; whatever may have been in it of that error inseparable from all human endeavor will in turn be eliminated, but the good will perpetuate itself." (1883) - Friedrich Engels (1884/1967), in: MEW 36, S. 88, sowie ders. (1886/1967), in: MEW 36, S. 570.

⁶⁰ Henry George (1885/1967), S. 75 und 96.

forderten entschädigungslosen Enteignung des Bodens und seiner anschließenden kollektivistischen Bewirtschaftung deutlich überlegen war. Damit leistete er zugleich einen bedeutenden Beitrag zu dem von Marx & Engels als kleinbürgerlich bekämpften Ziel der Frühsozialisten sowie von Mill und Proudhon, die bürgerlichen Freiheiten von ihrer Verfälschung durch kapitalistische Privilegien zu befreien. Henry George knüpfte an deren Ziel einer vom frühkapitalistischen Wildwuchs befreiten, gerecht geordneten Marktwirtschaft an und brachte Proudhons Gedanken, private Nutzungsrechte am gemeinschaftlichen Boden rechtsstaatlich zu garantieren, seiner praktischen Realisierbarkeit näher.

In seinen letzten Lebensjahren könnte George seine Geld-, Zins- und Kapitaltheorie selbst als unbefriedigend empfunden haben. In längeren Gesprächen mit dem deutschen Bodenreformer Michael Flürsheim (1844-1912) habe Flürsheim ihm Zweifel an seiner klassisch-neoklassischen Geld-, Zins- und Kapitaltheorie vorgebracht. Dem Boden- und Geldreformer Silvio Gesell berichtete Flürsheim, „dass aus seinen Gesprächen mit George klar hervorgegangen sei, wie unsicher er sich auf dem Gebiete des Kapitalzinses fühlte und dass es nur an dem Mangel an fremder Kritik gelegen habe, dass Henry George nicht auch das Zinsproblem umfassend behandelt habe.“⁶¹ Zu einer Revision seiner Geld-, Zins- und Kapitaltheorie kam es jedoch nicht mehr.

Nachwirkungen

Bei der Wahl zum Bürgermeister von New York 1886 kandidierte Henry George für die Arbeiterorganisationen. Er erzielte mehr Stimmen als der Republikaner Theodore Roosevelt, der später Präsident der USA wurde, unterlag aber dennoch einem demokratischen Gegenkandidaten. Elf Jahre später stellten ihn die Arbeiterorganisationen nochmals als Kandidaten auf. Den Strapazen des Wahlkampfes war George aber nicht mehr gewachsen; kurz vor der Wahl erlag er einem Schlaganfall.

Vor allem sein Buch „Progress and Poverty“ wirkte weiter, so dass Henry George nach John Stuart Mill der einflussreichste Vorkämpfer für eine Reform des Bodenrechts wurde. Auf lokaler Ebene wurde sie in den US-amerikanischen Gemeinden Fairhope/Alabama und Arden/Delaware eingeführt. Georges Reformvorschlag verbreitete sich im gesamten angelsächsischen Sprachraum und in zahlreichen weiteren Ländern. Innerhalb der neoklassischen Ökonomie wurde sein Einfluss jedoch von John Bates Clark und Alfred Marshall zurückgedrängt. Schon bald nach dem Erscheinen von Henry George's Hauptwerk hatte Marshall in Oxford Vorträge über die „Single Tax“ gehalten, aber nicht - worauf Keynes später hinwies - in seinen Vorlesungen an der Universität, sondern nur in öffentlichen Abendvorträgen. „Apart from his regular classes he gave a number of public evening lectures, including a series on Henry George's 'Progress and Poverty'.“ Während einer Vor-

⁶¹ Silvio Gesell (1923/1993c), S. 373 [Gespräche zwischen George und Flürsheim].

tragsreise durch England sei George auch Marshall in Oxford persönlich begegnet. In einer öffentlichen Veranstaltung hätten die beiden kontrovers diskutiert.⁶² Auch die bodenreformerischen Ambitionen von Leon Walras hielten bedeutende Ökonomen wie Vilfredo Pareto und Joseph A. Schumpeter einfach nur - wie sich später Paul Samuelson erinnerte - für „simply silly“. Nur noch Pigou sah es anders.⁶³

Gleichwohl behielt George außerhalb der Ökonomie zahlreiche namhafte Anhänger. Zu ihnen gehörten der Philosoph und Pädagoge John Dewey, der mit seinem Werk über „Demokratie und Erziehung“ einen großen Einfluss auf die Reformpädagogik des frühen 20. Jahrhunderts gewann und der George als „one of the world's great social reformers“ würdigte. Der weltberühmte Physiker Albert Einstein schrieb am 8.10.1931 in einem Brief aus Caputh bei Potsdam: „Ich habe das Buch von Henry George zum größten Teil mit außerordentlichem Interesse gelesen und glaube, dass es in der Hauptsache einen unanfechtbaren Standpunkt vertritt, insbesondere was die Ursache der Armut betrifft. Die in diesem Buch vertretenen Ansichten stimmen, soweit ich es beurteilen kann, vollkommen mit den Resultaten des zeitgenössischen Professors Franz Oppenheimer überein, der sie offenbar selbstständig herausgefunden hat.“ Und Einstein betonte noch ganz besonders: „Nicht einverstanden bin ich mit der Theorie des Zinses“ (von Henry George). Auch die Dichter Leo Tolstoi, Mark Twain und Aldous Huxley sowie der legendäre Theologe Martin Luther King brachten George ihre hohe Wertschätzung entgegen.⁶⁴

In den frühen 1960er Jahren erinnerte der Ökonom Paul Samuelson noch einmal daran, dass Henry George für John Dewey der „greatest economist America had ever produced“ gewesen war. Dennoch fand George während mehrerer Jahrzehnte keine Beachtung mehr in der Ökonomie. Erst in neuerer Zeit erinnerten sogar Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften wie William Vickrey und Joseph Stiglitz wieder an die Bedeutung seiner „Single Tax“.⁶⁵

⁶² John Maynard Keynes (1933/1972), S. 177, 179 und 242 (Marshall über George). - Vgl. hierzu auch Mason Gaffney (2018).

⁶³ Vgl. das Kap. 6.2 im vorliegenden Buch, bes. die Anm. 28, und Paul Samuelson (1962), S. 3 (Pareto und Schumpeters über die Bodenreform), und Arthur Pigou (1928), S. 168 - 174.

⁶⁴ Albert Einstein (1931). Vgl. auch Albert Einstein (1934). - Zur Wirkungsgeschichte von Henry George vgl. Paula Gutzeit (1907). - Heinrich Wehberg (1913). - Michael Silagi (1973) und Robert Andelson (2000). - Vgl. außerdem John Dewey (1927). - Bernadette Julia Felsch (2018), S. 11 - 18, bes. S. 11 (Georges Anhänger) und 13 (Fairhope und Arden). - Leo Tolstoi (1974), S. 551f, 583 und 643 - 647. - Zur Beziehung zwischen George und Tolstoi vgl. Edward Dodson (1999). - Vgl. auch Bernadette Julia Felsch (2018), S. 11 - 18. - Aus dem zuletzt von Klaus Lichtblau am 31.12.2014 bearbeiteten Verzeichnis des sich im „Zionistischen Zentralarchiv“ in Jerusalem befindenden Nachlasses von Franz Oppenheimer (Abteilung A 161) geht hervor, dass Oppenheimer Manuskripte über Henry George und die „Single Tax“ hinterlassen hat (Nr. 44 und 45) und dass er im Laufe des Jahres 1929 im Haus von Albert Einstein bei Potsdam einen unveröffentlicht gebliebenen Vortrag über „Die Siedlungsverfahren“ gehalten hat. Dieses Nachlassverzeichnis ist einsehbar auf der Website http://www.fb03.uni-frankfurt.de/53737354/CZA_Oppenheimer_Nachlass_31_12_2014.pdf [Zugriff: 27.10.2019]

⁶⁵ Paul Samuelson (1962), S. 15. - William Vickrey (1991) und (2001). - Joseph Stiglitz (2014), S. 281 - 282.

7.2 Entgeltliche Nutzungsrechte statt privater Eigentumsrechte am Boden und bodenreformerische Siedlungsprojekte

Neben Henry George's Variante der Bodenrechtsreform, die das Privateigentum am Boden nicht antastete, sondern ‚nur‘ die Bodenrente durch die „Single Tax“ vergesellschaften sollte, erhielt eine andere Variante der Bodenrechtsreform durch Michael Flürscheim und durch den britischen Evolutionsforscher Alfred Russel Wallace (1823-1913) einen erneuten Auftrieb. Sie wollte ebenfalls auf parlamentarisch-demokratischem Weg ‚von oben‘ eine gesetzliche Regelung herbeiführen, den Boden nach und nach gegen eine Entschädigung der bisherigen Eigentümer in die Hand des Staates zu überführen. Der Staat sollte dann im Wege von Erbpacht und Erbbaurecht entgeltliche Rechte zur privaten Nutzung des gemeinschaftlichen Bodens vergeben. Zunächst sollte der Staat diese Bodennutzungsentgelte für den Ankauf weiteren Landes und später für soziale Zwecke verwenden.⁶⁶

Die Schwierigkeiten, parlamentarische Mehrheiten für eine solche ‚Bodenreform von oben‘ zu erreichen, führten schließlich noch zur Entstehung einer ‚Bodenreform von unten‘. Insbesondere der österreichisch-ungarische Journalist Theodor Hertzka (1845-1924) und in Deutschland der libertäre Kulturphilosoph Gustav Landauer (1870-1919) sowie der Arzt und Soziologe Franz Oppenheimer (1861-1943) warben sehr für praktische Modellversuche mit genossenschaftlichen Siedlungen, um der Allgemeinheit einen gerechteren Umgang mit dem Boden zeichenhaft vorzuleben und seine Richtigkeit praktisch unter Beweis zu stellen.⁶⁷

7.2.1 Theodor Hertzkas Utopie einer Freilandsiedlung in Afrika

In seinem erstmals 1890 erschienenen und danach häufig neu aufgelegten Roman „Freiland - ein soziales Zukunftsbild“ schilderte Hertzka seine Vorstellungen von einer bodenreformerischen Genossenschaftssiedlung „Edenthal“, die er - mitgetragen von einer „Internationalen freien Gesellschaft“ - fernab von den Zentren des Kapitalismus im Osten Afrikas verwirklichen wollte, und zwar in einer Region des heutigen Kenias, das damals britische Kolonie war. Auf der Grundlage eines „Friedens- und Freundschaftsvertrages“ mit den dort lebenden Massai-Völkern sollte eine europäische Auswanderergemeinschaft ähnlich wie in Nordamerika den Grundstein für eine neue Welt legen. Auf einer verkehrstechnisch zu erschließenden Fläche von etwa 160 Quadratkilometern sollten nach und nach 15.000 Familienhäuser mit Gärten, öffentliche Gebäude und Plätze sowie eine Vielfalt von land-

⁶⁶ Vgl. Gerhard Senft (2013), S. 101 - 106 und 111 - 112 (Flürscheim und Wallace).

⁶⁷ Vgl. Gerhard Senft (2013), S. 113 - 115 (bodenreformerisches Siedeln), 125 - 126 (Hertzka) und 131 - 162 (Oppenheimer). - Elisabeth Meyer-Renschhausen (1999), S. 3 - 9.

wirtschaftlichen, handwerklichen und industriellen Arbeitsstätten entstehen. Die Gesamtfläche sollte von allen Siedlern gemeinschaftlich verwaltet werden. „Bei uns ist der Boden - sofern er nicht zu Wohnstätten, sondern als Produktionsmittel dient - gänzlich herrenlos, frei gleich der Luft; er gehört weder Einzelnen noch vielen. Jedermann, der Boden bebauen will, steht es frei, dies zu tun, wo es ihm beliebt.“ Eine privatisierbare Bodenrente gebe es deshalb nicht in Edenthal und auch keine Kapitalzinsen, weil das Kapital erstens allen gemeinsam gehöre und zweitens in großer Fülle vorhanden sei. „Jedermann steht zinsloses Kapital in Fülle zur Verfügung.“⁶⁸

Oberstes Leitbild für die Organisation der Arbeit in der Freilandsiedlung Edenthal war die Überwindung der kapitalistischen Lohnabhängigkeit. „Wir wollen das absolute, freie Selbstbestimmungsrecht der Individuen auch auf dem Gebiete der Arbeit an die Stelle der Jahrtausende hindurch geltenden Knechtschaftsverhältnisse setzen. Wir wollen den unter der Botmäßigkeit des Brotherrn stehenden Arbeiter zum selbstständigen, in freier Vereinbarung mit freien Genossen auf eigene Gefahr tätigen Produzenten umgestalten. ... Noch niemals haben die Arbeitenden den Versuch unternommen, ohne Herren als freie eigenberechtigte Männer und nicht als Knechte, dabei aber mit vereinten Kräften zu produzieren.“ Selbst die „Produktivassoziationen eines Schulze-Delitzsch“ seien noch nicht frei gewesen von Relikten aus der Zeit der kapitalistischen Unterordnung von Arbeitern unter sogenannte Arbeitgeber, die die Produktion organisieren und die Arbeiter nach ihren Anforderungen disziplinieren. Ohne jede hierarchische Über- und Unterordnung sollten sich die Arbeitenden Hertzka zufolge zu genossenschaftlichen Assoziationen vereinigen und bei voller Transparenz gleichberechtigt an den Entscheidungen über den Einsatz der begrenzten und obendrein noch von Ort zu Ort unterschiedlichen Naturkräfte und über den Einsatz der durch menschliche Arbeit vermehrbaren Kapitalien beteiligt werden. Die Gemeinschaft sollte die ihr gehörenden Kapitalien „jedermann nach Wunsch zur Verfügung stellen, und zwar zinslos gegen Rückzahlung in gewissen Fristen“. Selbstbestimmte Arbeiten bräuchten keine äußere Kontrolle, weil die „gegenseitige Anfeuerung und Überwachung Gleichberechtigter und Gleichinteressierter“ viel wirksamer sei.⁶⁹

Im Allgemeinen sollten die Männer von morgens um 5.00 - 10.00 Uhr und nachmittags von 16.00 - 18.00 Uhr arbeiten, während sich die Frauen um die Haushalte und Kinder kümmern. In Erntezeiten sollten ein bis zwei Arbeitsstunden hinzu kommen und die Sonntage grundsätzlich arbeitsfrei sein. Als eigenständige und freiwillig assoziierte Mitarbeiter sollten die Männer nicht mehr wie früher entweder Unternehmensgewinne oder Löhne und Gehälter bekommen, sondern alle gleichermaßen ihren nicht mehr durch Bodenrenten und Kapitalzinsen geschmälernten vollen Arbeitsertrag im Sinne einer leistungsgerechten, auf der Basis von

⁶⁸ Theodor Hertzka (1890/1896), S. 35 - 36 (Vertrag mit den Massai-Völkern), 51 - 53 (räumliche Aufteilung), 202 (herrenloser Boden und Kapitalfülle) und 201 (Kapitalzins von Null).

⁶⁹ Theodor Hertzka (1890/1896), S. 80 - 85.

Arbeitsstunden errechneten Beteiligung am jährlich Gesamtertrag einer Assoziation.⁷⁰

Gleichwohl sah Hertzka's „Musterstatut“ für die freien Assoziationen in Edenthal nicht nur die Freiheit des Ein- und Austritts für jedes Mitglied vor, sondern auch ein von der Generalversammlung zu wählendes und jederzeit abrufbares Direktorium. „Die untergeordneten Funktionäre der Geschäftsleitung werden von den Direktoren ernannt; doch geschieht die Feststellung des Gehalts dieser Funktionäre - bemessen in Arbeitsstunden - auf Vorschlag der Direktoren durch die Generalversammlung.“ Und ein jährlich neu zu wählender Aufsichtsrat sollte die Tätigkeit des Direktoriums kontrollieren.⁷¹

Dem Direktorium sollte einerseits ein „sehr hohes Ausmaß von Disziplinargewalt“ zugestanden werden, das aber andererseits nicht mit der „ausbeuterischen Organisation des Arbeitsprozesses“ im Kapitalismus vergleichbar sei, weil das Direktorium in Edenthal „der stets wachen Kontrolle durch die Arbeitsgenossen unterworfen ist, die ihrerseits unter der Kontrolle der gesamten öffentlichen Meinung Freilands stehen“. Erst recht sei diese Disziplinargewalt des Direktoriums nicht mit einer kommunistischen Arbeitsorganisation vergleichbar, weil die „Gesamtheit aller Arbeitenden oberster Herr“ ist und nicht etwa eine Partei, die im Namen des Proletariats einen unerbittlichen obrigkeitlichen Zwang ausübt.⁷²

Weiterhin hielt Hertzka die Vorstellung für unbedenklich, der „obersten Verwaltung von Freiland“ auch die Rolle einer Zentralbank zuzuweisen, bei der sämtliche Einzelpersonen ihre Privatkonten und die Assoziationen ihre Geschäftskonten unterhalten. „Ein in Wahrheit ‚alles‘ umfassendes Clearingsystem ermöglichte die Durchführung der zahllosen Geld- und Kreditoperationen beinahe ohne jeden Aufwand wirklichen Geldes, lediglich durch Zu- und Abschreibungen in den Büchern. Niemand zahlte bar, sondern gab Anweisungen auf sein Konto bei der Zentralbank, die ihm seine Forderungen gutschrieb, die Ausgaben zu seinen Lasten buchte und ihm allmonatlich mitteilte, mit welchem Betrage er bei ihr aktiv oder passiv sei.“ In der „Allgegenwart dieser Kontrolle“ des gesamten Zahlungsverkehrs sah Hertzka keine Gefahr für die persönliche Freiheit der Menschen in Edenthal.⁷³

Die Zentralbank sollte auch Konten für die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben einrichten. Da es nur noch gerecht verteilte Arbeitseinkommen und keine Vermögenseinkommen aus Bodenrenten und Kapitalzinsen mehr gibt, sollten die vollen Arbeitserträge proportional zu ihrer jeweiligen Höhe besteuert werden, und zwar in einer beträchtlichen Höhe von durchschnittlich etwa 30 - 35 Prozent, um umfangreiche öffentliche Aufgaben finanzieren zu können: dazu gehörten nach Hertzka's Vorstellungen die Bildung und die Kultur sowie das „Kommunikationswesen“

⁷⁰ Theodor Hertzka (1890/1896), S. 70 (Arbeitszeiten), 105 (unterschiedliche Größe der Häuser je nach der Größe der Familien und Hotels für Alleinstehende), 106 (Frauen ohne Erwerbstätigkeit) und 103 (Arbeitsstunden als Berechnungsgrundlage für die Beteiligungen am vollen Arbeitsertrag).

⁷¹ Theodor Hertzka (1890/1896), S. 85 - 86 und 103 (Arbeitsstunden als Berechnungsgrundlage).

⁷² Theodor Hertzka (1890/1896), S. 88.

⁷³ Theodor Hertzka (1890/1896), S. 100.

und ein umfangreiches „Versorgungswesen“, das das „Recht auf auskömmlichen Unterhalt“ für alle diejenigen Menschen sichert, die nicht außer Haus arbeiten sollen oder können. „Zu diesen gehören alle Frauen, alle Kinder, alle Männer über 60 Jahre und selbstverständlich alle Kranken oder Invaliden. Die Bezüge dieser verschiedenen Versorgungsberechtigten waren sämtlich so hoch bemessen, dass nicht bloß der dringenden Notdurft, sondern auch höheren Ansprüchen ... Genüge geschah.“ In der Schaffung eines solchen Versorgungswesens sah Hertzka die „rückhaltlose Anerkennung dieses guten Rechts jedes Angehörigen der menschlichen Familie. Denn unser eigenes Glück kann nicht gedeihen, wenn wir Geschöpfe, die unseresgleichen sind, entwürdigen, zu Not und Schmach verurteilen.“ Für diese nicht von außerhäuslicher Erwerbsarbeit lebenden Personenkreise stellte sich Hertzka einen „der Höhe des allgemeinen Reichtums billig entsprechenden Unterhalt“ vor, allerdings meinte er entsprechend seinen noch sehr traditionellen Vorstellungen von der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern die Bezüge der Familienarbeit leistenden Frauen auf 75 % der Einkünfte von Männern beschränken zu sollen, „weil die Bedürfnisse des Weibes geringer sind als die des Mannes.“ Andererseits trat Hertzka bereits für ein gleiches politisches Wahlrecht von Männern und Frauen ein. Und trotz der fragwürdigen Beschränkung des Entgelts für die häusliche Familienarbeit ging es ihm auch bereits darum, den Frauen mit einer eigenen finanziellen Absicherung Möglichkeiten zu eröffnen, Liebes- statt Versorgungsehen einzugehen und sich nicht der Prostitution auszuliefern.⁷⁴

Außer den beträchtlichen öffentlichen Ausgaben für Verwaltung, Soziales, Bildung und Kultur veranschlagte Hertzka keine Ausgaben für Justiz, Polizei und Militär. „Bei uns wurde nicht gestohlen, geraubt oder gemordet und wehrlos waren wir keineswegs.“ Für die Schlichtung etwaiger Streitigkeiten waren Schiedsgerichte vorgesehen.⁷⁵ In einem derart gerecht geordneten Gemeinwesen ist - so hielt Hertzka der damals aufkommenden Evolutionslehre entgegen - der wirtschaftliche Wettbewerb kein „gegenseitiger Kampf der Individuen. ... Auch wir kämpfen den Kampf ums Dasein, denn mühe- und arbeitslos fällt auch uns der Genuss nicht in den Schoß. Aber nicht gegeneinander, sondern miteinander stehen wir in unserem Streben, und gerade deshalb ist uns der Erfolg desselben niemals zweifelhaft.“⁷⁶ Im Laufe der Zeit sollte der technische Fortschritt die Sicherung des Daseins sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk und in der Industrie erleichtern. Hertzka sah sogar schon die Notwendigkeit, mit der zunehmenden Industrialisierung für Vorkehrungen zu sorgen, die „der Vergiftung der Wässer durch industrielle Abfälle ein Ende machen“.⁷⁷

⁷⁴ Theodor Hertzka (1890/1896), S. 113 - 115 (Versorgungswesen als Grundrecht aller Menschen, Versorgungsehen und Prostitution, politisches Wahlrecht für Männer und Frauen).

⁷⁵ Theodor Hertzka (1890/1896), S. 102 - 103 (öffentliche Aufgaben).

⁷⁶ Theodor Hertzka (1890/1896), S. 181 - 182.

⁷⁷ Theodor Hertzka (1890/1896), S. 107 - 109 und 178 (technischer Fortschritt mit die Natur schonenden Vorkehrungen).

Ob sich seine Siedlungskonzeption in der Praxis bewährt hätte, lässt sich nicht sagen, denn die britische Kolonialverwaltung hat ihre Verwirklichung von vornherein verhindert. Unklar waren die Kriterien, nach denen Nutzungsrechte am gemeinschaftlichen Land vergeben werden und nach denen einzelne oder vereinigte Arbeitende das „Nutznießungsrecht der vorhandenen Produktivkapitalien“ oder Kredite bekommen sollten. Zweifel sind auch hinsichtlich der Probleme angebracht, die sich aus der Berechnung von jährlichen Ertragsbeteiligungen und Funktionärsgehältern auf der Basis von wie auch immer bewerteten Arbeitsstunden ergeben hätten. Hertzka war sich selbst dessen bewusst, dass die Arbeitsproduktivität pro Stunde von Person zu Person unterschiedlich ist und dass sie sich insgesamt auch sehr durch technische Entwicklungen verändert. Deshalb zog er in Erwägung, „das Gold als Wertmesser“ heranzuziehen, um für die Berechnungen der Ertragsanteile der Arbeitenden und der Funktionäre einen „festen und verlässlichen Maßstab“ zu haben.⁷⁸ Aber war nicht auch der Wert des Goldes Veränderungen ausgesetzt?

Die Komplexität der selbstverwalteten Entscheidungsprozesse könnte Hertzka ebenso unterschätzt haben wie die Notwendigkeit, diese Komplexität zumindest teilweise durch eine dezentrale Selbstordnung der Märkte zu reduzieren und die Entscheidungsprozesse in den Assoziationen mit den Preisinformationen der Märkte zu verbinden. Die Verdrängung des Geldes durch das nahezu vollständige bargeldlose Clearingsystem der Zentralbank dürfte die Funktion der Marktpreise stark eingeschränkt haben.⁷⁹

Unabhängig von solchen ungeklärten Fragen und Bedenken enthielt Hertzkas Konzeption deutliche - schon bei George festgestellte und danach auch bei Oppenheimer und Landauer wiederkehrende - Anhaltspunkte für die Annahme, dass es eine besondere Affinität zwischen den Ansätzen einer Bodenrechtsreform und einer genossenschaftlichen Organisation der Arbeit gibt, die die Hierarchie von leitenden und ausführenden Arbeiten aufhebt und die alle Mitarbeiter zu gleichen Teilhabern an den assoziativen Unternehmen macht.

7.2.2 Franz Oppenheimer und der liberale Sozialismus

Als Arzt in einem Berliner Arbeiterviertel war Franz Oppenheimer zu der Erkenntnis gekommen, dass es über die medizinische Behandlung einzelner Menschen hinaus noch einer weitergehenden Therapie der gesamten kapitalistischen Gesellschaft bedurfte, um krank machende Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu überwinden. Oppenheimer wollte also - ähnlich wie vor ihm Salomon Neumann und Rudolf Virchow - nicht nur die bei einzelnen Menschen auftretenden Krankheits Symptome kurieren, sondern den in eine kapitalistische Unordnung geratenen Kranken sozia-

⁷⁸ Theodor Hertzka (1890/1896), S. 196 - 197.

⁷⁹ Theodor Hertzka (1890/1896), S. 88 und 90 (Produktionsmittel gehören allen und niemandem), 93 (Kreditvergabe).

len Organismus als Ganzes therapieren.⁸⁰ Ähnlich wie homöopathische Ärzte überlegte er, welche tiefere Störung dem Gesamtbild von gesellschaftlichen Krankheitssymptomen zugrunde liegen könnte und welches anstelle von mehreren Mitteln zur Bekämpfung einzelner Symptome das *eine* Heilmittel sein könnte, das den sozialen Organismus in die Lage versetzt, eine gesunde innere Ordnung zu finden, in der sich wohlproportionierte wirtschaftliche Kräfte gegenseitig in einem stabilen Gleichgewicht halten. Dieses *eine* soziale Heilmittel erblickte Oppenheimer nicht wie Marx & Engels in einer völligen Verstaatlichung der Wirtschaft und ihrer quasi mechanisch-maschinellen Steuerung, die er für einen Ausdruck einer „Konstruktionsmanie“ hielt. In kritischer Auseinandersetzung mit der damaligen Sozialdemokratie und in Anknüpfung sowohl an Adam Smith als auch an die Frühsozialisten konzipierte Oppenheimer stattdessen eine Reform des Bodenrechts und insbesondere eine Aufteilung von ostelbischen Großgrundbesitzungen als diejenige ‚Sozialmedizin‘, die dem kranken sozialen Organismus die Kraft geben sollte, marktbeherrschende Monopole aufzulösen und sich selbsttätig in einem Gleichgewicht monopolfreier Märkte zu stabilisieren. „In der Beseitigung des Privateigentums am Grund und Boden haben wir also die letzte Aufgabe sozialer Reformtätigkeit aufgefunden.“ Sie sollte die Voraussetzung schaffen für die Bildung eines weit verzweigten dezentralen Netzwerks von Siedlungsgenossenschaften und freien Märkten, in dem der soziale Organismus seine neue, ebenso freiheitliche wie gerechte innere Ordnung finden kann.⁸¹

Der neoklassischen Ökonomie trat Oppenheimer also mit der Überzeugung entgegen, dass die von ihr behauptete „Harmonie der Interessen“ in der kapitalistischen Marktwirtschaft noch gar nicht entstehen konnte. Sie müsse in einer vom Bodenmonopol und davon abgeleiteten sekundären Monopolen befreiten Marktwirtschaft erst noch hergestellt werden. Und der damaligen Sozialdemokratie hielt Oppenheimer entgegen, dass Marx & Engels die „soziale Krankheit“ und die Lohnabhängigkeit der Arbeiter zwar mit Recht kritisiert hätten, dass sie sie aber allzu einseitig im Blick auf das Industrieproletariat analysiert und die Landwirtschaft sowie die „Vernichtung des Mittelstandes“ vernachlässigt hätten. Zudem hätte die Akkumulation und Konzentration von Kapital zu einem „ungeheuren Wachstum der großen Städte mit ihrer verderblichen Rückwirkung auf Gesundheit und Sittlichkeit“ geführt. Die weitere Vermassung der Menschen und „Zersplitterung des Volkes in lauter isolierte wirtschaftliche Atome“ lasse sich nicht durch die noch

⁸⁰ Schon der Arzt und Sozialreformer Salomon Neumann (1819-1908) hatte in seiner Denkschrift „Die öffentliche Gesundheitspflege und das Eigentum“ (1847) geschrieben, dass „der größte Teil der Krankheiten nicht auf natürlichen, sondern auf gesellschaftlichen Verhältnissen beruht.“ (S. 64 - 65) Und der mit Neumann befreundete Arzt Rudolf Virchow, der in der 1848er Revolution für Freiheit und Demokratie kämpfte, trat nicht nur für eine öffentliche Gesundheitspolitik ein, sondern er kritisierte darüber hinaus auch die „unsinnige Aufhäufung von Kapital und Grundbesitz in den Händen einzelner“. Virchow beteiligte sich an der Gründung einer „Gesellschaft kleiner Besitzender“ und wies kommunistische Gedanken als „Wahnsinn“ von sich. Vgl. hierzu Heinrich Schipperges (1994), S. 92 - 95.

⁸¹ Franz Oppenheimer (1896), S. 2 - 16, 257 - 261, 432 (Konstruktionsmanie des Kommunismus, auch S. XV) und 567 (Aufhebung des Privateigentums am Boden).

stärkere Konzentration von Kapital in der Hand von proletarischen Staaten aufhalten - diese würde nur in die Sackgasse des Kollektivismus führen. Vielmehr bedürfe es genossenschaftlicher Zusammenschlüsse der atomisierten Individuen, auch wenn die Genossenschaftsbewegung bis dahin noch nicht ihr „weit gestecktes Ziel einer Hebung der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit“ erreicht habe.⁸²

Sodann stellte Oppenheimer die bisherige Entwicklung der Produktions- und Konsumgenossenschaften während des 19. Jahrhunderts ausführlich mit all ihren Stärken und Schwächen dar und erläuterte anschließend sein „Zukunftstraumbild“ von Vereinigungen von Menschen, die zwischen den ungesunden, reizüberfluteten Großstädten und dem nicht genügend anregenden Land Siedlungsgenossenschaften bilden und auf privat genutztem gemeinschaftlichem Boden sowohl ihre landwirtschaftliche, handwerkliche und industrielle Produktion als auch ihren Konsum gemeinschaftlich organisieren.

Vor allem in jenen Gegenden Deutschlands östlich der Elbe, in denen seit dem Dreißigjährigen Krieg der Großgrundbesitz vorherrschte, könnten neue Siedlungsgenossenschaften entstehen und viele von den ehemaligen Landarbeitern aufnehmen, die vormals aus Not vom Land in die Industriestädte geflüchtet und dort zu bloßen Proletariern geworden waren. Nur eine „enge soziale Mischung“ der jeweiligen Vorteile des Stadt- und Landlebens unter Vermeidung ihrer jeweiligen Nachteile könne selbstbestimmte Bürger hervorbringen. „Aber auch rein wirtschaftlich bedeutet eine innige örtliche Mischung von Industrie und Landwirtschaft die vorteilhafteste Form der bürgerlichen Gemeinschaft“. Neben landwirtschaftlichen Betrieben sollte es zwar auch größere industrielle Produktionsgenossenschaften geben, in denen die frei ein- und austretenden Mitglieder als „gleichberechtigte Genossen“ für ihre Arbeit ihren vollen, nicht durch Profite gekürzten Arbeitsertrag erhalten. Aber die hoch konzentrierte „Großindustrie, das letzte Bollwerk des Kapitalismus“ werde in kleinere und mittlere Genossenschaften übergehen. Und auch die etwas größeren Genossenschaften dürften nicht zu groß werden, weil sie sonst Gefahr laufen, dass „absolute Unterordnung und Lohnarbeit“ in ihnen wie in den „Dinosauriern des Großbesitzes“ zurückkehren. „Im durchgeführten genossenschaftlichen System ist also nur diejenige Verschiedenheit des Einkommens beseitigt, welche auf der schädlichen Aneignung gesellschaftlicher Vorteile beruht, und diejenige Verschiedenheit der Einkommen gewahrt, welche auf der nützlichen Entfaltung persönlicher Vorzüge beruht.“ Der volle Arbeitsertrag der genossenschaftlich verbundenen Arbeitenden werde dann nicht mehr durch Bodenrenten, Kapitalzinsen und Unternehmerprofite geschmälert. Allerdings stellte Oppenheimer wie schon Hertzka nicht klar, wie die städti-

⁸² Franz Oppenheimer (1896), S. 5, 9, 11, 13, 550 - 551 (Harmonie der Interessen herstellen) und 566 (Kritik am kommunistischen Kollektivismus).

schen und ländlichen Bodenrenten letztlich „bis auf die letzte Spur verschwinden“ und wie die Kapitalzinsen „auf null sinken“ würden.⁸³

Solche Überlegungen erübrigten sich für ihn, weil er die „Bodensperre“ vornehmlich als Folge des Großgrundbesitzes und die Bodenrente als Folge einer Anwendung von außerökonomischer Gewalt betrachtete und nicht als Folge der natürlichen Knappheit des Bodens. Statt ein automatisches Verschwinden der Bodenrenten zu erwarten - das aufgrund der natürlichen Knappheit des Bodens unmöglich ist - , wäre es angebracht gewesen, wie George oder Flürscheim über einen praktikablen Weg zur Entprivatisierung der Bodenrente nachzudenken.⁸⁴

Klarer als Hertzka sah Oppenheimer indessen die Notwendigkeit einer Vernetzung aller Siedlungsgenossenschaften durch eine geldvermittelte Bildung von Marktpreisen auf freien Märkten. Sobald keine Bodenrenten, Kapitalzinsen und Profite mehr in die Preiskalkulationen einfließen, würden die bisherigen negativen Seiten der Konkurrenz wie die „Preisdrückerei, die feindliche Unterbietung und der Kampf auf Tod und Leben“ behoben und es bestünden dann nur die positiven Seiten der Konkurrenz weiter, nämlich „die Konkurrenz um die Kundschaft durch Güte und entsprechenden Preis der Ware.“ Treibende Kraft des Handelns von Genossenschaften werde dann der „auf Befriedigung der eigenen Bedürfnisse gerichtete Eigennutz ... verbunden mit edleren Trieben (Mitgefühl)“. Überhaupt stimmte Oppenheimer mit Kropotkin darin überein, dass „auch die Menschenwelt viel stärker durch Sympathie und Gemeingefühl als durch den Kampf beherrscht“ werde.⁸⁵

Nach seinen Vorstellungen sollten die einzelnen Siedlungsgenossenschaften auch für den Handel und die Vergabe von Krediten zuständig sein. „All das ist zu erreichen auf dem Wege reiner Selbsthilfe, mit Ausnutzung der günstigen Kreditbasis; auf dem friedlichen Wege der Reform, ohne verfassungsmäßige Gesetzesänderungen, ohne gewaltsamen Umsturz, vollkommen entsprechend der geltenden Staats, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.“⁸⁶

Innerhalb der bestehenden monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft sollten nach und nach immer mehr Siedlungsgenossenschaften entstehen, die den Verdrängungswettbewerb allmählich auf gewaltfreie evolutionäre Weise in einen

⁸³ Franz Oppenheimer (1896), S. 417 - 418 und 493 - 533, hier: S. 503 (gemeinschaftlicher Boden), 512 und 517 - 520 (voller Arbeitsertrag), 525 - 526 (gleichberechtigte Genossen), 537 (Wegfall von Bodenrente, Kapitalzins und Profit), 538 - 540 und 545 - 546 (Ende der kapitalistischen Großindustrie und Gefahr zu groß werdender Genossenschaften, Verschwinden der Bodenrenten und Zinsen), 549 (Siedlungsgenossenschaften an Stelle der bisherigen Großgrundbesitzungen), 555 und 558 (Privateigentum am Boden als „Wurzel allen Übels“ vs. Nutzungsrechte), S. 615 (Wegfall der „arbeitsfreien“ Einkommen aus Grundrente, Zins und Profit). Zum Großgrundbesitz vgl. S. 6 und Oppenheimers 1898 erschienenes Werk „Großgrundbesitz und soziale Frage“, in: ders. (1898/1995), S. 1 - 280.

⁸⁴ Franz Oppenheimer (1907/1996), S. 384 (Verschwinden der Bodenrente). - Später kritisierte der Frankfurter Rechtsanwalt Henry Oswald gerade diese Lücke in Oppenheimers Begründung des Bodenmonopols; vgl. hierzu Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 105.

⁸⁵ Franz Oppenheimer (1896), S. 569 (Eigennutz und Mitgefühl), und ders. (1926), S. 147 und 149 (Übereinstimmung mit Kropotkin). Zu Kropotkin vgl. auch Franz Oppenheimer (1901/1995), S. 377 - 380.

⁸⁶ Franz Oppenheimer (1896), S. 508 (Handel und Kreditwesen).

qualitativ anderen, von jeglichen Monopolen freien Leistungswettbewerb zwischen den einzelnen Siedlungsgenossenschaften umwandeln. Oppenheimer verglich diesen Prozess mit der Besiedelung der US-amerikanischen Westküste. „Jedoch werden die verderblichen Auswüchse des Bodenwuchers, des unsittlichen Schankgewerbes und des Lumpenproletariats hier nicht vorhanden sein. Es werden sich diejenigen dörflichen und ländlichen Industrien entwickeln, die wir von den Shakers, Rappisten und Perfektionisten kennen. ... Einzelne dieser Industrien werden sich zu Manufakturen und vielleicht Fabriken auswachsen und exportfähig werden. Dazwischen werden sich Gewerbetreibende, welche der Natur der Sache isoliert bleiben, also Künstler vom Kunsthandwerker höchster Staffel aufwärts, Schriftsteller, Lehrer, Ärzte usw. ansiedeln oder sich zu gemeinsamen Unternehmungen, z.B. Zeitungen, Schauspielvorstellungen, Schulen, genossenschaftlich vereinigen. Es werden öffentliche Gebäude, wahrscheinlich auch Kirchen der verschiedenen Konfessionen entstehen, Straßen gebaut, Verkehrsmittel angelegt werden. Die Phantasie hat hier die Möglichkeit zu freiestem Fluge in das Reich der Wahrscheinlichkeiten oder Möglichkeiten. Wer sich an solchen Bildern ergötzen will, mag Hertzka's ‚Freiland‘ oder Bellamy's ‚Rückblick aus dem Jahr 2000 auf 1887‘ lesen.“⁸⁷

Oppenheimer selbst beließ es bei der Erwartung, dass die Siedlungsgenossenschaften im Laufe der Zeit die Größenordnung einer „mittleren Stadt“ erreichen würden, und wies sodann den Gemeindeverwaltungen eine Reihe von öffentlichen Aufgaben zu: die Erhebung von Steuern, den Aufbau einer Sozial- und Wirtschaftsstatistik sowie die Organisation des Bildungs- und Gesundheitswesens und einer öffentlichen Infrastruktur (Verkehr und Energieversorgung) und schließlich die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung durch eine Polizei.⁸⁸ Wie Hertzka erwartete auch Oppenheimer von der Reform des Bodenrechts eine gesellschaftliche Gesundung der Menschen im Sinne einer Abnahme von Kriminalität, Alkoholismus, Prostitution und Krankheiten sowie eine allgemeine Anhebung von Sitte und Moral.⁸⁹

Anders als Hertzka, der weit entfernt von den Zentren des Kapitalismus in einer afrikanischen Kolonie mit der Erneuerung der Welt beginnen wollte, setzte Oppenheimer seine Hoffnungen zunächst auf eine praktische „Binnenkolonisation“, um die Theorien über eine Aufhebung der monopolistischen „Bodensperre“ innerhalb Deutschlands in „rettende Taten“ umzusetzen. So war er maßgeblich an der Gründung von Siedlungsgenossenschaften in Eden bei Oranienburg (ohne deren lebensreformerische Ziele gutzuheißen) und Wenigenlupnitz bei Eisenach beteiligt und er wirkte auch bei Gartenstadt-Projekten mit, die seit der Wende vom 19. zum 20.

⁸⁷ Franz Oppenheimer (1896), S. 526 - 527.

⁸⁸ Franz Oppenheimer (1896), S. 530.

⁸⁹ Franz Oppenheimer (1896), S. 590 (Verbrechen als Argumente für eine Änderung der ungerechten Ordnung) - 620.

Jahrhundert in und um Berlin unternommen wurden, zum Beispiel bei der Wohnungsbaugenossenschaft „Freie Scholle“ in Berlin-Tegel.⁹⁰

Darüber hinaus ergab sich für Oppenheimer auch noch eine Gelegenheit, bei einem Siedlungsprojekt in einem fernerem Teil der Erde mitzuwirken. Und zwar hatte der österreichisch-ungarische Publizist Theodor Herzl (1860-1904) in seinem Roman „Altneuland“ (1902) ähnlich wie vor ihm Theodor Hertzka in dessen Roman „Freiland“ einen Umgang mit dem Land gemäß bodenrechtsreformerischer Grundsätze propagiert. Die wegen des sich verstärkenden Antisemitismus in Europa - bezeichnend dafür war die Dreyfus-Affäre, bei der 1894 ein jüdischer Hauptmann von einem französischen Militärgericht zu Unrecht wegen Landesverrats verurteilt wurde - nach Palästina übersiedelnden Juden sollten dort eine „neue Gesellschaft auf altem Boden“ und gleichsam ein soziales „Versuchsland für die Menschheit“ aufbauen. Durch Bewässerungen, Aufforstungen und andere Infrastrukturmaßnahmen sollten sie ein „blühendes Land“ schaffen. Herzl schilderte in seinem Roman, wie die Siedler kein Privateigentum am Boden haben, sondern ihre Grundstücke gemäß dem Hall- und Jobeljahr in den mosaischen Gesetzen ‚nur‘ für die Dauer von sieben mal sieben Jahren von der Gemeinschaft pachten. „Die Wertvermehrung des Bodens kommt nicht Einzelnen, sondern der Gesamtheit zustatten.“ Im Übrigen zog Herzl keine Abschaffung oder Reform des Geldes in Erwägung, sondern er war zuversichtlich, dass das Geld im Rahmen einer genossenschaftlich organisierten Wirtschaft nur noch seine positiven Wirkungen entfalten würde. Von Proudhon, dessen Gedanken ihm während eines Aufenthalts in Paris begegneten, übernahm er die Bezeichnung „Mutualismus“ für ein genossenschaftliches Wirtschaften, aber nicht dessen Kritik am Königtum des Geldes und dessen Forderung nach zinslosen Krediten.⁹¹

Da Herzl sich nicht sicher war, wie sich die den mosaischen Gesetzen zugrundeliegenden Gedanken in eine zeitgemäße Rechtspraxis übertragen ließen, lud er Oppenheimer zum 6. Zionistischen Kongress 1903 nach Basel ein, um dort in einem Vortrag ein ökonomisches und vor allem bodenrechtliches Konzept für das spätere Siedeln in Palästina zu entwickeln. In Übereinstimmung mit Herzls Ziel, unter Wahrung einer religiösen Toleranz „mit allen anderen rechtschaffenen Menschen ... in Gerechtigkeit, Nächstenliebe und hohem Freisinn ... wetteifern“ zu wollen, setzte sich auch Oppenheimer als „leitender Volkswirt“ der zionistischen Bewegung von Beginn an für ein „nicht nur tolerantes, sondern geradezu brüder-

⁹⁰ Franz Oppenheimer (1932/1964), S. 155 (rettende Taten), 160 - 164 und 169 - 178. - Vgl. Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 41 - 42. - Bei der „Freien Scholle“ in Berlin-Tegel arbeitete Oppenheimer u.a. mit dem Architekten Gustav Lilienthal zusammen, den er im Berlin-Friedrichshagener Dichterkreis kennengelernt hatte. Dessen Bruder Otto Lilienthal gehörte zu den Pionieren der Luftfahrt und führte für die Arbeiter in seinem Unternehmen frühzeitig eine 25%ige Gewinnbeteiligung ein.

⁹¹ Theodor Herzl (1902/1933), S. 57 (Palästina als Versuchsland für die Menschheit), 72 (Antisemitismus in Europa) - 74 (Infrastrukturen), 85 (soziale Einrichtungen), 94, 100 und 109 - 110 (Mutualismus, Genossenschaften und Handel), 114 (Geld), 132 (blühendes Land) - 136 (Bodeneigentum) und 238 (Bodeneigentum). - Vgl. auch Alex Bein (1983), S. 157 (Herzls Ziel anhand eines Originalzitats aus seiner Rede am 8.11.1896 in Wien) und S. 271.

liches Verhältnis zu den Arabern“ ein. Nach dem Vorbild der Schweiz sollte in Palästina ein „Netz von Bauernkolonien“ mit jüdischen und arabischen Siedlern entstehen, zu dem auch Handwerker und Angehörige freier Berufe hinzukommen sollten. Das Land bleibt „für alle Zeiten im Eigentum der Gesamtheit“ und Juden wie Araber sollten private Nutzungsrechte bekommen können. „Wir müssen im modernen Gewande die uralten Agrargesetze Israels wiederherstellen.“⁹²

Sieben Jahre nach Herzls Tod entstand 1911 unter Oppenheimers Mitwirkung nördlich von Haifa eine Siedlung Merchawja (Gottes Weite) mit größeren Betrieben, in denen die Arbeiter am Gewinn beteiligt wurden. Unter den Bedingungen eines Krieges zwischen Griechenland und der Türkei innerhalb des damaligen osmanischen Reiches und danach des Ersten Weltkriegs konnte die Siedlung Merchawja jedoch nicht gedeihen. Dennoch wirkten Oppenheimers Gedanken auf die spätere Kibbuz-Bewegung weiter.⁹³

Vom Arzt zum Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler

Seine publizistischen Tätigkeiten als Vorkämpfer einer Reform des Bodenrechts und auch als Redakteur der Zeitung „Welt am Montag“ nahmen einen so breiten Raum ein, dass Oppenheimer seine Tätigkeit als Arzt aufgab und ein Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften begann, um sich dann noch fundierter als ‚Arzt des kranken Sozialorganismus‘ betätigen zu können.

Im Spannungsfeld zwischen der Neoklassik und dem Marxismus nahm Oppenheimer Anregungen von der Historischen Schule der Ökonomie auf, ging aber in seinen geschichtsphilosophischen Studien bald eigene Wege, weil er die Geschichte von Wirtschaft und Staat nicht nur beschreiben, sondern auch ihre inneren Widersprüche aufdecken und überwinden wollte. Oppenheimer zufolge entstand der Staat nicht durch einen Gesellschaftsvertrag, wie Rousseau angenommen hatte. Er wünschte sich den Staat auch nicht wie Hobbes als Leviathan, wie die klassische Ökonomie als Nachwächterstaat oder als Wohlfahrtsstaat. Von Anfang an

⁹² Theodor Herzl (1902/1933), S. 143 - 144 (heilige Stätten „in niemandes ausschließendem Besitz“), 273 - 274 (Friedenspalast in Jerusalem), 316 - 317 und 323. - Franz Oppenheimer (1932/1964), S. 165 - 168 und 212 (leitender Volkswirt) - 215 (Ablehnung von jeglichem jüdischen und nichtjüdischen Chauvinismus). Zu Oppenheimers Rede auf dem Zionistenkongress 1903 vgl. (1932/1964), S. 281 - 296, hier: S. 286 - 288. - Noch in einem Schreiben Oppenheimers an die Jüdische Pressezentrale in Zürich vom 18.12.1920 hieß es: „Ich habe meine Stellung zu dem Zionismus niemals geändert. ... Was mir vor allem am Herzen liegt, ist die Frage der Araber. Wenn die Juden es nicht über sich bringen, die Araber durchaus nicht nur als gleichberechtigt, sondern als Brüder zu behandeln, d.h. in alle Vorteile und Genossenschaften ohne weiteres aufzunehmen, rechtfertigen sie nachträglich alle Ausschreitungen des Antisemitismus und zerstören ihr eigenes Werk, wirtschaftlich und politisch. Wirtschaftlich, weil die Aufgabe darin besteht, keine Klasse ‚freier‘ Arbeiter im Lande zu dulden, vielmehr alle mit Produktionsmitteln auszustatten, und politisch, weil es sonst niemals Frieden und Ruhe im Lande geben wird.“ (Zitiert nach Volker Caspari & Klaus Lichtblau 2014, S. 69 und 73)

⁹³ Zur weiteren Entwicklung des Umgangs mit dem Boden in Palästina und dem späteren Israel vgl. Efraim Orni (1973) und Christiane Busch-Lüty (1989). - Zu Debatten innerhalb des Zionismus über das Geld vgl. Adam Raz & Yigal Wagner (2014), S. 242 - 243.

war der Staat für ihn „fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger.“⁹⁴

Die Staaten einschließlich der modernen Verfassungsstaaten sah Oppenheimer also als Klassenstaaten an. Deren Entstehung habe mit der Unterwerfung von Bauernvölkern durch Hirtenstämme oder Seenomaden begonnen, bevor die Aneignung großer Ländereien durch feudale Herren zur Ausformung von zunächst primitiven und später höheren Feudalstaaten geführt habe. Während der Zeit von etwa 1000 - 1400 n.Chr. sei deren Einfluss vorübergehend durch das Aufkommen von „Gewerbestädten“ zurückgedrängt worden. Danach konnten sich mit dem Rückgang der Geldwirtschaft nochmals feudale Herrschaftsverhältnisse ausbreiten, bevor schließlich mit dem Aufstieg der kapitalistischen Geldwirtschaft kapitalistische neben bzw. über die alten feudalistischen Herrschaftsverhältnisse traten. Trotz des beginnenden Wandels des Feudalstaates zum modernen demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat blieb der Staat noch immer ein Instrument der Aufrechterhaltung einer wirtschaftlichen Unterwerfung von Mehrheiten unter Minderheiten. Der Klassenkampf zwischen Feudalherren und Bauern wandelte sich im Laufe der zunehmenden „sozialen Differenzierung“ und des Zerfalls der Gesellschaft in eine Vielzahl von Interessengruppen in einen „Parteienkampf“. Parteien wurden fortan zu Instrumenten der Durchsetzung von Gruppeninteressen, wobei sich das Beamtentum zu einer über den Interessen stehenden, aber letztlich doch nicht neutralen Kraft entwickelt habe. „Der Klassenkampf wird in der Republik mit den gleichen Mitteln geführt wie in der Monarchie.“⁹⁵

Die moderne Demokratie betrachtete Oppenheimer deshalb noch nicht als die letztgültige Ausdrucksform von politischer Freiheit, weil sie noch immer von einer das Recht einschränkenden wirtschaftlichen Macht und Herrschaft durchsetzt sei. Diese machte er dafür verantwortlich, dass sowohl die Erhebung von Steuern als auch deren Verwendung mit strukturellen Ungerechtigkeiten einhergehen. Über die bisherige *Volksherrschaft* hinaus werde die Entwicklung des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates nach einer Überwindung des privaten Bodeneigentums und insbesondere einer Aufteilung des Großgrundeigentums noch weitergehen in die Richtung einer „Freibürgerschaft“. Damit meinte Oppenheimer eine klassenlose Gesellschaft - aber anders als Marx keine vermeintlich klassenlose Gesellschaft, in der das Proletariat zur Macht gelangt, sondern eine *klassenlose bürgerliche Gesellschaft*, in der nach den Vorstellungen der aufgeklärten Philosophen sowie von Saint-Simon und anderen Frühsozialisten alle Menschen zu

⁹⁴ Franz Oppenheimer (1907/1996), S. 312 - 313.

⁹⁵ Franz Oppenheimer (1907/1996), S. 324 (früheste Formen von Staaten), 373 - 378 (Gewerbestädte und Geldwirtschaft), 379 - 381 (Parteienkampf und Beamtentum) und 384 (Zeit von 1000 bis 1400).

politisch und auch wirtschaftlich freien und gleich(berechtigt)en Bürgern werden, die nicht mehr als Personen voneinander abhängig sind, sondern nur noch auf sachlichen Ebenen aufeinander angewiesen sind. Als „Freibürger“ sollten sie sich in allen Lebensbereichen selbst bestimmen und sich ähnlich wie in Proudhons Föderationen freiwillig zu einem politischen Gemeinwesen assoziieren, in dem weder Minderheiten noch Mehrheiten über die übrige Gesellschaft herrschen.

Sobald Macht und Herrschaft infolge einer Aufhebung der „Bodensperre“ zurückgedrängt werden und sich an ihrer Stelle immer mehr ein *gleiches* Recht für *alle* Menschen ausbreitet, können die historisch gewachsenen feudalistischen und kapitalistischen „Oligokratien“ auf dem Weg über die Demokratie allmählich in eine herrschaftsfreie Ordnung übergehen. In Abgrenzung zum Anarchismus bezeichnete Oppenheimer sie als „Akratie“. „Bei voller Verwirklichung der Demokratie hört die Demokratie auf, Kratie zu sein, und wird - Akratie.“ Hierunter verstand Oppenheimer eine verfassungsgemäße, rechtsstaatliche Ordnung, welche die von wirtschaftlicher Ausbeutung befreiten Menschen sich geben werden, um ihre gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu regeln. „Der klassenlose Staat der Zukunft, die ... ‚Freibürgerschaft‘ meiner Terminologie, wird die stärkste richterliche und administrative Autorität, Beamte mit allen Machtvollkommenheiten, derer sie bedürfen, Steuern und Leistungen, Strafrecht und Strafrichter - sie wird nicht im mindesten Anarchie und dennoch durchaus Akratie sein. ... Keine größere Gemeinschaft kann auskommen ohne ein gewisses Gemeineigentum, mindestens an Wegen, an Bildungsanstalten, an Schulen, vielleicht Kirchen. ... Solche Dinge müssen verwaltet und geschätzt werden; und dazu gehören Beamte, die man besolden muss, und dazu Steuern. Die kann man aus Gründen der Gerechtigkeit dort, wo es sich um allgemeine Interessen handelt, auch nur als Zwangsumlage von allen Beteiligten einziehen.“ Auch Kanäle und Deiche zählte Oppenheimer zu den gemeinschaftlichen Einrichtungen.⁹⁶

Liberaler Sozialismus als Alternative zur Neoklassik und zum Marxismus

Im Januar 1909 wirkte Franz Oppenheimer zusammen mit Max Weber, Georg Simmel, Werner Sombart und anderen bei der Gründung der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie“ mit. Als jemand, der gerade erst als Privatdozent an die Universität Berlin gekommen war, konnte er jedoch keinen größeren Einfluss auf die-

⁹⁶ Franz Oppenheimer (1914/1996), S. 415, 418 (Akratie im Unterschied zur Anarchie) -419 und 423. - Bereits in seinem Buch „Die Siedlungsgenossenschaft“ betrachtete Oppenheimer die „wirtschaftliche Emanzipation“ als die eigentliche Voraussetzung für eine „echte Demokratie“, in der öffentliche Angelegenheiten ohne Interessen- und Parteipolitik rein sachlich geregelt werden. (1896, S. 623 - 627) - Oppenheimers Buch „Der Staat“ erschien erstmals in der 1907 von dem jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber herausgegebenen „Sammlung sozialpsychologischer Meister“. Wie Bubers späteres eigenes Werk „Pfade in Utopia“ zeigt, war er außer von Oppenheimer auch sehr von Pierre Proudhon und Gustav Landauer beeinflusst.

se damals noch im Entstehen begriffene Wissenschaft entfalten. Zudem befand sich seine Vorstellung, dass eine universalgeschichtlich fundierte Soziologie auch politische Konsequenzen im Sinne einer Überwindung von wirtschaftlicher und politischer Macht haben sollte, im Widerspruch zu dem von Weber vertretenen Grundsatz der Wertfreiheit der Wissenschaft. Mit seinem differenzierten, aber letztlich negativen Werturteil über den modernen Kapitalismus stand Oppenheimer in den Anfängen der Soziologie noch allein.

In seinem Buch „Die soziale Frage und der Sozialismus“ (1913) intensivierte Oppenheimer sein bereits in einem Dialog mit Eduard Bernstein begonnenes Bemühen, die führenden Theoretiker der Sozialdemokratie von der Fehlerhaftigkeit der Marxschen Analyse des Kapitals sowie von der Notwendigkeit zu überzeugen, einen anderen Ausweg aus dem Kapitalismus zu suchen. Nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln an sich betrachtete Oppenheimer als ein Mehrwert heckendes Kapital, sondern der Boden und die Produktionsmittel würden erst dadurch zu Kapitalgütern, dass der Zugang zu ihnen durch eine Monopolisierung des Bodens beschränkt wird. Als Monopolgut werfe der Boden für eine Minderheit von Privateigentümern und Großgrundbesitzern eine leistungslose Bodenrente als Entgelt für die künstliche Verknappung des Bodens ab, wodurch diese die Möglichkeit erhalten, auch Produktionsmittel in ihren Händen zu monopolisieren, große Massen von Arbeitern - vorwiegend Landarbeitern - von sich abhängig zu machen und zuzüglich zur Bodenrente in ihren Unternehmen auch Kapitalprofite zu erzielen. „Das Klassen-Monopol beruht auf der Monopolisierung des Grund und Bodens. Es ist Boden-Monopol, und zwar ein durch Sperrung entstandenes Monopol: das Klassen-Monopol, das allein Mehrwert verursacht, beruht auf der Ausspernung des Bodens. Die Oberklasse hat die Unterklasse vom Boden ausgesperrt. ... Das moderne Großgrundeigentum ist die ... Schöpfung ‚außerökonomischer Gewalt‘ ..., der letzte Feudalrest in unserer im Übrigen ganz auf den freien Tausch gleichwertiger Gegenstände aufgebauten Wirtschaftsgesellschaft.“⁹⁷

Aus dieser Analyse des Kapitalismus zog Oppenheimer hinsichtlich seiner Überwindung andere Schlüsse als Marx & Engels. Statt die im Monopolkapitalismus bereits stark eingeschränkte Freiheit der Märkte vollends abschaffen und die gesamte Produktion einer staatlichen Zentralverwaltung unterstellen zu wollen, hoffte Oppenheimer auf das Verständnis insbesondere der Sozialdemokratie für seine Forderung, die monopolistische „Bodensperre“, also den Großgrundbesitz, aufzuheben und damit einer von jeglichen Monopolen befreiten Marktwirtschaft den Weg zu ebnen. Darin sollten der Boden und die Produktionsmittel ihren Charakter als Mehrwert heckende Kapitalgüter verlieren.

Leider blieb Oppenheimer bei seiner Ansicht, dass die „Bodensperre“ nichts mit der natürlichen Knappheit des Bodens zu tun habe, sondern allein auf einer ursprünglich gewaltsamen, zum Recht erklärten Beschränkung des Zugangs zu dem reichlich vorhandenen Boden beruhe, m.a.W. auf einer „außerökonomischen Stö-

⁹⁷ Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 13 und 62.

rung des normalen Wirtschaftsverlaufs“. Diese lasse sich aufheben, indem der Großgrundbesitz - ohne oder besser noch mit Entschädigungen - in viele Flächen von etwa fünf Hektar aufgeteilt werde. Darauf könnten Bauernfamilien selbstständig wirtschaften. „In Ländern höherer Kultur reichen ... fünf Hektar pro Familie zu anständig-mittelständischer Existenz aus. ... Würde man also das Großbauernland verteilen, so würde man fast die gesamte Landarbeiterbevölkerung als mittelständische Bauernbevölkerung sesshaft machen können.“ Da etwa die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland in der Landwirtschaft arbeitete, seien noch mehr als genug Flächen für Wohn- und Gewerbebezüge verfügbar.⁹⁸

Auch den Kapitalcharakter von Geld und Produktionsmitteln und den Kapitalprofit - damit meinte Oppenheimer den Zins als „Frucht des Kapitals“, ohne genauer zwischen dem Zins des Geld- und des Realkapitals zu unterscheiden - leitete er aus der „Bodensperre“ ab. Dank ihrer Verfügung über leistungslose Bodenrenten hätten Großgrundbesitzer einen privilegierten Zugang nicht nur zum Boden, sondern auch zu Produktionsmitteln; sie könnten die arbeitenden Menschen vom Eigentum an den Produktionsmitteln trennen und in ihre Abhängigkeit bringen - das war auch für Marx & Engels ein wesentliches Kriterium für die Anfänge des Kapitalismus gewesen. Mit ihren akkumulierten, monopolisierten Kapitalgütern könnten Großgrundbesitzer weitere leistungslose Kapitalprofite erzielen und durch deren Investition weitere Kapitalgüter anhäufen. Das Privateigentum an den realen Kapitalgütern Boden und Maschinen betrachtete Oppenheimer also im Gegensatz zur Klassik und zur Neoklassik nicht oder nur zum geringen Teil als „Ergebnis wirtschaftlicher Tugenden“ des Fleißes und des Sparens, sondern zum großen Teil als Resultat des Sparens und Investierens von leistungslosen Bodenrenten und Kapitalzinsen bzw. -profiten. „Wenn die Grundrente unmittelbare Folge der Bodensperre ist, so ist der Kapitalprofit ihre mittelbare, abgeleitete, sekundäre Folge. Auch der Kapitalprofit ist ein Klassen-Monopolgewinn, und zwar stammt er gleichfalls aus der Bodensperre, steht mit ihr und wird mit ihr fallen.“⁹⁹

Anstelle eines Vorworts stellte Oppenheimer seinem Buch „Die soziale Frage und der Sozialismus“ einen Briefwechsel mit Karl Kautsky voran, der seiner Aufforderung zu einem Dialog mit der Bemerkung ausgewichen war, dass sein Buch „mir nichts anderes entlockt hat als ein verwundertes Lächeln. ... So einfach liegen die modernen Probleme der Ökonomie und des Sozialismus nicht, wie sie Ihnen erscheinen.“ Eine Diskussion hielt Kautsky nur zwischen Menschen für angebracht, die „auf gemeinsamem Boden“ stehen. Das sei hier nicht der Fall, weshalb

⁹⁸ Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 14 - 31 (rechtliches statt natürliches Bodenmonopol), 17 und 33 (fünf Hektar für jede bäuerliche Familie), 74 (Bodensperre als außerökonomische Störung) und 80 (Entschädigungsfrage).

⁹⁹ Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 35 (Kapitalprofit als Folge der Bodensperre), 37 - 38 (Geld und Maschinen als Kapitalgüter; Zins als Kapitalprofit) und 40 (Trennung der Arbeitenden von den Produktionsmitteln).

eine weitere Diskussion nicht zu einer Verständigung führen werde, „sondern eher zu einer Erweiterung der Kluft.“¹⁰⁰

Oppenheimers Unterscheidung zwischen einer von ihm kritisch betrachteten monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft und einer von ihm angestrebten monopolfreien Marktwirtschaft war für den die Märkte pauschal ablehnenden Kautsky nicht nachvollziehbar. Und die Tatsache, dass Oppenheimer wie schon vor ihm Henry George den Kapitalismus einzig und allein auf die ‚Bodenfrage‘ reduzierte, dass er ihn sehr viel stärker unter agrarischen als unter industriellen Gesichtspunkten analysierte, dass er auch Marx‘ Analyse der ursprünglichen Akkumulation anzweifelte und obendrein dem Geld- und Realkapital keinen eigenen primären Kapitalcharakter zubilligte, machte es für Kautsky und andere Theoretiker der Sozialdemokratie einfach, solche Zweifel an der Richtigkeit von Marx‘ Wert- und Mehrwerttheorie¹⁰¹ und ihrem Verstaatlichungsprogramm abzuwehren.

Trotz unübersehbarer Schwächen ging der Weg, den Oppenheimer der Sozialdemokratie zeigen wollte, ansatzweise aber doch in die richtige Richtung einer Wiederverbindung der Arbeitenden mit einem entmonopolisierten Boden und mit entkapitalisierten Produktionsmitteln. Gegen den politischen Widerstand der konservativen Großagrarien sollte die „Bodensperre“ durch eine „innere Kolonisation“ aufgehoben werden, also durch eine Aufteilung des Großgrundbesitzes und durch die Schaffung vieler selbstständiger Bauernwirtschaften, zu denen dann in neuen ländlich-(klein)städtischen Siedlungsstrukturen eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Gewerbebetriebe hinzukommen würde. Sobald der Boden und die Produktionsmittel für alle Arbeitenden frei zugänglich werden, verflüchtigt sich ihr widersprüchlicher Doppelcharakter einerseits als Hilfsmittel der Produktion und andererseits als Mehrwert (Bodenrenten und Kapitalzinsen bzw. -profite) heckende Kapitalgüter, und die Spaltung der Gesellschaft in sich bekämpfende Klassen könnte überwunden werden. „Der feudale Fremdkörper, der Rest erobernder Gewalt, wird aus dem Organismus der auf Gleichheit aufgebauten freien Gesellschaft ... ausgestoßen.“ Vom Wegfall der Bodenrenten und Kapitalprofite erwartete Oppenheimer ein ansteigendes und sich auf mittlere Sicht gesamtgesellschaftlich ausgleichendes Lohn- bzw. Einkommensniveau und einen allmählichen Übergang in eine Arbeitswelt, die sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk und in der Industrie mehr und mehr auf Selbstständigkeit beruht und in der sich Arbeiter nicht mehr auf Gedeih und Verderb an Kapitalisten verkaufen müssen. „Auf Jahrzehnte hinaus ist eher eine Rückwanderung aus den Städten aufs Land als ein Abwanderung von Land in die Städte zu erwarten.“ Und sogar bei Kautsky fand Oppenheimer einmal eine Bestätigung für seinen Gedanken, dass Arbeiter, die sich nicht selbstständig machen wollen, in abhängiger Beschäftigung bleiben könnten, ohne die Unbarmherzigkeit von Kapitalisten fürchten zu müssen. „Die Kapitalisten

¹⁰⁰ Brief von Karl Kautsky an Franz Oppenheimer vom August 1912, in: Franz Oppenheimer [1913/1996], S.X.

¹⁰¹ Franz Oppenheimer [1913/1996], S. 106 - 124.

können da wohl fortfahren, Leiter der Fabriken zu sein, aber sie werden aufhören, ihre Herren und Ausbeuter zu sein.“ Es werde - so zitierte Oppenheimer zustimmend eine Äußerung von Kautsky - sogar Kapitalisten geben, die ihre Betriebe zum Verkauf anbieten, sobald sie nur noch kostendeckend produzieren und ihnen die Risiken zu groß werden.¹⁰²

Unter solchen Umständen würden selbstständige Bauernfamilien und Gewerbetreibende ihre Erzeugnisse auf monopolfreien Märkten anbieten. „Wo kein Monopol besteht, da herrscht wirtschaftliche Vernunft und Gerechtigkeit, denn da tauscht sich Wert haarscharf gegen Wert. ... Da gibt es keinen Mehrwert auf der einen und keinen Minderwert auf der anderen Seite. Und zwar wird das bewirkt durch die arg verschriene ‚freie Konkurrenz‘.“ Nach einer Befreiung des Wettbewerbs von Monopolen würden die Arbeitenden durch Schwankungen von Gewinnen und Verlusten um einen kostendeckenden Durchschnitt den gesellschaftlich erwünschten Tätigkeitsbereichen selbsttätig zugeordnet und dementsprechend würden sie im Durchschnitt auch ihre vollen, nicht durch einen Mehrwert geschmäleren Arbeitserträge erhalten. „Auf diese Weise bewirkt die verschriene freie Konkurrenz durch die Ausgleichung der Preise die Ausgleichung der Einkommen nach dem Werte der Arbeit.“¹⁰³

Über alle Unzulänglichkeiten seines Gedankengebäudes hinweg war es letztlich Oppenheimers Botschaft an die Sozialdemokratie und die übrige Arbeiterbewegung, dass nicht der Liberalismus und die freie Konkurrenz für die Not und das Elend der Menschen im Kapitalismus verantwortlich sind, sondern - im Gegenteil - die Beschränkung des Wettbewerbs durch Monopole, deren Inhaber die bürgerlichen Freiheiten für ihre Machtzwecke missbrauchen. „Wir brauchen weder auf die Freiheit noch auf die Gleichheit zu verzichten. Die Zukunft bringt uns beide vereint, den liberalen Sozialismus. ... Er ist Sozialismus, weil er ... das Streben auf eine von allem Mehrwert erlöste Wirtschaftsordnung ist, eine Ordnung ..., aus der Grundrente und Kapitalprofit verschwunden sind. Er ist liberaler Sozialismus, weil er dieses Ziel erreichbar hält nicht durch Beseitigung, sondern gerade erst durch die volle Entfesselung der zu Unrecht verschrienen freien Konkurrenz. Dadurch vor allem unterscheidet er sich von dem kollektivistischen Sozialismus, wie Marx ihn lehrte.“¹⁰⁴

Erster Weltkrieg und Kontroverse mit Schumpeter

Vom Beginn des Ersten Weltkriegs völlig überrascht, legte Oppenheimer in einigen Aufsätzen dar, weshalb er den Krieg aus ökonomischer Sicht für sinnlos hielt. Keine einzige der Kriegsparteien könne auf diesem Weg ökonomische Vorteile

¹⁰² Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 90 - 96. Die betreffende Äußerung von Kautsky fand Oppenheimer in dessen Schrift „Die soziale Revolution“ (Berlin 1907).

¹⁰³ Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 4.

¹⁰⁴ Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 69 - 70, 96 und 99.

erreichen - im Gegenteil, der Krieg bewirke nur Rückschritte auf dem Weg aller Staaten in eine weltwirtschaftliche Integration und sei deshalb nicht mit einer großen Reinigung vergleichbar, sondern vielmehr mit einer schweren Krankheit, die ihren Ursprung im ungelösten gesellschaftlichen Grundkonflikt der Monopolisierung des Bodens habe.

Gleichwohl bot Oppenheimer der deutschen Regierung seine Dienste als wirtschaftspolitischer Berater an, übernahm im Rahmen der Kriegswirtschaft eine sozialpolitische Tätigkeit und engagierte sich außerdem in einem „Komitee für den Osten“, in dem es um den Umgang des deutschen Militärs mit osteuropäischen Juden ging. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr verstärkte sich Oppenheimers auch in seiner Schrift „Weltwirtschaft und Nationalwirtschaft“ (1915) dargelegte Überzeugung, dass „wir die Form finden müssen, die über die Zersplitterung der Nationalstaaten fort zu größeren übernationalen Einigungen der europäischen Staaten führt, politische Integrationen, die der schon weithin vollzogenen wirtschaftlichen Integration entsprechen.“ Wenn das nicht gelinge, werde die „politische und kulturelle Vorherrschaft“ in der Welt von Europa auf die Vereinigten Staaten von Amerika übergehen.¹⁰⁵

Kurz nach Oppenheimers Ernennung zum Titularprofessor an der Universität Berlin (1917) kam es zu einer Kontroverse zwischen ihm und dem österreichischen Ökonomen Joseph Alois Schumpeter um das Bodenmonopol. Obwohl Schumpeter nach eigener Aussage die Einkommen aus der Bodenrente nicht unbedingt rechtfertigen wollte, trat er Oppenheimers Ansicht entgegen, wonach der von einer Minderheit privat angeeignete Boden ein Monopolgut sei. „Wenn der Tatbestand der privaten Aneignung ausreiche, um eine Charakterisierung des Bodens als Monopolgut zu begründen, dann wären auch alle anderen privat angeeigneten wirtschaftlichen Güter Monopolgüter und es gäbe überhaupt keine andere als monopolistische Preisbildung und der jeder Betrachtung offenbare Unterschied zwischen Konkurrenz- und Monopolpreisbildung wäre verwischt.“ Auch Oppenheimers Hinweise darauf, dass der Boden nicht durch Arbeit vermehrbar ist und dass die Besitzlosen von den privaten Eigentümern großen und mittleren Grundbesitzes abhängig sind - Oppenheimer hatte von einer „einseitigen Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses“ gesprochen - ließ Schumpeter nicht gelten. „Intensität der Nachfrage ist nicht gleichbedeutend mit Unentbehrlichkeit des nachgefragten Gutes an sich, sondern Resultante von Bedarf und Deckung. Ein ganz unentbehrliches Gut kann mit sehr geringer Intensität gefragt werden und ein recht entbehrliches mit großer, denn bekanntlich kommt es niemals auf die Bedeutung des Gutes als solches für die Konsumenten an ..., sondern auf die Bedeutung der konkreten einzelnen Teilmenge desselben.“¹⁰⁶

¹⁰⁵ Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 85 - 94, hier: S. 94 (Brief Oppenheimers an seinen Sohn Ludwig vom 25.1.1916). Vgl. auch Oppenheimers Aufsatz „Kriegswirtschaft“ (1914) mit seiner irritierenden Sympathie für das „berauschende Gemeinschaftsgefühl ..., das alle Traurigkeiten dieses Weltbrandes und Weltgemetzels weit überwiegt“ (1914/1998, S. 67 - 74, hier: S. 74).

¹⁰⁶ Joseph Alois Schumpeter (1917/18), S. 496 - 498.

Unausgesprochen enthielt Schumpeters Argument die Behauptung, dass auch Besitzlose ein existenziell unentbehrliches Gut wie den Boden nur mit sehr geringer Intensität nachfragen würden; sie war ein Hohn auf die tatsächliche Lebenslage vieler Menschen nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten. Aber Schumpeter unterstrich dieses Argument sogar noch mit der Bemerkung, dass „auch der größte private Besitz nur ‚ein Tropfen im Meer‘, korrekter gesagt, sehr klein im Verhältnis zum Gesamtangebot aus Grund und Boden ist“. Und noch tendenziöser war seine Ansicht, dass es eine wechselseitige Abhängigkeit von Großgrundbesitzern einerseits und Arbeitern sowie Kreditgebern andererseits gebe. „Bei Grund und Boden wirkt Großbesitz sogar in einem dem Gedankengang Dr. Oppenheimers entgegengesetzten Sinn insofern, als Großgrundbesitz auf die Mitwirkung fremder Arbeit und fremden Kapitals viel mehr angewiesen ist als Kleinbesitz.“ Eine gleichmäßigere Verteilung des Bodens hätte jedenfalls keinerlei Auswirkung auf die Preisbildungs- und Verteilungsvorgänge auf den Märkten. Oppenheimers Einwände gegen diese Kritik ließ Schumpeter unbeantwortet.¹⁰⁷ Schumpeters Kritik an Oppenheimer hatte eine ähnliche Wirkung wie die Kritik von Clark an George. Beide trugen sie maßgeblich zur Verdrängung der Bodenfrage aus der Ökonomie bei. -

Wie zuvor schon Henry George und Theodor Hertzka unterschätzte auch Oppenheimer die Rolle des Geldes und des Kapitals als Mitverursacher der kapitalistischen Monopolisierung der Märkte. Zu Unrecht hielt er es für einen „unausrottbaren Irrtum, Geld sei irgendwie ‚Kapital‘. ... Geld in noch so großen Massen, als Hort aufgeschätzt, bringt weder Profit noch Zins.“ Letzteres lässt sich nicht bestreiten, ist aber kein Beweis für die Unverdächtigkeit des Geldes, denn in ‚großen Massen‘ investiertes Geld ist sehr wohl zinstragendes Kapital. Vorschnell stellte Oppenheimer auch die schon von Proudhon beobachtete Sonderstellung des Geldes im Marktgeschehen in Abrede und teilte die klassisch-neoklassische Ansicht über das Geld. „Der Geldbesitzer, der Geld nicht essen, sich mit Geld nicht kleiden und Geld nicht als Werkzeug für seine Produktion verwenden kann“, sei genauso auf den Tausch seines Geldes gegen Waren angewiesen wie umgekehrt der Warenbesitzer auf den Tausch seiner Waren gegen Geld. Deshalb lehnte es Oppenheimer auch kategorisch ab, „unser vermeintlich sozialschädliches Geld durch ein neues zu ersetzen.“¹⁰⁸ Um den Kapitalismus zu überwinden, reiche es aus, allein die „Bodensperre“ aufzuheben. „Mit dem Großgrundeigentum und der Grundrente verfällt der Kapitalismus.“¹⁰⁹

¹⁰⁷ Joseph Alois Schumpeter (1917/18), S. 500 - 501. - Zur Kontroverse zwischen Oppenheimer und Schumpeter vgl. Gerhard Senft (2013), S. 131 - 162. - Ein Briefwechsel zwischen Oppenheimer und Schumpeter ist möglicherweise in Oppenheimers Nachlass im „Zionistischen Zentralarchiv“ in Jerusalem erhalten geblieben; vgl. Franz Oppenheimer (1943/2014), Nr. 66 und 67.

¹⁰⁸ Franz Oppenheimer (1914/1998), S. 38 und 41 - 42.

¹⁰⁹ Franz Oppenheimer (1907/1996), S. 385.

Ordnungspolitische Orientierung für den wirtschaftspolitischen Neubeginn in der Weimarer Republik

Unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg, als dessen tiefere Ursache ihm also weniger die Politik einzelner Staaten als die innere Unordnung der kapitalistischen Wirtschaft erschien, schaltete sich Oppenheimer mit drei Broschüren „Sozialismus oder Liberalismus?“, „Der Ausweg - Notfragen der Zeit“ und „Die soziale Forderung der Stunde“ in die Auseinandersetzungen um die wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands ein. Um den „welthistorischen Kampf“ zwischen dem kapitalistisch pervertierten Liberalismus des Manchestertums und dem auf staatlichem Zwang beruhenden kollektivistischen Sozialismus zu entschärfen, wandte sich Oppenheimer erneut an die Sozialdemokratie. Eingebettet in historische und politische Überlegungen, kritisierte er Hilferdings Ziel, die Kapitalkonzentration im Monopolkapitalismus so weit voranschreiten zu lassen, bis „ganz wenige Riesenbetriebe“ die Konkurrenz weitgehend vernichtet haben und dann nur noch verstaatlicht werden bräuchten. Im Gegensatz zum ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ marxscher Provenienz lasse sich der ‚utopische Sozialismus‘ von Marx‘ frühsozialistischen Vorläufern in die Richtung einer „neuen Synthese“ von Sozialismus und Liberalismus weiterentwickeln. „Der Sozialismus ist zu erreichen nicht durch die Beseitigung, sondern durch die Herstellung der freien Konkurrenz“, in der der brutale kapitalistische Verdrängungswettbewerb in einen „friedlichen Wettbewerb“ übergehen könne.¹¹⁰

In seinen Schriften „Der Ausweg - Notfragen der Zeit“ und „Die soziale Forderung der Stunde“ (1919) wiederholte Oppenheimer diese Grundzüge seiner ordnungspolitischen Neuorientierung und ging auch mehr auf den industriellen Kapitalismus ein. Abermals kritisierte er den „Pseudoliberalismus unserer kapitalistischen Bourgeoisie“ und mahnte die in sich gespaltene Arbeiterbewegung, ihre Zuflucht nicht nach russischem Vorbild in einer proletarischen Diktatur und einer marktlosen, völlig bürokratisierten Wirtschaft zu suchen. „Es gibt einen Ausweg! Liberalismus und Sozialismus sind keine Gegensätze, wie die getäuschte Menschheit bisher geglaubt hat, sondern ein und dasselbe. Der zu Ende geführte Liberalismus ist der Sozialismus! Es gibt nur einen Weg zum Sozialismus: die wirklich ‚freie‘ Konkurrenz. ... Die Menschheit hat bisher noch niemals die ‚freie‘ Konkurrenz am Werke gesehen. Was sie irrtümlich so genannt hat, ist ihr Gegenpol, ist die ‚beschränkte Konkurrenz‘. Und wenn sich die Nutznießer dieses Monopols, dieser beschränkten Konkurrenz ‚Liberale‘ genannt haben, so ist das nicht anders zu bewerten als wenn ein Piratenschiff unter einer ehrlichen Flagge fährt.“¹¹¹

¹¹⁰ Franz Oppenheimer (1918/1996), S. 26 (Krieg als Folge des Kapitalismus), 27 (Manchestertum als Lakai des Kapitalismus), 28 - 29 (Hilferding und die Kapitalkonzentration in Riesenbetrieben), 38 und 41 (Synthese von Liberalismus und Sozialismus).

¹¹¹ Franz Oppenheimer (1919/1996a), S. 48 - 50.

In seiner Schrift „Die soziale Forderung der Stunde“ legte Oppenheimer die Grundzüge des Liberalsozialismus ein weiteres Mal als ordnungspolitische Alternative dar - sowohl zur monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs entgegen aller Sozialisierungsbestrebungen restauriert wurde, und zur kommunistisch verstaatlichten Wirtschaft, deren schon von Proudhon und Mill vorausgesehene Schattenseiten gerade im nachrevolutionären Russland offensichtlich wurden. Als Dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus empfahl Oppenheimer eine Befreiung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs von jeglichen monopolkapitalistischen Machtgebilden und stellte sich damit ‚zwischen die Stühle‘ der Neoklassik und des Marxismus. Die Neoklassik kritisierte er wegen ihrer Rechtfertigung des von Monopolen beherrschten Marktes als ‚freien Markt‘ und den an Marx orientierten Theoretikern der Arbeiterbewegung hielt er vor, dass sie nicht zwischen dem kapitalistisch vermachteten und einer monopolfreien Marktwirtschaft unterschieden und den Markt generell beseitigen wollten, statt ihn von den kapitalistischen Monopolen zu sich selbst zu befreien. „Noch nie hat die Menschheit die volle Wirtschaftsfreiheit am Werke gesehen. Was wir bisher als ‚freie Konkurrenz‘ bezeichnet haben, war nicht die freie, sondern die ‚beschränkte‘ Konkurrenz innerhalb einer von mächtigen Klassenmonopolen durchsetzten Wirtschaftsgesellschaft. ... Von freier Konkurrenz aber dürfen wir nur dort sprechen, wo keinerlei Monopol besteht; denn Monopol und freie Konkurrenz sind einander ausschließende Wechselbegriffe.“ Wenn die Arbeiterbewegung diesen wichtigen Unterschied zwischen dem „echten Liberalismus der Anfänge“ und dem „Pseudoliberalismus des Großbürgertums“ des real existierenden Frühkapitalismus erkenne, könne sich ihr ein anderer Ausweg aus dem Kapitalismus eröffnen, auf dem der Kapitalismus besser überwunden werden könne als durch eine Verstaatlichung der Wirtschaft - nämlich ein Weg zur „Herstellung der freien, der endlich wirklich freien Konkurrenz durch Beseitigung des Klassenbildenden Monopols der Bodensperrung.“ Mit dem vermeintlichen Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialismus werde bislang von der Arbeiterbewegung eine völlig falsche Front aufgebaut. „Liberalismus und Sozialismus, die Gefäße der beiden großen Kulturgedanken: Freiheit und Gleichheit, sind nicht unvereinbar wie der Kollektivismus glaubt“ (und auch der Kapitalismus behauptet), „weil er die beschränkte Konkurrenz unter dem Monopolverhältnis für die freie Konkurrenz anschaut. Die uralte Antithese ... ist der Synthese fähig, ist versöhnbar. Wahrer Liberalismus und Sozialismus sind eins und dasselbe, die Freiheit führt zur Gleichheit und hält sie unerschütterlich aufrecht.“¹¹²

Auch nach dem Ersten Weltkrieg blieb die Sozialdemokratie gegenüber Oppenheimers Liberalsozialismus weitgehend verschlossen. Lediglich Philipp Scheidemann, der am 9. November 1919 die deutsche Republik ausgerufen hatte, unterstützte seine Bestrebungen, den ostelbischen Großgrundbesitz aufzuteilen und sog. Heimstätten für die aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten einzurichten.

¹¹² Franz Oppenheimer (1919/1996b), S. 104 - 107.

Da die Abteilung Siedlungswesen im damaligen Reichsarbeitsministerium, in dem Scheidemann als Staatssekretär tätig war, und die Politik insgesamt andere Ziele verfolgten, konzentrierte sich Oppenheimer erneut auf eigene kleinere Siedlungsprojekte, deren Modellcharakter zur Nachahmung anregen sollte. Dank einer Schenkung konnte er 1920 auf dem ehemaligen Rittergut Bärenklau in der Nähe der Oranienburger Eden-Genossenschaft eine Siedlungsgenossenschaft gründen und bei der Gründung einer „Gemeinnützigen Siedlungs-Treuhandgesellschaft m.b.H.“ in Berlin mitwirken.¹¹³

Noch intensiver als diesen praktischen Projekten widmete sich Oppenheimer seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, nachdem er 1919 einen Ruf auf den von einem Frankfurter Kaufmann gestifteten Lehrstuhl für Soziologie und theoretische Ökonomie an der Universität Frankfurt angenommen hatte. Als erster Inhaber einer Soziologie-Professur in Deutschland verfasste er in den frühen 1920er Jahren sein vierbändiges, insgesamt etwa 4000 Seiten umfassendes „System der Soziologie“, mit dem Oppenheimer nicht nur andere Wege ging als die neoklassischen, historischen oder marxistischen Schulen innerhalb der Ökonomie, sondern er ging mit seiner interdisziplinären Betrachtung der Soziologie im Gesamtzusammenhang mit der Ökonomie, Geschichte, Philosophie, Rechts- und Staatswissenschaften und Psychologie auch eigenständige Wege gegenüber dem Werk von Max Weber, indem er sein mit friedlichen Mitteln anzustrebendes universalgeschichtliches Ziel einer klassenlosen Bürgergesellschaft noch sehr viel ausführlicher begründete als in seinem Buch „Der Staat“. In seinem „System der Soziologie“ stellte Oppenheimer in Anlehnung an Ferdinand Tönnies' Unterscheidung von Gesellschaft und Gemeinschaft die bestehende kapitalistische Klassengesellschaft als ein auf Monopolen beruhendes Herrschaftssystem der monopolfreien Konkurrenz zwischen Genossenschaften gegenüber. Dabei unterschied er zusätzlich noch zwischen Macht und Herrschaft einerseits und Führung andererseits, die nicht auf einem Machtanspruch, sondern auf fachlichen Eignungen in einzelnen Lebensbereichen beruhe. Außerdem enthielt das „System der Soziologie“ auch Überlegungen zur Frage, wie traditionelle Gesellschaften mit ihrer „sozialen Statik“ auf Wegen ihrer ‚höher‘ fortschreitenden Entwicklung zu „sozialer Dynamik“ gelangt sein könnten.¹¹⁴

Mit alledem vermochte Oppenheimer bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1929 allerdings keine eigene Schule zu bilden, da er nach dem frühen Tod seiner zweiten Frau gesundheitlich beeinträchtigt war und seine Lehrtätigkeit aufgrund von Erkrankungen mehrfach vorübergehend unterbrechen musste. Zudem setzte Karl Mannheim, der seinen Lehrstuhl übernahm, andere inhaltliche Schwerpunkte. Fortan zog sich Oppenheimer zurück nach Lüdersdorf bei Wriezen an der Oder, wo

¹¹³ Vgl. Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 95 - 98.

¹¹⁴ Vgl. Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 129 - 145, hier: S. 136 und 144 (Unterschied zwischen Herrschaft und Führung), 137 [soziale Statik und Dynamik] und 142 - 143 [Ziel einer klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft].

er eine weitere Siedlungsgenossenschaft auf einem ehemaligen Rittergut gegründet hatte, und schrieb dort seine Lebenserinnerungen nieder. Außerdem beteiligte er sich am Kauf eines weiteren Guts Döben bei Gnadau.¹¹⁵

Weiteres Schicksal während der NS-Diktatur

Zu Oppenheimers politischen Ansichten gehörte auch eine Unterscheidung zwischen „dem guten Nationalgefühl und dem bösen Nationalismus, dem Rassenfimmel. ... Jedes Volk und jede Gruppe hat zu dem heutigen Reichtum der Menschheit beigetragen und hat ein Recht, dessen mit Stolz zu gedenken. Aber die Sache kommt sofort in Unordnung, wenn sich dieser Stolz angreiferisch gegen andere Völker und Gruppen wendet.“ Die im Oktober 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise empfand Oppenheimer als einen Niedergang ähnlich dem Zerfall des Römischen Reiches; er spürte das Brodeln „unterirdischer Kräfte“ und die zunehmende Gefahr ihres Ausbrechens aus dem „sozialen Vulkan. ... Wir sind keineswegs sicher vor einem neuen, noch grauenhafteren Zusammenstoß der in Waffen klirrenden Mächte, vor einem Massenmord und einer Massenerstörung.“¹¹⁶

Nach der Ergreifung der politischen Macht durch die Nationalsozialisten veröffentlichte Oppenheimer eine Broschüre „Weder so noch so - Der Dritte Weg“. Darin setzte er sich nicht ausführlicher mit den Ideologien der Konservativen Revolution (u.a. Arthur Möller van den Bruck, Othmar Spann und Carl Schmitt) und des Nationalsozialismus (Gottfried Feder) auseinander. „Der Nationalsozialismus hat überhaupt keine Theorie, abgesehen von einigen überaus bedenklichen und bestimmt nicht allgemein angenommenen Anschauungen vom Geldwesen und Geldverkehr.“ Mit dem Dritten Weg des Liberalsozialismus werden „Faschismus und Kommunismus abgetan“. Die Aufhebung der Bodensperre und die Schaffung eines gerechten Zugangs zum Boden für alle Menschen betrachtete Oppenheimer zugleich als eine wirksame Vorbeugung gegen die Ideologien vom „Blut und Boden“ und vom „Volk ohne Raum“.¹¹⁷

Als die Nationalsozialisten Ende 1933 seine Altersbezüge halbierten und sich auch seine Hoffnungen auf eine Niederlassung in Frankreich nicht erfüllten, übernahm Oppenheimer eine Lehrtätigkeit in Jerusalem. Sein utopischer Roman „Sprung über ein Jahrhundert“ (1934) enthielt als Vision für das Jahr 2032 die Vorstellung eines Vereinigten Europas, das aus einem Bund der ehemaligen Erzfeinde

¹¹⁵ Übrigens hatte sich Oppenheimer 1909 bei Gustav Schmoller und Adolf Wagner als den beiden bedeutendsten Vertretern der Historischen Schule habilitiert; vgl. dazu Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 47 - 49 und S. 106 - 110 [„System der Soziologie“, persönliche Schicksalsschläge und Erkrankungen] sowie S. 128 und 153 [Lüdersdorf und Gnadau]. -

¹¹⁶ Franz Oppenheimer (1930/1996), S. 536 - 537, sowie ders. (1934/1996), S. 219.

¹¹⁷ Franz Oppenheimer (1933/1996), S. 155. Das Titelblatt dieses Buches zeigte einerseits Hammer und Sichel und andererseits ein Hakenkreuz. Der Buchtitel „Weder so noch so - Der Dritte Weg“ war also als „Weder Kommunismus noch Nationalsozialismus, sondern Liberalsozialismus“ zu verstehen. Vgl. auch ders. (ca. 1932/1964), S. 143.

Frankreich und Deutschland hervorgehen könne, indem diese beiden Staaten zweisprachige neutrale Pufferstaaten zwischen sich schaffen. „So wird das seit zwei Jahrtausenden blutig umkämpfte Grenzland die Friedensbrücke der beiden großen Nachbarn.“ Über solche Pufferstaaten könnten sich nacheinander auch Tschechien, Polen und andere europäische Staaten diesem Staatenbund anschließen. Als noch in weiter Ferne liegendes Ziel hatte Oppenheimer sogar schon „Vereinigte Staaten der Erde“ vor Augen.¹¹⁸

Unterdessen ging jedoch die reale politische Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland in die ganz andere Richtung der Autarkie- und gewaltsamen Eroberungspolitik. Deshalb hielt sich Oppenheimer 1935/36 in den USA auf, wo er wegen seines fortgeschrittenen Alters zwar keine Lehrtätigkeit mehr aufnehmen konnte, aber dennoch in der „American Sociological Society“ mitarbeitete und das „American Journal of Economics and Sociology“ mitbegründete. Nach einem letzten Aufenthalt in Deutschland war die Reichspogromnacht am 9./10. November 1938 für ihn das Signal, Deutschland endgültig zu verlassen. Zusammen mit seiner Tochter emigrierte Oppenheimer über Marseille, Tokio und Shanghai nach Los Angeles, wo er Ende September 1943 verarmt starb.¹¹⁹

7.2.3 Gustav Landauers libertärer Sozialismus der Tat

Der Gedanke an genossenschaftliche Siedlungen fand auch in dem libertären Kulturphilosophen Gustav Landauer (1870-1919) einen begeisterten Verfechter. Schon während seines Studiums der Germanistik und Philosophie schloss er sich in Berlin dem Friedrichshagener Dichterkreis und dem Verein Unabhängiger Sozialisten an, bevor er selbst einen „Sozialistischen Bund“ gründete, dem sich auch der Dichter Erich Mühsam und der Religionsphilosoph Martin Buber anschlossen. Im Organ dieses Bundes „Der Sozialist“ publizierte Landauer ab 1909 Aufsätze mit einer anarchistisch-sozialistischen Ausrichtung, die deutliche Einflüsse von Proudhon und Kropotkin erkennen ließen. Er ermutigte auch zur Gründung von sozialistischen Genossenschaftssiedlungen, die die kapitalistische Gesellschaft nach und nach ‚von unten‘ auf friedlichem, gewaltfreiem Weg verändern würden. Besonders ein Aufenthalt in der Siedlung Monte Verità bei Ascona im Tessin hatte Landauers Hoffnungen auf einen Sozialismus der Tat verstärkt und er teilte Oppenheimers anfängliche Zuversicht, dass sich die Bewegung der Siedlungsgenossenschaften „unwiderstehlich“ ausbreiten werde.¹²⁰ In seinem Buch „Aufruf zum Sozialismus“ (1911) stellte Landauer ähnlich wie Oppenheimer seine

¹¹⁸ Franz Oppenheimer (1934/1996), S. 171 (Vereinigte Staaten der Erde), 185 (Grenzland als Friedensbrücke), 229 und 238 -240 (Frankreich, Deutschland und andere Nachbarn).

¹¹⁹ Sein wissenschaftlicher Nachlass befindet sich im „Zionistischen Zentralarchiv“ in Jerusalem; vgl. das Verzeichnis in: Franz Oppenheimer (1943/2014).

¹²⁰ Franz Oppenheimer (1896), S. 544. - Zu Monte Verità vgl. Harald Szeemann (1980) und Stefan Bollmann (2017).

Vorstellungen von sozialistischen Siedlungen dem Kapitalismus und dem Kommunismus als Dritten Weg gegenüber.

Ohne sich näher mit der neoklassischen Ökonomie auseinanderzusetzen, kritisierte Landauer den Kapitalismus vor allem wegen der Konzentration von Geld- und Realkapital in wenigen Händen und der damit einhergehenden Lohnabhängigkeit der vom Eigentum am Boden und an den Produktionsmitteln entblößten Arbeiter. „Die Erde und damit die Möglichkeit des Wohnens, der Werkstatt, der Tätigkeit; die Erde und damit die Rohstoffe; die Erde und damit die aus der Vergangenheit ererbten Arbeitsmittel sind im Besitz von Wenigen. Diese Wenigen drängt es nach wirtschaftlicher und persönlicher Macht in Gestalt von Bodenbesitz, Geldreichtum und Menschenbeherrschung.“ Die fremdbestimmte Lohnarbeit war für Landauer eine entseelte, sinnentleerte Fronarbeit - trotz mancherlei Erleichterungen durch die Technik, die auch selbst „ganz im Banne des Kapitalismus steht“, die einer „Rentabilitätsnotwendigkeit“ gehorcht und von einem „toten Diener des Menschen zum Herrn über den Menschen gemacht worden ist“. Die in ungesunden Mietskasernen lebende „große Masse der Menschen ist von der Erde und ihren Produkten, von der Erde und den Arbeitsmitteln getrennt. ... Sie arbeiten Dinge, die zu ihrem Leben keine Beziehung haben. ... Ihr Leben hat keine oder verschrumpfte Beziehungen zur Natur.“ Und der Staat in Gestalt des damaligen deutschen Kaiserreichs stelle mit seinen Beamten und mit seinem Militär keine freie innere Ordnung der Gesellschaft her. Als ein „Surrogat des Geistes“ halte er vielmehr die von Geld und Gewalt zerrissene Gesellschaft mit all ihrem Alkoholismus, ihrer Kriminalität und ihren Krankheiten, mit ihrer machtpolitischen Instrumentalisierung von Religion, Bildung, Wissenschaft und Kultur bis hin zur Prostitution nur mit einer äußeren Klammer zusammen.¹²¹

Vehement bestritt Landauer den Anspruch der marxistischen Arbeiterbewegung, einen menschenwürdigen Sozialismus an Stelle des Kapitalismus schaffen zu können. Marx habe „uns Wissenschaftsaberglauben an Stelle geisthaften Wissens, Politik und Partei an Stelle des Kulturwillens gebracht.“ Für dessen Kardinalfehler hielt Landauer die Erwartung, dass der Monopolkapitalismus mit seiner fortschreitenden Kapitalkonzentration infolge der von ihm selbst herbeigeführten Steigerung der technischen Produktivkräfte in einem revolutionären Akt in eine sozialistische Produktionsweise ‚hinüberwachsen‘ werde, in der dann ein proletarischer Staat den Prozess der Kapitalkonzentration schließlich auf die höchste Spitze treibt und ihm eine neue sozialistische Qualität verleihe. Auf diese Weise entstehe keine lebendige freiheitliche Gesellschaft, sondern nur eine auf Zwang beruhende und mechanisch konstruierte Gesellschaft. Die Hoffnung auf einen zentralistischen Zukunftsstaat mit „Fabrikkasernen“ hielt Landauer für eine folgenschwere Verirrung, die nur in einen „Polizeisozialismus“ führen könne. „Der Zukunftsstaat der Marxisten: die Blüte am Baum der staatlichen, der kapitalistischen, der techni-

¹²¹ Gustav Landauer [1911/1967], S. 69 - 72 [Kapitalkonzentration und entfremdete Lohnarbeit] und 134 [Technik als Beherrscher statt als Diener des Menschen].

schen Zivilisation. ... Die Lehre des Marxismus führt aus dem Kapitalismus nicht heraus. ... Der Kapitalismus muss nicht in den Sozialismus umschlagen ..., denn Sozialismus hängt seiner Möglichkeit nach gar nicht von irgendeiner Form der Technik und der Bedürfnisbefriedigung ab. Sozialismus ist zu allen Zeiten möglich, wenn eine genügende Zahl Menschen ihn will.“¹²²

Im diametralen Gegensatz zu Marx' & Engels' Geringschätzung der kleinbürgerlichen und mittleren Schichten war Pierre Proudhon nach Landauers Ansicht bereits auf dem richtigen Weg gewesen, als er „den Menschen ... seiner Zeit, vorwiegend kleinen Bauern und Handwerkern, prachtvoll gezeigt hat, wie sie sofort, ohne erst den sauberen Fortschritt des Großkapitalismus abzuwarten, zum Sozialismus hätten kommen können.“ Nicht die Konzentration allen Eigentums in den Händen eines proletarischen Staates erschien Landauer in Anknüpfung an Proudhon als Ausweg aus dem Kapitalismus, sondern ein gegen Entgelt privat nutzbares Gemeinschaftseigentum am Boden und an den Ressourcen sowie eine Dezentralisierung von Geldvermögen und Produktionsmitteln. „Proudhon hatte durchaus recht, dass ihm die Zirkulation und die Abschaffung der Bereicherung durch Zins derjenige von den Angelpunkten aller Umgestaltung bedeutete, bei dem am schnellsten, gründlichsten und schmerzlosesten eingesetzt werden könnte.“ Landauer äußerte Sympathien sowohl für Proudhons seinerzeit unverwirklicht gebliebenes Tauschbankprojekt als auch für Silvio Gesells Vorschlag eines Freigeldes als Mittel, um den Götzen des Geld heckenden Geldes zu entthronen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich in einer nachkapitalistisch-sozialistischen Bürgergesellschaft Freie und Gleiche zu Genossenschaften assoziieren, dass sie sich im Sinne von Kropotkin gegenseitig helfen können und auf der Basis einer „Gleichheit der Bedingungen“ und Gegenseitigkeit ihre Produkte austauschen können. „Silvio Gesell ist einer der ganz wenigen, die von Proudhon gelernt haben, seine Größe anerkennen und im Anschluss an ihn zu selbstständigem Weiterdenken gekommen sind.“¹²³

Damit ging Landauer über Oppenheimer hinaus, der den Kapitalismus allein mit einer Reform des Bodenrechts überwinden wollte. Und er widersprach indirekt auch Oppenheimers Ansicht, dass der Mensch die Natur nicht ausbeuten könne, „weil das nur gegenüber moralischen Wesen möglich“ sei. Landauers Vorstellung von einem zukünftigen Sozialismus schloss nicht nur die Vorstellung eines in Genossenschaften breit gestreuten Geld- und Produktionsmitteleigentums ein, sondern ausdrücklich auch die Vorstellung von einem „Wiederanschluss an die Natur“. Und zugleich mit dieser neuen Verbindung von dezentral wirtschaftenden

¹²² Gustav Landauer (1911/1967), S. 61 (Marxismus als „Fluch der sozialistischen Bewegung“), 76, 99 (Fabrikkasernen), 101 und 107 - 109 (Kritik am Marxismus). „Der Sozialismus kommt nicht auf dem Weg der Weiterentwicklung des Kapitalismus und kommt nicht durch den Produzentenkampf der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus.“ (S. 137) sowie S. 167 (Polizeisozialismus).

¹²³ Gustav Landauer (1911/1967), S. 93, 116 (Gleichheit der Bedingungen), 144 (Tauschbank), 157 - 159 (Proudhon und Gesell) und 177 („Das Geld zeugt Geld und Geld und Geld; das Geld hat alle Kräfte der Welt.“)

Menschen mit der Natur sollten gemäß den Vorstellungen Kropotkins „Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, geistige und körperliche Arbeit, Unterricht und Lehrlingswesen wieder vereinigt werden.“ Unter solchen Umständen könne sich die menschliche Arbeit aus ihrer „kapitalistischen Verstrickung“ lösen; die Lohnarbeit wandle sich nach und nach in selbstbestimmte Tätigkeiten, deren eigentliche Produktivität fortan nicht mehr durch eine Rentabilität des Kapitals fehlgeleitet werden könne.¹²⁴

In einer solchen herrschaftsfreien Gesellschaft würden sowohl die Wirtschaft als auch der Staat dezentralisierte, föderativ aufgebaute „Bünde von Bündnen“ bilden. „Die Grundform der sozialistischen Kultur ist der Bund der selbstständig wirtschaftenden und untereinander tauschenden Gemeinden.“ Landauer erhoffte sich eine „Wiedergeburt der Völker aus dem Geist der Gemeinde“ und stellte sich vor, dass die gesamte Menschheit auf diesem Weg allmählich zu einer „die Volksschranken übersteigenden Erdgesellschaft“ zusammenwachsen könnte, die letztlich aus einer „Republik von Republiken von Republiken“ bestehen würde. „Da nur ist Freiheit und Ordnung, da ist nur Geist; ein Geist, welcher Selbstständigkeit und Gemeinschaft, Verbindung und Unabhängigkeit ist.“ Hinsichtlich des föderalen Aufbaus eines nicht mehr kapitalistischen Rechts- und Machtstaates tendierte Landauer zu einer Räteredemokratie anstelle einer repräsentativen Demokratie.¹²⁵

Als Kulturphilosoph und Sozialreformer, der einen gewaltfreien Wandel der Gesellschaft hin zur Gerechtigkeit in Freiheit und zum Frieden mitgestalten wollte, lehnte Landauer den Ersten Weltkrieg konsequent ab. Und nach dem Ende dieses verheerenden großen Mordens ließ er in einem Vorwort zur Neuauflage seines „Aufrufs zum Sozialismus“ vom Januar 1919 keinen Zweifel daran, „dass die marxistisch-sozialdemokratischen Parteien in ihren sämtlichen Tönungen unfähig zur politischen Praxis, zur Konstitution der Menschheit und ihrer Volkseinrichtungen, zur Begründung eines Reiches der Arbeit und des Friedens ... sind.“ Dies hätten sie „überall aufs Grässlichste, im Krieg, vor ihm und nach ihm, von Deutschland bis Russland ... gezeigt.“¹²⁶

Im April 1919 beteiligte sich Gustav Landauer zusammen mit Ernst Toller, Erich Mühsam und Ernst Niekisch an der libertären 1. Münchener Räterepublik und übernahm die Rolle des Volksbeauftragten für die Volksaufklärung. Als diese erste Räteregierung schon zehn Tage später durch eine zweite, kommunistische Räteregierung gestürzt wurde und auch diese wenig später durch Truppen der nach Bamberg ausgewichenen sozialdemokratischen Landesregierung Bayerns aufgelöst wurde, geriet Landauer am 1. Mai in Haft und kam in das Gefängnis Stadelheim. Dort schlugen Angehörige der Reichswehr und antirepublikanische Frei-

¹²⁴ Franz Oppenheimer [1914/1996], S. 418. - Gustav Landauer [1911/1967], S. 163 - 165 (Arbeitsproduktivität vs. Rentabilität des Kapitals), 178 (Wiederanschluss an die Natur) - 179.

¹²⁵ Gustav Landauer [1911/1967], S. 38 und 45 (Räteredemokratie an Stelle der repräsentativen Demokratie), 152 - 153 (Erdgesellschaft) und 166 (föderaler Aufbau von Wirtschaft und Staat).

¹²⁶ Gustav Landauer, Vorwort zur 2. Auflage seines „Aufrufs zum Sozialismus“ am 3.1.1919, in: ders. [1911/1967], S. 47.

korps-Soldaten so bestialisch auf ihn ein, dass er am nächsten Tag seinen schweren Verletzungen erlag. Infolgedessen blieb auch Landauers Vorhaben unverwirklicht, gemeinsam mit Silvio Gesell, der in der 1. Münchener Räterepublik Volksbeauftragter für das Finanzwesen gewesen war, einen „Sozialistischen Freiheits-Bund“ aufzubauen.¹²⁷

Von den weiteren realen Entwicklungen in Deutschland und in Russland während der 1920er Jahre hätte sich Landauer vermutlich bestätigt gefühlt. Nicht zu Unrecht hat er die an Marx orientierten kommunistischen und sozialdemokratischen Zweige der Arbeiterbewegung vor einem bürokratischen Staatszentrismus gewarnt. Allerdings ließ auch seine Vision eines freiheitlichen Sozialismus noch viele Fragen der praktischen Umsetzung offen - nicht zuletzt die Frage, wie die private und/oder genossenschaftliche Nutzung von Boden und Ressourcen in der Praxis geregelt werden sollte. Und wie könnten einzelne Menschen schon vor einer gesamtwirtschaftlichen Änderung der Boden- und Geldordnung allein ‚von unten‘ „aus dem Kapitalismus austreten“ und sich des äußeren Anpassungsdrucks erwehren, den die kapitalistische Umgebung auf die wenigen kleinen sozialistischen Wirtschaftsgemeinden ausübt? Und wie sollte der Tausch innerhalb einzelner Wirtschaftsgemeinden vonstattengehen?¹²⁸

7.2.4 Gartenstädte als Wiederverbindung von Stadt und Land

Henry George und andere Bodenreformer hatten in ihren Werken auch den Gegensatz zwischen Stadt und Land als eine Folge des falschen Bodenrechts beklagt. „In unseren Städten sind die Leute so eng zusammengepfertcht, dass sie schichtweise übereinander leben; auf dem Lande sind die Menschen so weit voneinander getrennt, dass sie alle Vorteile der Nachbarschaft verlieren.“¹²⁹ Dennoch hatte George noch keine Vorstellungen von dezentralen Siedlungsformen, die den Gegensatz zwischen der Konzentration von Kapital und Menschen in (groß-)städtischen Ballungsräumen und der Entleerung ländlicher Regionen, den Friedrich Engels schon 1845 in seinem Buch „Zur Lage der arbeitenden Klassen in England“ leidenschaftlich beklagt hatte, hätten überwinden sollen.

Zum Teil in Erinnerung an die dezentralen Siedlungskonzeptionen der Frühsozialisten und zum Teil auch in Verbindung mit einem lebensreformerischen „Zurück zur Natur“ entstand gegen Ende des 19. Jahrhunderts zunächst in England und bald auch in Deutschland parallel zu siedlungsgenossenschaftlichen Bestrebungen eine Gartenstadtbewegung mit dem Ziel, in der Nähe von nicht umbaubaren Großstädten ganz neue kleine ländlich-städtische Gegenwelten zu den in

¹²⁷ Vgl. hierzu Silvio Gesell (1919/1991e), S. 302 - 305 (Sozialistischer Freiheits-Bund). - Zur Zusammenarbeit von Landauer und Gesell in der Münchener Räterepublik vgl. Werner Onken (2018), S. 8 - 18 und 43 - 47.

¹²⁸ Gustav Landauer (1911/1967), S. 165 (aus dem Kapitalismus austreten).

¹²⁹ Henry George (1885/1967), S. 114, und ders. (1885/1976), S. 218 - 221.

sich widersprüchlichen großstädtischen Ballungsräumen und entleerten ländlichen Räumen zu schaffen. Nachdem im Zuge der Industrialisierung die großen Städte mit ihren vornehmen Villenvierteln und krank machenden Mietskasernen in armseligen Arbeitervierteln zu architektonischen Spiegelbildern der sozialen Spaltung der kapitalistischen Gesellschaft geworden waren, suchten Architekten und Städteplaner zusammen mit (Naturheil-)Ärzten und Hygienikern, jugendbewegten Lebensreformern und Sozialreformern nach neuen Siedlungsformen, in denen sich das Wohnen der Menschen und ihre verschiedenen Arbeitsbereiche wieder näher miteinander verbinden ließen. Zugleich sollten Gartenstädte neue Möglichkeiten einer Wiederverbindung von Menschen mit der Natur schaffen. Auf diese Weise sollten landwirtschaftliche, handwerkliche und industrielle Betriebe in kleineren und mittleren Größenordnungen einander näher kommen und dadurch auch die Entfernungen zwischen den Wohn- und Arbeitsstätten verringert werden.

Die frühe Gartenstadtbewegung wandte sich zwar gegen die kapitalistische Spekulation mit Boden und Wohnungen in den Großstädten und sie tendierte auch zur bodenreformerischen Vorstellung, dass die neuen Gartenstädte auf gemeinschaftlichem Land entstehen sollten, an dem für private Zwecke des Wohnens und Arbeitens entgeltliche Nutzungsrechte vergeben werden. Ihre besonderen Sympathien galten dem genossenschaftlichen Wohnungsbau und alles in allem stellte sie sich die neuen Gartenstädte als einheitliche soziale Gebilde vor, zu denen neben dem privaten und genossenschaftlichen Wohnen, Arbeiten und Konsumieren auch öffentliche Bildungs-, Kultur- und Verwaltungseinrichtungen gehören sollten. „Ideale Stadtgründungen sollten sie verkörpern, sowohl was die städtebauliche Anlage als auch was die auf humanitären Grundlagen aufgebaute soziale Gemeinschaft betraf.“¹³⁰ Allerdings kamen die Protagonisten der Gartenstadtbewegung vielfach aus bürgerlichen oder gar konservativen Kreisen.¹³¹ Der Arbeiterbewegung blieben sie wegen deren Fixierung auf den technischen Fortschritt und die Konzentration von Kapital in großen Städten fremd.

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts und nach dem 1. Weltkrieg entstanden in Deutschland mehrere Gartenstädte, die auch Kunsthandwerker und Künstler anzogen, u.a. in Karlsruhe-Rüppurr, im Augsburgener Thelott-Viertel, in Nürnberg und anderen Städten. Die Gartenstadt Hellerau bei Dresden entwickelte sich zu einem bedeutenden Musterbeispiel.¹³² In Berlin-Lichterfelde und für die Genossenschaft „Freie Scholle“ in Berlin-Tegel entwarf der Architekt Gustav Lilienthal

¹³⁰ Sigrid Hofer (1999), S. 93 - 95, hier: S. 95. - Zum Selbstverständnis der frühen Gartenstadtbewegung vgl. Hans Kampffmeyer (1908).

¹³¹ Während Ebenzer Howard in England sich die Gartenstädte ausdrücklich mit Einrichtungen für Menschen mit Krankheiten und Behinderungen vorstellte, stellte sich in Deutschland der völkisch eingestellte Theodor Fritsch die Gartenstädte als Orte der rassischen Erneuerung vor. Zu den Strömungen innerhalb der Gartenstadtbewegung vgl. Kristiana Hartmann (1998), S. 289 - 300. Ähnlich vielfältig und in sich widersprüchlich war auch die Siedlungsbewegung; vgl. hierzu Anne Feuchter-Schawelka (1998), S. 227 - 244, die leider Silvio Gesell zu Unrecht unterstellte, Siedlungen als Stätten der Rassenpflege befürwortet zu haben. (S. 233)

¹³² Hans-Jürgen Sarfert (1999).

für Menschen aus der unteren Mittelschicht ‚naturnahe‘ Häuser und Siedlungen als Alternative zu den berüchtigten Mietskasernen. In Falkenberg und Frohnau bei Berlin entstanden weitere Gartenstädte. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg veröffentlichte der in der Künstlerkolonie Worpswede bei Bremen lebende Architekt Leberecht Migge sein Konzept eines „Sozialen Gartens“ als „grünes Manifest“. Auf dem berühmten Barkenhoff in Worpswede gründete zu jener Zeit der von den Ideen Proudhons, Fouriers, Landauers und Kropotkins begeisterte Jugendstilmaler, Grafiker und Architekt Heinrich Vogeler eine sich selbst versorgende und selbst verwaltende Kommune für ehemalige Kriegsgefangene, Intellektuelle und Künstler sowie eine Arbeitsschule, in der Kinder zu Trägern einer neuen herrschaftsfreien Gesellschaft herangebildet werden sollten. Die wirtschaftliche Krise mit ihrer galoppierenden Inflation und interne Meinungsverschiedenheiten machten jedoch die Hoffnungen auf einen Ausbau des Barkenhoffs zu einer Siedlung zunichte.¹³³

Die Gartenstadtbewegung geriet nicht erst durch den Ersten Weltkrieg und die anschließende große Inflation ins Stocken. Von Anfang an gab es innerhalb der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft, in der übrigens auch Franz Oppenheimer und Gustav Landauer mitwirkten, ganz unterschiedliche konzeptionelle Orientierungen. Unterschätzt wurden auch die Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Siedlungsflächen, bei der Durchsetzung gegen spekulierende Terrain- und Baugesellschaften und vor allem auch die Schwierigkeiten bei der Finanzierung der neu zu erbauenden Gebäude und Infrastrukturen. Besonders diese Finanzierungsprobleme führten in der Gartenstadtbewegung zu einer Aufweichung der ursprünglichen Ziele. Anstelle von Gartenstädten als eigenständigen sozialen Gemeinschaften entstanden nur noch Gartenvorstädte als naturnähere Vororte von Großstädten. „Kommunen, Genossenschaften und Privatunternehmer haben Gartenstädte begründet und diese nach ihren eigenen Vorstellungen arrangiert, wobei sozialreformerische Überlegungen zugunsten von pragmatischen häufig aufgegeben wurden.“ So hatte die Kruppsiedlung auf der Margaretenhöhe in Essen zwar noch Ähnlichkeiten mit der Bauweise von Gartenstädten, aber überhaupt keinen genossenschaftlichen Charakter mehr.¹³⁴ Statt die Konzentration von Kapital und Menschen in wachsenden Großstädten mit Villen- und Arbeitervierteln durch kleinere Gartenstädte umzukehren, verleibte sich das großstädtische Kapital die Gartenstädte ein und reduzierte sie für einen Teil der in den Großstädten arbeitenden Menschen auf ein schöneres Wohnen im Grünen. Zwar konnten die architektonischen Impulse der Gartenstadtbewegung vorerst noch in entpolitisierten Formen weiterwirken; aber auch sie traten im Laufe der Zeit hinter die von Architekten wie Le Corbusier bestimmte Moderne zurück, die viel mehr mit Stahl und Beton bauten als mit Holz

¹³³ Zur „Freien Scholle“ vgl. Manuela Runge & Bernd Lukasch (2007), S. 229 - 241. - Leberecht Migge (1918/1999). - Heinrich Vogeler (1919/1973), S. 117 - 160 (Siedlungswesen und Arbeitsschule). Zu Vogeler vgl. auch Siegfried Bresler (2009), S. 70 - 93.

¹³⁴ Vgl. Sigrid Hofer (1999), S. 97 und 99.

und Steinen, um gemäß den Dimensionen des konzentrierten renditesuchenden Kapitals einförmig-funktionale Großbauten für die industrielle Massenproduktion und Verkehrsbauten sowie Hochhäuser für Büros und Wohnungen errichten zu können.

Letztlich sind die aus der Bodenreformbewegung hervorgegangenen Versuche, den Kapitalismus in kleinen Schritten von unten durch Gartenstädte und ländliche Siedlungsgenossenschaften in eine gerechtere Wirtschaftsordnung umzuwandeln, gescheitert, weil dabei noch nicht mit bedacht wurde, dass auch die Geld-, Zins- und Kapitalproblematik einer Lösung bedurft hätte.

7.3 Silvio Gesells Geld- und Bodenrechtsreform als Weg in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Um ein solches Bündel aus bodenrechts- und geldpolitischen Reformen ging es dem Kaufmann Silvio Gesell (1862 - 1930), der in der Region Eupen-Malmedy in einer katholisch und protestantisch gemischten Familie aufgewachsen war und sich durch Angehörige sowohl mit Deutschland als auch mit Frankreich verbunden fühlte. Nachdem er sich 1887 mit einem Geschäft für medizinische Artikel in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires selbstständig gemacht hatte, veranlasseten dortige Wirtschaftskrisen und soziale Unruhen ihn, über die Ursachen von Inflation und Deflation sowie von massenhafter Arbeitslosigkeit nachzudenken.

Vor seiner Übersiedlung nach Argentinien hatte Gesell der von Bismarck mit Sozialistengesetzen unterdrückten Arbeiterbewegung nahegestanden.¹³⁵ Aber anders als Marx glaubte er nicht, dass die Wurzel der sozialen Probleme hauptsächlich im Privateigentum an den Produktionsmitteln liegen würde. Er führte die Krise auch nicht auf eine besondere Profitgier oder andere menschliche Schwächen von Unternehmern, Bankiers und Börsianern zurück, denn - hierin stimmte er mit Marx' Kritik an einer „Personifikation ökonomischer Kategorien“ überein - diese handelnden Personen sind lediglich „soziale Geschöpfe der Verhältnisse“.¹³⁶ Ansonsten erkannte Gesell als praktischer Kaufmann etwas, was sowohl Adam Smith und die ganze klassische Ökonomie als auch Marx & Engels und ihre Epigonen wie übrigens auch konservative, ständestaatlich orientierte Kapitalismuskritiker nicht gesehen hatten: dass nämlich das Geld in der 'unsichtbaren Hand' der Märkte nicht nur ein harmloses Tauschmittel ist, das allen Menschen gleichermaßen dient, sondern dass es zugleich auch ein Mittel ist, mit dem sich strukturelle wirtschaftliche Macht über Menschen und Märkte ausüben lässt.

¹³⁵ Silvio Gesell (1891/1988), S. 64 (Kritik an Bismarcks Unterdrückung der Arbeiterbewegung).

¹³⁶ Karl Marx (1867/1972), S. 16.

Störungen in der Zirkulation des herkömmlichen hortbaren Geldes ...

Gesell beobachtete - und empfand diese Erkenntnis selbst als eine „welterschütternde Entdeckung“¹³⁷ - , dass sich das Geld vorübergehend aus dem Wirtschaftskreislauf zurückziehen konnte, sobald die Renditen des Geld- und Realkapitals auf weniger als 3 bis 2,5 % sanken. Das Geld war offensichtlich vorübergehend hortbar, während die menschliche Arbeit darauf angewiesen war, möglichst kontinuierlich Abnehmer für die von ihr erzeugten Güter zu finden, denn Absatzstockungen konnten sie in existenzielle Nöte bringen. Zudem alterten noch nicht verkaufte Waren und mussten mit einem zusätzlichen Aufwand gelagert und instand gehalten werden. Das Geld saß also gewissermaßen am längeren Hebel und konnte zwar nicht dauerhaft, aber doch zeitweise warten, bis sich die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse wieder zugunsten des Geld- und Realkapitals und zulasten der Arbeit verschoben hatten und die Renditen wieder stiegen. „Das Geld kann dem Verkehr entzogen und demselben wieder zugeführt werden, wie es dem Besitzer desselben passt, ohne befürchten zu müssen, dass es faule oder verderbe. Kein Gegenstand eignet sich somit so vorzüglich zur Spekulation wie das Geld. ... Das Geld ist aber durch nichts zu ersetzen; niemand kann das Geld auch nur einen Tag entbehren. ... Es gibt in der Welt nicht eine Person, welche nicht die Unveränderlichkeit des Geldes benutzt hätte, um beim Kauf einer Ware kleine Vorteile zu erhaschen ..., welche nicht täglich 10 mal Spekulation mit ihrem Gelde treibt. ... Und so geht es Tag für Tag, jahraus, jahrein, seit Jahrhunderten, seit Jahrtausenden. Immer hat der Geldinhaber dem Wareninhaber denselben kleinen Vorteil voraus, dass das Geld nicht verdirbt.“ Mögen sich diese „kleinen täglichen Vorteile“ in den Anfängen der „Krankheit der sozialen Missverhältnisse“ beim Austausch von Waren gegen Geld und von Geld gegen Waren noch nahezu ausgeglichen haben - wie bei einer schleichend fortschreitenden Krankheit sammelten sich jedoch allmählich größer werdende Vorteile bei zunächst wohlhabend und dann reich gewordenen Gesellschaftsschichten an, während die übrigen Gesellschaftsschichten anfangs noch unmerklich benachteiligt wurden und dann nach und nach in ein verarmtes Proletariat herabsanken. Häufen sich diese „kleinen täglichen Vorteile“ nicht nur in der Tausch-, sondern auch noch in der Kreditsphäre in den Händen von Minderheiten an, „machen sie mit der Zeit große kolossale Summen aus und bilden den Grund zu den riesigen Kapitalanhäufungen, denen wir heute begegnen.“¹³⁸ Damit ging die arbeitsteilige Wirtschaft aus einer egalitären Form, in der freie und unabhängige Produzenten und Konsumenten nur sachlich aufeinander angewiesen waren, allmählich in eine qualitativ andere hierarchische Form über, in der neben das wechselseitige sachliche Aufeinanderangewiesensein auch persönliche Abhängigkeiten und Unfreiheiten entstanden.

¹³⁷ Silvio Gesell (1891/1988), S. 55.

¹³⁸ Silvio Gesell (1892/1988a), S. 106 - 107 und 110 (soziale Missverhältnisse und Kapitalanhäufungen).

Gesell spürte, dass das Geld eine folgenschwere Ausnahmestellung im Leben aller Menschen ohne Unterschied ihrer Herkunft und Religion einnahm. In der Natur befand sich alles in stetiger Bewegung – „panta rhei“, „alles fließt“ hatte schon der antike Philosoph Heraklit erkannt. Und Marcel Mauss zufolge zeichneten sich archaische Gesellschaften noch durch einen unaufhörlichen stetigen Strom von Gaben und Gegengaben aus, der ihre innere Balance gewährleistete. Aber im modernen Kapitalismus konnte das Geld bzw. konnten größere Teile der Geldmenge den immerwährenden Kreislauf von ineinander greifenden Käufen und Verkäufen von Waren sowie den Kreislauf des Sparens und Investierens zumindest zeitweise unterbrechen und sich damit vorübergehend seiner Aufgabe entziehen, die Wirtschaft und die Gesellschaft in ihrem Innersten zusammenzuhalten. Mit dem Horten meinte Gesell, nebenbei bemerkt, nur den vorübergehenden Stillstand von Geld und nicht etwa das Sparen, bei dem bei Banken gespartes Geld zwischenzeitlich verliehen, woanders investiert und zurückgezahlt wird.¹³⁹

Im Gegensatz zur Sichtweise der klassischen und neoklassischen Ökonomie erwies sich das Geld also keineswegs nur als ein harmloses Mittel der „Verkehrserleichterung“, sondern vielmehr als ein in sich widersprüchliches Medium, das den wirtschaftlichen Verkehr je nach Situation entweder erleichterte oder behinderte. Seine gleichmäßige Bewegung innerhalb des Wirtschaftskreislaufs war also keineswegs genauso selbstverständlich wie die stetige Bewegung des übrigen wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Diese Beobachtung führte Gesell zu der Schlussfolgerung, dass die Bewegung des Geldes als ein den Menschen und Märkten dienendes Tausch- und Kreditmittel und als ein Mittel der gesellschaftlichen Integration davon abhängig ist, dass es ‚angemessen‘ mit Zins und Zinseszins bedient wird. Auf diese Weise lässt sich Zeit zu Geld und aus Geld mehr Geld machen. „Das heutige Geldwesen ist eine ungerechte Einrichtung. ... Es ist der Despot, der die Menschheit an der Nase herumführt wie Narren. ... Und um einen solchen Götzen tanzen die Menschen seit Jahrtausenden.“ Hierbei ist der Zins übrigens nicht etwa ein Ergebnis eines willkürlichen ‚erpresserischen‘ Verhaltens von Geldbesitzern, sondern Ausdruck und Folge der im herkömmlichen hortbaren Geld wurzelnden strukturellen Schiefelage der „Marktverhältnisse“. Von diesen strukturell ungleichen Kräfteverhältnissen sind alle wirtschaftenden Menschen auf komplexe Weise als Anbieter und als Nachfrager unterschiedlich betroffen und es ist diese Schiefelage, die den Ausgleich ihrer wirtschaftlichen Kräfte verzerrt.¹⁴⁰

Mit einem Geld also, das nicht gleichmäßig und verlässlich als Tausch- und Kreditmittel durch den Wirtschaftskreislauf zirkuliert, sondern zeitweise im Stillstand verharren kann oder mit Zinsen in den Kreislauf gelockt werden muss, geraten das Geben und Nehmen im Einzelfall und die Wirtschaft insgesamt in eine innere Un-

¹³⁹ Diese sachliche Unterscheidung zwischen dem Horten und dem Sparen verwischte Gesell leider zuweilen sprachlich, z.B. mit dem Hinweis, das Geld sei „nicht gemacht, damit es gespart werden könnte“. (1920/1991a), S. 197 und 201 - 202) Dadurch entstand der falsche Eindruck, dass das Sparen von Geld nach einer Reform des Geldes nicht mehr möglich sein sollte.

¹⁴⁰ Silvio Gesell (1891/1988), S. 66, und ders. (1920/1991a), S. 324 - 336 (Urzins).

ordnung. Es kommt nicht nur zu Inkongruenzen von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage mit der Folge von periodischen Krisen, Arbeitslosigkeit und Kaufkraftschwankungen, sondern auch zu einem Prozess der chronischen Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen. „Die jetzigen sozialen Missverhältnisse sind sämtlich ohne Ausnahme auf organische Fehler des Geldwesens zurückzuführen. ... Wer die Ursache der heutigen sozialen Krankheit finden will“, sollte sie nicht in äußeren Erscheinungen wie dem Privateigentum an den Produktionsmitteln oder in Entwicklungen der Technik suchen, sondern „sehen, dass der Reichtum ... aus den kleinen molekularen Vorteilen besteht, welche der heutige Geldinhaber über den Wareninhaber hat. ... Dieser Vorteil des Geldinhabers ist das Molekül, woraus die Kapitalanhäufungen bestehen. Dieser kleine Vorteil erklärt die Macht des Kapitals.“¹⁴¹

Von Bedeutung ist, dass Gesell den Zins nicht pauschal verurteilte oder ihn gar abschaffen wollte, wie ihm zuweilen unterstellt wurde, sondern dass er zwischen seinen berechtigten und fragwürdigen Bestandteilen unterschied. In erster Linie kritisierte er den sog. „Urzins“ - also gleichsam die Belohnung für den Verzicht auf die Zweckentfremdung des Geldes als Hortungs- und Wertaufbewahrungsmittel - und auch den im Zins enthaltenen Inflationsausgleich, während er die Bankgebühr und die Risikoprämie für gerechtfertigt hielt.¹⁴² Bei seiner Erklärung des „Urzinses“ hatte Gesell allerdings mehr die Tauschsphäre vor Augen als die Kreditsphäre, obwohl die „kleinen molekularen Vorteile“ in der Kreditsphäre mit der zunehmenden Größe der verleihbaren Summen entsprechend mehr Gewicht bekamen als in der Tauschsphäre.

Davon abgesehen waren es gewissermaßen die frühen feinen Risse im Gesamtgefüge der Geld- und der Realwirtschaft, die Gesell als praktischer Kaufmann beobachtete und fortan als ökonomischer Autodidakt theoretisch durchdringen wollte. Seine Gedanken über die Anfänge der Aufspaltung von Geld- und Realwirtschaft hat er in seinen drei Frühschriften näher ausgeführt, die 1891/92 in Buenos Aires in deutscher Sprache erschienen. Fünf Jahre später hat er sie ebenfalls noch in Argentinien in einem Buch „Die Anpassung des Geldes an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs“ systematisiert.¹⁴³

Neben einer gewissen Affinität zu geld- und zinskritischen Aussagen in den Überlieferungen des Judentums, Christentums und Islams weisen Gesells Überlegungen eine noch deutlichere Parallele zu den Ausführungen des antiken Philosophen Aristoteles (384-322 v.Chr.) über die „Hausverwaltungskunst“ (grch. oikono-

¹⁴¹ Silvio Gesell (1892/1988a), S. 74 - 75, 86 und 122 - 123 (Ursache der Anhäufung von Kapital in den Händen von Minderheiten). - „Unser Geld ist aus Edelmetall hergestellt, ein Material, welches von allen in Betracht kommenden Produkten und Elementen der Erde eine Ausnahmestellung einnimmt, insofern als es unverwüsthlich ist. Nichts greift das Gold an; selbst die Zeit nicht.“ (1897/1988, S. 146)

¹⁴² Vgl. das Kapitel 5 „Die Freigeld-, Zins- und Kapitaltheorie“ in Gesells späterem Hauptwerk (1920/1991a), S. 319 - 380.

¹⁴³ Das Vorwort zu diesem Buch (1897/1988) enthielt eine genaue Schilderung der Entwicklung von Gesells ersten Gedanken über die Reformbedürftigkeit des Geldes. (S. 15 - 29)

mia = Haushalt) auf. Aristoteles machte einen Unterschied zwischen einer „natürlichen Erwerbskunst“, bei der das Geld lediglich der „Hausverwaltung“ dient, und einer „anderen Art der Erwerbskunst, die man als die Kunst des Gelderwerbs bezeichnet; im Hinblick auf sie scheint keine Grenze des Reichtums und des Erwerbs zu bestehen.“ Während das Geld innerhalb der „natürlichen Erwerbskunst“ auf seine Rolle als Tauschmittel begrenzt ist, durchbricht es seine Grenze, sobald es in der sog. „Chrematistik“ zusätzlich dazu verwendet wird, „Geld ... ins Unbegrenzte ... zu vermehren“. In der Realität gehen die „natürliche Erwerbskunst“ und die „Chrematistik“ fließend ineinander über. In einer solchen „doppelten Erwerbskunst ... ist erst recht der Wucher hassenswert, der aus dem Geld selbst den Erwerb zieht und nicht aus dem, wofür das Geld da ist. Denn das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden; durch den Zins vermehrt es sich aber durch sich selbst. Daher hat es auch seinen Namen: das Geborene ist gleicher Art wie das Gebärende und durch den Zins (tokos) entsteht Geld aus Geld. Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur.“¹⁴⁴

... und ihre Überwindung durch „rostende Banknoten“

Über eine Unterscheidung zwischen einem idealtypischen Geld, das den Menschen lediglich als Tausch- und Kreditmittel dient, und dem real existierenden, in sich widersprüchlichen kapitalistischen Geld, das den Menschen sowohl dient als sie zugleich auch als Mittel der Spekulation und Geldvermehrung beherrscht, hinausgehend hat Gesell in seinen Frühschriften auch bereits die Grundgedanken einer Reform des Geldwesens beschrieben. Durch sie könne die Wirtschaft des klassischen Laissez-faire-Kapitalismus in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus übergehen.

Ein zukünftig nicht mehr hortbares nachkapitalistisches Geld stellte sich Gesell in der Form von „rostenden Banknoten“ vor, die im Laufe eines Jahres etwa 5 – 6 % ihres Nennwerts verlieren. Auf diese Weise würde das Geld seine ihm innewohnende strukturelle Übermacht über die Kapital-, Arbeits- und Warenmärkte verlieren. Durch das Rosten des Geldes würde das Geld gewissermaßen entthront und mit der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen strukturell auf eine gleiche Stufe gestellt, so dass die von den Klassikern und Marx als schon bestehend unterstellte Äquivalenz zwischen den Waren und dem Geld tatsächlich hergestellt würde. „Wir brauchen Parität zwischen Ware und Geld, zwischen Angebot und Nachfrage. Und da wir diese Parität nicht durch Anpassung der Ware an das Geld herstellen können, so bleibt nichts anderes übrig als das Geld paritätisch mit der Ware zu machen. ... Die Ware musste früher das Geld aufsuchen. Jetzt geht das Geld der Ware auf halbem Weg entgegen. Das Geld ist natürlicher, normaler,

¹⁴⁴ Aristoteles [1978], S. 59–63. - Zur Verwandtschaft von Gesells Geld- und Zinskritik mit dem Judentum, Christentum und Islam vgl. Roland Geitmann [2016].

menschlicher geworden. ... Die rostenden Banknoten geben dem Menschen den Adel der Gesinnung zurück.“¹⁴⁵

Anti-capitalistisches Geld

mit materiellem Umlaufzwang und dauernd fester Währung.

Ein neues Tauschmittel zur Beschleunigung, Sicherung und Verbilligung des Waarenaustausches.

Zur Erzielung völliger Aequivalenz zwischen Waare und Geld und behufs Erzwingung der für die Währung unentbehrlichen Gleichmässigkeit im Geldumlauf, wird dieser Geldbrief zu Gunsten der Staatskassen und auf Kosten des Inhabers wie folgt an Tausch- und Zahlkraft abnehmen:

Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
1-7	100.-	1-4	99.60	1-4	99.20	1	98.80	1-6	98.30	1-4	97.90
8-14	99.90	5-11	99.50	5-11	99.10	2-8	98.70	7-13	98.20	5-11	97.80
15-21	99.80	12-18	99.40	12-18	99.-	9-15	98.60	14-20	98.10	12-18	97.70
22-28	99.70	19-25	99.30	19-25	98.90	16-22	98.50	21-27	98.-	19-25	97.60
29-31	99.60	26-28	99.20	26-31	98.80	23-29	98.40	28-31	97.90	26-30	97.50
						30	98.30				
Juli		August		September		Oktober		November		Dezember	
1-2	97.50	1-5	97.-	1-2	96.60	1-7	96.10	1-4	95.70	1-2	95.30
3-8	97.40	6-12	96.90	3-9	96.50	8-14	96.-	5-11	95.60	3-9	95.20
9-15	97.30	13-19	96.80	10-16	96.40	15-21	95.90	12-18	95.50	10-16	95.10
16-22	97.20	20-26	96.70	17-23	96.30	22-28	95.80	19-25	95.40	17-23	95.-
23-29	97.10	27-31	96.60	24-30	96.20	29-31	95.70	26-30	95.30	24-30	94.90
30-31	97.-									31	94.80

Abb.: „Anti-capitalistisches Geld“ (1899)¹⁴⁶

Zuschlagsatze.								Mark 100.	Mark 100.
Januar	Pfg.	Februar	Pfg.	März	Pfg.	April	Pfg.		
1-7	—	1-4	40	1-4	80	1	120		
8-14	10	5-11	50	5-11	90	2-8	130		
15-21	20	12-18	60	12-18	100	9-15	140		
22-28	30	19-25	70	19-25	110	16-22	150		
29-31	40	26-28	80	26-31	120	23-30	160		
Januar	Pfg.	Februar	Pfg.	März	Pfg.	April	Pfg.	August	Pfg.
1-6	170	1-4	210	1-2	250	1-5	300		
7-13	180	5-11	220	3-8	260	6-12	310		
14-20	190	12-18	230	9-15	270	13-19	320		
21-27	200	19-25	240	16-22	280	20-26	330		
28-31	210	26-30	250	23-29	290	27-31	340		
September	Pfg.	Oktober	Pfg.	November	Pfg.	Dezember	Pfg.		
1-2	340	1-7	390	1-4	430	1-2	470		
3-9	350	8-14	400	5-11	440	3-9	480		
10-16	360	15-21	410	12-18	450	10-16	490		
17-23	370	22-28	420	19-25	460	17-23	500		
24-30	380	29-31	430	26-30	470	24-31	510		

Physiokratisches Geld

(Muster)

Dieser Zettel gilt mit den nebenan verzeichneten Zuschlagsatzen im Handel, an den Staatskassen und vor Gericht:

Ein Hundert Mark



Pythagoras

Die Geldverwaltung.



Lykurg

Ehret Lykurg: er adelt das Gold und Silber, die Lasade aller sozialen Uebel. Pythagoras.

Abb.: „Physiokratisches Geld“¹⁴⁷ Muster einer „rostenden Banknote“ (1912)

¹⁴⁵ Silvio Gesell (1897/1988), S. 155 und 212. Die allerersten Geldscheinmuster zur Veranschaulichung des Reformgeldes finden sich auf den Seiten 178 und 180. Vgl. auch ders., (1892/1988a), S. 115 (Adel der Gesinnung).

¹⁴⁶ Muster eines „Anti-capitalistischen Geldes“, in: Silvio Gesell (1899/1988), S. 278 - 279.

¹⁴⁷ Silvio Gesell (1912/1990e), S. 23.

Indem das Geld in Gestalt von nicht mehr hortbaren „rostenden Banknoten“ in das Werden und Vergehen allen Lebens integriert wird, kann die für „die Kommunikation zwischen Produzent und Konsument“ unerlässliche Einheit von Kauf und Verkauf, Sparen und Investieren nicht mehr vom Geld eigenmächtig aufgespalten werden. Mit „rostenden Banknoten“ bleibt der Wirtschaftskreislauf unter allen Umständen geschlossen. Unter diesen Umständen lässt sich Gesell zufolge auch eine „Goldene Regel der Volkswirtschaft“ einhalten, wonach sich entsprechend dem „kategorischen Imperativ“ (Immanuel Kant) auch in der Wirtschaft freie Menschen auf gleicher wirtschaftlicher Augenhöhe begegnen und nach „Maximen ihres Willens handeln, die jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten können.“¹⁴⁸

Im Kern ging es Gesell mit den „rostenden Banknoten“ als einer vom Gold und Silber völlig losgelösten Papierwährung darum, den Austausch der Erzeugnisse der menschlichen Arbeit auf Märkten und indirekt auch die Kreditbeziehungen und die Produktion der Waren von jeglichen Machteinflüssen und Ungerechtigkeiten zu befreien. Von der Einführung „rostender Banknoten“ erhoffte er sich in mehrfacher Hinsicht positive Auswirkungen, deren Tragweite ihm freilich erst im Laufe der Zeit bewusst wurde. Und er vermochte auch noch nicht alle Auswirkungen systematisch darzustellen.

- Durch einen gleichmäßigen, nicht mehr durch spekulative Unterbrechungen gestörten Geldfluss würden - so lautete eine der ersten Schlussfolgerungen Gesells - die Zentralbanken in die Lage kommen, die Menge des zirkulierenden Papiergeldes mit Hilfe einer Preisstatistik ganz genau an die Bedürfnisse des Verkehrs anzupassen. Ohne Inflation und ohne Deflation könnten sie die Kaufkraft der Währungen dann absolut stabilisieren.¹⁴⁹ Bei vordergründiger Betrachtung konnte es zwar als ein Paradox erscheinen, dass einzelne „rostende Banknoten“ kontinuierlich an Wert verlieren sollen und dass dadurch die Kaufkraft von Währungen stabilisierbar werden sollte. Gerade darin liegt jedoch - wie man mit einem Wort Hegels sagen könnte - eine „List der Vernunft“. So wie die Stoffwechselkapazität der Menge des in einem erwachsenen menschlichen Körper zirkulierenden Blutes konstant bleibt, obwohl die einzelnen Blutkörperchen fortlaufend altern und erneuert werden, so könnten in ähnlicher Weise auch die „rostenden Banknoten“ beständig altern und von den Zentralbanken erneuert werden, ohne dass dies einen Einfluss auf die Kaufkraft der gesamten in Verkehr gegebenen Geldmenge hätte. Die stetige, von niemandem mehr zeitweise zu unterbrechende Bewegung *aller* einzelnen Banknoten würde die Steuerbarkeit der Geldmenge entscheidend verbessern. Die Währungen könnten dann durch eine exakte Anpassung der Geldmengen an die Bedürfnisse des Verkehrs über lange Zeiträume genauso stabil

¹⁴⁸ Silvio Gesell (1892/1988b), S. 161, und ders. (1904/1989a), S. 317 - 320. - Zum „kategorischen Imperativ“ vgl. Immanuel Kant, Kritik der praktischen Vernunft (1788), Stuttgart 1961/1998, S. 53 und 253.

¹⁴⁹ Die herkömmliche Quantitätstheorie des Geldes war ohne eine solche Verstetigung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes unvollständig. Vgl. hierzu Silvio Gesell (1902/1989b), S. 108 - 113. - Zur Kritik an der Goldwährung vgl. Silvio Gesell (1920/1991a), S. 190 - 191, 205 - 206, 212 - 233 und 308 - 311.

gehalten werden wie Meter, Liter oder Kilogramm. Das würde eine große Erwartungssicherheit und Verlässlichkeit in die Wirtschaft bringen – vor allem für Verträge mit langen Laufzeiten wie bei der Vorsorge für Krankheit und Alter.

Eine Verstetigung des Geldkreislaufs könnte das Tor zur absoluten Stabilisierung der Kaufkraft von Währungen öffnen und – wenn sie international abgestimmt würde – auch zur Stabilisierung der Wechselkurse. Der Spekulation mit Schwankungen von Währungen und Devisenkursen wäre der Nährboden entzogen. Nominallöhne und -zinsen würden identisch mit Reallöhnen und -zinsen. In der Tauschsphäre würde der Kreislauf $W - G - W - G - W - \dots$ geschlossen und in der Kredit- sphäre kämen Sparen und Investieren zum Ausgleich ($S = I$). Damit würde das von dem klassischen Ökonomen Jean Baptiste Say aufgestellte Theorem tatsächlich Gültigkeit erlangen, wonach es für jedes einzelne Warenangebot eine Nachfrage gibt und wonach das gesamte Angebot und die gesamte Nachfrage miteinander übereinstimmen.

Nach und nach erkannte Gesell, dass die Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte, die sich bislang in der kapitalistischen Marktwirtschaft in Schief lagen und Ungleichgewichten befunden hatten, fortan mit Hilfe einer verstetigten Geldzirkulation und einer exakten Dosierung der Geldmenge in ein stabiles Fließgleichgewicht bringen lassen könnten.

- Wenn auf dem *Kapitalmarkt* das Angebot und die Nachfrage von Geld- und Real- kapital im Laufe der Zeit allmählich zum Ausgleich kommen, könnten die Renditen nach und nach gegen Null sinken und sich um einen neuen Gleichgewichtspunkt bei null einpendeln. Mit den „rostenden Banknoten“ oder mit dem „Freigeld“ – wie dieses reformierte Geld später genannt wurde – und ihrer exakten Mengensteue- rung wollte Gesell den Zins also nicht wie die großen Religionen verbieten oder abschaffen, sondern dafür sorgen, dass er von allein in Richtung null sinken kann. Wenn der sog. „Urzins“ und bei einer absolut stabilen Währung auch der Infla- tionsausgleich aus dem bisherigen Zins verschwinden, bleiben nur noch die Bank- gebühren für die Einlagenverwaltung und Kreditvermittlung sowie die Risikoprä- mie übrig. Diese Bankgebühren und die Risikoprämie (die bei einem geschlosse- nen Geldkreislauf niedriger sein kann als bisher) bilden einen neuen nahe null liegenden Gleichgewichtspunkt, um den die Zinsen je nach der Dauer der Geldaus- leihungen schwanken. Diese Schwankungen der minimalen Zinsen bleiben not- wendig, um die Ersparnisse dezentral in bedarfsgerechte Investitionen zu leiten. Die Lenkungsfunktion des Zinses wollte Gesell also erhalten; aber in seiner Bro- schüre „Zinsfreie Darlehen“ (1904) entwickelte er den Gedanken, dass das Geld bei einem durchschnittlichen Zins von nahe null verteilungsneutral werden könnte, d.h. es würde dann seine geradezu diabolische Kraft verlieren, die arbeitsteilige Wirtschaft und Gesellschaft sowohl zu integrieren als sie auch zu spalten, indem es den Wirtschaftskreislauf zeitweise stört und über den Zins und Zinseszins die Verteilung von Einkommen und Vermögen leistungswidrig verzerrt.

Dem möglichen Einwand, dass die Nachfrage nach zinsfreien Darlehen „ins Fa- belhafte, ins Blaue hineinwachsen würde“, begegnete Gesell mit dem Hinweis,

dass mit der Investition solcher Darlehen Arbeits- und Materialkosten verbunden seien, die einer beliebigen Kreditaufnahme entgegen wirken würden. Außerdem widersprach er der neoklassischen These von der Notwendigkeit des Zinses als Anreiz zum Sparen. Aufgrund der mit dem Zins einhergehenden Umverteilung des Einkommens von Arbeitenden zu Vermögenden erschwere der Zins vielmehr das Sparen für große Teile der Bevölkerung. „So erweist sich die alte Theorie, dass der Zins das Sparen erleichtere, als Schwindel. Der Zins macht das Sparen für die große Masse unmöglich. Fällt der Zins auf null, so wird jeder sparen können.“¹⁵⁰ Bei einem durchschnittlichen Zinssatz von null und einer absolut stabilen Kaufkraft der Währung würden die Menschen in die Lage versetzt, größere Teile ihres vollen Arbeitsertrags zu sparen - und zwar nicht wegen der Aussicht auf eine Vermehrung ihrer Ersparnisse (bei gleichzeitiger inflationärer Wertminderung), sondern wegen der Aussicht, Vorsorge mit der Gewissheit einer langfristigen Werterhaltung betreiben zu können. Im Übrigen würden auch andere Lebewesen ohne Zinserwartungen sparen. „Die Bienen sparen, die Hamster sparen, der Bär spart, aber von Zinsen ist in der Natur nirgendwo eine Spur zu sehen.“¹⁵¹

- Auch ahnte Gesell schon frühzeitig, welche weitreichenden Auswirkungen „rostende Banknoten“ auf den *Arbeitsmarkt* haben könnten. So stand ihm bereits in seinen Frühschriften das ferne Ziel einer Überwindung der Lohnabhängigkeit von Proletariern vor Augen. „Alle Arbeiter sind durch die rostenden Banknoten von Lohnarbeitern zu selbstständigen Handwerkern geworden. ... Der wachsende Wohlstand der Arbeiter wird ihnen auch die Möglichkeit geben, die Produktionsmittel, welche ihnen das heutige Geldwesen aus der Hand gewunden, wieder zu erlangen und mit ihnen auch die vollkommene wirtschaftliche Selbstständigkeit.“ Eine solche Dezentralisierung der bislang in wenigen Händen konzentrierten Produktionsmittel und eine damit allmählich einhergehende Umwandlung von Proletariern in selbstständig wirtschaftende Bürger könnten sich mittel- und langfristig als Folge von „rostenden Banknoten“ ergeben. Jedoch „würde es zu weit führen, diesen Vorgang in allen Details zu verfolgen. Ich bitte aber den Leser, auf der Spur, die ich ihm hier trassiert habe, weiter zu schreiten.“¹⁵²

Zunächst wandte sich Gesell den kurzfristigen Folgen einer Einführung von „rostenden Banknoten“ für den Arbeitsmarkt zu, auf dem bis auf Weiteres die Fabrikanten dank ihres konzentrierten Privatkapitals noch über die Arbeitskraft der Proletarier als Ware verfügen.¹⁵³ Zum einen erschien ihm die Schließung des Wirt-

¹⁵⁰ Silvio Gesell (1906/1989a), S. 136; vgl. auch ders. (1891/1988), S. 116.

¹⁵¹ Silvio Gesell (1903/1989b), S. 256 - 316, hier S. 308 - 311 (Bestandteile des Zinses), S. 275 - 277 (Sparen bei Nullzins und Nullinflation) und 301 - 307 (Ursachen des Zinses bzw. Urzinses). - Diese Broschüre arbeitete Gesell später zum Kapitel 5 seines Hauptwerks „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ um; vgl. den Band 11 der GW (1920/1991a), S. 319 - 380.

¹⁵² Silvio Gesell (1892/1988a), S. 110 und 124 - 125. Anfänglich hatte Gesell sogar die Vorstellung, dass die privat angehäuften Kapitalien in die Hände des Staates übergehen könnten. „Das Zusammenschmelzen der Privatkapitalien wird dem Staat zugutekommen. In demselben Verhältnis, wie jene kleiner werden, wird das Staatskapital, das gemeinsame Kapital, größer.“ (1891/1988, S. 62)

¹⁵³ Silvio Gesell (1892/1988a), S. 126 und 128 (Verfügung der Fabrikanten über die Ware Arbeitskraft).

schaftskreislaufs als ein wirksamer Schutz der Lohnarbeiter vor Entlassungen, d.h. als eine automatische Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. „Rostende Banknoten lassen niemanden ohne Arbeit. ... Mit rostenden Banknoten gibt es ... keine Geschäftskrisen mehr. Liquidationen, Arbeitseinstellungen, Fallimente und Gerichtsvollziehungen, die sonstigen Blüten des heutigen närrischen Handels werden verdorren. Rostende Banknoten gleichen Nachfrage und Angebot stets ... und unter allen Umständen aus.“¹⁵⁴ Und zum anderen würde den Fabrikanten mit dem Verschwinden der ‚industriellen Reservearmee‘ die Möglichkeit genommen, die Löhne nach unten zu drücken. „Die Münzreform nimmt dem Geldinhaber alle Vorrechte; sie reduziert die Verdienste der Fabrikanten auf die Summe, die dem Fabrikanten für seine Arbeit und als Entschädigung für die Verzichtleistung auf die Freizügigkeit zukommt. ... Die Münzreform sorgt auch dafür, dass der Verdienst der Fabrikanten niemals einen gewissen Prozentsatz übersteigen kann, denn die große Arbeiternachfrage wird die Löhne bis zum Äußersten herauftreiben.“ Außerdem könnten sich Lohnarbeiter auch selbstständig machen, wenn sie die Arbeitsbedingungen der Fabrikanten als bedrückend empfinden und „für eigene Rechnung arbeiten und den Fabrikanten Konkurrenz machen.“¹⁵⁵

In den „rostenden Banknoten“ sah Gesell auch eine Möglichkeit, das Recht der Arbeiter auf eine gerecht entlohnte Arbeit zu verwirklichen, weil es dadurch mit einem Recht auf den gegenseitigen Austausch nützlicher Waren verbunden werde. Ohne diese Garantie eines Absatzes innerhalb des geschlossenen Wirtschaftskreislaufs könne das Recht auf Arbeit zu einem Recht werden, „dass der Staat Arbeiten machen ließe, welche von niemandem verlangt werden. ... Niemand hat das Recht, anderen seine Ware aufzudrängen, auch nicht dem Staate, sondern jeder muss die Wünsche der anderen berücksichtigen.“¹⁵⁶

Wenn schließlich unter den Bedingungen eines geschlossenen Wirtschaftskreislaufs und steigender Löhne niemand mehr aus diesem Kreislauf in Arbeitslosigkeit und Existenznöte herausfallen kann, könnten sich über die damaligen Forderungen der Arbeiterbewegung nach einem Achtstundentag hinaus auch noch Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Flexibilisierung der Arbeitszeiten ergeben. Die Menschen hätten unterschiedliche Bedürfnisse und müssten bzw. könnten je nach Fähigkeiten, Familienstand und Alter unterschiedlich viel arbeiten. „Warum soll ein Mann acht Stunden arbeiten, wenn er mit zwei genug für seine Bedürfnisse schaffen kann? ... Diogenes hatte wenig Bedürfnisse, Lucullus viele. Warum den ersten zwingen, mehr zu arbeiten als er nach seinen Ansichten braucht; warum den zweiten verhindern, weniger zu ernten, als er zur Befriedigung seiner Bedürfnisse nötig hat? ... Die Münzreform lässt jeden nach Belieben arbeiten.“¹⁵⁷

¹⁵⁴ Silvio Gesell (1892/1988a), S. 112 - 113 und 148. Vgl. ders. (1920/1991a), S. 254 und 282 - 286 (Freigeld als selbsttätig wirkende Arbeitslosenversicherung).

¹⁵⁵ Silvio Gesell (1892/1988a), S. 129 - 130 (sinkende Unternehmereinkommen und steigende Löhne); vgl. auch (1892/1988a), S. 109.

¹⁵⁶ Silvio Gesell (1892/1998a), S. 132 - 133 (Recht auf Arbeit und Recht auf den Tausch der Waren).

¹⁵⁷ Silvio Gesell (1892/1988a), S. 134 - 135 (flexible Arbeitszeiten).

- Im Hinblick auf den *Warenmarkt* und den Handel, in dem Gesell als Kaufmann über eigene praktische Erfahrungen verfügte, erwartete er von der Einführung „rostender Banknoten“ schließlich eine bessere und auch vereinfachte Integration der arbeitsteiligen Wirtschaft zu einem wohlproportionierten Ganzen. Unter dem sanften Druck des Rostens der Banknoten würde sich die Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen richten und es würde auch die Barzahlung von Waren zunehmen, „um möglichst wenig Geld in der Kasse zu haben“. Und es könnten der Zwischenhandel und die Werbung reduziert werden oder gar ganz entfallen. „Mit rostenden Banknoten wandern die Waren in gerader Linie, ohne Aufenthalt, vom Produzenten zum Konsumenten. Keine Schaufenster, Handlungsreisende, ellenlange Annoncen sind mehr nötig, um die Ware an ihren Bestimmungsort zu bringen.“ Mit der Vereinfachung und Verbilligung des Handels könne zugleich eine deutliche Senkung der Handelsspesen einhergehen, was letztlich den Löhnen der Arbeiter ebenso zugutekomme wie das Sinken des Zinsniveaus. Und mit der Stabilisierung der Kaufkraft der Währung erhalte der Handel überhaupt erst jene solide Grundlage, auf der er von einem „Hazardspiel auf schwankendem Brett“ zu einem „ehrlichen Handel“ werden könne.¹⁵⁸

Der „soziale Staat“ als Garant von Recht, Gerechtigkeit und Freiheit

Mit einer Reform des Geldwesens wollte Gesell den sich bislang selbst überlassenen freien Märkten eine staatlich-institutionelle Rahmenordnung geben, die neutral über den einzelnen Interessen steht und gewährleistet, dass das Geld allen Menschen zu jeder Zeit und an jedem Ort gleichermaßen als Tausch- und Kreditmittel dient, ohne sie noch länger strukturell zu beherrschen und die Verteilung von Einkommen und Vermögen leistungswidrig zu verfälschen. „Mit den Währungsfragen sind Privatinteressen von ungezählten Milliarden verknüpft. Und das Recht fordert, dass der Staat diesen Interessen gegenüber parteifrei bleibe.“¹⁵⁹

Als zentrale ordnungspolitische Aufgabe eines „sozialen Staates“ betrachtete Gesell die Einbettung aller privatwirtschaftlichen Interessen in eine rechtliche Rahmenordnung, welche den „Grundsatz *sum cuique* aufstellt“ und allen Menschen mit Hilfe eines neutralisierten Geldes anstelle des „jetzigen vernunft- und rechtswidrigen Geldsystems“ ein gleiches Recht auf Freiheit und Eigentum verbürgt, das „jedoch begrenzt wird von der Rücksicht auf die Freiheit anderer Menschen wie sein Eigentum begrenzt wird von dem Eigentum anderer. ... In der Garantie der individuellen Freiheit besteht auch die Garantie auf die gleichmäßige Verteilung der irdischen Güter.“ Darüber hinaus habe der Staat Bildungseinrich-

¹⁵⁸ Silvio Gesell (1892/1988a), S. 107 (Barzahlung), 110 - 111 („Der Rost wird die Spürnase der Banknoten sein, womit sie die Waren auffinden werden.“) sowie 127 und 148 (sinkende Handelsspesen). Ders. (1892/1988b), S. 160. Zum Wandel des Handels vgl. auch ders. (1906/1989), S. 149, und (1920/1991a), S. 245 und 266 (Produktion gemäß den menschlichen Bedürfnissen).

¹⁵⁹ Silvio Gesell (1897/1988), S. 93 - 96.

tungen zur Pflege des „unbändigen Freiheitsgeistes eines Volkes“ und seines Gerechtigkeitssinns sowie ein öffentliches Verkehrswesen zu unterhalten und die äußere Sicherheit zu gewährleisten. Unter den Bedingungen einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung habe der „geordnete Staat“ seine Tätigkeit allein durch Steuern und nicht durch die Aufnahme von Schulden zu finanzieren.¹⁶⁰

Zwischen der klassisch-neoklassischen Ökonomie und dem Marxismus

Mit seinem Hinweis auf die Notwendigkeit eines das Geldwesen gerecht ordnenden Rechtsstaates trat Gesell der Annahme der klassischen und neoklassischen Ökonomie entgegen, dass allein eine „unsichtbare Hand“ des Marktes (Adam Smith) alles wirtschaftliche Handeln von Anbietern und Nachfragern zum Wohle aller Menschen optimal aufeinander abstimmen könne. Nach seiner Ansicht bedurfte es vielmehr auch einer ‚sichtbaren‘ Rechtsordnung mit einem neutralisierten Geld als der „wichtigsten, unentbehrlichsten staatlichen Verkehrseinrichtung“.¹⁶¹ Erst wenn die Märkte eine solche rechtsstaatliche Rahmenordnung für ihre Selbstorganisation und Selbstheilung erhalten, sei gewährleistet, dass sich jedes Angebot seine eigene Nachfrage schaffen und dass diese Nachfrage auch tatsächlich wirksam werde und die Märkte räumen könne. Erst durch eine „organische Reform“ des Geldwesens könne die von Klassik und Neoklassik verleugnete „Krankheit der sozialen Missverhältnisse“ überwunden werden, so dass dann die Proportionen des Gebens und Nehmens sowohl mikro- als auch makroökonomisch in ein stabiles Gleichgewicht kommen können.¹⁶²

Statt sich mit seinen Frühschriften an neoklassische Ökonomen zu wenden, brachte Gesell darin ausdrücklich seine Hoffnung zum Ausdruck, „die Aufmerksamkeit der Sozialisten auf das Geldwesen zu lenken“, deren „Führer sich von Marx auf eine falsche Spur haben leiten lassen“, nämlich auf die im „Kommunistischen Manifest“ und im Band 1 des „Kapital“ angelegte falsche Spur, die zur Allmacht eines zentralistischen proletarischen Staates zu führen drohte. „Wer die heutige soziale Frage lösen will, darf nicht vergessen, dass die Lösung nicht auf Kosten der unbändigen Freiheit und Unabhängigkeit des Menschen stattfinden darf. ... Die Münzreform ermöglicht es, die soziale Frage zu lösen, ohne auf den kommunistischen Wirtschaftsbetrieb zurückgreifen zu müssen.“¹⁶³

¹⁶⁰ Silvio Gesell (1891/1988), S. 61 (vernunft- und rechtswidriges Geldsystem) - 62 (sozialer Staat), 64 (unbändiger Freiheitsgeist eines Volkes) und (1892/1988a), S. 131 (Grenzen von Freiheit und Eigentum), 135 - 138 (geordneter Staat mit Bildungs- und Verkehrswesen, Militär und Steuern) und 141 - 142 (Gesetze zum Schutz der Freiheit und inneren Sicherheit). Seine anfängliche Loyalität gegenüber dem Militär hat Gesell später aufgegeben.

¹⁶¹ Silvio Gesell (1892/1988a), S. 113.

¹⁶² Silvio Gesell (1892/1988a), S. 119 und 122 (Krankheit der sozialen Missverhältnisse) sowie (1897/1988), S. 115 (organische Reform des Geldwesens).

¹⁶³ Silvio Gesell (1892/1988a), S. 73, 147 - 148 und 152.

Während des ersten Jahrzehnts seines Nachdenkens über eine Reform des Geldwesens von 1891 bis zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ahnte Gesell noch nicht, wie weit Marx & Engels seiner Kritik am kapitalistischen Geld in den 1885 und 1894 erschienenen Bänden 2 und 3 des „Kapital“ schon entgegen gekommen waren und wie naheliegend es gewesen wäre, eine Verständigungsbrücke von deren späten zirkulationstheoretischen Einsichten zu seinem geldreformerischen Anliegen zu bauen. Seine Geldreform hätte er als dasjenige Mittel darstellen können, mit dem es möglich geworden wäre, den Geldfetisch zu entzaubern und nach mehreren periodisch wiederkehrenden Krisen auch noch die letzte Schranke wegzuräumen, die den endgültigen tendenziellen Fall der Profitrate auf null noch verhindert hatte. Allerdings spielten die Bände 2 und 3 des „Kapital“ kaum eine Rolle in der Theorieentwicklung der Arbeiterbewegung und erst später erfuhr Gesell, dass er mit Pierre Proudhon in Frankreich einen Vorläufer hatte, dem es schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht gelungen war, sich mit Marx zu verständigen. So geriet er mit seinem Bestreben, den Geldreformansatz als einen freiheitlichen Ausweg aus dem Kapitalismus weiterzuentwickeln, rund 40 bis 50 Jahre nach Mill und Proudhon und noch vor Hilferding und Luxemburg zwischen die großen Orthodoxien der Neoklassik und des Marxismus. Während die neoklassische Orthodoxie die fortschreitende Konzentration des Kapitals unter dem Deckmantel der 'freien Konkurrenz' gewähren ließ und gegen jegliche Kritik abschirmte, hielt der Marxismus trotz seiner Kritik an der Konzentration von Privatkapitalien eben diese Konzentration dennoch für ein geschichtsnotwendiges Vorstadium einer 'höheren' Stufe der Konzentration des Kapitals in den Händen eines proletarischen Staates.

Zumindest ansatzweise enthielt Gesells Ziel einer Dezentralisierung des Geld- und Realkapitals auch erste Ausblicke auf eine Überwindung des Lohnarbeitsverhältnisses. Sie hätten das Potenzial für eine tiefere Verbindung mit der vom Frühsozialismus ausgegangenen Genossenschaftsbewegung gehabt, waren aber noch kaum über die Vorstellung einer Besserstellung der Lohnarbeit bzw. einer Vielzahl von Einzelunternehmen hinausgekommen. Und wegen seiner Kritik an der von Marx im Band 1 des „Kapital“ erhobenen Forderung nach einem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus blieben auch Gesells Hoffnungen unerfüllt, dass sich die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung ernsthaft mit seiner liberalen, kleinbürgerlich wirkenden Kapitalismuskritik und seinen Vorstellungen von einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft auseinandersetzen könnten. Die Rezeption seines Werkes sowohl von Seiten der Arbeiterbewegung als auch von Seiten der Ökonomie war zudem dadurch erschwert, dass Gesell seine Theorien „in einfachem kaufmännischem Stile geschrieben“ hatte und keine Mitarbeiter fand, die sie „mit wissenschaftlichen Schnörkeln versehen wollten“.¹⁶⁴

¹⁶⁴ Silvio Gesell (1892/1988a), in: GW 1, S. 152.

Die Erde als Gemeinschaftsgut aller Menschen – Erweiterung der Geldreform um eine Reform des Bodenrechts

Gesells anfängliches Ziel, die „tief zu beklagende Kapitalansammlung“¹⁶⁵ und die Entblößung der Arbeiter von den Produktionsmitteln zu überwinden, trat bedauerlicherweise in den Hintergrund – aber nicht etwa, weil er es aufgegeben hätte, sondern weil ihm noch ein weiteres großes Ziel vor Augen trat. Ausgelöst durch die Bodenspekulation in Buenos Aires und den Großgrundbesitz in der argentinischen Pampa erkannte er nämlich gegen Ende des 19. Jahrhunderts, dass ein freie Märkte gerecht ordnender „sozialer Staat“ zusammen mit der Geldordnung noch eine zweite große, die Märkte ordnende Aufgabe erfüllen müsste: nämlich die Schaffung eines gleichen und gerechten Zugangs für alle Menschen zum Boden und zu den natürlichen Ressourcen.

Bereits in seinen Frühschriften hatte Gesell beiläufig den Gedanken gestreift, dass „die Erde für alle Menschen bestimmt (ist); alle haben ein gleiches Recht auf die Schätze, die sie birgt“. Jedoch hatte er das private Bodeneigentum zunächst noch für unbedenklich gehalten und darauf verwiesen, dass das Land bei einem gegen null sinkenden Zinsniveau „zwar dem Bebauer gehört, dass es aber unverkäuflich wird ... wie das Licht, die Sonne und die Luft ..., weil keine Käufer vorhanden sind noch sein können.“ Vorerst hatte es Gesell bei der Annahme belassen, dass „die Aneignung großer Landkomplexe unmöglich (wird) und die bestehenden großen Güter bei jeder Erbschaft in Teile zerfallen werden“.¹⁶⁶

Nachdem er sich noch während mehrerer Jahre ganz auf die Diagnose und Therapie der Störungen des Geldkreislaufs konzentriert hatte, reifte erst in den späten 1890er Jahren, als Gesell seine Rückkehr nach Europa plante, seine Einsicht in die Notwendigkeit der Schaffung einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung heran, die neben den „rostenden Banknoten“ auch einen für alle Menschen gleichen Zugang zum Boden und zu den Ressourcen gewährleistet. Kurz vor der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert verpachtete er sein Geschäft in Buenos Aires und ließ sich nach einer kurzen Zwischenstation in Deutschland, wo ihm die geistig-politische Enge des wilhelminischen Kaiserreichs missfiel, auf einem Bauernhof im französischsprachigen Teil der Schweiz nieder. Dort betrieb er als Autodidakt ausgedehnte wissenschaftliche Studien; er vertiefte sich in die Werke der ökonomischen Klassiker und Neoklassiker, von Marx & Engels ebenso sowie von Proudhon und George, um seine eigenen Gedanken mit den gängigen wissenschaftlichen Lehrmeinungen und den Theorien der Arbeiterbewegung zu vergleichen. Dabei wurden ihm weitere Zusammenhänge zwischen dem herkömmlichen Geld und den Fehlentwicklungen der Wirtschaft sowie mögliche Auswirkungen einer Reform des

¹⁶⁵ Silvio Gesell (1891/1988), S. 61 (Kapitalansammlung).

¹⁶⁶ Silvio Gesell (1891/1988), S. 130 - 131 (Unverkäuflichkeit des im privaten Eigentum verbleibenden Bodens) und 135 (gleiches Recht aller Menschen auf die Erde und ihre Schätze).

Geldwesens bewusst.¹⁶⁷ Und durch die Lektüre von Henry Georges „Fortschritt und Armut“ nahm fortan die Überlegung, die Reform des Geldwesens um eine Reform des Bodenrechts zu erweitern, einen breiten Raum in Gesells Denken ein. Das vorläufige Zwischenergebnis dieser Studien fasste er in seinem Buch „Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform“ zusammen, das 1906 im Selbstverlag erschien. Im Vorwort bezeichnete sich Gesell selbst als einen „ehrlichen ... glücklichen Finder, den nur die Gewissenhaftigkeit veranlasst ..., seinen Fund dem rechtmäßigen Eigentümer, d.h. dem arbeitenden Volk, abzuliefern.“¹⁶⁸

Während er mit seiner Geldreform eine theoretische Pionierleistung vollbracht hatte und damit mehr als zehn Jahre ganz auf sich allein gestellt war, konnte Gesell mit seinen Gedanken zur Reform des Bodenrechts an Henry George, Michael Flürscheim und Adolf Damaschke anknüpfen und in kritischer Auseinandersetzung mit ihnen seine eigenen Vorstellungen entwickeln. Bei aller Hochachtung vor Henry George zweifelte Gesell an dessen Zuversicht, dass sich das mit dem bislang geltenden Bodenrecht verbundene Unrecht bei einem Fortbestand des privaten Bodeneigentums mit einer „Single Tax“ überwinden lasse. Deshalb und weil Adolf Damaschke die Bodensteuer auch noch in der Form einer Bodenwertzuwachssteuer verwässerte¹⁶⁹, neigte Gesell zu der von Michael Flürscheim und anderen Bodenrechtsreformern erhobenen Forderung, 1. den Boden und die Ressourcen gegen eine Entschädigung der bisherigen Eigentümer in ein der ganzen Menschheit gehörendes unveräußerliches Gemeinschaftseigentum zu überführen, 2. nach dem Vorbild von Erbpacht und Erbbaurecht gegen Entgelt zeitlich befristete Rechte zur privaten Nutzung zu vergeben und schließlich 3. die Summe der Entgelte abzüglich der Entschädigungszahlungen und der Verwaltungskosten in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die Bevölkerung zurück zu verteilen.

- Henry George hatte ganz in der Tradition der jüdisch-christlichen Vorstellung gestanden, dass die Erde Gott gehört und dass die Menschen als nur vorübergehende Gäste auf ihr die Erde treuhänderisch zu verwalten haben. Dem entsprach auch die indianische Überlieferung, wonach die „Mutter Erde“ nicht zur käuflichen Handelsware herabgewürdigt werden darf.¹⁷⁰ Mit weniger Nähe zu religiösen Überlieferungen verwies auch Gesell später in seinem Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ auf den biblischen Satz „Die Erde

¹⁶⁷ Zu Gesells Vorstellungen von einer praktischen Handhabung des Reformgeldes und der exakten Dosierung seiner Menge anhand von Warenpreisindices sowie seiner Auswirkungen auf einzelne Wirtschaftsbereiche vgl. (1906/1989a), S. 89 - 237.

¹⁶⁸ Silvio Gesell (1906/1989a), S. 14. Dieses Buch „Die Verwirklichung des vollen Arbeitsertrags durch die Geld- und Bodenreform“ ist gleichsam ein Vorläufer von Gesells 10 Jahre später erschienenem Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“. Der Abschnitt über die Bodenrechtsreform (1906/1989a, S. 25 - 87) erfuhr im Hauptwerk noch einige - allerdings nicht nur sinnvolle - Veränderungen (1920/1991a, S. 53 - 107).

¹⁶⁹ Silvio Gesell (1904/1989b), S. 325 - 326 (Henry George, der „umsichtigste Strategie“ und „amerikanische Napoleon“) und (1906/1989a), S. 87 (Damaschkes „verwässerter Hof- und Salonsozialismus“).

¹⁷⁰ Psalm 24.1. - Häuptling Seattle (1855/1992), S. 9 - 33.

schaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ auf den biblischen Satz „Die Erde gab ER den Menschenkindern“. Hierin sah er den „Punkt eins aller Menschenrechte ... ER gab die Erde nicht den Amerikanern und Mongolen; den Menschen, der Menschheit, auch den Schreibunkundigen gab ER sie. ... Der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen - ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. ... Den Schwarzen, den Roten, den Gelben, den Weißen, allen ohne Ausnahme gehört die Erde ungeteilt. ... Die ganze Erdkugel, so wie sie da im prächtigen Flug um die Sonne kreist, ist ein Teil, ein Organ jedes einzelnen Menschen“. Daher werde jedem einzelnen Menschen mit der privaten Inbesitznahme von kleineren oder größeren Teilen der Erde eine schmerzhaft und unter Umständen sogar blutige Wunde zugefügt. „Alle Menschen, jeder einzelne Mensch, hat auf den ganzen Erdball die gleichen unveräußerlichen Rechte, und jede Einschränkung dieses Urrechts bedeutet Gewalt, bedeutet Krieg.“¹⁷¹

Im Hinblick auf eine Reform des Bodenrechts innerhalb Deutschlands schloss die Umwandlung des gesamten Bodenprivateigentums in ein gemeinschaftliches Eigentum auch bei Gesell eine schon von Oppenheimer geforderte Aufteilung des ostelbischen Großgrundbesitzes mit ein. „Wir werden die Aufteilung der Großgrundbesitzungen vornehmen und den ganzen Osten Deutschlands für freie selbstständige Bauern erschließen.“ Ähnlich wie Oppenheimer überlegte auch Gesell, ob eine solche Aufteilung des ostelbischen Großgrundbesitzes dazu beitragen könnte, nicht nur die Republik vor der Reaktion zu schützen, sondern ebenfalls „die jetzige Landflucht in eine Flucht aus der Stadt zu verwandeln“.¹⁷²

Bei der Überführung des privaten Bodeneigentums in ein gemeinschaftliches Eigentum, das es vor seiner Privatisierung bereits in unvollkommenen Formen der Allmenden gegeben hatte, hielt Gesell eine Entschädigung für notwendig, denn auch wenn der Boden einstmals unrechtmäßig okkupiert worden ist, wurde er von seinen derzeitigen Eigentümern rechtmäßig erworben und sollte ihnen nicht von der Allgemeinheit geraubt werden. Zur Finanzierung dieser Entschädigungen sollten „verzinsliche Schuldscheine der Staatsanleihe“ ausgegeben werden. „Wie kann aber der Staat solche gewaltigen Summen verzinsen? Antwort: Mit dem Pachtzins des Bodens, der ja nunmehr in die Staatskasse fließt.“ Außerdem werde die Verzinsung dieser staatlichen Schuldscheine im Laufe der Übergangszeit, in der eine Geldreform ein Sinken des gesamten Zinsniveaus bewirkt, ebenfalls sinken. Die dem Staat aus der Entschädigung der bisherigen privaten Bodeneigentümer erwachsenden Schulden würden sich in einem Zeitraum von 10 bis 20 oder maximal 25 Jahren tilgen lassen - also innerhalb desselben Zeitraums, in dem Gesell auch einen Ausgleich zwischen der Gesamtnachfrage nach Kapital und dem gesamten

¹⁷¹ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 64, 67, 72, 99 und 101.

¹⁷² Silvio Gesell (1923/1993b), S. 272 [Land- und Stadtlucht], und ders. (1926/1995a), S. 170 - 171 (Rit-
tergüter als „Brutherde der Reaktion“).

Kapitalangebot erwartete.¹⁷³ Im Interesse der Rechtsstaatlichkeit der Bodenrechtsreform war also eine Entschädigung der bisherigen Bodeneigentümer unumgänglich. Doch würde dadurch die vom Kapitalismus übernommene Verteilungsungerechtigkeit vorerst nur aus dem Bereich der Immobilien in der Bereich der Mobilien verlagert?

- Die Zuordnung der entgeltlichen Rechte zur privaten Nutzung des Bodens für Wohn- und Arbeitszwecke stellte sich Gesell im Wege von „öffentlichen Pachtversteigerungen vor, an denen sich jeder Mensch beteiligen kann, und zwar ausnahmslos jeder Bewohner der Erdkugel.“¹⁷⁴ Damit sollte jegliche Diskriminierung ausgeschlossen werden. Könnte deren Vermeidung vielleicht vorläufig zusätzliche Übergangsregelungen erfordern, um ungleiche Chancen bei der Teilnahme an den öffentlichen Pachtversteigerungen solange sozial abzufedern, bis die Einkommensverteilung im Laufe einer Übergangszeit gerechter geworden ist?¹⁷⁵

Sobald aller Boden in ein Gemeinschaftseigentum überführt ist und die Entschädigungszahlungen aus den Pachteinnahmen abgegolten sind, soll „das Pachtgeld in eine gemeinsame Kasse wandern, um von hier aus wieder auf alle gleichmäßig verteilt zu werden.“ Damit werde schließlich das große Ziel der Bodenrechtsreform verwirklicht: nämlich jeden Menschen zu einem gleichen Teilhaber an der Erde zu machen, d.h. die Menschen nicht nur vor Gott und dem Gesetz gleich zu stellen, sondern ihnen allen auch gleiche wirtschaftliche Lebenschancen zu garantieren. „Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde.“¹⁷⁶

Mit der Erde als einem „einheitlichen, unteilbaren Wirtschaftsgebiet“ meinte Gesell im Übrigen nicht nur die Grundstücke zum Wohnen und Arbeiten, sondern wie schon Henry George auch die darunter befindlichen Ressourcen, die zu jener Zeit genauso zum Zankapfel wurden wie die Bodenoberflächen. „Es gibt keine englische Kohle und kein deutsches Kali. Denn jeder Mensch, gleichgültig, welchem Staat er angehört, hat das gleiche Recht auf die ‚englische Kohle‘, das ‚amerikanische Erdöl‘ und das ‚deutsche Kali‘.“¹⁷⁷ Bereits 1906 zog Gesell deshalb eine internationale Verwaltung der weltweiten Ressourcen als Menschheitseigentum in Erwägung, unterließ es damals jedoch, diese Überlegung weiter zu vertiefen. „Die Frage, ob die Grundrente nicht, statt in die Staatskassen, in eine internationale Weltkasse abzuliefern sei, wollen wir hier nur berühren, die Beantwortung jedoch der nächsten Generation überlassen.“ Da „einzelne Länder von der Natur sehr begünstigt worden sind mit Kohlenlagern, Petrolquellen usw., sind sie imstande,

¹⁷³ Silvio Gesell (1906/1989a), S. 60 - 65, und ders. (1920/1991a), S. 73 - 76 (Entschädigungszahlungen) und 78 - 79 (Allmenden) sowie ders. (1912/1990a), S. 21 - 22.

¹⁷⁴ Silvio Gesell (1906/1989a), S. 76, und ders. (1920/1991a), S. 72 - 73.

¹⁷⁵ Zu diesen Fragen vgl. das Kap. 13.1 des vorliegenden Buches und Dirk Löhr (2019), S. 188 - 191.

¹⁷⁶ Silvio Gesell (1906/1989a), S. 76, und ders. (1920/1991a), S. 72.

¹⁷⁷ Silvio Gesell (1919/1991b), S. 300 und 304, und ders. (1920/1991a), S. 72.

von den umliegenden Völkern unverhältnismäßig hohe Renten zu erheben. Dies würde vielleicht zu allerlei Reibungen Anlass geben.“ Konflikte um Ressourcen könnten verhindert werden, wenn „die Grundrenten, soweit sie eine auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Durchschnittssumme übersteigen, den stiefmütterlich bedachten Gegenden zugeführt würden, in Form von Bodenmeliorationen großen Stils - Berieselung von Wüsteneien, Kanalisierung von Landengen, Aufforstung der Gebirge usw.“ Auch später wiederholte Gesell noch mehrfach seine Forderung nach einer „Internationalisierung aller Kohlen-, Eisen-, Kali-, Petrolfundstätten und einem Verbot des Landerwerbs in Afrika und anderen als Kolonien bezeichneten Ländern“.¹⁷⁸

Ohne schon alle mit einer nationalen und internationalen Reform des Boden- und Ressourcenrechts verbundenen Fragen bis in letzte Details klären zu können, hielt Gesell auf jeden Fall - unabhängig von der Frage ‚George oder Flürscheim? Privateigentum mit einer Bodensteuer oder gemeinschaftliches Eigentum mit privaten Nutzungsrechten?‘ - eine Bodenrechtsreform ‚von oben‘ für erforderlich, also die Schaffung eines für alle Menschen auf staatlicher Ebene rechtlich geregelten gleichen Zugangs zum Boden und zu den Ressourcen. Eine Bodenrechtsreform ‚von unten‘ durch die Gründung von Siedlungsgenossenschaften, wie Hertzka und Oppenheimer - deren Werke er im Übrigen erst sehr viel später kennenlernte - angestrebt hatten, hielt Gesell allenfalls für sichtbare zeichenhafte Modelle, die aber den Anpassungszwängen ihrer kapitalistischen Umgebung nicht entkommen könnten. Deshalb ging er auf die Siedlungsgenossenschaften und auch auf die Gartenstädte nicht näher ein.¹⁷⁹

Von einer Bodenrechtsreform ‚von oben‘, welche allen Menschen dieser Erde eine rechtlich garantierte gleiche Teilhabe am Boden und an den Ressourcen verschafft, erwartete Gesell auf der menschlichen wie auf den innen- und außenpolitischen Ebenen positive Auswirkungen, die er freilich erst andeuten konnte. Sobald sich die Menschen in ihrem Verhältnis zur Erde nicht mehr in hierarchischer Schichtung als Ungleiche, sondern als Ebenbürtige auf gleicher Augenhöhe begegnen, werde der aus den Zeiten der Leibeigenschaft stammende „gemeine Knechtsinn“ durch ein allgemeines, in „wurzelecht, weil wirtschaftlich begründeter Freiheit“ verankertes Selbstbewusstsein überwunden. „Die Bodenreform dringt

¹⁷⁸ Silvio Gesell (1906/1989a), S. 78 - 79, und ders. (1919/1991b), S. 300 und 304 (Programmpunkt in dem gemeinsam mit Gustav Landauer geplanten „Sozialistischen Freiheits-Bund“); vgl. auch ders. (1921/1992a), S. 92 - 94, und (1921/1992b), S. 145 - 147.

¹⁷⁹ Zwar lebte Gesell später zeitweise selbst in der bodenreformerischen Genossenschaftssiedlung Eden bei Oranienburg; aber er behielt seinen inneren Abstand zu Siedlungsprojekten bei und hielt der damaligen Jugendbewegung entgegen, dass sie sich in unrealistische Projekte flüchte, „die doch wie Seifenblasen in der kapitalistischen Pestluft zerplatzen müssen“. (1926/1995b, S. 239) Gesells Zurückhaltung gegenüber solchen Siedlungsprojekten stimmte mit einer Einschätzung überein, die Theodor Adorno, der als junger Studierender bei Oppenheimer von Siedlungsgenossenschaften gehört haben dürfte, während der NS-Diktatur im Exil in einem ganz anderen zeitgeschichtlichen Kontext äußerte: „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen“ bzw. „Es lässt sich privat nicht mehr richtig leben.“ (1944-1947/1997), S. 43.

umgestaltend in das innerste Wesen des Menschen. ... Endgültig abschütteln“ würde er den „gemeinen Knechtsinn, der aus der Zeit der Leibeigenschaft noch dem Menschen anhaftet (dem Herrn nicht weniger als dem Knechte).“ Die „Abschaffung der Leibeigenschaft und Sklaverei“ gehörte für Gesell zu den „selbstverständlichen Freiheiten, deren man sich heute erfreut. Sie mussten gegen die Grundrentner erkämpft werden, und zwar mit den Waffen. ... In Nordamerika war der lange mörderische Bürgerkrieg nur ein Kampf gegen die Grundrentner.“ Demgegenüber werde die Bodenreform „den gesamten Verkehr der Menschen umwandeln, die Sitten, Gebräuche, Redewendungen; selbst die Gesinnung, die Religion wird eine edlere, freiere werden.“¹⁸⁰

In der Innenpolitik werde die bislang - in der Monarchie wie in der Demokratie - von den Interessen „reaktionärer Agrarier“ und anderer Interessengruppen geleitete Parteipolitik in eine überparteiliche wissenschaftliche Beratung gemeinschaftlicher Angelegenheiten übergehen. „Politik, die nicht mehr von Privatinteressen geleitet wird, sondern von der höheren Warte des öffentlichen Wohls, ist keine Politik mehr, sondern angewandte Wissenschaft. ... Zwar wird damit die Volksvertretung nicht überflüssig, aber sie wird von jetzt ab ganz andere Aufgaben zu lösen haben - Aufgaben, bei denen eigensüchtige Sonderbestrebungen Einzelner völlig ausgeschlossen sein werden. Es werden wissenschaftliche Tagungen abgehalten werden, und statt dass man Vertreter in das Volkshaus schickt, die über alles und jedes zu urteilen haben und sich auch über alles ein Urteil erlauben, wird man Fachmänner für jede einzelne Frage entsenden.“¹⁸¹

Schließlich werde sich mit dem inneren Frieden auch der Verkehr zwischen den Völkern verändern, wenn sie sich „als Menschen und Brüder gegenüberstehen“ und nicht mehr als rivalisierende Privat- und Nationaleigentümer von Boden und Ressourcen. „Schafft man hüben und drüben den Privatgrundbesitz ab, so wird damit der Zankapfel beseitigt“. Der Verkehr zwischen den Völkern werde dann nicht mehr durch die private Aneignung von Boden und Ressourcen und von den damit verbundenen Boden- und Ressourcenrenteneinkommen und infolgedessen auch nicht mehr durch sogenannte Schutzzölle beeinträchtigt. „Es bleiben dann an Stelle der Grundrentner nur Menschen, die vom gegenseitigen Verkehr nur Befruchtung ihrer Industrie, ihrer Religion, ihrer Kunst, Moral, Gesetzgebung, niemals aber Schaden erwarten können. Mit der Bodenreform wird jedes Privatinteresse an der Höhe der Grundrenten beseitigt. Und wenn das in allen Nachbarländern der Fall ist, wer würde dann noch ein Interesse haben an den Grenzzöllen, die den Verkehr der Völker verpesten, Zwietracht stiften, zu Repressalien führen und alle Interessen so verwirren, bis sich die Völker nicht anders als durch Pulver und Blei wieder Luft machen können.“ Nach wenigen Jahrzehnten eines solchen nicht mehr durch die private Aneignung von Boden- und Ressourcenrenten und nicht mehr durch Zölle gestörten und außerdem noch mit Hilfe eines gerecht geordne-

¹⁸⁰ Silvio Gesell (1906/1989a), S. 71 - 72, und ders. (1920/1991a), S. 89 und 93 - 94.

¹⁸¹ Silvio Gesell (1906/1989a), S. 68 - 70, und ders. (1920/1991a), S. 89 - 91.

ten Geldwesens stattfindenden freien Welthandels „werden wir sehen ... , mit welcher Liebe gute Beziehungen zu den Nachbarvölkern vom ganzen Volke gepflegt werden, wie die Familien hüben und drüben durch Bande der Blutsverwandtschaft fest aneinander gekettet werden, wie die Freundschaft zwischen Künstlern, Gelehrten, Arbeitern, Kaufleuten, Geistlichen alle Völker der Welt zu einer einzigen großen Gesellschaft verkettet wird, zu einem Völkerbund, den die Zeit und die Einzelbestrebungen immer nur inniger und fester schnüren, bis zum Verschmelzen der Teile zusammenschweißen können.“¹⁸²

In der Schaffung einer interessenneutralen Boden- und Ressourcenordnung nicht nur für einzelne Länder, sondern auch auf internationaler Ebene sah Gesell also eine zweite große ordnungspolitische Aufgabe von „starken Staaten“ und ihrem Zusammenschluss zu einem über Europa weit hinausgehenden „Menschheitsbund“. Gegenüber George, Hertzka, Oppenheimer und anderen Bodenreformern betonte er jedoch ausdrücklich, dass eine Reform des Bodenrechts allein die soziale Frage nicht lösen könne. Dazu bedürfe es auch noch einer ergänzenden Reform des Geldwesens, für die Georges „etwas konfuse Zinstheorie“ allerdings keine Grundlage bilden könne.¹⁸³

Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag als Anstoß zu einer Repolitisierung der Ökonomie

In seinem Buch über die „Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform“ (1906) fügte Gesell der Geldreform nicht nur eine Bodenrechtsreform hinzu, sondern er verband diese beiden Reformen auch bereits ansatzweise zu einem einheitlichen Ganzen. Das Ausmaß ihrer innigen Verflechtung kam ihm dabei freilich noch gar nicht vollständig zum Bewusstsein.

Was Gesell im Hinblick auf die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung und auf die Fehlallokation der Ressourcen als Folge des zinstragenden Geldes darstellte, war zugleich auch eine Folge der privaten Aneignung der Bodenrente, wobei sich die Verteilungs- und Allokationswirkungen des Zinses und der

¹⁸² Silvio Gesell (1906/1989a), S. 72 - 73, und ders. (1920/1991a), S. 94.

¹⁸³ Silvio Gesell (1921/1992c), S. 277 und 290 - 281 (Menschheitsbund), und ders. (1903/1989b), S. 201 (Henry Georges Geld- und Zinstheorie), sowie ders. (1906/1989), S. 86, und (1920/1991a), S. 106 - 107. - Später berichtete Gesell von Gesprächen mit Michael Flürscheim, in denen dieser ihm erzählt habe, dass George ihm gegenüber auch selbst Zweifel an seiner Geld- und Kapitaltheorie geäußert habe. „Wir schätzen Georges Arbeiten hoch, sehr hoch ein. ... Wie wenig George selbst von ‚seiner‘ Zinstheorie hielt, erzählte mir Michael Flürscheim. Nicht lange vor Georges Tode hatte Flürscheim lange Gespräche mit George, um ihm zu zeigen, dass seine Kapitaltheorie nicht stichhaltig sei. Flürscheim suchte ihm zu beweisen, dass der Zins mit gewissen Mängeln in unserem Geldwesen zusammenhänge und dass mit ihrer Beseitigung auch der Kapitalzins fallen müsse. Hierauf erwiderte George hochofrenet: Umso besser! Flürscheim sagte mir wiederholt, dass aus seinen Gesprächen mit George es klar hervorging, wie unsicher er sich auf dem Gebiete des Kapitalzinses fühlte und dass es nur an dem Mangel an fremder Kritik gelegen habe, dass Henry George nicht auch das Zinsproblem umfassend behandelt habe.“ (1923/1993c, S. 373)

Bodenrente auch noch wechselseitig verstärkten. Und zur Konzentration des Geld- und Realkapitals in den Händen von Minderheiten trägt nicht nur der Zins, sondern - wie schon George und Oppenheimer betont haben - auch die private Aneignung der Bodenrente bei. Und so wie sich die negativen Auswirkungen der Zinsen und Bodenrenten gegenseitig aufschaukelten, so könnten sich auch die positiven Auswirkungen einer Geld- und einer Bodenrechtsreform wechselseitig verstärken. Beispielsweise wären Grundstücke dann nicht mehr beleihbar zur Absicherung von Krediten und bei der Errichtung von Gebäuden bedürfte es keiner Kredite mehr zur Kaufpreisfinanzierung von Grundstücken. Kredite sind dann nur noch zur Finanzierung von Realinvestitionen, aber nicht mehr für die Finanzierung von Grundstückskäufen erforderlich, und sie werden nicht mehr mit Grundstücken, sondern nur noch mit vertrauenswürdigen Fähigkeiten von Menschen und deren Arbeitserzeugnissen besichert.

Die Folgen des zinstragenden Geldes und der privaten Aneignung der Boden- und Ressourcenrenten ebenso wie die Auswirkungen einer Geld- und Bodenrechtsreform erkannte Gesell dort am klarsten, wo sie die Zirkulationssphäre betrafen. Weniger deutlich blieben seine Äußerungen über Zusammenhänge mit der Produktionssphäre; gleichwohl finden sich in seinen Werken zahlreiche, noch nicht systematisierte Gedanken und manchmal auch nur Gedankensplitter, die sich zu einem Gesamtbild zusammenfügen lassen, in dem die wirtschaftliche Ausbeutung als ein Vorgang erscheint, der nicht allein in der Zirkulationssphäre, sondern auch in der Produktionssphäre vonstattengeht. Während in der Zirkulationssphäre die Bedingungen für die Entstehung von leistungslosen Einkünften aus Kapitalzinsen und Bodenrenten vorgegeben werden, werden sie in der Produktionssphäre erarbeitet. Dementsprechend könnte eine Geld- und Bodenrechtsreform weitreichende Auswirkungen auf den Gesamtkomplex von Zirkulation und Produktion entfalten. -

Knapp zehn Jahre nach seiner Erweiterung der Geldreform um eine Bodenrechtsreform bezog Gesell zusätzlich zu den Zirkulations- und Produktionsprozessen auf kapitalistisch vermachteten Märkten auch noch den ebenfalls von wirtschaftlicher Ungerechtigkeit befallenen Bereich der unbezahlten innerhäuslichen Reproduktionsarbeit in seine Betrachtungen ein. Dass sich die soziale Ungerechtigkeit und strukturelle Gewalt in der Wirtschaft schließlich auch zerstörerisch auf die Natur auswirkte, sah Gesell noch kaum. Zu jener Zeit wäre vielleicht auch erst in vagen Umrissen erkennbar gewesen, wie sehr das auf die Verwertung seiner selbst programmierte Geldkapital auf die private Verfügungsmacht über den Boden und die Ressourcen angewiesen war und wie sehr ein neutralisiertes Geld und ein gemeinschaftliches Eigentum an Boden und den Ressourcen sich gegenseitig bedingten.

Auch mit diesen Einschränkungen enthielt Gesells Geld- und Bodenrechtsreform genügend Substanz zur Legung eines Grundsteins für eine Re-Politisierung der Ökonomie - und das in einer Zeit, in der die Neoklassik die Ökonomie völlig entpolitisierte, indem sie

a) die Bodenproblematik aus der Theoriebildung verdrängte und den Boden unter das Kapital subsummierte, obwohl Gossen und Walras als maßgebliche Mitbegründer der Neoklassik den Boden ausdrücklich nicht als ein marktfähiges Handels- und Kapitalgut behandeln wollten, und indem sie

b) das Kapital als ein bloß dienendes Hilfsmittel der Produktion betrachtete, indem sie mit ihrer Theorie der Grenzproduktivität der Produktionsfaktoren Löhne und Zinsen gleichermaßen als legitime Einkommensarten rechtfertigte und indem sie allein den subjektiven Nutzwert anstelle des klassischen und marxischen Arbeitswerts als Dreh- und Angelpunkt der Bildung von Marktpreisen ansah.

Nicht erst die Neoklassik, sondern schon Adam Smith hatte in den Anfängen der ökonomischen Theoriebildung einen großen und von der weiteren Theorieentwicklung noch lange weiter mitgeschleppten Fehler begangen, als er von den drei Einkommensarten Arbeitslohn, Bodenrente und Kapitalgewinn als den „drei Urquellen eines jeden Einkommens wie eines jeden Tauschwertes“ ausging. Für sie hatte Smith jeweils die Existenz von „natürlichen Sätzen“ unterstellt.¹⁸⁴ Genau dieser Kernaussage der Klassik stellte Gesell seine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der privaten Aneignung der Bodenrente und des dauerhaft positiven Zinsniveaus entgegen - ähnlich wie später Otto Conrad, aber anders als Conrad entwickelte Gesell in ersten Ansätzen auch praktische Wege zur Entwicklung einer freiheitlichen und gerechten Wirtschaft, in der im Gegensatz zur neoklassischen Lehre von den drei Produktionsfaktoren nur noch die menschliche Arbeit als einzige produktive und einkommensberechtigende Kraft anerkannt wird. Während das Zinsniveau auf durchschnittlich null absinken könne - die positiven und negativen Abweichungen von null würden sich dann gegenseitig aufheben, so dass sie verteilungs- und allokatonsneutral würden und dennoch die Ersparnisse selbsttätig in bedarfsgerechte Investitionen leiten könnten - , hielt es Gesell anders als Oppenheimer wegen der natürlichen Knappheit des Bodens für ausgeschlossen, dass auch die Bodenrente auf null sinken könnte. Als Mittel einer dezentralen Zuordnung der unterschiedlichen Nutzer zu den jeweiligen Grundstücken erschienen ihm Entgelte für die privaten Nutzungsrechte unverzichtbar. Aber die mit ihrer Allokationsaufgabe verbundene Verteilungswirkung könne neutralisiert werden, wenn das Gesamtaufkommen der Nutzungsentgelte nicht mehr privat angeeignet wird, sondern auf dem Weg über den Staatshaushalt nach Abzug der Verwaltungskosten in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die gesamte Bevölkerung zurückfließt. Während dann die Nutzung eines durchschnittlich großen Grundstücks kostenlos wird, weil sich Nutzungsgebühr und Rückverteilung ausgleichen, würde die Nutzung eines überdurchschnittlich großen Grundstücks tatsächliche Kosten verursachen und die Nutzung eines unterdurchschnittlich großen Grundstücks wäre dann sogar mit einer echten Einnahme verbunden.

Wenn auf diese Weise die Verteilungs- und Allokationswirkungen der in einer schmalen Bandbreite um Null schwankenden und sich zu Null ausgleichen Zinsen

¹⁸⁴ Adam Smith (1776/1978), S. 46 - 49.

und der positiv bleibenden, aber rückverteilten Bodenrente neutralisiert werden, könnten die bislang von Bodenrenten und Kapitalzinsen geschmälernten Löhne in volle, d.h. 100%ige Arbeitserträge übergehen. Das entsprach dem von Adam Smith aufgestellten, aber von ihm selbst nicht durchgehaltenen Postulat von der menschlichen Arbeit als der einzigen Quelle des „Wohlstands der Nationen“. „Arbeit ist das wahre oder tatsächliche Maß für den Tauschwert aller Güter.“¹⁸⁵ Jedoch verfiel sich Gesell nicht wie Marx & Engels in arbeits- und mehrwerttheoretischen Versuchen, vermeintlich berechenbare gesellschaftlich-notwendige Durchschnittsarbeitszeiten zu ermitteln und auf dieser schwankenden Grundlage ‚objektive‘ Arbeitswerte verschiedener Waren vergleichbar zu machen. Ebenso wenig ließ er sich auf die neoklassische Theorie ein, wonach nur der subjektive Nutzen für die Wert- und Preisbildung auf den Märkten ausschlaggebend sei. Anstelle von solchen Werttheorien, die er für „reine Hirngespinnste“ hielt, war für ihn allein entscheidend, „dass die Arbeitserzeugnisse restlos unter die Arbeiter verteilt werden“, ohne dass es noch länger möglich ist, durch Privilegien zu leistungslosen Einkünften zu gelangen. „Es dürfen keine Arbeitserzeugnisse für Rentiers für Zinsen“ und an private Bodeneigentümer für „Renten abgegeben werden. Das ist die einzige Bedingung, die die Verwirklichung des Rechtes auf den gemeinsamen, vollen Arbeitsertrag stellt.“¹⁸⁶

Arbeitende waren für Gesell dabei nicht nur lohnabhängige Industrieproletarier, sondern alle Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch geistige und körperliche bzw. leitende und ausführende Arbeiten bestreiten. Und Rentiers waren für ihn auch nicht nur Finanzkapitalisten, sondern *alle* Menschen, die in irgendeiner Weise neben Arbeitseinkünften auch Bodenrenten und Kapitalzinsen beziehen. In unterschiedlichem Umfang sind alle Menschen sowohl Arbeiter als auch Kapitalisten. „Zum arbeitenden Volk gehört jeder, der vom Ertrag seiner Arbeit lebt – also sowohl die Land- und Fabrikarbeiter, wie auch die Beamten, Kaufleute, Unternehmer, Ingenieure, Ärzte, Lehrer usw. Die Unternehmer und Kaufleute rechnen hier zu den Arbeitern nur in ihrer persönlichen Eigenschaft als Unternehmer, nicht als Besitzer von Kapital. Als Arbeiter haben die Unternehmer das gleiche Interesse an der Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag wie jeder Proletarier; als Kapitalisten haben sie diesem Rechte entgegengesetzte Interessen.“¹⁸⁷

Dies gilt in gleicher Weise für Bankiers, Handwerker oder Angestellte. Es gibt also keine eindeutig voneinander abgrenzbaren Klassen von Ausbeutern und Ausbeuteten, sondern die soziale Spaltung in Arbeiter und Kapitalisten geht durch jeden einzelnen Menschen hindurch. In diese vom kapitalistischen Geldwesen und Bodenrecht geschaffenen, in sich widersprüchlichen Arbeits- und Ausbeutungs-

¹⁸⁵ Adam Smith (1776/1978), S. 28.

¹⁸⁶ Silvio Gesell (1906/1989a), S. 15 - 16, und ders. (1920/1991a), S. 121 - 126, hier: 124 (Wert als Hirngespinnst) und 11 (voller Arbeitsertrag für alle Arbeitenden). Im Originaltext steht „Arbeiter und Rentner“. Um eine Verwechslung mit Beziehern von Altersrenten zu vermeiden, wurde hier das Wort „Rentier“ statt „Rentner“ in das Zitat eingefügt.

¹⁸⁷ Silvio Gesell (1912/1990b), S. 85.

strukturen sind *alle* Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion verstrickt. Alle sind sie zugleich Arbeitende und sowohl Bezieher als auch Zahler von leistungslosen Bodenrenten und Kapitalzinsen. „Der Direktor einer Bergwerks-Aktiengesellschaft bezieht sein Gehalt ausschließlich für die von ihm geleistete Arbeit. Ist der Direktor gleichzeitig Aktionär, so erhöhen sich seine Einnahmen um den Betrag der Dividenden. Er ist dann Arbeiter und Rentier in einer Person. Meistens besteht das Einkommen der Bauern, Kaufleute und Unternehmer aus Arbeitserlös *und* Renten bzw. Zinsen. ... Der Unternehmergewinn und der Handelsprofit sind, sofern man die in ihnen meistens enthaltenen Kapitalzinsen oder Grundrenten in Abzug bringt, ebenfalls als Arbeitserlös anzusprechen.“¹⁸⁸

Je nachdem, ob die Bauern, Handwerker, Kaufleute, Unternehmer, Bankiers, Freiberufler und andere Selbstständige mit mehr Eigenkapital oder mehr Fremdkapital wirtschaften, sind sie - wie es auch Marx & Engels im Band 3 ihres „Kapital“ bereits analysiert haben - zugleich Arbeitende und in unterschiedlichem Umfang auch Kapitalisten. Ihren leistungslosen Einnahmen aus Bodenrenten und Kapitalzinsen stehen freilich auch entsprechende Ausgaben gegenüber, denn in allen Preisen, die sie für die Anschaffung von Konsum- und Produktionsgütern bezahlen, sind neben Arbeits- und Materialkosten auch Bodenrenten und Kapitalzinsen einkalkuliert. In geringerem Umfang sind auch unselbstständig beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte Kapitalisten, wenn sie als Sparer Zinsgutschriften oder als Kleinaktionäre Dividenden erhalten. Insgesamt zahlen sie als Konsumenten jedoch deutlich mehr Bodenrenten und Kapitalzinsen in den Preisen, besonders auch in den Wohnungsmieten, als sie sie umgekehrt als Sparer und Kleinaktionäre beziehen.

In unterschiedlichem Umfang sind *alle* sowohl selbstständig und als auch abhängig Arbeitenden zugleich auch als Kapitalisten in den widersprüchlichen Ausbeutungsstrukturen gefangen, die sich keineswegs nur auf die Zirkulationssphäre beschränken, sondern sich auf das komplex verflochtene Gesamtsystem von Zirkulations- und Produktionssphäre erstrecken. Und Gesells Ziel war es mit der Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag, ausnahmslos alle Menschen aus ihrer sie von sich selbst entfremdenden widersprüchlichen Doppelrolle als Arbeitende und Kapitalisten zu befreien und ihr Dasein bei freier Gestaltung der Arbeitszeiten allein durch ihre ungeschmälernten Arbeitserträge zu sichern. Sobald die menschliche Arbeit nicht mehr dem Geld untergeordnet sei und von ihm bevormundet werde, werde sie ihren Charakter als „seelenlose Fron“ verlieren; sie werde dann allgemein geachtet werden als Quelle eines „Gefühls der Kraft und Sicherheit, das jeden erfüllt, der sich bewusst ist, für sich selbst und die Seinen sorgen zu können.“¹⁸⁹

¹⁸⁸ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 10 (ebenfalls „Rentier“ statt „Rentner“). Zu dem zu Unrecht gegen Gesell erhobenen Vorwurf des ‚strukturellen Antisemitismus‘ vgl. Werner Onken (2007a).

¹⁸⁹ Silvio Gesell (1916/1991), S. 26 (bevormundete Arbeit als seelenlose Fron) und ders. (1920/1991a), S. 226 (Arbeit als Quelle eines Kraft- und Sicherheitsgefühls) und 258 (Achtung vor der Arbeit).

Mangelhafte Funktion des Preissystems in der Zirkulationssphäre und ihre Verbesserung durch eine Geld- und Bodenrechtsreform

Sowohl die klassische und neoklassische Ökonomie als auch Simmel in seinen soziologisch-philosophischen Betrachtungen des Geldes haben hervorgehoben, dass der Austausch mit Hilfe von Geld im Vergleich zum Naturaltausch eine sehr viel höhere Komplexität und Rationalität von arbeitsteiligen Tausch- und Kreditbeziehungen zwischen selbstständig und unabhängig wirtschaftenden Menschen ermöglicht. Das Geld erweitert ihre persönlichen Freiheitsräume und die Differenzierung des arbeitsteiligen Wirtschaftens. Und es hält dieses weit verzweigte ökonomisch-soziale Netzwerk durch eine selbsttätige Übertragung von schier unermesslichen Preisinformationen ‚im Innersten‘ zusammen. So sehr Gesell diese positive Einstellung zum Geld einerseits teilte und die Preise als das „Fundament der Volkswirtschaft“ ansah¹⁹⁰, so verwies er andererseits deutlich darauf, dass das Geld in seiner herkömmlichen, in sich widersprüchlichen kapitalistischen Gestalt zugleich auch die innere Einheit der Gesellschaft aufspaltet, indem es den Informationsfluss entweder zeitweise unterbricht oder indem es die Produktion mit einer widersprüchlichen Mischung aus unzureichenden Informationen über menschliche Bedürfnisse und aus übermäßigen ‚Falschinformationen‘ über die Interessen von privaten Eigentümern von Boden-, Geld- und Realkapital fehllieft. Durch die Beimischung ständig positiver Zinsen und privat angeeigneter Bodenrenten in sämtliche Preiskalkulationen wird das ohnehin schon hochgradig komplexe Preisinformationssystem noch sehr viel komplexer und auch störanfälliger als es für einen reibungslosen Ablauf gerechter Tausch- und Kreditvorgänge nötig wäre.

Unter diesen Umständen kann das Geld- und Preisinformationssystem entgegen den Annahmen von Klassik, Neoklassik, Marx und Simmel keinen Austausch von Äquivalenten vermitteln. Stattdessen gerät es sowohl in mikro- als auch makroökonomischer Hinsicht im buchstäblichen Sinne durcheinander.

Bereits in seinen Frühschriften beklagte Gesell die Fehlsteuerung der Produktion durch das kapitalistisch deformierte Geld- und Preisinformationssystem, indem „die menschliche Tätigkeit in unrichtige Bahnen wie ... die Fabrikation von Luxusgegenständen etc. abgelenkt wird. ... Reiche verbauen Milliarden in Palästen, welche den Ausblick in die freie Natur begrenzen ... und Hunderte von Millionen geben sie für Kutscher, Köche, Kammerjungfern aus“, während „Millionen von Arbeitern ... in ungesunden Werkstätten, gefährlichen Minen ihre Gesundheit, ihre Kräfte, ihr Leben hergeben müssen.“¹⁹¹

Auch auf wirtschaftliche und soziale Folgekosten dieser Fehlsteuerung der Produktion machte Gesell in seinen Frühschriften aufmerksam. „Zählt die Tränen, welche arme Mütter beim Anblick ihrer hungrigen Kinder vergießen; zählt die

¹⁹⁰ Silvio Gesell [1906/1989a], S. 289.

¹⁹¹ Silvio Gesell [1891/1988], S. 41 und 61.

Milliarden, welche für Paläste, Dienerschaft und sonstiges dummes Zeug ausgegeben werden; multipliziert dies mit der Zahl der Schwindsüchtigen, Selbstmörder und bankrotten Kaufleute; und dann habt ihr in Mark einen geringen Teil dieser Unkosten.“ Krankheiten wie auch Kriminalität und Korruption zählte Gesell zu den Folgekosten des kapitalistischen Geld- und Preissystems.¹⁹² Allerdings hatte er noch kaum die Bürokratie im Blick, die notwendig wurde, um einzelne symptomatische Folgen des mangelhaften Funktionierens des Geld- und Preissystems zu bekämpfen.

Später streifte Gesell die Fehllenkung der Produktion nur noch einmal kurz als Folge des Vorrangs der Rentabilitätsinteressen des Geld- und Realkapitals vor dem Interesse der Arbeitenden an einem wirtschaftlichen Einsatz ihrer Arbeit und der dabei verwendeten Materialien. „Nicht die Frage nach bester Versorgung unserer Lebenshaltung bestimmt alle Erzeugung des Lebensbedarfes, sondern diejenige nach der ‚Rentabilität‘“. Unter den Bedingungen der Macht des Geldes über die abhängige Lohnarbeit „wird das Erzeugnis zum Massen-, Schund- und Scheinartikel“.¹⁹³ Was einzelnen Produzenten als rational und rentabel erscheint, summiert sich keineswegs zu einer gesamtwirtschaftlichen Rationalität. Vielmehr ergeben die einzelwirtschaftlichen Rentabilitäten eine gesamtwirtschaftliche Mischung aus scheinbar rationaler, als effektiv kaschierter Rentabilität und Irrationalität bis hin zur Verschwendung von Arbeit und Materialien.

Das kapitalistische Preissystem, in das permanent leistungswidrige Kapitalzinsen und Bodenrenten einkalkuliert werden, verursacht aber nicht nur unzählige geradezu unvernünftige einzelwirtschaftliche Fehlallokationen, sondern es vermag auch seine Aufgabe als dezentraler Koordinator von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage, Sparen und Investieren nur sehr mangelhaft zu erfüllen. In Zeiten von Konjunkturschwankungen und Krisen verliert die Wirtschaft ihr Gleichgewicht so sehr, dass sie nicht mehr selbsttätig zu ihrem Gleichgewicht zurückfinden kann und infolgedessen in einem chronischen Ungleichgewicht verharret, bis die Renditen von Geld- und Realkapital nach einer Phase seiner sog. Gesundschumpfung wieder auf mehr als 2 - 3 % ansteigen und sich Investitionen daher wieder rentieren.¹⁹⁴

Seine volle Funktionsfähigkeit könnte das Preissystem erst dann erreichen, wenn sich nach einer Reform des Geldwesens a) der Wirtschaftskreislauf schließt, b) die Menge des zirkulierenden Geldes so dosiert wird, dass Inflation und Deflation durch eine dauerhafte Kaufkraftstabilität der Währungseinheiten überwunden werden, c) die verbleibenden, in geringer Bandbreite um null pendelnden Kapitalzinsen sich zu null ausgleichen und wenn d) auch noch die Bodenrenten gleichmäßig an die Allgemeinheit zurückverteilt werden. Dann kann sich das moderne

¹⁹² Silvio Gesell (1892/1988a), S. 85, und ders. (1920/1991a), S. 233 (Kriminalität) und 277 (Korruption). - Sehr viel später untersuchte Karl William Kapp solche Missstände als „soziale Kosten der Marktwirtschaft“.

¹⁹³ Silvio Gesell (1916/1991), S. 26.

¹⁹⁴ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 185 - 189, 194 - 195, 246 und 295 - 303 (Krisentheorien).

Paradoxon, die Dialektik zwischen der vermeintlich rationalen einzelwirtschaftlichen Rentabilität und der gesamtwirtschaftlichen Mischung aus Vernunft und Unvernunft auflösen. Einzelwirtschaftlich rationale, nicht mehr rentable, aber wirtschaftliche Entscheidungen können dann gemäß der Bedeutung des Wortes „Ökonomie“ als Kunst der Verwaltung des ganzen Hauses auch gesamtwirtschaftlich zu einem rationalen, wirtschaftlichen Umgang mit der menschlichen Arbeit und natürlichen Materialien führen.

Unter solchen Umständen wird tatsächlich ein Austausch von Äquivalenten auf den Märkten möglich, d.h. mit Worten von Proudhon wird die „Gegenseitigkeit zur Formel der Gerechtigkeit“ und die Gebrauchs- und Tauschwerte einzelner Waren werden miteinander identisch. Sobald keine leistungswidrigen Kostenelemente mehr in die Preiskalkulationen einfließen, kann das gesamtwirtschaftliche Preissystem zu einem großen Gefüge von „gerechten Preisen“ werden, nach denen Philosophen von Aristoteles über Thomas von Aquin bis zu neueren Wirtschaftsethik bislang vergeblich gesucht haben. Sobald das Preissystem frei wird von jeder Beimischung von ‚Falschinformationen‘ über Kapitalinteressen, kann es zum selbsttätig funktionierenden Übermittler von übersichtlichen Informationen über die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen und über die tatsächlichen Kosten der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen werden. Seine Aufgabe, die Produktion selbsttätig an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten und für eine dezentrale Selbstorganisation der Märkte zu sorgen, kann das Preissystem dann deutlich besser erfüllen als bisher und damit auch den Bedarf an bürokratischen Regelungen der Folgen von Funktionsstörungen verringern.

Des Weiteren schaffen ein geschlossener Geldkreislauf (W - G - W - ...) mit einer unmittelbaren Resonanz zwischen Angebot und Nachfrage, Sparen und Investieren sowie eine absolute Stabilisierung der Währungskaufkraft und eine Rückverteilung der Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beträgen die Voraussetzung für ein mikro- und makroökonomisches Gleichgewicht. Sie schaffen damit auch eine Vertrauensgrundlage für die gesamte Wirtschaft, indem sie die Sicherheit der Erwartungen für alle Beteiligten erhöhen und ausschließen, dass einzelne Menschen aus ihrem Aufgehobensein in diesem wirtschaftlichen Gesamtgefüge in eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit und in existenzielle Nöte herausfallen. „Sucht die Ware das Geld, so sucht jetzt auch das Geld die Ware“, ohne dass für die Waren noch viel Werbung gemacht werden muss. „Wenn sich zwei gegenseitig suchen, so treffen sie sich eher und sicherer, als wenn nur der eine sucht. ... Das Freigeld ist jetzt verkörperte Nachfrage, und Nachfrage ist Absatz, Absatz aber ist Arbeit. Die Geldreform hat also ... anstelle der behördlichen eine selbsttätig wirkende Arbeitslosenversicherung gesetzt.“¹⁹⁵ Mit einer allgemeinen Existenzsicherheit erzeugt sie zugleich ein Grundvertrauen, dass auf jedes Loslassen und Geben auch ein Bekommen und Nehmen folgen wird. An die Stelle eines ängstlichen Festhaltens von Geld und des Klammerns an die ‚Sicherheit‘ des privaten Bodeneigentums kann sich im Ver-

¹⁹⁵ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 282 - 286.

trauen auf die Geschlossenheit des Geldkreislaufs und die gleiche Teilhabe an Boden und Ressourcen bei allen Menschen die Bereitschaft entwickeln, sich sowohl auf die eigenen Fähigkeiten als auch auf den sozialen Zusammenhalt zu verlassen.

Konzentration und wettbewerbsbeschränkende Monopole in der Produktionssphäre sowie Auswirkungen einer Geld- und Bodenrechtsreform auf Unternehmen, Börsen, Banken, Handel und Landwirtschaft

Nachdem Gesell seine Gedanken über eine Gesamtreform des Geldwesens und des Boden- und Ressourcenrechts dargestellt hatte, versäumte er es leider, auch noch ausführlicher und systematischer auszuführen, wie sehr das von ihm bereits in seinen Frühschriften angesprochene „Geheimnis der Kapitalanhäufungen“, also die Konzentration von Realkapital in den Händen einer Minderheit von privaten Eigentümern¹⁹⁶, letztlich ebenfalls ursächlich mit der strukturellen Macht des Geldes über die Wirtschaft und mit der privaten Verfügungsmacht über den Boden und die Ressourcen zusammenhing und welche Perspektiven einer Dezentralisierung der Produktionsmittel sich aus einer Reform des Geldwesens und des Boden- und Ressourcenrechts ergeben könnten. Immerhin lassen sich in Gesells Werken zahlreiche Äußerungen und Randbemerkungen finden, die - zu einem Gesamtbild zusammengefügt - erkennen lassen, wie das bestehende Geldwesen und Bodenrecht auch zur Konzentration der Produktionsmittel führten und wie eine Geld- und Bodenrechtsreform dazu beitragen könnte, den Konzentrationsprozess in einen Prozess der Dezentralisierung der Produktionsmittel umzukehren.

Wichtige Überlegungen hierzu finden sich im 5., dem letzten Kapitel von Gesells Hauptwerk über die „Freigeld-, Zins- und Kapitaltheorie“. Es wurde von seinen Nachfolgern und von seinen Kritikern ebenso wenig beachtet wie der Band 3 des „Kapitals“ von Marx & Engels, so dass der schon allein wegen der Bodenrechtsreform falsche Eindruck bei Nachfolgern von Marx & Engels entstehen konnte, dass Gesell hauptsächlich auf das Geldwesen fixiert gewesen sei und seine angeblich „verkürzte Kapitalismuskritik“ daher keinerlei Kritik an der Konzentration von Produktionsmitteln in privaten Händen enthalte.¹⁹⁷

Unabhängig davon, ob man wie Gesell aus der Sicht des Kaufmanns die Wurzel des Urzinses allein im Warenaustausch oder ob man sie im Gesamtzusammenhang von Tauschen und Sparen/Investieren verortet, sind seine Hinweise auf die

¹⁹⁶ Silvio Gesell (1891/1988), S. 61 (tief beklagenswerte Kapitalansammlung) und ders. (1892/1988a), S. 119 (Geheimnis der Kapitalanhäufung) und (1892/1988b), S. 252 („Die ganze heutige Produktionsweise ist nur eine der Folgen der Einführung des heutigen Geldwesens ... und nur das letzte Stadium der sozialen Krankheit.“).

¹⁹⁷ Elmar Altvater (2004). - Peter Bierl (2004) und (2012), S. 13 - 15 (Unmöglichkeit einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus), 17 (Produktionsmittel) und 21 (Kleinbürgerlichkeit).

„Übertragung des Urzinses auf das sog. Realkapital“ hilfreich für das Verständnis des Charakters der Produktionsmittel als ‚Mehrwert‘ heckende Kapitalgüter. Anders als Marx & Engels, die die Kapitaleigenschaft der Produktionsmittel im Band 1 des „Kapital“ auf den Umstand zurückführten, dass sie sich im privaten Eigentum befinden, und für die infolgedessen nur ihre Verstaatlichung als Weg zur Überwindung ihrer Kapitaleigenschaft in Frage kam, betrachtete Gesell - ähnlich wie Marx & Engels später im Band 3 des „Kapital“ - das für Investitionszwecke verfügbare Geld bzw. Geldkapital als das primäre Kapital und die Produktionsmittel, Mietshäuser usw. als sekundäre Kapitalgüter, deren Kapitalcharakter sich vom Geldkapital auf sie übertragen hat. „Das Grundkapital jedes kapitalistischen Unternehmens besteht aus einer Summe Geldes. Für alle die Millionen Mietshäuser, Fabriken, Schiffe usw. gilt das Wort: Im Anfang war das Geld.“ Und dieses Geld bzw. Geldkapital stellt sich für reale Investitionen in Mietshäuser, Produktionsanlagen und Transportmittel nur so lange zur Verfügung, wie es dafür mindestens dieselbe Verzinsung erhält wie sie andernorts in der Tausch- und - wie hinzuzufügen wäre - Kreditsphäre erhältlich wäre. Die untere Rentabilitätsgrenze veranschlagte Gesell bei etwa 2,5 bis 3 %. „Das Geld stellt also für das Zustandekommen eines Hauses, einer Fabrik usw. die selbstverständliche Bedingung, dass das Haus von den Mietern, die Fabrik von den Arbeitern, das Schiff von den Frachtdenselben Zins zu erheben vermag, den es selber von den Waren jederzeit einziehen kann. ... Also muss es gesetzmäßig dahin kommen, dass die Häuser, Schiffe, Fabriken, kurz, das gesamte sogenannte Realkapital den gleichen Zins einträgt, den das Geld dem Warenaustausch als Urzins aufbürden kann“ und den es auch als Geldanlage bei Banken erhalten könnte. „Kein Zins = kein Geld für Häuser, Fabriken, Schiffe. ... Das Geld allein ist das wirkliche Urkapital. Alle anderen Kapitalgegenstände (Sachgüter) sind durchaus von der Beschaffenheit des Geldes abhängig, sind dessen Geschöpfe, sind vom Geld in den Adel-, in den Kapitalstand erhoben worden“¹⁹⁸, in dem sie genauso ‚Mehrwert‘ aus der selbstständigen und lohnabhängigen Arbeit herausholen können wie das Geldkapital.

Gesells Zinserklärung war insofern unvollständig, als er den Urzins nur aus der Tauschsphäre und nicht aus dem Gesamtkomplex von Tausch- und Kreditsphäre ableitete und als er in diesem Zusammenhang nicht nochmals betonte, dass der Urzins letztlich in der Produktionssphäre erarbeitet wird. Dennoch gab er den entscheidenden Hinweis, dass das Geldkapital die äußeren Bedingungen für den Produktionsprozess schafft und immer nur so lange zur Herstellung von Mietshäusern, Fabriken und anderen Produktions- und Transportmitteln bereit gestellt wird, „dass deren Zinsertrag nie unter den Urzins fallen kann.“ Würde nämlich auch noch nach einer Unterschreitung dieser unteren Rentabilitätsgrenze weiteres Geldkapital real investiert, dann „wächst das Angebot dieser Dinge und sie verlieren ihre Eigenschaft als Kapital.“¹⁹⁹ Sobald die Nachfrage und das Angebot nach

¹⁹⁸ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 338 - 339.

¹⁹⁹ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 338 - 339.

bzw. von Realkapital nach und nach zum Ausgleich kämen, würde ihre ‚Mehrwert‘ heckende Kraft allmählich schwinden. Die Produktionsmittel wären dann kein ‚Realkapital‘ mehr, sondern nur noch reale Hilfsmittel der Produktion, mit denen sich keine Macht mehr über die Arbeitenden ausüben ließe.

Die Kapitaleigenschaft von Produktionsmitteln hat ihre Ursache also nicht in dem Umstand, dass sie sich im privaten Eigentum befinden, sondern im chronischen Ungleichgewicht zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Realkapital und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot an Realkapital. Solange die Nachfrage dieses Angebot übersteigt, sind nicht nur die in privaten Händen befindlichen Produktionsmittel, sondern auch die in genossenschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen oder staatlichen Händen befindlichen Produktionsmittel Mehrwert heckende Kapitalgüter. Und wenn das Angebot an realen Kapitalgütern unabhängig von seinen jeweiligen Eigentumsformen im Laufe einer anhaltenden Konjunktur zunimmt und wenn seine Rentabilität dementsprechend abnimmt und sich der Untergrenze von etwa 2,5 bis 3 % nähert, hat das Geld bzw. Geldkapital dank seiner Hortbarkeit die Möglichkeit, sich vorübergehend aus der Realwirtschaft zurückzuziehen und die Bildung von weiterem Realkapital solange zu unterbrechen, bis sich nach einer Phase der ‚Gesundschumpfung‘ die Marktverhältnisse wieder zugunsten des Kapitals verschieben und seine Rentabilität wieder auf ein höheres Niveau steigt. Gesell sprach von „erzwungenen Marktverhältnissen, von einer selbsttätig wirkenden, künstlichen Beschränkung in der Erzeugung sogenannter Realkapitalien, so dass deren Angebot niemals die Nachfrage decken kann. ... Sobald das Kapital den herkömmlichen Zins nicht mehr abwirft, streikt das Geld und unterbricht die Arbeit.“²⁰⁰

Indem Gesell die Kapitaleigenschaft der Mietshäuser, Produktions- und Transportmittel nicht auf das private Eigentum an diesen realen Gütern zurückführte, sondern auf das chronische Ungleichgewicht auf dem Kapitalmarkt, widersprach er Marx und führte seine Gedanken aus seinen Frühschriften weiter aus, die - wie er mittlerweile feststellte - schon vor ihm Pierre Proudhon in ähnlicher Form gehabt hatte, dass nämlich das Geld nicht nur „ein Schlüssel des Marktes“ ist, der den inneren Zusammenhalt der arbeitsteiligen Wirtschaft gewährleistet, sondern auch ein „Riegel“, der ihn untergräbt oder sogar weitgehend auflösen kann. „Als Proudhon diese Riegel- und Sperrnatur des Geldes erkannt hatte, stellte er die Forderung: Bekämpfen wir dieses Vorrecht des Geldes, indem wir die Ware und Arbeit zu barem Gelde erheben. ... Das war Proudhons Gedanke und Vorschlag und um diesen auszuführen, gründete er die Tauschbank.“ Gesell zweifelte an der Möglichkeit, die menschliche Arbeit und ihre Erzeugnisse in den Rang des Geldes anzuheben. Umgekehrt hielt er es für einen besser „gangbaren Weg zu dem Proudhonschen Ziel“²⁰¹, das Geld in Gestalt von „rostenden Banknoten“ an die

²⁰⁰ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 340 und ders. (1892/1988a), S. 61 und 120 („An dem Eigentumsrecht an und für sich liegt es also nicht.“)

²⁰¹ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 4 - 9.

Arbeit und die von ihr produzierten Waren anzupassen und dafür zu sorgen, dass es seine widersprüchliche Doppelrolle als Schlüssel und Riegel des Marktes verliert und nur noch seine Schlüsselfunktion behält.

Mit einer solchen Maßnahme innerhalb der Zirkulationssphäre könnten auch die Bedingungen für die Produktionssphäre so verändert werden, dass sich das Angebot an Realkapitalien auch dann noch vergrößern lässt, wenn sich der „tendenzielle Fall der Profitrate“ (Marx & Engels im „Kapital“ Band 3) unterhalb der Schwelle von 2,5 bis 3 % bis gegen durchschnittlich 0 % fortsetzt und die Mietshäuser, Produktions- und Transportmittel bei einem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage ihren Kapitalcharakter verlieren. „Wenn wir gewisse künstliche Hemmungen beseitigen, die von unserem verkehrten Bodenrecht und unserem ebenso verkehrten Geldwesen herrühren ..., haben es die Arbeiter ganz in der Hand, durch ihre Arbeit die Marktverhältnisse in kürzester Zeit (10 - 20 Jahre) für das Kapital so zu gestalten, dass der Mehrwert restlos verschwindet und die Produktionsmittel die Kapitaleigenschaft einbüßen.“ Privates Eigentum an Häusern, Produktions- und Transportmitteln beruht dann ebenso wie genossenschaftliches, gemeinwirtschaftliches oder staatliches Eigentum nicht mehr auf einer widersprüchlichen Mischung aus ersparten Arbeits- und leistungslosen Einkünften, sondern nur noch aus erarbeiteten Ersparnissen. Unter solchen Umständen würde Proudhons Parole „Eigentum ist Diebstahl“ ihre Gültigkeit verlieren und Eigentum würde dann tatsächlich nur noch auf Arbeit beruhen.²⁰² -

Solange jedoch dieses Gleichgewicht auf dem Kapitalmarkt noch nicht erreicht ist und solange das Geld- und Realkapital noch Renditen erzielen kann, erschien es Gesell nebenbei bemerkt kaum möglich, dass sozial eingestellte Unternehmer die Lage ihrer Arbeiter durch eine Beteiligung am Gewinn verbessern könnten. Eher sei die Gewinnbeteiligung ähnlich wie der Stücklohn ein Weg der Unternehmer, „die Arbeiter zu höheren Leistungen anzuspornen“. Beide Wirkungen könnten allenfalls bei beträchtlichen Gewinnbeteiligungen in kleineren Unternehmen erzielt werden, weil in großen Unternehmen nur relativ kleine Beträge auf die einzelnen Arbeiter entfallen. Aber „wo soll das Geld zu einem irgendwie namhaften Gewinnanteil herkommen, wenn einerseits der regelrechte Lohn bezahlt werden muss, andererseits das Kapital regelrecht verzinst werden soll? ... Zins und Grundrente fließen in breitem Strome weiter.“ Gewinnbeteiligungen könnten allenfalls aus einem teilweisen Verzicht einzelner Unternehmer auf ihren Unternehmerlohn und die Verzinsung ihres Eigenkapitals finanziert werden. Im Endeffekt „lässt sich die Lage des Arbeiters nur auf Kosten des Kapitalzinses und der Grundrente bessern.“²⁰³

Erst wenn ein Gleichgewicht zwischen dem Angebot und der Nachfrage von bzw. nach Real'kapital' erreicht sei und die Bodenrente nicht mehr privat angeeignet

²⁰² Silvio Gesell (1920/1991a), S. 9 - 10. - Vgl. auch ders (1906/1989), S. 67 („Mit der Bodenreform wird Eigentum nicht mehr Diebstahl, sondern Arbeit sein.“) und Pierre Joseph Proudhon (1840).

²⁰³ Silvio Gesell (1921/1992f), S. 174 - 175.

werden könne, werde es möglich, die Lage der lohnabhängig Arbeitenden nicht nur zu verbessern, sondern überhaupt ihre Lohnabhängigkeit zu überwinden. „Das Lohnverhältnis der Arbeiter zum Unternehmer will ich durch Sicherung ihrer wirtschaftlichen Unterlagen, durch Auflösung der Arbeiterreservearmee zu einem gewöhnlichen Handelsvertrag gestalten, bei dem keinem der beiden Teile ein Übergewicht verbleiben wird.“²⁰⁴ Schon in der vom Kapitalismus ererbten Ausgangslage, in der die Produktionsmittel noch in den Händen von privaten Einzelunternehmern oder Aktiengesellschaften konzentriert sind und in der die leitenden noch von den ausführenden Arbeiten getrennt sind, würde das Kapital seine Übermacht über die Arbeiterschaft nach und nach verlieren und es müsste auf gleicher Augenhöhe mit den Arbeitern über Löhne und Arbeitsbedingungen verhandeln. Dank ihrer steigenden Löhne könnten die Arbeiter im Laufe der Zeit auch noch in die Lage kommen, „die Aktien ihrer eigenen Unternehmungen zu erwerben, allerdings ohne von diesen Aktien dann noch mehr als die gewöhnlichen Abschreibungen erwarten zu dürfen.“²⁰⁵ Im Erwerb solcher Unternehmensanteile, deren Wert sich nicht mehr durch Dividenden und Kurssteigerungen erhöht (oder durch Kursstürze vermindert), sondern bei stabiler Kaufkraft der Währungen langfristig gleich bleibt, sah Gesell die sinnvollste Form des Sparens im Sinne einer Aufbewahrung von Werten über längere Zeiträume, bis sie für Krankheitsfälle oder im Alter benötigt werden.²⁰⁶

Bei einer durchschnittlichen Nullverzinsung von mittel- und langfristigem Geld- und Real'kapital' sowie einer Stabilität der Währungen ohne Inflation oder Deflation würde obendrein dem spekulativen Handel mit Unternehmensanteilen an den Börsen jeglicher Nährboden entzogen. Dabei verurteilte Gesell keineswegs das persönliche Verhalten von Börsenhändlern, sondern er richtete seine Kritik gegen das herkömmliche Geldwesen, welches bislang den strukturellen Nährboden für solche Spekulationsgeschäfte bereitet hat. „Man flucht über die Börse, man nennt sie einen Giftbaum und niemand sieht ein, dass das Geld ... der wirkliche Giftbaum ist. Die ewige Verwechslung der Wirkung mit der Ursache wird auch hier nicht erkannt.“ Nach einer Reform des Geldwesens werde es weder Preisniveau- noch Devisenkursschwankungen und auch keine Aktienkursschwankungen mehr geben, auf die es sich noch lohnen könnte, in den „Spielhöhlen“ der Börsen auf Differenzen zu spekulieren. „Die alte Börsenherrlichkeit hat jetzt ein Ende.“²⁰⁷

Unabhängig davon, ob Arbeiter und Angestellte vorläufig noch Aktien von Industrie- und Handelsunternehmen erwerben, ob sie sich mit kleineren Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben selbstständig machen oder ob sie sich mit anderen Arbeitern, Ingenieuren, Ärzten usw. zu Genossenschaften zusammenschließen: bei gegen null sinkenden Geld- und Real'kapital'renditen verlieren *alle* Unternehmen

²⁰⁴ Silvio Gesell (1920/1991b), S. 35.

²⁰⁵ Silvio Gesell (1922/1992b), S. 396 - 397, sowie ders. (1926/1995c), S. 208 - 209.

²⁰⁶ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 349.

²⁰⁷ Silvio Gesell (1892/1988b), S. 202 - 204 [Geldwesen als Ursache und Börsen als Wirkung]; ders. (1920/1991a), S. 269 - 272, und ders. (1922/1992a), S. 224 - 225 [Börsen als Spielhöhlen].

ihren widersprüchlichen Doppelcharakter als Erzeuger von Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und zugleich als Erzeuger von Renditen für die Geld- und Realkapitaleigner.

Inhaber von privaten Unternehmen, deren Eigentümer eigenes Kapital investiert und fremdes Kapital geliehen hatten und die deshalb bislang Unternehmer und Kapitalisten in einer Person waren²⁰⁸, können nunmehr ihre Rolle als Kapitalisten ablegen und zu bloßen Unternehmern werden. Ohne noch länger zuerst den Zins des eigenen und fremden Kapitals vom Unternehmensgewinn abzuzweigen, wird ihr Unternehmensgewinn zu einer Quelle, aus der sie den Unternehmerlohn für ihre leitende Arbeit erhalten, den Arbeitern ihre Löhne für ihre ausführenden Arbeiten auszahlen und die Kosten für die bei der Produktion verwendeten Materialien tragen. In ähnlicher Weise ändert sich der Charakter der Manager von Aktiengesellschaften, die nur noch die Aufgabe haben, die Produktion zu organisieren, aber nicht mehr unter dem Druck stehen, höhere Dividenden für ihre Aktionäre erzielen zu müssen. Und die Arbeitenden legen schließlich ihren Doppelcharakter als Arbeitende und Kleinkapitalisten ab, sobald sie neben ihrem vollen Arbeitsertrag keine leistungslosen Einkünfte aus Sparbuchzinsen bzw. Dividenden und Bodenrenten mehr beziehen.

Die Schaffung eines Gleichgewichts auf dem ‚Kapital‘markt werde auch den Charakter des Arbeitsmarkts grundlegend verändern, wenn Arbeiter und Angestellte nicht mehr von ihren ‚Arbeitgebern‘ abhängig und deren Übermacht ausgeliefert sind, sondern freie Entscheidungsmöglichkeiten bekommen, entweder freiwillig bei ihren ‚Arbeitgebern‘ zu bleiben oder ihnen den Rücken zu kehren und sich entweder selbstständig zu machen oder sich mit anderen zu Genossenschaften zu vereinigen. Gesell erwartete, dass sich vorerst noch zahlreiche Arbeiter und Angestellte freiwillig für eine zumindest teilzeitmäßige Lohn- und Gehaltsarbeit entscheiden, weil sie mit der Selbstständigkeit noch keine Erfahrungen haben und sie erst erlernen müssten oder weil sie neben einer Teilzeitbeschäftigung mit gesichertem Einkommen zum Beispiel eine Nebenerwerbslandwirtschaft betreiben oder sich künstlerisch oder wissenschaftlich betätigen wollen.²⁰⁹ Der Zusammenschluss zu Genossenschaften erfordere neben fachlichen Kenntnissen auch charakterliche Qualitäten wie Hilfsbereitschaft, Solidarität und Nachsicht mit menschlichen Schwächen, die im Kapitalismus verkümmert seien, aber sich in einer gerechter geordneten Wirtschaft stärker ausbreiten könnten. „Dann vielleicht ... wird die Zeit kommen, wo sich größere Gruppen von Menschen finden werden, die geistig auf der Höhe stehen, um genossenschaftlich zu wirtschaften. Ich persönlich glaube nicht, dass es je viele sein werden. Aber dennoch bin ich der Meinung, dass es ein Gewinn für alle sein wird, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen den freiwilligen Zusammenschluss aller kommunistisch-genossenschaftlich gesinnten

²⁰⁸ Silvio Gesell (1912/1990b), S. 85.

²⁰⁹ Silvio Gesell (1927/1995), S. 298 und 300 (freiwillige Lohn- und Gehaltsarbeit in Verbindung mit anderen Tätigkeiten).

Menschen ermöglichen.“ Besonders dort, wo Unternehmen größer sein müssen wie zum Beispiel im Bergbau oder auch im Bereich landwirtschaftlicher Maschinen und Molkereien, stellte sich Gesell die Bildung von „Arbeitergenossenschaften“ vor, die „die Vorteile des Großbetriebes mit den tausend kleinen Vorzügen des Kleinbetriebes verbinden“.²¹⁰

Während er Produktionsgenossenschaften befürwortete, war er gegenüber Konsumgenossenschaften skeptisch eingestellt. Deren Ziel, die Kosten des Handels für ihre Mitglieder zu verringern, könne besser durch eine Reform des Geldwesens erreicht werden als durch solche Genossenschaften und Konsumvereine, und zwar nicht nur für ihre Mitglieder, sondern für die gesamte Gesellschaft. „Als Pflanzstätte gemeinsinniger Gedanken haben sie sich nicht bewährt, weil sie schon als Verein sich in Gegensatz zum übrigen Volke setzten.“²¹¹

Alles in allem stellte sich Gesell als Auswirkung einer Geld- und Bodenrechtsreform auf die Arbeitswelt die Entstehung einer bunten Vielfalt von privaten, genossenschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen, staatlichen und kirchlichen Eigentums- und Unternehmensformen in vorwiegend kleineren und mittleren Größenordnungen vor. „Die Einteilung des Bodens richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Bebauung. Also kleine Ackerstücke für kleine Familien und große Ackerstücke für große Familien. Auch große Landstrecken für Genossenschaften, für kommunistische, anarchistische, sozialdemokratische Kolonien, für kirchliche Gemeinden. ... Ich halte es nicht nur für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich, dass die Mehrzahl der Großbetriebe, in erster Linie die Metall- und Holzindustrie und die Warenhäuser, in naher Zukunft in Millionen von Kleinbetrieben zerfallen werden, die sich dann durch genossenschaftlichen Zusammenschluss für den Kraft- und Rohstoffbezug sowie für den Absatz auch leistungsfähig werden machen können.“²¹²

Innerhalb dieser Vielfalt von Eigentums- und Unternehmensformen könnten auch selbstverwaltete Unternehmen ihren Platz finden, in denen alle Teilhaber sowohl als Mitunternehmer als auch als Mitarbeiter an leitenden und ausführenden Tätigkeiten beteiligt werden. Und unabhängig von den verschiedenen Rechtsformen, in denen sich die Menschen entweder allein oder in Verbindung mit anderen Menschen wirtschaftlich betätigen, sollte ihr selbstbestimmtes Handeln immer auch mit einer „persönlichen Haftbarkeit für alles Tun und Lassen“ verbunden sein, damit niemand die Folgen unverantwortlichen Handelns auf die Allgemeinheit abwälzen kann.²¹³ -

Von einer Geld- und Bodenrechtsreform erwartete Gesell mittel- und langfristig nicht nur für produzierende Unternehmen, sondern auch für Banken, Handel und

²¹⁰ Silvio Gesell (1926/1995d), S. 40, und ders. (1920/1991a), S. 84 [Arbeitergenossenschaften im Bergbau] und 367 - 368 [genossenschaftliche Verbindungen der Vorteile von Klein- und Großbetrieben].

²¹¹ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 276.

²¹² Silvio Gesell (1920/1991a), S. 72, sowie ders. (1920/1996), S. 262 [Zerfall von Großbetrieben zu Kleinbetrieben].

²¹³ Silvio Gesell (1912/1990d), S. 54 (Haftung).

Landwirtschaft weitreichende Änderungen im Sinne ihrer Entkapitalisierung als Folge der Schaffung eines Gleichgewichts auf den ‚Kapital‘- und Arbeitsmärkten.

Mit Begriffen wie „Bankpaläste“ und „Bankokratie“ kritisierte er, dass die *Banken* zu sichtbaren Abbildern der sich in ihnen vollziehenden Akkumulation von eigenem und von ihnen verwaltetem fremdem Geldkapital geworden waren und dass sie einen mächtigen Einfluss auf produzierende Unternehmen ausübten. Dennoch richtete Gesell ebenso wenig wie gegen Börsianer auch keine Angriffe gegen das persönliche Verhalten von Bankiers, weil er deren Verhalten als Folge falscher Strukturen des Geldwesens betrachtete. Deshalb wollte er mit einem gerecht geordneten staatlichen Geldwesen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Banken ihren Doppelcharakter als Dienstleister und Geldvermehrter ablegen und sich in privaten und anderen Rechtsformen allein auf ihre Aufgabe als Verwalter von wertstabilen Spareinlagen und Vermittler von zinslosen Krediten beschränken können. Unter den Bedingungen eines stetigen und störungsfrei zirkulierenden Geldes nehme die Notwendigkeit ab, größere Geldreserven anzulegen, „weil die Regelmäßigkeit, mit der das Geld jetzt umläuft, solche überflüssig macht. War die Rücklage eine Zisterne, d.h. ein bloßer Behälter, so wird die Regelmäßigkeit des Geldumlaufes zur ewig sprudelnden Geldquelle. ... Das Geld bleibt eben im Verkehr, auf dem Markte, in den Händen der Käufer, der Kaufleute, der Unternehmer. Es geht von Hand zu Hand, ununterbrochen, es hat gar keine Zeit sich in den Banken anzusammeln. Das Geld ist keine Ruhebank mehr.“²¹⁴ -

Ebenso wie gegenüber einzelnen Bankiers und Börsianern verzichtete Gesell auch gegenüber einzelnen Händlern und Warenhäusern auf jegliche falsche Strukturen personalisierenden Angriffe. Die durch Absatzstockungen und Kaufkraftschwankungen ausgelösten Unsicherheiten machten den *Handel* zu einem Vabanquespiel und die Konzentration von Kapital auch im Handel führte zur Entstehung von überdimensionierten, marktbeherrschenden Handelshäusern und von überhöhten Handelsprofiten. Sobald der Geldkreislauf geschlossen und die Geldmenge stabilitätsgerecht dosiert werde und sobald der Handel keine Geld- und Realkapitalrenditen und Bodenrenten (über Ladenmieten) mehr aufbringen müsse, werde das Gleichgewicht auf den Arbeits- und ‚Kapital‘märkten auch zu einer soliden Grundlage für einen „ehrlichen Handel“, der seine „soziale Aufgabe“ als Bindeglied zwischen Produktion und Konsum einfacher und billiger erfüllen könne als bisher. Ebenso wie in produzierenden Unternehmen der Unternehmensgewinn zu einem Lohn für die leitend und ausführend Arbeitenden werde, so werde sich auch der Handelsgewinn auf den Lohn für die Arbeit des Kaufmanns reduzieren. Wenn die Konsumenten nicht mehr den Wunsch hätten, zu jeder Zeit alles aus einem großen Angebot auswählen zu können, sondern „rechtzeitig überlegen, was sie an Waren wohl brauchen werden, um sich diese Waren durch Vorausbestellung rechtzeitig zu sichern“, könnten der Umfang des Warenangebots und die Lagerhaltung verringert werden. „Der Kaufmann ... hält ein Musterlager und jeder bestellt

²¹⁴ Silvio Gesell [1920/1991a], S. 253 und 259.

ihm das Gewünschte.“ So werde „endlich erreicht, dass die Abschätzung des Warenbedarfs nicht mehr von den Kaufleuten, sondern von den Käufern selbst vorgenommen wird. Der Kaufmann musste bisher merkwürdigerweise im Voraus den Bedarf der Käufer abschätzen, um seine Bestellungen zu machen. Dass er sich dabei irren konnte, ist klar. Jetzt schätzt der Käufer selbst seinen Bedarf ab, und da jeder schließlich den eigenen Bedarf besser kennt als der Kaufmann, so kommen Irrtümer sicherlich seltener vor. So ist nun der Kaufmann ein bloßer Musterreiter geworden und der Fabrikant ist sicher, dass die Aufträge, die ihm vom Kaufmann zugehen, nicht dessen persönliche Ansicht über den Warenbedarf widerspiegeln, sondern den unmittelbaren Bedarf der Verbraucher, den wirklichen Warenbedarf.“²¹⁵ Gesell erwartete also eine Stärkung der Souveränität der Konsumenten und eine Schwächung des Einflusses von Produzenten und Händlern auf die Art und den Umfang der Produktion. -

Im Hinblick auf die Landwirtschaft wollte Gesell mit der Geld- und Bodenrechtsreform einschließlich einer auch schon von Oppernheimer geforderten Aufteilung von Großgrundbesitzungen verhindern, dass die Bauern nach ihrer Befreiung aus der feudalen Leibeigenschaft durch das Privateigentum am Boden und das zinstragende Geld in neue Abhängigkeiten geraten. „Keine Grundherren, keine Knechte. Allgemeine Ebenbürtigkeit. ... Mit der Bodenverstaatlichung geht die ganze Klasse der Junker in der Allgemeinheit auf.“ Damit sich eine „blühende Landwirtschaft mit einem gesunden Bauernstand“ entwickeln könne, sollten bäuerliche Familien- oder Mehrfamilienbetriebe eigenverantwortlich und selbstständig auf gepachtetem gemeinschaftlichem Boden wirtschaften, ohne befürchten zu müssen, dass sie in die Abhängigkeit von Hypothekenbanken geraten oder infolge von Erbteilungen zu „Zwergwirtschaften“ schrumpfen müssten. „Kein Eigentum am Boden, daher auch keine Bodenverschuldung, keine Teilung und Abfindung bei Erbschaft. ... Das Sondereigentum am Boden führt durch das Erbrecht mit Notwendigkeit zur Zerstückelung oder zur Bodenverschuldung. Die Zerstückelung führt zu den Zwergwirtschaften und damit zur allgemeinen Verarmung.“ Nach einer Reform des Bodenrechts könne der Boden nicht mehr verpfändet werden und die Hypothekenbanken würden nach und nach verschwinden. Und auch eine Reform des Geldwesens könnte dazu beitragen, die Landwirtschaft auf einer gleichen ‚naturnäheren‘ Ebene neben anderen Wirtschaftszweigen in den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf zu integrieren und sie von Renditezwängen zu befreien. Wegen der nur saisonalen Verfügbarkeit und schnellen Verderblichkeit ihrer Erzeugnisse war sie bislang trotz ihrer Unentbehrlichkeit das schwächste Glied in der ganzen kapitalistischen Warenwelt, gegenüber dem hortbaren und jederzeit

²¹⁵ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 245 (ehrlicher Handel), 255 (Vereinfachung und Verbilligung des Handels), 284 (Handel als Vabanquespiel). - In der 1. Auflage seines Hauptwerks (1916/1991a, S. 123 - 125) hat Gesell die Vereinfachung des Handels ausführlicher beschrieben als in der letztmalig von ihm überarbeiteten 4. Auflage. - Silvio Gesell & Ernst Frankfurt (1921/1992b), S. 141 (soziale Aufgaben des Handels). - Zur Geschichte des Leitbildes der ehrbaren Kaufleute vgl. Joachim Schwalbach (2016), S. 216 - 229.

wie überall einsetzbaren Geld besonders benachteiligt und deshalb auch einem besonderen Druck zur Anpassung an die Rentabilitätswänge der kapitalistischen Geldwirtschaft und Industrie ausgesetzt. Von diesem Anpassungsdruck wird die Landwirtschaft befreit, wenn das Geld in Gestalt „rostender Banknoten“ gleichsam in das rhythmische Werden und Vergehen alles Lebendigen integriert wird. Und mit einer Reform des Bodenrechts und einem Sinken der Geld- und Real-’kapital’renditen gegen null verlieren alle landwirtschaftlichen Produktionsmittel, also sowohl die Böden und Landmaschinen als auch die Tiere und Pflanzen ihren Charakter als Kapitalgüter. Sie werden dann pfleglich zu behandelnde Wirtschaftsgüter innerhalb einer weniger kapital- und energieintensiven und dafür arbeitsintensiveren Landwirtschaft.²¹⁶ Und könnte vielleicht ein geschlossener Kreislauf der Gesamtwirtschaft mit gerechten Proportionen des Gebens und Nehmens auch die Entstehung überwiegend regionaler Mensch-, Tier- und Pflanzenkreisläufe in der Landwirtschaft begünstigen? -

In Bezug auf die Auswirkungen einer Geld- und Bodenrechtsreform auf die räumlichen Siedlungsstrukturen und das Verhältnis zwischen den Städten und dem Land machte Gesell nur sporadische Andeutungen. Die Städte seien zu „Wasserköpfen“ geworden, weil „Hypothekenbanken die Landbevölkerung auspumpen“²¹⁷ und zu einer Flucht vom Land in die Städte beigetragen hätten. Ansonsten erkannte er die Konzentration von Geld- und Realkapital noch nicht als tiefere Ursache für die zunehmende Konzentration von Kapital und Menschen in großstädtischen Ballungsräumen und für die Entleerung ländlicher Räume. Immerhin werde eine Rückverteilung der ländlichen und städtischen Bodenrenten in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die Bevölkerung zu einer ökonomischen Neutralisierung der Vor- und Nachteile des gesünderen Landlebens und des kulturell mehr anregenden Lebens in Städten führen. „Landwirtschaft und Industrie werden durch die Bodenverstaatlichung erst zu einer gleichartigen wirtschaftlichen und politischen Masse verschmolzen werden.“ Proudhons und Kropotkins Idee landwirtschaftlich-industrieller Föderationen tauchte bei Gesell nicht wieder auf; dafür stellte er sich vor, dass die Städte mit dem Sinken der Geld- und Realkapitalrenditen gegen Null ihren „Jahrmarktcharakter“ verlieren würden.²¹⁸

Sowohl auf dem Land als auch in den Städten würden die Menschen in Zukunft größtenteils in eigenen Häusern bzw. in eigenen Wohnungen innerhalb von Mehrfamilienhäusern wohnen. „Eine geräumige Wohnung ist der Herzenswunsch eines jeden Menschen.“ Mit der Erfüllung dieses Wunsches wären die Zeiten des Wohnens in ungesunden Mietskasernen oder gar der Obdachlosigkeit vorüber. Zudem hielt Gesell Wohneigentum neben der Beteiligung an Unternehmen für eine sinn-

²¹⁶ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 77 (gesunder Bauernstand), 80, 84 und 90 (Junker gehen in der Allgemeinheit auf), sowie ders. (1923/1993d), S. 272 (Aufteilung des Großgrundbesitzes). Vgl. auch Werner Onken (2004), S. 30 - 35.

²¹⁷ Silvio Gesell (1924/1993), S. 354.

²¹⁸ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 49 - 51 (gesünderes Landleben), 91 (Landwirtschaft und Industrie als Einheit) und ders. (1916/1991a), S. 124 (Jahrmarktcharakter der Städte).

volle Form des Sparens. Nur in den Fällen, in denen die Lebensplanung von Menschen eine höhere Beweglichkeit erfordert, würden sie Wohnraum mieten, wobei die Mieten dann keine Bodenrenten und Zinsen mehr enthalten, sondern nur noch die Bau- und Unterhaltungskosten decken müssen.²¹⁹

Egalitäre nachkapitalistisch-bürgerliche Marktgesellschaft ohne Kapitalisten und ohne Proletarier

Was Gesell mehr oder weniger ausführlich oder auch nur in etlichen über sein Werk verstreuten beiläufigen Bemerkungen über die Konzentrationskraft des herkömmlichen zinstragenden Geldes als tiefere Wurzel der Konzentration von Miethäusern, Produktions- und Transportmitteln in den Händen von wenigen Unternehmerkapitalisten äußerte und was er über eine Geld- und Bodenrechtsreform als Weg zu deren Dezentralisierung und Entkapitalisierung von Unternehmen, Banken, Handel und Landwirtschaft andeutete, hätte Ausgangspunkt für eine systematische Ausformulierung einer Konzentrations-, Monopol- und Wettbewerbstheorie werden können. Was er in seinen Frühschriften und im 5. Kapitel seines Hauptwerks über die „akkumulatorischen Eigenschaften“²²⁰ des Geldes darlegte, hätte sich mit Georges und Oppenheimers Hinweisen auf die Akkumulationskraft der privat angeeigneten Bodenrente verbinden lassen. Auf dieser Grundlage hätte sich - auch unter Einbeziehung von Dividenden aus Börsengeschäften und von Einnahmen aus dem privaten Eigentum an Patenten²²¹ - eine Konzentrations- und Monopoltheorie entwickeln lassen. Unter diesen Aspekten hat Gesell seine Theorie allerdings noch nicht weiter ausgebaut.

Hinzu kam im Laufe der Zeit schließlich noch der wichtige, aber ebenfalls noch nicht detaillierter ausgeführte Hinweis von Gesell auf die private Verfügung über Ressourcen und Ressourcenrenten als Mittel der Konzentration von Geld- und Realkapital und der Bildung von großen Monopolunternehmen. „In der Bildung von Monopolen, Trusts, Syndikaten erblicken wir Auswirkungen des herkömmlichen Bodenrechts. ... Die amerikanischen Trusts (Petroleum, Eisenbahnen, Stahl, Kupfer) bauen sich direkt auf dem Monopol der Bodenschätze auf.“ Durch die Kontrolle über natürliche Ressourcen und technisches Wissen konnten Produzenten ihre Möglichkeiten erweitern, sich zu Kartellen, Syndikaten und Trusts zu verbinden

²¹⁹ Silvio Gesell (1906/1989a), S. 260 (menschenwürdiger Wohnungsbau); ders. (1920/1991a), S. 348 („Oft mag der Zins 70 oder 80 % der Miete ausmachen, oft im Inneren der Großstadt auch nur 20 - 30 %. Wenn also der Zins ganz aus der Miete ausscheidet, so bleibt immer noch ein genügender Rückstand an Ausgaben, um zu verhüten, dass jeder einen Palast für sich beansprucht.“) sowie ders. (1922/1992a), S. 226 (Wunsch nach eigenem Wohnraum vs. Obdachlosigkeit).

²²⁰ Silvio Gesell (1892/1988b), S. 169.

²²¹ Silvio Gesell (1892/1988b), S. 202 - 203 (Akkumulation von Gewinnen aus Börsenspekulationen) sowie ders. (1922/1992a), S. 269 (Patentmonopole) und (1926/1995e), S. 324 („Wir wissen, wie wenig die Patentrechte die Interessen der Erfinder zu schützen vermochten. ... Wir haben kein Patentamt, keine Patentanwälte, keine Patentprozesse und keine Erfinder, die sich aus Not vergiften.“)

und wettbewerbsbeschränkende mono- und oligopolistische Machtpositionen auf den Märkten auszubauen. „Das alles fällt mit Freiland in Staub auseinander.“²²²

Ähnlich dem Liberalsozialismus von Oppenheimer war es auch Gesells Ziel, die Freiheit der Märkte nicht wie Marx & Engels vorschnell zu verurteilen und sie durch eine staatlich-bürokratische Zentralverwaltung der Wirtschaft zu ersetzen, sondern die Märkte von jeglichen mono- und oligopolistischen Verfälschungen des Wettbewerbs zu befreien. Die von den Klassikern nicht vorausgesehene Tendenz zur Konzentration von Geld- und Realkapital wollte Gesell in die Richtung einer Dezentralisierung der Produktionsmittel umkehren und die von Monopolen befreiten Märkte in eine gerechte rechtsstaatliche Rahmenordnung einbetten. Wie Oppenheimer war Gesell der Ansicht, dass sich während des 19. Jahrhunderts noch gar keine wirklich freie Marktwirtschaft entwickelt hatte, sondern nur deren kapitalistisches Zerrbild. „Monopole nehmen heute den Platz der Gewerbefreiheit ein. ... Unsere sogenannte Gewerbe- und Handelsfreiheit ist nicht wurzelecht, darum trägt sie Dornen statt Rosen. ... Die hässlichen Begleiterscheinungen der heutigen Wirtschaft sind nur eine Folge künstlich beschränkter Freiheit. ... Räumen wir also zunächst mit den Monopolen auf, geben wir der Freiheit die Freiheit und dann mögen wir für das, was sich entwickeln mag, die Freiheit, den Individualismus, die Privatverantwortung verantwortlich machen.“²²³

Mit der Geld- und Bodenrechtsreform strebte Gesell also eine nachträgliche Korrektur der ökonomischen Klassik im Sinne einer Verbindung eines nicht mehr kapitalistisch pervertierten Liberalismus mit einem freiheitlichen Sozialismus an. Statt wie es Marx & Engels forderten, den privatkapitalistisch begonnenen Konzentrationsprozess auf eine staatszentralistische Spitze zu treiben und alle Arbeitenden zu Proletariern zu machen, wollte Gesell ähnlich wie Oppenheimer mit dem Liberalsozialismus das ursprüngliche Ideal der Französischen Revolution mit historischer Verspätung doch noch erreichen: nämlich einen Weg aus der kapitalistischen Klassengesellschaft mit ihrer hierarchischen Schichtung des Groß- und Kleinbürgertums einschließlich des Adels und der Kirchen sowie des Industrieproletariats bahnen, der in eine egalitär-klassenlose, nachkapitalistisch-bürgerliche Marktgesellschaft mit einem in sich homogenen „Dritten Stand“ (Sièyes) führt.

In Fortführung der Gedanken von Mill, Proudhon und George sollten freie und gleiche Bürger nicht nur vor Gott und dem Gesetz gleich gestellt werden, sondern nach den Verirrungen des Laissez-faire-Kapitalismus und des Kommunismus sollte eine rechtsstaatliche Ordnung auch ihre wirtschaftliche Gleichheit vor dem Boden und den Ressourcen sowie vor dem Geld herstellen. Und innerhalb dieser Ordnung sollte der freie Wettbewerb zwischen den Produzenten von jeglichen Privilegien und Mono- oder Oligopolen frei sein. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel der Geld- und Bodenrechtsreform war es letztlich, die hierarchische

²²² Silvio Gesell (1919/1991b), S. 300 und 304 sowie ders. (1925/1997), S. 302, und (1902/1989c), S. 70 - 71.

²²³ Silvio Gesell (1906/1989b), S. 253 - 254, sowie ders. (1902/1989a), S. 56 - 58.

Schichtung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft 1. von ihrer Spitze her durch eine „Rückverwandlung der Großindustrie in Kleinbetriebe“ oder auch in genossenschaftliche Unternehmen in mittleren Größenordnungen und 2. von ihrer Basis her durch eine „Rückverwandlung des Proletariats in selbstständige, unabhängige Bürger und Eigentümer“ einzuebnen, bis eines Tages „der letzte Proletarier zur letzten Ruhe neben dem letzten Kapitalisten bestattet“ wird. Aus allen Kapitalisten und Proletariern sollen gleichermaßen freie und wohlhabende, „selbstständige, selbstverantwortliche Vollbürger“ werden, die – da sie ihren nicht mehr durch leistungslose Einkünfte geschmälernten vollen Arbeitsertrag erhalten und über leistungsgerecht verteiltes (Mit-)Eigentum an Produktionsmitteln verfügen – gleichsam im Vollbesitz ihrer ökonomischen und politischen Kräfte sein werden. In einer egalitären Bürgergesellschaft sind solche „Vollbürger“ nicht mehr wie die kleinbürgerlichen Schichten im Kapitalismus innerhalb einer sozialen Hierarchie zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat bzw. dem Prekariat eingezwängt. Sie brauchen weder Ängste vor einem Abstieg nach unten und vor sozialer Ausgrenzung noch Ambitionen auf einen Aufstieg nach oben haben. „Die schönste, wirklich umstürzlerische Leistung des Freigeldes“ - und auch des „Freilandes“ - „wird die sein ..., dass eine Stätte bereitet wird für ein stolzes Geschlecht freier und selbstständiger Bürger“ mit einem wirtschaftlich fundierten Selbstbewusstsein und gegenseitiger Achtung voreinander.²²⁴

In einer solchen egalitären Bürgergesellschaft mit entkapitalisierten Formen von Arbeitsteilung, Warenproduktion, Geld und einer Vielfalt von privaten und anderen Eigentumsformen wären die einzelnen Individuen nicht mehr wie in der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft voneinander getrennt und massenhaft atomisiert, sondern sie wären individuell frei und könnten sich zugleich auf gleicher Augenhöhe frei assoziieren. Allerdings äußerte sich Gesell nicht näher dazu, in welchem Umfang es neben dem zwar geldvermittelten, aber entkapitalisierten Markt und den vom Staat oder von den Gemeinden bereitgestellten öffentlichen Gütern auch noch Bereiche der subsistenzwirtschaftlichen Selbstversorgung oder anderer außermärklicher Tätigkeiten geben könnte.

Abgesehen davon dürfte mit einer solchen gesellschaftlichen Transformation auch ein weitreichender Wandel der bisherigen Funktionen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften einhergehen, über den Gesell noch kaum nachgedacht hat. Einerseits verwies er darauf, dass die gewerkschaftlich organisierten Streiks innerhalb der widersprüchlichen kapitalistischen Strukturen insofern auch einen kontraproduktiven Nebeneffekt haben, als dass sie den Weg bis zum Erreichen eines Gleichgewichts von Real'kapital'angebot und -nachfrage verlängern. Damit könnten Streiks die Arbeit mittel- und langfristig vielleicht sogar mehr schwächen als stärken; auf jeden Fall aber könnten sie die Übermacht des Kapitals nicht brechen. Andererseits achtete Gesell den in vielen Streiks unter Beweis

²²⁴ Silvio Gesell (1920/1996), S. 262; ders. (1920/1991a), S. 226 und 255 sowie ders. (1921/1992h), S. 150.

gestellten entbehrungsreichen Kampfgeist der Arbeiter. „Sie haben solche heldenhafte Enthaltbarkeit in tausend Streiks gezeigt.“²²⁵

Im Laufe der gesellschaftlichen Transformation sollten die Gewerkschaften ihre Funktion als Gegenmacht zur Macht des Kapitals vorerst weiter ausüben, um die Arbeiter und Angestellten vor der erst allmählich schwindenden Übermacht des Kapitals zu schützen. So zog Gesell auch eine Mitbeteiligung der Gewerkschaften an der Aufsicht über ein reformiertes staatliches Geldwesen in Erwägung.²²⁶ Sobald sich dann im Zuge einer Dezentralisierung der Produktionsmittel die historisch gewachsene klassenkämpferische Konstellation von Kapitalmacht und Gegenmacht der Arbeit auflöst und sobald es dann nicht mehr um eine Beteiligung von Arbeitervertretern an der Verfügung über hochgradig konzentriertes Kapital geht, könnten sich die Gewerkschaften und auch die Arbeitgeberverbände mehr und mehr zu Hospizdiensten für Kapitalgesellschaften und zu Geburtshelfern für Unternehmen mit innerbetrieblicher Demokratie und Selbstverwaltung wandeln.

Von der Evolutionstheorie beeinflusstes, korrekturbedürftiges Menschenbild

Ohne eine eigene tragfähige philosophische Grundlage orientierte sich Gesell bei der Formulierung seines Menschenbildes an Zeitströmungen wie dem Individualanarchismus im „Einzigem und sein Eigentum“ von Max Stirner und an philosophischen Werken wie „Also sprach Zarathustra“ und „Götzendämmerung“ von Friedrich Nietzsche. Nach eigenem Bekunden fühlte er sich jedoch unsicher in philosophischen Fragen und interessierte sich mehr für die Naturwissenschaften. „Eine einzige naturwissenschaftliche Tatsache gibt mir mehr Anregung als 1000 philosophische Werke. ... Für mich sind die Philosophen Literaten. Aber ich gestehe, dass ich mir kein Urteil erlauben kann, solange ich ihre Werke nicht studiert habe. ... Der positive Fortschritt in der Erkenntnis geht von der Naturerkenntnis aus. Darüber hinaus ist alles Märchen, Glaube, Hoffnung - manchmal aber, ich will es nicht leugnen - haben die Philosophen bessere Fühlhörner als die Astronomen.“²²⁷

Zu Gesells mangelnder Kenntnis der Philosophie, dem Fehlen eines in philosophischer Hinsicht besser gebildeten Mitarbeiters, der ihm hätte Orientierungshilfen geben können, und seinem ohnehin stärkeren Interesse an den Naturwissenschaften führten noch zwei weitere Faktoren dazu, dass er sich der Evolutionslehre stärker zuwandte und von dort nachträglich Einflüsse in seine ökonomische Gedankenwelt aufnahm, die nicht wirklich zur Geld- und Bodenrechtsreform pass-

²²⁵ Silvio Gesell (1916/1991a), S. 292 (Streiks schwächen die Arbeit eher als dass sie sie stärken), und ders. (1920/1991a), S. 365 (Entsagungsbereitschaft streikender Arbeiter).

²²⁶ Dementsprechend zog Gesell eine Mitbeteiligung der Gewerkschaften sowie der Handels- und Landwirtschaftskammern an der staatlichen Verwaltung des Geldwesens in Erwägung; vgl. dazu (1920/1992d), S. 55.

²²⁷ Silvio Gesell (1922/1997c), S. 261 - 262.

ten und die im Nachhinein einen dunklen Schatten auf sie legten. Zum einen wandte sich Gesell von den damaligen Kirchen ab, weil sie die Religion für Machtzwecke instrumentalisierten und weil sie keine Anzeichen für eine ernsthafte Absicht erkennen ließen, für Gerechtigkeit auf Erden einzutreten.²²⁸ Und zum anderen weckte die Tatsache, dass sich Alfred Russel Wallace, der neben Charles Darwin zweite bedeutende britische Evolutionsforscher, für Reformen des Bodenrechts und des Geldwesens einsetzte, Gesells Erwartung, von Seiten der Evolutionsforschung endlich eine größere Unterstützung für seine eigenen Reformbestrebungen zu erhalten, auf die er bis dahin vergeblich gehofft hatte.²²⁹

Statt wie Mill und Proudhon den qualitativen Wandel von monopolkapitalistisch vermachteten Märkten mit einem rücksichtslosen Verdrängungswettbewerb hin zu monopolfreien Märkten mit einem gerechten Leistungswettbewerb als große Chance für eine Balance von Eigeninteresse und Gemeinwohl sowie für eine Ergänzung von Wettbewerb und Kooperation darzustellen, hob Gesell 1. unter dem Einfluss von Stirner das Streben der Menschen nach ihrem eigenen Nutzen als stärkste Antriebskraft ihres Verhaltens hervor. Und 2. charakterisierte er unter dem Einfluss der Evolutionslehre den wirtschaftlichen Wettbewerb nicht mehr nur wie die Klassiker als ein „freies Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“, sondern als einen „Kampf ums Dasein“ und als eine „natürliche Auslese“, die freilich von kapitalistischen Privilegien zu befreien seien.

Seinem erstmals 1916 erschienenen Hauptwerk gab Gesell den Titel „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“, weil er sich zum einen an der Vorstellung der französischen Physiokraten von einer „natürlichen Ordnung“ des Wirtschaftens orientierte und weil zum anderen eine solche Ordnung gemäß seinem Verständnis der Evolutionslehre jener ‚Natur‘ des Menschen entsprechen sollte, die dann zum Vorschein kommen werde, wenn die Menschen nicht mehr von kirchlichen, staatlichen und privatwirtschaftlichen Mächten beherrscht werden. Im sozialdarwinistisch eingefärbten und darum befremdlichen Vorwort zur 3. Auflage seines Hauptwerks (1919) vertrat Gesell die an die Evolutionslehre angelehnte Ansicht, dass eine nachkapitalistische, von jeglichen Privilegien und Machtpositionen befreite Marktwirtschaft in erster Linie auf dem sowohl von den christlichen Kirchen als auch vom Kommunismus beargwöhnten Eigennutz aufgebaut sein werde. Darin könne „der Tüchtigste ..., dem Eigennutz folgend, geradeaus auf sein Ziel lossteuern, ohne sich in seiner Tatkraft durch Rücksichten ankränkeln zu lassen, die nicht zur Wirtschaft gehören. ... Der Volkswirtschaftler, der mit dem Eigennutz rechnet und auf ihn baut, rechnet richtig und baut feste Burgen. Die religiösen Forderungen des Christentums dürfen wir darum nicht auf die Wirtschaft übertragen; sie versagen hier

²²⁸ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 67 (Missbrauch mit den „heiligsten Gefühlen“ von Menschen) und 225 („Christentum und Zins sind glatte Widersprüche.“) Vgl. auch ders. (1891/1988), S. 32 und 66 (die „große herrliche Schöpfung“, die durch das ungerechte kapitalistische Geld in eine „Hölle“ verwandelt wurde) und (1921/1992i), S. 58 - 59 (Staatskirchen als Machtinstrumente).

²²⁹ Mit Alfred Russel Wallace könnte Gesell in brieflicher Verbindung gestanden haben; vgl. hierzu Werner Onken (2007b), Abschnitt 2.

und schaffen nur Heuchler“, welche Moralpredigten über christliche Nächstenliebe und Brüderlichkeit halten, aber selbst nicht dementsprechend handeln. Die Unterdrückung des Eigennutzes im Kommunismus hielt Gesell für einen Verstoß gegen die ‚Natur‘ des Menschen, weil „der Menschenschlag, der den Maßgebenden im Staate gefällt - der herrscht dann vor. Dann erobert sich der Mensch seine Stellung nicht mehr kraft seiner persönlichen Fähigkeiten, nicht mehr durch sein Verhältnis zur Menschheit und zur Welt; sein Verhältnis zu den herrschenden Parteihäuptlingen gibt dann vielmehr die Entscheidung. Er erschleicht seine Stellung. ... Die Staatsschablone formt den Menschen.“²³⁰

Mit diesem nicht ganz falschen, aber überpointierten Plädoyer für den Eigennutz kam Gesell auch dem Menschenbild der neoklassischen Ökonomie nahe, die mit ihrer Fiktion vom homo oeconomicus unterstellte, dass die Menschen mit rationalen Kalkülen ausschließlich ihre persönlichen Vorteile in der Wirtschaft maximieren wollen. Allerdings dürfe - so seine Einschränkung - der „Eigennutz nicht mit Selbstsucht verwechselt werden. Der Kurzsichtige ist selbstsüchtig, der Weitsichtige wird in der Regel bald einsehen, dass im Gedeihen des Ganzen der eigene Nutz am besten verankert ist.“ Gesell stimmte also auch mit der von der Neoklassik verdrängten Annahme Adam Smiths überein, dass es neben dem Eigennutzstreben noch zwischenmenschliche Sympathiegefühle gebe. Ähnlich wie Smith ging er von der Existenz eines „sozialen Richtsinns“ im Menschen aus. Und eine sowohl auf dem ‚natürlichen‘ Eigennutz als auch auf dem vollen Arbeitsertrag aufgebaute Wirtschaft liefere „dem Menschen nicht nur die Gelegenheit zu uneigennütigen Taten, sondern auch die Mittel dazu. ... Gemeinsinn und Opferfreudigkeit gedeihen dort am besten, wo mit Erfolg gearbeitet wird. Opferfreudigkeit ist eine Nebenerscheinung persönlichen Kraft- und Sicherheitsgefühls.“ Niemand werde zur Freigebigkeit gezwungen; aber „die größte Strafe, die dem Menschen auferlegt werden kann, ist die, ihn in eine Gesellschaft von Hilfsbedürftigen zu bringen, die die Hände nach ihm ringen und denen er nicht helfen kann.“²³¹

Demnach war in der Geld- und Bodenrechtsreform entgegen dem ersten sozialdarwinistischen Anschein durchaus eine wechselseitige Ergänzung von Eigennutz und Mitmenschlichkeit angelegt. Sie in den Schatten eines überbetonten Eigennutzes gestellt zu haben, war ein Fehler Gesells. Gerade eine von Privilegien und Monopolen freie Wirtschaft, in der alle Menschen ihre vollen Arbeitserträge erhalten und sich ökonomisch auf gleicher Augenhöhe begegnen, eröffnet sehr viel mehr Möglichkeiten für eine Balance von Egoismus und Altruismus sowie eine wechselseitige Ergänzung von Wettbewerb und Kooperation als der bestehende monopolkapitalistische und de facto sozialdarwinistische Verdrängungswettbewerb.

²³⁰ Silvio Gesell (1920/1991a), S. XVI und XXI - XXII.

²³¹ Silvio Gesell (1920/1991a), S. XVI - XVII (Uneigennützigkeit) und 67 (sozialer Richtsinn); ders. (1920/1991d), S. 77.

Gesells ursprüngliche Intention, das vom klassischen Liberalismus postulierte ‚freie Spiel der Kräfte‘ von kapitalistischen Privilegien und Machtballungen zu befreien und nach gerechten Spielregeln ablaufen zu lassen, vermischte sich unter dem Einfluss der Evolutionstheorie mit der Vorstellung eines privilegien- und machtfreien ‚Kampfes ums Dasein‘, an dem teilzunehmen alle Menschen gleiche Chancen bekommen müssten, „denn die Arbeit ist die einzige Waffe des gesitteten Menschen in seinem ‚Kampfe ums Dasein‘. ... Man darf sich diesen Wettstreit nicht als Ringkampf ... vorstellen. Diese Art der Auslese hat beim Menschen ... keinen Sinn. ... Das ganze unübersehbare Gebiet friedlicher Betätigung in Gewerbe, Kunst, Wissenschaft, Gesetzgebung, geselligem Leben, im Landbau, in der Tierzucht, das ist die Kampfbahn des Wettstreites.“²³²

Wenn Gesell die von Engels geschilderte bedrückende „Lage der arbeitenden Klassen in England“ besser gekannt hätte, hätte er im Vorwort zur 3. Auflage seines Hauptwerks vielleicht auch nicht so unbekümmert geschrieben, dass „die Manchesterschule ... auf dem richtigen Wege ... war und auch das, was man von Darwin her später in diese Lehre hinein trug, richtig war.“ Man habe „nur ... die erste und wichtigste Voraussetzung des Systems ungeprüft gelassen und sich nicht um die Kampfbahn gekümmert, auf der nun die Kräfte frei sich messen sollten.“²³³ Damit leistete Gesell selbst dem späteren Eindruck insbesondere von linken Intellektuellen Vorschub, dass er ein Wegbereiter des unbarmherzig-rücksichtslosen ‚Marktliberalismus‘ gewesen sein könnte. Auch wenn sich Gesell die „natürliche Auslese“ in der Wirtschaft als ein Geschehen „auf vollkommener Ebene“ vorgestellt hat, „wo jedes Vorrecht aufgehoben ist“, war es ein folgenschwerer Fehler, dieses freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte auf einem ganz und gar ebenen Spielfeld in eine „natürliche Auslese“ auf einer gleichen „Kampfbahn“ umzu-deuten, auf der die stärkeren „Tüchtigen“ sich gegen die Schwächeren behaupten. Daran ändert auch der Hinweis nichts, dass „der Wettstreit für die Unterliegenden nicht die grausamen Folgen“ haben sollte wie bei Wettkämpfen in der Tierwelt.²³⁴ Anstelle von Kämpfen mit Siegen von tüchtigen Starken und Niederlagen von Schwachen kann es in der menschlichen Gesellschaft nur um eine freie und spielerische Entfaltung unterschiedlicher individueller Fähigkeiten von Menschen gehen, die frei über die Aufteilung ihrer Zeit auf Zeiten der Bildung, der Arbeit, der Muße und der Freizeit entscheiden und die auch die Intensität ihrer Arbeit selbst bestimmen und je nach ihrem Interesse an der Höhe ihres vollen Arbeitsertrags frei entscheiden, ob ihnen ihr erreichter Leistungsstand genügt oder ob sie ihn vielleicht wie in der Kunst oder im Sport zu einer virtuosen Meisterschaft steigern wollen.

So oder so ist jedoch die Übertragung der Vorstellung eines - auch friedlichen - ‚Kampfes ums Dasein‘ auf die menschliche Gesellschaft abwegig, weil Menschen,

²³² Silvio Gesell (1920/1991a), S. XXII, sowie ders. (1920/1991b), S. 35 – 36.

²³³ Silvio Gesell (1920/1991a), S. XVIII.

²³⁴ Silvio Gesell (1920/1991a), S. XVIII und XXI.

denen ihr Leben geschenkt wurde, unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit gar nicht um ihr *Dasein* kämpfen sollen. Vielmehr soll sich durch einen machtfreien Wettbewerb und durch Kooperation innerhalb eines geschlossenen Geldkreislaufs, aus dem niemand herausfallen kann und der die kapitalistische Gewinner-Verlierer-Gesellschaft gerade überwinden soll, ‚nur‘ von selbst ergeben, wo innerhalb der egalitären Bürgergesellschaft die einzelnen Menschen den ihren Fähigkeiten am besten entsprechenden Platz finden können. Bei der Lektüre von Henry Georges Hauptwerk „Progress and Poverty“, das ihn ansonsten sehr stark beeinflusste, hätte Gesell auffallen können, dass George sich der Übertragung der Evolutionslehre auf die menschliche Gesellschaft klugerweise widersetzt hatte. George hatte nämlich deutlich erkannt, dass die Evolutionslehre nicht nur aus der Biologie kam und ihre Übertragung auf die menschliche Gesellschaft unzulässig war, sondern dass sie zum großen Teil der falschen - auch von Gesell als falsch kritisierten - Bevölkerungstheorie von Malthus entsprungen war.²³⁵

Schließlich übernahm Gesell auch noch das abstoßende Vokabular der Evolutionstheorie, indem er die körperlichen, seelischen und geistigen Folgen der hierarchischen Schichtung der Gesellschaft wie Machtstreben und Untertanengeist, Charakterschwächen, Kriminalität und Suchtverhalten als „kapitalistische Fehlzucht“ bezeichnete. Und im Einklang mit dem Fortschrittsglauben der Aufklärung und dem Glauben der Evolutionstheorie an eine *Höherentwicklung* der Menschen verband Gesell mit der Geld- und Bodenrechtsreform die Hoffnung, dass sich nur „angeborene Eigenschaften“ weitervererben und nicht die den Menschen durch die soziale Ungleichheit im Kapitalismus zugefügten Deformationen. „Nicht dem Geld, nicht verbrieften Vorrechten, sondern der Tüchtigkeit der Kraft, der Liebe, der Weisheit der Eltern müssen die Kinder ihre Erfolge verdanken. Dann darf man hoffen, dass mit der Zeit die Menschheit von all dem Minderwertigen erlöst werden wird, mit dem die seit Jahrtausenden vom Geld und Vorrecht geleitete Fehlzucht sie belastet hat ... , und dass die Menschheit unter der Führung der Edelsten den schon lange unterbrochenen Aufstieg zu göttlichen Zielen wieder aufnehmen wird.“²³⁶

Auf dem Weg zur „Veredelung der Sitten“ dürfe die Führung auf keinen Fall „den Gewaltmenschen, den Strebern, den Demagogen“ überlassen werden. Allein auf dem Wege der freiwilligen Selbsterziehung eines jeden einzelnen Menschen sollte die gesamte Menschheit ihrer „Hochzucht“ zur „persönlichen Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstverantwortung“ entgegen gehen können, ohne dass diese Höherentwicklung durch die „irrende Vernunft des Menschen“ und durch „irgendwelchen Kunstgriff irrender Behörden“ in eine bestimmte Richtung gelenkt werde dürfe. Und erst recht trat Gesell „rassezüchterischen Irrlehren“ von selbsternann-

²³⁵ Vgl. hierzu die Ausführungen zu Henry Georges Menschenbild im Kap. 7.1 des vorliegenden Buches sowie Werner Onken (2007b), bes. den Abschnitt 4; auf der Website http://www.sozialoekonomie.info/Kritik___Antwort/Kritik___Antwort_4/Sozialdarwinismus-Nachbearbeit/sozialdarwinismus-nachbearbeit.HTM (Zugriff: 23.9.2016).

²³⁶ Silvio Gesell (1920/1991a), S. XV.

ten ‚Übermenschen‘ entgegen, die sich anmaßen, über Leben und Tod von vermeintlichen ‚Untermenschen‘ wie Kranken, Behinderten oder Menschen aus anderen Teilen der Erde zu verfügen.²³⁷

Und dennoch – das Denken in den Kategorien von „Minderwertigkeit“, „Fehl- und Hochzucht“ mitsamt ihrer vererbungstheoretischen Erweiterungen stellte eine zeitgeistbedingte Verirrung dar, die im Übrigen keineswegs nur eine Schwäche von Gesell war. Nicht nur in konservativen Kreisen, sondern auch innerhalb der Arbeiterbewegung fanden die Evolutionstheorie und ihre Übertragung auf die menschliche Gesellschaft eine starke Resonanz. Auch Karl Marx beklagte im Band 1 des „Kapital“ unter Hinweis auf die „allmächtig waltenden principle of natural selection“, dass die kapitalistische Produktionsweise „die Volkskraft an der Lebenswurzel ergriffen hat. ... Die Degeneration der industriellen Bevölkerung wird nur durch beständige Absorption naturwüchsiger Lebenselemente vom Lande verlangsamt.“ Selbst durch die „Aussicht auf eine zukünftige Verfaulung der Menschheit“ lasse sich das Kapital nicht davon abbringen, „die Leiden der es umgebenden Arbeitergeneration zu leugnen“.²³⁸ Unabhängig davon hat Gesells Aufnahme von Einflüssen aus der Evolutionstheorie in seine Geld- und Bodenrechtsreform ihrem Selbstverständnis als Weg zu sozialer Gleichheit und seelischer Gesundung von Menschen ohne jede Über- oder Unterschätzung von anderen Menschen und von sich selbst stärker beschädigt als vertieft.²³⁹

Traditionell-konservatives (Un-)Verständnis der Geschlechterrollen

So wie die Menschenrechte für die französischen Revolutionäre zunächst nur Männerrechte waren – Olympe de Gouges wurde 1793 hingerichtet, weil sie sie auch für Frauen erkämpfen wollte –, waren auch Gesells Gedanken über das Geschlechterverhältnis ohne Kenntnis der frauenrechtlichen Aussagen von Fourier sowie des Buches „Die Hörigkeit der Frauen“ von John Stuart Mill & Herriet & Helen Taylor noch weitgehend in patriarchalischen Traditionen verhaftet. Sein Idealbild einer nachkapitalistischen Bürgergesellschaft war das Bild eines „stolzen Geschlechts freier und selbstständiger Bürger“, von „Männern, die man jedem in der Welt, ohne zu erröten, als Landsleute vorstellen kann.“²⁴⁰

²³⁷ Silvio Gesell (1920/1991a), S. XX (irrende Vernunft des Menschen); ders. (1920/1991b), S. 36 (Kunstgriff irrender Behörden; Veredelung der Sitten, Laster und Kriminalität, Führung der Menschheit nicht durch Gewaltmenschen und Demagogen) und ders. (1916/1990), S. 298 (rassezüchterische Irrlehren). – Zur kritischen Aufarbeitung von Gesells evolutionstheoretisch beeinflusstem Menschenbild vgl. Werner Onken (2007b).

²³⁸ Karl Marx (1867/1972), S. 285. – Vgl. auch Friedrich Engels (1845/1969), S. 331–336 und 429–430 („Untergrabung der menschlichen Natur in körperlicher wie geistiger Beziehung“, „Vertierung des Menschen“).

²³⁹ Silvio Gesell (1920/1991a), S. XX (irrende Vernunft des Menschen); ders. (1920/1991b), S. 36 (Kunstgriff irrender Behörden) und ders. (1916/1990), S. 298 (rassezüchterische Irrlehren).

²⁴⁰ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 255.

Während die außerhäuslichen Bereiche der Politik und der Wirtschaft den Männern vorbehalten sein sollten, wies Gesell entsprechend seinen konservativen Vorstellungen von den Geschlechterrollen den Frauen die Aufgabe zu, sich um die privaten Haushalte und um die Erziehung der Kinder zu kümmern. In seinen Frühschriften verschloss er sich leider der Einsicht in die Notwendigkeit eines politischen Frauenwahlrechts und er unterstützte auch nicht die Forderungen von Mill & Taylor & Taylor nach einer gleichberechtigten Mitwirkung von Frauen in Genossenschaften oder nach anderen Formen der beruflichen Entfaltung.

Von den möglichen Auswirkungen einer Geldreform auf das Geschlechterverhältnis sah Gesell in seinen Frühschriften nur erst die Überwindbarkeit von „Konvenienz- und Geldheiraten“. Sobald alle Männer einen leistungsgerechten vollen Arbeitsertrag erhalten, schwinden Standes- und Vermögensunterschiede, die bislang die Partnerwahl neben der persönlichen Zuneigung mehr oder weniger stark mit beeinflussten. Frauen bräuchten dann keine sympathischen Männer mehr zurückweisen, nur weil sie finanziell nicht ausreichend in der Lage sind, eine Familie zu unterhalten. Und sie bräuchten auch keine Versorgungsehen mehr mit Männern einzugehen, nur weil sie ihnen mehr finanzielle Sicherheit als menschliche Reife bieten. Unter solchen Umständen wären Ehegatten nicht mehr durch finanzielle Kalküle, sondern nur noch durch ihre persönliche Zuneigung miteinander zu einem „einzigsten harmonischen Wesen“ verbunden. Deshalb sei es nicht notwendig, „für eine Seele zwei Stimmzettel bei der Wahl abzugeben“ und die Frauen einen „besonderen Beruf“ erlernen zu lassen.²⁴¹

Unbestritten war Gesells Verständnis der Geschlechterrollen konservativ-patriarchalisch. Immerhin wurzelte es nicht in einem Frauen massiv diskriminierenden Zweifel an ihren geistigen Fähigkeiten, den sogar Philosophen des 18. und 19. Jahrhunderts wie Rousseau, Hegel, Schopenhauer und am schlimmsten Nietzsche verbreiteten.²⁴² Auch Marx erkannte als produktive Arbeit nur die von Männern geleistete industrielle Lohnarbeit an, sah aber keine Ausbeutung in der von Frauen unentgeltlich geleisteten Familienarbeit. Statt die Forderung nach gleichen Löhnen für Industriearbeiterinnen zu unterstützen oder gar die Geschlechterhierarchie genauso zu kritisieren wie die Hierarchie von Kapital und Lohnabhängigkeit, beklagten Marx & Engels im „Kommunistischen Manifest“ sogar, dass die ‚billigeren‘ Frauen den Männern Arbeitsplätze wegnahmen. „Je weniger die Handarbeit Geschicklichkeit und Kraftäußerung erheischt, d.h. je mehr die moderne Industrie sich entwickelt, desto mehr wird die Arbeit der Männer durch die der Weiber und Kinder verdrängt.“²⁴³ Und im „Kapital“ Band 1 bezeichnete Marx zwar die „Auflösung des alten Familienwesens“ dadurch, dass auch Frauen und Kinder in den kapitalistischen Produktionsprozess mit hineingezogen wurden, als „furchtbar und

²⁴¹ Silvio Gesell (1892/1988a), S. 139 - 140.

²⁴² Annegret Stopczyk (1980), S. 118 (Rousseau), 167 (Hegel), 182 - 183 (Schopenhauer) und 223 - 226 (Nietzsche).

²⁴³ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 469.

ekelhaft“. Dennoch schaffe die einerseits beklagte Konzentration von Kapital in großen Aktiengesellschaften andererseits nicht nur die Voraussetzung für die „Expropriation der Expropriateure“, sondern auch „mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter“.²⁴⁴ Die Überwindung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern stellte sich Marx also in der Weise vor, dass Frauen und Männer nicht mehr in eigenen Familien leben, sondern in die große Familie des Proletariats aufgehen und in verstaatlichten Industrien arbeiten, während staatliche Einrichtungen ihnen die Erziehung ihrer Kinder abnehmen. Auch Rosa Luxemburg glaubte, dass die Frauen erst als Industrieproletarierinnen zu wirklichen Menschen würden.²⁴⁵

Im frühen 20. Jahrhundert führten Beobachtungen mühseliger Schicksale von Frauen, besonders von schwangeren Frauen, als Industrieproletarierinnen und unglücklicher, oftmals durch den Alkohol zerrütteter Ehen Gesell zu der Überlegung, dass Frauen - besonders wenn sie Kinder und Haushalte umsorgen - eine eigene finanzielle Grundlage benötigen, die sie von den Vätern ihrer Kinder finanziell unabhängig macht. Freilich zog er dafür noch immer keine außerhäusliche Berufstätigkeit von Frauen als Quelle eines eigenen Einkommens in Erwägung, sondern kam wenige Jahre vor dem ersten Weltkrieg zu der Überlegung, die vergesellschaftete Bodenrente, die er ursprünglich in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die gesamte Bevölkerung zurück verteilen wollte, als „Mütterrente ... in Monatsbeträgen unter die Mütter nach der Zahl der Kinder zu verteilen“, und zwar nicht nur während ihrer frühen Kindheit, sondern bis zum Erreichen ihrer Volljährigkeit bzw. ihrer eigenen Selbstständigkeit. Gleichsam nach dem Verursacherprinzip stehe die Bodenrente den Müttern zu, denn sie seien diejenigen, von deren Bereitschaft, Kinder zu gebären und zu erziehen, die Bevölkerungsdichte und damit auch die Gesamthöhe der Bodenrente abhängt. „Keine Mutter, einerlei woher sie kommt, kann von diesen Bezügen ausgeschlossen werden.“ Demnach sollten alle Mütter unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion ein Entgelt für ihre Familienarbeit erhalten und Gesell wollte auch keinen Unterschied zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern machen. „Indem als Entgelt für die aus der Kinderpflege entstehende Mehrbelastung die Grundrente unter die Mütter nach der Zahl der Kinder verteilt wird“, glaubte er erreichen zu können, „dass auch die Vorrechte bei den Geschlechtern aufgehoben sind. ... Das dürfte genügen, um die Frauen wirtschaftlich so weit unabhängig zu machen, dass sie keine Ehe aus Not einzugehen, auch nicht eine bereits geschlossene gegen ihr Empfinden fortzu-

²⁴⁴ Karl Marx (1867/1972), S. 514.

²⁴⁵ Rosa Luxemburg (1914/1973), S. 410 - 413.

führen oder nach einem ‚Fehltritt‘ in das Dirnentum zu versinken brauchen.“²⁴⁶ Es ging Gesell mit der „Mütterrente“ also nicht darum, Kinder zur Quelle von Verdienstmöglichkeiten zu machen, sondern es sollten damit die mit der Sorge um die Kinder verbundenen Kosten neutralisiert werden.

Jedoch ließ sich Gesell unter dem Einfluss der Evolutionstheorie dazu verleiten, in der „Mütterrente“ ein Mittel zu sehen, das die Frauen als Mütter nicht nur vor der Abhängigkeit von lasterhaften oder gar gewalttätigen Männern oder vor der Prostitution schützt, sondern ihnen auch zu ihrem schauerlich klingenden „großen Zuchtwahlrecht“ verhilft. Die Mütter sollten in die Lage versetzt werden, selbstbewusster gegenüber den Vätern ihrer Kinder aufzutreten und ihre Kinder - notfalls auch allein - zu integren Persönlichkeiten zu erziehen und ihnen eine gute Bildung angedeihen zu lassen. „Das genügt, um die Fortpflanzung der Menschheit in aufsteigender Linie zu verbürgen.“ Als während des ersten Weltkriegs die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung besonders in den Städten schwierig wurde und zudem viele zum Kriegsdienst einberufene Industriearbeiter durch schlechter bezahlte Arbeiterinnen ersetzt wurden, stellte Gesell einmal die Frage - ohne sie zu beantworten oder später noch einmal aufzugreifen -, ob vielleicht eine „Rückkehr der Frauen in die Landwirtschaft“ in Verbindung mit den „Mütterrenten“ und einer Entlastung von den Zinsen in den Preisen für die Güter des täglichen Bedarfs „nicht der ‚Frauenfrage‘ die glücklichste Lösung geben würde“.²⁴⁷

Unzweifelhaft ist es notwendig, auch den Einfluss der Evolutionstheorie auf Gesells Vorstellung von den Geschlechterrollen und sein evolutionstheoretisch-ideologisch überhöhtes Bild von den Frauen bzw. Müttern als Trägerinnen einer seelisch-geistigen und sittlichen Höherentwicklung der gesamten Menschheit zu korrigieren. Für die Partnerwahl und das Wohl der gemeinsamen Kinder sind schließlich nicht nur die Frauen bzw. die Mütter, sondern auch die Männer bzw. die Väter gleichermaßen verantwortlich.²⁴⁸

In der Ökonomie gehörte Gesell neben Fourier und Mill & Taylor & Taylor immerhin zu den ganz wenigen, die überhaupt neben der Produktion und der Zirkulation auch noch den Bereich der Reproduktion in den Blick nahmen. Und es lässt sich nicht leugnen, dass die Erfüllung der selbstverständlich berechtigten Forderung nach einer vollen politischen Gleichberechtigung von Frauen und Männern noch nicht ausreicht, um den ‚kleinen Unterschied‘ zwischen ihnen wirklich auszugleichen und die beide Geschlechter von sich selbst entfremdende Geschlech-

²⁴⁶ Silvio Gesell (1920/1991a), S. XXI und 92 [Mütterrente für alle Mütter unabhängig von ihrer Herkunft], und ders. (1916/1991a), S. 72 (eheliche und nichteheliche Kinder).

²⁴⁷ Silvio Gesell (1920/1991a), S. XXI und 92 [Frauen und Landwirtschaft] sowie ders. (1923/1993a), S. 208 - 215. Was für Europa und Nordamerika absurd klingt, nämlich die Rückkehr der Frauen in die Landwirtschaft, ist für den Erhalt von kleinbäuerlichen (Subsistenz-)Landwirtschaften in Lateinamerika, Afrika und Asien keineswegs völlig abwegig.

²⁴⁸ Vgl. hierzu Werner Onken (2007b), Kapitel 4.3.2, auf der Website http://www.sozialoekonomie.info/Kritik___Antwort/Kritik___Antwort_4/Sozialdarwinismus-Nachbearbeit/sozialdarwinismus-nachbearbeit.HTM (Zugriff: 24.9.2016)

terhierarchie zu überwinden. Schwangerschaft, Geburt und frühe Kindheit der Kinder bleiben - was auch Mill & Taylor & Taylor nicht zu ändern wussten - ein struktureller ökonomischer Nachteil für Frauen, solange

a) ihre Familienarbeit unbezahlt bleibt, auch weil ihre Bezahlung von Frauenrechtlerinnen als diskriminierende Rollenfixierung und als Kommerzialisierung der Haus- und Familienarbeit gefürchtet wird, und solange

b) Frauen als Mütter entweder in einer völligen finanziellen Abhängigkeit von ihren sog. ‚Ernährern‘ bleiben oder sie durch zusätzliche außerhäusliche (Teilzeit-)Arbeiten in eine Doppelbelastung durch unbezahlte Familienarbeit und schlechter bezahlte Berufe geraten.

Trotz seiner fragwürdigen evolutionstheoretischen Einkleidung bzw. auch nach deren Beseitigung wird Gesells Grundgedanke, Männer und Frauen in Produktion, Zirkulation und Reproduktion in ökonomischer Hinsicht auf eine gleiche Stufe zu stellen, nicht obsolet. Die bislang vorwiegend von Frauen geleistete Familienarbeit darf kein ‚freies Gut‘ bleiben, das sich das konzentrierte Kapital auf unsichtbare Weise zu seiner weiteren Akkumulation und Konzentration aneignen kann. Eine wie auch immer gestaltete finanzielle Sichtbarkeit der Familienarbeit anzustreben, ist ein Gebot der Gerechtigkeit und - ohne dass sie sonstiger ideologischer Begründungen bedarf - zugleich ein Beitrag zur Dezentralisierung wirtschaftlicher Aktivitäten. Sie lässt sich auch keineswegs nur durch die Verwendung der Bodenrente als „Mütterrente“ verwirklichen. Die Bodenrente ließe sich - wie von Gesell ursprünglich angestrebt - in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die Bevölkerung zurückverteilen, um das Grundrecht *aller* Menschen auf eine gleiche Teilhabe am Boden und an den Ressourcen zu gewährleisten. Statt aus der Bodenrente ließe sich ein Entgelt für die innerhäusliche Familienarbeit auch aus dem Steueraufkommen der Allgemeinheit oder aus Beiträgen in eine erweiterte Sozialversicherung finanzieren. Außerdem ließe es sich nicht nur an Mütter auszahlen, um sie etwa an Haus und Herd zu binden, sondern auch an Väter, die ihre außerhäusliche Berufstätigkeit einschränken oder gar ganz aufgeben, um sich dem Haushalt und den Kindern zu widmen, während ihre Frauen nach den Geburten der Kinder die Familienarbeit mit einer außerhäuslichen Teilzeitarbeit verbinden oder ganz in ihren Beruf zurückkehren. Damit würde die Familienarbeit anderen Berufen gleichgestellt und genauso frei wählbar wie andere Berufe. So wie Gesell den Frauen auch einen Verzicht auf die Mutterschaft zubilligte²⁴⁹, könnten alle Frauen und Männer bei einer gerechten Verteilung der Erwerbseinkommen und einem Entgelt für die Familienarbeit die unbeschränkte Freiheit bekommen, die ihren Vorstellungen gemäße Lebensform zu wählen - entweder in Kleinfamilien zu leben oder sich gemeinschaftlichen Wohnformen anzuschließen - und als Eltern die Sorge für ihre Kinder entweder miteinander zu teilen oder sie auch - vielleicht

²⁴⁹ Silvio Gesell (1923/1993a), S. 213.

zeitweise - an staatliche, kirchliche und betriebliche Einrichtungen oder an Nachbarschaften abzugeben.²⁵⁰

Vom widersprüchlichen kapitalistischen Rechts- und Machtstaat zur Verirrung in die Richtung eines „abgebauten Staates“

Ähnlich der Umwidmung der an alle Menschen zurück zu verteilenden Bodenrente zu einer „Mütterrente“ entfernte sich schließlich auch Gesells Staatsverständnis im Laufe der Zeit vom dem, was er in seinen Frühschriften viel klarer über einen Rechtsstaat als notwendigen Garanten eines gerecht geordneten staatlichen Geldwesens und als Rahmenordnung für die wirtschaftliche Freiheit dargelegt hatte.

Mit dem Staatsverständnis des klassischen Liberalismus stimmte Gesell insofern überein, als er es zunächst ebenso wie Adam Smith als Aufgabe eines bürgerlichen Rechtsstaates ansah, für alle Staatsbürger eine Rechtsordnung zu schaffen, welche die Ausübung von feudaler Macht überwindet, die innere und äußere Sicherheit garantiert und öffentliche Bildungs- und Verkehrseinrichtungen unterhält. Über Smith und die Klassiker hinausgehend sollte der Rechtsstaat Gesell zufolge außer der „Garantie der individuellen Freiheit“ mit Hilfe eines gerecht geordneten Geldwesens als öffentlichem Gut auch eine „gleichmäßige Verteilung der irdischen Güter“ garantieren.²⁵¹ Und als weitere öffentliche Güter sollte der Rechtsstaat die gleiche Teilhabe aller Menschen am Boden und an den Ressourcen garantieren sowie die Finanzierung der Reproduktionsarbeit organisieren.

Als ein Weltbürger, der abwechselnd im deutschen Kaiserreich sowie in den argentinischen und schweizerischen Republiken lebte und der nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland den schwierigen Übergang von der Monarchie zur Demokratie miterlebte, veränderte sich Gesells Staatsbild im Laufe der Zeit jedoch, wobei sich seine Unkenntnis der für die Entstehung des modernen Rechtsstaats maßgeblichen philosophischen Werke von Rousseau, Montesquieu, Locke u.a. sehr nachteilig auswirkte.

Aus der Bodenreform ergab sich für Gesell eine eindeutige Ablehnung der Monarchie und der reaktionären Interessenpolitik von (Groß-)Agrariern. „Die Bodenreform ist der schönste und reinste Ausdruck der Demokratie und wer für die Bodenreform arbeitet, der ist bewusst oder unbewusst dem innersten Wesen nach Demokrat.“ Und aus der Geldreform ergaben sich für ihn eine kritische Einstellung zur unheiligen Allianz von dem in Städten konzentrierten Geld- und Realkapital und politischen Eliten sowohl in Monarchien als auch in demokratischen Republiken und die Hoffnung, dass die bestehende, noch vom konzentrierten Boden-

²⁵⁰ Vgl. hierzu das Kap. 13.6 im vorliegenden Buch.

²⁵¹ Adam Smith (1776/1978, S. 587 – 819. - Silvio Gesell (1891/1988a), S. 135 – 137, sowie (1906/1989a), S. 45 - 64.

Geld- und Realkapital beeinflusste „sogenannte Demokratie“ in eine „wahre Demokratie“ übergehen werde.²⁵²

Sobald sich als Folge einer Geld- und Bodenrechtsreform eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung ausbreitet und die Arbeitslosigkeit überwunden wird, könnte der Bedarf an staatlichen Reparaturen in Gestalt von sozialpolitischer Umverteilung, Bekämpfung von Krankheiten und Kriminalität usw. tatsächlich zurückgehen. In einer weniger turbulenten Zeit als in den 1920er Jahren hätte Gesell bei ruhigerem Nachdenken zur Vorstellung einer von Machteinflüssen befreiten und von mancherlei Reparaturaufgaben entlasteten rechtsstaatlichen Ordnung kommen können, die sich dem vom Kathedersozialismus der Historischen Schule postulierten „Wagnerschen Gesetz der wachsenden Staatsausgaben“ und dem totalitär-kommunistischen Staat in Russland hätte entgegen stellen lassen. Jedoch verstärkte sich seine Aversion gegen den kapitalistischen Klassenstaat unter dem Einfluss von Stirners extremem Individualanarchismus. In „Der Einzige und sein Eigentum“ hatte Stirner das Individuum innerhalb eines staatenlosen „Vereins von Egoisten“ über alles gestellt und „meine Macht“ gegen die Gleichheit eines staatlichen Rechts für alle beansprucht. Und vor allem auch durch Nietzsches Generalangriff auf den Staat als „kältestes aller kalten Ungeheuer, der in allen Zungen des Guten und Bösen lügt“²⁵³, verstärkte sich Gesells Aversion gegen den Staat so sehr, dass er dessen innere Widersprüchlichkeit als Rechts- und Machtstaat aus den Augen verlor. In einer übersteigerten Reaktion gegen den nur noch als Klassenstaat wahrgenommenen Staat erhoffte er sich unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zunächst noch einen „Abbau des Staates“ bis auf ein öffentliches Geld- und Verkehrswesen und gegen Ende seines Lebens verirrte er sich in die absurde Vorstellung eines ganz und gar „abgebauten Staates“, in dem nicht nur Macht und Herrschaft aufhören, sondern auch das Recht verloren geht.²⁵⁴

Nachdem schon Marx, Engels und Lenin der Arbeiterbewegung ein „Absterben des Staates“ für die Zeit nach einer „Diktatur des Proletariats“ wie eine Fata Morgana vor Augen gestellt hatten, sprach Gesell ähnlich wie Oppenheimer und unabhängig von ihm von einem Übergang des Klassenstaates in eine „Akratie“, um seine diffusen Vorstellungen von einem „abgebauten Staat“ von denjenigen Anarchisten abzugrenzen, die ihre Ziele mit politischen Attentaten durchsetzen wollten.²⁵⁵ Während Oppenheimers „Freibürgerschaft“ den widersprüchlichen kapitalistischen Rechts- und Machtstaat auf seine Aufgaben als herrschaftsfreiem Rechtsstaat beschränken wollte, entgleiste Gesell gegen Ende seines Lebens aus nicht näher bekannten Gründen vollends in die utopische Schilderung eines - so der Untertitel seiner Schrift „Der abgebaute Staat“ - „Lebens und Treibens in ei-

²⁵² Silvio Gesell (1904/1997), S. 36 (Bodenreform und Demokratie); ders. (1920/1991a), S. 56 (sogenannte und wahre Demokratie) und 90 (Adel und Monarchie).

²⁵³ Max Stirner (1844-45/1981), S. 171 - 188, 196 und 204 - 231, bes. S. 226. - Friedrich Nietzsche (1883 - 1885/1987), S. 42.

²⁵⁴ Silvio Gesell (1921/1992i), S. 45 - 78, und ders. (1927/1995), S. 296 - 306.

²⁵⁵ Silvio Gesell (1921/1992i), S. 48 - 49 und 52, und ders. (1927/1995), S. 254 - 256.

nem gesetz- und sittenlosen hochstrebenden Kulturvolk“. Sie stellt gleichsam einen Rückfall aus dem kapitalistischen „Gesellschaftszustand“ in einen vordemokratischen, als herrschaftsfrei missverstandenen „Naturzustand“ (Rousseau²⁵⁶) dar, weshalb Gesells Mitarbeiter hierzu auf Distanz gingen und seine späteren Nachfolger bestrebt waren, die Geld- und Bodenrechtsreform mit dem Rechtsstaatsverständnis des Ordoliberalismus zu verbinden.²⁵⁷

Wegen der Unbrauchbarkeit von Gesells späteren Gedanken über den Staat und eine „Akratie“ bedarf die Geld- und Bodenrechtsreform einer anderen rechtsphilosophischen Fundierung, um sie - wie er es zuvor im Vorwort zu seinem Hauptwerk ausgedrückt hatte - als eine „bewusste und gewollte Tat“ ansehen zu können, mit der ein demokratisch-republikanischer Rechtsstaat den Laissez-faire-Kapitalismus in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft transformiert und mit der er zugleich seine bisherige Deformation durch Macht und Herrschaft abstreift.²⁵⁸ Dabei werden auch Gesells Überlegungen über die Sozialpolitik und das Bildungswesen zu überdenken sein. In einem demokratischen Rechtsstaat, in dem die Wirtschaft gerecht geordnet wird, könnte sich der Bedarf an einer Sozialpolitik à la Bismarck tatsächlich nach und nach verringern; jedoch würde die Notwendigkeit einer staatlich organisierten Vorsorge für Krankheit, Behinderung und Alter bestehen bleiben und es käme als neue sozialpolitische Aufgabe die finanzielle Absicherung der Kindheit und Jugend hinzu. Noch lässt sich nicht absehen, welchen Umfang eine Umschichtung der Sozialpolitik im Laufe eines Übergangs zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft annehmen könnte und in welchem Umfang auf längere Sicht eine staatliche Familien-, Sozial- und Gesundheitspolitik notwendig bleibt, die sich nicht durch private oder „gegenseitige Hilfe“ (Kropotkin) in Nachbarschaften und Genossenschaften bewältigen lässt.

Ebenso viel Vorsicht ist auch im Hinblick auf das Bildungswesen angebracht, dessen Privatisierung Gesell forderte, weil das staatliche Bildungswesen die Jugend sowohl im deutschen Kaiserreich als auch noch in der Weimarer Demokratie mehr zu autoritätsgläubigen Untertanen als zu freien und selbstverantwortlichen Menschen erzog.²⁵⁹ Allerdings sollte die private Bildung kein Privileg von Wohlhabenden und Reichen sein. Ebenso verfehlt ist der Einfluss privatwirtschaftlicher Interessen sowohl auf die öffentliche als auch auf die private Bildung. Im Laufe eines Übergangs zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft könnten sich auf mittlere und längere Sicht neben der von Gesell geforderten Trennung von Kirchen und Staat tatsächlich Perspektiven für eine zumindest teilweise Entstaatlichung des Bildungswesens ergeben. Es lässt sich jedoch nicht voraussehen, in welchem Umfang Schulen und Universitäten oder auch Theater, Museen und Krankenhäuser in privater oder genossenschaftlicher Trägerschaft entstehen können. Anstelle

²⁵⁶ Jean-Jacques Rousseau (1762/1987), S. 53 - 54.

²⁵⁷ Vgl. hierzu Werner Onken (1999), S. 113 - 116.

²⁵⁸ Silvio Gesell (1920/1991a), S. XV (Geld- und Bodenreform als bewusste und gewollte Tat).

²⁵⁹ Silvio Gesell (1921/1992i), S. 57 - 61, und ders. (1927/1995), S. 332 - 336.

übereilter Privatisierungen könnten vorläufig staatliche und nichtstaatliche Bildungs-, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen nebeneinander existieren, bis sie im Laufe der Zeit ebenso wie die Produktionsbetriebe allesamt aus ihrer kapitalistischen Doppelgestalt herauswachsen und neben ihrer eigentlichen Aufgabe nicht mehr zusätzlich noch Renditen erwirtschaften brauchen oder auf öffentliche Gelder angewiesen sind.

Bei einem sich mit stetig zirkulierendem Geld schließenden Wirtschaftskreislauf und einem Sinken des Zinsniveaus gegen null würde der Staat mittel- und langfristig sowohl von den Kosten der Arbeitslosigkeit auch vom Zinsendienst entlastet. Seine sich neu formierenden Aufgaben könnte der Rechtsstaat dann weniger durch die Aufnahme von Schulden als durch laufende Steuereinnahmen finanzieren. Bei der Entwicklung neuer Vorstellungen über den Charakter und die Aufgaben eines herrschaftsfreien demokratisch-republikanischen Rechtsstaates in einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft waren die Vorüberlegungen von Proudhon, George und Oppenheimer allemal konstruktiver als Gesells Verirrung in eine Abkehr von jeglicher Staatlichkeit, die er hätte vermeiden können, wenn er sich bewusst gemacht hätte, dass der Staat im Kapitalismus in sich genau so widersprüchlich und reformbedürftig war wie das Geld, das er schließlich zu Recht auch nicht ‚abbauen‘ wollte.

Krieg & Frieden und Vorschläge zur Neuordnung der Weltwirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg

Unabhängig von den Schwächen seines Menschenbildes und der Abwegigkeit seiner Vorstellungen von einer „Akratie“ in seinen späten Lebensjahren baute Gesell seine ökonomischen Reformvorschläge und seine Vorstellungen von einer nachkapitalistischen Bürgergesellschaft weiter aus, indem er unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs ihre friedenspolitische Bedeutung herausstellte und indem er die Geld- und Bodenrechtsreform während der frühen Nachkriegszeit auch noch im Hinblick auf eine Integration der Weltwirtschaft erweiterte.

Schon zwei Jahre vor dem Ersten Weltkrieg hatte Gesell für den Fall vor einem schrecklichen Krieg gewarnt, dass es der Politik nicht gelinge, noch rechtzeitig in die Richtung einer Schaffung von sozialer Gerechtigkeit umzusteuern: „So besteht also tatsächlich die Gefahr, dass dasselbe Geld, das die Arbeitsteilung entwickelte und uns dadurch aus der Barbarei heraushob, uns durch die ihm anhaftenden Fehler mit blutigen Köpfen wieder in die Barbarei zurückstoßen wird. Das herkömmliche Geld kann mit einer schadhaften Leiter verglichen werden: je höher wir steigen, umso tiefer stürzen wir, wenn sie bricht. Und sie wird brechen. Unser Geld bedingt den Kapitalismus, den Zins, die Massenarmut, die Revolte und schließlich den Bürgerkrieg, der erfahrungsgemäß mit unheimlicher Schnelligkeit zur Barbarei zurückführt. ... Wer es aber vorzieht, seinen eigenen Kopf etwas anzustrengen statt fremde Köpfe einzuschlagen, der studiere das Geldwesen, der trachte da-

nach, die ‚unbegrenzten Möglichkeiten‘, die in der Arbeitsteilung liegen, dadurch der Menschheit und der Friedensidee dienstbar zu machen, dass er für diese Arbeitsteilung ein zweckentsprechendes Geldwesen schafft.“²⁶⁰

Dennoch gehörte auch Gesell leider zu denjenigen, die sich 1914 von dem weit verbreiteten Hurrapatriotismus anstecken ließen und kurzzeitig glaubten, dass der Krieg eine Erneuerung des verfahrenen Lebens bewirken würde.²⁶¹ Aber schon bald besann er sich auf seine eigentliche friedensökonomische Grundhaltung. Als Zwischenschritt auf dem Weg zu einem zukünftigen weltweiten Staatenbund beschrieb er 1916 eine kontinentaleuropäische „Weltkraftzentrale VIER“ - „VIER“, weil dieser neben dem britischen Empire und den aufstrebenden Mächten Russlands und der USA entstehende Staatenbund seinen souverän bleibenden Mitgliedsstaaten bei voller Wahrung ihrer jeweiligen Individualität die Vorteile ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit erschließen sollte. „VIER hat nur eine einzige Anziehungskraft: die wirtschaftliche Anziehungskraft seiner Masse“, wobei diese Anziehungskraft allein aus der durch eine Geld- und Bodenrechtsreform geschaffenen gerechten inneren Ordnung VIERS und seiner allgemeinen Bürgerrechte zur Wirkung kommen sollte. „Räume man die wüsten philosophischen, patriotischen, religiösen, rassezüchterischen Irrlehren ... weg. ... So können sich dann dieser neuen Kraftzentrale unbegrenzt viele Staaten, auch ... exotische, schwarze und gelbe anschließen, ohne dass sich der einzelne dabei etwas vergibt.“ Der Beitritt zu diesem Staatenbund sollte genauso freiwillig erfolgen wie es auch möglich sein sollte, ihn ungehindert wieder zu verlassen. „Nur keine Gewalt. Sie kehren alle wieder, die die gehen, wie die Kometen, die sich vom Gängelband der Sonne frei machen wollen, auch wiederkehren.“ Wenn alle Einzelstaaten die Ressourcen gemeinschaftlich verwalten, auf die Erhebung von Zöllen verzichten und ihre Binnenwährungen stabil halten, ergebe sich daraus automatisch auch ein Gesamtsystem stabiler Wechselkurse. So werde die Zugehörigkeit zu diesem Staatenbund für alle Mitgliedsstaaten wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen.²⁶²

Als Gesell seine Schriften wegen der Kriegszensur in Deutschland nicht mehr verbreiten konnte, siedelte er 1916 wieder in die Schweiz über und stellte in zwei Vorträgen „Gold und Frieden?“ und „Freiland - die ehernen Forderungen des Friedens“, die auch Bestandteile seines Hauptwerks „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ wurden, die besondere friedenspolitische Bedeutung der Geld- und Bodenrechtsreform heraus. Da ihm die Friedensbewegung zu sehr auf Fragen der Rüstung und Abrüstung sowie des Völkerrechts fixiert war, wollte Gesell ihre Aufmerksamkeit stärker auf die wirtschaftlichen Ursachen von Bürger- und Völkerkriegen lenken. Die bestehenden ungerechten Strukturen des Bodenrechts und des Geldwesens spalten die ganze „Menschenfamilie“ in Reiche und Arme auf und verwandeln den wirtschaftlichen Wettbewerb in einen „bürgerlichen Wirtschafts-

²⁶⁰ Silvio Gesell (1912/1990c), S. 169 - 170.

²⁶¹ Silvio Gesell (1914/1990), S. 166 und 172 - 173.

²⁶² Silvio Gesell (1916/1990), S. 295 - 306.

krieg“. In der privaten Aneignung von Boden- und Ressourcenrenten sowie von Kapitalzinsen erblickte Gesell „soziale Spaltpilze und Sprengkörper, die schon die Staaten des Altertums in Trümmer legten und auch wieder mit unserer Kultur fertig werden, wenn wir uns nicht rechtzeitig davon noch befreien.“ Hier und nicht etwa in „Gegensätzen aus der geistigen Welt“ oder gar Merkmalen einzelner Menschen und Völker lagen für ihn die eigentlichen Ursachen von Kriegen. „Selbst die sog. Religionskriege hatten recht nüchterne wirtschaftliche Beweggründe. Auch Rasse und Sprache veranlassen keinen Krieg, wie denn überhaupt der Krieg nichts mit den Lebenserscheinungen zu tun hat. ... Ist die Wirtschaft in Ordnung, so ist auch der Friede gesichert.“²⁶³

Mit seiner Deutung des Krieges als „eheliches Kind der sozialen Zustände“ in den modernen Industrieländern ging es Gesell nicht darum, die Verantwortung des deutschen Kaiserreiches für den Ersten Weltkrieg zu relativieren. Auch wenn „die Schuldfrage ... für uns keine Frage einzelner Personen (ist)“, sondern „eine Frage der Organisation der menschlichen Gesellschaft“, so stellte der deutsche Einmarsch in Belgien für ihn sehr wohl ein Verbrechen dar: „Unser Staat brach mitten im Frieden in das Land der mit uns in Frieden und Freundschaft lebenden Belgier ein, sengend und brennend verwüstete unser Staat das Land des friedlichsten aller Völker.“²⁶⁴ Den gesamten Ersten Weltkrieg betrachtete Gesell als einen „verbrecherischen nationalistischen Krieg“, der letztlich um die Sicherung von „Zugängen zu lebenswichtigen Rohstoffquellen“ geführt worden sei, und als das „schrecklichste Ereignis der Weltgeschichte“. Im Zuge einer Entmilitarisierung Deutschlands und anderer Länder könnten die Staatshaushalte in beträchtlichem Umfang von Rüstungsetats entlastet werden.²⁶⁵

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs teilte Gesell kurzzeitig die Hoffnungen auf eine Revision des Versailler Friedensvertrags, trat dann aber schon bald der nationalistischen Propaganda von der sog. ‚Kriegsschuldfrage‘ und vom ‚Schmachfrieden von Versailles‘ mit der Forderung entgegen, dass Deutschland die Reparationsforderungen der Siegermächte erfüllen und sich - ohne verlorene Gebiete zurückzufordern - mit Frankreich, Polen, Tschechien und anderen ehemaligen Kriegsgegnern aussöhnen solle.²⁶⁶ Die Tilgung der durch die Kriegsfinanzierung aufgeblähten Staatschulden und die Reparationslasten wollte Gesell mit einer gestaffelten, bis zu 75%igen Vermögensabgabe finanzieren und ausdrücklich keine zusätzlichen Auslandsanleihen aufnehmen. In der Notwendigkeit, die finanziellen Folgen des Krieges zu bewältigen, sah er geradezu eine Chance für Deutschland, hierzu alle Bevölkerungsschichten entsprechend ihrer jeweiligen Leistungsfähig-

²⁶³ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 55 - 59 sowie 225 und 231.

²⁶⁴ Silvio Gesell (1921/1992a), S. 291 - 293 (Kriege als eheliche Kinder der sozialen Zustände). - Ders. (1921/1992i), S. 72 (deutscher Einmarsch in Belgien). - Ders. (1923/1993e), S. 324 (Kriegsschuldfrage).

²⁶⁵ Silvio Gesell (1916/1991b), S. 22. - Ders. (1921/1992d), S. 146 - 147. - Ders. (1921/1992i), S. 65 - 68. - Ders., (1926/1995e), S. 186 - 188.

²⁶⁶ Silvio Gesell (1921/1992k), S. 109 - 110. - Ders. (1923/1993f), S. 310 - 320. - Ders. (1926/1995f), S. 96 - 97.

keit heranzuziehen und dem politischen Neubeginn ein gerechtes und darum auch tragfähiges wirtschaftliches Fundament zu geben.²⁶⁷ Im Zuge einer Bodenrechtsreform sollte insbesondere eine Aufteilung des ostelbischen Großgrundbesitzes die noch junge demokratische Republik vor der politischen Reaktion schützen. Und mit Hilfe einer Geldreform sollte die deutsche Binnenwirtschaft eine absolut stabile Währung als Fundament für die Weimarer Demokratie erhalten. Im späteren historischen Rückblick „werden viele dann vielleicht sagen, dass die schwere Last der Reparationen ein Glück fürs deutsche Volk gewesen ist.“²⁶⁸

Während die Gedanken der Bodenrechtsreformbewegung auf Betreiben von Adolf Damaschke und dem „Bund Deutscher Bodenreformer“ in der Weimarer Nationalversammlung debattiert wurden und im § 155 zumindest teilweise Eingang in die Weimarer Verfassung fanden, gab es in der Person des Nürnberger Amtsrichters Alexander Schneider von der Zentrumspartei nur ein einziges Mitglied der Nationalversammlung, das verständnisvolle Sympathien für Gesells Geldreform hegte, dafür aber in der Nationalversammlung keinerlei Gehör fand.²⁶⁹

Wirtschaftliche Dauerkonjunktur als Fundament für Frieden und Kultur

Während Ökonomen wie Hayek, Schumpeter, Kondratjew u.a. vielerlei Erklärungen für das komplexe zyklische Auf und Ab der Konjunkturen gaben, wollte Gesell mit seiner Reform des Bodenrechts und des Geldes sowohl innerhalb einzelner Länder und als auch weltweit eine Voraussetzung dafür schaffen, dass sich die zyklisch wiederkehrenden Konjunkturschwankungen mit Arbeitslosigkeit, Inflationen und Deflationen, Aufstiegen und Niedergängen von Kulturen oder gar Kriegen überwinden und durch eine stabile Dauerkonjunktur ersetzen lassen. Über lange Zeiträume hinweg sollte die Konjunktur bei einer Inflation und Deflation von null und einem durchschnittlichen Zinsniveau von null stabil bleiben, d.h. die langen Konjunkturwellen sollten in eine gerade Linie übergehen, die sich zugleich als ein Fundament für ein dauerhaftes Gedeihen einer friedlichen Kultur erweisen könnte.

Unter solchen Umständen könnte die durch die Arbeitsteilung und das Geld möglich gewordene Produktivität der menschlichen Arbeit zu einer „Wiege aller Kultur“ werden und ungeahnte kulturell-künstlerische Potenziale aller Menschen zur Entfaltung kommen lassen - aber eben nur, wenn ihre gleiche Teilhabe an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen sichergestellt wird und wenn die Entfaltung der Kultur nicht immer wieder durch wirtschaftliche Krisen und Kriege zurückgeworfen wird. Die in der privaten Aneignung von Bodenrenten und Kapital-

²⁶⁷ Silvio Gesell (1922/1993), S. 95 - 114, hier: S. 114 [Reparationen als Chance für Deutschland].

²⁶⁸ Silvio Gesell (1919/1991c), S. 249. - Ders. (1922/1993), S. 114. - Ders. (1926/1995g), S. 191 - 192 [Schutz der Republik vor der Reaktion].

²⁶⁹ Zum Art. 155 der Weimarer Verfassung vgl. die Website http://www.zum.de/psm/weimar/weimar_vv.php#F%C3%BCnfter%20Abschnitt.%20Das%20Wirtschaftsleben (Zugriff: 20.5.2017). - Alexander Schneider (1919). Silvio Gesell (1922/1997e), S. 241 - 242 und 245 - 246.

zinsen wurzelnde Ungleichheit dieser Teilhabe und die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft betrachtete Gesell deshalb nicht nur als „großen Friedensstörer“, sondern auch als „Erzfeind aller Kultur“. Die Kürzung der Arbeitserträge durch Bodenrenten und Kapitalzinsen zwingt die große Mehrheit der Menschen in erster Linie zur Sicherung ihrer materiellen Existenz und hindert sie an der vollen Entfaltung ihrer geistigen und kulturell-künstlerischen Potenziale. Und auch Privilegierte tendieren vielfach mehr zum Prestige- und Luxuskonsum als zur Kultur bzw. sie instrumentalisieren diese als Mäzene für ihre Zwecke. Allzu oft werden die Künste wie auch die Religionen und Wissenschaften, diese „heiligsten Gefühle“ der Menschen, „zu Machtzwecken missbraucht“.²⁷⁰ Unter diesen Umständen bleiben MalerInnen, MusikerInnen, DichterInnen und andere KünstlerInnen oftmals finanziell abhängig von Geldgebern aus den Kreisen des Adels, der Kirchen sowie von Banken und Industriellen oder vom Staat. Überhaupt beeinflusst das kapitalistische Geld die Art und den Umfang der Produktion so, dass sie in erster Linie auf die Kapitalrentabilität versprechende Produktion von materiellen Gütern und weniger auf die Schaffung von unrentablen Kunstwerken ausgerichtet ist.

In seinen Überlegungen zum Einfluss des Geldes auf den Gang der Geschichte führte Gesell besonders den Untergang des römischen Reiches, den Rückfall in die mittelalterliche Naturaltauschwirtschaft und den Wiederaufstieg von Arbeitsteilung und Geldwirtschaft zu Beginn der frühen Neuzeit mitsamt einigen weiteren Blüte- und Verfallszeiten auf Funde von münzbaren Edelmetallen bzw. deren Ausbleiben und auf das mangelhafte Funktionieren des kapitalistischen Geldwesens zurück. „Es ist noch heute vielen vollkommen rätselhaft, wie fabelhaft schnell die alten Kulturvölker die höchsten Höhen des Menschentums erklommen hatten. Man staunt über das, was die Griechen, Römer und ältere Völker vor ihnen in oft verblüffend kurzen Zeiträumen geleistet haben. Dieses Rätsel löst das Geld und die damit verbundene Arbeitsteilung. ... Das Geld ist die Grundmauer der Kultur. Seine alles überragende Bedeutung sagt uns aber auch, was es bedeuten würde, wenn diese Grundmauer einmal versagte. Alles, was darauf gebaut wurde, stürzt dann wieder in sich zusammen. ... Roms Glanz war wie der Glanz Babylons, Griechenlands, Jerusalems nur ein Abglanz der im Geldwesen verborgenen uralten Kulturkräfte.“²⁷¹

Eine gerecht und stabil geordnete Wirtschaft sollte ein Flussbett für diese „uralten Kulturkräfte“ schaffen, in dem die bisherige Bedürfnispyramide von ‚niederen‘ materiellen und ‚höheren‘ geistig-kulturellen Bedürfnissen und die Hierarchie von rentabel produzierbaren materiellen Gütern und unrentablen ‚brotlosen Künsten‘ in eine Gleichrangigkeit *aller* Bedürfnisse des *ganzen* Menschen übergehen. Sobald es nicht mehr um die Rentabilität des menschlichen Tätigseins

²⁷⁰ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 67 (Missbrauch von Religion, Wissenschaft und Kunst zu Machtzwecken) und 217 - 220 (Arbeitsteilung als Wiege bzw. Hebamme aller Kultur). - Ders. (1921/1992b), S. 390 (Zins als Erzfeind aller Kultur).

²⁷¹ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 217 - 218. - Vgl. hierzu Werner Onken (2010), S. 88 - 95.

geht, sondern ‚nur‘ noch um seine Wirtschaftlichkeit bei einem durchschnittlichen Nullzins und rückverteilten Bodenrenten, können freie und finanziell unabhängige Menschen genauso als kulturell-künstlerisch Kreative existieren wie als Produzenten von materiellen Konsumgütern oder von Dienstleistungen - entweder als Selbstständige oder auch als Teilhaber von kulturell-künstlerischen Einrichtungen in unterschiedlichen Trägerschaften. Und eine dauerhaft verlässliche Zirkulation eines wertstabilen Geldes sollte jene Krisenzyklen beenden, die in der Vergangenheit immer wieder dazu führten, dass dieses Flussbett der kulturell-künstlerischen Entfaltung zeitweise mehr oder weniger austrocknete.

Freier und gerechter Welthandel mit Hilfe einer „Internationalen Valuta-Assoziation“

In der Überzeugung, dass der „zivilisierte Mensch ... Individualist und Weltbürger ist“ und dass „die ganze Erde ein einheitliches, unteilbares Wirtschaftsgebiet“ bildet²⁷², entwarf Gesell unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg auch noch Grundgedanken für eine freiheitliche, gerechte und friedliche Weltwirtschaft. Sie gingen noch über jene Gedanken hinaus, die er 1916 über einen zunächst kontinentaleuropäischen und sich nach und nach weltweit ausdehnenden Staatenbund angedeutet hatte. Das Bestreben europäischer Staaten, ihre jeweiligen „nationalen Wirtschaftsgebiete durch Kolonien und Eroberungen zu erweitern“ und sich mit Zöllen voneinander abzuschotten, erschien ihm als ein „gefährlicher und krankhafter Gedanke, geradezu als ein Wahngebilde“. Für ebenso unsinnig hielt Gesell die Bildung eines europäischen Zollvereins, der wie vormals ein einzelnes Land nunmehr als Festung Europa Zollschranken gegenüber der übrigen Welt aufrichtet. „Europäische Zollunion heißt nichts anderes als der europäische geschlossene Handelsstaat. Wer den Frieden wirklich will, der fordere die Beseitigung aller Zollgrenzen, den Weltfreihandel, indem er damit beginnt, die eigenen Zollgrenzen niederzulegen.“²⁷³

Im Gegensatz zu Wirtschaftskriegen zwischen starken und schwachen Staaten oder Staatenblöcken sollte die Hierarchie von ‚entwickelten‘ Industriestaaten und ‚unterentwickelten‘ Kolonien im Laufe einer Übergangszeit genauso eingeebnet werden wie die sozialen Hierarchien innerhalb der kapitalistischen Industrieländer. Im Hinblick auf dieses noch ferne Ziel einer nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen Weltbürgergesellschaft griff Gesell seinen schon 1906 erstmals geäußerten Gedanken wieder auf, sämtliche Ressourcen der Erde unter die Verwaltung einer neu zu schaffenden internationalen Institution zu stellen. Die den Frieden fördernde Kraft einer solchen Internationalisierung der Ressourcen versuchte er am Beispiel des Konflikts zwischen Deutschland und Polen um die Kohle in

²⁷² Silvio Gesell (1898/1988), S. 222 und 224. - Ders. (1919/1991b), S. 300.

²⁷³ Silvio Gesell (1919/1991c), S. 254; ders. (1920/1992c), S. 150; ders. (1921/1992j), S. 303 – 305 (Völkerbund), und ders. (1926/1995h), S. 72 - 78 (Widersinn der europäischen Zollunion).

Oberschlesien zu verdeutlichen. Und einmal verwies er sogar darauf, dass es bei einem durchschnittlichen Nullzins rentabel bzw. wirtschaftlich werden könnte, Energie mit Hilfe von Gezeitenkraftwerken zu gewinnen statt Kohle abzubauen und zu verbrennen. Die Sachverständigen „behaupten die technische Möglichkeit und die wirtschaftliche Unmöglichkeit solcher Anlagen“. Aber sie würden nicht sagen, „dass die wirtschaftliche Unmöglichkeit nichts anderes ist als die Unmöglichkeit, den regelrechten Zins herauszuwirtschaften“. Während der Kohlepreis überwiegend aus Löhnen bestehe, bestehe der Preis für die „aus Ebbe und Flut zu gewinnende Kraft ... fast ausschließlich aus dem Zins der Anlagekosten. Und da der Zins jetzt ganz besonders hoch ist, so ist die Wasserkraft zurzeit trotz der hohen Kohlenpreise noch nicht ‚wirtschaftlich‘. ... Ohne diese Bedingung der Rentabilität würde man schon lange Ebbe und Flut wirtschaftlich ausgenutzt haben.“²⁷⁴

Jedoch führte Gesell nicht näher aus, wie eine internationale Verwaltung der weltweiten Ressourcen hätte aussehen können. Und er beschäftigte sich auch nicht weiter mit Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Gewinnung von nichtfossilen Energien. Stattdessen baute er seine erstmals 1909 angedeuteten Überlegungen zur Notwendigkeit einer weltweiten Währungsordnung als „koordiniertem Akt internationaler Brüderlichkeit“ weiter zu einem Konzept für eine „Internationale Valuta-Assoziation“ aus - auch weil ihm immer deutlicher wurde, dass der Kapitalzins und die Löhne „internationale Größen“ sind, die sich nicht in einzelnen Ländern als Inseln in einer kapitalistischen Weltwirtschaft auf durchschnittlich 0 bzw. 100 % bringen lassen. Ohne jedes internationale Gefälle können Zinsen und Löhne erst dann in stabile Gleichgewichte von durchschnittlichen Nullzinsen und 100%ig vollen Arbeitserträgen gelangen, wenn über nationale Geld- und Bodenrechtsreformen hinausgehend auch noch eine internationale Währungsordnung für einen Ausgleich der weltweiten Handelsbeziehungen und für stabile Wechselkurse zwischen den vielen Landeswährungen sorgt.²⁷⁵

Als in sich gerecht geordnete, stabile und nicht mehr nach Expansion strebende Gemeinwesen sollten sich europäische und auch außereuropäische Staaten freiwillig zu einer „Internationalen Valuta-Assoziation“ (IVA) zusammenschließen, die den freien, d.h. von kapitalistischen Monopolen ebenso wie von Zöllen und Subventionen befreiten Welthandel mit Hilfe eines neutralen Weltgeldes in ein Gleichgewicht bringt. „Der IVA kann sich jeder Staat, auch außereuropäische, ohne Weiteres anschließen.“ Unter der Voraussetzung, dass die Zentralbanken der einzelnen IVA-Mitgliedstaaten für eine absolute Stabilität der Landeswährungen sorgen, sollte eine in der Schweiz einzurichtende Weltzentralbank „eine besondere inter-

²⁷⁴ Silvio Gesell (1906/1989a), S. 78 - 79 (internationale Verwaltung der Ressourcen); ders. (1919/1991b), S. 300 - 301; ders. (1920/1991a), S. 72 (Internationalität der Ressourcen); ders. (1921/1992c), S. 92 - 94 (Freikohle in Oberschlesien) und ders., (1921/1992g), S. 150 - 151 (Wasserkraft statt Kohle).

²⁷⁵ Silvio Gesell (1909/1989), S. 245 (internationale Währungsordnung als Akt der Brüderlichkeit), sowie ders. (1920/1991a), S. 342 (Zinsen als internationale Größe) und ders. (1921/1992l), S. 90 - 92 (Löhne als internationale Größe).

nationale Valuta-Note schaffen, für die alle IVA-Staaten solidarisch haften, die unbehindert ein- und ausgeführt werden kann und gesetzliche Zahlkraft pari mit dem nationalen Geld haben soll. ... Die Menge dieser Valuta-Noten wird ausschließlich durch ihren regulatorischen Zweck bemessen werden“, und zwar durch eine internationale Preisstatistik. „Etwa 20 Prozent des nationalen Notenumlaufes dürften genügen.“²⁷⁶ Als Weltzentralbank sollte die IVA die Zirkulation der IVA-Banknoten so steuern, dass die auch bei stabilen Landeswährungen noch verbleibenden Schwankungen der Devisenkurse ausgeglichen werden.

Gesells Konzept für eine „Internationale Valuta-Assoziation“, die er als Mittelpunkt eines weltweiten ‚Systems währungspolitisch kommunizierender Röhren‘ sah, entsprach noch ganz dem Vorrang, den Banknoten in der damaligen Zeit gegenüber unbaren Zahlungsformen hatten. Davon abgesehen gehörte Gesell zweifellos zu den allerersten Wegbereitern eines neutralen, unparteiisch über allen Landeswährungen stehenden Weltgeldes, das die Weltwirtschaft so zu einem Ganzen miteinander verbinden sollte, dass ihre größeren, mittleren und kleineren Teile sich einander auf einer in ökonomischer Hinsicht gleichen Stufe begegnen können. „Führt den Weltfreihandel ein, stellt ihn an die Spitze aller allgemeinen Menschenrechte und damit in den Schutz aller Staaten, so wird euch alles Übrige: Friede, Freiheit, Demokratie, Sicherheit der Meere, Schutz der kleinen Nationen als Zugabe in den Schoß fallen.“ Dieser Schutz sollte in gleicher Weise auch den in der Diaspora lebenden Juden und den von Ort zu Ort ziehenden ‚Zigeunern‘ zugutekommen.²⁷⁷

Bei einem gerecht geordneten freien Welthandel ohne Monopole und ohne Zölle würden die Grenzen zwischen den Staaten, die die Völker bislang voneinander getrennt haben, mehr und mehr zu „einfachen Verwaltungsgrenzen“ wie die Grenzen zwischen den Kantonen der Schweiz. „Dann fließen die Staaten mehr oder weniger unvermittelt ineinander über und allen Menschen ist es dann gleichgültig, wie die Grenzen der verschiedenen Staaten verlaufen.“ Der gesamte Welthandel werde dann zu einem Weltbinnenhandel, so dass die traditionellen Begriffe Import und Export allmählich hinfällig werden. Und ohne jede Einwanderungsbeschränkung wie die US-amerikanische Monroe-Doktrin sollten alle Menschen das Recht haben, ihre Wohn- und Arbeitsorte völlig frei zu wählen. „Vom gegenseitigen Verkehr werden die Menschen nur Befruchtung ihrer Berufstätigkeit, ihrer Religion, ihrer Kunst, Gesittung, Gesetzgebung, niemals aber Schaden erwarten können.“²⁷⁸

²⁷⁶ Silvio Gesell (1920/1992c), S. 186 - 195.

²⁷⁷ Silvio Gesell (1920/1992c), S. 153 - 154.

²⁷⁸ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 72 (Import und Export, völlige Ansiedlungs- und Wanderfreiheit) und S. 94 (Weltoffenheit) sowie ders. (1920/1992c), S. 152 (Grenzen als einfache Verwaltungsgrenzen).

Kommentare zum Zeitgeschehen in der Weimarer Republik und frühe Warnungen vor kommendem Unheil

Die tatsächliche Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg nahm einen ganz anderen Verlauf als den, den Gesell erhoffte. Statt mit einer gestaffelten Vermögensabgabe entschuldete sich der deutsche Staat im Wege einer gigantischen Inflation, bei der die mittleren und unteren Schichten materiell ausgeraubt und seelisch-geistig entwurzelt wurden. Diese Inflation betrachtete Gesell als eine „Sabotage an der Demokratie. ... Die Währung hält den Staat zusammen oder sprengt ihn - je nach dem. Wird hier gefpuscht, so löst er sich in kleinste Teile auf, wie wir es jetzt erleben, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen. Stadt gegen Land ..., Volksstamm gegen Volksstamm, Norden gegen Süden, Gläubiger gegen Schuldner ... - bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone marschieren.“²⁷⁹

Unter diesen Umständen ahnte Gesell schon in den frühen 1920er Jahren, dass der „bürgerliche Wirtschaftskrieg“ früher oder später wieder in ein großes Blutvergießen übergehen würde. Mitte 1923, auf dem Höhepunkt der großen Inflation, warnte er vor den „sogenannten Patrioten, die die allgemeine Zerfahrenheit benutzen werden, um den Mangel an Nationalgefühl für die Zustände verantwortlich zu machen. Dann wird man zur Hebung solchen Nationalgefühls zu dem bewährten Mittel greifen, die Völker zu verhetzen, und an die niedrigsten Instinkte wird man appellieren. Alles, was das Ausland Gutes schafft, wird entweder verschwiegen oder herabgesetzt, während das Ungünstige breitgetreten wird. Dann ist die Stimmung bald wieder reif für einen Krieg.“²⁸⁰

Auch wenn Gesell noch keine schlüssige Antwort auf die Frage nach einem geeigneten politischen Weg zur Verwirklichung der Geld- und Bodenrechtsreform geben konnte, so hegte er bei aller Kritik am Kommunismus von Anbeginn seines sozialreformerischen Wirkens und besonders nach dem Ersten Weltkrieg die Hoffnung, gemeinsam mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften eine „sozialistische Einheitsfront“ gegen den „nationalistischen Wahn“ der konservativen und reaktionären politischen Kräfte in der Gesellschaft bilden zu können.²⁸¹ Während er von der bürgerlichen Ökonomie nichts anderes als Ablehnungen erwartete - Böhm-Bawerk hielt seinen Denkansatz für eine „naive Ausbeutungstheorie“, auf die er nicht näher eingehen wollte - , schmerzten ihn die Abwehrreaktionen der beiden sozialdemokratischen Theoretiker Emil Lederer und Conrad Schmidt sowie

²⁷⁹ Silvio Gesell (1919/1991d), S. 340 (Inflation als Sabotage an der Demokratie); ders. (1920/1991b), S. 28 (Kriege als Folge von Währungspuschereien).

²⁸⁰ Silvio Gesell (1923/1993a), S. 205 - 206. - Zum Verhältnis Gesells zur damaligen Friedensbewegung vgl. Werner Onken, Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit, Lütjenburg 2000, S. 34 - 40.

²⁸¹ Silvio Gesell (1919/1991a), S. 323 - 328 (sozialistische Einheitsfront), und ders. (1923/1993g), S. 397 (nationalistischer Wahn).

das Ausbleiben einer Reaktion auf seine beiden Denkschriften an die deutschen Gewerkschaften sehr.²⁸²

Symptomatisch für das Unverständnis vonseiten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften waren auch die Erfahrungen von Gesells serbischem Mitarbeiter Paul Stanišić mit Karl Kautsky. Im Sommer 1913 war Stanišić von Belgrad nach Berlin gereist, um mit ihm über Mängel der Geldtheorie von Marx & Engels zu sprechen und ihm zu erläutern, wie sich diese Mängel unter Zuhilfenahme der Geldtheorie von Gesell beheben lassen könnten. Kautsky hatte „diese Lehre lächerlich“ genannt, obwohl sie ihm nach eigener Aussage „nur ein wenig vom Hören bekannt“ war. Rund ein Jahrzehnt später berichtete Stanišić in einem „Mahn-ruf an Karl Kautsky und die deutschen Sozialistenführer“ über sein Erlebnis mit Kautsky und zeigte anhand von Zitaten, wo Marx & Engels selbst schon in ihren späteren Schriften die der Ware-Geld-Äquivalenz widersprechende Sonderstellung des Geldes verdeutlicht hätten. Es sei deshalb ein Versäumnis der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, Gesells Geldtheorie nicht ernst zu nehmen. Gerade weil „die Welt ... vor dem Abgrund eines neuen, noch schrecklicheren und blutigeren Völker- und Welt-Bürgerkrieges ... steht“, müsse das Geldproblem nach dem Ersten Weltkrieg und der Hyperinflation endlich gelöst werden, um „die ganze Kultur vor dem Zusammenbruch zu retten“.²⁸³

Obwohl sich seine in die Sozialdemokratie und in die Gewerkschaften gesetzten Hoffnungen nicht erfüllten, gab Gesell sie nicht auf und versuchte darum auch nicht, rechts von der politischen Mitte Unterstützung für seine Ziele zu finden. Freilich sah er in seinen zahlreichen Kommentaren zum Zeitgeschehen in der Weimarer Republik auch noch nicht das ganze Ausmaß der barbarisch-zerstörerischen Kräfte voraus, die schon wenige Jahre später vom Nationalsozialismus entfacht werden sollten. Kurz vor dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise bezeichnete Gesell einen Einsatz für die Schaffung einer „Internationalen Valuta-Assoziation“ als Möglichkeit, die „Kinder gegen das Verscharrtwerden in Massengräbern“ zu schützen. Und im Winter 1929/30, gleich nach dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise und kurz vor seinem Tod, warnte Gesell im Entwurf

²⁸² Eugen von Böhm-Bawerk (1884/1921), S. 463. - Als Reaktion auf einen Aufsatz „Zur Kritik der absoluten Währung“ von Theophil Christen in der „Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft“ (1920, S. 61 - 66) lud die Redaktion 19 Ökonomieprofessoren zu einer kritischen „Enquete über die Freigeldlehre“ ein. Sieben Professoren, darunter Robert Liefmann und Karl Diehl, beteiligten sich an dieser Enquete (1920, S. 67 - 97) Die übrigen Professoren reagierten nicht oder sie lehnten wie Georg Knapp, Gustav Cassel und Vilfredo Pareto ihre Mitwirkung ab. Vgl. hierzu Silvio Gesell (1921/1992e), S. 232 - 274. - Emil Lederer (1922) und Conrad Schmidt (1924). Conrad Schmidt war ein älterer Bruder der Bildhauerin Käthe Kollwitz.

²⁸³ Pavel Stanišić (1924), S. 5 (Begegnung mit Karl Kautsky in Berlin 1913) und 11 (Lösung des Geldproblems zur Verhütung eines neuen Krieges). - Danach hat Gesells Mitarbeiter Martin Hoffmann („Diogenes“) noch einen Versuch unternommen, einen Dialog mit dem Kommunisten Karl Korsch anzuknüpfen; vgl. dazu Martin Hoffmann (1926). - Vgl. auch Gesells Briefe an Karl Kautsky vom 30.3. und 10.4.1922, in: ders. (1922/1997d), S. 248 - 250. - Auch Franz Oppenheimer war von Kautsky enttäuscht, weil dieser kein Verständnis für den Liberalsozialismus zeigte.

eines Vorworts zur geplanten Neuauflage seines Hauptwerks vor der Gefahr nicht nur eines plötzlichen Zusammenbruchs der Wirtschaft, sondern ihrer länger andauernden „Schwindsucht ... mit einer langen, langen Reihe von Leidensstationen und Martersteinen. ... Wenn wir unfähig bleiben, die Aufgabe, die uns gestellt wurde, zu lösen“, d.h. die Wirtschaft gerecht und stabil zu ordnen, „werden die Empörungen und Verzweiflungstaten nicht ausbleiben können ..., die Hungerrevolten werden kein Ende mehr nehmen, die Regierung wird von links nach rechts und von rechts nach links pendeln und jeder Pendelschlag wird nur die Verwirrung, die Hilf- und Ratlosigkeit vermehren.“²⁸⁴

Unterdessen vertiefte sich die Spaltung der Arbeiterbewegung weiter und ihre verschiedenen Flügel bekämpften sich gegenseitig als sog. Sozialfaschisten, während es notwendig gewesen wäre, gemeinsam einen Damm gegen die heraufziehende Gefahr eines Absturzes in den Nationalsozialismus zu errichten.²⁸⁵ Wie viel unermessliches Leid hätte der Menschheit in den folgenden 12 Jahren der NS-Barbarei und auch noch danach vielleicht erspart bleiben können, wenn es rechtzeitig gelungen wäre, den sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert anbahnenden völligen Verlust der wirtschaftlichen und politischen Stabilität aufzuhalten.

7.4 Rudolf Steiner und die Dreigliederung des Sozialen Organismus

Nach zunächst mathematisch-naturwissenschaftlichen und dann philosophischen Studien in Wien begeisterte sich Rudolf Steiner (1861-1925) für das den klassischen Naturwissenschaften entgegengesetzte integrative Naturverständnis Goethes; er wurde Mitarbeiter am Goethe-Schiller-Archiv in Weimar und gab die „Naturwissenschaftlichen Schriften Goethes“ in „Kürschners Nationalliteratur“ heraus. Sodann begründete er in seiner erkenntnistheoretischen „Philosophie der Freiheit“ (1894) einen „ethischen Individualismus“ als Grundlage für sein Menschen- und Weltbild. Begabt mit einem „freien Geist“ solle der Mensch die Welt erkennen und verantwortlich gestalten, dabei aber nicht einer äußeren Moral folgen, sondern sich ganz von seinem eigenen inneren Sittlichkeitsempfinden leiten lassen. „Das menschliche Individuum ist Quell aller Sittlichkeit und Mittelpunkt des Erdenlebens.“ Zudem solle der von der Natur entfremdete Mensch nicht länger ‚von außen‘ auf die Natur blicken, sondern sich mit seinem Denken und Fühlen

²⁸⁴ Silvio Gesell (1929/1996), S. 197; ders. (1920/1991a), S. 401 - 402 (Vorwort zur geplanten 7. Auflage der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ - Fragment).

²⁸⁵ Auch eine von Gesells Nachfolgern im „Freiwirtschaftsbund FFF“ an den damaligen Reichspräsidenten, an die Reichsregierung und an sämtliche Reichstagsabgeordneten gerichtete Denkschrift „Das befreiende Regierungsprogramm“ (Essen 1932) blieb unbeachtet, ebenso ein „Letzter Appell“ von Hans Schumann und Erich Mäder an den SPD-Vorsitzenden Otto Wels, in: Arbeit und Geldpolitik Nr. 6/Juni 1932, S. 3 - 7. Vgl. auch Erich Mäder, Aus Gottfried Feders „Irrgarten“, in: Arbeiterklasse und Geldpolitik Nr. 1/1931, S. 16 - 23. - Von der SPD enttäuscht, verirrt sich Schumann nach 1933 in die Ideologie des Nationalsozialismus.

im Sinne von Goethes Naturverständnis wieder mit ihr verbinden. „Wir fühlen: wir sind in ihr und gehören zu ihr. ... Wir müssen den Weg zu ihr zurück wieder finden“.²⁸⁶

„Soziales Hauptgesetz“ (1906)

Nachdem sich Steiner intensiv mit den philosophischen Werken von Friedrich Nietzsche, Max Stirner und John Henry Mackay sowie mit den evolutionstheoretischen „Welträtseln“ von Ernst Haeckel beschäftigt hatte, folgte von 1899 bis 1904 eine Tätigkeit als Dozent an der Berliner Arbeiterbildungsschule, wo zu jener Zeit auch Rosa Luxemburg unterrichtete.²⁸⁷ Jedoch blieb Steiner auf Distanz sowohl zur Philosophie des historisch-dialektischen Materialismus als auch zur theoretischen Kapitalismuskritik von Marx & Engels, Kautsky, Bernstein oder Luxemburg. Ohne sich näher mit deren ökonomischen Schriften auseinanderzusetzen, wollte Steiner etwa zur selben Zeit wie Simmel und Weber, aber auch unabhängig von ihnen, den Kapitalismus geisteswissenschaftlich ergründen.²⁸⁸

Zunächst befasste er sich eingehend mit den praktischen Projekten des englischen Frühsozialisten Robert Owen, der als Mitbegründer des sozialen Unternehmertums die Arbeitszeiten für seine Arbeiter verkürzt und soziale Einrichtungen für sie geschaffen und der auf politischer Ebene auch für Arbeiterschutzgesetze gekämpft hatte. Einerseits schätzte Steiner Owen als „einen der edelsten Sozialreformatoren“, weil er die Lebensverhältnisse der Arbeiter verbessern wollte. Andererseits könne „ein durchgreifender Fortschritt ... durch alle solche Mittel nimmermehr bewirkt werden“. Zuerst müsse die Geisteswissenschaft gleichsam durch die Oberfläche der sozialen Verhältnisse hindurch den von Steiner in der Tiefe der menschlichen Natur vermuteten Ursachen der Ausbeutung auf den Grund gehen. „Diese Verhältnisse sind nämlich nur der Ausdruck eines inneren Lebens“ und „nichts anderes als das Geschöpf der Menschenseelen“. Viel mehr als

²⁸⁶ Rudolf Steiner (1894/1962), S. 30 (Ablehnung des Materialismus), 33 - 34 (Verhältnis zur Natur), 160 (ethischer Individualismus) und 170 - 172 (äußere Moral vs. innerem Sittlichkeitsempfinden).

²⁸⁷ Die Steiner-Biografie von Walter Kugler enthält eine Abbildung eines Briefes, den Rosa Luxemburg am 14.10.1902 an Rudolf Steiner geschrieben hat; vgl. Walter Kugler (1978/2010), S. 274 - 275.

²⁸⁸ Außer Engels' „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ sind im Verzeichnis von Steiners eigener Bibliothek zahlreiche kleinere Schriften von Bebel, Bernstein, Lassalle und Kautsky aufgeführt; vgl. Rudolf Steiner Nachlassverwaltung (2019), S. 310 (Engels G 211), 292 (Bebel G 34), 294 (Bernstein G 53), S. 332 (Kautsky), S. 341 (Lassalles „Reden und Schriften“, S. 341, G 519) und S. 391 (Clara Zetkins „Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Sozialismus“ G 1006). - Steiner war mit den großen Utopien von Thomas Morus (S. 349, G 602) und Campanella (S. 301, G 122) ebenso vertraut wie mit einigen Standardwerken des Anarchismus von Bakunin („Gott und der Staat, S. 291, G 25), Kropotkin („Gegenseitige Hilfe“, S. 337, G 481) und John Henry Mackay (Die Anarchisten“, S. 344, G 556). - Von den Soziologen kannte Steiner offenbar Max Webers „Die Börse“ aus dem Jahr 1894 (S. 385, G 956) und einige Werke von Werner Sombart wie „Sozialismus und soziale Bewegung“ (S. 371, G 825), „Der Bourgeois“ (G 826), „Die Zukunft der Juden“ (G 828) und „Die gewerbliche Arbeiterfrage“ (G 829). Als Gegenstück dazu beschäftigte er sich mit Martin Bubers Studie über „Die jüdische Bewegung“ (S. 299, G 95). - Simmels „Philosophie des Geldes“ ist allerdings nicht verzeichnet.

mit dem äußeren Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital habe die wirtschaftliche Ausbeutung damit zu tun, „dass ein Mensch unter dem Gesichtspunkt des Eigennutzes sich die Arbeitsprodukte des anderen erwirbt“ und dafür zu wenig bezahlt. „Unsere Einrichtungen oder die uns umgebenden Verhältnisse sind auf dem persönlichen Eigennutz aufgebaut.“²⁸⁹

Owen sei „in gewissem Sinne ein Genie der praktischen sozialen Wirksamkeit gewesen“; aber das Scheitern seiner Versuche, die Verhältnisse für die Arbeiter in New Lanarck und New Harmony zu verbessern, hielt Steiner für einen hinlänglichen Beweis dafür, dass der Schlüssel zur Überwindung der wirtschaftlichen Ausbeutung nicht im Bestreben von einzelnen sozialen Unternehmern liegen könne, die „schlechten Einrichtungen“ zu verbessern. Vielmehr liege er in einer generellen Umbildung der menschlichen Natur im Sinne einer Überwindung des Egoismus, denn „ganz anders würde sich die Sache stellen, wenn die uneigennützig Arbeit eine allgemeine wäre.“ Über Owens „bloßen Glauben an die Güte der Menschennatur ... muss man ... zu wirklicher Menschenkenntnis voranschreiten“. Eine solche „tiefere Erkenntnis des Menschen und der Welt“ erblickte Steiner im „Okkultismus ...“, der gerade zeigt, dass alles menschliche Elend lediglich eine Folge des Egoismus ist.“²⁹⁰

Auf dieser okkulten Grundlage formulierte er nach dem Ende seiner Tätigkeit an der Berliner Arbeiterbildungsschule ein „Soziales Hauptgesetz“ (1906), das sich gegen den frühen Laissez-faire-Kapitalismus und ganz besonders gegen jegliches vom Liberalismus gerechtfertigte Eigennutzstreben von wirtschaftlich freien Individuen richtete. Diesem Gesetz zufolge sei „das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen umso größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.“²⁹¹

Für das seiner Ansicht nach „durch den Okkultismus aufgewiesene ... soziale Hauptgesetz“ erhob Steiner sogar den Anspruch, dass es „für das soziale Leben mit einer solchen Ausschließlichkeit und Notwendigkeit ... gilt, wie nur irgendein Naturgesetz in Bezug auf irgendein gewisses Gebiet von Naturwirkungen“. Wo es durch egoistisches Verhalten missachtet werde, komme es zwangsläufig zu Not und Elend. Deshalb seien „solche Einrichtungen zu schaffen, dass niemals jemand die Früchte seiner eigenen Arbeit für sich selber in Anspruch nehmen kann, sondern diese möglichst ohne Rest der Gesamtheit zugutekommen. Er selbst muss dafür wiederum durch die Arbeit seiner Mitmenschen erhalten werden. ... Die Menschenwohlfahrt ist umso größer, je geringer der Egoismus ist. ... Wer für sich

²⁸⁹ Rudolf Steiner (1906/1960), S. 203 (Owen), 205 (äußere Verhältnisse als Ausdruck des inneren Lebens) - 207 (Eigennutz als Ursache der Ausbeutung).

²⁹⁰ Rudolf Steiner (1906/1960), S. 208 - 212 (durch Owens Erfahrung zum Okkultismus).

²⁹¹ Rudolf Steiner (1906/1960), S. 213 (soziales Hauptgesetz).

arbeitet, muss allmählich dem Egoismus verfallen. Nur wer ganz für die anderen arbeitet, kann nach und nach ein unegoistischer Arbeiter werden.“ Während Adam Smith die Vorstellung hatte, dass einzelne Menschen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft aus eigenem Interesse etwas produzieren, was für andere Menschen nützlich ist, und von ihnen Waren eintauschen, die für sie selbst nützlich sind, sollten die einzelnen Menschen Steiner zufolge ganz von einem „Geist der Gesamtheit“ erfüllt sein und ohne jedes Eigeninteresse nur für die Gesellschaft arbeiten. Und die Gesellschaft sollte den Einzelnen das für ihre Existenzsicherung Notwendige zuteilen - wobei Steiner völlig im Unklaren ließ, wer das von allen uneigennützig erzeugte Gesamtprodukt stellvertretend für ‚die Gesellschaft‘ an die Einzelnen verteilen und nach welchen Kriterien im Einzelfall ‚das Notwendige‘ bestimmt werden sollte.²⁹²

Offenbar war sich Steiner dessen bewusst, dass sich die Menschen nicht im Handumdrehen und in einem quasi revolutionären Akt in „unegoistische Arbeiter“ umwandeln lassen. Ähnlich wie der von ihm kritisierte Robert Owen stellte er sich auch selbst vor, dass einzelne von einem „Gesamtgeist“ erfüllte Menschen mit dem gutem Beispiel ihrer „geistigen Weltanschauung“ vorangehen, um den übrigen Menschen ein nachahmenswertes „geistig-zielvolles Bild von der einheitlichen Mission des ganzen Menschengeschlechtes“ vorzuleben. „Es gibt auch schon jetzt bestimmte Menschengemeinschaften, in deren Anlagen sich dergleichen vorbereitet. ... Dem Okkultismus sind solche Menschengemeinschaften bekannt. ... Sie werden es möglich machen, dass mit ihrer Hilfe die Menschheit gleichsam einen Ruck, einen Sprung in sozialer Entwicklung vollbringt.“ Die „geistige Weltanschauung“ müsse „erst irgendwo Fuß fassen“ und sich von dort weiter ausbreiten, indem sie „Mensch nach Mensch erobert“. Ähnlich wie Marx eine zwangsläufige historische Entwicklung bis zu einem Sprung aus dem Reich der kapitalistischen Notwendigkeit in ein zukünftiges kommunistisches Reich der Freiheit annahm, so war sich auch Steiner sicher, dass „nicht ausbleiben ... kann, dass die richtige geisteswissenschaftliche Vorstellungsart immer weitere Kreise zieht“. Ohne eine solche allmähliche „innere Seelenarbeit“ könne „kein Parlament, keine Demokratie, keine Massenagitation“ die seelisch-geistigen Voraussetzungen für ein wirtschaftliches Leben gemäß dem „Sozialen Hauptgesetz“ schaffen. „Die Gesamtheit muss eine geistige Mission haben; und jeder Einzelne muss beitragen wollen, dass diese Mission erfüllt werde.“²⁹³

Tatsächlich hat die geschichtliche Entwicklung gezeigt, dass der Frühsozialismus mit seinem sozialen Unternehmertum und seinen Genossenschaften nicht in der Lage war, die Grundstrukturen des kapitalistischen Wirtschaftens aus den Angeln zu heben. Insofern waren Steiners Kritik und auch die Kritik von Marx & Engels an

²⁹² Rudolf Steiner (1906/1960), S. 213 - 215 (okkultistisch erwiesenes soziales Hauptgesetz mit quasi naturwissenschaftlichem Geltungsanspruch / lat. occultus = verborgen, geheim, übersinnlich).

²⁹³ Rudolf Steiner (1906/1960), S. 215 - 216 (Gesamtgeist und geistige Weltanschauung), 218 (bestimmte menschengemeinschaften als Vorbereiter eines geschichtlichen Sprungs) - 221 (innere Seelenarbeit).

Owen und den anderen Frühsozialisten nicht völlig falsch. Aber diese Erfahrung spricht keineswegs für einen Okkultismus und dessen Verlegung der Ursachen des Kapitalismus in die Eigennützigkeit des menschlichen Handelns, die Steiner - übrigens im Widerspruch zu seiner Kritik an Owen - ebenfalls durch die Schaffung von „Einrichtungen“ ändern wollte. Vielmehr sollte sie zu der Frage führen, welche Änderungen der Verhältnisse noch zusätzlich zum sozialen Unternehmertum und zu genossenschaftlichen Unternehmensformen notwendig werden könnten, um die kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft - ohne in die Sackgasse einer zentralistischen Planwirtschaft zu geraten - in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft zu transformieren, in der das soziale Unternehmertum und das Genossenschaftswesen einen noch sehr viel breiteren Raum einnehmen könnten als im Monopolkapitalismus.

Nicht zu Unrecht widersprach Steiner mit seinem „Sozialen Hauptgesetz“ der zentralen These des klassischen Liberalismus, dass sich das Allgemeinwohl durch das Wirken einer unsichtbaren Hand gleichsam von selbst aus dem Streben der Individuen nach ihrem eigenen Nutzen ergebe. Seine von ihm angedeutete, aber nicht in Einzelheiten ausgeführte Änderung der bestehenden Verhältnisse ging jedoch nicht in die Richtung einer sozialen Korrektur des kapitalistisch verfälschten Liberalismus und einer Suche nach einer Balance von Eigeninteresse und Gemeinwohl. Stattdessen ging sie in die Richtung einer völligen Überwindung des menschlichen Egoismus und einer restlosen Auflösung der ohnehin schon durch Vermögenseinkünfte gestörten Verbindung zwischen Arbeit und Einkommen zugunsten einer kollektivistischen Verteilung nach einem wie auch immer festgelegten Bedarf. Wie bei Marx & Engels, Luxemburg & Co., aber mit einer anderen Begründung liefen Steiners Vorstellungen letztlich auf eine Wiederaufhebung der vom Liberalismus gegen die alten Feudalmächte erkämpften wirtschaftlichen Freiheit hinaus. Sein Ziel, „die Menschen in eine solche Lage zu bringen, dass ein jeder aus seinem innersten Antriebe heraus die Arbeit für die Gesamtheit leistet“²⁹⁴, ist zwar nicht völlig abwegig, aber eine einseitige Verabsolutierung des Gemeinwohls als Reaktion auf die einseitige Verabsolutierung des Eigennutzens im klassischen Liberalismus, denn es ist unmöglich, die Menschen mit einer ihre ‚Natur‘ verändernden geistigen Weltanschauung von übertriebenen Egoisten zu hundertprozentigen Altruisten umzuerziehen. Eine ausgewogene Verbindung von Eigeninteressen und Gemeinwohlorientierung lässt sich freilich nicht erreichen, ohne dass die strukturellen Privilegien der Eigentümer von Boden-, Geld- und Realkapital überwunden werden. Dass diese strukturellen Privilegien die von Adam Smith erwartete Entstehung einer Balance von Eigennutz und Gemeinwohl verhinderten und dass sie das Eigennutzstreben auf Kosten der Gemeinwohlorientierung zu einer Jagd nach maximalen Renditen pervertierten, sah Steiner ebenso wenig wie einen Zusammenhang zwischen dem Rentabilitätsstreben des kapita-

²⁹⁴ Rudolf Steiner (1906/1960), S. 215.

listischen Geldes und der von ihm aus goetheanischer Perspektive kritisierten mechanistischen Denkweise der klassischen Naturwissenschaften.

Von der Theosophie zur Anthroposophie

Mit seiner Zusammenschau von Religion und Wissenschaft ging Steiner über den damals unüberbrückbar erscheinenden Gegensatz zwischen dem traditionellen (Kirchen-)Glauben und den materialistischen Naturwissenschaften hinaus. Eine Erkenntnis der *ganzen* Wirklichkeit des Lebens, von Erde und Kosmos werde mit Hilfe einer Geisteswissenschaft möglich, wenn diese sowohl die sichtbare als auch die unsichtbare Welt mit den Methoden der Naturwissenschaft untersuche.

Schon während seiner Tätigkeit in der Berliner Arbeiterbildungsschule war es für Steiner immer wichtiger geworden, der materialistisch-atheistischen Grundorientierung der Arbeiterbewegung eine geisteswissenschaftliche Sicht auf die Welt gegenüberzustellen.²⁹⁵ Vorerst noch ohne Bezug zu sozialen Fragen vertiefte er sich ganz in den Okkultismus und auch in die Theosophie mitsamt ihren Wurzeln in indischen Religionen einschließlich der Karma- und Wiedergeburtstheorien. Im Interesse einer Verständigung zwischen dem Westen und dem fernen Osten trachtete Steiner danach, indische Überlieferungen auf seine eigene Weise mit dem westlichen Christentum zu verbinden - auch unter Einbeziehung der antiken Gnosis (der aus dem Griechischen stammende Begriff bedeutet „Erkenntnis“), die von den christlichen Kirchen wegen theologischer Differenzen als Häresie abgelehnt wurde.

In seinen Büchern „Das Christentum als mystische Tatsache und die Mysterien des Altertums“ (1902), „Theosophie - Einführung in übersinnliche Welterkenntnis und Menschenbestimmung“ (1904), „Wie erlangt man Erkenntnisse der höheren Welten?“ (1904), „Akasha-Chronik“ (1904-1908²⁹⁶) und „Die Geheimwissenschaft im Umriss“ (1909) sowie in weiteren Büchern, Aufsätzen und Reden legte Steiner seine Gedanken über die Einheit der physischen und geistigen bzw. der sichtbaren und unsichtbaren Welten sowie über Welterkenntnis, Menschenbestimmung und die Idee wiederholter Erdenleben dar. Insbesondere in der „Akasha-Chronik“, die in Fortsetzungen in einer Zeitschrift „Lucifer-Gnosis“ erschien, breitete er eine über die „gewöhnliche Geschichte“ hinausgehende „geistige Anschauung“ der „urfernen Vergangenheit“ von Kosmos und Mensch aus. Anhand einer - wie er für sich in Anspruch nahm - „Wahrnehmung des Ewigen“ und „übersinnlicher Erkenntnisse“ aus dem „Schoße der theosophischen Strömung“ gelangte Steiner zu der geozentrisch wirkenden Vorstellung, dass es in einer urgeschichtlichen „Feu-

²⁹⁵ Rudolf Steiner (1919/1985), S. 84 [Proletarierseelen in der Berliner Arbeiterbildungsschule] und 118 - 119. - Vgl. ders. (1919/1981), S. 32 - 33 [„Es wurde mir vorgeworfen, dass ich kein richtiger Dogmenlehrer des sozialistischen Systems sei.“]

²⁹⁶ Das aus dem Sanskrit stammende Wort „Akasha“ bedeutet „Äther“. Steiner verwendete es als Bezeichnung für die Universalgeschichte und Kosmologie als „Weltgedächtnis“.

ernebelzeit“ zuerst zu einem „Heraustreten der Sonne“ und danach auch noch zu einem „Austritt des Mondes von der Erde“ gekommen sei.²⁹⁷ Die Menschheitsgeschichte habe in der schon von Platon vermuteten Inselwelt Atlantis begonnen, die untergegangen sei, als Amerika und Europa zu eigenständigen, durch einen Ozean voneinander getrennten Kontinenten wurden. Aus ursprünglich eingeschlechtlichen Wesen seien Frauen und Männer hervorgegangen und für die weitere Entwicklung seien „Wurzelnrassen der Menschheit“ mit unterschiedlichen „Volks- und Rassengeistern“ bestimmend gewesen.²⁹⁸

Den gegenwärtigen Menschen stellte sich Steiner als ein dreigliedriges ganzheitliches Wesen vor, das aus dem physischen Körper als einem den Pflanzen entsprechenden „Ätherleib“, einem den Tieren verwandten, seelischen, auch mit dem Kosmos verbundenen „Astralleib“ und dem geistigen „Ich“ bestehe, das ihn aus der übrigen Natur heraushebe. Der Mensch könne „seine Erkenntniskräfte, seine Seelenkräfte so ausbilden, so entwickeln, dass sie in eine geistige Welt hineinzuschauen vermögen.“ Gemäß persischer Überlieferungen spiele sich das Leben in einem Spannungsfeld zwischen ‚finsternen‘ ahrimanischen und ‚lichtvollen‘ luciferischen Gewalten ab. Dementsprechend gebe es „soziale und antisoziale Triebe im Menschen“.²⁹⁹

Wegen des von Theosophen nicht geteilten Glaubens an die weltgeschichtliche Einmaligkeit des „Mysteriums von Golgatha“ verließ Steiner die Theosophische Gesellschaft und gründete 1913 die Anthroposophische Gesellschaft. Er lebte fortan abwechselnd in Berlin und in Dornach bei Basel, wo das Goetheanum als geistiger Mittelpunkt der anthroposophischen Bewegung entstand. „Anthroposophie appelliert an ein in jeder Seele Selbsttätiges ... , nicht an etwas anderes als an die gesunde Vernunft, die nicht durch Massensuggestion hervorgerufen werden kann.“ Ihr gehe es um „Tatsachen, Wahrheiten aus dem Bereich der höheren, der übersinnlichen Welten“, also um „dasjenige, was das helleseherische Bewusstsein in diesen höheren Welten erforschen kann.“³⁰⁰

Während des Ersten Weltkriegs, an dessen Beginn Steiner mit Helmuth von Moltke als dem Chef des deutschen Generalstabs in Verbindung gestanden hat-

²⁹⁷ Rudolf Steiner (1904-1908/1975), S. 16 (gewöhnliche Geschichte, Wahrnehmung des Ewigen), 17 (geistige Anschauung), 19 (Schoß der theosophischen Strömung), 86 (urferne Vergangenheit) sowie 91 („Die Sonne scheidet sich aus. Es gehen damit gewisse Kräfte aus der Erde einfach fort.“) - 92 (Erde, Sonne und Mond), 96 (Feuernebelzeit) und 159 (ursprüngliche Einheit von Erde, Sonne und Mond), 160 - 163 (Erde, Sonne und Mond), 102 (übersinnliche Erkenntnisse), 195 (Lucifer-Gnosis).

²⁹⁸ Rudolf Steiner (1904-1908/1975), S. 18 (Atlantis); S. 25 (Wurzelnrassen), 49 - 50, 58 und 60 (ursprüngliche Eingeschlechtlichkeit, Frauen und Männer, Wurzelnrassen) sowie 108 (Volks- und Rassengeister).

²⁹⁹ Zu Steiners Menschenbild vgl. (1904 - 1908/1975), S. 152 und 165; ders. (1910/1978), S. 206 (Weisensglieder des Menschen); ders. (1913/1973), S. 12 - 13; ders. (1918/1979), S. 158 - 187 (soziale und antisoziale Triebe).

³⁰⁰ Rudolf Steiner (1909/1986), S. 73 - 74 (Selbstverständnis der Anthroposophie); ders. (1910/1962), S. 205 - 226 (Golgatha); ders. (1910/1973), S. 228 (Karma) und ders. (1919/1972), S. 116 - 118 (Verhältnis von Natur- und Geisteswissenschaften in der Anthroposophie).

te³⁰¹, baute er die Anthroposophie auf den Gebieten der Kunst und Architektur sowie der Bewegungskunst (Eurythmie) weiter aus, wodurch sich unter anderen die expressionistischen Maler Wassily Kandinsky und Alexej Jawlensky sowie der Dichter Christian Morgenstern beeinflussen ließen. Bei seinem Ringen um Erkenntnisse höherer Welten glaubte Steiner weiterhin an die „Mission einzelner Volksseelen“ - im Falle Deutschlands an seine Mission, im Sinne Goethes und Schillers sowie der Philosophie des Idealismus in der Welt zu wirken. Dennoch spiegelten seine Spekulationen über „Volksgeister und Wurzelrassen“³⁰² auch den Ungeist der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder, in dem sich ein mit rassistischen Ressentiments verbundener Kult der Größe von Nationen und ihrer Herrscher zu einer geistigen Epidemie ausweitete. So seien beispielsweise die „Alexanderzüge“, also die Eroberungsfeldzüge von Alexander d. Gr. in der griechischen Antike, „durchsetzt von einem wirklichen hohen geistigen Ziel“ gewesen. Steiner verlieh ihnen geradezu eine späte geisteswissenschaftliche Legitimation. Die „historische Mission in der Seele Alexanders“ habe in einer „Harmonisierung ... zwischen hellenischer und orientalischer Zivilisation“ und in einer Verbindung von Abend- und Morgenland bestanden.³⁰³ Auch feudale Herrschaftsverhältnisse im späteren Europa und die koloniale Macht Europas über Asien und andere Erdteile hatte er bei seiner geisteswissenschaftlichen Deutung der Menschheitsgeschichte nicht im Blick.

Von den zu seinem ansonsten individualistischen Menschenbild nicht passenden Aussagen über sog. „Volksgeister und Wurzelrassen“ begann sich Steiner im Laufe des Ersten Weltkriegs schrittweise zu lösen. „Ein Mensch, der heute (1917) von dem Ideal von Rassen und Nationen und Stammeszusammengehörigkeiten spricht, der spricht von Niedergangsimpulsen der Menschheit. ... Durch nichts wird sich die Menschheit mehr in den Niedergang hineinbringen, als wenn sich die Rassen-, Volks- und Blutsideale fortpflanzen. Durch nichts wird der wirkliche Fortschritt der Menschheit mehr aufgehalten.“³⁰⁴ Gleichwohl glaubte Steiner auch in seinen letzten Lebensjahren noch an eine angebliche Überlegenheit von Weißen gegenüber Nichtweißen³⁰⁵ - allerdings im Widerspruch zu seiner sich verstärkenden Erwartung, dass Unterschiede zwischen den menschlichen Rassen in der Zu-

³⁰¹ Vgl. hierzu Walter Kugler (1978/2010), S. 253 - 258.

³⁰² Rudolf Steiner (1910/1962), S. 25 - 29 (Volksgeister und Völkerindividualitäten), 64 - 81 (Rassen), 100 - 115 (Rassen) und 163 - 180 (germanisch-nordischer Volksgeist); ders. (1914/1982), S. 215 - 242). - Ders. (1919/1972), S. 80 - 82 (Goethe, Schiller und Herman Grimm). - Vgl. hierzu Ansgar Martins (2012), S. 44 - 48.

³⁰³ Rudolf Steiner (1924/1991), S. 74 - 75 (geistiges Ziel der Alexanderzüge), 88 und 92 - 94 (Alexanders Mission).

³⁰⁴ Rudolf Steiner (1917/1968), S. 204 - 205 (Rassismus als Niedergangsphänomen).

³⁰⁵ Rudolf Steiner (1923/1961), S. 57 („Die Weißen sind eigentlich diejenigen, die das Menschliche in sich entwickeln.“).

kunft hinter die Bedeutung der Individualität eines jeden einzelnen Menschen zurücktreten werden.³⁰⁶

Vom zentralistischen Einheitsstaat zur Dreigliederung des Sozialen Organismus

Während eines Zeitraums von rund zehn Jahren nach seiner Formulierung trat das „Soziale Hauptgesetz“ bei Steiner ganz in den Hintergrund. Erst während des Ersten Weltkriegs kam er hierauf in einer Kritik am 14-Punkte-Friedensplan des US-Präsidenten Wilson zurück. Das von Wilson geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker verbürge noch keine friedliche Zukunft, solange sie ihr wirtschaftliches Zusammenleben innerhalb der Staaten nicht auf eine neue, nicht länger kapitalistische Grundlage stellten. In einem Aufruf „An das deutsche Volk und an die Kulturwelt“ (1919), zu dessen Mitunterzeichnern Theologen, Philosophen, Juristen sowie die beiden Dichter Hermann Hesse und Georg Kaiser gehörten, konstatierte Steiner, dass es 1871 bei der Gründung des zentralistischen deutschen Einheitsstaates versäumt worden sei, „diesem Reich eine aus dem Wesensinhalt der deutschen Volkheit entspringende Aufgabe zu stellen. ... Sicher gefügt für unbegrenzte Zeiten glaubte das deutsche Volk seinem vor einem halben Jahrhundert aufgeführten Reichsbau. Im August meinte es, die kriegerische Katastrophe ... werde diesen Bau als unbesieglich erweisen. Heute kann es nur auf dessen Trümmer blicken.“ Das deutsche Kaiserreich habe eine „äußere Machtstellung“ angestrebt, aber nichts aufgebaut, worin die übrige Welt eine „weltgeschichtliche Sendung“ der Deutschen hätten erblicken können. So brach es unweigerlich zusammen.³⁰⁷

Den „schönen Programmen“ von „Menschen mit guter sozialer Meinung“ wie den Frühsozialisten Owen, Saint-Simon und Fourier stand Steiner nach wie vor sehr skeptisch gegenüber. „Mit guten Meinungen wandelt man die sozialen Umstände nicht um.“ Und trotz seines Mitgefühls für die im Januar 1919 „so tragisch geendete Rosa Luxemburg“ hielt Steiner auch die seit der Revolution im Oktober 1917 in Russland aufgerichtete proletarische Diktatur mit ihrer „Karl Marxens Denksystem“ entsprungenen zentralistischen Planwirtschaft für einen Irrweg. „Traurige Erfahrungen hat die Menschheit gemacht mit den extremen sozialen Revolutionen

³⁰⁶ Schon in der „Akasha-Chronik“ erwartete Steiner, dass „das Wort ‚Rasse‘ ... am Ende des fünften Zeitalters ... wieder allen Sinn verlieren wird.“ (1904-1908/1975), S. 162. - Zu Steiners problematischen Aussagen über menschliche Rassen vgl. Wolfgang Weirauch (1993), S. 54 - 106 (anthroposophische Sichtweise) und Ansgar Martins (2012), S. 141 - 144 („Steiner als Kind seiner Zeit zu verstehen, mindert seine Leistungen nicht. Die Verweigerungshaltung vieler Anthroposophen dagegen sehr wohl“; kritische Darstellung eines Außenstehenden in einem anthroposophischen Verlag).

³⁰⁷ Rudolf Steiner (1919/1980a), S. 125 - 126. - Von einem „Volksbewusstsein“ und dergleichen ist ansonsten in Steiners Schriften zur Sozialen Dreigliederung nur sehr selten die Rede, vgl. hierzu (1919/1980b), S. 113, und ders. (1919/1972), S. 82. Vgl. auch Rudolf Steiner (1919/1985), S. 13 - 15 (Weltkriegskatastrophe) sowie 13 und 19 (Völkerbund); ders. (1920), S. 80 - 82 (deutsche Mission im Seelisch-Geistigen statt im Militärischen).

im Osten von Europa, in Ungarn, und eine große Lehre der Weltgeschichte müsste das Scheitern dieser sozialen Revolutionen sein. ... Lenin und Trotzki ... sind ... die Totengräber, nicht die Neubegründer eines sozialen Lebens. ... Diese Sozialisierung wird kein Heilungsprozess, sondern ein Kurpfuscherprozess am sozialen Organismus sein.“ Als nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in Deutschland die Novemberrevolution und - ausgelöst durch die Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner - die kurze Zeit der Münchener Räteregierung folgten, distanzierte sich Steiner von der „heutigen realen Utopie“ und sprach schon wenige Monate später von einer „versandenden Revolution“.³⁰⁸

Im Gegensatz sowohl zum untergegangenen Kaiserreich als auch zur proletarischen Diktatur müsse Deutschland ein demokratischer Rechtsstaat werden, in dem die drei Lebensbereiche des Staates, der Wirtschaft und der Kultur aus ihrer einheitlich-zentralistischen Verflechtung wieder gelöst werden. Steiner hielt es für „unmöglich ... , diese Ideen von Brüderlichkeit, Gleichheit, Freiheit ... in einem einheitlichen sozialen Organismus ... zu verwirklichen“ und ihnen allen in allen Bereichen einer herrschaftsfreien Gesellschaft Geltung zu verschaffen. „Wie der natürliche Organismus das Denken durch den Kopf und nicht durch die Lunge besorgen muss, so ist dem sozialen Organismus die Gliederung in Systeme notwendig, von denen keines die Aufgabe des anderen übernehmen kann, jedes aber unter Wahrung seiner Selbstständigkeit mit den anderen zusammenwirken muss.“ Deshalb könne „nicht ein abstrakt zentralisiertes Sozialgebilde ... durcheinander die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklichen.“ Mithin ordnete Steiner diese Leitbilder der Französischen Revolution den wirtschaftlichen, rechtlichen und geistig-kulturellen Teilbereichen des Lebens jeweils einzeln zu.³⁰⁹ Dem alten und neuen zentralistischen „Einheitsfanatismus“ stellte er also eine „Dreigliederung des sozialen Organismus“ gegenüber, mit der er ganz bewusst an sein früheres „Soziales Hauptgesetz“ und die darin vertretene Auffassung anknüpfte, dass das arbeitsteilige Wirtschaften vom Altruismus statt vom Egoismus bestimmt wer-

³⁰⁸ Rudolf Steiner (1919/1985), S. 65 und 120 („Ich stand vor vielen Jahren einmal in Spandau auf dem gleichen Podium mit der jetzt so tragisch geendeten Rosa Luxemburg.“), 176 (Eisner), 205 und 251 („schöne Programme“ und „gute Meinungen“ der Frühsozialisten), 234 (Lenin und Trotzki) und 276 (traurige Erfahrungen mit Revolutionen, versandende Revolution in Deutschland). Bemerkenswerterweise sah Steiner gewisse Ähnlichkeiten zwischen Lenins und Trotzkis Vorstellungen und dem „Geschlossenen Handelsstaat“ von Johann Gottlieb Fichte; vgl. hierzu ders. (1919/1985, S. 52). - Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 37 (Marx), 50 (Sozialisierung als Kurpfuscherei) und 117 (Frühsozialisten). - Ders. (1919/1972), S. 10 (Marx und die proletarisch-sozialistische Bewegung). - Ders. (1919/1981), S. 13 - 16 (Frühsozialisten). - Ders. (1920/1999a), S. 123 („Kernpunkte“ im Juli 1919 als Gegenprogramm zu den Frühsozialisten Saint-Simon, Fourier und Proudhon). - Ders. (1919/1983), S. 383 - 416 (Kritik an den Frühsozialisten und Proudhon). - Steiner kannte Lenins „Staat und Revolution“ und auch Otto Neuraths „Wesen und Weg des Sozialismus“ sowie Walter Rathenaus „Vom kommenden Dingen“ und „Die neue Wirtschaft“; vgl. dazu Rudolf Steiner Nachlassverwaltung (2019), S. 314 (Lenin G 524), S. 351 (Neurath G 621) und S. 358 (Rathenau G 703a und 705).

³⁰⁹ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 70 - 72 (keine universelle Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität); ders. (1919/1980a), S. 47 - 48 (Dreigliedrigkeit von natürlichen und sozialen Organismen) und 127.

den müsse. Im Gegensatz zum mechanistischen Denken der klassischen Naturwissenschaften und dem Egoismus der klassischen Ökonomie fasste er die menschliche Gesellschaft im Sinne von Goethes Naturverständnis als einen „sozialen Organismus“ auf, allerdings nicht wie Othmar Spann in seinem konservativen Universalismus als ein großes hierarchisch-ständestaatliches Gebilde. Stattdessen betonte Steiner die Notwendigkeit, dass die drei Lebensbereiche des Rechts-, Wirtschafts- und Geisteslebens auf *gleicher* Ebene und „in einer gewissen Selbstständigkeit“ *nebeneinander* im sozialen Organismus stehen. Jedenfalls müsse die „Abhängigkeit des Geistes- und Rechtslebens vom Wirtschaftsleben“ beendet werden.³¹⁰

Diesen Gedanken einer den zentralistischen Einheitsstaat entflechtenden „sozialen Dreigliederung“ entfaltete Steiner unmittelbar nach dem Ende des ersten Weltkriegs in seinem Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage“ sowie in mehreren Aufsätzen und Vorträgen. Darin empfahl er jedoch praktische Mittel, mit denen er sich teilweise von seinem eigentlichen Ziel entfernte.

- In Anknüpfung an die Ideale der Französischen Revolution von 1789 und ähnlich dem Staatsverständnis von Wilhelm von Humboldt sollte der Staat ein demokratischer Rechtsstaat werden, der allen Menschen ihre volle Gleichheit von dem Gesetz gewährleistet und der neben seinen Kernaufgaben der Legislative, Exekutive und Judikative keinen vormundschaftlichen Einfluss mehr auf das Wirtschafts- und Geistesleben ausübt. Jedoch ließ Steiner offen, wie die politischen Institutionen in einer „wahren Demokratie“ aussehen und welche Steuern zu ihrer Finanzierung erhoben werden sollten.³¹¹
- Religion, Wissenschaft und Kultur sollten als „freies Geistesleben“ von jeder Bevormundung durch den Staat und durch die Wirtschaft befreit werden. „Im gesunden sozialen Organismus muss alles Geistesleben dem Staate und der Wirtschaft gegenüber ... ‚Privatsache‘ sein. ... Kunst, Wissenschaft, Weltanschauung und alles, was damit zusammenhängt, bedarf einer solchen selbstständigen Stellung in der menschlichen Gesellschaft.“³¹²

³¹⁰ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 47 (Selbstständigkeit der Glieder des sozialen Organismus) und 115 (Einheitsfanatismus). Ders. (1919/1972), S. 12 - 13 (keine Anhängigkeit des Rechts- und Geisteslebens vom Wirtschaftsleben). - Zur Verbindung zwischen dem Sozialen Hauptgesetz und der sozialen Dreigliederung vgl. Rudolf Steiner (1919/1985), S. 170 - 171, und ders. (1922/1979), S. 59. - Zu Spann äußerte sich Steiner nicht direkt und bezog sich nur wenige Male kritisch auf die Vorstellung des Kathedersozialisten Albert Schäffle vom sozialen Organismus; vgl. ders. (1919/1980b, S. 48) und (1919/1985), S. 185. Zu Othmar Spann vgl. das Kap.8.6.1 des vorliegenden Buches. Steiner und Spann wandten sich auf unterschiedliche Weisen gegen das mechanistische Denken der von der klassischen Physik beeinflussten Klassik und Neoklassik, in denen die Vorstellung eines die Wirtschaft von selbst steuernden „Preismechanismus“ vorherrschte. Auch Schumpeter übernahm übrigens in seiner Theorie der kapitalistischen Entwicklung das Bild von einem „Organismus der Volkswirtschaft“ (1911/1926, S. 126) und stellte ihm später in „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ die „kapitalistische Maschine“ gegenüber. (1942/1987, S. 111 und 113)

³¹¹ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 56 - 57 (politische Rechtsgleichheit in der Demokratie), 70 (Steuern), 98 und 101. - Ders. (1919/1972), S. 89 - 93 (wahre Demokratie) und 98.

³¹² Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 67 (freies Geistesleben mit „Privatsachen“).

Unter anderem soll das Geistesleben der Wirtschaft technisches Wissen zur Verfügung stellen und dafür entsprechend honoriert werden. Überhaupt soll für alle im Geistesleben Tätigen die „Möglichkeit entstehen, dass dessen Hervorbringer von den Erträgnissen ihrer Leistungen auch leben“ können. Besonders das Bildungswesen wollte Steiner aus dem alten Einheitsstaat herauslösen. „Nicht der Staat oder das Wirtschaftsleben haben zu sagen: so brauchen wir den Menschen für ein bestimmtes Amt. ... Sie sollen nicht deren Bildungsgang vorschreiben können. ... Der werdende Mensch soll erwachsen durch die Kraft des von Staat und Wirtschaft unabhängigen Erziehers und Lehrers, der die individuellen Fähigkeiten frei entwickeln kann“. Die Bildungseinrichtungen sollten auch nicht länger vom Staat verwaltet werden; stattdessen sollten sie sich selbst verwalten durch „Personen ... , die zugleich lehren oder sonst produktiv im Geistesleben sich betätigen.“ Die Schulen erhalten - „angegliedert an eine industrielle Unternehmung“ (!?) - die besondere Aufgabe, Menschen ebenso zur „Verwirklichung des Impulses der Freiheit“ zu erziehen wie für die Entwicklung eines „sozialen Verständnisses“ in der Wirtschaft. Dort sei es einerseits im Interesse einer Achtung vor der Individualität eines jeden Menschen ganz besonders wichtig, ihn ohne jede Zweckorientierung bei der Entfaltung seiner ureigenen Begabungen fördernd zu begleiten; andererseits solle das Bildungswesen den Egoismus der Menschen überwinden und sie dazu befähigen, im Wirtschaftsleben die „alten wirtschaftlichen Antriebe der Kapitalrentabilität und des Lohnerträgnisses“ durch „einen neuen Arbeitsantrieb“ zu ersetzen. Anstelle der alten „Gewinnsucht“ sollten die Menschen lernen, ihre „Einzelarbeit wegen ihres Wertes für das Ganze (zu) lieben. ... Wer daran zweifelt, dass die Menschen zu solcher Liebe erziehbar sind, der muss auch zweifeln an der Möglichkeit, den persönlichen Gewinn aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten.“³¹³

- Und im ebenfalls nicht mehr staatlich reglementierten Wirtschaftsleben sollte fortan - wie schon 1906 im „Sozialen Hauptgesetz“ postuliert - der Grundsatz der Brüderlichkeit gelten. Damit grenzte sich Steiner gegen Adam Smith und die klassische Ökonomie ab. Smith habe den Menschen nur als einen „wirtschaftlichen Automaten“ betrachtet, der mit wirtschaftlicher Freiheit und mit „einem Stück Privateigentum“ ausgestattet sei. Dabei hatte Smith ausdrücklich betont, dass er die Menschen nicht nur als eigennützig Nutzenmaximierer sah, sondern auch als Wesen, die durch „Sympathiegefühle“ miteinander verbunden seien. Sobald das freie Geistesleben mit seinem Erziehungswesen „fortwährend Quellen bloßlegt für soziale Antriebe“, werde sich „soziales Verständnis ganz notwendig aus sich selbst entwickeln“. Dann könnten „sittliche Antriebe im Menschen“ stärker werden als

³¹³ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 69 (finanzielle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit im Geistesleben), 70 (technische Kenntnisse), 72 (Impuls der Freiheit), 86 (soziales Verständnis), 95 (Entstaatlichung des Bildungswesens) und 107 (Egoismus). - Ders. (1919/1972), S. 31 (alte wirtschaftliche Antriebe), 34 (neue wirtschaftliche Antriebe ohne Gewinnstreben) und 36 (Erziehung zur Liebe zum Ganzen). Vgl. auch ders. (1919/1972), S. 48 (Profitstreben), 59 (an Industrieunternehmen angegliederte Schulen), und ders. (1920), S. 19 - 23, 47 und 78 sowie S. 56 - 65 (Waldorfpädagogik).

die „persönliche Gewinnsucht“ und an die Stelle des alten kapitalistischen „egoistischen Wettbewerbs“ werde eine neue Wirtschaft treten, die auf dem Grundprinzip brüderlich handelnder Assoziationen aufgebaut sein werde.³¹⁴

Wirtschaftliche Assoziationen als Ersatz für die Preisbildung auf freien Märkten

Das von der Klassik und Neoklassik postulierte Gesetz von Angebot und Nachfrage, wonach das Wirtschaftsleben selbsttätig durch eine freie Bildung von Marktpreisen gesteuert werde und sich ebenso selbsttätig in einem Gleichgewicht stabilisiere, lehnte Steiner ebenso kategorisch ab wie Marx. „Die Zeit ist abgelaufen“ - so bekräftigte Steiner seine Kritik an der von Adam Smith angenommenen Existenz einer die Wirtschaft ‚unbewusst‘ steuernden „unsichtbaren Hand“ - , „in der der Menschheit genügen kann, was bisher die instinktive Lenkung zustande gebracht hat. ... Die Tatsachen ... müssen ... bewusst gelenkt werden.“ Jedoch teilte Steiner nicht Marx' im Materialismus verwurzelten Glauben, wonach das Wirtschaftsleben ‚von oben‘ durch einen zentralistischen Einheitsstaat geplant werden könne. Stattdessen zog er aus seiner geisteswissenschaftlichen Kritik am Kapitalismus die Schlussfolgerung, dass sich innerhalb eines dreigliedrigen sozialen Organismus die Produzenten und Konsumenten im Wirtschaftsleben zu sog. „Assoziationen“ zusammenschließen und die Wirtschaft im Geiste der Brüderlichkeit ‚von unten‘ planen sollten. Es sollten also nicht mehr wie im Kapitalismus „Gesetze ... die Erzeugung, die Zirkulation und den Verbrauch der Güter ... regeln ... , sondern die Menschen aus ihrer unmittelbaren Einsicht und ihrem Interesse heraus.“ Durch ihr „Darinnenstehen im assoziativen Leben“ und ihre Praxiserfahrungen hätten die wirtschaftenden Menschen die „notwendige Einsicht“, wie sie als „geistige Leiter der Produktion ..., Handarbeiter“ und Konsumenten Informationen über ihre Bedürfnisse austauschen und dementsprechend die Produktion durch einvernehmlich-kooperative „Abmachungen von Mensch zu Mensch“ und durch „Preisregulierungen“ steuern könnten. Der Preis einer Ware bzw. ihr „Warenwert ... muss ... davon abhängig werden, welche Art und welches Maß von Arbeit zum Hervorbringen der Ware nach der Rechtsordnung aufgebracht werden dürfen. Die Zukunft wird danach streben müssen, durch Assoziationen aus der notwendigen Konsumtion die beste Art der Produktion und die Wege von dem Produzenten zu dem Konsumenten zu finden“.³¹⁵ Die Koordination von Angebot und Nachfrage sollte also nach Steiners Vorstellungen nicht mehr durch den Markt erfolgen und auch

³¹⁴ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 72 und 86 (Brüderlichkeit und soziales Verständnis in der Wirtschaft); ders. (1919/1972), S. 36 (persönliche Gewinnsucht), 42 (egoistischer Wettbewerb), 51 (soziale Antriebe) und 119 (sittliche Antriebe im Menschen). - Rudolf Steiner (1920/1988), S. 116 - 119 (Adam Smith). - Vgl. hierzu Adam Smith (1959/1977), S. 1 - 40.

³¹⁵ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 14 (Gesetz von Angebot und Nachfrage) - 15 (assoziative Abmachungen und Preisregulierungen), 64 (Warenwert gemäß der aufgetragenen Arbeit), 75 (bewusste statt instinktive Lenkung der Wirtschaft) und 99.

nicht von einem proletarischen Staat übernommen werden; vielmehr sollte sie zur Aufgabe der assoziierten Produzenten und Konsumenten werden.

Diesen in den „Kernpunkten“ im Hinblick auf ein zukünftiges Wirtschaftsleben angeschlagenen antiliberalen Grundton hat Steiner in seinen Aufsätzen und Vorträgen über eine Dreigliederung des Sozialen Organismus noch vielfach wiederholt und verschärft. Darin wurde noch deutlicher, dass er mit den „Assoziationen aus den Berufsständen“ ein hierarchisches „Netz von Korporationen“ meinte, die „aus den miteinander verschlungenen Interessen der Produzenten und der Konsumenten sich bilden und die sich nach oben hin zu einer Zentralwirtschaftsverwaltung zuspitzen“. Anstelle des schon von Marx & Engels als ‚anarchisch‘ verworfenen „ungeregelten Marktes“ wollte auch Steiner den bewusst planenden „Menschengeist zum wirklichen Leiter des Wirtschaftskreislaufs“ erhöhen. Er werde „in vernunftgemäßer Weise ... feststellen können, welches der Umfang der Konsumbedürfnisse ist“, und im Gegensatz zu den in den Preisen ausgedrückten „Egoismuswert“ den „sozial richtigen Wert eines Gutes (einer Ware)“ bzw. die „sozial gerechtfertigten Preise“ bestimmen. Schließlich sollten die Assoziationen nicht nur die „Bewertung der einzelnen Lebensgüter“ vornehmen und den Austausch der Güter organisieren, sondern auch „die Entscheidungen haben über die Kreditgewährung und Kreditentgegennahme“.³¹⁶

Mit dem Assoziationsgedanken nahm Steiner für sich selbst in Anspruch, einen Weg zur Überwindung des Kapitalismus zu weisen, der im Gegensatz zum Marxismus nicht auf einer theoretischen Kopfgeburt beruhe, sondern auf einer lebenspraktisch fundierten geisteswissenschaftlichen Erkenntnis von dem, was sich aus den „unterbewussten Tiefen des Seelenlebens“ verwirklichen wolle. „Nach dieser Orientierung“, d.h. nach einer Dreigliederung des sozialen Organismus, so glaubte er, „strebt in den unbewussten Tiefen des Seelischen die moderne Menschheit.“³¹⁷

Auch ohne theoretische Grundlage gelangte Steiner auf geisteswissenschaftlich-agnostischen statt wie Marx auf materialistischen Wegen zu ähnlich lebensfremd konstruierten Vorstellungen von einer Verwaltung der Wirtschaft jenseits von (kapitalistisch verfälschtem) Markt und Wettbewerb. Letztlich trug auch Steiners assoziative Verwaltung der Wirtschaft zentralistische Züge - zwar nicht im marx-

³¹⁶ Rudolf Steiner (1919/1972), S. 13 (Zentralwirtschaftsverwaltung), 23 (Menschengeist), 35 (Ermittlung von Bedürfnissen), 44 (ungeregelter Markt), 49 (Vernunft), 100 (Netz von Korporationen, sozial richtiger Wert), 107 (sozial gerechtfertigte Preise), 127 (Preise als Egoismuswerte), 130 - 131 (Kredite) und 135 (Bewertung der Lebensgüter). Vgl. auch ders. (1920), S. 39 und 44 - 45 (Beseitigung des von Zufällen gesteuerten unregulierten Markts) und (1921/1962), S. 32 - 34.

³¹⁷ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 12, 18 - 20, 37, 39, 41 und 72 (Seelenleben); ders. (1919/1972), S. 7 und 11). - Steiner sagte von sich, er sei „kein Programm-Mensch. ... Was ich hier entwickelt habe, ist keine soziale Theorie.“ (1919/1985, S. 47 und 77). Zu Steiners Aversion gegen Theorien (vgl. (1919/1980b), S. 12, 39 und 50; ders. (1919/1972), S. 7 und 9; ders. (1919/1981), S. 8 - 10 (Klassik, Marx, Roscher und Wagner); ders. (1919/1985), S. 180 („Mein Bestreben geht dahin ... , überall nicht Theorien zu suchen, sondern aus dem unmittelbaren Leben heraus das Lebensmögliche zu suchen.“), 215 und 246; ders. (1919/1981), S. 25 (Lebenspraxis statt Theorien); ders. (1920), S. V - VII, und (1922/1979), S. 34 („Mir ist jeder Theorie ganz gleichgültig“).

schen Sinne einer Zentralverwaltung durch einen proletarischen Einheitsstaat, der das gesamte Rechts-, Wirtschafts- und Geistesleben verstaatlicht, aber doch im Sinne einer Verwaltung des neben dem Rechts- und Geistesleben stehenden Wirtschaftslebens.

Kapitalkonzentration ohne Lohnabhängigkeit?

Eng verbunden mit der Einrichtung von wirtschaftlichen Assoziationen anstelle einer dezentralen Steuerung der Produktion durch Marktpreise war auch Steiners Hoffnung, dass es in diesen Assoziationen auch möglich werden könnte, die Lohnabhängigkeit der menschlichen Arbeit und ihre Behandlung als Ware zu überwinden.

Als „bedeutsamster Denker der proletarischen Welt“ war ihm zufolge schon Marx „der Interpret desjenigen“ gewesen, „was mehr oder weniger unbewusst oder bewusst in Millionen von Menschen heute lebt“. Die von Marx „schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und dann später ausgesprochenen ... Impulse ... , die ... in den letzten sieben Jahren in den Seelen dieser Millionen Menschen herangereift sind“, fand Steiner unmittelbar „einleuchtend. ... Was Karl Marx in seiner Theorie von dem Mehrwert gesagt hat, es schlug zündend ein in die Proletarierseelen. ... Derjenige, der seine menschliche Arbeitskraft zum Markte zu tragen hat, der empfindet trotz des Vorhandenseins des modernen Arbeitsvertrags das Entwürdigende für seinen Menschenwert, wenn er also die Arbeitskraft zur Ware gemacht sieht. ... Es ist eine Lebenslüge, dass menschliche Arbeitskraft überhaupt jemals Ware werden kann.“³¹⁸

Dieses für ihn bereits während seiner Zeit in der Berliner Arbeiterbildungsschule spürbar gewordene Sehnen des Proletariats nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen war Steiners zentrales Motiv bei der Niederschrift seiner „Kernpunkte der sozialen Frage“ und seiner Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus.³¹⁹ In ihrem Mittelpunkt stand die Schlüsselfrage, wie sich der Warencharakter der menschlichen Arbeit und ihre Lohnabhängigkeit in einem brüderlich-assoziativen Wirtschaftsleben überwinden lassen könnten. Wie könnten „geistige Leiter der Produktion“ und „Handarbeiter“ so zusammenarbeiten, dass sie einander auf gleicher Augenhöhe begegnen und nicht wie in früheren Zeiten der Sklaverei und im Kapitalismus ein Überlegener einen Unterlegenen wie eine Ware behandelt? „Damit ist der letzte Rest des alten Sklaventums ... heute noch da in dieser ‚humanen‘ Zeit. ... Wie befreit man also die menschliche Arbeitskraft von dem Charakter der Ware und wie kommt man dahin, dass ‚Mehrwert‘ nicht Vor-

³¹⁸ Rudolf Steiner (1919/1985), S. 22 (Mehrwerttheorie, Ware Arbeitskraft), 59 (Marx' Mehrwerttheorie) - 60 (Lebenslüge), 119 (Marx als großer Lehrer des Proletariats), 123 (Marx' Botschaft an die Proletarierseelen), 146 - 147 (Marx).

³¹⁹ Rudolf Steiner (1919/1985), S. 118 und 189 („Kernpunkte“ als Nachwirkungen von Eindrücken während Steiners Zeit in der Arbeiterbildungsschule).

recht bleibt, sondern zum Recht wird“, d. h. der Allgemeinheit und nicht nur wenigen Unternehmern bzw. Kapitalisten zufließt?³²⁰

Die von Marx geforderte „Überführung allen Privatbesitzes an Produktionsmitteln in gemeinschaftlichen Betrieb oder gar gemeinschaftliches Eigentum“ hielt Steiner nicht für einen geeigneten Weg zu diesem Ziel. Die Erwartung, dass eine sozialistische Gesellschaftsordnung entstehen könne, sobald „die immer mehr angesammelten Kapitalmassen“ aus den Händen von Privateigentümern in die Hände eines proletarischen Staates übergehen, war für ihn eine „sozialistische Illusion. ... In Wahrheit müsste durch einen solchen Übergang die wirtschaftliche Fruchtbarkeit des Kapitals verloren gehen.“³²¹

Der Hinweis auf eine „Fruchtbarkeit“ von konzentriertem Kapital zeigt, dass Steiner eigenartigerweise auch die privatkapitalistische Konzentration von Produktionsmitteln noch nicht als die tiefere Ursache der Lohnabhängigkeit vieler Arbeiter von wenigen Unternehmern betrachtete. Weder wandte er gegen Marx ein, dass dieser die Lohnabhängigkeit durch das untaugliche Mittel einer noch stärkeren Konzentration des Produktionsmitteleigentums in den Händen eines proletarischen Staates überwinden wollte, noch wollte er wie Proudhon und Kropotkin die Konzentration durch eine Dezentralisierung des Produktionsmitteleigentums in privaten und anderen Rechtsformen überwinden. Wie die Klassik und die Neoklassik stellte Steiner die Existenz von Großunternehmen mit „großen Kapitalmassen“ gar nicht in Frage. Vielmehr nahm er die Konzentration als selbstverständliche Begleiterscheinung der modernen „technischen Errungenschaften“ hin und dachte dabei besonders an das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen, aber nicht zugleich auch an die Schwer- und Chemieindustrien, die damals gerade zu ressourcen- und energieintensiven Schlüsselindustrien aufstiegen. Steiner hielt es für „notwendig ...“, dass diejenigen Wunden, die von dieser Seite her – gemeint war von der Seite der modernen Technik – „*notwendig*“ der menschlichen Gesellschaft geschlagen worden sind, dadurch geheilt werden, dass man den Menschen und das menschliche Gemeinschaftsleben in ein richtiges Verhältnis bringt zu den drei Gliedern dieses sozialen Organismus. ... Und so braucht gerade ein solches Zeitalter, das vom Industrialismus durchsetzt ist, einen Menscheninhalt ... , der die Seelen erfüllt aus der spirituellen Welt heraus.“ Die Welt der „kalten Maschinen“ sollte also gewissermaßen geisteswissenschaftlich erwärmt werden. Aber – obwohl Steiner auch die „Naturgrundlage“ des Wirtschaftens einige Male erwähnte, ging er darauf noch nicht näher ein. Und er betrachtete, nebenbei bemerkt, auch die „Reste der Selbstproduktion“ noch nicht als erhaltenswerte Inseln einer suffizienten Eigenarbeit im Meer der kapitalistischen Industrieproduktion; im Gegen-

³²⁰ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 15 (geistige Leiter der Produktion und Handarbeiter); ders. (1919/1985), S. 66 und 124 (Rest an Sklaverei in ‚humaner‘ Zeit).

³²¹ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 41 (keine Vergesellschaftung der Produktionsmittel) sowie S. 80 (Großunternehmen mit großen Kapitalansammlungen), und ders. (1920), S. 48 - 50 (Fruchtbarkeit des konzentrierten Kapitals).

teil, sie erschienen ihm in Zeiten der industriellen Arbeitsteilung als „zu kostspielig“.³²²

Steiner zufolge „sollte klar sein, dass man das Kapital nicht ‚abschaffen‘ kann, insofern als es in nichts anderem besteht als in den für die soziale Gemeinschaft arbeitenden Produktionsmitteln.“ Daraus war für ihn nur eine Schlussfolgerung möglich: „Schädlich wirkt nicht das Kapital, sondern seine Verwaltung aus den Privatbesitzverhältnissen heraus.“³²³ Fragwürdig erschien ihm also nicht die private Konzentration des Kapitals - weshalb er auch nicht nach Wegen zu einer Dezentralisierung der Unternehmen in kleineren und mittleren Größen suchte - , sondern entscheidend war für ihn nur die Frage, *wer* in Zukunft die Verfügungsgewalt über das in privaten Händen konzentrierte Kapital innehaben sollte. Anders als Marx wollte Steiner nicht das private Eigentum an den konzentrierten Produktionsmitteln aufheben, sondern nur ihre „privatkapitalistische Verwaltung“ durch Eigentümer, die lediglich Rentabilitätsinteressen haben. „Wir stehen im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick der Menschheit vor der Notwendigkeit, dass abgetrennt werden muss der Besitz des Kapitals von der Verwaltung des Kapitals.“ D.h. das Produktionsmitteleigentum sollte bei seinen bisherigen Eigentümern verbleiben; aber die *Verfügung* darüber sollte auf die Assoziationen von Produzenten und Konsumenten übergehen. „Nicht ein Mittel ist zu finden, wie das Eigentum an der Kapitalgrundlage ausgetilgt werden kann, sondern ein solches, wie dieses Eigentum so verwaltet werden kann, dass es in der besten Weise der Gesamtheit diene.“ Innerhalb der Assoziationen „gibt es nur das fachkundige und fachtüchtige Stehen in einem Betriebszweige und das Verbundensein der eigenen Position mit anderen in der sozial zweckmäßigsten Weise.“ Anstelle von Gewinnerwartungen werden sich „Anreize ganz anderer Art ergeben als derjenige, der in der Hoffnung auf wirtschaftlichen Vorteil liegt.“³²⁴

Sobald die Assoziationen die Verfügungsgewalt über die in privaten Händen bleibenden Produktionsmittel erhalten, werden sie - wie bereits dargestellt - die Vernunft an die Stelle des „Zufallsmarktes“ setzen. Und die menschliche Vernunft werde dann die „Bedürfnisse studieren“ und im Sinne eines „sozialen Wollens“

³²² Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 46, 52 (die der Menschheit durch die Technik geschlagenen Wunden) und 57 (Technik); S. 53 und 73 (Naturgrundlage). - Rudolf Steiner (1919/1972) S. 27 und 68 (Technik), 53 - 54 (große Kapitalmassen) und 111 (technische Errungenschaften). - Rudolf Steiner (1919/1985), S. 27 (Großunternehmen in den Bereichen des Eisenbahn- und Telegraphenwesens), 32 (Naturgrundlage), 63 und 68 (moderne Technik), 119 (Technik), 231 (große Kapitalansammlungen). - Ders. (1921/1962), S. 17 (zu teure Selbstproduktion) und 38 (Naturgrundlage), und ders.(1922/1979), S. 40 - 41 (kalte Maschinen und spirituelle Welt).

³²³ Rudolf Steiner (1919/1972), S. 99

³²⁴ Rudolf Steiner (1919/1972), S. 31 und 98 (Rentabilität), 44 (soziales Verbundensein in den Assoziationen), 72 (privatkapitalistische Verwaltung der Produktionsmittel); ders. (1919/1980b), S. 85 - 92 (privates Produktionsmitteleigentum und soziale Verwendung), hier: S. 86 (andere Anreize als Gewinnerwartungen) und 88 (Privateigentum nicht abschaffen). - Ders. (1919/1985), S. 21 (Trennung von Kapitalbesitz und Verfügung über Kapital). Vgl. auch Rudolf Steiner (1919/1981), S. 21 und 48 (geisteswissenschaftliche Überformung der Verwaltung des privaten Kapitals) und 165.

die Marktpreise gemäß den Werten der Arbeitsprodukte in „gesunde Preise“ umformen.³²⁵ Außerdem werden sie - und das ist die ihnen von Steiner zugedachte Hauptaufgabe - das „Zusammenwirken des Arbeitgebers und Arbeitnehmers“ auf eine neue Grundlage jenseits des kapitalistischen Lohnverhältnisses stellen, das er geradezu für eine „Lebenslüge“ hielt, „denn in Wirklichkeit ist Arbeit nicht vergleichbar mit irgendeiner Ware.“ Abgelöst von ihren privaten Eigentümern, die aber nicht enteignet werden, werden die Assoziationen für eine „Überleitung“ der Verfügung über die Produktionsmittel an diejenigen Arbeitsleiter mit „menschlichen Fähigkeiten“ sorgen, die „ihre fruchtbare Kraft für die Gesamtheit des sozialen Organismus entfalten“. Wenn sich im Laufe der Zeit herausstellen sollte, dass es noch andere besser befähigte Arbeitsleiter (und Arbeitsleister?) gibt, werden diesen dann die jeweiligen Produktionsmittel im Zuge eines „Kreislaufs des Kapitals“ zur Verfügung gestellt. „Statt dem Gemeineigentum der Produktionsmittel wird im sozialen Organismus ein Kreislauf dieser Mittel eintreten, der sie immer von neuem zu denjenigen Personen bringt, deren individuelle Fähigkeiten sie in der möglichst besten Art der Gemeinschaft nutzbar machen können. ... Die Gegenstände des Eigentums werden in den Fluss des sozialen Lebens gebracht. ... Immer wird derjenige Verwalter gewisser Produktionsmittel sein, der dazu die meisten Fähigkeiten hat.“ Und wenn sich dann unter diesen Umständen einmal herausstellt, dass die fachlichen Kompetenzen eines Arbeitsleiters nicht mehr genügen, haben die Assoziationen die Aufgabe des „Herausfindens desjenigen als Nachfolger, der vom sozialen Gesichtspunkte der geeignetste ist“. Dabei sollen die Produktionsmittel nicht durch Verkauf oder Vererbung in andere Hände übergehen, d.h. beim „kauflosen Übertragen“ sollen sie keinen „Kaufwert“ haben.³²⁶ Eine besondere Behandlung hielt Steiner übrigens schon für das Wissen als „geistiges Eigentum“ für erforderlich. „Deshalb ist es gerecht, dass dieses Geistesgut nicht bei den Erben verbleibt“ - oder bei den Inhabern von Patenten - , „sondern wenigstens nach einer Anzahl von Jahren ... Gemeineigentum wird.“³²⁷

Mit der Bildung von Assoziationen könne das kapitalistische „Zwangsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ in ein ebenbürtiges „freies Vertragsverhältnis“ zwischen ihnen übergehen. „Der Arbeiter steht im Wirtschaftsleben als freier Vertragschließender denen gegenüber, mit denen er gemeinsam produzieren muss. ... Ob sie geistige oder Handarbeiter sind, sie gehen auf dem Boden des Rechtsstaates ein Verhältnis ein, in dem die Gleichheit der Menschen untereinander

³²⁵ Rudolf Steiner (1919/1981), S. 54 - 58 (vernünftiges soziales Wollen als Ersatz für Zufallsmärkte und gesunde Preise).

³²⁶ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 63 (Arbeitgeber und Arbeitnehmer), 89 (Überleitung des Kapitals an Befähigte), 99 - 100 (Kreislauf des Kapitals). - Ders. (1919/1972), S. 100 („kaufloses Übertragen“ von Produktionsmitteln) und 129. - Ders. (1919/1985), S. 76, 132 und 134 - 135 (Lohnarbeitsverhältnis als Lebenslüge). Vgl. auch ders. (1919/1981), S. 165; ders. (1920), S. 48 (Nachfolgeregelungen) und ders. (1921/1962), S. 37 - 40.

³²⁷ Rudolf Steiner (1919/1985), S. 132 und 180 (Wissen als Gemeineigentum).

der in Betracht kommt. ... Arbeiter und Arbeitsleiter wird es geben, Unternehmer und Arbeitnehmer nicht mehr.“³²⁸

Und zu guter Letzt würden sich die „Arbeitsleiter und die Arbeitsleister“ innerhalb der Assoziationen auf eine „Ablösung des Verhältnisses durch das vertragsmäßige Teilungsverhältnis in Bezug auf das ... gemeinsam Geleistete“ verständigen. Aus mächtigen Subjekten und ohnmächtigen Objekten sollen beide Seiten zu ebenbürtigen Subjekten werden, die ihre Verträge „nicht über den Lohn“ abschließen, sondern „lediglich ... über dasjenige, was von dem physischen und dem geistigen Arbeiter gemeinschaftlich produziert wird. ... Ein freier Gesellschafter wird der Handarbeiter dem geistigen Leiter seines Betriebes sein können.“ Und die gemeinschaftlich erwirtschafteten Betriebsinnahmen würden alle Beteiligten dann ‚brüderlich‘ miteinander teilen.³²⁹

Erwartung einer evolutionären statt revolutionären Verwirklichung der sozialen Dreigliederung

Im Gegensatz zu den revolutionären Ambitionen der kommunistischen Teile der Arbeiterbewegung stellte sich Steiner eine evolutionäre Überwindung des Kapitalismus vor - aber nicht wie die demokratischen Sozialisten auf parlamentarischen Wegen, sondern durch einen schrittweisen Aufbau von Assoziationen inmitten des Bestehenden, der „im Weiterbauen den Abbau des Ungesunden herbeiführt. ... Das Neue stellt sich neben das Alte hin. ... Wir können in der Gegenwart nicht gleich die höchsten Berggipfel einer Neuordnung in der menschlichen gesellschaftlichen Ordnung besteigen; wir müssen Schritt für Schritt vorwärts gehen.“ Abgesehen von diesen Unterschieden zu den revolutionären und revisionistischen Flügeln der Arbeiterbewegung glaubte jedoch auch Steiner ähnlich wie Marx an eine historische Gesetzmäßigkeit, der zufolge „die Dinge so weit reif“ seien - nicht für den Sozialismus, aber für die Dreigliederung des sozialen Organismus. „Dieser Impuls von der Dreigliederung des sozialen Organismus ergibt sich aus einer objektiven Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit in der neueren Zeit, so dass man sagen kann: Eigentlich schon seit Jahrhunderten tendiert unbewusst die Menschheit in den wichtigsten Antrieben nach dieser Dreigliederung.“³³⁰

Während des Übergangs vom wilhelminischen Kaiserreich zur Weimarer Republik stellte sich jedoch bald heraus, dass die „Dreigliederung des sozialen Orga-

³²⁸ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 79 (freies Vertragsverhältnis). Ders. (1919/1972), S. 13 und 41. - Ders. (1919/1985), S. 32 und 60 (Rechtsgleichheit) sowie 130 - 131 (Zwangsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und 136 (Brüderlichkeit).

³²⁹ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 108 (Teilungsverhältnis); ders. (1919/1972), S. 98 (Arbeiter als freie Gesellschafter der Arbeitsleiter); ders. (1919/1985), S. 124 (Verträge über Aufteilung der Arbeitsprodukte statt über Löhne).

³³⁰ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 70 und 95 (im Weiterbauen das Alte abbauen und durch Neues ersetzen); ders. (1919/1972), S. 132 - 133 (Neues neben dem Alten); ders. (1919/1985), S. 14 (schrittweise Veränderung); ders. (1919/1981), S. 153 - 154 (geschichtliche Notwendigkeit der Dreigliederung).

nismus“ die Gestalt des neuen demokratischen Staates nicht mit beeinflussen konnte. Nach Kriegsende formierten sich Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und am 9. November 1919 begann die deutsche Novemberrevolution. Vom Rat der Volksbeauftragten wurde in Berlin eine Sozialisierungskommission zur Vorbereitung einer Sozialisierung großer Teile der Industrie eingesetzt. Dieser von Karl Kautsky geleiteten Kommission gehörten Vertreter der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, auch einige Wissenschaftler wie Joseph Schumpeter und Rudolf Hilferding sowie bürgerliche Sozialreformer an. In Stuttgart entstand eine zweite, weniger theoretisch ausgerichtete Sozialisierungskommission, der u.a. sozial engagierte Unternehmer wie der Elektro- und Automobilfabrikant Robert Bosch und der Zigarettenfabrikant Emil Molt angehörten.³³¹ Damals befand sich gerade ein erster Gesetzesentwurf für die Bildung von Betriebsräten in Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern in der politischen Debatte. Inmitten der aufgeheizten klassenkämpferischen Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern, die sich den Betriebsräten widersetzen, und der Arbeiterschaft wandte sich Steiner gegen eine Politisierung der Kämpfe um die Betriebsräte. In zahlreichen Vorträgen, die er zuerst in Dornach und danach in Württemberg vor mehreren Tausend Arbeitern und Angestellten von Molts Waldorf Astoria Zigarettenfabrik sowie der Bosch-, Delmonte- und Daimlerwerke über die soziale Frage und die Dreigliederung hielt, forderte er Unternehmer und Arbeiter dazu auf, unabhängig von den sich verschärfenden politischen Kämpfen um eine Mitbestimmung von Kapital und Arbeit in einzelnen Unternehmen auf freiwilliger Basis mit der Schaffung von Betriebsräten zu beginnen. Steiner hatte die Befürchtung, dass die betriebliche Mitbestimmung in der von den Parteien und Gewerkschaften angestrebten Form zu einer „Dekoration für eine geheimnisvolle Fortsetzung des alten kapitalistischen Systems“ werden könnte. Demgegenüber sollten die Betriebsräte aus seiner Sicht ein erster Schritt auf dem Weg zur Umwandlung der kapitalistischen in eine assoziative Wirtschaft sein und zu einem kooperativen statt konfrontativen Zusammenwirken von Unternehmensleitungen und Arbeitern werden.³³²

Sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland entstanden Bünde zur Dreigliederung des sozialen Organismus, die sich sogleich für eine „Berufung Rudolf Steiners in die Regierung zwecks sofortiger Inangriffnahme der Dreigliederung“ einsetzten. Jedoch stießen ihre Bestrebungen auf Widerstände von Seiten der Arbeiterparteien und Gewerkschaften wie auch von Seiten der Syndikalisten. Alle misstrauten sie Steiners Vorstellungen von einer Zusammenarbeit von „Arbeitsleitern

³³¹ Vgl. hierzu Walter Kugler (1978/2010), S. 268 - 282, hier : S. 270 - 272.

³³² Rudolf Steiner (1919/1983), S. 55 - 74 (Vortrag vor Arbeitern der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik am 23.4.1919) und 75 - 107 (Vortrag vor Arbeitern der Daimler-Werke am 25.4.1919). Zu Steiners Vorbehalten gegen eine Politisierung der Betriebsräten vgl. auch Rudolf Steiner (1919/1972), S. 42, und ders. (1920), S. 37 - 38.- Vgl. außerdem Walter Kugler (1978/2010), S. 274 - 280.

und Arbeitsleistern', weil sie nicht zu ihrer eigenen klassenkämpferischen Einstellung passten.³³³

Auch war dem Versuch, zwei assoziative Unternehmen aufzubauen, in den Turbulenzen der frühen Nachkriegszeit kein Erfolg beschieden. „Der kommende Tag“ in Deutschland und die „Futurum AG“ in der Schweiz, die beide nicht als Genossenschaften, sondern als Aktiengesellschaften organisiert waren, mussten alsbald wieder liquidiert werden. Besonders in Deutschland erwies sich aus Steiners Sicht die Hyperinflation der frühen Nachkriegsjahre als ein unüberwindbares Hindernis für den Aufbau von Assoziationen. So sagte er in einem seiner im Sommer 1922 in Oxford gehaltenen Vorträge: „Der Zeitpunkt, wo man das, was in den ‚Kernpunkten der sozialen Frage‘ steht, realisieren sollte, ist vorüber in Mitteleuropa. Der ist in dem Augenblick vorüber gewesen, als jener starke Valutaniedergang eingetreten ist, der der deutschen Wirtschaft völlig die Hände bindet. ... Deshalb glaube ich, dass in der Zukunft meine ‚Kernpunkte‘ mehr gelesen werden sollten im Westen und in Russland, dass sie in Deutschland heute eigentlich ohne eine Möglichkeit des Wirkens dastehen.“³³⁴ Warum gerade Russland? Abgesehen davon, dass es damals in Russland noch wenig konzentriertes und assoziierbares Kapital gab, litt das Land gerade unter den Folgen eines verheerenden Kriegskommunismus und einer gigantischen Inflation.

Konzeptionelle Unzulänglichkeiten der Dreigliederung des sozialen Organismus

Es waren aber keineswegs nur äußere Hindernisse, die der Verwirklichung der sozialen Dreigliederung im Weg standen. Aufgrund von Steiners bewusstem Verzicht auf jede theoretische Gedankenarbeit und seiner Erwartung, dass sich die Assoziationen schon von allein aus der Lebenspraxis ergeben würden, stieß die soziale Dreigliederung auch auf innere Hindernisse in Gestalt ihrer konzeptionellen Unzulänglichkeiten. Daran änderte auch Steiners Broschüre „In Ausführung der Dreigliederung des sozialen Organismus“, deren Titel konkrete Schritte erwarten ließ, letztlich nichts.³³⁵

Das Ziel, die Dominanz der Wirtschaft über das Rechts- und Geistesleben überwinden und alle drei Lebensbereiche auf gleicher Ebene nebeneinander stellen zu wollen, war zweifellos berechtigt. Aber die Mittel, mit denen Steiner es erreichen

³³³ Walter Kugler (1978/2010), S. 272 - 273 (Widerstand seitens der Arbeiterparteien und Gewerkschaften). Zum Verhältnis zum Syndikalismus vgl. Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 188 (Syndikalismus).

³³⁴ Walter Kugler (1978/2010), S. 258 - 298, bes. S. 289 (Der Kommende Tag AG) und 296 (Futurum AG). - Rudolf Steiner (1922/1979a), S. 29 - 30 (Inflation in Deutschland) und 31 (Goldwährung). Zu Russland vgl. Rudolf Steiner (1919/1981), S. 69 („Ich weiß, dass im russischen Volk gerade die Elemente darinnen liegen, um zuallererst ... die Idee von der Dreigliederung zu fassen.“ Der Leninismus sei nur ein den Russen fremder Import aus Deutschland gewesen.)

³³⁵ Rudolf Steiner (1920), S. V - VII („meine Lebensbeobachtung, die glaubt, alles Theoretische zu meiden und nur das Praktische ins Auge zu fassen“); ders. (1921/1962), S. 33 (Lebenspraxis statt Theorie).

wollte, beruhen von Beginn an auf zwei miteinander zusammenhängenden Irrtümern. Er stellte nämlich das kapitalistische Grundprinzip der Akkumulation und Konzentration von Kapital und damit die von Marx beschriebene, aber nicht behobene ursprüngliche Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln gar nicht ernsthaft in Frage und suchte deshalb die Ursache der sozialen Missstände an einer falschen Stelle. „Alle Kapitalmacht ... geht schließlich ... auf die Übermacht des Geistigen ... zurück.“³³⁶ Statt die tiefere Ursache der Abhängigkeit des Rechts- und Geisteslebens vom Wirtschaftsleben in der strukturellen Dominanz des alle drei Lebensbereiche beherrschenden konzentrierten Geld-, Boden- und Realkapitals zu suchen, machte Steiner die unter diesen Rahmenbedingungen historisch gewachsene kapitalistische Form der Einheitlichkeit des Wirtschafts-, Rechts- und Geisteslebens für die Missstände verantwortlich. Er glaubte deshalb an die Notwendigkeit einer Dreigliederung des sozialen Organismus in ein freiheitliches Geistesleben, in ein gleichheitliches Rechtsleben und in ein brüderliches Wirtschaftsleben, obwohl sich die Gesellschaft aufgrund der Unteilbarkeit allen Lebens nicht in drei Lebensbereiche mit unterschiedlichen Leitprinzipien aufteilen lässt. Stattdessen hätte die unauflösliche Einheit des Wirtschafts-, Rechts- und Geisteslebens einer nachkapitalistischen Rahmenrechtsordnung bedurft, welche *alle* Lebensbereiche von den primär wirtschaftlichen und sekundär rechtlich verfestigten Machtstrukturen befreit und dafür sorgt, dass die drei eine Einheit bildenden Lebensbereiche sich im Sinne der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bzw. Geschwisterlichkeit in einer herrschaftsfreien Gesamtordnung erneuern können.

- Dass die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Ideale der Französischen Revolution bis 1918 in zentralistischen Einheitsstaaten nicht universell verwirklicht wurden, beweist noch nicht die Unmöglichkeit ihrer aller Verwirklichung in allen Lebensbereichen eines nachkapitalistisch-demokratischen Rechtsstaats. Lässt sich die Brüderlichkeit bzw. die geschwisterliche Solidarität zwischen den Menschen aus dem Geistesleben ausschließen und nur auf die Wirtschaft beschränken? Lässt sich die Freiheit auf das Geistesleben beschränken und vom Wirtschaftsleben fernhalten? Und muss die Rechtsgleichheit aller Menschen nicht auch im Wirtschafts- und im Geistesleben gelten?

Neben der Willkürlichkeit der Zuordnung der Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu den drei Gliedern des sozialen Organismus weist Steiners Vorstellung von deren Nebeneinander insofern noch einen eklatanten Widerspruch auf, als „ein jedes der drei sozialen Glieder ... in sich zentralisiert“, also hierarchisch statt egalitär strukturiert sein sollte.³³⁷ Damit stellte Steiners Vorstellung von einem dreigliedrigen sozialen Organismus eine in sich widersprüchliche Mischung dar - und zwar enthielt sie einerseits notwendige Elemente der modernen demokratischen Rechtsstaatlichkeit und das Nebeneinander seiner drei Glieder unterschied sich gewiss von der mittelalterlichen Ständeordnung aus Wehrstand (Adel), Lehrstand (Klerus)

³³⁶ Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 134 (Übermacht des Geistigen).

³³⁷ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 71 (egalitäres Nebeneinander von zentralisierten sozialen Gliedern).

und Nährstand (Bauern). Andererseits trug das Nebeneinander von Rechts-, Wirtschafts- und Geistesleben insofern noch vormoderne Züge, als diese drei Glieder des sozialen Organismus für sich genommen noch wie Stände hierarchisch strukturiert bleiben sollten. Nicht zufällig sah sich Steiner mehrfach veranlasst, dem Eindruck entgegenzutreten, dass es sich bei seiner „Dreigliederung des sozialen Organismus“ letztlich doch um eine Wiederkehr des alten Ständesystems in neuer Form handeln könnte. Er verwies darauf, dass es ihm nicht um eine „absolute Zentralisation“ des dreigliedrigen sozialen Organismus ging und dass er sich sogar höchst komplizierte Verhältnisse vorstellte, „in denen nicht ein Parlament ist, sondern drei Parlamente, ein geistiges, ein wirtschaftliches und ein Staatsparlament, in welchen nicht *eine* Verwaltung ist, sondern drei Verwaltungen sind, die zusammenwirken“, obwohl sie „gewissermaßen wie souveräne Staaten nebeneinander“ stehen. Dennoch tauchte bei ihm schließlich gleichsam durch die Hintertür auch wieder die Vorstellung eines „Zusammenschlusses der drei Glieder durch eine Gesamtkörperschaft“ auf, „die aus den Delegierten der drei Zentralverwaltungen und Zentralvertretungen sich ergibt“.³³⁸

- Obwohl Steiner im Gegensatz zum mechanistischen Denken der Klassik und Neoklassik und ähnlich wie Oppenheimer immer wieder den streitbaren Charakter von Wirtschaft und Gesellschaft als sozialem Organismus betonte und eine „gesunde soziale Physiologie“ anstrebte, fehlte ihm ein - tatsächlich auch erst später vom Ordoliberalismus entwickeltes - tieferes Verständnis für die Notwendigkeit einer rechtlichen Rahmenordnung, in der sich ein sozialer Gesamtorganismus einschließlich der Interdependenz seiner rechtlichen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Teilordnungen auf dezentrale Weise selbsttätig ordnen könnte.

Bei Steiner fehlte auch die von Gesell entwickelte Einsicht in die Notwendigkeit eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts aller Märkte innerhalb dieser Gesamtordnung. Insbesondere bedarf es eines (Fließ-)Gleichgewichts zwischen dem Angebot von und der Nachfrage nach Kapital bzw. nach entkapitalisierten Produktionsmitteln, um die von Steiner zu Recht beklagte bisherige „wirtschaftliche Übermacht des Arbeitgebers über die Arbeiter“ zu überwinden. Es genügt nicht, die „Arbeitskraft aus dem Wirtschaftsprozess herausreißen“ und sodann im Rechtsleben einfach nur ein „freies Vertragsverhältnis zwischen Arbeitsleiter und Arbeitsleister“ zu formulieren. Vielmehr brauchen beide Seiten auch ein in ökonomischer Hinsicht gleichgewichtiges Kräfteverhältnis, um beide als Freie und Gleiche in dezentralisierten Unternehmen solidarisch zusammenzuarbeiten zu lassen

³³⁸ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 47 (keine absolute Zentralisation) und 111 (Dreigliederung keine Ständeordnung); ders. (1919/1972), S. 101 (Gesamtkörperschaft); ders. (1919/1985), S. 37 (drei Parlamente) - 38 (Dreigliederung keine Ständeordnung), S. 73 (drei Glieder wie souveräne Staaten nebeneinander; zu Steiners Abgrenzung von Ständen vgl. außerdem (1919/1985), S. 108, 137 und 174, sowie (1922/1979a), S. 55.

und im Laufe der Zeit auch leitende wie ausführende Tätigkeiten in nichthierarchischen Formen miteinander zu verbinden.³³⁹

Statt die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln durch deren Dezentralisierung überwinden zu wollen, blieben Steiners Gedanken über eine Trennung des Privateigentums an den Produktionsmitteln von seiner assoziativen Verfügung über sie ganz in den Bahnen der Kapitalkonzentration und der Organisation von wirtschaftlichen Interessen in Verbänden stecken. Dabei hatte er wie der junge Marx durchweg nur erst die frühkapitalistische Personalunion von Unternehmern und Kapitalisten im Blick. Inzwischen waren aber im Laufe der Verschiebung der ökonomischen Gewichte vom Real- zum Finanzkapital - wie Marx & Engels im Band 3 ihres „Kapital“ sowie Rosa Luxemburg und Rudolf Hilferding verdeutlicht hatten - aus Unternehmerkapitalisten entweder bei Banken verschuldete Unternehmer oder Manager von Groß- und Kleinaktionären geworden. Nur ein einziges Mal erwähnte Steiner die „unter dem Einfluss der Geldwirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts besonders hervorgetretenen ... Trustbildungen ... (und) ... Kartellbildungen“. Jedoch kritisierte er die Monopolisierung der Märkte nicht als eine Pervertierung der von ihm weiterhin pauschal abgelehnten Marktwirtschaft, sondern er blieb bei seiner Auffassung, dass sich die mit angehäuften Kapital „gleichartig Produzierenden miteinander ... zu Assoziationen“ verbinden und sich zusammenschließen (sollen) mit den übrigen Produktionszweigen und den entsprechenden Konsumenten.“³⁴⁰

Während die marxistische Arbeiterbewegung den Organisierten Kapitalismus als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer staatszentralistisch verwalteten sozialistischen Produktionsweise ansah, glaubte auch Steiner grundsätzlich nicht mehr an die Fähigkeit der Marktwirtschaft zur inneren Selbstorganisation, sondern nur noch an die äußere Organisierbarkeit der Wirtschaft durch Korporationen wie die Wirtschafts- und Berufsverbände, die Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Kammern als berufsständische Körperschaften. Anders als die Arbeiterbewegung wollte er den Organisierten Kapitalismus nicht durch eine sozialistische Produktionsweise ersetzen, sondern er glaubte an die Möglichkeit, den Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Interessenverbänden durch eine Um-erziehung der Menschen von Egoisten zu Altruisten und durch eine Bildung von assoziierten Verbänden in eine interessenneutrale Lenkung der wirtschaftlichen Prozesse übergehen lassen zu können. „Das Assoziationswesen ist dasjenige, was allein den volkswirtschaftlichen Prozess gesund machen“ und „auch in der richtigen Weise dirigieren“ kann. In den Assoziationen wirke anders als in den bisheri-

³³⁹ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 43 (Arbeitskraft vom Wirtschafts- in das Rechtsleben verlegen), 63 (Arbeitgeber und -nehmer) und 79 (freies Vertragsverhältnis). - Ders. (1921/1962), S. 28 (soziale Physiologie). - Ders. (1922/1979a), S. 9 (Oppenheimer).

³⁴⁰ Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 149 („Dieser bloße Kapitalismus ist durchaus für die moderne Volkswirtschaft notwendig und gegen ihn zu wettern ist Unsinn.“) - 151 (Trusts und Kartelle).

gen Verbänden ein „objektiver Gemeinsinn“, der sie zur richtigen „Erkenntnis der Notwendigkeit“ befähige.³⁴¹

Zwischen der privatkapitalistischen und der staatszentralistischen Konzentration der Produktionsmittel stellten Steiners Assoziationen eine Zwischenstufe dar, auf der die Verfügung über konzentriertes Kapital von privatkapitalistischen Unternehmern und Managern gewissermaßen auf ‚soziale Manager‘ übergehen sollte. Diese ‚sozialen Manager‘ sollten sich dann auf scheinbar gleicher Augenhöhe ‚brüderlich‘ mit den „Arbeitsleistern“ über Produktionsziele und die Aufteilung der Erlöse aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse verständigen, obwohl die strukturelle Schiefelage in ihrem ökonomischen Untergrund noch gar nicht begründet wurde. Im Übrigen hat Steiner aufgrund seiner Abneigung gegen Theorien weder das Verhältnis zwischen den Assoziationen und den privaten Eigentümern von Produktionsmitteln noch den inneren Aufbau der Assoziationen konkreter dargestellt.³⁴² Überhaupt hat er die Gefahr einer Bürokratisierung der Wirtschaft als unvermeidliche Folge der Ersetzung von Marktpreisen durch Verhandlungen nicht gesehen. Und wie sollten die Fähigkeiten von Arbeitsleitern beurteilt werden? Nach welchen objektiven (?) Kriterien sollten die Arbeitsprodukte ‚brüderlich‘ aufgeteilt werden? Und wie sollte die Bildung von Kapital vorstattengehen?

Weder erkannte Steiner, dass die dezentrale marktwirtschaftliche Selbstordnung durch frei bewegliche Preise nur deshalb mangelhaft funktionierte, weil mit den Bodenrenten, Kapitalzinsen, Dividenden und Monopolrenten auch leistungsfremde Kostenfaktoren in die Preisbildung einfließen und die Preise deshalb falsche Signale setzten, noch berücksichtigte er bei seiner Kritik am privaten Eigentum an den Produktionsmitteln, dass sich dieses Eigentum aus widersprüchlichen Quellen speist, nämlich aus der Investition von erspartem Arbeitseinkommen und aus der Investition von erspartem leistungslosen Vermögenseinkommen. Ohne diesen dem privaten Realkapital innewohnenden und seine Konzentration begünstigenden inneren Widerspruch wahrzunehmen, wollte Steiner das privat bleibende Eigentum an konzentrierten Produktionsmitteln in eine gemeinnützige Verwaltung überführen, wobei ihn immerhin die sympathische Hoffnung leitete, die unwürdige Behandlung der menschlichen Arbeitskraft als käufliche Handelsware überwinden zu können. Die war jedoch genauso unrealistisch wie die Erwartung der Arbeiterbewegung, das Lohnverhältnis durch eine Fortsetzung der Konzentration in den Händen eines proletarischen Staates überwinden zu können.

Im Hinblick auf die assoziative Umgestaltung der Wirtschaft gelangte Steiner zu falschen Schlussfolgerungen, die den antiliberalen Vorstellungen von konservativen oder revolutionären Kapitalismuskritikern nicht unähnlich waren. Obwohl sich Steiner vielfach von Marx' materialistischer Weltanschauung und der staatlichen

³⁴¹ Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 85, 94, 111 - 112 und 153. In diesem Zusammenhang erwähnte Steiner auch einmal Rudolf Hilferdings Hauptwerk „Das Finanzkapital“, vgl. S. 139. Die moderne Arbeitsteilung erschien ihm per se als Basis des Altruismus; vgl. S. 46.

³⁴² Im „Nationalökonomischen Kurs“ brachte Steiner seine Abneigung gegen Theorien nochmals genau so zum Ausdruck wie in seinen vorherigen Schriften; vgl. (1922/1979b), S. 150 und die Anm. 289.

Zentralverwaltungswirtschaft distanzierte, fand er letztlich auch auf geisteswissenschaftlicher Grundlage keinen Ausweg aus dem „Stahlgehäuse des Kapitalismus“ (Max Weber). Er blieb einer antiliberalen Aversion gegen den Markt und den Wettbewerb verhaftet anstatt zu erkennen, dass beide nicht als solche, sondern dass ihre kapitalistischen Perversionen einer Überwindung bedurften. Aus Steiners Darlegungen lässt sich übrigens nicht entnehmen, ob neben den Männern auch Frauen in den Assoziationen tätig werden sollten. In allen seinen Schriften über die soziale Dreigliederung findet sich nur ein einziger Hinweis, dass die Frauen selbst zu ihrem Rollenverständnis zu befragen wären. Allerdings kritisierte er, dass die frühe Frauenbewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert nur danach gestrebt habe, „nun auch Beinkleider anzuziehen wie die Männer“ und „geradeso auch Mediziner, Juristen, Kleriker und Schulmeister zu werden, wie die Männer geworden sind“. Sie hätten es versäumt, „das Frauenhafte einzufügen in den sozialen Organismus.“ In seinen reformpädagogischen Vorträgen trat Steiner dann doch für ein gleiches Recht auf Bildung für Mädchen und Jungen ein.³⁴³

Berührungspunkte mit der Bodenrechts- und Geldreform

Trotz der ordnungspolitischen Defizite von Steiners „Dreigliederung des sozialen Organismus“ enthielten seine Schriften auch einige Aussagen zum Bodenrecht und zum Geldwesen. Auch der erst danach erschienene „Nationalökonomische Kurs“ und das „Nationalökonomische Seminar“ (beide 1922) behandelten diese Themen. Über Steiners Vorstellungen von den Assoziationen gingen seine Ausführungen zum Bodenrecht und Geldwesen aber nicht hinaus, obwohl er sich bereits im Juni 1920 selbst eingestand, dass die öffentliche Wirkung seiner Dreigliederungsidee nach dem Erscheinen von „neunundvierzig Nummern der Dreigliederungszeitung verpufft“ war.³⁴⁴

Steiners weitere Gedanken zum Bodenrecht und zum Geldwesen waren von ihm keineswegs als Bausteine einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft gemeint und besonders hinsichtlich des Geldes blieb im Unklaren, wie in einer assoziativen Wirtschaft das Verhältnis zwischen dem die Wirtschaft bewusst lenkenden Menschengeist und ihrer Selbststeuerung durch das Geld aussehen sollte.

- In den „Kernpunkten der sozialen Frage“ und in den Aufsätzen zur sozialen Dreigliederung finden sich vereinzelt Randnotizen zur Behandlung des Bodens als ‚normale‘ Handelsware. „Es wird von Persönlichkeiten, deren Lebensaufgabe mit der Bodenbewirtschaftung zusammenhängt und die daher Erfahrung auf diesem Gebiete haben, mit Recht behauptet, dass, wer Grund und Boden zu verwalten hat, diesen nicht wie eine beliebige Ware betrachten dürfe und dass auch der Landkredit auf andere Art gewährt werden müsse als der Warenkredit.“

³⁴³ Rudolf Steiner (1922/1979a), S. 33 (Frauen) und ders. (1922/1979b), S. 111 - 112 (Abneigung gegen liberale Denkmuster). - Ders. (1922/1978), S. 136 und 162 (gleiche Rechte der Geschlechter).

³⁴⁴ Rudolf Steiner (1920/1999), S. 181 - 182 (verpuffte Wirkung der Dreigliederungszeitung).

Im kapitalistischen „gegenwärtigen Wirtschaftskreislauf“ sei es jedoch nicht möglich, „solche Erkenntnisse eine praktische Bedeutung gewinnen“ zu lassen. Dafür müssten erst die Assoziationen gebildet werden, die den Boden nicht mehr als „beliebige Ware“ behandeln würden.³⁴⁵

Aber wie ein anderer Umgang der Assoziationen mit dem Boden aussehen könnte, beschrieb Steiner nicht. Dabei hatte er die Bodenreformgedanken schon vor seiner Zeit in der Berliner Arbeiterbildungsschule kennengelernt und sogar einen Nachruf für den 1897 verstorbenen „originellsten Bodenreformer“ Henry George verfasst. „Männer meines Alters ... verdanken ... den Schriften dieser energischen gedankenreichen Persönlichkeit außerordentlich viel. Sein eindringlich geschriebenes ... Buch ‚Fortschritt und Armut‘ hat uns zu gründlichem Nachdenken über die Bedeutung von Grund und Boden innerhalb des staatlichen Organismus ange-regt. Ob wir ihm zustimmten oder widersprachen: Henry Georges Ausführungen sind für unsere Einsicht in ökonomischen Dingen in hohem Grade fruchtbar ge-worden.“³⁴⁶

In der Diskussion nach einem am 11. März 1919 in Bern gehaltenen Vortrag be-richtete Steiner auch noch über eine „Unterredung, die ich vor langen Jahren in Berlin einmal mit Damaschke hatte“, der damals den „Bund Deutscher Boden-reformer“ leitete, der aber die Single Tax von George insofern verwässerte, als er von der Bodenwertsteuer abrückte und nur eine geringere als 100%ige Boden-wertzuwachsststeuer forderte. „Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass seine Ge-danken ganz gewiss sehr viel Tragkraft haben, dass sie aber deshalb nicht ins wirkliche Leben voll eingreifen können und es durchgreifend verstehen können, weil der Boden nicht elastisch ist“, weil er also mit anderen Worten nicht vermehr-bar ist. Was für die Bodenrechtsreformer das zentrale Argument für eine nicht warenförmige Behandlung des Bodens (und der Ressourcen) als Gemeinschafts-gut war - nämlich seine Knappheit und Unvermehrbarkeit - , war für Steiner offen-bar ein Grund zur Zurückhaltung ihr gegenüber. Außerdem sah er den Boden nur als „agrarisches Produktionsmittel“ neben den „industriellen Produktionsmitteln“ und gar nicht als Gesamtheit von ländlichen und städtischen Flächen.³⁴⁷

Schließlich hielt Steiner den Bodenrechtsreformern entgegen, dass „man da mit der alten Form des Staates ... rechnet“, wenn Henry George's Single Tax oder eine

³⁴⁵ Rudolf Steiner (1919/1972), S. 124 und 134; vgl. auch ders. (1919/1980b), S. 58.

³⁴⁶ Rudolf Steiner (1919/1981), S. 177 (Henry George als originellster Bodenreformer), und ders. (1957), S. 11 (Nachruf auf George). - In Steiners Privatbibliothek befanden sich ein Original der deutschen Übersetzung von Henry Georges „Fortschritt und Armut“ sowie ein Exemplar der Broschüre von Karl Schmidt „Henry George's „Fortschritt und Armut“ - Der kleine George, des großen Amerikaners Meis-terwerk, Leipzig 1892. - Vgl. hierzu Rudolf Steiner Nachlassverwaltung (2019), S. 316 (Nr. G 272 und Nr. G 272a).

³⁴⁷ Rudolf Steiner (1919/1985), S. 48 (Damaschke), und ders. (1919/1981), S. 165 - 166 und 177 - 178 (Damaschke, Boden als agrarisches Produktionsmittel). - Ders. (1920/1999a), S. 196 - 198 (George und Damaschke).

von Adolf Damaschke geforderte Bodenwertzuwachssteuer³⁴⁸ in den Staatshaushalt fließen soll. Zudem gebe es „allerlei Hintertüren, dasjenige wiederum unwirksam zu machen, was als Gesetze in die Welt tritt“. Aus all diesen Gründen müsse der Boden „allmählich übergeleitet werden in die sozialen Strukturen“, d.h. in die Verfügung von Assoziationen gestellt werden, „so dass seine Verteilung ... für die menschliche Arbeit eine demokratische Angelegenheit des politischen Staates wird und der Übergang vom einen zum anderen eine Angelegenheit des geistigen Gliedes des sozialen Organismus.“ Ob er das private Eigentum am Boden und die assoziative Verfügung darüber genauso voneinander trennen wollte wie das Eigentum an bzw. die Verfügung über die Produktionsmittel, führte Steiner nicht näher aus und er machte auch weiterhin keinerlei Angaben darüber, wie denn die Assoziationen anders mit dem Boden umgehen sollten als mit Handelswaren. Er meinte lediglich, dass Verträge abgeschlossen werden müssten zwischen der Bodenverwaltung und denen, die eine „einzelne Bodenfläche“ erhalten. „Was geschieht, wenn eine einzelne Bodenfläche übergeht von dem einen Menschen auf den anderen, das unterliegt dem geistigen Gesetz, das in einem selbstständigen, sich emanzipierenden Geistesleben gebildet wird und einfließt in die Bodenverwaltung.“³⁴⁹

Im „Nationalökonomischen Kurs“ findet sich der sehr bemerkenswerte Hinweis, dass - wenn der Boden wie im Kapitalismus als gewöhnliche Handelsware und als ein mit Hypotheken beleihbares Kapitalgut behandelt wird - das in Grundstücken angelegte Geldkapital immobilisiert wird, obwohl es dem Wirtschaftskreislauf in mobiler Form zur Verfügung stehen sollte. „Wenn wir Grund und Boden verbinden mit dem Kapital, dann staut sich das Kapital“ im Boden. „Eine der schlimmsten Stauungen im volkswirtschaftlichen Prozess ist diejenige, wo Kapital sich einfach mit der Natur verbindet, wo also ... das Kapital in die Lage kommt, sich der Natur zu bemächtigen statt sich in die Natur hinein zu verlieren.“ Demnach sollte Geldkapital in Zukunft gar nicht mehr in Grundstücken angelegt werden und sich dort „stauen“ können, sondern es sollte zur Finanzierung mobiler Güter in einem stetigen Fluss gehalten werden. Jedoch distanzierte sich Steiner ein weiteres Mal von den Bodenrechtsreformern und ließ erneut offen, wie die Assoziationen den Boden entkapitalisieren und wie sie das Eigentum an ihm und seine Nutzung regeln könnten.³⁵⁰ So gelangte er nicht zu der Vorstellung der Bodenrechtsreformer, dass einerseits sowohl durch Henry Georges Single Tax als auch durch Silvio Gesells Vergesellschaftung des Bodens und seine anschließende entgeltliche private Nutzung

³⁴⁸ In Steiners Bibliothek befand sich neben Henry George's Hauptwerk auch eine Kurzfassung von Damaschkes „Die Bodenreform“; vgl. Rudolf Steiner Nachlassverwaltung (2019), S. 305 (G 160 und 161).

³⁴⁹ Rudolf Steiner (1957), S. 86 und 91- 92 (Hintertüren, alte Form des Staates, Überleitung des Bodens in Assoziationen). Vgl. außerdem Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 195 - 229, bes. S. 197 - 200 (Träume und Illusionen von Bodenreformern), 212 - 213 (Kauf und Verkauf von Boden als Lüge) 222 (Bodenverwaltung durch ein geistiges Gesetz) und 227 - 228 (Bindung an den „alten Staat“ durch eine Bodensteuer bzw. Bodenwertzuwachssteuer).

³⁵⁰ Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 73 - 75 (Stauungen von Kapital im Boden).

jegliche Stauung von Kapital im Boden unmöglich gemacht würde und dass der Boden dann andererseits vom Kreislauf des Geldes nur noch durch die Zahlungen der Single Tax bzw. der Nutzungsentgelte gestreift würde.

- In einem am 25. Oktober 1919 in Zürich gehaltenen Vortrag erinnerte Steiner daran, dass die Edelmetallzuflüsse aus Mittel- und Südamerika die Menschen seit den Zeiten der Renaissance und Reformation in den „zivilisierten Ländern ... vom Naturaltausch ... emanzipiert“ hätten. „Das Geld tyrannisiert die Menschen“ allerdings auch. Man könne es deshalb für eine „religiös und ethisch ... noch so schlimme Sache“ halten, müsse aber bedenken, dass es im volkswirtschaftlichen Prozess auch Träger eines „wirksamen Geistes“ ist.³⁵¹ Sein Gebrauch müsse folglich durch die Assoziationen verändert werden.

Bereits im Frühjahr 1919 hatte Steiner während seiner Arbeit an den „Kernpunkten der sozialen Frage“ begonnen, Vorträge über die darin dargelegten Gedanken in Bern und Basel zu halten. Dort wurde er von dem Basler Musiker Otto Studer auf die Geld- und Bodenrechtsreform von Gesell angesprochen. „Ein Herr kam dazumal, nicht nur in der Diskussion, sondern am nächsten Tag zu einer Unterredung zu mir, sprach auch über ‚Freiland, Freigeld‘.“ Steiner äußerte gegenüber Studer, dass er „ganz mit dieser Bewegung einverstanden“ sei, dass sie aber nur eine „partielle“ Lösung des Geldproblems bieten könne. Das Anliegen der Geldreform ließe sich erst dann erreichen, „wenn einfach die Verwaltung der Werte, die Verwaltung des Geldes weggenommen wird vom politischen Staate und in das Wirtschaftsleben hineinversetzt wird“, d.h. wenn das Geldwesen von den Assoziationen statt vom demokratischen Staat organisiert werde und wenn dann die Assoziationen die Preise festsetzen. Von sich selbst sagte Steiner, dass er „immer versuche, die einzelnen Bewegungen in ihrer Berechtigung einzusehen. Und ich möchte sie in einen gemeinsamen großen Strom leiten, weil ich eben nicht glaube, dass ein Mensch oder selbst eine Gruppe von Menschen das Richtige finden kann.“ Im Übrigen wolle er in seinen „Kernpunkten“ genauer ausführen, „dass dann die

³⁵¹ Rudolf Steiner (1919/1981), S. 24, 35 und 49 (Edelmetallzuflüsse) sowie 50 - 52 (Geld emanzipiert und tyrannisiert die Menschen); ders. (1922/1979b), S. 58 - 59 (Geld als „realisierter Geist“). - Die Formulierungen, wonach das Geld einerseits religiös-ethisch bedenklich bedenklich sei und es andererseits aber auch Träger eines „wirksamen Geistes“ sei, könnten an Max Webers religionssoziologische Studien erinnern. - Die Ausführungen über die Rolle des Geldes im ausgehenden Mittelalter sowie in der Reformation und Renaissance beruhen auf entsprechenden Darlegungen in Gesells Broschüre „Gold und Frieden?“, die Steiner ebenso in seiner Bibliothek hatte wie Gesells Broschüren „Freiland, die eherne Forderung des Friedens“, „Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch die Absolute Währung“ und „Internationale Valuta-Assoziation“; vgl. Rudolf Steiner Nachlassverwaltung & Martina Maria Sam (2019), S. 314 (G 250 „absolute Währung“), S. 316 (G 277 „IVA“; G 278 „Gold und Frieden?“ und G 279 /Freiland“) Da sich Gesells Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ nicht in Steiners Bibliothek befand, ist davon auszugehen, dass Steiner sich nicht gründlicher mit den theoretischen Grundlagen der Geld- und Bodenreform auseinandergesetzt hat. Übrigens kannte Steiner auch Gottfried Feders antisemitische Hetzschrift „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft“ und die „Money Problems“ des englischen Geldreformers Arthur Kitson, ließ sich hierauf aber nicht näher ein. Vgl. Rudolf Steiner Nachlassverwaltung (2019), S. 311 (Feder G 225) und S. 334 (Kitson G 452).

Grundlage der Währung eine ganz andere sein wird als dasjenige, was sie heute ist, außerdem international wird.“³⁵²

Inwieweit Steiners Äußerungen zum Geld und zum Zins in den „Kernpunkten“ und auch in späteren Veröffentlichungen tatsächlich durch Studer beeinflusst wurden oder ob Steiner sich schon vorher eigenständig mit dieser Thematik beschäftigt hatte, lässt sich nicht genau sagen. Zumindest bezeichnete er den Umstand, dass „Geld sich vermehrt, wenn man es bloß hat“, bereits in einem am 30.11.1918 in Dornach gehaltenen Vortrag als „etwas höchst Unnatürliches in der sozialen Ordnung. Man legt es auf eine Bank und bekommt Zinsen. Das ist das Unnatürlichste, was es geben kann.“³⁵³ Andererseits war in den „Kernpunkten“ auch noch von einem „rechtmäßigen Zins“ die Rede und im „Nationalökonomischen Kurs“ wiederholte Steiner, „dass ich nicht der Überzeugung bin, dass der Zins als solcher wegfallen muss von dem Geld“. Unabhängig von seiner widersprüchlichen Haltung zum Zins brachte er dessen Existenz jedenfalls nicht mit problematischen Strukturmerkmalen des Geldes in Verbindung. Einmal personalisierte er dieses Problem sogar, indem er auf den „Bankier ... (und) ... Geldwechsler“ als „herrschenden Menschen“ verwies. Aber auch ohne eine tiefere Einsicht in den von Personen unabhängigen strukturellen Liquiditätsvorteil des herkömmlichen Geldes und ohne seine kausale Verknüpfung mit dem Zins kam Steiner in den „Kernpunkten“ zu dem Ergebnis, dass das Geld in einem zukünftigen „gesunden sozialen Organismus nichts anderes als eine Anweisung auf Waren ... und wirklich nur ein Wertmesser“ sein solle. „Und damit Geld, das nicht in Produktionsbetrieben arbeitet, nicht ... von Inhabern zurückbehalten werde, kann Umprägung oder Neudruck von Zeit zu Zeit stattfinden. Aus solchen Verhältnissen heraus ... wird sich ergeben, dass der Zinsbezug von einem Kapitale im Laufe der Jahre sich immer verringere.“ Ganz im Sinne von Gesells „rostenden Banknoten“ fügte Steiner sogar noch hinzu: „Das Geld wird sich abnützen wie sich Waren abnützen. ... ‚Zins auf Zins‘ wird es nicht geben können.“³⁵⁴

Allerdings erwähnte Steiner Gesell nicht als den gedanklichen Urheber dieses in seiner inneren Struktur veränderten Geldes und in einem am 9. Juni 1920 in Stuttgart gehaltenen Vortrag distanzierte er sich überaus schroff von Gesell. „Wir erleben es heute, dass allerlei Leute, Gesell und andere - es gibt ja sonderbare ‚Gesellen‘ des Lebens - herumtanzen und vom freien Gelde reden. Das sind Utopisten. Das sind Abstraktlinge.“ Gegen Gesell, dem übrigens Steiner und die soziale Drei-

³⁵² Rudolf Steiner (1919/1985), S. 139 -140 (Freiland-Freigeld als partielle Lösung des Geldproblems).

³⁵³ Rudolf Steiner (1918/1979), S. 50 - 51 (unnatürliche Zinsen).

³⁵⁴ Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 92 (rechtmäßiger Zins) und 103 - 105 (Geld als Anweisung auf Waren und Wertmesser, sich abnützendes Geld, Zinseszins). - Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 146 (Bankiers und Geldwechsler als herrschende Menschen; Vortrag am 3.3.1920) und ders. (1922/1979b), S. 200 (Zins muss nicht wegfallen von dem Geld). Vgl. auch Rudolf Steiners Äußerungen über das Judentum am 8.5.1924, in: GA Band 353, S. 179 - 196, bes. S. 183 („Juden haben die christliche Entwicklung stark vorbereitet“) und 192 („Heute ist es notwendig, dass man ... nicht dieses Rassenmäßige, nicht dieses Volksmäßige, sondern das allgemein Menschliche hervorhebt.“)

gliederung unbekannt geblieben sind, wandte Steiner ein, dass es gar nicht darauf ankomme, Institutionen zu verändern. Vielmehr handele es sich beim Geld um ein geistiges Menschheitsproblem und das bestehe hauptsächlich darin, „dass etwa seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts das Geld im Wirtschaftsleben der modernen Zivilisation eine ähnliche Rolle spielt wie die abstrakten Begriffe in unserem Denken, dass es allmählich ausgelöscht hat alles konkrete Streben, dass es wie ein verdeckender Schleier sich hinüber legt über das, was sich in wirtschaftlichen Kräften ausleben muss.“ Steiner wollte das Konkrete des Wirtschaftens allein durch ein anderes privatwirtschaftliches Handeln gegenüber dem Abstrakten stärken und übersah dabei völlig, dass es die dem kapitalistischen Geld inhärente strukturelle Macht und seine Ausrichtung auf eine Maximierung der Rentabilität waren, welche dazu führten, dass den abstrakten Tauschwerten eine höhere Bedeutung zugemessen wurde als den konkreten Gebrauchswerten. Und er übersah deshalb auch, dass es zusätzlich zu persönlichen Verhaltensänderungen auch auf der institutionellen Ebene einer Veränderung der Geldstruktur bedurft hätte, um die konkreten und abstrakten Ziele des Wirtschaftens in ein ausgewogenes Verhältnis zu setzen.³⁵⁵

Als Steiner im Anschluss an einen am 5. Oktober 1920 in Dornach gehaltenen Vortrag nochmals von dem schweizerischen Reformpädagogen Werner Zimmermann auf Gesells Geldreform angesprochen wurde, wies er solche „Lieblingsmeinungen“ vehement zurück. „Wer zum Beispiel meint, dass man einfach durch eine Reduktion oder Expansion der Geldmenge, je nachdem, ob die Preise steigen oder sinken, irgendetwas erreichen kann, der zeigt, dass er wenig reale Vorstellungen vom Wirtschaftsprozesse hat. Mit einer solchen Festsetzung des Geldwerts ... ist ja gar nichts getan. ... Der ganze gesellsche Gedanke ist nichts als ein Gedanke, der heraus geboren ist aus einer vollständigen Unkenntnis des Wirtschaftslebens. Wenn man wirklich ins Wirtschaftsleben eingreifen will, dass dabei etwas herauskommt, so handelt es sich darum, dass man nicht beim Geld eingreift, sondern dass man in die Konsumtion und Produktion in lebendiger Weise eingreift. Da kommt es darauf an, dass Assoziationen sich bilden.“³⁵⁶ Währenddessen lief die Notenpresse der damaligen Deutschen Reichsbank auf Hochtouren und die Inflation der frühen Nachkriegsjahre, die die vom Krieg geschundenen mittleren und unteren Schichten vollends entwurzelte, nahm gigantische Ausmaße an.

Auf dem Höhepunkt der großen Inflation wandte sich Steiner in seinem „Nationalökonomischen Kurs“ (1922) nochmals gegen Gesells Forderung, die Kaufkraft der Währung durch eine exakte Anpassung der Geldmenge an das Sozialprodukt zu stabilisieren. „Was für Ansichten zuweilen heute herrschen, wo man überall die Tendenz hat, lieber mit Begriffen zu arbeiten als mit Realitäten, das zeigen Ihnen manche Freigeldleute. ... Sie kurieren da nur an den Symptomen herum.“³⁵⁷ Das

³⁵⁵ Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 190 - 191 [Gesell als Abstraktling und Utopist].

³⁵⁶ Rudolf Steiner (1920/1999b), S. 149 - 150 [Steiners Antwort an Werner Zimmermann].

³⁵⁷ Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 80 [Freigeld als Symptomkur].

hielt Steiner jedoch nicht davon ab, ähnlich wie Gesell darauf hinzuweisen, dass das Geld der menschlichen Arbeit und den Waren auf den Märkten als „unreeller Konkurrent“ gegenübertritt, weil es nicht dem Zahn der Zeit bzw. der Notwendigkeit einer Instandhaltung ausgesetzt ist wie die menschliche Arbeit und die Waren. Damit werde eine „soziale Unrichtigkeit in den sozialen Körper hineingebracht“, die zu strukturellen Verwerfungen führe. Um ein reeller Konkurrent auf den Märkten zu werden, müsse das Geld „altern“. „Wenn das Geld in Äquivalenz steht mit den Gütern ... , so müsste es sich abnützen“ und man müsste es „alt werden lassen“. Im Widerspruch zu einigen seiner eigenen Aussagen tendierte Steiner also letztlich doch zu einer institutionellen Änderung des Geldes - freilich ohne dazu konkrete Hinweise zu geben.³⁵⁸

Schließlich entwickelte er in seinem „Nationalökonomischen Kurs“ auch noch insofern einen differenzierteren Geldbegriff, als er im Hinblick auf verschiedene Verwendungsmöglichkeiten des Geldes zwischen Kaufgeld, Leihgeld und Schenkungsgeld unterschied. Mit der „Trinität von Zahlen, Leihen und Schenken“ ging Steiner über die Vorstellungen der Ökonomie von der Verwendung von Geld für Konsum- und Investitionszwecke hinaus und rückte die in der Ökonomie fehlende Kategorie des Schenkens ins Blickfeld - allerdings auf eine ganz andere Weise als Marcel Mauss mit seiner archaischen Schenkökonomie und es ging Steiner auch nicht um das Schenken zwischen Privatpersonen, sondern um das Schenken von Unternehmen an die Gesellschaft. Mit dem Schenkungsgeld meinte Steiner nämlich dasjenige Geld, das fortan von den assoziierten Unternehmen für das freie Geistesleben bereitgestellt werden sollte - insbesondere für Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, aber auch für kulturelle Einrichtungen, die im bisherigen Einheitsstaat im „allgemeinen Nebel des Wirtschaftens“ durch Zwangsschenkungen in Form von Steuern finanziert werden. Vor allem dasjenige Geld, des sich bislang aufgrund von Grundstückskäufen „im Boden staute“, sollte von den Assoziationen als Schenkungsgeld in Form von Stiftungen in das freie Geistesleben geleitet werden und dem Unterhalt von „geistigen Institutionen“ dienen. „Schenkungskapitalien“ hielt Steiner für das „Allerproduktivste im volkswirtschaftlichen Prozess“, während er die Verwendung des Geldes als Kaufgeld für den Austausch von Waren als das „Unfruchtbarste im volkswirtschaftlichen Prozess“ ansah. Und zwischen diesen beiden Geldverwendungsarten sei das Leihgeld „von mittlerer Produktivität“.³⁵⁹

³⁵⁸ Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 164 - 165 (Geld müsste sich abnützen wie die Waren) sowie 174 (Geld als unreeller Konkurrent der Ware) und 179 - 181 (neues und alt werdendes Geld).

³⁵⁹ Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 90 - 91 (Trinität), 92 (Erbschaften) - 95 (Assoziationen lenken das Schenkungsgeld), 129 (Schenkungskapitalien) - 130 (unproduktives Kaufgeld und Leihgeld von mittlerer Produktivität), 168 - 169 (Stauung von Geld im Boden), 176 - 177 (Stiftungen), 181 (Steuern als Teil eines allgemeinen wirtschaftlichen Nebels). „Lassen Sie die Assoziationen dafür sorgen, dass das Geld, das die Tendenz hat, in die Hypotheken hinein zu gehen, den Weg in freie geistige Institutionen hinein findet.“ (S. 95)

Mit dem Schenkungsgeld kehrte in Steiners Denken zurück, was er im Hinblick auf einzelne Privatunternehmer immer kritisch gesehen hatte - nämlich das von Frühsozialisten wie Robert Owen oder später von Unternehmern wie Ernst Abbe, Robert Bosch und Emil Molt vorgelebte sozialverantwortliche Unternehmertum. Nur ging es ihm nach wie vor nicht um ein soziales Unternehmertum von einzelnen privaten Unternehmern, sondern er stellte sich ein gleichsam institutionell verallgemeinertes soziales Unternehmertum aller in Assoziationen zusammengeschlossenen Unternehmen vor. Ohne dass es ihm vollständig bewusst geworden wäre, kam Steiners Schenkungsgeld der Überlegung von Bodenrechtsreformern entgegen, die Bodenrente für die Finanzierung öffentlicher Güter zu verwenden.³⁶⁰ Davon abgesehen blieb aber unklar, nach welchen Richtlinien Schenkungsgelder für das Geistesleben bereit gestellt werden sollten.

Hinzu kam eine weitere praktische Schwierigkeit. Steiner dachte nämlich nicht an ein gleichzeitiges Altern *allen* Geldes, sondern er machte eine abermals unkonkrete Andeutung, dass die Kauf-, Leih- und Schenkungsgelder entsprechend ihrer unterschiedlichen Produktivitäten unterschiedlich schnell altern sollten. „Altes Geld“ sollte demnach das Schenkungsgeld sein, das Leihgeld sollte in mittlerem Tempo altern und das Kaufgeld „junges Geld“ bleiben. Im „Nationalökonomischen Seminar“ legte Steiner im Widerspruch zu seiner generellen Forderung, „dass das Geld alt werden muss“, besonderen Wert auf die Feststellung, dass das Geld „als Kaufgeld ... bis zuletzt denselben Wert hat“. Wollte man ein „allmähliches Abnutzen“ des Kaufgeldes erreichen, sei dies „auf keine andere Weise“ möglich „als dadurch, dass Sie den Scheinen Coupons anhängen, die abgerissen werden müssen zu bestimmten Zeiten. Dadurch würde ein sehr komplizierter bürokratischer Apparat herauskommen.“³⁶¹

Steiners „alterndes Geld“ und Gesells „rostende Banknoten“ waren nur auf den ersten Blick miteinander verwandt. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen ihnen größer waren als ihre Gemeinsamkeiten. Abgesehen davon, dass Steiner nicht näher ausführte, wie das Altern des Geldes in der Praxis vorstättgehen sollte, blieb das „alternde Geld“ bei ihm ein Bestandteil der marktfremden Assoziationen und es erhielt nicht etwa die Aufgabe, die kapitalistisch vermachteten Märkte zu entmonopolisieren und ihre Fähigkeit zur dezentralen Selbstordnung der Märkte durch frei bewegliche und von leistungsfremden Kostenbestandteilen bereinigte Preise in vollem Umfang herzustellen. Dementsprechend mühsam gestalteten sich in der Vergangenheit einige Versuche, Verständigungsbrücken zwischen der sozialen Dreigliederung und der Bodenrechts- und Geldreform zu bauen.³⁶²

³⁶⁰ Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 102 („Es handelt sich darum, wie man die Bodenrente unschädlich macht im volkswirtschaftlichen Prozess“).

³⁶¹ Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 129 - 130 (unterschiedliche Produktivitäten von Kauf-, Leih und Schenkungsgeld), 179 - 181 (neues und altes Geld). - Ders. (1922/1973), S. 77 - 78.

³⁶² Vgl. hierzu Dieter Suhr (1988c), Stefan Leber (1989) und ders. (2000). - Werner Onken (1990), S. 4 - 38.

Erfolgreiche Nachwirkungen

Der Ökonomie, insbesondere der Historischen Schule, hielt Steiner mit Recht entgegen, dass sie nur eine empirisch-deskriptive „Seinsswissenschaft“, aber keine normativ-konstruktive „Sollwissenschaft“ sei.³⁶³ Jedoch wäre es kein erstrebenswertes Ziel der Ökonomie gewesen, den die Marktwirtschaft untergrabenden Organisierten Kapitalismus zu einer assoziativen, vermeintlich brüderlichen Verwaltungswirtschaft umzuformen. Andere von Steiner in seinen letzten Lebensjahren gegebene Impulse in den Bereichen der Pädagogik, Medizin und Landwirtschaft hatten im Gegensatz zur sozialen Dreigliederung sehr viel erfolgreichere Nachwirkungen.

Auf Initiative von Emil Molt entstand in dessen Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik in Stuttgart als Ergänzung zu den von ihm in seinem Unternehmen eingerichteten Arbeiterbildungskursen, dem Kindergarten und sozialen Maßnahmen für die Belegschaft auch eine erste Freie Waldorfschule, in der Steiner die Lehrer in seine Reformpädagogik einwies. Neben anderen reformpädagogischen Bewegungen entstanden danach in Deutschland und bald auch in vielen anderen Ländern private Waldorfschulen.³⁶⁴ Da sich die Gesellschaft indessen nicht zu einem dreigliedrigen Organismus wandelte, löste sich die Waldorfpädagogik schon bald von Steiners ursprünglicher Intention, junge Menschen zu Altruisten zu erziehen und sie zur Mitwirkung in den Assoziationen zu befähigen. Hinzu kam, dass der Besuch von Privatschulen im Laufe der Zeit häufig zu einem Privileg von Wohlhabenden wurde. Schließlich bleibt fraglich, ob die traditionell autoritäre Erziehung zum politischen Untertanengeist und zum Funktionieren im großen Getriebe der Wirtschaft ihre tiefere Ursache wirklich in der Staatlichkeit des damaligen Bildungswesens hatte und ob die staatlichen Schulen und Hochschulen überhaupt noch den aufgeklärten Bildungsidealen von Leibniz, Pestalozzi, Humboldt, Fröbel oder anderen Pionieren eines öffentlichen Bildungswesens entsprachen.³⁶⁵ Statt ein privates oder staatliches Bildungswesen per se für besser oder schlechter zu halten, wäre zu fragen, ob die wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen im Kapitalismus vielleicht *beide* Formen des Bildungswesens prägen. Dann würde vorstellbar, dass im Laufe eines Übergangs von der kapitalistischen zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft eine bunte Vielfalt von Bildungs- und Kultureinrichtungen in staatlichen, privaten, kirchlichen, gewerkschaftlichen oder anderen Trägerschaften entstehen kann, in denen junge Menschen verschiedenste Möglichkeiten einer Bildung zu autonomen Persönlichkeiten und BürgerInnen finden können.

³⁶³ Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 39.

³⁶⁴ Rudolf Steiner (1922/1978), S. 10 (Emil Molt), 12, 65, 70 - 72, 125 - 136 und 148 - 153.

Über die Waldorfpädagogik und andere Richtungen innerhalb der Reformpädagogik vgl. Jürgen Reulecke & Diethart Kerbs (1998), S. 315 - 330 (Bruno Schoning über die Reformpädagogik der 1920er Jahre) und 411 - 424 (Heiner Ullrich über die Waldorfpädagogik) sowie Ralf Koerrenz (2014).

³⁶⁵ Zur Entwicklung des öffentlichen Bildungswesens vgl. Herwig Blankertz (1982) und Dietrich Benner & Friedhelm Brüggens (2011).

Neben der Waldorfpädagogik begann Steiner in den frühen 1920er Jahren in Zusammenarbeit mit der niederländischen Ärztin Ita Wegmann, die Schulmedizin um eine geisteswissenschaftliche Heilkunst zu erweitern, woraus in Arlesheim bei Basel sowie Stuttgart und Schwäbisch Gmünd erste Kliniken und die Weleda AG als Hersteller von anthroposophischen Arzneien und Kosmetika hervorgingen. Parallel dazu entstanden auf Initiative von Anthroposophen im In- und Ausland auch viele heilpädagogische und sozialtherapeutische Einrichtungen wie die englischen Camphill-Gemeinschaften, in denen Menschen mit Handicaps hilfreiche Zuwendung und Förderung erhalten.

1922 entstand eine Christengemeinschaft als anthroposophische Glaubensrichtung, die übrigens als erste Kirche auch Frauen zum Pfarramt zuließ. Und 1924 begann schließlich mit einem von Steiner auf einem schlesischen Landgut gehaltenen „Landwirtschaftlichen Kurs“ die Entwicklung der biologisch-dynamischen Landwirtschaft mit dem Ziel, natürliche Lebensmittel in möglichst geschlossenen Kreisläufen zwischen Pflanzen, Tieren und Menschen zu erzeugen und die der Erde durch die sich allmählich industrialisierende Landwirtschaft geschlagenen Wunden wieder heilen zu lassen. Die biologisch-dynamische „Demeter“-Landwirtschaft war einer von mehreren Wegbereitern des späteren ökologischen Landbaus. Allerdings hatte sie noch keine unmittelbare Verbindung mit den Bodenrechtsreformbewegungen und Steiners Vorstellungen von natürlichen Kreisläufen in der Landwirtschaft waren noch nicht in die Vorstellung von gesamtwirtschaftlichen Kreisläufen eingebettet.³⁶⁶

Sehr viel später ging aus der anthroposophischen Bewegung schließlich noch die „Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken“ (GLS) mit ihrem Hauptsitz in Bochum hervor. Ihre Gründung erfolgte in den 1970er Jahren zeitgleich mit der Gründung der kirchlichen „Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft“ (EDCS, später: „Oikocredit“) in einer Zeit, als Geschäfte der Deutschen Bank mit dem rassistischen Apartheidsregime in Südafrika Proteste hervorriefen und ein Nachdenken darüber auslösten, wie Menschen anders mit ihrem ersparten Geld umgehen könnten als es kapitalistischen (Groß-)Banken zu überlassen, die es in die Rüstungs- und andere zweifelhafte Industrien investieren oder damit spekulieren. GLS-KundInnen können freiwillig ganz oder teilweise auf marktübliche Zinsen verzichten und entscheiden, wo ihre ersparten Gelder bis zur eigenen Verwendung zwischenzeitlich ‚arbeiten‘ - zum Beispiel in der ökologischen Landwirtschaft, in der regenerativen Energieerzeugung oder in den Bereichen von Bildung und Kultur. Während die GLS-Bank genossenschaftlich organisiert ist und im Bereich des ethisch-ökologischen Bankings den größten Zulauf hat, agieren anthroposophisch fundierte Unternehmen wie die dm-Drogerien des Grundeinkommensverfechters

³⁶⁶ Zu den mittlerweile zahlreichen Unternehmen mit einem aus der Anthroposophie abgeleiteten Selbstverständnis vgl. die Übersicht bei Jens Heisterkamp (2009), u.a. S. 15 - 28 (Weleda), 29 - 44 (Wala), 57 - 68 (Voelkel), 103 - 111 (Demeter-Produkte), 115 - 126 (GLS-Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken), 146 - 154 (dm-Drogeriekette) und 155 - 164 (Hess Naturtextilien).

Götz Werner oder die Handelsketten Alnatura, tegut und Denn's wie Konzerne auf dem Markt für öko-faire Produkte. Zwar stehen sie auf dem kapitalistisch verzerrten Markt auch selbst im Wettbewerb mit großen Discountern; ebenso wie diese mit ihren Öko-Regalen erschweren sie jedoch ebenfalls die Existenz kleinerer und mittlerer Bioläden. Auf dem Markt für öko-faire Produkte sind sie jedenfalls keine Vorreiter eines monopolfreien Wirtschaftens.³⁶⁷

7.5 Religiöser Sozialismus

Eine weitere Variante einer nicht materialistisch-atheistischen Kapitalismuskritik war der Religiöse Sozialismus. Während die Anthroposophie das Christentum mit religiösen Überlieferungen Indiens verband, knüpfte der Religiöse Sozialismus an das abendländische Christentum an - besonders an den Bericht der Apostelgeschichte über die urchristliche Gütergemeinschaft. Deren Deutung als eine frühe Form des Kommunismus begünstigte eine Verbindung des Religiösen Sozialismus mit der marxistischen Kapitalismusanalyse. Dabei hätten ihm der französische Frühsozialismus mit Saint-Simons „Neuem Christentum“, Proudhons Anknüpfungen an die mosaische Gesetzgebung und George's Offener Brief an Papst Leo XIII. mit der Charakterisierung der privaten Aneignung der Bodenrente als „Verletzung der wohlwollenden Absichten des Schöpfers“, der allen Menschen ein Recht auf die gleiche Teilhabe an den Naturschätzen geben wollte, eigentlich viel mehr zu ihm passende gemeinsame Schnittmengen geboten. Die „Hinwegsteuerung der Bodenrente“ betrachtete George sogar als „eine Reform, welche die menschlichen Einrichtungen mit dem Willen Gottes in Übereinstimmung bringen soll“, und die Forderung nach ihr als eine „Aufgabe der Religion“.³⁶⁸

Die Wahrnehmung der religiös-sozialistischen Ansätze bei Saint-Simon, Proudhon und George war jedoch dadurch erschwert, dass Marx innerhalb der Arbeiterbewegung die intellektuelle Hegemonie gegenüber den Frühsozialisten und Proudhon errungen hatte. So verband der Religiöse Sozialismus die biblischen Überlieferungen des Hall- und Jubeljahrs im alten Israel, der urchristlichen Gemeinde in Jerusalem, die Kritik am Mammon und das Gebot der Nächstenliebe aus der Bergpredigt sowie die Traditionen freiwillig armer Klostergemeinschaften wie die von Franz von Assisi mit Marx' Kapitalismusanalyse. Während Marx in jeder Form von Religion nur einen „Seufzer der bedrängten Kreatur und Opium des Volkes“ gesehen hatte³⁶⁹, wandelte sich der materialistische Glaube an eine historische Mission

³⁶⁷ Vgl. hierzu Michael Lühmann (2013), S. 80 - 89.

³⁶⁸ Vgl. Claude Henri Saint-Simons „Nouveaux Christianisme“ (1825) und das Kap. 2.2.2.1 des vorliegenden Buches. - Zu Proudhons religiös-sozialistischen Aussagen vgl. das Kap. 4.2 im vorliegenden Buch. - Vgl. Henry George (1893/1981), S. 15 und 23 (Boden und alle Naturschätze); 15 - 17 (soziales Unrecht der privaten Bodenrente als tiefere Ursache des Missbrauchs der Religion zu Machtzwecken und der Verbreitung des Materialismus), 28, 47 und 65 (private Vereinnahmung als Verstoß gegen Gottes Absichten), 35 (Mose) sowie 6, 19 und 94 (Bodenrechtsreform als Aufgabe der Religion).

³⁶⁹ Karl Marx (1843-1844/1970), S. 378 (Religion als Opium des Volkes).

des Proletariats durch die Verbindung mit der christlichen „Option für die Armen“ zur religiös-sozialistischen Hoffnung auf die Verwirklichung eines zukünftigen Reiches Gottes auf Erden.

Im Vergleich zu den katholischen und evangelischen Soziallehren, die stärker auf eine sozialpolitische Einhegung des Kapitalismus ausgerichtet waren, verstand sich der Religiöse Sozialismus mehr als ein entschieden auf eine Überwindung des Kapitalismus hinarbeitendes Christentum. Eine zentrale Figur in seinen Anfängen war der im württembergischen Pietismus verwurzelte Theologe Christoph Blumhardt (1842-1919). In der Sozialdemokratie, in der er sich engagierte, hatte er die Spannung zwischen Atheismus und Christentum auszuhalten. Und die evangelische Kirche suspendierte ihn schließlich von seinem Dienst, weil es ihm nicht nur um das individuelle Seelenheil der Menschen ging, sondern auch um eine Erlösung der gesamten Gesellschaft von kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen. „Das Kapital ist der Tyrann der heutigen Menschen“, schrieb Blumhardt im Jahr 1899. „In unserer Zeit wird alles zu Geld, alles wird danach geschätzt. Der Teufel des Kapitals, die Spekulation, kommt überall hin. Und zuletzt kommen wir in Verschuldung. Das ist die Herrschaft des Kapitals. Christus will nichts von dieser Kapitalwirtschaft wissen.“ Während Blumhardts Kritik am Geld mit derjenigen von Marx übereinstimmte, teilte er nicht dessen Ziel einer Abschaffung von Markt und Geld. Vielmehr war er überzeugt, dass „in Christi Reich ... das Geld auch eine Rolle spielen ... muss, aber keine größere als das Leben. Das Geld dem Leben und nicht das Leben dem Geld! ... In unserem zukünftigen Reich wird nicht mehr das Geld benutzt werden können zur Unterdrückung der anderen.“³⁷⁰ Allerdings hatte Blumhardt noch keine Vorstellung, wie das Geld so verändert werden könnte, dass es nur noch dem Leben dient und nicht mehr zu Herrschaftszwecken instrumentalisiert werden kann. Unabhängig davon übte er einen starken Einfluss auf die schweizerischen Theologen Hermann Kutter und Leonhard Ragaz aus, die zusammen mit den Theologen Karl Barth und Paul Tillich zu den führenden Persönlichkeiten des Religiösen Sozialismus wurden. Für Barth galt der Grundsatz: „Ein wirklicher Christ muss Sozialist werden (wenn er mit der Reformation des Christentums Ernst machen will). Ein wirklicher Sozialist muss Christ sein, wenn ihm an der Reformation des Sozialismus gelegen ist.“³⁷¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah Barth die Welt vor einer Entscheidung „zwischen den verschiedenen sozialistischen Möglichkeiten (Liberal-Sozialismus? Genossenschaftswesen? Syndikalismus? Freigeldwirtschaft? Gemäßigter – Radikaler Marxismus?).“ Und auch Ragaz erinnerte an das biblisch-kanonische Zinsverbot, das erst im Zuge der Reformation schrittweise gelockert und schließlich ganz aufgehoben worden sei, um „damit jener Entwicklung zum Kapitalismus die Bahn ...

³⁷⁰ Zu den christlichen Soziallehren vgl. Helga Grebing (1970/1975), S. 76 - 86 und 120 - 133. - Zum Religiösen Sozialismus und insbesondere zu Blumhardt vgl. Günter Ewald Hrsg. (1977), S. 21 - 38. - Christoph Blumhardt, zitiert nach Johannes Harder (1978), S. 194 - 195 (Geld vom Herrscher zum Diener).

³⁷¹ Karl Barth (1915/2012), S. 117.

öffnen, welche die Geldherrschaft zuletzt auf den Gipfel bringt, Gott und den Menschen durch den Mammon verdrängend.“ In der Geld- und Bodenrechtsreform sah Ragaz ein erneutes „Erwachen der Revolution des Mose. ... In diesem Sinne darf man das Buch von Silvio Gesell ‚Die Natürliche Wirtschaftsordnung‘ neben ‚Das Kapital‘, ‚Fortschritt und Armut‘ und ‚Das Ur-Eigentum‘ stellen.“³⁷²

Trotz der Wertschätzung durch Barth und Ragaz konnten die Gedanken von George und Gesell im Religiösen Sozialismus, von dem vor allem in England eine Bruderhofbewegung ausging, ebenso wenig wie in der späteren lateinamerikanischen Befreiungstheologie Fuß fassen. In beiden Bewegungen blieb die Orientierung an Marx' Kapitalismusanalyse vorherrschend. Nur Eugen Drewermann erkannte später, während der 1990er Jahre, noch einmal die Notwendigkeit, „das Geld zu sich selbst zu erlösen“, es von seiner „menschenversklavenden, dämonischen Kraft“ zu befreien und es auf ein „neutrales Zahlungsmittel“ zu reduzieren. Es ging ihm aber vorläufig „nicht darum, die Freigeldtheorie Silvio Gesells, auf welcher das Wörglsche Experiment basierte, ausführlich als Alternative zu den Fehlern des derzeitigen monetären Systems zu diskutieren; es genügt der Hinweis, dass eine solche Alternative möglich ist.“ 2000 Jahre nach der Bergpredigt Jesu könne man nicht mehr behaupten, dass deren Befolgung aus ökonomischen Gründen unmöglich sei.³⁷³

Erst zwanzig Jahre später drängte Drewermann in seinem mehrbändigen Werk „Finanzkapitalismus“ darauf, dass es nunmehr „hohe Zeit“ sei, „über eine Wirtschaft ohne Zinsnahme nachzudenken und dabei auf Gedanken zurückzugreifen, die vor rund 100 Jahren der deutsch-argentinische Sozialreformer Silvio Gesell in einer Vielzahl von Schriften vorgetragen hat.“³⁷⁴

7.6 **Nachwirkungen**

Trotz teilweise verwandter und sich gegenseitig ergänzender Ziele konnten Oppenheimer und andere Bodenreformer sowie Gesell oder Steiner keine geistige Arbeitsgemeinschaft bilden und auch ihre Kräfte nicht zu einem stärkeren Dritten Weg als Alternative zum Kapitalismus und zum Kommunismus bündeln. Sie blieben Einzelkämpfer, die sich kaum gegenseitig beachtetten oder sich sogar voneinander distanzieren.

³⁷² Karl Barth (1946), S. 34 - 35. - Leonhard Ragaz (1947), S. 133 - 134. - Karl Barth äußerte sich auch zum Zusammenhang zwischen dem zinstragenden Geld sowie Rüstung und Krieg: „Wo nicht der Mensch, sondern das zinstragende Kapital der Gegenstand ist, dessen Erhaltung und Mehrung der Sinn und das Ziel der politischen Ordnung ist, da ist der Automatismus schon im Gang, der eines Tages die Menschen zum Töten und Getötetwerden auf die Jagd schicken wird.“ (Die kirchliche Dogmatik Band III/4, Zürich 1951, S. 525)

³⁷³ Eugen Drewermann (1996), S. 474 - 475 und 498 - 500. - Zu späteren Bemühungen um Verständigungsbrücken vgl. Werner Onken (2015), Roland Geitmann (2016) und Christoph Körner (2017).

³⁷⁴ Eugen Drewermann (2017), S. 140, 157 - 158 (Ökonomie und Zins), 199 (Gesell), 219 und 343 (Freigeld und Vollgeld).

Obwohl Henry Georges Gedanken weltweite Kreise zogen und obwohl einige Doktoranden Oppenheimers später politischen Einfluss erlangten - Erik Nölting wurde nach 1945 sozialdemokratischer Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen und Ludwig Erhard wurde während der Nachkriegsjahre des sog. Wirtschaftswunders christdemokratischer Bundeswirtschaftsminister und sogar Bundeskanzler - gerieten die ordnungspolitischen Grundgedanken des Liberalsozialismus in Vergessenheit. Und obwohl die Soziologen Max Horkheimer und Theodor Adorno in den frühen 1920er Jahren als Studierende einige von Oppenheimers Seminaren besucht hatten, sprang auch kein liberalsozialistischer Funke auf das 1923 in Frankfurt gegründete Institut für Sozialforschung über, denn die Gründergeneration der Kritischen Theorie orientierte sich von vornherein sehr stark an Marx. Weder unterzog sie Oppenheimers These vom Gegensatz zwischen einem „feindlichen Wettkampf“ zwischen marktbeherrschenden Monopolen und einem „friedlichen Wettbewerb“ auf monopolfreien Märkten einer näheren Prüfung noch stellte sie wie Gesell in seinem Denkansatz einer Geld- und Bodenrechtsreform die Frage, ob der Gegensatz zwischen diesen beiden Marktformen nicht nur durch eine „Bodensperre“, sondern vielleicht auch noch durch eine ungelöste Geld- und Kapitalproblematik bedingt sein könnte. Dementsprechend enthielten Publikationen der Frankfurter Schule zwar Analysen der inneren Widersprüchlichkeit der modernen kapitalistischen Zivilisation, aber keinerlei Hinweise auf einen Kausalzusammenhang mit der privaten Aneignung der Bodenrente und der inneren Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Geldes. Folglich unterließ die Kritische Theorie auch jede Suche nach Übergängen vom Monopolkapitalismus in eine nichtkapitalistische Marktwirtschaft mit dezentralisierten Geld- und Realvermögen und genossenschaftlichen Formen der Produktion.³⁷⁵

Als Mitbegründer der Frankfurter Schule und ihrer Kritischen Theorie galt Friedrich Pollock als ihr Fachmann für ökonomische Fragen. In seiner Dissertation über Marx' Geldtheorie hatte er sich eng an den Band 1 des „Kapital“ angelehnt. Über weite Strecken rekapitulierte er Marx' Äußerungen über das Geld als Mittel eines Äquivalententausches und ließ sich auch durch die „Schatzbildung als erste Vervollständigung des Tauschwertes als Geld“ nicht zu der Frage anregen, ob das Geld die Möglichkeit haben könnte, das gesamte Gefüge aus Produktion und Zirkulation

³⁷⁵ Die Unterschiede zwischen dem monopolistischen Wettbewerb und einem von Monopolen befreiten Wettbewerb legte Oppenheimer 1938 nochmals detaillierter in einem Buch „Das Kapital - Kritik der Politischen Ökonomie“ dar (1938/1998, S. 449 - 801, hier: S. 744). - Zur Verbindung zwischen Oppenheimer und Horkheimer/Adorno vgl. Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 119. Während der NS-Diktatur wollte Horkheimer von New York aus die Veröffentlichung englischer Übersetzungen von Oppenheimers Werken fördern, aber es fehlten ihm dazu die finanziellen Mittel. (S. 166) Als Angehörige des Kuratoriums der „Freunde der Universität Jerusalem in Deutschland“ unterstützten Horkheimer und Adorno den Neubau eines Instituts der Universität Jerusalem, an dem eine Oppenheimer-Gedenktafel angebracht wurde. (S. 170) - Vgl. auch Rolf Wiggershaus (1987), S. 34 - 35 (mangelnde Eignung Oppenheimers für eine Funktion innerhalb der Frankfurter Schule, weil er Marx nicht nahe genug stand) und 76 - 80 (Friedrich Pollock). - Zur Frankfurter Schule vgl. außerdem Michael Schwandt (2010) und Emil Walter-Busch (2010).

lation eigenmächtig zu beeinflussen und zu stören. Während die Schatzbildung in der einfachen Warenproduktion noch eine größere Rolle gespielt habe, werde sie „in der kapitalistischen Produktionsweise ... als Selbstzweck immer seltener“, weil ein Kapitalist, der der Zirkulation Geld entziehe, sehr wohl wisse, dass er damit ein „verrückter Kapitalist“ ist, während der „rationelle Kapitalist sehr wohl weiß, dass Geld in Schatzform keinen Anteil am Verwertungsprozesse hat“. Darum werde es in der kapitalistischen Produktionsweise zu „einer immer dringenderen Forderung des Systems selbst, das in Schatzform untätig Daliegende zum ‚arbeiten‘ zu zwingen.“³⁷⁶

Pollock verteidigte Marx' Geldtheorie gegen Kritik von bürgerlichen Ökonomen wie Knapp oder Wicksell, ohne in seine Argumentation einzubeziehen, was Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ über den zunehmenden Vorrang des Finanz- über das Industriekapital und über den tendenziellen Fall der Profitraten ausgeführt hatten. Er nahm auch kein einziges Mal Bezug auf die Vorschläge von Proudhon oder Gesell, die Struktur des Geldes zu verändern. Auch der KPD-Reichstagsabgeordnete und Parteitheoretiker Karl Korsch und der Sinologe Karl August Wittvogel, der Marx' Ausführungen zur „asiatischen Produktionsweise“ fortführte - beide gehörten in der Anfangszeit der Frankfurter Schule zu ihrem äußeren Mitarbeiterkreis - , entwickelten keinerlei Verständnis für die Geldreformansätze, als sie darüber 1926 auf Tagungen eines „Revolutionären Jugend-Rings“ in Kassel mit Gesells Mitarbeiter Martin („Diogenes“) Hoffmann diskutierten.³⁷⁷

In seinen weiteren Überlegungen als führender Ökonom der Frankfurter Schule blieb Pollock - dem übrigens Horkheimer & Adorno später ihre „Dialektik der Aufklärung“ widmeten - ähnlich wie Hilferding und andere marxistische Theoretiker ganz in der Vorstellung gefangen, dass es nur noch eines Schrittes von der monopol- und staatskapitalistischen Planung der Wirtschaft im „Organisierten Kapitalismus“ zu ihrer sozialistischen Planung bedurfte. Aufgrund der mit dem Monopolkapitalismus einhergegangenen „Verschiebung des wirtschaftlichen Schweregewichts zu den Großbetrieben und den Riesenunternehmungen in der Industrie, im Handel und im Bankwesen“ seien die „ökonomischen Voraussetzungen für eine planwirtschaftliche Ordnung der Gesamtwirtschaft bereits im Schoße des heutigen Wirtschaftssystems entwickelt“ worden. Ein im Vergleich zum Monopolkapitalismus besseres System der Wirtschaft „sehen wir nur in der Richtung auf die Ersetzung der ‚partiellen‘ durch eine ‚totale‘ Organisation“. Es machte Pollock auch nicht stutzig, dass „bahnbrechend hier die Kriegswirtschaft wirkte“, d.h. die weitgehende Militarisierung der deutschen Wirtschaft während des ersten Weltkriegs wurde mehr als 10 Jahre später zum Vorbild für eine sozialistische Planwirtschaft!³⁷⁸ Tragischer Weise versäumten es Pollock und andere Theoretiker der

³⁷⁶ Friedrich Pollock (1923), S. 59, 61 und 64 - 65.

³⁷⁷ Zur Rolle von Karl Korsch und Karl August Wittvogel in der Frankfurter Schule vgl. Michael Schwandt (2010), S. 55, und Emil Walter-Busch (2010), S. 26 - 28, 69 und 231. - Zu Martin („Diogenes“) Hoffmann und dem „Revolutionärer Jugend-Ring“ vgl. Werner Onken (1999), S. 111 - 112.

³⁷⁸ Friedrich Pollock (1932/1975), S. 23, 29 und 32 - 33.

marxistischen Arbeiterbewegung, die als kleinbürgerlich missverstandenen Gedanken von Mill, Proudhon, George, Oppenheimer und Gesell aufzugreifen und eigenständig weiterzudenken.

Während die von Oppenheimer mit gegründeten Siedlungsgenossenschaften außer den Kibbuz-Siedlungen in Palästina nicht die erhoffte Außenwirkung erzielen konnten, erlangte das von Gesell konzipierte Freigeld unmittelbar nach seinem Tod während der frühen 1930er Jahre eine größere Bekanntheit durch praktische Modellversuche mit einem solchen Freigeld in Schwanenkirchen im Bayerischen Wald sowie in der Stadt Wörgl bei Innsbruck in Tirol. Unter den zahlreichen Anfragen, die der damalige sozialdemokratische Wörgler Bürgermeister Michael Unterguggenberger als Initiator dieses kommunalen Freigeldexperiments³⁷⁹ aus Österreich und mehreren anderen Ländern erhielt, befand sich übrigens auch eine Anfrage von Adolf Pinkas aus Palästina, das damals nach dem Ende des Osmanischen Reiches britisches Mandatsgebiet war. Als Delegierter der „Religious Zionist Party“ hatte er 1923 am 13. Zionistischen Kongress in Karlsbad teilgenommen und leitete die Zweigstelle der „Mizrachi Bank“ in Tel Aviv. Möglicherweise erwog er die Durchführung eines Freigeldexperiments in Palästina; jedoch ist nicht bekannt, ob es zustande kam.³⁸⁰

Nach einer gewissen Laufzeit wurden diese Freigeldexperimente trotz oder wegen ihrer Anfangserfolge behördlich verboten; dennoch trugen sie dazu bei, dass das Wissen um die Geldreformgedanken nach 1945 nicht völlig in Vergessenheit geriet.³⁸¹ Einen großen Anteil hatte daran auch die wohlwollend-kritische Würdigung, die Gesell um die Mitte der 1930er Jahre durch den britischen Ökonomen John Maynard Keynes in dessen Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ erfuhr.³⁸² Allerdings erschwerten die sozialdarwinistischen Einflüsse der Evolutionstheorie auf Gesells Menschenbild den Zugang zu seinen ökonomischen Reformgedanken und führten zu Versuchen seiner völligen Diskreditierung statt zu historisch-kritischen Weiterentwicklungen.³⁸³

³⁷⁹ Vgl. hierzu Werner Onken (1997), S. 3 - 33, und Gebhard Ottacher (2007).

³⁸⁰ In einem Brief an Michael Unterguggenberger vom 13.8.1932 aus Tel Aviv erwähnte Adolf Pinkas, dass er in einer Zeitschrift bzw. einer Zeitschriftenrubrik „Kurzberichterstatte“ Nr. 26 vom 30.7.1932 von dem Wörgler Freigeldexperiment erfahren hatte, und bat um nähere Informationen. Das Original dieses Briefes befindet sich in den Korrespondenzen Michael Unterguggenbergers, die im Unterguggenberger-Institut in Wörgl verwahrt werden. Eine Kopie befindet sich im „Archiv für Geld- und Bodenreform“ in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. - Gemäß einer Email des Philosophen und Historikers Prof. Dr. Yigal Wagner (University of Tel Aviv) vom 23.9.2016 an den Verfasser war Adolf Pinkas verwandt mit David Tswi Pinkas, dem Generaldirektor der „Mizrachi Bank“. David Tswi Pinkas gehörte 1948 zu den Mitunterzeichnern der Unabhängigkeitserklärung Israels und gehörte den ersten drei Regierungen Israels an. Eine Kopie dieser Email befindet sich ebenfalls im „Archiv für Geld- und Bodenreform“.

³⁸¹ Vgl. hierzu Werner Onken (1997).

³⁸² Zur Rezeption von Gesells Theorieansätzen in der Ökonomie vgl. die Zusammenstellung einschlägiger Textquellen auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomien_uber__gesell.html

³⁸³ Vgl. Elmar Altvater (2004) sowie Peter Bierl (2005) und (2012).

George, Oppenheimer und Gesell haben einerseits die marktwirtschaftliche Grundorientierung der Klassik übernommen und andererseits begonnen, deren Ahnungslosigkeit gegenüber monopolistischen Machtballungen zu korrigieren. So lag im Zwischenraum zwischen der Klassik und Neoklassik einerseits und dem Marxismus andererseits, gleichsam im Windschatten von beiden, ein Potenzial zur antikapitalistischen Kurskorrektur der Marktwirtschaft. Von allen späteren Denkrichtungen, die sich wie die Historische Schule oder der Institutionalismus mehr oder weniger weit von der Klassik/Neoklassik und vom Marxismus entfernten, wurde es übersehen. In mancher Hinsicht waren George, Oppenheimer und Gesell bereits frühe Vorläufer des späteren Ordoliberalismus und sie nahmen auch schon Teile des Leitbildes „Small is beautiful“ vorweg, das Kohr, Schumacher und Illich später neu formulierten, nachdem sich auch der Ordoliberalismus im Dickicht der Kapitalakkumulation und -konzentration verfangen hatte.

Werner Onken

MARKT WIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS

Von der Akkumulation und
Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer
Dezentralisierung

Band 2

Werner Onken

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Von der
Akkumulation und Konzentration
in der Wirtschaft
zu ihrer Dezentralisierung

Band 2
Kapitel 8 bis 11

Inhaltsverzeichnis

Band 1

	Vorwort	15
1	Einleitung: Nach feudalen, kapitalistischen und totalitären Herrschaftspyramiden zu einer egalitären Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern	23
2	Der Laissez-faire-Kapitalismus der liberalen Klassiker und seine frühsozialistischen Gegenbewegungen	35
2.1	Adam Smith's Vision einer bürgerlichen Marktgesellschaft und die Realität der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft	35
2.2	Frühe Kritiken am Industriekapitalismus	44
2.2.1	Sismonde de Sismondis erste Kritik an der gesellschaftlichen Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme	45
2.2.2	Frühsozialismus in Frankreich und in England vor 1848	49
2.2.2.1	Claude Henri Saint-Simon und das soziale Unternehmertum	49
2.2.2.2	Charles Fourier und die frei assoziierten Phalanstières	53
2.2.2.3	Robert Owen als sozialer Unternehmer sowie als Initiator der Londoner Arbeitsbörse und kommunistischer Siedlungen	61
3	Karl Marx & Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Korrektur des Liberalismus zum antiliberalen Kommunismus in ihren Frühschriften bis zum „Kapital“ Band 1	75
3.1	Geldkritisches in den Frühschriften von Marx & Engels	77
3.2	„Kommunistisches Manifest“ (1848)	83
3.3	„Das Kapital“ (1867) als wissenschaftliche Entschlüsselung des „Geheimnisses der Plusmacherei“ in der Produktionssphäre	86
3.4	Kommunismus = Gütergemeinschaft + schrankenlose Steigerung der technischen Produktivkräfte	93
3.5	Ähnlichkeiten zwischen antiliberalen Strukturmerkmalen von Kommunismus und Feudalismus	95
4	Sozialer Liberalismus und libertärer Sozialismus in England und Frankreich um 1848 und danach	103
4.1	John Stuart Mills Ansätze eines sozialen Liberalismus	103
4.2	Pierre Joseph Proudhons „Gleichheit der Bedingungen“ und die „Gegenseitigkeit als Formel der Gerechtigkeit“	122

5	Geld- und Zinskritisches in den Spätwerken von Marx & Engels und ihren Nachfolgern in der Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg	163
5.1	Spuren von Geldkritik im „Kapital“ Band 1 und in den Vorstudien	163
5.2	Engels' Spätschriften sowie die Bände 2 und 3 des „Kapital“	165
5.3	Vom „Kapital“ Band 1 zur Programmatik der Sozialdemokratie	174
5.4	Rosa Luxemburgs kritische Auseinandersetzung mit dem Band 2 von Marx' „Kapital“	179
5.5	Rudolf Hilferdings Analyse der Rolle des Finanzkapitals im Monopolkapitalismus des frühen 20. Jahrhunderts	190
5.6	Vladimir I. Lenins Interpretation des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus	204
5.7	Noch immer: Verstaatlichung des in privaten Händen konzentrierten Industrie- und Finanzkapitals	208
6	Bürgerliche Antworten auf den Marxismus in der Ökonomie und in der Soziologie	215
6.1	Gustav Schmoller und die Historische Schule der Ökonomie	215
6.2	Neoklassische Grenznutzen- und Grenzproduktivitätstheorien	219
6.3	Thorstein Veblen und der Institutionalismus in den USA	228
6.4	Geldkritisches in der Soziologie	235
6.4.1	Georg Simmels „Philosophie des Geldes“	235
6.4.2	Max Webers „Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“	250
6.4.3	Werner Sombarts „Der Bourgeois“	255
6.5	Marcel Mauss und die archaische Schenkökonomie	257
7	Im Schatten von Neoklassik und Marxismus – Alternativen zu Kapitalismus und Kommunismus	263
7.1	Henry George und die Single-Tax-Bewegung	265
7.2	Entgeltliche Nutzungsrechte statt privater Eigentumsrechte am Boden und bodenreformerische Siedlungsprojekte	290
7.2.1	Theodor Hertzkas Utopie einer Freilandsiedlung in Afrika	290
7.2.2	Franz Oppenheimer und der liberale Sozialismus	294
7.2.3	Gustav Landauers libertärer Sozialismus der Tat	313
7.2.4	Gartenstädte als Wiederverbindung von Stadt und Land	317
7.3	Silvio Gesells Geld- und Bodenrechtsreform als Weg in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus	320
7.4	Rudolf Steiner und die Dreigliederung des Sozialen Organismus	383
7.5	Religiöser Sozialismus	418
7.6	Nachwirkungen	420

8	Hauptströmungen in der Ökonomie und Wirtschaftssoziologie während der 1920er bis 1940er Jahre	439
8.1	Neoklassische Wettbewerbs- und Preistheorie – als Rechtfertigung von Monopolen und Oligopolen	440
8.2	Rudolf Hilferding & Fritz Naphtali: Organisierter Kapitalismus und Wirtschaftsdemokratie	447
8.3	Joseph Alois Schumpeter und die Entwicklung des Kapitalismus durch die von innovativen Unternehmern bewerkstelligte „schöpferische Zerstörung“	456
8.4	Keynes' Makroökonomie und sein Ausblick auf einen evolutionären „Gezeitenwechsel“ in der Wirtschaftspolitik	476
8.5	Karl Polanyi und die „große Transformation“	525
8.6	Die wirtschaftspolitische Ideologie des Nationalsozialismus	537
8.6.1	Vorläufer von Müller und List bis Sombart und Spann	537
8.6.2	Das NSDAP-Programm mit Elementen einer rassistisch-antisemitischen Pervertierung der Geld- und Bodenrechtsreform	558
8.6.3	Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus ab 1933	570
8.6.4	Zäsur 1936 – Mit dem Vierjahresplan zum „totalen Krieg“ und zur Judenvernichtung	576
8.6.5	Wäre der tiefe Fall in die Barbarei vermeidbar gewesen?	578
9	Der Ordoliberalismus der Freiburger Schule als Reaktion auf die totalitären Herrschaftssysteme des Kommunismus und des Nationalsozialismus/Faschismus	583
9.1	Die theoretischen Grundlagen des Ordoliberalismus	589
9.1.1	Franz Böhm – Wettbewerb oder Kampf der Monopole	590
9.1.2	Walter Eucken und das „Modell der vollständigen Konkurrenz“	596
9.1.3	Alexander Rüstow – gegen die „Elephantiasis der Wirtschaft“	616
9.1.4	Wilhelm Röpke – Vom „Kult des Kolossalen“ zum „menschlichen Maß“ in der Wirtschaft	626
9.2	Kritik am Glauben an den technischen Fortschritt und die industrielle Massenproduktion	632
9.3	Kehrtwende von der monopolfreien vollständigen Konkurrenz zur sozial verbrämten kapitalistischen Marktwirtschaft	636
9.3.1	Alfred Müller-Armack und die „Soziale Marktwirtschaft“	636
9.3.2	Ludwig Erhard als Wegbereiter des sog. „Wirtschaftswunders“	640
9.3.3	Friedrich August von Hayeks dezidiert unsozialer Liberalkapitalismus	643
9.3.4	Ordoliberalismus zwischen der „Mont-Pèlerin-Society“ und der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“	648
9.3.5	Anpassung der Wettbewerbstheorie an die Realität der monopolkapitalistisch vermacheten Marktwirtschaft	653

9.4	Ordoliberalismus zwischen selbst verursachtem Niedergang und der Chance zu seiner freiheitlich-sozialen Erneuerung	656
Exkurs 1	Norbert Elias „Über den Prozess der Zivilisation“	660
Exkurs 2	Karl Poppers „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“	665
Exkurs 3	Karl Jaspers und Hannah Arendt	669
10	Im Windschatten von Kapitalismus und Kommunismus – Ansätze einer Dezentralisierung während der Nachkriegsjahrzehnte bis zur Mitte der 1980er Jahre	683
10.1	Leopold Kohr und das „Ende der Großen“	683
10.2	Ernst Friedrich Schumachers „Small is beautiful“	710
10.3	Ivan Illich und die „konvivialen Werkzeuge“	731
10.4	Partnerschaftliche Mitarbeiterunternehmen und Modellversuche mit innerbetrieblicher Demokratie im Westen	748
10.5	Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien	758
10.6	Ota Šik und der Prager Frühling 1968	770
11	Neoliberale Entfesselung der Finanzmärkte seit der Mitte der 1970er Jahre und unzureichende Gegenstrategien	785
11.1	Milton Friedmans „Monetaristische Gegenrevolution“	792
11.2	Die Verselbstständigung der Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft, der Gewerkschaften und den Staaten	801
11.3	Marginales Schattendasein der Geld- und Bodenrechtsreform während des Höhenflugs des Finanzmarktkapitalismus	806
11.4	Das Fehlen kritischer Geldbetrachtungen in der Soziologie	812
11.4.1	Michel Foucaults Poststrukturalismus	813
11.4.2	Kritische Theorie der Frankfurter Schule	815
11.4.3	Niklas Luhmann und die Systemtheorie	834
11.4.4	Die Wiederentdeckung von Georg Simmels „Philosophie des Geldes“	843
11.4.5	Die Jenaer neue Kritische Theorie: Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa	846
11.4.6	Dieter Prokop und die „Kritische Theorie des Gelds“	858
11.5	Von den „Grenzen des Wachstums“ zum „Wachstum der Grenzen“ und zur ökologischen Modernisierung im „Green Capitalism“	863
11.5.1	Hans Christoph Binswangers Unterscheidung zwischen einer nicht wachsenden Versorgungswirtschaft und einer wachsenden Erwerbswirtschaft	864
11.5.2	Ernst Winklers Unterscheidung zwischen der kapitalistischen Wachstums-krankheit und einer „Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang“	865
11.5.3	Die Rückholung der Natur in die ökonomische Theorie durch Hans Christoph Binswanger	866
11.5.4	„NAWU-Report – Wege aus der Wohlstandsfalle“ (1979)	868
11.5.5	„Arbeit ohne Umweltzerstörung“ (1983)	871
11.5.6	Von der Entkapitalisierung des Geldes und der Natur zu Simmels „Philosophie des Geldes“ und zur Problematisierung der Geldschöpfung der Geschäftsbanken	876

11.5.7	Dieter Suhrs „Geld ohne Mehrwert“ als Ausweg aus der zerstörerischen Wachstumswirtschaft	878
11.5.8	Argwohn und ökologische Vorbehalte gegenüber einer Geldreform	880
11.5.9	Rehabilitationen der Geld- und Bodenrechtsreform durch Gerhard Scherhorn, Carlo Jaeger und Hans G. Nutzinger	882
11.5.10	Grünes Wachstum vs. Wachstumskritik	884
11.5.11	Claus Leggewies & Harald Welzers „radikaler Richtungswechsel“?	886
11.5.12	Helge Peukerts Diagnose und Therapie der „großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise“ (2010)	887
11.5.13	Green Capitalism als Ausweg?	888
11.5.14	Wem gehört eigentlich die Natur?	891
11.5.15	Niko Paechs Entwurf einer „Postwachstumsökonomie“ (2012)	895
11.5.16	Lateinamerikanische „Buen Vivir“-Bewegung	905
11.5.17	Christian Felbers „Gemeinwohl-Ökonomie“	910
11.5.18	Das Bedingungsloses Grundeinkommen	915

Band 3

12	Orientierungssuche in Zeiten einer „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) – Erste Ansätze einer Neuorientierung der Globalisierungskritik in die Richtung einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus	935
12.1	Historisch-sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahmen von Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein	936
12.2	Nach 200 Jahren des kapitalistischen „Weltsystems“ (Wallerstein) und nach mehr als 40 Jahren seiner völligen Liberalisierung und Deregulierung	939
12.3	Der unbewältigte „Geldkomplex“ als „Schlüsselfrage“ des 21. Jahrhunderts (Peter Ulrich)	944
12.4	Von Simons' und Fisher's „100%-Money“ zu Hubers „Vollgeld“	946
12.5	„Kampf Davids gegen Goliath-Finanzinstitutionen“ (Helge Peukert)	951
12.6	„Gesell-Geld“ (Buiter) ante portas oder erst in 100 Jahren?	958
12.7	Negative Leitzinsen als Beginn eines „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsels“?	961
12.7.1	Abschied von dauerhaft positiven Zinsen als „Herzstück des Kapitalismus“ (Straubhaar)	962
12.7.2	Wissenschaftliche Wiederentdeckung Gesells als Vorläufer einer Geldreform in den USA, in England und in Frankreich	964
12.7.3	Wissenschaftliche Reaktionen auf Null- bzw. Negativzinsen in Deutschland	965
12.7.4	Null- und Negativzinsen und das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“	967
12.7.5	Wie weiter mit den negativen (Leit-)Zinsen? Zurück zu positiven Zinsen oder vorwärts zu ca. -5 %?	975
12.7.6	Verteufelung negativer Zinsen durch die neuere Österreichische Schule	977
12.7.7	Mit Vollgeld zurück zu einem „Normalzustand“ mit positiven Zinsen (Joseph Huber)?	979
12.7.8	Zwischen Abwehr und allmählicher Akzeptanz von Null- und Negativzinsen	982

12.8	Antikapitalismus – von links wieder nach rechts?	984
12.8.1	Ulrich Busch und der „negative Geldfetischismus“	986
12.8.2	Elmar Altvaters Ablehnung der Geld- und Bodenrechtsreform als „verkürzter Kapitalismuskritik“	987
12.8.3	Christoph Deutschmanns Erinnerung an Gesell und Keynes und David Harveys Annäherung an ein „oxidierendes Geld“ als Zwischenschritt zu einer „Gesellschaft ohne Tauschwert“	988
12.8.4	Axel Honneths „Aktualisierung der Grundideen des Sozialismus“	989
12.8.5	Lisa Herzog: „Kann man heute noch liberal sein?“	992
12.8.6	Paul Masons „Postkapitalismus“	995
12.8.7	Wider die „Imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand & Markus Wissen)	997
12.8.8	Sahra Wagenknechts marktwirtschaftlicher Antikapitalismus	1000
12.8.9	Grüne Strategien zur Verhinderung eines weiteren Finanzcrashs	1005
12.8.10	Andreas Reckwitz' Wegweisung in die Richtung eines „einbettenden Liberalismus“ als Antwort auf den Staatsinterventionismus und neoliberale Exzesse	1007
12.8.11	Nico Stehr & Dustin Voss: Das Geld als zentrales Medium in ihrer „Gesellschaftstheorie der Moderne“ (2019)	1012
12.8.12	Rechtspopulismus – eine Folge der von Wissenschaften sowie von politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften nicht bewältigten Aufgabe, eine freiheitliche und zugleich gerechte Ordnung der Wirtschaft zu schaffen	1015
13	Realutopische Umriss einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Ausblicke und Forschungsfragen	1027
13.1	„Punkt eins aller Menschenrechte“: Eine gleiche Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Lebensgrundlagen	1029
13.1.1	„Die Erde als Gemeinschaftsgut aller Menschen und die Menschheit als Gutgemeinschaft“ (Fritz Andres)	1030
13.1.2	Präzisierung der Menschenrechte und ein kurzer Rückblick auf die bisherigen Verfassungen	1039
13.1.3	Verpasste historische Chancen	1040
13.1.4	„Prinzip und Ende der Rentenökonomie“ (Dirk Lohr)	1042
13.2	Geld – vom sozialen Sprengstoff zum sozialen Integrationsmittel	1051
13.2.1	Berührungspunkte mit dem Judentum, Christentum und Islam	1055
13.2.2	Berührungspunkte mit der Philosophie	1058
13.2.3	Berührungspunkte mit den Naturwissenschaften?	1065
13.3	Menschenbild – Vom homo oeconomicus zum homo cooperativus	1075
13.4	Wettbewerb und Kooperation auf monopolfreien Märkten	1084
13.5	Qualitativer Strukturwandel der Arbeitswelt – Von der Lohnabhängigkeit zu selbstbestimmten Tätigkeiten	1089
13.5.1	Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz	1091
13.5.2	Zukunft der Arbeitswelt – Von der fremdbestimmten Beschäftigung zur selbstbestimmten Tätigkeit	1094
13.5.3	Allmählicher Wandel des Arbeitsmarktes	1097
13.5.4	Parallel laufender allmählicher Wandel des Kapitalmarkts	1099
13.5.5	Mittel- und langfristige Dezentralisierung der Unternehmen in einer Vielfalt von kleineren und mittleren Dimensionen	1101

13.5.6	Selbstverwaltung und Demokratisierung der Unternehmen	1103
13.5.7	Auswirkungen auf den Gütermarkt	1105
13.5.8	Funktionswandel der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften	1106
13.5.9	Internetkonzerne	1107
13.6	Produktion und Reproduktion: Von der Geschlechterhierarchie über die „Subsistenzperspektive“ und das „Vorsorgende Wirtschaften“ zu einem egalitären Geschlechterverhältnis	1111
13.6.1	Bezahlte Erwerbsarbeit vs. unbezahlte Hausarbeit – Zur Hausarbeitsdebatte der 1970er Jahre (Marianosa Dalla Costa & Selma James)	1114
13.6.2	Die Bielefelder „Subsistenzperspektive“ (Maria Mies & Veronika Bennholdt-Thomsen & Claudia von Werlhof)	1116
13.6.3	„Vorsorgendes Wirtschaften“ (Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister)	1122
13.6.4	Nach „Subsistenzperspektive“ und „Vorsorgendem Wirtschaften“ – Gibt es bessere Wege zu ihren richtigen Zielen?	1126
13.7	Vom Glauben an die Grenzenlosigkeit des Wirtschaftswachstums zu einer Postwachstumsökonomie	1138
13.8	Europa und die übrige Welt	1145
13.8.1	Europäische Einigung? Ja, aber auf einem marktwirtschaftlichen statt kapitalistischen Fundament und nicht als „Festung Europa“	1146
13.8.2	Neuordnung der Weltwirtschaft – Von der nachholenden Entwicklung zur Einebnung des Nord-Süd-Gefälles	1170
Exkurs	„Alles unter dem Himmel“ – Das chinesische „Tianxia“-System	1200
14	Anstelle eines Nachworts: Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus, Transformationstheorie und Corona-Krise	1205
14.1	Siegeszug, Rückschläge, Gefährdungen und Vollendung der modernen Demokratie	1205
14.2	Transformationsforschung zwischen einem „Nicht mehr“ und einem „Noch nicht“	1235
14.3	Corona-Krise – Ein mit herkömmlichen Mitteln überwindbarer Schock für die Wirtschaft oder auch eine Chance für ein Vorankommen der Transformation?	1239
15	Literaturverzeichnis	1261

Kapitel 8
Hauptströmungen in der
Ökonomie und Wirtschaftssoziologie
während der
1920er bis 1940er Jahre

8 Hauptströmungen in der Ökonomie und Wirtschaftssoziologie während der 1920er bis 1940er Jahre

Der Geld- und Bodenrechtsreform von Silvio Gesell lag die Hoffnung zugrunde, dass „der Umlaufszwang alle Theoretiker versöhnen“ könnte - sowohl der bürgerlichen als auch der marxistischen Theoretiker und der Kontrahenten innerhalb der beiden großen Lager.¹ Jedoch war sein zugleich liberaler und antikapitalistischer Ansatz einer Alternative sowohl zur Klassik und Neoklassik als auch zum Marxismus noch weit davon entfernt, integrierend auf die in unzählige Interessengruppen, Parteien und Verbände aufgespaltene Gesellschaft und auf die unterschiedlichen ökonomischen Lehrmeinungen einwirken zu können.

Auch die Grundgedanken der von Veblen begründeten institutionalistischen Ökonomie hätten sich in eine versöhnliche Zusammenführung verschiedener Theoriestränge einbeziehen lassen. Gleichsam institutionalistisch war nämlich neben Gesells Kritik am Prestigekonsum der ‚feinen Leute‘ auch seine Charakterisierung des Bodenrechts und des Geldwesens als Institutionengefüge, das „allen gesellschaftlichen Einrichtungen, allen Sitten und Gebräuchen, der Ehe, dem Bau der Städte, der Architektur, den Mietskasernen, der nationalen und internationalen Politik, der Literatur, der Philosophie, der Religion, dem Streben der Jugend und des Alters den Stempel aufdrückt, den schmutzigen Stempel der Gewalt, des Hasses, der Rohheit, der Verlogenheit, des Klassenstaates. Ihm passen wir alles an. Innerlich wie äußerlich sind wir zum Spiegelbild dieses Rechtes geworden. Es bildet die Gussform, innerhalb deren wir uns seit 6000 Jahren entwickeln.“ Und die Geld- und Bodenrechtsreform war für ihn eine „bewusste und gewollte Tat“, d.h. ein ordnungspolitischer Akt, um die im quasi naturwüchsigen Laisser-faire-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts entstandenen „naturwidrigen menschlichen Einrichtungen“ in Institutionen umzuwandeln, die der sich dezentral selbst steuernden Marktwirtschaft eine nachkapitalistisch-freiheitliche und zugleich gerechte Rahmenordnung geben.² Allerdings vertiefte Gesell nicht die institutionalistischen Seiten seiner Gedanken - weder hinsichtlich der Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Institutionen noch stellte er das Geldwesen und das Bodenrecht ausdrücklich als Institutionen dar, die einer Veränderung bedurften.

Unbeeindruckt von dem katastrophalen Absturz der modernen industriellen Zivilisation in einen ersten großen Weltkrieg und ihrer fortgesetzten Zerrüttung durch die große Inflation der frühen Nachkriegsjahre setzten sowohl die Neoklassik als auch der Marxismus ihre unterschiedlichen Theorieentwicklungen auf der gemeinsamen Basis eines unbeirrten Glaubens fort, dass eine monopolistische Kapital-

¹ Silvio Gesell (1902/1989b), S. 114 (Versöhnung der ökonomischen Theorien), und (1919/1991a), S. 323 - 328.

² Silvio Gesell (1923/1993a), S. 203 (Geld- und Bodenrecht als institutionelle Gussform); ders. (1920/1991a), S. 55 (naturwidrige Institutionen) und XV (Geld- und Bodenrechtsreform als bewusste und gewollte Änderung von Institutionen).

konzentration unverzichtbar sei als Grundlage für die weitere Hervorbringung und wirtschaftliche Nutzung von technischen Fortschritten.

Nach der zwischenzeitlichen Stabilisierung der Weimarer Republik während der sog. ‚Goldenen 20er Jahre‘ brach die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft unter dem Druck der großen Deflationskrise der Weltwirtschaft vollends auseinander. Während sich in Deutschland die antiliberalen Ideologien von Faschismus/Nationalsozialismus und Kommunismus im Kampf um das Erbe des den Liberalismus bis zur Zerrüttung pervertierenden Kapitalismus unversöhnlich gegenüber standen, entwickelte der österreichische, ab 1932 in den USA lehrende Ökonom Joseph Alois Schumpeter im Anschluss an die Neoklassik und Marx seine Theorie weiter, dass die Entwicklung des Monopolkapitalismus in fernerer Zukunft einmal in einen Sozialismus übergehen werde. Unterdessen nahm John Maynard Keynes zentrale Aussagen von Gesell über das Geld in seine „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ auf, schreckte aber vor ihren letzten, die Geld- und Realkapitalrenditen gegen Null senkenden Konsequenzen zurück und empfahl stattdessen vorerst eine Politik des staatlichen ‚Deficitspending‘ als zweitbesten Weg zur kurzfristigen Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft. Und tiefgründiger als Simmel und Weber untersuchte der Wirtschaftssoziologe Karl Polanyi noch einmal die „große Transformation“, die zum Aufstieg des modernen Kapitalismus geführt hatte.

8.1 Neoklassische Wettbewerbs- und Preistheorie – als Rechtfertigung von Monopolen und Oligopolen

Während die neoklassische Ökonomie nach dem Ersten Weltkrieg weiterhin das Leitbild der vollständigen Konkurrenz postulierte und eine realitätsferne Welt aus walrasianischen Gleichgewichtsmodellen erschuf, ging sie in ihren Wettbewerbs- und Preistheorien ganz andere Wege - nämlich Wege der Anpassung an bzw. Unterwerfung unter die fortschreitende Beherrschung der vermeintlich ‚freien‘ Märkte durch mono- und oligopolistische Kartelle, Trusts und Syndikate. Dabei leugnete die Neoklassik jegliche Konzentrationswirkungen, die sowohl von dem von ihr fälschlicherweise als neutral angesehenen Geld ausgingen als auch von monopolistischen Okkupationen von Kohle, Öl und anderen natürlichen Ressourcen. Gerade im Hinblick auf die natürlichen Ressourcen erwies sich die Verdrängung des Bodens bzw. der Natur aus der neoklassischen Produktionsfunktion als besonders verhängnisvoll.

Unter völliger Ausblendung der ökonomischen Antriebskräfte der Kapitalakkumulation rechtfertigte der neoklassische Ökonom Robert Liefmann (1874-1941) die Konzentration als positive Begleiterscheinung technischer Entwicklungen. „Die tiefste Ursache der Kartellbildung liegt in der Entwicklung des Großbetriebs überhaupt. Diese aber ist wieder die Folge der großen technischen Errungenschaften, die, schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beginnend, namentlich dem

19. Jahrhundert ihren Stempel aufgedrückt haben.“ In der großindustriellen Massenproduktion und in dem durch Eisenbahnen und Dampfschiffahrt möglich gewordenen Massenabsatz sahen Liefmann und andere Neoklassiker eine gewaltige Steigerung des allgemeinen Wohlstands. Und eine Beschränkung des freien Wettbewerbs durch marktbeherrschende Monopole erschien ihnen als gerechtfertigt, da mit den auf Massenproduktion eingestellten kapitalistischen Großunternehmungen enorme wirtschaftliche Risiken verbunden seien. Eigenartigerweise war für Liefmann noch „der Unternehmer“ der Träger des mit der Investition von großen stehenden und umlaufenden Kapitalien verbundenen Risikos, obwohl die Anteilseigner in anonymen Aktiengesellschaften nicht mehr mit ihrem gesamten Vermögen, sondern nur noch im Umfang ihrer Aktien hafteten.³

„Der gesteigerte Konkurrenzkampf hatte nun für alle Unternehmer die nachteiligsten Folgen. Auf der einen Seite vergrößerte sich immer mehr ihr Kapitalrisiko, auf der anderen Seite verminderten sich ihre Gewinne.“ Für Liefmann war es deshalb nur konsequent, dass größere Unternehmen sich zu Kartellen und Trusts zusammenschlossen, um ihre Gewinne bzw. Renditen vor weiterer Konkurrenz zu schützen. Für ihn war es lediglich „hochinteressant zu beobachten“ - aber es nicht als Fehlentwicklung zu kritisieren - , „wie sich dieser Übergang vom extremen Individualismus, von der absoluten Isoliertheit der Unternehmer zu immer fester organisierten Verbänden seit den siebziger Jahren allmählich in einer Industrie nach der anderen vollzogen hat. ... Die erste Epoche einer Kartellbewegung in Deutschland fällt in die Zeit des großen Krachs, des tiefen wirtschaftlichen Niedergangs Mitte der siebziger Jahre. Hier liegt die Entstehung der großen Verbände der Kohlen-, Eisen-, Papier-, Kali-Industrie und vieler anderer. ... Erleichtert wurde dann das Zustandekommen der Kartelle durch den Beginn der schutzzöllnerischen Ära seit 1879.“⁴

Zwar verwiesen Liefmann und andere Neoklassiker nicht wie Marx auf eine historische Gesetzmäßigkeit, die zwangsläufig zu einer immer weiteren Konzentration des Kapitals führe; gleichwohl war es auch für sie eine unzweifelhafte Tatsache, „dass die Entwicklung zum größeren Betriebe in manchen Industrien, der damit verbundenen produktionstechnischen Vorteile wegen, nicht aufzuhalten ist.“ Auch hielt es Liefmann für verfehlt, „willkürliche Verteilungsgrundsätze zu konstruieren“ und hochgradig monopolisierte Industrien wie die Elektro- und Chemieindustrien als „verstaatlichungs- oder sozialisierungsreif“ zu deklarieren. Andererseits war er kein Verfechter eines ungezügelten Laissez-faire-Kapitalismus. Die Sorge, dass eine Sozialisierung der Wirtschaft zu einem gefährvollen „Dornenweg zur sozialen Erlösung der Menschheit“ werden könnte, veranlasste ihn zu der Forderung an die Arbeiterbewegung, sich „damit zu begnügen, die Möglichkeiten einer organischen Weiterbildung der bisherigen Wirtschaftsordnung zu beobachten ... und sie im Sinne sozialer Ausgleichung zu beeinflussen.“ Damit plädierte Liefmann

³ Robert Liefmann (1920), S. 21 - 22.

⁴ Robert Liefmann (1920), S. 24 - 25.

für einen „vielleicht langsameren, aber milderem Weg der organischen Entwicklung“ innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.⁵ -

Ungeachtet der Kritik von Philosophen und Soziologen an der Vermassung der Menschen in der Moderne verstärkte sich während der 1920er Jahre insbesondere in den USA, aber nicht nur dort der Glaube der neoklassischen Ökonomie an die Vorteile der großindustriellen Massenproduktion zuerst in der Automobil- und Elektroindustrie und danach auch in anderen Industrien. Zuvor waren Armeen die ersten hierarchisch-autoritären, auf Befehl und Gehorsam aufgebauten Großbetriebe in der Wirtschaftsgeschichte gewesen und die ‚Vorteile‘ der industriellen Massenproduktion hatten sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts besonders in der Produktion von Mitteln der Destruktion wie Waffen und Munition gezeigt. Der Erste Weltkrieg war auch der erste mit Produkten der Großindustrie wie Bomben und Giftgas geführte Krieg. Überhaupt entwickelte sich die Rüstungsindustrie zu einem der wichtigsten Motoren des technischen Fortschritts und der Kapitalkonzentration. Ein anderer Motor von Konzentration und technischem Fortschritt waren große Chemie- und Pharmaunternehmen wie Bayer, BASF, IG Farben/Hoechst u.a. Ihnen gelang es, den Industrialisierungsprozess dadurch über natürliche Grenzen hinaus zu forcieren, dass sie eine Vielzahl von Kunststoffen massenhaft als Ersatz für natürliche Materialien produzierten. Das Industriezeitalter wurde deshalb analog zur Stein-, Bronze- und Eisenzeit häufig auch als Kunststoff- oder Plastikzeit bezeichnet. Bei der Errichtung von stetig größer werdenden Wohn-, Industrie- und Verkehrsbauten lösten Stahl und Beton die natürlichen Baumaterialien mehr und mehr ab. Plastikverpackungen machten es möglich, regionale Wertschöpfungskreisläufe in globale Wertschöpfungsketten umzuwandeln und selbst Lebensmittel über große Entfernungen zu transportieren.⁶

Mit alledem verdrängte die Neoklassik die Einsicht von Henry George, dass sich die Produktivitätssteigerungen durch naturwissenschaftlich-technische Erfindungen und Entdeckungen nicht nur als „eine ungemischte Wohltat“ erwiesen, sondern als etwas sehr Widersprüchliches. „Nicht bloß, dass ihre Wohltaten ungleich verteilt sind, sondern sie bringen auch unbedingt schädliche Wirkungen hervor. Sie konzentrieren das Kapital und vermehren die Macht dieser Konzentrationen zur Monopolisierung und Unterdrückung.“⁷ Dabei betrachtete George die innere Widersprüchlichkeit der modernen Großtechnik nur erst als Auswirkung der Ungleichheit bei der Teilhabe an den natürlichen Lebensgrundlagen und noch nicht als Auswirkung der Akkumulation und Konzentration von leistungslosen Kapitaleinkommen. Mittlerweile beruhte die großindustrielle Massenproduktion jedoch

⁵ Robert Liefmann (1920), S. 241 - 242, 253 - 254 und 305.

⁶ John Desmond Bernal (1970), S. 667 und 770 - 786 (Rüstung als Motoren des technischen Fortschritts), 748 - 758 (Verkehr und Raumfahrt), 763 - 770 (Bauwesen und Chemieindustrie). - Dietrich Braun (2013), S. XIII, 10 und 23 - 26 (Sozialgeschichte der Kunststoffe), und Klaus Kohlhepp (2005), S. 22 - 32 (Kunststoffe). - Zu der zur Kapitalkonzentration passenden Industriearchitektur vgl. Ingrid Ostermann (2010).

⁷ Henry George (1885/1967), S. 129.

längst auf dem Einsatz großer Mengen besonders von fixem Kapital, das sowohl aus akkumulierten Bodenrenten als auch aus akkumulierten Kapitalzinsen stammte und das nach weiterer rentabler Verwertung strebte. Außerdem beruhte sie auf einer strikten Trennung der leitenden von den ausführenden Arbeiten einschließlich einer hierarchischen Überordnung der leitenden Arbeiten über die ausführenden Arbeiten. Letztere waren nicht mehr wie in dem zurückgedrängten Handwerk auf einzelne Berufsfelder, sondern nur noch auf monoton wiederkehrende Handgriffe spezialisiert. Die Arbeiter wurden jeder Eigenverantwortung beraubt und ebenso austauschbar wie die Teile, die sie produzierten. Und ihre ausführenden Arbeiten unterlagen einer strengen Überwachung durch das Management der großen Aktiengesellschaften.

Zwar war in den USA schon im Juli 1890 mit dem sog. Sherman Act ein Gesetz erlassen worden, dass der Marktmacht von Monopolen wie Rockefellers Standard Oil Company oder der Carnegie Steel Company entgegenwirken sollte. Das Gesetz sah auch Möglichkeiten vor, Personen zu bestrafen, die Monopole bilden, und Monopole zu entflechten; jedoch wurde es kaum angewandt. Zum Musterbeispiel der industriellen Massenproduktion wurde Henry Fords Autofabrik in Detroit, in der die Produktion an Fließbändern in zahlreiche spezialisierte Handgriffe zerlegt war. Für solche Formen der industriellen Massenproduktion entwickelte der nordamerikanische Ingenieur Frederick Taylor ein arbeitswissenschaftliches „Scientific Management“, mit dem sich die hierarchisch untergeordneten und extrem spezialisierten ausführenden Arbeiten disziplinieren und überwachen ließen - mit der Folge, dass die Arbeiter zu kleinen, von sich selbst entfremdeten Rädchen in einem großen anonymen Getriebe wurden.

Kritik an der Massenproduktion und der mit ihr verbundenen Intensivierung der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft wurde vielfach mit Hinweisen auf ihre für die gesamte Gesellschaft vorteilhafte hohe Produktivität abgewehrt. Die neoklassische Ökonomie postulierte eigens zu ihrer Rechtfertigung ein „Gesetz der Massenproduktion“, wonach bei der Produktion von manchen Konsumgütern die Stückkosten mit steigender Produktionsmenge sinken (steigende „economies of scale“). Auch wenn sich nicht leugnen lässt, dass sich Produktionsstückkosten durch steigende Produktionsmengen senken lassen, so ist die sog. Produktivität der Massenproduktion keineswegs gleichbedeutend mit einem ‚wirtschaftlichen‘ Einsatz der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit zum gleichmäßigen Vorteil beider Seiten (den Boden bzw. die Natur hatte die Neoklassik ohnehin bereits aus ihrer Produktionsfunktion ausgeblendet bzw. unter das Kapital subsumiert). ‚Produktiv‘ wurde die Massenproduktion vielmehr in erster Linie im Sinne einer maximalen Rentabilität des enorm hohen fixen Kapitals, das in großindustrielle Massenproduktionsanlagen investiert wurde. Zudem garantierte die staatliche Wirtschaftspolitik diese Rentabilität noch durch Subventionen zum Beispiel für Kohle und Stahl und sie schützte sie obendrein noch durch einen Verzicht auf die Einbeziehung der schädlichen Nebenwirkungen der Massenproduktion auf Menschen und Natur in die Kostenkalkulationen.

Trotz der übertariflich hohen Löhne, die der Automobilfabrikant Henry Ford seinerzeit seinen Arbeitern zeitweise zur Sicherung des Massenkonsums zahlte, und trotz der Teilhabe auch von Arbeitern an dem kapitalistisch erzeugten Massenwohlstand ist die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes menschlicher Arbeit in der Massenproduktion zweifelhaft. Zudem ist auffällig, dass die Konzentration von Geld- und Realkapital besonders in ressourcen- und energieintensiven Bereichen wie der Schwer- und Chemieindustrie, dem Verkehr und der Rüstung ihren höchsten Grad erreichte, in denen Produktion und Konsum auch die Natur stark schädigen. Würden tatsächlich alle ökonomischen, sozialen und ökologischen Kosten in die Preise der in großen Massen produzierten Güter einkalkuliert, dürften die ‚Vorteile‘ der Massenproduktion anders aussehen und vielleicht würde sich dann eine Produktion in ‚zu großen‘ Betrieben als unwirtschaftlich erweisen.

Neoklassische Preis- und Wettbewerbstheorien

Im Zusammenhang mit dem Gesetz der Massenproduktion diskutierte die Neoklassik auch Wettbewerbsvorteile von großen gegenüber mittleren und kleinen Unternehmen, die sich aus ihren niedrigeren Stückkosten in der Produktion ergaben. Aber obwohl sich die wirtschaftliche Realität mit der fortschreitenden Monopolisierung der Märkte meilenweit vom klassischen Leitbild freier Märkte mit vielen kleineren und mittleren Anbietern und Nachfragern entfernt hatte, hielt die Neoklassik an der Fiktion einer vollkommenen Konkurrenz fest - nicht etwa, um eine Orientierung der Wirtschaftspolitik an diesem Leitbild einzufordern, sondern um die Interessen der Kartelle, Trusts und Syndikate hinter der Fassade einer angeblich gleichen Marktfreiheit zu verbergen.

Keine einzige Prämisse des Modells der vollkommenen Konkurrenz war in der Realität der vermachteten Märkte auch nur annähernd erfüllt. Weder standen sich viele Anbieter und Nachfrager mit annähernd gleichen materiellen Ausstattungen bzw. Eigentumsrechten und damit verbundenen Entscheidungsfreiheiten gegenüber, noch waren die Märkte transparent und gleichermaßen offen für alle, die in sie ein- oder austreten wollten. Dennoch behauptete die Neoklassik, dass sich selbst überlassene Märkte am besten in der Lage seien,

- a) einzelwirtschaftliche Entscheidungen über die Produktion von Waren mit Hilfe frei beweglicher Preise sinnvoll aufeinander abzustimmen (Lenkungsfunktion)
- b) Arbeit und Kapital sinnvoll, d.h. bedarfsgerecht einzusetzen (Allokationsfunktion)
- c) den Einfluss einzelner Unternehmen auf die Märkte gegenseitig zu begrenzen (Kontrollfunktion) und
- d) Einkommen und Vermögen leistungsgerecht auf alle Marktteilnehmer zu verteilen (Verteilungsfunktion).

Entgegen diesen Behauptungen der Neoklassik war die durch Monopole und Oligopole beherrschte kapitalistische Marktwirtschaft keineswegs frei im Sinne einer gleichen Freiheit für alle. Aufgrund der von der Neoklassik nicht gesehenen

strukturellen Macht des Konzentrationsprozesse fördernden Geldes war sie vielmehr ungezügelt im Sinne eines ‚Rechts‘ von stärkeren Unternehmen, die schwächeren rücksichtslos von den Märkten zu verdrängen. Während die Schwächeren oftmals trotz aller Anpassungsbemühungen in Konkurs gingen, waren die Stärkeren keineswegs bloße „Mengenanpasser“, sondern Akteure, die die Märkte beherrschten und die viel beschworene Souveränität der Konsumenten aushöhlten.⁸ Und im Widerspruch zu den neoklassischen Gleichgewichtsmodellen verharteten die einzelnen Märkte in dieser ungeordneten kapitalistischen Marktwirtschaft in chronischen Ungleichgewichten.

Hinter ihrer ideologischen Fassade aus Markt- und Preistheorien passte die Neoklassik ihre Wettbewerbstheorie Schritt für Schritt an die real existierenden Machtverhältnisse auf den mono- und oligopolistischen Märkten an. Ohne die in der Machtstruktur des Geldes und im monopolistischen Zugriff auf natürliche Ressourcen liegenden Antriebskräfte der Kapitalkonzentration in den Blick zu nehmen, griffen neoklassische Ökonomen äußere Merkmale von monopolistischen Märkten auf, um sie als unvermeidlich oder ‚naturegegeben‘ zu erklären und die Monopolisierung letztlich mit banalen Äußerlichkeiten zu rechtfertigen.

Ein erstes Fragezeichen setzte der italienische Ökonom Piero Sraffa (1898-1983) 1926 hinter das neoklassische Modell der vollkommenen Konkurrenz.⁹ Zwei Jahre später löste der Betriebswirt Eugen Schmalenbach (1873-1955) eine große wissenschaftliche Debatte mit seiner These aus, wonach der steigende Anteil fixer Kapitalkosten der Produktion besonders in der Schwerindustrie unweigerlich dazu führen müsse, dass die Wirtschaft sich mehr und mehr einer „neuen Epoche der gebundenen Wirtschaft“ annähere. „Diese Tatsache, dass ein immer größerer Anteil der Produktionskosten fix wird, lässt die alte Epoche der freien Wirtschaft ihrem Ende entgegengehen. ... Der Versuch zur freien Wirtschaft zurückzukehren, wird unter der Herrschaft der fixen Kosten aussichtslos sein.“¹⁰

Sodann entwickelte der nordamerikanische Ökonom Edward Chamberlain (1899-1967) eine „Theory of Monopolistic Competition“ (1933), wonach konkurrierende Unternehmen nicht völlig identische bzw. homogene, sondern nur ähnliche Produkte erzeugen. Mit seinem speziellen Produkt sei jedes Unternehmen gleichsam ein Monopolist. Durch Produktdifferenzierungen würden Unternehmen gezielt versuchen, Machtmacht zu erlangen. Außerdem würden Konsumenten ihre Kauf-

⁸ Angesichts der realen Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft war es später für den Wettbewerbstheoretiker Rainer Olten eine „ungeheuer blauäugige Vorstellung“, dass die Neoklassik so lange an der Fiktion der vollkommenen Konkurrenz festhielt. „Aus heutiger Sicht ist es unbegreiflich, dass die Ökonomen so lange Zeit ihren Blick vor den Realitäten so verschlossen haben.“ Jedoch hielt auch Olten das „Modell der vollkommenen Konkurrenz ... als Leitbild für die Wettbewerbspolitik (für) völlig ungeeignet, weil seine Prämissen unrealistisch bzw. utopisch sind.“ Vor allem wäre eine vollkommene Konkurrenz ein Hindernis für den technischen Fortschritt. „Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung würden mit dieser Marktstruktur kaum zu erzielen sein.“ Vgl. Rainer Olten (1995), S. 32, 45 und 50.

⁹ Vgl. Heinz D. Kurz (2013), S. 82.

¹⁰ Eugen Schmalenbach (1928), S. 241 - 251.

entscheidungen nicht nur von der Höhe der jeweiligen Marktpreise abhängig machen, sondern sie hätten persönliche Präferenzen für den einen oder anderen Anbieter und für die eine oder andere Produktmarke und -verpackung. Solche Besonderheiten und Unvollständigkeiten der Konkurrenz hielt Chamberlain für unvermeidlich und geradezu für eine Gewähr, dass der beschränkte Wettbewerb als dynamischer Prozess funktioniere.

Etwa zur selben Zeit erschienen die „Economics of Imperfect Competition“ der britischen Ökonomin und Keynes-Kollegin Joan Robinson (1903-1983) mit Analysen von preisdiskriminierenden Verhaltensweisen von monopolistischen Unternehmen, die ihre Produkte auf verschiedenen Märkten zu unterschiedlichen Preisen anbieten.¹¹ 1934 untersuchte auch der deutsche Ökonom Heinrich von Stackelberg (1905-1946) in seinem Buch „Marktform und Gleichgewicht“ neun verschiedene mono-, oligo- und polypolistische Marktformen. Das Modell der vollkommenen Konkurrenz erklärte er für obsolet, weil er Oligopolisten für die entscheidenden Akteure auf den Märkten hielt. Damit lenkte Stackelberg die Aufmerksamkeit der Wettbewerbstheorie in Anknüpfung an ältere Monopoltheorien von Cournot, Bertrand und Edgeworth stärker auf die Oligopole - aber nicht etwa in kritischer Absicht. Auch bei einer ungleichen Verteilung von Marktmacht („asymmetrisches Duopol“) hielt er es für möglich, dass sich Märkte in einem „ständig bedrohten ... uneigentlichen Gleichgewicht“ stabilisieren. Aber im Allgemeinen würden sie doch ein „gleichgewichtsloses, dauernd in Erschütterungen begriffenes, im Grunde chaotisches Bild“ abgeben. Die Ursache hierfür sah Stackelberg in einer „Unverträglichkeit des Zirkulationsmechanismus dieser Volkswirtschaft mit den genannten Grundprinzipien“ einer „freien Konkurrenz“. Statt im Interesse einer echten Stabilisierung der Wirtschaft Veränderungen am „Zirkulationsmechanismus“ vorzunehmen, empfahl er mit Rücksicht auf die Interessen von Kartellen, Trusts, Syndikaten und anderen Oligopolen staatliche Interventionen in den Wirtschaftsprozess - und zwar nicht nur in Form des „regellosen Interventionismus liberaler Staaten, der meist ein Ergebnis parlamentarischer Kompromisse ist“, sondern in Form einer Organisation des Oligopolkapitalismus durch einen autoritären „starken Staat. ... Ein interessantes Beispiel für die integrale Marktregulierung durch den

¹¹ Ohne einen Zusammenhang mit ihrer Analyse von Monopolen kritisierte Joan Robinson Jahrzehnte später nochmals das „neoklassische Gedankengebäude“, das „eine industrielle Volkswirtschaft als Schauplatz von Rationalität und sozialer Harmonie unter Lenkung durch die ‚unsichtbare Hand‘ der Marktkräfte des Wettbewerbs darstellen ... sollte.“ Den Kern dieser Ideologie habe John Bates Clark in „Distribution as Determined by the Law of Rent“ so formuliert: „Eine soziale Klasse erhält nach einem Naturgesetz das, was sie zum Gesamtprodukt der Industrie beiträgt.“ Besonders problematisch fand Robinson, dass Clark in seiner Definition des Kapitals „den Boden ... beiseitegelassen“ hat. „Kapital und Arbeit sind ‚Produktionsfaktoren‘ und ihr ‚Entgelt‘ entspricht ihren ‚Grenzproduktivitäten‘.“ (Joan Robinson 1971/1980, S. 40)

Staat“ zeige Italien mit einem „korporativ organisierten Markt“ als Teil der „faschistischen Wirtschaftsverfassung“(!).¹²

Durch die Verlagerung des Blicks der Wettbewerbstheoretiker von Monopolen zu Oligopolen trat das strategische Verhalten in den Vordergrund, mit dem wenige marktbeherrschende Oligopole miteinander um die Erhöhung ihrer Marktanteile kämpften. Unabhängig davon zeigte sich bei Stackelberg, zu welchen politischen Konsequenzen es führen kann, wenn Mono- und Oligopole sich ungehindert entfalten können.

Als ein „Quantensprung in der Wettbewerbstheorie“ galt schließlich das „Concept of Workable Competition“ (1940) des nordamerikanischen Ökonomen John Maurice Clark (1884-1964, Sohn des Neoklassikers John Bates Clark). Es gebe sog. Marktunvollkommenheiten und Wettbewerbsbeschränkungen, die den Wettbewerb nicht nur nicht behindern, sondern ihn erst richtig funktionsfähig („workable“) machen würden. Clark forderte eine Auflistung von Marktunvollkommenheiten, die den Wettbewerb beeinträchtigen und darum von der Wettbewerbspolitik zu vermeiden seien, und solchen Marktunvollkommenheiten, die sich ungehindert auswirken sollten, um den Wettbewerb zu beleben.¹³

In allen diesen neoklassischen Wettbewerbs- und Preistheorien wurde das Modell des vollständigen Wettbewerbs als realitätsfern verworfen. Alle Theoretiker kritisierten das Modell und nicht die fragwürdige Realität und keiner von ihnen kam auf den Gedanken, eine Anpassung der Realität an das Modell zu fordern. Innerhalb der Neuen Institutionenökonomik, die im Rahmen ihrer Property-Rights-Eigentumstheorie übrigens auch die Privatisierung von gemeinschaftlichen Gütern wie dem Boden und den Ressourcen rechtfertigte, begründete deren Mitgründer Ronald Coase 1937 schließlich noch, warum große Unternehmen streng hierarchisch organisiert sein müssten.¹⁴ Über Theorien zur optimalen Größe von Unternehmen führte die weitere Entwicklung schließlich zur Industrieökonomik.

8.2 Rudolf Hilferding & Fritz Naphtali: Organisierter Kapitalismus und Wirtschaftsdemokratie

Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs bekannten sich die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung nicht nur zu einem demokratisch-parlamentarischem statt gewaltsam-revolutionärem politischen Weg zu einem demokratischen Sozialismus. Ihre zögerliche Haltung bei der Sozialisierung der Produktionsmittel verriet ihre konzeptionelle Unsicherheit, so dass das ökonomische Fernziel einer Planung der vergesellschafteten Wirtschaft fortan gegenüber realpolitisch-pragma-

¹² Heinrich von Stackelberg (1934/1992), S. 221 (Uneigentliches Gleichgewicht), 230 (Ungleichgewicht der kapitalistischen Konkurrenz), 286 - 287 (Idealbild des klassischen Wirtschaftsmodells, Labilität des chaotischen Marktes), 290 (Zirkulationsmechanismus) und 293 - 294 (faschistischer Staat in Italien).

¹³ Vgl. Heinz D. Kurz (2013), S. 82 - 83, und Rainer Olten (1995), S. 57 - 70.

¹⁴ Vgl. Heinz D. Kurz (2013), S. 124.

tischen Nahzielen wie der Sicherung eines achtstündigen Arbeitstags in den Hintergrund trat.

Als Teil einer labilen Koalition mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei erreichte die Mehrheitssozialdemokratie 1920 bei der Einführung eines Betriebsverfassungs- bzw. Betriebsrätegesetzes für Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten ein Mitbestimmungsrecht von Arbeitern bei Entlassungen und Einstellungen sowie der Festlegung von Arbeitszeiten und Arbeitsordnungen. Weil ihnen die Mitbestimmungsrechte der Arbeiter bzw. ihrer gewerkschaftlichen Vertreter nicht weit genug gingen, leisteten nicht nur USPD und KPD, sondern auch Teile der MSPD einen erheblichen Widerstand gegen das Betriebsrätegesetz, das nach blutigen Unruhen erst während eines von Reichspräsident Friedrich Ebert verhängten Ausnahmezustands beschlossen werden konnte.

Wie stark die noch junge Weimarer Demokratie durch antidemokratische Nationalisten gefährdet war, zeigte der Kapp-Putsch vom März 1920, der das sog. „republikanische Zwischenspiel“ beenden sollte und der nur mit Mühe durch einen gewerkschaftlichen Generalstreik abgewehrt werden konnte.¹⁵ Als die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition wenig später zerbrach, reagierte die MSPD erleichtert auf den Verlust ihrer Regierungsverantwortung und unterstützte danach in einer „merkwürdigen Zwitterstellung zwischen halber Regierungspartei und halber Opposition“ bürgerliche Regierungen. Deren Tolerierung sollte einer Verschärfung der Wirtschaftskrise und einer Stärkung der nationalistischen Rechten vorbeugen, welche eine Diktatur errichten wollte.

Auf einem schmalen unbesetzt gebliebenen Streifen rechts des Rheins gab es gegenüber von Koblenz bis Limburg/Lahn von Januar 1919 bis Februar 1923 einen eher kuriosen „Freistaat Flaschenhals“.¹⁶ Dagegen wurde die Krise der Nachkriegszeit im Rheinland und in der Pfalz zum Nährboden für starke separatistische Bewegungen, während in Thüringen und Sachsen Kommunisten bewaffnete Kämpfe vorbereiteten.¹⁷

Auf dem Höhepunkt der Großen Inflation kam es im November 1923 schließlich zum nationalsozialistischen Putschversuch Hitlers gegen die Demokratie, der jedoch scheiterte. Erneut unterstützte die SPD, zu der sich unterdessen MSPD und USPD vereinigt hatten, die Maßnahmen, mit denen die bürgerliche Regierung unter der Führung Stresemanns auf der Basis eines Ermächtigungsgesetzes die Krise bekämpfte - was zu heftigen parteiinternen Zerreißproben führte. Die alte Kluft innerhalb der Sozialdemokratie zwischen ihrer Theorie einer radikalen Gesell-

¹⁵ Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 106, und Arno Klönne & Hartmut Reese (1986), S. 122 - 153.

¹⁶ Stephanie Zibell & Peter J. Bahles (2009).

¹⁷ In Württemberg könnte der damals noch junge sozialdemokratische Journalist Kurt Schumacher geprüft haben, ob eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit einer „Proletarischen Arbeitsgemeinschaft für Freiwirtschaftslehre“ möglich war; vgl. den leider nicht quellenmäßig exakt belegten Hinweis von Kurt Rüss (1968), S. 91. - Volker Schobers Studie über den jungen Schumacher enthält hierzu keine näheren Anhaltspunkte (2000, S. 142 - 157).

schaftsveränderung und ihrer realpolitisch-reformistischen Praxis konnte sie nicht schließen.¹⁸ Im politischen Alltag konzentrierte sie sich hauptsächlich auf die staatliche Sozialpolitik, die freilich auch durch den nordamerikanischen Fordismus erschwert wurde.

Hilferdings Theorie des „Organisierten Kapitalismus“

Als sich die Wirtschaft um die Mitte der 1920er Jahre vom Chaos der Hyperinflation erholte und scheinbar stabilisierte, trat der mittlerweile vom Revolutionär zum Reformler gewandelte Rudolf Hilferding mit seiner Theorie vom „Organisierten Kapitalismus“ hervor, die über die pragmatische Realpolitik hinausgehend die Hoffnung auf eine parlamentarisch-demokratische Erreichbarkeit des sozialistischen Fernziels einer Sozialistischen Produktionsweise stärken sollte.

Auf dem Parteitag der SPD 1927 in Kiel stellte Hilferding dar, dass der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, den er vor dem Ersten Weltkrieg in seinem Buch „Das Finanzkapital“ noch als einen im Gange befindlichen Prozess beschrieben hatte, nunmehr weitgehend zum Abschluss gekommen sei. Als einen besonderen technischen Vorzug des hoch entwickelten Monopolkapitalismus betrachtete Hilferding den Umstand, „dass neben dem Dampf, neben der Elektrizität immer mehr die synthetische Chemie in den Vordergrund rückt. ... Sie macht die kapitalistische Wirtschaft unabhängig von den einzelnen Rohstoffvorkommen, indem sie prinzipiell darauf ausgeht, wichtige Rohstoffe aus anorganischen Stoffen, die überall massenhaft vorhanden sind, künstlich herzustellen.“ Am Beispiel der Herstellung von künstlichen Textilien stellte Hilferding die synthetische Chemie als eine natürliche Grenzen überwindende „prinzipiell neue Sache“ dar, „die geeignet ist, mit einer kolossalen Explosivkraft die gesamte Grundlage unserer Technik in der kapitalistischen Produktion umzuwälzen.“¹⁹ Außerdem erschien ihm die Chemieindustrie als wegweisendes Beispiel für die Organisierbarkeit des Monopolkapitalismus, weil sie „von vornherein auf größter technischer Stufenleiter“ aufgebaut wird und den „Drang nach internationaler Organisation“ in sich trägt. „Zum Beispiel die Kunstseidenindustrie ist nicht nur eine Monopolindustrie für Deutschland, sondern sie stellt im Grunde genommen einen einzigen internationalen Konzern dar, der mit anderen Trustbildungen in Deutschland und in England eng verbunden ist und von da wiederum Verbindungen zu anderen Konzernen zieht.“²⁰

Die Chemie- und andere Großindustrien verklärte Hilferding geradezu zu Vorreitern eines Organisierten Kapitalismus, der die private Initiative der freien Konkurrenz vollends ausschaltet und mit Hilfe der „modernen Betriebswissenschaft ...

¹⁸ Vgl. hierzu Helga Grebing (1970/1975), S. 160 - 175, besonders S. 165 (ambivalente Politik der SPD) und S. 171 (Kluft zwischen Theorie und Praxis).

¹⁹ Rudolf Hilferding (1927/1973), S. 166.

²⁰ Rudolf Hilferding (1927/1973), S. 166 - 167.

diese freie Konkurrenz des privaten Eigennutzes durch wissenschaftliche, planmäßige Methoden ersetzt. ... Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion. ... Das heißt nichts anderes, als dass unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewussten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln.“²¹

Ohne noch an eine Krisenanfälligkeit des Organisierten Kapitalismus zu denken, war sich Hilferding dessen historischer Rolle als „Wegbereitung für den Sozialismus“ so sicher, dass er im weiteren Verlauf seiner Rede auf dem 1927er Parteitag der SPD für das Proletariat das Verdienst in Anspruch nahm, ureigenster Träger des Demokratiedenkens zu sein. Es sei „historisch falsch und irreführend, von ‚bürgerlicher Demokratie‘ zu reden. Die Demokratie ist unsere Sache gewesen. Wir haben sie dem Bürgertum in zähem Kampf abringen müssen.“ Aufbauend auf den Anfängen der innerbetrieblichen Demokratie, die mit dem Betriebsrätegesetz erreicht wurden, sei es nun über Arbeitszeitregelungen, Tarifvertragswesen und Arbeitslosenversicherung hinausgehend die Aufgabe der SPD, „mit Hilfe der bewussten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln.“ Dazu sei es nötig, „die Arbeiterklasse zur politischen Partei zu erhöhen“, welche die Macht im demokratisch-republikanischen Staat ausübt und die Leitung der Wirtschaft in die Hände von „Vertrauensmännern der Arbeiterklasse“ legt.²²

Naphtalis Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“

Neben der Betriebsdemokratie, unter der Hilferding die „Aufstiegsmöglichkeit zur Leitung des Betriebs für den Einzelnen je nach seinen Fähigkeiten“ verstand, trat er auch für eine „Wirtschaftsdemokratie“ im Sinne einer demokratischen Planung des Organisierten Kapitalismus anstelle von dessen autokratischer Planung durch Privatkapitalisten ein. Allerdings führte Hilferding nicht weiter aus, wie für ihn die „Unterordnung der wirtschaftlichen Privatinteressen unter das gesellschaftliche Interesse“ konkret aussehen sollte.²³ Diese Aufgabe übernahm wenig später der Wirtschaftsjournalist Fritz Naphtali (1888-1961), der zu den führenden Theoretikern der SPD und der Freien Gewerkschaften gehörte. Auf einem Gewerkschaftskongress 1928 referierte er über die „Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ und legte seine Vorstellungen von einer Ergänzung der politischen durch eine wirtschaftliche Demokratie anschließend in einem Buch ausführlicher dar.

²¹ Rudolf Hilferding (1927/1973), S. 168 - 169.

²² Rudolf Hilferding (1927/1973), S. 168 - 169, 172, 176 und 183.

²³ Rudolf Hilferding (1927/1973), S. 171.

Ausgangspunkt von Naphtalis Überlegungen war wie bei Hilferding die Anerkennung des Organisierten Monopolkapitalismus als historisch notwendigem Fortschritt gegenüber dem vorherigen Kapitalismus der freien Konkurrenz und als Ausgangsbasis für eine Demokratisierung der Wirtschaft. „Wirtschaftlicher Individualismus und freier Wettbewerb werden mehr und mehr verdrängt durch Organisation und Gebundenheit. ... Die typische Form der kapitalistischen Großunternehmung wird die Aktiengesellschaft. ... Dieser Wandel aber vollzieht sich innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems. ... Aber trotzdem, und obwohl es uns fernliegt, den hochkapitalistischen Charakter der neuen Organisationsformen verschleiern zu wollen, glauben wir, dass von dieser Entwicklung zum organisierten Kapitalismus in letzter Linie ein großer Antrieb in der Richtung der Entwicklung zur Demokratisierung der Wirtschaft ausgehen wird und bereits auszugehen beginnt.“ Im Gegensatz zu den Interessen von Unternehmern in Gewerbe und Handel könne es Naphtali zufolge nicht darum gehen, die großen Monopole zurückzudrängen und möglichst viele selbstständige Unternehmen zu erhalten. Wie Hilferding rühmte auch Naphtali unter anderem „die gewaltigen Erfolge der synthetischen Chemie“. Im Interesse der Arbeiter und Angestellten läge deshalb eine „Erringung des demokratischen Einflusses auf die großen Machtzentren der organisierten Wirtschaft“.²⁴

Der Übergang Deutschlands vom Kaiserreich zur Demokratie hatte deutlich gemacht, dass der politischen Demokratie noch immer eine „wirtschaftliche Autokratie“ in den großen Unternehmen gegenüberstand. „Nicht bloß die Arbeitenden im Betrieb, sondern alle Konsumenten als Abnehmer auf dem Markt fühlen sich jetzt der kapitalistischen Despotie ausgeliefert.“ Deshalb müsse nunmehr mit den Mitteln der politischen Demokratie auch die Wirtschaft schrittweise demokratisiert werden, um einem sozialistischen Wirtschaftssystem den Weg zu bereiten. „Der Kapitalismus kann, bevor er gebrochen wird, auch gebogen werden“. Dabei könnten dann sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Demokratie allmählich ihren Vollendungen entgegengehen.²⁵

Möglichkeiten für eine Biegung der kapitalistischen Wirtschaft sah Naphtali in den vier Bereichen der privaten Großunternehmen, der schon jetzt von öffentlichen Händen geleiteten Unternehmen, der Konsumgenossenschaften und der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe.

- Im Bereich der privaten, die Märkte beherrschenden Großunternehmen dachte Naphtali zunächst an eine Demokratisierung derjenigen Schlüsselindustrien, deren Sozialisierung in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg in Ansätzen stecken geblieben war. In den Gesetzen über die Kohlewirtschaft und den Kalibergbau aus dem Jahr 1919 sah er Chancen, „unter Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Grundlagen zunächst planmäßige Wirtschaftsführung im Interesse der Allgemeinheit aufzubauen“. Im Bergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie und

²⁴ Fritz Naphtali (1928/1966), S. 26 - 27, 36 - 37 und 188 (Erfolge der Chemieindustrie).

²⁵ Fritz Naphtali (1928/1966), S. 17 und 19 - 21.

auch in der Elektrizitätswirtschaft war nach Naphtalis Ansicht „die private Monopolbildung auf der Grundlage des natürlichen Monopols der Bodenschätze so weit fortgeschritten, dass die staatliche Oberhoheit über die Wirtschaftsführung hier grundsätzlich zur allgemeinen Anerkennung gelangte“. In diesen am meisten auf fossile Bodenschätze angewiesenen Schlüsselindustrien sei es möglich, die Verfügungsmacht von privaten Kapitalisten über ihre Produktionsmittel nach und nach einzuschränken und „Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft“ zu bilden, in denen Unternehmer und Arbeiter gemeinsam Entscheidungen über Löhne, Absatzmengen und Preise treffen.²⁶

- Für eine „Form des Werdens der Wirtschaftsdemokratie“ hielt Naphtali die bereits in staatlicher oder kommunaler Hand befindlichen Unternehmen, die Trinkwasser, Elektrizität und Verkehrsmittel einschließlich der Telegrafien und des Bahn- und Luftverkehrs bereit stellten. Obwohl sich Naphtali dessen bewusst war, dass sich die Entstehung der öffentlichen Unternehmen auch „unentrinnbarer Tatsachen“ wie der „Entwicklung der Großstädte ... und den Bedürfnissen des modernen Krieges“ verdankte, waren diese öffentlichen Unternehmen für ihn Vorreiter auf dem Weg zu einer allgemeinen Wirtschaftsdemokratie und als solche Beispiele einer Gemeinwirtschaft, zumal „die für wirtschaftliche Betriebe zuletzt verantwortliche Volksvertretung hier dasselbe Organ ist, das für die Vertretung aller anderen (politischen, kulturellen) Interessen durch allgemeine Wahl gebildet wird.“²⁷

- Neben den öffentlichen Unternehmen entstanden im Laufe der 1920er Jahre innerhalb der organisierten Arbeiterschaft auch erste gewerkschaftliche Eigenbetriebe, in denen Naphtali „unkapitalistische Bezirke der Wirtschaft“ sah. Dazu gehörten gewerkschaftliche Bürogebäude, Volkshäuser mit Versammlungsräumen und Unterkünften, Druckereien und Verlage sowie eine Wohnungsbaugesellschaft zur Verbilligung des Bauens, Verkehrsbetriebe und eine Versicherungsgesellschaft zur freiwilligen Ergänzung der Sozialversicherung. Um anderen Banken die Ersparnisse der Arbeiter zu entziehen, wurde 1923 eine gewerkschaftliche „Deutsche Kapitalverwertungs-GmbH“ gegründet, aus der ein Jahr später die „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG“ hervorging - also eine gewerkschaftliche Bank in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, die ihre Aktien nur innerhalb gewerkschaftlicher Kreise ausgeben durfte.²⁸

- Und obwohl „der Schwerpunkt des Kapitalismus in der Produktion liegt“ und die Produktion das „Hauptkampfgebiet“ der Arbeiterschaft sei, „wurde die Verteilung gar zu gern als Bagatelle betrachtet“. Auch sie bot „Ausbeutungsgelegenheit genug“. Deshalb zählte Naphtali auch die Konsumgenossenschaften zu den Wegbereitern einer Wirtschaftsdemokratie. Zwar seien sie nicht durch staatlichen oder kommu-

²⁶ Fritz Naphtali (1928/1966), S. 42 - 61, hier: S. 42 und 54.

²⁷ Fritz Naphtali (1928/1966), S. 62 (öffentliche Unternehmen als Ausdruck der „Herrschaft des Volkes“) - 65 und 71 (öffentliche Unternehmen als Folge von Großstädten, Rüstungsproduktion und Krieg).

²⁸ Fritz Naphtali (1928/1966), S. 99 - 110, hier: S. 99 - 100.

nenalen Zwang, sondern durch die Selbsthilfe sich frei vereinigender Menschen entstanden, aber ähnlich wie den öffentlichen und gewerkschaftlichen Unternehmen gehe es ihnen nicht um Profite, sondern um die Versorgung von arbeitenden Menschen mit Gütern. „Sie treiben Bedarfsdeckungswirtschaft gegenüber der Marktwirtschaft des Kapitalismus.“²⁹ Und auch wenn die Konsumgenossenschaften nicht in die Bereiche der Schwer- und Eisenindustrien oder des Verkehrswesens vordringen könnten, so könnten sie doch zumindest den Klein- und Zwischenhandel und sogar Teile des Großhandels zurückdrängen, indem sie sich zu „Großeinkaufsgesellschaften“ zusammenschließen und den Handelsmonopolen eine „organisierte Verbrauchermacht“ entgegenstellen.³⁰

Große Weltwirtschaftskrise ab Oktober 1929

Aus den von Naphtali dargestellten Ansätzen einer Wirtschaftsdemokratie sollte sich im Laufe der Zeit ein Übergang vom Kapitalismus zu einem demokratischen Sozialismus ergeben. „Über die Demokratisierung der Wirtschaft strebt die Arbeiterklasse ... hinaus zum Sozialismus, d.h. zu einer neuen Wirtschaftsordnung und zu einem neuen gesellschaftlichen Aufbau, dessen Einzelheiten wir heute noch nicht kennen, dessen Grundrisse aber schon sichtbar werden auf Grund der Untersuchung der Entwicklungstendenzen des Wirtschaftslebens und auf Grund der Kenntnis des Willens zur Neugestaltung, der in der Arbeiterschaft lebendig ist.“³¹

Anstelle der bisherigen Privatbanken und in Erweiterung der damaligen Reichskreditgesellschaft, die die finanziellen Grundlagen für die öffentlichen Unternehmen schuf, sollte am Ende eine staatliche Zentralbank den gesamten Kapitalverkehr im Sinne des Gemeinwohls organisieren. „Eines Tages wird die planmäßige Lenkung des Kapitalstroms im Interesse der Gemeinwirtschaft erfolgen müssen.“³² Für alle monopolartigen Unternehmen sollte „unter Mitarbeit der Gewerkschaften ... ein staatliches Kontrollamt“ aufgebaut werden - auch auf internationaler Ebene - und auf der Basis einer verbesserten Arbeiterbildung sollten in allen Unternehmen „paritätische Vertretungen der Arbeiterschaft“ entstehen.³³ -

Treffender noch als der Begriff der „Wirtschaftsdemokratie“ brachte der ursprünglich von Beatrice und Sydney Webb in der englischen Fabian Society geprägte Ausdruck „Industrial Democracy“ zum Ausdruck, was Hilferding, Naphtali und andere Sozialdemokraten und Gewerkschaftler anstrebten - nämlich eine gleiche

²⁹ Fritz Naphtali (1928/1966), S. 83 - 85 und 88.

³⁰ Fritz Naphtali (1928/1966), S. 86, 92 und 95 - 96 (organisierte Verbrauchermacht und deren Grenzen).

³¹ Fritz Naphtali (1928/1966), S. 186.

³² Fritz Naphtali (1928/1966), S. 66 (Reichskreditgesellschaft) und 183 (planmäßige Lenkung des Kapitalstroms).

³³ Fritz Naphtali (1928/1966), S. 185 (staatlich-gewerkschaftliche Monopolkontrolle und paritätische Vertretungen der Arbeiterschaft), 165 - 181 (Arbeiterbildung), 189 (internationale Überwachung von Kartellen und Trusts).

Beteiligung von Kapitalisten und Arbeitern an den Entscheidungen über den Einsatz des vorerst noch privatkapitalistisch konzentrierten Kapitals, bis es später ganz in die Hände des demokratischen Staates übergeht. Selbstverständlich war es richtig und notwendig, dass die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung eine kritische Gegenposition zur neoklassischen Ökonomie bezogen und die von der Neoklassik gerechtfertigte autokratische Macht von Privatkapitalisten über die akkumulierten Produktionsmittel überwinden wollten. Aber hätte eine demokratische Beteiligung von Arbeitern bzw. ihren Vertretern an den Entscheidungen über hochgradig konzentriertes Kapital wirklich ein dauerhaft tragfähiger Weg zur Überwindung derjenigen „Despotie“ sein können, die Marx & Engels bereits 1848 im „Kommunistischen Manifest“ verurteilt hatten? Gewiss konnte sie eine realpolitisch-pragmatische Milderung dieser Despotie bewirken, aber damit gerieten auch die Arbeitervertreter in die Gefahr, selbst zum Teil dieser Despotie zu werden. Innerhalb des fortbestehenden Konglomerats aus privat oder staatlich akkumuliertem Kapital und der von eigenen Produktionsmitteln entblößten Arbeit war es jedenfalls nicht möglich, die kapitalistische Grundstruktur der hierarchischen Organisation der „Arbeitermassen (als) gemeine Industriesoldaten“³⁴ zu überwinden. Die Entfremdung der menschlichen Arbeit ließ sich auf diese Weise ebenfalls nicht aufheben. Eine Mitbestimmung der Arbeiterschaft über konzentriertes Kapital konnte noch keineswegs gleichbedeutend mit ihrer Selbstbestimmung sein. Und die Entwicklung in Italien zeigte, dass ein Aufpfropfen eines demokratischen Sozialismus auf die Grundstrukturen der Kapitalakkumulation und -Konzentration auch in sein Gegenteil eines autoritären Faschismus umkippen konnte.

Über alle erbitterten Gegensätze zwischen der privatkapitalistischen oder demokratisch-staatlichen Verfügung über die Produktionsmittel hinweg waren sich sowohl bürgerliche Ökonomen als auch die Theoretiker der Arbeiterbewegung einig in der falschen Ansicht, dass die Konzentration der Produktionsmittel und damit einhergehend die Vergesellschaftung der Produktion aus technischen und gesellschaftlichen Gründen unverzichtbar seien. Und beide Seiten verband auch eine damals noch nicht als Problem wahrgenommene Entfremdung der Produktivkräfte von den natürlichen Lebensgrundlagen. Auch für die Arbeiterbewegung hatte der „Kampf um die technische Herrschaft über die Naturkräfte“³⁵ keinen geringeren Stellenwert als für die privatkapitalistischen Monopolunternehmen.

Letztlich stimmten die Neoklassiker und die Vordenker der Arbeiterbewegung in einem zentralen Punkt weitgehend überein - nämlich in der Einschätzung der vollkommenen Konkurrenz als einer rückwärtsgewandten, von der Geschichte längst überholten Vorstellung, die alles andere als einer Erneuerung bedürfe. Beide Seiten waren gleichermaßen erfüllt vom Glauben an die Einheit von Kapitalkonzentration und technischem Fortschritt. Unterschieden haben sich Neoklassiker und Linksintellektuelle lediglich in der Frage, ob Privatkapitalisten oder ein demokra-

³⁴ Karl Marx & Friedrich Engels [1848/1969], S. 469.

³⁵ Fritz Naphtali (1928/1966), S. 168.

tisch-sozialistischer Staat über das konzentrierte Kapital verfügen sollten. Und keiner von ihnen allen kam auf den Gedanken, dass nicht die kontrovers diskutierte Eigentumsfrage, sondern die Akkumulation und Konzentration von Kapital an sich der Kern der sozialen und ökologischen Probleme sein könnte.

Unabhängig von alledem wurden sämtliche Überlegungen über eine Wirtschaftsdemokratie von der wirtschaftlichen Realität eingeholt und verdrängt, als mit dem Crash an der New Yorker Börse im Oktober 1929 eine große Weltwirtschaftskrise begann. Sie stürzte Millionen von Arbeitern massenhaft in Not und Elend. Deren Bekämpfung durch eine Arbeitslosenversicherung erforderte alle Kräfte der Sozialdemokratie und ließ jegliches weitergehende Streben nach einer demokratischen Systemtransformation in den Hintergrund treten. Als die große Koalition, die die SPD 1928 gemeinsam mit dem Zentrum, der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei gebildet hatte, im März 1930 zerbrach, hatte sie keinerlei Möglichkeit mehr, parlamentarische Schritte in die Richtung einer Wirtschaftsdemokratie zu unternehmen, was zur Folge hatte, dass Sozialdemokraten während der letzten Jahre der Weimarer Republik unerbittlich von Kommunisten bekämpft wurden.³⁶

Tragischer Weise zeigte die Sozialdemokratie ebenso wenig wie die Großbourgeoisie das nötige Verständnis für die Abstiegsängste der kleinbürgerlichen Mittelschichten, die zuerst durch die Hyperinflation der frühen Nachkriegsjahre und dann ab 1929 durch die weltweite Deflationskrise enturzelt wurden. „Im Ringen um diese Schichten hielt die SPD ihnen ‚falsches Bewusstsein‘ vor und sprach sie als Proletarier bzw. werdende Proletarier an.“³⁷ Noch immer galt für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften jene Geringschätzung, mit der schon Marx & Engels auf die kleinen und mittleren Industriellen, Handwerker und Kaufleute herabgeblickt hatten. „Die Mittelstände ... bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“³⁸

Auch die Bauern fühlten sich in ihrer Selbstständigkeit nicht nur durch die Weltwirtschaftskrise bedroht, sondern auch durch die Absicht der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die Landwirtschaft technisch zu modernisieren und einzelne Höfe gegen den Willen der Bauern zu größeren Einheiten zusammenzufassen. Naphtali beklagte eine „erschreckende Langsamkeit in der Ausbreitung des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft“ und hielt ein „Programm der planmäßigen Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte“ für notwendig, das dem Staat die Befugnis geben sollte, „in all diesen Fragen über die Souveränität des einzelnen Wirtschaftsleiters hinwegzugehen und wichtige, produktionsfördernde Maßnahmen nötigenfalls auch gegen den Willen einzelner Widerstrebender

³⁶ Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 122 - 124.

³⁷ Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 119.

³⁸ Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 472.

durchzuführen. ... Der Staat muss das Recht haben, Grundstückszusammenlegungen und Bodenverbesserungen auch nötigenfalls gegen den Willen, aber auf Kosten der Beteiligten durchzuführen.“³⁹

Die kritiklose Begeisterung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung für die Beherrschung der Natur durch großindustrielle Technik und ihr vorrangiges Streben nach einer paritätischen Teilhabe an der Macht der großen Monopolunternehmen sollten schon bald schwerwiegende Folgen haben, die während der sog. Goldenen 1920er Jahre freilich noch nicht voraussehbar waren. Da die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten keine politische Heimat boten, sondern im Gegenteil deren Proletarisierung demonstrativ befürworteten, wandten sich diese durch Inflation und Deflation entwurzelten Schichten im weiteren Verlauf der großen Weltwirtschaftskrise größtenteils von ihnen ab und erhofften sich ihre Rettung schließlich von jenem Nationalsozialismus, vor dessen Gefährlichkeit viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter und sogar einige Bürgerliche und Konservative rechtzeitig gewarnt hatten.

8.3 Joseph Alois Schumpeter und die Entwicklung des Kapitalismus durch die von innovativen Unternehmern bewerkstelligte „schöpferische Zerstörung“

Der österreichische Ökonom Joseph A. Schumpeter (1883-1950) setzte mit seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“, die erstmals 1911 und nochmals in überarbeiteter Fassung 1926 erschien, zu einem großen theoretischen Spagat an, indem er einerseits an Leon Walras und andererseits an Karl Marx anknüpfte. Im Anschluss an seine Analyse einer stationären Wirtschaft und der dynamischen Entwicklung im Kapitalismus begründete Schumpeter in seinem zweiten berühmten gewordenen Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ (1942) seine Überzeugung, „dass eine sozialistische Gesellschaftsform unvermeidlich aus einer ebenso unvermeidlichen Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft entstehen wird.“⁴⁰ Schumpeter teilte den gleichermaßen neoklassischen wie marxistischen Glauben an die Notwendigkeit kapitalistischer Großunternehmen als Garanten des technischen Fortschritts und gab Marx' Glauben an eine historische Mission der kapitalistischen Bourgeoisie, mit der Steigerung der Produktivkräfte die notwendigen technischen Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, eine etwas andere Begründung als Hilferding mit seinem „Organisierten Kapitalismus“.

³⁹ Fritz Naphtali (1928/1966), S. 115 - 118.

⁴⁰ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 12.

Von der stationären Wirtschaft zur Dynamik des Kapitalismus

Über die Interpretation der neoklassischen Gleichgewichtsmodelle als eine Beschreibung einer stationären Wirtschaft und eine Erklärung der dynamischen Entwicklung des Kapitalismus mit Hilfe von Marx' Kapitalismusanalyse bzw. deren positiver Umdeutung stieß Schumpeter zu seiner zentralen Vermutung vor, dass „innerhalb des wirtschaftlichen Systems eine Energiequelle besteht“, die die Wirtschaft aus einem Gleichgewicht auf ein nächsthöheres Gleichgewicht anhebt, bevor sie auch dieses Gleichgewicht wieder stört und die Wirtschaft antreibt, die übernächste Stufe und danach weitere noch höhere Stufen zu erklimmen.⁴¹ Diese besondere „Energiequelle“, die die Wirtschaft so sehr anheizt, dass ihr stationärer Kreislauf in eine dauerhaft dynamische, nach oben offene Spirale von Entwicklung und Wachstum übergeht, erblickte Schumpeter nicht etwa in der Eigendynamik des kapitalistischen Geldes und der Selbstvermehrung von Geldvermögen durch den Zins und Zinseszins mitsamt der Anhäufung privatisierter Bodenrenten. Oppenheimers Vorschläge zur Bodenrechtsreform hatte er schon während des Ersten Weltkriegs ausdrücklich abgewiesen. Als die ausschlaggebende „Energiequelle“ betrachtete Schumpeter die Fähigkeit innovativer Unternehmer, die Realwirtschaft immer wieder durch technische Fortschritte umzuwälzen. Damit blieb er in der Geldblindheit der Klassik & Neoklassik und des vom Band 1 des „Kapital“ geprägten Marxismus befangen. In seine Vorstellung vom stationären Wirtschaftskreislauf in einer arbeitsteiligen Geld- und Marktwirtschaft mit Privateigentum und Wettbewerb hat Schumpeter unbesehen fehlerhafte Ansichten über das Geld, das Kapital und den Zins sowie über die Bodenrente von der Neoklassik übernommen, die auch Folgen für sein Verständnis der kapitalistischen Entwicklung haben sollten.

In Übereinstimmung mit Adam Smith und den Physiokraten betrachtete er das Sozialprodukt noch als Resultat des Einsatzes von Arbeit und Boden. „Alle Güter können wir als Bündel von Arbeits- und Bodenleistungen auffassen.“ Damit war der Boden bei Schumpeter noch nicht ganz so weit aus der Theoriebildung ausgeblendet wie in der übrigen Neoklassik seiner Zeit. Aber die Bodenrente beruhte für ihn lediglich auf der „Verschiedenheit der Bodenqualität“ und nicht auf der generellen Knappheit des Bodens. Und mit der Frage, ob die private Aneignung der Bodenrente überhaupt rechtmäßig ist - immerhin hatte Walras noch ihre Besteuerung zugunsten der Allgemeinheit gefordert - , hielt sich Schumpeter nicht lange auf. „Über den Produktionsfaktor ‚Boden‘ haben wir nichts mehr zu sagen.“ Er beließ es bei der lapidaren Feststellung, „dass die Preise der Boden- und Arbeitsleistungen durch die Grenzproduktivität von Boden und Arbeit bestimmt werden, dass also bei freier Konkurrenz Grundherr und Arbeiter das Produkt ihres Produk-

⁴¹ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. XXII - XXIII, 2 sowie 21- 22 und 29 (Arbeit und Boden).

tionsmittels erhalten.“ Dies sei - so Schumpeter - „in der modernen Theorie kaum sehr kontrovers“.⁴²

Bei der menschlichen Arbeit als dem zweiten der beiden Produktionsfaktoren in einer stationären Kreislaufwirtschaft kam es Schumpeter nicht auf Unterschiede zwischen gleichrangig nebeneinander stehenden produktiven und unproduktiven, geistigen und körperlichen oder qualifizierten und unqualifizierten Arbeiten an. Vielmehr unterstellte er, dass es bereits in der stationären vorkapitalistischen Wirtschaft eine „Hierarchie der Produktion“ gegeben hätte, in der selbstständig-leitende Arbeiten den unselbstständig-angeleiteten lohnabhängigen Arbeiten über- und untergeordnet gewesen seien. „Dieses Moment der Leitung und der Überwachung der ausführenden Arbeit scheint die leitende Arbeit aus dem Rahmen der übrigen Arbeit herauszuheben. Während die ausführende Arbeit einfach neben den Bodenleistungen steht und ganz dieselbe Funktion vom wirtschaftlichen Standpunkt hat wie diese, so steht die leitende Arbeit sowohl der ausführenden Arbeit wie auch den Bodenleistungen offenbar beherrschend gegenüber. Sie bildet gleichsam einen dritten Produktionsfaktor. ... Die leitende Arbeit hat etwas Schöpferisches.“ Ihr obliege die „besondere Funktion“ der Kombination der produktiven Kräfte der Lohnabhängigen und der Natur und der „Bestimmung über Richtung, Art und Ausdehnung der Produktion“.⁴³

Damit schloss Schumpeter die Möglichkeit einer nichthierarchischen Organisation der Arbeit nicht nur innerhalb der kapitalistischen Entwicklung, sondern auch für die Zeit davor und danach grundsätzlich aus. Auffällig ist jedoch, dass er für eine stationäre Wirtschaft noch keine eigene Grenzproduktivität des Kapitals postuliert hat, obwohl die von ihm unterstellte hierarchische Überordnung der selbstständig-leitenden Arbeit über die unselbstständige Lohnarbeit eine Konzentration von Produktionsmitteln in den Händen einer Minderheit von Unternehmern zur Voraussetzung hatte. Indem ein Unternehmer sowohl selbstständig-leitende als auch ausführende Arbeiten leistet, „zerfällt er sozusagen in zwei Wirtschaftssubjekte, nämlich in einen Leiter und einen Arbeiter im gewöhnlichen Sinne“.⁴⁴

Was Schumpeter übersah, war eine viel wichtigere innere Spaltung der Unternehmer, nämlich ihr Doppelcharakter als arbeitende Unternehmer und als Kapitalisten, die dem Unternehmen bloß ihr konzentriertes Kapital zur Verfügung stellen. Damit geht auch eine widersprüchliche Doppelrolle der Unternehmerkapitalisten einher: einerseits reagieren sie als Unternehmer auf Signale der freien Märkte und passen sich ihnen an; andererseits haben sie als Kapitalisten eine strukturelle Macht, den Märkten ihre Bedingungen aufzuerlegen. Diesen Widerspruch hat Schumpeter ebenfalls nicht nur nicht thematisiert, sondern das Phänomen der Produzentenmacht hinter der Fassade der vermeintlichen Konsumentensouverä-

⁴² Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 3, 20 - 21, 23 und 31. Möglicherweise machte sich hier der Einfluss von John Bates Clark bemerkbar, den Schumpeter sehr schätzte.

⁴³ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 18 (Kombination produktiver Kräfte als Aufgabe von Unternehmern) und 23 - 25 (Hierarchie der Produktion).

⁴⁴ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 24.

nität verborgen. Der Unternehmer „bestimmt nicht souverän über die Produktionsmittel, sondern er führt das Gebot der Verhältnisse aus. ... Es steht also den Produktionsmitteln und dem Produktionsprozess unter unseren Voraussetzungen überhaupt kein eigentlicher Leiter gegenüber. Der eigentliche Leiter ist der Konsument“ bzw. Unternehmer und Arbeiter leiten die Produktion gleichermaßen als Konsumenten.⁴⁵

Während Schumpeters Einbau einer hierarchisch strukturierten Arbeitswelt in sein Modell einer stationären Kreislaufwirtschaft fragwürdig war, sind seine Charakterisierung der Produktionsmittel als „vorgetane Arbeitsleistung“ bzw. als bloße „Zwischenglieder“ der Produktion und ihre Zuordnung zum Produktionsfaktor Arbeit eher nachvollziehbar. Unter diesen Umständen „fehlt für den Zins schlechthin jede Grundlage. Es gibt kein Wertplus in unserem Bilde, aus dem er fließen, und keine Funktion, als deren Bezahlung er erscheinen könnte.“⁴⁶

Da es in einer stationären Kreislaufwirtschaft Schumpeter zufolge weder einen Zins noch einen über den Unternehmerlohn hinausgehenden Unternehmensgewinn geben könne und die Unternehmen nur kostendeckend tätig seien, „herrscht hier strikte das Kostengesetz und als Kostengüter erscheinen lediglich Arbeits- und Bodenleistungen“. In die Gebrauchs- und Tauschwerte der Waren und ihre Preise werden also nur die Kosten der menschlichen Arbeit und die Kosten des Bodens, den sich Schumpeter nur „im Privatbesitz“ vorstellen konnte, bzw. der verwendeten Naturgüter einkalkuliert.⁴⁷ Der Austausch der Waren erfolgte mit Hilfe eines aus Gold bestehenden Geldes. „Wir können sagen, dass das Geld nur den Schleier der wirtschaftlichen Dinge darstellt und man nichts Wesentliches übersieht, wenn man davon abstrahiert.“ Als Träger der Preisinformationen sorgte das Geld in einem stationären Wirtschaftskreislauf dafür, dass alle Teile der Wirtschaft sinnvoll ineinandergreifen, dass das gesamte Angebot und die gesamte Nachfrage „synchronisiert“ sind und sich das Geschehen in einem stabilen „Gleichgewichtszustand“ immer wiederholt.⁴⁸

Kapitalistische Entwicklung dank der Innovationskraft und Risikobereitschaft von dynamischen Unternehmern

Für den Unterschied zwischen dem stationären Wirtschaftskreislauf und der dynamischen Entwicklung des Kapitalismus wollte Schumpeter eine Erklärung fernab von „metaphysischem Vorurteil“ und Darwins Evolutionstheorie geben. Und er wollte auch keine besonderen historischen Ereignisse wie die Entdeckung der

⁴⁵ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 25 - 26.

⁴⁶ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 21 und 64 (Produktionsmittel als vorgetane Arbeit) sowie S. 38 (keine Gewinne), 57, 70 und 78 (kein Zins im stationären Wirtschaften).

⁴⁷ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 78 (Arbeits- und Bodenkosten als Preisbestandteile) und 58 (Boden im Privatbesitz), 11 (subjektive Werte), 29 (Messbarkeit der Arbeitswerte).

⁴⁸ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 61 - 62 (aus Gold hergestelltes Geld), 6 (sinnvolles Ineinandergreifen), 49 (Synchronisation von Angebot und Nachfrage) und 54 (stabiles Gleichgewicht).

Neuen Welt und die Einfuhr von münzbaren Edelmetallen nach Europa oder „Veränderungen der Mentalität des Wirtschaftsmenschen, der sozialen Organisation, der politischen Konstellationen“ als Erklärung für den Übergang in den modernen Kapitalismus gelten lassen. „Unter ‚Entwicklung‘ sollen also nur solche Veränderungen des Kreislaufs des Wirtschaftslebens verstanden werden, die die Wirtschaft aus sich selbst heraus zeugt, nur eventuelle Veränderungen der ‚sich selbst überlassenen‘, nicht von äußerem Anstoß getriebenen Volkswirtschaft.“⁴⁹

- Diese aus der Wirtschaft selbst kommende Kraft, sie aus einem stationären Kreislauf in eine dynamische Spirale übergehen zu lassen und diese Dynamik dauerhaft in Gang zu halten, verortete Schumpeter nicht bei den Konsumenten, die mit ihren Bedürfnissen die Produktion steuern und ihr mit neuen Bedürfnissen auch neue Richtungen geben können, sondern bei den Produzenten. „Neue Bedürfnisse werden den Konsumenten von der Produktionsseite her anerzogen, so dass die Initiative bei der letzteren liegt.“ Grundlegendes Axiom von Schumpeters Entwicklungstheorie ist also eine im Gegensatz zur marktwirtschaftlichen Konsumentensouveränität stehende, von ihm nicht kritisierte, sondern ausdrücklich gerechtfertigte kapitalistische Souveränität von Produzenten, die

- a) über Produktionsmittel verfügen und die dank ihres Eigenkapitals „natürlich viel leichter Kredit erhalten als vermögenslose“, wobei Schumpeter nicht so sehr an kleine und mittlere Unternehmer dachte, sondern unausgesprochen davon ausging, dass es sich um eine in den Händen von Großunternehmern oder Managern von Aktiengesellschaften konzentrierte Verfügungsmacht handelt, während die große Masse der Lohnabhängigen keinerlei eigene Produktionsmittel hat; die

- b) als „moderner Typus des Industriekapitäns“ über die nur wenigen Menschen als „besondere Funktion und Privileg“ gegebene Fähigkeit verfügen, die wirtschaftliche Anwendung von neuen technischen Erfindungen auch tatsächlich mit „neuen Kombinationen durchzusetzen“, und die schließlich

- c) dank ihrer Verfügungsmacht über konzentrierte Produktionsmittel, ihrer Führungsqualitäten und ihrer Risikobereitschaft und übrigens auch dank der „Eroberung einer neuen Bezugsquelle von Rohstoffen oder Halbfabrikaten“ und der „Erschließung eines neuen Absatzmarktes“ die produktiven Kräfte der Arbeit und der Natur durch eine Anwendung von neuen technischen Erfindungen anders miteinander kombinieren als bisher - wie zum Beispiel beim Übergang von Postkutschen zur Eisenbahn. Dabei „treten die neuen Kombinationen ... nicht einfach an die Stelle, sondern zunächst neben die alten“ Kombinationen und verdrängen sie erst nach und nach von den Märkten, bis auch sie selbst einmal durch neue Kombinationen verdrängt werden.⁵⁰

⁴⁹ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 88 - 92.

⁵⁰ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 100 - 101 (Produzenten- statt Konsumentensouveränität, Eroberung von Rohstoffquellen und neuen Absatzmärkten und Verdrängung alter durch neue Kombinationen), 103 und 111 (Verfügung von Unternehmern und Direktoren von Aktiengesellschaften über Produktionsmittel) sowie 115 - 119, 125 - 127 und 130 (Durchsetzung neuer Kombinationen und nur

Für das eigentliche Privileg der Unternehmer und Manager hielt Schumpeter übrigens ihre besonders durchsetzungsfähige „Führerfunktion“ und nicht etwa ihre Verfügungsmacht über privat konzentriertes Kapital. Deshalb nahm er sie auch sogleich gegen die Kritik in Schutz, nur gewinnmaximierende Vollzugsorgane von Klasseninteressen zu sein. „Der typische Unternehmer fragt nicht, ob jede Anstrengung, der er sich unterzieht, auch einen ausreichenden ‚Genussüberschuss‘ verspricht. Wenig kümmert er sich um hedonistische Früchte seiner Taten. Er schafft rastlos, weil er nicht anders kann; er lebt nicht dazu, um sich des Erworbenen genießend zu erfreuen. ... Solche Wirtschaftssubjekte leben freilich meist luxuriös. Aber sie leben luxuriös, weil sie die Mittel dazu haben; sie erwerben nicht, um luxuriös zu leben.“⁵¹

Seine Entwicklungs- und Wachstumstheorie baute Schumpeter ganz auf dem realwirtschaftlichen Phänomen der Fähigkeit von Unternehmern auf, neue technische Kombinationen von Produktivkräften hervorzubringen. Dementsprechend betrachtete er das Geld- und Kreditwesen ausdrücklich nicht als eine Kraft, die einen Wettlauf um technische Innovationen antreibt, damit die sich akkumulierenden Geldkapitalien ständig neue rentable Anlagemöglichkeiten in der Realwirtschaft finden können. Vielmehr stand das Geld- und Kreditwesen für Schumpeter wie für die Neoklassik lediglich im Dienst der unternehmerischen Tätigkeit. Während die Unternehmertätigkeit gewissermaßen wie eine Sonne im Mittelpunkt seines wirtschaftlichen Universums stand, umkreisten die Geschäftsbanken sie wie Planeten. Deren spezielle Aufgabe sei es - da sich die neuen Kombinationen nicht einfach aus dem laufenden Kreislauf finanzieren lassen - , die für ihre Finanzierung erforderlichen Kredite bereitzustellen. „Das kapitalistische Kreditsystem ist tatsächlich aus und an der Finanzierung neuer Kombinationen erwachsen. ... Um überhaupt produzieren, seine neuen Kombinationen durchführen zu können, braucht der Unternehmer Kaufkraft. ... Er kann nur Unternehmer werden, indem er vorher Schuldner wird. ... Sein erstes Bedürfnis ist ein Kreditbedürfnis. ... Die Kreditgewährung wirkt wie ein Befehl an die Volkswirtschaft, sich den Zwecken des Unternehmers zu fügen. ... Die Funktion“, neue Kombinationen hervorzubringen, „bildet den Grundstein des modernen Kreditgebäudes.“⁵²

- Sodann stellte Schumpeter die zentrale Frage: Woher kommen die Kredite, mit denen es die Geschäftsbanken den Unternehmern ermöglichen, die neuen Kombinationen von Produktivkräften in die Welt zu bringen? Seine Antwort lautete: Als „Kapitalisten“ würden die Geschäftsbanken diese Kredite nicht aus der im Wirt-

wenigen Menschen gegebene Unternehmerqualitäten). Vgl. auch S. 303 (leichterer Zugang zu Krediten für Unternehmer mit Eigenkapital).

⁵¹ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 116, 127 - 128 und 136 - 137; vgl. auch S. 112 („Eigentum am Betrieb - oder überhaupt irgendwelches ‚Vermögen‘ - ist für uns kein wesentliches Merkmal von selbstständigen Wirtschaftssubjekten.“), S. 116 („Unternehmer sind ... keine Klasse im Sinne der sozialen Erscheinung.“) und S. 146 („Die Unternehmerfunktion ist prinzipiell nicht an Vermögensbesitz geknüpft.“).

⁵² Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 104 - 106, 148 und 153.

schaftskreislauf zirkulierenden Kaufkraft nehmen und in neue Verwendungen umleiten, sondern es handele sich dabei „um die Schaffung von neuer (Kaufkraft) aus Nichts. ... Das ist die Quelle, aus der die Durchsetzung neuer Kombinationen typisch finanziert wird“.⁵³

Die Frage nach der Herkunft der Kredite zur Finanzierung der ‚Sprünge‘ aus dem stationären Kreislauf auf die Stufen einer dynamischen Entwicklung ist in der Tat die vielleicht schwierigste und darum kontrovers diskutierte Frage in Schumpeters Entwicklungs- und Wachstumstheorie. Wer mit ihm davon ausgeht, dass die Geschäftsbanken tatsächlich Entwicklungssprünge wie von Zauberhand mit aus dem Nichts geschöpften Krediten finanzieren können, muss freilich die in den Geschäftsbanken ablaufenden Vorgänge bei der „Geldschöpfung“ genau erläutern und auch eine Antwort auf die weitergehende Frage geben können, welche Rolle die Zentralbanken spielen, wenn „die Schaffung von Zahlungsmitteln in den Banken ihr Zentrum hat“.⁵⁴ Gibt es außerdem in Phasen der Prosperität auch Grenzen für diese Zauberkunst und wo könnten sie liegen? Mit der Frage nach den Grenzen der Geldschöpfung der Geschäftsbanken befasste sich Schumpeter nur auf der Grundlage der damaligen Goldwährung und verwies schließlich darauf, dass „die mögliche Menge von neu zu schaffender Kaufkraft doch durch künftige Güter gestützt und beschränkt“ sei.⁵⁵ Und kehren in Phasen der wirtschaftlichen Depression die aus dem ‚Nichts‘ geschöpften Kredite und die mit ihnen finanzierten neuen Kombinationen auch wieder in das Nichts zurück? Sollte der banale Satz ‚von nichts kommt nichts‘ in der Ökonomie ausnahmsweise nicht gelten? Oder wird mit dem Verweis auf eine Geldschöpfung der Geschäftsbanken aus dem Nichts vielleicht verschleiert, dass die neuen Kombinationen in Wirklichkeit mit akkumulierten leistungslosen Bodenrenten und Kapitalzinsen finanziert werden? Werden sie mit unter- bzw. unbezahlten Leistungen von produzierenden und reproduzierenden Menschen sowie von der Natur als ‚freiem Gut‘ finanziert, die nur deshalb als ein „Nichts“ erscheinen, weil die Neoklassik sie unsichtbar gemacht und verdrängt hat?

In Schumpeters überraschend kurzem Kapitel über den Geld- bzw. Kapitalmarkt - eine Theorie des Geldmarkts „besitzen wir als solche noch nicht“ - , auf dem „das Kreditbedürfnis der neuen Unternehmungen“ und das angebotene Geld bzw. Kapital aufeinandertreffen, ist von einem von den Geschäftsbanken aus dem Nichts geschöpften Geldangebot keine Rede mehr. Und da, wo er den Geld- bzw. Kapitalmarkt im Zusammenhang mit seiner Zinstheorie noch einmal streifte, widmete Schumpeter der Geldschöpfung der Geschäftsbanken nur noch eine kleine Randnotiz. Und zwar erwähnte er beiläufig eine „Vermehrung der verfügbaren Geldmenge ... von der Seite der Geldtechnik“, ohne danach zu fragen, welche den

⁵³ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 105 (Geschäftsbanken als Kapitalisten) und 109 (Geld- bzw. Kreditschöpfung aus dem Nichts).

⁵⁴ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 143 - 144.

⁵⁵ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 165.

Zins senkenden Wirkungen damit einhergehen könnten. Im Übrigen bestünden die „tatsächlich vorhandenen große Reservoirs von Geld“ auf dem Geld- bzw. Kapitalmarkt hauptsächlich aus Unternehmerrgewinnen, die Möglichkeiten der Reinvestition suchen, sowie aus der Substanz vererbter und still gelegter Unternehmen, welche die Erben woanders wieder investieren, und schließlich aus Gewinnen, die Nicht-Unternehmern zufließen. Und nicht zuletzt verwies Schumpeter auf die Tatsachen, dass die Bildung von Ersparnissen durch den Zins angeregt werde und dass ein Teil der Geldmenge auch „jeweils für kürzere oder längere Zeit müßig ist“ und jederzeit wieder aktiviert werden könne.⁵⁶

Auf dem Geldmarkt würden Elemente des gleichbleibenden Kreislaufs und der dynamischen Entwicklung - wenngleich voneinander unterscheidbar - ineinander übergehen. „Alle Arten von Kreditbedürfnissen treten an ihn heran. ... Und alle Arten von Kaufkraft strömen sich anbietend ihm zu.“ Außerdem gebe es so etwas wie „momentan müßige Kaufkraft“, die sich anbiete. Beim Angebot und der Nachfrage auf dem Geldmarkt gebe es nicht zuletzt wegen des spekulativen Handels mit Aktien „auffallend große Schwankungen von Tag zu Tag“. Und überhaupt werde der Geldmarkt „zum Markte von Einkommensquellen selbst. ... Der Verkauf solcher Ertragsquellen stellt eine Methode der Beschaffung von Kapital und ihr Kauf eine Verwendungsmöglichkeit von Kapital dar“.⁵⁷

Während Hilfering und Luxemburg etwa zur selben Zeit, als die erste Auflage von Schumpeters „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ erschien, zwar die fortschreitende Verlagerung der wirtschaftlichen Macht vom Real- zum Finanzkapital nicht richtig analysierten, aber sie doch wenigstens thematisierten, verlor Schumpeter kein einziges Wort über die zunehmende Macht des realen Industriekapitals geschweige denn über ihre Verlagerung vom Industrie- zum Finanzkapital. Immerhin charakterisierte auch er den „Geldmarkt (als) das Hauptquartier der kapitalistischen Wirtschaft, von dem die Befehle an ihre einzelnen Teile ausgehen“ - anders als von den weniger konzentrierten und weniger organisierten Arbeits- und Warenmärkten. Und Schumpeter nahm auch wahr, dass das Kapital zuerst in einer für ihn allerdings unverdächtigen Geldform als „Fonds von Kaufkraft“ für die Unternehmer verfügbar gemacht werden muss, bevor es für den Unternehmer zu demjenigen „Hebel“ werden kann, mit dem er „die konkreten Güter, die er braucht, seiner Herrschaft unterwerfen ... und der Produktion ihre neue Richtung diktieren“ kann. Zwar verwendete Schumpeter bezeichnende Begriffe wie ‚Herrschaft‘ und ‚unterwerfen‘, aber sie hatten für ihn keinen herrschaftskritischen Gehalt. Mit den „konkreten Gütern“ meinte er übrigens unterschiedslos „ein Stück Land oder

⁵⁶ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 294 (Geldreservoirs), 300 - 301 (Unternehmensgewinne, andere Gewinne und Ersparnisse als Geldangebot) und 302 (geldtechnische Erweiterung des Geldangebots und müßiger Teil der Geldmenge). Zur Geld- bzw. Kreditschöpfung der Geschäftsbanken vgl. auch ders. (1942/1987), S. 287.

⁵⁷ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 202 (keine Theorie des Geldmarkts), 202 (momentan müßige Kaufkraft), 203 (Überschneidung von Kreislauf und Entwicklung auf dem Geldmarkt) und 204 - 205 (Geldmarktschwankungen, Spekulation und Handel mit Ertragsquellen).

eine Arbeitsleistung oder eine Maschine oder einen Rohstoff. ... Es ist klar, dass die Handlungsweise des Unternehmers allen jenen Kategorien gegenüber die gleiche ist: Sie alle kauft er für Geld, für das er Zins sich berechnet oder bezahlt“ (als Zins für eigenes oder fremdes Kapital), d.h. Schumpeter unterstellte die Handelbarkeit von Boden, Ressourcen und lohnabhängiger menschlicher Arbeit als Selbstverständlichkeit.⁵⁸

Nach erfolgter Produktion sowie nach ihrem Absatz und der Bezahlung aller Produktionskosten (Arbeitslöhne, Bodenrenten, Material- und Verwaltungskosten usw.) verbleibt dem Unternehmer sodann der „Unternehmergewinn oder Mehrwert“ als „Kostenüberschuss“ bzw. als „Resultat der Durchsetzung neuer Kombinationen“ und als „Gründergewinn“ - und zwar solange er die „Führerrolle in der Wirtschaft“ innehat. „Im Unternehmergewinn der kapitalistischen Wirtschaft liegt also ein Monopolelement“, das allmählich wieder verschwinde, wenn andere Unternehmer die neue Kombination übernehmen und dem Pionierunternehmer Konkurrenz machen. Das aber ist anders als in einer Marktwirtschaft mit vollständiger Konkurrenz in einer monopolkapitalistisch vermachteten Wirtschaft nur begrenzt möglich, weil über konzentriertes Kapital verfügende Pionierunternehmer versuchen, ihre Position durch die Bildung eines Trusts oder anderer monopolistischer Organisationen zu festigen. Während bei vollständiger Konkurrenz die Gewinne aus neuen Kombinationen bald wieder herunter konkurriert werden und die von technischen Innovationen verdrängten Menschen neue Plätze im wirtschaftlichen Kreislauf finden, geht der Aufstieg eines erfolgreichen Unternehmers in der kapitalistischen Wirtschaft mit einem „Niederkonkurrieren alter Betriebe und damit auch der mit diesen verknüpften Existenzen“ einher. „So entspricht ihm immer ein Prozess des Sinkens, der Deklassierung, der Eliminierung.“⁵⁹

Im Gegensatz zu seiner eigenen Absicht, die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung ökonomisch und nicht wie Max Weber aus geistigen Phänomenen zu erklären, stand in Schumpeters Entwicklungs- und Wachstumstheorie mit dem durchsetzungsstarken, führungswilligen „Unternehmertypus“ eine letztlich anthropologische Konstruktion - noch dazu eine fragwürdige, weil sie unternehmerische Qualitäten zum einen solchen Menschen vorbehielt, die über konzentrierte Produktionsmittel verfügten, und weil Schumpeter sich zum anderen auch noch zu der Behauptung verstieg, dass „die Unternehmereignung etwas ist, was wie jede andere Eigenschaft in der ethnisch homogenen Gruppe nach dem Fehlgengesetz verteilt ist. ... Es können und werden also von Ausnahmefällen abgesehen - das

⁵⁸ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 165 - 167, 170 (Kapital als Fonds von Kaufkraft), 192 (Boden als Handelsware und Kapitalgut) und 205 (Geldmarkt als Hauptquartier der kapitalistischen Wirtschaft). - Zu Schumpeters Einstellung zum Boden vgl. auch S. 253 - 254 und 307: „In der Entwicklung also entsteht das Problem des Wertes von Grund und Boden und von Monopolen als solchen - das Problem ihres Kapitalwerts. ... Man schätzt Naturgaben und Monopole als Einkommensträger.“

⁵⁹ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 207, 216 - 217, 228 (Führerrolle des Unternehmers), 234 (Unternehmergewinn als etwas Monopolistisches, das gegen Konkurrenz geschützt wird) und 238 (Prozess des Aufstiegs und der Eliminierung).

Vorhandensein einiger Europäer in einem Negerstamm wäre ein Beispiel - mit fortschreitender Erleichterung der Aufgabe jeweils immer mehr Leute Unternehmer werden.“⁶⁰ Auch wenn die Menschen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft unterschiedliche Begabungen haben, so dürften unternehmerische Qualitäten auch noch in vielen materiell benachteiligten Lohnabhängigen schlummern, die sich unter anderen Umständen selbstständig machen oder sich Genossenschaften anschließen würden - und zwar nicht nur Männer, sondern auch Frauen⁶¹ und viele Menschen in allen Ethnien der ganzen Menschheit.

- Im längsten Kapitel seiner Entwicklungs- und Wachstumstheorie rang Schumpeter zugleich auch am mühsamsten mit einer Begründung für die Existenz des Zinses als „normalem Element der modernen Wirtschaft“, das „seine Quelle im Unternehmergeinn hat ... und seinem Wesen nach eine Abspaltung von diesem ist“. Dabei ging es ihm ausdrücklich um den Produktivzins und nicht um den Zins auf konsumtive Darlehen, der in der Geschichte wegen oftmals wucherischer Ausnutzungen von Notlagen immer wieder zu einer „Feindseligkeit gegen das Zinsnehmen“ geführt hatte. In ausführlichen Vergleichen mit bisherigen Zinstheorien und mit nicht unkritischer, aber dennoch eindeutiger Sympathie für Böhm-Bawerks neoklassische Rechtfertigung des Zinses charakterisierte Schumpeter den Produktivzins als ein „Agio gegenwärtiger Kaufkraft über künftige“, d.h. als einen Ausdruck dafür, dass gegenwärtige Güter höher geschätzt werden als zukünftige Güter. Jedoch war es für ihn ein „Dilemma des Zinses“ bzw. ein Dilemma bei dessen Erklärung, dass der Zins als ein „Produkt der Entwicklung“ ein „dauerndes Reineinkommen“ darstellt, das „aus dem Unternehmergeinn“ an die Inhaber des eigenen und des geliehenen fremden Kapitals fließt, obwohl sich nicht erkennen lässt, dass diese im Gegensatz zur Arbeit und zum Boden eigene Leistungen zur Produktion beitragen. Handelt es sich beim Zins also im Sinne von Ausbeutungstheorien um einen „Raub am Lohne“?⁶²

Was also könnte ein plausibler Grund dafür sein, dass aus den „flüchtigen, immer wechselnden Unternehmergeinnen das endlos dauernde Zinseinkommen“ an die Kapitaleigner fließt? Schumpeter deutete das „große soziale Phänomen“ des Zinses lediglich als ein „Produkt der Entwicklung“ bzw. als ein „Kind der kapitalistischen Entwicklung“ und beließ es bei einem Hinweis auf die Erfahrungstatsache, dass „er in der Hand des Unternehmers entsteht“.⁶³ Obwohl die berühmten Pionierunternehmer aus der Gründerzeit des späten 19. Jahrhunderts inzwischen

⁶⁰ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 340.

⁶¹ Schumpeter stellte sich nur Männer als Unternehmer vor; vgl. (1911/1926), S. 216.

⁶² Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 240 (Agio) - 241 (Anlehnung an Böhm-Bawerk), 242 - 244 (Zins als dauerndes Reineinkommen, Raub am Lohn, Dilemma des Zinses). Vom „Zinsdilemma“ sprach Schumpeter noch häufiger; vgl. dazu S. 251. Vgl. außerdem S. 261 (Basis unserer Zinstheorie), 266 (Produktivzins statt Zins für konsumtive Darlehen), 288 und 291 (gegenwärtige und zukünftige Güter).

⁶³ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 261 - 262 (dauernder Zinsstrom aus wechselnden Unternehmergeinnen), 270 (Zins entsteht in der Hand des Unternehmers), 299 (Zins als Kind der kapitalistischen Entwicklung).

von großen Banken und großen Aktiengesellschaften überrundet worden waren, blieb der mit mehr eigenem als fremdem Kapital arbeitende Pionierunternehmer die Schlüsselfigur in Schumpeters Zinstheorie. Ihn betrachtete er weiterhin als die „wichtigste Person bei der ganzen Sache ..., weil er der typische Zinsschuldner ist“.⁶⁴ Damit hielt Schumpeter an der vor dem Erfahrungshintergrund des Frühkapitalismus entstandenen Sichtweise der Klassik und von Marx fest, wonach der Zins gleichsam eine Unterabteilung des Unternehmergewinns bzw. des Mehrwerts sei. Der Zins blieb also für ihn - lange nachdem er für Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ schon etwas über dem Unternehmergewinn Stehendes geworden war - noch immer etwas vom Realkapital Abgeleitetes. Allerdings weichte Schumpeter seine Sichtweise selbst mit beiläufigen Bemerkungen auf, dass es verfehlt sei, die „Geldbasis des Zinses“ aus den Augen zu verlieren, denn die „Geldform ist nicht Schale, sondern Kern“ des Zinsphänomens. Und schließlich gestand er der „geldfeindlichen Zinstheorie“ zu, auch ein anerkanntes „Element von Wahrheit“ zu enthalten.⁶⁵

Bis zu einer differenzierteren Betrachtung der inneren Widersprüchlichkeit des Zinses drang Schumpeter allerdings nicht vor. Er erkannte nicht, dass der Zins einerseits aus dem verteilungspolitisch bedenklichen „Urzins“ (Gesell) und dem Inflationsausgleich besteht und dass er andererseits Bestandteile wie die Risikoprämie und die Bankvermittlungsgebühr enthält, die berechtigt und unverzichtbar sind, damit er - um einen durchschnittlichen Satz von null pendelnd - seine Aufgabe erfüllen kann, die Ersparnisse dezentral und selbsttätig in bedarfsgerechte Investitionen zu lenken. Die Möglichkeit eines Nullzinses wollte Schumpeter nicht ganz ausschließen und unter Ausnahmebedingungen hielt er es sogar für „nicht völlig unmöglich, dass sich ein negativer Zins ergeben könne“. Aber unter normalen Umständen „kann der Zins nicht unter null sinken“, da der technische Fortschritt und die „Zahl der möglichen Neuerungen praktisch unbegrenzt“ seien. „Stets kann man bessern. ... Jeder Schritt vorwärts öffnet immer neue und großartigere Ausblicke. ... Daher ist jene ... ‚Nachfragemöglichkeit‘ zunächst unbegrenzt groß, folglich die Nachfrage beim Zinse null immer größer als das Angebot, welches, wenn auch noch so groß, immer begrenzt ist. ... Deshalb steht auf dem Geldmarkt ein wenn auch noch so großes, doch beschränktes effektives Angebot einer effektiven Nachfrage gegenüber, der jede bestimmte Grenze fehlt.“⁶⁶

Aus diesem Grund könne der Zins also nur oberhalb von null liegen - und auch weil Geldbesitzer sonst „ihre Kaufkraft horten oder sich irgendwelche Güter dafür verschaffen würden“, statt sie real zu investieren. In der Kontroverse um das Pro & Contra des Zinses nahm Schumpeter keine eindeutige Position ein. „Ich wollte

⁶⁴ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 268 - 269 und 303 (Unternehmen mehr eigenem als fremdem Kapital, Pionierunternehmer als wichtigste Person); 289, 296 und 303 (Kredit gebende Bankiers als Kapitalisten).

⁶⁵ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 273, 276 - 277 und 279.

⁶⁶ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 296 - 299 (negativer Zins als Ausnahme und positiver Zins als Normalfall, Nullzins, Unbegrenztheit des technischen Fortschritts).

das Zinsphänomen erklären“, und zwar als einen für das Funktionieren des Kapitalismus unverzichtbaren „Ephor der Volkswirtschaft“ (grch. ephor = Aufseher) „Aber ich wollte das Zinseinkommen nicht rechtfertigen.“ Jedoch reiche der Charakter des Zinses als „eine Art von Steuer auf den Unternehmervergewinn ... sicher nicht aus, um ihn zu verurteilen. ... In der modernen Volkswirtschaft ist die Höhe des Zinses ein so beherrschendes Faktum, ist der Zins so sehr der Barometer der wirtschaftlichen Gesamtsituation, dass Rücksicht auf ihn bei so gut wie jeder wirtschaftlichen Maßregel nötig ist und dass er sich in jede wirtschaftliche Überlegung eindrängt.“ Die von Schumpeter verdrängte innere Widersprüchlichkeit des Zinses als ein sowohl ordnendes als auch „herrschendes Faktum“ spiegelt sich auch in seinem Hinweis auf den „Doppelcharakter“ eines hohen Zinses als „Zeichen volkswirtschaftlicher Prosperität“ und „zugleich als Bremse“ der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Umkehrschluss wäre ein niedriger Zins ein Zeichen von wirtschaftlichem Rückgang, obwohl er das reale Investieren erleichtert.⁶⁷

Im Schlusssatz des zinstheoretischen Teils seiner Entwicklungstheorie überraschte Schumpeter mit der Aussage, „dass der Zins nur Konsequenz einer besonderen Methode der Durchsetzung neuer Kombinationen ist und dass diese Methode viel leichter geändert werden kann als die anderen fundamentalen Institutionen der Konkurrenzwirtschaft.“⁶⁸ Leider ging Schumpeter weder an dieser Stelle noch in seinen späteren Werken der fundamental wichtigen Frage nach, wie sich denn die kapitalistische Methode der Durchsetzung von technischen Neuerungen „viel leichter“ ändern ließe, ohne zugleich die „Konkurrenzwirtschaft“ aufzuheben. So unterblieb jedes weitere Nachdenken darüber, wie technische Neuerungen in nicht bloß stationären Kreisläufen einer monopolfreien Marktwirtschaft mit einer im Vergleich zur kapitalistischen Entwicklung geringeren Dynamik verwirklicht werden könnten und wie erreicht werden könnte, dass sie den Interessen souveräner Konsumenten und nicht den Interessen von mächtigen Produzenten entsprechen.

- Zu guter Letzt stand die realwirtschaftliche Rolle der Pionierunternehmer und Manager auch ganz im Mittelpunkt von Schumpeters krisentheoretischer Erklärung der Konjunkturzyklen mit Boom- und Depressionsphasen. Zu deren besonderen Fähigkeiten zählte Schumpeter übrigens passend zum monopolkapitalistischen Verdrängungswettbewerb auch Eigenschaften wie das „Kämpfenwollen“ und den „Siegerwillen“. Wirtschaftliches Handeln war für ihn ein „Sport ...“, noch mehr aber Boxkampf.“ Diese Fähigkeiten und die Möglichkeiten zu ihrer Anwendung stünden den Unternehmern und Managern allerdings nicht zu jeder Zeit und nicht in gleichbleibender Intensität zur Verfügung. „Unternehmersein ist in der Regel kein Dauerzustand“, sondern gewissermaßen nur auf besondere Sternstunden des

⁶⁷ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 301 (Hortung und Konsum als Folge von fehlendem Zins), 309 (Zins als Barometer der Wirtschaft) und 316 - 317 (Zins als funktionale Notwendigkeit im Kapitalismus und Doppelcharakter eines hohen Zinses).

⁶⁸ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 317.

„Vorhandenseins privatwirtschaftlich vorteilhafter ‚neuer Möglichkeiten‘“ begrenzt. Im Hinblick auf den privatwirtschaftlichen Vorteil fragte Schumpeter nebenbei bemerkt nicht danach, ob die privatwirtschaftliche Rentabilität auch mit der gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftlichkeit übereinstimmt. Davon abgesehen könne die dynamische Entwicklung der Wirtschaft kein kontinuierlicher Prozess eines Strukturwandels sein, bei dem sich das Auftauchen neuer Produktionen und das Verschwinden alter Produktionen die Waage halten. „Es ist eine Tatsache, dass diese Hauptbewegung der Volkswirtschaft nicht stetig und ungestört verläuft“, sondern nur in einer „Wellenbewegung der Konjunkturen“. Diese Konjunkturschwankungen sind „schon an allen denkbaren Stellen des Wirtschaftskörpers ausgebrochen“ und sie würden auch weiterhin abwechselnd gute und schlechte Zeiten mit sich bringen - je nachdem, ob die ‚vorteilhaften neuen Möglichkeiten‘ in gehäufte Form auftreten oder ob sie ausbleiben.⁶⁹

Mithin kann also die dynamische Entwicklung im Kapitalismus nicht als ein stetiger, sondern nur als ein diskontinuierlicher wellenförmiger Prozess mit „Disproportionalitäten“ vor sich gehen. In den sich abwechselnden Phasen des „sozialen Auftriebs und der sozialen Deklassierung“ versuche die Wirtschaft immer wieder, neue Gleichgewichtslagen zu finden. Zwar brächten die Depressionsphasen besonders für die „arbeitslosen Arbeitermassen“ schwierige Lebenslagen mit sich; trotz ihrer Bedrohlichkeit habe die Arbeitslosigkeit aber nur einen „essentiell temporären Charakter“ und „die populären Vorstellungen über die Verheerungen ... , die eine Depression anrichtet“, hielt Schumpeter für „übertrieben. ... Wenn einmal die Erscheinungen des abnormalen Verlaufs, die ja immer schwächer werden, die Paniken, Bankrottepidemien usw. und mit ihnen die Sorge vor unberechenbarer Gefahr verschwunden sein werden, wird auch die öffentliche Meinung die Depressionen anders beurteilen als jetzt.“ Trotz aller mit ihnen verbundenen sozialen Härten bestehe der höhere Sinn des Strebens nach einem neuen Gleichgewicht in der „Diffusion der Errungenschaften des Aufschwungs über die ganze Volkswirtschaft. ... Weder die Gewinne des Aufschwungs noch die Verluste der Depression“ waren für Schumpeter „sinn- und funktionslos“. Vielmehr betrachtete er sie als „wesentliche Elemente des Mechanismus der wirtschaftlichen Entwicklung, die man nicht ohne diesen zu lähmen eliminieren kann.“ Schumpeters Zynismus ging sogar noch weiter: „Auch auf die ultima ratio der völligen Vernichtung der mit hoffnungslos Unangepasstem verbundenen Existenz kann diese Wirtschaftsform nicht gut verzichten.“⁷⁰

⁶⁹ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 116 (Unternehmersein nicht als Dauerzustand), 138 (Unternehmer als Kämpfer und Sieger; „wirtschaftliches Handeln als Sport ..., noch mehr aber als Boxkampf“), 320 (privatwirtschaftlicher Vorteil), 321 - 323 sowie 326, 335 und 337 (wellenförmige Konjunkturschwankungen).

⁷⁰ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 101 (Auftrieb und soziale Deklassierung), 336 (Massen von Arbeitslosen), 352 (Disproportionalitäten), 356 (Suche nach neuen Gleichgewichten), 359 - 360 und 363 (übertriebene Vorstellungen von Krisenfolgen), 365 - 366 (Depression als Weg zur Diffusion der Errungenschaften des Aufschwungs).

Ausdrücklich betonte Schumpeter, „dass unsere Theorie nicht zu jenen gehört, die in der Welt des Geld- und Kreditwesens die Ursache des Zyklus suchen. ... Dennoch leugnen wir nicht, dass man die Konjunkturbewegung kreditpolitisch beeinflussen oder sogar verhindern könnte - mit ihr allerdings auch diese Art von wirtschaftlicher Entwicklung überhaupt.“ Ihm war also der Erhalt der kapitalistischen Entwicklung wichtiger als eine Erleichterung des Schicksals massenhaft von Arbeitslosigkeit betroffener Menschen. Einen Weg zur Abmilderung dieses Schicksals vieler Arbeiter sah Schumpeter auf längere Sicht - wenige Jahre vor dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise! - allein in einer „Verbesserung der Konjunkturprognose ... zusammen mit fortschreitender Vertrustung“. Obwohl sich Schumpeters Entwicklungs- und Krisentheorie sehr von Hilferdings Theorie des „Organisierten Kapitalismus“ unterschied, näherte er sich letztlich dessen Ansicht an, dass eine zunehmende Vertrustung der Wirtschaft und ihre damit einhergehende stärkere Planung das Ausmaß der Krisen der kapitalistischen Entwicklung verringern könnten. Am Ende glaubte Schumpeter sogar, dass eine stärkere Planung des Konjunkturverlaufs als „besondere Spielart von Planwirtschaft ... in demselben Sinn Erfolg haben könnte wie eine bewusste Politik der Rassenhygiene Erfolg haben könnte, die der Automatismus dieser Dinge niemals haben kann.“⁷¹ Erwartete Schumpeter allen Ernstes etwas Positives von einer staatlichen Rassenpolitik?

Von der Vorherrschaft der kapitalistischen Großkonzerne zum Übergang in eine sozialistische Gesellschaft

Wenige Jahre vor der großen Weltwirtschaftskrise hatte Schumpeter in den Wirtschaftswissenschaften beobachtet, „dass es uns überaus schwer fällt, uns eine neue wissenschaftliche Auffassungsweise zu eigen zu machen. Immer wieder lenkt der Gedanke in die gewohnte Bahn ein, auch wenn sie unzweckmäßig geworden ist und das zweckmäßigere Neue an sich durchaus keine besonderen Schwierigkeiten bietet.“ Diese Beobachtung galt zum großen Teil auch für ihn selbst, denn trotz der bitteren Erfahrungen des Ersten Weltkriegs - Kriege hatten für ihn übrigens nichts mit den Wirtschaftskrisen zu tun, sondern sie erschienen ihm lediglich als exogene Störungen - und der großen Weltwirtschaftskrise blieb Schumpeter bei seiner Ablehnung der besonders von Keynes vertretenen „Lehre, die im Wirtschaftszyklus wesentlich ein monetäres bzw. im Bankkredit wurzelndes Phänomen sieht“. Im Gegensatz zu Gesells Krisenerklärung und zu Keynes zweifelte Schumpeter auch nach der großen Weltwirtschaftskrise - ab 1932 lehrte er in den USA an der Harvard University - genauso wenig wie vorher daran, dass der „Entzug des Geldes aus seinen Verwendungen ... keine große Rolle spielt“. Und trotz ihrer „ungewöhnlichen Schwere und Dauer“ glaubte er nicht, dass die Weltwirtschafts-

⁷¹ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 342/Anm. 15, 367 (bessere Konjunkturprognosen als Weg zur Dämpfung der Konjunkturzyklen) und 366 - 369.

krise „notwendig einen Bruch im Trend der kapitalistischen Entwicklung zeigen“ werde.⁷²

Jedoch hinterließ die große Weltwirtschaftskrise durchaus weitreichende Spuren im weiteren Denken von Schumpeter. Nachdem er 1939 ein zweibändiges Werk „Business Cycles“ veröffentlicht hatte, wandte er sich nämlich in seinem während des Zweiten Weltkriegs erschienenen Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ noch stärker als vorher der Kapitalismuskritik von Marx zu und baute seine Theorie über die dynamische Entwicklung des Kapitalismus zur Theorie einer weiteren Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus aus. Diese Theorie ging in eine ähnliche Richtung wie Hilferdings „Organisierter Kapitalismus“; sie blieb aber insofern mehr neoklassisch als spätmarxistisch, als sie weiterhin die fortschreitende Dominanz des Finanz- über das industrielle Realkapital beharrlich ignorierte. Obwohl Schumpeter Marx’ „schwache Leistung auf dem Gebiete des Geldes“ kritisierte, nahm er keinerlei Notiz von den späteren Äußerungen von Marx & Engels zum Geld, Zins und Unternehmergewinn im Band 3 des „Kapital“ und bezog auch keine Gedanken von Proudhon oder den Frühsozialisten in seine eigenen Überlegungen mit ein. Stattdessen knüpfte er - freilich in einer differenzierten Weise - nur an das „Kommunistische Manifest“ und den Band 1 des „Kapital“ an.⁷³ Als ein „Nicht-Marxist“, als der er sich selbst bezeichnete, verwarf Schumpeter die materialistische Philosophie von Marx ebenso wie dessen Arbeitswert- und Mehrwerttheorien als Erklärungen der Ausbeutung im Kapitalismus. „Jedermann weiß, dass diese Werttheorie unbefriedigend ist. ... Von den Marxisten war es vollkommen unsinnig, die Gültigkeit der Grenznutzentheorie in Frage zu stellen. ... Die Arbeitswerttheorie ... ist tot und begraben. ... Marxens Theorie des Mehrwertes, so wie sie dasteht, ist unhaltbar.“⁷⁴

Nichtsdestotrotz verehrte Schumpeter Marx geradezu als ein unsterbliches „Genie und einen Propheten. ... Als Wirtschaftstheoretiker war Marx in allererster Linie ein sehr gelehrter Mann.“⁷⁵ Am meisten schätzte Schumpeter an ihm, dass er die Tendenz zur Entstehung von Großunternehmen als Pionieren der Steigerung der technischen Produktivkräfte zutreffend analysiert und vorausgesehen habe, dass der Kapitalismus mit historischer Notwendigkeit und Unausweichlichkeit in eine zentral geplante sozialistische Wirtschaft übergehen müsse. Zwar müsse die

⁷² Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 126 (wissenschaftliches Denken in gewohnten Bahnen), 182 (Weltwirtschaftskrise nicht als Bruch in der kapitalistischen Entwicklung), 328 und 367 (Kriege als externe Störungen der Wirtschaft), 292 (Entzug von Geld aus seinen Verwendungen) und 366 (Kritik an Keynes).

⁷³ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 45 (schwache Geldtheorie von Marx); 26 und 71 (beiläufige Erwähnungen von Proudhon, Fourier und Engels Äußerungen über Geldkrisen); 22, 32 - 33, 88 und 180 (Bezugnahmen auf das Kommunistische Manifest); 18, 33 und 69 (Bezugnahmen auf den Band 1 des „Kapital“); 75, 87, 89 und 91 (Hilferding und andere Neo-Marxisten; Skepsis gegenüber deren Imperialismus- und Kolonialismustheorien).

⁷⁴ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 12 (Schumpeter als Nicht-Marxist), 24 (Marx’ materialistische Philosophie); 47 - 49 (Arbeitswerttheorie); 61 (Mehrwerttheorie)

⁷⁵ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 19 und 43.

„sozialistische Morgenröte“ nicht unbedingt mit einem von Marx erwarteten Zwischenstadium einer Verelendung der Arbeitermassen und eines Zusammenbruchs des ganzen kapitalistischen Systems anbrechen, aber sie bedürfe einer „besonderen Aktion“, um sie beginnen zu lassen.⁷⁶

Im Einklang mit der neoklassischen Rechtfertigung eines monopolistischen Wettbewerbs und besonders mit Marx' Haltung zur Kapitalkonzentration als Hebel des technischen Fortschritts⁷⁷ setzte Schumpeter in Fortführung seiner eigenen Entwicklungstheorie in seinem Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ sein Hohelied auf die „Vorherrschaft der Großkonzerne“ zunächst noch fort. „Wir müssen anerkennen, dass die Großunternehmung zum kräftigsten Motor des Fortschritts und insbesondere der langfristigen Ausdehnung der Gesamtproduktion geworden ist.“ In der „Ära der Großunternehmung“ und der „von Natur aus aggressiven“ Konzerne wie der Standard Oil Company könne es keinerlei Zweifel mehr an der Fortschrittsfeindlichkeit eines monopolfreien Wettbewerbs geben. „Die vollkommene Konkurrenz ist nicht allein unmöglich, sondern auch unterlegen, und sie kann keinen Anspruch erheben, als Muster idealer Leistungsfähigkeit zu gelten.“⁷⁸

Trotz eines hin und wieder auftretenden „Schwindens von Investitionsmöglichkeiten“ könne die kapitalistische Entwicklung „in der nächsten Zukunft, sagen wir während weiterer vierzig Jahre“ noch mit jährlichen Wachstumsraten des Sozialprodukts in Höhe von 2 % weitergehen und den Charakter eines „ewigen Sturms der schöpferischen Zerstörung“ beibehalten. Die industrielle Massenproduktion werde weiterhin einen „unaufhörlichen Strom von neuen Konsum- und Produktionsgütern“ bzw. eine „Lawine von Konsumgütern“ erzeugen und „den Lebensstandard der Massen progressiv erhöhen“. Unter diesen Umständen werde selbst eine „reichliche Fürsorge für die Arbeitslosen“ zu einer „nicht nur tragbaren, sondern sogar leichten Bürde.“⁷⁹

Einerseits wollte Schumpeter die schon am Ende seiner Entwicklungstheorie angedeutete Möglichkeit eines zukünftigen stationären Zustands, in dem sich „die Profite und mit ihnen der Zinsfuß dem Nullpunkt nähern würden“, nicht völlig ausschließen. Aber anders als Mill und Keynes, der das Erreichen eines „quasistatischen Gemeinwesens“ binnen einer Generation für erreichbar hielt, war Schumpeter der Ansicht, dass „wir zweifellos von einem solchen Zustand der Sättigung noch sehr weit entfernt sind. ... Für die absehbare Zukunft hat diese Vision

⁷⁶ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 63 (Großunternehmen) ; 21, 23 und 41 sowie 95 - 99 (Großunternehmen und technischer Fortschritt, Verelendung und Zusammenbruch, sozialistische Morgenröte)

⁷⁷ Vgl. Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 131 (monopolistische Konkurrenz) und 180 (technische Entwicklung im kommunistischen Manifest).

⁷⁸ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 135, 146 (von Natur aus aggressive Konzerne) und 157 (Großkonzerne) sowie 174 - 175 (Großkonzerne und Fortschrittsfeindlichkeit der vollständigen Konkurrenz).

⁷⁹ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 108 - 116 (jährlich 2% Wachstum, Lawine von Konsumgütern und tragbare Arbeitslosigkeit), 143 (ewiger Sturm schöpferischer Zerstörung), 181 (kapitalistische Entwicklung in weiteren vier Jahrzehnten), 182 - 197 (Schwinden von Investitionschancen) und 215.

keine Bedeutung.“⁸⁰ Dass Entwicklung, Wachstum und technischer Fortschritt im Zuge andauernder schöpferischer Zerstörungen an Grenzen der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen stoßen könnten, war für Schumpeter noch nicht vorstellbar. Die Ressourcen interessierten ihn nur als „Einkommensträger“ unter dem Aspekt ihres „Kapitalwerts“.⁸¹

Andererseits verstärkte sich während der 1930er Jahre Schumpeters Gewissheit, dass Wachstum und Entwicklung sich nicht mehr sehr lange in kapitalistischen Bahnen abspielen, sondern nur noch in den Bahnen sozialistischer Produktionsverhältnisse fortgesetzt werden könnten. „Kann der Kapitalismus weiterleben?“ Diese Frage beantwortete Schumpeter trotz „furchtbarer Irrtumsquellen“ mit einem eindeutigen „Nein, meines Erachtens nicht.“ Der Sozialismus erschien ihm wie Marx als ein „gesetzmäßiger Erbe“ des Kapitalismus. Es gebe bereits einige „bröckelnde Mauern“ im System des Kapitalismus, die Schumpeter in seiner Erwartung bestärkten, dass es früher oder später unausweichlich in eine sozialistische Produktionsweise übergehen müsse.⁸²

Die erste der „bröckelnden Mauern“ des Kapitalismus erblickte Schumpeter in der abnehmenden Bedeutung des Unternehmers, dessen Aufgaben in großen aktiengesellschaftlich organisierten „vollkommen bürokratisierten Rieseneinheiten“ von Managern und „geschulten Spezialistengruppen“ übernommen werden, d.h. sie werden durch „unpersönlichere Methoden“ anonymisiert.⁸³ Zweitens würde in den kapitalistischen „Riesenkonzernen“ mit den privaten Unternehmern auch „das spezifische Eigentumsinteresse von der Bildfläche verschwunden.“ Das in großen Aktiengesellschaften konzentrierte, von Banken und Aktionären geliehene Kapital werde nur noch von „bezahlten Vollzugsorganen“ verwaltet, die keine „moralische Treuepflicht“ gegenüber ihren Unternehmen mehr kennen. Ihr Mangel an einem persönlichen Interesse an ihren Unternehmen und den darin tätigen Arbeitern führe zu einer „Verflüchtigung dessen, was wir die materielle Substanz des Eigentums ... nennen können.“⁸⁴ Und drittens sei die fortschreitende „Zerstörung der schützenden Schichten“ der Bauern, der Handwerker, der kleinen und mittleren

⁸⁰ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 213 – 214. - Zur vagen Andeutung der Möglichkeit eines Endes der kapitalistischen Entwicklung in seiner Entwicklungstheorie vgl. Schumpeter (1911/1926), S. 317. - John Maynard Keynes (1936/1976), S. 185.

⁸¹ Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 307. Vgl. auch S. 109 und 192 - 193: „Es ist eine der sichersten Prophezeiungen, dass wir in der berechenbaren Zukunft in einem *embarras de richesse* sowohl von Nahrungsmitteln wie von Rohstoffen leben werden, wenn wir der Ausdehnung der Gesamtproduktion soweit die Zügel schießen lassen, als wir wissen, was wir damit anfangen sollen. Das gilt auch für Mineralien. ... Wir finden all dies höchst wunderbar. ... Technische Möglichkeiten sind ein unerforschtes Meer.“

⁸² Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 105 - 106 (Ende der Kapitalismus und Sozialismus als sein Erbe) und 213 (bröckelnde Mauern).

⁸³ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 215 – 218.

⁸⁴ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 228 – 230.

Gewerbetreibenden, Händler und Bankiers und der freien Berufe ausausweichlich.⁸⁵

Ähnlich wie Marx & Engels, die den Untergang der kleinbürgerlichen Mittelschichten geradezu herbeisehnten, hielt auch Schumpeter den Prozess der Auflösung dieser Schichten für eine historische Notwendigkeit. Statt den Monopolkapitalismus als ein Zerrbild der Marktwirtschaft zu erkennen und wie die Frühsozialisten, Proudhon, Mill und die Bodenrechts- und Geldreformer nach einem Weg in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft zu suchen, in der private, genossenschaftliche und andere Unternehmen mit breit gestreutem Produktionsmitteleigentum wirtschaften, hielt Schumpeter an Marx' und Engels' Hoffnung auf eine „Expropriation der Expropriateure“ fest - mit dem einen Unterschied, dass er nicht das Proletariat für den Wegbereiter zum Sozialismus hielt, sondern die Großbourgeoisie. „Die wahren Schrittmacher des Sozialismus waren nicht die Intellektuellen oder die Agitatoren, die ihn predigten, sondern die Vanderbilts, Carnegies und Rockefellers.“⁸⁶ Wenn Schumpeter in seiner Entwicklungstheorie von Anfang an die in der strukturellen Macht des kapitalistischen Geldes wurzelnde innere Widersprüchlichkeit der Unternehmerkapitalisten als einerseits ‚gute Unternehmer‘ und andererseits ‚böse Kapitalisten‘ berücksichtigt hätte, dann hätte er sich erstens nicht damit begnügen brauchen, die pauschale Verteufelung der Unternehmer durch Marx in das Gegenteil ihrer einseitigen Verklärung als Pionierunternehmer umzukehren. Und er hätte zweitens erkennen können, dass nicht nur produzierende Unternehmer wie Vanderbilt, Carnegie und Rockefeller, sondern auch Bankiers wie Morgan und Rothschild oder Händler, Dienstleister und andere Selbstständige in sich widersprüchliche Unternehmerkapitalisten waren, die durch ihre Sekundärtugenden als Kapitalisten von ihren Primärtugenden als Unternehmer entfremdet waren.

Schließlich hätte Schumpeter dann - statt den Irrweg vom Monopolkapitalismus zum Sozialismus weiterzugehen - wie Gesell und Keynes überlegen können, wie sowohl Unternehmer als auch Bankiers und Händler im Zuge eines „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsels“ von ihrem kapitalistischen Charakter als „funktionslose Investoren“ (Keynes⁸⁷) befreit und so auf ihre Funktionen als Unternehmer, Bankiers, Händler und Dienstleister beschränkt werden können, dass sie auch auf gleicher Augenhöhe mit ihren Mitarbeitern zusammenwirken können. In seinen Ausführungen über den „Geist des rationalistischen Individualismus“ in der „kapitalistischen Zivilisation“ fragte Schumpeter, nebenbei bemerkt, nicht danach, ob die viel gepriesenen Kostenvorteile der industriellen Massenproduktion dem Kapital oder der Arbeit zugutekommen. Bei der „wirtschaftlichen Rationalität“

⁸⁵ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 219 - 226.

⁸⁶ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 106 und 218 (Vanderbilts, Carnegies und Rockefellers als Schrittmacher des Sozialismus).

⁸⁷ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317.

machte er jedenfalls keinen Unterschied zwischen Rentabilität und Wirtschaftlichkeit.⁸⁸ -

In einer Rezension zur „Allgemeinen Theorie“ von Keynes kritisierte Schumpeter, dass Keynes Marx in einem Atemzuge mit Außenseitern wie Gesell und Major Douglas genannt habe. „Ich bin kein Marxist. Dennoch erkenne ich zur Genüge die Größe von Marx an, um mich beleidigt zu fühlen, ihn zusammen mit Silvio Gesell und Major Douglas auf die gleiche Ebene gestellt zu sehen.“⁸⁹ Gesells Vorstellung einer monopolfreien Marktwirtschaft, in der die Konjunkturzyklen durch eine dauerhafte Stabilisierung der Währungen im Sinne einer Inflation und Deflation von null überwunden werden und in der bei einem durchschnittlichen Nullzins ein langsamer Strukturwandel ohne jede soziale Deklassierung stattfindet, lag für Schumpeter erst recht völlig außerhalb seiner gedanklichen Reichweite. Vielmehr blieb er mit Marx bei der Erwartung einer fortschreitenden Auflösung des bürgerlichen Privateigentums. Damit ging Schumpeter zufolge auch eine Auflösung der bürgerlichen Familie einher, weil die Elternschaft „unter modernen Bedingungen ... schwere persönliche Opfer“ mit sich bringe. Überhaupt „wohnt dem kapitalistischen System eine Tendenz zur Selbstzerstörung inne“. Deshalb „war Marxens Vision richtig“, auch wenn der zum Sozialismus führende Weg noch unklar sei. Für Schumpeter gab es nicht den geringsten Zweifel, dass der „zentralistische Sozialismus“, den er gegenüber freiheitlichen Formen des Sozialismus eindeutig bevorzugte, trotz der Erfahrungen mit dem russischen Bolschewismus gut funktionieren werde. „Die reine Logik des Sozialismus ist durchaus in Ordnung. ... Es ist unbestreitbar, dass der sozialistische Grundplan auf einer höheren Stufe der Rationalität entworfen ist.“⁹⁰ Eine zentrale staatliche Planungsbehörde bzw. ein umfassend informiertes „Produktionsamt“ werde die Art und den Umfang der Produktion bedarfsgerecht planen und den Werkträgern entsprechend dem von ihr rational ermittelten Wert ihrer Arbeit Gutscheine aushändigen, mit denen sie sich ihre Güter aus „sozialen Vorrathäusern“ holen können. Am Status der Werkträgern als abhängig Beschäftigten würde sich Schumpeter zufolge allerdings nichts ändern. „Ihre Arbeit würde im Wesentlichen gleichbleiben, wie sie ist.“ Ähnlich wie im Kapitalismus müssten sie durch Prämien zu Leistungen angespornt werden. Auch eine von ihm durchaus gesehene „Analogie zur militärischen Dienstpflicht“ ließ ihn nicht an der Richtigkeit seiner Zukunftsvision zweifeln. Auch die Tatsache, dass „eine sozialistische Gesellschaft nicht imstande sein wird, ohne autoritäre Disziplin auszukommen“, und dass „die Gewerkschaften zu Organen der autoritären Disziplin“ werden, beunruhigte ihn nicht. „Ich kann mir eine sozialistische Organisation in keiner anderen Form als der eines riesigen und allumfassenden bürokratischen

⁸⁸ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 198 - 212, hier: S. 202 - 203.

⁸⁹ Joseph A. Schumpeter (1936), S. 791 - 795, und ders. (1942/1987), S. 183 (Keynes).

⁹⁰ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 253 - 257 (bürgerliche Familie), 261 (Selbstzerstörung des Kapitalismus), 262 (Marxens Vision), 268 (zentralistischer Sozialismus), 270 - 271 und 299 (russischer Bolschewismus), 275 (Logik des Sozialismus) und 314 (sozialistischer Grundplan).

Apparats vorstellen.“ Schließlich werde „die „Bürokratie nicht ein Hindernis der Demokratie (sein), sondern ihre unvermeidliche Ergänzung“.⁹¹

Wenn der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus „im Zustand der Reife“, d.h. auf einem möglichst hohen Niveau der Industrialisierung (wie in den USA?) eingeleitet werde, könnte „der letzte Schritt nur noch eine Formalität“ sein. Er könnte „zum Beispiel in der Form einer Verfassungsänderung“ vonstattengehen, „auf friedliche Weise ohne einen Bruch in der legalen Kontinuität“. Verstaatlicht würden dann die Banken, die als „Filialen des Zentral-Instituts“ bzw. der obersten Planungsbehörde für die „soziale Buchführung“ verantwortlich würden, sowie die Versicherungen, das Verkehrs- und Transportwesen, der Boden und die Bergwerke, die Schwerindustrie, die Energieversorgung und die Bauindustrie.⁹²

Im Hinblick auf einen Übergang in einen demokratischen Sozialismus stellte sich Schumpeter offenbar mildere Formen der Entmachtung der Bourgeoisie vor als Lenin und Stalin. Da das von ihr verkörperte, wie er es nannte, „Menschenmaterial ... lebenswichtige Funktionen erfüllt, die auch in einer sozialistischen Gesellschaft erfüllt werden müssen“, riet Schumpeter zu einem „Verzicht auf ihre Ausrottung“. Auch wollte er „die Bauern im Wesentlichen in Ruhe lassen“. Handwerker und andere Gewerbetreibende sollten vorläufig noch selbstständig bleiben können, aber „die Gründung neuer Firmen würde natürlich verboten“. Neben den „Normalmenschen“, die gegenüber dem Sozialismus loyaler sein würden als gegenüber dem Kapitalismus, würden auch die „unternormal Leistungsfähigen ... in unserer Mitte weiterbestehen“.⁹³ -

Und dennoch - in Schumpeters Theorien steckte von Anfang an insofern ein Wurm, als er den ungleichen Zugang zum Boden und zu den Ressourcen ebenso verdrängte wie die Rolle des in sich widersprüchlichen kapitalistischen Geldes. Seine Begeisterung für die Kapitalkonzentration in Großkonzernen und die Forcierung des technischen Fortschritts durch eine „schöpferische Zerstörung“ von vorhandenen Gütern durch neue waren geradezu Sinnbilder für die Ignoranz gegenüber natürlichen Grenzen und menschlichen Maßen. Aber sie waren den Legitimationsinteressen des sich ‚von selbst‘ vermehrenden und stets neue rentable Anlagemöglichkeiten suchenden Geldkapitals geradezu auf den Leib geschneidert.

Höchst befremdlich sind sowohl Begriffe wie „Menschenmaterial“ als auch die Tatsache, dass Schumpeter die Erfahrungen mit staatszentralistischen Planungen

⁹¹ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 269 (Produktionsministerium), 278 -279 (Gutscheine zur Einlösung in sozialen Vorrathshäusern), 282 (planende Industrieverwaltungen), 284 (Rationalität von zentraler Planung und Zuteilung der Güter), 288 (Prämien und Vergleich mit der militärischen Dienstpflicht), 291 und 295 (behördliche Arbeitsbewertung), 324 (gleich bleibende Lohnarbeit), 328 (Sozialismus als bürokratischer Apparat), 329 (Bürokratie und Demokratie), 339 und 346 (autoritäre Disziplin und Gewerkschaften als deren Organe).

⁹² Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 351 - 352, 355 (Bankenverstaatlichung) und 366 - 368 (weitere Verstaatlichungen).

⁹³ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 326 - 327 (bürgerliche Klasse), 337 (Loyalität gegenüber dem Sozialismus), 339 - 340 („unternormal Leistungsfähige“), 353 und 355 (Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende) sowie 471 - 480, hier: 475 (demokratischer Sozialismus).

der Wirtschaft in totalitären Staaten wie Russland oder Italien nicht abschrecken-der empfand. Die von russischen Bolschewisten begangenen Grausamkeiten und die der dortigen Bevölkerung auferlegten Entbehrungen führte er nur auf die „Unreife der Situation“ in dem zur Zeit der Revolution noch kaum industrialisierten Land zurück. Doch wann ist ein Land ‚reif‘ genug und seine Produktivkräfte weit genug entwickelt für eine Sozialisierung? Wenn man in der Kapitalakkumulation und -konzentration nicht per se einen Fortschritt sähe, sondern eine widersprüchliche Entwicklung und Fehlentwicklung, läge die Überlegung nahe, dass ein Übergang vom Monopolkapitalismus zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus leichter sein könnte, solange diese Fehlentwicklung noch nicht allzu weit fortgeschritten ist. Naiv waren auch Schumpeters Träume von einem besseren Sozialismus mit einer vermeintlich ‚rationalen‘ Planung der Wirtschaft. Und nicht zuletzt ist unbegreiflich, dass sich Schumpeter weder zum italienischen Faschismus noch zum deutschen Nationalsozialismus kritisch geäußert hat. Umso mehr überrascht es, dass seine erst nach seinem Tod herausgegebene „Geschichte der ökonomischen Analyse“ dann doch eine Passage enthielt, in der „eine wachsende Neigung der Nationalökonomien, einen monetären Kapitalbegriff anzuerkennen und zu verwenden, ... (und) Versuche“ erwähnt werden, „den Zins als rein monetäres Phänomen zu interpretieren.“ Sie seien aber kaum beachtet worden und aus den akademischen Diskussionen der 1930er Jahre weitgehend verschwunden. „Nur einer dieser Versuche, und zwar der von Silvio Gesell, wurde von Lord Keynes vor der Vergessenheit bewahrt.“⁹⁴

8.4 Keynes' Makroökonomie und sein Ausblick auf einen evolutionären „Gezeitenwechsel“ in der Wirtschaftspolitik

Während die neoklassische Ökonomie den Ersten Weltkrieg, die große Inflation der frühen Nachkriegsjahre und die im Oktober 1929 einsetzende Deflationskrise der Weltwirtschaft lediglich als sog. exogene Schocks betrachtete und sich davon in ihrer Theoriebildung nicht beirren ließ, reagierte der britische Ökonom John Maynard Keynes (1883-1946) zuerst mit einem dezidiert friedenspolitischem Engagement und sodann im Rahmen seines ökonomischen Werks mit grundsätzlichen Zweifeln an den mathematisch exakten, aber realitätsfernen Gleichgewichtsmodellen der Neoklassik. Im Gegensatz zur neoklassischen Verharmlosung des Geldes als bloßem Tauschmittel, das wie ein Schleier über der Realwirtschaft liege, sie aber in keiner Weise beeinflusse, näherte sich Keynes zuerst in „Das Ende des Laissez-faire“ (1926) und „Vom Gelde“ (1930) und dann in seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1935) der zuvor nur in ökonomischen „Unterwelten von Karl Marx, Silvio Gesell und Major Doug-

⁹⁴ Joseph A. Schumpeter (1954/2007 - Band 2), S. 1356.

las“ schlummernden Ansicht an, dass das Geld eine Schlüsselrolle in der Wirtschaft und im Auf und Ab ihrer Konjunkturen spielt.⁹⁵

Wirtschaftspolitische Voraussetzungen für einen die Völker versöhnenden, friedlichen Neubeginn nach dem Ersten Weltkrieg

Als Vertreter des britischen Schatzamtes gehörte Keynes für einige Monate der britischen Delegation bei der Konferenz in Paris an, auf der die Siegermächte des Ersten Weltkriegs einen Friedensvertrag mit Deutschland aushandelten. Dieser im Juni 1919 unterzeichnete Vertrag wies Deutschland die alleinige Schuld am Krieg zu und erlegte ihm Gebietsabtretungen, Abrüstungsmaßnahmen und Reparationszahlungen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark auf. Insbesondere wegen der Höhe der Reparationsforderungen sah Keynes die Gefahr voraus, dass in Deutschland ein nationalistisches Streben nach Revanche zu einem Hindernis für einen friedlichen Neubeginn in Europa werden könnte. Es gelang ihm jedoch nicht, mäßigend auf die Vertragsverhandlungen einzuwirken. Deshalb trat er noch vor deren Abschluss unter Protest gegen die mehrheitlich vorgesehenen Vertragsbedingungen von seinem Posten in der britischen Delegation zurück. Wenige Monate später veröffentlichte Keynes sein Buch über die „Wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges“, das ein großes Aufsehen erregte. Den weiteren Gang der Reparationsverhandlungen konnte es jedoch nicht beeinflussen, wurde aber durch die späteren Ereignisse im Nachhinein bestätigt.

Trotz allen Schmerzes über das von Deutschland angerichtete Leid mahnte Keynes, dass Hass- und Rachegefühle nicht der richtige Ratgeber bei der Schaffung einer tragfähigen Nachkriegsordnung seien. Die Pariser Friedensverhandlungen standen nach seinem Eindruck ganz im Zeichen des noch spürbaren Leidens an den Grauen des Krieges und „die Zukunft Europas interessierte dort nicht“.⁹⁶ So erschien ihm schließlich der Versailler Vertrag als ein Weg der Siegermächte, „den Umsturz zu vollenden, den Deutschland begann - durch einen Frieden, dessen Verwirklichung das empfindliche, verwickelte, durch den Krieg bereits erschütterte und zerrissene System, aufgrund dessen allein die europäischen Völker arbeiten und leben können, noch weiter zerstören muss, statt es wiederherzustellen.“⁹⁷ Der Versailler Vertrag würde Deutschland ökonomisch allzu stark schwächen und damit eine brüchige Stelle im Geflecht der europäischen bzw. internationalen Wirtschaftsbeziehungen schaffen. Außerdem ahnte Keynes den innenpolitischen Sprengstoff, den der Vertrag in Deutschland schaffen könne und der dann mit der rechtsextremistischen Propaganda gegen das sog. „Versailler Diktat“ tatsächlich bald seine destruktiven Kräfte entfachen sollte.

⁹⁵ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 28 (Unterwelten der Ökonomie).

⁹⁶ John Maynard Keynes (1919/2006), S. 68 - 69 und 78.

⁹⁷ John Maynard Keynes (1919/2006), S. 39.

Keineswegs war es die Absicht von Keynes, Deutschland mit seiner Kritik am Versailler Vertrag von einer verdienten Strafe zu verschonen.⁹⁸ Aber sein Blick war auf die gesamteuropäische Konfliktkonstellation gerichtet, die zum Krieg geführt hatte. Und noch mehr war ihm bewusst, dass Europa die Katastrophe des Krieges nur als eine wirtschaftliche Einheit von gleichermaßen florierenden Ländern würde überwinden können. „Europa ist eine Einheit in sich. Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich und Holland, Russland, Rumänien und Polen leben miteinander; ihr Aufbau und ihre Kultur sind wesentlich eins.“ Auch mit England, den USA und anderen Ländern bildeten sie eine Einheit. „Wenn der europäische Bürgerkrieg damit enden sollte“, so warnte Keynes, „dass Frankreich und Italien ihre augenblicklich siegreiche Macht dazu missbrauchen, um Deutschland und Österreich-Ungarn, die jetzt am Boden liegen, zu zerstören, fordern sie auch ihren eigenen Untergang heraus. So tief und unlöslich sind sie durch geheime seelische und wirtschaftliche Bande mit ihren Opfern verkettet.“⁹⁹ Deshalb hielt Keynes den Teilnehmern der Pariser Friedensverhandlungen die Frage entgegen: „Müssen wir nicht unser Handeln auf den Glauben an eine bessere Zeit aufbauen und hoffen, dass der Wohlstand und das Glück eines Landes das der anderen fördert ... und dass die Völker, ohne sich zu schaden, einander noch immer als Brüder behandeln können?“¹⁰⁰ Nach der Katastrophe des Krieges könne die „europäische Familie“ nur dann zu einem dauerhaften gerechten Frieden gelangen, wenn sich Gewinner und Verlierer im „Gefühl der Weltzusammengehörigkeit“ neu begegnen, wenn sie Hass und Nationalismus überwinden und wenn sie gemeinsam wirtschaftlich tragfähige Grundlagen für eine europäische und weltweite Friedensordnung schaffen.¹⁰¹

Seinen „Glauben an eine bessere Zeit“ teilte Keynes übrigens mit dem jüdischen Bankier Carl Melchior (1871-1933) vom Hamburger Bankhaus Warburg, den er als Vorsitzenden der deutschen Finanzdelegation an den Pariser Friedensverhandlungen kennen und schätzen gelernt hatte. Melchiors Vorstellungen von einem „Frieden der ökonomischen Vernunft“ stimmten weitgehend mit Keynes' Haltung in der Reparationsfrage überein. Auch nach dem für beide enttäuschenden Abschluss des Versailler Friedensvertrags blieben Keynes und Melchior im brieflichen Gedankenaustausch über die Nachkriegspolitik der Siegermächte und Deutschlands. Und als die Hyperinflation in Deutschland ihrem Höhepunkt entgegen ging, schrieb Melchior in Anspielung auf ein Wort von Tamino in Mozarts „Zauberflöte“ („Ich

⁹⁸ John Maynard Keynes (1919/2006), S. 89. Anstelle der im Versailler Vertrag geforderten Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark empfahl Keynes Reparationsforderungen in Höhe von 40 Milliarden Goldmark. [S. 100 und 126] - Seine anfängliche Hoffnung auf eine Revision des Versailler Vertrags ließ Gesell alsbald fallen und kritisierte die abwartende Haltung von Wissenschaftlern wie Keynes, vgl. ders. (1922/1992a), S. 230.

⁹⁹ John Maynard Keynes (1919/2006), S. 40 - 41. Vgl. auch S. 89.

¹⁰⁰ John Maynard Keynes (1919/2006), S. 131.

¹⁰¹ John Maynard Keynes (1919/2006), S. 121 - 122, 143 und 147. - Zu Keynes' Selbstverständnis als Pazifist vgl. ders. (1925/1998), S. 108 - 109 („uns Pazifisten“ und Plädoyer für Schiedsgerichtsverfahren und Abrüstung).

kann nichts tun als dich beklagen, weil ich zu schwach zu helfen bin.“) im Januar 1923 an Keynes: „Let us hope that the conflict in the European Concert, which has, however, become so horribly disharmonious - will after all end as well as that in Mozart's opera.“¹⁰²

Zwei Jahre später unternahm Keynes übrigens eine Reise nach Moskau, wo er u.a. auch mit der Leitung der Sowjetischen Zentralbank zusammenkam. Seine Reiseeindrücke fasste er anschließend in einer erst später veröffentlichten Broschüre „A Short View of Russia“ zusammen. Ihr Fazit lautete: „Russian Communism does represent the first confused stirrings of a great religion.“¹⁰³

„Das Ende des Laissez-faire“ (1926)

Dem neoklassischen Glauben an die Selbststeuerungs- und Selbstheilungskräfte eines sich selbst überlassenen kapitalistischen Marktes trat Keynes sowohl mit philosophischen als auch mit ökonomischen Argumenten entgegen. Die mit der Rechtfertigung des bürgerlichen Privateigentums und der Vertragsfreiheit selbstständiger Individuen verbundene Erwartung von Philosophen wie John Locke, David Hume oder Jeremy Bentham, dass eine „unsichtbare Hand“ des Marktes (Adam Smith) die Einzelinteressen von allein mit dem Wohl der Allgemeinheit in einer „Harmonie économique“ (Frederic Bastiat) in Übereinstimmung bringen würde, wies Keynes als Irrtum zurück. „Die Welt wird von oben her nicht so regiert, dass private und allgemeine Interessen immer zusammenfallen. Aus den Prinzipien der Nationalökonomie folgt nicht, dass der aufgeklärte Egoismus immer zum allgemeinen Besten wirkt.“¹⁰⁴

Seine Kritik am Laissez-faire-Kapitalismus verband Keynes zugleich mit einer klaren Zurückweisung von sozialdarwinistischen Rechtfertigungen der monopolkapitalistisch vermachteten ‚freien‘ Marktwirtschaft. „Die erfolgreichsten Profitmacher kommen durch einen unbarmherzigen Kampf ums Dasein nach oben. ... Diese Methode stellt die Kosten des Kampfes selbst nicht in Rechnung, sondern hat nur die Vorteile des Endresultats im Auge, die man für dauernde hält. Ihr zugefolge besteht das Lebensziel darin, die obersten Blätter von den Zweigen abzugra-

¹⁰² Zu Melchior vgl. Jüdisches Museum Berlin & Stiftung Warburg Archiv Hrsg. (2019), S. 23 - 31. Außerdem Carl Melchior (1923), S. 4 (Brief an Keynes). - Das Bankhaus Warburg unterstützte auch das 1922 von dem Rechtswissenschaftler Albrecht Mendelssohn-Bartholdy (einem Enkel des berühmten Komponisten, der auch der deutschen Delegation bei den Pariser Friedensverhandlungen angehört und für eine Verringerung der Reparationen plädiert hatte) gegründete „Hamburger Institut für Auswärtige Politik“.

¹⁰³ John Maynard Keynes (1925/1972), S. 253 - 271, hier: S. 269 („Der russische Kommunismus repräsentiert die ersten verwirrten Erregungen einer großen Religion.“) - In den Abt. „RV 1“ und RV 2“ des Nachlasses von Keynes im King's College in Cambridge/UK befinden sich auch zahlreiche von ihm gesammelte russische Geldscheine aus den Jahren des Kriegskommunismus, als Lenin und Bucharin das Geld durch seine extreme Inflationierung entwerten und damit letztlich abschaffen wollten. - Vgl. auch die Website <http://www.dandebate.dk/eng-keynes-russia.htm>

¹⁰⁴ John Maynard Keynes (1926a), S. 5 - 30, hier: S. 30.

sen, und der beste Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist der, wenn man zulässt, dass die Giraffen mit den längsten Hälsen die Giraffen mit kürzeren Hälsen aushungern. ... Wenn uns das Wohl der Giraffen am Herzen liegt, so dürfen wir die Leiden derer mit kürzeren Hälsen, die ausgehungert werden, nicht übersehen.“¹⁰⁵

Einen „Parallelismus zwischen dem wirtschaftlichen Laissez-faire und dem Darwinismus“ erblickte Keynes in dem Umstand, dass die „natürliche Auslese im Kampf ums Dasein“, die in der Natur durch die „sexuelle Liebe“ bzw. die „sexuelle Zuchtwahl“ geleitet werde, in der Wirtschaft ebenfalls durch die Kraft einer Liebe geleitet werde, aber durch die Kraft einer besonderen Form der Liebe, nämlich durch die „Liebe zum Gelde ..., einer der mächtigsten menschlichen Triebe“, die „sich im Streben nach Profit auswirkt“.¹⁰⁶

Diese „Liebe zum Gelde“ betrachtete Keynes zu dem Zeitpunkt noch als natürliche, aber auch schon als eine problematische Eigenschaft der Menschen. Deshalb postulierte er die unbedingte Notwendigkeit des Handelns einer sichtbaren Hand des Staates, um den von der „Liebe zum Geld“ angetriebenen privatwirtschaftlichen Kampf ums Dasein zu zivilisieren. Damit vollzog Keynes einerseits einen mutigen Bruch mit der Neoklassik und andererseits wollte er genügend Abstand zu Marx, Lenin und deren Epigonen wahren. „Der marxistische Sozialismus wird immer eine Crux in der Geschichte der Lehrmeinungen bleiben.“ Keynes konnte sich nur darüber wundern, „wie es möglich sein konnte, dass eine so unlogische und langweilige Lehre einen so mächtigen und dauernden Einfluss auf den Geist der Menschen und durch ihn auf den Gang der Geschichte auszuüben vermochte.“¹⁰⁷

Doch wie sollte im Zwischenraum zwischen Neoklassik und Marxismus nun die „Agenda und Non-Agenda des Staates“ aussehen? Da Keynes die „Liebe zum Geld“ als Hauptantriebskraft des Profitstrebens im Monopolkapitalismus zwar kritisch sah, aber sie noch nicht genauer untersucht hatte, war das Gebiet des Geldes auch für ihn um die Mitte der 1920er Jahre noch weitgehend unerforscht, obwohl er 1923 mit seiner Broschüre „Tract on Monetary Reform“ einen ersten Versuch unternommen hatte, sich auf diesem Gebiet zu orientieren. Trotz seiner fundierten Kritik an der damaligen Goldwährung war Keynes zu der Zeit weder die im herkömmlichen zinstragenden Geld wurzelnde Konzentrationskraft bewusst noch konnte er schon die Möglichkeit in den Blick nehmen, das konzentrierte Geld- und Realkapital mit Hilfe einer Strukturreform des Geldes zu dezentralisieren. Einen der ersten Hinweise auf Gesells Geldreformansatz erhielt Keynes im März 1925 (wenige Wochen vor seiner Reise nach Moskau), als der schweizerische Architekturprofessor Hans Bernoulli ihm nach der Lektüre des „Tracts on Monetary Reform“ eine ins Englische übersetzte Denkschrift „Memorandum upon The International Exchanges - Addressed to The Governments of all Nations“ übermittelte. Die-

¹⁰⁵ John Maynard Keynes (1926a), S. 22 und 25.

¹⁰⁶ John Maynard Keynes (1926a), S. 23 - 24.

¹⁰⁷ John Maynard Keynes (1926a), S. 26.

se 1920 vom „Schweizerischen Freiwirtschaftsbund“ herausgegebene Denkschrift enthielt zwar auch eine kurze Darstellung der Grundgedanken der Geldreform, behandelte aber die von Gesell für eine Befriedung der Weltwirtschaft konzipierte „Internationale Valuta-Assoziation“ noch ausführlicher.¹⁰⁸

Danach hat sich offenbar auch Gesell selbst an Keynes gewandt und ihm einige Informationen über die Geldreform übermittelt, denn in seinem Nachlass ist eine am 31. März 1926 von Keynes an ihn gesandte Postkarte erhalten.

46, Gordon Square,
Bloomsbury.
31 March 1926

Dear Sir,

I thank you for your postcard. I shall
be glad to be in touch with the literature of
your movement from time to time. But
I think that I am already acquainted
with much of it up to date.

Yours very truly
J.M. Keynes

Herr Silvio Gesell

Abb.: Postkarte von Keynes an Gesell vom 31.3.1926

Keynes' Antwort an Gesell lautete: „Gerne werde ich mich von Zeit zu Zeit mit der Literatur Ihrer Bewegung beschäftigen. Aber ich denke, dass ich damit bereits

¹⁰⁸ Swiss Free-Economy League (1920). - Bernoullis Brief an Keynes vom 27.3.1925 und Keynes' Antwort an Bernoulli vom 8.4.1925 befinden sich im Archiv des King's College in Cambridge/UK unter den Zeichen NS/1/1/220-222 (eingesehen am 25.9.2019).

größtenteils vertraut bin.“¹⁰⁹ Allerdings hatte Keynes die ganze Tragweite der Geldreform so schnell doch noch nicht erfasst und so blieb er bei aller Abneigung gegen einen „doktrinären Staatssozialismus“ vorerst noch in den neoklassischen Grundmustern der Konzentration und Akkumulation von Kapital stecken und neigte - auch unter dem Eindruck der Erfahrungen mit einem durchaus produktiven „Kriegssozialismus“ und mit einem Respekt vor „großen Industriekapitänen“ als gleichsam Schumpeterschen Pionierunternehmern - zu der Vorstellung, innerhalb der Demokratie einen „klug geleiteten Kapitalismus“ schaffen zu können. Vielversprechend fand Keynes „die Entwicklung der Aktiengesellschaften ..., bei der sie sich mehr dem Status einer öffentlichen Korporation annähern als dem eines individuellen Privatunternehmens. ... Daher glaube ich, dass der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt.“ Als Beispiele hierfür nannte Keynes Eisenbahngesellschaften und Universitäten, den Londoner Hafen und auch die Bank of England. Sobald Unternehmen eine Größe erreichen, bei der ihre gemeinwohlorientierte Verwaltung wichtiger wird als das Interesse der sie leitenden Personen, habe das Profitinteresse nur noch eine „sekundäre Bedeutung ... und die Verwaltung legt größeren Wert auf die allgemeine Stabilität als auf die höchstmöglichen Gewinne für die Aktionäre.“ Ähnlich wie Schumpeter, aber nur bis zur Grenze einer „Halbsozialisierung“ betrachtete also auch Keynes die „Tendenz der Großunternehmen, sich selbst zu sozialisieren“, als eine „natürliche Entwicklungsrichtung. ... In Zukunft wird man viele große Unternehmungen und andere, die viel fixes Kapital gebrauchen, halb sozialisieren müssen.“ Zu Keynes' Vorstellungen von einem „klug geleiteten Kapitalismus“ gehörten auch eine „wohlüberlegte Kontrolle der Währungs- und Kreditfragen“ und eine umfassende Statistik aller wirtschaftlichen Vorgänge, damit staatliche „Organe die geistige Führung bei inneren Komplikationen der Privatwirtschaft übernehmen, doch ohne dass private Initiative und privater Unternehmungsgeist durch sie angetastet würden.“¹¹⁰

Abgesehen davon, dass Keynes ähnlich wie Schumpeter das gesellschaftsverändernde Potenzial der Großunternehmen überschätzte und hinsichtlich ihrer Umorientierung von der Profit- zur Gemeinwohlorientierung zu optimistisch war, unterließ er es im „Ende des Laissez-faire“, seine Vorstellungen über eine staat-

¹⁰⁹ John Maynard Keynes (1926b). Das Original dieser Postkarte befand sich lange Zeit bei Gesells Enkeltochter Silvia Gesell de Meszaros in der Ortschaft „Ing. Maschwitz“ am nordwestlichen Rand der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires. Während eines Besuches im Oktober 2005 habe ich diese Postkarte eingescannt und in der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ abgebildet (146. Folge/2005, S. 34 / Web: http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-146_Rez.pdf; Zugriff: 14.10.2014). Mittlerweile befindet sich das Original dieser Postkarte von Keynes an Gesell im „Museo y Archivo Municipal de Villa Gesell“. Der Nachlass von Keynes im King's College in Cambridge enthält keine Briefe von Gesell an Keynes.

¹¹⁰ John Maynard Keynes (1926a), S. 27 (Kriegssozialismus), 28 (große Industriekapitäne), 31 (Agenda und Non-Agenda des Staates; halbautonome Körperschaften), 32 (Selbstsozialisierung von Großunternehmen) - 34 (Halbsozialisierung vs. Staatssozialismus) sowie 36 und 40 (klug geleiteter Kapitalismus). Vgl. auch ders. (1925/1998), S. 109.

liche Agenda konkreter darzulegen. Entscheidend war für ihn zunächst die „Tatsache, dass wir unser Leben nach möglichst geringer Berücksichtigung anstatt möglichst starker Berücksichtigung des Geldmotivs regeln möchten.“ Jedoch blieb die „Liebe zum Geld“ für Keynes trotz seiner Kenntnis der Kritik von Religionslehrern und Philosophen an ihr vorerst noch eine „verflixte Materie“.¹¹¹ Deren mangelndes Verständnis spiegelte sich in seiner unausgereiften Ansicht, diese „Liebe zum Geld“ durch eine Halbsozialisierung von Großunternehmen bändigen zu können. Sich selbst betrachtete Keynes als einen zwischen den Konservativen und Faschisten einerseits und der Labour Party und den Bolschewisten andererseits stehenden Liberalen - aber als einen aufgeklärten Liberalen, weil er das Dogma vieler Liberaler ablehnte, dass sich der Staat nicht in das sog. ‚freie Spiel‘ der wirtschaftlichen Kräfte einmischen solle. In der Zukunft werde sich „alles um die Geldpolitik drehen“. Aber wie könnte sie dann aussehen?

Ein aufgeklärter Liberaler war Keynes übrigens auch insofern, als er die traditionellen Geschlechterrollen „mittelalterlich“ fand und sowohl die Frauenemanzipation als auch die Gleichberechtigung von Homosexuellen unterstützte. Zugleich befürwortete er eine gemäßigte Form der Eugenik, die damals nicht nur in konservativen Kreisen, sondern auch in der englischen Sozialdemokratie und in der „Fabian Society“ viele Anhänger wie die berühmten Schriftsteller H.G. Wells und George Bernhard Shaw hatte, und er gehörte dem liberalen Flügel der „British Eugenics Society“ an.¹¹² Die Eugenik interessierte Keynes schon in seinen jungen Jahren aus ökonomischer Sicht und auch später beschäftigte er sich mit den Wechselwirkungen zwischen dem Angebot und der Nachfrage von/nach Kapital, der technischen Entwicklung, der Höhe des Zinsniveaus und der Bevölkerungsentwicklung. Für ein großes Problem hielt Keynes - übrigens ebenso wie der berühmte Geldtheoretiker Irving Fisher in den USA - den viele Familien zerrüttenden Alkoholismus; er hielt ihn aber nicht für einen ‚genetischen Defekt‘ von vermeintlich ‚minderwertigen‘ Menschen, sondern für eine Folge schlecht geordneter Lebensverhältnisse und unterstützte darum auch keine Forderungen nach einer aktiven Bevölkerungspolitik durch Heiratsge- und -verbote oder gar durch Zwangssterilisationen.¹¹³

In seinem in zeitlicher Nähe zur großen Weltwirtschaftskrise gehaltenen Vortrag „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ wandte sich Keynes unter dem Eindruck des „schweren Anfalls von wirtschaftlichem Pessimismus“ gegen

¹¹¹ John Maynard Keynes (1926a), S. 38 - 39.

¹¹² John Maynard Keynes (1925/1998), S. 110 (Frauenemanzipation), 112 (Faschismus und Bolschewismus) und 113 (Geldpolitik). - Vgl. auch John Maynard Keynes (1925/1998), S. 103 - 114 („Bin ich ein Liberaler?“).

¹¹³ John Maynard Keynes (1910/1983), S. 186 - 188 (Alkoholismus). - Ders. (1937/1973d), S. 124 - 133 (Kapital- und Bevölkerungsentwicklungen, u.a. in Auseinandersetzung mit Malthus). - Zur Rolle von Keynes in der „British Eugenics Society“ vgl. die Website <https://wellcomelibrary.org/item/b16232938#?c=0&m=0&s=0&cv=0&z=0.1679%2C0.5417%2C0.6643%2C0.4167>. - Zum Verhältnis von Keynes zur Eugenik vgl. auch David Roth Singerman (2016), S. 538 - 565. - Zum Verhältnis von Fisher zur eugenischen Bewegung vgl. Claude Million (2007), S. 4 und 12.

die Befürchtung, dass der seit dem frühen 19. Jahrhundert anhaltende wirtschaftliche Fortschritt zu Ende gehen oder sich zumindest verlangsamen könnte. „Wir leiden nicht unter Altersrheumatismus, sondern unter ... der Schmerzhaftigkeit von Korrekturen beim Übergang von einer Wirtschaftsperiode in eine andere.“ Der technische Fortschritt werde weitergehen. „Welchen Stand des wirtschaftlichen Lebens können wir vernünftigerweise von jetzt an in hundert Jahren erwarten?“¹¹⁴

Die neuzeitliche Moderne habe Keynes zufolge - begünstigt durch den Zustrom von den in der Neuen Welt erbeuteten Edelmetallen nach Europa - „mit der Kapitalakkumulation im sechzehnten Jahrhundert“ begonnen. „Von dieser Zeit an bis heute wurde die Kraft der Akkumulation, die über viele Generationen hinweg geschlafen zu haben scheint, mittels Zinseszins wiedergeboren und in ihrer Stärke erneuert. Und die Macht des Zinseszinses über zweihundert Jahre hinweg ist etwas, was die Vorstellungskraft ins Wanken bringt.“ In diesen beiden Jahrhunderten „begann das große Zeitalter wissenschaftlicher und technischer Erfindungen“, die es zusammen mit der Verfügung über fossile Energien und Ressourcen möglich machten, eine großindustrielle Massenproduktion aufzubauen und den Wohlstand einer wachsenden Weltbevölkerung anzuheben. „Das Kapital ist mit einer Geschwindigkeit gewachsen, die über dem Hundertfachen dessen liegt, was jedes frühere Zeitalter gekannt hat.“ Trotz periodisch wiederkehrender Konjunkturkrisen war Keynes überzeugt, „dass die Menschheit dabei ist, ihr wirtschaftliches Problem zu lösen. Ich möchte voraussagen, dass der Lebensstandard in den fortschrittlichen Ländern in hundert Jahren vier- bis achtmal so hoch sein wird wie heute.“ Es werde ein „Zeitalter der Freizeit und der Fülle“ kommen.¹¹⁵

Demnach betrachtete Keynes den historischen Prozess der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital um 1929/30 noch als ‚normale‘ Entwicklung. Ebenso wie die Neoklassik differenzierte er nicht nach qualitativ unterschiedlichen Quellen der Kapitalbildung, er sah m.a.W. nicht den Widerspruch, dass sich die Kapitalakkumulation und -konzentration zum einen Teil aus Ersparnissen aus leistungslosen Bodenrenten und Kapitalzinsen und zum anderen Teil aus Ersparnissen aus den durch Bodenrenten und Kapitalzinsen geschmälernten Arbeitseinkommen speiste. Keynes stellte die Kapitalakkumulation und -konzentration als solche noch nicht in Frage und bemerkte deshalb nicht, dass der Zug der modernen Industriegesellschaft schon in seinen Anfängen gleichsam entgleist war und dass er trotzdem vorerst noch weiterfuhr und sein Tempo sogar noch erhöhte. Die mehr oder weniger ausgeprägten Wirtschaftskrisen und auch die große Weltwirtschaftskrise deutete Keynes zunächst noch nicht als Anzeichen für einen tiefer liegenden Systemfehler in der kapitalistischen Marktwirtschaft. Statt die periodische Wiederkehr von Krisen als äußeren Ausdruck einer inneren Widersprüchlichkeit der gleichzeitigen Entwicklung und Fehlentwicklung der modernen Industrie-

¹¹⁴ John Maynard Keynes (1930/1998), S. 115 - 116.

¹¹⁵ John Maynard Keynes (1930/1998), S. 117 - 119 und 122.

gesellschaft zu erkennen, deutete er die Krise vorerst nur als vorübergehende Störung einer ansonsten grundsätzlich richtigen Entwicklung.

Unterschwellig bahnte sich jedoch in Keynes' 1930 gehaltenem Vortrag über die längerfristigen Aussichten im Kapitalismus auch schon ein Umdenken an. Seine schon um die Mitte der 1920er Jahre spürbare Abneigung gegen die „Liebe zum Geld“ verstärkte sich nämlich so sehr, dass er sie geradezu als ein „abscheuliches ..., ziemlich widerliches, krankhaftes Leiden“ empfand. „Geiz, Wucher und Vorsicht müssen für eine kleine Weile noch unsere Götter bleiben.“ Aber es werde eine Zeit kommen, „in der die Akkumulation des Reichtums nicht mehr von hoher gesellschaftlicher Bedeutung ist“. Dann „werden sich große Veränderungen in den Moralvorstellungen ergeben. ... Ich sehe deshalb für uns die Freiheit, zu einigen der sichersten und zuverlässigsten Grundsätzen der Religion und der althergebrachten Werte zurückzukehren.“ Ohne sich explizit auf die biblisch-kanonische Zinskritik oder auf Aristoteles zu beziehen, deutete Keynes die Möglichkeit an, dass die Gesellschaft auf einen „wahrhaftigen Pfad der Tugend und der maßvollen Weisheit“ einschwenken könne. „Wir werden die Zwecke wieder höher werten als die Mittel und das Gute dem Nützlichen vorziehen.“ Und ähnlich wie Aristoteles begann Keynes nunmehr erstmals, zwischen dem „Geld als einem Mittel für die Freuden und die wirklichen Dinge des Lebens“ und einem „Geld als einem Wert in sich“, also einem sich selbst vermehrenden Geld als Selbstzweck zu unterscheiden.¹¹⁶

„Vom Gelde“ (1930)

Das erste Ergebnis seines Ringens um das Rätselhafte des Geldes war Keynes' voluminöses Werk „Vom Gelde“, das 1930 nach mehr als fünfjähriger Arbeit erschien. Vor dem Hintergrund der gegen seine Empfehlungen 1925 in England wieder eingeführten Goldwährung wollte Keynes in kritischer Auseinandersetzung mit der Neoklassik und auch anders als in Schumpeters geldferner Entwicklungstheorie¹¹⁷ gerade die Rolle des Geldes in stationären und dynamischen Stadien der Entwicklung aufklären, denn er war davon überzeugt, dass „ein richtiges Verständnis ... für das Wohlergehen der Welt von der größten praktischen Bedeutung ist“. Dafür fehlte ihm allerdings jegliches Vorbild und er fühlte sich nach eigenem Bekunden „wie jemand, der seinen Weg durch ein wirres Dickicht bahnen musste“, zumal 1931 das „sensationelle Ereignis“ eintrat, dass die Goldwährung schon wieder „in Stücke zerbrach“. Deshalb verwies Keynes in den Vorworten zu den englischen und deutschen Ausgaben seines Buches ausdrücklich auf die wechselnden

¹¹⁶ John Maynard Keynes (1930/1998), S. 123 und 126.

¹¹⁷ Auch Schumpeter arbeitete zu jener Zeit an einem Buch über das Geld, unterließ aber eine Veröffentlichung, als er erfuhr, dass Keynes ihm zuvorgekommen war. Schumpeters „Das Wesen des Geldes“ wurde erst lange nach seinem Tod aus seinem Nachlass herausgegeben (die deutsche Übersetzung mit einem Vorwort von Fritz Karl Mann Göttingen 1970).

Zeitumstände und auf den Wandel seiner Erkenntnisse während der Entstehung seines Buches. „Die Anschauungen, mit denen ich die Arbeit beendete, unterscheiden sich stark von denjenigen, die mich zu Anfang beherrschten.“ Eigentlich könne er von vorn beginnen und das Buch neu und kürzer verfassen, weil Teile davon durch die schnellen Änderungen der Zeitumstände schon überholt waren.¹¹⁸

Auch wenn Keynes in „Vom Gelde“ noch vieles auf der Grundlage der Goldwährung beschrieb, so weitete er den Geldbegriff vom Bargeld auf das Bar- und Giralgeld aus und maß dem Giralgeld eine weitaus größere Bedeutung zu als dem Bargeld.¹¹⁹ Viele seiner Gedanken kreisten um die Notwendigkeit, den Wert des Geldes, d.h. das durchschnittliche Niveau aller Warenpreise innerhalb einzelner Länder zu stabilisieren. Dafür bedürfe es einer detaillierten Preisstatistik, um einen aussagekräftigen Preisindex zu entwickeln, mit dem sich inflationäre und deflationäre Abweichungen der Kaufkraft von ihrem stabilen Mittelwert feststellen lassen.¹²⁰ Nachdem Marx irrtümlich geglaubt hatte, Arbeitswerte direkt berechnen und darauf eine zentrale Planung der Wirtschaft aufbauen zu können, folgte Keynes wie vor ihm Gesell den preisstatistischen Vorarbeiten von Soetbeer, Fisher („index numbers“) und anderen in der Vorstellung, dass regelmäßige Ermittlungen des Durchschnitts aller Preise die Zentralbanken in die Lage versetzen könnten, die Menge des zirkulierenden Geldes stets so an den wechselnden Umfang des Sozialprodukts anzupassen, dass sich in einer sich ansonsten selbst steuernden Wirtschaft inflationäre und deflationäre Schwankungen der Kaufkraft der Währungen vermeiden lassen. Als gesamtwirtschaftliches Aggregat nahm diese Preisstatistik allerdings keine Rücksicht darauf, dass die summierten und gewichteten Preise gewissermaßen ‚unter ihrer Oberfläche‘ aus sich widersprechenden Bestandteilen zusammengesetzt waren, nämlich neben Arbeits-, Material- und Verwaltungskosten auch aus leistungsfremden Boden- und Kapitalkosten. Hieran nahm Keynes in „Vom Gelde“ noch keinen Anstoß; aber er sah durchaus die Schwierigkeiten, die Lebenshaltung unterschiedlicher Bevölkerungsschichten in einem Warenkorb angemessen zu gewichten. „Die Warenbündel, die die tatsächliche Verwendung des Geldeinkommens darstellen, zeigen für verschiedene Orte, Zeiten oder Gruppen nicht die gleiche Zusammensetzung.“ Trotz mancherlei theoretischer und praktischer Probleme könne die Preisstatistik „dennoch oft brauchbare Vergleiche der Kaufkraft“ liefern.¹²¹

Allerdings - und damit erneuerte Keynes seine Zweifel an den neoklassischen Gleichgewichtsmodellen - sei die Relation zwischen dem Sozialprodukt und dem Preisniveau einerseits und der Geldmenge und der Geldumlaufgeschwindigkeit andererseits nicht so stabil wie es die von Irving Fisher und anderen Ökonomen aufgestellten „altmodischen Quantitätsgleichungen“ unterstellten. Im Gegensatz

¹¹⁸ John Maynard Keynes (1930/1983), S. V - VI.

¹¹⁹ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 3 - 39 (Bar- und Giralgeld), hier: S. 24.

¹²⁰ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 46 und 61.

¹²¹ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 77 - 80, hier: S. 77, und 97.

zu den Modellannahmen sei nämlich die Umlaufgeschwindigkeit nicht konstant. Es gebe „Einflüsse auf der Geldseite“ wie die Möglichkeit zeitweiser Geldhortungen und „Einflüsse auf der Investitionsseite“ und obendrein noch außenwirtschaftliche Einflüsse, die zu kaum voraussehbaren Inkongruenzen zwischen den gesamtwirtschaftlichen Ersparnissen und den gesamtwirtschaftlichen Investitionen führen und damit wellenförmige Konjunkturzyklen mit Hausse- und Baissephasen verursachen.¹²² Deshalb setzte sich Keynes, „ohne zu endgültiger Klarheit gelangt zu sein“, mit seiner Auffassung in einen Gegensatz zur vorherrschenden Neoklassik, dass staatliches Handeln erforderlich sei, um „periodische Divergenzen zwischen Investition und Ersparnis“ zu minimieren oder gar ganz zu vermeiden. Daraus ergebe sich als „normative Seite unseres Gegenstandes“ die Frage nach den Möglichkeiten nationaler und internationaler „Währungshoheiten“, verstetigend auf den Konjunkturverlauf einzuwirken. Auf nationaler Ebene bestand für Keynes „die Kunst der Währungspolitik zum Teil darin, technische Mittel zu ersinnen, durch die die Zentralgewalt in den Stand gesetzt werden kann, eine verständige Kontrolle über die Investitionstätigkeit auszuüben, die wirksam und rasch zugleich funktioniert; zum anderen Teil bestand sie darin, durch genügende Kenntnis und sicheres Prognostizieren zu gewährleisten, dass die technischen Mittel zur rechten Zeit und im rechten Ausmaß angewandt werden.“ In der Annahme, „dass der Diskontsatz das ganze System beherrscht“, hielt er die Offenmarktpolitik der Zentralbanken für das wirksamste Instrument von deren Geldpolitik. Auf jeden Fall sei es das „erste Gebot für eine Zentralbank ... , sich eine unanfechtbare Kontrolle über das gesamte Volumen des von ihren Mitgliedsbanken geschaffenen Bankgeldes zu sichern“ und die Gold- und Devisenreserven ihrer Mitgliedsbanken zu regulieren.¹²³

Die außenwirtschaftlichen Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wollte Keynes durch eine „planvoll gelenkte Weltwährung“ überwinden. Auf der von ihm für falsch gehaltenen, aber pragmatisch hingenommenen Grundlage, dass „bestimmte führende Staaten weiter an der starren Goldwährung festhalten werden“, empfahl Keynes die Gründung einer „Währungsunion ... , die das Britische Reich, Südamerika, Mitteleuropa und Skandinavien umfassen“ sollte. Zum Wert einer gemeinsamen supranationalen Währungseinheit, als deren Maßstab er sich ein „Warenbündel aus den wichtigsten, für die Mitglieder der neuen Währungsunion hauptsächlich in Betracht kommenden Welthandelsgüter“ vorstellte, sollte die Kaufkraft der nationalen Währungen in eine relativ stabile Beziehung „mit einer Abweichung von (sagen wir) 5 % über oder unter der Norm“ gebracht werden. „Ferner würde jeweils eine bestimmte, aber nicht unveränderliche Beziehung zwischen der neuen Einheit und dem Golde bestehen. ... Ich denke, dass die Zentralbanken der neuen Währungsunion von Zeit zu Zeit zusammenkommen werden, um eine gemeinsame Politik im Hinblick auf die Bankrate, das Kreditvolumen, den

¹²² John Maynard Keynes (1930/1983), S. 109, 118 - 120 und 297 sowie die Kapitel 22 - 30.

¹²³ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 139, 469, 480 - 481, 500 - 509 und 517 - 522.

Emissionsmarkt und den Goldpreis zu erörtern.“¹²⁴ Das war gleichsam die Ur-Version von Keynes' späterem Bancor-Plan für die Neuordnung der Weltwirtschaft. -

Richtungweisend, aber ebenfalls noch unfertig war auch Keynes' Unterscheidung zwischen der „industriellen Zirkulation“ und der „finanziellen Zirkulation“. Unabhängig von ähnlichen, ihm aber unbekannt gebliebenen Überlegungen, die Thorstein Veblen schon um das Jahr 1900 über die Verselbstständigung der Finanzgegenüber der Realsphäre angestellt hatte, meinte Keynes mit der „industriellen Zirkulation“ die mit realwirtschaftlicher „geschäftlicher Tätigkeit“ verbundenen Zahlungsvorgänge. Dass er zu den „normalen Erzeugungs-, Verteilungs- und Austauschprozessen“ auch die „Entlohnung der Produktionsfaktoren“ zählte, zeigte freilich, dass er sich zu dieser Zeit noch nicht vom neoklassischen Verständnis der Produktionsfaktoren befreit hatte, welches die Lohnabhängigkeit der unselbstständigen Arbeit und leistungslose Zinseinkommen rechtfertigte. Dementsprechend blieb Keynes auch noch bei der Vorstellung, dass die Marktzinsen sich um einen „natürlichen Zins“ bewegten. Immerhin könne dieser „natürliche Zins für eine kurze Zeit fast auf null sinken“, wenn in unsicheren Krisenzeiten die „Börsenstimmung deprimiert“ ist und Preise und Gewinne zurückgehen.¹²⁵ Und unter der „finanziellen Zirkulation“ verstand Keynes neben dem „Verwahren und Austausch vorhandener Vermögenstitel“ auch schon die Spekulation, womit sich hier bereits seine spätere Einteilung der gesamten Geldmenge in Transaktions-, Vorsichts- und Spekulationskassen ankündigte. Neoklassisch war allerdings noch seine Vorstellung, dass zur „finanziellen Zirkulation“ wie selbstverständlich auch „Transaktionen auf dem Effekten- und Geldmarkt“ und die „Übertragung laufender Ersparnisse und Gewinne auf die Unternehmer“ gehören, d.h. er nahm die hierarchische Überordnung einer Minderheit von Unternehmerkapitalisten über Massen lohnabhängiger Arbeiter und den Handel mit Unternehmensanteilen noch unhinterfragt hin.¹²⁶ Trotzdem löste sich Keynes mit seiner Unterscheidung zwischen industrieller und finanzieller Zirkulation schrittweise von der falschen neoklassischen Grundannahme, dass das Geld neutral sei und nur wie ein Schleier teilnahmslos über der Realwirtschaft liege.

In seinem Buch „Vom Gelde“, vor allem im Kap. 10, hat Keynes zwar Schwankungen der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und das Phänomen der Hortung als die große Unbekannte in den „Grundgleichungen für den Wert des Geldes“ thematisiert. Aber zum einen hielt er die Offenmarkt- und Diskontpolitik der Zentralbanken offenbar für ausreichend wirksam - zumindest unter der Voraussetzung, dass

¹²⁴ John Maynard Keynes (1930/1983), S. VII - IX; vgl. ders. (1930/1983), S. 264 - 294 und 523 - 571, hier: S. 534 - 541 (Kritik an der Goldwährung).

¹²⁵ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 198 - 201 (industrielle Zirkulation), hier: S. 199, sowie 590 (Schwankungen der Marktzinsen um einen natürlichen Zins) und 597 - 598 (kurzzeitiges Sinken des natürlichen Zinses gegen Null). - Zu Veblen vgl. das Kap. 6.3 des vorliegenden Buches.

¹²⁶ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 157 (Spekulation), 201 - 208 (finanzielle Zirkulation), und 590 (Schwankungen der Marktzinsen um einen natürlichen Zins).

auch „die Regierung selbst ein heimisches Investitionsprogramm fördert“, unter anderem in den Bereichen des Wohnungsbaus und der Verkehrsinfrastruktur.¹²⁷ Und zum anderen hatte sich ihm bis zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise noch nicht das ganze Ausmaß der inneren Widersprüchlichkeit des Geldes und ihrer realwirtschaftlichen Auswirkungen - vor allem die hierarchische Organisation der Arbeitswelt und Monopolisierung der Märkte - erschlossen, obwohl seine Kollegin Joan Robinson gerade an ihren „Economics of Imperfect Competition“ arbeitete und obwohl er schon seit Jahren entsprechende Zuschriften von „ketzerischen Währungsreformern“ erhalten hatte. Sie schätzten ihn wegen seiner Kritik am Goldstandard und erhofften sich seine Fürsprache für weitergehende geldpolitische Reformvorschläge, hatten aber zumeist die Problematik der Kapitalakkumulation auch selbst noch nicht genügend im Blick. Als Ketzer, die unablässig versuchten, die Neoklassik aus „Marshall's Dornröschenschlaf“ und den realitätsfernen Gleichgewichtsträumereien zu wecken, erwähnte Keynes John Atkinson Hobson, William Foster & Wadill Catchings und Nikolas Johannsen; aber es gebe ein ganzes „Heer der Ketzer und Käuze, deren Anzahl und Begeisterung gewaltig ist“. Es vergehe kaum eine Woche, in der er „nicht aus irgendeinem Lande ein Buch, eine Streitschrift, einen Artikel, einen Brief in irgendeiner Sprache erhält. ... Es ist für jeden Forscher auf dem Gebiet der monetären Theorie ein Problem, wie er diese Flut von Zuschriften behandeln soll, wie viel Achtung und Höflichkeit er zeigen, wie viel Zeit er darauf verwenden soll, besonders wenn er empfindet, dass die leidenschaftliche Unzufriedenheit dieser Ketzer die Geruhsamkeit der Bankiers bei weitem vorzuziehen ist.“¹²⁸

Auch wenn sich Keynes von den Währungsketzern zuweilen bedrängt fühlte, so nahm er sie dennoch sehr ernst. „Auf keinen Fall kann es richtig sein, sie vollkommen zu ignorieren.“ Die Leidenschaftlichkeit und Beharrlichkeit der Häretiker erschienen ihm als Anzeichen dafür, „dass die orthodoxen Argumente nicht völlig befriedigend sind. Der Ketzer ist ein ehrlicher Intellektueller. ... Wenn seine überraschenden Erkenntnisse außerdem ... derart sind, dass, wenn sie richtig wären, sie viele wirtschaftliche Missstände der leidenden Menschheit beseitigen würden, so erhöht und verstärkt eine moralische Begeisterung seine Hartnäckigkeit. Er geht wie Sokrates ungebeugten Hauptes den Weg, den ihn sein Gedankengang

¹²⁷ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 109 - 115, 310 - 333, 572 - 581 und 601 (Geldpolitik und staatliche Investitionsprogramme).

¹²⁸ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 470 - 473. John Atkinson Hobson war schon vor dem ersten Weltkrieg mit seinen Schriften „The Law of the Three Rents“ (1891), „Imperialism“ (1902) und „Work and Wealth - A Human Valuation“ (1914) hervorgetreten. In seiner „Allgemeinen Theorie“ erwähnte Keynes außerdem ein von Hobson gemeinsam mit dem Kaufmann A.F. Mummery verfasstes Buch „The Physiology of Industry“, in dem er schon erstmals 1889 auf die mangelhafte Übereinstimmung von Sparen und Investieren hingewiesen habe. [1936/1976, S. 308 - 313]. - Foster & Catchings hatten im Jahr der großen Weltwirtschaftskrise 1929 ein Buch „Der Weg zum Überfluss“ veröffentlicht. Zu ihnen vgl. Keynes (1930/1983), S. 145 - 146. - Nikolas A.L. Johannsen (1913); vgl. dazu Keynes (1930/1983), S. 375. - Vgl. die Keynes-Biografie von Charles Hession (1984/1986), S. 326 - 328 (Häretiker gegen „Marshall's Dornröschenschlaf“).

führt. Er verdient Achtung und es ist die Pflicht eines jeden, der über diesen Gegenstand schreibt, zu versuchen, das Problem aufzuklären und Ketzer und Bankleute wieder zusammenzuführen.“¹²⁹

Und dennoch - trotz des katastrophalen Ausmaßes der „weltwirtschaftlichen Stockung von 1930“ mit einer verheerenden Massenarbeitslosigkeit in England, Deutschland und in den USA und trotz seiner Sorge, dass „die Fundamente der kapitalistischen Gesellschaftsordnung weiter durch die Beibehaltung einer verfehlten Währungspolitik unterhöhlt werden“, wollte Keynes den Ketzern in „Vom Gelde“ auch noch nicht allzu weit entgegenkommen, weil er schon zweimal die schmerzliche Erfahrung gemacht hatte, dass seine Politikempfehlungen als utopisch abgelehnt wurden. „Mir ist während der vergangenen elf Jahre die Rolle der Cassandra zugefallen, zuerst bezüglich der wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages und sodann bezüglich derjenigen einer Rückkehr zum Golde; ich hoffe, dass es bei dieser Gelegenheit nicht auch so sein wird.“¹³⁰

„Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936)

In „Vom Gelde“ erwähnte Keynes den Geldreformansatz von Silvio Gesell nur indirekt, indem er auf eine Dissertation von Franz Haber über „Irrtümer moderner Geldverbesserer“ verwies, worin auch Gesells Geld- und Zinskritik behandelt worden war.¹³¹ Wenige Jahre später legte Keynes jedoch Wert auf die Feststellung, dass er den geldreformerischen Ansatz von Gesell im Original gelesen habe und ihn nicht nur aus zweiter Hand, etwa durch die Dissertation von Haber, kenne.¹³² Offenbar hinterließ Gesell, dessen Hauptwerk übrigens 1929 und nochmals 1932/33 auch in englischer Übersetzung erschien¹³³, von allen ‚monetary cranks‘ den vielleicht stärksten Eindruck auf Keynes, denn in seinem erstmals 1936 veröffentlichten Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des

¹²⁹ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 473.

¹³⁰ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 602 (Weltwirtschaftskrise), 607 (verfehlte Währungspolitik) und 608 (Keynes als Cassandra).

¹³¹ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 472. - Vgl. auch Franz Haber (1926) und die Anmerkungen 124 und 146.

¹³² John Maynard Keynes (1936a). „It would certainly have been a mistake to imagine, that I had taken my ideas of Gesell from Haber, whom I think I only mentioned in a bare footnote in my previous work.“ Der Brief von Keynes an Gesells Nachfolger Karl Walker, dem dieses Zitat entnommen ist, befindet sich im „Archiv für Geld- und Bodenreform“ in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Vgl. auch die Anm. 147.

¹³³ Die englische Ausgabe von Gesells Hauptwerk (vgl. Silvio Gesell 1929a) erhielt Keynes wahrscheinlich durch den in London lebenden Schweizer John Henry Büchi, den Keynes in der „Allgemeinen Theorie“ auch als „Führer der Bewegung in England“ erwähnte. Gesell bat Büchi Ende 1929 brieflich, sein Buch in England zu verbreiten: „Ich bin der Meinung, dass mit den Rezensionsexemplaren nicht gespart werden sollte. Auch mit den Gratissendungen, die an besonders wichtige politische und wissenschaftliche Personen gemacht werden.“ (Vgl. Silvio Gesell (1929b), S. 404 - 405, und John Maynard Keynes (1936/1976), S. 300 (Büchi).

Geldes“ erfuhr Gesell eine zwar nicht unkritische, aber doch ausführlichere Würdigung als andere Angehörige der „tapferen Armee der Ketzer“.¹³⁴

Unmittelbar nach dem Erscheinen von „Vom Gelde“ könnte Hobson der einzige Ketzer gewesen sein, mit dem Keynes einen intensiveren brieflichen Gedankenaustausch pflegte.¹³⁵ Von da an nahmen seine schon in diesem Buch geäußerten Zweifel an der Konstanz der Geldumlaufgeschwindigkeit und an der neoklassischen Annahme einer Übereinstimmung von Ersparnissen und Investitionen einen immer breiteren Raum in seinem Gedankenaustausch mit seinen Fachkollegen ein.

Als Erwiderung auf eine neoklassische Argumentation von Friedrich August von Hayek veröffentlichte Joan Robinson im Sommer 1931 eine „Parabel vom Sparen und Investieren“. Das große Thema der zeitweisen Nachfrageunwirksamkeit von Teilen der in den Verkehr gegebenen Geldmenge lag jetzt gleichsam in der Luft über dem „Cambridge-Circus“. In einem Brief von Abba Lerner an Joan Robinson vom 21.11.1933 avancierte die „identity of saving and investment“ zum „fundamental point“ der Versuche, die Ursachen der Weltwirtschaftskrise zu ergründen.¹³⁶ Zugleich gab es offenbar auch Hemmungen, Marshall und Pigou, die in Cambridge die Orthodoxie verkörperten, allzu deutlich zu kritisieren. Der Name Gesells tauchte in diesen Debatten über das Sparen und Investieren sowie über die Unterschiede zwischen dem Sparen und dem Horten jedenfalls nicht auf, aber dessen Hinweise auf die Rolle der Geldhortung nahm Keynes nach und nach immer ernster und begann sie zu seiner Theorie der Liquiditätspräferenz zu formen. Nach einer Prosperitätsphase sei die Wirtschaft bei einem sinkenden Preisniveau in eine Liquiditätsfalle geraten. Seinem US-amerikanischen Kollegen John H.G. Pierson schrieb Keynes am 12.9.1934, dass er seine Erkenntnisse im Vergleich zu seinem Buch „Vom Gelde“ inzwischen so sehr weiterentwickelt hätte, dass sie in seinem nächsten Buch kaum noch wieder zu erkennen seien würden. „I have carried them so much further that they may look quite different to the public.“¹³⁷

Die Manuskripte der einzelnen Kapitel seines nächsten Buches „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ zeigte Keynes seinen Kollegen Richard Kahn, Joan Robinson, Ralph Hawtrey und Roy Harrod. Besonders Kahn, so schrieb Keynes im Vorwort, habe ihm sehr viele Anregungen gegeben.¹³⁸ Am

¹³⁴ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 298 - 302. - Zur englischen Ausgabe von Gesells Hauptwerk vgl. Silvio Gesell (1929). - Zur „tapferen Armee der Ketzer“ vgl. auch Robert Dimand (1991) sowie Geoffrey Ingham & Ken Coutts & Sue Konzelmann (2016) und Sheila Dow (2015), S. 1363 - 1376.

¹³⁵ In Keynes' Nachlass im King's College in Cambridge/UK befinden sich drei Briefe von ihm an Hobson vom 28.8.1931, 2.10.1931 und 1.11.1932 (Mappe GTE 1), aber mir sind dort bei meiner Recherche im September 2019 keine Briefwechsel mit Foster & Catchings, Johannsen oder anderen Währungsketzern aufgefallen. - Hobsons schon 1902 erschienene Studie über den Imperialismus wies einige Parallelen zur wenige Jahre danach erschienenen Kritik von Rosa Luxemburg am Kolonialismus auf. Zu Hobson vgl. Peter Clark (1990/2009), pp. 87 - 99.

¹³⁶ Charles Hession (1984/1986), S. 364 (Joan Robinsons Parabel). - Abba Lerner (1933).

¹³⁷ John Maynard Keynes (1934).

¹³⁸ John Maynard Keynes (1936/1976), S. VII (Nennung der Namen im Vorwort).

3.9.1935 erwähnte Keynes gegenüber Joan Robinson, dass Harrod ihm nahegelegt hätte, sich nicht zu weit auf die Ketzer einzulassen: „Roy strongly objects to Chapter 26 as a tendencious attempt to glorify imbeciles. I should like to know how it strikes you.“¹³⁹ Die Antwort von Joan Robinson ist nicht bekannt; aber sie fiel möglicherweise nicht so hart aus wie Harrods Äußerung über die „Schwachköpfe“, denn im Vorwort zur „Allgemeinen Theorie“ und in deren 5. Teil distanzierte sich Keynes eindeutig von der „orthodoxen Wirtschaftslehre“. Mit ihrem Glaubenssatz, dass sich selbst überlassene freie Märkte über ausreichende Fähigkeiten zur Selbststeuerung verfügen und ihr Gleichgewicht nach jeder Störung von selbst wiederherstellen, bewege sich die Orthodoxie „auf falscher Fährte“. Die massenhafte unfreiwillige Arbeitslosigkeit während der Großen Weltwirtschaftskrise hielt Keynes für einen praktischen Beweis gegen die Gültigkeit des Sayschen Theorems und wandte sich gegen das Dogma der Neoklassiker, dass die in eine dramatische Schiefelage geratene Wirtschaft durch Lohnsenkungen von allein in ihr Vollbeschäftigungsgleichgewicht zurückfinden könne. Lohnsenkungen würden die Krise eher noch verschärfen, weshalb Keynes den „Kampf um Befreiung von gewohnten Formen des Denkens“ aufnehmen und noch klarer als in „Vom Gelde“ zeigen wollte, wie sehr das Geld die wirtschaftliche Dynamik nicht nur ermöglicht, sondern sie zugleich auch krisenhaft beeinträchtigt.¹⁴⁰

Nachdem auch einige schwedische und deutsche Ökonomen (Ohlin und Myrdal; Löwe, Lederer und Grotkopp) sowie der italienische Ökonom Piero Sraffa und der polnische Ökonom Michał Kalecki¹⁴¹) sich der Tragfähigkeit der neoklassischen Gleichgewichtsmodelle nicht mehr sicher waren, unternahm Keynes gemäß seinen eigenen Worten einen „Überfall“ auf die Neoklassik. Während die „tapfere Armee der Ketzer“ die Orthodoxie nur von außen attackieren konnte, wollte Keynes sie - wie es sein Biograf Charles Hession ausdrückte - „in ihrer Hochburg von innen angreifen“. Hession zitierte dazu eine Äußerung von Keynes: „Nun schlage ich mich auf die Seite der Häretiker. Ich glaube, dass ihr Spürsinn und ihr Instinkt sie zum richtigen Schluss hat kommen lassen. Aber ich bin in der Hochburg groß geworden, ich kenne ihre Macht und Stärke. Ich kann mich deshalb nicht zufriedengeben, ehe ich nicht den Finger auf die schwache Stelle jenes Teils der orthodoxen Argumentation gelegt habe, die zu den in meinen Augen inakzeptablen Schlussfolgerungen führt. Ich glaube, dass ich auf dem Weg dahin bin.“¹⁴² Das von der neo-

¹³⁹ John Maynard Keynes (1935). Aus dem von Harrod erwähnten Kapitel 26 wurden in der „Allgemeinen Theorie“ die Kapitel 23 und 24. - Auch Charles Hession erwähnte, dass Harrod Keynes zwar nahestand, dass er aber dessen Kritik an der Orthodoxie besonders hinsichtlich der Zinstheorie mäßigen wollte. (1984/1986, S. 389 - 390)

¹⁴⁰ John Maynard Keynes (1936/1976), S. V - VII, 4 - 19 und 217 - 229. „Die Kürzung der Geldlöhne wird somit keine dauernde Neigung haben, die Beschäftigung zu vermehren.“ (S. 221) - Charles Hession (1984/1986), S. 354 - 408 (Vorgeschichte der „Allgemeinen Theorie“).

¹⁴¹ Vgl. hierzu Reinhard Blomert (2007), S. 106 - 108.

¹⁴² Charles Hession (1984/1986), S. 383 (Keynes' Angriff auf die Orthodoxie in ihrer Hochburg). - Zu den Diskussionen im „Cambridge Circus“ vor dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ vgl. Keynes' „Collected Writings“ Vol. 13 („Towards Keynes' General Theory“), S. 337 - 653.

klassischen Orthodoxie behauptete gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ließ Keynes nun nur noch als einen „Sonderfall“ gelten. Im Gegensatz dazu wollte er eine „Allgemeine Theorie“ entwickeln, die diese Ausnahmesituation zwar einschließt, aber hauptsächlich die Normalität der krisenhaften Konjunkturschwankungen analysiert und insbesondere die unfreiwillige Massenarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise erklärt.¹⁴³ Diese Krise war für ihn der unwiderlegbare Beweis dafür, dass sich selbst überlassene freie Märkte in Krisen nicht von allein wieder in ein neues stabiles Gleichgewicht zurück finden und dass es zu ihrer Stabilisierung eines staatlichen Handelns bedarf.

Gleich zu Beginn seiner „Allgemeinen Theorie“ erhob Keynes in Übereinstimmung mit Gesell und anderen währungspolitischen Ketzern starke Zweifel an der „klassischen Doktrin“, wonach die durch das Geld repräsentierte Nachfrage tatsächlich immer wirksam und der gesamtwirtschaftliche Kreislauf gemäß dem Sayschen Theorem immer geschlossen sei. Zwar habe schon Malthus „Ricardos Doktrin, dass die wirksame Nachfrage unmöglich unzureichend sein könne“, im frühen 19. Jahrhundert kritisiert. Aber wegen theoretischer Unzulänglichkeiten „mislang ihm die Bereitstellung eines alternativen Aufbaus und Ricardo hat England so vollständig erobert wie die Heilige Inquisition Spanien. ... Das große Rätsel der wirksamen Nachfrage, mit dem Malthus gerungen hatte, verschwand aus der wirtschaftlichen Literatur. Man wird es in den gesamten Werken von Marshall, Edgeworth und Pigou ... auch nicht ein einziges Mal nur erwähnt finden. Es konnte nur verstoßen unter der Oberfläche weiterleben, in den Unterwelten von Karl Marx, Silvio Gesell und Major Douglas.“¹⁴⁴ Obwohl Keynes Douglas als Angehörigen der ökonomischen Unterwelt erwähnte, wahrte er eine Distanz zu ihm, weil Douglas das Geldproblem mit „billiger Logik“ personalisiert hatte, indem er Banken und insbesondere jüdische Bankiers anprangerte, statt wie Gesell die „besonderen Merkmale des Geldes zu entwirren, die es von anderen Dingen unterscheiden“, d.h. die von jedweden menschlichen Eigenschaften unabhängige, innere Widersprüchlichkeit des Geldes als häufig wirksame, aber zeitweise auch unwirksame Nachfrage ökonomisch zu analysieren.¹⁴⁵

Auch wenn Keynes die monopolkapitalistische Vermachtung der Märkte und die Lohnabhängigkeit der Arbeiter noch gar nicht und die vom Geld auf Unternehmen, Banken und Handel übertragene innere Widersprüchlichkeit als marktwirtschaftliche und zugleich kapitalistisch deformierte Institutionen erst ganz am Ende seiner „Allgemeinen Theorie“ problematisierte, so traf er mit seinem Hinweis auf das „bloße Vorhandensein einer Unzulänglichkeit der wirksamen Nachfrage“ dennoch

¹⁴³ John Maynard Keynes (1936/1976), S. VII und 3.

¹⁴⁴ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 22 und 27 - 28.

¹⁴⁵ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 27 (besondere Merkmale des Geldes) und 313 (Kritik an Douglas). - vgl. auch die Äußerungen von Keynes zu Douglas in seinen „Collected Writings“ Vol. 13, S. 614 - 616 und 632. - Zu Arthur Kitson, Major Douglas und anderen vielfach antisemitisch eingestellten englischen ‚Geldreformern‘ vgl. Gerhard Senft (2015), S. 26 - 43.

die Achillesferse der neoklassischen Ökonomie und - wie sich erst später in seiner Darstellung der Auswirkungen einer Sicherung der Nachfragewirksamkeit des Geldes erwies - auch der Grundstrukturen der kapitalistischen Wirtschaft. Doch zunächst ging es ihm darum zu zeigen, warum und wie die zeitweise Unwirksamkeit der Nachfrage „die Zunahme der Beschäftigung zum Stillstand bringen ... kann und wird ...“, bevor ein Niveau der Vollbeschäftigung erreicht worden ist.“¹⁴⁶ Dazu hielt Keynes zu einer klaren Definitionen gesamtwirtschaftlicher Größen wie Nationalprodukt, Einkommen, Konsum, Sparen, Investieren, Kapitalstock, Beschäftigung, Geldmenge und Preisniveau für notwendig, um wechselseitige Abhängigkeiten zwischen diesen makroökonomischen Aggregaten und Auswirkungen von Änderungen in einem Aggregat auf die anderen Aggregate verständlich machen zu können. Und zum anderen richtete er sein Augenmerk auf die kurzfristigen und langfristigen Erwartungen der Produzenten, weil deren Investitionsentscheidungen nicht nur mit normalen Risiken verbunden sind, sondern wegen der zeitweisen Nachfrageunwirksamkeit von Teilen der Geldmenge auch mit systemischen Unsicherheiten. Daraus ergeben sich wiederum Disparitäten im Verhältnis zwischen Sparen und Investieren.¹⁴⁷

Im Anschluss an seine Definitionen makroökonomischer Aggregate untersuchte Keynes die objektiven und subjektiven Seiten des privaten „Hangs zum Verbrauch“ einschließlich der sog. „Multiplikatoreffekte“ von staatlichen Ausgaben, die ihm sein Kollege Richard Kahn bewusst gemacht hatte. Der Verbrauch als „einziges Ziel und einziger Zweck aller wirtschaftlichen Tätigkeit“ erschien ihm als eine „ziemlich beständige Funktion“, auch wenn ihr je nach den äußeren Umständen ein subjektives Streben nach Vorsorge, Unabhängigkeit, Zinsgenuss und Spekulation oder auch Geiz entgegenstehen können.¹⁴⁸

Vom Verbrauch und den Verkaufserlösen aus dem Absatz von Produkten hängt die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ ab, also die Höhe der Rendite, welche die Unternehmen für das in ihnen eingesetzte Kapital erwarten können. Mehr noch als um die tatsächlichen laufenden Erträge ging es Keynes um die voraussichtlich zu erwartenden Erträge, weil von ihnen ebenso wie von der Entwicklung des Marktzinsfußes sowie der Löhne und des Preisniveaus das mittel- und langfristige Investitionsverhalten der Unternehmen abhängt. Hinsichtlich der Zukunftserwartungen stellte Keynes einen „Mangel an klarer Behandlung“ durch die Neoklassik fest, den er als ein auch mathematisch versierter und mit der Wahrscheinlichkeitsrechnung vertrauter Ökonom beheben wollte, um dazu beizutragen, dass mit

¹⁴⁶ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 26

¹⁴⁷ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 33 - 40 (makroökonomische Größen), 41 - 45 (Erwartungen) und 46 - 73 (Ersparnis und Investition mit einer Bezugnahme auf den Gedanken, dass es Investitionen ohne vorherige Ersparnisse geben könne; S. 71 - 72).

¹⁴⁸ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 77 - 112, hier: S. 83 und 89 (Verbrauch), 92 (Konsum hemmende Faktoren) und 97 - 112 (Multiplikatoreffekt).

Hilfe von mehr Erwartungssicherheit Konjunkturschwankungen verringert und das Investitionsverhalten verstetigt werden können.¹⁴⁹

Die bislang bestehende Unsicherheit der Erwartungen macht das Investitionsverhalten zu einem permanenten Wechselbad von Vertrauen und Risikofurcht, d.h. zu einer Frage der „Geschäftspsychologie“ bzw. der „Massenpsychologie“ und gar zu einem Spiel. Von der Unsicherheit der Erwartungen und Risiken waren zwar auch „private Geschäfte vom alten Schlag“ betroffen, die überwiegend eigenes Kapital einsetzten und deren Kapital „hauptsächlich im Besitze jener waren, die sie durchführten, oder ihrer Freunde und Teilhaber“; aber noch stärker waren davon große Unternehmen „mit der heute vorherrschenden Trennung von Besitz und Leitung“ betroffen. Sobald mit zunehmender Fremdfinanzierung neben den Banken auch noch eine „Entwicklung organisierter Investitionsmärkte“ in Gestalt von Wertpapierbörsen einsetzte, wurde einerseits der Zugang zu Kapital zwar erleichtert, aber andererseits nahm wegen des Risikos „täglicher Neubewertungen an der Börse“ auch die „Unbeständigkeit des Systems“ zu.¹⁵⁰

Tägliche Kursschwankungen führten Keynes zufolge zu einer „Gebrechlichkeit“ der Zukunftserwartungen, die sich in doppelter Hinsicht nachteilig auf die Wirtschaft auswirke:

- Zum einen rollen deshalb unvorhersehbare „Wellen von Optimismus und Pessimismus“ über sie hinweg, was dazu führt, dass die einzelnen Unternehmen mehr liquide Mittel in ihren Kassen flexibel disponierbar halten müssen, als bei höherer Erwartungssicherheit notwendig wäre. Keynes bemängelte, dass die Unternehmen unter diesen Umständen regelrecht gezwungen seien, einem „Fetisch der Liquidität“ zu frönen, und er hielt diesen Fetisch geradezu für „antisozial“. „Von den Leitsätzen orthodoxer Finanz ist sicherlich keiner antisozialer als der Fetisch der Liquidität“, denn das in den Kassen liquide gehaltene Geld fehle auf den Märkten als wirksame Nachfrage. „Stockungen und Niedergänge werden in ihrer Stärke übertrieben“ und ein Konjunkturaufschwung werde „übermäßig von einer politischen und wirtschaftlichen Stimmung abhängig“.¹⁵¹
- Zum anderen werde das Geschehen auf den Investitionsmärkten zu einem ungleichen „Wettkampf der Gerissenheit“, auch wenn Keynes davon ausging, dass die Macht Einzelner auf den Investitionsmärkten letztlich begrenzt sei, weil das geschäftliche Disponieren wegen der allgemeinen Unsicherheiten für alle Beteiligten „heute so schwierig“ sei. Unabhängig davon werden die Investitionsmärkte zu einem großen Spiel mit Risiken - verbunden mit der „Gefahr ..., dass die Spekulation

¹⁴⁹ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 114 - 119 (langfristig erwartete Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und ihre mangelnde Behandlung durch die Neoklassik).

¹⁵⁰ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 124 - 125 und 130 (Psychologie), 126 - 127 (herkömmliche Unternehmen und moderne Großunternehmen, Unbeständigkeit des ganzen Systems) und 137 („Wellen irrationaler Psychologie“).

¹⁵¹ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 129 - 131 (Gebrechlichkeit der Erwartungen, Optimismus und Pessimismus, antisozialer Liquiditätsfetisch), 136 („soziale Gefahren der Hortung von Geld“) - 137 (übermäßige Konjunkturverläufe).

die Oberhand gewinnt. ... Spekulanten mögen unschädlich sein als Seifenblasen auf einem steten Strom der Unternehmungslust. Aber die Lage wird ernsthaft, wenn die Unternehmungslust die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielsaales wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden.“ Um das Überhandnehmen der Spekulation gegenüber der realwirtschaftlichen Unternehmungslust zu verhindern, empfahl Keynes als systemimmanente Sofortmaßnahme „die Einführung einer beträchtlichen Umsatzsteuer auf alle Abschlüsse“.¹⁵²

Seine Analyse der Grenzleistungsfähigkeit des investierten Realkapitals und der Unsicherheit der Zukunftserwartungen führte Keynes im Ergebnis zu seiner zentralen Aussage, dass es je nach der konjunkturellen Lage eine mehr oder weniger stark ausgeprägte „Vorliebe für Liquidität“ gebe, die nahezu identisch mit einem „Hang zum Horten“ von Geld sei. D.h. es ist nicht nur das „Umsatzmotiv“, das über die Höhe der Kassenhaltung von Unternehmen (und Konsumenten) entscheidet, sondern auch ein angesichts der Unsicherheit der Erwartungen überhöhtes „Vorsichtsmotiv“ und ein weitgehend zweifelhaftes „Spekulationsmotiv“.¹⁵³ Von hier aus entzog Keynes der Neoklassik in dreifacher Hinsicht ihre theoretische Grundlage:

- Erstens führte er die neoklassische Rechtfertigung des Zinses als Belohnung für den vorläufigen Konsumverzicht ad absurdum, indem er nunmehr - anders als in „Vom Gelde“ - unmissverständlich klar stellte, dass „der Zinsfuß keine Belohnung für Sparen oder Warten an sich sein kann“, sondern in Wirklichkeit „die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität für einen bestimmten Zeitabschnitt ist“.¹⁵⁴ Keynes' Deutung des Zinses als Prämie für den Verzicht auf eine liquide Kassenhaltung von Geld entsprach dem, was Gesell als „Urzins“ beschrieben hatte - mit dem Unterschied, dass Gesell nicht den ganzen Zins als leistungsloses Einkommen betrachtete, sondern seine problematischen und funktional notwendigen Bestandteile (Urzins als Liquiditätsverzichtsprämie und Inflationsausgleich vs. Risikoprämie und Bankvermittlungsgebühr) voneinander unterschied. Übrigens teilte Keynes Henry Georges und Gesells Auffassung, dass auch die „Pachtzinsen von Land“ ebenso wenig wie Kapitalzinsen „heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer“ sind, sondern ein reines Knappheitsentgelt. „Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist.“ Damit stellte Keynes die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie grundsätzlich in Frage, äußerte sich aber, neben-

¹⁵² John Maynard Keynes (1936/1976), S. 131- 135 (gerissener Wettkampf auf den Investitionsmärkten, Börsenspekulation und Börsenumsatzsteuer).

¹⁵³ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 140 - 141, 143 und 146 („Vorliebe für Liquidität“ und „Hang zum Horten“), 143 und 164 - 167 (Transaktions-, Vorsichts- und Spekulationskasse). Vgl. auch S. 206.

¹⁵⁴ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 140 (Zins als Belohnung für den Verzicht auf die liquide Kassenhaltung von Geld). Vgl. außerdem Keynes' Auseinandersetzung mit der neoklassischen Zinstheorie auf den Seiten 147 - 162, bes. S. 152, sowie S. 297 (Haltung der mittelalterlichen Kirche zum Zins), 312 (Hobson und Mummy) und 317 (sanfter Tod des Rentiers).

bei bemerkt, ansonsten nicht weiter zum Problem der privaten Vereinnahmung der Bodenrente und zu den Bodenreformüberlegungen von George und Gesell.¹⁵⁵

- Zweitens wies Keynes ähnlich wie Gesell die neoklassische Behauptung zurück, wonach der „Zinsfuß der ausgleichende Faktor“ sei, der das Sparen und das Investieren so miteinander in Übereinstimmung bringe, dass sich die Wirtschaft in einem dauerhaften Vollbeschäftigungsgleichgewicht befinde.¹⁵⁶

- Und drittens ergab sich daraus für ihn die Konsequenz, das Geld - ebenfalls im Gegensatz zur Neoklassik und in Übereinstimmung mit Gesell - nicht nur als ein nachfragewirksames Mittel zur „Durchführung laufender Geschäfte“ anzusehen, sondern - zusätzlich - auch noch als ein vorübergehend nachfrageunwirksames „Aufbewahrungsmittel von Vermögen. ... Wenn wir versucht sind zu behaupten, dass das Geld der Trank ist, der das Wirtschaftsleben zur Tätigkeit anregt, so müssen wir uns daran erinnern, dass sich noch vieles zwischen dem Becher und den Lippen ereignen kann.“¹⁵⁷

Damit hatte Keynes nicht nur wie die neoklassischen Quantitätstheorien „Änderungen in der Geldmenge“ in die Analyse von Konjunkturschwankungen einbezogen, sondern auch die widersprüchliche innere Struktur des Geldes als Tauschmittel und Wertmesser einerseits und als Wertaufbewahrungsmittel andererseits mit bedacht. Und auch die Frage, warum sich das Geld anders als die zu tauschenden Waren und Dienstleistungen überhaupt dazu eignet, für Zwecke der Wertaufbewahrung zeitweise liquide in der (Spekulations-)Kasse gehalten zu werden, beantwortete Keynes ähnlich wie Gesell mit dem Hinweis, dass seine Kassenhaltung nur mit „unbedeutenden Durchhaltekosten ... für Lagerung und sicheren Gewahrsam“ verbunden ist. Im Hinblick auf den Gegensatz zwischen dem ohne Instandhaltung aufhebbar Geld und den in unterschiedlichem Maße weniger bzw. nicht haltbaren Gütern merkte Keynes noch ausdrücklich an, dass es genau genommen keinen einheitlichen Liquiditätsstandard gibt, in dem sich der strukturell-qualitative Unterschied zwischen dem Geld und den Gütern widerspiegelt, sondern ‚nur‘ eine abgestufte „Liquiditätsskala“. Davon abgesehen hatte dem Geld eine besondere Liquiditätsverzichtsprämie in Höhe von mindestens „2 oder 2 1/2 % auf langfristige Darlehen“ an, weil es im Gegensatz zu den für ganz konkrete Zwecke bestimmten und nicht ohne Kosten aufhebbar Gütern und Diensten universal, d.h. zu jeder Zeit und an jedem Ort einsetzbar ist. Dieser strukturelle Vorteil des Geldes, dass

¹⁵⁵ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 201 - 202, 302 und 317 (Bodenrente als Knappheitsentgelt). - Zu Henry George vgl. S. 299 - 300, 308 und 317. - Von Henry Georges Hauptwerk „Progress and Poverty“ befindet sich kein Exemplar in Keynes' persönlicher Bibliothek im King's College in Cambridge/UK - übrigens auch nicht „Das Kapital“ von Karl Marx und Silvio Gesells „Natural Economic Order“. Nur Pierre Proudhons „Was ist das Eigentum?“ ist dort im Katalog verzeichnet. - Zur Einstellung von Neoklassikern zu George vgl. das Kap. 7.1 des vorliegenden Buches, S. 28 - 29.

¹⁵⁶ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 139 („Hang zum Sparen“ und Investieren).

¹⁵⁷ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 141 und 145 (Geld als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel) sowie 175 (Kritik an neoklassischen Quantitätstheorien, weil sie „keinen Hang zur Hortung“ berücksichtigen). Auch Charles Hession nannte die kapitalistische Marktwirtschaft eine „Wirtschaftsform ...“, in der das Geld in einem wesentlichen Sinne nicht neutral ist“. (1984/1986, S. 377)

es über Raum und Zeit hinweg flexibel ist und seine zeitweise Lagerung nur mit unbedeutenden Durchhaltekosten verbunden ist, verschafft ihm das Privileg, für die Aufgabe der Liquidität eine besondere Prämie von den Märkten verlangen zu können. Und deren Mindesthöhe stelle einen „institutionellen Faktor“ dar, der den Zinsfuß daran hindere, gegen Null zu sinken oder gar negativ zu werden und dann immer noch einen mit Vollbeschäftigung vereinbaren Ausgleich zwischen Sparen und Investieren zu gewährleisten. Infolgedessen verharre die Wirtschaft dann in einem „chronischen Zustand unternormaler Tätigkeit. ... Eine Zwischenlage, die weder verzweifelt noch befriedigend ist, ist unser normales Los.“¹⁵⁸

Dessen ungeachtet glaubte die Neoklassik noch immer an „das angeblich sich selbst regulierende Wesen der wirtschaftlichen Ordnung“ und an die „Nachgiebigkeit der Geldlöhne“ als Weg zur erneuten Vollbeschäftigung. Und ihr „allzu großer Teil jüngster ‚mathematischer‘ Wirtschaftslehren ist ein bloßes Gebräu“, das auf falschen vereinfachenden Annahmen beruhe und die komplexen „Verwicklungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der wirklichen Welt“ überhaupt nicht angemessen erfassen könne. Deshalb trat Keynes der Neoklassik mit der eindringlichen Mahnung entgegen, dass „es die Nachfrageseite ist, auf der wir ganz neue Gedanken einzuführen haben“. Seine Theorie der Liquiditätspräferenz und der Effektivität oder zeitweisen Ineffektivität des Geldes als Nachfrage war auch für Hession der „zentrale Punkt“, in dem sich Keynes von der Neoklassik absetzte.¹⁵⁹

Hinzu kam eine historische Beobachtung von Keynes, die an das von Marx aufgestellte Gesetz des tendenziellen Falls der Profitraten erinnerte: „Die Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist heute und wahrscheinlich auch für die Zukunft ... aus verschiedenen Gründen viel niedriger als im neunzehnten Jahrhundert“. Sie könnte noch weiter sinken, wenn dem nicht letztlich die Vorliebe der „Allgemeinheit der Vermögensbesitzer“ für die Liquidität und der für sie gerade noch „annehmbare ... Mindestzinsfuß“ entgegenstünden. Im Interesse einer Beseitigung dieser bislang wegen der Hortbarkeit des Geldes nicht überwindbaren institutionellen unteren Zinsschranke auf dem Weg der Wirtschaft zu einem bei einem Geldzins und einer Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals von durchschnittlich null liegenden Vollbeschäftigungsgleichgewicht sympathisierte Keynes offen mit „jenen Reformatoren“ (wie Gesell und auch Johannsen), „die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelungen der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren.“ Indem sie die Nachfragewirksamkeit

¹⁵⁸ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 183 (zwei bis zweieinhalb Prozent als institutionelle Untergrenze des Zinsfußes), 195 - 196, 198 (unbedeutende Durchhaltekosten des Geldes) und 201 (Liquiditätsskala statt Liquiditätsstandard) und 209 (Zwischenlage).

¹⁵⁹ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 217, 221 („Die Kürzung der Geldlöhne wird somit keine dauernde Neigung haben, die Beschäftigung zu vermehren.“) und 245 („Wenn die wirksame Nachfrage unzulänglich ist, entsteht Unterbeschäftigung.“) sowie 249 (ganz neue Gedanken auf der Nachfrageseite) und 251 - 252 (Kritik an den realitätsfernen mathematischen Modellen der Neoklassik). - Charles Hession (1984/1986), S. 393 (zentraler Unterschied zwischen Keynes und der Neoklassik).

des Geldes als „Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft“ verbessern und der „Einkommensumlaufgeschwindigkeit des Geldes“ Beständigkeit verleihen wollten, sind sie „auf der richtigen Spur gewesen und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient, erwogen zu werden.“¹⁶⁰

Über weite Strecken trägt Keynes' „Allgemeine Theorie“, das wohl einflussreichste ökonomische Werk des 20. Jahrhunderts, gleichsam Gesells Handschrift und stellt in vieler Hinsicht sogar so etwas wie eine Übersetzung von dessen autodidaktisch entwickeltem Theorieansatz in eine ökonomische Fachterminologie dar. Allerdings lag Keynes nach eigener Aussage auch daran, dass „die Analogie zwischen meinen Theorien und denjenigen von Gesell nicht zu weit in den Vordergrund gestellt werde“.¹⁶¹ Tatsächlich gab es nämlich auch einige Unterschiede zwischen dem Autodidakten Gesell und dem Großmeister der professionellen Ökonomie, die Keynes im 23. Kapitel seiner „Allgemeinen Theorie“ auch deutlich benannte.

Nachdem Keynes die „tief originellen Bestrebungen“ Gesells „wie andere akademische Ökonomen ... wegen gewisser offenkundiger Mängel“ zunächst für „nichts Besseres als die eines Überspannten“ gehalten hatte, kam er „auf meine eigene Art“ zu ganz ähnlichen Überlegungen. Und obwohl Gesell „nur gerade eben verfehlte, bis zum Kern der Sache vorzudringen“, würdigte Keynes dessen Werk in seiner „Allgemeinen Theorie“ sehr ausführlich, vor allem die „Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus“, mit dem Gesell anders auf den Laissez-faire-Kapitalismus reagierte als Marx, indem er Markt, Geld und Wettbewerb nicht pauschal verdammt, sondern sie von ihren kapitalistischen Verfälschungen befreien wollte. „Ich glaube, dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird.“¹⁶² Dieser Satz war vor allem eine Mahnung an jene jüngeren Ökonomen im „Cambridge-Circus“, die sich außerhalb des King's College im Trinity College und an anderen Orten zu marxistischen Diskussionszirkeln zusammenfanden. Ohne dass sie wie Keynes die Verhältnisse in der Sowjetunion mit eigenen Augen gesehen hatten, wandten sie sich dem Marxismus zu und hielten den Kommunismus für die bessere Alternative zum Kapitalismus als den Faschismus, der sich in Italien und Deutschland ausbreitete.¹⁶³

¹⁶⁰ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 196 (Reformatoren, die künstliche Durchhaltekosten des Geldes schaffen wollten). Einen ersten Ausblick auf ein Sinken des langfristigen Zinsfußes gegen null gab Keynes bereits in „Vom Gelde“; vgl. (1930/1983), S. 597. - Ders. (1936/1976), S. 248 (Geld als Verbindungsglied zwischen Gegenwart und Zukunft), 253 (Einkommensumlaufgeschwindigkeit des Geldes) und 260 - 261 (langfristig sinkende Grenzleistungsfähigkeit).

¹⁶¹ John Maynard Keynes (1936a - wie Anm. 124). „At the time the analogy between my theories and those of Gesell must not, in my mind, be pushed too far.“ Der Brief von Keynes an Gesells Nachfolger Karl Walker, dem dieses Zitat entnommen ist, befindet sich im „Archiv für Geld- und Bodenreform“ in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Der Brief von Walker an Keynes ist weder in diesem Archiv noch in Keynes' Nachlass erhalten.

¹⁶² John Maynard Keynes (1936/1976), S. 298 - 300.

¹⁶³ Charles Hession (1984/1986), S. 366 (marxistische „Zellen“ in Cambridge). - Dass Keynes das Vorwort zur 3. Auflage von Gesells Hauptwerk als Ausdruck von dessen „moralischer Höhe“ sah

Auch folgte Keynes weitgehend Gesells geld- und zinstheoretischen Überlegungen, vor allem der Unterscheidung zwischen dem Geldzins und der Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals und den Thesen, dass das Geld wegen seiner „unbedeutenden Durchhaltekosten“ eine privilegierte Stellung auf den Märkten einnimmt und das Geldkapital strukturell mächtiger ist als das Realkapital. Allerdings habe Gesell zwar gezeigt, „warum der Geldzinsfuß im Gegensatz zu den meisten Warenzinssätzen nicht negativ sein kann“. Aber er „übersieht vollständig die Notwendigkeit einer Erklärung, warum der Geldzinsfuß positiv ist. ... Dies ist darauf zurückzuführen, dass ihm die Vorstellung der Vorliebe für Liquidität entgangen ist. Er hat nur eine halbe Theorie des Zinsfußes aufgebaut.“¹⁶⁴ Während Gesell die Hortbarkeit des Geldes tatsächlich auf seine stoffliche Überlegenheit über die von Natur aus vergänglicheren Waren zurückführte, hob Keynes mehr die raum- und zeitunabhängige Liquidität und Flexibilität des Geldes als seine besondere Eigenschaft hervor. Beide Aspekte können einander ergänzen und gemeinsam die Grundlage einer vollständigen Geld- und Zinstheorie bilden.

Keynes vermutete, dass die Unvollständigkeit von Gesells Zinstheorie der Grund für ihre mangelnde akademische Beachtung gewesen sei. „Er hat aber trotzdem seine Theorie weit genug entwickelt, um zu einem praktischen Schluss zu kommen, der den Kern dessen in sich tragen mag, was notwendig ist“ - nämlich die Erzeugung „künstlicher Durchhaltekosten“ auf liquide gehaltenes Geld - , „obwohl er in der vorgeschlagenen Form nicht durchführbar ist.“ Mit der „vorgeschlagenen Form“ meinte Keynes das tatsächlich in größerem Stil nicht praktikable Bekleben von Banknoten mit Gebührenmarken oder ihre regelmäßige gebührenpflichtige Abstempelung. Dennoch gestand er Gesell zu, dass „der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanke ... gesund (ist).“ Es gebe aber noch weitere „Schwierigkeiten, auf die Gesell nicht gefasst war“. Insbesondere sei „das Geld nicht einzigartig darin, dass ihm eine Liquiditätsprämie anhaftet“. Zwar sei die Liquiditätsprämie beim Geld am höchsten, aber es gebe weitere Güter mit nicht ganz so hohen Liquiditätsprämien. „Wenn den Banknoten somit durch das Stempelsystem ihre Liquiditätsprämie genommen würde, würde eine lange Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen treten - Bankgeld, täglich abrufbare Darlehen, ausländisches Geld, Juwelen und die Edelmetalle im allgemeinen und so weiter.“ Keynes' Hinweise auf die praktischen Probleme sowohl bei der Einführung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes als auch im Zusammenhang mit möglichen Ausweichstrategien von Vermögensbesitzern waren berechtigt. Gesell hatte auch selbst schon die Gefahr einer Flucht in Sachwerte erkannt und sie - worin ihm Keynes auch zu folgen schien - zumindest im Fall des Bodens durch eine Reform des Bodenrechts bannen wollen.¹⁶⁵ Auch wenn die „lange Reihe von Ersatzmitteln“

[1936/1976, S. 300], könnte seiner eigenen Mitwirkung in der „British Eugenics Society“ entsprochen haben

¹⁶⁴ John Maynard Keynes [1936/1976], S. 300 - 302.

¹⁶⁵ John Maynard Keynes [1936/1976], S. 301 - 302.

wie Bankgeld, Devisen, Edelmetalle, Diamanten und andere Ressourcen usw. keine gesetzliche Zahlkraft hat wie die Banknoten, bleibt es im Interesse einer Gewährleistung einer hohen Nachfragewirksamkeit des Geldes und eines störungsfreien Kreislaufs der Wirtschaft notwendig, jedes Ausweichen von Vermögensbesitzern in Geld- und Sachwerte mit ‚mittleren‘ Liquiditätsprämien zu unterbinden. -

Obwohl die mit der Institutionalisierung von künstlichen Durchhaltekosten des Geldes verbundenen praktischen Probleme vorerst noch ungelöst blieben, deutete Keynes im Kapitel über das Wesen des Kapitals und im abschließenden sozialphilosophischen Kapitel seiner „Allgemeinen Theorie“ an, welche weitreichenden strukturellen Veränderungen der Wirtschaft er sich mittel- und langfristig von ihnen erhoffte. Ganz im Sinne von Gesell stellte er sich vor, wie die bislang immer wieder durch Krisen unterbrochene Kapitalbildung nach einer Wegräumung der unteren Zinsbarriere von 2 - 2,5 % so lange fortgesetzt wird, bis die Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals und der Zinsfuß des Geldes schätzungsweise „innerhalb einer einzigen Generation“ auf durchschnittlich null sinken. Im Laufe dieser Übergangszeit würde das Geld- und Realkapital - auch wenn es vorerst noch in wenigen Händen konzentriert ist - seinen ausbeutenden Kapitalcharakter nach und nach verlieren. Die „Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten“, würde sich mit dem Erreichen durchschnittlicher Nullrenditen von Geld- und Real‘kapital‘ verflüchtigen, so dass aus den Mehrwert heckenden Kapitalgütern dienende Produktionsmittel werden. „Dies würde nicht bedeuten, dass die Benützung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, dass der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Erschöpfung durch Wertminderung und Veraltung, zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde. Kurz gesagt, der Gesamtertrag von dauerhaften Gütern während ihrer Lebensdauer würde, wie im Falle von Gütern von kurzer Dauer, gerade ihre Arbeitskosten der Erzeugung plus einer Entschädigung für das Risiko und die Kosten der Geschicklichkeit und Aufsicht decken.“¹⁶⁶ Das „allmähliche Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuftem Reichtum“ erschien Keynes als der „vernünftigste Weg ... , um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden.“ Im Zuge dieser „gewaltigen gesellschaftlichen Änderungen ... würde es einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es an einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht wachsen.“¹⁶⁷

Auch wenn die makroökonomischen Aggregate wie Einkommen, Konsum, Sparen, Investieren und Beschäftigung noch die kapitalistische Realität abbildeten und weder die widersprüchliche Herkunft der Ersparnisse und Investitionen aus Arbeits- und leistungslosen Vermögenseinkommen berücksichtigten noch die Lohn- und Gehaltsabhängigkeit der Beschäftigten und Arbeitslosen problematisierten,

¹⁶⁶ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 184 - 185 und 316 - 317.

¹⁶⁷ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 184 - 185 und 316 - 317.

teilte Keynes also die Gesellsche Vision eines Übergangs der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, in der die Produktionsmittel ihre Ausbeutungskraft verlieren. In ihr bleibt nicht nur „trotzdem noch Raum für Unternehmungslust und für Geschicklichkeit in der Schätzung voraussichtlicher Erträge“, sondern dieser Raum für privatwirtschaftliche Initiativkraft wird sogar noch erweitert, wenn sich die sie einengende Kapitalmacht auflöst und das privatwirtschaftliche Handeln nicht mehr von der „Leidenschaft des Gelderwerbs“ dominiert wird, sondern sich nur noch um menschliche Zwecke dreht. „Der Individualismus ist, wenn er von seinen Mängeln und Missbräuchen gereinigt werden kann, die beste Gewähr der persönlichen Freiheit. ... Er ist auch die beste Gewähr für die Vielseitigkeit des Lebens.“¹⁶⁸

Auch ohne bereits weitergehende Überlegungen hinsichtlich einer Dezentralisierung der bislang konzentrierten Produktionsmittel und einer Überwindung der Lohnabhängigkeit anzustellen - vielleicht hielten ihn hiervon seine zehn Jahre vorher im „Ende des Laissez-faire“ skizzierten Gedanken über halbsozialisierte Großunternehmen ab - , hatte Keynes in der Zwischenzeit immerhin schon den widersprüchlichen Doppelcharakter der Unternehmerkapitalisten in den Blick bekommen, die im Kapitalismus sowohl Unternehmer als auch Kapitalisten („funktionslose Investoren“¹⁶⁹) sind.

Unglücklicherweise brachte er seine Vorstellung von einem allmählichen Verschwinden der strukturellen Kapitalmacht wenige Jahre vor dem vom deutschen NS-Regime industriell betriebenen Massenmord mit der Formulierung „sanfter Tod des Rentners“ bzw. Rentiers (im englischen Original steht: „euthanasia of the rentier“) zum Ausdruck.¹⁷⁰ Diese Wortwahl könnte Ausdruck von Keynes' Beschäftigung mit der Eugenik und seiner Mitwirkung in der „British Eugenics Society“ gewesen sein. Es ging ihm dabei ganz sicher nicht darum, einzelne Personen oder Personengruppen umzuerziehen oder gar ein ganzes Volk wie das jüdische Volk zu vernichten. „Die Aufgabe, die menschliche Natur umzugestalten, darf nicht mit der Aufgabe verwechselt werden, sie zu beherrschen“ und ihnen Leid zuzufügen, indem einzelne Menschen sich anmaßen, über Sein oder Nichtsein anderer Menschen zu entscheiden.¹⁷¹

So wie Friedrich Engels ehemals mit seiner Vorstellung vom „Absterben des Staates“ keine Vernichtung der Beamenschaft meinte, sondern eine Überwindung der strukturellen Macht des Klassenstaates und einen Wechsel der Beamten in produktive Werkstätigkeiten, so stellte auch Keynes mit einer ergänzenden Formulierung klar, was er tatsächlich meinte, nämlich einen „sanften Tod der sich steigenden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals

¹⁶⁸ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 185 (Raum für private Unternehmungslust), 316 (Leidenschaft des Gelderwerbs) und 320 - 321 (Individualismus).

¹⁶⁹ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317.

¹⁷⁰ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317 (sanfter Tod der Rentiers und ihrer Unterdrückungsmacht).

¹⁷¹ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 316 (keine Beherrschung der menschlichen Natur).

auszubeuten“. Für Keynes war klar, dass die „Vorliebe für Liquidität“ als tiefere Ursache für den „Knappheitswert des Kapitals“ keine Charaktereigenschaft von einzelnen Menschen bzw. Menschengruppen sein konnte, sondern eine Reaktion aller Menschen auf die strukturelle Schiefelage zwischen dem hochgradig liquiden Geld und den weniger liquiden realen Gütern. Mithin stellte er sich vor, dass ausnahmslos alle Menschen weiterhin als Unternehmer, Bankiers, Händler, Dienstleister usw. tätig bleiben, dass sie aber nach und nach ihre zweite Rolle als „funktionslose Investoren“ ablegen können, die sie in der kapitalistischen Marktwirtschaft von sich selbst entfremdet hat. Sobald sich die ihnen allen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion systemisch auferlegte, in sich widersprüchliche Doppelrolle im Übergang zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft verflüchtigt, können sie alle gemäß ihrem inneren Kern zu Menschen werden, die nur noch ihren realwirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen, ohne dabei zugleich Renditen maximieren zu wollen. „Mit dem Verschwinden der Rentnerseite des Kapitalismus wird noch vieles andere einen Gezeitenwechsel erfahren. Es wird überdies ein großer Vorteil der Ereignisfolge sein, die ich befürworte, dass der sanfte Tod des Rentners, des funktionslosen Investors, nichts Plötzliches sein wird, sondern nur eine allmähliche, aber verlängerte Fortsetzung dessen, was wir jüngst in Großbritannien gesehen haben und keine Revolution erfordern wird.“ Freilich werde es auch in einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft noch „bedeutsame Ungleichheiten von Einkommen und Reichtum“ geben, die „gesellschaftlich und psychologisch gerechtfertigt sind“, sofern sie sich aus unterschiedlichen Arbeitsleistungen ergeben, „aber nicht so große Ungleichheiten, wie sie heute bestehen“, wo Privilegien die Einkommens- und Vermögensverteilung leistungswidrig verfälschen.¹⁷² -

Nach alledem gab es für Keynes im Gegensatz zur Neoklassik keinen Zweifel, „dass die Aufgabe, die laufende Menge der Investition zu leiten, nicht ohne Gefahr in privaten Händen gelassen werden kann“.¹⁷³ Am Ende seiner „Allgemeinen Theorie“ standen allerdings zwei verschiedenartige Formen des Handelns einer sichtbaren staatlichen Hand nebeneinander:

- Einerseits stellte sich Keynes in Übereinstimmung mit Gesell die Einbettung der Privatwirtschaft in eine rechtsstaatlich fundierte gerechte Geldordnung vor, in der künstliche Durchhaltekosten des Geldes die Vorliebe für Liquidität neutralisieren, die Sicherheit der Zukunftserwartungen deutlich erhöhen und dafür sorgen, dass die makroökonomischen Aggregate Sparen und Investieren in ein dauerhaft stabili-

¹⁷² John Maynard Keynes (1936/1976), S. 184 - 185 (restliche Ungleichheit) und 317 (Rentiers als funktionslose Investoren). Vgl. auch das englische Original im Band 7 von Keynes' „Collected Writings“ (London 1973, S. 376). - An anderer Stelle äußerte Keynes seine Absicht, die „Theorie der Preise als Ganzes in enge Föhlung mit der Theorie des Wertes zuröckbringen“ zu wollen (S. 247). Keynes wollte nicht wie Marx Arbeitswerte berechnen und zur Grundlage für eine makroökonomische Planung machen, aber er strebte einen Gesellschaftszustand an, in dem Einkommen nur noch auf menschlicher Arbeit beruhen und nicht mehr auf Vermögen und Privilegien.

¹⁷³ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 271.

les Gleichgewicht gelangen ($S = I$). Und während Gesell nur erst die anfängliche Wachstumsphase bis zum Erreichen der Nullrenditen von Geld- und Real'kapital' im Blick hatte, sah Keynes auch schon ähnlich wie Mill voraus, dass die Wirtschaft im Zuge einer von zyklischen Schwankungen befreiten Dauerkonjunktur schließlich in den „Zustand eines quasi-stationären Gemeinwesens“ übergehen könnte. Wirtschaftliche Bedürfnisse wären dann weitgehend gesättigt und „Änderungen und Fortschritt (würden) sich nur aus Änderungen in der Technik, im Geschmack, in der Bevölkerung und in den Institutionen ergeben“, aber sie könnten dann nicht mehr von Kapitalinteressen beeinflusst oder gar beschleunigt werden.¹⁷⁴

Auf einer Seite im Manuskript zur „Allgemeinen Theorie“, auf der Keynes seine Gedanken über einen Zins von null in einer zukünftigen stationären Gesellschaft darlegte, betonte er ganz besonders die Notwendigkeit einer Überwindung der Liquiditätspräferenz. Entweder müsse die Zentralbank dann „some kind of tax on liquidity“ erheben, „so that liquid funds gradually evaporate“, d.h. damit als Nachfrage unwirksames Geld gleichsam verdunstet und in wirksame Nachfrage übergeht, oder sie müsse „the risk of illiquidity“ hinnehmen und in gleichem Umfang „additional money“ in den Verkehr bringen, um eine vergleichbare Wirkung zu erzeugen. In einer Anmerkung zur „kind of tax on liquidity“ hieß es sogar: „As on the ‚stamped money‘ system.“¹⁷⁵

Auf dieser Manuskriptseite, die leider nicht in die gedruckte Ausgabe der „Allgemeinen Theorie“ Eingang fand¹⁷⁶, deutete sich also an, dass Keynes zwei unterschiedliche praktische Schlussfolgerungen aus seiner Liquiditätspräferenztheorie ziehen würde. Neben der auf längere Sicht erwünschten, aber noch nicht praktikablen systemtransformierenden Reform des Geldes mittels einer Einführung von „stamped money“ blieb noch die kurzfristig praktikable, aber systemkonforme Möglichkeit des sog. Deficitspendings.

- Damit griff Keynes die schon 1926 im „Ende des Laissez-faire“ angedachte Vorstellung eines vom Staat „klug geleiteten Kapitalismus“ knapp zehn Jahre später in seiner „Allgemeinen Theorie“ wieder auf - vermutlich aus zwei Gründen: erstens stand noch keine praktikable Methode zur Einführung von künstlichen Durchhaltekosten des Geldes zur Verfügung und zweitens existierte die realpolitische Bedrohung des Weltfriedens durch die „autoritären Staatsysteme“ des russischen Bolschewismus, des italienischen und aufkommenden spanischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus. Keynes verstand sich also keineswegs als ein

¹⁷⁴ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 184 - 185 [Sättigung und „quasi-stationäres Gemeinwesen“]; zur Sättigung vgl. auch S. 91. Bereits in seinem Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs hatte Keynes das wirtschaftliche Wachstum einmal als „Gegenstand wahrer Religiosität“ kritisiert; vgl. (1919/2006), S. 52 - 53.

¹⁷⁵ Diese Manuskriptseite darf hier leider aus Gründen des Urheberrechtsschutzes nicht abgebildet werden. Sie befindet sich in Keynes' Nachlass im King's College in Cambridge/UK und trägt die Bezeichnung GTE 5/512 in der Box 33.

¹⁷⁶ Beim Einblick in das Manuskript der „Allgemeinen Theorie“ am 23.-26.9.2019 zeigte sich, dass die „Allgemeine Theorie“ ursprünglich 27 Kapitel umfassen sollte. Der Gedankenaustausch von Keynes mit seinem Kollegenkreis führte dazu, dass das Werk letztlich auf 24 beschränkt wurde.

Retter des Kapitalismus, sondern es ging ihm nur um eine kurzfristige behelfsmäßige Stabilisierung dieses auch seiner Ansicht nach in sich instabilen und darum zu überwindenden Systems, um die akute Gefahr seines Absturzes in totalitäre Gewaltherrschaften einzudämmen. Deshalb bedurfte es Keynes zufolge in den führenden Industrienationen einer kurzfristig wirksamen Strategie, die Große Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen ähnlich wie durch den New Deal in den USA schnellstmöglich zu überwinden. Nur aus diesem realpolitischen Grund trat Keynes am Ende seiner „Allgemeinen Theorie“ auch für eine starke Einflussnahme des Staates sowohl auf die Investitionstätigkeit als auch auf den Verbrauch ein, um die unwirksamen Teile der privaten Nachfrage durch eine mit Krediten finanzierte staatliche Nachfrage zu kompensieren. Ohne dass ein staatlicher „Besitz der Erzeugungsgüter“ erforderlich wäre, „wird der Staat ... einen leitenden Einfluss auf den Hang zum Verbrauch teilweise durch sein System der Besteuerung, teilweise durch die Festlegung des Zinsfußes und teilweise vielleicht durch andere Wege ausüben müssen. ... Ich denke mir daher, dass eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird.“¹⁷⁷

Obwohl Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ über weite Strecken die Möglichkeit der privaten Nachfrage, zeitweise außerhalb des Wirtschaftskreislaufs unwirksam zu bleiben, und ihre beschäftigungsmindernden Auswirkungen behandelte und obwohl ihm Gesells Vorschlag, die Nachfragewirksamkeit des Geldes mit Hilfe von künstlichen Durchhaltekosten zu gewährleisten, vom Grundsatz her einleuchtete, stellte er am Ende seines Hauptwerks zwei verschiedenartige Politikansätze nebeneinander: zum einen eine systemtransformierende Geldreform als mittel- und langfristig wirkende ordnungspolitische Änderung der Struktur des Geldes und zum anderen eine systemerhaltende, von ihm selbst auch als „gemäßigt konservativ“ charakterisierte Methode, ohne eine Veränderung der Geldstruktur unwirksame Teile der privaten Nachfrage vorübergehend durch eine staatliche Ersatznachfrage zu ersetzen („additional money“) und darauf zu hoffen, dass sie über ihre Multiplikatoreffekte eine konjunkturstimulierende Wirksamkeit entfaltet.¹⁷⁸ Mit ihrem Nebeneinander von geldordnungspolitischen und staatsinterventionistischen Grundströmungen trug also auch die „Allgemeine Theorie“ wie schon Keynes' „Vom Gelde“ noch Züge eines Übergangswerkes. -

Ohne die Krisenkonstellation der 1930er Jahre, der sich Keynes gegenüber sah, und die Notwendigkeit, den Kapitalismus im Spannungsfeld zwischen Kommunismus und Faschismus/Nationalsozialismus zumindest kurzfristig zu stabilisieren, konkret voraussehen zu können, hatte Gesell schon während des Ersten Welt-

¹⁷⁷ John Maynard Keynes (1926a), S. 40 (klug geleiteter Kapitalismus). - Ders. (1936/1976), S. 162 und 281 (New Deal), 321 (autoritäre Staatssysteme) sowie 275 und 318 - 319 (Einflussnahme des Staates auf Investition und Nachfrage ohne Staatseigentum an den Produktionsmitteln, d.h. in der „Allgemeinen Theorie“ spielte Keynes' früherer Gedanke einer „Halbsozialisierung“ von großen Unternehmen keine Rolle mehr).

¹⁷⁸ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 318.

kriegs unter ganz anderen Umständen Bedenken gegen Überlegungen geäußert, dass der Staat die fehlende private Nachfrage „durch Ausgabe ... neu verfertigten Geldes ... ersetzt“. Wenn sich private und staatliche Nachfrage vermischen, entstehe ein in dreifacher Hinsicht „verdächtiger Zustand“. Generell werde die Rückbindung der Produktion an die menschlichen Bedürfnisse gestört. Sodann könnten passive Teile der privaten Nachfrage, die durch staatliche Nachfrage ersetzt wurden, plötzlich „lebendig werden. ... Wo wäre das dazugehörige Angebot von Waren? Und wenn das Angebot fehlt, dann steigen die Preise.“ Oder wenn eine Mischung aus privater und staatlicher Nachfrage tatsächlich einen Konjunkturaufschwung auslöst und eine erneute Kapitalbildung einsetzt, sinken über kurz oder lang wieder die Geld- und Realkapitalrenditen, was bei fortbestehender Vorliebe für Liquidität abermals Teile der privaten Nachfrage unwirksam werden lässt.¹⁷⁹ -

Im Gefolge der großen Weltwirtschaftskrise gab es außer Keynes weitere Ökonomen, die unabhängig voneinander über die partielle Unwirksamkeit der Nachfrage und die den sich selbst überlassenen Märkten inhärente Krisenanfälligkeit nachdachten. Vor allem der schwedische Ökonom Gunnar Myrdal (1898-1987) und der polnische Ökonom Michał Kalecki (1899-1970) stellten ähnliche Überlegungen über eine staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft an. Während Myrdal Marx sehr kritisch sah, aber sich dennoch als Sozialist verstand und zu einem der Wegbereiter des späteren schwedischen Wohlfahrtsstaates wurde, stand Kalecki Marx sehr viel näher und gelangte durch eine kritische Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburg ebenfalls zu einer Analyse der Zirkulationssphäre, wonach eine Senkung von Löhnen und Staatsausgaben sowie höhere Ersparnisse in Krisenzeiten geradezu zu einer kontraproduktiven Nachfrageschwäche führen. Demgegenüber könnte die Unterbeschäftigung mit Hilfe von schuldenfinanzierten Investitionen des Staates vor allem in die Infrastruktur überwunden werden.¹⁸⁰

Ähnlich wie die Neoklassik, die um 1870 unabhängig voneinander durch Jevons in England, Walras in der Schweiz und Menger in Österreich entstanden war, hatte also auch die innerökonomische Kritik an der Neoklassik drei geistige Urheber in verschiedenen Ländern, die unabhängig voneinander nach ähnlichen Auswegen aus der Krise in Form eines kreditfinanzierten, antizyklischen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft suchten. Da Myrdal und Kalecki nur eine Schaffung einer staatlichen Ersatznachfrage für die unwirksam gewordene private Nachfrage anstrebten, war Keynes der letztlich einzige, der über eine staatsinterventionistische Krisenbewältigung hinaus in die Richtung einer grundlegenden Sanierung der Wirtschaft durch eine Reform des Geldwesens weiter dachte.

¹⁷⁹ Silvio Gesell (1916/1991a), S. 327 - 332, und ders. (1920/1991a), S. 198 - 204 (Vorbehalte gegen ein staatliches deficit spending).

¹⁸⁰ Zu Kalecki vgl. Karl Kühne (1987), S. 37 - 70.

Reaktionen auf die „Allgemeine Theorie“

Unmittelbar nach dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ kam es zu einem Briefwechsel zwischen Keynes und John Henry Büchi, den er in seinem Buch als Leiter der englischen Geldreformbewegung namentlich erwähnt hatte.¹⁸¹ Büchi war Sekretär einer schweizerischen Gewerkschaft und Mitglied im Vorstand des „Schweizerischen Freiland-Freigeld-Bundes“ gewesen, bevor er sich 1921 mit seiner in London geborenen Frau in London niederließ. Neben dem Aufbau einer eigenen Sprachschule studierte er Volkswirtschaftslehre, Statistik und englisches Bankrecht und fand eine Arbeit in der internationalen Abteilung einer Londoner Großbank. Die „Royal Statistical Society“ wählte ihn zu ihrem Mitglied. Ab 1926 baute Büchi in seiner Freizeit eine „Economic Freedom League“ auf und gab deren Zeitschrift „The Age of Plenty“ heraus, um die Geld- und Bodenreformgedanken von Gesell in England bekannt zu machen. Nach dem Beginn der Großen Weltwirtschaftskrise machte sich Büchi als freiberuflicher Journalist selbstständig, u.a. als Londoner Korrespondent der in New Dehli/Indien erschienenen „Hindustan Times“. Die „Economic Freedom League“ wurde in die „Free Economy Federation Great Britain“ umbenannt und die Zeitschrift „Freedom and Plenty“ erhielt den neuen Namen „New Britain“. Darin fanden auch Debatten über die „Social Credit“-Theorie des Ingenieurs Clifford Hugh ('Major') Douglas statt, den Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ als weiteren Angehörigen der „Unterwelt der Ökonomie“ erwähnte.

Gemäß seinen Sympathien für die Arbeiterbewegung trat John Henry Büchi der Labour Party bei und veröffentlichte zahlreiche Artikel in sozialistischen Zeitungen wie „New Leader“ und „Daily Herald“ und forderte darin eine Abkehr von der damaligen Goldwährung und eine Stabilisierung der Kaufkraft einer Papierwährung mit Hilfe von Preisindices. Damit löste Büchi eine breitere Diskussion innerhalb der Labour Party aus und trug dazu bei, dass die Forderung nach einer auf einen Preisindex gestützten Papierwährung 1931 in das Programm der Labour Party aufgenommen wurde. Ein Jahr später trat Sir Stafford Cripps, der Vizepräsident der Labour-Fraktion im britischen Unterhaus, nicht nur für eine solche Währung, sondern auch noch für „rostende Banknoten“ im Sinne von Gesell ein. Für Büchis 1933 in London erschienenes Buch „Free Money - A Way out of Money Maze“ schrieb der Labour-Vorsitzende George Lansbury ein Vorwort. Darin hieß es unter anderem: „I hope this book, which gives a clear analysis of the evils, from which we are suffering, and formulates proposals for remedying these, will be widely read. People may not accept this remedy, but, as I have already said, in that case it is their duty, as it is mine, to discover a more excellent way.“¹⁸²

Unmittelbar nach dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ wandte sich Büchi an Keynes, woraus sich ein brieflicher Gedankenaustausch ergab. Einerseits zeigte

¹⁸¹ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 300 (Büchi).

¹⁸² John Henry Büchi (1933), S. 11.

sich Büchi hoch erfreut darüber, dass Keynes die Gedanken des Außenseiters Gesell in der akademischen Ökonomie salonfähig machen wollte - andererseits merkte er auch einige Punkte kritisch an. So war Büchi unglücklich darüber, dass Keynes

a) Gesell in der „Allgemeinen Theorie“ als einen „seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten“ bezeichnet hatte, weil Gesell hierdurch unseriös erscheine, und b) auch darüber, dass er dessen Anhänger mit den Worten, sie hätten ihn mit ihren Schriften geradezu „bombardiert“, in ein ungünstiges Licht gerückt hätte. Sie hätten nur frühzeitig erkannt, „if one man amongst the living economists could appreciate Gesell's teaching of the ‚dynamics‘ in economy, it was you.“

c) Auch trat Büchi Keynes' Einwand entgegen, dass die Wirkung einer Einführung „künstlicher Durchhaltekosten“ auf Banknoten dadurch vermindert würde, dass „eine lange Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen treten“ dürften, „Bankgeld, täglich abrufbare Darlehen, ausländisches Geld, Juwelen und die Edelmetalle im Allgemeinen und so weiter“. Alle diese „Ersatzmittel“ hätten keine anerkannte Funktion als gesetzliche Zahlungsmittel. Entscheidend sei, dass die anerkannten Zahlungsmittel „must circulate fairly steadily“. Und da, wo Gesell wie im Falle des Bodens die Gefahr einer Flucht von Geld in Sachwerte schon vorausgesehen habe, habe er eine solche Flucht durch eine Ergänzung der Geldreform durch eine Bodenreform unterbinden wollen. Und besonders in den Kreisen von kanadischen Geldreformern sei diskutiert worden, ob nicht nur Banknoten, sondern auch Sichteinlagen mit „künstlichen Durchhaltekosten“ belegt werden sollten.¹⁸³

Ansonsten hatte Büchi den Eindruck, dass die „Allgemeine Theorie“ nichts enthielt, was in irgendeiner Weise im Widerspruch zu Gesells „Natürlicher Wirtschaftsordnung“ stand. „I also agree with what you say with regard to Gesell not having sufficiently explained many of the phenomenas involved.“ Auch der Gesamteinschätzung von Keynes stimmte er zu: „The theory is good, but the explanations given are not sufficient everywhere.“ Deshalb erkannte Büchi an, dass Keynes manche Gedanken von Gesell theoretisch präzisiert und weiterentwickelt hatte. „I am greatly enarmoured with your specific terms.“

d) Eine inhaltliche Differenz zwischen Gesell und Keynes sah Büchi in Keynes' Aussage, dass Gesell „die Vorstellung von der Vorliebe für Liquidität entgangen“ sei und dass er darum „nur eine halbe Theorie des Zinsfußes aufgebaut hätte“. Für Büchi war dies „a little disagreement and practically none of a fundamental nature between us“.¹⁸⁴

e) Dagegen hielt Büchi Keynes' Hinweis auf die bis dahin noch unzureichende Praktikabilität der „rostenden Banknoten“ für berechtigt. Er berichtete ihm, dass

¹⁸³ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 298 (Prophet) - 299 (Bombardements mit Schriften). - John Henry Büchi (1936a) und (1936c), S. 1 (Prophet). - John Maynard Keynes (1936b), S. 2 (wissenschaftliche Begriffe) und 4 (Ersatzmittel).

¹⁸⁴ John Henry Büchi (1936b), S. 1 (Übereinstimmungen mit Keynes), 2 - 3 (Vorliebe für Liquidität), 4 (kanadische Geldreformer) und 6 (little disagreement). - John Maynard Keynes (1936/1976), S. 301 (halbe Zinstheorie).

dieses Problem auch von Gesell und dessen Anhängern gesehen wurde und dass deshalb dessen schweizerischer Mitarbeiter Theophil Christen überlegt hätte, ob sich die Tauschmittelfunktion des Geldes und seine Funktionen als Recheneinheit und Wertmesser in einem System einer „dynamischen Doppelwährung“ voneinander trennen lassen könnten. Wenn eine absolut wertstabile „Festmark“ als Recheneinheit und Wertmesser verwendet würde, könnte eine „Zahlmark“ als Tauschmittel im Laufe eines Jahres kontinuierlich und in einem Gesamtumfang von 6 % inflationiert werden. Aber Christen war sich dessen bewusst, dass auch dieses Verfahren in der Praxis noch mit Komplikationen verbunden sein würde - nur mit anderen als beim Bekleben „rostender Banknoten“ mit Gebührenmarken. Davon abgesehen war es Büchi zufolge ein generelles Problem bei der wissenschaftlichen Rezeption des bis dahin erreichten Entwicklungsstandes der Geldreformgedanken, dass noch nicht alle wichtigen neueren Texte ins Englische übersetzt worden seien. Doch woran mochte Büchi dabei gedacht haben? Außer Karl Walkers Buch „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“ (1932) waren seit Gesells Tod (1930) keine wissenschaftlich anspruchsvollen Texte erschienen, durch die Keynes neue Aspekte der Geldreform hätte kennenlernen können.¹⁸⁵

Keynes zeigte sich interessiert an den von Büchi erhaltenen Informationen. Möglicherweise kam es Anfang April 1936 auch zu einer von Büchi angeregten persönlichen Begegnung in London. Seinen Einwand, dass Gesell nur eine halbe Zins-theorie ohne eine vollständige Vorstellung vom Liquiditätsvorteil des Geldes entwickelt hätte und seine Befürchtung, dass im Falle einer Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten“ andere „Ersatzmittel“ als Zahlungsmittel verwendet werden könnten, hielt Keynes weiterhin aufrecht. „Our minds, I am afraid, have not really met on this point.“ Für's erste bedankte sich Keynes bei Büchi für die Informationen über die neueren Entwicklungen innerhalb der deutschsprachigen Geldreformbewegung. „I will consider, whether we could arrange for an omnibus review of the books you refer to in the 'Economic Journal'“.¹⁸⁶ Seinem Kollegen Austin Robinson (dem Ehemann von Joan Robinson), mit dem er in der Redaktion des „Economic Journal“ zusammenarbeitete, berichtete Keynes sogleich von seinem Gedankenaustausch mit Büchi, den er als „very nice und intelligent“ beschrieb, über die Passagen in seiner „Allgemeinen Theorie“, „where I agree with Gesell“ und über die anderen Passagen, „where I differ even by a hair's breadth from him“. Und er teilte Robinson auch mit, dass es „considerable German litera-

¹⁸⁵ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 302. - John Henry Büchi (1936b), S. 5. - Theophil Christen (1917), S. 742 - 763, und ders. (1920). - Zu Christens „Dynamischer Doppelwährung“ vgl. Karl Walker (1952), S. 29 - 31. Der Gedanke einer Trennung der Geldfunktionen als Tauschmittel und Recheneinheit/Wertmesser tauchte rund 10 Jahre danach wieder bei Robert Eisler auf. Vgl. Robert Eisler (1932) und ders. (1933) sowie das Kap. 12.7 im vorliegenden Buch. - Vgl. auch Karl Walker (1932).

¹⁸⁶ John Maynard Keynes (1936b). - John Henry Büchi (1936b), S. 6 (persönliche Begegnung in London). - John Maynard Keynes (1936d), S. 2 (Meinungsverschiedenheit und Erwägung einer Rezension im „Economic Journal“).

ture on Gesellism written since Gesell's death" gebe, „which carries their theories a good deal further“. In einer Sammelrezension könne sie im „Economic Journal“ vorgestellt werden. Allerdings würde sie zu unkritisch ausfallen, wenn Büchi zu einem solchen Beitrag eingeladen würde. „The most interesting review would be a critical one by an economist not too much out of sympathy, but looking at it from the outside, for example Joan, if it would not bore her too much to read so much German.“¹⁸⁷

Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Gesell und Keynes näher zu untersuchen, wäre ein offener Dialog zwischen orthodoxen Ökonomen und Außenstehern hilfreich gewesen. Doch als Keynes noch an eine detailliertere Auseinandersetzung mit der Literatur der Geldreformbewegung dachte, regten sich auf der anderen Seite bereits gegenrevolutionäre Abwehrreaktionen von Fachökonominnen gegen die revolutionäre „Allgemeine Theorie“ - vor allem gegen die darin enthaltenen geldreformerischen Ambitionen und den Ausblick auf einen „Gezeitenwechsel“, in dessen Verlauf - wie Keynes erwartete - „die Rentnerseite des Kapitalismus ... verschwinden wird“.¹⁸⁸ Demgegenüber wollten seine Kollegen den Abstand zwischen ihm und der Orthodoxie wieder verringern, um anschlussfähig an den Mainstream zu bleiben. In einer Rezension zur „Allgemeinen Theorie“ echauffierte sich Schumpeter darüber, dass Keynes Gesell innerhalb der „Unterwelt der Ökonomie“ mit Marx auf eine Stufe gestellt hatte. Und in einer weiteren Rezension kritisierte Pigou, dass Keynes mit seiner überwiegend wohlwollenden Behandlung Gesells eine rote Linie überschritten hätte, mit der er sich selbst aus der Neoklassik exkommuniziert habe: „He seems to agree with Gesell that ‚the rate of interest is a purely monetary phenomenon‘. If this were in fact his view, Mr. Keynes' divorce from classical thought would be complete.“¹⁸⁹

Der Abstand zwischen Keynes und dem „classical thought“ erscheint noch in einem anderen Licht, wenn man seine Doppelrolle als Mr. Deficitspending und als Sympathisant einer Geldreform im Zwischenraum zwischen der Orthodoxie und dem ökonomischen Unterweltler Gesell betrachtet. Sein „Überfall“ auf die Standardökonomie seiner Zeit richtete sich genau genommen überhaupt nicht gegen

¹⁸⁷ John Maynard Keynes (1936e), S. 1 - 2 (Idee einer Sammelrezension im „Economic Journal“). - Es gab eine weitere Korrespondenz zwischen Keynes und dem deutschen Wirtschaftspublizisten Franz Hochstetter über Gesells Theorien, die gegenüber der Korrespondenz mit Büchi keine weiteren inhaltlichen Aspekte enthielt. Als auch Hochstetter Keynes' Befürchtung abwehrte, dass Ersatzzahlungsmittel an die Stelle von „stamped money“ treten könnten, antwortete ihm Keynes: „As you will appreciate, it is my opinion, that Gesell and his followers have not given sufficient attention to producing the result which they desire by alternative means. I feel, that their treatment of the problem is much narrower and less comprehensive than it need to be.“ (John Maynard Keynes 1936f, S. 2). Ansonsten bleibt die Korrespondenz mit Hochstetter hier unberücksichtigt - auch weil Hochstetter, was Keynes nicht erfahren hat, seit dem Ende der 1920er Jahre bis 1936 in den Nationalsozialismus verstrickt war. Vgl. den Abschnitt 8.4.3 im vorliegenden Buch und die Anmerkungen 328 - 330.

¹⁸⁸ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317 (Gezeitenwechsel). - Zu späteren vergleichenden Darstellungen von Gesell und Keynes vgl. Ernst Winkler (1951a), Karl Walker (1973) und Thomas Huth (2001).

¹⁸⁹ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317 (Gezeitenwechsel). - Zu Schumpeter vgl. die Anm. 89 zum Kap. 8.3 des vorliegenden Buches. - Arthur C. Pigou (1936), S. 124.

die Vorstellung einer dezentralen Selbstorganisation der Märkte, die der „classical thought“, Keynes und Gesell allesamt miteinander teilten. Vielmehr richtete er sich ‚nur‘ gegen den zu einem Dogma erstarrten Glauben der Orthodoxie, dass sich diese Selbstordnung der Märkte dank der Wirksamkeit einer „unsichtbaren Hand“ (Adam Smith) immer quasi ganz von allein ergebe, wenn sich der Staat aus den Vorgängen auf den Märkten heraus halte. Mit Gesell teilte Keynes die Überzeugung, dass die sich unsichtbar vollziehende Selbstordnung der Märkte zusätzlich noch in die sichtbare Hand eines Rechtsstaates gehört, der nicht in die unübersehbar vielen wirtschaftlichen Prozesse interveniert, sondern sie alle in den Rahmen einer gerechten Geldordnung einbettet. Nur angesichts der akuten Gefahr, dass die schwere Weltwirtschaftskrise zum Absturz ganzer Gesellschaften in kommunistische oder nationalsozialistische Abgründe führen könnte, plädierte Keynes zu deren schneller Stabilisierung durch beschäftigungswirksame Interventionen des Staates. Aber auf längere Sicht sympathisierte er mit der damals in praktischer Hinsicht noch nicht ausgereiften Geldreform als ein Instrument, die Selbstorganisation der Märkte von ihren Funktionsmängeln zu befreien und institutionell-strukturelle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das von der Klassik als schon wirksam unterstellte Saysche Theorem überhaupt erst in Kraft treten kann, dass also mit anderen Worten S und I und das gesamtwirtschaftliche Angebot und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zur Übereinstimmung kommen können. Daraus hätte eine andere Form einer „Neoklassischen Synthese“ entstehen können als diejenige Form, mit der Keynes‘ Kollegen und Nachfolger sich auf die neoklassische Orthodoxie zubewegten, indem sie den ihnen von Keynes gewiesenen geldordnungspolitischen Weg zu einem wirtschaftspolitischen „Zeitenwechsel“ und einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft verließen und sich darauf beschränkten, die von der klassisch-neoklassischen Orthodoxie gerechtfertigte kapitalistisch vermachete Form der Marktwirtschaft in einem eng begrenzten Rahmen einer antizyklischen Fiskalpolitik nur zu modifizieren.

Schon bald nach dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ stellte sich Keynes‘ jüngerer Kollege John Hicks der Theorie der Liquiditätspräferenz des Geldes, die die Achillesferse der kapitalistischen Marktwirtschaft getroffen hatte, entgegen und schrieb an Keynes, „that the whole theory could be cast into a more traditional form“. In einem Aufsatz „Mr. Keynes‘ Theory of Employment“ im „Economic Journal“ bestritt Hicks, dass die Erklärung des Zinses als monetäres Phänomen überhaupt etwas Neues von großer Tragweite sei. Es gebe eine kurzfristige Liquiditätspräferenz, die aber das langfristige Vollbeschäftigungsgleichgewicht nicht gefährden könne. Außerdem meinte Hicks über den „monetary character of interest: This looks a most revolutionary doctrine; but it is not, I think, as revolutionary as it seems.“ Einen besonders großen Einfluss auf den weiteren Gang der postkeynesianischen Theorien gewann Hicks durch sein zusammen mit Alvin Hansen entwickeltes sog. IS-LM-Modell, das in die Lehrbücher der Ökonomie Eingang fand. Es popularisierte eine verwässerte Form von Keynes‘ Kritik an der neoklassischen Orthodoxie, die die Bedeutung der Ineffektivität von Teilen der gesamtwirtschaft-

lichen Nachfrage herunter spielte und den Ausblick auf ein zukünftiges stationäres Gemeinwesen mit Geldzinsen und einer Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals von durchschnittlich null überhaupt nicht mehr weiter tradierte.¹⁹⁰

Auch im Gedankenaustausch mit anderen Fachkollegen in England und in der Stockholmer Schule stieß Keynes auf keinerlei Bereitschaft, seine monetäre Zins-erklärung anzuerkennen und die Unwirksamkeit von Teilen der Nachfrage als ein fundamentales Problem ernst zu nehmen, für dessen Lösung es auf die Dauer mehr braucht als ein antizyklisches Deficitspending. Zu dritt fühlten sich Ohlin, Robertson und Hawtrey ihm gegenüber offenbar so haushoch überlegen, dass sie alle Hemmungen ablegten, Keynes in ihrer gemeinsamen Erwiderung auf seine alternative Zinstheorie im „Economic Journal“ geradezu bloß zu stellen: er ver- trete „loose phrases“ wie diejenige, „that interest is not the reward of not- spending but the reward of not-hoarding ... It seems to me clear, that in this re- spect Mr. Keynes' theory needs modifying in a traditional direction.“ Robertson ging sogar so weit, den Zusammenhang, den Keynes zwischen dem Hang „to keep money idle“, also zwischen der Liquiditätsvorliebe, und der Zinsrate postulierte, als „ultimately a reflection of less ghostly forces“ zu verspotten.¹⁹¹

Nur Joan Robinson versuchte noch einmal, die verschiedenen Facetten des Phä- nomens der Geldhortung und ihre Bedeutung für die Ungleichheit von I und S für „some readers of Mr. Keynes' ‚General Theory‘“ zu verdeutlichen.¹⁹² Danach gab es nur noch eine Diskussion über die Frage „Liquidity preference versus liquidity ‚spectrum‘ theory of interest rate“, und zwar im Juni 1938 an der „London School of Economics“ im Rahmen eines „Oxford-London-Cambridge Economic Seminary“ über das Thema „Structure of Interest Rates“.¹⁹³

Der von Keynes in die Ökonomie eingeführte Ausblick auf einen längerfristigen „Gezeitenwechsel“ in der Wirtschaft wurde schnell wieder an ihren Rand oder ganz aus ihr hinausgedrängt. Außerdem wurden auch die äußeren Umstände für eine solche Diskussion immer ungünstiger, denn die Bedrohung Englands und ganz Europas durch den deutschen Nationalsozialismus nahm dramatische Ausmaße an und rückte ganz andere Fragestellungen in den Vordergrund. Nur in den fernen

¹⁹⁰ John Hicks (1936), S. 1, sowie ders. (1937a), S. 121, und (1937b), S. 147 - 159. - Brief von Keynes an Hicks (1937/1973a), S. 79 - 81, und ders. (1937/1973b), S. 109 - 123 und 203 - 204. - Zum IS-LM-Modell vgl. Ingo Barens (2018), S. 57 - 86; vgl. auch die Website <https://keynes-gesellschaft.de/the-general-theory-1936/ihre-interpretation-durch-hicks-1937/> [Zugriff: 27.12.2019]. - Zu nicht authentischen Interpretationen von Keynes vgl. außerdem Victoria Chick & Geoff Tily (2014), S. 681 - 699.

¹⁹¹ Dennis Robertson vom Trinity College in Cambridge in: Bertil Ohlin & Dennis Robertson & Ralph Hawtrey (1937), S. 423 - 443, hier: S. 431 und 433. - Zu den Debatten nach dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ u.a. mit Ohlin vgl. Keynes' „Collected Writings“ Vol. 14 („After the General Theory“), S.109 - 123, 201 - 215 und 215 - 223.

¹⁹² Joan Robinson (1938), S. 231 - 236.

¹⁹³ London School of Economics (1938), S. 1 - 2. - An der LSE lehrte damals u.a. Prof. William Beveridge, der Keynes schon im Sommer 1936 in einer ersten Reaktion auf die „Allgemeine Theorie“ eine Reihe von kritischen Anmerkungen gesandt hatte, u.a. eine Zurückweisung der Liquiditätspräferenztheorie und der Vorstellung einer „abolition of rentier interest“; vgl. dazu William Beveridge (1936), S. 1 und 12.

USA entstand in jenen Jahren an der University of California noch eine Dissertation von Dudley Dillard über die Entwicklung eines „antimarxistischen Sozialismus“ von Proudhon über Gesell bis zu Keynes. Dillard hatte zuvor Veblen's Institutionalismus nahegestanden und war möglicherweise von dem Wirtschaftshistoriker Leo Rogin zur Bearbeitung dieses Themas angeregt worden.¹⁹⁴

Als Dillard seine Dissertation im Frühjahr 1940 abgeschlossen hatte, erfuhr er von Abba Lerner, dass Keynes nach seinem Gedankenaustausch mit Büchi außer Joan Robinson auch Lerner gefragt hatte, ob er eine Sammelrezension über die neueren Veröffentlichungen der deutschsprachigen Geldreformbewegung für das „Economic Journal“ schreiben könne. Da Lerner darüber bereits mit Austin Robinson korrespondiert hatte, empfahl er Dillard, sich an Robinson zu wenden und auf der Grundlage seiner Dissertation eine solche Sammelrezension anzubieten. Dillards Brief an Robinson beantwortete Keynes mit dem Hinweis, dass ein solcher Beitrag besser in die „Economic History“ als in das „Economic Journal“ passen würde. Aber „owing to the war, the date of publication of the next issue of ‚Economic History‘ is doubtful. Moreover, we are not in a position to make the usual payment to an American contributor.“ Anstelle einer solchen Sammelrezension veröffentlichte Dillard zwei Jahre später einen Artikel über „Keynes and Proudhon“ im „Journal of Economic History“ und einen weiteren Artikel über „Gesell's Monetary Theory and Social Reform“ in der „American Economic Review“.¹⁹⁵

Regionalisierung, internationale Arbeitsteilung und der Bancor-Plan zur Neuordnung der Weltwirtschaft nach dem erhofften Ende des Zweiten Weltkriegs

Seit seiner Studie über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrags hat Keynes auch in seinen wirtschaftstheoretischen Werken „wirtschaftliche Ursachen der Kriege“ wie Ungerechtigkeiten und den weltweiten „Konkurrenzkampf um Märkte“ mit bedacht und mit seinen Theorien die Absicht verbunden, den Frieden zwischen den Menschen und Völkern zu fördern.¹⁹⁶ Im Gegensatz zur Klassik

¹⁹⁴ Dudley Dillard (1940a). - Charles Hession (1984/1986), S. 375 (Dillard und der Institutionalismus). - Vielleicht war Dillard durch die Lektüre von Veblen's „Theory of Business Enterprise“ von 1904 schon auf eine Beschäftigung mit Keynes und Gesell vorbereitet; vgl. hierzu Randall L. Wray (2007), S. 1 - 8. - Dass Dillard von Leo Rogin zur Beschäftigung mit Gesell angeregt worden sein könnte, lässt eine Äußerung von Lawrence Klein in einem Nachruf auf Dillard vermuten; vgl. Lawrence Klein et al. (1995), S. 1. - Alfred O'Rahilly, Präsident des University College in Cork/Ireland und Professor für Philosophie, Naturwissenschaften und Ökonomie, war während des Zweiten Weltkriegs vielleicht der einzige angelsächsische Ökonom, der Keynes' Sympathien für Gesell noch teilte; vgl. Alfred O'Rahilly (1941), S. 359 - 367 („taxed money“). O'Rahilly hatte sich nach dem irischen Osteraufstand von 1916 für die Einheitsbewegung Sinn Féin und in der irischen Transportarbeitergewerkschaft engagiert. Während der 1920er Jahre hatte er irische Delegationen bei Konferenzen der International Labour Organization geleitet.

¹⁹⁵ Dudley Dillard (1940b). - John Maynard Keynes (1940). - Dudley Dillard (1942a), S. 63 - 76, und ders. (1942b), S. 348 - 352. Vgl. Auch Beate Bockting (2020).

¹⁹⁶ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 322.

und Neoklassik, die in ihrer Freihandelslehre und ihrer Theorie der komparativen Kostenvorteile gegen alle historischen Erfahrungen die These vertraten, dass eine möglichst weitgehende internationale Arbeitsteilung den Weltfrieden am besten sichere, mochte Keynes das aus Kolonialzeiten stammende Gefälle zwischen modernen Industrieländern und ‚unterentwickelten‘ Ländern in anderen Erdteilen nicht einfach ausblenden. Er befürwortete zwar auch einen freien und offenen Welthandel; aber ähnlich wie John Stuart Mill sympathisierte er - ohne zu wissen, dass er damit auch Proudhon und Kropotkin folgte - ausdrücklich „mit jenen, die die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Nationen eher minimieren als maximieren wollen. Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen - dies sind Bereiche, die aufgrund ihrer Natur international sein sollten. Aber lasst uns auf heimische Produkte zurückgreifen, wann immer dies vernünftig und in angemessener Weise möglich ist; und vor allem, lasst die Finanzen vorrangig im nationalen Rahmen.“¹⁹⁷

Außerdem betonte Keynes am Ende seiner „Allgemeinen Theorie“ die Notwendigkeit gleichgewichtiger wirtschaftlicher Verhältnisse innerhalb einzelner Staaten, damit der über die regionale und nationale Selbstversorgung hinausgehende Welthandel in einem „Gleichgewicht der Zahlungen“ vorstattengehen könne und kein Staat durch Bilanzungleichgewichte veranlasst werde, sein Interesse „demjenigen seiner Nachbarn entgegenzusetzen“, etwa durch Zölle und andere Handelsbarrieren. „Internationaler Handel würde aufhören, das zu sein, was er ist, nämlich ein verzweifelltes Mittel, um die Beschäftigung im Inland durch das Aufzwingen von Verkäufen in fremden Märkten und die Einschränkung von Käufen aufrechtzuerhalten, der, wenn er erfolgreich ist, lediglich das Problem der Arbeitslosigkeit auf den Nachbarn schiebt, der im Kampf unterliegt.“¹⁹⁸

Von diesen Grundgedanken ließ sich Keynes leiten, als er sich während des Zweiten Weltkriegs im Hinblick auf eine friedliche Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach dem Ende des Krieges intensiv mit einer Thematik befasste, die ihn schon in „Vom Gelde“ erstmals beschäftigt hatte, nämlich mit der Schaffung einer „überstaatlichen Bank“ als institutioneller Grundlage für eine Zusammenarbeit aller „Zentralbanken der Welt“.¹⁹⁹ An diesem Gedanken arbeitete zeitgleich auch der während der NS-Diktatur von Deutschland nach England übersiedelte Ökonom Ernst Friedrich Schumacher, der später mit seinem Buch „Small is beautiful“ berühmt wurde. Schumacher trat 1941 mit einem Memorandum „Some Aspects of Post-war Economic Planning“ hervor, das Keynes im Sep-

¹⁹⁷ John Maynard Keynes (1933/1982), S. 236. Zu Proudhon und Kropotkin vgl. die Anm. 145 (räumliche Entfernungen) und 169 (lokale Produktion) im Kap. 4 des vorliegenden Buches.

¹⁹⁸ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 322 - 323.

¹⁹⁹ John Maynard Keynes (1930/1983), S. 600, 610 und 619 - 613 (überstaatliche Bank). In diesem Zusammenhang könnte sich Keynes auch an Gesells „Internationale Valuta-Assoziation“ erinnert haben, mit der ihn Hans Bernoulli im Frühjahr 1925 bekannt gemacht hatte; vgl. die Anm. 108 im Kap. 8.4 des vorliegenden Buches.

tember 1941 übergeben wurde, als er gerade erste Entwürfe für eine eigene Studie über eine Weltwährungsordnung für die Nachkriegszeit fertig hatte.²⁰⁰

Keynes' Konzept einer „International Clearing Union“ (ICU) und Schumachers Konzept eines „International Clearing Office“ (ICO) ähnelten sich insofern, als sie beide die Gründung einer Weltzentralbank vorsahen und die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen miteinander verrechnen wollten. Darüber ging Keynes noch in zweierlei Hinsicht hinaus:

- Zum einen wollte er die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen nicht in den einzelnen Landeswährungen verrechnen, sondern eine zusätzliche supranationale Recheneinheit „Bancor“ schaffen. Und anders als in Gesells „Internationaler Valuta-Assoziation“ (IVA), die 20 % der nationalen Geldmengen durch gemeinsame, weltweit gültige „IVA-Banknoten“ hätte ersetzen sollen, sollten nach Keynes' Vorstellungen alle sich der ICU freiwillig anschließenden Staaten der Erde Konten bei der ICU erhalten, über die ihre Importe und Exporte mit Hilfe der Recheneinheit „Bancor“ verrechnet werden.
- Zum anderen - und das war der ganz besondere Clou von Keynes' ICU- und Bancor-Konzept - sollte ein „innerer Stabilisierungsmechanismus“ eingebaut werden, der den gesamten Außenhandel aller Mitgliedstaaten der ICU nicht nur verrechnet, sondern ihn auch selbsttätig in ein weltweites Gleichgewicht bringt. Bei Schief lagen sollten nämlich nicht nur Schuldnerstaaten Zinsen für ihre Defizite zahlen, sondern analog dazu sollten auch Gläubigerstaaten „Strafzinsen“ für ihre Überschüsse bezahlen. Schuldner und Gläubiger sollten also einem gleichen Druck ausgesetzt werden, ihre Import-Export-Beziehungen auszugleichen. „Wir brauchen ein Mittel der Beruhigung für eine von Sorgen geplagte Welt, durch das jedes Land, das seine eigenen Angelegenheiten mit der nötigen Umsicht regelt, von den Sorgen befreit wird, die es nicht selbst zu verantworten hat.“²⁰¹

Als Mitglied der britischen Delegation auf der legendären Konferenz des Völkerbundes in Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire, wo die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der späteren Siegermächte des Zweiten Weltkriegs über eine Nachkriegsordnung für die Weltwirtschaft berieten, stellte Keynes im Sommer 1944 sein Konzept einer „International Clearing Union“ vor.²⁰² Sein „ICU-Bancor-Plan“ hätte ein wichtiger Baustein für einen wirtschaftspolitischen Neubeginn nach der Katastrophe von NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg werden können. Er hätte dazu beitragen können, das aus Kolonialzeiten stammende Nord-Süd-Gefälle auf der Welt allmählich einzuebnen, damit sich die Menschen aus

²⁰⁰ Vgl. hierzu eine editorische Notiz im Band 25 von Keynes' „Collected Writings“, S. 21, sowie Barbara Wood (1984), S. 50, 128 - 135 und 142, und Ernst Friedrich Schumacher (1943), S. 150 - 165. Vgl. außerdem Charles Hession (1986), S. 1 - 12, und Edoardo Beretta (2013), S. 30 - 32. Vgl. auch das Kap. 10.2 des vorliegenden Buches.

²⁰¹ John Maynard Keynes (1943/1980), S. 2 (Abschnitte 1 d und h in der Einleitung).

²⁰² John Maynard Keynes (1943/1980), S. 168 - 195; deutsche Übersetzung in Stefan Leber (1989), S. 325 - 349, und auf der Website http://www.postwachstumsoekonomie.de/wp-content/uploads/2008-12-10_Keynes-Bancor-Plan.pdf [Zugriff: 6.12.2014].

allen Staaten der Erde auf einer ökonomisch gleichen Augenhöhe frei begegnen können. Leider konnte sich Keynes auf der Konferenz von Bretton Woods ebenso wenig durchsetzen wie 1919 bei den Versailler Friedensverhandlungen. In Bretton Woods wurde letztlich der Plan des US-amerikanischen Delegationsführers Harry Dexter White angenommen, der den USA eine globale Vormachtstellung sicherte, indem der US-Dollar zur internationalen Leitwährung erhoben wurde. Und die von den USA und anderen Industrieländern kontrollierten Bretton-Woods-Institutionen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des General Agreement of Tariffs and Trade (GATT) erhielten im neuen Weltwährungs- und Weltwirtschaftssystem ein eindeutiges Übergewicht gegenüber dem globalen Süden. Auf der Grundlage von Keynes' ICU- und Bancor-Konzept hätten die ‚unterentwickelten‘ Länder des Südens allmählich ihren kolonialen und neokolonialen Abhängigkeiten entkommen können. Sie wären später wohl kaum in eine Schuldenfalle geraten und dann von Strukturanpassungsprogrammen des IWF geknebelt worden.²⁰³

Von Keynes zum Postkeynesianismus ...

In Keynes' „Allgemeiner Theorie“ und übrigens kurz zuvor auch noch in dem Buch „Stamp Scrip“ des US-amerikanischen Geldtheoretikers Irving Fisher (1867-1947) waren sich die ökonomische Fachwissenschaft und Gesells unorthodoxe Geld- und Bodenrechtsreform so nahe gekommen wie nie zuvor.²⁰⁴ Statt sich noch weiter aneinander anzunähern, hatten sie sich schon unmittelbar nach dem Erscheinen von Keynes' Hauptwerk wieder voneinander entfernt und nach Keynes' Tod (1946) wurde die Kluft zwischen ihnen auf Jahrzehnte hinaus immer noch größer.

Mit Ausnahme des schottischen Ökonomen Arthur Birnie wandten sich die Keynesianer nach Keynes von den geldreformerischen Implikationen der „Allgemeinen Theorie“ ab statt weiter an ihnen zu forschen. Nur an der University of Chicago/Illinois entstand 1948 noch eine Dissertation von Joel W. Harper über die von

²⁰³ Zur Konferenz von Bretton Woods vgl. Reinhard Blomert (2007), S. 122 - 136. - Zur späteren Wiedererinnerung an Keynes' ICU-Bancor-Plan vgl. Elke Muchlinski (2005), S. 58 und 71 - 72, sowie Thomas Betz (2010), S. 38 - 49, auf der Website http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-164-165_Betz.pdf (Zugriff: 25.11.2019). - Als Mitglied der brasilianischen Delegation nahm der junge Bankier Santiago Fernandes an der Konferenz von Bretton Woods teil. Er sympathisierte mit Gesells Geldreform und IVA sowie mit Keynes' Bancor-Plan und schrieb später das Buch „Ouro - a relíquia bárbara - De Bretton Woods ao FMI no Rio“ (Rio de Janeiro 1967). Im „Archiv für Geld- und Bodenreform“ befinden sich zahlreiche Briefe von Fernandes aus den Jahren 1959 bis 1965, in denen er mit dem Geldreformer Heinz-Peter Neumann über Gesells IVA und Keynes' Bancor-Plan Gedanken austauschte. Diese Briefe enthalten Anhaltspunkte dafür, dass Fernandes hierüber in den Jahren 1961 und 1962 auch in einem brieflichen Gedankenaustausch mit dem Ökonomen Abba Lerner stand. Vgl. auch die unten folgende Anm. 212. Vgl. auch Thomas Betz (2020).

²⁰⁴ Irving Fisher (1933). - Zu Fishers „Stamp Scrip“ vgl. Claude Million (2007) und ders. (2019).

Irving Fisher protegierten „Scrip and Other Forms of Local Money“.²⁰⁵ Obwohl Roy Harrod den Gedanken aus der Unterwelt der Ökonomie von Anfang an skeptisch gegenüber gestanden hatte, übernahm er in den ersten Nachkriegsjahren doch noch Keynes' Ziel einer „zinsfreien Gesellschaft“ als „Alternative zum Kollektivismus“ und wollte es sogar auch mit einer Reform des Bodenrechts verbinden. Jedoch machte er wenig später in seiner Keynes-Biografie einen Rückzieher. Zwar erwähnte er noch, dass Keynes ein gutes Wort für Gesell und das „stamped money“ eingelegt hatte, aber er verwies auf das nach seiner Ansicht unlösbare Problem, dass die Menschen im Fall einer Reform des Geldes in andere ‚assets‘ wie zum Beispiel den Boden und Edelmetalle ausweichen würden. „He thought that this proposal should be taken seriously. He pointed out, however, that the root problem could not be solved in this way, since other assets, such as jewels and land, might be found to have good liquidity value.“ Obendrein widerrief Harrod auch noch seine Vorstellung eines durchschnittlichen Nullzinses als einen „grundlegenden Fehler“.²⁰⁶

In einer weiteren Keynes-Biografie kritisierte auch Alvin Hansen Keynes' Ziel, ähnlich wie die Frühsozialisten „die Entschädigung für akkumuliertes Vermögen möglichst klein halten zu wollen. ... Die Erörterungen über den ‚leichten Tod des Rentiers‘ stellen eine Abschweifung dar, bei der Keynes in nicht ganz ernst zu nehmender Weise seinen Gedanken freien Lauf ließ.“²⁰⁷

Nachdem sich auch Abba Lerner aus dem früheren „Cambridge Circus“ in die Richtung einer Globalsteuerung der Wirtschaft weiterentwickelte und zu einem der Vordenker des sog. Konkurrenzsozialismus und der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien wurde, blieben in der postkeynesianischen Ökonomie Dudley Dillard, der eine Professur an der University of Maryland bekam, und sein Studienfreund Lawrence Klein, ein späterer Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften, die beiden namhaften Ausnahmen, die Keynes' Hang zu den ‚monetary cranks‘ anfangs noch vertraten, aber dann bald nicht mehr eigenständig weiterführten.²⁰⁸

²⁰⁵ Arthur Birnie (1947). Birnie verfasste auch die Bücher „Single Tax George“ (London 1939) und „The History and Ethics of Interest“ (Glasgow 1952). - Joel William Harper (1948).

²⁰⁶ Roy Harrod (1949), S. 177 - 180 (zinsfreie Gesellschaft) und ders. (1951), S. 457 und 459 (Zweifel am stamped money in der Keynes-Biografie); vollständiges Zitat auf der Website <http://www.silvio-gesell.de/html/wahlverwandte.html#harrod> /Zugriff: 30.12.2019). - Ders. (1960), in: Heinz König Hrsg. (1968), S. 214.

²⁰⁷ Alvin Hansen (1953/1959), S. 156.

²⁰⁸ Dudley Dillard (1940); ders. (1942), S. 348 (vollständiges Zitat auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#dillard / Zugriff: 30.9.2019); ders. (1948), S. 294 - 335. Angeregt durch Dudley Dillard (1940 und 1942b) erinnerte sich späterhin William Darity jr. noch einmal an die „Keynes-Gesell-Connection“; vgl. Darity (1995/1998), S. 27 - 41 bzw. 3 - 12 [auf der Website http://www.sozialoekonomie-online.de/html/archiv_112-119.html#116 / Zugriff: 30.10.2019]. - Der wissenschaftliche Nachlass von Dudley Dillard befindet sich in den „Special Collections“ der Bibliothek der University of Maryland/USA und könnte auf geldreformerische Spuren untersucht werden: <https://digital.lib.umd.edu/archivesum/actions.DisplayEADDoc.do?source=MdU.ead.histms.0204.xml> - Lawrence Klein (1949), S. 149 - 152 (vollständiges Zitat auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#klein /Zugriff: 30.9.2019)

Nur Keynes' Hinweise auf unorthodoxe Überlegungen von N.A.L. Johannsen wurden noch gleichsam ausnahmsweise rezipiert und so war die 1956 an der State University of Louisiana/USA verfasste Dissertation von Leon Francis Lee, die Keynes nochmals ähnlich wie Dillard in seinen ideengeschichtlichen Bezügen zur Standardökonomie und zur Unterwelt der Ökonomie darstellte, für lange Zeit die letzte Forschungsarbeit zu diesem Themenkreis.²⁰⁹

Mit Ausnahme des deutschen Ökonomen Carl Föhl²¹⁰ machten Keynes' Kollegen und Nachfolger einen weiten Bogen um dessen Sympathien für die Vorstellung, den Spielraum für die Vorliebe für Liquidität einzuengen und die Renditen für Geld- und Realkapital binnen einer Generation auf durchschnittlich null sinken zu lassen. Statt die spekulative „Vorliebe für Liquidität“ und die Erwartungsunsicherheiten an ihrer monetären Wurzel einzudämmen, reduzierten sie Keynes auf die Politik des Deficitspendings, woran der postkeynesianische Ökonom Paul Samuelson einen großen Anteil hatte. In seinem erstmals 1948 erschienenen einflussreichen Lehrbuch „Economics“ wies Samuelson die Argumentationen von „some monetary cranks“ als „simply incorrect“ und „fatal error“ zurück. Die in Spekulationskassen gehaltenen „liquid assets“ erschienen ihm als „the most complex of all to analyze“. Letztlich war Samuelson der Ansicht, „intelligent profit-seeking actions of speculators and arbitragers ... are performing a socially useful purpose“. Als einer von ganz wenigen Postkeynesianern behielt Samuelson immerhin Henry George's „Single Tax“ in Erinnerung. Aber in seinen Ausführungen über internationale Wirtschaftsbeziehungen fehlten jegliche Hinweise auf Keynes' „Bancor“-Plan.²¹¹

Im Glauben, die Folgen der Unterlassung einer Geldreform in Krisenzeiten durch eine staatliche Ersatznachfrage für unwirksam gewordene Teile der privaten Nachfrage auffangen und jegliche innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft auftretenden Krisen überwinden zu können, dehnten die Postkeynesianer das Deficitspending zu einem Konzept für eine sich bei Bedarf wiederholende antizyklische Konjunkturpolitik und staatliche Globalsteuerung aus. Allen ersten Anzeichen eines erneuten Konjunkturabschwungs sollte der Staat mit schuldenfinanzierten Investitions- und Beschäftigungsprogrammen begegnen und die Schulden im anschließenden Konjunkturaufschwung wieder abtragen.

Diese Reduktion von Keynes' „Allgemeiner Theorie“ auf das Deficitspending kritisierte Joan Robinson später als „Bastard-Keynesianismus“.²¹² Allerdings entfernte auch sie sich von Keynes' geldreformerischen Ambitionen, über die sie bis etwa

²⁰⁹ Hans-W. Schnack (1951/1952), S. 129 - 156, und daran anknüpfend Harald Hagemann & Christof Rühl (1990), S. 445 - 469. - Leon Francis Lee (1956).

²¹⁰ Carl Föhl (1936/1955), S. 337 - 338 [vollständiges Zitat auf der Website <http://www.silvio-gesell.de/oekonomen.html#CarlFoehl> / Zugriff: 20.12.2019]

²¹¹ Paul Samuelson (1948), S. 263 - 264 (monetary cranks), 298 (liquid assets) und 582 (sozial nützliche Geldhaltung in Spekulationskassen), 370 - 382 (Internationales), 584 - 604 (Kapitalismus, Faschismus, Sozialismus und Kommunismus). - Paul Samuelson & William Nordhaus (2016), 409 - 432, bes. S. 414 - 415 und 429 (Henry George). - Sympathien für Henry George's „Single Tax“ hegt auch Joseph Stiglitz; vgl. dazu Dirk Lohr (2013).

²¹² Joan Robinson (1962), S. 690 - 692.

1952/53 noch in einem Gedankenaustausch mit dem brasilianischen Banker Santiago Fernandes stand, der 1944 auf der Konferenz in Bretton Woods voller Enttäuschung miterlebt hatte, wie Keynes sich mit dem Bancor-Plan nicht gegen seinen US-amerikanischen Gegenspieler White durchsetzen konnte. Nach persönlichen Begegnungen in Cambridge und der anschließenden Lektüre von Robinsons Studien „Private Enterprise Or Public Control“ und „The Problem of Full Employment“ schrieb Fernandes ihr Ende 1952, dass er ihre Zweifel an einem revolutionären Umsturz und einer Totalsozialisierung der Wirtschaft in der westlichen Welt teilte. „I am largely in accordance with you.“ Fernandes schlug die Suche nach einer anderen Alternative zum westlichen Kapitalismus und östlichen Kommunismus vor. „We are badly in need of finding a new route ... to a transformation of the irrational system.“ Er stellte sich eine solche Suche “in the light of the ultimate implications of the Keynes-Gesell-theories” vor und hoffte auf Robinson’s Unterstützung beim Aufbau einer “international movement: Economists of all countries, unite! ... A movement, that could congregate socialist, liberal and progressive forces.“ Neben Keynesianern sollten sich ihr auch Ricardianer und Marxisten anschließen und gemeinsam sollten sie theoretische Grundlagen für eine Wirtschaft ohne Inflation und ohne Arbeitslosigkeit sowie für ausgeglichene weltwirtschaftliche Beziehungen schaffen. Fernandes erinnerte Robinson in diesem Brief u.a. an eine Definition des „liberalen Sozialismus“, die Keynes in einer Debatte mit Kingsley Martin im „New Statesman and Nation“ vom 28.1.1939 geäußert hatte: „I mean a system where we can act as an organized community for common purposes and to promote social and economic justice, whilst respecting and protecting the individual - his freedom of choice, his faith, his mind and its expressions, his enterprise and his property.“²¹³

Joan Robinson vertiefte sich jedoch fortan intensiv in das Werk von Marx und in Überlegungen zur Akkumulation von Kapital, während Fernandes gerade daran Zweifel behielt: „I do not believe in perpetual steady growth of capital, or say, in perpetual capitalism.“ Schließlich fragte er Robinson: „How to understand the disbelief in the Keynesian-Gesellian solution, coming precisely from those, who were closely and friendly associated with Keynes and who, if I am correct, have assisted him in the birth of the ‘General Theory’?“²¹⁴

²¹³ Santiago Fernandes (1952), S. 1 - 3 und 5.

²¹⁴ Santiago Fernandes (1952), S. 6 - 7. - In einer späteren Darstellung der Entstehung der „Allgemeinen Theorie“ von Richard Kahn, von dem der Gedanke der Multiplikatorwirkungen von staatlichen Investitionen stammte, fehlen Hinweise auf Diskussionen über Gesells heterodoxen Theorieansatz und etwaige Auseinandersetzungen um jene fünf Seiten, die Keynes darüber in der „Allgemeinen Theorie“ geschrieben hat. Kahn bedauerte lediglich in einer Fußnote, dass Keynes in der „Allgemeinen Theorie“ anders als in „Vom Gelde“ nicht auch noch N.A.L. Johannsen neben Marx, Douglas und Gesell als einen Angehörigen der „Unterwelt“ der Ökonomie erwähnt hatte; vgl. Richard Kahn (1984), S. 102.

... in die Sackgasse eines vermeintlich „goldenen Zeitalters“ mit einem immerwährenden Wirtschaftswachstum

Aus der allmählichen Annäherung des „Bastard-Keynesianismus“ an die Neoklassik und ihrer beider Vereinigung in der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Variante der „Neoklassischen Synthese“ ergab sich jedoch wie aus jeder nur zweitbesten Lösung ein Folgeproblem. Was würde geschehen,

- wenn sich die Konjunktur durch einen zwei oder drei Male aufeinanderfolgenden Einsatz des Deficitspendings tatsächlich vorübergehend einigermaßen stabilisiert,
- wenn sich aufgrund von Sättigungserscheinungen früher oder später jene von Keynes erwartete und auch für richtig gehaltene Tendenz zum Sinken der Geldzinsen und der Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals in Richtung null wieder bemerkbar macht und
- wenn sich dann die sich wieder verstärkende Vorliebe für die Liquidität nicht mehr so einfach mit einem abermaligen Deficitspending kompensieren lässt?

Die Antwort der Postkeynesianer war scheinbar einfach. Zur Vermeidung von Sättigungserscheinungen mussten neue Bedürfnisse geweckt und der technische Fortschritt forciert werden, damit die Nachfrage nach Geld- und Realkapital im Vergleich zum Angebot immer hoch genug blieb, um deren Renditen oberhalb von mindestens 2,5 bis 3 Prozent zu halten. An die Stelle von Keynes' wegweisendem Ausblick auf einen Übergang in eine stationäre Wirtschaft binnen einer Generation trat nunmehr eine an Schumpeters „schöpferische Zerstörung“ erinnernde Strategie, mittels einer staatlichen Förderung von privaten und öffentlichen Forschungen und eines Wettlaufs um Innovationen permanent neue Wachstumsmärkte zu erschließen, um dem Geldkapital immer wieder neue rentable Anlagemöglichkeiten zu verschaffen und auf diese Weise zu verhindern, dass es zeitweise als Nachfrage unwirksam wird und es wieder in größerem Umfang zu einer Unterbeschäftigung kommt. Übrigens trat auch Schumpeter in „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ für „staatliche Defizit Ausgaben“ ein - besonders in Bereichen wie des Gesundheits- und Verkehrswesens und der Energieversorgung, in denen die „übrigbleibenden Investitionschancen sich besser für öffentliche als für private Unternehmungen eignen.“²¹⁵

Nachdem Harrod seine Vorstellung von einer stationären „zinsfreien Gesellschaft“ wieder aufgegeben hatte, erweiterte er gemeinsam mit Evsey Domar die Beschäftigungstheorie zu einer postkeynesianischen Wachstumstheorie, während Robert Solow den Anstoß zur Entwicklung einer neoklassischen Wachstumstheorie gab. So lieferten die Neoklassik und der Postkeynesianismus zunächst noch unterschiedliche Legitimationen für ein gemeinsam angestrebtes Wachstum der kapitalistischen Marktwirtschaft, bevor sie sich in der Neoklassischen Synthese noch enger miteinander verbanden. Dazu passend entwickelte die Makroökonomie nach Keynes mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und vor allem mit

²¹⁵ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 196 - 197.

dem Bruttosozial- bzw. Bruttoinlandsprodukt (BSP bzw. BIP) auch noch ein statistisches Instrumentarium zur Messung des wirtschaftlichen Wachstums. Es blendete allerdings sowohl den vorwiegend von Frauen geleisteten Bereich der reproduktiven Haus- und Familienarbeit als auch die unterschiedliche Teilhabe von armen und reichen Bevölkerungsschichten am sog. Wohlstand aus und stufte die durch Umweltzerstörungen erforderlich werdenden ‚Umweltreparaturen‘ als Wachstum ein. Die Entwicklung des BSP bzw. BIP hatte schon während des Zweiten Weltkriegs durch den US-Ökonomen Simon Kuznets begonnen, der untersuchte, ob die US-amerikanische Wirtschaft genügend leistungsfähig sein würde, um ein militärisches Eingreifen der USA in den Zweiten Weltkrieg tragen zu können. Und die „moderne volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde in den 1940er Jahren parallel in den für wirtschaftliche Kriegsproduktion verantwortlichen Ministerien in den USA und England entwickelt.“²¹⁶

Während sich die Ökonomie allmählich in die Richtung eines schuldenfinanzierten Lebens der Gesellschaft auf Kosten von Natur und Zukunft bewegte, verschwanden die Geld- und Bodenrechtsreform und der Ausblick auf ein stationäres Wirtschaften bei Nullrenditen von Geld- und Real‘kapital‘ für mehrere Jahrzehnte ganz aus ihrem Blickfeld. Um einer gefürchteten Sättigung und Stagnation vorzubeugen und auch um in der realpolitischen Konstellation des Kalten Krieges den Vorrang der westlichen Industrieländer in der Systemkonkurrenz mit dem östlichen Kommunismus zu behaupten, traten der Postkeynesianismus und die Neoklassik zwar anfangs noch auf unterschiedlichen Wegen, aber letztlich doch gemeinsam eine Flucht nach vorne an, indem sie den „antisozialen Fetisch der Liquidität“, der sich später auch noch als antiökologisch erweisen sollte, unangetastet ließen und sich dem Glauben hingaben, dass ein permanentes sog. „Gleichgewichtswachstum“ der westlich-kapitalistischen Marktwirtschaft zu einem bequemen Ausweg aus der Unordnung eines geld- und bodenpolitischen Laissez-faire werden könne. „Robert Solow und Paul Samuelson, die damals die neoklassische Synthese der Wachstumstheorie verkörperten, riefen ... das Ende kapitalistischer Instabilität und destruktiver Konjunkturzyklen aus.“ Gemeinsam nährten der Postkeynesianismus und die Neoklassik den Glauben an die Möglichkeit eines unbegrenzten exponentiellen Wirtschaftswachstums, der insbesondere durch die Vorläuferorganisation der „Organization for Economic Cooperation and Development“ (OECD) verbreitet wurde.²¹⁷ Damit wurde einer Entwicklung Tür und Tor geöffnet, bei der es nicht mehr nur um eine Produktion zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ging, sondern mehr noch um eine Produktion um der Rentabilität von Geld- und Realkapital willen, also um eine rentable Produktion von zivilen Luxus- und Verschleißgütern sowie militärischen ‚Gütern‘.

Im unbekümmerten Glauben an die Möglichkeit eines immerwährenden Wirtschaftswachstums ging es in den mathematischen Wachstumsmodellen der Post-

²¹⁶ Matthias Schmelzer (2015), S. 7.

²¹⁷ Matthias Schmelzer (2015), S. 2 - 3.

keynesianer und Neoklassiker um die Formulierung einer „goldenen Regel der Kapitalakkumulation“ als Rahmenbedingung für ein gleichgewichtiges „Golden-Age-Wachstum“ der Wirtschaft.²¹⁸ Nur - den Boden bzw. die Natur als wichtigste Grundlage des Wirtschaftswachstums hatten sie nicht im Blick, weder in ihren Modellen noch in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In der sog. Cobb-Douglas-Produktionsfunktion galt das Bruttosozialprodukt nur noch als eine Funktion des Einsatzes von Arbeit (d.h. lohnabhängiger Arbeit), (konzentriertem) Kapital und (scheinbar systemneutralem) technischem Fortschritt, der die Produktivität von Kapital und Arbeit erhöht und - so die Unterstellung der Wachstumstheorien - „wie Manna vom Himmel auf alle Produktionsfaktoren fällt.“²¹⁹ Der von der Neoklassik frühzeitig ausgeblendete und unter das Kapital subsummierte Boden bzw. die Natur blieben außerhalb der Betrachtung und wurden als unbegrenzt verfügbare ‚freie Güter‘ unterstellt.

Zurück zu den Quellen

Mit ihrer Herausgabe von Keynes' „Collected Writings“ während der Jahre von 1971 bis 1989 haben Donald Moggridge und Austin Robinson die Möglichkeit geschaffen, durch Quellenstudien Keynes' eigentliche Intentionen zu erforschen. Diese Edition erfolgte in einer Zeit, in der der postkeynesianische Staatsinterventionismus im Zuge einer anhaltenden Wirtschaftskrise und einer Überschuldung der Staaten an seine Grenzen stieß und von der neoliberalen „monetaristischen Gegenrevolution“ verdrängt wurde. Leider haben Moggridge und Robinson es in jenen Jahren des Niedergangs des Postkeynesianismus versäumt, an Keynes' Ausblick auf einen wirtschaftspolitischen „Gezeitenwechsel“ mit einer Überwindung der „Rentnerseite des Kapitalismus“ zu erinnern und ihn der neoliberalen Entfesselung der Finanzmärkte gegenüberzustellen. Bei der Auswahl von Keynes' Korrespondenzen für die „Collected Writings“, die wegen ihres riesigen Umfangs „inevitably selective“ sein musste, haben sie unter anderem auch die Korrespondenzen mit den währungspolitischen Ketzern weggelassen.²²⁰

Während der 1970er Krisenjahre schrieb Joan Robinson, dass „das Vorhandensein von Sektierern“ auch jetzt wieder wie schon in den Jahren der großen Weltwirtschaftskrise ab 1929 ein untrügliches Zeichen einer Krise sei, auf die die Stan-

²¹⁸ Auch als ‚Linkskeynesianerin‘ hat Joan Robinson schließlich ein Wachstumsmodell in ihrer Studie über „The Accumulation of Capital“ (1956) entwickelt.

²¹⁹ Vgl. Heinz König (1968), S. 23 und 29, sowie Klaus Rose (1973), S. 122 - 123 (Golden-Age-Wachstum) und 147 (technischer Fortschritt fällt wie Manna vom Himmel); Hans-Werner Holub, Veronika Eberharter und Gottfried Tappeiner (2004), S. 15, 30, 71, 152 und 167 - 171.

²²⁰ Donald Moggridge und Austin Robinson im Editorial zu den „Collected Writings“ von John Maynard Keynes (1971 - 1989) im Band 5, pp.10 - 13, und im Band 7, pp. X. - Die von Beate Bockting, Thomas Betz und mir bei unserer Recherche in Keynes' Nachlass im King's College in Cambridge/UK im September 2019 gefundenen und hier ausgewerteten Korrespondenzen mit den Währungsketzern hatten nach unserem Eindruck keinen Umfang, der den Rahmen der „Collected Writings“ gesprengt hätte.

dardökonomie nur mit unzureichenden Maßnahmen reagiere. „In den dreißiger Jahren hatten wir Major Douglas und den sozialen Kredit. ... Die Sektierer und Kritiker florieren, weil die orthodoxen Ökonomen die großen Probleme vernachlässigt haben, die jeder andere als dringend und drohend spürt. ... Ich rede über den offensichtlichen Bankrott der ökonomischen Theorie, die zum zweiten Mal nichts zu sagen hat auf die Fragen, die für alle außer für Ökonomen dringendst einer Antwort bedürfen.“²²¹ Dagegen konnte der US-amerikanische Geldtheoretiker George Garvy nur seine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, dass „Keynes fünf Seiten dem Leben und den Theorien eines typischen monetären Kauzes“ - damit war Gesell gemeint - „widmete, dessen Name in der Zwischenzeit in Vergessenheit geraten ist“.²²² Ohne diese unorthodoxe persona non grata nochmals zu erwähnen, betonte Dudley Dillard in einer seiner letzten Veröffentlichungen immerhin noch einmal: „Keynes is not dead in the long run! ... Effective demand is the center piece of Keynes' theory of a monetary economy.“²²³

Diese Kernaussage bestätigte der US-amerikanische Ökonom Paul Krugman in seiner Einleitung zur 2006 erschienenen Neuausgabe der deutschen Übersetzung von Keynes' „Allgemeiner Theorie“. Allerdings zog auch er daraus noch immer nicht die richtigen geldreformerischen Konsequenzen, sondern verharrte im Deficitspending. Zunächst bedauerte Krugman mit Recht, dass die Rezeption der „Allgemeinen Theorie“ durch Hicks' IS-LM-Modell und andere Fehlinterpretationen immer wieder erschwert worden ist; doch dann versäumte er es, Keynes' geldreformerische Überlegungen aus dem Schatten des auch von ihm überbewerteten Deficitspendings hervorzuholen und auf ihr Potenzial für die Bewältigung der anhaltenden wirtschaftlichen Krisen aufmerksam zu machen. Besonders die beiden letzten Kapitel von Keynes' „Allgemeinen Theorie“ waren für Krugman „obgleich voll von interessanten Ideen, von schelmischer Qualität. ... Glaubte er wirklich diese Dinge oder hat er einfach genossen, seine Kollegen an der Nase herumzuführen? Wahrscheinlich etwas von beidem.“²²⁴

Die „Allgemeine Theorie“ sei - so Krugman - in einer Zeit mit relativ niedrigen Zinsen geschrieben worden und Keynes habe diese „Episode mit einem Trend verwechselt“, in dem er annahm, dass das Zinsniveau noch weiter gegen null sinken und die Wirtschaft dann in eine Liquiditätsfalle geraten würde. „Keynes' ‚sanfter Tod der Rentiers‘ beruhte auf der Annahme, dass - so wie Kapital akkumuliert wird - profitable private Investitionsprojekte schwieriger zu finden sind, so dass die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sinkt.“ Im Großbritannien der Zwischenkriegszeit sei Keynes' Erwartung eines wirtschaftlichen „Gezeitenwechsels“ viel-

²²¹ Joan Robinson (1973), S. 51–52 und 55. - Vgl. auch die spätere Erinnerung an die „Keynes-Gesell-Connection“ bei William Darity (1995/1998), S. 27 - 41 bzw. 3 - 12.

²²² George Garvy (1976), S. 22.

²²³ Dudley Dillard (1983/1988), S. 49.

²²⁴ Paul Krugman (2006), S. 3 (Nachfrageschwäche als Ursache von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und deficit spending als Gegenmaßnahme), 5 - 6 (sanfter Tod von Rentiers) und 10 - 11 (Verfälschungen von Keynes' Botschaft).

leicht noch verständlich gewesen. „Aber nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnete eine Kombination von technischem Fortschritt und sich erholendem Bevölkerungswachstum viele neue Investitionsmöglichkeiten.“²²⁵

Keynes vorzuwerfen, dass er aus seinen Zeitumständen fälschlicherweise einen mittel- und langfristigen Trend abgeleitet hätte, wird ihm jedoch nicht gerecht. Seine Annahme, dass sich der Trend zu einem Sinken der Geld- und Realkapitalrenditen gegen null fortsetzen könnte, war keineswegs falsch. Nur konnte er während der Arbeit an seinem Hauptwerk

- erstens noch nicht ahnen, dass ein Zweiter Weltkrieg bevorstand, der mit der Rüstungsproduktion, mit den kriegerischen Zerstörungen und mit dem anschließenden zivilen Wiederaufbau eine enorme Nachfrage nach Kapital erzeugte. Letztlich sollte der Krieg die Wirkung eines gigantischen ‚Konjunkturprogramms‘ entfalten, das alle historischen ‚Beschäftigungsprogramme‘ wie den Bau von Pyramiden im alten Ägypten oder den Bau mittelalterlicher Kathedralen weit in den Schatten stellte. Im Zusammenhang mit dem Deficitspending war Keynes der Auffassung, dass „öffentliche Arbeiten von selbst zweifelhaftem Nutzen ... sich in Zeiten großer Arbeitslosigkeit um ein Vielfaches bezahlt machen ... mögen“, vor allem wenn man ihre Multiplikatoreffekte mitbedenkt. Zum Beispiel könne das „Schatzamt alte Flaschen mit Banknoten füllen und sie in geeignete Tiefen in verlassenen Kohlenbergwerken vergraben, sie dann bis zur Oberfläche mit städtischem Kehricht füllen und es dem privaten Unternehmungsgeist ... überlassen, die Noten wieder auszugraben.“ Es sei zwar „vernünftiger, Häuser und dergleichen zu bauen, aber wenn dem politische und praktische Schwierigkeiten im Wege stehen, wäre das obige besser als gar nichts“, um die Arbeitslosigkeit zu senken. „Und mit Hilfe der Rückwirkungen würde das Realeinkommen des Gemeinwesens wie auch sein Kapitalreichtum wahrscheinlich viel größer als jetzt werden.“²²⁶

- Jedoch hätte Keynes gewiss keine kriegerischen und auch keine zivilen Zerstörungen als Mittel zur renditesichernden Erhöhung der Kapitalnachfrage gebilligt. Erst recht konnte er nicht voraussehen, dass seine postkeynesianischen Nachfolger im Schulterchluss mit der Neoklassik auf den zweifelhaften Gedanken kommen würden, für die Zeit des nächsten Konjunkturabschwungs nach dem Wiederaufbau theoretische Legitimationen für ein sog. „Golden-Age-Wachstum“ zu entwickeln. Diese hatten den primären Zweck, die Nachfrage nach Kapital über das Angebot hinaus zu steigern und damit den von Keynes richtig erkannten Trend der gegen null sinkenden Geld- und Realkapitalrenditen zu durchkreuzen und den von ihm erwarteten Übergang in ein „quasi-stationäres Gemeinwesen“ auf lange Sicht dadurch unmöglich zu machen, dass fortwährend neue rentable Wachstumsmärkte durch Innovationen und „schöpferische Zerstörungen“ (Schumpeter) kreierte werden.

²²⁵ Paul Krugman (2006), S. 15 (Episode als Trend und Liquiditätspräferenz).

²²⁶ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 108 - 112 (öffentliche Arbeiten, Pyramiden, Kathedralen, vergrabene Flaschen und Multiplikator).

Kurz vor dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers und dem Beginn der weltweiten Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise im September 2008 kannte Krugman zwar die ersten Warnungen des damals gerade neuen Präsidenten der US-amerikanischen Zentralbank Ben Bernanke vor „einem weltweiten Überfluss an Ersparnissen“; aber er war sich ganz sicher, dass „der sanfte Tod der Rentiers nicht unmittelbar bevorstehe. ... Die Inflationserwartungen ... spielen ... immer noch eine starke Rolle dabei, die Zinssätze sicher von null fernzuhalten.“²²⁷

Krugman's in seinem Vorwort zur Neuauflage der deutschen Übersetzung von Keynes' „Allgemeiner Theorie“ darlegte Sicht wurde schon bald durch die weitere Entwicklung bis hin zu Null- und Negativzinsen überholt. Auch ohne spätere Entwicklungen der Wirtschaft im Detail voraussehen zu können, war Keynes vor mehr als 80 Jahren im Grunde schon klüger als die meisten seiner späteren Interpreten. Und es stimmt auch nicht, dass er - wie Krugman meinte - „kam, um den Kapitalismus zu retten, nicht um ihn zu begraben.“²²⁸ Tatsächlich wollte Keynes den Kapitalismus nur kurzfristig und provisorisch stabilisieren, um die Gefahren der roten und braunen Totalitarismen zu bannen. Mittel- und langfristig hätte er ihn überwinden wollen - nur eben nicht auf die altbekannte staatssozialistische Weise, sondern auf eine noch kaum bekannte und darum auch kaum verstandene marktwirtschaftliche Weise.

8.5 Karl Polanyi und die „große Transformation“

Während Keynes bereits in ersten Umrissen einen zukünftigen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“ und einen Übergang in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus in den Blick nahm, ohne noch einmal auf die Anfänge der kapitalistischen Marktwirtschaft zurückzublicken und ohne soziologische Fragen in seine Makroökonomie mit aufzunehmen, wandte sich der ungarisch-österreichische Wirtschaftssoziologe Karl Polanyi (1886-1964) noch einmal sehr intensiv der Vergangenheit zu, um den Prozess der „großen Transformation“ genauer zu verstehen, durch den sich die moderne kapitalistische Marktwirtschaft seit der frühen Neuzeit aus ihrer Einbettung in den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang gelöst hatte.

Nach seinem in Budapest absolvierten Jura- und Philosophiestudium und seiner Beteiligung an der ungarischen Räterevolution²²⁹ hatte Polanyi zunächst in Wien die Ziele der Arbeiterbewegung mit publizistischen Mitteln unterstützt, bevor er 1933 wegen der sich auch in Österreich verstärkenden faschistischen Tendenzen nach England emigrierte, wo er in der Arbeiterbildung tätig wurde. 1940 siedelte Polanyi in die USA über und verfasste dort als Stipendiat der Rockefeller-Stiftung

²²⁷ Paul Krugman (2006), S. 16 (Zinssätze im sicheren Abstand von null).

²²⁸ Paul Krugman (2006), S. 2 (Überwindung statt Rettung des Kapitalismus). – Vgl. hierzu Victoria Chick & Geoff Tily (2014), S. 693.

²²⁹ Zur Rätebewegung in Ungarn vgl. Gerhard Senft (2019).

sein Hauptwerk „The Great Transformation“ (1944). 1947 erhielt er eine Gastprofessur für Wirtschaftsgeschichte an der Columbia University in New York.

„Die Große Transformation“

Trotz seiner Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung wollte Polanyi den Ursprung der Verselbstständigung der Wirtschaft gegenüber der menschlichen Gesellschaft und der Natur in seiner „Großen Transformation“ anders erklären als mit Marx' These von der historisch-gesetzmäßigen Notwendigkeit einer ursprünglichen und fortgesetzten Kapitalakkumulation und deren Ablösung durch eine sozialistische Produktionsweise. In seinen sehr detaillierten wirtschaftssoziologischen Analysen blieb er jedoch ähnlich wie die Klassiker und Marx letztlich bei der Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus, die ihm das Verständnis für die Suche der Frühsozialisten, Proudhon, Mill und der Bodenrechts- und Geldreformer nach einer nachkapitalistischen, von Monopolen freien Marktwirtschaft unmöglich machte. Dennoch weist Polanyis Analyse der „Großen Transformation“ nicht nur in die falsche Richtung einer von einer zentralen Instanz geleiteten Wirtschaft. Sie enthält auch einige kritische Blicke auf die Entwicklung der kapitalistischen Marktwirtschaft, deren Rezeption dazu anregen kann, sowohl den Unterschied zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus als auch das Potenzial weiter zu verdeutlichen, das eine nachkapitalistische Marktwirtschaft für freiheitliche Formen einer Wiedereinbettung von Boden/Natur und menschlicher Arbeit in die Gesamtzusammenhänge des Lebens in sich birgt.

„Traditionsgemäß waren Boden und Arbeit nicht getrennt; die Arbeit ist Teil des Lebens, Boden bleibt ein Teil der Natur, Leben und Natur bilden ein zusammenhängendes Ganzes.“ Demgegenüber begann Polanyi zufolge die „Teufelsmühle“ des modernen Kapitalismus die menschliche Gesellschaft in dem historischen Augenblick zu zermahlen, als unter dem Einfluss des Wirtschaftsliberalismus und „eines kruden Utilitarismus“ ein System der wirtschaftlichen Selbststeuerung durch freie Märkte geschaffen wurde. Die „Idee eines selbst regulierenden Marktes“, der „einzig und allein von Marktpreisen gesteuert wird“, erschien ihm per se als eine „krasse Utopie“ und als die zentrale Ursache der „Katastrophe der sozialen Entwurzelung“. Dabei überlegte Polanyi nicht, ob das reale Erscheinungsbild des laissez-faire-kapitalistisch vermachteten Marktes und des Preissystems vielleicht eine Deformation seines eigentlichen ‚Wesens‘ als Instrument einer herrschaftsfreien Selbstorganisation wirtschaftlicher und gesellschaftliche Prozesse sein könnte. Dass die „sozialen Verhältnisse“ im Zeitalter des technischen Fortschritts und der Industrialisierung zu einer „wahren Hölle menschlicher Erniedrigung“ wurden²³⁰, hing nach seiner Ansicht mit mehreren einschneidenden Verän-

²³⁰ Karl Polanyi (1944/1978), S. 19 und 71 (Markt als krasse Utopie), 59 (Liberalismus und Utilitarismus), 67 (soziale Entwurzelung in Slums), 71 (Steuerung allein durch Marktpreise) und 243 (ursprüngliche Einheit von Arbeit und Natur).

derungen zusammen, die mit dem Übergang von traditionellen Gesellschaften zu modernen Marktgesellschaften einhergingen:

- Als erstes entstanden in England als dem Ursprungsland des modernen Kapitalismus große private Grundbesitzungen, indem offene Felder eingefriedet und indem im Interesse einer aufkommenden Textilindustrie Acker- zu Weideflächen umgewandelt wurden. „Die Einfriedungen sind zutreffend als eine Revolution der Reichen gegen die Armen bezeichnet worden. ... Sie beraubten buchstäblich die Armen ihres Anteils am Gemeindeland“ sowie ihrer „Behausungen“. Nach Ansicht von Polanyi stellten sie einen „Sieg von Privatinteressen über die Gerechtigkeit“ dar. Die „Kommerzialisierung des Bodens“ als Handelsware, Kapitalgut und Spekulationsobjekt führte zu einer „Trennung des Bodens vom Menschen“, so dass die Menschen jenen existenziellen Halt verloren, der ihrem „Leben Stetigkeit verleiht, Bedingung für physische Sicherheit ist, Landschaft und Jahreszeiten bedeutet“. Die „große Transformation“ begann also mit der „Mobilmachung des Bodens“ und der Schaffung eines „Immobilienmarktes (als) entscheidendem Teil des phantastischen Konzepts einer Marktwirtschaft“.²³¹
- Zweitens führte die Flucht und Vertreibung vieler ihrer Lebensgrundlagen beraubter Menschen vom Land zum Anwachsen von Städten, die für Polanyi geradezu „Sprösslinge der Märkte“ waren. In den Städten entstanden „komplizierte Maschinen und Produktionsstätten im Rahmen einer kommerziellen Gesellschaft“, die auf das „Vorhandensein von Kohle und Eisen“ angewiesen war. Zwar brachte die industrielle Revolution eine „geradezu ans Wunderbare grenzende Verbesserung der Produktionsmittel“ hervor und die „Wollindustrie“ erschien Polanyi als ein „Aktivum für das Land“; aber die modernen Fabriken „bedrohen auch den natürlichen Lebensraum des Menschen mit Vernichtung“, zum Beispiel durch die Abholzung von Wäldern und die Erosion von Böden. Zudem mussten die lohnabhängigen Fabrikarbeiter ihre bloße Arbeitskraft gegen schlechte Bezahlung zu Markte tragen und sanken zu „entmenschten Slumbewohnern“ herab. Während „die Werktätigen physisch entmenschlicht waren, waren die besitzenden Klassen moralisch verkommen.“²³²
- Drittens kritisierte Polanyi nicht nur die Vernutzung der menschlichen und natürlichen „Gesellschaftssubstanz“ durch die Umwandlung von Natur und Arbeit in käufliche Handelswaren und ihre Unterordnung unter die Gesetze des Marktes, sondern auch die Behandlung des Geldes als eine Ware. Der „Zins ist der Preis für die Geldnutzung“, so wie die „Bodenrente der Preis für die Landnutzung“ und der „Lohn der Preis für die Nutzung von Arbeitskraft“ ist. Es gibt also nicht mehr nur „typisch lokale Märkte“ als Orte der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs

²³¹ Karl Polanyi (1944/1978), S. 60 - 61 und 63 (Einfriedungen von Ländereien und Landflucht) und 243 - 245.

²³² Karl Polanyi (1944/1978), S. 59 (wunderbare Verbesserung der Produktionsmittel), 64 (Wollindustrie als Aktivum für England), 67 - 68 (Maschinen, Kohle und Eisen; entmenschlichte Slums), 95 (Städte), 146 (entmenschlichte Werktätige und moralisch verkommene besitzende Klassen) und 251 (Abholzung von Wäldern und Bodenerosion).

und als Orte der Begegnung - Polanyi bezeichnete sie als „Nachbarschaftsmärkte“ - , sondern auch gleichsam entgrenzte Märkte für den Boden, obwohl er „nicht von Menschen produziert wird“, für die menschliche Arbeitskraft, obwohl sie eine zum Leben gehörende „menschliche Tätigkeit“ ist, und für das Geld, obwohl es „nur ein Symbol für Kaufkraft (ist), das in der Regel überhaupt nicht produziert, sondern durch den Mechanismus des Bankwesens oder der Staatsfinanzen in die Welt gesetzt wird. ... Die Bezeichnung von Arbeit, Boden und Geld als Waren ist somit völlig fiktiv.“²³³

Zwar betonte Polanyi den Unterschied zwischen Waren des täglichen Bedarfs, die schon seit Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden auf sozial eingebetteten lokalen Märkten gehandelt wurden - „vor unserer Zeit waren Märkte niemals mehr als eine bloße Begleiterscheinung des Wirtschaftslebens“ - und den Märkten für Boden, Arbeit und Geld. Und er hob auch den eigentlichen Charakter des Geldes als „Symbol der Kaufkraft“ hervor. Aber er thematisierte nicht den widersprüchlichen Doppelcharakter des kapitalistischen Geldes, das nicht nur den lokalen Märkten als Tauschmittel diente, sondern auch für Zwecke der Wertaufbewahrung und -vermehrung sowie der Marktbeherrschung missbraucht werden konnte. Und obwohl Polanyi bekannt war, dass schon „Macleod und Gesell die klassischen Geldtheorien attackiert“ hatten, folgte er nicht deren Hinweisen auf die innere Widersprüchlichkeit des Geldes – möglicher Weise weil sie „gleichzeitig einem weltweiten Handelssystem anhängen“. Letzteres könnte ihm so suspekt gewesen sein, dass er gar nicht wahrnahm, dass Gesell den freien Welthandel nur auf der Basis einer Geld- und Bodenrechtsreform billigte und ihn in seiner herkömmlichen kapitalistisch-kolonialistischen Gestalt ablehnte. Letztlich erkannte Polanyi also weder den antagonistischen Doppelcharakter des Geldes noch die Tatsache, dass darin bzw. in dem besonderen „Liquiditätsvorteil des Geldes“ (Keynes) und nicht etwa in der Selbststeuerung der Märkte die tiefere Ursache für die Umwandlung von Boden und Arbeit sowie des Geldes selbst in Handelswaren und Kapitalgüter liegt. Infolgedessen konnte Polanyi auch die Kapitalakkumulation und -konzentration in den großen, die Natur und die Lohnarbeit vernutzenden Fabriken nicht in einen Kausalzusammenhang mit der Konzentrationskraft des zinstragenden Geldes bringen. Stattdessen deutete er die Ausbreitung der fiktiven kapitalistischen ‚Märkte‘ als „unvermeidliche Folge der Einführung des Fabriksystems“.²³⁴

²³³ Karl Polanyi (1944/1978), S. 96 (lokale Nachbarschaftsmärkte), 103 (Zins, Bodenrente und Lohn), 106 (Natur und Arbeit als Gesellschaftssubstanz), 107 (Geld als Symbol für Kaufkraft) - 108 (Boden, Arbeit und Geld als fiktive, nicht für die Behandlung als Waren geeignete Güter) und 146 (Umwandlung von Natur und Arbeit in Waren); vgl. auch S. 183 (Warenfiktionen auf Boden-, Arbeits- und Geldmärkten).

²³⁴ Karl Polanyi (1944/1978), S. 102 (vormoderne lokale Märkte), 68, 108 (Boden, Arbeit und Geld als fiktive Waren) und 111 (Fabriksystem als tiefere Ursache für die Ausdehnung des Marktmechanismus) und 273. (Macleod und Gesell). - Zu Henry Dunning Macleod vgl. den Artikel über ihn von Carsten Pallas in: Dietmar Herz & Veronika Weinberger (Hrsg.), Lexikon ökonomischer Werke, Stuttgart und Düsseldorf 2006, S. 297 - 298.

Entsprechend seiner pauschalen Verurteilung des Marktes verurteilte Polanyi auch jegliches eigennütziges Gewinnstreben, ohne zwischen einem marktwirtschaftlichen Gewinn- und Verlustvermeidungsstreben einerseits und dem das Gewinnstreben übersteigernden Streben nach maximalen Profiten bzw. Renditen andererseits zu differenzieren. Ökonomen wie Adam Smith hätten ganz und gar Unrecht gehabt mit ihrer Annahme einer „angeblichen Neigung des Menschen zum Tausch, zum Handel und Umtausch“. In Wirklichkeit hätten sich die Menschen - solange sie „im Naturzustand“ traditionell-vormoderner Gesellschaften sozial eingebettet waren - gerade nicht durch ein Streben nach Eigennutz ausgezeichnet, sondern durch eine „äußerste Selbstlosigkeit“. In „Stammesgemeinschaften“ mit „gesellschaftlichen Bindungen (und) gesellschaftlichen Pflichten auf Gegenseitigkeit ... kümmert sich die Gemeinschaft darum, dass keines ihrer Mitglieder verhungert.“ Solche archaischen Wirtschaften hätten letztlich auf dem Austausch von Geschenken beruht, „wobei Reziprozität erwartet wird. ... In einer solchen Gemeinschaft ist der Profitgedanke ausgeschlossen ..., großzügiges Geben wird als Tugend betrachtet, die angebliche Neigung zu Tausch, Tauschhandel und Tauschgeschäften tritt nicht in Erscheinung.“²³⁵

Polanyi fand es offenbar nicht nur unbedenklich, sondern sogar vorbildlich, dass diese sozial eingebetteten Wirtschaftsbeziehungen „von einer einflussreichen Familie oder einer prominenten Persönlichkeit, einer herrschenden Aristokratie oder einer Gruppe von Bürokraten“, d.h. obrigkeitlich koordiniert waren. „Die Produktion und Distribution von Gütern wird hauptsächlich durch Einsammlung, Lagerung und Redistribution organisiert, wobei der Häuptling, der Tempel, der Despot oder der Lord im Mittelpunkt dieses Systems steht. ... Brauch und Gesetz, Magie und Religion wirkten zusammen, um den Einzelnen zu Verhaltensformen zu veranlassen, die letztlich seine Funktion innerhalb des Wirtschaftssystems sicherten.“²³⁶ Für Polanyi galt „die These, dass alle uns bekannten Wirtschaftssysteme bis zum Ende des Feudalismus in Westeuropa auf den Prinzipien der Reziprozität oder Redistribution oder aber der Haushaltung beziehungsweise einer Kombination dieser drei beruhte.“ Solcherlei archaische Geflechte von „Symmetrie und Zentrität ..., Reziprozität und Redistribution“ hätten sich nicht nur im vormodernen Westeuropa, sondern auch in den „zentralisierten Despotien des bürokratischen Typus“ in den alten Königreichen Babyloniens zur Zeit Hammurabis, Ägyptens, Indiens und Chinas bewährt und ebenso bei dem von Bronislaw Malinowski untersuchten Kula-Handel auf den Trobriandinseln Papua-Neuguineas oder beim Potlatsch der Kwakiutl-Indianer im Westen Kanadas.²³⁷

Aus all diesen vielschichtigen sozialen Bezügen seien die Menschen zuerst in Westeuropa jäh herausgefallen, als die Gesellschaft im Übergang zur Marktwirt-

²³⁵ Karl Polanyi (1944/1978), S. 72 - 76 (äußerste Selbstlosigkeit statt Eigennutz, Reziprozität), 79 (Wirtschaft ohne Tauschhandel und Profit) sowie 158 (ethisches Wesen des Menschen).

²³⁶ Karl Polanyi (1944/1978), S. 81 - 83 und 87.

²³⁷ Karl Polanyi (1944/1978), S. 78 - 79 (Symmetrie und Zentrität, Reziprozität und Redistribution), 80 - 87 (marktlose Wirtschaften in alten Königreichen und Despotien einschließlich Kula und Potlatsch).

schaft plötzlich „nur noch ein Anhängsel des Marktes“ war. Was Wirtschaftsliberale von Adam Smith bis hin zu Ludwig von Mises und anderen neoklassischen Ökonomen für den „Gipfel der Zivilisation“ hielten, hielt Polanyi vielmehr für ein „Krebsgeschwür“ der Menschheit: nämlich den Glauben, „dass der selbstregulierende Markt aus den unerbittlichen Naturgesetzen folge und die Entfesselung des Marktes eine unausweichliche Notwendigkeit sei.“ Und die Notwendigkeit von Gesetzen zum Schutz von Agrarbevölkerung („Speenhamland-System“) und Industrieproletariat vor zu langen Arbeitszeiten und überhöhten Preisen für Land, Wohnungen und Lebensmittel sowie staatliche Interventionen in den Markt gemäß dem New Deal in den USA waren für ihn untrügliche Zeichen dafür, dass mit der Marktwirtschaft in ihrem tiefsten Inneren etwas nicht stimmte.²³⁸ -

Polanyis Aversion gegen die Selbststeuerung der Wirtschaft durch Marktpreise ging einher mit einer ebenso stark ausgeprägten und zugleich undifferenzierten Bewunderung für die Einbettung der Wirtschaft in das gesamte Sozialgefüge traditionell-vormoderner Gesellschaften. Geradezu fasziniert war er von deren Steuerung durch eine „gesellschaftliche Macht“ und im „System des Merkantilismus“ hätten lokale Märkte „unter der Kontrolle einer Zentralverwaltung“ geradezu eine Blütezeit erlebt.²³⁹ So ist es nicht verwunderlich, dass Polanyi die Kritik von „Marx, dem Befürworter eines Staatssozialismus“, an den frühsozialistischen Selbsthilfversuchen teilte. Siedlungen, Genossenschaften und Tauschbanken würden die Marktwirtschaft allenfalls etwas abmildern. Auf die Bodenreformansätze nahm er keinen Bezug, obwohl gerade sie ein Potenzial enthielten, zur Überwindung der Trennung des Menschen vom Boden bzw. von der Natur beizutragen. Stattdessen hielt es Polanyi nach dem „ökonomischen Erdbeben“ des Wirtschaftsliberalismus, das er zugleich als eine „Kulturkatastrophe“ betrachtete, für notwendig, „den wirtschaftlichen Aberglauben des 19. Jahrhunderts zu beseitigen“ und ein „Ende der Marktwirtschaft“ herbeizuführen, indem die Selbstregulation der Wirtschaft durch freie Marktpreise im Zuge einer zweiten großen Transformation durch eine „sozialistische Wirtschaftsrechnung“ ersetzt werde - und das, obwohl in Russland „die Sozialisten das Reich der Freiheit ... vergeblich versprachen“.²⁴⁰ Die „in Russland angewandten Methoden und Lösungen“ hielt Polanyi für „andernorts unanwendbar“ und war zuversichtlich, dass der Sozialismus eine „dem Wesen nach die einer industriellen Zivilisation innewohnende Tendenz“ sei, „über den selbstregulieren-

²³⁸ Karl Polanyi (1944/1978), S. 88 - 89 (Gipfel der Zivilisation oder Krebsgeschwür), 113 - 124 (Speenhamland-System), 177 (Entfesselung des Marktes als Naturgesetz) sowie 184 - 185 und 249 (Gesetze zum Schutz von Industrieproletariat und Agrarbevölkerung), 265 (Ludwig von Mises) und 305 (New Deal).

²³⁹ Karl Polanyi (1944/1978), S. 101 - 102.

²⁴⁰ Karl Polanyi (1944/1978), S. 87 (wirtschaftlicher Aberglaube des 19. Jahrhunderts), 150 - 153 (Kritik an den Frühsozialisten und Proudhon), 217 (Marktwirtschaft als ökonomisches Erdbeben und Kulturkatastrophe), 230 - 243 (Owenismus und Chartistenbewegung), 331 (Fortbestand der Industriegesellschaft ohne freie Märkte) und 339 (Ende der Marktwirtschaft, vergebliches Freiheitsversprechen der Sozialisten in Russland und). Zur sozialistischen Wirtschaftsrechnung vgl. Karl Polanyi (1922), S. 377 - 429, und ders. (1979), S. 81 - 90.

den Markt hinauszugehen, indem man ihn bewusst einer demokratischen Gesellschaft unterordnet. ... Das Ende der Marktwirtschaft könnte den Anfang einer Ära nie dagewesener Freiheit bedeuten.“²⁴¹

Allerdings äußerte sich Polanyi nicht dazu, ob und in welchen Formen im Zuge dieser zweiten großen Transformation auch die in privaten Händen konzentrierten Produktionsmittel verstaatlicht werden sollten. Unabhängig von der Frage, ob die Produktionsmittel in privaten Händen bleiben oder verstaatlicht werden sollten, stand die Tatsache ihrer Konzentration für ihn offenbar außer Frage, denn „die angeborene Schwäche der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts war nicht, dass sie eine Industriegesellschaft, sondern dass sie eine Marktgesellschaft war. Die industrielle Zivilisation wird weiterbestehen, wenn das utopische Experiment eines selbst regulierenden Marktes nur mehr eine Erinnerung sein wird.“²⁴² Das bedeutete schließlich, dass die menschliche Arbeit weiterhin ein Anhängsel des konzentrierten Kapitals bleiben würde. -

Entsprach das, was Polanyi an den archaisch-traditionellen Gesellschaften bewunderte oder gar verklärte - das gute Aufgehobensein der Einzelnen in Gemeinschaften und die Ganzheitlichkeit ihrer Handlungsmotive ohne Übergewicht eines einzelnen Motivs wie des Strebens nach Macht und Gewinn - tatsächlich die Realität in altorientalischen Despotien, in europäischen Feudalgesellschaften oder in polynesischen Ringtauschsystemen? In deren Traditionen hatte zwar jeder Mensch seinen/ihren Platz - aber einen ‚von oben‘ zugewiesenen und keinen, der ihrem Bedürfnis nach persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung entsprach. Die gesellschaftlichen Hierarchien mit ihren obrigkeitlichen Redistributionsformen beruhten auch bereits auf einer sozialen Spaltung in Herrscher und Untertanen. Nicht erst im Laissez-faire-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, sondern auch schon in den traditionellen Gesellschaften gab es frühe Formen der Entbettung wirtschaftlichen Handels, auch wenn sie graduell noch näher dran gewesen sein mochten am gesellschaftlichen Gesamtkontext als im späteren Laissez-faire-Kapitalismus, der - so gesehen - ‚nur‘ eine sich durch das Geld selbst beschleunigende Fortsetzung der vormodernen Formen der Entbettung der Wirtschaft aus ihrem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang war.

Polanyis Vorstellung einer zweiten großen Transformation der Marktgesellschaft zu einem marktlosen, aber technisch höher entwickelten Sozialismus stellte ähnlich wie Marx‘ Vorstellung, die Grundstrukturen von vorkapitalistischen slawischen oder indischen Dorfgesellschaften mit Hilfe entfesselter Produktivkräfte auf ein höheres ökonomisches Niveau anheben und auf die gesamte Gesellschaft übertragen zu können, eine historische Regression in die Richtung einer quasi-archaischen Nachmoderne auf einem mit Hilfe der Technik erhöhten materiellen Niveau dar. Diese Kritik ist jedoch keineswegs ein Plädoyer für eine Beibehaltung

²⁴¹ Karl Polanyi (1944/1978), S. 311 - 312 (Sozialismus in Russland und anderwärts) und 339 (neue Ära der Freiheit).

²⁴² Karl Polanyi (1944/1978), S. 331.

der monopolkapitalistisch deformierten Marktwirtschaft. Im Gegenteil - Polanyis Ziel einer Überwindung des Laissez-faire-Kapitalismus und einer (Wieder-)Einbettung wirtschaftlicher Beziehungen in das Ganze der Gesellschaft war zweifellos berechtigt. Nur lässt es sich nicht mit den Mitteln der zentralistischen „Planung und Kontrolle“ der Wirtschaft erreichen, die nach seiner Ansicht zu Unrecht als „Verleugnung der Freiheit angegriffen“ wurden.²⁴³ Der Weg zur Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft und zur Reziprozität aller Prozesse des Gebens und Nehmens führt nicht über eine obrigkeitlich-unfreiheitliche Zuteilung von oben nach unten, sondern er könnte unter der Voraussetzung, dass die Vorurteile gegen die marktwirtschaftliche Selbstorganisation überdacht werden - überraschender Weise über eben diese dezentrale Selbststeuerung durch Märkte führen, wenn sie durch eine Strukturreform des Geldes und eine Entkapitalisierung des Bodens von jeglichen kapitalistischen Machtballungen befreit würde. Dann nämlich könnte die bisherige hierarchische Schieflage der kapitalistischen Boden-, Geld- und Kapital-Arbeits- und Warenmärkte allmählich in ein egalitäres Netzwerk von sich herrschaftsfrei selbst steuernden wirtschaftlichen Beziehungen auf und außerhalb von Märkten übergehen, welche dann mehr den Charakter von „Nachbarschaftsmärkten“ annehmen könnten. Und es könnten horizontal-freiheitliche Verbundenheiten an Stelle von vertikal-bevormundenden Abhängigkeiten entstehen.

- Die von Polanyi zu Recht beklagte Trennung der Menschen vom Boden und von den Ressourcen würde überwunden, indem die natürlichen Lebensgrundlagen nicht mehr als käufliche Handelswaren und Kapitalgüter behandelt werden, sondern als Gemeinschaftsgüter, die gegen Gebühren privat genutzt werden können.
- Die Geld- und Kapital- bzw. Produktionsmittelmärkte verlieren bei einem durchschnittlichen Zins von null und einer breiten Streuung zwar nicht ihren Marktcharakter, jedoch wandelt sich dieser qualitativ, weil er nicht mehr mit wirtschaftlicher Ausbeutung einhergeht.
- Bis auf einen Rest von freiwilliger, d.h. nicht mehr abhängiger Lohnarbeit geht die Arbeit in selbstbestimmte Tätigkeiten über. Selbstständig in privaten Kleinbetrieben geleistete leitende und ausführende Arbeiten sind dann ebenso wenig noch Waren wie die Arbeiten, die in Genossenschaften und anderen größeren und gleichwohl dezentralisierten Unternehmen miteinander verbunden werden.
- Warenmärkte im eigentlichen Sinne gibt es dann nur noch für Güter und Dienste und sie werden nicht mehr von Produzenteninteressen dominiert, sondern sie orientieren sich an den Bedürfnissen der Menschen. Zudem werden die Waren unter solchen Umständen zu „gerechten Preisen“ ausgetauscht, d.h. zu Preisen, in die keine leistungsfremden Kostenfaktoren mehr einkalkuliert sind und die darum sowohl die ökonomische als auch die ökologische Wahrheit sagen, so dass die „Gegenseitigkeit“ des Tauschens, Leihens und Schenkens (Proudhon) nicht mehr durch leistungslose Einkünfte aus Privilegien unterminiert werden kann. Sowohl auf lokalen und regionalen Warenmärkten als auch im Fernhandel geht es dann

²⁴³ Karl Polanyi [1944/1978], S. 339.

unter den Bedingungen einer Entkapitalisierung des Geldes und der natürlichen Lebensgrundlagen nicht mehr um eine Renditen maximierende Kommerzialisierung des Wirtschaftens. Vielmehr können lokale und überregionale Märkte gleichermaßen zu herrschaftsfreien Orten der Begegnung, der Kommunikation und des nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch kulturellen Austausches werden. So können sich nicht nur im Sinne der klassischen Ökonomie viele atomisierte Einzelinteressen zu einem abstrakten Gemeinwohl ergänzen, sondern es kann ein vielschichtig-komplexes Gesamtgeflecht von Eigeninteressen und Gemeinwohl mit reziproken Tausch-, Leih- und Geschenkbeziehungen entstehen. Nicht durch eine Abschaffung der Selbststeuerung durch Marktpreise, sondern durch eine Entkapitalisierung des Geldes, des Bodens, der Arbeit sowie der Märkte und Preise kann die Wirtschaft in die gesamten Lebenszusammenhänge eingebettet werden.

Entgegen dem falschen Eindruck, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus zwei Seiten derselben Medaille seien, könnte sich bei genauerem Hinsehen herausstellen, dass der qualitative Unterschied zwischen der bestehenden monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft und einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ letztlich größer ist als der Unterschied zwischen dem durch private Monopole beschränkten Wettbewerb und der sozialistischen Verstaatlichung des Produktivkapitals, welche beide auf dem falschen Grundprinzip von Akkumulation und Konzentration beruhen.

Frühkapitalismus, Erster Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise, Sozialismus und Faschismus

Seiner Analyse der Entbettung der Wirtschaft und ihres historischen Sprungs aus traditionellen Gesellschaften in moderne Marktgesellschaften fügte Polanyi in seiner „Großen Transformation“ und auch in späteren Studien Betrachtungen über den Aufstieg und Niedergang von Zivilisationen und eine Diagnose der großen Weltwirtschaftskrise hinzu, die aus seiner Sicht das „Versagen der Marktutopie“²⁴⁴ endgültig unter Beweis stellte.

In zweierlei Hinsicht wirkt Polanyis Rückblick auf das frühkapitalistische 19. Jahrhundert allerdings widersprüchlich. Und zwar war die Zeit vom Wiener Kongress bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs (1815-1914) für ihn einerseits ein „nie dagewesenes Phänomen“, nämlich eine Epoche mit einem „System des Kräftegleichgewichts“, das Europa einen „hundertjährigen Frieden“ beschert habe, obwohl während dieser Zeit andererseits zahlreiche innereuropäische Kriege stattfanden und „eine fast nicht abreißende Kette offener Kriege ... den Marsch der

²⁴⁴ Karl Polanyi (1944/1978), S. 20 (Aufstieg und Niedergang von Zivilisationen) und 292 (Versagen der Marktutopie).

industriellen Zivilisation in die Herrschaftsbereiche verbrauchter Kulturen und primitiver Völkerschaften ... begleitete".²⁴⁵

Ähnlich widersprüchlich war auch Polanyis Antwort auf die Frage nach einem „unbekannten mächtigen Faktor“, der im 19. Jahrhundert „die Rolle der Dynastien und Episkopate des vorherigen Systems übernehmen und das Friedensinteresse wirksam werden lassen konnte. Dieser unbekannt Faktor war die Hochfinanz.“ Im „internationalen Bankwesen“ sah er jene Kraft, die zum einen „das Instrumentarium für ein internationales Friedenssystem lieferte“. Und zum anderen war für ihn zugleich das „Finanzkapital ... der Hauptansteller zahlloser Kolonialverbrechen und expansionistischer Aggressionen“ europäischer Groß- und Mittelmächte im Kampf um die Vorherrschaft auf der Erde. „Fast jeder Krieg war das Werk der Financiers, aber auch der Friede war ihr Werk.“²⁴⁶ Freilich waren die Financiers keine unumschränkten Gebieter über Frieden oder Krieg und auch die innere Widersprüchlichkeit des Finanzkapitals beruhte nicht auf persönlichen Eigenschaften einzelner Bankiers, sondern sie war das äußerlich sichtbare Symptom der ihr zugrundeliegenden inneren Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Geldes, in dessen Struktur Bankiers genauso als Akteure und Getriebene gefangen waren wie Unternehmer, Händler oder Angehörige anderer Berufe.

Im Hinblick auf den Ersten Weltkrieg trat Polanyi indirekt der falschen Behauptung der neoklassischen Ökonomie entgegen, dass Kriege nur exogene Störungen seien, welche in keinem Zusammenhang mit der Wirtschaft stünden und nur kurzzeitige Unterbrechungen ihres ansonsten stabilen Gleichgewichts seien. Die durch den Ersten Weltkrieg angerichteten wirtschaftlichen Schäden und ihre Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft „waren an sich ungeheuerlich“ und man könne den aus dem Krieg und der großen Inflation hervorgegangenen, mit Auslandskrediten finanzierten Wirtschaftsaufschwung der 1920er Jahre bestenfalls ein „trügerisches Gleichgewicht“ nennen. In Wirklichkeit war sie nämlich „nur eine einzige, in mannigfachen Formen über die Erde wandelnde Wirtschaftskrise ..., deren jüngste und gewaltigste Sturzwelle die Krise 1929 bis 1933 ist“. Insbesondere das Versagen des internationalen Goldstandards habe die viel beschworenen Selbststeuerungs- und Selbstheilungskräfte der Märkte bei weitem überfordert und direkt in den „Zusammenbruch des gesamten Kreditgebäudes der Welt“ und „Europa in den Untergang geführt“.²⁴⁷

In Polanyis Analyse des Faschismus zeigte sich einmal mehr das Fehlen einer klaren Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus, denn die vielfältigen Gleichgewichtsstörungen der Wirtschaft und die Gefahr, dass sie ihre Ba-

²⁴⁵ Karl Polanyi (1944/1978), S. 21 - 22 und 25 (friedliches Kräftegleichgewicht in Europa vs. Kette von Kriegen in Europa und anderen Erdteilen).

²⁴⁶ Karl Polanyi (1944/1978), S. 27 - 29 und 36 - 36.

²⁴⁷ Karl Polanyi (1979), S. 63 - 64 (trügerisches Gleichgewicht vor dem Absturz in die Weltwirtschaftskrise), 71 und 75 (Zusammenbruch des weltweiten Kreditgebäudes), sowie ders. (1944/178), S. 41 - 55 (Versagen des internationalen Goldstandards), hier: S. 41 und 51; vgl. auch S. 148 (krisenhafte „Regelwidrigkeit“ als Grundlage des „ganzen theoretischen Systems“ der Ökonomie).

lance völlig verlieren und in Formen des Totalitarismus abstürzen könnte, lastete er der marktwirtschaftlichen Selbstorganisation an und nicht dem kapitalistischen Geld, das sie immer wieder an den Rand ihrer Funktionsunfähigkeit bringt. „Der Faschismus war ebenso wie der Sozialismus in einer Marktgesellschaft verwurzelt, die nicht funktionieren wollte. ... Die völlige Vernichtung der Freiheit durch den Faschismus ist in der Tat das unausweichliche Ergebnis der liberalen Philosophie, die besagt, dass Macht und Zwang von Übel seien.“²⁴⁸ Nicht die individuelle Freiheit des Menschen auf Märkten ist jedoch die tiefste Wurzel des Faschismus, sondern die Freiheit zerstört sich am Ende selbst, wenn ihr nicht in einer ihr gemäßen Form Zügel angelegt werden - aber eben nicht in der unfreiheitlichen Form von „Macht und Zwang“ eines die Wirtschaft zentral verwaltenden Staates und auch nicht in der Form eines staatlichen Intervenierens in wirtschaftliche Vorgänge, sondern in der Form einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung für die Selbstorganisation der Märkte. In diese Richtung gingen bereits die Überlegungen der Frühsozialisten, von Mill und Proudhon sowie der Bodenrechts- und Geldreformer, die allesamt nach einem freiheitskonformen marktwirtschaftlichen Ausweg aus dem Dschungel des entfesselten Laissez-faire-Kapitalismus und totalitärer Herrschaftssysteme gesucht hatten. Im Windschatten von Kommunismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus hatte während des Zweiten Weltkriegs auch der Ordoliberalismus begonnen, eine rechtliche Rahmenordnung für freie Märkte zu konzipieren. Er blieb aber auf halbem Weg stehen, denn ausgerechnet in den beiden Schlüsselbereichen der Wirtschaft, dem Geldwesen und dem Boden- und Ressourcenrecht, versäumte es der Ordoliberalismus, seinen eigenen Ordogedanken konsequent zu Ende zu denken und faire, d.h. von jeglichen Privilegien freie Spielregeln für den Markt zu entwickeln.

Archaische Gesellschaften mit lokalen Märkten

In einem seiner späteren, nach 1945 erschienenen Aufsätze betrachtete Polanyi den Faschismus anders als in seiner „Großen Transformation“ nicht mehr ausdrücklich als eine Ausgeburt der liberalen Freiheit, sondern zutreffender als Folge eines faschistisch-universalistischen „Antiindividualismus“. Zugleich erschien ihm der Faschismus als Untergang des Sozialismus und des Christentums.²⁴⁹

Unabhängig davon blieb Polanyi jedoch bei seiner generellen Ablehnung „unseres obsoleten marktwirtschaftlichen Denkens“. Die „Warenfiktion“, also die in der Tat fragwürdige Umwandlung von Boden und Arbeit in Handelswaren, stellte für ihn eine „völlige Umkehrung der Jahrhunderte alten Praxis“ und ein Ausdruck eines „Markttraumas“ dar, das für ihn auch weiterhin nichts mit einer besonderen strukturellen Macht des kapitalistischen Geldes auf vermachteten Märkten zu tun hatte.

²⁴⁸ Karl Polanyi (1944/1978), S. 317 (Faschismus als letzte Konsequenz des Marktes), 321 und 340 (liberale Philosophie).

²⁴⁹ Karl Polanyi (1979), S. 91, 95 und 99 (Antiindividualismus).

Polanyis generelle Abneigung gegen den Markt, die ihn den Unterschied zwischen vorkapitalistischen „Nachbarschaftsmärkten“ wie zum Beispiel der Agora in der griechischen Antike und den monopolkapitalistisch vermachteten Märkten der Neuzeit vergessen ließ, und seine Begeisterung für seinen Ersatz durch eine staatlich organisierte Redistribution führten ihn sogar noch zu der Forderung, dass „uns das heutige politische Klima der Ablehnung alles Sowjetischen nicht blind machen (sollte) gegenüber den Erfolgen der Sowjetunion bei der schöpferischen Anpassung an manche fundamentalen Aspekte der Industriewelt.“ Schließlich habe „auch Großbritannien ... während des Krieges eine umfassende Planwirtschaft eingeführt.“²⁵⁰

Seiner Abneigung gegen den Markt könnte es auch zuzuschreiben sein, dass Polanyi nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus keine Notiz mehr von den noch unzureichenden Bestrebungen des Ordoliberalismus nahm, eine rechtlich geordnete Marktwirtschaft als Alternative sowohl zum Laissez-faire-Kapitalismus als auch zu den totalitären Herrschaftssystemen zu begründen. Stattdessen vertiefte er sich in kulturanthropologische und ethnologische Forschungen über archaische Wirtschaftsformen. In diesem Zusammenhang setzte sich Polanyi auch mit Aristoteles' Unterscheidung zwischen einer „natürlichen Erwerbskunst“ und einer widernatürlichen Vermehrung des Geldes durch den Zins und Zinseszins („Chrematistik“) auseinander. Allerdings kritisierte er dessen „befremdlichen Angriff gegen die Erhebung von Zinsen“²⁵¹ und beließ es bei seiner Beschäftigung mit archaischen Formen des Geldes dabei, hauptsächlich deren Funktion als Tauschmittel, Recheneinheit und Wertmesser zu untersuchen. Ihre Rolle als Mittel der Hortung und Wertaufbewahrung erwähnte er nur am Rande.²⁵²

Eine besondere Aufmerksamkeit widmete Polanyi schließlich dem westafrikanischen Königreich Dahomey, das rund 260 Jahre lang bis zum Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Gebiet des späteren Staates Benin bestanden hatte. „Der König war Bindeglied zwischen dem Volk und den vergöttlichten Ahnen sowie Hüter des Wohlergehens des Volkes. ... Als solcher spielte er in der Wirtschaft von Dahome eine zentrale Rolle“ - ähnlich wie die Häuptlinge in den archaischen Gesellschaften Nordamerikas, Samoas und Neuseelands, die Marcel Mauss untersucht hatte. Ohne Bezugnahme auf dessen Forschungen schilderte Polanyi, wie eine traditionelle Jahresversammlung „ein Symbol der religiösen und politischen Einheit der Völker Dahomes“ gewesen war und wie darin auch ihre archaische Wirtschaft eingebettet gewesen sei. Als oberster Leiter der Wirtschaft sei der König darin die Hauptfigur gewesen. „Er war es, der alljährlich die wirtschaftlichen Verhältnisse prüfte, Pläne für die Zukunft formulierte, ein Minimum von Kaurimuscheln zum Zweck des Lebensmittelkaufs an die Bevölkerung verteilte, bestimmte Äquivalen-

²⁵⁰ Karl Polanyi (1979), S. 129 - 132 (Warenfiktion und Markttrauma), 141, 144 (Sowjetunion) und 146 (Großbritannien).

²⁵¹ Karl Polanyi (1979), S. 149 (Aristoteles) - 185.

²⁵² Karl Polanyi (1979), S. 236, 319 - 327, 342 - 345, 346 - 369 (Kauri-Geld).

zen festsetzte, Geschenke erhielt und verteilte, sowie Zölle, Steuern und Tribute auferlegte.“ Dem König habe neben dem Militär ein „umfangreicher Planungs- und Verwaltungsapparat“ unterstanden, der sich „durch Ehrlichkeit, Genauigkeit und Verlässlichkeit ausgezeichnet“ habe.²⁵³

8.6 Die wirtschaftspolitische Ideologie des Nationalsozialismus

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, Gewerkschaftsbewegung und anderen Strömungen der Arbeiterbewegung verfügte der Nationalsozialismus über keine Vordenker, deren theoretisches Format auch nur annähernd mit dem von Marx & Engels, Bernstein oder Luxemburg vergleichbar gewesen wäre. Als ‚Wirtschaftstheoretiker‘ des Nationalsozialismus galt der Ingenieur Gottfried Feder (1883-1941), der unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg mit einem „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft“ an die Öffentlichkeit getreten war und darin sowohl eine Verstaatlichung der Banken als auch eine Abschaffung der Zinsen propagiert hatte. Im Übrigen stellte der Nationalsozialismus den wirtschaftlichen ‚Gehalt‘ seiner Ideologie aus Versatzstücken aus Werken von Ökonomen, Soziologen, Juristen und Historikern zusammen, die ihnen als Vorläufer erschienen. Insbesondere knüpfte er an die ‚deutschen‘ Denkrichtungen der Romantik, der Historischen Schule und des Kathedersozialismus sowie des Universalismus an, während er die Klassik und die Neoklassik als ‚englisch, liberal, materialistisch oder gar jüdisch‘ ablehnte.

Das bescheidene theoretische Niveau der NS-Wirtschaftsideologie kann jedoch kein Grund sein, sich die kritische Auseinandersetzung mit diesem „neuen und eigengearteten Wirtschaftssystem“ (Avraham Barkai²⁵⁴) zu ersparen. Nachdem sie allzu lange verdrängt worden war - unter anderem unter dem bequemen Vorwand ihrer Einfältigkeit - , begann diese Aufarbeitung im Anschluss an Barkai erst gegen Ende des Kalten Krieges und ein Jahrzehnt später mit den Arbeiten von Helmut Woll und Hauke Janssen.²⁵⁵

8.6.1 Vorläufer von Müller und List bis Sombart und Spann

Aufgrund ihrer „staatswirtschaftlichen Tradition“ und ihres „Hauptmerkmals, bei aller Verschiedenheit eine autoritäre und meist organische Staatsauffassung“ für die Wirtschaft verbindlich vorzugeben, sah Barkai eine gewisse Kontinuität in der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. und 20. Jahrhundert. Dieser Sichtweise folgte Janssen vor allem wegen des Bruchs der NS-Wirtschafts-

²⁵³ Karl Polanyi (1979), S. 256 - 283, hier: S. 256 - 257 (Rolle des Königs), 263 (Planung und Verwaltung) und 277 (Qualitäten der Verwaltung).

²⁵⁴ Avraham Barkai (1988/1995), S. 7. Vorarbeiten zu dieser Studie erschienen bereits 1977. „Man geht daher fehl, wenn man die Bedeutung der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung wegen ihrer phrasenhaften und banalen Formulierung bagatellisiert.“ (S. 65)

²⁵⁵ Helmut Woll (1988) und Hauke Janssen (1998). Vgl. dazu auch Helge Peukert (1999), S. 215 - 228.

ideologie mit der klassisch-neoklassischen Orthodoxie, die bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert einen erbitterten Methodenstreit mit der Historischen Schule geführt hatte. Allerdings verwies er auch darauf, dass die Romantik und die Historische Schule keineswegs nahtlos in die NS-Wirtschaftsideologie übergegangen seien. Vielmehr weise die Kontinuität dieser Entwicklung auch Brüche und Widersprüche auf. „Ihre dogmengeschichtlichen Bezugnahmen waren oft oberflächlich und im Nachhinein konstruiert. Die Nationalsozialisten wollten sich eine große Vergangenheit geben und schreckten auch vor platter Geschichtsfälschung nicht zurück.“²⁵⁶

Romantische Ökonomie und Friedrich Lists zollgeschützte Industrialisierung

In den Jahrzehnten nach dem Wiener Kongress (1815) und um die Zeit der Niederschlagung der bürgerlichen Revolution von 1848 fanden Reaktion und Restauration ihren ökonomischen Ausdruck in den Lehren von Adam Müller (1779-1829) und Franz Xaver von Baader (1765-1841). Gemäß der Philosophie des deutschen Idealismus, insbesondere Fichtes „Geschlossenem Handelsstaat“ mit dem Ziel einer weitgehend autarken Wirtschaft, stellten sie der von der englischen und französischen Klassik propagierten Freiheit der (Welt-)Märkte eine „autoritäre und meist organische Staatsauffassung“ und das Bild vom Menschen als Teil einer übergeordneten organisch gewachsenen Gemeinschaft gegenüber. „Die Romantiker fordern Zusammenschluss anstelle individueller Auflösung. ... Damit wird der Vorstellung des individuellen Eigennutzes, der in seiner Summe gleichzeitig auch die beste Verwirklichung des Gemeinwohls bedeutet, scharf widersprochen.“ Die romantischen Ökonomen orientierten sich an der Vergangenheit und forderten eine Rückkehr zu mittelalterlichen ständestaatlich gebundenen Formen der Wirtschaft, bei denen ein theokratischer Nationalstaat die Wirtschaft obrigkeitlich reglementiert und ihre Teile zu einem mystisch geahnten Ganzen zusammenfügt. Sie waren noch frei vom späteren Rassismus, hatten aber bereits die Vorstellung, dass in diesem Ganzen höhere immaterielle, auch nationale Werte eine größere Rolle spielen sollten als profane materielle Güter.²⁵⁷

Der stark ausgeprägte Antiliberalismus der Romantik verstand sich jedoch keineswegs zugleich auch als Antikapitalismus. Während die Klassik die menschliche Arbeit, den Boden und das Kapital als ‚natürlich‘ zu entlohnende Produktionsfaktoren betrachtete, ging Müller von vier Produktionsfaktoren aus: Boden, Arbeit, materielles Kapital und geistiges Kapital. „Daraus ergaben sich vier Grundgeschäfte: Landwirtschaft, Stadtwirtschaft, Handelschaft und geistiges Geschäft (Wissen-

²⁵⁶ Avraham Barkai (1988/1995), S. 69 und 102. - Hauke Janssen (1998), S. 11.

²⁵⁷ Avraham Barkai (1988/1995), S. 69. - Harald Winkel (1977), S. 50 - 68, hier: S. 52 - 53. - Helmut Woll (1988), S. 37 und 42 - 47.

schaft).“²⁵⁸ Der Kardinalfehler der Klassik - die Anerkennung der drei Produktionsfaktoren als produktiv und die Rechtfertigung von Arbeitslöhnen, Bodenrenten und Kapitalzinsen als legitimen Einkommensarten - wurde also von der Romantik gar nicht erkannt geschweige denn korrigiert.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts schlossen das Agrarkapital von ostelbischen Großgrundbesitzern und das Industrie- und Handelskapital von Ruhrbaronen in Westdeutschland jenes „Roggen- und Stahl“-Bündnis, das nach der Gründung des Deutschen Reiches (1871) zur Bismarckschen Schutzzollpolitik führte. Damit schottete Deutschland seine im Vergleich zu England später begonnene und stärker als in England staatlich forcierte Industrialisierung gegen ausländische Konkurrenz ab - ganz im Sinne von Friedrich List (1789-1846), der mit seinem „Nationalen System der politischen Ökonomie“ mehr gegenwarts- als vergangenheitsorientiert und aus einem starken, aber nicht rassistisch verbrämten Nationalgefühl heraus die Entfaltung der „nationalen Produktivkräfte“ forcieren wollte. Damit könnte Deutschland bei der Industrialisierung seinen Rückstand gegenüber England aufholen. Dieses Ziel wollte List mit einer staatlichen Lenkung der Wirtschaft erreichen. „Jede Industrie im Staate, die der Staat nicht lenkt, ist der Beginn des Untergangs dieses Staates selbst.“²⁵⁹ Als „nationale Produktivkräfte“ betrachtete er nicht nur Arbeit und Kapital, sondern auch Erfindungen und andere geistigen Tätigkeiten von Menschen sowie staatliche Institutionen. Um die Kapitalakkumulation (!) voranzutreiben, entwarf List ein Gesetz zur Bildung von Aktiengesellschaften und er gehörte auch zu den treibenden Kräften eines staatlichen Ausbaus von Eisenbahnen. Die nachholende Industrialisierung Deutschlands wollte er zudem durch die Schaffung eines innerdeutschen zollfreien Binnenmarkts („Deutscher Zollverein“) beschleunigen und zugleich sollte sie durch sog. Schutz- und Erziehungszölle vor der ausländischen, insbesondere englischen Konkurrenz abgeschirmt werden - mindestens bis zum Erreichen eines gleichen Entwicklungsstandes beider Länder bzw. beider Machtblöcke, denn obendrein „war List zweifellos einer der ersten, der Zollprotektionismus und Staatsinitiative zu einem durchaus imperialistisch konzipierten Begriff kontinentaler Großraumwirtschaft verband.“ Um eine kontinentale Großmacht zu werden und auf einen gleichen Entwicklungsstand wie England mit seinem weltweiten kolonialen Empire zu gelangen, sollte Deutschland seine nationale Einigung vorantreiben - sogar „mit Einschluss von Holland und Dänemark“ sowie Österreich-Ungarns und der südosteuropäischen Gebiete des Osmanischen Reiches! List träumte von der „Begründung eines mächtigen germanisch-magyarischen östlichen Reiches, einerseits vom Adriatischen Meer bespült und von deutschem und ungarischem Geist beseelt“ und andererseits auch durch Kolonien in anderen Erdteilen erweitert.²⁶⁰

²⁵⁸ Helmut Woll (1988), S. 46. - Wolfgang Hock (1960), S. 14 - 19.

²⁵⁹ Friedrich List (1841/1928), S. 176.

²⁶⁰ Avraham Barkai (1988/1995), S. 74 - 77, bes. S. 76 - 77 (kontinentale Großraumwirtschaft). Friedrich List (1841/1928), S. 269 (Holland und Dänemark, Österreich-Ungarn und Südosteuropa). - Friedrich List (1932-1935), S. 499 - 500 - zitiert nach Avraham Barkai (1988/1995), S. 77. - Harald Winkel (1977), S. 69 -

Historische Schule und Kathedersozialismus

Die ‚deutsche‘ Kritik an der individualistischen und rationalistischen Klassik fand ihre Fortsetzung in der Historischen Schule der ‚Volks‘wirtschaftslehre, die sich von abstrakten Theorien abwandte und sich in Anknüpfung an die Romantik und List ganz darauf verlegte, geschichtliche Einzelheiten aus dem wirtschaftlichen „Volkseleben“ zu sammeln und zu beschreiben. Daneben gab es aber – wie Janssen kritisch zu Barkai anmerkte²⁶¹ – mit Hermann Heinrich Gossen, Heinrich von Thünen u.a. auch einen deutschen Zweig der klassischen Ökonomie.

Als die sozialen Folgen des Frühkapitalismus nicht mehr zu übersehen waren, reagierte die Historische Schule zwar nicht mehr mit der romantischen Forderung nach einer Rückkehr zu mittelalterlichen feudalen und ständischen Gebundenheiten; aber statt den Frühkapitalismus wie Marx & Engels grundlegend in Frage zu stellen, begnügte sie sich damit, nur einzelne Symptome von Missständen zu beschreiben, statistische Erhebungen durchzuführen und dann „maßvolle“ sozialpolitische Reformen zu konzipieren, welche die Symptome behandeln sollten, ohne ihre tieferen Ursachen zu beheben. Dies führte zu einer Höhererschätzung staatlichen Eingreifens in die Wirtschaft. „Im Gegensatz zur Klassik wird die Staatstätigkeit nicht als notwendiges Übel möglichst einzuschränken versucht; vielmehr erwachsen diesem Staat im Sinne einer ausgleichenden Gerechtigkeit wichtige Aufgaben zum Schutze der Schwachen.“ Dem von der Klassik gerechtfertigten Eigentumstreben einzelner Menschen stellte die Historische Schule eine „starke Betonung des sittlichen Elements“ gegenüber, das die Verbindung der Einzelnen zu einem „organischen Ganzen“ herbeiführen sollte. Mit der Bismarckschen Sozialpolitik ging auch eine Loyalität der Historischen Schule zur Großmachtspolitik des deutschen Kaiserreiches einher. „Die nationalistische Politik gegenüber Polen, die Wiedereingliederung Elsass-Lothringens, die Ausdehnungspläne nach einem gewonnenen Krieg wurden als politische Forderungen ebenso mitgetragen wie als ökonomisch begründet. Alldeutsche, völkische Tendenzen, in Verbindung mit romantische Wurzeln nicht leugnenden alten ‚Reichs‘-Idealen, Pflichtbewusstsein gegenüber einem machtpolitische Ansprüche stellenden Staat führten viele Bereiche der Nationalökonomie in enge Verbindung mit dem politischen Schicksal des wilhelminischen Deutschland.“²⁶²

Der Kathedersozialist Adolf Wagner (1835-1917) ging innerhalb des von der Historischen Schule dominierten „Vereins für Sozialpolitik“ noch über die Bismarcksche Sozialpolitik mit ihrer staatlichen Ordnung der Arbeitsverhältnisse und der

74 (nationale Produktivkräfte und Zollverein) und 78 (Aktiengesellschaften). - Helmut Woll (1988), S. 48 - 53.

²⁶¹ Hauke Janssen (1998), S. 127.

²⁶² Vgl. auch das Kapitel 6.1 des vorliegenden Buches und Harald Winkel (1977), S. 82 - 121, hier: S. 85 - 87 und 119 - 120. - Helmut Woll (1988), S. 54 - 60.

gesetzlichen Sozialversicherung hinaus. Als Begründer einer „gemeinwirtschaftlichen Schule“ forderte er zwar keine generelle Abschaffung des Privateigentums am Boden und an den Produktionsmitteln, aber eine der sittlichen Hebung des Volkes dienende Verstaatlichung von Eisenbahnen, Bergwerken, Banken und Versicherungen. Wagner formulierte ein „Gesetz der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen, insbesondere Staatstätigkeiten“, wonach es geradezu eine historische Zwangsläufigkeit gebe, mit der der Umfang der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft unaufhaltsam zunehmen werde. Seine staatssozialistischen Ideen vermischte Wagner auch mit antisemitischen Ressentiments. Ähnlich wie List sah er und auch Gustav Schmoller als führender Kopf der Historischen Schule England als einen „Wirtschaftskoloss“, dem Deutschland entgegentreten sollte, indem es sich mit Österreich-Ungarn und der Türkei zu einem großen Zollverein verbindet. „Dieser vereinte Wirtschaftsblock würde Deutschland den Weg nach Afrika, Persien und Indien öffnen“ und zu einer expandierenden Großmacht werden lassen.²⁶³

Gustav Ruhland und die Agrarromantik

Der Agrarökonom Gustav Ruhland (1860-1914) sah die Existenz der Bauern und des gewerblichen Mittelstands durch die zunehmende Konzentration von Kapital in den Banken und Börsen gefährdet. Er betrachtete es als einen „Irrtum des Freihandels, Grund und Boden als Ware zu behandeln“. In Erinnerung an die Zinsverbote der großen Religionen äußerte Ruhland Vorbehalte gegen den Zins des Geldes und beklagte die „hypothekarische Verpfändung des deutschen Grundbesitzes“. Aufgrund der Vorherrschaft des Geldkapitals sei der „soziale Volkskörper“ krank geworden: Ehe und Familie zeigten Auflösungserscheinungen, außerdem würden die Kriminalität, die Prostitution und die Korruption zunehmen.²⁶⁴

Eine Verwandtschaft zwischen Ruhland und den Ansätzen zu einer Bodenrechts- und Geldreform, die sich auf den ersten Blick vielleicht vermuten ließe, bestand jedoch nicht. Abgesehen von seinem extrem patriarchalischen Familienbild²⁶⁵ wollte Ruhland die weitere Erfassung der „nationalen Existenz der Staaten und Volkskörper von den weltwirtschaftlichen Strömungen“ verhindern und den „Boden des deutschen Volkslebens“ vor weiterer „Dekadenz“ in Gestalt von Homosexualität, Recht auf Mutterschaft ohne Vater, Sexualaufklärung und freier Liebe schützen.²⁶⁶ Wie sich denn der Boden nach dem Ende des Feudalismus anders als verkäufliche

²⁶³ Harald Winkel (1977), S. 130 - 134. - Avraham Barkai (1988/1995), S. 81 und 84. - Gustav Schmoller (1900), S. 373 - 375. - Helmut Woll (1988), S. 60 - 63.

²⁶⁴ Gustav Ruhland (1903 - 1908), Band 1, S. 5 und 7 sowie 114 - 115; Band 3, S. 3,118, 131, 137 und 164.

²⁶⁵ Ausdrücklich beklagte Ruhland die „wachsende Bewegung der Frauenemanzipation mit ihrem Bildungsbedürfnis, Mädchengymnasium, Frauenstudium usw.“, womit eine „Degeneration des weiblichen Körpers“ verbunden sei. Zustimmend nahm er sogar Bezug auf ein Pamphlet von Möbius über den „Physiologischen Schwachsinn des Weibes“ (in: Band 3, S. 182; über sein konservatives Bild vom „Mutterberuf“ vgl. Band 3, S. 323). - Auch Adam Müller dachte sehr patriarchalisch (1812/1983, S. 321).

²⁶⁶ Gustav Ruhland (1903 - 1908), Band 3, S. 196 und 221 - 222.

Handelsware und beleihbares Kapitalgut hätte behandeln lassen, ließ Ruhland offen und begnügte sich mit der kurzen Bemerkung, dass eine Bodenwertzuwachssteuer nach den Vorstellungen von Adolf Damaschke und dem Bund Deutscher Bodenreformer „in Wirklichkeit alles beim Alten lässt.“²⁶⁷ Und seine Kritik an der Macht des Bank- und Börsenkapitals beruhte auf antisemitischen Vorurteilen statt auf einer Einsicht in ihre strukturellen Ursachen.²⁶⁸

Schließlich verlor sich Ruhland in nebulösen Vorstellungen von einem „organischen Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Dinge“ und postulierte - ähnlich wie Marx und Engels! - eine historische Gesetzmäßigkeit, wonach aus dem „Kapitalismus als Entwicklungsnotwendigkeit“ eine zukünftige „gemeinschaftliche Struktur des Volkslebens“ ohne spekulierendes Wucherkapital hervorgehen werde. In einer auf die „liberale Epoche“ folgenden „neuen Zeit“ würden sämtliche Einzelbetriebe der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Banken zu einem einzigen großen Syndikat zusammengefasst, einem „Buchführungszwang“ unterstellt und dann von einem „Reichsvolkswirtschaftsrat“ verwaltet. „Das Syndikat beseitigt die planlose freie Konkurrenz durch eine planmäßige Ordnung für alle angeschlossenen Einzelwirtschaften.“ Grundlage aller Planungen und Preisfestsetzungen könne nicht mehr der Tauschwert der Waren sein, sondern nur noch ihr - nicht näher definierter - „wahrer Äquivalenzwert“. Das bis dahin private Geld- und Kreditwesen sollte in die „gesellschaftliche Organisation“ des Reichsvolkswirtschaftsrats übergehen, welche auch den „Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken und Produkten nach dem gesellschaftlichen Kostenwert regeln“ und dabei ausdrücklich Inländer gegenüber Ausländern bevorzugen sollte.²⁶⁹ Mit dieser unfreiheitlichen Mischung von Elementen des romantischen und technokratischen Denkens glaubte Ruhland, jenseits von Egoismus und Profitstreben eine „Gemeinschaft des Volkes“ wieder herstellen zu können: „Die guten alten Sitten finden sich wieder ein.“²⁷⁰

Ansatzweise hat Ruhland manches von dem vorausgedacht, was drei Jahrzehnte später in der nationalsozialistischen Blut- und Boden-Ideologie eine rassistische Steigerung erfuhr und menschenverachtende Realität wurde - u.a. eine Diskriminierung von Menschen ausländischer Herkunft und jüdischen Glaubens gegenüber 'arischen' Deutschen beim Grundstücksverkehr und im gesamten öffentlichen Leben, eine Unterordnung der Medien und der Kultur unter die Vorgaben einer totalitären Politik, das Verbot von Arbeitskämpfen und eine Verschärfung des Strafrechts.²⁷¹ Wie die meisten deutschen ‚organisch‘ denkenden Ökonomen des 19. Jahrhunderts und nach ihm besonders Othmar Spann hat Ruhland den ge-

²⁶⁷ Gustav Ruhland (1903 - 1908), Band 3, S. 324. Immerhin sprach sich Ruhland einmal für die Aufteilung des Großgrundbesitzes aus; vgl. Band 3, S. 377.

²⁶⁸ Gustav Ruhland (1903 - 1908), Band 3, S. 302.

²⁶⁹ Gustav Ruhland (1903 - 1908), Band 3, S. 320 - 345, 361, 372 und 376.

²⁷⁰ Gustav Ruhland (1903 - 1908), Band 3, S. 357 - 359.

²⁷¹ Gustav Ruhland (1903 - 1908), Band 3, S. 376 (Grundstücksverkehr), S. 359 (Meinungs- und Pressefreiheit sowie Strafrecht) und S. 386 (Streikverbot).

samtwirtschaftlichen 'Organismus' im Kontrast zum angelsächsisch-klassischen Verständnis der Wirtschaft als sich dezentral selbsttätig ordnendes Markt- und Preissystem als eine streng hierarchisch gestufte und von oben gelenkte Ordnung aufgefasst.

Walter Rathenau und der Kriegssozialismus

Die Kriegswirtschaft während des Ersten Weltkriegs zeigte die Fähigkeit des Staates, im ersten großen industriell geführten Krieg im erforderlichen Umfang Arbeit und Rohstoffe für die zivile und militärische Produktion zu mobilisieren. Dadurch erhielten staatsdirigistische Tendenzen einen kräftigen Auftrieb. Da der Elektrokonzern AEG an der Produktion von Rüstungsgütern beteiligt war, erhielt Walther Rathenau (1867-1922), dessen Vater die AEG gegründet hatte, als Vorsitzender des Aufsichtsrats der AEG Einblicke in die Kriegswirtschaft und initiierte die Einrichtung einer Rohstoffabteilung im Kriegsministerium. Aufgrund der dort gemachten Erfahrungen begann Rathenau zusammen mit seinem Mitarbeiter Wichard von Moellendorf, in Erinnerung an „deutsche ältere Wirtschaftsformen wie die mittelalterlichen Zünfte“ ein konservativ-sozialistisches Konzept für eine Gemeinwirtschaft zu entwickeln. Es sah vor, dass der Staat die Verantwortung für Investitionsentscheidungen übernimmt, dass er u.a. durch hohe Erbschaftssteuern für eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung sorgt und Monopole zurückdrängt. Mit Einschränkungen hegte Rathenau Sympathien für den Kathedersozialismus und teilte auch die Mitteleuropa-Ideen von List und der Historischen Schule.²⁷²

Werner Sombarts Weg zum „Deutschen Sozialismus“

Da die Neoklassik den berühmten Methodenstreit mit der Historischen Schule für sich entscheiden konnte, nahm ihr Einfluss während der 1920er Jahre auch in Deutschland zu und es gab vorerst nur noch wenige Ökonomen, die die Tradition der deutschen Volkswirtschaftslehre des 19. Jahrhunderts fortführten. Einer von ihnen war Werner Sombart (1863-1943), der sich nach seiner Promotion bei Schmoller zunächst über den Kathedersozialismus hinausgehend zum Marxisten entwickelt hatte, um nach seiner großen Darstellung der Entwicklung vom Früh- zum Hoch- und Spätkapitalismus (Wirtschaftsgesinnung, institutioneller Rahmen und Technik / 1902) wieder vom revolutionären zum reaktionären Antiliberalismus umzuschwenken. An die Stelle von Marx' historisch-dialektischem Materialismus wollte Sombart in seinem Buch „Der Bourgeois“ (1913) ähnlich wie Max Weber eine geisteswissenschaftliche Methode setzen, die ein Verstehen des - so der Un-

²⁷² Avraham Barkai (1988/1995), S. 87 - 90.

tertittel des Buches - „modernen Wirtschaftsmenschen“ im Kapitalismus aus geistes- und religionsgeschichtlichen Wurzeln ermöglicht.²⁷³

Zuvor hatte er mit seinem Buch „Die Juden und das Wirtschaftsleben“ (1911) begonnen, den mehr oder weniger latenten Antisemitismus in der deutschen Ökonomie zu verstärken. Darin stellte Sombart die Juden geradezu als Personifizierungen des Kapitalismus dar. Weil ihnen, in der Diaspora lebend, eine engere Bindung zum Boden fehle, hätten sie eine besondere Neigung zum abstrakten Wert des nomadisierenden Geldes sowie zu Bank- und Handelsgeschäften entwickelt. Sombart konstruierte einen Gegensatz zwischen einem „jüdischen Wüstenvolk“ und einem „nordischen Waldvolk“ und verstieg sich zu diskriminierenden Äußerungen über eine besondere Anthropologie der „jüdischen Rasse“. Den rassistischen Vorwurf an die Juden, ein Volk von bloßen Händlern zu sein, dehnte er während des Ersten Weltkriegs in „Händler und Helden“ auch noch auf ‚die Engländer‘ aus.²⁷⁴

Nachdem Georg Simmel die Rationalität des wirtschaftlichen Handelns als ein Charakteristikum des gesamten neuzeitlichen Wirtschaftens herausgestellt hatte, unterstellte Sombart in seinem Buch „Der Bourgeois“ insbesondere jüdischen Bankiers und Kaufleuten eine „Rechenhaftigkeit des kapitalistischen Geistes“. Ihnen sei eine besondere Tendenz zu eigen, bei der Abwicklung von Geschäften „die Welt in Zahlen aufzulösen und diese Zahlen zu einem kunstvollen System von Einnahmen und Ausgaben zusammenzustellen“. Das erwerbsmäßige Kalkulieren und Streben der Geschäftsleute nach einer „höchstmöglichen, tunlichst absoluten Rationalität“ mitsamt der Spekulation habe zum einen „die moderne Unternehmung immer mehr in den Börsennexus hineingezogen“ und die Produktion in ein maßloses Tempo hineingetrieben. „Das bis zur Raserei gesteigerte Vorwärtsgen und Stürmen ist ihre Eigenart.“ Zum anderen habe es zur Massenproduktion von „Schundwaren“ geführt, die den Konsumenten in steigenden Mengen mit großem Werbeaufwand aufgezwungen würden.²⁷⁵ Dabei verwechselte Sombart das keineswegs nur Florentinern, Schotten und Juden als etwaige Charakterschwächen eigene Rationalitätsstreben mit dem allen Menschen gleichermaßen von der strukturellen Macht des Geldes ‚von außen‘ auferlegten Streben nach maximaler Rentabilität, das das Rationalitätsstreben verfälscht und die Rechenhaftigkeit aus den gesamten Motivationen wirtschaftlichen Verhaltens heraus hebt.

Schon während des Ersten Weltkriegs zeigten sich auch Sombarts später noch sehr viel stärker pointierte Verklärung des bäuerlich-handwerklichen Landlebens und seine ambivalente Einstellung zum technisch-industriellen Fortschritt, weil letzterer zu einer sittlichen Verwahrlosung des Lebens in den Städten führe. Besonders das eigennützig-materialistische Streben nach einem „Komfortismus“

²⁷³ Vgl. auch den Abschnitt 6.4.3 im vorliegenden Buch.

²⁷⁴ Werner Sombart (1911), S. 337 - 338, 426 und 476.

²⁷⁵ Werner Sombart (1913/1987), S. 164 (kapitalistische Rechenhaftigkeit) und 227 (Börsennexus), 229 (Tempo), 230 (höchste Rationalität), 231 (mangelnde Qualität der Waren) und 232 (Werbung).

war ihm als „Feind von Idealismus und Kultur“ suspekt, weil es „den gesamten Volkskörper zum Faulen ... bringt“.²⁷⁶

Dem „Teufelswerk“ des modernen Kapitalismus müsse deshalb ein „deutscher Sozialismus“ folgen, also ein „Sozialismus für Deutschland“, der - was immer das sein mochte - speziell dem „deutschen Leib“ (damit meinte Sombart das „von Feinden umgebene“ Land mit dem nach seiner Ansicht kargen Land, seinen Landschaften und seinem Klima), der deutschen „Volksseele“ und dem deutschen „Volksgeist“ entsprechen sollte, der „sich uns in den Worten und Taten der großen Volksgenossen ... offenbart“. All das blieb genauso nebulös wie Sombarts Gerede über ein „deutsches Wesen“ und einen Sozialismus, der „volkstümlich und totalistisch“ zu sein und eine „wahre Rangordnung der Werte“ wiederherzustellen hätte, also die Sittlichkeit und das Traditionelle über die Nützlichkeit zu stellen hätte.²⁷⁷

Seine Vorbehalte gegen die städtische Industriegesellschaft veranlassten Sombart, im „Deutschen Sozialismus“ eine Reagrarisierung Deutschlands und eine Abkehr vom „gräulichen Fortschrittsglauben“ zu fordern. „Das ewige Neuern verhindert alle echte Kultur. Und wir haben heute keine echte Kultur ... , weil wir so schnell ‚fortgeschritten‘ sind.“ Besonders in der Chemieindustrie sah Sombart eine „ideale Vollendung des entmenschlichten, selbsttätigen Prozesses“. Trotz aller vollmundigen Kritik am natur- und kulturfernen „Großbetriebswahn“ beugte sich Sombart schließlich der Erfahrung, dass in vielen Fällen „die Technik doch die großbetriebliche Gestaltung nahelegt oder gar erzwingt“. Deshalb werde es darauf ankommen, „ob man diese in das kapitalistische Wirtschaftssystem eingliedert oder ob man dem gemeinwirtschaftlichen oder irgendwelchen gemischten Systemen den Vorzug gewährt.“ In öffentliche Hände gelegt werden sollten deshalb Großbanken, Schwerindustrien und „alle größenmäßig über den Rahmen einer Privatwirtschaft hinaus gewachsenen Unternehmungen“, große Teile des Verkehrswesens, Rüstungsbetriebe und „alle Betriebe, bei denen ein besonderer Grund für die Verstaatlichung oder Verstadtlichung spricht.“ Die Existenz von Kartellen stellte Sombart nicht in Frage. Nur „müssen sie aufhören, reine Profitpolitik zu betreiben, vielmehr sich in den Dienst des Gemeinwesens stellen ..., so dass sie eine Art kapitalistische Zunft-Verfassung ausbilden“.²⁷⁸

In diesem Staat wie auch in der Wirtschaft habe letztlich das Führerprinzip zu gelten. „So führt gerade das ‚Führerprinzip‘ mit zwingender Notwendigkeit zur Planwirtschaft, das heißt zum Sozialismus.“ Je widersprüchlicher und diffuser Sombarts Vorstellungen von einem „deutschen Sozialismus“ wurden, desto tiefer verstrickte er sich zugleich in die Rassenideologie des Nationalsozialismus. Der

²⁷⁶ Werner Sombart (1915), S. 101, und ders. (1934), S. 35.

²⁷⁷ Werner Sombart (1934), S. 3 (Teufelswerk), 120 - 121 (Sozialismus gemäß deutschem Geist), 123 (deutscher Leib), 135 - 152 (deutsche Volksseele), 154 (Volksgeist), 156 (deutsches Wesen) und 161 (volkstümlicher Sozialismus) - 162 (wahre Rangordnung der Werte).

²⁷⁸ Werner Sombart (1934), S. 14 und 293 (Auflösung von Dorfgemeinschaften und Reagrarisierung) sowie S. 115 (Großbetriebswahn), 164 (Kritik am Fortschrittsglauben), 244 - 246 und 258 - 267 (Technikkritik) sowie 300 - 301 (Verstaatlichung der Großbetriebe) und 323 (Kartelle).

sozialistisch wirtschaftende Nationalstaat solle zugleich eine rassentheoretisch fundierte „quantitative und qualitative Bevölkerungspolitik“ und eine Gesundheitspolitik betreiben, um „unser Volkstum aufzufrischen“.²⁷⁹ Und in außenpolitischer Hinsicht verband Sombart seinen „deutschen Sozialismus“ schließlich mit zusätzlichen Forderungen nach einer machtpolitischen Expansion Deutschlands nach Osten und einer autarken Großraumwirtschaft.²⁸⁰

Othmar Spanns Universalismus

Zum österreichischen Antipoden der Neoklassik wurde der stark von den Romantikern beeinflusste Ökonom Othmar Spann (1878-1950), der Adam Müller als „Drachentöter des Smithianismus“ verehrte und in der Romantik den „Beginn einer inneren Umkehr, eines Absterbens des Individualismus“ sah. Die liberalkapitalistische Wirtschaft verwarf er als Kampf zwischen Ungleichen, bei dem immer der Stärkere über den Schwächeren siegt. Aber nicht die sozialen Nöte der Schwächeren veranlassten Spann zur Kritik an der klassischen Ökonomie - die Ursachen für die Missstände im Frühkapitalismus suchte er außerhalb der Ökonomie in der Philosophie der Aufklärung, die mit ihrem Individualismus den Menschen aus ihrem Zusammenhang mit einem organischen Ganzen herausgerissen und ihn einem „unerhörten Niederbruch aller Kulturwerte“ mitsamt einer materialistischen „Sintflut der Äußerlichkeit“ ausgeliefert habe.²⁸¹

Als Quelle der Würde des Menschen galt in Spanns Universalismus nicht seine Individualität, sondern seine Zugehörigkeit zu einem ‚höheren‘ organischen Ganzen, das bei Spann allerdings nicht völkisch wie bei Sombart oder gar rassistisch gefärbt war.²⁸² Das Wohl aller Menschen könne sich nicht aus dem Eigennutzstreben freier Individuen und nicht aus einer Selbstordnung von Märkten ergeben, sondern nur aus dem Handeln eines das Gute und die Sittlichkeit verkörpernden Staates und der Kirche, die dem Staat, der Politik und der Wirtschaft wie im Mittelalter höchste geistliche Werte vorgeben sollte. „In diesem Sinne besteht in jeder rechten Gesellschaftsordnung trotz formeller Oberherrschaft des Staates eine geistige Oberherrschaft der Religion durch die Kirche, gleichsam eine heimliche, mittelbare Theokratie.“²⁸³

Die Durchsetzung der höchsten geistlichen Werte im Wirtschaftsleben erfordere Spann zufolge eine Beschränkung individueller Handlungsfreiheiten zugunsten ‚organischer‘ Bindungen in Form von wirtschaftlichen Körperschaften und Ständen, wobei dem Staat die Rolle des obersten Organistors und des Leiters aller Stände zukommen sollte. Im körperschaftlich-ständischen System sah Spann die

²⁷⁹ Werner Sombart (1934), S. 187 - 199 (Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik), 213 (Führerprinzip im Staat) und 308 (Führerprinzip in der Wirtschaft).

²⁸⁰ Werner Sombart (1934), S. 325.

²⁸¹ Othmar Spann (1920/1972), S. 94 - 95 und 98.

²⁸² Vgl. Helmut Woll (1988), S. 67.

²⁸³ Othmar Spann (1928/1968), S. 158 und 182 - 184.

gottgewollte, „einzig mögliche, die ewige Wirtschaftsform“²⁸⁴. Sie habe den höchsten Werten von Religion, Philosophie, Wissenschaft und Künsten zu dienen und ihr wirtschaftliche Mittel bereitzustellen. In der Hierarchie aller Stände (Priesterstand und Lehrstand, Staat als politischer Stand und Wehrstand, Wirtschaft als Nährstand) solle die Wirtschaft ganz unten stehen und in sich selbst auch wieder nach Ständen abgestuft und hierarchisch gegliedert werden.

Anknüpfungspunkte für die Überführung des individualistischen Kapitalismus in eine ständische Wirtschaft sah Spann in allen Organisationen, in denen schon im Monopolkapitalismus zahlreiche Individuen unter Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit miteinander verbunden wurden. Hierzu zählte er Monopole aller Art, besonders Aktiengesellschaften, Kartelle, Konzerne und Trusts, außerdem die Gewerkschaften. Auch die verschiedenen Mittel der staatlichen Sozialpolitik und die Beeinflussung der Wirtschaft durch Zölle zählte Spann zu den Vorformen einer ständischen Wirtschaft. Vor allem mit den großen Monopolen habe der Kapitalismus bereits selbst mit „unabänderlicher Notwendigkeit wieder Ersatzorganisationen im Sinne ständischer Bindung“²⁸⁵ geschaffen und damit selbst schon seine eigene Überwindung angebahnt.

Während Spann sich ähnlich wie vor ihm bereits Ruhland ein allmähliches Hinüberwachsen des Monopolkapitalismus in einen universalistischen Ständestaat vorstellte, strebten etwa zur selben Zeit Hilferding und andere Theoretiker des „Organisierten Kapitalismus“ ein allmähliches Hinüberwachsen des zwar noch privaten, aber in zunehmendem Umfang staatlich organisierten Monopolkapitalismus in eine sozialistische Wirtschaft an. Aber weder Spann noch Hilferding, die sich in vieler Hinsicht diametral gegenüberstanden, bemerkten, dass sie ihre unterschiedlichen Ziele auf sich durchaus ähnelnden staatszentralistischen Wegen verfolgten.

Im Zuge des Übergangs vom Monopolkapitalismus zu einer universalistischen Ständewirtschaft sollten die wichtigsten Merkmale der kapitalistischen Marktwirtschaft einen grundlegenden Bedeutungswandel erfahren:

- Das wirtschaftliche Handeln der Menschen sollte sich dann nicht mehr nach ihren persönlichen Interessen und ihrem Eigennutz richten, sondern nach einem von Theologen, Medizinern und Sittenlehrern definierten „Sacherfordernis des Gebildes“. Spann verhehlte nicht, dass die Eingliederung der einzelnen Menschen in das überindividuell-ständische Wirtschaftsgebilde einer „Unterwerfung unter die Sachsoveränität“ gleichkam.²⁸⁶
- Das private Eigentum wollte Spann zwar nicht wie Wagner generell abschaffen oder es wie Sombart weitgehend durch andere Eigentumsformen ersetzen; es sollte aber „einen der ständischen Solidarität entsprechenden gemeinnützigen, zur

²⁸⁴ Othmar Spann (1921/1967), S. 356. - In diesem System gilt der antiliberale „Grundsatz des Höchstmaßes der Gemeinschafts- und Staatsaufgaben“. (Othmar Spann 1928/1975, S. 137)

²⁸⁵ Othmar Spann (1920/1972), S. 135.

²⁸⁶ Othmar Spann (1926/1975), S. 185 und 192.

Gemeinsamkeit hin zwingenden Einschlag erhalten“. Wo Privateigentum bestehen bleibt, sollte seine wirtschaftliche Nutzung von denjenigen Ständen überwacht werden, denen die betreffenden Eigentümer angehören. Kontrollrechte sollten darüber hinaus dem wirtschaftlichen Gesamtstand und letztlich auch dem Staat zukommen. Der Staat sollte den gemeinnützigen Gebrauch der formell privaten Produktionsmittel auch durch Verwaltungsvorschriften, steuerliche Vorschriften, besondere Gesetze (zum Beispiel Anbauzwänge für die Landwirtschaft in Kriegzeiten), Auflagen und Verbote erzwingen können. Auf diese Weise bekäme das Privateigentum das „innere Gepräge des Lehens“.²⁸⁷ Neben dem lehensartigen, aber formell privaten Eigentum an Produktionsmitteln sollte es sowohl Gemeineigentum geben, das einzelnen Personen oder Betrieben als Lehen zur Verfügung gestellt wird, als auch Gemeineigentum der Stände, der Gemeinden und des Staates.

- Um den Grad der Selbstversorgung in der hierarchisch aufgebauten ständischen Wirtschaft zu erhöhen, sollte es Spann zufolge zum Austausch von Gütern erst dann kommen, wenn ein Bereich eines Standes sich nicht mehr selbst versorgen kann und auf die Hilfe niederer oder höherer Bereiche angewiesen ist. Die innerständische Wirtschaft wollte Spann - soweit sie im Rahmen der Selbstversorgung bleibt - ganz durch körperschaftliche Bindungen, Vorschriften und Pläne gestalten. Erst im Verkehr zwischen den Ständen und ihren einzelnen Stufen sah der Universalismus Tauschhandlungen und Bruchstücke von Markt und Wettbewerb vor. Als Tausch wurde aber nicht mehr ein Geschäft verstanden, das Einzelpersonen abschließen, sondern ein „Gelenk der organischen Verbindungen“ zwischen den Ständen und ihren Stufen. Einzelne Menschen sollten nur noch unselbstständige, ausführende Organe ihrer Organisationen sein. Spann charakterisierte sie unverblümt als „Schauspieler“, die nur noch vorgeschriebene, auf die höchsten geistlichen Werte und den objektiven Gemeinnutz abgestimmte Rollen spielen dürfen. Deren Koordination sollte nicht mehr dem Markt überlassen bleiben, sondern vom Ständestaat vorgenommen werden, der dafür Preise bestimmt. Anstelle individueller Wertschätzungen wie in der klassischen Arbeitswert- und neoklassischen Nutzwerttheorie sollte der Ständestaat den Wert der Güter nur noch von ihrer Stellung im Ganzen des wirtschaftlichen Stufenbaus und ihrer Bedeutung für die Verwirklichung der höchsten geistlichen Ziele ableiten. Dementsprechend würden höhere oder niedrigere Güterpreise als Ausdrücke für die organischen Beziehungen innerhalb der Wirtschaft festgesetzt. „Den richtigen Ausdruck des richtigen Gliederbaus nennen wir den gerechten Preis.“²⁸⁸

- Auch eine dezentrale, marktmäßige Verteilung des Arbeitsertrags an Individuen kam für Spann nicht in Frage, da ihm zufolge nur wirtschaftliche Ganzheiten durch

²⁸⁷ Othmar Spann (1920/1972), S. 283 und 285.

²⁸⁸ Othmar Spann (1921/1967), S. 52 und 53. - Spann hielt die Preise aber nicht für vollständig berechenbar und exakt messbar, da sie nach seiner Auffassung immer ein „irrationales Element“ enthalten (lebenda, S. 63).

das organische Zusammenwirken ihrer Teile Erträge erzielen können. Der gemeinschaftliche Ertrag sei ein Ganzes und lasse sich nicht entsprechend individueller Leistungsanteile zergliedern, sondern sich nur nach einem nicht näher beschriebenen „Zuleitungsgesetz“²⁸⁹ von oben nach unten den Gliedern der Stände gemäß ihrer geistig-kulturell Bedeutung im Ganzen zuteilen.

Bei der Verteilung des Gesamtprodukts seien der Staat und die Stände an den Grundsatz der Gerechtigkeit gebunden, worunter Spann eine Richtigkeit im Sinne der höchsten geistlichen Werte verstand: „Gerechtigkeit ... gibt ... ‘Jedem das Seine’. Was aber ‘das Seine’ sei, wird von der Ganzheit her bestimmt.“ Was er unter ‚Richtigkeit‘ verstand, erläuterte Spann nicht. „Die Frage des Schlüssels, nach welchem die jeweiligen Gesamterträge der höheren Stufen in den niederen ... verteilt werden ..., zu verfolgen, würde hier zu weit führen.“²⁹⁰ Er nannte lediglich die verschiedenen Einkommensarten, die in der ständischen Wirtschaft den Teilen des Ganzen zufließen sollen, und unterließ dabei jede Differenzierung nach Leistungs- und leistungslosen Einkommensarten. Der Staat als ‚Kapital höherer Ordnung‘ sollte Steuern, Umlagen, Gebühren und Beiträge erheben können und der Handel sollte einen Handelsgewinn bekommen. Ganz im Gegensatz zu seiner generellen Orientierung am Mittelalter trat Spann dem kanonischen Zinsverbot entgegen und gestand dem Kapital wegen dessen „Kapitalfruchtbarkeit als solcher“ den Zins zu. Auch Marx‘ Kritik an einem „Mehrwert-Raub“ wies Spann zurück mit den Worten: „Profit folgt wesensgemäß aus einer bestimmten Leistung.“ Und mit der Zuordnung eines „Werkgewinns“ und eines „Macherlohns“ an die Teilglieder der Stände übernahm sein Universalismus schließlich von der Klassik und Neoklassik auch noch die Rechtfertigung des hierarchischen Lohnarbeitsverhältnisses.²⁹¹

Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld

Spann war also durch und durch ein Antiliberaler, aber kein Antikapitalist. Dasselbe gilt auch für den der Historischen Schule entstammenden Ökonomen Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld (1868-1958), der der Neoklassik vorhielt, die Wirtschaft als „Güterzirkus mit Preisakrobatik am mathematischen Trapez“ fehl zu deuten, „mit dem homo oeconomicus als Clown“.²⁹² Stattdessen sei sie ein auf der Blutsverwandtschaft beruhendes „soziales Gebilde“, weshalb Gottl-Ottlilienfeld eine „ewige Wirtschaft“ einschließlich einer „Wehrwirtschaft“ postulierte, in der das Kapital der Volks- und Rassegemeinschaft dienen sollte. Seine Abneigung „gegen jede westlerische Überfremdung des deutschen Wirtschaftslebens“ hielt ihn in-

²⁸⁹ Othmar Spann [1921/1967], S. 307.

²⁹⁰ Othmar Spann [1921/1967], S. 307 - 308. - Vgl. ders [1928/1975], S. 136.

²⁹¹ Othmar Spann [1920/1972], S. 133. - Ders. [1922], S. 109 (Profit), 214 (Fruchtbarkeit des Kapitals) und 282 - 283. An anderer Stelle bezeichnete Spann den Kapitalzins ausdrücklich als Leistungseinkommen. (Vgl. 1931/1975, S. 241) Zur Bodenrente äußerte er sich nicht detailliert.

²⁹² Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, zitiert nach Helmut Woll (1988), S. 72.

dessen nicht davon ab, den nordamerikanischen Großindustriellen Henry Ford als Pionier des technischen Fortschritts zu verehren - offenbar beeindruckte ihn auch dessen Antisemitismus. In Fords Massenproduktion von Automobilen sah Gottl-Ottlilienfeld ein mustergültiges Vorbild für eine technische Rationalisierung der gesamten Güterproduktion.²⁹³

Konservative Revolution des „Tat“-Kreises

Sombart und Spann gehörten auch zu einem sog. „Tat“-Kreis von Rechtsintellektuellen, der sich von 1929 - 1933 um die Wirtschafts- und Kulturzeitschrift „Die Tat“ scharte und später als „Konservative Revolution“ bezeichnet wurde. Redakteur dieser Zeitschrift war der Journalist Hans Zehrer, der die Ideale der Französischen Revolution von 1789 verabscheute und bereits im März 1920 am Kapp-Putsch gegen die Weimarer Republik teilgenommen hatte.

Eine starke Nachwirkung auf den „Tat“-Kreis hatte der 1925 gestorbene Kulturhistoriker und Publizist Arthur Moeller van den Bruck. Vor allem durch den Titel seines zwei Jahre zuvor erschienenen Buches „Das Dritte Reich“ gab er den nationalvölkischen Hoffnungen auf ein Ende des Parlamentarismus und auf einen starken sowohl nationalistischen als auch sozialistischen, von einer kleinen Elite gelenkten Staat einen werbewirksamen (allerdings nicht von ihm selbst stammenden) Namen. Der „Tat“-Kreis war nicht konservativ in dem Sinne, dass er das im Ersten Weltkrieg untergegangene deutsche Kaiserreich oder gar wie die Romantiker das mittelalterliche Heilige Römische Reich deutscher Nation restaurieren wollte; vielmehr wollte er die von Krieg, Inflation und Deflation geschüttelte Weimarer Republik auf der Basis eines nationalen Mythos in einen autoritären Staat überführen, in dem eine kleine Elite über eine neue ‚Volksgemeinschaft‘ regiert. Nicht mehr die liberale Vernunft sollte hierbei ausschlaggebend sein, sondern ein höherer ‚nationaler Geist‘. „Absoluter Vorrang des Staates vor der Wirtschaft und Zwang des Staates zur Wirtschaftsgestaltung“, so umschrieb Hans Grüneberg das Ziel des „Tat“-Kreises. Und im Sinne der Mitteleuropaidee von List und anderen sollte das „Dritte Reich“ sich mit den zwischen ihm und der Sowjetunion liegenden mittel- und osteuropäischen Staaten zu einem wirtschaftlichen Großraum verbünden.²⁹⁴

Außerdem orientierte sich Zehrer an dem Geschichtsphilosophen Oswald Spengler, der nach dem Ersten Weltkrieg mit seiner These vom zyklischen Auf- und Abstieg von Kulturen und insbesondere vom „Untergang des Abendlandes“ berühmt geworden war. In seinen antiliberalen und antidemokratischen Schriften „Preußentum und Sozialismus“ sowie „Neubau des deutschen Reiches“ war Spengler für eine staatliche Kontrolle der Wirtschaft bis hin zu einer staatlichen Festsetzung von Löhnen und Preisen eingetreten - zumindest für die Schaffung eines beispiel-

²⁹³ Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld in „Ewige Wirtschaft“ (1943), zitiert nach Helmut Woll (1988), S. 72.

²⁹⁴ Avraham Barkai (1988/1995), S. 93. - Helmut Woll (1988), S. 82 - 83.

haft organisierten öffentlichen Wirtschaftssektors, nach dessen Vorbild dann auch andere Wirtschaftssektoren umgestaltet werden sollten.²⁹⁵

Gleichermaßen beeindruckt war Zehrer von dem Staatsrechtler Carl Schmitt, der zu Beginn der 1930er Jahre im Dialog mit dem frühen Ordoliberalismus für einen starken, die wirtschaftlichen Interessengruppen bändigenden Staat eintrat. Während die Ordoliberalen für sich selbst zunächst nicht klären konnten, wie ein starker, freie Märkte machtfrei ordnender Staat genau aussehen könnte, entwickelte sich Schmitt zu einem vehementen Kritiker des Parlamentarismus, der die in einer Massendemokratie vor allem während längerer Krisenzeiten auftretenden Probleme nicht lösen könne. Die Rationalität parlamentarischer Entscheidungsprozesse sei Schmitt zufolge der neu aufkommenden Irrationalität der Mobilisierung von Menschenmassen unterlegen und deshalb galt für ihn im Blick auf den italienischen Faschismus fortan das Motto: „Diktatur ist der Gegensatz zur Diskussion.“²⁹⁶ Sie allein stehe ‚höher‘ über den Interessengruppen des Kapitals und der Arbeit und sei nicht nur ein neutraler Vermittler zwischen ihnen. Gegen Ende der Weimarer Demokratie sah Schmitt die Lösung gesellschaftlicher Konflikte in einer autoritären Präsidialdiktatur und lehnte nationalsozialistische und kommunistische Umsturzpläne noch ab. Nach der Übernahme der politischen Macht durch die Nationalsozialisten stellte er sich jedoch schnell hinter sie und ihre antisemitisch-rassistische Demagogie; er erkannte das Ermächtigungsgesetz als rechtmäßig an und verlieh dem sog. Führerprinzip eine juristische Legitimation.²⁹⁷

Der „Tat“-Kreis wandte sich an rechte wie auch an linke Intellektuelle sowie an die durch die Weltwirtschaftskrise entwurzelten Mittelschichten und strebte ein breites revolutionäres Bündnis gegen die liberale, von Machtkämpfen zwischen wirtschaftlichen Interessengruppen geschwächte Weimarer Republik an. Dem Nationalsozialismus stand er zwar nahe, aber er beschränkte sich auf die Forderung nach einem „nationalen Sozialismus ohne rassentheoretische Übersteigerungen“.²⁹⁸ Allerdings war er auch nicht völlig frei vom Rassismus, so dass sich Ferdinand Fried und andere Mitglieder des „Tat“-Kreises 1933 dem Nationalsozialismus nahtlos anschließen konnten. Kurz zuvor hatte Fried, der bei Sombart Ökonomie studiert hatte, das Geld in Umkehrung von Simmels „Philosophie des Geldes“ und ohne zwischen dem Geld als Tausch- und als Machtmittel zu differenzieren als „begrifflichste Abstraktion unserer Zeit, wahrer Gott unserer Zeit“ verteuert und darin ausschließlich ein „kaltes und seelenloses“ Instrument der „Entpersönlichung und Gleichmacherei“ des Menschen gesehen. Im nunmehr zu Ende gehenden Kapitalismus seien die Menschen „lange genug berauscht von den Phrasen der Freiheit und Gleichheit, von den Idolen der Demokratie und des Liberalismus“ gewesen. Bald würden sich „neue Wirtschaftsräume“ im Westen, in Mittel-

²⁹⁵ Vgl. hierzu Avraham Barkai (1988/1995), S. 94. - Helmut Woll (1988), S. 81. - Wolfgang Hock (1960), S. 20 - 23.

²⁹⁶ Carl Schmitt (1922/1993), S. 67.

²⁹⁷ Helmut Woll (1988), S. 83 - 84.

²⁹⁸ Vgl. Helmut Woll (1988), S. 84 - 86.

europa und in Russland aus der Weltwirtschaft herauslösen. „Aus den Schutzzölen werden nationale Autarkien. ... Staatliche Planung und staatliche Eingriffe werden zur ... Staatswirtschaft überhaupt.“ Ohne nähere Konkretisierung propagierte Fried ein „nationales volkhaftes Zusammendrängen, Wirtschaft als Bedarfsdeckung, Autorität des Staates“.²⁹⁹

Erweiterung zur Volksgemeinschafts- und Rassenideologie

Aus allen diesen Strömungen innerhalb der ‚deutschen‘ Volkswirtschaftslehre übernahmen NS-Wirtschaftsideologen wie Hans Buchner und Arthur Herrmann Bausteine, die ihnen für ihre Zwecke brauchbar erschienen. Und sie bogen zu recht, was nicht auf Anhieb zueinander passte oder sich gar widersprach. Barkai betrachtete dieses Vorgehen als „Konvergenz ursprünglich verschiedener Richtungen und Theorien.“ Und auch Woll bestärkte die Auffassung, dass „die ‚deutsche Volkswirtschaftslehre‘ im nationalsozialistischen Sinne ... als eine willkürliche, eklektizistische Interpretation der Dogmengeschichte bezeichnet werden muss. ... Beseelung der Ökonomie, Geist als Produktivkraft, organische Betrachtungsweise etc. waren die Schlag- und Reizworte. ... Ernsthaftige und klare wissenschaftliche Aussagen vermisst man in der nationalsozialistischen Literatur.“³⁰⁰

Da es bei näherem Hinsehen durchaus Unterschiede und Gegensätze zwischen den ‚deutschen‘ Denkweisen von Müller und List bis hin zu Sombart und Spann gab - Barkai verwies beispielsweise darauf, dass Sombart und Spann ganz unterschiedlich über den Ständestaat dachten - und da es auch in Deutschland Vertreter der klassischen Ökonomie gab, trat Janssen der These entgegen, dass „die nationalsozialistische Wirtschaftslehre als logischer Höhepunkt des deutschen Wegs in der Volkswirtschaftslehre“ gelten könne.³⁰¹ Auch wenn völkisch-rassistische Denkweisen schon bei mehreren ‚deutschen‘ Ökonomen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts mehr oder weniger stark ausgeprägt waren, gab es offenbar keine Zwangsläufigkeit, mit der die ‚deutsche Volkswirtschaftslehre‘ gleichsam automatisch in den Rassenwahn der NS-Wirtschaftsideologie einmünden musste. Dieser wurde ihr nach den Vorgaben der „Weltanschauung“ von Hitler und Alfred Rosenberg noch zusätzlich von außen aufgepfropft. Und es fielen später auch einzelne Vertreter der ‚deutschen Volkswirtschaftslehre‘ beim NS-Regime in Ungnade, weil sie sich die Rassenideologie nicht zu eigen machten oder sich von ihr wieder lossagten.

²⁹⁹ Ferdinand Fried (1931), S. 27 - 28 und 32 - 33 (Entpersönlichung und Gleichmacherei) sowie 254 (neue Wirtschaftsräume) und 262 - 264 (nationale Autarkien). - Dem NS-Regime diente Fried zuerst als Journalist, danach als Mitarbeiter von Darré im sog. Reichsnährstand und schließlich in der SS.

³⁰⁰ Avraham Barkai (1988/1995), S. 91 (Konvergenz) und 93 (Gegensatz zwischen Sombart und Spann). - Helmut Woll (1988), S. 74 (Schlagworte) und 78 - 79 (Eklektizismus).

³⁰¹ Hauke Janssen (1998), S. 127 (Janssens Kritik richtete sich gegen „Die völkische Revolution“ von Georges Mosse, Frankfurt/M. 1991.) und 140.

Der von Marx & Engels propagierte Klassenkampf beruhte zwar auf der irrigen Vorstellung, dass die menschliche Gesellschaft aus zwei klar voneinander unterscheidbaren Klassen von Kapitalisten und Proletariern bestehe; aber immerhin enthielt er eine wenn auch fehlerhafte sozialstrukturelle Dimension. Im Gegensatz dazu bestand der Rassenbegriff des Nationalsozialismus nur noch aus der primitiven dumpfen Vorstellung einer besonderen Bedeutung des Blutes von Angehörigen der ‚nordischen Rasse‘, das als ‚höherwertiger‘ galt als das Blut von Angehörigen anderer angeblich ‚minderwertiger Rassen‘. Im krassen Widerspruch zur gleichen Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen und zur Notwendigkeit, zusätzlich zu ihrer Gleichheit vor Gott und dem Gesetz auch noch ihre soziale Gleichheit herzustellen, war die hierarchische Schichtung von sog. „Herren- und Untermenschen“ der extremste und unmenschlichste Ausdruck von sozialer Ungleichheit. Die völkisch-rassistische NS-Ideologie erhob das Blut der nordisch-germanischen Rasse zum Träger des Besseren, Schöneren und Stärkeren.³⁰² Es sei deshalb u.a. durch eine sog. ‚Erbgesundheitspflege‘ rein zu halten von jeglichen Einflüssen der jüdischen, slawischen oder sonstigen nichtgermanischen Rassen.

Diese Aufgabe wies der Nationalsozialismus gemäß seinem streng patriarchalischen Verständnis von den Geschlechterrollen besonders den Frauen zu. Statt sich beruflich zu bilden und erwerbstätig zu werden, sollten die ihren ‚Ernährern und Beschützern‘ selbstlos ergebenden Frauen sich auf ihre Rolle als Mütter beschränken, den für die „deutsche Volksgemeinschaft“ nötigen „erbgesunden“ Nachwuchs gebären und ihre Kinder im Ungeist der NS-Ideologie erziehen.³⁰³

Im Interesse ihrer Veredelung hätten die nordisch-germanischen ‚Über- bzw. Herrenmenschen‘ auch ein Recht darauf, ihren ‚Lebensraum‘ auf Kosten von ‚minderwertigen Untermenschen‘ zu erweitern. Ähnlich wie Hitler in „Mein Kampf“ propagierte Rosenberg in seinem Buch „Mythus des 20. Jahrhunderts“ die weltgeschichtliche Mission des Nationalsozialismus, den Staat sowie die Religion und Kultur mit einer nordisch-germanischen „Rassenseele“ und einem „Volkgeist“ zu durchdringen, einen in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs gestählten „neuen Menschentypus“ von „arischen Herrenmenschen“ zu schaffen und ihren naturgegebenen, d.h. keiner Begründung bedürftigen Machtanspruch gegenüber angeblichen ‚Untermenschen‘ mit allen Mitteln durchzusetzen.³⁰⁴

Diese menschenverachtende Volksgemeinschafts- und Rassenideologie machte der Nationalsozialismus auch zur obersten Maxime für die weitere Entwicklung seiner Wirtschafts‘theorie‘ und -politik, wobei - wie Janssen betonte - „nicht gera-

³⁰² Vgl. Uwe Puschner (2001), S. 9 - 25, und George Mosse (2006), S. 76 - 100 (Gobineau und Chamberlain).

³⁰³ Renate Wiggershaus (1984), S. 35 - 62 (Instrumentalisierung von Frauen im NS-Regime), 63 - 104 (Frauen als Unterstützerinnen des NS-Regimes) und 115 - 148 (Widerstandskämpferinnen und Opfer). - Ute Benz Hrsg. (1993/1997), S. 61 - 67 (Haus- und Volkswirtschaft) und 172 - 175 (Hausfrauen und Mütter).

³⁰⁴ Vgl. Helmut Woll (1988), S. 15 - 29.

de zimperlich mit den Fakten umgegangen“ wurde.³⁰⁵ Die aus der Meinung, dass der einzelne Mensch nichts und das Volk alles sei, abgeleitete Formel „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ war indessen eine völlig abwegige Reaktion auf den aufgeklärt-individualistischen Liberalismus der englisch-französischen Klassik, bei der die soziale Spaltung verursachende Rolle des kapitalistischen Geldes unerkannt blieb. Statt nach tiefer liegenden strukturellen Ursachen dafür zu fragen, warum die individuelle Rationalität nach der Aufklärung ein Übergewicht über die Emotionalität des Menschen bekommen hat und warum das Eigennutzstreben im Laufe der Ausbreitung des modernen Kapitalismus immer mehr auf die Abwesenheit seiner Instrumentalisierung für eine Maximierung der Kapitalrentabilität geraten ist, personalisierte die NS-Ideologie dieses Problem, indem sie eine angebliche Zersetzungskraft des Judentums für die Auflösung der sozialen Gemeinschaft verantwortlich machte. Ihr Rassenmythos verkannte noch folgenschwerer als der Klassenkampf gegen eine Profitgier von Kapitalisten, dass die Gesellschaft im Kapitalismus nicht in zwei eindeutig voneinander unterscheidbare ‚gute‘ und ‚böse‘ Rassen bzw. Klassen aufgespalten ist und dass sich ihre Einheit nicht durch eine Liquidierung von vermeintlich ‚bösen‘ Rassen und Klassen herstellen lässt. Vielmehr verläuft die Spaltung der Gesellschaft durch jedes einzelne menschliche Individuum hindurch, so dass die eigentlich unteilbaren Individuen (lat. *individuum* = das Unteilbare) ihre innere Integrität und soziale Verbundenheit einbüßen und so sehr einer Vermassung in einer bürokratisch verwalteten Gesellschaft anheimfallen, dass weite Teile der Gesellschaft sogar bereit werden, auch noch den Rest ihrer Individualität preiszugeben und in ‚organischen‘ (Pseudo-)Gemeinschaften wie Volk und Rasse bzw. Klasse aufzugehen.

Unterschiede zwischen den Vorläufern der NS-Wirtschaftsideologie und der Bodenrechts- und Geldreform

Bei seinen Auseinandersetzungen mit der klassisch-neoklassischen und marxistischen Ökonomie hat es Silvio Gesell leider versäumt, sich auch noch mit der Romantik und den anderen Vorläufern der NS-Wirtschaftsideologie zu beschäftigen. Sonst wären zum einen elementare Differenzen zwischen der Geld- und Bodenrechtsreform und der ‚deutschen Volkswirtschaftslehre‘ sichtbar geworden und zum anderen auch - für die marxistische Arbeiterbewegung unangenehme - Affinitäten, die es trotz großer Unterschiede im Detail zwischen den ökonomischen Grundmustern der linken und rechten Antiliberalismen gab.³⁰⁶ Nach eigenem Bekunden fühlte sich Gesell mehr zur angelsächsischen Ökonomie hingezogen als zur deutschen. „Das Ziel der ‚Natürlichen Wirtschaftsordnung‘ ... ist ... ein ganz ausgesprochen amerikanisches Ziel, mehr noch als ein englisches.“³⁰⁷ Seine

³⁰⁵ Hauke Janssen (1998), S. 130.

³⁰⁶ Vgl. hierzu den Abschnitt 3.5 des vorliegenden Buches.

³⁰⁷ Silvio Gesell (1928/1997), S. 376.

Denkweise war durch und durch liberal, aber auch in einem antikapitalistischen und sozialen Sinn, denn sein Anliegen war es, mit der Bodenrechts- und Geldreform ökonomische Strukturen zu schaffen, in denen ausnahmslos alle Menschen einen gleichen Zugang zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen bekommen. Damit enthielt dieses Reformpaket ein Potenzial, die historische Fehlentwicklung des Liberalismus zum Laissez-faire-Kapitalismus zu korrigieren, ohne sich dabei in linke oder rechte Varianten des Staatsdirigismus und totalitärer Herrschaftsformen zu verirren. Zudem kritisierte Gesell die Klassik und Neoklassik nicht als mechanistisch und er wandte er sich auch keinen romantisch-universalistischen Vorstellungen von der Gesellschaft als einem hierarchisch strukturierten Organismus zu.

- Da ihm die romantische Ökonomie unbekannt war, ahnte Gesell nichts von der ihm durchaus entgegenkommenden Vorstellung Adam Müllers, Geld aus Papier statt aus Gold herzustellen und seine Menge so zu dosieren, dass sie immer den mal größeren und mal geringeren Bedürfnissen der Wirtschaft entspricht. Noch ‚romantischer‘ als Müllers Vorstellung von einem solchen „lebendigen Geld“ könnte Gesells Gedanke erscheinen, dass die Hortbarkeit ein „organischer Fehler“ des Geldes sei und dass der Geldkreislauf erst dann geschlossen werden könne, wenn das Geld durch eine periodische Wertminderung der einzelnen Banknoten einem kontinuierlichen Werden und Vergehen ausgesetzt wird. Auch sein bodenreformerscher Kerngedanke, dass „die ganze Erdkugel ein Organ jedes einzelnen Menschen ist“, ließe sich als romantisch interpretieren.³⁰⁸

Im Gegensatz zu Müller ging die von Gesell noch erweiterte ‚romantische‘ Vorstellung von einem „lebendigen Geld“ in keiner Weise mit ständestaatlichen Ambitionen einher. Im Gegenteil - er erwartete davon eine von Profitgier geläuterte Form der Freiheit menschlicher Individuen, ihrem Eigennutzstreben in sozialverträglichen Formen zu folgen. In seinem Verständnis der Gesellschaft als „sozialem Körper“ ging es allein um die Notwendigkeit eines geschlossenen Geldkreislaufs als Voraussetzung für eine verbesserte Fähigkeit der Märkte, sich dezentral selbsttätig zu organisieren und sich in ihrem Gleichgewicht zu stabilisieren.³⁰⁹ Auch das Ziel, die vom feudalen und kapitalistischen Privateigentum am Boden geschaffene Störung in der Beziehung des Menschen zur Erde zu überwinden und eine neue Verbindung jedes einzelnen Menschen mit der ganzen gemeinschaftlichen Erde zu schaffen, war ein liberales und sowohl individualistisches als auch gemeinschaftsorientiertes Ziel. Von Müllers reaktionärem Gefühl für ein „heiliges Bündnis des Volkes mit seinem vaterländischen Boden“ war es ebenso frei wie von der reaktionären Vorstellung einer „nationalen, feudalistischen Landwirtschaft“

³⁰⁸ Vgl. den Hinweis von Avraham Barkai über Müllers „lebendiges Geld“ (1988/1995), S. 73 - 74. - Silvio Gesell (1892/1988a), S. 74 (organischer Fehler des Geldwesens) und ders. (1920/1991), S. 101 (Erde als organischer Teil jedes Menschen).

³⁰⁹ Silvio Gesell (1906/1989b), S. 151 (mechanisch präzierte Abfolge von Kauf und Verkauf) und ders. (1920/1991a), S. 238 (Geld wie eine Maschine betrachten).

mit einer Vorherrschaft „unsterblicher Familien“ oder von jeglichen im 19. Jahrhundert verbreiteten Assoziationen mit einer diffusen „Volksseele“.³¹⁰

- Im Gegensatz zu Fichte und List lehnte Gesell den „gefährlichen Gedanken eines in sich geschlossenen, durch Kolonien und Eroberungen zu erweiternden nationalen Wirtschaftsgebiets“ mitsamt der Schutzzollpolitik kategorisch ab, weil es „notwendigerweise die Staaten in Gegensatz zueinander bringt“. In Verbindung mit der Goldwährung habe diese verfehlte Politik zu etlichen Missständen geführt, u.a. zu „Arbeitslosigkeit, Verelendung der Volksmassen ... , Not der Landwirtschaft, Wucher und Wuchergesetze, Judenhetze ... , Zusammenbruch großer und kleiner Unternehmer ... , Verhetzung aller Volksklassen und Völker und die entsprechenden Rüstungen“.³¹¹ Den „Krämergeist“ betrachtete Gesell nicht als eine spezifisch jüdische oder englische, sondern als eine aufgrund der kapitalistischen Strukturen der Wirtschaft allgemein verbreitete Eigenschaft. Während des Ersten Weltkriegs tauchte die in der ‚deutschen Volkswirtschaftslehre‘ verbreitete Mitteleuropaidee auch bei Gesell in Gestalt einer „Weltkraftzentrale VIER“ auf - allerdings nicht im Sinne einer national-kontinentalen, imperialistischen Großraumpolitik, sondern im Sinne einer kontinentalen herrschaftsfreien Assoziation selbstständiger Staaten. Nach dem Ersten Weltkrieg gingen daraus Gesells Gedanken über eine „Internationale Valuta-Assoziation“ und eine internationale Verwaltung der globalen Ressourcen hervor.³¹²

- Anders als die Historische Schule sowie Wagner, Ruhland oder Rathenau wollte Gesell die sozialen Missstände nicht nur beschreiben und ihre Symptome mehr oder weniger staatssozialistisch bekämpfen, sondern ihre Ursachen durch ordnungspolitische Reformen des Geldwesens und des Bodenrechts beseitigen und die Konzentration von Geld- und Realkapital in die Richtung ihrer Dezentralisierung umkehren, statt sie unter nationalvölkischem oder proletarischem Vorzeichen fortzusetzen.

Außer Sombart, der die Großbanken, die Schwer- und andere Schlüsselindustrien und das Transportwesen verstaatlichen wollte, beargwöhnten die übrigen ‚deutschen‘ Ökonomen zwar das Privateigentum an den Produktionsmitteln und sie wollten den Einfluss des Staates stärken. Aber in ihrer Abwehrhaltung gegenüber dem Marxismus vermieden sie es, das konzentrierte Privateigentum generell in Frage zu stellen. Vielmehr begnügten sie sich mit diffusen Vorstellungen, es in ein zwar noch privates, aber lehensmäßig gebundenes Eigentum umzuformen. „Auch der Antikapitalismus der jungkonservativen Revolutionäre und der Nationalsozialisten in der Weimarer Republik ist äußerst zweifelhaft. Alle diese Richtungen vertraten konsequent das Privateigentum der Produktionsmittel und den privaten Profitanreiz.“³¹³

³¹⁰ Adam Müller (1812/1983), S. 314 - 318 und 342. - Harald Winkel (1977), S. 94 (Volksseele).

³¹¹ Silvio Gesell (1920/1992d), S. 61 - 62.

³¹² Silvio Gesell (1915/1990b), S. 224 - 227 (Krämergeist). - Vgl. ders. (1920/1992c) sowie (1921/1992c) und (1921/1992d).

³¹³ Avraham Barkai (1988/1995), S. 95 -97.

Die antiliberalen, aber nicht antikapitalistischen ‚deutschen‘ Ökonomen und Soziologen unterschieden weder zwischen dem Privateigentum am Boden und den Ressourcen einerseits und den Produktionsmitteln andererseits noch unterschieden sie zwischen dem Privateigentum als solchem und dem Produktionsmittleigentum in seiner kapitalistisch konzentrierten Form. Mit der Kapitalkonzentration hatte die Eigentumsfrage für sie nichts zu tun und ihre vagen Ideen einer Entflechtung von Großunternehmen und eines höheren Stellenwerts von Genossenschaften entbehrten jeder konzeptionellen Grundlage für eine ökonomisch-strukturelle Dezentralisierung von Geld- und Realkapital. Am Ende liefen sie wie bei Sombart doch wieder nur auf die Forderung nach einer Verstaatlichung der Großunternehmen hinaus.³¹⁴

- Ebenso entbehrt die Technikkritik von Sombart und Spann jeder ökonomisch-strukturellen Grundlage. Zwar war die Produktivität der großindustriellen Massenproduktion für sie kein Grund, am Kapitalismus festzuhalten. Sombart distanzierte sich ausdrücklich vom „Marxschen System“ mit dem „Glauben an die unbedingte Überlegenheit des Großbetriebs“. „Wenn man also ... eine Verlangsamung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts ... als den Hauptnachteil einer Beseitigung des Kapitalismus bezeichnet, so antworten wir, dass wir gerade darin einen Segen erblicken würden.“ Aber ohne jeden Blick für den Einfluss des Renditestrebens von konzentriertem Kapital auf den naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt beschränkte sich Sombarts Vorstellung von einer „Zähmung der Technik“ auf eine bloße „sachliche Planung“ seitens des Staates, der zum Beispiel Fluglärm durch „polizeiliche Maßnahmen“ zu verhindern hätte und „industrielle Werke nur an Orten“ genehmigen dürfe, „an denen nichts zu verderben ist“.³¹⁵

Auch Spann konnte sich schon ein „verhältnismäßiges Stillstehen des technischen Fortschritts“ vorstellen und er unterschied sogar schon zwischen einer „naturverbindenden und einer naturentfremdenden Technik“. Jedoch entsprang diese Einstellung eher seiner romantischen Rückwärtsgewandtheit und keiner Kenntnis von Mills Gedanken über ein zukünftiges stationäres Wirtschaften. Dabei ignorierte Spann, dass nach rund zwei Jahrhunderten des renditegetriebenen technischen Fortschritts auch eine „naturverbindende Technik“ durchaus der Innovationen bedarf. Seine Vorstellungen von einem „Gemeinleben des Menschen mit der Natur“ blieben leere Worte³¹⁶, weil ihnen keinerlei Gespür dafür zugrunde lag, dass eine neue Verbindung des Menschen mit der Erde einen Übergang von der geldbedingten Kapitalakkumulation und -konzentration zur Dezentralisierung von Geld- und Realkapital und einen gerechten Zugang zum Boden und den Ressourcen für alle Menschen zur Voraussetzung gehabt hätte. Dass Menschen wie Sombart und Spann besonders in Zeiten der schweren Erschütterung durch Kriege und Krisen

³¹⁴ Zu Entflechtungsideen vgl. Helmut Woll (1988), S. 75. - Werner Sombart (1934), S. 300 - 301.

³¹⁵ Werner Sombart (1934), S. 115 [Marx' Glaube an die Überlegenheit von Großbetrieben], 264 - 266 (Planung der technischen Entwicklung) und 318.

³¹⁶ Othmar Spann (1920/1972), S. 102. Ders. (1931/1975), S. 251 (naturverbindende und naturentfremdende Technik). - Ders. (1950/1975), S. 317.

nach einem Halt in Traditionen statt im Fortschrittsglauben der Moderne suchten, war nicht unverständlich. Aber die Traditionen waren keineswegs etwas zeitlos Gültiges, sondern sie trugen den Stempel ihres geschichtlichen Gewordenseins in den Zeiten von Feudalismus und Kapitalismus und bedurften ihrer Veränderung anstatt einer antimodernen Verabsolutierung.

- Schließlich spekulierte Gesell weder wie Sombart über geistige Merkmale von sog. „Wirtschaftsmenschen“ noch strebte er wie Spann eine quasi mittelalterliche Ständewirtschaft an. Auch Spann wehrte seinerseits die Geldreform und übrigens auch Steiners „Dreigliederung des sozialen Organismus“ ausdrücklich als „groteske Gedanken“ ab.³¹⁷ Zweifellos nahmen Gesells Vorstellungen von einem „Abbau des Staates“ gegen Ende seines Lebens indiskutable „akratische“ Formen an, aber von Carl Schmitts Staatsverständnis waren sie weit entfernt. Zudem war Schmitts Denken in Freund-Feind-Kategorien abwegig, weil die soziale Spaltung nicht Klassen oder Rassen voneinander trennte, sondern durch jedes einzelne Individuum hindurchging.

Gegen Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ wandte Gesell ein, dass der geschichtliche Aufstieg und Niedergang von Kulturen nicht auf Eigenschaften einzelner Völker beruhe, sondern ökonomisch-strukturelle Ursachen habe, die sich mit der Folge überwinden lassen, dass weitere kulturelle Entwicklungen aller Menschen und Völker der Welt ohne ein weiteres Auf und Ab in den Bahnen einer dauerhaft stabilen Wirtschaftsordnung vorstättgehen könnten.³¹⁸

8.6.2 Das NSDAP-Programm mit Elementen einer rassistisch-antisemitischen Pervertierung der Geld- und Bodenrechtsreform

Noch vor der Rezeption von Vorläufern in der ‚deutschen Volkswirtschaftslehre‘ hatte der Nationalsozialismus unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bei der Gründung der NSDAP ein Programm aufgestellt, das neben den Ansprüchen auf eine Annullierung des Versailler Friedensvertrags, auf die Errichtung eines „Groß-Deutschlands“ und auf Kolonien „zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses“ (Art. 1 - 3) auch wirtschaftspolitische Forderungen erhob, die eine rassistisch-antisemitische Perversion der Geld- und Bodenrechtsreform darstellten:

- Im Art. 11 forderte die NSDAP eine „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens“, wozu insbesondere eine „Brechung der Zinsknechtschaft“ erforderlich sei. In Ergänzung zu dieser antisemitischen Parole forderte sie im Art. 18 die Todesstrafe für „Wucherer und Schieber“.

³¹⁷ Othmar Spann (1922), S. 144 - 145. Der Band 2 von Spanns Gesamtausgabe (Graz 1969) enthält die 28., bearbeitete Auflage der „Haupttheorien“, in der die Äußerung zu Gesell gestrichen wurde.

³¹⁸ Von Gottl-Ottlilienfeld nahm Gesell nur dessen Zweifel an Werttheorie selektiv wahr, vgl. dazu Silvio Gesell (1920/1991a), S. 121 - 122.

- Ebenso demagogisch und inhaltsleer waren die Art. 13 und 14, in denen die „Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trust)Betriebe“ und eine „Gewinnbeteiligung an Großbetrieben“ verlangt wurde. Im Widerspruch dazu stellte die NSDAP in einem Nachsatz zu ihrem Programm klar, dass sie „auf dem Boden des Privateigentums steht“.

- Einer Abgrenzung von der marxistischen Arbeiterbewegung und als propagandistischer Köder für die von ihr gering geschätzten kleinbürgerlichen Mittelschichten diente der Art. 16 mit der Forderung nach der „Schaffung und Erhaltung eines gesunden Mittelstandes“ und nach einer „sofortigen Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser“, deren Teile „zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende“ vermietet werden sollten.

- Und im Art. 17 forderte die NSDAP schließlich eine „unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform“ und ein „Gesetz zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation“.³¹⁹

Unter dem Banner dieses NSDAP-Programms sammelten sich Menschen, die durch den Ersten Weltkrieg tief verstört und verwirrt waren. Gefangen in einem Freund-Feind-Denken, verdrängten sie die Verantwortung Deutschlands für das blutige Völkergemetzel durch neue Größenphantasien. Und es fehlte ihnen jegliche Fähigkeit, den Krieg und seine Folgen als Auswirkungen ungerechter und unfriedlicher Strukturen des Wirtschaftens zu begreifen und ohne personalisierende Vorurteile über gerechtere Strukturen nachzudenken. So wurde die völkisch-rassistische Ideologie auch zur obersten Richtschnur für die NS-Wirtschafts‘theorie‘ und -programmatur.

● Was die NSDAP im Art. 17 ihres Programms als Bodenreform anstrebte, hatte mit der sowohl sozial als auch individualistisch konzipierten Bodenrechtsreform von George, Oppenheimer, Gesell u.a. nichts zu tun. Eine entschädigungslose Enteignung kam für sie nicht in Frage und der „Bodenzins“ bzw. die Bodenrente ließ sich aus ihrer Sicht auch nicht „abschaffen“, sondern nur gerecht umverteilen, wofür die NS-Wirtschaftsideologen keinen Blick geschweige denn eine Lösung hatten. Und es ging für die eigentlichen Bodenrechtsreformer auch nicht um „nationale Bedürfnisse“, an denen eine Bodenrechtsreform auszurichten wäre, sondern um einen für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben und ihrer Gesundheit gleichermaßen gerechten Zugang zu den natürlichen Lebensgrundlagen. Somit war die Bodenrechtsreform von George, Oppenheimer und Gesell keine „germanische Utopie“, als die George Mosse sie darstellte. Freilich gab es in Teilen der Bodenreformbewegung wie in dem von Damaschke geleiteten „Bund Deutscher Bodenreformer“ auch nationalistische Strömungen und in bodenreformerischen Siedlungen auch völkische Einflüsse.³²⁰

³¹⁹ Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (1920).

³²⁰ George Mosse (1991), S. 120 - 124. - Ulrich Linse (1983).

Im Gegensatz zum bodenrechtsreformerischen Ziel, jedem einzelnen Menschen zu seinem/ihrem selbst gewählten irdischen ‚Platz an der Sonne‘ zu verhelfen, waren für die nationalsozialistische Perversion der Bodenreform ganz andere Kriterien maßgebend. Aus dem dumpfen Gefühl, durch die Zerrüttung des sozialen Gefüges auf die archaischen ‚Gemeinschaften‘ blutsverwandter Familien und Sippen zurückgeworfen zu sein, ergab sich für die NS-Ideologie insbesondere im Hinblick auf das Leben auf dem Lande ein Denken in den Kategorien von „Blut und Boden“. Als ein die ganze „Volksgemeinschaft“ existenziell erhaltender „Nährstand“ galt die bäuerliche Landwirtschaft als eine besonders zu schützende Quelle der Gesundheit des „Volskörpers“, der sich zum einen von der „eigenen Scholle“ ernähren sollte. Zum anderen begnügte sich der Nationalsozialismus aber nicht mit der möglichst autarken Selbstversorgung innerhalb eines „Groß-Deutschland“, sondern er steigerte die Mitteleuropa-Idee seiner Vorläufer zur Vorstellung, dass auch ein „Groß-Deutschland“ noch ein „Volk ohne Raum“ sei. Deshalb habe es einen legitimen Anspruch, weiteren „Lebensraum“ in slawischen Gebieten Ost- und Südosteuropas zu erobern und sich dann mit Lebensmitteln und Rohstoffen für die Industrieproduktion selbst (?) zu versorgen. Gemäß einem von Hitler proklamierten „moralischen Recht“ von Deutschen „zur Erwerbung von fremdem Grund und Boden“ habe die „deutsche Volksgemeinschaft“ als Ganzes einen Anspruch auf eine über Deutschland weit hinausgehende mittel- und osteuropäische Großraumwirtschaft.³²¹

Was Ruhland zu Beginn des 20. Jahrhunderts schon agrarromantisch vorgedacht hatte, erweiterte der NS-Agrarideologe Walter Darré zur Vorstellung vom „Bauernrum als Lebensquell der nordischen Rasse“, womit er einen maßgeblichen Anteil an der rassistischen Blut- und Boden-Ideologie des Nationalsozialismus hatte. Zum sog. Reichsbauernführer aufgestiegen, gab Darré das Reichserbhofgesetz als Bodenreform aus. Von nordisch-arischen Bauern bewirtschaftete Höfe wurden als mustergültige Beispiele für hierarchisch aufgebaute „Betriebsorganismen“ verklärt, in denen „freie Bauern“ über ihre Familien und Hilfskräfte herrschen und alle zusammen mit der Natur eine „organische Einheit“ bilden. Statt um gleiche Lebenschancen für alle einzelnen Menschen ging es der NS-(Agrar-) Ideologie in noch extremerer Form als im europäischen Kolonialimperialismus um geostrategische Machtinteressen.³²²

³²¹ Adolf Hitler (1925-1927/2016), Band 2, S. 14, vgl. insbesondere das Kapitel „Ostorientierung oder Ostpolitik“ (S. 1626 - 1691) mit der Behauptung, Deutschland sei aufgrund der „heutigen Beengtheit des Lebensraumes ... sittlich und moralisch berechtigt“, sich im Osten den Boden der slawischen Völker anzueignen (S. 1637, 1645, 1651 und 1657).

³²² Ab dem 28.4.1931 erhielt das NS-Organ „Völkischer Beobachter“ in unregelmäßigen Abständen samstags ein „Landwirtschaftliches Beiblatt“, das Walter Darré mit einem Artikel „Blut und Boden - die Voraussetzungen des deutschen Volkstums“ einleitete. - Vgl. auch Ludwig Pehl (ca.1928) und (1932) sowie zu Pehl: Peter Mantel (2009), S. 153 - 157. - Vgl. außerdem Helmut Woll (1988), S. 87 - 90. - Zur kolonialistischen und nationalsozialistischen Raumpolitik und ihren Unterschieden (leider ohne Hinweis auf die Unterschiede zu Bodenreformansätzen) vgl. Ulrike Jureit (2012).

- Der im Art. 11 des NSDAP-Programms erhobenen Forderung nach einer „Brechung der Zinsknechtschaft“ lagen antisemitische Ressentiments gegen die „teufelische Erfindung des Großleihkapitals“ zugrunde, die Gottfried Feder unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in seinem „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft“ artikuliert hatte. Ohne jede tiefere Einsicht in die strukturelle Macht des Geldes und in den Gesamtzusammenhang von konzentriertem Finanz- und Realkapital attackierte Feder in diesem antisemitischen Pamphlet die „großen Geldmächte“, die „gegenüber allem industriellen Großkapital übermächtig“ seien. Er kritisierte überhaupt nicht, dass es inmitten falscher kapitalistischer Strukturen der Wirtschaft generell möglich war, mit Hilfe des Geldes wirtschaftliche Macht auszuüben und große Mengen von Geld- und Realkapital in den Händen von Minderheiten zu konzentrieren; vielmehr hatte Feder nur jüdische Bankiers und Händler im Visier, die er als „geheime überstaatliche Geldmächte“ denunzierte. Als besonderes Charaktermerkmal unterstellte er ihnen nicht nur eine „Gier nach Zins und Wucher“, sondern geradezu eine „zum Wahnsinn gewordene Geldgier“ und die „Geistesverfassung“ einer „mammonistischen Verblendung“.³²³

Hinter dieser ‚Argumentation‘ stand keinerlei Verständnis von strukturellen Ursachen der Macht von - nicht nur in jüdischen Händen - konzentriertem Finanz-, Handels- und Realkapital über Menschen und Märkte, sondern nur eine antisemitisch-rassistische Aversion gegen Personen jüdischen Glaubens, die wie die Familie Rothschild in den Bereichen der Banken, der Börsen und des Handels zu Macht und Einfluss gelangt waren - nicht mehr und nicht weniger als Personen nichtjüdischen Glaubens wie der Bankier John P. Morgan und die Industriellen John D. Rockefeller und Andrew Carnegie.

Mit seiner Verteufelung des sog. „internationalen Börsen- und Leihkapitals“ habe Feder - so glaubte Hitler - „die urewige Voraussetzung des Zinses ... bloßgelegt“. Hitler war während eines Vortrags von Feder über die „Brechung der Zinsknechtschaft“ am 15. Juli 1919 in München so begeistert von dieser vermeintlichen ‚Erleuchtung‘, dass sie für ihn zur Obsession wurde und er sie bald ins Zentrum seiner antisemitischen Ideologie rückte. Genau dieser allgemeine Strukturen ausblendende und auf Personen als Sündenböcke fixierte Blick Feders kam auch in der demagogischen Unterscheidung zwischen jüdischem „raffenden Kapital“ und arischem „schaffenden Kapital“ zum Ausdruck. Dabei überdeckte Feder den Interessengegensatz zwischen dem Geld- und Realkapital einerseits und der hierarchisch untergeordneten Lohnarbeit andererseits kurzerhand mit der Bemerkung, dass „Arbeiter und Arbeitgeber zusammengehören“. Seine Ansicht, dass industrielles (Groß-)Kapital „aus der Arbeit gewachsen und aufgespeicherte Arbeit“ sei, entsprach ganz der Sichtweise der klassischen Ökonomie und zeigte, dass Feder keine Ahnung vom in sich widersprüchlichen Charakter des Geld- und Realkapitals

³²³ Gottfried Feder (1919/1934), S. 7 (Gier nach Zins und Wucher), 11 und 13 (wahnsinnige Geldgier und mammonistische Geisteshaltung) und 51 - 78, hier: S. 51 - 52 (überstaatliche Geldmächte).

hatte, das sowohl aus erarbeiteten als auch leistungslos erworbenen Ersparnissen stammt.³²⁴

Die Unterscheidung zwischen einem „raffenden Kapital“ und einem „schaffenden Kapital“ erwies sich als ein raffinierter Trick, antikapitalistische Sehnsüchte in den unteren und mittleren Schichten der Gesellschaft auf ein Abstellgleis zu schieben, Hassgefühle gegen das unverstandene Finanzkapital auf angeblich schmarotzende Sündenböcke zu projizieren und arische Inhaber von Finanz- und ‚produktivem‘ Realkapital davon zu verschonen, sie mit der für das gesamte Geld- und Realkapital bedeutsamen Eigentumsfrage zu konfrontieren. Während die Unterscheidung zwischen „raffendem und schaffendem Kapital“ einer späteren Enteignung jüdischen Vermögens Vorschub leistete, verhinderte sie zugleich ein kritisches Hinterfragen desjenigen Geld- und Realkapitals, das in nichtjüdischen Händen konzentriert war.

Die NS-(Agrar-)Ideologie stellte die Eigentumsfrage weder im Hinblick auf das landwirtschaftliche und städtische Bodeneigentum noch im Hinblick auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die Ankündigung, die Spekulation mit dem Boden verhindern zu wollen, blieb ein leeres Versprechen, das allerdings von propagandistischem Nutzen war - genauso wie die Ankündigungen, Trusts zu verstaatlichen, Teile von großen Warenhäusern an kleinere Händler zu vermieten und überhaupt für einen „gesunden Mittelstand“ zu sorgen. Dem allen stand Feders Rechtfertigung von Großunternehmen - besonders im Bereich der Schwerindustrie - gegenüber. Überhaupt „haben wir keine Ursache, über ... unser Unternehmertum besondere Klage zu führen. Männer wie Alfred Krupp, Mannesmann, Werner Siemens, Thyssen, Borsig, Krauß, Maffei usw. haben sich auch in sozialer Hinsicht einen Ehrenplatz in der Geschichte der deutschen Industrie gesichert. ... Auch gegen die Produktionsformen der sog. Schwerindustrie ist vom nationalsozialistischen Standpunkt aus nichts Wesentliches einzuwenden.“³²⁵

Der Kardinalfehler von Feder und anderen NS-Wirtschaftsideologen bestand indessen nicht darin, dass sie das Privateigentum anders als Marx & Engels nicht grundsätzlich abschaffen wollten, sondern darin, dass sie keine Vorstellung von der inneren Widersprüchlichkeit des privatkapitalistisch konzentrierten Eigentums

³²⁴ Gottfried Feder (1919/1934), S. 51 (Drohnen vs. schaffende Völker), 71 (Zusammengehörigkeit von Arbeitern und Arbeitgebern) und 75 (Kapital als gespeicherte Arbeit). - Adolf Hitler (1925-1927/2016) Band 1, S. 221 und 224 im Original, S. 561 - 579 in der kommentierten Ausgabe des Instituts für Zeitgeschichte. - Zur Unvereinbarkeit der Vorstellungen Feders mit denen von Gesell vgl. Werner Onken (2018), S. 36 - 37 [zufällige Begegnung Gesells mit Feder während der Räterepublik in München 1919] und S. 76 - 81 (Feder vs. Gesell).

³²⁵ Gottfried Feder (1923/1933), S. 60, 67 (Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben) - 68. - Vgl. Hauke Janssen (1998), S. 459 - 463. - Feders 1923, also kurz vor Hitlers „Mein Kampf“ erschienenen Buch „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ war - woran Othmar Plöckinger vom Institut für Zeitgeschichte erinnerte - ursprünglich als „Gegenschrift“ zu den (gefälschten) antisemitischen „Protokollen der Weisen von Zion“ gedacht. [Othmar Plöckinger 2006, S. 18] - Zum durchaus nicht harmonischen Verhältnis zwischen Feder und Hitler vgl. Othmar Plöckinger (2018), S. 497 - 527, bes. S. 516 - 526.

hatten und sich infolge ihrer ideologischen Verblendung in abstruse Ideen von einem „germanischen Eigentum“ verrannten. Im Widerspruch zu ihrer Propaganda tasteten die NS-Wirtschaftsideologen am Ende das kapitalistische Privateigentum nicht an. Gleichwohl erweckte die NSDAP auch weiterhin mit antiliberalen Parolen den Eindruck, eine ernsthaft antikapitalistische Politik anzustreben. Die Wirtschaft müsse sich nach den Vorgaben des Staates richten und die Bedarfsdeckung über die Rentabilität stellen, damit sich der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ durchsetzen lasse.³²⁶

Feders sog. „Brechung der Zinsknechtschaft“ unterschied sich grundlegend von Gesells Geld- und Bodenrechtsreform. Nach Gesells Vorstellungen sollten staatliche Zentralbanken die alleinige Aufgabe bekommen, die Menge eines in seiner Grundstruktur veränderten, nachkapitalistischen Geldes regelmäßig exakt an den sich verändernden Umfang des Sozialprodukts anzupassen. Im Übrigen sollten die Zentralbanken selbst keinerlei Kreditgeschäfte betreiben, sondern diese ganz den in verschiedenen Rechtsformen organisierten Geschäftsbanken überlassen, die sich im Zuge einer Entkapitalisierung von Geld- und Realkapital zu reinen Dienstleistern wandeln.³²⁷ Im Gegensatz dazu wollte Feder die von ihm nicht verstandene innere kapitalistische Struktur des Geldes überhaupt nicht verändern. Stattdessen ging es ihm lediglich darum, das herkömmliche Geld- und Kreditwesen dem Einfluss der ihm verhassten jüdischen Bankiers zu entreißen - wobei er völlig ignorierte, dass nichtjüdische Bankiers sich innerhalb der kapitalistischen Strukturen nicht anders verhielten als jüdische Bankiers. Das Geld- und Kreditwesen wollte Feder lediglich in die Hände einer vom NS-Staat eingerichteten „Zentralstaatskasse“ legen, der alle privaten Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften als Filialen angegliedert werden sollten. „Geld ist eine ausschließlich von einer staatlichen Gemeinschaft ausgegebene Anweisung auf geleistete Arbeit.“ Zugleich enthielten Feders widersprüchliche Ansichten über das Geld sogar die Idee einer Abschaffung des Bargeldes. In einer bloßen „Verrechnungswirtschaft“, die auch die russischen Bolschewisten auf ihre Weise angestrebt hatten, sollten Post-scheckämter einen „reinen Geldverkehr auf bargeld- und zinsloser Grundlage“ abwickeln. Zudem dürften „Realkredite“ für Investitionen nur noch von der „Staatsbank“ vergeben werden, während „Personal- und Warenkredite“ nur noch von staatlich konzessionierten Privatbanken vergeben werden dürften. Eigentlich wollte Feder „gar nicht mehr, dass jemand sein Geld herleiht. Kredit war die List, war die Falle, in die unsere Wirtschaft gegangen ist und in die sie nun hilflos verstrickt ist.“ Bei allen laufenden Krediten solle eine „Rückzahlungspflicht“ an die Stelle der „Zinspflicht“ treten, so dass nach einer gewissen Zeit alle Privaten und der Staat komplett entschuldet wären und es dann keine Kreditbeziehungen mehr

³²⁶ Helmut Woll (1988), S. 92 - 97. - Avraham Barkai (1988/1995), S. 94 [Sombart über das Lehenseigentum]. - Gottfried Feder (1933a), S. 59 und 67 [Bedarfsdeckung vs. Rentabilität].

³²⁷ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 237 - 255 [Zentralbank und Geldpolitik], 256 - 260 [Handel und Banken], 266 [Handel] sowie ders. (1920/1992d) und ders. zusammen mit Ernst Frankfurt (1921/1992b).

gäbe. Das Geld und der Kredit sollten auf „zinsloser Grundlage“ neu erbaut werden, wobei Feders Vorstellungen im Detail verworren blieben. Wenn der „souveräne Volksstaat“ seine sozialen und kulturellen Aufgaben einmal nicht aus den Einnahmen seiner „werbenden Staatsbetriebe“ bezahlen könne, hätte er es „jederzeit in der Hand, durch Ausgabe unverzinslicher Wertzeichen anstelle der im mammonistischen Staate zur Regel erklärten verzinslichen Wertpapiere für besondere Kulturaufgaben zu sorgen.“³²⁸

Beispiel einer unzureichenden Orientierung im Zwischenraum zwischen der NS-Ideologie und der Geld- und Bodenreform

Aus dem Kreis von NS-Ideologen, die die wirtschaftspolitische Programmatik der NSDAP in der von Gottfried Feder herausgegebenen „Nationalsozialistischen Bibliothek“ ‚theoretisch‘ untermauerten, hat sich der Berliner Wirtschaftspublizist Franz Hochstetter wieder zurückgezogen, als er während der ersten Jahre der NS-Herrschaft durch eine Beschäftigung mit Gesells Geldreform Zweifel an der NS-Ideologie und insbesondere an Feders Ansichten bekam.

Während seines Studiums bei Schmoller und Wagner hatte Hochstetter unter anderem Vorlesungen bei dem deutschnational eingestellten Geld- und Währungstheoretiker Karl Helfferich gehört. Stark beeinflusst war er auch von Sombart. Im Zuge der politischen Auseinandersetzungen um die Reparationsfrage hatte sich Hochstetter der NS-Ideologie zugewandt und sich in den späteren 1920er Jahren der NSDAP angeschlossen. In der „Nationalsozialistischen Bibliothek“ hatte er 1932 ein antisemitisches Pamphlet über „Das Leihkapital und die Goldwährung als Grundlagen der Geldversklavung in Deutschland“ veröffentlicht, darin die Macht des Geldes als ein Produkt des „Zeitalters des Liberalismus“ dargestellt und das sog. „Feder-Geld“ propagiert.³²⁹

Nach dieser Veröffentlichung erhielt Hochstetter eine Zuschrift von einem Leser mit dem Hinweis, dass die Macht des Geldes ein von Religionen unabhängiges strukturelles Problem sei, das nicht mit dem „Feder-Geld“, sondern nur mit Gesells Geldreform zu lösen sei. Hochstetter setzte sich damit auseinander und vollzog auch einen Sinneswandel; auf dem Weg von Feder zu Gesell fehlte ihm allerdings eine klare Orientierung, denn seine Mitte der 1930er Jahre erschienenen Bücher „Gütertauschlehre“ und „Geld und Kredit als Störer der modernen Tauschwirtschaft“ enthielten neben längeren geldreformerischen Ausführungen auch immer noch Verbeugungen vor List, Dühring, Ruhland und der NS-Ideologie. Da die Druckerlaubnis von ideologischen Zugeständnissen an die Reichsschrifttumskammer abhängig gewesen sein könnte, blieb unklar, wie weit Hochstetter auf seinem Weg zwischen den verschiedenen Gedankenwelten seine früheren Ansichten tatsächlich überwand. An einer Stelle bekannte er sich zur „arischen

³²⁸ Gottfried Feder (1919/1934), S. 53 - 54, 59 - 60 und 104.

³²⁹ Franz Hochstetter (1932).

Volkswirtschaft“, die sittlich höher stehe als jüdische Auffassungen zur Wirtschaft. Andererseits trat er der NS-Parole „Gemeinnutz vor Eigennutz“ entgegen und wollte in Zeiten, in denen „theoretisches Denken seit längerem tief im Kurs ... steht, das Gute, das die Klassiker entdeckten, retten“. In theoretischen Auseinandersetzungen mit den Werken mehrerer Ökonomen bis hin zu frühen Werken von Walter Eucken und Keynes' „Vom Gelde“ führte Hochstetter das historische „Versagen des Liberalismus“ im Gegensatz zu seinen früheren Ansichten allein auf die fehlende Einsicht in die strukturelle Macht des Geldes und des Bodeneigentums zurück. „Alle anderen Erklärungsversuche treffen daneben.“ In den Privilegien des Geldes und des privaten Bodeneigentums sah er ein „Überbleibsel arbeitslosen Einkommens aus feudaler ... Zeit“, das eine „fortgesetzte Störung der vom Liberalismus optimistisch vorausgesetzten Interessenharmonie“ mit sich gebracht habe. In Anknüpfung an den „Moralphilosophen Adam Smith“ könne dieser historische Fehler des Liberalismus mit Hilfe von Gesells Geld- und Bodenrechtsreform behoben werden, wodurch eine soziale Erneuerung des Liberalismus möglich würde. Dass Hochstetter diese Reform in Anpassung an den Ungeist der damaligen Zeit schließlich als einen im Vergleich zum „Feder-Geld“ besseren Weg zur „Brechung der Zinsknechtschaft“ empfahl, zeigte jedoch, dass auch seine gewandelten Ansichten noch widersprüchlich blieben.³³⁰

Gleichwohl ergaben sich für ihn Konflikte mit Wilhelm Keppler, dem „Kommissar für Wirtschaftsfragen“ in der Reichskanzlei, und Hjalmar Schacht, dem neuen Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsminister. Hochstetter musste sich vor einem Parteigericht verantworten und trat 1936 oder 1937 aus der NSDAP aus. Er verlor eine Tätigkeit in der Finanzabteilung der Fa. Siemens & Halske und machte sich danach als Steuerberater selbstständig.³³¹

Unüberbrückbare Differenzen zwischen Gesell und Feder

Obwohl die von Gesell ausgegangene Bodenrechts- und Geldreformbewegung das Problem der ungerechten gesellschaftlichen Strukturen gerade nicht personalisieren wollte, wurde Gesell auch in seriös aufklärender Literatur über die Wirtschaftsideologie des Nationalsozialismus als geistiger Urheber von Feders „Brechung der Zinsknechtschaft“ und seiner Unterscheidung zwischen „raffendem und schaffendem Kapital“ hingestellt. So verbreitete Barkai den Eindruck, dass „Feder

³³⁰ Franz Hochstetter (1935), S. 7 - 10 (Erneuerung des Liberalismus; Ruhland), 18 (arische vs. jüdische Volkswirtschaft), 28 (Dürring), 95 - 111 (Eucken und Keynes) und ders. (1936), S. 43 - 45 (Ruhland), 66 - 69 (Gesells allein gültige Erklärung des Zinsphänomens) sowie 135 und 164 (Freigeld als einziger Weg zur „Brechung der Zinsknechtschaft“).

³³¹ Aus den im Staatsarchiv Ludwigsburg befindlichen Unterlagen zu einem 1948 in Ulm von der US-amerikanischen Militärregierung durchgeführten Spruchkammerverfahren geht hervor, dass Hochstetter, gegen Kriegsende in Berlin ausgebombt, nach Ulm übersiedelte. Dort erlag er kurze Zeit nach dem Urteil der Spruchkammer, die ihn als einen Mitläufer einstufte, einer schweren Erkrankung; vgl. Franz Hochstetter (1948) und auch die Anm. 186 im obigen Kapitel über John Maynard Keynes.

sein ‚Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft‘ unter dem Einfluss der ‚Freigeldlehre‘ Silvio Gesells ... verfasste“. Auch Janssen kolportierte ungeprüft diesen Eindruck, dass „die theoriegeschichtliche Wurzel des Federgeldes“ in Gesells „merkwürdiger Idee“ eines rostenden, keine Zinsen mehr tragenden Geldes liege.³³²

Feder selbst erwähnte, dass er sein Manifest im November 1918 der „Regierung des Volksstaates Bayern“ übergeben habe; aber er gab keinerlei Hinweise, dass seine „blitzartige Intuition“ etwas mit Gesells Geldreform zu tun gehabt haben könnte. Stattdessen knüpfte er an antisemitische Geld- und Zinskritiken von Wenzel Schober und Josef Schlesinger und deren diffusen, u.a. von Müller und den Romantikern angeregten Vorstellungen von einem „Volksgeld“ und sog. „Staatsnotenscheinen“ an.³³³ Von Gesell distanzierte sich Feder in den frühen 1920er Jahren mehrere Male sehr deutlich. In einem Artikel über die „Irrlehre des Freigeldes“ wies er die Bodenreform von sich, weil sie die „Grenzen für östliche Horden“ öffne, und die Geldreform, weil sie ein „gefährliches Narrenseil sei“, an dem „gutgläubige Deutsche ... dem semitischen Verführer folgen. Ich will durchaus nicht behaupten, dass Silvio Gesell und seine Lehre jüdisch ist. ... Sicher ist aber, dass seine Jünger mit Namen Blumenthal, Christen, Salomon, Landauer, Mühsam, Eisner etc. etc. den Faden in ausgezeichnet geschickter Weise weiter spinnen und nunmehr die ganze Bewegung an einen unsichtbaren jüdischen Strick hängen - weshalb sie ja geduldet wird - und sogar, wie ich höre, über Geld verfügt.“ Gesell kommentierte dies mit den Worten, dass in diesem Artikel die „ganze Borniertheit Feders recht hübsch zum Vorschein ... kommt“. Sein Mitarbeiter Benedikt Uhlemayr lehnte die NS-Wirtschaftsideologie als „dilettentenhaft und gefährlich“ ab; sie „muss auf das Schärfste bekämpft werden“. Im „Völkischen Beobachter“ bezeichnete Feder Gesell als einen „falschen Propheten, dessen Lehre geradezu Verheerungen angerichtet (hat) in vielen deutschen Köpfen“.³³⁴ Zwischen Gesell

³³² Avraham Barkai (1988/1995), S. 29, und Hauke Janssen (1998), S. 410 und 459 - 463. - Anderer Auffassung war Willi Boelcke, der den Gegensatz zwischen Gesell und der NS-Wirtschaftsideologie sah (vgl. Willi Boelcke 1983, S. 129). - In einem undatierten Brief vom Juli 1990 machte Gerhard Senft von der Wirtschaftsuniversität Wien Avraham Barkai darauf aufmerksam, dass Gottfried Feder sich nicht - wie er in einem Aufsatz (1990a) dargestellt hatte - an Gesell, sondern an antisemitischen Wiener Geldreformern wie Wenzel Schober und Josef Schlesinger orientierte. (Gerhard Senft, 1990b) Barkai antwortete daraufhin an Senft: „Dieser Zusammenhang war mir wirklich nicht bekannt und ich fand ihn bis hierher auch nirgends erwähnt. Also erschließen Sie hier ‚Neuland‘, was bei diesem so breit ausgetretenen Thema schon eine Leistung ist. Ich selbst bin seit Jahren mit anderen Dingen beschäftigt, glaube daher kaum, dass ich noch jemals Gelegenheit haben könnte, Ihren interessanten Beitrag zu verwerthen.“ (Avraham Barkai 1990)

³³³ Näheres zu Feders Vorläufern bei Gerhard Senft (1990a), S. 13 - 15.

³³⁴ Gottfried Feder (1919/1934), S. 11 (Intuition) und 14 (Kontakt mit der Regierung Bayerns). - Gottfried Feder (1920), S. 405 - 408, bes. S. 406. - Benedikt Uhlemayr (1923), S. 175. - Zu Feders Distanzierung von Gesell vgl. seinen Artikel „Falsche Propheten und Schwarmgeister“ im „Völkischen Beobachter“ (1923) sowie ders. (1922). In „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ machte Feder Gesell den Vorwurf, in der „Münchener Bolschewikenzeit“ (gemeint waren damit die beiden Räterepub-

und ihm lagen also Welten und die Behauptung, Gesell sei der Ideengeber für Feder gewesen, entbehrt jeder Grundlage. „Mit einiger Besessenheit griff Feder die Freigeldlehre von Silvio Gesell an“, stellte Othmar Plöckinger vom „Institut für Zeitgeschichte“ inzwischen fest.³³⁵ Übrigens war Gesell auch für Hitler eine persona non grata, weil „Silvio Gesell ... mit den Juden ... arbeitet“.³³⁶

Die Kritik am Geld und Zins war - worauf Plöckinger ebenfalls hinwies - „in der völkischen Szene eine Selbstverständlichkeit“. Neben völkischen Kritikern wie Josef Schlesinger, Wenzel Schober und Gottfried Feder stieß dort auch Gesells Geldreform auf Resonanz.³³⁷ Letztere beruhte jedoch auf einem ganz und gar anderen Denkmuster. Die strukturelle Macht des Geldes brachte Gesell nicht mit der jüdischen Religion in Verbindung, sondern er führte sie unabhängig von jedweder Religion auf einen dem Geld strukturell anhaftenden Liquiditätsvorteil zurück. Diesen Vorteil aller Geldinhaber wollte er durch eine Strukturreform des Geldes neutralisieren, so dass das Geld dann allen Menschen gleichermaßen als Tausch- und Kreditmittel dienen kann. Zu keiner Zeit ist Gesell auf den absurden Gedanken gekommen, eine Arisierung jüdischen Vermögens oder gar eine Verfolgung und Vernichtung von Juden als Lösung des Geldproblems anzusehen. Ausnahmslos allen Menschen sollte die Geld- und Bodenrechtsreform zugutekommen.

Statt mit Feders „Brechung der Zinsknechtschaft“ hätte die Entwicklung des Industrie- zum Finanzkapitalismus und die schon von Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ beobachtete zunehmende Dominanz des Finanz- über das Industriekapital ohne völkisch-antisemitische Ressentiments so analysiert werden müssen, dass dabei die dem Geld inhärente strukturelle Überlegenheit gegenüber der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen als Motor dieser Fehlentwicklung deutlich wird. Mithin war die „Brechung der Zinsknechtschaft“ eine ebenso schauerliche wie tragische Perversion dessen, was als Bodenrechts- und Geldreform notwendig gewesen wäre, um die Konzentration von Geld- und Realkapital über Marx & Engels hinausgehend sowie die Theoretiker des „Organisierten Kapitalismus“ korrigierend als Folge des strukturellen Liquiditätsvorteils von Geld zu ver-

liken im April 1919) „gemeinsame Sache mit jüdischen Bluthunden gemacht“ zu haben, womit er Gustav Landauer und Erich Mühsam meinte; vgl. (1923/1933), S. 171, und ders. (1933), S. 5.

³³⁵ Die Herausgeber der kritischen Edition von Hitlers „Mein Kampf“ erwähnen Einflüsse von antisemitischen Geldreformern in Wien auf Feder. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auch auf Gesells Zinskritik, stellen sie aber unter Hinweis auf Senft nicht mehr wie Barkai und Janssen als Wurzel der antisemitischen Zinskritik dar; vgl. dazu Adolf Hitler (1925-1927/2016), S. 221 und 224 im Original bzw. S. 561 - 579 in der kommentierten Ausgabe. In diesem Zusammenhang verweisen die Kommentatoren auf Schumpeters Kritik an der NS-Ideologie. Schumpeter beobachtete „eine bei Laien verbreitete, fast mythisch anmutende Einstellung, die das unverstandene Geldwesen für eine Quelle dunkler Einflüsse auf Wohl und Weh der Völker und geradezu der meisten sozialen Übel hält.“ Vgl. Alois Schumpeter (1929/1970), S. 4. - Vgl. außerdem Franz Haber (1926) und Othmar Plöckinger (2018), S. 502 - 503.

³³⁶ Adolf Hitler (1905-1924/1980), S. 630. Diese Bemerkung zu Gesell machte Hitler in einem Vortrag „Genua als Völker- und Börsenkonkurrenz“ bei einer NSDAP-Konferenz am 21.4.1922 in München.

³³⁷ Othmar Plöckinger (2018), S. 504. - Zu Schlesinger und Schober vgl. Gerhard Senft (1995). - Zu Rudolf Jung und anderen Vorläufern der NS-Wirtschaftsideologie vgl. auch Michael Wladika (2005), S. 577 - 621.

stehen und - statt auf einen Übergang in eine sozialistische Zukunftsgesellschaft zu hoffen - einen Weg zur Dezentralisierung allen Finanz- und Realkapitals zu konzipieren.³³⁸

Im Laufe der Zeit spürten Feder und andere NS-Wirtschaftsideologen offenbar, dass ihre „Brechung der Zinsknechtschaft“ mehr eine verworrene Floskel als ein praktikables Konzept war und dass sie sich damit in einer Sackgasse befanden. Zwar proklamierten sie sie weiterhin als ein Fernziel und als „die größte und bedeutungsvollste wirtschaftspolitische Aufgabe“. Aber zu Beginn der 1930er Jahre ging Feder zu der realpolitischen Überlegung über, dass der „nationalsozialistische Staat ... in der Übergangszeit ... in maßvoller Weise von seinem Geldschöpfungsrecht Gebrauch machen“ solle, um mit Hilfe einer „Bau- und Wirtschaftsbank“ große öffentliche Aufgaben und den Wohnungsbau zinslos zu finanzieren. Möglichen Inflationsgefahren begegnete Feder mit dem Hinweis, dass die neu geschöpften Kredite durch die anschließend geschaffenen realen Werte gedeckt würden.³³⁹

Nationalsozialistische Realpolitik mit kreditfinanzierten staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Schrittweise entfernten sich Feder und eine „Wirtschaftspolitische Abteilung“ der NSDAP, die 1931 nach ihrem Wahlerfolg in der Hoffnung auf ihre Regierungsfähigkeit aus Ökonomen und Praktikern aus der Industrie gebildet worden war, von der „Brechung der Zinsknechtschaft“. 1932 gab sich die NSDAP ein „Wirtschaftliches Sofortprogramm“, das staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen forderte. Der Bau von Straßen und Kanälen sollte durch eine sog. „produktive Kreditschöpfung“ finanziert werden. Darin sah Barkai „keineswegs einen plötzlichen, 180gradigen Umschwung der nationalsozialistischen wirtschaftspolitischen Anschauungen“; vielmehr habe die NSDAP hiermit nur ihren Anschluss an die staatsinterventionistischen bzw. -dirigistischen Traditionen der ‚deutschen Volkswirtschaftslehre‘ des 19. und frühen 20. Jahrhunderts vollzogen³⁴⁰ - übrigens ohne jemals auch nur im Entferntesten die Auswirkungen von Investitionen in die öffentliche Infrastruktur auf die Höhe der Bodenrenten mit zu bedenken.

³³⁸ Gerhard Senft (1995), S. 18 - 32.

³³⁹ Gottfried Feder (1923/1933), S. 96 - 135, u.a. S. 115, und ders. (1919/1934), S. 155 und 305. - Avraham Barkai (1988/1995), S. 31.

³⁴⁰ Avraham Barkai (1988/1995), S. 34 - 41 (Wirtschaftspolitische Abteilung der NSDAP) und 42 - 45 und 49. Maßgeblichen Anteil an diesem Sofortprogramm hatte Gregor Strasser als Reichsorganisationsleiter der NSDAP, der wenig später die ablehnende Haltung von SPD-Vorstandsmitgliedern gegen den WTB-Plan bedauerte. (Vgl. Avraham Barkai 1988/1995, S. 52 - 53) Laut Udo Kissenkoetter habe Gesell Ende der 1920er Jahre mit Gregor Strasser in Verbindung gestanden. (1978, S. 94 - 101, bes. S. 97) Jedoch gibt es keinerlei Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Behauptung und über den WTB-Plan wäre auch kein staatsinterventionistischer Konsens zwischen ihnen möglich gewesen. Zum WTB-Plan vgl. Udo Kissenkoetter (1978), S. 105 - 109. - Vgl. auch Othmar Plöckinger (2018), S. 516 - 518.

Ausgelöst durch die große Weltwirtschaftskrise gab es in Deutschland nicht nur innerhalb der NSDAP wirtschaftspolitische Debatten über die Frage, ob und wie der Staat mit Hilfe kreditfinanzierter Konjunkturprogramme für mehr Beschäftigung sorgen sollte. Innerhalb der Ökonomie und Wirtschaftspolitik waren es sog. „deutsche Reformer“ bzw. „Keynesianer vor Keynes“, die am Funktionieren des Laissez-faire-Kapitalismus zweifelten und Konzepte für eine „aktive Konjunkturpolitik“ des Staates entwickelten. Zu ihnen gehörten u.a. Ernst Wagemann als Präsident des Statistischen Reichsamtes mit seinem „Wagemann-Plan“ und der Konjunkturtheoretiker Wilhelm Lautenbach, der Keynes' Deficitspending vorwegnahm. Weil er mit mathematischen Modellen zeigte, dass staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weitere sog. „Multiplikatoreffekte“ auf die Wirtschaft haben könnten, galt Lautenbach später als der „deutsche Keynes“.³⁴¹

Auch innerhalb des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (ADGB) gab es entsprechende Überlegungen von Woytinsky, Tarnow und Baade. Gemeinsam entwickelten sie einen nach ihnen benannten „WTB-Plan“, der aber im April 1932 auf einem ADGB-Kongress nur in einer stark abgeschwächten Form angenommen wurde, weil führende Sozialdemokraten diesen Plan ablehnten. Hilferding und Naphtali befürchteten, dass kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme die Konjunktur zu sehr stabilisieren und dadurch den Übergang vom „Organisierten Kapitalismus“ zum Sozialismus verzögern könnten.³⁴²

Zusammengeführt wurden diese Debatten durch eine Ende 1931 von dem Industriellen Heinrich Dräger gegründete „Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft“, der er mit seiner Schrift „Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung“ auch selbst ihre Richtung vorgab. Dräger knüpfte Verbindungen zu Wissenschaftlern und Praktikern und er verfügte auch über Kontakte in die NSDAP und andere Parteien.³⁴³

1933 begann in den USA unter der Präsidentschaft des Demokraten Franklin Delano Roosevelt eine Wirtschaftspolitik des sog. „New Deal“ mit Hilfen für Arbeitslose und Arme sowie mit Beschäftigungsprogrammen und sogar mit Maßnahmen zu Regulierung des Handels mit Aktien („Securities Act“) und zur Einführung eines Trennbankensystems („Glass Steagall Act“).³⁴⁴ Zwei Jahre danach erschien die englische Erstausgabe von Keynes' „Allgemeiner Theorie“, die von vielen Ökonomen als eine Empfehlung für eine Wirtschaftspolitik des Deficitspendings aufgefasst wurde. Im Vorwort zur deutschen Übersetzung erinnerte Keynes

³⁴¹ Avraham Barkai (1988/1995), S. 61 (Wagemann-Plan) - 63 (Lautenbachs Multiplikatoreffekt) sowie 67 und 101 (Keynes). - Zu den wissenschaftlichen Debatten mit Wagemann, Lautenbach u.a. vgl. Wilhelm Grotkopp (1954), S. 99 - 109 (staatliche Großprojekte), 123 - 126 (Lautenbachs Multiplikatoreffekt), 139 - 172 (produktive Kreditschöpfung) und 231 - 261 (Übersicht über die einzelnen Positionen in den Debatten über eine produktive Kreditschöpfung). - Vgl. außerdem Hauke Janssen (1998), S. 396 - 412.

³⁴² Avraham Barkai (1988/1995), S. 51 - 53 (Widerstand von Hilferding und Naphtali gegen den WTB-Plan).

³⁴³ Avraham Barkai (1988/1995), S. 53 - 57 (Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft).

³⁴⁴ Zum New Deal vgl. Paul Conkin (1992).

daran, dass es schon im „deutschen Denken“ des 19. Jahrhunderts Zweifel an der englischen Klassik gegeben habe, und er sprach sogar noch die rätselhafte Erwartung aus, dass seine Theorie „viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepasst werden“ könne. Rezipiert wurde in Deutschland nur Keynes' Strategie des Deficitspendings, während seine Liquiditätspräferenztheorie und sein geldreformerischer Ausblick auf einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“ hin zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft unbeachtet blieben. Anders als der ‚englische Keynes‘ lehnte der ‚deutsche Keynes‘ Wilhelm Lautenbach die gesell-sche Geldreform ausdrücklich ab.³⁴⁵

8.6.3 Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus ab 1933

Unmittelbar nach der Machtübernahme begann die NS-Führung mit der Einrichtung von Konzentrationslagern - zuerst im Emsland und in Dachau und danach auch in anderen Landesteilen - , in denen politische Häftlinge in sog. Schutzhaft genommen und zu Zwangsarbeiten herangezogen wurden.³⁴⁶ Der NS-Wirtschafts-‘theoretiker‘ Gottfried Feder wurde zunächst noch Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und ein Jahr später auch noch Reichskommissar für das Siedlungswesen. Sein Einfluss blieb jedoch sehr begrenzt und schließlich wurde er - als er seine Schuldigkeit als Propagandist getan hatte - auf eine Hochschulprofes-sur abgeschoben. Zwar blieben die ideologischen Parolen präsent, aber „für die später durchgeführte Wirtschaftspolitik waren die wirtschaftlichen Punkte im Par-teiprogramm kaum relevant“.³⁴⁷ In einer öffentlichen „Bekanntmachung des Wirt-schaftsbeauftragten des Führers“ wies Wilhelm Keppler im September 1933 „im Einvernehmen mit der Reichsregierung“ ausdrücklich darauf hin, dass die NSDAP gegenüber dem „Schwundgeldsystem nach der Lehre Silvio Gesells“ und anderen Plänen zur privaten Geldschöpfung wie denjenigen von sog. Ausgleichskassen „schon wiederholt einen scharf ablehnenden Standpunkt vertreten“ habe. „Sie steht nach wie vor diesen Versuchen unbedingt ablehnend gegenüber. ... Die För-derung und Unterstützung derartiger Versuche sowie Mitarbeit an denselben ... ist ... keiner Parteistelle und keinem Mitglied der NSDAP gestattet.“³⁴⁸

An Stelle von Feder wurde Hjalmar Schacht zur neuen wirtschaftspolitischen Schlüsselfigur, obwohl er von 1923 bis 1930 als Reichsbankpräsident ein kompromissloser Verfechter jener Golddeckung der Währung gewesen war, welche die

³⁴⁵ John Maynard Keynes (1936/1976), S. VIII - IX. - Zur frühen Rezeption von Keynes' „Allgemeiner Theorie“ in Deutschland vgl. Harald Hagemann (2008), S. 76 - 79. - Willi Boelcke (1983), S. 8 - 9. - Zu Lautenbachs 1937 formulierten Vorbehalten gegen Gesell vgl. ders. (1937/1952), S. 209 - 212.

³⁴⁶ In der „Hölle im Moor“ in Esterwegen und Börgermoor litten unzählige „Moorsoldaten“. Die be-rühmtesten von ihnen waren der Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky, der Schriftsteller Armin T. Wegener sowie Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und Kommunisten wie Karl-August Wittvogel, Alfred Lemnitz oder Carlo von Mierendorff und Wilhelm Leuschner.

³⁴⁷ Avraham Barkai (1988/1995), S. 30 und 109.

³⁴⁸ Wilhelm Keppler (1933), S. 3.

NS-Ideologen nicht wegen ihrer ökonomischen Funktionsmängel kritisierten, sondern weil sie darin einen Stützpfeiler der „goldenen Internationale“ sahen, einer angeblich jüdischen Herrschaft über Banken und Börsen. Noch 1932 hatte Schacht eine „produktive Kreditschöpfung“ kategorisch abgelehnt und allein Lohnsenkungen als Mittel der Krisenbekämpfung akzeptiert. Wenig später passte er seine Ansichten bereitwillig den neuen Machthabern an, wurde unter Hitler erneut Reichsbankpräsident, ab 1934 außerdem Reichswirtschaftsminister und ein Jahr später auch noch Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft. „Bis 1936 galt Hjalmar Schacht, der ‚Finanzzauberer‘, als die beherrschende Gestalt in der deutschen Wirtschaftspolitik, die sich einerseits eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber der NSDAP vorbehielt, die aber andererseits durch das Ingangsetzen des deutschen ‚Wirtschaftswunders‘ der 30er Jahre maßgeblich zur Festigung der NS-Herrschaft beitrug.“³⁴⁹

Schacht war es auch, der im Rahmen von Programmen zur staatlichen Arbeitsbeschaffung sog. „MEFO-Wechsel“ als ein Instrument zur Finanzierung öffentlicher Aufträge schuf (MEFO war die Abkürzung für eine Metallurgische Forschungsanstalt). Von Anfang an dienten die MEFO-Wechsel auch der militärischen Aufrüstung des NS-Staates. Mit den Mitteln der „produktiven Kreditschöpfung“ gelang es dem NS-Regime schnell, die Massenarbeitslosigkeit zu verringern. Dieser Erfolg erhöhte seine Akzeptanz in der Bevölkerung und erleichterte ihm den zielstrebigsten Umbau des Staates von der verhassten „Afterherrschaft der Parlamente“ zu ihrem totalitären „Führerstaat“ mit der Alleinherrschaft der NSDAP. Dabei waren die MEFO-Wechsel „von Anfang an nichts anderes als ‚neu gedrucktes Geld‘.“ Und obwohl sie auch für die Finanzierung ziviler Zwecke hätten eingesetzt werden können, „dienten sie ... der Kriegsvorbereitung“.³⁵⁰

Neben dem Umbau der politischen Strukturen durch sog. Ermächtigungs- und andere Gesetze wie dem Berufsbeamtengesetz zur Arisierung von Staat und Verwaltung und dem Beginn der Diskriminierung von Juden durch Boykotte von deren Geschäften wurde die Wirtschaft im Sinne der sog. „nationalen Revolution“ und eines „organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“ umorganisiert. Die nunmehr in Reichsgruppen aufgegliederte Wirtschaft unterstand dem Wirtschaftsminister.

In Anknüpfung an Ruhlands Agrarromantik propagierte vor allem der „Reichsbauernführer“ und Ernährungsminister Walter Darré ein gesundes und naturnahes Leben auf dem Lande als Garantie für eine völkische Erneuerung Deutsch-

³⁴⁹ Gottfried Feder (1923/1933), S. 7 (goldene Internationale). - Willi Boelcke (1983), S. IX. - Schacht war ursprünglich stark von Schmoller und der Historischen Schule beeinflusst; vgl. dazu Willi Boelcke (1983), S. 78, 80 und 90 („Unter Schacht rangierte Sachkunde vor dem Parteibuch.“). - Gesell hatte Schacht um die Mitte der 1920er Jahre als „gefährlich“ (1924/1994a, S. 198) bzw. als einen „Schwätzer“ betrachtet (1926/1995i, S. 220).

³⁵⁰ Willi Boelcke (1983), S. 55, 70 und 80 sowie 128 - 149. - Zu den „MEFO-Wechseln“ vgl. Avraham Barkai (1988/1995), S. 156 - 157 und 208, und Gerhard Senft (1990), S. 18. - Gottfried Feder (1923/1933), S. 37 (Antiparlamentarismus).

lands. Alle landwirtschaftlichen Genossenschaften und Handelsorganisationen für landwirtschaftliche Produkte wurden aufgelöst und in einen neugegründeten „Reichsnährstand“ überführt, der eine Marktordnung mit Produktionskontingenten und Verdienstmargen des Einzelhandels sowie die Lebensmittelpreise festlegte. Als sichere Ernährungsbasis sollte die Landwirtschaft den Marktkräften entzogen sein. Ostelbische Großagrarier erhielten Unterstützungen, wenn sie Getreide anbauten, und die Zölle auf landwirtschaftliche Einfuhren wurden verdoppelt. Außerdem bestimmte ab dem September 1933 ein „Reichserbhofgesetz“, dass Bauernhöfe mit mehr als 7,5 Hektaren als „Erbhöfe“ ungeteilt auf die ältesten Bauernsöhne übergehen sollten, wenn deren arische Abstammung nachgewiesen werden konnte. Gemäß der rassistischen Blut- und Bodenideologie galt das „Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes“. In der Praxis führte die NS-Landwirtschaftspolitik jedoch nicht zu der angekündigten Rearrarisierung, sondern trotz aller „Erzeugungsschlachten“ und propagandistisch inszenierter Erntedankfeste zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft und zu einer Landflucht.³⁵¹

Mit einem von Bodenrechtsreformern angestrebten Recht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe am ländlichen wie auch am städtischen Boden hatten die NS-Agrarpolitik und die Arisierung der Landwirtschaft nicht das Geringste zu tun. Auch stand die staatlich forcierte Modernisierung mit ihrem Autobahnbau und der Ressourcen verschwendenden Aufrüstung in einem krassen Gegensatz zur Verklärung des naturnahen Lebens auf dem Land und in Gartenstädten. Trotz vielerlei Lippenbekenntnisse zu einem völkischen Heimat- und Naturschutz - u.a. von Hermann Göring, der die Gestapo mit gründete, bei der Einrichtung der ersten Konzentrationslager mitwirkte und als Reichskommissar für die Luftfahrt für die Aufrüstung des NS-Staats mitverantwortlich war - „war das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 bezeichnenderweise ein Zufallsprodukt. ... Eine ‚grüne Fraktion‘ gab es im Nationalsozialismus nicht.“³⁵²

Auch der dem Nationalsozialismus zugeneigte Philosoph Martin Heidegger (1889-1976) verklärte übrigens eine Ursprünglichkeit und Reinheit des dörflichen Lebens als Gegensatz zum lasterhaften, von Radios, Autos und anderen Erzeugnissen der Technik bestimmtem Leben in modernen Großstädten. Seiner nostalgischen Überhöhung einer ländlichen Idylle fehlte eine Einsicht in die in sich widersprüchliche Struktur der kapitalistischen Wirtschaft, die sowohl den Dörfern und Städten als auch dem Verkehr und den Medien ein spezifisch kapitalistisches Gepräge gab. Anstelle einer bloßen Rückkehr vom städtischen zum ländlichen Leben hätte eine Überwindung der inneren Widersprüchlichkeit sowohl von Städten als auch von Dörfern ein Weg sein können, auf dem die von Heidegger be-

³⁵¹ Avraham Barkai (1988/1995), S. 131 - 132 und 135 - 139.

³⁵² Frank Uekötter (2012), S. 32 - 38, hier: S. 33 und 35. - Vgl. auch Joachim Radkau & Frank Uekötter Hrsg. (2003) sowie Jost Hermand (1991), S. 113, und Joachim Radkau (1995).

schriebene Entwurzelung des modernen Menschen hätte in neue moderne Formen der sozialen Integration übergehen können.³⁵³

Entgegen aller Kritik am ‚ungesunden Leben‘ in Großstädten blieben Feder und andere NS-Wirtschaftsideologen sowie praktische Wirtschaftspolitiker in der Vorstellungswelt der Kapitalkonzentration in großen Unternehmen, technischem Fortschritt und hierarchisch organisierter Arbeitswelt stecken. „Gerade die Großindustrie hat“ - so Feder - „in vorbildlicher Weise alle Betriebe rationalisiert, d.h. sie hat keine Kosten gescheut, um immer bessere und einfachere Produktionsmethoden herauszubringen.“³⁵⁴ Dementsprechend kolossal waren auch die Bauwerke, mit denen NS-Architekten die Macht von konzentriertem Geld- und Realkapital und des totalitären Staates demonstrativ zur Schau stellten.

Während der „Reichsnährstand“ noch am ehesten den ständestaatlichen Vorstellungen von Spann entsprach, ging das NS-Regime bei der Umstrukturierung von Banken und Industrie andere Wege. Zu der im NSDAP-Programm geforderten Verstaatlichung der Banken kam es zwar nicht, was jedoch keineswegs - wie Barkai gegen marxistische Sichtweisen einwandte - einem „Sieg des Finanzkapitals“ gleichkam. Die Banken hatten nämlich „von nun ab die Aufgabe, dem Staat zu dienen und den Kapitalmarkt für die Verwirklichung seiner politischen Ziele zu mobilisieren. ... Die Reichsbank war durch die neuen Vollmachten befähigt, das Bankwesen mit genügender Elastizität und entsprechend den jeweiligen Staatsdirektiven zu lenken.“³⁵⁵

Unmittelbar nach dem zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärten 1. Mai 1933 erfolgte das Verbot aller Gewerkschaften und 1934 wurde auch das Betriebsrätegesetz von 1920 außer Kraft gesetzt. So wie Feder eine „Werkgemeinschaft ... aller Deutschen ... zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur des deutschen Volkes“ propagiert hatte, wurden alle „Schaffenden der Stirn und der Faust“ auf der Grundlage eines „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Wirtschaft“ zwangsweise in der nach dem Führerprinzip streng hierarchisch organisierten „Deutschen Arbeitsfront“ zusammengefasst. Die mit allen Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten, allerdings auch staatlich reglementierten Unternehmer galten als „Führer des Betriebs“ und die Arbeiter und Angestellten als ihre „Gefolgschaft“.³⁵⁶ Ohne jedes Gespür für die kapitalistische Deformation der Arbeit - prob-

³⁵³ Heideggers philosophisches Hauptwerk „Sein und Zeit“ entstand in seiner Hütte in Todtnauberg im Schwarzwald und erschien bereits 1927. Zu seiner historisch rückwärtsgewandten Verklärung des Dorflebens vgl. Oliver Müller (2015), S. 12 - 18. „Fragen nach der Sozialstruktur des Dorfes werden wir bei Heidegger nicht finden.“ (S. 14).

³⁵⁴ Gottfried Feder (1923/1933), S. 68 (Rationalisierung in Großunternehmen und technischer Fortschritt).

³⁵⁵ Avraham Barkai (1988/1995), S. 198 - 199 und 204 (Reichsbank und Banken als Diener des Staates).

³⁵⁶ Avraham Barkai (1988/1995), S. 110 - 111 (Verhältnis zu Spann). - Willi Boelcke (1983), S. 95 - 96 (Zu allgemeiner Überraschung wurde Spann plötzlich von Robert Ley verfemt und als einer der bösartigsten Feinde des Dritten Reiches hingestellt.) - Zur Entwicklung Österreichs zum Ständestaat vgl. Gerhard Senft (2002). - Gottfried Feder (1933), S. 65 (Werkgemeinschaft) und 68 (Arbeitsdienstpflicht). -

lematisch waren sowohl die Spaltung in übergeordnete leitende und untergeordnete ausführende Arbeiten als auch die Entfremdung beider Arbeiten von einem zugleich selbstbestimmten und gesellschaftlich verbundenen Tätigsein - definierte die NS-Ideologie menschliches Arbeiten schlechthin als eine Form des Zusammenwirkens von deutschen Volksgenossen, bei dem durch Leistungen höhere sittliche Werte geschaffen würden. Jeder Deutsche habe ein Recht, durch Arbeitsleistungen zum Gemeinnutz beizutragen, und gerecht sei der Lohn dann, „wenn jedes Gut dorthin gelangt, wo es den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft stiften kann“ - was völlig im Unklaren ließ, was unter einem gerechten Lohn zu verstehen war, und das NS-Regime auch nicht davon abhielt, Lohnerhöhungen zu unterbinden. „Zwischen 1933 und 1936 fiel der Lohnanteil am Volkseinkommen um circa 3 Prozent.“³⁵⁷ Übertüncht wurde dies von der „Deutschen Arbeitsfront“ durch „Kraft durch Freude“-Freizeitangebote und Unterstützungen für Bedürftige durch das „Winterhilfswerk“.

So setzte sich die vom Kapitalismus übernommene hierarchische Über- und Unterordnung von Kapital und Arbeit in einer noch extremeren nationalsozialistischen Form fort, die den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit schlichtweg verleugnete und den Klassenkampf beendete bzw. unterdrückte, indem sie die Gewerkschaften zerschlug und die Arbeit im einer gemäß dem Führerprinzip organisierten „Deutschen Arbeitsfront“ völlig entrechtete.³⁵⁸ Obendrein wurde aus dem Recht auf Arbeit bald eine Pflicht zur Arbeit, denn parallel zur Wehrpflicht wurde eine „Arbeitsdienstpflicht“ eingeführt, deren zentrale Aufgabe darin bestand, „den jungen Leuten in staatlichen Musterbetrieben alle Fortschritte der Technik näher zu bringen.“ Von Beginn an verlangte das NS-Regime, dass der ‚zivile‘ Arbeitsdienst militärisch instrumentalisierbar war.³⁵⁹

Entgegen aller Propaganda, die die Zerlegung von großen in kleinere und mittlere Unternehmen in Aussicht gestellt hatte - Feder hatte zum Beispiel Aktiengesellschaften kritisiert, weil in ihnen das anonymisierte Kapital von der Arbeit getrennt wird³⁶⁰ - tastete das NS-Regime die für die Rüstungs- und Kriegswirtschaft wichtigen Großunternehmen wie die Firmen Krupp und Thyssen, die Farbwerke Höchst oder den Chemiekonzern BASF in keiner Weise an. Barkai zufolge waren Großindustrielle „sleeping partners“ des NS-Regimes, das ihnen weniger als anderen Gesellschaftsschichten Maßnahmen zur Gleichschaltung aufoktroierte.³⁶¹

Auf der Grundlage eines Kartellgesetzes vom Juli 1933 wurde die Konzentration in der Wirtschaft noch weiter vorangetrieben. Bis 1936 wurden mehr als 1600 Kar-

Vgl. hierzu auch Helga Grebing (1959/1964), S. 112 - 113, und dies. (1970/1975), S. 213 - 216. - Arno Klönne & Hartmut Reese (1986), S. 194 - 215.

³⁵⁷ Helmut Woll (1988), S. 100 (Verweis auf Theodor Bühler "Deutsche Sozialwirtschaft") und Avraham Barkai (1988/1995), S. 185 (Lohnquote).

³⁵⁸ Arno Klönne & Hartmut Reese (1986), S. 194 - 215.

³⁵⁹ Gottfried Feder (1933a), S. 68.

³⁶⁰ Gottfried Feder (1933a), S. 61.

³⁶¹ Avraham Barkai (1988/1995), S. 22 - 23.

tellverträge geschlossen und 120 Zwangskartelle errichtet. „Treibende Kräfte bei der Zwangskartellierung und des mit ihr in der Regel verbundenen Verbots der Kapazitätserweiterung war neben der Wirtschaftsverwaltung oft die Industrie selber, die keine neue Konkurrenz am Markt aufkommen lassen wollte. ... Die Praxis der Investitionsverbote und der Zwangskartellierung bedeutete nicht nur eine faktische Aufhebung der unternehmerischen Investitionsfreiheit ..., sondern führte letztlich im Interesse einer möglichst reibungslosen Bedarfsdeckung und Produktionssteuerung zu einer weiteren Verstärkung des staatlichen Wirtschaftsdirigismus, wobei den Zwangskartellen die Rolle des verlängerten Arms der staatlichen Wirtschaftsverwaltung zukam.“³⁶²

Wesentliche Bestandteile der staatsdirigistischen Lenkung der Wirtschaft waren Kontrollen der Löhne, Preise und Zinsen sowie eine Steuerpolitik, die darauf ausgerichtet war, „die disponiblen Einkommen der Bevölkerung in Grenzen zu halten“ und neben der Landwirtschaft auch die Bau- und Rüstungsindustrie zu begünstigen. Der Staat lenkte die private Investitionstätigkeit und stärkte zugleich die öffentlichen Investitionen, vor allem für Zwecke der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. „Diktatorischer Staatsdirigismus und eingeschränkte wirtschaftliche Initiative und Freizügigkeit, ohne die kapitalistischen Besitzverhältnisse und Profitanreize anzutasten, waren integrale Bestandteile der vorgesehenen künftigen Wirtschaftsordnung, aber auch des gegenwärtigen nationalsozialistischen Wirtschaftssystems.“³⁶³

Um die Unabhängigkeit eines möglichst autarken Deutschlands vom Weltmarkt zu erreichen, verringerte das NS-Regime im Rahmen eines von Schacht initiierten „Neuen Plans“ seine gesamten Importe und Exporte und strukturierte den verbliebenen staatlich kontrollierten Außenhandel so um, dass er sich auf die Mittelmeerländer und - möglicherweise schon im Hinblick auf eine Eroberung von neuem „Lebensraum“ - auf die Länder Südosteuropas konzentrierte. Mit der Abschottung Deutschlands vom Weltmarkt ging eine Verknappung von Devisen einher, die für die Finanzierung jener Importgüter notwendig blieben, die sich nicht im Inland produzieren ließen. Exportgeschäfte gab es nur noch auf der Basis „bilateraler Abkommen mit Ländern, die bereit waren, deutsche Industrieerzeugnisse im direkten Austausch für die eigenen Landwirtschafts- und Rohstoffwaren zu beziehen. ... Was mit dem ‚Neuen Plan‘ ins Leben trat, war eine umfassende und direkte Staatskontrolle des gesamten Außenhandels. ... Faktisch war der ‚Neue Plan‘ nichts anderes als ein fast vollkommenes staatliches Außenhandelsmonopol.“³⁶⁴ Dass eine autarke Selbstversorgung Deutschlands eine Fiktion war, zeigte sich in den militärischen Vorbereitungen eines Angriffskrieges, in dem das „Volk ohne Raum“ neue Lebensräume in Ost- und Südosteuropa erobern und germanisieren

³⁶² Willi Boelcke (1983), S. 71.

³⁶³ Avraham Barkai (1988/1995), S. 173, 177 - 178 (Lohn-, Preis- und Zinskontrollen sowie Steuerpolitik), 187 - 188 (Investitionslenkung) und 208 (Charakterisierung der NS-Wirtschaft).

³⁶⁴ Avraham Barkai (1988/1995), S. 162 - 163 und 167 - 168. - Willi Boelcke (1983), S. 105 (Zerlegung des Außenhandels in einen bilateralen Verrechnungshandel).

wollte, um seine ‚Selbstversorgung‘ durch geraubte Räume, Bodenschätze und Arbeitskräfte sicherzustellen.

Sämtliche Merkmale der totalitären NS-Wirtschaftspolitik von der Agrar- über die Geld-, Währungs- und Industriepolitik einschließlich ihrer Zerschlagung der Gewerkschaften bis hin zur Forcierung der Rüstungsproduktion standen in einem diametralen Gegensatz zur Bodenrechts- und Geldreform. Das galt auch für die Preiskontrollen sowie für die staatliche Planung der Binnen- und Außenwirtschaft und erst recht für die Verdrängung von Juden aus der Wirtschaft.

8.6.4 Zäsur 1936 - Mit dem Vierjahresplan zum „totalen Krieg“ und zur Judenvernichtung

Im Laufe des Jahres 1936 hatte das NS-Regime sein Vollbeschäftigungsziel erreicht, vor allem durch die mit MEF0-Wechseln finanzierte Rüstungsproduktion, deren Anteil an den gesamten öffentlichen Investitionen beständig stieg (von 49 % 1934 auf 74 % im Jahr 1938).³⁶⁵ Da die sog. „produktive Kreditschöpfung“ allmählich zu einer galoppierenden Inflation zu führen drohte, wurde im November 1936 zusätzlich zu dem schon längst bestehenden Lohnstopp auch noch ein allgemeiner Preisstopp verfügt.

Außerdem wurde im Herbst 1936 als endgültige Weichenstellung in die Richtung einer totalen Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für den geplanten Eroberungskrieg ein zweiter Vierjahresplan beschlossen. „Der Vierjahresplan kann ... als Markierung des Übergangs zur Kriegswirtschaft gelten, obwohl ... keine alle Wirtschaftssektoren umfassende zentrale Planungsinstanz vorhanden war.“ Die ursprünglich noch konjunkturpolitische Zielsetzung des gemäßigten Staatsdirigismus ging nunmehr eindeutig in eine staatspolitische Zielsetzung über. „Dieser Wandel war politisch induziert, lag aber auch in der Logik des Interventionismus selbst.“ Die anfänglich erst staatlich gelenkte kapitalistische Marktwirtschaft wurde innerhalb weniger Jahre „zunehmend von plan- bzw. zwangswirtschaftlichen Elementen überlagert“ und ging in eine zentralistisch gesteuerte Zwangswirtschaft über. „Die Kriegswirtschaft ... wurde ... zur eigentlichen nationalsozialistischen Wirtschaftsform“.³⁶⁶

„Generalbevollmächtigter“ für die Durchführung des Vierjahresplans wurde Hermann Göring, der seit 1933 die Schaffung der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und der ersten Konzentrationslager veranlasst hatte und der außerdem Reichskommissar für die Luftfahrt war. Während Göring gleichsam diktatorische Machtbefugnisse über die Eisen- und Stahl- sowie die Chemie-, Bau- und Kraftfahrzeugindustrien erlangte und nach der Devise „Kanonen statt Butter“ handelte, ging der Einfluss von Schacht stark zurück, bis er als Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister abgelöst wurde. Da die für Rohstoffimporte erforderlichen

³⁶⁵ Helga Grebing (1959/1964), S. 113.

³⁶⁶ Avraham Barkai (1988/1995), S. 207 - 213. - Hauke Janssen (1998), S. 500 - 501 und 505.

Devisen fehlten, ordnete Göring die Entwicklung von synthetischen Brennstoffen und Gummis an. „Die enge Zusammenarbeit mit der Chemieindustrie fand ihren organisatorischen Ausdruck in der engen Verquickung des Verwaltungsapparats der IG Farben mit dem Stab des Beauftragten für den Vierjahresplan.“ Als weitere große Aktiengesellschaft entstanden in Salzgitter die „Hermann-Göring-Werke“ zum Abbau von geringhaltigem Eisenerz. In Görings Verantwortungsbereich fiel auch die fortschreitende ‚Arisierung‘ von jüdischem Vermögen. Parallel zur Bildung der „Achse Rom - Berlin“ sowie dem „Anschluss“ Österreichs und der Sudektegebiete ging sie nach der sog. „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938 in verstärkte Vorbereitungen des Krieges und der barbarischen „Endlösung der Judenfrage“ über.³⁶⁷

Unterdessen ließ das NS-Regime eine „großangelegte Alteisen- und Schrottsammelaktion der Schulkinder und nationalsozialistischen Jugend- und Frauenbünde“ durchführen, um Müll für militärische Zwecke recyceln zu können. Und wenige Tage vor dem deutschen Einmarsch nach Polen wurde mit der Rationierung von Lebensmitteln, Kleidung, Energie und Grundstoffen begonnen, wobei die Verbrauchsmengen vorerst noch nicht - außer für Juden - in größerem Umfang reduziert wurden. Nach den schnellen Siegen über Polen, Frankreich und Skandinavien fielen der deutschen Wehrmacht Bodenschätze und Industrieanlagen in die Hände, bis sich das Blatt nach Verlusten in der Sowjetunion und dem Kriegseintritt der USA Ende 1941 wendete und der Blitzkrieg in ein jahrelanges Völkermorden überging. Mit der Ernennung von „Hitlers Architekten“ Albert Speer zum Minister für Bewaffung und Munition im Februar 1942 begann die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf eine Produktion für den „totalen Krieg“. Dabei wurde eine 55%ige Steigerung der Rüstungsproduktion ohne größere Einschränkungen der zivilen Produktion möglich, weil Frauen, deren Männer als Soldaten in den Krieg zogen, in die Landwirtschaft sowie in Fabriken und Büros beordert wurden - ohne dass deshalb der Mutterkult aufgegeben worden wäre. Außerdem wurden in den von Heinrich Himmler und der sog. Schutzstaffel (SS) streng hierarchisch organisierten Konzentrationslagern Millionen von Juden, Sinti und Roma sowie von Kriegsgefangenen aus den eroberten Ländern zu Zwangsarbeiten herangezogen, bevor sie der großindustriell betriebenen Massenvernichtung in Auschwitz und anderen KZs zum Opfer fielen.³⁶⁸

³⁶⁷ Willi Boelcke (1983), S. 82 (Schacht), 117 - 128 (wirtschaftliche Entrechtung der Juden), 168 - 177 (Rivalität zwischen Schacht und Göring), 210 - 217 (Entfernung der Juden aus der Wirtschaft) und 273 (Hermann-Göring-Werke). - Tim Schanetzky (2015).

³⁶⁸ Avraham Barkai (1988/1995), S. 215 und 219 - 226. - Willi Boelcke (1983), S. 250 - 259 (Kriegswirtschaft) und 275 - 297 (Wirtschaft im totalen Krieg). - Zum Wirtschaftsimperium der SS vgl. Wolfgang Sofsky (1993), S. 152 - 177 (interne Machtstrukturen) und 193 - 199 (Torturen in den KZs). - Die Beschäftigung von KZ-Gefangenen zum Nutzen der SS spielte schon bei der Einrichtung des KZ Dachau im März 1933 eine Rolle. Nach Auskunft von Hermann Kaienburg (E-Mail an den Verfasser vom 1.7.2015 im Archiv für Geld- und Bodenreform) gab es so etwas wie eine Betriebslehre der Konzentrationslager. „Allerdings nicht in der Form einer geschlossenen Theorie, geschweige denn eines ausgearbeiteten wissenschaftlichen Lehrgebäudes“. Daher habe es sich eher um eine „wirtschaftliche Konzeption“

8.6.5 Wäre der tiefe Fall in die Barbarei vermeidbar gewesen?

Im späteren Gedenken an die Opfer der grauenhaften NS-Verbrechen ließe sich rätseln, ob eine rechtzeitige Umsetzung des gewerkschaftlichen WTB-Plans die Arbeitslosigkeit spürbar hätte verringern und die nationalsozialistische Machtergreifung noch verhindern können. „Auf diese spekulative ‚Was wäre, wenn ...‘-Frage gibt es wohl kaum eine befriedigende Antwort.“ Immerhin war es für Barkai vorstellbar, dass „im Zuge einer friedlicheren, zyklisch stabileren Wirtschaftsentwicklung ... die nationalistisch-etatistische Tradition wahrscheinlich langsam in Vergessenheit geraten“ wäre. „Unglücklicherweise war die von den Nationalsozialisten durchgeführte Wirtschaftspolitik in der gegebenen wirtschaftspolitischen Krisensituation“ - so Barkai - „die richtige Medizin.“ So konnten die Nationalsozialisten „in überraschend kurzer Zeit ... ernten, was andere vor ihnen gesät hatten“. Der Erfolg der vom NS-Regime umgesetzten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen brachte ihm schnell einen Rückhalt in der jahrelang von Inflations- und Deflationskrisen gebeutelten Bevölkerung ein und verschaffte dem Regime so eine freie Bahn für die Aufrichtung seiner totalitären Herrschaft.³⁶⁹

Trotz ihrer Wirksamkeit ist nicht sicher, ob die kreditfinanzierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des NS-Staates wirklich die „richtige Medizin“ gegen die Krise waren, denn finanziert wurden auf diese Weise hauptsächlich Rüstungsinvestitionen. Andererseits bleibt auch die Frage spekulativ, ob eine rechtzeitige Verwirklichung einer Geld- und Bodenrechtsreform die Wirtschaft und damit auch die Weimarer Demokratie schnell genug so hätte stabilisieren können, dass die Weimarer Republik nicht dem Nationalsozialismus in die Hände gefallen wäre. Keinesfalls waren in ihr Keime zu einem Wirtschaftsdirigismus und einer Devisenzwangswirtschaft oder gar zu einer Kriegstreiberei und zu einem Völkermord angelegt. Parallel zum gewerkschaftlichen WTB-Plan gab es bis 1932 innerhalb der thüringischen SPD Versuche von Erich Mäder und Hans Schumann, die Sozialdemokraten mit Hilfe einer Schriftenreihe „Arbeiterklasse und Geldpolitik“ sowie mit einem „Letzten Appell“ für eine Geldreform zu interessieren. Sie blieben allerdings erfolglos. Unmittelbar nach der Reichstagswahl vom November 1932 wandten sich in einem sog. „Freiwirtschaftsbund“ organisierte Anhänger Gesells nochmals mit einem „Befreienden Regierungsprogramm“ an den Reichspräsidenten Hindenburg, an die Reichsregierung und den Reichsrat sowie an die Reichstagsmitglieder aller Parteien mit der Forderung, die katastrophale Deflationspolitik zu beenden und den „Mächten der Reaktion damit den Boden zu entziehen“.³⁷⁰ Da das Unheil

gehandelt. „Die treibende Kraft zur wirtschaftlichen Nutzung der KZ-Häftlingsarbeit war zweifellos Heinrich Himmler persönlich.“ Vgl. dazu Hermann Kaienburg (2001), S.23 - 44, und ders. (2003), S. 98 - 100, 139 - 250, 356 - 376, 431 - 452 und 1091 - 1096. -

³⁶⁹ Avraham Barkai (1988/1995), S. 98 - 99 und 228 - 229.

³⁷⁰ Näheres hierzu bei Werner Onken & Günter Bartsch (1996), S. 15, und ders. (1999), S. 127 - 128. - Gerhard Senft (1990), S. 17. - Vgl. hierzu auch Franz Walter & Tobias Dürr & Klaus Schmittke (1993), S.

jedoch schon eine gefährliche Eigendynamik angenommen hatte, hätte es sich zu dem Zeitpunkt wohl kaum noch aufhalten lassen. Außerdem gab es damals – worauf Keynes zu Recht verwies – noch keine praktische Methode, mit der die Geldreform in größerem Stil hätte verwirklicht werden können.

Auch wenn Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und Kommunisten neben Menschen aus bürgerlichen, christlichen und sogar konservativen Kreisen einen höchst mutigen Widerstand gegen das NS-Regime leisteten³⁷¹, bleibt es ein Zwischenglied in jener Kette tragischer Verwicklungen, die zum tiefen Fall Deutschlands in die NS-Barbarei führten, dass die marxistische Arbeiterbewegung es versäumt hat, in Anknüpfung an den Band 3 von Marx' & Engels' „Kapital“ und an die frühen Geldreformansätze die Analyse der strukturellen Macht des monopolkapitalistisch konzentrierten Geld- und Realkapitals zu ihrer zentralen Aufgabe zu machen und Wege zu einer Dezentralisierung zu suchen, statt ihre von Proudhon, Mill und George entwickelten ersten Ansätze als kleinbürgerlich zu diffamieren. Neben den Inflations- und Deflationskrisen der 1920er und frühen 1930er Jahren trug die Abwendung der marxistischen Arbeiterbewegung von den als kleinbürgerlich gering geschätzten Mittelschichten dazu bei, dass diese sich ihre Rettung vor einem sozialen Abstieg vom Nationalsozialismus erhofften. Aber weder war die NSDAP eine Arbeiterpartei noch war ihr Programm eine „Mittelstandsideologie“, als die es vielfach angesehen wurde.³⁷² Vielmehr führte sie das Proletariat und das Kleinbürgertum auf den Irrweg eines menschenverachtenden Rassenwahns, auf dem sie die Grundwerte von Humanität, Freiheit und Recht mit Füßen traten und das Ziel verfehlten, die kapitalistische Widersprüchlichkeit der Moderne zu entwirren und freiheitlich-gerechte Strukturen eines friedlichen Zusammenlebens aller Menschen auf der ihnen allen gemeinsam geschenkten Erde zu entwickeln.

Sieben Jahrzehnte nach der Befreiung Deutschlands und Europas von der Tyrannei des Nationalsozialismus charakterisierte der Historiker Heinrich August Winkler die NS-Zeit im Deutschen Bundestag 2015 als „Inferno ohnegleichen“ und den 8. Mai 1945 als das „Ende eines Irrwegs deutscher Geschichte“, auf dem der Mythos 12 Jahre lang über die Vernunft gesiegt hatte und die Trias von Volksgemeinschaft, „deutschem Sozialismus“ und einem vom Militär gestützten totalitären Staat an die Stelle von unveräußerlicher Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie getreten war. Als unzweifelhaft „schrecklichstes aller Menschheitsverbrechen“ war der vom NS-Regime industriell betriebene Massenmord an mehr als fünf Millionen Juden, Sinti und Roma und anderen Minderheiten eine ebenso unfassbare wie tragische, vermeintlich endgültige Scheinlösung von inneren Wi-

333 - 338 und 388 - 395. - Nach seinem Ausschluss aus der SPD verirrte sich Schumann in die Ideologie des Nationalsozialismus, vgl. dazu Werner Onken (1996), S. 19 - 27. - *Freiwirtschaftsbund* Hrsg. (1932), S. 53 - 58.

³⁷¹ Ger van Roon (1979/1994). - Zu den wirtschaftspolitischen Auffassungen von Angehörigen des Widerstands vgl. Elmar Müller (1988) und Daniela Rüter (2002).

³⁷² Avraham Barkai (1988/1995), S. 228.

dersprüchen des Systems der kapitalistischen Marktwirtschaft.³⁷³ Umso gefährlicher ist es, dass noch immer keine die Würde aller Menschen respektierende Korrektur ungerechter ökonomischer Strukturen auf der Agenda von Gedenkkultur, Politik und Wissenschaften steht und dass darum rechtsextremistische Ideologien die Möglichkeit behalten, das gesellschaftliche Leben zu vergiften und Blutspuren hinter sich herzuziehen.³⁷⁴

³⁷³ Heinrich August Winkler (2015), S. 2 - 3.

³⁷⁴ Werner Onken (2007c). - Vgl. auch Verlautbarungen eines „Antikapitalistischen Plenums“ in der NPD. - Andrea Röpke & Andreas Speit Hrsg. (2013). - Michael Barthel & Benjamin Jung (2013), S. 46 - 78. - Julian Bruns & Kathrin Glösel & Natascha Strobel (2015).

Kapitel 9

Der Ordoliberalismus der Freiburger Schule als Reaktion auf die totalitären Herrschaftssysteme des Kommunismus und des Nationalsozialismus/Faschismus

9 Der Ordoliberalismus der Freiburger Schule als Reaktion auf die totalitären Herrschaftssysteme des Kommunismus und des Nationalsozialismus/Faschismus

Während der 1930er und 1940er Jahre begann ein Kreis von Ökonomen, Soziologen und Juristen um Walter Eucken (1891-1950), Franz Böhm (1895-1977), Alexander Rüstow (1885-1963) und Wilhelm Röpke (1899-1966) erneut damit, nach einer freiheitlichen Alternative zur Skylla des Laissez-faire-Kapitalismus und zur Charybdis der totalitären Herrschaftssysteme des Kommunismus und des Nationalsozialismus zu suchen. Dabei griffen sie aber nicht auf die frühe Monopolkritik des französischen Aufklärers Sièyes und auf die gedanklichen Vorarbeiten der Frühsozialisten, von Mill und Proudhon sowie von den Bodenrechts- und Geldreformern zurück; allein Franz Oppenheimer konnte eine Nachwirkung auf sie erzielen, die allerdings eng begrenzt blieb.¹ So hat sich Böhm, Eucken, Rüstow und Röpke der Gegensatz zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus noch nicht in seiner ganzen Tragweite erschlossen. Zwar traten sie jeglicher Rechtfertigung von Wettbewerbsbeschränkungen durch private und staatliche Machtballungen entgegen und nach mehr als einem halben Jahrhundert, in dem die Kapitalkonzentration von der Historischen Schule und der Neoklassik sowie vom Marxismus für ein notwendiges Vehikel des technischen Fortschritts gehalten worden war, waren die frühen Ordoliberalen die ersten, die wieder in die Richtung einer Dezentralisierung des Kapitals und an die Schaffung kleinerer und mittlerer Unternehmen dachten. Aber im unbedingten Bestreben, liberale Grundpositionen beizubehalten, scheuten sie davor zurück, zugleich antikapitalistisch zu argumentieren, weil ihnen antikapitalistische Haltungen per se als antiliberal erschienen.

Ursachen der Weltwirtschaftskrise

Die mit dem Crash an der New Yorker Börse im Oktober 1929 einsetzende große Weltwirtschaftskrise war auch für Böhm, Eucken, Rüstow und Röpke jene besondere historische Zäsur, die sie veranlasste, den Glauben an die unsichtbare Hand des Marktes aufzugeben und Funktionsmängel des Laissez-faire-Kapitalismus zu analysieren. Röpkes ausdrücklicher Hinweis, „dass wir nichts zu schaffen haben ... wollen ... mit der Behauptung vom Ende des Kapitalismus und der Weltwirtschaft“, zeigt jedoch, dass ihnen vorerst noch der tiefere Einblick in den Gegensatz zwischen der monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft und einer von Monopolen befreiten nachkapitalistischen Marktwirtschaft fehlte. Immerhin ließ es

¹ Haarmann ging von einem größeren Einfluss Oppenheimers auf die Ordoliberalen aus und hielt es für „wahrscheinlich, dass Oppenheimers Schule mittelbar auch ihre Wirkung auf den berühmter Freiburger hatte“, womit Walter Eucken gemeint war. Vgl. hierzu Moritz Peter Haarmann (2015), S. 75 und 217. – Zum Nachlass von Franz Oppenheimer in den „Central Zionist Archives“ (CZA) in Jerusalem vgl. Claudia Willms (2015).

die „unheimliche Hartnäckigkeit“ der Krise nicht mehr zu, am neoklassischen Vertrauen in die Selbsteilungskräfte des Marktes festzuhalten. Eine „primäre Krise“, die die Wirtschaft vielleicht noch aus eigener Kraft hätte überwinden können, habe sich zu einer „sekundären Krise“ gesteigert und einen „Prozess kumulativen Niedergangs in Bewegung gesetzt“, der sich nicht mehr durch einen selbsttätigen Anpassungsprozess aufhalten ließ. Ähnlich wie Gesell und Keynes machte Röpke hierfür eine „Nachfragekontraktion“ verantwortlich, die „man auf die kurze Formel bringen (kann), dass Einkommensbildung und Einkommensverwendung weit auseinanderklaffen und damit eine Grundvoraussetzung immer wieder vereitelt wird“² - nämlich eine Grundvoraussetzung für eine selbsttätige Rückkehr der Wirtschaft in ihr Gleichgewicht.

Röpke griff allerdings nicht den Gedanken eines „klug geleiteten Kapitalismus“ auf, den Keynes 1926 in seiner Schrift über „Das Ende des Laissez-faire“ dargelegt hatte. Ebenso wenig folgte er Gesells Vorform von Keynes späterer Analyse der „Vorliebe für Liquidität“ und dem Vorschlag, den Liquiditätsvorteil des Geldes durch die Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ zu neutralisieren, um damit Angebot und Nachfrage, Sparen und Investieren in ein stabiles Gleichgewicht zu bringen. Gesell und andere ‚monetary cranks‘ verortete Röpke in einer „sumpfigen Grenzzone des frei schweifenden Abenteuerertums“ und behauptete - ohne dies näher zu begründen - , dass „alle diese monetären Erlösungslehren - unter denen die sogenannte ‚Freigeldlehre‘ Silvio Gesells am bekanntesten ist - ... mit eintöniger Regelmäßigkeit auf Inflation hinaus(laufen).“³

Statt tiefer in die Problematik der zeitweisen Nachfrageunwirksamkeit von Teilen der Geldmenge einzudringen, führte auch Eucken die Ursachen der Weltwirtschaftskrise auf einen „ganz anderen Tatsachenkomplex“ zurück. Der von Lassalle als „Nachwächterstaat“ verhöhnte Minimalstaat der Klassiker sei nämlich im Zuge des Übergangs vom frühen Konkurrenzkapitalismus zum staatlich organisierten Monopolkapitalismus immer mehr zu einem Recht und Macht vermischenden „Wirtschaftsstaat“ geworden, in dem mächtige Interessengruppen den Wettbewerb beschränken und ihre Verbände die Gesetzgebung zu ihren Gunsten beeinflussen. Ohne die Schlüsselrolle des dysfunktionalen kapitalistischen Geldes und der sozialen Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme bei der Verursachung wirtschaftlicher Krisen zu erkennen, blieb die Weltwirtschaftskrise für Eucken lediglich ein „Phänomen, das nur aus der seelischen Lage des Menschen“ zu erklären sei. „Nicht unmittelbar aus dem Kapitalismus selbst heraus sind also die Schwierigkeiten entstanden. Letzten Endes sind es die Massen, unter deren wachsendem Druck ... der Wirtschaftsstaat geschaffen wurde.“⁴ Zu jener Zeit hatte

² Wilhelm Röpke (1933a), S. 556 - 557 und 560 - 561.

³ Wilhelm Röpke (1933b), S. 11 (Einspruch gegen Irving Fishers Verständnis für eine Geldreform), sowie ders. (1937/1954), S. 160.

⁴ Walter Eucken (1932/1997), S. 5 - 24, hier: S. 8 (Seelenverfassung der Menschen) - 10 (Wirtschaftsstaat).

Eucken bereits Kenntnis von Gesells Geldreform, aber in seinem Denken spielte sie keine Rolle.⁵

Eucken wie auch Röpke, der ebenfalls nicht in den Institutionen des Geldwesens, sondern in „antikapitalistischen Massenbewegungen“ die eigentliche Gefahr für die abendländische Kultur sah, und Rüstow begannen fortan, dem von Interessenverbänden beherrschten „interventionistischen Wirtschaftsstaat“ ihre Hoffnung auf einen „starken Staat“ entgegenzustellen.⁶ Vorläufig blieb sie allerdings noch unklar und unter dem Eindruck der Endphase der Weimarer Republik enthielt sie ambivalente Elemente wie ein ausgeprägtes Misstrauen gegen das Gewicht von Wählermassen in einer parlamentarischen Demokratie. Im Hinblick auf den Vormarsch des Nationalsozialismus in die Richtung eines ‚totalen Staates‘ war es nicht unbegründet. Rüstow betrachtete diesen totalen Staat übrigens 1932 noch als direktes Gegenteil einer Staatsallmacht, nämlich als eine Form der „Staatsohnmacht“, die sich aus der Tatsache ergebe, dass der Staat nur noch eine „Beute (von) gierigen Interessenten“ sei.⁷

Das Misstrauen gegen Wählermassen barg freilich auch die Gefahr, in elitäre Denkmuster und Sympathien für eine autoritäre Regierungsform umzuschlagen. Eucken fürchtete 1932, dass in einer Demokratie die „chaotischen Kräfte der Masse“ die Überhand gewinnen könnten. Bei seinen Überlegungen zur Vermassung des modernen Menschen bezog sich Eucken mehr auf Ortega y Gasset's „Aufstand der Massen“ (1929) als auf Gustav Le Bons „Psychologie der Massen“ (1895), dessen psychologisch-anthropologische Studie über die „Massenseele“ und „Kollektivhalluzinationen“ von „Wählermassen“ im „Zeitalter der Massen“ noch an rassentheoretische Studien anknüpfte. Von solchen Bezügen war Ortega y Gasset's Analyse des „Zeitalters der Massen“ mitsamt der „Einteilung der Gesellschaft in Masse und Elite“ und mit den in großen Städten konzentrierten „Durchschnittsmenschen“ frei. Zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise trat Ortega y Gasset sowohl dem Kommunismus als auch dem Faschismus entgegen. „Bolschewismus und Faschismus sind einer wie der andere falsche Morgenröten.“ In Ortega y Gasset's Kritik an der Vermassung der Gesellschaft kam Eucken entgegen, dass sie in die Forderung nach einer „Verkehrsordnung“ für das freiheitliche Zusammenleben der Menschen einmündete. Ortega y Gasset verteidigte die liberale Demokratie nicht als den „besten denkbaren Lebensstypus“, aber doch als die „höchste der bis jetzt bekannten Formen des öffentlichen Lebens. ... Kein Zweifel, dass der Libera-

⁵ Nach Auskunft von Dr. Uwe Dathe, der in der Bibliothek der Friedrich-Schiller-Universität in Jena den Nachlass von Walter Eucken verwaltet, hatte Eucken im Laufe der 1920er Jahre Gesells Denkschrift an die deutschen Gewerkschaften (1922/1992a) in seiner persönlichen Bibliothek und auch einen Aufsatz „Nationale Währungspolitik“ von Gesells Mitarbeiter Theophil Christen, der 1917 in der „Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik“ erschienen war (S. 305 – 319); vgl. eine Email von Uwe Dathe an den Verfasser vom 29.11.2019 im „Archiv für Geld- und Bodenreform“ in der Bibliothek der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg – Korrespondenzakte D.

⁶ Walter Eucken (1932/1997), S. 14 (interventionistischer Wirtschaftsstaat). - Wilhelm Röpke (1933/1962), S. 110 (Bedrohung abendländischer Kultur durch Massenbewegungen).

⁷ Walter Eucken (1932/1997), S. 12. - Alexander Rüstow (1932), S. 171.

lismus des 19. Jahrhunderts überwunden werden muss“ - aber gerade nicht durch antiliberale Kräfte, denn „Europa muss das Wesentliche an seinem Liberalismus bewahren“. Den „gemeinsamen europäischen Fundus“ stellte Ortega y Gasset über „alle Nationalismen“, die ihm als „Sackgassen“ erschienen.⁸ Allerdings brachten weder Ortega y Gasset noch Eucken das Phänomen der Vermassung der Menschen in der modernen Industriegesellschaft und die Herausbildung des „Wirtschaftsstaates“ mit der Konzentration von Geld- und Realkapital und mit der Trennung der Arbeitenden von den Produktionsmitteln in Verbindung.

Unter dem Eindruck der politischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise spielte Rüstow tatsächlich, über Eucken hinausgehend, mit dem Gedanken einer „Diktatur innerhalb der Grenzen der Demokratie“ bzw. einer „befristeten Diktatur ... mit Bewährungsfrist“. Eine Art von Präsidialdemokratie mit vorübergehend beschränkten Rechten des Parlaments sollte den herkömmlichen „Wirtschaftsstaat“ in einen neuen, *über* den Gruppeninteressen stehenden, das Recht wahren und die Wirtschaft gerecht ordnenden Staat überführen. „Der neue Liberalismus fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten.“⁹

Die von Ptak geäußerte Kritik an einer solchen ‚demokratischen Übergangsdiktatur‘ und seine Frage nach deren Legitimation sind zweifellos berechtigt. Auch der Politologe Philip Manow beobachtete Inkonsistenzen in der „frühen formativen Phase des Ordoliberalismus“ und sprach ausdrücklich von einem „ordoliberalen Antiliberalismus“.¹⁰ Aber das damit angesprochene politische Defizit von Röpke, Rüstow und Eucken war nicht allein deren Schwäche, denn bis dahin hatte noch keine einzige ökonomische Denkrichtung oder soziale Bewegung den qualitativen Sprung aus dem (Monopol-)Kapitalismus in eine gerechte Wirtschaftsordnung vorgedacht, in der ein das Allgemeinwohl verkörpernder Rechtsstaat die Privatinteressen zum Ausgleich bringt.¹¹ Immerhin begannen sich Eucken, Böhm, Röpke und Rüstow zunehmend deutlicher vom Paläoliberalismus (grch. paläo = alt) der klassischen und neoklassischen Ökonomie zu distanzieren. Dem frühkapitalistischen

⁸ Gustave Le Bon (1895/1951), S. 2 (Massen), 27 (Wählermassen), 62 – 64 (Rassen) und 150 – 151 (Wählermassen). – Ortega y Gasset (1929/1949), S. 12 und 17 (Massen und Eliten), 22 (Durchschnittsmenschen), 54, 81, 100 (Bolschewismus und Faschismus), 76 (Verkehrsordnung), 102 (das Wesentliche des Liberalismus bewahren) sowie 198 und 201 (Nationalismus und andere Sackgassen).

⁹ Alexander Rüstow (1929/1959), S. 85 – 111, hier: S. 99, und ders. (1932), S. 171 – 172. – Wilhelm Röpke (1933/1962), S. 106 – 110. – Auch Gesell äußerte übrigens während der Großen Inflation 1922 die Idee einer sog. „Befreiungsdiktatur“, bei der eine besondere von Verbänden und Gewerkschaften kontrollierte Instanz wie der Reichswirtschaftsrat neben die fortbestehenden parlamentarischen Regierungs- und Oppositionsgeschäfte treten sollte, welche die Verantwortung für die Durchführung einer Geld- und Bodenrechtsreform übernimmt; vgl. hierzu Werner Onken (1999), S. 85. – Zu Zwiespältigkeiten in der Einstellung der Ordoliberalen zum Staat und zur Demokratie vgl. Moritz Peter Haarmann (2015), S. 231, 236 und 239 – 245.

¹⁰ Philip Manow (2001), S. 179 – 198, hier: S. 179 – 181.

¹¹ Ralf Ptak (2004), S. 38 und 43.

Laissez-faire stellten sie einen „Neoliberalismus“ (Rüstow) mit der Vorstellung eines starken, freie Märkte gerecht ordnenden Rechtsstaates gegenüber.

Kommunismus & Nationalsozialismus

Von Beginn an stand für die Ökonomen, Soziologen und Juristen der „neoliberalen Freiburger Schule“ fest, dass sie weder die kommunistische noch die nationalsozialistische Variante der staatlichen Zentralverwaltung der Wirtschaft als „starken Staat“ anstreben wollten. Ihre Kritik am Kommunismus fiel allerdings deutlicher aus als ihre Kritik am Nationalsozialismus¹², was sich kaum damit erklären lässt, dass die Theorien von Marx & Engels und ihrer Nachfolger sowie die revolutionäre Entwicklung in Russland schon mit etwas mehr zeitlichem Abstand beurteilt werden konnten als die Wirtschaftspolitik des NS-Staates. Auch die Grundmuster des Faschismus konnten schon seit den frühen 1920er Jahren, also etwa zeitgleich mit der „Neuen Ökonomischen Politik“ in Russland, in Italien beobachtet werden.

Erst mit der Aufrichtung der NS-Diktatur in Deutschland trat die Unvereinbarkeit von Neoliberalismus und Nationalsozialismus deutlicher hervor. Während Alexander Rüstow im Sommer 1933 ins türkische Exil ging und während des Krieges eine Verbindung zwischen Widerstandskämpfern des Kreisauer Kreises und dem US-amerikanischen Geheimdienst herstellte, folgte ihm Wilhelm Röpke zunächst in die Türkei, wo er wie Rüstow an der Universität Istanbul lehrte.¹³ 1937 zog Röpke weiter in die Schweiz, um an der Universität Genf zu lehren. Der in Deutschland gebliebene Walter Eucken hatte eine Professur an der Universität Freiburg inne und stand unter ständiger Observation der Gestapo, weil er mit einer Jüdin verheiratet war und weil er der unter dem Universitätsrektor Martin Heidegger eingeführten nationalsozialistischen Universitätsverfassung offen widersprochen hatte. Auch für Franz Böhm, der sich seit den frühen 1930er Jahren gegen Antisemitismus und Judenverfolgung gewandt hatte, wurde der Verbleib in Deutschland zu einer Gratwanderung zwischen Anpassung und Widerstand. Obgleich ihm 1940 die Lehrbefugnis entzogen wurde, schloss sich Böhm dem Freiburger Bonhoeffer-Kreis an. Er gehörte außerdem zum Kreis der Berater von Carl Friedrich Goerdeler, der nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 Wirtschaftsminister hätte werden sollen. Nur einer Namensverwechslung verdankte es Böhm, dass er nach dem Scheitern des Attentats nicht verhaftet und ermordet wurde.

Gleichwohl blieben neoliberale Publikationen auch in Deutschland möglich, weshalb gegen eine Zuordnung des frühen Neoliberalismus zum bürgerlichen Widerstand gegen die NS-Tyrannie der Einwand erhoben wurde, dass „eine selbstkritische Aufarbeitung des Verhältnisses zwischen dem Neoliberalismus und Natio-

¹² 1932 kritisierte Eucken nur erst die von Marx vorgedachte Variante einer staatlichen Zentralverwaltungswirtschaft; vgl. Walter Eucken (1932), S. 12.

¹³ Helge Peukert (1993), S. 66 - 67.

nalsozialismus ... nicht einmal in Ansätzen existiert.“¹⁴ Obwohl Röpke sich vor 1933 kritisch zu Publikationen der Konservativen Revolution geäußert hatte, gab es danach von neoliberaler Seite tatsächlich keine detaillierte Auseinandersetzung mit den wirtschaftspolitischen Ansichten der Konservativen Revolution und der NS-Ideologie, die mit den Kritiken an Marx vergleichbar gewesen wäre.

Bei aller „Sensibilität dieses Themenkomplexes“ (Ptak¹⁵) besteht kein Zweifel, dass der Neoliberalismus nicht mit der NS-Ideologie vereinbar war. Der Neoliberalismus lehnte nicht nur den Nationalsozialismus und den Kommunismus als extreme Formen der staatlichen Lenkung der Wirtschaft ab, sondern er wandte sich bereits gegen gemäßigtere Formen des Intervenierens demokratischer Staaten in das Geschehen auf monopolistischen Märkten und auch gegen eine staatliche Globalsteuerung der Wirtschaft. Schumpeters zwiespältige Bewunderung für den „Kolossalkapitalismus American Style“ und dessen Glaube, eine rationale sozialistische Planung könne auf einer (vermeintlich) objektiven Quantifizierung von Arbeitswerten gegründet werden, erschien Röpke und den Neoliberalen ebenso abwegig wie Keynes' antizyklische Fiskalpolitik mit kreditfinanzierten Beschäftigungsprogrammen. Dabei hielten sie nicht nur das staatliche Deficitspending, sondern auch Keynes' Hinweis auf die „Vorliebe für Liquidität“ und die potenzielle Nachfrageunwirksamkeit von Teilen der Geldmenge für grundsätzlich verfehlt.¹⁶

Vom Verdrängungs- zum Leistungswettbewerb

Anstelle einer mehr oder weniger weit gehenden Einflussnahme eines Interventions- und Wohlfahrtsstaates auf wirtschaftliche Vorgänge wollte die „Freiburger Schule“ die Freiheit der Märkte in eine rechtsstaatliche Rahmenordnung einbetten und innerhalb einer solchen Ordnung sollte dann der monopolkapitalistische Wildwuchs mit seinem rücksichtslosen Verdrängungswettbewerb in eine gerechte Ordnung frei bleibender Märkte mit einem echten Leistungswettbewerb zwischen vielen kleineren und mittleren Unternehmen übergehen. Nachdem grundlegende Beiträge zum Neoliberalismus nicht mehr nur in Büchern, sondern auch in dem 1948 von Böhm und Eucken gegründeten „Ordo - Jahrbuch zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ erschienen waren, wurde der 1938 von Rüstow geprägte Begriff Neoliberalismus in den frühen 1950er Jahren durch den Begriff „Ordolibe-

¹⁴ Ralf Ptak (2004), S. 62 - 72, hier: S. 73. Vgl. hierzu auch die andere, von Ptak nicht hinzugezogene Bewertung von Daniela Rüter (2002).

¹⁵ Ralf Ptak (2004), S. 73.

¹⁶ Zu Schumpeter vgl. Wilhelm Röpke (1948a), S. 277 - 280 (kritische Rezension zu Schumpeters Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, das Röpke trotz seiner Achtung vor Schumpeter als „Meister der ökonomischen Theorie“ als ein „seltsames Buch“ empfand). - Zu Keynes vgl. Albert Hahn (1949), S. 180 - 181 („Es bedarf keiner großen Phantasie, um zu prophezeien, dass es zu Deflationen aus Geldhortungsgründen in unserem Zeitalter der reinen Papierwährungen und des mit Staatsanleihen vollgepfropften Banksystems nie mehr kommen wird. Es wird in Zukunft kein Geld mehr in ‚Todesfällen‘ verschwinden.“ - Vgl. außerdem Walter Eucken (1952), S. 286 und 350 - 351.

ralismus“ ersetzt. Dennoch ergaben die vielfältigen Beiträge zum Ordoliberalismus noch kein in sich homogenes Gesamtbild. Den Verschiedenheiten seiner Vordenker entsprechend blieb der Ordoliberalismus ein in sich heterogenes Gebilde. Außerdem entwickelte er noch keine tragfähige Ordnung des Geldwesens und des Bodenrechts und blieb darum anfällig für seine Aushöhlung durch neu erstarkende paläoliberalen Einflüsse, die von Ludwig von Mises (1881-1973) und Friedrich August von Hayek (1889-1992) ausgingen. Nach der Währungsreform 1948 in Westdeutschland kamen besonders durch den Ökonomen und Religionssoziologen Alfred Müller-Armack (1901-1978) sowie den Ökonomen und Wirtschaftspolitiker Ludwig Erhard (1897-1977) auch noch realpolitisch-pragmatische Tendenzen hinzu, die kapitalistisch vermachtete Marktwirtschaft zu restaurieren und sie als „Soziale Marktwirtschaft“ (Müller-Armack) zu verbrämen - mit der Folge, dass sich der Mythos eines sozial gebändigten Kapitalismus ausbreiten konnte.

9.1 Die theoretischen Grundlagen des Ordoliberalismus

Die gedanklichen Fundamente des Neo- bzw. späteren Ordoliberalismus wurden während der NS-Diktatur in Deutschland hauptsächlich durch Franz Böhm und Walter Eucken und im türkischen bzw. schweizerischen Exil durch Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke gelegt. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsjuristen Hans Großmann-Doerth (1894-1944) gründeten Böhm und Eucken 1937 die „Freiburger Schule“ der Ökonomie und gaben als deren Diskussionsforum die Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“ heraus.

Im Editorial „Unsere Aufgabe“ grenzten sich die drei Herausgeber von der besonders von Gustav Schmoller geprägten, in Deutschland vorherrschenden Historischen Schule der Ökonomie ab. Sie beklagten, dass die Historische Schule ebenso wie vor ihr die Romantiker der Ökonomie und nach ihr der sog. „jungkonservative Tat-Kreis“ den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften keine Orientierung für die Erfüllung ihrer Hauptaufgabe gegeben hatten, anstelle des „selbst geschaffenen Rechts der Wirtschaft“ eine über den privatwirtschaftlichen Interessen stehende und nicht von „wirtschaftlichen Machtgruppen“ verbogene Gesamtordnung von Wirtschaft und Recht zu gestalten. „Die grundsätzliche und gleichzeitig praktisch entscheidende Frage, ob durch die Monopolbildungen nicht die Gesamtordnung der Wirtschaft zerstört wird, wurde nur gestreift, nicht ernsthaft gestellt. ... Die Historische Schule beugte sich in echt relativistischem Opportunismus vor der Tatsache der Monopole, vermied es, das Kernproblem aufzuwerfen und blieb an der Oberfläche haften.“¹⁷

Die Neoklassik kritisierten Böhm, Eucken und Großmann-Doerth allerdings nicht in gleicher Weise wie die Historische Schule. Sie vermieden es auch offen darauf

¹⁷ Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth (1937), S. IX - XII (Historismus, Romantik und Tat-Kreis; von der Wirtschaft selbst geschaffenes Recht) und XV (Opportunismus der Historischen Schule).

hinzuweisen, dass ihre Vorstellungen von einer interessenneutralen „Wirtschaftsverfassung“, die alle „auf's Engste miteinander verknüpften Teilerscheinungen“ der Wirtschaft in die innere Ordnung einer „höheren Einheit“ bringt, im Widerspruch zur Ideologie und Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus standen. Immerhin ließen sie eine unspezifische Abneigung gegen „den Nebel frei schwebender Ideologien“ durchblicken und wandten sich auch gegen „Nietzsches Lehre vom Herrenmenschen“.¹⁸ Und bei aller Distanz zum „Erbe des bürgerlichen Zeitalters“ stimmten Böhm, Eucken und Großmann-Doerth nicht in antiliberalen Ressentiments der NS-Ideologie und deren Motto „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ mit ein. Und die anderthalb Jahrhunderte des Laissez-faire-Kapitalismus betrachteten sie schon gar nicht als eine Epoche des völkischen Zerfalls. Ihr offen erklärtes Ziel war es vielmehr, die persönliche Freiheit der einzelnen Individuen in eine herrschaftsfreie Rechtsordnung einzufügen - und zwar auf freiheitliche Weise. „Die Bewegungsfreiheit der Persönlichkeit ... verträgt sich nicht ... mit dem Prinzip der befehlsmäßigen, unmittelbar lenkenden Reglementierung“ durch einen autoritären Staat. Eine „Bändigung der Freiheit“ könne nur mit einer „mittelbaren Lenkung“ durch eine interessenneutrale Rechtsordnung gelingen, also durch eine Rechtsordnung, die den „Primat der Politik“ vor die Interessen der Wirtschaft stellt.¹⁹

Von der Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“ konnten insgesamt vier Ausgaben erscheinen. Nachdem Großmann-Doerth im Krieg als Oberstleutnant ums Leben gekommen war, gründeten Böhm und Eucken die Schriftenreihe 1948 neu als „Ordo - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“.

9.1.1 Franz Böhm - Wettbewerb oder Kampf der Monopole

Die früheste neoliberale Kritik an der Vermachtung der Märkte im Laissez-faire-Kapitalismus und erste Überlegungen zur Befreiung der Märkte von Monopolen hatte Franz Böhm bereits kurz vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise geäußert. In einem Aufsatz „Der Problem der privaten Macht“ (1928) war er der verbreiteten Ansicht entgegengetreten, wonach Monopole im Interesse des technischen Fortschritts unerlässlich seien. Eine ein Jahr zuvor im Parlament verabschiedete „Kartellverordnung gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Macht“ hielt Böhm für völlig unzureichend, um den „Monopolismus“ der Kartelle und Trusts wirksam bekämpfen zu können. Er beklagte eine „erstaunliche Vernachlässigung des ganzen Gebiets durch die Rechtswissenschaft“. Sie habe zusammen mit der Rechtsprechung

¹⁸ Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth (1937), S. XVII - XVIII (Nietzsche und Ideologien).

¹⁹ Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth (1937), S. 3 - 6 (befehlsmäßige Reglementierung), 9 (mittelbare Lenkung) und 11 (Primat der Politik). - Vgl. auch Moritz Peter Haarmann (2015).

„der Monopolbewegung erst das Heimatrecht in unserer Wirtschafts- und Privatrechtsverfassung gesichert.“²⁰

In seinen beiden 1933 erschienenen Schriften „Wettbewerb und Monopolkampf“ und „Kartelle und Koalitionsfreiheit“ untersuchte Böhm als Jurist die aktien- und kartellrechtlichen Entwicklungen, die der fortschreitenden Monopolisierung der Wirtschaft Tür und Tor öffneten. Dies war zweifellos notwendig; allerdings hatte er nicht zugleich auch die Kapitalakkumulation und -konzentration im Blick, in der die ökonomischen Antriebskräfte der Monopolisierung der Wirtschaft wurzelten. Auch in seiner Schrift „Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung“, die 1937 im Heft 1 der Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“ erschien, brachte Böhm die innere Widersprüchlichkeit der Marktwirtschaft - er und andere Neoliberale verwendeten dafür fortan auch häufig den Ausdruck „Verkehrswirtschaft“ - nicht mit der Kapitalakkumulation und der sozialen Ungleichheit in Verbindung. Für ihn bestand das Problem allein darin, dass die *Gewerbefreiheit* noch nicht im erforderlichen Maße zugleich auch eine *Gewerbeordnung* war. So konnten Böhm zufolge einzelne Wirtschaftsakteure entweder auf ganz legale Weise „im Rahmen der sich ... vollziehenden Größenentwicklung in den Markteinfluss hineinwachsen“ oder sie konnten Marktmacht auch auf andere Weise erlangen, indem sie sich „in der Absicht zusammenschließen, den Wettbewerb untereinander ganz oder in gewissen Richtungen (...) auszuschalten und einen kollektiven Einfluss auf die Gestaltung der Märkte zu gewinnen. Hier wächst also der Markteinfluss nicht im Zuge der normalen Wirtschaftsentwicklung zu, sondern hier ist er vielmehr das Ergebnis eines auf Erzielung von Marktmacht gerichteten Willens und einer planmäßigen Organisation.“²¹ Was Böhm als einen „wohlüberlegten Angriff auf die öffentliche Ordnung der Wettbewerbswirtschaft“ empfand, erinnert übrigens sehr an den warnenden Hinweis von Adam Smith, dass „Geschäftsleute des gleichen Gewerbes selten ... zusammen kommen ..., ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise erhöhen kann.“²²

Davon abgesehen betrachtete Böhm auch die real existierenden Formen der menschlichen Arbeit und der Arbeitsteilung sowie des technischen Fortschritts als Ausdrucksformen der „normalen Wirtschaftsentwicklung“ und nicht zugleich auch als Auswirkungen von Kapitalakkumulation und sozialer Ungleichheit.²³ Dementsprechend bestand für ihn die Aufgabe der Wirtschaftspolitik auch ‚nur‘ darin, die *Gewerbefreiheit* in eine den Wettbewerb sichernde und Monopole ausschließende *Gewerbeordnung* einzubinden, damit sie ausschließlich zur Anhebung eines allgemeinen Wohlstands führt und nicht mehr die „doppelte Wirkung“ haben kann, dass einzelne Akteure ihre Sonderinteressen auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen

²⁰ Franz Böhm (1928/2007), S. 14 - 17.

²¹ Franz Böhm (1937), S. 16 - 18 und 141 - 142.

²² Franz Böhm (1937), S. 142, und Adam Smith (1976/1978), S. 112.

²³ Franz Böhm (1937), S. 16 (menschliche Arbeitskraft), 18 (technischer Fortschritt), 142 (normale Wirtschaftsentwicklung).

können. Von einer Befreiung der Märkte von monopolistischen Machtpositionen einzelner Geschäftsleute erhoffte sich Böhm eine Überwindung der negativen Begleiterscheinungen, mit denen die moderne Verkehrswirtschaft in ihrer laissez-faire-kapitalistischen Form einher gegangen war: „Anarchie, Ausbeutungspolitik, Kampf aller gegen alle, Ellbogenbrutalität, Glorifizierung des wirtschaftlichen Egoismus, Zerfall aller echten Gemeinschaftskultur, Massenballung statt Gemeinschaft.“²⁴

Diesen Fehlentwicklungen begegnete Böhm nicht nur mit „Schlagworten (wie) Materialismus, Rationalismus und Individualismus“. Statt auf menschliche Schwächen führte er sie auf das Fehlen einer die menschliche Gesellschaft gerecht strukturierenden Rechtsordnung der persönlichen Freiheit zurück. Im Gegensatz zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik betonte Böhm, dass eine solche Rechtsordnung nicht jene „kombinierte Verfassung“ sein könne, welche „Wettbewerb und autoritären Befehl“ miteinander verbinde, und er äußerte auch Vorbehalte gegen die Kartellgesetze des NS-Staates.²⁵ Aufgrund der Erfahrungen mit der Hyperinflation der frühen 1920er Jahre und mit der Deflationskrise der Weltwirtschaft ab 1929 plädierte Böhm übrigens auch schon dafür, dass eine den Wettbewerb und die machtfreie Bildung von Marktpreisen sichernde Geld-, Kredit- und Währungspolitik Bestandteil einer echten „Gesamtwirtschaftsverfassung“ werden sollte. Die Kaufkraft der Währungen sollte stabil gehalten werden und Böhm hielt die Gesamtheit der Marktpreise sogar für eine „Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters“.²⁶ Jedoch lagen Keynes' Überlegungen über die Liquiditätspräferenz des Geldes und die Notwendigkeit, die Nachfragewirksamkeit des Geldes zu gewährleisten, für ihn noch in weiter Ferne. Trotz solcher Unvollkommenheiten blieb Böhms „Ergebnis“ richtungweisend für den weiteren Neo- bzw. Ordoliberalismus, dass nämlich „die Wirtschaftsordnung partikularen privaten Markteinfluss nicht dulden darf.“²⁷

Nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft erhielt Böhm einen Lehrstuhl an der Universität Frankfurt und war während der frühen Nachkriegsjahre auch zeitweise deren Rektor. Zu jener Zeit forderte sogar die CDU in der britischen Besatzungszone in ihrem „Ahlener Programm“ vom Februar 1947 einen Übergang zu einer „gemeinwirtschaftlichen Ordnung“ mit vergesellschafteten Großbanken, Bergwerken und Schlüsselindustrien. „Konzerne und ähnliche wirtschaftliche Gebilde, die nicht technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, sind zu entflechten und in selbständige Einzelunternehmungen zu überführen.“²⁸

²⁴ Franz Böhm (1937), S. 20 (doppelte Wirkung der Gewerbefreiheit) und 47 (Begleiterscheinungen des Laissez-faire-Kapitalismus).

²⁵ Franz Böhm (1937), S. 19 (Materialismus, Rationalismus und Individualismus) und 75 - 76 (keine kombinierte Verfassung aus Wettbewerb und autoritärem Befehl); vgl. auch S. 95 - 102.

²⁶ Franz Böhm (1937), S. 88 (Gesamtwirtschaftsverfassung), 137 (Geld-, Kredit- und Währungspolitik) und 141 (Preisbildung als öffentlich-rechtliche Angelegenheit).

²⁷ Franz Böhm (1937), S. 145.

²⁸ Ahlener Programm der CDU in der britischen Besatzungszone vom 3.2.1947, auf der Website

Noch entschiedener als die CDU in ihrem „Ahlener Programm“ setzte sich Böhm für eine „Kartellauflösung und Konzernentflechtung“ - so der Titel eines 1947 erschienenen Aufsatzes von ihm - ein. Darin wandte er sich gegen Kartelle, Konzerne und Trusts als „wildwachsende Machtgebilde“, wobei es ihm mehr um deren ökonomische Macht auf Märkten ging als um deren innerbetriebliche Macht über ihre Arbeiter und Angestellten oder um ihre politischen Einflussmöglichkeiten. Die Vermachtung der Märkte durch Kartelle und Konzerne war für Böhm grundsätzlich von Übel und nicht zuletzt war es auch sie gewesen, die in der Zwischenkriegszeit „es Hitler und dem Nationalsozialismus ganz außerordentlich erleichtert haben, die gesamte deutsche Wirtschaft, insbesondere die Schwerindustrie, in die Gewalt zu bekommen, die bisher preisgesteuerte Wirtschaft in eine politisch gesteuerte Kommandowirtschaft umzuwandeln und mit Hilfe dieses durchorganisierten und durchdisziplinierten Apparates eine mindestens in ihren Anfängen erfolgreich geheim gehaltene Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungspolitik durchzuführen. ... Die privaten Kartelle und Konzerne von 1932 bis 1936 waren die Kader für die öffentlich-hoheitsrechtlichen Lenkungsstellen der Göringschen Vierjahresplanwirtschaft.“²⁹

Die historische Erfahrung, dass sich die von privaten Machtgebilden durchgesetzte Wirtschaft der Zwischenkriegszeit als „Schrittmacher für die Überführung eines freien in ein autoritäres Wirtschaftssystem erwiesen“ hatte und sich zum Fundament von Hitlers Herrschaft und Kriegführung hatte ausbauen lassen, war für Böhm auch ein Beweis, dass der „Organisierte Kapitalismus“ mit monopolistischen Großunternehmen und Unternehmenszusammenschlüssen kein Zwischenschritt zu einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft sein konnte. „Denn mag nun das Kommandosystem ein nationalsozialistisches oder sozialistisches oder kommunistisches sein, entscheidend ist, dass jedes Kommandosystem einen überaus starken Machtapparat besitzt ..., dass der Kampf um die Besetzung der entscheidenden Machtstellen notwendig immer ein oligarchischer, von der Öffentlichkeit weder zu kontrollierender noch zu verhindernder Vorgang ist.“³⁰ Anders als die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung erhob Böhm deshalb auch nicht die Forderung, die unternehmerischen Entscheidungen in fortbestehenden Großunternehmen und Unternehmenszusammenschlüssen zu demokratisieren, indem sie „mit parlamentsähnlichen Beschlusskörpern, zusammengesetzt aus Vertretern der Unternehmer, der Arbeiter und der Verbraucher“ ausgestattet werden. Anstelle des Bestrebens, in Unternehmen und Unternehmenszusammenschlüssen mit hochgradig konzentriertem Kapital die Macht des Kapitals und die Gegenmacht der Arbeit in eine Balance zu bringen, wollte Böhm den gesamten Trend zur Konzentration privater Marktmacht umkehren, Konzerne entflechten

<http://www.kas.de/wf/de/33.813/> [Zugriff: 23.12.2014].

²⁹ Franz Böhm (1947/2007), S. 60 (Marktmacht), 64 (wildwachsende Machtgebilde) und 86 - 87 (Kartelle und Konzerne als Wegbereiter der nationalsozialistischen Kommandowirtschaft).

³⁰ Franz Böhm (1947/2007), S. 87 - 88.

und, so weit möglich, eine Vielfalt kleiner und mittlerer Unternehmen schaffen, die allesamt gleichermaßen ohnmächtig auf den Märkten agieren. „Es genügt nicht etwa, dass beide“ - gemeint waren Kapital und Arbeit - „gleich mächtig sind. Sie müssen vielmehr beide im Zustand der Machtlosigkeit sein. ... Dieser Zustand ... wird als die Marktform der allseitigen vollständigen Konkurrenz bezeichnet. ... Kein Marktteilnehmer ist Hammer, keiner Amboss.“³¹

Zwar sind die Marktakteure in einer arbeitsteiligen Marktwirtschaft mit vollständiger Konkurrenz alle *sachlich aufeinander angewiesen*, um sich gegenseitig mit den Produkten ihrer spezialisierten Arbeiten zu versorgen, aber dennoch sind sie *persönlich voneinander unabhängig*. Niemand kann bei vollständiger Konkurrenz einem anderen Akteur auf den Märkten seinen Willen aufzwingen. Der Marktein- und -austritt ist völlig frei und die Koordination allen individuell selbstständigen wirtschaftlichen Handelns wird statt durch eine hierarchisch übergeordnete Planungsbürokratie durch den dezentralen Preiskosmos koordiniert, der unendlich viele Marktinformationen selbsttätig bündelt, verarbeitet und den Marktakteuren herrschaftsfreie Orientierungen für ihr selbstverantwortliches Handeln gibt. Böhm charakterisierte das Netzwerk von sich selbst ordnenden Marktpreisen als einen „gleichsam unpersönlichen, anonymen Gesamtwillen“, der an Freiheitlichkeit und Präzision „weit über das hinausgeht, was bewusst planendem menschlichem Geist und Willen erreichbar ist.“ Dieser sich durch eine freie Marktpreisbildung vollziehende „riesenhafte Ausgleichsprozess zwischen zahllosen individuell verschieden gelagerten Interessen zahlloser ohnmächtiger Marktbeteiligter“ erschien ihm als die „vollkommenste Demokratie“ in der Wirtschaft.³² Sie könne freilich nur unter der Voraussetzung funktionieren, „dass die Bedingungen der doppelseitigen vollständigen Konkurrenz gegeben sind.“ Sobald irgendein Unternehmen eine private Marktmacht erlangt, wird die Gerechtigkeit des gegenseitigen „wertgleichen“ Leistungsaustausches verletzt und das System der Marktpreise kann dann auch seine gesamtwirtschaftliche Koordinations- und Lenkungsfunktion nicht mehr erfüllen. „Die Marktpreise sind keine reinen Wettbewerbspreise mehr, sondern enthalten eine Beimischung von Diktat. ... In dem Grade, in dem sich Machtbildungen häufen, büßt das Preissystem an wirtschaftssteuernder Kraft ein.“³³

Was Böhm allerdings noch nicht erkannte, war der Umstand, dass den Preisbildungsprozessen in einer mono- und oligopolistisch vermachteten kapitalistischen Marktwirtschaft nicht nur von den Inhabern von Machtpositionen ein Element autokratischen Diktierens von Preisen beigemischt wird. Vielmehr sind dem

³¹ Franz Böhm (1947/2007), S. 64 (Vorbehalte gegen eine „Demokratisierung“ der Macht von Unternehmen), 68 - 69 (allseitige Machtlosigkeit und vollständige Konkurrenz).

³² Franz Böhm (1947/2007), S. 69 (Marktpreisbildung als unpersönlicher Gesamtwillen) - 70, 74 (Marktpreise als vollkommenste Demokratie) und 78 (Koordination der Einzelpläne ohne Gesamtplan).

³³ Franz Böhm (1947/2007), S. 67 (gerechte Preise, wertgleicher Tausch von Leistung und Gegenleistung und sinnvolle Koordination der Einzelpläne), 70 (Abwesenheit von Willkür und Zwang als Voraussetzung für die Vollständigkeit der Konkurrenz), 76 und 78 (Preise enthalten eine Beimischung von Diktat).

gesamten Preiskosmos mit der privat vereinnahmten Bodenrente sowie dem Geld- und Realkapitalzins leistungsfremde Kostenfaktoren beigemischt, die einen noch tiefer liegenden, nicht sichtbaren strukturellen Nährboden für die Entstehung von privatwirtschaftlicher Macht und ihre Zusammenballung in Kartellen, Trusts und Konzernen bilden, welche sodann - äußerlich sichtbar - die Märkte mono- und oligopolistisch vermachten und je nach dem Ausmaß von deren Schiefelage imstande sind, Preise so zu diktieren, dass sie keinen leistungsrechten Austausch von Gütern mehr bewirken und auch die Produktion nicht mehr bedarfsgerecht steuern können.

Auch ohne das ganze Ausmaß der Gefahr einer Vermachtung der Märkte zu überblicken, erschien Böhm bereits der äußerlich erkennbare Teil dieser Gefahr als so groß, dass er die unbedingte Notwendigkeit hervorhob, nicht nur einen Missbrauch von privatwirtschaftlicher Macht verhindern zu wollen, sondern ihre Entstehung von vornherein zu unterbinden. „Die Gefahr für die Wettbewerbsordnung und der Erfolg der Systemzerrüttung und Systemverfälschung treten vielmehr schon dann ein, wenn wirtschaftliche Macht überhaupt entsteht.“ Mit allen Mitteln des Rechts (des Gesellschafts-, Patent-, Konkurs-, Steuer-, Währungs- und Verkehrsrechts), der Politik und der Verwaltung gelte es, die Entstehung von privatwirtschaftlicher Macht zu verhindern und bereits entstandene Machtgebilde wieder zurückzubilden oder wenigstens „auf ein Mindestmaß ... zurückzudrücken“ und das restliche „Machtminimum ... der straffsten Staatsaufsicht zu unterstellen“, damit die Inhaber dieser Macht sich so verhalten, als „wenn sie in einem wirksamen Leistungswettbewerb wären (Politik des ‚als ob‘).“ Oberstes Gebot sei eine „Entprivatisierung der dann noch verbleibenden Marktmacht“.³⁴

Als Mitglied der CDU nahm Franz Böhm an den Debatten im Wissenschaftlichen Beirat des späteren Bundeswirtschaftsministeriums teil, die der westdeutschen Währungsreform vom Juni 1948 und dem Übergang zur sog. Sozialen Marktwirtschaft vorausgingen. In den darauf folgenden Jahren gehörte er dem Deutschen Bundestag an und setzte sich - auch im Sinne der von den Alliierten geforderten Entflechtung von Konzernen - für eine wirtschaftliche Macht zerstreuernde Wettbewerbspolitik ein, als der Wirtschaftsminister Ludwig Erhard trotz aller Wettbewerbsrhetorik de facto vom ordoliberalen Ziel einer vollständigen Konkurrenz abrückte und unter dem Druck von Industrieverbänden nur noch den ‚Missbrauch‘ von wirtschaftlicher Macht bekämpfen, aber nicht mehr deren Entstehung verhindern wollte. Dem trat Böhm mit seinem Buch „Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung“ (1950) und später nochmals mit seinen Studien „Das Janusgesicht der Konzentration“ und „Die Kapitalgesellschaft als Instrument der Unternehmenszusammenfassung“ entgegen.³⁵

³⁴ Franz Böhm (1947/2007), S. 79 - 82.

³⁵ Böhm wirkte an der Formulierung eines „Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung des Leistungswettbewerbs“ mit, der als „sog. Josten-Entwurf vom 5.7.1949“ im Bundestag debattiert wurde. Dieser Entwurf kam nicht mehr zum Tragen, als jenem Roland Risse die Verantwortung für das westdeutsche Kartellrecht übertragen wurde, der bereits während der NS-Diktatur als Lobbyist der Industrie Kartell-

Außerdem mahnte Franz Böhm frühzeitig, dass die Maßnahmen zur Entnazifizierung der Bevölkerung in Deutschland nicht ausgereicht hätten, den Antisemitismus zu überwinden. Er befürchtete, dass die „alte Garde von Aktivisten ... nach Ablauf der Schrecksekunde“ wieder hervortreten würde. „Wir mussten damit rechnen, dass ein beträchtlicher Bodensatz von Antisemitismus übriggeblieben war und dass wir uns mit dem wiederauflebenden Antisemitismus würden auseinandersetzen müssen.“ In den frühen Nachkriegsjahren gehörte Böhm zu den Mitgründern der „Frankfurter Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“. Um Verantwortung für „so beispiellose Verbrechen“ des NS-Regimes mit zu übernehmen und um die Auseinandersetzung mit „antisemitischen Rohheitsakten“ zu fördern, übernahm er 1952 die Leitung der deutschen Delegation bei den Verhandlungen zwischen Israel, den jüdischen Weltverbänden und der Bundesrepublik Deutschland über Wiedergutmachungsleistungen.³⁶

9.1.2 Walter Eucken und das „Modell der vollständigen Konkurrenz“

Nachdem sich Walter Eucken während seines Studiums intensiv mit dem Methodenstreit zwischen der Historischen Schule und der Neoklassik auseinandergesetzt hatte, ging es ihm in seiner eigenen wissenschaftlichen Laufbahn³⁷ darum, weder bloß wirtschafts- und sozialgeschichtliche Details zu beschreiben noch formal elegante, aber realitätsferne mathematische Gleichgewichtsmodelle zu

politik betrieben hatte. Zur Durchsetzung einer kartellfreundlichen Politik trug auch Rudolf Isay bei, der schon vor 1933 Leiter der Kartellstelle im Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) gewesen war und der in den frühen 1950er Jahren für den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) tätig war. Vgl. hierzu Traugott Roser & Walter Oswalt (2007), S. 227 - 234. - Zu weiteren Publikationen von Franz Böhm vgl. die Website <http://www.eucken.de/freiburger-tradition/franz-boehm/bibliographie-von-franz-boehm.html> (Zugriff: 11.1.2015).

³⁶ Franz Böhm (1950/2007), S. 126 - 127. - Vgl. auch Franz Böhm (1960), S. 241 - 257. - Vgl. außerdem Traugott Roser & Walter Oswalt Hrsg. (2007), S. 243 - 261, hier: S. 244. - Etwa zur selben Zeit fand in London eine Konferenz statt, bei der die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und Deutschland über Reparationsleistungen verhandelten. Mit einem weitgehenden Schuldenerlass wurde Deutschland der wirtschaftliche Neubeginn sehr erleichtert. Verhandlungsführer auf deutscher Seite war übrigens der Großbankier Hermann Josef Abs, der bis 1945 dem Vorstand der Deutschen Bank und dem Aufsichtsrat der IG Farben Höchst angehört hatte und der die Deutsche Bank ab 1952 als Vorstandsvorsitzender leitete. Abs lehnte Wiedergutmachungen an Israel und die jüdischen Weltverbände ab. Später wurde bekannt, dass die Deutsche Bank maßgeblich bei der Finanzierung des Konzentrationslagers Auschwitz mitwirkte. Vgl. Traugott Roser & Walter Oswalt Hrsg. (2007), S. 250 - 251.

³⁷ Sowohl promoviert als auch habilitiert wurde Walter Eucken von dem Berliner Ökonomen Prof. Dr. Hermann Schumacher, dem Vater von Ernst Friedrich Schumacher, der später das Leopold Kohrsche Leitbild „Small is beautiful“ popularisierte. Als Vertreter der Historischen Schule dürfte Hermann Schumacher jedoch weder Anregungen zu ordoliberalen Denken noch Anregungen zu „small is beautiful“-Vorstellungen gegeben haben. Zu Hermann Schumacher vgl. Erich Welter (1952), S. 6; Nils Goldschmidt (2001), S. 163 - 186 sowie 80 - 91 (Philosophie von Rudolf Eucken) und ders. (2005), S. 53 - 93. - Zum Einfluss der Philosophie seines Vaters Rudolf Eucken auf Walter Eucken vgl. Philip Manow (2001), S. 187, und Michael Schäfer (2014), S. 303 - 318.

entwickeln. Stattdessen machte es sich Eucken in zwei den Ordoliberalismus ökonomisch konstituierenden Werken zur Aufgabe, die „große Antinomie“ zwischen der Geschichte und der ökonomischen Theorie zu überwinden, die Konzentration von wirtschaftlicher Macht anhand einer neuen historisch fundierten Theorie kritisch zu durchleuchten und ein Denken in möglichst machtfreien Ordnungen der Märkte in die Ökonomie einzuführen.

„Grundlagen der Nationalökonomie“ (1940)

Im ersten seiner beiden wichtigsten Werke, das gleichsam in innerer Emigration entstand und während des Zweiten Weltkriegs im NS-Staat erscheinen konnte, obwohl es keine Zugeständnisse an die nationalsozialistische Ideologie enthielt, wollte Eucken wirtschaftsgeschichtliche Details und eine wirklichkeitsorientierte Theorie zu einer „Wirtschaftsmorphologie“ verbinden, die es ermöglicht, die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Menschen „aus der Vogelperspektive“ zu betrachten und dabei durch die äußerlich sichtbaren Phänomene hindurch bis in ihre tiefere und darum nicht sichtbare strukturelle, innere Ordnung bzw. Unordnung zu blicken. „Würden wir von oben die Erde betrachten und das erstaunliche Gewimmel von Menschen, die Verschiedenheit der Beschäftigungen, das Ineinandergreifen der Tätigkeiten und den Strom der Güter sehen, so wäre die erste Frage, die wir stellen würden: im Rahmen welcher Ordnung vollzieht sich alles dieses?“³⁸

Eucken unterschied zwei elementare Grundmuster wirtschaftlicher Ordnungen voneinander:

- zum einen eine zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung, in der eine wie auch immer legitimierte, hierarchisch übergeordnete zentralstaatliche Instanz alle einzelwirtschaftlichen Vorgänge plant („zentral geleitete Wirtschaft“), und
- zum anderen eine egalitäre marktwirtschaftliche Ordnung („Verkehrswirtschaft“), für die ein Rechtsstaat ein einheitliches Geldwesen einrichtet. Zwar ist dieses einheitliche zugleich ein zentrales Geldwesen, aber zugleich ermöglicht es eine dezentrale Selbstorganisation der Märkte, weil sich Marktpreise selbsttätig bilden und die einzelwirtschaftlichen Vorgänge ohne obrigkeitliche Reglementierung koordinieren können. So könne sich das gesamte „Ordnungsgefüge“ einschließlich seiner Teilordnungen selbsttätig in einem Gleichgewicht stabilisieren.³⁹

Für beide theoretischen Grundmuster der wirtschaftlichen Ordnung führte Eucken historische Beispiele an. Formen der „zentral geleiteten Wirtschaft“ waren für ihn

³⁸ Walter Eucken (1940/1944), S. 18, 26, 28 und 40 - 41 (Antinomie von Theorie und Geschichte), 62 (Vogelperspektive) und 198 - 207 (Wirtschaftsmorphologie). - Im Kap. 3 seiner Dissertation mit dem Untertitel „Walter Eucken im NS-Regime: sapere aude!“ hat Moritz Peter Haarmann unzählige Beispiele für kleine, aber alles in allem sehr deutliche Distanzierungen Euckens vom NS-Regime zusammengetragen; vgl. Haarmann (2015), S. 247 - 403.

³⁹ Walter Eucken (1940/1944), S. 95 - 135 (zentral geleitete Wirtschaft und freie Verkehrswirtschaft) und 207 (Ordnungsgefüge).

- die Tempelwirtschaft im alten Ägypten,
- die Latifundienwirtschaft im alten Rom,
- die mittelalterliche Fronwirtschaft in Mitteleuropa,
- die Wirtschaft der Inkas in Peru,
- die Wirtschaft der Jesuitenreduktionen in Paraguay
- die deutsche Kriegswirtschaft während des Ersten Weltkriegs,
- die Wirtschaft im kommunistischen Russland und
- die Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland.

Alle diese Formen zentral geleiteten Wirtschaftens, zu denen sich auch die alten Reiche der Babylonier und Sumerer, das Aztekenreich in Mexiko oder alte Dynastien in China hätten hinzuzählen lassen, unterschieden sich graduell durch den Umfang der Freiheit, den die zentralen Leitungen hinsichtlich der Berufswahl und des Konsums zuließen, und durch den Umfang, in dem wie im antiken Athen oder gegen Ende des Mittelalters in Oberitalien städtische Inseln mit einem aufstrebenden Bürgertum im Meer der ländlichen Agrarwirtschaft entstanden.⁴⁰

Von diesen unterschiedlichen Formen zentral geleiteter Wirtschaften unterschied Eucken grundsätzlich insgesamt 25 verschiedene Formen der modernen Verkehrswirtschaft. 24 von ihnen hatten sich im Gefolge von Humanismus und Aufklärung sowie des wirtschaftlichen Liberalismus zunächst in Westeuropa entwickelt. Nur eine von ihnen, nämlich die Marktform der vollständigen monopolfreien Konkurrenz, die Eucken in Übereinstimmung mit Franz Böhm für die wichtigste erstrebenswerte Marktform hielt, war nach seiner Ansicht „noch nie ganz verwirklicht“ worden. In der Realität des 19. und 20. Jahrhunderts hatten sich auf Seiten sowohl des Angebots als auch der Nachfrage nur erst vielfältige Marktformen mit (Teil-)Monopolen und (Teil-)Oligopolen herausgebildet, welche den freien Wettbewerb beschränkten, Märkte beherrschten und das „wirtschaftliche Geschehen von brutalen Machtkämpfen erfüllten“.⁴¹

⁴⁰ Walter Eucken (1940/1944), S. 105 und 239 (Ägypten), 58 (römische Latifundien), 59 - 60 und 89 - 95 (mittelalterliche Fronwirtschaft), 98 und 239 (Inkas in Peru), 203 (Jesuiten in Paraguay), 204 (Kommunismus in Russland) sowie 201 und 211 (Nationalsozialismus in Deutschland); 91, 97, 101 und 105 (unterschiedlich ausgeprägte Freiheit der Berufswahl und des Konsums in zentral geleiteten Wirtschaften). - Die ablehnende Haltung Euckens zum Nationalsozialismus und dessen Vorläufern geht auch aus einem Brief an Friedrich August von Hayek vom 12.3.1946 hervor. Darin beklagte Eucken, dass die Erben der Romantik „massiv und brutal“ geworden sein. Es sei zu „beachten, dass z.B. Moeller van den Bruck (mit dem ich übrigens persönlich viele Diskussionen gehabt habe) oder Spengler mit einem ausgesprochenen Hass von den Liberalen sprachen. ... In den letzten Jahrzehnten und vor allem durch den Nationalsozialismus ... ist ... die klassische Gegenströmung ... in die Katakomben verdrängt worden.“ (Walter Eucken 1946, Blatt 7)

⁴¹ Walter Eucken (1940/1944), S. 31; zur vollständigen Konkurrenz vgl. auch S. 123 und 128; S. 237 (brutale Machtkämpfe auf mono- und oligopolistischen Märkten). - Einige Jahre vorher hatte Heinrich von Stackelberg bereits neun verschiedene Marktformen analysiert; vgl. hierzu Heinrich von Stackelberg (1934/1992), S. 195.

Form des Angebots / Form der Nachfrage	Konkurrenz	Teiloligopol	Oligopol	Teilmonopol	Monopol (Einzel- oder Kollektivmonopol)
		Marktform			
Konkurrenz	Vollständige Konkurrenz	Angebots-Teiloligopol	Angebots-oligopol	Angebots-Teilmonopol	Angebotsmonopol
Teiloligopol	Nachfrage-Teiloligopol	Beiderseitiges Teiloligopol	Teiloligopolistisch beschränktes Angebots-oligopol	Teiloligopolistisch beschränktes Angebots-teilmonopol	Teiloligopolistisch beschränktes Angebotsmonopol
Oligopol	Nachfrage Oligopol	Teiloligopolistisch beschränktes Nachfrage-oligopol	Beiderseitiges Oligopol	Oligopolistisch beschränktes Angebots-teilmonopol	Oligopolistisch beschränktes Angebotsmonopol
Teilmonopol	Nachfrage-Teilmonopol	Teiloligopolistisch beschränktes Nachfrage-teilmonopol	Oligopolistisch beschränktes Nachfrage-teilmonopol	Beiderseitiges Teilmonopol	Teilmonopolistisch beschränktes Angebotsmonopol
Monopol (Einzel- oder Kollektivmonopol)	Nachfrage-Monopol	Teiloligopolistisch beschränktes Nachfrage-monopol	Oligopolistisch beschränktes Nachfrage-monopol	Teilmonopolistisch beschränktes Nachfrage-monopol	Beiderseitiges Monopol

Abb.: Die Marktform der vollständigen Konkurrenz und 24 Formen vermachteter Märkte

aus: Walter Eucken (1940/1944), S. 135, und ders. (1952/1960), S. 22.

Wie Böhm lehnte Eucken jede Form der Bildung von Marktmacht ab und unterschied deshalb nicht nur zwischen Verkehrs- und zentral geleiteten Wirtschaften, sondern mindestens ebenso deutlich auch zwischen monopolfreiem und monopolistisch vermachtetem Wettbewerb. „In der wirtschaftlichen Wirklichkeit ist das Monopol etwas ganz anderes als die Konkurrenz. ... Den Unterschied zwischen Konkurrenz und Monopol zu verwischen, liegt im Interesse wirtschaftlicher Machtgruppen.“⁴² Aus diesem Grund hielt Eucken eine Verengung des Blicks von Öko-

⁴² Walter Eucken (1940/1944), S. 123.

nomen auf das einzelwirtschaftliche Geschehen in Betrieben für grundsätzlich verfehlt. „Nicht richtig ist es, wenn die Wissenschaft diesen Horizont der Einzelunternehmer sich zu eigen macht.“ Im Hinblick auf die Bedeutung des gesamten „Preiskosmos“ und „Ordnungsgefüges“ betrachtete er es als *die* Schlüsselaufgabe der Ökonomie, allen Monopole rechtfertigenden Lehren, die im Laufe der Zeit von Ökonomen, Juristen, Theologen, Philosophen und Historikern aufgestellt wurden, entschieden entgegenzutreten. „Eine Geschichte der Monopolideologien würde finden, dass sich diese Ideologien der jeweiligen geistig-kulturellen und politischen Gesamtsituation anpassen, dass sie sich in Zeiten des Naturrechts auf das Naturrecht berufen, in Zeiten der Gewerbefreiheit auf die Freiheit des Einzelnen, Kartellabreden untereinander abzuschließen, und in Zeiten der Sozialisierung darauf, dass Kartelle und andere Monopolbildungen Wegbereiter des Sozialismus seien. ... Die gesamte Geistesgeschichte der Menschheit ist von Versuchen erfüllt, Machtansprüche ideologisch zu sichern oder im Angriff zu unterstützen.“ Die Macht von Arbeitgebern war Eucken genauso suspekt wie die Gegenmacht von Gewerkschaften, die beide nicht in seine Vorstellung einer vollständigen Konkurrenz passten. „Auch wir Nationalökonomien müssen den Vorhang lüften, welchen die Interessenten-Ideologien vor die wirtschaftlichen Machtballungen und Machtkämpfe ziehen. ... Nur in einer einzigen Marktform tritt das Phänomen der wirtschaftlichen Macht ganz zurück: nämlich bei Verwirklichung der vollständigen Konkurrenz.“⁴³

Dementsprechend teilte Eucken auch nicht den lediglich individualistisch-utilitaristischen Freiheitsbegriff des Laissez-faire- und des Organisierten Kapitalismus. Aus einem handschriftlichen Fragment aus dem Jahr 1943 geht eindeutig hervor, dass die Freiheit des einzelnen Menschen nach seiner Auffassung ihrer Einbettung in eine freiheitliche und zugleich soziale Ordnung der gesamten Gesellschaft bedurfte. „Die Freiheitsidee - richtig verstanden - schließt den 'sozialen' Gedanken in sich. Er liegt in ihr nicht zur Erfassung der eigenen Würde, sondern auch in der Würde der Freiheitssphäre des Anderen. Dies zentral: gegen die übliche Ansicht.“⁴⁴

Allerdings hatte Eucken offenbar keine Kenntnis von Franz Oppenheimers Unterscheidung zwischen der real existierenden monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft und dem liberalsozialistischen Idealtyp einer von jeglicher Mono- und Oligopolmacht freien vollständigen Konkurrenz. Sonst hätte er vielleicht eine Einsicht in die Notwendigkeit entwickelt, die Vollständigkeit der Konkurrenz auch dadurch zu sichern, dass der von Natur aus begrenzte Boden und die Ressourcen in einer Verkehrswirtschaft nicht in gleicher Weise als privates Eigentum behan-

⁴³ Walter Eucken (1940/1944), S. 15 (Ideologiekritik). Vgl. auch S. 236- 238 und 243. - Ders. (1940/1944), S. 173 (Ökonomie nicht auf Betriebswirtschaft verengen), 78 und 172 (Ordnungsgefüge und gesamter Preiskosmos) sowie 237 (Interessenten-Ideologien) und 242 - 243, (Macht von Arbeitgebern und Gewerkschaften) und 269 (Ordnungsgefüge).

⁴⁴ Walter Eucken (1943). - Zu philosophischen Anregungen, die Walter Eucken möglicherweise von seinem Vater Rudolf Eucken bekommen hat, vgl. Michael Schäfer (2014), S. 303 - 318.

delt werden dürfen wie andere von Menschenhand geschaffene, durch Arbeit vermehrbare Güter. In Erinnerung an die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Antike und im Mittelalter war der „uralte Grundsatz, dass der Boden dem Staate gehört und dass die Bauern Staatspächter sind“, für Eucken gleichbedeutend mit feudalen Herrschaftsverhältnissen und deshalb nicht akzeptabel.⁴⁵ Vielleicht hat ihn auch die Zwangskollektivierung des Bodens in Russland davon abgehalten, sich näher mit den Überlegungen der Bodenreformer zu befassen, den Zugang zum Boden und zu den Ressourcen als gemeinschaftlichen Gütern durch die Vergabe von entgeltlichen privaten Nutzungsrechten und deren Rückverteilung in gleichen Pro-Kopf-Beträgen oder durch eine Single Tax à la Henry George gerecht zu ordnen und damit die Vollständigkeit der Konkurrenz zu sichern. Ganz unbekannt dürften ihm die Gedanken über eine Reform des Bodenrechts aber nicht gewesen sein, denn in seinem Geburts- und zeitweiligem Studienort Jena gab es einen von dem Industriellen Ernst Abbe mit gegründeten Kreisverband des „Bundes Deutscher Bodenreformer“ (BDB).⁴⁶ In einem Brief vom 6.1.1931 des BDB-Vorsitzenden Adolf Damaschke an Euckens Mutter Irene erinnerte Damaschke an „manche Stunden vor vielen Jahren, die ich in Ihrem gastlichen Hause verleben durfte und in denen Ihr unvergessener Gatte so verständnisvoll und freundlich auf die dazumal noch junge und viel umkämpfte Bewegung sah.“⁴⁷ Demnach dürften die Bodenreformbestrebungen in Euckens Elternhaus zu einem breiten Spektrum von Gesprächsthemen gehört haben. -

Euckens Bemerkung, dass „der gesamte verkehrswirtschaftliche Prozess ... in seiner Beeinflussung vom Geld her gesehen werden (muss)“, und sein Hinweis auf eine „gewaltige Mannigfaltigkeit der geschichtlichen Gelderscheinungen“ lassen erkennen, dass er dem Geld eine größere Bedeutung zumaß als die Neoklassik oder auch Oppenheimer. Eucken zufolge gab es „drei reine Geldsysteme“: erstens das aus Muscheln, Teeziegeln, Edelmetallen oder anderen Materialien bestehende Tauschgeld; zweitens das Geld als Schuldgeld, das zum Beispiel bei der Lieferung einer Ware entstehe; drittens das mit dem Schuldgeld verwandte Geld als Kreditgeld, das vom Kreditgeber bei der Kreditvergabe geschaffen werde. Zwischen all den verschiedenen Markt- und Geldformen gebe es enge Zusammenhänge.⁴⁸ Jedoch ließ Eucken den von Gesell und Keynes problematisierten Liquiditätsvorteil

⁴⁵ Walter Eucken (1940/1944), S. 57 - 58.

⁴⁶ Hinweis von Uwe Dathe während unserer Begegnung am 30.11.2015 im Archiv der Universitätsbibliothek Jena, wo Dathe den Nachlass von Eucken geordnet und auch eine Ausstellung über Eucken zusammengestellt hat: https://www.uni-jena.de/Mitteilungen/170116_Euckenausstellung.html (Zugriff: 27.2.2017).

⁴⁷ Adolf Damaschke (1931). - In ihrer Antwort an Damaschke erinnerte Irene Eucken daran, dass sie und Frau Damaschke sich „früher freundschaftlich sehr nahestanden. Und diese Gesinnung habe ich ihr treu bewahrt. Und ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich diese Bücher (gemeint waren damit Bücher über eine Bodenreform) in die Bibliothek des Rudolf-Eucken-Hauses und nicht in meine persönliche Bibliothek aufgenommen habe.“ Irene Eucken (1931).

⁴⁸ Walter Eucken (1940/1944), S. 141 - 147 (Tausch-, Schuld- und Kreditgeld), 148 (Vielfalt der Geldformen) und 151 (Einfluss des Geldes auf die Realwirtschaft).

des Geldes noch völlig außer Acht; er beschränkte sein Augenmerk ganz auf die Art der Geldemission und der Steuerung seiner Menge und übersah damit die dem Geld strukturell innewohnende Kraft, Geld- und Realvermögen als Kapital zu akkumulieren und in wenigen Händen zu konzentrieren. Dementsprechend konventionell neoklassisch blieben auch seine Vorstellungen von Kapital und Zins⁴⁹ sowie von Betrieben und Haushalten.

Ähnlich wie schon Adam Smith nahm Eucken die hierarchische Überordnung weniger, die Produktionsmittel privat besitzender Unternehmer - er bezeichnete sie als „Führer der Einzelwirtschaften“ bzw. „Betriebsleiter“ - und die Unterordnung eigentumsloser, lohn- und gehaltsabhängiger Arbeiter und Angestellten sowie die Existenz eines Marktes für abhängige Beschäftigungen als Selbstverständlichkeiten hin. Sein Unternehmerbild orientierte sich freilich mehr an sozialverantwortlich handelnden Unternehmern wie Carl Zeiss und Ernst Abbe oder Otto Schott, den er in Jena auch persönlich kennengelernt hatte, als an Managern von Großunternehmen. Anstelle des Verdrängungswettbewerbs zwischen anonymen Kapitalgesellschaften auf monopolisierten Märkten stellte sich Eucken ‚nur‘ erst einen vollständigen Leistungswettbewerb zwischen inhabergeführten Familienunternehmen vor und im Gegensatz zu Oppenheimer noch keine vollständige Konkurrenz zwischen Familienunternehmen und Genossenschaften, die bei ihm nur eine Rolle in der Landwirtschaft spielten.⁵⁰ Ebenso ‚normal‘ wie die innerbetrieblichen Hierarchien war für Eucken auch noch, dass „Arbeiterhaushalte“ vom Einkommen erwerbstätiger Männer lebten - sie waren für ihn die „Leiter der Haushalte“ - und dass Frauen darin unentgeltliche Haus- und Familienarbeit leisteten.⁵¹ Dabei hätte sich deutlich machen lassen, dass gerade eine monopolfreie Marktwirtschaft mit einer vollständigen Konkurrenz zwischen vielen kleinen und mittleren Betrieben Entwicklungschancen für Genossenschaften und andere partizipative Betriebsformen in sich barg - und für Haushalte, in denen Frauen und Männer frei über die Aufteilung ihrer Familien- und Erwerbsarbeiten entscheiden können.

Im Zusammenhang mit seiner Unterscheidung zwischen zentral geleiteter Wirtschaft und Verkehrswirtschaft sowie zwischen vollständiger Konkurrenz und Mo-

⁴⁹ Walter Eucken (1940/1944), S. 174. - Hinsichtlich des Kapitals und des Zinses war Eucken durch die Neoklassik vorgeprägt und ging auch nicht über sie hinaus; vgl. hierzu Walter Eucken (1934), S. 106 und 126 (Unter Kapital verstehen wir die in Geld ausgedrückte Verfügungsmacht über Konsumgüter, die von den Unternehmern in einem Zeitpunkt aufgewandt werden, um zukünftige Produktionsmittel und Konsumgüter herzustellen.)

⁵⁰ Walter Eucken (1940/1944), S. 95 (Betriebsleiter), 108 (Führer der Einzelwirtschaften), 143 (Arbeitsmarkt) und 258 - 259 (Betriebsleiter). - Zu Euckens Unternehmerbild vgl. seine Ausführungen zur Haftung bzw. zu Haftungsbeschränkungen (vgl. dazu die Anm. 74 zu diesem Kapitel) und Uwe Dathe (2014), S. 88. - In den Denkschriften des „Freiburger Kreises“ von NS-kritischen Ökonomen, Juristen und Historikern, besonders in der zweiten Denkschrift aus dem Jahr 1943, war die Rede von einer „Stärkung der Familienbetriebe“ und von einer „weitgehend durch genossenschaftliche und berufsständische Vereinigungen ergänzten Gesamtwirtschaftsordnung“; vgl. dazu Klaus Schwabe & Rolf Reichardt (1984), S. 762 und 767.

⁵¹ Walter Eucken (1940/1944), S. 106, 176 (Arbeiterhaushalt) und 260 (Männer als Leiter der Haushalte). In Materialien zu Euckens „Grundlagen“ fand Uwe Dathe Randnotizen „Gesell lesen“. (Mail 03.2020)

no-/Oligopol scheute Eucken auch davor zurück, die Begriffe Kapitalismus und Kommunismus zu verwenden, weil sie ihm zu undifferenziert erschienen. „Bei vielen Marx-Schülern und bei anderen Schriftstellern wird der Kapitalismus sogar zur personifizierten Substanz oder Person.“ Personifizierende und pauschalisierende Kampfbegriffe wie „Kapitalismus“ würden nur den Blick für die „Vielförmigkeit der modernen Wirtschaft“ trüben.⁵² Euckens Ablehnung von Angriffen auf ‚die Unternehmer‘ oder ‚die Bankiers‘ war zweifellos richtig; es lässt sich jedoch auch nicht abstreiten, dass die vielfältigen (teil-)mono- und oligopolistischen Marktformen in der modernen Verkehrswirtschaft allesamt mehr oder weniger dem Drang zur Verwertung von Geld- und Realkapital unterliegen, der ihnen aufgrund der kapitalistischen Struktur des Geldes innewohnt. Eine Ausnahme könnte freilich der historisch noch nicht verwirklichte Idealtypus einer monopolfreien vollständigen Konkurrenz bilden, wenn sie auf das Fundament einer nachkapitalistischen Geld- und Bodenrechtsordnung gestellt würde. Eucken wollte „den Kern des Phänomens wirtschaftlicher Macht sichtbar machen“, aber er war sich überhaupt noch nicht der Rolle bewusst, die der ungleiche Zugang zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen des Bodens, der Ressourcen und des Geldes bei der Entstehung von wirtschaftlicher Macht spielt. „Geld ist ja nur ein Mittel zum Zweck, ist Tauschmittel“, schrieb Eucken im Einklang mit der Neoklassik und es machte ihn auch nicht stutzig, dass das Phänomen der wirtschaftlichen Macht besonders in den ressourcenintensiven Schwerindustrien auftrat.⁵³

Diese Lücke in Euckens ordnungspolitischen Gedanken machte sich auch bei seiner Kritik an Sombarts Bild vom modernen „Wirtschaftsmenschen“ und seinen eigenen Überlegungen zum Bedarfsdeckungs- und Erwerbsprinzip bemerkbar. Sehr zu Recht wies er die einseitige Verknüpfung des Erwerbsprinzips mit dem Kapitalismus und die Erwartung zurück, dass „die nachkapitalistischen sozialistischen Wirtschaftssysteme ... erneut das Bedarfsdeckungsprinzip zum Siege führen“ würden. Weder habe vor dem Aufstieg der modernen Verkehrswirtschaft ausschließlich das Bedarfsdeckungsprinzip gegolten noch gelte seitdem allein das Erwerbsprinzip; und sowohl in vormodernen wie auch in der zentral geleiteten Wirtschaft des Kommunismus sei das Bedarfsdeckungsprinzip von eigennützigem Erwerbsstreben von Verwaltern durchsetzt gewesen. Die Bedarfsdeckungs- und Erwerbsprinzipien würden sich nicht in Reinkulturen gegenüberstehen, sondern sie hätten sich zu allen Zeiten in vielfältigen, von Machteinflüssen geprägten Formen miteinander vermischt.⁵⁴ Eucken erkannte allerdings noch nicht die Möglichkeit, innerhalb einer monopolfreien Wirtschaft mit einer gerechten Geld- und Bodenrechtsordnung und einem vollständigen Wettbewerb sowohl das Bedarfsdeckungs- als auch das Erwerbsprinzip von Machteinflüssen zu befreien, d.h. die

⁵² Walter Eucken (1940/1944), S. 74 - 83, hier: S. 76 und 81 (Kapitalismus) und 204 (Kommunismus).

⁵³ Walter Eucken (1940/1944), S. 244 Kohlsyndikat) - 245, 252 (Geld als bloßes Tauschmittel).

⁵⁴ Walter Eucken (1940/1944), S. 248 - 249, 250 (Wirtschaftsgeist) und 265 (Wirtschaftsmenschen).

„schiefe Antithese“ zu überwinden⁵⁵ und beide Prinzipien unverfälscht so miteinander zu verbinden, dass das Bedarfsdeckungs- und das Erwerbsprinzip zu zwei Seiten derselben Medaille werden und deren gemeinsame Wirtschaftlichkeit nicht mehr durch ein Streben nach Renditemaximierung pervertiert wird.

„Grundlagen der Wirtschaftspolitik“ (posthum 1952)

Erst nach Euckens allzu frühem Tod - er starb 1950 im Alter von 59 Jahren während einer Vortragsreise in London - konnte sein zweites Hauptwerk erscheinen. Es kam insofern zu spät, als die Instrumentalisierung des Ordoliberalismus für die Restauration der monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft in Westdeutschland zu jener Zeit bereits in vollem Gang war.

Auch in diesem Werk stellte Eucken keine Verbindung zwischen seiner Zukunftsvision einer vollständigen Konkurrenz und den dazu passenden Vorstellungen von einer monopolfreien Marktwirtschaft her, welche die Frühsozialisten, Mill, Proudhon sowie die Bodenrechts- und Geldreformer während der Zeit des Frühkapitalismus bis zu den 1920er Jahren entwickelt hatten. „Die Liberalen der Jahrhundertmitte oder Sismondi oder die St. Simonisten oder Marx oder Proudhon - kurz alle Denker der damaligen Zeit - lebten in einer anderen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Welt als wir“ und sie hätten „nur die Wirtschaft der vorindustriellen Zeit und den Beginn der großen Umwälzung“ gekannt. „Konzerne, Kartelle, Kreditbanken, Gewerkschaften gab es damals noch nicht oder sie begannen erst, sich zu entwickeln. Erfahrungen mit zentraler Lenkung des Wirtschaftsprozesses, die heute reichlich vorliegen, fehlten damals. Aber in dieser vergangenen Zeit sind die Doktrinen entwickelt worden, welche die heutigen Menschen beherrschen.“ Während Marx' „Kapital“ Band 1 tatsächlich dieser „vergangenen Zeit“ angehörte, galt dies nur noch sehr bedingt für Marx' und Engels' „Kapital“ Band 3. Und noch weniger galt es für Henry George, Franz Oppenheimer oder Silvio Gesell, zu denen Eucken sich in seinen „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ nicht äußerte.

Dabei hatte Eucken schon nach dem Erscheinen seiner „Grundlagen der Nationalökonomie“ durch seinen früheren Studenten Bernhard Pfister die Anregung erhalten, sich näher mit dem Gedanken der Geldreform zu befassen.⁵⁶ Und während er in den ersten Nachkriegsjahren an seinen „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ arbeitete, sandte ihm der sog. „Freiwirtschaftsbund“ (FWB), ein Zusammenschluss von Anhängern Gesells, eine Denkschrift „Die Neue Soziale Ordnung - Zur wirtschaftlichen Neuordnung“ mit der Bitte um eine Stellungnahme und mit

⁵⁵ Walter Eucken (1940/1944), S. 253 (schiefe Antithese von Bedarfsdeckungs- und Erwerbsprinzip).

⁵⁶ Bernhard Pfister (1943). - Bernhard Pfister hatte während seines forstwirtschaftlichen Studiums volkswirtschaftliche Vorlesungen bei Walter Eucken gehört. Er lebte als Forstassessor im Schwarzwald und blieb auch nach seinem Studium in Verbindung mit Walter Eucken. Pfister empfahl Eucken die mathematische Formulierung der Geldreform durch Theophil Christen, die während des ersten Weltkriegs in den „Annalen des Deutschen Reiches“ erschienen war, und das 1936 erschienene Buch „Aktive Konjunkturpolitik“ von Karl Walker.

einer Einladung zu einer Tagung. Unter Hinweis auf seine „sehr belastete Zeit“ bat Eucken um Verständnis dafür, dass er die Einladung nicht annehmen konnte, obwohl ihm das „ordnungspolitische Hauptziel“ des FWB im Großen und Ganzen sympathisch war. „Ich sitze an einem größeren wissenschaftlichen Buch.“⁵⁷ Allerdings war ihm auch „die von Ihnen vorgeschlagene Geldverfassung ... in einigen Punkten noch unklar.“ Insbesondere sah Eucken nicht, warum „Disproportionalitäten zwischen Sparen und Investieren“ nicht allein durch eine Steuerung der Geldmenge verhindert werden könnten und warum dafür auch noch eine besondere Liquiditätsgebühr auf Geld erforderlich sein sollte. „Der theoretische Beweis für diese Behauptung würde mich sehr interessieren.“⁵⁸ Zudem fragte Eucken ähnlich wie Keynes: „In welcher Weise soll dabei ein Ausweichen des Zahlungsverkehrs in Giral- und Scheckverkehr und damit ein Horten in Form von Buchgeld verhindert werden?“⁵⁹

Generell hatte Eucken den Eindruck, dass der FWB im Anschluss an Gesell „wichtige Fragen, mit denen wir es zu tun haben werden, übersehe. Ich denke an das Problem der Vermachtung durch Marktverbände aller Art, durch Verschachtelung der Unternehmen, durch das Patentwesen usw. Sie scheinen zu glauben, dass durch Einführung eines bestimmten Geldsystems und durch die Bodenreform alle Ordnungsprobleme der Verkehrswirtschaft vermittels des automatisch einsetzenden Wettbewerbs von selber gelöst werden.“⁶⁰ In der Tat hatten Gesell und der FWB diese von Eucken und Böhm aufgeworfenen Fragen noch zu wenig im Blick. Aber der FWB suchte den Dialog mit Eucken im Interesse einer gegenseitigen Erweiterung der gedanklichen Horizonte. Leider kam dieser Dialog zwischen der Geld- und Bodenrechtsreform und dem Ordoliberalismus vorerst nicht zustande, denn Eucken verwies nochmals auf sein „Übermaß an Arbeit“, weshalb er sich nicht eingehender mit der Geld- und Bodenrechtsreform auseinandersetzen könne, „so sehr mich Ihre Bewegung interessiert.“⁶¹

Die Gedanken der Frühsozialisten, von Mill und Proudhon sowie der Bodenrechts- und Geldreformer standen aus Euckens Sicht offenbar nicht auf der Höhe der Zeit, weshalb sie für ihn nicht als Beiträge zu einer Lösung der Probleme moderner Industriegesellschaften in Frage kommen konnten. In gewisser Hinsicht widersprach sich Eucken aber selbst mit dem Hinweis, dass „die fundamentalen Fragen der Welt und des Menschen ... an keine Zeit gebunden (sind)“.⁶² Und dennoch - besonders mit seinem „Denken in Ordnungen“, mit seiner an Oppenheimer erinnernden Übersicht über die zahlreichen verschiedenen Marktformen und mit den konstituierenden Prinzipien einer vollständigen Konkurrenz trug Eucken wert-

⁵⁷ Walter Eucken (1947a).

⁵⁸ Walter Eucken (1947b).

⁵⁹ Walter Eucken (1948).

⁶⁰ Walter Eucken (1947b).

⁶¹ Walter Eucken (1948).

⁶² Walter Eucken (1952/1960), S. 14 - 15.

volle, freilich noch ergänzungsbedürftige Bausteine zur Entwicklung einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus bei.

Wegweisend war sein Bestreben, dem von neoklassischen Gleichgewichtsmodellen überdeckten Machtkampf zwischen wirtschaftlichen Interessengruppen und ihren jeweiligen Ideologien und den sich bekämpfenden Massenbewegungen ein „Denken in Ordnungen“ gegenüberzustellen. „Wie soll in diesem Getümmel der Machtkämpfe und Ideologien das ordnungspolitische Problem bewältigt werden? ... Ist es wirklich möglich, Grundsätze der Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die etwas anderes sind als interessengebundene Ideologien?“⁶³

In seinem „Denken in Ordnungen“ stellte Eucken nochmals wie schon in seinem ersten Hauptwerk die Ordnungen der zentralstaatlich geleiteten Wirtschaft und der freien Verkehrswirtschaft gegenüber. Den Grad der inneren Komplexität einer modernen arbeitsteiligen Industriegesellschaft hielt er für viel zu hoch, um es nach den Erfahrungen mit den totalitären Regimen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch für möglich zu halten, dass sie sich wie frühere bäuerliche Familienwirtschaften von hierarchisch übergeordneten Zentralstellen leiten lassen. Von daher schied die staatliche Zentralverwaltungswirtschaft für ihn als wirtschaftliche Ordnungsform von vornherein aus. „Niemand kann hier den Gesamtprozess, wie er täglich verläuft, überblicken“ und auch nicht den sich selbst ordnenden Preiskosmos durch leistungsfähigere Techniken der Informationsverarbeitung und Koordination von Einzelplänen ersetzen. Dazu sind die „vielen ineinandergreifenden Teilordnungen der Warenmärkte, der Arbeitsmärkte, des Geldes usw.“ viel zu kompliziert. Außerdem bilden sie „nicht nur eine ökonomische Interdependenz, sondern auch eine Interdependenz der Wirtschaftsordnung mit allen übrigen Lebensordnungen. ... Niemand kann also unmittelbar die notwendigen Anpassungen und Veränderungen vollziehen.“⁶⁴

Noch bedeutender als der Gegensatz zwischen westlichem Kapitalismus und östlichem Sozialismus/Kommunismus, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Kalten Krieg zu einem „Glaubenskampf“ zwischen „säkularisierten Heilslehren“ steigerte, war für Eucken jedoch der innerwestliche Gegensatz zwischen den Wirtschaftspolitiken des klassisch-neoklassischen Laissez-faire und der interventionistischen „Mittelwege“ einerseits und der von ihm angestrebten Marktform der vollständigen Konkurrenz andererseits.⁶⁵ Mit Nachdruck widersprach er der weit verbreiteten, weil durch die historische Realität scheinbar bestätigten Ansicht, dass Machtkämpfe zwischen Mono- und Oligopolen untrennbar zum marktwirt-

⁶³ Walter Eucken (1952/1960), S. 18.

⁶⁴ Walter Eucken (1952/1960), S. 7 (Überlegenheit des Preiskosmos über zentrale Leitungen) sowie 14, 16, 18 und 31 (Interdependenz der Wirtschafts- und Lebensordnungen). Zu den Interdependenzen vgl. auch Walter Eucken (1940/1944), S. 288.

⁶⁵ Walter Eucken (1952/1960), S. 18 (Glaubenskampf zwischen den säkularisierten Heilslehren des Westens und des Ostens), 58 - 139 (Zentralverwaltung) und 200 - 212 (Mythos von der Zwangsläufigkeit der Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus); S. 26 - 57 (Laissez-faire) und 140 - 149 (Mittelwege).

schaftlichen Wettbewerb gehören. „Man glaubte, dass solche Kämpfe Symptome vollständiger Konkurrenz seien. Das Gegenteil ist richtig.“ Monopolkämpfe würden die Preisbildung verzerren, damit die Allokation von Arbeit, Kapital und Boden/Ressourcen in falsche Bahnen lenken und bewirken, dass die „bestmögliche Versorgung des Marktes“ und das Gleichgewicht der Märkte gerade nicht erreicht werden. „Nicht die Konsumenten sind hier die maßgebenden Dirigenten des Wirtschaftsprozesses. ... Wenn Monopole bestehen, kann die Lenkungsmechanik nicht zureichend arbeiten“, weil sich Monopolisten nicht anzupassen brauchen. „Im Verlauf der Monopolkämpfe wird das Kostenprinzip nicht beachtet. Noch mehr: es wird bewusst dagegen verstoßen, um den Gegner zu schädigen und ihm so den Willen aufzuzwingen.“ Unter solchen Umständen könne die viel beschworene „unsichtbare Hand“ die freien Märkte nicht so effektiv und gerecht ordnen, wie Adam Smith dies ursprünglich erwartet hatte.⁶⁶

Ebenso deutlich hielt Eucken der „liberalen Wirtschaftspolitik des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts“ entgegen, dass sie sich in Widersprüche verstrickt habe, indem sie „die Freiheit zu Machtkämpfen gewährte. Und so trug sie selbst dazu bei, den Leistungswettbewerb, den sie wollte, zurückzudrängen.“ Monopolkämpfe verhinderten geradezu den Leistungs- und Qualitätswettbewerb und verfälschten ihn zu einem Behinderungs-, einem Verdrängungs- oder gar zu einem regelrechten „Schädigungswettbewerb. ... Es gilt der Grundsatz: Wer Monopolkämpfe gewähren lässt, behindert die Entwicklung des Leistungswettbewerbs. Und wer den Leistungswettbewerb will, kann nicht Monopolkämpfe bejahen und gewähren lassen.“ Weil die liberale Wirtschaftspolitik von Wettbewerb geredet, aber gemäß den Monopolinteressen anders gehandelt habe, sei es im Übrigen „nicht verwunderlich, dass ... die Idee der freien Ordnung, die faktisch keine Freiheit brachte, bei den Arbeitern auf Widerstand stieß.“ Das Bestreben der Arbeiterbewegung, den Arbeitgebern eine möglichst starke gewerkschaftliche Gegenmacht entgegen zu stellen, hielt Eucken noch nicht für eine Lösung des Machtproblems. „Die einseitige Vermachtung wurde durch zweiseitige Vermachtung abgelöst. Die Aufspaltung der Gesellschaft in Klassen dauerte an“⁶⁷, wodurch auch die politische Entwicklung vom Machtstaat zu einem herrschaftsfreien Rechtsstaat aufgehalten worden sei. „Der Rechtsstaat konnte in diesem Zeitalter“ - damit meinte Eucken die scheinbar liberale, aber de facto konkurrenz- und monopolkapitalistische Zeit seit dem frühen 19. Jahrhundert - „nicht voll verwirklicht werden ..., weil Monopole und Monopolkämpfe seine Realisierung durchkreuzten. ... Monopole und Teilmonopole sind dem Rechtsstaat nicht adäquat“, d.h. im Interesse einer Durchsetzung des Rechts müssen sie überwunden werden - und zwar nicht nur nicht durch eine zentrale

⁶⁶ Walter Eucken (1952/1960), S. 33, 35, 38 - 41 (verzerrte Preisbildung, Fehlallokationen und Ungleichgewichte) und 52 (unsichtbare Hand).

⁶⁷ Walter Eucken (1952/1960), S. 42 - 46 (Verdrängungs- statt Leistungswettbewerb, Klassenspaltung) und 175 - 177 („Macht einzelner Firmen, Macht von Konzernen, Kartellen, zentralen Planstellen oder auch Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften“ und „Machtblöcke“) und 247 (Schädigungswettbewerb).

Leitung der Wirtschaft, für die Eucken im Gegensatz zu Marx keine historisch-gesetzmäßige Notwendigkeit sah, und auch nicht durch „Mittelwege“, bei denen wie in Rathenaus Kriegswirtschaft bis 1918, in Ständestaaten oder im New Deal des US-Präsidenten Roosevelt von 1933 bis 1938 in sich widersprüchliche Macht- und Rechtsstaaten vermachtete Märkte durch Interventionen global steuern. „Diese neue Ära brachte zwar eine Abkehr von der Wirtschaftspolitik des Laissez-faire. Aber sie bestand nicht darin, dass die kritisierten gleichgewichtslosen Marktformen und Geldsysteme verschwanden oder zurücktraten. Das Gegenteil geschah. Die Wirtschaftspolitik betätigte sich in vielen Ländern mit der Förderung und Aufrichtung von Monopolen. Und die Geldversorgung wurde unter Beseitigung der Goldwährung universal mit der Kreditgewährung verbunden.“ Zu einer jegliche wirtschaftliche Macht zerstreuernden rechtsstaatlichen Ordnung passte nach der Auffassung von Eucken, die er mit Böhm teilte, allein die Marktform der vollständigen Konkurrenz, weil nur sie in der Lage sei, die „richtigen Proportionen der ökonomischen Quantitäten zu finden“ und sich in einem allgemeinen Gleichgewicht zu stabilisieren. Seine Vorstellung von gleichgewichtigen Proportionen fußte nicht nur auf den Naturwissenschaften, sondern auch auf den „Ideen des Kosmos, des Maßes, des Kräfteausgleichs, der Harmonie“, welche schon die Philosophen der griechischen Antike entfaltet hatten.⁶⁸

Damit trug Eucken bedeutende ökonomische Einsichten zum qualitativen Sprung vom Laissez-faire-Kapitalismus bzw. Paläoliberalismus zum Ordoliberalismus bei. Unabhängig von den Frühsozialisten, Mill, Proudhon sowie den Bodenrechts- und Geldreformern und Jahrzehnte nach ihnen suchte er einen Ausweg aus der kapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft erstmals nicht mehr in einer zentralen Leitung der Wirtschaft und auch nicht in Mixturen von privatmonopolistischem Markt und staatlichem Plan, sondern wieder in der Verwirklichung einer vollständigen, d.h. monopolfreien Konkurrenz innerhalb einer staatlichen Ordnung, die allein das gleiche Recht für alle durchsetzt und nicht mehr den Machtinteressen von wenigen dient.

Allerdings ließ Eucken die Frage offen, wie sich denn der bisherige Rechts- und Machtstaat aus der seine Autorität untergrabenden Umklammerung durch mächtige Großunternehmen befreien könnte. Wie könnte er gleichsam die Quadratur des Kreises bewerkstelligen und vom „Spielball in den Händen von Interessengruppen“ zu einem reinen Rechtsstaat werden, der die Kraft hat, als „Hüter der Wettbewerbsordnung“ für eine „Auflösung oder Schwächung von Machtgruppen“ zu sorgen und die Marktform der vollständigen Konkurrenz durchzusetzen? „Der moderne Staat ist zwar keine zureichende ordnende Potenz, aber er könnte es

⁶⁸ Walter Eucken (1952/1960), S. 49 und 52 (Monopole als Hindernisse auf dem Weg zum Rechtsstaat) sowie 55 - 58 und 140 - 154 (Experimente mit Mischformen); S. 164 (antike Vorstellungen von Maß und Mitte) und S. 200 - 217, hier: S. 212 - 213 (Mythos vom Geschichtsmechanismus).

werden.“⁶⁹ Nur wie? Eucken setzte seine Hoffnungen in die Wissenschaft, insbesondere die Ökonomie, dass sie „ohne Sentiments und Ressentiments die Realität untersucht“ und zu einer interessenneutralen „ordnenden Potenz“ wird, die jenseits aller Spezialisierungen die Notwendigkeit einer Gesamtordnung erkennt und ihr zum Durchbruch verhilft. Und obwohl die Kirchen keine die Politik unmittelbar mitgestaltende Aufgabe haben, könnten auch sie dazu mit dem ihnen seit Thomas von Aquin vertrauten „Denken in Ordnungen“ und ihrem Verständnis für den Sinn des Subsidiaritätsprinzips beitragen.⁷⁰

Neben der ungelösten politischen Machtfrage war auch Euckens Erklärung für die ökonomischen Ursachen der Entstehung von mono- und oligopolistischen Marktformen noch nicht vollständig. Ohne dabei die strukturelle Macht des kapitalistischen Geldes mit zu bedenken, Geld- und Realkapital zu akkumulieren und in den Händen von Minderheiten zu konzentrieren, machte er dafür allein einen „universal bestehenden Hang zur Monopolbildung“ verantwortlich, also einen außerökonomisch-anthropologischen Faktor. „Ein tiefer Trieb zur Beseitigung von Konkurrenz und zur Erwerbung von Monopolstellungen ist überall und zu allen Zeiten lebendig.“ Ein solcher Trieb kann sich - wenn es ihn tatsächlich gibt - jedoch nur dann ausleben, wenn eine fehlerhafte Geldordnung ihm das dafür erforderliche strukturelle Betätigungsfeld verschafft. Und nur halb zutreffend war auch Euckens Ansicht, wonach „nicht die Tatsache ... entscheidend (war), dass die Maschine dem Arbeiter nicht gehörte, sondern dass die Nachfrager nach Arbeit, denen die Maschinen gehörten, in monopolistischen Marktformen nachfragten.“ Zu mono- und oligopolistischen Positionen von Unternehmern auf den Märkten gehört untrennbar als ihre dunkle Kehrseite auch deren Verfügungsmacht über konzentriertes Privateigentum an Produktionsmitteln. So gesehen ist also die soziale Frage im Gegensatz zu Euckens Ansicht *auch* eine Eigentumsfrage - nur anders als Marx sie verstand, denn problematisch ist ‚nur‘ das in wenigen privaten Händen konzentrierte Eigentum an den Produktionsmitteln, aber nicht das private Produktionsmitteleigentum als solches. Insofern hatte Eucken durchaus Recht, als er den von Marx aufgestellten Gegensatz zwischen privatem und verstaatlichtem Produktionsmitteleigentum als eine „veraltete Antithese“ bezeichnete.⁷¹

Dem technokratischen Glauben, sämtliche Wirtschaftsprozesse von einer zentralen Stelle aus planen zu können, und dem Glauben, dass der Staat eine ungeordnete kapitalistische Marktwirtschaft mit „punktuellen Denken“ und wirtschafts-

⁶⁹ Walter Eucken (1952/1960), S. 325 - 338, hier: S. 326 (Staat als Spielball der Interessengruppen), 327 (Staat als Hüter der Wettbewerbsordnung), 337 - 338 (Rechtsstaat als ordnende Potenz, Auflösung oder Schwächung von Machtgruppen).

⁷⁰ Walter Eucken (1952/1960), S. 340 - 346 (Wissenschaft als ordnende Potenz) und 347 - 350 (Kirchen). - Vgl. auch Walter Eucken (1947/1961), S. 43 - 67, und Michael Schäfer (2014), S. 303 - 318 (Auseinandersetzung mit dem philosophischen Werk seines Vaters Rudolf Eucken).

⁷¹ Walter Eucken (1952/1960), S. 31 (triebhafter Hang zur Monopolbildung), 45 (konzentriertes Privateigentum an Produktionsmitteln) und 185 - 187 und 190 (soziale Frage auch als Eigentumsfrage; „veraltete Antithese“).

politischen Interventionen in einzelne Vorgänge steuern könne, den er beim jüngeren Keynes ebenso wie bei Schumpeter beobachtete, stellte Eucken angesichts der unendlich komplizierten Verflochtenheit aller einzelnen wirtschaftlichen Vorgänge die Notwendigkeit gegenüber, eine rechtsstaatliche Rahmenordnung für die herrschaftsfreie Marktform der vollständigen Konkurrenz zu schaffen, in der sich alle einzelwirtschaftlichen Vorgänge durch eine freie Bildung von Marktpreisen selbsttätig ordnen können. Aufgrund des Missbrauchs des Modells der vollständigen Konkurrenz als Mittel zur Verschleierung von monopolistischer Marktmacht sei der Wettbewerb in Misskredit geraten und von der Kapitalismuskritik vorschnell verurteilt worden. Aber „veraltet ist nicht die Konkurrenz, sondern der Glaube, sie wäre veraltet. Tatsachen zerstören die alte Geschichtsdoktrin, nach welcher die vollständige Konkurrenz zum Untergang verurteilt ist“ und als vermeintlich „anarchische Produktionsweise“ (Marx & Engels) beseitigt werden müsse.⁷²

In „Anwendung des morphologischen Denkens in Ordnungen“ und als Ausdruck eines „wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundprinzips“, die Freiheit auf mono- und oligopolfreien Märkten gerecht zu ordnen⁷³, formulierte Eucken als Antwort auf das Laissez-faire-Prinzip eine Reihe von konstituierenden und regulierenden Prinzipien, die bei der „Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz“ maßgebend werden sollten:

- **Primat der Währungspolitik**

Eine entscheidende Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Preiskosmos war für Eucken die Schaffung einer dauerhaft stabilen, d.h. nicht durch Inflation und Deflation verfälschten Kaufkraft von Währungen. Sie sollte dadurch erfüllt werden, dass es den Geschäftsbanken gemäß dem von den beiden neoklassischen Ökonomen Henry Simons und Irving Fisher als Reaktion auf die große Weltwirtschaftskrise entwickelten „100-Prozent-Plan oder Chicago-Plan“ unmöglich gemacht wird, selber im Wege der Kreditschöpfung Geld zu schaffen. Außerdem trat Eucken für eine klare Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken nach dem Beispiel des US-amerikanischen Glass-Steagall-Acts von 1932/33 ein: „Jede private Bank würde in zwei Abteilungen zerlegt: in eine Giralgeldabteilung und eine Bankabteilung. Die Giralgelder sollen zu 100 % in Zentralbankgeld, also in Noten oder Guthaben, bei der Zentralbank gedeckt werden. ... Kreditgeschäfte und Geldschaffung wären also ... getrennt. ... Die Geldmenge aber würde durch die Zentralbank reguliert, welche sich der Offenmarktpolitik bedient, also Wertpapiere kauft und verkauft.“⁷⁴

⁷² Walter Eucken (1952/1960), S. 239 (Schumpeter und der Glaube, dass die vollständige Konkurrenz veraltet sei), 241 (anarchische Produktionsweise), 242 (universale Verflochtenheit der Wirtschaftsordnung) und 242 (Keynes 1926).

⁷³ Walter Eucken (1952/1960), S. 221 und 223 (morphologisches Denken in Ordnungen), 254 (wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundprinzip).

⁷⁴ Walter Eucken (1952/1960), S. 255 - 264, hier: S. 260. - Euckens Schüler Rolf Gocht vertrat später gegen Ende seiner Tätigkeit als Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank ähnliche Ansichten,

Zusätzlich zum 100%-Money und zum Trennbankensystem plädierte Eucken auch für eine Dezentralisierung der Geschäftsbanken in kleineren und mittleren Größenordnungen, um ihre Systemrelevanz zu vermindern. Und für Großbanken zog er sogar eine Verstaatlichung in Erwägung.⁷⁵ Darüber hinaus erhob Eucken aber keine weitergehende geldreformerische, den „Primat der Währungspolitik“ vervollständigende Forderung mehr. Jedenfalls enthalten seine letzten, im März 1950 in London gehaltenen Vorträge über die Währungs- und Antimonopolpolitik keine Anhaltspunkte dafür, dass er sich nochmals an die Hinweise auf Gesells erweiterte Geldreform erinnern haben könnte.⁷⁶

- **Offene Märkte**

Die Konkurrenz wird erst dann wirklich vollständig, wenn kein einziger Anbieter oder Nachfrager vom Leistungswettbewerb ausgeschlossen wird. Ausnahmslos jeder Mensch muss die gleiche Chance haben, sich auf den Märkten als Anbieter und Nachfrager am gesamtwirtschaftlichen Prozess zu beteiligen. Weder darf der Staat Eucken zufolge die Offenheit der Märkte durch diskriminierende Regelungen wie Einschränkungen der freien Berufswahl, Zuzugs- und Wanderungssperren oder durch Einfuhrverbote, Exportprämien und Außenhandelsmonopole beschränken noch darf er zulassen, dass sich private Unternehmen mit Hilfe von Patenten und Marken Machtpositionen schaffen. „Patente haben die Kartell- oder Konzernbildung ausgelöst. ... Im Ganzen ist durch Patente, durch Markenschutz, durch die damit verbundene Preisbindung der zweiten Hand und durch Suggestionsreklame die Durchsetzung der modernen Wirtschaft mit Monopolen oder Oligopolen entscheidend bestimmt worden. Man denke etwa an die Konzernbildung in der chemischen Industrie, in der Waschmittel- und Zigarettenindustrie.“⁷⁷

- **Privates Produktionsmitteleigentum**

Privates Eigentum an Produktionsmitteln gehört unabdingbar zu einer freien Verkehrswirtschaft. Aber es hat sich gezeigt, „dass Privateigentum in monopolistischen Marktformen zu schweren Schäden führt ... und in der Tat unsozial wirkt“. Deshalb ist privates Eigentum nur innerhalb einer Ordnung der vollständigen Konkurrenz unbedenklich und innerhalb dieser Ordnung können sich sehr wohl auch „einzelne Betriebe in der Hand des Staates befinden, so zum Beispiel staatliche Forstbetriebe neben privaten oder staatliche Kohlenzechen oder staatliche Banken neben privaten.“⁷⁸ Unter den Bedingungen einer vollständigen Konkurrenz, in der die Verfügung über Produktionsmittel keine mono- oder oligopolistische Macht

vgl. dazu sein Buch „Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung“, Berlin 1975.

⁷⁵ Walter Eucken (1946/1999), S. 38 - 58. - Vgl. auch Moritz Peter Haarmann (2015), S. 417 - 420.

⁷⁶ Walter Eucken (1950/2001), S. 51 - 63 (Währungspolitik) und 79 - 86 (Antimonopolpolitik). - Nach der Verwässerung des Ordoliberalismus zur monopolkapitalistischen Marktwirtschaft warnte Euckens Neffe Walter Oswald vor „falschen Freunden der Offenen Gesellschaft“, die Euckens Werke zu Unrecht für sich in Anspruch nahmen. (S. 92)

⁷⁷ Walter Eucken (1952/1960), S. 264 - 270, hier: S. 268 - 269.

⁷⁸ Walter Eucken (1952/1960), S. 271 - 275.

über Menschen und Märkte mehr begründet, kann dezentralisiertes Produktionsmitteleigentum in verschiedenen privaten, genossenschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen, kirchlichen, gewerkschaftlichen oder staatlichen Rechtsformen dem Wohl der Allgemeinheit dienen.

- **Vertragsfreiheit**

Auch die Vertragsfreiheit kann - wenn sie nicht, wie von Marx & Engels mit Recht kritisiert, Abhängigkeitsverhältnissen den Schein einer beiderseitigen Freiwilligkeit verleihen soll - erst unter den Bedingungen einer vollständigen Konkurrenz ihre volle Wirkung entfalten und den Abschluss von Verträgen ermöglichen, die keinerlei strukturellen Zwang mehr enthalten. „Im Zeitalter des Laissez-faire ist die Gesetzgebung ... in keiner Weise dazu fähig gewesen, mit diesem großen Problem fertig zu werden. ... Kartelle berufen sich zu Unrecht auf Vertragsfreiheit.“⁷⁹

- **Haftung**

Zur persönlichen Freiheit des wirtschaftlichen Handelns und des Abschließens von Verträgen gehörte Eucken zufolge unabdingbar auch die persönliche Verantwortung für die Folgen des eigenen Handelns. „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen“, und wer Schäden verursacht, müsse dafür auch haftbar gemacht werden. Eine Pflicht, für die Folgen von Fehlentscheidungen aufzukommen, würde das Verantwortungsbewusstsein bei Investitionsentscheidungen erhöhen. In den Zeiten des Laissez-faire und der gemischten Wirtschaften sei jedoch die Haftung immer weiter beschränkt worden, was eine Entpersönlichung und Anonymisierung wirtschaftlicher Entscheidungen zur Folge hatte. „Haftungsbeschränkende Gesellschaftsformen haben in hohem Maße dazu beigetragen, dass sich Konzerne bildeten. ... So geriet die Lenkung des Wirtschaftsprozesses immer mehr in die Hand einer Schicht von Direktoren und Funktionären, die weder Eigentümer sind noch von zentralen Verwaltungsstellen kontrolliert werden.“ Dieser Fehlentwicklung wollte Eucken mit einer „möglichst universalen Geltung der Haftung“ entgegenwirken. Nicht nur für große Aktiengesellschaften, sondern auch für die Rechtsform der GmbH und andere Rechtsformen sollten Haftungsbeschränkungen aufgehoben werden. „Bei voller Haftung schließt die Angliederung von Unternehmen oder Betrieben ein weit größeres Risiko in sich als bisher, und der Anreiz zur Verschachtelung und Konzernbildung wird wesentlich vermindert.“⁸⁰

- **Konstanz der Wirtschaftspolitik**

Schließlich hielt es Eucken für unbedingt erforderlich, dass die Wirtschaftspolitik den wirtschaftlichen Akteuren und Märkten eine auf die Dauer beständige und verlässliche Rahmenordnung für ihre kurz-, mittel- und langfristigen einzelwirtschaftlichen Planungen verschafft. „Eine gewisse Konstanz der Daten ist notwendig, damit größere Investitionen in die Pläne aufgenommen werden können.“ In der Überzeugung, dass die vollständige Konkurrenz bei Einhaltung der sie konstituie-

⁷⁹ Walter Eucken (1952/1960), S. 277 und 279.

⁸⁰ Walter Eucken (1952/1960), S. 279 - 285. - Mit dem Problem der Haftung hatte sich Eucken bereits in seinem ersten Hauptwerk beschäftigt; vgl. dazu ders. (1940/1944), S. 285.

renden Prinzipien aus sich heraus zu einer dauerhaft stabilen Konjunktur führen werde, wandte sich Eucken ausdrücklich gegen die von Keynes als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise empfohlene Politik des Deficitspendings, mit der der Staat kurzfristig antizyklisch in den Konjunkturverlauf eingreifen sollte. Seine Zweifel, ob der Staat „die Investitionen richtig proportionieren“ könne, waren durchaus berechtigt. Aber wie schon in seinem ersten Hauptwerk blieb ihm auch in seinen „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ der von Gesell und Keynes entwickelte Gedanke fremd, dass das Geld aufgrund des ihm bislang innewohnenden Liquiditätsvorteils Schwankungen der privaten Investitionstätigkeit auslösen kann, welche die geforderte „Konstanz der Wirtschaftspolitik“ gleichsam ‚von innen‘ konterkarieren und keine Kongruenz von Einzelinteressen und Gemeinwohl zulassen. Zu einer „Konstanz der Wirtschaftspolitik“ hätte es deshalb auch gehört, die innere Konstanz des Wirtschaftsprozesses mit Hilfe „künstlicher Durchhaltekosten des Geldes“ sicherzustellen, damit das von den Zentralbanken in den Verkehr gegebene Geld auch tatsächlich konstant zirkuliert und nicht zeitweise als Nachfrage unwirksam werden und eine exakte Mengensteuerung unmöglich machen kann. Eucken ignorierte jedoch den Liquiditätsvorteil des Geldes und blieb bei der Ansicht, dass die Marktform der vollständigen Konkurrenz auch ohne eine solche Strukturreform des Geldes „imstande (ist), die Investitionen auf die Dauer richtig aufeinander abzustimmen. ... Sie beseitigt auch die mangelnde Investitionsneigung Privater, soweit sie auf ... Verschiebung der Preis-Kosten-Relationen zurückzuführen war.“ Außerdem widersprach er auch Keynes' Erwartung, dass mittel- und langfristig eine Sättigung der Märkte eintreten und die Geld- und Realkapitalrenditen dann gegen Null sinken könnten. „Von diesem Punkt trennt uns eine unermesslich lange Strecke.“⁸¹

Entsprechend seiner mangelnden Beachtung des Liquiditätsvorteils von Geld sah Eucken auch im Zins keine fragwürdige Form eines leistungslosen Einkommens. Gegen die Mahnung des christlichen Sozialethikers Emil Brunner, „dass nur ein niedriger Zins gerechtfertigt sei“, wendete er ein, dass die Sozialethiker „nicht sehen, dass der Zins eine Funktion in dem wirtschaftlichen Gesamtprozess hat“. Das war nur die halbe Wahrheit und hätte sich als solche erkennen lassen, wenn Eucken die Unterscheidung mit vollzogen hätte zwischen jenem Teil der Zinsen, der als Instrument der dezentralen Investitionslenkung notwendig ist und in geringer Bandbreite verteilungsneutral um Null pendelt, und jenem den Zins erhöhenden Teil, der als „Liquiditätsverzichtsprämie“ (Keynes) ein leistungsloses, also ein der Verteilungsgerechtigkeit entgegen stehendes Einkommen darstellt. Gemäß der unbesehen von der Klassik und Neoklassik übernommenen Lehre von den drei Produktionsfaktoren und ihren drei Faktorentgelten blieb Eucken bei der nicht zur vollständigen Konkurrenz passenden Auffassung, wonach sich „Löhne, Zinsen, Renten und Unternehmergewinne ... im Rahmen der vollständigen Konkurrenz

⁸¹ Walter Eucken (1952/1960), S. 286 - 288 (Konstanz der Wirtschaftspolitik), 308 - 312 (Konjunkturpolitik) und 351 (Zweifel an einer Vorliebe für Liquidität).

zwangsläufig (bilden). Und so wird die Verteilung nicht nach ethischen Gesichtspunkten vollzogen, sondern sie ist einem ethisch-gleichgültigen Automatismus überlassen.“⁸² Gewiss wäre es verfehlt, einzelne Einkommen und Vermögen gemäß ethisch definierter Kriterien einer austeilenden Gerechtigkeit verteilen zu wollen; aber die Wirtschaftsordnung insgesamt sollte gemäß einer Strukturethik so gestaltet sein, dass sich Einkommen nur durch leitende und ausführende Arbeiten erzielen lassen und nicht durch leistungsfremde Geld- und Realkapitalzinsen, Bodenrenten, Patenteinnahmen oder sonstige Einkünfte aus Privilegien. Solange solche leistungsfremden Kostenfaktoren wie selbstverständlich in *sämtliche* Kostenrechnungen und in den gesamtwirtschaftlichen Preiskosmos einfließen - also nicht nur dort, wo private Monopole Preise diktieren oder wo der Staat mit Subventionen in Märkte eingreift - , können die Kostenrechnungen, deren entscheidende Bedeutung als „allgemeines Prinzip der Wirtschaftslenkung“ Eucken besonders hervorhob, und das Preissystem ihre marktwirtschaftliche Lenkungsfunction nur sehr unzureichend erfüllen.⁸³ Möglicherweise liegt im Fehlen eines tieferen Verständnisses der Wurzeln des „Hangs zur Monopolbildung“ auch ein Grund dafür, dass für Eucken trotz seiner Betonung des Charakters des Preiskosmos als Instrument der wirtschaftlichen Selbststeuerung die staatliche Erziehung der Menschen zu sittlichem Handeln einen überraschend hohen Stellenwert hatte.⁸⁴ -

In einer vollständigen Konkurrenz sollte einerseits Eucken zufolge kein Unternehmen mehr Macht nach außen über die Märkte ausüben und die Arbeiter sollten auf dem Arbeitsmarkt auch kein „bloßes Objekt und keine Ware“ mehr sein. Andererseits konnte er sich noch nicht von der herkömmlichen Vorstellung lösen, dass innerhalb der Unternehmen „klare Führungsverhältnisse herrschen“ müssen. Er beließ es dabei, dass die Gewerkschaften den Arbeitern zwecks Durchsetzung von „Arbeiterschutzmaßnahmen“ zur Seite stehen sollten. Im Rahmen der wirtschaftlichen Gesamtordnung erschien es ihm „sogar notwendig, dass die Interessen der Arbeiter zureichend geltend gemacht werden können. ... In einer Wettbewerbswirtschaft ist Mitwirkung der Arbeiter prinzipiell durchaus möglich.“ Aber darüber hinaus hielt Eucken am Leitbild der Familienunternehmen fest und dachte noch nicht daran, dass gerade die vollständige Konkurrenz Chancen für Genossenschaften - nicht nur in der Landwirtschaft! - und partnerschaftliche Unternehmen mit einer gleichen Beteiligung der gesamten Belegschaft an Gewinnen und Verlusten eröffnen könnte. In der vollständigen Konkurrenz kann die bislang für Familienunternehmen und anonyme Großkonzerne gleichermaßen charakteristische innerbe-

⁸² Walter Eucken (1952/1960), S. 300 (ethisch-gleichgültiger Automatismus der Verteilung) und 349 (Zins und Sozialethik).

⁸³ Walter Eucken (1952/1960), S. 158 - 159.

⁸⁴ Philip Manow wies auf eine „stark religiöse Färbung des ordoliberalen Ordnungsentwurfs“ hin und führte sie u.a. auf den Einfluss der Bonhoeffer-Denkschrift von 1943 auf die Freiburger Schule zurück. Vgl. Philip Manow (2001), S. 188 - 193.

triebliche Hierarchie in egalitäre Beteiligungsverhältnisse übergehen und Lohnarbeit gibt es dann allenfalls noch in geringerem Umfang auf freiwilliger Basis.⁸⁵

Weder problematisierte Eucken den Geld- und Realkapitalzins und die innerbetriebliche Hierarchie von leitenden und ausführenden Arbeiten noch den ebenfalls nicht zu einer vollständigen Konkurrenz passenden Monopolcharakter des privaten Bodeneigentums und die private Aneignung der Bodenrente. Diese leistungslosen Einkommensarten ließen die Entstehung einer vollständigen Konkurrenz gar nicht erst zu und bewirkten, dass auch nach Kartell- und Konzernentflechtungsversuchen wieder neue privatwirtschaftliche Machtgebilde entstanden, die 1. die Offenheit der Märkte nach und nach beschränkten, die 2. das private Produktionsmitteleigentum in den Händen von Minderheiten konzentrierten und die Hilfsmittel der Produktion gleichzeitig zu Instrumenten der Marktbeherrschung machten, die dadurch 3. Elemente der Macht und des Zwangs in die Vertragsfreiheit einschleusten und die 4. zur Entstehung von überdimensionierten Unternehmen und Unternehmenszusammenschlüssen führten, deren Größe jegliches Maß an persönlicher Verantwortbarkeit und Haftbarkeit übersteigt. Neben einem vervollständigten „Primat der Währungspolitik“ hätte die Verwirklichung der vollständigen Konkurrenz also auch einen „Primat der Boden- und Ressourcenpolitik“ zur Voraussetzung gehabt, um wirtschaftliche Macht wirklich zerstreuen zu können.

- **Monopolaufsichtsamt**

Ganz frei war Eucken wohl auch selbst nicht von der Befürchtung, dass auch bei einer Verwirklichung der konstituierenden Grundprinzipien einer vollständigen Konkurrenz doch wieder Mono- und Oligopole entstehen könnten, denn sonst hätte er nicht zusätzliche „regulierende Prinzipien“ aufgestellt, um „gewisse Machtpositionen ..., (die) auch bei vollständiger Anwendung der Prinzipien entstehen“, zu kontrollieren. Dabei dachte er in erster Linie an Anbieter von öffentlichen Gütern wie Verkehr, Post und Energie wie zum Beispiel städtische Gaswerke mit einem lokalen Angebotsmonopol, aber nicht an privatwirtschaftliche Machtpositionen, die sich aus der strukturellen Macht des Geldes und aus dem Monopolcharakter des privaten Eigentums am Boden und an den Ressourcen ergeben. Sie durchzogen das Marktgeschehen weiterhin wie ein unsichtbares Pilzgeflecht und brachten es auf eine schiefe Ebene. Ohne diese zur Bildung von Mono- und Oligopolen führenden Privilegien des Geldes bzw. des Geldkapitals und des privaten Bodeneigentums als Gefahren zu erkennen, glaubte Eucken, dem von ihm den Menschen unterstellten „Hang zur Monopolbildung“ mit einem „unabhängigen ... staatlichen Monopolaufsichtsamt“ beikommen zu können. „Ziel der Monopolgesetzgebung und der Monopolaufsicht ist es, die Träger wirtschaftlicher Macht“ wie zum Beispiel kommunaler Energieversorger „zu einem Verhalten zu veranlassen, als ob voll-

⁸⁵ Walter Eucken (1952/1960), S. 320 - 322 (klare Führungsverhältnisse, menschliche Arbeit kein Objekt und keine Ware mehr, Rolle der Gewerkschaften). - In seinen „Grundsätzen“ erwähnte Eucken die Genossenschaften nur drei Male und auch nur im Hinblick auf ihre Rolle in der Landwirtschaft; vgl. Walter Eucken (1952/1960), S. 181, 188 und 221. - Zu Familienunternehmen vgl. Markus Plate & Torsten Groth & Volker Ackermann & Arist von Schlippe (2011), und Stiftung Familienunternehmen (2019).

ständige Konkurrenz bestünde.“ Und das allgemeine „Streben der Menschen, zu monopolistischen Positionen zu gelangen ..., wird wesentlich geschwächt oder hört auf, wenn eine so entschiedene Monopolaufsicht wirksam wird.“⁸⁶

Ob eine Monopolaufsichtsbehörde auch nach der Einführung einer Bodenrechts- und Geldreform auf immer und ewig notwendig bleiben wird, lässt sich im Vorhinein nicht sagen. Auf jeden Fall bleibt sie noch für eine längere Übergangszeit unverzichtbar, bis der Prozess der Konzernentflechtung abgeschlossen und das gesamte Geld- und Realvermögen dezentralisiert ist.

- **Sozialpolitik**

Eucken betrachtete es zudem als Aufgabe der „allgemeine Ordnungspolitik ... , die Entstehung sozialer Fragen zu verhindern“, d.h. die von Mono- und Oligopolen befreiten Märkte so zu ordnen, dass alle Menschen bei einer leistungsgerechten Primärverteilung von Einkommen und Vermögen die Chance bekommen, ihre Existenz aus eigener Kraft zu sichern. Aber „wenn Selbsthilfe und Versicherung nicht ausreichen, sind staatliche Wohlfahrtseinrichtungen notwendig. ... Deshalb sind über die Wettbewerbspolitik hinaus Vorkehrungen notwendig, um Lücken auszufüllen und Härten zu mildern.“⁸⁷

In welchem Umfang eine staatliche Sozialpolitik auch dann noch notwendig bleiben wird, wenn innerhalb der Marktform der vollständigen Konkurrenz die Verteilungsgerechtigkeit noch durch gerechte Ordnungen des Geldwesens und der Zugänge zu Boden und Ressourcen gesichert wird, lässt sich ebenfalls nicht im Vorhinein sagen. Ebenso wie die Monopolaufsicht wird sie zumindest noch während einer längeren Übergangszeit fortgesetzt werden müssen, bis die allgemeine Ordnungspolitik jede „unwürdige Lage“ überwunden hat, in der leistungsfähige Menschen ihre Existenz bislang aufgrund von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit oder anderer Benachteiligungen nicht aus eigener Kraft sichern können. Unabhängig davon, ob und in welchem Umfang solche „sozialpolitische Hilfe“ sich nach und nach erübrigt, bleibt eine Sozialpolitik im Sinne einer Daseinsfürsorge für noch nicht erwerbsfähige Kinder und Jugendliche sowie nicht mehr erwerbsfähige kranke, behinderte und alte Menschen ohnehin dauerhaft unverzichtbar.⁸⁸

9.1.3 Alexander Rüstow - gegen die „Elephantiasis der Wirtschaft“

Was Franz Böhm als Jurist und Walter Eucken als Ökonom zur Grundlegung des Ordoliberalismus beitrugen, ergänzte Alexander Rüstow im türkischen Exil als Soziologe. Zunächst interessierten ihn die religionsgeschichtlichen Wurzeln des

⁸⁶ Walter Eucken (1952/1960), S. 291 - 295 (Monopolaufsicht), 298 und 359 (Hang zur Monopolbildung).

⁸⁷ Walter Eucken (1952/1960), S. 313 und 318 - 319 (staatliche Wohlfahrt). - Zur Spreizung der Einkommen vgl. Euckens Hinweis, dass sie auf monopolistischen Märkten deutlich stärker auseinandergehen als in einer vollständigen Konkurrenz; vgl. S. 316 - 317.

⁸⁸ Walter Eucken (1952/1960), S. 313 (unwürdige Lebenslagen) und 319.

blinden Vertrauens der klassischen Ökonomen in die Fähigkeit der „unsichtbaren Hand“ (Adam Smith), freie und sich selbst überlassene Märkte selbsttätig in ihrem Gleichgewicht zu ordnen, nachdem die Wirtschaft jahrhundertlang in Feudalgesellschaften - zuletzt im feudalabsolutistischen Merkantilismus - von Mächtigen zentral gelenkt worden war. Und warum führte die Befreiung der Märkte nicht zu einer egalitären Bürgergesellschaft mit einer „Harmonie économique“ (Frederic Bastiat)? Warum führte das von Philosophen des Humanismus und der Aufklärung ebenso wie von klassisch-liberalen Ökonomen angebahnte „Experiment des Liberalismus“ zu einem „katastrophalen Fehlschlag“?⁸⁹

„Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus“ (1945)

Die tiefsten Wurzeln des Vertrauens in die innere Harmonie einer nicht mehr von Feudalherrschern obrigkeitlich gelenkten Wirtschaft reichten Rüstow zufolge bis in die griechisch-römische Antike zurück. In einer religions- und philosophiegeschichtlichen Studie verortete er sie in kosmologisch-astronomischen Ansichten von Pythagoras und Heraklit. Während das Ganze des irdischen Lebens und des Universums Pythagoras zufolge (570-510 v. Chr.) auf harmonischen Proportionen zwischen allen sich gegenseitig im Gleichgewicht haltenden Teilen beruht, habe Heraklit um 500 v. Chr. schon erstmals die Vorstellung gehabt, dass auch das Geld in einem gleichgewichtigen Kreislauf durch die Wirtschaft fließe und sich gleichwertig mit den Waren austausche. Von der römischen Philosophie der Stoa sei dieses Bild einer von menschlichen Eingriffen freien, quasi göttlich-natürlichen Ordnung über Leibnizens „prästabilierte Harmonie“ auf Adam Smith übergegangen, der schon Astronom und Moralphilosoph gewesen war, bevor er sein ökonomisches Hauptwerk verfasste. Und parallel zu Smith habe auch der französische Arzt Francois Quesnay mit seiner „physiokratischen Konzeption des *ordre naturel*“ ein „wirtschaftstheologisches“ Denken in quasi natürlichen wirtschaftlichen Kreisläufen begründet.⁹⁰

Nachdem schon Thomas Malthus Zweifel angemeldet hatte, ob diese Harmonievorstellungen von der Natur auf die Wirtschaft übertragen werden dürfen, verstärkte Karl Marx diese Zweifel nach Ansicht von Rüstow mit „unbestreitbarer Genialität und prophetischer Intuition“. Aber Marx und seine Epigonen hätten ebenso wie der „Vulgärliberalismus“ einen tragischen Fehler begangen, indem sie die Freiheit der Märkte als Urquell einer vermeintlich mit historischer Gesetzmäßigkeit immer weitergehenden Kapitalkonzentration missverstanden und das „Auf-die-Spitze-Treiben aller dieser Krankheitserscheinungen“, also die Fortsetzung der privatkapitalistischen Konzentration in der Hand eines proletarischen Staates, „für etwas Erstrebenswertes, ja für das Ideal schlechthin“ gehalten hät-

⁸⁹ Alexander Rüstow (1945/2001), S. 25.

⁹⁰ Alexander Rüstow (1945/2001), S. 28 - 33 (Pythagoras, Heraklit, Stoa und Leibniz), 37 - 44 (natürliche Ordnung der Physiokraten) und 51 (Hinweis auf Smith's „History of Astronomy“).

ten. Nicht den Markt als solchen, sondern monopolistische Beschränkungen des Marktes machte Rüstow in Übereinstimmung mit Oppenheimer sowie Böhm und Eucken für das katastrophale „Versagen des Wirtschaftsliberalismus“ verantwortlich. „Nur die scharfe Unterscheidung zwischen der wirklich freien Marktwirtschaft der vollständigen Konkurrenz, wie sie der liberalen Theorie entspricht, und ihrer subventionistisch-monopolistisch-pluralistischen Entartung bringt Klarheit in diese verworrene Streitlage. ... Mit vollstem Recht wehrt man sich dagegen, die Marktwirtschaft der vollständigen Konkurrenz als ‚Kapitalismus‘ bezeichnen zu lassen; mit vollstem Recht wird betont, dass die ‚kapitalistisch‘ genannte Wirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts ... in vielem geradezu das Gegenteil der echten Konkurrenzwirtschaft darstelle.“⁹¹

Typisch für die „subtheologisch verabsolutierte“ und „pathologisch degenerierte Wirtschaftsform“ des Laissez-faire-Kapitalismus waren nach Ansicht von Rüstow

1. die Verkehrung des Leistungswettbewerbs in eine „Behinderungskonkurrenz. ... Der Monopolismus verhindert die Leistungskonkurrenz“ und instrumentalisiert den Staat obendrein für die Stärkung privatwirtschaftlicher Macht durch einen „Subventionismus“, was vor 1933 zu einer Legitimationskrise des Parlamentarismus geführt hatte - mit besonders verhängnisvollen Folgen für Deutschland und Italien.

2. Hand in Hand ging damit eine „Megalomanie ... , eine Entwicklung zur übermäßigen Konzentration der Unternehmungen und Betriebe zum Groß-, Riesen- und Mammutunternehmen. ... Dabei war sie nur zum kleinsten Teil technisch und wirtschaftlich gerechtfertigt, während in den allermeisten Fällen das technisch-wirtschaftliche Größenoptimum wesentlich überschritten wurde.“⁹²

3. Diese Fehlentwicklung zu überdimensionierten und sich zunehmend bürokratisierenden Unternehmens- und Betriebsgrößen ging außerdem einerseits mit einem „rapiden und übermäßigen Rückgang der Zahl der selbstständigen, wirtschaftlich und sozial gesunden Klein- und Mittelbetriebe“ und andererseits mit einem „Emporschnellen der Riesen zahlen proletarisierter Arbeitermassen“ einher. Während die Klein- und Mittelbetriebe „von einer megalomanen Öffentlichkeit als rückständig verachtet“ wurden, wurden Arbeitermassen in „Groß-, Riesen- und Mammutstädten ... ganz überflüssigerweise in großstädtischen Mietskasernenblocks zusammengefercht“.⁹³

⁹¹ Alexander Rüstow (1945/2001), S. 119 - 121 (Karl Marx und die Unterscheidung zwischen vollständiger Konkurrenz und monopolistischen Märkten). - Vgl. auch Walter Eucken (1952/1960), S. 136: „Mit der Übernahme der Fabriken, Bergwerken Verkehrsanlagen, landwirtschaftlichen Böden usw. vollzieht der Staat eine außergewöhnliche Ausdehnung seiner Kompetenzen. Er übernimmt die Machtposition eines universalen Konzerns, dem alle Produktionsmittel gehören.“

⁹² Alexander Rüstow (1945/2001), S. 121 (subtheologisch verabsolutierte und pathologisch degenerierte Wirtschaftsform des Laissez-faire); 113 (Leistungs- vs. Behinderungskonkurrenz und Subventionismus, Megalomanie) und 126 - 137 (Instrumentalisierung des Staates durch mächtige Interessengruppen), hier: S. 132 - 133.

⁹³ Alexander Rüstow (1945/2001), S. 118 (Rückgang der Klein- und Mittelbetriebe sowie Vermassung der Arbeiter in Großstädten).

4. Das Ergebnis dieser ebenso vom Vulgärliberalismus wie vom Marxismus heraufbeschworenen Fehlentwicklung war ein zweifacher Kollektivismus: zum einen ein Kapitalkollektivismus in Gestalt einer „megalomanen Elephantiasis der Wirtschaft“, in der Massen von Geld- und Realkapital in „Riesenkonzernen und Mammutunternehmen“ angesammelt wurden, und zum anderen ein Arbeiterkollektivismus in Gestalt einer „atomistischen Vermassung der Gesellschaft“, welche die Arbeiter massenhaft existenziell entwurzelte und sie der Gefahr aussetzte, sich in Massenbewegungen verführen zu lassen.⁹⁴

Rüstow stimmte Marx und seinen Epigonen uneingeschränkt zu, dass der Laissez-faire-Kapitalismus eine katastrophale Verirrung darstellte und als solche nicht länger haltbar war. „In der Überzeugung von der Notwendigkeit seiner Überwindung sind wir mit den Marxisten und Sozialisten vollkommen einig.“ Aber im Gegensatz zu Marx und den Theoretiker/innen der Arbeiterbewegung machte er nicht den Markt schlechthin für den Laissez-faire-Kapitalismus verantwortlich, sondern die Beschränkung von Markt und Wettbewerb durch Monopole. Für unverzichtbar hielt Rüstow eine die Irrtümer von Marx „bereinigende Unterscheidung zwischen der echten Marktwirtschaft der liberalen Wirtschaftstheorie und der entarteten ‚kapitalistischen‘ Wirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts.“ Im Gegensatz zum „Evangelium des Vulgärliberalismus“ und dessen „Soziologieblindheit“ könne man allerdings auch vom echten Markt keine individuell versittlichende und sozial integrierende Wirkung erwarten. Dafür bedürfe es eines „Gegengewichts starker umrahmender Integrationskräfte anderer Art“, welche die Einzelinteressen freier Produzenten sozial und ethisch zu einem sinnvollen Ganzen miteinander verbinden. „Es bleibt uns nichts anderes übrig, als mit dem Mut der Verzweiflung nach dem ‚dritten Wege‘ zu suchen, der zwischen dem zusammengebrochenen historischen Liberalismus und dem drohenden Kollektivismus die Menschheit zu einer neuen Möglichkeit führt, als Menschen menschlich und menschenwürdig zu leben.“ Damit lief Rüstows Kritik am klassischen Liberalismus auf die etwa zeitgleich von Böhm und Eucken entwickelte Vorstellung hinaus, die Freiheit des Marktes in einen rechtsstaatlichen Ordnungsrahmen einzubetten, der die bis dahin übersteigerte Verfolgung wirtschaftlicher Einzelinteressen bündigt, der allen Menschen gleiche Chancen für ihre Beteiligung am Leistungswettbewerb garantiert - wie schon John Stuart Mill zog Rüstow hierfür auch Änderungen im Erbrecht zur Nivellierung von Vermögen in Betracht - und der ihre Einzelinteressen in das Wohl der Allgemeinheit einfügt. „Eine unabhängige, sachverständige, starke und umsichtige Politik staatlicher Marktpolizei mit entsprechender Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis wäre einzusetzen für die volle und strenge Aufrechterhaltung fairer Leistungskonkurrenz im Gesamtbereich privater Marktwirt-

⁹⁴ Alexander Rüstow (1945/2001), S. 119.

schaft. Jede Form der Behinderungskonkurrenz wäre nicht nur außer Rechtsschutz, sondern unter Strafe zu stellen.“⁹⁵

Obwohl Rüstow sich offenbar schon in seinen jungen Jahren mit den Werken von Franz Oppenheimer beschäftigt hatte⁹⁶, nahm er in seinem Werk über das „Versagen des Wirtschaftsliberalismus“ keinerlei Bezug auf Oppenheimers Liberalsozialismus und dessen Unterscheidung zwischen einem vollständigen Wettbewerb und einem monopolkapitalistisch vermacherten Wettbewerb. Henry George erwähnte er nur einmal ganz beiläufig⁹⁷ und nahm ansonsten ebenso wie Böhm und Eucken auch keine Notiz von den übrigen Bodenrechts- und Geldreformern, die die Degeneration der Marktwirtschaft zum Kapitalismus mit ungleich verteilten Chancen des Zugangs zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen erklärt hatten und die darum bereits bedeutende Vorarbeiten für die Entwicklung eines ordoliberalen Dritten Weges geleistet hatten. Immerhin erweiterte Rüstow den Gedankenhorizont des Ordoliberalismus mit seinem Hinweis auf die „Subventionitis“, m.a.W. auf die Beihilfe des von den Ordoliberalen kritisch gesehenen „Wirtschaftsstaates“ bei der Sicherung der Rentabilität des in Großunternehmen konzentrierten Kapitals durch ohne Gegenleistungen gewährte öffentliche Gelder.

„Zwischen Kapitalismus und Kommunismus“ (1949)

Nachdem Rüstow 1949 aus dem türkischen Exil nach Deutschland zurückgekehrt war und an der Universität Heidelberg einen Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erhalten hatte, vertiefte er seine Gedanken über einen „Dritten Weg“ im Dialog mit anderen Ordoliberalen. Die Orientierung der Wirtschaft an einer Nutzen- und Gewinnmaximierung erschien ihm als ein „Wirtschaftsmaterialismus unserer Zeit“ und die Selbstheilungskräfte der Märkte seien stärker begrenzt als von vielen Ökonomen angenommen.⁹⁸

Besonders kritisch nahm Rüstow zu Eugen Schmalenbachs These Stellung, wonach der steigende Anteil fixer Kapitalkosten an den Produktionskosten insbesondere in der Schwerindustrie unweigerlich dazu führen müsse, dass „das Überhandnehmen von fixen Kosten mit der Existenz der freien Wirtschaft auf die Dauer unverträglich“ sei und eine vollständige Konkurrenz gänzlich unmöglich mache. Rüstow hielt Schmalenbach entgegen, dass das mit hohen fixen Kapitalkosten verbundene hohe Risiko durch entsprechend höhere Risikoprämien abgegolten werden könne; jedoch bedachte er dabei nicht mit, dass der besonders in den

⁹⁵ Alexander Rüstow (1945/2001), S. 90 (Vulgärliberalismus vs. umrahmende Integrationskräfte) sowie 122 (Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus), 125 (Übereinstimmung mit dem Marxismus) sowie 141 und 146 (dritter Weg der rechtsstaatlich geordneten Marktwirtschaft), 148 - 149 (Erbrecht).

⁹⁶ Kathrin Meier-Rust (1993), S. 24 - 26.

⁹⁷ Alexander Rüstow (1945/2001), S. 82.

⁹⁸ Alexander Rüstow (1949), S. 101 (Wirtschaftsmaterialismus) und 106 (begrenzte Selbstheilungskräfte der Märkte).

Schwer- und Grundstoffindustrien ständig steigende Anteil der fixen Kapitalkosten an den gesamten Produktionskosten bereits ein Ausdruck der im kapitalistischen Geld und in Privilegien beim Boden- und Ressourceneigentum wurzelnden Akkumulations- und Konzentrationsdynamik war, der nicht mit einer höheren Risikoprämie oder Subventionen beizukommen war. Obwohl Rüstow sie nicht als tiefere Ursache der von ihm ansonsten zu Recht beklagten „megalomanen Elephantiasis“ im Blick hatte, zweifelte er die angebliche „produktionstechnische und organisatorische Überlegenheit und weitaus größere Produktivität“ der Großindustrie gegenüber kleineren und mittleren Unternehmensgrößen an. Die „Unsterblichkeit durch Größe“ durchschaute er bereits frühzeitig als ein „patentes Rezept in unserer dem Kult des Kolossalen ergebenen Zeit.“⁹⁹ Demgegenüber hielt Rüstow eine aus unzähligen kleinen und mittleren Unternehmen bestehende Wirtschaft für krisenfester und sie würde den Menschen auch mehr Eigenständigkeit, „Gemeinschaftsverbundenheit, Sicherheit und Wärme der sozialen Einbettung“ in überschaubaren Lebensverhältnissen bieten.¹⁰⁰

Als Alternative zum beengten und unsicheren Leben in Proletariervierteln überdimensionierter Städten strebte Rüstow eine Agrarpolitik an, die „ein gesundes, marktfestes, hochproduktives Kleinbauerntum einschließlich des kleinbäuerlichen Obst-, Gemüse- und Gartenbaus“ fördert, sowie eine Wirtschaftspolitik, die einen vollständigen Wettbewerb zwischen vielen kleinen und mittleren Unternehmen in Industrie, Handwerk, Handel, Banken und Dienstleistungen sichert. Es sollte nicht mehr möglich sein, mit Hilfe von Haftungsbeschränkungen und Patenten privatwirtschaftliche Machtpositionen zu erlangen. Für wenige noch „verbleibende Großbetriebe“ kam für Rüstow nur noch „die genossenschaftliche Betriebsform in Frage. ... Wenn durch straffe Marktpolizei private Monopole und Monopoloide unmöglich gemacht und Kleinbetriebe auf allen geeigneten Gebieten gefördert, Großbetriebe und Großunternehmungen als sozial unerwünscht unter erschwere Bedingungen gestellt würden, wenn eine stark progressive Erbschaftssteuer ... die Massensteuern entlasten würde“, dann könne man zunächst zusehen, wie eine „kombinierte und konvergierende Wirkung aller dieser Maßnahmen“ wirkt und dann entscheiden, welche weitergehenden Maßnahmen vielleicht noch hinzukommen müssten, um den Übergang vom bestehenden monopolkapitalistischen Verdrängungswettbewerb in eine von Mono- und Oligopolen freie vollständige Konkurrenz zu bewältigen, die Rüstow ausdrücklich von Darwins „Kampf ums Dasein“ unterschied. Für diesen Dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, den Franz Oppenheimer rund drei Jahrzehnte vorher einen „Liberalsozialismus“ genannt hatte, verwendete Rüstow in Anlehnung an den Ordoliberalismus

⁹⁹ Alexander Rüstow (1949), S. 110 - 113 (Auseinandersetzung mit Schmalenbach) und 124 (Zweifel an der Überlegenheit von Großunternehmen und der Gültigkeit des „too big to fail“). - Eugen Schmalenbach (1928), S. 241 - 251.

¹⁰⁰ Alexander Rüstow (1949), S. 117.

auch die Bezeichnung „Sozialliberalismus“¹⁰¹. Sie entsprach sowohl dem Bestreben der Ordoliberalen, die wirtschaftliche Freiheit als eine rechtlich geordnete Freiheit zu erneuern, als auch deren noch unzureichenden Vorstellungen von den geld- und boden- bzw. ressourcenpolitischen Grundlagen einer gerechten Ordnung der Märkte.

„Ortsbestimmung der Gegenwart“ (1950 - 1957)

Während Marx die Geschichte zwischen dem Urkommunismus und einer kommunistischen Zukunftsgesellschaft als eine Abfolge von Klassenkämpfen gedeutet hatte, betrachtete Rüstow sie in Anlehnung an Franz Oppenheimers Staatstheorie und Universalgeschichte als eine lange Reihe von feudalen Herrschaftsverhältnissen, an deren Anfang eine gewaltsame Überlagerung sesshafter Bauernvölker durch nomadisierende Hirtenvölker gestanden habe. Seinem größtenteils im türkischen Exil entstandenen dreibändigen Werk „Ortsbestimmung der Gegenwart“ stellte er das Goethe-Wort „Wer nicht von dreitausend Jahren sich weiß Rechenschaft zu geben ...“ als Motto voran.¹⁰²

Im ersten Band „Ursprung der Herrschaft“ durchstreifte Rüstow die Geschichte der Hochkulturen, um unter Einbeziehung der Ethnologie und Anthropologie deren „feudale Strukturelemente“ zu ergründen, die aus der ursprünglichen Gemeinschaft der Menschen eine hierarchisch geschichtete Gesellschaft atomisierter und vermasster Individuen machten. Auch für ihn stand am Anfang der Überlagerung von Bauernvölkern durch Hirtenvölker eine „Landnahme“, also eine gewaltsame Aneignung des Bodens durch Eroberer, die den ursprünglich gemeinschaftlichen Boden für sich beanspruchten und die Verfügungsmacht über ihn zur Grundlage ihrer Herrschaft über ihre besitzlosen Untertanen machten. „Am Ende dieser Entwicklung blieb nichts übrig als eine starke soziale Ungleichheit in der Verteilung des Besitzes und des aus dem Besitz fließenden Einkommens“. Das Einkommen aus Boden- und Kapitalbesitz stellte für Rüstow ein „arbeitsloses Renteneinkommen“ dar und in Übereinstimmung mit Marx und Oppenheimer wies er die Behauptung von Klassik und Neoklassik, wonach die Kapitalakkumulation auf Fleiß und Sparsamkeit beruhe, als eine „einfältige Tendenzlüge“ zurück. Letztlich rang sich Rüstow aber doch nicht dazu durch, sich die Strukturen der wirtschaftlichen Ausbeutung näher anzusehen. „Auf keinen Fall bedarf es zur Erklärung der persistierenden oligarchischen Kapitalverteilung der Unterstellung irgendwelcher ökonomischer qualitates occultae - weder eines unsichtbaren Bodenmonopols auf dem freien Grundstücksmarkt, noch unheimlicher Eigenschaften des Kapitals als

¹⁰¹ Alexander Rüstow (1949), S. 131 (Sozialliberalismus), 134 - 135 (kleinbäuerliche Landwirtschaft), 135 (Haftung und Patente), 140 Mittelschichten), 149 und 151 (Großbetriebe in der Rechtsform von Genossenschaften) sowie 153 (Abgrenzung der vollständigen Konkurrenz von Darwins Kampf ums Dasein).

¹⁰² Alexander Rüstow (1950), S. 23 (Goethe) und 87 (erste Anregung von Franz Oppenheimer).

solchen, nach der düsteren Marxschen Zauberformel: Wert heckt Mehrwert.“ Stattdessen dachte Rüstow am ehesten an eine Akkumulation in Folge des Erbgangs. Als eine von mehreren Begleiterscheinungen feudaler Herrschaftsstrukturen durchschaute er immerhin den Glauben von Herrschern an ihre rassische Überlegenheit über ihre Untertanen als „ein typisches Produkt überlagerungsbedingter Zweischichtigkeit“.¹⁰³

Außerdem untersuchte Rüstow jene „transfeudalen Triebkräfte“, welche zum Übergang in die Moderne drängten und der „Zentralisierungstendenz“ des Feudalismus eine „egalitäre Tendenz“ gegenüberstellten. Dazu gehörten für ihn die „angeborene und unausrottbare soziale Natur des Menschen“ als eine Kraft, die danach strebt, den Menschen wieder in eine herrschaftsfreie Gemeinschaft hineinzustellen, und die Forderung der französischen Aufklärung nach einer Anerkennung der Gleichheit aller Menschen; außerdem die Tendenzen zur Arbeitsteilung, zur Rechtsstaatlichkeit und zur Demokratie. In seinen Untersuchungen über gegenläufige Tendenzen zur Plutokratie, zur Bürokratisierung, zum Steuerstaat und zur Militarisierung spielten Privilegien des privaten Bodeneigentums und des zinstragenden Geldes abermals keine Rolle als Faktoren, die zur Konzentration von Reichtum und wirtschaftlicher wie politischer Macht führten. Auch brachte Rüstow die Tendenz zur Bürokratisierung nicht mit Funktionsmängeln des Geldwesens in Verbindung.¹⁰⁴

Der zweite Band von Rüstows „Ortsbestimmung der Gegenwart“ mit dem Titel „Weg in die Freiheit“ zeichnete den die Geschichte durchziehenden Widerstreit zwischen der Unfreiheit mit dem sie stützenden „Machtwissen“ einerseits und der geistigen Freiheit mit dem sie fördernden „Erkenntniswissen“ in zahlreichen Facetten von der griechisch-römischen Antike über das Mittelalter, die Gotik und Renaissance sowie die Reformation und Gegenreformation bis zur Aufklärung und zum Rückfall in die „Sozialblindheit der Romantik“ und Restauration des 19. Jahrhunderts nach. Während die antiken Römer mehr zur autoritären Herrschaft neigten, schätzte Rüstow die antiken Griechen besonders wegen der „unersetzlichen Einmaligkeit und Ausschließlichkeit dieser griechischen Befreiungstat“.¹⁰⁵

Mit der Frage „Herrschaft oder Freiheit?“ im Titel des dritten Bandes blickte Rüstow schließlich auf diejenigen im 19. und 20. Jahrhundert zur Geltung gelangten Kräfte, die zu großen Hindernissen auf dem weiteren Weg der Menschheit in die Richtung der Freiheit geworden sind: Kapitalismus, Kommunismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus.

¹⁰³ Alexander Rüstow (1950), 109 - 113 (Gesellschaft statt Gemeinschaft), 118 - 121 (Staat der Überschichtung), 158 (Rassismus als Abbild einer hierarchisch geschichteten Gesellschaft) und 161 - 164 (Landnahme und arbeitslose Renteneinkommen).

¹⁰⁴ Alexander Rüstow (1950), S. 206 (soziale Natur des Menschen) und 248 (zentralistische und egalitäre Tendenzen).

¹⁰⁵ Alexander Rüstow (1950), S. 254 (Herrschafts- und Erkenntniswissen) und ders. (1952), S. 12 (Athen vs. Rom), 443 (Klassik vs. Romantik), 449 (Sozialblindheit der Romantik).

Entgegen dem Eindruck, dass sich der Ordoliberalismus nur einseitig dem Kommunismus entgegengesetzt habe - Ptak zog sogar eine direkte „Verbindungsline zwischen den ordoliberalen Programmansätzen und der faktischen NS-Wirtschaftspolitik“ und warf ihm eine „antisozialistische Propaganda“ mitsamt einer Frontstellung gegen alle wohlfahrtsstaatlichen und planwirtschaftlichen Optionen“ vor¹⁰⁶ - , setzte sich Rüstow sehr wohl nicht nur mit dem Kommunismus, sondern auch mit dem Nationalsozialismus und Faschismus kritisch auseinander. Dabei bezog er sowohl den ihnen vorausgegangenen Konservativismus von Edmund Burke bis zur deutschen Romantik ein - „ein wundersamer Maskenzug von Wotanspriestern, Deutschgläubigen, Rassenfanatikern und Runendeutern begegnet uns da“ - und versuchte, den Weg des „Kults des großen Leviathans ... , jener Verabsolutierung und Vergötzung des allmächtigen und allgegenwärtigen Staats“ vom Absolutismus zu den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts nachzuzeichnen.¹⁰⁷

Außerdem analysierte Rüstow das 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts als „Zeitalter des Nationalismus“, in dem das doppelte menschliche Bedürfnis nach einem Verwurzeltein in vertrauter Umgebung und zugleich nach einem weltoffenen Aufgehobensein in der „großen symphonischen Fuge der Menschheitsgeschichte“ sich aufspaltete, sich zu einem andere Menschen und Völker missachtenden „chauvinistischen Hypernationalismus und Hurratriotismus“ pervertierte und eine „massenpsychotische Pseudointegration“ herbeiführte. Über Bismarcks zentralistische Machtpolitik und den Militarismus von „Deutschnationalen ostelbischer Herkunft“ steigerte sie sich schließlich im Nationalsozialismus mit bürokratischer Präzision zu einem bestialischen Massenmord. „Jedes Mädchen, das in den besetzten Ländern zwangsweise einem deutschen Militärbordell zugeführt wurde, erhielt seine Nummer sauber und deutlich lesbar auf den Arm tätowiert. In den Konzentrationslagern wurde mit deutscher bürokratischer Gründlichkeit Buch geführt, kein Todeskandidat ohne Nummer, kein noch so viehischer Mord ohne Ausfüllung einer vorgedruckten Rubrik.“¹⁰⁸

Genau so scharf verurteilte Rüstow den „wilden, geradezu diabolischen Judenhass“ und die Verherrlichung von Gewalt im italienischen Faschismus, den Mussolini nach seinem Ausschluss aus der Sozialistischen Partei Italiens als „Konkurrenzideologie zum Kommunismus“ aus dem Syndikalismus entwickelte, und im deutschen Nationalsozialismus. Als dessen Vorgeschichte betrachtete Rüstow eine

¹⁰⁶ Ralf Ptak (2004), S. 62 - 72, hier: S. 63, sowie 89 (Verbindung zwischen Ordoliberalismus und Nationalsozialismus) und 157 (antisozialistische Propaganda). Später sah Ptak bei Böhm noch eine „Schnittmenge zum Nationalsozialismus, ohne dass deshalb eine grundsätzliche Kongruenz zwischen den ordoliberalen Positionen und der nationalsozialistischen Ideologie behauptet werden soll.“ (S. 290)

¹⁰⁷ Alexander Rüstow (1957), S. 199 - 208 (Konservativismus), hier: S. 207; S. 250 - 268 (vom Absolutismus zu den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts), hier: S. 268.

¹⁰⁸ Alexander Rüstow (1957), S. 269 - 283 und 456 - 466 (Nationalismus), hier: S. 271 (chauvinistischer Nationalismus) und 274 (Pseudointegration), 276 - 277 (Fuge der Menschheitsgeschichte, Hypernationalismus und Hurratriotismus); vgl. außerdem S. 456 - 466, bes. S. 457 (Bismarck und deutschnationale Ostelbier) und 459 Prostitution und Massenmorde in den Konzentrationslagern).

unglückselige Verkettung von Ereignissen, die mit der Niederschlagung der bürgerlichen 1848er Revolution begann - für ihn stellte sie das „größte Verhängnis der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts“ dar - und die über die antirevolutionär-antidemokratische Machtpolitik Bismarcks als „Verkörperung des ostelbischen Junkertums“, über das subalterne preußisch-deutsche Beamtentum mit- samt dem Militarismus zunächst zur wilhelminischen Großmachtpolitik, zum Ersten Weltkrieg und zum Versailler Friedensvertrag führte, von dessen „völliger Verfehltheit“ Rüstow ebenso überzeugt war wie Keynes.¹⁰⁹ Sodann konnten die Nationalsozialisten unter den Bedingungen der sozialen Zerrüttung der unteren und mittleren Schichten durch die große Inflation das Versailler Diktat „in teuflischer Weise ... für ihre verhängnisvoll wirksame Hasspropaganda missbrauchen“. Begünstigt durch den „ostelbischen Feudalismus (als) bösem Geist der Weimarer Republik“, durch die große Deflationskrise der Weltwirtschaft, die Schwäche der Arbeiterbewegung („Die rote Brille des Marxismus machte grotesker Weise feudalismusblind.“) und die Appeasementpolitik des Auslands konnten die Nationalsozialisten ihr tragisches Zerstörungswerk beginnen und eine „Weltkatastrophe“ noch nie dagewesenen Ausmaßes herbeiführen.¹¹⁰

Nach diesem Zivilisationsbruch hielt Rüstow eine „Heilung des durch Überlagerung entstandenen sozialen Krankheitszustandes von Herrschaftlichkeit und Unfreiheit“ für unabdingbar. Er forderte ein „bewusstes Vorgehen gegen alle erkennbaren Formen dieser Krankheit“ und nicht nur „eine halb unbewusste palliative Selbstheilung durch Dämpfung vermittelt checks and balances“.¹¹¹ Es gebe geradezu eine „Widerstandspflicht ... gegen überlagernde und überlagerungsgierige Unmenschlichkeit“ und eine „Pflicht zur Freiheit“.¹¹² Aber am Ende seines Lebens fand Rüstow leider nicht mehr die Kraft, sich der Verfälschung des Ordoliberalismus durch monopolkapitalistische Interessengruppen entgegenzustellen und der Frage nachzugehen, welche geld- und bodenpolitischen Voraussetzungen für eine ‚bewusste‘ Verwirklichung eines vollständigen Wettbewerbs er vielleicht übersehen haben könnte. Stattdessen überließ er „unserer Neuen Anthropologie ... die große Aufgabe“, die „elementarsten Grundsätze der Menschlichkeit“ und des „Verhaltens auf Gegenseitigkeit“ zu vertiefen. Unter dem Eindruck des mit atomarer Abschreckung geführten Kalten Krieges zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten beschränkte sich Rüstow auf die Forderung,

¹⁰⁹ Alexander Rüstow (1957), S. 471 - 476 (Antisemitismus), hier: S. 472; S. 476 - 478 (Gewaltverherrlichung); S. 389 - 394 (italienischer Faschismus), hier: S. 390 (vom Syndikalismus zum Faschismus), und 394 - 448 (deutscher Nationalsozialismus), hier: S. 404 und 414 (Niederschlagung der 1848er Revolution), 405 - 406 (Bismarck), 408 und 412 (Beamtentum) und 432 (Verfehltheit des Versailler Friedensvertrags). Vgl. auch S. 408: „Es dürfte kaum eine typische KZ-Erscheinung geben, für die sich nicht in milderer Form Analogien und Ansätze im preußischen Kasernenhof aufweisen ließen.“

¹¹⁰ Alexander Rüstow (1957), S. 433 - 434 (Missbrauch des Versailler Diktats), 436 (Weltkatastrophe), 442 (große Inflation), 446 (Weltwirtschaftskrise), 447 (ostelbischer Feudalismus und feudalismusblinder Marxismus).

¹¹¹ Alexander Rüstow (1957), S. 503.

¹¹² Alexander Rüstow (1957), S. 511.

dass der ‚freie Westen‘ seine Freiheit gegen die in der Sowjetunion und in China herrschende „pseudoreligiöse Ideologie des Bolschewismus“ mit einer „sowohl konventionellen wie atomaren Rüstungsparität“ verteidigt. „Der Sieg im Kalten Krieg sollte unser Ziel sein. ... So wird es gar nicht mehr zum heißen Kriege kommen können.“¹¹³

Damit begab sich Rüstow selbst in das Fahrwasser der von ihm eigentlich abgelehnten „bloß symptomatischen Palliativbehandlung“. Zwar forderte er den sog. ‚freien Westen‘ angesichts des Korea-Krieges auf, im Interesse seiner Glaubwürdigkeit im globalen Süden jeglichen Kolonialimperialismus einzustellen; jedoch unterließ er die wichtigste Forderung an den Westen, sich selbst auf ein Fundament von Freiheit und sozialer (Chancen-)Gleichheit zu stellen (ohne das auch der Kolonialismus nicht überwindbar ist) und damit dem Kommunismus seinen Nährboden zu entziehen. In der sog. „Sozialen Marktwirtschaft“ sah Rüstow nunmehr eine nahezu erreichte Überwindung der „früheren Schwäche der ursprünglichen kapitalistischen Marktwirtschaft“ und täuschte sich selbst mit der Einschätzung, dass der „paläoliberalen Grundsatz des Laissez-faire ... in allen abendländischen Kulturstaaten mehr oder weniger im Begriff (steht), überwunden zu werden.“¹¹⁴

9.1.4 Wilhelm Röpke - Vom „Kult des Kolossalen“ zum „menschlichen Maß“ in der Wirtschaft

Neben Rüstow war Wilhelm Röpke der zweite Ökonom und Soziologe, der die ökonomischen und juristischen Grundlagen des Ordoliberalismus um eine Gesellschaftstheorie erweiterte - anfangs gemeinsam mit Rüstow im türkischen Exil, wohin auch Röpke geflohen war, nachdem er seinen Lehrstuhl in Deutschland wegen seiner Warnung vor dem Nationalsozialismus verloren hatte, und ab Ende 1937 in Genf/Schweiz.

Allerdings löste sich auch Röpke mit allem, was er während des Zweiten Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren an Bedeutendem zu den Grundlagen des Ordoliberalismus beitrug, nie von dem klassisch-neoklassischen Axiom, das er schon 1937 in seinem Buch „Die Lehre von der Wirtschaft“ vertreten hatte, dass nämlich die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital rechtmäßig mit dem Arbeitslohn, der Bodenrente und dem Kapitalzins für ihre jeweilige Beiträge zum Sozialprodukt entlohnt würden. „Wir wissen, dass Zins und Grundrente nichts anderes als Preise sind, die für die Leistungen der entsprechenden Produktionsfaktoren gezahlt werden.“ Nicht zu Unrecht verwies Röpke darauf, dass die Arbeit, der Boden und das Kapital Preise haben müssen, wenn ihre Allokation selbsttätig,

¹¹³ Alexander Rüstow (1957), S. 509 und 511 (neue Anthropologie), 508 (‚freier‘ Westen vs. Bolschewismus), 512 - 513 (konventionelle und atomare Rüstungsparität) und 523 (Sieg im Kalten Krieg).

¹¹⁴ Alexander Rüstow (1957), S. 517 (anständige Liquidation der doch unhaltbaren letzten Reste abendländischer Kolonialpositionen), 520 (angebliche Überwindung des paläoliberalen Laissez-faire), 523 (bloß symptomatische Palliativbehandlung) und 529 (Verneigung vor der Sozialen Marktwirtschaft).

d.h. ohne eine staatliche Planungsbürokratie, entsprechend den Bedürfnissen der Menschen vorstattgehen soll. „Ein sozialistischer Staat müsste dafür irgendeinen Ersatz finden.“ Jedoch ist es für die Allokation nicht nur nicht nötig, sondern geradezu hinderlich und im Hinblick auf die Verteilung ohnehin problematisch, wenn die Bodenrenten privat vereinnahmt werden und die Zinsen dauerhaft positiv sind und sich nicht zu null ausgleichen können.¹¹⁵

„Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ und „Civitas Humana“ (1942/1945)

Während in anderen Ländern Europas und der Welt der Zweite Weltkrieg tobte, rang Röpke in der Schweiz mit der Frage nach den Ursachen des „Krankheitszustandes unserer zivilisierten Welt“ und nach einem „Weg zu ihrer Heilung“. Für die „pathologischen Entartungen unserer abendländischen Gesellschaft“ machte er „geistig-moralische und politisch-sozial-ökonomische Ursachen verantwortlich, insbesondere einen weit in die Anfänge der Neuzeit zurückreichenden „Verweltlichungsprozess“ in Verbindung mit einem „Relativismus und Agnostizismus der Wissenschaften“ - mit der tragischen Folge, dass nach der „Saat und Ernte zweier Jahrhunderte“ mittlerweile zwei Seelen in der Brust von Menschen im Abendland schlagen: „neben warmer Humanität ärgster Nihilismus und Zynismus“.¹¹⁶ Diese innere Widersprüchlichkeit der westlichen Zivilisation führte Röpke insbesondere auf „Irrwege“ des Rationalismus, Individualismus und Liberalismus zurück; allerdings sah er keinen Zusammenhang mit der Rolle des in sich widersprüchlichen kapitalistischen Geldes, das die wirtschaftlich handelnden Individuen zugleich miteinander verbindet und voneinander trennt, das die Individuen auch in sich selbst spaltet und ihre persönliche Freiheit insofern pervertiert, als sich ihr subjektiv-rationales, ihnen als wirtschaftlich erscheinendes Verhalten sich in Wirklichkeit als objektiv-irrationale Rentabilität erweist. Statt die strukturelle Macht des herkömmlichen Geldes und das Rentabilitätsstreben dafür verantwortlich zu machen, dass die Rechenhaftigkeit des Wirtschaftens überhandnahm und eine materialistische Lebenseinstellung mit „seelischer Verödung“ eintrat, gab Röpke fälschlicherweise einem „Säkulargeist“ des Humanismus hierfür die Schuld. „Mit dem Humanismus verlor man die Wertorientierung und damit schließlich jede Orientierung überhaupt.“ Es war jedoch nicht der Humanismus, sondern letztlich die vom Humanismus und der Aufklärung noch nicht erkannte Akkumulations- und Konzentrationskraft des Geldes, die in der Wirtschaft mit ihrer großindustriellen Massenproduktion, in der Politik mit ihrem Lobbyismus und beim Staat mit seinem Expansionsdrang den von Röpke zu Recht beklagten „Kult des Kolossalen“ hervorbrachte und die Quantität über die Qualität stellte. „Der Kult des Kolossalen bedeutet den Kniefall vor dem bloß ‚Großen‘ als hinreichendem Ausweis des Besse-

¹¹⁵ Wilhelm Röpke (1937/1954), S. 240 - 241.

¹¹⁶ Wilhelm Röpke (1942/1948), S. 7, 16 (Krisenursachen), 18 (Verweltlichung) und 20 (Relativismus und Agnostizismus), 65 und 106 (Humanität und Nihilismus).

ren und Wertvolleren, die Verachtung des äußerlich Kleinen, aber innerlich Großen.“¹¹⁷

Dem „Corporate Capitalism“ mit seinem monopolistisch „überdimensionierten Großbetrieb“ und seiner fordistischen Arbeitsorganisation, seiner „verfilzenden Konzentration“ und seinem „fortschreitenden, die Gesellschaftsstruktur zerstörenden Zerbröckelungs- und Verklumpungsprozess“ in den großen nach wirtschaftlicher und politischer Weltmacht strebenden Industrienationen mit ihrer krankhaften „sozialen Unterernährung“ sowie dem Kommunismus und Faschismus stellte Röpke die Forderung entgegen, nicht mehr dem „Phantom des Kolossalen nachzujagen“, sondern „Ehrfurcht vor dem Kleinen und der Sorge um die Seele“ aufzubringen.¹¹⁸ Als Musterbeispiel eines Dritten Weges mit einem „Mittelmaß an Privateigentum“ und als „Vorlage für die Sanierung der Welt“ erschien ihm die damalige Schweiz, in der er eine mono- und oligopolfreie Marktwirtschaft zumindest in ersten ausbaufähigen Ansätzen verwirklicht sah. „Dezentralisierung, natürliche Förderung der kleineren Produktions- und Siedlungseinheiten und der soziologisch gesunden Lebens- und Berufsformen (obenan der bäuerlichen und handwerkerlichen), Rechtsgestaltung zum Zwecke der Monopol- und Konzentrationsverhinderung (Gesellschaftsrecht, Patentrecht, Konkursrecht, Kartellrecht u.a.), strengste Überwachung des Marktes zur Sicherung des Fairplay, Herausbildung neuer nichtproletarischer Formen der Industrie, Rückführung aller Dimensionen und Verhältnisse auf menschliche Maße ... , Korrektur von Überschraubtheiten der Organisierung, Spezialisierung und Arbeitsteilung, Förderung der breiten Eigentumsverteilung ... , sinnvolle Begrenzung der Staatseingriffe nach den Regeln und im Wirkungssinne der Marktwirtschaft ... bei wohldurchdachter Reservierung eines Sektors der eigentlichen Planwirtschaft - dies wären einige der Hauptpunkte, die hier zunächst nur schlagwortartig und daher auch auf die Gefahr von Missverständnissen hin zu nennen wären.“¹¹⁹ -

Dass allerdings die zuvor von Oppenheimer, dann von Röpke und später auch noch von Kohr als Vorbild gerühmte Schweiz längst keine heile Welt mehr war, hatte schon mehr als 100 Jahre vorher der berühmte schweizerische Pädagoge Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827) beklagt. Gegen Ende seines Lebens erschien ihm die Eidgenossenschaft vor dem Beginn des Industriezeitalters noch als eine Gesellschaft von Bauern und Handwerkern mit einer „inneren Gleichheit der Segnungen des häuslichen Wohlstandes aller Stände unseres Landes“. Dank der

¹¹⁷ Wilhelm Röpke (1942/1948), S. 81 - 90 (Irrwege von Rationalismus, Individualismus und Liberalismus), 103 (Kult des Kolossalen), 105 (Säkulargeist und Nationalcharakter), 110 (Quantität statt Qualität; Verachtung des äußerlich kleinen, aber innerlich Großen) und 111 (Humanismus als scheinbare Ursache von seelischer Verödung).

¹¹⁸ Wilhelm Röpke (1942/1948), S. 23 (Verklumpung und Zerbröckelung), 108 (Phantom des Kolossalen und Ehrfurcht vor dem Kleinen), 149 (soziale Unterernährung), 187 (Corporate Capitalism) und 190 (verfilzende Konzentration).

¹¹⁹ Wilhelm Röpke (1942/1948), S. 288 - 289 (Schweiz als Beispiel einer monopolfreien Marktwirtschaft). Zur Kritik an den Aktiengesellschaften und am Patentrecht vgl. auch S. 369 - 370.

„segensvollen Gleichheit“ sei ein diese Gesellschaft zusammenhaltender „schweizerischer Gemeingeist“ verbreitet gewesen. Das „Ebenmaß unseres bisherigen Wohlstands“ sei aber dadurch verloren gegangen, dass uns „von allen Seiten auf eine unnatürliche Weise große, mit unserem früheren Zustand kontrastierende Geldmassen zuflossen. ... Unverhältnismäßig schnell reich gewordene Fabrikanten“ hätten sich Land, „Geldreichtum“ und Fabriken angeeignet, während auf der anderen Seite die Zahl „eigentumsloser“ Fabrikarbeiter stark angestiegen sei. An die Stelle des „Verbrauchsgeistes“ seien seitdem ein selbstüchtiger „Erwerbsgeist“ der Reichen und ein „Gesindelleben der Menge“ getreten.¹²⁰

Um die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden und einen „selbstständigen Mittelstand“ mit einem „Ebenmaß aller Kräfte“ herzustellen, hätte es Pestalozzi zufolge wirtschaftlicher und pädagogischer Gegenmaßnahmen bedurft. Zum einen hielt er eine Bildung und Erziehung junger Menschen zu „bürgerlicher Selbstständigkeit“ und zur Bereitschaft aller für erforderlich, mit einem „mäßigen Wohlstand“ zufrieden zu sein. Und zum anderen „bedürfen wir der freien und ungehemmten Zirkulation des Geldes“, um die Voraussetzung für eine breite Streuung des Eigentums ohne „Großreichtum“ und ein „Gleichgewicht der Quellen des positiven Wohlstandes“ zu schaffen, so dass viele Menschen die Chance bekommen, sich wirtschaftlich selbstständig zu machen.¹²¹ -

Ungeachtet solcher kritischen Einschätzungen der Verhältnisse in der Schweiz betrachtete Röpke insbesondere „jede Form einer feudalen, kapitalistischen oder kollektivistischen Großlandwirtschaft“, in der Ackerbau und Viehzucht industriell betrieben werden, als eine „verhängnisvolle Verirrung“. Im Interesse eines „organischen Kreislaufs des Landwirtschaftsbetriebes“ sollte jeglicher die Fruchtbarkeit der Böden beschädigender Raubbau unterbleiben. „Der unverschuldete Bauer auf ausreichender Bodengrundlage ist der freieste und unabhängigste Mensch in unserer Mitte.“ Zudem könnten die einzelnen Höfe in „Allmendgenossenschaften und der jedem Konkurrenzgedanken fremden Berufs- und Nachbarschaftsgemeinschaft eingebettet“ sein. Allerdings fragte Röpke nicht nach den Ursachen der tatsächlichen Überschuldung vieler Höfe. Davon abgesehen wandte er sich ausdrücklich gegen das Missverständnis, dass eine regionale Selbstversorgung mit Lebensmitteln im „wirtschaftlichen Nahverkehr“ gleichbedeutend mit Autarkiebestrebungen sei. „Wir kompromittieren das, was uns am Herzen liegt, nämlich die ökonomisch-soziale Strukturveränderung der ‚Selbstversorgung‘, aufs Schwerste, wenn wir es mit der ‚Autarkie‘ zusammenwerfen und uns als Vertreter eines extremen ökonomischen Nationalismus gebärden.“ Stattdessen stellte sich Röpke

¹²⁰ Johann Heinrich Pestalozzi (1826/1946), S. 479 - 480 (Gleichheit und Gemeingeist), 494 - 498 (Ebenmaß, Fabrik- und Geldreichtum), 500 (Erwerbs- statt Verbrauchsgeist), 502 (Eigentumslosigkeit und Verfall der Sitten) und 509 (schweizerischer Gemeingeist).

¹²¹ Johann Heinrich Pestalozzi (1826/1946), S. 521 (Bildung), 525, 527 und 535 - 536 (Mittelstand mit Ebenmaß und Gleichgewicht, ungehemmte Geldzirkulation).

eine „in die Weltwirtschaft vernünftig eingegliederte bäuerliche Landwirtschaft“ vor.¹²²

Auch seine Vorstellung von einer Wirtschaft mit in kleinen und mittleren Dimensionen breit gestreutem Produktionsmitteleigentum und mit dezentralisiertem Handwerk und (Klein-)Handel grenzte Röpke deutlich von einer „Mittelstandspolitik alten Stils“ ab. Es gehe nicht mehr darum, Sonderinteressen von kleinbürgerlichen Mittelschichten in einem Zweifrontenkampf gegen die Interessen von Großkapital und Proletariat zu verfechten, sondern *allen* Menschen in einer egalitären statt hierarchischen Gesellschaft gleiche Chancen für ein „entproletarisertes“ Leben in wirtschaftlicher Selbstständigkeit zu sichern. Röpke wollte die „industrielle Betriebsorganisation so umformen, dass die Arbeit mit dem Sinn, der Selbstbestimmung und dem Rhythmus erfüllt wird, die die Arbeitsexistenz des Handwerkers auszeichnen“, d.h. sie sollte frei sein von jeglichem „Taylorsystem ... und Kasernencharakter“. „Wir müssen uns nun erst mal an den Gedanken gewöhnen, dass ein gesundes Wirtschaftsleben sehr wohl ohne Holdinggesellschaften, rechtlich geschützte Monopolverhältnisse, wettbewerbshindernde Patente, ja sogar schlimmstenfalls ohne Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung als Regelformen der Industrieunternehmung vorzustellen ist.“¹²³ Als Beispiele einer dezentralen Neuorganisation der Industrie nannte Röpke u.a. gemeinnützige Baugesellschaften, Genossenschaften, die „Werkstattaussiedlung“ von Eugen Rosenstock-Huessy und die „Baltimore and Ohio Eisenbahngesellschaft“. In gewisser Hinsicht erinnerten seine Vorstellungen von einer „Dezentralisierung der Industrien über das flache Land und die Kleinstädte“ an die Genossenschaftsprojekte der Frühsozialisten oder auch an die landwirtschaftlich-industriellen Föderationen, über die Proudhon und Kropotkin schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachgedacht hatten.¹²⁴

Sobald der „Aktien- und Verschachtelungskapitalismus“ in eine monopolfreie Marktwirtschaft übergehe und der Rechtsstaat für die Einhaltung von fairen Spielregeln des Leistungs- und übrigens auch Qualitätswettbewerbs Sorge, könne sich auch der Charakter der Sozialpolitik verändern, d.h. der systembedingte Bedarf an einer „wachsenden Sozialbürokratie“ könne parallel zur „Diffusion des Eigentums“

¹²² Wilhelm Röpke (1942/1948), S. 291 (wirtschaftlicher Nahverkehr), 324 - 325 (keine Großlandwirtschaft, sondern selbstständige Bauern in Allmendgenossenschaften) und 331 (geschlossene Kreisläufe in der Landwirtschaft) - 342 (Selbstversorgung in einer offenen Welt[agrар]wirtschaft vs. Autarkie). Vgl. auch Wilhelm Röpke (1948b), S. 155 - 174.

¹²³ Wilhelm Röpke (1942/1948), S. 190 (Wirtschaft ohne Aktiengesellschaft, Patente und Haftungsbeschränkungen), 343 (Mittelstandspolitik alten Stils), 351 (Entproletarisierung) und 353 (Industrie ohne Taylorsystem und Kasernencharakter). - In Röpkes Vorstellungen über eine monopolfreie Marktwirtschaft hatten weder eine „Bankenkonzentration“ (357) noch die „Reklame der kapitalkräftigen Großbetriebe“ (348) einen Platz.

¹²⁴ Wilhelm Röpke (1942/1948), S. 351 (Dezentralisierung der Industrien), 353 (Beispiele für eine dezentrale Neuorganisation der Industrie) und 355 (Baugesellschaften und Genossenschaften). Vgl. Eugen Rosenstock-Huessy, Werkstattaussiedlung - Untersuchungen über den Lebensraum des Industriearbeiters, Berlin 1922.

allmählich zurückgehen. „Wirkliche Sozialpolitik ist also gleichbedeutend mit einer Politik des Abbaus des Proletariats“, m.a.W. mit einer Politik der Umwandlung von lohnabhängigen Arbeitern in wirtschaftlich selbstständige Bürger, die nicht mehr unfreiwillig arbeitslos werden können, „während sich die Sozialpolitik alten Stils nur palliativ mit dem schwer auflöselichen Restbestand zu beschäftigen hat, damit aber zugleich erheblich an Dringlichkeit einbüßt.“¹²⁵ -

In seiner ebenfalls noch während des Zweiten Weltkriegs erschienenen „Civitas Humana“ vertiefte Röpke seine Kritik an der „Monstrosität unserer Verhältnisse“ mit ihrer „Entpersönlichung, Devitalisierung und Naturentfremdung“ sowie seine Vorstellungen von einer „Rückführung aller Dimensionen und Verhältnisse vom Kolossalen auf menschliches Maß“. Im Mittelpunkt stand dabei weiterhin die von „unverbesserlich blinden Sozialisten als ‚kleinbürgerlich‘ verachtete ... Wiederherstellung des Eigentums von breiten Schichten“. Röpke fragte aber auch, ob die dem Eigentum entwöhnten Arbeiter und Angestellten „wirklich Eigentum haben wollen“ und bereit sind, die damit verbundenen Rechte und Pflichten wahrzunehmen. So zeigte er auch Verständnis für deren Wunsch, sich vielleicht nur mit sog. Volksaktien an großen Unternehmungen zu beteiligen. Aber „weitaus befriedigender würde es sein, wenn es möglich wäre, eine Dezentralisierung des Produktionsmitteleigentums durch eine Vermehrung der Klein- und Mittelbetriebe durchzuführen.“¹²⁶ Und für größere Unternehmen gab es schließlich nicht nur die Rechtsform der Aktiengesellschaft, sondern auch die Rechtsform der Genossenschaft.

In seiner „Civitas Humana“ machte Röpke schließlich auch noch deutlich, dass zu einer monopolfreien Marktwirtschaft innerhalb einzelner Länder allein eine internationale Vernetzung auf der Grundlage einer „Staatenföderation“ passe, die allen einzelnen Ländern ihre jeweilige Souveränität lässt und jegliche „kollektivistische Großraumwirtschaft“, wie sie vom Nationalsozialismus betrieben wurde, vermeidet. Bereits in seiner „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ hatte er den europäischen Kolonialismus als einen „geistigen Imperialismus“ verurteilt, der „rückwärtslos in primitive und fremde Kulturen eingreift“. Röpke stellte sich den Weltmarkt wie den Binnenmarkt einzelner Länder als eine weltweit dezentralisierte „Markt- und Preisgemeinschaft“ vor, konnte sich die globale Integration der gleichberechtigten Länder aber nur „nach dem Muster der Goldwährung“ und auch nicht ohne eine „maßvolle Zollpolitik“ vorstellen. Zwar erschien ihm der 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods nicht angenommene Bancor-Plan von Keynes als „geistreich“, er hielt ihn aber nicht für funktionsfähig.¹²⁷ Übrigens hielt

¹²⁵ Wilhelm Röpke (1942/1948), S. 370 (Aktien- und Verschachtelungskapitalismus), 358 (wachsende Sozialbürokratie) und 360 - 363 (Diffusion des Eigentums und Wandel der Sozialpolitik).

¹²⁶ Wilhelm Röpke (1944/1979), S. 275 (von der Monstrosität zum menschlichen Maß), 279 (Wiederstellung des Eigentums) und 283.

¹²⁷ Wilhelm Röpke (1944/1979), S. 391 (kollektivistische Großraumwirtschaft) und 393 (Staatenföderation, Goldwährung und maßvolle Zollpolitik). - Ders. (1942/1948), S. 114 - 115 (Kolonialismus als geistiger Imperialismus) und 374 - 385. - Ders. (1945/1979), S. 161 (Keynes' Bancor-Plan). Auch Alexander

Eucken die in Bretton Woods für die Nachkriegszeit beschlossenen weltwirtschaftlichen Institutionen für eine „nicht geglückte ... Kompromisslösung“, die nur die unterschiedlichen Interessen der Verhandlungspartner widerspiegelte. So bliebe es eine Aufgabe, ohne eine Goldbasis einen „kräftigen Stabilisator“ einzubauen, der die Weltwirtschaft in ein Gleichgewicht bringt und Inflation wie Deflation vermeidet.¹²⁸

9.2 Kritik am Glauben an den technischen Fortschritt und die industrielle Massenproduktion

Während Schumpeter in den 1940er Jahren noch Lobeshymnen auf die „Ära der Großunternehmung“ als Träger des technischen Fortschritts sang, entwickelte der Ordoliberalismus eine breit angelegte Kritik an der kultischen Verehrung des Großen sowohl im alten Laissez-faire-Kapitalismus und im staatlich organisierten Kapitalismus als auch in den totalitären Herrschaftssystemen des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Ohne schon die Privilegienstruktur des privaten Bodeneigentums und des kapitalistischen Geldes als tiefere Wurzel der Kapitalakkumulation und -konzentration zu sehen, wurde für Franz Böhm, Walter Eucken, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und andere Ordoliberele gerade jener vollständige Wettbewerb zum Leitbild, den die Neoklassik als Feigenblatt für die Verdeckung von Machtinteressen benutzt hatte und den Schumpeter noch für eine „Fiktion eines völlig imaginären goldenen Zeitalters des vollkommenen Wettbewerbs (gehalten hatte), die zu keinem Zeitpunkt Wirklichkeit gewesen ist ... und die keinen Anspruch erheben kann, als Muster idealer Leistungsfähigkeit zu gelten.“¹²⁹

Nachdem Eucken in den „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ nur einmal beiläufig angedeutet hatte, dass „der Industrieapparat ... in der vollständigen Konkurrenz anders aussieht“ als im Monopolkapitalismus und „sich auch aus kleineren Werken zusammensetzt als in anderen Marktformen“¹³⁰, führte er diesen Gedanken im „ORDO-Jahrbuch“ noch näher aus. Insbesondere Schumpeters „Behauptung vom notwendigen Untergang der Konkurrenz“ trat er mit dem Hinweis entgegen, dass die modernen Verkehrs- und Nachrichtentechniken die Konkurrenz auch verstärkt hätten. Durch die Entwicklung von Kunststoffen sei es zu einer „zunehmenden Substitutionskonkurrenz“ gekommen. Aber wurden zum Beispiel Eisenbahnen nicht gerade von großen Stahlkonzernen produziert und Kunststoffe von der stark monopolisierten petrochemischen Industrie? Eucken blieb bei seiner Ansicht, dass

Rüstow betrachtete „das halbe Jahrtausend des abendländischen Kolonialimperialismus (für einen) blutigen Schandfleck auf der Geschichte der Menschheit.“ (1957, S. 506 - 507). - Im Gegensatz zu seiner Kritik am Kolonialismus ließ sich Röpke leider gegen Ende seines Lebens zu Sympathien für das südafrikanische Apartheid-Regime hinreißen; vgl. hierzu Nils Goldschmidt (2016), S. 18.

¹²⁸ Walter Eucken (1950b) und ders. (1952/1960), S. 168 - 169 [Bretton Woods].

¹²⁹ Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 134, 157 und 174 - 175. An anderer Stelle verhöhnte Schumpeter die Vorstellung einer vollkommenen Konkurrenz nochmals als „blutlos“. (S. 293)

¹³⁰ Walter Eucken (1952/1960), S. 237.

nicht in erster Linie die Technik zur Konzentration führe, sondern „dass viele Werke“ unabhängig von ihrer Größe „unter einheitliche Leitung geraten“, d.h. zu Kartellen verbunden werden.¹³¹ Statt durch die Technik seien Konzerne und Syndikate vielmehr durch privatwirtschaftliches Machtstreben und eine Wirtschafts- und Rechtspolitik entstanden, die die Konzentration begünstigte. Dabei verwies Eucken auf „das moderne Gesellschaftsrecht, insbesondere das Aktienrecht, das Patentrecht einschließlich des Lizenzrechts, den Markenschutz mit dem Schutz der Preisbindungen der zweiten Hand.“ Auch die Handelspolitik und das Steuerrecht förderten nach seiner Auffassung die Konzentration. „So kam es zu zweierlei: erstens zu der ganz unberechtigten Zusammenfassung der Leitung vieler Betriebe in einer Hand und zweitens auch dazu, dass übergroße Betriebsgrößen gewählt wurden, also Betriebsgrößen, die die technischen Erfordernisse überschritten.“¹³² Aufgabe der Politik sei es deshalb vor allem, die Rahmenbedingungen der Wirtschaft so zu gestalten, dass sich Konkurrenz und Technik gegenseitig stärken. -

Auch Röpke stellte die „populäre Theorie von den Vorteilen des Großbetriebs“ noch einmal grundsätzlich in Zweifel. Zum einen stünden diesen vermeintlichen Vorteilen auch beträchtliche Nachteile gegenüber, die - würden sie in die Kostenkalkulationen einfließen - den Eindruck der Vorteilhaftigkeit der Großbetriebe schnell korrigieren würden. Dabei dachte Röpke an

a) ökonomische Kosten in Gestalt von „Staatshilfen ..., Steuervergünstigungen oder Vorzugstarifen im Strombezug“ und

b) an „soziale Kosten des Großbetriebs“, die besonders dann in Form von sozialpolitischen Unterstützungen für Arbeiter anfallen, wenn die „Starrheit und Verwundbarkeit der Dinosaurier“ in Zeiten von Konjunkturabschwüngen zu Entlassungen führt. Schließlich bedachte Röpke auch schon

c) gesundheitliche und ökologische „Nachteile der Bevölkerungszusammenballung und Urbanisierung“ mit. Dazu gehörten für ihn höhere Infrastrukturkosten sowie „Flussverunreinigungen, Landschaftsverwundungen ... , Rußplage, Lärm, Geruch“ und nicht zuletzt auch eine zunehmende Kriminalität.

Diesen Nachteilen und den auf die Gesellschaft und die Natur abgewälzten Kosten der Großbetriebe stünden in einer Wirtschaft mit dezentralisierten Klein- und Mittelbetrieben „geringe Transport- und Absatzkosten“ gegenüber, die Röpke als besondere „Vorteile des ‚wirtschaftlichen Nahverkehrs‘“ betrachtete.¹³³ Allerdings berücksichtigte er bei diesen weit blickenden Überlegungen noch nicht den qualitativen Unterschied zwischen Wirtschaftlichkeit und Rentabilität mit.

Am breitesten angelegt war Rüstows Rückblick auf das Zeitalter der industriellen Revolution. Den sowohl von den Verfechtern des Monopolkapitalismus als auch

¹³¹ Walter Eucken (1950a), S. 3 - 17, hier: S. 5- 6 (Verkehrs- und Nachrichtentechniken, Kunststoffe), 10 (viele Werke unter einheitlicher Leitung) und 13 (mehrere Ursachen der Konzentration).

¹³² Walter Eucken (1946), Blatt 3.

¹³³ Wilhelm Röpke (1948b), S. 162 (wirtschaftlicher Nahverkehr zwischen kleinen und mittleren Unternehmen) und 163 - 165 (ökonomische, soziale u.a. Kosten von Großbetrieben). - Vgl. hierzu auch Helge Peukert (2010a), Abschnitt 3.

des Kommunismus geteilten Glauben an den technischen Fortschritt, den schon Röpke mit seiner Kritik am „Kult des Kolossalen“ mit immer höheren Gebäuden und Geschwindigkeiten angezweifelt hatte, hielt er für einen „säkularisierten Chiliasmus. ... Diese entfesselte Begeisterung für den technischen Fortschritt ... nimmt so gerade den Charakter einer dämonisch-unseligen Erlösungsreligion an, des unheimlich-ziellosen Kreuzzugs einer rekordwütigen Höchstleistungsbegeisterung um jeden Preis. ... Jede Frage nach dem Sinn des Ganzen ... ist schon Sünde wider den Geist und unverzeihliche Glaubensschwäche. ... Es gibt nur noch eine Parole: Vorwärts! Vorwärts!“¹³⁴

Spätestens seit den schrecklichen Auswirkungen des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki war es Rüstow zufolge „an der Zeit, die Bilanz des technischen Fortschritts zu ziehen“ und nach seinen Resultaten für die Menschen zu fragen. Neben unzweifelhaften Errungenschaften stünden auch „unsere Verstädterung, unsere Naturferne, die Künstlichkeit und vielfältige Abhängigkeit unserer Lebenslage. ... Der technische Fortschritt hat die Großfabrik zur führenden Betriebsform gemacht“ und den Menschen keineswegs die verheißene große Entlastung von mühseliger Arbeit gebracht. Vielmehr hat sie zu derjenigen „Selbstentfremdung des Menschen“ geführt, „die Hegel und Marx als zentrale Krankheit unserer Zeit diagnostizierten“, und auch zu dem von Freud analysierten „Unbehagen an der Kultur“. Rüstow verwies auch auf die „Kriegstechnik“, die eine „unwiderstehliche waffentechnische Überlegenheit gegenüber allen anderen Völkern der Welt verschafft, die seit den großen Entdeckungen und Umseglungen den Kolonialimperialismus mit all seinen entsetzlichen Brutalitäten und Unmenschlichkeiten hervorgetrieben hat.“¹³⁵

Trotz seiner Einsichten in die widersprüchlichen Resultate des technischen Fortschritts blieb Rüstow bei der Auffassung, dass die Technik als solche neutral und weder gut noch böse sei, „aber zum Guten und Bösen zu gebrauchen. ... Sie kann dem Heil und dem Unheil dienen.“¹³⁶ Dabei war offenkundig, dass die Atombombe zu nichts Gutem zu gebrauchen war. Was Rüstow und andere nicht sahen, was sie aber Schumpeters „schöpferischer Zerstörung“ hätten entgegenhalten können, war die Tatsache, dass dem eindimensionalen Vorwärts, Höher und Schneller jener Drang des sich mit zunehmender Geschwindigkeit akkumulierenden und konzentrierenden Kapitals entsprach, im Interesse seiner Selbstverwertung ständig neue rentable Anlagemöglichkeiten zu finden und die Überdimensionierung von Unternehmen und Städten über das menschliche Maß hinaus voranzutreiben. Gemäß der inneren Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Geldes ist die Technik nicht nur neutral, sondern ihre konkrete Ausgestaltung unterliegt auch dem Einfluss der Kapitalverwertung. Diesen Einfluss zurückzudrängen, wäre zusätzlich zu

¹³⁴ Alexander Rüstow (1951), S. 383 (Fortschrittsglaube als säkularisierter Chiliasmus) - 384 (Vorwärts!).

¹³⁵ Alexander Rüstow (1951), S. 387 - 391 (zweispältige Wirkungen des technischen Fortschritts).

¹³⁶ Alexander Rüstow (1951), S. 386 (Bilanz des technischen Fortschritts nach der Atombombe), 392 (Neutralität der Technik).

der von Rüstow geforderten Verlagerung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung allein in die öffentliche Hand notwendig gewesen, um das ordoliberalen Ziel eines Übergangs von den „mammuthaften Großgebilden“ zu einer naturnahen Landwirtschaft und einer menschengemäßen Industrie erreichbar zu machen.¹³⁷

Die Auseinandersetzung der Ordoliberalen mit dem ambivalenten Verhältnis zwischen den Marktformen der vollständigen Konkurrenz und der mehr oder weniger monopolisierten Konkurrenz einerseits und der technischen Entwicklung andererseits blieb in guten, aber noch unvollständigen Ansätzen stecken. Dazu gehörte auch Rüstows Kritik am Anspruch des modernen Menschen, die Natur mit wissenschaftlichen Mitteln zu beherrschen. „Wir sind uns gar nicht mehr bewusst, dass wir ja selbst ein Teil der Natur sind, dass sie unser aller Mutter ist, dass wir zu allem, was sie hervorbringt, brüderlich, kameradschaftlich, eingeordnet stehen sollten, dankbar für die Entwicklungsmöglichkeiten, die solche Zusammenarbeit uns bietet.“ Anstelle der „rationalistisch-herrsüchtigen Einstellung gegenüber der Natur“ solle der Mensch „höhere Normen anerkennen, die ihm selbst wie der Natur übergeordnet sind“ und „mit sich und der Welt im Gleichgewicht“ sein. An Mills und Keynes' Ausblicke auf ein zukünftiges stationäres Wirtschaften erinnert Rüstows Hinweis, dass „Statik, im Gegensatz zur Dynamik des Fortschritts, ... ja nicht etwa Stillstand und leblose Erstarrung (bedeutet), vielmehr naturhaft lebendige Bewegung im friedlich geschlossenen Kreise oder allenfalls in sanft ansteigender Spirale.“¹³⁸ Allerdings überlegte Rüstow noch nicht, ob es einen Zusammenhang geben könnte zwischen der strukturellen Herrschaft des Geldes über die Wirtschaft und die freie Verfügbarkeit von Boden und Ressourcen einerseits und dem Anspruch auf eine wissenschaftliche Naturbeherrschung andererseits.

Zum ordoliberalen Ziel einer Marktwirtschaft mit durchweg kleinen und mittleren Unternehmen und einer entsprechenden Technik gehörte im Übrigen auch die Vorstellung, dass die Märkte nicht das gesamte wirtschaftliche Geschehen bestimmen dürften. Vielmehr müsse es Eucken zufolge außerhalb der Märkte als „ergänzende Ordnungsform“ auch beträchtliche Bereiche der Eigenarbeit und Selbstversorgung geben. „Dadurch werden die Menschen unabhängiger vom Markt und haben in Notzeiten eine gewisse Sicherung“ - sowohl Bauern, die einen Teil ihrer Ernte selbst verbrauchen, als auch Arbeiter und andere Berufsgruppen, die sich zumindest teilweise aus Gärten selbst versorgen. Auch Röpke vertrat die Ansicht, dass es „in der Marktwirtschaft ... marktfreie Sphären der Selbstversorgung geben muss“.¹³⁹ Jedoch konnte die Komplementarität von arbeitsteiliger Produktion für Märkte und außermärklicher Eigenwirtschaft in der Realität nur in eine Schieflage geraten, weil die strukturelle Macht des Geldes eine immer stärkere

¹³⁷ Alexander Rüstow (1951), S. 393 - 395 (mammuthafte Großgebilde, öffentliche Forschung und das „viel wichtigere Gebiet der natürlichen Düngung“).

¹³⁸ Alexander Rüstow (1957), S. 50 - 54.

¹³⁹ Walter Eucken (1952/1960), S. 246 - 247 (Eigenwirtschaft). Wilhelm Röpke (1942/1948), S. 192.

Kommerzialisierung der Wirtschaft bewirkte und Geld und Markt auch in Lebensbereiche vordringen ließ, in denen sie nichts zu suchen hatten.

9.3 Kehrtwende von der monopolfreien vollständigen Konkurrenz zur sozial verbrämten kapitalistischen Marktwirtschaft

Während Böhm und Eucken ebenso wie die meiste Zeit auch Rüstow und Röpke tatsächlich die Verwirklichung des ordoliberalen Ziels der Marktform der monopolfreien vollständigen Konkurrenz anstrebten und ‚nur‘ noch nicht ahnten, dass es sich erst dann erreichen lassen würde, wenn zu den „konstituierenden Prinzipien“ einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung der Märkte auch eine gerechte Boden-/Ressourcen- und Geldordnung hinzukommt, begann Ende der 1940er Jahre mit Alfred Müller-Armack (1901-1978) und Ludwig Erhard (1897-1977) ein realpolitischer Kurswechsel des Ordoliberalismus, der über die westdeutsche Währungsreform vom Juni 1948 und den Übergang von der geplanten Kriegswirtschaft zu einer nicht mehr reglementierten Preisbildung auf freien Märkten zur Restauration der monopolkapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft führte. Im Gegensatz zu Böhm und Eucken, die die Entstehung von privatwirtschaftlicher Marktmacht ex ante verhindern wollten, wandten sich Müller-Armack und Erhard unter Beibehaltung der marktwirtschaftlichen Rhetorik vom ursprünglichen ordoliberalen Ziel einer vollständigen Konkurrenz ab, gaben in ihrem wirtschaftspolitischen Handeln dem Druck mächtiger Wirtschaftsinteressen nach und begnügten sich damit, privatwirtschaftliche Marktmarkt nur noch ex post durch eine staatliche Monopolaufsicht kontrollieren zu wollen.

9.3.1 Alfred Müller Armack und die „Soziale Marktwirtschaft“

In zeitlicher Nähe zur Großen Weltwirtschaftskrise hatte Müller-Armack eine Theorie der kapitalistischen Entwicklung entworfen, die im Gegensatz zur Neoklassik keine automatische Gleichgewichtigkeit der Konjunktur mehr behauptete und auch keine externen Schocks für Krisen verantwortlich machte. Aber es gebe auch keine systemimmanente Instabilität des Kapitalismus und schon gar keine Zwangsläufigkeit einer weiteren Entwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus. Konjunkturschwankungen und Krisen hielt Müller-Armack für unvermeidlich, aber für nur gelegentlich und gleichsam ohne besonderen Grund auftretende Störungen, die sich mit den Mitteln der staatlichen Kreditpolitik dämpfen ließen.¹⁴⁰

Da sich die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung nicht nur ökonomisch erklären lasse, verband Müller-Armack seine Theorie mit soziologischen und religionssoziologischen Elementen aus den Werken von Sombart und Weber sowie mit

¹⁴⁰ Alfred Müller-Armack (1927), S. 167 - 168.

philosophisch-anthropologischen Elementen aus Werken von Max Scheler und Helmuth Plessner zu einer „Sozialwissenschaftlichen Anthropologie“. Damit strebte er eine „universalgeschichtliche Eingliederung des Kapitalismus“ als ein „geschichtliches Monopol“ an und gerade nicht seine grundsätzliche Infragestellung. In einem „objektiven Ordnungsgefüge“ eingebettet, sei der Markt ein interessen-neutrales „offenes Selektionsinstrument. ... Das Moment irrationaler Gestaltung liegt in der Struktur des Marktmechanismus selbst, der eben nur den kapitalistisch Qualifizierten mit dem Aufstieg prämiert.“¹⁴¹

Aus dieser von den Grundgedanken des Ordoliberalismus weit entfernten Denkweise sollten sich bei Müller-Armack schon vor der Aufrichtung der NS-Diktatur auch politische Konsequenzen ergeben, die sich von denen des frühen Ordoliberalismus unterschieden. Während Böhm, Eucken, Röpke und Rüstow angesichts der die Weimarer Republik schwächenden Interessenpolitik mächtiger wirtschaftlicher Interessengruppen einen neutral über den Interessen stehenden ‚starken‘, aber keinen ‚starken totalen‘ Staat forderten, forderte Müller-Armack die Ersetzung des „interventionistischen Parteienstaats“ durch einen „zentralen politischen Willen“, der die Wirtschaft organisiert und die Gesellschaft ‚befriedet‘ - so wie es Mussolini in Italien während der faschistische Diktatur mit seiner „nationalen Durchstrukturierung der Wirtschaftsorganisation“ der Welt vor Augen führte.¹⁴²

Als in Deutschland die Nationalsozialisten 1933 die politische Macht eroberten, trat Müller-Armack sogleich der NSDAP bei und stellte in seiner Schrift „Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich“ dar, wie er sich die Neugestaltung der Wirtschaft unter dem Leitbild der „neuen Staatsidee“ vorstellte. „Diese selbst ist dynamisch, sie ist ein auf die Idee des Volkes verpflichteter Geschichtsaktivismus.“ Nicht ein starker Rechtsstaat, sondern der totale NS-Staat sollte fortan die unternehmerische Initiative seinem Bild vom Gemeinwohl unterordnen. Zwar übernahm Müller-Armack nicht die Rassenideologie des Nationalsozialismus, machte sich aber den historisierenden Teil der NS-Ideologie als antiemanzipatorische „einzige große Gegenbewegung“ zu eigen, „die versucht hat, die Vernunftwelt der Aufklärung bis in die Wurzeln der anthropologischen Grundlagen zu zerstören. Er richtet ein neues Bild des Menschen auf: der Mensch als geschichtliches Wesen. Von hier gewinnt er den Zugang zu einer neuen Staatsidee.“¹⁴³ 1940 erhielt Müller-Armack eine wirtschaftswissenschaftliche Professur an der Universität Münster und übernahm beratende Tätigkeiten für das NS-Regime und die Wehrmacht, bei denen es zu ersten Begegnungen mit Ludwig Erhard kam.

¹⁴¹ Alfred Müller-Armack (1932), S. 3 (universalgeschichtliche Eingliederung), 18 (geschichtliches Monopol), 42 (objektives Ordnungsgefüge), 86 (offenes Selektionsinstrument) und 200 (irrationale Gestaltung). - Vgl. hierzu auch Ralf Ptak (2004), S. 44 - 56.

¹⁴² Alfred Müller-Armack (1932), S. 197 (Parteienstaat), 214 (nationale Durchstrukturierung) und 216 (zentraler politischer Wille).

¹⁴³ Alfred Müller-Armack (1933), S. 13 und 40. Walter Oswald machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass Walter Eucken zu jener Zeit einen starken, aber keinen totalen Staat wollte und ausdrücklich „den wild wuchernden Glauben an den totalen Staat“ ablehnte; vgl. (2001), S. 119 - 120.

Nach dem Zusammenbruch der NS-Tyrannie nahm Müller-Armack in einer religionssoziologischen Studie „Das Jahrhundert ohne Gott“ eine Umdeutung des Nationalsozialismus vor. Nunmehr sah er darin eine religionsfeindliche Pseudo-religion mit einem totalitären Machtanspruch, die an die Stelle der christlich-abendländischen Religion getreten sei.¹⁴⁴ In seinem etwa zur selben Zeit erschienenen Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“¹⁴⁵ entwickelte Müller-Armack sein Konzept einer „Sozialen Marktwirtschaft“, das Eingang in die „Düsseldorfer Leitsätze“ fand, mit denen die CDU vor den Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag 1949 um Stimmen warb.

Ähnlich wie Eucken stellte auch Müller-Armack zunächst die Ordnungsformen der zentralstaatlich gelenkten Wirtschaft - für ihn war sie das „Urbild der Kriegswirtschaft“¹⁴⁶ - und der sich selbst durch eine freie Preisbildung steuernden Marktwirtschaft einander gegenüber. Jedoch legte er keinen besonderen Wert auf eine deutliche Unterscheidung zwischen der monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft und einer machtfreien Marktwirtschaft mit vollständigem Wettbewerb. Für Müller-Armack war es ein Zeichen von „antiquiertem Denken ...“, wenn man heute die Macht privater Kapitalinteressen fürchtet“, wo doch seit Jahrzehnten viel bedenklichere Formen der Machtkonzentration in staatlichen Händen entstanden seien. Die privatwirtschaftliche Macht, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert auf den freien Märkten entstanden war, hielt Müller-Armack entweder für „von außen hereinragende Reste feudalistischer Macht oder für ökonomische Machtpositionen, die mit der monopolistischen und oligopolistischen Marktform in einer Wirtschaftsordnung entstehen konnten, welche ihre Voraussetzungen nicht voll begriffen hatte“. Auch er selbst sparte sich die Mühe, die Ursprünge von privatwirtschaftlicher Macht genauer zu ergründen, und beruhigte sich und andere vorschnell damit, dass „die Marktwirtschaft ... bestimmt ... mehr Machtpositionen aufgelöst (hat) als neue in ihr entstanden“ seien.¹⁴⁷

Viel wichtiger als sich mit der privaten Macht aufzuhalten war für Müller-Armack die Verbreitung der Einsicht, dass zum einen ‚die Marktwirtschaft‘ der staatlich gelenkten Wirtschaft grundsätzlich überlegen sei und dass zum anderen der historische Liberalismus mit seinem Glauben an die „unsichtbare Hand“ des Marktes die „echte Notwendigkeit eines sozialen Einkommensausgleichs wie auch einer Berücksichtigung der staatlichen Notwendigkeiten“ verkannt habe. „Dies entfremdete ihm alle Kräfte, die soziale und staatliche Überzeugungen vertraten.“ Statt wie die Klassiker von der Existenz einer „Automatik des Marktes“ auszugehen, betrachtete Müller-Armack ‚die Marktwirtschaft‘ als ein „zweckmäßiges Organisationsmittel“ und sprach von einer sozial „gesteuerten Marktwirtschaft“, deren Funktionsfähigkeit durch eine Umverteilung von Einkommen sowie durch Sozial-

¹⁴⁴ Alfred Müller-Armack (1948b).

¹⁴⁵ Alfred Müller-Armack (1947).

¹⁴⁶ Alfred Müller-Armack (1948a), S. 141.

¹⁴⁷ Alfred Müller-Armack (1947), S. 64 (antiquiertes Denken) und 69 (unverstandene privatwirtschaftliche Macht).

politik und konjunkturstabilisierende Maßnahmen zu stärken sei. Dazu gehörten auch Maßnahmen zur Sicherung des Wettbewerbs; aber „gegenwärtig ... droht ... die größere Gefahr nicht von den Kartellen, sondern von den staatlichen Stellen.“ Eine „konstruktive Wettbewerbspolitik“ sollte die „Verkehrung des Wettbewerbsgedankens“ beenden; was aber unter einem „echten Wettbewerb“ zu verstehen war, blieb offen.¹⁴⁸

Müller-Armack vermied es, die kapitalistische Struktur des Geldes und die monopolkapitalistische Vermachtung der Märkte anzutasten. Der hierarchischen Schichtung der Gesellschaft schrieb er sogar einen „wirtschaftlichen Funktionscharakter“ zu und gestand den Kartellen zu, dass sie „teilweise eine berechtigte marktausgleichende Funktion ausüben.“ So blieb unterhalb der Oberfläche der Sozialen Marktwirtschaft die schon seit den Zeiten des frühkapitalistischen Laissez-faire mitgeschleppte innere soziale Spaltung der Gesellschaft bestehen. Und es blieb auch die Notwendigkeit bestehen, der Wirtschaft äußere, sie stabilisierende staatliche Stützen „zur Schaffung und Sicherung der Wettbewerbswirtschaft“ anzulegen. „Eine gesteuerte Marktwirtschaft bietet genügend Spielraum, jeden gewünschten Stärkegrad sozialer Beeinflussung wirkungsvoll durchzusetzen. Theoretisch gesehen könnte der Staat durch scharfe Erfassung aller höheren Einkommen eine Kaufkraftumleitung ins Werk setzen, die die denkbar stärkste Nivellierung zur Folge hätte.“ Wohlgemerkt - „theoretisch“! Müller-Armack versprach sogar, „jeden gewünschten sozialen Ausgleich durchzusetzen, ohne mit den Spielregeln des Marktes in Widerspruch zu geraten“. Die Marktwirtschaft sei keineswegs per se antisozial und Sozialpolitik auch mit marktkonformen Mitteln vorstellbar. So könnten sich die Marktwirtschaft und die soziale Gerechtigkeit durchaus im Sinne einer „Versittlichung des Wirtschaftslebens“ wechselseitig ergänzen.¹⁴⁹ Auch ein „öffentliches Bankwesen ..., ein gemeinnütziger Wohnungsbau“, eine Sozialversicherung, Genossenschaften und sogar eine „Festsetzung von Minimallöhnen“ sollten in diesem „nicht ins Labyrinth der Illusionen führenden ... realistischen System“ ihren Platz finden.¹⁵⁰

Mit der Zauberformel „Soziale Marktwirtschaft“ gelang es Müller-Armack, den de facto weiterbestehenden monopolkapitalistischen Charakter der Marktwirtschaft zu überdecken und für sein gleichsam korporatives Projekt einer vordergründigen, zeitweise sogar funktionierenden Scheinlösung des unterschwellig weiterschwelenden gesellschaftlichen Grundkonflikts die Unterstützung von Men-

¹⁴⁸ Alfred Müller-Armack (1947), S. 85 (Marktwirtschaft als zweckmäßiges Organisationsmittel und Entfremdung sozial denkender Menschen vom Liberalismus) und 96 - 97 (Gefahren drohen dem Wettbewerb mehr vom Staat als von Kartellen; unfairer und echter Wettbewerb).

¹⁴⁹ Alfred Müller-Armack (1948a), S. 97 (marktausgleichende Funktion der Kartelle), 107 - 109 (marktkonforme Sozialpolitik), 120 (jeder gewünschte soziale Ausgleich), 145 (wirtschaftlicher Funktionscharakter der hierarchischen Schichtung der Gesellschaft), 147 (Versittlichung des Wirtschaftslebens) und 152 (gesteuerte Marktwirtschaft).

¹⁵⁰ Alfred Müller-Armack (1948a), S. 146 (realistisches System), 150 (Labyrinth von Illusionen) und 152 (öffentliche Banken, gemeinnütziger Wohnungsbau und Mindestlöhne).

schen aus ganz unterschiedlichen Bereichen der in sich gespaltenen Gesellschaft zu finden. Angezogen von seiner Vorstellung einer „sozialen Irenik“ (grch. eirene = Befriedung insbesondere von Religionskonflikten) vermochte Müller-Armack sowohl Katholiken und Protestanten als auch Liberale und demokratische Sozialisten für die „Soziale Marktwirtschaft“ zu gewinnen, die für ihn im Übrigen ein über den Weltanschauungen stehendes und darum konsensfähiges „formales und neutrales Organisationsmittel“ darstellte, das sich zudem je nach wechselnden Zeitumständen pragmatisch anpassen lasse.¹⁵¹

Die „Soziale Marktwirtschaft“ wurde prägend für die weitere wirtschaftspolitische Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland und am Beginn des Kalten Krieges zwischen West und Ost wurde sie geradezu zu einem freiheitlichen Bollwerk gegen die zentralverwaltete Zwangs- und Kommandowirtschaft im sowjetrussischen Machtbereich hochstilisiert. Bald galt sie als eine praktische Verwirklichung der Ziele des Ordoliberalismus, obwohl sie damit zunehmend weniger Gemeinsamkeiten hatte und sie vielmehr verwässerte. „Müller-Armack lehnte in den entscheidenden Jahren nach 1945 nicht nur ein Kartellverbot ab, sondern forderte neue Formen der Kartellierung.“ 1951 trat er auf einer Veranstaltung des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) für den staatlichen Schutz von Kartellen ein.¹⁵²

Ab 1952 arbeitete Müller-Armack als Leiter der Grundsatzabteilung in dem von Ludwig Erhard geführten Bundeswirtschaftsministerium. Die von ihm geweckte Erwartung, „jede gewünschte soziale Nivellierung“ durch Steuern auf hohe Einkommen herbeizuführen, verstärkte der konservative Soziologe Helmut Schelsky (1912-1984) noch mit seiner nicht den Tatsachen entsprechenden Behauptung, dass die bundesdeutsche Gesellschaft keine hierarchisch geschichtete Klassengesellschaft mehr sei, sondern eine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“.¹⁵³

9.3.2 Ludwig Erhard als Wegbereiter des sog. „Wirtschaftswunders“

Ebenso wie Müller-Armack war auch Ludwig Erhard während des Zweiten Weltkriegs in die Wirtschaftspolitik des NS-Regimes verstrickt - zunächst in der Marktforschung für Konsumgüter und danach bei der Organisation der sog. „deutschen Großraumwirtschaft“ in annektierten Gebieten. Ab 1942 beschäftigte sich Erhard - unter anderem in einer Denkschrift „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“, in der er übrigens forderte, die mittleren und unteren Schichten zur Finanzierung des Krieges heranzuziehen und die oberen Schichten zu verschonen! - mit Überlegungen zu einer wirtschaftlichen Nachkriegsordnung.¹⁵⁴

¹⁵¹ Alfred Müller-Armack (1947), S. 86 und 103. Ders. (1950), S. 182.

¹⁵² Alfred Müller-Armack (1951), und Walter Oswalt (2001), S. 121 - 122.

¹⁵³ Helmut Schelsky (1953), S. 218.

¹⁵⁴ Vgl. hierzu Ralf Ptak (2004), S. 150. – Ulrike Herrmann (2019).

Als anfangs parteiloser Wirtschaftsexperte wurde Erhard im Herbst 1945 als Minister für Handel und Gewerbe in die SPD-geführte Bayerische Staatsregierung berufen. Danach wurde er Honorarprofessor an der Universität München. Als Leiter der Expertenkommission „Sonderstelle Geld und Kredit“ bei der Finanzverwaltung der britisch-amerikanischen Bizone sowie als Direktor der Verwaltung der Wirtschaft in allen drei westdeutschen Besatzungszonen war Erhard an den Vorbereitungen der westdeutschen Währungsreform beteiligt, bei der im Juni 1948 die Deutsche Mark als ein in seiner kapitalistischen Grundstruktur nicht verändertes Geld eingeführt wurde. Außerdem wurden die noch aus Kriegszeiten stammende Zwangswirtschaft und die staatlichen Preisbindungen zugunsten einer freien Marktpreisbildung aufgehoben, was in der späteren Rückschau vielfach als Erhards Initialzündung zum Aufstieg des westdeutschen „Wirtschaftswunders“ angesehen wurde. In der ersten CDU-Regierung Adenauer übernahm Erhard im Herbst 1949 das Amt des Bundeswirtschaftsministers, das er 14 Jahre lang ausüben sollte, um danach noch für wenige Jahre Bundeskanzler zu werden.

Auch Erhard galt vielfach als ein Exponent des Ordoliberalismus, obwohl er sich im Rahmen seiner praktischen Wirkungsmöglichkeiten nicht für das ordoliberale Ziel einer von privatwirtschaftlicher Vermachtung freien Marktwirtschaft mit vollständiger Konkurrenz einsetzte - im Gegenteil, nach Einschätzung von Euckens Neffen Walter Oswalt wollte Erhard nach 1945 von Anfang an keine Entflechtung von Konzernen, wie sie sowohl die Ordoliberalen als auch die US-amerikanische Militärverwaltung anstrebten. Stattdessen stand er Müller-Armack und der „Sozialen Marktwirtschaft“ viel näher als dem Ordoliberalismus und er strebte dementsprechend eine „Modernisierung des auf Großkonzernen und Staatsbürokratie gegründeten deutschen Korporatismus“ an. Nach der Währungsreform vom Juni 1948 und dem Übergang von der geplanten Kriegs- zur sich selbst steuernden Marktwirtschaft „wurden ordoliberal geprägte Fachleute im Wirtschaftsministerium entmachtet. Erhard besetzte Schlüsselpositionen mit Konzernvertretern, denen er zum Beispiel die Zuständigkeit für die Antimonopolpolitik übertrug.“ Von „falschen Freunden“ vereinnahmt, wurden ordoliberale Begrifflichkeiten zur Schaffung eines Deckmantels benutzt, hinter dem sich der Ausbau wirtschaftlicher Machtpositionen verbergen ließ.¹⁵⁵

Im Artikel 14 des 1949 in Kraft gesetzten westdeutschen Grundgesetzes wurde der Schutz des privaten Eigentums zwar mit dem Postulat verbunden, dass „sein Gebrauch ... zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen (soll)“. Und der Art. 15 eröffnete dem Gesetzgeber sogar die Möglichkeit, „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel ... zum Zwecke der Vergesellschaftung“ gegen eine Entschädigung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, „in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft“ zu überführen. Damit schützte das Grundgesetz das Privateigentum unabhängig davon, ob seine Eigentümer es durch eigene Leistungen und/oder durch den Bezug von leistungs-

¹⁵⁵ Walter Oswalt (2001), S. 89 und 92.

fremden Vermögenseinkünften erworben hatten, und unabhängig davon, ob es auf viele kleinere und mittlere Unternehmen breit gestreut war oder ob es in wenigen Händen von großen Mono- und Oligopolen konzentriert war. So blieb das Verfassungsgebot der Sozialpflichtigkeit des Eigentums in der Realpolitik folgenlos.

Ernsthafte Versuche einer Antimonopolpolitik wären freilich auch bald an ihre systemimmanenten Grenzen gestoßen. Das hätte nicht gegen sie gesprochen, hätte aber die wirtschaftspolitischen Akteure der „Sozialen Marktwirtschaft“ unabweichlich vor die Aufgabe gestellt, die schon bei Eucken offen gebliebene Frage zu klären, was denn letztlich vermeidbare und unvermeidbare Monopole sein könnten.¹⁵⁶ Und sie hätten sich der Aufgabe stellen müssen, auch die kapitalistische Struktur des Geldes und Privilegien beim Zugang zum Boden und den Ressourcen sowie die Dynamik der Kapitalakkumulation und -konzentration als tiefere Antriebskräfte der Monopolisierung offen zu legen und zu überwinden. Das lag Müller-Armack und Erhard jedoch fern. Müller-Armacks Vorstellungen von einer „aktiv gesteuerten Währungspolitik“ beschränkten sich eher auf situationsbezogene kreditpolitische Maßnahmen.¹⁵⁷

Im „ORDO-Jahrbuch“ drängte auch Albert Hahn den Ordoliberalismus zu einer Annäherung an die neoklassische Ökonomie und er sprach ein generelles Verdikt gegen Keynes' These aus, dass das Geld mit einem strukturellen Liquiditätsvorteil ausgestattet sei und bei einem Sinken des Zinsniveaus auf weniger als 3 - 2,5 % in einer Liquiditätsfalle verschwinde. Ausdrücklich distanzierte sich Hahn auch von Keynes' Vorläufern, „den Merkantilisten, John Law und von dem Freigeldler Silvio Gesell und einigen anderen, deren Lehren als die Lehren von wissenschaftlichen Hochstaplern abgetan zu werden pflegen. ... Zu Deflationen aus Geldhortungsgründen wird es in unserem Zeitalter der reinen Papierwährungen und des mit Staatsanleihen vollgepfropften Banksystems nie mehr kommen. Es wird in Zukunft kein Geld mehr in ‚Todesfallen‘ verschwinden.“¹⁵⁸

Auch ließ sich Erhard nicht auf Vorschläge zur Reform des Rechts am Boden und an den Ressourcen ein, obwohl sie ihm seit seiner Studienzeit vertraut waren. Immerhin hatte er 1925 bei Franz Oppenheimer promoviert. Aber ihn hätten „manchmal Zweifel geplagt, ob die Bodensperre - historisch gesehen wohl unbestreitbar - auch noch heute die Quelle der Unfreiheit und möglicher Ausbeutung sein könne.“ Daher habe sich Erhard mit der Sozialen Marktwirtschaft bemüht, „einen nicht sentimental, sondern realistischen Weg aufzuzeigen“.¹⁵⁹ So war Röpke, der Mitte 1949 gegenüber Rüstow bedauert hatte, dass im Zusammenhang mit der Chancengleichheit „das mir sehr sympathische Stichwort ‚Boden‘ hätte fallen sollen“, aber nicht fiel, während der 1950er der einzige Ordoliberale, der überhaupt noch ahnte, dass „der Boden ein besonderes Gut ist“ und dass es ei-

¹⁵⁶ Walter Eucken (1952/1960), S. 293 - 295.

¹⁵⁷ Alfred Müller-Armack (1947), S. 134 - 135.

¹⁵⁸ Albert Hahn (1949), S. 175, 177, 180 und 184.

¹⁵⁹ Ludwig Erhard (1964/1988), S. 859 - 860.

gentlich einer „Verbindung von Bodenreform und Liberalismus“ à la Henry George bedurft hätte.¹⁶⁰ Aber ähnlich wie für Erhard waren auch für Röpke die „vielen Schwächen“ im Werk von Oppenheimer und vielleicht auch die Diskreditierung der Bodenreform in der SBZ bzw. DDR die Gründe oder Vorwände dafür, sich um dieses wichtige Problem nicht zu kümmern.¹⁶¹

Während der 1950er Jahre erhob Erhard zwar noch die berühmte plakative Forderung nach einem „Wohlstand für alle. ... Am Ausgangspunkt stand da der Wunsch, über eine breit geschichtete Massenkaufkraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden. Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr breite Unterschicht mit unzureichender Kaufkraft gekennzeichnet.“¹⁶² Jedoch versäumte er es, ordnungspolitische Grundlagen für einen Übergang von der alten sozialen Hierarchie in eine neue egalitäre Bürgergesellschaft zu legen.

9.3.3 Friedrich August von Hayeks dezidiert unsozialer Liberalkapitalismus

Während der deutsche Ordoliberalismus in einen neuerlichen Monopolkapitalismus zurückfiel, blieb der angelsächsische Liberalismus ohne eine solche Suche nach einer rechtlichen Rahmenordnung für monopolfreie Märkte von vornherein in paläoliberalen Denkmustern stecken. Dabei spielte der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek (1899-1992) eine wichtige Rolle.

Zunächst hatte Hayek mit Walter Rathenaus planwirtschaftlichen Gedanken und mit der britischen Fabian Society sympathisiert. Die Lektüre von Henry George's „Fortschritt und Armut“ hatte ihn in seinem Entschluss bestärkt, Wirtschaftswissenschaften zu studieren, und 1927 hatte er auch noch für eine Neuauflage von Hermann Heinrich Gossens „Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs“ gesorgt, in der Gossen für eine steuerliche Abschöpfung der Bodenrente eingetreten war.¹⁶³ Durch die Auseinandersetzung mit dem Buch „Die Gemeinwirtschaft“ (1922) des ultraliberalen Ökonomen Ludwig von Mises wurde Hayek jedoch

¹⁶⁰ Die entsprechende Passage in einem Brief von Röpke an Rüstow vom 9.5.1949 lautet: „Am meisten bedaure ich, dass wir die zuletzt von Ihnen angeschnittene Frage der ‚Startgerechtigkeit‘ nur ganz ungenügend debattieren ... konnten. Übrigens wäre das auch der Augenblick gewesen, wo das mir sehr sympathische Stichwort ‚Boden‘ hätte fallen sollen. Boden ist eben sozusagen ein ganz besonderer Saft. Und der Hochmut, mit dem unsere Neunmalklugen auf die - natürlich immer zur Monomanie neigenden - Bodenreformer herabsehen, hat mir nie recht gefallen oder eingeleuchtet.“ (Vgl. Wilhelm Röpke 1949).

¹⁶¹ Wilhelm Röpke (1950), S. 145 [Bodenreform und Liberalismus], und ders. (1959), S. 344 - 354, hier: S. 346. Auch Müller-Armack warnte vor „übersteigerten Erwartungen gegenüber einer Sozialisierung und Bodenreform“; vgl. ders. (1948a), S. 151.

¹⁶² Ludwig Erhard (1957/1990), S. 7 - 8.

¹⁶³ Der Hinweis, dass Hayek durch George zum Studium der Wirtschaftswissenschaften angeregt wurde, findet sich auf der Website <https://de.wikipedia.org/wiki/Georgismus> (Zugriff: 2.10.2018).

zu einem erbitterten Gegner sozialistischer Ideen. Nachdem er gemeinsam mit Mises einige Jahre das „Österreichische Institut für Konjunkturforschung“ geleitet hatte, erhielt er 1931 einen Ruf an die „London School of Economics“. Dort bekämpfte Hayek alsbald das von Keynes als kurzfristige Strategie zur Krisenbekämpfung propagierte Deficitspending mit der Begründung, dass nicht eine zu geringe Nachfrage die Weltwirtschaftskrise ausgelöst hätte, sondern eine falsche staatliche Geld- und Wirtschaftspolitik, welche zu Fehlinvestitionen von Banken und Unternehmen geführt hätte.

Auch brachte Hayek kein Verständnis für Keynes' Überlegung auf, den Liquiditätsvorteil des Geldes mit Hilfe „künstlicher Durchhaltekosten“ zu neutralisieren und die Wirtschaft mittel- und langfristig auf einen quasi-stationären Weg mit durchschnittlichen Geld- und Realkapitalrenditen von null zu bringen. In seinem Buch „Der Weg in die Knechtschaft“, das Hayek während des Zweiten Weltkriegs verfasste, um sozialistische Intellektuelle in England vor der Freiheitsfeindlichkeit der Zentralverwaltungswirtschaft zu warnen, kritisierte er ganz in der Tradition der Neoklassik, dass „viele sich dazu haben verleiten lassen, das Geld als Symbol von Beschränkungen zu hassen. ... Dem wahren Sachverhalt entspräche es jedoch weit mehr, wenn man das Geld als eines der großartigsten Werkzeuge der Freiheit, die der Mensch je erfunden hat, bezeichnen würde.“ Dass dem Besitz größerer Mengen ein sozial unverträglicher Liquiditätsvorteil anhaften könnte, interessierte Hayek nicht - ganz im Gegenteil. „Das Geld eröffnet in unserer heutigen Gesellschaft den Armen eine erstaunliche Fülle von Möglichkeiten, die größer ist als die, über welche vor wenigen Generationen die Reichen verfügten. ... Wenn wir nach dem Besitz von Geld streben, so deshalb, weil es uns die meisten Möglichkeiten bietet, die Frucht unserer Arbeit zu genießen.“¹⁶⁴

Für die innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Geldes als Mittel der wirtschaftlichen Freiheit und zugleich als Mittel der Ausübung von privatwirtschaftlicher Macht hatte Hayek ebenso wenig ein Gespür wie für die Privilegien beim Zugang zum Boden und den Ressourcen. So verwundert es auch nicht, dass er die Tatsache für selbstverständlich hielt, „dass in einer freien Marktwirtschaft die Chancen ungleich sind, da ein solches System notwendigerweise auf dem Privateigentum und ... auf dem Erbrecht beruht und auf der dadurch hervorgerufenen Ungleichheit der Startbedingungen.“ Im Übrigen gebe es sowieso keine „moralischen Richtlinien“ für eine gerechtere Verteilung. „Nichts ist verkehrter als die Vorstellung, dass die Menschen eine mechanische Gleichheit ... allgemein als wünschenswert ansehen.“¹⁶⁵ Mit seiner Rechtfertigung von sozialer Ungleichheit stellte sich Hayek in einen diametralen Gegensatz nicht nur zu den Geld- und Bo-

¹⁶⁴ Friedrich August von Hayek (1944/1976), S. 99 (Geld als Tauschmedium mit ausschließlich positiven Eigenschaften).

¹⁶⁵ Friedrich August von Hayek (1944/1976), S. 111 - 112 („Wahrscheinlich überschätzen wir in der Regel den Umfang, in dem die Ungleichheit der Einkommen in der Hauptsache auf Kapitaleinkommen zurückzuführen ist, und damit den Umfang in dem die größten Ungleichheiten durch Abschaffung des Kapitaleinkommens beseitigt würden.“) und 119 (keine Maßstäbe für eine gerechtere Verteilung).

denrechtsreformern, sondern auch zum ursprünglichen Ordoliberalismus. Damit trug er selbst als ‚Liberaler‘ maßgeblich dazu bei, dass der Markt, das Privateigentum und der Wettbewerb bei sozialistischen Intellektuellen weiterhin an Glaubwürdigkeit verloren.

Gewiss schrieb Hayek Bedenkenswertes über die Gefährdung Englands durch das „Gespenst des Totalitarismus“ - außenpolitisch durch das nationalsozialistische Deutschland und innenpolitisch durch das Umsichgreifen sozialistischer Lehren, die mehr Freiheit versprechen, aber sich „in Wahrheit als eine breite Heerstraße in die Knechtschaft erweisen“ würden. Nicht nur den Kommunismus russischer Prägung, sondern auch den demokratischen Sozialismus hielt er für eine „große Illusion der letzten Generationen“. Hayek konfrontierte die sozialistischen Intellektuellen auch mit der provokanten These, dass sie den Faschismus und Nationalsozialismus falsch verstünden, wenn sie sie als extreme Steigerungen des Kapitalismus deuteten. Die Entwicklung des Ökonomen und Soziologen Werner Sombart zeige beispielhaft, dass der Sozialismus die eigentliche Wurzel des Nationalsozialismus sei. „Sozialismus und Nationalsozialismus standen in Deutschland von Anfang an in enger Verbindung.“ Hayek sprach von einem „Zusammenschluss der antikapitalistischen Kräfte der Rechten und der Linken“ und von einer „Verschmelzung des radikalen mit dem konservativen Sozialismus, die aus Deutschland alles, was liberal war, vertrieben.“¹⁶⁶

Bei allen berechtigten Vorbehalten gegenüber Hayek war sein für Linksintellektuelle schmerzhafter Hinweis nicht ganz unbegründet, dass sich rechte und linke Antiliberalismen in ihrer Verabsolutierung des Staates berührten. Insofern machten es sich Woll u.a. bei ihrer zweifellos bedeutsamen kritischen Aufarbeitung der Wirtschaftsideologie des Nationalsozialismus zu einfach, wenn sie glaubten, diesen Hinweis von Hayek damit abtun zu können, dass die etatistischen Berührungspunkte zwischen den rechten und linken Antiliberalismen nur „rein formaler Natur“ seien.¹⁶⁷ Er könnte vielmehr eine Chance für Linksintellektuelle sein, sich selbstkritisch zu fragen, ob sie auf den Spuren von Marx & Engels mit ihrer Abneigung gegen den Markt und ihren Erwartungen an den Staat wirklich auf einem richtigen Weg waren, wenn sich doch nicht übersehen ließ, dass die reaktionären und revolutionären Varianten der Kapitalismuskritik bei allen sonstigen Gegensätzen zwischen ihnen verblüffend ähnlichen ökonomischen Denkmustern folgten.

Hayeks Hinweis wird vielleicht mit einer kleinen, aber wesentlichen Abwandlung besser annehmbar. Der Nationalsozialismus war nämlich im Gegensatz zu seiner Sichtweise kein Kind des Sozialismus. Vielmehr waren sie beide Kinder des rechts wie links begangenen Kardinalfehlers, Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht voneinander zu unterscheiden, sondern die sichtbaren Phänomene der kapitalistischen Pervertierung des Liberalismus für das eigentliche Wesen des Liberalismus

¹⁶⁶ Friedrich August von Hayek (1944/1976), S. 173 - 185, hier: S. 174. Vgl. auch Friedrich August von Hayek (1948), S. 44 (Nationalismus und Sozialismus als Zwillingenbrüder).

¹⁶⁷ Helmut Woll (1988), S. 66.

zu halten und dann beide zu verwerfen. Bei seinen berechtigten, aber geradezu gebetsmühlenartig bis zum Überdruß wiederholten Warnungen vor einer staatlichen Planwirtschaft übersah Hayek völlig, dass der „Weg in die Knechtschaft“ nicht erst mit staatlichen Interventionen in ‚freie Märkte‘ begann, die dann weitere Interventionen nach sich zogen. Er begann schon viel früher mit dem Gewährenlassen des nicht als Gefahr für die Märkte erkannten kapitalistischen Geldes und der deshalb auch nur unzureichend geordneten ‚freien Märkte‘. So haben die fehlerhaften Preissignale von Anbeginn der Liberalisierung der Märkte zwangsläufig einen vielfältigen staatlichen Reparaturbedarf hervorgerufen.¹⁶⁸

Zwar hielt auch Hayek ebenso wie Böhm, Eucken, Röpke und Rüstow eine rechtliche Rahmenordnung für die Freiheit der Märkte für notwendig; aber er stellte daran sehr viel geringere Anforderungen. Die „wesentliche Vorbedingung für das reibungslose Funktionieren des Wettbewerbs“ bestand für ihn lediglich in der „Verhütung von Betrug und Vorspiegelung falscher Tatsachen, einschließlich der Ausbeutung von Unwissenheit“.¹⁶⁹ Damit fiel Hayek weit hinter den Ordoliberalismus zurück und blieb mehr dem paläoliberalen Laissez-faire-Kapitalismus verhaftet.

Seine anfänglichen Sympathien für Henry George’s „Single Tax“ hatten sich längst verflüchtigt¹⁷⁰ und auch die Entstehung von Monopolen hatte für Hayek nichts mit der Akkumulations- und Konzentrationskraft des herkömmlichen Geldes und des ungleichen Zugangs zum Boden und den Ressourcen zu tun. Ohne die Wechselwirkung zwischen ihnen und der konkreten Ausgestaltung des technischen Fortschritts zu sehen, kritisierte Hayek zwar zu Recht die „angeblich technische Ursache für das Anwachsen des Monopolismus“, die vielfach als Erklärung für eine vermeintliche „Überlegenheit des Großbetriebs und den Kleinbetrieb“ herhalten musste. Aber letztlich beruhte die Entstehung von Monopolen für ihn nur auf dem Handeln des Staates. „In Deutschland ist die Ausbreitung von Kartellen und Syndikaten vom Jahre 1878 ab systematisch durch eine bewusste Politik begünstigt worden.“ Für Hayek waren es weder ökonomische noch technische Triebkräfte, die den Staat zu einer monopolfreundlichen Gesetzgebung drängten, sondern nach seiner Ansicht wurde „die Ausschaltung der Konkurrenz ... um eines Ideals willen, welches wir heute Planung nennen, in die Wege geleitet.“¹⁷¹

Bezeichnend für Hayeks Verabsolutierung der Wirtschaftsfreiheit war auch, dass er ihr die soziale Sicherheit der Menschen unterordnete. Zwar teilte auch er die

¹⁶⁸ Friedrich August von Hayek (1944/1976), S. 60 - 61 und 67.

¹⁶⁹ Friedrich August von Hayek (1944/1976), S. 25 (Totalitarismus), 38 (Knechtschaft statt Freiheit), 43 (demokratischer Sozialismus als Illusion) und 51 (Voraussetzungen für das Funktionieren des Marktes).

¹⁷⁰ In einem Beitrag zur ersten Ausgabe des „ORDO-Jahrbuchs“ hielt es Hayek nicht für notwendig, im Zusammenhang mit dem Privateigentum auf die Besonderheit des privaten Bodeneigentums einzugehen und beließ es im Hinblick auf die „Rechte und Pflichten dieses Eigentums“ bei dem Hinweis, dass beim Bodeneigentum „weit schwierigere Probleme entstehen“. Vgl. Friedrich August von Hayek (1948), S. 36. Vgl. dazu auch ders. (1952), S. 148 - 149.

¹⁷¹ Friedrich August von Hayek (1944/1976), S. 56 - 59 (Monopole als Folge bewusster staatlicher Politik).

Auffassung, dass die „Aufrechterhaltung des Wettbewerbs ... sehr wohl auch mit einem ausgedehnten System der Sozialfürsorge vereinbar“ ist. Aber er unterschied sogleich zwischen „zwei Arten von Sicherheit: die begrenzte, die allen Menschen gewährleistet werden kann ... , und die absolute Sicherheit, die in einer freien Gesellschaft nicht allen gewährleistet werden kann“, weil es sonst keine Freiheit der Berufswahl mehr gebe. In einer freien Gesellschaft könne es nicht mehr als die „Sicherheit eines Mindesteinkommens“ geben. „Das wirft natürlich schwerwiegende Fragen über die genaue Höhe des zu garantierenden Standards auf.“ Sogar vor der „wichtigen Frage“ schreckte Hayek nicht zurück, „ob diejenigen, die sich auf diese Weise von der Gesellschaft erhalten lassen, alle unbeschränkt die gleichen Freiheiten genießen sollen wie die anderen.“ Geradezu zentral war seine Aversion gegen die „heute unter den führenden Intellektuellen herrschende Mode, sich für die Sicherheit auf Kosten der Freiheit zu begeistern.“ Schließlich verstieg er sich noch zu der ungenierten Forderung, dass „wir wieder lernen müssen, offen der Tatsache ins Auge zu sehen, dass ... wir als Individuen bereit sein müssen, für die Wahrung unserer Freiheit schwere materielle Opfer zu bringen.“¹⁷² Dabei blieb im Unklaren, ob alle Individuen gleiche Opfer bringen und wie die Opfer aussehen sollten oder ob die Opfer der einen dazu dienen sollten, Privilegien von anderen zu sichern. Von Franz Böhms Abneigung gegen die „Kampf-ums-Dasein-Marotte der vulgären Naturphilosophie“ war Hayek jedenfalls unbeeindruckt.¹⁷³

Seine Einstellung zur Existenzsicherung in einer freiheitlichen Gesellschaft war die trübe Kehrseite seiner Ignorierung bzw. Verdrängung der Geldproblematik. Sie war weit entfernt von Euckens „Primat der Währungspolitik“ und noch viel weiter entfernt von der Vorstellung eines mit Hilfe „künstlicher Durchhaltekosten“ dauerhaft geschlossenen Geldkreislaufes, in dem die wirtschaftliche Freiheit und die existenzielle Sicherheit der Menschen gleichrangig nebeneinander stehen und sich gegenseitig bedingen.¹⁷⁴

Befremdlich war auch Hayeks Einstellung zur Demokratie. Sie sei „keineswegs unfehlbar oder von absolut sicherer Wirkung“, wobei er an den Niedergang der Weimarer Demokratie und die Aufrichtung der NS-Diktatur gedacht haben mag. Aber statt hieraus die Lehre zu ziehen, dass die Demokratie ein tragfähiges wirtschaftliches Fundament braucht, forderte Hayek, „nicht zu vergessen, dass es unter einem autokratischen Regiment oft mehr kulturelle und geistige Freiheit gegeben hat als in einzelnen Demokratien.“ Er distanzierte sich gar - mitten im Zweiten Weltkrieg in England! - von der „heutigen Mode, die Demokratie als den bedrohten Eckpfeiler unserer Zivilisation hinzustellen.“¹⁷⁵

¹⁷² Friedrich August von Hayek (1944/1976), S. 49 (Sozialfürsorge), 128 - 129 (Existenzminimum), 132 (freie Berufswahl) und 141 (Opfer der Freiheit).

¹⁷³ Franz Böhm (1960), S. 14.

¹⁷⁴ Friedrich August von Hayek (1944/1976), S. 49 (Sozialfürsorge).

¹⁷⁵ Friedrich August von Hayek (1944/1976), S. 81 - 82 und 92 (Demokratismus).

Eher nachvollziehbar war Hayeks Vorstellung einer internationalen Zusammenarbeit auf föderativer Grundlage, bei der die „internationale Herrschaft des Rechts“ und auch die „Eigenständigkeit und die Rechte der Kleinstaaten“ respektiert werden. Jedoch versperrte ihm seine Planwirtschaftsphobie den Blick für die Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, welche allen Menschen eine gleiche Teilhabe an den Ressourcen sichert. Hayek konnte sie sich nur in Gestalt einer allmächtigen, planenden „Zentralbehörde“ vorstellen und lehnte sie generell ab. „Wer den Vorrat an irgendeinem Rohstoff wie Erdöl, Holz, Kautschuk oder Zinn kontrolliert, würde Herr über das Schicksal ganzer Industrien und Länder sein.“¹⁷⁶ Damit beließ er es unausgesprochen bei der Aneignung von Ressourcen durch private Monopolunternehmen und Staaten. Auch eine internationale Währungsordnung lag außerhalb der Reichweite von Hayeks Überlegungen in seiner Warnung vor einem „Weg in die Knechtschaft“.

Die wichtigste Schwäche seines Buches bestand darin, dass Hayek anders als Böhm, Eucken, Rüstow und Röpke nicht klar zwischen dem historisch entstandenen Laissez-faire-Kapitalismus und dem anzustrebenden Ideal einer monopolfreien vollständigen Konkurrenz unterschied. Infolgedessen setzte er sich auch - obwohl Eucken ihn hierzu ausdrücklich aufforderte - nicht für die Schaffung einer machtfreien Wettbewerbsordnung ein.¹⁷⁷ Indem Hayek immer nur „die Freiheit“ verteidigte und nicht auf die Herstellung einer gerechten Rahmenordnung für die Freiheit der Märkte pochte, nahm er in seinem Buch „Weg in die Knechtschaft“ gleichsam schon die spätere, in den Jahrzehnten des Kalten Krieges verhärtete Frontstellung zwischen westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus vorweg.

9.3.4 Ordoliberalismus zwischen der „Mont-Pèlerin-Society“ und der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“

Auf Initiative von Hayek entstand 1947 in der Nähe von Genf die „Mont-Pèlerin-Society“ als ein Zusammenschluss von Ökonomen und Geschäftsleuten, die - bis 1960 unter Hayeks Leitung - der Restauration der kapitalistischen Marktwirtschaft ihre wissenschaftliche Legitimation verliehen, unter anderem auch in dem gemeinsam von Eucken und Hayek gegründeten „ORDO-Jahrbuch“.¹⁷⁸ Darin standen

¹⁷⁶ Friedrich August von Hayek (1944/1976), S. 230 - 238 (Rechte von Kleinstaaten), bes. S. 230 - 231 [zentralistische Rohstoffverwaltung], 233 (Kleinstaaten), 235 [weltweite Föderation] und 238 [internationale Herrschaft des Rechts].

¹⁷⁷ Vgl. hierzu Walter Oswalt (2008), S. 128. Demgegenüber gehen Goldschmidt & Wohlgemuth von „kreativen Symbiosen“ zwischen Eucken und Hayek aus (2008), S. 1 - 20, hier: S. 8.

¹⁷⁸ 1962 erhielt Hayek eine Professur an der Universität Freiburg und wurde alsbald Vorstandsmitglied des dortigen Walter-Eucken-Instituts, das sich daraufhin noch weiter von Euckens Verständnis des Ordoliberalismus entfernte. - Nachfolger Hayeks als Präsident der Mont-Pèlerin-Society wurde Wilhelm Röpke, der diese Gesellschaft mitgegründet hatte. Zwei Jahre später legte Röpke den Vorsitz wegen inhaltlicher Differenzen mit dem Hayek-Flügel nieder und trat aus der Gesellschaft aus. - Zum

sich vorläufig beiden verschiedenen Paläo- und Ordo-Varianten des Liberalismus gegenüber, bis die Hayeksche Variante nach dem Tod von Eucken im Laufe der Zeit ein deutliches Übergewicht bekam.¹⁷⁹

Etwa zur selben Zeit also, als die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen vom Dezember 1948 und das westdeutsche Grundgesetz vom Mai 1949 die vom Kommunismus und noch barbarischer vom Nationalsozialismus/Faschismus verachtete Würde des Menschen als unantastbar proklamierten, wurde in der ‚Stunde Null‘ die alte unmerklich-schleichende Verletzung der Menschenwürde durch ungerechte wirtschaftliche Strukturen restauriert.¹⁸⁰ Indem Hayek gegenüber Eucken die Deutungshoheit über den Ordoliberalismus gewann, wandelte sich der Ordo- zu einem bloßen Neoliberalismus und als solcher zu einer Ideologie, die bald auf einem „Maskenfest der Ideologien“ (Röpke¹⁸¹) mit der Ideologie des Sowjetkommunismus um die Vorherrschaft in der Welt ringen sollte.

Die unzureichend geordneten Märkte gerieten nach und nach auf die schiefer werdende Bahn eines zunächst noch als „Soziale Marktwirtschaft“ kaschierten Monopolkapitalismus, auf der sich die weitere Konzentration von Kapital und Marktmacht in den Händen von Kartellen und Konzernen auch nicht mehr durch ein „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ (1957) aufhalten ließ. Die wirtschaftliche Entwicklung der 1950er Jahre sollte bald die Befürchtung von Franz Böhm bestätigen, dass da, wo privatwirtschaftliche Macht nicht an ihrer Entstehung gehindert, sondern nur ‚kontrolliert‘ wird, der Prozess der „Systemzerrüttung und Systemverfälschung“ der Wettbewerbswirtschaft bereits in vollem Gange ist.¹⁸² –

Während die Mont-Pèlerin-Society die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit von vornherein zielstrebig in die Richtung einer kapitalistischen „Sozia-

marktradikalen Thinktank Mont-Pèlerin-Society vgl. Bernhard Walpen (2004) und Matthias Schmelzer (2010). Zur Mont-Pèlerin-Society gehörte übrigens auch der französische Ökonom und spätere Nobelpreisträger Maurice Allais, der in seinem 1947 erschienenen Buch „Economie et Intérêt“ noch sehr entschieden für die Herstellung eines für alle Menschen gleichberechtigten Zugangs zum Boden und den Ressourcen eingetreten war und diese zentrale Forderung ebenso wie seine Forderung nach einer Geldreform dann bald fallen ließ. Vgl. Maurice Allais (1947), S. 605 - 625.

¹⁷⁹ Vgl. Walter Oswalt (2001), S. 95: „Auch das Walter-Eucken-Institut hat Schwierigkeiten mit dem ordoliberalen Erbe, das es beansprucht. So hat die Freiburger Einrichtung ihre Arbeit in den letzten zehn Jahren mit Hilfe von Spenden der Banken und der Industrie ‚modernisiert‘. Zum Programm gehören Auftritte von Vorstandsvorsitzenden großer Konzerne sowie von in- und ausländischen Regierungsmitgliedern. Dieser Schritt hatte seinen Preis: Um Platz für die neuen Aufgaben zu schaffen, wurde in den 90er Jahren das Arbeitszimmer von Walter Eucken mit Bibliothek und Nachlass wegrationalisiert.“ Seit 2013 befindet sich Euckens Nachlass in der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek in Jena.

¹⁸⁰ Diese Strukturen wurden zum Teil durch Person mit geformt, die schon während der NS-Diktatur an Menschenrechtsverletzungen beteiligt gewesen war. So berichtet Walter Oswalt, dass es 1952 eine heftige Auseinandersetzung zwischen Franz Böhm und jenem Hermann Josef Abs gab, der als Aufsichtsratsmitglied der IG-Farben für den Betrieb des KZs in Auschwitz mitverantwortlich war und nach 1945 den Vorstandsvorsitz in der Deutschen Bank innehatte. (2001), S. 88 - 89.

¹⁸¹ Wilhelm Röpke, zitiert nach Walter Eucken (1952/1960), S. 17.

¹⁸² Franz Böhm (1947/2007), S. 79.

len Marktwirtschaft“ beeinflusste, verfolgte die 1953 entstandene „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ (ASM) in ihren ersten Anfängen noch das gegenteilige Ziel, obwohl ihr Name dies nicht unbedingt erwarten ließ. Und zwar wollte die ASM den Ordoliberalismus durch eine Verbindung mit der Geld- und Bodenrechtsreform konsequent antikapitalistisch weiterentwickeln und zu dessen eigener Vollendung bringen. Mit einer Reform des Geldwesens und des Boden- und Ressourcenrechts wollte die ASM in ihrer Gründungsphase die Voraussetzungen für die Verwirklichung eines „funktionsfähigen Preissystems der vollständigen Konkurrenz“ herstellen, das Eucken als „wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundprinzip“ angestrebt hatte.¹⁸³

Die Initiative zur Gründung der ASM ging von drei Anhängern Silvio Gesells aus, die während der frühen Nachkriegsjahre in den damaligen amerikanischen und französischen Besatzungszonen einen sog. „Freiwirtschaftsbund“ (FWB) aufgebaut hatten: Otto Lautenbach, Paul H. Diehl und Ernst Winkler.¹⁸⁴ Der FWB hatte 1947/48 mehrere Denkschriften zu Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der Währung, des Lastenausgleichs und des Wohnungsbaus an die Militärregierung sowie an die damalige Bank deutscher Länder, an Parteien, Verbände, Kammern und Gewerkschaften gerichtet. Lautenbach hatte außerdem gemeinsam mit Ludwig Erhard mit der Herausgabe einer Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“ begonnen, wobei er sich allerdings auf eine Kaufkraftstabilisierung der Währung durch eine möglichst exakte *Geldmengensteuerung* konzentrierte und den Gedanken einer strukturell-qualitativen Umwandlung des Geldes in „rostende Banknoten“ als eigentlichen Kern der Geldreform und die Bodenreform ganz im Hintergrund ließ.¹⁸⁵ Winkler hatte demgegenüber in einer wissenschaftlichen Studie die theoretische Verwandtschaft von Keynes und Gesell gerade im Hinblick auf die Schaffung von „künstlichen Durchhaltekosten“ des Geldes hervorgehoben.¹⁸⁶

In den folgenden Jahren kam es bei einigen Tagungen mit mehreren Hundert Teilnehmern zu einem intensiven Dialog zwischen Nachfolgern Gesells im FWB und namhaften Vertretern des Ordoliberalismus wie Franz Böhm und Alexander Rüstow, später auch Wilhelm Röpke. Einziges Band war dabei die Betonung der wirtschaftlichen Freiheit und die Abneigung gegen jede Form einer Sozialisierung, die 1947 sogar im Ahlener Programm der CDU propagiert worden war. Die ‚kleinen‘, aber wesentlichen Unterschiede zwischen beiden Seiten im Verständnis von wirtschaftlicher Freiheit spielten zunächst nur eine untergeordnete Rolle. Der

¹⁸³ Walter Eucken (1952/1960), S. 254.

¹⁸⁴ Lautenbach und Diehl waren schon vor 1933 führend im alten „Freiwirtschaftsbund“ tätig gewesen. Während der NS-Diktatur hatte sich Lautenbach in das NS-System verstrickt, um seine Zeitschrift „Schule der Freiheit“ herausgeben zu können. Gleichwohl wurde er 1948 von der US-amerikanischen Militärregierung am Ende eines Spruchkammerverfahrens als „unbelastet“ eingestuft. Vgl. dazu die entsprechende Verfahrensakte in Otto Lautenbach (1948). - Diehl hatte eine kritische Haltung zum Regime eingenommen; vgl. hierzu Werner Onken und Günter Bartsch (1996), S. 23 - 27 und 67 - 75. Winkler kam erst nach 1945 mit der Geldreform in Berührung; vgl. Ernst Winkler (1980), S. 24.

¹⁸⁵ Julian Dörr & Maximilian Kutzner (2017), S. 508.

¹⁸⁶ Ernst Winkler (1975a) und (1980).

Umstand, dass Ludwig Erhard und Alexander Rüstow seit ihren Studienzeiten mit Franz Oppenheimers Variante der Bodenreform und mit dessen Liberalsozialismus vertraut waren, implizierte noch kein tieferes Verständnis der Ordoliberalen für den Freiheitsbegriff der Geld- und Bodenreformer, der konsequent auf eine strukturell gleiche politische und wirtschaftliche Freiheit aller Menschen hinauslief und jegliche Duldung von Privilegien beim Zugang zu natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen ausschloss.

Ein realpolitisch-pragmatisch von Lautenbach initiiertes „Begehren zur Sicherung der Deutschen Mark“ (1950) und Besprechungen mit dem Direktorium der Bank deutscher Länder (1952) waren weitere Stationen auf dem Weg zu einer engeren Kooperation zwischen Geldreformern und Ordoliberalen.¹⁸⁷ In gemeinsamer Anerkennung der von Eucken formulierten „konstituierenden Prinzipien einer Wirtschaftsordnung der vollständigen Konkurrenz“ führte sie im Januar 1953 zur Gründung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ (ASM) als „Zweckbündnis“ von Geldreformern und Ordoliberalen, dessen Ziele in einer „Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft“ niedergelegt waren. Beide Seiten waren sich einig in der Forderung nach einer strikten Stabilisierung des Geldwerts. Jedoch stieß die von geldreformerischer Seite gehegte Hoffnung, Euckens „konstituierende und regulative Prinzipien“ durch Maßnahmen zur Sicherung einer stetigen Geldzirkulation und durch ein „soziales Bodenrecht“ ergänzen zu können, auf Verständnisprobleme und Ablehnung bei den Ordoliberalen. Bei weiteren Debatten fehlte aus der Sicht von Winkler eine „klare Unterscheidung zwischen der theoretisch konzipierten und der faktisch bestehenden ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ oder - zugespitzt formuliert - zwischen sozialer und kapitalistischer Marktwirtschaft. ... Eine solche Verschleierung oder Leugnung, ja Tabuisierung oder Ideologisierung des Gegensatzes zwischen sozialer und kapitalistischer Marktwirtschaft wirkte sich verhängnisvoll auf die Weiterentwicklung der ASM aus und noch verhängnisvoller auf die Weiterentwicklung der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ in der Bundesrepublik Deutschland.“¹⁸⁸

Der Versuch der Initiatoren der ASM, mit geld- und bodenrechtsreformerischen ‚Hintergedanken‘ auf den Ordoliberalismus und die westdeutsche Wirtschaftspolitik der 1950er Jahre Einfluss zu nehmen, kam mit dem Tod von Otto Lautenbach im Sommer 1954 endgültig zum Erliegen. Die noch an Gesell orientierten Mitglie-

¹⁸⁷ Ernst Winkler (1980), S. 42 - 56 (Stationen auf dem Weg der Annäherung von Geldreformern an Vertreter des Ordoliberalismus). - Vgl. auch Ernst Winkler u.a. (1951b). Erste Versuche von Geldreformern, mit Ordoliberalen ins Gespräch zu kommen, hatte Bernhard Pfister bereits 1941/42 unternommen, indem er Paul Diehl und anderen Geldreformern nahelegte, Euckens „Grundsätze der Nationalökonomie“ zu lesen. Vgl. Briefe von Bernhard Pfister an Paul H. Diehl vom 13.11. und 12.12.1941 sowie vom 17.6.1942, im Archiv für Geld- und Bodenreform. Vgl. auch die Anm. 56 zu diesem Kapitel und Julian Dörr & Maximilian Kutzner (2017), S. 499 - 500 (Lautenbachs „im Vergleich mit Gesells Ansichten gemäßigte Position“).

¹⁸⁸ Ernst Winkler (1980), S. 57 (Zweckbündnis), 59 (geldreformerische Erwartung an die Ordoliberalen) und 67 - 68 (fehlende Unterscheidung zwischen kapitalistischer und sozialer Marktwirtschaft und verhängnisvolle Weiterentwicklung).

der von Vorstand und wissenschaftlichem Beirat der ASM wurden alsbald durch Ordo- bzw. Neoliberale ersetzt. Winkler, der bis dahin dem Vorstand angehört hatte, betrachtete die neue ASM nur noch als eine „Aktionsgemeinschaft freies Unternehmertum. ... Das Wort ‚sozial‘ zur Charakterisierung dieser Marktwirtschaft wurde für die Aktionsgemeinschaft ebenso wie für die faktische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ein bloßes Etikett, an das naive Gemüter noch glauben mochten, während es den großen Gruppen- und Machtinteressen nur als eine, freilich immer durchsichtiger werdende Tarnung diente.“¹⁸⁹ In der späteren Rückschau beklagte Winkler, dass die Praxis der „sog. Sozialen Marktwirtschaft ... nicht viel mit dem ordoliberalen Konzept gemein“ hatte. „Bereits in der Geburtsstunde der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ ... waren ... die Keime zu ihrer Korruption und Pervertierung gelegt.“¹⁹⁰

Als Dörr & Kutzner später die Gründungsphase der ASM untersuchten und dabei in einer Publikation zur ASM überhaupt erstmals darstellten, dass die Initiative zu ihrer Gründung nicht von Ordoliberalen, sondern von Geld- und Bodenreformern ausgegangen war, stellten sie den von Winkler „vermuteten programmatischen Bruch“ zwischen den Anfängen der ASM und ihrer weiteren Entwicklung in Abrede. Gemäß einer Korrespondenz zwischen Röpke und Rüstow vom 29.11.1954 hätten „alle Gesell-Leute ... und nicht nur Lautenbach ... in anerkannter und loyaler Weise ihr Sektierertum völlig zurückgestellt“, um die gemeinsamen Ziele durchzusetzen. Die personellen Veränderungen im Vorstand und Beirat der ASM nach Lautenbachs Tod seien kein Beleg für die „These der widerstreitenden Strömungen“ innerhalb der ASM gewesen. Winklers „Kontrapunkt“ habe „eher auf rhetorischer Ebene“ gelegen.¹⁹¹

¹⁸⁹ Ernst Winkler (1980), S. 74 - 76 [Kursänderung der ASM].

¹⁹⁰ Ernst Winkler (1975a), S. 16 und 23. - Winkler verwies auf die 37. Jahrestagung der ASM im Juni 1973, auf der auch andere Ordo- bzw. Neoliberale wie Hans-Otto Wesemann und Hans Besters ihre „bittere Enttäuschung“ über die Entwicklung der ASM zum Ausdruck gebracht hätten. (S. 23) - Im Nachlass von Wilhelm Röpke im Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Köln ist ein einziger Brief von Wilhelm Röpke an Otto Lautenbach vom 7.9.1953 erhalten, in dem Röpke Lautenbachs „tatkräftige und wohlinspirierte Bemühungen“ lobt. (Hinweis von Christian Müller vom Institut für Wirtschaftspolitik an den Verfasser in einer Mail vom 8.3.2017) - Im Nachlass von Alexander Rüstow im Bundesarchiv in Koblenz befindet sich ein Brief von Ernst Winkler an Alexander Rüstow vom 17.10.1954. Aus Anlass von „mich beleidigenden Unterstellungen“ in einem ASM-vorstandsinternen Konflikt mit Hans Ilau bat Winkler Rüstow um eine „persönliche Aussprache in Ihrem Beisein als neutrale vermittelnde Instanz“. In einem weiteren Schreiben an den ASM-Vorstand und ASM-Geschäftsführer Wolfgang Frickhöffer vom 24.11.1954 legte Winkler seine Mitgliedschaft im ASM-Vorstand nieder.

¹⁹¹ Julian Dörr & Maximilian Kutzner (2017), S. 509 (programmatischer Bruch) - 510 (These widerstreitender Strömungen) und 515 (Winklers Kontrapunkt). Die von Dörr & Kutzner erwähnte Korrespondenz zwischen Röpke und Rüstow befindet sich im Nachlass von Röpke im Wilhelm-Röpke-Institut in Erfurt.

9.3.5 Anpassung der Wettbewerbstheorie an die Realität der monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft

Wie schnell und gründlich der Ordoliberalismus von seinen eigenen, nunmehr neoliberal gewendeten Verfechtern verwässert wurde, deutete sich bereits bei Müller-Armacks Verständnis für Schmalenbachs Hinweis auf den steigenden Anteil des fixen Kapitals am Gesamtkapital und für die Kostenvorteile der industriellen Massenproduktion an¹⁹², wobei er die fortschreitende Kapitalkonzentration als treibende Kraft bei der Zunahme der fixen Kapitalkosten ausblendete.

Friedrich August von Hayek fiel dem frühen Ordoliberalismus geradezu in den Rücken, als er in Zweifel zog, „dass die sogenannte Theorie des ‚vollkommenen Wettbewerbs‘ das geeignete Modell für die Beurteilung der Funktion des Wettbewerbs im realen Leben biete. ... Es scheint allgemein die Meinung zu bestehen, dass ... der wirkliche Wettbewerb, sofern er von diesem Modell abweicht, nicht wünschenswert oder sogar schädlich sei.“ Hayek beklagte also nicht die kapitalistische Deformation des Wettbewerbs, sondern er bestritt den Sinn des Leitbildes eines monopolfreien Wettbewerbs und lobte die „mutigen Versuche“ von John Maurice Clark, die Wettbewerbstheorie mit seinem Konzept des „Workable Competition“ auf den Boden der bestehenden Tatsachen zu stellen. „Wenn der von der Theorie des vollkommenen Wettbewerbs angenommene Zustand je bestehen würde ..., würde ... er nicht nur allen Tätigkeiten, die das Wort ‚Wettbewerb‘ beschreibt, die Entfaltungsmöglichkeit nehmen, sondern sie in ihrem Wesen unmöglich machen.“ M.a.W. verdanke der Wettbewerb seine Dynamik allein der Existenz von Mono- und Oligopolen und ein vollständiger Wettbewerb würde aufgrund der ihm eigenen Statik erstarren. „Wir sollten uns viel weniger darum kümmern, ob der Wettbewerb in einem gegebenen Fall vollkommen ist oder nicht, sondern vielmehr darum, ob es überhaupt Wettbewerb gibt. ... Ein Monopol, das auf größerer Wirtschaftlichkeit aufgebaut ist ..., schadet ... verhältnismäßig wenig, solange es gesichert ist, dass es verschwinden wird, sobald jemand anderer den Bedarf der Konsumenten wirksamer befriedigt.“¹⁹³ Angesichts der realen Konzentrations- und Monopolisierungsprozesse bedurfte es einer enormen Naivität, um Mono- und Oligopole für vorübergehende Phänomene zu halten.

Noch drastischer als Hayek verhöhnte Friedrich A. Lutz die vollständige Konkurrenz als „Schlafmützenkonkurrenz“, der der „dynamische, vorwärts stürmende Charakter“ fehle. Damit stand Lutz der Geringschätzung des „kleinbürgerlichen Sozialismus“ durch Marx & Engels in nichts nach. Im monopolfreien Wettbewerb gebe es - „verglichen mit der monopolistischen Konkurrenz, die der Praktiker allein als Konkurrenz anerkennt“ - keinen Anreiz zu technischen Neuerungen. Außerdem sah Lutz bei ihm zwei Merkmale als besondere Nachteile an, die eigentlich seine besonderen Vorzüge gegenüber dem monopolkapitalistisch ver-

¹⁹² Alfred Müller-Armack (1947), S. 98 - 99.

¹⁹³ Friedrich August von Hayek (1952), S. 122 - 123 und 138 - 139.

fälschten Wettbewerb sein könnten: nämlich das Fehlen eines Rivalitätsbewusstseins bei den einzelnen Anbietern und Nachfragern und das Vorhandensein ihrer Bereitschaft, zugleich miteinander im Wettbewerb zu stehen und auch miteinander zu kooperieren.¹⁹⁴ Es war geradezu grotesk, dass Lutz ausgerechnet die positiven Potenziale der vollständigen Konkurrenz als ihre vermeintlich inakzeptablen Schwächen diskreditierte und mit der Rechtfertigung der unvollständigen Konkurrenz dazu beitrug, dass der marktwirtschaftliche Wettbewerb als solcher wegen der sozialen Folgen seiner monopolkapitalistischen Verfälschung bei Gesellschaftskritikern zunehmend in Misskredit geriet.

Statt im Sinne des ursprünglichen Ordoliberalismus nach Voraussetzungen für die Verwirklichung einer Marktwirtschaft mit vollständigem Wettbewerb zu forschen, setzte die Wettbewerbstheorie - wie schon in den 1920er und 1930er Jahren von Liefmann, Chamberlain („Theory of Monopolistic Competition“) und John Maurice Clark („Concept of Workable Competition“) begonnen - ihre Anpassung an die Realität der Kapitalkonzentration in marktbeherrschenden Konzernen im Laufe der 1950er Jahre fort.¹⁹⁵ Von ihrem Leitbild der vollständigen Konkurrenz rückte sie immer weiter ab; die Gewinne kleinerer und mittlerer Unternehmen seien zu niedrig, um damit Innovationen von dynamischen Pionierunternehmen à la Schumpeter finanzieren zu können. Im vollständigen Wettbewerb zwischen einer Vielzahl von Anbietern seien die einzelnen Unternehmen außerdem nicht groß genug, um die Kostenvorteile der kapitalintensiven Massenproduktion („economies of scale“) nutzen zu können. Die Massenproduktion galt gerade in jenen Wirtschaftsbereichen als vorteilhaft, die - wie erst später deutlich wurde - die Natur als Ressourcenlieferanten besonders stark beanspruchten. Dazu gehörten in erster Linie die hochgradig konzentrierten Stahl und andere Grundstoffe herstellenden Schwerindustrien, die Energieversorgung, die Automobil- und Flugzeugindustrie, die Chemie- und Pharmaindustrie und auch die Rüstungs- und Raumfahrtindustrie. Die sog. Kostenvorteile im Sinne der Rentabilität des massenhaft eingesetzten fixen Kapitals beruhten letztlich auf zu geringen Kosten der menschlichen Lohnarbeit und der Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen. Und sie entstanden auch dadurch, dass die Nebenwirkungen der Massenproduktion in Gestalt von Schädigungen der Umwelt nicht von ihren Verursachern getragen, sondern der Allgemeinheit und der Umwelt aufgebürdet wurden.

Während Röpke bereits aufgefallen war, dass sich die Massenproduktion besonders bei problematischen ‚Gütern‘ wie „Flugzeugen, Tanks, Kanonen, Kriegsschiffen oder Atombomben“ durchgesetzt hatte, und ein Grauen empfand, als ihm bewusst wurde, wie sehr auch Konzentrationslager zum „abscheulichen Symbol der modernen Tyrannei“ geworden waren¹⁹⁶, rechtfertigten Erhard Kantzenbach und

¹⁹⁴ Friedrich A. Lutz (1956), S. 32.

¹⁹⁵ Vgl. hierzu Rainer Olten (1995), S. 57.

¹⁹⁶ Wilhelm Röpke (1948b), S. 160 (problematische Erzeugnisse der Massenproduktion) und 170 (Konzentrationslager)

andere Wettbewerbstheoretiker in den 1950er und 1960er Jahren die Monopolisierung der Märkte, indem sie Clarks Konzept des „funktionsfähigen Wettbewerbs“ („workable competition“) zur Vorstellung einer „optimalen Wettbewerbsintensität“ und eines „funktionsfähigen effizienten Wettbewerbs“ auf dynamischen mono- und oligopolistischen Märkten weiterentwickelten.¹⁹⁷ Unterdessen schritt die Konzentration sowohl beim Angebot als auch beim Umsatz nicht nur in der Produktion, sondern auch in den Bereichen der Banken und des Handels voran. Mit Kapital- und personellen Verflechtungen sowie Fusionen entwickelte die Konzentration eine Dynamik, die die staatliche Monopolaufsicht bald ‚abhängte‘.

Dessen ungeachtet blieb Hayek in seiner „Verfassung der Freiheit“ (1960) bei seiner Behauptung, dass „es ... immer unvermeidliche Monopole geben“ werde. „Es hat keinen Sinn ... , zu versuchen, Bedingungen zu schaffen, ‚als ob‘ Wettbewerb bestünde.“ Seine bewusste (!) „Unterlassung einer systematischen Erörterung der Unternehmermonopole“ rechtfertigte Hayek mit einem Vorwurf an die „gegenwärtige Politik“ nicht zu erkennen, „dass das Schädliche nicht das Monopol als solches oder auch die Unternehmensgröße ist, sondern nur die Hindernisse gegen den Eintritt in eine Industrie oder einen Handelszweig und andere monopolistische Praktiken.“¹⁹⁸ Im Hinblick auf Probleme des Immobilienmarktes und der Stadtplanung äußerte Hayek schließlich sein Unverständnis darüber, dass „es immer noch einige organisierte Gruppen“ gebe, „die behaupten, dass alle diese Schwierigkeiten durch eine Einführung des ‚Single-Tax‘-Planes behoben werden könnten. ... Dieser Plan der Sozialisierung von Grund und Boden ist in seiner Logik wahrscheinlich der verführerischste und plausibelste von allen sozialistischen Plänen.“ Da sich jedoch der Wert des Bodens nach Ansicht von Hayek nicht vom Wert der von Menschen vorgenommenen Verbesserungen trennen lasse, stellte für ihn das „Single-Tax-Programm ... keine Lösung“ dar. Er suchte sie auch nicht auf anderen Wegen.¹⁹⁹

Ein weiteres Argument für einen Verzicht auf die Gestaltung eines von privatwirtschaftlicher Vermachtung freien Wettbewerbs und für eine Anpassung der Wettbewerbstheorie an die problematische Realität lieferte Hayek später noch mit seiner Deutung des Wettbewerbs als ergebnisoffenem „Entdeckungsverfahren“. Diese Deutung stellte er dem ordoliberalen Verständnis des Wettbewerbs als eine vom Staat durch eine rechtliche Rahmenordnung einzuhegende Veranstaltung gegenüber. Der Wettbewerb sei keine von Menschen konstruierbare Ordnung, denn für deren Schaffung sei das menschliche Wissen viel zu sehr begrenzt. Stattdessen betrachtete Hayek den ungebändigten Wettbewerb als eine spontane ‚Ordnung‘, die sich in einer hochgradig komplexen und darum unüberschaubaren Gesellschaft aus der Fülle individueller Entscheidungen ergebe - im Prozess einer kulturellen Evolution gleichsam als Wirkung einer ‚höheren Vernunft‘. Diesen Pro-

¹⁹⁷ Rainer Olten (1995), S. 65 - 80 und 81. Vgl. auch Erhard Kantzenbach (1967).

¹⁹⁸ Friedrich August von Hayek (1960/2005), S. 358 - 361.

¹⁹⁹ Friedrich August von Hayek (1960/2005), S. 468 (Single-Tax).

zess einer kulturellen Evolution ordnen zu wollen und zusätzlich zu technischen Innovationen auch noch eine soziale Gerechtigkeit zu erwarten, erschien Hayek schließlich als eine absurde „Anmaßung“ des Menschen, weil sein Wissen dafür nicht ausreichte und weil es auch keine Beurteilungskriterien dafür gebe, ob eine Verteilung gerecht oder ungerecht sei. Zwischen Leistungseinkommen aus leitender und ausführender Arbeit einerseits und leistungslosen Einkünften aus Kapitalzinsen, Dividenden sowie Boden- und Ressourcenrenten zu unterscheiden, lag Hayek völlig fern. In einer freiheitlichen Gesellschaft sei „Ungleichheit ... nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich.“ Am Ende führte ihn seine Planwirtschaftsphobie gar noch zu der die Freiheit vollends diskreditierenden Behauptung, dass es „soziale Gerechtigkeit nur in Befehlswirtschaften geben“ könne.²⁰⁰ Im Denken von Hayek fiel der Liberalismus vollends zurück in eine pure Ideologie zur Legitimation von wirtschaftlicher Macht.

9.4 Ordoliberalismus zwischen selbst verursachtem Niedergang und der Chance zu seiner freiheitlich-sozialen Erneuerung

Bei vordergründiger Betrachtung schienen die Jahre des westdeutschen Wirtschaftswunders die konzeptionelle Richtigkeit der „Sozialen Marktwirtschaft“ zunächst zu bestätigen. Nachdem die Montanindustrie 1951 mit einer paritätischen Mitbestimmung in Großunternehmen vorangegangen war, hielten sich die Macht des Kapitals und die Gegenmacht der Arbeit während der 1950er Jahre im Rahmen ihrer sog. Sozialpartnerschaft nahezu die Waage. Weder die Arbeitgeber noch die Gewerkschaften waren an der Frage interessiert, ob die Wirtschaft schon hinreichend demokratisch gestaltet ist, wenn die Arbeiter bzw. deren Vertreter paritätisch an der geballten Macht des akkumulierten und konzentrierten Kapitals beteiligt werden. Auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung hatten keinerlei Interesse an einer weitergehenden Reform der Geld- und Boden-/Ressourcenordnung; sie hielten sie wie der nordrhein-westfälische SPD-Wirtschaftsminister Erik Nölting gar für eine „Quacksalberei“, weil der Zins nur - wie von Marx im Band 1 des „Kapital“ dargestellt - ein untergeordneter Bestandteil des insgesamt problematischen Profits und die kapitalistische Produktionsweise

²⁰⁰ Friedrich August von Hayek (1969) sowie ders. (1981) auf der Website <http://www.forum-ordnungspolitik.de/zur-ordnungspolitik/grundsuetze/334-wir-brauchen-mehr-ungleichheit> [Zugriff: 7.3.2015]. Hayeks verteilungspolitisch unsensibles Verständnis des Wettbewerbs als kulturell-evolutionärem Entdeckungsverfahren wurde neben Schumpeters dynamischem Unternehmer später zur Grundlage der Evolutarischen Ökonomik. - Zu Hayeks Aversion gegen alles Egalitäre vgl. auch ders. (1948), S. 46. - In seinem Buch „Die Entnationalisierung des Geldes“ tat Hayek den Geldreformvorschlag von Gesell als inflationistisch ab (Tübingen 1977, S. XI). Und in einem Brief an Werner Onken vom 13.7.1985 schrieb er, „dass Silvio Gesell einfach ein literarisch sehr geschickter und darum einflussreicher Vertreter der grundsätzlich falschen Unterkonsumtionstheorie der Depression und der Arbeitslosigkeit war.“ Dieser Brief befindet sich im „Archiv für Geld- und Bodenreform“.

das eigentliche Übel sei. Das Geld sei nur „Wertmesser, Umlaufmittel oder Zahlungsmittel und steht als solches völlig jenseits von Gut und Böse.“²⁰¹

In der sowjetisch besetzten Zone bzw. DDR galt die Geldreform Gesells (seine Variante der Bodenreform wurde dort nicht kommentiert) ebenfalls wie der Mutualismus Proudhons als kleinbürgerlich-sozialistische Utopie. Für Fred Oelßner vom ZK der SED wollte sie nur „die ‚schlechten Seiten‘ der kapitalistischen Produktionsweise beseitigen und gleichzeitig ihre ‚guten Seiten‘ erhalten.“ Für Alfred Lemnitz, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Rostock und Mitglied des Politbüros, war Gesell „einer jener Quacksalber ... (und) ... Wunderdoktoren“, die die Krisen als „vermeintliche Krankheitssymptome betrachteten und sie mit dem Heilmittelchen“ der Geldreform „zu vertreiben suchten.“ Diese könne vielleicht Krisen eindämmen, aber dem „mächtigen Realkapitalismus“, also der kapitalistischen Produktionsweise mitsamt der Lohnarbeit könne sie nichts anhaben. Anfänglich sei sie ein kleinbürgerlicher Protest gegen die Großbourgeoisie gewesen und inzwischen habe sie sich „zu einem Instrument der Verteidigung der monopolistischen Interessen gewandelt.“²⁰² Auch der 1961 nach dem Bau der Berliner Mauer von einer Reise nach Westdeutschland nicht mehr in die DDR zurückgekehrte Philosoph Ernst Bloch blieb in Anlehnung an Marx & Engels bei der gegen die Frühsozialisten gerichteten Auffassung, dass die „Weltverbesserung ... als Arbeit ... mit der materiellen Dialektik einer begriffenen, bewusst hergestellten Geschichte (geschieht)“ und nicht mit Selbsthilfeinitiativen. „Anders wäre es überhaupt nicht denkbar, die Wirtschaft besonders läppisch, also flickweise verbessern zu wollen. Wobei sich all dergleichen an einen der bedenklichsten Utopisten anschließt, an Proudhon. Zum Vorschein kamen auf diese Weise zwerghaft-komische Gebilde wie die Freigeld-Utopie, auf bloße Zahlungsmittel Sozialismus bauend.“²⁰³

Solche Überlegungen passten weder in die marxistisch geprägte Kapitalismuskritik westlicher Sozialdemokraten und Gewerkschaftler oder östlicher Kommunisten noch passten sie in den ordoliberal verbrämten Neoliberalismus der herrschenden Ökonomie und in die scheinbar heile Welt der vermeintlich „nivellierten Mittelstandsgesellschaft (Helmut Schelsky) bzw. der „Formierten Gesellschaft“

²⁰¹ Erik Nölting, wie Ludwig Erhard ein Schüler von Franz Oppenheimer und SPD-Wirtschaftsmister in Nordrhein-Westfalen, war nach eigener Aussage „auf planvolle Wirtschaftslenkung bedacht“; vgl. [1948], S. 13, 17 - 18 und 20 (Geld jenseits von Gut und Böse). Während Nöltings Kritik an Gesells Menschenbild noch verständlich war, rückte er dessen Kritik am Geld und Zins völlig zu Unrecht in die Nähe der NS-Demagogie vom sog. raffenden und schaffenden Kapital. (S. 6)

²⁰² Fred Oelßner [1947], S. 556. Oelßner war nach seiner Emigration nach Frankreich zunächst Sekretär von Wilhelm Pieck, bevor er 1935 ein zweites Mal in die Sowjetunion ging und Dozent an der Internationalen Lenin-Schule wurde. Alsbald fiel er in Ungnade und schlug sich als Schriftsteller und als Redakteur beim Moskauer Rundfunk durch, bevor er 1945 nach Deutschland zurückkehrte und zum Mitglied des Politbüros der SED aufstieg. - Alfred Lemnitz (1950), S. 324 und 328. Wegen seiner kommunistischen Gesinnung wurde Lemnitz während der NS-Diktatur im KZ Esterwegen und im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert. Später war er zeitweise Minister für Volksbildung und Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

²⁰³ Ernst Bloch (1959/1979), S. 680 und 720 - 721.

(Ludwig Erhard²⁰⁴), die keineswegs aus wirklich freien und gleichen BürgerInnen bestand. Vielmehr ging es dem Kapital als konzentrierter Macht und den Gewerkschaften als konzentrierter Gegenmacht damals darum, ihre sog. Sozialpartnerschaft in dem Bewusstsein auszubauen, dass alle am arbeitsteiligen Wirtschaften beteiligten Menschen schicksalhaft aufeinander angewiesen seien und daher vor der Notwendigkeit stünden, das Sozialprodukt einvernehmlich auf alle Beteiligten zu verteilen. Dabei erwartete Erhard zunächst noch, dass bald „zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer richtig und nützlich ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen ‚Fortschritt‘ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen.“²⁰⁵ Infolge des wirtschaftlichen Wachstums der Wirtschaftswunderjahre kam jedoch bald die Erwartung der ‚Sozialpartner‘ auf, die Verteilungskonflikte zwischen dem Kapital und der lohn- und gehaltsabhängigen Arbeit durch einen zu Lasten der Natur gehenden alljährlichen Produktionszuwachs entschärfen zu können.

Dieser Konsens der Sozialpartner und ihre Verständigung über eine beiderseitige Teilhabe an einem stetig „steigenden Wohlstand“ spiegelte sich auch im „Godesberger Programm“ (1959), mit dem die SPD sich von früheren zentralverwaltungswirtschaftlichen Vorstellungen verabschiedete und sich unter dem neuen Motto „So viel Markt wie möglich und so viel Planung wie nötig“ der kapitalistischen Marktwirtschaft annäherte.²⁰⁶ Er bekam jedoch erste Risse, als sich die Gewichte zwischen Kapital und Arbeit im Laufe der 1960er Jahre infolge der fortschreitenden Kapitalkonzentration zum Nachteil der Arbeit verschoben. Außerdem wurde 1967 in der ersten großen Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit die innere Instabilität der Sozialen Marktwirtschaft offenkundig. Darauf reagierte die Politik zunächst mit einer an Keynes orientierten antizyklischen Fiskalpolitik, bevor ab etwa Mitte der 1970er Jahre der Neoliberalismus zunächst die westliche Welt und später nach dem Niedergang des Sowjetimperiums im Herbst 1989 auch die übrige Welt gemäß seinem Credo Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung von Grund auf umgestaltete.

Der dem Neoliberalismus von Ptak und anderen KritikerInnen vorgehaltene Marktradikalismus war bzw. ist allerdings eher ein Radikalismus des kapitalistischen Geldes und von monopolkapitalistisch vermachteten Märkten als ein Radikalismus ‚des Marktes‘. Zweifellos fehlte dem Ordoliberalismus noch ein ausreichend kritischer Blick für das hierarchische Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern sowie zwischen den Geschlechtern. Andererseits erhob er den ersten großen Zweifel an dem Jahrzehnte lang von Neoklassik und Marxismus kul-

²⁰⁴ Helmut Schelsky (1953). – Ludwig Erhard (1966). – Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (2019).

²⁰⁵ Ludwig Erhard (1957/1990), S. 232 – 233.

²⁰⁶ Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD (1959), S. 8. Vgl. auch Helga Grebing (1970/1975), S. 244 – 252, und Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 200 – 208.

tivierten Glauben an die Kapitalkonzentration als Vehikel des technischen Fortschritts.

In seinen Anfängen war der Ordoliberalismus gleichsam eine antikapitalistische Erweiterung der antifeudalistischen Kritik von Emmanuel Sièyes an Monopolen und Privilegien. Sein „Denken in Ordnungen“ (Eucken) bedurfte allerdings noch der Weiterentwicklung zu einem „Denken in gerechten Ordnungen“. Dennoch bahnte der frühe Ordoliberalismus mit seinem Denken in machtfreien, komplex vernetzten Ordnungen und Interdependenzen und mit seiner auf punktuell eingreifen des Staates verzichtenden Vision einer rechtstaatlichen Rahmenordnung für eine Marktwirtschaft mit einer vollständigen Konkurrenz zwischen vielen kleinen und mittleren Unternehmen trotz aller Unvollkommenheiten bereits einen Weg in eine ökonomische Diversität jenseits von großindustriellen ‚Monokulturen‘ und für eine herrschaftsfreie dezentrale Selbstorganisation mono- und oligopolfreier Märkte - auch wenn er noch nicht das Potenzial erkannte, das eine vollständige Konkurrenz auch für egalitäre zwischenmenschliche Beziehungen und für eine neue Balance zwischen Wettbewerb und Kooperation in sich bergen könnte. Zwar trägt das Gesellschaftsbild des Ordoliberalismus aus heutiger Sicht zweifellos auch (agrar-)romantisch anmutende Züge. Aber wenn man die später hinzugekommenen Erfahrungen mit landwirtschaftlichen und industriellen Monokulturen, Patenten auf genmanipuliertes Saatgut, mit der Massentierhaltung in der Agroindustrie und mit der Gigantomanie in der übrigen Wirtschaft sowie die mittlerweile zutage getretenen ökologischen Grenzen des Wirtschaftswachstums mit bedenkt, dann könnte sich der Blickwinkel verschieben. Dann erscheinen die ersten Ordoliberalen in der Rückschau vielleicht doch in der gedanklichen Nachbarschaft von Mill's und Keynes' Ausblicken auf eine zukünftige stationäre Wirtschaft. Und sie erweisen sich auch als Vorläufer von Leopold Kohr und Ernst Friedrich Schumacher, die eine Generation später ganz unabhängig von den Ordoliberalen mit ihren Leitbildern vom „Ende der Großen“ und „Small is beautiful“ Wege zu einer „Rückkehr zum menschlichen Maß“ suchten.

Der große Fehler des Ordoliberalismus bestand nicht in seinem Vertrauen in die dezentrale Selbstorganisation der in eine rechtliche Rahmenordnung eingebetteten Märkte, sondern in seiner Unkenntnis der von der strukturellen Macht des kapitalistischen Geldes und von Privilegien beim Zugang zum Boden und den Ressourcen ausgehenden Gefahr, dass der „Kult des Kolossalen“ wiederkehren könnte und dass erneut privatwirtschaftliche Machtgebilde entstehen, welche das Recht paralisieren. Bei seinen aussichtslosen Versuchen, die Konzentrationsprozesse mit Hilfe einer Monopolaufsicht zu kontrollieren oder wenigstens aufzuhalten, wurde der Ordoliberalismus von der Monopolisierung der Wirtschaft überrollt und auf die schiefe Bahn eines sich wieder dem Paläoliberalismus annähernden Neoliberalismus gedrängt. Der Ordoliberalismus blieb gleichsam auf halbem Weg stehen und versäumte es, den Liberalismus konsequent antikapitalistisch zu Ende zu denken.

Mit seiner eigenen Inkonsequenz rief der Ordoliberalismus genau jenen von Interessengruppen umlagerten Interventionsstaat wieder als staatlichen Reparaturbetrieb auf den Plan, den die Ordoliberalen eigentlich überwinden wollten. Das hatte tragischer Weise zur Folge, dass die KritikerInnen des Neoliberalismus wieder einmal nicht zwischen dem als Feigenblatt für die Verdeckung von Machtinteressen missbrauchten Liberalismus und dem Monopolkapitalismus unterschieden und im Kampf gegen beides das herrschaftskritische Potenzial der vollständigen Konkurrenz völlig übersahen. So folgen Kritiker des Neoliberalismus wie Ptak durchweg einem undifferenziert antiliberalen, d.h. nicht zwischen monopolfreien und monopolistisch vermachteten Märkten unterscheidenden Ressentiment gegen den Markt als solchen und einem Bestreben, den Staat in seiner bestehenden Form als einen die monopolkapitalistisch vermachteten Märkte bändigenden Interventionsstaat zu stärken.²⁰⁷ Das ist sogar notwendig - zweifellos - , aber nur so lange, wie die Wirtschaft sich in ihrem Teufelskreis aus mehr oder weniger vermachteten Märkten dreht und den Interventionsstaat als ihren siamesischen Zwilingsbruder braucht.

Der vom Neoliberalismus à la Hayek und Friedman während der 1970er Jahre entfesselte Turbokapitalismus hat noch bei Weitem übertroffen, was Böhm und Eucken in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg als monopolkapitalistische Verdrängungskonkurrenz befürchteten. Umso mehr ist es ihr bleibender Verdienst, frühzeitig mit viel Weitblick vor dem Ausufern von privatwirtschaftlichen Machtgebilden und vor der Gefahr gewarnt zu haben, dass „das selbst geschaffene Recht der Wirtschaft das staatlich gesetzte Recht an die Seite drückt“, so dass der von Macht durchsetzte Rechtsstaat seiner Aufgabe als „Hüter der Wettbewerbsordnung“ nicht gerecht werden kann. „Man stellt es sich meist nicht anschaulich genug vor, welch wesentlichen, oft entscheidenden aber unkontrollierten Einfluss Verbände der Industrie, Landwirtschaft und des Handels, größere Monopole und Teilmonopole, Konzerne und Gewerkschaften auf die Willensbildung der Staaten ausüben. ... Überall handelt es sich um die Unterhöhlung der Staatsautorität durch partikulare Gewalten, die partikulare Interessen vertreten.“ Aktueller denn je ist mithin Euckens Warnung vor der „Gefahr der Gruppenanarchie“, die umso größer wird, je länger der ausgehöhlte Rechtsstaat dem „Prinzip der Amoral“ folgt und sich zu einem „Spielball in den Händen von Interessengruppen“ degradieren lässt.²⁰⁸

Exkurs 1 - Norbert Elias „Über den Prozess der Zivilisation“

Als die frühen Ordoliberalen in ihrer inneren und äußeren Emigration mit ihrem Leitbild eines rechtsstaatlich geordneten vollständigen, monopolfreien Wettbewerbs eine Alternative sowohl zum Laissez-faire-Frühkapitalismus und zum Or-

²⁰⁷ Ralf Ptak (2004), S. 299, sowie ders. (2008), S. 63 und 67.

²⁰⁸ Walter Eucken (1952/1960), S. 325 - 332.

ganisierten Monopolkapitalismus als auch zu den Totalitarismen des Nationalsozialismus und Kommunismus konzipierten, untersuchte der Soziologe Norbert Elias (1897-1990) im französischen und britischen Exil die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von der Antike über feudale Strukturen im Mittelalter bis hin zur neuzeitlichen Moderne als einen „Prozess der Zivilisation“ (1939). Dieser Prozess habe sich nicht durch eine rationale Planung und nicht durch eine „zielbewusste Erziehung“, aber auch nicht nur zufällig vollzogen.²⁰⁹

Für sein wichtigstes Merkmal hielt Elias eine zunehmende Komplexität aller zwischenmenschlichen Beziehungen. Im Mittelpunkt seiner Zivilisationstheorie stand ähnlich, aber auch wiederum anders als bei Eucken der Begriff der Interdependenz. „Pläne und Handlungen, emotionale und rationale Regungen der einzelnen Menschen greifen beständig freundlich oder feindlich ineinander. Diese fundamentale Verflechtung der einzelnen menschlichen Pläne und Handlungen kann Wandlungen und Gestaltungen herbeiführen, die kein einzelner Mensch geplant oder geschaffen hat. Aus ihr, aus der Interdependenz der Menschen ergibt sich eine Ordnung von ganz spezifischer Art, die zwingender und stärker ist als Wille und Vernunft der einzelnen Menschen, die sie bilden.“ In diese Ordnung mit ihren „Schub für Schub“ länger werdenden „differenzierten Ketten eines weit reichenden Tauschverkehrs“ innerhalb des „riesigen Menschengeflechts“ und mit ihrer immer weiter „fortschreitenden Funktionsteilung und Ausweitung der Interdependenzketten“ fügten sich die zivilisierten Menschen ein, indem sie an ihren jeweiligen Plätzen, an denen sie ihre materiellen Existenzbedingungen fanden, ihre Triebe und Affekte mittels einer „psychischen Apparatur der Selbstkontrolle“ zügelten. Durch eine „Züchtung von Selbstzwang und Über-Ich-Apparaturen“ gelangten sie zu einem gesellschaftskonformen Verhalten.²¹⁰

Dieser Prozess der Zivilisation war Elias zufolge im Laufe der Geschichte auch Schwankungen mit einer „langen Reihe von Auf- und Abstiegsbewegungen“ unterworfen und er war obendrein von einer „eigentümlichen Spaltung der Gesellschaft in Oberschichten und Unterschichten bestimmt“.²¹¹ Aber obwohl Elias mehrfach auf die besondere Rolle des Bodeneigentums einschließlich des Großgrundbesitzes im Feudalismus sowie auf die besondere Rolle des Geldes im Kapitalismus hinwies - in ihnen erblickte er geradezu eine „Inkarnation der Funktionsteilung“²¹² - , untersuchte er nicht deren Rolle als mögliche Ursache der gesell-

²⁰⁹ Norbert Elias (1939/1990), S. 65 (differenzierte Ketten), 149 Menschengeflecht) sowie 317 und 320 (fortschreitende Differenzierung der gesellschaftlichen Funktionen).

²¹⁰ Norbert Elias (1939/1990), S. 314 (Ordnung spezifischer Art), 317, 326 - 335 und 427 (individuelle psychische Selbstkontrolle) sowie S. 341 (Zivilisationsschübe).

²¹¹ Norbert Elias (1939/1990), S. 342 und 422 - 423 (Aufstiege und Niedergänge der Zivilisation, Spaltung der Gesellschaft).

²¹² Norbert Elias (1939/1990), S. 205, 224 und 277 (Boden und Geld als Inkarnation der gesellschaftlichen Funktionsteilung). Zum Boden vgl. auch S. 48 (wichtigstes Produktionsmittel), 52 (Bodeneigentümer und Eigentumslose), 54 und 86. Zum Geld vgl. S. 61, 63 (Geld als Treiber jeglichen Wachstums), 208 (Geld nur eine von vielen Ursachen von Monopolbildungen), 225 (Fortschreiten des Geldverkehrs), 232 - 243 (rasch fortschreitende Monetisierung und Kommerzialisierung), 261, 338 und 417.

schaftlichen Spaltung und des Aufstiegs und Niedergangs von Kulturen. Stattdessen war er sich trotz aller Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung einer „klaren Tendenz zur Angleichung der Lebens- und Verhaltensstandards, zur Nivellierung der großen Kontraste“ sicher. „Diese Verringerung der Kontraste in der Gesellschaft wie in den Individuen ... ist für die ganze Entwicklungsrichtung der abendländischen Gesellschaft nicht wenig charakteristisch. Sie ist eine der wichtigsten Eigentümlichkeiten des Prozesses der ‚Zivilisation‘.“ Und ein zweites Merkmal dieses Prozesses war für ihn - tragischer Weise zu einer Zeit, in der der Nationalsozialismus begann, die moderne Zivilisation in einen barbarischen Abgrund zu stürzen - ihre Tendenz zu einem weiteren Aufstieg, d.h. die „große Linie dieser Zivilisationsbewegung, der schubweise Aufstieg immer breiterer Schichten“, die „langsame Hebung des Lebensstandards der breiteren Bevölkerungsschichten“ und die „Tendenz zu einer gleichmäßigeren Abhängigkeit aller von allen, die auf die Dauer keiner Funktionsgruppe eine größere gesellschaftliche Stärke lässt als der anderen und erhebliche Privilegien zunichtemacht.“²¹³ -

Das Fehlen einer Suche nach tieferen Ursachen der sozialen Ungleichheit und der inneren Instabilität des Zivilisationsprozesses in Elias' Zivilisationstheorie machte sich besonders in seinem Verständnis des Übergangs vom Frühkapitalismus der ‚freien‘ Konkurrenz zum staatlich organisierten Monopolkapitalismus bemerkbar. Obwohl ihm die zentralen Rollen des Bodens und des Geldes in der Gesellschaft und die „Akkumulation der Verfügungsgewalt darüber in immer weniger Händen“ bewusst waren, brachte er den im Frühkapitalismus wirksamen „Mechanismus der Monopolbildung“ hiermit nicht in Verbindung. Das System der ursprünglich ‚freien‘ Konkurrenz habe aus sich heraus eine Tendenz hervorgebracht, „durch eine Reihe von Ausscheidungskämpfen hindurch früher oder später einer immer kleineren Anzahl Menschen eine immer größere Anzahl Chancen in die Hände zu spielen. ... Jeder freie, gesellschaftliche Ausscheidungs- oder Konkurrenzkampf tendiert zur Monopolbildung.“ Die freie Konkurrenz „drängt ständig über sich hinaus zu diesem ihrem Gegenteil hin.“²¹⁴

Die ‚freie‘ Konkurrenz des frühen 19. Jahrhunderts war für Elias per se ein Verdrängungswettbewerb und nicht etwa ein perversierter Leistungswettbewerb. Deshalb sah er keine Notwendigkeit für die Gestaltung einer machtfreien Ordnung der Konkurrenz – im Gegenteil, im Übergang von der ‚freien‘ in eine monopolistische Konkurrenz sah Elias keine historische Fehlentwicklung. Vielmehr hatte alles für ihn gleichsam eine historische Mission und eine „gute Funktion“, nämlich die Funktion einer „immer stärkeren Zentralisierung der Verfügungsgewalt über die Chancen. ... Die Tendenz der Monopole, etwa des Gewalt- und Steuermonopols,

²¹³ Norbert Elias (1939/1990), S. 344 und 424 (Tendenz zur Abnahme sozialer Gegensätze) sowie 422, 430 (steigender allgemeiner Lebensstandard, wechselseitige Abhängigkeiten der gesellschaftlichen Gruppen) und 442 („Auftriebsswellen, in deren Mitte wir leben“).

²¹⁴ Norbert Elias (1939/1990), S. 144 (Akkumulation von Boden und Geld, Mechanismus der Monopolbildung), 146 (Konzentration von Chancen innerhalb der freien Konkurrenz), 153 (Konkurrenz per se als Ausscheidungskampf), 436 und 452 (Monopolbildung).

aus ‚privaten‘ zu ‚öffentlichen‘ oder ‚staatlichen‘ Monopolen zu werden, ist nichts anderes als eine Funktion der gesellschaftlichen Interdependenz.“ Ohne wie Marx & Engels die fortwirkende Macht privater Monopole zu kritisieren, sah Elias das „Privatmonopol Einzelner“ gleichwohl ähnlich wie Marx & Engels auf dem Weg zu seiner Vergesellschaftung und in Verbindung damit betrachtete er die Herausbildung von staatlichen Zentralgewalten mit ihren „Schlüsselmonopolen“ der Steuerhoheit und der Gewaltausübung als Weg, auf dem „Monopolherren zu Zentralfunktionären eines funktionsteiligen Apparats werden“ und auf dem ein „gebundener, von einer Zentralstelle, von Menschen her gelenkter oder jedenfalls lenkbarer Konkurrenzkampf“ entstand. Im Zuge dieses Zusammenwachsens von privaten und staatlichen Monopolen habe der Staat die zuvor von einzelnen Privaten umkämpften Chancen „einer Planung unterwerfbar“ machen können. Dabei habe der Staat den „Charakter des obersten Koordinations- und Regulationsorgans für das Gesamte der funktionsteiligen Prozesse“ angenommen. „Der Kampf um die Monopole richtet sich von einem bestimmten Punkt der Entwicklung ab nicht mehr auf ihre Zerstörung, sondern es geht um die Verfügungsgewalt über ihre Erträge ... , mit einem Wort um die Verteilungsschlüssel. ... Es bildet sich mit anderen Worten das, was wir ein ‚demokratisches Regime‘ zu nennen pflegen.“ Elias sah die Möglichkeit einer Verteilung des Sozialprodukts gemäß einem staatlichen „Plan ... , der in keiner Weise am Interesse Einzelner, sondern am Kreislauf der arbeitsteiligen Prozesse selbst, am optimalen Ineinandearbeiten aller funktionsteilig verbundenen Menschen orientiert ist.“ Der Übergang von „monopolfreien Konkurrenzkämpfen“ zu „monopolistisch gebundenen Konkurrenzkämpfen“ habe die entscheidende „Möglichkeit zur Chancenverteilung ... im Sinne eines störungsloseren Funktionierens der Zusammenarbeit unter den auf Gedeih und Verderb aneinander gebundenen Menschen“ eröffnet.²¹⁵ -

Der ordoliberalen und geld- und bodenreformerischen Gedanke, sowohl die frühkapitalistische ‚freie‘ Konkurrenz als auch die spätere staatlich gelenkte monopolkapitalistisch vermachete Konkurrenz gleichermaßen dadurch zu überwinden, dass Rechtsstaaten gerechte Rahmenordnungen für monopolfreie Märkte schaffen, lag Elias fern. Andererseits war der Organisierte Kapitalismus für ihn auch kein Vorstadium einer sozialistischen Produktionsweise, in die der Zivilisationsprozess gemäß den Hoffnungen von Marx‘ & Engels‘ Epigonen im Zuge eines revolutionären Umbruchs übergehen sollte.²¹⁶ Elias‘ Zivilisationstheorie ist gleichsam ein großes Plädoyer für den Verbleib von westlich-abendländischen Gesellschaften im Stadium des Organisierten Kapitalismus - und auch für die Integration der übrigen Welt in dieses System.

²¹⁵ Norbert Elias (1939/1990), S. 148 (Vergesellschaftung privater Monopole, Zentralfunktionäre), 152 - 153 (Übergang von privaten zu staatlichen Monopolen, Zentralisierung), 142 - 143 (staatliche Gewalt mit ihren Schlüsselmonopolen), 156 - 158 (Planung, Verteilungsschlüssel, Demokratie), 210 (Lenkung der Chancenverteilung) und 222.

²¹⁶ Norbert Elias (1939/1990), S. 234 (Revolution).

Trotz der inneren „Zwispältigkeit oder gar einer Vielspältigkeit der Interessen“ verschiedener gesellschaftlicher Gruppen hielt Elias den von staatlichen Zentralgewalten organisierten Kapitalismus für die bestmögliche Organisationsform der gesellschaftlichen Interdependenzen. „Die Bildung von besonders stabilen und spezialisierten Zentralorganen für größere Gebiete ist eine der hervorstechendsten Erscheinungen der abendländischen Geschichte. ... Hier sind alle Menschen, alle Gruppen, Stände oder Klassen in irgendeiner Form aufeinander angewiesen. ... Sie sind Gegner und Aktionspartner zugleich“, was den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft genauso gewährleistete wie der Umstand, dass die verschiedenen „sozialen Kräfte ... sich annähernd die Waage halten“.²¹⁷

Elias unterschätzte die innere Instabilität des organisierten Kapitalismus und obwohl er erkannte, dass schon die mittelalterlichen Kreuzzüge und die Schaffung von außereuropäischen Kolonialreichen dem Drang von Abendländern nach der Eroberung neuer Böden entsprungen waren, plädierte er obendrein für eine Übertragung dieser Form der Zivilisation auf andere Teile der Welt.²¹⁸ Hätte er die äußere Expansion Europas nach Übersee nicht als ein Zeichen dafür deuten können, dass sich die abendländische Zivilisation in einer inneren Unordnung befand? In der staatlichen Regulierung ihrer inneren Widersprüchlichkeit sah Elias jedoch einen besonderen Beweis für die „Überlegenheit gebenden Kennzeichen des Okzidentalen. ... Unter dem Druck ihres eigenen Konkurrenzkampfes ... erzeugen und erzwingen die Menschen des Abendlandes ... in weiten Teilen der Erde eine Veränderung der menschlichen Beziehungen und Funktionen zu ihrem eigenen Standard hin. Sie machen weite Teile der Welt von sich abhängig und werden zugleich - entsprechend einer immer wieder beobachtbaren Gesetzmäßigkeit der fortschreitenden Funktionsteilung - von ihnen selbst abhängig.“ Komplexer werdende Interdependenzen zwischen „Kolonisatoren und Kolonisierten“ würden die Gegensätze zwischen ihnen auf der Grundlage abendländischer Funktionssteuerungen verkleinern. „In einzelnen Räumen jenseits des Abendlandes ... beginnen sich ... Durchdringungs- und Mischungsprozesse zu vollziehen, verwandt jenen anderen, die oben am Beispiel des höfischen und des bürgerlichen Verhaltens in verschiedenen Ländern des Abendlandes selbst skizziert worden sind. ... Dies, die beginnende Umformung orientalischer oder afrikanischer Menschen in die Richtung des abendländischen Verhaltensstandards, repräsentiert das bisher letzte Vorfluten der Zivilisationsbewegung, das wir sehen können.“²¹⁹

Offenbar erwartete Elias von einer weltweiten Ausdehnung des Organisierten Kapitalismus eine Fortsetzung der Staatenbildung auf höherer globaler Ebene in

²¹⁷ Norbert Elias (1939/1990), S. 226 (stabile Zentralorgane im Abendland), 231 (Zwie- bzw. Vielspältigkeit), 233 (alle sind Gegner und Aktionspartner zugleich) und 240 (Gleichgewicht zwischen den sozialen Kräften).

²¹⁸ Norbert Elias (1939/1990), S. 48 - 50 (abendländische Expansion als „Kampf um neue Böden“), Kreuzzüge und Kolonialismus).

²¹⁹ Norbert Elias (1939/1990), S. 347 - 348 (Überlegenheit des Okzidentalen, Anpassung der übrigen Welt an die abendländische Zivilisation), 351 und 387 (Zivilisation als „recht zweischneidige Waffe“).

Form einer Entstehung von „Gewaltmonopolen und Zentralorganisationen für größere Herrschaftseinheiten“, die den ‚freien‘ ebenso wie den monopolistischen Verdrängungswettbewerb zwischen den Staaten ebenso zügeln könnten wie die Staaten in den fortgeschrittenen Ländern Europas innerstaatliche „Balancesysteme“ geschaffen haben. „Vorformen solcher größeren Herrschaftseinheiten, vereinigte Staaten, Imperien oder Völkerbünde, finden sich gewiss auch bereits in unserer Zeit. ... Wir haben zunächst kaum mehr als eine vage Vorstellung davon, wie der Aufbau, wie die Organisation und die Institutionen jener größeren Herrschaftseinheiten beschaffen sein mögen. ... Nur eines ist gewiss: Die Richtung, in der die Art unserer Verflechtung weitertreibt.“²²⁰

Der sich aus Elias' Zivilisationstheorie ergebende Ausblick auf die Entwicklung einer globalen Zivilisation ist zumindest ansatzweise in der Entstehung „größerer Herrschaftseinheiten“ wie der Vereinten Nationen als Nachfolgerin des damaligen Völkerbundes sowie der Europäischen Union Wirklichkeit geworden. Aber auch wenn die EU nach 1945 unzweifelhaft wesentlich zu einem Jahrzehnte langen Frieden in Europa beigetragen hat, so lässt sich nicht übersehen, dass UN und EU nach wie vor höchst fragile Gebilde sind, deren Zusammenhalt sowohl von privatwirtschaftlichen Machtinteressen als auch von nationalen Egoismen einzelner Staaten gefährdet wird. Am Ende seiner Zivilisationstheorie ließ Elias offen, wie eine zweifellos erstrebenswerte „Pazifizierung“ der Welt ohne Überwindung von sozialer Ungleichheit allein durch die „Bildung eines irdischen Gewaltmonopols, eines politischen Zentralinstituts der Erde“ gelingen könnte. Zudem war eine Zivilisierung der ganzen Welt nach den Maßstäben des Abendlandes in ökonomischer Hinsicht gleichbedeutend mit einer nachholenden Entwicklung des ‚freien‘ und staatlich organisierten Monopolkapitalismus. Ist aber die Koordination komplexer weltweiter Funktionsketten und Interdependenzen wirklich nur auf der Basis monopolistischer Strukturen im Organisierten Kapitalismus möglich? Oder müssen nicht vielmehr Menschen aus *allen* Teilen der Welt diese weltwirtschaftlichen Strukturen so verändern, dass sie sich auf der Grundlage von persönlicher Freiheit und sozialer Gleichheit auf monopolfreien (Welt-)Märkten neu begegnen können?

Exkurs 2 - Karl Poppers „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“

Entsprechend der inhaltlichen Entkernung des Ordoliberalismus entfalteten auch die Werke des österreichisch-britischen Philosophen Karl Raimund Popper (1902-1994) eine den Kapitalismus restaurierende und konservierende Wirkung. Nachdem Popper während seiner Studienzeit dem sozialistischen „Wiener Kreis“ von Philosophen, Soziologen und Historikern angehört hatte, hatte er sich von sozialistischen Strömungen wie dem Austromarxismus wieder abgewandt. Zunächst war er als Erzieher und Lehrer tätig und verfasste nebenbei sein wissenschaftstheore-

²²⁰ Norbert Elias (1939/1990), S. 436 (Balancesysteme) - 438 (Vorformen und weitere Entwicklungsrichtung).

tisches Werk „Logik der Forschung“. Nach einem längeren Aufenthalt in England emigrierte Popper 1937 nach Neuseeland und lehrte an der University of Christchurch. Dort entstand auch sein Hauptwerk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“, das 1945 erschien, also in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Ende der NS-Barbarei und des Zweiten Weltkriegs. Auf Empfehlung von Friedrich August von Hayek, den er 1935 in England kennengelernt hatte, erhielt Popper die Möglichkeit, ab 1946 als Professor für Logik und wissenschaftliche Methodenlehre an der London School of Economics zu lehren. Und seine Verbindung mit Hayek führte ebenfalls dazu, dass sich Popper der Mont-Pèlerin-Society als Mitglied anschloss.²²¹

Mit seinem Hauptwerk und weiteren Studien über die Erkenntnistheorie sowie die Geschichts- und Sozialphilosophie und politische Philosophie wurde Popper zum Begründer des sog. „Kritischen Rationalismus“. Im Gegensatz zu Marx bezweifelte Popper besonders die Existenz einer historischen Gesetzmäßigkeit, wonach die kapitalistische zwangsläufig in eine kommunistische Gesellschaft übergehen werde, sobald der Kapitalismus die dafür erforderliche Reife erreicht habe. Nach den Erfahrungen mit totalitären gesellschaftlichen Großexperimenten bestand das Leitbild des „Kritischen Rationalismus“ in der Forderung, die Lösung gesellschaftlicher Probleme im Rahmen freiheitlicher Demokratien undogmatisch, rational und in kleinen Schritten anzugehen, um die Folgen von Irrtümern zu begrenzen. Das Wissen um die menschliche Fehlbarkeit verlange nach der ständigen Bereitschaft, einmal erlangte Erkenntnisse jederzeit einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, sie also zu verifizieren oder zu falsifizieren, und sie, wenn sie sich als falsch erweisen, zu korrigieren.

Bereits in seinem gegen Marx gerichteten Aufsatz „Stückwerk-Sozialtechnik“ (1944) war Popper dem Glauben der „holistischen oder utopischen Sozialtechnik“ entgegengetreten, „dass die Gesellschaft als Ganzes neu geplant wird“. Zwar lasse sich die politische Macht zentralisieren, aber das für eine „zentrale oder kollektivistische Planung“ erforderliche Wissen sei auf unübersehbar viele Menschen verteilt und lasse sich daher nicht zentralisieren. Deshalb seien gesellschaftliche Veränderungen nur „schrittweise durch kleine Eingriffe zu erreichen“.²²²

In seiner „Offenen Gesellschaft“ (1945) unterzog Popper die nach seiner Ansicht zu totalitären Herrschaftsstrukturen führenden „orakelnden Philosophien“ von Platon, Aristoteles, dem „logischen Hexenmeister“ Hegel und Marx einer eingehenden Kritik. Platons gesellschaftspolitische Utopie würde trotz ihrer „humanitären Prinzipien“ auf „rein totalitäre und antihumanitäre“ Konsequenzen hinauslaufen. Seine „totalitäre Gerechtigkeit“ würde Privilegien der herrschenden Klassen festigen, „während wir unter Gerechtigkeit eher die Abwesenheit derartiger Privi-

²²¹ Bereits in seinem Aufsatz über die „Stückwerk-Sozialtechnik“ hatte Popper auf Hayek Bezug genommen; vgl. (1944/1995), S. 294.

²²² Karl Raimund Popper (1944/1995), S. 298 - 300 (kleine Schritte anstelle von zentralistischer Planung) und 306 (Macht und Wissen).

legien verstehen“. Außerdem stelle sie in ihrem Kern einen „Angriff auf den Individualismus“ dar. „Platons sittlicher Kodex ... ist die kollektivistische, stammesverwurzelte, die totalitäre Theorie der Sittlichkeit“. Obendrein bedeute seine Vorstellung einer politischen Herrschaft von Weisen letztlich nichts anderes als eine Legitimation des „Prinzips des Führertums“. Demgegenüber ging Popper grundsätzlich von einer „Verworfenheit der Tyrannei“ aus und die Demokratie „schafft den institutionellen Rahmen zur Reform politischer Institutionen. Sie ermöglicht die gewaltlose Reform von Institutionen und damit den Gebrauch der Vernunft beim Entwurf neuer Institutionen.“²²³

Poppers Sicht auf die totalitären ‚Feinde der offenen Gesellschaft‘ enthielt Interpretationen, die zumindest im Blick auf Aristoteles und Hegel sehr eigenwillig waren. Auch der Faschismus gehörte für ihn zu den „Feinden einer offenen Gesellschaft“ - aber er behandelte ihn eigenartiger Weise nur ganz am Rande und auch das nur verkürzt und verzerrt, denn er hielt den Faschismus lediglich für eine Art Abkömmling des Marxismus, der „zum Teil aus dem geistigen und politischen Zusammenbruch des Marxismus hervor“ ging. „Die Formel des faschistischen Gebräus ist in allen Ländern dieselbe: Hegel plus ein Schuss Materialismus des 19. Jahrhunderts (insbesondere Darwinismus in der vergrößerten Form, die ihm Haeckel gegeben hatte).“ Hegel habe die „historische und totalitäre Theorie des Nationalismus“ entwickelt und infolgedessen hielt Popper „Hegel plus Haeckel“ für die „Formel der modernden Rassenlehre“.²²⁴

Im Vergleich zum Faschismus hielt Popper den Marxismus und Kommunismus für den gefährlicheren „Feind der offenen Gesellschaft“. Während der Faschismus die Welt gerade mit einem unermesslichen Leid überzog, betrachtete Popper Marx und den Kommunismus für den Hauptfeind der ‚offenen‘ bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Ebenso verwunderlich ist, dass er nur Marx‘ politische Theorien über den Klassenkampf und eine proletarische Revolution als „verhängnisvolle Irrtümer“ kritisierte, aber Marx in ökonomischer Hinsicht zugestand, in seinem „großartigen Lebenswerk“ eine „geistreiche und sehr originelle Lehre“ aufgestellt zu haben. „Marx entdeckte die Bedeutung der ökonomischen Gewalt.“ Aber sogleich relativierte Popper dies: „Es ist verständlich, dass er ihren Rang übertrieb. ... Das Dogma, dass ökonomische Gewalt die Wurzel allen Übels ist, muss aufgegeben werden. ... Das Geld als solches ist nicht besonders gefährlich.“²²⁵

²²³ Karl Popper (1945/1973), Band 1, S. 5 (orakelnde Philosophie), 36 (Hegel), 128 - 129 (totalitäre Gerechtigkeit), 131 (Abwesenheit von Privilegien), 145, 148 und 153 (Kollektivismus) sowie 169, 174 und 177 (Führertum und Tyrannei vs. Demokratie).

²²⁴ Karl Raimund Popper (1945/1973), Band 2, S. 77 - 79 und 82 (Faschismus und Nationalismus), 203 (Faschismus als letzte Verteidigungslinie der Bourgeoisie und Zwischenspiel).

²²⁵ Karl Raimund Popper (1945/1973), Band 2, S. 127 (geistreiche und originelle ökonomische Lehre von Marx), 131 - 138 und 148 (politische Irrtümer), 157 - 159 (ökonomische Gewalt und Geld), 167 (großartiges Lebenswerk). - Folgenlos blieb Poppers ansonsten bemerkenswerter Hinweis, dass „der Effekt des Hamsterns nicht genügend in Betracht gezogen“ worden sei; S. 222.

Abgesehen von dieser Fehleinschätzung des Geldes machte sich Popper nicht die Mühe gründlicher nachzuprüfen, ob Marx die Klassenverhältnisse und die Dynamik der Kapitalkonzentration überhaupt richtig analysiert hatte. Stattdessen beließ er es bei dem Hinweis, dass die „Werttheorie ein völlig überflüssiger Teil der Theorie der Ausbeutung“ gewesen sei. Im Übrigen stellte die „Prophezeiung einer möglicherweise gewaltsamen Revolution“ für ihn das „bei weitem schädlichste Element des Marxismus“ dar, dessen Schädlichkeit durch das katastrophale Scheitern der russischen Kommunisten ja auch längst praktisch bewiesen sei. Deshalb lautete seine Warnung: „Hütet euch vor diesen falschen Propheten! Sie streben, ohne es zu wissen, nach der verlorenen Stammeseinheit.“²²⁶

Außerdem sah es Popper als erwiesen an, dass die „unbarmherzige Ausbeutung ... im schrankenlosen Kapitalismus“ mittlerweile längst durch den „demokratischen Interventionismus“ des Staates überwunden worden sei, an den Marx noch „nicht einmal im Traum ... gedacht“ habe. „Der schrankenlose Kapitalismus ist verschwunden ... und die vermehrte Produktivität der Arbeit - eine Folge der Akkumulation des Kapitals - hat es ermöglicht, das Elend fast völlig auszurotten.“ Und da die parlamentarische Demokratie keine bloß „verhüllte Diktatur der Bourgeoisie“ sei - womit Popper zweifellos Recht hatte - , komme anstelle „utopischer oder holistischer Methoden der Sozialtechnik“ in offenen Gesellschaften nur noch die „Methode des schrittweisen Umbaus sozialer Institutionen“ in Frage, um die verbliebenen Unzulänglichkeiten dieser Gesellschaften in kleinen Schritten mit Hilfe der „Stückwerk-Sozialtechnologie“ zu beheben.²²⁷

Gegenüber der totalitären geschlossenen Gesellschaft der kommunistischen Sowjetunion bevorzugte Popper also ganz entschieden die demokratisch-pluralistische „offene Gesellschaft“ der westlich-kapitalistischen Hemisphäre, die sich evolutionär durch Versuche und Irrtümer weiterentwickeln und verbessern ließe. Seine Totalitarismuskritik war über weite Strecken der ordoliberalen Kritik an der kollektivistischen Zentralverwaltungswirtschaft und der proletarischen Diktatur verwandt, besonders in ihrer von Hayek formulierten Form. Während Popper ähnlich wie die Ordoliberalen die Gefahren richtig erkannte, denen die „offenen Gesellschaften“ durch ihre äußeren „Feinde“ in Gestalt von totalitären Ideologien ausgesetzt waren, unterschätzte er jedoch völlig die Gefahren, die ihnen durch ihre ‚inneren Feinde‘ in Gestalt des strukturell mächtigen kapitalistischen Geldes und der Konzentration von Kapital und Macht in mono- und oligopolistischen Großunternehmen drohten. Seine Vorstellung von dem gegen den Totalitarismus zu verteidigenden Kapitalismus war ganz von der ebenso (neo-)klassischen wie mar-

²²⁶ Karl Raimund Popper [1945/1973], Band 2, S. 177 (Scheitern des Kommunismus in Russland), 186 (gewaltsame Revolution), 209 und 215 (Werttheorie), 227 (Marx' falsche Prophezeiungen) und 298 (falsche Propheten).

²²⁷ Karl Raimund Popper [1945/1973], Band 2, S. 151 (Demokratie keine verhüllte Diktatur), 161 (kleine realpolitische Schritte anstelle von großen Utopien), 173 (vom schrankenlosen Kapitalismus zum Staatsinterventionismus), 223 (Marx' Unkenntnis der Möglichkeiten des Staatsinterventionismus) und 229 (demokratischer Interventionismus).

xistischen Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus bestimmt. Vor ihrem ‚inneren‘ kapitalistischen Feind hätte die offene marktwirtschaftlich-demokratische Gesellschaft jedoch genauso geschützt werden müssen wie vor ihren ‚äußeren‘ Feinden des Kommunismus und des Faschismus, um ihre Glaubwürdigkeit und Überlegenheit gegenüber jedweden Formen des Totalitarismus unter Beweis stellen zu können. Zwar wäre eine Geld- und Bodenrechtsreform keine Revolution, aber doch auch kein kleiner interventionistisch-sozialtechnischer Schritt zur geringfügigen Verbesserung der ansonsten positivistisch hingegenommenen falschen Verhältnisse. Vielmehr wäre sie eine grundlegende Wirtschaftsordnungspolitik, welche eine gewaltfreie und friedliche Transformation der kapitalistischen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft und Demokratie einleitet.

Poppers „Offene Gesellschaft und ihre Feinde“ nahm den späteren Kalten Krieg zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten philosophisch vorweg. Während der Nachkriegsjahrzehnte erlangte sein „Kritischer Rationalismus“ im Westen einen großen Einfluss sowohl in konservativen und liberalen als auch sozialdemokratischen Parteien, die darin eine Grundlage ihrer jeweiligen sozialen Reformpolitik sahen. Neoliberale und demokratische Sozialisten erkannten sich darin auf je eigene Weise wieder, während er selbst zwischen ihnen stand. Nicht zu Unrecht rief der Kritische Rationalismus auch die Kritik von Philosophen der Frankfurter Schule der Soziologie hervor, dass er eine Methode sei, die bestehenden falschen kapitalistischen Verhältnisse nur reformistisch zu modifizieren statt sie grundlegend zu verändern.

Exkurs 3 - Karl Jaspers und Hannah Arendt

Auf eine andere Weise als Popper kam auch der deutsche Psychiater und Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) zumindest flüchtig mit dem Ordoliberalismus in Berührung. Die Wirtschaftspolitik der 1950er und 1960er Jahre charakterisierte er gleichsam als Abweichung vom Leitbild einer von privatwirtschaftlicher Machtkonzentration freien Marktwirtschaft und sah die westliche ‚offene‘ Gesellschaft stärker durch den ‚inneren Feind‘ des Missbrauchs der Freiheit zu privatwirtschaftlichen Machtzwecken als durch den ‚äußeren Feind‘ des Kommunismus gefährdet.

Schon während der 1920er Jahre hatte Jaspers in seiner Existenzphilosophie Grenzsituationen des Lebens wie das Schuldigwerden, das Leiden und den Tod als besonders prägend für die menschliche Existenz herausgestellt. Trotz seiner Herkunft aus einer Bankiersfamilie und trotz seines frühzeitigen Interesses an der Ökonomie als „Grundwissenschaft“ des modernen Lebens betrachtete sich Jaspers selbst Zeit seines Lebens als „einen in der Wirtschaft Sachkundigen“.²²⁸

²²⁸ Karl Jaspers (1931/1971), S. 33 (Ökonomie als Grundwissenschaft) und ders. (1958), S. 237 (Grenzen von Jaspers Kenntnissen der Ökonomie), und (1962/1996), S. 199 (Jaspers Vater über Geldgeschäfte und seine Abneigung gegen Spekulationen).

Dies traf für seine Diagnose der Jahre unmittelbar vor dem Beginn der NS-Diktatur auch tatsächlich zu. Nach deren Zusammenbruch äußerten Jaspers und auch seine Schülerin Hannah Arendt (1906-1975) Gedanken über die Wirtschaft, die zumindest einem Grundverständnis für den Ordoliberalismus und sogar für Grundzüge einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus sehr nahe kamen.

Rationalität und Irrationalität der Moderne

Eine „nirgends halt machende Rationalität“ habe - so Jaspers in seinem Buch „Die geistige Situation der Zeit“ (1931) - das Leben des modernen Menschen „in die Berechenbarkeit und technische Beherrschung“ der Natur hineingezwungen. Seine Existenz werde durch eine „Massenversorgung in rationaler Produktion aufgrund technischer Erfindungen“ sichergestellt. Entgegen dem aufgeklärt-humanistischen Ideal einer freiheitlich-republikanischen Bürgergesellschaft habe der einzelne Mensch im „riesenhaften Apparat der Massenordnung“ seine Würde als Individuum verloren und müsse nur noch als „Rädchen im Getriebe“ funktionieren. „In der Masse ist der Mensch nicht mehr er selbst und in seinem Selbstsein gefährdet“. Es befall ihn ein „unheimliches Grauen der Verlassenheit“, das er vielfach mit einer „Trivialität des Genießens“ von Konsumgütern und mit einer Begeisterung für den Massensport zu kompensieren versuche.²²⁹

Als Einzelner sei der Mensch Jaspers zufolge anonymen „ökonomischen Mächten“ und einer Bürokratie ausgeliefert, die „den ganzen Apparat lenkt. ... Herrschaft wird in der Massenorganisation von einer gespenstischen Unsichtbarkeit“, weshalb ein diffuses „Gefühl der Ohnmacht“ zum Bestandteil des allgemeinen Lebensgefühls wird. „Der Mensch weiß sich gefesselt an den Gang der Dinge, die er zu lenken für möglich hielt“ und letztlich doch nicht lenken kann. Er sei nämlich diesem ganzen Apparat nicht nur in solchen Zeiten ausgeliefert, in denen er halbwegs funktioniert, sondern auch in Zeiten seiner Krisen und seines Versagens. „Die Daseinsordnung zeigt sich stets gestört; sie droht zu zerfallen.“ Deshalb werden die einzelnen Menschen von einem „zunehmenden Gefühl der vitalen Unsicherheit“ und der „Lebensangst“ geplagt. „Kein Dauerzustand ist denkbar, der befriedigend wäre“, schrieb Jaspers während der großen Weltwirtschaftskrise und verwies auf das „allgemeine Bewusstsein, dass es mit dem, worauf es eigentlich ankommt, nicht in Ordnung sei. ... Alles schwankt, alles ist erschüttert.“²³⁰ –

Zwar hat Jaspers wichtige Symptome der gesellschaftlichen Instabilität der modernen kapitalistischen Gesellschaft mit ihrer Vermassung der Menschen in seiner Diagnose der Zeit vor 1933 ähnlich treffend beschrieben wie Eucken, Röpke und Rüstow. Nur wurde ihm leider ebenso wenig wie den frühen Ordoliberalen in ihrer Kritik an der Massengesellschaft bewusst, dass nach der „Entgötterung der Welt“ durch den modernen Glauben an Vernunft und technischen Fortschritt eine neue

²²⁹ Karl Jaspers (1931/1971), S. 17, 31 - 33, 36 -37, 41, 43, 45 und 57.

²³⁰ Karl Jaspers (1931/1971), S. 7, 31, 47, 51, 55 - 56, 64 - 65, 73 und 152.

Gottheit in der anonymen Gestalt des strukturell kapitalistischen Geldes an die Stelle des alten Gottes getreten war und dem modernen Kapitalismus als Ersatz- bzw. Pseudoreligion zum Aufstieg verholfen hat. Obwohl schon Aristoteles auf die Janusköpfigkeit des Geldes als Medium sowohl der „natürlichen Erwerbskunst“ als auch als Medium der chrematistischen Kunst der Geldvermehrung hingewiesen hatte, zweifelte Jaspers offenbar den Glauben der Moderne an die Unbedenklichkeit des Geldes nicht an. Jedenfalls fiel ihm nicht auf, dass der ‚neue Gott‘ der modernen Rationalität in Wirklichkeit gar keine universal verbindende Kraft war. Stattdessen war er nämlich eine in sich widersprüchliche Mixtur aus einem vernünftig-rationalen Streben nach Wirtschaftlichkeit und einem oftmals geradezu irrationalen Streben nach der maximalen Rentabilität von Kapital. Jaspers bemerkte auch nicht, dass dieses in sich widersprüchliche kapitalistische Geld

a) die Menschen in eine strukturelle ökonomische Ungleichheit hineintreibt und sie dadurch beschädigt, so dass ihre Individualität tendenziell in ihrer Vermassung aufgeht, und dass es

b) als zentrales gesellschaftliches Steuerungsmedium nicht in der Lage ist, die Interessen der wenigen selbstständigen und vielen unselbstständig beschäftigten Individuen innerhalb der modernen Massengesellschaft zu einem sinnvollen Ganzen zu koordinieren, und dass es deshalb

c) als Ergänzung einer wachsenden Bürokratie bedarf, um die Nebenwirkungen des dysfunktionalen Geldes auf die Menschenmassen zu verwalten. Die zwischen ihnen als Anbietern und Nachfragern mit Hilfe des Geldes übermittelten Preisinformationen stellen also mit Worten von Jaspers nicht die „Wahrheit (dar), die uns verbindet“. Da sie neben Informationen über den menschlichen Bedarf auch gleichsam Falschinformationen über die Rentabilitätsinteressen des Geld- und Realkapitals enthalten, sagen die Preise weder die volle soziale noch die volle ökologische Wahrheit, d.h. in ihnen sind ökonomische Wahrheit und Lüge vermischt.²³¹

Instabilität der modernen Massengesellschaft

Die geldwirtschaftlichen Ursachen für die Entgleisung von Marktwirtschaft und Demokratie zur kapitalistisch vermachteten, anonym beherrschten und bürokratisch verwalteten Massengesellschaft hatte Jaspers noch nicht im Blick. Auch die Krisenanfälligkeit und das Schwankende der modernen Massengesellschaft brachte er 1931 in seinem Buch „Die geistige Situation der Zeit“ noch mit keinem einzigen Wort mit der großen Inflation der frühen Nachkriegsjahre und mit der weltweiten Deflationskrise nach dem Schwarzen Freitag im Oktober 1929 an der New Yorker Börse in Verbindung. Umso bemerkenswerter ist es, dass Jaspers in den damaligen Zeiten des sowohl links wie rechts stark anschwellenden Antiliberalismus

²³¹ Karl Jaspers (1931/1971), S. 20 (Säkularisierung). Zum Konflikt zwischen Wahrheit und Lüge vgl. auch Karl Jaspers (1958), S. 121, und ders. (1962/1996), S. 190 und 194 – 195. - Vgl. hierzu auch Helmut Woll (2008).

ralismus an der individuellen Freiheit des Menschen als Kern des Liberalismus festhielt: „Der Mensch kann sich nicht aufgeben. Er ist als Möglichkeit der Freiheit entweder ihre wahre Verwirklichung oder ihre Verkehrung, in der er keine Ruhe finden kann. ... Alles vernünftige Planen geht auf Besserung dieser Ordnung und ihrer Funktionen, auf Ausschaltung von Störungen, auf Gerechtigkeit, Gesetz und Frieden.“²³²

Um auch in Krisenzeiten die Möglichkeit einer Verwirklichung der Freiheit zu wahren, hielt Jaspers es für unerlässlich, sich von jeglicher Verkehrung der Freiheit in den Formen des Kommunismus und des Faschismus fernzuhalten: „Es ist begreiflich, dass wir fast alle versagen. Wie Auswege zu leichterem Möglichkeit erscheinen Bolschewismus und Faschismus.“ Trotzdem: „Marxismus, Psychoanalyse und Rassentheorie haben eigentümlich zerstörende Eigenschaften. ... Alle drei Richtungen sind geeignet zu vernichten, was Menschen Wert zu haben schien. ... Wird der Ruf nach Bindungen zur Aufforderung zu künstlicher Ordnung in Gehorsam unter Autorität und formuliertes Gesetz, so wird die eigentliche Aufgabe umgangen.“ Von der Unzerstörbarkeit der menschlichen Freiheit war Jaspers zu tiefst überzeugt und gerade deshalb beobachtete er mit Sorge, wie viele von der Weltwirtschaftskrise verunsicherte Menschen von einer regelrechten „Angst vor der Freiheit des Selbstseins“ gelähmt und bereit waren, Ideologen zu folgen, die ihnen ein Aufgehobensein in Volks- oder Klassengemeinschaften versprachen. Kurz vor dem Untergang der Weimarer Republik beunruhigte ihn der „Gedanke, dass die Geschichte des Menschen ein vergeblicher Versuch ist, frei zu sein.“ Jedoch gab Jaspers seine Hoffnung auf ein „Aufraffen am Rande des Untergangs“ nicht auf.²³³

Berührung mit dem Ordoliberalismus in den frühen Nachkriegsjahren

Gemäß seiner Grundüberzeugung „Für Völkermord gibt es keine Verjährung“ wandte sich Jaspers nach dem Ende von NS-Tyrannie und Weltkrieg (von 1948 bis 1961 als Professor für Philosophie in Basel) vehement gegen eine Verdrängung der nationalsozialistischen Verbrechen. Die Lehren aus der jüngsten deutschen Geschichte ließen ihn zu einem Kämpfer für einen demokratischen Rechtsstaat ohne eine Parteienoligarchie sowie für Weltfrieden und soziale Gerechtigkeit werden. Aufgrund seiner Ablehnung von jeglichen totalitären Herrschaftsformen und zentral verwalteten Wirtschaften wäre Jaspers möglicherweise für das Ziel des frühen Ordoliberalismus offen gewesen, eine rechtsstaatlich-gerechte Rahmenordnung zu schaffen, welche wirtschaftliche Machtballungen zugunsten monopolfreier Märkte auflöst und faire Regeln für den wirtschaftlichen Wettbewerb aufstellt. Das jedenfalls hätte die von Jaspers angedeutete „eigentliche Aufgabe“ der damaligen Wirtschaftspolitik sein sollen. Jedoch ist ihm - möglicherweise wegen

²³² Karl Jaspers (1931/1971), S. 153.

²³³ Karl Jaspers (1931/1971), S. 84, 147, 172 und 192 - 193.

seiner Konzentration auf die Arbeit an seinem Werk „Vom Ursprung und Ziel der Geschichte“ (1949) - der Ordoliberalismus weitgehend unbekannt geblieben. Kennengelernt hat er lediglich Alexander Rüstows „Ortsbestimmung der Gegenwart“, dessen Band 1 er, wie er an Rüstow schrieb, „zum größten Teil gelesen (habe) und zwar mit großer Belehrung“. Den Band 2 empfand er als „merkwürdig ambivalent“ und hinsichtlich der Ausführungen über die antike Philosophie „nicht selten provozierend“. Im Laufe der 1950er Jahre sind sich Jaspers und Rüstow mehrere Male in der Universität Heidelberg begegnet. Dass dabei neben hochschulpolitischen Themen auch über den Ordoliberalismus und die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands gesprochen wurde, ist durchaus denkbar, aber nicht belegt.²³⁴

Frühe Hinweise auf eine Selbstbeschleunigung der Wirtschaft und eine Verschwendung von natürlichen Ressourcen

Gewiss ist jedoch, nebenbei bemerkt, dass Jaspers' Schülerin Hannah Arendt, die mit ihrem Buch „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“ (1955) einen wesentlichen Grundstein für spätere Totalitarismus-Forschungen gelegt hat, in ihrem Buch „Vita activa oder: Vom tätigen Leben“ (1958) in direkter Anknüpfung an Pierre Proudhon einen Gedanken über das Privateigentum an den Produktionsmitteln äußerte, der auch mit den Vorstellungen der Geldreformer verwandt war, obwohl sie davon keine Kenntnis hatte. Und zwar erinnerte Arendt an die „in dem Streit zwischen Kapitalismus und Sozialismus ... meist vergessene“ Tatsache, „dass es der Kapitalismus war, der mit Enteignungen angefangen hat, und dass der Sozialismus in dieser Hinsicht nur dem Gesetz folgt, nach dem die gesamte Wirtschaftsentwicklung der Neuzeit angetreten ist.“ Schon seit dem Beginn der Enteignung der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten während der ursprünglichen Akkumulation von Kapital „in den Händen der enteignenden Schichten“ sei das private Produktionsmitteleigentum ideologisch gerechtfertigt worden - und zwar das Eigentum als solches ohne Rücksicht darauf, dass es sich um akkumuliertes und konzentriertes, also größtenteils mit struktureller Gewalt angeeignetes Eigentum handelte! „Der Akkumulationsprozess des Kapitals in der modernen Gesellschaft ist überhaupt nur dadurch in Gang gekommen, dass man das Eigentum *nicht* mehr achtete. ... Auf Privateigentum gerade hat dieser Prozess niemals Rücksicht genommen, sondern es immer und überall enteignet, wo es mit der Akkumulation des Kapitals in Konflikt geriet. Proudhons Diktum, dass Eigentum Diebstahl sei, enthält eine Wahrheit, die bis in die Ursprünge des Kapitalismus

²³⁴ Karl Jaspers (1950-1963/2016), S. 510 (Brief von Jaspers an Rüstow vom 3.7.1950), 511 (Äußerung zum Band 2 im Brief vom 5.12.1952) und 523 (Jaspers und Rüstow in Heidelberg lt. Kondolenzschreiben an Frau Rüstow vom 24.7.1963). - Spätere Briefe von Jaspers an Marion Gräfin Dönhoff (25.7.1961), Rudolf Augstein vom 7.9.1965 und 9.6.1966 sowie an Hjalmar Schacht vom 13.6.1966 vermitteln den Eindruck, dass er eine sehr reservierte Einstellung zu Ludwig Erhard als damaligem Wirtschaftsminister und Bundeskanzler hatte; vgl. S. 86 (Dönhoff), 526 (Schacht) sowie 591 und 610 (Augstein). Die Werke von Walter Eucken befinden sich nicht in Jaspers' Bibliothek im Karl-Jaspers-Haus in Oldenburg.

reicht. Allerdings ist nicht das Eigentum Diebstahl gewesen, wohl aber ist in der modernen Gesellschaft Kapital aus Diebstahl am Eigentum entstanden.“²³⁵

Im Zuge des westdeutschen ‚Wirtschaftswunders‘ wandelte sich der Ordo- vollends zum Neoliberalismus und verlor seine Glaubwürdigkeit dadurch, dass er diese von Hannah Arendt zutreffend kritisierte ‚Kapitalbildung aus Diebstahl am Eigentum‘ und die Monopolisierung der Märkte weitertreiben ließ. Da die antikapitalistischen Gegenbewegungen jedoch an ihren alten antiliberalen Ressentiments festhielten, fand Hannah Arendt für ihre quer zur kapitalistischen Eigentumsideologie stehenden Gedanken kein Gehör. Ihr Hinweis auf die logische Inkonsistenz dieser Eigentumsideologie regte niemanden zur nahe liegenden Einsicht an, dass eine Dezentralisierung des bislang konzentrierten Eigentums und eine breite Streuung des Produktionsmitteleigentums in kleineren und mittleren Größenordnungen notwendig sein könnte. Ebenso wenig Gehör fand Hannah Arendt für ihren Hinweis auf ein „zutiefst gestörtes Gleichgewicht zwischen Arbeit und Verzehr, zwischen Tätigsein und Ruhe“ in der modernen „Massenkultur“. Sie werde überdies immer mehr zu einer „auf Vergeudung beruhenden Wirtschaft ... (waste economy) ... , die jeden Gegenstand als Ausschussware behandelt und die Dinge fast so schnell, wie sie in der Welt erscheinen, auch wieder aufbraucht und wegwirft, weil sonst der ganze komplizierte Prozess mit einer plötzlichen Katastrophe enden würde. ... Das Funktionieren der modernen Wirtschaft ... verlangt, dass alle weltlichen Dinge in einem immer beschleunigten Tempo erscheinen und verschwinden.“²³⁶

Als das konzentrierte Kapital und die gewerkschaftlichen Vertreter der Massen von Arbeitern und Angestellten noch ganz darauf bedacht waren, jährliche Produktionszuwächse sozialpartnerschaftlich untereinander aufzuteilen und beide Seiten noch nicht an natürliche Grenzen des Wirtschaftswachstums dachten, beklagte auch Jaspers 1960 in einem Vortrag „Wo stehen wir heute?“, dass „als Wirtschaftsblüte ... das Produzieren unter Vernichtung alles Dauernden gilt. ... Das Leben ist Produzieren und Verzehren für den Augenblick, ohne Horizont der Vergangenheit und Zukunft. ... Wir scheinen ökonomisch in der Erscheinung gewaltigen Arbeitens und verschleudernden Konsumierens, in einem leeren Umtrieb uns zu bewegen, in dem die Unfähigkeit zum eigentlichen Glück wächst und eine verdrängte Angst das Leben beherrscht.“ Damit nahm Jaspers die spätere Diskussion über natürliche „Grenzen des Wachstums“ um mehr als ein Jahrzehnt voraus.

²³⁵ Hannah Arendt (1958/1998), S. 76 und 80 - 81. - In ihrer Stellungnahme zum Nahost-Konflikt äußerte Hannah Arendt große Sympathien für die u.a. von Martin Buber geforderte friedliche Koexistenz von Juden und Arabern in Palästina innerhalb einer „Nahost-Föderation“ sowie für die „Nationalisierung des Bodens“ und für „kollektive und kooperative Siedlungen“ der Kibbuzim; vgl. Hannah Arendt (1948/1991), S. 50 (Siedlungen), 55 (nationalisierter Boden), 60 (Notwendigkeit einer jüdisch-arabischen Verständigung), 61 (Martin Buber), 64 - 66 (Siedlungen als Keimzellen einer gerechteren Gesellschaft) und 74 (Nahost-Föderation). Jedoch ging sie nicht auf die bodenreformerischen Wurzeln der Kibbuz-Siedlungen ein.

²³⁶ Hannah Arendt (1958/1998), S. 149 (beschleunigtes Tempo der Wirtschaft) und 156 - 159, und dies. (2006), S. 198 - 199.

Ähnlich wie Max Weber 1905 hatte er übrigens 1931 in seinem Buch „Die geistige Situation der Zeit“ auch schon einmal für einen Augenblick an ein mögliches „Ende der Kohlenschätze“ und an die „Begrenzung aller Energien“ gedacht. Neben dem Gespür für die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen wurde die Bedrohung des Weltfriedens durch das atomare Wettrüsten während des Kalten Krieges für Jaspers zu einem zentralen Thema seiner Existenzphilosophie. Seine Kritik an den Atomwaffen ging allerdings noch nicht mit einer Kritik an der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie einher. Er erwartete sogar ausdrücklich ein „neues, wirtschaftlich auf die Atomenergie gegründetes Leben“.²³⁷

Weltfrieden und „Weltverkehr“ nach Kolonialismus und drohendem Atomkrieg

In Erinnerung an die Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und angesichts der zunehmenden Gefahr eines Atomkriegs zwischen den Machtblöcken des kapitalistischen Westens und des kommunistischen Ostens entwickelte Jaspers in seinem Buch „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“ (1958) Gedanken über die „Konstituierung eines Weltfriedenzustandes ohne Atombomben“. Sie bezogen auch die übrige, von den westlichen und östlichen Machtblöcken umkämpfte sog. Dritte Welt mit ein und enthielten Orientierungen für die Neugestaltung der gesamten Weltwirtschaft nach dem Ende des „grauenhaften Zeitalters“ europäischer Kolonialherrschaften über überseeische Länder. Ausgangspunkt von Jaspers Überlegungen war sein Glaube an die „hohe Idee der Gleichheit aller Menschen als Menschen, der Einheit ihres Ursprungs und Ziels“ mit anderen Worten sein Glaube an die Gleichheit aller Menschen trotz ihrer individuellen und kulturellen Verschiedenheiten. „Der Weltfriede ist nur in dieser Spannung von Selbstbehauptung und Menschheitsidee zu gewinnen.“ Trotz der „Verteilung der Rassen, Völker, Kulturen, Staaten auf den Kontinenten und Inseln der Erde“ bildet deshalb die ganze Menschheit eine „Verkehrseinheit des Erdballs. ... Gemeinsam ist uns, dass wir alle Menschen sind.“²³⁸

Deshalb und auch, weil die herkömmliche sog. Entwicklungshilfe „nirgends den Gesamtzustand des Elends ... verändert“, rief Jaspers zu einem „großen Verzicht“ der bisherigen Großmächte auf: „Die abendländischen Mächte müssen sich auf ihre eigenen Territorien zurückziehen. Den anderen muss ihre volle Unabhängigkeit gemäß ihrem Willen zugestanden werden. ... Der Verzicht muss politisch und

²³⁷ Karl Jaspers (1931/1971), S. 185 – 188 (begrenzte Kohlenvorräte), und ders. (1958), S. 5 (Atomenergie). –

Zur Entwicklung der Atomenergie vgl. Joachim Radkau (1983) und ders. & Hahn, Lothar (2013).

²³⁸ Karl Jaspers (1958), S. 5 (Welt ohne Atomwaffen), 108 (Gleichheit aller Menschen), 111 (Weltfriede), 112 (Verkehrseinheit) und 115 (grauenhaftes Kolonialzeitalter), und ders. (1960/1996), S. 191 (Verkehrseinheit des Erdballs).

ökonomisch zugleich sein, um in freier Gegenseitigkeit auf neuem Grunde politische und ökonomische Beziehungen zu gewinnen.“²³⁹

Die Menschheit habe „eine Wurzel und ein Ziel“ sowie eine „die Menschen verbindende Vernunft, in der sich alle treffen können, ohne die Differenz ihrer Lebens- und Glaubensweisen preisgeben zu müssen.“ Die Menschen „können eine Ordnung nicht vermöge der Gemeinschaft eines einzigen Glaubens erstreben, sondern vermöge einer noch zu gewinnenden Gemeinschaft der Vernunft.“²⁴⁰ Das Unbehagen an der Moderne und ihrer Rationalität der bürokratisch verwalteten Massengesellschaft, das Jaspers während der großen Weltwirtschaftskrise geäußert hatte, war demnach mittlerweile nicht mehr so groß, dass er sich vom Vertrauen der Aufklärung in die menschliche Vernunft abgewandt hätte. Doch welche Form einer gemeinschaftlichen Vernunft mochte eine tragfähige Grundlage für die weltweite Verständigung innerhalb der *einen* Menschheit mit einer Vielfalt von Glaubensformen und kulturellen Prägungen sein?

Einerseits blieb Jaspers weiterhin bei seiner Auffassung, dass im westlichen Kapitalismus „die Kalkulation bis zum Äußersten getrieben wird“. Andererseits war er sich dessen bewusst, dass „Kalkulieren und Bilanzieren ... sich nicht abschaffen ... lässt, wenn ein Unternehmen Erfolg haben soll, gleichgültig ob es im totalitären Russland oder im kapitalistischen Amerika stattfindet.“ Gerade Lenins Abschaffung der Geldwirtschaft während der Russischen Revolution und der anschließende Übergang Russlands zur Neuen Ökonomischen Politik hätten dies deutlich gemacht.²⁴¹ Jedoch fehlte Jaspers nach wie vor eine Vorstellung davon, dass die Übertreibung des Kalkulierens „bis zum Äußersten“ im Kapitalismus im Interesse der Maximierung von Kapitalrenditen geschah und dass sich das Kalkulieren mit Hilfe eines strukturell veränderten Geldes in Bahnen eines maßvolleren Strebens nach einem wirtschaftlichen Einsatz von menschlicher Arbeit und natürlichen Ressourcen umleiten ließe. Deshalb hätte sich die Eigendynamik der kapitalistischen Wirtschaft auch nicht allein durch ihre „Bindung an ein Übergeordnetes“ bändigen lassen, wie Jaspers in Anknüpfung an Max Weber dachte. Es hätte außerdem einer Strukturreform des Geldes bedurft, um die Wirtschaft von ihrer eindimensionalen Fixierung auf die Renditemaximierung als wirtschaftlichem Selbstzweck zu befreien und ihre „Selbstkorrektur durch das übergeordnete Ethos“ zu ermöglichen - und zwar sowohl innerhalb einzelner Länder als auch auf globaler Ebene.²⁴²

Die Menschheit müsse Jaspers zufolge neue Formen für den „Weltverkehr“ entwickeln und ihn „unter neuen Voraussetzungen in wechselseitigem, gleichgewich-

²³⁹ Karl Jaspers (1958), S. 124 - 125 (großer Verzicht) und 132 (Entwicklungshilfe).

²⁴⁰ Karl Jaspers (1958), S. 113 und 122 (Einheit der Menschheit in Vernunft und Glaubensvielfalt).

²⁴¹ Karl Jaspers (1958), S. 239 (Unentbehrlichkeit von Kalkulationen und Bilanzen), und ders. (1962/1996), S. 205 (übertriebenes Kalkulieren im Kapitalismus und Rückkehr zum Kalkulieren im Kommunismus).

²⁴² Karl Jaspers (1958), S. 202 (Max Weber) sowie 203 und 210 (übergeordnetes Ethos). Zu Max Weber vgl. auch Karl Jaspers (1958), S. 126.

tigem Interesse durch Verträge mit Hilfe gemeinsamer Instanzen“ sichern. Eine gerechte Geldordnung hätte Teil dieser „neuen Voraussetzungen“ für die Schaffung einer gleichgewichtigen Vertragsfreiheit zwischen gleich starken Vertragspartnern sein können. Anstelle einer Zusammenfassung der ganzen Menschheit in einem Weltstaat stellte sich Jaspers eine globale Konföderation souverän bleibender Rechtsstaaten mit „gemeinsamen Instanzen“ vor. Das damalige Institutionengefüge der Vereinten Nationen empfand er allerdings als noch sehr unvollkommen.²⁴³

Zur Schaffung von „gemeinsamen Instanzen“ hätte eine Verständigung über die Behandlung der globalen Ressourcenvorräte als Menschheitseigentum gehört. Tatsächlich betrachtete Jaspers die Aneignung weltweiter Bodenschätze durch abendländische Kolonialmächte zum Aufbau ihres technischen Apparats als ein großes Unrecht. „Es ist eine Täuschung, die Rohstoffgewinnung in der fremden Welt sei eine Lebensbedingung der freien Welt.“ Im Interesse des Weltfriedens forderte er einen „Stopp der Expansion“ der großen Industrieländer und ihrer Ausbeutung der übrigen Welt. Die ökonomische Expansion des kapitalistischen Westens hielt Jaspers für prinzipiell verfehlt - unabhängig davon, ob „die Begrenzung durch den Umfang des Erdballs oder durch den halben Erdball gegeben ist.“ Zugleich hielt er es für „unverständlich und unzweckmäßig, unausgenutzte Rohstoffe in der Welt liegen zu lassen“. Die Alternative zur Expansion und zum bloßen Verzicht blieb bei Jaspers noch unklar. „Was unter den Bedingungen des Weltfriedens und des neuen politischen Ethos möglich wird, ist nicht absehbar. ... Wenn die Geschäftsinteressen ... gemäßigt und unter Kontrolle gehalten werden“, dann ließe sich der „Zugang zu den Rohstoffen über die Welt in gegenseitigen Beziehungen wiederherstellen.“²⁴⁴

Ein anderer Teil der „gemeinsamen Instanzen“ eines neuen nachkolonialen „Weltverkehrs“ hätte der „Bancor“-Plan für die Gründung einer „International Clearing Union“ sein können, mit dem sich John Maynard Keynes auf der Konferenz des Völkerbundes in Bretton Woods (1944) nicht hatte durchsetzen können. Die stattdessen gemäß dem US-amerikanischen White-Plan geschaffenen Institutionen des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und des Welthandelssystems GATT/WTO mit dem US-Dollar als internationaler Leitwährung betrachtete Jaspers als „Dollarimperialismus“ und als eine falsche Weichenstellung für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft, weil sie die früheren Kolonialländer zwar in eine politische Unabhängigkeit entließ, ihnen aber keine wirtschaftliche Selbstständigkeit zubilligte und sie in neokolonialen Abhängigkeiten gefangen hielt. Infolgedessen vertiefte sich die aus Kolonialzeiten stammende Kluft zwischen dem Norden und dem Süden weiter. „Die Völker sind unwillig nicht nur gegen die politische, sondern auch gegen die Wirtschaftsmacht der Abendländer. Die Weise, wie

²⁴³ Karl Jaspers (1958), S. 125 (Weltverkehr mit Hilfe gemeinsamer Instanzen), 146 - 148 (Weltstaat vs. globale Konföderation) und 201 - 219 (Vereinte Nationen).

²⁴⁴ Karl Jaspers (1958), S. 114, 118 und 127 - 128 (Ressourcen).

sie diese erfahren haben, erscheint ihnen – oft nicht zu Unrecht – als Ausbeutung, Überlistung, Vergewaltigung. Zinszahlung erscheint ihnen als Tribut, Gewinnung der Rohstoffe auf ihrem Gebiet unter Heranziehung frei geworbener entlohnter Arbeitskräfte aus den Eingeborenen als Raub und Versklavung.“ Ein nachkolonialer Weltfriedenzustand erfordert deshalb Jaspers zufolge neben der politischen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonialländer auch deren wirtschaftliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Im Zeitalter des Kolonialismus „lebte die Industrie durch Expansion, durch die Erweiterung der Absatzmärkte, den ständig vermehrten Erwerb von Rohstoffen dort, wo sie durch die abendländische Ausbeutung am billigsten zu haben waren, durch den Kapitalexport zur Errichtung von Unternehmungen in fremden Gebieten. ... Jetzt dagegen muss an die Stelle der Expansion nach außen eine Intensivierung nach innen treten.“²⁴⁵

Der Schwierigkeit dieser großen Umstellung der Weltwirtschaft von einer Außen- zu einer Innenorientierung der bislang dominierenden Länder war sich Jaspers ebenso bewusst wie der Notwendigkeit einer Unterstützung dieses Umdenkens durch die Ökonomie. „Das neue Prinzip, das dem ökonomischen und technischen Denken absurd erscheint, muss wenigstens durchdacht werden. Das ist Sache der analytischen Energie ökonomischen Denkens (die dem Verfasser nicht zur Verfügung steht) in Verbindung mit dem neuen ethischen Willen. ... Im Rahmen allein des bisherigen wirtschaftlichen Denkens kann es nicht gelingen.“²⁴⁶

Jaspers ließ die Frage offen, „wie nun der wirtschaftliche Verkehr stattfinden kann ..., unter welchen Bedingungen Verträge möglich sind, die ehrlich gemeint, in ihrem Sinn beiden Teilen gleich klar bewusst sind, unter gleichen Voraussetzungen der Kenntnisse stattfinden, so dass nicht nur tatsächlich der Nutzen auf beiden Seiten gleich, sondern auch frei gewollt ist.“ Noch fehlten Vorstellungen von einem globalen Institutionengefüge als Grundlage für einen freien Welthandel im „gemeinsamen Geist der Vertragstreue“.²⁴⁷ Gleichwohl suchte Jaspers in einer richtigen Richtung nach ihnen.

Wirtschaftliche Macht vs. politische Demokratie

Als „Zustand einer Unwahrhaftigkeit“ der den Welthandel bislang beherrschenden Industrieländer Westeuropas und Nordamerikas erschien es Jaspers, dass diese Staaten anstelle einer gerechten Ordnungspolitik von Fall zu Fall die Interessengruppen bedienten. Der westdeutsche Staat „befriedigt die Ansprüche der Manager, Arbeiter, Angestellten, Beamten, Bauern usw. durch finanzielle Zugeständnisse, für die das Geld nicht da ist. Motiv ist die Sorge vor Streiks, Revolten, sozialem Umsturz und die Rücksicht auf die Stimmen bei der nächsten Wahl. ... Indem für den Augenblick Probleme gelöst zu sein scheinen, werden für die Zukunft schwe-

²⁴⁵ Karl Jaspers (1958), S. 125 - 127 (Weltverkehr unter neuen Voraussetzungen).

²⁴⁶ Karl Jaspers (1958), S. 126 (Aufgabe der Ökonomie).

²⁴⁷ Karl Jaspers (1958), S. 130 - 131 (neue Grundlage für den Weltverkehr).

rere herbeigeführt.“ Dieser „Betrugszustand“ beruhe nicht zuletzt auch auf einer „inflationistisch wirkenden Geldschöpfung“ als „Folge des ständigen Ausweichens der Staaten und Wirtschaftsmächte vor der wirklichen Lösung von Problemen“.²⁴⁸

Auch wenn Jaspers sich weder auf Hannah Arendts Hinweis auf die widersprüchliche Eigentumsideologie noch auf die damit verwandten Gedanken der Frühsozialisten, der Geld- und Bodenrechtsreformer oder der Ordoliberalen bezog, kritisierte er die Restauration der kapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft mit ihrer Zusammenballung von privatwirtschaftlicher Macht in mono- und oligopolistischen Konzernen so, als habe er die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaftspolitik seit der Währungsreform von 1948 aus der Perspektive des frühen Ordoliberalismus kritisieren wollen. Kurz nach dem Bau der Berliner Mauer (1961) verschärfte Jaspers in einem vor Führungskräften aus der Wirtschaft gehaltenen Vortrag „Freiheit und Schicksal in der Wirtschaft“ seine Kritik an der Einflussnahme wirtschaftlicher Interessengruppen auf die Politik und die Gewinnung wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges betrachtete er es geradezu als existenzielle Selbstgefährdung der Freiheit des Westens, dass wirtschaftliche Interessengruppen die zweifelhafte Freiheit für sich in Anspruch nahmen, nach dem Motto ‚Geschäft ist Geschäft‘ ihre Gruppeninteressen zu Lasten des Gemeinwohls durchzusetzen. „Das Verhängnis der Wirtschaft liegt in ihr selber, wenn sie sich hemmungslos ihren Eigengesetzlichkeiten überlässt.“ Viel deutlicher als Popper erkannte Jaspers, dass die ‚freie‘ Wirtschaft des Westens sich selbst durch den interessenpolitischen „Missbrauch der Freiheit“ diskreditierte und dass sie es selbst war, die ihre Widerstandskraft gegen die äußere Gefahr des kommunistischen Totalitarismus aushöhlte. Um die politische und auch die wirtschaftliche Freiheit vor dieser Gefahr zu schützen, forderte Jaspers die Wiederherstellung des „Primats der Politik vor der Wirtschaft. ... Private Wirtschaftsinteressen ohne Rücksicht auf Politik verfolgt, graben der politischen Freiheit und damit sich selbst das Grab. ... Wir sollen nicht versinken in dem Sumpf, der zugleich mit der Freiheit durch ihren Missbrauch gewachsen ist.“ Wenn die politische Freiheit und die freie Wirtschaft von Dauer sein sollen, dürfe - so Jaspers in völliger Übereinstimmung mit den Grundgedanken des frühen Ordoliberalismus und der Geld- und Bodenrechtsreform - die „Konkurrenz der Interessen“ nicht länger die zweifelhafte Freiheit haben, die „Konkurrenz der Leistung“ zu verfälschen. Für unerlässlich hielt er deshalb eine rechtsstaatliche „Ordnung in Freiheit“, welche die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft einhegt und allen wirtschaftenden Menschen gerecht verteilte, gleiche Lebenschancen gewährleistet. Die freie Wirtschaft „kann sich nur behaupten, wenn die Menschen ihrer eigenen Freiheit Grenzen setzen.“²⁴⁹

²⁴⁸ Karl Jaspers (1960/1996), S. 187 (unwahrhaftige Interessenpolitik und Inflation). Zur Inflation vgl. auch Karl Jaspers (1962/1996), S. 200 - 201.

²⁴⁹ Karl Jaspers (1962/1996), S. 204 (Missbrauch der Freiheit) und 209 - 211 (Selbsterstörung der Freiheit und Konkurrenz der Interessen vs. Konkurrenz der Leistungen).

Als das westdeutsche Wirtschaftswunder in die erste große Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit übergang, äußerte Jaspers in seinem Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ (1966) die Sorge, dass die Demokratie unter dem Einfluss von wirtschaftlicher Macht zu einer Parteienoligarchie und zu einem „pseudopolitischen Betrieb“ werden könne. „In das Fundament unseres gegenwärtigen politischen Lebens sind Unwahrheiten eingeschlossen“ - nicht nur die unzureichend aufgearbeitete NS-Vergangenheit, sondern auch die Restauration einer Wirtschaft, in der die wirtschaftliche und politische Freiheit für Machtzwecke missbraucht wurde. Angesichts der Konflikte zwischen den Parteien und der Außerparlamentarischen Opposition um die Beschränkung bürgerlicher Grundrechte durch Notstandsgesetze forderte Jaspers eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch plebiszitäre Elemente des Volksbegehrens und der Volksabstimmung. Sonst könne den Notstandsgesetzen ein „drohender zweiter Schritt von der Parteienoligarchie zur Diktatur“ und zu einem „autoritären Staat“ folgen.²⁵⁰

Ohne sich der marxistischen Kapitalismuskritik annähern zu wollen, hielt Jaspers seinen Kritikern entgegen, dass die Gesetzgebung seit der Währungsreform von 1948 und der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft „die Bildung großer Konzerne förderte. ... Wem aber gehörte das erarbeitete Vermögen? Nicht der Gesamtheit derer, die es geschaffen hatten, sondern den alten Aktionären oder den Familien, die Besitzer des Unternehmens gewesen waren.“ In dieser Kapitalkonzentration sah Jaspers eine „Ungerechtigkeit“ und ein Anzeichen dafür, dass die „freie Marktwirtschaft ... langsam zum Schwindel geworden (ist). ... Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Sache nicht das ist, als was sie sich gab und noch gibt.“²⁵¹

Das ganze spätere Ausmaß der Dringlichkeit seiner Forderung nach einem Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft konnte Jaspers noch nicht voraussehen. Gegen Ende seines Lebens dachte er noch über mögliche Auswege aus diesem Dilemma nach, obwohl er bezweifelte, dass es eine „vollkommen befriedigende, ideale Wirtschaft“ geben könne. Immerhin stellte er ganz im Sinne des ordoliberalen Ziels „Wohlstand für alle“ die in eine richtige Richtung weisende Frage: „Wäre es möglich, die alten Gesetze zu verändern, um die Wohlhabenheit allen zugutekommen zu lassen? Wäre eine sinnvolle Gleichheit nicht nur der Staatsbürger, sondern auch der Wirtschaftsbürger möglich, die zwar starke Einkommensunterschiede nicht ausschließt, wohl aber dieses stillschweigende unverdiente Vermögenswachstum, das auf wenige beschränkt ist und bei einigen gewaltige Maße (Millionen, vielleicht Milliarden) angenommen hat?“²⁵²

²⁵⁰ Karl Jaspers (1966), S. 127 (Parteienoligarchie), 131 – 134 (Wahlen und plebiszitäre Demokratie), 141 und 151 (von der Demokratie zur Diktatur), 157 (Notstandsgesetze) und 176 – 177 (Demokratiedefizite, Unwahrheiten).

²⁵¹ Karl Jaspers (1962/1996), S. 204 (Distanz zum Marxismus), und ders. (1967), S. 131 (zum Schwindel gewordene freie Marktwirtschaft), 134 - 135 (Marxismus) und 136 – 138 (Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit der sog. freien und sozialen Marktwirtschaft, Ungerechtigkeit).

²⁵² Karl Jaspers (1967), S. 137 – 138 (Gleichheit der Wirtschaftsbürger).

Kapitel 10
Im Windschatten
von Kapitalismus und Kommunismus –
Ansätze einer Dezentralisierung
der Wirtschaft während der
Nachkriegsjahrzehnte
bis zur Mitte der 1980er Jahre

10 Im Windschatten von Kapitalismus und Kommunismus - Ansätze einer Dezentralisierung der Wirtschaft während der Nachkriegsjahrzehnte bis zur Mitte der 1980er Jahre

Wilhelm Röpkes Gedanke einer „Rückkehr zum menschlichen Maß“ fand unabhängig von ihm ein Jahrzehnt später einen weiteren großen Verfechter. Als dieser Gedanke innerhalb des Ordoliberalismus in den Hintergrund trat und schließlich ganz von einer neuen Gigantomanie der Konzerne und Großmächte verdrängt wurde, formulierte der österreichische Philosoph und Ökonom Leopold Kohr (1909-1994) ihn unabhängig von Röpke neu und prägte dafür den später durch seinen Schüler Ernst Friedrich Schumacher (1911-1977) berühmt gewordenen Slogan „Small is beautiful“.¹

Nachdem Kohr während des spanischen Bürgerkriegs und des Zweiten Weltkriegs als Kriegsberichterstatter mit journalistischen Mitteln gegen die faschistischen Diktaturen in Spanien und Deutschland gekämpft hatte, lehrte er Ökonomie und Politische Philosophie - zuerst an einer Universität im US-Bundesstaat New Jersey und von 1955 bis 1973 an der Universität von Puerto Rico.² Schon während des Krieges hatte er erstmals die Aufteilung der sich bekriegenden großen Staaten in kleinere politische Einheiten gefordert. Und als sich im Kalten Krieg die atomar aufrüstenden Hegemonialmächte des Westens und des Ostens in großen Blöcken gegenüberstanden, begründete Kohr seine pazifistisch motivierte Haltung ausführlicher in seinem Werk „The Breakdown of Nations“ / „Das Ende der Großen“. Er, sein stärker ökonomisch statt politisch orientierter Schüler Ernst Friedrich Schumacher und der Sozialphilosoph Ivan Illich (1926-2002) bildeten gleichsam ein Dreigestirn der erst in den 1970er Jahren stärker in Gang gekommenen „Small is beautiful“-Bewegung.

10.1 Leopold Kohr und das „Ende der Großen“

Während seines Kampfes gegen die Franco- und Hitler-Diktaturen in Spanien und Deutschland entwickelte sich Kohrs Grundüberzeugung, dass sich die menschliche Individualität nur dort entfalten könne, wo das sie umgebende politische Gemeinwesen eine überschaubare Größe aufweist. „Gegen den nationalen Wahn, für ein Europa der Kantone“ lautete deshalb der Untertitel eines Aufsatzes „Disunion Now“, mit dem Kohr 1941 den menschenverachtenden Diktaturen in einer links-

¹ Nach Auskunft von Ewald Hiebl, dem Leiter des „Leopold-Kohr-Archivs“ in Salzburg, gibt es in diesem Archiv keine Korrespondenzen zwischen Kohr und Röpke (Mail an den Verfasser am 2.6.2015). Auch im Nachlass von Wilhelm Röpke im Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Köln gibt es keine Hinweise dafür, dass Röpke die Werke von Kohr gekannt haben oder mit Kohr korrespondiert haben könnte. (Mail vom Archivar Christian Müller an den Verfasser am 27.5.2015)

² Über Kohrs Lebensstationen in New Jersey und Puerto Rico vgl. Gerald Lehner (1994), S. 157 - 170 und 183 - 206, sowie ders. (2004), S. 81 - 100. - Vgl. auch Helmut Woll (2015), S. 49 - 56.

katholischen Zeitschrift entgegentrat. Nicht die Bildung von immer größeren politischen Einheiten hielt er für einen Weg zur Befriedung der Welt, sondern eine Aufteilung der sog. Großmächte nach dem Vorbild der schweizerischen Eidgenossenschaft. Als tiefere Ursache des friedlichen Zusammenlebens von deutschen, französischen, italienischen und rätoromanischen Schweizern erschien ihm die „nochmalige Aufteilung innerhalb der einzelnen regionalen Einheiten“ in etwa gleich große Kantone. ... Die einzelnen Gemeinschaften müssen sich von ihrer Bevölkerungszahl her in einem Gleichgewicht befinden. ... Die Größe der Schweizer Staatsidee liegt daher in der Kleinheit der Zellen.“ Sie war für Kohr das eigentliche Erfolgsgeheimnis der Schweiz und habe eine Dominanz der deutschsprachigen Eidgenossen über die ‚Minderheiten‘ der Französisch, Italienisch und Rätoromanisch sprechenden Eidgenossen verhindert. „Der Schweizer aus Genf steht dem Schweizer aus Zürich nicht als französischer einem deutschen Eidgenossen gegenüber, sondern als ein Eidgenosse aus der Republik Genf einem Eidgenossen aus der Republik Zürich. Ein Bürger aus dem deutschsprachigen Uri ist für einen Bürger aus dem deutschsprachigen Unterwalden genauso ein ‚Ausländer‘ wie für einen Bürger aus dem Italienisch sprechenden Tessin. ... Die an Bern abgetretene Staatsgewalt stammt von den kleinen Kantonsrepubliken, nicht von den Nationalitäten, denn die Schweiz ist eine Union von Staaten, nicht von Nationen.“³

Dieses „schweizerische Urprinzip der kantonalen Kleinstaatenselbstständigkeit“ hielt Kohr für eine Chance, den Bau von „babylonischen Einheitstürmen“ in Europa und in der Welt und blutige Machtkämpfe zwischen ‚Nationen‘ zu vermeiden. „Wir bejubeln die Einigungen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens in der Annahme, sie seien der erste Schritt zu einer Einigung der ganzen Menschheit. Doch alles, was sie produzierten, waren imperiale Mächte, die sich ununterbrochen in den Haaren liegen.“ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sollten Kohr zufolge in Europa entsprechend dem schweizerischen Beispiel „40 oder 50 gleich große Staaten geschaffen werden anstatt vier oder fünf ungleich große. Andernfalls wird auch ein föderativ geeintes Europa immer 80 Millionen Deutsche, 45 Millionen Franzosen, 50 Millionen Italiener etc. haben, was letzten Endes genauso zur Hegemonie Deutschlands führen würde wie Bismarcks föderativ geeintes Deutsches Reich, in dem 24 mittlere und kleine Staaten ... unter die Hegemonie Preußens gerieten. ... Die Demokratie kann in Europa oder sonst wo nur in kleinen Staaten blühen.“⁴

Obwohl es gerade in Spanien vor und während des Bürgerkriegs viele von Proudhon beeinflusste Anarchisten gab, erwähnte Kohr zwar dessen anarchistisch-föderalistische Ideen, knüpfte aber nicht wirklich an sie an. Sonst hätte er vielleicht deutlicher erkannt, dass sich die Franco-Diktatur in Spanien auf den dortigen Großgrundbesitz stützte und dass ein für alle Menschen gleichberechtigter Zugang

³ Leopold Kohr (1941/2006), S. 22 - 23. - Zu Kohrs journalistischem Kampf gegen die Franco- und Hitler-Diktaturen vgl. Gerald Lehner (1994), S. 19 - 102, und ders. (2004), S. 23 - 54.

⁴ Leopold Kohr (1941/2006), S. 23 - 24 und 27.

zum Boden und den Ressourcen eine elementare Voraussetzung für ein nach menschlichem Maß überschaubares, demokratisch gestaltetes Gemeinwesen wäre. Ebenso sah Kohr bei der Demokratie der Schweizer Eidgenossenschaft darüber hinweg, dass die ‚neutrale‘ Schweiz wie andere Staaten in arme und reiche Schichten gespalten war, dass sie bereits seit den 1920er Jahren als Steueroase für die Reichen und Superreichen anderer Länder fungierte und dass sie, als sie von 1933 bis 1945 zwischen die Mussolini- und Hitler-Diktaturen in Italien und Deutschland eingezwängt war, auch mit den Diktaturen kollaborierte und sich in den folgenden Jahrzehnten stark in internationale Rüstungsgeschäfte verwickelte.

Sein letztlich friedenspolitischer, aber noch nicht ökonomisch fundierter Gedanke ließ Kohr auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr los. Gerade vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zwischen den Gigantomaniern westlicher und östlicher Machtblöcke vertiefte er sein „anarcho-individualistisches Gedankengut“⁵ in zwei Büchern „Breakdown of Nations“/„Das Ende der Großen“ (1957) und „Die überentwickelten Nationen“ (1962), wobei er im „Ende der Großen“ hauptsächlich das Größenwachstum von Nationen und Machtblöcken kritisierte und seinen Blick in „Die überentwickelten Nationen“ stärker auf das Wachstum der Wirtschaft richtete.

„Das Ende der Großen“ (1957)

Im Mittelpunkt von Kohrs erstem, mehr politik- als wirtschaftswissenschaftlichem Buch stand die Frage nach den Ursachen des Wachstums von Staaten, das „natürliche Größen überschritten hat. ... Die Größe - und nur die Größe!- ist das zentrale Problem der menschlichen Existenz, im sozialen wie im physischen Sinn.“ Kohr wies alle älteren und neueren Erklärungen für dieses „Überwachstum“ zurück - angefangen von ‚Erklärungen‘ durch einen „Groll der Götter“, die „Bosheit eines bösen Geistes“ (wie zur Zeit der Hexenverfolgungen) oder die „zyklische Intensivierung der Sonnenfleckentätigkeiten“ (tatsächlich gab es Ökonomen, die die Konjunkturschwankungen auf schwankende Sonnenfleckentätigkeiten zurückführten) bis hin zu einer vermeintlich biologisch determinierten Boshaftigkeit einzelner machtbesessener Menschen. Auch in geistig-kulturellen Faktoren oder sog. ‚nationalen Eigenschaften‘ einzelner Völker und Rassen sah Kohr zu Recht keinen Grund für ein übermäßiges Wachstum von Staaten. Die Deutschen waren für ihn nicht besser oder schlechter als andere Völker und „die Idee der nationalen Theo-

⁵ Leopold Kohr (1957/2002), S. 34 (eigene Charakterisierung von Kohrs Gedanken im Vorwort zur deutschen Ausgabe mit Bezugnahmen auf „Protagoras, Aristoteles, Christus, Thomas von Aquin bis herauf zu Proudhon, Thoreau, Stirner, Kropotkin, Lewis Mumford und Sir Herbert Read“) und 43 (Selbstverständnis als Pazifist). Der Friedens- und Konfliktforscher Dieter Senghaas bezeichnete Kohrs Werk als „Anti-Leviathan-tour de force“; vgl. ders. (2010, S. 252).

rie, die Welt durch die Vernichtung einer verdorbenen Nation zu kurieren, kann zu nichts führen.“⁶

Allerdings schloss Kohr allzu voreilig auch noch ökonomische Antriebskräfte für das übermäßige Größenwachstum von Staaten aus und schenkte ökonomischen Erklärungsansätzen wie dem von Adolf Wagner postulierten „Gesetz der wachsenden Ausdehnung der Staatstätigkeit“ keinerlei Aufmerksamkeit. Der - nicht unerhebliche - Unterschied zwischen dem bloß eigennütigen, als „listiger Ränkeschmied“ Profite anhäufenden „kapitalistischen Geschäftsmann“ und den ebenfalls Macht anhäufenden Politbüros proletarischer Staaten erschien ihm angesichts des beiderseitigen Bestrebens, im Wettkampf der Systeme die jeweils eigene Macht zu erweitern, nicht als bedeutsam. Deshalb stellte der „Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ für Kohr eine „veraltete Konfrontation aus der Vergangenheit“ dar, obwohl er die vereinfachende Gleichsetzung von Kapitalismus und Kommunismus selbst mit dem Hinweis durchbrach, dass private Monopole im westlichen Kapitalismus von der noch größeren Macht des Staates in Schach gehalten würden, während die Macht des kommunistischen Politbüros unbeschränkt sei. Die Zählung der Monopole durch den Staat war jedoch schon während der 1950er im Zuge der Aushöhlung der ordoliberalen Grundprinzipien nur noch sehr begrenzt möglich. Nur halb zutreffend war auch Kohrs gegen Marx’ „ansonsten so brillant durchdachte Analysen“ gerichtetes Argument, dass dem „Produktionsmodus ... als primäre Ursache nicht jene Bedeutung zukommt, die ihm Marx ... zugeschrieben hat.“⁷ Seinem Hinweis, dass stattdessen der „sozialen Größe“ die Rolle des „primären kausalen Faktors“ zukomme, fehlte die Einsicht, dass die „soziale Größe“ der kapitalistischen Machtstaaten ganz wesentlich auf der kapitalistischen Zirkulations- und Produktionsweise mit ihrer Akkumulation und Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital beruhte. Hierfür fehlte Kohr jedoch der Blick so sehr, dass er die westlich-kapitalistische Supermacht USA gleich nach dem Korea-Krieg nicht für den „Hauptaggressor der Welt“ hielt und die USA vorübergehend sogar als „eine spektakuläre Ausnahme in der Größen-Theorie“ betrachtete, weil sie aus „vielen kleinen Staaten“ bestehe.⁸ Erst am Schluss seines Buches „Das Ende der Großen“ erschienen die USA und die Sowjetunion gleichermaßen als Gigantomanen.

⁶ Leopold Kohr (1957/2002), S. 38 (übermäßiges Größenwachstum), 44 - 45 (Groll der Götter und Hexen, Sonnenflecken), 49 - 58 (Kultur), 59 - 61 (menschliche Rassen), 67 (Deutsche und andere Völker), 69 (Vernichtungsstrategien als Irrwege) und 220 (Überwachstum).

⁷ Leopold Kohr (1957/2002), S. 47 und 102 (kapitalistischer Geschäftsmann), 30 und 202 (Kapitalismus und Kommunismus), 102 (Monopole und Staat) und 100 - 101 (Kritik an Marx).

⁸ Leopold Kohr (1957/2002), S. 105 und 135 (USA als Ausnahme) und 298 (Korea-Krieg). - Auch Dieter Senghaas wies trotz seiner Sympathien für Kohrs Vorstellungen auf einen „blinden Fleck in der Argumentation“ hin. Es fehle bei ihm eine „die Kleinstaatlichkeit nachhaltig stabilisierende eigenartige, somit kongeniale ökonomische Produktionsweise. ... Die Kapitalismusanalyse von Leopold Kohr ist somit einer der Schwachpunkte in seiner Programmatik.“ (Dieter Senghaas 2010, S. 264) Was auch Senghaas - mit Marx - nicht bedachte, war der Umstand, dass die Kleinstaatenvelt nicht nur einer entsprechenden Produktionsweise bedarf, sondern auch einer entsprechenden Zirkulationsweise.

Ohne Gespür für die strukturellen ökonomischen Ungleichheiten, die im Kapitalismus beim Zugang zu den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen bestehen, und die Unterschiede zwischen der privatkapitalistischen und der kommunistischen Konzentration von Macht vernachlässigend, reduzierte Kohr die Übergröße von einzelnen Staaten und Machtblöcken allein auf ein beiden Systemen „gemeinsames Element“ bzw. auf einen „gemeinsamen Nenner“, der für ihn darin bestand, dass einmal entstandene Macht hier wie dort - also systemunabhängig! - die Tendenz aufweist, sich aus sich selbst heraus zu vergrößern, sobald das allgemeine Gleichgewicht von Macht und Ohnmacht einmal dadurch gestört ist, dass an einzelnen Stellen „kritische Massen“ überschritten wurden. So sei das „Hauptproblem unserer Zeit nicht national oder ideologisch, sondern dimensional. ... Nicht ausbeutende Wirtschaftssysteme, gesinnungsverblendete Führer“ waren für Kohr das Hauptproblem, sondern den „wahren Konflikt von heute“ sah er „zwischen Mensch und Masse, David und Goliath. ... Es ist daher immer die kritische Masse von Macht, die Nationen zu Aggressoren werden lässt.“⁹

Trotz der Unzulänglichkeiten in seiner Argumentation war Kohr 100 - 200 Jahre nach den Vorstellungen von „kleinen Republiken“ (Montesquieu) bzw. von einer „Dezentralisation der Großstaaten“ und einer Vielfalt europäischer „Souveräne mittlerer Größe“ (Proudhon) sowie der 50 Jahre vorher auch von Simmel artikulierten Einsicht, dass „die wirklich direkte Demokratie ... der räumlich engen Begrenzung ihres Kreises ... bedarf“¹⁰, vermutlich der erste, der nach dem Aufstieg der kapitalistischen und kommunistischen Einheitsstaaten und Machtblöcke und nach dem katastrophalen Zweiten Weltkrieg wieder das „Ideal der Kleinheit als einziges Serum gegen die krebsartige Wucherung der Übergröße“ proklamierte. Angesichts der Gefahr eines Atomkriegs zwischen den Supermächten - Kohr empfand die 1950er Jahre als eine „atomare Endstation“ auf dem Irrweg der Gigantomanie - „sollte es unser Ziel sein, ein gesundes System kleinerer und leicht regierbarer Staaten wiederherzustellen, wie es sie in früheren Jahrhunderten gab.“¹¹ In seiner „paracelsisch gesellschaftlichen Größentheorie“ dachte er nicht nur über den Unterschied zwischen demokratischen und diktatorischen Regierungsformen nach, sondern vor allem über das Gift von derer beidem übermäßigem Größenwachstum. Kohr machte deutlich, dass auch demokratische Staaten - wenn sie zu groß werden - bürgerferne totalitäre Züge annehmen. Dies galt erst recht für die von ihm sehr beargwöhnten supranationalen Gebilde wie die Euro-

⁹ Leopold Kohr (1957/2002), S. 30 - 33 (Kampf zwischen David und Goliath anstelle der veralteten Konfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus), 46 - 48, 72 - 73 (gemeinsamer Nenner von Kapitalismus und Kommunismus, Machtvergrößerung nach dem Überschreiten einer kritischen Masse) und 95 (kriegerische Aggression).

¹⁰ Georg Simmel (1903/1995b), S. 165 - 166 (direkte Demokratie auf engerem Raum).

¹¹ Leopold Kohr (1957/2002), S. 39 - 41 (drohender Atomkrieg und Ideal der Kleinheit). - Charles de Montesquieu (1748/1989), S. 192 - 193. - Jean-Jaques Rousseau (1762/1978), S. 77 und 98. - Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 238 und 241 - 242.

päische Union und für „gigantische Superregierungen in Form des Völkerbundes“ oder eines Weltstaats.¹²

Da überall in der Schöpfung bzw. der Natur die „Größe das Prinzip der Krankheit“ sei, stellte für Kohr die „Kleinheit das geheimnisvolle Prinzip der Gesundheit der Natur“ dar. Deshalb schlug er - auch in Anlehnung an Aristoteles' philosophische Lehre vom rechten Maß und in Erinnerung an die antik-griechische Polis - eine Aufteilung der europäischen Staaten in ein föderales Netzwerk von vielen kleinen und mittleren Staaten vor, die sich wechselseitig in der Balance halten. Kein Staat könne dann mehr eine Macht gegenüber anderen Staaten ausüben und innerhalb der verkleinerten Staaten könnten öffentliche Angelegenheiten dann gemäß dem auf Aristoteles und Thomas von Aquin zurückgehenden Subsidiaritätsprinzip vielfach auf kommunaler Ebene durch verantwortlich handelnde und rechenschaftspflichtige Bürger geregelt werden.



Leopold Kohrs „Europa der Regionen“¹³

¹² Leopold Kohr (1957/2002), S. 35 (paracelsische Größentheorie), 150 und 269.

Der Tatsache, dass auch kleine Staaten im Laufe der Geschichte zahlreiche Kriege gegeneinander geführt hatten, war sich Kohr durchaus bewusst. Nur hatten diese Kriege bei weitem nicht die Zerstörungskraft von modernen Kriegen zwischen großen Mächten. Zwar setzten die Einheitsstaaten inneren Kriegen zum Beispiel zwischen Preußen und Österreich ein Ende, aber sie wurden oftmals von Minderheitenkonflikten eingeholt und verlagerten die Kriege nur auf eine ‚höhere‘ Ebene. „Die Großmächte haben daher ... der Welt nichts als Schmerzen gebracht“.¹⁴

Obendrein wiesen kleine Staaten wie die oberitalienischen Stadtrepubliken zur Zeit der Renaissance - für deren finanzielle Strukturen Kohr sich offenbar nicht interessierte - oder die deutschen Staaten vor ihrer Vereinigung durch Bismarck nach seiner Ansicht trotz ihrer gewaltsamen Konflikte eine unvergleichlich höhere „intensive kulturelle Produktivität“ auf als die auf militärische Stärke bedachten großen Reiche wie das antike Rom oder das deutsche Kaiserreich, die mehr Gewicht darauf legten, ihre Macht durch besondere technische Leistungen zu demonstrieren.¹⁵

Weitere Vorteile kleiner Staaten erblickte Kohr darin, dass sie die persönliche Freiheit und Souveränität der Individuen und die politische Demokratie mit föderalen Strukturen viel besser verwirklichen könnten als große Staaten, in denen die Individuen auf massenhafte, bürokratisch verwaltete „Durchschnittsmenschen“ reduziert werden. Außerdem werden darin Pseudogemeinschaften wie Volk und Rasse oder Klasse zu kollektivistischen „Monstern ... mit einem wilden Appetit nach Menschenopfern. ... Nur ein kleiner Staat kann die Erfordernisse zugleich der individualistischen wie auch der demokratischen Existenz erfüllen“. Diktatoren hätten darin „nur eine kurze Lebenserwartung“ - jedenfalls eine sehr viel kürzere als in der „Tyrannei des Nazismus“ oder in der „Tyrannei des Kommunismus“. Außerdem lassen sich Autonomiebestrebungen und der Schutz von Minderheiten besser in kleinen als in großen Staaten verwirklichen.¹⁶ Alles in allem könne ein „Europa kleiner Staaten“ zwar weder die Kriminalität noch die Kriege völlig überwinden, aber es „würde den zerstörerischen und pathologischen Proportionen nationaler Feindseligkeit ein Ende setzen, die sich ja nur auf der kollektivierenden Macht-Mentalität großer Nationalstaaten entwickeln können.“¹⁷

¹³ Leopold Kohr (1957/2002), S. 142 und 152 (Größe und vielfältige Kleinheit in der Natur), 172 und 232 - 233 (Aristoteles) und 335 (neue europäische Staatenkarte).

¹⁴ Leopold Kohr (1957/2002), S. 113 (Einigungskriege) und 124 (kleine Operettenkriege vs. Kriege zwischen Großmächten).

¹⁵ Leopold Kohr (1957/2002), S. 184 (kulturelle Produktivität von Kleinstaaten) - 185, 189 und 195 - 198 (Kultur vs. Militär in Italien und Deutschland).

¹⁶ Leopold Kohr (1957/2002), S. 112, 114 und 277 (Autonomiebestrebungen und Minderheitenschutz), 128 - 129 (Tyranneien von Nationalsozialismus und Kommunismus), 159 - 166 (Demokratie vs. Verfassung der Menschen in Pseudogemeinschaften), 168 - 169 (Nachbarschaften von Individuen und Demokratie), 175 (Freiheit), 247 und 257 (Föderalismus).

¹⁷ Leopold Kohr (1957/2002), S. 115 - 116 (Kriege) sowie 83 und 127 (Kriminalität).

Auch wenn Kohrs Vorschlag einer Gliederung Europas in viele kleine und mittlere Staaten vielfach als ein Rückschritt zu einer romantisch verklärten Kleinstaaterei des 18. und 19. Jahrhunderts belächelt wurde, so enthält er dennoch bedenkenswerte Hinweise auf die Nachteile von gleichsam monokulturellen großen Staaten und die Vorzüge einer bunten Vielfalt von sich gegenseitig im Gleichgewicht haltenden kleinen und mittleren Staaten. Allerdings bedachte Kohr nicht mit, dass die großen Rechts- und Machtstaaten - wie übrigens auch die Schweiz und andere kleine Staaten - nur scheinbare ‚Einheitsstaaten‘ sind, denn sie sind in Wechselwirkung mit der die Gesellschaft spaltenden Akkumulation und Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapitalien entstanden. Eine „Reduzierung jener Organismen, die den Proportionen der menschlichen Kontrolle entwachsen sind“¹⁸, wäre vermutlich ohne eine vorherige breite Dezentralisierung von Kapitalien und ein „Gleichgewicht des Eigentums“ (Proudhon) gar nicht möglich. Wie der Separatismus in zerfallenden Staaten wie Jugoslawien zeigte, könnte sie zu einem mit gewaltsamen Auseinandersetzungen verbundener Willkürakt werden. Innerhalb kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen bleiben sich separierende kleinere Staaten in sich genauso widersprüchlich wie die großen Rechts- und Machtstaaten, aus denen sie ausscheren. -

Obwohl Kohr in seinen Ausführungen über den westlichen Kapitalismus nicht zwischen dem Ideal einer freien Marktwirtschaft und der monopolkapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft unterschieden hat und obwohl er auch keine Vorstellungen von einer Transformation der real existierenden Wirtschaft in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus mit dezentralisiertem Eigentum an Geld, Boden und Produktionsmitteln entwickelte, finden sich in seinem Buch „Das Ende der Großen“ einige Äußerungen, die sich als Mosaiksteine in das Gesamtbild einer solchen Systemtransformation einfügen lassen.

Entsprechend seiner Kritik an der übermäßigen Größe von Staaten und Machtblöcken hielt Kohr auch die wirtschaftlichen Organisationen für zu groß - und zwar sowohl die „riesige Anhäufung von Macht seitens der Arbeitgeber“ als auch die „monströs mächtigen Gewerkschaften, deren einzige Daseinsberechtigung darin besteht, dass die Wirtschaft, mit der sie es zu tun haben, ebenfalls monströs mächtig ist. ... Sobald wir von Monopolen, Kombinat, Aktiengesellschaften oder Kartellen sprechen, erkennen wir, was die Konzentration riesiger wirtschaftlicher Macht in den Händen von wenigen bedeutet“ - auch dann, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften paritätisch an dieser gigantischen Macht beteiligt sind. Unabhängig von den frühen Ordoliberalen, aber ähnlich wie sie war Kohr sehr skeptisch, ob sich Monopole und Kartelle vom Staat kontrollieren lassen würden. Schon seit seinen Anfängen „entwuchs ... der Kapitalismus ... durch ein Überwachstum seiner

¹⁸ Leopold Kohr (1957/2002), S. 107 - 108. - Der Satz „Die Schweiz ist so kapitalistisch und so gesund wie immer“ (1957/2002, S. 101) zeigt die Unzulänglichkeit einer Reduktion aller Probleme auf eine von verschiedenen Wirtschaftssystemen abstrahierende Größe. Trotz ihrer Kleinheit ist die ‚kapitalistische Schweiz noch keineswegs ‚gesund‘.

Einrichtungen ... und überdimensionierte Wirtschaftszusammenschlüsse ... seinem kompetitiven Modell der kleinen Einheiten“, die sich - zumindest in der Vorstellung der klassischen Liberalen - gegenseitig in der Balance halten sollten. Mittlerweile werde diese Balance „verzweifelt durch Regierungsdirektiven“ zu halten versucht, was aber wegen der „Überdimensioniertheit der modernen Wirtschaftssysteme“ ein aussichtsloses Unterfangen sei. Deshalb plädierte Kohr ähnlich wie die frühen Ordoliberalen mit ihrer Marktform der vollständigen Konkurrenz für die „Wiederherstellung eines wirtschaftlichen Kleinzellensystems“ und die Schaffung von „kleinen selbstständigen Wirtschaftsregionen“, ganz besonders im Bereich der Landwirtschaft. Was er als „gesunden Kapitalismus“ bezeichnete, käme in Wirklichkeit einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus nahe. Deren wichtigstes Erfolgsgeheimnis sei ein monopolfreier Wettbewerb. „Da Konkurrenz das Nebeneinandersein einer großen Anzahl einzelner Firmen bedeutet, bedeutet sie auch, dass jede einzelne Produktionseinheit notwendigerweise relativ klein sein muss. Deshalb wird auch eine gesunde kapitalistische Wirtschaft nicht auf Großplanung aufgebaut sein, sondern mehr als jedes andere System sich auf individuelle Vielfalt, d.h. auf kleine Firmen stützen.“¹⁹

Damit widersprach Kohr der zu seiner Zeit vorherrschenden Ökonomie in mehrfacher Hinsicht:

- Im Gegensatz zu ihr teilte er - ohne die frühen Ordoliberalen zu kennen - deren Überzeugung, dass die Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht von vornherein verhindert werden sollte, statt sich mit dem Versuch zu begnügen, sie im Nachhinein kontrollieren zu wollen. Zustimmend zitierte Kohr den Satz des US-amerikanischen, in Chicago lehrenden Ökonomen Henry Simons (1899-1946), wonach „man niemandem und keiner Gruppe viel Macht anvertrauen kann. ... Der Fehler liegt darin, sie ihnen überhaupt gegeben zu haben. Uneingeschränkte Macht ... kann nicht gebraucht, sondern nur missbraucht werden.“²⁰ Simons lehnte zwar monopolistische Marktmacht ab; er hatte sich aber nicht weit genug vom neoklassischen Laissez-faire-Denken gelöst und vertrat keine ordoliberalen oder gar noch weitergehende geld- und bodenrechtsreformerische Vorstellungen von einer rechtlichen Rahmenordnung, welche die Bildung von Marktmacht auf freien Märkten verhindert.
- Ähnlich wie Röpke und Rüstow zweifelte Kohr die moderne Sichtweise an, dass die großindustrielle Massenproduktion der beste Garant von Fortschritt und Wohlstand sei. „Der Glaube an eine höhere Produktivität, Leistungsfähigkeit oder Ein-

¹⁹ Leopold Kohr (1957/2002), S. 135 (Gewerkschaften), 137 (Arbeitgeber und Gewerkschaften), 222 (Überdimensioniertheit der modernen Wirtschaftssysteme), 225 - 228 (Wiederherstellung eines wirtschaftlichen Kleinzellensystems mit selbstständigen Regionen) sowie 233 (Landwirtschaft) - 235 (monopolfreier Wettbewerb zwischen vielen kleinen Firmen).

²⁰ Leopold Kohr (1957/2002), S. 239. Weitere Bezugnahmen auf Henry Simons finden sich auf den Seiten 266 und 275. Auf dem Einfluss von Simons könnte Kohrs anfängliches Missverständnis beruhen, dass „die großen Konzerne ... heute ... dazu tendieren, eher durch Teilung als durch Kumulierung zu wachsen“. (S. 27)

träglichkeit größerer Produktionseinheiten ... ist ... großteils ein Aberglaube.“²¹ Auch wenn ihm ebenso wie Röpke und Rüstow noch nicht deutlich war, dass die Massenproduktion in erster Linie dem Streben nach einer maximalen Rentabilität des investierten Geld- und Realkapitals entsprang und nicht bzw. erst nachrangig dem Streben nach einem möglichst wirtschaftlich rationalen Einsatz von menschlicher Arbeit und natürlichen Ressourcen, so erkannte Kohr dennoch frühzeitig, dass der Konsum materieller Güter durch „Massenproduktion und Großraummärkte“ einen überhöhten Stellenwert im Leben der Menschen erhielt. Er täuschte darüber hinweg, dass durch die „maßlosen Produktionszahlen von Ökonomien ... nicht unser echter, sondern unser unechter Lebensstandard ansteigt“.²² Ähnlich wie den frühen Ordoliberalen ging es Kohr also um einen Qualitätswettbewerb und nicht um eine quantitative Maximierung der Produktion. Seine Unterscheidung zwischen echtem und unechtem Lebensstandard führte ihn, nebenbei bemerkt, zu einer ersten Kritik an der Eignung des sog. Bruttosozial- bzw. Bruttoinlandprodukts als Maßstab für die Messung des wirtschaftlichen Wohlstands.²³ Im Übrigen war für ihn ein „vielzelliges Arrangement mit so vielen unabhängigen Unternehmern ..., als wirtschaftlich tragbar ist ..., viel gesünder, produktiver, leistungsfähiger und profitabler ... als jenes Prinzip, das lauter Riesenkonzerne schafft, die sich über die ganze Welt ergießen, ohne Grenzen anzuerkennen.“ Sein Eintreten für einen freien Wettbewerb zwischen vielen kleinen Unternehmen als Alternative zur „zentralisierten Integration“ verstand Kohr nicht „als Prinzip der Reaktion“, sondern als ein Irrtümer der Moderne korrigierendes „Prinzip des Fortschritts, dass alle Organismen wie Trusts, Kartelle ... vom Krebsgeschwür der Übergröße befallen sind“.²⁴

- Schließlich trat Kohr dem Glauben der „beruhigenden Makroökonomie“ entgegen, dass sich die Wirtschaft am besten durch ein fortwährendes Wachstum stabilisieren ließe. „Die Instabilität des zu Großen ist eine destruktive. Anstatt durch das Wachsen stabilisiert zu werden, wird seine Instabilität dadurch hervorgehoben. ... Statt dass das Wachstum dem Leben dient, muss das Leben jetzt dem Wachstum dienen und verdreht so den eigentlichen Zweck des Daseins. ... Die Lösung liegt nicht im Wachstum, sondern in der Beschränkung des Wachstums.“²⁵ -

Kohrs Überzeugung, dass nicht immer weiteres Wachstum der Wirtschaft, sondern Kleinheit der Unternehmen und „ausgleichende Vielfalt die bessere Grundlage für Stabilität und Dauerhaftigkeit“ sei und dass es Grenzen für die Größe von

²¹ Leopold Kohr (1957/2002), S. 236 (Fortschrittsaberglaube).

²² Leopold Kohr (1957/2002), S. 203 (Massenproduktion und Großraummärkte) und 218 - 219 (echter und unechter Lebensstandard).

²³ Vgl. hierzu Leopold Kohr (1955); ders. (1957/2002), S. 223 und (1962/2003), S. 75 - 76 und 80 - 81.

²⁴ Leopold Kohr (1957/2002), S. 225 (Wiederherstellung eines wirtschaftlichen Kleinzellensystems) sowie 228 - 240, bes. S. 236 (kleine und mittlere Unternehmen anstelle von Riesenkonzernen) und 240 (Krebsgeschwür der Übergröße).

²⁵ Leopold Kohr (1957/2002), S. 144 (Instabilität des Wachstums) und 146 (stabile Kleinheit), 218 (Wachstum verdreht den Zweck des Daseins), 223 (beruhigende Makroökonomie) und 243 (Beschränkung des Wachstums).

Unternehmen und Wirtschaftsregionen geben müsse, war keineswegs identisch mit einem Provinzialismus oder gar nationalistischem Autarkiestreben. Im Gegenteil - Staatsgrenzen sollten für internationale Wirtschaftsbeziehungen offen sein. „Grenzen sind Schutzräume ..., aber ... keine Barrieren. ... In den Häfen errichten wir Dämme, um die Stürme abzuwehren. ... Was wir vom Hafen fernhalten wollen, ist der Sturm, aber nicht das Meer.“ Mit seinem Beharren auf der Notwendigkeit von politischen Grenzen zwischen kleinen Staaten und seiner Ablehnung von supranationalen Fusionen von Machtstaaten wie der EU meinte Kohr gerade keine wechselseitige Abschottung dieser Staaten voneinander. „Die neue Wirtschaftskarte von Europa würde überhaupt keine Grenzen zeigen.“ Die lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Wirtschaftsbeziehungen würden aus „sich überlappenden Kreisen bestehen, manche kleiner, manche größer. ... Auf diese Weise entstünde eine Verflechtung der wirtschaftlichen Gebiete, jedes seine Größe dem Zweck anpassend. ... Das ideale Bild einer Kleinstaatenswelt wäre demnach ein Ort der frei atmenden, wechselnden, selbstkontrollierten Grenzen, aber frei von allen unnatürlichen Hindernissen wie Zoll- und Verkehrsbarrieren.“²⁶

Damit kommen Kohrs Vorstellungen von einem freien Welthandel ohne „Macht aufbauende Organisationsformen“²⁷ denjenigen Vorstellungen von Silvio Gesell über einen nachkapitalistischen freien, d.h. von Monopolen ebenso wie von protektionistischen Handelshemmnissen befreiten Welthandel entgegen, bei dem die Grenzen zwischen selbstständig bleibenden machtfreien Rechtsstaaten gleichsam nur noch die Bedeutung von Verwaltungsgrenzen haben.²⁸ Nur fehlte bei Kohr noch die Einsicht in die Notwendigkeit einer für alle Menschen gerechten globalen Ordnung des Zugangs zu den Ressourcen und der Weltwährung, wie sie Gesell mit der „Internationalen Valuta-Assoziation“ und Keynes mit der „International Clearing Union“ ansatzweise entwickelt hatten. Andererseits hatten Gesell und Keynes noch nicht wie Kohr darüber nachgedacht, dass sich im Laufe der Zeit beim Übergang in eine nachkapitalistische Weltwirtschaft auch noch weitergehende Auswirkungen auf die politische Staatenkarte der Erde ergeben könnten. -

Nach den Grauen zweier Weltkriege wollte Kohr der Welt mit seinem Buch „Das Ende der Großen“ vor Augen führen, dass eine „Wiederherstellung der Kleinstaa-

²⁶ Leopold Kohr (1957/2002), S. 148 (Kleinheit stabiler als Größenwachstum) und 241 [zollfreier grenzüberschreitender Handel].

²⁷ Leopold Kohr (1957/2002), S. 242 (Welthandel ohne Macht). Obwohl das Streben nach einer europäischen Einigung nach zwei verheerenden Weltkriegen verständlich war, kritisierte Kohr es dennoch als einen modernen „Turmbau zu Babel“ und als eine „Manie zu vereinen“ (1957/2002, S. 180). Dieser Einwand würde erst dann Gewicht bekommen, wenn er auf der Grundlage einer Verbindung der Gedanken von Kohr, Gesell & Keynes sowie des Ordoliberalismus zu dem Hinweis erweitert würde, dass die europäischen Einigungsbestrebungen solange in die falsche Richtung eines Turmbaus zu Babel gehen, als ihnen das Fundament einer Überwindung der inneren sozialen Spaltung der einzelnen Staaten fehlt. Ohne eine echte ‚soziale Einheit‘ führen politische Vereinigungen auf kapitalistischer Basis auf die Abwege von überdimensionierten und verbürokratisierten Scheineinheiten, die mit anderen wirtschaftlichen Machtblöcken wie den USA, den BRICS-Staaten um eine globale Vormacht rivalisieren.

²⁸ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 69 und 72.

tenwelt, aus der unsere individualistische westliche Zivilisation hervorgegangen ist“, ein Weg zur Verhütung eines dritten großen Weltenbrandes sein könnte. Abgesehen davon, dass Kohr sich zu wenig Gedanken über die Regelung der zwischen kleinen Staaten verbleibenden Konflikte machte, blieb er hinsichtlich der Realisierungschancen für seine Vision letztlich sehr pessimistisch. „Würden Amerika oder die Sowjetunion ihre eigene Auflösung zulassen? ... Würden Frankreich, Italien, Großbritannien oder Deutschland je die Zustimmung zu ihrer eigenen Auflösung geben, nur weil das weise wäre? Kann man die Uhr zurückstellen? ... Um eine Teilung zu bewerkstelligen, müssten die großen Mächte eine fundamentale innere Wandlung durchmachen.“²⁹ Letztlich glaubte Kohr selbst nicht daran, dass die großen Mächte freiwillig zur Aufgabe ihrer Macht bereit sein könnten, und ließ sein Buch deshalb mit einem „traurigen Ende“ ausklingen, indem er keine andere Auflösung der Blockkonfrontation sah als die Fortsetzung dieses machtpolitischen Irrwegs bis zum bitteren Ende eines „Großmachtkriegs“ zwischen den USA und der Sowjetunion.³⁰

Frühe Kritik am wirtschaftlichen Wachstum und „Rückbesinnung auf die Region“ (1962)

Unabhängig von den geringen Chancen eines Übergangs vom Wettlauf zwischen den Großmächten zu einem gleichberechtigten Nebeneinander von vielen kleinen und mittleren Staaten entwickelte Kohr seine Kritik an den großen Staaten weiter und erweiterte den Blick über die Ost-West-Blockkonfrontation hinaus auf die ganze Welt. Im Gegensatz zu den sog. „unterentwickelten Ländern“ des Südens erschienen ihm die kapitalistischen und kommunistischen Industrieländer als „überentwickelte Nationen“ - so lautete der Titel seines 1962 erschienenen zweiten Buches. Darin richtete Kohr seine Argumentation stärker ökonomisch aus; jedoch blieb er bei seiner Grundthese, dass die „übermäßige Größe der Nationen“ auch die „primäre Kraft“ für das „soziale Riesenwachstum“ der Unternehmen und der Gesamtwirtschaft sei.³¹ Auch wenn Kohr die Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital weiterhin nicht als tiefere Ursache für den Verlust gesellschaftlicher Proportionen und für das kritische Grenzen übersteigende Wachstum der Wirtschaft erkannte, so war er dennoch ein couragierter Pionier der Wachstumskritik, der sowohl den neoklassischen und postkeynesianischen Wachstumstheorien als auch den marxistischen Theorien über einen Übergang vom „organisierten Kapitalismus“ in eine staatliche Zentralverwaltungswirtschaft mit „entfesselten Produktivkräften“ eine klare Absage erteilte und der ähnlich wie

²⁹ Leopold Kohr (1957/2002), S. 270 und 274 (Zweifel an der Aufteilung der Großmächte).

³⁰ Leopold Kohr (1957/2002), S. 152 und 200 (Wiedereinführung einer Kleinstaatenwelt), S. 27 - 28 und 30 (Pessimismus im Vorwort zur englischen Ausgabe), 283 (trauriges Ende) und 305 (Großmachtkrieg).

³¹ Leopold Kohr (1962/2003), S. 27 - 28 und 47 (primäre Kraft und andere sekundäre Kräfte).

Mill, Proudhon, Kropotkin und die frühen Ordoliberalen in die Richtung einer Dezentralisierung und Regionalisierung der Wirtschaft dachte.

In seinen noch sehr unsystematischen und vage gebliebenen Vorstellungen von einer „kritischen Größe“ bzw. „optimalen sozialen Größe“ ging Kohr von einem „Verlangen nach Geselligkeit“ als einem menschlichen Urbedürfnis aus, das sich unmittelbar in einer Gemeinschaft von 80 bis 100 Menschen mit einem Gasthaus erfüllen ließe. „Durch eine größere Gruppe würde zwar die Mannigfaltigkeit gesteigert, aber die Beständigkeit gefährdet.“ Im Interesse einer Steigerung der Produktivität des wirtschaftlichen Handelns durch die Arbeitsteilung müsse die Gemeinschaft jedoch größer sein. „Spezialisierung bedingt eine zahlreichere Gemeinschaft als Geselligkeit.“ Ähnlich den „Phalanstères“ von Fourier und anderen Frühsozialisten dachte Kohr an wirtschaftliche Gemeinschaften von 4000 - 5000 Personen, die sich gegenseitig einen genügend hohen Lebensstandard und auch Zeiten der Muße gewährleisten könnten. Noch größer als die geselligen und wirtschaftlichen Gemeinschaften müssten die politischen Gemeinschaften sein, um über die Kraft zur Einrichtung einer Rechtsordnung zu verfügen. Und nochmals größer müssten Gemeinschaften sein, wenn sich in ihnen auch ein kulturelles Leben mit Theatern, Museen, Gemäldegalerien, Kirchen und Universitäten entfalten soll. „Die optimale Kulturgemeinschaft erfordert einen Kreis von vielleicht 50.000 bis 200.000 Menschen. Die Stadtstaaten im alten Hellas oder im mittelalterlichen Italien, Deutschland und Flandern boten an Kultur alles, was das Herz begehrt und der Geist aufzunehmen vermag. ... Gesellschaften, die über diese Zahl hinauswachsen, können daher zur menschlichen Glückseligkeit nicht mehr wesentlich beitragen.“ Jenseits einer Schwelle zum kritischen Größenwachstum haben „die sozialen Schwierigkeiten nun die Tendenz, rascher zu wachsen als die menschlichen Fähigkeiten, die notwendig sind, um sie zu bewältigen.“³²

Zum übermäßigen Größenwachstum der Gemeinschaften zählte Kohr nicht allein seine Größe, sondern auch seine Dichte und seine Geschwindigkeit. Es führe zu einer Verminderung ihrer geselligen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Potenziale. Schon der britische Naturwissenschaftler D'Arcy Wentworth Thompson habe 1942 in seinem Buch „Growth and Form“ deutlich gemacht, dass natürliche Wachstumsprozesse nach dem Erreichen des Optimums in ein stationäres Gleichgewicht übergehen. Bäume würden nicht in den Himmel wachsen und auch andere Lebewesen würden nicht weiterwachsen, wenn sie einmal erwachsen geworden seien. Freilich wollte Kohr nicht behaupten, dass es eine starre Obergrenze für die optimale Größe von Gemeinschaften gebe. „Sie hängt von der Fähigkeit des Menschen ab, sein verwaltungsmäßiges Blickfeld zu erweitern. ... Heute haben die drei größtenfördernden Faktoren Bildung, verwaltungsmäßige Integration und technische Entwicklung, besonders auf dem Gebiet des Nachrichten- und Verkehrswezens, diese Grenzen so erweitert, dass sie Bevölkerungen von vielleicht zehn oder

³² Leopold Kohr (1962/2003), S. 52 (Geselligkeit) - 58 (gesellige wirtschaftliche, politische und kulturelle Gemeinschaften). - Vgl. Helmut Woll (2015), S. 51 - 53.

15 Millionen umfassen können.“ Aber es gebe eine kritische Zone, in der das Größenwachstum von Gemeinschaften sowohl im westlichen Kapitalismus als auch im östlichen Kommunismus nicht mehr zu einer weiteren Steigerung des Wohlstands führe, sondern zu dessen Abnahme. „Ist eine Gesellschaft erst einmal groß genug geworden, um die geselligen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen voll zu befriedigen, d.h. wenn sie ihnen Muße zum Denken gibt, Gaststätten zum Debattieren, Kirchen zum Beten, Universitäten zum Lehren, Theater zur Inspiration, Kunst um sich daran zu erfreuen, dann kann ein weiteres Wachstum ihrem ursprünglichen Zweck nicht mehr von Nutzen sein. Wir haben den Punkt des abnehmenden Lebensstandards erreicht“, an dem ein Teufelskreis von Nebenwirkungen des Wachstums beginnt. Das über ein „gutes Leben“, d.h. über ein „summum bonum“ (Aristoteles) hinausgehende Wachstum und seine Nebenwirkungen vermindern die Lebensqualität und führen zum Ersticken der menschlichen Individualität in „kollektivistischen Zweckbestimmungen“. Außerdem zieht ein übermäßiges Wachstum die Notwendigkeit nach sich, seine negativen Begleiterscheinungen durch weiteres Wachstum zu bekämpfen.³³

- Im Kapitalismus werden wir einerseits „Zeugen des gigantischen Fortschritts und ständig steigender Produktionsziffern“; andererseits würden diese Produktionsziffern nach dem Überschreiten optimaler Größen eher zu Anzeichen einer „Wachstumserkrankung, die durch weiteres Wachstum verschlimmert wird“. Dieses weitere Wachstum mit „Unmengen unserer berühmten Fortschrittsgüter“ verglich Kohr mit dem Medikament Aspirin, das zwar kurzzeitig Kopfschmerzen beseitige. „Aber sind wir gesünder durch ... den Aspirin-Lebensstandard ... geworden?“³⁴

Überhaupt hielt Kohr die Produktionsziffern und die statistische Erfassung des sog. Bruttosozialprodukts für ein „höchst irreführendes“ Gesamtbild des wirtschaftlichen Wohlstands. „Nicht alle Verbrauchsgüter können in Berechnungen des Lebensstandards einbezogen werden. Viele muss man sogar abziehen, wenn man ein richtiges Bild bekommen will, da ihr gesteigerter Verbrauch mehr ein Maßstab unserer vergrößerten Schwierigkeiten ist als ein Beweis für unseren steigenden Wohlstand.“³⁵ Im Gegensatz zur vorherrschenden Wirtschaftsstatistik bedürfe es einer Unterscheidung zwischen „persönlichen und sozialen Verbrauchsgütern“. Bei den persönlichen Verbrauchsgütern sei ein höherer Verbrauch keineswegs gleichbedeutend mit einer „besseren Lebenshaltung. ... Wenn veränderte soziale Umstände einen Menschen zwingen, einen doppelt so weiten Weg zu seiner Arbeitsstätte zurückzulegen, kann man schwerlich sagen, die Anschaffung eines zweiten Paares Schuhe habe ihn reicher gemacht.“ Die privaten Verbrauchsgüter müssten außerdem in „Bedarfs- und Luxusgüter“ unterteilt werden, auch wenn die

³³ Leopold Kohr (1962/2003), S. 63 (Kollektivismus) und 69 - 71 (keine starren Grenzen für das Größenwachstum von Gemeinschaften; gutes Leben).

³⁴ Leopold Kohr (1962/2003), S. 65, 68 (Aspirin-Lebensstandard) und 74 (Wachstumserkrankung).

³⁵ Leopold Kohr (1962/2003), S. 75 (Zweifel an statistischen Zahlenwerken).

Grenze zwischen ihnen unscharf sei. Die sozialen Verbrauchsgüter bezeichnete Kohr schließlich auch als „Wachstums- und Machtgüter“, womit er die staatlichen Ausgaben für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und „vor allem militärische Ausgaben“ meinte, „deren geometrisches Verhältnis zur sozialen Größe ganz deutlich wird, wenn wir beispielsweise die Ausgaben für die Landesverteidigung verschiedener Länder nach der Größe der Länder miteinander vergleichen.“³⁶

Kohr dürfte der erste gewesen sein, der bereits ein Jahrzehnt vor dem Erscheinen des Club of Rome-Berichts über die „Grenzen des Wachstums“ ein „neues Messverfahren“ für die statistische Ermittlung des Wohlstands forderte. Es sollte auch einen „Luxometer“ beinhalten, der wachstumsbedingte Verminderungen des allgemeinen Lebensstandards sichtbar macht.³⁷ Allerdings versäumte es Kohr, seine qualitativen Zweifel am Wohlstandsbegriff der Ökonomie und dessen statistischer Erfassung mit Hinweisen auf die quantitative Ungleichverteilung des fragwürdig definierten Wohlstands zu verbinden.

- Auch im Kommunismus gehe es beim Wettlauf zwischen den Systemen in erster Linie um eine „maximale Produktivität“ und weniger um eine „maximale Befriedigung“ der menschlichen Bedürfnisse. Kohr blieb bei seiner Auffassung, dass beide Systeme über ihre Unterschiede hinweg nach einer Ausdehnung ihrer Größe und Macht strebten und dass deshalb die „Frage Sozialismus oder Kapitalismus unwesentlich“ werde. Da das Größenwachstum auf beiden Seiten mit einer „Militarisierung von Gesellschaften“ einhergehe, „ist kein System an und für sich besser als das andere“.³⁸

Wenige Jahre, bevor die Theorien von Marx & Engels und ihren Epigonen auch im Westen durch die 1968er Studentenbewegung wieder zu großem Einfluss gelangten, formulierte Kohr die Theorie vom „Organisierten Kapitalismus“ auf seine Weise neu. Ähnlich wie der Kathedersozialist Adolf Wagner nahm er einen ständig zunehmenden Umfang der Staatstätigkeit im Kapitalismus an und im Zuge der fortschreitenden Ausbreitung von „gigantischen Betrieben“ und „riesigen Konzernen“ würden „zuerst die kapitalistischen Proportionen gesprengt“, bis in einem „Endstadium die Konkurrenz ganz aufhört“ und eine staatliche Lenkung der Wirtschaft unabdingbar werde - aber nicht etwa wegen der destabilisierenden Auswirkungen von Konjunkturschwankungen, die Kohr eigenartigerweise „für ebenso unschädlich wie das Atmen für den Menschen“ hielt, sondern wegen „der Größe der Zerreibkraft, die sie entfalten können, wenn die Wirtschaft, die sie erzeugt, über bestimmte Proportionen hinauswächst. ... Das einzig mögliche System ist dann ein System der Disziplin, der Lenkung und der Planung.“ Es könne entweder

³⁶ Leopold Kohr (1962/2003), S. 75 - 76. - Vgl. auch Leopold Kohr (1955).

³⁷ Leopold Kohr (1962/2003), S. 80 - 81 (neues Verfahren der Messung des Wohlstands incl. Luxometer).

³⁸ Leopold Kohr (1962/2003), S. 87 (Produktivität statt Bedürfnisbefriedigung), 91 (Kapitalismus und Sozialismus) und 93 (Militarisierung). Zur Rolle des Wachstumsdenkens im Wettkampf der Systeme vgl. Matthias Schmelzer (2015).

nach den Vorstellungen von Marx oder von Keynes eingerichtet werden.³⁹ Eine solche Lenkung oder gar Planung der Wirtschaft durch den Staat entsprach allerdings im Gegensatz zu Hilferding und Naphtali oder Schumpeter nicht Kohrs Wunschbild von einer Zukunftsgesellschaft. Ihnen stellte er das Leitbild einer „Verkleinerung übergroßer sozialer Einheiten“ und die „Idee einer regionalen Autonomie“ durch eine „Stärkung der lokalen Autonomie“ gegenüber, wobei er weiterhin hauptsächlich an eine Aufteilung von großen in mehrere kleinere Staaten dachte und nur beiläufig einmal erwähnte, dass „kleinere Firmen ihrem Wesen nach individuell oft gewinnbringender, sozial stets befriedigender und vor allem konjunkturell widerstandsfähiger sind als große zentralisierte Unternehmen“.⁴⁰

Aber wie sollten eine Dezentralisierung in Politik und Wirtschaft und ein Übergang von einer wachsenden „Wolkenkratzer-Wirtschaft“ in eine nicht mehr wachsende stationäre oder vielleicht sogar schrumpfende Wirtschaft vonstattengehen? Auf diese Schlüsselfrage gab Kohr noch keine andere Antwort als die Empfehlung, große Staaten in mehrere kleine Staaten von der Größe der Schweiz, Dänemarks oder Islands aufzuteilen und „Turmbau-zu-Babel-Vereinigungen“ wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wieder aufzulösen. Um zum Beispiel Zugang zum englischen Markt oder zum Weltmarkt zu haben, müsse Wales nicht unbedingt ein Teil Großbritanniens sein. Einen wirtschaftlichen Niedergang habe es weder nach der Loslösung der amerikanischen Kolonien von Großbritannien noch nach der Abtrennung von Kanada, Australien oder Neuseeland gegeben. „Es gab auch keinen Verfall infolge ähnlicher Trennungen zum Beispiel Österreichs von Deutschland, Islands von Dänemark, Norwegens von Schweden, Ägyptens von der Türkei oder Belgiens von Frankreich.“ Und die Vorteile der Massenproduktion könnten auch in kleineren Ländern ausreichend genutzt werden, zumal sie in größeren Ländern in beträchtlichem Umfang wieder durch die Bürokratie und das Militär absorbiert würden.⁴¹

Wirtschaftspolitisches Handeln von Staaten vermochte sich Kohr offenbar nur im Sinne von Marx' Zentralverwaltung oder von Keynes' Globalsteuerung vorzustellen, aber nicht im ordoliberalen Sinne einer Schaffung eines rechtstaatlichen Rahmens, welcher eine von der Gigantomanie großer Monopole befreite Marktwirtschaft in eine gerechte Ordnung einbettet. Dass sich eine politische Herrschaftslosigkeit auch in kleineren Staaten nicht ausbreiten kann, solange in ihrer Wirtschaft strukturelle Macht fortbesteht, wurde ihm nicht deutlich genug bewusst. Gleichwohl stand Kohr auch ohne Kenntnis des frühen Ordoliberalismus dessen „Denken

³⁹ Leopold Kohr (1962/2003), S. 94 - 95 (Endstadium des Kapitalismus mit einem Aufhören der Konkurrenz) und 99 (System der Planung) sowie 104 (zunehmende Staatstätigkeit) und 107 (Marx oder Keynes) - 108 (Konjunkturschwankungen).

⁴⁰ Leopold Kohr (1962/2003), S. 112 - 113 (Verringerung der sozialen Größe) und 115 - 116 (lokale und regionale Autonomie).

⁴¹ Leopold Kohr (1962/2003), S. 175 (Wolkenkratzer-Wirtschaft), 176 (England und Wales), 178 und 182 - 183 (Massenproduktion), 184 (Beispiele von Separatismen) und 185 (Turmbau-zu-Babel-Vereinigungen).

in interdependenten Ordnungen“⁴² und dessen Skepsis gegenüber der mathematisch-statistischen Methodik sehr viel näher als der herrschenden neoklassisch-postkeynesianischen Ökonomie, die a) mit ihren mathematischen Gleichgewichtsmodellen ein Surrogat für ein echtes Gleichgewicht der Geld- und Realwirtschaft schuf und die b) vergeblich versuchte, die doch nicht ganz zu verdrängende innere Unordnung der Wirtschaft mit den Mitteln der Konjunkturstatistik und der Konjunkturprognostik in einen vermeintlich sicheren Griff zu bekommen. Die mathematisch-statistische Ökonomie habe „eigentlich das Thema nur verdunkelt statt es zu erhellen“. Deshalb müsse sie „zu der Disziplin zurückkehren, der sie entsprang, und zur philosophischen Volkswirtschaftslehre werden, oder, um den aristotelischen Ausdruck beizubehalten, zur Meta-Ökonomik“, die die Ökonomie wieder wie noch bei Adam Smith mit der Ethik und Politik zu einem Ganzen verbindet.⁴³ Als „wichtigste Gegenwartsfrage“ einer solchen „Meta-Ökonomik“, die übrigens „nicht mit der Befürwortung einer metaphysischen Volkswirtschaftslehre zu verwechseln“ sei, betrachtete Kohr allerdings nicht die zentrale ordoliberalen Frage nach einer rechtlichen Rahmenordnung für die Märkte. Andererseits verband ihn das Fehlen jeglicher Orientierung am Wachstum der Wirtschaft mit dem Ordoliberalismus. Daher stellte Kohr nicht die zu seiner Zeit modern gewordene Frage: „Wie kann man das Wachstum einer ständig sich ausweitenden Wirtschaft in Gang halten?“ Stattdessen provozierte er sogar mit der Gegenfrage: „Wie kann man es zum Stillstand bringen?“⁴⁴ Dass er erste Anregungen hierfür bei John Stuart Mill und auch bei Keynes hätte finden können, blieb ihm leider unbekannt. -

Die ökonomische Fachwissenschaft nahm die Herausforderung durch Kohrs Buch über die „Überentwickelten Nationen“ nicht an. Zu sehr stand es in einem diametralen Gegensatz vor allem zur herrschenden Wachstumstheorie, deren Euphorie während der 1960er Jahre noch ungebrochen war. Und zu unpräzise waren seine Thesen über eine kritische bzw. optimale soziale Größe begründet. Kohrs Freund und Kollege Anatol Murad, der wie er aus Österreich stammt und ebenfalls an den Universitäten in New Jersey und Puerto Rico lehrte, äußerte in einem Vorwort zu den „Überentwickelten Nationen“ die Vermutung, dass auch Kohrs „literarische Methode“ zum fachwissenschaftlichen Desinteresse an dessen wegweisenden Gedanken geführt haben könnte.⁴⁵

Murad war übrigens ein Geldtheoretiker, der in seinem Buch „What Keynes means“ das Problem der temporären Unwirksamkeit der Nachfrage für weniger bedeutsam hielt als Keynes. Dessen Liquiditätspräferenz- und Zinstheorie erschien ihm widersprüchlich und obendrein tendenziös, da sie sich gegen eine vermeintliche Sonderstellung von Rentiers und generell gegen das Zinsnehmen richte.

⁴² Walter Eucken (1952/1960), S. 153, 193 - 195 und 223.

⁴³ Leopold Kohr (1962/2003), S. 151 (mathematisch-statistische Ökonomie) und 154 (Meta-Ökonomik).

⁴⁴ Leopold Kohr (1962/2003), S. 154 (Meta-Ökonomik vs. metaphysische Ökonomie) und 157 - 158 (Bremsung des Wirtschaftswachstums als Forschungsfrage).

⁴⁵ Anatol Murad im Vorwort zu Leopold Kohr (1962/2003), S. 36.

„Scientific detachment and neutrality were not his ideals.“⁴⁶ Murad lehnte sowohl eine steuerliche Umverteilung von Vermögen als auch - in Übereinstimmung mit Alvin Hansen - Keynes' Ausblick auf ein langfristiges Absinken von Geldzins und Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals gegen Null und auf ein stationäres Wirtschaften in einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft ab. „The most serious confusions and contradictions of the ‚General Theory‘ are found in the theory of aggregate demand and in the theory of interest.“ Für wirksamer als die Geldpolitik hielt Murad das staatliche Deficitspending zur kurzfristigen Überwindung von Wirtschaftskrisen.⁴⁷

Kohr lobte Murads Buch als „unumgänglichen Leitfaden“ durch das Werk von Keynes. Es sei besonders hilfreich beim Aufspüren der „in Keynes' eigenen Schriften oft vorkommenden Widersprüche und Zweideutigkeiten“. Allerdings habe Murad es versäumt, „einige Keynessche Konzepte wie Eigenzinsraten oder Verbraucherkosten in seine Behandlung einzuschließen.“ Dazu ließ sich Kohr jedoch auch selbst nicht durch Murad oder andere Autoren anregen. Allzu sehr war er noch in der neoklassischen Vorstellung verwurzelt, dass „die einzige Marktfunktion des Geldes darin besteht, als Tauschmittel zu dienen“. Sonst hätte er vielleicht die zentrale Bedeutung einer Überwindung des besonderen Liquiditätsvorteils von Geld für eine Dezentralisierung des Geld- und Realkapitals und für die Entstehung kleiner und mittlerer wirtschaftlicher wie politischer Gebilde erkannt.⁴⁸

⁴⁶ Anatol Murad (1962), S. 200 (Keynes über die ökonomischen Konsequenzen des Krieges), 18 und 205 (Zweifel am Laissez-faire-Kapitalismus und Notwendigkeit einer staatlichen Geldpolitik), 16, 59 und 127 (Widersprüchlichkeiten in Keynes' Analyse der unwirksamen Nachfrage und in seiner Zinstheorie) sowie 142 - 150 (Liquiditätspräferenz). - „That Keynes couched his interest theory in such disingenuous, apologetic language is puzzling in view of his apparent hostility to ‚rentiers‘. Not only did he foresee the ‚euthanasia of the rentier‘. He actually advocated the abolition of interest.“ (S. 146) Zur Liquiditätspräferenz vgl. auch S. 172 - 173. - „Wissenschaftliche Unvoreingenommenheit und Neutralität waren nicht seine Ideale.“ (S. 175)

⁴⁷ Anatol Murad (1962), S. 175 - 184 und 196 („Die ernsthaftesten Konfusionen und Widersprüche in der ‚Allgemeinen Theorie‘ befinden sich in den Theorien der aggregierten Geldnachfrage und des Zinses.“) - In einer Rezension zum Buch „La Demande de Monnaie“ des französischen Ökonomen Michel Falise verwies Murad auf die unzulänglichen Vorstellungen von Walras, Fisher, Keynes und der Cambridge School über die Nachfrage nach Geld. „Die Frage, warum Leute Geldbestände zurückhalten wollen“, werde von ihnen „in keiner Weise beleuchtet“. Falise habe zwischen der „Kaufkraft und der Auswahlmacht“ des Geldes unterschieden und damit Keynes' „Vorliebe für Liquidität“ anders formuliert. Murad selbst hielt die herkömmliche Geld- und Zinspolitik nicht für ein geeignetes Mittel zur Erreichung von wirtschaftlicher Stabilität. Dazu bedürfe es anderer Mittel. Aber weder benannte er andere Mittel noch überlegte er, ob und wie sich die Wirksamkeit der Geld- und Zinspolitik erhöhen lassen könnte. Vgl. Anatol Murad (1956), S. 339 und 351, und ders. (1959), S. 679.

⁴⁸ Leopold Kohr (1962/2003), S. 139 (Geld als bloßes Tauschmittel); ders. (1964), S. 326 - 328. - Murad hat übrigens Silvio Gesell und auch Henry George nur jeweils einmal beiläufig erwähnt, ohne auf deren Theorien näher einzugehen. (Vgl. Murad 1962, S. 183 und 189)

„Weniger Staat“ (1965)

Nach der Beendigung seiner Tätigkeit an der Universität in Puerto Rico siedelte Kohr 1963 nach Wales über, wo er Gastprofessor an der Universität Aberystwyth wurde⁴⁹ und sich mit dem Farmer John Seymour anfreundete, dessen „Großes Buch vom Leben auf dem Lande“ und „Selbstversorgung aus dem Garten“ einen Kultstatus in der Ökologiebewegung der 1970er und 1980er Jahre erlangten - ebenso wie das Buch „Small is beautiful - Die Rückkehr zum menschlichen Maß“ des britischen Ökonomen Ernst Friedrich Schumacher, den Kohr Ende der 1960er Jahre kennenlernte und mit dem ihn eine langjährige enge Freundschaft verband. In Wales unterstützte Kohr auch die Bewegung für eine Loslösung von Großbritannien, mit deren Anführer er schon während seiner Zeit in Puerto Rico in brieflicher Verbindung gestanden hatte. Wenige Jahre später beteiligte er sich auch auf der Karibikinsel Anguilla an Bestrebungen, einen von Großbritannien unabhängigen kleinen Staat zu gründen. Sie wurden jedoch von der britischen Militärmacht gewaltsam beendet.

Zwischenzeitlich erschien sein drittes Buch „Weniger Staat“. Darin führte Kohr seine Gedanken über die Ursprünge des Staates weiter aus, die er bereits in seinem Buch über die „Überentwickelten Nationen“ im Kapitel „Budgetdiagnose“ angedeutet hatte.⁵⁰ Im Gegensatz zu anderen Staatstheorien von Hobbes, Rousseau, Locke und Marx sah Kohr in Anlehnung an Aristoteles allein den menschlichen Wunsch nach Geselligkeit als diejenige Kraft an, die zur Bildung von Staaten geführt hätte, welche dann der Geselligkeit eine ihr gemäße Form gab. Der erste „soziale Kontrakt“ habe in der Suche nach einem „neutralen Ort“ als Ort der Begegnung bestanden, „der zwar niemandem besonders nahe liegt, von dem jedoch alle gleich weit entfernt sind. ... Die Entfernungsgleichheit wird zu unserem ersten kollektiven Prinzip.“ Diese Begegnungsstätte - von Kohr wegen ihres Charakters als gastfreundliches Haus auch als „Wirtshaus“ bezeichnet - „wird unser erster Gemeinschaftsbesitz und wir werden zu seinen Anteilseignern und Mitbesitzern. ... Der gemeinsame Besitz hat uns eine Gemeinschaft werden lassen. ... Das Wirtshaus ist unser erster Staat und der Hausmeister, der nun zum Wirt geworden, ist der erste Diener und Vorsitzter unserer Gemeinschaft.“ Der individuelle Anteil an den Unterhaltskosten dieses Gemeinschaftsbesitzes sei die erste Steuer gewesen,

⁴⁹ An der Universität Aberystwyth/Wales wollte ein österreichisch-kanadischer Doktorand C. Harry Bubeck ab Mitte 1965 eine Dissertation über Schwankungen der Geldumlaufgeschwindigkeit sowie über die Liquiditätsfalle und eine Geldreform schreiben und berichtete in Briefen an Elimar Rosenbohm vom 19.5.1965 und an Tristan Abromeit vom 17.9.1966: „Die freiwirtschaftlichen und quantitätstheoretischen Punkte wurden zumindest von einem Professor hier (leider ein wichtiger) mit manchmal ganz sinnlosen Bemerkungen abgelehnt.“ (Briefe im Archiv für Geld- und Bodenreform in Oldenburg) Ob Kohr dieser „wichtige“ Professor gewesen sein könnte und ob diese Dissertation tatsächlich abgeschlossen wurde, ist ungewiss. Bekannt ist nur Bubecks Broschüre „Vollbeschäftigung ohne Inflation - Geldumlaufsicherung und deren Darstellung in einem Keyneschen System“ (Hamburg 1966). Außer dieser Broschüre ist in der British Library in London keine Dissertation von Bubeck vorhanden.

⁵⁰ Leopold Kohr (1962/2003), S. 121 - 138.

mit der auch der Unterhalt des „Hausmeisters“ als „erstem Beamten“ finanziert worden sei. Und noch vor der Proklamation der Persönlichkeitsrechte sei die Finanzierung des gemeinsamen Haushalts Bestandteil der Verfassung geworden.⁵¹ Dass es bei der Entstehung von Staaten auch um die Sicherung von Privilegien und Macht gegangen sein könnte, lag außerhalb der Reichweite von Kohrs Staatstheorie, in der die Polis der griechischen Antike einen hohen Stellenwert einnahm. Da dem Recht jedoch von Anfang an auch Sonderinteressen von Privilegierten und Mächtigen beigemischt waren, konnte das gemeinsame (Wirts-)Haus noch kein „neutraler Ort“ sein, zu dem sich alle Menschen in einer gleichen Entfernung befanden.

Da im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts etliche Staaten zu einem großen und gar tyrannischen „Leviathan“ (Hobbes) geworden waren - und zwar nicht nur im Faschismus und Kommunismus, sondern auch im Kapitalismus - und da die menschliche Individualität ganz allgemein in einer Vermassung von staatlich verwalteten „Durchschnittsmenschen“ (Ortega y Gasset) aufgegangen sei⁵², wiederholte Kohr seine Forderung nach einer Verkleinerung von großen Staaten. Auf Kosten der Ansprüche von Herrschern oder auch eines „volonté général“ (Rousseau) sollten die Individualität und die Bürgerrechte der Menschen mehr Raum bekommen und die Welt befriedet werden. Wie Proudhon und anderen Anarchisten ging es Kohr um eine „Befreiung vom Regiertwerden“ bzw. um eine Befreiung vom Verwaltetwerden. „Eine Regierung durch das Volk kann ebenso gut autoritär wie demokratisch sein, was die Volksdemokratien des Ostens ja deutlich bewiesen haben. ... Die wahre Bedeutung des Begriffs Demokratie jedoch liegt nicht in der Regierung, sondern in der Freiheit ... zur Opposition“ und in der Freiheit zur politischen Mitwirkung, die sich freilich „nur noch auf der Ebene der Gemeinde“ ausüben lasse.⁵³

Mit besonderer Skepsis stand Kohr deshalb supranationalen Zusammenschlüssen wie der Europäischen Gemeinschaft oder den Vereinten Nationen gegenüber. Schon das Beispiel der „Großmacht Preußens“ innerhalb des zentralistischen Deutschen Reiches habe gezeigt, dass „der Deutsche Bund freier und unabhängiger, aber ungleich starker Staaten - sogar wenn Preußen die Vorherrschaft nie gewünscht hätte - endlich doch von Preußen beherrscht werden“ musste. „Die gleiche unausweichliche Folge muss es haben, wenn die europäischen Staaten, der üblichen Vorstellung folgend, sich in ihrer gegenwärtigen Gestalt vereinigen.“ Es entstehe dann nur ein europäischer Zusammenschluss, der von seinen mächtigsten Mitgliedern dominiert werde. Eine europäische Einigung sei erst dann mög-

⁵¹ Leopold Kohr (1965/2004), S. 33 - 41 (neutraler Begegnungsort als erster Gemeinschaftsbesitz, Entfernungsprinzip).

⁵² Leopold Kohr (1965/2004), S. 11 - 12 (Vermassung der Menschen im Kommunismus und Kapitalismus), 21 - 27 (Entstehung des Staates, Staatstheorien), 30 (Aristoteles) sowie 51, 61, 65 und 74 (Vermassung, Ortega y Gasset, Nazismus und Kommunismus).

⁵³ Leopold Kohr (1965/2004), S. 45 - 48.

lich und sinnvoll, wenn die großen Staaten in Bestandteile zerlegt würden, „von denen keines dem anderen an Größe wesentlich überlegen ist“.⁵⁴

Auch die Vereinten Nationen hätten Kohr zufolge „keine Zukunft ...“, solange sie ihre gegenwärtige Struktur beibehalten.“ Besonders das Vetorecht der Großmächte war für ihn der „deutlichste Beweis“ für die Fehlkonstruktion der Vereinten Nationen. „Nur Großmächte sind in der Lage, große Gewalt aufzubringen“, und die Vereinten Nationen könnten ihr Ziel erst als ein Zusammenschluss annähernd gleich starker kleinerer und mittlerer Staaten erreichen, wenn keine einzelnen Staaten mehr „Wasserstoffbomben erzeugen oder Sputniks in den Himmel schießen“ und wenn keine Staaten mehr so mächtig sind, dass sie die Vereinten Nationen dominieren oder blockieren können.⁵⁵

Kohrs „Weniger Staat“ zielte auf die Stärkung der Individuen und war keineswegs ein ‚neoliberales‘ Plädoyer für eine Verschlinkung des Staates zugunsten der kapitalistischen Privatwirtschaft. Aber auch ohne eine solche Absicht hätte es dennoch eine Stärkung von privatwirtschaftlicher Macht zur Folge, weil Kohr den in sich widersprüchlichen Doppelcharakter des Geldes als Tausch- und Machtmittel sowie des Staates als Rechts- und Machtstaat ignorierte und nicht bemerkte, dass die politische Gewaltenteilung allmählich durch die Konzentration von privatwirtschaftlicher Macht untergraben wurde. Anstelle seiner Devise „Weniger Staat“ wäre die Forderung „Mehr Rechtsstaat - weniger Machtstaat“ angebracht gewesen. Zudem hat sich Kohr mit keinem einzigen Wort dazu geäußert, welche Aufgaben denn verkleinerte Staaten erfüllen sollen und wie diese Aufgaben zu finanzieren wären, ob sich diese kleineren Staaten verschulden sollten oder ob sie ihre Ausgaben ohne Schulden zum Beispiel mit den Einnahmen aus den Bodennutzungsentgelten finanzieren sollten.

„Entwicklung ohne Hilfe“ (1973)

Anhand seiner Erfahrungen in Puerto Rico ließ Kohr in seinem Buch „Weniger Staat“ auch bereits eine Frage anklingen, der er später noch ein ganzes Buch widmete: Was könnte angesichts der Überentwicklung moderner Industrienationen und der sog. Unterentwicklung im Süden der Erde eigentlich ‚wirtschaftliche Entwicklung‘ bedeuten? Sollte eine „Verwestlichung“ bzw. „Amerikanisierung“ von „zurückgebliebenen Ländern“ erstrebenswert sein? „Was also die jungen Nationen an Entwicklung gewinnen, verlieren sie anscheinend an nationaler Eigenart.“⁵⁶

Das Verhältnis zwischen über- und unterentwickelten Ländern verglich Kohr mit dem Verhältnis, das im frühen 19. Jahrhundert zwischen England und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits bestanden hatte. Er ließ Sympathien für Adam Müllers romantische Ökonomie sowie für Friedrich Lists protektionis-

⁵⁴ Leopold Kohr (1965/2004), S. 96 - 98 und 100 (deutsche und europäische Einigung).

⁵⁵ Leopold Kohr (1965/2004), S. 82, 86 und 103 - 104.

⁵⁶ Leopold Kohr (1965/2004), S. 137 - 138.

tische Vorstellung einer vorläufig „geschützten kameralistischen Eigenständigkeit“ durchblicken und ging sogar so weit, gegenüber der „atomistischen Idee des Selbstinteresses“ die Bedeutung eines „nationalen Geistes“ hervorzuheben, „oder wie Müller sagte, der Volksseele. ... Er betonte mit Nachdruck den gemeinschaftsbildenden Wert mystischer Kollektiverfahrung, wie sie durch die gemeinsamen Mühsale und die Kameradschaft des Krieges zustande kommen.“⁵⁷ Kohr unterließ es leider, anstelle eines „nationalen Geistes“ die viel stärkere gemeinschaftsbildende Kraft einer Verbindung von freier Individualität und wirtschaftlicher Gerechtigkeit hervorzuheben.

Dabei gingen seine Überlegungen durchaus in die richtige Richtung „eines einzigen anderen Wegs der Eigenständigkeit“, auf dem sich die Länder des Südens ihre „wirtschaftliche Selbstständigkeit mühsam erkämpfen“ könnten.⁵⁸ In seinem Buch „Entwicklung ohne Hilfe“ kritisierte Kohr die herkömmliche Entwicklungshilfe zutreffend als „unterstützte Entwicklung“, die dazu diene, die ‚unterentwickelten Länder‘ in einer neokolonialen Abhängigkeit von den ‚überentwickelten‘ Industrieländern zu halten und ihnen eine „identitätszerstörende internationale Standardisierung“ aufzuzutroyieren. Die Annahme von Krediten aus Industrieländern sei zwar eine verlockend einfache Möglichkeit der Kapitalbildung und Entwicklung, aber sie sei auch mit erheblichen Nachteilen für ‚unterentwickelte‘ Länder verbunden. Ihre Auslandsverschuldung höhle die politische Selbstständigkeit ehemaliger Kolonien aus. „Ausländische Investitionen ‚verfremden‘ eine Gemeinschaft noch stärker als eine fremde Besatzung.“ Außerdem leistet ausländische ‚Hilfe‘ der Korruption und Verschwendung Vorschub. „Drittens verringert Kapital, das in einem zu frühen Entwicklungsstadium von außen in eine Volkswirtschaft importiert wird, Beschäftigungsmöglichkeiten proportional stärker als es welche schafft.“⁵⁹ Die Gefahr, dass ‚unterentwickelte‘ Länder durch die Aufnahme von Auslandskrediten auch in eine Schulden- und Zinsfalle geraten könnten, sah Kohr zu Beginn der 1970er Jahre noch nicht voraus.

Um die Nachteile einer „unterstützten Entwicklung“ zu vermeiden, riet Kohr den Ländern des Südens zu einer „eigenständigen, unabhängigen, lokalen Entwicklung nach der Art der Stadtstaaten der Renaissance“ mit einem aus einheimischen Lebensmitteln, Textilien und anderen Gütern des täglichen Bedarfs bestehenden „Bikini-Lebensstandard“ und mit Fußgängerreichweiten anstelle von chaotischem Verkehr in zersiedelten Großstädten. „Der interregionale Handel ... sollte dort gefördert werden, wo er dafür sorgt, dass die Handvoll an Delikatessen und Luxusgütern, die sich natürlicherweise nur in ihren jeweiligen Regionen produzieren las-

⁵⁷ Leopold Kohr (1965/2004), S. 139 - 140. Kohr schrieb sogar: „Alles Irrationale hilft, das soziale Gefüge zu stärken.“ (S. 143). - Ders. (1973/2007), S. 46 (geschützte kameralistische Eigenständigkeit)

⁵⁸ Leopold Kohr (1965/2004), S. 142.

⁵⁹ Leopold Kohr (1973/2007), S. 15 - 17 (unterstützte Entwicklung als Fortsetzung des Kolonialismus) und 27 (internationale Standardisierung), 84 - 8 (Nachteile der Auslandsverschuldung).

sen, im ganzen Land zu haben sind.“⁶⁰ Kohrs Vorstellung einer „geographisch beschränkten heimischen Ökonomie“, die sich nicht „den unwägbaren ozeanischen Größenordnungen der verkehrsdominierten internationalen Spezialisierung“ anpasst und sich nicht der „Tyrannei von Entfernungen und Größe“ unterwirft, war aus der Perspektive des Südens vielleicht noch stärker lokal bzw. regional orientiert als Keynes' Forderung: „Lasst uns auf heimische Produkte zurückgreifen, wann immer dies vernünftig und in angemessener Weise möglich ist.“ Während Keynes ebenfalls eine weitgehend lokale bzw. regionale Produktion von Gütern des täglichen Bedarfs befürwortet hatte, stellten „Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen“ für ihn Bereiche dar, „die aufgrund ihrer Natur international sein sollten.“⁶¹

In Kohrs globalisierungskritischem Plädoyer für einen „Nativismus und Regionalismus“ als eigenständiger Entwicklung von Ländern des globalen Südens - mit dem er ebenso wie mit seiner Wachstumskritik ein Pionier war - fehlte allerdings noch jeglicher Hinweis auf die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Gerechtigkeit als Grundlage für eine wirtschaftliche Selbstständigkeit - und zwar nicht nur innerhalb von sich eigenständig entwickelnden Ländern des Südens, sondern auch in den bislang überentwickelten Ländern der ganzen Erde, die sich vorübergehend ‚unterentwickeln‘ müssten, bis sich alle Länder der Erde auf einer mittleren Ebene von Selbstständigkeit und Gerechtigkeit begegnen und ihre wirtschaftlichen Beziehungen in ein globales Gleichgewicht bringen können. Zwar zweifelte Kohr die Gültigkeit des von Ricardo aufgestellten Gesetzes der komparativen Kostenvorteile des weltweiten Freihandels an und verwies darauf, dass die internationale Arbeitsteilung zu weit voran getrieben worden sei; aber seine Entwicklungstheorie wies ein verteilungspolitisches Defizit auf und dazu passte auch, dass er einen Handelsprotektionismus befürwortete, statt Keynes' Streben nach einer gerechten Ordnung für einen freien Welthandel zu unterstützen. Kohr kannte dessen „International Clearing Union“ als Instrument zum gerechten Ausgleich der Welthandelsbeziehungen, hielt es aber dennoch nicht für notwendig, es auch in seine eigenen Überlegungen einzubeziehen.⁶²

Das nicht nur Kohrs Entwicklungstheorie, sondern sein gesamtes Denken durchziehende Gerechtigkeitsdefizit beruhte auf seiner Akzeptanz des klassisch-neoklassischen Axioms, dass das Geld lediglich ein neutrales Tauschmittel sei. Und seine Übernahme der ebenfalls falschen klassisch-neoklassischen Vorstellung von der Kapitalbildung führte dazu, dass sein berechtigtes Streben nach einer

⁶⁰ Leopold Kohr (1973/2007), S. 29 - 30 (eigenständige Entwicklung mit lokalen Ressourcen), 36 (Bikini-Lebensstandard), 38 (Fußgänger- statt Autostädte), 55 (italienische Stadtstaaten als Vorbilder einer eigenständigen Entwicklung) und 112 (interregionaler Handel).

⁶¹ Leopold Kohr (1973/2007), S. 47 (geografisch beschränkte heimische Ökonomie). - John Maynard Keynes (1933/1982), S. 236, und ders. (1936/1976), S. 322 - 323 (internationale Arbeitsteilung).

⁶² Leopold Kohr (1973/2007), S. 41- 43 (Ricardos Gesetz der komparativen Kostenvorteile des internationalen Handels und Handelsprotektionismus) und 53 - 54 (Hinweis auf E.F. Schumachers Anregungen zu Keynes' Bancor-Plan).

eigenständigen Entwicklung der Länder des Südens in den Denkmustern einer kapitalistischen „nachholenden Entwicklung“ stecken blieb und noch zusätzlich auf Abwege geriet, indem ein zeitlich befristeter „Entwicklungskommunismus“ zur Initialzündung für eine spätere sich selbst tragende wirtschaftliche Eigendynamik der Länder des Südens werden sollte.

Ohne auch nur im Entferntesten an eine Mitwirkung des Geldes und der Privatisierung von gemeinschaftlichem Land bei der ursprünglichen Akkumulation zu denken, antwortete Kohr auf die Frage, „welcher Zauberer ... die Kraft freisetzte, die im Schoß gesellschaftlicher Arbeit verborgen ist“, ganz in Übereinstimmung mit der Klassik und Neoklassik: „Blut und Mühsal und Schweiß und Tränen“. Das Kapital stelle „eingefrorene Arbeit oder nicht konsumiertes Produkt“ dar. „Es bedeutete, dass ein Teil des durch Arbeit geschaffenen Werts nicht an die Arbeitenden zurückfließen konnte; dass die Menschen härter arbeiten mussten, ohne zunächst individuell angemessen dafür entlohnt zu werden.“ Einerseits ging Kohr über die Tatsache hinweg, dass „die Arbeitenden“ aufgespalten waren in Produktionsmittel besitzende Unternehmer und in besitzlose Lohnarbeiter und dass das Kapital nicht nur aus „eingefrorener Arbeit“ bestand, sondern aus einer in sich widersprüchlichen Mischung von gesparten Teilen des Unternehmerlohns und angesparten leistungslosen Einkünften aus Bodenrenten und Geld- und Realkapitalzinsen. Andererseits sah er auch die Rolle des „den Profit hortenden und damit automatisch Kapital akkumulierenden Privatunternehmers, der seine Kommandoposition daraus ableitet, dass er die Produktionsmittel besitzt.“⁶³

Allerdings waren die Privatunternehmer für Kohr „eher Beschleuniger denn Begründer“ der ursprünglichen Akkumulation und des Take-offs in die „Phase wirtschaftlichen Wachstums“ - was auch durchaus zutraf. Aber statt die tiefere Wurzel der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital im strukturell mächtigen Geld, in der privaten Aneignung von Boden und in der Verkümmern der Arbeit zur abhängigen Lohnarbeit zu suchen, vermutete Kohr als „einzige Alternative zum privaten Akkumulator“ die Existenz eines „staatlichen Kapitalakkumulators“, der „in vorkapitalistischen Zeiten ... genug Macht hatte, einer Gesellschaft die Last des Fortschritts aufzubürden. Der Zauberer, der die Sturzflut gesellschaftlicher Arbeit entfesselte, war somit stets eine Regierung mit ausgesprochen durchsetzungsfähiger autoritärer Führung, hinter der zudem immer eine gleichermaßen zwingende Ideologie stand, welche die Menschen dazu brachte, ihre Entbehrungen nicht mit Resignation, sondern mit Inbrunst zu ertragen.“⁶⁴

Aus diesem unzureichenden Verständnis der ursprünglichen und fortgesetzten Kapitalakkumulation leitete Kohr eine Empfehlung an ‚unterentwickelte‘ Länder des Südens ab, „die gleichen Reichtümer“ wie der Norden „auch aus eigener Kraft zu akkumulieren“, d.h. die Entwicklung des Nordens ohne dessen Unterstützung

⁶³ Leopold Kohr (1973/2007), S. 77 - 78 (ursprüngliche Akkumulation und weitere Kapitalbildung)

⁶⁴ Leopold Kohr (1973/2007), S. 78 (Unternehmer nicht als Begründer, sondern nur Beschleuniger der Kapitalbildung; staatlicher Kapitalakkumulator mit autoritärer Führung).

nachzuholen. „Sie müssen daher nur nachmachen, was ihre Unterstützer so wohlhabend machte: sich ... aus eigener Kraft hochzuarbeiten, so mühselig das auch sein mochte.“ Der Süden sollte seine Entwicklung aber nicht auf dem Weg einer privatkapitalistischen ursprünglichen Akkumulation nachholen, sondern diese ursprüngliche Akkumulation durch diktatorische Regierungen in Gang setzen und vorübergehend „ein autoritäres System übernehmen, das man unter diesen Umständen als präventiven oder Entwicklungskommunismus bezeichnen könnte“. Eine Demokratie mit langwierigen Debatten sei auf dem Ausgangspunkt eines niedrigen Entwicklungs- und Produktivitätsniveaus zu zeitaufwändig. Dabei dachte Kohr nicht an Despoten, sondern an „geistvolle Autokraten.“⁶⁵ Dennoch stand seine Empfehlung in einem diametralen Gegensatz zu seinem sonstigen anarchistischen Individualismus und zu demokratischen Bürgerrechten.

Im ersten Stadium des Entwicklungskommunismus, dem Stadium des „Dorfstaates“, müssten „zunächst so gut wie alle bestehenden Eigentumsverhältnisse vorübergehend aufgehoben werden“ - gegen den Widerstand der „besitzenden Klassen“, mit denen Kohr den „großen Landadel und sein begütertes bourgeoises Gefolge“ meinte. Auch die Arbeiter könnten nicht freiwillig bereit sein, die mit der Inangsetzung einer eigenen Kapitalbildung und Entwicklung verbundenen Lohnverzicht und Entbehrungen auf sich zu nehmen. „Möglicherweise müssen wir in Baracken untergebracht, in Gemeinschaftsräumen verköstigt und allgemeinen Disziplinierungen unterworfen werden.“ Sobald die landwirtschaftliche Produktivität zunehme, „können die ersten Brigaden gesellschaftlicher Arbeit aus der Subsistenzproduktion entlassen“ und für den Bau von Dämmen, Bewässerungsanlagen, Zäunen, Wegen, Scheunen und „kommunalen Lagerhäusern und Vertriebszentren“ eingesetzt werden. Chinesische Produktionskommunen oder die Kibbuzim in Israel nannte Kohr als Beispiele für einen solchen Entwicklungskommunismus.⁶⁶

Als dessen zweite Stufe könne die Bildung von Stadtstaaten mit „überschaubaren Gesellschaften“ folgen. Darüber hinaus könne man „den Prozess wirtschaftlichen Wachstums auf eine unangenehme Stufe weitertreiben, indem wir eine Reihe gesunder Stadtstaaten zur ungeheuer ausgedehnten Entität des Nationalstaates zusammenfassen.“⁶⁷ Der „Sprung ins Reifestadium“ der Entwicklung werde jedoch bereits in den Stadtstaaten vollbracht. In ihnen würde die „natürliche Wachstumsmission erfüllt“ und ein „richtig proportionierter Fortschritt“ erreicht. Den Entwicklungskommunismus betrachtete Kohr zwar als „das einzige System, das die

⁶⁵ Leopold Kohr (1973/2007), S. 18 - 19 (eigene nachholende Entwicklung), 80 (autoritärer Entwicklungskommunismus), 89 (Lohnverzicht der Arbeiter) und 100 - 101 (Demokratie), 115 und 118 (geistvolle Autokraten).

⁶⁶ Leopold Kohr (1973/2007), S. 90 (Aufhebung bestehender Eigentumsverhältnisse), 92 - 93 (ländliche Infrastruktur), 96 - 101 (Stadtstaaten), 118 - 119 (Verstaatlichung des Eigentums des Landadels) und 125 (Entbehrungen der Arbeiter).

⁶⁷ Leopold Kohr (1973/2007), S. 96 (Stadtstaaten), 103 (überschaubare Gesellschaften) und 109 (Nationalstaaten als dritte Entwicklungsstufe).

Entwicklungsprobleme unserer Zeit rasch und ohne Hilfestellung lösen kann“; er war für ihn jedoch keine „Endstation“, sondern bereits auf der zweiten und erst recht auf der dritten Entwicklungsstufe „können wir uns Freiheit und Demokratie leisten, denn nun haben wir Zeit.“ Außerdem könne die zweite Stufe gleichsam zur „Abschussrampe für künftiges Privatunternehmertum“ werden. „Wenn der Stadtstaat voll ausgereift ist, ist die Bühne bereitet, um gleichzeitig die politische wie die ökonomische Regierungsmaschinerie zu verkleinern und den Großteil der Wirtschaft individuellen Unternehmern zu überlassen.“ Der Entwicklungskommunismus werde in den Stadt- und Nationalstaaten „absterben“ - ähnlich wie Marx & Engels das allmähliche „Absterben des Staates“ nach einer proletarischen Revolution erwartet hatten. Außerdem berief sich Kohr dabei besonders auf den sowjetischen Ökonomen Esvey Liberman, also auf einen Ökonomen, der „nicht in einer Hochburg des Kapitalismus, sondern im Herzen des Kommunismus“ lehrte.⁶⁸

Doch was ist das für eine ‚Reife‘ der Kapitalbildung, bei der der von den Arbeitern einbehaltene Mehrwert zwangsweise vom Staat zu Kapital akkumuliert wird? Kann sie wirklich eine Dezentralisierung des Eigentums in ‚richtigen Proportionen‘ und eine Überwindung der Lohnarbeit vorbereiten? Was ist, wenn eine kommunistische Entwicklungsdiktatur - wie in China - die politische Macht auch nach der Entfesselung von privatwirtschaftlichen Kräften nicht aus der Hand gibt? Und wollte Kohr überhaupt einer erneuten Konzentration von Geld- und Realkapital vorbeugen? An die Stelle des „autoritären Entwicklungskommunismus“ könnten auf der zweiten Entwicklungsstufe der Stadtstaaten „durchweg uneingeschränkte Laissez-faire-Systeme treten“, d.h. Kohr dachte nicht daran, die ökonomische Freiheit auf den Märkten von sich entwickelnden Stadt- und Nationalstaaten in eine rechtliche Rahmenordnung einzubetten, die verhindert, dass auch im Süden jene großen marktbeherrschenden Unternehmen entstehen, die er im Hinblick auf den ‚entwickelten‘ Norden auch selbst als „Krebsgeschwüre der übermäßigen Anhäufungen und Konzentrationen“ kritisierte.⁶⁹

Die verhängnisvolle Systemlogik der kapitalistisch oder kommunistisch induzierten ‚nachholenden Entwicklung‘ ließe sich überwinden, wenn unter Kapitalakkumulation sowohl im ‚überentwickelten‘ Norden als auch im ‚unterentwickelten‘ Süden nicht mehr eine Akkumulation von gesparten Arbeits- und leistungslosen Einkommen verstanden würde - der zugleich eine Konzentrationsdynamik innewohnt - , sondern wenn das Aufhäufen leistungsloser Einkünfte (Bodenrenten, Geld- und Realkapitalzinsen, Dividenden, Patenteinnahmen usw.) mit Hilfe einer freiheitlichen und zugleich gerechten Rahmenordnung der Märkte unmöglich gemacht wird und wenn dann nur noch breit gestreute Einkommen aus menschlicher Arbeit (teilweise) gespart und investiert werden können. Dann würde

⁶⁸ Leopold Kohr (1973/2007), S. 81, 104 - 107 (Reifestadium mit erfüllter Wachstumsmission; Übergang zur Demokratie und Privatwirtschaft; „Absterben des Staates“ und Esvey Liberman), 120 (Abschussrampe für privates Unternehmertum) und 130 (proportionierter Fortschritt).

⁶⁹ Leopold Kohr (1973/2007), S. 104 (vom Entwicklungskommunismus zum Laissez-faire) und 121 (Konzentration als Krebsgeschwür).

das möglich - und zwar ohne den Umweg über einen „Entwicklungskommunismus“ - , was Kohr sich mittel- und langfristig als eigenständige Entwicklung des Südens erhoffte und was sich vor ihm unorthodoxe Ökonomen von den Frühsozialisten bis zu den frühen Ordoliberalen als eigenständige Entwicklung des Nordens vorstellten: nämlich ein überschaubares, überwiegend regionales und dennoch auch weltoffenes Wirtschaften, das

a) „auf kleinen konkurrierenden und nicht auf großen monopolistischen Geschäftseinheiten beruht“, und das

b) auf kürzeren Entfernungen zwischen Wohnorten und Arbeitsstätten beruht. Kohr erinnerte in diesem Zusammenhang an entsprechende Bestrebungen von Robert Owen und anderen Frühsozialisten in England und Frankreich während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, an ähnliche Bestrebungen von Mahatma Gandhi und Vinoba Bhave während der 1940er Jahre in Indien, an die von dem sizilianischen Architekten Danilo Dolci initiierten „Gruppen innerhalb von Gruppen“ oder an die Bewegung ‚Fourth World‘ in England.⁷⁰

„Probleme der Stadt“ (1989)

Mit dem Gegensatz zwischen Stadt und Land sowie mit dem Problem des überbordenden Verkehrs befasste sich Kohr in seinem letzten Buch, nachdem er in besonderer Anerkennung seines Eintretens für eine „Entwicklung ohne Hilfe“ im globalen Süden 1983 mit dem von Jakob von Uexküll gestifteten Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet worden war. 1986 war Kohr von Wales in die südenglische Stadt Gloucester gezogen und plante darüber hinaus seine Rückkehr nach Salzburg, wo er bei der Gründung des Nationalparks Hohe Tauern mitwirkte und wo auch gerade eine Leopold-Kohr-Akademie entstand.

Die geschäftige Hektik und die Hässlichkeit weiter Teile von Großstädten bewegten Kohr, sich in seinem letzten Buch noch einmal wie schon in den „Überentwickelten Nationen“ mit ästhetisch anspruchsvolleren Leitbildern für die zukünftige Stadtplanung sowohl im Norden als auch im Süden zu beschäftigen. Seine Ziele waren eine „Rückentwicklung der Verkehrsdichte“, ein „zweites Eisenbahnzeitalter“ und „Metropolen für Fußgänger“.⁷¹ Als Ursache für das Wachstum von Megastädten und ihren Slums im Süden betrachtete Kohr allerdings nur eine „zu rasche Mechanisierung der Farmen, die die landwirtschaftliche Effizienz in solchen Sprüngen vorwärtstreibt, dass keine lokale Industrie die Kapazität hat, die frei gewordenen Arbeitskräfte zu absorbieren.“ Um die Menschen auf dem Land zu halten, bedürfe es deshalb weniger effizienter „Zwischentechnologien“. Die auf Großgrundbesitzungen betriebene und mit multinationalen Konzernen verbundene

⁷⁰ Leopold Kohr (1973/2007), S. 52 (kleine konkurrierende Geschäftseinheiten) und 54 (andere Siedlungsformen mit kürzeren Entfernungen zwischen Wohnen und Arbeiten). - Vgl. auch Mahatma Gandhi (1953).

⁷¹ Leopold Kohr (1989/2008), S. 68 - 70 und 78 - 86. Vgl. auch Leopold Kohr (1962/2003), S. 145.

Plantagenwirtschaft und die Landlosigkeit von Kleinbauern kritisierte Kohr leider nicht.⁷²

Kurz vor seinem geplanten Umzug nach Salzburg starb Kohr 1994 in Gloucester. Trotz seiner ökonomischen Defizite war es sein unbestrittener Verdienst, eine erste große Bresche in den modernen Glauben an Fortschritt, Wachstum und Globalisierung geschlagen und den Blick für die Notwendigkeit einer Dezentralisierung und Regionalisierung von Politik und Wirtschaft geöffnet zu haben. Insofern ist seine stärkere Beachtung innerhalb globalisierungskritischer Bewegungen längst überfällig.⁷³ Mit einer Aufteilung von großen Staaten zu beginnen - zum Beispiel mit dem Austritt von Wales oder Schottland aus Großbritannien - , hieße jedoch, den zweiten oder dritten Schritt vor dem ersten zu tun. Zweifellos entstand Großbritannien im Zuge der Kapitalkonzentration in der ersten aufstrebenden Industriegesellschaft der Moderne als ein in sich widersprüchlicher Rechts- und Machtstaat, der sich in seinem Expansionsstreben zuerst Wales, Irland⁷⁴ und Schottland einverleibte und sich später ebenso wie andere europäische Rechts- und Machtstaaten Kolonien in anderen Erdteilen unterwarf. Nach Jahrhunderten des gemeinsamen Verwobenseins in falschen Strukturen könnte aber ein selbstständiger Staat Wales oder Schottland nicht automatisch zugleich auch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit von Großbritannien erlangen. Eine Aufteilung von größeren Staaten kann gelingen wie im Fall der ehemaligen Tschechoslowakei (1992). Sie kann aber auch blutig enden, wie wenige Jahre danach der Krieg auf dem Balkan zeigte, dem Bestrebungen der wohlhabenderen Teile des ehemaligen Jugoslawiens vorausgingen, den innerstaatlichen Finanzausgleich für ärmere Regionen abzuschütteln.

10.2 Ernst Friedrich Schumachers „Small is beautiful“

Kohrs bedeutendster Schüler war der ursprünglich aus Deutschland stammende Ökonom Ernst Friedrich Schumacher. Ob er durch seinen Vater Hermann Schumacher, der als Vertreter der Historischen Schule an der Universität Berlin über weltwirtschaftliche Zusammenhänge forschte - bei ihm hatte sich übrigens Walter Eucken promoviert und habilitiert - , schon erste Anregungen erhalten hatte, sich mit internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen auseinanderzusetzen,

⁷² Leopold Kohr (1989/2006), 122 - 123, und ders. (1989/2008), S. 44 - 45.

⁷³ Vgl. Christiane Grefe (2012).

⁷⁴ U.a. wies der Bodenreformer Henry George auf die unrühmliche Rolle hin, welche eine „erbarungslose Horde von Grundherren“ in Irland spielte, „unter die der Boden ohne Rücksicht auf die Rechte derer, die ihn bebauten, als unumschränktes Eigentum aufgeteilt worden war. (1879/1966, S. 60). Henry George hatte vor dem Erscheinen seines Hauptwerks „Progress and Poverty“ bereits ein Buch „The Irish land question - What it involves, and how alone it can be settled“ veröffentlicht (New York 1881).

ist ungewiss.⁷⁵ Während sich sein Vater loyal gegenüber dem NS-Regime verhielt und in engem Kontakt zur damaligen Deutschen Reichsbank stand, war Ernst Friedrich Schumacher 1937 vor dem NS-Regime nach England geflohen, wo er zuvor bereits zeitweise studiert hatte. Dort verfasste er ein Memorandum „Some Aspects of Post-war Economic Planning“, welches Keynes bei der Arbeit an dessen Bancor-Plan wichtige Anregungen gab.⁷⁶

Nachdem Schumacher während des Zweiten Weltkriegs zwei Jahre in der Landwirtschaft gearbeitet hatte, wurde er anschließend Wirtschaftsberater im „National Coal Board“ und Mitglied derjenigen britischen „Control Commission“, die von Frankfurt aus die Neustrukturierung der deutschen Nachkriegswirtschaft, insbesondere des Bergbaus, leitete. In dieser Funktion erhielt er 1949 und 1950 Gelegenheiten, mit dem damaligen deutschen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard über den weiteren Kurs der sog. Sozialen Marktwirtschaft zu debattieren. Der von Erhard stark mitgeprägten westdeutschen Währungsreform vom Juni 1948 stand Schumacher kritisch gegenüber, weil mit ihr keine Maßnahmen zur Verkleinerung der Kluft zwischen Reichtum und Armut einher gingen. Darüber berichtete seine Tochter Barbara Wood: „Currency reform was an ideal opportunity to make sweep-

⁷⁵ Zu Schumachers frühen Prägungen vgl. Barbara Wood (1984), S. 40. - Zur Verbindung zwischen Walter Eucken und Hermann Schumacher vgl. Nils Goldschmidt (2001), S. 165 Anm. 134. Hermann Schumachers Lebenserinnerungen „Ein Leben in der Weltwirtschaft“ sind offenbar nicht veröffentlicht worden. Sein Nachlass befindet sich als „Sammlung Schumacher“ in der Landesbibliothek Oldenburg. Von den Geldreformvorschlägen hatte Hermann Schumacher keine Kenntnis und er erhielt darüber auch von deren Verfechtern Rudolf Nölle und Hans Cöhrssen keine Informationen - jedenfalls nicht in deren in der „Sammlung Schumacher“ enthaltenen Korrespondenzen von 1919 (Nölle / HS 362.941:1 und HS 362.941:2) und vom 25.5. und 3.7.1937 (Irving Fishers Assistent Hans Cöhrssen / HS 362.198:1-2). In einer Mappe mit der Bezeichnung HS 362.1051:1-4 befinden sich eine Korrespondenz Hermann Schumachers mit dem damaligen Reichsfinanzministerium vom 12.9.1922, in der es - auch mit Anknüpfungen an Keynes - um die Reparationsfrage und um die Stabilisierung der Deutschen Reichsmark ging. Eine weitere Mappe mit der Bezeichnung HS 362.1051:1-30 enthält Korrespondenzen Hermann Schumachers mit Hjalmar Schacht als damaligem Präsidenten der Deutschen Reichsbank. Demnach lieferte Schumacher einen Beitrag zur Jubiläumsschrift zu Hjalmar Schachts 60. Geburtstag (Briefe am 7., 9. und 12.1.1937). In einem Brief vom 30.9.1938 bedankte sich Hermann Schumacher für eine Festrede, die Hjalmar Schacht bei einer Feier zu seinem eigenen 70. Geburtstag gehalten hatte. Auch Schumachers 1943 in Leipzig erschienenes Buch „Die Wirtschaft in Leben und Lehre - Eine Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ enthält Anhaltspunkte für eine Nähe von Hermann Schumacher zum NS-Regime und den sog. „deutschen Sozialismus“. So sprach er vom Nationalsozialismus als „großer Wandlung“, durch die das Volk wieder einen Vorrang vor dem Individuum bekommen habe, und von einer Überlegenheit des „deutschen Sozialismus“ gegenüber dem Sozialismus anderer Provenienz (vgl. hierzu S. 413, 479, 494 und 507 - 509). Dadurch dürfte sich der nach England emigrierte Ernst Friedrich Schumacher von seinem Vater entfremdet haben.

⁷⁶ Ernst Friedrich Schumacher (1941) und ders. (1943). Vgl. hierzu Erich Welter (1952), S. 6; Wolfgang Hädecke (1982), S. 7 und 10; Barbara Wood (1984), S. 20 (Treffen Schumacher und Keynes) und 127 - 135 (Bancor-Plan); Charles Hession (1986), S. 1 - 12, und Renate Bürger (2011), S. 57 - 61. Zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Schumachers „Multilateral Clearing“ und Keynes' Bancor-Plan vgl. Edoardo Beretta (2013), S. 25 - 36. - Die einzige Studie über das Verhältnis zwischen Keynes und Schumacher - sie stammt von Victoria Chick - befasst sich nur mit deren wirtschaftsphilosophischen Auffassungen von einem „guten Leben“, aber nicht mit ihren Vorstellungen von einer Neuordnung der internationalen Währungsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg; vgl. Victoria Chick (2013), S. 33 - 45.

ing changes in the distribution of wealth. He did not want the rich to get richer at the expense of the poor, and when currency reform finally came in June 1948, he criticized it on precisely those grounds. He acknowledged that it had an immediate beneficial effect on the consumer economy, but he believed that its social consequences would be disastrous and its economic effect dubious. ... He was very critical of the German government.”⁷⁷ Ob unter diesen Umständen überhaupt ein Gespräch zwischen Erhard und Schumacher über die Grundgedanken des frühen Ordoliberalismus möglich war, ist fraglich.⁷⁸ Hinzu kam, dass Erhard die Entstehung von wirtschaftlicher Macht bei weitem nicht so konsequent verhindern wollte wie Böhm und Eucken.

Wie die frühen Ordoliberalen, aber vermutlich ohne sie zu kennen, hielt es auch Schumacher für notwendig, „systematisch nach Ordnungen zu suchen, in denen Belange ... , die vom privaten Profitstreben nicht konsequent beachtet werden können, in der Lage sind sich durchzusetzen, ohne dass dadurch die legitimen Freiheitswünsche ... zu kurz kommen“. Deshalb verwunderte es ihn, „dass in der modernen Welt gerade dieses Suchen fast vollständig unterbleibt.“⁷⁹ Trotzdem begab sich auch Schumacher nicht auf die systematische Suche nach einem gerechten ordnungspolitischen Rahmen für eine freiheitliche Wirtschaft. Ähnlich wie bei Leopold Kohr drehte sich auch bei Schumacher alles um den Gedanken, „dass in der Frage des Wesens oder der Natur des Privateigentums die Größenverhältnisse von entscheidender Bedeutung sind.“ Aber es finden sich in seinen Werken keinerlei Hinweise auf eine die Kapitalkonzentration fördernde Kraft des Geldes und auch keine einzige Bezugnahme auf ordoliberale Gedanken über den Gegensatz zwischen den großen marktbeherrschenden Konzernen und einem zukünftigen, rechtsstaatlich geordneten vollständigen Wettbewerb zwischen vielen kleinen und mittleren Unternehmen. Als Walter Eucken kurz vor seinem Herzversagen in London seine letzten Vorträge über die Wirtschaftsmacht der großen Konzerne und eine ordoliberale Anti-Monopol-Politik hielt, befand sich Schumacher noch in Frankfurt. Von dort reiste er einige Male nach Paris, um an Beratungen der „Organisation for European Economic Co-operation“ (OEEC, der Vorläuferorganisation der späteren OECD) teilzunehmen, bei denen es um eine eventuelle zukünftige „European Payments Union“ ging. Schumacher stellte eine an die damalige Situa-

⁷⁷ Schumachers Tochter Barbara Wood zitierte aus einem Text, den Schumacher im Juni 1948 bei einem Treffen der „Control Commission“ vorgetragen hat: „Currency reform and various other developments in the recent past have produced an exceptionally great concentration of wealth and income in the hands of a small minority of the German population.“ (1984), S. 206 - 207.

⁷⁸ Walter Eucken hatte Ernst Friedrich Schumachers Wirken in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats im Bundeswirtschaftsministerium Ende Februar 1950 kritisiert. Vgl. hierzu seinen Brief an Hayek (1950b) und Wilhelm Röpke (1960/61), S. 3 - 19.

⁷⁹ Ernst Friedrich Schumacher (1962/1974), S. 209 - 210. - Wolfgang Hädecke (1982), S. 11 (Diskussionen Schumachers mit Ludwig Erhard). Schumachers Tochter Barbara Wood berichtete anhand von Schumachers Briefen an seine Frau Annemarie von den Eindrücken, die Schumacher unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bei Reisen durch Deutschland gesammelt hatte; vgl. Barbara Wood (1984), S. 168 - 184.

tion in Europa angepasste Variante seines Konzepts für ein „Multilaterales Clearing“ zur Debatte, das er Keynes 1941 unterbreitet hatte. Zunächst war er zuversichtlich, dass die Delegierten der 16 Mitgliedsstaaten der OEEC seinen Vorschlag ernsthaft aufgreifen würden, die europäische Einigung auf der wirtschaftlichen Grundlage eines neutralen Clearings des innereuropäischen Außenhandels der Mitgliedsländer und nicht auf der Grundlage einer die einzelnen Landeswährungen ersetzenden Einheitswährung voranzutreiben. Aber dann erging es ihm ähnlich wie Keynes 1944 auf der Konferenz in Bretton Woods - sein Vorschlag wurde verworfen.⁸⁰

Erfahrungen in Asien und Mahatma Gandhi als großes Vorbild

Nach dieser Enttäuschung kehrte Schumacher zunächst nach England zurück. Von 1950 bis 1970 wurde er Chefökonom in der Verwaltung des britischen Kohlebergbaus und vertiefte sich während der frühen 1950er Jahre nebenbei in die Werke von Marx, Georges Gurdjief und besonders von Mahatma Gandhi. Auch Reisen, die er als Wirtschaftsberater nach Indien und in das damalige Birma (Myanmar) unternahm, gaben ihm Anregungen, die Weltwirtschaft fortan stärker aus der Perspektive des Südens zu sehen.

Obwohl es sich nach seinem Eindruck bei der sog. Entwicklungshilfe „um einen ehrlichen Versuch der Wohlhabenden handelt, den Armen zu helfen“, kamen Schumacher massive Zweifel, ob sich damit im Süden die Flucht der Landbevölkerung in die Elendsviertel der schier unaufhaltsam wuchernden Großstädte aufhalten ließ. „Die doppelte Krankheit von Landflucht und Massenarbeitslosigkeit ist etwas Neues, das sich weder aus Kapitalmangel noch aus Bevölkerungsvermehrung erklären lässt.“ Schumacher hielt sie für einen unübersehbaren Beweis für die Falschheit der neoklassischen Gleichgewichtsmodelle und stellte ihnen im Hinblick auf das massenhafte Elend in den Slums ein „Gesetz der kumulativen Entwicklungen“ von sich immer weiter aufschaukelnden Ungleichgewichten der Wirtschaft entgegen. „Wirkliche Hilfe wird nur dann zustande kommen, wenn es gelingt, den Menschen außerhalb der großen Metropolen produktive Arbeit zu verschaffen, aufgrund derer sie sich weitgehend selbst versorgen können. ... Es gilt, aus ... lokal beschaffbaren Rohmaterialien für den lokalen Markt Waren herzustellen mit Hilfe von Produktionsverfahren, bei denen die Ausrüstung pro Arbeitsplatz im Durchschnitt nicht mehr als, sagen wir, eintausend Mark kosten darf.“⁸¹

Schumachers großes Vorbild war der 1948 durch ein Attentat ums Leben gekommene indische Rechtsanwalt Mahatma Gandhi, der den gewaltlosen Wider-

⁸⁰ Ernst Friedrich Schumacher (1967/1974), S. 211 - 212 (Bedeutung der Größe für die Nützlichkeit oder Schädlichkeit des Privateigentums an den Produktionsmitteln). - Zu Walter Euckens letzten in London gehaltenen Vorträgen vgl. ders. (1950/2001). - Barbara Wood (1984), S. 209 - 210 (Schumachers Misserfolg bei der OEEC in Paris).

⁸¹ Ernst Friedrich Schumacher (1964), S. 95 - 97, 103 - 104, 108 und 116.

stand gegen die britische Kolonialherrschaft angeführt und sowohl für die Versöhnung zwischen Hindus und Muslimen als auch für die Gleichberechtigung von Frauen und Unberührbaren gekämpft hatte. Seine Grundüberzeugung „Satyagraha“, die Treue zur Wahrheit, beinhaltete neben der unbedingten Gewaltlosigkeit („Ahimsa“) auch Vorstellungen von einer demokratischen Selbstbestimmung der Menschen in Indien („Swaraj“) und von einem annähernd gleichen wirtschaftlichen Wohlstand für alle („Sarvodaya“), der zum großen Teil auf landwirtschaftlichen und handwerklichen Tätigkeiten selbstständiger Produzenten beruhen sollte. Anders als der klassische Liberalismus in Europa strebte Gandhi nicht nach dem „größten Wohl der größten Zahl“ (Jeremy Bentham), sondern er sah das Wohl des Einzelnen im „größten Wohlergehen aller enthalten“ („Sarvodaya“).

Zu Gandhis Verständnis des Gebots, nicht zu stehlen, gehörte es auch, „Besitz in bescheidenen Grenzen zu halten“. Reiche sollten sich „des Besitzes entäußern ... , wenn sie ohne Notwendigkeit besitzen“.⁸² Doch wodurch kamen Reiche überhaupt in die Lage, viel Besitz anzuhäufen? Und würden sie sich davon freiwillig trennen? In welchem Umfang wäre Besitz nicht mehr notwendig? „Zahle ich meinem Arbeiter den schuldigen Lohn, so komme ich nicht in die Lage, unnötigen Reichtum anzuhäufen.“ Damit dachte Gandhi - obwohl er die von der englischen Kolonialmacht nach Indien übertragene „Modetorheit, Großindustrie zu schaffen“, ablehnte und „persönlich gegen die großen Trusts war“ - allerdings noch nicht über das hierarchische Lohnarbeitsverhältnis hinaus. Die Kapitalisten forderte er lediglich auf, ihren Besitz zum Wohle der Gesellschaft in „Treuhandstiftungen“ zu überführen, d.h. „persönliche Eigentumsrechte an ihrem Vermögen aufzugeben“, weil ohnehin „alles Gott gehöre und von ihm abstamme. Darum gehöre alles Seinen Menschenkindern in ihrer Gesamtheit, nicht einem besonderen Einzelnen.“ Und die Arbeiter sollten sich zwar gewerkschaftlich organisieren, aber keinen Klassenkampf gegen die Kapitalisten führen. Gandhi wollte sowohl einen „auskömmlichen Mindestlohn“ als auch eine „Grenze für ein Maximaleinkommen“ festlegen und im Laufe der Zeit „den Unterschied mehr und mehr verwischen“. So lasse sich die „gegenwärtige kapitalistische Gesellschaftsordnung in eine Ordnung der Gleichheit umwandeln. ... Das Streben nach wirtschaftlicher Gleichheit bedeutet ... einerseits, dass man die wenigen Reichen, in deren Händen sich die Hauptmasse des Volksvermögens befindet, herab nivelliert, und dass man auf der anderen Seite die halb nackten Millionen hinauf nivelliert.“⁸³

⁸² Mahatma Gandhi (1953), S. 12 - 13 (größtes Wohlergehen aller) und 21 - 23 (nicht stehlen und nicht besitzen, was man nicht braucht). - Gandhis Wertschätzung der Handarbeit beruhte auch auf seinen Sympathien für den englischen Kunsthistoriker und Sozialphilosophen John Ruskin, der die Gartenstadtbewegung beeinflusst hatte, und den russischen Dichter Leo Tolstoi (1953, S. 13, 27 und 56).

⁸³ Mahatma Gandhi (1953), S. 41 (gerechter Lohn), 54 - 55 (Kritik an großen Trusts und an der großindustriellen Massenproduktion) und 57 - 60 (Treuhandstiftungen) sowie 101 (Übergang in eine treuhänderische Wirtschaft), 102 (Klassenkampf), 105 und 134 (Gewerkschaften) und 164 (Nivellierung des Gegensatzes zwischen Reichen und Armen).

Einer weiteren kapitalistischen Industrialisierung Indiens und dem „verhängnisvollen Einfluss des ausländischen Kapitals auf unser Regierungssystem“ stand Gandhi ablehnend gegenüber. In der „Vorherrschaft der Industrie“ und der Monopole sowie im „manischen Streben nach Massenproduktion“ sah er einen „Fluch für die Menschheit“ und auch für Indien, denn „wenn es beginnt, andere Nationen auszubeuten - und das muss es tun, wenn es sich industrialisiert - muss es zum Fluch für andere Völker und zur Bedrohung für die Welt werden.“ Das Maschinenwesen dürfe generell nicht überhandnehmen. Deshalb erhoffte sich Gandhi eine allgemeine „Wiedergeburt des Dorfes“ auf der Grundlage von Landwirtschaft, Handwerk und Kleinindustrie mit „Maschinen einfachster Art. ... Wir müssen unsere Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, dass das Dorf in allem sich selbst erhält und hauptsächlich für den eigenen Gebrauch produziert. ... Ich industrialisiere die Dörfer auf andere Art.“⁸⁴

Das Land und die landwirtschaftlichen Geräte sollten nach Gandhis Vorstellungen „genossenschaftlicher Besitz“ sein. Zum zentralen Symbol für seine Vision einer lokalen bzw. regionalen Selbstversorgung wurde das Spinnrad („Khadi“). Als „Ergänzung zur landwirtschaftlichen Arbeit“ sollte es in jedem Haushalt Spinnräder und Webstühle geben, um eine zwar massenhafte, aber nicht in großen Textilfabriken konzentrierte, sondern dezentralisierte textile Heimindustrie aufzubauen. „Die Botschaft des Spinnrades ... fordert von uns Einfachheit, Dienst an der Menschheit, eine Lebensweise, bei der wir anderen keinen Schaden zufügen.“ Das erste Anliegen jedes Dorfes müsse es sein, seine Nahrung und die Baumwolle für den eigenen Bedarf an Tuch selbst zu bauen.“ Außerdem „wird das Dorf ein Dorftheater unterhalten, eine Schule und ein Gemeinschaftshaus. ... Es wird sein eigenes Wasserwerk besitzen, das die Versorgung mit sauberem Wasser sichert. ... Es wird keine Kasten wie heute geben.“ Im Dorf, „das den Charakter einer Republik trägt“, sollten Männer und Frauen nach Gandhis Vorstellungen wirtschaftlich und politisch gleichberechtigt sein. Und die wirtschaftliche Selbstbestimmung Indiens einschließlich der Selbstversorgung seiner Regionen sollte zugleich mit einer Offenheit für die kulturellen Einflüsse anderer Länder sein.⁸⁵

Gandhis Vorstellungen von einer einfachen und gewaltfreien Wirtschaft ähnelten Proudhons und Kropotkins landwirtschaftlich-industriellen Föderationen und Proudhons Unterscheidung zwischen der Technik einerseits als „wunderlicher Erfindung“ und andererseits als „höllischer Maschine“.⁸⁶ Bei aller Kritik an der

⁸⁴ Mahatma Gandhi (1953), S. 49 - 50 (Zweifel an der Industrialisierung), 54 - 56 (lokal-regionale Selbstversorgung vs. Massenproduktion, Kritik an Monopolen und Trusts), 146 (einfaches, gewaltloses Wirtschaften mit dem Spinnrad) und 150 (ausländisches Kapital).

⁸⁵ Mahatma Gandhi (1953), S. 63 (genossenschaftliche Landarbeit), 135 (Spinnrad), 141 - 143 (lokale und regionale Selbstversorgung und demokratische Selbstverwaltung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Bildung), 151 (Erziehung), 153 - 155 (offener Kulturaustausch) und 161 - 162 (Gleichberechtigung). - Die indische Autorin Arundhati Roy hielt Gandhi später eine unzureichende Kritik am indischen Kastensystem vor; vgl. dazu die Website <https://www.zeit.de/2014/40/arundhati-roy-indien-gandhi-kastensystem> (Zugriff: 22.2.2020).

⁸⁶ Pierre Joseph Proudhon (1840/1871), S. 147 und 153.

modernen Technik war Schumacher ebenso wie Proudhon und Gandhi kein Maschinenstürmer, sondern er entwarf in Anlehnung an Gandhi Grundprinzipien für eine „mittlere Technologie“, die speziell auf die Bedürfnisse einer eigenständigen Entwicklung in sog. Entwicklungsländern zugeschnitten war. 1965 ergaben sich hieraus und aus seinen in der Landwirtschaft gesammelten Erfahrungen die Gründung eines „Institute of Intermediate Technology Development“ und eine Mitarbeit in der „Soil Association“.⁸⁷

Hinwendung zu einer „nach-modernen Meta-Ökonomie“

Angesichts der tiefgreifenden sozialen und ökologischen Krisen, in die die moderne Zivilisation geriet, erschien es Schumacher zweifelhaft, ob die Einteilung der Menschheitsgeschichte in Altertum, Mittelalter und Neuzeit noch zutreffend ist. In einem 1967 erschienenen Aufsatz „Aufgaben des nach-modernen Nationalökonomien“ fragte er: „Musste die Neuzeit nicht wie die früheren Zeitalter auch einmal zu Ende gehen? ... Überall ist es zu spüren, dass ein neues Zeitalter angebrochen ist, das sich vom vergangenen mindestens so wesentlich und von Grund aus unterscheiden wird, wie sich die Neuzeit vom Mittelalter unterscheidet. ... Ich spreche darum von der nach-modernen Zeit.“ Im historischen Rückblick betrachtete Schumacher den Zweiten Weltkrieg als Wendepunkt von der Neuzeit zur „nach-modernen Zeit“, weil in ihm „grauenhafteste Massenverbrechen“ geschahen und weil die Menschheit ein unvorstellbares wissenschaftlich-technisches Potenzial zu ihrer eigenen Vernichtung in die Hand bekommen hatte. Außerdem wurde schon bald nach dem Krieg die „Idee des immerwährenden Wirtschaftswachstums zur herrschenden Passion der Menschheit“.⁸⁸

Im Übergang zur nach-modernen Zeit habe sich der bereits in der Neuzeit aufgekommene Drang der Ökonomie nochmals verstärkt, alle wirtschaftlichen Phänomene zu quantifizieren, um ihre sog. Wirtschaftlichkeit zu prüfen. „Überall muss die ‚Wirtschaftlichkeit‘ gemessen und das relativ Unwirtschaftliche ausgemerzt werden.“ Die „Herrschaft der Quantität“ zeige sich in mehrfacher Hinsicht: a) in der „Perfektionierung der kalkulatorischen Methoden“ im Rechnungswesen von Unternehmen; b) in der zur Selbstverständlichkeit gewordenen Gewohnheit, die gegenwärtige Verfügung über Geld höher zu schätzen als die zukünftige und die Zukunft ‚herab zu diskontieren‘; c) in der fortschreitenden Mathematisierung der Ökonomie bis hin zur Ökonometrie und d) in dem „mit Fanatismus verfolgten Ziel ... , überall quantitatives Wachstum“ zu erreichen.⁸⁹

⁸⁷ Vgl. hierzu Wolfgang Hädecke (1982), S. 13 - 14. - Renate Börger (2011), S. 57.

⁸⁸ Ernst Friedrich Schumacher (1967), S. 53 - 54.

⁸⁹ Ernst Friedrich Schumacher (1967), S. 56 - 59. Vgl. auch Schumachers Kritik an der „großen Mode der sogenannten cost/benefit-Analyse“ und an dem die Menschlichkeit zerstörenden „Moloch der sogenannten Wirtschaftlichkeit“. (1973, S. 73 - 74) - Vgl. auch Helmut Woll (2016b), S. 41 - 88.

Allerdings erkannte Schumacher nicht, dass die zum Kult erhobene Quantifizierung der ‚Wirtschaftlichkeit‘ in Wirklichkeit nur eine Fassade war. Auf den ersten Blick erschien sie unbedenklich; hinter ihr verbarg sich jedoch das fragwürdige systemimmanente Streben nach einer maximalen Rentabilität von Geld- und Real-kapital. Diese Renditemaximierung ging vielfach zulasten eines wirtschaftlichen Umgangs mit dem menschlichen Arbeitspotential und mit den natürlichen Ressourcen und verhinderte zugleich, dass sich wirtschaftliches Handeln gleichermaßen an quantitativen wie an qualitativen Zielen ausrichten ließ. Die Wurzel der Pervertierung des Wirtschaftlichkeits- zum Rentabilitätsstreben sah Schumacher jedoch nicht in der Struktur des herkömmlichen kapitalistischen Geldes, das den Menschen und Märkten aufgrund seines Liquiditätsvorteils Rentabilitätsziele vorgeben kann. Trotz seiner hohen Wertschätzung für Keynes nahm er von dessen Deutung des Zinses als Entgelt für den Verzicht auf eine liquide Kassenhaltung von Geld und der Überlegung, diesen strukturellen Liquiditätsvorteil des Geldes mit Hilfe von künstlichen Durchhaltekosten zu neutralisieren, keinerlei Notiz. Schumacher blieb ganz beim neoklassischen Geldverständnis. „Das Geld aber ist selbst nur ein Mittel zum Zweck und hat keinen eigenen Wert.“⁹⁰

Anstatt das als Wirtschaftlichkeitsstreben missverständene Rentabilitätsstreben und die damit einhergehende Tendenz zur übermäßigen Quantifizierung wirtschaftliche Vorgänge als Folgen der strukturellen Macht des Geldes über Menschen und Märkte zu verstehen, führte Schumacher den modernen Kapitalismus mit allen seinen Schattenseiten bis hin zu dem die Natur zerstörenden Wirtschaftswachstum - ähnlich wie Max Weber und andere Soziologen⁹¹ - auf geistige Ursachen zurück. Das war nicht ganz falsch, weil das herkömmliche Geld auch eine Ausdrucksform der geistigen Verfasstheit der Menschen ist; aber in der einseitigen Betonung der geistigen Ursachen der modernen kapitalistischen Wachstumswirtschaft liegt auch eine Verkennung ihrer monetären Antriebskräfte.

Dementsprechend gehörte es für Schumacher zu den besonderen „Hauptaufgaben des nach-modernen Nationalökonomen ... , sich den Zwangsvorstellungen der ‚Wirtschaftsreligion‘, die fast die gesamte Menschheit beherrschen, zu entwinden“. Dem Rechnen der westlich-kapitalistischen „Wirtschaftsreligion“ und ihrer ichbezogenen „Ökonomik des modernen Materialismus“ stellte er im Anschluss an seine in Indien und Birma gesammelten Erfahrungen eine „buddhistische Ökonomie“ entgegen, die „geistige und religiöse Werte“ über das Wirtschaftswachstum stellen sollte. Sie sollte den Menschen einen „rechten Weg der Entwicklung“ weisen, also „den mittleren Weg zwischen materialistischer Rückhaltlosigkeit und traditioneller Unbeweglichkeit, kurz: den Weg des ‚rechten Lebensunterhalts‘.“⁹²

⁹⁰ Ernst Friedrich Schumacher (1967), S. 57.

⁹¹ Ernst Friedrich Schumacher (1971), S. 31 (Verweis auf Webers Studie über „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“, in der Weber die Anfänge des „Siegeszugs der Quantität“ untersucht habe).

⁹² Ernst Friedrich Schumacher (1966), S. 61 (kapitalistische Wirtschaftsreligion), 81 (buddhistische Ökonomie), 84 (Materialismus) und 93 (geistige und religiöse Werte).

Aus einer veränderten Grundeinstellung zum Leben, die gemäß den Lehren des Buddha dem „Meta-Ökonomischen ... den Vorrang vor dem Ökonomischen“ überlässt, und aus der Einsicht, dass „ein Wachstum, das aus der Periode der Beschleunigung nicht rechtzeitig herauskommt ... , notwendigerweise zur Katastrophe führt“, sollten die Menschen einen Willen zur Umkehr entwickeln. Sie sollten erkennen, dass Wachstum gerade keine Garantie für eine wirtschaftliche Stabilität bietet und dass Stagnation kein erstes Anzeichen für einen nahenden Untergang ist. Dass es auch notwendig wäre, die tieferen, im kapitalistischen Geld wurzelnden Antriebskräfte des Wachstums stillzulegen, sah Schumacher allerdings noch nicht. Immerhin sollten die Menschen seiner Ansicht nach lernen, „zwischen reproduzierbaren und nicht-reproduzierbaren Grundstoffen zu unterscheiden“, den Verbrauch der nicht-reproduzierbaren Grundstoffe stark einzuschränken und auf der Grundlage von „Einfachheit und Gewaltlosigkeit“ einen „ganz neuen Lebensstil“ zu entwickeln, der „harmonisch mit den Kräften der Natur arbeitend zum Ziel führt. ... Man braucht keine prophetischen Gaben zu besitzen, um mit aller Gewissheit voraussagen zu können, dass eine Übernahme des amerikanischen Konsumstils durch die gesamte Menschheit nicht möglich ist.“ Die ganze Menschheit stehe Schumacher zufolge daher „auf jeden Fall vor der Aufgabe, eine Produktionsweise und einen Konsumstil zu entwickeln, die dem herrschenden Elend ein Ende machen.“⁹³

Diese Focussierung auf eine andere Produktionsweise und auf einen bescheideneren Lebens- und Konsumstil hat zweifellos ihre Berechtigung, aber in ihr spiegelt sich auch eine Lücke, die Schumacher in dem von der Menschheit zu lösenden Aufgabenkreis gelassen hat. Neben den notwendigen Änderungen in den Bereichen der Produktion und des Konsums bedarf es nämlich ebenfalls Veränderungen im Bereich des Geldes und der Zirkulation, damit eine andere, wirtschaftliche statt rentable und Quantität und Qualität vereinigende Produktionsweise und ein neuer Konsumstil möglich werden können. Ohne sie könnte eine „nachmoderne Nationalökonomie“ zwar gemäß Schumachers Vorstellungen zu einem nicht-technischen „Zweig der Philosophie“ werden; aber die von ihr „zu lösende geistige Aufgabe“ wäre nicht zu bewältigen und die notwendige „Rückführung der Wirtschaft auf dem Menschen angemessene Größenverhältnisse“ bliebe unerreichbar⁹⁴, solange mit dem Bewusstseinswandel nicht zugleich auch ein Wandel der geldwirtschaftlichen Strukturen einher ginge.

⁹³ Ernst Friedrich Schumacher (1973), S. 79 (Vorrang des Meta-Ökonomischen vor dem Ökonomischen) und 86 (Einfachheit und Gewaltlosigkeit), sowie ders. (1967), S. 61 (Wachstum vs. Stagnation), 64 (reproduzierbare und nicht-reproduzierbare Grundstoffe), 66 - 67 (neue sparsame Produktionsweise und gewaltfreier Lebensstil).

⁹⁴ Ernst Friedrich Schumacher (1967), 63 - 65 (Rückführung der Wirtschaft auf menschengemäße Größenverhältnisse) und 68 (geistige Aufgabe).

„Small is beautiful - Die Rückkehr zum menschlichen Maß“ (1973)

Ende der 1960er Jahre - kurz vor dem Ende seiner Tätigkeit als Leiter der britischen Kohlebehörde - lernte Schumacher in London Leopold Kohr kennen. Die beiden freundeten sich so eng an, dass Schumacher vorübergehend zu Kohr mit in dessen Haus in Puerto Rico einzog. Im engen Gedankenaustausch mit Kohr vollendete er sein Buch „Small is beautiful“, das 1973 erschien und schnell zu einem internationalen Bestseller wurde.⁹⁵

Ganz im Geiste von Gandhi, auf den er sich häufig bezog⁹⁶, vertiefte Schumacher seine Kritik am „krankhaften Wachstum ... der monströsen Wirtschaft, die die Welt zerstört. ... Der moderne Mensch erfährt sich selbst nicht als Teil der Natur, sondern als eine von außen kommende Kraft, die dazu bestimmt ist, die Natur zu beherrschen und zu überwinden.“ Selbst der „große Dr. Marx“ habe im Bann der Entfremdung des modernen Menschen von der Natur gestanden und sei diesen „verhängnisvollen Irrtum“ mitgegangen, als er ähnlich wie Adam Smith und anders als die französischen Physiokraten den Wert der auf Märkten gehandelten Waren allein auf die menschliche Arbeit zurückführte. Dass die Neoklassik die Natur ganz aus ihrer Produktionsfunktion entfernte bzw. unter das Kapital subsummierte, erwähnte Schumacher allerdings nicht und seine eigene Rede vom „Naturkapital“ war genauso problematisch wie die sich allgemein verbreitenden Begriffe „Human- und Sozialkapital“, denn weder für Menschen und ihren sozialen Zusammenhalt noch für natürliche Ressourcen ist es angemessen, sie als rentabel verwertbare Kapitalgegenstände zu betrachten.⁹⁷

Davon abgesehen war Schumachers Kritik an der Übernutzung natürlicher und menschlicher Ressourcen aber wegweisend. Zudem erkannte er anhand seiner Erfahrungen in der Kohlewirtschaft sehr frühzeitig, dass mit dem stark ansteigenden Verbrauch fossiler Brennstoffe zur Befeuerung dieser kapitalistischen Wachstumsmaschinerie die große Gefahr verbunden ist, dass die fossilen Brennstoffe zur Neige gehen. Sie „werden vom Menschen nicht erzeugt. ... Wenn sie verbraucht sind, sind sie für immer dahin. ... Wenn wir unsere fossilen Brennstoffe verschleudern, bedrohen wir die Zivilisation.“ Zugleich geht damit die Gefahr einer „Wärmebelastung des Klimas“ einher. Ebenso eindringlich warnte Schumacher vor dem Irrtum, diesen Gefahren durch einen forcierten Umstieg von Kohle, Öl und Gas auf diejenige Energie entgegen zu können, die sich aus der Spaltung von Atomkernen gewinnen lässt. Dabei werden die Probleme nicht gelöst, sondern nur in einen anderen Bereich verschoben. Die langfristig sichere Lagerung des radioaktiv strahlenden Atommülls hielt Schumacher genauso wie den Rückbau dieser „Teu-

⁹⁵ Zur Freundschaft zwischen Kohr und Schumacher vgl. Gerald Lehner (1994), S. 207 - 217, und ders. (2014), S. 101 - 107.

⁹⁶ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 30 - 31, 39 - 40 und 45 (Gandhi).

⁹⁷ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 22 (Naturbeherrschung, Marx), 23 (Naturkapital), 28 - 37 (Verbrauch natürlicher und menschlicher Ressourcen und Klimaerwärmung durch das Verbrennen fossiler Energieträger), 44 (monströse Wirtschaft) 54 (krankhaftes Wachstum).

felsfabriken“ für eine unlösbare Aufgabe und er kritisierte, dass sich der Staat am Ende „große Verpflichtungen auflädt“, weil kein Energiekonzern und keine Versicherung die Haftung für so gigantische Risiken zu übernehmen bereit ist. Die angeblich ‚friedliche Nutzung‘ der Atomenergie „ist ein Angriff gegen das Leben selbst, ein weit ernsthafterer Angriff als jedes vom Menschen jemals begangene Verbrechen. Die Vorstellung, dass eine Gesellschaft auf der Grundlage solcher ‚Verbrechen‘ leben kann, ist ethisch, geistig-seelisch und metaphysisch gesehen ein Unding.“ Ausdrücklich verwahrte sich Schumacher gegen die Unterstellung, jeden wissenschaftlich-technischen Fortschritt abzulehnen. Nur müsse dieser Fortschritt fortan in die Richtung einer „bewussten Erkundung und Pflege aller vergleichsweise gewaltlosen, harmonischen und organischen Methoden für die Zusammenarbeit mit jenem riesigen, wunderbaren und unergründlichen System gottgegebener Natur“ gehen.⁹⁸ -

- Doch wie konnte die moderne Zivilisation überhaupt auf ihren „gegenwärtigen Kollisionskurs“ geraten, auf dem sie sich dermaßen gewalttätig gegen die gesamte Natur stellte? Auf diese Schlüsselfrage gab Schumacher in seinem Buch „Small is beautiful“ leider keine Antwort, die über diejenigen Überlegungen hinausgegangen wäre, die er bereits in seinen früheren Aufsätzen dargelegt hatte. Nach wie vor führte er die Destruktivität der modernen Wirtschaft allein auf die materialistische Lebenseinstellung säkularisierter Menschen, also auf geistige Ursachen zurück und nicht zugleich auch auf ungerechte kapitalistische Strukturen ihres Zusammenlebens.

Mehrere Male bezog sich Schumacher auch in „Small is beautiful“ noch auf John Maynard Keynes, aber nicht auf dessen „Allgemeine Theorie“, in der die privilegierte Stellung des Geldes in der Wirtschaft analysiert war, oder auf dessen „Bancor-Plan“, der die Grundlage für eine gerechtere Weltwirtschaft einschließlich eines Nord-Süd-Ausgleichs legen sollte. Stattdessen knüpfte Schumacher ausschließlich an den Aufsatz über „Die wirtschaftlichen Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ aus dem Jahr 1930 an, in dem Keynes menschliche Schwächen wie das Profitstreben kritisiert hatte.⁹⁹ Im Anschluss daran machte Schumacher den „Rausch der Habsucht“ und eine „Orgie des Neids“ für die zerstörerischen Auswirkungen des Wirtschaftens verantwortlich und beschwor als rettende Kraft ein Wiedererstarken der Religionen. Deshalb nahm er in sein Buch „Small is beautiful“ auch ein Kapitel über eine „buddhistische Wirtschaftslehre“ als Kontrapunkt zur „metaphysischen Blindheit“ der Wirtschaftswissenschaften auf. Mit seinem mittleren Weg zwischen Knappheit und Überfluss böte der Buddhismus den Menschen eine Orientierung für ihre Suche nach einem ‚rechten Lebensunterhalt‘. „Der Grundgedanke buddhistischer Wirtschaftslehre heißt daher Einfachheit und Ge-

⁹⁸ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 14, 27 und 35 (Probleme der Energiegewinnung), 36 (Klimaerwärmung) und 134 - 144 (Atomenergie). - Zur Entstehung der Atomindustrie vgl. Joachim Radkau (1983) und Joachim Radkau & Lothar Hahn (2013).

⁹⁹ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 28 (Kollisionskurs) sowie 31, 37 - 38, 47, 49 und 57 (Keynes).

waltlosigkeit.“ Zugleich betonte Schumacher - nachdem er selbst 1971 zum Katholizismus übergetreten war - , dass die „Wahl des Buddhismus ... rein zufällig“ erfolgte. „Ebenso gut hätte die Lehre des Christentums, des Islams oder des Judentums oder die jeder anderen der großen östlichen Überlieferungen eingesetzt werden können.“¹⁰⁰

Tatsächlich kennen alle Religionen der Welt vom Judentum, dem Christentum und dem Islam über das indianische Verständnis von der Heiligkeit der Mutter Erde bis hin zu den asiatischen, afrikanischen und australischen Überlieferungen die Vorstellung, dass die Erde Gott als unverkäufliches Eigentum gehört und dass die Menschen als vorübergehende Gäste auf der Erde nur einen treuhänderischen Gebrauch von ihr machen dürfen. Diese Lebenseinstellung sei der modernen Ökonomie fremd, welche glaube, lebendige Vorgänge in der Landwirtschaft und in anderen Lebensbereichen mit dem maschinenhaften „Ideal der Industrie“ ausschalten zu können. Demgegenüber stellt „die richtige Verwendung von Grund und Boden kein technisches oder wirtschaftliches, sondern in erster Linie ein metaphysisches Problem dar. ... Unser Verhalten dem Boden gegenüber kann sich erst dann wirklich ändern, wenn zuvor ein großes Maß an philosophischer, um nicht zu sagen religiöser Veränderung stattgefunden hat. ... Es geht um die gesamte Beziehung zwischen dem Menschen und der Natur.“¹⁰¹

Leider hat Schumacher aus dieser veränderten Grundeinstellung des Menschen zum Boden bzw. zur ganzen Natur keine praktischen Konsequenzen im Sinne einer Reform des Boden- und Ressourcenrechts gezogen. Dabei wäre es an der Zeit gewesen, das Streben nach einer gleichen Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Lebensgrundlagen zu aktualisieren und es zu einem Streben nach einer gleichen Teilhabe innerhalb von ökologischen Grenzen weiterzuentwickeln. Und da die Verfügungsmacht privilegierter Minderheiten über Ressourcen eine bedeutende Rolle bei der Monopolisierung von Märkten spielt, könnte - was Schumacher trotz seiner Erfahrungen in der Kohlenindustrie leider nicht sah - eine gleiche Teilhabe aller Menschen an den Ressourcen auch zur Entmonopolisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft sowie zur Entschärfung von Konflikten um Ressourcen beitragen.

Weil der Mensch „kein Erzeuger, sondern lediglich ein Umwandler ... ist“, legte Schumacher immerhin Wert auf eine zwar notwendige, aber nicht hinreichende Unterscheidung zwischen von der Natur gegebenen, nicht erneuerbaren und erneuerbaren Gütern einerseits und den von Menschenhand geschaffenen Gütern

¹⁰⁰ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 37 (Habsucht und Neid), 57 (Buddhismus und andere Religionen), 58 und 62 (metaphysische Blindheit der Ökonomie, rechter Lebensunterhalt). Schumacher orientierte sich am buddhistischen Wirtschaftsverständnis, während Gandhi von den Hindu-Religionen geprägt war. - Mit der Einstellung des Buddhismus zur Wirtschaft hatte ich übrigens auch Henry George schon intensiv auseinandergesetzt; vgl. ders. (1879/2017), S. 243, 287 – 295, 378, 382 und 399.

¹⁰¹ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 112 (Ideal der Industrie) sowie 106, 113 und 118 (richtige Verwendung des Bodens, religiöser Wandel als Voraussetzung für einen anderen Umgang mit dem Boden)

und Diensten andererseits. Und unabhängig von Karl William Kapps Buch über die sog. Externalisierung der „Volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft“ (1958) machte Schumacher darauf aufmerksam, dass die Kosten-Nutzen-Analysen und die Preise ebenfalls nicht die ökologische Wahrheit sagen, weil darin die angeblich ‚freien‘ Naturgüter gar nicht im notwendigen Umfang als Kostenfaktoren einfließen. „Das bedeutet, dass ein Tun auch dann wirtschaftlich sein kann, wenn es der Umwelt schadet, und dass ein damit im Wettbewerb stehendes Handeln unwirtschaftlich ist, wenn es die Umwelt mit einem gewissen Kostenaufwand schützt und bewahrt. ... Damit spiegelt der Markt nur die Oberfläche der Gesellschaft. ... Die Tiefe der Dinge, die natürlichen oder gesellschaftlichen Tatsachen hinter ihnen, werden nicht berücksichtigt.“ Den Markt kritisierte Schumacher pauschal als „Institutionalisierung des Individualismus und der Nichtverantwortlichkeit“¹⁰², ohne den bestehenden Markt als einen kapitalistisch vermachteten Markt zu charakterisieren, auf dem die Preisbildung durch leistungslose Vermögenseinkünfte und durch das Fehlen der sozialen und ökologischen Kosten verzerrt wird. Ebenso wenig fragte Schumacher nach der Möglichkeit eines nachkapitalistischen Marktes, auf dem alle Kosten internalisiert werden, so dass es nur noch Preise gibt, die die ganze unverfälschte soziale und ökologische Wahrheit sagen. In solchen Preisen könnten die Oberfläche des Marktes und die „Tiefe der Dinge“ zur Übereinstimmung kommen.

Nur einmal kam Schumacher mit seiner Bemerkung, dass dort, wo „metawirtschaftliche Maßstäbe“ fehlen, „die Rentabilitätsberechnung an die Macht ... kommt“, dem Schlüsselproblem des kapitalistischen Geldes sehr nahe, welches der Wirtschaft das Rentabilitätsprinzip anstelle des Wirtschaftlichkeitsprinzips gleichsam einprogrammiert.¹⁰³ Einer Lösung dieses Schlüsselproblems mitsamt einer Transformation der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital in seine Dezentralisierung hätte es bedurft, um Schumachers und Kohrs Hauptziele zu erreichen: nämlich zum einen eine Wirtschaft mit einer „Vielzahl kleiner Einheiten“ von Unternehmen jenseits der bisherigen „Vergötterung des Gigantischen“ und zum anderen eine „Technologie mit menschlichen Zügen“ bzw. eine „mittlere Technik“, die sich der Natur anpasst statt sie zu schädigen.¹⁰⁴

¹⁰² Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 49 - 50 (ökologische Unwahrheit der Marktpreise), 55 (Unterscheidung zwischen naturgegebenen und von Menschenhand geschaffenen Gütern).

¹⁰³ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 117.

¹⁰⁴ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 42 (Kohr), 69 und 78 (viele kleine Einheiten anstelle der Vergötterung des Gigantischen) und 145 - 167 und 168 - 184 (mittlere Technologien mit menschlichen Zügen). - An einer Stelle (S. 41) verwies Schumacher auf die Verwandtschaft seiner Vorstellungen von einer dezentralisierten Technik mit den Gedanken, die der US-amerikanische Schriftsteller Aldous Huxley dazu in der „Schönen neuen Welt“ geäußert hatte: „In dieser Gemeinschaft wäre die Wirtschaft dezentralistisch und henry-georgeisch, die Politik kropotkinesk und kooperativ. Naturwissenschaft und Technologie würden benutzt, als wären sie wie der Sabbat, für den Menschen gemacht - nicht, als solle der Mensch (wie gegenwärtig und noch mehr in der „schönen neuen Welt“) ihnen angepasst und unterworfen werden. Religion wäre das bewusste und verständige Streben nach dem höchsten Ziel des Menschen, nach der einenden des immanenten Tao oder Logos, der transzendenten Gottheit oder des

- Schumacher strebte also zusätzlich zu einem neuen, religiös fundierten ökologischen Bewusstsein keinen anderen Rechtsrahmen für den Umgang mit dem Boden und den Ressourcen und auch keine Änderung der kapitalistischen Grundstruktur des die Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital antreibenden Geldes an. Und er blieb auf einen „neuen Lebensstil mit neuen Produktionsverfahren und neuen Verbrauchsmustern“ ohne einen begleitenden neuen Zirkulationsmodus focussiert. Dennoch gab er durchaus wichtige Anregungen für die Entwicklung einer zukünftigen „Ökonomie der Stetigkeit“, die ohne permanentes Wachstum und ohne „immer größere Zusammenschlüsse wirtschaftlicher Macht“ in Konzernen auskommt. „Vernunft verlangt eine neue Hinwendung der Wissenschaft und Technik zum Organischen, Sanften, Gewaltlosen, Anmutigen und Schönen.“ Von besonderer Bedeutung war für Schumacher die Entwicklung von betrieblichen und technischen Rahmenbedingungen, unter denen die menschliche Arbeit ihren bisherigen Charakter als „menschenunwürdige Last“ - die möglichst durch Maschinen ersetzt werden sollte - ablegen kann, damit die „schöpferische Kraft des Menschen hinreichend Spielraum“ bekommt. Anstelle der die Menschen entwurzelnden anonymen kapital- und energieintensiven großindustriellen Produktion sollte eine mehr arbeitsintensive, regional überschaubare Produktion treten. „Der Mensch ist klein und daher ist klein schön. Wer auf Riesenhaftigkeit setzt, setzt auf Selbstzerstörung.“¹⁰⁵

Um zu erreichen, dass der technische Fortschritt den von Schumacher in Übereinstimmung mit Kohn für notwendig erachteten „Grundsatz der Selbstbegrenzung“ respektiert - „beispielsweise im Hinblick auf Größe, Geschwindigkeit und Gewalttätigkeit“, wäre freilich eine Stilllegung des bislang vom kapitalistischen Geld ausgehenden Drangs zur Renditemaximierung erforderlich. Erst dann, wenn die technologische Entwicklung nicht mehr von Rentabilitätsinteressen dominiert wird, können „Technologien mit menschlichen Zügen“, die zugleich die menschliche Arbeit unterstützen und sich der Natur anpassen, an die Stelle der „Technologie der Riesenhaftigkeit, der Überschallgeschwindigkeit, Gewaltanwendung und der Zerstörung menschlicher Arbeitsfreude“ treten. Ganz im Sinne von Gandhi, aber nicht nur im Hinblick auf dörfliche Textilfabrikationen stellte sich Schumacher bezahlbare und reparierbare „Mittlere Technologien“ vor, die an die Stelle der kapital- und energieintensiven großindustriellen Massenproduktion treten. Sie

Brahman. Und die vorherrschende Lebensphilosophie wäre eine Art von höherem Utilitarismus, worin das Prinzip des größten Glücks dem des höchsten Zwecks untergeordnet ist.“ (Aldous Huxley 1932/2000, S. 11.) Leider las Schumacher über Huxleys Erwähnung des Bodenreformers Henry George hinweg.

¹⁰⁵ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 28 (neue Produktionsverfahren und Lebensstile), 39 - 40 (Stetigkeit) sowie 42 - 43, 68 - 70, 73, 76 (Wandel der Arbeit) und 157 (small is beautiful).

dienen, wie es Gandhi formulierte, „der Produktion der Massen statt der Massenproduktion“.¹⁰⁶

Übrigens konstatierte Schumacher ähnlich wie Kohr auch ein „relatives Versagen der Entwicklungshilfe“ von ‚entwickelten‘ Industrieländern an ‚unterentwickelte‘ Länder des Südens. Statt den Ländern der sog. Dritten Welt punktuell große Industrieanlagen und andere Großprojekte, zum Beispiel große Staudämme, wie Fremdkörper zu implantieren, empfahl er die Verbreitung von Mittleren Technologien als Mittel der Hilfe zur Selbsthilfe. „Eine solche Mittlere Technologie wäre weit produktiver als die einheimische Technologie (die sich oft schon in einem Zustand des Verfalls befindet), aber sie wäre auch weit billiger als die ausgeklügelte und sehr kapitalintensive Technologie der modernen Industrie.“ Hierin sah Schumacher auch einen Weg zur „Wiederherstellung des richtigen Gleichgewichts zwischen Stadt und Land“, auf dem sich die weitere Bildung gigantischer Großstädte mit Rändern aus „riesigen Wellblechstädten und Elendsgürteln“ vermeiden ließe.¹⁰⁷

- Im Zusammenhang mit einem Übergang von der harten Groß- zu einer gewaltfreien Mittleren Technik drang Schumacher zwar nicht bis zur Vorstellung vor, dass letztere sich nur durch eine Überwindung der Akkumulation und Konzentration von Bodenrenten, Kapitalzinsen und anderen leistungsfremden Einkommensarten erreichen lässt. Aber immerhin rollte er die Eigentumsfrage in einer Weise neu auf, die sowohl über privat- als auch staatskapitalistische Formen des konzentrierten Eigentums in Konzernen oder ‚volkseigenen‘ Kombinatn hinauswies. Im Hinblick auf eine zukünftige Dezentralisierung des Kapitals deutete Schumacher Konturen einer Vielfalt von unterschiedlichen Eigentumsformen für Produktionsmittel an - mit privatem Eigentum bei kleineren Unternehmen und neuen weder privaten noch staatlichen Eigentumsformen bei mittleren und größeren Unternehmen.

Bereits während der 1960er Jahre hatte Schumacher einmal die Auffassung vertreten, dass privates Eigentum an Produktionsmitteln „für den kleinen Betrieb ... durchaus sinnvoll“ sei. „Es wirkt als ordnendes Prinzip und fixiert Verantwortung. ... Auch eine Aufteilung oder Kollektivierung des Privateigentums zugunsten der Mitarbeiter ist sinnvoll, sofern deren Zahl ... etwa 12 bis 20 nicht übersteigt.“ Aber für größere Betriebe sei das Privateigentum ungeeignet, weil es zu einer „unziemlichen Bereicherung der Eigentümer“ führe. Deshalb hatte sich Schumacher schon während der 1960er Jahre für ein „systematisches Experimentieren“ mit anderen als privaten Eigentumsformen ausgesprochen.¹⁰⁸ Außerdem hielt er den Arbeitsmarkt in seiner herkömmlichen Form als Markt, auf dem mit unselbstständiger Lohnarbeit gehandelt wird, für einen zu überwindenden Missstand. Dort finde eine

¹⁰⁶ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 145 (Selbstbegrenzung der Technik), 150 (Technologie der Riesenhaftigkeit), 152 und 157 (Gandhi und Produktion der Massen an Stelle der Massenproduktion).

¹⁰⁷ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 163 (Versagen der Entwicklungshilfe), 175 (Mittlere Technologien für Länder der sog. Dritten Welt) und 197 (Verhinderung von Riesenstädten mit Slums).

¹⁰⁸ Ernst Friedrich Schumacher (1967/1974), S. 213 - 215.

Aufzehrung der „Substanz des von der Industrie abhängigen Menschen“ statt, denn die menschliche Arbeit werde sowohl zu einem Rädchen im großtechnischen Getriebe als auch zu einer hierarchisch untergeordneten, lohn- und gehaltsabhängigen Beschäftigung degradiert. Daher plädierte Schumacher für kleinere und mittlere Unternehmen mit Mittlerer Technik und kooperativer Arbeitsorganisation, damit die Menschen „bei der Arbeit Freude empfinden, statt ausschließlich für die Lohntüte zu arbeiten und ... Freude lediglich von der Freizeit zu erhoffen.“¹⁰⁹

Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Dezentralisierung der Produktionsmittel empfahl Schumacher anhand seiner eigenen Erfahrungen in der britischen Kohlebehörde, die bestehenden „Großformen der Organisationen“ zu „diversifizieren“ und in ihnen möglichst viele „Quasi-Firmen“ als halbautonome Untergliederungen einzurichten. „Die Hauptaufgabe besteht darin, innerhalb großer Organisationen Kleinheit aufzubauen“ und zentralisierte Entscheidungsbefugnisse gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf die unteren Ebenen zu verlagern.¹¹⁰

Sodann trat Schumacher den von Marx & Engels und ihren Nachfolgern bis hin zu den Theoretikern des „Organisierten Kapitalismus“ in die staatliche Zentralisierung der Produktionsmittel gesetzten Erwartungen entgegen, die im Gefolge der 1968er Studentenbewegung gerade einen neuen Auftrieb erlangten. Ihm hielt er die historische Erfahrung vor Augen, dass „die Abschaffung des Privateigentums allein ... zu keinen großartigen Ergebnissen ... führt“. Zudem hielt er es nicht für ein erstrebenswertes Ziel des Sozialismus, den Kapitalismus im Wettkampf der Systeme um ein höheres Wirtschaftswachstum noch zu übertrumpfen. „Daher überrascht es nicht, dass viele Sozialisten in sogenannten fortgeschrittenen Gesellschaften ... sich gegenwärtig fragen, ob Verstaatlichung nicht überhaupt am Problem vorbeigeht.“ Die Forderung, kapitalistisches Privateigentum durch sozialistisches Staatseigentum zu ersetzen, war für Schumacher jedenfalls ein „klarer Fall von dogmatischer Starrheit“, was ihn sogar zu der Äußerung veranlasste, „dass die Frage des Eigentums nicht die entscheidende ist. ... Sozialisten sollten darauf bestehen, dass verstaatlichte Industriezweige nicht einfach dafür erhalten müssen, kapitalistischer als Kapitalisten zu sein ... , sondern dass ein demokratischeres und würdigeres System der Industrieverwaltung entwickelt wird.“¹¹¹

Damit widersprach Schumacher - wie vor ihm bereits Mill und Proudhon, die Bodenrechts- und Geldreformer und die frühen Ordoliberalen, aber ohne jede gedankliche Verbindung mit ihnen¹¹² - der von Marx & Engels im „Kommunistischen Manifest“ vertretenen Auffassung, wonach die Expropriation der kleinbürgerlichen Schichten der Bauern, Handwerker und kleinen Fabrikanten durch die kapitalistische Großbourgeoisie ein historisch notwendiger Fortschritt war, auf den mit his-

¹⁰⁹ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 27 - 28 (Vernutzung der menschlichen Substanz vs. menschengemäße Arbeit). - Vgl. auch ders. (1973), S. 74 (Arbeitsmarkt als Skandal).

¹¹⁰ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 233 und 236.

¹¹¹ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 244 und 249 - 250.

¹¹² Stattdessen orientierte sich Schumacher am Buch „The Acquisitive Society“ des Historikers und religiösen Sozialisten Richard Henry Tawney (1921/1982).

torischer Zwangsläufigkeit der nächste Fortschritt in Form einer endgültigen Zentralisierung der in wenigen Händen konzentrierten privaten Kapitalien in der Hand des proletarischen Staates folgen werde. Im Gegensatz dazu übernahm Schumacher die Ansicht des britischen Historikers und religiösen Sozialisten Richard H. Tawney, die dieser bereits 1921 in einem Buch „The Acquisitive Society“ vertreten hatte: demnach hat „der private Besitz des arbeitenden Eigentümers ... etwas Natürliches und Gesundes an sich, während ... der Privatbesitz des untätigen Eigentümers ... etwas Unnatürliches und Ungesundes an sich hat. Nicht Privateigentum, sondern von der Arbeit gelöstes Privateigentum verstößt gegen den Grundsatz der Industrie. Und die Vorstellung einiger Sozialisten, dass Privatbesitz an Land oder Kapital unbedingt schädlich ist, ist von ebenso sinnloser scholastischer Kleinlichkeit wie die jener Konservativen, die allem Besitz eine Art geheimnisvollen Glorienschein zubilligen wollen.“ Tawney sprach von einer „Tyrannei des funktionslosen Eigentums“.¹¹³

Während für Schumacher in Anlehnung an Tawney das kleinbürgerliche „Privatunternehmertum mit Besitz ... automatisch klein, persönlich und ortsbezogen ist“ und gesellschaftlichen Nutzen statt Schäden anrichtet - auch das kleine Bodeneigentum? - , „wird beim Übergang vom Kleinbetrieb zum mittleren Betrieb der Zusammenhang zwischen Eigentum und Arbeit bereits aufgeweicht“, indem „funktionslose Eigentümer“ entstehen. Beim privaten und erst recht beim staatlichen Großbetrieb wird dieser Zusammenhang vollends aufgelöst. „Es leuchtet unmittelbar ein“ - so Schumacher in Übereinstimmung mit Kohr - , „dass hierbei die Frage der Größe entscheidend ist.“ Für den positiven oder negativen Charakter des Privateigentums ist jedoch nicht nur seine Größe ausschlaggebend, denn in der kapitalistischen Marktwirtschaft ist auch schon kleines Privateigentum an Produktionsmitteln mit den Fehlstrukturen des Geldwesens und des Bodenrechts kontaminiert.¹¹⁴

Die Notwendigkeit einer Korrektur dieser Fehlstrukturen hat Schumacher nicht mit bedacht, als er in der ansonsten richtigen Blickrichtung nach Alternativen zur privatkapitalistischen Konzentration des Produktionsmitteleigentums und zu einer finalen Expropriation der privatkapitalistischen Expropriateure durch einen proletarischen Staat suchte. Zusätzlich zur Erhaltung der kleinen, von selbst arbeitenden Inhabern geleiteten Unternehmen ging es ihm um die Entwicklung neuer Formen für mittlere und größere Unternehmen, in denen sich der seit den Anfängen

¹¹³ Richard Henry Tawney, *The Acquisitive Society* (1920), S. 74 (funktionslose Tyrannei des funktionslosen Eigentums), zitiert nach Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 252 - 253. - Keynes kannte dieses Buch von Tawney offenbar nicht, sprach aber auch selbst später von Rentiers als „funktionslosen Investoren“.

¹¹⁴ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 253 - 255. Schumachers mangelndes Problembewusstsein in Fragen des Geldes und des Zinses zeigte sich in seiner Äußerung, dass Privateigentum dann „ausbeuterisch“ werde, wenn der Unternehmer „mehr Gewinn entnimmt als ein angemessenes Gehalt für sich und eine Verzinsung seines Kapitals zu einem Zinssatz, der nicht über dem von Dritten geforderten liegt“. (Ibenda)

der kapitalistischen Industrialisierung verloren gegangene „Zusammenhang zwischen Eigentum und Arbeit“ herstellen lässt. „Eine mittlere Unternehmensgröße, die zu unpersönlichen Beziehungen führt, stellt neue Fragen von Lenkung und Überwachung. ... Dann muss bewusst und systematisch ein Kommunikations- und Beratungssystem entwickelt werden, so dass alle Mitglieder der Organisation in gewissem Umfang wirklich an der Geschäftsführung teilhaben können.“ Außerdem stellten „hohe Gewinne“ für Schumacher „das Ergebnis nicht der Leistung des Eigentümers, sondern der Gesamtorganisation“ dar. „Es ist daher ungerecht und gesellschaftlich schädlich, wenn der Eigentümer sie sich allein aneignet. Sie müssten mit allen Mitgliedern der Organisation geteilt werden.“ Freilich müssten dann nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste geteilt werden. Davon abgesehen plädierte Schumacher schließlich noch für „ein gewisses Maß an ‚Vergesellschaftung des Eigentums‘ über die Angehörigen der Firma selbst hinaus“, das an die Vorstellung eines Schenkungsgeldes in Steiners Dreigliederung des sozialen Organismus erinnert. „Diese ‚Vergesellschaftung‘ lässt sich dadurch erzielen, dass regelmäßig ein Teil der Firmengewinne öffentlichen oder wohltätigen Zwecken zugeführt wird, und dadurch, dass Treuhänder von außen eingesetzt werden.“¹¹⁵

Ein Unternehmen, das diese Grundsätze bereits innerhalb kapitalistischer Verhältnisse beispielhaft praktizierte, war für Schumacher das „Gemeinwesen von Scott Bader“ in der englischen Stadt Wollaston zwischen London und Birmingham. Das 1920 von dem Quäker Ernest Bader und seiner Frau Dora Scott gegründete Chemieunternehmen, das mit 160 Beschäftigten Polyesterharze, Polymere und Weichmacher (!) herstellte, war 1951 und 1963 - möglicherweise unter der Mitwirkung von Schumacher¹¹⁶ - in das „Scott Bader Commonwealth“ überführt worden, da die beiden bisherigen Inhaber das - wie sie es nannten - „Gesellschaftsrecht mit seinen diktatorischen Vollmachten der Aktionäre und der von ihnen überwachten Geschäftsleitungshierarchie“ zunehmend kritischer sahen. Gemäß seinem neuen, vielleicht von Robert Owen angeregten Selbstverständnis sollte dieses ‚soziale Unternehmen‘ seine mittlere Größe behalten und „auf nicht mehr als etwa 350 Mitarbeiter anwachsen“, welche „Teilhaber und nicht Arbeitnehmer“ sein sollten. Kündigungen sollten nur bei „gröblichem persönlichen Fehlverhalten“ möglich sein. „Ohne dass die Rentabilität darunter litt“, sollten die höchsten Bruttogehälter und -löhne „unabhängig von Alter, Geschlecht, Aufgabe oder Erfahrung“ nur bis zu siebenmal höher sein als die niedrigsten Bruttogehälter und -löhne. 60 % des jährlichen Nettoertrags blieben der Unternehmensfinanzierung und der Steuerzahlung vorbehalten. Eine Hälfte der entnommenen Gewinne ging an die Mitglieder des Unternehmens und die andere Hälfte wurde für wohltätige Zwecke außer-

¹¹⁵ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 253 - 254.

¹¹⁶ Wolfgang Hädecke erwähnte in seiner Schumacher-Biografie, dass Schumacher am Scott Bader Commonwealth „maßgeblich beteiligt war“; vgl. Wolfgang Hädecke (1982, S. 67).

halb des Unternehmens zur Verfügung gestellt. Für Rüstungs- und Kriegszwecke produzierte die Scott Bader Commonwealth ausdrücklich nicht.¹¹⁷

„Mr. Baders stille Revolution“ war für Schumacher ein Musterbeispiel für den Versuch „wirkliche Demokratie mit leistungsfähiger Unternehmensführung zu verbinden“, wobei die Angehörigen des Unternehmens keine Veranlassung zu Streiks sahen.¹¹⁸ Da jedoch die Rentabilität erklärtermaßen nicht beeinträchtigt werden sollte, dürfte auch ein ‚soziales Unternehmen‘ wie das Scott Bader Commonwealth im Laufe der Zeit nicht um Kompromisse mit den Systemzwängen der kapitalistischen Marktwirtschaft herum gekommen sein. Das Unternehmen existiert noch heute als ein mittlerweile weltweit agierender Chemieproduzent ohne externe Shareholder und mit einer Selbstverwaltungsstruktur.¹¹⁹

Ohne eine Kenntnis der Geld- und Bodenrechtsreform als Mittel zur Überwindung der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital und ohne eine Kenntnis des frühen Ordoliberalismus mit seinen konstituierenden Prinzipien einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft mit einer vollständigen Konkurrenz kapitulierte Schumacher letztendlich doch vor der normativen Kraft der faktisch bestehenden Großunternehmen. Ähnlich wie der Ordoliberalismus, der sich am Ende nur noch mit dem Versuch begnügte, wirtschaftliche Macht durch eine Kartellbehörde kontrollieren zu lassen, statt ihre Entstehung von vornherein zu verhindern, begnügte auch Schumacher sich am Ende mit dem Versuch, Großunternehmen - hatte er nicht wie Kohr zunächst in der schieren Größe das eigentliche Problem gesehen? - mit untauglichen Mitteln zu bändigen. Von seinem ursprünglichen Leitbild „Small is beautiful“ entfernte er sich, indem er im Schlusskapitel seines Buches im Zwischenraum zwischen der kapitalistischen ‚freien Marktwirtschaft‘ mit konzentriertem Privateigentum und einer totalitären Zentralverwaltungswirtschaft mit konzentriertem Staatseigentum nach einem „Eigentums- ‚System‘ für Großunternehmen“ suchte, bei dem eine wirkliche ‚gemischte Wirtschaft‘ erreicht würde.“ Ohne eine Anzahl von Beschäftigten als Mindestgröße für Großunternehmen zu benennen und ohne noch länger an die Rechtsform der Genossenschaften zu denken, die - wie das Beispiel der spanischen Genossenschaft „Mondragon“ im Baskenland zeigt - durchaus beträchtliche Größen zulässt, sah Schumacher für Großunternehmen „hier und jetzt“ allein die Rechtsform der Aktiengesellschaft vor, wobei er eine Umwandlung der bisherigen Aktien „nach amerikanischem Vorbild in nennwertlose Aktien“ vorschlug - also in Aktien, die nicht auf

¹¹⁷ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 262 - 264.

¹¹⁸ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 267 - 269.

¹¹⁹ Vgl. die Website <http://www.scottbader.com/about-us> [Zugriff: 14.10.2015]. Wolfgang Hädecke erwähnte einen von Schumacher später in den USA gehaltenen Vortrag „Ein Weg in die Zukunft“, dass „wir unserem ursprünglichen Ziel, den Arbeitsprozess zu humanisieren, in all diesen Jahren nicht sehr viel näher gekommen sind. Wir sind hier gewissermaßen Sklaven eines technischen Systems, das, wie Schulkinder im Chemieunterricht sagen, ‚stinkt‘, denn genau das tut ein Chemieunternehmen.“ Vgl. Wolfgang Hädecke (1982), S. 73.

einen bestimmten Geldbetrag lauten, sondern einen Teil des Grundkapitals oder Gesamtvermögens der AG repräsentieren.¹²⁰

Da die privaten Großunternehmen „große Vorteile aus der Infrastruktur ziehen, die die Gesellschaft mit öffentlichen Ausgaben geschaffen hat“, aber die Öffentlichkeit bislang allenfalls auf steuerlichem Weg an ihren Gewinnen teilhaben lassen, war Schumacher der Ansicht, dass „der öffentliche Anteil an privaten Gewinnen ebenso gut in einen öffentlichen Anteil des Eigenkapitals der Privatfirmen umgewandelt werden könnte.“ Im Umfang der von ihnen an Private ausgegebenen Aktien sollten die Großunternehmen nochmals die gleiche Menge an Aktien ausgeben und sie dem Staat als unveräußerliche Aktien übereignen. „Nach einem solchen Schema entstünde die Frage der Entschädigung nicht, weil es keine Enteignung im strengen Wortsinn gäbe, sondern nur eine Umwandlung des Rechts der öffentlichen Hand, Gewinnsteuern zu erheben, in eine unmittelbare Teilhabe an den wirtschaftlichen Aktivposten.“ Darin sah Schumacher eine Gewähr dafür, dass die öffentliche Hand einen starken Einfluss auf die kapitalistische Privatwirtschaft nehmen könne.¹²¹

Doch war die öffentliche Hand wirklich nur ein Repräsentant „nichtkapitalistischer gesellschaftlicher Kräfte“, wie Schumacher glaubte? Oder unterlag sie nicht schon damals auch starken Einflüssen seitens der privaten Großunternehmen und ihrer Lobbyisten? Und wie stellte sich Schumacher die neue Einflussnahme der öffentlichen Hand auf die Großunternehmen vor? Am jeweiligen Firmensitz sollte die öffentliche Hand eine lokale Körperschaft bilden, welche die öffentliche Hälfte des Grundkapitals verwaltet. Welche Rechte sollte diese Körperschaft haben und wer sollte ihr angehören? Um Vetterwirtschaft auszuschließen, müssten die „privaten Geschäftsführer der Unternehmen ... vollständig das Kommando behalten“. Abgesehen von nicht näher beschriebenen „besonderen Umständen“ wäre also „mit den Aktien im Besitz der Öffentlichkeit normalerweise kein Stimmrecht verbunden, sondern lediglich ein Informations- und Beobachtungsrecht“. Die öffentliche Hand könne einen oder mehrere „Beobachter“ in den Aufsichtsrat entsenden, wo sie aber keine Entscheidungsbefugnisse haben und sich nur in solchen Fällen, in denen sie das Gemeinwohl gefährdet sehen, an ein „besonderes Gericht“ wenden, „um eine Aktivierung des ruhenden Stimmrechts anzurufen“. Während die „unternehmerischen Rechte“ der öffentlichen Körperschaft „im Normalfall ruhen würden, sollten die geldlichen Rechte von Anfang an und dauerhaft gelten. D.h. anstelle der früheren Steuern auf Unternehmensgewinne sollte „die Hälfte aller ausgeschütteten Gewinne ... automatisch an die öffentliche Hand gehen“.¹²²

Bei der personellen Zusammensetzung dieser öffentlichen Körperschaften („Gesellschaftsräte“) dürften parteipolitische Interessen keine Rolle spielen. Sie soll-

¹²⁰ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 271. - Zur Genossenschaft Mondragón vgl. Elisabeth Voß (2013).

¹²¹ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 271 - 273.

¹²² Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 274 - 275.

ten auch nicht von Beamten besetzt werden, sondern von „Ortsansässigen“, von den „örtlichen Gewerkschaften“ und den „örtlichen Berufsverbänden“ für jeweils fünf Jahre ernannt (!) werden, „wie das bei Schöffen geschieht. ... Die Gesellschaftsräte hätten über die ihnen in Form von Dividenden auf die im öffentlichen Besitz befindlichen Aktien zufließenden Einkünfte vollständige Verfügungsgewalt“, wobei Schumacher keinerlei Angaben über die Verwendung dieser Gelder machte. Immerhin wäre der Gesellschaftsrat zur öffentlichen Rechenschaftslegung verpflichtet.¹²³

Dass bei einer solchen Umgestaltung von Großunternehmen praktische Probleme auftreten könnten - zum Beispiel bei multinationalen Konzernen, bei Kapitalerhöhungen, Fusionen oder Konkursen -, hielt Schumacher für unwahrscheinlich. „Der Übergang vom gegenwärtigen System auf das vorgeschlagene würde keine ernsthaften Schwierigkeiten bieten.“¹²⁴

Zurück oder vorwärts zum menschlichen Maß?

Um die Mitte der 1960er Jahre hielt Schumacher die Welt bereits für so stark gefährdet, dass ihm fraglich erschien, ob „es noch bis zum Jahre 2000 gut gehen könne“. Und er fragte: „Was wird bis zum Jahre 2010 oder 2020?“ Das mag man ihm im Nachhinein als Fehleinschätzung vorhalten. Es ist jedoch nicht entscheidend, ob die Ressourcen der Erde schon im Jahr 2020 zur Neige gehen oder erst in den Jahren 2050 oder 2100. Was macht es angesichts der Entstehung der Ressourcen in Millionen von Jahren, ob sie 50 Jahre früher oder später erschöpft sind? Unabhängig vom Zeithorizont behält Schumachers Warnung, dass „ein Wachstum, das aus der Periode der Beschleunigung nicht rechtzeitig herauskommt ..., notwendigerweise zur Katastrophe ... führt“, ihre volle Berechtigung. So oder so gebührt ihm eine hohe Achtung davor, dass er die kommende Krise einschließlich der Klimaerwärmung so frühzeitig erkannte und die Öffentlichkeit zu einer geistigen und ökonomischen Kurskorrektur aufgefordert hat.¹²⁵

Dass Schumacher am Ende trotz seiner Grundsatzkritik am Großen die Existenz von großen Aktiengesellschaften akzeptierte und sie lediglich bändigen wollte, bleibt jedoch unbefriedigend. Statt visionär über die Existenz von modifizierten Großunternehmen hinauszudenken und zu überlegen, welche ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für eine Wirtschaft nach „menschlichem Maß“ zu schaffen wären, fiel Schumacher in eine pragmatische, zu komplizierter Bürokratisierung führende Realpolitik zurück und blieb in korporativen Vorstellungen stecken, wie sie sie auch Keynes schon vor seiner tiefergehenden Auseinandersetzung mit dem Geld in seiner Studie über das „Ende des Laissez-faire“ (1926) mit seinen Ausführungen über eine „Halbsozialisierung“ von Großunternehmen vertreten hatte. Eine

¹²³ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 275 - 276.

¹²⁴ Ernst Friedrich Schumacher (1973/2013), S. 276 - 278.

¹²⁵ Ernst Friedrich Schumacher (1967), S. 60 - 61. - Vgl. auch Helmut Woll (2016b), S. 41 - 48.

Dezentralisierung der Wirtschaft nach menschlichem Maß mit einem neuen von Schumacher eigentlich angestrebten „Zusammenhang von Eigentum und Arbeit“, mit einer Überwindung der Lohnabhängigkeit und mit einer Mittleren Technik lässt sich auf diese Weise kaum erreichen.¹²⁶

Genau genommen stimmt in Kohrs und Schumachers Plädoyer für eine „Rückkehr zum menschlichen Maß“ auch die historische Blickrichtung nicht. Es kann nämlich nicht um eine „Rückkehr“ gehen, denn alle früheren Formen von „menschlichem Maß“ in der Industriegesellschaft bis zu den 1950er oder 1960er Jahren oder auch in noch weiter zurückliegenden vorindustriellen Zeiten waren von der sozialen Ungleichheit in feudalistischen und kapitalistischen Machtstrukturen gezeichnet. Auch wenn die moderne Wirtschaft vor 50, 100 oder mehr Jahren noch nicht so starke zerstörerische Auswirkungen auf die Natur hatte wie in den letzten drei bis vier Jahrzehnten, so enthielt sie doch von Anfang an sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht mit dem kapitalistischen Geld einen Spaltpilz und es existierten in ihr zu keiner Zeit Verhältnisse, zu denen zurückzukehren wünschenswert wäre. Deshalb kann es beim Leitbild „Small is beautiful“ nur um eine zukunftsorientierte Suche nach einer Wirtschaft und Technik mit menschlichem Maß gehen, das auf einer gleichen Teilhabe aller Menschen an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen beruht.

Schumachers Buch „Small is beautiful“ wurde schon bald nach seinem Erscheinen ein Kultbuch der jungen Ökologiebewegung und 1977 lud der damalige US-Präsident Jimmy Carter ihn ins Weiße Haus ein, um sein Buch vorzustellen. Danach folgte noch ein religiös-philosophisches Werk „A Guide for the Perplexed“ (dt. „Rat für die Ratlosen - Vom sinnerfüllten Leben“, 1979). Wenig später starb Schumacher während einer Vortragsreise durch die Schweiz. Bis zu seinem Tod war er Präsident der internationalen „Soil Association“ und posthum erschien noch sein Buch „Good Work“ (1979; dt. „Das Ende unserer Epoche“, 1980).

10.3 Ivan Illich und die „konvivialen Werkzeuge“

Die von Kohr und Schumacher entwickelten Leitbilder „Small is beautiful“ und „Mittlere Technik“ fanden ihre Entsprechung in den Werken des katholischen Theologen und Sozialphilosophen Ivan Illich (1926-2002) über eine „Selbstbegrenzung“ des technischen Fortschritts und einen Übergang vom herkömmlichen Industriesystem zu „konvivialen Werkzeugen“.

Als Kind war der in Wien geborene Illich im Haus des Psychoanalytikers Sigmund Freud ein- und ausgegangen, mit dem seine Eltern befreundet waren. Wegen der jüdischen Wurzeln seiner Mutter musste Illich Österreich während des Zweiten Weltkriegs verlassen und seine Schulzeit in Florenz beenden. Anschließend studierte er Theologie und Geschichte zuerst in der kroatischen Stadt Split und da-

¹²⁶ John Maynard Keynes (1926a), S. 31 - 34. - Vgl. dazu das Kapitel 8.4 in diesem Buch, insbesondere den Abschnitt über Keynes' „Ende des Laissez-faire“.

nach in Rom, wo er 1951 zum Priester geweiht wurde. Danach folgte die Promotion in Salzburg mit einer Arbeit über „Die philosophischen Grundlagen der Geschichtsschreibung bei Toynbee“.

Nach einer mehrjährigen Tätigkeit im Vatikan und in einer Pfarrei in Manhattan/New York wurde Illich stellvertretender Rektor der katholischen Universität von Puerto Rico, wo zu jener Zeit auch Leopold Kohr wirkte. Dort schärfte sich sein Blick für die negativen Auswirkungen der sog. westlichen Zivilisation auf die Länder des globalen Südens. Illich entwickelte sich zu einem der ersten lateinamerikanischen Befreiungstheologen und entfaltete seine grundsätzliche Kritik am „verfehlten Fortschritt in Lateinamerika“ (1970) insbesondere im Hinblick auf das Bildungswesen und die Medizin. Da die katholische Kirche seine Kernaussage, dass die westliche Zivilisation nur als eine Perversion der christlichen Botschaft betrachtet werden könne, massiv ablehnte, entfremdete sich Illich von ihr und legte sein Priesteramt nieder. Illich siedelte nach Mexiko über und gründete 1960 in Guernavaca mit dem brasilianischen Pädagogen Paulo Freire („Pädagogik der Unterdrückten“) und anderen Freunden das „Centro Intercultural de Documentación“. Gemeinsam mit dem österreichisch-französischen Sozialphilosophen André Gorz und Ernst Ulrich von Weizsäcker gehörte er auch zum Beraterkreis der Buchreihe „Technologie und Politik“, die der Rowohlt Verlag in Reinbek bei Hamburg während der 1970er Jahre herausgab. Sie gehörte wie die Taschenbuchreihe „Fischer Alternativ“ zu den bedeutenden Inspirationsquellen der ökologischen Bewegung. Im Rowohlt Verlag erschienen Illichs Bücher „Die Entschulung der Gesellschaft“ und „Schulen helfen nicht“ (1971 und 1972) sowie „Die sogenannte Energiekrise“ (1974) und „Selbstbegrenzung - Eine politische Kritik der Technik (Tools of Conviviality)“ (1975). Es folgten „Die Nemesis der Medizin - Von den Grenzen des Gesundheitswesens“ (1975), „Fortschrittsmythen“ (1978) und „Schattenarbeit oder vernakuläre Tätigkeiten - Zur Kolonisierung des informellen Sektors“ (1980), „Vom Recht auf Gemeinheit“ (1982), „Genus - Zu einer historischen Kritik der Gleichheit“ (1983), „Entmündigung durch Experten - Zur Kritik der Dienstleistungsberufe“ (1983) und „In den Flüssen nördlich der Zukunft - Letzte Gespräche über Religion und Gesellschaft“ (posthum 2006).¹²⁷

Gegen die „Warenkultur“ und die Abhängigkeit der Menschen von Märkten

Am Beginn seiner Fundamentalkritik am modernen Industriesystem steht Illichs tiefe Abneigung gegen das fortschreitende Eindringen der „Warenkultur“ in die menschliche Gesellschaft und gegen die damit einher gehende „entmündigende Marktabhängigkeit“ der Menschen. „Das Geld entwertet“, so lautete Illichs Diagnose, „was es nicht quantitativ bewerten kann.“ Es entwerte vor allem „befriedigende Subsistenzaktivitäten“ und überbewerte den Tauschwert von Waren auf

¹²⁷ Vgl. Helmut Woll (2016a), S. 45 - 52.

Märkten auf Kosten des Gebrauchswerts von Gütern außerhalb von Märkten. „Die spätindustrielle Gesellschaft organisiert das Leben um die Waren herum“, die sich gemäß standardisierten Normen aus der großindustriellen Massenproduktion auf die Märkte ergießen. „Ökonomie wird zur Propaganda für den allgemeinen Sieg der Warenproduzenten“ - im sozialistischen Osten kaum weniger als im kapitalistischen Westen und in einem steigenden Tempo auch im ‚unterentwickelten‘ Süden. Illich beklagte, dass auf diese Weise überall auf der Welt das „autonome, schöpferische Handeln des Menschen“ verloren geht. „Dächer aus Schindeln oder Stroh, aus Ziegeln oder Schiefer werden ersetzt durch Beton für die wenigen und Wellblech für die vielen.“ Anstelle einer Wertschätzung für Gebrauchswerte dominieren im Westen private Großunternehmen und die „Weisheit der Marktpreise“, im Osten staatliche Bürokratien mit ihrer „Weisheit der Planer“. In beiden Systemen werden die Menschen zu „Nummern in der konditionierten Masse“ und auch „im Süden reichten ein paar Jahrzehnte sogenannter Entwicklung aus, um traditionelle Kulturformen ... zu demontieren“ und Subsistenztätigkeiten durch industrielle Massenproduktionen zu ersetzen, sogar in der Landwirtschaft. „Noch bis spät ins 18. Jahrhundert wurden 99 Prozent aller Nahrungsmittel der Welt in einem Umkreis erzeugt, den der Verbraucher von seinem Kirchturm oder Minarett her überblicken konnte. ... Heute können 40 Prozent aller Menschen nur überleben, weil sie an interregionale Märkte angeschlossen sind.“¹²⁸

Statt die ökonomischen Antriebskräfte dieser Übersteigerung der industriellen Arbeitsteilung näher zu untersuchen, verwandte Illich unendlich viel Mühe darauf, unzweifelhaft bedenkliche Symptome dieser Fehlentwicklung mit akribischer Genauigkeit zu beschreiben. Die „Unfähigkeit, die eigene Nahrung zu erzeugen, zu singen oder ein eigenes Haus zu bauen“, mache die Menschen ohnmächtig und abhängig von extrem spezialisierten Experten in der industriellen Produktion, aber auch in anderen Bereichen wie der öffentlichen Verwaltung und ganz besonders im Bildungs- und Gesundheitswesen. Bildung und Gesundheit sind Illich zufolge zu Waren geworden, die vorwiegend dazu dienen, Menschen so zuzurichten, dass sie als Rädchen im großen Getriebe des modernen, auf unaufhörliches Wachstum der Warenproduktion eingestellten Industriesystems und der „absoluten Herrschaft des Marktes“ funktionieren. „Die Menschen werden zu Gefangenen zeitraubender Beschleunigung, verdummender Erziehung und krank machender Medizin, weil die Abhängigkeit von verfassungsmäßig garantierten Industriegütern und Expertendiensten ... die menschlichen Möglichkeiten zerstört.“¹²⁹

Auch die Entwicklungen in den Bereichen der Energieerzeugung und des Verkehrs waren für Illich ein „gutes Beispiel dafür, dass die Weltbilder der selbstberufenen sozialistischen und der so genannten kapitalistischen Anhänger des Industriesystems zutiefst identisch sind.“ Die enorme Energieintensität des moder-

¹²⁸ Ivan Illich (1974/1983), S. 16 - 22.

¹²⁹ Ivan Illich (1974/1983), S. 23, 28 und 54. Zur Herrschaft von Experten vgl. auch S. 30 - 45. Zum Bildungs- und Gesundheitswesen vgl. Illichs Bücher „Schulen helfen nicht“ und „Nemesis der Medizin“.

nen Industriesystems bis hin zur Gewinnung von Energie aus der Spaltung von Atomkernen deutete Illich als untrügliches Zeichen dafür, dass es sich weltweit auf einem Irrweg befindet, der in soziale und ökologische Katastrophen führt. Eine Umkehr werde deshalb zu einer Überlebensfrage der Menschheit. „Karg bemessene Technik ist Bedingung, wenn auch keine Garantie für soziale Gerechtigkeit. ... Eine Politik des geringen Energieverbrauchs ermöglicht eine breite Skala von Lebensformen und Kulturen.“ Dazu gehört auch eine Politik der Reduktion des Verkehrs, der aus Menschen „beförderungssüchtige Gewohnheitspassagiere“ mit Geschwindigkeitsillusionen gemacht und Kutschen durch eine viel Energie verbrauchende Warentransportindustrie ersetzt hat.¹³⁰

Illichs Kritik am modernen Industriesystem gipfelte in dessen Charakterisierung als „radikales Monopol“. Sein Monopolbegriff enthielt allerdings keinerlei Aussagen über mögliche Ursachen der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital und auch keine Aussagen über die Verdrängung des Wettbewerbs durch marktbeherrschende Großunternehmen. Stattdessen ging es Illich allein um das ‚Monopol‘, das das moderne Industriesystem als Ganzes gegenüber der Gebrauchswerte erzeugenden Subsistenzwirtschaft innehat. „Dieses Monopol erstreckt sich weiter als das, was üblicherweise mit diesem Namen bezeichnet wird. Ein kommerzielles Monopol beherrscht lediglich den Markt für eine Whisky- oder Automarke. ... Dem einen Monopol kann man sich entziehen, indem man Rum trinkt; dem zweiten, indem man ein Fahrrad kauft.“ Einzelne kommerzielle Monopole hielt Illich deshalb für nicht ganz so bedenklich wie das „radikale Monopol“ des gesamten Industriesystems. Niemand könne sich den hoch spezialisierten Produzenten und Experten entziehen, die „das autonome Handeln paralisieren“.¹³¹

In seiner vielfach berechtigten, aber auch von pauschalen Übertreibungen durchsetzten Kritik am modernen Industriesystem ist Illich wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass die arbeitsteilige Produktion und der Warenaustausch durch das Geld per se die kapitalistische Marktwirtschaft mit ihren unzähligen problematischen Begleiterscheinungen hervorbringen. Mit keinem Wort erwähnte er wie Karl Polanyi vorkapitalistisch-archaische Märkte, die noch in soziale Lebenswelten eingebettet waren. Und auch kein einziges Mal überlegte Illich, ob es vielleicht möglich sein könnte, die kapitalistische Marktwirtschaft durch die Einführung eines strukturell entmachteten Geldes in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft zu transformieren, in der das Geld seine Fähigkeit verliert, die Arbeitsteilung zu weit voranzutreiben und alle Lebensbereiche mit quantifizierendem Kommerz zu durchdringen, und in der eine neue Balance von Subsistenzwirtschaft und entkapitalisierten Märkten entstehen könnte.

¹³⁰ Ivan Illich (1974/1983), S. 21(kapitalistischer und sozialistischer Industrialismus), 74 - 75 (Energie) und 87 - 95 (Verkehr).

¹³¹ Ivan Illich (1974/1983), S. 55 - 56 und 95 - 100.

Von der kontraproduktiven „marktintensiven Gesellschaft“ zu einer „Ökonomie der Gebrauchswerte“ mit „konvivialen Werkzeugen“

Dieser Mangel an einem differenzierten Blick auf das Geldwesen prägte auch Illichs Vorstellungen von einer „sozialen Umkehr“ in die Richtung einer stärker von Subsistenz und Gebrauchswerten als von spezialisierter Industrie und Tauschwerten geprägten Produktion, die er als „moderne Subsistenz“ bezeichnete. Damit meinte er einen „Lebensstil ... , der in einer nachindustriellen Volkswirtschaft herrschen könnte, in der es den Menschen gelungen wäre, ihre Abhängigkeit vom Markt zu reduzieren.“ Dann „dienen ... Techniken und Werkzeuge ... hauptsächlich dazu, Gebrauchswerte herzustellen, die sich der Messung und Bewertung durch die professionellen Bedürfnismacher entziehen.“ Illich sprach von „am Gebrauchswert orientierten technischen Artefakten“ bzw. von „konvivialen Werkzeugen“. Mit solchen dem Leben angepassten und mehr arbeits- als kapitalintensiven Produktionsmitteln sollte sich ein großer Teil derjenigen Güter herstellen lassen, die für den Lebens- und Konsumstil einer „konvivialen Genügsamkeit“ erforderlich sind.¹³² Illichs Zukunftsvorstellungen gingen also in die Richtung einer gemischten Wirtschaft, die in zunehmendem Maße aus einer gebrauchswertorientierten marktfernen Subsistenzwirtschaft und in einem „reduzierten“ Umfang aus einer tauschwertorientierten Warenproduktion besteht, die weiterhin auf der Konzentration von Kapital beruhen würde.

Was Illich darüber in den „Fortschrittsmythen“ nur andeutete, legte er in seinem Buch „Selbstbegrenzung - Tools for Conviviality“ (1975) ausführlicher dar. Während seine Kritik am modernen Industriesystem darin präzisere Konturen gewann - ohne Pauschalisierungen aufzugeben - , blieb sein Gegenentwurf einer konvivialen Produktionsweise weiterhin unscharf.

Seine Kritik an der „hypertrophierten Produktivität“ des „radikalen Monopols“ des Industrie- und Dienstleistungssystems und an dessen Dominanz gegenüber der außermärklichen Subsistenzwirtschaft ergänzte Illich um die Befürchtung, dass das „Dogma des beschleunigten Wachstums“ zu einer immer stärkeren „Unterjochung der Produzenten und Süchtigkeit der Konsumenten“ führe. „Der künstliche Mangel und der geplante Verschleiß sind zwei je eigene Dimensionen der Übereffizienz.“ Überdies sei das Bruttosozialprodukt gar kein geeigneter Maßstab zur Feststellung eines guten Lebens und am Ende eines unbegrenzten Wachstums könne nur die „Drohung einer technischen Apokalypse“ stehen - nicht zuletzt auch als Folge der Illusion, der Begrenztheit der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas durch einen Ausbau der Atomenergie entgehen zu können. „Von der Kohle

¹³² Ivan Illich (1974/1983), S. 29 (soziale Umkehr), 35 - 37 (Ende unserer Epoche der Experten) und 70 - 71 (Ökonomie der Gebrauchswerte mit konvivialen Werkzeugen).

zum Atom übergehen, das heißt vom heutigen Smog zur erhöhten Radioaktivität übergehen.“¹³³

Andererseits hielt Illich bei seiner Kritik am Industriesystem sowohl an einigen Übertreibungen als auch an seiner Überschätzung menschlicher Möglichkeiten fest, die Güter des täglichen Bedarfs ohne bzw. nur mit geringer arbeitsteiliger Spezialisierung zu erzeugen.

- Zum einen betrachtete er „mehrspurige Autobahnen, die Systeme der Fernkommunikation, die einen großen Frequenzbereich beanspruchen, wie auch das medizinische Zunftwesen oder gar die Schule“ als Beispiele für „gewisse Werkzeuge“, die „immer zerstörerisch sind, ganz gleich wer sie kontrolliert, die Mafia, die Kapitalisten, ein multinationaler Konzern, der Staat oder sogar ein Arbeiterkollektiv“.¹³⁴
- Zum anderen schwang in Illichs Ansicht, wonach „den Menschen die Fähigkeit angeboren ist, zu heilen, zu trösten, sich fortzubewegen, Wissen zu erwerben, ihre Häuser zu bauen und ihre Toten zu bestatten“, eine Verklärung ihrer Fähigkeiten in vorindustriellen Zeiten mit. Demgegenüber hätten die Technik und die ihr dienende Finanz und Justiz in den Industrieländern die „Macht (gehabt), dem Menschen die Fähigkeit zu rauben, sich selbst sein Haus zu bauen“ und andere Güter selbst herzustellen. Im Blick auf die Länder der sog. Dritten Welt beklagte Illich die „tägliche massenhafte Vernichtung von Fähigkeiten - sich Häuser zu bauen, allein Kinder zu kriegen und aufzuziehen, die Felder zu bestellen.“ Und „nach dem Vorbild der Reformation, die den Klerikern das Schriftmonopol entriss, können wir der Zunft der Ärzte den Kranken wieder entreißen.“ Illich hoffte sogar auf zukünftige Möglichkeiten, „Nicht-Spezialisten mit ärztlichen Aufgaben zu betrauen.“¹³⁵

Bei seiner tiefen Abneigung gegen die - in kapitalistischen Marktwirtschaften zweifellos zu weit getriebene - arbeitsteilige Produktion von Waren und Dienstleistungen durch überspezialisierte Experten hat Illich das sachlich bedingte wechselseitige Aufeinanderangewiesensein der Menschen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft vorschnell mit den hierarchischen Herrschaftsverhältnissen gleich gesetzt, in denen lohn- und gehaltsabhängig arbeitende Menschen von mächtigen ‚Kapitalisten‘, von sie entmündigenden Experten und von ebenso mächtigen „hochkapitalisierten Werkzeugen“ abhängig geworden sind.¹³⁶

Ohne den Unterschied zwischen einem idealtypischen herrschaftsfreien Aufeinanderangewiesensein von arbeitsteilig wirtschaftenden Menschen und den real existierenden Abhängigkeitsverhältnissen in kapitalistischen Marktwirtschaften zu sehen, beklagte Illich in Übereinstimmung mit dem US-amerikanischen Sozialphi-

¹³³ Ivan Illich (1975/1980), S. 30 (Konsumsucht), 33 (hypertrophierte Produktivität), 35 (technische Apokalypse), 36 und 85 (Wachstumsdogma), 45 (Bruttosozialprodukt), 87 (Kohle- und Atomenergie), 94 - 100 (radikales Monopol) und 135 (künstlicher Mangel und geplante Obsoleszenz).

¹³⁴ Ivan Illich (1975/1980), S. 61; vgl. auch S. 74 - 75 über die Medizin.

¹³⁵ Ivan Illich (1975/1980), S. 74 - 75 (Medizin zwischen Ärzten und Nicht-Spezialisten), 80 (Vernichtung von Fähigkeiten), 99 (angeborene Fähigkeiten der Menschen).

¹³⁶ Ivan Illich (1975/1980), S. 51 (beherrschende Werkzeuge) und 113 (hochkapitalisierte Werkzeuge).

losophen und Architekturkritiker Lewis Mumford, dass die Menschen im modernen Industriesystem immer mehr zu einem bloßen „Anhängsel der Mega-Maschine“ geworden sind. Übrigens hatte Mumford die großindustrielle, zunehmend automatisierte Massenproduktion von Waren mit der „Eigenart des Geldes“ in Verbindung gebracht, „dass es keine biologischen Grenzen und keine ökologischen Einschränkungen kennt. ... So war die Umwandlung der traditionellen Polytechnik in eine einheitliche, allumfassende Monotechnik zugleich die Transformation einer begrenzten Güterwirtschaft, die auf einer Vielfalt natürlicher Funktionen und menschlicher Lebensbedürfnisse beruhte, in eine Machtwirtschaft, deren Symbol und Mittelpunkt das Geld ist. ... Geld hat sich als das gefährlichste Halluzinogen des modernen Menschen erwiesen.“ Allerdings hatte Mumford keinerlei Anstrengungen unternommen, den „Geld-Macht-Komplex“ zu entschlüsseln und genauer zu ergründen, warum denn das Geld letztlich keinen Begrenzungen unterliegt. Illich griff diesen immerhin deutlichen Hinweis auf die Rolle des Geldes bei der Entwicklung des modernen Industrie- und Dienstleistungssystems nicht auf und fragte auch nicht, ob es denkbar sein könnte, dem Geld quasi ‚natürliche-ökologische‘ Begrenzungen aufzuerlegen, um ihm seine das Geld- und Realkapital konzentrierende Kraft zu nehmen. Statt im entgrenzten Geld die treibende Kraft zur Kapitalkonzentration und zur Entstehung der Mega-Maschine zu sehen, war Illich umgekehrt der Ansicht, dass „das Geld ... als Herrschaftsinstrument ... seinen Wert zugunsten des Schaltwerkes ... verliert.“¹³⁷ Warum sollte er sich da noch gründlicher mit dem Geld auseinandersetzen? „Das ist nicht mein Thema. Ich lege eine Theorie über die Wirksamkeit der Distribution der Produktionsmittel vor, nicht eine Theorie, die direkten Bezug auf die Reorganisation der Finanzsphäre nähme.“¹³⁸

Unabhängig vom Fehlen eines tieferen Verständnisses vom kapitalistischen Geld als Antriebskraft für das unaufhörliche Wachstum der „Mega-Maschine“ trug Illich zusammen mit Kohr und Schumacher immerhin zur Überwindung des Glaubens der marxistischen Arbeiterbewegung bei, dass die in privaten Monopolen konzentrierten Produktionsmittel im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nur noch stärker in den Händen eines proletarischen Staates konzentriert werden bräuchten. „Die antihumane Struktur des Werkzeugs wird durch das so vorge-schlagene Rezept nicht verändert. Solange man den Fordkonzern aus dem einzigen Grund attackiert, dass er Mister Ford bereichere, so lange wird man die Illusion schüren, als könnten die Fordwerke unter einem Räteregime die Gemeinschaft bereichern.“ Wenige Jahre, nachdem der Marxismus im Zuge der 1968er Studentenbewegung eine Renaissance erlebt hatte, hielt Illich ihm entgegen, dass „die Übergabe der Besitztitel an die Öffentlichkeit ... nur den Eindruck der Gerechtigkeit

¹³⁷ Ivan Illich (1975/1980), S. 13 und 35 (Mega-Maschine), 66 [Bezugnahme auf Mumford]. - Lewis Mumford (1974), S. 524 und 528 (Geld-Macht-Komplex). - Ivan Illich (1975/1980), S. 70 - 71 und 129 (Illich über das Geld, den Zins und das frühere kirchliche Zinsverbot).

¹³⁸ Ivan Illich (1975/1980), S. 44 - 45.

erweckt im Dienst einer scheinheiligen Bürokratie“.¹³⁹ Zwischen der Konzentration von Produktionsmitteln in privaten Großunternehmen und ihrer Konzentration in den Händen eines proletarischen Staates besteht zwar ein gradueller, aber kein fundamentaler Unterschied.

Von der Mega-Maschine zu einer „anarchisch-autonomen Produktionsweise“

Statt nur die eine „antihumane Struktur“ des privat konzentrierten Kapitals durch eine andere „antihumane Struktur“ des staatlich konzentrierten Kapitals zu ersetzen, könnte „eine ungleich größere Revolution“ darin bestehen, „das Funktionieren unserer Institutionen von der Wurzel her umzukehren und damit ihre geplante und anonyme Produktivität im Dienste der sozialen Leistung zu beschränken.“¹⁴⁰ Ohne jede Vorstellung von einer *ökonomischen* Dezentralisierung des bislang konzentrierten Geld- und Realkapitals und einer breiten Streuung der Produktionsmittel in einer Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen setzte Illich seine ganze Hoffnung auf eine zukünftige „konvivielle Gesellschaft, in der der Mensch das Werkzeug durch *politische* Prozesse kontrolliert. ... Von der Produktivität zur Konvivialität übergehen heißt, einen ethischen Wert an die Stelle eines technischen Wertes ... setzen. ... Unter Konvivialität verstehe ich das Gegenteil der industriellen Produktivität.“¹⁴¹

Doch was genau meinte Illich mit ethischen und technischen Werten? Er versprach sich einen „Fortschritt durch Des-Industrialisierung“ und stellte sich vor, dass „die Zunft der Generaldirektoren und Personalleiter ... keine Zukunft in einer konvivialen Gesellschaft (hat)“ - allerdings ohne zu erläutern, wie denn dann Entscheidungsprozesse in Unternehmen vonstattengehen könnten. Ähnlich wie der Sozialpsychologe Erich Fromm stellte Illich das Industriesystem und die konvivielle Gesellschaft als Existenzweisen des Habens und des Seins einander gegenüber.¹⁴² Jedoch gab Illich seiner Vorstellung von einer konvivialen Gesellschaft keine klaren Konturen, was erklärtermaßen auch gar nicht seine Absicht war. „Es hat für mich keinen Sinn, eine detaillierte Fiktion der Zukunftsgesellschaft zu entwerfen. ... Was ich hier vorlege, ist weder ein Lehrbuch der Organisation von Institutionen noch ein technisches Handbuch der Fabrikation richtiger Werkzeuge noch eine Gebrauchsanleitung für konvivielle Institutionen.“¹⁴³

¹³⁹ Ivan Illich (1975/1980), S. 60 und 89 (inhumane Struktur privat und staatlich konzentrierter Produktionsmittel).

¹⁴⁰ Ivan Illich (1975/1980), S. 13 (anarchisch-autonome Produktionsweise) und 89 (gründlichere Revolution).

¹⁴¹ Ivan Illich (1975/1980), S. 18 (politische Kontrolle) und 32 (ethischer statt technischer Wert).

¹⁴² Ivan Illich (1975/1980), S. 13 (Des-Industrialisierung), 42 (keine Generaldirektoren und Personalleiter) und 50 (Haben oder Sein nach Erich Fromm).

¹⁴³ Ivan Illich (1975/1980), S. 38 - 39 und 44 (Verzicht auf konkrete Umrisse einer konvivialen Gesellschaft).

Letztlich lässt sich nur erahnen, was Illich in seinem Buch „Selbstbegrenzung“ wie schon zuvor in seinem Buch „Fortschrittsmythen“ mit einem „multidimensionalen Gleichgewicht“ bzw. einer „dynamischen Pluralität“ in einer konvivialen Gesellschaft gemeint haben könnte, nämlich eine weitreichende Verlagerung der ökonomischen Gewichte vom quantitativ reduzierten, aber in seiner kapitalistischen Struktur kaum veränderten Industriesystem zu einer außerhalb von Warenproduktion und Märkten liegenden Subsistenzwirtschaft mit „handhabbaren Werkzeugen“, deren Herstellung und Benutzung weniger Energie erfordert als die „manipulativen Werkzeuge“ der Industrie und die sich von autonomen Menschen kontrollieren lassen statt sie zu beherrschen. Neben der konvivialen Subsistenzproduktion soll es Illich zufolge möglich bleiben, „dass gewisse nicht konviviale Produktionsmittel in einer postindustriell zweckdienlichen Gesellschaft als wünschenswert erscheinen. ... Es gibt keinen ‚natürlichen‘ Grund, um aus einer konvivialen Gesellschaft aus Prinzipienreiterei alle industrielle Produktion zu verbannen.“¹⁴⁴

Wenn es nicht nur darum ginge, eine quantitative Verkleinerung der Industrie, sondern auch ihre qualitative Veränderung im Sinne konvivialer Werkzeuge zu erreichen, die sich von den sie anwendenden Menschen im Sinne einer „schöpferischen Autonomie“ kontrollieren lassen, dann bräuchte es zusätzlich zu einer *politischen* Bändigung der Mega-Maschine mitsamt einer Entzauberung der „Ideologie der Produktivität“ und der „Mythologie des Wachstums“ auch einer *ökonomischen* (Selbst-)Begrenzung des Geldes und einer Dezentralisierung des Geld- und Realkapitals. In einer nachkapitalistischen, von monopolistischen Mega-Unternehmen freien Marktwirtschaft könnte sich die arbeitsteilige Industrieproduktion im Sinne von Schumachers „Mittleren Technologien“ wandeln und es könnte sich dann auch eine neue Balance zwischen einer weniger differenzierten arbeitsteiligen Warenproduktion für entkapitalisierte, stärker regionalisierte Märkte und der Subsistenzproduktion außerhalb von Märkten - Eucken bezeichnete sie als „Eigenwirtschaft“ - ergeben.¹⁴⁵

Abgesehen von den ökonomischen Unzulänglichkeiten in Illichs Vorstellungen von einer konvivialen Gesellschaft blieben auch seine Vorstellungen von einer „politischen Umkehr“ zu ihr notwendigerweise noch unbestimmt. Eine Öko-Diktatur lehnte er entschieden ab, zweifelte aber auch an der Erreichbarkeit einer demokratischen Mehrheit für eine freiwillige Selbstbegrenzung. „Die Parteien tragen einen Staat, dessen erklärtes Ziel das Wachstum des Bruttosozialprodukts ist. Von ihnen ist, wenn das Schlimmste eintritt, nichts zu erwarten.“ Aber nicht nur die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, sondern auch „die Sozialisten sind zu unkritischen Verteidigern des industriellen Monopols geworden. ... Ob Volksdemokra-

¹⁴⁴ Ivan Illich (1975/1980), S. 11 (multidimensionales Gleichgewicht), 52 - 53 (handhabbare vs. manipulative Werkzeuge), 56 - 57 (Industrieproduktion in der konvivialen Gesellschaft), 71 (Beschränkung des industriellen Apparats) und 134 (dynamische Pluralität).

¹⁴⁵ Ivan Illich (1975/1980), S. 37 (schöpferische Autonomie“), 163 Ideologie der Produktivität) und 166 (Mythologie des Wachstums). - Walter Eucken (1952/1960), S. 246 - 247 (Eigenwirtschaft).

tie oder kapitalistische Demokratie, sie sind die ‚objektiven‘ Verbündeten des Werkzeugs gegen den Menschen.“¹⁴⁶ Die den Status quo von allen Seiten mit hohem Aufwand konservierenden Kräfte hielt Illich für zu stark, um eine allgemeine Vernunftentscheidung für eine Selbstbegrenzung zuzulassen. „Gegenwärtig wird ... versucht, die Risse in allen Systemen zu stopfen.“¹⁴⁷

Gleichwohl könne ähnlich dem Schwarzen Freitag an der New Yorker Börse im Oktober 1929 schon „in naher Zukunft“ ein „unvorhersehbares und wahrscheinlich geringfügiges Ereignis“ eine „plötzliche Mutation“ des Wirtschaftssystems auslösen. „Ich glaube, dass das Wachstum einfach zum Stillstand kommen wird. Die synergetische Lähmung der Versorgungssysteme wird den allgemeinen Zusammenbruch der industriellen Produktionsweise hervorrufen.“ Dann könne inmitten einer großen Krise eine konviviale Gesellschaft gleichsam wie ein Phönix aus der Asche steigen. Und zwar könnten dann zivilgesellschaftliche „Bevölkerungsschichten, die bislang keine Rolle spielten ... , wahrscheinlich ganz plötzlich und spontan neue politische und soziale Rollen übernehmen“. Illich erinnerte in diesem Zusammenhang an die Zeit des New Deal in den USA, als der damalige Präsident Roosevelt mit einem „Hineinnehmen neuer Gruppen“ auf die große Weltwirtschaftskrise reagierte. Beim Übergang vom Industriesystem in eine konviviale Gesellschaft maß er nicht zuletzt auch Maßnahmen zur Begrenzung des Wachstums der Weltbevölkerung eine große Bedeutung bei.¹⁴⁸

„Vernakuläre Tätigkeiten“ außerhalb von Märkten

Aufgrund seiner generellen Abneigung gegen Warenproduktion und Märkte konnte Illich nicht auf den Gedanken kommen, zwischen den real existierenden kapitalistischen Märkten und der Idee monopolfreier Märkte zu differenzieren. In seinem Buch „Vom Recht auf Gemeinheit“ wandte er sich deshalb besonders den von ihm so genannten „vernakulären Tätigkeiten“ in der sich außerhalb von Märkten abspielenden Subsistenzwirtschaft zu. „Das Wort ‚vernakulär‘ hat eine indogermanische Wurzel und bedeutet ‚Verwurzelung‘ und ‚Wohnsitz‘. Das lateinische Wort ‚vernaculus‘ bezeichnete alles das, was im Haus geboren, im Haus gesponnen, im Haus herangezogen, im Haus gemacht war - im Gegensatz zu dem, was man durch den formellen Tausch erlangte.“¹⁴⁹

Diese außerhalb von Märkten stattfindenden „vernakulären Tätigkeiten“ bezeichnete Illich auch als „Eigenarbeit“. „Eigenarbeit ist aktiver Konsum- und Produktionsverzicht. ... Sie blickt über die warenintensive Gesellschaft hinaus. Nach vorn,

¹⁴⁶ Ivan Illich (1975/1980), S. 163 (Sozialismus und Industrie), 175 (politische Umkehr) und 188 (staats-tragende Parteien).

¹⁴⁷ Ivan Illich (1975/1980), S. 180 - 181 (Erhaltung des Status quo).

¹⁴⁸ Ivan Illich (1975/1980), S. 175 - 179 (Naherwartung einer plötzlichen Mutation des kapitalistischen Industriesystems), 181 - 182 (politische Mitwirkung neuer Gruppen) sowie 90, 122 - 123 und 175 (Geburtenkontrolle). - Zum New Deal vgl. Paul Conkin (1992).

¹⁴⁹ Ivan Illich (1982), S. 31.

nicht zurück.“ Nachdem die kapitalistische Entwicklung die Herstellung von ‚hausgemachten‘ Gebrauchsgütern wie zum Beispiel Holzschalen durch die marktorientierte Produktion von Waren wie Plastiktüten ersetzt habe, solle nunmehr die Warenproduktion durch „eigene Tätigkeiten“ ersetzt werden.¹⁵⁰

Im Gegensatz sowohl zur traditionellen als auch zur zukünftigen Eigenarbeit stehe nicht nur die in kapitalistischen Fabriken ausgebeutete männliche Lohnarbeit, sondern auch „das neuzeitliche unbezahlte Komplement zur Lohnarbeit“ in Form der zumeist von Frauen ‚aus Liebe‘ geleisteten häuslichen „Schattenarbeit“. Illich kritisierte, dass die früher von Männern und Frauen geleisteten „vernakulären Tätigkeiten“ im Kapitalismus in eine „strukturelle Apartheid“ der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen ausgebeuteten männlichen Lohnarbeitern und überhaupt nicht bezahlten weiblichen Hausarbeiterinnen aufgespalten worden seien. Außerdem „ist aus dem Haushalt, dem Ort des Unterhalts, ein Heim (geworden), das nun ein Ort des Konsums ist.“ Und aufgrund ihrer Ausstattung der privaten Haushalte mit technischen Haushaltsgeräten wurde auch „die Schattenarbeit immer kapitalintensiver“.¹⁵¹ Als ein bezeichnendes wissenschaftliches Spiegelbild dieser Fehlentwicklung erschien Illich das Bestreben des US-amerikanischen Ökonomen Gary Becker, auch produktionsferne Phänomene wie die Liebe, Ehe und Familie als ‚ökonomische Kategorien‘ in das neoklassische Theoriegebäude zu integrieren. „Gary Becker geht von der Annahme eines im Gleichgewicht befindlichen Geschlechtermarktes aus und leitet daraus Formeln ab, die eine ‚Teilung der Outputs zwischen den Partnern‘ beschreiben.“¹⁵²

Für nicht überzeugender als diese zweifelhaften neoklassischen Theorien hielt Illich die feministische Kritik an der unbezahlten Hausarbeit als einem „blinden Flecken der Politischen Ökonomie“ (Claudia von Werlhof u.a.). Einige Feministinnen glaubten, „dass Frauenarbeit ‚unproduktiv‘ und dennoch die Hauptquelle des ‚Mysteriums der ursprünglichen Akkumulation‘ sei - ein Widerspruch, der einst schon Marx verblüffte.“ Mit ihrem Bestreben, die „Hausklaverei der Frau“ *innerhalb* des Industriesystems zu überwinden - entweder durch einen verbesserten Zugang zur Lohnarbeit oder durch eine Bezahlung der Hausarbeit - , würden sich diese fortschrittsgläubigen Feministinnen „feministische Scheuklappen auf ihre marxistischen Brillen ... basteln. ... Die Industriegesellschaft kann nicht auf ihre Opfer verzichten.“¹⁵³

Der viel, freilich auch kontrovers diskutierte Gedanke eines Entgelts für die häusliche Familienarbeit lag Illich also fern. Stattdessen wollte er die ganze überaus energieintensive „Industrieknechtschaft“, die die Menschen zu „Wachstums-

¹⁵⁰ Ivan Illich (1982), S. 51 - 52 (Eigenarbeit).

¹⁵¹ Ivan Illich (1982), S. 75 - 78 (strukturelle Apartheid mit unbezahlter Hausarbeit als Komplement zur Lohnarbeit), 83 (Apartheid von Lohn- und Schattenarbeit) und 84 (Kapitalintensität der privaten Haushalte).

¹⁵² Ivan Illich (1982), S. 86 (Gary Becker), und ders. (1983), S. 29 - 30 (Chicagoer Schule der New Home Economics).

¹⁵³ Ivan Illich (1982), S. 61 und 86 (feministische Ökonomiekritik), 92 und 102 (Hausklaverei der Frau).

süchtigen“ macht, mitsamt der ausgebeuteten Lohnarbeit und der gar nicht bezahlten häuslichen Schattenarbeit in eine geld- und marktferne vernakuläre Eigenarbeit (zurück-)verwandeln. „Das Ziel ist die Ersetzung der Konsumgüter durch persönliches Handeln. Sowohl Lohnarbeit als auch Schattenarbeit sind hier im Schwinden, weil ihre Produkte - Güter oder Leistungen - primär als Mittel erfindertischer Tätigkeiten und nicht als Konsummittel gewertet werden. Die Gitarre wird hier höher geschätzt als die Schallplatte ... , der eigene Garten höher als die Auswahl im Supermarkt.“ Damit sich ein solcher neuer Lebensstil ausbreiten könne, müssten „warenunabhängige Lebensformen durch Beispiele“ vorgelebt werden.¹⁵⁴

„Ökonomischer Sexismus“ der Industriegesellschaft

Damit war Illich von den drei Vordenkern der „Small is beautiful“-Bewegung der einzige, der sich auch mit dem Verhältnis zwischen den Geschlechtern auseinandersetzte. In seinem Buch „Genus - Zu einer historischen Kritik der Gleichheit“ vertiefte er seine Kritik an der „ökonomischen Apartheid und Unterordnung der Frau“, die auf zweifache Weise ausgebeutet werde: zum einen als unbezahlte Arbeitskraft im Haushalt und als im Vergleich zum Mann schlechter bezahlte Arbeitskraft in der Industrie. Dieser die Frauen diskriminierende „abscheuliche ökonomische Sexismus“ werde noch von der Soziobiologie und von der Philosophie des Strukturalismus gestützt, indem die Geschlechterhierarchie als naturgegeben bzw. kulturell bedingt gerechtfertigt werde.¹⁵⁵

Mit dem Aufstieg des modernen Kapitalismus, insbesondere durch die Entstehung einer arbeitsteiligen „warenproduzierenden Industriegesellschaft“, ging Illich zufolge ein „Verlust von vernakulärem Genus“ einher. Im Gegensatz zur kapitalistischen Trennung der Geschlechter in verschiedene hierarchisch untergeordnete Arbeitsbereiche habe es vorher eine Lebenswelt des „vernakulären Genus“ gegeben, d.h. ein „Gefüge von Verbindungen von Leuten, die in demselben Traditions-kreis leben (im Lat. gens)“. Darin hätten Frauen und Männer eine „soziale Doppelwelt“ gebildet, „die in jedem Ort und in jeder Zeit verschieden ist“. Illich sprach auch von einer „doppelsinnigen Komplementarität“ und „symbolischen Dualität des Geschlechts“, um auf die Existenz von Tätigkeitsbereichen hinzuweisen wie zum Beispiel die mittelalterliche Zünfte der Seidenspinner und Weber in Köln, in der es auch Frauen zur Meisterschaft bringen konnten.¹⁵⁶ Allerdings „gibt es nur wenige Tätigkeiten, die von Frauen und Männern gleichermaßen verrichtet werden

¹⁵⁴ Ivan Illich (1982), S. 102 (Menschen als Wachstumssüchtige) - 103 (Hausgemachtes anstelle von Waren) und 110 (Industrieknechtschaft).

¹⁵⁵ Ivan Illich (1983), S. 11 (ökonomischer Sexismus, Soziobiologie und Strukturalismus), 21 - 44 (Benachteiligungen von Frauen im Haushalt, in der Lohnarbeit und in der Sozialversicherung) und 50 - 51 (Soziobiologie).

¹⁵⁶ Ivan Illich (1983), S. 9 - 10 (vernakuläres Genus) und 46 - 50 (soziale Doppelwelt mit einer symbolischen Dualität des Geschlechts), 63 (Verlust des Genus durch das Aufkommen der warenintensiven Industriegesellschaft) und 65 (von Frauen geleitete Zünfte).

können.“ Demnach war sich Illich der Tatsache bewusst, dass die Geschlechterrollen auch in vorkapitalistischen Zeiten des Genus nur innerhalb enger Grenzen flexibel waren. Brachten nicht auch schon die von ihm gar nicht erwähnten feudalistischen Herrschaftsverhältnisse eine Frauen diskriminierende Apartheid zwischen den Geschlechtern mit sich? Und was wollte Illich mit seinem Hinweis sagen, dass die „ökonomische Benachteiligung der Frau“ im Kapitalismus „grundsätzlich etwas anderes ist als ihre patriarchalische Unterordnung in Gesellschaften ohne Geldökonomie“?¹⁵⁷ -

Indem der Industriekapitalismus weibliche und männliche Eigenarbeiten in abhängige Lohn- und Schattenarbeiten umwandelte und auch Frauen in den Bereich der Lohnarbeiten mit hineinzog, habe er beide Geschlechter zu „ökonomischen Neutra“ gemacht, „die sich durch nichts unterscheiden als durch ihr biologisches Geschlecht, das jeder kulturellen Einbettung beraubt ist.“ Nachdem er zunächst den Sexismus der Ökonomie und dessen Verbergung hinter der Fiktion eines scheinbar geschlechtslosen homo oeconomicus kritisiert hatte, wurde für Illichs Argumentation nunmehr die „Umwandlung der gemeinen Genusbereiche in geschlechtslose Produktionsquellen zentral“. Ungeachtet der unterschiedlichen Bezahlung lohnabhängiger Frauen und Männer und auch ungeachtet der völligen Unentgeltlichkeit der häuslichen Schattenarbeit sah Illich den Hauptmangel der modernen Industriegesellschaft darin, dass die Lohn- und Schattenarbeiten von Frauen und Männern überhaupt Bestandteile der arbeitsteilig produzierenden, „warenintensiven“ und geldorientierten Marktgesellschaft geworden sind, in der Produktion und Verbrauch keine unmittelbare Einheit mehr bilden.¹⁵⁸

Die kategorische Ablehnung der „Unisex-Postulate“ der Industriegesellschaft vertrug sich bei Illich sogar mit der Sorge, dass „immer mehr Männer in die Schattenarbeit gedrängt werden“, weil der technische Fortschritt „in der Lohnarbeit immer mehr Menschen ... unnütz werden lässt. ... Mit jedem neuen Jahr wird die Schattenarbeit geschlechtsloser, sie ist nicht mehr Domäne der Frauen.“ Unter diesen Umständen würden Frauen sogar „in ihrem ureigensten Bereich“ benachteiligt.¹⁵⁹

Trotz seiner Kritik am ökonomischen Sexismus hing Illich offenbar doch auch noch traditionellen Vorstellungen von den Geschlechterrollen an. Dieser Widerspruch wurde durch seine geradezu antimoderne Abwehrhaltung gegenüber jeglicher Industriegesellschaft verdeckt - nicht nur in ihrer bestehenden kapitalistischen Form, sondern auch in Gestalt „des linken Traums einer politischen Ökonomie, die aus lauter gleichen menschlichen Subjekten besteht“, bzw. des „feministischen Traums von einer geschlechtsneutralen Ökonomie ohne den Zwang von

¹⁵⁷ Ivan Illich (1983), S. 45 (nur wenige Tätigkeitsbereiche für beide Geschlechter) und 21 (vorkapitalistisches Patriarchat).

¹⁵⁸ Ivan Illich (1983), S. 16 (Frauen und Männer als ökonomische Neutra), 43 (homo oeconomicus), 63 (warenintensive Industriegesellschaft) und 117 (geschlechtslose Produktionsquellen).

¹⁵⁹ Ivan Illich (1983), S. 15 (Unisex-Postulate) und 39 (Benachteiligung von Frauen durch Männer in der Schattenarbeit).

Geschlechtsrollen“.¹⁶⁰ Für Illich war es erklärtermaßen „absurd ... , sich eine nichtsexistische industrielle Gesellschaft vorzustellen.“ Aus diesem Trugschluss konnte er nur noch eine fragwürdige Schlussfolgerung ziehen: das „illusionäre Ziel ökonomischer, politischer, gesetzlicher und sozialer Gleichheit“ innerhalb von Industriegesellschaften müsse aufgegeben und als ein von linken FeministInnen konstruiertes „Phantasiegebilde“ begraben werden.¹⁶¹ Sowohl kapitalistische als auch sozialistische Industriegesellschaften seien mit einer sozialen Geschlechtergleichheit in biologischer Verschiedenheit unvereinbar und deren Wachstum verstärke nur noch ihren Sexismus. Deshalb sah Illich den einzigen Ausweg aus dem Sexismus in einer Rückverwandlung von industriegesellschaftlichen Lohn- und Schattenarbeiten in vernakuläre Eigenarbeiten durch einen „Abbau der Geldwirtschaft“, der dann zu einer „ökonomischen Schrumpfung“ bzw. zu einem „Wachstumsrückgang“ führen könne. „Negativwachstum ist notwendig, um den Sexismus zu reduzieren. ... Ich beschreibe diesen Wandel aus der Perspektive der Vergangenheit. Über die Zukunft weiß und sage ich nichts.“¹⁶²

Im Gegensatz zu diesem historisch rückwärtsgewandten ‚Ausblick‘ müsste ein „Wachstumsrückgang“ keineswegs mit dem Ziel eines weitgehenden Abbaus der Industriegesellschaft verbunden sein. Er könnte auch mit einer allmählichen Umstrukturierung der Industriegesellschaft einschließlich einer Dezentralisierung der Unternehmen einhergehen, bei dem angestrebt wird, vernakuläre Eigenarbeiten und arbeitsteilige Warenproduktionen für nachkapitalistische Märkte in eine neue Balance zu bringen. Ein einziges Mal, aber auch nur beiläufig erwähnte Illich Marx' Gegenspieler Pierre Proudhon, dessen Gedanken in diese Richtung gingen, und den französischen Historiker Fernand Braudel, der die Rolle der „exponentiellen Anhäufung von Kapital“ beim Übergang von der vorkapitalistischen zur kapitalistischen Marktwirtschaft und bei der „Ausdehnung der Wirtschaftsräume nach Übersee“ untersucht habe.¹⁶³ Das veranlasste Illich aber nicht, sich auch selbst näher mit der Problematik der Kapitalakkumulation und mit Möglichkeiten einer Dezentralisierung von Kapital zu beschäftigen. Außerdem wäre die von ihm allzu schnell ad acta gelegte Frage neu zu stellen, wie Frauen und Männer *innerhalb* einer veränderten Industrie- und Subsistenzgesellschaft bei flexibler Rollenverteilung und gerechter Bezahlung gleichermaßen an allen Tätigkeiten teilhaben könnten.

„Hebenschauener Erklärung zum Boden“ (1990)

Auf einer Tagung von ökologisch orientierten AgrarwissenschaftlerInnen 1990 in Hebenschau zwischen Göttingen und Kassel wirkte Ivan Illich an einer „Hebens-

¹⁶⁰ Ivan Illich (1983), S. 14 und 50 - 51 (Ablehnung linker und feministischer Träume).

¹⁶¹ Ivan Illich (1983), S. 10 - 11 (Absurdität der Vorstellung einer Geschlechtergleichheit in einer Industriegesellschaft), 19 (Gleichheit der Geschlechter als „Phantasiegebilde“).

¹⁶² Ivan Illich (1983), S. 16 - 19 (industriegesellschaftliche Schrumpfung).

¹⁶³ Ivan Illich (1983), S. 118 - 119 (Proudhon und Braudel).

hausener Erklärung zum Boden“ mit. Ihre Hauptaussage lautete, dass „wir heute den Boden unter den Füßen verlieren“, weil die Industriegesellschaft sich auch im Bereich der Landwirtschaft immer weiter von den natürlichen Lebensgrundlagen entfernt, dass „unsere Generation also bodenlos geworden ist. ... Wir wurden unserer Beziehungen zur Erde (soil) entrissen.“ In unausgesprochener Übereinstimmung mit Ernst Friedrich Schumachers Forderung nach einer veränderten metaphysischen Einstellung des Menschen zum Boden rief die „Hebenshausener Erklärung zum Boden“ zur Schaffung einer „Philosophie des Erdbodens (soil)“ auf, um den Menschen ein „Verweilen in Grenzen“ innerhalb einer Subsistenzwirtschaft zu ermöglichen.¹⁶⁴

Wie der Zusatz „soil“ erkennen lässt, bezog sich die „Hebenshausener Erklärung zum Boden“ allerdings nur auf dessen Eigenschaft als Naturgrundlage der Herstellung von Lebensmitteln. Illich und seine Mitautoren bedachten ebenso wenig wie Schumacher mit, dass es auch einer Neuordnung des gesamten Rechtsverhältnisses zwischen den Menschen und dem Boden einschließlich der Ressourcen bedarf, welche eine für alle Menschen gleiche Teilhabe an den natürlichen Lebensgrundlagen herstellt. Dementsprechend enthielt die „Hebenshausener Erklärung zum Boden“ keine über eine andere ethische Grundeinstellung zum Boden hinausgehende Forderung nach notwendigen bodenrechtsreformerischen Konsequenzen.

Unabhängig von diesem Mangel deutete der Hinweis auf die Notwendigkeit einer Philosophie des Bodens auf ein tatsächliches Versäumnis der neuzeitlichen Philosophie hin. Parallel zur schrittweisen Lockerung und Aufhebung des biblisch-kanonischen Zinsverbots bereiteten Philosophen des Humanismus und der Aufklärung wie John Locke und Immanuel Kant auch der Umwandlung des Bodens, der in den jüdisch-christlich-muslimischen Religionen ebenso wie in indigenen Überlieferungen noch als ein unveräußerliches Eigentum Gottes galt, das die Menschen nur zeitlich befristet treuhänderisch nutzen dürfen, in ein verkäufliches und beleihbares Privateigentum den Weg. „So viel Land ein Mensch bepflanzt, bepflanzt, bebaut, kultiviert und so viel er von dem Ertrag verwerten kann, so viel ist sein Eigentum“, hatte John Locke 1689 behauptet. Und als Immanuel Kant rund 100 Jahre später im „Ewigen Frieden“ die „Idee eines Weltbürgerrechts“ proklamierte und einerseits das Verhalten von Europäern in überseeischen Kolonien beklagte, rechtfertigte er andererseits das „gesicherte Grundeigentum“ in „schon errichteten Staaten“.¹⁶⁵

Dieser Übergang zur Behandlung der „Mutter Erde“ als Privateigentum erfolgte zunächst aus einem verständlichen Grund - hatten doch Feudalherrscher an der Spitze der Lehenpyramide die Verfügung über den Boden zur Aufrichtung ihrer

¹⁶⁴ Ivan Illich (1990/2011), S. 14 - 16.

¹⁶⁵ John Locke (1689/2007), S. 33 - 36. - Immanuel Kant (1795/2008), S. 21 - 28. - Schon der antike Philosoph Aristoteles war hinsichtlich des Bodens unschlüssig, ob er das gemeinschaftliche oder das private Eigentum befürworten sollte; vgl. (1978), S. 74 - 85, 183 und 242.

Herrschaft über ihre Untertanen missbraucht. Die Behandlung des Bodens als Privateigentum, d.h. als (ver)käufliche Handelsware, Kapitalgut und Spekulationsobjekt unterminierte jedoch im Laufe einer längeren Entwicklung die gleiche Stellung aller Menschen zur Erde, was sowohl in sozialer als auch ökologischer Hinsicht zu destruktiven Folgen führte. Insofern bedarf es tatsächlich einer neuen Philosophie des Bodens, die die Fehlentwicklung vom feudalistischen zum kapitalistischen Privateigentum am Boden als solche rekapituliert und die die Entwicklung eines neuen Rechtsverhältnisses zwischen den Menschen und dem Boden philosophisch fundiert.

Hinwendung zur Religion

Statt mit Vorarbeiten für eine solche Philosophie des Bodens zu beginnen, wandte sich Ivan Illich gegen Ende seines Lebens ähnlich wie Schumacher wieder stärker der Religion zu. In seinen letzten Gesprächen über Religion und Gesellschaft mit David Cayley, die Cayley unter dem Titel „In den Flüssen nördlich der Zukunft“ herausgab, ging es um die Proportionalität zwischen Himmel und Erde, Mikrokosmos und Makrokosmos. Darin beklagte Illich zwar den „Schwund der Proportionalität“ in der modernen Gesellschaft, suchte aber nicht mehr nach Wegen, die verlorene Proportionalität in einer zukünftigen konvivialen Gesellschaft durch eine Äquivalenz von Geben und Nehmen bzw. von Arbeit, Waren und Geld wiederzuerlangen. Nachdem die Verbreitung von Computern unbegrenzte „virtuelle Räume ... inmitten des Alltags“ öffnete, deren Nonkonvivialität noch die Entgrenzung durch die modernen Verkehrsmittel übertraf, sah Illich das „Ende einer Epoche“ nicht schlagartig, aber in Form eines fließenden Übergangs zwischen zwei unterschiedlichen Epochen kommen.¹⁶⁶

Ökologische Modernisierung als vorläufige Antwort auf die Unzulänglichkeiten des „Small is beautiful“

Ohne eine fundierte Kritik am kapitalistischen Bodenprivateigentum und am kapitalistischen Geld und der von ihm ausgehenden Akkumulationsdynamik fehlte der „Small-is-beautiful“-Bewegung - ebenso wie vor ihr dem Ordoliberalismus - die eigentliche ökonomische Grundlage für die Verwirklichung ihrer Gedanken über eine Dezentralisierung der Wirtschaft mit ‚mittleren‘ Unternehmensgrößen und Technologien. Kohr, Schumacher und Illich fehlte leider jede Idee von einer zu ihrem „Small is beautiful“ und zu ihrer „Selbstbegrenzung“ passenden rechtlichen Gesamtordnung der Wirtschaft, die die Geld- und Bodenrechtsreformbewegung und der Ordoliberalismus immerhin in ersten Ansätzen vorgedacht hatten. Ohne genauere Kenntnis der kapitalistischen Unordnung des Geldwesens, des Boden-

¹⁶⁶ Ivan Illich (2006), S. 162 (Schwund der Proportionalität) und 183 - 186 (Verkehrsmittel, Computer und das Ende einer Epoche). - Vgl. hierzu auch Helmut Woll (2016a), S. 45 - 52.

rechts und der Unternehmensverfassung als Antriebskräften für ein überdimensioniertes Wachstum von Unternehmen mit großindustrieller Massenproduktion und ihrer Befuerung durch fossile und nukleare Energien konnte ihr Ruf nach überschaubaren kleineren Wirtschaftsregionen und nach deren demokratischer Mitgestaltung nicht die notwendige Wirkung entfalten. Durch die bloße Zurückführung der Fehlentwicklungen der Moderne auf menschliche Eigenschaften wie Habgier und Neid, durch ihre ökonomischen Unzulänglichkeiten und durch das Fehlen der Vision einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft mit sie ergänzenden eigenwirtschaftlichen Bereichen nahm Kohrs, Schumachers und Illichs Zivilisationskritik sogar historisch rückwärtsgewandte antimoderne Züge an. Damit trugen sie - sicherlich ungewollt - auch selbst dazu bei, dass die anfangs noch konsequent wachstumskritische Ökologie- und Alternativbewegung nach ihrem ersten Zusammenprall mit den Systemzwängen der real existierenden kapitalistischen Marktwirtschaft an Kraft verlor. Bald begnügten sich weite Teile der Ökologiebewegung mit dem pragmatisch-realpolitischen Ziel, die weiterhin auf dem kapitalistischen Akkumulationsprinzip beruhende Industriegesellschaft ‚ökologisch zu modernisieren‘. An die Stelle der „Grenzen des Wachstums“ sollten durch technische Innovationen eine höhere Effizienz von Ressourcenverbräuchen und ein „Wachstum der Grenzen“ treten.

Zu dieser Umorientierung der Ökologie- und Alternativbewegung trug u.a. der Soziologe Joseph Huber bei, dessen Studie über ihre inneren Widersprüchlichkeiten und Grenzen die Forderung enthielt, dass „sich niemand Illusionen darüber machen sollte, dass wir von oben bis unten an die Megamaschine angestöpselt sind“.¹⁶⁷ Diese ernüchternde Einschätzung war sicherlich nicht ganz falsch; sie hätte aber zu weitergehenden Überlegungen führen können, welche über alternative Projekte hinausgehende Änderungen der Gesamtstruktur der kapitalistischen Wirtschaft ergänzend hätten hinzukommen müssen, um die in den alternativen Projekten enthaltenen Keime einer Zukunftsgesellschaft von ihrer inneren Widersprüchlichkeit zu befreien und sie stärker zur Geltung zu bringen. Stattdessen hielt Huber alternative Projekte sogar für tendenziell parasitär, weil sie vielfach von ABM-Geldern oder anderen öffentlichen Subventionen abhingen; zumindest hielt er sie wegen der häufig für sie typischen Selbstausschöpfung und Unprofessionalität für ineffektiv und in gewisser Hinsicht auch für systemstabilisierend.¹⁶⁸ Im kapitalistischen Akkumulationsprinzip steckte jedoch auch weiterhin trotz seiner ökologischen Modernisierung der Wurm der sozialen und ökologischen Spaltung, der ihm schon von Anfang an innewohnte. Auf dieser Basis waren weder eine soziale Gerechtigkeit noch ein Frieden mit der Natur erreichbar und sie erwies sich auch als ein Hemmschuh für Bestrebungen, kleine und mittlere Mitarbeiterunternehmen aufzubauen, in denen alle Unternehmensangehörigen am Kapital und an

¹⁶⁷ Joseph Huber (1980), S. 44.

¹⁶⁸ Joseph Huber (1980), S. 51 - 55, und ders. (1982).

den unternehmerischen Entscheidungen sowie an den Gewinnen und Verlusten beteiligt sind.

10.4 Partnerschaftliche Mitarbeiterunternehmen und Modellversuche mit innerbetrieblicher Demokratie im Westen

Für Ernst Friedrich Schumacher war die Firma Scott Bader Commonwealth ein Musterbeispiel eines ‚mittleren‘ und dazu noch selbst verwalteten Unternehmens. Weitere Ansätze, die Produktion zu dezentralisieren und die Hierarchie zwischen leitenden und ausführenden Tätigkeiten mit Hilfe einer innerbetrieblichen Wirtschaftsdemokratie zu einzebnen, gab es im Windschatten sowohl der westlich-kapitalistischen Großunternehmen als auch der Planungsbürokratien östlich-kommunistischer Staaten. Selbstverwaltete Unternehmen mit dem Bestreben, innerbetriebliche Herrschaftsverhältnisse zu überwinden, hatten jedoch sowohl im Kapitalismus als auch im Kommunismus einen schweren Stand, denn sie passten „weder in die traditionellen Denk-, Handlungs- und Kampfschemata der einen noch der anderen Seite.“¹⁶⁹

In England und anderen westeuropäischen Ländern entstand in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine Vielfalt von kleinen und mittleren Unternehmen, die mit den unterschiedlichsten Formen der Beteiligung aller Mitarbeiter eines Unternehmens an dessen Kapital und Ertrag sowie an den unternehmerischen Entscheidungen experimentierten. In den Anfängen der sog. Mitarbeiterunternehmen spielten noch Erinnerungen an das soziale Unternehmertum von Frühsozialisten wie Robert Owen und an die Genossenschaftsbewegung des frühen 19. Jahrhunderts eine Rolle - ebenso wie Erinnerungen an anarchosyndikalistische Experimente mit einer Arbeiterselbstverwaltung während des Spanischen Bürgerkriegs (1936-1939) oder an die Kibbuz-Bewegung in Palästina/Israel.¹⁷⁰

Als infolge der Restauration der kapitalistischen Marktwirtschaft die ‚freien‘ Märkte erneut unter die Herrschaft von mono- und oligopolistischen Großunternehmen gerieten und als es den Gewerkschaften hauptsächlich darum ging, eine paritätische Mitbestimmung von Arbeitern bzw. deren gewerkschaftlichen Vertretern ‚ganz oben‘ in den Entscheidungsgremien von Montan- und anderen Großindustrien zu erkämpfen, begannen kleine und mittlere Mitarbeiterunternehmen inmitten schwankender Konjunkturen und im harten Verdrängungswettbewerb mit den Giganten, ‚ganz unten‘ Inseln der innerbetrieblichen Demokratie zu schaffen. Zu ihnen gehörten in Deutschland die Firma Behrens, die in Ahrensburg bei Hamburg Büromaterialien herstellte („Ahrensburger Modell“), die Glashütte Süß-

¹⁶⁹ Hans See (1997), S. 62.

¹⁷⁰ Zu den Produktivgenossenschaften vgl. Rolf Schwendter Hrsg. (1986), Band 1, S. 7 - 42, Christiane Eisenberg (1985), Luise Gubitzer (1989), S. 21 - 88, sowie Burghard Flieger (1989) und ders. (1996); zum spanischen Syndikalismus vgl. Erich Gertach (1956-1957/2011), und zur Kibbuz-Bewegung vgl. Michael Opielka & Wolfgang Trede (1986), S. 119 - 129.

muth in Immenhausen bei Kassel, Photo Porst in Nürnberg, das Weingut Pieroth in Bad Kreuznach oder die Firma Opel-Hoppmann in Siegen, die mit Kraftfahrzeugen handelte und auch Kfz-Reparaturwerkstätten betrieb. Diese und weitere Mitarbeiterunternehmen schlossen sich vielfach in der „Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft“ (AGP) mit Sitz in Kassel zusammen.¹⁷¹

In Österreich war es insbesondere die Bauhütte Leitl & Lang in Eferding bei Linz, die den marktbeherrschenden Großunternehmen nicht mehr nur ein soziales Unternehmertum oder eine Gewinnbeteiligung entgegensetzen wollte. Darüber hinaus wollte sie wie die anderen Mitarbeiterunternehmen innerbetriebliche Hierarchien abbauen und neue Formen einer gleichberechtigten Kooperation von Kapital und Arbeit entwickeln, an die auch der frühe Ordoliberalismus bei seiner Vorstellung eines vollständigen Wettbewerbs noch nicht gedacht hatte.

Rund 200 Mitarbeiter- und andere Alternativunternehmen mit etwa 2000 Mitgliedern gab es auch in der Schweiz, zum Beispiel die selbstverwaltete Uhrenfabrik „Jura Watch“. Im Übrigen hatte dort das schon in den 1920er Jahren von Gottlieb Duttweiler gegründete Handelsunternehmen „Migros“ vielfältige, auch sehr zwiespältige Erfahrungen mit solchen Unternehmen gemacht. Anfangs war Duttweiler als Alleininhaber ‚Herr im eigenen Hause‘ gewesen und bot anderen Handelsunternehmen Paroli, indem er unter Vermeidung des Zwischenhandels Formen einer Direktvermarktung von ‚billigeren‘ Lebensmitteln und auch von Reisen entwickelte. 1941 hatte Duttweiler die „Migros“ in eine Genossenschaft umgewandelt. Sie stieg zum größten Unternehmen in den schweizerischen Lebensmittel-, Restaurant- und Tourismusbranchen auf und gründete auch noch eigene Produktionsbetriebe, als Konkurrenten Lieferungen an die „Migros“ einstellten. Zwar gab die „Migros“ ein Prozent ihres Umsatzes für kulturelle Zwecke aus und sie gewährte ihrer Belegschaft auch mehr Sozialleistungen als andere Unternehmen. Doch erlangte sie dank ihres Größenwachstums eine zunehmende Marktmacht und geriet aufgrund ihrer Forcierung des günstigen Konsums mit ökologischen Zielen in Konflikt. Außerdem tat sich nach Duttweilers Tod eine „Kluft zwischen alternativem Anspruch und merkantiler Realität in Bezug auf die von Duttweiler gepriesene Genossenschaftsidee“ auf. „Jahrelang lag in Tat und Wahrheit die Migros-Demokratie brach und die Konzern-Gewaltigen hüteten sich davor, sie zu beleben.“ Deshalb bildeten angesehene schweizerische „Migros“-Kritiker 1979 einen „Verein Migros-Frühling“. Auch wenn sie gegen den Widerstand der Unternehmensleitung bei einer unternehmensinternen Wahl nur 25 % der Stimmen für ihre Forderung erhielt, das Unternehmen wieder stärker auf die Ziele seines Gründers auszurichten, vermochten sie immerhin eine breite öffentliche Diskussion über Unternehmensziele und Konsumgewohnheiten auszulösen.¹⁷²

¹⁷¹ Vgl. die Website www.agpev.de

¹⁷² Peter Christ & Richard Gaul & Wolfgang Gehrman (1982), S. 142 - 155 (Migros), besonders S. 144 (Jura Watch), 149 - 150 (Kluft zwischen Anspruch und Realität bei Migros).

Wie die „Migros“ stammte auch das alternative mittelständische Handelsunternehmen „Wirtschaftsring“ (WIR) bereits aus der Vorkriegszeit. Aus der 1931 von Geldreformern gegründeten genossenschaftlichen Selbsthilfeorganisation WIR, die den Handel zwischen mittelständischen Unternehmen förderte, ging später eine „WIR-Bank“ hervor, die für ihre mittelständischen Mitgliedsfirmen ein bargeldloses Verrechnungssystem organisiert und „WIR-Guthaben“ nicht verzinst.¹⁷³

Bürgerliche Mitarbeiterunternehmen ...

Da die herkömmliche Gewinnbeteiligung auch eine bloße „Betäubungsdroge zur Erzielung einer höheren Arbeitsproduktivität“ sein konnte und da „eine reine Kapitalbeteiligung ... die bestehende Rechtsordnung und das bestehende Gesellschaftsrecht bewahrt und ... die Mitarbeiter ... zu kleinen Kapitalisten“ macht, wurden sog. „laboristische Kapitalbeteiligungssysteme“ erprobt. Dabei erhielt jeder Angehörige eines Mitarbeiterunternehmens drei verschiedene Einkommensarten: „Einmal bezieht er Lohn oder Gehalt aus der arbeitsvertraglichen Bindung an das Unternehmen; zum zweiten bezieht der Mitarbeiter Erfolgsanteile aufgrund seiner *Mitarbeitereigenschaft*; zum dritten bezieht der Mitarbeiter einen Anteil aufgrund seiner *Kapitaleinlage*.“ Im Vergleich zu herkömmlichen Unternehmen stellten „laboristische Kapitalbeteiligungssysteme“ deutlich höhere Anforderungen an das betriebliche Rechnungswesen, denn es waren komplexe individuelle Zurechnungen zu bewältigen. Es musste entschieden werden, in welchen Formen, in welchem individuellen Umfang und mit welcher Laufzeit sich die Mitarbeiter am Erfolg und Kapital beteiligen ließen. Sollten die Erfolgsanteile regelmäßig ausgezahlt oder dem Unternehmen als Fremdkapital darstellende Darlehen gegeben werden? Auf diesem „betriebsverfassungsrechtlichen Neuland“ stellten sich auch steuerrechtliche Probleme, die oftmals dazu führten, dass die Mitarbeiter den „Status von stillen Gesellschaftern“ erhielten, weil sie „sonst steuerlich als Mitunternehmer eingestuft“ worden wären.¹⁷⁴

Auf jeweils eigenen Wegen trachteten die Mitarbeiterunternehmen danach, innerhalb des bestehenden, noch vom hierarchischen Lohnarbeitsverhältnis geprägten Gesellschafts- und Steuerrechts Wege zu finden, den Interessengegensatz zwischen dem Kapital und der Lohnarbeit innerbetrieblich zu überwinden oder wenigstens zu entschärfen und die Arbeitswelt zu humanisieren. Ihr gemeinsames Ziel bestand darin, das „herrschaftlich-hierarchische Denken“ innerhalb von Unternehmen zu überwinden und „den fremdbestimmten Arbeitnehmer aus seiner Objektsituation herauszuführen und ihn zum mitverantwortlichen Subjekt werden zu lassen“. Das Eigentum an den Produktionsmitteln sollte nicht mehr nur einer

¹⁷³ Zum Wirtschaftsring (WIR) vgl. Hugo Godschalk (1986), S. 19 – 25, und Hervé Dubois (2014) und die Website <https://www.wir.ch/>

¹⁷⁴ Kurt Maier (1974), S. 18 (Gewinnbeteiligung als Droge), 20 (reine Kapitalbeteiligung), 22 (laboristische Kapitalbeteiligung) - 27 (gesellschaftsrechtliche und steuerliche Komplikationen).

Minderheit von Unternehmern vorbehalten sein und ihnen eine Verfügungsgewalt über Menschen verleihen, sondern die Arbeiter und Angestellten sollten sowohl am Kapital als auch an den innerbetrieblichen Entscheidungen und am Ertrag beteiligt werden. „Die Partnerschaftskonzeption führt auf das Eigentum aller hin.“ An die Stelle des „Subordinationsverhältnisses“ zwischen Kapital und Lohnarbeit sollte schrittweise ein Bewusstsein für ein ebenbürtiges „Aufeinanderangewiesensein von ‚Arbeitgebern‘ und ‚Arbeitnehmern‘ entstehen. ... Die primäre Beachtung des Mitarbeiters als gleichwertiges Individuum und nicht als Kostenfaktor im Produktionsprozess kommt dem elementaren Grundbedürfnis des arbeitenden Menschen auf Erweiterung des Geltungs- und Verantwortungsspielraums entgegen“ und sie bewirkt unter der Voraussetzung einer transparenten, dialogischen Konfliktregelung auf gleicher Augenhöhe eine „Linderung der Entfremdungssituation ... im Partnerschaftsbetrieb. ... Die Partnerschaft will somit mehr sein als ein verbessertes Entlohnungssystem.“ Damit kamen die partnerschaftlichen Mitarbeiterunternehmen auch dem vielfach in gesellschaftskritischen Debatten artikulierten Bedürfnis nach einem Bewusstseins- und Wertewandel entgegen - insbesondere dem Bedürfnis nach einem Wandel der Arbeit von der fremdbestimmten Lohnarbeit zu einem autonomen Tätigkeit.¹⁷⁵

... und ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie und den Gewerkschaften

Aus dem Selbstverständnis der partnerschaftlichen Mitarbeiterunternehmen ergab sich von Beginn an freilich auch ein Spannungsverhältnis zur gewerkschaftlichen Streiktaktik und erst recht zu dem von Marx & Engels propagierten Klassenkampf. Als dieser durch die 1968er Studentenbewegung eine Renaissance erlebte, betonten viele Mitarbeiterunternehmen ihren Charakter als kooperatives Gegenmodell zum klassenkämpferischen Freund-Feind-Denken. In ihnen sollten die Entscheidungen gemeinschaftlich von allen am Kapital und am Ertrag beteiligten ‚Arbeitgebern‘ und ‚Arbeitnehmern‘ getroffen werden und nicht von „Funktionsären, die innerbetrieblich oder außerbetrieblich in das Unternehmen delegiert oder bestimmt worden sind. ... Keineswegs ist jedoch im Partnerschaftsbetrieb damit die gewerkschaftliche Präsenz ausgeschlossen. Lediglich das Primat der Bezogenheit der Mitbestimmungsrechte erfährt eine Umpolung auf die ursprüngliche Zielrichtung.“¹⁷⁶

Als die Sozialdemokratie während der 1970er Jahre in Deutschland die Regierungsverantwortung mitrug, wollte sie zwar auf dem Gebiet der Politik mehr Demokratie wagen; aber die Mitarbeiterunternehmen hatte sie nicht im Blick. In

¹⁷⁵ Kurt Maier (1974), S. 7 - 14, 18 (Betäubungsdroge) und 29 (Eigentum für alle). - Vgl. auch Gisela Notz (1991a), S. 88, und Marlene Kück (1985a), S. 28.

¹⁷⁶ Kurt Maier (1974), S. 15. - Heinz Bierbaum stellte das Verhältnis zwischen den selbstverwalteten Mitarbeiterunternehmen und den Gewerkschaften gar als „eher gespannt bis feindlich“ dar; vgl. Heinz Bierbaum (1991), S. 63.

den Jahren der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit erschien ihr die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Mitarbeiterunternehmen im Vergleich zur Bedeutung von marktbeherrschenden und innovativen Großunternehmen als allzu gering. Und zu sehr hatte sich die Sozialdemokratie während der Nachkriegsjahrzehnte von einer systemkritischen zu einer systemkonformen politischen Kraft entwickelt, die die kapitalistische Marktwirtschaft mit Hilfe einer Globalsteuerung stabilisieren und modernisieren wollte. Dennoch hätte es von einer zumindest symbolischen Bedeutung sein können, wenn die Sozialdemokratie auch diese Modellversuche mit einer innerbetrieblichen Demokratie durch entsprechende gesetzliche Regelungen politisch gestärkt hätte.¹⁷⁷

Sozialistische Arbeiterselbstverwaltungsunternehmen

Die Initiatoren solcher Mitarbeiterunternehmen kamen keineswegs nur aus bürgerlichen Kreisen, sondern auch aus Kreisen der Arbeiterbewegung bzw. von deren Nachfahren. Während einige bürgerliche Unternehmer sich bei der Umwandlung ihrer Unternehmen in Mitarbeiterunternehmen am Leitbild „Partnerschaft statt Klassenkampf“ orientierten, gründeten Arbeiter und sozialistische oder anarchistische Intellektuelle Kollektivbetriebe wie zum Beispiel die „Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk“ auf dem UFA-Gelände in Berlin oder das Berliner Ingenieurkollektiv „Wuseltronick“. „Sozialistische Selbsthilfen“ bzw. „Arbeiterselbsthilfen“ gab es auch in oder bei anderen Großstädten wie Köln und Frankfurt („Krebsmühle“).

Oftmals verstanden sich die sozialistischen Kollektivbetriebe nicht als Alternative zum Klassenkampf in Großunternehmen, sondern eher als Ergänzung zu ihm. Aber im Unterschied zur gewerkschaftlichen Streiktaktik setzten die in ihnen tätigen Arbeiter und Intellektuellen nicht auf eine zeitweise Verweigerung der Arbeit, sondern sie suchten vielmehr nach Möglichkeiten, ihre vorherigen lohnabhängigen Arbeiten gemeinsam mit anderen Menschen in selbstbestimmte Tätigkeiten umzuwandeln bzw. in den Fällen, in denen sie von der damals rapide zunehmenden Arbeitslosigkeit betroffen waren, sich neue Arbeitsmöglichkeiten fern der Lohnarbeit zu verschaffen. Als Reaktion auf drohende Schließungen von ‚normalen‘ Unternehmen kam es zuweilen zu Betriebsbesetzungen und zur Übernahme von in Konkurs gegangenen Unternehmen durch ihre Belegschaften oder auch zu Neugründungen von selbstverwalteten Unternehmen, womit bislang Lohnabhängige und Arbeitslose den Sprung in neue Formen der Selbstständigkeit wagten.¹⁷⁸

Nach dem Vorbild der genossenschaftlichen Selbsthilfe im 19. Jahrhundert zogen viele sozialistische Initiativen zunächst die Rechtsform der Genossenschaften für sich in Erwägung - vor allem dann, wenn sie sich von Marx' und Lenins Vorurteil gelöst hatten, dass Genossenschaften eine kleinbürgerliche Ablenkung vom

¹⁷⁷ Vgl. hierzu Arne Heise [1989], S. 78 – 79.

¹⁷⁸ Vgl. hierzu Rainer Duhm (1990), S. 9 - 14 und 229 - 234. - Marlene Kück (1985a), S. 28.

proletarischen Klassenkampf seien. Jedoch erwiesen sich das Genossenschaftsrecht in seiner bisherigen Form und auch andere Formen des Gesellschaftsrechts als nicht geeignet für selbst verwaltete Betriebe, weil sie allesamt noch sehr auf das traditionelle hierarchische Lohnarbeitsverhältnis zugeschnitten waren. „Die Arbeiterselbstverwaltung ist nach dem deutschen Wirtschaftsrecht nicht vorgeesehen.“¹⁷⁹ Dasselbe galt auch für das Steuerrecht. So musste nach Nischen im bestehenden Wirtschafts- und Steuerrecht und nach neuen Wegen gesucht werden, auf denen mit den Rechtsformen der GmbH, der Stiftung und von Vereinen sowie mit Modifikationen und Kombinationen dieser Rechtsformen experimentiert wurde. „Das Fehlen einer passenden Rechtsform für selbst verwaltete Betriebe führte zu Konflikten und ökonomischen Instabilitäten.“¹⁸⁰

Selbstverwaltung in Landwirtschaft, Handwerk, Dienstleistung und Handel

Inmitten der vermachteten kapitalistischen Marktwirtschaft mit ihren Ungleichgewichten auf den Kapital- und Arbeitsmärkten und ihren Konjunkturschwankungen erprobten bürgerliche Mitarbeiterunternehmen und sozialistische Betriebskollektive die verschiedensten Formen der innerbetrieblichen Demokratie und Selbstverwaltung. Nach Erhebungen von Marlene Kück umfasste die „alternative Ökonomie“ um die Mitte der 1980er Jahre in Deutschland etwa 4000 selbst verwaltete Betriebe mit schätzungsweise 24.000 Mitarbeiter/innen. Zu diesen Betrieben gehörten insbesondere Biohofgemeinschaften und Landkommunen sowie mittelständische Handwerks-, Dienstleistungs- und Handelsbetriebe. Darunter waren auch Kultureinrichtungen sowie Druckereien und Zeitungen („Oktoberdruck“, „Contraste - Zeitschrift für Selbstverwaltung“, die Tageszeitung „taz“ sowie die schweizerische „WochenZeitung“). „Die Dominanz dieser Branchen resultiert wahrscheinlich aus zweierlei: Einmal ist der Kapitalbedarf zur Errichtung von Betrieben in den genannten Teilbereichen relativ gering (im Gegensatz zur kleindustriellen Produktion usw.), zum anderen sind auch die personellen Anforderungsprofile (Qualifikationsniveau) zum Betreiben solcher Einheiten nicht allzu hoch.“¹⁸¹

Obwohl sich die Charakteristika selbstverwalteter Betriebe nicht immer genau definieren ließen und obwohl es fließende Grenzen zum informellen Sektor und zur Schattenarbeit gab, rechnete Kück die Selbstverwaltungsbetriebe nicht dem informellen Sektor zu, weil sie eindeutig „marktbezogen arbeiten“, d.h. sie beziehen Vorleistungen von anderen Unternehmen und verkaufen ihre Erzeugnisse auf den

¹⁷⁹ Gisela Notz (1991a), S. 107. - „Die Idee der Selbstverwaltung konnte jedenfalls unter den Bedingungen des Genossenschaftsrechts nicht realisiert werden.“ (Hans See 1997, S. 58)

¹⁸⁰ Marlene Kück (1985a), S. 35. - Gisela Notz (1991a), S. 100 - 101 (Rechtsformen der Glashütte Süßmuth).

¹⁸¹ Marlene Kück (1985a), S. 27 und 31.

für sie bedeutsamen Märkten. Kück sah in den Selbstverwaltungsbetrieben deshalb „Stätten einer ausgegliederten Hausproduktion. ... Insofern sind in einer solchen Perspektive auch keine Unterschiede zwischen traditionellen Betrieben und selbstverwalteten Betrieben auszumachen.“¹⁸²

Frauen in der selbst verwalteten Ökonomie

Trotz aller Ambitionen, innerbetriebliche Hierarchien zu überwinden, und trotz aller Diskussionen um Frauenquoten gelang es den Mitarbeiter- und Arbeiter-selbstverwaltungsunternehmen im Großen und Ganzen nicht, sich auch noch der in der Gesellschaft vorherrschenden Geschlechterhierarchie zu entziehen und innerhalb ihrer eigenen Betriebe eine „Entpatriarchalisierung“ voran zu bringen. Zwar boten „die Strukturen selbstverwalteter Betriebe ... grundsätzlich die Möglichkeit zur Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung“, aber tatsächlich konnte die traditionell-geschlechtsspezifische Aufteilung der Arbeiten in ‚weibliche‘ Haus- und Familienarbeit und in ‚männliche‘ Erwerbsarbeit nicht in einem größeren Umfang durchbrochen werden.¹⁸³

Nur in seltenen Fällen teilten sich Frauen und Männer die als ‚unproduktiv‘ geltende reproduktive Familienarbeit und die ‚produktive‘ Erwerbsarbeit zu gleichen Teilen auf. „Auch in der selbst verwalteten Wirtschaft sind es die Frauen, die überwiegend Haushalt und Kinder betreuen und weniger in den Werkstätten zu finden sind.“ Während nur wenige Männer eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf anstrebten, wurde sie für Frauen vielfach zu einer Doppelbelastung. Und „vor allem Frauen sind es, die die ‚ungeschützten‘, zumindest unterbezahlten Arbeitsplätze innehaben“ - vorwiegend in den Sozial- und Dienstleistungsbereichen -, während Männer in Produktion und Reparatur tätig waren. Alles in allem stellte Gisela Notz eine „erstaunliche Übereinstimmung zwischen selbst verwalteter und kapitalistischer Wirtschaft in der Verteilung der Arbeitsplätze unter Frauen und Männern“ fest.¹⁸⁴

Schwächen und Funktionsprobleme

Während Elmar Pieroth in den Mitarbeiterunternehmen gerade für die mittelständische Wirtschaft ein „Laboratorium für sozialpolitische Innovation“ außerhalb der Einflussbereiche von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sah, attestierte Kurt Falthäuser, der über das Pieroth-Modell promoviert und erste Sozialbilanzen von Unternehmen konzipiert hatte, eine „mangelnde Relevanz der Partnerschafts-

¹⁸² Marlene Kück (1985a), S. 28 - 29. - Vgl. auch Robert Hettlage (1987).

¹⁸³ Gisela Notz (1991b), S. 190 (Selbstverwaltung als Chance für Geschlechtergerechtigkeit) und 192 (Entpatriarchalisierung).

¹⁸⁴ Gisela Notz (1991b), S. 196 - 197 (Unterbezahlung in vorwiegend sozialen Frauenberufen) und 207 (Parallele zwischen kapitalistischer und selbst verwalteter Wirtschaft).

bewegung“. Zudem sei sie „zu sehr den Spuren der amerikanischen human-relations-Bewegung gefolgt“, der es in erster Linie um eine „Perfektionierung des Taylorismus“ gegangen sei. „Weder die gleitende Arbeitszeit noch der Bildungsurlaub wurden in Partnerschaftsbetrieben geboren, weder Job-Rotation noch erhöhter Sicherung älterer Mitarbeiter wurde zuerst in den Partnerschaftsbetrieben praktiziert. ... Von ‚sozialer Pionierrolle‘ kann nur in Einzelfällen noch die Rede sein.“ Um die Partnerschaftsbewegung nicht nur zu einer „sozialen Kosmetik“ werden zu lassen, sollte sie Faltthauer zufolge bei der dualen Ausbildung, beim Arbeitsschutz sowie bei der Schaffung von familienfreundlichen Teilzeitarbeiten und dem Schutz älterer Mitarbeiter voran gehen.¹⁸⁵

Zusätzlich zur Übermacht der übrigen Wirtschaft, zu rechtlichen Hemmnissen und zur mangelnden Solidarität der Gewerkschaften, die solche experimentellen Schritte von der Lohnabhängigkeit in eine neue Selbstständigkeit mit Beratungs- und Bildungsangeboten hätten unterstützen können, hatten also die Mitarbeiterunternehmen und Arbeiterselbstverwaltungsunternehmen auch ihre eigenen Schwächen und Funktionsprobleme. Eine im Vergleich zu ‚normalen‘ kapitalistischen Unternehmen geringere Effizienz ergab sich bereits aus dem Umstand, dass innerbetriebliche Entscheidungsprozesse zeitaufwändiger sind, wenn sie demokratisch und vielleicht auch noch nach dem Konsensprinzip stattfinden, als wenn eine Unternehmensleitung von oben nach unten durchregiert. Auch eine vielfach praktizierte Rotation von Funktionen führte zu Einbußen bei der Effizienz - ebenso wie das Bestreben, im Sinne der Kritik von Ivan Illich an der Herrschaft von Experten den Grad der Arbeitsteilung zu verringern. „Der Anspruch auf Aufhebung oder zumindest Abmilderung der kapitalistischen Arbeitsteilung kann in Widerspruch zu Effizienzerfordernissen stehen, wenn dadurch notwendige Professionalisierung und Spezialisierung zu sehr behindert werden.“ Als Ausdruck ihres Wertewandels strebten etliche Arbeiterselbstverwaltungsunternehmen trotz ihrer Marktorientierung gar keine Gewinnmaximierung mehr an, sondern sie begnügten sich mit kostendeckenden Einnahmen und nahmen zumindest zeitweise sogar eine Selbstausbeutung in Kauf.¹⁸⁶ Zudem ging es vielen von ihnen im Laufe der 1980er Jahre nicht mehr nur um die demokratische Teilhabe am Geschehen in ihren Betrieben, sondern auch um eine Umweltverträglichkeit ihrer Unternehmensziele. Und im Aufkommen eines Fairen Handels kam der Wunsch zum Ausdruck, die Folgen des eigenen Verhaltens für die Menschen in der sog. Dritten Welt mit zu bedenken.

¹⁸⁵ Elmar Pieroth (1974), S. 33 - 34 (Mitarbeiterunternehmen als Laboratorien). - Kurt Faltthauer (1974), S. 40 - 42 (mangelnde Relevanz, human-relations-Bewegung und Versäumnisse der Mitarbeiterunternehmen). - Als CSU-Politiker war Faltthauer später Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und bayerischer Finanzminister sowie Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität München.

¹⁸⁶ Gisela Notz (1991a), S. 107 (Entscheidungen durch Mehrheit bzw. Konsens). - Marlene Kück (1985a), S. 30 (Rotation) und 31 (Kostendeckung statt Gewinnmaximierung). - Hans Georg Nutzinger (1989), S. 168.

Dies alles machte die Mitarbeiterunternehmen und mehr noch die Arbeiter-selbstverwaltungsunternehmen unattraktiv für konventionelle Banken als Kreditgeber - und zwar nicht nur für private, sondern auch für genossenschaftliche Banken und Sparkassen. „Die Ursachen für die Defizite im Finanzierungsbereich sind vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, das Resultat von Eigenkapitalmangel, einer ungenügenden persönlichen Kreditwürdigkeit und eines sogenannten Risikokapitalbedarfs.“ Neben ihren eigenen Schwächen waren es nach Auffassung von Marlene Kück auch ihre „abweichenden Ökonomievorstellungen“, die die alternative Ökonomie für konventionelle Banken uninteressant machte.¹⁸⁷ Die alternative Produktionssphäre kollidierte gewissermaßen mit der kapitalistisch gebliebenen Zirkulationssphäre, die bis dahin unbeachtet geblieben war, weil seit Marx & Engels die kapitalistische *Produktionsweise* als das zentrale Hindernis auf dem Weg zur Überwindung der Lohnarbeit gegolten hatte.

Um die Finanzierungsprobleme der alternativen Ökonomie zu mildern, entstanden 1978 in Berlin ein Verein „Netzwerk Selbsthilfe“, das alternative Produktionen förderte, und danach - als die Partei „Die Grünen“ sich etablierte - „Öko-Fonds“, in die mit derselben Zielsetzung Wahlkampfkostenerstattungen sowie Diäten flossen, auf die grüne Politiker verzichteten. Experimentiert wurde auch mit sog. „Haftungsassoziationen“ und „Kollektiv-GmbHs“.¹⁸⁸ Unterdessen entstanden mit der „Öko-Bank“ und der „Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken“ (GLS) auch erste alternative Banken, die ihren Kunden die Möglichkeit boten, zugunsten von alternativen Projekten ganz oder teilweise auf marktübliche Zinsen zu verzichten. Sie investierten die Kundeneinlagen nur noch in ausgewählten ethisch-ökologisch vertretbaren Bereichen des ökologischen Landbaus, der Erzeugung von regenerativer Energie oder von sozialen und kulturellen Einrichtungen, wobei die Kunden selbst entscheiden, in welchen dieser Bereiche ihre Einlagen eingesetzt werden.

Trotz solcher Finanzierungserleichterungen blieb es für die alternative Ökonomie wie schon für die Produktionsgenossenschaften im 19. Jahrhundert eine „schmale Gratwanderung“ zwischen „wirtschaftlichen Leistungserfordernissen und internen Demokratieansprüchen“ einerseits und andererseits „zwischen dem ökonomischen Erfolg alternativer Betriebe, die ihre Vereinnahmung in die herrschende Ökonomie herauf beschwört, und dem ökonomischen Misserfolg, der ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage untergräbt.“¹⁸⁹ Über kurz oder lang konnten zahlreiche Mitarbeiter- und Arbeiterselbstverwaltungsunternehmen ihre Existenz nicht in ihren ursprünglichen Formen erhalten. Entweder passten sie sich ihrer kapitalistischen Umgebung an wie zum Beispiel die Glashütte Süßmuth, die Anfang der 1980er Jahre wieder in ein ‚normales‘ Unternehmen umgewandelt wurde,

¹⁸⁷ Marlene Kück (1985a), S. 32, und dies. (1985b), S. 33 - 46 und 139 (abweichende Ökonomievorstellungen).

¹⁸⁸ Marlene Kück (1985b), S. 68 - 77 (Netzwerk Selbsthilfe und Öko-Fonds), 111 - 112 (Haftungsassoziationen) sowie 113 - 116 und 133 (Kollektiv-GmbHs).

¹⁸⁹ Hans Georg Nutzinger (1989), S. 166.

bevor sie 1996 in Konkurs ging.¹⁹⁰ Andere stellten ihren Betrieb ohne ein Zwischenstadium der kapitalistischen ‚Normalisierung‘ ein.

Das Scheitern vieler Mitarbeiterunternehmen und Arbeiterselbstverwaltungsunternehmen ist jedoch keineswegs ein Beweis dafür, dass das Ziel einer Dezentralisierung der Wirtschaft mit einer Mitbestimmung von unten und einer breiten Beteiligung aller Unternehmensangehörigen am Kapital verfehlt wäre. Vielmehr offenbart es die völlige Verhärtung des kapitalistischen „Stahlgehäuses“ (Max Weber). Unter den Rahmenbedingungen der kapitalistischen Marktwirtschaft war noch keine echte Partnerschaft von Kapital und Arbeit möglich, weil das Geld- und Realkapital der Arbeit dank seiner ihm innewohnenden strukturellen Macht noch immer der Arbeit überlegen blieb. In den Mitarbeiterunternehmen gingen also strukturell ungleiche Partner eine Partnerschaft ein. Und so wie klassische Unternehmer sowohl Unternehmer als auch Kapitalisten in einer Person waren, so gerieten auch MitarbeiterInnen, die am Kapital eines alternativ produzierenden Unternehmens partizipierten, in die in sich widersprüchliche Doppelrolle bzw. Dreifachrolle als Mitarbeiter, Mitunternehmer und Mitkapitalisten, die einerseits für den menschlichen Bedarf produzierten und deren Produktion andererseits auch der Rentabilität des gemeinschaftlichen Geld- und Realkapitals diene.

Auch wenn die Mitarbeiter- und Arbeiterselbstverwaltungsunternehmen in die Systemzwänge der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft eingezwängt blieben und noch nicht ihr ganzes Potenzial entfalten konnten, unternahmen sie wichtige Versuche, schon vor einer großen Strukturreform der Wirtschaft inmitten der monopolistisch vermachteten Märkte mit partizipativ-demokratischen Unternehmensformen zu experimentieren. Damit waren sie Vorboten zukünftiger Unternehmensformen in einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, denen bislang die notwendigen Rahmenbedingungen für eine stärkere Entfaltung fehlen.

Vorläufige Rückschlüsse

Um die Mitte der 1970er Jahre hatte Christoph Leitl von der Bauhütte Leitl & Lang noch daran geglaubt, dass die Zahl der mittelständischen Mitarbeiterunternehmen stetig zunehmen würde und dass „Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung ganz sicher kommen“ würden. „Die gesellschaftliche Entwicklung weist ... in diese Richtung. ... Es ist daher sinnvoll, alle Unternehmer, die sich heute noch gegen diese Entwicklung wehren, davon zu überzeugen, dass es notwendig ist, die Aufbauarbeit zu beginnen.“¹⁹¹ Dieser Optimismus schwand in den darauffolgenden Jahren nicht nur wegen der Funktionsprobleme und des Scheiterns vieler Mitarbeiter- und Selbstverwaltungsunternehmen. Die Entwicklung der gesamten Arbeitswelt ging vorerst infolge der neoliberalen Entfesselung der internationalen Finanzmärkte und Megafusionen von Großunternehmen in die falsche Richtung

¹⁹⁰ Hans See (1997), S. 65.

¹⁹¹ Christoph Leitl (1974), S. 59.

einer fortschreitenden Kapitalkonzentration und einer rigorosen Ausrichtung der Realwirtschaft auf das Prinzip des shareholder value, wodurch der Produktionsfaktor Lohnarbeit gegenüber dem Kapital mehr und mehr geschwächt und zu großen Teilen sogar prekariert wurde. „Rückblickend erfüllten sich die Hoffnungen auf eine großflächigere Verbreitung von demokratischen Mitentscheidungspraktiken in Unternehmen (noch?) nicht im intendierten Ausmaß.“¹⁹²

Unter diesen Umständen des verschärften internationalen Wettbewerbs konnten immerhin einige Mitarbeiter- und Arbeiterselbstverwaltungsunternehmen ihre Existenz aufrechterhalten. Und die gesamte Bewegung für innerbetriebliche Demokratie und Partizipation dürfte auch dazu beigetragen haben, dass der Gedanke von zumindest abgeflachten Hierarchien auch in die Betriebswirtschaftslehre sowie in die Organisation von mittleren und größeren Unternehmen Einzug gehalten hat.¹⁹³ Freilich ist er dort auch der Gefahr einer Instrumentalisierung für Zwecke der Imagepflege ausgesetzt.

10.5 Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien

Nachdem die deutsche Sozialdemokratie bereits um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert eine *politische* Revision des Marxismus und eine Umorientierung von Teilen der Arbeiterbewegung zu einem demokratischen Sozialismus eingeleitet hatte, kam es unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg im nunmehr zum sowjetischen Machtbereich gehörenden Jugoslawien zu einer *ökonomischen* Revision des Marxismus. Sie ließ sich allerdings nicht mit der vorangegangenen politischen Revision des Marxismus verbinden, weil die Sowjetunion Jugoslawien ein totalitäres politisches System aufoktroieren wollte. Aber schon 1948 kam es zum Bruch zwischen dem von dem reformkommunistischen Partisanenkämpfer Josip Broz Tito regierten Jugoslawien und der Sowjetunion unter Stalin. Unmittelbar nach dem Ende des Partisanenkriegs gegen das nationalsozialistische Deutschland war die jugoslawische Wirtschaft noch nach sowjetischem Muster verstaatlicht und einer zentralistischen Verwaltung nach den Maßgaben eines Fünfjahresplans unterworfen worden. In Erinnerung an die von Bolschewisten unmittelbar nach der Russischen Revolution unterdrückte Rätebewegung wurde die Verfügungsgewalt über das verstaatlichte Produktionsmitteleigentum jedoch in den frühen 1950er Jahren schrittweise von der zentralstaatlichen Bürokratie auf dezentrale „Arbeitskollektive“ bzw. „Arbeiterräte“ übertragen. Die neuen Gesetze „legten die Verwaltung der Unternehmen in die Hände der Arbeitskollektive bzw. ihrer Organe und nahmen eine deutliche Trennung der Unternehmensleitung von der staatlichen Wirtschaftsverwaltung vor.“ Im Laufe der 1960er Jahre wurde die Arbeiterselbstverwaltung in den jugoslawischen Produktions- und Handelsbetrieben durch wei-

¹⁹² Wolfgang Weber & Thomas Höge (2009), S. 5.

¹⁹³ Wolfgang Weber & Thomas Höge (2008) und (2009), S. 4. - Thomas Sattelberger & Isabell Welpé & Andreas Boes (2015), S. 99 - 113 und 142 - 155.

tere Gesetze wie das „Allgemeine Gesetz über die Selbstverwaltung der Werktätigen in den Verwaltungsbehörden“ modifiziert und ihre Stellung gegenüber der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften gefestigt, wobei auch die Partei ihr Selbstverständnis veränderte und sich zu einem „Bund der Kommunisten“ wandelte.¹⁹⁴

Während die Sowjetunion 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn Volksaufstände gegen den totalitären Kommunismus mit brutaler militärischer Gewalt niederschlug, vermochte Jugoslawien innenpolitisch seinen „eigenen Weg zum Sozialismus“ zu gehen und außenpolitisch einen „Block der Blockfreien“ zu bilden. Dabei war es keineswegs die Absicht der jugoslawischen Reformkommunisten, Marx völlig über Bord zu werfen; aber sie interpretierten ihn anders als die sowjetische Nomenklatura. Vorreiter dieser Neuorientierung waren insbesondere die in der undogmatisch-marxistischen „Praxis-Gruppe“ zusammengeschlossenen Philosophen und Sozialwissenschaftler, die während mehrerer Jahre Sommerschulen auf der Adriainsel Korčula gegenüber von Dubrovnik durchführten und die Ergebnisse ihrer Debatten in der Zeitschrift „Praxis“ veröffentlichten.

Philosophische Grundlagen der Arbeiterselbstverwaltung

Nach der während Stalins Herrschaft eingetretenen „oligarchisch-etatistischen Degeneration der Oktoberrevolution“ sollte den Philosophen Predrag Vranicki (1922-2002) und Svetozar Stojanovic (1931-2010) zufolge die Entwicklung des Sozialismus „weiter gehen als Marx. ... Marx muss uns ein wichtiger Anstoß bleiben, wir dürfen ihn jedoch nicht zum Hindernis machen.“ Der „echte Marxismus“ im Sinne einer „rückhaltlosen Kritik alles Bestehenden“ müsse auch kritische Blicke auf die Entfremdung des Menschen im Kommunismus richten. „Wir sind alle Zeugen einer Superentfremdung. ... Der Marxismus wurde als ideologische Basis für den Etatismus missbraucht.“ Um ihn zu überwinden und die persönliche Freiheit der Menschen zu schützen, müsse der Marxismus im Sinne von Engels' Ausblick auf ein allmähliches „Absterben des Staates“ nach der proletarischen Revolution und auf das Entstehen einer „freien Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, erneuert werden.¹⁹⁵

Für Kardinalfehler der russischen Oktoberrevolution hielt Stojanovic den „Ersatz des Geldes durch Arbeitsbestätigungen“ und die Abschaffung des von Marx als ‚anarchisch‘ kritisierten Marktes zugunsten einer zentralstaatlichen Planung. Das

¹⁹⁴ Herwig Roggemann (1970), S. 23 - 24 (Gesetze zur Festigung der Arbeiterselbstverwaltung).

¹⁹⁵ Svetozar Stojanovic (1970), S. 11, 14 und 16 (Degeneration der Oktoberrevolution) sowie 21 (echter Marxismus), 39 (Superentfremdung) und 41 (Etatismus). Stojanovic gehörte der „Praxis-Gruppe“ an. - Herwig Roggemann (1970), S. 27 - 61 (philosophische Debatten über einen echten und einen fehlinterpretierten Marxismus), besonders S. 31 - 33 (Entfremdung). - Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 482 (freie Assoziation). - Friedrich Engels (1876-1878/1968), S. 262 (Absterben des Staates). - Predrag Vranicki war der Autor der für die „Praxis-Gruppe“ grundlegenden zweibändigen „Geschichte des Marxismus“ (Zagreb 1961).

„Fehlen ausgearbeiteter Ideen über die Art des Hinüberwachsens der revolutionären Diktatur in die sozialistische Demokratie“ habe zur Erstarrung eines allmächtigen „Monopols des Staatsapparats“ und seiner phrasenhaften Rechtfertigung als sozialistischer Demokratie geführt. Mit keinen anderen Begriffen sei ein so heuchlerischer Missbrauch betrieben worden wie mit den Begriffen Demokratie und Sozialismus, worauf schon Rosa Luxemburg hingewiesen habe. Zugleich kritisierte Stojanovic, dass der „Liberalismus ... umso mehr zu einem schmutzigen Wort geworden ... ist, je weniger Sozialismus es nach der Revolution gab.“¹⁹⁶

Eine Rückbesinnung auf die Demokratie und auch auf den wirtschaftlichen Liberalismus hielten Stojanovic und andere Philosophen in der „Praxis-Gruppe“ für unerlässlich, weil nicht nur die staatliche Zentralverwaltung, sondern auch die dezentralisierten Arbeiterkollektive bzw. Arbeiterräte in ihren Anfängen keine verlässlichen Informationen über den Bedarf der Menschen hatten und infolgedessen falsche Produktions- und Investitionsentscheidungen trafen. „Ohne den Druck der echten Konkurrenz auf dem Markt haben sich die selbstverwalteten Kollektive bei uns dem Gebrauchswert ihrer Produkte gegenüber ziemlich gleichgültig verhalten.“¹⁹⁷ Obwohl privatkapitalistische Großunternehmen die Märkte im Westen monopolistisch beherrschten und obwohl dort der Markt auch „künstliche, ja sogar schädliche Bedürfnisse ... erzeugt“, hielt Stojanovic die „Überzeugung, Sozialismus sei mit Marktwirtschaft auf keine Weise in Einklang zu bringen“, für einen Trugschluss und trug damit zur Revision der traditionellen Aversion der Arbeiterbewegung gegen den Markt bei. Der Vergleich zwischen Kapitalismus und Kommunismus zeige, dass sich „ohne die Marktwirtschaft ... kein schneller Fortschritt zu materiellem Überfluss“ erreichen lasse, den Marx & Engels nach einer Verstaatlichung der Produktivkräfte in einem höheren Stadium des Kommunismus erwartet hatten. Außerdem könnte der Markt die „schädlichen Investitionsirrtümer der Politokratie“ offen legen und „wirtschaftliche Mythen“ des Kommunismus aufdecken wie die als Vollbeschäftigung deklarierte „Pseudobeschäftigung“ und die „Anhäufung unbrauchbarer Vorräte.“ Obendrein „zerbricht ... im System ohne Wettbewerb“ entgegen allen Verheißungen von Marx & Engels „die Solidarität an ihrem Gegenteil - dem Parasitismus.“¹⁹⁸

Da die Marktwirtschaft im kapitalistischen Westen einerseits aufgrund des Privateigentums an den Produktionsmitteln mit einer Herrschaft der Großunternehmen einhergehe und da sie andererseits aber auch für eine sozialistische Gesellschaft unverzichtbar sei, standen die östlichen Reformkommunisten nach Ansicht von Stojanovic und anderer Mitglieder der „Praxis-Gruppe“ vor der schwierigen Aufgabe, nach einem neuen „Wirtschaftsmodell“ zu suchen. Es sollte den Markt

¹⁹⁶ Svetozar Stojanovic (1970), S. 95 (Missbrauch des Begriffs Demokratie), 104 (Liberalismus), 111 (Rosa Luxemburg) - 112 (fehlende Ideen für einen Übergang), 119 (Staatsmonopol), 128 (sozialistische Phraseologie) und 197 (Abschaffung des Geldes).

¹⁹⁷ Svetozar Stojanovic (1970), S. 134 (Fehlsteuerung der Produktion).

¹⁹⁸ Svetozar Stojanovic (1970), S. 106 (Großkapital), 133 - 135 (Sozialismus und Marktwirtschaft; künstliche und schädliche Bedürfnisse).

zwar wieder zulassen, ihn aber im Gegensatz zu den westlichen „Anarcholiberalen, die sich für eine vollständige Freiheit des Marktes einsetzen“, nicht sich selbst überlassen, sondern seine kapitalistischen Begleiterscheinungen mit Hilfe von „Korrektivmaßnahmen“ vermeiden. „Um den sozialistischen Charakter einer Gesellschaft zu bewahren, muss der Markt in den Rahmen einer ernsten Planung, Lenkung und Koordinierung gestellt werden.“ Auf der Grundlage eines „gesellschaftlichen Eigentums“ anstelle des Privateigentums könne tatsächlich eine „dritte Möglichkeit“ realisiert werden, indem die staatliche Zentralverwaltung der Wirtschaft durch eine Einheit von demokratischer „Selbstverwaltung, Markt und Planung“ ersetzt wird. „Ohne rationelle Kontrolle durch die vereinigten Produzenten kann von einem Sozialismus im Marxschen Sinne nicht die Rede sein.“¹⁹⁹

Ökonomische Grundlagen der Arbeiterselbstverwaltung

Wegen der negativen Erfahrungen mit dem „oligarchischen Zentralismus“ der Sowjetunion, der zentralistischen Planung ihrer Wirtschaft einschließlich des Karriere- und Machtstrebens von Bürokraten sowie der Personen- und Proletkulte als „Ersatzreligion für die niederen Schichten“ nahmen sich auch jugoslawische Ökonomen wie Branko Horvat (1928-2003) der Aufgabe an, eine Kombination von einem „starken Staat auf Makro- und selbstverwalteten Gruppen auf Mikroniveau“ zu konzipieren und die nötigen wirtschaftspolitischen Instrumente für das praktische Handeln der staatlichen Planungsorgane und der Arbeiterkollektive bzw. der Arbeiterräte zu entwickeln.²⁰⁰

Schon während seiner Studien in Zagreb und Manchester in den 1950er Jahren machte sich Horvat auch mit der Entwicklung der westlichen Wirtschaftstheorien vertraut. Ganz besonders setzte er sich mit der Kritik des österreichischen Neoklassikers Ludwig von Mises an der Zentralverwaltungswirtschaft in der Sowjetunion auseinander. Horvat, der das von ihm selbst gegründete Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Belgrad leitete, und andere jugoslawischen Ökonomen erkannten zwar die Berechtigung von Mises' Kritik am Glauben an eine völlige Planbarkeit der Wirtschaft, aber sie teilten keineswegs dessen Überzeugung, dass „der Kapitalismus ... die einzig denkbare und mögliche Gestalt gesellschaftlicher Wirtschaft“ sei.²⁰¹ Deshalb knüpften sie auch an die Arbeiten des mit Keynes befreundeten US-amerikanischen Ökonomen Abba Lerner (1903-1982) und des polnischen Ökonomen Oskar Lange (1904-1965) an, die beide als Alterna-

¹⁹⁹ Svetozar Stojanovic (1970), S. 135 (Verbindung von Markt und Planung) sowie 98, 101 und 125 (gesellschaftliches Eigentum als Garant der Demokratie) und 213 (Markt und seine staatliche Bändigung als „dritte Möglichkeit“).

²⁰⁰ Svetozar Stojanovic (1970), S. 82 (oligarchischer Zentralismus). - „Die Liebe zur sozialistischen Oktoberrevolution verwandelt sich in ein Narkotikum, das die Marxisten den realen Charakter der Gegenwart nicht sehen lässt.“ (S. 64) sowie ders. (1970), S. 162 (Personenkult), 164 und 186 - 187 (Karrierestrebens).

²⁰¹ Ludwig von Mises (1922), S. 209.

tive zu Kapitalismus und Kommunismus schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein Modell eines Konkurrenz- bzw. Marktsozialismus entworfen hatten. Dieser „dritte Weg“ beruhte auf der Vorstellung eines öffentlichen Eigentums an den Produktionsmitteln sowie einer staatlichen Planung von Produktion und Preisen und enthielt außerdem die Vorstellung einer freien Arbeitsplatzwahl und einer freien Einkommensverwendung.²⁰²

Dass es vor Lerner und Lange schon ältere Überlegungen gab, den Kapitalismus nicht durch eine staatliche Rahmenplanung, sondern durch Reformen des Bodenrechts und des Geldwesens zu bändigen und in Verbindung damit die Produktion zu dezentralisieren, blieb Horvat unbekannt. Die „idealistischen Pläne“ von Owen, Fourier und anderen Frühsozialisten hielt er genauso wie Marx, dessen „gigantische Gestalt“ ihn weiterhin beeindruckte, für utopisch und abwegig. Auf die als kleinbürgerlich verachteten Vorstellungen von Marx' Kontrahenten Proudhon über eine Dezentralisierung der Produktion ging Horvat mit keinem Wort ein - vielleicht weil Proudhon die in wenigen privaten Händen konzentrierten Produktionsmittel nicht in gesellschaftliches Eigentum überführen und als solche untergliedern, sondern in vielen privaten und genossenschaftlich assoziierten Händen dezentralisieren wollte. Jedenfalls war die „Verwandtschaft zwischen dem Proudhonschen Entwurf und dem jugoslawischen System“ längst nicht so groß, wie manche jugoslawischen Philosophen und Ökonomen annahmen. Die Bodenreformgedanken von Mill und George erwähnte Horvat nur jeweils einmal in Fußnoten, ohne ihre ganze Tragweite zu erahnen; unabhängig davon befürwortete er im Hinblick auf den landwirtschaftlichen Boden immerhin die Erhebung einer „Grundrentensteuer“ anstelle einer Verstaatlichung. Oppenheimers Liberalsozialismus und Gesells Geldreform blieben ihm ganz und gar unbekannt, obwohl es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1947 in Montenegro ein Geld „Socijalni Dinar“ gegeben hatte, das nach dem Vorbild des Freigeldes und der Wörgler Arbeitswertbestätigungen einer periodischen Wertminderung unterlag. Und von Eucken nahm Horvat nur dessen Kritik an der Zentralverwaltungswirtschaft zur Kenntnis, aber nicht dessen Ziel einer Rahmenordnung für eine vollständige Konkurrenz ohne Monopole.²⁰³

²⁰² Oscar Lange publizierte seine Vorstellungen von einer „Sozialistischen Marktwirtschaft“ in einem Aufsatz „On the Economic Theory of Socialism“, erschienen in: Benjamin E. Lippincott (1938): *On the Economic Theory of Socialism*, Minnesota/USA. Abba Lerner's Studien „Economic Theory and Socialist Economy“ und „Theory and Practice of Socialist Economics“ erschienen 1934/35 und in der „Review of Economic Studies“ 1938, S. 71 - 75.

²⁰³ Branko Horvat (1973), S. 51 (Grundrentensteuer), 114 - 115 (Frühsozialisten), 279 - 280 (Mill und George) und 286 (Eucken). - Fälschlicherweise unterstellte der sowjetische Autor A. Rumjancev dem jugoslawischen Politiker Edvard Kardelj, einst Titos Weggefährte im Partisanenkampf und späterer Außenminister bzw. Parlamentspräsident, dass dessen Verständnis der Arbeiterselbstverwaltung auf „kleinbürgerliche Ideologen vom Typ Proudhons“ zurückgehe. „Die Konzeption Kardeljs stimmt im Wesen mit der Konzeption Proudhons überein und hat selbstverständlich nichts mit dem wissenschaftlichen Kommunismus gemeinsam.“ [zitiert nach Herwig Roggemann 1970, S. 15; zur vermeintlichen Verwandtschaft des jugoslawischen Systems mit Proudhonschen Überlegungen vgl. S. 57 - 58 und 138]



Јануар 1945 Мај	Јуни 1945	Јули 1945	Август 1945	Септембар 1945
1000	950	900	850	800
Октобар 1945	Новембар 1945	Децембар 1945	Јануар 1946	Фебруар 1946
750	700	650	600	550
Март 1946	Април 1946	Мај 1946	Јуни 1946	Јули 1946
500	450	400	350	300
Август 1946	Септембар 1946	Октобар 1946	Новембар 1946	Децембар 1946
250	200	150	100	50

Abb.: „Socijalni Dinar“ in Montenegro 1945-1947

Quelle: <http://blog.dnevnik.hr/print/id/1628956517/socijalni-dinari-federalne-crne-gore-izdani-u-cetinju-1945-godine.html>

Zu den Inspirationsquellen der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung zählte Horvat stattdessen neben den Arbeiten von Lerner und Lange auch die bis zur Pariser Kommune zurückreichende und in Russland niedergeschlagene Rätebewegung sowie den revolutionären Syndikalismus, der die Leitung der Industrie auf die Gewerkschaften übertragen wollte. Und er zählte hierzu auch Schumpeters

Dabei erstrebte Proudhon weder ein gesellschaftliches Eigentum der Produktionsmittel noch eine staatliche Rahmenplanung der Wirtschaft. - Einige Informationen über die „Socijalni Dinar“ gibt es auf der Website <http://blog.dnevnik.hr/print/id/1628956517/socijalni-dinari-federalne-crne-gore-izdani-u-cetinju-1945-godine.html> (Zugriff: 22.5.2017). Ob Gesells in Zemun bei Belgrad lebender Mitarbeiter Dr. Pawel Stanišić etwas mit der Herausgabe des „Socijalni Dinar“ in Montenegro zu tun hatte, ist ungewiss. - Stojanovic orientierte sich bei seinen Gedanken über eine Arbeiterselbstverwaltung übrigens auch an Martin Buber; vgl. Svetozar Stojanovic (1969/1970), S. 102f.

dynamischen Unternehmer, obwohl dieser „als Neuerer und damit Profitschaffender ein etwas künstliches Konstrukt in einer kapitalistischen Gesellschaft ist“. Gleichwohl war Horvat überzeugt, dass „wir von diesem zweifellos anziehenden Konzept für die sozialistische Wirtschaft Gebrauch machen“ sollten. „Kapital ist gesellschaftliches Eigentum und somit jedem Unternehmer zugänglich, solange der Preis für seine Nutzung (Zins) bezahlt wird.“ Offenbar stellte sich Horvat vor, dass die Arbeiterkollektive bzw. Arbeiterräte, welche dezentrale Einheiten des gesellschaftseigenen Kapitals verwalten, auch die Rolle von Schumpeters innovativen Unternehmern übernehmen und die Industrialisierung Jugoslawiens vorantreiben sollten. „Das Kollektiv qualifiziert sich für die Übernahme der Unternehmerrolle.“ Einerseits sollten die Arbeiterkollektive auf der mikroökonomischen Ebene ihre unternehmerische Freiheit erhalten, „denn zweifelsohne ist der Markt ein viel effizienterer Kommunikationsmechanismus als eine Verwaltungshierarchie.“ Andererseits sollten sie auf der makroökonomischen Ebene in eine staatliche Rahmenplanung eingebunden werden, welche ein Abgleiten der Wirtschaft in die schon von Marx & Engels verworfene Anarchie des Marktes verhindert. „Das Koordinierungsproblem ... muss ... in seiner Gesamtheit gelöst werden.“²⁰⁴

Horvat und andere jugoslawische Ökonomen erkannten zwar die Mangelhaftigkeit der Zentralverwaltungswirtschaft und die Unersetzlichkeit von Markt und Geld; aber sie sahen nicht die Möglichkeit, beide durch eine qualitative Strukturveränderung des Geldes von ihren kapitalistischen Verfremdungen zu befreien, dadurch zugleich ihre Lenkungs- und Koordinationsfunktionen so zu verbessern, dass eine staatliche Rahmenplanung entbehrlich wird und sich der Prozess der Konzentration von Kapital in die Richtung seiner Dezentralisierung umkehren lässt. So blieben sie bei ihrem Glauben an die Möglichkeit einer Kombination von staatlicher Rahmenplanung und dezentraler Arbeiterselbstverwaltung. Unter Zuhilfenahme von Mathematik, Statistik und Ökonometrie richteten sich ihre wissenschaftlichen Forschungen hauptsächlich auf die Entwicklung theoretischer Grundlagen für die Bestimmung von „Vollkostenpreisen“ der Konsumgüter und der „Fixkapitalkosten“ von Produktionsgütern sowie für die Entwicklung von Instrumenten der Makroplanung der Wirtschaft. „Planung bedeutet Perfektion der Marktentscheidungen um der erhöhten ökonomischen Wohlfahrt der Gemeinschaft willen.“²⁰⁵

Wie die westliche Klassik und Neoklassik unterschied Horvat die drei Produktionsfaktoren des Bodens, des Kapitals und der Arbeit. Die Bodenrente blieb für ihn „ein immer noch kontroverses Teilstück der Wirtschaftstheorie. ... Das Phänomen des Zinses gibt uns schwierigere Probleme auf als das der Rente.“ Von Böhm-Bawerk übernahm Horvat die Erklärung des Zinses „aus dem Zusammen-

²⁰⁴ Branko Horvat (1973), S. 116 - 117 (Syndikalismus), 118 - 119 (Rätebewegung) und 135 (Schumpeter) - 137 (gesamtwirtschaftliche Koordination).

²⁰⁵ Branko Horvat (1973), S. 38 - 44 (Vollkostenpreise und Planung als Perfektion von Marktentscheidungen) und 155 - 185 (Fixkapitalkosten).

wirken von psychologischer Zeitpräferenz (Gegenwartsgüter sind wertvoller als Zukunftsgüter) und der physischen Produktivität von Investitionen. Die letztere ist die Quelle des Zinses.“ Während er im Kapitalismus den privaten Kapitaleignern zufließt, sollte er in einer von Arbeitern selbst verwalteten Wirtschaft einem gesellschaftlichen Fonds zufließen. „Der Zinssatz ist der Preis, den eine Firma für die gesellschaftliche Erlaubnis, gesellschaftliches Kapital zu nutzen, zahlen muss, d.h. für die Nutzung von Produktionsfaktoren, die der Gesellschaft insgesamt gehören.“ In einer dank des technischen Fortschritts wachsenden Wirtschaft könne der Zins immer nur positiv sein; aber mit Schumpeter wollte Horvat nicht ausschließen, dass es vor dem Kapitalismus eine stationäre Wirtschaft mit einem Zinssatz von null gegeben haben könnte und dass es nach dem Kapitalismus in fernerer Zukunft zu einer ‚höheren‘ Form einer stationären Wirtschaft kommen könnte, in der der Zins wieder dauerhaft auf durchschnittlich null absinkt. „In der stationären Wirtschaft ist Zeit kein echter Kostenfaktor. Daher wird Zeitersparnis nie zu einer Quelle permanenten Einkommens.“²⁰⁶

Weder privates noch staatliches, sondern gesellschaftliches Produktionsmitteleigentum

Da die „Institution des Privateigentums ... private Macht über den Produktionsprozess bedeutet ... , erscheint also aus ökonomischen Gründen außer der Planung auch die Abschaffung der Institution des Privateigentums zugunsten eines effizienteren Systems wünschenswert.“²⁰⁷ Horvat und andere jugoslawische Ökonomen übernahmen also die pauschale Verurteilung des Privateigentums an den Produktionsmitteln vom frühen Marx im „Kommunistischen Manifest“ und im Band 1 des „Kapital“ und sie ließen außen vor, was Marx bzw. Engels später im Band 3 über die Priorität des Finanzkapitals und des Zinses gegenüber dem industriellen Realkapital und dem Unternehmergewinn geschrieben hatten. Von diesem Versäumnis abgesehen gaben sie immerhin unumwunden zu, dass „eine staatseigene Wirtschaft eine bürokratische Wirtschaftsorganisation ... bedeutet, die auf dem Hierarchieprinzip aufgebaut ist.“ Deshalb sollten die Produktionsmittel in Jugoslawien weder privates noch staatliches Eigentum, sondern gesellschaftliches Eigentum sein, dessen lokale ‚Teile‘ von den von den Arbeiterkollektiven demokratisch gewählten Arbeiterräten gleichsam treuhänderisch und in Zusammenarbeit mit den Kommunalverwaltungen verwaltet wurden. „Die Mittel im gesellschaftlichen Eigentum sind gleichzeitig jedermanns und niemandes“ Eigentum. Gehe man gemäß Art. 3 Abs. 2 der jugoslawischen Bundesverfassung davon aus, „dass niemandem an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln ein Eigentumsrecht zusteht, so kann niemand ... sich ... das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit

²⁰⁶ Branko Horvat (1973), S. 52 (Bodenrente), 56 - 58 und 70 (Zinsen) sowie 67 - 68 und 76 - 80 (Schumpeter und stationäre, mit Kapital gesättigte Wirtschaft ohne Zinsen).

²⁰⁷ Branko Horvat (1973), S. 12 (Privateigentum als Quelle wirtschaftlicher Macht).

aneignen.“ Außer dem gesellschaftlichen Eigentum als „subjektloser ökonomischer Kategorie, aus der Nutzungs- und Verfügungsrechte abgeleitet werden“, gab es auch Eigentum in der Hand von politischen Organisationen und Bürgervereinigungen sowie privates Eigentum an flächenmäßig begrenzten Grundstücken und Häusern sowie an Konsumgegenständen. Privates Eigentum an Produktionsmitteln war auf wenige Kleinproduzenten beschränkt.²⁰⁸

In Betrieben mit weniger als 30 Mitarbeitern gehörten alle Mitglieder des Arbeiterkollektivs zugleich dem Arbeiterrat an. In Betrieben mit mehr als 30 Mitarbeitern wurden die Arbeiterräte für jeweils zwei Jahre gewählt. Eine Rotation der Aufgaben sollte der Entstehung von Machtpositionen vorbeugen. Und um dennoch eine Kontinuität der Produktion zu gewährleisten, wurde in einem Jahr nur eine Hälfte der Arbeiterräte neu gewählt und im folgenden Jahr die andere Hälfte. Die Arbeiterräte, die in Abständen von maximal sechs Wochen zusammentreten mussten, wählten wiederum einen Verwaltungsausschuss, der mit einem gewählten Direktor die eigentliche fünfköpfige Betriebsleitung wählte. Der Direktor war „verantwortlich für die ökonomische, geschäftliche und technische Betriebsführung“ und dem Arbeiterrat gegenüber verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Der Arbeiterrat hatte auch das Recht, Mitglieder des Verwaltungsrates abzuwählen oder auszutauschen; ebenso konnte er den Rücktritt des Direktors fordern. Neben den Arbeiterräten in den Betrieben und den kommunalen Selbstverwaltungsorganen gab es eine paritätisch aus Vertretern der Arbeiterräte und der Gemeindeverwaltungen zusammengesetzte Kontrollkommission, welche eine Art Aufsichtsorgan gegenüber den Arbeiterräten, aber auch eine Schlichtungsstelle bei Streitigkeiten innerhalb der betrieblichen Selbstverwaltung oder zwischen den gesellschaftlichen Organen und den Betrieben sein sollte. Diese Kontrollkommission machte auch die Vorschläge für die Wahl der Direktoren, deren Stellen vorher öffentlich ausgeschrieben werden mussten. Die Direktoren wurden also nicht von den Arbeiterräten, sondern nach Vorschlägen der Kontrollkommission von den kommunalen Behörden gewählt. Sie waren jedoch den Arbeiterräten gegenüber rechenschaftspflichtig und diese konnten bei der Kontrollkommission und der Gemeindeverwaltung jederzeit ihre Absetzung beantragen. Die Amtszeit betrug vier Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit mussten die Direktorenstellen neu ausgeschrieben werden, wobei sich bisherige Direktoren neu bewerben konnten.²⁰⁹

Diese Form der Selbstverwaltung der jugoslawischen Betriebe sollte das Arbeitsverhältnis von kapitalistischer Hierarchie, Lohnabhängigkeit und Entfremdung befreien, indem sie die Arbeiter zu Mitunternehmern bzw. zu „Kollektiv-Unternehmern“ machte und sie an den Entscheidungen, an den Risiken sowie an der Verteilung der Einnahmen beteiligte. „Für das jugoslawische Modell ist das

²⁰⁸ Branko Horvat (1973), S. 12 (staatseigene Wirtschaft) und 249 - 257 (privates, staatliches und gesellschaftliches Produktionsmitteleigentum). - Herwig Roggemann (1970), S. 164 - 170, hier: S. 165 (gesellschaftliches statt staatliches Eigentum) und 200 - 201 (private Kleinproduzenten).

²⁰⁹ Herwig Roggemann (1970), S. 62 - 125.

Lohnarbeitsverhältnis nicht mehr typisch.“ Das alte Lohnarbeitsverhältnis sei in neue „gegenseitige Beziehungen zwischen freien und gleichberechtigten Produzenten“ übergegangen. Schwierigkeiten ergaben sich jedoch aus dem Umstand, dass die Arbeitskollektive zwar die internen Aufgabenverteilungen regeln konnten, dass ihnen aber lange Zeit „eine von der Vielzahl der Arbeitskollektivmitglieder abstrahierende Rechtsform“ fehlte. Diese hätten sie gebraucht, um „die Geschäfte der assoziierten Produzenten“ im wirtschaftlichen Außenverkehr mit anderen Arbeitskollektiven mit klar geregelten Verantwortlichkeiten betreiben zu können.²¹⁰

Zu den zentralen Aufgaben der Arbeiterkollektive gehörte die ‚Personalpolitik‘. Nicht die Direktoren sollten über Neueinstellungen und Entlassungen entscheiden, sondern die „frei assoziierten Produzenten“ in ihrer Gesamtheit. Neubesetzungen von sog. „leitenden Arbeitsplätzen“ konnten nur nach vorherigen öffentlichen Ausschreibungen vorgenommen werden. Kündigungen waren nur in besonderen Ausnahmefällen möglich. Dennoch gab die „herrschende Arbeitslosigkeit im Lande dem Arbeiterrat ein Machtmittel in die Hand, das, wie die Praxis beweist, immer wieder Arbeitskollektivmitglieder aus Angst vor Kündigungsbeschlüssen veranlasst, mit Vorschlägen und harter Kritik an der Geschäftspolitik des Arbeiterrates zurückhaltend zu sein.“²¹¹ Außerdem hatten die Selbstverwaltungsorgane in den kleineren und größeren Betrieben das gesellschaftliche Eigentum zu verwalten, wozu auch Entscheidungen über Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen und die Kapitalbeschaffung gehörten. Des Weiteren hatten sie unter Abschätzung von Risiken über die Produktion und ihre Finanzierung sowie über die Preisgestaltung, den Absatz und nicht zuletzt über unterschiedliche Höhen der Arbeitsentgelte zu entscheiden. Hierbei gerieten Arbeiterkollektive und Arbeiterräte auch in die Versuchung, den Anteil der Löhne und Gehälter an den Betriebseinnahmen zulasten der Investitionsrücklagen zu erhöhen und/oder die Preise für ihre Erzeugnisse zu hoch anzusetzen. Die Frage der gerechten Verteilung der betrieblichen Einnahmen blieb ungeklärt. „Einig ist man sich darin, dass allein mit dem Rüstzeug der Marxschen Arbeitswerttheorie hier nicht zum Ziel zu kommen ist.“²¹²

Praktische Probleme und äußere Hindernisse

Das sog. „jugoslawische Modell“ einer sozialistischen Marktwirtschaft fand besonders in jenen Teilen der westeuropäischen 1968er Studentenbewegung Anklang, für die die Sowjetunion, China und Kuba ihre Vorbildfunktion eingebüßt hatten. Jedoch waren auch in der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung im-

²¹⁰ Herwig Roggemann (1970), S. 184 (Arbeiter als Kollektiv-Unternehmer), 201 (Lohnarbeitsverhältnis vs. neue Beziehungen) - 202 (Arbeiterkollektive ohne Rechtsform).

²¹¹ Herwig Roggemann (1970), S. 206 - 209.

²¹² Herwig Roggemann (1970), S. 121 (unterschiedliche Qualifikationen und soziale Schichtung), 150 („extensive Lohnpolitik“ und Preiserhöhungen), 170 - 175 (Aufgaben und Befugnisse der Arbeiterkollektive) und 188 (Arbeitswerttheorie).

manente Funktionsprobleme angelegt, die eine echte Dezentralisierung von Produktionsmitteln und Demokratisierung von ökonomischen Entscheidungen verhinderten. In der Praxis zeigten sich zwei große Problemfelder:

- Der zur „Praxis“-Gruppe gehörende Philosoph Mihailo Markovic (1923-2010) verwies darauf, dass sich das Kapital in der von Arbeitern selbst verwalteten Wirtschaft Jugoslawiens auf ähnliche Weise in den Händen von Arbeiterkollektiven konzentrierte wie im Westen in den Händen von privaten Kapitalisten. Indem die Arbeiterkollektive „sozialistisches Kapital akkumulieren“, geraten sie in die „Gefahr, eine sozialistische Bourgeoisie zu bilden.“²¹³

Entgegen dem demokratischen Selbstverständnis der Arbeiterselbstverwaltung verlagerten sich innerbetriebliche Entscheidungsprozesse mehr und mehr auf die Ebene des Managements, wo Experten wie die Betriebsdirektoren, Ingenieure und leitende Angestellte Macht und Einfluss erlangten. „Mit zunehmender Betriebsgröße wird es schwieriger, die notwendige Unmittelbarkeit und Überschaubarkeit für die Arbeiterselbstverwaltung herzustellen. ... Eines der Grundprobleme der industriellen Demokratie besteht darin, dass die demokratisch realisierbare Gruppengröße selten mit der ökonomisch optimalen Betriebsgröße übereinstimmt. Diese wächst mit der konzentrierten und automatisch realisierten Entfaltung der Produktivkräfte vielfach an.“ Infolgedessen verschärfte sich ein Konflikt zwischen dem Ziel der „Betriebsdemokratie“ und der real existierenden „Wirtschaftstechnokratie“. „In der Position des Direktors stoßen demokratische Forderungen nach Verallgemeinerung von Macht- und Herrschaftsausübung und die ökonomische Forderung nach reibungslosem Entscheidungsfluss besonders hart zusammen.“²¹⁴

Eine Tendenz zur Herausbildung einer „Arbeiterelite“ ergab sich trotz vorsorglicher Regeln bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen - von den Kandidaten mussten jeweils so und so viele ‚einfache Arbeiter‘ sein - auch aus den unterschiedlichen Qualifikationen. Da die Mitarbeit in den Arbeiterselbstverwaltungsorganen neben den beruflichen Kompetenzen auch unternehmerische Fähigkeiten voraussetzte, kam es zu einer „gewissen zahlenmäßigen Unterrepräsentation der nichtqualifizierten Teile der Arbeiterschaft. ... Hier konnte die Selbstverwaltung in Jugoslawien tradierte Gesellschaftsstrukturen noch nicht durchbrechen. ... Es hat sich gezeigt, dass die Hauptlast der sachlichen Arbeit in den Selbstverwaltungsorganen eindeutig von ihren hochqualifizierten Mitgliedern getragen wird.“ Weil

²¹³ Mihajlo Marković zitiert nach Konrad Löw (1977), S. 328. - Schon während der 1950er Jahre erkannte der Philosoph und Jurist Milovan Djilas (1911-1995), der während des Zweiten Weltkriegs mit Tito gegen den Faschismus gekämpft und danach ein hoher Funktionär im „Bund der Kommunisten Jugoslawiens“ gewesen war, diese Gefahr der Entstehung einer neuen Führungselite. Djilas brach mit Tito und warnte in seinen Publikationen wie dem Buch „Die neue Klasse“ vor einem neuen scheinsozialistischen Herrschaftssystem und wurde deshalb viele Jahre inhaftiert.

²¹⁴ Herwig Roggemann (1970), S. 25 - 26 (Stärkung des Managements zulasten der Selbstverwaltung an der Basis), 84 (Position der Direktoren) und 94 (Unübersichtlichkeit bei zunehmenden Betriebsgrößen).

unterschiedliche soziale Herkünfte und unterschiedliche Bildungsgrade ihre Wirksamkeit behielten, gab es Versuche, die Qualifikationen sowie die politische und kulturelle Bildung der Arbeiter durch Bildungsangebote von „Arbeiteruniversitäten“ zu verbessern. Sie waren in der Regel Einrichtungen der Gewerkschaften, die sich auf diese Weise von Kampforganisationen zu Unterstützern der Arbeiterselbstverwaltung wandelten.²¹⁵

Auf allen Ebenen der Arbeiterselbstverwaltung waren übrigens Frauen ähnlich unterrepräsentiert wie im kapitalistischen Westen. Ihr Anteil an den Beschäftigten betrug um die Mitte der 1960er Jahre etwa 25 bis 30 Prozent. Während von den Mitgliedern der Arbeiterräte noch etwa 20 Prozent Frauen waren, stellten die Frauen nur etwa 12 Prozent der Mitglieder von Verwaltungsausschüssen und nur etwa zwei Prozent der Unternehmensdirektoren.²¹⁶

- Im Wettkampf zwischen den westlichen und östlichen Systemen, in dem sich Jugoslawien nicht weniger als die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten sah, sollte die staatliche Makroplanung dafür sorgen, dass die jugoslawische Wirtschaft „auf dem Pfad der Produktionsmaximierung verbleibt.“ Horvat glaubte sogar an eine Perfektionierung der Makroplanung in dem Sinne, dass „die Koordinierungsentscheidungen auf den höheren Ebenen ... zum Großteil schon rein technischer Natur ... sind“, d.h. dass die Makroplanung objektiv über jedweden Einzelinteressen stehe.²¹⁷ Tatsächlich ging die staatliche Makroplanung jedoch mit Bürokratisierungsprozessen einher und sie verursachte auch vielfältige Fehlsteuerungen der Produktion. Die Industrialisierung wurde durch Zentralbank- und Bankkredite forciert, obwohl die jährlich um rund sieben Prozent gewachsene Produktion oftmals nicht dem Bedarf entsprach, was zu Überkapazitäten und Defiziten in den Unternehmensbilanzen und zu ‚faulen‘ Krediten in den Bankbilanzen führte. Zugleich hatte mehr als die Hälfte der jüngeren Menschen keine Einstellungschancen und blieb arbeitslos, weil die von Arbeitern selbst verwalteten Betriebe trotz ihrer Überkapazitäten möglichst keine Mitarbeiter entlassen wollten. Ihre Produkte waren oftmals von minderer Qualität und konnten nur zu Billigpreisen verkauft bzw. in die Sowjetunion exportiert werden. Die selbstverwalteten Betriebe konnten nur mit immer neuen Krediten am Leben erhalten werden, bis der jugoslawische Staat Anfang der 1980er Jahre auf einen Bankrott zusteuerte. Um seine Rückkehr in die Arme der Sowjetunion zu verhindern, bewahrten westliche Kreditgeber und der Internationale Währungsfonds (IWF) das Land mit weiteren Krediten vor einem Kollaps. Allerdings erlegten sie ihm auch Strukturanpassungen auf, die das

²¹⁵ Herwig Roggemann (1970), S. 116 - 121 (Arbeiterelite), 123 (Arbeiteruniversitäten) und 222 - 234 (Funktionswandel der Gewerkschaften).

²¹⁶ Herwig Roggemann (1970), S. 122 (Anteile von Frauen in den Organen der Arbeiterselbstverwaltung).

²¹⁷ Branko Horvat (1973), S. 10 (Maximierung des Konsums) und 257 - 262, hier: S. 258 (Produktionsmaximierung) und 261 (Planung als technischer Prozess). - Herwig Roggemann (1970), S. 142 - 148 (Markt und Plan).

Management der Betriebe noch weiter gegenüber der Arbeiterselbstverwaltung stärkten und eine schrittweise Reprivatisierung der Betriebe einleiteten.

10.6 Ota Šik und der Prager Frühling 1968

Ungeachtet der Funktionsprobleme der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung suchten auch tschechoslowakische Reformkommunisten nach einem ebensolchen „Dritten Weg“, der eine dezentralisierte, von Arbeitern selbst verwaltete Produktion innerhalb einer zentralstaatlichen Rahmenplanung und einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ermöglichen sollte.

Der bedeutendste Vordenker eines solchen „Dritten Weges“ in der Tschechoslowakei war der Ökonom Ota Šik (1919-2004), der sich als junger Mann gegen die NS-Okkupation seines Landes aufgelehnt hatte, Kommunist geworden war und das KZ Mauthausen überlebt hatte. Nach einem Studium der Wirtschaftswissenschaften war Šik Mitglied im Zentralkomitee der KPČ, in der staatlichen Plankommission sowie in einer Kommission für wirtschaftliche Reformen geworden.

Aufgrund der mangelnden Effizienz der Zentralverwaltungswirtschaft nahm die KPČ im Laufe der 1960er Jahre einen Kurswechsel in ihrer Wirtschaftspolitik vor, an dem Ota Šik maßgeblich beteiligt war. Er konzipierte ein „Neues Ökonomisches Modell“ und wurde im April 1968 vom Präsidenten Alexander Dubček zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Koordinator der Wirtschaftsreformen ernannt. Die Führung der Sowjetunion lehnte diesen „Dritten Weg“ jedoch als Restauration des Kapitalismus ab und ließ den „Prager Frühling“ am 21. August 1968 mit militärischer Gewalt niederschlagen. „Das große Experiment, das die Möglichkeit einer Wirtschaftsentwicklung ohne kapitalistische Gegensätze, aber auch ohne Staatsmonopolismus und Bürokratieherrschaft beweisen sollte, wurde im Augenblick seiner Geburt abgewürgt. Mir selbst blieb nichts anderes übrig, als außer Landes zu gehen, um wenigstens die Theorie dieses praktischen Versuchs zu erhalten und weiterzuentwickeln.“²¹⁸ Šik, der sich gerade in Belgrad aufhielt, wurde seiner Ämter enthoben, war danach noch kurzzeitig als Diplomat in Belgrad tätig und emigrierte alsbald in die Schweiz, wo er eine Professur für Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule St. Gallen erhielt. Nachdem sich seine Vorstellungen von einer Kombination von Markt und Plan in der Tschechoslowakei nicht hatten verwirklichen lassen, legte er sie in zahlreichen Vorträgen und Publikationen dar, weil er die Hoffnung behielt, dass sie sich zu anderer Zeit und vielleicht in einem anderen Land Mittel- oder Osteuropas doch noch realisieren ließen.

²¹⁸ Ota Šik (1979), S. 9 - 10.

Begegnungen mit der Sozialen Dreigliederung und der Geldreform

Auf der Suche nach Geistesverwandten im Westen kam Ota Šik schon bald nach seiner Emigration in die Schweiz mit Anhängern von Rudolf Steiners Sozialer Dreigliederung in Kontakt und nahm an deren Veranstaltungen im Internationalen Kulturzentrum in Achberg bei Ravensburg am Bodensee teil. Eine besondere Aufmerksamkeit der Dreigliederungsbewegung hatte zuvor schon Horvats Erwartung geweckt, dass die Unternehmen in einer von Arbeitern selbst verwalteten Wirtschaft es „für notwendig finden“ würden, „sich nach Industriezweigen in Assoziationen zusammenschließen.“²¹⁹

Zu einer dauerhaften Verständigung Šiks mit den Dreigliederern und einer Zusammenarbeit mit ihnen kam es jedoch nicht - auch nicht mit dem anthroposophisch beeinflussten Zweig der Geldreformbewegung im „Seminar für freiheitliche Ordnung“. Im Zusammenhang mit Zweifeln, ob die paritätische Mitbestimmung in westlichen Großunternehmen das Problem der wirtschaftlichen Macht wirklich lösen und das Lohnverhältnis überwinden könne, sowie mit seinen Diskussionen über das Wesen der selbstbestimmten menschlichen Arbeit und über eine größere Teilhabe der Menschen am politischen Gemeinwesen suchte das „Seminar für freiheitliche Ordnung“ zu jener Zeit den Dialog sowohl mit Vertretern der westdeutschen Mitarbeiterunternehmen als auch mit mittel- und osteuropäischen Dissidenten.²²⁰

Auf einer Tagung, die das „Seminar für freiheitliche Ordnung“ im Januar 1971 in Basel über das Gesamthema „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ durchführte, stellte Šik die Grundzüge der von ihm entwickelten „sozialistischen Marktwirtschaft“ dar und unterschied sie gleich zu Beginn ausdrücklich von dem, was das Seminar unter einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ verstand. „Ich verstehe darunter eine Marktwirtschaft, welche die kapitalistische Grundlage negiert, also nicht auf kapitalistischem, sondern auf sozialistischem Eigentum aufgebaut ist.“ Wir kommen also „von ganz verschiedenen Seiten an den Begriff ‚Marktwirtschaft‘ heran.“ Anders als die liberalsozialistischen Denkansätze einer Bodenrechts- und Geldreform von Proudhon, Oppenheimer, Gesell und anderen hielt Šik am konzentrierten „sozialistischen Eigentum“ fest, weil er das Privateigentum an den Produktionsmitteln per se für kapitalistisch hielt und sich offenbar nicht vorstellen konnte, dass es seinen kapitalistischen Charakter verliert, wenn es in viele kleine und mittlere private Hände dezentralisiert wird. „Meine Vorstellungen beruhen

²¹⁹ Maßgebliche Initiatoren des anthroposophischen „Achberger Kreises“ waren Wilfried Heidt und Christoph Strawe, die ihre Vorstellungen in den Büchern „Der dritte Weg“ (Heidt, 1973) und „Marxismus und Anthroposophie“ (Strawe, 1986) darlegten. - Branko Horvat (1973), S. 259 (Assoziationen).

²²⁰ Zu den geldreformerischen Zweifeln an der Mitbestimmung vgl. Eckhard Behrens (1962) und (1971a) sowie Wolfram Triebler (1973). - „Das mitbestimmungsfeindliche Lohnarbeitsverhältnis muss langsam zum Aussterben gebracht werden, indem ihm die Grundlage entzogen wird, auf der es ruht: die ökonomische Abhängigkeit der Arbeitnehmer.“ Sie lasse sich überwinden, sobald ein Gleichgewicht der Kräfte auf den Kapital- und Arbeitsmärkten hergestellt werde. (Eckhard Behrens 1971a, S. 42)

also nicht nur auf der Ablehnung des kapitalistischen Systems, sondern ebenso entschieden auf der Ablehnung des kommunistischen Systems und zielen auf ein ganz neues gesellschaftliches System, das gegenwärtig in der Praxis nirgendwo existiert.“ Im Falle seiner Realisierung sollte es sowohl die privatkapitalistische „Dominanz der Produzenteninteressen“ als auch die „staatliche Kapitalkonzentration“ überwinden und für „eine rasche Steigerung des materiellen Konsums“ fern von manipulierten Bedürfnissen, für eine „Erweiterung der Freizeit“ und für „eine schnellere kulturelle Entwicklung“ sorgen.“²²¹

In der letztlich auf Marx zurückgehenden Überzeugung, dass der Produktionsphäre eine sehr viel größere Bedeutung zukomme als der Zirkulationsphäre, errichtete Šik sein Modell einer „demokratisch-sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ auf „vier Grundpfeilern, nämlich:

1. die notwendige Verallgemeinerung des Kapitalinteresses;
2. die Schaffung einer demokratischen Planung;
3. die Schaffung eines regulierten Marktes;
4. eine Vertiefung der Demokratie.“²²²

- Da die meisten Menschen sowohl im Westen als auch im Osten infolge der privat- und staatskapitalistischen Konzentration des Kapitals kein „Interesse an der Kapitalentwicklung“ hätten, müssten Šik zufolge Bedingungen geschaffen werden, „unter denen dieses Kapitalinteresse bei allen entstehen würde“. Ähnlich wie die Reformkommunisten in Jugoslawien stellte er sich eine „Verallgemeinerung des Kapitals“ in der Weise vor, dass „alle Mitarbeiter eines Betriebes ... zugleich Miteigentümer des hier angelegten Kapitals werden und zwar klar festgelegt in der Form von sogenannten Beteiligungszertifikaten. ... Während die Löhne zwecks Arbeitsanreiz einer der differenzierten Arbeit entsprechende Differenzierung behalten sollen, erfolgt die gleichmäßige Profiteinteilung gemäß dem gleichmäßig aufgeteilten Zertifikatseigentum.“ Šik wollte also individuell verschiedene Löhne mit einer gleichen Beteiligung aller Belegschaftsmitglieder am eigenen Betrieb verbinden. „Das Zertifikat ist das Anrecht auf die Beteiligung am Profit, es ist aber nicht als Aktie aufzufassen.“ Bei der gleichmäßigen Verteilung des Profits sollten die Mitarbeiter einen Teil in Geldform für Zwecke des privaten Konsums ausgezahlt bekommen und den anderen Teil, der im Betrieb investiert wird, in weiteren Zertifikaten erhalten. „Auf jeden Fall bleibt das Kapital stets Eigentum des Kollektivs“, das - wenn der eigene Betrieb keine weiteren Investitionen brauche - auch in andere Betriebe fließen könne. Anders als westliche Aktionäre sollten die Inhaber der Zertifikate diese „nicht verkaufen, nicht übertragen und keinesfalls mit ihnen spekulieren; es gibt für diese keinen Preis und keinen Kurs. ... Das Zertifikat ist nicht als Aktie aufzufassen.“ Und beim Wechsel eines Mitarbeiters von

²²¹ Ota Šik (1971), S. 3 (sozialistisches statt kapitalistisches Eigentum), 4 (neues gesellschaftliches System jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, Konsum und Kultur), 5 (Manipulation der Bedürfnisse) und 7 - 8 (staatliche Kapitalkonzentration und private Produzenteninteressen).

²²² Ota Šik (1971), S. 13 (vier Grundpfeiler einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaft).

einem zu einem anderen Betrieb „muss er seine Zertifikate seinem Betrieb zu einem gesamtwirtschaftlich fixierten Preis zurückverkaufen“ und im Gegenzug Zertifikate seines neuen Betriebs kaufen. Ein solches Miteigentum am Kollektivkapital war für Šik eine unerlässliche Voraussetzung für eine demokratische Teilhabe aller Belegschaftsmitglieder an den betrieblichen Entscheidungen - im Unterschied zur Mitbestimmung in westlichen Großunternehmen, wo die Belegschaft lohn- und gehaltsabhängig bleibt und nicht am Kapital beteiligt ist. Aufgabe der Gewerkschaften sollte es werden, die Interessen der aus Mitarbeitern und zugleich aus Miteigentümern bestehenden Belegschaft besonders dann zu vertreten, wenn das Management zu sehr am „Hauptziel einer effektiven Entwicklung des Betriebs ausgerichtet ist.“²²³

- Wenn der traditionelle Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit innerhalb einzelner Betriebe durch eine solche „Demokratisierung des Kapitals“ überwunden werde, müsse oberhalb aller Betriebe „ein Organ existieren, das jene über den Betriebsinteressen stehenden gesellschaftlichen Interessen vertritt. ... Wir haben uns eine demokratische Planung vermittelt eines makroökonomischen Orientierungsplans vorgestellt, welche grundsätzliche Ziele der wirtschaftlichen, aber auch der sozialen und der kulturellen Entwicklung auf Jahre hinaus aufstellt und diese Ziel zentral durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, also Finanzpolitik, Kreditpolitik, Einkommenspolitik usw. zu erreichen sucht.“ Šik stellte sich die Bildung einer Planungskommission vor, der nicht nur „Vertreter der Produzenteninteressen“ angehören, sondern auch „Vertreter der nichtproduktiven Interessen“ von Wissenschaftlern, Ärzten, Journalisten und Künstlern. Diese Kommission sollte auch nicht nur *einen* Plan aufstellen, sondern „stets zwei oder drei Alternativpläne“ zur demokratischen Abstimmung vorlegen. Und im Unterschied zur sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft sollte die „demokratische Planung“ den Betrieben auch nur als Orientierungshilfe dienen und ihnen keine verbindlichen Direktiven erteilen.²²⁴

- Da Šik überzeugt war, dass „auch mit modernsten Computersystemen nicht detaillierte zentrale Pläne aufgestellt werden können“, war der Markt für ihn „durch nichts anderes ersetzbar“. Statt zu einem ‚freien‘ Markt wie im kapitalistischen Westen zurückzukehren, plädierte er für die Einführung eines von der Planungskommission „regulierten Marktes“. Infolge der innerbetrieblichen Überwindung des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit und durch eine „makroökonomische Beeinflussung“ könne der „regulierte Markt“ funktionsfähiger werden als der ‚freie‘ Markt. Dennoch könne man nicht davon ausgehen, dass es „in unserem Modell“ keine Tendenz mehr zur Entstehung von mono- und oligopolistischen Marktformen gebe. „Die Schaffung eines vollkommenen Marktes halte ich für reine Spekulation.“ Deshalb müssten „Verzerrungen des Marktes“ mit

²²³ Ota Šik (1971), S. 13 (Verallgemeinerung des Kapitalinteresses) - 17 (Zertifikate als Anteile am kollektiven Eigentum, Gewerkschaften).

²²⁴ Ota Šik (1971), S. 16 (Demokratisierung des Kapitals) - 19 (demokratische Planung).

Hilfe einer „antimonopolistischen Politik“ bekämpft werden. Außerdem befürchtete Šik „negative Auswirkungen des Konkurrenzdrucks“ besonders dann, wenn es zu „spontanen Bankrotten großer Betriebe“ komme. Deshalb müsse die Planungskommission „die großen Entwicklungstendenzen richtig beurteilen und voraussehen“, um entweder solche Konkurse zu verhüten oder die Belegschaftsmitglieder rechtzeitig für andere Tätigkeiten umschulen.²²⁵

- Um schließlich den demokratischen Charakter der gesamtwirtschaftlichen Planung und Marktregulierung zu stärken, hielt Šik einen Übergang vom totalitären Einparteiensystem zu einer „pluralistischen Demokratie“ mit mehreren Parteien für notwendig – und noch mehr als das. Weil nämlich auch das westliche Mehrparteiensystem erfahrungsgemäß nicht die Durchsetzung von Gruppeninteressen von Minderheiten verhindern konnte, hatte Šik grundsätzliche Vorbehalte gegen politische Parteien. „Meistens waren sie zu konservativen, verknöcherten Institutionen geworden, in denen wieder nur eine kleine Gruppe von Menschen über alles und jedes entscheidet und die breite Masse der Parteimitglieder sehr wenig mitzureden hat.“ Nicht nur in mehreren Parteien, sondern auch in bei Bedarf entstehenden und wieder vergehenden „flexiblen Interessengruppierungen“ müssten alle Menschen die Möglichkeit bekommen, ihre kurz-, mittel- und langfristigen Interessen öffentlich zu artikulieren. Und weil immer auch die Gefahr bestehe, „dass breite Massen von Menschen ihre eigenen Interessen nicht erkennen können ...“, muss die freie Interessenorganisation mit wissenschaftlichen Interessenforschungen und objektiven Interessenaufdeckungen verbunden werden.“ Die Makroplanung und Regulierung des Marktes sollte Šik zufolge auf drei demokratischen Säulen ruhen: auf Parteien, auf den „flexiblen Interessengruppierungen“ und auf „wissenschaftlichen Instituten für Interessenforschung“.²²⁶ -

Von Seiten des „Seminars für freiheitliche Ordnung“ gaben Eckhard Behrens und Ernst Winkler zu bedenken, dass die gesamtwirtschaftliche Planung und Marktregulierung trotz ihres im Vergleich zur Zentralverwaltungswirtschaft demokratischen Unterbaus zu einer Bürokratisierung führen könnte und dass sie als makroökonomisches Koordinationsinstrument bei weitem nicht die Leistungsfähigkeit entwickeln könne, die das marktwirtschaftliche Preissystem bekommen könnte, wenn es durch Reformen der Geldordnung und des Bodenrechts von seinen kapitalistischen Dysfunktionen befreit würde. Diese Reformen könnten sich auch als ein Weg zur Entkapitalisierung der privaten Produktionsmittel erweisen. Nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln als solches sei der Ursprung des Kapitalismus, sondern seine vom Geld ausgehende Konzentration in wenigen privaten Händen, wodurch es monopolisiert und aus der Perspektive der Besitzlosen verknappert wird. Statt mit einem „sozialistischen Eigentum“ könne Šiks Ziel einer „Verallgemeinerung des Kapitalinteresses“ erreicht werden, wenn das konzentrierte Kapital im Zuge einer Bodenrechts- und Geldreform in vielen privaten,

²²⁵ Ota Šik (1971), S. 19 - 21 (regulierter Markt, antimonopolistische Politik).

²²⁶ Ota Šik (1971), S. 21 - 24 (Vertiefung der Demokratie).

genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen, staatlichen oder kirchlichen Händen dezentralisiert wird und dabei seine Eigenschaft als knappes und darum Mehrwert heckendes Kapital verliert. In der Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Waren und dem Geld sowie zwischen dem Kapitalangebot und der Kapitalnachfrage sah Behrens auch einen Weg zum gemeinsamen Ziel einer Überwindung der Lohnabhängigkeit.²²⁷

Im „bewussten Willen zu echtem Gespräch“ zwischen Ota Šik und dem „Seminar für freiheitliche Ordnung“, das einem beiderseitigen Verständnis dienen sollte, ergänzte Ernst Winkler noch den Hinweis, dass es bei der Dezentralisierung des Kapitals genau genommen nicht um eine „Verallgemeinerung des Kapitalinteresses“ im Sinne einer Verallgemeinerung des Interesses an einem wie auch immer konzentrierten Kapital und seiner Verwertung gehen könne. Statt eine indirekte Teilhabe an „sozialistischem Eigentum“ anzustreben, sollte privat konzentriertes Kapital in eine direkte private Verfügung über kleines und mittleres Eigentum übergehen und mit diesem Dezentralisierungsprozess sollte zugleich eine „Wesensänderung des Kapitals“ einhergehen, indem nämlich die Kapitalgüter ihre Fähigkeit verlieren, Mehrwert zu hecken, und zu bloßen Produktionsmitteln ohne Kapitaleigenschaft werden.²²⁸

Weder Šik noch Winkler war übrigens in dieser Diskussion bewusst, dass Marx im „Kapital“ Band 1 ausdrücklich festgestellt hatte, dass „zersplitterte Produktionsmittel, die den Produzenten selbst als Beschäftigungs- und Subsistenzmittel dienen, ohne sich durch Einverleibung fremder Arbeit zu verwerten, ebenso wenig Kapital ... sind, als das von seinem eigenen Produzenten verzehrte Produkt Ware ist.“²²⁹

Schließlich hob Winkler es als eine Gemeinsamkeit von Geld- und Bodenrechtsreformern mit Ota Šik hervor, dass beide Seiten kein blindes Vertrauen in die „unsichtbare Hand“ des Marktes hatten und ihn nicht sich selbst überlassen wollten. Jedoch blieb der Unterschied zwischen ihnen bestehen, dass Šik eine rechtsstaatliche Rahmen*planung* des Marktes anstrebte, während die Geld- und Bodenreformer eine rechtsstaatliche Rahmen*ordnung* herstellen wollten, in der monopolfreie Märkte sich selbsttätig in ihren Gleichgewichten stabilisieren können. Zusammenfassend stellte Winkler fest, „dass wir im Ziel grundsätzlich übereinstimmen und uns nur im Weg durch Einzelheiten unterscheiden.“²³⁰

²²⁷ Eckhard Behrens (1971b), S. 28 - 29 (Entkapitalisierung der privaten Produktionsmittel), 39 (Überwindung der Lohnabhängigkeit), 41 und 43 (Gleichgewichte).

²²⁸ Ernst Winkler (1971), S. 49 (echtes Gespräch) und 51 (Wesensänderung des Kapitals).

²²⁹ Karl Marx (1867/1972), in: MEW 23, S. 731 (zersplitterte private Produktionsmittel ohne Kapitalcharakter).

²³⁰ Ernst Winkler (1971), S. 54 - 55 (Gemeinsamkeiten und Unterschiede, unsichtbare Hand). - Der Tagung des „Seminars für freiheitliche Ordnung“ mit Ota Šik in Basel folgte eine mehrteilige Veranstaltungsreihe „Gibt es einen dritten Weg?“, die das Seminar in seiner Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ in den Nummern 105/1973 - 110/1974 dokumentierte. Daran nahm u.a. der tschechoslowakische, mit Jiří Kosta befreundete Ökonom Jan Osers teil, der sein Land ebenfalls nach dem Ende des Prager Frühlings verlassen hatte und eine Tätigkeit an der Universität Mannheim fand, während Kosta eine Profes-

„Humane Wirtschaftsdemokratie“

Ohne sich noch weiter auf die Vorstellungen der Bodenrechts- und Geldreformer von einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ einzulassen, baute Šik seine eigene Konzeption eines „Dritten Weges“ im Laufe der 1970er Jahre weiter zu einem detaillierten Konzept einer „Humanen Wirtschaftsdemokratie“ aus. Im Vorwort zu seinem Buch „Der dritte Weg“ (1972) zeichnete er seine persönliche Entwicklung nach. „Im Angesicht der unmenschlichen Verbrechen“, die er im Konzentrationslager miterlebt und überlebt hatte, „wurden meine Lebensziele geformt. Kein Rachegeanke, sondern das Suchen nach Ursachen der gesellschaftlichen Ausartungen nahm mich gefangen.“ Vorerst habe er einen Ausweg aus den ungelösten gesellschaftlichen Widersprüchen in der „kommunistischen Vergesellschaftung“ gesehen. Als aber während der 1950er Jahre in der Tschechoslowakei stalinistische Schauprozesse gegen „ehrliche Kommunisten“ geführt wurden und der Volksaufstand in Ungarn 1956 blutig niedergeschlagen wurde, sei ihm klar geworden, dass die „Methoden des Massenterrors ... sich von den faschistischen Prinzipien nicht im Geringsten unterscheiden. ... In den Jahren 1957 - 1958 begann so mein Suchen neuer Gedanken und Wege, von dem vorerst nur meine engsten Freunde etwas wussten. ... Die Erkenntnis, dass es ... einen Weg aus der kommunistischen Tyrannei gibt, der nicht in das alte kapitalistische System zurückführen muss ... , kann aus den Köpfen der Menschen nicht mehr gelöscht werden. Die Idee wird sich hier weiterentwickeln und eines Tages, unter günstigeren Bedingungen, zur praktischen Wirklichkeit werden.“²³¹

In „Der dritte Weg“ dekonstruierte Šik die kommunistischen Dogmen - vor allem den Glauben an die Notwendigkeit der Alleinherrschaft der kommunistischen Partei und der zentralstaatlichen Detailplanung der Wirtschaft. Er lockerte auch die theoretische Rückbindung an Marx, ohne sie indessen ganz aufzugeben. So könne zum Beispiel Marx' Analyse des kapitalistischen Prozesses der Akkumulation, Konzentration und Zentralisierung von Kapital „schwerlich angezweifelt werden. ... Die Erkenntnisse von Marx ... sind im Wesentlichen richtig und haben einen grundsätzlichen theoretischen Wert.“ Er habe jedoch nicht genügend bedacht, dass es immer auch „entgegengesetzte Prozesse der Zersplitterung oder Neuerstehung von Privatkapital“ gab. Und vor allem bestritt Šik die Existenz einer historischen Gesetzmäßigkeit, wonach der staatlich organisierte Monopolkapitalismus zwangs-

sur an der Universität Frankfurt/M. bekam. Vgl. Jan Osers, Das Suchen nach einem dritten Weg - zu den heutigen Gesellschaftskonzeptionen von Ota Šik, Roger Garaudy und Eugen Löbl, in: Fragen der Freiheit Nr. 108/1974, S. 21 - 41. Vgl. auch eine Würdigung Jiří Kostas durch Jan Osers auf der Website <http://www.stiftung-sozialgeschichte.de/ZeitschriftOnline/pdfs/Kosta.pdf?PHPSESSID=c70eb334f15aafb141c9> (Zugriff: 30.5.2017).

²³¹ Ota Šik (1972), S. 10 - 12 (Autobiographisches). - Angaben zu seinem persönlichen Werdegang machte Šik auch in einem Aufsatz „Freiheitlicher Sozialismus“, der als Nachklang zur Diskussion mit Geldreformern im Januar 1971 in Basel in der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ erschien (Nr. 89/1971, S. 3 - 9).

läufig in eine sozialistische Produktionsweise mit einer staatlichen Zentralverwaltung der Wirtschaft übergehen müsse, wenn er die dafür nötige Reife erreicht habe. Daher sei eine „grundsätzliche Überprüfung jener Schlussfolgerungen“ angebracht, „die Marx und seine Nachfolger und der heutige offizielle ‚Marxismus‘ aus diesem Prozess gezogen haben und noch ziehen.“²³²

Das Versagen der staatlichen Zentralverwaltung der Wirtschaft einschließlich des „moralischen Verfalls, der Charakterlosigkeit und jenes Zynismus der Funktionäre und Bürokraten, jener Machtintrigen, propagandistischer Verlogenheit und heuchlerischen Verstellungskunst“ waren für Šik „keine Kinderkrankheiten, die mit der Zeit überwunden werden, sondern es sind Wesenszüge eines Sozialismus vortäuschenden bürokratischen Systems, das zum größten Verrat an der Idee der sozialistischen Menschheitsbefreiung wurde.“²³³ Jedoch hielt Šik die zentrale Planung der Wirtschaft durch den Staat keineswegs für völlig überflüssig. Ähnlich wie der 1972 nach England emigrierte polnische Ökonom Włodzimierz Brus (1921-2007) mit seinem „Funktionsmodell einer Planwirtschaft mit eingebautem Marktmechanismus“ (1971) stellte auch er sich vor, dass der Staat von einer Detailplanung sämtlicher Wirtschaftsprozesse zu ihrer Rahmenplanung übergehen und auch den Markt in gewissem Umfang wieder zulassen sollte. „Es gibt die Möglichkeit eines dritten Weges und es ist nicht wahr, dass der ‚Antikommunismus‘ immer nur ein ‚Prokapitalismus‘ sein muss. ... Im Unterschied zum ‚Antikommunismus‘ konservativer Kapitalismus-Verteidiger gibt es eine Ablehnung der Grundprinzipien des Kommunismus ... aus fortschrittlichen sozialistischen Positionen.“ Dementsprechend schwebte Šik als fernes Ziel die Verwirklichung eines „demokratischen und humanen Sozialismus“ vor.²³⁴ Er und andere Reformökonomien des Prager Frühlings wie Jiří Kosta und Eugen Löbl wollten also anders als Hilferding, Naphtali und andere Theoretiker des Organisierten Kapitalismus nicht zu einer sog. „sozialistischen Produktionsweise“ weiterschreiten, sondern gewissermaßen mit der staatlichen Rahmenplanung im Stadium einer Organisierten Wirtschaft verbleiben und zugleich mit der Wiederzulassung des Marktes auch einige Schritte von einer Monopol- zu einer Wettbewerbswirtschaft zurück- bzw. vorangehen.

In seinem Buch „Humane Wirtschaftsdemokratie - Ein dritter Weg“ (1979) stellte Šik schließlich sein Modell einer Wirtschaft mit „Marktbeziehungen zwischen Kollektivbetrieben innerhalb einer makroökonomischen Rahmenplanung und staatlicher Marktregulierung“ noch einmal ausführlich und systematisch dar. Die Begegnungen mit den Dreigliederern und Geld- und Bodenreformern zu Beginn der 1970er Jahre hinterließen darin allerdings keinerlei Spuren. Šiks Ausführungen über den Fluss des Geldes durch die „Zirkulationssphäre der Waren“ und die „Sphäre der Liquiditätsbildung der Banken“ und auch seine Beschäftigung mit

²³² Ota Šik (1972), S. 13 - 14 (Marx), 342 (Marx' Konzentrationstheorie), 344 (Kapitalzersplitterung) und 349 (Überprüfung von Marx und seinen Nachfolgern).

²³³ Zur ausführlichen Kritik des „kommunistischen Machtssystems“ vgl. Ota Šik (1976), bes. S. 271 - 281, hier: S. 271 - 272.

²³⁴ Ota Šik (1972), S. 15 - 16 (demokratischer und humaner Sozialismus als dritter Weg) und 419 - 432.

Keynes enthalten keine Anhaltspunkte dafür, dass er Keynes' Hinweisen auf eine besondere und möglicherweise überwindbare „Vorliebe für Geld-Liquidität“ eine größere Bedeutung beigemessen hätte. „Der Einfluss der Zinsen auf die Investitionsentscheidungen ist unserer Ansicht nach relativ gering.“ Im Übrigen „wird ... es ein solches Zinsinteresse der Menschen ... immer geben, solange die gegenwärtigen Knappheitsverhältnisse bestehen. Das Interesse der Kreditgeber an einem maximalen Zinsertrag ... sichert gleichzeitig eine möglichst effektive Nutzung der Kredite. ... Das Kreditsystem mit Zinsen kann noch lange nicht aufgegeben werden.“ Auf die Vorschläge, den Boden und die Ressourcen als Gemeinschaftsgüter zu behandeln und ihn entweder im Wege des Erbbaurechts und der Erbpacht gegen ein Entgelt privat nutzbar zu machen oder die Bodenrente steuerlich zugunsten der Allgemeinheit abzuschöpfen, ging Šik überhaupt nicht ein und machte auch keine eigenen Aussagen zu einem weder kapitalistischen noch kommunistischen Umgang mit dem Boden und den Ressourcen.²³⁵ Und da er die liberalen Ökonomen Mises und Hayek, Eucken und Röpke allesamt als „eindeutig antisozialistische Ökonomen“ betrachtete, verstellte er sich auch den Blick für die Unterschiede zwischen der marktliberalen österreichischen Schule und Eucken als konsequentestem Verfechter einer herrschaftsfreien vollständigen Konkurrenz. Dem ‚Entweder Markt oder Plan‘ der Paläo- und Ordoliberalen stellte Šik ein ‚Sowohl als auch‘ gegenüber. Obwohl er auf diese Weise keinen Zugang zu Euckens Absicht fand, den Markt in eine Rahmen*ordnung* statt eine Rahmen*planung* einzubetten, kam er auf anderen Wegen als Eucken zu der Überzeugung, dass auch sein Dritter Weg nicht auf eine Antimonopolpolitik verzichten kann.²³⁶

Am intensivsten entwickelte Šik seine Gedanken über eine Verallgemeinerung des Kapitalinteresses weiter zum Konzept einer „Neutralisierung des Kapitals“. Gemeint war damit eine „Überführung des sich ständig neu bildenden Geld- und Produktivkapitals in ein unteilbares Vermögen der Unternehmungskollektive.“ Alle Mitglieder einer „Mitarbeitergesellschaft“ sollten einen sie verwaltenden Treuhänder wählen und am Unternehmensgewinn beteiligt werden. Aus einem „Gewinnbeteiligungsfonds“ sollten Šik zufolge Gewinnanteile an die Mitarbeiter ausgeschüttet und/oder investiert werden. „Der Gewinn muss Kriterium der Effektivitätsentwicklung bleiben, aber statt einer Gewinnmaximierung wird eine Gewinnoptimierung angestrebt, die sowohl die Effektivität des Unternehmens als auch Vorkehrungen zur Humanisierung der Arbeit sichert. „Alle Humanlösungen müssen aber langfristig Effektivitätssteigerungen bringen, wenn nicht Einkommens-

²³⁵ Ota Šik (1979), S. 260 - 261 (Keynes' „Vorliebe für Geld-Liquidität“), 434 (Zinsinteresse der Menschen) und 562 (Geld). - Zu Keynes vgl. auch Ota Šik (1972), S. 273 - 280, und (1979), S. 306 - 320. - Auf die Bodenfrage hatte Eckhard Behrens bei der erwähnten Begegnung Šiks mit Geld- und Bodenreformern 1971 in Basel ausdrücklich hingewiesen; vgl. Eckhard Behrens (1971b), S. 29 - 32.

²³⁶ Ota Šik (1972), S. 204 (Liberaler als antisozialistischer Ökonom) und 647 - 654 (Monopolverhinderung und ihre Grenzen). - Ders. (1979), S. 384 (Kreditsystem mit Zinsen) und 635 - 653 (Monopolverhinderung).

verluste und ökonomische Unzufriedenheit anwachsen sollen.“ Im Interesse der Effektivität dürfe die industrielle Massenproduktion nicht eingeschränkt werden.²³⁷

Auch seine Vorstellungen von einer makroökonomischen Rahmenplanung entwickelte Šik weiter, um dem Staat insbesondere ein wirksames Instrumentarium „zur Bestimmung des Wachstumstempos“ an die Hand zu geben. „Am wichtigsten ist die planmäßige Bestimmung von Lohnwachstum, Lohndifferenzen und Gewinnbeteiligungsquoten. Die Planerfüllung wird mit einer geplanten Wirtschaftspolitik, Einkommens-, Fiskal-, Kredit- und Währungspolitik erreicht.“²³⁸

Bei aller Distanzierung von Marx' Aversion gegenüber dem Markt und der dirigistischen Zentralverwaltung der Wirtschaft in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten blieb auch Ota Šik letztlich in einem gemäßigten Glauben an die Planbarkeit der Wirtschaft gefangen. „Die wirtschaftliche Zukunft kommt nicht mehr als blindes Schicksal auf die Menschen zu, sondern kann in ihrer grundlegenden Entwicklung zielbewusst gesteuert werden.“ Diese Formulierung erinnert ebenso wie seine Ansicht, dass „das Wirtschaftswachstum ... planmäßig so reguliert werden kann, dass verschiedene differierende Ziele nicht in Konflikt geraten“, noch immer an die Überschätzung menschlicher Möglichkeiten, die bereits in Friedrich Engels' Glauben zum Ausdruck gekommen war, dass die Menschen als „Herren ihrer eigenen Art der Vergesellschaftung und damit zugleich Herren der Natur“ in die Lage kommen könnten, „ihre Geschichte mit vollem Bewusstsein selbst zu machen“. Auch mit ihrer Ergänzung um einen „regulierten Markt“ und ihrer demokratischen Legitimation blieb Šiks staatliche Rahmenplanung letztlich ein Ausdruck des technokratischen Glaubens an die Machbarkeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens - wohingegen sein unbedingt erstrebenswertes Ziel, die „Kapitalentfremdung der arbeitenden Bevölkerung“ zu überwinden, eine freiheitliche und zugleich gerechte Rahmenordnung bräuchte, in der sich das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der Menschen selbsttätig organisieren kann.²³⁹

Am Ende seines opus magnum verwies Šik darauf, dass seine „Humane Wirtschaftsdemokratie“ schrittweise und „nicht von einem Tag auf den anderen eingeführt werden“ könne. „Deshalb wird auch betont von einer Systemreform und nicht von einer revolutionären Systemänderung gesprochen.“ Es erschien Šik allerdings „fraglich, ob die erforderliche politische Mehrheit für eine solche Wirtschaftsreform immer von einer oder einigen der gegenwärtigen Parteien erkämpft werden kann und ob dazu nicht völlig neue politische Bewegungen nötig wären.“ Diese Frage müsse vorläufig noch offen bleiben - ebenso wie die Frage, welche der

²³⁷ Ota Šik (1979), S. 15 - 16 (Neutralisierung des Kapitals und mittel- und langfristige Planung), 149 (Notwendigkeit des Markts), 176 - 187 (Planung), 375 - 383 (Gewinninteressen), 384 (Massenproduktion) und 396 - 453 (Neutralisierung des Kapitals).

²³⁸ Ota Šik (1979), S.16 (Wachstum und Planerfüllung) und 454 - 617 (Makroplanung).

²³⁹ Ota Šik (1979), S. 140 - 149 (Marx über den Markt), 676 - 677 (zielbewusste Steuerung der Zukunft und Planung des Wachstums) und 684 (Überwindung der Kapitalentfremdung). - Friedrich Engels (1876-1878/1968), in: MEW 20, S. 264 (Menschen als Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung und der Natur).

sozialdemokratischen, christlichen oder kommunistischen Parteien im politischen Spektrum der westlichen Länder sich am ehesten für eine solche Wirtschaftsreform einsetzen könnten. Auf jeden Fall erfordere sie eine „langfristige und konzentrierte Überzeugungsarbeit inner- und außerhalb der Parteien“ in den Gewerkschaften und Verbänden, weil die „Komplexität des ganzen Reformvorgangs“ sehr hoch und auch noch die außenwirtschaftliche Verflechtung eines vorangehenden Landes zu berücksichtigen sei. „Symptome für das Reifen neuer sozialökonomischer Verhältnisse in der Produktionssphäre“ sah Šik auch bei denjenigen „Unternehmern, die mit einer Form von Kapitalbeteiligung, Mitbestimmung und selbstgesteuerten Gruppenarbeiten experimentieren.“ Und selbst „bei vielen Managern der großen Kapitalgesellschaften“ könnte „eine ziemlich positive Einstellung zu Kapitalneutralisierung und Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter“ entstehen.²⁴⁰

Für die östlichen Länder erwartete Šik, dass „die fähigsten und charaktervollsten Menschen ... dieses System der allgemeinen Heuchelei“ wegen seiner Ineffektivität über kurz oder lang durchschauen und abschütteln würden. „Unter dem Druck dieser Unzufriedenheit treten immer wieder Reformtendenzen in Erscheinung.“ Und selbst wenn sie unterdrückt werden, solle man nicht glauben, „dass sich mit den Kritik- und Dezentralisierungswellen nichts ändern würde. ... Der Marxismus-Leninismus wird immer mehr ... zu einem zur Schau getragenen Lippenbekenntnis.“ Neben einem dogmatischen und „ausgesprochen reaktionären Teil der Bürokratie“ gebe es jedoch auch einen „flexiblen Parteiflügel“, der die Unhaltbarkeit der bestehenden Verhältnisse sehe und für eine Systemreform offen sei.²⁴¹

„Konvergenz der Systeme“ und „mixed economy“

Nicht erst durch das jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung und Ota Šiks „Humane Wirtschaftsdemokratie“ kam inmitten des Kalten Krieges zwischen den Blöcken des Westens und des Ostens die Vorstellung einer Konvergenz der Wirtschaftssysteme auf. Gemeint war damit, dass sich der westliche Kapitalismus und der östliche Kommunismus einander annähern könnten, indem sich der Westen mit der französischen „Planification“ und der Globalsteuerung à la Keynes tendenziell in die Richtung einer staatlich geplanten Wirtschaft und der Osten sich mit der Wiedezulassung von Gewinnstreben und Wettbewerb in die Richtung einer Marktwirtschaft entwickeln könnten, bis sie sich in einer Mischung aus Markt und Plan („mixed economy“) begehen.²⁴²

²⁴⁰ Ota Šik (1979), S. 682 (Reform statt Revolution) - 686 (politische Kräfte, Komplexität der Reform, Außenwirtschaft) und 693 (Mitarbeiterunternehmen und Manager).

²⁴¹ Ota Šik (1979), S. 715, 719 - 720 (Heuchelei des kommunistischen Systems und seine Reformierbarkeit) sowie 722 und 724 - 730 (reaktionärer Teil der Bürokratie und flexibler Parteiflügel).

²⁴² Der niederländische Ökonom Jan Tinbergen, Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften im Jahr 1969, hatte diese Konvergenztheorie bereits 1954 aufgestellt. Von seinem Buch „Centralization and decentralization in economic policy“ erschien 1981 ein Nachdruck.

Diese Konvergenztheorie war freilich auf beiden Seiten auch umstritten und sie wurde schließlich von der Realität überrollt, als das kommunistische Sowjetimperium im Herbst 1989 zusammenbrach und der kapitalistische Westen vorerst als Sieger aus dem Wettkampf der Systeme hervorging bzw. übrigblieb. Bis auf wenige Ausnahmen wie Béla Csikos-Nagy in Ungarn, Joachim Bischoff & Michael Menard in Deutschland und John E. Roemer in den USA ließ das Interesse am Dritten Weg einer „Sozialistischen Marktwirtschaft“ stark nach.²⁴³ Zwar blieb die Einsicht, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht zwangsläufig miteinander identisch sind; aber die Rolle des herkömmlichen Geldes als Ursache der kapitalistischen Verfälschung der Marktwirtschaft und die Möglichkeit, die real existierende kapitalistische Marktwirtschaft durch Reformen des Geldwesens und der Bodenrechts in eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ zu transformieren, blieben weiterhin unberücksichtigt. Insofern ist es fraglich, ob die Bezeichnung „Sozialistische Marktwirtschaft“ für den Dritten Weg überhaupt angemessen ist, denn erstens wäre sie wegen der ungelösten Geld- und Bodenproblematik in ihrem tieferen Kern noch immer kapitalistisch, d.h. sie wäre allenfalls eine im Inneren kapitalistische und im Äußeren durch die makroökonomische Rahmenplanung sozialistisch überformte Marktwirtschaft. Und zweitens ist nicht erwiesen, ob die Rahmenplanung überhaupt dasjenige Kriterium sein kann, das eine Charakterisierung dieser Marktwirtschaft als sozialistisch rechtfertigt.

²⁴³ Vgl. Béla Csikós-Nagy, *Sozialistische Marktwirtschaft*, Wien-Zürich 1988. - Joachim Bischof & Michael Menard, *Marktwirtschaft und Sozialismus*, Hamburg 1990. - Vgl. auch die Studie von John E. Roemer, *Socialism vs. Social Democracy as Income-Equalizing Institutions*, in: *Eastern Economic Journal*, Vol. 34/1, 2008, S. 14 - 26.

Kapitel 11
Neoliberale Entfesselung
der Finanzmärkte
seit der Mitte der 1970er Jahre
und unzureichende Gegenstrategien

11 Neoliberale Entfesselung der Finanzmärkte seit der Mitte der 1970er Jahre und unzureichende Gegenstrategien

In der 1968er Zeit wäre es vielleicht nicht zu einer Marx-Renaissance gekommen, wenn der Ordoliberalismus konsequent an seinem ursprünglichen Ziel der Schaffung einer vollständigen Konkurrenz festgehalten und der Ausbreitung von privatwirtschaftlicher Macht Einhalt geboten hätte, statt sich auf die schiefe Bahn der Restauration des Monopolkapitalismus abdrängen zu lassen. Damit war die Wiederkehr krisenhafter Instabilitäten der Wirtschaft vorprogrammiert.

Als nach Jahren des sog. Wirtschaftswunders die westdeutsche Wirtschaft 1966/67 in ihre erste große Krise der Nachkriegszeit geriet, wurden in deren Verlauf der Staatsbesuch des persischen Schahs Reza Pahlavi, die ungesühnten tödlichen Schüsse auf den Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 und das Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 zu Schubkräften für die 1968er Studentenbewegung. Auch das Erschrecken über die Verdrängung der NS-Verbrechen, die Empörung über die geplante Einführung von Notstandsgesetzen in Deutschland und über den von den USA in Vietnam äußerst brutal geführten Krieg gaben der Studentenbewegung Auftrieb.¹

1968er Studentenbewegung und Außerparlamentarische Opposition

Obwohl die kommunistischen Diktaturen in Russland nach dem Ersten Weltkrieg bzw. in der Sowjetunion mit ihren Gulags sowie in China, besonders im Zusammenhang mit Mao Tse-tungs „großem Sprung nach vorn“ um 1960, viele Millionen Todesopfer gefordert hatten², und obwohl Truppen des Warschauer Pakts im August 1968 den „Prager Frühling“ blutig niedergeschlagen hatten, machten sich große Teile der Studentenbewegung weiterhin Hoffnungen, das kapitalistische System mit marxistischen Denkmustern auf einem „langen Marsch durch die bestehenden Institutionen“ (Rudi Dutschke³) aus den Angeln heben zu können. Dabei war für Dutschke als einen der führenden Köpfe der Studentenbewegung klar, dass der real existierende Sozialismus in der sowjetischen Hemisphäre kein Vorbild für einen Systemwandel im Westen sein konnte. „Es gibt noch keinen Sozialismus auf der Erde; der Sozialismus ist weiterhin eine reale Kategorie des Noch-Nicht-Seins, der durch den Kampf der revolutionären Kräfte im Weltmaßstab in die gesellschaftliche Wirklichkeit gebracht werden muss.“ Im nachrevolutionären

¹ Schah Reza Pahlavi war 1953 als ein dem Westen höriger Herrscher über den Iran eingesetzt worden, nachdem der US-amerikanische Geheimdienst CIA die bis dahin amtierende, demokratisch gewählte Regierung Mossadegh, welche die Öl- und Gasvorräte verstaatlichen wollte, weggeputscht hatte. Vgl. hierzu Michael Lüders (2015), S. 12 - 22. - Zum Vietnamkrieg vgl. Rolf Steininger (2004). - Zur 1968er Studentenbewegung vgl. Ingrid Gilcher-Holtey (2001).

² Vorstellungen von einem Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus einschließlich

³ Rudi Dutschke (1980), S. 11 - 23, bes. S. 15.

Russland bzw. in der Sowjetunion war nach Ansicht von Dutschke kein Sozialismus entstanden, sondern nur ein brutales stalinistisches Herrschaftssystem - ein „Staatskapitalismus asiatischer Prägung“, dem noch immer die alten feudalistischen „Knechtschaftsverhältnisse“ anhafteten.⁴

Stattdessen erstrebte Dutschke einen letztlich christlich verankerten „antiautoritär-demokratischen Sozialismus“, aber nicht auf parlamentarisch-demokratischem, sondern auf revolutionärem Weg mit direkten Aktionen und ohne Anwendung von Gewalt gegen Personen. Die Parteien im bürgerlichen Parlamentarismus erschienen ihm als Instrumente der Konservierung der kapitalistischen Machtverhältnisse.⁵ Allerdings hatten Dutschke und andere Studierende in der „Außerparlamentarischen Opposition“ keine klaren Vorstellungen von einer Rätedemokratie und einem „antiautoritären Sozialismus“ mit einem „schöpferischen Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit“ und von „menschenswürdigen Zuständen“, die sie „in der ganzen Welt“ herbeiführen wollten. Durch eine unermüdliche politökonomische Aufklärungsarbeit sollte die noch in ihrem falschen Bewusstsein gefangene werktätige Bevölkerung erst einmal dazu gebracht werden, ihre objektive Misere zu erkennen und dann für ihre eigentliche „Menschwerdung“ durch eine Emanzipation von den „herrschenden Produktionsverhältnissen“ kämpfen.⁶

Dutschke hielt am marxischen Glauben fest, wonach die Steigerung der kapitalistischen Produktivkräfte die Voraussetzung für einen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sei. „Die Technologie ist nicht das Böse an sich“, d.h. nicht die Akkumulation und Konzentration von Kapital und technischen Produktivkräften als solche waren für ihn problematisch, sondern nur die privatkapitalistische Verfügungsgewalt über sie. Deshalb rüttelte auch Dutschke nicht an dem marxischen Glauben, dass eine „Verstaatlichung ... natürlich Bedingung für die Möglichkeit einer neuen sozialistischen Gesellschaft“ sei. Jedoch dürfe die Revolution nicht wie in Russland bzw. in der Sowjetunion bei der Verstaatlichung stehen bleiben und eine Verstaatlichung schon als Vergesellschaftung ausgeben. Über eine Verstaatlichung der Produktionsmittel müsse die Revolution hinausgehen in die Richtung einer echten Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Als historisches Vorbild hierfür dachte Dutschke an die Pariser Kommune, wo sich schon an Stelle eines „Sozialismus von oben“ erste Ansätze eines „Sozialismus von unten“ gezeigt hätten. „1871 gab's mal die Pariser Commune ... ein Vorbild für uns. Eine Herrschaft der Produzenten über ihre Produkte. Keine Manipulation, ständige Wahl und Ab-

⁴ Rudi Dutschke (1980), S. 141 („Es gibt noch keinen Sozialismus auf der Welt.“) und 145 - 146 (asiatischer Staatskapitalismus).

⁵ Vgl. Rudi Dutschke (1978), S. 95 - 135, und ders. (1980), S. 30 - 39 (Christentum und Sozialismus) sowie S. 12 (konterrevolutionäre und unmenschliche Gewalt), 13 (Rätedemokratie), 43 und 53 (Parteien und Parlamentarismus); S. 97 - 106 (Gewalt).

⁶ Rudi Dutschke (1980), S. 13 (Menschwerdung vs. Produktionsverhältnisse), 16 (aufgeklärtes Bewusstsein), 19 - 20 (schöpferisches Leben ... auf der ganzen Welt).

wahl und so weiter. ... Unser Ausgangspunkt ist Selbstorganisation der eigenen Interessen und Bedürfnisse.“⁷ -

Trotz ihrer kritischen Haltung zum Marxismus und den verschiedenen aus ihm hervorgegangenen Denkrichtungen sympathisierten zumindest die wissenschaftlich ambitionierten Teile der damaligen Geld- und Bodenreformbewegung mit den Studentenprotesten. So begrüßte es Elimar Rosenbohm, dass „die studentische Opposition sich gegen Herrschaftsverhältnisse, gegen autoritäre Gewalten, gegen verfestigte Strukturen, gegen apparathaft-bürokratische Monopolparteien und gegen alle organisierte Repression wendet“. Da Rudi Dutschke im Februar 1968 (zwei Monate vor dem auf ihn verübten Mordanschlag) in einem Gespräch mit dem Philosophen Ernst Bloch auf eine „Ambivalenz des Sozialismus“ hingewiesen und gefragt hatte, ob es vielleicht sinnvoller sein könnte, nicht länger von einer sozialistischen, sondern von einer „freien Gesellschaft“ als Ziel der Außerparlamentarischen Opposition zu sprechen, mutmaßte Rosenbohm, ob Dutschke sich außer mit Marx vielleicht auch mit dessen französischem Gegenspieler Proudhon beschäftigt haben könnte, denn auch Proudhon sei es letztlich darum gegangen, „die Herrschaft von Menschen über Menschen zu verhindern“.⁸ Jedoch ist dies ungewiss oder gar unwahrscheinlich. Zumindest in dem Teil von Dutschkes Bibliothek, der sich in der „Bibliothek der Freien“ im Berliner „Haus der Demokratie und Menschenrechte“ befindet, sind keine Schriften von Proudhon oder den ebenfalls als ‚kleinbürgerlich‘ verunglimpften Frühsozialisten vorhanden.⁹ -

Seit dem Erscheinen des Berichts des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ (1972) stellten sich auch für die in interne Flügelkämpfe verstrickten 1968er noch ganz neue politische Fragen. Waren Atomkraftwerke nur in der Hand privatkapitalistischer Energiekonzerne oder waren sie an sich ‚böse‘? Im Zuge des Übergangs von der Studenten- zur Ökologiebewegung während der 1970er Jahre wandte sich auch Dutschke mehr und mehr den umweltpolitischen Bürgerinitiativen zu. „Sind die Bürgerinitiativen nicht ein potenzieller Schritt über die Basisdemokratie zur Rätedemokratie? ... Ich glaube, es müssen auch die Bürgerinitiativen darüber nachdenken, wie sie ihre eigene Perspektive sehen. Wohin soll es gehen? Was hat womit zu tun? Wie stehen die Bürgerinitiativen zum Sozialismus? Das scheint mir eine entscheidende Frage für die nächsten Diskussionen zu sein.“¹⁰

⁷ Rudi Dutschke (1980), S. 14 (Verwechslung von Verstaatlichung und Vergesellschaftung), 25 (Technologie) - 28 (Pariser Kommune), 48, 50 und 54 (Pariser Kommune) sowie 140 (Verstaatlichung als Bedingung für einen Sozialismus).

⁸ Elimar Rosenbohm (1968), S. 21 - 29, hier: S. 21 - 22. - Zum Gespräch zwischen Rudi Dutschke und Ernst Bloch in der Ev. Akademie Bad Boll am 8.2.1968 vgl. die Website <https://www.ev-akademie-boll.de/nc/akademie/geschichte/dutschke-und-bloch.html> und den Bericht im Magazin „Der Spiegel“ vom 19.2.1968 auf der Website <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46122776.html>

⁹ Vgl. hierzu Wolfgang Eckhardt (2012).

¹⁰ Rudi Dutschke (1980), S. 194 (Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke), 197 (Bürgerinitiativen als Weg zur Rätedemokratie?), 198 (Bürgerinitiativen und Sozialismus).

Während seiner letzten Lebensjahre in Dänemark beobachtete Dutschke sehr genau die Entwicklungen in der Ökologiebewegung. Einerseits hoffte er, sie mit seinen sozialistischen Zielen verknüpfen zu können - andererseits suchte er mit bemerkenswerter Offenheit die Zusammenarbeit mit „allen Grünen“, obwohl sie wie der konservative Herbert Gruhl „keine linke Tradition“ hatten. „Aber wir wissen eines: Es geht (mit der Atomkraft) um eine fundamentale Fragestellung unseres Jahrzehnts und der nächsten Generationen. Und darum müssen wir zusammenarbeiten. Und ich hoffe, dass auch Sozialdemokraten mit uns in dieser gefährlichen Sache eine gemeinsame Arbeit beginnen.“ Angesichts der existenziellen Bedrohung der ganzen Menschheit durch Atomwaffen und Atomkraftwerke gab es für Dutschke als „Sozialisten in der Tradition von Rosa Luxemburg“ keinen Zweifel an der Notwendigkeit neuer Bündnisse mit anders denkenden Menschen „in der Tradition der bürgerlichen Revolution und der weiter reichenden sozialistischen Umwälzung. Diese Linie schließt leninistische und stalinistische Traditionen aus. Sie macht aber Bündnisse möglich mit allen Kräften, die in der Tradition der bürgerlichen Revolution, in christlichen Traditionen sich bewegen.“¹¹

Als sich die Ökologiebewegung im Laufe des Jahres 1979 zu einer politischen Partei zu formieren begann, nahm Dutschke an einem „ersten gemeinsamen Treffen von Grünen, Bunten, Alternativen und anderen Gruppen“ in Vlotho teil und scheute sich auch nicht, die Positionen des „Kommunistischen Bundes“ zu kritisieren. „Im August wurde Rudi Mitglied der Bremer Grünen“ und wollte mit seiner Familie von Århus/Dänemark nach Bremen umziehen. „Rudi war nun mittendrin“, schrieb seine Frau Gretchen in ihrer Dutschke-Biografie.¹² Vor der Wahl der Bremer Bürgerschaft im Oktober 1979 trat Dutschke bei Wahlkampfveranstaltungen der „Grünen Liste“ auf, die dann 5,1 % der Stimmen gewann und in die Bremer Bürgerschaft einzog. Als der DDR-Regimekritiker Rudolf Bahro aus der Haft entlassen wurde und nach Westdeutschland übersiedelte, verabredeten sich Dutschke und Bahro sogleich zu einem Treffen bei einer weiteren grünen Versammlung Anfang November in Offenbach. Und als sich Ende November 1979 die „Grüne Liste Umweltschutz Niedersachsen“ (GLU) bei einer Veranstaltung in Bremen zugunsten einer neuen bundesweiten grünen Partei auflöste, erschien Dutschke am Büchertisch des GLU-Initiators Georg Otto, der bestrebt war, die Geld- und Bodenreformvorschläge von Silvio Gesell in grünen Kreisen bekannt zu machen. Als Dutschke die Absicht äußerte, sich mit den Reformgedanken Gesells zu beschäftigen, gab Otto ihm ein Exemplar von dessen Hauptwerk und einige andere Schriften mit auf den Weg. Wenig später starb Dutschke am Heiligabend 1979 in Århus und so blieb es offen, ob er noch Verständnis für die Überlegung entwickelt hätte,

¹¹ Rudi Dutschke (1980), S. 202 - 204 (Zusammenarbeit mit allen Grünen und Sozialdemokraten). - Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl war mit seinem Buch „Der Planet wird geplündert - Schreckensbilanz unserer Politik“ (Frankfurt/M. 1975) der bekannteste Vertreter des konservativen Flügels der Ökologiebewegung.

¹² Gretchen Dutschke (1998), S. 462 (Vlotho), 464 (Bonn), 467 (Mitglied der Bremer Grünen) und 471 - 473 (Offenbach).

dass sein Ziel einer dezentralen Vergesellschaftung der Produktionsmittel und einer Selbstorganisation der Interessen und Bedürfnisse sich vielleicht auch ohne eine Verstaatlichung der Produktionsmittel durch deren Dezentralisierung in einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft erreichen ließe.¹³ Ein solches Verständnis hätte auch die Bereitschaft vorausgesetzt zu erkennen, dass eine Wiederbindung von Arbeitenden mit dezentralisierten Produktionsmitteln in vielen kleinen und mittleren privaten und genossenschaftlichen Unternehmen noch eine andere Form der Vergesellschaftung wäre als eine basisdemokratische Verfügung von Arbeitern über Teile von staatlich konzentrierten Produktionsmitteln wie in der Pariser Kommune oder in der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung.

Übrigens kam der durch sein Buch „Die Alternative – Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ (1979) bekannt gewordene Rudolf Bahro im Laufe der 1980er Jahre näher mit den Geldreformgedanken in Berührung. Für ihn bestand die „objektive Ambivalenz des Geldes“ darin, dass das Geld einerseits, was Marx unterschätzt hatte, die persönliche Freiheit menschlicher Individuen garantierte, und dass es andererseits ein Instrument der Ausübung von Macht von Menschen über Menschen war. Allerdings handelte es sich hier für Bahro „um einen in der menschlichen Natur selbst angelegten Widerspruch, der gewiss nicht dadurch zu lösen ist, dass man an der Projektion nach außen, die das Geld darstellt, eine Krebsoperation versucht, ohne sich um den inneren Konflikt zu kümmern, der den Krebs erzeugt.“ Darum konnte sich Bahro nicht vorstellen, „dass es bloß an einer ‚richtigen‘ begrifflichen und technischen Lösung des Geldproblems gebrach.“ Er hatte den unzutreffenden Eindruck, dass „den Geldreformern der Machtzweck, zu dem das Geld realiter erfunden worden ist, nie aufgegangen“ ist.¹⁴ Dabei stand der Doppelcharakter des Geldes als Tausch-/Kredit- und als Machtmittel im Mittelpunkt der Geldreformgedanken – nur wird darin der Charakter des Geldes als

¹³ Georg Otto (2019), S. 3. - Zur Rolle von Georg Otto in der GLU Niedersachsen vgl. Anna Hallenleben (1984), S. 52 - 59. - Gesells „Natürliche Wirtschaftsordnung“ befindet sich tatsächlich in Dutschkes Bibliothek im Teilnachlass in der Berliner „Bibliothek der Freien“; vgl. Wolfgang Eckhardt (2012), S. 13. Veröffentlichungen von Klaus Schmitt, Helmut Creutz und von ihm selbst, die Georg Otto auch noch mitgab, sind im Bestandsverzeichnis von Wolfgang Eckhardt jedoch nicht aufgeführt. Stattdessen sind dort Broschüren von Johannes Schumann, Max Leuchtenberg, Eckhard Lindemann, Herbert K.R. Müller und Ernst Schröder aufgeführt (S. 19, 22 und 25), die allesamt von der „Freisozialen Union“ (FSU) herausgegeben worden waren. Die FSU war damals der parteipolitische Zweig der Geld- und Bodenreformbewegung. Möglicherweise wurde Dutschke nicht erst von Georg Otto, sondern schon vorher von der FSU auf Gesell aufmerksam gemacht. Allerdings hatten die meisten FSU-Schriften eine konservativ-antikommunistische Diktion, die Dutschke davon abgehalten haben könnte, sich schon früher mit Gesells Sozialreformvorschlägen zu beschäftigen.

¹⁴ Rudolf Bahro (1987), S. 138 [objektive Ambivalenz] – 140. - Im „Archiv für Geld- und Bodenreform“ in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg ist eine Korrespondenz von Helmut Creutz mit Rudolf Bahro erhalten (Bahro an Creutz am 8.7.1983 und Creutz an Bahro 15.7.1983. Bahro an Creutz am 16.11.1985 und Creutz an Bahro am 4.4.1986). Sie zeigte die Schwierigkeit für Bahro, Verständnis für die Geldreformgedanken zu entwickeln.

Machtmittel nicht auf die ‚innere‘ menschliche Natur zurückgeführt, sondern auf seine ‚äußere‘ – veränderbare – kapitalistische Struktur.

Pragmatische Parteipolitik und Globalsteuerung des Kapitalismus

Im Gegensatz zur Außerparlamentarischen Opposition hatte die Sozialdemokratie bereits in ihrem 1959 beschlossenen Godesberger Programm jegliche Ambitionen hinsichtlich einer Systemüberwindung aufgegeben. Parallel zur Entstehung der „Sozialistischen Marktwirtschaft“ in Jugoslawien hatte sie sich mit der Kompromissformel „So viel Wettbewerb wie möglich, so viel Planung wie nötig“ zur Anerkennung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs durchgerungen. Allerdings hatte sie dem entscheidenden Unterschied zwischen dem real existierenden, vom kapitalistischen Geld und von Monopolen vermachteten Markt und der Realutopie eines monopolfreien Marktes bei ihrer programmatischen Neuorientierung überhaupt keine Beachtung geschenkt. Außerdem hatte sie darauf verzichtet, ihre Vorstellungen von einem geplanten Markt in einem demokratischen Sozialismus näher zu konkretisieren.

Nach wenigen Jahren einer Großen Koalition mit der CDU erhielt die gemäßigte Sozialdemokratie 1969 die historische Chance, den Kapitalismus realpolitisch-pragmatisch zu zähmen. In Übereinstimmung mit dem berühmten US-Ökonomen Paul Samuelson und anderen postkeynesianischen Ökonomen war sie zuversichtlich, zyklische Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur mit der an Keynes' Strategie des Deficitpendings orientierten antizyklischen Fiskalpolitik unter Kontrolle bringen und glätten zu können. Unter diesen Umständen hoffte die von Willy Brandt angeführte erste SPD-/FDP-Regierung, die kapitalistische Marktwirtschaft mit der Unterstützung der Gewerkschaften durch eine arbeitnehmerfreundliche Bildungs- und Sozialpolitik humanisieren zu können. Zu ihren Gesetzesvorhaben gehörte sogar eine realpolitisch gemäßigte Variante der Bodenrechtsreform in Gestalt eines Planungswertausgleichs, für den sich insbesondere der Münchener Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick einsetzten. Mit der Unterstützung durch den Bundeskanzler Willy Brandt und auch des Bundespräsidenten Gustav Heinemann hätte sie sogar das „innenpolitische Gegenstück zur Ostpolitik“ werden sollen.¹⁵ Jedoch stieß dieses Vorhaben auf Widerstände in den Koalitionsparteien - ähnlich wie das Bestreben von Karl-Hermann Flach und einigen anderen FDP-Politikern, den Liberalismus in sozialen

¹⁵ Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 200 - 208 (Godesberger Programm) und 214 - 224 (Regierungshandeln der SPD). - Zu den Bodenrechtsreformplänen der SPD vgl. Hans-Jochen Vogel (1971), S. 15, und SPD Hrsg. (1972) und SPD Hrsg. (1974); Hans-Jochen Vogel (1997), S. 34 - 36. In einer Rede auf dem Deutschen Städtetag am 26.5.1971 in München forderte Bundespräsident Heinemann den deutschen Gesetzgeber auf, das Bodenrecht gemäß GG Art. 14 zu reformieren. Vgl. auch Wolfgang Göllner & Tanja Finkbeiner (1997), S. 138 - 161, und Bernadette Felsch (2010), S. 27 - 31. Vgl. hierzu auch Dieter Duwendag (1971), S. 583 - 584 und 596 - 597 („Die Möglichkeiten für eine effiziente Bodenpolitik sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.“).

Formen zu erneuern. „Die Befreiung des Liberalismus aus seiner Klassegebundenheit und damit vom Kapitalismus ist die Voraussetzung seiner Zukunft. ... Der liberale Leistungs- und Wettbewerbsbegriff lässt sich nur rechtfertigen, wenn Gleichheit oder zumindest starke Annäherung der Startchancen in der Gesellschaft besteht.“ Flach wollte den Liberalismus durch eine „gemeinwirtschaftliche Bodennutzung“ erneuern und Alternativen zur aktienrechtlichen Organisation von Unternehmen stärken. „Die urliberale Idee der genossenschaftlichen Produktionsweise eignet sich ganz sicher vor allem im kleineren oder mittleren Unternehmensbereich. ... Für größere Unternehmen eignet sich auch die Form der gemeinnützigen Stiftung als Kapitaleigner, deren Gewinn-Einnahmen öffentlich anerkannt, gemeinnützigen Zwecken zukommen müssen.“¹⁶

Während die neue, auf eine Verständigung mit dem kommunistischen Ostblock ausgerichtete Außenpolitik der SPD/FDP-Regierung eine langfristig segensreiche Wirkung entfalten konnte, war ihre Wirtschaftspolitik nicht von längerer Dauer. Die postkeynesianische Globalsteuerung der Wirtschaft konnte nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen und obendrein stieß sie wegen der dafür erforderlichen Aufnahme öffentlicher Schulden an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit. Auf die staatsinterventionistische „Keynesianische Revolution“, die die geldreformerischen Gedanken von Keynes beharrlich verdrängt hatte, folgte um die Mitte der 1970er Jahre eine „Monetaristische Gegenrevolution“, die zwar die Bedeutung einer richtig dosierten Geldmenge für die Stabilisierung der Konjunktur stärker betonte als Keynes und die Postkeynesianer, die aber um die geldreformerische Überlegung, auch die tatsächliche Zirkulation der in den Verkehr gegebenen Geldmenge mit Hilfe von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ sicherzustellen, einen ebenso großen Bogen machte wie die Postkeynesianer und die Neoklassiker, die sich inzwischen zu einer „Neoklassischen Synthese“ zusammengefunden hatten.

Sichtbares Zeichen der Wende vom Staatsinterventionismus zum neoliberalen Monetarismus und zur Verlagerung der Gewichte vom rheinischen zum angelsächsischen Kapitalismus war die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften an Friedrich August von Hayek (1974), der die Ursprungsgedanken des Ordoliberalismus schon frühzeitig in die Richtung eines Laissez-faire-Liberalismus aufgeweicht hatte, und an Milton Friedman (1976), der zusammen mit anderen Chicago Boys and Girls keine Scheu gehabt hatte, die nach dem gewaltsamen

¹⁶ Karl-Hermann Flach (1977), S. 17 - 18 (Liberalismus vs. Kapitalismus, soziale Gleichheit) und 29 - 32 (gemeinwirtschaftliche Bodennutzung, Unternehmensverfassungen). Flach war nach 1945 zunächst Mitglied der ostdeutschen Liberaldemokratischen Partei und studierte nach seiner Flucht in den Westen Politikwissenschaften und Publizistik. Von 1959 bis 1961 und von 1971 bis zu seinem Tod im Jahr 1973 war er Bundesgeschäftsführer der FDP und in der Zwischenzeit stellvertretender Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“. Schon der erste westdeutsche Bundespräsident Theodor Heuss hatte in seinen jungen Jahren im Naumann-Kreis mit Ideen der Bodenrechtsreform sympathisiert; vgl. dazu ders. (1963), S. 33 - 34. - Mitautor von Flachs Buch „Noch eine Chance für die Liberalen“ war der damalige FDP-Bundesminister Werner Maihofer. Gemeinsam verfassten Flach und Maihofer 1971 die „Freiburger Thesen“ der FDP.

Sturz von Salvadore Allende durch August Pinochet in Chile aufgerichtete Militärdiktatur wirtschaftspolitisch zu beraten.

Mit Hayek und Friedman hielt die neoliberale Trinität von der Liberalisierung und Deregulierung der Märkte und der Privatisierung von öffentlichem Eigentum Einzug in die Wirtschaftstheorie und -politik, ohne dass die Neoliberalen sich mit der Frage aufhielten, welche Funktionsdefizite der ‚freien‘ monopolkapitalistisch vermacherten Märkte überhaupt zum Versuch einer staatlichen Regulierung der Wirtschaft geführt hatten. Neben neomarxistischen Gesellschaftskritiker/innen marschierten nun vor allem Neoliberale durch die Institutionen der Wissenschaften und des Staates, den sie unter Missachtung der Art. 14 und 15 des westdeutschen Grundgesetzes erklärtermaßen ‚verschlanken‘ wollten. Dabei verbreiteten sie ihre Ideologie, dass sich selbst überlassene ‚freie‘ Märkte am besten in der Lage seien, die Wirtschaft selbsttätig in ihrem Gleichgewicht zu stabilisieren.

Nicht einmal dem damaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Wolfgang Zeidler ließ der zur Vorherrschaft gelangte neoliberale Zeitgeist eine Chance, Gehör für seinen Hinweis zu finden, dass der zunehmend höher verschuldete Staat „in den letzten Jahrzehnten einige Hundert Milliarden dadurch verschenkt ... hat, dass er darauf verzichtet hat, die ungeheuren Vermögen, die die im Grundeigentum stecken, in einer auch nur annähernd angemessenen Weise zu besteuern.“ In einem Interview mit dem „Spiegel“ beklagte Zeidler, dass „das jetzige Recht ... eine ungeheure Bevorzugung teils des Grundeigentums, teils aber auch der Gewinne, die aus dem Handel mit Grundstücken fließen, ... bewirkt. In den letzten Jahrzehnten sind in den deutschen Ballungsgebieten die Grundstücke, die günstig lagen, enorm im Wert gestiegen. Kein Mensch ist je ernsthaft darum bemüht gewesen, diese gewaltigen Wertzuwächse steuerlich anzuzapfen.“ Insbesondere für eine familienfreundliche Steuerpolitik des Staates sah Zeidler hier ein großes Potenzial.¹⁷

11.1 Milton Friedmans „Monetaristische Gegenrevolution“

Was die „monetaristische Gegenrevolution“ aus der Ökonomie hinausfegte, war in Wirklichkeit schon längst nicht mehr die vollumfängliche „keynesianische Revolution“, sondern - wie es Joan Robinson ausdrückte - ein auf das Deficitspending reduzierter „Bastard-Keynesianismus“.¹⁸

Ähnlich wie Hayek sein Buch „Road to Serfdom“ während des Zweiten Weltkriegs zur Abwehr von sozialistischen Bestrebungen geschrieben hatte, hatte auch Friedman sein Buch „Capitalism and Freedom“ (1962) unter dem Eindruck des

¹⁷ Wolfgang Zeidler (1984), S. 52 - 61. Als Sozialdemokrat kannte Zeidler vermutlich die bodenrechtsreformerischen Bestrebungen von Hans Koschnik und Hans-Jochen Vogel. Während seines Studiums in den ersten Nachkriegsjahren hatte Zeidler übrigens den „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) mitbegründet.

¹⁸ Sabine Reiner (2017).

Kalten Krieges verfasst, der sich mit dem Bau der Berliner Mauer und der Kuba-Krise gerade auf seinem Höhepunkt befand. Auch wirkte die antikommunistische Stimmung der McCarthy-Ära in den USA noch nach. Friedmans Absicht war es, dem Staat in allen seinen Variationen als „Monster wie Frankenstein“ entgegenzutreten - nicht nur dem totalitären Staat des Kommunismus, sondern auch dem Staat des demokratischen Sozialismus und dem Staat der postkeynesianischen Globalsteuerung der Wirtschaft.¹⁹

Mit der Zurückdrängung des Staates als solchem wollte Friedman die Freiheit stärken. „Freiheit ist eine seltene und delikate Pflanze“, schrieb er²⁰ - allerdings ohne seinen Freiheitsbegriff philosophisch zu untermauern. Seine Argumentation folgte dem klassischen Verständnis der Freiheit atomisierter und miteinander konkurrierender Individuen. Die Freiheit des einen Individuums ende dort, wo die Freiheit eines anderen Individuums beginne. Weder bezog Friedman die Vorstellung von Adam Smith mit ein, dass konkurrierende Individuen auch durch Sympathiegefühle miteinander verbunden seien, noch kannte er Proudhons Überzeugung, dass dasjenige Individuum am freiesten sei, das die meisten Beziehungen zu seinen Mitmenschen habe. Sein Freiheitsbegriff enthielt kein Verständnis für die Notwendigkeit einer sozialen Verbundenheit der Individuen, bei der Schwächere nicht durch Stärkere verdrängt werden. Friedman fehlte die Einsicht, dass die Freiheit erst dann ihre Früchte tragen kann, wenn sie als *gleiche* Freiheit aller Menschen innerhalb einer für alle gleichermaßen gerechten rechtsstaatlichen Rahmenordnung verwirklicht wird und wenn die Individuen nicht nur gegeneinander konkurrieren, sondern wenn sie auch miteinander kooperieren. Zwar erwähnte er im Zusammenhang mit der Grundsatzentscheidung zwischen einer markt- oder planwirtschaftlichen Koordination „der wirtschaftlichen Aktivitäten von Millionen von Menschen“ auch einmal den ordoliberalen Ökonomen Walter Eucken; aber dessen Hinweise auf die Notwendigkeit einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung als Garanten für die Monopolfreiheit der Märkte beachtete er nicht.²¹ Und erst recht dachte er nicht daran, dass mit dem herkömmlichen Geld und dem Privateigentum am Boden Privilegien verbunden sein könnten, die zu mono- und oligopolistischen Vermachtungen des Geschehens auf ‚freien Märkten‘ führen. Zwar blieb ihm Henry George’s bodenreformerischer Vorschlag „von vor vielen, vielen Jahren“ zur Einführung einer „Single Tax“ nicht unbekannt und in einem Zeitungsinterview bezeichnete er „die Grundsteuer auf den unveränderten Landwert“ sogar

¹⁹ Milton Friedman (1962/1971), S. 20 und 27 (weder totalitärer noch demokratischer Sozialismus) und 257.

²⁰ Milton Friedman (1962/1971), S. 20.

²¹ Milton Friedman (1962/1971), S. 33 (Koordination durch Markt oder Plan) und 52 (Friedman bezog sich nur auf Euckens Ausführungen zum staatlichen Eisenbahnmonopol).

als „die am wenigsten schlechte Steuer.“²² Dennoch unternahm Friedman keinerlei Anstrengungen, die „Single Tax“ in seine eigenen Überlegungen zu integrieren.

Maßgebend war für ihn allein die historische Erfahrung, dass in vormodernen feudalistischen Zeiten mit Ausnahme des „goldenen 5. Jahrhunderts Griechenlands ... der typische Zustand der menschlichen Geschichte ... stets Tyrannei, Knechtschaft und Elend (war). Nur das 19. und frühe 20. Jahrhundert in der westlichen Welt bilden auffallende Ausnahmen im generellen Trend der geschichtlichen Entwicklung. Da gab es bezeichnenderweise politische Freiheit, und zwar in engem Zusammenhang mit dem freien Markt und der Entwicklung kapitalistischer Institutionen.“ Das soziale Elend, das sich aus der Zeit des Frühkapitalismus in staatlich gemilderten Formen bis ins 20. Jahrhundert fortsetzte, war für Friedman kein Grund, seine Überzeugung in Frage zu stellen, „dass der Kapitalismus eine notwendige Voraussetzung für politische Freiheit ist“ - eine Voraussetzung, aber noch keine Garantie, was auch ihm angesichts der faschistischen Diktaturen in Deutschland, Spanien und Italien bewusst war. „Das alles waren Gesellschaften, die man offenkundig nicht als politisch frei bezeichnen kann. Dennoch war in allen das private Unternehmertum die dominante Form der wirtschaftlichen Organisation. Es ist also ohne weiteres möglich, wirtschaftliche Strukturen zu haben, die fundamental kapitalistisch sind, und politische Strukturen, die zugleich unfrei sind.“²³

Doch wie konnte der Kapitalismus zugleich Voraussetzung für politische Freiheit sein und sich dennoch auch mit totalitären Herrschaftssystemen verbinden lassen? Friedmans ordnungspolitischer Kardinalfehler war es, Marktwirtschaft und Kapitalismus gedankenlos gleichzusetzen. Sein persönliches „Leitmotiv“ war gemäß seinen eigenen Worten der „wettbewerblich organisierte Kapitalismus - also die Organisation der ganzen Masse der wirtschaftlichen Aktivität durch private Unternehmen, die auf freien Märkten operieren - als eines Systems von wirtschaftlicher Freiheit und einer notwendigen Bedingung für politische Freiheit. ... Das funktionierende Modell einer Gesellschaft ... ist die freie, auf privatem Unternehmertum basierende Marktwirtschaft - was wir den Wettbewerbs-Kapitalismus genannt haben.“²⁴ So erkannte Friedman erstens nicht die politische Ambivalenz der kapitalistischen Marktwirtschaft, die einerseits eine ‚nur‘ von wirtschaftlicher Macht durchsetzte politische Freiheit zuließ und die andererseits für ein Umkippen in die politische Unfreiheit anfällig blieb. Und zweitens erkannte er nicht, dass die politische Freiheit zu ihrem Schutz sowohl vor wirtschaftlicher Macht als auch vor ihrem Absturz in politische Unfreiheit einer Befreiung der Marktwirtschaft vom

²² Milton Friedman (1978); zitiert nach der Website <https://de.wikipedia.org/wiki/Georgismus> und der dort aufgeführten Anmerkung 6 (Zugriff: 16.6.2017). Vgl. auch die Website http://www.cooperative-individualism.org/friedman-milton_henry-george-1970.htm (Zugriff: 16.6.2017).

²³ Milton Friedman (1962/1971), S. 29 - 30 (Parallelität von wirtschaftlicher und politischer Freiheit).

²⁴ Milton Friedman (1962/1971), S. 22 (Friedmanns Leitmotiv) und 34 (Marktwirtschaft als Wettbewerbs-Kapitalismus).

Kapitalismus bedurft hätte, also einer rechtsstaatlich-ordnungspolitischen Bändigung von jedweder wirtschaftlichen Macht.

Gerade im Hinblick auf die Ursachen der Entstehung von wirtschaftlicher Macht und der Rolle des demokratischen Rechtsstaats als „Spielleiter und Schiedsrichter“ der Wirtschaft waren Friedmans Vorstellungen höchst unzureichend. „In der Praxis entstehen Monopole häufig - wenn nicht sogar immer - durch Regierungssubventionen oder durch kollektive Absprachen der einzelnen Unternehmer.“²⁵ Dass das Geld in seiner herkömmlichen kapitalistischen Form und das Privateigentum am Boden und an Ressourcen eine den Wettbewerb beschränkende soziale Ungleichheit in das Wirtschaftsleben hineinbringen, die im Laufe der Zeit zur Bildung von marktbeherrschenden Mono- und Oligopolen führt, und dass große Unternehmen bereits viel Kapital akkumuliert und konzentriert haben müssen, bevor sie „kollektive Absprachen“ treffen und staatliche Subventionen bekommen können, lag weit außerhalb von Friedmans Überlegungen. Im Gegensatz zu Eucken und in Übereinstimmung mit Hayek ließ er nur noch gelten, dass „ein Monopol auch entstehen kann, weil es aus technischen Gründen effizient ist, einen einzelnen Produzenten oder ein einzelnes Unternehmen zu haben.“ Insgesamt gebe es drei Arten von Monopolen: „Privatmonopol, Staatsmonopol oder die Form einer öffentlichen Kontrolle.“ Und wenn man sie miteinander vergleiche, „komme ich wider Willen zum Schluss, dass ein maßvolles Privatmonopol wohl das kleinste Übel ist. ... Wir müssen das kleinste Übel wählen.“²⁶

Zwar war auch Friedman der Ansicht, dass „die Bewahrung der Freiheit ... die Eliminierung solcher Machtzusammenballung ... verlangt ... , soweit es nur geht“, und dass der Markt „in kleinen Unternehmen ... der Idealvorstellung vom freien Markt am nächsten kommt“. Er befürwortete ebenfalls Anti-Trust-Gesetze; aber letztlich vertraute er darauf, dass „der Markt ... die wirtschaftliche Freiheit ... sichert. ... Indem er die Organisation der wirtschaftlichen Aktivitäten der Kontrolle der politischen Instanzen entzieht, eliminiert der Markt zugleich die Quelle der Macht, Zwänge auszuüben.“ Nebenbei bemerkt, sagte Friedman von sich selbst, dass die „Probleme des Monopols ... ein Gebiet ... betreffen, auf dem ich keine besondere Kompetenz besitze.“ Das hielt ihn freilich nicht davon ab, die Forderung nach einer „sozialen Verantwortung“ von Unternehmern als eine jener „zutiefst subversiven Doktrinen“ zu diffamieren, die „das Fundament unserer freien Gesellschaft untergraben können. ... Wenn die Unternehmer eine andere soziale Verantwortung haben, als für ihre Aktionäre möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften, wie sollten sie genau bestimmen, was für eine?“ Wenn Unternehmer andere Ziele als das der Gewinnmaximierung anstreben, würden sie - so Friedmans Befürchtung - mehr „Staatsbeamte als Angestellte ihrer Anteilseigner“ werden.

²⁵ Milton Friedman (1962/1971), S. 48 - 51 (Staat als Spielleiter und Schiedsrichter), 52 (Entstehung von Monopolen durch Absprachen und Subventionen).

²⁶ Milton Friedman (1962/1971), S. 52 - 53 (technisch bedingte Monopole und drei Arten von Monopolen). - Zur technischen Rechtfertigung der Konzentration vgl. auch Friedrich August von Hayek (1952) und zur Kritik an dieser Argumentation vgl. Walter Eucken (1946), S. 3, und (1952/1960), S. 225.

Apodiktisch stellte er fest: „Das Unternehmen ist ein Instrument der Aktionäre, die es besitzen.“ Das erschien ihm auch deshalb unbedenklich, weil nach seiner Ansicht „der Kapitalismus weniger Ungleichheit hervorbringt als alternative Systeme und die Entwicklung des Kapitalismus das Ausmaß der Ungleichheit stark verringert hat.“²⁷

Im krassen Widerspruch zu seiner eigenen Aussage, dass „ein Liberaler ... grundsätzlich jede Machtkonzentration ... fürchtet“, galt Friedmans Hauptsorge nicht so sehr der privatwirtschaftlichen Macht, denn „wirtschaftliche Macht kann immer wieder weithin zerstreut werden“. Entgegen dieser realitätsfernen Behauptung wurde die US-amerikanische Wirtschaft schon seit nahezu einhundert Jahren von mächtigen Trusts beherrscht, deren 1890 mit dem Sherman-Antitrust-Act erlassenes Verbot bald durch die Gründung von Holding Companies umgangen wurde. Deren Macht herunterspielend, ging es Friedman mehr um die von ihm viel stärker beargwöhnte politische Macht des Staates, weshalb sein vordringliches Ziel darin bestand, dass „der Spielraum der Regierung ... beschränkt sein muss“. Geradezu grotesk war seine Ansicht, die auf dem ‚freien Markt‘ fortbestehende „wirtschaftliche Macht“ könnte sogar „die politische Macht zügeln und ihr Widerpart sein, wenn sie nur in anderen Händen als die politische Macht liegt.“²⁸ Auf gar keinen Fall dürften wirtschaftliche und politische Macht wie im Kommunismus in der einen Hand des Staates liegen. Damit hatte Friedman nicht Unrecht; dennoch schwächte er mit seinem einseitig antikommunistischen Feindbild und seiner zugleich kapitalistisch durchtränkten liberalen Argumentation die Rolle des demokratischen Rechtsstaats als unverzichtbarem Gegengewicht zu jedweder privatwirtschaftlichen Machtkonzentration.²⁹

„Die Rolle der Geldpolitik“ (1968) und „Die optimale Geldmenge und andere Essays“ (1969/70)

Mit seiner Vermischung von Marktwirtschaft und Kapitalismus und seinem unklaren Freiheitsbegriff, der die Macht von Stärkeren gegenüber Schwächeren nicht konsequent ausschloss, drehte Friedman ähnlich wie Hayek die Entwicklung des Liberalismus hinter den frühen Ordoliberalismus zurück. Vom klassischen Laissez-faire-Kapitalismus unterschied er sich im Wesentlichen nur noch durch die Forderung an den Staat bzw. die Zentralbanken, die Menge des in den Verkehr gegebenen Geldes stabilitätsgerecht an ein stets wachsendes Sozialprodukt anzupassen.

²⁷ Milton Friedman (1962/1971), S. 36 - 37 (Eliminierung von Macht durch den Markt), 44 (Idealvorstellung von freien Märkten), 52 (Anti-Trust-Gesetze), 159 (mangelnde Kompetenz auf dem Gebiet der Monopole) und 176 - 178 (Unternehmen als Instrumente von Aktionären).

²⁸ Milton Friedman (1962/1971), S. 20 (beschränkter Spielraum der Regierung), 37 (Zerstreuung von wirtschaftlicher Macht), 63 (Liberaler fürchtet jede Machtkonzentration).

²⁹ Milton Friedman (1962/1971), S. 37.

Bereits in seinem Buch „Capitalism and Freedom“ hatte Friedman die große Weltwirtschaftskrise ab 1929 nicht als Folge einer systemimmanenten Instabilität des Kapitalismus gedeutet, sondern als eine Folge von fehlerhaften Entscheidungen politischer Instanzen, allen voran der US-amerikanischen Zentralbank. „Tatsache ist: Die große Depression ... wurde mehr durch ein falsches Vorgehen der Regierung als durch eine der freien Marktwirtschaft innewohnende Labilität hervorgerufen. Eine von der Regierung eingerichtete Institution - das Federal Reserve System - war mit der Verantwortung für die Geldpolitik betraut worden. In den Jahren 1930 und 1931 führte das Reserve-System diesen Auftrag so ungeschickt aus, dass aus einer geringen Rezession eine größere Katastrophe wurde.“³⁰

Aus seiner unzureichenden Deutung der Ursachen der großen Weltwirtschaftskrise hatte Friedman schon frühzeitig eine ebenso unzureichende Gegenstrategie abgeleitet. „Was wir dringend für eine stabile und wachsende Wirtschaft brauchen, ist eine reduzierte, nicht eine vermehrte Einmischung der Regierung.“ Dies war ein deutlicher Affront gegen die von Keynes empfohlene und vor allem von seinen Nachfolgern praktizierte Politik des Deficitspendings, also der sog. antizyklischen Wirtschaftspolitik, die mit Hilfe schuldenfinanzierter Konjunkturprogramme versuchte, wirtschaftliche Krisen durch die Schaffung einer staatlichen Nachfrage als Ersatz für die ausfallende private Nachfrage zu überwinden. „Es ist vor allem wünschenswert, dass die Regierung einen festen Geld- und Finanzrahmen für die freie Wirtschaft liefert.“ Eine solche regelgebundene Geldpolitik war für Friedman „der einzig anwendbare Plan, die Geldpolitik zu einer Säule der freien Gesellschaft zu machen und nicht zu einer Bedrohung ihrer Grundfesten.“³¹

Da die private Nachfrage im Großen und Ganzen stabil sei, hielt Friedman es nicht nur für unnötig, sondern sogar für schädlich, mit der Schaffung von staatlicher Ersatznachfrage auf Anzeichen eines Konjunkturrückgangs zu reagieren. Stattdessen bedürfe es einer Steuerung der Geldmenge in dem Sinne, dass die Zentralbank die Geldmenge von Jahr zu Jahr um 3 - 5 % vergrößert. Das Produktionsvolumen werde dann in diesen sog. ‚Geldmantel‘ hineinwachsen. Diese Annahme war das Kernstück der „monetaristischen Gegenrevolution“, mit der Friedman gegen die „keynessche Revolution“ in der Ökonomie zu Felde zog.³²

In seinem Aufsatz „Die Rolle der Geldpolitik“, der wenig später auch in sein Buch „Die optimale Geldmenge“ aufgenommen wurde, führte Friedman diese Forderung genauer aus. Sie war gleichsam ein Generalangriff gegen Keynes und richtete sich nicht nur gegen dessen antizyklische und schuldenfinanzierte Fiskalpolitik des billigen Geldes, welche - so Friedmans Vorwurf - die Wirksamkeit der Geldpolitik mehr als zwei Jahrzehnte unterschätzt habe. Vielmehr richtete er sich auch grundsätzlich gegen die Theorie der Liquiditätspräferenz des Geldes und der Liquiditätsfalle, mit der Keynes die Klassik und Neoklassik auf den Prüfstand ge-

³⁰ Milton Friedman (1962/1971), S. 62 (Ursache der Weltwirtschaftskrise).

³¹ Milton Friedman (1962/1971), S. 63 und 81 (Geldmengensteuerung).

³² Milton Friedman (1968/1974), S. 329 (jährliches Geldmengenwachstum von 3 - 5 %).

stellt hatte. Allerdings beachtete Friedman bei seiner durchaus nicht unbegründeten Kritik am Deficitspending überhaupt nicht, dass Keynes selbst anders als seine postkeynesianischen Nachfolger die schuldenfinanzierte Fiskalpolitik gar nicht für einen dauerhaften Ausweg aus der Liquiditätsfalle gehalten hatte und dass Keynes vielleicht noch entschiedener eine Geldreform à la Gesell angestrebt hätte, wenn es damals schon eine in großem Stil praktikable Methode zur Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten“ des Geldes gegeben hätte. Ungeachtet der noch offenen Frage, wie solche „künstlichen Durchhaltekosten“ des Geldes in der Praxis hätten aussehen können, sah Friedman völlig über die Notwendigkeit hinweg, die private Nachfrage überhaupt erst einmal so zu verstetigen und zu stabilisieren, dass die Geldmengensteuerung jene verlässliche Wirksamkeit erhält, die Friedman bereits wie selbstverständlich als gegeben unterstellte.

In seinen Veröffentlichungen setzte sich Friedman übrigens nicht mit Gesell auseinander, schrieb dazu aber in einem privaten Brief: „I do of course know about Silvio Gesell and his views. He is a fascinating person who clearly was one of the forerunners in the analysis of the importance of money in affecting economic activity and business conditions. As it happens, I have never published anything on his theories. ... With respect to his ideas, in particular to his idea of stamped scrip, I believe it is not a good idea. It is not a good idea either in principle or in its empirical application.”³³ Demnach ließ sich Friedman nicht weiter auf den Gedanken von Gesell und Keynes ein, dass das herkömmliche kapitalistische Geld einen in sich widersprüchlichen Doppelcharakter als dienendes Tauschmittel und herrschendes Machtmittel haben könnte und dass der besondere Liquiditätsvorteil des Geldes mit Hilfe von „künstlichen Durchhaltekosten“ des Geldes hätte neutralisiert werden müssen, um der von ihm präferierten Politik der Geldmengensteuerung ihre volle Wirksamkeit zu verschaffen und Versuche mit einer Politik des billigen Geldes überflüssig zu machen.

In Übereinstimmung mit der Klassik und Neoklassik und sie erweiternd betrachtete Friedman das Geld sowohl als dienendes Tauschmittel wie auch als einen „Vermögensgegenstand“ mit der Aufgabe, „als vorübergehende ‚Bleibe‘ der Kaufkraft zu dienen“.³⁴ Und er unterstellte dessen nahezu gleichmäßige störungsfreie Zirkulation bereits als gegeben, obwohl die Voraussetzungen dafür erst noch hätten hergestellt werden müssen. Die „monetäre Maschine“ sei also von sich aus ständig in Betrieb; sie müsse freilich von Jahr zu Jahr regelmäßig durch „eine geringere Rate monetären Wachstums ... gut geölt“ werden, damit sie nicht wie in der Krise von 1907 und in der deflationären „großen Kontraktion“ von 1929 oder

³³ Milton Friedman in einem Brief an den Verfasser (1982). - In seinem Brief an den Verfasser erwähnte Friedman noch, dass ihm viele Jahre vorher ein Studierender aus Skandinavien begegnet sei, der die von ihm für richtig befundene Theorie Gesells verbreiten wollte. Er habe Friedman jedoch nicht deren empirische Evidenz nachweisen können und sei deshalb in eine schwere Lebenskrise geraten. „I have always felt guilty ever since that the end result was, that he ended up in the hospital with a nervous breakdown.“

³⁴ Milton Friedman (1969/1976), S. 108 - 109 (Geld als Tauschmittel und Vermögensgegenstand).

in einer großen Inflation „aus der Kontrolle geraten kann. ... In der heutigen Welt muss die Geldpolitik ... einen stabilen Rahmen für die Volkswirtschaft schaffen. ... Mein eigenes Rezept besteht darin, dass die Währungsbehörde sich ... öffentlich für eine Politik entscheidet, die auf die Verwirklichung einer konstanten Wachstumsrate einer bestimmten monetären Gesamtgröße gerichtet ist.“ Unter solchen Umständen könnten die Beziehung zwischen der Geldmenge und dem Sozialprodukt sowie das allgemeine Preisniveau stabil und das Beschäftigungsniveau sehr hoch gehalten werden. Als Beweis für diese Annahme führte Friedman die „überlieferte Tatsache“ an, „dass Perioden relativer Stabilität der Rate des monetären Wachstums ebenfalls Perioden relativer Stabilität der Wirtschaftstätigkeit gewesen sind, in den Vereinigten Staaten ebenso wie in anderen Ländern.“³⁵

Seine wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen ergänzte Friedman in seinem Buch „Die optimale Geldmenge“ noch um eine theoretische bzw. quantitätstheoretische Begründung für seine Annahme, dass die Beziehung zwischen der Geldmenge (G) und ihrer Umlaufgeschwindigkeit (U) einerseits und dem Volkseinkommen (Y) und dem Preisniveau (P) andererseits weitgehend stabil sei ($G \times U = Y \times P$). Im Gegensatz zu Keynes, der die private Nachfrage aufgrund der schwankenden Vorliebe für Liquidität für instabil hielt, behauptete Friedman im Einklang mit der Neoklassik eine weitgehende Konstanz der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. „Es existiert eine außergewöhnliche empirische Stabilität und Regelmäßigkeit ... der Einkommenskreislaufgeschwindigkeit, die einfach jedermann beeindrucken muss, der ausgiebig mit monetären Daten arbeitet.“³⁶

Die Schwankungen der Geldumlaufgeschwindigkeit seien so geringfügig, dass sie vernachlässigt werden könnten. In empirischen Untersuchungen habe sich außerdem ein Einfluss der Zinssätze auf die Geldnachfrage „in einem zu geringen Maße“ gezeigt, „als dass dies statistisch signifikant gewesen wäre.“ Alles in allem hielt Friedman den privaten Wirtschaftssektor für so stabil, dass er glaubte, grundsätzlich von staatlichen Interventionen in die Wirtschaft abraten zu können. Er glaubte fest daran, „dass dem Geld ... eine außerordentliche Bedeutung ... beizumessen ist. Veränderungen der Geldmenge haben wichtige und weitgehend vorhersehbare Wirkungen“, auch wenn diese Wirkungen erst mit einer zeitlichen Verzögerung eintreten. Deshalb vertraute Friedman allein auf die Wirksamkeit der Geldmengensteuerung. Schließlich stellte er auch die von Gesell und Keynes beschriebene Möglichkeit des Missbrauchs von Geld für Spekulationszwecke in Frage. „Unsere Ergebnisse ziehen ebenfalls die Bedeutung des sogenannten Spekulationsmotivs in Zweifel.“³⁷

³⁵ Milton Friedman (1968/1974), S. 325 - 327 und 329 (monetäre Maschine, die durch monetäres Wachstum geölt werden muss).

³⁶ Milton Friedman (1969/1976), S. 77 - 99 (Neuformulierung der Quantitätstheorie), hier: S. 99, und S. 102 - 103 (Kritik an Keynes).

³⁷ Milton Friedman (1968/1974), S. 160 und 193 - 194 (Zinsunabhängigkeit der Geldnachfrage und Relativierung des Spekulationsmotivs) sowie 237 - 269 (time lags) und 294 (Wirksamkeit der Geldpolitik).

Im Gegensatz zu Gesells Bestreben, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien, war in Friedmans die kapitalistische Marktwirtschaft rechtfertigendem Monetarismus kein Platz für Vorstellungen von einer zukünftigen Arbeitswelt jenseits der bisherigen Hierarchie von „Arbeitgebern und Arbeitnehmern“. Und im Gegensatz zu Keynes findet sich darin auch kein Ausblick auf einen „wirtschafts-politischen Gezeitenwechsel“, in dessen Verlauf die Renditen von Geld- und Real-kapital mittel- und langfristig gegen Null sinken, bis schließlich ein „quasi-stationäres Gemeinwesen“ erreicht wird. Vielmehr setzte Friedmans „Programm zur monetären Stabilität“ entgegen allen lauter werdenden Warnungen vor ökologischen „Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome, 1972) ein auf die Dauer un-begrenztes Wachstum der Wirtschaft voraus.³⁸

Obwohl Friedman zunächst die Spekulation für ein unbedeutendes Randphä-nomen gehalten hatte, endete seine Sammlung von Essays über die „optimale Geldmenge“ schließlich allen Ernstes mit einem „Plädoyer für eine stabilitäts-feindliche Spekulation“. Eine Abneigung gegen die Spekulation sei sachlich nicht begründbar und entspringe nur einer Risikoscheu.³⁹ Auch wenn Friedman hierbei nur erst die Spekulation auf Warenterminmärkten im Auge hatte, so stieß er mit ihrer Rechtfertigung der Spekulation doch eine Tür zu ihrer Ausdehnung von Warentermin- auf die sich zu jener Zeit gerade internationalisierenden Finanz-märkte auf. Das in den großen Industrieländern während einer jahrzehntelangen ‚friedlichen‘ Nachkriegskonjunktur gebildete Geldkapital verlangte nach einer größeren, vor allem auch Grenzen überschreitenden Beweglichkeit, für die der US-amerikanische Ökonom Eugene Fama - wie Friedman war auch er ein sog. Chicago Boy - eine wissenschaftliche Legitimation lieferte. Mit seiner „Effizienz-markthypothese“ vertrat er bereits 1970 die These, dass sich selbst überlassene nationale und internationale Finanzmärkte sich selbsttätig in ihrem Gleichgewicht stabilisieren würden.⁴⁰

Als erste Zentralbank der Welt richtete die Deutsche Bundesbank ihre Geldpoli-tik ab 1974 an Friedmans Monetarismus aus - ohne vor auszusehen, dass die eben doch nicht konstante, sondern schwankende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die Wirksamkeit ihrer Geldpolitik so sehr vermindern würde, dass sie ei-nes Tages nicht umhin kommen könnte, die Geldmengensteuerung wieder aufzu-geben und zum Versuch überzugehen, das Wirtschaftsgeschehen mit den Mitteln der Zinspolitik und der Festlegung von Leitzinsen indirekt zu beeinflussen - was sich aufgrund der Unstetigkeit der Geldumlaufgeschwindigkeit als ähnlich schwie-rig erweisen sollte wie die direkte Geldmengensteuerung.

³⁸ Milton Friedman (1968/1971), S. 315 (Keynes' Vorstellung einer „Euthanasie des Rentiers“) und 326 - 329 (Arbeitgeber und Arbeitnehmer, monetäre Stabilität durch Wachstum); auch in: ders. (1969/1970), S. 136 (Euthanasie des Rentiers), 151 (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und 155 (3 - 5 % jährliches Geld-mengenwachstum)

³⁹ Milton Friedman (1969/1976), S. 305 - 313, hier: S. 305 - 306 (Spekulation).

⁴⁰ Eugene Fama (1970), S. 383 - 417.

Erst sehr viel später wiesen der US-amerikanische Ökonom Neil Ericsson vom Federal Reserve Board und seine britischen Kollegen David Hendry & Stedman Hood nach, dass Friedman bei seiner zusammen mit Anna Schwartz vorgenommenen empirischen Modellierung der Geldnachfrageentwicklung in der US-amerikanischen Wirtschaftsgeschichte zu Unrecht eine Konstanz der Geldumlaufgeschwindigkeit unterstellt hatte: „His data adjustment dramatically reduced apparent movements in the velocity of circulation of money, and it adversely affected the constancy and fit of his estimated money demand models.“⁴¹

11.2 Die Verselbstständigung der Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft, den Gewerkschaften und den Staaten

Ohnehin konnten die Deutsche Bundesbank und andere Zentralbanken das monetaristische Konzept der bloßen Geldmengensteuerung während der 1970er und 1980er Jahre nicht in Reinkultur praktizieren, weil der Anteil der Staatsausgaben in zahlreichen Ländern trotz vielerlei Umsetzungen der neoliberalen Forderungen nach einer Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung beträchtlich blieb. So entstand nicht nur in Deutschland ein in sich widersprüchlicher Mix aus einer unzureichend wirksamen Geldpolitik und einer ebenso unzureichend wirksamen und dazu noch mit Schulden finanzierten Fiskalpolitik. Das hatte mehrere Folgen:

- Die Realwirtschaft blieb in einer chronischen Massenarbeitslosigkeit stecken und das Kräfteverhältnis zwischen dem Geld- und Realkapital einerseits und der Arbeit andererseits verschob sich fortan eindeutig zu Ungunsten der Arbeit. Zwar blieben die Gewerkschaften als Gegenmacht zur Macht der Arbeitgeber auch weiterhin ein konstitutiver Teil der großindustriellen Strukturen. Jedoch verschlechterte sich ihre Verhandlungsposition aufgrund der allgegenwärtigen Möglichkeit der Arbeitgeber, Arbeitsplätze wegzurationalisieren oder in andere Länder mit viel geringeren Löhnen zu verlagern. Dadurch entstand eine „verschärfte Konkurrenz innerhalb der Arbeitnehmerschaft“ zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, jüngeren und älteren, männlichen und weiblichen sowie in- und ausländischen Arbeitskräften.⁴² Hinzu kam ein Wandel der Erwerbsarbeit, als deren traditionelle Interessenvertreter die Gewerkschaften die Arbeitszeit zeitweise noch auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich verkürzen wollten. Stattdessen begann in den 1980er Jahren mit der Flexibilisierung und Fragmentierung der lohn- und gehaltsabhängigen Arbeit nicht nur in der Industrie, sondern auch in den Bereichen der Dienstleistungen und der Information & Kommunikation eine Erosion der traditionellen Arbeitsverhältnisse, welche die Bedeutung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik aushöhlte. Schließlich wurden im Übergang vom wohlfahrtsstaatlichen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus existenzielle Risiken auf

⁴¹ Ericsson, Neil & Hendry, David & Hood, Stedman (2017).

⁴² Arno Klönne & Hartmut Reese (1986), S. 254 - 261 (Konkurrenz innerhalb der Arbeitnehmerschaft).

den monopolkapitalistisch vermachteten Märkten mehr und mehr von dem am shareholder value interessierten Kapital auf die Arbeit abgewälzt - bis hin zu ihrer Prekarisierung in einem die Menschenwürde vollends missachtenden Niedriglohnsektor.

Wenige Jahre vor Einführung der „Agenda 2010“ zum sog. „Umbau des Sozialstaats“ durch eine rot-grüne (!) Bundesregierung stellten Gisbert Schlemmer, Horst Schmitthenner und Eckart Spoo die aufrüttelnde Frage „Kapitalismus ohne Gewerkschaften?“ Damit wollten sie ebenso wie der der gesellschaftskritischen Frankfurter Schule nahestehende Soziologe Oskar Negt mit seinem Buch „Wozu noch Gewerkschaften?“ zum Nachdenken über Wege zu einer Renaissance der Gewerkschaften anregen. Allerdings sei es - so Negt - „eine Illusion, dass sich Gewerkschaften gleichsam am eigenen Schopfe aus dem Sumpf der gegenwärtigen Realitätsverwicklungen ... herausziehen könnten“. Dazu zählte er auch den Korruptionsskandal bei dem gewerkschaftseigenen Wohnungsunternehmen „Neue Heimat“, durch den die Gewerkschaften viel Vertrauen bei ihren Arbeitnehmern verloren.⁴³

Angesichts der fortschreitenden „inneren Differenzierung der gesellschaftlichen Prozesse, der Umschichtungen und Umgliederungen in der sozialen Basis“ würden die Gewerkschaften Negt zufolge „neben dem betrieblichen ein außerbetriebliches Standbein ... brauchen“, um „aus defensiver Verteidigungshaltung auszubrechen und sich mit inhaltlichen Alternativen anzureichern“.⁴⁴ Wie also sollten die Gewerkschaften das im Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft verlorene Terrain gegen den Widerstand des übermächtig gewordenen Kapitals zurückgewinnen? War es nach dem unwiederbringlichen Verlust der alten Klassenkampfkonstellation und der Sozialpartnerschaft der ersten Nachkriegsjahrzehnte überhaupt noch realistisch, erneut eine Wirtschaftsdemokratie in Großunternehmen anzustreben? Standen ihr nicht die Größe und Verflochtenheit der Konzerne an sich schon entgegen? Könnten die hochgradig konzentrierte Macht des Kapitals und die Gegenmacht der organisierten lohn- und gehaltsabhängigen Arbeit auf je eigene Weise vielleicht beide zu Stützen des kapitalistischen Systems geworden sein? Ist der ungleiche Kampf zwischen der zunehmenden Macht und der abnehmenden Gegenmacht auf die Dauer überhaupt der beste Weg zu einer neuen Solidarität der Arbeitenden?

In Erinnerung an Marx und dessen „Kritik des Gothaer Programms“ wiederholte Negt die alte, noch immer nicht eingelöste Forderung, „die objektiven Verhältnisse umzugestalten“.⁴⁵ Aber er unterließ es zu überprüfen, ob Marx seinerzeit die wirtschaftliche Ausbeutung überhaupt richtig analysiert hatte. Dementsprechend reichten seine Überlegungen zu einer Neuorientierung der Gewerkschaften noch

⁴³ Gisbert Schlemmer, Horst Schmitthenner & Eckart Spoo Hrsg. (1998). - Oskar Negt (2004), S. 53. - Vgl. auch Oskar Negt (1989).

⁴⁴ Oskar Negt (2004), S. 63 und 87 - 89.

⁴⁵ Oskar Negt (2004), S. 163 - 164.

nicht bis zu der im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus eigentlich naheliegenden Frage, ob die fortschreitende Entrechtung der menschlichen Arbeit eine tiefere Ursache in der strukturellen Macht des Geldes und des konzentrierten Geld- und Realkapitals haben könnte. Eine Umgestaltung der „objektiven Verhältnisse“ im Sinne einer Stärkung der Arbeitenden wäre dann - über eine vorläufig unverzichtbar bleibende Sozialpartnerschaft hinausgehend - vielleicht langfristig eher durch eine Reform des Geldes und eine Dezentralisierung des Geld- und Realkapitals zu erreichen als durch einen andauernden Machtkampf zwischen der Kapitalmacht und der in die Defensive gedrängten Gegenmacht der organisierten Lohnarbeit.

- Statt ihre Gegenmacht neu aufbauen zu können, wurden die von der Übermacht des Kapitals und auch von eigenen Fehlern geschwächten Gewerkschaften besonders während der 1990er Jahre von großen Fusionswellen mitgerissen, in denen sich Großunternehmen durch sog. „Elefantenhochzeiten“ zu multinationalen Konzernen („Multis“) verbanden, um dem Wettbewerbsdruck auf den monopolkapitalistisch vermachteten (Welt-)Märkten standhalten und Machtpositionen erringen zu können - innerhalb der Industrieländer durch die schon von den frühen Ordoliberalen vergeblich kritisierten Haftungsbeschränkungen und Privilegien des Patent- und Markenrechts und weltweit durch die Ausnutzung von minimalen Sozial- und Umweltstandards in Billiglohnländern der Dritten Welt.

Die monopolistische, marktbeherrschende Macht des konzentrierten Geld- und Realkapitals ballte sich in Verbindung mit der Verfügung über natürliche Ressourcen und patentiertes Wissen besonders in den Konzernen der Chemie-, Agrar- und Pharmaindustrie, der fossil basierten Energiewirtschaft, der Verkehrswirtschaft, der Informations- und Kommunikationswirtschaft, der Rüstungsindustrie sowie in den großen Banken und Schattenbanken, Versicherungen und Handelsketten zusammen, und zwar in einem exzessiven Ausmaß, bei dem von einem „maßvollen Privatmonopol“ als „kleinstem Übel“ (Friedman) keine Rede mehr sein konnte.⁴⁶ Eine 2011 veröffentlichte Studie der ETH Zürich kam zu dem Ergebnis, dass 147 riesige Global Player einen dominierenden Einfluss auf die gesamten Weltmärkte ausüben und dass Staaten und Gewerkschaften hierzu schon längst kein ausreichendes Gegengewicht mehr darstellen können.⁴⁷ Unter ihrer Herrschaft wurde ein immer noch größer werdender Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten zu Massenphänomenen, die wie die Massentierhaltung, die Massenproduktion und der Massenkonsum oder die Massenunterhaltung und der Massentourismus die Menschen und die Natur schädigten.

⁴⁶ Näheres im Hauptgutachten der Monopolkommission (2014), S. 163 - 232. „Der Monopolkommission ist bewusst, dass sich aus ihren konzentrationsstatistischen Erhebungen keine konkreten wettbewerbspolitischen Handlungsempfehlungen ableiten lassen.“ (2014, S. 166) Zu den Schattenbanken vgl. Deutscher Bundestag (2016).

⁴⁷ Statistisches Bundesamt (2012), S. 501. - Stefania Vitali & James Glattfelder & Stefano Battiston (2011).

Das Gesamtgeflecht der nationalen und multinationalen Konzerne schwächte nicht nur die Gewerkschaften innerhalb einzelner Länder, sondern auch demokratische Rechtsstaaten, indem ein weitverzweigtes Netzwerk von Lobbyisten Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungen gewann. Weit entfernt von dem von Walter Eucken zum Leitbild der Wirtschaftspolitik erhobenen „Denken in interdependenten Ordnungen“ wurden Recht und Demokratie durch die Macht von interessengeleiteten Verbänden und Think Tanks demontiert. Inzwischen haben aber auf dem „Maskenfest der Ideologien“ (Wilhelm Röpke) jene antiliberalen Ideologen, die während der Jahrzehnte des Kalten Krieges im Namen von Freiheit und Humanität eine zentralstaatlich verwaltete Wirtschaft forderten, bei weitem nicht mehr so viel Einfluss wie jene sogenannten ‚Liberalen‘, die die Selbststeuerungsfähigkeit von sich selbst überlassenen ‚freien Märkten‘ anpreisen und hinter dieser blendenden Fassade ihr Streben nach Macht auf den monopolisierten Märkten verbergen - ebenso wie sie ihre Rentabilitätsmaximierung hinter einem unverdächtigen Kult der Effizienzsteigerung verbergen. So ist der sogenannte Neoliberalismus während der letzten Jahrzehnte zu einer neuen Heilslehre geworden, der den Blick für die Möglichkeit eines nicht kapitalistisch pervertierten Liberalismus umso stärker verstellt, je mehr er liberale Ziele anzustreben vorgibt. Auch unter veränderten Zeitumständen bleibt deshalb eine Frage bedeutsam, die Eucken schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg gestellt hat: „Wie soll in diesem Getümmel der Machtkämpfe und Ideologien das ordnungspolitische Problem bewältigt werden?“⁴⁸ Dieses „Getümmel“ ist obendrein noch dadurch komplizierter geworden, dass neben den wirtschaftlichen Interessenverbänden mittlerweile auch zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen Lobbyarbeit betreiben.

- Angetrieben sowohl durch private als auch durch staatliche Forschungen beschleunigte sich in der großindustriellen Massenproduktion ein Wettlauf um technische Produktinnovationen. Sie sollten Sättigungstendenzen auf den Märkten entgegenwirken und das sich fortwährend akkumulierende und konzentrierende Geldkapital dadurch in der Realwirtschaft festhalten, dass ihm dort fortwährend neue rentable Anlagemöglichkeiten auf sogenannten Wachstumsmärkten erschlossen werden - entweder durch die Weckung neuer, vermeintlich unendlicher Bedürfnisse oder durch den Einbau von vorzeitig verschleißenden Bauteilen in Industrieprodukte („geplante Obsoleszenz“ bzw. Schumpeters „schöpferische Zerstörung“) oder durch ständig ‚modernere‘ Waffensysteme.

Gleichwohl verstärkte sich parallel zum Wettlauf um Produktinnovationen und damit rivalisierend noch ein zweiter Wettlauf um Innovationen - nämlich ein Wettlauf um Finanzinnovationen. Da die Renditeaussichten trotz vielerlei Produktinnovationen auf zahlreichen Märkten geringer wurden, suchten die geballten Geldvermögensmassen nach Wegen, aus der Realwirtschaft zu flüchten und sich mit Hilfe von Finanzinnovationen eine weltweit entgrenzte Bewegungsfreiheit in virtu-

⁴⁸ Walter Eucken (1952/1960), S. 16 - 25, bes. S. 17- 18 [Röpke „Maskenfest der Ideologien“, zitiert nach Eucken; Ordnungspolitik].

ellen, vielfach hochspekulativen Parallelwelten der internationalen Finanzmärkte zu verschaffen. In Banken, die sich von Geschäfts- zu Investmentbanken entwickelten, und in Schattenbanken führten sie ein verselbstständigtes Eigenleben, wo sie höhere Renditen zu erzielen vermochten als in der Realwirtschaft.⁴⁹

Flankiert vom neoliberalen Irrglauben, dass deregulierte Finanzmärkte und ein von staatlicher Reglementierung möglichst freier Welthandel sich selbsttätig stabilisieren und den Wohlstand aller Menschen am besten gewährleisten, untergrub die Globalisierung in ihrer neoliberal-kapitalistischen, die weltweite Ungleichheit verschärfenden Gestalt jede politische Souveränität - sowohl die Souveränität von demokratischen Rechtsstaaten als auch die von diktatorisch regierten Staaten, mit deren totalitärer Regierungsgewalt sich die Kapitalinteressen noch leichter durchsetzen ließen als in demokratischen Rechtsstaaten. Die Arroganz der Macht des hochgradig konzentrierten Geld- und Realkapitals reicht bis hin zur Einrichtung von privaten Schiedsgerichten, vor denen Konzerne Staaten auf Schadensersatz verklagen, wenn diese versuchen, ihre Machtinteressen zurückzudrängen. Während demokratische Rechtsstaaten früher wegen ihrer Beimischung von privaten Machtinteressen von der marxistischen Arbeiterbewegung als Klassenstaaten bekämpft wurden, bekämpfen gegenwärtig kapitalistische Global Player die Staaten, weil ihnen noch öffentliches und privates Recht beigemischt ist.

- Alles in allem verschob sich in Fortsetzung der früheren Verlagerung des wirtschaftlichen Gewichts vom Industrie- zum Finanzkapital das Kräfteverhältnis zwischen dem konzentrierten Finanz- und dem Realkapital noch weiter zu Gunsten des Finanzkapitals. Schließlich erreichten das Finanz- und das Realkapital auch noch Steuerprivilegien innerhalb einzelner Länder bzw. sie verschafften sich Möglichkeiten, in sogenannte Steuerparadiese zu fliehen und dadurch nach den Gewerkschaften auch noch die demokratischen Rechtsstaaten immer noch weiter zu schwächen.⁵⁰

In Diskussionen über eine Zurückdrängung wirtschaftlicher Macht zugunsten eines Wiedererstarkens von demokratischen Rechtsstaaten fehlt bislang jedoch die Überlegung, das Recht durch einen Abbau der strukturellen Macht des Geld- und Realkapitals zu stärken. Anstelle einer schier endlosen Serie von immer neuen und immer komplizierteren Finanzinnovationen, die der überbordenden Liquidität Fluchtmöglichkeiten aus der Realwirtschaft in die virtuelle, zum großen Teil auch kriminelle⁵¹ Welt der globalen Finanzmärkte verschafften, hätte es als Ersatz für den weder ausreichend wirksamen noch länger finanzierbaren Staatsinterventionismus einer Geldreform bedurft, die die außer Rand und Band gerate Geldwirtschaft wieder an die Realwirtschaft ankoppelt und der Politik den Vorrang vor der Wirtschaft verschafft. Stattdessen setzte der von den Finanzmärk-

⁴⁹ Hans-Peter Martin & Harald Schumann (1996), S. 74 - 81 (Renditejagd mit Lichtgeschwindigkeit), 90 - 91 (grenzenloser Finanzmarkt).

⁵⁰ Hans-Peter Martin & Harald Schumann (1997), S. 91 - 95 (Offshore-Anarchie). - Gabriel Zucman (2014).

⁵¹ Johann-Günter König (2003), S. 33, 56 und 61 - 62.

ten angetriebene Turbo- bzw. Casinokapitalismus seit der Mitte der 1970er Jahre zu einem neuen, noch nie dagewesenen Höhenflug an und beschädigte das ohnehin schon durch die strukturelle wirtschaftliche Macht beschädigte Recht noch weiter. Der Geldreformansatz von Gesell und Keynes hatte jedoch tragischer Weise auch weiterhin nicht den Hauch einer Chance, wissenschaftlich rezipiert und in aktualisierter Form neben anderen Maßnahmen wie einer Tobin-Steuer zur Erschwerung der kurzfristigen Devisenspekulation und einer Entschuldung überschuldeter Staaten dazu beizutragen, das sich gegenüber der mittlerweile extrem monopolisierten Realwirtschaft noch weiter verselbstständigende Geldkapital wieder einzufangen und es in einen Diener einer sich dezentralisierenden Realwirtschaft zu transformieren - sowohl auf der Ebene einzelner Staaten als auch auf internationaler Ebene, wo anstelle von sog. Freihandelsabkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen eine internationale Währungsordnung gemäß den Grundgedanken von Gesells IVA und Keynes' Bancor sowie eine internationale Ressourcenverwaltung einzurichten wären, um den weltweiten freien Handel von seiner kapitalistischen Deformation zu befreien.⁵²

11.3 Marginales Schattendasein der Geld- und Bodenrechtsreform während des Höhenflugs des Finanzmarktkapitalismus

Vonseiten der Neoklassik gab es im Übergang zum neoliberalen Finanzmarktkapitalismus nur eine einzige Auseinandersetzung mit den Grundgedanken der Geldreform, und zwar außerhalb akademischer Diskurse durch Joachim Starbatty, der aus der Sicht des kapitalistisch aufgeweichten Ordoliberalismus der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ (später wurde er deren Vorsitzender) argumentierte. Zunächst gestand Starbatty als Referent bei einer Tagung des geldreformerischen „Seminars für freiheitliche Ordnung“ zu, dass „die Wirtschaftswissenschaft Silvio Gesell tiefe Einblicke in das Wesen des Geldes und des Zinses zu verdanken“ habe. Und er würdigte auch dessen Parabel vom reformierten Geldwesen auf der „Insel Barataria“ als eine „liberale Utopie“. Aber Gesell habe sich durch eine „andere Empfindlichkeit ... gegenüber privater Macht“ ausgezeichnet als die Klassiker und Neoklassiker und mit seinem „stärkeren moralischen Rigorismus ... nicht nur eine offene Gesellschaft, sondern eine Gesellschaft mit absoluter Startgleichheit“ schaffen wollen. Gerade davor scheute Starbatty jedoch zurück. Statt offen zu sagen, dass er eine konsequent rechtsstaatliche und soziale Vollendung des bislang kapitalistisch verbogenen Ordoliberalismus durch eine Geldreform nicht wünschte, hielt er Gesell einen allzu stark ausgeprägten Glauben an „bestimmte institutionelle Änderungen“ entgegen. „Hier ist der klassische

⁵² Vgl. hierzu Andreas Georg Scherer (2003), S. 156 - 190 (Diskussionen über eine Revitalisierung von demokratischen Rechtsstaaten); vgl. auch S. 95 - 100 (Entwicklung der multinationalen Konzerne).

Liberaler etwas skeptischer. ... Wir wissen viel zu wenig über die jeweils relevanten Umstände, die gesellschaftspolitische Maßnahmen kanalisieren. ... Infolgedessen können wir uns auch nicht ideale institutionelle Arrangements ausdenken, die dann ideale gesellschaftspolitische Zustände realisieren. ... Der Liberale ist vielmehr der Auffassung, dass der Zufall dazu beitrage, eine menschenwürdige Gesellschaft zu realisieren.“⁵³ Damit entzog sich Starbatty der wissenschaftlichen Mitverantwortung für die Schaffung einer konsequent liberalen und zugleich sozialen Rahmenrechtsordnung für freie Märkte und überließ es buchstäblich dem *Zufall*, ob sich die Gesellschaft im Sinne der Menschenwürde und der Menschenrechte entwickelt - oder auch nicht. Letztlich entledigte er sich dieser Mitverantwortung auch noch dadurch, dass er Gesells Geld- und Zinskritik in die Nähe der nationalsozialistischen Unterscheidung von „raffendem und schaffendem Kapital“ rückte, obwohl ihm eine Affinität zwischen der Geldreform und der philosophischen Geldkritik von Aristoteles und Thomas von Aquin ebenso bekannt war wie die Tatsache, dass das Phänomen des Zinses für Gesell viel komplexer war als für die neoklassische Zinstheorie von Böhm-Bawerk und für die NS-Ideologie, die gegen das Zinsnehmen bloß als etwas angeblich Jüdisches polemisierte. -

Obwohl frühe (Post-)Keynesianer wie Dudley Dillard und Lawrence Klein dem Geldreformansatz von Gesell und Keynes noch unverkennbare Sympathien entgegengebracht hatten - ebenso wie auch der stark von Irving Fisher beeinflusste französische Ökonom Maurice Allais⁵⁴ - , folgten spätere Postkeynesianer der ablehnenden Haltung von Alvin Hansen und Roy Harrod.

Als um die Mitte der 1970er Jahre die keynesianische Revolution schließlich von der von Friedman angeführten monetaristischen Gegenrevolution abgelöst wurde, beharrte der US-amerikanische Postkeynesianer Hyman P. Minsky (1919-1996), der zeitweise bei Schumpeter studiert hatte, noch einmal darauf, dass Keynes' Annahme einer systemimmanenten Instabilität der kapitalistischen Marktwirtschaft richtig gewesen sei. Früher oder später werde sich der von Friedman verbreitete Glaube an die Selbststeuerungs- und Selbstheilungsfähigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft als eine Illusion erweisen.

In einem 1975 erschienenen Buch über Keynes betrachtete Minsky die „wirkliche Welt“ und darin insbesondere finanzielle Dispositionen generell als „eine unsichere Welt, weil es ein Gestern, Heute und Morgen gibt. Darüber hinaus ist sie eine kapitalistische Welt, in der die Wirtschaftseinheiten Portfolios - Vermögenswerte und Verbindlichkeiten - aufweisen.“ Weil Entscheidungen über den Umgang mit Portfolios von wechselnden Zeitumständen beeinflusst werden, seien „in ei-

⁵³ Joachim Starbatty (1977), S. 6, 23 -26 (Insel Barataria als liberale Utopie, liberale Skepsis gegenüber institutionellen Änderungen, Aristoteles, Thomas von Aquin, Böhm-Bawerk und NS-Ideologie).

⁵⁴ Dudley Dillard (1940), S. 348; auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#dillard - Lawrence Klein (1949), S. 149 - 152; auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#klein - Maurice Allais (1947), S. 605 - 625, insbesondere S. 613; auf der Website <http://www.silvio-gesell.de/oekonomen.html#MauriceAllais> (Zugriffe am 28.3.2016).

ner Welt mit Unsicherheit ... Portfolios notwendigerweise spekulativ.“ Daher müsse es neben den Transaktions- und Vorsichtskassen zwangsläufig auch Spekulationskassen geben. Darin werde Geld aufgrund seines Liquiditätsvorteils vorübergehend als Wertaufbewahrungsmittel gehalten, weil - wie schon Keynes festgestellt habe - „der Besitz an wirklichem Geld unsere Unruhe besänftigt“.⁵⁵ Zuvor hatte Minsky das in Spekulationskassen gehaltene Geld bereits in Anknüpfung an Keynes' „Liquiditätspräferenztheorie“ als ein Geld bezeichnet, das in einem „Standby“-Modus vorübergehend nachfrageunwirksam werde. Das eigentliche „Schlüsselement“ bei der Steigerung von kleinen Ungleichgewichten zu „einer systemweiten Instabilität und Krise“ war für Minsky jedoch erst das Auftreten finanzieller Schief lagen von Finanzinstituten. „Ohne die um sich greifenden Verluste und Veränderungen der gewünschten Portfolio-Strukturen, die auf einen Zusammenbruch des Finanzsystems folgen, kommt es kaum zu einer Finanzkrise. Die Entwicklung einer effektiven Zentralbankpolitik, die es weniger wahrscheinlich macht, dass die Verluste in Folge der Pleiten von Finanzinstituten auf andere Einheiten durchschlagen, sollte die Wahrscheinlichkeit verringern, dass dramatische finanzielle Instabilitäten entstehen, wie sie die Geschichte gekennzeichnet haben.“⁵⁶

In seinen Analysen der „finanziellen Instabilität“ der kapitalistischen Wirtschaft vermischte Minsky die systemunabhängig mit dem Zeitablauf verbundene Unsicherheit mit der diese Unsicherheit noch sehr verstärkenden zeitweisen spekulativen „Standby“-Kassenhaltung. Und seine Krisenbekämpfung setzte nicht an dieser primären Schief lage zwischen dem Geld einerseits und der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen andererseits an, sondern an der sekundären Schief lage im Bereich der Banken. Davon abgesehen sah Minsky offenbar die Zentralbanken mehr in der Verantwortung für eine krisenfreie Dauerkonjunktur als den Staat, der schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme auflegt. Aber mit einer „effektiven Zentralbankpolitik“ meinte er nicht den von Keynes ernst genommenen Vorschlag Gesells, den Geldkreislauf mit Hilfe „künstlicher Durchhaltkosten des Geldes“ zu schließen und dadurch die allgemeine Erwartungssicherheit deutlich zu erhöhen. Dementsprechend machte Minsky einen Bogen um Keynes' Äußerungen über Gesell im 23. Kapitel der „Allgemeinen Theorie“ und skeptisch blieb er auch gegenüber der sozialphilosophischen Zukunftsvision, die

⁵⁵ Hyman P. Minsky (1975/1990), S. 105 (unsichere Welt). In diesem Zusammenhang verwies Minsky auf einen „QJE-Artikel“ von Keynes: The General Theory of Employment, in: Quarterly Journal of Economics Vol. 51/1937, S. 209 - 233, sowie auf einen weiteren Artikel von Keynes: Alternative Theories of the Rate of Interest, in: Economic Journal Vol. 47/1937, S. 241 - 252. Beide Aufsätze von Keynes finden sich auch im Band 14 seiner „Collected Writings“ auf den Seiten 109 - 123 und 201 - 215.

⁵⁶ Hyman P. Minsky (1970/2011), S. 93 - 94 (Liquiditätspräferenz des Geldes), 112 (Standby-Modus des Geldes) und 129 - 130 (Schief lagen von Finanzinstituten und effektive Zentralbankpolitik). Vgl. auch S. 81 und 86: „Finanzkrisen treten auf, weil Wirtschaftseinheiten mehr Bargeld benötigen oder wünschen, als sie aus ihren üblichen Quellen erhalten können, weshalb sie auf ungewöhnliche Wege zurückgreifen, um flüssige Mittel zu erheben. ... Finanzielle Instabilität entsteht immer dann, wenn eine große Zahl von Wirtschaftseinheiten auf außergewöhnliche Bargeldquellen zurückgreift.“

Keynes im 24. Kapitel seines Hauptwerks beschrieben hatte. Unabhängig von der Frage, wie weit die von Keynes in Erwägung gezogene „Sozialisierung der Investition“ tatsächlich gehen sollte, bezweifelte Minsky dessen Überlegung, dass die Geld- und Realkapitalrenditen infolge einer Überwindung der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit mittelfristig gegen null absinken könnten und dass dann parallel zu einem „sanften Tod“ des Kapitalrentnertums eine „Dreiheit von wirtschaftlicher Effizienz, gesellschaftlicher Gerechtigkeit und individueller Freiheit“ sowie ein Frieden zwischen den Staaten Wirklichkeit werden könnte. „Kapital erzielt weiterhin große positive Erträge und der sanfte Tod des Rentiers scheint nirgendwo in Sicht zu sein.“⁵⁷

Aus drei von Keynes nicht vorausgesehenen Gründen habe der „sanfte Tod“ des Kapitalrentnertums in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht eintreten können:

- Keynes habe die Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse und den Umfang der zu ihrer Befriedigung erforderlichen kapitalintensiven Investitionen falsch eingeschätzt. In einer „zirkulären Argumentation“ habe er Rückschlüsse von seinem eigenen Lebensstil auf andere geschlossen. Wohlhabende und Reiche hätten sich aber „dem Konsum kapitalintensiver Güterbündel zugewandt statt der Philosophie und der Kultur“ und ihr Beispiel habe „auf die weniger Reichen abgefärbt. ... In unserem gegenwärtigen Wirtschaftssystem hat der Überfluss keine Nachfrage nach den stillen Vergnügungen gebracht; stattdessen war er mit einer Zunahme der Nachfrage nach Gütern verknüpft, die Kapitalvermögen erfordern. Die Schaffung von Marktpositionen, die die Kapitalknappheit vergrößern helfen, hat die Richtung gekennzeichnet, die die private Nachfrage in der Periode seit Keynes eingeschlagen hat.“⁵⁸
- Zweitens sei Keynes davon ausgegangen, dass es nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs gelingen würde, weitere Kriege und damit verbundene Kapitalzerstörungen, welche die Nachfrage nach Kapital und die Renditen erhöhen, zu vermeiden. In der Tat hätte sein 1944 in Bretton Woods nicht zum Zuge gekommener „Bancor“-Plan für eine gerechtere Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu einer dauerhaften Befriedigung der Welt beitragen können. Auch ohne Bezugnahme auf diesen „Bancor“-Plan war Minskys Hinweis im Vergleich zu postkeynesianischen Wachstumstheorien bemerkenswert kritisch, dass „der anscheinend endlose Rüstungswettlauf, der seit dem Zweiten Weltkrieg in Blüte stand, wirtschaftlich einem Krieg ... entspricht. Nicht nur ist die Produktion von Rüstungsmaterial kapitalintensiv, sondern auch die Richtung, die der Rüstungswettlauf genommen hat. Nämlich die Entwicklung immer verfeinerter Waffensysteme lässt in der Regel die auf die Produktion ausrangierter Systeme spe-

⁵⁷ Hyman Minsky (1975/1990), S. 190 (Dreiheit von Effizienz, Gerechtigkeit und Freiheit), 194 - 199 (sanfter Tod der Rentiers), 199 - 203 (Sozialisierung der Investition) und 203 (Konflikte zwischen Nationen).

⁵⁸ Hyman Minsky (1975/1990), S. 194 - 197 (Bedürfnisse und Kapitalbedarf).

zialisierte Kapitalausstattung veralten. Das dauernde Aufeinanderfolgen von Waffensystemen kam in seiner Zerstörung der Früchte vorangegangener Akkumulation Plünderungen und Bombardierungen gleich.“ Ähnliche Kapital zerstörende und verknappende Wirkungen haben Raumfahrtprojekte und die oftmals auch von Menschen mit verursachten Naturkatastrophen oder milliarden schwere Megabauten zum Beispiel für olympische Spiele, die sich danach keiner Dauernutzung zuführen lassen und allmählich verrotten.⁵⁹

- Schließlich sei die Weltbevölkerung nicht konstant geblieben, sondern enorm gewachsen. „Der Bevölkerungsanstieg aber führte zu einem Bedarf an Kapitalakkumulation, um Werkzeuge für die zunehmende Bevölkerung zu liefern.“⁶⁰

Und dennoch - der Wettlauf um zivile und militärische technische Innovationen, das Ausufern der Werbung und des schon von Veblen kritisch betrachteten „demonstrativen Konsums“⁶¹ sowie die Kapitalzerstörungen durch Rüstung und Krieg machen Keynes' Vision eines „sanften Todes“ des Kapitalrentnertums keineswegs obsolet. Im Gegenteil, sie entsprangen dem Versuch der von neoklassischen wie postkeynesianischen Wachstumstheorien geprägten staatlichen Wirtschaftspolitik, den Kapitalinteressen entgegenzukommen und ein Sinken der Geld- und Realkapitalrenditen durch eine fortwährende Kreierung neuer rentabler Wachstumsmärkte für anlagehungriges Kapital zu verhindern. Die Entwicklungen während der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg sprechen also nicht gegen Keynes' von Gesell angeregte Vision eines „sanften Todes“ des Kapitalrentnertums, sondern gegen jene interessengeleitete Wirtschaftspolitik, deren Ziel es war, jegliche Sättigungsentwicklungen durch zivile und militärische „schöpferische Zerstörungen“ (Schumpeter) abzuwenden und die Geld- und Realkapitalrenditen zu sichern - wenn nötig, durch staatliche Subventionen.

Dennoch werteten neben Minsky auch andere Ökonomen Keynes' Ausblick auf einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“ mit einem „sanften Tod“ des Kapitalrentnertums ab. In Deutschland hatte ihn bereits Günter Schmolders Ende der 1960er Jahre für eine abwegige „Fehlprognose“ erklärt. Zum einen sei Keynes' Blick auf Kapital und Zins „mehr vom Aspekt der Kapitalknappheit als von dem der Produktivität beherrscht“ gewesen (!) und zum anderen sei die Wirtschaft weit entfernt von der von Keynes binnen einer Generation erwarteten Sättigung. Stattdessen gebe es eine „verdoppelte und verdreifachte Dynamik und ein ständig fortgesetztes, nur gelegentlich etwas verzögertes Wachstum. ... Auf Vollbeschäftigung und Wachstum will heute kein demokratisches Gemeinwesen verzichten.“⁶² Als „skurrile Schwundgeldidee“ wurde Gesells Geldreformansatz auch von Gottfried Bombach verhöhnt. Und George Garvy hakte Gesell als einen „typischen mo-

⁵⁹ Hyman Minsky (1975/1990), S. 197 - 198 (Kapitalzerstörungen durch Rüstungswettlauf und Krieg). Zur Sinnlosigkeit mancher Beschäftigungsprogramme vgl. John Maynard Keynes (1936/1976, S. 110.

⁶⁰ Hyman Minsky (1975/1990), S. 198 (Bevölkerungsanstieg).

⁶¹ Hyman Minsky (1975/1990), S. 197 (Konsum und Werbung).

⁶² Günter Schmolders (1969), S. 8, Anm. 2 (Knappheit vs. Produktivität des Kapitals), 13 (Fehlprognose) und 24 - 26 (Wachstum).

netären Kauz“ ab und verwies ihn wie alle „monetary cranks“ in die Rumpelkammer nicht ernstzunehmender Ideen in der ökonomischen Ideengeschichte.⁶³

In einem in den frühen 1980er Jahren erschienenen Aufsatz über seine „Hypothese der finanziellen Instabilität“ der kapitalistischen Wirtschaft kritisierte Minsky die zur Vorherrschaft gelangte neoliberale „etablierte Ökonomie“ nochmals als „unzulänglich“, weil sie sich auf das „Entwerfen idyllischer Ökonomien“ beschränke und „Keynes‘ Analyse der Finanzmärkte und ihrer Wechselbeziehungen ... ignoriert. ... Wer das Verhalten einer kapitalistischen Wirtschaft verstehen will, darf das Geld nicht erst im Nachhinein in die Argumentation einführen - so lautet Keynes‘ Lektion.“⁶⁴ Zwar wollte Minsky das nach Keynes‘ und seiner eigenen Ansicht nicht neutrale Geld von vornherein in die ökonomische Theorie einbeziehen; jedoch griff auch er weiterhin nicht den Gedanken einer Neutralisierung seines Liquiditätsvorteils durch die Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten“ auf die „Standby“-Geldhaltung in Spekulationskassen auf. Stattdessen betrachtete er es im Anschluss an seine weitgehend deskriptiv bleibende „Analyse des Konjunkturverlaufs“ und der „zwei kumulativen Vorgänge (Expansion und Kontraktion) sowie zwei Wendepunkte (oberer und unterer)“ als Aufgabe der „Politik in einer kapitalistischen Volkswirtschaft, Grenzen und Mängel des Kapitalismus (zu) erkennen“, wenn sie erfolgreich sein und „instabilitätsfördernde Finanzbeziehungen“ korrigieren wolle. „In den vergangenen zehn Jahren hat die Federal Reserve ihre Aufgabe, die Entwicklung des amerikanischen Finanzsystems so zu regulieren, dass die Zunahme krisenfördernder Bedingungen verlangsamt, wenn nicht gar rückgängig gemacht wird, nur nachlässig erfüllt.“⁶⁵ -

Wenn überhaupt, wurde das auch von Minsky nur einmal am Rande erwähnte Problem der wirtschaftlichen Macht von „marktbeherrschenden Unternehmen“ ohne jede Verbindung mit den in sich widersprüchlichen Eigenschaften des Geldes - und erst recht nicht in Verbindung mit dem Privateigentum am Boden und an den Ressourcen - behandelt. Helmut Arndt thematisierte zwar die wirtschaftliche Macht von Banken, Großaktionären, Konzernmanagern, Gewerkschaften, Lobbyisten und Medien; aber er beschrieb nur die Symptome, ohne ihre Ursachen näher zu ergründen, und verzichtete infolgedessen auf den Versuch, Wege zur Überwindung von wirtschaftlicher Macht aufzuzeigen. Nicht zuletzt hätten auch Ökonomen Macht und sie missbrauchen sie, „wenn sie Ergebnisse, die sie aus

⁶³ Alvin Hansen (1953/1959), S. 156; auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#hansen - Gottfried Bombach (1976), S. 331, auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#bombach - George Garvy (1976), S. 22; auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#garvy [Zugriffe: 28.3.2016].

⁶⁴ Hyman P. Minsky (1982/2011), S. 22 (unzulängliche Ökonomie), 24 (Ignorierung von Keynes‘ Analyse der Finanzmärkte), 27 (idyllische neoliberale Ökonomie), 28 (Keynes‘ Lektion).

⁶⁵ Hyman P. Minsky (1982/2011), S. 10 (Josef Vogl über die Nicht-Neutralität des Geldes), 52 (Liquiditätspräferenz des Geldes), 53 (beschreibende Konjunkturanalyse), 64 - 65 (instabilitätsfördernde Finanzbeziehungen und Aufgabe der Politik, Versäumnisse der Federal Reserve). - Zur Liquiditätspräferenz vgl. auch Hyman P. Minsky (1970/2011), S. 88 und 93 - 94.

irrealen Hypothesen gewinnen, auf die realen Verhältnisse übertragen.“ Andererseits gebe es auch eine „Ohnmacht der Ökonomie“, die sich darin gezeigt habe, „dass das Werk des Moralphilosophen Adam Smith zum Schutzmantel kapitalistischer Ausbeutung und das Werk des Moralisten Marx zum Aushängeschild für totalitäre Systeme umfunktioniert worden sind.“ An anderer Stelle stellte Arndt der Machtballung und Konzentration (ohne sie grundsätzlich in Frage zu stellen) eine Wirtschaft gegenüber, in der „alle Wirtschaftler gleichermaßen ohnmächtig“ sind. Allerdings wandte er gegen Euckens Vorstellung eines vollständigen Wettbewerbs ein, dass es dann gar keinen Wettbewerb mehr gebe, denn unter solchen Umständen „schläft die Konkurrenz ein“. Im Gegensatz zu Eucken bestehe die „entscheidende wirtschaftstheoretische Frage“ nicht darin zu überlegen, „wie eine vollkommen machtfreie Wirtschaft funktioniert, sondern wie eine Wirtschaftsgesellschaft zu organisieren ist, in der wirtschaftliche Macht keinen Schaden, sondern Nutzen stiftet.“⁶⁶ Damit kapitulierte Arndt schon vor der wirtschaftlichen Macht und ihrer Konzentration, bevor er überhaupt begonnen hatte, den „Leistungswettbewerb“ vor dem „Machtwettbewerb“ in Schutz zu nehmen. -

Nach alledem fragt sich, ob es neben einigen marxistisch orientierten Ökonomen wie Jörg Huffs Schmid⁶⁷ vielleicht außerhalb der Ökonomie noch Kräfte gab, die den neoliberalen Finanzmarktkapitalismus nicht nur kritisierten, sondern ihn auch hätten aufhalten können. Was hatten andere, im Vergleich zur Geld- und Bodenrechtsreform viel bekanntere und auch einflussreichere sozialkritische Bewegungen der Entfesselung der internationalen Finanzmärkte nicht nur an Kritik, sondern auch an Alternativen entgegensetzen? Und warum wurden auch sie von dieser Fehlentwicklung überrollt?

11.4 Das Fehlen kritischer Geldbetrachtungen in der Soziologie

Die neoklassisch-neoliberale Verharmlosung des Geldes führte während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgesehen von einer erneuten Simmel-Rezeption in Teilen der Soziologie nicht nochmals dazu, dass geldkritische Denkansätze ähnlich wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus der Ökonomie in die Soziologie auswanderten. Dementsprechend blieben geld- und bodenrechtsreformerische Denkansätze in der Soziologie genauso ohne Resonanz wie in der Ökonomie. Das trug - wie sich anhand einiger Werke des französischen Poststrukturalisten Michel Foucault und der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule zeigen lässt - dazu bei, dass die Soziologie nicht imstande war, einen Damm gegen die vom Neoliberalismus ausgelösten Flutwellen der Finanzinnovationen zu errichten.

⁶⁶ Hyman P. Minsky (1982/2011), S. 51 (marktbeherrschende Unternehmen). - Helmut Arndt (1974), S. 11 - 127 (Symptome wirtschaftlicher Macht) und 155 - 157 (Macht und Ohnmacht der Ökonomie). Ders. (1976), S. 4, 18 (Nutzen statt Schaden von wirtschaftlicher Macht).

⁶⁷ Jörg Huffs Schmid (2002).

11.4.1 Michael Foucaults Poststrukturalismus

Im Zentrum des philosophischen Werks von Michel Foucault (1926-1984) stand die Frage, wie Wissen entsteht und wie menschliche Subjekte in die Lage kommen, Macht auszuüben. Nachdem der von dem französischen Ethnologen Claude Lévi-Strauss begründete Strukturalismus die gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungsgefüge zwischen den Menschen aus weitgehend unbewusst wirkenden kulturellen Faktoren wie der Sprache, Symbole und Zeichen abgeleitet hatte, reagierte der Poststrukturalismus mit dem Hinweis, dass es eine Wechselwirkung zwischen der Realität und der Sprache gibt. Das Verständnis von gesellschaftlichen Machtverhältnissen war bis dahin Foucault zufolge zu sehr von der hierarchischen Über- und Unterordnung von Kapital und Arbeit geprägt. Er erweiterte dieses aus dem Klassenverhältnis abgeleitete Verständnis des Phänomens Macht, indem er das Handeln einzelner Menschen nicht nur an der Spitze der sozialen Hierarchie, sondern in allen Schichten der Gesellschaft untersuchte. Er stellte dar, wie sie in allen Bereichen der Gesellschaft nicht nur durch besondere Befugnisse, sondern bereits durch ihr Wissen und ihre Fähigkeiten auch innerhalb ihrer jeweiligen Gesellschaftsschichten Macht über ihre Mitmenschen ausüben.

In seinem Werk über die „Ordnung der Dinge“ (1966) bezog Foucault auch das Geld in seine Untersuchungen über die Sprache, das Wissen und die Macht als Kräfte mit ein, die die Realität hervorbringen und die auch selbst von dieser Realität geprägt werden. Jedoch beschränkte sich seine Auseinandersetzung mit dem Geld ganz auf die Zeit des frühen Kapitalismus. Foucault bezog sich ausschließlich auf theoretische Aussagen über das Geld von Smith, Ricardo und Marx. Während es im Mittelalter nur erst um die Probleme ‚gerechter Preise‘ gegangen sei, sei mit dem Übergang in die Neuzeit die „Zirkulation ... eine der fundamentalen Kategorien der Analyse geworden“.⁶⁸ Aus zwei Gründen gelang es Foucault jedoch nicht, diese „fundamentale Kategorie“ tiefer zu durchdringen:

1. Entsprechend den im Frühkapitalismus verbreiteten Vorstellungen über Gold- und Silbermünzen übernahm Foucault die Begründung für ihre „unbegrenzte Fähigkeit der Repräsentation“ aller anderen durch menschliche Arbeit erzeugten Werte. „Sie sind hart, unvergänglich, unveränderbar; sie können sich in kleinste Teilchen zerteilen; sie können ein großes Gewicht in einem kleinen Volumen zusammenfassen; sie können leicht transportiert werden und sind leicht zu prägen. ... Das Geld wird nur zum wirklichen Reichtum in dem präzisen Maße, in dem es seine Vertretungsfunktion erfüllt: Wenn es die Waren ersetzt, wenn es ihre Verlagerung oder ihr Horten gestattet ... und wenn es die Arbeit verteilt.“ Und es habe keine unerwünschten Nebenwirkungen, weil es „nicht zu fürchten ist, dass die Akkumulation des Geldes in einem Staat Preissteigerungen auslöst.“⁶⁹ Demnach

⁶⁸ Michel Foucault (1966/1971), S. 214 - 215 und 227 [Zirkulation als fundamentale Kategorie].

⁶⁹ Michel Foucault (1966/1971), S. 223 und 225.

entging Foucault der widersprüchliche Doppelcharakter des Geldes als ein sich bewegendes Tauschmittel und ein zeitweise stillstehendes Mittel der Wertaufbewahrung.

2. Da er die besondere, über die Menschen und ihre Produkte herausgehobene Position des Geldes auf den Märkten nicht erkannte, übernahm Foucault von Smith, Ricardo und Marx die Fehleinschätzung, dass es auf den Märkten im „allgemeinen Bau der empirischen Ordnung“ eine „innere Ordnung von Äquivalenten“ gebe. Hinsichtlich der Bestimmung dieser vermeintlich gleichen Werte hielt Foucault Smith und Ricardo ebenso wie Marx allerdings entgegen, dass es nicht möglich sei, diese Werte aus der menschlichen Arbeit abzuleiten, weil sich der Wert der Arbeit im Laufe der Zeit immer wieder verändere. Deshalb habe der Marxismus „in der Tiefe des abendländischen Wissens ... keinen wirklichen Einschnitt erbracht. ... Der Marxismus ruht im Denken des 19. Jahrhunderts wie ein Fisch in Wasser.“⁷⁰

Foucaults berechtigter Einwand gegen die Versuche von Klassik und Marxismus, den Wert von gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeiten zu berechnen, veranlasste ihn noch nicht, auch den Unterschied zwischen dem Arbeits- und Unternehmerlohn einerseits und der Bodenrente und dem Kapitalzins andererseits näher in den Blick zu nehmen. Stattdessen zog er die neoklassische Konsequenz, dass die Werte der Waren auf ihre subjektive Nützlichkeit zurückzuführen seien. „Tatsächlich tauscht man Waren, weil man Bedürfnisse hat.“ Und der Wert des dabei verwendeten Geldes hänge allein von dessen Menge ab und nicht davon, ob es sich auch tatsächlich bewegt oder zeitweise außerhalb der Märkte still steht.⁷¹ Obwohl Foucault kritisierte, dass „die Akkumulation des Kapitals, das Wachsen der Unternehmen und ihrer Kapazitäten, der konstante Druck auf die Löhne, die Überproduktion den Arbeitsmarkt einschränken, die Entlohnung vermindern und die Arbeitslosigkeit steigen“ lassen⁷², suchte er nicht nach einem Verständnis von Geld, Kapital und Arbeit, das über Smith, Ricardo und Marx hinausgegangen wäre. Zwar war seine Analyse der Machtverhältnisse zwischen dem Kapital und der Lohnarbeit komplexer als diejenige von Marx; aber auch er durchdrang das kapitalistische Geld noch nicht als ein gesellschaftliches Medium, das in Ergänzung zur Sprache sowie zu Zeichen und Symbolen die wirtschaftliche Kommunikation zwischen den Menschen vermittelt und dabei zugleich Machtstrukturen in der Produktion und Zirkulation erzeugt.

⁷⁰ Michel Foucault (1966/1971), S. 252 und 255 (empirische Ordnung) sowie 275 - 279 (Äquivalententausch und Veränderlichkeit der Arbeitswerte) und 320 - 321 (Marxismus).

⁷¹ Michel Foucault (1966/1971), S. 276 - 277 (Nutzen als Wertgrundlage); vgl. auch S. 232 - 235 (Quantitätstheorie des Geldes), S. 247 - 252 (Nützlichkeit der Waren) und S. 235, 316 - 317 mit beiläufigen Hinweisen auf Lohn, Rente und Zins.

⁷² Michel Foucault (1966/1971), S. 319; vgl. auch S. 278 - 279, wo Foucault die Akkumulation des Kapitals, die Trennung von produktiver und nicht produktiver Arbeit und den technischen Fortschritt nicht kritisierte.

Im Poststrukturalismus fehlte noch ein kritischer Blick auf die innere Widersprüchlichkeit des Geldes als kommunikativer Träger und Übermittler wirtschaftlicher Informationen, der die menschlichen Subjekte einerseits miteinander verbindet und sie andererseits in Machtstrukturen verstrickt und voneinander trennt. Und es fehlte auch noch ein kritischer Blick auf die Wechselwirkungen zwischen den menschlichen Subjekten und dem Geld. Stattdessen verloren sich die wenigen Überlegungen von Foucault zum Geld in einer Fülle von Gedanken zur Sprach- und Zeichentheorie, Linguistik und Literatur sowie zur Biologie und Psychologie. Schließlich endeten sie mit der pessimistischen Auffassung, „dass der Mensch eine junge Erfindung ist. ... Der Mensch ist eine Erfindung, deren junges Datum die Archäologie unseres Denkens ganz offen zeigt. Vielleicht auch das baldige Ende.“ Wenn das Denken der Moderne einmal ins Wanken geraten sollte, „wie an der Grenze des 18. Jahrhunderts die Grundlage des klassischen Denkens es tat, dann kann man sehr wohl wetten, dass der Mensch verschwindet wie am Meeresufer ein Gesicht im Sand.“⁷³

Ähnlich wie Foucault empfand auch sein französischer Soziologenkollege Pierre Bourdieu (1930-2002) die marxische Analyse der kapitalistischen Klassengesellschaft als eine ökonomistische Reduktion des komplexen „sozialen Raums ... auf den bloßen Warenaustausch“. Wie Foucault und in Anknüpfung an Marx, Durkheim und vor allem an Max Weber wollte Bourdieu im Interesse einer umfassenden emanzipatorischen „Aufdeckung gesellschaftlicher Zwänge“ zusätzlich zum akkumulierten ökonomischen Kapital auch das soziale und kulturelle Kapital als „Raum der sozialen Positionen“ einschließlich der klassenspezifischen „Lebensstile, Lebensweisen und Geschmacksrichtungen“ in seine Analysen der „verborgenen Mechanismen der Macht“ mit einbeziehen.⁷⁴ Allerdings lag es ihm völlig fern, bei dieser erweiterten Gesellschaftsanalyse auch Privilegien beim Zugang zu Geld, Boden und Ressourcen als Quelle der Ausbreitung hochkomplexer Machtstrukturen bis in die letzten Winkel der Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Dabei ging es ihm als kritischem Intellektuellen angesichts der Krise des Marxismus und der „Pervertierung ... der großen Utopien des 19. Jahrhunderts“ ganz besonders darum, der Restauration eines „wilden Liberalismus“ entgegenzutreten.⁷⁵

11.4.2 Kritische Theorie der Frankfurter Schule

Als um die Mitte der 1970er Jahre in der Ökonomie der Siegeszug des neoliberalen Monetarismus begann, hatte die Kritische Theorie in der Soziologie ihren Zenit bereits überschritten. Mit ihrem unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erschie-

⁷³ Michel Foucault (1966/1971), S. 462.

⁷⁴ Pierre Bourdieu (1992/2005), S. 31 (sozialer Raum), 34 (Lebensstile), 46 (gesellschaftliche Zwänge), 50 (Reduktion auf Warenaustausch) und 52 (ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital).

⁷⁵ Pierre Bourdieu (1992/2002), S. 140 (wilder Liberalismus) und 159 (Pervertierung der großen Utopien des 19. Jahrhunderts).

nenen Werk „Die Dialektik der Aufklärung“ hatten die beiden aus dem Exil zurückgekehrten Soziologen Max Horkheimer und Theodor Adorno dem 1951 wiedergegründeten Frankfurter Institut für Sozialforschung ein geistiges Fundament gegeben, das durch Horkheimers „Kritik der instrumentellen Vernunft“ und Adornos „Minima Moralia“ noch verbreitert wurde. Ziel der Frankfurter Schule war es wie schon vor 1933 geblieben, dem positivistischen, d.h. die Realität als gott- oder naturgegeben rechtfertigenden Wissenschaftsverständnis anderer Theorien weiterhin eine kritische Theorie gegenüberzustellen, welche die Herrschaftsstrukturen in bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaften analysiert und der Emanzipation der Menschen von diesen Herrschaftsstrukturen dient.

Die Gedankenwelt von Marx blieb weiterhin das „Gravitationszentrum der intellektuellen Bemühungen am Institut“ (Schwandt⁷⁶), aber nach der grauenhaften Barbarei des Nationalsozialismus konnte die Frankfurter Schule ihre Tätigkeit nur unter stark veränderten äußeren Umständen fortsetzen, denen sie in mehrfacher Hinsicht Rechnung tragen musste:

- Entgegen den Erwartungen von Marx & Engels hatte sich der Kommunismus nicht in hoch entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften durchgesetzt. Stattdessen hatte er nur zu gewaltsam erzwungenen Sprüngen russischer und chinesischer Feudalgesellschaften in zentralistisch geplante Industriegesellschaften geführt und dabei neue totalitäre Herrschaftssysteme hervorgebracht.
- Danach und besonders auch nach Auschwitz ließ sich keine historische Gesetzmäßigkeit mehr postulieren, die zwangsläufig dazu führe, dass der staatlich organisierte Monopolkapitalismus automatisch in eine ‚bessere‘ sozialistische Produktionsweise übergeht.
- In den westlichen kapitalistischen Industriegesellschaften hatten sich die Sozialstrukturen so sehr differenziert, dass es keine eindeutig voneinander unterscheidbare Klassen von Kapitalisten und Proletariern gab. Damit war die Vorstellung obsolet geworden, dass das Proletariat als revolutionäres Subjekt der Geschichte die Herrschaft einer Kapitalistenklasse beenden könnte.

Unabhängig von diesen veränderten Zeitumständen hielten die Mitglieder der Frankfurter Schule ihren aufklärerisch-emanzipatorischen Anspruch aufrecht,

⁷⁶ Michael Schwandt (2010), S. 59. Zur Entstehungsgeschichte der Kritischen Theorie und zur Rolle, die dabei Friedrich Pollock spielte, vgl. das Kap. 7.6 dieses Buches (S. 160 – 162 mit den Anmerkungen 375 – 378) und die Pollock-Biografie von Philipp Lenhard (2019). Als Ergänzung zu den Ausführungen über Pollock im Kap. 7.6 sei hier noch erwähnt, dass die Eindrücke von der Münchener Räterepublik – besonders von der zweiten, kommunistischen, Räterepublik – und ihrer Niederschlagung Lenhard zufolge mitentscheidend gewesen seien für das weitere Denken von Horkheimer und Pollock innerhalb des Frankfurter „Instituts für Sozialforschung“. Die damalige Begeisterung Horkheimers und Pollocks für Bucharins „ABC des Kommunismus“ und die darin geforderte Abschaffung des Geldes könnte eine Erklärung dafür sein, dass sie die in der ersten, libertären, Räterepublik von Gesell angestrebte Geldreform nicht weiter beachtet haben. Vgl. Philipp Lenhard (2019), S. 53 und 56 – 58 (Räterepublik), 60 (Räterepublik als Initialzündung für die „Entdeckung der Sozialwissenschaften im breitesten Sinne“), 62 – 63 (Bucharin) und 67 – 68 (Franz Oppenheimer). - Zur Rolle Gesells in der ersten Münchener Räterepublik vgl. Werner Onken (2018).

wengleich mit dem Wandel der äußeren Umstände auch eine innere Verunsicherung einherging. Einerseits hegte die Kritische Theorie weiterhin ihre von Marx übernommene tiefe Abneigung gegen die „bürgerliche Warenwirtschaft“ mitsamt ihrer Orientierung an Tausch- statt an Gebrauchswerten und gegen die Herrschaft des „blinden Preismechanismus“ auf den Märkten.⁷⁷ Andererseits hielt sie sich mit expliziten Vorbehalten gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln auffallend zurück. Vor allem erwartete sie keinen baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus mehr und unterließ folglich auch jeden Versuch, eine konkrete Gegenwelt zu entwerfen.⁷⁸ So verharrte die Frankfurter Schule in einem unübersichtlichen Schwebезustand, in dem sie ihre Hoffnungen auf einen Systemwandel zwar nicht ganz aufgab - schließlich hatte Marx ja in Blick auf die elfte Feuerbachthese gefordert, dass die Philosophen die Welt nicht nur verschieden interpretieren, sondern sie auch verändern sollten. Dennoch scheute sie vor konkreten Aussagen über einen Systemwandel zurück, wandte sich auch mehr und mehr von ökonomischen Fragestellungen ab und verlegte sich darauf, die Realität im Spätkapitalismus auf der Basis von empirischen Sozialforschungen philosophisch und psychologisch zu kritisieren.

Horkheimer & Adorno: Die Verdinglichung des Menschen in der modernen Massengesellschaft

In ihrer „Dialektik der Aufklärung“ und in weiteren Werken hatten sich Horkheimer & Adorno ausführlich mit dem „Übergang zur verwalteten Welt“ auseinandergesetzt, d.h. mit dem fortschreitenden Prozess der Vermassung der Menschen in der sich immer stärker industrialisierenden und zugleich bürokratisierenden Massengesellschaft. Anders als Marx sprachen sie ebenso wie Herbert Marcuse in diesem Zusammenhang nicht mehr von einer Entfremdung des Menschen, sondern von seiner „Verdinglichung“. In der modernen Massengesellschaft verlieren die Menschen ihre Individualität und werden zu kleinen Rädchen in einem großen anonymen Getriebe, das sich wiederum selbst mit Hilfe moderner Massenmedien und einer Kulturindustrie stabilisiert.⁷⁹

Obwohl Horkheimer & Adorno in mancher Hinsicht über Marx & Engels hinausdachten und sich auf die veränderten Zeitumstände einstellten, gab es neben ihrer fortbestehenden Abneigung gegen die ‚anarchische Warenproduktion‘ im Kapitalismus eine weitere Grundüberzeugung von Marx & Engels und nachfolgenden Theoretikern der Arbeiterbewegung, von der sie sich nicht weit genug lösten. Und zwar sahen sie einerseits, dass die schrankenlose Steigerung der Produktivkräfte

⁷⁷ Max Horkheimer & Theodor Adorno (1947/1971), S. 32 und 37 (Warenwirtschaft und Preismechanismus). - Vgl. auch Herbert Marcuse (1970), S. 29.

⁷⁸ Michael Schwandt (2010), S. 61 („Einen Zusammenbruch des Kapitalismus aus einer inneren Krisendynamik heraus hielt niemand im IFS jemals für eine realistische Option.“), 114 und 119 (Tauschprinzip).

⁷⁹ Max Horkheimer & Theodor Adorno (1947/1971), S. IX. - Herbert Marcuse (1970), S. 183.

in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts „dem technischen Apparat und den sozialen Gruppen, die über ihn verfügen, eine unmäßige Überlegenheit über den Rest der Bevölkerung ... verleiht“. Andererseits hielten sie an dem von Marx & Engels geteilten Fortschrittsglauben der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fest, wonach die fortwährende „Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität ... die Bedingungen für eine gerechtere Welt herstellt“. Deshalb kamen Horkheimer & Adorno nicht wie die Frühsozialisten und vor allem Proudhon auf den Gedanken, dass die mit der ursprünglichen und fortgesetzten Akkumulation und Konzentration des Kapitals vollzogene Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln und die kapitalistische Vergesellschaftung ihrer Arbeit gar keine historisch notwendigen Zwischenschritte auf dem Weg zur Befreiung des Menschen gewesen sein könnten. So fragten sie sich auch nicht, ob der Gegensatz zwischen „totalitären Trustherren“ und „enteigneten Bürgern“ im Spätkapitalismus⁸⁰ sich vielleicht eher durch eine Dezentralisierung des konzentrierten Kapitals und seine wohlproportionierte Wiederaneignung durch selbstständige Bürger überwinden ließe als durch den scheinbar aufklärerischen Mythos einer proletarisch-staatlichen Expropriation der privatkapitalistischen Expropriateure. -

Auch in seiner „Kritik der instrumentellen Vernunft“ (1947/1967) betrachtete Horkheimer den liberalen Konkurrenzkapitalismus des frühen 19. Jahrhunderts mit der „Vielzahl unabhängiger Unternehmer“ wie selbstverständlich als Vorstufe des „gegenwärtigen Zeitalters der Großindustrie“, in dem „der unabhängige Unternehmer nicht mehr typisch“ ist. Und als nächste Stufe ergebe sich daraus - so Horkheimer unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und dem Absturz in die nationalsozialistische Barbarei - schließlich noch eine „Tendenz des Liberalismus, in Faschismus umzuschlagen“.⁸¹ Ganz außerhalb von seinem Gedankenhorizont lag die Überlegung, dass der entwickelte und staatlich organisierte Monopolkapitalismus mit Konzernen statt unabhängigen Unternehmern nur deshalb aus dem frühen Konkurrenzkapitalismus hervorgegangen sein könnte, weil dieser bereits eine durch das in sich widersprüchliche und strukturell mächtige kapitalistische Geld deformierte Form der Marktwirtschaft war. Insofern könnte die Tendenz zum Umschlag in den Faschismus nicht dem Liberalismus, sondern dem den Liberalismus verfälschenden Kapitalismus entsprungen sein.

Abgesehen davon, dass Horkheimer den qualitativen Unterschied zwischen der real existierenden liberal- und monopolkapitalistischen Konkurrenzwirtschaft einerseits und dem Idealtypus einer monopolfreien Wettbewerbswirtschaft andererseits gar nicht sah, hätte eine monopolfreie Wettbewerbswirtschaft für ihn ohnehin kein erstrebenswertes Ziel sein können, da für ihn *alle* Formen von Warenproduktion generell fragwürdig waren. Das Ziel eines monopolfreien Wett-

⁸⁰ Max Horkheimer & Theodor Adorno (1947/1971), S. 4 (Widersprüchlichkeit der Produktivkraftentwicklung) und 79 (Trustherren vs. enteignete Bürger).

⁸¹ Max Horkheimer (1947/1967), S. 134 (früher Konkurrenz- und späterer Monopolkapitalismus), 30 (Liberalismus und Faschismus), 47 - 48 (Warenproduktion) sowie 96 und 101 (kapitalistische Produktionsweise).

bewerbs wäre für ihn außerdem gleichbedeutend mit der Auffassung gewesen, dass „eine Rückkehr zu älteren Formen wünschenswert wäre. Diese Uhr lässt sich nicht zurückstellen.“ So stellten die Probleme der auf der großindustriellen Massenproduktion beruhenden modernen Gesellschaft für Horkheimer ausschließlich Probleme der kapitalistischen Produktionsweise und nicht zugleich auch Probleme der kapitalistischen Zirkulationsweise dar. In seinen Analysen der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, der „Dominanz des Selbstinteresses“ gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit sowie des Widerspruchs zwischen dem Rationalitätsideal der Aufklärung und der vom Kapitalismus deformierten, vielfach irrationalen ökonomischen und technologischen Rationalität spielte das kapitalistische Geld überhaupt keine Rolle.⁸²

Marcuses „Eindimensionaler Mensch“ (1970)

Als der nordamerikanische Architekturkritiker Lewis Mumford gegen Ende der 1960er Jahre die moderne Industriegesellschaft als „Megamaschine“ charakterisierte, verstärkte auch Herbert Marcuse innerhalb der Frankfurter Schule die Zweifel am Glauben an die Notwendigkeit der Produktivkraftsteigerung als Voraussetzung für die menschliche Emanzipation - allerdings ohne ihn ganz aufzugeben und auch ohne zwischen dem real existierenden, auf der privat- bzw. staatskapitalistischen Konzentration beruhenden technischen Fortschritt und der realutopischen Vorstellung einer auf einer Dezentralisierung von Produktionsmitteln basierenden technischen Entwicklung zu unterscheiden.

Die Steigerung der technischen Produktivkräfte ist Marcuse zufolge mittlerweile in eine „friedliche Produktion von Destruktionsmitteln“ übergegangen, die obendrein mit einer gigantischen Verschwendung von menschlicher Arbeit und natürlichen Ressourcen einhergeht. Außerdem verwies Marcuse auf einen „totalen Charakter der Errungenschaften der fortgeschrittenen Industriegesellschaft“ und auf eine „totalitäre Tendenz der Technik“, die zur „Unterdrückung der Individualität“ und zu ganz neuen Formen der sozialen und politischen Kontrolle und bei aller Dynamik des technischen Fortschritts zu einer „Unterbindung des gesellschaftlichen Wandels“ führe.⁸³

Im Zusammenhang mit der „Konzentration der Volkswirtschaft auf die Bedürfnisse der großen Konzerne“ und der sie nur flankierenden Rolle der Politik im Wohlfahrtsstaat befürchtete Marcuse auch eine allzu große Nähe zwischen den Konzernen und den Gewerkschaften. Hinter dem „betrügerischen Einverständnis von Kapital und organisierter Arbeiterschaft in einem starken Staat“ drohe sogar

⁸² Max Horkheimer (1947/1967), S. 29 (Dominanz des Selbstinteresses), 38 (Umschlag der Aufklärung in Aberglauben und Wahnsinn), 47 - 48 (Fragwürdigkeit der Warenproduktion) und 140 (nicht wünschenswerte Rückkehr zu älteren Formen).

⁸³ Lewis Mumford (1974, amerikanische Erstausgabe 1967 - 1970). - Herbert Marcuse (1970), S. 11 (destruktive Produktivkräfte, Irrationalität), 16 (totaler Charakter der Industrie) und 21 (Unterdrückung der Individualität).

die Gefahr zunehmender „Ähnlichkeiten zwischen Kapitalismus und Kommunismus“. Alles in allem befand sich die moderne Gesellschaft Marcuse zufolge angesichts „eines drohenden nuklearen Krieges ... am Rande des Abgrunds“. Sie ist „als Ganze irrational“ und reduziert die komplexe Vielgestaltigkeit der menschlichen Individualität auf sein systemerhaltendes Funktionieren als „eindimensionaler Mensch“, der mit einem „falschem Bewusstsein“ lebt und der dem ihm vom System auferlegten Imperativ folgt, sich fortwährend „manipulierte Bedürfnisse“ zu erfüllen.⁸⁴

Während Horkheimer & Adorno die Proteste der 1968er Studentenbewegung gegen das kapitalistische System eher skeptisch einschätzten und die Kritische Theorie nur noch als eine „Flaschenpost“ für eine Systemkritik in späteren Zeiten ansahen⁸⁵, unterstützte Marcuse diese Proteste der Neuen Linken angesichts so empörender Ereignisse wie der auch von der Sozialdemokratie mitgetragenen Notstandsgesetzgebung in Deutschland, des Apartheid-Regimes in Südafrika und des Krieges in Vietnam. Die Kritische Theorie sollte ihm zufolge dem dringlich gewordenen „Bedürfnis nach qualitativer Veränderung“ Rechnung tragen und „geschichtliche Alternativen untersuchen“. Doch durch welche ‚richtige‘ Ordnung der Wirtschaft hätte sich die „falsche Organisation der Gesellschaft“ ablösen lassen? „Was nicht stimmt, ist die Weise, wie die Menschen ihre gesellschaftliche Arbeit organisiert haben. Das steht heute nicht mehr in Frage, wo auf der einen Seite die großen Unternehmer selbst gewillt sind, die Segnungen der freien Wirtschaft und der ‚freien‘ Konkurrenz den Segnungen von Regierungsaufträgen und -regulierungen zu opfern, während auf der anderen Seite der sozialistische Aufbau weiterhin auf dem Wege fortschreitender Herrschaft vor sich geht.“ Marcuse suchte zunächst in die richtige Richtung, aber er fand keinen Ausweg aus der sowohl von Klassikern und Neoklassikern als auch von Marx & Engels und ihren Nachfolgern gehüteten Systemlogik der Kapitalakkumulation und -konzentration und er kam nicht auf den Gedanken, dass es nach einem Organisierten Kapitalismus anstelle einer sozialistischen Produktionsweise die Möglichkeit einer von Monopolen befreiten marktwirtschaftlichen Ordnung geben könnte.⁸⁶

Dabei kam Marcuse dieser Denkmöglichkeit mit der Feststellung zum Greifen nahe, dass eine „qualitative Änderung ... auch eine Änderung der technischen Basis einschließt“. Im Hinblick auf die sog. ‚unterentwickelten Länder‘ fragte er sogar, ob es „eine wesentlich andere Art von Industrialisierung“ geben könnte und

⁸⁴ Herbert Marcuse (1970), S. 11 (Abgrund), 14 (Allianz von Kapital und Arbeit), 18 (Kapitalismus und Kommunismus), 23 (falsches Bewusstsein und falsche Bedürfnisse) und 38 - 40 (totalitäre Technik, Konzerne und Gewerkschaften, soziale und politische Kontrolle), 41 (nuklearer Krieg) sowie 253 (Verschwendung menschlicher und natürlicher Ressourcen). - Auch Horkheimer war bereits aufgefallen, dass der „Arbeiter, der schon Objekt der Industrie war, auch noch zum Objekt der Arbeiterorganisationen gemacht“ worden war. (Max Horkheimer 1947/1967, S. 141 und 143 über das gemeinsame Interesse von Lohnarbeit und Kapital).

⁸⁵ Michael Schwandt (2010), S. 151 (Kritische Theorie als Flaschenpost).

⁸⁶ Herbert Marcuse (1970), S. 12 und 15 (Bedürfnis nach qualitativer Veränderung, geschichtliche Alternativen), 159 - 160 (falsche Organisation der Gesellschaft).

ob - wie es unabhängig von ihm Ernst Friedrich Schumacher etwa zur selben Zeit mit der „mittleren Technik“ propagierte - eine „vortechnische Tradition selbst zur Quelle von Fortschritt und Industrialisierung werden“ könnte. „Solche qualitative Änderung wäre der Übergang zu einer höheren Stufe der Zivilisation, wenn die Technik zur Befriedung des Kampfes ums Dasein bestimmt und benutzt würde“ und kein „Instrument destruktiver Politik“ mehr wäre.⁸⁷

Ohne die Einsicht, dass ein qualitativer Wandel der Technik auch einen qualitativen ökonomischen Wandel in Gestalt einer Dezentralisierung des akkumulierten und konzentrierten Geld- und Realkapitals zur Voraussetzung hätte, blieben Marcuses Überlegungen jedoch in weitschweifigen Ausführungen darüber stecken, dass „seit Anbeginn das Negative im Positiven enthalten“ ist. Sie drehten sich weiterhin im Kreis der lediglich beschreibenden, aber nicht verändernden Beobachtung, dass „die Welt ... dazu ... tendiert, zum Stoff totaler Verwaltung zu werden, die sogar die Verwalter verschlingt.“⁸⁸ Unter diesen Umständen kamen Ansätze einer gesellschaftsverändernden Praxis kaum über „subversive Tendenzen und Kräfte“ und eine „große Weigerung“ im Sinne von David Thoreaus zivilem Ungehorsam gegen den Staat hinaus. Ihnen fehlte die Orientierung an einem konkreten Gegenentwurf zum Spätkapitalismus, den Marcuse allenfalls vage andeutete. „Hierbei ist die von ihren ausbeuterischen Zügen befreite technologische Rationalität der einzige Maßstab und Wegweiser für die Planung und Entwicklung der verfügbaren Ressourcen für alle.“ Der Gedanke an eine Planung des Einsatzes von wirtschaftlichen Ressourcen zeigt ebenso sehr das unterschwellige Weiterwirken der Grundpositionen von Marx & Engels aus dem „Kommunistischen Manifest“ und dem Band 1 des „Kapital“ wie Marcuses Sicht auf die Hindernisse, die einer Befreiung der technologischen Rationalität von „ausbeuterischen Zügen“ entgegenstünden. „Gefesselte Möglichkeiten der fortgeschrittenen Industriegesellschaften“ waren für ihn nämlich „die Entwicklung der Produktivkräfte in erweitertem Maßstab, Ausdehnung der Naturbeherrschung, wachsende Befriedigung der Bedürfnisse einer zunehmenden Anzahl von Menschen, die Schaffung neuer Bedürfnisse und Anlagen.“⁸⁹

Doch wer sollte überhaupt die technologische Rationalität aus ihrer kapitalistischen Umklammerung lösen, wenn doch auch Marcuse nicht mehr an eine revolutionäre Mission des Proletariats glaubte? Stattdessen hoffte er, dass sich Ausgegrenzte aus allen Bereichen der Gesellschaft sowie Intellektuelle und Künstler zu einem neuen Subjekt der Geschichte formieren könnten. Aber auch ihnen konnte Marcuse nicht sagen, wie sie die „befreiende Kraft der Technologie“ hätten frei-

⁸⁷ Herbert Marcuse (1970), S. 18 „Angesichts der totalitären Züge dieser Gesellschaft lässt sich der traditionelle Begriff der ‚Neutralität‘ der Technik nicht mehr aufrechterhalten.“), 37 (qualitative Änderung einschließlich der technischen Basis), 66 - 67 (andere Art von Industrialisierung auf der Basis vortechnischer Traditionen?) und 238 - 239.

⁸⁸ Herbert Marcuse (1970), S. 160 (Negatives im Positiven) und 183 (Welt als Stoff totaler Verwaltung).

⁸⁹ Herbert Marcuse (1970), S. 262 und 265; vgl. auch S. 14 (subversive Tendenzen) und 83 (große Weigerung).

setzen und damit die „Negation des Kapitalismus“ einleiten können.⁹⁰ Dreh- und Angelpunkt aller seiner Überlegungen über eine qualitative Veränderung der Gesellschaft blieb für Marcuse die Technik. Wie schon Horkheimer & Adorno hat er kein einziges Mal den Einfluss des in sich widersprüchlichen kapitalistischen Geldes auf die widersprüchliche Entwicklung der Technik mitbedacht - ganz zu schweigen von der Bedeutung, die dabei auch die Verfügungsmacht über den Boden und die Ressourcen hat. Dabei hätten sich die großen Themen der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule - der Widerspruch zwischen der aufgeklärten Vernunft und ihrer Deformation zu einer oftmals irrationalen „instrumentellen Vernunft“ (Horkheimer⁹¹) und die Reduktion der menschlichen Individualität auf eine bloß funktionale Eindimensionalität - noch tiefgründiger im Kontext mit der dem kapitalistischen Geld innewohnenden Widersprüchlichkeit als dienendes Tauschmittel und strukturell herrschenden Machtmittel analysieren lassen. In diesen Zusammenhang hätte sich auch Oppenheimers Unterscheidung zwischen der einzelwirtschaftlichen Rentabilität in monopolkapitalistisch vermacheten Marktwirtschaften, die die Rationalität des Ganzen in eine Irrationalität des Ganzen verkehrt, und der tatsächlichen Produktivität in einer von Monopolen befreiten Wettbewerbswirtschaft⁹² einbeziehen lassen. Aber weder Horkheimer & Adorno noch Marcuse sahen eine Veranlassung, sich neben Marx' Analysen des frühen Kapitalismus auch daran zu erinnern, was Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ als Spiegelbild der Verhältnisse während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über den Vorrang des Finanz- gegenüber dem Realkapital dargelegt hatten. Der frühe Bannfluch von Marx & Engels gegen Proudhon und andere sog. kleinbürgerliche Sozialisten, die den Kapitalismus nicht durch einen Kommunismus, sondern durch eine nachkapitalistische Marktwirtschaft mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen überwinden wollten, behielt seine Gültigkeit, zumal er von einflussreichen Philosophen erneuert worden war. Für Georg Lukacs war Proudhon nur ein „Vulgärkantianer“ und Ernst Bloch beklagte, dass auf dessen Utopie das „zwerghaft-komische Gebilde der Freigeld-Utopie“ gefolgt sei, „auf bloße Zahlungsmittel Sozialismus bauend“.⁹³

⁹⁰ Herbert Marcuse (1970), S. 15 („Die kapitalistische Entwicklung hat die Struktur und Funktion dieser beiden Klassen derart verändert, dass sie nicht mehr die Träger historischer Umgestaltung zu sein scheinen.“), 19 (technologische Rationalität), 174 (befreiende Kraft der Technologie“, 203 (Proletariat als „mythologischer Begriff“) und 234 - 235 (Negation des Kapitalismus als ein dialektischer historischer Prozess).

⁹¹ Max Horkheimer & Theodor Adorno (1947/1971), S. 105 - 107.

⁹² Franz Oppenheimer (1938/1998), S. 754 - 761.

⁹³ Georg Lukacs (1923), S. 176. - Ernst Bloch (1959/1979), S. 680 und 720 - 721 (kleinbürgerliche Sozialisten und Freigeld-Utopie).

Erich Fromms „Haben oder Sein“ (1976)

Auch der Sozialpsychologe Erich Fromm (1900-1980), der sich von der Frankfurter Schule bereits gelöst hatte, als sein Werk „Haben oder Sein“ erschien, entwickelte seine Einsichten in den „Gesellschafts-Charakter“ der Menschen, ihre im Kapitalismus zu kurz kommenden seelischen Grundbedürfnisse und ihre nicht sinnerfüllende Ersatzbefriedigung durch den Massenkonsum ohne jede inhaltliche Berührung mit geld- und zinskritischen Denkansätzen, obwohl er in einem früheren Werk im Zusammenhang mit seiner Kritik an „Irrtümern von Marx“ und an „falschen Interpretationen des Sozialismus“ große Sympathien für die Frühsozialisten sowie für Proudhon, Kropotkin, Landauer und Buber geäußert hatte. Anstelle des „marxistischen Sozialismus“ mit seiner „zentralistischen Planung“ hatte Fromm damals für einen „kommunitären Sozialismus“ mit „Werkgemeinschaften“ plädiert, womit er Unternehmen meinte, die von den Arbeitern mit Hilfe eines „Direktionsrats“, einer „Kontaktversammlung“ sowie mit „Nachbarschaftsgruppen und Schiedsgerichten“ selbst verwaltet werden. So ließ Fromm die Chance, die „Existenzweise des Habens“ mit dem bestehenden kapitalistischen Geld als Machtmittel und die „Existenzweise des Seins“ mit der Vorstellung eines reformierten, nur noch als Tauschmittel dienenden Geldes in Verbindung zu bringen, leider ungenutzt.⁹⁴

Dabei ging er zunächst noch über Marcuses Relativierung der vom Kapitalismus und Kommunismus gleichermaßen kultivierten „Fortschrittsreligion“ hinaus. Fromm kritisierte den gleichermaßen von westlichen und östlichen Industriegesellschaften geteilten Glauben an die Allmacht der Technik sowie das „zutiefst feindselige Verhältnis des Menschen zur Natur. ... Wir waren im Begriff, Götter zu werden, mächtige Wesen, die eine zweite Welt erschaffen konnten.“ Der moderne Mensch habe über die Mittel zur Daseinssicherung hinaus fragwürdige Vergnügungsgüter und obendrein noch Zerstörungsmittel geschaffen, die die menschliche Existenz in höchstem Maße gefährden. Hieraus ergab sich für Fromm die Notwendigkeit, die zentrale Frage der Kritischen Theorie nach dem Grund der Irrationalität des menschlichen Handelns im Zeitalter der vermeintlich aufgeklärten Rationalität nochmals zu erweitern und zu fragen, warum „der stärkste aller Instinkte, der Selbsterhaltungstrieb, nicht mehr zu funktionieren scheint. ... Zum ersten Mal in der Geschichte hängt das physische Überleben der Menschheit von einer radikalen seelischen Veränderung des Menschen ab.“ Für einen der bedeutendsten Wegbereiter einer solchen „seelischen Veränderung des Menschen“ hielt Fromm neben historischen Vorbildern wie Buddha,

⁹⁴ Erich Fromm (1976/1979), S. 26 (Gesellschafts-Charakter) und 73 - 129 (Existenzweisen des Habens und des Seins). Vgl. auch Erich Fromm (1955/1991), S. 72 - 76 (Gesellschafts-Charakter) und 210 - 228, hier S. 210 (falsche Interpretationen des Sozialismus), 211 - 215 (Frühsozialisten, Proudhon, Landauer und Buber), 219 - 220 (Frühsozialisten und Proudhon), 226 (Irrtümer von Marx), 235 (marxistischer Sozialismus und Planung) und 240 (kommunitärer Sozialismus) und 263 - 264 (Selbstverwaltungsorgane).

Aristoteles, Jesus, Meister Eckhart oder Albert Schweitzer den „Wirtschaftswissenschaftler und radikalen Humanisten“ Ernst Friedrich Schumacher, der zusammen mit Kohr und Illich die „Small is beautiful“-Bewegung ausgelöst hatte.⁹⁵

Die Ursache dafür, dass die moderne Zivilisation sich in eine Sackgasse verirrte und vor einem Abgrund steht, erblickte Fromm in ihrer lebensfeindlichen „Existenzweise des Habens. ... Die Haben-Orientierung ist charakteristisch für den Menschen der westlichen Industriegesellschaft, in welcher die Gier nach Geld, Ruhm und Macht zum beherrschenden Thema des Lebens wurde.“ Sie habe in der Neuzeit alle vorher gültigen Vorstellungen der jüdisch-christlichen Religionen und der antiken Philosophie von einem richtigen Maß verdrängt. „In der Existenzweise des Habens ist die Beziehung zur Welt die des Besitzergreifens und Besitzens. ... Erwerben, Besitzen und Gewinnmachen sind die geheiligten und unveräußerlichen Rechte des Individuums in der Industriegesellschaft.“⁹⁶

Während Horkheimer, Adorno und Marcuse die Produktion von Waren als das Hauptmerkmal des modernen Kapitalismus betrachtet und das Privateigentum an den Produktionsmitteln auffallend wenig kritisiert hatten, nahm Fromm keinen Anstoß an der Warenförmigkeit von menschlichen Arbeitsprodukten und stellte stattdessen das Privateigentum als problematische Ausdrucksform des Habens und Immer-mehr-haben-Wollens in den Vordergrund. „Die Existenzweise des Habens leitet sich vom Privateigentum ab. ... In der Existenzweise des Habens findet der Mensch sein Glück in der Überlegenheit gegenüber anderen, in seinem Machtbewusstsein und in letzter Konsequenz in seiner Fähigkeit, zu erobern, zu rauben und zu töten.“⁹⁷

Bei seiner grundsätzlichen Kritik am Privateigentum versäumte Fromm allerdings die Klarstellung, dass er damit in erster Linie das in den Händen von Minderheiten akkumulierte und konzentrierte Kapital meinte, von dessen Besitz große Teile der Bevölkerung ausgeschlossen sind. Somit wäre die Haben-Orientierung ein „Gesellschafts-Charaktermerkmal“ derer, die Privateigentum angehäuft haben und nach Macht streben, und nicht so sehr bzw. nur in abgewandelter Form derer, die nur versuchen können, diesen Mangel durch andere Formen des Haben-Wollens zu kompensieren. Immerhin war sich Fromm dessen bewusst, dass es neben dem Gegensatz zwischen konzentriertem Privateigentum und

⁹⁵ Erich Fromm (1976/1979), S. 11 - 12 (Kritik an der Fortschrittsreligion), 17 (feindseliges Verhältnis zur Natur), 19 - 20 (Versagen des Selbsterhaltungstriebes, Ernst Friedrich Schumacher), 78 (Kritik an Marcuse), 148 (Leichtfertigkeit im Umgang mit nuklearen und ökologischen Gefahren) und 163 - 165 (Ernst Friedrich Schumacher). Wie Schumacher schätzte übrigens auch Fromm das 1920 erschienene Buch „The Acquisitive Society“ von Richard Henry Tawney als „noch immer unübertroffen in seinem Verständnis des modernen Kapitalismus“. (S. 73; vgl. auch die Anm. 114 im Kapitel 10 dieses Buches) Die Werke von Leopold Kohr kannte Fromm offenbar nicht. Von Illich erwähnte er dessen Kritik am Bildungs- und Gesundheitswesen. Fromms Sensibilität für die ökologische Problematik war nicht so sehr durch „Die Grenzen des Wachstums“ (1972) geweckt worden, sondern durch das Buch „Menschheit am Wendepunkt“ von Mihailo Mesarovic & Eduard Pestel, Stuttgart 1974.

⁹⁶ Erich Fromm (1976/1979), S. 29, 34 und 73 (Haben-Orientierung).

⁹⁷ Erich Fromm (1976/1979), S. 80 und 83 - 84 (Haben-Orientierung und Privateigentum).

Eigentumslosigkeit auch noch unbedenkliche Formen des Eigentums gibt wie a) „selbstgeschaffenes Eigentum, das ausschließlich das Ergebnis eigener Arbeit ist“, b) „eingeschränktes Eigentum“, das einer Sozialpflichtigkeit unterliegt, oder c) „gemeinsames Eigentum wie beispielsweise im israelischen Kibbuz“.⁹⁸ Jedoch sah Fromm überhaupt nicht die Rolle, die das kapitalistische Geld bei der Ungleichverteilung des privaten Geld- und Realkapitaleigentums und bei der Zurückdrängung legitimer Eigentumsformen spielte. Und er ahnte nicht, dass ‚hinter‘ der von ihm moralisch kritisierten Gier nach Geld und Gewinn noch strukturelle Eigenschaften des in sich widersprüchlichen kapitalistischen Geldes wirksam waren. Diese trugen sowohl das Streben nach einer Vermehrung des Privateigentums als auch das Festhalten und Horten in den „Gesellschafts-Charakter“ der Menschen hinein. Und die Unregelmäßigkeit der Zirkulation des Geldes war es, die bei allen Menschen zu Befürchtungen führte, etwas zu verlieren oder in der sozialen Hierarchie abzustiegen.

Dementsprechend übersah Fromm auch die Chance für die Menschen, mit Hilfe einer Reform des Geldes von der „Existenzweise des Habens“ zu einer „Existenzweise des Seins“ überzugehen, worunter er sich in Anlehnung an Aristoteles und Thomas von Aquin und ähnlich wie Hannah Arendt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen aktiven Tätigkeiten und einem „kontemplativen Leben“ vorstellte - ein Leben, das nicht von äußerer Geschäftigkeit und Hektik bestimmt wird, sondern „ein Leben, das der inneren Stille und geistigen Erkenntnis geweiht ist. ... Wir Menschen haben ein angeborenes, tief verwurzeltes Verlangen zu *sein*: unseren Fähigkeiten Ausdruck zu geben, tätig zu sein, auf andere bezogen zu sein, dem Kerker der Selbstsucht zu entfliehen.“ Zum Sein gehörten für Fromm auch die menschliche Bereitschaft zum Geben, Teilen und Schenken sowie nicht zuletzt die schon von Kropotkin beobachtete „Fähigkeit zu Selbstlosigkeit und Solidarität“.⁹⁹

Diese bislang zurückgestauten menschlichen Potenziale könnten zur Entfaltung kommen, wenn die Menschen unter den Bedingungen eines geschlossenen Kreislaufs des verteilungsneutral werdenden und mengenmäßig stabilitätsgerecht dosierten Geldes das Vertrauen entwickeln können, dass sie alle ohne Ausnahme im gesellschaftlichen Ganzen aufgehoben sind und keine Ängste vor sozialer Ausgrenzung haben brauchen. Wenn sie sicher sein können, dass Geben und Nehmen auf gerechter Grundlage vonstattengehen und dass einem jeden Geben ein äquivalentes Nehmen folgt, so brauchen sie sich nicht mehr an Materiellem zu klammern, sondern sie können freigebiger werden. Eine Reform des Geldes könnte also zu jener für einen seelischen Wandel erforderlichen Änderung der „sozio-ökonomischen Struktur“ beitragen, die die bisherige soziale Ungleichheit einebnet und die Menschen mit einem gewandelten „Gesellschafts-Charakter“ so

⁹⁸ Erich Fromm (1976/1979), S. 73 - 74 (legitime Eigentumsformen).

⁹⁹ Erich Fromm (1976/1979), S. 29, 84 (Geben und Teilen), 94 (Existenzweise des Seins) und 103 - 104 (Selbstlosigkeit und Solidarität, Kropotkin).

miteinander verbindet, dass sie „ein Gefühl des Einsseins mit anderen erleben“ können und - wenn noch eine Reform des Boden- und Ressourcenrechts hinzu kommt, die innerhalb ökologischer Begrenzungen einen gerechten Zugang für alle Menschen zu den natürlichen Lebensgrundlagen herstellt - auch „eine neue Einheit mit unseren Mitmenschen und mit der Natur“.¹⁰⁰

Ohne Blick für die Chancen, die in einer Geld- und Bodenrechtsreform für „tiefgreifende charakterologische Veränderungen“ der Menschen und eine Überwindung ihres „Marketing-Charakters“ angelegt sein könnten, blieben Fromms Vorstellungen von einem Übergang von der Existenzweise des Habens zu einer Existenzweise des Seins in einer Reihe von gut gemeinten Vorschlägen stecken, die im Detail unzureichend durchdacht waren und die auch kein schlüssiges Gesamtkonzept ergaben.

Nachdem die Kritische Theorie der Frankfurter Schule die Hoffnung auf einen Übergang vom Organisierten Kapitalismus in eine Sozialistische Produktionsweise bereits nach und nach aufgegeben hatte, war es für Fromm endgültig nicht mehr vorstellbar, dass eine Sozialistische Produktionsweise auf den von Großkonzernen und dem Staat organisierten Monopolkapitalismus folgen könnte. „Die westlichen Sozialdemokraten und ihre erbitterten Gegner, die Kommunisten innerhalb und außerhalb der Sowjetunion, verwandelten den Sozialismus in ein rein ökonomisches Konzept, dessen Ziel der maximale Konsum und der maximale Einsatz von Maschinen war.“ Deshalb sympathisierte Fromm mit Svetozar Stojanovic, Pedrag Vranicki und anderen Dissidenten in der jugoslawischen „Praxis-Philosophie“, die die dortige Arbeiterselbstverwaltung konzipierten, sowie mit Schumachers „Small is beautiful“. Von ihnen übernahm er das Ziel einer „radikalen Änderung des Wirtschaftssystems ... mit einem hohen Maß an Dezentralisierung“. Allerdings riet er gleichzeitig - ohne den Widerspruch zu bemerken - zu einem „Verzicht auf die weitgehend zur Fiktion gewordene ‚freie Marktwirtschaft‘“ und zu einer „gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung“, wie sie von zahlreichen osteuropäischen Dissidenten gefordert wurde, insbesondere von dem von Fromm nicht ausdrücklich erwähnten tschechischen Ökonomen Ota Šik.¹⁰¹

Doch wie sollten eine makroökonomische Rahmenplanung und eine Dezentralisierung der Wirtschaft zusammenpassen? Ähnlich wie Schumacher kapitulierte auch Fromm am Ende vor der Existenz von Großunternehmen und begnügte sich mit dem Versuch, ihre kapitalistische Funktionsweise zu zügeln, indem „wir das Recht der Aktionäre und Konzernleitungen, über ihre Produktion ausschließlich vom Standpunkt des Profits und Wachstums zu entscheiden, drastisch einschrän-

¹⁰⁰ Erich Fromm (1976/1979), S. 106 - 107 (neue Einheit der Menschen untereinander und mit der Natur).

¹⁰¹ Erich Fromm (1976/1979), S. 146 - 152 (Marketing-Charakter), darin S. 148 (Abneigung gegen Großkonzerne), 157 - 159 (Korruption des Sozialismus, jugoslawische Dissidenten und Schumacher), 172 (hohes Maß an Dezentralisierung, Verzicht auf Marktwirtschaft und gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung) und 175 (radikale Änderung des Wirtschaftssystems). - Zu Ota Šik vgl.den Abschnitt 10.6 im vorliegenden Buch.

ken“. Das bürokratische sollte durch ein „humanistisches Management“ ersetzt werden. Aber wie? Anstelle von materiellen Gewinnanreizen sollten „andere psychische Befriedigungen als Motivation wirksam werden können“. Doch wie sollten sie definiert werden? Abgesehen von diesen Unklarheiten rechnete Fromm ohnehin damit, „dass die Konzerne von Anfang an ihre ungeheure Macht einsetzen werden, um solche Neuansätze im Keim zu ersticken.“ Dennoch propagierte er weiterhin eine „industrielle Demokratie“, in der „jeder Angehörige einer großen industriellen oder sonstigen Organisation ... umfassend informiert ist und am Entscheidungsprozess teilnimmt. ... Wichtig ist, dass Arbeiter und Angestellte sich selbst vertreten und nicht durch Gewerkschaftsvertreter von außerhalb des Unternehmens in den einzelnen Mitbestimmungsgremien repräsentiert werden.“ Sie sollten „Hunderttausende von Nachbarschaftsgruppen (mit je ca. 500 Mitgliedern) bilden, die sich selbst als permanente Beratungs- und Entscheidungsgremien konstituieren.“¹⁰²

Die Existenz der Arbeiter und Angestellten wollte Fromm mit einem garantierten „jährlichen Mindesteinkommen“ vor „vielen Übeln der heutigen kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaften“ bewahren. „Die Frauen sind von der patriarchalischen Herrschaft zu befreien.“ Durch Änderungen ihres Konsumverhaltens und ihres Lebensstils und durch den „Aufbau militanter Verbraucherorganisationen“ sollten die Menschen dafür sorgen, dass die Produktion auf einen „gesunden und vernünftigen Konsum“ ausgerichtet wird. „An diesem Punkt stellt sich eine überaus schwierige Frage: Wer soll entscheiden, welche Bedürfnisse gesund und welche pathogen sind?“ Fromm betonte, dass sich diese Frage nicht durch eine obrigkeitliche Bevormundung der Menschen beantworten lasse; aber er gab darauf auch keine andere Antwort.¹⁰³

Ohne Zweifel hatten schließlich Fromms Forderungen nach einer atomaren Abrüstung und einer Schließung der Kluft zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden ihre Berechtigung. Aber sein entscheidender großer Irrtum bestand in der Erwartung, dass die Menschen auch ohne eine Aufteilung der großen Konzerne in kleinere und mittlere Unternehmen zur Existenzweise des Seins übergehen könnten. „Worauf es ankommt, ist die Macht, die Richtung der Produktion zu bestimmen, nicht der Kapitalbesitz als solcher.“ Damit blieb Fromm letztlich trotz aller Plädoyers für eine „maximale Dezentralisierung von Wirtschaft und Politik“ in den Grundstrukturen der Kapitalakkumulation und -konzentration sowie der Interessenvertretung der Lohn- und Gehaltsabhängigen durch Gewerkschaftsvertreter stecken. Sie lassen sich bestenfalls repräsentativ, aber nicht an der Basis demokratisieren, denn auf der Grundlage von ungleich verteiltem Kapitalbesitz ist es für die Entscheidungsträger unmöglich, die Informationsflüsse von

¹⁰² Erich Fromm (1976/1979), S. 173, 177 - 181 (industrielle Demokratie) und 183 (humanistisches Management).

¹⁰³ Erich Fromm (1976/1979), S. 175 (vernünftiger Konsum), 178 (Verbraucherorganisationen), 188 (jährliches Mindesteinkommen), 189 (Befreiung der Frauen vom Patriarchat).

Sonderinteressen freizuhalten. Außerdem sind sie in gesellschaftlichen Großgebilden auch bei Zuhilfenahme von modernen Informationstechnologien damit überfordert, die Vielzahl von vermeintlich objektiven Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten.¹⁰⁴

Bei seiner Suche nach einer zum Sein passenden Wirtschaftsweise bewegte sich Fromm noch immer gleichsam im Gravitationsfeld der Zentralverwaltungswirtschaft, die zwar als altes Ideal der Arbeiterbewegung ihre Anziehungskraft weitgehend verloren hatte, die aber noch in Gestalt einer makroökonomischen Rahmenplanung weiterwirkte. Und die zur Dezentralisierung viel besser passende marktwirtschaftliche Selbstorganisation der Wirtschaft vermochte noch überhaupt keine Anziehungskraft auf ihn zu entfalten, weil er den Markt nur in Gestalt seines abstoßenden Zerrbildes als monopolkapitalistisch vermachteten Verdrängungswettbewerb vor Augen hatte und noch nicht daran dachte, dass sich dieser pervertierte Markt mit den Mitteln der Geld- und Bodenrechtsreform sowie des frühen Ordoliberalismus in einen monopolfreien Wettbewerb mit neuen Formen einer Verbindung von zivilisiertem Wettbewerb und Kooperation umwandeln lassen könnte. Gewissermaßen ordoliberal war bereits Fromms Erkenntnis, dass „Freiheit nicht Laissez-faire“ und „nicht Freiheit von allen Leitprinzipien“ bedeutet, „sondern die Freiheit, der Struktur der menschlichen Existenz entsprechend zu wachsen“. Eine rechtsstaatlich garantierte gerechte Rahmenordnung einer monopolfreien Marktwirtschaft mit einer dezentralen Vielfalt von kleineren und mittleren Unternehmen mit sowohl privatem als auch gemeinschaftlichem „selbstgeschaffenem Eigentum“ könnte sich mit Fromms Vorstellung einer menschlichen Freiheit innerhalb einer „Struktur der menschlichen Existenz“ verbinden lassen.¹⁰⁵ Da Fromm jedoch keine Kenntnis der Bodenrechts- und Geldreform und des frühen Ordoliberalismus hatte, konnte sich ihm noch nicht der Ausblick auf die Möglichkeit eröffnen, das konzentrierte Geld- und Realkapital durch eine Reform der Geldordnung und des Bodenrechts sowie die Schaffung einer ordoliberalen Rahmenordnung freier, aber entkapitalisierter Märkte zu dezentralisieren, damit überschaubare, demokratisch mitzugestaltende Größenordnungen in der Wirtschaft entstehen zu lassen und zugleich die Funktion des Geldes zu stärken, den Informationsfluss innerhalb des hochkomplexen, von Menschen auch nicht mit Informationstechnologien zu überschauenden gesellschaftlichen Ganzen zu bewerkstelligen.

¹⁰⁴ Erich Fromm (1976/1979), S. 178 (Produktionsentscheidungen statt Kapitalbesitz), 183 (maximale Dezentralisierung), 187 (Nord und Süd), 194 (atomare Abrüstung).

¹⁰⁵ Erich Fromm (1976/1979), S. 83.

Habermas' unzureichendes Verständnis von Geld und Geldreform

Offenbar unternahm von den Angehörigen der Frankfurter Schule der Kritischen Theorie niemand einen Versuch, Marx' abwertende Kritik an Proudhon ähnlich wie Hannah Arendt¹⁰⁶ zu überdenken und nochmals zu prüfen, ob die Frühsozialisten, Mill, Proudhon, die Bodenrechts- und Geldreformer oder die frühen Ordoliberalen wirklich nur ‚reaktionäre Kleinbürger‘ waren oder ob sie vielleicht doch etwas zur Überwindung der spätkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse hätten beitragen können. Und sie ließen sich hierzu auch nicht von außen anregen. Den Versuch einer solchen Anregung unternahm Ernst Winkler, der während der frühen Nachkriegsjahre an Bestrebungen der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ (ASM) beteiligt gewesen war, den Ordoliberalismus mit der Geld- und Bodenrechtsreform zu verknüpfen. Im Sommer 1975 wandte er sich brieflich an Jürgen Habermas.

In seinem Buch „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ (1973) habe Habermas die „liberalkapitalistische Gesellschaftsformation“ zwar nicht ganz falsch, aber unzureichend beschrieben. Vor allem der nicht zu verleugnende „Imperativ der Selbstverwertung des Kapitals“ mitsamt dem „Gewaltverhältnis zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und den Lohnarbeitern“ und der „privatrechtlich sanktionierten Macht, Mehrwert anzueignen und privatautonom zu verwenden“, lasse sich - so Winklers Kritik an Habermas - nicht mit der Wert- und Mehrwerttheorie in Marx' „Kapital“ Band 1 allein auf die Verfügungsmacht von Privateigentümern über die Produktionsmittel und den Umstand zurückführen, dass die Produkte der menschlichen Arbeit dann als Waren in einem „selbstregulativen Marktverkehr“ ausgetauscht werden.¹⁰⁷ Da Habermas die dem „Liberalkapitalismus“ innewohnende Krisenhaftigkeit ausführlich dargestellt habe, hätte ihm auffallen können, dass Marx' von den Klassikern übernommene Prämisse nicht stimmen konnte, dass „die Institution des Marktes ... sich auf die dem Äquivalententausch innewohnende Gerechtigkeit stützen ... kann.“ Unzählige nur scheinbar, aber de facto nicht äquivalente einzelne Tauschakte summierten sich zu gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten und Krisen, welche zu vielfältigen von Habermas richtig beobachteten „sozial desintegrierenden Steuerungsproblemen“ führten.¹⁰⁸

Zwar befinde sich der Spätkapitalismus nicht mehr wie der Laissez-faire-Kapitalismus des frühen 19. Jahrhunderts in einem nahezu politikfreien Raum. Im Organisierten Kapitalismus würden zwar Mono- und Oligopole den Wettbewerb

¹⁰⁶ Vgl. Hannah Arendt (1958/1998), S. 80 - 81, und den Exkurs 2 am Schluss von Abschnitt 9 über den Ordoliberalismus im vorliegenden Buch (Anm. 205).

¹⁰⁷ Ernst Winkler, Brief an Jürgen Habermas vom 30.6.1975, in: ders. (1975a), S. 26 - 27. - Jürgen Habermas (1973), S. 36 - 38 (selbstregulativer Markt und Imperativ des Kapitals), 42 (Gewaltverhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit) - 43 (Marx' Wert- und Mehrwerttheorie) und 46 (Marx).

¹⁰⁸ Jürgen Habermas (1973), S. 36 - 37 (Steuerstaat und relative Entkopplung von Ökonomie und Politik), 39 (Äquivalententausch), 42 (Steuerungsprobleme) und 122 (Äquivalententausch).

beschränken, aber - so Habermas - „der Steuerungsmechanismus des Marktes wird so lange nicht außer Kraft gesetzt, wie die Investitionsentscheidungen noch nach Kriterien betriebswirtschaftlicher Rentabilität gefällt werden. ... Die Substituierung von Markt- durch Staatsfunktionen verändert nicht den bewusstlosen Charakter des gesamtwirtschaftlichen Prozesses.“ Außerdem könne der in die „anarchische Produktionsweise“ (Marx) intervenierende und umverteilende „moderne Steuerstaat“ die krisenhaften Funktionsprobleme des Organisierten Kapitalismus auch unter den Bedingungen einer „relativen Entkopplung des ökonomischen Systems vom politischen“ mit seiner administrativen „Globalplanung“ nur übertünchen, aber nicht wirklich lösen.¹⁰⁹

Während Habermas einerseits noch dachte, dass die Krisen des Spätkapitalismus eine „objektive Grundlage für ein Krisenbewusstsein der bürgerlichen Klasse und für revolutionäre Hoffnungen der Lohnarbeiter“ schaffen könnten, sah er andererseits „im Augenblick keine Möglichkeit, die Frage nach den Chancen der Selbsttransformation des Spätkapitalismus mit triftigen Argumenten zu entscheiden.“ Weil der Spätkapitalismus seine Krisen verdrängen bzw. durch staatliches Handeln dämpfen könne, sei vorläufig eine große „Systemkrise nicht zu erwarten“. Deshalb konzentrierte sich Habermas darauf, die Krisenhaftigkeit des auf Wirtschaftswachstum angewiesenen Spätkapitalismus einschließlich seiner umweltzerstörerischen Auswirkungen und die zunehmenden Schwierigkeiten der politischen Legitimierung dieses Systems zu analysieren. Darüberhinausgehende Vorstellungen von einer zukünftigen „gebrauchswertorientierten Planung der Produktion“, welche schon Marx an die Stelle der „Naturwüchsigkeit der anarchischen Warenproduktion“ setzen wollte, deutete Habermas allenfalls vage an; aber vorsichtshalber unterließ er jeglichen Versuch ihrer konkreteren Beschreibung - vielleicht weil er aufgrund der Erfahrungen mit der staatlichen Globalplanung im Organisierten Kapitalismus eine „unvermeidliche Entstehung von Rationalitätsdefiziten der planenden Verwaltung“ fürchtete.¹¹⁰

Winkler hielt Habermas entgegen, dass der Grundwiderspruch des frühen wie auch des staatlich gesteuerten späten Kapitalismus nicht mit Marx' „Kapital“ Band 1 erkannt und überwunden werden könnte, weil sich daraus unausweichlich die Forderung nach einer staatlichen Zentralverwaltung der Wirtschaft ergebe. In Anknüpfung an den Band 3 sowie an Gesell, Keynes und die Ordoliberalen könne sich jedoch eine andere Chance zur Systemtransformation ergeben. „Ihrer Diagnose ‚ungelöstes Steuerungsproblem‘ würde ich zustimmen“, denn der Wirtschaftsprozess kann auf freien, mehr oder weniger staatlich regulierten Märkten wegen der dem kapitalistischen Geld inhärenten Funktionsmängel kein stabiles Gleichgewicht finden. „Die Therapie müsste also die Beseitigung des erkannten Struktur-

¹⁰⁹ Jürgen Habermas (1973), S. 51 - 53 (organisierter Kapitalismus mit Monopolen und staatlicher Globalplanung) und 75 (organisierter Kapitalismus als bewusstloser, nicht staatlich geplanter Prozess).

¹¹⁰ Jürgen Habermas (1973), S. 42 (Krisenbewusstsein und revolutionäre Erwartungen), 60 (Chancen der Systemtransformation), 63 (gebrauchswertorientierte Produktionsplanung), 89 (anarchische Warenproduktion), 94 (Rationalitätsdefizite) und 129 (Systemkrise).

fehlers sein und damit die Herstellung der vollen Funktionsfähigkeit der Selbststeuerung einer wirklich (nicht nur nominell) freien Marktwirtschaft mit echtem Leistungsaustausch, gesichert durch eine gesetzliche (am besten verfassungsmäßig abgesicherte) Rahmenordnung, welche die Bedingungen für eben diese setzt.“¹¹¹

Außerdem erinnerte Winkler Habermas an das von Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ formulierte „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“. Demzufolge könnte sich der Kapitalismus bei gegen null sinkenden Profitraten tendenziell selbst aufheben, wenn sich diese Tendenz nicht in periodisch wiederkehrenden ‚Gesundschumpfungskrisen‘ umkehren ließe und die Profitabilität des akkumulierten Kapitals nicht durch eine vorübergehende partielle Kapitalvernichtung wiederhergestellt werden könnte. Wenn dem Geld- und Realkapital die Möglichkeit genommen würde, zeitweise in einem passiven Standby-Modus zu verharren, bis die Renditen wieder steigen, könnte dem Kapitalismus die Fähigkeit genommen werden, sich selbst zu konservieren. Dies würde Winkler zufolge „genau in die Richtung der gewünschten monopolfreien Marktwirtschaft führen (echter Leistungsaustausch bei Überführung des Kapitalertrags in den Arbeitsertrag). Aber faktisch stößt es immer wieder gegen die von J. M. Keynes erkannte Schranke von 2,5 - 3 % der ‚Vorliebe für Liquidität‘ und löst dabei im komplexen Geflecht von Interdependenzen die nächste fällige Wirtschaftskrise aus. Hier also ist der entscheidende Ansatzpunkt für eine Therapie.“¹¹²

Habermas hatte selbst in Anknüpfung an Marx' & Engels' Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten ein „selbstnegatorisches Entwicklungsmuster“ beschrieben, bei dem sich die kapitalistische Gesellschaftsformation in periodischen Krisen durch Kapitalvernichtungen vor dem eigenen Untergang bewahrt. Aber er erkannte nicht die Chance einer Systemtransformation in Gestalt einer Überwindung des Kapitalismus bei gleichzeitiger Erhaltung der Marktwirtschaft, so dass die Therapie für ihn im Anschluss an den Band 1 des „Kapital“ noch immer in der Richtung einer „staatlichen oder irgendwie ‚gesellschaftlichen‘ Planungs- und Lenkungsmanipulation“ lag. „Sie wollen also“, gab Winkler Habermas zu bedenken, „nach bekanntem marxistischem Rezept die privatmonopolistische durch eine gesellschaftsmonopolistische Vermachtung der Wirtschaft ersetzen. Als guter Demokrat suchen Sie die hierfür erforderlichen ‚legitimatorischen Ressourcen‘ und als Philosoph der Emanzipation fordern Sie die ‚diskursive Einlösung‘ für einen solchen ‚normativen Geltungsanspruch‘, d.h. gesellschaftspolitischen Machtanspruch. Dieser Lösungsansatz entfernt sich himmelweit von meiner Vorstellung einer Emanzipation des Menschen und rechtfertigt in der Tat Ihre abschließenden pessimistischen Betrachtungen über das drohende ‚Ende des Individuums‘.“¹¹³

¹¹¹ Ernst Winkler (1975a), S. 26 - 27.

¹¹² Ernst Winkler (1975a), S. 26 - 27.

¹¹³ Jürgen Habermas (1973), S. 47 (Tendenz zur Selbstnegation des Kapitalismus). - Ernst Winkler (1975a), S. 26 - 27. - Nach Auskunft von Oliver Kleppel (Archivzentrum in der Universitätsbibliothek

So dezidiert hatte sich Habermas trotz seiner in diese Richtung gehenden Andeutungen aber gerade nicht für einen Übergang vom Organisierten Kapitalismus zu einer sozialistischen Produktionsweise ausgesprochen. Unabhängig davon besteht in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften das von Habermas benannte Problem, dass aufgrund der „asymmetrischen Verteilung“ von Einkommen und Vermögen sowie repressiver Herrschaftsstrukturen „die Kommunikation zwischen den Beteiligten ... systematisch verzerrt oder blockiert ist“. Deshalb wäre es von allergrößter Bedeutung (gewesen), den tieferen Zusammenhang zwischen den Störungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kommunikation einerseits und den Störungen im Kreislauf des dysfunktionalen kapitalistischen Geldes genauer zu analysieren.

Heinsohns Kritik an Habermas

Eine Vernachlässigung des Problemkreises Geld und Zins wurde Habermas um die Mitte der 1980er Jahre auch von einem Fachkollegen vorgeworfen. Der Soziologe Gunnar Heinsohn hielt ihm vor, in seinem zweibändigen Hauptwerk „Theorie des kommunikativen Handelns“ (1981) nicht den Anspruch einzulösen, die Funktionsweise der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft umfassend zu erklären. Habermas habe zwar die instrumentelle Zweckrationalität des Geldes im Blick gehabt, aber es fehle bei ihm jede kritische Auseinandersetzung mit dem Zins als „besonderem Wirtschaftsmotor“, der „das Gesellschaftsganze in Bewegung bringe. ... Im Inhaltsverzeichnis findet man das Wörtchen Zins nicht. In der aus vielen hundert Titeln zusammengesetzten Literaturliste findet man Arbeiten, die die gefürchtete Gottheit Zins erklären könnten, ebenfalls nicht.“¹¹⁴

Da ihm die Analyse der „Selbstverwertung des Kapitals“, die die ältere Kritische Theorie auf der marxischen Werttheorie aufgebaut hatte, nicht mehr als tragfähig erschien, wollte Habermas sie durch eine „Theorie des kommunikativen Handelns“ ersetzen, welche die „Paradoxien der gesellschaftlichen Rationalisierung“ und die „Pathologien der Moderne“ in „postliberalen Gesellschaften“ - sowohl im privaten und zugleich staatlich organisierten Monopolkapitalismus des Westens als auch im bürokratischen Staatskapitalismus des Ostens - angemessener beschreibt. Dabei wies Habermas zwar auf die Rolle von „Medien wie Geld und Macht“ hin, aber obwohl er die Entstehung des modernen Kapitalismus auf das Geld zurückführte, knüpfte seine Aussagen zum Geld lediglich an die von dem Soziologen Talcot Parsons entwickelte Interpretation des Geldes als soziales Kommunikationsmittel an. Außerdem folgte Habermas auch der verbreiteten Fehlinterpretation

Frankfurt/M.) in einer Mail an den Verfasser vom 8.2.2016 befindet sich im Vorlass von Jürgen Habermas keine Antwort von Habermas an Winkler.

¹¹⁴ Gunnar Heinsohn (1984a), S. 181 - 182. - Jürgen Habermas (1981), S. 395 - 397.

tion der Rentabilität als „rationale Orientierung“ des wirtschaftlichen Handelns.¹¹⁵ Das periodisch wiederkehrende Phänomen der krisenhaften „endogenen Unterbrechungen des Akkumulationsprozesses“ ließ sich in diesem Gedankenrahmen jedoch nicht erklären. Habermas bemühte sich auch nicht um ein Verständnis der kapitalistischen Produktion und Zirkulation als Gesamtprozess, obwohl er das Geld in anderem Zusammenhang bereits als das zentrale gesellschaftliche Steuerungsmedium identifiziert hatte, dessen Funktion als gesellschaftliches Kommunikationsmittel am höchsten generalisiert war. Die Funktionsmängel des kapitalistischen Geldes, die auch zu der von Habermas durchaus thematisierten „Überkomplexität“ der modernen Gesellschaften führten, analysierte er jedoch nicht. Schließlich übersah er auch noch die Möglichkeit, diese Überkomplexität der modernen Gesellschaften durch eine Optimierung der Geldfunktion zu reduzieren.

So mündete die „Theorie des kommunikativen Handels“ schließlich in die kaum noch systemkritisch zu nennende Schlussfolgerung, dass die gesellschaftlichen Konflikte im Spätkapitalismus „sich nicht an Verteilungsproblemen ... entzünden, sondern an Fragen der Grammatik von Lebensformen.“ Jenseits der alten Konfliktlinie zwischen dem Kapital und der Arbeit entstünde eine „neue Politik“ mit Auseinandersetzungen um „Probleme der Lebensqualität, der Gleichberechtigung, der individuellen Selbstverwirklichung, der Partizipation und der Menschenrechte“. Habermas erwartete eine „Überlagerung alter durch neue Konflikte“. Neben den Bürgerinitiativ-, Friedens- und Frauenbewegungen würden sich angesichts des „großindustriellen Eingriffs in ökologische Gleichgewichte“ besonders die „Antikernkraft- und Ökologiebewegungen“ gegen die „lebensweltlichen Pathologien“ erheben. „Die Themen der Wachstumskritik sind das einigende Band zwischen diesen heterogenen Gruppen. Für diesen Protest bieten weder die bürgerlichen Emanzipationsbewegungen noch die Kämpfe der organisierten Arbeiterbewegung ein Vorbild.“¹¹⁶

Habermas deutete - so die Kritik von Heinsohn an ihm - die Gesellschaft noch immer im Sinne von Marx & Engels mehr als kapitalistische Produktionsweise denn als kapitalistische Zirkulationsweise. Aus der Produktion und dem klassisch-marxistischen Tauschparadigma könne jedoch die Rolle des Zinses als Motor der Wirtschaft nicht hergeleitet werden. Es fragt sich nur, ob Heinsohn diese Antriebskraft der in sich widersprüchlichen kapitalistischen Modernisierung überzeugender erklären konnte als Habermas. Wollte Heinsohn überhaupt das kritische

¹¹⁵ Jürgen Habermas (1981), S. 255 (Geld als Ursprung des Kapitalismus), 391 (Geld ersetzt sprachliche Kommunikation), 396 (Rentabilität als Rationalität), 400 (Parsons über Geld und Macht), 548 - 551 (Selbstverwertung des Kapitals, Verhältnis zu Marx und Parsons, Medien wie Geld und Macht, gesellschaftliche Paradoxien und Pathologien der Moderne), 554 - 555 (ältere Kritische Theorie und Marx) sowie 556 und 563 (westlicher Privat- und östlicher Staatskapitalismus) und 564 (Geld und Macht); vgl. außerdem S. 583 (unhaltbar gewordene Geschichtsphilosophie) und 591 - 592 (Marx).

¹¹⁶ Jürgen Habermas (1981), S. 565 (krisenhafte Unterbrechungen der Kapitalakkumulation), 566 (lebensweltliche Pathologien), 573 (Geld als Steuerungsmedium und generalisierte Form der Kommunikation), 576 - 579 (alte und neue Politik) und 580 (Überkomplexität der Moderne).

Potenzial der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule der Soziologie erneuern? Und wollte er die „gefürchtete Gottheit Zins“ mit wirksameren Mitteln entzaubern als Marx & Engels und Habermas?

Zur Erklärung des Zinses entwickelte Heinsohn gemeinsam mit dem Ökonomen Otto Steiger eine Eigentumstheorie, deren erste Entwürfe noch den Titel „Das Geheimnis des Zinses“ trugen. Im Kontrast nicht nur zu Habermas, sondern auch zur Klassik und Neoklassik sowie zu Keynes und zum Monetärkeynesianismus behaupteten Heinsohn & Steiger, „dass die Grundelemente des Wirtschaftens bis heute nicht verstanden sind. Eine wissenschaftliche Lehre, die den Namen ‚ökonomische Theorie‘ verdienen würde, gibt es noch nicht. Ihre Grundlegung wird hiermit versucht.“¹¹⁷ Lösten Heinsohn & Steiger diesen hohen Anspruch ein?

Den Zins führten sie nicht wie Gesell und Keynes auf besondere Eigenschaften des Geldes zurück, sondern letztlich auf die Existenz von privatem Eigentum und zwar insbesondere von privatem Eigentum am Boden. Damit entfernten sie sich nicht sonderlich weit von der Klassik, Neoklassik und vom Postkeynesianismus. Aber im Gegensatz zu deren Tauschparadigma betrachteten Heinsohn & Steiger das Geld nicht primär als Tauschmittel, sondern als Vermittler von Gläubiger-Schuldner-Beziehungen, bei denen das Privateigentum am Boden als Sicherheit für Kredite diene. Während der Zins für Gesell und Keynes eine Prämie für die Bereitschaft zum Verzicht auf die Liquidität darstellte, war er für Heinsohn & Steiger eine Prämie für die Bereitschaft von Privateigentümern, Kredite mit ihrem Privateigentum zu besichern. Bei näherem Hinsehen erweist sich also, dass die Eigentumstheorie von Heinsohn & Steiger keinen systemkritischen Gehalt aufweist – im Gegenteil, sie beschreibt lediglich bestehende Verhältnisse und rechtfertigt sie. Sie enthält keine ausdrückliche Unterscheidung zwischen dem privaten Eigentum am Boden und dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln und stellt weder den Charakter des Bodenprivateigentums als Handelsware, Spekulationsobjekt und mit Hypotheken beleihbares Kapitalgut in Frage noch den Tatbestand der hochgradigen Konzentration von privatem Eigentum an Produktionsmitteln. Auch problematisierten Heinsohn & Steiger den in ihrer Eigentumstheorie als Eigentumsprämie gedeuteten Zins nicht als leistungsloses Einkommen und im Gegensatz zu Heinsohns anfänglicher Kritik an Habermas strebten sie auch kein um Null oszillierendes Zinsniveau an.¹¹⁸

11.4.3 Niklas Luhmann und die Systemtheorie

Wichtigstes und einflussreichstes Beispiel für den Rückgang des Politischen in der Soziologie nach der Phase ihrer Politisierung durch die 1968er Studentenbewegung war die Systemtheorie des Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann (1927-

¹¹⁷ Gunnar Heinsohn & Otto Steiger (1996), S. 13 (erste Entwürfe) und 15 (Anspruch, die Ökonomie neu zu begründen).

¹¹⁸ Vgl. Gunnar Heinsohn (1984b) und Gunnar Heinsohn & Otto Steiger (1996).

1998). Jenseits aller klassisch-neoklassischen Deutungen der Gesellschaft und Wirtschaft als *Mechanismus* und ihrer romantisch-konservativen Deutungen als *Organismus* stellten Gesellschaft und Wirtschaft für Luhmann aufbauend auf dem Systemdenken des Biologen Ludwig von Bertalanffy und der von Norbert Wiener begründeten Kybernetik offene *Systeme* dar, die aus einer unübersehbaren Vielzahl von miteinander durch Kommunikation verbundenen Teilen bestehen und eine hochgradig komplexe funktionale Ausdifferenzierung aufweisen.¹¹⁹ Im Gegensatz zu Habermas sollte es für Luhmann nicht die Aufgabe der Soziologie sein, über die Beschreibung von gesellschaftlichen Realitäten hinaus auch noch eine Gesellschaftsveränderung anzustreben oder gar die Rolle von deren Avantgarde zu übernehmen. Luhmann triumphierte geradezu über die vermeintlich „erloschenen Vulkane des Marxismus“, nachdem er 1977 eine Kontroverse mit Habermas über die schwindenden Chancen einer sozialistischen Revolution geführt hatte und begann, die Kritische Theorie der Frankfurter Schule durch seine eigene soziologische Systemtheorie zu verdrängen.¹²⁰

In modernen Gesellschaften habe sich Luhmann zufolge eine Tendenz zur Selbstständigkeit von Teilsystemen gegenüber ihrem Gesamtzusammenhang ergeben. Zwar würden Teilsysteme wie die Wirtschaft mit den übrigen Teilsystemen verbunden bleiben; dennoch würden sie sich gemäß ihrer jeweils eigenen funktionalen Notwendigkeiten ausdifferenzieren und von der übrigen Gesellschaft abgrenzen. Was Luhmann als „Autopoiesis“ bezeichnete – nämlich die Vorstellung von sich selbsttätig organisierenden und stabilisierenden Systemen und Subsystemen –, war in wirtschaftlicher Hinsicht ein Spiegelbild seiner Zeit und kam dem Glauben des Neoliberalismus an die Selbststeuerungsfähigkeit von sich selbst überlassenen Märkten sehr entgegen. In seinem Buch „Die Wirtschaft der Gesellschaft“ (1988/1989) hob Luhmann ausdrücklich hervor, dass seine Systemtheorie einen „radikalen Bruch mit der mehrhundertjährigen Tradition der ‚Politischen Ökonomie‘“ und deren Anspruch darstelle, „die Gesellschaft nur noch von der Ökonomie her zu begreifen. ... Wir gehen stattdessen von einem Gesellschaftsverständnis aus, von dem her gesehen Funktionssysteme für Politik und für Wirtschaft neben vielen anderen nur für spezifische Funktionen ausdifferenziert sind und daher weder Vorrang noch übergeordnete Bedeutung, ja nicht einmal Repräsentations- und Steuerungsfunktionen der Gesellschaft in der Gesellschaft in Anspruch nehmen können.“¹²¹ Damit war die Dominanz der entfesselten internationalen Finanzmärkte über die reale Wirtschaft, die Politik und andere Lebensbereiche von vornherein ausgeblendet. Was Luhmann über die „Wirtschaft als autopoietisches System“ sowie über Geld und Preise, den Markt und das Verhältnis

¹¹⁹ Das hielt Luhmann jedoch nicht davon ab, auch selbst immer mal wieder zu den klassisch-neoklassischen Begriffen „Geld-, Preis- oder Marktmechanismus“ zurückzukehren; vgl. hierzu (1988/1989), S. 40 - 41, 45, 97.

¹²⁰ Niklas Luhmann (1984), S. 13. - Vgl. hierzu auch Emil Walter-Busch (2010), S. 226 - 231.

¹²¹ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 10 - 11.

zwischen Kapital und Arbeit ausführte, hatte trotz mancherlei Differenzierungen alles in allem nur einen deskriptiven, aber keinerlei emanzipatorischen Charakter.

Zweifellos war Luhmanns Einwand gegen eine ‚linke‘ Gesellschaftskritik zutreffend, dass die Wirtschaft als ein „hyperkomplexes System“ nicht zentralstaatlich geplant werden kann, sondern sich nur dezentral selbsttätig steuern kann.¹²² Aber seine systemtheoretischen Aussagen über das Geld und die dezentrale Preisbildung auf Märkten stellten alles in allem nur eine soziologische Flankierung des in der Ökonomie zur Vorherrschaft gelangten neoliberalen Zeitgeistes dar. Und sie waren in keiner Weise dazu angetan, die Gefährlichkeit der damals bereits auf Hochtouren laufenden Verselbstständigung des Geldes und der internationalen Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft und die Gefährlichkeit der fortschreitenden Monopolisierung der Realwirtschaft zu erkennen.

Ähnlich wie Friedman, für den Marktwirtschaft und Kapitalismus identische und gleichermaßen positiv besetzte Begriffe waren, unterschied auch Luhmann nicht zwischen der Marktwirtschaft und ihrem monopolkapitalistisch vermachteten Zerrbild. Für ihn gab es nur drei Grundmuster des Wirtschaftens: neben der Subsistenz- und Planwirtschaft die von ihm ebenso einseitig wie von Friedman und dem sog. Neoliberalismus protegierte ‚Marktwirtschaft‘. Unmittelbar vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetimperiums wollte Luhmann die real existierende Marktwirtschaft gegen jede von Marx inspirierte Kapitalismuskritik und die „derzeit im Vordergrund stehenden ... politökonomischen Fragen“ in Schutz nehmen. „Die Repolitisierung der Wirtschaft wäre die Folge mit all den Problemen einer Überlastung der Politik mit politisch nicht lösbaren Aufgaben.“ Dem kapitalistischen Westen attestierte Luhmann „die Faktizität seines wirtschaftlichen und (man darf wohl auch sagen:) politischen Erfolgs. Das mag als Bewährung ‚des Kapitalismus‘ interpretiert werden.“ Die „längst obsolete Opposition“ gegen ihn beruhe dagegen auf einer „grotesken Fehleninschätzung der Risiken und Gefahren, die mit der modernen Gesellschaft in Wirklichkeit verbunden sind.“¹²³

Auch wenn der marktwirtschaftliche Wettbewerb „keine ‚perfekte Konkurrenz‘ mit allwissenden Teilnehmern sein kann“, gab es für Luhmann keinen Zweifel, dass das „komplexe selbstreferentielle System“ des eigenen Gesetzen gehorchenden autopoietischen Marktes dank seiner Fähigkeit, mit Hilfe des Geldes einen ganzen Kosmos von Preisen zu bilden, über eine Fähigkeit zur dezentralen Selbststeuerung verfügt, die den Fähigkeiten einer staatlich-bürokratischen Planung oder auch nur Globalsteuerung haushoch überlegen und durch nichts zu ersetzen

¹²² Niklas Luhmann (1988/1989), S. 21, 37, 39, 67, 106, 161 und 175 - 176 [Distanzierungen von Marx und seinen Nachfolgern], sowie 33 126 [Hyperkomplexität]. - An einer Stelle deutete Luhmann Ähnlichkeiten zwischen den linken und rechten Kapitalismuskritiken an; vgl. S. 36.

¹²³ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 97 [Subsistenz-, Markt- und Planwirtschaft]; 21, 32 [Repolitisierung der Wirtschaft] und 37 [politökonomische Fragen] sowie 39, 67, 106, 153 [schwerfällige Semantik des Marxismus], 161, 175 - 176 [weitere Distanzierungen von Marx und seinen Nachfolgern] und 266 [Überlegenheit des Kapitalismus über den Sozialismus].

ist. „Politische Entscheidungen sind jedenfalls, so viel ist heute an sozialistischen Wirtschaften ablesbar, ein problematisches Substitut. ... Das Geldsystem und seine Preise lassen sich mithin ... als kaum reversible evolutionäre Errungenschaften charakterisieren.“¹²⁴

Bei aller Berechtigung von Luhmanns Bedenken gegen die Funktionsfähigkeit der zentralstaatlichen Planung oder Globalsteuerung der Wirtschaft bleibt jedoch höchst zweifelhaft, ob das bestehende Geld- und Preissystem die hochgradig komplexen einzelwirtschaftlichen Entscheidungen wirklich schon optimal aufeinander abstimmt. Ist wirtschaftliches Handeln der Politik wirklich nur in Gestalt der Makroplanung oder Globalsteuerung vorstellbar? Oder wäre es nicht gerade im Sinne der Geld- und Bodenrechtsreform und des frühen Ordoliberalismus in Gestalt der Schaffung einer gerechten, rechtsstaatlichen Rahmenordnung für das sich ansonsten dezentral selbst steuernde Wirtschaften zwingend erforderlich? Zwischen solchen Fragen und Luhmanns Systemtheorie lagen Welten.

Analog zur neoklassischen Betrachtung des Geldes als bloßes Tauschmittel war das Geld für Luhmann in Anknüpfung an den US-amerikanischen Soziologen Talcott Parsons bloß ein „symbolisch generalisiertes Tauschmedium“, das seine Funktion als wirtschaftliches Kommunikationsmittel erfüllt, indem es während seines Flusses durch die Wirtschaft unermesslich viele Zahlungs- oder auch Nichtzahlungsvorgänge vermittelt und dabei ebenso viele Preisinformationen in sich aufnimmt, verarbeitet und zwischen Anbietern und Nachfragern überträgt. „Geld ermöglicht eine sachlich/zeitlich/soziale Generalisierung von Tauschmöglichkeiten.“¹²⁵

Obwohl Luhmann einerseits unterstellte, dass sich das Wirtschaftssystem „als Funktionssystem mit eigener, selbstreferenzieller Autonomie in der Gesellschaft“ selbsttätig steuert, könne andererseits „das System ... nie im Gleichgewicht sein“. Seinem „Zweifel an Gleichgewichtsmodellen“ der Ökonomie lag jedoch ein Missverständnis zugrunde. In der Beweglichkeit der Preise für einzelne Güter und Dienste sah Luhmann nämlich den Grund für eine „basale Instabilität“ des Gesamtsystems. Dabei ist die Variabilität der Einzelpreise für das Funktionieren der dezentralen Selbststeuerung des Systems unverzichtbar und als solche gar keine Quelle einer systemischen Instabilität. Diese entsteht erst, wenn das durchschnittliche Niveau aller Preise, also die Kaufkraft der Währungen, nicht durch eine exakte Anpassung der zirkulierenden Geldmenge an das Volumen der Güter und Dienste stabilisiert wird und folglich Inflationen oder Deflationen entstehen.¹²⁶

¹²⁴ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 39 (Geld und Preise als evolutionäre Errungenschaften), 96 (komplexes System) und 101 (keine perfekte Konkurrenz allwissender Teilnehmer).

¹²⁵ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 14 - 15, 47, 68 und 231 - 249 (Talcott Parsons und Geld als symbolisch generalisiertes Medium).

¹²⁶ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 23 (variable Preise), 29 (Zweifel an Gleichgewichtsmodellen), 31 (Instabilität der Geldkosten, d.h. der Kaufkraft), 35 (basale Instabilität), 36 (Autopoiesis) und 51 (kein Gleichgewicht).

Obgleich Luhmann keine Möglichkeit sah, ein solches „fatales Kumulieren von Instabilitäten (zu) verhindern“, ging ihm „die Absicht, das Geld als solches zu kritisieren, zu weit, da niemand eine Re-Archaisierung des Gesellschaftssystems wirklich herbeiführen möchte“. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Kritik am Geld „seit seiner Expansion im späten Mittelalter“, ohne darauf einzugehen, dass diese frühmoderne Geldkritik eigentlich eine in den jüdisch-christlich-muslimischen Religionen und der aristotelischen Philosophie wurzelnde Geld- und vor allem Zinskritik war. Auf den Gedanken, anstelle einer „Pauschalkritik des Geldes“ zu überlegen, wie sich das Geld so umgestalten ließe, dass es seine Funktionen stabilitätsgerecht erfüllt und Preise gerecht werden, kam Luhmann auch an dieser Stelle nicht. Stattdessen beließ er es dabei, einen „Zusammenbruch der Lehre vom gerechten Preis ... spätestens im 16. Jahrhundert“ zu konstatieren. Zudem rechtfertigte er das individuelle Gewinn- bzw. Profitstreben, ohne nach berechtigten und fragwürdigen Bestandteilen des Profits zu differenzieren. Er nahm die von Karl Polanyi in dessen „Großer Transformation“ beklagte Tatsache als unabänderlich hin, „dass auch Boden (wie alle anderen Ressourcen) und Arbeit nur noch für Geld zu haben sind“, dass also die menschliche Arbeit als Lohnarbeit und die natürlichen Lebensgrundlagen zu Handelswaren geworden sind. Schließlich war Luhmann der geradezu antiemanzipatorischen Ansicht, dass eine soziale Ungleichheit notwendigerweise zur Komplexität des autopoietischen Wirtschaftssystems gehöre. „Geld muss im System ungleich verteilt sein, so dass Preise für den einen zu hoch, für den anderen dagegen erschwinglich oder sogar ohne spürbaren Aufwand erschwinglich sind. In beiden Hinsichten ist Ungleichheit Ausgangsbedingung und Produkt der Wirtschaft und Gleichheit wäre tödliche Entropie.“¹²⁷ Demgegenüber würde eine Überwindung von leistungsfremden Vermögenseinkünften sowie von sekundären leistungsfremden Einkünften wie zum Beispiel Steuerprivilegien mit Hilfe einer ordnungspolitischen Rahmensetzung zwar zu einer Reduktion der wirtschaftlichen Komplexität führen, diese aber auf einem Niveau erhalten, das deutlich über einer „tödlichen Entropie“ liegt. Soziale Gleichheit würde dann keineswegs eine Gleichmacherei bedeuten, sondern dazu führen, dass alle Formen von Arbeitseinkommen in einer im Vergleich zu heute deutlich geringeren Bandbreite voneinander abweichen. Innerhalb dieser Bandbreite bliebe eine dezentrale Selbststeuerung des hochgradig komplexen und in sich differenzierten Systems marktwirtschaftlicher Interaktionen durch ein gerechter verteiltes Geld erhalten und seine Funktion als Steuerungsinstrument würde unter solchen Umständen sogar noch verbessert.

Trotz der überaus starken inneren Zerklüftung des marktwirtschaftlichen Systems durch die soziale Ungleichheit gebe es - so Luhmanns Behauptung - einen intakten „Doppelkreislauf“ des Geldes sowie der Güter und Dienste mit „Kaskaden

¹²⁷ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 23 - 24 (Lehre vom gerechten Preis, Gewinnstreben), 32 (Kumulation von Instabilitäten), 41 (Geldkritik und Re-Archaisierung, Pauschalkritik am Geld), 55 - 58 (Profitstreben), 62 (Boden und (Lohn-)Arbeit) und 112 (Ungleiche Verteilung von Geld).

von Anschlussdifferenzen“ und einer „selbstreferentiellen Geschlossenheit“. Zwar gebe es einen Unterschied zwischen der Annahme und der Weitergabe von Geld, der eine „erhebliche strukturelle Bedeutung“ habe; aber dieses Problem der strukturellen Differenz zwischen dem Nehmen und dem Geben von Geld werde mit Hilfe der „Rentabilitätsrechnung“ gelöst. Was meinte Luhmann damit? „Während die Geldannahme durch die sichere, wenn auch inhaltlich unbestimmte Chance der Wiederausgabe hinreichend motiviert ist, ist die Wiederbeschaffung von Geld ein Problem.“ Das Annehmen von Geld fällt leichter als das Ausgeben - vor allem bei größeren nicht für den Konsum, sondern für Investitionen bestimmten Summen, weil ungewiss ist, wann erneut Geld eingenommen werden kann. Damit kam Luhmann der von Gesell und Keynes thematisierten strukturellen Disparität zwischen Geben und Nehmen bzw. Geld und Arbeit/Waren nahe, überlegte aber nicht, warum das Geben in einem angeblich geschlossenen Kreislauf nicht genauso selbstverständlich vonstattengeht wie das Nehmen und wie ein gleichermaßen selbstverständliches Geben und Nehmen erreicht werden könnte. Stattdessen begnügte sich Luhmann mit der lediglich die falschen Verhältnisse in kapitalistischen Marktwirtschaften widerspiegelnden Ansicht, dass die Bereitschaft zum Weggeben von Geld durch einen besonderen Anreiz erhöht werde: nämlich durch die Aussicht auf einen Rückfluss des weggegebenen Geldes mitsamt einer Verzinsung. „Man gibt Geld nur aus“ (insbesondere für Investitionszwecke), „wenn und soweit eine hinreichende Aussicht besteht, dass genau dadurch Geld wieder eingeht. ... Mit Recht kann man deshalb die Rentabilitätsrechnung als die Selbstkonditionierung des Systems ansehen.“¹²⁸ Im Zusammenhang mit dieser systemkonformen ‚Lösung‘ der strukturellen Differenz zwischen dem Nehmen und Geben von Geld verwechselte Luhmann die Rentabilität mit der Wirtschaftlichkeit. „Rentabilität bzw. Profitabilität wird damit als derjenige Faktor ausgezeichnet, der ein Kalkül als wirtschaftlich markiert.“¹²⁹ Wirtschaftlichkeit und Rentabilität wären einander jedoch nur bei einem durchschnittlichen Zinsniveau von Null gleich und nur unter dieser Bedingung wäre die strukturelle Differenz zwischen dem Nehmen und Geben von Geld aufgehoben.¹³⁰

Solche Überlegungen lagen Luhmann jedoch fern. Seiner Ansicht nach werde die strukturelle Differenz zwischen dem Geben und dem Nehmen durch die Erwartung eines um Zinsen vermehrten Geldrückflusses aufgehoben - während doch die sowohl einzel- als auch gesamtwirtschaftliche Übereinstimmung von Geben und Nehmen gerade dadurch verhindert wird. Dessen ungeachtet erweiterte Luhmann seine systemkonforme Argumentation noch um den Hinweis, dass es in einer stärker ausdifferenzierten Marktwirtschaft die Banken seien, die durch das Weiterverleihen des ihnen geliehenen Geldes dafür sorgen würden, dass der Geldkreislauf geschlossen bleibe. Ihre „Zwischenschaltung ermöglicht die Ab-

¹²⁸ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 131 - 139 (Doppelkreislauf und Rentabilitätsprinzip).

¹²⁹ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 142 (Wirtschaftlichkeit und Rentabilität).

¹³⁰ Vgl. hierzu Tilo König (2018), S. 217 - 236.

sorption größerer Risiken, sie nimmt auch dem leichten Verdienen von Geld mit Geld den üblen Geruch, indem genau dies nun den Bedingungen des Geschäfts unterworfen wird.“ Luhmann nahm die Zinsnahme, das Geldverdienen mit Geld und die „Möglichkeit, Zeit zu verkaufen“ gegen die Bedenken in Schutz, die „man noch in der beginnenden Neuzeit hatte“. Er rechtfertigte den Zins als eine marktübliche Risikoprämie, ohne daran zu denken, dass der Zins neben der legitimen Risikoprämie auch noch einen illegitimen Bestandteil enthält, nämlich die Prämie für den Verzicht auf das Festhalten von Liquidität, die eigentlich freiwillig und ohne Rentabilitätsbedingungen im Geldkreislauf zirkulieren sollte. „Das Leihgeschäft ... führt nicht dazu, dass jedermann hier leichtes Geld machen kann. Dafür gibt es nun Spekulation - mit den entsprechenden Risiken“¹³¹, die seit dem Beginn der Deregulierung der Finanzmärkte während der 1970er und 1980er Jahre tatsächlich in großem, die gesamtwirtschaftliche Stabilität gefährdenden Umfang von Finanzinvestoren eingegangen wurden. Luhmann propagierte dennoch den neoliberalen Glauben an die Selbststeuerungsfähigkeiten von sich selbst überlassenen Märkten, indem er darauf beharrte, dass „die moderne Gesellschaft ... auf eine Differenzierung von Politik und Wirtschaft, von Macht und Geld angewiesen“ sei. „Sie kann wirtschaftliche Probleme nicht einfach durch Zuteilung von Macht zum Zugriff auf knappe Güter lösen, ganz unabhängig davon, wie zentral oder dezentral solche Machtquanten verfügbar gemacht werden.“¹³² Dass ‚das Geld‘ zu jener Zeit längst begonnen hatte, sich die politische Macht unterzuordnen und die Demokratie zu untergraben, wollte Luhmann offenbar nicht sehen.

Neben der strukturellen Differenz zwischen dem Geben und Nehmen von Geld fiel Luhmann noch eine besondere Zwiespältigkeit des Geldes auf, die ihn aber ebenfalls nicht auf den Gedanken brachte, dass mit der Grundstruktur des Geldes etwas nicht in Ordnung sein könnte. Als ein „symbolisch generalisiertes Kommunikationsmittel“ könne das Geld nicht nur ganz allgemein „Verschiedenheit des Verschiedenen überbrücken“ und verschiedene knappe Güter miteinander vergleichbar machen, sondern es könne sich universalisieren, indem man in „überpekuniarisierten Verhältnissen“ noch viel mehr als nur wirtschaftliche Güter kaufen kann: „auch Freunde und Frauen, auch Seelenheil und politischen Einfluss und sogar Staaten, auch Steuereinnahmen, Kanzleitaxen, Adelstitel usw. ... Mehr als irgendwo sonst ist denn auch am Geld der Doppeleffekt von symbolischer und diabolischer Generalisierung bewusst geworden.“¹³³

Diese Zwiespältigkeit des sowohl symbolischen als auch diabolischen Kommunikationsmittels Geld war für Luhmann keineswegs ein Grund, nach den tieferen Ursachen dafür zu fragen, dass das Geld seine Grenzen überschreitet und in Lebensbereiche vordringt, in die es nicht gehört. Im Gegenteil - er wies die „hilflos

¹³¹ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 144 (Banken, Geld mit Geld verdienen, frühneuzeitliche Geld- und Zinskritik, Spekulation) und 147 (Zeit verkaufen).

¹³² Niklas Luhmann (1988/1989), S. 150 (Trennung von Politik und Wirtschaft).

¹³³ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 233 und 236 (Verschiedenheiten überbrücken), 239 (universale Käuflichkeit) und 248 (symbolische und diabolische Generalisierung).

wirkende ... Opposition von Luther bis Marx“ weit von sich. Die „diabolischen Züge des Geldes“ hätten nichts mit seiner „rechenhaften Formalisierung“ zu tun. „Sie liegen auch nicht, wie man seit dem Mittelalter immer wieder vermutet hat, darin, dass Geld zur Sünde verführt, Habgier weckt, Luxusbedürfnissen dient, von der Sorge ums Seelenheil ablenkt oder, wie Marxisten sagen würden, zur Ausbeutung und zum Warenfetischismus führt. ... Damit wird die religiöse und/oder moralische Geldkritik überflüssig. Wir ersetzen sie ... durch die Unterscheidung von symbolischer und diabolischer Generalisierung“, wobei Luhmann das Symbolische und das Diabolische unzulässiger Weise zu gleichermaßen selbstverständlichen Eigenschaften des generalisierten Kommunikationsmittels Geld erklärte. „Symbolik und Diabolik ... bilden ... eine unlösbare Einheit.“ Dass die diabolische Seite des Geldes seiner strukturellen Widersprüchlichkeit als kapitalistisches Geld entspringen und durch eine Reform des Geldes gemäß den Vorschlägen von Gesell und Keynes überwunden werden könnte, lag weit außerhalb von Luhmanns gleichsam neoliberal begrenztem Gedankenhorizont. „Offensichtlich wird die Geldtheorie überlastet, wenn sie zugleich als Vehikel der Gesellschaftskritik dienen muss.“ Für Luhmann gab es keinen Zweifel, dass „das Medium Geld trotz aller Abartigkeit funktioniert. ... Daher ist Geld der systeminternen Dauerstimulation ausgesetzt, ausgegeben zu werden. Es zirkuliert und verteilt dadurch die Knappheit im System auf von Moment zu Moment wechselnde Träger.“¹³⁴

Nach alledem ist nicht verwunderlich, dass Luhmann schließlich noch die Tragweite des Gegensatzes zwischen dem Kapital und der (Lohn-)Arbeit herunterspielte. „In ernsthaften Bemühungen um ein Verständnis der modernen Gesellschaft wird er kaum noch benutzt.“ Zwar gab und gibt es diesen Gegensatz nicht in der von Marx postulierten Form zweier klar voneinander abgrenzbarer und sich bekämpfender Klassen; insofern hatte Luhmann nicht unrecht mit seiner Bemerkung, dass „Marx ... schon auf der Ebene der sozialen Differenzierung ... bei empirischen und historischen Analysen die Existenz anderer Klassen zugestehen ... musste“ und dass die „Kampfsemantik von Kapital und Arbeit ... ihren Realitätsbezug verliert“. Das bedeutet aber keinesfalls, dass es einen Interessengegensatz zwischen dem Geld- und Realkapital und den lohn- und gehaltsabhängig Arbeitenden (und Arbeitslosen) in anderer komplexerer Form nicht mehr gibt. Sein Hinweis, dass „der Kapitalist andere Geldanlagen suchen ... kann, in denen sein Einkommen von Arbeitsbereitschaft und von Bedingungen des Arbeitsmarktes unabhängiger ist“, ist entgegen Luhmanns Intention gerade kein Argument für eine Relativierung des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Vielmehr

¹³⁴ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 240 und 242 (Geldkritik von Luther bis Marx, symbolische und diabolische Generalisierung), 248 (Geld funktioniert trotz aller Abartigkeit), 253 (Dauerstimulation zum Fluss des Geldes), 255 - 256 (Geldtheorie vs. Gesellschaftskritik) und 259 (Symbolik und Diabolik als Einheit).

hätte er hierin vor dem Hintergrund der Deregulierung der Finanzmärkte ein Indiz für eine komplexere Struktur dieses Interessengegensatzes sehen können.¹³⁵

Zwar wollte Luhmann die fortwährende Existenz von Verteilungsproblemen nicht bestreiten, aber er hielt es für „illusorisch anzunehmen, dass die moderne Gesellschaft bei Wegfall der Differenz zwischen Kapital und Arbeit - also bei Verzicht auf eine rein wirtschaftliche Kalkulation des Kapitaleinsatzes - ein glücklicheres Leben ermögliche.“ Im Übrigen werde die Bedeutung der Verteilungsproblematik überschätzt, weil immer noch die auf Marx zurückgehende „Superideologie“ des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit weiterwirke, obwohl „die derzeit wohl zentralen Probleme der modernen Gesellschaft in den Rückwirkungen von Umweltveränderungen, die die Gesellschaft ausgelöst hat“, und in der „eigentümlichen Wachstumsdynamik der modernen Gesellschaft“ lägen. Angesichts der ökologischen Probleme sei ein „Austragen von Konflikten an dieser Front“ - gemeint war der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit - nicht mehr hilfreich, was auch die Gewerkschaften einsehen müssten.¹³⁶

Luhmann verlor kein einziges geschweige denn ein kritisches Wort über die Deregulierung der Finanzmärkte sowie die fortschreitende Konzentration von Geld- und Realkapital und die Monopolisierung der Märkte. Den ungelösten sozialen Grundkonflikt der kapitalistischen Marktwirtschaft bagatellierte er im Vergleich zur zweifellos bedeutsam gewordenen ökologischen Problematik, ohne auch nur im Entferntesten zu erahnen, dass die sozialen und ökologischen Problementwicklungen eng miteinander verflochten sind und letztlich derselben Wurzel des den Gesamtzusammenhang von Natur und Gesellschaft desorganisierenden kapitalistischen Geldes entspringen.

Am Ende blieb Luhmann bei seiner ausgeprägten Skepsis gegenüber einer politischen Steuerung des „autopoietischen selbstreferentiellen Systems“ der Wirtschaft. Zwar sei es „so gut wie unmöglich, den Begriff der Steuerung ganz aufzugeben und die Zukunft einfach kommen zu lassen, wie sie kommt.“ Aber ohne Einsicht in die Notwendigkeit einer gerechten rechtsstaatlichen Rahmenordnung für die Selbstorganisation der Wirtschaft hielt Luhmann ihrer politischen Steuerung, die keineswegs nur in der Form einer zentralen Planung vorstellbar ist, entgegen, dass „systemtheoretischen Analysen ... den Blick zunächst auf die Selbststeuerung des Systems ... lenken, im Bereich unserer Analysen also auf die Selbststeuerung der Wirtschaft. ... Keine Politik kann die Wirtschaft, kann Teilbereiche der Wirtschaft, kann auch nur einzelne Betriebe sanieren; dazu braucht man Geld.“¹³⁷ Nein, dazu braucht man nicht Geld, sondern eine gerechte Ordnung des Geldwesens, welche die widersprüchliche Mischung aus der laissez-faire-kapitalistischen

¹³⁵ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 152 (Bedeutungsverlust des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit), 163 (soziale Differenzierung), 165 (Kampfsemantik ohne Realitätsbezug).

¹³⁶ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 169 - 171 (Umweltveränderungen und Wachstumsdynamik, fortbestehende Verteilungsprobleme, Illusion eines glücklicheren Lebens bei Wegfall der Differenz zwischen Kapital und Arbeit), 172 (Gewerkschaften) und 175 (Marxismus als Superideologie).

¹³⁷ Niklas Luhmann (1988/1989), S. 324 - 325 (Steuerung nicht ganz aufgeben).

Marktwirtschaft und ihrer staatsinterventionistischen Überformung allmählich überwindet. Zweifellos hatte Luhmanns Systemtheorie Vorzüge gegenüber dem mechanistischen Denken der klassischen Ökonomie und verschiedenen Form eines organischen Denkens ihrer Kritiker. Aber ohne eine ordnungspolitische Einrahmung des „autopoietischen Systems der Wirtschaft“ läuft sie auf eine bloße Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse hinaus.

11.4.4 Die Wiederentdeckung von Georg Simmels „Philosophie des Geldes“

Begünstigt durch die 1989 begonnene Gesamtausgabe aller Werke des Soziologen Georg Simmel erlebte insbesondere dessen philosophische Auseinandersetzung mit der Ambivalenz des Geldes im Laufe der 1990er Jahre eine Renaissance in der Soziologie und in geringerem Maße auch in der Ökonomie.

Einerseits hatte das Geld Simmel zufolge den Übergang der menschlichen Gesellschaft in eine nachfeudale und demokratische Moderne mit einer Entfaltung der menschlichen Individualität ermöglicht. In dieser positiven Funktion betrachtete Simmel das Geld als eine „Spinne, die das gesellschaftliche Netz webt“, sowie als eine „Sonderverwirklichung dessen, was den Gegenständen als wirtschaftlichen gemeinsam ist“, und als Ausdruck der individuellen „Vielheit ... (in der) Einheit des sozialen Körpers“.¹³⁸ Andererseits hatte sich das Geld zu einem absoluten, quasi-religiösen Selbstzweck über die Gesellschaft erhoben. Vor allem in den Großstädten, in denen Bankhochhäuser mittlerweile die Kirchen überragten, hatte es das Leben der Menschen nach seiner Ansicht einer nur noch abstrakten Zweckrationalität unterworfen und es entpersönlicht.¹³⁹

Im Rahmen der neueren Simmel-Rezeption kam es allerdings noch nicht bzw. nur ansatzweise zu einer systematischen Vertiefung zweier wichtiger Denkanstöße Simmels. Gar nicht aufgegriffen wurde bislang sein in seiner stadtsoziologischen Schrift über die „Großstädte und das Geistesleben“ (1903) enthaltener Hinweis auf die Problematik der privaten Vereinnahmung der Bodenrente in Großstädten. Ihr Charakter als „unearned increment“ wurde Simmel offenbar unabhängig von Franz Oppenheimers Werken über das „Bodenmonopol“ und das Genossenschaftswesen bewusst.¹⁴⁰ Abgesehen davon, dass es private Bodenrenten auch in

¹³⁸ Georg Simmel (1900/1989), S. 104, 107 und 122. - Vgl. auch den Abschnitt 6.4.1 im vorliegenden Buch.

¹³⁹ Zur Rezeption Simmels in der Ökonomie vgl. Hans Christoph Binswanger & Paschen von Flotow (1994) und Paschen von Flotow (1995) sowie den Abschnitt 11.5.6 im vorliegenden Buch.

¹⁴⁰ Georg Simmel (1903/1995a), S. 126 (Bodenrente in Großstädten, Kosmopolitismus). - Aus Briefen Simmels an Martin Buber vom 12.8. und 20.11.1905 geht hervor, dass Simmel damals lediglich Kenntnis von Oppenheimers „Der Staat“ hatte; vgl. Georg Simmel, Gesamtausgabe Band 22, Frankfurt/M. 2005, S. 523 und 529. In weiteren Briefen Simmels an Gustav Schmoller vom 9.12.1908, an Hermann Beck vom 3.11.1909 sowie an Ferdinand Tönnies vom 16.10.1912 ging es ohne jede Erwähnung von Oppenheimers Bodenreformen nur um dessen Mitwirkung im Vorstand der Deutschen Gesell-

kleinen Städten und auf dem Land gab, könnte dieser Hinweis von Simmels Nachfolgern übersehen worden sein, weil er sich in diesem Aufsatz ansonsten ganz auf die Großstädte als „Hauptsitze des Geldverkehrs“ und der „Käuflichkeit der Dinge“ konzentrierte. Ihr Wachstum deutete er auch in keiner Weise als räumliche Verdichtung der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital.¹⁴¹

Weitgehend unausgeschöpft blieb auch das Potenzial, das in Simmels Hinweisen auf das „Wertplus des Geldes“ und das „Superadditum des Reichtums“ enthalten ist.¹⁴² Lediglich der Soziologe Christoph Deutschmann (*1946) beklagte in seiner auf Marx, Simmel und Weber sowie auf Veblen und Polanyi aufbauenden Studie über die „Verheißung des absoluten Reichtums“ (1999) diesen „blinden Flecken der heutigen strukturfunktionalistischen Soziologie einerseits und der postmodernen Soziologie andererseits“. Nach Simmel und Weber hätten sich die Soziologen entweder wie Durkheim überhaupt nicht mehr für das Geld interessiert oder sie hätten sich wie Parsons in Übereinstimmung mit der ökonomischen Neoklassik allein auf seine Tauschmittelfunktion konzentriert und die „Vermögenseigenschaft des Geldes“ ausgeblendet. Das Geld bewerkstellige aber nicht nur die Allokation knapper Güter, sondern auch eine „Verteilung sozialer Macht“.¹⁴³

Am Ende seiner Rekonstruktion des Umgangs der Soziologie mit dem Geld näherte sich Deutschmann auch den Geldreformgedanken von Gesell und Keynes an. „Es reicht nicht aus, das Gute nur zu wollen; man muss auch wissen, worin es besteht. Wer nach diesem Wissen strebt, kommt nicht umhin, sich zunächst mit dem schwierigen Problem der Rolle von Geld und Kapital in der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Gesells und Keynes' Desiderat, die Kapitaleigentümer von ihrer Vorstellung abzubringen, sie hätten einen Anspruch auf einen ‚Ertrag‘, müsste in seiner ganzen Tragweite verstanden und praktisch in Angriff genommen werden - wahrlich keine geringe Aufgabe!“ In den schon von Keynes vorausgesehenen Zeiten, in denen „der Kapitalprofit erodiert ... , verliert das Kapital seinen spezifischen Knappheitswert“ und dann würden Keynes' Erwartung eines „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsels“ und seine „Formel der ‚Euthanasie des Rentiers‘“ wieder aktuell. „Das System, das entstehen würde, hat Schumpeter in dem ersten, der ‚Statik‘ gewidmeten Kapitel seiner ‚Theorie der Entwicklung‘ in allen Einzelheiten dargestellt. ... Der normale Reproduktionsprozess der Gesellschaft würde vom Imperativ der Innovation und Akkumulation abgekoppelt, die ‚Erwerbswirtschaft‘ in eine ‚Versorgungswirtschaft‘ (Binswanger) rückverwandelt.“ Zwar gebe es auch dann noch Innovationen, aber nicht mehr in Gestalt von ‚schöpferischen Zerstö-

schaft für Soziologie und beim Deutschen Soziologentag 1912; vgl. Georg Simmel, Gesamtausgabe Band 22, Frankfurt/M. 2005, S. 728 - 729, und Band 23, Frankfurt/M. 2008, S. 126 - 127 und 132.

¹⁴¹ Georg Simmel (1903/1995a), S. 122 (Großstädte als Hauptsitze des anonymen Geldverkehrs und der Käuflichkeit von allem).

¹⁴² Georg Simmel (1900/1989), S. 268 (Wertplus des Geldes), 274 - 275 (Superadditum des Reichtums).

¹⁴³ Christoph Deutschmann (1999), S. 9 (Durkheim und Parsons), 28 (Geld als blinder Fleck der Soziologie), 42, 45 - 48 (Vermögenseigenschaft des Geldes), 50 (knappe Güter und soziale Macht) und 55 - 59 (Parsons).

rungen' (Schumpeter) zur Rettung von Renditen vor den sich verstärkenden Sättigungstendenzen. „Die Produktion könnte dann in der herkömmlichen Weise fortgeführt werden, auch wenn sie keine Mehrwertkomponente enthält und nur noch konkreten, keinen absoluten Reichtum mehr liefert - es müssten nur die Kosten gedeckt werden. ... Auch ‚Unternehmerlohn‘ würde es geben, jedoch keinen Kapitalprofit mehr.“ Diese zukünftige nachkapitalistische Marktwirtschaft „würde eine im genauen Sinn ‚sozial eingebettete‘ Marktwirtschaft sein, die keinen ewigen Schätzen mehr nachjagt, sondern das durch das Geld verborgene tatsächliche Ausmaß sozialer Interdependenz der Menschen als endlicher und bedürftiger Wesen anerkennt.“¹⁴⁴

Auch in seinen weiteren Studien betrachtete Deutschmann die „Hyperthrophie der Finanzvermögen“ und die „chronische Überschussliquidität an den Finanzmärkten“ aus einer keynesianischen, aber nicht mehr fiskalpolitischen Perspektive. „Die Zins- und Renditeerwartungen der Kapitaleigentümer, die ja bislang im Gegensatz zu Löhnen, Renten und Sozialleistungen als sakrosankt gelten, dürften nicht länger tabu sein.“¹⁴⁵ -

Als Ergänzung zu seinen an Simmel orientierten Studien über die „Gesellschaft des Geldes“ und seine Bestrebungen, eine „monetäre Theorie der Moderne“ zu entwickeln, befasste sich auch der Soziologe Axel Paul mit den „nur scheinbar antiquierten Geldreformideen von Silvio Gesell und Friedrich August von Hayek“, womit er im Falle Hayeks dessen Vorstellung einer „Entnationalisierung des Geldes“ und einer privaten Herausgabe von mehreren konkurrierenden Währungen meinte. Zwar hätten „die Geldreformer ein Gespür für die in der Tat zentrale Rolle, welche das Geld für die moderne Marktwirtschaft spielt“. Jedoch hielt Paul „ihre Hoffnungen, das Geld technisch oder institutionell auf den Status eines bloßen Mittlers herabzudrücken“, für „verfehlt“ und er lehnte sie deshalb grundsätzlich ab. „Beide Lager verkennen ... , dass der Kapitalismus zunächst und vor allem eine Geldwirtschaft ist.“ Geldreformen seien „sozialutopische Projekte. ... Beider, Gesells wie Hayeks, Traum ist der einer a-sozialen Abschaffung des Geldes, wie wir es kennen.“¹⁴⁶

Gegen Hayek wandte Paul nachvollziehbar ein, dass eine Aufhebung des staatlichen Geldmonopols zugunsten einer Konkurrenz von privaten Währungen die Rolle des Rechtsstaats unterminiere. Ein „im Sinne von Hayek entpolitisiertes Geld“ würde außerdem zu „Verzerrungen des Preisgefüges“ führen. Die einzelnen Währungsanbieter wären bestrebt, den Kurs ihrer eigenen Währung gegenüber

¹⁴⁴ Christoph Deutschmann (1999), S. 180 - 183 (Gesells und Keynes' Desiderat, Schumpeters Theorie der Entwicklung). Deutschmann würde vermutlich nicht in Abrede stellen, dass die Produktion kurzfristig „in der herkömmlichen Weise fortgeführt“ würde, dass sie sich aber mittel- und langfristig qualitativ ändern würde.

¹⁴⁵ Christoph Deutschmann (2004), S. 153 - 163. - Vgl. auch Christoph Deutschmann (2002), (2003), (2006) und (2008).

¹⁴⁶ Axel T. Paul (2004/2012) und ders. (2009), S. 243 (scheinbar antiquierte Geldreformideen), 244 (Anschluss an Simmel) - 245 (Geldreform als sozialutopisches Projekt).

den anderen Anbietern zu steigern, und schließlich würde ein „freier Währungswettbewerb die Spekulation befeuern“. Demgegenüber habe Gesell „immerhin eine Ahnung vom inhärent politischen Charakter des Geldes“ und von der Notwendigkeit eines einheitlichen staatlichen Geldwesens gehabt. Damit relativierte Paul seinen gegenüber Gesell erhobenen Einwand selbst, dass dieser den Charakter der kapitalistischen Marktwirtschaft als Geldwirtschaft verkannt habe. Gesell sei allerdings der „liberalen Illusion, das Geld als Störfaktor auszuschalten“, erlegen und habe dessen „Gestaltbarkeit ... überschätzt“. Damit verneinte Paul indirekt die Möglichkeit, die bisherige kapitalistische Marktwirtschaft in eine zukünftige „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ zu transformieren. Nicht zuletzt wegen einer „volkswirtschaftlichen Irrelevanz von Bargeldbeständen“ könne ihm zufolge ein „Großversuch“ mit Gesells Geldreform nur zu Preissteigerungen bei Konsumgütern führen und sei deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt. In kleinen Modellversuchen mit regionalen Komplementärwährungen habe sich im Übrigen gezeigt, dass „Parallelgeldräume die Ausgrenzung der wirtschaftlich Schwachen aus dem Gesamtsystem“ fördern. „Als wirtschaftliche Selbsthilfeprojekte oder soziale Wärmestuben mögen sie taugen, als prinzipielle Alternative zum Markt und zur Gesellschaft wären sie repressiv und sozial desintegrativ.“ Dabei geht die soziale Ausgrenzung vom „Gesamtsystem“ aus und nicht von den an Gesell angelehnten „Alternativgeldern“, die sich auch gar nicht als „Alternative zum Markt und zur Gesellschaft“ verstehen, sondern als kleine Lernfelder, die zur Transformation der kapitalistischen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft beitragen wollen. Aber das war gerade nicht Pauls Ziel. Am Ende machte er Gesell zum einen den unberechtigten Vorwurf, den Zins „anstatt ihn mit Simmel oder wie später Keynes als Ausdruck einer am Gelde als allgemeinem ‚letzten‘ Repräsentanten von Wert haftendem Liquiditätsprämie ... zu begreifen ... , als natürlich-dinglichen, funktional irrelevanten Mehrwert der Ware Geld missverstanden“ zu haben. Und zum anderen hielt er ihm auch noch den gleichsam neoklassischen Einwand entgegen, in seiner Zinstheorie die „die Produktivität entfesselnde Kraft des Zinses“ ignoriert zu haben.¹⁴⁷

11.4.5 Die Jenaer neue Kritische Theorie:

Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa

Keiner der wiederentdeckten älteren Meisterdenker der Soziologie und keine neuere Denkrichtung, die wie die Frankfurter Schule, andere Zweige der Neuen Linken oder die Nachfolger Simmels während der letzten drei bis vier Jahrzehnte eine größere Bedeutung innerhalb der Soziologie erlangten, waren in der Lage,

¹⁴⁷ Axel T. Paul (2009), S. 246 (Großversuch), 247 (Irrelevanz von Bargeldbeständen), 249 - 251 (Hayek), 254 (politischer Charakter des Geldes bei Gesell und dessen liberale Illusion), 256 - 257 (Tauschringe und Regionalwährungen, überschätzte Gestaltbarkeit des Geldes), 258 (Fehldeutung des Geldes) und 259 (Produktivität entfesselnde Kraft des Zinses).

einen wissenschaftlichen Damm gegen die Entfesselung der internationalen Finanzmärkte mit ihren Fluten von Finanzinnovationen zu errichten. Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule war in dieser Hinsicht nicht kritisch genug. Soweit Luhmann seine Systemtheorie auf die Wirtschaft anwandte, war sie lediglich ein hochgradig abstrakter, wissenschaftlicher Schutz von wirtschaftlichen Machtinteressen. Und auch die Nachfolger Simmels drangen mit Ausnahme von Deutschmann nicht weit genug bis zu den tieferen Ursachen der Ambivalenz des Geldes und den krisenhaften Verwerfungen des Finanzmarktkapitalismus vor.

Nach alledem begannen die drei Jenaer Soziologen Klaus Dörre & Stephan Lessenich & Hartmut Rosa unmittelbar nach der großen Finanzkrise von 2008, die Kritische Theorie der Frankfurter Schule der Soziologie als eine Kritik am modernen, auf Beschleunigung und Wachstum eingestellten Finanzmarktkapitalismus wiederzubeleben und die „Jenaer Soziologie“ zu einem „Ort kritischer Analyse der Gegenwartsgesellschaft“ zu machen.¹⁴⁸

In den 1990er Jahren des „postkommunistischen Siegeszugs des Marktliberalismus“ sei es der Soziologie nicht gelungen, sich in einer Weise „mit dem gegenwärtigen, zuletzt offen krisenhaften Wandel der kapitalistischen Gesellschaftsformation ... auseinanderzusetzen, die einem kritisch-aufklärerischen Selbstverständnis gerecht würde.“ Der von ihr „offensiv zur Schau getragenen Marktfreundlichkeit“ traten Dörre & Lessenich & Rosa mit ihrem Vorhaben entgegen, mit einer „kollektiven wissenschaftlichen Anstrengung“ eine „Rückkehr der Kritik in die Soziologie“ einzuleiten. Dabei bezogen sie sich ausdrücklich auf die „Tradition der kritischen Theorie“ als einer „Tradition, die eine wesentliche Quelle der Inspiration aus der Marx’schen bzw. marxistischen Theorie bezieht“ und die den Kapitalismus sowohl in seinen historischen als auch in seinen gegenwärtigen Formationen als eine „verselbstständigte Form privater Profitakkumulation“ betrachtet.¹⁴⁹ Vor dem Hintergrund der historischen Auswirkungen der marxistischen Theorie und des Niedergangs der ersten Kritischen Theorie der Soziologie war es geradezu eine heroische Hoffnung, hieraus Inspirationen für die Analyse und Überwindung des modernen Finanzmarktkapitalismus ableiten zu können.

Ihr Projekt entwickelten Dörre & Lessenich & Rosa gemeinsam, wobei sie arbeitsteilig vorgingen und sich jeweils einem eigenen Schwerpunktthema zuwandten. Dörre analysierte die *räumliche Dimension* der kapitalistischen Verwertungs- und Akkumulationsprozesse, d.h. die innere und äußere ‚Landnahme‘ von immer mehr Lebensbereichen, welche sich die kapitalistische Gesellschaftsformation im Wege der Erschließung neuer Märkte einverleibt, um sie „dann früher oder später als entwertete ‚verbrannte Erde‘“ zu hinterlassen. Rosa untersuchte ihre *zeitliche Dimension*, d.h. die sich mit zunehmender Geschwindigkeit vollziehende Beschleunigung dieser Prozesse. Und Lessenich erforschte die „*Mobilisierungstendenz der Moderne*“, also die Strategien von Menschen, sich an die von Kapitalbe-

¹⁴⁸ Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 12.

¹⁴⁹ Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 10 und 12.

wegungen induzierten, dynamischen Veränderungen des „sozialen Raum-Zeit-Regimes“ aktiv anzupassen. „Landnahme, Beschleunigung und Aktivierung lassen sich daher als sachliche, zeitliche und soziale Dimensionen eines einzigen ökonomischen, kulturellen und politischen Prozesses beschreiben, dessen Basis die Logik der Kapitalbewegung bildet.“¹⁵⁰

- Dörres Anteil am Neustart der Kritischen Theorie begann insofern mit einem Paukenschlag, als er die sowohl klassisch-neoklassische als auch marxistische Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus in Frage stellte. Die „zeitgenössische Marktorthodoxie“ des Ordoliberalismus und der Chicago School betrachte „den entfalteten Wettbewerbskapitalismus“ mit dem Gewinnstreben und der Vertragsfreiheit als „Voraussetzung für politische Freiheit. ... Für den ... ökonomischen Mainstream ist der ideale Kapitalismus identisch mit einer Marktgesellschaft, die durch einen schlanken Staat reguliert und zusätzlich allenfalls von einer sittlichen Selbstverpflichtung ihrer Mitglieder zusammengehalten wird.“¹⁵¹

Zu Recht hielt Dörre dem neoliberalen Mainstream der Ökonomie insbesondere im Blick auf Hayek vor, dass er einen Markt rechtfertige, „der Ungleichheiten und Machtasymmetrien nicht beseitigt, sondern optimal nutzt.“ Zwar müssten sich die Marktakteure an Spielregeln halten; diese würden aber das ungerechte „Prinzip des survival of the fittest“ nicht ausschalten. „Ihre Majestät, die ökonomische Effizienz, entscheidet und nur die Stärksten überleben.“ Allerdings legte Dörre nicht offen, dass der „naive Effizienzbegriff des Marktfundamentalismus“ nur ein Deckmantel für das Streben des Geld- und Realkapitals nach der Maximierung seiner Rentabilität ist und dass das Rentabilitätsstreben oftmals im Widerspruch zur Wirtschaftlichkeit steht. Und leider fragte er auch nicht, ob es möglich sein könnte, die Spielregeln so zu ändern, dass kapitalistische Ungleichheiten und Machtasymmetrien vom Markt verschwinden. Andererseits - und damit trat Dörre in Anknüpfung an Karl Polanyi und an den französischen Soziologen Pierre Bourdieu doch auch aus herkömmlichen Denkgewohnheiten heraus - wurde ihm bewusst, dass „sich der Kapitalismus nicht auf Wettbewerb reduzieren ... lässt. ... Marktvergesellschaftung beruht somit auf widersprüchlichen, ja gegensätzlichen Handlungslogiken.“¹⁵²

Schon seitdem der frühe Konkurrenzkapitalismus im Laufe des 19. Jahrhunderts infolge der fortschreitenden Kapitalkonzentration in den staatlich organisierten Monopolkapitalismus übergang, seien Dörre zufolge Tendenzen zur „Aufhebung freier Konkurrenz“, zur „Trennung von Kapitaleigentum und Management“ und zur Planung der Produktion in „großen Unternehmensbürokratien“ erkennbar gewesen. Zudem habe „überall ... die Stärkung der Marktvergesellschaftung auf ihrer Kehrseite einen bürokratischen Überwachungsstaat hervorgebracht.“ Alles in al-

¹⁵⁰ Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 296 - 297.

¹⁵¹ Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 23 - 24.

¹⁵² Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 25 (ungerechte Spielregeln des Marktes), 26 (Effizienzdogma), 28 (Kapitalismus nicht nur Wettbewerb) - 29 (in sich widersprüchliche Marktvergesellschaftung).

lem lasse sich also nicht leugnen, „dass Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht identisch sind“. Dörre sprach deshalb sogar vom „Kapitalismus als sich selbst negierender Marktwirtschaft“ und machte diese Einsicht zum „Ausgangspunkt eigener konzeptioneller Überlegungen“.¹⁵³

Doch wodurch entstand überhaupt die fortschreitende Negierung der Marktwirtschaft durch den überbordenden Kapitalismus? An dieser Stelle versäumte es Dörre, sich noch einen weiteren Schritt von den gewohnten Denkmustern der ersten Kritischen Theorie zu entfernen und den sog. *Marktfundamentalismus* in das umzuinterpretieren, was er in Wirklichkeit ist: nämlich ein auf maximale Renditen ausgerichteter *Geldfundamentalismus*, der eine monopolkapitalistische Vermachtung der Märkte bewirkt und den vielgescholtenen ‚freien Wettbewerb‘ dabei in einen ebenso wildwüchsigen wie rücksichtslosen Verdrängungswettbewerb umwandelt. Statt diesen Geldfundamentalismus in Anknüpfung an den Band 3 des „Kapital“ von Marx & Engels und an die geldreformerische Seite von Keynes eingehender zu untersuchen, griff Dörre auf Marx‘ frühere geldferne Ausführungen über die ursprüngliche Kapitalakkumulation durch eine „innere Landnahme“ zurück - übrigens ohne dabei näher auf die private Aneignung des Bodens und der Ressourcen als elementarste Formen der Landnahme einzugehen. Sodann beschrieb er die großindustrielle Massenproduktion im staatlich organisierten „fordistischen Kapitalismus“ als „gemischte Wirtschaft des sozial-bürokratischen Kapitalismus“. Zwar sah Dörre hierin keine historisch notwendigen Vorstufe einer späteren Sozialistischen Produktionsweise mehr; aber er kritisierte sie auch nicht als eine Folge der vom kapitalistischen Geld vorangetriebenen und Märkte negierenden Konzentration von Geld- und Realkapital. „Das fordistische Akkumulationsregime stützte sich auf spezifische Verknüpfungen von Massenproduktion und Massenkonsum sowie eine darauf gegründete Lohnarbeitsgesellschaft.“¹⁵⁴

Nach dem Übergang in den neoliberal entfesselten Finanzmarktkapitalismus sei dieser fordistische Kapitalismus in eine Krise geraten - vor allem wegen der „Erosion des sozialgeschützten Normalarbeitsverhältnisses“, der Prekarisierung der menschlichen Arbeit und des „Niedergangs institutioneller Arbeitermacht“. Der „neue Geist des Kapitalismus“ bestand für Dörre vor allem in der Wiederkehr einer quasi frühkapitalistischen Existenzunsicherheit. Darüber hinaus findet sich bei ihm keinerlei Versuch, die „Überliquidität auf den Finanzmärkten“ und die „soziale Macht des Finanzkapitals“ aus einer strukturellen Macht des Geldes über Menschen und Märkte abzuleiten und anders als Marx zu erklären, wie sich gemäß den alten Marxschen Formeln $G - W - G'$ bzw. $G - G'$ aus Geld mehr Geld machen

¹⁵³ Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 29 (Unterschied zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus als eigener Ausgangspunkt), 30 (Kapitalismus als sich selbst negierende Marktwirtschaft; bürokratisierter Überwachungsstaat), 33 (Aufhebung der freien Konkurrenz), 34 (Produktionsplanung in bürokratisierten Großunternehmen, in denen sich Kapitaleigentum und Management trennten) und 35 (Marktwirtschaft und Kapitalismus sind nicht identisch).

¹⁵⁴ Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 36 - 46 (ursprüngliche Landnahme) und 46 - 50, hier: S. 47 (fordistisches Akkumulationsregime).

lässt. Im Hinblick auf das „globale Desaster“ der großen Finanzmarktkrise von 2008 verlor Dörre die Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus wieder aus den Augen und richtete seine Kritik nur noch gegen die „Marktorthodoxie“. Im Übrigen sei „bei der Analyse ... Vorsicht geboten, da die Ereignisse noch im Fluss sind.“¹⁵⁵

Dörres eingehende Kritik der „Landnahme“ in ihren anfänglichen Formen der Monopolisierung von Boden und Ressourcen und in ihren späteren Formen der Monopolisierung von Genen, Saatgut und Wissen¹⁵⁶ hätte konsequenterweise zur Forderung einer „Landrückgabe“ an die Allgemeinheit führen können, also zur Forderung nach einer Reform der Boden- und Ressourcenrechts und nach einer Umwandlung von Genen, Saatgut und Wissen in Gemein(schafts)güter. Davon ist bei Dörre jedoch keine Rede.

Dementsprechend vorsichtig blieben auch seine Antworten auf die Frage „Gibt es Alternativen? ... Heute sieht sich die Kritische Theorie in allen ihren Spielarten mit einer ‚postsozialistischen Situation‘ konfrontiert“. Nachdem das „Beispiel des staatsbürokratischen Sozialismus“ gezeigt habe, „wie rasch sich wissenschaftlich verbrämte Garantien vor der Wirklichkeit blamieren können“, sei größte Vorsicht gegenüber der „Suche nach einer Alternative *zum* Kapitalismus“ angebracht. „Tatsächlich ist eine erneute systemimmanente Transformation des Kapitalismus eine reale Option.“ Anstelle einer Systemtransformation hin zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft zog Dörre also „eine andere Form des Kapitalismus“ vor - etwa in der Form eines „ökosozialen Kapitalismus“ und/oder eines „ökologischen New Deal.“ Eine „Rekonstruktion von Arbeitermacht“ wollte Dörre nicht mehr als exklusives Politikziel anstreben. Daneben hielt er es auch für sinnvoll, Alternativen wie die genossenschaftliche „Solidarische Ökonomie oder die Wiederherstellung eines öffentlichen Bereichs“ praktisch zu erproben. Aber „wenn es eine konzeptionelle Antwort auf die Fragen“ nach einem „Veränderungspotenzial *innerhalb* des Kapitalismus“ gibt, „dann ist sie nach meiner Überzeugung mit dem Stichwort Wirtschaftsdemokratie am besten beschrieben.“¹⁵⁷

Dieses Fazit wirkt wie ein hilfloses Plädoyer für eine Rückkehr vom angelsächsischen zum rheinischen Kapitalismus. Jedoch war auch im fordistischen rheinischen Kapitalismus die Lohnarbeit nicht wirklich ‚normal‘, sondern trotz ihres sozialen Schutzes bereits ein kapitalistisches Zerrbild eines selbstbestimmten menschlichen Tätigseins. Und die Prekarisierung der menschlichen Arbeit im angelsächsischen Finanzmarktkapitalismus war ‚nur‘ eine noch höhere Stufe auf dem Weg ihrer Entfremdung und Verdinglichung. Insofern reicht es nicht aus, ‚nur‘

¹⁵⁵ Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 53 (Normalarbeitsverhältnis), 54 (Prekarisierung der Arbeit), 56 (Überliquidität), 58 (soziale Macht des Finanzkapitals), 64 (neuer Geist des Kapitalismus), 65 (Niedergang der gewerkschaftlichen Arbeitermacht), 67 (Wiederkehr existenzieller Unsicherheiten), 69 (Krise noch im Fluss) und 74 (globales Desaster, Marktorthodoxie).

¹⁵⁶ Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 39 - 46.

¹⁵⁷ Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 81 - 86 (Frage nach Alternativen). - Zur Wirtschaftsdemokratie vgl. auch Klaus Dörre (2015), S. 95 - 114.

vom angelsächsischen zum rheinischen Kapitalismus zurückkehren zu wollen. Schließlich könnte ein selbstbestimmtes und zugleich kooperatives Tätigsein von Menschen dort möglich sein, wo es die zweite Kritische Theorie bislang noch am wenigsten erwartet: in einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft mit einer breiten Streuung von sich allmählich entkapitalisierendem Geld-, Boden- und Real'kapital'.

- Rosas Beitrag zur Revitalisierung der Kritischen Theorie bestand in der Aufforderung an die Soziologie, sich als gesellschaftskritische Kraft zu erneuern. Sie sollte die „Frage nach dem guten Leben“ besonders im Hinblick auf die Lebensbereiche „Familienverhältnisse, Bildungsprozesse, Arbeit und politische Gestaltung“ neu stellen, die Aufmerksamkeit dafür stärken, „dass in den sozialen Verhältnissen etwas nicht stimmt“, und „soziologische Aufklärung“ über Fehlentwicklungen und Missstände vorantreiben, auch wenn es keine absoluten „Maßstäbe einer zeitgenössischen Gesellschaftskritik“ gebe. „Die Aufgabe der Gesellschaftskritik besteht dann in einer Analyse der (strukturellen) Ursachen für das kollektive (oder auch nur gruppenspezifische) Verfehlen eines guten Lebens.“¹⁵⁸

Als besonders problematische „Sozialpathologie“ beschrieb Rosa das „kapitalistische Wirtschafts- und Beschleunigungsregime“, das das „Grundversprechen der Moderne“ uneinlösbar mache, „ein selbstbestimmtes Leben nach eigenen Maßstäben zu führen“.¹⁵⁹ Für dieses Regime mit seiner „Dynamik der Kapitalakkumulation“ sind Rosa zufolge zwei Prinzipien ganz besonders bezeichnend: erstens das Wachstumsprinzip und zweitens das Beschleunigungsprinzip. Zum Kapitalismus gehörten von Anfang an ein „systemischer Zwang“ zum Wachstum bzw. ein „Wachstumstotalitarismus“. Und je länger dieses System bestand, desto mehr drängte es die soziale Entwicklung mit gleichsam exponentiell zunehmender Geschwindigkeit zu einem strukturellen Wandel, der zugleich den technischen Fortschritt und das gesamte Lebenstempo beschleunigte. „Wirtschaftswachstum und soziale Beschleunigung sind aufs Engste miteinander verzahnt in einer wechselseitigen Steigerungslogik ... , die uns die Moderne als ‚totale Mobilmachung‘ erscheinen lässt“.¹⁶⁰

Infolge dieser andauernden Steigerung des technischen Fortschritts und des Ausstoßes der Produktion kam es zu einer Fehlentwicklung, die schon Karl Polanyi als „Entbettung“ der Wirtschaft aus der sozialen Lebenswelt kritisch analysiert hatte. Rosa erweiterte diese kritische Analyse mit seinem Hinweis auf die fortschreitende „Erosion lebensweltlicher Verlässlichkeit und Kontinuität“. Im Turbo-kapitalismus mit dem „immer schrankenloseren Wettbewerb“ und den Sozial-

¹⁵⁸ Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 87 - 92 (Aufgabe der Gesellschaftskritik. - „Dies ist indessen nicht der Ort, die Auseinandersetzung um die Universalität von Gerechtigkeitsmaßstäben in Einzelnen nachzuzeichnen.“).

¹⁵⁹ Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 91 (Sozialpathologie), 93 und 95 (kapitalistisches Regime vs. Grundversprechen der Moderne).

¹⁶⁰ Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 98 - 101 (Wachstums- und Beschleunigungsprinzip, Steigerungslogik, „totale Mobilmachung“).

staatsreformen à la Hartz IV gehe sie so weit, dass sie „flexiblen Menschen“ (Richard Sennett) geradezu den Zwang auferlegt, größere existenzielle Unsicherheiten und eine zunehmende „Absturz- und Ausschlussgefahr“ in Kauf zu nehmen. So entstehe für die Menschen ein eklatanter Widerspruch zwischen ihrer Freiheit und ihrem „Autonomieverlust“. Hinzu komme eine „signifikante Zunahme von Angst-, Depressions- und Burn-out-Erkrankungen“. In der ganzen Gesellschaft breite sich eine „gestörte Weltbeziehung der Subjekte“ aus, zu der schließlich auch noch „politische Ohnmachtserfahrungen“ hinzukommen.¹⁶¹

Seine alles in allem „skeptische Diagnose“ war nach Rosas eigenen Worten „nur eine weitere Krisendiagnose“ und „weder neu noch originell. Aber das macht sie weder falsch noch irrelevant.“¹⁶² Vor allem wegen ihres Hinweises auf die kapitalistische Steigerungs- und Beschleunigungslogik war Rosas Krisendiagnose ganz sicher nicht falsch. Dennoch war sie insofern unvollständig, als sie mit keinem einzigen Wort geldwirtschaftliche Ursachen der Steigerungs- und Beschleunigungslogik erwähnte. Nur ein einziges Mal und auch das allenfalls beiläufig sprach Rosa von dem Motto „Zeit ist Geld“ als „einfacher zeitlicher Grundformel“ der kapitalistischen Beschleunigung und vom „Zinsprinzip“.¹⁶³ Ansonsten betrachtete er den Kapitalismus durchgängig als „Produktionsform“ mit dem obersten Ziel der „Profitmaximierung“ und sah überhaupt nicht, dass der Kapitalismus nicht nur eine Produktions-, sondern auch eine Zirkulationsform ist und dass Produktion und Zirkulation zusammen mit dem Konsum ein unteilbares Ganzes bilden. Zudem setzte Rosa das „spätkapitalistische Produktionsregime“ in eins mit dem unerbittlichen „Diktat des Existenzkampfes“ im „entfesselten Wettbewerb“, ohne zwischen dem real existierenden monopolkapitalistischen Verdrängungswettbewerb und einem realutopischen gerecht geordneten Wettbewerb zu unterscheiden, in dem die Menschen nicht mehr gezwungen werden, um ihre Existenz zu kämpfen, sondern wo jeder Mensch die gleiche Chance hat, den seinen Fähigkeiten und Neigungen gemäßen Platz im gesellschaftlichen Ganzen zu suchen.¹⁶⁴

Die von Dörre - zumindest ansatzweise - vorgenommene Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus spielte in Rosas Beitrag zur Wiederbelebung der Kritischen Theorie keinerlei Rolle. Für ihn waren sie wieder wie für Marx oder Weber zwei Seiten einer Medaille. Wenn die kritische Soziologie die ihr von Rosa zugewiesene Aufgabe einer „gesellschaftlichen Selbstreflexion“ und der Suche nach den Bedingungen eines für alle Menschen guten Lebens erfüllen soll,

¹⁶¹ Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 103 - 104 (Erosion der Lebenswelt), 111 - 117 (Sozialabbau und Hartz IV, Absturzgefahren, schrankenloser Wettbewerb, Autonomieverlust und seelische Erkrankungen, politische Ohnmacht) und 121 (gestörte Weltbeziehung).

¹⁶² Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 111 (skeptische Diagnose) und 125 (Krisendiagnose).

¹⁶³ Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 99 - 100 (Zeit ist Geld, Zinsprinzip).

¹⁶⁴ Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 95 (Profitmaximierung), 101 - 102 (Produktion), 118 - 119 (Existenzkampf im entfesselten Wettbewerb) und 122 (spätkapitalistisches Produktionsregime).

wird sie um eine größere Aufmerksamkeit für die Bedeutung der kapitalistischen Zirkulation für die Wachstums- und Beschleunigungsdynamik und für den grundlegenden Unterschied zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht herumkommen.¹⁶⁵

- Im dritten Beitrag zur Erneuerung der Kritischen Theorie in der Soziologie hob Stephan Lessenich die Notwendigkeit hervor, dass die Gesellschaftskritik nicht nur einzelne kritikwürdige Phänomene wie die Hartz IV-Gesetze in den Fokus rückt, sondern die ganze, zur Normalität gewordene kapitalistische Gesellschaftsformation auf den Prüfstand stellt. Während seine Antwort auf die Frage „Was ist Kapitalismus?“ äußerst knapp ausfiel und sich auf den Hinweis beschränkte, dass es im Kapitalismus in erster Linie um das Investieren von Geld zum Zwecke der Geldvermehrung gehe, konzentrierte sich Lessenich noch stärker als Dörre und Rosa auf den Gesamtzusammenhang von kapitalistischer Akkumulation durch lohn- und gehaltsabhängige Arbeit einerseits und den demokratischen Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat als „Ermöglichungsagentur der kapitalistischen Bewegung“.¹⁶⁶

Bei seiner Analyse des Gesamtzusammenhangs von Privatwirtschaft und Staat in der kapitalistischen Moderne ließ sich Lessenich hauptsächlich von Marx und Foucault anregen, die er nicht nur als „Stichwort- und Gedankengeber“, sondern geradezu als „Gesellschaftsgrößkritiker“ auf den Thron hob. „Das Widerspruchsmodell gesellschaftlicher Dynamik im Kapitalismus stellt den Kern neomarxistischer Gesellschaftsanalyse - auch der vorliegenden - dar.“¹⁶⁷ Und tatsächlich zeichnete Lessenich ein höchst differenziertes Bild von den sehr widersprüchlichen Funktionen des demokratischen Rechts-, Sozial- und Wohlfahrtsstaates im Kapitalismus. Zum einen ist der Staat ein rechtlicher Garant der „betrieblichen Direktionsgewalt des Unternehmers gegenüber den von ihm beschäftigten Arbeitskräften“ und der „produktionsorganisatorischen und betriebshierarchischen Einbindung“ der Arbeiter in das private Unternehmen, in dem dasjenige Kapital angehäuft ist, von dem die Arbeiter Marx zufolge seit den Anfängen der ursprünglichen Akkumulation ‚befreit‘ sind, so dass sie nur noch ihre Arbeitskraft als Ware auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt anbieten können. Und zum anderen muss der Staat gerade jene Arbeiter, die im Interesse einer „Aufrechterhaltung des Kapitalverwertungsprozesses“ entfremdet und verdinglicht werden, schützen und „auch auf die aus gesellschaftlichen Interessenformierungsprozessen entstehenden sozialen Forderungen reagieren“. Hierzu ist obendrein noch ein „steuerstaatliches Instrumentarium der öffentlichen Wertabschöpfung“ erforderlich, das schließlich noch einer demokratischen Legitimation durch dieselben Arbeiter be-

¹⁶⁵ Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 124 (Aufgabe der Soziologie); vgl. auch S. 93 - 94 (soziale Bedingungen für ein gutes Leben).

¹⁶⁶ Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 127 („Dem Gesellschaftskritiker geht es ... ums Ganze.“), 132 - 133 (Kapitalismus), 134 (Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat).

¹⁶⁷ Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 129, 136, 139 - 141 (Marx und Foucault).

darf, die zuerst wirtschaftlich ausgebeutet und nachträglich durch eine sozialpolitische Umverteilung existenziell gesichert werden. Eingezwängt in eine „systemische Doppelbindung“ an Kapital und Lohnarbeit hat der demokratische Rechts-, Sozial- und Wohlfahrtsstaat im Kapitalismus also eine höchst zwiespältige Funktion zu erfüllen, nämlich die widersprüchlichen Interessen wenigstens vordergründig zum Ausgleich zu bringen. Und auch das ist wegen der Fragilität des Gesamtgefüges nicht ohne krisenhafte Verwerfungen möglich. Deshalb sprach Lessenich in dem Sinne von einer „Dialektik von ... Bewegung und Einhegung, Freiheit und Disziplinierung“, dass die menschliche Arbeit einerseits als käufliche Handelsware ‚befreit‘ und andererseits sozialpolitisch wieder ‚gebunden‘ wird, und von einer „Gratwanderung an der Schwelle zur einseitigen Steigerung der jeweils einen oder anderen Logik“.¹⁶⁸

Lessenichs Analyse der „inhärenten Selbstwidersprüchlichkeit“ des Konglomerats aus kapitalistischer Privatwirtschaft und kapitalistischem Staat und der sich daraus ergebenden Funktionsprobleme hätte ihn zu der Überlegung veranlassen können, ob es vielleicht eine nicht mehr kapitalistische, von solchen Widersprüchen freie Gesellschaftsformation geben könnte, in der die Menschen nicht mehr nur vor dem Gesetz frei und gleich sind, sondern in der sie auch alle gleichsam in den Vollbesitz ihrer wirtschaftlichen Kräfte kommen und dann neue Formen des Arbeitens ohne Lohnabhängigkeit wie auch der Absicherung gegen verbleibende existenzielle Restrisiken entwickeln. Sein ‚linker‘ Argwohn gegen den Liberalismus und den Markt ließ in Lessenich aber wahrscheinlich gar nicht erst den Gedanken aufkommen, dass eine nachkapitalistische Marktwirtschaft eine solche Gesellschaftsformation werden könnte.¹⁶⁹

Es gab noch einen weiteren Grund dafür, dass ein solcher weit über das Bestehende hinausweisender Gedanke nicht in sein Blickfeld kam. Nach dem mit der neoliberalen Entfesselung der Finanzmärkte eingeläuteten Ende des sozial- und wohlfahrtsstaatlichen „goldenen Zeitalters des Kapitalismus“ mit seinem „vorübergehenden Erfolg der wohlfahrtsstaatlichen Vermittlung von ökonomischer und sozialer Rationalität“ verschob sich das Kräfteverhältnis zwischen dem konzentrierten Geld- und Realkapital und der lohn- und gehaltsabhängigen Arbeit so sehr, dass es zunächst unabdingbar wurde, ihrer weiteren Schwächung entgegenzutreten - auch wenn dies innerhalb der widersprüchlichen kapitalistischen Strukturen die Nebenwirkung einer weiteren Zementierung der Lohnarbeit zur Folge hatte. „War der Staat zu Beginn seiner Entwicklung zum Sozialstaat ... noch ein unschuldiges Kind, so ist der ausgebaute Wohlfahrtsstaat“ - wie Lessenich in Anspielung auf die sich ausbreitende „liberal-konservative Verdammnisrhetorik“ und

¹⁶⁸ Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 136 - 137 (Hierarchie von Kapital und Lohnarbeit, Dialektik von Freiheit und Disziplinierung), 146 - 151 (Gratwanderung, Kapitalverwertung, Schutz der Arbeiter, steuerliche Umverteilung, demokratische Legitimation, systemische Doppelbindung des Staates).

¹⁶⁹ Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 148 (inhärente Selbstwidersprüchlichkeit des Kapitalismus) und 150 (Liberalismus).

auf entsprechende Äußerungen von Niklas Luhmann schrieb - „zum bösen Onkel mutiert“, der angeblich Arbeitsunwillige zur finanziell nicht mehr tragbaren sozialpolitischen Selbstbedienung verleite.¹⁷⁰

Da Geldkapital in zunehmendem Umfang aus der Realwirtschaft und indirekt über Steuersenkungen und Steuervermeidungen auch aus dem Staatshaushalt flüchtete, entstanden hier wie dort finanzielle Engpässe und ein Kostendruck auf Löhne und Sozialleistungen. Die Zeiten, in denen sich der Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Lohnarbeit durch eine beiderseitige Teilhabe an einem jährlichen Produktionszuwachs entschärfen ließ, gingen über in eine neue Ära geringer Wachstumsraten und der sog. Flexibilisierung der menschlichen Arbeitskraft. Da sich kaum noch Zuwächse verteilen ließen, wurde die soziale Sicherung der Menschen im monopolistischen Verdrängungswettbewerb eingeschränkt, obwohl sie aufgrund ihrer fortgesetzten wirtschaftlichen Ausbeutung auf Unterstützungen durch den umverteilenden Sozial- und Wohlfahrtsstaat angewiesen blieben. Zunehmende existenzielle Risiken sollten die Menschen fortan stärker selbst tragen. Im Falle ihrer Arbeitslosigkeit sollte ihnen der zu einem „aktivierenden Sozialstaat“ umgebaute Staat nur noch in geringerem Umfang helfen und im Übrigen sollten sie für Krankheit und Alter in größerem Umfang privat vorsorgen. Somit erwies sich der Um- und Abbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaats als Reflex auf das Erstarken des Geldkapitals auf den internationalen Finanzmärkten, und die „aktivierungspolitische Mobilmachung“ war gleichsam der Versuch, die flexibilisierte Lohnarbeit schrittweise an die noch größere Flexibilität des Geldkapitals und die nicht ganz so große Flexibilität des Realkapitals anzupassen. In vermindertem „aktivierendem“ Umfang blieb der Sozialstaat allerdings notwendig, um die sich verstärkende Akkumulationsdynamik auf den Finanz- und Realkapitalmärkten in Gang zu halten. Insgesamt erschien Lessenich die „Aktivierungspolitik geradezu als Quadratur des wohlfahrtsstaatlichen Interventionskreises“ und das „aktive Selbst“ der Menschen darin als eine „durch und durch widersprüchliche Sozialfigur“, der eine wirtschaftliche Eigenständigkeit und Unabhängigkeit unterstellt wird, die es innerhalb der kapitalistischen Strukturen überhaupt (noch) nicht haben kann.¹⁷¹

Als Folgen dieses zunehmenden Ungleichgewichts zwischen Kapital und Lohnarbeit zeichnen sich zum einen Funktionsmängel dieser in sich widersprüchlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik und zum anderen ein Schwinden ihrer demokratischen Legitimation ab. Deshalb müsse es Lessenich zufolge „für eine politische Soziologie der Aktivgesellschaft ... darum gehen, die Widersprüche wohlfahrtsstaatlicher Intervention im (und in den) flexiblen Kapitalismus aufzuzeigen und die Paradoxien der politischen Produktion aktiver Subjekte zu benennen“. Aber stellte

¹⁷⁰ Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 154 - 155 (goldenes Zeitalter des Kapitalismus), 157 (Staat als unschuldiges Kind und böser Onkel, Luhmann) und 159 (liberal-konservative Kritik am Sozialstaat).

¹⁷¹ Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 168 (aktives Selbst in der Quadratur) und 170 (aktivierungspolitische Mobilmachung).

Lessenich darüber hinaus auch die „sozialpolitische Normalisierung der Lohnarbeitsgesellschaft“ grundsätzlich in Frage? Angesichts von „Grenzen der Kritik als wissenschaftlicher Kritik“ sei „im Rahmen einer gesellschaftskritischen Programmatik der Soziologie“ schließlich doch auch eine „selbstkritische Bescheidenheit angesagt“. Am Ende verließ Lessenich der Mut zur Utopie, wenngleich es für ihn durchaus auch eine Aufgabe der Gesellschaftskritik blieb, über die „Möglichkeit des ganz Anderen“ und ein „Ende des Kapitalismus“ nachzudenken.¹⁷²

- Trotz „mancherlei Differenzen ... zwischen uns“ lagen - wie Dörre & Lessenich & Rosa betonten - ihre „Positionen in vielem sehr eng beieinander“, so dass sie ihre vorläufigen Forschungsergebnisse zu einem in sich konsistenten Gesamtbild zusammenfügen konnten. Es setzte sich aus drei zentralen Elementen zusammen: aus den „verwüsteten Landschaften“, einem „rasenden Stillstand“ und einem „dynamischen Immobilismus“. Alles in allem wollten Dörre & Rosa & Lessenich eine neue Kritische Theorie der Gesellschaft auf einer „empirisch fundierten soziologischen Zeitdiagnose“ aufbauen und daraus eine „Perspektive einer notwendigen Systemüberwindung“ entwickeln. Allerdings waren sie sich „durchaus uneinig ... in der Frage, wie dieses Ziel zu erreichen ist bzw. wie der Weg, an dem dieses Ziel liegt, zu finden sein mag. ... Die ‚Systemfrage‘ ist nicht gelöst, sie stellt sich zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall vielleicht radikaler und nachdrücklicher als jemals zuvor. ... Für eine erneute gesellschaftliche Transformation gibt es kein Vorbild, kein Gesellschaftsmodell und schon gar kein fertiges Institutionenset.“¹⁷³

Zweifellos trifft die Einschätzung von Dörre & Rosa & Lessenich zu, dass es sich bei den permanent wiederkehrenden und sich verstärkenden Krisen der kapitalistischen Weltökonomie „nicht um eine vorübergehende ‚Erkrankung‘ eines an sich ‚gesunden‘ Systems handelt, sondern um den aktuellen Ausdruck eines inhärenten, strukturell unüberwindbaren Systemfehlers.“¹⁷⁴ Aber die alles entscheidenden Kernfragen blieben bei Dörre & Lessenich & Rosa genauso unbeantwortet wie schon bei der ersten Kritischen Theorie: Wie lässt sich das Geld als dienendes Tausch- und Kreditmittel erhalten bzw. noch stärken und wie lässt sich verhindern, dass aus Geld immer mehr Geld $G - W - G'$ bzw. $G - G'$ wird? Wie lässt sich mit anderen Worten seine Akkumulationsdynamik bremsen und schließlich stilllegen? Und wie lässt sich ein für alle Menschen gleicher Zugang zu den natürlichen Lebensgrundlagen des Bodens, der Ressourcen und der Erdatmosphäre herstellen?

Anstelle einer Suche nach einer Antwort auf diesen Schlüsselfragen beließen es Dörre & Rosa & Lessenich leider bei der knappen Andeutung, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen und „innovative Formen einer Wirtschaftsdemokratie“ Elemente eines zukünftigen Gesellschaftsmodells sein könnten. Damit blieben

¹⁷² Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 160 (Normalisierung der Lohnarbeitsgesellschaft) und 176 - 177 (Aufgabe einer politischen Soziologie, selbstkritische Bescheidenheit und Utopie).

¹⁷³ Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 12 und 14 sowie 295 - 302.

¹⁷⁴ Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 300.

sie allerdings noch in der Rivalität zwischen der Macht des konzentrierten Kapitals und der Gegenmacht der organisierten Lohnarbeit stecken und formulierten noch keine Grundlinien für eine Rückabwicklung der Landnahmen und für ein entschleunigtes und gleichwohl dynamisch bleibendes gutes Leben. Nur eines lässt sich - unabhängig davon, ob man an Grundeinkommen und Wirtschaftsdemokratie oder an geld- und bodenrechtsreformerische Ansätze einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft als mögliches Gesellschaftsmodell denkt - nicht leugnen, was Dörre & Rosa & Lessenich abschließend konstatierten, dass nämlich ein „politisches Subjekt“, das eine solche Systemtransformation verantwortlich gestalten könnte, „noch nicht auszumachen“ ist.¹⁷⁵ -

In einem im Jahr 2014 geführten Gespräch zwischen Lessenich, Rosa und dem ehemaligen Finanzminister Theo Waigel, an dem auch Margrit Kennedy teilnahm und die Geldreformansätze ansprach, hob Rosa die grundsätzliche Notwendigkeit einer „massiven Transformation des Wirtschaftssystems“ hervor. Ihr entscheidendes Merkmal bestehe darin, dass die Wirtschaft dann nicht mehr „angetrieben wird von dem Motor, der bei Marx ganz einfach mit G-W-G' bezeichnet wird“. Auf die Ansätze einer Geldreform gingen Rosa und Lessenich allerdings nicht ein.¹⁷⁶ Auch in seinem großen Werk „Resonanz - Eine Soziologie der Weltbeziehung“ (2016) wendete Rosa seinen konstruktiven Resonanzgedanken nicht auf das Geld an, obwohl die „Weltbeziehungen“ der Menschen nicht zuletzt auch deshalb tief gestört sind, weil das Geld in seiner bisherigen kapitalistischen Form die strukturelle Macht hat, alle diese Beziehungen zu unterbrechen bzw. sie in eine Schiefelage zu bringen und damit die Resonanz im komplexen Netzwerk des Gebens und Nehmens zu stören. Infolgedessen tritt der Kampf aller gegen alle an die Stelle einer Balance von Wettbewerb und Kooperation. Mit den Worten von Rosa bedürfte es stattdessen einer verlässlichen stetigen Geldzirkulation als „Resonanzachse“, um die elementarste „Resonanz“ zwischen Geben und Nehmen, Kauf und Verkauf, Sparen und Investieren in einem geschlossenen Geld-Güter-Kreislauf zu gewährleisten. Und auch die „Weltbeziehungen“ von Menschen zur „Weltaneignung“ wären im Sinne einer privaten Aneignung *oder* Nutzung des Bodens und der Ressourcen resonanztheoretisch zu untersuchen.¹⁷⁷ -

Anders als Rosa brachte der Philosoph Fritz Reheis den Resonanz-Begriff in seinem Buch „Resonanz-Strategie“ (2019) unmittelbar mit der Geld- und Bodenreform in Verbindung. Wie Rosa betrachtet auch Reheis den „Akkumulationszwang“ als das „Kraftzentrum des Kapitalismus. ... Eine Gelderwerbswirtschaft stülpt also der Welt ein anderes Zeitmuster auf als eine einfache geldvermittelte Tauschwirtschaft. An die Stelle von Kreisläufen und Rhythmen, an die Stelle von

¹⁷⁵ Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 301 - 302. Hartmut Rosas später erschienenen Buch „Resonanz - Eine Soziologie der Weltbeziehung“ (Frankfurt/M. 2016)

¹⁷⁶ Hartmut Rosa in: Hartmut Rosa & Stephan Lessenich & Margrit Kennedy & Theo Waigel (2014), S. 41 - 42 und 52 - 53.

¹⁷⁷ Hartmut Rosa (2016), S. 201 und 693.

Regenerativität, Reziprozität und Reflexivität tritt unter dem Zwang der Geldvermehrung eine lineare, letztlich exponentielle Bewegung. ... Die gigantische Beweglichkeit des Geldes, seine atemberaubende Fließgeschwindigkeit und die Möglichkeit, es zu speichern, führen zur Verwischung aller Grenzen, zwischen Räumen wie zwischen Zeiten.“ Aber darüber hinaus zieht Reheis auch eine Geld- und Bodenreform als Mittel in Erwägung, die Resonanz zwischen dem Geben und Nehmen innerhalb eines verstetigten Ware-Geld-Kreislaufs und mit der Natur zu stärken.¹⁷⁸

11.4.6 Dieter Prokop und die „Kritische Theorie des Gelds“

Einen Versuch, aus der Perspektive der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule endlich auch das Geld genauer zu untersuchen, unternahm der Soziologe Dieter Prokop (*1941), der zuvor die Gedanken von Horkheimer & Adorno zur modernen Kulturindustrie medienkritisch fortgeführt und sich ebenso kritisch mit der mono- und oligopolistischen Vermachtung der Wirtschaft durch Großbanken und Großkonzerne auseinandergesetzt hatte.

Ausgangspunkt von Prokops ökonomischen Überlegungen war nicht mehr wie bei Horkheimer & Adorno die marxische Aversion gegen die Dominanz des Tauscherts gegenüber dem Gebrauchswert von Waren. Die von ihm in den Vordergrund gestellte mono- und oligopolistische Vermachtung der Märkte in der deregulierten Finanz- und Realwirtschaft war für Prokop jedoch keine Folge einer in seiner strukturellen Macht wurzelnden Akkumulations- und Konzentrationskraft des kapitalistischen Geldes und er zog auch keine Geldreform als Tor zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft in Erwägung. Dem tieferen geldwirtschaftlichen Nährboden für die Existenz von „Oligopol-Konzernen, Machtkomplexen und Zocker-Banken“ im Real- und Finanzmarktkapitalismus und die Deformation der ökonomischen Rationalität ging Prokop noch nicht auf den Grund. Aber ohne jede Ambition, dass der Organisierte Kapitalismus den Weg in eine Sozialistische Produktionsweise bereiten könnte, öffnete er für die neuere Kritische Theorie immerhin einen ersten zwar noch unvollständigen, aber doch in die richtige Richtung weisenden Ausblick auf das allzu lange als kleinbürgerlich verschmähte Ziel einer Stärkung kleinerer und mittlerer Unternehmen gegenüber den Großbanken und Konzernen. Ganz überwunden hatte Prokop das pauschale marxistische Ressentiment gegen Märkte allerdings noch nicht, denn es fehlte ihm noch die geld- und bodenrechtsreformerische sowie ordoliberalere Vorstellung von einem bewusst entmonopolisierten Markt. „Auch das Gegenmodell zum Oligopol, die polypolistische Marktform, der wirklich ‚freie‘ Markt“, hat Schattenseiten, zum Beispiel die Vernachlässigung des Gemeinwohls.“ In Übereinstimmung mit Friedrich Engels setzte Prokop den polypolistischen Markt noch immer mit dem frühen Laissez-faire-Kapitalismus gleich. „Der polypolistische Markt kann jedoch auch ein Zustand

¹⁷⁸ Fritz Reheis (2019), S. 282, 286, 296, 299, 301-304 und 335-336.

der Freiheit sein. Ich will keine Idylle malen, aber in der freien Konkurrenz haben viele Zugang zu Produktionsmitteln und einen freien Zugang zu Märkten“, während Oligo- und erst recht Monopolisten den Preis- und Qualitätswettbewerb einschränken bzw. unterbinden und Markteintrittsbarrieren errichten, um potentielle Konkurrenten von den von ihnen beherrschten Märkten fernzuhalten.¹⁷⁹

Im finanzmarktgetriebenen Casino-Kapitalismus mit seinen Großbanken, großen Versicherungen, Hedgefonds, Ratingagenturen, Schattenbanken usw. sah Prokop eine höhere Form des Oligopol-Kapitalismus, die sich erst auf der Basis der Informationstechnologien und mit Hilfe von immer komplizierteren und riskanteren Finanzprodukten ausbreiten konnte. Wesentliche Brandbeschleuniger sah er dabei in der 1999 in den USA erfolgten Aufhebung des Glass-Steagall-Gesetzes, wonach Geschäfts- und Investmentbanken seit 1933 getrennt waren, sowie in „Raubtier-Algorithmen“ im weltweiten Hochfrequenzhandel mit Finanzprodukten und in den Überwachungsmöglichkeiten (Big Data), die mit den modernen Informationstechnologien entstanden sind.¹⁸⁰

Während Prokop in John Maynard Keynes' „International Clearing Union“ mit dem „Bancor“ als supranationaler Verrechnungseinheit und „Strafzinsen für Staaten, die zu viel Geld horten“, eine alternative institutionelle Struktur für die Weltwirtschaft sah, griff er dessen Hinweis auf die widersprüchliche „Doppelrolle des Geldes als Tauschmittel für den Güterkauf und alternativ dazu als Wertaufbewahrungsmittel für die Vermögensbildung“ nicht auf. Statt an den Denkansatz einer Neutralisierung des kapitalistischen Liquiditätsvorteils des Geldes anzuknüpfen und ihn weiterzuentwickeln, fühlte sich Prokop stärker zu einer von Keynes ebenfalls erwogenen „ziemlich umfassenden Verstaatlichung der Investition“ hingezogen - wohl wissend, dass „es heute unwahrscheinlich ist“, dieses Ziel auf parlamentarischem Weg zu erreichen.¹⁸¹

So beließ es Prokop bei der Forderung, von der kapitalistischen „Operation Abschluss“ zu einer „Operation Chancengleichheit“ überzugehen, die auch kleineren und mittleren Unternehmen einen Zugang zu Ressourcen, Krediten und Märkten verschafft. „Das muss kein utopisches Ziel sein“ - jedenfalls nicht, sobald ein Weg gefunden wird, die Konzentrationstendenz umzukehren und die Großbanken und Großkonzerne in kleinere und mittlere Unternehmen aufzuteilen bzw. zerfallen zu lassen.¹⁸² -

¹⁷⁹ Dieter Prokop (2013), Buchtitel (Oligopol-Konzerne, Machtkomplexe und Zocker-Banken), 34 (ökonomische Rationalität), 59 - 64, bes. S. 61 (oligopolistische vs. polypolistische Märkte), 68 - 72 (Markteintrittsbarrieren) und 186 (Unterschied zwischen dem Ordo- und dem neokonservativen Neoliberalismus).

¹⁸⁰ Dieter Prokop (2013), S. 22 - 30 (Raubtier-Algorithmen und Big Data), 97 - 101 (Finanzmarktgetriebener Kapitalismus) und 256 (Glass-Steagall-Act).

¹⁸¹ Dieter Prokop (2013), S. 241 - 242 (Keynes' ICU), 245 (Doppelrolle des Geldes) und 248 - 250 (staatliche Investitionslenkung). - John Maynard Keynes (1936/1976), S. 319 (staatliche Investitionslenkung). - Zu Keynes' Bancor-Plan vgl. auch Dieter Prokop (2014), S. 127.

¹⁸² Dieter Prokop (2014), S. 256 - 258 (Lösungsvorschläge).

Gerade dieses Problem ließ jedoch auch Prokops „Kritische Theorie des Gelds“ ungelöst. Statt sich der Tiefenstruktur des kapitalistischen Geldes zuzuwenden, richtete sich diese Theorie zunächst über weite Strecken, zum Teil sogar an der Grenze zum Populismus, gegen „betrügerische Geldgeschäfte ..., Täuschung und Betrug“ im Zusammenhang mit dem Euro, d.h. sie blieb auf der Ebene äußerlich sichtbarer Symptome eines tiefer liegenden Strukturproblems. Erst im mittleren Drittel wandte sich Prokop den eigentlichen Grundstrukturen des Geldes zu. Deren Analyse hätte der Kritik am Euro vorangehen müssen, um erkennen zu können, dass die Konstruktion des Euro mehr einer kapitalistischen Fehlstruktur des Geldes und den sich daraus ergebenden strukturellen Zwängen des neoliberal entfesselten Finanzkapitalismus entsprang als vorsätzlichen Täuschungen und Betrügereien.

Im Mittelpunkt von Prokops Analyse des „Geldes als absolutes Abstraktum“ stehen Marx und Simmel („Abstraktion beim Tausch“) sowie Keynes und Heinsohn & Steiger („Abstraktion beim Kontrakt“). „Geld ist Abstraktion in Reinform, der reine Logos. Und doch ist dieser reine Logos zugleich in alles mögliche Konkrete konvertierbar und in allem möglichen Konkreten präsent.“¹⁸³

- Von *Marx* übernahm Prokop die im „Kapital“ Band 1 dargelegte Auffassung, wonach „Geld ... die reine Verkörperung von Äquivalenz, also von Gleichheit“ sei. „Zwar war es Marx auch bewusst, dass sich Geld auch selbst außerhalb der Produktion vermehren kann. Aber das behandelte er im (posthum veröffentlichten) 3. Band seines Werkes.“ Prokop legte Wert auf die Feststellung, dass Marx neben der Rolle des Geldes als Tauschmittel auch schon dessen Rolle als „Medium der Kreditvergabe und des Zinses“ gesehen habe - und zwar lange vor Keynes, dem diese „Entdeckung“ meistens zugeschrieben werde. Aber das veranlasste ihn nicht, in Anknüpfung an den Band 3 und an Keynes genauer zu untersuchen, wie das herkömmliche Geld die Äquivalenz von Tausch- und Kreditbeziehungen aushöhlt und sowohl mikro- als auch makroökonomische Ungleichgewichte in der Wirtschaft verursacht.¹⁸⁴

- *Simmels* „Philosophie des Geldes“ habe gezeigt, „dass der Gebrauch von Geld die gesellschaftlichen Beziehungen versachlicht.“ Hierin sah Prokop eine positive Seite des Geldes. Ohne auf das „Superadditum des Geldes“ als dessen von Simmel immerhin angedeutete problematische Seite einzugehen, legte Prokop Wert auf die Feststellung, dass er zwar eine „Kritische Theorie des Geldes“ formulieren wollte, „aber sie vermeidet das pauschale Verdammnis des Vorhandenen.“ Zweifellos ist eine Differenzierung zwischen sinnvollen und problematischen Eigenschaften des Geldes besser als seine pauschale Verurteilung. Doch wo verläuft die Grenze zwischen dem Geld, das als Tauschmittel die persönliche Freiheit der Menschen erweitert, und dem Geld als Machtmittel, das vom Mittel zum Selbstzweck

¹⁸³ Dieter Prokop (2014), S. 105 (Geld als absolutes Abstraktum).

¹⁸⁴ Dieter Prokop (2014), S. 111 (Austausch von Äquivalenten bei Marx), 113 - 114 (Band 3 von Marx' „Kapital“).

geworden ist, das die Grenzen von Raum und Zeit durchbricht und die menschlichen Beziehungen anonymisiert? Und wodurch wird das Geld auch zum „Großen Usurpator, der auch vor den existenziellen Grundlagen der Menschen wie Nahrung, Wasser, Luft nicht Halt macht, vor Rohstoffen und Grund und Boden oder dem Regenwald ohnehin nicht“? Von Simmel übernahm Prokop die Vorstellung, dass sich subjektive Wertschätzungen von Waren im Geflecht aller wirtschaftlicher Beziehungen objektivieren und dass dann objektivierte Wertäquivalente ausgetauscht werden.¹⁸⁵ Und wie Simmel ließ er die Schattenseiten des Geldes vorerst auf sich beruhen.

- Somit überrascht es auch nicht, dass sich Prokop in seinen Ausführungen über *Keynes* durchweg auf dessen Werk „Vom Gelde“ (1930), aber nicht auf dessen „Allgemeine Theorie“ (1936) bezog. Während es in der „Allgemeinen Theorie“ um die sowohl positiven als auch negativen Funktionen des Geldes in den Transaktions-, Vorsichts- und Spekulationskassen ging, ging es in „Vom Gelde“ hauptsächlich um seine positive Seite als Zahlungsmittel und Recheneinheit (Prokop übersetzte „money of account“ mit „Verrechnungsgeld“), d.h. um die „Abstraktion in Reinform“, für deren Gültigkeit der Staat ebenso garantiert wie für die Einhaltung der auf dieser Basis geschlossenen Verträge.¹⁸⁶

- Bei Marx, Simmel und Keynes sei „die Entdeckung der objektiven Dimensionen des Geldes das Entscheidende. Bei *Heinsohn & Steiger* ist das die objektive Rolle des Eigentums-Kontrakts. ... Eigentum ist belastbar und verpfändbar. ... Wer sein Eigentum belastet und verpfändet, gibt damit ... die eigene Eigentumsprämie auf.“ Das Besondere an der Eigentumstheorie von Heinsohn & Steiger war für Prokop, dass in ihr das Vorhandensein von belastbarem und verpfändbarem Eigentum und nicht wie in der Klassik und Neoklassik der Tausch im Mittelpunkt stand. Gleichwohl propagierte er kein ‚entweder Eigentumstheorie oder Tauschparadigma‘, sondern gestand beiden Theorien ihre Berechtigung zu.¹⁸⁷

Heinsohn & Steiger fehlte jedoch genauso wie der Klassik und Neoklassik, von denen sie sich vehement abgrenzten, ein kritischer Blick auf das Eigentum. Weder die Klassik und Neoklassik noch Heinsohn & Steiger machten den unverzichtbaren Unterschied zwischen dem Eigentum als solchem und dem hochgradig konzentrierten kapitalistischen Privateigentum. Allesamt machten sie auch keinen Unterschied zwischen dem Privateigentum am Boden und an den Ressourcen einerseits und an den von Menschenhand geschaffenen Produktions- und Konsumtionsmitteln andererseits. Und keinem von ihnen kam die Frage in den Sinn, ob es überhaupt richtig ist, dass der Boden belastet und verpfändet werden kann. Auch Prokop stellte diese für eine kritische Theorie des Geldes zentralen Fragen nicht.

¹⁸⁵ Dieter Prokop (2014), S. 12 - 13 (Geld als großer Usurpator; Kritik, aber nicht Verdammung des Geldes). - Georg Simmel (1900/1989), S. 555 - 557 (Superadditum des Geldes).

¹⁸⁶ Dieter Prokop (2014), S. 122 (Abstraktion in Reinform) und 127 - 128 (Wertabstraktion und Kontrakt-abstraktion).

¹⁸⁷ Dieter Prokop (2014), S. 128 - 129 (Eigentums-Kontrakt) und 139 (Tausch- und Eigentumsparadigma).

Zwar erinnerte er daran, dass „Eigentum missbraucht werden ... kann“. Aber nach den „katastrophalen Folgen verselbstständiger Bürokratien“ in staatssozialistischen Ländern „wäre es naiv, die ‚Abschaffung des Eigentums‘, also die totale Verstaatlichung zu fordern.“ Obwohl „heute ... die Gefahren des Missbrauchs des privaten Eigentums hochaktuell“ sind, hielt Prokop „trotz allem das private Eigentum (für) ... das kleinere Übel.“¹⁸⁸ Auf die Frage, ob es Möglichkeiten geben könnte, das Privateigentum zu dezentralisieren und dadurch zugleich zu entkapitalisieren, kam er nicht.

Im Anschluss daran rang Prokop noch kurz mit der Frage, weshalb das Geld nicht nur „der stumme Diener beim Warentausch ist, wie es Wirtschaftswissenschaftler dazustellen pflegen“, sondern weshalb es sich auch „oft benimmt wie ein Usurpator, ein Gewaltherrscher.“ Aber er suchte diese Frage nur anhand der „Dialektik der Aufklärung“ und der „Kritik der instrumentellen Vernunft“ von Horkheimer & Adorno zu beantworten - also mit Hilfe der Grundlagenwerke der ersten Kritischen Theorie, in denen es außer einer Wiederholung von Marx' Hinweis auf das „Drama des Warencharakters“, in dem der „Tauschwert den Gebrauchswert überwältigt“, keine Hilfen zum Verständnis des „Kampfes zwischen dem Geld und allen anderen Waren“ gab. Nur einmal kam Prokop dem Kern der strukturellen Macht des Geldes mehr oder weniger zufällig nahe, als ihm auffiel, dass das Geld nicht nur als universelle abstrakte Wertform, die alle konkreten Wertformen potenziell in sich trägt, eine Sonderstellung auf den Märkten einnimmt, sondern dass es auch „ständig alle Waren auf ihre Verwertbarkeit ... prüft. Das ist ein permanenter, grausamer Evaluationsprozess, in dem die Waren andauernd von ihrer Herabstufung auf der Verwertbarkeits-Skala bedroht sind. ... Das Geld sitzt also den anderen Waren im Nacken ..., umso mehr ... , wenn eine neoliberal-marktradikale Politik die Verhältnisse dereguliert hat.“ Damit lag der von Gesell und teilweise auch von Keynes in der „Allgemeinen Theorie“ entwickelte Ansatz einer Geldkritik und Geldreform für Prokop zum Greifen nahe; aber er nahm sie nur flüchtig aus zweiter Hand zur Kenntnis. Und statt sich damit näher zu befassen, beendete er seine Kritische (?) Theorie des Geldes mit der Feststellung, dass im Tausch „freiheitliche Wert-Maßstäbe und egalitäre Gerechtigkeit“ angelegt seien und in Kredit- und Eigentumsverträgen „rationale Bonität“.¹⁸⁹

Von einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Geld haben sich Soziologen offenbar inzwischen wieder entfernt. So enthält zwar das viel beachtete Buch „Die Gesellschaft der Singularitäten“ (2017) von Andreas Reckwitz eine sehr detaillierte Darstellung des sozialen Strukturwandels während der letzten Jahr-

¹⁸⁸ Dieter Prokop (2014), S. 139 (Missbrauch des Eigentums).

¹⁸⁹ Dieter Prokop (2014), S. 143 (Geld als Tauschmittel und Usurpator), 146 (Tausch- und Gebrauchswert), 147 (Kampf zwischen dem Geld und allen anderen Waren), 149 - 150 (Geld prüft Waren auf Verwertbarkeit), 202 (Randbemerkung zu Gesells Geldreform auf der Basis einer kritischen Notiz von Lukas Zeise in dessen Buch „Geld - der vertrackte Kern des Kapitalismus, Köln 2010, S. 25) und 205 - 206 (freiheitliche Wert-Maßstäbe und egalitäre Gerechtigkeit im Tausch sowie rationale Bonität in Kontrakten).

zehnte, in denen die industrielle Massenproduktion im Zuge des technischen Fortschritts vielfach in eine diversifizierte Produktion von kleinen Serien und in die Entstehung von singulären Lebens- und Arbeitsformen übergegangen ist. Jedoch bleibt diese Darstellung von teilweise auch positiven Seiten der neueren Entwicklung von singulären Subjektformen insgesamt im bloßen Beschreiben von Phänomenen stecken, die im Laufe des Übergangs von der früheren Zwei-Klassen-Gesellschaft zur gegenwärtigen Drei-Drittel-Gesellschaft ihre innere Widersprüchlichkeit noch nicht abgelegt haben. Aber nach einer alternativen, in sich homogenen Gesellschaftsformation ohne soziale Ungleichheit und ohne Auf- und Abstiege zwischen oben und unten, in der entfremdete Menschen ohne religiös und ethnisch definierte (Pseudo-)Kollektividentitäten einen inneren Halt finden können, fragte Reckwitz leider noch nicht. Immerhin deutete er mit kurzen Hinweisen auf die Commons-Bewegung an, dass nach den Zeiten des „erschöpften sozialdemokratisch-korporatistischen Paradigmas“ und des „apertistisch-differentiellen Liberalismus“ eine neue Phase eines „regulativen Liberalismus“ folgen müsste, wenn der neue Trend zu mehr Singularität und Individualität nicht nur zu einer Selbstoptimierung auf strukturell vermachteten Märkten führen solle.¹⁹⁰ In der Commons-Bewegung sah Reckwitz offenbar einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer neuen „Allgemeinverbindlichkeit“. Darüber hinaus könnte sich eine Entkapitalisierung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen als ein weiterer notwendiger Schritt zu einer solchen die singularisierte Gesellschaft stärker integrierenden Allgemeinverbindlichkeit erweisen.

11.5 Von den „Grenzen des Wachstums“ zum „Wachstum der Grenzen“ und zur ökologischen Modernisierung im „Green Capitalism“

In der Ökologiebewegung der 1970er Jahre war es vor allem der schweizerische Ökonom Hans Christoph Binswanger (1929-2018), der die Systemkonformität der sich damals gerade in der Ökonomie entwickelnden Umweltökonomie kritisierte und das Dogma des unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums grundsätzlich in Frage stellte. Seine Argumentation wies einige Affinitäten zum frühen Ordoliberalismus auf, auch wenn Binswanger darauf nicht ausdrücklich Bezug nahm. In mancherlei Hinsicht war sie auch verwandt mit der „Small is beautiful“-Bewegung und verlieh deren Grundhaltung deutlich mehr ökonomischen Gehalt, als ihr von Kohr, Schumacher und Illich mit auf den Weg gegeben worden war.

¹⁹⁰ Andreas Reckwitz (2017), S. 410 – 411 (regulativer Liberalismus, Commons). Siehe auch Kap. 12.8 in diesem Buch.

11.5.1 Hans Christoph Binswangers Unterscheidung zwischen einer nicht wachsenden Versorgungswirtschaft und einer wachsenden Erwerbswirtschaft

Kurz nach dem Erscheinen des Berichts des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ (1972) hielt Binswanger ähnlich wie der US-amerikanische Ökonom Nikolas Georgescu-Roegen der neoklassischen Modellwelt entgegen, dass die moderne kapitalistische Wirtschaft keineswegs nur ein Kreislauf ist, wie sie seit Quesnay's „Tableau Economique“ (1758) geglaubt hatte. Vielmehr nimmt dieser Kreislauf aus seiner natürlichen Umgebung Ressourcen in sich auf und gibt Abfälle an sie ab. Außerdem ist dieser über lange geschichtliche Zeiträume mehr oder weniger stationäre ‚Kreislauf‘ seit dem Übergang vom Mittelalter zur Moderne in eine dynamische Spirale übergegangen. „Dieses Stadium ist charakterisiert durch den sog. Take-off und die darauffolgenden Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne der Zinseszinsrechnung. ... Die Erfahrung zeigt, dass diese Niveauerhöhung vom Moment des Take-offs an in langfristiger Betrachtungsweise exponentieller Natur ist. Der Zuwachs ist wie beim Zinseszins proportional zum jeweils erreichten Stand, ohne dass eine hemmende Größe diesen Zuwachs vermindert. Die Ursache für diese exponentielle Entwicklung ergibt sich aus dem Umstand, dass der Zuwachs mitwächst.“¹⁹¹

Für besonders problematisch am Wirtschaftswachstum hielt Binswanger den damit verbundenen Verbrauch von natürlichen Ressourcen und die ständig steigende ‚Produktion‘ von Abfällen. „Wenn das Sozialprodukt exponentiell mit einer Wachstumsrate von $p\%$ ansteigt, so erhöht sich der Umweltverzehr weit überproportional.“ Und bei einem ungebremst weitergehenden Wirtschaftswachstum muss es früher oder später „zu einem Zusammenprall des ökologischen und des ökonomischen Systems kommen“. Diese Sorge führte Binswanger zu zwei zentralen Fragen: Was hat den Take-off vom Wirtschaftskreislauf zur -spirale angetrieben? Und wie könnte es möglich werden, „den exponentiellen Wachstumstrend der Wirtschaft in ... ein neues ökonomisch-ökologisches Kreislaufsystem einmünden zu lassen?“¹⁹²

Den alles entscheidenden Antrieb des Wirtschaftswachstums erblickte Binswanger nicht wie die Neoklassik im Bevölkerungswachstum oder im technischen Fortschritt, sondern im herkömmlichen Geld, das er keineswegs wie die Neoklassik für ein harmloses Tauschmittel, sondern für den hauptsächlichen „Expansionsmotor“ hielt. „Das Wesen des Geldes ist seine Vermehrung“, wie es schon der antike Philosoph Aristoteles mit seiner Unterscheidung zwischen der ‚natürlichen‘ Versorgungswirtschaft („oikonomiké“) und der ‚gegen die Natur gerichteten‘ Erwerbswirtschaft („kapeliké“, von grch. „kapelikos = der Händler) treffend

¹⁹¹ Hans Christoph Binswanger (1972), S. 256 - 257 und 261 (vom Kreislauf zur Spirale, Take-off und exponentielle Zuwächse).

¹⁹² Hans Christoph Binswanger (1972), S. 265 (Zusammenprall von Ökonomie und Ökologie).

beschrieben habe. Während das Geld in der Versorgungswirtschaft tatsächlich nur ein dienendes Tauschmittel gewesen sei, sei es in der Erwerbswirtschaft außerdem noch zu einem Mittel geworden, Geld bzw. Geldkapital durch den Zins und Zinseszins zu vermehren. Oberstes Gebot ist es in kapitalistischen Marktwirtschaften, dass Eigen- und Fremdkapital Zinsen trägt. „Der Gewinn muss daher mindestens so groß sein, dass er den Zinseszinsanspruch des Kapitals gewährleistet. ... Der ‚Trick‘ des erwerbswirtschaftlichen, also des kapitalistischen Systems oder - um mit Hegel zu sprechen - die ‚List der Vernunft‘ besteht nun darin, dass sich die Warenproduzenten durch die Aufnahme von Krediten aus dem neu geschöpften Geld gleichzeitig die Nachfrage schaffen, die sie brauchen, um ihre Waren mit Gewinn absetzen zu können.“¹⁹³

Um die kapitalistische Erwerbswirtschaft („kapeliké“) in eine mit der Natur verträgliche Haus- bzw. Versorgungswirtschaft („oikonomiké“) zu transformieren, hielt es Binswanger für notwendig, „den aristotelischen Ansatz in einem neuen Sinne zu verwenden“. Er beließ es zunächst bei dieser vorsichtigen Wegweisung und stellte noch keine Verbindung zu dem von Gesell und Keynes entwickelten Geldreformansatz als Möglichkeit her, den aristotelischen Ansatz in eine neue ökonomisch handhabbare Form zu bringen - möglicherweise um der Gefahr zu entgehen, mit seinen unkonventionellen Gedanken der „Unterwelt“ der Ökonomie (Keynes) zugeordnet zu werden.¹⁹⁴

11.5.2 Ernst Winklers Unterscheidung zwischen der kapitalistischen Wachstumskrankheit und einer „Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang“

Ebenfalls unter dem Eindruck der „Grenzen des Wachstums“ und stärker noch des von Mesarović & Pestel verfassten zweiten Berichts des Club of Rome nahm sich Ernst Winkler als erster aus dem Kreis der Geldreformer der Aufgabe an, das „ungehemmte Wirtschaftswachstum“ und den „Zwang zu beständiger Wirtschaftsexpansion“ in einen Kausalzusammenhang mit der kapitalistischen, auf die Renditemaximierung angelegten Struktur des Geldes zu bringen. Im Gegensatz zur vorherrschenden Wachstumsideologie und dem Glauben an technische Lösungen für Umweltprobleme verwies Winkler darauf, dass jährliche Wachstumsraten von 3 %, die zur Sicherung der Kapitalrentabilität in etwa gleicher Höhe erforderlich seien, zu einer Verdoppelung des Sozialprodukts nach 23 Jahren führen würden.

¹⁹³ Hans Christoph Binswanger (1972), S. 268 (Geld als Expansionsmotor, Aristoteles' Unterscheidung zwischen Versorgungs- und Erwerbswirtschaft), 274 (Bevölkerungsentwicklung und technischer Fortschritt, Geldvermehrung), 276 - 277 (List der Vernunft, Verzinsung von eigenem und fremdem Kapital als Bedingung für Investitionen). - Die Lektüre von geldreformerischen Schriften hatte ursprünglich zu Binswangers Entschluss geführt, Wirtschaftswissenschaften zu studieren. Vgl. hierzu Roland Kley, Wachstum, Geld und Geist - Der Ökonom Hans Christoph Binswanger, St. Gallen 2010, S. 43 - 45.

¹⁹⁴ Hans Christoph Binswanger (1972), S. 278.

Gemäß der Exponentialfunktion würden sie nach 230 Jahren zu einer Vertausendfacherung des Sozialprodukts führen und nach 460 Jahren zu einer Steigerung auf das Millionenfache. Unabhängig davon, wie das Sozialprodukt gemessen werde, könne der Konflikt zwischen der Ökonomie und der Ökologie nur früher als später in einer „Weltkatastrophe“ enden. Wie Binswanger betrachtete Winkler nicht das Bevölkerungswachstum oder den technischen Fortschritt als „treibende Kraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems“, sondern die im Geld wurzelnde „konstitutionelle Krankheit des Kapitalismus“: „Die privatkapitalistisch vermachtete Wirtschaft wird durch die notwendige Verzinsung des Kapitals unter einen beständigen Wachstumszwang von mindestens 3 % gestellt.“ Deshalb könne sie nicht nach einer Phase des „organischen Wachstums“ in ein stabiles stationäres Gleichgewicht übergehen, sondern sie könne nur ungebremst weiterwachsen. Eine „Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang“ werde erst dann möglich, wenn es im Zuge einer Geld- und Bodenreform zu einer „selbstgesteuerten Sozialisierung des Kapitalertrags“ anstelle einer „staatlich geplanten und bürokratisch durchgeführten Sozialisierung des Kapitaleigentums“ komme und wenn bei gemeinschaftlichem Eigentum am Boden und an den Ressourcen sowie einem durchschnittlichen Zinsniveau von null Prozent eine „Bildung möglichst breit gestreuten Privateigentums (an Produktionsmitteln) aus Leistungseinkommen“ einsetze.¹⁹⁵

Ähnlich wie bei der Entstehung der Neoklassik, zu der Jevons, Menger und Walras um 1870 nahezu zeitgleich und unabhängig voneinander beitrugen, legten Binswanger und Winkler im Anschluss an die „Grenzen des Wachstums“ (1972) ebenfalls nahezu zeitgleich und unabhängig voneinander Grundsteine für eine monetäre Wachstumskritik.

11.5.3 Die Rückholung der Natur in die ökonomische Theorie durch Hans Christoph Binswanger

Der geldreformerische Kerngedanke tauchte auch in Binswangers Aufsatz „Natur und Wirtschaft“ (1979) wieder auf - aber erneut nur sehr vorsichtig mit einem theoriegeschichtlichen Bezug zu John Locke, dem aufgefallen war, „dass das Geld weder ‚abgenutzt wird noch verdirbt‘, also aus dem Werden und Vergehen der Natur herausgelöst wird“. Locke habe schon im 17. Jahrhundert in seiner „Zweiten Abhandlung über die Regierung“ richtig beobachtet, „dass mit dem ‚kleinen Stück gelben Metalls‘ ein Element in die Wirtschaft hineinkommt, das von der Natur und den natürlichen Bedingungen des Wirtschaftens wegführt. Es ist beliebig haltbar und anhäufbar und veranlasst daher den Produzenten, den wirtschaftlichen Ertrag nicht mehr in der stofflichen Produktion zu sehen, sondern in

¹⁹⁵ Ernst Winkler (1975b), S. 11 (Weltkatastrophe), 12 (Messung des Sozialprodukts und technischer Umweltschutz) - 13 (Mesarović & Pestel), 17 - 18 (ungehemmtes Wachstum, zwanghafte Expansion, exponentielle Steigerung), 21 - 22 (konstitutionelle Krankheit des Kapitalismus und Wachstumszwang) und 26 - 29 (soziales Bodenrecht und Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang).

der Vermehrung des ursprünglich eingesetzten Geldbetrags, in der Differenz von monetärem Ertrag und monetärem Aufwand, also im Gewinn.“¹⁹⁶

Auch an dieser Stelle verwies Binswanger noch nicht auf die Möglichkeit einer Beendigung dieser entgrenzten Kapitalisierung von Geld bzw. Geldkapital etwa durch „rostende Banknoten“ (Gesell) bzw. „künstliche Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes), sondern er erweiterte zunächst die Problemanalyse - und zwar in einer Weise, die auch für die Geld- und Bodenreformbewegung wegweisend war, nachdem diese sich längere Zeit hauptsächlich auf die Geldproblematik konzentriert hatte. Binswanger machte nämlich deutlich, dass genau „in dem Moment, wo das Geld ein bestimmender Faktor der Wirtschaft“ wurde, auch ihre „Loslösung von der Natur“ begann. Die Natur wurde zum Objekt des Geldes bzw. des Geldkapitals, das sie gleichsam in sich aufzog, um die eigene Kapitalisierung vorantreiben zu können. „So findet, man muss es geradezu so ausdrücken, ein alchimistischer Transmutationsprozess von Natur in Geld statt“ - ähnlich der parallel ablaufenden Transmutation von menschlicher Arbeit in Geld. In der Theorieentwicklung der Ökonomie hat dieser Prozess seinen Niederschlag gefunden, indem die Ökonomie zusätzlich zur verteilungspolitischen Dimension der Bodenproblematik verdrängte, was der Boden und die Natur neben der menschlichen Arbeit mit ihren Ressourcen zum „Wohlstand der Nationen“ (Adam Smith) beitragen. Zum einen ‚vergaß‘ sie gerade jene Theorien der französischen Physiokraten um Smiths Zeitgenossen Francois Quesnay, die die Natur noch im Blick gehabt hatten. Und zum anderen betrachtete die Ökonomie den Wohlstand in ihrer neoklassischen Produktionsfunktion - was Binswanger kritisierte - nur noch als ein Ergebnis des Einsatzes von menschlicher Arbeit sowie des Realkapitals und des technischen Fortschritts. „Es war, als hätte man dem Boden und damit überhaupt der Natur eine Tarnkappe angezogen, die sie unsichtbar macht. Das Kapital war, zusammen mit dem technischen Fortschritt, an die Stelle der Natur getreten.“ Aufgrund des „Unterschieds zwischen dem Endlichkeits-Charakter der Natur und dem Unendlichkeits-Charakter des Geldes bzw. des (Geld-)Kapitals“ sah Binswanger abermals die große Gefahr einer Kollision von Ökonomie und Ökologie. Und um diese Gefahr abzuwenden, müsse die Ökonomie ihren in der Produktionsfunktion auf das Reale verengten Kapitalbegriff überprüfen, die „dynamische Funktion des Geldes und der Geldrechnung korrigieren“ und den Boden bzw. die gesamte Natur in ihre Produktionsfunktion aufnehmen.¹⁹⁷ Auch ohne direkt an die ideengeschichtlichen Geld- und Bodenrechtsreformansätze anzuknüpfen, gab Binswanger mit diesen Überlegungen dennoch wesentliche Denkanstöße für deren ökologische Weiterentwicklung. Und er bestätigte in ökologischer Hinsicht, was ihre Vorläufer schon in sozialer Hinsicht konstatiert hatten, dass nämlich die

¹⁹⁶ Hans Christoph Binswanger (1979), S. 161 - 164 [John Locke über das Geld].

¹⁹⁷ Hans Christoph Binswanger (1979), S. 162 [Kapitalisierungsprozess als Loslösung der Wirtschaft von der Natur], 164 [Transmutation von Natur in Geld], 170 [Kapital anstelle der Natur] - 171 [Endlichkeit der Natur und Unendlichkeit des Geldes]. - Zur Rückbesinnung auf die Physiokratie vgl. auch Hans Immler (1985).

Geld- und Boden-/Ressourcenproblematik einschließlich der Reformen ein unteilbares Ganzes bilden.

11.5.4 „NAWU-Report - Wege aus der Wohlstandsfalle“ (1979)

Auch der „NAWU-Report“ („NAWU stand für „Neue Analysen für Wachstum und Umwelt“), den Binswanger 1979 gemeinsam mit Werner Geissberger und Theo Ginsburg veröffentlichte, stellte nicht explizit, aber dem Inhalt nach eine zeitgemäß aktualisierte Übertragung der ideengeschichtlichen Geld- und Bodenrechtsreformansätze in den neueren sozialen und ökologischen Kontext dar.

Der „Durchbrecherstrategie“, der zufolge weiteres Wirtschaftswachstum erforderlich sei, um die umweltschädlichen Nebenwirkungen des Wachstums beheben zu können, erteilte Binswanger eine klare Absage. „Der technologische Umweltschutz allein löst das Problem nicht; er schiebt es lediglich auf.“ Er sei zugleich eine „Sisyphusarbeit“, weil das „Vabanquespiel der wirtschaftlichen Expansion“ fortwährend neue Umweltschäden einschließlich globaler Klimaveränderungen verursache, hinter denen der technologische Umweltschutz nur herlaufen könne. „Wer für ständig weiteres Wachstum eintritt, kann nicht gleichzeitig behaupten, er wolle die Umweltverschmutzung wirklich konstant halten. Eine bessere Umweltqualität kann nicht dadurch erreicht werden, dass immer mehr produziert und dann der Abfall bzw. die Schäden mit immer höheren Kosten ‚beseitigt‘ werden, sondern nur dadurch, dass von heute an immer weniger Abfälle und Umweltschäden verursacht werden.“ Gleichwohl lehnten die Autoren des „NAWU-Reports“ den technologischen Umweltschutz aber nicht völlig ab, sondern betrachteten ihn zusammen mit einer Entkopplung von Wachstum und Ressourcen-/Energieverbrauch als vorübergehende Möglichkeit, für den Übergang vom *quantitativen* Wachstum über ein *qualitatives* Wachstum zu einer zukünftigen nicht mehr wachsenden „Langzeitökonomie“ Zeit zu gewinnen.¹⁹⁸ In diesem Zusammenhang erneuerten Binswanger & Geissberger & Ginsburg auch die bereits von Leopold Kohr geäußerten Zweifel an der Eignung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Maßstab für Wohlstand und Lebensqualität und machten Vorschläge, wie die wirtschaftliche Buchhaltung von Unternehmen um eine „ökologische Buchhaltung“ ergänzt werden könnte. „Grundsätzlich wäre es erstrebenswert, alle Unternehmen und Haushalte der Buchführungspflicht zu unterstellen, um auf diese Weise die gesamte Umweltbelastung zu erfassen.“ Hieraus ergaben sich auch erste Überlegungen, Obergrenzen für die von einzelnen Unternehmen ausgehenden Umwelt-

¹⁹⁸ Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 19 (Durchbrecherstrategie), 46 (Vabanquespiel der wirtschaftlichen Expansion, Umweltschutztechnologien), 68 (technologischer Umweltschutz als Sisyphusarbeit), 73 - 75 (Weltklima), 109 (Reduktion von Wachstum und Umweltschäden), 118 - 119 (technologischer Umweltschutz), 123 (Zeitgewinn, Entkopplung) und 124 (Langzeitökonomie). Zum technologischen Umweltschutz vgl. auch S. 154 und 214 (Zeitgewinn).

belastungen festzulegen und einen Handel mit „Umweltbelastungs-Zertifikaten“ einzurichten.¹⁹⁹

Angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Grenzen des Wachstums standen jedoch sowohl die kapitalistische Marktwirtschaft des Westens als auch die staatssozialistische Zentralverwaltungswirtschaft des Ostens vor dem fundamentalen Dilemma, entweder weiterhin das Risiko einer Kollision mit der Endlichkeit der Erde in Kauf zu nehmen oder über ökologische Modifikationen des Kapitalismus hinauszugehen und „wesentliche Veränderungen der heutigen strukturellen Gegebenheiten“ anzustreben, um den Übergang in eine „Gleichgewichtsgesellschaft“ bewältigen zu können. Außer auf Aristoteles griffen die Autoren des „NAWU-Reports“ auch auf Platons „Utopie einer natürlichen Ordnung“ und einer „Ökonomie des Maßes“ zurück und hoben besonders drei Bereiche der Wirtschaft hervor, deren Strukturen einer grundlegenden Änderung bedürften, um einer „Null-Wachstums-Ordnung“²⁰⁰ mit einem nicht mehr zwangsläufig spiralförmig wachsenden Wirtschaftskreislauf den Weg zu bereiten:

- An oberster Stelle stand für sie eine allerdings nicht näher erläuterte Änderung des bislang auf seine grenzenlose Vermehrung eingestellten Geldes, um einen Übergang von der kapitalistischen Erwerbs- zu einer nachkapitalistischen Versorgungswirtschaft zu ermöglichen. Es gelte, „den Geldschleier zu zerreißen und die Meinung zu widerlegen, Geld sei bloß bequemes Tauschmittel“. Damit solle die „Kapitalisierung des Geldes“ unmöglich gemacht werden.²⁰¹
- Des Weiteren gingen die Überlegungen im „NAWU-Report“ tendenziell in die Richtung eines „Verzichts auf industrielle Großproduktion“ und einer „sehr hohen Dezentralisation“ einschließlich einer „Formierung kleiner örtlicher Gemeinschaften, die sich auf allen möglichen Lebensgebieten selbst versorgen. ... Die Strategie soll durch eine neue Eigentumspolitik unterstützt werden, die sich der Konzentration in der Wirtschaft und der Ausbeutung der Erde und der Umweltgüter entgegenstellt.“ Mehr noch als Schumachers „Small is beautiful“ und Illichs „Selbstbegrenzung“ flossen Vorstellungen des schweizerischen Architekten Hans Rusterholz von kleinen Netzen mit „Wahlverwandtschaftsfamilien“ und „kommunikativem Wohnungsbau“ in diese Strategie ein, die im „NAWU-Report“ auch in ökonomischer Hinsicht konkreter beschrieben wurde als von Kohr, Schumacher und Illich. Und zwar kritisierten Binswanger & Geissberger & Ginsburg die Kon-

¹⁹⁹ Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 100 - 104 (BIP als zweifelhafter Maßstab) und 165 - 185 (ökologische Buchhaltung), hier: S. 167 (allgemeine Buchführungspflicht) und 173 (Umweltbelastungs-Zertifikate). Möglicherweise ließen sich die Autoren des „NAWU-Reports“ bei ihrem Vorschlag einer ökologischen Buchführung von Karl William Kapp „Die volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft“, Tübingen 1958, anregen.

²⁰⁰ Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 86 - 99 (wirtschaftliche, soziale und politische Grenzen des Wachstums), 110 - 113 (Dilemma von Kapitalismus und Staatssozialismus, Gleichgewichtsgesellschaft) sowie 121, 216 - 218 (Platon), 219 - 221 (Null-Wachstums-Ordnung, Platon).

²⁰¹ Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 27 - 28 (Geldschleier), 120 und 220 (Kapitalisierung des Geldes).

zentration von Kapital in großen Aktiengesellschaften als konstituierenden Bestandteil der Wachstumswirtschaft. „Die ‚Seele‘ der Kapitalgesellschaft (es handelt sich in erster Linie um die Aktiengesellschaft) ist das Kapital, das heißt jenes Geld, das auf Gewinn angelegt wird. ... Das Wesen der Kapitalgesellschaft ist die beschränkte Haftung, indem für die Schulden nur das Kapital, nicht jedoch das übrige Vermögen der Kapitalgeber haftet. Die Geschäftstüchtigkeit ist somit nicht auf natürliche Personen hin orientiert, sondern auf den Kapitalgesichtspunkt ausgerichtet, das heißt auf Expansion.“ Ohne die Konzentration von Kapital in großen Aktiengesellschaften - die im Übrigen nicht der liberalen Wettbewerbsordnung entstammte, sondern dem risikoreichen kolonialen Fernhandel - hätte das sich selbst beschleunigende Wirtschaftswachstum nicht zustande kommen können. „Im Sinne einer Durchbrechung des Wachstumszwangs sollte daher auch im Gesellschaftsrecht eine teilweise Repersonalisierung der Wirtschaft angestrebt werden. ... Die Diskussion, die Anfang und Mitte des 19. Jahrhunderts um die Kapitalgesellschaft geführt wurde, muss daher ... in genossenschaftlichem und liberalem Sinn ... wieder neu aufgenommen werden.“ Und sie hätte auch die konstituierenden Prinzipien aufzugreifen, die Walter Eucken als Voraussetzungen für das Funktionieren einer monopolfreien Wettbewerbsordnung formuliert hatte.²⁰²

- Im Hinblick auf das Privateigentum am Boden stellten sich Binswanger & Geissberger & Ginsburg eine Regelung vor, die das Eigentum „auf die Nutzung des Bodens und die Aneignung der Bodenfrüchte beschränkt“, die „hingegen die Veräußerung und die Belehnung des Bodens ausschließt. ... Auch ist im Eigentumsrecht eine Bewirtschaftungspflicht enthalten, indem der Boden ideell als Gemeingut des ganzen Staates betrachtet wird.“ Der Boden und die gesamte Umwelt sollen als ein „gemeinschaftliches Gut“ behandelt werden, d.h. sie sollen keine käuflichen Handelswaren, Kapitalgüter und Spekulationsobjekte mehr sein, sondern nur noch gegen ein der Allgemeinheit zufließendes Entgelt privat genutzt werden können. Ähnlich dem (Erb-)Baurecht und der Erbpacht würde das neue Eigentumsrecht „nur eine beschränkte Nutzung (gestatten), welche allenfalls mit einer Nutzungsrente belegt wird.“ Auch in den schweizerischen Allmend- und Alpkorporationen gebe es Vorbilder für ein neues Boden- und Ressourcenrecht, das alle natürlichen Lebensgrundlagen einschließlich der „bisher herrenlosen Güter wie Luft, Wasserqualität, Landschafts- und Stadtbild“ zu einem treuhänderisch zu verwaltenden „gemeinschaftlichen Erbgut“ aller Menschen macht, „das

²⁰² Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 120 - 121 (Verzicht auf Massenproduktion, Dezentralisierung), 125 (neue Eigentumspolitik). Vgl. auch S. 32 (Konzentration), 215 („Das kleine Netz“ von Hans Rusterholz), 227 (Schumacher und Illich), 229 - 241 (kleine Netze) und 273 - 278 (Repersonalisierung der Wirtschaft). - Walter Eucken hatte ausdrücklich von einer „Entpersönlichung der modernen Wirtschaft und Gesellschaft“ gesprochen und diese darauf zurückgeführt, dass in der „Ära zunehmender Haftungsbeschränkung“ eine „Schicht von Funktionären, die kein Risiko tragen“, an die Stelle von Verantwortung tragenden Unternehmern tritt. Vgl. hierzu Walter Eucken 1950/1953, S. 20 - 22.

wir von unseren Vorfahren erhalten haben und unseren Enkeln möglichst gleichwertig weitergeben sollen.“²⁰³

Besonders im Hinblick auf die Entwicklung von Bauernhöfen zu Agrarfabriken im industrialisierten Norden und auf die Sicherung der Ernährung im sog. unterentwickelten Süden wandten sich Binswanger & Geissberger & Ginsburg gegen die fortschrittsgläubige „Grüne Revolution“ und sprachen sich für eine weniger ressourcen- und energieintensive biologische Landwirtschaft aus, die sich in natürliche und wirtschaftliche Kreisläufe einfügt. Und zumindest in ersten Umrisen skizzierten sie auch einen Wandel der Sozialpolitik. In dem auf Bismarcks Sozialgesetz zurückgehenden Sozial- und Wohlfahrtsstaat sahen sie ein Anhängsel des Monopolkapitalismus, das zu einer „Entmündigung der Betreuten und ihrer Abhängigkeit von einem immer kostspieligeren und ineffizienten ‚Sozialapparat‘“ führe. Damit schlossen sie sich aber nicht den neoliberalen Befürwortern eines ‚schlanken‘ Staates und eines Sozialabbaus an. „Der Abbau staatlicher Leistungen bedeutet nicht notwendigerweise eine soziale Demontage. ... Diese Aufgaben können vielmehr anders erfüllt werden.“ In einer Wirtschaft, in der das Geld und die Kommerzialisierung zurückgedrängt werden und in der Einkommen und Vermögen gleichmäßiger verteilt werden, könnten die Menschen sich stärker in eigener Verantwortung und in gegenseitiger Hilfe um Kinder, Behinderte, Kranke und Alte kümmern. „Herkömmliche staatliche Dienstleistungen ... paralysieren die gemeinschaftliche Hilfe“, weshalb ein „Mischsystem“ von mehr unentgeltlichen gegenseitigen Hilfen und weniger staatlich bezahlten Dienstleistungen anzustreben wäre.²⁰⁴ Allerdings hätten Binswanger & Geissberger & Ginsburg deutlicher hervorheben können, dass soziale Leistungen nicht als solche ‚zu teuer‘ sind, sondern dass das Geld für sie knapper wird oder gar ganz fehlt, weil es von renditeträchtigeren Bereichen der Wirtschaft absorbiert wird.

11.5.5 „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ (1983)

In dem von Binswanger gemeinsam mit Hans Georg Nutzinger, Gerhard Scherhorn und anderen Ökonomen verfassten Buch „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ wurden die Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaats ebenfalls nicht deutlich genug im Zusammenhang mit den drastisch zunehmenden Verteilungsungerechtigkeiten analysiert. Aber es veranschaulichte, dass sowohl die menschliche Arbeit als auch die Natur in die Defensive geraten, wenn wirtschaftliches Wachs-

²⁰³ Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 219 (privates Bodeneigentum im Sinne eines privaten Nutzungsrechts) und 261 - 267 (Nutzungsrente, Allmend- und Alpkorporationen). Vgl. außerdem S. 177 (optimale Raumstrukturen) und 182 (Siedlungspolitik). - Zu Binswangers Vorstellungen von einem reformierten Bodeneigentum vgl. auch seine Studie „Eigentum und Eigentumpolitik - Ein Beitrag zur Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung“; ders. (1978).

²⁰⁴ Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 243 (keine soziale Demontage) und 246 (gemeinschaftliche Hilfe) und 279 - 297 (Landwirtschaft).

tum trotz des Wachstumsdrangs, dem die Wirtschaft unterliegt, aufgrund von Sättigungserscheinungen und Krisenentwicklungen zurückgeht und sich die Verteilungskämpfe mit dem Kapital verschärfen. Es sei jedoch ein verfehltes Politikziel, die Wachstumsraten wieder anheben zu wollen, weil die dafür erforderlichen Ressourcen- und Energievorräte der Erde begrenzt seien. Zudem müssten fossile durch regenerative Energiequellen ersetzt und der Ausnutzungsgrad der Ressourcen- und Energievorräte deutlich gesteigert werden.²⁰⁵

Statt wie Binswanger in seinen Frühschriften einen Weg von der ständig wachsenden kapitalistischen Erwerbswirtschaft („kapeliké“) zu einer nicht mehr wachsenden nachkapitalistischen Versorgungswirtschaft („oikonomiké“) zu suchen, ging es ihm, Nutzinger und Scherhorn in „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ vorerst um das realpolitisch-pragmatische Ziel, die Probleme der Arbeitslosigkeit und der Umweltverschmutzung im Rahmen eines qualitativen statt quantitativen Wachstums der Wirtschaft zu überwinden.

Die „Schrankenlosigkeit in der Geld- und Kapitalakkumulation“ nahmen Binswanger & Nutzinger & Scherhorn zwar noch einmal kurz als treibende Kraft des Wirtschaftswachstums in den Blick und erinnerten daran, dass Gesell den „Zeitvorteil“ des jederzeit und überall liquiden sowie hortbaren Geldes als tiefere Ursache der Akkumulationsdynamik und von wirtschaftlichen Krisen ausgemacht hatte. Aber sie gingen dem nicht weiter nach und unterließen auch jeglichen Versuch, die aus der neoklassischen Ökonomie verdrängten Produktionsfaktoren Boden und Ressourcen im Sinne der Geld- und Bodenrechtsreformansätze in die Ökonomie zurückzuholen. „Eine radikale Alternative zu einem höheren Zinsniveau in den nächsten Jahrzehnten ist theoretisch sehr wohl denkbar, aber praktisch nicht realisierbar“ - auch weil eine zentrale Voraussetzung dafür nicht gegeben sei. „Sie bestünde in einer Überführung der Gesamtheit der freien Ressourcen und des Natur-Kapitals in öffentliche Güter, die vom Staat verwaltet und an die Bearbeiter dieser Ressourcen verpachtet würden, also in einer Ent-Kapitalisierung der Natur. Das Vorbild einer solchen Lösung wäre eine Einführung des ‚Freilands‘ im Sinne der Lehren von Silvio Gesell. Gesell ist ... ein ökonomischer Outsider, der jedoch von Keynes in gewissem Sinne als ein Vorläufer anerkannt wurde. ... Es zeigt sich, dass man nie die reale Seite der Wirtschaft - d.h. die Beanspruchung des Bodens bzw. der Ressourcen - aus dem Auge verlieren darf, selbst wenn man den monetären Faktoren die primäre Bedeutung beimisst. Das hat Gesell deutlicher erkannt als Keynes.“²⁰⁶

Umso mehr überraschen zwei Einwände, die Binswanger & Nutzinger & Scherhorn gegen Gesell erhoben, um damit der Aufgabe auszuweichen, die ideengeschichtlichen Ansätze einer Reform des Boden- und Ressourcenrechts zu einem

²⁰⁵ Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 31 (Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaats) und 61 (Energiepolitik). Effizienzsteigerungen wurden einige Jahre später besonders von Ernst Ulrich von Weizsäcker unter dem Stichwort „Faktor Vier“ propagiert.

²⁰⁶ Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 99 (schrankenlose Akkumulation) und 246 - 248 (Freigeld, Freiland, Gesell und Keynes).

Instrument der Entkapitalisierung der natürlichen Lebensgrundlagen weiter zu entwickeln. Zum einen habe „Gesell ... (noch) nicht gesehen ... , dass die natürliche Grundlage des Wirtschaftens nicht nur der Boden ist, sondern sämtliche natürliche Ressourcen, also auch die Energie- und Rohstoffvorräte, die *im* Boden liegen.“ Das haben sowohl Henry George als auch Silvio Gesell sehr wohl schon vor mehr als einhundert Jahren deutlich erkannt, allerdings es ihren Nachfolgern als Aufgabe überlassen, nach dem Boden auch noch die Ressourcen zu entkapitalisieren. „Also müssten auch diese Vorräte allmählich in die öffentliche Hand überführt werden“, wie Binswanger & Nutzinger & Scherhorn richtig erkannten. Jedoch wandten sie fragend ein: „Wer ist aber diese öffentliche Hand? Das könnte nur ein Weltstaat sein, weil die Energie und die Rohstoffe auf alle Länder zu verteilen sind. Die nationalen Staaten treten als Eigentümer solcher Ressourcenvorräte nicht anders auf als die privaten Unternehmer. Weil jedoch kein Weltstaat existiert, kann auf diesem direkten Wege keine ‚Entkapitalisierung der Natur‘ zustande kommen. Wir müssen vielmehr zur Kenntnis nehmen, dass heute die Bildung von ‚Natur-Kapital‘ im Gegenteil der entscheidende Faktor ist, der uns allmählich zu sparsamem Umgang mit der Natur zwingt.“²⁰⁷ Unabhängig von dem ohne jeden Zweifel notwendigen sparsamen Umgang mit der Natur und der menschlichen Arbeit ist es jedoch ebenfalls von Bedeutung, ob die Natur und der Mensch dabei als verwertbares Natur- und Humankapital behandelt werden oder ob ihr Eigenwert respektiert wird.

Obwohl Binswanger & Nutzinger & Scherhorn Mängel der neoklassischen Ökonomie darin sahen, dass ihr

- a) „eine der lebendigen Natur nicht adäquate Auffassung der Technik“,
- b) „eine apologetische Behandlung des Verteilungsproblems“ und
- c) „eine Missachtung der ökonomischen und gesellschaftlichen Determinanten des Konsumverhaltens“

zu eigen sei, blieben sie bei der Ansicht, dass „wir nach einer Reform und Bändigung des westlichen Systems, nicht nach seiner Abschaffung suchen ... müssen“ - auch weil die sozialen und ökologischen Missstände in „östlichen Planwirtschaften“ noch größer waren. Statt die kapitalistische Marktwirtschaft zugunsten einer zentralistischen Planwirtschaft abzuschaffen, hätte sie auch in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft transformiert werden können. Aber um sich nicht dem Vorwurf des Utopischen auszusetzen, entschieden sich Binswanger & Nutzinger & Scherhorn für eine realpolitische „Bändigung des westlichen Systems. ... So wie seit der großen Krise der 1920er Jahre die Arbeitslosigkeit erkannt worden ist, suchen wir heute nach einer Bewältigung der Umweltprobleme. Aus der neoklassischen Theorie ergeben sich dazu trotz ihrer Mängel gewisse Ansätze.“ Damit meinten Binswanger & Nutzinger & Scherhorn insbesondere den Ansatz der sog. Internalisierung von negativen externen Effekten, den der Ökonom Karl William

²⁰⁷ Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 248 (Weltstaat).

Kapp (1910-1976) bereits seit Ende der 1950er Jahre entwickelt hatte, ohne dass er dabei die von ihm beklagten „volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft“, also die sozialen und ökologischen Nebenwirkungen der kapitalistischen Marktwirtschaft, als Folge einer strukturellen Dysfunktionalität des Geldes gedeutet hätte. Diesem Ansatz zufolge sollten Unternehmen die von ihnen bislang nicht selbst finanziell getragenen Nebenwirkungen ihrer Produktion auf die Umwelt - die sog. „externen Effekte“ - fortan selbst tragen. Und zwar sollte die Nutzung von Umweltgütern zumindest teilweise mit Preisen belegt werden. D.h. in die in sich widersprüchlichen, aus leistungsbezogenen und leistungsfremden Faktoren bestehenden Kosten- und Preiskalkulationen sollten zusätzliche ökologische Preisbestandteile einfließen, ohne dass zugleich die mit den Kapitalzinsen und Boden-/Ressourcenrenten verbundenen fundamentalen Verteilungsgerechtigkeiten bereinigt werden. „Auf eine kurze Formel gebracht, sollen negative Externalitäten - soweit möglich - nicht so sehr durch die Freiheit einengende Gebote und Verbote verhindert als durch Kompensationszahlungen eingedämmt oder ausgeglichen werden. ... Beispiele sind Abgaben für die Verschmutzung von Abwasser durch chemische Fabriken oder der Luft durch Benzinmotoren.“²⁰⁸

Binswanger & Nutzinger & Scherhorn waren sich dessen bewusst, dass „man mit dem Kompensationsprinzip ... in der Logik der neoklassischen Argumentation ... verbleibt“ und mit Zahlungen zur Kompensation von Umweltschäden im Dickicht der ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen stecken bleibt. Dennoch nahmen sie in den frühen 1980er Jahren von der weiter gehenden Forderung Abstand, die sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zu entkapitalisieren. Sie begnügten sich damit, innerhalb der kapitalistischen Strukturen möglichst sparsam mit dem „Naturkapital“ umzugehen, systemimmanente „Übergänge zu einem qualitativen Wachstum und zur Lösung der Beschäftigungsfrage“ zu entwickeln und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab für qualitatives Wachstum neu zu definieren, ohne die der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrundeliegende fundamental falsche Aufteilung in Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie Einkommen aus unselbstständigen Tätigkeiten zu korrigieren. In sozialer Hinsicht sollten zu dieser Strategie eines qualitativen Wachstums eine andere Verteilung der Arbeit und eine Verkürzung der Arbeitszeit

²⁰⁸ Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 100 - 102 (Defizite und Potenziale der Neoklassik, negative externe Effekte und Kompensationszahlungen) und 107 - 111 (Marx und die zentralistische Planwirtschaft). - Karl William Kapp (1958). Die englische Erstausgabe von Kapps Hauptwerk erschien unter dem Titel „The Social Costs of Private Enterprise“ und die deutsche Ausgabe erschien 1979 nochmals und dann unter dem Titel „Die sozialen Kosten der Marktwirtschaft“, obwohl ihre ökologischen Kosten gemeint waren. Kapps letzter Assistent Rolf Steppacher bestätigte den Eindruck des Verfassers mündlich (in einem Gespräch am Rande einer Tagung der „Vereinigung für Ökologische Ökonomie“ am 14.10.2016 auf dem Umwelt-Campus Trier-Birkenfeld), dass sich Kapp nicht kritisch mit dem Geldwesen auseinandergesetzt haben dürfte. Derselbe schrieb der Kapp-Forscher Sebastian Berger dem Verfasser in einer Mail vom 2.6.2017: „Ich habe viel zu Kapp geforscht, auch im Archiv. Dabei ist mir zum Thema Geld bzw. Bankwesen nichts aufgefallen.“ (Ein Ausdruck dieser Mail befindet sich im „Archiv für Geld- und Bodenreform“.)

hinzukommen. Und in ökologischer Hinsicht forderten Binswanger & Nutzinger & Scherhorn technische Strategien zur „Entkopplung“ von Produktion und Ressourcen-/Energieverbrauch, damit das Sozialprodukt mit weniger Ressourcen und Energie hergestellt werden könne, sowie eine erweiterte Betriebsverfassung, die neben der Sozialbindung des Privateigentums an hochgradig konzentriertem Realkapital auch seine „Naturbindung“ rechtlich verankert. Obgleich sich das Kapital zu jener Zeit der neoliberalen Entfesselung der Finanzmärkte ein deutliches Übergewicht gegenüber der Lohnarbeit verschaffte, hofften Binswanger & Nutzinger & Scherhorn noch, dass sich die sog. Sozialpartnerschaft zwischen dem Kapital und der an betrieblichen Entscheidungen beteiligten Lohnarbeit durch eine Partnerschaft von Kapital und Lohnarbeit mit dem „dritten Faktor“ Natur ergänzen lassen könnte. „Die Interessen der ... ‚natürlichen Umwelt‘ könnten durch fachkundige, von den betroffenen Gemeinden und Landkreisen gewählte und kontrollierte Vertreter in den Aufsichtsräten wahrgenommen werden.“ Allerdings sahen Binswanger & Nutzinger & Scherhorn auch, dass sich innerhalb der kapitalistischen Hierarchie von Kapital einerseits und Lohnarbeit/Natur andererseits auch Interessengegensätze zwischen der abhängigen Lohnarbeit und der ebenfalls untergeordneten Natur einstellten. Gleichwohl hielten sie es in den Anfängen der Entfesselung der Finanzmärkte noch für möglich, dass sich die Lohnarbeitsplätze im Einvernehmen des Kapitals mit den Gewerkschaften und Naturvertretern sowohl humanisieren als auch ökologisieren lassen.²⁰⁹

Wie frühere Versuche einer sozialen und demokratischen Zähmung der kapitalistischen Marktwirtschaft erschienen auch die Versuche ihrer ökologischen Zähmung realpolitisch aussichtsreicher als der Versuch einer Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Und dennoch führten auch sie in ausweglose Widersprüche. Wie weit solche vermeintlich leichter erreichbaren zweitbesten Lösungen von einer unumgänglichen erstbesten Lösung in Gestalt einer Entkapitalisierung der sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen entfernt bleiben, zeigten schließlich die von Binswanger & Nutzinger & Scherhorn vorgeschlagenen „Energieabgaben als Beitrag zur Rentenfinanzierung“.²¹⁰ Auch ohne die falsche funktionale Zuordnung von Umweltschutz und Altersvorsorge führte die hiervon angelegte ökologische Steuerreform mit einer steuerlichen Belastung des Verbrauchs von fossilen Energien nicht nur wegen der Ausnahmeregelungen für die Großindustrie und den Flugverkehr zu Widersprüchen wie demjenigen, dass die Steuereinnahmen sinken, wenn die angestrebte Senkung des Verbrauchs eintritt. Außerdem wird die Belastung durch Ökosteuern ungleichmäßig verteilt.

²⁰⁹ Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 102 (Logik der Neoklassik), 117 und 119 (Veränderung des Wirtschaftsstils statt des Wirtschaftssystems) sowie 256 - 267 (Entkopplung), 279 - 292 (Umverteilung von Arbeit und kürze Arbeitszeit), 315 und 317 (Ökologie der Arbeit), 327 (Umweltbeauftragte der Gemeinden und Landkreise, Inkongruenz der Interessen von Lohnarbeit und Natur) und 328 (Naturbindung des privaten Kapitaleigentums).

²¹⁰ Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 268 - 275 (Energieabgaben als Beitrag zur Rentenfinanzierung).

Unterdessen zeigte sich durch den fortschreitenden Verbrauch begrenzter irdischer Ressourcen und durch die Erderwärmung, dass sämtliche Ressourcen und erst recht das Weltklima eben doch Menschheitsgüter sind, die entkapitalisiert und von einer Institution wie den Vereinten Nationen verwaltet werden *müssen*, wenn alle Menschen - nicht alle Staaten! - zu gleichen Teilhabern an den Naturgütern werden und ohne kriegerische Konflikte um die natürlichen Lebensgrundlagen weiter leben wollen.

11.5.6 Von der Entkapitalisierung des Geldes und der Natur zu Simmels „Philosophie des Geldes“ und zur Problematisierung der Geldschöpfung der Geschäftsbanken

Jedoch trat das Ziel einer Entkapitalisierung des Geldes und der Natur in Binswangers weiteren Veröffentlichungen - aus denen seine ökonomische Deutung von Goethes „Faust II“ besonders herausragte - hinter die Strategie des qualitativen Wachstums zurück. Immerhin blieb es in seinem Buch „Geld & Natur“ (1991) andeutungsweise präsent. Wenn sich nämlich herausstellen sollte, dass das qualitative Wachstum nicht „den Naturverbrauch auf das erforderliche Niveau zu senken“ vermag, dann „muss das Geld- und Finanzsystem auf die ihm innewohnende Dynamik grundsätzlich überprüft werden. Diese Überprüfung drängt sich wegen der zunehmenden Labilität des Finanzsystems früher oder später ohnehin auf.“²¹¹

In der von Binswanger gemeinsam mit Paschen von Flotow herausgegebenen Aufsatzsammlung „Geld & Wachstum“ (1994) erfolgte zunächst eine Hinwendung zur „Philosophie des Geldes“ von Georg Simmel. Sie war zwar stellenweise von der Neoklassik abgewichen, ihr aber alles in allem näher geblieben als die Geld- und Bodenrechtsreform. Außerdem hatten sich auch keine praktischen Konsequenzen in die Richtung von Reformen aus der „Philosophie des Geldes“ ergeben. Dennoch betrachteten Binswanger & Flotow Simmels Werk nunmehr als Fundament für das Verständnis der Schlüsselrolle des Geldes als Mittel des Tausches und der sozialen Interaktion in Wirtschaft und Gesellschaft. „Simmel versteht das Geld als Träger und Symbol einer ‚Weltformel‘, die der Geschichte ihren Sinn und ihre Richtung gibt.“ Was Simmel im Zusammenhang mit dem Geld als Kapital über das damit verbundene „Superadditum“ geäußert hatte, spielte in ihren Ausführungen über das Geld als Antriebskraft des wirtschaftlichen Wachstums freilich keine Rolle mehr und es war auch klar, dass „die Philosophie des Geldes ... uns keine Hinweise für den zukünftigen Weg ... gibt.“²¹²

²¹¹ Hans Christoph Binswanger (1985) und ders. (1991), S. 108 - 109 (grundsätzliche Überprüfung des Geldsystems).

²¹² Hans Christoph Binswanger & Paschen von Flotow (1994), S. 8, 32 - 60 (Simmel) und 58 - 60 (Geld und Wachstum).

Statt die Geld- und Bodenrechtsreformansätze wie in seinen frühen Werken zumindest ansatzweise weiter zu modernisieren, verlegte sich Binswanger in seinem eigenen Beitrag zu „Geld & Wachstum“ mehr und mehr auf die Analyse der Mechanismen der Giralgeldschöpfung von Geschäftsbanken, in der die beiden US-amerikanischen Neoklassiker Henry Simons und Irving Fisher bereits in den 1930er Jahren die zentrale Ursache der Weltwirtschaftskrise gesehen hatten. Deren Vorschlag eines sog. „100%-Money“ als Methode zur Unterbindung einer Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken und zur Stärkung der Zentralbanken als einzigen zur Geldemission berechtigten Institutionen hatte sich zwischenzeitlich auch Walter Eucken im Zusammenhang mit seinem ordoliberalen „Primat der Währungspolitik“ zu eigen gemacht.²¹³ Nunmehr baute Binswanger die Überlegungen von Simons und Fisher aus. Das Geld blieb für ihn „der alles dominierende Faktor der modernen Wirtschaft“. Aber im Mittelpunkt der Analyse stand nicht mehr der anfangs noch problematisierte „Unendlichkeits-Charakter des Geldes bzw. des (Geld-)Kapitals“, sondern nur noch die Art, wie das real existierende Geld über die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken in die Welt kommt - und zwar nicht nur als Quelle wirtschaftlicher Krisenentwicklungen, sondern auch als Antriebskraft des wirtschaftlichen Wachstums. Mit selbst, d.h. unabhängig von den Zentralbanken geschöpftem Geld schaffen die Geschäftsbanken finanzielle Spielräume für Unternehmen, Kredite für Investitionszwecke aufzunehmen. Und aus ihren Gewinnen könnten die Unternehmen dann die Zinsen für ihr eigenes und fremdes Kapital bezahlen. „Am Anfang und am Schluss steht das Geld. Auch der Gewinn ist Geld! Nur die Geldseite jeder Transaktion ... interessiert. Natur - hier: das Material - erscheint wie die Arbeit und wie die mit Hilfe von Material und Arbeit hergestellten Waren bloß als Durchgangsstadium des Geldstroms. ... In einer dynamischen Wirtschaft ... verändern ... sich die Produktionsbedingungen durch Investitionen ... mit Hilfe von Krediten, die durch Geldschöpfung ermöglicht werden.“ So können die Unternehmen Binswanger zufolge durch die Aufnahme von in Geschäftsbanken geschöpften Krediten in Vorleistungen treten, „stets mehr Geld ausgeben als einnehmen“ und trotzdem am Ende Gewinne erzielen, aus denen sich die aufgenommenen Kredite verzinsen lassen. Dementsprechend könne und müsse die Wirtschaft wachsen. Sie ist „heute sowohl einem Wachstumszwang als auch einem Wachstumszog ausgesetzt. Sie ist zum Wachstum ‚verurteilt‘, lässt sich aber auch gerne ‚verurteilen‘, nicht weil die Menschen unersättlich sind, sondern weil das Geld bzw. die Geldschöpfung im Zusammenhang mit dem technischen Fortschritt eine eigene Dynamik entwickelt, die sowohl eine Stoß- wie eine Sogkraft enthält.“²¹⁴

²¹³ Walter Eucken (1952/1960), S. 260. - Irving Fisher (2007).

²¹⁴ Hans Christoph Binswanger & Paschen von Flotow (1994), S. 81 - 124, hier: S. 81 [Geld als dominierender Faktor der Wirtschaft], 88 [Natur als Durchgangsstadium des Geldstroms] und 97 - 98 [Wachstum durch Geldschöpfung]. - Vgl. auch Hans Christoph Binswanger (1991), S. 35 - 37 und 101 - 103.

In dieser Argumentation spielte schließlich der Gedanke keine Rolle mehr, dass zusätzlich zu einer Reform der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken auch dafür zu sorgen wäre, dass anders als bisher nicht mehr nur kapitalistisches Geld geschöpft wird, sondern dass ausschließlich Zentralbanken auch ein in seiner inneren Struktur verändertes nachkapitalistisches Geld für den Wirtschaftsverkehr bereitstellen und dass die Verzinsung von Geld- und Realkapital im Laufe der Zeit auf durchschnittlich null sinken sollte.

11.5.7 Dieter Suhrs „Geld ohne Mehrwert“ als Ausweg aus der zerstörerischen Wachstumswirtschaft

Als sich abzeichnete, dass das geldreformerische Ziel einer Entkapitalisierung des Geldes bei Binswanger in den Hintergrund treten könnte, versuchte der Rechtsphilosoph Dieter Suhr (1939-1990), die Geldreformgedanken - nicht ohne kritische Distanz zu Gesell sowie unter Einbeziehung der Geldschöpfungsproblematik und der gerade neu entstehenden Offshoremärkte - als „keynesianische Alternative zum Keynesianismus“ in grüne Theoriedebatten einzubringen. „Wer etwas für die Umwelt tun will, muss zurzeit gegen diesen doppelt kräftigen Strom anschwimmen: gegen den Wachstumszwang und gegen den übermäßigen Rentabilitätsdruck, die freilich beide zusammenhängen. Kein Wunder, dass die Umwelt dabei auf der Strecke bleibt.“ In einem „Geld ohne Mehrwert“, also in einem mit „künstlichen Durchhaltekosten“ (Keynes) behafteten Geld sah Suhr wie vor ihm bereits Winkler eine Möglichkeit, (den vom kapitalistischen Geld auf die Wirtschaft ausgeübten Rentabilitäts- und Wachstumsdruck allmählich zu verringern und schließlich ganz aufzuheben. „Keynes hatte recht mit einigen wenig bekannten, dafür aber entscheidenden Überlegungen, die auf etwas ganz anderes hinauslaufen als der übliche ‚Keynesianismus‘.“ Deshalb wollte Suhr „die Aufmerksamkeit von Ökonomen und Politikern auf diese jedenfalls in der professionellen Fachwelt weitgehend vergessenen und versunkenen Erkenntnisse von Keynes hinlenken.“ Zugleich bedauerte er, dass Gesells Nachfolger Keynes' kritische Anmerkungen zur Geldreform nicht ernst genug genommen haben.²¹⁵

In Anknüpfung an Hegels „System der Bedürfnisse“ vertiefte Suhr die Charakterisierung des Geldes als „parteilicher Tauschmittler“, der die gesellschaftlichen Tausch- und Kreditvorgänge gerade nicht neutral vermittelt, wie die Neoklassik nach wie vor behauptete. Vielmehr wirke das Geld als Tausch- und Kreditmittel wegen seiner „kapitalistischen Parteilichkeit“ umverteilend in dem Sinne, dass es mit jeder Transaktion auf unmerkliche Weise zugleich Geld von den Arbeitenden zu den Vermögenden umleite. Aus der strukturellen Ungerechtigkeit des Geldes

²¹⁵ Dieter Suhr (1986), S. 432 - 434 [Giralgeldschöpfung und Offshoremärkte], 435 (Keynes), 441 (monetäre Recyclingprobleme), 446 (Umwelt vs. Rentabilität und Wachstum), 455 (Keynes) und 457 (Gesell). - Zur unzureichenden Auseinandersetzung von Gesells Nachfolgern mit Keynes' kritischen Anmerkungen zur Geldreform vgl. Dieter Suhr (1987).

leitete Suhr zum einen die in sozialer Hinsicht problematische Hierarchie im Verhältnis zwischen dem Kapital und der Lohnarbeit ab. Die strukturelle Schiefelage zwischen dem Geld und der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen habe sich im Laufe der Zeit in der Rechtsordnung institutionell verfestigt. „Die Vorteile des Kapitals gegenüber den anderen Beteiligten sind zu Institutionen unserer Rechtsordnung geronnen und gesetzlich kodifiziert worden. ... So legt das überlieferte Gesellschafts-, Arbeits- und Unternehmensrecht im großen Stile Zeugnis dafür ab, dass und in welchem Umfang das überlieferte Geld kraft seiner kapitalistischen Parteilichkeit zu kapitalistischen Institutionen geführt hat.“ Und zum anderen haben sich Suhr zufolge eine „strukturelle Arbeitslosigkeit“ und ein „Zwang zu pathologischem Wachstum“ zu einem sowohl sozialen als auch ökologischen Problemknäuel verwickelt. Der Strom von Liquidität aus unzureichend gefüllten Kassen mit Bedarf in überfüllte Kassen ohne Bedarf untergrabe einerseits die Bereitschaft zu realen Investitionen und führe andererseits zugleich zu einem Druck auf das akkumulierte Kapital und die Wirtschaftspolitik, durch fortwährende Innovationen neue rentable ‚Wachstumsmärkte‘ zu kreieren.²¹⁶

Vor dem Hintergrund der durch den sauren Regen entstandenen Waldschäden und anderer Umweltzerstörungen kritisierte Suhr außerdem aus seiner „verfassungsrechtlichen Meta-Perspektive“ eine Asymmetrie zwischen den Grundrechten von Menschen und der Schutzbedürftigkeit der Natur. „Will der Staat umweltschützende Maßnahmen ergreifen, dann bekommt er es meist mit Freiheit und Eigentum derjenigen zu tun, die davon betroffen sind. ... Danach bleibt dem Bürger von Grundrechts wegen nicht mehr als dieses ‚ökologische Existenzminimum‘. ... Wir haben umweltunfreundliche Grundrechte.“ Bei Industrieansiedlungen und Infrastrukturprojekten trete eine „individuelle und kollektive Schizophrenie“ zutage. „Warum berührt uns Grundrechtswissenschaftler die Unfreiheit derer nicht, die nicht nur genötigt werden, Grundstücke zu opfern, Lärm zu erdulden und Dreck einzuatmen, sondern am Ende auch praktisch dazu gezwungen werden, selbst und stets immer mit dem Auto zu fahren statt mit der Straßenbahn, dem Bus oder der Eisenbahn, die so selten oder gar nicht mehr verkehren?“ Statt in solchen und anderen Fällen „unbewegt zuzuschauen, wie mächtige Interessengruppen mit staatlicher Duldung ungehindert Abfall produzieren“ und Landschaften zerstören, forderte Suhr die Grundrechtswissenschaft auf, eine „umweltfreundlichere Grundrechtsdogmatik“ zu entwickeln.²¹⁷

²¹⁶ Dieter Suhr (1988a), S. 55 - 69 (Hegels „System der Bedürfnisse“), und ders. (1983/2015), S. 18 (Geld als parteilicher Mittler) - 21 (Arbeitslosigkeit und pathologischer Wachstumszwang). - Die von Winkler und Suhr angestoßene Diskussion über Zusammenhänge zwischen dem kapitalistischen Geld und dem Wachstumszwang bzw.- drang wurde wenige Jahre später durch Helmut Creutz intensiviert; vgl. Helmut Creutz (1993/2003), S. 407 - 434.

²¹⁷ Dieter Suhr (1988/2016), S. 50 (Meta-Perspektive) - 52 (ökologisches Existenzminimum), 55 (Schizophrenie) - 56 (Individual- vs. öffentlicher Verkehr) und 60 - 63 (umweltfreundlichere Grundrechtsdogmatik).

11.5.8 Argwohn und ökologische Vorbehalte gegenüber einer Geldreform

Für seine Hinweise auf die „monetären Recyclingprobleme“, den „monetären Wasserkopf der Volkswirtschaft“ und das Problemlösungspotenzial eines „Geldes ohne Mehrwert“²¹⁸ fand Suhr nicht das nötige Gehör, um die sich zu jener Zeit innerhalb der ökologischen Bewegung und vor allem in der grünen Partei verschärfenden Flügelkämpfe zwischen pragmatischen Realos und marxistischen Fundis beeinflussen zu können. Sonst hätten die nach politischer Macht strebenden Realos vielleicht ein anderes, sie ergänzendes Gegengewicht in Gestalt einer zwar auch ‚fundamentalen‘, aber nicht marxistischen Geldreform bekommen. Als vorerst unüberwindbare Hürde stand dem allerdings Carl Amerys nicht haltbare, aber wirkmächtige Behauptung entgegen, dass Gesell als Urheber des Geldreformansatzes ein „faschistoides Skelett in den Schränken der grünen Bewegung“ sei. „Was ist an der mehr oder weniger verstohlenen Präsenz von Silvio Gesell, dem Vater der Schwundgeldtheorie, der ja auch Gottfried Feder, den Gründer der NSDAP, beseelte?“ Damit waren die Geldreformgedanken innerhalb der Ökologiebewegung als präfaschistisch stigmatisiert und blieben für längere Zeit einem diffusen Misstrauen ausgesetzt, obwohl Suhr stellvertretend für sie unmissverständlich klargestellt hatte, dass „an die Stelle von moralischer Entrüstung über Menschen“ und damit auch an die Stelle von Ressentiments gegen Minderheiten! - „die Kritik an der Struktur der Geldordnung zu treten hat.“²¹⁹

Außerdem setzte sich der oberflächliche Eindruck von namhaften Autoren wie Ernst Ulrich von Weizsäcker und Otto Schily fest, dass eine Geldreform ein die Umwelt zerstörendes Wachstum von Produktion und Konsum antreiben würde. Weizsäcker, der als renommierter Naturwissenschaftler und Umweltpolitiker für ein qualitatives Wachstum mit einer technischen Steigerung der Ressourceneffizienz eintrat („Faktor Vier“), hielt „die Hoffnung auf eine Neubelebung von Gessells Ideen ... [für] ... nicht realistisch. Sie käme einer Revolution des gesamten

²¹⁸ Dieter Suhr (1986), S. 447 (monetärer Wasserkopf) und 448 (Marx). - Zu Suhrs Auseinandersetzung mit Marx vgl. auch ders. (1983a), S. 12 - 24, und ders. (1988b).

²¹⁹ Carl Amery (1980), S. 13. - Später hat Carl Amery diesen Verdacht in seinem Buch „Global Exit“ indirekt zurückgenommen. Margret Thatchers Devise „There is no alternative“ entgegnetretend, schrieb Amery: „Es gibt theoretische, sogar praktisch erprobte Ansätze“, den den „totalen Markt“ beherrschenden „Fetisch Geld ... von seinem Status als Abstraktum, als Sakrament zu befreien und es wieder zu einem nüchternen Werkzeug zu machen“ und das „weltmörderische ... Prinzip des Zinseszinses“ zu überwinden. „Alterndes Geld würde sich abnützen, würde zum Schwundgeld. Es war der Deutschargentinier Silvio Gesell, der diese Theorie systematisch durchdachte.“ Vgl. ders. (2002), S. 77 - 78 (Fetisch Geld), 214 und 219 (Geld zum Werkzeug machen, Zinseszins) sowie 219 - 220 (Gesell). - Dieter Suhr (1983), S. 115 (Kritik an Strukturen statt an Personen). - Zu der beharrlich wiederholten Anschuldigung, Gesell sei ein Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen, vgl. auch Elmar Altvater (2004) und Peter Bierl (2004) sowie die Repliken von Werner Onken u.a. auf der Website http://www.sozialoekonomie.info/Kritik___Antwort/kritik___antwort.html - Zu Gottfried Feder vgl. die Studie von Othmar Plöckinger (2018) sowie die Kapitel 8.6.2 und 8.6.3 des vorliegenden Buches.

Finanzwesens gleich. Und der Unterschied zu heute wäre dennoch nicht allzu groß. Wer heute sein Kapital ruhen lässt, wird dafür (anders als zu Gesells Zeiten) auch ohne ‚Freigeld‘ bestraft. Die heutigen Zinsen abzüglich der fälligen Ertragsbesteuerung sind niedriger als die Inflation. Außerdem weiß ich gar nicht, ob ich als Umweltschützer in einer Welt von fünfeinhalb Milliarden Menschen für ‚Freigeld‘ sein soll. Schließlich ist dessen Zweck immer noch die Ankurbelung der Wirtschaft.“²²⁰ Und der frühere grüne Realpolitiker Otto Schily, der 1990 zur Sozialdemokratie übertrat und später für einige Jahre Bundesinnenminister wurde, hatte zwar die kluge Idee, Gesells „rostende Banknoten“ und Steiners „alterndes Geld“ mit dem vielfach bei Konsumgütern „eingebauten Verschleiß“ zu assoziieren. In der Tat könnte die „geplante Obsoleszenz“ beim Geld dazu führen, dass die Arbeit und Natur verschwendende, aber dafür die Rentabilität des Kapitals begünstigende Produktion von Verschleißgütern in eine Produktion von länger haltbaren und reparierbaren Gütern übergehen kann. Aber einem dem Geld eingebauten Verschleiß hielt Schily in einer Auseinandersetzung mit Suhr drei nicht stichhaltige Einwände entgegen:

1.: Ein solches Geld sei „schon wegen des hohen Bürokratie-Aufwandes abzulehnen. ... Die Existenz von jungem und altem Geld ... müsste ... zu einem heillosen Durcheinander führen, weil die Prüfung, ob mit jungem oder altem Geld gezahlt wird, mit einem gigantischen Aufwand verbunden wäre.“

2.: „Es käme eine noch größere Hektik in den Geldverkehr mit unabsehbaren inflationären Tendenzen.“

3.: „Die Erhöhung der Drehzahl des Geldmotors mag man aus wirtschaftlichen Gründen für wünschenswert halten. Für die Umwelt wäre damit nichts gewonnen.“

Schilys Gesamturteil lautete: „Eingebauter Verschleiß ist beim Geld nicht denkbar. Wie soll Buchgeld altern?“²²¹ Dabei wäre es - wie Suhr es einmal salopp formulierte - gerade beim Buch- bzw. Giralgeld am einfachsten, die „Ausgleichsabgabe auf Liquidität den Konten zu belasten. Dann wird der Mehrwert abgeschöpft und so der Kapitalismus gleich mit vom Konto abgebucht.“²²² Im Gegensatz dazu gab es zu jener Zeit beim Bargeld außer dem bei kleinen praktischen Freigeldexperimenten angewandten Geld mit aufzuklebenden Gebührenmarken tatsächlich noch keine in größerem Stil praktikable Methode, das Bargeld rosten bzw. altern zu lassen. Dass unabhängig davon mit einem solchen Geld ein hoher Aufwand an Bürokratie und inflationäre Tendenzen verbunden seien, ist gleichwohl eine unbewiesene Behauptung. Und das Geld würde zwar stetig nachfragewirksam, aber bei seiner bedarfsgerechten Mengendosierung und einem Sinken des allgemeinen Zinsniveaus gegen Null würde zugleich der Rentabilitäts- und Wachstumsdruck auf die Wirtschaft nachlassen.²²³

²²⁰ Ernst Ulrich von Weizsäcker (1993), S. 52.

²²¹ Otto Schily (1994), S. 79 - 89, hier: S. 79 (geplante Obsoleszenz beim Geld), 85 (Bürokratie, Nachteil für die Umwelt).

²²² Dieter Suhr (1983), S. 79.

²²³ Vgl. hierzu den Abschnitt 13.7 des vorliegenden Buches.

11.5.9 Rehabilitationen der Geld- und Bodenrechtsreform durch Gerhard Scherhorn, Carlo Jaeger und Hans G. Nutzinger

Während der 1990er Jahre versuchten die Ökonomen Gerhard Scherhorn (1930-2018) und Carlo Jaeger (*1947), die Grundgedanken der Geld- und Bodenrechtsreform zwar ohne ausdrückliche Erwähnung ihrer Herkunft, aber doch wenigstens sinngemäß in den wissenschaftlichen Diskurs über Wachstumsprobleme einzubringen, während Hans Georg Nutzinger (*1945) sogar explizit auf deren aktualisierbares Potenzial hinwies.

In einer Publikation des „Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie“ machte Scherhorn „kapitaldominierte Entscheidungen“ für die rentable, aber unwirtschaftliche Übernutzung von Mensch und Natur verantwortlich. „Unbehindert von sozialen und ökologischen Rücksichten kann es (das Kapital; d. Verf.) sich einer einzigen Aufgabe widmen, der exponentiellen Vermehrung der Geld- und Kapitalvermögen. ... Nach der Logik der Zinseszinsrechnung muss das eingesetzte Kapital mit mindestens gleichbleibender Rate wachsen, also exponentiell. Um die schnell wachsende Summe der Zinsen und Dividenden zu finanzieren, müssen die beiden anderen Produktionsfaktoren ihre Beiträge entsprechend steigern.“²²⁴

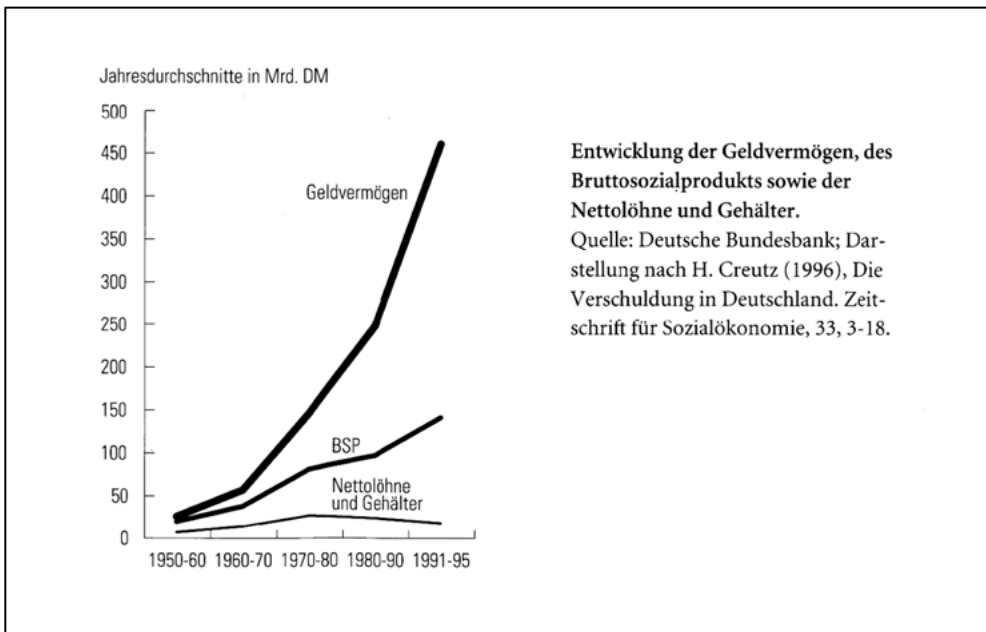


Abb.: Scherenöffnung zwischen Geldvermögen, Bruttosozialprodukt und Löhnen & Gehältern
aus: Gerhard Scherhorn (1997a), S. 22.

²²⁴ Gerhard Scherhorn (1997a), S. 19 (kapitaldominierte Entscheidungen) 21 (Arbeit und Natur als Diener des Kapitals).

Diesen Zusammenhang zwischen Geld- und Kapitalwachstum einerseits und Arbeits- und Naturschrumpfung andererseits veranschaulichte Scherhorn anhand einer Grafik des Wirtschaftspublizisten Helmut Creutz und zog daraus den Schluss: „Die gesamte Bevorzugung des Kapitals müsste zurückgenommen werden.“ Allerdings zog Scherhorn hieraus keine praktischen Konsequenzen im Sinne einer Geld- und Bodenrechtsreform, sondern verwies lediglich auf Maßnahmen, die eine solche Reform tatsächlich ergänzen könnten - auf eine höhere Zins- und Erbschaftsbesteuerung sowie auf eine Überführung von Unternehmen „in Stiftungen mit ökologischer oder sozialer Zielsetzung“ und die Einführung einer „ethisch-ökologischen Bewertung ihres Verhaltens“. Auch eine „wirksame Kontrolle der Geld- und Kapitalmärkte, eine Besteuerung der internationalen Finanztransaktionen, eine umfassende Förderung des Energiesparens und der Entwicklung regenerierbarer Energien und eine Verteuerung des Fernverkehrs“ gehörten für Scherhorn zu den notwendigen Reformen zur Beendigung der Dominanz des Kapitals - und neben der Tobinsteuer übrigens auch eine zeitgemäße Weiterentwicklung von Keynes' Bancor-Plan.²²⁵ -

In seinem Buch „Zähmung des Drachens“ beschrieb Jaeger das Ziel um null schwankender Zins- und Profitraten als Voraussetzung für den Übergang der Wirtschaft in einen „Zustand der Beständigkeit“. „Natürlich braucht es zur Untersuchung der wechselwirkenden Dynamik von Zinssätzen und Profitraten, die zu einer Wirtschaft im Zustand der Beständigkeit führen können, noch manche Forschungsanstrengung. Es handelt sich dabei jedoch um eine Forschungsaufgabe von beträchtlicher Bedeutung für jegliche langfristige Lösung der globalen Umweltkrise.“ Allerdings verfolgte Jaeger dieses Ziel im Rahmen seiner Tätigkeit am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung nicht weiter und beließ es zunächst bei der Forderung nach einem qualitativen Wachstum, weil er der Ansicht war, dass der ökologische Umbau der Industriegesellschaft und die Überwindung der weltweiten sozialen Ungleichheit durch grünes Wachstum erreicht werden müssten, *bevor* in fernerer Zukunft „das Wirtschaftswachstum obsolet sein wird“.²²⁶ -

Schließlich erinnerte auch Hans Georg Nutzinger an die außerhalb der Standardökonomie geführten Diskussionen über eine Reform von Geldordnung und Bodenrecht. „Diese Außenseiterdiskussionen sind nicht ausreichend mit der allgemeinen Theorie verknüpft und daher ebenfalls in vieler Hinsicht auch nicht gut durchdacht. Aber die Anhänger von Gesell haben einen wichtigen Umstand im Prinzip richtig erkannt, dass nämlich der Besitz von Land und Geld dem Inhaber solcher ‚assets‘ eine gewisse privilegierte Position gibt, die ja auch Keynes als wesentlichen Bestandteil seiner eigenen allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes gesehen hat. ... Dieses Geldmonopol ist noch nicht

²²⁵ Gerhard Scherhorn (1997a), S. 23 und 25 (Reformmaßnahmen) sowie ders. (1997b), S. 227 - 230 (Keynes' Bancor-Plan). - Vgl. Helmut Creutz (1993/2003), S. 407 - 434.

²²⁶ Carlo C. Jaeger (1996), S. 29 - 31 und 290 - 293. Zu Carlo C. Jaegers Plädoyer für grünes Wachstum vgl. ders. (2011), S. 28 - 41 und 64 - 69 (spätere Entbehrlichkeit des Wachstums).

richtig theoretisch analysiert, aber der damit angesprochene Zusammenhang lässt sich nicht bestreiten.“²²⁷ Leider begann auch Nutzinger ebenso wie Binswanger, Scherhorn und Jaeger nicht selbst damit, die „privilegierte Position ... solcher assets“ und Wege zu ihrer Überwindung systematisch zu erforschen.

11.5.10 Grünes Wachstum vs. Wachstumskritik

Nachdem die jahrzehntelange Systemkonkurrenz zwischen dem westlichen Kapitalismus und dem östlichen Kommunismus mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums 1989 zu Ende gegangen war und der entfesselte westliche Finanzmarktkapitalismus seinen Siegeszug um die ganze Welt angetreten hatte, suchte die Sozialdemokratie ihren Platz in einer modernisierten „neuen Mitte“ zwischen ihren früheren eigenen Positionen und dem Neoliberalismus. Die „zeitlosen Werte“ der Gerechtigkeit und Freiheit werde die Sozialdemokratie niemals aufgeben; aber sie müsse sich an die veränderten Zeitumstände anpassen. „Die beiden vergangenen Jahrzehnte des neoliberalen Laissez-faire sind vorüber. An ihre Stelle darf jedoch keine Renaissance des „Deficitspending“ und massiver staatlicher Intervention im Stile der siebziger Jahre treten. „Eine solche Politik führt heute in die falsche Richtung.“ Mit einer „neuen angebotsorientierten Agenda für die Linke“ einschließlich einer Senkung von Unternehmenssteuern und einer sog. „mikroökonomischen Flexibilität“ müsse die Sozialdemokratie - so der damalige deutsche Bundeskanzler Schröder und der britische Premierminister Blair in ihrem gemeinsamen Papier - „die Rentabilität ... stärken ... und Investitionsanreize ... schaffen. ... Wir wollen den Sozialstaat modernisieren, nicht abschaffen. Wir wollen neue Wege der Solidarität und der Verantwortung für andere beschreiten“ und die Finanzpolitik auf die „Förderung eines nachhaltigen Wachstums“ ausrichten.²²⁸

Entsprechend der sozialpolitischen Anpassung der Sozialdemokratie an den unangefochten vorherrschenden modernen Finanzmarktkapitalismus setzte sich seit der Mitte der 1990er Jahre auch die realpolitische Strategie seiner ökologischen Modernisierung vorerst auf ganzer Linie durch. Anstelle der „Grenzen des Wachstums“ (1972) ging es fortan um ein „Wachstum der Grenzen“. Und die sog. „Green Economy“ ist de facto ein „Green Capitalism“, der weiterhin menschliche und natürliche Ressourcen übernutzt und den Motor der Wirtschaft im buchstäblichen Sinne so heiß laufen lässt, dass sich die sie umgebende Erdatmosphäre in einem gefährlichen Ausmaß erwärmt.

Angesichts dieser Fehlentwicklung ist es geradezu tragisch, dass Binswanger die in seinen Frühschriften skizzierte grundsätzliche Wachstumskritik schließlich in seinem Hauptwerk „Die Wachstumsspirale“ (2006) nicht konsequent weiterführte. Statt sein ursprüngliches Ziel einer „Null-Wachstums-Wirtschaft“ in den

²²⁷ Hans Georg Nutzinger (1998), S. 102 - 103.

²²⁸ Gerhard Schröder & Tony Blair (1999), auf der Website <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html> (Zugriff: 25.6.2017).

Mittelpunkt seines Buches zu stellen²²⁹, blieb er darin bei seiner zwischenzeitlichen Hinwendung zu Simmels „Philosophie des Geldes“ und bei seiner These, wonach die „Geldschöpfung im Bankensystem“ der entscheidende Motor des Wirtschaftswachstums sei. „Der Expansionsprozess gründet auf der zeitlichen Struktur des Marktprozesses, d.h. auf der Notwendigkeit der Vorfinanzierung der Produktion mit Hilfe eines Vorschusses, d.h. von Kapital. ... Daraus folgt, dass insgesamt stets mehr Geld eingenommen als ausgegeben wird. Wie ist dies möglich? Offensichtlich nur, wenn stets Geld zufließt“, das von Geschäftsbanken geschöpft wird. Doch schöpfen sie es nur aus dem Nichts? Oder ‚schöpfen‘ sie es vielleicht auch, indem sie das auf Kosten von Arbeit und Natur akkumulierte Geldkapital auf dem Kreditwege wieder in den Kreislauf zurückführen?²³⁰

Weitere Antriebskräfte des Wirtschaftswachstums sah Binswanger nunmehr auch noch in der „menschlichen Imagination“ und in einer „Staffelung des Wettbewerbs. ... Die Imagination erfindet bzw. findet immer neue Produkte, die neue Bedürfnisse befriedigen“. Allerdings ist die Imagination wie der technische Fortschritt in der neoklassischen Produktionsfunktion eher ein unklarer Einflussfaktor. Und mit der „Staffelung des Wettbewerbs“ meinte Binswanger „unterschiedliche Eigenschaften der Ausgangsstoffe (inkl. Energieträger)“, die in der Landwirtschaft und im Bergbau „aus den natürlichen Ressourcen gewonnen werden“. Abgesehen von dem Tatbestand, dass mit dem „fortlaufenden Akt der Aneignung von Natur“ wirtschaftliches Wachstum grundsätzlich möglich ist, führe die unterschiedliche Qualität der Naturgüter - wenn sie zu einheitlichen Marktpreisen gehandelt werden wie an den internationalen Rohstoffbörsen - an verschiedenen Produktionsstandorten zu Kostenvor- oder -nachteilen. Um dem permanenten Preisdruck standhalten zu können, sei der einzelne Produzent, „wenn er sich nicht durch Kartellvereinbarungen schützen kann oder der Staat einen entsprechenden Schutz gewährt, gezwungen, ständig die Durchschnittskosten zu senken, um billiger anbieten zu können. Dies ist in der Regel nur möglich durch Einstieg in die Massenproduktion und deren ständigen Ausbau, d.h. durch Kombination von Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen“, wobei die bisherigen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt „kein großes Hindernis für die weitere Steigerung der Produktion“ darstellen. Die beim Ausbau der die Märkte monopolistisch beherrschenden großindustriellen Massenproduktion nicht weniger bedeutsame Rolle der Kapitalakkumulation und des Verdrängungswettbewerbs ließ Binswanger allerdings unberücksichtigt. Seine Argumentation mündete schließlich in die zentrale These ein, dass ein jährliches Wachstum in Höhe von 1,8 % erforderlich sei, um die Stabilität der Wirtschaft zu gewährleisten.

²²⁹ Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 219 - 221 (Null-Wachstums-Ordnung).

²³⁰ Hans Christoph Binswanger (2006), S. 6 (Geldschöpfung im Bankensystem, Imagination), 67 - 68 (Simmel), 114 - 127 (Geldschöpfung) und 295 (Nichts).

Die eigentliche Schlüsselfrage, wie „der Spirallauf der Wirtschaft wieder allmählich in einen Kreislauf zurückgeführt werden kann“, erwähnte Binswanger am Ende seines Hauptwerks nur noch einmal ganz kurz für den Fall, „dass sich die Gefährdungen bzw. Hindernisse des Wachstums verstärken sollten“. Und erst in einem Anhang zu seinem Buch brachte er noch einmal das Wichtigste kurz in Erinnerung, dass nämlich der antike Philosoph Aristoteles so deutlich wie kein anderer vor und nach ihm den Unterschied zwischen einer vorkapitalistischen Versorgungswirtschaft („oikonomiké“) und der bestehenden kapitalistischen Erwerbswirtschaft („kapeliké“) herausgestellt habe. Indem die Neoklassik den widersprüchlichen Doppelcharakter des Geldes als dienendes Tausch- und herrschendes Machtmittel verleugne und das Geld nur als Tauschmittel betrachte, erwecke sie den falschen Eindruck, dass die „real existierende Marktwirtschaft“ bereits eine „oikonomiké“ sei. Doch fällt das Geld aus dem Rahmen der Endlichkeit der Natur: „Es verrottet nicht und verrostet nicht. Sein Besitz ist Reichtum oder Ausweis von Reichtum, den man unbegrenzt anhäufen kann, der die Grenze der Sättigung durchbricht und die Wirtschaft in Richtung Expansion orientiert.“²³¹

11.5.11 Claus Leggewies & Harald Welzers „radikaler Richtungswechsel“?

Unmittelbar nach dem Beginn der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten (2008) und auch im Hinblick auf die häufig als ‚Klimawandel‘ verharmloste Erderwärmung erwarteten der Politologe Claus Leggewie und der Sozialpsychologe Harald Welzer das „Ende der Welt, wie wir sie kannten“ (2009). Das Ausmaß ihrer „Metakrise“ spreche eindeutig gegen die Erwartung, dass sie allein mit den bisherigen Mitteln von technischem Fortschritt, unternehmerischem Pioniergeist und Berufspolitik bewältigt werden könnte. Es gehe „jetzt nicht mehr nur um Korrekturen, sondern um einen radikalen Richtungswechsel. ... Der Klimawandel wirft die Systemfrage auf.“ Das Gelingen eines solchen „Großexperiments unter Zeitdruck“ erfordere vor allem „mehr, nicht weniger Demokratie, individuelle Verantwortungsbereitschaft und kollektives Engagement“ der Zivilgesellschaft. Von besonderem Interesse war für Leggewie & Welzer die „Rätselfrage ... , wieso Menschen gegen besseres Wissen handeln“. Warum überwinden die Menschen trotz ihrer existentiellen Bedrohung nicht die „Schwerkraft des So-Seins“ und warum orientieren sie sich nicht in größerem Umfang weg vom ‚business as usual‘ in die Richtung von Änderungen ihres Lebensstils und Konsumverhaltens um?²³²

²³¹ Hans Christoph Binswanger (2006), S. 231 - 236 (Imagination), 237 - 249 (Staffelung des Wettbewerbs), 256 (Umweltschutz kein Hindernis für Wachstum), 310 - 315 (Wachstumsspirale), 370 - 371 (1,8% Wachstum), 375 (von der Spirale zum Kreislauf) und 377 - 387 (Aristoteles). - Vgl. auch Hans Christoph Binswanger (1991), S. 113 - 127 (Aristoteles).

²³² Claus Leggewie & Harald Welzer (2009), S. 13 (Metakrise) - 14 (Großexperiment), 71 (Richtungswechsel), 81 (Rätselfrage), 99 (So-Sein), 102 (Systemfrage).

Da Leggewie & Welzer nach den Erfahrungen mit der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie sehr zu Recht bezweifelten, dass sich umweltschädliche Nebenwirkungen von Großtechnologien durch neue Großtechnologien wie das Geo-Engineering und die Bioökonomie vermeiden lassen, hätten sie auch eine zweite große „Rätselfrage“ aufwerfen können, nämlich die entscheidende Systemfrage: Was ist die Ursache für das „kolossale Versagen der Märkte“ (und auch für Versagen des zentral planenden oder global steuernden Staates)? Die Bezugnahme auf Marx und Polanyi lässt vermuten, dass Leggewie & Welzer die strukturelle Macht des Geldes über Arbeit und Natur nicht als Ursache der „Metakrise“ im Blick hatten. Dementsprechend blieb auch unklar, welche rechtliche Rahmenordnung der Wirtschaft notwendig wäre, um - wie von ihnen befürwortet - die Atmosphäre als Allmende zu behandeln und um einer „kleinräumigen Vergesellschaftung ... , Resilienz“ und einer „überfälligen Renaissance der Genossenschaftsökonomie“ zum Durchbruch zu verhelfen.²³³

11.5.12 Helge Peukerts Diagnose und Therapie der „großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise“ (2010)

Während Leggewie & Welzer die Systemfrage andeuteten, aber unbeantwortet ließen, bildete sie bei dem Ökonomen Helge Peukert (*1956) den krönenden Abschluss seiner großen Übersicht über wissenschaftliche Diagnosen der Weltfinanzkrise und über Politikempfehlungen sowie über darüberhinausgehende Maßnahmen, der außerhalb der Standardökonomie debattiert wurden. Von besonderer Bedeutung war, dass Peukert die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise auch mit der nicht minder großen ökologischen Krise verband und obendrein noch eine unkonventionelle Richtung wies, in der sich ein Ausweg aus der Gesamtkrise der Moderne suchen ließe: „Wie kann ein Wirtschaftssystem überleben, das angesichts positiver Zinssätze und mit Vermögenswerten, die Rendite abwerfen sollen, was letztlich nur durch Erlöse aus der Realsphäre geleistet werden kann, ein System also, das auf Wachstum angelegt ist, mit den Erfordernissen der Ökosphäre harmonisieren, die stetiges Wachstum nicht mehr verträgt? ... Wachstum ist das magische Konzept, das Finanz- und Umweltkrisen nach dem Prinzip ‚Weiter wie bisher ohne Rücksicht auf Verluste‘ verbindet. Der Tanz muss weitergehen, solange die Musik spielt. Nach uns die Sintflut.“²³⁴

Geradezu sensationell war die „entscheidende Zukunftsfrage der Finanzmärkte“, mit der Peukert in die Richtung eines Auswegs aus der großen ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise wies: „Ist eine Geldordnung in einer arbeitsteiligen Wirtschaft ohne positive Zinssätze möglich? ... Wie kann man auf Dauer ein

²³³ Claus Leggewie & Harald Welzer (2009), S. 107 - 108 (Versagen der Märkte, Polanyi), 109 (Atmosphäre als Allmende), 113 (Marx), 123 und 128 (Großtechnologien), 199 (Resilienz), 209 (Genossenschaft) und 233 (kleinräumige Vergesellschaftung).

²³⁴ Helge Peukert (2010b), S. 32, 42 - 43 und 500 - 510.

solides Finanzsystem konstruieren, das nicht eigendynamisch durch den (Zins-)Zins auf ständige Expansion angelegt ist?“ Diese in Fragen gekleidete Wegweisung erinnerte stark an Keynes' Ausblick auf einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“, bei dem die Geld- und Realkapitalrenditen mittel- und langfristig gegen null sinken - mit der Folge, dass ein „quasi-stationäres Gemeinwesen“ an die Stelle der sich selbst beschleunigenden wirtschaftlichen Dynamik treten könnte. Sie entsprach auch ganz der von Binswanger im Anhang zu seiner „Wachstumsspirale“ erinnerten aristotelischen Unterscheidung zwischen einer „Oikonomiké“ und einer „Kapeliké“ und öffnete den Blick für die Möglichkeit eines Übergangs von der bestehenden Geldvermehrungswirtschaft zu einer modernen Form der Haus- und Versorgungswirtschaft. „Im Finanzsektor bauen sich sachlogische Verschuldungskaskaden auf und im Realsektor lebt die Menschheit seit langem von der Substanz des ‚Naturkapitals‘. Das an dieser Stelle nicht zu lösende Kunststück der Wirtschaftspolitik wird darin bestehen, eine Vollbeschäftigung neuen Typs (bei Null- oder sogar Negativwachstum) realisieren zu müssen. Hier zeigt sich die enge Wahlverwandtschaft der Probleme des Realsektors und der Geld- und Finanzsphäre: Über den Zins ist die Geldsphäre genauso wie die Realsphäre auf exponentielles Wachstum angelegt und in beiden Sektoren treten wachstumsbedingte Strukturprobleme auf. ... Die Gretchenfragen lauten: Wie hätte ein zu einer nicht mehr unter Wachstumszwang stehenden Wirtschaft und Gesellschaft korrespondierendes Geldsystem auszusehen?“²³⁵

Wie Binswanger hielt auch Peukert das von Simons & Fisher entwickelte und schon von Eucken in Erwägung gezogene „100%-Money“ für notwendig, um die Geldschöpfung der Geschäftsbanken als Antreiber des wirtschaftlichen Wachstums außer Kraft zu setzen. Aber für Peukert waren das „100%-Money“ und dessen von Huber & Robertson vorangetriebene Weiterentwicklung zum „Vollgeld“ allein noch nicht ausreichend, weshalb er die Frage stellte: „Was müsste hinzukommen?“²³⁶

11.5.13 Green Capitalism als Ausweg?

Die von Peukert gestellten bahnbrechenden Fragen wurden jedoch weder von Wissenschaftlern als Forschungsthemen noch von der Zivilgesellschaft aufgegriffen, so dass es trotz der unvermindert anhaltenden Krisen vorerst bei der weiten Verbreitung des Glaubens an die ökologische Modernisierbarkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft blieb. Zu seinen namhaften Protagonisten gehörte der grüne Politiker Ralf Fücks mit seinem Buch „Intelligent wachsen - Die grüne Revo-

²³⁵ Helge Peukert (2010b), S. 32, 42 - 43 und 500 - 510.

²³⁶ Helge Peukert (2010b), S. 32, 42 - 43 und 500 - 510. Zu Binswangers Empfehlung für eine aktualisierte Form des „100%-Money“ vgl. seinen am 12.11.2008 an der Universität Oldenburg in der „Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie“ gehaltenen Vortrag „Wachstumszwang vs. Nachhaltigkeit“ (Binswanger 2008). - Zu Peukerts Vorstellungen über einen erweiterten wirtschaftspolitischen Maßnahmenkatalog vgl. das Kap. 12.4 im vorliegenden Buch.

lution“ (2013). Aber es gab auch kritische Gegenstimmen wie diejenigen der ebenfalls grünen Politikerin Barbara Unmüßig, die zusammen mit Fücks eine ‚Doppelspitze‘ im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung bildete und mit ihrer ‚Kritik der grünen Ökonomie‘ (2015) einen Gegenpol zum ‚Green Capitalism‘ darstellte, sowie eine ökonomische Gegenstimme von Niko Paech, der grünes Wachstum für ein Märchen hält und mit einer ‚Befreiung vom Überfluss‘ zu einer ‚Postwachstumsökonomie‘ gelangen will.²³⁷

Dem wachstumspessimistischen Slogan ‚The party is over‘ widersprach Fücks mit der Zuversicht, dass es eine modern-fortschrittliche Alternative sowohl zu einem ‚Weiter so wie bisher‘ als auch zur Forderung nach einem freiwilligen Verzicht auf Teile des bisherigen Wohlstands gebe. In der gegenwärtigen sozialen und ökologischen Krise sah er geradezu eine ‚Chance für einen großen Sprung nach vorn ... in eine grüne industriellen Revolution‘. Ohne auch nur im Entferntesten an eine Veränderung der Grundstrukturen der kapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft zu denken, glaubte Fücks an die Möglichkeit einer neuen großen Transformation *innerhalb* des Kapitalismus. Allein mit Hilfe einer Vielzahl von technologischen Innovationen könne die Gesellschaft zu einer postfossilen ökologischen Produktionsweise übergehen. Nicht die natürliche Knappheit der Ressourcen sei das Problem, sondern deren ineffiziente Nutzung. Durch eine höhere Effizienz müssten Wachstum und Naturverbrauch entkoppelt werden. ‚Zentrale Produktivkraft der postfossilen Gesellschaft ist die Solarenergie. ... Biotechnologie wird zur neuen Leitwissenschaft. ... Die moderne Genetik ist nur eine weitere Etappe auf diesem langen Weg der Veränderung unserer Umwelt und der Selbstveränderung des Menschen. ... Grünes Wachstum oder Kollaps, das ist die Alternative.‘ Im ökologischen Umbau der Industriegesellschaft durch Bioökonomie, Bionik, Biotechnologien und Biogenetik sah Fücks ein ‚gewaltiges Investitionsprogramm‘.²³⁸

In dieser geradezu euphorisch fortschrittsoptimistischen Perspektive konnten ein Nullwachstum oder gar eine Schrumpfung nur eine Schreckensvision sein. Fücks sah darin eine Gefahr von ‚enormem ökonomischem und politischem Stress mit scharfen Verteilungskämpfen‘. Innerhalb kapitalistischer Strukturen besteht diese Gefahr tatsächlich, was Grund genug wäre für ein Nachdenken über gerechtere Strukturen der Verteilung. Genau das wehrte Fücks jedoch unter Hinweis auf den Untergang des ‚realen Sozialismus‘ ab. ‚Ihm fehlte die wirtschaftliche Dynamik des Marktes wie die korrigierende Kraft der Demokratie. ... Trotz aller Kritik ist es verfrüht, das Totenglöckchen über den Kapitalismus zu läuten.‘ Der Kapitalismus sei ein ‚lernendes System‘ und könne sich zu einem ‚Ökokapitalismus‘ weiterentwickeln. ‚Analog zur sozialen Einhegung des Kapitalismus durch die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts verändert auch die ökologische

²³⁷ Ralf Fücks (2013). - Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015). - Niko Paech (2012).

²³⁸ Ralf Fücks (2013), S. 13 (grüne industrielle Revolution), 15 (Biotechnologie), 21 (Genetik), 36 (grünes Wachstum), 42 (Solarenergie), 68 (Entkopplung), 114 (Dekarbonisierung und Steigerung der Ressourceneffizienz), 167 (ökologischer Umbau der Industriegesellschaft als gewaltiges Investitionsprogramm), 179 - 225 (Bioökonomie, Bionik usw.).

Bewegung das Gesicht des Kapitalismus. ... Diesen Transformationsprozess gilt es zu unterstützen statt die alten Feindbilder zu pflegen.“ Sogar die vielfach kritisierten multinationalen Konzerne seien „keine eindimensionalen Profitmaschinen, sondern komplexe Gebilde, in denen eine Vielzahl von Menschen tätig ist, die sich Gedanken über die Welt von morgen machen.“ Sie würden „die Weichen auf grün stellen“ und sich in ihrer Produktion auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Biolebensmittel, Elektromobilität oder ökologische Gebäudesanierung umorientieren. Zwar äußerte Fücks auch Sympathien für Genossenschaften, jedoch verlor er kein einziges kritisches Wort über die den Großunternehmen zugrundeliegende kapitalistische Kapitalakkumulation und -konzentration.²³⁹

Durchaus zu Recht hob Fücks die grundsätzliche Bedeutung des „Marktes als dezentrales Steuerungssystem“ hervor. Mit Bezug auf die „ordoliberalen Schule“ erwog er sogar einen „Ordnungsrahmen einer ökologischen Marktwirtschaft“ und plädierte obendrein dafür, dass die Atmosphäre, die Weltmeere und die Arktis als „öffentliche Güter ... gemeinschaftlich verwaltet werden“. Aber warum sollten nur die Atmosphäre, die Weltmeere und die Arktis und nicht die gesamten Ressourcen der Erde als gemeinschaftliche Güter aller Menschen behandelt werden? Abgesehen von dieser zweifelhaften Einschränkung des Spektrums von öffentlichen Gütern differenzierte Fücks überhaupt nicht im Sinne des frühen Ordoliberalismus zwischen den real existierenden monopolkapitalistisch vermachteten Märkten und der erstrebenswerten Marktform des mono- und oligopolfreien Wettbewerbs. Und trotz einer kritischen Randnotiz über „Deformationen des Finanzkapitalismus“ ignorierte er völlig die Rolle des kapitalistischen Geldes bei der Konzentration von Geld- und Realkapital und der Ausbreitung von wettbewerbsbeschränkender Marktmacht. Fücks blieb der unzulässigen Gleichsetzung der „Kombination aus Privateigentum, Märkten als Koordinierungsinstanz und Wettbewerb als Optimierungsverfahren“ mit der „kapitalistischen Produktionsweise“ verhaftet und behauptete schließlich, dass „wir es ... in keinem Land ... mit Kapitalismus pur zu tun ... haben.“ Stattdessen habe der Kapitalismus mehrere Varianten einer „gemischten Ökonomie“ hervorgebracht: „vom marktliberalen angelsächsischen Modell über die soziale Marktwirtschaft westeuropäischen Typs bis zu einer Mischung aus Freistil-Kapitalismus und Staatskontrolle in China und dem Renten-Kapitalismus Russlands. ... Tatsächlich herrscht in allen hoch entwickelten Industriestaaten der Primat der Politik, solange man darunter nicht versteht, dass die Politik beliebig in die Wirtschaft hineinregieren und die Eigendynamik von Märkten außer Kraft setzen kann.“²⁴⁰ Fücks sah weder, wie sehr das strukturell mächtige Geld die Eigendynamik der Märkte für seine Zwecke instrumentalisiert,

²³⁹ Ralf Fücks (2013), S. 120 (Nullwachstum), 157 (grüne Konzerne), 185 (Untergang des realen Sozialismus, Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus), 305 (alte Feindbilder), 308 - 309 (Primat der Politik in gemischten Ökonomien), 310 (ökologische Wandlung des Kapitalismus), 311 - 312 (Genossenschaften) und 313 (Großunternehmen als komplexe Gebilde).

²⁴⁰ Ralf Fücks (2013), S. 41 (öffentliche Güter), 303 (Finanzkapitalismus), 321 (Markt), 323 (ordoliberaler Ordnungsrahmen) und 328 - 332 (Atmosphäre, Weltmeere und Arktis).

noch sah er den Unterschied zwischen den in der Tat fragwürdigen staatlichen Interventionen in die Wirtschaft und der Notwendigkeit einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung, die den Primat der Politik gegenüber wirtschaftlichen Gruppeninteressen durchsetzt und die Märkte von Mono- und Oligopolen befreit.

11.5.14 Wem gehört eigentlich die Natur?

Zweifel am grünen Wachstum wurden exemplarisch von Fücks Kollegen im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung artikuliert. Dabei lehnte Barbara Unmüßig technologische Innovationen zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz und zur Entkopplung von Produktion und Naturverbrauch in ihrer gemeinsam mit Thomas Fatheuer & Lili Fuhr verfassten „Kritik der grünen Ökonomie“ gar nicht rundweg ab. „Ohne Zweifel, wir brauchen Innovationen! ... Aber das allein genügt nicht. Die Aufgabe ist größer.“ Sowohl das quantitative als auch das qualitative Wachstum steuern auf „planetarische Grenzen“ zu. „In den wachstumszentrierten Ansätzen der Grünen Ökonomie geht es nicht um einzelne Innovationen und deren Wert, sondern um Innovationen als Prinzip und Heilsbringer.“ Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie, der „modernen Mutter aller technologischen Heilserwartungen“, hielten Fatheuer & Fuhr & Unmüßig es deshalb für verfehlt, die Ökonomisierung der Natur in ihren bisherigen Formen fortzusetzen und ihre „Inwertsetzung“ etwa im Rahmen eines „Green New Deal“ noch durch technologische Innovationen in den Bereichen der Bioökonomie oder des Geoengineerings zu forcieren. Auf diese Weise wird die Biodiversität immer nur noch mehr in eine eindimensionale Rentabilität des Kapitals umgeformt.²⁴¹

Das „kapitalistische Wachstumsmodell“ beruht auf einer extrem hohen Konzentration von Kapital in den fossilen, vor allem Kohle, Öl, Gas und Uran verarbeitenden Großindustrien. Sie begann mit der ressourcen- und energieintensiven Produktion von Stahl, Zement und Beton, die „geradezu ein Dinosaurier der Moderne“ war. Im Laufe der Jahrzehnte brachte sie eine enorm hohe, ebenfalls Ressourcen und Energie verschlingende Mobilität mit einem räumlich entgrenzten Flugverkehr hervor und mit ebenso überdimensionierten Containerschiffen, die zu Symbolen einer auf falsche Bahnen geratenen Globalisierung geworden sind. Und besonders Länder mit Öl- und Gasvorkommen wurden zu den am brutalsten umkämpften Regionen der Welt.²⁴²

²⁴¹ Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 13 - 15 (planetarische Grenzen, mehr als nur technologische Innovationen, Inwertsetzung der Natur), 54 (Green New Deal), 59 (Bioökonomie), 95 (Notwendigkeit von Innovationen), 97 (Innovationen als Heilsbringer), 116 (Atomenergie), 127 - 129 (Geoengineering).

²⁴² Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 12 (kapitalistisches Wachstumsmodell), 24 - 33 (fossilen Grundlagen), 99 - 107 (Stahl, Zement, Beton und Mobilität) und 147 (unzureichende grüne Ökonomie). Zum Kampf um die arabische Welt vgl. die TV-Dokumentation von Eric Laurent & Patrick Barberis (2011) und Michael Lüders (2015).

Wegen der Endlichkeit der Ressourcen und der Erderwärmung und auch wegen der damit einhergehenden sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit gehöre das „kapitalistische Wachstumsmodell“ trotz seiner ökologischen Modernisierung auf den Prüfstand. „Verteilungsfragen, menschenrechtliche Perspektiven, demokratische Teilhaberechte werden nicht oder nur teilweise thematisiert. ... In der Welt der Grünen Ökonomie sind die Unternehmen die wichtigsten Akteure“. Indem besonders die großen Konzerne die Maximierung ihrer Renditen als Primärziele anstreben, behandeln sie die Natur als „Naturkapital“ und ziehen sie damit in die innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems hinein. Durch die sog. Internalisierung externer Kosten zum Beispiel durch den Handel mit CO₂-Zertifikaten werde die Natur zum Objekt der Quantifizierung, von Messvorgängen (obwohl sich viele ihrer Qualitäten gar nicht quantifizieren lassen) und damit zum Objekt einer fortschreitenden „Monetarisierung“ und Ökonomisierung. Diese erstreckt sich nicht nur auf die äußere Natur und die Ökosysteme, sondern auch auf eine „ökonomische Inwertsetzung von Körpern und Körperstoffen wie Eizellen, Sperma und Gewebe sowie der Kommerzialisierung von Körpern durch Praktiken wie Leihmutterschaft.“ Indem sämtliche „Naturfunktionen ... zu Vermögenswerten und handelbaren Gütern“ werden, fallen sie der sehr ungleichen menschlichen Aneignung anheim. Dabei führe beispielsweise der Handel mit CO₂-Zertifikaten innerhalb kapitalistischer Marktwirtschaften bislang nur zu dürftigen Ergebnissen. Außerdem sprechen sog. Rebound-Effekte gegen die Erwartung, eine grüne Produktion vom Ressourcen- und Energieverbrauch abkoppeln zu können.²⁴³

Alles in allem weist die Grüne Ökonomie nach Auffassung von Fatheuer & Fuhr & Unmüßig eine ganze Reihe von „blinden Flecken“ auf, über die auch „marktorientierte Ansätze“ wie ein „ethisch motivierter Konsum“, ethisch-ökologische Geldanlagen, solidarisches Wirtschaften und der Faire Handel - obwohl sie allesamt Vorboten einer zukünftigen, wirklich ökologischen Ökonomie sind - nicht hinwegtäuschen können. Auf dem Weg dorthin sei eine zweite große Systemtransformation erforderlich, um für alle Menschen ein „gutes Leben“ in einer gerechteren, friedlichen, demokratischen und solaren statt fossilen Weltwirtschaft zu erreichen, deren Stabilität sich ohne wirtschaftliches Wachstum sichern lässt. Und in Ergänzung zu einer sich wieder stärker politisch verstehenden Ökonomie müsse eine „Politische Ökologie“ den Weg in diese Richtung bahnen. „Es braucht Antworten darauf, wie die Gesellschaft ein Stück weit von der Vorherrschaft der Ökonomie befreit werden kann bzw. wie die ‚soziale Einbettung des Marktes‘ (Karl Polanyi) in die Gesellschaft wieder gelingen kann.“²⁴⁴

²⁴³ Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 55- 57 und 65 (Natur als quantifizierbares Naturkapital) - 71 (Objekt der Monetarisierung), 76 (Naturfunktionen als Vermögenswerte und Handelsgüter), 142 - 147 (CO₂-Zertifikate) und 155 (ökonomische Inwertsetzung von Körpern durch Reproduktionstechnologien).

²⁴⁴ Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 12 - 14 (politische Ökologie, gutes Leben), 17 (Polanyi), 135 - 162 (blinde Flecken), bes. S. 155 - 156 (ethisches Investment, Fairhandel usw., Verteilungsgerechtigkeit einschließlich der Geschlechtergerechtigkeit, Demokratie und Umwelt-

Trotz der unzweifelhaften Berechtigung ihrer These, dass es sich bei großen Systemtransformation um mehr als nur eine technische Herausforderung handelt, war auch die „Kritik der Grünen Ökonomie“ noch nicht völlig frei von blinden Flecken. Noch stand sie ratlos vor dem Dilemma, dass sich eine ökologisch begrenzte Nutzung der Naturgüter einerseits nicht nur durch Ge- und Verbote erreichen lässt, sondern dass es dazu auch ihrer Ökonomisierung und Monetarisierung, d.h. ihrer Belegung mit Knappheitspreisen bedarf, und dass andererseits gerade die kapitalistischen Formen der Ökonomisierung und Monetarisierung der Natur ihre fortschreitende Zerstörung nicht aufhalten, sondern vielfach noch verstärken. Ein von einer Abneigung gegen den Markt motivierter Verzicht auf die Belegung von Naturgütern mit Preisen würde zu keiner Auflösung dieses Dilemmas führen, weil er deren Knappheitscharakter nicht gerecht würde. Könnte es also Möglichkeiten einer marktwirtschaftlichen, aber nicht kapitalistischen Ökonomisierung und Monetarisierung von Naturgütern geben? Eine Antwort auf diese Frage könnte sich aus einer Auseinandersetzung mit drei Problemkreisen ergeben:

- Der „Kritik der grünen Ökonomie“ fehlte bislang noch der Blick für die das umweltzerstörerische Wachstum antreibende Rolle des kapitalistischen Geldes. Fatheuer & Fuhr & Unmüßig richteten ihre Kritik zwar gegen die „kapitalistische Produktions- und Konsumweise“ bzw. gegen das „jetzige Wirtschafts- und Produktionsmodell“²⁴⁵, aber sie versäumten es, ihre Kritik auch auf die bestehende kapitalistische Zirkulationsweise bzw. auf den Gesamtkomplex von Produktion, Zirkulation und Konsum zu richten.
- Zwar stellten sie die wichtigen Fragen: „Wem gehört die Natur? Wer hat Zugang, wer kontrolliert die Ressourcen und wie verteilen wir sie untereinander?“²⁴⁶ Jedoch rekonstruierten sie weder, wie die neoklassische Ökonomie den Boden und die Ressourcen vor rund einem Jahrhundert sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht verdrängt hat, noch knüpften sie an die ideengeschichtlichen Ansätze zur Reform des Boden- und Ressourcenrechts und an Binswangers Bemühen um eine Rückholung der Natur in die ökonomische Theorie an. Beides wäre aber zusammen mit der Bewusstwerdung der Rolle des kapitalistischen Geldes erforderlich, um eine Ökonomisierung und Monetarisierung der Natur von kapitalistischen in nachkapitalistisch-marktwirtschaftliche Bahnen überleiten zu können. Wohl verwiesen Fatheuer & Fuhr & Unmüßig auf die Bedeutung von Land als „umkämpfter Ressource“ und auch die Frage der Landnutzung tauchte angesichts des seit dem Beginn der Finanzkrise um sich greifenden Landgrabblings mehrfach in ihrer „Kritik der Grünen Ökonomie“ auf. Die Frage der Landnutzung stellt sich aber keineswegs nur auf dem Land, sondern auch in den Städten. Und es geht dabei auch nicht nur um die Entscheidung zwischen einer agroindustriellen

verträglichkeit), 171 („Repolitisierung der Ökologie“) und 175 (NGOs ohne Interesse an Strukturveränderungen sowie an Macht- und Verteilungsfragen).

²⁴⁵ Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 169 und 171 (Produktion und Konsum ohne Zirkulation. Wem gehört die Natur?).

²⁴⁶ Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 171 (Wem gehört die Natur?).

oder ökologischen Landnutzung, sondern auch darum, ob der Boden, die Ressourcen und die Atmosphäre privat angeeignet und als Waren, Kapital- und Spekulationsgüter (Naturkapital) gehandelt werden, oder ob die natürlichen Lebensgrundlagen als entkapitalisierte unveräußerliche Gemeinschaftsgüter privat gegen Entgelte genutzt werden, die zu gleichen Teilen wieder allen Menschen zugutekommen.²⁴⁷

- Schließlich sprachen Fatheuer & Fuhr & Unmüßig nur ein einziges Mal die Notwendigkeit kurz an, „dringend wirtschaftliche Machtkonzentration (zu) begrenzen und zu beschneiden. Das passiert jedoch nicht oder nicht ausreichend. ... Es braucht deshalb einen regulierenden und dem Allgemeinwohl und der ökologischen Zukunftsvorsorge verpflichteten Staat unter demokratischer Kontrolle und eine starke Zivilgesellschaft.“²⁴⁸ Die notwendige Frage nach den Ursachen der entgrenzten, überwiegend fossil basierten Akkumulation von Kapital und der Konzentration von wirtschaftlicher Macht und wie diese wirksam begrenzt werden könnten, stellten Fatheuer & Fuhr & Unmüßig allerdings noch nicht. Wenn der problematische Kapitalcharakter von Geld, Natur und Unternehmen sowie die Notwendigkeit ihrer Entkapitalisierung stärker in der Kritik am Green Capitalism mitbedacht würden, könnte deutlich werden, dass es nicht mehr nur um die Stärkung des vieles regulierenden Staates und der Zivilgesellschaft *innerhalb* der falschen Strukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft geht. Vielmehr hätten der demokratische Rechtsstaat und die Zivilgesellschaft die Aufgabe, die von Binswanger in Anlehnung an Aristoteles so bezeichnete kapitalistische Erwerbswirtschaft („kapeliké“) in eine nachkapitalistisch-marktwirtschaftliche Versorgungswirtschaft („oikonomiké“) zu transformieren.

Dann könnte sich auch ein Widerspruch auflösen lassen, den Fatheuer & Fuhr & Unmüßig zwar ansprachen, aus dem sie aber noch keinen Ausweg zeigten. Gemeint ist der Konflikt um das Für und Wider der Quantifizierung und Messung von Naturgütern sowie deren Monetarisierung. „So richtig es ist, dass ‘Preise die ökologische Wahrheit sagen sollen’, so kritisch sehen wir eine generelle Finanzialisierung der Natur (und des Sozialen).“²⁴⁹ Die Finanzialisierung und Monetarisierung der Natur könnte nicht als solche problematisch sein, sondern nur solange, wie die Wirtschaft im kapitalistischen Akkumulationsmodus („kapeliké“) bleibt und die Kosten des verwertbaren Naturkapitals nur als weiterer bruchstückhafter Kostenfaktor in die unwahren Preise einkalkuliert werden. So lange kann die „braune Agenda“ des fossilen Zeitalters²⁵⁰ allenfalls in eine großindustrielle ‚mixed economy‘ mit einem fossil-solaren Gesamtkomplex übergehen. Die nicht zu Unrecht

²⁴⁷ Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 41(Land als umkämpfte Ressource) - 52, 110 - 116 (Landnutzung und Grüne Revolution) und 149 - 150 (ökologische Landnutzung).

²⁴⁸ Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 172 - 173 (Begrenzung wirtschaftlicher Machtkonzentration, demokratisch regulierender Staat und Zivilgesellschaft).

²⁴⁹ Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 8 (soziale und ökologische Wahrheit der Preise), 56, 59 und 65 - 73.

²⁵⁰ Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 171 (braune Agenda).

gefürchtete Finanzialisierung und Monetarisierung der Natur verliert aber ihre Fragwürdigkeit, wenn in einer „oikonomiké“ die Renditen von Geld- und Realkapital um durchschnittlich null pendeln und wenn die Boden- und Ressourcenrenten in gleichen pro-Kopf-Beträgen als ökologisches Grundeinkommen an alle Menschen zurückerstattet werden. Unter solchen Umständen kann die Finanzialisierung und Monetarisierung der Natur parallel zu einer Dezentralisierung des Geld- und Realkapitals zu einem interessenneutralen Hilfsmittel zur Sicherung der Grundrechte aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen (und sozialen) Lebensgrundlagen werden. Dann können die Preise tatsächlich ihre eigentliche Aufgabe erfüllen, nämlich als in jeder Hinsicht gerechte, faire Preise die soziale und ökologische Wahrheit zu sagen.

11.5.15 Niko Paechs Entwurf einer „Postwachstumsökonomie“ (2012)

Zu den konsequentesten Wachstumskritikern gehört der Ökonom Niko Paech (*1960), der durch eine „Befreiung vom Überfluss“ (2012) zu einer „Postwachstumsökonomie“ gelangen will. Mit einer fulminanten Entzauberung der Fortschrittsmythen des „grünen Wachstums“ will Paech „den Abschied von einem Wachstumsmodell erleichtern, das aufgrund seiner chronischen Wachstumsabhängigkeit unrettbar geworden ist. ... Der zu schwindelerregender Höhe aufgetürmte Wohlstand ist ein Kartenhaus. Es beschwört eine fatale Unvereinbarkeit herauf: Zunehmende Fallhöhe trifft auf zunehmenden Instabilität. Je höher das Stockwerk, desto tiefer der Fall, wenn alles zusammenstürzt. Und das Fundament bröckelt bereits“ - sowohl in wirtschaftlichen und sozialen als auch in ökologischen Bereichen. Die nationalen und internationalen Schuldenkrisen zeigen dies genauso wie die Krise des die Wirtschaft innerhalb Europas entgrenzenden Euros sowie der Peak Oil & Peak Everything und die Erderwärmung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrachtet Paech eher als Maßstab für mehr Plünderung und Zerstörung der Umwelt denn als ein Wohlstandsmaß. Und mehr Wirtschaftswachstum führt ihm zufolge keineswegs zu einem Mehr an menschlichem Glück. Vielmehr mache es die Menschen nur abhängig von „überregionalen Versorgungsketten und Marktdynamiken“; es gleiche einem Suchtverhalten und führe vielfach zu seelischen Erkrankungen wie dem Burn-out-Syndrom. Zudem lasse sich der immer noch höher steigende Material- und Energiedurchfluss durch die global entgrenzten Wertschöpfungs- und Lieferketten nicht durch sog. Entkopplungsstrategien verringern.²⁵¹

²⁵¹ Niko Paech (2012), S. 7 - 11 (Krisen, Fallhöhe und Instabilität, BIP), 13 - 17 (räumliche Entgrenzung durch den Euro), 25 - 62 (ökologische Plünderung), 30 (psychische Entgrenzung), 67 (soziale Fallhöhe) und 110 - 112 (Glück). Niko Paech prägte als erster den Begriff „Postwachstumsökonomie“ und organisierte gemeinsam mit dem Verfasser des vorliegenden Buches vom Sommersemester 2008 bis zum Sommersemester 2016 eine „Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie“ an der Carl von Ossietzky-

Unter anderem im Blick auf eine Peak Oil-Studie der Bundeswehr, wonach etwa 90 % aller Produkte der modernen Industrie-, Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft von der Verfügbarkeit von Öl abhängen, weist Paech das „Märchen vom ‚qualitativen‘, ‚entkoppelten‘ oder ‚de-materialisierten‘ Wachstum“ wegen der umweltschädigenden Nebenwirkungen von ‚umweltschützenden‘ Technologien und Produkten wie der Wärmedämmung, Bio-Energie, Elektromobilität usw. entschieden als „Greenwashing“ zurück. „Viele vermeintliche Entkopplungsschritte waren und sind nie etwas anderes als das Ergebnis einer Verlagerung ökologischer Probleme. ... Eine noch gravierendere Problemverschärfung tritt dort ein, wo einem bestehenden Knappheitsproblem schlicht ein weiteres hinzugefügt wird: So fließt in die Herstellung von Photovoltaik-Anlagen nach wie vor auch fossile Energie ein, weil die Verarbeitung des benötigten Siliziums Prozesstemperaturen von 1.200 bis 1.400 Grad Celsius erfordert, die auf Basis regenerativer Energien absehbar kaum erzielbar sind. ... Weder Autos mit Katalysator noch Passivhäuser oder Photovoltaik-Anlagen ... sind ... zum ökologischen Nulltarif zu haben“²⁵² - ebenso wenig wie Windkraftanlagen, deren Herstellung das zu den Seltenen Erden gehörende Neodym erfordert. Bei dessen Gewinnung werden giftige Abfälle und radioaktiv strahlendes Uran freigesetzt (!) und deren spätere Entsorgung ist noch ungeklärt.

Statt das Gewissen der Menschen im „Green Capitalism“ mit ökologisch gestylten Produkten zu beschwichtigen, führt nach Auffassung von Paech kein Weg an der Einsicht vorbei, dass es eine Illusion ist zu glauben, den bisherigen Way of Life mit einer höheren Ressourceneffizienz und einem bloßen Umstieg von der fossilen zur regenerativen Energiegewinnung beibehalten zu können. „Allein Lebensstile können nachhaltig sein. ... Folgt man dem Budgetansatz, so stünde jedem Erdbewohner bis 2050 noch ein jährliches Emissionsquantum von 2,7 Tonnen CO₂ zur Verfügung“, wenn das klimapolitische Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad erreichbar bleiben soll. „Die durchschnittliche CO₂-Bilanz eines Bundesbürgers wird derzeit auf desaströse elf Tonnen pro Jahr geschätzt.“²⁵³

Aus diesem kaum widerlegbaren, aber von ökologischen Modernisierern beharrlich verdrängten Befund gibt es für Paech nur eine Konsequenz: Nach rund zwei Jahrhunderten, in denen sowohl die klassisch-neoklassische als auch die marxistische Ökonomie „von exakt derselben Fortschrittsillusion ... eingenebelt“ waren, wird es Zeit für eine „Wohlstandsdämmerung“. Die Menschen müssen einsehen, dass sie sich in einer mittlerweile viel zu komplizierten Produktionsmaschinerie mit erdumspannenden Wertschöpfungs- und Lieferketten verfangen haben. „In

Universität Oldenburg, die danach noch zwei weitere Jahre außerhalb der Universität als Vortragsreihe fortgesetzt wurde; nähere Informationen dazu auf der Website www.postwachstumsökonomie.de

²⁵² Niko Paech (2012), 68 - 70 (Peak Oil-Studie der Bundeswehr), und Planungsamt der Bundeswehr (2012), S. 15 und 87 - 89. - Niko Paech (2012), S. 72 (Mär vom grünen Wachstum), 81 (Verlagerung ökologischer Probleme), 82 und 91 (energieintensive Produktion von Photovoltaik-Anlagen). - Zu den Rebound-Effekten vgl. auch Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 107 - 108.

²⁵³ Niko Paech (2012), S. 58 und 99 - 101 (individuelle Ökobilanzen).

modernen Konsumgesellschaften leben sie über ihre Verhältnisse“, wobei umweltzerstörerisches Verhalten wie zum Beispiel das Fliegen auch noch staatlich subventioniert wird. „Wir verzetteln uns in einer reizüberfluteten Konsumsphäre, die unsere knappste Ressource aufzehrt, nämlich Zeit“ - viel kostbare Lebenszeit, die es braucht, um sich über die unübersehbare Vielfalt der Konsumgüter zu informieren und Kaufentscheidungen zu treffen.²⁵⁴

Um dem Dschungel von Kaufoptionen und aufdringlicher, aber nicht informierender Werbung zu entkommen und aus dem „Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung“ auszusteigen, wird es Paech zufolge Zeit für den „Abwurf von Wohlstandsballast“ und für die Bereitschaft, mit weniger zufrieden zu sein (Suffizienz), sich selbst zu begrenzen (Ivan Illich) und von der „Existenzweise des Habens“ zu einer „Existenzweise des Seins“ (Erich Fromm) überzugehen. Aufgrund der sozialen Ungleichheit wäre die „Kraft zur Genügsamkeit“ freilich mehr von den oberen und mittleren Schichten aufzubringen als von Menschen in den unteren Schichten, denn die Produktions- und Konsumwelt ist nicht für alle Menschen gleichermaßen ein „modernes Schlaraffenland“. Unabhängig davon gilt für Paech die Devise: „Das einzig noch verantwortbare Gestaltungsprinzip für Gesellschaften und Lebensstile heißt Reduktion - und zwar verstanden als Befreiung vom Überfluss, der nicht nur unser Leben verstopft, sondern unsere Daseinsform so verletzlich macht“²⁵⁵ - wobei wiederum zu berücksichtigen ist, dass die von den einzelnen Menschen zu erbringenden Reduktionsleistungen ihrem jeweiligen Platz in der sozialen Hierarchie entsprechen.

In Anknüpfung an Kohrs und Schumachers „Small is beautiful“ und Illichs „konvivialen Werkzeugen“ kritisiert Paech das „grüne Wachstum“ als eine Lebenslüge der Moderne. Kompromisslos fordert er eine Überwindung des „Fremdversorgungssyndroms“, d.h. er plädiert für eine wieder mehr arbeits- als kapitalintensive Produktion mit einem „geringeren Grad an Spezialisierung“, mit kürzeren Wertschöpfungs- und Lieferketten und einer mehr sesshaften Lebensweise der Menschen. Eine zumindest teilweise „De-Globalisierung“ würde eine Lokal- und Regionalwirtschaft mit mehr „handwerklichen Tätigkeiten, Eigenarbeit, Subsistenz, lokaler Versorgung und sozialen Netzwerken“ und Nachbarschaftshilfe stärken. In ihr würden länger haltbare und reparierbare Güter statt Verschleißgüter produziert, die sich außerdem zum Teil auch noch gemeinschaftlich statt bloß individuell nutzen lassen.²⁵⁶

²⁵⁴ Niko Paech (2012), S. 7 - 11 (Wohlstandsdämmerung, Leben über den Verhältnissen), 21 (subventionierter Flugverkehr), 37 - 38 (Fortschrittsglauben von Klassik, Neoklassik und Marxismus), 61 und 68 (Neoklassik und Marxismus) und 127 - 129 (reizüberflutete Konsumsphäre, Hamsterrad und Zeit).

²⁵⁵ Niko Paech (2012), S. 7 - 11 (Wohlstandsdämmerung, Hamsterrad, Reduktion), 23 (ungleiche Inanspruchnahme am Wohlstand) und 25 - 36 (Plünderung der Natur), 42 (modernes Schlaraffenland und Kraft zur Genügsamkeit).

²⁵⁶ Niko Paech (2012), S. 44 und 57 - 64 (Kohr, Schumacher und Illich, mehr Sesshaftigkeit, weniger Spezialisierung und kürzere Wertschöpfungsketten; Eigenarbeit, Subsistenz, Handwerk und Nachbarschaftshilfe; haltbare und reparierbare Güter und gemeinschaftliche Nutzungen) sowie 108 - 109 (mehr

Alle problematischen Symptome der Wachstumswirtschaft und die Selbsttäuschungen der „Grünen Ökonomie“, die Paech brillant kritisiert, sind letztlich - was noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden könnte - gewiss Folgen des individuellen Konsumverhaltens, aber nicht weniger auch Folgen der hochgradigen Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital, das nach maximalen Renditen strebt und sich das Konsumverhalten der Menschen entsprechend geformt hat. Es war das Rentabilitätsprinzip, das im Zuge der ersten beiden industriellen Revolutionen zur übertriebenen Arbeitsteilung und Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die technische Versklavung der Natur und ihre „ökologische Plünderung“ sowie zu der entgrenzten ökonomischen „Durchdringung und Verdichtung von Raum und Zeit“ geführt hat - mit der Folge, dass die auf Kosten der Natur gehenden Erleichterungen der Arbeit oftmals mehr dem Kapital als der Arbeit zugutekamen.²⁵⁷ Mit der dritten industriellen Revolution hat sich die vom Rentabilitätsprinzip dominierte kapitalistische Marktwirtschaft im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien die für ihre Expansion erforderlichen Möglichkeiten der Datenverarbeitung in Bürokratien und auf internationalen (Finanz-)Märkten geschaffen. Und die nächste industrielle Revolution, die ihre Schatten bereits unter dem Namen „Industrie 4.0“ vorauswirft, folgt ebenfalls dem Drang des konzentrierten Geld- und Realkapitals nach seiner rentablen Verwertung und macht sich übrigens auch die ökologische Modernisierung dienstbar. Der in allen Wirtschaftsbereichen kultivierte „Effizienzmythos“ ist in Wirklichkeit ein als Effizienz- verkleideter Rentabilitätsmythos, der die Arbeitsteilung und den Markt kapitalistisch deformiert und dabei ihre ‚schmutzigen‘ Seiten in ferne Länder mit minimalen Sozial- und Umweltstandards auslagert. Der Wettlauf um konventionelle und grüne Innovationen bringt fortwährend neue rentable Wachstumsmärkte hervor und verschafft dem Kapital ebenso rentable Anlagemöglichkeiten wie die Produktion von Verschleißgütern und die staatliche Subventionierung zum Beispiel des klimaschädlichen Flugverkehrs.²⁵⁸

Wenn die von Paech als unumgänglich eingeforderte Reduktionsstrategie - ihr *müssen* sich die Menschen in ‚entwickelten‘ Ländern auch deshalb stellen, weil es sonst niemals eine global gerechte Nutzung von Naturgütern innerhalb ökologischer Grenzen geben kann - eine Chance zur Verwirklichung bekommen soll, muss die von Binswanger, Scherhorn und Nutzinger nur erst vorsichtig angedeutete und von Verfechtern des „grünen Wachstums“ beharrlich umgangene Geld- und Kapitaldynamik endlich stärker in den Focus der Wachstumskritik gerückt werden, denn der im Gegensatz zur Endlichkeit der Natur stehende „Unendlich-

Arbeits- und weniger Kapitalintensität, Lokal- und Regionalwirtschaft), 116 (Kohr, Schumacher und Illich) - 119 (De-Globalisierung).

²⁵⁷ Niko Paech (2012), S. 26 und 31 Arbeitsteilung und Arbeitsproduktivität), 29 (Raum und Zeit) und 58 (ökologische Plünderung).

²⁵⁸ Niko Paech (2012), S. 21- 22 (subventionierter Flugverkehr), 26 (Effizienzmythos), 30 (räumliche Entgrenzung), 32 (Innovationswettlauf) und 40 (Verlagerung der schmutzigen Enden von Wertschöpfungsketten in ferne Länder).

keitscharakter des Geldes“ (Binswanger) und die „Schrankenlosigkeit in der Geld- und Kapitalakkumulation“ (Binswanger&Schernhorn&Nutzinger²⁵⁹) bilden den eigentlichen ökonomischen Kern des modernen Fortschrittsglaubens. Insofern ist von Bedeutung, auf welche Ursachen Paech die ständige, sich noch selbst beschleunigende wirtschaftliche Expansion der vergangenen zwei Jahrhunderte zurückführt und was nach seiner Auffassung geschehen müsste, damit es zur Reduktion und zum notwendigen „Rückbau des ruinösen Industriemodells“ kommen kann.²⁶⁰

Gerade diese Schlüsselproblematik steht auch bei Paech noch nicht im Zentrum seiner Überlegungen über die Antriebskräfte des wirtschaftlichen Wachstums. Als „kulturellen Wachstumstreiber“ betrachtet er wie schon Thorstein Veblen und Fred Hirsch den Konsum von Gütern, die ihren Eigentümern gesellschaftliches Ansehen, Status, Prestige und (vermeintliches) Glück verschaffen. Und als den zentralen ökonomisch „strukturellen Wachstumstreiber“ betrachtet er in Übereinstimmung mit dem ‚späteren‘ Binswanger in erster Linie die Geldschöpfung der Geschäftsbanken, deren Rolle als Wachstumstreiber Binswanger in seiner „Wachstumsspirale“ beschrieben hat, insbesondere „in Verbindung mit dem Einkommens- und Kapazitätseffekt einer Investition“.²⁶¹

Im Zusammenhang damit verweist Paech zwar auch auf den „vom Zins induzierten zusätzlichen Wachstumsdruck“. Und er schätzt auch die Bestrebungen der genossenschaftlichen „Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken“ (GLS) und anderer alternativer Banken, Beziehungen zwischen Kapitalgebern und Kapitalverwendern herzustellen und die Kapitalgeber zu veranlassen, „ihre Rendite- und Zinsansprüche zu mäßigen“ und „ihre Ersparnisse in regionale ökologische, soziale, künstlerische Projekte zu investieren, die mit ihren politischen Vorstellungen harmonisieren.“²⁶² Im Hinblick auf das in neuerer Zeit um sich greifende Landgrabbing lässt er auch Sympathien für eine Bodenrechtsreform und den in diese Richtung weisenden, von Peter Barnes in Kalifornien/USA gegründeten „Sky Trust“ durchblicken. Aber auf die dem kapitalistischen Geld innewohnende Akkumulationsdynamik geht Paech nicht näher ein und beschränkt die geldreformerische Überlegung, den „Unendlichkeitscharakter des Geldes“ (Binswanger) mit Hilfe von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes) aufzuheben, auf die Ausstattung von Regionalwährungen wie dem „Chiemgauer“ mit einer „zinslosen Umlaufsicherung“. Im Übrigen denkt Paech bei „Geld- und Finanzmarktreformen“ - wie übrigens auch Herman Daly - hauptsächlich an eine „Beendigung jeglicher Bankengeldschöpfung“ im Sinne von Irving Fishers „100%-Money“ und Hubers „Vollgeld“. In anderem Zusammenhang zieht er auch einmal höhere Einkommen- und

²⁵⁹ Hans Christoph Binswanger (1979), S. 171(Unendlichkeitscharakter des Geldes). - Hans Christoph Binswanger & Gerhard Schernhorn & Hans Georg Nutzinger (1983), S. 99.

²⁶⁰ Niko Paech (2012), S. 8 (Rückbau der Industrie).

²⁶¹ Niko Paech (2012), S. 103 - 109 (strukturelle Wachstumstreiber) und 110 - 112 (kulturelle Wachstumstreiber).

²⁶² Niko Paech (2012), S. 21, 104 und 107 (zinsinduzierter Wachstumsdruck) sowie 115 (GLS-Bank).

Vermögenssteuern in Betracht sowie die Einführung einer Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen und die Abschaffung von ökologisch unsinnigen Subventionen. „Unabdingbar wären ein striktes Moratorium für jegliche Projekte, die zur weiteren Versiegelung von Boden führen oder Landschaften antasten, sowie Rückbauprogramme für Infrastrukturen. Selbstredend sind dies zuvorderst nukleare und auch fossile Kraftwerke. Der momentan mehr oder weniger unbemerkte Ausbau von Kohlekraftwerken wäre unbedingt zu stoppen. Ein Teil der Industrieanlagen, Autobahnen, Parkplätze und Flughäfen (die absehbar größten Klimakiller) wären in prägnantem Umfang stillzulegen, zurückzubauen und so weit wie möglich zu renaturieren. Andernfalls können dort Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien installiert werden, um die katastrophalen Flächen- und Landschaftsverbräuche dieser Technologien zu mindern.“²⁶³

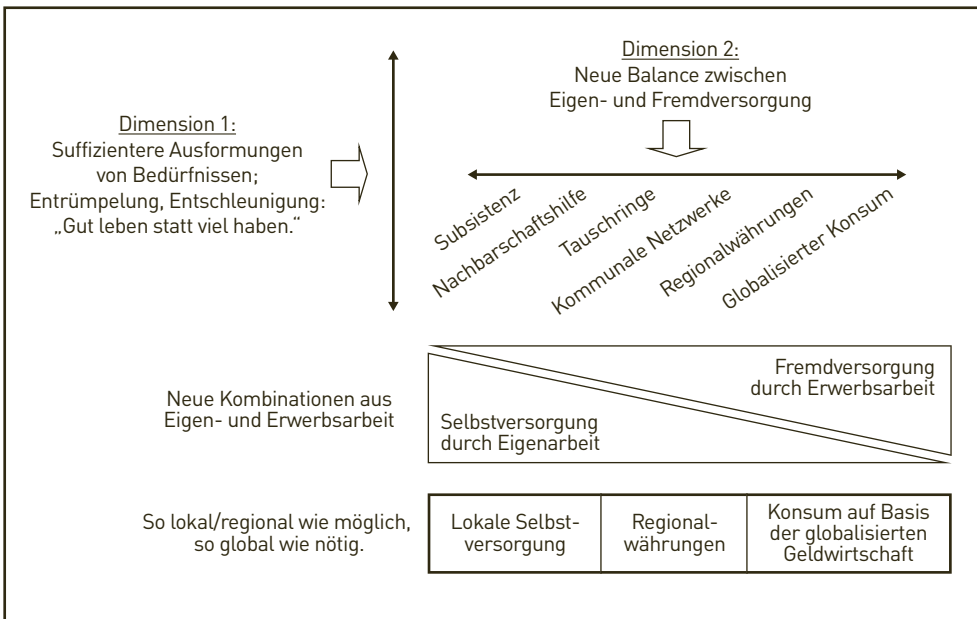


Abb.: Konturen einer Postwachstumsökonomie

aus: Niko Paech (2008), S. 17.

Da in Paechs Vorstellungen von einer von ihm selbst so benannten „Postwachstumsökonomie“ der vom „Unendlichkeitscharakter“ des kapitalistischen Geldes auf die Realwirtschaft ausgeübte Wachstumsdruck noch nicht in genügendem Umfang abgestellt wird, könnten industrielle Rückbauprogramme zu einer Reihe von

²⁶³ Niko Paech (2012), S. 22 (höhere Einkommen- und Vermögenssteuern), 117 und 134 - 136 (Regionalwährungen, Tobinsteuer, Landgrabbing und Bodenreform, Subventionen). Zu Herman Dalys Plädoyer für ein 100%-Money bzw. Vollgeld vgl. ders. (2009), S. 39 - 42, bes. S. 41.

staatsinterventionistischen Einzelmaßnahmen werden. Und eine Änderung der Lebensstile könnte trotz ihrer unbedingten Notwendigkeit mit dem unvermindert stark wirksam bleibenden Expansionsdrang des konzentrierten Geld- und Realkapitals kollidieren. Würde dem Geld mit Hilfe einer Geld- und Bodenrechtsreform ein der Natur entsprechender „Endlichkeitscharakter“ verliehen, könnte die schon erstmals von John Stuart Mill und danach von John Maynard Keynes vorausgesehene Möglichkeit entstehen, die bisherige Wachstumswirtschaft im Wege eines rechtstaatlich-politisch begleiteten, aber in ökonomischer Hinsicht auch selbsttätig innerhalb einer sozialen und ökologischen Rahmenordnung ablaufenden Prozesses in eine „Postwachstumsökonomie“ zu transformieren.

Wenn eine Geldreform im Wege der Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes) dazu führt, dass die „Wachstumsspirale“ (Binswanger) in einen geschlossenen Geldkreislauf übergeht und das Land als Gesamtheit von Boden, Ressourcen und Atmosphäre zu einem gemeinschaftlichen, gegen Entgelt privat nutzbaren Gut wird, wenn also eine Entkapitalisierung von Geld und Boden/Unternehmen/Ressourcen/Atmosphäre als begrenzendes Element in die Wirtschaft eingefügt wird, dann wird sich nicht nur eine *quantitative Verlagerung* wirtschaftlicher Aktivitäten von der „Fremdversorgung durch Erwerbsarbeit“ in die Richtung von mehr „Selbstversorgung durch Eigenarbeit“ einstellen. Es wird sich dann - wie von Paech stellenweise auch schon angedeutet - ebenfalls ein *qualitativer Wandel* von der „Fremdversorgung durch lohn- und gehaltsabhängige Erwerbsarbeit“ zu einer Fremdversorgung durch mehr selbstbestimmte selbstständige und/oder kooperative Tätigkeiten in kleineren und mittleren Unternehmen ergeben, und zwar auf mono- und oligopolfreien statt auf monopolistisch vermachteten Märkten. „Außerdem korrespondieren Regionalökonomien mit kleineren Unternehmen, die per se transparenter und demokratischer zu kontrollieren sind, erst recht dann, wenn es keine Aktiengesellschaften - die in einer Postwachstumsökonomie ohnehin deplatziert wären - sondern Genossenschaften sind.“ Ansonsten betrachtet Paech die zukünftigen Unternehmen weniger unter dem Aspekt ihrer hierarchischen oder egalitären Organisation, sondern vielmehr im Hinblick auf die qualitative Veränderung ihrer reduzierten Produktion. „Der Focus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände, etwa durch Renovation, Optimierung, Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung. ... Märkte für gebrauchte, aufgearbeitete und überholte Güter würden ebenfalls zur Verringerung der Neuproduktion beitragen. Zudem sollen neue und aufgearbeitete Güter stärker direkt und regional vermarktet werden.“²⁶⁴

Ähnlich wie Eucken bereits die Entstehung eines größeren außermärklichen Bereichs der „Eigenwirtschaft“ neben der Marktform der monopolfreien Konkurrenz erwartete, könnten nach Paechs Vorstellungen parallel zur Schrumpfung der Industrieproduktion größere Bereiche der Subsistenzwirtschaft entstehen, wie sie

²⁶⁴ Niko Paech (2012), S. 116 und 118 (Genossenschaften statt Aktiengesellschaften), 131 - 134 (Wandel der Produktion).

bereits in städtischen, zum Teil interkulturellen Gemeinschaftsgärten sowie in den Transition Towns sichtbar werden. Unter Einsatz ihrer stärker eingeübten handwerklichen Fähigkeiten könnten viele Konsumenten zu „Prosumenten“ oder „Koproduzenten“ werden, die zumindest einen Teil ihrer Güter selbst reparieren, zum Beispiel in Repaircafés, oder sogar selbst produzieren („Marke Eigenbau“²⁶⁵). Und in solidarischen Formen könnte die Landwirtschaft ohne Agrarfabriken und Massentierhaltungen ökologisch betrieben werden.²⁶⁶

In einer solchen „kleinräumigen ... Ökonomie der Nähe“ wären sehr viel mehr Markttransparenz und Empathie anstelle der Anonymität von ökonomischen Großstrukturen möglich - besonders dann, wenn ein „zweites Preisetikett“ Auskünfte über den Naturverbrauch bei der Herstellung der Güter geben würde. Im Sinne von Karl Polanyi wäre diese Ökonomie stärker in die soziale Lebenswelt und auch in die Natur eingebettet und sie wäre alles in allem auch resilienter, d.h. weniger verletzlich als großindustrielle ‚Monokulturen‘. „Entmonetarisierte Lokalversorgung, regionalökonomische Systeme auf Basis zinsloser Komplementärwährungen und - als zu minimierende Restgröße - Leistungen aus globaler Arbeitsteilung könnten kombiniert werden, um die nach Ausschöpfung aller Suffizienzpotenziale verbleibenden Bedarfe so wachstumsneutral wie möglich zu befriedigen.“ Schließlich würde sich auch der über die lokale Selbstversorgung und über regionale Märkte hinausgehende Konsum von Gütern aus einer überregionalen und globalen geldbasierten Produktion insofern qualitativ ändern, als es kein Konsum mehr auf der Basis einer kapitalistischen Weltökonomie wäre, sondern ein Konsum auf der Basis einer nachkapitalistisch „globalisierten Geldwirtschaft“.²⁶⁷ Deren internationale Institutionen würden nach dem Vorbild von Keynes' „Bancor-Plan“ so aufgebaut, dass sie die Weltwirtschaft in ein Gleichgewicht bringen, statt dass multinationale Konzerne die Welt mit ihrer Form des ‚Freihandels‘ überziehen, ausplündern und destabilisieren.

Wenn sich in dieser Weise auch die *Qualität* der Fremdversorgung ändert, weil die Einheit von Kauf und Verkauf, Sparen und Kredit in einem geschlossenen Geldkreislauf die Wertschöpfungs- und Lieferketten verkürzt, verliert die Frage an Bedeutung, ob sich dann die Industrieproduktion - wie Paech es plakativ darstellt - auf die Hälfte reduziert oder ob sie dann noch zum Beispiel 65 oder 70 Prozent der bisherigen Industrieproduktion ausmacht. Es geht dabei jedenfalls nicht um eine Entscheidung zwischen einer Fortsetzung der kapitalistischen Moderne und einem „Rückfall ins Mittelalter“ oder gar in die Steinzeit²⁶⁸, sondern um die Suche nach einem Weg in eine zweite, sowohl sozial- als auch naturverträg-

²⁶⁵ Holm Friebe & Thomas Ramge (2008). - Vgl. auch Christine Ax (2009).

²⁶⁶ Walter Eucken (1952/1960), S. 246 - 247 (Eigenwirtschaft). - Niko Paech (2012), S. 120 - 125 (Suffizienz und Subsistenz, Prosumenten, Resilienz). - Vgl. auch Werner Onken (2004).

²⁶⁷ Niko Paech (2012), S. 100 (zweites Preisetikett), 114 - 115 (kleinräumige, sozial und ökologisch eingebettete, resiliente Ökonomie mit Transparenz und Empathie) und 119 (Kombination von lokalen, regionalen und globalen Ökonomien).

²⁶⁸ Niko Paech (2012), S. 60 (Moderne vs. Mittelalter) und 122 (Halbierung der Industrieproduktion).

liche nachkapitalistische Moderne, in der es mehr Eigenarbeit geben könnte als bisher²⁶⁹, in der aber auch die arbeitsteilige Fremdversorgung bei insgesamt geringerer Mobilität, einer humanen Betriebsorganisation und kürzeren Wegen zwischen Produktion und Verbrauch allemal wirtschaftlicher - nicht rentabler! - wäre als die lokale Selbstversorgung.

Obwohl der Deutsche Bundestag im Dezember 2010 eine „Enquete-Kommission für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ einsetzte, blieben die politischen Handlungsebenen bislang für wachstumskritische Politikoptionen nahezu unerreichbar. Dabei war im ersten „Thesenpapier zum Wachstum“, mit dem die Partei Bündnis90/Die Grünen die Schaffung dieser Enquete-Kommission angeregt hatte, sogar noch die Frage enthalten, ob „Nullwachstum oder geringe Wachstumsraten in einer Marktwirtschaft mit unserem bewährten Geld- und Zinssystem überhaupt vereinbar“ sind. Im gemeinsamen Antrag von Bündnis90/Die Grünen und SPD war nur noch die Rede davon, dass „ein Wachstumszwang in Marktwirtschaften durch die Organisation des Geldwesens zu bestehen ... scheint. Die Enquete soll den Zusammenhang zwischen der Geld- und Kreditschöpfung der Geschäftsbanken und der Entwicklung des realen Wirtschaftswachstums analysieren.“ Damit verlagerte sich die Aufmerksamkeit bereits vom Geld- zum Bankwesen und die Enquete-Kommission konzentrierte sich dann hauptsächlich auf die wichtige, aber nicht entscheidende Frage, ob das Bruttoinlandsprodukt ein geeigneter Indikator für die Messung von Wohlstand und Lebensqualität ist, sowie auf die Fragen, ob sich Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln lassen und wie ein nachhaltiger Konsum aussehen könnte. Im Abschlussbericht der Kommission vom Mai 2013 spielte die Ausgangsfrage nach dem Zusammenhang zwischen dem Geld und dem Wachstum keine Rolle mehr.²⁷⁰

Aufgrund solcher Erfahrungen stellte Paech am Ende seines Buches die „Subjektorientierung“ über die „sogenannte Macht- oder Systemfrage“ und hob die Bedeutung von Veränderungen des individuellen Konsumverhaltens und der Lebensstile besonders hervor.²⁷¹ Jedoch bedarf es sowohl der Umkehr zu ökologisch und sozial verantwortbaren persönlichen Lebensstilen als auch der gedanklichen Vorbereitung einer zukünftigen großen Strukturreform, wenn eine Transformation

²⁶⁹ Im Gegensatz zu Juliet Schor gibt sich Paech keinen technikgläubigen Illusionen hin, dass sich die wirtschaftliche Produktivität von Eigenarbeit und Suffizienz mit Hilfe von 3-D-Druckern und anderen „Fabricators“ zu einem „Hightech-Do-it-yourself“ steigern ließe. (Juliet Schor 2010/2016, S. 43 und 138 - 152, bes. S. 145 und 147). Abgesehen von einer Sharing Economy (18 und 162 - 164) und dem Urban Gardening (S. 212) besteht Schors „Plentitude“-Konzept (engl. plenty = Fülle) im Wesentlichen aus der Vorstellung einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeiten und einer „neuen Zeitkultur“ (S. 24 - 25 und 134 - 138). Aber nachdem sie den Ökonomen ein „monumentales Versagen“ in der Finanzkrise von 2008 vorgeworfen hat (S. 32), erwägt sie trotz der Erwähnung einer „Slow-Money-Bewegung“ (S. 201) keinerlei neue Geldkultur, um den „zweifelichtigen Finanzsektor“ (S. 13) zu reformieren.

²⁷⁰ Bündnis90/Die Grünen (2010) und Bündnis90/Die Grünen und SPD (2010). Deutscher Bundestag (2013), S. 30 - 33 und 67 - 72 (Regulierung der Finanzmärkte ohne Änderung der Geldordnung); (Zugriffe am 25.6.2017).

²⁷¹ Niko Paech (2012), S. 138 - 140 (Lebensstil vs. Systemfrage).

der kapitalistischen Wachstumswirtschaft in eine nachkapitalistisch-marktwirtschaftliche „Postwachstumsökonomie“ gelingen soll - wenn also die große Herkulesaufgabe bewältigt werden soll, die Wirtschaft in ‚entwickelten‘ Ländern in stabilen Bahnen geordnet schrumpfen zu lassen, sie sich in ‚unterentwickelten‘ Ländern noch eine Weile nachkapitalistisch-marktwirtschaftlich entwickeln zu lassen und gleichzeitig in allen Ländern die soziale Ungleichheit so einzuebnen, dass sich eines Tages alle Menschen dieser Erde auf gleicher ökonomischer Augenhöhe in respektvoller religiöser und kultureller Verschiedenheit und im gemeinsamen Bewusstsein ihrer Mitverantwortung für das Leben auf dieser Erde begegnen können.

Dieses Ziel würde unerreichbar, wenn man den Focus einseitig auf die „ökosuizidalen Praktiken“²⁷² und die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks richtet und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit hintenanstellt, weil unter sozialer Gerechtigkeit allzu lange nur eine ‚gerechte‘ Teilhabe von Kapital und Arbeit am stets *wachsenden* Sozialprodukt verstanden wurde. Dieses verfehlte Gerechtigkeitsverständnis war der tiefen Verwurzelung der Arbeiterbewegung im Industriekapitalismus und dem dazugehörigen modernen Fortschrittsglauben geschuldet. Es kann jedoch kein Grund sein, das Gerechtigkeitsstreben ausschließlich mit Fortschritt und Wachstum zu assoziieren und es aufzugeben, weil es einer gerechteren Verteilung von Heroin gleiche, aber das Problem der Abhängigkeit von der Droge Wachstum nicht löse.

Wie UN-Studien über den globalen Ressourcenverbrauch, den weltweiten Verlust an Biodiversität und die Aufheizung der Erdatmosphäre zeigen²⁷³, ist eine „Wachstumsrücknahme“, Degrowth oder wie immer man die ökonomische Reduktion benennen möchte, unausweichlich. Statt aber nur den Konsum von naturzerstörenden Waren und Dienstleistungen einzuschränken, um den jährlichen CO₂-Ausstoß von 12 (Deutschland) oder 20 (USA) Tonnen auf durchschnittlich 3 oder 4 Tonnen zu begrenzen, gilt es auch, soziale Hierarchien einzuebnen und einen dazu passenden, von Wachstumserwartungen unabhängigen Gerechtigkeitsbegriff zu entwickeln, der Gerechtigkeit als gleiche Teilhabe auch an einer stagnierenden oder schrumpfenden Wirtschaft versteht. So gesehen sind soziale Gerechtigkeit und Ökologieverträglichkeit zwei Seiten einer Medaille - ähnlich wie die soziale Ungleichheit und die zerstörerische Nicht-Nachhaltigkeit - , die nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Die überlebensnotwendige Verringerung des ökologischen Fußabdrucks kann ohne soziale Verwerfungen nur gelingen, wenn er auch bei allen einzelnen Menschen annähernd gleich wird.

Zweifellos ist es sinnvoll und notwendig, Konsumgewohnheiten und Lebensstile in Richtung Suffizienz zu verändern, aber problematisch sind nicht nur Flugreisen, der Individualverkehr, der Fleischverzehr und Plastikverpackungen. Solange ihre Vermeidung ‚nur‘ innerhalb der fortbestehenden falschen Strukturen des Wirt-

²⁷² Niko Paech (2018), S. 64 (ökosuizidale Praktiken).

²⁷³ Vgl. hierzu: Ohne Verfasser (2019a) und Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung UFZ (2019).

schaftens geschieht, bleiben auch alle noch so suffizienteren wirtschaftlichen Handlungen wie der Verzehr von Bio-Lebensmitteln und fair gehandelter Kleidung oder der Öko-Tourismus mit der unbereinigten sozialen und ökologischen Unwahrheit der Preise kontaminiert. Es gibt nun einmal kein 100%ig richtiges, widerspruchsfreies Handeln innerhalb falscher Strukturen. Das Problem der Nicht-Nachhaltigkeit des bisherigen Wirtschaftens ist also noch sehr viel größer als gemeinhin angenommen wird und es lässt sich keineswegs nur mit anderen Konsumgewohnheiten und scheinbar ‚grünen‘ Technologien lösen. Wenn es doch nur so einfach wäre! Gerade die viel als ‚sauber‘ gepriesene E-Mobilität beruht auf der Verfügbarkeit von Lithium, dessen Gewinnung Ökosysteme und die Lebensbedingungen indigener Völker in Südamerika zerstört.²⁷⁴

11.5.16 Lateinamerikanische „Buen Vivir“-Bewegung

Ein mit der Natur verträgliches gutes Leben für alle Menschen anstelle eines Lebens in sozialer Ungleichheit, bei der ein Teil der Menschen zu viel und ein anderer Teil zu wenig hat, ist auch das Ziel der lateinamerikanischen „Buen Vivir“-Bewegung. Zu ihren Vordenkern gehört der ecuadorianische Ökonom und Politiker Alberto Acosta (*1948), der in Deutschland Ökonomie und Wirtschaftsgeografie studiert hat. In den Jahren 2007/2008 gehörte er der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors an und war auch zeitweise Minister für Energie und Bergbau. Acosta war maßgeblich an der sog. „Yasuni-ITT-Initiative“ beteiligt, die ähnlich wie später die Gegner des Erdgas-Frackings erreichen wollte, dass die unter einem ecuadorianischen Nationalpark lagernden Erdölvorkommen nicht ausgebeutet werden. Als Gegenleistung für die Erhaltung dieses Yasuni-Ökosystems sollte die internationale Gemeinschaft Geld in einen von den Vereinten Nationen zu verwaltenden Fonds einzahlen, aus dem Ecuador modellhafte Maßnahmen finanzieren wollte, die in die Richtung eines „Buen Vivir“ jenseits der kapitalistischen Entwicklung führen. Gemäß dem in den Anden- und Amazonasgebieten verbreiteten indigenen Verständnis der Erde als Mutter aller Menschen („Pacha Mama“) und als „lebendiger Superorganismus“ wollte diese Initiative die Weltöffentlichkeit auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, das fossile Zeitalter zu beenden und der Natur eigene Rechte zuzugestehen. Sie fand eine zivilgesellschaftliche Unterstützung, stieß aber auf den Widerstand mächtiger Konzerne und scheiterte schließlich, als auch die internationale einschließlich der deutschen Politik ihr die Unterstützung verweigerte.²⁷⁵

²⁷⁴ Vgl. dazu die TV-Dokumentation „Kann das Elektroauto die Umwelt retten?“ vom WDR https://www.youtube.com/watch?v=aS_xTJmzdgA (Zugriff: 15.6.2019).

²⁷⁵ Ohne Verfasser (1992), S. 47 (Indiogedicht „Mutter Erde“ und „Schwester Erde“). - Alberto Acosta (2012/2015), S. 17 - 31 (Yasuni-ITT-Initiative), 66 (indigene Überlieferungen) und 113 (Erde als lebendiger Superorganismus). Seitens der deutschen Politik war es der Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP), „der der Initiative im September 2010 den Dolchstoß versetzte.“ (S. 24)

Als „Rechtssubjekt“ statt als Ausbeutungsobjekt sollte die Natur nach Vorstellungen von Politikern in Ecuador und auch in Bolivien ein durch eine „ökologische Gerichtsbarkeit“ einklagbares Recht auf nachträgliche Entschädigungen bekommen, wenn sie verletzt oder gar zerstört wird.²⁷⁶ Obwohl Acosta in seinem Plädoyer für einen „Übergang vom Anthropozentrismus zum Biozentrismus“ auch eine „Entkommerzialisierung der Natur“ anstrebte²⁷⁷, fehlt in seinem Buch „Buen Vivir - Vom Recht auf ein gutes Leben“ (2012/2015) eine Vorstellung von einer Ordnung des Boden- und Ressourcenrechts, die von vornherein eine sozial- und umweltverträgliche Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleistet. Von Landreformen ist bei Acosta leider kaum die Rede, obwohl der feudale, aus Kolonialzeiten stammende und in die kapitalistische Entwicklung übernommene Großgrundbesitz den Indigenen und der Natur in Lateinamerika tiefe Wunden geschlagen und zu blutigen Konflikten um Land und Ressourcen geführt hat wie zum Beispiel im mexikanischen Chiapas oder in Kolumbien. Nur einmal streifte er - ohne in Details zu gehen - die Notwendigkeit einer „Umverteilung ... des Eigentums von Land und Wasser“ sowie den „Grundsatz des öffentlichen Monopols der strategischen Ressourcen“ und das „Thema der Allmende (Commons)“. So beschränken sich Acostas Vorstellungen vom Übergang vom „neoliberalen Staat“ zu einem „plurinationalen Staat“ letztlich auf die zweifellos richtige, aber plakativ bleibende Forderung, dass sich die „Vielfalt der ethnischen und kulturellen Sichtweisen“ ungetrübt von patriarchalischen und rassistischen Ausgrenzungen in den politischen Strukturen eines demokratischen Rechtsstaates widerspiegeln solle. „Was Praktiken der Entscheidungsfindung angeht, erweisen sich die marginalisierten Völker und Nationalitäten oft als demokratischer als die sogenannten westlichen Demokratien. ... Vielmehr können mit der Wiederbelebung der Urprinzipien der Völker und Nationalitäten dynamische Gesellschaften gegründet werden“, die an die Stelle neokolonialer Strukturen und aller „Formen des Autoritarismus“ treten könnten. Acosta will auch „Umverteilungssysteme für Reichtum und Macht einführen“, lässt aber offen, wie sie aussehen könnten.²⁷⁸

Auch wenn die lateinamerikanische „Buen Vivir“-Bewegung noch kein Konzept für eine rechtliche Neugestaltung dessen entwickelt hat, was sie für einen „Schlüsselaspekt für den Aufbau eines ‚guten Lebens‘“ hält - nämlich eine neue kooperative „Beziehung zur Natur“ - , bot sie dennoch einige Orientierungshilfen für die Suche nach einer neuen globalen Entwicklungsperspektive jenseits des bisherigen „eurozentrischen Wohlstandskonzepts“ mit seiner kapitalistischen

²⁷⁶ Alberto Acosta (2012/2015), S. 110 (Natur als Rechtssubjekt) und 119 - 127 (ökologische Gerichtsbarkeit).

²⁷⁷ Alberto Acosta (2012/2015), S. 114 (Anthropo- und Biozentrismus) sowie 36 - 37, 116 und 193 (Entkommerzialisierung der Natur).

²⁷⁸ Alberto Acosta (2012/2015), S. 128 - 143 (plurinationaler Staat), hier: S. 131 (ethnische und kulturelle Vielfalt), 132 (demokratische Potenziale marginalisierter Völker), 135 (Wiederbelebung indigener Traditionen), 139 (Autoritarismus) - 140 (Umverteilungssysteme) sowie 172 (Umverteilung des Landeigentums, öffentliches Monopol an Ressourcen) und 176 (Allmende).

Akkumulation und Konzentration von Vermögen und den mit der sozialen Ungleichheit verbundenen Fehlentwicklungen des Patriarchats und des Rassismus.²⁷⁹ Mit Nachdruck hob Acosta deshalb die Notwendigkeit von strukturellen Veränderungen anstelle von technischen Scheinlösungen eines „grünen Kapitalismus“ hervor. Ihm zufolge bedarf es nicht nur einer gerechteren Verteilung der Güter im bestehenden Akkumulationssystem, sondern „tiefgreifender radikaler Veränderungen“ und einer Überwindung des Akkumulationsprinzips selbst mit- samt „seiner sozialen und ökologischen Zerstörungslogik“. Parallel zu einer un- ausweichlichen „wirtschaftlichen Schrumpfung des globalen Nordens“ müsse weltweit eine allgemeine Suffizienz mit neuen Mustern von Produktion und Kon- sum das bisherige Streben nach maximaler Effizienz des Einsatzes von kon- zentriertem Kapital ablösen. Dabei lehnte Acosta das Effizienzstreben durchaus nicht pauschal ab. Vielmehr hoffte er auf eine „Synergie von Effizienz und Suffi- zienz“.²⁸⁰

Acosta ging es um eine „Rückkehr zu Gebrauchswerten“, die mit Hilfe einer nicht mehr vom Kapital dominierten Technik hergestellt werden, und nach den für Lateinamerika verlorenen Jahrzehnten des Neoliberalismus auch um eine „Rückkehr des Staates in das Wirtschaftsleben“. Das „Buen Vivir“ war für ihn ein „radikaler demokratischer Ausdruck“, der „alle Formen von Autoritarismus in Frage ... stellt“. Jedoch blieb unklar, wie die neue Gestalt des Staates und die Rückkehr bzw. der Übergang von der „anthropozentrischen Kapitalismuslogik“ mit ihrer „markteigenen Logik der Monetarisierung“ zum „Buen Vivir“ konkret aussehen könnten. Die bisherigen Vorstellungen von einem „Buen Vivir“ hielt Acosta auch ausdrücklich noch nicht für ein fertiges „Rezeptbuch“. Sie sind „kein vollständig ausgearbeitetes Konzept“ und vor allem auch „kein monokulturelles Angebot“. „Wir müssen zugeben, dass wir es mit einer extrem komplexen, wenn auch nicht unüberwindlichen Herausforderung zu tun haben.“ Obwohl ihm die Gefahr der „Verwirrung“ bewusst war, ging es Acosta zunächst darum, Elemente aus den verschiedensten kulturellen Überlieferungen und ökonomischen Denkrichtungen in das „Buen Vivir“ einfließen zu lassen. Neben der „indigenen Utopie“ und dem afrikanischen „Ubuntu“ gehören die Philosophie des Aristoteles, Gandhis Credo der Gewaltfreiheit, die „Small is beautiful“-Bewegung von Schumacher und Illich und die Globalisierungskritik von Vandana Shiva zu den Inspirationsquellen des „Buen Vivir“, außerdem die ökonomischen Denkansätze von Kenneth Boulding,

²⁷⁹ Alberto Acosta (2012/2015), S. 35 - 36 (Ungleichheit, Patriarchat und Rassismus; Naturbeziehung als Schlüsselaspekt des guten Lebens), 39 - 40 (eurozentrisches Wohlstandskonzept mit ständiger Kapitalakkumulation) und 47 - 68 (Entwicklung ohne Akkumulation), bes. S. 52 - 54 (verheerende Folgen der bis zum Äußersten getriebenen kapitalistischen Entwicklung für Lateinamerika).

²⁸⁰ Alberto Acosta (2012/2015), S. 10 (tiefgreifende Veränderung), 35 - 36 (Beziehung zur Natur, Suffizienz), 56 (soziale und ökologische Zerstörungslogik des Kapitalismus), 80 - 83 und 145 (strukturelle Veränderungen anstelle eines grünen Kapitalismus mit technischen Scheinlösungen, neue Produktions- und Konsummuster) sowie 150 (Synergie von Effizienz und Suffizienz) und 192 (Schrumpfung des globalen Nordens).

Nikolas Georgescu-Roegen, Manfred Max-Neef, Niko Paech, Tim Jackson und Serge Latouche.²⁸¹

Alles in allem zeigte sich Acosta zuversichtlich, dass die „Buen Vivir“-Bewegung einen demokratischen Staat mit einem „umfassenden Partizipationsprozess“ und eine „autozentrische Entwicklung der endogenen Produktivkräfte“ in „selbstverwalteten Produktionseinheiten“ und mit „angepassten Technologien“ und einer „dezentralisierten und regionalisierten Energieerzeugung“ hervorbringen werde. Obwohl er einerseits in Übereinstimmung mit Marx und den linken Parteien Lateinamerikas den bestehenden Markt als einen „Fetisch“ kritisierte, verurteilte er den Markt nicht pauschal, denn wie das globale Kapital könnten erfahrungsgemäß auch staatliche Bürokratien eine gefährliche Übermacht bekommen. Vielmehr verwies Acosta auf Braudels Unterscheidung zwischen einer kapitalistischen und einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft. „Braudel hat frühzeitig erkannt, dass der Kapitalismus kein Synonym für ‚Marktwirtschaft‘ ist. Im Gegenteil kann der Kapitalismus sogar ein ‚Antimarkt‘ sein, wenn sich die Unternehmer - in mehr oder minder starker Monopolstellung - nicht wie die idealtypischen Unternehmer der konventionellen Wirtschaftstheorie verhalten. ... In der Welt der Indigenen gab es schon lange vor der Ankunft der Eroberer den Markt als ein soziales Konstrukt auf der Basis von Solidarität, Gegenseitigkeit und Verhältnismäßigkeit.“ Polanyi habe bereits darauf aufmerksam gemacht, dass diese Form des Marktes „weit entfernt vom später aufgezwungenen Kapitalismus“ war. Und genau deshalb müsse es heute darum gehen, eine nachkapitalistische „Wirtschaft mit Märkten (im Plural), eine Wirtschaft im Dienste der Gesellschaft zu schaffen.“²⁸² Dazu gehören sollte eine Stärkung der „bäuerlichen Produktion vor Ort für den lokalen Konsum“ und der Handel sollte „an den Maßstäben einer sozialen und einer Umweltlogik ausgerichtet ... werden und nicht an der Logik der Kapitalakkumulation: ein wahrlich komplexes Unterfangen.“ Außerdem sollten die Banken im Rahmen einer „neuen Finanzarchitektur“ so umgestaltet werden, dass sie als genossenschaftliche Dienstleister ein „solidarisches, produktives Wirtschaften beflügeln“. Und „Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen entscheidende Akteure bei der Steuerung ihrer jeweiligen Produktionseinheiten sein.“ Im Zusammenhang mit einer Verkürzung von Arbeitszeiten und einer Umverteilung der Arbeit sollen Acosta zufolge produktive wie auch reproduktive Arbeiten „als gleichberechtigt anerkannt werden“, wobei er zunächst nur an eine „Sozialversicherung für Haus-

²⁸¹ Alberto Acosta (2012/2015), S. 39 (Rückkehr zu Gebrauchswerten), 41 (Boulding), 42 - 43 (Technik), 66 (Rückkehr des Staates in die Wirtschaft), 69 (kein Rezeptbuch), 70 - 71 (Kapitalismuslogik vs. indigener Utopie), 72 (vage Utopie einer Überwindung des Kapitalismus), 74 (afrikanisches Ubuntu), 81 - 82 (Aristoteles, Gandhi, Georgescu-Roegen, Schumacher und Illich, Shiva, Max-Neef, Paech, Jackson und Latouche), 83 (kein monokulturelles Angebot), 86 (Gefahr der Verwirrung), 139, 141 und 144 (indigene Utopie und radikale Demokratie als extrem komplexe Herausforderung ohne ausgearbeitetes Konzept).

²⁸² Alberto Acosta (2012/2015), S. 43, 70 und 78 (Markt), 148 - 150 und 158 - 164 (demokratische Partizipation und autozentrische Entwicklung der Wirtschaft, selbstverwaltete Produktion und angepasste Technologien, verschiedene Formen des Marktes als Fetisch und sozialem Ort der Gegenseitigkeit), 171 (dezentral-regionale Energieerzeugung).

frauen“ denkt und noch nicht an eine reguläre Bezahlung von produktiven und reproduktiven Arbeiten einschließlich einer Sozialversicherung für beide Formen der Arbeit.²⁸³

Mit einer „erneuerten Marktlogik“, einer Wiederbelebung von lange verdrängten indigenen Formen des Produzierens und Tauschens und einer neuen „Entwicklung mit menschlichem Maß“ kommen Acostas ansatzweise erkennbare ordnungspolitische Grundlinien eines nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen „Buen Vivir für alle“ anstelle eines „Dolce Vita für wenige“ dem ordoliberalen Ziel einer monopolfreien Marktwirtschaft entgegen. Auf Anregung des aus Deutschland stammenden Ökonomen Jürgen Schuldt von der Universität Lima/Peru betrachtete Acosta sogar „alternative Währungen“ als Instrumente, „mit denen die Gemeinschaft wieder Herr über ihre Wirtschaft werden kann“. Dabei dachte er wie Paech allerdings mehr an lokale und regionale Währungen wie die argentinischen „Creditos“ in den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende oder an die „Palmas“ der „Banco Palmas“ in Fortaleza im Nordosten Brasiliens als an alternative Währungen auf staatlicher Ebene. Die Schlüsselrolle, die alternative Währungen auf nationalen und internationalen Ebenen für eine Abkehr vom Akkumulationsmodus und eine zweite „große Transformation“ (Polanyi) einnehmen könnten, hatte Acosta noch nicht vollständig im Blick. Immerhin erschien ihm die „Schaffung eines internationalen Finanzkodex“ als notwendig. Neben einer Schließung der Steueroasen, einer Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen und der „Gründung eines internationalen Schiedsgerichts für Staatsschulden“ dachte Acosta auch an die „Gründung einer Weltzentralbank (die nichts mit der Weltbank und dem IWF zu tun hat). Sie soll mithelfen, die Herausgabe einer Währung oder eines globalen Währungskorbs zu normieren (was allerdings nichts mit dem Bretton-Woods-System zu tun hat).“ Ist ihm vielleicht Keynes' in Bretton Woods nicht zum Zuge gekommener „Bancor“-Plan zur Gründung einer supranationalen „International Clearing Union“ bekannt? Im Hinblick auf die „Banco del Sur“ und ihre Verrechnungseinheit „SUCRE“ („Sistema Unitario de Compensación Regional“) sprach Acosta von der Notwendigkeit eines „regionalen Währungs- und Finanzsystems mit eigenem Kodex“; aber er erwähnte nicht, dass die „Banco del Sur“ nach dem Vorbild von Keynes' „International Clearing Union“ mit einem gemäß dem „Bancor“ strukturierten „SUCRE“ jenen „eigenen Kodex“ entwickeln könnte, mit dem sie sich von den übrigen Weltwährungsinstitutionen qualitativ unterscheidet.²⁸⁴

²⁸³ Alberto Acosta (2012/2015), S. 148 (bäuerliche Produktion für lokale Märkte), 155 (Umverteilung von Arbeit, kürzere Arbeitszeiten, Gleichberechtigung von produktiver und reproduktiver Arbeit), 162 (Handel), 171 - 172 (Banken und Mit- bzw. Selbstbestimmung der ArbeitnehmerInnen), 174 (Sozialversicherung für Hausfrauen).

²⁸⁴ Alberto Acosta (2012/2015), S. 91 (anderer Produktionsapparat und andere Konsummuster), 147 und 172 (alternative Währungen mit Hinweisen auf Silvio Gesell in den Anmerkungen 2 und 15 zum Kap. 8), 164 (erneuerte Marktlogik), 166 - 168 und 173 (indigene Formen des Produzierens und Tauschens) und 178 (Entwicklung mit menschlichem Maß), 177 (Buen Vivir für alle anstelle eines Dolce Vita für

11.5.17 Christian Felbers „Gemeinwohl-Ökonomie“

Unmittelbar nach dem Beginn der Weltfinanzkrise im Herbst 2008 analysierte der österreichische Politologe und Romanist Christian Felber die Dominanz der internationalen Finanzmärkte über die Realwirtschaft als ein „Geld-Dilemma“. Über bloße Regulierungen der Finanzmärkte hinaus postulierte er die „Notwendigkeit, das Geld zu entmachten“ und eine „demokratische Bank (als) dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus“ zu gründen. In der Wirtschaft solle es in Zukunft um „Kooperation statt Konkurrenz“ gehen. „Die Gewinnorientierung hat nicht nur zu systematischer Spekulation, Bilanzmanipulation und maßloser Gier geführt, sondern auch zu massivem - und erfolgreichem - Lobbying für die politische Umregulierung der Finanzmärkte.“ Die repräsentative politische Demokratie müsse ihre Souveränität gegenüber den Finanzmärkten und deren „finanziellen Massenvernichtungswaffen“ zurückgewinnen; sie müsse durch Elemente einer direkten Demokratie gestärkt und auch um eine Wirtschaftsdemokratie ergänzt werden.²⁸⁵

Der „Knackpunkt“ besteht für Felber nicht darin, das „Geld-Dilemma“ durch eine strukturelle Reform des Geldes zu überwinden. Stattdessen sollen „Gewinnstreben und Konkurrenz ... als fundamentale Anreizstruktur privater Unternehmen abgelöst werden ... von Gemeinwohlorientierung und Kooperation. ... Unternehmen sollten durch das Gesetz auf das Gemeinwohl verpflichtet werden. Unternehmerischer Erfolg wird zukünftig primär an einer Gemeinwohlabilanz gemessen (kombinierte Sozial-, Öko-, Demokratie- und Solidaritätsbilanz). Die finanzielle Bilanz gerät zum Nebenschauplatz; nicht mehr Finanzgewinn ist das Ziel, sondern Kostendeckung.“ Sollten Unternehmen dennoch einmal gleichsam unbeabsichtigt Überschüsse erzielen, die über „nachhaltige Investitionen, begrenzte Verlustvorsorge und Stärkung des Eigenkapitals“ hinausgehen, so sollten diese nur „bei der ‚Demokratischen Bank‘ deponiert werden dürfen, damit diese sie an jetzt investierende Unternehmen und Haushalte günstig weiterreichen kann.“²⁸⁶

Was genau unter Gemeinwohl zu verstehen ist, soll Felber zufolge ein „wirtschaftsdemokratischer Konvent“ definieren und messbar machen, „der sich aus allen wichtigen Gruppen der Gesellschaft zusammensetzt wie eine erweiterte Sozialpartnerschaft“. Während die sog. Ökobilanzen und Nachhaltigkeitsberichte, mit denen große Unternehmen im Sinne ihrer „Corporate Social Responsibility“ ihr Image PR-wirksam aufbessern, nur unverbindlich sind, soll der „wirtschaftsdemokratische Konvent“ zusätzlich zu herkömmlichen Bilanzierungen Kriterien für die Sozial- und Umweltverträglichkeit des unternehmerischen Handelns und einen

wenige) - 178 (neue Entwicklung mit menschlichem Maß) und 183 - 184 (Polanyi, internationaler Finanzkodex). Vgl. auch S. 53 (Kritik am IWF). – Jürgen Schult (1995).

²⁸⁵ Christian Felber (2009), S. 10 (dritter Weg), 13 - 14 (Gewinnorientierung), 18 (Geld-Dilemma) und 36 (finanzielle Massenvernichtungswaffen).

²⁸⁶ Christian Felber (2009), S. 97 - 98 (Gemeinwohl- statt Gewinnorientierung als dritter Weg).

Kodex als Orientierung für ihr zukünftiges Handeln entwickeln. Dementsprechend sollen die Unternehmen dem „wirtschaftsdemokratischen Konvent“ in regelmäßigen Zeitabständen ihre „Gemeinwohlbilanzen“ vorlegen, für die sie je nach dem Grad der Erreichung dieser Kriterien vom Konvent in Zusammenarbeit mit einem „regionalen Wirtschaftsparlament“ Bewertungspunkte erhalten. „Unternehmen, die sich sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer halten, als die gesetzlichen Mindeststandards es vorschreiben, werden dafür entsprechend belohnt“ - durch Steuervorteile, niedrigere Zolltarife, günstigere Kredite von der „Demokratischen Bank“ oder Forschungs Kooperationen mit öffentlichen Universitäten. Durch die Hintertür kommen also wieder monetäre Anreize in die Gemeinwohl-Ökonomie hinein. Niemand dürfe übrigens mehr als das „maximal Zwanzigfache des gesetzlichen Mindestlohns“ verdienen. Auf internationaler Ebene sollten ein „neues Bretton Woods“ mit Keynes' Bancor-Plan, eine „Weltsteuerbehörde“, eine „Fixierung der Rohstoffpreise“ und eine „Weltfinanzmarktaufsicht“ hinzukommen.²⁸⁷

In seinem 2010 erschienenen Buch „Gemeinwohl-Ökonomie“ stellte Felber ausführlicher dar, wie er sich eine „Wiedereinbettung der ... seelenlosen ... Wirtschaft in das gesellschaftliche Wertesystem“ durch die Einführung einer „Gemeinwohlbilanz“ vorstellte. „Der Anreizrahmen für die individuellen Wirtschaftsakteure muss umgepolt werden von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation.“ Dazu dürfen die einzel- und gesamtwirtschaftlichen Resultate des Wirtschaftens wie die Gewinne und das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr nur in Geld gemessen werden. Die Gemeinwohl-Ökonomie will die wirtschaftliche Erfolgsmessung von Tauschwertmessung auf Nutzwertmessung umstellen, von aussageschwachen monetären auf aussagekräftige nichtmonetäre Indikatoren.“ Die in ihren bisherigen Rechtsformen und Größen vorerst weiterbestehenden (Groß-)Unternehmen werden anhand einer „Gemeinwohl-Matrix“ daran gemessen, wie sie sich im Hinblick auf Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitentscheidung gegenüber ihren Lieferant/innen, Geldgeber/innen, Mitarbeiter/innen, Kund/innen und ihrem gesellschaftlichen Umfeld verhalten. Insgesamt 18 Indikatoren seien Felber zufolge „in Punkten klar messbar. ... Bei jedem Indikator sind vier Stufen erreichbar: erste Schritte, fortgeschritten, erfahren, vorbildlich.“ Zu den Indikatoren gehören u.a. die Arbeitsbedingungen, die Gleichbezahlung von Frauen, die Sinnhaftigkeit von Produkten und das solidarische Verhalten gegenüber anderen Unternehmen.²⁸⁸

Abgesehen von der fraglichen Messbarkeit der gewünschten Verhaltensweisen stellt sich die Frage, wer überhaupt legitimiert sein könnte, die Maßstäbe für diese

²⁸⁷ Christian Felber (2009), S. 74 - 81 (Internationales) und 98 (Höchst- und Mindesteinkommen 20:1) - 101.

²⁸⁸ Christian Felber (2010/2012), S. 14 (Wiedereinbettung), 16 (Nebeneinander von Finanzbilanz und Gemeinwohlbilanz), 39 (Umpolung) - 40 (neue Indikatoren) und 44 - 45 (Gemeinwohl-Matrix).

wertenden Messungen des Verhaltens von Unternehmen festzulegen. Ein „Redaktionsteam Gemeinwohl-Bilanz“ habe - so Felber - Indikatoren entwickelt, mit denen 2011 in Wien „sechzig Pionier-Firmen“ auf freiwilliger Basis erste praktische Schritte in die Richtung einer „Gemeinwohl-Ökonomie“ gegangen seien und mehrere Hundert Firmen motiviert hätten, diesen Beispielen zu folgen. Eine echte Legitimation entstehe aber erst, wenn ein demokratisch gewählter „Wirtschaftskonvent“ als dritte Säule der Demokratie neben ihren repräsentativen und plebiszitären Säulen eine verbindliche gesetzliche Grundlage für die allgemeine Einführung von „Gemeinwohl-Bilanzen“ schaffe. Dann könne „jedes Unternehmen, egal ob ein Ein-Personen-Unternehmen, gemeinnütziger Verein, Stadtwerk, Mittelständler oder eine börsennotierte Aktiengesellschaft ... maximal tausend Gemeinwohl-Punkte erreichen.“ Durch regelmäßige Veröffentlichungen ihrer „Gemeinwohl-Bilanzen“ bekämen Konsument/innen eine Übersicht über die Märkte und würden in die Lage versetzt, ihre Einkäufe bei denjenigen Unternehmen zu tätigen, deren Handeln dem Gemeinwohl am ehesten entspricht. Zur Vermeidung von Bilanzfälschungen habe der Staat nur eine „stichprobenartige Kontrollaufgabe. ... Für den Fall, dass ein Unternehmen die Gemeinwohl-Bilanz fälscht, die AuditorIn besticht und diese die gefälschte Bilanz attestiert, muss es ein Supervisionsverfahren geben und eine Sanktionsmöglichkeit gegen etwaige korrupte AuditorInnen.“²⁸⁹

Was in früheren Zeiten sozial eingestellte Unternehmer freiwillig für ihre Belegschaften taten und was in neuerer Zeit PR-Abteilungen großer Unternehmen für sich reklamieren, will Felber zu einer demokratisch legitimierten und für alle Unternehmen verbindlichen Richtschnur machen. Aufgrund seiner Aversion gegen den Markt als solchen will er - ohne zwischen dem Idealtyp eines monopolfreien Marktes und der real existierenden mono- und oligopolistischen Vermachtung der kapitalistischen Märkte zu unterscheiden - ähnlich wie Hilferding & Naphtali mit ihrer „Wirtschaftsdemokratie“ oder Steiner mit seinen „Assoziationen“ mit seinem demokratisch gewählten „Wirtschaftskonvent“ eine Institution schaffen, die gleichsam von oben bzw. außen 1. die kapitalistisch verzerrt bleibende marktwirtschaftliche Selbststeuerung korrigiert und die 2. das Verhalten der kapitalistisch bleibenden (Groß-)Unternehmen auf ein wie auch immer definiertes nichtkapitalistisches Gemeinwohl ausrichtet. Ein Eingebettetsein der vielen Einzelinteressen in einem übergeordneten Gemeinwohl, das sich nach einer Geld- und Bodenreform und einer Entkapitalisierung der Unternehmen und Märkte selbsttätig einstellen könnte, wollte Felber also schon innerhalb kapitalistischer Verhältnisse durch eine obrigkeitliche Institution herbeiführen. Entsprechend kompliziert bliebe auch die mehr oder weniger friedliche Koexistenz der herkömmlichen „Finanzbilanz“, die zur „Nebenbilanz oder besser: Mittelsbilanz“ werden soll, und

²⁸⁹ Christian Felber (2010/2012), S. 9 (Pionier-Firmen), 45 - 46 (Redaktionsteam), 47 (Wirtschaftskonvent), 51 (Gemeinwohl-Punkte und Transparenz), 54 (staatliche Supervision) und 158 (Drei-Säulen-Demokratie).

der ihr übergeordneten „Gemeinwohl-Bilanz“. Dementsprechend würden Gewinne „gegengleich vom Zweck zum Mittel“. Verwendet werden dürfen sie nur noch für Investitionen, die „einen sozialen und ökologischen Mehrwert schaffen“, für die Bildung von Rücklagen zum Ausgleich von Verlusten, zur Aufstockung des Eigenkapitals sowie entweder zur Ausschüttung an die MitarbeiterInnen oder zur Vergabe von „unverzinsten ... Darlehen an Mitunternehmen“. Verboten werden die „Ausschüttung von Gewinnen an EigentümerInnen, die nicht im Unternehmen arbeiten“, insbesondere Dividenden an Aktionäre. Auch für Firmenaufkäufe und Fusionen sowie für Investitionen in Finanzanlagen und Parteispenden sollen die Gewinne nicht mehr verwendet werden dürfen. „Durch die Summe dieser Maßnahmen erlischt der Wachstumszwang in der Wirtschaft.“ Außerdem werde die „gegenwärtige Vernichtungs- und Fresskonkurrenz“ in eine „friedliche Koexistenz“ der Unternehmen oder sogar in ihre „aktive Kooperation“ und ein „gegenseitiges Helfen“ übergehen.²⁹⁰

Neben der „Gemeinwohl-Bilanz“ soll eine nicht gewinnorientierte „Demokratische Bank“ als ein „ganz anderes Finanzsystem“ zum zweiten Herzstück der Gemeinwohl-Ökonomie werden. Ohne die dem Geld innewohnende kapitalistische Struktur zu überwinden will Felber das „Geld als Kredit zu einem öffentlichen Gut“ machen, die Finanzmärkte sowie Fonds und Börsen schließen. Durch die Einführung von „Vollgeld“ im Sinne von Joseph Huber soll eine private Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken unmöglich gemacht werden. Die „Demokratische Bank“ sowie ebenfalls „gemeinwohlorientierte Genossenschaftsbanken und Sparkassen“ sollen „nur Einlagen- und Kreditgeschäfte betreiben. ... Es gibt weder Kredit- noch Sparzinsen im herkömmlichen Sinne. Die KreditnehmerInnen bezahlen eine Kreditgebühr, die so bemessen ist, dass die Bank ihre Kosten inklusive Investitionen und Speisung eines Fonds für soziale Zwecke deckt.“ Bei der Vergabe von Krediten soll es nicht mehr um ihre Rentabilitätsersparungen und schon gar nicht mehr einen Einfluss eines „anonymen Ratings“ gehen; entscheidend ist die Aussicht auf „ihren sozialen und ökologischen Mehrwert. ... Investitionsvorhaben mit besonders hohem sozialem und ökologischem Mehrwert erhalten Kredite kostenlos oder sogar mit ‚negativem Zins‘, d.h. sie müssen nicht einmal die volle Kreditsumme zurückzahlen.“²⁹¹

Felber scheint der Ansicht zu sein, dass sich alle diese durchaus sympathischen Ziele gewissermaßen per Dekret demokratisch (?) verordnen lassen, ohne dass zuvor die Kapital-, Arbeits- und Gütermärkte mit Hilfe ordnungspolitischer Reformen der Geld- und Bodenordnung in ein gesamtwirtschaftliches Kräftegleichgewicht gebracht werden müssen. In einer „Gemeinwohl-Ökonomie“ werde es „keine Kapitaleinkommen mehr“ geben; aber Felber lässt im Unklaren, wie sie über-

²⁹⁰ Christian Felber (2010/2012), S. 56 (Finanzbilanz als Nebenbilanz), 57 - 71 (erlaubte und verbotene Verwendungen von Gewinnen, Wachstumszwang und gegenseitiges Helfen der Unternehmen).

²⁹¹ Christian Felber (2010/2012), S. 79 - 82 (Demokratische Bank, Geld als öffentliches Gut, Vollgeld), 84 - 85 (gänzliche Abschaffung von Zinsen, Kriterien für Kreditvergaben) und 89 (Vollgeld).

wunden werden könnten. Auch „die Rohstoffpreise werden demokratisch festgelegt, durch einen Ausschuss, in dem ErzeugerInnen und KonsumentInnen einander auf Augenhöhe begegnen und menschenwürdige Preise für beide Seiten vereinbaren“ (auch ökologisch angemessene Preise?).²⁹²

Aus der komplizierten Verwicklung von kapitalistischer Marktwirtschaft und „Gemeinwohl-Ökonomie“ dürften auch Felbers Vorstellungen über das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht herausführen. Zum einen strebt er eine über die herkömmliche Mitbestimmung hinausgehende „Demokratisierung von Großunternehmen“ an, indem „ein von der Regierung unabhängiges Organ der Gesellschaft ... die Unternehmen mit lenkt. Denkbar wäre ein regionales Wirtschaftsparlament, das als Vertretung des Souveräns fungiert und in allen Großunternehmen einer Region im Aufsichtsrat sitzt. Dieses Parlament würde direktdemokratisch gewählt.“ Und zum anderen müsse „in der Gemeinwohl-Ökonomie auch über eine Obergrenze für Privateigentum diskutiert werden“. Felber denkt dabei an „zum Beispiel 10 Millionen Euro. ... Langfristiges Ziel der Gemeinwohl-Ökonomie ist, dass möglichst viele Menschen zu MiteigentümerInnen an den Unternehmen werden und diese in gemeinsamer Verantwortung steuern inklusive des gemeinsamen Tragens des Verlustrisikos. ... Es ist anzunehmen, dass es einen wachsenden Anteil von Genossenschaften oder ähnlichen Unternehmensrechtsformen geben wird.“ Aber wie sollen die Dezentralisierung des Realkapitals und eine tendenzielle Verkleinerung der Unternehmen erreicht werden, wenn die treibenden Kräfte von Akkumulation und Konzentration nicht wirklich still gelegt werden? Neben dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln vieler kleiner und weniger großer Unternehmen stellt sich Felber „demokratische Allmenden“ vor. Nachdem die Staatsunternehmen während der neoliberalen Ära vielfach privatisiert wurden, sollen die Infrastrukturen nicht wieder verstaatlicht, sondern „öffentliches Gemeinschaftseigentum“ werden. „Mein Vorschlag ist nicht, dass wir zurückkehren zu staatlichen Versorgungsunternehmen, wie wir sie kannten, sondern dass essentielle Wirtschaftszweige direkt von der Bevölkerung kontrolliert und gesteuert werden.“²⁹³

Auf internationaler Ebene sollte Felber zufolge in Anknüpfung an Keynes' Bancor-Plan ein „neues Bretton Woods“ mit einem „Globo oder Terra als Welthandelswährung“ geschaffen werden und außerdem sollten eine „Weltsteuerbehörde“ und eine „Weltfinanzmarktaufsicht“ eingerichtet werden.²⁹⁴

²⁹² Christian Felber (2010/2012), S. 80 (Rohstoffpreise), 83 (keine Kredit- und Sparzinsen). Vgl. auch Christian Felber (2009), S. 80 - 81 (Rohstoffpreise), 92 (Vollgeld) und 96 (keine Kapitaleinkommen mehr).

²⁹³ Christian Felber (2010/2012), S. 98 - 101 und 108 (Demokratisierung der Großunternehmen und regionales Wirtschaftsparlament, MitarbeiterInnenbeteiligung an kleineren Unternehmen) sowie 114 - 116 (Demokratische Allmenden).

²⁹⁴ Christian Felber (2010/2012), S. 80 und 90 (Globo oder Terra). - Vgl. auch Christian Felber (2009), S. 74 - 76 und 80 (neues Bretton Woods) sowie 78 und 81 (Weltsteuerbehörde und -finanzmarktaufsicht).

Felber erhob ausdrücklich nicht den Anspruch für die „Gemeinwohl-Ökonomie“, ein in sich geschlossenes Modell zu sein. Er zeigte sich offen für ihre Kombination mit Elementen der Solidarischen Ökonomie, der Wirtschaftsdemokratie, den Commons und der Postwachstumsökonomie. Zu den „Freundinnen“ der „Gemeinwohl-Ökonomie“ gehörte für ihn jedoch nicht die Geld- und Bodenreform mit ihrem Ziel einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“.²⁹⁵ Seine Vorbehalte gegen den Markt waren zu stark, als dass er bereit sein könnte, eine wie auch immer geartete demokratische, tendenziell bürokratische Außensteuerung der Wirtschaft zugunsten einer ordnungspolitischen Befreiung der Selbstorganisation der Märkte von ihrer monopolkapitalistischen Vermachtung aufzugeben. -

In einem weiteren Buch über „neue Spielregeln“ für das Geld (2014) blieb Felber bei seiner Ansicht stehen, dass „die Geldschöpfungsfrage eine Schlüsselfrage der Geldordnung“ ist, und ging nicht weiter darüber hinaus bis zu der dem kapitalistischen Geld innewohnenden strukturellen Macht als noch tiefer liegendem Kernproblem des Geldwesens. Dementsprechend beließ er es erneut bei der Forderung nach einer Einführung von Vollgeld, das die Giralgeldschöpfung durch private Geschäftsbanken unmöglich macht und die Geldschöpfung und -vernichtung allein den Zentralbanken vorbehält, die ebenfalls demokratisiert werden sollen - flankiert durch kommunale, regionale und nationale „Geldkonvente“, die Bausteine einer alternativen Geldordnung entwickeln. Und die Geschäftsbanken sollen bei Kreditvergaben einer „Gemeinwohl-Prüfung“ unterzogen werden. Erneut blieb Felber die Antwort schuldig, wie „der Sparzins gänzlich auslaufen ... soll“. Eine etwaige private Hortung des öffentlichen Gutes Geld könne verboten werden.²⁹⁶

11.5.18 Das Bedingungslose Grundeinkommen

Im Unterschied zur Gemeinwohl-Ökonomie hat das Nachdenken über ein Grundeinkommen ideengeschichtliche Wurzeln, die weit zurückreichen bis zu Thomas Paine in der Gründerzeit der USA und zum französischen Frühsozialisten Charles Fourier. Zu ihren neueren Wegbereitern gehörte unter anderem der Sozialpsychologe Erich Fromm.²⁹⁷ Und quer durch fast alle politischen Lager von Konservativen bis zu Linken ist ein breites Spektrum von Varianten eines Grundeinkommens entstanden. Der neoliberale Ökonom Milton Friedman trat mit der Idee einer negativen Einkommensteuer hervor. Der Ökonom Thomas Straubhaar und der CDU-Politiker Dieter Althaus, Götz Werner als Inhaber der dm-Drogeriemarktkette, die Katholische Arbeitnehmerbewegung, die Grüne Jugend und die Linke entwickelten

²⁹⁵ Christian Felber (2010/2012), S. 12 - 13 (Freundinnen der GWÖ) und 29 - 30 (Marktwirtschaft).

²⁹⁶ Christian Felber (2014), S. 38 und 45 - 46 (Geldkonvente), 54 (Geldschöpfungsfrage), 58 - 72 (Vollgeld) und 73 - 87 (demokratische Zentralbanken), 120 - 123 (Sparzinsen und Gemeinwohl-Prüfungen) und 133 (Verbot von Bargeldhortungen) sowie 227 - 240 (Keynes' Bancor-Plan).

²⁹⁷ Ronald Blaschke in: Ronald Blaschke & Adeline Otto & Norbert Schepers Hrsg. (2010), S. 9 - 292, u.a. S. 24 - 42 (Thomas Paine), 141 - 148 (Grundeinkommen und Emanzipation von Frauen), 160 - 216 (Fourier und Considerant) und 250 - 282 (Erich Fromm).

unterschiedliche Modelle eines partiellen oder bedingungslosen Grundeinkommens mit jeweils eigenen Finanzierungskonzepten und Vorstellungen von der monatlichen Höhe eines Grundeinkommens.²⁹⁸

Die Diskussionen über ein partielles oder bedingungsloses Grundeinkommen haben besonders seit der Verschlingung des Sozialstaats durch die sog. Hartz-IV-Reform der rot-grünen Bundesregierung einen beträchtlichen Auftrieb erhalten. Als Alternative zu diesen Reformen sollten alle Menschen durch ein ohne administrative Bedürftigkeitsprüfungen und Gegenleistungsverpflichtungen gezahltes Grundeinkommen eine materielle Basis für ein menschenwürdiges Dasein ohne Angst vor sozialer Ausgrenzung und mit einer politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft bekommen. Darüber hinaus soll es weiterhin möglich sein, sich durch ‚normale‘ Erwerbsarbeiten ein zusätzliches Einkommen zu verdienen, wenn das Grundeinkommen nicht für die Verwirklichung höherer Ansprüche an den Lebensstandard ausreicht.

Unter der Voraussetzung, dass alle Gesellschaftsschichten gemäß ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung eines ausreichend hohen monatlichen Grundeinkommens herangezogen werden, könnte es tatsächlich den Hartz-IV-Regelungen vorzuziehen sein. Und wie das Beispiel eines 2008 auf freiwilliger Spendenbasis in Otjivero/Namibia begonnenen kleinen, zeitlich und räumlich befristeten Experiments mit einem Grundeinkommen zeigte, werden auf diese Weise auch bei weitem nicht alle Menschen zur Faulheit verleitet. Die ihrer Existenzunsicherheit enthobenen Menschen können durchaus auch, wie von den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens erwartet, ohne Verpflichtungen zu Gegenleistungen ihre Potenziale aus bloßer Freude am schöpferischen sinnerfüllten Tätigsein zur Entfaltung bringen.²⁹⁹

Fraglich ist jedoch, ob die Grundeinkommensmodelle oder einige von ihnen in der Lage sind, die mit den Hartz-IV-Gesetzen nur oberflächlich zugedeckten gesellschaftlichen Grundwidersprüche in kapitalistischen Marktwirtschaften aufzulösen. Roland Geitmann begegnete ihnen deshalb mit einer Mischung aus Sympathien für die durch sie eröffneten „Freiräume für soziales Miteinander“ und aus der Sorge, dass ein Grundeinkommen „auch ablenken könnte von den Fehlern unseres Wirtschaftssystems, insbesondere des Geldwesens, die zerstörerisches Wachstum verursachen und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen vernichten. ... Im Blick auf das Wohlstandsgefälle auf der Erde ... könnte es ... wie eine zynische Luxusausstattung der Privilegierten wirken und Abschottungsmechanismen gegenüber armen Völkern verstärken.“³⁰⁰

Aus der Sicht der Geld- und Bodenreform ergab sich auch deshalb eine differenzierte Einstellung zum bedingungslosen Grundeinkommen, weil es einerseits eine

²⁹⁸ Vgl. die Übersicht von Ronald Blaschke in: Ronald Blaschke & Adeline Otto & Norbert Schepers Hrsg. (2010), S. 301 - 382.

²⁹⁹ Frank Dahlmann (2015).

³⁰⁰ Roland Geitmann (2007), S. 6.

Affinität zwischen ihm und der Bodenreform gibt, während andererseits zwischen ihm und der Geldreform eher ein Spannungsverhältnis besteht.

- Alwine Schreiber-Martens erinnerte daran, dass schon vor mehr als 200 Jahren die ersten neuzeitlichen Bodenreformer Thomas Paine und Thomas Spence in den USA bzw. in England die Forderung erhoben, die vergesellschaftete Bodenrente als ein Grundeinkommen an die Bevölkerung auszuzahlen - bei Spence aufgeteilt auf gleiche pro-Kopf-Beträge - , um das Grundrecht aller Menschen auf eine gesicherte Existenz zu verwirklichen. Dies aufgreifend, brachte sie den Gedanken eines „durch gezielte Ressourcenbesteuerung ko-finanzierten Grundeinkommens“ für jeden Menschen in die Grundeinkommensdebatten ein und verwies auch darauf, dass die Heranziehung der Boden- und Ressourcenrenten zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens dessen Finanzierung erheblich erleichtern könnte. Das „ressourcen-gestützte“ Grundeinkommen wäre zwar eine bedingungslose, aber genau genommen keine ohne jede Gegenleistung fließende ‚Leistung‘ der Allgemeinheit an jeden einzelnen Menschen, weil ja alle Menschen zuerst in unterschiedlicher Höhe Entgelte für die private Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen entrichten müssen (wegen deren sinnvoller Allokation), bevor sie danach im Interesse einer Verteilungsgerechtigkeit mit gleichen pro-Kopf-Beträgen an der Rückverteilung der Boden- und Ressourcenrenten partizipieren. In diese Richtung eines „ressourcen-gestützten Grundeinkommens“ gingen später auch die Überlegungen von Ulrich Schachtschneider zu einem „ökologischen Grundeinkommen“.³⁰¹

- Abgesehen von den Unterschieden zwischen den einzelnen Modellen eines Grundeinkommens ist ihnen allen mehr oder weniger ein Ziel gemeinsam, das Rudolf Steiner schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit seinem „Sozialen Hauptgesetz“³⁰² umrissen hat: nämlich das Ziel einer Trennung von Arbeit und Einkommen als Ausweg aus der im Frühkapitalismus entstandenen Ungleichverteilung von Arbeits- und Vermögenseinkommen. Dabei wird allerdings übersehen, dass Arbeit und Einkommen gar nicht erst voneinander getrennt werden brauchen. Entgegen der fadenscheinigen Ideologie der Leistungsgesellschaft sind Arbeit und Einkommen schon längst durch die Existenz von Vermögenseinkünften wie Zinsen, Dividenden, Boden- und Ressourcenrenten sowie Einkünften aus Patent- und Markenprivilegien voneinander *abgekoppelt*. Durch ein Grundeinkommen würden sie also ein zweites Mal und noch weiter voneinander abgekoppelt. Mit anderen Worten würde die in der kapitalistischen Marktwirtschaft bestehende widersprüchliche Mischung aus Arbeits- und leistungslosen Vermögenseinkommen nochmals durch ein ‚leistungsloses‘ Grundeinkommen verkompliziert.

³⁰¹ Alwine Schreiber-Martens (2007), 27 - 32. - Vgl. zu Paine und Spence auch Heinrich Niehuus (1910) und Yannick Vanderborcht & Philipp van Parijs (2005). - Ulrich Schachtschneider (2017); S. 63 - 70 (ökologisches Grundeinkommen).

³⁰² Zu Steiners „Sozialem Hauptgesetz“ vgl. das Kap. 7.4 im vorliegenden Buch.

Anstelle der doppelten Abkopplung von Arbeit und Einkommen müsste es eher darum gehen, sie durch eine Überwindung von leistungslosen Einkünften aus Vermögen und anderen Privilegien überhaupt erst aneinander *anzukoppeln*. So gesehen wäre an Stelle eines bedingungslosen Grundeinkommens zusätzlich zu einer Rückverteilung der Boden- und Ressourcenrenten die Herstellung eines bedingungslosen Geldkreislaufs erforderlich - eines Geldes also, dessen stetige Bewegung nicht mehr an die Bedingung geknüpft ist, dass es fortwährend mit einem Zins und Zinseszins bedient werden muss. Mit Hilfe eines auch bei einem durchschnittlichen Zins von null bedingungslos stetig zirkulierenden Geldes würden im Laufe der Zeit jene sozialen Deklassierungen einschließlich der Arbeitslosigkeit zum Verschwinden gebracht, die von den Verfechtern eines Grundeinkommens innerhalb kapitalistischer Strukturen mit dem Grundeinkommen gleichsam aufgefangen und erträglicher gemacht werden sollen.

- Im Ergebnis würde also eine Geld- und Bodenreform auf eine Kombination von einem bedingungslosen, im Durchschnitt kostenlosen *Daseinsrecht* aller Menschen auf der Erde und einem sozialen Grundrecht hinauslaufen, sich auf der Basis eines bedingungslos zirkulierenden Geldes innerhalb eines geschlossenen Wirtschaftskreislaufs mit eigener Arbeit ein Einkommen für die individuelle Gestaltung des *Soseins* zu verschaffen (von dem freilich Teile für jene Menschen abzugeben wären, die nicht aus eigener Kraft über ihr Dasein hinaus für ihr *Sosein* sorgen *können*). Das ist eine andere Kombination als die auch von den Befürwortern eines Grundeinkommens vorgesehene Möglichkeit, sich zusätzlich zu einem Grundeinkommen auch noch ein Leistungseinkommen durch eine herkömmliche Erwerbsarbeit hinzuzuverdienen. Die „mit dem Einsatz für ein BGE verbundenen Engagements“ seien Helmut Creutz zufolge „zweifellos positiv zu werten“; aber mit Hilfe von Vergleichsrechnungen zeigte er auch, dass eine Überwindung aller leistungslosen Einkommen aus Vermögen und Privilegien zugunsten eines vollen Arbeitsertrags aller Arbeitenden für die Gesellschaft insgesamt mehr Gerechtigkeit schaffen könnte als die mit einem bedingungslosen Grundeinkommen verbundenen Umverteilungen.³⁰³

Seitdem das bedingungslose Grundeinkommen bei einer Volksabstimmung in der Schweiz im Jahr 2016 nur eine 22%ige Zustimmung erreichen konnte, haben die Debatten darüber in den letzten Jahren an Schwung verloren. Gleichwohl lief von Anfang 2017 bis Ende 2018 ein praktisches Experiment mit einem bedingungslosen Grundeinkommen in Finnland. Auf Initiative einer rechtskonservativen Regierung erhielten 2000 per Zufall ausgewählte Arbeitslose im Alter zwischen 25 und 58 Jahren monatlich 560 Euro. Das Resultat sei „durchwachsen“. Die Gesundheit und das persönliche Wohlbefinden dieser Personen sei verbessert worden und sie hätten keinen Stress mit der Sozialbürokratie gehabt; aber kaum jemand habe danach wieder eine Beschäftigung gefunden, so dass sich fast alle Testpersonen „wieder im schwerfälligen System der finnischen Sozialhilfe“ befinden. Die-

³⁰³ Helmut Creutz (2009), S. 35 - 41.

ses finnische Experiment hat freilich nur eine begrenzte Aussagefähigkeit, weil weder der monatlich ausbezahlte Betrag noch die zeitliche Begrenzung auf zwei Jahre den Modellen der Grundeinkommensverfechter entsprechen.³⁰⁴

³⁰⁴ Zur schweizerischen Volksabstimmung über das Grundeinkommen vgl. die Website <https://www.grundeinkommen.ch/> - Zu den Kritikern des BGE gehören nicht nur konservative, sondern auch linke Intellektuelle wie Christoph Butterwegge, der eine noch stärkere Beschädigung des Sozialstaats befürchtet (2015) und Christoph Butterwegge & Kuno Rinke Hrsg. (2018). - Zum BGE in Finnland vgl. Baukje Dobberstein (2018) und Carsten Schmiester (2019).

Werner Onken

MARKT WIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS

Von der Akkumulation und
Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer
Dezentralisierung

Band 3

Werner Onken

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Von der
Akkumulation und Konzentration
in der Wirtschaft
zu ihrer Dezentralisierung

Band 3
Kapitel 12 bis 15

Inhaltsverzeichnis

Band 1

	Vorwort	15
1	Einleitung: Nach feudalen, kapitalistischen und totalitären Herrschaftspyramiden zu einer egalitären Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern	23
2	Der Laissez-faire-Kapitalismus der liberalen Klassiker und seine frühsozialistischen Gegenbewegungen	35
2.1	Adam Smith's Vision einer bürgerlichen Marktgesellschaft und die Realität der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft	35
2.2	Frühe Kritiken am Industriekapitalismus	44
2.2.1	Sismonde de Sismondis erste Kritik an der gesellschaftlichen Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme	45
2.2.2	Frühsozialismus in Frankreich und in England vor 1848	49
2.2.2.1	Claude Henri Saint-Simon und das soziale Unternehmertum	49
2.2.2.2	Charles Fourier und die frei assoziierten Phalanstières	53
2.2.2.3	Robert Owen als sozialer Unternehmer sowie als Initiator der Londoner Arbeitsbörse und kommunistischer Siedlungen	61
3	Karl Marx & Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Korrektur des Liberalismus zum antiliberalen Kommunismus in ihren Frühschriften bis zum „Kapital“ Band 1	75
3.1	Geldkritisches in den Frühschriften von Marx & Engels	77
3.2	„Kommunistisches Manifest“ (1848)	83
3.3	„Das Kapital“ (1867) als wissenschaftliche Entschlüsselung des „Geheimnisses der Plusmacherei“ in der Produktionssphäre	86
3.4	Kommunismus = Gütergemeinschaft + schrankenlose Steigerung der technischen Produktivkräfte	93
3.5	Ähnlichkeiten zwischen antiliberalen Strukturmerkmalen von Kommunismus und Feudalismus	95
4	Sozialer Liberalismus und libertärer Sozialismus in England und Frankreich um 1848 und danach	103
4.1	John Stuart Mills Ansätze eines sozialen Liberalismus	103
4.2	Pierre Joseph Proudhons „Gleichheit der Bedingungen“ und die „Gegenseitigkeit als Formel der Gerechtigkeit“	122

5	Geld- und Zinskritisches in den Spätwerken von Marx & Engels und ihren Nachfolgern in der Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg	163
5.1	Spuren von Geldkritik im „Kapital“ Band 1 und in den Vorstudien	163
5.2	Engels' Spätschriften sowie die Bände 2 und 3 des „Kapital“	165
5.3	Vom „Kapital“ Band 1 zur Programmatik der Sozialdemokratie	174
5.4	Rosa Luxemburgs kritische Auseinandersetzung mit dem Band 2 von Marx' „Kapital“	179
5.5	Rudolf Hilferdings Analyse der Rolle des Finanzkapitals im Monopolkapitalismus des frühen 20. Jahrhunderts	190
5.6	Vladimir I. Lenins Interpretation des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus	204
5.7	Noch immer: Verstaatlichung des in privaten Händen konzentrierten Industrie- und Finanzkapitals	208
6	Bürgerliche Antworten auf den Marxismus in der Ökonomie und in der Soziologie	215
6.1	Gustav Schmoller und die Historische Schule der Ökonomie	215
6.2	Neoklassische Grenznutzen- und Grenzproduktivitätstheorien	219
6.3	Thorstein Veblen und der Institutionalismus in den USA	228
6.4	Geldkritisches in der Soziologie	235
6.4.1	Georg Simmels „Philosophie des Geldes“	235
6.4.2	Max Webers „Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“	250
6.4.3	Werner Sombarts „Der Bourgeois“	255
6.5	Marcel Mauss und die archaische Schenkökonomie	257
7	Im Schatten von Neoklassik und Marxismus – Alternativen zu Kapitalismus und Kommunismus	263
7.1	Henry George und die Single-Tax-Bewegung	265
7.2	Entgeltliche Nutzungsrechte statt privater Eigentumsrechte am Boden und bodenreformerische Siedlungsprojekte	290
7.2.1	Theodor Hertzkas Utopie einer Freilandsiedlung in Afrika	290
7.2.2	Franz Oppenheimer und der liberale Sozialismus	294
7.2.3	Gustav Landauers libertärer Sozialismus der Tat	313
7.2.4	Gartenstädte als Wiederverbindung von Stadt und Land	317
7.3	Silvio Gesells Geld- und Bodenrechtsreform als Weg in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus	320
7.4	Rudolf Steiner und die Dreigliederung des Sozialen Organismus	383
7.5	Religiöser Sozialismus	418
7.6	Nachwirkungen	420

8	Hauptströmungen in der Ökonomie und Wirtschaftssoziologie während der 1920er bis 1940er Jahre	439
8.1	Neoklassische Wettbewerbs- und Preistheorie – als Rechtfertigung von Monopolen und Oligopolen	440
8.2	Rudolf Hilferding & Fritz Naphtali: Organisierter Kapitalismus und Wirtschaftsdemokratie	447
8.3	Joseph Alois Schumpeter und die Entwicklung des Kapitalismus durch die von innovativen Unternehmern bewerkstelligte „schöpferische Zerstörung“	456
8.4	Keynes' Makroökonomie und sein Ausblick auf einen evolutionären „Gezeitenwechsel“ in der Wirtschaftspolitik	476
8.5	Karl Polanyi und die „große Transformation“	525
8.6	Die wirtschaftspolitische Ideologie des Nationalsozialismus	537
8.6.1	Vorläufer von Müller und List bis Sombart und Spann	537
8.6.2	Das NSDAP-Programm mit Elementen einer rassistisch-antisemitischen Pervertierung der Geld- und Bodenrechtsreform	558
8.6.3	Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus ab 1933	570
8.6.4	Zäsur 1936 – Mit dem Vierjahresplan zum „totalen Krieg“ und zur Judenvernichtung	576
8.6.5	Wäre der tiefe Fall in die Barbarei vermeidbar gewesen?	578
9	Der Ordoliberalismus der Freiburger Schule als Reaktion auf die totalitären Herrschaftssysteme des Kommunismus und des Nationalsozialismus/Faschismus	583
9.1	Die theoretischen Grundlagen des Ordoliberalismus	589
9.1.1	Franz Böhm – Wettbewerb oder Kampf der Monopole	590
9.1.2	Walter Eucken und das „Modell der vollständigen Konkurrenz“	596
9.1.3	Alexander Rüstow – gegen die „Elephantiasis der Wirtschaft“	616
9.1.4	Wilhelm Röpke – Vom „Kult des Kolossalen“ zum „menschlichen Maß“ in der Wirtschaft	626
9.2	Kritik am Glauben an den technischen Fortschritt und die industrielle Massenproduktion	632
9.3	Kehrtwende von der monopolfreien vollständigen Konkurrenz zur sozial verbrämten kapitalistischen Marktwirtschaft	636
9.3.1	Alfred Müller-Armack und die „Soziale Marktwirtschaft“	636
9.3.2	Ludwig Erhard als Wegbereiter des sog. „Wirtschaftswunders“	640
9.3.3	Friedrich August von Hayeks dezidiert unsozialer Liberalkapitalismus	643
9.3.4	Ordoliberalismus zwischen der „Mont-Pèlerin-Society“ und der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“	648
9.3.5	Anpassung der Wettbewerbstheorie an die Realität der monopolkapitalistisch vermacherten Marktwirtschaft	653

9.4	Ordoliberalismus zwischen selbst verursachtem Niedergang und der Chance zu seiner freiheitlich-sozialen Erneuerung	656
Exkurs 1	Norbert Elias „Über den Prozess der Zivilisation“	660
Exkurs 2	Karl Poppers „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“	665
Exkurs 3	Karl Jaspers und Hannah Arendt	669
10	Im Windschatten von Kapitalismus und Kommunismus – Ansätze einer Dezentralisierung während der Nachkriegsjahrzehnte bis zur Mitte der 1980er Jahre	683
10.1	Leopold Kohr und das „Ende der Großen“	683
10.2	Ernst Friedrich Schumachers „Small is beautiful“	710
10.3	Ivan Illich und die „konvivialen Werkzeuge“	731
10.4	Partnerschaftliche Mitarbeiterunternehmen und Modellversuche mit innerbetrieblicher Demokratie im Westen	748
10.5	Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien	758
10.6	Ota Šik und der Prager Frühling 1968	770
11	Neoliberale Entfesselung der Finanzmärkte seit der Mitte der 1970er Jahre und unzureichende Gegenstrategien	785
11.1	Milton Friedmans „Monetaristische Gegenrevolution“	792
11.2	Die Verselbstständigung der Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft, der Gewerkschaften und den Staaten	801
11.3	Marginales Schattendasein der Geld- und Bodenrechtsreform während des Höhenflugs des Finanzmarktkapitalismus	806
11.4	Das Fehlen kritischer Geldbetrachtungen in der Soziologie	812
11.4.1	Michel Foucaults Poststrukturalismus	813
11.4.2	Kritische Theorie der Frankfurter Schule	815
11.4.3	Niklas Luhmann und die Systemtheorie	834
11.4.4	Die Wiederentdeckung von Georg Simmels „Philosophie des Geldes“	843
11.4.5	Die Jenaer neue Kritische Theorie: Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa	846
11.4.6	Dieter Prokop und die „Kritische Theorie des Gelds“	858
11.5	Von den „Grenzen des Wachstums“ zum „Wachstum der Grenzen“ und zur ökologischen Modernisierung im „Green Capitalism“	863
11.5.1	Hans Christoph Binswangers Unterscheidung zwischen einer nicht wachsenden Versorgungswirtschaft und einer wachsenden Erwerbswirtschaft	864
11.5.2	Ernst Winklers Unterscheidung zwischen der kapitalistischen Wachstums-krankheit und einer „Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang“	865
11.5.3	Die Rückholung der Natur in die ökonomische Theorie durch Hans Christoph Binswanger	866
11.5.4	„NAWU-Report – Wege aus der Wohlstandsfalle“ (1979)	868
11.5.5	„Arbeit ohne Umweltzerstörung“ (1983)	871
11.5.6	Von der Entkapitalisierung des Geldes und der Natur zu Simmels „Philosophie des Geldes“ und zur Problematisierung der Geldschöpfung der Geschäftsbanken	876

11.5.7	Dieter Suhrs „Geld ohne Mehrwert“ als Ausweg aus der zerstörerischen Wachstumswirtschaft	878
11.5.8	Argwohn und ökologische Vorbehalte gegenüber einer Geldreform	880
11.5.9	Rehabilitationen der Geld- und Bodenrechtsreform durch Gerhard Scherhorn, Carlo Jaeger und Hans G. Nutzinger	882
11.5.10	Grünes Wachstum vs. Wachstumskritik	884
11.5.11	Claus Leggewies & Harald Welzers „radikaler Richtungswechsel“?	886
11.5.12	Helge Peukerts Diagnose und Therapie der „großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise“ (2010)	887
11.5.13	Green Capitalism als Ausweg?	888
11.5.14	Wem gehört eigentlich die Natur?	891
11.5.15	Niko Paechs Entwurf einer „Postwachstumsökonomie“ (2012)	895
11.5.16	Lateinamerikanische „Buen Vivir“-Bewegung	905
11.5.17	Christian Felbers „Gemeinwohl-Ökonomie“	910
11.5.18	Das Bedingungsloses Grundeinkommen	915

Band 3

12	Orientierungssuche in Zeiten einer „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) – Erste Ansätze einer Neuorientierung der Globalisierungskritik in die Richtung einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus	935
12.1	Historisch-sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahmen von Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein	936
12.2	Nach 200 Jahren des kapitalistischen „Weltsystems“ (Wallerstein) und nach mehr als 40 Jahren seiner völligen Liberalisierung und Deregulierung	939
12.3	Der unbewältigte „Geldkomplex“ als „Schlüsselfrage“ des 21. Jahrhunderts (Peter Ulrich)	944
12.4	Von Simons' und Fisher's „100%-Money“ zu Hubers „Vollgeld“	946
12.5	„Kampf Davids gegen Goliath-Finanzinstitutionen“ (Helge Peukert)	951
12.6	„Gesell-Geld“ (Buiter) ante portas oder erst in 100 Jahren?	958
12.7	Negative Leitzinsen als Beginn eines „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsels“?	961
12.7.1	Abschied von dauerhaft positiven Zinsen als „Herzstück des Kapitalismus“ (Straubhaar)	962
12.7.2	Wissenschaftliche Wiederentdeckung Gesells als Vorläufer einer Geldreform in den USA, in England und in Frankreich	964
12.7.3	Wissenschaftliche Reaktionen auf Null- bzw. Negativzinsen in Deutschland	965
12.7.4	Null- und Negativzinsen und das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“	967
12.7.5	Wie weiter mit den negativen (Leit-)Zinsen? Zurück zu positiven Zinsen oder vorwärts zu ca. -5 %?	975
12.7.6	Verteufelung negativer Zinsen durch die neuere Österreichische Schule	977
12.7.7	Mit Vollgeld zurück zu einem „Normalzustand“ mit positiven Zinsen (Joseph Huber)?	979
12.7.8	Zwischen Abwehr und allmählicher Akzeptanz von Null- und Negativzinsen	982

12.8	Antikapitalismus – von links wieder nach rechts?	984
12.8.1	Ulrich Busch und der „negative Geldfetischismus“	986
12.8.2	Elmar Altvaters Ablehnung der Geld- und Bodenrechtsreform als „verkürzter Kapitalismuskritik“	987
12.8.3	Christoph Deutschmanns Erinnerung an Gesell und Keynes und David Harveys Annäherung an ein „oxidierendes Geld“ als Zwischenschritt zu einer „Gesellschaft ohne Tauschwert“	988
12.8.4	Axel Honneths „Aktualisierung der Grundideen des Sozialismus“	989
12.8.5	Lisa Herzog: „Kann man heute noch liberal sein?“	992
12.8.6	Paul Masons „Postkapitalismus“	995
12.8.7	Wider die „Imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand & Markus Wissen)	997
12.8.8	Sahra Wagenknechts marktwirtschaftlicher Antikapitalismus	1000
12.8.9	Grüne Strategien zur Verhinderung eines weiteren Finanzcrashs	1005
12.8.10	Andreas Reckwitz' Wegweisung in die Richtung eines „einbettenden Liberalismus“ als Antwort auf den Staatsinterventionismus und neoliberale Exzesse	1007
12.8.11	Nico Stehr & Dustin Voss: Das Geld als zentrales Medium in ihrer „Gesellschaftstheorie der Moderne“ (2019)	1012
12.8.12	Rechtspopulismus – eine Folge der von Wissenschaften sowie von politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften nicht bewältigten Aufgabe, eine freiheitliche und zugleich gerechte Ordnung der Wirtschaft zu schaffen	1015
13	Realutopische Umriss einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Ausblicke und Forschungsfragen	1027
13.1	„Punkt eins aller Menschenrechte“: Eine gleiche Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Lebensgrundlagen	1029
13.1.1	„Die Erde als Gemeinschaftsgut aller Menschen und die Menschheit als Gutsgemeinschaft“ (Fritz Andres)	1030
13.1.2	Präzisierung der Menschenrechte und ein kurzer Rückblick auf die bisherigen Verfassungen	1039
13.1.3	Verpasste historische Chancen	1040
13.1.4	„Prinzip und Ende der Rentenökonomie“ (Dirk Lohr)	1042
13.2	Geld – vom sozialen Sprengstoff zum sozialen Integrationsmittel	1051
13.2.1	Berührungspunkte mit dem Judentum, Christentum und Islam	1055
13.2.2	Berührungspunkte mit der Philosophie	1058
13.2.3	Berührungspunkte mit den Naturwissenschaften?	1065
13.3	Menschenbild – Vom homo oeconomicus zum homo cooperativus	1075
13.4	Wettbewerb und Kooperation auf monopolfreien Märkten	1084
13.5	Qualitativer Strukturwandel der Arbeitswelt – Von der Lohnabhängigkeit zu selbstbestimmten Tätigkeiten	1089
13.5.1	Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz	1091
13.5.2	Zukunft der Arbeitswelt – Von der fremdbestimmten Beschäftigung zur selbstbestimmten Tätigkeit	1094
13.5.3	Allmählicher Wandel des Arbeitsmarktes	1097
13.5.4	Parallel laufender allmählicher Wandel des Kapitalmarkts	1099
13.5.5	Mittel- und langfristige Dezentralisierung der Unternehmen in einer Vielfalt von kleineren und mittleren Dimensionen	1101

13.5.6	Selbstverwaltung und Demokratisierung der Unternehmen	1103
13.5.7	Auswirkungen auf den Gütermarkt	1105
13.5.8	Funktionswandel der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften	1106
13.5.9	Internetkonzerne	1107
13.6	Produktion und Reproduktion: Von der Geschlechterhierarchie über die „Subsistenzperspektive“ und das „Vorsorgende Wirtschaften“ zu einem egalitären Geschlechterverhältnis	1111
13.6.1	Bezahlte Erwerbsarbeit vs. unbezahlte Hausarbeit – Zur Hausarbeitsdebatte der 1970er Jahre (Marianosa Dalla Costa & Selma James)	1114
13.6.2	Die Bielefelder „Subsistenzperspektive“ (Maria Mies & Veronika Bennholdt-Thomsen & Claudia von Werlhof)	1116
13.6.3	„Vorsorgendes Wirtschaften“ (Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister)	1122
13.6.4	Nach „Subsistenzperspektive“ und „Vorsorgendem Wirtschaften“ – Gibt es bessere Wege zu ihren richtigen Zielen?	1126
13.7	Vom Glauben an die Grenzenlosigkeit des Wirtschaftswachstums zu einer Postwachstumsökonomie	1138
13.8	Europa und die übrige Welt	1145
13.8.1	Europäische Einigung? Ja, aber auf einem marktwirtschaftlichen statt kapitalistischen Fundament und nicht als „Festung Europa“	1146
13.8.2	Neuordnung der Weltwirtschaft – Von der nachholenden Entwicklung zur Einebnung des Nord-Süd-Gefälles	1170
Exkurs	„Alles unter dem Himmel“ – Das chinesische „Tianxia“-System	1200
14	Anstelle eines Nachworts: Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus, Transformationstheorie und Corona-Krise	1205
14.1	Siegeszug, Rückschläge, Gefährdungen und Vollendung der modernen Demokratie	1205
14.2	Transformationsforschung zwischen einem „Nicht mehr“ und einem „Noch nicht“	1235
14.3	Corona-Krise – Ein mit herkömmlichen Mitteln überwindbarer Schock für die Wirtschaft oder auch eine Chance für ein Vorankommen der Transformation?	1239
15	Literaturverzeichnis	1261

Kapitel 12

**Orientierungssuche in Zeiten
einer „neuen Unübersichtlichkeit“
(Habermas) –**

**Erste Ansätze einer Neuorientierung
der Globalisierungskritik in die Richtung
einer dezentralisierten Marktwirtschaft
ohne Kapitalismus**

12 **Orientierungssuche in Zeiten einer „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) - Erste Ansätze einer Neuorientierung der Globalisierungskritik in die Richtung einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**

Seit dem Niedergang des kommunistischen Sowjetimperiums im Herbst 1989 und dem Übergang des chinesischen Kommunismus in einen von der kommunistischen Partei organisierten Kapitalismus und erst recht seit dem Beginn der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise (2008) hätte eine gesellschaftspolitische Schlüsselfrage auf die Tagesordnung gehört, die bislang auch von kritischen Wirtschafts-, Sozial-, Politik- und RechtswissenschaftlerInnen und von der Zivilgesellschaft noch nicht in der notwendigen Deutlichkeit gestellt wird: Was wollen linksliberale und linke KritikerInnen der kapitalistischen Globalisierung, die die sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht zerstörerische Vorherrschaft von multinationalen Konzernen nicht länger hinnehmen wollen, an die Stelle der privatkapitalistischen Macht- statt Marktwirtschaft setzen? Bislang fehlt ihnen ein ordnungspolitisch durchdachtes Gegenmodell eines monopolfreien und offenen Welthandels, mit dem sie sich dem rechtspopulistischen Rückzug in sich abschottende Nationalstaaten wirksam entgegenstellen könnten.

Ohne eine tiefere ordnungs- und gesellschaftspolitische Neuorientierung stürzten sich GlobalisierungskritikerInnen bis zum Aufkommen des Rechtspopulismus vielfach in einen Aktionismus, zum Beispiel in - zweifellos sinnvolle - Kampagnen für eine Tobin-Steuer, gegen eine Privatisierung des Wassers oder gegen sog. Freihandelsabkommen wie MAI oder TTIP, CETA & Co. Dabei argumentierten sie häufig undifferenziert gegen ‚den Marktfundamentalismus‘ oder gegen die ‚Marktorthodoxie‘. Wenn sie aber die privatwirtschaftliche Konzentration des Kapitals in Megakonzernen nicht mehr wie die früheren Theoretiker des „Organisierten Kapitalismus“ steigern und in staatlichen Händen ‚vollenden‘ wollen und wenn sie sich auch nicht mit einer halbherzigen Rückkehr vom angelsächsischen in einen rheinischen Kapitalismus begnügen wollen, dann bleibt als Alternative zu einem Rückfall in den nationalistischen Handelsprotektionismus nur noch die Suche nach Wegen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft mit einem offenen Welthandel zwischen dezentralisierten kleineren und mittleren Unternehmen, der nicht mehr von der Marktmacht großer multinationaler Konzerne beherrscht wird. Dafür bedarf es einer konstruktiv-kritischen Rückbesinnung auf einige bislang gering geschätzte Denkrichtungen und deren Zusammenführung zu einer freiheitlichen und zugleich gerechten Alternative zum globalisierten Kapitalismus. Es sind dies

- a) die von Marx & Engels tragischer Weise als kleinbürgerlich verhöhnten Ideen des englischen und französischen Frühsozialismus sowie von Proudhon und Mill,
- b) die von ihren Epigonen ebenso wie von bürgerlichen Ökonomen bekämpften Denkansätze der Bodenrechts- und Geldreformer,

c) der von Böhm, Eucken, Röpke und Rüstow entwickelte frühe Ordoliberalismus mit seiner Vision eines von Monopolen freien vollständigen Wettbewerbs, der von seiner kapitalistisch-sozialdarwinistischen Perversion geläutert, aber hinsichtlich des Umgangs mit den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen noch nicht zu Ende gedacht war, und

d) die ebenfalls in ökonomischer und politischer Hinsicht noch unzureichenden Vorstellungen von Kohr, Schumacher und Illich über eine gemäß dem Leitbild „Small is beautiful“ umgestaltete Wirtschaft und Gesellschaft.

Diese Rückbesinnung und Neuorientierung kann freilich nur gelingen, wenn wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche KritikerInnen des globalen Kapitalismus erkennen, dass sich ihr Kampf gegen den radikalen Marktfundamentalismus bislang gegen ein falsches Feindbild richtete. Was sie als ‚Markt‘ bekämpften, ist gar nicht der Markt als solcher, sondern geradezu sein Gegenteil, nämlich die im Fundamentalismus des kapitalistischen Geldes wurzelnde Beschränkung des Wettbewerbs durch marktbeherrschende Mono- und Oligopole.

In die große Richtung der zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten entstandenen, noch unverbundenen, aber dennoch miteinander kombinierbaren Ansätze zur Unterscheidung von Marktwirtschaft und Kapitalismus wiesen auch die Resultate der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschungen der beiden französischen Historiker Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein.

12.1 Historisch-sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahmen von Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein

Fernand Braudel (1902-1985), der neben Georges Duby, George Lefèbvre und Jacques Le Goff zu der von Lucien Febvre begründeten sog. Annales-Schule gehörte, kam ohne die Kenntnis der diversen Bodenrechts- und Geldreformansätze oder des Ordoliberalismus in zahlreichen Einzelstudien über die Wirtschaftsgeschichte des Mittelmeerraums zu dem Gesamteindruck, dass zwischen der „eigentlichen Marktwirtschaft“ und der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft unterschieden werden müsse. „Man könnte sagen, dass sich die Ökonomie der gesamten Welt wie eine Abfolge von Höhenunterschieden auf einer Reliefkarte darstellen lässt.“¹ Als untere Ebene der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen betrachtete Braudel überschaubare lokale und regionale Märkte als „Verbindungsglied zwischen Produktion und Konsumtion. ... Der Markt einer Kleinstadt bietet ein gutes Beispiel für diesen ‚transparenten‘ Austausch, der nichts Überraschendes hat, bei dem jede Partei schon im Voraus die Regeln und den Ausgang kennt und die stets bescheidenen Profite ungefähr einkalkulieren kann.“ Dank des weitgehend unbehinderten Wettbewerbs halten sich alle lokalen und regionalen wirtschaftlichen Kräfte im Großen und Ganzen in einem Gleichgewicht.

¹ Fernand Braudel (1986), S. 36 - 37.

„Bis ins 19. Jahrhundert hinein bildete ... die Marktwirtschaft ... nur eine mehr oder weniger dicke und resistente - manchmal jedoch auch sehr dünne - Schicht zwischen dem unter ihr liegenden Ozean des Alltagslebens und den Entstehungsprozessen des Kapitalismus, die sie mehr als einmal von oben her beeinflussten.“²

Über dieser auch schon von Polanyi beschriebenen vormodernen Marktwirtschaft begann sich seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert der Kapitalismus in unterschiedlichen Höhen zu erheben. Im Kapitalismus kamen internationale statt lokale und regionale Märkte zur Vorherrschaft, die zudem stark monopolisiert waren, den Wettbewerb einschränkten und hohe Profite ermöglichten. „Diese hohen Profite führten zur Akkumulation beträchtlichen Kapitals, zumal sich der Fernhandel in den Händen einiger weniger Personen befand.“ Bezeichnenderweise wurde gerade der Fernhandel zum Nährboden für die Entstehung großer anonymer Aktiengesellschaften. „Der Kapitalismus braucht eine Hierarchie. ... Demgegenüber verteilte sich der örtliche Handel auf eine Vielzahl von Beteiligten.“³

Braudels Unterscheidung zwischen lokalen und regionalen Märkten einerseits und kapitalistischen Weltmärkten andererseits erinnerte an Aristoteles' Unterscheidung zwischen der „natürlichen Erwerbskunst“ und der „Chrematistik“. Allerdings nahm Braudel nicht wie Aristoteles auch den in sich widersprüchlichen Doppelcharakter des Geldes in den Blick. Zusammenfassend charakterisierte er „zwei Typen von Austausch: Der eine ist alltäglich und basiert auf Konkurrenz, weil er einigermaßen transparent ist; der andere - die höhere Form - ist komplex und an Herrschaft orientiert. ... nicht im ersten, sondern im zweiten Typus liegt die Sphäre des Kapitalismus.“ Da in der Hoffnung auf eine Überwindung des Kapitalismus immer und immer wieder die Marktwirtschaft als solche attackiert wurde, stellte Braudel dieser undifferenzierten Sozialkritik die mahnende Frage entgegen: „Wie kann man vergessen, dass der Markt immer wieder umgangen oder verfälscht und die Preise willkürlich durch faktische oder gesetzlich verordnete Monopole diktiert worden sind?“⁴

Die von ihm selbst als „Problem der Probleme“ bezeichnete Frage „Soll die Hierarchie, die Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen, zerstört werden?“ ließ Braudel am Ende offen. Jean-Paul Sartre habe sie 1968 bejaht. „Aber ist so etwas überhaupt möglich?“⁵ Ja - es könnte möglich sein - sogar auf eine nicht zerstörerische Weise - , wenn im Sinne von Braudels Vergleich mit einer Reliefkarte die kapitalistischen Berge mit Hilfe der von Bodenrechts- und Geldreformern sowie von Ordoliberalen vorgedachten und weiterentwickelten Werkzeuge nach und nach abgetragen würden, d.h. wenn dieses abgetragene

² Fernand Braudel (1986), S. 43 und 50.

³ Fernand Braudel (1986), S. 53 und 68.

⁴ Fernand Braudel (1986), S. 45, 58 und 98.

⁵ Fernand Braudel (1986), S. 69.

Werkzeuge nach und nach abgetragen würden, d.h. wenn dieses abgetragene ‚Material‘ nach und nach gleichmäßig über die ganze Ebene verteilt würde und wenn, um im Bild zu bleiben, Berge und Täler ausgeglichen würden. Damit würde die Hierarchie zwischen den Menschen durch ihre soziale Gleichheit ersetzt und die Abhängigkeit von Personen und Sachen würde in eine bloße gegenseitige Abhängigkeit von Sachen übergehen. -

In diese Richtung wiesen auch die Forschungsergebnisse von Braudels Schüler Immanuel Wallerstein (1930-2019), der im Anschluss an eine kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialherrschaft europäischer Staaten in Afrika eine globalisierungskritische „Weltsystemanalyse“ begründete. Ihr zufolge besteht das auf dem „Primat endloser Kapitalakkumulation“ basierende „moderne Weltsystem“ seit dem „langen 16. Jahrhundert“. Wallerstein nahm an, dass dieses Weltsystem nicht dauerhaft fortbestehen könne, weil „die Konkurrenz ... dem Erzielen großer Profite“, welche seine Existenz sichern, „abträglich ist“. Könnte er hierbei vielleicht an das von Marx formulierte „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“ gedacht haben? Im Laufe einer chaotischen Übergangszeit würden jedenfalls „neue Ordnungssysteme“ entstehen. Ohne anzudeuten, wie sich „der Primat endloser Kapitalakkumulation eliminieren“ ließe, erwartete Wallerstein ganz im Sinne des Ordoliberalismus und der „Small is Beautiful“-Bewegung die Entstehung einer „großen Vielfalt hinsichtlich der Größe wirtschaftlicher Unternehmen. ... Zweifellos würde es weniger gigantische und mehr mittlere Strukturen geben statt der unaufhörlichen Vergötzung der Vergrößerung.“ Als „erstes strukturelles Element“ eines nachkapitalistischen Wirtschaftssystems würden „dezentralisierte gemeinnützige Betriebe als Grundlage für den Produktionsmodus innerhalb dieses neuen Systems“ entstehen. Wallerstein fragte sich auch, wie die Vorgänge in den „vielfältigen gemeinnützigen Produktionsbetrieben“ aufeinander abgestimmt werden könnten. „Vielleicht ... durch den Markt“, aber keinesfalls durch „den monopolistisch kontrollierten Weltmarkt, den wir im augenblicklichen System haben“. Ähnlich wie Braudel unterschied er den bestehenden monopolkapitalistisch vermacherten Markt von einem noch herzustellenden „wirklichen Markt“, der eine Regulierung benötige - aber nicht in Form einer staatlichen Zentralverwaltung oder Globalsteuerung. „Behörden, die sich mit der Produktionsplanung befassen, braucht es nicht zu geben.“ Stattdessen gingen Wallersteins Überlegungen in die ihm nicht näher bekannte Richtung einer ordoliberalen rechtsstaatlichen Rahmenordnung, die „vielleicht so etwas wie Verkehrsampeln an einer viel befahrenen Straße“ aufstellt. „Die Regulierung könnte sich darauf beschränken, Betrug zu bekämpfen, den Informationsfluss zu verbessern und bei Über- oder Unterproduktion Warnsignale zu senden.“⁶ Zusätzlich zu Ampeln und Detailregeln wäre jedoch auch eine Gesamtordnung des Verkehrs vonnöten.

⁶ Immanuel Wallerstein (2002), S. 15 - 17, 41 - 44, 73 und 81 - 87.

12.2 Nach 200 Jahren des kapitalistischen „Weltsystems“ (Wallerstein) und nach mehr als 40 Jahren seiner völligen Liberalisierung und Deregulierung

Die erste „große Transformation“ (Karl Polanyi) von traditionellen feudalen Agrargesellschaften in moderne kapitalistische Industriegesellschaften führte gleichsam zu einem extrem hohen Anstieg im „Relief“ der bisherigen Menschheitsgeschichte (Fernand Braudel), den der Naturwissenschaftler und Systemforscher Frederic Vester (1925-2003) grafisch veranschaulichte:

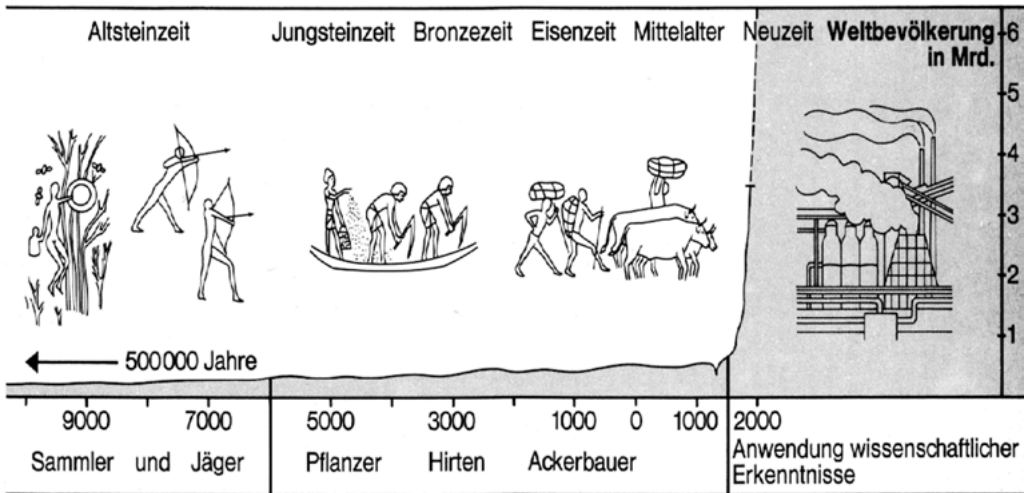


Abb.: Wachstumskurve der Menschheit

aus: Frederic Vester, Das kybernetische Zeitalter – Neue Dimensionen des Denkens, Frankfurt/M. 1974, S. 309.

Dieser große Sprung der Menschheit aus ihrer bis dahin mehr oder weniger stationären, nur zeitweise von einigen antiken Hochkulturen unterbrochenen Entwicklung beruhte offenbar nicht nur auf dem Übergang zu einer stärkeren Arbeitsteilung und auf der Ausbreitung von Märkten, wie es der klassische Liberalismus postulierte. Eine durchaus differenzierte Arbeitsteilung und lokale bzw. regionale Märkte mit sogar weltweiten Handelswegen wie zum Beispiel der Seidenstraße gab es auch schon vorher. Vielmehr beruhte dieser große Sprung auf einer besonderen Akkumulations- und Konzentrationskraft des Geldes, die das sich zeitweise mit exponentiellen Zuwachsraten akkumulierende und konzentrierende Geld bzw. Geldkapital auf den Gipfel der wirtschaftlichen „Reliefkarte“ (Braudel) katalysierte. Und er beruhte auf einem Eigentumsrecht, das ihm die menschliche Arbeitskraft und die natürlichen Ressourcen verfügbar machte.

Einerseits vollzog der klassische Liberalismus den großen historischen Fortschritt von der sozialen und politischen Hierarchie in traditionell-agrarischen Feudalgesellschaften zu einer modernen, mehr egalitären Gesellschaft freier und gleicher Bürger. Jedoch legte er tragischer Weise auch den Grundstein für eine kapitalistische Fehlentwicklung der angestrebten egalitär-bürgerlichen Marktgesellschaft zu einer neuen sozialen Hierarchie, indem er

a) über die eigendynamische Akkumulations- und Konzentrationskraft des Geldes bzw. Geldkapitals und die gleichermaßen problematische Möglichkeit der privaten Aneignung der natürlichen Lebensgrundlagen aller Menschen hinweg sah, und indem er

b) die drei Produktionsfaktoren in ihren real existierenden Gestalten der lohnabhängigen Arbeit, des konzentrierten Geld- und Realkapitals und des ebenfalls sehr ungleich verteilten Bodeneigentums als selbstverständlich und unabänderlich hinnahm und indem er dementsprechend den Arbeitslohn, den Kapitalzins und die Bodenrente als die gleichermaßen ‚natürlichen‘ ‚drei Urquellen eines jeden Einkommens wie eines jeden Tauscherts‘ rechtfertigte.⁷

Damit war der Zug in die Moderne schon wirtschaftlich entgleist, noch bevor er überhaupt an Fahrt aufgenommen hatte. Statt dass die alte feudale Ständegesellschaft in ein republikanisch-demokratisches Gemeinwesen mit einem in sich homogenen „Dritten Stand“ (Emmanuel Sièyes) aus wirtschaftlich selbstständigen Bürgern überging, nahm auch die bürgerlich-kapitalistische Industriegesellschaft analog zur feudalen Pyramide die Form einer Pyramide an. An ihre Spitze setzte sich die Großbourgeoisie aus Industriellen, Finanziers, Kaufleuten Beamten und Militärs, die fortan über die mittleren ‚kleinbürgerlichen‘ Schichten und über das Industrieproletariat einschließlich der industriellen Reservearmee herrschte. Während der feudale Adel entweder in der Großbourgeoisie aufging oder verarmte und in die mittleren und unteren Schichten herabsank, verbanden sich die Kirchen mit allen Schichten der Gesellschaften - politisch und wirtschaftlich mit den oberen und theologisch als „Option für die Armen“ mehr mit den mittleren und unteren Schichten.

Die soziale Ungleichheit hatte sich schon von Anfang an unbemerkt in das klassisch-liberale Ziel einer egalitären Bürgergesellschaft eingeschlichen, und zwar in Gestalt von hierarchisch organisierten Unternehmen. Nach den Vorstellungen von Adam Smith gehörten sie wie selbstverständlich jeweils einem privaten Unternehmer, der seinerseits jeweils etwa 20 lohnabhängige Arbeiter beschäftigte.⁸ Während die englischen und französischen Frühsozialisten sowie Mill und Proudhon noch die Hoffnung hatten, dass sich die Fehlentwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zur bürgerlich-kapitalistischen Hierarchie noch korrigieren und die kapitalistische Klassengesellschaft sich durch soziales Unternehmertum und vor allem durch Genossenschaften in eine nachkapitalistische Bürgergesellschaft von

⁷ Adam Smith (1776/1978), S. 46 - 49.

⁸ Adam Smith (1776/1978), S. 57.

Freien und Gleichen umwandeln ließe, postulierten Marx & Engels als vermeintliche Vollender des Humanismus eine nur scheinbar klassenlose Gesellschaft, die in Wirklichkeit die hierarchische Struktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft beibehielt. Sie übertrug sie auf die sozialistische Produktionsweise, indem sie die (Groß-)Bourgeoisie gewaltsam gegen eine Schicht von kommunistischen Funktionären austauschte, welche fortan die Arbeiter und Bauern beherrschten.

Die vom Ansatz her egalitäre, aber de facto doch in sich hierarchisch geschichtete und sich zugleich mit einer noch nie dagewesenen Geschwindigkeit entwickelnde bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft verlor im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sowohl ihre soziale als auch ihre ökologische Einbettung in die gesamten Lebenszusammenhänge (Karl Polanyi). Und ihre in periodisch wiederkehrenden Krisen sichtbar werdende innere Instabilität steigerte sich schließlich nach den Erschütterungen durch den Ersten Weltkrieg so sehr, dass die labile bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ihre innere Balance in der großen Weltwirtschaftskrise vollends verlor und in die Gefahr geriet, in totalitäre Herrschaftsformen abzustürzen. Entweder konnte sie Russland folgen, das mehr oder weniger direkt vom Feudalismus zum Kommunismus übergegangen war, oder sie konnte wie in Italien und Spanien, deren kapitalistische Entwicklung den Feudalismus noch nicht überwunden hatte, den Irrweg in den Faschismus einschlagen. Und statt in den Kommunismus stürzte die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft schließlich in Deutschland, das im Westen bereits industriekapitalistisch entwickelt war und im Osten noch agrarfeudalistisch geblieben war, auf tragische Weise in den Abgrund einer barbarischen Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus, in dem die Zivilisation völlig zerbrach.

Auch nach Auschwitz und Hiroshima verharren die industriell entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften des Westens und zahlreicher Schwellenländer, die diese Form der Entwicklung später ‚nachholten‘, noch immer in ihrer hierarchischen Schichtung und inneren sozialen Zerklüftung. In Westdeutschland wurde sie nicht vom Ordoliberalismus korrigiert, obwohl dieser mit seinen „konstituierenden Prinzipien“ anfangs noch einige Voraussetzungen für eine dezentralisierte monopolfreie Wettbewerbswirtschaft ohne „Dinosaurier“-Unternehmen und ohne eine gigantomanische Massenproduktion an den Rändern „wachsender Riesenstädte“ mit zu langen Transportwegen schaffen wollte.⁹ Aber der Ordoliberalismus hatte noch nicht die strukturelle Sonderstellung des universal liquiden und potentiell hortbaren Geldes erkannt, durch die das Band zwischen Geben und Nehmen sowohl bei Käufen und Verkäufen als auch beim Sparen und Investieren gelockert oder gar ganz zerrissen wurde. Er hatte gewissermaßen den

⁹ Franz Oppenheimer, Die soziale Forderung der Stunde (1919/1996b), S. 104 –107, sowie ders. (1933/1996), S. 155. – Walter Eucken (1952/1960), S. 255 – 269 und 279 – 285. – Wilhelm Röpke (1948b), S. 155 – 174, hier: S. 156 und 162 – 163. Röpke zitierte noch ein Wort Goethes, wonach „wir Menschen sowohl im Erkennen wie auch in allem Praktischen auf ein gewisses Mittleres angewiesen sind“. (S. 172 – Goethe, Zur Naturwissenschaft und Morphologie Band 1, Heft 4, S. 368). – Alexander Rüstow (1949), S. 135.

leisen strukturellen ‚Urknall‘ des modernen Kapitalismus nicht vernommen, der fortwährend zur Expansion des kapitalistischen Universums führte. Und er hatte nicht erkannt, dass die Zerstreung der bislang konzentrierten wirtschaftlichen Macht und die Verwirklichung eines funktionsfähigen Preissystems in einer vollständigen Konkurrenz zwischen vielen kleinen und mittleren Betrieben in Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen und Handel zusätzlich zur Aufhebung der Haftungsbeschränkungen und der Privilegien im Patent- und Markenschutz auch eine Entkapitalisierung des Geldes und der natürlichen Lebensgrundlagen erfordert hätte.

Seitdem ist innerhalb der Ökonomie noch nicht wieder versucht worden, das entgrenzte und gegenüber Menschen und Natur verselbstständigte System des Kapitalismus einzufangen und im Sinne einer Dezentralisierung zu zivilisieren, m.a.W. das „stahlharte Gehäuse“ des Kapitalismus (Max Weber) vorsichtig zu öffnen und den Kurs der mit zunehmender Geschwindigkeit in eine falsche Richtung fahrenden ‚Titanic‘ der fossil basierten kapitalistischen Weltwirtschaft zu korrigieren. Auch hatte die wachstumskritische „Small is beautiful“-Bewegung von Kohr, Schumacher, Illich und anderen ihr gegenüber das Nachsehen, weil ihr eine Vorstellung von den geldwirtschaftlichen Antriebskräften des großen Tankers fehlte.

Mit seiner unheiligen Trinität von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung öffnete der Neoliberalismus, der sich mittlerweile vollends vom frühen Ordoliberalismus entfernt hatte¹⁰, seit den 1970er Jahren die Schleusen noch stärker für eine Expansion des extrem ungleichmäßig verteilten Finanzkapitals. Mit Hilfe der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien erlangte es außerdem eine unbehinderte erdumspannende Beweglichkeit. Rund um die Welt konnte sich das Finanzkapital neue rentable Anlagemöglichkeiten verschaffen, indem es die realwirtschaftliche Produktion in ferne Länder mit minimalen Sozial- und Umweltstandards verlagerte. Und parallel zum vermehrten Auftreten von Sättigungs- und Stagnationsphänomen in den ‚entwickelten‘ Ländern konnte es auf internationalen Finanzmärkten gleichsam in virtuelle Stratosphären ausweichen, wo sich unter Inkaufnahme von immer größeren Risiken noch Renditen mit komplexen „toxischen“ Finanzinnovationen erzielen ließen.¹¹

Unter der Vorherrschaft der entgrenzten Finanzmärkte nahmen die monopolkapitalistische Vermachtung der realwirtschaftlichen (Welt-)Märkte und die Perversion des Leistungswettbewerbs zu einem sozialdarwinistischen Verdrängungswettbewerb noch nie dagewesene Ausmaße an. Im Kampf um Marktanteile gerieten kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) ins Hintertreffen gegenüber der

¹⁰ Vgl. Ralf Ptak, Grundlagen des Neoliberalismus, in: Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak Hrsg. (2008), S. 13 – 86. Dieses Buch ist streckenweise sehr instruktiv. Es beachtet aber den Gegensatz zwischen dem Ordo- und dem Neoliberalismus nicht genügend deutlich, so dass es letztlich Ressentiments gegen den Liberalismus als solchen weckt.

¹¹ Zur Deutung der Finanzinnovationen als modernen Formen der klassischen Geldhortung und Flucht aus der Realwirtschaft vgl. Thomas Betz (2012), S. 25 - 35.

Übermacht der Konzerne.¹² In dieser gesellschaftlichen Schiefelage schaffen nur noch wenige Angehörige der mittleren Schichten den Aufstieg nach oben, während vielen der Abstieg nach unten in abhängige Beschäftigungen oder gar in das Prekariat droht. Im Zuge seiner Verselbstständigung drang das Finanzkapital auch noch in realwirtschaftliche Bereiche vor, die ihm bis dahin verschlossen waren: nunmehr gerieten auch ehemals öffentliche Güter wie Wasser, Verkehr, Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge in den Sog der Privatisierung.¹³

Weltweit nehmen die Kluft zwischen Reichtum und Armut sowie die hierarchische Schichtung der Gesellschaft zu und die mittleren Schichten, die als Rückgrat einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft unentbehrlich sind, befinden sich vielerorts in einem Prozess ihrer schleichenden Erosion.¹⁴ Nach einer Serie von mehr oder weniger weit reichenden Krisen, die den „finanzgetriebenen Kapitalismus“¹⁵ während der Jahrzehnte seiner neoliberalen Entfesselung in Mexiko, Thailand, Russland, Türkei, Brasilien und Argentinien begleiteten, geriet das gesamte Weltfinanzsystem 2008 schließlich so sehr in eine Schiefelage, dass sein Kollaps nur noch mit gigantischen, aus dem Steuern der Allgemeinheit finanzierten Programmen zur Rettung von systemrelevanten Großbanken („too big to fail“) abgewendet werden konnte. „Was 2008 der Welt drohte, war noch schlimmer als 1929“, schrieb der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze 10 Jahre später und beklagte rückblickend, dass angesichts der drohenden Kernschmelze des internationalen Finanzsystems nicht auch die „Systemfrage“ gestellt worden ist - also die Frage nach den tieferen Ursachen der Entstehung systemrelevanter Großbanken und nach den Möglichkeiten ihrer Zerlegung.¹⁶

Mittlerweile verbinden sich ökonomische und soziale Krisen mit den ökologischen Krisen zu einer sich noch gegenseitig verstärkenden Gesamtkrise. Deren Gefährlichkeit haben weitblickende Wissenschaftler wie Frederic Vester schon während der 1980er Jahre vorausgesehen. Schlaglichtartig führte Vester mit einer Grafik vor Augen, dass sich die Menschheit gegenwärtig an einem historischen Wendepunkt befindet. Demnach sind die ersten Jahrzehnte des dritten Jahrtausends die Zeit einer endgültigen Entscheidung zwischen einer noch weiter fortschreitenden sozialen und ökonomischen Entbettung der Wirtschaft bis zu einer ganz großen Katastrophe oder dem Gelingen einer Kurskorrektur, die von dem sich selbst beschleunigenden kapitalistischen Akkumulations- und Konzentrationsmodus wegführt und eine soziale und ökologische Wiedereinbettung einer

¹² Vgl. hierzu Stefania Vitali & James Glattfelder & Stefano Battiston (2011).

¹³ Zur Schrumpfung der Mittelschichten vgl. Gerhard Bosch & Thorsten Kalina vom Institut für Arbeit und Qualifikation (2015). - Zur Privatisierung öffentlicher Güter vgl. Werner Rügemer (2008), (2011) und (2012).

¹⁴ Zur sozialen Ungleichheit in Deutschland vgl. Hans Ulrich Wehler (2013). Markus Grabka & Christian Westermeier, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW (2014), S. 151 - 164. - Deutsche Bundesbank (2016), S. 61 - 86. Zur weltweiten sozialen Ungleichheit vgl. World Economic Forum (2014) und Oxfam International (2016).

¹⁵ Elmar Altvater (2009/2010), S. 3 - 12.

¹⁶ Adam Tooze (2018). Vgl. auch Rudolf Hickel (2012a).

dezentralisierten Wirtschaft ermöglicht, in der viele kleine und mittlere Unternehmen sowohl miteinander konkurrieren als auch kooperieren.

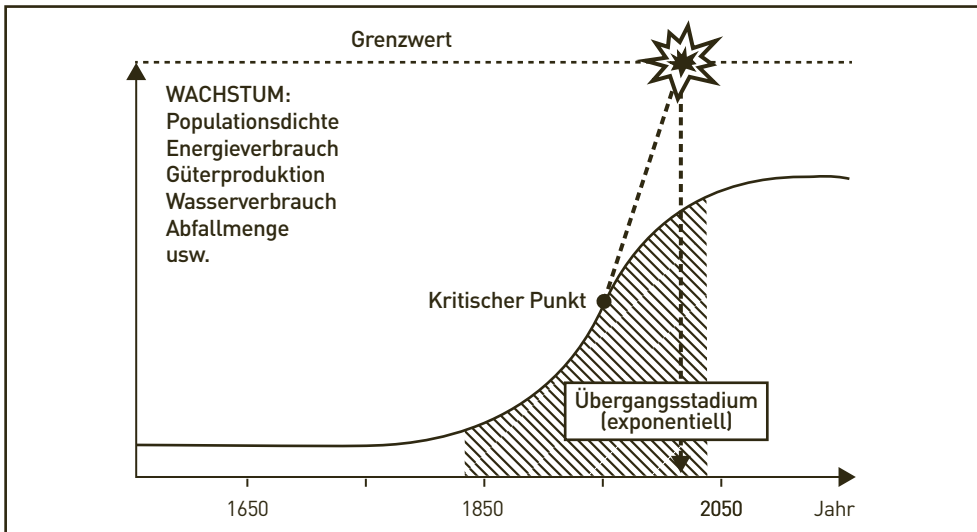


Abb.: Logistische Wachstumskurve und Grenzwertüberschreitung

aus: Frederic Vester, Leitmotiv vernetztes Denken –
Für einen besseren Umgang mit der Welt, München 1988, S. 41.

12.3 Der unbewältigte „Geldkomplex“ als „Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts“ (Peter Ulrich)

Unmittelbar vor dem ‚Ausbruch‘ der zweiten großen Weltfinanzkrise, deren Ausmaß auch nach Einschätzung von Barry Eichengreen & Kenneth O’Rourke dramatischer war als das der ersten großen Weltwirtschaftskrise von 1929¹⁷, hatte der schweizerische Ökonom und Wirtschaftsethiker Peter Ulrich (*1948) von der Aufgabe der Ökonomie und insbesondere der von ihm selbst maßgeblich mit entwickelten „Integrativen Wirtschaftsethik“ gesprochen, „sich der Herausforderung des Geldkomplexes anzunehmen, auch wenn die real bestehenden Macht- und Interessenstrukturen für einschlägige geistige Innovationen vorerst wenig Raum bieten. ... Neue ‚Finanzprodukte‘ suchen die schnelle Wertsteigerung ohne den langsamen Umweg über real lebensdienliche Investitionen. ... Es ist letztlich der Druck zur Verzinsung, der das Anlage suchende Kapital alle Grenzen, leider oft auch die der Menschlichkeit und der Naturverträglichkeit, sprengen lässt - wenn die zuständige Politik es denn zulässt.“¹⁸

¹⁷ Barry Eichengreen & Kenneth O’Rourke (2010).

¹⁸ Peter Ulrich (2008), S. 5 - 6 (Druck der Verzinsung, Geldkomplex als unerledigte Kapitalfrage der Ökonomie).

In der Gewissheit, dass es auf die Dauer nicht möglich sein würde, den „Geldkomplex“ der Wirtschaft unbehandelt zu lassen, stellte Ulrich einige „Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts“: „Wo soll das alles hinführen? Die kapitale Frage der real existierenden Marktwirtschaft bleibt die unerledigte ‚Kapitalfrage‘: Ist eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus oder zumindest eine ohne dessen lebenspraktisch problematische ‚Sachzwänge‘ machbar? Soll und kann überhaupt der Zinsmechanismus, der den Leistungswettbewerb verzerrt, eliminiert werden? Wie lässt sich ein für die Koordination komplex-arbeitsteiliger Wirtschaftsprozesse funktionierendes Geld ohne den problematischen ‚Jokervorteil‘ der Lager- und Hortungsfähigkeit definieren? ... Wo wird etwa ‚Geldpolitik‘ nicht nur stabilitätspolitisch, sondern auch in systemkritischer Absicht analysiert? Wo werden die eigentums- und unternehmensrechtlichen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Neutralisierung der Kapitalverwertungsmechanismen untersucht? Und wo wird umfassend über die ‚zivilisierende‘ Einbettung einer leistungsfähigen Marktwirtschaft in eine zeitgemäße Gesellschaftsordnung nachgedacht, mitsamt einem postkapitalistischen Eigentumsrecht, das einer voll entfalteten Bürgergesellschaft dienlich wäre?“ Ulrich beklagte die „akademische Heimatlosigkeit ... all dieser epochalen Fragen“ und wies deshalb der „modernen Wirtschaftsethik“ die Aufgabe zu, den „Geldkomplex“ zu bearbeiten.¹⁹

Trotz des anfänglichen Erschreckens über das gewaltige Ausmaß der Krise auf den internationalen Finanzmärkten und trotz zahlloser Versprechen, für Abhilfe sorgen und die Wiederholung einer solchen Krise verhüten zu wollen, kehrte der Mainstream der Ökonomie bald zu seinem gewohnten Alltag zurück. Und auch die Wirtschaftsethik hat ihre Aufgabe, sich des „Geldkomplexes“ anzunehmen und ihr eine ‚akademische Heimat‘ zu geben, bislang nicht erfüllt. Nur Scherhorn beharrte darauf, dass das Geld dienen statt herrschen müsse, damit die ökonomischen und ökologischen Krisen überwunden werden können. „Das kapitalistische Weltsystem ist auf dem Primat der Kapitalexpansion aufgebaut und treibt deshalb den Prozess der Kommodifikation, der für das Wachstum der Produktion nötigen Verwandlung von Bedürfnissen in Waren, blindlings weiter voran, ohne ihn auf Nachhaltigkeit zu überprüfen. Aber das System stößt heute an seine Grenzen. ... Unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung kann man die ... Verlangsamung des Wachstums nur bejahen. Einkommen und Konsum müssen sich in den Entwicklungsländern nach oben, in den Industrieländern nach unten anpassen, um sich weltweit auf einem mittleren Niveau der Ansprüche zu treffen, bei dem die Tragfähigkeit des Planeten Erde nicht überfordert wird.“²⁰

¹⁹ Peter Ulrich (2008), S. 5 - 6 (akademische Heimatlosigkeit der Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts nach einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Geld ohne Jokervorteil, postkapitalistisches Eigentumsrecht).

²⁰ Gerhard Scherhorn (2009), S. 63-64, 71 und 77. - Vgl. auch Hans Georg Nutzinger (2014), S. 154 - 158.

12.4 Von Simons' und Fisher's „100%-Money“ zu Hubers „Vollgeld“

Statt die von Ulrich aufgeworfene „epochale Frage“ nach dem „Geldkomplex“ zum Forschungsthema zu machen, hielt der ökonomische Mainstream an seinem ‚business as usual‘ fest. Und selbst die wenigen Vorreiter eines Paradigmenwechsels wie Binswanger und Peukert konzentrierten sich vorerst ganz auf das von Joseph Huber (*1948) zum „Vollgeld“ weiterentwickelte „100%-Money“ von Simons & Fisher, mit dem auch Eucken sympathisiert hatte.²¹

Ebenso wie die von Gesell ausgegangene Geld- und Bodenrechtsreformbewegung ging Huber von einer Alleinverantwortung des Rechtsstaats für die institutionelle Gestaltung des Geldwesens aus - beide Reformansätze sind damit gleichermaßen skeptisch gegenüber einer von Hayek befürworteten Währungskonkurrenz. Jedoch war Huber von Beginn an auf einen kompromisslosen Konfrontationskurs gegenüber Gesell gegangen, um auf gar keinen Fall in dessen Nähe verortet zu werden. Abgesehen von einigen Differenzierungen in seiner Kritik an Gesell hatte es Huber in seinem Buch „Vollgeld“ (1998) für zweckmäßig gehalten, sich „im Interesse der Akzeptanz“ seines eigenen Reformansatzes „klar von Gesells Lehren zu distanzieren. Dies bedeute nicht, Gesell nachträglich für indiskutabel zu erklären. Man wird ihm in Theorie und politischer Konzeption historisch manches anerkennen.“ Als Beispiel hierfür nannte Huber den 1944 in Bretton Woods gegründeten Internationalen Währungsfonds, obwohl dieser gerade *nicht* gemäß den Grundgedanken von Gesells „Internationaler Valuta-Assoziation“ und Keynes „Bancor“-Plan eingerichtet worden war. „Man kann Gesell heute mit Interesse nachlesen, wie man auch Sorel, Proudhon oder Blanqui nachlesen kann, aber es bleibt dies doch eine Retrospektive, die sich mit den Zukünftigen von gestern befasst. Heute sind Gesells Fragestellungen nicht mehr aktuell und sie geben keine nützliche Perspektive für die weitere Zukunft.“²²

Huber verfasste eigens einen ausführlichen Anhang zu seinem Buch „Vollgeld“, um die von ihm postulierte Unvereinbarkeit des Vollgeldes mit der „gekünstelten Konstruktion des Schwundgeldes nach Silvio Gesell“ besonders hervorzuheben. Er unterstellte ihm sogar, dass er sich in seiner widersprüchlichen Haltung zwischen Individualismus, Freiheitsliebe, Weltoffenheit, „Idealismus und Gemeinschaftsförmigkeit“ und „sozialrevolutionärer Neoromantik ... auch schon einmal zu völkisch-rassistischen Tönen hinreißen ließ“. Dabei waren solche Töne damals in besonderem Maße gerade bei solchen ‚Geldreformern‘ zu vernehmen, die anders als Gesell wie Wenzel Schober und Josef Schlesinger in Österreich, Gottfried Feder in Deutschland oder Arthur Kitson, Clifford ‚Major‘ Douglas und Frederic Soddy

²¹ Joseph Huber (1998). - Hans Christoph Binswanger (2008). - Helge Peukert (2013/2015). - Walter Eucken (1952/1960), S. 260. - Zu Verbindungslinien zwischen dem „100%-Money“ und Eucken vgl. Beat Weber (2013), S. 73 - 88.

²² Joseph Huber (1998), S. 381 - 382.

in England weniger das Geld als vielmehr die Geschäftsbanken oder gar jüdische Bankiers angriffen.²³ Zwar bagatellierte Gesell die Macht von Banken und Unternehmen nicht; aber er griff Bankiers und Unternehmer bzw. Kapitalisten nicht als handelnde Personen an, weil sich deren Verhalten für ihn von der strukturellen Macht des kapitalistischen Geldes ableitete und nicht von persönlichen Eigenschaften der Akteure wie etwa Habsucht oder Geiz.²⁴ Statt also Gesell zu Unrecht in die Nähe von rechtsextremistischen Ideologien zu rücken, hätte Huber bei seiner Weiterentwicklung von Simons' und Fisher's „100%-Money“ zum „Vollgeld“ stärker auf zweierlei achten können:

- Gerade weil er selbst sich von „völkisch-rassistischen Tönen“ distanzierte, hätte er das Vollgeld auch explizit von ähnlichen Überlegungen zur Verstaatlichung der Geldschöpfung abgrenzen können, die der NS-Ideologe Gottfried Feder schon seit dem Ende des Ersten Weltkriegs propagiert hatte. Da - so Feder - „die Giralgeldschöpfung primär gegenüber der Spargeldansammlung“ sei und „nicht umgekehrt“ und da sie besonders den privaten Großbanken eine Machtstellung gegenüber den Unternehmen verschaffe - Feder meinte damit in erster Linie Großbanken mit jüdischen Eigentümern - , wollte er das Geld- und Kreditwesen verstaatlichen und die Zentralbank sollte zinslose Kredite vergeben.²⁵
- Zweitens hätte Huber auch den neoklassischen Hintergrund des „100%-Money“ stärker problematisieren können. Aus der Perspektive der von Simons und Fisher und auch von ihm selbst eingenommenen neoklassischen Zinstheorie konnte „Gesells typisches revolutionär-syndikalistisches Ressentiment gegen Zinsen und private Bodenrenten“ auf ihn nur noch befremdlich wirken. Dementsprechend empfand Huber Gesells „Produktivitätsbegriff ... sozusagen vereinseitigt werktätigkeitsfreundlich und gegen die Kapital-Seite Partei ergreifend“. Abgesehen davon, dass seine Charakterisierung von Gesells Denkweise als „anarchosyndikalistisch“ schlichtweg unzutreffend war, waren auch Hubers Einwände gegen dessen Geldreform und die dazu gehörige „historisch obsoletere Zinslehre“ nicht stichhaltig. „Die dysfunktionale Zurückhaltung von Geld ... stellt ... inzwischen überhaupt kein ernsthaftes Problem mehr dar“ und deshalb würden „künstliche Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes) nur zu einem „tendenziell pathologischen Verströmungszwang“ führen. Bei seinen Vorstellungen von einer exakten Steuerung der Geld-

²³ Joseph Huber (1998), S. 25 (gekünstelte Konstruktion des Schwundgeldes) und 383 - 384 (Widersprüche in Gesells gesellschaftspolitische Orientierungen). - Zum Antisemitismus bei österreichischen, deutschen und englischen Geldreformern vgl. Gerhard Senft (1990a), S. 13 - 19; (1995), S. 18 - 32, und (2015), S. 26 - 43.

²⁴ Vgl. hierzu Werner Onken (2007a), Kap. 3.2. und 3.3; auf der Website http://www.sozialoekonomie.info/Kritik___Antwort/Kritik___Antwort_3/AKG-3-WO-Antisemitismus-Nachb-/akg-3-wo-antisemitismus-nachb-.HTM (Zugriff: 25.6.2016). - Vgl. hierzu außerdem Dieter Suhr (1983/2015), S. 13 - 25, bes. S. 18 - 19, sowie Helmut Creutz (1993/2003), S. 83 - 109.

²⁵ Gottfried Feder (1919/1934), S. 9 - 10, und ders. (1934), S. 54, 81, 301 - 310, 318 (Verstaatlichung des Geld- und Kreditwesens), 323 (Verstaatlichung von Reichsbank und privaten Großbanken) - 326 (Priorität der Giralgeldschöpfung gegenüber der Spargeldansammlung). - Zum sog. „Feder-Geld“ vgl. Franz Haber (1927).

menge habe Gesell „dieselben technokratischen Planungs- und Machbarkeitsillusionen wie die meisten seiner Zeitgenossen“ gehabt. Denselben Einwand hatten in anderen Zusammenhängen auch schon Starbatty und Paul gegen Gesell erhoben. Nach einem sachlich falschen Vergleich des Geldschwunds mit der Inflation stellte Huber schließlich die bloße Behauptung auf: „Eine allgemeine internationale Realisierung des Schwundgeldkonzepts hätte vermutlich zu ähnlichen Verhältnissen geführt, wie man sie in der jüngeren Vergangenheit aus östlichen sozialistischen und westlichen gemischtwirtschaftlich-korporatistischen Nationalökonomien gekannt hat. Aber gerade das will man künftig nicht wiederhaben“ - und würde man mit einer Geld- und Bodenrechtsreform auch nicht bekommen! Übrigens setzte sich Huber mit der Bodenrechtsreform gar nicht erst auseinander, weil er sie von vornherein für eine „überwiegend vergebliche Tradition“ hielt.²⁶ -

Von Seiten der originären Geldreformbewegung gab es trotz der von Vollgeld-Verfechtern gegen sie eingenommenen Abwehrhaltung schon frühzeitig Überlegungen, das „Freigeld“ und das „Vollgeld“ zu einer „doppelten Geldreform“ (Christopher Mensching²⁷) miteinander zu verbinden. Huber blieb jedoch auch in seinem nächsten Buch „Monetäre Modernisierung“ (2010) bei seinem Anspruch, mit dem Vollgeld die allein gültige Variante der Geldreform zu vertreten. Seine „Reform der Geldschöpfung“ würde aber nur erst den Modus der Geldemission verändern, hinsichtlich der inneren kapitalistischen Struktur des Geldes aber alles beim Alten lassen und somit auch die Verteilungsproblematik nicht lösen. Egal, ob man wie „anarchosyndikalistische Zinskritiker nach Proudhon“, Marx oder Major Douglas im Zins einen „Mechanismus der Ausbeutung“ sehe oder ob man „wie der ökonomische Mainstream ... die Sache weiterhin nach Ricardo ... betrachtet: Alle Erlöse speisen alle Arten von Einkommen, d.h. Arbeitseinkommen ebenso wie Zins- und Steuererträge, die alle wieder in verschiedenste Arten von Ausgaben fließen.“ Für Huber stand fest, „dass reale Einkommen aus der realwirtschaftlichen Produktivität fließen. Geld katalysiert die ökonomische Wertschöpfung, schafft selbst aber keinen Wert.“ In der vormodernen „stationären Wirtschaft“ konnten Huber zufolge „tributäre Zahlungen wie Steuern, Pachten und Zinsen aufgrund der durch sie stattfindenden Umverteilung von den Zahlungspflichtigen zu den Begünstigten soziale Verwerfungen hervorrufen.“ Verständlich sei daher, dass der Zins „in traditionellen Kulturen ... als Wucher moralisch verachtet“ wurde und dass versucht wurde, ihn mit Höchstsätzen zu begrenzen oder gar ganz zu verbieten. Die „hergebrachte antikapitalistische Zinskritik ... war schon immer fundamentalreligiöser

²⁶ Joseph Huber (1998), S. 381 [Bodenrechtsreform], 385 [einseitige Parteinahme für Werktätige und gegen das Kapital, Anarchosyndikalismus], 390 - 393 [Geldzurückhaltung kein Problem, obsolete Zins- theorie und Geldreform als Verströmungszwang], 396 [Geldmengensteuerung] und 400 [östlich sozialistische und westlich gemischtwirtschaftlich-korporatistische Nationalökonomien].

²⁷ Helmut Creutz (2002), S. 14 - 19. - Christopher Mensching (2005), S. 33 - 38. Außerdem erhielt das Vollgeld auch von Seiten der Freigeldbewegung eine Unterstützung, indem diese eine deutsche Übersetzung von Irving Fisher's „100%-Money“ (2007) und das Buch „Geldschöpfung in öffentlicher Hand“ von Huber & Robertson (2008) publizierte.

Herkunft.“ Dies habe sich erst mit dem Beginn der Neuzeit durch die Reformation geändert, vor allem durch ihre calvinistische Variante. „Fernhandel und industrielle Produktion benötigten kreditierte Vorfinanzierung in großem Stil und machten diese umgekehrt in großem Stil erst möglich. Kapitalismus und industrielles Wachstum sind sich gegenseitig dienlich gewesen. ... Von daher relativiert sich die Zinsproblematik, solange eine Wachstumsdynamik und ein hohes Produktivitätsniveau vorherrschen. ... Einkommenszuwächse mildern die Einkommensumverteilung durch Zins.“ Unter diesen Umständen war für Huber „nicht erkennbar, wie eine Finanzwirtschaft ohne Zinslenkung funktionieren könnte.“ Jedoch sei es aufgrund von ökologischen Grenzen des Wachstums langfristig denkbar, „dass man sich dereinst genötigt sehen wird, wenn die Wachstumsdynamik im modernen Weltssystem in weiterer Zukunft ausklingt, den Zins wieder an die Kandare zu legen. Die Frage ist nur - wie? durch Abschaffung des Zinses? oder durch eine Begrenzung der Zinssätze? oder durch eine Begrenzung der Zinsquote, d.h. eine Begrenzung der zu verzinsenden Geldvermögen im Verhältnis zu den Arbeitseinkommen oder zum Wirtschaftsprodukt?“ Aus der Sicht von Gesells und Keynes' Geldreform geht es im Gegensatz zu Hubers Eindruck gar nicht um die Alternative zwischen dem „zinsmaximierenden Kapitalismus“ und einer „zinslosen Geldzuteilung im Rahmen von Plankontingenten“ und auch nicht um eine „Finanzwirtschaft ohne Zinslenkung“. Vielmehr soll mit Hilfe „künstlicher Durchhaltekosten des Geldes“ ein Oszillieren des Durchschnittsniveaus der mittel- und langfristigen Zinsen um einen bei null liegenden Gleichgewichtssatz herbeigeführt werden. Die Allokation von menschlicher Arbeit, natürlichen Ressourcen und Produktionsmitteln könnte dann ohne Reglementierungen oder Verbote auf eine unbürokratische Weise selbsttätig durch ein verteilungs- und wachstumsneutral gewordenes Geld sowie durch sich zu null ausgleichende Zinsschwankungen erfolgen.²⁸

Dessen ungeachtet gestand Huber immerhin zu, dass „eine Vollgeldordnung ... die Zinsfrage noch nicht ... beantwortet.“ Vorerst genügte es ihm „festzuhalten, dass Vollgeld, soweit es durch originäre Seigniorage und nicht per verzinslichem Bankenkredit in Umlauf kommt, eine zinsfreie Geldbasis darstellt. ... Das Geld ist dann nicht mehr Teil der Zinswirtschaft. Eine Vollgeldbasis, als die zirkulierende Geldmenge, bildet einen Bestand, der weder verzinst wird noch zu einer bestimmten Fälligkeit getilgt werden muss. Darüber hinaus jedoch, also im Bereich der Kreditwirtschaft und des Investmentbankings, kann die Zinslenkung weiterbestehen.“ Letztlich sei Huber zufolge „ein Vollgeldregime mit einer Wirtschaft ohne Zinsen ebenso vereinbar wie es seine Vorteile in einer Zinswirtschaft entfalten kann.“²⁹ -

²⁸ Joseph Huber (2010), S. 89 (Geldschöpfungsreform) und S. 124 - 133 (Proudhon, Marx, Douglas, Gesell; Zinsproblematik in der stationären Wirtschaft und im Kapitalismus, Zinskritik in den Religionen, Finanzwirtschaft ohne Zinslenkung, Zinsmaximierung vs. Zinslosigkeit).

²⁹ Joseph Huber (2010), S. 124 (Vollgeld nicht mehr Teil der Zinswirtschaft, Systemunabhängigkeit des Vollgeldes) und 132 (Vollgeld und unbeantwortete Zinsfrage).

Verteilungspolitische Unzulänglichkeiten waren übrigens auch für Postkeynesianer wie Rudolf Hickel der Hauptgrund für eine Ablehnung des Vollgeld-Konzepts. Allerdings wollte Hickel die verteilungspolitische Lücke im Vollgeld-Konzept nicht im Sinne von Gesell und Keynes durch eine Strukturreform des kapitalistischen Geldes schließen. Stattdessen beschränkte er sich auf Politikempfehlungen in der Tradition des keynesianischen Deficitspendings, der steuerlichen Umverteilungspolitik und der Bankenregulierung.³⁰ -

Da sowohl Hans Christoph Binswanger in der Schweiz als auch Helge Peukert in Deutschland sehr stark das Vollgeld protegieren, ist im Vergleich dazu während der letzten zehn Jahre das Freigeld in den Hintergrund von geldreformerischen Debatten geraten. In Beiträgen von Binswanger und Huber zu einer Publikation des schweizerischen „Vereins Monetäre Modernisierung“ über die Geldreform ging es wie im deutschen Verein „Monetative“ ausschließlich um das Vollgeld. Dementsprechend konnte Huber auf einem „Geldgipfel“ der GLS-Gemeinschaftsbank im Jahr 2016 darlegen, „warum dieses Modell derzeit den Diskurs bestimmt“.³¹

Noch erweist sich also das Vollgeld - ähnlich wie vor mehr als 30 Jahren Hubers Plädoyer für eine „ökologische Modernisierung“ - hierzulande als salonfähiger als die Geld- und Zinskritik der Geld- und Bodenrechtsreformbewegung und die Wachstumskritik der 1970er Jahre. Damit ist diese Kontroverse jedoch keineswegs endgültig zugunsten des Vollgeldes entschieden. Auf einer Tagung über die „Möglichkeiten und Grenzen von Vollgeld“ im Frühjahr 2017 plädierten Johann Walter und Thomas Betz für eine wechselseitige Ergänzung von Vollgeld und Freigeld - ebenso wie Dirk Löhr, der aber die Notwendigkeit von Freigeld noch stärker betonte und zudem auf einen bodenpolitischen blinden Flecken im Vollgeld-Konzept hinwies. Aus postkeynesianischer Sicht begründete Ferdinand Wenzlaff schließlich grundsätzliche Zweifel am Vollgeld.³² Zu klären bleibt auch noch das Verhältnis zwischen der im Vollgeld-Konzept zentralen autonomen Geldschöpfung der Geschäftsbanken und der vor allem von postkeynesianischen Ökonomen postulierten „Sparschwemme“ als Hintergrund der neueren Null- bzw. Negativzinsentwicklung.³³

³⁰ Zur Kontroverse zwischen Rudolf Hickel und Joseph Huber vgl. Rudolf Hickel (2012b) sowie Joseph Huber (2012) und (2014). - Vgl. auch Rudolf Hickel (2018) und Rainald Ötsch & Axel Troost (2018).

³¹ Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2012). Vgl. auch dessen Website www.vollgeld.ch - In der Schweiz wurden im Herbst 2015 mehr als 110.000 Unterschriften für die Durchführung einer Volksabstimmung über eine Einführung von Vollgeld gesammelt. Diese im Jahr 2018 durchgeführte Volksabstimmung blieb erfolglos; vgl. dazu die Website <http://www.vollgeld-initiative.ch/> - Eine Kritik an der Vollgeld-Initiative formulierte Dirk Niepelt: „Elektronisches Notenbankgeld ja - Vollgeld nein“ auf der Website <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2016/06/elektronisches-notenbankgeld-ja-vollgeld-nein/> (Zugriff: 25.6.2016) - Helge Peukert (2013/2015). - Vgl. auch die Website des deutschen Vereins „Monetative“ <http://www.monetative.de/> und das Programm des „Geldgipfel 2016“ der GLS-Gemeinschaftsbank auf der Website http://www.glsbankstiftung.de/media/pdfs/Geldgipfel_Programm.pdf (Zugriff: 25.6.2016).

³² Johann Walter (2017), S. 3 - 10. - Dirk Löhr (2017b), S. 11 - 21. - Ferdinand Wenzlaff (2017), S. 22 - 30. - Thomas Betz (2017), S. 31 - 39. - Vgl. in diesem Zusammenhang auch Johannes Schmidt (2018).

³³ Vgl. hierzu auch Hubers Kritik an Freigeld und Negativzins am Schluss von Kap. 12.7.

12.5 „Kampf Davids gegen Goliath-Finanzinstitutionen“ (Helge Peukert)

Von den wenigen Ökonomen, die bereit waren, den neoliberalen Mainstream und seinen ungebrochenen Glauben an die Effizienz der Finanzmärkte in Frage zu stellen, trat neben Ulrich und Scherhorn besonders Helge Peukert (*1956) mit seiner bereits im Kapitel 11.5.12 erwähnten umfassenden „staatswissenschaftlich-finanzsoziologischen Untersuchung der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise“ hervor. Im Vorwort bekannte Peukert offen seine „Enttäuschung über die Verarbeitung der Finanzkrise mit angezogener Reflexionsbremse und die ungleiche Lastenverteilung bei den Rettungsaktionen zu ihrer Überwindung“. Sein Bemühen um ein tieferes Verständnis der Krise empfand er als einen „Kampf Davids gegen Goliath-Finanzinstitutionen, die alles daransetzen, ihr Deutungsmonopol als hegemonialen Diskurs weiter zu pflegen und hierfür auch immense Geldmittel in die Waagschale werfen. ... Die Frage ist, ob das Bedürfnis nach schneller Wiederherstellung des Urvertrauens und Angstvermeidung größer ist als eine konsequente Aufarbeitung.“³⁴

Bis in kleinste Verästelungen stellte Peukert orthodoxe und heterodoxe Erklärungsansätze für die „Fast-Kernschmelze des Finanzsystems und seine Nahtoderfahrung“ dar und erinnerte dabei auch an Überlegungen der beiden Institutionalistin Thorstein Veblen und John Kenneth Galbraith sowie von John Maynard Keynes und Hyman Minsky, die nach seiner Auffassung zum Verständnis der Krise beitragen können. Allerdings griff er in Keynes' „Allgemeiner Theorie“ nur auf die Ausführungen über die „Geschäftspsychologie“ und über Spekulationsmotive im 12. Kapitel zurück und nicht auch noch auf die 17./18. und 23./24. Kapitel mit geldreformerischen Überlegungen und sozialphilosophischen Ausblicken. Peukerts höchst detaillierte Bestandsaufnahme der orthodoxen und heterodoxen Deutungen des großen Finanzmarkt- und Staatsversagens mündete in die Begründung für die Notwendigkeit einer „postautistischen Wirtschaftswissenschaft“, denn „seit der Finanzkrise wurde nicht ein einziger Lehrstuhl eingerichtet, der sich ... einer kritischen Finanzmarktforschung widmet. Neuer Raum für heterodoxes Denken ist auch nach der Finanzkrise nicht zu erkennen.“³⁵

Schließlich erläuterte Peukert eine Reihe von Maßnahmen, mit denen seiner Ansicht nach die Gefahr eines weiteren Flächenbrandes auf den internationalen Finanzmärkten gebannt werden könnte, ohne nochmals die Allgemeinheit mit den Kosten von milliardenschweren Rettungspaketen zu belasten:

³⁴ Helge Peukert (2010), S. 9 - 10 und 32 (Reflexionsbremse und Hegemonie des neoliberalen Mainstreams).

³⁵ Helge Peukert (2010), S. 137 (Fast-Kernschmelze des Finanzsystems), 175 - 178 (Veblen), 179 - 196 (Keynes), 199 - 206 (Minsky) und 207 - 214 (Galbraith). - Vgl. auch Veblen (1901/1993) und über Veblen vgl. Ronnie J. Phillips (1988), S. 171 - 181. - John Maynard Keynes (1935/1976), S. 124 - 138 (langfristige Erwartungen). - Helge Peukert (2010), S. 307 - 321 (Staatsversagen), 323 - 350 (Postautismus) und 379 (kein Lehrstuhl für eine kritische Finanzmarktforschung).

- An die oberste Stelle dieses Maßnahmenbündels rückte Peukert die Einführung des von Simons & Fisher konzipierten „100%-Geldes“ bzw. des Huberschen „Vollgeldes“. Mit dessen Hilfe sollen die Zentralbanken die Geldschöpfung durch private Geschäftsbanken unterbinden und selbst die Oberhoheit über die Geldversorgung der Wirtschaft erhalten.

Fisher sei zunächst dem „Freigeld“ Gesells zugeneigt gewesen, habe sich aber nach der Weltwirtschaftskrise „aus guten Gründen“ davon abgewandt, weil es nämlich die von Gesell und auch von Keynes angenommene strukturelle „Asymmetrie“ zwischen dem Geld einerseits und der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen andererseits in Wirklichkeit gar nicht gebe. Außerdem hatte Peukert den Eindruck, dass der Sinn der Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ mehr in der Erreichung einer „Maximalumlaufgeschwindigkeit“ als in einer stetigen Geldzirkulation liege, und er sah hierin einen Widerspruch zur notwendigen Entschleunigung der Wirtschaft und zur ökologischen Begrenzung ihres Wachstums. Davon abgesehen habe der moderne „Finanzsektor ... mit der Wirtschaftswelt Gesells kaum noch etwas gemein.“³⁶

Dieser ungünstige Eindruck vom „Freigeld“ könnte auf nicht zu bestreitende Defizite bei der Übertragung von dessen Grundgedanken auf die Gegenwart zurückzuführen sein. Zweifellos spielte die klassische Geldhortung lange Zeit nicht mehr die Rolle wie zu Zeiten der großen Weltwirtschaftskrise; allerdings ist sie nach Angaben der Deutschen Bundesbank infolge der Krise auf den internationalen Finanzmärkten seit dem Herbst 2008 wieder deutlich gestiegen.³⁷ Aber in einem noch sehr viel größerem Ausmaß findet die Hortung von Geld heutzutage in Gestalt der rund um den Globus vagabundierenden kurzfristigen Finanzanlagen statt. Diese haben eine der klassischen Geldhortung entsprechende Funktion: nämlich dem Anlagen suchenden Geldvermögen in Zeiten sinkender Renditen Gelegenheiten zu verschaffen, aus der Realwirtschaft in virtuelle Scheinwelten zu entfliehen und dabei trotzdem noch im Unterschied zur früheren Hortung Zinsdifferenzen mitzunehmen.³⁸

- An zweiter Stelle stand für Peukert die Forderung nach einer Größenbegrenzung der Geschäfts- und Schattenbanken. Sie sollten auf geringere Dimensionen zurückgeführt werden, in denen einzelne Banken nicht mehr systemrelevant sind.

³⁶ Helge Peukert (2010), S. 25 und 399 - 436, hier: S. 401 - 405 (Einwände gegen Gesell). - Vgl. zum 100%-Geld auch Irving Fisher (2007).

³⁷ Deutsche Bundesbank (2009), S. 49 - 60. In dieser Studie konstatiert die Bundesbank eine „stärkere Nachfrage nach höheren Denominationen. ... Geht man von einer Transaktionskassenhaltung von 10% des Banknotenumlaufs aus und legt man des Weiteren eine Auslandsnachfrage von 25% bis 35% zugrunde, so bleibt für die Hortung der Löwenanteil von 55% bis 65% übrig. Dieser Wert ist, da er als Residualgröße ermittelt wird und die Transaktions- und Auslandsanteile auch nur geschätzt werden können, mit vielen Unsicherheiten behaftet.“ (S. 49 und 58) - Vgl. zu dieser Thematik außerdem Nikolaus Bartsch & Gerhard Rösl & Franz Seitz (2012). „Der Anteil der inländischen Transaktionskasse ist mit 10 - 15 % verhältnismäßig gering. Der größere Teil des Inlandsverkehrs deutscher Euro-Banknoten entfällt auf Hortungsbestände.“ (S. 351)

³⁸ Vgl. hierzu Thomas Betz (2012), S. 25 - 35.

„Kein Finanzunternehmen sollte eine Bilanzsumme von mehr als 100 Mrd. Dollar aufweisen.“³⁹ Wenn einzelne Banken in Schieflagen geraten sollten, wären sie dann nicht mehr *too big to fail* und bräuchten nicht mehr mit Steuergeldern gerettet werden (*no-bail-out*).

- Zudem sollten die Geschäftsbanken ein höheres Eigenkapital bilden müssen, um sich aus eigener Kraft wieder konsolidieren zu können, wenn sie in eine schwierige Lage geraten sollten. Manager von Banken und Unternehmen sollten einer „vollen persönlichen Boni-Haftung“ und Ratingagenturen einer stärkeren Reglementierung unterworfen werden.⁴⁰
- Nach dem Vorbild des 1932/33 in den USA als Reaktion auf die große Weltwirtschaftskrise erlassenen Glass-Steagall-Act, das später aufgeweicht und schließlich 1999 von der Clinton-Administration ganz aufgehoben wurde, forderte Peukert eine vollständige Trennung der regulären Geschäftstätigkeiten der Banken von ihren Investmentgeschäften. Dadurch sollten insbesondere Genossenschaftsbanken und Sparkassen als Anbieter von Bankdienstleistungen gestärkt werden.⁴¹
- Schließlich sollten der Handel mit Derivaten (Futures, Optionen, Swaps) beschränkt sowie Leerverkäufe und der Handel mit sog. Credit Default Swaps ganz verboten und Ratingagenturen stärker reglementiert werden.⁴²
- Zu alledem sollte nach den Vorstellungen von Peukert auch ein Schutz der „verkauften Kleinanleger und Riesterrentner“ vor einer „großen Vermögensvernichtung“ hinzukommen.⁴³
- Schließlich plädierte er für eine „einmalige Vermögensabgabe bei Kapitaleinkünften über 50.000 Euro als Beteiligung an der Finanzkrise“ sowie eine „stärker progressive Einkommens-, Erbschafts- und Vermögenssteuer“ und generell für einen „Abbau der (u.a. durch den Zinseszins bewirkten) Konzentration der Geldvermögen“.⁴⁴

Gerade für eine dauerhafte Dezentralisierung des bislang konzentrierten Geld- und Realkapitals wäre zusätzlich zu den steuerlichen Maßnahmen, zu denen noch eine Schließung der Steueroasen gehören sollte, auch eine Strukturreform des kapitalistischen Geldes erforderlich. Ohne sie würden alle anderen von Peukert geforderten und ausführlich begründeten Maßnahmen einem Versuch gleichen, einen Kessel von außen zu kühlen, ohne ihn vom Herdfeuer zu nehmen. Das Größenwachstum der Banken, das Übergewicht des Investmentbankings gegenüber den eigentlichen Bankdienstleistungen und das mit Finanzanlagen einhergehende

³⁹ Helge Peukert (2010), S. 25 und 437 - 444, hier: S. 437 (Größenbegrenzungen).

⁴⁰ Helge Peukert (2010), S. 26 (Haftung von Managern) und 455 - 460 (Eigenkapital, Geschäfts- und Investmentbanken). – Zum Geschäftsmodell der ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft „Oikocredit“ gehört ein Eigenkapital von nahezu 100 %; vgl. die Website www.oikocredit.de

⁴¹ Helge Peukert (2010), S. 25 und 445 - 453 (Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken).

⁴² Helge Peukert (2010), S. 26 (Derivate, Leerverkäufe und Credit Default Swaps) und 471 - 484 (Derivate, Leerverkäufe und CDSs).

⁴³ Helge Peukert (2010), S. 27 und 485 - 497 (Schutz von Kleinanlegern und Rentnern).

⁴⁴ Helge Peukert (2010), S. 27.

immer höhere Risiko sind schließlich Folgen des überproportionalen Wachstums der Geldvermögen, auf das der autodidaktische Wirtschaftspublizist Helmut Creutz und der Rechtsphilosoph Dieter Suhr frühzeitig hingewiesen haben.⁴⁵

Weil das Finanzkapital bei gegen null sinkenden Geld- und Realkapitalrenditen in Sachwerte wie den Boden und die Ressourcen ausweichen kann und deren Preise wie in der US-amerikanischen Subprime-Krise in riesige Höhen treibt, wäre außer einer Geldreform und dem von Peukert aufgestellten Maßnahmenkatalog auch noch die von ihm ausdrücklich nicht diskutierte „Idee der Bodenverstaatlichung“ einzubeziehen⁴⁶, um zusammen mit dem Geld und den Unternehmen auch den Boden, die Ressourcen und die Erdatmosphäre zu entkapitalisieren und allen Menschen eine gleiche Teilhabe an den Naturgütern zu garantieren. Auch wenn die 2009 mit dem (halben) Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften gewürdigte Gemeingüterforschung von Elinor Ostrom (1933-2012) noch nicht gleichbedeutend mit einer Anerkennung der Bodenrechtsreform war, so hat doch Ostroms Gemeingüterforschung einen bedeutenden Kontrapunkt zur neoliberalen Privatisierungswelle gesetzt und der Bodenrechtsreform einen Weg bereitet.⁴⁷

- Und last but not least zog Peukert die Einführung einer Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen als Instrument zur Stabilisierung und Entschleunigung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in Erwägung. Auch Keynes' „Bancor-Plan“ für die Schaffung einer „International Clearing-Union“ hätte in diesem Zusammenhang eine Wiederentdeckung verdient gehabt, nachdem er von so unterschiedlichen Seiten wie dem chinesischen Zentralbankpräsidenten Zhou Xiaochuan, dem US-amerikanischen Ökonomen Herman Daly und einer Expertengruppe der Vereinten Nationen wieder in die Diskussion gebracht wurde.⁴⁸

- Seinen großen Gesamtüberblick über die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise von 2008 schloss Peukert mit weitblickenden Überlegungen zu einer „über den Rahmen des Bisherigen hinausgehenden säkularen Langzeitperspektive“ ab. Die bis dahin vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bändigung der internationalen Finanzmärkte seien „systemimmanent kurz- bis mittelfristig umsetzbar“. Mit einer bewundernswerten Offenheit bekannte Peukert freimütig, dass „er sich an die letzte Wurzel des Problems der Finanzmärkte bisher nicht herantraute: Wie kann ein Wirtschaftssystem überleben, das angesichts positiver Zinssätze und mit Vermögenswerten, die Rendite abwerfen sollen, was letztlich nur durch Erlöse aus der Realsphäre geleistet werden kann, ein System also, das auf Wachstum ange-

⁴⁵ Helmut Creutz (1993/2003), S. 292 - 311 (Wachstum der Geldvermögen) und 348 - 374 (Spekulation). - Dieter Suhr (1983), [1983/2015], S. 16 - 20) und (1986).

⁴⁶ Helge Peukert (2010), S. 402 (Idee der Bodenverstaatlichung). - Zum Zusammenhang zwischen der Geld- und Bodenrechtsreform vgl. Eckhard Behrens (2008), S. 35 - 44.

⁴⁷ Elinor Ostrom (1999) - Elinor Ostrom & Silke Helfrich (2011). - Silke Helfrich (2012).

⁴⁸ Helge Peukert (2010), S. 26 und 461 - 469 (Tobinsteuer). - John Maynard Keynes (1943/1980). - Elke Muchlinski (2005), S. 58 und 71 - 72. - Thomas Betz (2010), S. 38 - 49, bes. S. 44 - 46.

legt ist, mit den Erfordernissen der Ökosphäre harmonieren, die stetiges Wachstum nicht mehr verträgt?“⁴⁹

Ebenso bahnbrechend wie Ulrichs Hinweis auf den ungelösten „Geldkomplex“ war die von Peukert ins Zentrum allen weiteren Nachdenkens gestellte „entscheidende ... ungeklärte Zukunftsfrage“: „Wäre eine ökologisch tragfähige Gesellschaft, die nicht auf den Wachstumsimperativ angewiesen ist, mit einer Geldordnung vereinbar, in der es positive Zinssätze gibt? Falls die Frage zu verneinen ist: Ist eine Geldordnung in einer arbeitsteiligen Wirtschaft ohne positive Zinssätze möglich? ... Wie kann man auf Dauer ein solides Finanzsystem konstruieren, das nicht eigendynamisch durch den (Zinses)Zins auf ständige Expansion angelegt ist?“ In Übereinstimmung mit Binswanger war Peukert überzeugt, dass „man im 100%-Plan einen ersten Ansatz (Nullzins auf Girokonten) in die richtige Richtung sehen ... kann“. Aber er fragte auch: „Was müsste hinzukommen? Kann ein modernes Geldsystem ohne exponentielle Verschuldung (als Kehrwert eines positiven Zinssatzes) und kann eine privatwirtschaftliche, auf Gewinn ausgerichtete Marktwirtschaft in einer stationären oder – wenn man den Schwellenländern etwas mehr als bisher gönnen will – schrumpfenden Wirtschaft überleben?“⁵⁰ -

Lassen sich weitere Schritte in eine richtige Richtung vielleicht doch nicht ohne die Einbeziehung der vom neoklassischen Geldverständnis noch weiter als das „100%-Geld“ entfernten Geld- und Bodenrechtsreformgedanken von Gesell und Keynes gehen? Angesichts der anhaltenden Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise und vor allem auch der Euro-/Griechenlandkrise fragte Peukert in seinem Buch „Das Moneyfest“ (2013), was „jenseits komplizierter Rechenmodelle und braver Reförmchen strukturell reformbedürftig ist. ... Wie sollte in einer globalisierten Welt ein soziales und ökologisches Europa mit echter demokratischer Mitsprache aussehen?“ Getreu seiner „pluralen Herangehensweise“, die eine vor-schnelle Festlegung auf eine vermeintlich alleingültige Antwort vermeiden sollte, nahm Peukert „eine ganze Reihe sich gegenseitig verstärkender Treiberfaktoren“ und ein breites Spektrum heterodoxer ökonomischer Denkansätze in Betracht. Dazu zählte er auch die von Geldreformern nachdrücklich gestellte „Frage, ob nicht der (Zinses)Zins strukturell destabilisierend wirkt“. Jedoch trat dieser Teilaspekt in seiner neuerlichen Diagnose der „finanzchaotischen Zeiten“ und der breiten Palette seiner Therapievorschläge allzu weit in den Hintergrund. Im Abschnitt über die „Besonderheiten und Instabilitäten heutiger Geld- und Finanzmärkte“ fanden jene in die unendlich vielen wirtschaftlichen Transaktionen eingebauten, äußerlich nicht sichtbaren strukturellen Nicht-Äquivalenzen keine Erwähnung, die das Angebot und die Nachfrage sowohl mikro- als auch makroökonomisch so sehr aus dem Gleichgewicht gebracht haben, dass tiefe Gräben zwischen

⁴⁹ Helge Peukert (2010), S. 499 - 500 (systemimmanente Maßnahmen und Langzeitperspektive einer Wirtschaft ohne Renditen und ohne Wachstum).

⁵⁰ Helge Peukert (2010), S. 24 (ungeklärte Zukunftsfrage), 502 (entscheidende Zukunftsfrage nach einer Wirtschaft ohne eigendynamische Expansion) - 503 (100%-Plan als erster Schritt in die richtige Richtung) und 509 (100%-Plan und noch mehr?).

Reichtum und Armut, Geld-/Sachvermögen und Schulden entstanden sind. Stattdessen rückte Peukert erneut die Möglichkeit von privaten Geschäftsbanken in den Mittelpunkt, dank ihres „Geldschöpfungsprivilegs Kredite aus dem hohlen Bauch zu vergeben und einem Kreditnehmer entsprechende Geldbeträge einfach auf einem Konto gutzuschreiben“, wofür sie nur eine „ganz geringe Mindestreserve“ bei der Zentralbank und einen „gewissen Bestand an Bargeld“ für Abhebungen halten bräuchten. Die durch die Kreditschöpfung „praktisch aus dem Nichts“ und durch weitere Faktoren wie zu geringen Eigenkapitalquoten, Informationsasymmetrien oder mit Gier und Angst einhergehendes Herdenverhalten aufgeschaukelten Ungleichgewichte und Turbulenzen auf den weltweit überdimensionierten Finanzmärkten seien aufgrund der „Kaperung der Politik durch die Finanzgroßwirtschaft“ bislang nicht wirksam bekämpft worden. Bestehen bleibt daher vorerst eine „dramatische Diskrepanz zwischen der Tiefe und Qualität der Finanzkrise und den anvisierten Reformen.“⁵¹

Zur Schließung dieser Diskrepanz forderte Peukert in seinem „Moneyfest“ zuallererst die „Einführung eines Vollgeldsystems“, um die bisher von den Geschäftsbanken betriebene „überschießende Kreditvergabe“ zu beenden. Die Geldschöpfung solle fortan allein „über ‚Geschenke‘ der Zentralbank an die Staatshaushalte ohne Tilgung und Zinsen“ entsprechend der „Wachstumsrate der Volkswirtschaft“ erfolgen. „Im Gegenzug könnte eventuell die Neuverschuldung über die Ausgabe von Staatsanleihen entfallen.“ Des Weiteren wiederholte und präzierte Peukert eine Reihe von ergänzenden Maßnahmen aus seinem Buch über die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise, die größtenteils auch von Huber in dessen „Monetärer Modernisierung“ als Ergänzung zum Vollgeld gefordert wurden:

- „Einzuführen ist ein absolutes Größenlimit von 100 Milliarden Euro Bilanzsumme“ als Begrenzung der Größe der Banken.
- „Erforderlich ist eine Verzehnfachung der Eigenkapitalanforderungen bei allen Geldhäusern auf 30 % der Bilanzsumme.“
- In einem Trennbankensystem sollen ‚normale‘ Geschäftstätigkeiten und problematische Investmentspekulationen voneinander getrennt werden.
- Leerverkäufe und Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) sollen verboten werden. „Für Derivate (Wetten auf Preisveränderungen von Aktien, Wechselkursen usw.) sind deutlich höhere Sicherheitseinzahlungen zu leisten.“
- Eine Finanztransaktionssteuer soll die „kontraproduktive Transaktionsgeschwindigkeit“ von Devisentransaktionen herabsetzen und den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Steueroasen sollen geschlossen werden.
- Der Verkauf „schädlicher Finanzprodukte an Kleinanleger“ soll ebenso verboten werden wie „Provisionszahlungen für Finanzanlageberatungen“.

⁵¹ Helge Peukert (2013/2015), S. 26 (Zins und Zinseszins, Pluralität), 28 (jenseits von mathematischen Modellen und Reförmchen) - 29 (finanzchaotische Zeiten), 30 (Europa), 40 (Geldschöpfungsmonopol der Geschäftsbanken), 44 - 45 (Eigenkapitalquoten, Herdenverhalten usw.), 97 - 98 (Bündnis von Politik und Finanzgroßwirtschaft) und 131 (Diskrepanz zwischen Krise und Reformen).

- „Zur Abschmelzung der Schulden und zur Eindämmung der zunehmenden Vermögenskonzentration ist eine erhebliche Vermögensabgabe von womöglich 30 Prozent der Geldvermögen oder mehr (Reichensteuer) am Besten im Rahmen einer europäischen oder internationalen Schuldenkonferenz ins Auge zu fassen.“
- Mit „demokratischen und sozialen Reformen der EU“ soll die „falsche Form der Globalisierung, z.B. durch die WTO und das geplante TTIP“ überwunden werden.
- Der Euro sollte - „wenn es sein muss, mit Parallelwährungen“ - gerettet werden.
- Mit allem verband Peukert aufgrund der Endlichkeit der irdischen Ressourcen die Vorstellung eines Übergangs in eine Postwachstumsökonomie, die eine „Verringerung unseres Ressourcenverbrauchs auf etwa ein Drittel“ ermöglicht.⁵²

Eine praktische Umsetzung aller Forderungen, die Peukert unter dem Motto „Schrumpft die Finanzmärkte!“ zusammenfasste, käme ohne Einbeziehung des Freigeldes einem Versuch gleich, den Absurditäten auf den internationalen Finanzmärkten ‚von außen‘ Daumenschrauben anzulegen, ohne zugleich auch jenes Feuer unter dem Kessel daumen zu lassen, das die überbordenden Fehlentwicklungen überhaupt erst Jahrzehnte lang ‚von innen‘ hochkochen ließ: nämlich die durch Zinsen und Zinseszinsen, privat vereinnahmte Bodenrenten und andere Vermögenseinkünfte angeheizte und obendrein noch durch Haftungsbeschränkungen sowie Patent- und Markenprivilegien begünstigte Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realvermögen.⁵³

Von der Hegemonie der neoklassischen Orthodoxie zu einer „pluralen Ökonomik“

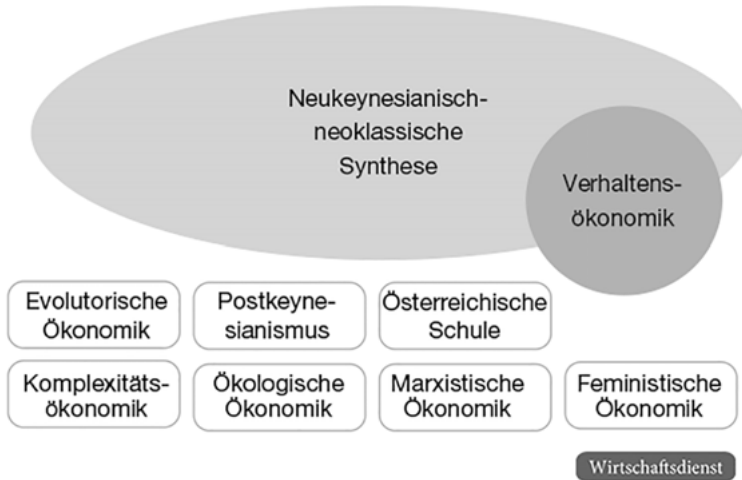
In Anknüpfung an die anfangs von französischen Studierenden und später auch von Studierenden in anderen Ländern erhobene Forderung nach einer „postautistischen Ökonomie“ entstand unter der Mitwirkung von Helge Peukert im Winter 2016/2017 an der Universität Siegen ein neuer Masterstudiengang „Plurale Ökonomie“. Angestrebt wird ein Theorien- und Methodenpluralismus, d.h. eine breite Auseinandersetzung der Lehrenden und Studierenden nicht nur mit der „autistischen“ neoklassischen Orthodoxie, sondern auch mit mehreren heterodoxen Denkrichtungen innerhalb der Ökonomie. Großer Wert wird in diesem Masterstudiengang neben der Geschichte der ökonomischen Theorien auch auf eine wissenschaftstheoretische und wirtschaftsethische Fundierung des Studiums gelegt.⁵⁴ Ob

⁵² Helge Peukert (2013/2015), S. 133 - 168 und die dem Buch „Moneyfest“ beigelegten „11 Forderungen“ (Beendigung der überschießenden Kreditvergabe aus dem Nichts durch Vollgeld und ergänzende Maßnahmen). Zu den ergänzenden Maßnahmen vgl. auch Joseph Huber (2010), S. 151 - 176.

⁵³ Helge Peukert (2013/2015), S. 143 - 168 (Schrumpfung des Finanzsektors) und 169 - 184 (Postwachstumsökonomie).

⁵⁴ Zur „postautistischen Ökonomie“ vgl. Thomas Dürmeier (2005), S. 65 - 76. - Informationen über den Masterstudiengang Plurale Ökonomie gibt es auf der Website <https://plurale-oekonomik-siegen.de/> - Vgl. außerdem Dirk Ehnts & Lino Zeddies (2016), S. 769 - 775.

und wie weit auch noch das ganze Spektrum geldkritischer Denkansätze in diesem neuen Masterstudiengang zum Gegenstand von Forschung und Lehre werden kann, bleibt vorerst abzuwarten.⁵⁵



Quelle: Dirk Ehnts & Lino Zeddies (2016), auf der Website <https://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2016/10/die-krise-der-vwl-und-die-vision-einer-pluralen-oekonomik/>

Ganz unabhängig vom Verhältnis zwischen Vollgeld und Freigeld haben Bestrebungen, geldkritische Denkansätze im deutschsprachigen Raum wissenschaftlich zu untersuchen, durch das Resultat eines Vollgeld-Referendums in der Schweiz einen Rückschlag erlitten. Nachdem die schweizerische Öffentlichkeit durch eine Medienkampagne von Gegnern des Vollgeldes verunsichert war, votierten bei einer Volksabstimmung im Juni 2018 nur 24,3 % der Bevölkerung für seine Einführung.⁵⁶

12.6 „Gesell-Geld“ (Buiter) ante portas oder erst in 100 Jahren?

Während die von Ulrich, Scherhorn und Peukert immerhin gestellten Zukunftsfragen im deutschsprachigen akademischen Bereich bislang noch kaum angekommen sind, wurden die über das Vollgeld hinausgehenden Geldreformansätze von Gesell („Freigeld“) und Keynes („künstliche Durchhaltekosten des Geldes“) über-

⁵⁵ Eine im April 2019 vom „MoNetA“-Netzwerk (www.monnetta.org) bei den „Pluralos“ in Siegen durchgeführte Veranstaltung erfüllte noch nicht die Erwartungen, dass sich das ganze Spektrum der Geldkritik im dortigen Masterstudiengang verankern lassen könnte.

⁵⁶ Näheres hierzu auf der Website <https://www.vollgeld-initiative.ch/abstimmung-2018/> (Zugriff: 2.3.2019).

raschender Weise unter dem Eindruck der Deflation in Japan und von Deflationsgefahren für die Weltwirtschaft im angelsächsischen Raum wissenschaftlich salonfähig. Den Anfang machte der Geldtheoretiker Marvin Goodfriend (1950-2019) von der US-amerikanischen Zentralbank Fed mit einem im Jahr 2000 im „Journal of Money, Credit, and Banking“ erschienenen Aufsatz. Ihm folgten die Geldtheoretiker Willem Buiter & Nikolaos Panigirtzoglou von der London School of Economics bzw. der Bank of England und Mitsuhiro Fukao von der Hitotsubashi University in Tokyo. Unmittelbar nach der Jahrtausendwende, also schon acht Jahre vor dem Beginn der großen Weltfinanzkrise im Herbst 2008, setzten hochrangige Notenbanker und Geldtheoretiker in den USA, England und Japan einen Diskurs über „Gesell-Geld“ (Buiter) als möglichen Ausweg aus einer Liquiditätsfalle in Gang.⁵⁷

Dieser neuere angelsächsische Diskurs über Geldreformansätze beschränkte sich bislang allerdings auf spezielle geldtheoretische Aspekte, weshalb seine Ausstrahlung begrenzt blieb. Auf die gesellschaftspolitischen Implikationen einer solchen Geldreform erstreckte er sich noch nicht. Immerhin brachte Goodfriend sogleich einen praktikablen Lösungsvorschlag für die Implementierung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes) ins Gespräch. Statt Banknoten mit Gebührenmarken zu bekleben oder gebührenpflichtig abzustempeln, was Keynes zu Recht für unpraktikabel hielt, könnten Banknoten mit Magnetstreifen ausgestattet werden, in die sich die Durchhaltekosten einprogrammieren lassen. Und alle Ladenkassen sollten mit Lesegeräten ausgestattet werden, die beim Lesen der Magnetstreifen den aktuellen Tageswert der zu Zahlungen bereit gehaltenen Banknoten erkennen und passendes Wechselgeld herausgeben können.⁵⁸

Neben Gesell wurde in diesem Zusammenhang auch der österreichische Kulturhistoriker und Ökonom Robert Eisler (1882-1947) wiederentdeckt. Eisler sah zwar einen „gesunden Kern“ in dem Gedanken, das Geld mit einer Liquiditätsgebühr zu belasten. Weil er aber einen Zusammenhang zwischen Gesell und ähnlichen Geldreformern wie Johannsen und Hobson einerseits und der NS-Ideologie von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ befürchtete und die Zinskritik nicht teilte, entwickelte er eine eigene Methode zur Neutralisierung des Geldes, die auf eine Trennung der Geldfunktionen als Tauschmittel und Recheneinheit hinauslief und Anklang bei Buiter, Fukao und später auch bei Kimball fand.⁵⁹

Großes Aufsehen erregte eine Kolumne des Harvard-Ökonomen Gregory Mankiw, die wenige Monate nach dem Bankrott der Lehman Brothers im April 2009 in

⁵⁷ Marvin Goodfriend (2000), Stephen Davies (2002), Willem Buiter & Nikolaos Panigirtzoglou (2003), Mitsuhiro Fukao (2005) und Willem Buiter (2005). - Bibliografiert wurden die Anfänge und der weitere Verlauf dieser im angelsächsischen Raum geführten Diskussion auf der Website <https://www.silvio-gesell.de/englisch.html>

⁵⁸ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 196 und 301 - 302. - Marvin Goodfriend (2000).

⁵⁹ Robert Eisler (1924), S. 368 - 373, und ders. (1932) und (1933), S. 239, sowie Willem Buiter (2005), Mitsuhiro Fukao (2005), Willem Buiter (2009) und Miles Kimball (2016). - Näheres zu Robert Eisler bei Ferdinand Wenzlaff (2019), S. 44 - 54, und weiter unten im Abschnitt 12.7 dieses Buches bei der Anm. 90.

der „New York Times“ erschien. Darin berichtete Mankiw, dass einer seiner Doktoranden ihn unter dem Eindruck der Weltfinanzkrise an die Theorieansätze von Gesell erinnert habe und dass für die US-amerikanische Zentralbank jetzt die Zeit gekommen sein könnte, „to go negative“. Ebenso wie die Mathematik sich nach langem Zögern an negative Zahlen gewöhnt habe, werde sich die Ökonomie fortan auf die Existenz negativer Zinsen einstellen müssen.⁶⁰ -

Auch ein Börsenpraktiker wie Dirk Müller („Mr. DAX“) schrieb unter dem Eindruck der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten: „Ein System auf der Basis von Zins und Zinseszins kann nicht dauerhaft funktionieren. ... In einem begrenzten System, wie unsere Erde es nun einmal ist, kann ein unendliches exponentielles Wachstum wie ein Zinseszinsystem schon rein logisch nicht funktionieren. ... Dieses System braucht, um zu bestehen, immer neue Schuldner. Nur so kann sich das stetig wachsende Geld verzinsen. ... Das Problem sind nicht die Banken oder die fallenden Immobilien. Das Problem ist, dass die Menschen nicht genug Kredite aufnehmen können.“ Das bestehende Wirtschaftssystem erweise sich gerade in der aktuellen Krise „anscheinend doch nicht als der Stein der Weisen, als der er uns seit Jahrzehnten verkauft wird. Also sollte man doch frei von jeder Ideologie darüber nachdenken, ob es nicht Alternativen gibt.“ Und als eine mögliche Alternative erschien Mr. DAX die von Gesell in ersten Ansätzen skizzierte Geldreform. „Sicherlich müssen noch viele Details durchdacht und diskutiert werden.“⁶¹ -

Ohne zu ahnen, dass eine Zeit mit minimalen oder gar leicht negativen Zinsen schon bald anbrechen würde, vertrat Carlo Jaeger, Ökonom am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, die Auffassung, dass eine Wirtschaft mit einem Nullzins und einem Nullwachstum erst gegen Ende des 21. Jahrhunderts Wirklichkeit werden könne. Bis dahin bleibe das Wirtschaftswachstum notwendig, um die weltweite Armut überwinden und die ökologische Modernisierung bewältigen zu können. „Wenn dereinst das Wirtschaftswachstum obsolet sein wird ... , wird es 2100 nicht schwer sein, einen Zinssatz von null zu erreichen. Wenn zum Beispiel Geld aus Computerbits bestehen sollte, ließe sich jede Geldeinheit mit einem Datum versehen, so dass die Lebensdauer dieser Einheit durch einen Zufallsalgorithmus begrenzt werden kann.“ Auf diese Weise könne das Geld - wie es Keynes im Anschluss an Gesell vorgeschlagen hatte - mit „künstlichen Durchhaltekosten“ belegt werden, die seinen universalen Liquiditätsvorteil neutralisieren. „Dadurch haben die verschiedenen Akteure einen Anreiz, Geld möglichst schnell wieder in Umlauf zu bringen, so dass das Geldangebot steigt“ und dann von den Zentralbanken stabilitätsgerecht dosiert werden kann. „Der Algorithmus kann dann so gewählt werden, dass sich der Zinssatz bei null stabilisiert. Kredite könnten dann durchaus nach dem Muster des heutigen ‚Islamic Banking‘ so vergeben wer-

⁶⁰ Gregory Mankiw [2009].

⁶¹ Dirk Müller [2009], S. 193 - 203, auf der Website <http://www.silvio-gesell.de/weitere-stimmen.html#DirkMueller> (Zugriff: 20.6.2017).

den, dass sich Kreditgeber und -nehmer die Risiken teilen, ohne dass ein Zins bezahlt wird. Dann böten Kredite keine Möglichkeit mehr, Geld durch Zins und Zinseszins zu vermehren; stattdessen würde die Vergabe von zinslosen Krediten zur Möglichkeit für die Geldbesitzer, den Wert ihrer Geldvermögen dauerhaft zu erhalten. Auch die „Grenzleistungsfähigkeit“ von Realkapital könnte dann gegen null sinken. „Bei einem Zins von null ist es durchaus denkbar, dass auch die Investitionsrendite um null schwankt.“ In ferner Zukunft könne dann Jaeger zufolge auch das Bodenrecht so reformiert werden, dass nur noch private Nutzungsrechte anstelle von Eigentumsrechten am Boden vergeben werden. Der Staat könne seine Aufgaben dann gemäß der „Single Tax“ von Henry George größtenteils mit den Einnahmen aus der Vergabe der Bodennutzungsrechte finanzieren und nur noch zum geringen Teil mit sonstigen Steuern.⁶²

12.7 Negative Leitzinsen als Beginn eines „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsels“?

Nachdem die monetaristische Geldmengensteuerung à la Friedman wegen der schwankenden Umlaufgeschwindigkeit des Geldes keine verlässliche Wirksamkeit entfalten konnte, gingen die Zentralbanken der großen Industrieländer - in Europa auch im Zuge der Einführung des Euro - zu einer indirekten Steuerung der Geldmenge über Variationen der Leitzinsen über. Aber auch ihre Zinspolitik verlor unter den Bedingungen einer zunehmenden weltweiten Kapitalfülle ihre Wirksamkeit.

Mittlerweile gibt es trotz der gigantischen Zerstörungen von Kapital im zivilen Bereich („schöpferische Zerstörungen“ durch den schon von Schumpeter geforderten Innovationswettbewerb, Modewechsel, eingebaute Obsoleszenz), durch Rüstungsproduktion und Kriege sowie durch Naturkatastrophen eine Kapital(über)fülle in den reichen Industrieländern, die das von Gesell vor 100 Jahren erwartete „Meer von Kapital“ noch bei Weitem übertrifft.⁶³ Um den Druck auf das dortige Zinsniveau zu mindern, war sie während der 1980er und 1990er Jahre teilweise auf dem Kreditwege in die Länder des Südens und nach der Wende in Mittel- und Osteuropa auch in ehemals kommunistisch regierte Länder geleitet worden. Seit jedoch der Süden und der Osten kaum noch als Auffangbecken für Kapitalüberschüsse aus dem Norden bzw. dem Westen dienen können, weil sie entweder überschuldet sind oder weil Schwellenländer wie China, Indien, Russland oder Brasilien inzwischen selbst zur globalen Kapitalfülle beitragen, sind die in sich selbst beschleunigendem Tempo weiter wachsenden Geldvermögen in einen - wie es der marxistische Ökonom Jörg Huffs Schmid (1940-2009) ausdrückte - regelrechten „Anlagenotstand“ geraten. Postkeynesianische Ökonomen wie Carl Christian

⁶² Carlo Jaeger (2011), S. 65 - 66 (Geldreform) und 67 (Bodenrechtsreform). - Vgl. auch das Kap. 11, S. 101.

⁶³ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 241, und ders. (1922/1992b), S. 374 - 377 (Meer des Kapitals).

von Weizsäcker und Gunter Tichy sprachen in Anlehnung an Ben Bernankes „Savings Glut“-Hypothese geradezu von einer „Sparschwemme“, m.a.W. von einem gewaltigen Überhang der weltweiten Ersparnisse über die sich ihnen weltweit noch bietenden rentablen Anlagemöglichkeiten. „Die These eines strukturellen Überschusses der Ersparnisse über die Investitionen verschwand mit dem starken Wachstum nach dem Zweiten Weltkrieg.“ Inzwischen befindet sich die globalisierte Wirtschaft Weizsäcker zufolge aber „in einer neuen Zeit ... , die durch einen strukturellen Überschuss privater Ersparnis über private Investitionen charakterisiert ist. Damit wird das Problem mangelnder effektiver Nachfrage durchaus wieder virulent.“ Und Tichy zufolge sollte sich die Ökonomie „nicht darauf verlassen, dass die gegenwärtige Sparschwemme mit der Besserung der Konjunktur wieder verschwindet. ... Wenn aber die Sparschwemme, selbst abgeschwächt, anhält, werden auch die Zinsen niedrig bleiben.“⁶⁴

12.7.1 Abschied von dauerhaft positiven Zinsen als „Herzstück des Kapitalismus“ (Straubhaar)

Mit der Senkung der Leitzinsen auf geringfügig unter null betraten zuerst die Zentralbanken Schwedens und Dänemarks und dann die Schweizerische Nationalbank, die Europäische Zentralbank und die Bank of Japan aus Furcht vor der Wiederkehr einer Deflation ökonomisches Neuland. Plötzlich und unerwartet begann damit in den letzten Jahren eine Entwicklung, die alle konventionellen Geld- und Zinstheorien fragwürdig macht.⁶⁵

Der in Deutschland tätige schweizerische Ökonom Thomas Straubhaar warnte sogleich davor, dass die EZB etwas herbeiführen könnte, wozu noch kein Kapitalismuskritiker jemals in der Lage war: nämlich ein „Ende des Kapitalismus. ... Mit ihrer Politik der Negativzinsen hat sie das Elixier des kapitalistischen Systems trocken gelegt. Ein positiver Zins ist – neben dem Geld an sich – das Herz des Kapitalismus, das Wachstum und Fortschritt antreibt.“ Im positiven Zins sah Straubhaar das Schlüsselmotiv für die Bereitschaft zu sparen und das Ersparte vorübergehend an innovative Unternehmen zu verleihen. „Negative Zinsen gehören zum Urgestein der Kapitalismusgegner. Sie machen die Kapitalbildung unattraktiv“ und stellen eine „Absage an die Innovationskraft der Menschheit“ dar. „Negative Zinsen zerstören die Knappheitssignale der realen Güter-, Arbeits- und Investitionsmärkte.“⁶⁶

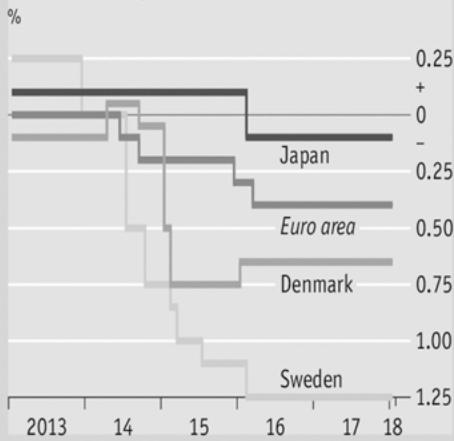
⁶⁴ Jörg Huffs Schmid (2007), S. 1332 - 1341. - Carl Christian von Weizsäcker (2016), S. 21 - 31, bes. S. 29 - 30. - Gunter Tichy (2016), S. 33 - 68, bes. S. 43, 45, 51 und 61. - Kritik an der „Sparschwemmen“-Hypothese äußerten Peter Bofinger & Mathias Ries (2017).

⁶⁵ Vgl. die ideengeschichtliche Übersicht über die Zinstheorien von Heinz D. Kurz (1996), bes. S. 139 und 159 - 160.

⁶⁶ Thomas Straubhaar (2014) und ders. (2015). - Zur Furcht vor einer Deflation vgl. Wolfgang Münchau (2014).

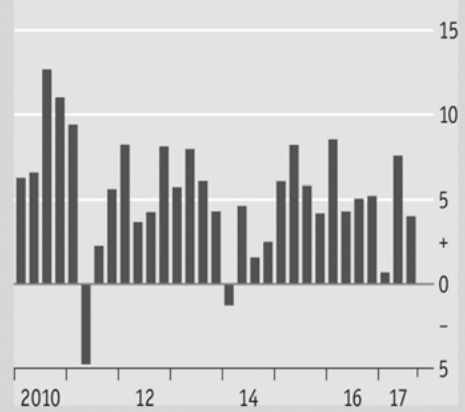
Diminishing returns

Central-bank deposit rates



Source: Central banks

Japan, financial surpluses, private non-financial corporations, ¥trn



Economist.com

Anonymous: Why sub-zero interest rates are neither unfair nor unnatural

<https://www.economist.com/news/finance-and-economics/21736140-when-borrowers-are-scarce-it-helps-if-money-potatoes-rots-why-sub-zero> (Zugriff: 3.2.2018)

Anfangs wurde die Negativzinsentwicklung noch für ein kurzfristiges Ausnahme-Phänomen gehalten und vielfach wurde eine „Zinswende“ erwartet.⁶⁷ Die Zentralbanken und die Märkte würden bald wieder zu ‚normalen‘ Verhältnissen mit positiven Zinsen zurückkehren. So erschien dem früheren Chefökonom der Deutschen Bank Thomas Mayer die „Negativzinsen wie ein Tiefdruckgebiet“, das von einem erneuten Hoch abgelöst werde.⁶⁸ Vor allem müsste - so der Tenor vieler Kommentare von Ökonomen und Journalisten - der Betrug an den Sparern durch negative Zinsen (häufig ist sogar von einer Enteignung der Sparer die Rede) schnellstmöglich aufhören. Abgesehen von zwischenzeitlichen minimalen Zinserhöhungen in den USA und der Absicht der Schwedischen Riksbank, den Negativzinssektor wieder zu verlassen⁶⁹, gibt es bislang keine Anzeichen für eine Rückkehr zu dauerhaft positiven Zinsen - schon gar nicht in Höhen von zwei, drei oder mehr Prozenten, die früher als selbstverständlich galten. Als EZB-Präsident dämpfte Mario Draghi Hoffnungen auf eine „Zinswende“ und der EZB-Vizepräsident Vitor Constancio verwies auf das Problem, dass die Notenbanken bislang noch keinerlei Erfahrungen mit einer Rückkehr von negativen zu positiven Zinsen

⁶⁷ Leef H. Dierks (2016), S. 363 - 368.

⁶⁸ Thomas Mayer (2016).

⁶⁹ Vgl. hierzu Gerhard Rösl & Karl-Heinz Tödter (2015). - Zu Schweden vgl. Dirk Schuhmanns (2020).

hätten. Zudem müssen sie befürchten, dass sie mit Zinserhöhungen die stockende Konjunktur zusätzlich dämpfen könnten.⁷⁰

Gegen die Hoffnung auf eine „Zinswende“ und die Wiederkehr von vermeintlich ‚normalen‘ dauerhaft positiven Zinsen spricht im Übrigen auch eine Langzeitstudie des US-amerikanischen Wirtschaftshistorikers Paul Schmelzing. Ihr zufolge gibt es, von kurzzeitigen Schwankungen abgesehen, einen schon seit rund 700 Jahren wirksamen Langzeit-Trend zu allmählich immer mehr gegen null und darunter sinkenden (Real-)Zinsen.⁷¹

12.7.2 Wissenschaftliche Wiederentdeckung Gesells als Vorläufer einer Geldreform in den USA, in England und in Frankreich

In Fachartikeln und Medienberichten über die neuere Negativzinsentwicklung taucht der Name Gesells des Öfteren als jemand auf, der schon vor mehr als 100 Jahren negative Zinsen gefordert oder deren spätere Heraufkunft schon vorausgesehen hätte. Sogar von Geldtheoretikern und Notenbankern wird Gesell mit einer Selbstverständlichkeit als Vorbote einer Welt mit Null- bzw. Negativzinsen erwähnt oder gar gewürdigt, als wäre er in der Zwischenzeit nie in Vergessenheit geraten, ignoriert oder gar verhöhnt worden. In den USA trieb Mankiws Studienkollege Miles Kimball die Diskussion über negative Zinsen einschließlich der Rezeption von Gesell und Eisler voran - auch auf der Ebene des IWF, wo Null- bzw. Negativzinsen inzwischen als der „neue Normalzustand“ gelten. Sogar der frühere IWF-Chefökonom Kenneth Rogoff erkennt in Gesell inzwischen einen „herausragenden“ Ökonomen und in seinen „rostenden Banknoten“ eine „brillante Überlegung“; für deren praktische Umsetzung „gäbe es dank moderner Technologien ... heute viel weniger mühselige Möglichkeiten“.⁷²

Im Rahmen der Jahrestagung 2016 der „American Economic Association“ in San Francisco hob Stanley Fischer als damaliger Vizepräsident der Fed hervor, dass „unsere Kollegen in Europa ... uns helfen, frühere Diskussionen über Negativzinsen von Keynes, Irving Fisher, Hicks und Gesell ins Gedächtnis zu bringen“. Und unter Mitwirkung von Kimball und anderen Geldtheoretikern sowie Vertretern mehrerer Notenbanken ging es auf einer Konferenz der US-amerikanischen Denkfabrik „Brookings“ im Juni 2016 in London um das Thema „Negative interest

⁷⁰ Mario Draghi (2017). - Vitor Constancio (2015).

⁷¹ Paul Schmelzig (2020), S. 13 – 14 (Grafiken zur Veranschaulichung der Zinsentwicklung von 1310 – 2018). Schmelzig lehrt an der Harvard University, an der auch Kenneth Rogoff tätig ist. – Vgl. auch Sidney Homer & Richard Sylla (2005) und Mark Schieritz (2020).

⁷² Vgl. Ohne Verfasser (2017a), (neuer Normalzustand) sowie die Medienberichte von Philip Plickert (2015a) und (2015b). - Christian Wermke (2015). - Christian Siedenbiedel (2015). - Miles Kimball (2013). - Miles Kimball und Ruchir Agarwal (2015). - Miles Kimball (2016). - Kenneth Rogoff (2016), S. 14 - 15, 206 und 213 – 218; ders. (2017), S. 47 - 66.

rates: Lessons learned ... so far“ und um bisherige Erfahrungen mit der Praxis negativer Zinsen u.a. in Dänemark.⁷³

Im „Journal of Post Keynesian Economics“ bzw. im „Journal of the History of Economic Thought“ konnten Cordelius Ilgmann und Rosario Patalano ausführlich an Gesells Geldreformansatz erinnern. Die englische Ökonomin Kate Raworth trat in ihrem Buch „Doughnut Economics“ für eine Geldordnung mit einer „Demurrage“ ein, also für eine „Liegegebühr“ auf ineffektive Nachfrage. „Keynes zeigte sich beeindruckt von Gesell. ... Dadurch würde die Finanzlandschaft grundlegend umgestaltet werden. Das Streben nach Gewinn würde ersetzt werden durch das Bestreben der Werterhaltung. ... Das Wort Demurrage sollte man sich merken, denn es könnte im Finanzwesen zukünftig eine wichtige Rolle spielen.“ Unter Bezugnahme auf Keynes äußerte sich auch der englische Ökonom Andrew Sayer annähernd in diesem Sinne und plädierte vor allem im Hinblick auf die mit der Weltfinanzkrise einhergehende Entwicklung auf den Immobilienmärkten explizit für eine Reform des Bodenrechts gemäß den Vorstellungen von Henry George.⁷⁴

Nachdem der französische Ökonom Bernard Maris, der dem Direktorium der Banque de France angehörte und im Januar 2015 beim Terroranschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ ums Leben kam, schon seit längerer Zeit an das „schmelzende Geld“ von Gesell und Keynes erinnert hatte, unterstrich auch das französische EZB-Direktoriumsmitglied Benoit Cœuré unter Bezug auf Mankiw die Bedeutung Gesells für die neuere Negativzinsdebatte.⁷⁵ Schließlich erreichte diese Debatte auch die chinesische Zentralbank, wo deren Mitarbeiter Sun Guofeng im April 2018 erstmals ein Nachdenken über „tief negative Zinsen“ anregte.⁷⁶

12.7.3 Wissenschaftliche Reaktionen auf Null- bzw. Negativzinsen in Deutschland

Hierzulande näherten sich einige Ökonomen wie Christof Morschner & Andreas Horsch sowie der Soziologe Dirk Baecker dem Thema Negativzinsen vorsichtig an,

⁷³ Stanley Fischer (2016a), S. 5, und (2016b), S. 39 - 42. - Einzelheiten der Brookings-Konferenz sind nachlesbar auf der Website www.brookings.edu/events/negative-interest-rates-lessons-learned-so-far/ - Vgl. auch den Bericht über diese Konferenz von Beate Bocking (2017), S. 21 - 29. - Dass diese Debatten in den Spitzengremien der Notenbanken geführt werden, zeigt übrigens auch die Unsinnigkeit von Verschwörungstheorien wie zum Beispiel derjenigen, dass die Fed bei ihrer Gründung ein bloßes Geschöpf von machtbesessenen Bankiers gewesen sei. Stanley Fischer ist im September 2017 vorzeitig von seinem Amt zurückgetreten, nachdem er US-Präsident Trump wegen der Rücknahme von Bankenregulierungen kritisiert hatte.

⁷⁴ Cordelius Ilgmann (2015), S. 532 - 564. - Rosario Patalano (2017), S. 349 - 379. - Kate Raworth (2017/2018), S. 329 - 330. - Andrew Sayer (2015/2017), S. 63, 73, 77 und 79. Entsprechende Textauszüge finden sich auf der Website www.silvio-gesell.de bei den Stellungnahmen von Ökonomen und Wahlverwandten zu Gesell.

⁷⁵ Bernard Maris (2000), (2007) und 2009). - Benoit Cœuré (2014).

⁷⁶ Ohne Verfasser (2018). - Weitere englischsprachige Publikationen über Null- und Negativzinsen sind auf der Website <https://silvio-gesell.de/englisch.html> aufgelistet.

hielten sich mit einer Bewertung aber noch zurück.⁷⁷ Die beiden Ökonomen Heinz-J. Bontrup und Rudolf Hickel von der „Memorandum“-Gruppe, die regelmäßig Alternativgutachten zu den Gutachten des Sachverständigenrats veröffentlicht, wiesen immerhin die verbreitete Polemik gegen die Negativzinsen als Betrug an den Sparern zurück.

Besonders Bontrup widersprach der neoklassischen Rechtfertigung des Zinsnehmens mit der Forderung, dass „sich die Empörung darüber in Grenzen halten ... sollte, dass Vermögende für's Nichtstun keine Zinsen mehr erhalten.“ In Übereinstimmung mit Keynes sah Bontrup im Zins kein legitimes Entgelt für die Bereitschaft zum Konsumverzicht, sondern ein leistungsloses Einkommen. „Der größte Teil des weltweit völlig ungleich verteilten Vermögens, das wissen wir endgültig durch den französischen Ökonomen Thomas Piketty, wurde nur geerbt. ... Zinsen sind zudem ein Ausbeutungs- und Umverteilungsinstrument, weil Zinsempfänger immer andere Menschen für sich arbeiten lassen.“ Die gegenwärtige „Überersparnis und Überschussliquidität ... , die jetzt für Null- und Negativzinsen sorgt“, war für Bontrup eine Folge der in den letzten Jahrzehnten „neoliberal herbeigeführten gigantischen Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkünften“. Da weitere Senkungen von Löhnen und Profiten die ohnehin lahrende Konjunktur noch weiter dämpfen würden, komme vorläufig nur die von der EZB praktizierte expansive Geldpolitik als Mittel der Krisenbekämpfung in Frage - allerdings nicht auf längere Sicht, weil sie die „vermögenden Gläubiger schützt“. Statt die Konjunktur mit Hilfe von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ bei einem durchschnittlichen Niveau der mittel- und langfristigen Zinsen von Null und einer Inflations-/Deflationsrate von Null zu stabilisieren, forderte Bontrup gemäß dem keynesianischen Deficitspending eine mit der expansiven Geldpolitik „notwendig zu verbindende expansive Fiskalpolitik durch die Staaten“ und darüber hinaus einen „gezielten weltweiten Kapitalschnitt bei den Vermögenden. ... Ich empfehle hier bei den 62 Super-Superreichen, denen die halbe Welt gehört, anzufangen.“⁷⁸

Auch Hickel verwahrte sich gegen einen „Anspruch der Sparer auf ein ‚Normalzinsniveau‘“ und sah in der Sparschwemme eine tiefere Ursache für den „rasanten Renditeverfall“. Unter diesen Umständen der „relativen Entkoppelung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft“ hätten die Zentralbanken gar keine Macht mehr, höhere „Zinssätze am Markt autoritär durchzusetzen. Die Zinssätze sind das Resultat komplexer Vorgänge auf den Finanzmärkten - in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage. ... Der Notenbank bleibt dann nur die weitere Anpassung der Leitzinsen, sie hat kaum Gestaltungsspielraum. Die EZB ist somit weniger Täterin als eine durch die Entwicklung auf den Finanzmärkten und der Realwirtschaft Getriebene.“ Für problematisch hielt Hickel deshalb nicht eine etwaige Macht der Zentralbanken, sondern im Fall der EZB deren „real existierende Ohnmacht“.⁷⁹

⁷⁷ Christof Morscher & Andreas Horsch (2015), S. 148 - 150. - Dirk Baecker (2015), S. 18 - 29.

⁷⁸ Heinz-J. Bontrup (2016), S. 545 - 547.

⁷⁹ Rudolf Hickel (2016a), S. 93 - 100, hier: S. 97 - 98.

Wie Bontrup blieb aber auch Hickel bei seiner Akzeptanz der Existenz von Null- bzw. Negativzinsen auf halbem Wege stehen und dachte nicht weiter in die Richtung einer Geldreform, die der Geldmengensteuerung der Zentralbanken mittels „künstlicher Durchhaltekosten des Geldes“ jene Handlungsfähigkeit verschaffen könnte, die notwendig ist, um ohne eine expansive Geldpolitik des Quantitative Easings mittels gigantischer Anleihekäufe auskommen zu können. Vielmehr sah auch Hickel trotz der „boomenden Aktienkurse und Immobilienpreise“ als „bittere Nebenwirkungen der Billiggeldpolitik“ keine Alternative zur expansiven Geldpolitik und empfahl als Ergänzung zu ihr eine „begleitende expansive Finanzpolitik“ mit „öffentlichen Investitionsprogrammen“, damit das „geschaffene Billiggeld“ nicht „in der Liquiditätsfalle nutzlos hängen ... bleibt“. Ohne eine solche Ergänzung durch eine expansive Finanzpolitik bleibe „die EZB in ihrem monetären Käfig gefangen“. Die unzureichende Wirkung ihrer expansiven Geldpolitik führe schließlich zu einer „Sehnsucht nach immer unkonventionelleren Lösungen wie etwa dem absurden Helikoptergeld. Ein derartiges Gratisgeld zerstört jedoch den Zusammenhang von Produktion, Einkommenserzielung und Verteilung.“⁸⁰ Hickels Vorbehalte gegenüber einem Helikoptergeld sind sicherlich nachvollziehbar. Jedoch wird auch eine kombinierte expansive Geld- und Fiskalpolitik nicht ohne unerwünschte Nebenwirkungen auf die Entwicklung des Zinsniveaus und der gesamten Konjunktur bleiben. Eine Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten“ des Geldes könnte schließlich der entscheidende Hebel für einen Wechsel von der allzu lockeren zu einer straffen Geld- und Finanzpolitik werden.

12.7.4 Null- und Negativzinsen und das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“

Mit der Annahme eines Fortbestandes der Null- oder gar Negativzinsen ließe sich die Frage verbinden, ob die derzeitigen negativen Leitzinsen und ihre Auswirkungen auf die Marktzinsen vielleicht Vorboten eines zukünftigen „stationären Zustands“ sein könnten, den John Stuart Mill schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts für eine ferne Zukunft erwartete. Und macht sich gegenwärtig vielleicht das von Marx & Engels formulierte „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten“ bemerkbar? Beginnt in unseren Tagen vielleicht der von Keynes erhoffte „Gezeitenwechsel“ in der Wirtschaftspolitik, der über kurz oder lang zu einem „sanften Tod der Unterdrückungsmacht“ des Kapitals führt?⁸¹ Übersieht Straubhaar, dass das von ihm befürchtete „Ende des Kapitalismus“ sich als Chance für den Anfang einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft erweisen könnte? Steigt also die Geld- und Bodenrechtsreform bei den anhaltend geringen Negativzinsen und einer ebenfalls sehr geringen Inflation aus der „Unterwelt“ der Ökonomie (Keynes) auf? Wird sie die Standardökonomie vielleicht überholen wie im Wettlauf

⁸⁰ Rudolf Hickel (2016a), S. 99, und ders. (2016b), S. 87 - 88.

⁸¹ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317.

zwischen dem Hasen und dem Igel und wird sie vielleicht schon bald an ihrem Ziel sein?

Solche Erwartungen wären sehr verfrüht und unrealistisch. Die gegenwärtige Welt mit ihren leicht negativen (Leit)Zinsen stellt noch längst keine Verwirklichung der Zukunftsvision der Geld- und Bodenrechtsreformbewegung dar. Abgesehen davon, dass noch sehr viele in der Vergangenheit abgeschlossene Verträge mit längeren Laufzeiten weiterhin zu Zinszahlungen verpflichtet, sind die gegenwärtigen Null- bzw. Negativzinsen verglichen mit dieser Zukunftsvision bislang nur ein schmaler Silberstreifen am Horizont, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen:

- Erstens werden nämlich Negativzinsen bislang nur auf die Übernachteinlagen der Geschäftsbanken bei den Zentralbanken erhoben und noch nicht auf die gesamte Zentralbankgeldmenge. Letzteres wäre aber unbedingt erforderlich, worauf der Wirtschaftspublizist Helmut Creutz bereits 2010 hinwies, denn an der Nullschranke nominaler Zinsen werden die Zentralbanken handlungsunfähig. Auch mit einer noch so expansiven Politik des Quantitative Easing können sie die hartnäckige Liquiditätspräferenz kaum beeinflussen. Ohne eine Neutralisierung des Liquiditätsvorteils der *gesamten* Geldmenge durch die Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten“ des Geldes verpuffen diese exzessiven Ausdehnungen der Geldmenge. Auch die Herausgabe von zusätzlichem Helikoptergeld könnte hieran nichts ändern.⁸²

Demgegenüber brauchen die Zentralbanken neue geldpolitische Gestaltungsspielräume unterhalb der Nullschranke nominaler Zinsen („Zero Lower Bound“), um die Leitzinsen gemäß der sog. Taylor-Regel auf etwa -4 bis -6 % senken zu können. Bislang steht dem allerdings genau jene Hortbarkeit des Bargeldes entgegen, die Gesell mit Hilfe „rostender Banknoten“ überwinden wollte. Mit der von Goodfriend vorgeschlagenen Ausstattung von Banknoten mit Magnetstreifen, in die sich die „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes) einprogrammieren lassen, oder mit dem von Seltmann vorgeschlagenen Geld mit einem Ablaufdatum⁸³ liegen zwar mittlerweile praktische Methoden zur Neutralisierung des Liquiditätsvorteils von Geld vor, die im Vergleich zum früheren Marken- oder Stempelgeld besser sind; dennoch stoßen auch sie noch bei Ökonomen wie Kenneth Rogoff in den USA und Peter Bofinger in Deutschland auf Bedenken. Deshalb plädieren Rogoff und Bofinger gar dafür, das Bargeld generell abzuschaffen und es - wie in Schweden schon nahezu vollständig vollzogen - durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu ersetzen. In Zeiten der Digitalisierung seien Banknoten und Münzen archaische, altmodische Zahlungsmittel. Außerdem förderten

⁸² Helmut Creutz (2010), S. 30 - 37. - Der englische Wirtschaftshistoriker und Keynes-Biograf Robert Skidelsky machte den Vorschlag, neben einem staatlichen Investitionsprogramm ein als „Gesell-Geld“ ausgestaltetes Helikoptergeld an die Bevölkerung auszugeben. Jede Person sollte eine Geldkarte mit 1000 britischen Pfund erhalten, in die eine periodische Wertminderung einprogrammiert wird. (Financial Times vom 4.8.2016; vgl. die Website <https://robertskidelsky.com/2016/08/04/a-tweak-to-helicopter-money-will-help-the-economy-take-off/>)

⁸³ Thomas Seltmann (2019), S. 15 - 22.

sie dunkle Geschäfte auf Schwarzmärkten sowie in den kriminellen Bereichen des Frauen-, Drogen- und Waffenhandels.⁸⁴

Bereits in den 1980er Jahren hatte der Rechtsphilosoph und Rechtsinformatiker Dieter Suhr für eine Abschaffung des Bargeldes plädiert, weil es „dunkle Geschäfte“ ermögliche, „ohne verfängliche buchungstechnische Fußstapfen zu hinterlassen“, und weil bei einer „Einführung des vollelektronischen Zahlungsverkehrs auch der Einführung einer Ausgleichsabgabe auf Liquidität kein geldtechnisches Problem mehr im Wege ... stünde“. Wenn dann Vorsorge für den Schutz der Privatsphäre getroffen werde und „wenn dann die Ausgleichsabgabe auf Liquidität den Konten belastet wird, dann wird der Mehrwert abgeschöpft und so der Kapitalismus gleich mit vom Konto abgebucht.“⁸⁵ Wie Suhr begründete auch Rogoff seine ursprüngliche Forderung nach einer völligen Ersetzung des Bargeldes durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr damit, dass es dann einfacher würde, die (Leit-)Zinsen noch tiefer in den negativen Bereich bis zu ungefähr -4 bis -6 % zu senken.

In der Tat finden die 200er und 500er Euro-Banknoten kaum Verwendung für alltägliche Transaktionen und sie erleichtern stattdessen eher die Steuerhinterziehung, die Geldwäsche und den kriminellen Handel mit Drogen, Frauen und Waffen. Ihre Existenz ist aber nicht die tiefere Ursache von solchen kriminellen Geschäften - diese sind eher Begleiterscheinungen der ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen - , sondern nur ein Mittel zu deren praktischer Erleichterung. Noch problematischer ist die Eignung vor allem der großen Banknotenstückelungen für die Hortung von Geld, deren Umfang nach Angaben der Deutschen Bundesbank seit dem Beginn der Weltfinanzkrise deutlich gestiegen ist. „Der Wert der kumulierten Nettoemissionen von Euro-Banknoten durch die Bundesbank stieg zwischen Ende 2009 und Ende 2017 von 348 Mrd. € auf 635 Mrd. €. ... Das entspricht einer jährlichen Zuwachsrate von durchschnittlich 7,8%“, die weit über die jährlichen Wachstumsraten des Sozialprodukts hinausgeht. „Den Schätzungen zufolge trug im Zeitraum ab 2010 vor allem der Auslandsumlauf zum Anstieg des ‚deutschen‘ Banknotenumlaufs bei. Die inländische Hortung, als wertmäßig größte Komponente des Inlandsumlafs, wuchs ebenfalls an. Hingegen blieb die inländische Transaktionskasse wertmäßig weitestgehend konstant und erklärt zwischen 5% und 10% der kumulierten Nettoemissionen von Euro-Banknoten der Bundesbank.“⁸⁶ In der Schweiz kommt eine Studie der dortigen Nationalbank zu dem Ergebnis, dass rund 60 Prozent der ‚umlaufenden‘ Banknoten im Wert von 45 Milliarden Franken in Wirklichkeit für Hortungszwecke verwendet

⁸⁴ Kenneth Rogoff (2014a) und (2014b), (2016), S. 80 - 107 (Kriminalität und Korruption), 123 - 153 (Bargeldabschaffung) und (2017). - Zu Bofinger vgl. Ohne Verfasser (2015a) und Tobias Kaiser (2016).

⁸⁵ Dieter Suhr (1983), S. 78 - 79 (Abbuchung des Kapitalismus vom Konto). Vgl. auch die Website www.dieter-suhr.info

⁸⁶ Deutsche Bundesbank (2009) und (2018), S. 37. - Ohne Verfasser (2017b). - Ohne Verfasser (2019c). - Vgl. außerdem die Kleine Anfrage des FDP-MdB Frank Schäffler an den Deutschen Bundestag (2019).

werden. Die 1000er-Note wird gemäß der Studie sogar in ca. 80 bis 88 von 100 Fällen gehortet.⁸⁷

Im Gegensatz zu den 200er und 500er Euro- und den 1000-Franken-Banknoten sind die Münzen und die kleineren 5-, 10-, 20-, 50- und 100-Euro-Scheine weniger anfällig für die Hortung und sie sind unverzichtbar - sowohl für die Abwicklung von alltäglichen Transaktionen als auch ganz besonders als „geprägte Freiheit“ (Dostojewski) und Schutz vor einer totalen Überwachung aller wirtschaftlichen Vorgänge durch Big Data. Trotz aller Erleichterungen durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr ist das Bargeld besonders bei der Zahlung von kleineren und mittleren Beträgen in Deutschland der Deutschen Bundesbank zufolge noch immer das beliebteste Zahlungsmittel.⁸⁸

Anstelle einer von Norbert Häring mit plausiblen Argumenten vehement kritisierten völligen Abschaffung des Bargeldes⁸⁹ könnte es sinnvoller sein, die 200er und 500er Euro-Banknoten nach und nach aus dem Verkehr zu nehmen und zu überlegen, ob sich die kleineren Banknotenstückelungen gemäß den Vorschlägen von Goodfriend und/oder Seltmann mit „künstlichen Durchhaltekosten“ versehen lassen. Zu dieser Überlegung gelangte auch Rogoff – möglicherweise als Reaktion auf die vehemente Kritik an seiner Forderung einer völligen Abschaffung des Bargeldes. Allerdings hält er auch Goodfriends praktischen Vorschlag einer „Gesell-Lösung“ noch für „nicht elegant“. Und weil für ihn auch eine noch weiter entwickelte „Hightech-Umsetzung der Bargeldsteuer von Gesell problematisch wäre“, bezieht er auch den von Buiter und Kimball wieder ins Gespräch gebrachten Gedanken von Robert Eisler in seine Überlegungen mit ein, die Funktionen des Geldes als Tauschmittel und Recheneinheit in einem „Zwei-Währungs-System“ voneinander zu trennen. „Das Buiter-Eisler-System ist erheblich einfacher als die Gesell-Lösung, wenn man sich einmal an den Gedanken gewöhnt hat, dass jedes Land eine separate elektronische und physische Währungseinheit besitzt“. Dann könnten - woran Eisler selbst noch gar nicht gedacht hat - Buiter und Kimball zufolge die „künstlichen Durchhaltekosten“ auf elektronischem Weg erhoben werden, ohne das Bargeld verändern zu müssen.⁹⁰

Unabhängig von der praktischen Methode, mit der dieses Ziel angestrebt wird, geht es letztlich darum, die Notenbanken in die Lage zu versetzen, dass sie - ohne Geldhortungen in größerem Stil befürchten zu müssen - die *kurzfristigen* Zinsen

⁸⁷ Kathrin Assenmacher & Franz Seitz & Jörn Tenhofen (2019), S. 4, 10 - 12 und 19 - 21.

⁸⁸ Deutsche Bundesbank (2019).

⁸⁹ Norbert Häring (2018), S. 30 - 62 (Anti-Bargeld-Allianz) und 88 - 112 (totale Überwachung durch Big Data). - Vgl. auch Philip Plickert (2017) und Gerhard Rösl, Franz Seitz & Karl-Heinz Tödter (2017).

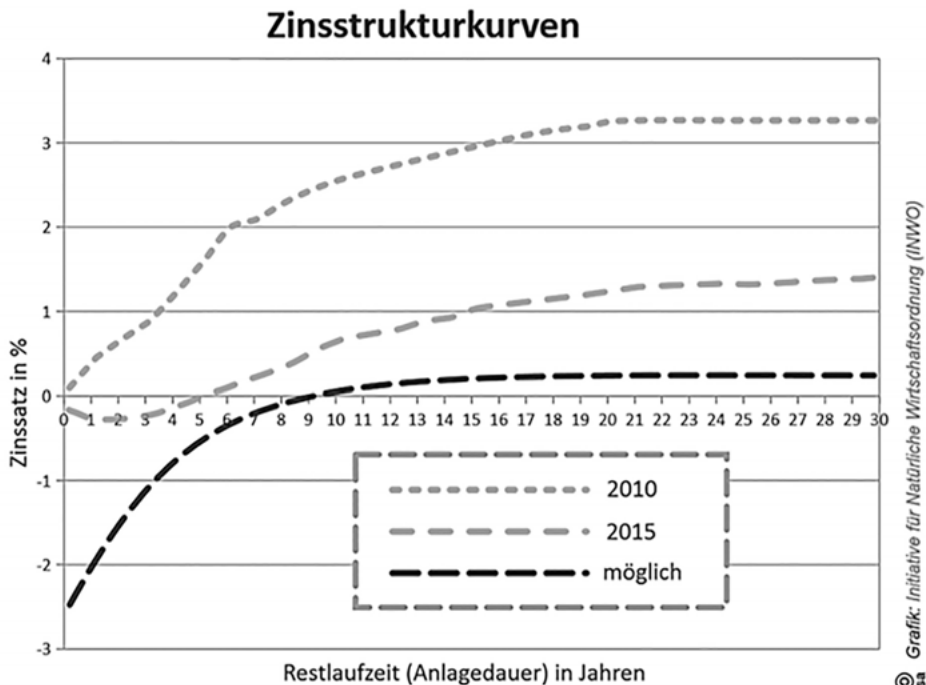
⁹⁰ Kenneth Rogoff (2016), S. 217 - 226, hier: S. 217 und 221, und ders., (2017), S. 47 - 66 (Abschaffung nur der großen Banknoten); außerdem Andrew Lilley & Kenneth Rogoff (2019). Zu dieser Debatte vgl. auch Beate Bockting (2019), S. 23 - 33. - Zum Vorschlag von Robert Eisler vgl. Ferdinand Wenzlaff (2019), S. 34 - 54. - Eine „dynamische Doppelwährung“ mit einer Trennung der Geldfunktionen als Tauschmittel und Recheneinheit hat auch viel früher schon Gesells schweizerischer Mitarbeiter Theophil Christen in Erwägung gezogen, aber auch wieder verworfen; vgl. hierzu Theophil Christen (1917) und (1920) sowie Karl Walker (1952), S. 29 - 31, und die Anm. 184 im Kap. 8.4 des vorliegenden Buches.

noch tiefer als die bisherigen Null- und Negativzinsen in die Richtung von -4 bis -6 % senken und zugleich die Menge des von ihnen in den Verkehr gegebenen Zentralbankgeldes stabilitätsgerecht an die Bedürfnisse der Realwirtschaft anpassen können. Und wenn es sich als notwendig erweist - wie Keynes erwartete⁹¹ - , darüber hinaus auch das Girogeld mit „künstlichen Durchhaltekosten“ zu belegen, so wäre dies auch gemäß Suhrs Vorstellung in der Tat einfach, diese Liquiditätsgebühr in periodischen Abständen von den Girokonten abzubuchen.

Und außerdem geht es für die Notenbanken darum, sie durch die Herstellung einer stetigen, störungsfreien Geldzirkulation in die Lage zu versetzen, die Inflation im Wege einer exakten Geldmengensteuerung ohne die Gefahr eines Abgleitens in eine Deflation auf null zu senken und zugleich dafür sorgen, dass die Zinsen für *mittel- und langfristige* Geldanlagen in geringer Bandbreite um einen Gleichgewichtssatz von null pendeln. Das Geld würde zu guter Letzt ein verteilungsneutrales Mittel der wirtschaftlichen Austausch- und Kreditbeziehungen und eine gerechtere Verteilung würde schließlich gleichsam von selbst auch den Nährboden für kriminelle Geschäfte austrocknen.

Bei dem vielfach beargwöhnten und falsche Vorstellungen weckenden Begriff „Strafzinsen“ in Höhe von -4 bis -6 % geht es also - wie die nachfolgende Darstellung bisheriger und zukünftiger Zinsstrukturkurven veranschaulichen soll - überhaupt nicht um eine ‚Strafe‘ und schon gar nicht um einen Betrug an den Sparern, sondern ausschließlich um die Belegung des *kurzfristig* verfügbaren Bar- und Girogeldes mit „künstlichen Durchhaltekosten“. Genau genommen sind sie auch gar keine Straf- bzw. Negativzinsen, sondern eine von allen zu tragende und ihnen letztlich auch wieder zugutekommende Gebühr. Und nachdem die Ersparnisse in der Vergangenheit durch die Inflation mehr oder weniger ausgehöhlt wurden, sollen Sparer/innen in Zukunft bei einem Zinssatz auf mittel- und langfristige Anlagen von nahe null und einer gleichzeitigen Inflations-/Deflationsrate von null erstmals die absolute Sicherheit bekommen, sich jederzeit auf eine *dauerhafte Werterhaltung* ihrer Ersparnisse verlassen zu können. Wovon sie sich unter diesen Umständen allerdings verabschieden müssen, ist die Erwartung, Geldvermögen noch länger durch Zinsen und Zinseszinsen *vermehrten* zu können. Der Lohn für diesen vermeintlichen Verzicht wird die absolut verlässliche Kalkulierbarkeit von langfristig bedeutsamen Investitionen sowie von Maßnahmen zur Vorsorge für Krankheit und Alter sein. Dieses ökonomische Umdenken entspricht zugleich einem kulturellen Wandel, bei dem das bisherige Immer-mehr-haben-Wollen entsprechend den Vorstellungen von Erich Fromm in eine Zufriedenheit mit einem genügsameren Sein übergeht.

⁹¹ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 302. – In Deutschland wird derzeit fast eine Billion Euro „auf Girokonten gebunkert“; vgl. dazu Philipp Frohn (2019). Außerdem Deutsche Bundesbank (2020).



Quellen:
 „Tägliche Zinsstruktur am Rentenmarkt“ laut Bundesbank (für 2010) und
 laut Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH (für 2015)

**Abb.: Zinsstrukturkurve aus der Petition
 „Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld“⁹²**

Die nach der Weltfinanzkrise von 2008 versunkene alte Welt der permanent positiven Zinsen soll also nicht in dem Sinne auf den Kopf gestellt werden, dass nun alles ins Gegenteil verkehrt wird. Es geht weder um ein Verbot noch um eine Abschaffung des Zinsnehmens. Und auch Gesells Bild vom Zins, der „in einem Meer von Kapital ersäuft wird“, widerspricht seiner eigenen differenzierteren Einsicht in die unersetzliche Funktion der in sich komplexen Dynamik, die der um ein Gleichgewicht von null oszillierende Zins behalten muss.⁹³ Letztlich geht es ‚nur‘ um die Notwendigkeit einer Verschiebung der Zinsstrukturkurve nach unten auf ein neues Niveau, wo die kurz-, mittel- und langfristigen Zinsen ihre unverzichtbare Allokationsfunktion besser und vor allem verteilungsneutraler erfüllen können als bisher. Auch sog. inverse Phasen der Zinsstruktur, in denen kurzfristige Geldanlagen

⁹² Ohne Verfasser (2015b), S. 24. Verfasser dieses Aufrufs waren Fritz Andres und Eckhard Behrens.

⁹³ Vgl. das Kapitel 5 „Die Freigeld-, Zins- oder Kapitaltheorie“ in: Silvio Gesell (1920/1991a), S. 319 - 372 sowie S. 241 [Zins im Meer von Kapital] und die Ausführungen im Abschnitt 7.3 (S. 59ff) des vorliegenden Buches sowie Werner Onken (1994), S. 42 - 51, und Eva-Maria Hubert (2009), S. 11 - 27.

krisenbedingt höher verzinst werden als langfristige Geldanlagen, lassen sich dort überwinden.

- Es gibt noch einen zweiten gewichtigen Grund für die Geld- und Bodenreformbewegung, angesichts der neueren Negativzinsentwicklung nicht in eine voreilige Euphorie zu verfallen. Bislang kommt nämlich – worauf besonders der Ökonom Dirk Löhr hinweist – das Sinken der Zinsen überhaupt noch nicht den Löhnen und Gehältern der abhängig Beschäftigten zugute, was ein zentrales Ziel von Gesells Geldreform war bzw. ist. Vielmehr findet bislang nur eine Umschichtung leistungsloser Einkommen von den Kapitalzinsen zu den Bodenrenten statt, weil viel anlagensuchendes Kapital wegen der minimalen Renditen für Geldanlagen – wie von Gesell und Keynes vorausgesehen – in spekulative Geschäfte mit Immobilien, Ressourcen, Aktien, Kunstwerken usw. ausweicht und auf diesen Märkten zur Bildung von Preisblasen führt.⁹⁴

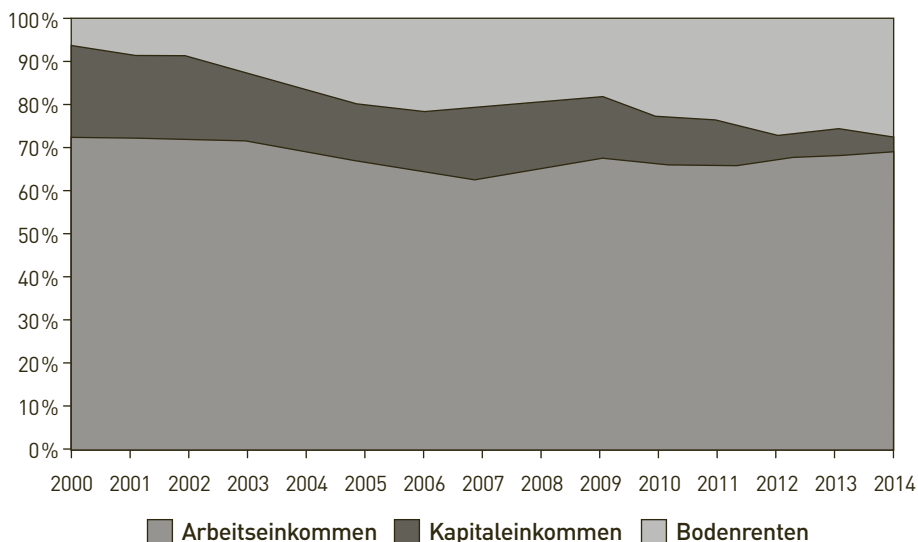


Abb.: Umschichtung von Kapitalzinsen zu Bodenrenten bei mehr oder weniger stagnierender Lohnquote

Quelle: <https://bodenwertsteuer.org/2016/12/19/gemeinwohlokonomie-die-gute-kraft-die-bose-schafft-eine-replik-auf-gerd-hofielen/> (Blog von Dirk Löhr)

Der sich bei sinkenden Zinsen verstärkenden Flucht von anlagensuchendem Geldkapital in Sachwerte wollte schon Gesell weitblickend mit der Bodenrechtsreform einen Riegel vorschieben. Das könnte jedoch noch schwieriger realisier-

⁹⁴ Vgl. eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPLM über die EZB als Hauptantriebskraft der Turbulenzen auf den Immobilienmärkten (2019). Jedoch liegt die Schuld für diese Turbulenzen nicht bei der EZB, sondern es wäre/ist die Aufgabe des Gesetzgebers, diesen Turbulenzen mit bodenreformerschen Mitteln gegenzusteuern.

bar sein als die sich derzeit gewissermaßen ‚von selbst‘ ergebenden kleinen Schritte in die Richtung einer Geldreform, weil mächtige Lobbygruppen der Immobilieneigentümer – begünstigt durch den fehlenden Sachverstand der Allgemeinheit – eine entsprechende demokratische Gesetzgebung blockieren.

Nachdem realpolitische Bestrebungen der westdeutschen SPD/FDP-Regierung zur Reform des Bodenrechts während der 1970er Jahre versandet waren, nachdem selbst entsprechende Mahnungen des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Wolfgang Zeidler, unbeachtet geblieben waren und nachdem auch die einmalige historische Chance vertan worden war, nach dem Niedergang des Sowjetimperiums in Ostdeutschland und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas fortan in größerem Umfang entgeltliche private Nutzungsrechte am bisherigen staatlichen Bodeneigentum zu vergeben und die Alteigentümer zu entschädigen statt zum kapitalistischen Bodenprivateigentum zurückzukehren, erwiesen sich die beharrenden Kräfte auch während der Jahre 2018 und 2019 im Ringen um eine Reform der Grundsteuer als so mächtig, dass es der Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ nicht gelang, einen bundeseinheitlichen Übergang zu einer reinen Bodenwertsteuer zu erreichen und der Allgemeinheit die Bodenrente zuzuführen. Immerhin verschafft eine sog. „Länderöffnungsklausel“ in der gesetzlichen Neuregelung der Grundsteuer den einzelnen Bundesländern die Möglichkeit, in der Gestaltung der Grundsteuer eigene Wege zu gehen, und Baden-Württemberg wird anscheinend von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.⁹⁵ Besonders bemerkenswert ist, dass der frühere Münchener Oberbürgermeister und Bundesminister für Städtebau und Raumordnung, Hans-Jochen Vogel (SPD), sich im hohen Alter angesichts der Turbulenzen auf den Immobilienmärkten noch einmal sehr deutlich für eine neue Bodenordnung ausgesprochen hat.⁹⁶

Solange jedoch die Bodenrente weiterhin bei explodierenden Bodenpreisen und Mieten privat vereinnahmt werden kann, solange bleibt der Boden eine „gigantische Umverteilungsmaschinerie“ (Dirk Löhr⁹⁷) zugunsten privater Immobilieneigentümer. Der viel zu lange verdrängte Produktionsfaktor Boden vermag die durch das Sinken der Zinsen möglich gewordene Erhöhung der Löhne und Gehälter zu verhindern und diese Vorteile für sich zu absorbieren. „Die Bodenerträge

⁹⁵ Vgl. hierzu die Kap. 11.2 und 13.1 im vorliegenden Buch. – Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1972) und (1974). – Wolfgang Zeidler (1984), S. 52 – 61, auszugsweise auf der Website <https://bodenwertsteuer.org/2016/08/20/eigentum-als-waffe-wolfgang-zeidler-zum-gedachtnis/> (Zugriff: 25.3.2020). – Zu den Bodenreformbestrebungen nach der Wende vom Herbst 1989 vgl. Fritz Andres (1991), S. 3 – 33; (1992), S. 24 – 48 und (2004), S. 3 – 11. – Roland Geitmann (1993a und 1993b), S. 12 – 32 bzw. 17 – 32. – Zur „Initiative Grundsteuerreform“ vgl. Ulrich Kriese (2016), S. 53 – 56, sowie die Website www.grundsteuerreform.net und Dirk Löhr & Simon Kempny (2019), S. 537 – 543, sowie Philipp Heuer & Ulrich Kriese (2020).

⁹⁶ Hans-Jochen Vogel (2018), S. 19 – 24, und ders. (2019). – Zur Vorstellung des Buches „Mehr Gerechtigkeit! – Wir brauchen eine neue Bodenordnung“ vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=BCPmpHgI80> (Zugriff: 22.2.2020).

⁹⁷ Dirk Löhr (2018), S. 3 – 19, und Dirk Löhr & Norbert Olah & Thomas Huth (2020). – Zur Bildung von Immobilienpreisblasen vgl. auch Ohne Verfasser (2015). – Günther Hartman (2017).

sind v.a. in den großen Städten im Zuge der Niedrigzinsphase drastisch gestiegen. Von dieser Entwicklung haben aber nicht die Arbeitseinkommen profitiert. ... Die Ungerechtigkeit bei der Bodenrente ist eine der Hauptursachen für die zunehmende Arm-Reich-Schere. Seltsamerweise ist das bisher kaum jemandem bewusst“, denn allzu lange galt ‚nur‘ der Interessengegensatz zwischen dem Kapital (ohne den Boden) und der lohn- und gehaltsabhängigen Arbeit als der zentrale gesellschaftliche Grundkonflikt.⁹⁸

Unter konjunktur- und verteilungspolitischen Aspekten befürwortet Löhr durchaus die Negativzinspolitik der EZB und anderer Zentralbanken. Anstelle des Quantitative Easing hält er auch einen noch tieferen Negativzins im kurzfristigen Bereich mittels einer Belastung der Zentralbankgeldmenge mit „künstlichen Durchhaltekosten“ für erforderlich. Aber er verweist auch auf die unbedingte Notwendigkeit einer Reform des Bodenrechts, um die Flucht von anlagesuchendem Geld in Sachwerte wie den Boden und das Landgrabbing überall auf der Welt zu verhindern, und auf die Notwendigkeit einer Reform der Unternehmensverfassung, um die Höhenflüge von Aktien zu vermeiden. „Solange all dies nicht geschieht, wird selbst eine an sich wünschenswerte konsequentere Negativzinspolitik ihre segensreichen Wirkungen nicht entfalten können. Die Geldpolitik droht vielmehr zur Kraft zu werden, die ‚das Gute will und doch das Böse schafft‘.“⁹⁹

12.7.5 Wie weiter mit den negativen (Leit-)Zinsen? Zurück zu positiven Zinsen oder vorwärts zu ca. -5 %?

Ohne weitergehende Ausblicke auf Reformen der Geld- und Bodenordnung sowie der Unternehmensverfassung drehen sich die Debatten um das Pro & Contra von negativen (Leit-)Zinsen bislang im Kreis von Halbheiten bzw. sie treten auf der Stelle, wo es weder zurück noch nach vorn geht und wo auch die Lehrbücher der Ökonomie noch keine Orientierungen für das tägliche Handeln von Notenbanken, Wirtschaft, Politik und Medien bieten. Mit einem von Jürgen Habermas in einem anderen Zusammenhang verwendeten Wort ließe sich derzeit von einer „neuen Unübersichtlichkeit“ sprechen.¹⁰⁰ Sie gehört zum Übergang von der alten kapitalistischen Marktwirtschaft zur neuen Marktwirtschaft ohne Kapitalismus offenbar dazu, weil weder die Fachwelt noch die unorthodoxen Verfechter einer Geld- und Bodenrechtsreform in der „Unterwelt“ der Ökonomie die einzelnen Schritte dieses Übergangs konkret voraussehen konnten. So hat der von Keynes visionär geahnte „wirtschaftspolitische Gezeitenwechsel“ von der kapitalistischen, wachstumsfixierten Akkumulations- und Konzentrationsdynamik zur dezentralisierten monopol-

⁹⁸ Dirk Löhr (2018), S. 17 - 18.

⁹⁹ Dirk Löhr (2015a), S. 57 - 69, hier: S. 67 - 68. - Dirk Löhr (2017a), S. 211 - 240 (Höhenflüge der Aktien).

¹⁰⁰ Ein 1985 von Jürgen Habermas im Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. herausgegebenes Taschenbuch trug den Titel „Die Neue Unübersichtlichkeit“.

freien und sozial- wie naturverträglichen Marktwirtschaft ohne Kapitalismus bestenfalls gerade erst begonnen. In diesem Anfangsstadium der zweiten „großen Transformation“ (Polanyi) ist es deshalb angebracht, im Hinblick auf die leicht negativen Leitzinsen vorläufig noch mit Hickel von einem „Minuszinskapitalismus“¹⁰¹ zu sprechen und sich nicht darüber hinweg zu täuschen, dass eine nachkapitalistische *Marktwirtschaft* noch in weiter Ferne liegt.

Immerhin gibt es schon seit geraumer Zeit auf den Jahrestagungen der „American Economic Association“ sehr nachdenklich-selbstkritische Äußerungen von Ökonomen über die Tragfähigkeit ihrer Modelle und die unzureichende Berücksichtigung des Finanzsektors in diesen Modellen. Makroökonomische Modelle ohne den Finanzsektor seien so wenig hilfreich wie Stadtpläne ohne Straßennamen.¹⁰² Und wer hätte nach den Zeiten der dem globalen Süden vom IWF auferlegten Strukturanpassungsprogramme gedacht, dass ausgerechnet unter dem Dach des IWF auf Betreiben von Miles Kimball und Ruchir Agarwal Working Papers wie dasjenige von Katrin Assenmacher & Signe Krogstrup entstehen könnten, in denen versucht wird, ausgehend von Gesell und Keynes die gegenwärtige Negativzinsentwicklung tiefer zu durchdenken und Zukunftsperspektiven zu entwickeln?¹⁰³ Ebenso unvorstellbar war es noch vor wenigen Jahren, dass sich im Anschluss an eine Studie von Nicolas Rowe über „Keynesian parables of thift and hoarding“ einmal eine ganze Ausgabe eines Fachjournals wie der „Review of Keynesian Economics“ einer kontroversen Debatte über Null- und Negativzinsen widmen würde.¹⁰⁴

Darüber hinaus gibt es leider noch keinen wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstuhl geschweige denn ein ganzes Institut, der/das die neuere Negativzinsentwicklung zum Gegenstand systematischer Forschungen gemacht hätte. So wirken Unsicherheiten, Missverständnisse und Vorurteile von Fachleuten, Einflüsse von Interessengruppen und fehlende wirtschaftliche Kenntnisse der Allgemeinheit vorerst noch weiter als Hindernisse auf dem Weg zu fundierten wissenschaftlichen Klärungen. Inmitten der Unübersichtlichkeit der Debatten über Liquiditätsgebühren und durchschnittliche Nullzinsen stehen einige verständnisvolle Stellungnahmen¹⁰⁵ weiterhin vielen Abwehrreaktionen gegenüber wie die – noch moderate – von Gerhard Rösl (der Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank war) & Franz Seitz & Karl-Heinz Tödter. Sie wären vermeidbar, wenn das Phänomen des Zinses in seiner ganzen Komplexität gesehen würde und wenn die Frage nach einer noch tiefe-

¹⁰¹ Rudolf Hickel (2016b), S. 83.

¹⁰² Vgl. Olaf Storbeck (2010). - Freilich wird es nicht genügen, neben den privaten Haushalten, den Unternehmen und dem Staat zukünftig auch noch die Banken und Schattenbanken in die Modellwelt zu integrieren. Auch das Geldwesen selbst muss hierbei berücksichtigt werden.

¹⁰³ Mark Schieritz (2016). - Katrin Assenmacher & Signe Krogstrup (2018) und Ruchir Agarwal & Signe Krogstrup (2019). Vgl. hierzu auch Beate Bockting (2019), S. 23 - 43.

¹⁰⁴ Nicolas Rowe (2016), S. 50 – 55. - Review of Keynesian Economics (April 2019).

¹⁰⁵ Zum Beispiel Günther Rehme (2018), S. 1 - 70.

ren Absenkung der Leitzinsen nicht mit der unglückseligen Forderung nach einer Abschaffung des Bargeldes verbunden würde.

Für Rösl & Seitz & Tödter „wären Bargeldabschaffung und Negativzinsen auf breiter Front ... ein sozio-ökonomisches Groß-Experiment, das mit der Gefahr verbunden ist, kontraproduktiv zu wirken“. Immerhin behaupten sie noch keinen unauflösbaren Zusammenhang zwischen einer Bargeldabschaffung und einer Belegung des Bargeldes mit „künstlichen Durchhaltekosten“ à la Keynes. „Mit negativ verzinstem Bargeld könnte die Nullzinsschranke aufgehoben werden. Bargeld bliebe als Zahlungsmittel erhalten und die Zahlungsmittelfreiheit der Bürger würde formal nicht eingeschränkt.“ Rösl & Seitz & Tödter zweifeln sogar auch nicht an der Möglichkeit, für die Erhebung von Durchhaltekosten des Bargeldes eine praktikable Methode zu finden. „Technisch ließe sich der Geldschwund heutzutage mit Hilfe von Chips auf Banknoten problemlos, wenngleich nicht kostenlos, implementieren.“ Dennoch warnen sie, dass hohe „gesellschaftliche Wohlfahrtsverluste von Negativzinsen“ entstehen könnten, und beziffern sie auch anhand mathematischer Formeln: „Schon bei einem Zins von -3 % p.a. auf die Bargeldhaltung entsteht für die Verbraucher im Euroraum (Deutschland) ein Verlust von rund 24 (5) Mrd. € pro Jahr.“¹⁰⁶ Dieser ‚Verlust‘ erscheint in einem anderen Licht, wenn mit diesem Geld die - bislang freilich noch nicht bezifferten - Kosten einer Implementierung von „rostenden Banknoten“ finanziert würden und wenn ein etwaiger Überschuss für gemeinnützige Zwecke verwendet würde. Dann wären diese vermeintlichen ‚Verluste‘ nur der Preis für die unvergleichlich höheren ‚Wohlfahrtsgewinne‘, die allen Menschen in Form der positiven Auswirkungen einer stetigen, störungsfreien Geldzirkulation zugutekommen könnten.

12.7.6 Verteufelung negativer Zinsen durch die neuere Österreichische Schule

Viel schärfer noch als Rösl & Seitz & Tödter schießen Vertreter der von Mises und Hayek geprägten Österreichischen Schule der Ökonomie gegen negative Zinsen. Dabei vermischen sie ihre berechtigte Warnung vor einer „totalen Kontrolle der Bürger“ infolge einer Bargeldabschaffung mit einer fragwürdigen Warnung vor horrenden „Enteignungsszenarien“.¹⁰⁷ Abgesehen davon, dass es in den Debatten um eine Erhaltung oder Abschaffung des Bargeldes auch Zwischentöne gibt, sind auch die Auswirkungen der Liquiditätsgebühren und durchschnittlichen Nullzinsen entsprechend der Komplexität des Zinses sehr komplex. Einbußen von Sparzinsen als angeblich legitimer Belohnung für einen vorläufigen Konsumverzicht stehen Entlastungen von Zinszahlungen sowohl für Staaten als auch für Privat-

¹⁰⁶ Gerhard Rösl & Franz Seitz & Karl-Heinz Tödter (2017b), S. 7 - 8, 11 (Wohlfahrtsverluste) und 18 - 26 (Wohlfahrtsverluste).

¹⁰⁷ Zur neueren Österreichischen Schule vgl. die Website www.nullzinspolitik.de und Michael Ferber (2019).

haushalte und Unternehmen gegenüber. Die Zinseinbußen sind also – worauf Isabel Schnabel vom Direktorium der EZB hinweist – „nicht das ganze Bild“. Im Gegensatz zur früheren unumstößlichen ‚Wahrheit‘, dass Zinsen eine Belohnung für einen Aufschub des Konsums aus der Gegenwart und die Zukunft seien, fügt Isabel Schnabel dem noch hinzu: „Es gibt kein Recht auf hohe Zinsen.“¹⁰⁸ Eine solche Äußerung aus Notenbankkreisen wäre vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen. Mit ebenso deutlichen Worten wendet sich auch Marcel Fratzscher als Leiter des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW) gegen die Vorurteile gegenüber der Null- und Negativzinspolitik der EZB.¹⁰⁹

Dessen ungeachtet beklagen Gunther Schnabel sowie Rahim Taghizadegan & Ronald Stöferle & Gregor Hochreiter aus der Perspektive der Österreichischen Schule, dass die Notenbanken Japans, der USA und der Eurozone in ihrem Bestreben, eine große Deflationskrise der Weltwirtschaft wie 1929 zu verhindern, die Weltfinanzkrise seit 2008 mit einem exorbitanten Quantitative Easing bekämpft und die Weltwirtschaft damit in eine „Nullzinsfalle“ geführt hätten, in der sie nun gefangen seien. Für Schnabel ist die „Nullzinspolitik der EZB ein Fall für den Verbraucherschutz!“¹¹⁰ In der Tat ist das Quantitative Easing sehr problematisch, aber es ist kein zwangsläufig notwendiger Bestandteil der Null- und Negativzinspolitik, sondern nur eine Folge des Umstands, dass sich die Zentralbanken bislang noch nicht dazu entschließen konnten, über leicht negative Leitzinsen hinauszugehen und „künstliche Durchhaltekosten“ (Keynes) auf die *gesamte* Zentralbankgeldmenge einzuführen. So ist das Quantitative Easing nur ein Notbehelf, der durch eine Geldreform überflüssig werden könnte.

Diesen Gegensatz zwischen dem Quantitative Easing und einer ‚richtigen‘ Geldreform beachtet Schnabel jedoch ebenso wenig wie Taghizadegan & Stöferle & Hochreiter. Nach deren Ansicht krankt die Wirtschaft am staatlichen Dirigismus und die „bereinigende Krise („schöpferische Zerstörung“) ist nach der Finanzkrise nicht zugelassen worden. ... Negativzinsen wären lediglich eine höhere Dosis desselben Medikaments, das erst in diese missliche Lage geführt hat.“ Und nachdem Taghizadegan & Stöferle & Hochreiter die Negativzinsen auch noch als „Enteignung“ gebrandmarkt haben, empfehlen sie als einzigen Ausweg aus der „Nullzinsfalle“ und als Schritt zur „geldpolitischen Normalisierung“ schließlich die von Friedrich August von Hayek in den 1970er Jahren geforderte Aufhebung des staatlichen Geldmonopols und die Einführung eines „Währungswettbewerbs“ zwischen

¹⁰⁸ Isabel Schnabel (2020).

¹⁰⁹ Marcel Fratzscher (2019). - In jüngster Zeit sehen übrigens nicht nur Sparer, sondern auch Banken ihre Ertragskraft besonders durch Negativzinsen bedroht. Dabei wird die Ertragskraft der Banken wahrscheinlich noch viel mehr dadurch geschwächt, dass sich Superreiche von ihnen abwenden und eigene „Family Offices“ bilden. Zur Klage von Banken über negative Zinsen vgl. den Medienbericht „Negativzinsen treffen deutsche Banken besonders hart“ auf der Website <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2019/06/09/negativzinsen-treffen-deutsche-banken-besonders-hart/> (Zugriff: 10.6.2019). – Vgl. außerdem Ohne Verfasser (2019).

¹¹⁰ Gunther Schnabel (2018), S. 19 - 21. - Thorsten Polleit (2019).

Geschäftsbanken, die ihr jeweils eigenes Geld emittieren und damit untereinander in einen Wettbewerb treten.¹¹¹ Die Folge wäre eine Einschränkung der Übersicht über die Märkte und der gesellschaftlichen Integration durch das Geld, ohne dass sich etwas an der problematischen kapitalistischen Grundstruktur der Währungen ändern würde. Dadurch würde gerade jene „Deformation der Gesellschaft“ gefördert, die Taghizadegan der Null- und Negativzinspolitik zu Unrecht als Folge unterstellt.¹¹²

Geradezu ein Horrorszenario sind Liquiditätsgebühren und durchschnittliche Nullzinsen für Thorsten Polleit, den Präsidenten des Ludwig-von-Mises-Instituts und Chefökonom des Degussa Goldhandels. Für ihn sind sie geradezu ein Weg in den „Untergang der freien Marktwirtschaft“ und zum „Ende der Wohlfahrtsdemokratie. ... Mit der Negativzinspolitik kommt die Planwirtschaft.“¹¹³ In der rechtskonservativen Zeitschrift „Junge Freiheit“ schrieb Polleit gar: „Die EZB-Minuszinspolitik unterwandert die Marktwirtschaft ... (und) ... gleicht im Grunde einem ‚marxistischen Frontalangriff‘ auf die verbliebenen kapitalistischen Elemente des europäischen Wirtschafts- und Finanzsystems.“¹¹⁴

12.7.7 Mit Vollgeld zurück zu einem „Normalzustand“ mit positiven Zinsen (Joseph Huber)?

Im Chor der Kritiker des Null- und Negativzinsens singt auch der Vollgeld-Protagonist Joseph Huber mit. In seiner Kritik am Negativzins als „Wundermittel, das keins ist“ (2019) spricht er von einem „weltweiten *sogenannten* Ersparnisüberhang“. Zwar sei in der Tat in den Nachkriegsjahrzehnten zunächst sehr viel Kapital gebildet worden, aber dann habe eine „globale Finanzialisierung“ auf der Basis einer „zusätzlichen Geldschöpfung und Kreditausweitung zwecks Ausweitung bzw. Aufhebung von Finanzgeschäften“ eine zunehmende Bedeutung erlangt. „Das mündete in diverse Finanzblasen und Krisen auf wandernden weltregionalen Hotspots, besonders in Aktien, Immobilien, Staatschulden und Währungskrisen. ... Was verharmlosend Ersparnisüberhang (savings glut) genannt wird, ist tatsächlich ein nie dagewesenes Übermaß an anlagesuchendem Finanzkapital.“¹¹⁵

Für Huber ist es „völlig unklar“, weshalb von negativen Zinsen eine Lösung der Probleme auf den globalen Finanzmärkten zu erwarten sei. „Die Erwartung, Negativzins würde die Geldbesitzer dazu bewegen, ihr Geld schneller auszugeben, ist nicht so gut begründet wie es den Verfechtern der Idee erscheint.“ Gesell habe „in

¹¹¹ Rahim Taghizadegan & Ronald Stöferle & Gregor Hochreiter (2019), S. 242 - 243 (Negativzins als Enteignung) und 251 (Währungswettbewerb à la Hayek). - Auch Nikolaus Muchitsch vom Hayek-Institut bezichtigt den IWF der Absicht, die Vermögenden durch negative Zinsen und eine Abschaffung des Bargeldes, „enteignen“ zu wollen. Vgl. Nikolaus Muchitsch (2019).

¹¹² Rahim Taghizadegan (2019).

¹¹³ Thorsten Polleit (2019a).

¹¹⁴ Thorstein Polleit (2019b).

¹¹⁵ Joseph Huber (2019a), S. 7 - 8 (Ersparnisüberhang und Geldschöpfung).

den Kategorien einer Bargeldwirtschaft“ gedacht, was 1932/33 in einem kommunalen Freigeldexperiment in Wörgl/Tirol getestet worden sei und Keynes „zu seinen Begriffen der Liquiditätspräferenz und der Liquiditätsfalle ... inspiriert“ habe. Zum Experiment von Wörgl meint Huber, dass „diese Sache ... ohne den monatlichen 1%-Negativzins ... ebenso gut gelaufen ... wäre.“ Dagegen spricht die Erfahrung, dass die Arbeitslosigkeit in Wörgl sank, während sie im übrigen Österreich während der Dauer dieses Experiments weiter anstieg. Gleichwohl kann ein kommunales Experiment trotz seines Achtungserfolgs natürlich nur eine bedingte Aussagefähigkeit für die Erfolgsaussichten einer Geldreform in einem ganzen Land haben.¹¹⁶

Davon abgesehen hält Huber die Problematik der Liquiditätspräferenz für sehr viel unwichtiger als Gesell und Keynes und er gibt hierfür die folgende Begründung: In keinem industriell entwickelten Land der Welt gebe es heute eine „Unterkonsumtion. Sorgen bereitet heute eher schon ein verbreiteter Überkonsum unter ökologischen Aspekten. ... Es ist gerade unter diesem Aspekt reichlich seltsam, dass sich unter den Befürwortern von Negativzinsen als Wachstumsstimulans ausgerechnet viele ökologisch Gesinnte befinden und dass sie das nicht nur als eine temporäre Krisenmaßnahme, sondern als dauerhaftes Stimulans verstanden haben wollen.“¹¹⁷ Bei der Auseinandersetzung mit diesem durchaus ernst zu nehmenden Einwand gilt es zunächst zu unterscheiden zwischen den Vorstellungen, die die Notenbanker in Skandinavien, in der Eurozone, in der Schweiz und in Japan sowie mehrere angelsächsische Ökonomen wie Buiter, Kimball und Rogoff bislang mit Negativzinsen verbinden, und den Erwartungen, die Gesell und Keynes an einem Geld mit „künstlichen Durchhaltekosten“ knüpften:

- Mit der verständlichen Absicht, eine drohende Rezession der Weltwirtschaft oder gar eine eventuelle Wiederholung von Megakrisen wie 1929 und 2008 zu verhindern, praktizieren mehrere Notenbanken seit einigen Jahren leicht negative (Leit-)Zinsen. Und mit derselben Absicht denken einige angelsächsische Ökonomen über Wege zu noch tieferen und wirksameren Negativzinsen nach, wobei sie negative Zinsen nur als eine kurzfristig anzuwendende geldpolitische Maßnahme in Erwägung ziehen, mit der sie der Weltwirtschaft in der Tat Wachstumsimpulse geben wollen. Hubers Frage nach einem Unter- oder Überkonsum stellen sie noch gar nicht und betrachten auch den Konsum lediglich als einen makroökonomischen Sammelbegriff, ohne dabei die soziale Ungleichheit mit in den Blick

¹¹⁶ Joseph Huber (2019a), S. 8 - 11 (Negativzins, Gesell, Wörgl und Keynes). - Zum Experiment von Wörgl vgl. Werner Onken (1997). - Dazu entstand sogar ein TV-Spielfilm „Wunder von Wörgl“ mit Karl Markovics in der Hauptrolle, der im Dezember 2018 im Bayerischen Rundfunk und am 5. Juli und 12. August 2019 auf ARTE ausgestrahlt wurde; vgl. dazu die Website <https://www.br.de/presse/inhalt/presseudossiers/das-wunder-von-woergl-ex-der-geldmacher-urs-egger-karl-markovics-100.html> [Zugriff: 17.3.2020]. - Aus neuerer Zeit ließen sich auch die praktischen Erfahrungen von Regionalgeldern wie dem „Chiemgauer“ einbeziehen; vgl. dazu zwei Interviews mit dem Initiator Christian Gelleri auf <https://www.youtube.com/watch?v=pAL5qAx62Eo> und auf <https://www.youtube.com/watch?v=olbAqt7elpk> [Zugriffe: 26.3.2020].

¹¹⁷ Joseph Huber (2019a), S. 12 (Negativzins als Wachstumsstimulans).

zu nehmen und zu berücksichtigen, dass es je nach der Zugehörigkeit der Konsument/innen zu den unteren, mittleren und oberen Schichten vielfältige Formen sowohl eines Unter- als auch eines Überkonsums gibt und dass der gesamtgesellschaftliche Konsum längst ökologisch bedenkliche Ausmaße angenommen hat. Den über noch tiefere Negativzinsen nachdenkenden Notenbankern und Ökonomen geht es tatsächlich vorerst nur um kurzfristige Wachstumsimpulse. Obendrein betreiben sie die Negativzinspolitik bislang noch gar nicht auf der Grundlage von „rostenden Banknoten“ (Gesell) bzw. eines Geldes mit „künstliche Durchhaltungskosten“ (Keynes), sondern sie flankieren stattdessen Negativzinsen mit dem untauglichen und von Huber zu Recht kritisierten Quantitative Easing.

- Im Gegensatz dazu stellten sich Gesell und Keynes eine echte Geldreform mit dem Grundgedanken eines „stamped money“ nicht nur als eine kurzfristig anzuwendende Maßnahme vor (als die übrigens das berühmte-berühmte Deficitspending ursprünglich gedacht war), sondern - was im Hinblick auf die inzwischen eingetretene Übernutzung der Erde noch problematischer erscheinen könnte - als ein in Verbindung mit einer Reform des Boden- und Ressourcenrechts dauerhaft anzuwendendes geldpolitisches Instrument. (Eine solche begleitende Reform und auch eine ebenfalls dazu gehörende Reform der Unternehmensverfassung haben übrigens weder die Negativzins-Ökonomen noch Huber im Blick.) Entgegen ihrem ersten Anschein muss die Geldreform jedoch keineswegs per se ein Wachstumsmotor sein. Im Gegenteil, schon Keynes stellte sich seinerzeit als ihre mittel- und langfristige Folge einen Übergang in ein „quasi-stationäres Gemeinwesen“ vor.¹¹⁸ Und auch Gesells ursprünglich wachstumsfreundliche Begründung der Geldreform ließe sich zusammen mit den Reformen der Bodenordnung und der Unternehmensverfassung zu einer wachstumskritischen Gesamtperspektive weiterentwickeln. Darin geht es gar nicht darum, den Konsum immer noch weiter anzuhetzen, sondern es geht darum,

1. den Geldfluss so zu verstetigen, dass sich die Geldmenge exakt steuern lässt - unabhängig davon, ob das Volumen an Gütern und Diensten wächst, stagniert oder sogar schrumpft, und

2. geht es darum, den bislang renditegetriebenen Wettlauf um Innovationen und „schöpferische Zerstörungen“ (Schumpeter) bei langfristig um null pendelnden Zinsen zu entschleunigen.¹¹⁹

Bei näherem Hinsehen könnte es sich also als völlig falsch erweisen, den Negativzins wie Huber als „technokratische Torheit“ und als einen „abergläubischen Exorzismus der ‚Liquiditätspräferenz‘ der Leute“ abzuqualifizieren. Im Übrigen dachte Keynes bei seiner Liquiditätspräferenztheorie gar nicht nur an den (undifferenzierten) Konsum, sondern an den Aufschub von Investitionen in Zeiten mit rückläufigen und zu geringen Rentabilitätsaussichten.

¹¹⁸ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 182 - 185.

¹¹⁹ Weitere Ausführungen hierzu finden sich im Kap. 13.7 dieses Buches.

Huber zufolge könne „ein Zins allenfalls auf null sinken, aber nicht negativ werden. Auf einem nicht manipulierten Markt sind Zinsen immer positiv. ... Die Nullzinsgrenze zu durchbrechen, ist möglich in einer Welt der Zahlen, aber nicht in der wirklichen Welt.“ Deshalb strebt Huber auch die Rückkehr in einen „Normalzustand“ mit dauerhaft positiven Zinsen und eine „Wiedergewinnung monetärer Kontrolle“ ausschließlich durch „strukturelle Veränderungen des gegenwärtigen Systems der Geldschöpfung“ an.¹²⁰ Die Einführung von Vollgeld könnte zwar die Art und Weise verbessern, wie Geld in den Verkehr gelangt, aber es könnte nicht den kapitalistischen Charakter des in den Verkehr gegebenen Geldes verändern und wäre nicht ausreichend, um auch - was mit Hilfe von Freigeld erreicht werden soll - die Störungen in der Geldzirkulation und die damit und mit einem dauerhaft positiven Zins einhergehenden Verteilungsgerechtigkeiten zu überwinden. Warum sollte sich anstelle von Hubers Abwehrhaltungen nicht in einem offenen Dialog untersuchen lassen, wie die dem kapitalistischen Geld in seinem widersprüchlichen Kern innewohnende Machtstruktur im Bereich der Banken, Unternehmen und anderer Institutionen zur Entstehung von entsprechenden Machtstrukturen geführt hat und wie diese sowohl unsichtbaren als auch sichtbaren Facetten der Machtstrukturen mit mehreren sich wechselseitig ergänzenden Reformmaßnahmen überwunden werden könnten?

Dabei bleibt auch zu bedenken, dass der mittlerweile weit verbreitete Begriff der Negativzinsen die falsche Vorstellung weckt, dass die Sparer/innen enteignet werden sollen. Das tatsächliche Ziel der Geldreform ist demgegenüber eine Kombination von Negativ- und Nullzins in dem Sinne, dass nur dem kurzfristig verfügbaren Geld „künstliche Durchhaltekosten“ (Keynes) auferlegt werden und dass das mittel- und langfristig angelegte Geld bei durchschnittlichen Nullzinsen eine nicht mehr von Inflation oder Deflation gefährdete absolute Kaufkraftstabilität erhalten soll. Obendrein ist der „Negativzins“ auf kurzfristiges Geld genau genommen gar kein Zins, sondern eine Gebühr auf liquide Kassenhaltung.

12.7.8 Zwischen Abwehr und allmählicher Akzeptanz von Null- und Negativzinsen

Noch stärker als die neuere Österreichische Schule dämonisieren die beiden Ökonomen Aloys Prinz & Hanno Beck geradezu das Vollgeld und das Freigeld und auch die neuerdings vor allem in den USA kontrovers diskutierte Modern Monetary Theory (MMT), die u.a. auf Georg Knapps „Staatliche Theorie des Geldes“ und auf Abba Lerner zurückgeht. Angesichts der Null- bzw. Negativzinsen will sie – stark vereinfacht – das keynesianische Deficit spending in modifizierter Form neu beleben. „Mehr als ein Jahrzehnt nach der Finanzmarktapokalypse wandeln die Ideen toter Ökonomen wie Untote durch die Politik und sollen Antwort auf die

¹²⁰ Joseph Huber (2019a), S. 8 (Normalzustand) und 14 („abergläubischer Exorzismus“) - 16.

Euroschulden- und Finanzmarktkrise geben.“ Als Teil dieser „Untotentrias“ und „Zombieapokalypse“ unterstellen auch Prinz & Beck Gesell völlig zu Unrecht die Absicht, er habe durch eine Abschaffung des Bargeldes zu noch tieferen Negativzinsen gelangen wollen.¹²¹

Statt vor einer Wiederkehr von „Zombies der Ökonomie“ zu warnen, gibt es in den gegenwärtigen Zeiten einer ohnehin schon sehr fragilen und durch die Corona-Krise nochmals fragiler gewordenen Lage der Weltkonjunktur, der Ratlosigkeit der Ökonomie und der sehr verletzlichen dünnen ‚Humusschicht‘ der Zivilisation mehrere gute Gründe, die Suche nach einem gangbaren Weg zur einer Kombination aus noch tieferen ‚Negativzinsen‘ im kurzfristigen Bereich (Liquiditätsgebühren) und durchschnittlichen Nullzinsen im mittel- und langfristigen Bereich ohne ideologische Scheuklappen und ungeachtet demagogischer Sperrfeuer voranzubringen: Es ist fraglich, ob es im Falle eines weiteren großen Crashes wie 1929 und 2008 nochmals möglich sein wird, gigantische Rettungspakete zu finanzieren – erst recht, wenn sie nur aus den Steuermitteln der Allgemeinheit finanziert werden sollen, ohne dass Reiche und Superreiche gemäß dem Umfang ihres Vermögens zu entsprechenden Beiträgen herangezogen werden.¹²² Auch können zweit- und drittbeste Ersatzlösungen wie vormals (Hyper-)Inflationen, schuldenfinanzierte Beschäftigungsprogramme oder das Quantitative Easing mit den exorbitant hohen Aufkäufen von Staats- und Unternehmensanleihen nur kurzfristig zu Zeitgewinnen führen – wie dies gerade nochmals zur Bewältigung der Corona-Krise versucht wird. Aber sie können keine mittel- und langfristig tragfähigen Problemlösungen herbeiführen. Also was passiert, wenn sich die nächste wirtschaftliche Rezession ausbreitet oder gar ein weiterer Crash eintritt? Und was passiert, wenn sich obendrein auch noch die ökologische Krise mit unabsehbaren Folgen der Erderwärmung und Ressourcenverschwendung verschärft?

Auf allen Ebenen nehmen gesellschaftliche Spannungen unübersehbar zu und angesichts der allgemeinen Verunsicherung gewinnen rechtspopulistische Fehlorientierungen an Einfluss – bis hin zum Umkippen von demokratischen in autoritäre Regierungsformen – , während die sog. bürgerliche Mitte sowie die links- und linkliberalen Kräfte keine Mittel finden, dieser Aushöhlung der Demokratie durch wirtschaftliche Macht und populistische Ideologien wirksam entgegenzutreten.

Nicht erst beim nächsten Crash, sondern noch *vorher* müssen diese Existenzfragen durch systematische Forschungen geklärt werden – und zwar nicht nur im

¹²¹ Aloys Prinz & Hanno Beck (2019). - Genauerer zur Modern Monetary Theory bei Dirk Ehnts (2017), S. 89 – 102. – Zu den deutschen Kritikern der MMT gehört auch Joseph Huber (2019b).

¹²² Erinnerung sei in diesem Zusammenhang daran, dass Silvio Gesell unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg die Forderung nach einer einmaligen gestaffelten Vermögensabgabe erhob, um alle Bevölkerungsschichten gemäß ihrer jeweiligen Leistungskraft zur Bewältigung der Kriegsfolgen heranzuziehen; vgl. Silvio Gesell (1919/1991a). Und erinnert sei hier ebenfalls an das Lastenausgleichsgesetz nach dem Zweiten Weltkrieg (1952). Vgl. dazu Lutz Wiegand, Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1985, Frankfurt/M. 1992.

Sinne der Linderung einer schweren multiplen Krise durch einen ‚geldtechnisch‘ anmutenden Kniff, sondern auch im Hinblick auf die Öffnung eines Tors zu einer menschenrechtlich fundierten Gesellschaft freier und gleicher Bürger/innen, die im Frieden mit sich und der Natur leben können. Dazu ist es notwendig - was in diesem Buch ansatzweise versucht werden sollte - , zur ‚Unglücksstelle‘ in den Anfängen der klassischen Ökonomie zurückzugehen, wo der Zug in die Moderne infolge der falschen Lehre von den drei Produktionsfaktoren des konzentrierten Kapitals, der vom Produktionsmitteleigentum entblößten Lohnarbeit und der ‚freien‘ Naturgüter entgleiste. Des Weiteren ist es notwendig, sich von hier aus die weiteren ökonomischen Fehlentwicklungen in ihrem gesellschaftspolitischen Gesamtzusammenhang zu vergegenwärtigen. Vor diesem Hintergrund könnten schließlich mit Hilfe von Reformen der Geld- und Bodenordnung und der Unternehmensverfassung die Weichen in eine zukünftige „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ neu gestellt werden, in der das Geld, die Produktionsmittel und der Boden bzw. die Natur entkapitalisiert werden und in der die Lohnarbeit in selbstbestimmte Tätigkeiten innerhalb vieler kleinerer und mittlerer Unternehmen übergeht. Zu diesen Reformen gehören schließlich auch eine Reihe weiterer Reformen zur Bändigung der internationalen Finanzmärkte, die von Peukert systematisch dargestellt und begründet wurden¹²³, und weitere Reformen u.a. im Steuer- und Erbrecht, denn von dieser Systemtransformation dürfte kein einziger rechtlich geregelter Lebensbereich unberührt bleiben.

12.8 Antikapitalismus - von links wieder nach rechts?

Auch wenn der Name Silvio Gesell in den Diskussionen über negative Leitzinsen wieder häufiger auftaucht, so bedeutet dies noch nicht, dass damit auch schon das trotz mancherlei Unvollkommenheiten und Schwächen in seiner Bodenrechts- und Geldreform enthaltene Potenzial erkannt würde, die Ideale der bürgerlichen Revolutionen von 1789 und 1848 mit historischer Verspätung zu verwirklichen. Dabei könnte diese umfassende Reform wirtschaftliche Destabilisierungen wie diejenige verhindern, die während der 1920er Jahre die Weimarer Demokratie unterminierte und sie in die Gefahr brachte, dem nationalsozialistischen oder kommunistischen Totalitarismus anheim zu fallen. Tragischer Weise blieb dieses Potenzial auch nach Auschwitz und Hiroshima unerkant - sowohl in den Nachkriegsjahrzehnten des Wirtschaftswunders als auch in den späteren Jahrzehnten der mittlerweile chronisch gewordenen ökonomischen und ökologischen Krisen. Werden in unserer Zeit die Wissenschaften, die Politik und die Zivilgesellschaft dieses Potenzial erkennen, das die Bodenrechts- und Geldreform zur Lösung der ökonomischen und ökologischen Krisen beitragen könnte? Werden sie es aufgreifen und zeitgemäß weiterentwickeln, bevor die sich verschärfenden sozialen Gegensätze zum Auseinanderbrechen der Gesellschaft führen und abermals zum

¹²³ Vgl. den obigen Abschnitt 12.5.

Nährboden für extremistische Ideologen werden und bevor es zu weiteren Kriegen um die endlichen Ressourcen und zu einer Klimakatastrophe kommt?

Wie Gesell zwei Jahre vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs schrieb, können Krisen sehr schnell zu Zeiten „der Revolution, der Anarchie und des Despotismus“ werden. „Warten wir nicht ..., um eine geistige Arbeit zu verrichten, wozu Ruhe und Frieden unentratbare Voraussetzungen sind. Jetzt ist die Zeit, die Währungsfragen zu erörtern.“¹²⁴ In diesem Sinne mag es *jetzt* noch ein guter Zeitpunkt inmitten der gegenwärtigen multiplen Finanz- und Klimakrise sein, sich des ganzen Spektrums der Ansätze einer Bodenrechts- und Geldreform zu erinnern und sie zusammen mit der Gedankenwelt des Frühsozialismus sowie des frühen Ordoliberalismus und der „Small is beautiful“-Bewegung zum Gegenstand einer systematischen Forschung über Wege in eine gerechtere und friedlichere Zukunft zu machen. „Das, was ich will, ist nicht Sache *eines* Menschen“, schrieb Gesell zwei Jahre vor seinem Tod in einem Brief, nachdem er sich nahezu 40 Jahre mit den Grundgedanken einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ beschäftigt hatte. Schon in seinen Frühschriften hatte er die Hoffnung geäußert, dass andere Menschen „das, was ich hier in einfachem kaufmännischem Stil geschrieben habe, mit wissenschaftlichen Schnörkeln versehen, die doch nur allein auf die Menschen dieses Jahrhunderts einen Eindruck machen.“ Und sein größter Wunsch war es, „die Aufmerksamkeit der Sozialisten auf das Geldwesen lenken“ zu können.¹²⁵

Leider haben die marxistische Arbeiterbewegung, die ebenfalls von Marx geprägte 1968er Studentenbewegung und Teile der Ökologiebewegung sich lange Zeit hartnäckig abwehrend gegenüber den Geld- und Bodenrechtsreformgedanken verhalten und es versäumt, diese Denkansätze kritisch zu rezipieren und eine ebenso liberale wie soziale bzw. liberalsozialistische Alternative zum Kapitalismus zu entwickeln. Stattdessen hielten sie Marx bis zur Wende oder noch darüber hinaus die Treue oder sie fanden eine neue geistige Heimat zum Beispiel bei Schumpeter und der Evolutorischen Ökonomik oder sie hielten wie die Ökonomen in der „Memorandum-Gruppe“ die Fahne des postkeynesianischen Deficitspendings hoch. Nachfolgend seien noch einige neuere Beispiele einer linksliberalen und linken Gesellschaftskritik genannt, die trotz einiger vielversprechender Ansätze noch nicht tief genug schürfte, um die strukturellen Wurzeln der sozialen und ökologischen Krise ganz freilegen zu können.

¹²⁴ Silvio Gesell (1912/1990f), S. 280 – 281.

¹²⁵ Silvio Gesell (1892/1988a), S. 152 (Aufmerksamkeit der Sozialisten). Ders. (1928/1997a), S. 354. - Für marxistische SozialkritikerInnen schrieb auch Dieter Suhr sein Buch über den „Kapitalismus als monetäres Syndrom“ (1988), auf der Website http://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Kapitalismus.pdf

12.8.1 Ulrich Busch und der „negative Geldfetischismus“

Für den ostdeutschen Ökonomen Ulrich Busch, der den Redaktionen der Zeitschriften „Utopie kreativ“ und „Berliner Debatte Initial“ angehört, stand außer Frage, dass Marx wegweisende Vorarbeiten für die Analyse der Geldes im Kontext mit der Produktionssphäre geleistet habe. Gleichwohl habe die neuere „politische Linke zum Geld ein gespanntes, nicht selten sogar gestörtes Verhältnis, ja mitunter sogar feindliches Verhältnis“. Busch kritisierte ihre „rational kaum nachvollziehbare ... Fixiertheit auf bestimmte Formen desselben wie Kredit, Zins, Geldvermögen und Schulden“. Ihr „haftet etwas Ressentimenthaftes an, etwas Irrationales und ‚Verkehrtes‘“, weshalb Busch bei der politischen Linken eine „Projektion des Geldfetischismus der bürgerlichen Gesellschaft“ sah, gewissermaßen einen „negativen Geldfetischismus“. Er komme von der „Vorstellung her, dass die Wurzel kapitalistischer Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Fehlentwicklung im Geld zu suchen sei und nirgendwo sonst.“¹²⁶ Demgegenüber war es jedoch das eigentliche Charakteristikum der politischen Linken, dass sie die tiefere Ursache der kapitalistischen Ausbeutung primär in der Produktionssphäre suchte und gerade nicht in der Zirkulationssphäre.

Ähnlich ‚verkehrt‘ war Buschs Ablehnung von „Geldkritik- und Reformansätzen“ wie denjenigen von „Silvio Gesell, John Hobson, Major Douglas und Margrit Kennedy“, indem er sie in die Nähe des neoklassischen Glaubens an die Neutralität des Geldes rückte und obendrein noch behauptete, dass „sie sich für eine Tauschwirtschaft ohne Geld einsetzen bzw. fordern, den Einfluss des Geldes in der Gesellschaft generell zurückzudrängen.“ Diese Forderung nach einer „aktiven Neutralisierung des Geldes“ sei eher moralisch als theoretisch begründet und laufe auf eine „Zurückdrängung des Kredits, der Banken usw.“ hinaus, „womit sie in ihrem theoretischen Kern mit der neoklassischen Orthodoxie übereinstimmen.“ Schlichtweg falsch war Buschs Behauptung, dass diese Geldkritik- und Reformansätze „ihr Heil in einer vor-monetarisierten Welt ohne Kredit und Zins, basierend auf Subsistenzwirtschaft und Gütertausch“ suchen würden und darum bloß „unfruchtbare Utopien“ seien.¹²⁷

Für fortschrittlicher hielt Busch zum einen die „Wesensbestimmung“ des Geldes von Marx besonders im Band 3 des „Kapital“, in dem das Geld als „Kapitalgeld“ und „Kreditgeld“ analysiert worden sei, nachdem es im Band 1 noch vorwiegend als „Tauschgeld“ erschienen sei. Und für fortschrittlicher als die Ansätze von Gesell, Hobson und Douglas hielt Busch zum anderen auch die „Allgemeine Theorie“ von John Maynard Keynes „sowie deren Weiterentwicklung durch den Postkeynesianismus“ - vor allem, weil darin eine „positive Haltung zum Geld und Begründung desselben als ‚Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft‘“ zum Ausdruck komme. Dies hielt Busch für die eigentliche „Revolution in der

¹²⁶ Ulrich Busch (2004), S. 146 (negativer Geldfetischismus).

¹²⁷ Ulrich Busch (2004), S. 142 (Kritik an vermeintlich neoklassischen Geldreformansätzen).

Wirtschaftstheorie ... , richtungweisend ... für den geldtheoretischen Paradigmenwechsel als auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht“. Dabei war es gerade der Grundgedanke der Liquiditätspräferenztheorie, die für Busch zu Recht „im Zentrum der Keyneschen Geldtheorie“ stand, der schon der zentrale Gedanke von Gesell gewesen war. Und Gesell wollte ausdrücklich nicht zu einer geld- und kreditlosen Tauschwirtschaft zurück, sondern ‚nur‘ zu einer Geld- und Kreditwirtschaft voranschreiten, in denen Geld und Kredit keine strukturelle Herrschaft mehr über Menschen und Märkte ausüben.¹²⁸ Könnte das im Zeitalter allmächtiger Finanzmärkte und Konzerne vielleicht doch eine ‚linke fruchtbare Utopie‘ werden?

12.8.2 Elmar Altvaters Ablehnung der Geld- und Bodenrechtsreform als „verkürzter Kapitalismuskritik“

Während Busch zwar widersprüchlich, aber immerhin sachlich argumentierte, verbreiteten andere ‚linke‘ Autoren wie Elmar Altvater während der 1990er und 2000er Jahre auch Vorurteile gegen die Bodenrechts- und Geldreform. Im Gegensatz zu Marx würden deren Verfechter einem „Geldfetisch“ unterliegen und sich nicht „für die Zwischenglieder des Produktionsprozesses zwischen der Investition von Geld und ihrem zinstragenden Ergebnis interessieren. ... Die Kritik des Zinses ersetzt die Kritik der politischen Ökonomie.“ Entgegen dem Selbstverständnis der Trias aus Reformen des Geldwesens, des Bodenrechts und der Unternehmensverfassung als menschenrechtlich fundierter Kritik an der Akkumulation von Geld-, Boden- und Realkapital werde der „Antikapitalismus“ von ihr „zu einer Kritik großer Finanzvermögen und spekulierender Finanzmagnaten ... verkürzt“, um „anschlussfähig an ... nationalistische und rassistische Konstrukte“ zu sein.“¹²⁹ Könnte es neben notwendigen inhaltlichen Auseinandersetzungen bei der ‚linken‘ Abwehrhaltung gegenüber der Geldreform vielleicht ähnlich wie in der Geschichte der Religionen und in den ideologischen Grabenkämpfen innerhalb der Arbeiterbewegung vor 1933 auch darum gehen, Marx‘ Deutungshoheit über die Kapitalismuskritik zu verteidigen und konkurrierende Erklärungsansätze auszuschalten? Dabei ließen sich gerade zwischen dem Band 3 des „Kapital“ von Marx & Engels Verständigungsbrücken zur Geldreform bauen.¹³⁰ Und der Vorwurf an die Geldreform, dass sie die Eigentumsfrage umgehe, ist schon allein wegen ihrer engen Verzahnung mit der Reform der Boden- und Ressourcenordnung unhaltbar.

¹²⁸ Ulrich Busch (2004), S. 143 (Marx und Keynes).

¹²⁹ Elmar Altvater (2004) und (2015), S. 21 (anschlussfähiger Geldfetischismus und verkürzte Kapitalismuskritik). - Peter Bierl (2012). - Vgl. außerdem Ulrich Busch (2015), S. 33 - 40. - Beat Weber (2015), S. 217 - 236, hier: S. 225 - 228. - Alfred Müller (2016).

¹³⁰ Auch Altvaters Veröffentlichungen enthalten übrigens Passagen, die sich für den Bau von Verständigungsbrücken zur Geldreform eignen: kritik-von-links.html (Zugriff: 18.4.2019).

12.8.3 Christoph Deutschmanns Erinnerung an Gesell und Keynes und David Harveys Annäherung an ein „oxidierendes Geld“ als Zwischenschritt zu einer „Gesellschaft ohne Tauschwert“

Neben unsachlich ‚verkürzten‘ Darstellungen der Geld- und Bodenreform gibt es aber auch vorsichtige Annäherungen an ihre Grundgedanken wie diejenigen des Soziologen Christoph Deutschmann (*1946) und des US-amerikanischen Human-geografen und Soziologen David Harvey (*1935).

Gegen Ende seiner Studien über die quasi religiöse Struktur des Finanzmarkt-kapitalismus erinnerte Deutschmann zum einen an Walter Benjamins Fragment „Kapitalismus als Religion“ aus dem Jahr 1921 und zum anderen an „Gesells und Keynes‘ Desiderat, die Kapitaleigentümer von ihrer Vorstellung abzubringen, sie hätten einen Anspruch auf einen ‚Ertrag‘.“ Dies müsste „in seiner ganzen Tragweite verstanden und praktisch in Angriff genommen werden - wahrlich keine geringe Aufgabe!“ Deutschmann hatte seinerzeit noch den Eindruck, dass „die Produktion ... dann in der herkömmlichen Weise fortgeführt werden ... könnte, auch wenn sie keine Mehrwertkomponente enthält und nur noch konkreten, keinen absoluten Reichtum mehr liefert - es müssten nur die Kosten gedeckt werden. ... Auch ‚Unternehmerlohn‘ würde es geben, jedoch keinen Kapitalprofit mehr.“ Das könnte für die erste Zeit nach der Einführung einer Geldreform noch zutreffen; jedoch würden alsbald auch qualitative Veränderungen in der Produktionssphäre einsetzen. Die Gesellschaft würde Deutschmann zufolge „vom Imperativ der Innovation und Akkumulation abgekoppelt“ und „die ‚Erwerbswirtschaft‘ in eine ‚Versorgungswirtschaft‘ (Binswanger) rückverwandelt“. Es entstehe dann „eine im genauen Sinn ‚sozial eingebettete‘ Marktwirtschaft, die keinen ewigen Schätzen mehr nachjagt, sondern das durch das Geld verborgene tatsächliche Ausmaß sozialer Interdependenz der Menschen als endlicher und bedürftiger Wesen anerkennt.“¹³¹ -

Angesichts der bisherigen Abwehrhaltungen und Berührungsängste von ‚linken‘ KapitalismuskritikerInnen gegenüber der Geld- und Bodenrechtsreform ist es ebenfalls bemerkenswert, dass sich der stark von Marx beeinflusste David Harvey in seinem Buch „Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus“ (2015) näherungsweise auf die Idee einer Geldreform eingelassen hat. Zwar orientiert sich Harvey nach wie vor an dem „utopischen Ziel einer Gesellschaftsord-

¹³¹ Walter Benjamin (1921/1985), S. 100 – 103; auszugsweise auf der Website <https://silvio-gesell.de/wahlverwandte.html#WalterBenjamin> – Christoph Deutschmann (1999), S. 180 – 183. – Ders. (2004), S. 154 – 163 (kapitalzinsfreie Wirtschaft); auf der Website <https://silvio-gesell.de/wahlverwandte.html#ChristophDeutschmann> – Vgl. auch Christoph Deutschmann (2002), (2003), (2006) und (2008). – Zu Deutschmann vgl. auch das Kap. 11 dieses Buches, S. 62 – 63, und zu den allmählichen qualitativen Veränderungen in der Produktionssphäre vgl. die Kap. 13.5 und 13.6 in diesem Buch.

nung ohne Tauschwert“, das „erst noch formuliert werden muss“, obwohl alle Versuche einer Abschaffung des Geldes gescheitert sind. Aber es „könnte sinnvoll sein, als Zwischenschritt eine Quasi-Geldform zu etablieren, die den Tausch erleichtert, aber die private Akkumulation von Reichtum und gesellschaftlicher Macht verhindert.“ Harvey hielt dies für möglich und erinnerte daran, dass schon Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ auf Silvio Gesell hingewiesen habe, „der schon vor langer Zeit die Einführung von Quasi-Geld vorschlug, das oxidiert, wenn es nicht verwendet wird. Nach Gesells Ansicht muss die fundamentale Asymmetrie von verderblichen Waren (Gebrauchswerten) und Geldform (Tauschwert), die solchen Verfallsprozessen nicht unterworfen ist, beseitigt werden. ... Bei elektronischem Geld lässt sich das heute in einer Weise bewerkstelligen, die früher nicht möglich war.“¹³²

12.8.4 Axel Honneths „Aktualisierung der Grundideen des Sozialismus“

Der Sozialphilosoph Axel Honneth (*1949), der nach Habermas das Frankfurter Institut für Sozialforschung, d.h. die von Horkheimer & Adorno begründete „Frankfurter Schule“ leitete, trat in jüngster Vergangenheit verstärkt für eine Rehabilitation des seit Marx & Engels viel gescholtenen Marktes ein, ohne damit die real existierenden kapitalistischen Deformationen der Finanz-, Immobilien- und Arbeitsmärkte rechtfertigen zu wollen - im Gegenteil, ihm und seiner Mitautorin Lisa Herzog ging es in ihrem gemeinsam verfassten Buch „Der Wert des Marktes“ (2014) zwar noch nicht um eine Geld- und Bodenrechtsreform als Weg zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft. Aber Honneth & Herzog machten es sich immerhin zur Aufgabe, nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums mit- samt seiner kommunistischen Ideologie im Interesse der politischen und letztlich auch der wirtschaftlichen Freiheit

- einerseits die innerhalb der Arbeiterbewegung und von ihren intellektuellen Vordenkern allzu lange gering geschätzten positiven Qualitäten des Marktes bewusst zu machen und
- andererseits die Märkte wegen ihrer negativen Eigenschaften ‚moralisch‘ einzuhegen.

In einem philosophisch-ökonomischen Streifzug durch die Theorieentwicklung vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart hoben Honneth & Herzog unter Bezugnahme auf Smith, Ricardo, Hayek, Friedman und andere Ökonomen die unzweifelhaft besondere und unersetzliche Fähigkeit des Marktes hervor, schier unübersehbare Mengen an Informationen zwischen Anbietern und Nachfragern zu übertragen, wozu Planungsbürokratien auch nicht mit den besten Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lage wären. Im Gegenzug rekapitulierten

¹³² David Harvey (2015), S. 54 - 55.

sie ebenso anhand ausgewählter Quellentexte die Kapitalismuskritiken nicht nur von Marx & Engels und Rosa Luxemburg, sondern auch von John Ruskin, Karl Polanyi oder jüngerer Autoren des sog. „analytischen Marxismus“ wie Gerald A. Cohen, John Roemer und Michael Albert. Nach dieser Gegenüberstellung von Thesen und Antithesen zum kapitalistischen Markt erinnerten Honneth & Herzog an den Soziologen Emile Durkheim (den Mentor von Marcel Mauss) sowie an den Ökonomen Amartya Sen und eine Reihe weiterer Ökonomen und Soziologen, darunter Samuel Bowles, Steven Lukes, Albert O. Hirschman und Jens Beckert, die überlegt haben, wie sich nach dem historischen Scheitern der zentralistischen Planwirtschaft die Schattenseiten des Marktes bändigen lassen könnten.¹³³

Außer auf die Frühsozialisten rekurrierten Honneth & Herzog jedoch weder auf Proudhon noch auf die Bodenrechts- und Geldreformer von George über Oppenheimer bis Gesell. Mill rezipierten sie, ohne dessen Hervorhebung der Bodenproblematik aufzugreifen. Von Keynes nahmen sie nur das Deficitspending wahr, aber nicht dessen geldreformerische Überlegungen zur Krisenbekämpfung. Auch den Ordoliberalismus streiften sie nur flüchtig und beließen es bei der Feststellung, dass „der Erfolg dieser Modelle ... in den 1970ern in die Krise ... geriet.“ Damit haben Honneth & Herzog niemanden in den Blick genommen, der die Märkte ‚von innen‘ durch eine Reform des Bodenrechts und eine Strukturreform des Geldes von ihrer kapitalistischen Deformation befreien wollte; sie blieben immer noch ganz bei gleichsam gemischtwirtschaftlichen Versuchen, die kapitalistische Marktwirtschaft ‚von außen‘ mit den Mitteln staatlicher Regulationen und Interventionen und ‚von innen‘ nur durch eine „interne Moralisierung“ zu zähmen.¹³⁴

Gleichwohl vollzogen Honneth & Herzog innerhalb der Frankfurter Schule einen höchst bemerkenswerten Wechsel der Blickrichtung, den Honneth auch in seinem Buch „Die Idee des Sozialismus - Versuch einer Aktualisierung“ (2015) fortsetzte. Nach dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Kommunismus hielt er es gerade im Hinblick auf die „global entfesselte Marktökonomie des Kapitalismus“ für tragisch, dass sich vorerst eine Utopiemüdigkeit ausgebreitet habe. Zwar gebe es eine „massenhafte Empörung“ über den Kapitalis-

¹³³ Vgl. auch Honneths Hinweis (2015, S. 108 - 109) auf Friedrich Kambartels Auseinandersetzung mit dem ökonomischen Effizienzdogma in dessen Buch „Philosophie und Politische Ökonomie“. Kambartel thematisiert die Priorität von Renditekalkülen gegenüber der Bedarfsdeckung und den Widerspruch zwischen „einem quantitativen Begriff der Effektivität und einem qualitativen Verständnis von Produktivität“. Er zieht auch die „Möglichkeit einer nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft“ in Erwägung. Allerdings gehen seine Vorstellungen „nur“ in die Richtung einer „Zähmung des Kapitalismus, d.h. seiner Steuerung durch politische Intervention. ... Schritte in diese Richtung scheinen eine gewisse Nähe zu Spielarten des sogenannten Marktsozialismus zu haben.“ Friedrich Kambartel (1998), S. 9 (nicht-kapitalistische Marktwirtschaft), 14 (Rendite), 25 (Effektivität vs. Produktivität), 29 (Effektivität im Sinne von Rentabilität), 33 (Marktsozialismus) und 36 (Zähmung des Kapitalismus).

¹³⁴ Axel Honneth & Lisa Herzog (2014), S. 156 [einmalige flüchtige Erwähnung Proudhons], 357 [interne Moralisierung und äußerliche Eingrenzung des Marktes], 360 - 361 (Mill), 363 - 364 (Keynes) und 364 - 365 (Ordoliberalismus). - Axel Honneth (2015), S. 34 (Proudhon). - Oppenheimer hätten Honneth & Herzog beachten können, weil es 2014 anlässlich von dessen 150. Geburtstag Veranstaltungen über dessen Wirken als Soziologe an der Goethe-Universität Frankfurt gab.

mus, aber ihr fehle „jeder normative Richtungssinn, jedes geschichtliche Gespür für ein Ziel der vorgebrachten Kritik. ... Es ist, als mangle es dem grassierenden Unbehagen an dem Vermögen, über das Bestehende hinauszudenken und einen gesellschaftlichen Zustand jenseits des Kapitalismus zu imaginieren.“ Deshalb empfahl Honneth als ersten Schritt aus dieser Lethargie die Schaffung eines „internen Archivs aller in der Vergangenheit bereits unternommener Versuche einer weiteren Vergesellschaftung der Wirtschaftssphäre“ - angefangen von den Produktions- und Konsumgenossenschaften des 19. Jahrhunderts und der Sozialisierungsdebatte nach dem 1. Weltkrieg über den sozialistischen Wohnungsbau und gewerkschaftlichen Kämpfen um eine betriebliche Mitbestimmung der Arbeiterschaft und eine Humanisierung der Arbeitswelt bis hin zu selbstverwalteten Kooperativen und Vorstellungen osteuropäischer Dissidenten von einem marktwirtschaftlichen Sozialismus. Aber genügt es wirklich, „den veralteten Ideen mit konzeptuellen Neuerungen noch einmal auf die Füße zu helfen“, um den Sozialismus „in einer postmarxistischen Form wiederzubeleben“ und eine „soziale Freiheit“ in Verbindung mit der Solidarität innerhalb einer politischen Demokratie zu verwirklichen?¹³⁵

Als eine wesentliche Ursache für die Lähmung der sozialen Phantasie seit dem Herbst 1989 betrachtete Honneth die von Marx stammende „Vorstellung, dass der Kapitalismus ein einheitliches Gesellschaftssystem bilde, in dem der Markt aufgrund der ihm innewohnenden Verwertungsimperative zur ständigen Expansion neige“. Damit habe „Marx dem Sozialismus jede Möglichkeit genommen, jenseits einer zentralisierten Planökonomie über institutionelle Wege der Vergesellschaftung der Wirtschaft nachzudenken.“ Den Generalschlüssel zur „Wiederbelebung der sozialistischen Tradition“ sah Honneth deshalb darin, „die von Marx vorgenommene Ineinssetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus wieder rückgängig zu machen, um dadurch Freiräume für den Entwurf alternativer Verwendungsweisen des Marktes zu gewinnen. ... Eine der vordringlichsten Aufgaben des Sozialismus besteht heute darin, den Begriff des Marktes von allen ihm nachträglich zugefügten Beimischungen kapitalismusspezifischer Eigenschaften erst wieder zu reinigen.“¹³⁶

Tatsächlich eröffnete Honneths Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus für die Frankfurter Schule und überhaupt für jeglichen emanzipatorischen Diskurs über einen zukunftsweisend „revidierten Sozialismus“ und einen „sich experimentell verstehenden Sozialismus“ eine ganz besondere Chance.¹³⁷ Ähnlich wie bei Dieter Prokops „Kritischer Theorie des Gelds“ besteht jedoch auch die Gefahr ihres bloßen Versandens in einer weiteren Variante von Legitimationen des kapitalistisch deformierten Marktes, wenn nämlich die Kritische Theorie hin-

¹³⁵ Axel Honneth (2015), S. 15 - 16 (Kapitalismuskritik ohne den Mut zu Gegenentwürfen), 87 (Sozialismus in postmarxistischer Form wiederbeleben), 94 - 95 (soziale Freiheit), 112 - 113 (internes Archiv des Sozialismus), 120 - 121 (alte Ideen mit konzeptuellen Neuerungen, Demokratie) und 145 (Demokratie).

¹³⁶ Axel Honneth (2015), S. 93 - 94 und 107.

¹³⁷ Axel Honneth (2015), S. 13 (revidierter Sozialismus) und 114 (experimenteller Sozialismus).

sichtlich des Geldwesens und des Boden- und Ressourcenrechts ihren blinden Fleck behalten sollte. Bislang verortete auch Honneth noch die „Verwertungsimperative“ fälschlicherweise im Markt und nicht im kapitalistischen Geld, worin sie ihre tiefere Wurzel haben. Auf jene unkonventionellen Geld- und Bodenrechtsreformer, deren Kernanliegen es schon seit mehr als 100 Jahren ist, Marktwirtschaft und Kapitalismus gedanklich voneinander zu trennen und allen Menschen zu einer gleichen Teilhabe an den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zu verhelfen, nahm er bislang noch keinerlei Bezug.¹³⁸ Dabei könnten er und Herzog bei ihnen auch Anregungen finden, über Wege zu „Formen des Wachstums ... oder ... einer stationären Wirtschaft“ nachzudenken, die zu finden angesichts der Ressourcenverknappung und der Erderwärmung von „höchster Dringlichkeit“ wäre.¹³⁹

12.8.5 Lisa Herzog: „Kann man heute noch liberal sein?“

Obwohl die neoliberal gehypte Entfesselung des Finanzmarktkapitalismus jeglichen Liberalismus schwer in Misskredit gebracht hat, setzte Lisa Herzog ihr Bemühen um eine Erneuerung des Liberalismus auch in ihrem nächsten Buch „Freiheit gehört nicht nur den Reichen - Plädoyer für einen zeitgemäßen Liberalismus“ (2015) fort, denn wie die Geschichte gezeigt habe, „ist eine Verdammung ‚des Marktes ... weder sinnvoll noch hilfreich“. Da aber der „freie Markt“ bislang trotz aller schönfärberischen Ummäntelung bislang „von massiven Ungleichheiten geprägt ist ... , brauchen wir dringend eine Evolution des Systems, die dessen Schief lagen korrigiert und verhindert, dass der Liberalismus zu einer leeren Floskel und der Begriff der Freiheit zu einer zynischen Maske für den Erhalt bestehender Machtverhältnisse wird. ... Das Ziel einer ‚liberalen‘ Wirtschaftspolitik muss sein, Märkte so zu gestalten, dass sie wirkliche Freiheit, und zwar für *alle* Mitglieder einer Gesellschaft, unterstützen.“¹⁴⁰

Sehr klar plädierte Herzog dafür, „die Freiheit aller Menschen, ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, als zentralen Wert der Moderne ernst zu nehmen, trotz all des Missbrauchs, der mit diesem Begriff getrieben wurde.“ Am Beginn ihrer Erneuerung des Liberalismus stand eine philosophische Auseinandersetzung mit der Fiktion des bloß den subjektiven Nutzen rational maximierenden homo oeconomicus. Ihm stellte Herzog ein „realistisches Menschenbild“ mit sehr viel komplexeren menschlichen Verhaltensmotivationen gegenüber, das das Eigeninteresse enthält, aber nicht verabsolutiert. Eine gute Bildung aller Menschen sei eine

¹³⁸ Zu Honneths besonderer Wertschätzung für den US-amerikanischen Philosophen und Pädagogen John Dewey (2015, S. 96 - 106) ließe sich am Rande anmerken, dass Dewey große Sympathien für den Bodenrechtsreformer Henry George hatte; vgl. dazu John Dewey, An Appreciation of Henry George - Significant Paragraphs from Progress & Poverty (1927), auf der Website http://www.wealthandwant.com/HG/PP/Dewey_Appreciation_HG.html (Zugriff: 28.9.2016).

¹³⁹ Axel Honneth & Lisa Herzog (2014), S. 380.

¹⁴⁰ Lisa Herzog (2015/2018), S. 7 (heute noch liberal?), 9 (keine Verdammung des Marktes), 15 (massive Ungleichheiten) und 22 (Evolution des Systems).

Grundvoraussetzung für ihr souveränes Handeln und die selbstverantwortliche Ausübung ihrer Freiheit, Verträge miteinander zu schließen. Wenn aber die liberale Vertragsfreiheit nicht zu einer Scheinfreiheit im Verkehr zwischen selbstbestimmten, aber de facto mächtigen und ohnmächtigen Menschen verkommen soll, muss gewährleistet werden, dass sie sich auf einer nicht nur formal, sondern auch materiell gleichen Augenhöhe begegnen und Verträge aushandeln können. „Ein zeitgemäßer Liberalismus muss sich die Frage stellen, was geschehen kann und soll, damit jeder Mensch eine Chance hat, sein Leben so zu führen, wie die Vertragstheoretiker es sich für freie Bürger vorstellen: selbstbestimmt, souverän, überlegt und das eigene Wohl langfristig im Blick behaltend.“¹⁴¹

Diese Frage führte Herzog direkt zum großen Problem des „Liberalismus ohne Gerechtigkeit“. Die zu Beginn ihres Buches geweckten Erwartungen erfüllten sich allerdings nicht. Gewiss schließt „echte Freiheit“ einen sich selbst überlassenen ‚freien‘ Markt aus und auch die bisherigen Formen staatlichen Handelns, den „Dschungel, in dem die Kleinen von den Großen gefressen werden“ zu zivilisieren, reichen noch längst nicht aus. Unbefriedigend blieben jedoch Herzogs Andeutungen, wo die ungleiche Verteilung von Eigentum als Mittel der Ausübung von Freiheitsrechten und „enorme Machtungleichgewichte“ ihre tieferen Ursachen haben könnten. Von Bedeutung sei die „große Rolle, die der Zufall im Schicksal der Einzelnen spielt. ... Wer in heutigen Märkten erfolgreich ist, hat dies also mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht *nur* durch eigene Leistung erreicht, sondern er hat auch eine mächtige Portion Glück gehabt“. Mag sein, dass hier und da auch Zufälle und Glück zur sozialen Ungleichheit und zum Verlust des „Zusammenhangs von Leistung und Einkommen“ beigetragen haben. In der Tat ist es sehr zweifelhaft, „ob man das Einkommen, das man in einer Marktwirtschaft erzielt, auch in einem moralischen Sinne ‚verdient‘ hat“ - was keineswegs nur für Managergehälter und Boni gilt - , aber das gesamte Ausmaß der sozialen Ungleichheit lässt sich niemals hinreichend mit Zufällen und glücklichen Umständen erklären. Spätestens hier wäre ein kritischer Blick auf die rechtlich zementierten Privilegien beim Zugang zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen angebracht gewesen, welche ein Fairplay auf den Märkten aushebeln und sie mit strukturellen Machtpositionen durchsetzen.¹⁴²

So weit ging Herzog jedoch nicht. Sie erwähnte John Stuart Mill, aber nicht dessen Eintreten für eine Überwindung von Privilegien des privaten Bodeneigentums durch eine Vergesellschaftung der Bodenrente. Im Hinblick auf die „soziale Natur des Menschen“ und die Unverzichtbarkeit eines institutionellen „Rahmenwerks“ für ihr Zusammenleben erwähnte sie auch den unzureichenden Versuch des Or-

¹⁴¹ Lisa Herzog (2015/2018), S. 8 und 12 (Freiheit zum selbstbestimmten Leben) sowie 34 – 36 (Vertragsfreiheit).

¹⁴² Lisa Herzog (2015/2018), S. Lisa Herzog (2015/2018), S. 65 (Liberalismus ohne Gerechtigkeit), 67 (echte Freiheit vs. Dschungel), 71 (ungleich verteiltes Eigentum) - 72 (Machtungleichgewichte), 84 (Einkommen und Verdienst), 86 (Zufall und Glück, Zusammenhang von Leistung und Einkommen) und 92 (nur krasseste Ungleichgewicht überwinden).

doliberalismus, die Bildung von Kartellen, Monopolen und anderen Machtgebilden zu verhindern. Aber sie beharrte nicht auf der bleibenden Notwendigkeit, wirtschaftlicher Macht auch durch ordoliberalen Reformen des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent- und Markenrechts entgegenzutreten.¹⁴³ Und obwohl nicht zuletzt das Geld das zentralste aller Mittel zur (Selbst-)Organisation der Komplexität moderner Gesellschaften ist, verlor Herzog über das Geld und die ihm bislang inwohnende strukturelle Macht über Menschen und Märkte kein einziges Wort. Dabei wäre - wie Dieter Suhr schon in den 1980er Jahren rechtsphilosophisch begründet hat - eine Überwindung der „Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft“ von essentieller Bedeutung für die Verwirklichung einer „gleichen Freiheit“ für alle Menschen. Zwar plädierte Herzog für eine „Debatte darüber, was für ein Finanzsystem wir eigentlich wollen und worin echte Wertschöpfung im Finanzsektor besteht“, aber sie beließ es bei der allzu bescheidenen Forderung, dass „das Gesamtsystem an Rechten und Pflichten ... so gestaltet werden sollte ... , dass wenigstens die krassesten Ungleichgewichte zwischen Leistung und Belohnung verhindert werden. ... Soziale Gerechtigkeit bedeutet die Orientierung daran, dass Freiheit in *all* ihren Dimensionen für *alle* Bürger so groß wie möglich sein soll.“¹⁴⁴

Während zu den Zeiten des klassischen Liberalismus die Vorstellung einer Gesamtverantwortung des Menschen für die Erde als Ganze noch undenkbar war, habe der US-amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith schon 1959 thematisiert, dass „Überflusgesellschaften“ in den westlichen Industrieländern entstanden seien. Und angesichts der mittlerweile deutlich spürbaren Endlichkeit der irdischen Ressourcen und der Überhitzung der Erdatmosphäre durch allzu viele industrielle Verbrennungsprozesse sei es Herzog zufolge unausweichlich, sich vom Glauben an ein unaufhörliches Wirtschaftswachstum und vom „simplen Dogma des ‚Immer-mehr‘ (zu) verabschieden“. Wachstum sei kein probates Mittel zur Entschärfung von Verteilungskonflikten. „Es wäre aber zu einfach, als Lösung hierfür nach einem generellen ‚Ende des Wachstums‘ zu rufen – der Begriff des Wachstums ist viel zu unscharf, als dass diese Aussage sinnvoll wäre.“ Zudem würde dadurch auch die menschliche Freiheit eingeschränkt.¹⁴⁵

Wenn der „zeitgemäße Liberalismus“ wirklich verloren gegangenes Vertrauen der Gesellschaft in die Freiheit zurückgewinnen will, sollte er sich nicht damit begnügen, nur „einiges tun, um die schlimmsten Exzesse zu vermeiden“. Er muss für weitaus mehr sorgen als nur dafür, dass „Korruption und Machtmissbrauch ... in überschaubaren Grenzen gehalten werden“. Allerdings stand Herzog einer prag-

¹⁴³ Lisa Herzog (2015/2018), S. 114 (Rahmenwerk) sowie S. 87 und 130 (Ordoliberalismus).

¹⁴⁴ Lisa Herzog (2015/2018), S. 111 – 113 (Komplexität), 116 (Komplexität der Gesellschaft). – Vgl. Dieter Suhr (1983/2015), S. 13 – 25; ders. (1988/2001), S. 4 – 97; außerdem Fritz Andres (2009/2020a), S. 356 – 366, und ders. (2009/2020b), S. 367 – 389).

¹⁴⁵ Lisa Herzog (2015/2018), S. 74 (Wachstum zur Entschärfung von Verteilungskonflikten), 97 (Wachstum), 142 (Überflusgesellschaft, Abschied vom Dogma des Immer-mehr), 146 (kein Ende des Wachstums) – 147 (Freiheit) und 150 (kein Nullwachstum).

matischen Realpolitik näher als utopischen Zukunftsentwürfen. Ohne rechtlich verfestigte Privilegien genauer in den Blick zu nehmen – was dringende Aufgabe eines „zeitgemäßen Liberalismus“ wäre – zweifelte sie an der Möglichkeit einer „perfekten liberalen Gesellschaft ... ohne Macht. ... Macht ist ein Faktor des sozialen Lebens, den man sich zwar in utopischen Fantasien ... wegwünschen kann, nicht aber, wenn es um real existierende menschliche Gesellschaften geht.“ Warum sollte es demgegenüber nicht vorstellbar sein, jegliche Macht in Wirtschaft und Gesellschaft durch eine ordnungspolitische Beseitigung aller Privilegien in viele kleinste ‚Partikel‘ zu zerstreuen, die das Zusammenleben der Menschen nicht mehr beeinträchtigen können? Ganz am Ende ihres Buches kommt auch Herzog doch noch zu dem Schluss, dass es für den „zeitgemäßen Liberalismus“ wichtig wäre, „Ernst zu machen mit dem Ideal der gleichen Freiheit und sich insbesondere neu zu orientieren darüber, was der Sinn des Wirtschaftens eigentlich ist.“¹⁴⁶ Dazu bräuchte es dann aber eindeutiger begrifflicher Unterscheidungen zwischen Liberalismus und Kapitalismus und einer Vorstellung von einem nichtkapitalistischen, tatsächlich sozialen Liberalismus.

12.8.6 Paul Masons „Postkapitalismus“

Wie unzureichend durchdacht linke Gesellschaftsentwürfe noch vielfach sind, zeigt das viel diskutierte Buch „Postkapitalismus - Grundrisse einer kommenden Ökonomie“ (2016) des englischen Journalisten Paul Mason. Sein Rückblick auf den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus blieb wie bei Marx allein auf die kapitalistische Produktionsweise gerichtet. Hinsichtlich des nächsten Übergangs in einen Postkapitalismus „können wir uns nur eine grobe Vorstellung davon machen, wie er aussehen wird.“ Die Linke müsse aber auf jeden Fall aufhören, die Erreichbarkeit eines Postkapitalismus erst nach einer Lösung der Machtfrage für möglich zu halten. „Es ist durchaus möglich, die Elemente des neuen Systems in kleinen Schritten innerhalb des alten zusammenzufügen. Diese Elemente sind bereits vorhanden: die Kooperativen, die Genossenschaftsbanken, die Peer-Netzwerke, die Unternehmen, die ohne Management auskommen, und die Parallelwirtschaft der Subkultur. ... Was wir brauchen, ist ‚revolutionärer Reformismus‘.“¹⁴⁷

Gegen das frühere Ziel eines Übergangs vom Organisierten Kapitalismus zu einer Sozialistischen Produktionsweise wendete Mason ein: „Die Sozialisten der Belle Epoque fanden Gefallen an Monopolen und Kartellen. Sie hofften, die Gesellschaft zentral lenken zu können, indem sie die Monopole übernahmen. Wir hingegen wollen die Lenkung dezentralisieren.“ Dennoch blieb Mason ähnlich wie frühere marxistische Ökonomen, die die Wirtschaft für berechenbar und planbar

¹⁴⁶ Lisa Herzog (2015/2018), S. 107 (Machtmissbrauch und Korruption), 125 – 126 (keine Gesellschaft ohne Macht), 140 (schlimmste Exzesse) und 179 (Ideal gleicher Freiheit).

¹⁴⁷ Paul Mason (2016), S. 303 - 307 (Marx, Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus), 310 (grobe Vorstellung vom Postkapitalismus), 314 (Zukunftseime) und 336 (revolutionärer Reformismus).

hielten, fasziniert von der „gewaltigen Informationsmaschine, die derzeit zusammengebaut wird. Haben wir die erst mal unter unsere Kontrolle gebracht, so können wir einen Großteil der gesellschaftlichen Wirklichkeit der kollaborativen Kontrolle unterstellen. ... Als Erstes brauchen wir eine offene, präzise und umfassende Computersimulation der gegenwärtigen wirtschaftlichen Realität“ mit Hilfe von „Superrechnern“, um dem Staat eine komplette Übersicht über Problemlagen und gesellschaftlich-ökologische Bedarfe zu verschaffen.¹⁴⁸

Sodann forderte Mason ein „vielgestaltiges, vergesellschaftetes Bankensystem“ insbesondere mit Genossenschaftsbanken und einer verstaatlichten Zentralbank, die gemäß dem Vorschlag von Herbert Simons & Irving Fisher ein ausschließlich staatliches „100%-Money“ in den Verkehr gibt und die Geldschöpfung der Geschäftsbanken unterbindet. Die Zentralbanken „haben von nun an ... die Aufgabe, für nachhaltiges Wachstum und eine hohe Inflation zu sorgen.“¹⁴⁹ (!) „Gestützt auf die Informationstechnologie“ wollte Mason „die Allmendeproduktion und den Austausch abseits des Marktes ... fördern“. Zu seinen geradezu konfuse Vorstellungen gehörte einerseits die Forderung, „wo immer das möglich ist ... , Monopole (zu) verbieten und die Vorschriften gegen Preisabsprachen streng durchzusetzen“, und andererseits führte er ausgerechnet den McDonalds-Konzern als Beispiel dafür an, dass „auch Großunternehmen ... gut geeignet ... sind, um die Veränderung voranzutreiben, was nicht zuletzt an ihrer Größe liegt.“¹⁵⁰

Die alte Technikgläubigkeit der marxistischen Arbeiterbewegung kehrte bei Mason nicht nur in der Faszination von „Supercomputern“ wieder, sondern auch in seiner Vorstellung, „dass der exponentielle technische Wandel von den Siliziumchips auf Lebensmittel, Bekleidung, Transportsysteme und Gesundheitswesen übergreift“ und dass schließlich „die Reproduktionskosten der Arbeit rasant fallen. An diesem Punkt wird das ökonomische Problem, das die Menschheitsgeschichte beherrscht hat, an Bedeutung verlieren oder vollkommen verschwinden.“ Das entsprach Marx' Erwartung, dass der technische Fortschritt zu einem Übergang vom „Reich der Notwendigkeit“ zu einem von Arbeit weitgehend befreiten „Reich der Freiheit“ führen werde. Und schließlich tauchte bei Mason auch der alte Glaube an die „Wirtschaftsrechnung“ in der vagen Vorstellung wieder auf, dass „Geld- und Kreditwesen ... nach einigen Jahrzehnten ... an Bedeutung für die Volkswirtschaft verlieren werden. Aber die Funktionen der Buchführung, Abrechnung und Ressourcenmobilisierung, die gegenwärtig von Banken und Finanzmärkten erfüllt werden, müssten in einer anderen institutionellen Form wei-

¹⁴⁸ Paul Mason (2016), S. 340 (kollaborative Produktion und Austausch abseits des Marktes), 342 (vergesellschaftetes Bankensystem), 343 (Organisierter Kapitalismus), 346 - 348 (Computersimulationen mit Superrechnern).

¹⁴⁹ Paul Mason (2016), S. 342 (vergesellschaftete Banken), 358 (verstaatlichte Zentralbank, Nachhaltigkeit und hohe Inflation), 360 (100%-Money).

¹⁵⁰ Paul Mason (2016), S. 340 (Allmendeproduktion und Tausch außerhalb von Märkten), 354 (Verbot von Monopolen und Preisabsprachen) und 353 (Großunternehmen wie McDonald's als Vorreiter der Nachhaltigkeit).

terexistieren.“ Schließlich fehlte in diesem Zusammenhang auch nicht die Forderung nach einem Grundeinkommen. Von einer tieferen Einsicht in die innere Widersprüchlichkeit der Zirkulationssphäre und ihre strukturelle Reformbedürftigkeit fehlte bei Mason jede Spur. Zu guter Letzt überlegte er nur noch, dass analog zu Max Webers „Geist des Kapitalismus“ heute auch ein „Geist des Postkapitalismus“ notwendig wäre, damit die Menschen eine andere Einstellung zum Wirtschaften entwickeln können.¹⁵¹ -

Gewiss war Masons Vorstellung von „Grundrissen einer kommenden Ökonomie“ nicht repräsentativ für linke Theoriedebatten. Dennoch enthielt sie einige von deren traditionellen Denkmustern, die trotz gegen sie sprechender historischer Erfahrungen immer noch wieder virulent werden. Mit solchen Gedankenkonstrukten hat die Linke jedenfalls weder dem neoliberalen Mainstream noch dem erstarkenden Rechtspopulismus etwas Wirksames entgegenzusetzen.

12.8.7 Wider die „Imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand & Markus Wissen)

Nachdem Altvater die Geldreform zu Unrecht wegen ihrer vermeintlich einseitigen Fixierung auf die Finanzsphäre als verkürzte Kapitalismuskritik empfand, könnte man versucht sein, die Kritik von Ulrich Brand & Markus Wissen an der „imperialen Lebensweise“ im globalen Kapitalismus ebenfalls als ‚verkürzt‘ anzusehen, weil sie - „gestützt auf verschiedenen Traditionen kritischen Denkens, vor allem Marx, Gramsci, feministische Theorie, Bourdieu und Foucault“ - im Zusammenhang mit der kapitalistischen Akkumulation nur die Produktionssphäre und den Konsum in den Blick nimmt und ihren Gesamtzusammenhang mit der Zirkulationssphäre außer Acht lässt.¹⁵² Die generelle Kritik von Brand & Wissen an der auf kolonialen und neokolonialen Abhängigkeiten des globalen Südens vom globalen Norden beruhenden und nicht verallgemeinerbaren „imperialen Lebensweise“ verlor dadurch aber nichts von ihrer Berechtigung.

Und dennoch - neben dem über das Geld vermittelten „ungleichen Zugang zu Land, Wasser und Produktionsmitteln“ hat auch die Zirkulationssphäre einen mitentscheidenden Anteil an den „ungerechten gesellschaftlichen Verhältnissen“ und den „in die gesellschaftlichen Strukturen eingelassenen Asymmetrien“ mit ihren auf der Ausbeutung von Menschen und Natur beruhenden hierarchischen Herrschaftsbeziehungen und „Alltagspraxen“.¹⁵³ Statt wie Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ die Produktions- und Zirkulationssphäre in ihrem Gesamtzusammenhang zu sehen, beließen es Brand & Wissen bei den undifferenzierten Aver-

¹⁵¹ Paul Mason (2016), S. 345 (Geist des Postkapitalismus), 348 (Supercomputer), 360 (späterer Ersatz für das Geld- und Kreditwesen), 362 - 364 (Grundeinkommen) und 367 (sinkende Arbeitskosten durch technischen Fortschritt).

¹⁵² Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 17 - 18, 45 - 47 und 52 - 57.

¹⁵³ Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 11 - 12 (ungleicher Zugang), 18 und 47 (Asymmetrien).

sionen des jungen Marx gegen jedwede „kapitalistische Warenproduktion ... und Tauschwertproduktion unter Konkurrenzbedingungen“ als Ausgangsposition ihrer weiteren Überlegungen.¹⁵⁴ Gleichwohl hatten sie Recht mit ihrer Grundsatzkritik am sog. Grünen Kapitalismus, der die gesellschaftlichen Grundkonflikte ungelöst lässt und sie mit seiner ökologischen Modernisierung zum Beispiel der Automobilität und mit zweifelhaften Scheinlösungen wie dem Geo-Engineering umgeht.¹⁵⁵

Gleichermaßen berechtigt war die Forderung von Brand & Wissen nach einer „radikalen Alternative“ zu den „sozial-ökologisch destruktiven Produktions- und Konsumnormen“. Doch wie könnte sie aussehen, nachdem eine zentralstaatliche Planung der Wirtschaft aufgrund ihres historischen Scheiterns nicht mehr in Frage kommt und wo doch eine Beschränkung auf das bloße Einüben umweltverträglicher Lebensstile auch nicht genügen würde, um den notwendigen „Abbau sozialer Herrschaft“ und eine „solidarische Lebensweise“ mit einem „nachhaltigen Wohlstandsmodell“ zu erreichen.¹⁵⁶

Nach ihrer Klage, dass es „kaum ernsthafte Versuche ... gibt ... , die Finanzmärkte zu regulieren bzw. gar das Finanzwesen zu vergesellschaften und die Interessen der Vermögenden einzuhegen“, gingen Brand & Wissen sogleich über zur „Frage nach der Verfügung über das Eigentum an den Produktionsmitteln“ und nach der Kontrolle über Investitionsentscheidungen. Statt hierauf eine Antwort zu geben, beschränkten sie sich auf den Hinweis, dass alles „ganz anders gedacht und gemacht“ werden müsse - „nicht mehr als Aufeinandertreffen vermeintlich autonomer Subjekte am Markt“. Eine Unterscheidung zwischen den real existierenden monopolkapitalistisch vermachteten Märkten, auf denen die Autonomie der handelnden Personen ausgehöhlt wird, und entkapitalisierten monopolfreien Märkten, auf denen die Menschen ihre volle Autonomie erhalten, kam bei Brand & Wissen nicht vor. Stattdessen postulierten sie im Hinblick auf eine „solidarische Lebensweise ... jenseits kapitalistischer, patriarchaler und rassistischer Zumutungen“ das Leitbild einer „Care-Revolution“: „Sie schlägt dafür Strategien wie die Demokratisierung und Selbstverwaltung des Care-Bereichs, eine radikale Arbeitszeitverkürzung, ein bedingungsloses Grundeinkommen, den Aufbau sozialer Infrastruktur und die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel vor.“ Mit alledem sollen die „kapitalistischen Mechanismen der Tauschwertorientierung, der Konkurrenz und des Wachstums außer Kraft gesetzt“ werden, damit sich dann „neue Subjektivitäten und neue Gewohnheiten“ ausbreiten können.¹⁵⁷ -

Wie schon in der Kritik an der „imperialen Lebensweise“ knüpfte Brand auch in seinem zusammen mit Alberto Acosta verfassten Buch „Radikale Alternativen“ (2018) an die „Degrowth und Postwachstum“-Bewegung im globalen Norden und

¹⁵⁴ Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 36, 57 und 62.

¹⁵⁵ Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 19, 35 (Geo-Engineering) und 147.

¹⁵⁶ Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 18 (Produktions- und Konsumnormen), 28 (solidarische Lebensweise), 164 (Abbau sozialer Herrschaft) und 174 (nachhaltiges Wohlstandsmodell).

¹⁵⁷ Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 166 (Regulierung bzw. Vergesellschaftung des Finanzwesens) sowie 174 - 179 und 184 (Care-Revolution, Vergesellschaftung aller Produktionsmittel).

an den von der „Buen Vivir“-Bewegung in Lateinamerika initiierten „Postextraktivismus“ an, der das exportorientierte Extrahieren von Ressourcen aus der Erde und die „Landnahme“ aller Lebensbereiche eindämmen will. Im Bewusstsein der Tatsache, dass die notwendige große Systemtransformation angesichts der Komplexität der sozialen und ökologischen Krise des ganzen Planeten Erde eine gewaltige Herkulesaufgabe darstellt, hielten Brand & Acosta einen weltweiten Dialog zwischen unterschiedlichen und sich ergänzenden sozialen und ökologischen Bewegungen in Nord und Süd für unbedingt erforderlich.

Zusätzlich zur Einübung bescheidenerer Lebensstile hielten Brand & Acosta auch eine Veränderung gesellschaftlicher Grundstrukturen für unausweichlich. Ebenso berechtigt war auch ihre Sorge, dass es im Falle eines nicht zustande Kommens oder eines Scheiterns einer Transformation nicht nur einfach immer so weiter geht wie bisher, sondern dass der Menschheit dann eine „neue Form der Barbarei“ bevorstehen könnte. In Anlehnung an den marxistischen Philosophen Antonio Gramsci, der einstmals die kommunistische Partei Italiens mitbegründet hat, fragten sie, ob diese Transformation schon im Gange ist oder ob die Weltgesellschaft sich noch im Zustand eines „Interregnum“ befindet: „Die alte Welt liegt im Sterben; die neue ist noch nicht geboren?“¹⁵⁸

Brand & Acosta haben jedoch nur das Ziel „anderer attraktiver Produktions- und Lebensweisen“ vor Augen und die zu den Produktionsverhältnissen und den Alltagspraxen mitsamt den Konsumgewohnheiten untrennbar dazugehörnde Zirkulationssphäre blieb einmal mehr außen vor. Zwar erinnerten sie an wachstums-kritische Überlegungen von John Stuart Mill und Herman Daly („Steady State Economy“) sowie an Ivan Illichs Forderung nach einer „Konvivialität“ von Produktionsmitteln; aber ihr Gegenbild zum „kapitalistischen Wachstumsimperativ“ blieb alles in allem noch sehr vage. Brand & Acosta gestanden auch selbst zu, dass es „weiterhin Schwachstellen in den beiden Perspektiven“ von Degrowth bzw. Postwachstum und Postextraktivismus gibt. Der Dialog zwischen diesen beiden Denkströmungen habe noch „kein Rezept für die nächste große Transformation“ hervorgebracht - was aber keineswegs gegen diesen Dialog spricht, sondern eher für seine Intensivierung mit einem um die Zirkulationssphäre erweiterten Gedankenhorizont.¹⁵⁹

¹⁵⁸ Ulrich Brand & Markus Wissen (2017), S. 176. - Ulrich Brand & Alberto Acosta (2018), S. 9 und 16 - 17 (multiple Krise, große Transformation, Interregnum), 21 (Barbarei), 23 (attraktivere Produktions- und Lebensweisen), 31 - 32 (erweiterte Landnahme, Postextraktivismus) und 163 (transnationaler Dialog).

¹⁵⁹ Ulrich Brand & Alberto Acosta (2018), S. 59 (Konvivialität), 91 (Mill und Daly), 96 (Wachstumsimperativ) und 107 (fehlende Herrschaftskritik im Postwachstumsansatz von Niko Paech).

12.8.8 Sahara Wagenknechts marktwirtschaftlicher Antikapitalismus

Eine beeindruckende Entwicklung vom ehemaligen Mitglied der „Kommunistischen Plattform“ innerhalb der SED-Nachfolgepartei PDS zur Verfechterin einer ordoliberal-marktwirtschaftlichen Kritik am Finanzmarktkapitalismus hat die Ökonomin und Politikerin Sahara Wagenknecht (*1969) hinter sich. Schon die letzte DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft hatte in den ersten Jahren nach der Wende vom Herbst 1989 zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus unterschieden; sie konnte sich dabei sogar schon eine „Marktwirtschaft ohne Dominanz der Kapitallogik“ vorstellen, in der „die Rolle des zinstragenden Geldes als Machtinstrument ... zurückgedrängt“ wird, in der der „durch menschliche Arbeit weder geschaffene noch vermehrbare Grund und Boden in unveräußerliches Gemeineigentum überführt“ wird und in der eine „pluralistische Eigentumsordnung“ mit privatem ebenso wie mit kommunalem, genossenschaftlichem und staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln entwickelt wird.¹⁶⁰

Nachdem Wagenknecht mit ihrem Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ (2011) schon einmal dem von Friedman formulierten Glauben entgegengetreten war, dass „Freedom and Capitalism“ unauflöslich zusammengehören, beschrieb sie in ihrem Buch „Reichtum ohne Gier - Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“ (2016) noch deutlicher den Gegensatz zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus. „Freie Märkte sind durchaus nicht das Lebenselixier des Kapitalismus, sondern unter dem Gesichtspunkt hoher Renditen eher Störfaktoren, deren man sich so gut es geht entledigt.“ Der Kapitalismus untergräbt geradezu die Marktwirtschaft und die Demokratie mitsamt ihren wirtschaftlichen und politischen Freiheiten. In den vier Jahrzehnten der neoliberalen Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung habe sich nämlich keineswegs eine vom Staatsinterventionismus befreite Marktwirtschaft entwickelt, sondern im diametralen Gegensatz zur neoliberalen Rhetorik und der „angeblichen Marktorientierung“ eine extreme Vermachtung der Märkte durch Mono- und Oligopole. Sie beschränken den Wettbewerb oder schalten ihn gar nahezu ganz aus. Und im Stil eines „Halsabschneiderwettbewerbs“ verdrängen sie viele ihrer kleineren oder mittleren Konkurrenten von den Märkten.¹⁶¹

Statt ‚mehr Markt und mehr Wettbewerb‘ entstanden während der Jahrzehnte des sog. Marktradikalismus bzw. Marktfundamentalismus, der vielmehr ein Radikalismus bzw. Fundamentalismus der Kapitalmacht als des Marktes war, „von der Bankenwelt bis zur Digitalökonomie global aufgestellte, die Märkte und die Gesellschaft beherrschende Unternehmensgiganten, deren Geschäftsentscheidungen heute die Entwicklung der Weltwirtschaft bestimmen.“ Und zur weltweiten Durch-

¹⁶⁰ Christa Luft (1994), S. 205 - 210, S. 43 - 68 und 69 - 94.

¹⁶¹ Sahara Wagenknecht (2016), S. 16 (angebliche Marktorientierung), 85 (Gegensatz zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus) und 99 (Halsabschneiderwettbewerb).

setzung ihrer Interessen bedienten sie sich sogenannter Freihandelsabkommen. Während auf den Finanzmärkten hochgradig konzentrierte Einkünfte aus Vermögen und Steuervermeidungen renditesuchend um den Globus vagabundieren und Unternehmen durch Wachstum und Zusammenschlüsse immer größer werden, werden auf den Arbeitsmärkten ‚verkrustete‘ Strukturen geschleift und die menschliche Arbeit in weltumspannenden Wertschöpfungsketten flexibilisiert - bis hin zu Niedriglohnssektoren in den Industrieländern und Kinderarbeit in Billiglohnländern. Angesichts der weltweit fortschreitenden sozialen Spaltung beklagte Wagenknecht, dass die Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen im modernen Kapitalismus mittlerweile immer stärker der sozialen Ungleichheit im Feudalismus ähnelt - „wenn auch auf ungleich höherem Produktivitäts- und Wohlstandsniveau“. Deshalb sprach sie von einem modernen „Wirtschaftsfeudalismus. ... Zu Beginn des 21. Jahrhunderts konzentrieren sich in der Verfügung der reichsten 1 Prozent die wichtigsten wirtschaftlichen Ressourcen, nur dass diese neben Agrarland und Immobilien heute vor allem Industrieanlagen, technisches Know-how, digitale und andere Netze, Server, Software, Patente und vieles mehr umfassen. ... Erneut arbeiten 99 Prozent der Bevölkerung zum überwiegenden Teil, direkt oder indirekt, für den Reichtum dieses neuen Geldadels“¹⁶², der nunmehr wie ehemals die unheilige feudale Allianz von Thron und Altar an der Spitze der kapitalistischen Herrschaftspyramide steht und das Recht und die Demokratie aushöhlt.

Obwohl die auch von der Occupy-Bewegung propagierte Gegenüberstellung von einem Prozent als hauchdünner Oberschicht und 99 Prozent als übrigen Schichten der Gesellschaft irreführend ist und die falsche Vorstellung einer eindeutigen Unterscheidbarkeit von einem Prozent von ‚Bösen‘ und 99 Prozent von ‚Guten‘ suggeriert, ist unverkennbar, dass der moderne Kapitalismus nach und nach auch quasi-feudalistische Züge annimmt. Anders als der Marxismus wollte Wagenknecht ihn nicht mehr durch eine zentralistische Planwirtschaft ersetzen, die auf ihre Weise auch quasi-feudalistische Züge trug. Vielmehr nahm sie in bemerkenswerter Übereinstimmung mit dem Ordoliberalismus und auch mit dem französischen Wirtschaftshistoriker Fernand Braudel die Marktwirtschaft vor dem Kapitalismus in Schutz. „Märkte darf man nicht abschaffen, im Gegenteil, man muss sie vor dem Kapitalismus retten. Wir brauchen, was die Neoliberalen sich so gern auf die Fahne schreiben, aber in Wirklichkeit zerstören: Freiheit, Eigeninitiative, Wettbewerb, leistungsgerechte Bezahlung, Schutz des selbst erarbeiteten Eigentums.“ Insbesondere hielt es Wagenknecht wie die frühen Ordoliberalen - von denen sie nur Hayek kritisch gegenüber steht - für notwendig, die Konzentrationsfördernden Haftungsbeschränkungen und Privilegien des Patentrechts abzubauen, da sie insbesondere den Großunternehmen Möglichkeiten verschaffen, Gewinne zu privati-

¹⁶² Sahra Wagenknecht (2016), S. 13 - 15 (marktbeherrschende Unternehmensgiganten), 17 (Wirtschaftsfeudalismus und Geldadel), 19 (Freihandelsabkommen), 77 - 84 (Arbeitsmarkt) und 121 (Unterwerfung durch Freihandel).

sieren und Risiken sowie Verluste auf die Allgemeinheit abzuwälzen. „Die originäre eigentumsrechtliche Erfindung des Kapitalismus ist die begrenzte Haftung für wirtschaftlich investiertes Kapital.“¹⁶³

Die wichtigsten Bausteine von Wagenknechts marktwirtschaftlichem Gegenentwurf zum „kapitalistischen Wirtschaftsfeudalismus“ waren neue Eigentumsformen sowohl für Banken als auch für Unternehmen. Die bestehenden Großbanken, die in der Rechtsform von Aktiengesellschaften fernab von der Realwirtschaft „inzestuöse Geldgeschäfte“ in den Spielcasinos auf den internationalen Finanzmärkten betreiben, möchte sie in öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche „Gemeinwohlbanken“ umwandeln. Ihr Ziel war ein „kleinteiliger, gemeinwohlorientierter Finanzsektor“ mit Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die kostendeckend, aber nicht gewinnorientiert arbeiten. Solche „Gemeinwohlbanken sind in erster Linie regionale Banken, die nur in einem eng begrenzten Raum Geschäfte machen“.¹⁶⁴

Wagenknechts Überlegungen über Unternehmensformen, die in Zukunft die als Aktiengesellschaften organisierten „unkontrollierbaren Unternehmensgiganten“ ablösen könnten, begannen mit einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Eigentumsverständnisses von Aristoteles, Locke und Rousseau. Die Unterscheidung zwischen dem Privateigentum am Boden und an den Produktionsmitteln blieb dabei allerdings ungenau. Sodann schlossen diese Überlegungen einige Seitenblicke auf Unternehmen in der Hand von Stiftungen sowie auf die Unternehmenskonzeption des tschechischen Dissidenten Ota Šik ein und mündeten schließlich in die Vorstellung von vier Rechtsformen für unterschiedlich große produzierende Unternehmen ein:

- Personengesellschaften, deren Inhaber das volle Risiko ihres Unternehmens selbst tragen;
- sich selbst gehörende, unverkäufliche Mitarbeitergesellschaften, die keine „Handels- und Übernahmobjekte“ mehr sind und Leitungen haben, die a) von den Belegschaften statt von externen Eigentümern kontrolliert werden und die b) „solide Gewinne“ anstreben statt sich auf eine „kurzfristig orientierte Renditejagd“ zu begeben. „Ein Manager, der die Eigenkapitalrendite verdoppelt und die Belegschaft halbiert, ist dann vermutlich kein in der Gesellschafterversammlung gefeierter Held mehr.“ In größeren Mitarbeitergesellschaften - vor allem in solchen, zu deren Finanzierung ein „öffentlicher Wagniskapitalfonds“ beiträgt - könnten neben Belegschaftsvertretern auch Vertreter von Kommunen und Ländern Mitsprache- und Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung erhalten.

¹⁶³ Sahra Wagenknecht (2016), S. 20 (Marktwirtschaft statt Kapitalismus) - 21 (Haftungsbeschränkungen und Patente), 25 („beinhardter Neoliberaler Hayek“), 61 (1% vs. 99%), 76 (Erbrecht), 86 (Braudel) und 113 (Planwirtschaft).

¹⁶⁴ Sahra Wagenknecht (2016), S. 183 - 240 (Umstrukturierung von Banken), bes. S. 190 (inzestuöse Geldgeschäfte), 223 - 224 (kleinteiliger gemeinwohlorientierter Finanzsektor) und 236 (Banken), 287 (kapitalistischer Wirtschaftsfeudalismus).

- Große Unternehmen auf oligopolistischen Märkten könnten Wagenknecht zufolge „Öffentliche Gesellschaften“ werden, die sich ähnlich wie Mitarbeitergesellschaften selbst und nicht etwa dem Staat gehören. Ihr Aufsichtsrat könnte je zur Hälfte aus Vertretern der Belegschaft und der Öffentlichkeit bestehen.
- „Gemeinwohlgesellschaften“ könnten jene großen Unternehmen werden, „die sich nicht für eine kommerzielle Unternehmensführung eignen“, weil sie wie Wasserwerke, Krankenhäuser, die Verkehrsinfrastruktur oder digitale Kommunikationsnetze mit öffentlichen Geldern finanziert werden und kostendeckend zu erfüllende Versorgungsaufträge haben. „Auch Gemeinwohlgesellschaften gehören nicht dem Staat, sondern sich selbst. Sie arbeiten nach bestimmten Regeln und unter öffentlicher Kontrolle.“ Angesichts von Big Data „braucht auch die digitale Welt ... gemeinwohlorientierte Anbieter“.¹⁶⁵

Entflochtene Unternehmen auf dezentralisierten Märkten erschienen Wagenknecht letztlich auch als Grundlage einer „Re-Demokratisierung der Staaten“. Unabhängig von Leopold Kohr, aber durchaus in seinem Sinne vertrat auch sie die Auffassung, dass „Demokratie nur in Räumen ... lebt, die für die Menschen überschaubar sind. Besonders die zentralistisch-bürokratischen „Brüsseler Institutionen“ der Europäischen Union hielt Wagenknecht für einen „unrühmlichen, undurchsichtigen und mehr als jede Staatsregierung von Konzernlobbyisten gesteuerten Technokratensumpf“. Skeptisch war sie deshalb auch gegenüber dem Euro. „Eine Währung sollte auf einen demokratisch gestaltbaren Raum begrenzt werden. Die Eurozone ist nicht demokratisch gestaltbar, sie verfügt nicht einmal über demokratische Institutionen.“ Deshalb erinnerte Wagenknecht ganz besonders an den während des Zweiten Weltkriegs von Keynes entworfenen „Bancor“-Plan zur gerechten und gleichgewichtigen Neuordnung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen. Ein Umbau des Euro gemäß den Grundgedanken dieses Plans „würde die demokratische Souveränität über das eigene Geld mit hinreichender Stabilität der Wechselkurse verbinden.“¹⁶⁶

Nachdem Linke allzu lange gegen den Markt statt gegen mono- und oligopolistische Wettbewerbsbeschränkungen gekämpft haben, ging Wagenknechts Kapitalismuskritik auf jeden Fall in eine richtige Richtung. Sie knüpfte in Teilen an Keynes, an den Ordoliberalismus und indirekt auch an die „Small is beautiful“-Bewegung an.¹⁶⁷ Allerdings wiesen ihre Vorstellungen noch genau jene geld- und bodenpolitischen Leerstellen auf, die schon diese Vorläufer einer von Monopolen freien nachkapitalistischen Marktwirtschaft nicht zu füllen vermochten. Abgese-

¹⁶⁵ Sahra Wagenknecht (2016), S. 241 - 288 (Umstrukturierung von Unternehmen), bes. S. 242 - 249 (Privateigentum am Boden und an den Produktionsmitteln), 264 - 271 (Stiftungsunternehmen), 272 (Ota Šik), 274 - 281 (vier Unternehmensformen) und 287 (unkontrollierbare Unternehmensgiganten).

¹⁶⁶ Sahra Wagenknecht (2016), S. 23 - 28 (Demokratie auf nationaler und EU-Ebene, EU als antieuropäisches Projekt und Technokratensumpf, Re-Demokratisierung der Staaten), 134 (Gegensatz zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus), 226 (Euro) und 228 - 229 (Keynes' Bancor-Plan).

¹⁶⁷ Sahra Wagenknecht (2016), S. 44 -45 und 228 - 229 (John Maynard Keynes), 100 und 138 (Walter Eucken und Franz Oppenheimer) und 223 (Small is beautiful).

hen von der Unzulänglichkeit ihrer Ausführungen zum Boden- und Ressourceneigentum blieben auch Wagenknechts Aussagen zur Akkumulations- und Konzentrationsdynamik des Geldes noch sehr unzureichend. Zwar wies sie sehr zu Recht die klassisch-neoklassische These von sich, wonach Kapital allein durch fleißiges Arbeiten und Sparen entstehe, und wirft gleichermaßen berechnete Fragen zum Erbrecht auf. Ebenso wichtig sind ihre Rückbesinnung auf die ordoliberalen Kritik an Haftungsbeschränkungen und ihre Forderung, dass privates „Eigentum tatsächlich nur noch durch eigene Arbeit entstehen kann“ und nicht mehr aus Privilegien fließenden „leistungslosen Einkommen“.¹⁶⁸

Jedoch hielt Wagenknecht an einer entscheidenden Stelle, nämlich bei der Analyse der Ursachen von leistungslosen Einkommen, letztlich noch immer an Marx fest. „Marx hat uns die Theorie überliefert, dass die Gewinne im Kapitalismus darauf beruhen, dass der Arbeiter mit seiner Arbeit mehr Wert schafft, als seine eigene Arbeit auf dem kapitalistischen Markt wert ist. Der Kapitalist kauft die Arbeitskraft und verkauft das Produkt der Arbeit. Und weil beides differiert, hat er, ohne die Gesetze des gleichen Tausches zu verletzen, dabei einen Schnitt gemacht.“ Wagenknecht blieb dabei, dass „diese Theorie korrekt beschreibt, was dem Gewinn zugrunde liegt“, obwohl „damit ... die Frage noch nicht beantwortet ... ist ..., warum das so ist.“ Nach ihrer Auffassung gibt es „dauerhafte Gewinne und leistungslose Kapitaleinkommen ... nur bei Abwesenheit ausreichender Konkurrenz. ... Unter heutigen Bedingungen sind die leistungslosen Kapitaleinkommen schlicht ein Monopolpreis, den wir deshalb bezahlen müssen, weil die bestehende Eigentumsordnung Kapital in den Händen einer kleinen gesellschaftlichen Minderheit konzentriert.“¹⁶⁹

Aber wo liegt die tiefere Ursache für die Abwesenheit von ausreichender Konkurrenz und für eine die Konzentration fördernde Eigentumsordnung? Mit Marx' Wert- und Mehrwerttheorie lässt sie sich nicht hinreichend erklären. Wie alle Nachfolger/innen von Marx übersah auch Wagenknecht die strukturelle Schiefelage des kapitalistischen Gesamtkomplexes von Produktion und Zirkulation, bei der das strukturell parteiische Geld tagein tagaus gleichsam unter der Oberfläche der scheinbaren Tauschgerechtigkeit auf unmerkliche Weise leistungslose Einkünfte (aus Zinsen und Bodenrenten sowie sekundären Privilegien wie Patenten) von der Arbeit zum Besitz umverteilt, so dass Produktionsmitteleigentum zum geringeren Teil aus Arbeits- und zum größeren Teil aus leistungslosen Einkommen entstehen und sich in zunehmendem Maße konzentrieren kann. Das herkömmliche kapitalistische Geld blieb auch bei Wagenknecht noch ein blinder Fleck, der die real existierende kapitalistische Marktwirtschaft noch von ihrem Ziel einer sozial eingebetteten Marktwirtschaft ohne monopolkapitalistische Vermachtungen und Wettbewerbsbeschränkungen trennt.

¹⁶⁸ Sahra Wagenknecht (2016), S. 62 - 68 (Zweifel an der Kapitalbildung durch Sparen), 69 - 76 (Erbrecht), 253 - 263 (Haftungsbeschränkungen).

¹⁶⁹ Sahra Wagenknecht (2016), S. 129 - 135 (Marx über leistungslose Kapitaleinkommen).

Dem Problemfeld Geld und den Ideen zur Reform des Geldes näherte sich Wagenknecht noch nicht in der Erwartung, im Geld selbst die tiefere Wurzel der Akkumulations- und Konzentrationsdynamik und der sozialen Ungleichheit zu finden. Es ging ihr bislang nur um die „Fähigkeit des heutigen Bankensystems, nahezu unbegrenzt Geld und Kredit zu erzeugen, vor allem neue und immer größere Blasen an den Finanzmärkten zu finanzieren und eben nicht vernünftige Investitionen. ... Kernaufgabe der Banken ist die Bereitstellung von Kaufkraft, um einer möglichst innovativen wirtschaftlichen Entwicklung, die unseren Wohlstand erhöht und ihn zugleich naturverträglich macht, den Weg zu bahnen.“ Deshalb und weil sie das Geld als ein öffentliches Gut betrachtet, prüfte Wagenknecht bislang nur die Theorie des Vollgeldes und sah den „sympathischsten Aspekt“ darin, dass allein die Zentralbanken noch das Recht zur Geldausgabe behielten und dass dann Kredite nur noch aus Ersparnissen entstünden. „Wenn man genauer hinschaut, sieht man allerdings auch Probleme.“ Insbesondere sei zu befürchten, dass sich nach einer Einführung von Vollgeld „die Kreditversorgung der realen Wirtschaft verschlechtert“ und die Zinsen ansteigen. Kleine Unternehmen und risikoreichere Investitionen würden dann benachteiligt. Und nicht zuletzt würden „Finanzalchemisten“ neue Mittel und Wege ersinnen, um die Geschäftsbanken in die Lage zu versetzen, auch in einem Vollgeldsystem letztlich doch „weiterhin Kreditgeld - und zwar gerade und vor allem für spekulative Verwendungen - aus dem Nichts zu schaffen und in Umlauf zu bringen.“¹⁷⁰

Der Einwand, dass das Vollgeld die Kreditversorgung der realen Wirtschaft verschlechtern könnte, ließe sich mit dem Hinweis entkräften, dass sie sich eher verbessern könnte, wenn Geld nicht mehr aus der realen Wirtschaft auf virtuelle Finanzmärkte flüchten könnte. Aber dazu wäre mehr erforderlich als nur die Form der Geldschöpfung zu ändern. Insofern waren Wagenknechts Zweifel am Vollgeld nicht unberechtigt. „Die Ideen der Vollgeldtheoretiker gehen also in die richtige Richtung, aber sie gehen nicht weit genug. ... Man muss das Gespenst nicht nur ... dazu bringen, sich vorübergehend klein zu machen und in einem geschützten Winkel zu verstecken. Es muss in die Flasche zurück.“¹⁷¹ Um das Gespenst zu bannen und in die Flasche zurückzubekommen, müsste jedoch erst einmal seine innere Widersprüchlichkeit als Wurzel seiner kapitalistischen Eigendynamik durchschaut und behoben werden.

12.8.9 Grüne Strategien zur Verhinderung eines weiteren Finanzcrashs

„Den nächsten Crash verhindern“ - das war das Anliegen von Sven Giegold & Udo Philipp & Gerhard Schick von der Partei „Bündnis90/DieGrünen“. In ihrem Buch

¹⁷⁰ Sahra Wagenknecht (2016), S. 213 (Bankensystem), 215 (Geld als öffentliches Gut), 219 - 221 (Stärken und Schwächen des Vollgeldes).

¹⁷¹ Sahra Wagenknecht (2016), S. 221.

„Finanzwende“ (2016) schlugen sie ein ganzes Bündel von Maßnahmen vor, um die Finanzmärkte krisenfester zu machen, sie „auf eine vernünftige Größe schrumpfen zu lassen“ und wieder stärker mit der Realwirtschaft zu verbinden. Dazu gehören als erstes eine bessere Aufsicht über die Finanzmärkte mit mehr transparenten Daten über die Verschuldung von Haushalten und Unternehmen einschließlich der Qualität der Kredite sowie höhere Anforderungen an das Eigenkapital der Banken, ein besser überschaubares Risikomanagement, eine demokratische Regulierung der Banken einschließlich der Schattenbanken, Ratingagenturen und Versicherungen, ein „Finanzgesetzbuch“ und nicht zuletzt eine Streichung aller Subventionen für „wackelige too big to fail-Banken“. Außerdem wollten Giegold & Philipp & Schick Geschäfts- und Investmentbanken voneinander trennen, kleinere und öffentliche Banken stärken und auf europäischer Ebene eine Bankenunion und Einlagensicherung vollenden.¹⁷²

Alle diese Maßnahmen könnten realpolitisch-pragmatische Schritte zur kurzzeitig-provisorischen Stabilisierung des modernen babylonischen Turmbaus auf den internationalen Finanzmärkten sein. Aber sie beziehen sich allesamt nur erst auf den Bereich der Banken, d.h. auf die Symptomebene, und noch nicht auf die tiefere, im Bereich des Geldes liegende Ebene der Ursachen des mittlerweile chronischen „Überangebots von Ersparnissen“ bzw. der „Sparschwemme“ („savings glut“).

Während Giegold & Philipp & Schick auf die Denkansätze einer Geldreform à la Gesell und Keynes gar nicht erst eingingen - möglicherweise um den Anschluss an die Realpolitik zu wahren und sich nicht dem Verdacht utopischer Phantastereien auszusetzen - , gingen sie immerhin auf das Vollgeld ein und schlossen sich der Auffassung an, dass es „weniger krisenanfällig wäre. ... Allerdings ist die Finanzwelt nicht auf den Kopf gefallen. Spätestens mit der Finanzkrise wurde deutlich, dass es eine Vielzahl von Ersatzformen für Geld gibt und die Finanzwirtschaft immer einen Weg finden wird, außerhalb der regulierten Banken kurzfristige Kredite zu vergeben. ... Wir sprechen uns trotz gewisser Vorteile des Vollgelds also nicht dafür aus, derzeit diesen Reformweg zu beschreiten.“ Das kommt einer Kapitulation vor dem Trickreichtum der Finanzwirtschaft gleich und weckt auch Zweifel an den noch pragmatischeren Maßnahmen zur Bankenregulierung. Statt die gegenwärtige „Sparschwemme“ nur innerhalb der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen im Wege einer „Investitionsoffensive des Green New Deal“ in eine realwirtschaftliche soziale und ökologische Modernisierung leiten zu wollen, wären zumindest Forschungen über die Frage notwendig, wie sich die Antriebskräfte des Größenwachstums der Finanzmärkte wirksam außer Kraft setzen lassen und wie im Interesse eines globalen Ausgleichs ein stabiles Schrumpfen

¹⁷² Sven Giegold & Udo Philipp & Gerhard Schick (2016), S. 17 (bessere Finanzmarktaufsicht), 32 (höhere Quoten beim Eigenkapital von Banken), 34 (Risikomanagement), 43 (Schattenbanken), 52 (Finanzgesetzbuch), 76 (Subventionen für too big to fail), 85 (europäische Bankenunion und europäische Einlagensicherung), 87 (Trennbanken), 96 (Stärkung kleinerer und öffentlicher Banken), 124 (Ratingagenturen und Versicherungen).

sowohl der Finanz- als auch der Realwirtschaft in den überentwickelten Industrieländern möglich werden könnte.¹⁷³

12.8.10 Andreas Reckwitz' Wegweisung in die Richtung eines „einbettenden Liberalismus“ als Antwort auf den Staatsinterventionismus und neoliberale Exzesse

In seiner umfassenden Analyse des Wandels der Sozialstrukturen während der letzten Jahrzehnte des Neoliberalismus kam der Soziologe Andreas Reckwitz (*1970) zu dem Ergebnis, dass in der „Spätmoderne“ mittlerweile eine „Gesellschaft der Singularitäten“ an die Stelle der „sozialen Großgruppen“ des Kapitals und der Arbeit getreten ist, welche sich früher als Klassen gegenüberstanden und danach noch eine Weile als Sozialpartner kooperierten. Zwar ist die Gesellschaft immer noch in sich „widersprüchlich und konflikthaft“; aber die früheren Großgruppen unterliegen einem Prozess ihrer Auflösung und es entstehen – nicht zuletzt begünstigt durch die Abnahme der fordistischen Massenproduktion und die fortschreitende Digitalisierung – neben der traditionell konservativeren Mittelschicht eine neue überwiegend urbane, akademisch gebildete und kosmopolitische Mittelschicht und eine in weiten Teilen prekär lebende Unterschicht.¹⁷⁴ Bezeichnend für das Leben im Übergang von der früheren, in Teilen auch noch weiterbestehenden Zwei-Klassen-Gesellschaft zum „Paternoster der Drei-Klassen-Gesellschaft“, die sich außerdem noch nach Geschlechtern, Herkunft, Regionen und Milieus differenziert, ist ein vielschichtiges „Nebeneinander von Aufwertungs- und Abwertungserfahrungen, von Zukunftsoptimismus und Zukunftsskepsis“ geworden. Nicht nur in ökonomischer, sondern auch in politischer und kultureller Hinsicht haben sich „tektonische Verschiebungen“ im gesamten Gesellschaftsgefüge ergeben, so dass mittlerweile eine „Doppelstruktur von Singularisierung und Polarisierung“ entstanden ist. Zudem wird auch noch die Polarisierung komplexer, weil sich im Zuge der Veränderungen der Sozialstruktur auch die herkömmliche politische Konstellation mit zwei größeren Volksparteien auflöst und die Mehrheitsbildung mit mehreren Parteien schwieriger wird.¹⁷⁵

Besonders wies Reckwitz noch darauf hin, dass mit der Zunahme postindustrieller Produktionsformen neben dem herkömmlichen Produktionsmitteleigentum auch das durch Patente monopolisierbare Wissen eine hohe Bedeutung erlangt

¹⁷³ Sven Giegold / Udo Philipp & Gerhard Schick (2016), S. 11 und 71 (Schrumpfung der Finanzmärkte), 13 und 139 (Sparschwemme), 28 - 29 (Vollgeld) sowie 13, 15 und 143 - 144 (Green New Deal). – Zu der von Gerhard Schick gegründeten Vereinigung „Bürgerbewegung Finanzwende“ vgl. die Website www.finanzwende.de

¹⁷⁴ Andreas Reckwitz (2017) und ders. (2019), S. 17 – 19 (Widersprüche und Singularitäten in der Spätmoderne), 72 (neue Schichtung der Gesellschaft), 74 (Rückgang der Massenproduktion) und 85 – 109 (neue Mittel-, Unter- und Oberschichten).

¹⁷⁵ Andreas Reckwitz (2019), S. 22 (tektonische Verschiebungen in der Spätmoderne), 85 (Paternoster), 109 (Differenzierungen), 127 (Auf und Ab) und 129 – 130 (Paralyse der Volksparteien).

hat. Er sprach deshalb auch von einem „kognitiven Kapitalismus“ und von „kulturellem Kapital“ sowie von einer Ökonomisierung des Kulturellen und Sozialen. „Der kulturelle Kapitalismus ist ein Singularitätskapitalismus mit einem extrem diversifizierten Konsum“, der über den Konsum von massenhaft produzierten Gütern für den Grundbedarf hinausgeht und „sich um Singularitätsgüter und ihre qualitativen Differenzen dreht.“ Selbst Wohnungen können unter diesen Umständen in besonderen Lagen zu Singularitätsgütern werden.¹⁷⁶

Auch in ihren komplexer gewordenen Formen bestehen freilich die modernen kapitalistischen Massengesellschaften fort und die Singularisierung der Menschen mit ihrem Bedürfnis nach individueller Selbstverwirklichung entspricht daher bislang eher ihrer Atomisierung als einer Assoziation von freien und gleichen Individuen. Unter Bezugnahme auf Alain Ehrenbergs Buch „Das erschöpfte Selbst“ (2004) verwies Reckwitz deshalb auch auf eine zunehmend „erschöpfte Selbstverwirklichung der spätmodernen Individuen“ und auf „Paradoxien ihrer Emotionskultur“ hin.¹⁷⁷

Die „internationale populistische Revolte“ – neben dem zumeist ungeistigen Rechtspopulismus gibt es, nicht zu vergessen, auch einen größtenteils politisch anspruchsvolleren Linkspopulismus – ist nach alledem für ihn ein untrügliches Zeichen für einen nicht nur bevorstehenden, sondern schon in Gang befindlichen größeren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Umbruch der spätmodernen kapitalistischen Gesellschaften, bei dem sich auch die herkömmlichen Rechts-Links-Schemata aufweichen. Im Rückblick auf die Jahrzehnte nach dem Ende von NS-Tyrannie und Zweitem Weltkrieg unterschied Reckwitz „zwei politische Großparadigmen“:

- Zum einen das „sozial-korporatistische Paradigma, das von Franklin D. Roosevelts New Deal (bereits ab 1933) und dem skandinavischen Wohlfahrtsstaat bis zum Konservatismus Konrad Adenauers und Charles de Gaulles reicht“. Als eine Variante dieses Paradigmas ließen sich ihm auch das (post)keynesianische Deficitspending und andere Formen des Staatsinterventionismus und von „mixed economies“ zuordnen.
- Zum anderen das „Paradigma eines apertistischen (‘öffnenden’) Liberalismus, das von der neoliberalen ‚Reaganomics‘ über New Labour bis zur rot-grünen Regierungsphase in Deutschland reicht“, in der die Tore für die Flutwellen des Finanzmarktkapitalismus mit einer Fülle von Maßnahmen geöffnet wurden, die bis dahin als rot-grüne Politik unvorstellbar gewesen waren und die als schwarz-gelbe Politik Massenproteste ausgelöst hätten.¹⁷⁸

¹⁷⁶ Andreas Reckwitz (2019), S. 140 und 167 – 175 (kognitiver Kapitalismus und kulturelles Kapital) sowie 178 (diversifizierter Konsum von Singularitätsgütern) und 190 (Wohnungen).

¹⁷⁷ Andreas Reckwitz (2019), S. 203 – 238.

¹⁷⁸ Andreas Reckwitz (2019), S. 239 – 243 (rechte und linke Populismen und zwei Großparadigmen) und 263 (Brüderschaft von Neoliberalismus und Linkliberalismus). Zu den großen desillusionierenden Sünden von Rot-Grün gehörten neben Hartz IV die deutsche Beteiligung am Krieg auf dem Balkan, die Legalisierung von Hedgefonds in Deutschland, die „Bologna“-Reform des Bildungswesens, die Kosten-

● Auf Seiten beider Paradigmen der Regulierung und Deregulierung des gesellschaftlichen Lebens habe es Reckwitz zufolge berechnete und übertriebene Facetten der praktischen Umsetzung gegeben. Nachdem nun die Zeiten beider Paradigmen abgelaufen seien, stelle sich in der krisenhaften „desillusionierten Gegenwart“ die entscheidende Schlüsselfrage: „Welches Paradigma folgt als nächstes?“ Aus seiner Sicht „spricht einiges dafür, dass es sich um das Paradigma eines regulativen, einbettenden Liberalismus handeln ... sollte, das sowohl eine sozialökonomische als auch eine kulturelle Regulierung und Ordnungsbildung anstrebt – allerdings in anderer Weise und vor einem anderen gesellschaftlichen Hintergrund als der alte Sozial-Korporativismus.“¹⁷⁹

Vorsichtig tastete sich Reckwitz bei seinen Überlegungen zu einem neuen Paradigma des „einbettenden Liberalismus“ an die Vorstellung „neuer Formen der Regulierung“ heran, die aber nicht den alten Sozial-Korporativismus in gemäßigten Formen wiederbeleben sollen. Statt in eine „Planungseuphorie des Sozialen“ zurückzufallen und die zwischenzeitlich übermäßig dynamisierte Wirtschaft und Gesellschaft nochmals überregulieren zu wollen, dachte Reckwitz in die Richtung „neu zu schaffender Rahmenbedingungen ... , welche Märkte und subjektive Rechte regulieren“. Wenn sich der neue „einbettende Liberalismus“ die Verringerung der sozialen Ungleichheit zur Aufgabe mache, könne er ein „Sozialliberalismus“ werden, und wenn er sich dem Problem der zunehmenden „kulturellen Desintegration“ der Gesellschaft stelle, könne er zu einem „Kulturliberalismus“ werden. „Der Staat des regulativen Liberalismus ist wieder ein aktiverer Staat – allerdings neuen Typs, der sich vom steuernden Nationalstaat aus den Zeiten des Sozial-Korporativismus deutlich unterscheidet und auch unterscheiden muss.“ Zudem müsse sicher sein, dass der „einbettende Liberalismus“ auch die „Strukturen der liberalen Demokratie stützen“ werde.¹⁸⁰

Nach allen ernüchternden Erfahrungen mit Überregulierungen von Wirtschaft und Gesellschaft respektierte Reckwitz die „Eigendynamik und Nichtdeterminierbarkeit der Gesellschaft“ und zugleich distanzierte er sich von jedwedem „simples Laissez-faire. ... Die Eigendynamik der Gesellschaft bedarf Rahmungen und die ‚Freiheit‘ kann nicht grenzenlos sein.“¹⁸¹ Über diesen grundsätzlich richtigen, aber noch kaum konkretisierten Denkansatz hinaus ließ Reckwitz vorerst offen, mit welchen „Rahmungen“ ein „einbettender (Sozial- und Kultur-)Liberalismus“ Freiheit und Ordnung in ein neues Verhältnis setzen könnte. Würde er dem Gedan-

dämpfung im Gesundheitswesen und die Kapitaldeckung der Altersversorgung („Riester-Rente“) sowie das Gesetz, das Ministerialbürokratien für Industrielobbyisten öffnete.

¹⁷⁹ Andreas Reckwitz (2019), S. 7 (desillusionierte Gegenwart), 242 – 243 (zwei vergangene Paradigmen und ein neues Paradigma), 246 – 247 (zu starke Regulierungen und Deregulierungen) und 277 – 285 (Populismus als Krisensymptom).

¹⁸⁰ Andreas Reckwitz (2019), S. 286 und 289 (neue Formen der Regulierung durch neu zu schaffende Rahmenbedingungen für die Märkte), 290 (Sozialliberalismus) und 291 (Planungseuphorie, Demokratie).

¹⁸¹ Andreas Reckwitz (2019), S. 292 (nicht determinierbare Eigendynamik, kein Laissez-faire, Rahmungen).

kenstrom von den Frühsozialisten über Proudhon und Mill, die Geld- und Bodenrechtsreformer und die frühen Ordoliberalen bis hin zur „Small is beautiful“-Bewegung begegnen, könnte ihm bewusst werden, wie sehr seine eigene und diese Gedankenwelten zueinander passen könnten.

Durch solche gegenseitigen Anregungen könnte die Bewältigung von fünf großen Herausforderungen erleichtert werden, vor denen Reckwitz den „einbettende Liberalismus“ sah:

1. Herausforderung „Meritokratie“

Bei der Suche nach einem Weg zur Überwindung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen sowie von „sozialer Anerkennung“ müsse zunächst ein „genauer Blick auf die Ursachen der wachsenden Disparitäten“ geworfen werden. Ihre „wichtigste Ursache“ sah Reckwitz „in der grundlegenden Transformation von der industriellen zur postindustriellen Ökonomie“.¹⁸² Das könnte noch zu kurz gedacht sein, denn die soziale Ungleichheit bestand schon *vor* dieser Transformation durch ungleiche Zugänge zu den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen. Im Zuge dieser Transformation wurde sie durch die im „kognitiven Kapitalismus“ möglich gewordenen leistungslosen Einkünfte aus privatisiertem Wissen nur noch verschärft.

2. Herausforderung „Stadt-Land-Differenz“

Die „Diskrepanzen zwischen prosperierenden Metropolregionen und stagnierenden ländlich-kleinstädtischen Räumen“ beruhten Reckwitz zufolge darauf, dass „einmal erfolgreiche Metropolregionen ... immer noch mehr Kapital und Bewohner anziehen“. Dem weiteren Auseinanderfallen dieser „zwei räumlichen Parallelgesellschaften“ hoffte er, in den Städten durch sozialen Wohnungsbau und auf dem Land „durch gezielte Förderung von Ausbildung und regionalen Branchen“ entgegenwirken zu können.¹⁸³ Das ist als pragmatische Realpolitik bis auf Weiteres sicherlich notwendig; darüber hinaus muss jedoch dem Geld-, Boden- und Realkapital die Möglichkeit genommen werden, sich durch Zinsen, privat vereinnahmte Bodenrenten und weitere leistungslosen Einkünfte aus Privilegien in vorwiegend großstädtischen Ballungsgebieten zu akkumulieren und damit die regionalen Disparitäten zu vergrößern.

3. Herausforderung „Grundversorgung der Infrastruktur“

Nach Jahrzehnten einer neoliberalen „Privatisierung der gesellschaftlichen Infrastruktur“ sah es Reckwitz als eine wichtige Aufgabe des „einbettenden Liberalismus“ an, die Versorgung der Menschen mit öffentlichen Gütern in den Bereichen von „Verkehr, Gesundheit, Energie, sozialem Wohnungsbau, Bildung und öffentliche Sicherheit“ zu stärken. Aber wie soll die notwendige „Rekonstruktion des Allgemeinen“ in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte finanziert werden?¹⁸⁴ Zusätzlich zu höheren Spitzensteuersätzen, einer Wiedereinführung der Vermö-

¹⁸² Andreas Reckwitz (2019), S. 293 (Meritokratie und ihre Ursachen).

¹⁸³ Andreas Reckwitz (2019), S. 295 – 296 (unterschiedliche soziale Räume).

¹⁸⁴ Andreas Reckwitz (2019), S. 296 – 298 (öffentliche Infrastruktur).

gensteuer, einer Erhöhung der Erbschaftssteuer und der Trockenlegung von Steueroasen könnten gemäß den Überlegungen der Bodenreformer gerade jene bislang privat vereinnahmten Bodenrenten, deren Existenz und deren exorbitante Steigerung auf staatlich finanzierten Investitionen in die Infrastruktur beruhen, den öffentlichen Haushalten im Wege der Erhebung einer Bodenwertsteuer zugeführt und zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur herangezogen werden.¹⁸⁵

4. Herausforderung „Suche nach den Grundregeln“

Entgegen etwaiger Erwartungen, die der Begriff „Grundregeln“ wecken könnte, verstand Reckwitz hierunter nicht die Suche nach einem allgemeinen Ordnungsrahmen für Wirtschaft und Gesellschaft. Stattdessen wagte er angesichts der „kulturellen Heterogenität“ und der durch Migrationsbewegungen entstandenen Konflikte zwischen „Parallelgesellschaften“ einzelner ethnischer Gruppen die zunächst irritierende Aussage, dass der „einbettende Liberalismus das linksliberale Modell des Multikulturalismus nicht ohne Weiteres fortführen“ könne. Im ausdrücklichen „Gegensatz zur Kulturpolitik des Rechtspopulismus“ ging es Reckwitz gerade nicht um eine Fremdenfeindlichkeit. Die „kulturelle Pluralisierung der Lebensformen“ war für ihn ein „unverrückbarer Tatbestand“ und „irreduzibel“. Aber er sah eine besonders wichtige Aufgabe des öffentlichen Bildungswesens in einer zu verstärkenden „Arbeit an Grundregeln und -werten, die für alle gelten“, um „innerhalb dieser respektierten Heterogenität der Ethnien und Lebensstile ... eine kulturelle Integration“ zu fördern.¹⁸⁶

5. Herausforderung „Kultur der Reziprozität“

Nachdem der neoliberal-„apertistische Liberalismus ... einseitig eine Kultur der subjektiven Interessen und subjektiven Rechte forciert“ hat, gehöre es Reckwitz zufolge schließlich zu den wesentlichen Aufgaben eines neuen „regulativen Liberalismus“, auf allen Ebenen von Wirtschaft und Gesellschaft eine neue „Kultur der Reziprozität“ zu entwickeln, um Einzelinteressen und das Wohl der Allgemeinheit in eine Balance zu bringen. Allzu vorsichtig wirkte jedoch noch seine Frage, ob „Personen, die auch garantiert durch eine rechtliche und zivile Ordnung durch Kapitaleinkünfte hohes Vermögen akkumuliert haben, nicht auch eine Pflicht ... haben, Teile davon an die Gesellschaft zurückzuerstatten?“¹⁸⁷ Warum nur Teile davon? Die in der Vergangenheit aufgetürmte soziale Ungleichheit kann sicherlich nicht mehr durch detailgetreue Rückerstattungen wieder gut gemacht und nivelliert werden; aber ähnlich wie von Silvio Gesell nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gefordert, bedarf es einer Doppelstrategie, um Wirtschaft und Gesellschaft auf einen Weg zu bringen, auf dem – wie es schon Pierre Proudhon ausdrückte – „die Gegenseitigkeit zur Formel der Gerechtigkeit“ werden kann. Um

¹⁸⁵ Vgl. hierzu das Kap. 7.1 dieses Buches über Henry George sowie das Kap. 13.1 über die Bodenreformvorschläge von Fritz Andres und Dirk Löhr.

¹⁸⁶ Andreas Reckwitz (2019), S. 298 – 300 (Multikulturalismus).

¹⁸⁷ Andreas Reckwitz (2019), S. 300 – 304 (Kultur der Reziprozität).

eine Ausgangsbasis für einen gesellschaftlichen Neustart zu schaffen, bedarf es zum einen einer Bereinigung der aus der Vergangenheit stammenden sozialen Ungleichheit so etwas wie einer einmaligen gestaffelten Vermögensabgabe, mit der *alle* Mitglieder der Gesellschaft je nach dem Umfang ihres Vermögens zu diesem Neustart beitragen. Und zum anderen bedarf es einer Reform der Geld- und Boden-/Ressourcenordnung, der Unternehmensverfassung und weiterer Rechtsbereiche, um für die Zukunft sicherzustellen, dass auf mono- und oligopolfrei geordneten Märkten niemand mehr über Privilegien als Quellen von leistungslosen Vermögenseinkünften verfügt. Die „rechtliche und zivile Ordnung“ (Reckwitz), die in der Vergangenheit Privilegien zuließ, muss so umgestaltet werden, dass die „Reziprozitätsdefizite der Geldwirtschaft“ (Dieter Suhr) und anderer Wirtschaftsbereiche überwunden werden und nicht mehr neu entstehen können.¹⁸⁸

Zu guter Letzt erwartete Reckwitz zu Recht, dass der „einbettende (Sozial-)Liberalismus“ im Vergleich zu seinen „beiden Vorgängerparadigmen ... sein Fortschrittsverständnis skeptischer anlegen“ wird.¹⁸⁹ Sowohl der staatsinterventionistische Steuerungsoptimismus als auch der neoliberale Deregulierungsoptimismus werden obsolet, sobald die Märkte in eine gerechte Rahmenordnung eingebettet werden.

12.8.11 Nico Stehr & Dustin Voss: Das Geld als zentrales Medium in ihrer „Gesellschaftstheorie der Moderne“ (2019)

Während Reckwitz' Überlegungen auch ohne Einbeziehung der Geld- und Boden-thematik in eine vielversprechende ordnungspolitische Richtung gingen, stellten der Kulturwissenschaftler Nico Stehr und der Ökonom Dustin Voss das Geld zwar in den Mittelpunkt ihrer „Gesellschaftstheorie der Moderne“; aber sie gaben keine Anregungen für eine Transformation von der ersten in eine zweite Moderne – im Gegenteil, die „bahnbrechenden Überlegungen“ von Marx über die „unnatürliche Fähigkeit des Geldes, aus sich heraus neuen Mehrwert zu schaffen“, hatten für sie noch immer einen hohen Stellenwert. Auch auf Georg Simmel, Marcel Mauss, Karl Polanyi, Karl Mannheim und Niklas Luhmann griffen sie bei ihren Untersuchungen der modernen „Finanzwelt“ zurück. Seit den 1970er Jahren sei in ihr eine Flut von Finanzinnovationen zu einem „dominanten, oft irritierenden Treiber für Wirtschaft und Gesellschaft“ geworden. Die Finanzmärkte haben sich aus ihrer Sicht geradezu zu einem „unwegsamen Zentrum der Weltgesellschaft“ entwickelt.¹⁹⁰

¹⁸⁸ Zu Pierre Proudhons Mutualismus vgl. das Kap. 4.2 dieses Buches. – Silvio Gesell (1919/1991a), S. 323 – 329, und ders. (1921/1992j), S. 308 – 310. – Dieter Suhr (1988), S. 8 (Ungleichheit als Unfreiheit), 86 – 97 (Asymmetrie des Geldes).

¹⁸⁹ Andreas Reckwitz (2019), S. 303.

¹⁹⁰ Nico Stehr & Dustin Voss (2019), S. 7 (Finanzmärkte als Zentrum der Weltgesellschaft), 23 (Finanzmärkte als Treiber) und 163 und 167 (Marx).

Einerseits war das Geld für Stehr & Voss unzweifelhaft mehr als nur ein allgemeines Tausch- und Kommunikationsmittel; andererseits gingen sie diesem „Rätsel“ der Herkunft des Mehr trotz aller Fragilität der Finanzwelt nicht tief genug auf den Grund und bemühten sich nicht, über bisherige Gedankenhorizonte hinauszudenken. „Ob die wachsende Bedeutung der Finanzwelt eine tugendhafte Entwicklung oder ein Fluch ist, ist und bleibt völlig umstritten.“¹⁹¹ Bereits im Vorwort zu ihrem Buch stellten Stehr & Voss klar, dass „wir dem Rat eines weisen Ökonomen ... folgen ... , der bei seiner eigenen Untersuchung der Idee des gerechten Lohns betonte, er wolle ‚eher Probleme verdeutlichen als direkte Antworten auf bestimmte Fragen geben‘.“ Dieser „weise Ökonom“ war für sie übrigens Frank Knight, ein Mitbegründer der neoliberalen Chicago School of Economics.¹⁹²

Da sie die Zweifel von Aristoteles, Thomas von Aquin und Marx an der ‚Fruchtbarkeit‘ des Geldes für berechtigt hielten, setzten sich Stehr & Voss auch mit weitergehenden unkonventionellen Gedanken zur Reform des Geldes wie der „wohl einflussreichsten Theorie einer zinslosen Wirtschaft (von) Silvio Gesell“ auseinander; aber ihre Beschäftigung damit blieb vordergründig. In Erinnerung an die Zinsverbote in den jüdisch-christlich-muslimischen Religionen und vielleicht auch aufgrund der Fehlinformation, dass Zinsen ‚abgeschafft‘ werden sollen, beantworteten sie ihre Frage „Ist eine zinslose Wirtschaft möglich?“ mit einem klaren „Nein“. Es gebe „grundsätzlich unüberwindbare Probleme bei der flächendeckenden Einführung einer Freigeldwirtschaft. ... ‚Rostendes Geld‘ wäre nur als lokales Währungsmodell möglich“ – wie 1932/33 in Wörgl/Tirol oder, wie sich ergänzen ließe, im Chiemgau, wo es seit 2003 ein Regionalgeld „Chiemgauer“ gibt. Nur in dem „rein hypothetischen Fall“, dass „Nettoersparnisse konstant null“ seien, sei ein Nullzins überhaupt denkbar. Aber „weder ist eine funktionale Ökonomie ohne Zins oder zinsähnliche Konstrukte wirklich vorstellbar, noch sollte man die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen eines zinsbasierten Kapitalismus außer Acht lassen.“ Sodann verwiesen Stehr & Voss als Argument für die Notwendigkeit dauerhaft positiver Zinsen auf die unersetzliche Funktion des Zinses als Allokationsmittel, das die Ersparnisse selbsttätig und unbürokratisch in die Investitionen lenkt. „Der Preis für Kapital dient somit als wichtige Informationsquelle sowohl in Bezug auf den wirtschaftlichen als auch auf den gesellschaftlichen Gesamtzustand einer Zivilisation. Diese wesentliche Funktion greift auch Friedrich Hayek auf, um ein grundsätzliches Verbot des Zinses und damit einhergehende staatliche Regulierung entschieden abzulehnen.“¹⁹³

¹⁹¹ Nico Stehr & Dustin Voss (2019), S. 11 [Geld mehr als Tusch- und Kommunikationsmittel], 17 [Geld als Rätsel] und 22 [Finanzwelt als Tugend oder Fluch].

¹⁹² Nico Stehr & Dustin Voss (2019), S. 28 – 29 [Problemverdeutlichung anstelle von Antworten nach Frank Knight].

¹⁹³ Nico Stehr & Dustin Voss (2019), S. 168 – 169 [Aristoteles, Aquin, Marx], 171 [Gesell], 172 – 175 [Zinslose Wirtschaft im Islam], 175 – 176 [Unmöglichkeit einer zinslosen Wirtschaft] – 180 [unverzichtbare Allokationsfunktion des Zinses, Hayek]. – Zum „Chiemgauer“ vgl. Christian Gelleri (2009) und die

Bei diesem schon von Hayek zu kurz gedachten Einwand gegen eine Geldreform wurde übersehen, dass damit überhaupt kein Verbot bzw. eine Abschaffung des Zinses und auch keine „zinslose Wirtschaft“ angestrebt wird. Auch Gesell war die unverzichtbare Allokationsfunktion des Zinses bewusst und gerade deshalb stellte er dar, wie sie erhalten bleiben und sogar noch im Sinne seiner Verteilungsneutralität optimiert werden könnte, wenn nach einer Einführung von „rostenden Banknoten“ die mittel- und langfristigen Zinsen um ein bei null liegendes Gleichgewicht oszillieren und wenn diese Dynamik weiterhin für eine dezentrale Zuordnung der Ersparnisse zu wirtschaftlich sinnvollen Investitionen sorgt. –

Erfreulicher Weise thematisierten Stehr & Voss, dass der Boden, der früher als Allmende galt, seit dem Beginn des kapitalistischen Industriezeitalters zu einer „anerkannten Handelsware geworden ist und dass effizienzfocussierte Wertekonzeptionen ... die Oberhand über gemeinschaftliche Vorstellungen gewannen“. Sie verwiesen auch auf die Rolle der „Finanzialisierung des Landes“ als Brandbeschleuniger bei der Finanzmarktkrise von 2008 und auf das seitdem weltweit verstärkte Landgrabbing. Jedoch beschränkten sich Stehr & Voss auf ihr bloßes „Ziel ... , diese tiefgreifende sozioökonomische Revolution entlang der Entwicklung des andauernden gesellschaftlichen Disputs um den Wert des Bodens nachzuvollziehen.“ Sie plädierten auch für einen „alternativen pluralistischen Diskurs“, aber sie unterließen jeden Hinweis auf frühere und in jüngster Zeit neu belebte Debatten über eine Reform des Bodenrechts, die den Boden und die Ressourcen entkapitalisiert und sie in zeitgemäßen Formen zu Gemeinschaftsgütern macht.¹⁹⁴

*

Die vorstehend aufgeführten Beispiele aus den neueren gesellschaftskritischen Diskursen in linksliberalen und linken Kreisen zeigen mehr oder weniger deutlich eines: sie sind noch längst nicht nah genug dran an dem, was jetzt endlich auf die Tagesordnung gehört – nämlich eine konstruktiv-kritische Rezeption aller Denkansätze der Frühsozialisten, Proudhon und Mill, der Bodenrechts- und Geldreformer, der geldreformerischen Seite von Keynes, des frühen Ordoliberalismus und der „Small is beautiful“-Bewegung. Viel zu lange sind sie im Schatten anderer Denkrichtungen geblieben, die entweder auf Abwege führten oder die zwar in eine richtige Richtung, aber nicht weit genug gingen, weil sie ‚anschlussfähig‘ an den Mainstream bleiben wollten. Wie bequem war es doch allzu lange, die falschen Verhältnisse zwar zu kritisieren und auch viel Richtiges, aber eben nicht genug Richtiges zu sagen. Der sich seit einiger Zeit ausbreitende Rechtspopulismus ist auch eine Folge von Jahrzehnte langen Versäumnissen von Wissenschaften und

Website www.chiemgauer.de. Über andere Regionalgelder in Deutschland vgl. Wilhelm Pischke (2019). – Über ihre internationale Verbreitung vgl. Stefanos Tsivopoulos (2013).

¹⁹⁴ Nico Stehr & Dustin Voss (2019), S. 109 (Boden von einer Allmende zur Handelsware, begrenztes Erkenntnisinteresse), 124 – 128 (Finanzialisierung des Landes), 129 (moderne Landnahme) und 147 (alternativer Diskurs). – Vgl. hierzu das Kap. 13.1 dieses Buches.

Zivilgesellschaft, die den Verheißungen der neoliberalen Globalisierung geglaubt und sich mit Halbheiten wie der Ökologischen Modernisierung und einem Green New Deal begnügt haben. So entstand inmitten ungelöster sozialer und ökologischer Probleme ein Vakuum, das sich mit rechtspopulistischen Pseudoantworten auf die multiple Krise füllen konnte.

12.8.12 Rechtspopulismus - eine Folge der von Wissenschaften sowie von politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften nicht bewältigten Aufgabe, eine freiheitliche und zugleich gerechte Ordnung der Wirtschaft zu schaffen

Nachdem Deutschland in den Jahren nach der ersten großen Weltwirtschaftskrise von 1929 in die nationalsozialistische Tyrannei abgestürzt war und die Welt mit in einen Abgrund gerissen hatte, wurde vielfach die Frage gestellt, warum sich das Bürgertum dem Aufstieg Hitlers nicht mit aller Kraft entgegenstellte. Dazu schrieb der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern (1926-2016) nach einer ausführlichen Beschäftigung mit den Vorläufern des Nationalsozialismus: „Die deutschen Wege ins Verderben, einschließlich des Nationalsozialismus, waren weder zufällig noch unausweichlich. Der Nationalsozialismus hatte tiefe Wurzeln und dennoch hätte man seinen Aufstieg verhindern können.“ Und besonders wichtig war Stern die Mahnung: „Kein Land ist immun gegen die Versuchungen solcher pseudo-religiöser repressiver Bewegungen, wie ihnen Deutschland erlag. Die Zerbrechlichkeit der Freiheit ist die einfachste und tiefste Lehre aus meinem Leben und meiner Arbeit.“¹⁹⁵ Zerbrechlich war die Freiheit, weil sie von wirtschaftlicher Macht als Feigenblatt missbraucht und dadurch so sehr diskreditiert wurde, dass sich linke und rechte Antiliberalismen gegen sie erheben konnten.

Der nach 1945 ertönte Ruf „Nie wieder Faschismus“ ist während der Jahrzehnte des Wirtschaftswunders und der modernen Wachstums- und Konsumgesellschaft verhallt und lange Zeit war die Wiederkehr des Faschismus unvorstellbar. Dennoch mahnte der Soziologe Theodor Adorno als einer der führenden Köpfe der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule schon 1967 vor einem noch immer existierenden Bodensatz rechtsextremistischer Ideologien. „Politische Gruppierungen überdauern Systeme und Katastrophen.“ Man dürfe diese „Bewegungen nicht unterschätzen ... wegen ihrer Theorielosigkeit“. Aufgrund der „nach wie vor herrschenden Konzentrationstendenz des Kapitals“ bestünde „die Möglichkeit der permanenten Deklassierung von Schichten“ fort. Ängste vor „sozialen Katastrophen“ könnten deshalb in Krisenzeiten dazu führen, dass rechtsextremistische Ideologien wie mit „merkwürdiger Konstanz“ wieder virulent werden und be-

¹⁹⁵ Fritz Stern (2007), S. 10 und 18 - 20. – Zum Nationalsozialismus vgl. das Kap. 8.6 dieses Buches.

sonders bei „autoritätsgebundenen Persönlichkeiten ... in Wahnsysteme sich steigern“.¹⁹⁶

Zwar hatte die 1968er Studentenbewegung vorläufig deutlich mehr gesellschaftlichen Einfluss als die NPD, die in der damaligen Krise aufkam und bald wieder zurückfiel. Aber spätestens nach dem Niedergang des Sowjetimperiums im Herbst 1989 und auch infolge des Aufstiegs des kommunistischen Chinas zu einer staatskapitalistischen Weltmacht verlor die neue Linke an Überzeugungskraft. Ernüchternd waren schließlich auch die wirtschaftspolitischen Entwicklungen in mehreren Ländern Lateinamerikas, in denen ‚linke‘ Regierungen vorübergehend noch einmal politische Verantwortung übernahmen.

Die große Finanzmarkt-, Staatsschulden- und Eurokrise von 2008, deren Ausmaß nicht geringer war als das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise von 1929¹⁹⁷, und ein zunehmendes Unbehagen an der finanz- und konzernkapitalistisch getriebenen Globalisierung führten nicht nur zu zivilgesellschaftlichen Gegenbewegungen wie ATTAC, sondern auch zu einer Verschiebung der politischen Kräfte von links nach rechts, so dass sich mittlerweile überall in Europa ein Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Bewegungen beobachten lässt.¹⁹⁸ „Keineswegs alle Elemente dieser Ideologie sind“ - worauf Adorno ebenfalls schon hinwies - „einfach unwahr.“ Aber „auch das Wahre tritt dabei in den Dienst einer unwahren Ideologie“ und wird „kombiniert mit Blindheit, ja Abstrusität der Zwecke, die dabei verfolgt werden“.¹⁹⁹

Durch den Volksentscheid in Großbritannien für einen Austritt aus der EU („Brexit“) und den Sieg des rechtspopulistischen Republikaners Donald Trump bei den US-Präsidentenwahlen im November 2016 bekamen diese Bewegungen in Europa wie in Frankreich und Italien, Polen und Ungarn sowie in Russland, in der Türkei und in Brasilien einen gefährlichen Aufwind. Zwar haben sich mit „Syriza“ in Griechenland und „Podemos“ in Spanien auch linke populistische Bewegungen gegen die Übermacht der internationalen Finanzmärkte gestellt; jedoch bestätigte sich im Laufe der seit 2008 schwelenden großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise die historische Erfahrung, dass das Pendel der Politik immer wieder besonders nach rechts in archaische Freund-Feind-Denkmuster ausschlägt, wenn die Freiheit allzu lange nicht mit sozialer Gleichheit einhergeht und nicht gerecht geordnet wird und wenn auch linke Regierungen daran nichts ändern.²⁰⁰

¹⁹⁶ Theodor W. Adorno (1967/2019), S. 10 und 19 (Kapitalkonzentration und soziale Deklassierung, soziale Katastrophen), 22 – 24 (Theorielosigkeit des Faschismus, Konstanz), 25 – 27 (Wahnsysteme), 40 – 41 (autoritätsgebundene Persönlichkeit). – Vgl. hierzu auch Armin Pfahl-Traugher (1998).

¹⁹⁷ Barry Eichengreen & Kenneth O'Rourke (2010).

¹⁹⁸ Julian Bruns & Kathrin Glösel & Natascha Strobl (2015). - Ernst Hillebrand Hrsg. (2015). - Samuel Salzborn (2015).

¹⁹⁹ Theodor W. Adorno (1967/2019), S. 23 und 39.

²⁰⁰ Manuel Funke & Moritz Schularik & Christoph Trebesch (2015).

Nachdem sich Sozialdemokraten und Grüne Jahrzehnte lang in das neoliberale Projekt mit hineinziehen ließen und nachdem linksliberale und linke Kräfte diese Fehlentwicklung mit ihren wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und zerstörerischen Auswirkungen auf die Natur nicht genügend klar analysierten, breiten sich nunmehr rechtspopulistische Pseudoerklärungen für die Krisen, nationalistische Gegenbewegungen und dumpfe Feindbilder aus. Je weiter die entgrenzte neoliberal-kapitalistische Globalisierung der Wirtschaft voranschreitet, Konfliktherde schafft und Fluchtbewegungen auslöst, desto stärker wird die „zerbrechliche Freiheit“ (Fritz Stern) beschädigt und desto mehr treten antieuropäische oder gar menschenverachtende antisemitische und antimuslimische Ressentiments an die Stelle von Analysen der sozialen Ungleichheit in Deutschland, Europa und der Welt.²⁰¹

Die Behauptung der früheren britischen Premierministerin Margret Thatcher, dass es zur neoliberalen Globalisierung keine Alternative gebe („There is no alternative“, TINA), richtete sich ursprünglich gegen die linksliberale und linke Globalisierungskritik. Mittlerweile ist eine ganz andere ‚Alternative‘ in Gestalt der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), der fremdenfeindlichen Pegida-Bewegung und anderer rechtsextremistischer Gruppierungen wie den „Reichsbürgern“ und „Identitären“ entstanden. Zunächst als eurokritische Partei gestartet, weiteten sich die AfD und ihre Netzwerke als Reaktion auf die Aufnahme mehrerer Hunderttausender Geflüchteter in Deutschland in bislang unvorstellbare Dimensionen aus. Bei Wahlen konnte die AfD hohe zweistellige Erfolge erringen und die bröckelnden Volksparteien in Bedrängnis bringen. Und nahezu durch die ganze Zeit seit der friedlichen Wende vom Herbst 1989 zieht sich eine erschreckende Blutspur von dem Mord an dem aus Angola stammenden Arbeiter Amadeu Antonio in Eberswalde über die Opfer der NSU-Verbrechen bis hin zum Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie von brennenden Asyl- und Flüchtlingsunterkünften in Hoyerswerda, Rostock, Solingen und Mölln bis hin zu antisemitischen und fremdenfeindlichen Brandanschlägen wie in Chemnitz, Halle und Hanau.²⁰²

Die schon seit Jahren gestiegene Politikverdrossenheit erleichtert es der AfD, sich als Widerstand gegen abgehobene Eliten und als „echte politische Alternative“ darzustellen, die „in der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989“ stehe. An die Französische Revolution von 1789 knüpft sie nicht an – wohl weil sie

²⁰¹ Oliver Decker & Johannes Kiess & Elmar Brähler (2010) und dies. (2016). – Matthias Quent (2019a) und (2019b), S. 20 – 25.

²⁰² Frank Decker (2015), S. 27 - 32. - Hans Vorländer & Maik Herold & Steven Schäller (2016). – Matthias Quent (2019c). – Fabian Virchow (2019). -Vgl. die Internetseite der Amadeu-Antonio-Stiftung <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/> und außerdem Cornelia Koppetsch (2019) sowie Interviews mit Cornelia Koppetsch im Deutschlandfunk am 6. Juli 2019 (https://www.deutschlandfunkkultur.de/soziologin-cornelia-koppetsch-wer-waehlt-afd-und-warum.990.de.html?dram:article_id=453189) und in der taz vom 7./8. September 2019 (<https://taz.de/Soziologin-ueber-AnhaengerInnen-der-AfD/!5621497/>) (Zugriffe am 24.3.2020).

keine deutsche Revolution war. Um sich einen demokratischen Anstrich zu geben, tritt die AfD nach schweizerischem Vorbild für eine direkte Demokratie mit Volksbegehren und Volksabstimmungen ein und verspricht, die Macht von Parteien und Lobbyisten begrenzen zu wollen. Die Volkssouveränität sei spätestens durch die Verträge von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007) zu einer Fiktion geworden. Deshalb verlangt die AfD, „das Experiment Euro geordnet zu beenden“ (im Wege einer Volksabstimmung) und „die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten“.²⁰³

Sodann will die AfD „an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen“, die Deutschland in der frühen Nachkriegszeit „zu seinem Wirtschaftswunder und dann zu seinem jahrzehntelangen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichem Erfolg geführt haben“. Ungeachtet der Tatsache, dass die politische Souveränität der Menschen und Völker schon seit den Anfängen des modernen Kapitalismus durch die wirtschaftliche Souveränität des Geldes sowie durch privilegierte Zugänge zum Boden und zu den Ressourcen ausgehöhlt war, verklärt die AfD die Jahrzehnte vor der Einführung des Euro als eine DM-Erfolgsgeschichte, obwohl sie von zahlreichen wirtschaftlichen Krisen durchzogen waren. Als Wolf im Schafspelz gibt sie sich den Anschein einer „Partei der sozialen Marktwirtschaft“ und vereinnahmt eine „Ordnungsethik“ für sich, „wie sie von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke entwickelt und von Ludwig Erhard umgesetzt wurde“, was die meisten Ordoliberalen wohl kaum widerspruchslös hingenommen hätten. Zudem ignoriert die AfD die beträchtlichen Unterschiede zwischen ihnen. Und sie ignoriert auch den Umstand, dass die Ordoliberalen allesamt die wettbewerbsverzerrende strukturelle Macht des kapitalistischen Geldes und die ebenfalls marktverfälschenden Privilegien beim Zugang zum Boden und zu den Ressourcen vollständig übersehen haben.²⁰⁴

Im Hinblick auf die aktuelle Diskussion über eine Abschaffung des gewiss erhaltenswerten Bargeldes verteidigt die AfD bezeichnenderweise nicht dessen unersetzliche Funktion als Tauschmittel und Recheneinheit, sondern sie wendet sich bezeichnender Weise dagegen, dass im Falle einer Abschaffung des Bargeldes „die Rolle des Geldes als unantastbarer Wertspeicher massiv eingeschränkt“ würde. Und in ihrer Großen Anfrage an die deutsche Bundesregierung „De-facto-Besteuerung und -Entwertung von Bargeld“ vom 13. Mai 2019 attackierte die AfD ausdrücklich das IWF-Working Paper von Ruchir Agarwal & Signe Krogstrup mit Überlegungen über eine noch weitere Absenkung der Negativzinsen. Dabei vermischte sie ihre Ablehnung einer Abschaffung des Bargeldes mit der gängigen Verteufelung von Negativzinsen als Betrug an den Sparern. Auch in der

²⁰³ Alternative für Deutschland (2016), S. 11 - 12 (bürgerliche Revolutionen), 14 (europäische Verträge), 16 (direkte Demokratie) und 20 - 25 (Parteien und Lobbyismus), 30 und 35 (Euro beenden und EU auflösen).

²⁰⁴ Alternative für Deutschland (2016), S. 14 (Wirtschaftswunder), 41 (Partei der sozialen Marktwirtschaft), 132 - 133 (Ordnungsethik).

rechtskonservativen Zeitung „Junge Freiheit“ gilt eine Welt mit negativen Zinsen als eine „surreale Welt“. Für Bruno Bandulet sind Negativzinsen „ein seltsamer Begriff – so als ob sich der Tod als negatives Leben bezeichnen ließe. ... So etwas ... kam ... in der 4.000 Jahre alten Zinsgeschichte noch nie vor.“ Normal sei es, dass ein vorläufiger Verzicht auf Konsum mit Zinsen belohnt werde.²⁰⁵

Und während die AfD vorgibt, „jegliche Form der Bodenspekulation“ mit landwirtschaftlichen Flächen „durch international tätige Konzerne“ unterbinden zu wollen, verwahrt sie sich zugleich gegen ein „unmäßiges Anheben von Grundsteuer und Grunderwerbssteuer“. In der Debatte um eine Reform der Grundsteuer trat der AfD-Bundestagsabgeordnete Kay Gottschalk gar für eine völlige Abschaffung der Grundsteuer ein.²⁰⁶

Ähnlich wie die NPD gibt sich auch die AfD betont mittelstandsfreundlich und - nur verbal - konzernkritisch. Aber ihr Programm enthält nicht den Hauch eines Verständnisses der Ursachen der Konzentration von marktbeherrschender wirtschaftlicher Macht in multinationalen ‚vaterlandslosen‘ Konzernen. Für den „freien Wettbewerb“ solle „es gleiche und eindeutige Regeln für alle Marktteilnehmer unabhängig von deren Größe oder Rechtsform“ geben. „Und staatliche Eingriffe - zum Beispiel um Monopole zu verhindern und Marktversagen entgegenzuwirken - sind auf das notwendige Minimum zu begrenzen.“ Zugleich fordert die AfD ganz im Sinne des Neoliberalismus eine „innovations- und technologiefördernde Politik“, um den „Hochtechnologie- und Medizintechnikstandort Deutschland“ international wettbewerbsfähig zu machen. Um die „Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unseres Landes“ zu steigern, legt die AfD besonderen Wert auf die mathematische und naturwissenschaftlich-technische Bildung. Zwar gibt sie vor, die „Abhängigkeit unserer Nahrungsmittelversorgung von wenigen multinationalen Großkonzernen verringern“ zu wollen, aber zugleich „öffnet die sich der Forschung und Entwicklung im Bereich der Gentechnik“. Zu alledem passen auch ihr Gerede von einer „aktivierenden Grundsicherung“ und ihre Absicht, „die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer abzuschaffen“.²⁰⁷ Als vermeintliche Anwältin der kleinen abgehängten Leute vertritt die AfD in Wirklichkeit die Interessen von Privilegierten und verfestigt damit die soziale Spaltung.

Mit einem demokratisch-marktwirtschaftlichen Schein ummäntelt die AfD auch ihre den Interessen der großen Energie- und Autokonzerne dienende Energie- und

²⁰⁵ Alternative für Deutschland (2016), S. 151 (Geld als Wertspeicher). – AfD (2019). – Ruchir Agarwal & Signe Krogstrup (2019). – Bruno Bandulet (2019).

²⁰⁶ Alternative für Deutschland (2016), S. 174 (Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen) und 186 (Grundsteuer). – Zur Position des AfD-Bundestagsabgeordneten Kay Gottschalk vgl. Hans-Jürgen Leersch (2019), S. 8. Kay Gottschalk gehörte auch zu denjenigen Mitgliedern der AfD-Fraktion, die die Anfrage zu negativen Zinsen an den deutschen Bundestag stellten; vgl. AfD (2019) in Anm. 205.

²⁰⁷ Alternative für Deutschland (2016), S. 72 (aktivierende Grundsicherung), 104 (mathematische und naturwissenschaftlich-technische Bildung), 133 (Monopole), 135 (Technologiepolitik), 137 (Mittelstand) und 148 (Vermögens- und Erbschaftssteuer) und 172 (Hochtechnologiestandort) - 173 (Gentechnik). – Zur Wirtschaftsprogrammatische der NPD vgl. Werner Onken (2007c).

Verkehrspolitik. Sie präferiert die Energiegewinnung aus Erdgas, Erdöl und Kohle gegenüber erneuerbaren Energien, kritisiert sogar die „überhasteten Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft von 2002 und 2011“ und fordert eine „Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke“. „Radioaktive Reststoffe“ könnten an „gesicherten Orten“ gelagert werden und das Fracking berge zwar Risiken, aber es eröffne „auch neue Möglichkeiten der Energieversorgung“. Die Befürchtung einer Aufheizung des Weltklimas hält die AfD für unbegründet und sie denkt auch nicht an einen sparsameren Umgang mit Energie und Ressourcen - im Gegenteil, sie beklagt sogar noch, dass „Autofahrer auf Deutschlands Straßen durch immer mehr und nicht nachvollziehbare Geschwindigkeitsbegrenzungen behindert“ werden, und fordert „Freie Fahrt für freie Bürger“.²⁰⁸

Der Glaube an den technischen Fortschritt geht bei der AfD mit einem rückschrittlichen patriarchalischen Familienbild einher. Vor allem verabscheut sie „die vom ‚Gender-Mainstreaming‘ propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen“ und die Geringschätzung derjenigen Frauen, die „nur“ Hausfrauen und Mütter sind. „Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen.“²⁰⁹

Das Eintreten der AfD für eine Rückkehr zur patriarchalischen Geschlechterhierarchie ist Teil ihrer „aktivierenden Familienpolitik“, mit der sie „eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung“ erreichen will. Auf den demografischen Wandel reagiert sie mit der fremdenfeindlichen Parole „mehr Kinder statt Masseneinwanderung ... hauptsächlich aus islamischen Staaten“. Der ihr verhassten „Ideologie des Multikulturalismus“ und insbesondere der Zuwanderung aus islamischen Ländern stellt sie eine „deutsche Leitkultur“ entgegen, die für sie aus der „religiösen Überlieferung des Christentums“ sowie aus der in Renaissance und Aufklärung verwurzelten „wissenschaftlich-humanistischen Tradition“ bestehe. Dabei verdrängt die AfD zum einen, dass nicht nur das Christentum, sondern auch das Judentum und der Islam wesentlich zu den Grundlagen der sog. Abendländischen Zivilisation beigetragen haben. Zum Kern aller drei Religionen gehört, nebenbei bemerkt, die Bereitschaft, Fremde nicht auszunutzen (2. Mose 22.20). Und vor Christus handeln diejenigen gerecht, zu denen er sagen kann: „Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen.“ (Matthäus 25.35) Zum anderen blendet die AfD die Tatsache aus, dass der moderne Kapitalismus die kulturschöpferischen Kräfte aller drei (und anderer) Religionen ausgehöhlt und *alle* Menschen zutiefst in ihrer Würde beschädigt hat - u.a. in der arabischen Welt, aus der das Öl für den westlichen Lebensstandard und für die von der AfD geforderte „Freie Fahrt für freie Bürger“ und auch viele Geflüchtete kommen.²¹⁰

²⁰⁸ Alternative für Deutschland (2016), S. 156 - 164 („Schluss mit der ‚Klimaschutzpolitik‘“ und mit dem EEG, überhasteter Atomausstieg und Fracking) und 183 (Automobilität).

²⁰⁹ Alternative für Deutschland (2016), S. 80 - 87, 103 und 107 - 109 (patriarchalisches Familienbild).

²¹⁰ Alternative für Deutschland (2016), S. 81 - 82 (aktivierende Familienpolitik gegen Masseneinwanderung) und 92 (deutsche Leitkultur). - Vgl. auch Michael Lüders (2015).

Diese für Krisenzeiten typische, sich auf archaische Familien- und Volkszugehörigkeiten, auf Heimat und Traditionen sowie auf Geschichtsrevisionismus und Verschwörungsphantasien²¹¹ verengende Weltsicht der AfD und auch der NPD ebenso wie des französischen Front National und rechtspopulistischer Parteien in anderen Ländern zeigt sich auch im sog. Ethnopluralismus, der Fremde nur ‚respektiert‘, solange sie – wie in einem Zoo durch Grenzzäune voneinander getrennt – sich von ‚unserem‘ Revier fernhalten und in ‚ihren‘ jeweiligen Herkunftsländern bleiben. Dabei werden das gemeinsame Menschsein *aller* Menschen und der Umstand ausgeblendet, dass die ungerechten und unfriedlichen Strukturen der kapitalistischen Weltwirtschaft *allen* auf dieser Erde lebenden Menschen materiell-seelisch-geistige Wunden zufügen. In allen Ländern, besonders in Kriegsgebieten außerhalb Europas und Nordamerikas, sind viele von ihnen so großen existenziellen Nöten ausgesetzt, dass ihnen nur der schwere Entschluss zur Flucht bleibt.

Der solchermaßen beschränkten Weltsicht der AfD entspringt auch ihre Forderung, den Waffenbesitz von Bürgern nicht einzuschränken. Will sie damit das Treiben von sog. „Bürgerwehren“, „Reichsbürgern“ und anderen gewaltbereiten Rechtsextremisten begünstigen?²¹² Schließlich will sie den Schutz der Staatsgrenzen verstärken, im Hinblick auf „deutsche Sicherheitsinteressen“ die Bundeswehr durch eine Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht stärken, das Grundrecht auf die Kriegsdienstverweigerung auf nicht näher definierte Ausnahmefälle beschränken und die „unverzichtbaren nationalen wehrtechnischen Fähigkeiten“ durch moderne Rüstungstechnologien steigern²¹³ – während gleichzeitig Menschen aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten vor Hunger, Gewalt und Kriegen flüchten und obendrein auf der Flucht oftmals im Mittelmeer ertrinken oder schon in der Sahara ums Leben kommen! Bewundernswert ist darum die von Menschen wie der Kapitänin Carola Rackete mit ihrer Crew und von Hilfsorganisationen wie „Sea-Watch“ gezeigte Zivilcourage bei der Rettung von Menschenleben.²¹⁴

Die Auffassung der AfD, dass eine „großzügige Asylgewährung“ zu einer „rasanten unaufhaltsamen Besiedelung Europas, insbesondere Deutschlands, durch Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen“ führe, erinnert in fataler Weise

²¹¹ Vgl. hierzu Richard Stöss (2010) und Samuel Salzborn (2015).

²¹² Zu den Reichsbürgern vgl. Katja Riha & Clemens Riha (2017). – Was für erschütternd widerwärtige Formen die rechtsextreme Propaganda mittlerweile annimmt, zeigt beispielhaft der Bericht „Nazi-Propaganda bei Daimler-Mitarbeitern“ im politischen Magazin „Report Mainz“ im Juli 2019; aber der Website <https://www.youtube.com/watch?v=4sxLKmyZhVA> (Zugriff: 31.7.2019).

²¹³ Alternative für Deutschland (2016), S. 51 (privater Waffenbesitz), 53 (Grenzschutz), 59 – 63 (Militärpolitik).

²¹⁴ Vgl. die ARTE-Dokumentation „Türsteher Europas – Wie Afrika Flüchtlinge stoppen soll (2018); auf der Website <https://www.youtube.com/watch?v=jDuLeGG43YU> (Zugriff: 20.5.2019). – Carola Rackete (2019), besonders S. 32 – 35 und 39 – 42.

an die NS-Ideologie vom „Volk ohne Raum“.²¹⁵ Sie verkennt sowohl die Rolle des sog. ‚christlichen Abendlandes‘ bei der Entstehung von Fluchtursachen in anderen Teilen der Welt als auch die dringende Notwendigkeit der Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung einschließlich der Verunmöglichung einer Auswanderung von Kapital in Billiglohnländer und Steueroasen. Davon ist bei der AfD jedoch keine Rede. Sie will sogar das „Steuer- wie auch das Bankgeheimnis“ vollumfänglich wiederherstellen. Hinsichtlich einer Bekämpfung von Fluchtursachen, „die für die westliche Wirtschaft zunächst Nachteile mit sich bringen könnte“ (!), reichen Vorstellungen der AfD nur bis zu einem „Exportstopp für hochsubventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Afrika“. Und das Asylrecht will sie im Sinne einer „gesteuerten Einwanderung“ auf höher qualifizierte Zuwanderer beschränken, d.h. eine von wirtschaftlichen Interessen bestimmte Selektion betreiben.²¹⁶

Das Programm der AfD enthält keinen einzigen klar durchdachten Programmpunkt, sondern es ist ein Gebräu aus neoliberaler Ideologie, aus frauen- und fremdenfeindlichen Ressentiments und aus „antiaufklärerischen Weltdeutungsansätzen“ (Samuel Salzborn²¹⁷). Unter dem Dach ihrer Programmatik sammeln sich im Übrigen nicht nur Rechtskonservative, sondern unzählige Rechtsextremisten und ihre vielfältigen Netzwerke, deren Leitfigur der aus Hessen nach Thüringen ‚migrierte‘ Björn Höcke geworden ist und die Unmengen von Hass und Hetze in den sog. Sozialen Medien verbreiten. Diese Netzwerke reichen bis in die Polizei und in die Bundeswehr, wo hochrangige Sicherheitskräfte schon einen Staatsstreich am Tag X vorbereiten.²¹⁸

Statt auf die Unterminierung der Rechtsstaaten und der EU, besonders ihrer Agrarpolitik, durch wirtschaftliche Macht mit der Forderung nach einer Zurückdrängung der Macht zugunsten einer Stärkung des Rechts zu reagieren, strebt die AfD lediglich nach einer Stärkung der *Nationalstaaten*. Die rechtspopulistischen bzw. rechtsextremistischen Ideologien in Deutschland²¹⁹ und zahlreichen anderen Ländern sind gleichsam ein Spiegelbild der strukturellen Schizophrenie der real existierenden ‚Normalität‘ und sie sind längst nicht mehr nur an den Rändern

²¹⁵ Alternative für Deutschland (2016), S. 117 (unaufhaltsame Zuwanderung aus anderen Teilen der Welt). – Zur NS-Programmatik vgl. das Kap. 8.6.2 im vorliegenden Buch. – Vgl. hierzu auch die Vorstellungen der rechtsextremen Partei „Der Dritte Weg“ von einer „raumgebundenen Wirtschaft“; auf der Website http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/63/Zehn_Punkte_Programm.html (Zugriff: 12.11.2016).

²¹⁶ Alternative für Deutschland (2016), S. 116 – 123 (Zuwanderung aus anderen Weltteilen) und 149 (Steuer- und Bankgeheimnis).

²¹⁷ Samuel Salzborn (2016), S. 94. – Zum 144-Punkte-Programm des französischen Front National vgl. Nikos Tsermias (2017) und Christoph Titz (2017).

²¹⁸ Vgl. hierzu Michael Würz (2019) und die ZDF-Dokumentation „Angriff von innen – Die Umsturzpläne rechtsextremistischer Sicherheitskräfte“ von Dirk Laabs auf der Website <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-angriff-von-innen-100.html> (Zugriff: 15.4.2020).

²¹⁹ Vgl. zur gesamten Neuen Rechten auch Andreas Speit Hrsg. (2018) sowie Andreas Speit & Andrea Röpke (2019).

der Gesellschaft anzutreffen, sondern in alle Bevölkerungsschichten vorgedrungen. Diese Ideologien sind ein äußeres, um nicht zu sagen oberflächliches und vielleicht auch hilfloses Symptom für die innere Unordnung des Denkens in der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft. Mit ihrem angeblich „intelligenten Protektionismus“ bis hin zur Autarkie und zum Bau von Mauern ändern diese Ideologien nichts an den falschen wirtschaftlichen Grundstrukturen und sie zementieren darin nur die soziale Ungleichheit.

Die ‚Normalität‘ der kapitalistischen „Hyperglobalisierung“ (Peter Ulrich²²⁰) wird auch nicht dadurch erhaltenswerter, dass sie nach dem Abklingen der linken Globalisierungskritik an TTIP, CETA & Co. nunmehr immer stärker von rechts bekämpft wird. In Anbetracht der um sich greifenden Tendenzen zur protektionistischen Abschottung von *National*staaten ist es zweifellos notwendig, inmitten der falschen Verhältnisse realpolitische Vorkehrungen zum Schutz der Gesellschaft vor jeglichem Extremismus zu treffen. Jedoch kann dieser Schutz durch Aufklärung über rechte Ideologien und Aussteigerprogramme erst dann wirklich erfolgreich werden, wenn dem Extremismus jeglicher Couleur der Nährboden durch eine Transformation der kapitalistisch überdrehten Globalisierung in eine stärker regionalisierte und zugleich frei und offen bleibende, aber gerecht geordnete Weltwirtschaft entzogen wird, wenn also die „zerbrechliche Freiheit“ (Fritz Stern) gefestigt wird, indem sie innerhalb der Länder und weltweit in eine gerechte Rahmenordnung einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ eingebettet wird.

²²⁰ Peter Ulrich (2016).

Teil 13

Realutopische Umriss einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Ausblicke und Forschungsfragen

13 Realutopische Umriss einer dezentralisierten Marktwirtschaft ohne Kapitalismus - Ausblicke und Forschungsfragen

Der Irrtum der klassischen Ökonomie, dass die drei Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital gleichermaßen legitime Ansprüche auf ‚ihre‘ Anteile am Sozialprodukt in Gestalt der privaten Bodenrente, des Arbeitslohns und des Kapitalzinses haben - Adam Smith nannte sie die drei „originären Einkommensquellen“¹ - , und der Umstand, dass dieser Irrtum durch die ganze weitere Entwicklung der ökonomischen Theorien mitgeschleppt und nie wirklich behoben wurde, machten die Entwicklung der feudalen zu einer bürgerlichen Gesellschaft von geschwisterlich verbundenen Freien und Gleichen innerhalb einer rechtsstaatlich garantierten freiheitlichen und gerechten Ordnung der Märkte unmöglich. Die mit dem privaten Eigentum am Boden bzw. mit der privaten Vereinnahmung der Bodenrente sowie mit der privaten Verfügungsgewalt über konzentriertes Geld- und Realkapital verbundenen Privilegien brachten die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in Westeuropa während der ersten Moderne auf Abwege der monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft mit unzähligen sozialen Verwerfungen und mehr oder weniger schweren Krisen. Nachdem die alte Feudalgesellschaft in Russland nach einem nur kurzen bürgerlichen Zwischenstadium nahezu auf direktem Weg in eine kommunistische Diktatur übergegangen war, führte die große Weltwirtschaftskrise von 1929 in Deutschland zu einem Absturz der Weimarer Demokratie in die Barbarei der nationalsozialistischen Diktatur, deren Rassenwahn einen grauenhaften Zivilisationsbruch und den Zweiten Weltkrieg mit einem unermesslichen Leid für Millionen von Menschen nach sich zog.

Statt nach Auschwitz und Hiroshima eine von Privilegien freie, gerechte Ordnung der menschlichen Gesellschaften aufzubauen und in der Wirtschaft gewissermaßen Raum (Boden, Ressourcen und Atmosphäre) & Zeit (Geld) als Grundlage für eine zweite Moderne neu zu ordnen, wurden schon während des Zweiten Weltkriegs bei der Konferenz des Völkerbunds in Bretton Woods und danach im Westen die Weichen in die falsche Richtung einer Restauration der alten ungerechten Strukturen gestellt. Bis zur friedlichen Revolution im Herbst 1989 befanden sie sich im Kalten Krieg mit dem kommunistischen Sowjetimperium - begleitet von unzähligen kleineren oder größeren (Stellvertreter-)Kriegen in Ländern des globalen Südens, von wirtschaftlichen und sozialen Krisen sowie von gigantischen Naturzerstörungen. Alle Bestrebungen, diesem Teufelskreis von sozialen und ökologischen Krisen und militärischen Konfrontationen zu entrinnen, blieben bislang aussichtslose Versuche, die sozialen und ökologischen Konflikte zu entschärfen, ohne zugleich jene wirtschaftlichen Privilegien abzubauen, die eine strukturelle

¹ Adam Smith (1776/1987), S. 211 - 213 und 514.

² Siehe die Grafiken von Frederic Vester im Kap. 12.2 dieses Buches auf der S. 7 und 12.

Gewalt in die Wirtschaft hineinragen. Diese Privilegien vertiefen die Kluft zwischen Reichtum und Armut und sie schaffen immer wieder auf's Neue einen Nährboden für Demokratieabbau und Populismus sowie für kriegerische und terroristische Gewaltausbrüche.

Angesichts leidvoller Erfahrungen mit totalitären Herrschaftsformen und Kriegen sowie anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrisen während der letzten Jahrzehnte der neoliberalen Globalisierung lässt sich nicht länger verdrängen, dass die Suche nach einem Ausweg aus der multiplen Gesamtkrise der globalen Ökonomie nur dann aussichtsreich sein kann, wenn sie von einem gesamtgesellschaftlichen Konsens getragen wird, allen auf dieser Erde lebenden Menschen zu einer *gleichen* Teilhabe an den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zu verhelfen.

Im Zeitalter der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft haben Menschen mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten ihr eigenes Zusammenleben und das Gesicht des Planeten Erde so tiefgreifend verändert, dass viele Wissenschaftler seit einiger Zeit vom „Anthropozän“ als jüngster Epoche in der Erdgeschichte sprechen, in der der Mensch selbst Neues hervorbringt. Statt sich jedoch mit langen Debatten über die Frage aufzuhalten, wo genau auf der geologischen Zeitleiste der Beginn des „Anthropozäns“ zu datieren sei, wäre es notwendiger, sich der bereits von Frederic Vester gegen Ende der 1980er Jahre grafisch veranschaulichten Tatsache bewusst zu werden, dass sich die Menschengemeinschaft gegenwärtig in einer besonderen Entscheidungssituation befindet und dass sie im Interesse ihres eigenen Überlebens die Richtung ihrer weiteren Entwicklung ändern muss.² Sie steht also vor ihrer bislang wohl größten historischen Aufgabe, ihre alte selbstzerstörerische soziale Unordnung auf gewaltlosen und demokratischen Wegen in eine neue sowohl freiheitliche und gerechte als auch naturverträgliche Rechtsordnung zu transformieren, die

- a) die auf der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital beruhende Überdimensionierung von Unternehmen, Produktionsmengen und Lieferketten durch eine Dezentralisierung von Kapital mit einer breiten Vielfalt von kleineren und mittleren Unternehmen ersetzt und die es damit zugleich ermöglicht,
- b) die während der letzten ca. 200 Jahre eingetretene rasante Zunahme der Auswirkungen ihres wirtschaftlichen Handelns auf die Natur im Sinne eines „Post-anthropozäns“ zu begrenzen und nach und nach zu verringern.

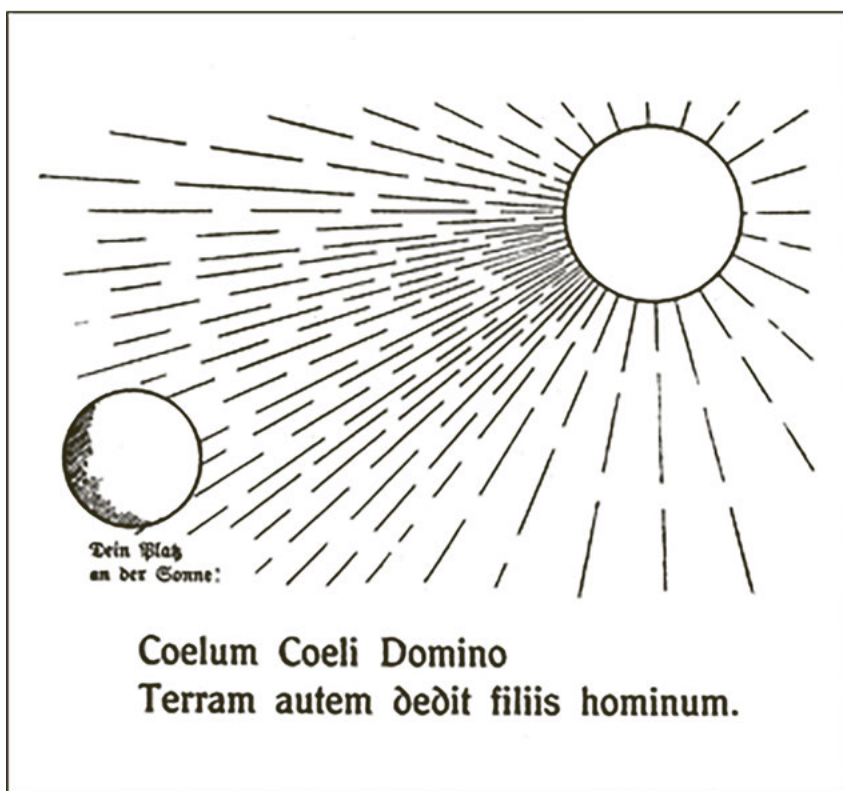
Die alternativökonomischen Denkansätze, die es hierzu schon seit über 100 Jahren gibt, blieben tragischer Weise bislang im Schatten der großen Orthodoxien in der Ökonomie und Soziologie. Sie wurden allenfalls beiläufig gestreift, ohne dass sie zum Gegenstand systematischer Forschungen gemacht worden wären. Der menschliche Forschergeist drang tief in die Rätsel des Mikrokosmos und des Makrokosmos vor und Menschen setzten ihren Fuß auf den Mond, aber ihr Forschen über eine freiheitliche, gerechte und naturverträgliche Ordnung ihres Zusammenlebens auf der Erde steckt immer noch in seinen ersten Anfängen. Dabei wäre es

² Siehe die Grafiken von Frederic Vester im Kap. 12.2 dieses Buches auf der S. 7 und 12.

dringend notwendig, die nachfolgend noch einmal zusammenfassend umrissene Realutopie einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschungen zu machen und Antworten auf die mit ihrer praktischen Verwirklichung verbundenen, bislang noch ungeklärten theoretischen Fragen zu suchen.

13.1 „Punkt eins aller Menschenrechte“: Eine gleiche Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Lebensgrundlagen

Oberstes Leitmotiv bei der Inangriffnahme dieser außergewöhnlichen historischen Aufgabe sollte ein, was Silvio Gesell stellvertretend für die frühere Bodenrechtsreformbewegung zum „Punkt eins aller Menschenrechte“ erhob und auch mit einer Zeichnung veranschaulichte:



„Coelum Coeli Domino. Terram autem dedit filiis hominum.“

(übers.: „Der Himmel ist der Himmel des Herrn.

Die Erde aber gab Er den Menschen.“ Ps. 115,16)

aus: Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Lütjenburg 1920/1991a, S. 53.

„Die Erde gab Er den Menschenkindern.“ Er gab die Erde nicht den Amerikanern und den Mongolen; den Menschen, der Menschheit, auch den Schreibunkundigen gab Er sie. ... Alle Menschen, jeder einzelne Mensch hat auf den Boden, den ganzen Erdball die gleichen unveräußerlichen Rechte. Und jede Einschränkung dieses Unrechts bedeutet Gewalt, bedeutet Krieg. ... Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen - ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. ... Wir sind alle Altangesessene dieser Erde. ... Den Schwarzen, den Roten, den Gelben, den Weißen, allen ohne Ausnahme gehört die Erde ungeteilt. ... Die ganze Erdkugel, so wie sie da im prächtigen Flug um die Sonne kreist, ist ein Teil, ein Organ des Menschen, jedes einzelnen Menschen.“³

13.1.1 „Die Erde als Gemeinschaftsgut aller Menschen und die Menschheit als Gutsgemeinschaft“ (Fritz Andres)

Wie kein anderer hat der Jurist Fritz Andres (1946-2019) ausgehend von dieser Außenperspektive auf die Erde und die Menschheit Friedrich Schillers Gedicht „Die Teilung der Erde“ und Leo Tolstois Frage „Wie viel Erde braucht der Mensch?“ aufgegriffen und die Grundgedanken der Bodenrechtsreform im Sinne von John Stuart Mill, Henry George und Silvio Gesell weitergedacht. Dem Verständnis des Lebens als unverdientes Geschenk an alle Menschen widerspricht es ihm zufolge, dass nach den Worten, die der Göttervater Zeus in Schillers Gedicht an den Poeten richtete, „die Welt weggegeben (ist)“. Zeus hatte den Menschen „von seinen Höhen“ zugerufen: „Nehmt hin die Welt! Sie soll euer sein. Euch schenk ich sie zum Erb und ew'gen Lehen; doch teilt euch brüderlich darein.“ Der Poet hatte diese Worte nicht vernommen und kam zu spät, „nachdem die Teilung längst geschehen“ und „alles seinen Herrn“ hatte. Die Menschen hatten also die natürlichen Lebensgrundlagen nicht geschwisterlich miteinander geteilt und auch nicht an später Kommende gedacht, sondern sich den Boden und seine Schätze durch gewaltsame Okkupation, Kauf oder Erbschaft privat angeeignet und staatliche Hoheitsrechte über die Ressourcen beansprucht. Für nachfolgende Generationen bedeutete dies nach Auffassung von Andres zwangsläufig, dass „diejenigen, die nichts erben ... , darauf angewiesen (sind), dass ihnen irgendjemand gestattet, auf der Erde Fuß zu fassen, was meist nur gegen Entgelt geschieht. Sie müssen also Eintritt zahlen, um überhaupt hier ankommen und bleiben zu dürfen“. Obwohl ihnen das Leben geschenkt wurde, müssen sie für ihr Dasein einen regelmäßigen Tribut an Privilegierte entrichten. „Diesen Eintritt müssen die Eltern für sie bezahlen, z.B. im Bodenanteil einer höheren Miete, die sie für eine größere Wohnung

³ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 53 (Zeichnung „Dein Platz an der Sonne“, die noch besser hätte heißen können: „Unser aller Platz an der Sonne“), 64 - 65 („Die Erde gab Er den Menschenkindern.“, Krieg), 72 (Erdkugel für alle Menschen) und 99 - 101 (allen gehört die Erde ungeteilt, Erde als Organ jedes Menschen).

aufwenden müssen. ... Manche kommen auch später im Laufe ihres Lebens nicht zu Boden. Sie müssen für ihr Recht, auf der Erde zu leben, lebenslanglich zahlen, d.h. einen Teil ihres Arbeitsertrags an die Bodenbesitzer abführen. Sie bleiben also ihr Leben lang tributpflichtig und damit eigentlich Fremde auf der Erde. ... Unsere Bodenordnung billigt dem Menschen kein ursprünglich-eigenes, ihm kraft seines Daseins zustehendes Zugangs- und Teilhaberecht am Boden“ und den natürlichen Lebensgrundlagen „zu, sondern nur ein Eigentum, das er von anderen Menschen auf dem einen oder anderen Wege *erwerben* muss. Eine Bodenordnung, die auf solchen abgeleiteten Rechten beruht, bei der also das Recht, die Erde zu betreten, von der Erlaubnis derer abhängt, die schon da sind, eine solche Bodenordnung prägt die ganze Gesellschaft. Die Früheren“ bzw. die Boden besitzenden Teile von ihnen „haben durch sie den Vorrang vor den Späteren. Bodeneigentum ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Vor-Recht, ein Privileg.“⁴ Durch die private Aneignung der Bodenrente durch jenen Teil der Menschen, die über den Boden und die Ressourcen verfügen, wird die Würde *aller* Menschen strukturell angetastet und verletzt - die Würde der Besitzlosen, die Eintritt für das Leben auf der Erde zahlen müssen und dadurch erniedrigt werden, aber auch die Würde der Besitzenden, die diese Eintrittsgelder privat vereinnahmen und dadurch erhöht werden. Indem das geltende Bodenrecht in der Vergangenheit entstandene Privilegien sanktioniert, engt sie die Lebenschancen der gegenwärtigen und auch schon der zukünftigen Generationen ein. „Eine Privilegienordnung, wie sie durch das kapitalisierte Bodeneigentum etabliert wird, schließt die später Hinzukommenden (die Kinder und die Fremden, aber auch die neuen Fähigkeiten und Bedürfnisse) prinzipiell aus bzw. macht sie tributpflichtig.“⁵

Die strukturelle Unterschiedlichkeit des Zugangs der Menschen zu den natürlichen Lebensgrundlagen und der Teilhabe an ihnen war für Andres der tiefere Grund für eine allgemeine „Entfremdung des Menschen von der Erde, die ... überwunden werden muss“, weil sie die Menschen in Privilegierte und Nichtprivilegierte spaltet und die Erde zum Zankapfel zwischen ihnen macht, statt dass sie sie alle als ihre gemeinschaftliche Lebensgrundlage betrachten und jedem einzelnen Menschen einen gleichen Zugang zu bzw. eine gleiche Teilhabe an diesem „Platz an der Sonne“ zugestehen. „Wir brauchen ein ursprünglich eigenes Zugangs- und Teilhaberecht jedes einzelnen Menschen an der ganzen Erde, das ihm mit seinem Dasein vom ersten bis zum letzten Atemzug ohne wenn und aber zusteht.“ Jeder Frau und jedem Mann, jedem Kind und jedem Alten steht unabhängig von ihrer/seiner Hautfarbe, Religion und gesundheitlichen Verfassung nicht nur ein Recht auf einen eigenen Körper zu, sondern auch ein ebensolches bedingungsloses und unveräußerliches „für alle gleiches Menschenrecht“ auf einen gleichen Zugang zur

⁴ Fritz Andres (2001/2020a), S. 84 – 129, hier: S. 85 (Schillers Gedicht und seine Bedeutung für die Gegenwart). - Leo Tolstoi sympathisierte explizit mit den Bodenrechtsreformvorschlägen von Henry George; vgl. Leo Tolstoi (1974), S. 551 - 553, 583 und 643 - 647. Vgl. hierzu Werner Onken (2010), S. 74 - 78.

⁵ Fritz Andres (2001/2020a), S. 103 (Privilegien vs. Kinder und Fremde).

Erde und zu einer gleichen Teilhabe am Boden und an den Ressourcen. „Die Erde ist für unsere Existenz so notwendig wie unser Leib selbst. Was wir daher brauchen, ist eine Boden- und Umweltordnung, die uns kraft unseres Daseins ein Teilhaberecht an der ganzen Erde als unserer Lebensgrundlage zuspricht.“⁶ Sie hätte sicherzustellen, dass die ganze Erde in Zukunft als gemeinschaftliches Gut aller Menschen einschließlich zukünftiger Generationen behandelt wird und dass es nicht länger möglich ist, privatisierte Teile von ihr wie käufliche Handelswaren und Kapitalgüter zu behandeln und damit zu spekulieren.

Da die „Menschheit als Ganze ... die Erde umsonst ... hat“ und „auch für die laufende Nutzung kein Entgelt bezahlen muss“, muss dieser ‚Vorteil‘ eines kostenlosen Aufenthalts auf der Erde auch jedem einzelnen Menschen zugutekommen. Doch wie sollte sich ein gleiches „eigenes, unabgeleitetes Daseinsrecht jedes Einzelnen in Bezug auf die natürlichen Lebensgrundlagen in der Gesellschaft konkretisieren“ lassen, wo doch

a) die Menschen trotz ihrer Gleichheit als Menschen in Bezug auf die Nutzung von Boden und Ressourcen individuell unterschiedliche Bedürfnisse und Fähigkeiten haben und wo doch

b) die Böden und Ressourcen hinsichtlich ihrer Lagen und Qualitäten Unterschiede aufweisen und obendrein insgesamt begrenzt sind, so dass eine willkürliche Gleichverteilung absurde Konsequenzen hätte.⁷

Angesichts ihrer Unterschiedlichkeit und Knappheit müssen die natürlichen Lebensgrundlagen entsprechend der unterschiedlichen Fähigkeiten und Wohn-/Arbeitsbedürfnisse der Menschen innerhalb ökologischer Grenzen sinnvoll genutzt werden. Wenn Entscheidungen, wer welches Grundstück und welche Ressource nutzen darf, nicht der Willkür einer Bürokratie überlassen werden sollen, bleibt nur die Möglichkeit einer Vergabe zeitlich befristeter, entgeltlicher privater Nutzungsrechte. „Die Vollentgeltlichkeit ist das ökonomische Korrelat zum Verteilungsmaßstab der Freiheit.“ Doch wie verträgt sich dies mit dem Ziel, dass die natürlichen Lebensgrundlagen allen Menschen gleichermaßen als Korrelat zum geschenkten Leben unentgeltlich zur Verfügung stehen sollen? „Soll ein Menschenrecht Geld kosten, käuflich sein und damit jedem nur im Maße seiner finanziellen Leistungsfähigkeit zustehen?“ Wie lässt sich dieser Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit auflösen? „Die historisch realisierten Bodenordnungen der Neuzeit haben von der Tendenz her nur entweder - in den kommunistischen Staaten - den Aspekt der Gleichheit und Unentgeltlichkeit zulasten der Freiheit oder - in den kapitalistischen Gesellschaften - den der Freiheit und Vollentgeltlichkeit zulasten der Gleichheit verwirklicht. ... Lassen sich Freiheit und Gleichheit ... nicht auch im Sinne einer wechselseitigen Ergänzung und Bestärkung miteinander ver-

⁶ Fritz Andres (2001/2020a), S. 86 - 88 (ursprünglich-eigenes Daseinsrecht).

⁷ Fritz Andres (2001/2020a), S. 88 - 89 (Gleichheit und Kostenlosigkeit).

einbaren? Und wie steht es in dieser Hinsicht mit der Vollentgeltlichkeit und Kostenlosigkeit?“⁸

Einen Ausweg aus diesem Konflikt sah Andres in einer Entkapitalisierung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Einrichtung einer rechtsstaatlichen Boden- und Ressourcenordnung mit drei Funktionsebenen:

- **Planungsebene - Boden und Ressourcen als Gemeinschaftsgüter**

Auf der Ebene demokratisch konstituierter Institutionen, insbesondere der Stadt- und Raumplanung, wird „so dezentral und bürgernah wie ... möglich“ entschieden, wo, wie und in welchem Umfang der knappe Boden für Zwecke des Wohnens und Arbeitens sowie des Verkehrs und anderer öffentlicher Zwecke genutzt wird. Durch eine Entkapitalisierung sowohl des Bodens als auch des Geldes und der Unternehmen muss eine Planungsneutralität in dem Sinne sichergestellt werden, dass die öffentlichen Planungen der Siedlungs- und Infrastrukturen nicht durch privatwirtschaftliche Interessen beeinflusst werden. Auf dieser Planungsebene sollen auch internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen und der Weltklimarat die ökologischen Grenzen festlegen, innerhalb derer die private entgeltliche Nutzung von natürlichen Ressourcen zugelassen wird. „Hat das Planungsrecht keine Auswirkungen mehr auf die ökonomische Interessenslage der Inhaber der Nutzungsrechte ... , so ist Spekulation nicht mehr möglich. Planung kann dann als der offene und alle Interessierten einbeziehende Prozess gestaltet werden, der sie in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen sein sollte.“⁹

- **Allokationsebene - Boden als Gegenstand individueller Nutzungsrechte**

Sodann soll die bislang privat vereinnahmte Bodenrente, also der ökonomische Wert der Nutzungsrechte, in eine öffentliche Kasse fließen, d.h. das Nutzungsrecht an einem Grundstück oder einer Ressource und sein/ihr nicht auf persönlichen Leistungen beruhender ökonomischer Wert werden strikt voneinander getrennt. Im Interesse einer sinnvollen Zuordnung von Grundstücken und Ressourcen zu den einzelnen privaten Nutzer/innen kann die Höhe der Nutzungsentgelte Andres zufolge weiterhin durch den Wettbewerb zwischen den Nutzern ermittelt werden. „Die Nutzungsrechte wandern zu den Meistbietenden und das ist im produktiven Bereich der ‚beste Wirt‘, also der Fähigste, und im Bereich der konsumtiven Bodennutzung, also z.B. des Wohnens, derjenige, der für die Befriedigung der Bedürfnisse nach dieser Art der Bodennutzung am meisten zu zahlen bereit ist.“ In einer Übergangszeit könnte es notwendig werden zu verhindern, dass bislang Privilegierte sich Vorteile beim Erwerb von Nutzungsrechten verschaffen. Immerhin könnten dann keine Privatpersonen mehr von den Nutzungsentgelten profitieren, da letztere fortan dem öffentlichen Haushalt zufließen. Dies könne - so Andres -

⁸ Fritz Andres (2001/2020a), S. 90 - 91 (Verteilungsmaßstab der Freiheit; Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit).

⁹ Fritz Andres (2001/2020a), S. 104 (dezentrale öffentliche Planung und ökologische Begrenzungen) und 116 - 117 (Planungsneutralität).

gemäß den Vorstellungen von Bodenrechtsreformern auf zweierlei Weise geschehen:

a) Nutzungsrechte an öffentlichen Grundstücken können bereits im Rahmen des geltenden Rechts im Wege der Erbpacht in der Landwirtschaft und bei bebaubaren Grundstücken im Wege des Erbbaurechts vergeben werden.

b) „Die Trennung der Nutzungsrechte von den ökonomischen Werten und zugleich die Verteilung der Nutzungsrechte kann in ähnlicher Weise auch beim Eigentum herbeigeführt werden. Durch eine Abgabe, deren Höhe ... der erzielbaren Bodenrente entspricht ... , kann ... der Grundstückswert auf null gesenkt und damit dem Grundstück vollständig entzogen werden. Auch das Eigentum ist dann nur noch ein - ökonomisch neutralisiertes, von seinem ökonomischen Wert getrenntes - Nutzungsrecht.“¹⁰

● **Distributions- und Verwendungsebene - Rückverteilung der Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beträgen**

Im Hinblick auf die Verwendung der fortan der Öffentlichkeit zufließenden Boden- und Ressourcenrenten erinnerte Andres an die Vorstellungen der früheren Bodenrechtsreformer. Gesell habe anfangs die Rückverteilung der öffentlichen Pachteinnahmen in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die gesamte Bevölkerung und ansatzweise auch deren Verwendung für ökologische Projekte vorgesehen, bevor er sie später als Entgelt für die vorwiegend von Frauen geleistete Haus- und Familienarbeit („Mütterrente“) verwenden wollte, während Henry George die Aufgaben eines verkleinerten demokratischen Rechtsstaats allein mit einer Bodensteuer („Single Tax“) finanzieren und im Gegenzug andere Steuerarten abschaffen wollte.

Andres war skeptisch, ob das Volumen einer die gesamte Bodenrente steuerlich abschöpfenden „Single Tax“ zur Finanzierung der Staatsaufgaben ausreicht. „Überdies ... käme ... vor dem Hintergrund eines gleichen Teilhaberechts aller Menschen am Boden die Einstellung der Bodenrente in den Staatshaushalt einer gleichmäßigen Kopf-Steuer gleich.“ Skeptisch war er auch gegenüber Gesells „Mütterrente“ und plädierte stattdessen dafür, die Kindheit und Jugend der Menschen im Rahmen eines „richtig verstandenen Generationenvertrags“ finanziell abzusichern, „bei dem die Kosten der Kinderaufbringung ebenso wie die Renten der Alten von der mittleren Generation im Umlageverfahren aufgebracht werden.“¹¹

So trat Andres schließlich für eine Rückverteilung der öffentlichen Einnahmen aus der Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beträgen an *alle* Menschen ein, „weil sie allein das Menschenrecht auf gleiche Teilhabe am Boden garantiert.“ Indem eine solche Reform des Bodenrechts den Handel und die Spekulation mit dem Boden

¹⁰ Fritz Andres (2001/2020a), S. 10 - 107 (Trennung von Nutzungsrecht und ökonomischem Wert bei öffentlichem und privatem Eigentum am Boden) und 118 - 119 (Erbbaurecht, Grundsteuer, Entschädigungsfrage). – Zu Dirk Löhrs Vorschlag einer Konzeptvergabe anstelle des Meistbieteverfahrens vgl. Dirk Löhr (2019a) und (2020b).

¹¹ Fritz Andres (2001/2020a), S. 107 - 108 (Verwendung der Bodenrente). Vgl. weiter unten das Kap. 13.6.4.

als einem Kapitalgut beendet und allen Menschen über ihre individuellen Verschiedenheiten hinweg eine gleiche, im Durchschnitt kostenlose Nutzung der Erde verschafft, beendet sie die „Ära des von anderen Menschen abgeleiteten Daseinsrechts und begründet das ursprünglich-eigene, originäre Teilhabe- und Zugangsrecht jedes einzelnen Menschen am Boden und an der übrigen Natur. ... Das ursprünglich eigene Recht auf Teilhabe und Zugang zum Boden steht nicht nur den Starken und Fähigen, sondern auch den Schwachen und Leistungsunfähigen zu. Jeder hat nicht nur als Leistungsträger, sondern als *Mensch* seinen Platz auf der Erde. ... Aus dieser Gesellschaft fällt dann niemand mehr heraus“, so dass die Bodenrechtsreform also einen wesentlichen Beitrag zur Umwandlung des sozialdarwinistisch-kapitalistischen Wettbewerbs in einen fairen und kooperativen Wettbewerb liefert.¹² Diese Reform macht gewissermaßen jeden Menschen zu einem Ur-Einwohner und gleichen Teilhaber dieser Erde. Jeder Mensch, dem das Leben geschenkt wird, bekommt ein gleiches Recht auf Teilhabe an den natürlichen Lebensgrundlagen. Die Daseinsentfaltung ist dann nicht mehr von historisch vorgefundenen Bodeneigentümern abhängig und auf der Basis dieses für alle Frauen und Männer gleichen Daseinsrechts bekommt auch jeder Mensch das Recht, sich sein/ihr Zuhause aus freien Stücken auszuwählen.

Die Rückverteilung der bislang in den Händen von Privilegierten konzentrierten Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beträgen an alle Menschen ist zugleich ein wichtiger Beitrag zur Dezentralisierung von Geld- und Sachkapital. Werden auf diese Weise die sozialen Gegensätze zwischen den Menschen abgebaut, werden mit dieser gerechteren Verteilung der Lebenschancen zugleich auch die Aussichten auf eine ökologische Begrenzung der Inanspruchnahme der Naturressourcen verbessert. Durch die gleiche Teilhabe an der Bodenrente werden nämlich alle Menschen zugleich auch gleiche Teilhaber an den natürlichen Lebensgrundlagen, d.h. es entsteht „eine unmittelbare Verbindung der Menschen zum Boden“, aber nicht etwa im Sinne der Verbindung eines Volkes zu ‚seinem‘ Boden, sondern im Sinne einer Verbindung jedes einzelnen Menschen zur ganzen Erde. Dadurch werden sie alle „in ihren Interessen mit dem Interesse des Ganzen verbunden. ... Indem die Bodenordnung die Verteilungsprobleme löst und die Erde wirklich zum Gemeinschaftsgut macht, verwandelt sie die Menschheit in eine Gutsgemeinschaft, in der die Einzelinteressen mit dem Gesamtinteresse koordiniert sind.“ Sobald die Nutzung des Bodens und der Natur nicht mehr von den in der Vergangenheit entstandenen Privilegien mitbestimmt wird, kann sie allein von den Lebensinteressen der gegenwärtigen und auch der zukünftigen Generationen bestimmt werden. „Keine intergenerative ohne intragenerative Gerechtigkeit!“¹³

¹² Fritz Andres (2001/2020a), S. 108 und 112 - 113 (Menschenrecht auf gleiche Teilhabe am Boden unabhängig von der individuellen Leistungsfähigkeit).

¹³ Fritz Andres (2001/2020a), S. 110 - 111 (Verbindung aller Menschen zur ganzen Erde), 55 (Interessen der Einzelnen und des Ganzen) - 56 (Gemeinschaftsgut und Gutsgemeinschaft) und 58 (intragenerative und intergenerative Gerechtigkeit).

Unter solchen Umständen würde auch jede Form der von strategischen Machtinteressen geleiteten Geopolitik aufhören.¹⁴ Dieser Beitrag einer Bodenreform mit einer gleichmäßigen Rückverteilung der weltweit anfallenden Bodenrenten zu „einer Weltfriedensordnung ... kann gar nicht überschätzt werden, insbesondere wenn man die knapper werdenden Bodenschätze, das Trinkwasser und die übrigen Naturreiche in die Betrachtung einbezieht“, wie es Andres auch am Beispiel einer regionalen Wassergemeinschaft von Israelis und Palästinensern erläutert hat. „Schließlich lassen sich die aus ökologischen Gründen unumgänglichen Begrenzungen der Nutzung der natürlichen Ressourcen auf der Grundlage einer gerechten Teilhabe aller Menschen an ihnen leichter durchsetzen als innerhalb der bisherigen Privilegienordnung“, in der die einen Besitzstände verteidigen und die anderen ihre Lebenschancen erkämpfen müssen. „Ihre demokratische Chance ist an diese Bedingung geknüpft.“¹⁵ Alles in allem verhilft also die Bodenrechtsreform den Menschen nicht nur zu ihrem *sozialen* Menschenrecht auf ein nicht mehr von der ‚Gnade‘ privilegierter Mitmenschen abgeleitetes durchschnittlich kostenloses Dasein auf der Erde, sondern sie enthält auch den innersten Kern einer *ökologischen* Einstellung zur Erde als einem Gemeinschaftsgut aller Menschen einschließlich zukünftiger Generationen, das von allen Menschen nur innerhalb ökologischer Grenzen zu gleichen Teilen genutzt werden darf.

Im Hinblick auf die Erde als ein großes Ganzes von Land, Ressourcen, Meeren und Atmosphäre wandte Andres die Grundgedanken einer solchen Bodenrechtsreform mit den drei Ebenen der Planung (Begrenzung der Nutzung der Atmosphäre), Allokation (Zuordnung von Emissionsrechten) und Distribution (Rückverteilung der Einnahmen aus der Vergabe von Emissionsrechten) auch auf die Klimapolitik an. Am Kyoto-Protokoll bemängelte er, dass die Teilnehmerstaaten der UN-Klimakonferenz in Kyoto 1997 „nicht als ordnende Potenzen“ auftraten, sondern „als Besitzstandswahrer und Interessenvertreter. ... In Kyoto hat man das Begrenzungs- von dem Verteilungsproblem getrennt: sowohl die innerstaatliche Verteilung der Emissionsrechte als auch die Verteilung zwischen den Industrie- und Konversionsstaaten und dem Rest der Welt, insbesondere China und Indien, bleiben völlig offen. Selbst die Verteilung der Besitzstände und Reduktionlasten zwischen den Vertragsstaaten von Kyoto folgt keinem Ordnungsgedanken, sondern fragwürdigem Besitzstandsdenken.“ Mit dem „verfehlten nationalstaatlichen Ansatz ... stellt Kyoto ... die Verlängerung des auf dem Boden zunehmend als überholt anerkannten Nationalstaats in die Luft hinein dar. ... Damit gehen wichtige, für die Rettung des Weltklimas möglicherweise entscheidende Jahre verloren.“¹⁶

¹⁴ Zur Geopolitik vgl. Jan Helmig (2007).

¹⁵ Fritz Andres (2001/2020a), S. 111 (Weltfriedensordnung) und 119 - 123 (ökologische Begrenzungen). – Fritz Andres (2007/2020), S. 337 – 342 (Israel und Palästina).

¹⁶ Fritz Andres (2001/2020b), S. 252 – 256.

Im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll hielt Andres es für notwendig, dass sich die internationale Staatengemeinschaft auf drei Ebenen zu einer ordnungspolitischen Verständigung durchringt:

- Auf der Planungsebene muss sie „ein globales Volumen im Zeitablauf nutzbarer Emissionsrechte“ festlegen und damit die „nachhaltig nutzbare Aufnahmekapazität der Atmosphäre für CO₂-Emissionen“ begrenzen.
- Auf der Allokationsebene muss sie „die Verteilung von Emissionsrechten auf die Nutzer bzw. Emittenten gegen ein volles, laufendes Entgelt“ organisieren.
- Und auf der Distributionsebene muss sie „die Frage beantworten, wie die ökonomischen Gegenwerte der Emissionsrechte ... verwendet werden sollen“. Die Verwendung dieser „Luftrente ... taucht im Kyoto-Protokoll nicht auf“. Wenn die Atmosphäre genauso wie die Bodenschätze unter dem Nord- und Südpol, unter dem Meeresgrund oder auf dem Mond als „Erbe der ganzen Menschheit“ betrachtet würde, läge es nahe, alle Einnahmen aus der Vergabe von Emissionsrechten in eine „gemeinsame Kasse der ganzen Menschheit“ einzuzahlen und sie von dort aus analog zur Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die gesamte Weltbevölkerung zurückzuerstatten. „Durch die gleichmäßige Rückverteilung wird die Ungleichmäßigkeit der Umweltnutzung zwischen den Menschen ökonomisch ausgeglichen.“ Hierin sah Andres besondere Chancen sowohl für die demokratische Durchsetzbarkeit einer solchen Klimapolitik als auch für eine längerfristige Einbettung des Nord-Süd-Gegensatzes, weil nämlich die Menschen im Globalen Süden die Atmosphäre unterdurchschnittlich nutzen und darum mehr Geld aus der internationalen Kasse erhalten würden als die überdurchschnittlichen Nutzer der Atmosphäre im Norden.¹⁷

Da die Eigentumsideologie im Bewusstsein der Öffentlichkeit beim Boden besonders stark verankert ist und die Vorstellung von der Atmosphäre als einem gemeinschaftlichen Erbe aller Menschen noch eher verstanden werden könnte, sprach Andres in seinen Vorträgen häufiger seine Erwartung aus, dass „die Bodenreform eines Tages vielleicht zuerst aus der Luft kommen könnte“. Die weiteren UN-Klimakonferenzen brachten jedoch noch keine Fortschritte, die diese Erwartung bestärken könnten. Und unterdessen bröckelt auch noch die Vorstellung von den Ressourcen unter dem Nord- und Südpol, unter dem Meeresboden und auf dem Mond als gemeinsamem Erbe der ganzen Menschheit, weil die Ressourcen verschlingende „Mega-Maschine“ (Lewis Mumford) mittlerweile auch in entlegene Regionen der Erde vordringt, um die schon von Rosa Luxemburg beschriebene koloniale Landnahme fortzusetzen.¹⁸ -

Das Zusammenwirken der Planungs-, Allokations- und Distributionsebenen würde auf allen Ebenen der Nutzung von natürlichen Lebensgrundlagen bedeuten,

¹⁷ Fritz Andres (2001/2020b), S. 260, 268 - 269, 272 - 275 (Verwendung der Luftrente) und 280 - 281 (Nord-Süd-Ausgleich). – Zur Geschichte der klimapolitischen Debatten vgl. Frank Uekötter (2019), S. 10 - 15.

¹⁸ Antje Neumann (2012) (Ressourcen in Polargebieten). – Greenpeace (2019) (Tiefseebergbau). – Marcus Schladebach (2019) (Weltraum).

dass *bevor* überhaupt marktmäßige Tausch- und Kreditbeziehungen ins Spiel kommen, die Staaten und die internationale Staatengemeinschaft mit ihren öffentlichen Planungen von Siedlungs- und Infrastrukturen sowie ökologischen Begrenzungen schon ein öffentliches Flussbett für privatwirtschaftliche Aktivitäten geschaffen haben. Wenn der Begriff der Planwirtschaft nicht aufgrund historischer Erfahrungen mit zentralstaatlich geplanten und verwalteten Wirtschaften so negativ besetzt wäre, könnte also die Realutopie einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ genau genommen sogar als eine „Markt- und Planwirtschaft ohne Kapitalismus“ bezeichnet werden. Anders als der frühere sozialdemokratische Slogan „So viel Markt wie möglich und so wenig Plan wie nötig“ oder Ota Šiks Makroplanung einer kapitalistischen Marktwirtschaft wäre sie dann eine neue Form einer Verbindung von Markt und Plan - aber nicht im Sinne einer „mixed economy“, bei der sich Staaten durch eine zentralistische Detail- oder Makroplanung in die dezentrale Selbstorganisation der Märkte einmischen. Stattdessen würden sie die selbsttätige Koordination einzelwirtschaftlicher Vorgänge auf den Märkten in zweifacher Weise gesellschaftlich einbetten: zum einen in eine rechtsstaatliche Rahmen*planung* der Siedlungs- und Infrastrukturen sowie der ökologischen Begrenzungen und zum anderen in eine rechtsstaatliche Rahmen*ordnung*, welche die Monopolfreiheit entkapitalisierter Märkte sichert. Unter solchen Umständen kann die Verzahnung von Plan und Markt auf der Allokationsebene durch marktkonforme Methoden der Zuordnung der natürlichen Lebensgrundlagen zu privaten Nutzern erfolgen.

In Übereinstimmung mit der älteren Bodenrechts- und Geldreformbewegung bedarf die Bodenrechtsreform auch nach Auffassung von Andres einer Ergänzung durch eine Geldreform. Ihre Aufgabe ist es, analog zu den Gemeinschaftsgütern Boden, Ressourcen und Klima auch die private Nutzung des Gemeinschaftsgutes Geld so zu regeln, dass neben dem „ökonomischen Band zwischen der Gemeinschaft und den Inhabern der individuellen Bodennutzungsrechte“ auch noch ein „ökonomisches Band“ zwischen den Inhabern der individuellen Geldnutzungsrechte entsteht, welches die Menschen auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit miteinander verbindet, statt die durch Bodenprivilegien bedingte soziale Spaltung noch durch die strukturelle Macht des Geldes zu vertiefen. „Dabei sei angemerkt, dass die Nutzung des Bodens zu einer *Verbindung* des Menschen mit ihm führt, so dass man hier zu Recht von Nutzungsrechten spricht, während die Nutzung des Geldes in seiner *Ausgabe*, also in der *Trennung* von ihm besteht, weswegen man bei ihm besser von Verfügungsrechten spricht.“¹⁹ Eine Gemeinsamkeit und einen Unterschied zwischen dem Boden bzw. der Bodenrente und dem Geld bzw. dem Zins gibt es auch noch hinsichtlich ihrer Allokationsfunktionen und der Art ihrer jeweiligen Neutralisierung. Während die Bodenrente wegen der natürlichen Knappheit des Bodens nicht auf null sinken kann, können die Geld- und Re-

¹⁹ Fritz Andres [2001/2020a], S. 123 - 124 (Verbindung zum Boden, Trennung vom Geld). – Jobst von Heynitz (1997), S. 266 – 282.

al'kapital'renditen beim Erreichen eines Gleichgewichts zwischen ‚Kapital‘angebot und -nachfrage auf durchschnittlich null sinken. Die für die Allokation von natürlichen Lebensgrundlagen erforderlichen Nutzungsentgelte sind in ihrer Summe also immer positiv und sie lassen sich darum nur über eine Rückverteilung in gleichen pro-Kopf-Beträgen neutralisieren. Dagegen gleichen sich die positiven und negativen Abweichungen der Zinsen von ihrem durchschnittlichen Niveau von null ohne jede Rückverteilung von selbst aus und bewirken durch ihr Pendeln um null selbsttätig, dass das Geld in bedarfsgerechte Konsumausgaben und Investitionen fließen kann.

13.1.2 Präzisierung der Menschenrechte und ein kurzer Rückblick auf die bisherigen Verfassungen

Der Grundgedanke eines nicht mehr von der Gunst Privilegierter abgeleiteten, im Durchschnitt unentgeltlichen Daseinsrechts aller Menschen fehlte in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ von 1948. Der § 3 spricht jedem Menschen ein „Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ zu und der § 4 verbietet zwar die Sklaverei und die Leibeigenschaft, d.h. er garantiert jedem Menschen das Recht an seinem eigenen Körper²⁰, aber er sichert noch nicht jedem Menschen das elementarste Menschenrecht auf ein im Durchschnitt unentgeltliches Dasein auf der Erde.

Obwohl eine abgeschwächte Variante der Bodenrechtsreform, nämlich die Forderung, „die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder eine Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, für die Gesamtheit nutzbar zu machen“, auf Betreiben von Adolf Damaschke und dem „Bund deutscher Bodenreformer“ Eingang in den Art. 155 der Weimarer Verfassung des Deutschen Reiches von 1919 fand und obwohl auch der Freistaat Bayern diese Forderung wörtlich in den Art. 161 Abs. 2 seiner Landesverfassung vom Dezember 1946 übernahm, fehlt dieser Gedanke im deutschen Grundgesetz vom 23. Mai 1949. Der Artikel 14 Abs. 1 gewährleistet das Eigentum, ohne zwischen dem Eigentum an dem nicht von Menschen erschaffenen Boden und dem Eigentum an von Menschen erarbeiteten Gütern zu unterscheiden. Er unterscheidet auch nicht zwischen selbst erarbeitetem Eigentum und Eigentum, das auf der Investition akkumulierter Vermögenseinkünfte beruht. Das in GG Art. 14 Abs. 2 formulierte Leitbild „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“ spiegelt sich in der Realität bislang kaum wieder - ebenso wenig wie der GG Art. 15: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesell-

²⁰ Vereinte Nationen (1948), § 3 und 4, auf der Website <http://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> (Zugriff: 14.8.2017).

schaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“²¹

13.1.3 Verpasste historische Chancen

Nachdem im Laufe der 1970er Jahre die von der damaligen SPD/FDP-Bundesregierung beabsichtigte Reform des Bodenrechts im Sande verlaufen war²², kam unmittelbar nach der friedlichen Revolution von 1989 auch die von dem Bürgerrechtler Wolfgang Ullmann und anderen Mitgliedern des Runden Tisches angestrebte „Nutzung des Bodens und der Gewässer ... (im) ... Interesse der Allgemeinheit und künftiger Generationen“ unter die Räder der Geschichte. Im Entwurf einer neuen Verfassung der DDR vom Sommer 1990 war in Art. 32 Abs. 2 im Falle von Bodenwertsteigerungen sogar ein Planungswertausgleich zugunsten der Kommunen vorgesehen. Auch der nach der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 von Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz und Roland Geitmann unternommene Versuch, ostdeutsche Kommunalverwaltungen zur Vergabe von entgeltlichen Nutzungsrechten am bis dahin „volkseigenen“ Boden zu motivieren, wurde von der Politik überrollt, als sie dem Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ folgte und damit eine historische Chance verspielte, in größerem Umfang ein rechtsstaatliches Bodenreformexempel zu statuieren.²³

Unmittelbar nach der Wende im Herbst 1989 versuchten auch einige US-amerikanische Ökonomen - darunter Mason Gaffney und die Wirtschaftsnobelpreisträger William Vickrey und Joseph Stiglitz - auf die Transformation des Wirtschaftssystems in der Sowjetunion bzw. in Russland Einfluss zu nehmen, und zwar nicht im Sinne eines Übergangs zum westlichen Kapitalismus, sondern im Sinne einer Marktwirtschaft mit einer sozialen Bodenpolitik. Nachdem die an Henry George orientierte Robert Schalkenbach Foundation im August 1990 eine Delegation von sowjetischen Politikern zu einer von ihr finanzierten Tagung an der University of New York eingeladen hatte, reisten US-amerikanische Geographen in die

²¹ Deutsches Reich (1919): § 155, auf der Website <http://www.verfassungen.de/de/de19-33/verf19-i.htm> (Zugriff: 14.8.2017). - Freistaat Bayern (1946), Art. 161,2 auf der Website <http://www.verfassungen.de/de/by/bayern46.htm> (Zugriff: 14.8.2017). - Bundesministerium der Justiz (1949), GG Art. 14 und 15, auf der Website <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/index.html> (Zugriff: 14.8.2017). Zur Entstehungsgeschichte von Art. 14,2 GG vgl. Hans-Peter Schneider (2011), S. 67 - 81.

²² Vgl. hierzu die Anmerkungen 3 - 5 im Kap. 11 des vorliegenden Buches und Hans-Jochen Vogel (2019).

²³ Zur sog. Bodenreform in der Sowjetisch besetzten Zone (SBZ) von 1945 - 1949 vgl. Arnd Bauerkämper Hrsg. (1996). - Zum Entwurf einer neuen DDR-Verfassung vgl. Wolfgang Ullmann u.a. (1990). Vgl. auch die Rede von Wolfgang Ullmann am 6.7.1990 in der Volkskammer der DDR zum Thema „Vermögen der Gemeinden, Städte und Landkreise“ auf der Website http://www.ddr89.de/vk/vk_ullmann_5.html (Zugriff: 28.9.2017). - Zur „Erbbaurechts-Initiative“ von Fritz Andres u.a. in der Ex-DDR vgl. Fritz Andres & Jobst von Heynitz (1991), Fritz Andres (1992/2020) sowie zahlreiche weitere Aufsätze von Fritz Andres, Eckhard Behrens und Jobst von Heynitz in der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ in den Jahren von 1990 - 1995 sowie Roland Geitmann (1993a) und (1993b).

Sowjetunion, um Vorträge über eine „neue Art der Marktwirtschaft“ zu halten, „die sich nach den sozialen Ansprüchen der Gesellschaft richten sollte“. Vor allem unterbreiteten sie den bodenpolitischen Vorschlag, die Boden- und Ressourcenrenten steuerlich abzuschöpfen und damit eine öffentliche Infrastruktur zu finanzieren, in deren Rahmen sich dann die Privatwirtschaft nach und nach entfalten könne. Mit einem „Offenen Brief“ wandten sie sich am 7. November 1990 auch an Michail Gorbatschow, der während der 1980er Jahre als Generalsekretär des ZK der KPdSU mit „Glasnost und Perestroika“ Bewegung in das erstarrte kommunistische Sowjetimperium gebracht hatte und der noch bis Ende 1991 Staatspräsident der Sowjetunion war, sowie an die Duma und an die Union Russischer Städte. Zu den Mitunterzeichnern dieses „Offenen Briefes“ gehörten auch noch die Wirtschaftsnobelpreisträger Franco Modigliani, Robert Solow und James Tobin sowie die namhaften Ökonomen William Baumol und Richard Musgrave. Wie der an diesen Aktivitäten beteiligte britische Gegeist Fred Harrison berichtete, „bestand Gorbatschow darauf, dass trotz der Abschaffung der Kommandowirtschaft Grund und Boden in öffentlichem Eigentum bleiben sollte; allerdings mit sicheren privaten Nutzungsrechten, über deren Vergabe Geld in den Staatshaushalt gebracht werden sollte. ... Es war jedoch ein Wettlauf gegen die Zeit. ... Der Putsch gegen Gorbatschow leitete die Ära Jelzin und die Stunde der Oligarchen ein, die sich die ökonomischen Renten Russlands aneigneten.“²⁴

In Gorbatschows „Erinnerungen“ finden sich in den Abschnitten über den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft allerdings keine Aussagen zur Rolle des öffentlichen oder privaten Bodeneigentums. Es geht darin hauptsächlich um marktwirtschaftliche Reformen des Geldes und der Preise für Konsumgüter sowie um die Sanierung des Staatshaushalts und das Bestreben, den mit großen Turbulenzen verbundenen Systemwechsel unter Kontrolle zu behalten. Ausdrücklich erwähnte Gorbatschow, dass der junge Ökonom Grigori Jawlinski, der in dieser Umbruchzeit zu einem großen Einfluss auf das „Fünfhundert-Tage-Programm“ gelangt sei, eine ausgeprägte „Vorliebe für monetaristische Methoden“ gehabt habe. Außerdem verwies Gorbatschow darauf, dass die sich damals schon in Auflösung begriffene Sowjetunion auf eine „wirtschaftliche Unterstützung der Reformen durch den Westen“ angewiesen war, und er bedauerte sehr, dass der Westen nicht seinen eigenen „Bedarf nach sozialem Wandel“ wahrhaben wollte, denn „die traditionellen konservativen, liberalen, sozialistischen, kommunistischen oder christdemokratischen Positionen“ waren nach seiner Ansicht keine „Antworten auf

²⁴ Über Mason Gaffney vgl. Fred Foldvary (2017), S. 119 - 146. - Zum „Offenen Brief“ an Gorbatschow vgl. Fred Harrison (2017), S. 32 - 35, 43 und 46, sowie Nicolaus Tideman et al. (1991) und die Website https://en.wikisource.org/wiki/Open_letter_to_Mikhail_Gorbachev_%281990%29 [Zugriff: 13.8.2017]. In einer Mail vom 28.9.2017 teilte Prof. Tideman dem Verfasser mit: „I did not ever get a response from Gorbachev.“

diese Fragen“, die beim Bau eines gemeinsamen Hauses Europa hätten gelöst werden müssen.²⁵

Im Sommer 1993 gelang es Fritz Andres, eine russische Übersetzung seines Aufsatzes „Die Bodenfrage in Russland“ im Wirtschaftsteil der Zeitung „Izvestija“ zu veröffentlichen. Darin nahm er zum Entwurf einer neuen russischen Verfassung Stellung. Mit einer Bodenreform im Sinn einer Schaffung rechtlich gesicherter privater Nutzungsrechte am gemeinschaftlichen Boden habe Russland die einmalige historische Chance, eine „soziale, von kapitalistischer Durchsetzung freie Bodenordnung“ zu schaffen – für sich und als Beispiel für die übrige Welt. Ob dieser Artikel eine Resonanz auslöste, ist nicht bekannt.²⁶

13.1.4 „Prinzip und Ende der Rentenökonomie“ (Dirk Lühr)

Ermutigt durch Plädoyers von den Ökonomie-Nobelpreisträgern Maurice Allais, William Vickrey und Joseph Stiglitz für eine „Single Tax“ im Sinne von Henry George unternimmt der Ökonom Dirk Lühr (*1964) gegenwärtig - mehr als 30 Jahre nach Binswangers erstem Anlauf - wieder einen größeren Versuch, die von John Bates Clark vor rund 100 Jahren aus der Ökonomie verdrängte Bodenfrage in die Ökonomie zurückzuholen. „Heute haben wir erkannt“, so zitiert Lühr eine zentrale Aussage von Stiglitz aus dessen Buch „Der Preis der Ungleichheit“, „dass Renten viele Formen annehmen können - sie können nicht nur von Grundbesitz abgeschöpft werden, sondern auch vom Wert von Rohstoffen wie Erdöl, Gas, Erzen und Kohle. ... Eine hohe Besteuerung all dieser Renten würde nicht nur den Grad der Ungleichheit verringern, sondern auch Anreize entgegenwirken, den Rent-Seeking-Aktivitäten nachzugeben, die unsere Wirtschaft und unsere Demokratie verzerren.“²⁷

In seinem Buch „Prinzip Rentenökonomie - Wenn Eigentum zu Diebstahl wird“ (2013) tritt Lühr vor allem dem neoliberalen Glauben an die Segnungen der Privatisierung und dessen wissenschaftlicher Legitimation entgegen. Die von Garrett Hardin behauptete Tendenz zur Übernutzung von Allmenden („Tragedy of Commons“, 1968) hält er für einen „klassischen Fall von Fehletikettierung“. Ohne in Abrede stellen zu wollen, dass es in der Vergangenheit auch Übernutzungen von

²⁵ Michail Gorbatschow (1995), S. 543 - 570, bes. S. 550 (Jawlinskis monetaristische Ambitionen) sowie 1117 (westliche Unterstützung) und 1135 (Desinteresse des Westens an einem eigenen sozialen Wandel). Vgl. hierzu auch Antje Vollmer & Hauke Ritz (2014), auf der Website <http://www.fr.de/kultur/25-jahre-nach-dem-mauerfall-mutwillig-verspielt-a-622059> [Zugriff: 13.8.2017].

²⁶ Fritz Andres (1993/2020), S. 219 - 229, hier: S. 229. - Um Kredite vom IWF bekommen zu können, wurde in der Ukraine im Frühjahr 2020 eine sog. Bodenreform beschlossen, die landwirtschaftliche Flächen zu handelbaren Waren machte. Indem ukrainischen Käufern auch die Aufnahme von Hypotheken bei ausländischen Banken erlaubt wurden, wurden auch Hintertüren für ausländische Investoren geöffnet. Vgl. Bernhard Clasen (2020).

²⁷ Vgl. Maurice Allais (1947), S. 477 - 509 und 568 - 629, William Vickrey (1999) und (2001) sowie Joseph Stiglitz (2012), S. 281 - 282 (mit einer „Steuer auf Bodenrenten“ gegen „Rent-Seeking-Aktivitäten“), (2015a), (2015b) und (2015c). - Dirk Lühr (2017a), S. 5 (Stiglitz-Zitat).

Allmenden gab, lasse sich dennoch nicht bestreiten, dass in Wirklichkeit auch „eine Vielzahl von Allmenden über Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte hinaus nachhaltig und ohne Übernutzung bewirtschaftet wurden. ... Diese Konfusion wurde durchaus ideologisch missbraucht, um andere Eigentumsformen als Privateigentum zu diskreditieren“ und die neoliberale „Agenda der Privatisierung zu stärken“. Insbesondere von Harold Demsetz und Richard Posner wurde sie zu einer das Privateigentum auf ganzer Linie rechtfertigenden „Theorie der Eigentumsrechte“ („Property Rights-Theorie“) ausgebaut und nicht nur auf den Boden und die Produktionsmittel bezogen, sondern auch auf das Wasser, die Luft als Aufnahmespeicher für CO₂ und andere Ressourcen sowie auf das Wissen (Patente als geistige Eigentumsrechte zum Beispiel an Saatgut und Genen). Privateigentum verbürge in jeder Hinsicht einen effizienteren Umgang mit den Vermögensgegenständen als andere Eigentumsformen, weil nur bei ihm ein enger Zusammenhang zwischen den Kosten des Erwerbs und des Unterhalts einerseits und dem damit erzielbaren Nutzen andererseits bestehe. Dass diese Legitimation jeglichen Privateigentums sehr einseitig ist und dass die pauschale Kritik an Allmenden in keiner Weise berechtigt ist, hat nebenbei bemerkt auch die US-amerikanische Politologin Elinor Ostrom (1933-2012) in ihrem Buch „Governing the Commons“ (1990; dt. „Die Verfassung der Allmende - Jenseits von Staat und Markt“, 1999) als Quintessenz ihrer Forschungen über Gemeingüter belegt.²⁸

Ohne die Property Rights-Theorie pauschal zu verurteilen, hält Löhrr ihr jedoch entgegen, dass Privateigentum - je nach dem, um welche Vermögensgegenstände bzw. Assets es sich handelt - „nicht gleich Privateigentum“ ist. Wie schon Pierre Proudhon um die Mitte des 19. Jahrhunderts festgestellt habe, kann es unter Umständen auch teilweise oder gar ganz auf Diebstahl beruhen. „Die ideologische Rechtfertigung über Effizienz verschleiert den typischerweise eigentlichen ökonomischen Grund für das Privateigentum an Boden: Die Suche nach ökonomischen (Boden-)Renten.“ Das private Eigentum an besonders „kritischen Assets“ wie Boden - er ist geradezu der „Archetypus und die Blaupause für andere Formen der Rentenökonomie“ - verschafft seinen Inhabern leistungslose Renteneinkünfte und verleitet geradezu zu einem „rent seeking“, also zum Bestreben, durch weitere Privatisierungen von öffentlichen Infrastrukturen und Ressourcen zusätzliche Quellen von Renteneinkünften zu erschließen. „Immer mehr Allmenden werden ‚eingefriedet‘. (‚Einfrieden‘ ist dabei ein Euphemismus; in Wirklichkeit handelt es sich um einen aggressiven, räuberischen Akt der Usurpation.) ... Die modernen Ausprägungen der Bodenrente, nämlich die Wasserrente, die Ölrente, diverse andere Ressourcenrenten, die Rente aus geistigen Eigentumsrechten bis hin zu neu geschaffenen Renten an Senken und Deponien (zum Beispiel über Verschmutzungsrechte, die unentgeltlich, also per ‚Grandfathering‘ vergeben wurden), ge-

²⁸ Dirk Löhrr (2013), S. 21 (Hardins „Tragödie der Allmenden“) und 24 - 28 (Property Rights-Theorie von Demsetz und Posner). - Elinor Ostrom (1999) und Elinor Ostrom & Silke Helfrich (2011).

wannen relativ zur klassischen Bodenrente immer mehr an Bedeutung.“ Auch die sog. Public-Private-Partnerships „stellen oft ein Eldorado für rent seeking-Aktivitäten dar. ... Um an die Pfründe zu gelangen, besteht eine latente Versuchung, den Staat für die eigenen Sonderinteressen zu vereinnahmen (sog. ‚state capture‘) - dies geht vom ‚einfachen‘ Lobbyismus bis hin zu systematischer Korruption. ... Nutzen und Kosten werden also entkoppelt, Marktversagen wird institutionalisiert.“²⁹

Löhr zufolge gibt es also die von der Property Rights-Theorie dem Privateigentum zugutegehaltene hohe Korrelation zwischen Kosten und Nutzen bei „kritischen Assets“ wie Land, Ressourcen usw. gerade nicht. Im Gegenteil - deren Privateigentümern fließt der Nutzen in Gestalt von Renteneinkünften zu, obwohl sie die Kosten der Entstehung ihrer Vermögenswerte gar nicht selbst aufgebracht haben. Bei Grundstücken ergibt sich die Höhe der privat vereinnahmten Bodenrente nämlich ganz wesentlich durch ihre Lage, d.h. durch ihre Nähe oder Ferne zu den von der Öffentlichkeit finanzierten Infrastrukturen. Die Höhe der Bodenrente hängt - so Löhr weiterhin in Anlehnung an Henry George - maßgeblich vom Umfang öffentlicher Infrastrukturen in einer Region ab. „Ein Grundstück ‚in the middle of nowhere‘ ... ist allenfalls von sehr geringem Wert. ... Der Wert zum Beispiel von Wohnbauland ist umso höher, je mehr die Gemeinschaft in Kinderbetreuung, Schulen, Schwimmbäder, Dorferneuerung, die Erreichbarkeit von Behörden etc. investiert.“ Auch von der Verkehrsinfrastruktur und der Entfernung zu kulturellen Einrichtungen hängt die Höhe der Bodenrente ab. „Je mehr die Allgemeinheit in Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Theater etc. investiert, umso attraktiver wird eine Stadt und umso höher die Bodenrenten. ... Im Übrigen ermöglicht allein die - investitionsintensive - Bevölkerungsagglomeration eine Intensivierung der Arbeitsteilung und erzeugt ... eine Aufwertung der Standorte. Dennoch: Alle diese Vorteile werden von den Bodeneigentümern nahezu ohne Gegenleistung eingesammelt.“ Die anfallenden Erschließungsbeiträge decken längst nicht die von der Allgemeinheit getragenen Gesamtkosten der Erschließung. Und die viel zu geringe Grundsteuer „reicht nicht im Entferntesten an die Kosten heran, die für die Inwertsetzung von Grundstücken erforderlich sind.“³⁰

Gemäß einer Schätzung von Löhr belief sich die von ihm als Lage- bzw. Standortrente betrachtete Bodenrente in Deutschland im Jahr 2016 auf eine „Höhe von 230,4 Milliarden Euro. Davon dürften ca. 88,4 % (203,7 Milliarden Euro) in

²⁹ Dirk Löhr (2007), S. 12 – 30, ders. (2009), S. 11 – 29. – Dirk Löhr (2013), S. 14 (Proudhon), 53 (state capture), 55 (Marktversagen), 57 – 59 (Bodeneigentum als Archetypus und Blaupause), 63 (ideologische Rechtfertigung des Privateigentums an Boden), 74 – 75 (PPPs) und 88 – 93 (Energiebananenrepublik Deutschland). – Schon der Ordoliberal Alexander Rüstow kritisierte das Subventions(un)wesen deutlich; vgl. das Kap. 9, S. 40. Dem Kieler Subventionsbericht zufolge gewährte der deutsche Staat im Jahr 2018 mehr als 50 Milliarden Euro an Subventionen; vgl. Claus-Friedrich Laaser & Astrid Rosenschon (2019), S. 15. Außerdem David Böcking (2018).

³⁰ Dirk Löhr (2013), S. 41 (Trennung von Kosten und Nutzen beim privaten Bodeneigentum) und 65 (Zusammenhang zwischen dem Umfang der öffentlichen Infrastruktur und der Höhe der Bodenrenten).

private Taschen geflossen sein.“ Der Boden ist also generell und durch die Entwicklung von negativen Leitzinsen in einem noch verstärkten Maße eine große „Umverteilungsmaschine“.³¹

Da die Boden- bzw. Standortrente aufgrund ihrer privaten Vereinnahmung durch die Bodeneigentümer nicht für die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur zur Verfügung steht, muss diese „durch solche Steuern“ finanziert werden, „die nicht von den Grundstückseigentümern aufgebracht werden“. Also „müssen die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital umso stärker zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen herangezogen werden. Die Lasten werden dabei vorrangig dem Faktor Arbeit aufgebürdet, da sich dieser dem Tribut weniger gut entziehen kann als das flüchtige Kapital. ... Die Stützung der ökonomischen Rente durch steuerfinanzierte öffentliche Leistungen geht daher mit einer Umverteilung von unten nach oben einher.“ Löhr sieht darum in der „Entkopplung von Nutzen und Kosten“ im Steuerstaat ein „Gegenstück zum Rentenstaat“, der auf die Bodenrente als seine eigentliche Steuerquelle verzichtet und sich dafür an anderer Stelle durch Zwangsabgaben finanziert. Den Anteil der Bodenrenten und Zinsen am gesamten Volkseinkommen im Jahr 2010 schätzt Löhr vorsichtig auf etwa 16 % und den Anteil der selbstständigen und unselbstständigen Arbeiten auf ca. 84 %. Zum Staatshaushalt tragen die ersteren ihm zufolge jedoch nur „schätzungsweise 5 %“ bei, während sich der Anteil der „Bezieher von Leistungseinkünften ... auf etwa 95 % aller Steuern und Abgaben ... belief. ... Die größten Melkkühe sind dabei die Zahler von Lohnsteuern und Mehrwertsteuern“ (2010: ca. 128 bzw. 136 Mrd. Euro). „Diese beiden Steuerarten machen allein nahezu die Hälfte des gesamten Steueraufkommens aus (2010: ca. 531 Mrd. Euro)“. Die Allgemeinheit zahlt also Renten und Zinsen an die Vermögenden und entlastet diese obendrein noch, indem sie auch den bei weitem größten Teil der Steuern und Abgaben aufbringt. Dies wiederum führt zu chronischen Engpässen bei den Steuermitteln, die dann eine Tendenz zur Aufnahme von Staatsschulden und zur Kürzung staatlicher Leistungen nach sich ziehen.³²

„Als Spiegelbild des Rentenstaates“ mit seiner Entkopplung von Kosten und Nutzen des Bodens und der Ressourcen kommt hinzu, dass im Steuerstaat „die Einnahmenseite ... von der Ausgabenseite der Staatsfinanzierung entkoppelt ... ist. Grob gesagt: alles Steuergeld fließt in einen Topf, alles wird aus diesem Topf entnommen. Die Steuergelder werden vom Staat ohne Zweckbindung und ohne Verpflichtung zu konkreten Gegenleistungen eingenommen und zu einem beträchtlichen Teil „zugunsten der Bezieher von Zinsen und ökonomischen Renten“ ausgegeben, „die jedoch am wenigsten zur Finanzierung des Gemeinwesens beigetragen haben. ... Ähnlich wie die Entkopplung von Nutzen und Kosten bei den privaten

³¹ Dirk Löhr (2018), S. 11, und Dirk Löhr & Norbert Olah & Thomas Huth (2020).

³² Dirk Löhr (2013), S. 15 (Steuerstaat und Rentenstaat) und 41 - 42 (Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur), 44 (Lohn- und Mehrwertsteuern) und 141 - 142 (geschätzte Größenordnungen von Bodenrenten, Zinsen und Arbeitseinkommen, Folgekosten der Entkopplung von Nutzen und Kosten).

Akteuren in der Wirtschaft zu Marktversagen führen kann ... , kommt es durch die Entkopplung von Einnahmen und Ausgaben zu Staatsversagen“ und die Folgen werden zumeist auf nachfolgende Generationen abgewälzt.³³

Gemäß der von Gerhard Scherhorn im Vorwort zu Löhrs „Prinzip Rentenökonomie“ zum Ausdruck gebrachten Überzeugung, dass „wir das Abdriften der freiheitlichen Wirtschaftsordnung in den Rentenstaat rückgängig ... machen müssen, indem wir das Eigentumsrecht modernisieren“, strebt Löhr eine Überwindung der „für die Rentenökonomie charakteristischen Entkopplung von Nutzen und Kosten (fehlende Reziprozität)“ an. Im Interesse der Herstellung einer tatsächlichen „Kopplung von Kosten und Nutzen“ fordert er gemäß dem „Henry George-Theorem“ eine Anhebung der Grundsteuer bis zu der Höhe, in der sie die Bodenrente vollständig steuerlich erfassen und als „Single Tax“ andere Steuerarten ersetzen kann. Jedoch ist „eine Stärkung der Grundsteuer zur besseren Abschöpfung der ökonomischen Renten ... bezeichnenderweise ein steuerpolitisches Tabu in Deutschland.“³⁴

Dessen ungeachtet gehen die Vorstellungen Löhrs in Anknüpfung an die „Tradition der Physiokraten, die die Bedeutung der natürlichen Ressourcen bei der Wertschöpfung betonten und die Bodenrente als Steuerquelle erkannten“, sowie an John Stuart Mill, an Henry George, an Vickrey und Stiglitz weiter in die Richtung einer Schaffung einer „besseren Kopplung von Nutzen und Kosten ... durch ein entsprechend ausgestaltetes Grundsteuersystem. ... Die Grundsteuer dürfte sich mit ihrer Bemessungsgrundlage aber nur auf den Grund und Boden bzw. die Renten hieraus beziehen, nicht aber auf die aufstehenden Gebäude, Anpflanzungen etc. Diese Werte gehen nämlich nicht auf Leistungen der Gemeinschaft, sondern auf die der Eigentümer zurück.“ Das private Eigentum würde bei dieser Steuerlösung bestehen bleiben, aber entkapitalisiert werden. Immobilienblasen, wie sie in den USA und einigen anderen Ländern platzten, könnten dann gar nicht erst entstehen. Da, wo sich noch Boden in öffentlichen Händen befindet oder von ihnen zurückgekauft werden kann, hält Löhr auch das von Gesell bevorzugte Erbbaurechts- und Pachtsystem für sinnvoll – allerdings plädiert er hierbei für eine Vergabe der Nutzungsrechte im Wege einer „Konzeptvergabe“ anstelle ihrer von Gesell und auch noch von Andres bevorzugten Vergabe gegen Höchstgebote.³⁵

Im Fall ihrer Verallgemeinerung würde jedoch „die Erbbaurechts- und Pachtlösung im Gegensatz zur Steuerlösung einen Übergang des Eigentums an Grund und Boden in die öffentliche Hand voraussetzen.“ Angesichts der dabei fällig werdenden gigantischen Entschädigungsleistungen bezweifelt Löhr die Finanzierbar-

³³ Dirk Löhr (2017a), S. 143 (Entkopplung von Staatseinnahmen und -ausgaben) - 144.

³⁴ Dirk Löhr (2013), S. 11 (Gerhard Scherhorn im Vorwort), 15 (Kopplung von Kosten und Nutzen), 43 (steuerpolitisches Tabu), 51 (Entkopplung).

³⁵ Zum Vorschlag, die Vergabe der Erbbaurechte über Konzeptvergaben zu regeln, vgl. Dirk Löhr (2019a), S. 188 – 191, und ders. (2020b). Außerdem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2020), S. 18f., 21, 22, 25 und 43 – 44.

keit dieser Variante einer Bodenrechtsreform.³⁶ Aus diesem Grund bevorzugt er eindeutig die Steuerlösung und nimmt anders als Andres auch hinsichtlich der Verwendung der über die Grundsteuer abgeschöpften Bodenrente noch eine Differenzierung vor, und zwar eine Differenzierung zwischen

a) dem Anteil der Bodenrente, der auf das Vorhandensein öffentlicher Infrastrukturen zurückzuführen ist und der darum auch zur Finanzierung dieser Infrastrukturen herangezogen werden könnte (anders als Andres, der diese Kopfsteuer kritisch sah), und

b) dem „auf die pure Knappheit zurückgehenden Teil der Bodenrente“, der nicht in den Staatshaushalt einfließen, sondern - ähnlich wie von Andres vorgeschlagen - in gleichen pro-Kopf-Beträgen als „ressourcenbasiertes Grundeinkommen“ an alle Menschen rückverteilt werden sollte.³⁷

Damit entscheidet sich Löhr ebenso wie Andres auch gegen Gesells Idee einer Verwendung der Bodenrente als „Mütterrente“, ohne dies explizit zum Ausdruck zu bringen. Erst recht lässt er dessen abwegige Ideen von einem „Abbau des Staates“ bzw. einer „Akratie“ auf sich beruhen und deutet eine ganz andere, an Pierre Proudhons „Theorie der Steuer“ anknüpfende und auch mit dem frühen Ordoliberalismus vereinbare Richtung an, in der sich der bisherige Rechts- und Machtstaat infolge einer solchen Reform des Bodenrechts („Henry George 2.0“) und auch einer Reform des Geldwesens (!) schrittweise in einen reinen demokratischen Rechtsstaat verwandeln könnte.

Als erste Annäherung an „Konturen eines reformierten Abgabensystems“ stellt sich Löhr die schrittweise „Herstellung der Reziprozität von Leistung und Gegenleistung (Bürger) sowie Einnahmen und Ausgaben (Staat)“ vor. „Ähnlich wie Proudhon plädieren wir für ein ausgewogenes Nebeneinander verschiedener Abgabensarten“:

- „Die Basis ist die Finanzierung des Staates aus der ökonomischen Rente“, wobei Löhr besonders an „Bereitstellungskosten mit Fixkostencharakter, darunter z.B. Investitionen in ein U-Bahn-Netz, in Schulen oder Krankenhäuser“ denkt.
- „Ergänzt wird dies durch servicebezogene Gebühren (Anspruch auf individuelle Gegenleistung) und Beiträge (Anspruch auf gruppenweise Gegenleistung)“, die die damit verbundenen Kosten decken sollten, „sowie - in ergänzender Funktion - Steuern (kein Anspruch auf Gegenleistung)“, zum Beispiel für „bestimmte sozialpolitische Transferleistungen“, bei denen keine unmittelbare Kopplung von Kosten und Nutzen möglich ist oder nicht gewünscht wird.³⁸

³⁶ Dirk Löhr (2013), S. 15 - 16 (Physiokraten), 72 (Grundsteuer, Steuer vs. Erbbaurecht und Pacht) - 73 (Immobilienblasen). - Zu den Physiokraten vgl. auch Mary Cleveland (2017), S. 94 - 95.

³⁷ Dirk Löhr (2013), S. 74 (Aufteilung der Bodenrente für Infrastrukturen und als ökologisches Grundeinkommen) und 155 - 164 (ÖGE). Vgl. auch Nicolaus Tideman (2017), S. 339 - 355.

³⁸ Dirk Löhr (2013), S. 55 (Ordoliberalismus), 57 (George), 59 (Mill und Gossen), 136 (Sozialpolitik), 144 (Henry George 2.0), 147 - 149 (differenzierterer Blick auf die Single Tax besonders im Hinblick auf die umlagefinanzierte Sozialversicherung) und 149 (Reziprozität bei Bürgern und Staat).

Als große Richtung geht es Löhr um eine „Finanzverfassung“, die im Sinne von Proudhons Gegenseitigkeitsprinzip „den Konnex zwischen Einnahmen und Ausgaben so weit wie möglich wiederherstellt, und zwar nicht nur in den Tausch- und Kreditbeziehungen zwischen einzelnen Bürger/innen, sondern auch in deren Verhältnis zu einem bürgernahen Rechtsstaat. „Der Staat entwickelt sich weg vom Steuerstaat und hin zu einem stark durch gebührenartige Abgaben finanzierten Gemeinwesen. ... Der Charakter des Staates würde sich durch die Umgestaltung des Abgabensystems entscheidend ändern: Statt eines verlängerten Arms von wirtschaftlichen Sonderinteressen mit repressiven und obrigkeitstaatlichen Zügen wäre er ein transparenter, sich selbst beschränkender (Gewähr-)Leistungsstaat und ein unabhängiger Hüter des Gemeinwohls.“ Statt ein neues System von staatlichen Einnahmen und Ausgaben schon in näheren Einzelheiten zu konzipieren, geht es Löhr zunächst darum, im Anschluss an Proudhon ebenso wie an Wilhelm von Humboldts „Grenzen des Staates“ (1851) sowie an die Bodenrechts- und Geldreformer und den Ordoliberalismus Euckenscher und Böhmscher Prägung ein Grundverständnis dafür zu wecken, dass

a) mit der privaten Vereinnahmung von Boden- und Ressourcenrenten Privilegien einhergehen, welche geradezu eine „Feindin der Freiheit“ darstellen, so dass die Verwirklichung einer echten gleichen Freiheit aller Menschen eine „Negation der Macht“ erfordert, und dass es

b) jenseits der „libertären Sicht, die eine staatliche Abstinenz bei vorheriger Spezifikation der Eigentumsrechte predigt“, und des „sozialistischen, auf die Universalverantwortung setzenden Interventionsstaates“ sowie eines durch mächtige Interessengruppen geschwächten Staates eines „starken, sich selbst beschränkenden Staates“ bedarf. Der Staat soll entgegen der Hoffnung von Friedrich Engels also nicht „absterben“, sondern seinen widersprüchlichen Doppelcharakter als Rechts- und Machtstaat nach und nach ablegen, sich dabei aus der Umklammerung durch Lobbyverbände befreien und ein reiner Rechtsstaat werden. Als ein gegenüber Interessengruppen gestärkter, demokratischer Rechtsstaat soll sich der Staat darauf konzentrieren, jegliche Macht zurückzudrängen und allen Menschen zu ihrer gleichen Freiheit und zu ihrem gleichen Recht zu verhelfen. Zudem soll ein solcher Rechtsstaat das Subsidiaritätsprinzip stärken, demzufolge politische Entscheidungen so weit wie möglich dezentral auf kommunalen und regionalen Ebenen getroffen werden.³⁹ Dabei obliegen ihm auch die Einbettung der Privatwirtschaft mit monopolfreien Märkten in eine rechtsstaatliche Rahmen*ordnung* und eine Rahmen*planung* der Versorgung mit öffentlichen Gütern. Ein solcher Staat könnte eine Alternative sowohl zum sog. ‚schlanken‘ Staat des Neoliberalismus als auch zu den verschiedenen Spielarten des staatlichen Etatismus werden.

³⁹ Dirk Löhr (2013), S. 152 - 153 (Strukturwandel des Staates), 165 (Humboldt) -166 (libertäre Sicht und sozialistischer Interventionsstaat), 172 - 173 (Eucken und Böhm) und 175 („Die Gefangennahme des Staates durch private Sonderinteressen zur Sicherung von Renten schwächt den Staat systematisch.“)

Wie sich dann im Laufe einer solchen Transformation des Staates zu einem reinen Rechtsstaat die Zahlungsströme der Steuereinnahmen und -ausgaben im Detail verändern werden, lässt sich im Vorhinein noch nicht genau absehen, zumal die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) getreu der alten klassisch-marxistischen Vorstellung vom Kampf zwischen Kapital und Lohnarbeit nur die Kategorien „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ und „Einkommen aus unselbstständiger Arbeit“ kennt und keinerlei Angaben zur Größenordnung der Bodenrente macht.⁴⁰ Die Diskussion über die Gestalt eines nachkapitalistischen demokratischen Rechtsstaats, über die durch ihn bereit zu stellenden öffentlicher Güter und über die Neujustierung seiner Einnahmen und Ausgaben steckt erst in ihren Anfängen und es bedarf noch intensiver Forschungen, um die Konturen eines zukünftigen Rechtsstaats einschließlich einer neuen VGR weiter präzisieren zu können.

Neben alledem erweist sich die alte Vorstellung vom Kampf oder der Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Lohnarbeit nicht nur in der VGR, sondern ganz allgemein als überholt, wenn auch die allzu lange verdrängte Rolle der Bodenrente mit in den Blick auf gesellschaftliche Grundwidersprüche genommen wird. Wie Löhr in Übereinstimmung mit dem US-amerikanischen Ökonomen Mason Gaffney zeigt, stellen nämlich die Gewinne großer Unternehmen, insbesondere großer Kapitalgesellschaften, schon längst nicht nur ‚Profite‘ dar, bei denen sich darüber streiten ließ, ob die Zinsen ein untergeordneter Teil der Profite sind oder ob umgekehrt die Eigen- und Fremdkapitalzinsen vor den anderen Bestandteilen des Gewinns rangieren. In zunehmendem Umfang bestehen die Unternehmensgewinne - was bislang kaum wahrgenommen wird - auch aus Boden-/Standort- und anderen Renten. Die Schwerindustrie entwickelte sich in Bergbauregionen wie dem Ruhrgebiet und die Chemieindustrie entstand zum großen Teil auch auf den „virtuellen Grundstücken der Patente. ... Im 19. und 20. Jahrhundert waren die landintensiven Unternehmen - siehe die Eisenbahn, Kohle, Stahl, chemische Industrie etc. - zumindest in den westlichen Industrieländern nahezu allesamt als Aktiengesellschaften organisiert. Diese waren zugleich große Eigentümer von ‚Land‘ im weiteren Sinne. Wo die (Boden-)Renten wuchsen, wuchs auch die Kapitalakkumulation.“⁴¹

Galt zum Beispiel der Siemens-Konzern in den 1980er Jahren noch als ‚Bank mit angeschlossener Elektroabteilung‘, so sind besonders Großkonzerne („High Performer“) längst auch große Immobilieneigner mit untergeordneten Abteilungen für die Herstellung und den Vertrieb von Waren. „Die ökonomischen Renten sind der harte Kern des Unternehmensgewinns. Somit reflektieren Unternehmensgewinne vor allem die rentengenerierende Kapazität des Portfolios an Key Assets einer Unternehmung.“ Löhr verdeutlicht dies am Beispiel der Fastfood-Kette McDo-

⁴⁰ Dirk Löhr (2013), S. 141 - 142 (VGR).

⁴¹ Dirk Löhr (2013), S. 123 - 125 (Land- und Kapitalakkumulation). Vgl. auch Dirk Löhr (2007) und (2009) (Patente als virtuelle Landnahme).

nald's, die ihre Gewinne vermutlich mehr aus Bodenrenten als aus ihrem Verkauf von sog. Burgern beziehe. „McDonald's ... nutzt ... konsequent Standortvorteile, die durch die Öffentlichkeit geschaffen wurden, durch Agglomeration, Infrastruktur usw.“ Auch Supermarktketten und Discounter nutzen Standortvorteile, die ihnen „in der Vergangenheit in überaus großzügiger Weise durch die Bauleitplanung gewährt wurden.“ Ein weiteres Beispiel für „ökonomische Renten als Kern des Unternehmensgewinns“ sind Löhre zufolge „Zeitnischen in koordinierten Flughäfen“, also die Zuweisung von bestimmten Zeiten für Starts und Landungen an die Fluggesellschaften. „Die Zuweisung von Zeitnischen erfolgt allerdings ... grundsätzlich via ‚Grandfathering‘.“ Schließlich betrachtet er auch die Stromproduktion zum Beispiel in Kohlekraftwerken geradezu als ein „Treibhaus für ökonomische Renten“.⁴² -

Ähnlich wie Andres betont auch Löhr den Charakter einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ zu guter Letzt als Kombination von öffentlicher Planung und privatem Marktgeschehen. Berühmt gewordene Begriffe von Marx umdeutend, spricht er von der öffentlichen Planung und von Gemeinschaftsgütern als von einem „Reich der Notwendigkeit“ mit einer „vertikalen Koordination“ und vom entkapitalisierten Markt mit Produktionsmitteln in privaten, genossenschaftlichen und anderen Rechtsformen als von einem „Reich der Freiheit“ mit einer „selbsttätigen horizontalen Koordination. ... Freiheit und Planung sind keine Widersprüche“, sondern sie können sich innerhalb einer freiheitlich und gerecht gestalteten Rahmenordnung funktional ergänzen.⁴³ Nach diesem Verständnis ist eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ also alles andere als eine ultraliberal-staatsfeindliche Verabsolutierung von Privateigentum und Wettbewerb. In einem breiten Spektrum von unterschiedlichen Eigentumsformen könnten sich - wie schon Ernst Friedrich Schumacher vermutete - privates Eigentum am besten für kleinere Unternehmen und genossenschaftliches Eigentum für mittlere und größere Unternehmen eignen. Umgeben wären dann privates und genossenschaftliches Unternehmenseigentum von einer ganzen Reihe von Gemeinschaftsgütern, die sich nicht zur Behandlung als käufliche Handelswaren eignen und die darum gegen Gebühren und Steuern vom Staat als entkapitalisierte öffentliche Güter bereitgestellt werden könnten: Boden, Wasser und andere Ressourcen, Infrastrukturen und Netze, Gesundheit, Bildung und Wissen, Verschmutzungsrechte und Energie. Trotz einiger Unterschiede in ihren Ansichten über die Verwendung der Bodenrente und über die Staatsfinanzierung stimmten Löhr und Andres schließlich auch darin überein, dass sich die älteren und neueren Bodenreformansätze einerseits und das Wissen

⁴² Dirk Löhr (2013), S. 107 - 139, und ders. (2017), S. 211 - 240 (Kapitalgesellschaften auf der Jagd nach ökonomischen Renten), bes. S. 212 (High Performer), 220 (Renten als Kern des Gewinns), 255 - 226 (McDonald's), 227 (Supermarktketten und Discounter), 229 - 231 (Start- und Landezeiten auf Flughäfen) und 233 - 236 (Stromproduktion).

⁴³ Dirk Löhr (2013), S. 165 (Reiche der Notwendigkeit und der Freiheit) und 168 (Planung).

um Allmenden und die neuere Gemeingüterforschung von Elinor Ostrom andererseits wechselseitig sinnvoll ergänzen können.⁴⁴

Trotz der dringenden Notwendigkeit einer Schaffung gleicher Zugangsrechte aller Menschen zu den natürlichen Lebensgrundlagen und einer entsprechenden Reform des Steuersystems einschließlich der Grundsteuer geht Löhr davon aus, dass es „noch ein langer steiniger Weg bis zum allgemeineren Verständnis“ für den eigentlichen Sinn einer solchen Reform sein dürfte. Das seit der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise verstärkt um sich greifende Landgrabbing im In- und Ausland verlängert diesen steinigen Weg sogar noch. Und die bisherigen Erfahrungen mit der von Löhr mitgetragenen Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ scheinen diese Einschätzung zu bestätigen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber zu einer Reform der Grundsteuer aufgefordert hat, sind Fragen des Bodenrechts zum Gegenstand öffentlicher Debatten geworden. Allerdings bleibt es schwierig, neben den konventionellen Reformvorschlägen der Interessenverbände auch dem Vorschlag einer Trennung der Besteuerung von Boden und aufstehenden Gebäuden und der Umwandlung der bisherigen Grundsteuer in eine reine Bodenwertsteuer eine größere Aufmerksamkeit zu verschaffen, obwohl so unterschiedliche Organisationen wie der Mieterbund, der Naturschutzbund (NABU) und das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft diese Initiative unterstützen. Auch das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans Böckler-Stiftung setzt sich in einem „Drei-Säulen-Konzept gegen Ungleichheit und Armut“ für einen Umbau der bisherigen Grundsteuer in eine neue Bodenwertsteuer ein.⁴⁵ Verabschiedet wurde schließlich ein enttäuschender politischer Kompromiss – jedoch enthält er eine sog. Länderöffnungsklausel, die es den Bundesländern ermöglicht, in der Frage der Grundsteuerreform eigene Wege zu gehen. Somit könnte immerhin ein einzelnes Bundesland in die Richtung einer Bodenwertsteuer vorangehen.⁴⁶

13.2 Geld - vom sozialen Sprengstoff zum sozialen Integrationsmittel

Im Zuge der neueren Null- und Negativzinsentwicklung scheint in den letzten Jahren im Bereich des Geldwesens schon etwas mehr in Bewegung gekommen zu sein⁴⁷ als im Bereich des Boden- und Ressourcenrechts. Aber auch hier könnte der

⁴⁴ Zu Infrastrukturen als „gebauter Geschichte“ vgl. Dirk van Laak (2017), S. 3 – 11. – Silke Helfrich (2012) (Ostrom, Commons-Forschung). – Elisabeth Meyer-Renschhausen & Klaus Prätör (2018), S. 51 – 60 (Allmenden).

⁴⁵ Dirk Löhr (2013), S. 184 (langer steiniger Weg). – Zur Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ vgl. die Website www.grundsteuerreform.net sowie Ulrich Kriese (2016), S. 53 – 56, und (2017), S. 30 – 32. – Gustav Horn (2017), S. 17 – 18 (gewerkschaftliches Plädoyer für eine „reine Bodenwertsteuer“).

⁴⁶ Ulrich Kriese & Philipp Heuer (2020). – Vgl. auch ein Interview mit Dirk Löhr in: Dietrich Heißenbüttel (2020), S. 2.

⁴⁷ Vgl. hierzu die Kap. 12.6 und 12.7 in diesem Buch.

„wirtschaftspolitische Gezeitenwechsel“ (Keynes) noch ganz am Anfang stehen. Während Keynes die Geld-(und Boden-)reformbewegung seinerzeit als Initialkraft für eine „sanften Tod des Rentners (Rentiers), des funktionlosen Investors“ betrachtet hatte, ließe sie sich treffender als eine Hospizbewegung für die kapitalistischen Machtstrukturen in Wirtschaft und Politik charakterisieren. Und sie ließe sich auch mit der Vorstellung vom Beginn von Geburtswehen einer neuen Zeit in Verbindung bringen.⁴⁸

Zusätzlich zu einer Entfeudalisierung und Entkapitalisierung der *natürlichen Lebensgrundlagen*, die die Menschen ihrer ursprünglich-eigenen Würde entsprechend aus Abhängigkeiten befreit und sie gleichsam in der *Vertikalen* wieder aufrichtet, wäre es genauso notwendig, auch die *sozialen Lebensgrundlagen* des Geldes und der Unternehmen zu entkapitalisieren. Die Forderungen von Scherhorn und Peukert, die internationalen Finanzmärkte zu bändigen, indem Finanzinstitute und ihre Produkte besser überwacht werden, indem zur Risikominderung höhere Eigenkapitalanforderungen an Banken gestellt werden, indem Geschäfte außerhalb von Bilanzen und an nicht anerkannten Wertpapierbörsen sowie Leerverkäufe und Risikoverbriefungen verboten werden usw., gehen gewiss in die richtige Richtung.⁴⁹ Sie werden aber noch nicht ausreichen, um die strukturelle Überlegenheit des Geldes über die menschliche Arbeit und ihre Erzeugnisse und die daraus erwachsene Dominanz der Finanzmärkte zu überwinden. Zusammen mit einer Reform der Boden- und Ressourcenordnung bedarf es einer strukturellen Reform des Geldes, um dem Geld bzw. den Geldvermögen die Kraft zu nehmen, sich fortwährend selbst zu vermehren und sich dabei auch der öffentlichen Güter zu bemächtigen und sie zu privatisieren. Darüber hinaus könnte sie gewährleisten, dass die Würde der Menschen auch innerhalb der *Zirkulationssphäre* beim gleichsam *horizontalen* Handel mit Gütern und Dienstleistungen einschließlich von Bankdienstleistungen nicht länger durch eine „kapitalistische Parteilichkeit“ (Suhr⁵⁰) des Tausch- und Kreditmittels Geld verletzt werden kann. Und schließlich muss in Verbindung mit einer Neutralisierung des Geldes eine Entkapitalisierung und Dezentralisierung von Geld- und Realvermögen dafür sorgen, dass auch innerhalb der *Produktionssphäre* nach dem Zeitalter der Kapitalakkumulation und -konzentration mitsamt der Haftungsbeschränkungen sowie der Patent- und Markenprivilegien anstelle der hierarchischen, geradezu gigantomaniischen „Dinosaurier-Unternehmen“ (Röpke⁵¹) in einer Zweiten Moderne egalitär-demokratische Unternehmensstrukturen und technische Produktionsstrukturen im Sinne von Schumachers „mittleren Technologien“ und Illichs „konvivialen Werkzeugen“ entstehen können, in denen sich die Produzent/innen durch eine unmittelbare Teilhabe und

⁴⁸ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317. – Die Vorstellung von Geburtswehen einer neuen Zeit findet sich bereits im Matthäus-Evangelium (Mt. 24.8).

⁴⁹ Vgl. hierzu Gerhard Scherhorn (2008), S. 3 – 13, sowie ders. (2009). – Helge Peukert (2013/2015) und das Kapitel 11.5.12 in diesem Buch.

⁵⁰ Dieter Suhr (1983/2015), S. 18.

⁵¹ Wilhelm Röpke (1948b), S. 155 – 174, hier: S. 156 und 162 – 163 (Dinosaurier-Unternehmen).

nicht durch ein imaginäres sog. Volkseigentum mit ihren Produktionsmitteln verbinden. Aus einer Gesamtperspektive der Reform der Geld- und Bodenordnung, der Kritik des frühen Ordoliberalismus am „Kult des Kolossalen“⁵² und der „Small is beautiful“-Bewegung geht es also keinesfalls um eine Rückkehr in eine vorindustrielle Gesellschaft oder gar in die Steinzeit, sondern um einen Verbleib in der Moderne - aber nicht mehr in der auf der Akkumulation und Konzentration von Kapital beruhenden ersten Moderne. Vielmehr geht es um eine allmähliche und gewaltfreie Transformation der ersten in eine zweite Moderne, bei der das Geld entthront und mitsamt der Arbeitsteilung und der Märkte als Diener so in die sozialen und ökologischen Lebenswelten eingebettet wird, dass eine Aufteilung der Großkonzerne und eine „Repersonalisierung“ der Unternehmensverfassungen (Binswanger⁵³) beginnen können.

Sobald das Geld die Gesellschaft nicht mehr in sich spalten und sie von der Natur abspalten kann, verlieren sowohl das „Naturkapital“ als auch das „Humankapital“, „Sozialkapital“ oder „Realkapital“ ihren Kapitalcharakter. Die dezentralisierten Produktionsmittel sind dann nur noch Hilfsmittel der Produktion, aber keine strukturellen Machtmittel mehr, die ihren privaten und genossenschaftlichen Eigentümern noch länger einen Mehrwert einbringen.⁵⁴ Sobald die kapitalistischen Finanzmärkte mit dem von Peukert aufgestellten Maßnahmenkatalog reguliert werden und sobald die Akkumulation und Konzentration von leistungslosen Einkünften aus Bodenrenten, Kapitalzinsen und anderen Privilegien nach und nach unmöglich werden, können die arbeitenden Menschen zusätzlich zu ihrer politischen Gleichberechtigung im Laufe einer Übergangszeit auch in den Vollbesitz ihrer ökonomischen Kräfte gelangen. Sie können sich auf gleicher ökonomischer Augenhöhe begegnen und werden dann – was Emmanuel Sièyes zur Zeit der Französischen Revolution vergeblich erhoffte – zu einem sowohl politisch als auch ökonomisch homogenen „Dritten Stand“ von Bürgern und Bürgerinnen in einer nicht mehr hierarchisch geschichteten nachkapitalistischen Bürgergesellschaft, die die Spaltung in eine Großbourgeoisie, kleinbürgerliche Mittelschichten und prekäre Unterschichten hinter sich lässt. Dem Historiker Jürgen Kocka zufolge „blieb die Wirklichkeit des 19. und frühen 20. Jahrhunderts weit hinter dem Modell der bürgerlichen Gesellschaft zurück“, welches die Philosophen des Humanismus und der Aufklärung entworfen hatten. Während sie sich im Kontrast zur Feudalherrschaft von Adel und Klerus mit Geburtsprivilegien und konservativen Traditionen eine „säkularisierte Gesellschaft freier, mündiger Bürger (citoyens)“ vorgestellt hatten, „die ihre Verhältnisse friedlich, vernünftig und selbstständig regeln, ohne allzu viel soziale Ungleichheit, ohne obrigkeitstaatliche Gängelung“, waren seit dem

⁵² Wilhelm Röpke (1948), S. 162, und Alexander Rüstow (1949), S. 124 (Glaube an eine „Unsterblichkeit durch Größe“).

⁵³ Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 274 (Repersonalisierung). Vgl. auch Hans Christoph Binswanger (2009), S. 150 – 160.

⁵⁴ Vgl. hierzu die ausführlicheren Darlegungen im Kap. 13.5 über einen Strukturwandel der Arbeitswelt.

Beginn der Ersten Moderne neue wirtschaftlich-strukturelle Privilegien entstanden, die genau das durchkreuzten, was die Grundlage der neuen bürgerlichen Gesellschaft hätte werden sollen – nämlich ein Arbeits- und Leistungsethos anstelle des aristokratischen Müßiggangs, Bildung und Kultur für alle sowie die Regelung politischer Angelegenheiten mit Hilfe der Vernunft. Aufgrund der neuen kapitalistischen Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft widersprach sie jedoch ihrem ursprünglichen Modell, weshalb sie - mit tragischen Folgen - zum Feindbild von kommunistischen und faschistisch-nationalsozialistischen Gegenbewegungen wurde. Obwohl die kapitalistischen Privilegien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch immer nicht überwunden wurden, sah Kocka angesichts der Entwicklung der Bürgergesellschaft zur Zivilgesellschaft Anzeichen für eine „Renaissance der Bürgerlichkeit“.⁵⁵ Diese Tendenz könnte durch Reformen der Geld- und Bodenordnung sowie der Unternehmensverfassung und des Haftungs-, Patent-, Marken- und Steuerrechts entscheidend gestärkt werden, so dass die bisherige in sich widersprüchliche bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft in eine nachkapitalistische Gesellschaft von selbstständigen und selbstverantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern übergehen kann, die auf der Basis ihrer aller gleicher Freiheit solidarisch miteinander verbunden sind. Im Laufe dieses Transformationsprozesses verlieren auch Wirtschaftskriminalität, Korruption und mafiöse Strukturen ihren Nährboden.

Neben diesen bislang noch kaum wahrgenommenen gesellschaftspolitischen Potentialen dieser Reformen könnte ein im Sinne von Gesell und Keynes reformiertes Geld, das die Einheit von Geben und Nehmen sowohl in der Tausch- als auch in der Kreditsphäre nicht mehr aufspalten kann, auch noch zwei miteinander zusammenhängende Auswirkungen auf die Wirtschaft haben, die ebenfalls noch kaum bedacht worden sind. Zum einen könnte es dazu führen, dass sich die bislang vielfach durch Unterbrechungen gestörten Geldkreisläufe sowohl innerhalb einzelner Länder als auch weltweit schließen. Im hochkomplexen Netzwerk von Geld- und Wirtschaftskreisläufen können sich diese ineinander verwobenen Kreisläufe sowohl auf ihren jeweiligen lokalen und regionalen als auch globalen Ebenen schließen. Dadurch können sich ihre Schwerpunkte auf die unteren Ebenen verlagern, so dass die Lieferketten in ihrer Gesamttendenz kürzer werden. Und zum anderen könnte eine Reform des Geldes seine Fähigkeit stärken, die Komplexität der Wirtschaft zu strukturieren und sie in einzel- und gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichten zu stabilisieren. Indem ein reformiertes Geld die dezentrale Selbstorganisation durch den Preiskosmos verbessert, verringert es das Chaos in der Wirtschaft und damit zugleich auch den Bedarf an einer staatlich-büro-

⁵⁵ Jürgen Kocka (2008), S. 3 (Renaissance der Bürgerlichkeit) und 5 - 6 (Modell der bürgerlichen Gesellschaft). Vgl. auch Jürgen Kocka (2010), S. 4 - 8, und die historische Übersicht über die Entwicklung des Bürgertums von Michael Schäfer (2009). – Außerdem Peter Ulrich (2009) (Wirtschaftsbürgertum) sowie Gunilla Budde & Eckardt Conze & Cornelia Rauh (2010).

kratischen Verwaltung und Reparatur der Unordnung, die ohne moderne Informationstechnologien schon längst nicht mehr zu bewältigen wäre.⁵⁶

Dem sinkenden Bedarf an einer mit Informationstechnologien unterstützten Verwaltung der Folgen der Dysfunktionalität des kapitalistischen Geldes entspricht im Übrigen die in Geldreformkreisen verbreitete Zurückhaltung gegenüber Kryptowährungen wie Bitcoin oder Libra.⁵⁷

Da die neuere wissenschaftliche Diskussion über Null- bzw. Negativzinsen bislang überwiegend technisch-instrumentell geführt wird⁵⁸, sei hier zusätzlich zu ihr durch einige Verbindungslinien zur Religion, Philosophie und Wirtschaftsethik dargestellt, worum es bei einer Reform des Bodenrechts und des Geldwesens letztlich geht. Und es sei auch auf weitere offene Fragen in der gegenwärtigen Diskussion über diese Reformen verwiesen.

13.2.1 Berührungspunkte mit dem Judentum, Christentum und Islam

Affinitäten zwischen den Grundgedanken der Geld- und Bodenrechtsreform und den drei abrahamitischen Religionen sind von Roland Geitmann und Christoph Körner verdeutlicht worden.⁵⁹ Schlüsselstellen im Ersten und Zweiten Testament sowie im Koran sind

- jene Passagen in den mosaischen Gesetzen, in denen Mose im Zusammenhang mit den Regeln zu Erlass- und Halljahren bestimmte, die letztlich Gott gehörende Erde dürfe „nicht für immer verkauft“ werden, „denn das Land ist mein und ihr seid Fremdlinge und Beisassen bei mir“; außerdem verlangte Mose, „deinem Bruder keinen Zins aufzuerlegen“ (während er es gestattete, „dem Fremden Zins aufzuerlegen“, womit vielleicht mehr ein Risikoausgleich als eine Zinsnahme im engeren Sinn gemeint war)⁶⁰;
- Jesu Bergpredigt in der Fassung des Apostels Lukas, wo sich im unmittelbaren Zusammenhang mit den Seligpreisungen und dem Gebot der Feindesliebe die Aufforderung findet: „Tut Gutes und leihet, ohne etwas zurückzuerwarten“, d.h. für das Ausleihen von Geld keine Zinsen zu verlangen. Mit den „Feinden“ könnten we-

⁵⁶ Die neuere Forschungsrichtung der Komplexitätsökonomik hat das Geld weder in seiner herkömmlichen noch in seiner reformierten Gestalt im Blick. Dabei könnte es interessant sein, nicht nur äußerliche Phänomene wie chaotische Turbulenzen an den Börsen oder das Verkehrschaos, sondern auch das innere Gesamtchaos der Wirtschaft und die Rolle verständlich zu machen, welche eine gerechte Geld- und Boden-/Ressourcenordnung bei der Schaffung von institutionellen Rahmenbedingungen für eine funktionierende Selbstorganisation der hochgradig komplexen Gesamtwirtschaft spielen könnte.

⁵⁷ Beate Sauer (2017), S. 40 – 49. - Max Danzmann (2019), S. 65 – 74. Vgl. auch das Kapitel 13.5.9 in diesem Buch.

⁵⁸ Vgl. hierzu die Kap. 12.6 und 12.7 dieses Buches.

⁵⁹ Roland Geitmann (2016), S. 12 - 32 (Judentum), 38 - 69) und 148 - 156 (Islam). - Christoph Körner (2017), S. 112 - 119 (Boden und Religion) und 124 - 150 (Geld und Religion).

⁶⁰ 3. Mose 25, 13-16 (Verbot des Landverkaufs) sowie die Zinsverbote in 2. Mose (Exodus) 22,24; 3. Mose (Leviticus) 25,35-37; 5. Mose (Deuteronomium) 23, 19-20.

niger äußere „Feinde“ gemeint sein als vielmehr innere „Feinde“ in der in starke Reiche und schwache Arme gespaltenen Gesellschaft, die allesamt aufgefordert werden, über ihre Interessengegensätze hinweg solidarisch miteinander zu sein. „Gib jedem, der dich bittet.“ Und die Empfehlung „Was ihr von anderen erwartet, das tut ebenso auch ihnen“ entspricht ganz dem später von dem aufgeklärten Philosophen Immanuel Kant formulierten „kategorischen Imperativ“. Demzufolge soll alles zwischenmenschliche Handeln einschließlich des wirtschaftlichen Handelns auf der Grundlage der Gerechtigkeit im gegenseitigen Geben und Nehmen vonstattengehen und auch die Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe einschließen. In Notlagen soll es sogar nach dem Vorbild des Samariters durch eine selbstlose Barmherzigkeit geprägt sein. Ganz allgemein besteht „der Sinn des Lebens ... nicht darin, dass ein Mensch aufgrund seines großen Vermögens im Überfluss lebt.“⁶¹ Dem entsprechen die Mahnung in der Bergpredigt in der Fassung von Matthäus, dass „niemand zwei Herren dienen ... kann: Gott und dem Mammon“, und die Aufforderung, „nicht Schätze hier auf der Erde ... zu sammeln, sondern sammelt euch Schätze im Himmel. Denn wo dein Schatz ist, da ist auch dein Herz.“ (Mt.6,19-21) Eher werde „ein Kamel durch ein Nadelöhr“ gehen als dass „ein Reicher ... in das Himmelreich komme.“⁶²

- Eine entsprechende Aussage zum Geld und Zins, die in ihrer Differenziertheit an die aristotelische Unterscheidung zwischen dem Geld als Tauschmittel in einer „natürlichen Erwerbskunst“ und dem Geld in einer chrematistischen Geldvermehrungswirtschaft heranreicht, macht der Koran: „Gott hat nun einmal das Kaufgeschäft erlaubt und die Zinsleihe verboten.“ Diese Sure wurde zur Richtschnur für das in den letzten Jahrzehnten neu entstandene islamische Bankwesen.⁶³

Wie der Ring in Lessings Parabel im „Nathan der Weise“ verbindet alle drei abrahamitische Religionen die gemeinsame Vorstellung, dass die allen Menschen von Gott geschenkte Lebenszeit nicht von einzelnen Menschen durch die Zinsnahme auf Kosten anderer Menschen zu Geldvorteilen gemacht werden darf. Daraus folgt: Time may no longer be money! Außerdem soll das Leben nicht vom renditeorientierten Geld zu einer ruhe- und rastlosen, sich zudem noch selbst beschleunigenden Dauergeschäftigkeit angetrieben werden, sondern es soll mit rhythmisch wechselnden Zeiten des Tätigseins und der Muße einhergehen.

- Geitmann und Körner skizzierten auch die weitere Entwicklung des biblisch-kanonischen Denkens über das Geld und die Zinsnahme bei den Kirchenvätern und die mit dem Aufstieg des modernen Kapitalismus einhergegangene Lockerung des Zinsverbots seit der Reformation, die in der katholischen und in den protestantischen Kirchen unterschiedlich verlief. Außerdem verbanden sie mit dem Bau von

⁶¹ Lukas 6,20-49, bes. 6,27 (Feindesliebe), 6,31 (Gegenseitigkeit) und 6,35 (Zinsverzicht) sowie Lukas 10,25-37 (Barmherzigkeit) und Lukas 12,15 (Lebenssinn).

⁶² Matthäus 6,19-21 (irdische oder himmlische Schätze), Matthäus 6,24 (Gott oder Mammon) und Matthäus 19,23-24 (Reicher vs. Kamel).

⁶³ Koran Sure 2,275. - Zum Wirtschaftsverständnis des Islams vgl. Roland Geitmann (2016), S. 148 - 156, sowie Abdelaali El Maghraoui (2015), S. 28 - 40, und ders. (2019).

Verständigungsbrücken zwischen den Religionen und den Ansätzen einer Bodenrechts- und Geldreform eine eindeutige Distanzierung vom Antijudaismus bzw. Antisemitismus von Luther und anderen christlichen Autoren.⁶⁴

Die Bedeutung der schleichenden Aufgabe des biblisch-kanonischen Zinsverbots wurde bislang weder vom Religiösen Sozialismus noch von der lateinamerikanischen Befreiungstheologie in ihrer ganzen Tragweise erkannt. In neuerer Zeit findet die Bodenrechts- und Geldreform nur wenig Aufmerksamkeit bei Theolog/innen und Kirchen. In seiner Denkschrift „Evangelii Gaudium“ (2013) und seiner Enzyklika „Laudato si“ (2015) beklagte Papst Franziskus zwar, dass „diese Wirtschaft tötet“, und er forderte, dass das Geld nicht herrschen, sondern dienen solle; aber er ließ völlig offen, wie der qualitative Wandel von Geld und Wirtschaft vorstattgehen könnte. Während der protestantische Theologe Ulrich Duchrow sich auf die Forderung nach einer Einführung von Vollgeld in Verbindung mit einer Gemeinwohlökonomie beschränkte, plädierte der katholische Theologe Eugen Drewermann für Vollgeld und auch für Freigeld aus Auswege aus dem Finanzmarktkapitalismus.⁶⁵ Demgegenüber gehörten für Hans Küng, den Begründer der „Stiftung Weltethos“, nur der „religiöse Fundamentalismus ... , rigorose Moralismus und postmoderne Beliebigepluralismus“ zu den „Spaltpilzen der Gesellschaft“ – nicht aber das Geld. So blieb seine Suche nach einer Alternative zum „Manchester-Liberalismus“ und zur „sozialistischen Planwirtschaft“ vordergründig. „Nach den verheerenden Erfahrungen der gegenwärtigen Weltfinanz- und Wirtschaftskrise dürfte es schwer sein, Menschen heute von der ‚Marktwirtschaft pur‘ zu überzeugen“, die von den „Ultraliberalen“ Mises, Hayek und Friedman konzipiert wurde. Keynes habe mit seinem Deficitpending nur zwischenzeitlich einen anderen Akzent gesetzt; aber wegen der dadurch eingetretenen Überschuldung der Staaten seien die „Schwachpunkte“ seiner Theorie offenkundig, so dass sich der Ultraliberalismus dagegen leicht durchsetzen konnte. „Was für eine Rolle spielen in diesem kapitalistischen Wirtschaftssystem überhaupt ethische Prinzipien?“⁶⁶ Mit dieser Frage leitet Küng seine Rückbesinnung auf das westdeutsche Wirtschaftswunder während der 1950er und 1960er Jahre ein. Dieser „Erfolg der sozialverpflichteten Marktwirtschaft“ sei insbesondere Ludwig Erhard zu verdanken gewesen, der „von Anfang an dem Hitler-Regime ablehnend gegenübergestanden“ habe, und auch Alfred Müller-Armack, der dem Ordoliberalismus „praktisch zum Durchbruch verhalf“. Die Soziale Marktwirtschaft lobt Küng als Alter-

⁶⁴ Roland Geitmann (2016), S. 17 - 20 und 26 - 32 (Widerspruch zum Antisemitismus). - Speziell zu Luther vgl. Dieter Fauth (2017), S. 3 - 10. - Vgl. auch Werner Onken (2007a).

⁶⁵ Zu den Verlautbarungen von Papst Franziskus vgl. Werner Onken (2015). - Ulrich Duchrow (2013), S. 227 - 229 (Entgierung des Geldes) und 238 - 248 (Gemeinwohlökonomie). - Eugen Drewermann (2017), S. 140, 157 - 158, 199, 219 und 343. - Vgl. auch Eugen Drewermann (1996), S. 474 - 475 und 498 - 500 (Bezugnahmen auf Geldreformgedanken).

⁶⁶ Hans Küng (2020), S. 234 - 240 (gesellschaftliche Spaltpilze), 277 - 278 (weder Manchester-Liberalismus noch sozialistische Planwirtschaft), 279 - 296 (Marktwirtschaft pur), 283 (Keynes) und 287 (Ethik).

native zu „zügellosem Kapitalismus und bürokratischem Sozialismus“. Und obwohl sie Ende der 1960er Jahre in eine schwere Krise geriet, hält Küng an ihr als Leitbild bei der Suche nach Antworten auf die Exzesse des Finanzmarktkapitalismus fest. Im Interesse eines „anständigen Wirtschaftens“ bedürfe es einer „ethischen Rahmenordnung“, um die hemmungslose Profitgier des „Finanzmonsters“ zu bändigen.⁶⁷ Küngs neues „Wirtschaftsethos“ enthält keinerlei Gedanken über die Herstellung eines für alle Menschen gleichen Zugangs zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen. Zwar erwähnt er, dass Ludwig Erhard bei Franz Oppenheimer promoviert hat; aber er erwähnt nicht, dass Erhard Oppenheimers Bodenreform als zentrales Element des Liberalsozialismus außen vorgelassen hat. Zur strukturellen Macht des Geldes äußert sich Küng ebenfalls nicht und rechtfertigt ausdrücklich den Abschied der Kirchen von der früheren biblisch-kanonischen Zinskritik. „So war die Zinsfrage im christlichen Europa bereits im 16./17. Jahrhundert, am Beginn der Neuzeit, durchdiskutiert und schließlich gelöst worden.“ Dass die Zinsfrage in den islamischen Ländern erst im 20. Jahrhundert virulent wurde, sei ein Zeichen für ihren verspäteten Eintritt in die Moderne. „Auch die echten Idealisten müssten verstehen, dass idealistische Forderungen wie zinslose Darlehen (oder zu geringen Zinsen) mit Berufung auf das biblische Zinsverbot zwar im Kreis der Familie, innerhalb von Nachbarschaft und Kirchgemeinden oder auch für soziale Aktionen, für Entwicklungsprojekte, für diakonische oder ökologische Vorhaben höchst sinnvoll sein können. Aber sie können keine allgemein gültige volkswirtschaftliche Lösung sein, weil sich nun einmal das wirtschaftliche Umfeld völlig verändert hat.“ Eine solche Kritik an den geltenden Gesetzen der Weltwirtschaft entstammt Küng zufolge nur einer „bloßen Gesinnungsethik der Ideal-Ökonomen“. Anstelle von strukturethisch begründeten Reformen der Wirtschaft empfiehlt Küng nur ein „Ethos für Führungskräfte“.⁶⁸ -

Unabhängig von solchen Verdikten gibt es schließlich von Seiten der Bodenrechts- und Geldreform auch Interesse an den Einstellungen zur Wirtschaft innerhalb des Buddhismus und der Hindu-Religionen.⁶⁹

13.2.2 Berührungspunkte mit der Philosophie

Wie die Religionen standen auch große Philosophen vor der Frage, ob der Boden privates oder gemeinschaftliches Eigentum sein sollte. Aristoteles war zwischen beiden Eigentumsformen hin- und hergerissen. „In bestimmtem Sinne müssen die Güter gemeinsam sein, im Allgemeinen dagegen privat. ... Es ist also offenbar

⁶⁷ Hans Küng (2020), S. 260 (anständiges Wirtschaften), 298 – 299 (Erhard und die soziale Marktwirtschaft), 302 (Müller-Armack), 303 (Soziale Marktwirtschaft als Alternative), 305 – 313 (Krise), 316 (ethische Rahmenordnung), 337 (Finanzmonster) und 344 – 348 (Profitgier).

⁶⁸ Hans Küng (2020), S. 298 (Erhard und Oppenheimer) sowie 368 und 371- 372 (gelöste Zinsfrage, Zinsfrage im Islam, Gesinnungsethik), 384 (Ethos für Führungskräfte) und 412 (anständiges Wirtschaften).

⁶⁹ Vgl. hierzu Hans-Günter Wagner (2012), S. 46 - 56, und ders. (2013), S. 47 - 59.

besser, dass der Besitz privat bleibt, aber durch die Benutzung gemeinsam wird.“ John Locke war sich zwar dessen bewusst, dass „Gott ... die Welt den Menschen gemeinsam ... gab“, aber er rechtfertigte das private Eigentum am Boden als Resultat von menschlicher Arbeit. Und auch Immanuel Kant trat für „gesichertes Grundeigentum“ in „schon errichteten Staaten“ ein, obwohl ihm auch bewusst war, dass „das Recht der Oberfläche ... der Menschengattung gemeinschaftlich zukommt“.⁷⁰ Erst in neuerer Zeit brachte der kanadisch-britische Philosoph Hillel Steiner in Anknüpfung an Henry George den Gedanken in die Politische Philosophie ein, dass natürliche Ressourcen Gemeinschaftsgüter sind und dass die Staaten jedem einzelnen Menschen ihren/seinen gleichen Anteil an den natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern haben.⁷¹ -

Die von Aristoteles in seiner „Politeia“ vorgenommene Unterscheidung zwischen der „natürlichen Erwerbskunst“ mit dem Geld als neutralem Tauschmittel und der „Chrematistik“ mit dem Geld als Mittel der grenzenlosen Geldvermehrung und sein Hinweis, dass in der Praxis beide Formen des Geldgebrauchs „ineinander übergehen“, stellen noch immer die differenzierteste Form der philosophischen Auseinandersetzung mit dem Geld dar. Nur zog Aristoteles daraus noch keine Konsequenz in dem Sinne, dass er eine Oikonomia mit einem Geld als bloßem Tauschmittel gefordert hätte, das sich nicht mehr durch Zinsen und Zinseszinsen vermehren lässt. Vielmehr erscheint das Geld in seiner „Nikomachischen Ethik“ nur noch als Tauschmittel, das „die Mitte zwischen dem Zuviel und Zuwenig“ und damit das wohlproportionierte Gerechte und Gleiche bereits jetzt verkörpert. Und es erscheint in seiner später besonders von Georg Simmel hervorgehobenen Funktion als universales, abstraktes Wertmaß, das die konkreten Werte vergleichbar macht. „Das Geld macht also wie ein Maß die Dinge messbar und stellt eine Gleichheit her. Denn ohne Tausch wäre keine Gemeinschaft möglich, und kein Tausch ohne Gleichheit und keine Gleichheit ohne Kommensurabilität.“⁷²

Dem entspricht Simmels besondere Betonung der Abstraktheit und Rechenhaftigkeit des Geldes. Letztendlich fehlte Simmel ebenso wie Aristoteles - obwohl auch ihm stellenweise das gleichsam chrematistische „Superadditum des Reichtums“ auffiel - der Blick für die Notwendigkeit, das Geld durch eine Reform seiner inneren Struktur auf ein bloßes Tausch- und Kreditmittel zu reduzieren, das die quantitative Gleichheit und die qualitative Unterschiedlichkeit der Waren gleichrangig miteinander zum Ausgleich bringt und den Kreislauf des Geldes so schließt, dass Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ein in jeder Hinsicht ökonomisch gleichwertiges Kontinuum werden, bei dem nicht gegenwärtige Güter höher geschätzt werden als zukünftige und bei dem die Zukunft nicht mehr ‚herab diskontiert‘ wird. Im Gegensatz zum renditeorientierten und kreislaufgestörten G-W-G‘

⁷⁰ Aristoteles (1978), S. 74 - 75 [Privat- oder Gemeineigentum am Boden]. - John Locke (1689/2007), S. 34 - 36. - Immanuel Kant (1795/2008), S. 21 und 28.

⁷¹ Hillel Steiner (1981). - Zu Hillel Steiner vgl. auch Ulrich Steinworth (1999), S. 123 - 138.

⁷² Aristoteles (1972/1978), S. 159 - 161 und 165 - 167.

wäre ein geschlossener Kreislauf W-G-W ohne G' bei einem Zinsniveau von durchschnittlich null und einer Vergesellschaftung der Bodenrente kein rast- und ruheloses Hamsterrad mehr; vielmehr könnte die Wirtschaft in eine in sich ausbalancierte Einheit von „vita activa und vita contemplativa“ (Hannah Arendt) übergehen. Ihr geschlossener Kreislauf würde allen Menschen unabhängig von ihrem Alter und ihrer Leistungsfähigkeit eine existenzielle Sicherheit verschaffen und ihnen damit die Möglichkeit geben, vom Immer-mehr-Habenwollen von Statussymbolen und Prestigeobjekten zum Sein überzugehen (Erich Fromm), statt sich in unsicheren Verhältnissen an Grundstücksbesitz, hohen Kontoständen, Gold oder anderen Scheinsicherheiten zu klammern.

An die Stelle kurzfristiger Renditeinteressen, die die menschliche Vernunft auf rational erscheinende Abwege führen, würde eine langfristige Wirtschaftlichkeit von wirtschaftlichem Handeln treten, das sich von den Akteuren auch persönlich verantworten lässt. In einem solchen Wirtschaftskreislauf ohne G', dafür aber mit ordoliberalen Haftungsregeln würden durch die engere zeitliche Synchronisierung von Käufen und Verkäufen, Sparen und Investieren auch die räumlichen Entfernungen verkürzt, so dass sich wirtschaftliche Aktivitäten ohne Handelsprotektionismus, aber auch ohne staatliche Subventionierungen von Transporten stärker von der globalen auf lokale und regionale Ebenen verlagern und begrenzen können. -

Unmittelbar nach dem Beginn der Weltfinanzkrise 2008 stand die Frage, ob das Geld die Welt im Innersten zusammenhält, im Mittelpunkt des „Philosophicums Lech am Arlberg“. In Anbetracht des allgemeinen Erschreckens über diesen „Geld-Tsunami“ konnte Margrit Kennedy die Grundgedanken der Geldreform und praktische Erfahrungen mit Regionalwährungen im Rahmen dieses Philosophicums vorstellen, aber sie wurden nicht philosophisch vertieft.⁷³ Zwar knüpfte der Philosoph Konrad Liessmann als Veranstalter in seinem Eröffnungsvortrag an Aristoteles an, aber er bezog sich nur auf Aristoteles' Charakterisierung des Geldes in der „Nikomachischen Ethik“ als ein Mittel der „Universalisierung des Tausches“. Aristoteles' Hinweise auf die innere Widersprüchlichkeit des Geldes und dessen Kritik an der Geldvermehrung durch den Zins und Zinseszins in der „Politeia“ blieben außen vor. Liessmann lenkte die Aufmerksamkeit des Publikums stattdessen auf die Geldkritik in Marx' Frühschriften und auf Simmels tiefgründige Untersuchung des Geldes als ein abstrakt-unpersönliches generalisiertes Mittel des Tauschens und der gesellschaftlichen Integration.⁷⁴ Nur Christoph Deutschmann öffnete auch den Blick über „den schöpferisch-zerstörenden Kapitalismus“ hinaus in eine Richtung, in der „wieder der historische Normalzustand sozialer Einbettung der Wirtschaft“ liegen könnte.⁷⁵ -

⁷³ Margrit Kennedy (2009), S. 148 (Geld-Tsunami) - 167.

⁷⁴ Konrad Liessmann (2009), S. 9 (Universalisierung des Tausches) und 13 - 15 (Marx und Simmel).

⁷⁵ Christoph Deutschmann (2009), S. 239 - 263, hier. S. 262 (zukünftiger Normalzustand einer sozialen Einbettung der Wirtschaft).

Weil nach der letzten großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise von 2008 keine ausreichenden Maßnahmen zur Vermeidung ihrer Wiederkehr getroffen wurden, befürchtete der Philosoph Christoph Türcke bereits die „nächste Krise“. Jedoch gab er in seinem Buch „Mehr - Philosophie des Geldes“ (2015) noch keine Antwort auf die Frage, wie sie sich verhüten ließe und wie sich darüber hinaus erreichen ließe, dass Geld seine „unheimliche Anziehungs- und Umwendungskraft“ verliert, mit der es bislang „in nicht-monetäre Räume eindrang“ und Sinn in Unsinn umwendete. Trotz seiner hohen Wertschätzung für „Marx' Mammutwerk“ und Simmels „Philosophie des Geldes“ hielt Türcke deren Deutungen des Geldes noch für unvollständig, weil sie sich nur auf die letzten 150 - 200 Jahre des kapitalistischen Zeitalters beziehen. Selbst die letzten 5000 Jahre stellen für ihn nur eine „Spätzeit der Menschengeschichte“ dar, weshalb es für ein richtiges Verständnis des Geldes unerlässlich sei, noch weiter in die Geschichte zurückzugehen und seine Entstehung aus Menschenopfern in grauer Vorzeit zu beleuchten. Türcke wollte also mit einer neuen „Geldzeitrechnung“ eine Ahnung davon vermitteln, „wie tief es in der Menschheit sitzt. ... Je weiter man in die Geldgeschichte zurückblickt, desto episodischer nimmt sich der globale Kapitalismus aus, desto absurder der Glaube an seine Unabänderlichkeit. ... Das bestehende Geldsystem als vergänglich verspüren zu lernen, könnte für jene erdrückende Mehrheit, die unter ihm leidet, enorm beflügelnd sein. ... Deshalb werden alle Details dieses Buches von zwei Grundfragen zusammengehalten: wo das Geld herkommt und ob es sich abschaffen lässt.“ Trotz leidvoller historischer Erfahrungen mit Versuchen einer Abschaffung des Geldes sei „der Wunsch nach einer ... geldlosen Mitmenschlichkeit nicht erloschen.“⁷⁶

Als Türcke nach seinem langen, an Bernhard Laums Studie „Heiliges Geld“ (1924) anknüpfenden Rückblick auf die Vor- und Frühgeschichte der Menschheit und die sakralen Ursprünge des Geldes in das 20. Jahrhundert zurückkehrte, begegnete er der ganz profanen, von ihm auch als zutreffend befundenen Einsicht von Keynes, dass „die Liquiditätspräferenz ... der Faktor individueller Freiheit und Willkür ... ist ... , der nie ganz berechenbar wird, immer Sand im wirtschaftlichen Getriebe bleibt und dafür sorgt, dass der Kapitalismus nicht von selbst funktioniert. ... Sich von Liquidität zu trennen, bedeutet aktuellen Potenzverlust.“ Den Hang des Geldes, „im Bereitschaftsdienst zu verharren“ und damit die Effektivität der Nachfrage zu vermindern, habe Keynes genau richtig als den entscheidenden „archimedischen Punkt“ der Wirtschaft erkannt. Umso mehr überrascht Türckes Vorwurf an Keynes, dass er diesen „psychologischen Faktor ... ökonomisch umschleicht wie die Katze den heißen Brei“ und sich ganz auf das staatliche Deficit-spending konzentriert habe.⁷⁷

⁷⁶ Christoph Türcke (2015), S. 8 (nächste Krise), 10 und 13 (nicht-monetäre Räume) - 15 (Marx und Simmel) und 19 (neue Geldzeitrechnung) - 21 (Wunsch nach geldloser Mitmenschlichkeit).

⁷⁷ Christoph Türcke (2015), S. 59 (Wurzeln des Geldes in Menschenopfern) und 373 - 375 (Keynes und die Liquiditätspräferenz).

Doch wie wollte Türcke die „modernen Finanzkrisen“ überwinden, die - unabhängig von seiner philosophischen Untersuchung der Vor- und Frühgeschichte des Geldes - nach seiner mit Keynes übereinstimmenden Auffassung dadurch „entstehen ... , dass der Geldumlauf stockt“?⁷⁸ Holte Türcke nach, was Keynes aus seiner Sicht versäumt habe? Ging er ohne Scheu direkt auf den „heißen Brei“ zu und wollte er das Geld so umformen, dass es als Tausch- und Kreditmittel ohne Stand-by-Unterbrechungen *stetig* (nicht schneller!) zirkuliert und dabei keine ‚Menschenopfer‘ mehr in Gestalt von Ungerechtigkeiten sowie struktureller und offener Gewalt fordert? Gerade das war nicht das Resultat seines Ausflugs in die Prähistorie des Geldes. Sein Anliegen war es vielmehr, den Geldreformansatz von Gesell, den Keynes „in den Kreis der ernst zu nehmenden Ökonomen einführte“, wieder aus dem interdisziplinären Gelddiskurs zu entfernen, indem er ihn als antisemitisches Klischee diskreditierte. Obwohl Türcke einräumte, dass Gesells Bodenreform „der Blut-und-Boden-Ideologie sogar konträr“ gegenüberstand, „senkt ... die Gleichsetzung von arbeitslosem Einkommen mit Geldgeschäften ... Gesells Theorie unter ein diskutables Niveau.“ Seine „Stereotypen vom guten Arbeiter ... und dem bösen Zinsnehmer ... trägt deutliche Züge paranoider Verengung“. Auch wenn Gesell „nicht dafür verantwortlich“ zu machen sei, „wie der Nationalsozialismus seine Gedanken fortschrieb“, hätten „die Nazis ... sein Ressentiment ... nur wenig umcodieren“ brauchen, „um dann ihre Version der ‚Brechung der Zinsknechtschaft‘ ins Werk zu setzen.“⁷⁹ Bei aller notwendigen Wachsamkeit gegenüber (neo-)nazistischen Denkmustern zeugte Türckes Abqualifizierung der Vorstellung einer strukturellen Reform des Geldes als Alternative sowohl zum herkömmlichen kapitalistischen Geld als auch zu einer kommunistischen Abschaffung des Geldes nicht von einem Bemühen, vorurteilsfrei-kritisch und differenziert nach einem Ausweg aus der anhaltenden großen Weltfinanzkrise zu suchen. Mehr leitete ihn stattdessen sein Wunsch einer Ehrenrettung von Marx, der die Zinsproblematik klarer erkannt habe als Gesell mit seiner (gar nicht von ihm vertretenen) Idee einer „Abschaffung des Zinses“. Zwar sei es ein „missglückter Versuch“ von Marx gewesen, „Ausbeutung als Mehrwert errechenbar zu machen“ und die Wirtschaft zentral zu planen. Aber das „entkräftet nicht im Mindesten die spezifische Art von Plusmacherei, die er als treibende Kraft des Kapitalismus erkannt hat. Auch sein Verdacht, dass diese Plusmacherei nicht ewig so weitergehen kann und an ihrer eigenen Dynamik zugrunde gehen wird, ist keineswegs widerlegt.“⁸⁰

Auf die unausweichliche Frage „Und dann?“, also auf die Frage, was auf einen Zusammenbruch des Kapitalismus folgen könnte, vermochte Türcke jedoch keine überzeugende Antwort zu geben. Marx habe einerseits „für das Trennende am

⁷⁸ Christoph Türcke (2015), S. 8 (stockender Geldumlauf).

⁷⁹ Christoph Türcke (2015), S. 422 - 430 (Keynes und Gesell). - Vgl. hierzu das Kap. 8.6 dieses Buches.

⁸⁰ Christoph Türcke (2015), S. 424 (Marx vs. Gesell), 427 (Abschaffung des Zinses) und 430 (Marx Analyse der Plusmacherei).

Geld ein überfeines Gespür gehabt“; andererseits bestritt Türcke nicht, dass alle nachrevolutionären Anläufe zu einer geldlosen Vergesellschaftung von Produktion und Verteilung - wie Marx selbst schon vorausgeahnt habe - die „Muttermale der alten Gesellschaft“ behielten. Unzweifelhaft sei der Kriegskommunismus in Russland vor einhundert Jahren gescheitert. Und heutzutage würde auch ein „Computerkommunismus“ scheitern - also die von Paul Mason noch immer gehegte Hoffnung, dass moderne Technologien der elektronischen Datenverarbeitung jene gesellschaftliche Komplexität erfassen könnten, mit der frühere Planungsbürokratien überfordert waren. „Die zentrale staatliche Leitbarkeit aller wirtschaftlichen Prozesse ist ein Unding. Marktregionen sind unverzichtbar.“⁸¹

Zu Recht hielt Türcke also „das Gelobte Land des höheren Kommunismus und das der Selbstregulierung des Marktes“ für „gleichermaßen utopisch.“ Berechtigt war auch seine Kritik am „aktuellen Dauerinterventionismus von Staaten und Zentralbanken zur Rettung maroder Banken oder Staaten“. Weitergehende Schritte wie eine Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen hätten die Schwäche, dass sie „ans Große, Grundsätzliche ... nicht heranreichen. Aber es wäre fatal, sie mit diesem Einwand mundtot zu machen.“ Auch die Aktivisten von „Occupy Wallstreet“ und „Jubilee 2000“ seien „bis zum Entscheidenden nicht vorgedrungen“. Nichts von alledem, was derzeit diskutiert wird, „reicht ... an die Wurzeln des Geldsystems ... heran“.⁸² Am Ende drang jedoch auch Türcke nicht zu ihnen vor. Statt nämlich zwischen konstruktiven und destruktiven Seiten des Geldes zu differenzieren (die nichts mit dem Judentum und anderen Religionen zu tun haben) und die destruktiven Seiten strukturell überwinden zu wollen, um seine konstruktiven Seiten zur vollen Geltung zu bringen und die von ihm als unverzichtbar erkannten „Marktregionen“ gerecht zu ordnen, fiel er trotz des leidvollen Scheiterns aller Versuche eines geldlosen Wirtschaftens in den Glauben zurück, dass es letztlich „nicht gelingen“ werde, „die Utopie des geldlosen Kommunismus aus dem kollektiven Wunschleben zu entfernen. ... Umso dringender ist die Rückbesinnung aufs Urgeld. ... Geld kam in die Welt, um seine Anlässe zu beseitigen und damit sich selbst überflüssig zu machen. Das ist und bleibt seine Grundbestimmung, auch wenn sie sich niemals erfüllt“ - was auf eine Konservierung des Geldes in seiner kapitalistischen Gestalt hinausläuft!⁸³ -

Während sich Türcke bei seinem Versuch, Marx' Ehre durch eine unzureichende Kritik an seinem Herausforderer Gesell zu retten, in Widersprüche verwickelte,

⁸¹ Christoph Türcke (2015), S. 438 - 440 (Vergesellschaftung), 442 (Muttermale der alten Gesellschaft), 446 - 456 (Kriegskommunismus und Computerkommunismus), bes. S. 454 (Bezugnahme auf den Technikoptimismus von Michael Hardt und Antonio Negri) und 459 (zentralstaatliche Leitbarkeit der Wirtschaft). - Vgl. hierzu auch das Kapitel 12.8 dieses Buches (Paul Masons Begeisterung für „Supercomputer“).

⁸² Christoph Türcke (2015), S. 458 und 465 (Gelobte Länder des geldlosen Kommunismus und des Marktradikalismus), 460 (Tobin-Steuer), 462 (Occupy und Jubilee) und 465 (Wurzeln des Geldsystems).

⁸³ Christoph Türcke (2015), S. 434 - 435 (Expropriation der Expropriateure - und dann?), 444 (trennen des Geld) und 466 - 467 (Utopie des geldlosen Kommunismus und Rückbesinnung auf das Urgeld).

vermied es der Philosoph Fritz Reheis, die beiden gegeneinander auszuspielen. In Anknüpfung an Aristoteles' Unterscheidung zwischen einer „natürlichen Erwerbskunst“ und der ganz und gar „unnatürlichen Chrematistik“ als Kunst der kapitalistischen Geldvermehrung sah Reheis im „Akkumulationszwang ... das Kraftzentrum des Kapitalismus, von dem alle strukturelle Gewalt ausgeht. ... Die Orientierung des gesamten Lebens am Gelderwerb wird zum Spaltpilz des friedlichen Zusammenlebens.“ In seinem Buch „Resonanz-Strategie“ (2019) stellte Reheis auch jene Verbindung zwischen der Resonanztheorie und der Geldreform her, die bei Hartmut Rosa noch fehlte. Der widersprüchliche Doppelcharakter des Geldes, das sowohl vorübergehende Stillstände der Wirtschaft auslösen als auch als Beschleunigungsmotor wirken kann, führt Reheis zufolge zu gravierenden Störungen der Resonanz zwischen Produzenten und Konsumenten sowie zwischen Sparern und Investierenden. „Die gigantische Beweglichkeit des Geldes, seine atemberaubende Fließgeschwindigkeit und die Möglichkeit, es zu speichern, führen zur Verwischung aller Grenzen, zwischen Räumen wie zwischen Zeiten. ... Eine Gelderwerbswirtschaft stülpt also der Welt ein anderes Zeitmuster auf als eine einfache geldvermittelte Tauschwirtschaft. An die Stelle von Kreisläufen und Rhythmen, an die Stelle von Regenerativität, Reziprozität und Reflexivität tritt unter dem Zwang der Geldvermehrung eine lineare, letztlich exponentielle Bewegung, an die Stelle einer negativen tritt eine positive Rückkopplung. ... In der Gleichung ‚Zeit ist Geld‘ begegnet uns ... die ganze Arroganz der europäischen Moderne, die das Geld zu ihrem neuen Gott erhoben hat.“ In der Einführung von negativen Zinsen und einer Reduktion des Geldes auf seine dienende Funktion als Tausch- und Kreditmittel sah Reheis auch einen Weg zur Überwindung der Resonanzstörungen in der Wirtschaft. „Wenn Geld nämlich nur als Transportmittel für Waren begriffen wird und man dabei, wie bei anderen Transportmitteln auch, davon ausgeht, dass diese vor sich hin rosten, also mit der Zeit an Wert verlieren, ist es angebracht, das Bunkern von Geld nicht zu belohnen, sondern zu bestrafen.“ Schließlich stellte Reheis ebenso wie die Geld- und Bodenreformbewegung auch die „herrschende globale Eigentumsordnung“ in Frage und stellte ihr die Betrachtung des Bodens, der Ressourcen und der Erdatmosphäre als gemeinsames Erbe der gesamten Menschheit gegenüber. „Sie bestünde im Kern darin, die Erde als Miet- und Pachtobjekt zu betrachten, das den Erdbewohnern immer nur für eine bestimmte Zeit zur Nutzung überlassen wird, wobei dem Eigentümer ein fairer Miet- oder Pachtzins zu zahlen ist. Und sie bestünde weiter darin, die Erde nach Ablauf des Miet- und Pachtvertrags dem Eigentümer - der Menschheit! - möglichst verbessert zurückzugeben.“⁸⁴

⁸⁴ Fritz Reheis (2019), S. 277, 282, 286, 296, 299 - 304 (Negativzinsen) und 335 - 336 (Eigentumsfrage).

13.2.3 Berührungspunkte mit den Naturwissenschaften?

Bislang wurden kaum Affinitäten zwischen der Bodenrechts- und Geldreform und den Naturwissenschaften herausgearbeitet, die neben die Affinitäten zwischen ihr und den Religionen und der Philosophie gestellt werden könnten. Es gab nur vereinzelte Naturwissenschaftler wie die Chemiker Wilhelm Ostwald und Frederic Soddy sowie den Physiker Albert Einstein, die sich außerhalb ihrer Fachgebiete auch noch mit der sozialen Frage befassten, ohne unmittelbare Verknüpfungen zwischen ihr und den Naturwissenschaften herzustellen.

- Besonders bedauerlich war, dass Gesell – als er sich enttäuscht von Religion und Kirchen abwandte, seiner Vorliebe für Naturstudien folgte und sich in die Werke von Darwin und Haeckel vertiefte⁸⁵ – nicht auch eine Kenntnis der Werke des Naturforschers Alexander von Humboldt (1769-1859) erlangte. Knapp 100 Jahre bevor Gesell während seines ersten längeren Aufenthalts in Argentinien seine Geldreformgedanken entwickelte und begann, sich auch mit der Bodenreform zu beschäftigen, hatte Humboldt eine mehrjährige Forschungsreise durch Lateinamerika unternommen und dabei ein Naturverständnis mitsamt politischer Implikationen entwickelt, das mit Gesells bodenreformerischem Verständnis von der „Erde als Organ jedes einzelnen Menschen“ eng verwandt war.⁸⁶

Im Gegensatz zum mechanistischen Naturverständnis seiner Zeit war die Natur für Humboldt ähnlich wie für Goethe ein „harmonisch geordnetes Ganzes“, eine „Einheit in der Vielheit“ von unzählig vielen verschiedenen Lebensformen zu Lande, zu Wasser und in der Luft mit „gegenseitiger Einwirkung von Luft, Meer und Land“. Humboldt sprach von einem auch in ästhetischer Hinsicht schönen „wohlgeordneten ... Weltgebäude“⁸⁷ und empfand es als eine große schmerzhaft Verletzung des „durch innere Kräfte bewegten und belebten ... Naturganzen“, dass die spanische Kolonialmacht in Mittel- und Südamerika („Neuspanien“) mit brutaler Gewalt ein hierarchisches Herrschaftssystem mit Weißen an der Spitze und rassistisch abgestuften Schichten von Kreolen, Mestizen, Mulatten und anderen Untertanen aufgerichtet hatte. Die Indigenen wurden zu „Opfern der europäischen Grausamkeit“ und „auf das Tiefste erniedrigt“. Ihnen wurde ihr Land geraubt und „Bergwerke waren die Hauptquelle der großen Vermögensmassen in Mexiko. ... Ungeheure Reichtümer, welche sich im Besitze einiger Privatpersonen in Neuspanien befinden und sich mit denen von Großbritannien ... in Hindustan messen

⁸⁵ Am 22.4.1907 schrieb Gesell seinem Freund Georg Blumenthal aus Buenos Aires: „Ich habe 15 Jahre, meine besten Jahre, der Angelegenheit (gemeint war damit die Geld- und Bodenreform) gewidmet und möchte nun mich mit philosophischen Fragen und Naturstudien beschäftigen, für die ich von Jugend an ein besonderes Interesse hatte.“ Vgl. ders. (1907/1997), S. 58.

⁸⁶ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 72 und 99 – 101.

⁸⁷ Alexander von Humboldt (1845-1862/2019), S. 7 - 12 (Natur als Ganzes), 21 (Goethe), 30 (Natur kein „totes Aggregat“) sowie 42 und 52 (schön geordnetes Weltgebäude) und 218 (Naturganzen mit gegenseitiger Einwirkung von Luft, Meer und Land). – Zu Humboldts Freundschaft mit Goethe vgl. Andrea Wulf (2015), S. 25, 50 – 53, 61 – 63 und 171.

können. ... Alle Fehler der Feudalregierung sind von der einen Halbkugel auf die andere verpflanzt worden. In Neu- wie in Altspanien befindet sich der Boden grobenteils im Besitz einiger mächtiger Familien, welche nach und nach alles Privateigentum verschlungen haben.“⁸⁸

Leidenschaftlich beklagte Humboldt auch, dass ‚christliche‘ Europäer in „Neuspanien“ eine „den Gesetzen der Natur und somit dem Wohle der Gesellschaft entgegenlaufende Ordnung der Dinge“ etabliert hatten und dass sie obendrein noch Farbige aus Afrika verschleppten, um sie als Sklaven in riesigen Zucker-, Kaffee-, Kakao-, Gewürz-, Baumwoll- und Tabakplantagen auszubeuten. Die der Anlage solcher Plantagen oftmals vorausgehenden Brandrodungen erkannte Humboldt sogar schon als gefährliche Eingriffe in das Klima.⁸⁹

Begeistert von den Idealen der Französischen Revolution und von der Unabhängigkeitserklärung der USA erhoffte Humboldt auch für „Neuspanien“ eine „wahre Vervollkommnung der gesellschaftlichen Institutionen“. Über die tatsächlichen Verläufe der bürgerlichen Revolutionen, besonders derjenigen von 1848 in Deutschland, war Humboldt tief enttäuscht. Immerhin ließen sich die US-amerikanischen Philosophen David Henry Thoreau und Ralph Waldo Emerson von ihm dazu inspirieren, dem frühkapitalistischen Way of Life ihre Vorstellungen eines naturnahen, einfachen Lebens gegenüberzustellen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts forderte Thoreau außerdem den Schutz von unberührter Natur vor der weiteren Ausbreitung der Zivilisation. Jede Stadt sollte von mehreren Hundert Hektar Wald umgeben sein – „für immer unveräußerlich“. Ebenso setzten sich George Marsh, für den „der Mensch ... überall ein Störenfried der Harmonien der Natur“ war, und John Muir als Pioniere der US-amerikanischen Umweltbewegung für „nationale Reservate“ als „unveräußerliches Eigentum“ ein.⁹⁰ Damit wurden Thoreau, Marsh und Muir im Anschluss an Humboldt zu Wegbereitern einer Schaffung von Allmenden in den USA. Übrigens betrachtete Humboldt die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Natur auch schon als ein Gemeingut, das die Menschen miteinander teilen sollten – im Interesse einer „Vervielfältigung der Bande, die das ganze Menschengeschlecht umschlingen sollen“.⁹¹ Allerdings dran-

⁸⁸ Alexander von Humboldt (1808/1814), Teil 1, S. 48, 64 und 65 - 77 (europäische Grausamkeiten), 102 - 103 (Vermögensmassen in Mexiko) sowie Teil 2, S. 129 (feudalistische Fehler in Nord und Süd).

⁸⁹ Alexander von Humboldt (1808/1814), Teil 1, S. 110 (der Natur und dem Wohl der Gesellschaft entgegenlaufende Ordnung der Dinge, Sklaverei) - Alexander von Humboldt (1859), S. 187 - 188 und 213 (Sklaverei, Christentum und „Schein gewaltigen Religionseifers“) - Teil 2, S. 3 und 38 (gleichmäßig über die Erde verteilte Wärme, Regen- und Dürrezeiten). - Andrea Wulf (2015), S. 24 und 84 - 86 (Humboldts Kritik an Abholzungen).

⁹⁰ Alexander von Humboldt (1808/1814), Teil 1, S. 75, und Teil 2, S. 127 (Lektüre von Adam Smith's „Wohlstand der Nationen“). - Andrea Wulf (2015), S. 130 - 133 (Humboldts Begeisterung für die bürgerlichen Revolutionen in Frankreich und in den USA, seine Freundschaft mit Thomas Jefferson), 348 (Humboldts Enttäuschung über den Verlauf der bürgerlichen Revolution, besonders der Revolution von 1848 in Deutschland), 314 - 330 (Thoreau und Emerson), 366 (Mensch als Störenfried), 369 (unveräußerliche Waldflächen); S. 354, 361 und 368 - 370 (Marsh und unveräußerliche Reservate) sowie 408 (Muir).

⁹¹ Alexander von Humboldt (1845-1862/2019), S. 29 und 237 (Wissen als Gemeingut).

gen Humboldt und seine Nachfolger noch nicht weiter vor zu der bodenreformerschen Vorstellung, dass die Erde als ein „Naturganzes“ ein Gemeinschaftsgut der gesamten Menschheit ist und dass allen Menschen ein Grundrecht auf eine gleiche Teilhabe an dieser natürlichen Lebensgrundlage zusteht.

● Nachdem die Chemiker Wilhelm Ostwald (1853-1932) und Frederic Soddy (1877-1956) sich nur mit dem Geld und nicht mit der Bodenfrage beschäftigt hatten⁹², brachte der weltberühmte Physiker Albert Einstein (1879-1955) in Briefen an Henry George's Tochter Anna George De Mille auch dessen „Single Tax“ eine große Wertschätzung entgegen. Dagegen erschien ihm das „Heilmittel der Verstaatlichung des Bodens und der Bodenschätze allerdings mehr als ein Problem als eine Lösung“. Zugleich fand Einstein George's noch der Neoklassik verhaftete Zinstheorie unbefriedigend.⁹³

Im Jahr 1926 war Einstein auch John Maynard Keynes einmal in Berlin persönlich begegnet. Wenige Jahre nach dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 legte er seine religiös-philosophischen und pazifistischen Überzeugungen in seinem Buch „Mein Weltbild“ (1934) nieder und äußerte sich darin auch zu den wirtschaftlichen Problemen seiner Zeit. Ausdrücklich würdigte Einstein Keynes' Forderung einer Abkehr von der damaligen Goldwährung und eines Übergangs zu einer anhand von Warenpreisindices stabilisierten reinen Papierwährung. „Die Schwankungen des Geldwerts müssen vermieden werden, und zwar vermittels Ersetzung des Goldstandards durch den Standard einer festgesetzten, nach dem Gebrauchsverhältnis gemischten Warenmenge, wie sie – wenn ich nicht irre – Keynes schon längst vorgeschlagen hat.“ Da die ‚freien‘ Märkte in der Krise versagt hatten, tendierte Einstein auch zu „einer planmäßigen Ordnung der Erzeugung der Güter, der Verwendung der Arbeitskräfte und der Verteilung der produzierten Waren“, um dann doch wegen des in Russland „bis jetzt geübten Terrors“ zu mahnen, „dass ein rascher Übergang der Produktionsleitung in die öffentliche Hand im Interesse der Gütererzeugung nicht vorteilhaft ist. Der privaten Initiative soll ihr Wirkungsfeld belassen werden, soweit sie“ – worauf Einstein offenbar großen Wert legte – „in Form von Kartellierung durch die Wirtschaft nicht selbst ausgeschaltet worden ist. ... Die unerträgliche Übermacht der Besitzer der Produktionsmittel (Boden, Maschinen) über die Lohnarbeiter ... wäre ... im weitesten Sinne zu beseitigen“, wobei Einstein an Arbeitszeitverkürzungen, Mindestlöhne und staatliche Preiskontrollen dachte.⁹⁴

⁹² Wilhelm Ostwald und Frederic Soddy erhielten 1909 bzw. 1921 die Nobelpreise für Chemie. Ostwald sprach sich 1914 in einem zweiteiligen Aufsatz „Geld“ in den „Monistischen Monatsheften“ für eine Geldreform aus; vgl. Wilhelm Ostwald (1914), S. 337 - 352 und 369 - 384. - Zu Soddys Eintreten für eine Geldreform vgl. Herman Daly (1996), S. 173 - 190, und Claude Million (2006), S. 31 - 36.

⁹³ Albert Einstein über Henry George (1931), (1934) und (1939). - Vgl. auch den Schluss von Kap. 7.1 dieses Buches.

⁹⁴ Albert Einstein (1934/1972), S. 48, 72 - 73 (planmäßige Ordnung der Produktion) und 75 (Keynes, Papier- statt Goldwährung). - John Maynard Keynes (1933/1972), S. 382 - 384 (erste Begegnung von Keynes mit Einstein am 22.6.1926. In einer Anmerkung erwähnten die Herausgeber von Keynes' „Collected Writings“, dass er Hilfen für jüdische Flüchtlinge aktiv unterstützt habe.) - Zu einem zweiten

Ob ein Einstein zugeschriebener, auf Silvio Gesell gemünzter Satz „Die Schaffung eines Geldes, das sich nicht horten lässt, wird zur Bildung von Eigentum in wesentlicherer Form führen“ wirklich von Einstein stammt, ist höchst ungewiss; eine gesicherte Quelle gibt es dafür nicht.⁹⁵ Gleichwohl gab es offenbar einen persönlichen Kontakt zwischen Einstein und Gesell, der 1929 durch Vermittlung von Franz Oppenheimer zustande gekommen sein könnte. Im Nachlass von Einstein sind Korrespondenzen aus dem Frühjahr 1930 erhalten, die auf einen solchen Kontakt in Gesells letzten Lebensmonaten hindeuten.⁹⁶

In einem 1949 erschienenen Aufsatz „Warum Sozialismus?“ schrieb Einstein, dass „in einem sozialistischen Wirtschaftssystem ... die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst ... gehören. ... Und ihr Gebrauch wird geplant.“ Allerdings legte er auch Wert auf die Feststellung, „dass eine Planwirtschaft noch kein Sozialismus ist. Eine Planwirtschaft als solche kann mit der totalen Versklavung des Individuums einhergehen.“⁹⁷ Noch immer schwankte Einstein zwischen Sympathien für sozialistische Vorstellungen und Zweifeln an ihnen. Ein Brief, den er am 6.10.1950 an Emilie Bonhoeffer schrieb (sie war die Frau von Dietrich Bonhoeffers Bruder Klaus, der ebenso wie Dietrich Bonhoeffer wegen seiner Tätigkeit im Widerstand gegen das NS-Regime hingerichtet worden war) enthält offenbar Gedanken Einsteins über Gesells Geldreform. In einem weiteren Brief an Erich Nobis vom 4.9.1951 äußerte er Zweifel an einer solchen Geldreform.⁹⁸

Treffen von Keynes und Einstein im Juni 1941 in Princeton/USA vgl. John Maynard Keynes, *Collected Writings* Vol. 23, S. 113.

⁹⁵ Der Einstein zugeschriebene Satz über nicht hortbares Geld befand sich auf dem Umschlag der 1949 von Karl Walker im Rudolf Zitzmann Verlag in Lauf bei Nürnberg herausgegebenen 9. Auflage von Gesells „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ und fand dadurch eine weite Verbreitung. Als Quelle wurde Einsteins „Mein Weltbild“ (1934) angegeben. Jedoch enthält das Buch diesen Satz nicht und auch keine Äußerung zu Henry George.

⁹⁶ Der Nachlass von Oppenheimer befindet sich in den „Central Zionist Archives“ in Jerusalem (www.zionistarchives.org.il/en) und das „Einstein-Archiv“ ebenfalls in Jerusalem in der Hebrew University (<http://www.alberteinstein.info/vufind1/Search/Results?lookfor=Silvio+Gesell&type=AllFields&submit=Find>). Dort sind die folgenden Korrespondenzen verzeichnet: 1. ein Brief von Gesell an Einstein vom 3.1.1930 (<http://alberteinstein.info/vufind1/Record/EAR000003895>), 2. ein Brief von Oppenheimer an Einstein mit einer beigefügten Korrespondenz von Gesell vom 16.2.1930 (<http://alberteinstein.info/vufind1/Record/EAR000003005>) und 3. ein Brief von Gesell an Einstein vom 23.2.1930 (<http://alberteinstein.info/vufind1/Record/EAR000003897>). Am 11.3.1930 verstarb Gesell in Eden-Oranienburg. Ob er und Einstein sich noch persönlich getroffen haben, nachdem Einstein im September 1929 in sein Sommerhaus in Caputh bei Potsdam gezogen war, ist ungewiss. Am 21.11.1932 besuchte Oppenheimer Einstein in Caputh; vgl. dazu die Website https://www.einstein-website.de/z_biography/gaestebuch.html (Zugriff: 8.5.2020).

⁹⁷ Albert Einstein (1949).

⁹⁸ Brief Albert Einsteins an Emilie Bonhoeffer vom 6.10.1950 im Einstein-Archiv in der Hebrew University (<http://alberteinstein.info/vufind1/Record/EAR000030027>). Brief an Erich Nobis vom 4.9.1951 ebendort (<http://alberteinstein.info/vufind1/Record/EAR000027976>). – Nachdem Einstein eine Botschaft an den Weltkongress der Intellektuellen am 25.-28. August 1948 an der Technischen Universität Wrocław gesandt hatte, bat ihn der „Freiwirtschaftsbund“ in einem Offenen Brief vom 6.11.1948: „Leihen Sie, verehrter Herr Professor, uns deshalb Ihre gewichtige Stimme und rufen Sie dazu auf, Silvio Gesells

- Der aus Ungarn stammende Physiker Leo Szilard (1898-1964), der gemeinsam mit Einstein an der Entwicklung der Atombombe beteiligt war und danach ihren Abwurf auf Hiroshima und Nagasaki unbedingt verhindern wollte, beschäftigte sich ebenfalls mit politischen und ökonomischen Fragen. Als ein „Amateurökonom“ - wie ihn der US-amerikanische Ökonom und Keynesianer der ersten Generation Lawrence Klein nannte - entwickelte Szilard eine Geldreform, bei der die Funktionen des Geldes als Tausch- und Sparmittel voneinander getrennt werden sollten. „Leo Szilard ... independently conceived a monetary economy without trade cycles. Szilard's dual money proposal was related to Gesell's stamp-taxing of money to maintain spending.“ Ob Szilard sich dabei außer von Gesell auch von Eisler anregen ließ, ist ungewiss. Sein „two-currency system with red dollars und green dollars“ existiert nur als Manuskript mit Anmerkungen von Abba Lerner.⁹⁹

Von den beiden berühmten Ausnahmen Einstein und Szilard abgesehen zogen Naturwissenschaftler zwar religiöse Glaubensvorstellungen in Zweifel, aber lange Zeit nicht den modernen Fortschrittsglauben einschließlich des säkularen Glaubens an das Geld und die Segnungen des unbegrenzten Wirtschaftswachstums. Zu sehr waren die Naturwissenschaften als Lieferanten von technischen Innovationen mit der Wachstumsökonomie verwoben.

- In neuerer Zeit veranschaulichte der Geologe und Geograph Eckhard Grimmel (*1941) in seinem Buch „Kreisläufe und Kreislaufstörungen der Erde“ (1993) die schier unvorstellbare Dauer der Erdgeschichte, indem er sie bildhaft auf einer Zeitleiste von einem einzigen Jahr darstellte. Demnach „war die Erde zwei bis drei Monate lang ‚wüst und leer‘, wie es in der Schöpfungsgeschichte der Bibel heißt. Erst dann entstand im Laufe des März/April das erste Leben, und zwar im Meer. Aber erst im November kamen einige Tiere auf die Idee, an Land zu gehen. Die endgültige Landbesiedelung, zunächst durch Amphibien, dann durch Reptilien, geschah Anfang Dezember. Die ersten Säugetiere entstanden am Ende der ersten Dezemberwoche. Aber die meisten der heute lebenden Arten haben sich erst am Silvestertag gebildet. Menschenähnliche Säugetiere treten erst in der zweiten Hälfte dieses letzten Tages auf. Die Anfänge der Kultur - dokumentiert in schriftlichen Aufzeichnungen in Indien, China, Mesopotamien und Ägypten - bildeten sich um 23.59 Uhr. Jesus lebte vor 20 Sekunden, Karl der Große vor zehn Sekunden, Bismarck vor einer Sekunde. Wie kommt es, dass die Menschen mit immer schneller werdendem Tempo die Erde ruinieren, in ‚Erdsekunden‘ das zerstören,

Natürliche Wirtschafts-Ordnung als Weg zum Frieden ernst zu nehmen.“ (in: „Blätter der Freiheit“ Nr. 7-8/1949, S. 11) Ob Einstein darauf reagiert hat, ist nicht bekannt. - Leider haben das Einstein-Archiv in Jerusalem und das Einstein-Forum in Potsdam keine Bitten des Verfassers vom 30.4. und 6.5.2020 um Kopien der Originaldokumente beantwortet.

⁹⁹ Leo Szilard (1949). - Lawrence Klein & Mancur Olson & Paul Samuelson & Robert Solow & James Tobin (1995), S. 1 - 2. Klein berichtete auch, dass sein Kollege Dudley Dillard, der die erste Dissertation über Proudhon-Gesell-Keynes geschrieben hatte (vgl. Dudley Dillard 1940), mit Szilard im persönlichen Gedankenaustausch über dessen Variante einer Geldreform stand. Sein Nachlass befindet sich in der University of California in San Diego/USA. - Über Szilard vgl. Markus Schulte von Drach und Bernd Oswald (2010).

was im ‚Erdenjahr‘ davor mühsam aufgebaut worden ist? ... Warum haben die Menschen noch immer keine naturgemäßen Wirtschafts- und Sozialordnungen, welche den Erhalt des Lebens und der Lebensgrundlagen gewährleisten?“¹⁰⁰ Die kosmischen und die irdischen Kreisläufe der Atmosphäre, des Wassers, der Gesteine und Mineralien, der Ressourcen und der Biosphäre setzte Grimmel deshalb in eine Beziehung mit der Vorstellung von Wirtschafts- und Geldkreisläufen sowie ihren Störungen.

In Erinnerung an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am Ende des Zweiten Weltkriegs sowie unter dem Eindruck der Reaktorunfälle in Harrisburg und Tschernobyl verurteilte Grimmel die atomare Rüstung und die sog. friedliche Nutzung der Atomenergie als extrem gefährliche Technologien, welche die irdischen Kreisläufe im buchstäblichen Sinne sprengen, da es keine Möglichkeit gibt, die Jahrtausende lang radioaktiv strahlenden Abfälle in die Kreisläufe zurückzuführen oder außerhalb von ihnen eine ‚sichere Endlagerung‘ zu bewerkstelligen. In unverantwortlicher Weise wird das ‚ewige‘ Leben auf der Erde gefährdet - nur weil es als ökonomisch und politisch rational gilt, das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe für ‚Sekundenbruchteile‘ mit Hilfe der Atomenergie in Schwung zu halten und den (Schein-)Frieden auf der Welt durch atomare Abschreckung aufrecht zu erhalten. „Darüber hinaus bedrohen auch die militärisch oder zivil genutzten Chemiebetriebe die Umwelt und eher noch größer ist die Gefahr, die von biologischen Laboratorien und Produktionsstätten ausgeht.“¹⁰¹

Umso unverständlicher ist, dass Grimmel die Verantwortung des Menschen für die globale Klimaerwärmung in Frage stellte. Klimaveränderungen habe es im Laufe der Erdgeschichte immer wieder gegeben. „Ob eine fortschreitende CO₂-Produktion überhaupt zu einer Klimakatastrophe mit den befürchteten negativen Merkmalen führt, ist fraglich.“ Dabei ist unbestreitbar, dass die gegenwärtigen ‚Sekundenbruchteile‘ der Erdgeschichte nicht nur im Hinblick auf die Nutzung der Atomenergie, sondern auch im Hinblick auf den Raubbau an fossilen Brennstoffen durch große Konzerne, in denen Unmengen von Kapital konzentriert sind, eine einmalige erdgeschichtliche Ausnahmesituation darstellen. Warum also sollte das noch nie dagewesene, von Menschen zu verantwortende gigantische Ausmaß der Verbrennung von Holz, Erdöl, Erdgas und Kohle keine gravierenden Auswirkungen auf die hochkomplexen und hochsensiblen Kreisläufe in der Atmosphäre haben? Unzweifelhaft stellt es ähnlich wie die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie eine extreme Störung der irdischen Kreisläufe dar. Immerhin hielt es Grimmel für möglich, dass die Klimadebatten zu einer Reduktion des Verbrauchs fossiler Brennstoffe führen könnten.¹⁰²

¹⁰⁰ Eckhard Grimmel (1993), S. 16 - 17 (Erdgeschichte im Zeitraffer).

¹⁰¹ Eckhard Grimmel (1993), S. 57 - 58 (Atomwaffen und Atomenergie), 60 - 61 (Chemiebetriebe und biologische Laboratorien) und 105 - 106 (Unmöglichkeit der Endlagerung atomarer Abfälle).

¹⁰² Eckhard Grimmel (1993), S. 60 - 61 [Zweifel an der anthropogenen Klimaerwärmung]. - Vgl. die Studie von Olga Scheer & Gerald Hosp & Joana Kelén & Eugen Fleckenstein (2019) über die Erderwär-

Dem Fortschrittsglauben der ersten Moderne hielt Grimmel entgegen, dass es in einer endlichen Welt kein unbegrenztes Wirtschaftswachstum geben könne. Beim Geld müsse der „Funktionsfehler“ behoben werden, dass es außer als Tauschmittel bislang auch als Mittel zu seiner eigenen „Selbstvermehrung“ eingesetzt werden könne. „Das Zinseszinsystem setzt eine Automatik in Gang, die dem mathematischen Gesetz des exponentiellen Wachstums gehorcht.“ Erst ein von dieser Selbstvermehrungsautomatik befreiter Geldkreislauf könne die Wirtschaft störungsfrei in die Kreisläufe der Natur einfügen. Allerdings fehlte bei Grimmel ein Hinweis darauf, dass eine ökologische Kreislaufwirtschaft zusätzlich zu einer Neutralisierung des Geldes auch eine Behandlung aller Kreisläufe des Lebens in der Atmosphäre, der Hydrosphäre, der Lithosphäre, der Pedosphäre und der Biosphäre als allen Menschen(generationen) und Mitgeschöpfen gemeinsam gehörende Lebensgrundlagen zur Voraussetzung hat. Den Boden bezeichnete er als „'Unterwelt' des Lebens“ und beschränkte sich mit seiner Forderung, ihn „mit sehr viel Einfühlungsvermögen“ zu behandeln, auf die Methoden des Anbaus, ohne seinen Charakter als Gemeinschaftsgut zu beachten.¹⁰³ -

- Auch der Astrophysiker Peter Kafka (1933-2000) dachte ähnlich wie Frederic Vester und Grimmel in längeren erdgeschichtlichen Zeiträumen. Und auch er blickte ‚von außen‘ auf die Entwicklung von Erde und Menschheit, besonders auf ihre gegenwärtige „globale Beschleunigungskrise“ und den trotzdem noch immer stark verbreiteten Glauben, auf dem seit mehr als 200 Jahre begangenen Weg des technischen Fortschritts auch weiterhin immer schneller, immer höher und immer weiter fortschreiten zu können - obwohl Böden erodieren, Regenwälder und Arten sterben, Städte zu astronomischen Megacities mit Elendsvierteln werden und alle Augenblicke Kinder verhungern, obwohl Umweltzerstörungen zunehmen, Mülldeponien größer und sogar die Ozeane zu Müllhalden werden und obwohl sich eine „drohende Klimakatastrophe“ abzeichnet. „Die jahrzehntelange Freisetzung sogenannter Treibhausgase beginnt unübersehbar Folgen zu zeigen.“ In Millionen von Jahren sind „Kohle, Öl und Gas aus Sonnenenergie“ entstanden und „wir verpuffen all das innerhalb weniger Generationen und wundern uns noch, dass dabei schließlich Probleme auftauchen. Da gibt es nichts zu wundern!“¹⁰⁴

Statt eines rastlosen ‚Weiter so wie bisher‘ bedarf es Kafka zufolge eines Innehaltens und der Bewusstwerdung der Tatsache, dass die Menschheit in eine falsche Richtung rennt. „Fortschritt - was ist das eigentlich? ... Wohin ohne Ziel?“

mung und auch die Studie des Weltbiodiversitätsrats (IPBES) über den fortschreitenden Verlust der Artenvielfalt auf der Welt (2019).

¹⁰³ Eckhard Grimmel (1993), S. 151 (einfühlsame Behandlung des Bodens), 163 (unbegrenztes Wachstum vs. endliche Welt) - 165 (Funktionsfehler des Geldes, Boden als ‚Unterwelt‘ des Lebens). - In die 3. Auflage dieses Buches hat Grimmel den Gedanken eines gemeinschaftlichen Eigentums an Grundstücken und Ressourcen aufgenommen (Münster 2006, S. 169 - 175). Seine Zweifel am anthropogenen Klimawandel behielt er jedoch bei. (S. 52 - 55)

¹⁰⁴ Peter Kafka (1989), S. 7 (Krisensymptome) und 18 (Verbrauch fossiler Brennstoffe), und ders. (1994), S. 35 und 64 - 65 (Klimakatastrophe), 110 - 123 (globale Beschleunigungskrise).

Gestützt auf Erkenntnisse der Physik und Astrophysik über den Urknall und Naturgesetzlichkeiten, über komplexe Strukturen, Chaos, Selbstorganisation und Ordnung mahnte Kafka, dass die Menschheit auf ihrem langen Weg der Evolution im Zeitalter der ersten Moderne die Orientierung verloren habe. „Warum geht mit uns schief, was in der Evolution der Welt immer gutging? ... Wenn nun die höchstentwickelten Blüten am Baum des Lebens dessen Wurzeln zu vernichten beginnen, also der Mensch sich als Naturkatastrophe erweist - woran liegt das?“ Während viele Naturwissenschaftler die Entstehung der Erde und des Lebens oder die Tiefen des Alls beforchten, um vielleicht in weiter Ferne Sterne mit höheren Lebensformen zu entdecken, verwies Kafka im Interesse einer Erhaltung des Lebens auf der Erde auf das Phänomen der gegenwärtig stark überhöhten „Änderungsgeschwindigkeit“, also der sich selbst beschleunigenden Veränderungen der Lebensverhältnisse seit dem Übergang von der stationären Agrargesellschaft in die dynamische kapitalistische Industriegesellschaft. Durch den technischen Fortschritt „ist es uns gelungen, ‚Vielfalt und Gemächlichkeit‘ durch ‚Einfalt und Eile‘ zu ersetzen“. Jedoch gehe damit eine „fortschreitende Instabilität“ in Form sozialer und ökologischer Krisen einher. „Die Anzeichen erinnern an Suchtsymptome: das immer engere Umkreisen der einen fixen Idee vom Wachstum des Wohlstands ... , schließlich die Beschaffungskriminalität mit rücksichtsloser Vernichtung von allem, was dem Suchtfortschritt im Weg steht. Ist der Stoff erschöpft oder lässt seine Wirkung nach, wird verzweifelt nach Innovationen gesucht - nach Ersatzstoffen oder noch härteren Drogen.“¹⁰⁵

Kafka brachte die Ideologie des Wirtschaftswachstums in einen Kausalzusammenhang mit der Konzentration großer Kapitalmassen im Dienst der großindustriellen Massenproduktion, welche die lebendige Vielfalt durch monotone Einfalt und die Gemächlichkeit durch ein sich selbst beschleunigendes Tempo ersetzt habe. Ohne für eine Kurskorrektur schon „detaillierte Entwürfe vorstellen“ zu wollen, hielt er es im Interesse einer „Sicherung unserer Evolutionsfähigkeit“ für notwendig, wirtschaftliche und politische Großmachtstrukturen aufzuteilen bzw. einen „festen Rahmen“ zu schaffen, in dem sie sich selbsttätig aufteilen können. „Kleinere und mittlere Strukturen sollen zwar in Konkurrenz treten, jedoch nicht über gewisse Grenzen anwachsen können.“ Im Hinblick auf eine „Aufteilung der Supermächte von innen her“ und die „Entstehung wirklich gleichberechtigter vereinter Nationen“ oder Regionen mit jeweils etwa 10 Millionen Einwohnern bezog sich Kafka ausdrücklich auf Leopold Kohrs „Vom Ende der Großen“. Und im Hinblick auf die Auflösung wirtschaftlicher Großstrukturen müssten „Selbstbeschränkungsmechanismen in den Markt eingebaut werden“ - sowohl beim Eigentum an Boden und Wohnungen als auch beim Geld, in dem „ein Wurm ... steckt, der alles

¹⁰⁵ Peter Kafka (1989), S. 11 (Fortschritt), 18 (Mensch als Naturkatastrophe), 19 (Änderungsgeschwindigkeit), 59 - 65 (Erdgeschichte im Zeitraffer), 100 (Wachstum und Innovationen als Droge), 120 - 121 (Wachstum) und 157 (Fortschritt ohne Ziel). - Ob es außer auf der Erde irgendwo im Universum noch höheres Leben auf anderen Planeten geben könnte, „geht uns gar nichts an. ... Wir müssen uns jetzt um unsere eigenen Möglichkeiten kümmern.“ (S. 75)

zu sprengen droht: die Forderung, dass das Kapital jährlich um so und so viel Prozent wachsen müsse. ... Die Idee des Kapitalwachstums widerspricht den Bedingungen evolutionärer Wertschöpfung.“ In Übereinstimmung mit Dieter Suhr hielt Kafka deshalb eine „Marktwirtschaft ohne Machtzusammenballung ... und mit Besteuerung aller als schädlich erkannten oder vermuteten Aktivitäten“ für eine „evolutionsverträgliche Wirtschaftsform“, die in der Lage sein könnte, das Große und Schnelle schrittweise zu verringern. Eine „Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus“ erschien ihm als Weg zu einer „Selbstorganisation der Freiheit“ innerhalb einer Rahmenordnung, in der „die Menschen nicht um ihre biologischen und seelischen Lebensgrundlagen konkurrieren müssen, sondern um jene ganz anderen ‚höheren‘ Werte, die dann freilich wieder ‚ganz von selbst‘ in den Köpfen und Herzen wachsen.“¹⁰⁶

- Ähnlich wie Kafka war auch der Physiker Hans-Peter Dürr (1929-2014) davon überzeugt, dass die „westliche, wachstumsorientierte Wirtschaftsform mit ihrem aufwändigen und verschwenderischen Lebensstil“ und ihrer „bedrohlichen ... , ruinösen Eigendynamik“ ein Fremdkörper im Gesamtsystem des irdischen Lebens ist. „Offensichtlich stehen die Forderungen der Nachhaltigkeit im Widerspruch zum Wirtschaftsparadigma der heute dominanten industriellen Zivilisation, die sich immer noch an einem ungehemmten materiellen Wachstum orientiert, obwohl die Gegenwart zeigt, wie wenig solide und zukunftsfähig dieses Paradigma ist.“ Damit meinte Dürr insbesondere die Energiegewinnung aus Kohle, Gas, Öl und Uran. „Geopolitische, soziokulturelle wie ökonomische Machtstrategien, die unbegrenzte Expansion globalisierter Marktwirtschaft und ihrer Produktivitätszwänge bedrohen und zerstören die räumliche und stoffliche Begrenztheit unserer Erde.“¹⁰⁷

Der im mechanistischen Weltbild der klassischen Physik wurzelnde Fortschrittsglaube der Moderne und die eindimensional auf ständiges Wachstum eingestellte Wirtschaft passen Dürr zufolge nicht zu den hochgradig komplex vernetzten „Beziehungsstrukturen“ des Lebens, die er ähnlich wie Humboldt als ein unteilbares, sich in dynamischen Gleichgewichten stabilisierendes Ganzes betrachtete. Innerhalb dieser „ganzheitlichen, hoch differenzierten Formstruktur“ gebe es keine kleinsten, voneinander isolierbaren ‚Bausteine‘, sondern nur eine „fundamentale

¹⁰⁶ Peter Kafka (1989), S. 101 (noch keine detaillierten Gegenentwürfe), 103 (kleine und mittlere Strukturen), 105 (Leopold Kohr), 108 (Nationen mit jeweils etwa 10 Millionen Menschen) - 113, 123 (Boden und Wohnungen) und 124 - 127 (Geld und Marktwirtschaft ohne Machtgebilde). - Ders. (1994), S. 113 - 116 (Ersatz von Vielfalt und Gemächlichkeit durch Einfalt und Tempo), 139 (Rückbau des Großen und Schnellen), 157 (Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus), 159 - 160 (Selbstorganisation unter veränderten Rahmenbedingungen), 167 - 176 (Gesell, Keynes und Suhr) und 194 (Dieter Suhr). - Kafka stand auch mit Suhr im persönlichen Kontakt und es sind auch zwei Briefe von Suhr an Kafka vom 17.1.1990 und 16.5.1990 erhalten; vgl. die Website <https://dieter-suhr.info/de/briefe.html> (Zugriff: 30.4.2020).

¹⁰⁷ Hans-Peter Dürr (2009), S. 122, 124 und 126 (Eigendynamik der westlichen Wachstumswirtschaft) sowie 133 (zukunftsunfähiges Wirtschaftsparadigma), 149 (Energiegewinnung) und 166 (zerstörerische Expansion der globalisierten Marktwirtschaft).

Verbundenheit“ von allem mit allem innerhalb einer „fortwährenden kreativen Entfaltung. ... Die Welt ist eine Einheit. Es gibt streng genommen überhaupt keine Möglichkeit, die Welt in Teile aufzuteilen, weil alles mit allem zusammenhängt.“¹⁰⁸

Dürrs Antwort auf die Frage „Wie soll ein Umsteuern gelingen?“ blieb jedoch hinter Kafkas Einsicht zurück, dass im Geld „ein Wurm ... steckt, der alles zu sprengen droht“. Ausgehend vom Grundverständnis der Welt als einem komplex vernetzten, auch sehr verletzlichen Gesamtgefüge von unzählig vielen, innig verwobenen und in dauernder Bewegung begriffenen Beziehungsstrukturen ließe sich analog dazu auch die Wirtschaft als eine komplexe Gestalt betrachten, deren innere Dynamik sich selbsttätig über die mit Hilfe des Geldes übertragenen Preisinformationen steuert und in der Balance hält. Doch dafür dürfte das Geld nicht die Möglichkeit haben, die enge Verbundenheit von Geben und Nehmen in den Tausch- und Kreditsphären zeitweise aufzuspalten und durch seine „kapitalistische Parteilichkeit“ (Dieter Suhr) die gleichmäßigen Proportionen zwischen ihnen auch noch durcheinander zu bringen.

In diese Richtung gingen Dürrs Überlegungen jedoch nicht. Er verwies nur ganz allgemein auf die Notwendigkeit, dass der Staat „Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung“ vorgeben müsste. Jedoch fehle ihm aufgrund seiner Verflechtung mit der Weltwirtschaft die dafür erforderliche Kraft. Wegen der „Hilflosigkeit der Politik“ appellierte Dürr an die Bereitschaft der einzelnen Menschen, innerhalb ökologischer Grenzen liegende suffiziente „neue Lebensstile“ einzuüben. „Das ist kein Leben in Sack und Asche, sondern entspricht dem Lebensstil eines Schweizers Ende der 1960er Jahre. ... Wir brauchen eine neue Erziehung, die Zusammenarbeit, Partizipation und Kreativität fördert und ermöglicht.“¹⁰⁹ Gewiss gibt es innerhalb der falschen Strukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft Möglichkeiten, suffiziente Lebensstile einzuüben, und es ist auch unerlässlich, dass sie der Gesellschaft von vielen einzelnen Menschen vorgelebt werden. Doch kann auch ein ‚nachhaltiger‘ Konsum diesen falschen Strukturen nur teilweise entrinnen, denn die Konsumentensouveränität stößt oftmals an die Grenzen der Souveränität des Geldes und der Produzenten. -

Denkbar wäre es schließlich noch, auch in der Medizin Ausschau nach Analogien zwischen natürlichen und sozialen Kräften der Selbstorganisation und Selbstheilung zu halten, die die Notwendigkeit einer gerechten Rahmenordnung unterstreichen, statt lediglich wie die neoklassische Ökonomie die Behauptung aufzustellen, dass sich selbst überlassene Märkte dank ihrer Selbstheilungskräfte von allein in ihre Gleichgewichte zurückfinden, wenn sie ihre Balance verloren haben. Ebenso denkbar könnte es sein, die von dem französischen Klassiker Frederic Bastiat voreilig postulierte „Economie harmonique“ wieder aufzugreifen und zu fragen, ob es

¹⁰⁸ Hans-Peter Dürr (2009), S. 95 und 97 (altes Weltbild der Physik) sowie 98 – 106 (neues Weltbild der Physik), bes. S. 102 – 103.

¹⁰⁹ Hans-Peter Dürr (2009), S. 123 (Umsteuern) – 126 (Notwendigkeit von Rahmenbedingungen, Hilflosigkeit der Politik), 152 – 153 (neue suffiziente Lebensstile) und 174 (neue Erziehung).

in der Harmonielehre der Musik vielleicht etwas gibt, was die Aufgabe hat, ein wohltemperiertes Gesamtgefüge mit harmonischen Proportionen zwischen den Tönen zu erhalten oder wiederherzustellen, wenn es ‚aus den Fugen geraten‘ ist - was also mit einer Analogie aus der Musik verdeutlicht, wie unerlässlich eine gerechte Rahmenordnung für eine Erhaltung bzw. Wiederherstellung harmonischer Proportionen in der Wirtschaft ist.

13.3 Menschenbild - Vom homo oeconomicus zum homo cooperativus

Mit seiner übermäßig starken Betonung des menschlichen Eigennutzstrebens - die damals auch eine Reaktion auf die allzu lange Unterdrückung durch kirchliche und weltliche Machtstrukturen und ihre ideologischen Rechtfertigungen war - fiel Silvio Gesells Menschenbild hinter Adam Smiths auch von John Stuart Mill geteilte Vorstellung zurück, wonach die arbeitsteilig wirtschaftenden Menschen zwar ihrem Eigennutzstreben folgen, aber zugleich auch durch „Sympathiegefühle“ miteinander verbunden sind. Zwar fehlte auch in Gesells Menschenbild nicht die Annahme eines „sozialen Richtsinns“; aber er stand gewissermaßen im Schatten des Eigennutzstrebens. Das haben erst seine Nachfolger korrigiert, indem sie im Sinne des Menschenbilds von Proudhon, George und Oppenheimer eine Gleichrangigkeit und polare Ergänzung von Egoismus und Altruismus, Wettbewerb und Kooperation postulierten.¹¹⁰

- Auch Dieter Suhr hob den Charakter des Menschen als „soziales Wesen“ hervor, als er verdeutlichte, wie bislang das sachliche Aufeinanderangewiesensein der arbeitsteilig wirtschaftenden Menschen mit persönlichen Abhängigkeiten verquickt war und wie sie nach einer Strukturreform des Geldes auch inmitten ihres bleibenden sachlichen Aufeinanderangewiesenseins persönlich unabhängig, frei und selbstständig werden können. Aber „die Menschen können niemals selbstständiger sein, als ihre Nächsten verlässlich sind“. Ihre gleiche Selbstständigkeit ist nur als „Selbstständigkeit auf Gegenseitigkeit“ möglich, sofern ein allokatons- und distributionsneutrales Geld die Vertragsfreiheit zur „Rechtstechnik zur Transformation von Abhängigkeit in Freiheit und Selbstständigkeit“ macht. Die modernen Staats- und Gesellschaftstheoretiker hätten „ihre Vorstellungen vom Einzelnen her konzipiert und auf den Einzelnen gebaut“, statt sie auf einer polaren Ergänzung von Individuum und Gemeinschaft zu gründen. „Die Geselligkeit der Menschen erscheint dabei nur in der Form von sozialen Bindungen und Schranken, nicht als Grundlage und Voraussetzung, nicht als Form und Erscheinungsweise menschlicher Freiheit.“¹¹¹

¹¹⁰ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 67 (sozialer Richtsinn). - Näheres hierzu im Kapitel 7.3 des vorliegenden Buches und in der Übersicht von Werner Onken (2007b), Kap. 4 und 5.

¹¹¹ Dieter Suhr (1982), S. 6 (Menschen als soziale Wesen), 10 - 11 (wechselseitige Verlässlichkeit), 13 (Vertragsfreiheit) und 16 (Geld, Freiheit durch Geselligkeit). - Vgl. auch Dieter Suhr (1984). Eines der

- Obwohl der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich kurz vor der großen Finanzkrise von 2008 die zentrale Frage nach der Rolle des „Geldkomplexes“ bei den sozialen und ökologischen Krisenentwicklungen aufwarf¹¹², erlangten weder sie noch die Frage nach dem Eigentum am Boden und an den Ressourcen in der von ihm maßgeblich mitbegründeten St. Galler „Integrativen Wirtschaftsethik“ die ihnen gebührende Bedeutung.

Zuvor hatte sich die „Integrative Wirtschaftsethik“ der Geld- und Bodenrechtsreform nur einmal in einer von Ulrich angeregten Dissertation von Roland Wirth zugewandt. Wirths Gesamteindruck, dass der Geld- und Bodenrechtsreform „bislang ein gesellschaftlich-politisches Konzept gefehlt hat, das die geforderten wirtschaftlichen Reformen vernunftethisch haltbar begründet“, bekräftigte deren Interesse an der Wirtschaftsethik als ihrer möglichen Ergänzung. Während es Gesell noch allzu stark darum gegangen war, „die ‚natürlichen‘ Gesetze zu erkennen und ihnen auch in der Sozialordnung Ausdruck zu verleihen“, hatte Wirth die Verbindung der Geld- und Bodenrechtsreform mit einem „kulturalistischen Bewusstsein“ angeregt, also mit der „Überzeugung, dass der Mensch kraft seiner Vernunft die Gesellschaft nach frei gewählten und im politischen Prozess bestimmten Prinzipien einrichten kann“ und dass diese Reformen „auch und vor allem in einem kulturalistischen Gesellschaftskonzept sinnvoll sind“.¹¹³

Ansonsten nahm die Integrative Wirtschaftsethik den „Geldkomplex“ und die Boden- und Ressourcenproblematik nicht in ihre Forschungen auf. Ulrich ging darauf weder in seiner „Zivilisierten Marktwirtschaft“ (2005) noch in seiner Abschiedsvorlesung (2009) ein. Wohl unterschied er zwischen einer „produktiven Marktwirtschaft“ und „ihrer Übersteigerung zu einer totalen Marktgesellschaft, die alle, unser ganzes Leben und auch die Politik, der ‚Sachlogik‘ des Marktes unterwirft.“ Mit deutlichen Worten kritisierte Ulrich das neoliberale Effizienzdogma und die Dominanz „mächtiger Kapitalverwertungsinteressen auf der Suche nach neuen Märkten und kostengünstigeren Produktionsstandorten“. Er widmete sich auch der Entwicklung eines „wirtschaftsethischen Orientierungswissens“, mit dem „verantwortliche Wirtschaftsbürger“ parallel zu ihrem Handeln als politische Bürger auch ihr wirtschaftliches Handeln am Ziel einer „Lebensdienlichkeit“ ausrichten können.¹¹⁴ Mit Anknüpfungen an Kant, Weber, Polanyi, Gray, Keynes und Habermas stellte Ulrich dem „Ökonomismus“ mit seiner scheinbar „wertfreien Sachlogik“ als der „Großideologie der Gegenwart“ eine „nachholende Aufklärung“

Bücher von Suhr trug den an Proudhon erinnernden Titel „Die Entfaltung des Menschen durch den Menschen“ (Berlin 1976), auf der Website https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Entfaltung%20der%20Menschen%20durch%20die%20Menschen.pdf

¹¹² Vgl. hierzu den Abschnitt 12.3 des vorliegenden Buches.

¹¹³ Roland Wirth (2003) und (2004), S. 16 - 24, hier: S. 20 und 22 (kulturalistisches vs. naturalistisches Bewusstsein). - Schon in den Anfängen der „Integrativen Wirtschaftsethik“ hatte die „Zeitschrift für Sozialökonomie“ Peter Ulrich zu einem Gastbeitrag eingeladen: „Wirtschaftsethik zwischen Moralismus und Ökonomismus“, in: 81. Folge (1989), S. 20 - 27.

¹¹⁴ Peter Ulrich (2005), S. 10 (Kapitalverwertung) - 11 (Sachlogik), 13 (wirtschaftsethische Orientierung) und 17 (Lebensdienlichkeit) sowie 22 - 27 (Effizienz).

gegenüber. Zum einen sollte sie die Ursachen des Konflikts zwischen dem Gewinnstreben und dem moralischen Handeln aufzeigen und zum anderen sollte sie die „harmonistische Metaphysik des Marktes“ durchschaubar machen, die einen Ausgleich aller Interessen vortäuscht und damit die tatsächliche „Parteilichkeit des Marktes“ verdrängt.¹¹⁵

Jedoch verlor Ulrich kaum ein Wort über das strukturell mächtige kapitalistische Geld als Antriebskraft der angeblich effizienten, de facto aber geradezu unwirtschaftlichen rentablen Kapitalverwertung. Dementsprechend blieben seine Vorstellungen von einer „zivilisierten Marktwirtschaft“ unvollständig. Zwar wandte er sich gegen den homo oeconomicus als Menschenbild der Ökonomie und betonte das „soziale Wesen“ des auf gelingende Beziehungen angelegten Menschen. Und einmal verwies er auch auf die „freiheitsbedrohende Macht ... des Geldes“ - jedoch ohne ihr auf den Grund zu gehen. Auch war die Schaffung gleicher Teilhaberechte aller Menschen an den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen nicht explizit Bestandteil der „Wirtschaftsbürgerrechte“, die Ulrich für ein Leben in einer „anständigen Gesellschaft“ jenseits von „marktradikalem Wirtschaftsliberalismus“ und „Sozialetatismus“ forderte. Seine Vorstellungen gingen eher in die drei Richtungen eines Wirtschaftsbürgerrechts auf „Erwerbsarbeit für alle“, auf ein „erwerbsunabhängiges Grundeinkommen für alle (Bürgergeld) ... oder gar ein Wirtschaftsbürgerrecht auf Teilhabe am volkswirtschaftlichen Kapital für alle (Bürgerkapital)“.¹¹⁶ Sodann sollten das „Ethos der Selbstbegrenzung im privaten Vorteilsstreben“ sowie ein Selbstverständnis als „kritischer Konsument“ und verantwortungsbewusster Kapitalanleger zu den Tugenden eines jeden Wirtschaftsbürgers gehören. Schließlich hob Ulrich die besondere Bedeutung der Unternehmensethik hervor, also die ethische Vertretbarkeit des Verhaltens von Unternehmern und insbesondere von anonymen Aktiengesellschaften. Wenn diese ihren Anspruch, „Good Corporate Citizens“ zu sein, erfüllen wollten, müssten sie dazu bereit sein, ihr „legitimes Gewinnstreben als stets moralisch begrenztes Gewinnstreben zu begreifen“.¹¹⁷

Da sich jedoch auf kapitalistischen Märkten der Konflikt zwischen Gewinn und Moral auch bei bestem Willen von den einzelnen Akteuren nicht auflösen lässt, soll Ulrich zufolge zur unternehmerischen Individualethik eine politische „Ordnungsethik“ hinzukommen, welche den vom Neoliberalismus „entgrenzten Wettbewerb auf deregulierten globalen Märkten“ bündigt und in eine schon von den Ordoliberalen konzipierte rechtsstaatliche Rahmenordnung einbettet. „Springender Punkt“ war dabei für ihn die Notwendigkeit, die „Entmachtung der Politik“ durch einen ebenso selbstherrlichen wie unerbittlich „belohnenden und strafenden Finanz-

¹¹⁵ Peter Ulrich (2005), S. 35 (Ökonomismus als Großideologie und nachholende Aufklärung) - 41 (Metaphysik des parteilichen Marktes) und 45 - 71 (Kant, Weber u.a.).

¹¹⁶ Peter Ulrich (2005), S. 84 (Mensch als soziales Wesen), 86 (Wirtschaftsbürgerrechte) - 87 (Macht des Geldes), 92 (dritter Weg einer anständigen Gesellschaft) und 94 - 96 (Wirtschaftsbürgerrechte).

¹¹⁷ Peter Ulrich (2005), S. 111 - 117 (persönliche Tugenden) und 128 - 157 (Unternehmensethik), bes. S. 128 (Good Corporate Citizens) und 151 (moralisch begrenztes Gewinnstreben).

markt-gott“ und durch die transnationalen Global Player rückgängig zu machen. Die u.a. von Hayek vertretene „altliberale Metaphysik des Marktes“ sollte also durch die ordoliberalen und auch von Polanyi vertretene Einsicht ersetzt werden, dass der Rechtsstaat und in zunehmendem Maße auch internationale Institutionen „unabdingbare konstitutive und komplementäre Funktionen für jede Marktwirtschaft“ erfüllen müssen. „Die Vordenker des so verstandenen Ordoliberalismus, namentlich Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, weniger eindeutig Walter Eucken, vertreten daher ausdrücklich den Primat der politischen Ethik vor der ökonomischen Logik des Marktes.“ Abgesehen davon, dass Eucken keineswegs weniger klare Gedanken zum Ordoliberalismus beitrug als Röpke und Rüstow, hatte Ulrichs Erinnerung an die Potenziale des Ordoliberalismus zweifellos ihre Berechtigung; aber in seinen Vorstellungen von den Grundrechten der Wirtschaftsbürger in einer „zivilisierten ... lebensdienlichen Marktwirtschaft“ und deren „Randnormen“ fehlte noch jeglicher Hinweis auf die Notwendigkeit, die Souveränität des kapitalistischen Geldes gegenüber den Menschen und der Natur aufzuheben und allen Menschen im Rahmen ökologischer Begrenzungen *gleiche* Rechte auf die Teilhabe an sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zu verschaffen. Zwar hat Ulrich die Unterschiede zwischen dem Paläo-, Neo- und Ordoliberalismus deutlich herausgearbeitet und seine Vorstellungen von einer „vitalpolitisch orientierten Global Governance mit weltweiten Menschenrechts-, Demokratie-, Sozial- und Umweltstandards“ sind auch gewiss nicht falsch; aber ihnen haftet der Charakter einer bloß zweitbesten Lösung an.¹¹⁸

Auch in seiner 2009 unter dem Eindruck der großen Weltfinanzkrise gehaltenen Abschiedsvorlesung ging Ulrich nicht nochmals auf den kurz zuvor an anderer Stelle thematisierten „Geldkomplex“ ein. Dabei betrachtete er es als die große Aufgabe der Ökonomie und Wirtschaftsethik, der gerade „außer Rand und Band“ geratenen Weltwirtschaft einen neuen Rand und ein neues Band zu verschaffen, also eine „Einbindung der ökonomischen ‚Sachlogik‘ in zwischenmenschliche Verbindlichkeiten (des Anstands, der Verantwortung, der Solidarität und der Gerechtigkeit).“ Ulrichs erneute Anknüpfung an den Ordoliberalismus hätte zugleich einer Erweiterung in dem Sinne bedurft, dass der Wirtschaft und Gesellschaft

a) mit einem reformierten Geld ein neues Band gegeben wird, das ihre sog. Systemrationalität und die ökonomische Vernunft von Grund auf ändert, indem sie der Wirtschaftlichkeit den Vorrang vor der Rentabilität gibt. Und

¹¹⁸ Peter Ulrich (2005), S. 151 (Ordnungsethik), 161 (entgrenzter Wettbewerb und Entmachtung der Politik) - 164 (Finanzmarkt-gott), 169 (Paläo-, Neo- und Ordoliberalismus) sowie 170 - 172 (Ordoliberalismus), 174 und 176 (zivilisierte, lebensdienliche Marktwirtschaft), 178 (Global Governance). - Nur Hans Georg Nutzinger unternahm in der „Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik“ noch einen Versuch, die Bodenrechts- und Geldreform in den wirtschaftsethischen Diskurs einzubringen; vgl. seine Rezension des Buches „Silvio Gesell: Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat - Werkauswahl zum 150. Geburtstag“, in: ZfWU Nr. 1/2014, S. 154 - 158.

b) würden sie mit einem gleichen Recht aller Menschen auf die Nutzung natürlicher Lebensgrundlagen innerhalb ökologischer Grenzen einen neuen Rand erhalten.

Genau diese Reformen hätten den Kern einer von Ulrich zu Recht geforderten „neutralen öffentlichen Grundordnung“ bilden können, „die rechtsstaatlich durchzusetzen ist als Ermöglichungsbedingung eines bunten gesellschaftlichen Pluralismus der Lebensformen und Weltanschauungen auf der Ebene der gleichberechtigten, unantastbaren Privatsphäre aller Bürger“. Ohne diese Reformen fehlen die materiellen Voraussetzungen für die von Ulrich als Alternative zur „korrekativen Sozialpolitik“ geforderte Schaffung von „fairen Chancen für alle auf eine selbstbestimmte Lebensführung und Existenzsicherung“. Die „emanzipatorischen Wirtschaftsbürgerrechte“ bleiben unter diesen Umständen ein Torso und ein „Bürgersinn“ in Gestalt eines Gefühls der Mitverantwortung eines jeden einzelnen Menschen für die ganze Gesellschaft und für die Erde kann sich ebenfalls nicht voll entwickeln, solange das Wirtschaftsleben von struktureller Ungerechtigkeit durchsetzt bleibt und Sonderinteressen von einigen auf Kosten der Allgemeinheit durchgesetzt werden können.¹¹⁹

Weil sich nicht nur der von Ulrich in St. Gallen initiierte Ansatz der Integrativen Wirtschaftsethik, sondern der gesamte wirtschaftsethische Diskurs in der vergangenen Jahren sehr auf eine systemimmanente Unternehmensethik fokussiert haben („Corporate Social Responsibility“), versuchte die neuere Geld- und Bodenrechtsreformbewegung, sich einen Überblick über das ganze Spektrum wirtschaftsethischer Positionen zu verschaffen.¹²⁰ Eine detaillierte wirtschaftsethische Begründung für ihre Reformvorschläge und eine Darstellung ihrer Auswirkungen auf das Verständnis von wirtschaftlicher Rationalität stehen noch aus.

- Sehr positiv rezipierte die Geld- und Bodenrechtsreformbewegung auch die Kritik des Psychiaters und Psychotherapeuten Joachim Bauer an der These der neodarwinistischen Soziobiologie vom „Kampf egoistischer Gene“ im Kampf ums Dasein. Dem früheren Sozialdarwinismus ebenso wie der neueren Soziobiologie hielt Bauer das von neurobiologischen Studien gestützte Bild des Menschen entgegen, „dessen zentrale Motivationen auf Zuwendung und gelingende mitmenschliche Beziehungen gerichtet sind. ... Wir sind auf soziale Resonanz und Kooperation angelegte Wesen. ... Nichts spricht dafür, dass Gene ‚kämpfen‘. ... Gene sind sowohl in ihrer Beziehung untereinander als auch gegenüber der Umwelt ein kooperierendes Netzwerk. ... Das Streben des Menschen nach Zuwendung und Kooperation bildet den Kern des menschlichen Daseins.“¹²¹

¹¹⁹ Peter Ulrich (2009), S. 1 (Rand und Band), 7 (Polanyi), 13 (neutrale öffentliche Grundordnung), 15 - 17 (faire Chancen und Bürgerrechte, korrektive Sozialpolitik, Bürgerrechte und Bürgersinn).

¹²⁰ Hans-Günter Wagner (2017a), S. 11 - 20, und (2017b), S. 50 - 58, bes. S. 53: „Kennzeichnend für den gegenwärtigen Diskurs im deutschsprachigen Raum ist die Schwerpunktsetzung auf das Handeln betrieblicher und staatlicher Akteure.“

¹²¹ Joachim Bauer (2006), S. 7 - 8 und 21 - 22 (kooperative Gene) sowie S. 133 - 135, 153, 160 und 179. - Vgl. hierzu auch Eva-Maria Hubert (2008), S. 59 - 61.

Auch ohne die Geld- und Bodenrechtsreformgedanken zu kennen, kam Bauer ihnen mit seiner Auffassung entgegen, dass die gesellschaftliche Realität diesem Menschenbild noch nicht entspreche, weil eine „gesellschaftliche Ideologie“ vorherrsche, „die auf maximale Kapitalverzinsung, die Wahrung individueller Vorteile und kurzfristige Ausbeutung menschlicher Ressourcen eingeengt ist.“ Den Primat der Kapitalverzinsung machte Bauer also dafür verantwortlich, dass der kapitalistische Verdrängungswettbewerb noch nicht in eine Balance von fairem Wettbewerb und Kooperation übergehen konnte. „Oberste Maxime“ müsse es deshalb werden, „dass Kooperation und Menschlichkeit vor maximaler Rentabilität rangieren.“ Allerdings beschränkte sich Bauer abschließend auf die realpolitisch-pragmatische Forderung, dass innerhalb der bestehenden hierarchisch organisierten Unternehmen mehr Wert auf Kooperation zwischen der Leitung und der Belegschaft gelegt werden müsste.¹²²

Bislang prallen solche Appelle jedoch am Primat der Rentabilitätsmaximierung ab oder sie werden in Maßnahmen eines sog. Corporate Social Responsibility umgemünzt, die das Image der Großunternehmen verbessern sollen, ohne das Rentabilitätsprinzip anzutasten. Noch dreht sich das Denken insbesondere der Evolutorischen Ökonomik nicht mehr nur um die Vorstellung der Ökonomie vom Menschen als eines homo oeconomicus, sondern um das Verständnis der wirtschaftlichen Evolution als eines Prozesses, bei dem hierarchisch strukturierte Großunternehmen auf vermachteten Märkten mit einer „Selektionsdynamik“ (!) in einem monopolistischen „Kampf ums Dasein“ stehen. Darin behaupten sie sich mit den Mitteln der Werbung und eines aggressiven Marketings und erzielen mit Hilfe von fortwährenden Innovationen zum Beispiel in den Bereichen der Gen- und Biotechnologien im Sinne von Schumpeters „schöpferischer Zerstörung“ jene Produktivitätsfortschritte und Wohlstandssteigerungen, die letztlich als Legitimation dieser Form des Wirtschaftens dienen.¹²³ Demgegenüber erfordern eine echte „soziale Resonanz und Kooperation“ (Bauer) in der Wirtschaft ein in seiner Grundstruktur verändertes Geld, das

a) die Anbieter und Nachfrager in eine unmittelbare „soziale Resonanz“ miteinander bringt statt sie wie bisher sowohl miteinander zu verbinden als sie auch voneinander zu trennen und das

b) einen Übergang von hierarchischen Großunternehmen zu egalitären kleinen und mittleren Unternehmen ermöglicht, in denen die Menschen auf gleicher Augenhöhe kooperieren und die in einem fairen Wettbewerb miteinander stehen.

● Aus der Sicht der Geld- und Bodenrechtsreform kritisierte Norbert Rost den primär eigennützigen, nur auf seine Nutzenmaximierung bedachten homo oeconomicus als „Fiktion der Standardökonomie“. „Dieses Modell menschlichen Han-

¹²² Joachim Bauer (2006), S. 196 (Vorrang der Rentabilität vor der Kooperation) und 203 (Vorrang der Kooperation vor der Rentabilität) - 207; vgl. auch S. 21.

¹²³ Zur Evolutorischen Ökonomik vgl. Werner Onken (2007b), Kap. 6.2 und Ulrich Witt (2006), S. 26 - 27 (Selektionsdynamik) und 32 - 35 (Innovationswettlauf).

delns vereinfacht die ökonomische Welt und erlaubt die Übertragung mechanischer und mathematischer Methoden in die Wirtschaftswissenschaft.“ In Anknüpfungen an die Spieltheorie und die neueren Forschungszweige der experimentellen Ökonomie und Neuroökonomie verwies Rost auf die Wirksamkeit des Prinzips der Gegenseitigkeit und der Reziprozität in wirtschaftlichen Beziehungen: „Wie Du mir, so ich dir.“ Der Mensch sei ein „homo cooperativus“ und werde in seinem wirtschaftlichen Verhalten von dem Wunsch nach wechselseitiger Fairness geleitet statt vom bloßen Streben nach eigenen Vorteilen. „Nach diesem Menschenbild steht beim menschlichen Fühlen und Handeln der kooperative Gedanke im Vordergrund. Er basiert auf der Erfahrung von Sympathie zwischen uns Menschen und der sich daraus ergebenden gegenseitigen Hilfe sowie der Ablehnung der Herrschaft des Menschen über den Menschen mittels autoritärer Systeme.“ Ähnlich dem Freiheitsbegriff von Suhr plädierte Rost für ein stärkeres Bewusstsein der universalen sozialen und ökologischen Vernetztheit eines jeden Menschen, das seine „Abgrenzung zwischen Ich und Nicht-Ich“ transzendiert. „Sich selbst bewusst zu machen, dass absolute Unabhängigkeit in einer vernetzten Welt unmöglich ist, fördert das Verantwortungsgefühl auch für jene Dinge und Entwicklungen, die sozial, räumlich und/oder zeitlich weit weg erscheinen.“¹²⁴

An der experimentellen Ökonomie kritisierte Rost allerdings auch, dass in ihren „Experimenten immer um Geld gespielt wird“ und dass eine erst noch herzustellen Neutralität dieses Geldes als bereits bestehend unterstellt werde. Und die neuroökonomische „Durchleuchtung des menschlichen Gehirns für ökonomische Erkenntnisse“ erschien ihm als sehr fragwürdig, „da das bisher einzige Anwendungsfeld unter dem Stichwort ‚Neuromarketing‘ bekannt ist.“¹²⁵

- Bislang gibt es noch keinen Versuch seitens der Geld- und Bodenrechtsreformbewegung, eine Verbindung zwischen ihr und der modernen Hirnforschung herzustellen. Jedoch enthalten die Ausführungen des Neurobiologen Gerald Hüther entsprechende Anknüpfungspunkte. Ähnlich wie Joachim Bauer in seiner Kritik an der Soziobiologie und Martin Nowak in seinen evolutionstheoretischen Forschungen über die „kooperative Intelligenz“ betrachtet auch Hüther die Menschen als „miteinander verbundene, voneinander abhängige und aneinander wachsende Einzelwesen“, die trotz aller Individualität ohne ein tragfähiges Beziehungsgeflecht nicht lebensfähig sind. Weil das menschliche Gehirn von Beginn an durch Erfahrungen mit Eltern, Familienangehörigen, Lehrern, Arbeitskollegen usw., d.h. durch Eindrücke von außen geprägt wird, betrachtet Hüther jedes ‚einzelne‘ Gehirn als ein „Sozialorgan“ aus komplexen „neuronalen Verknüpfungen“ und „synaptischen Netzwerken“. Genau genommen gibt es also gar keine einzelnen Gehirne, sondern nur ein hochgradig komplexes gesellschaftliches Netzwerk von Gehirnen, in dem

¹²⁴ Norbert Rost (2008), S. 50 (homo oeconomicus), 54 (homo cooperativus) und 57 - 58 (Netzbewusstsein).

¹²⁵ Norbert Rost (2008), S. 53 (experimentelle Ökonomie) und 54 (Marketing als Zweck der Neuroökonomie).

sich unzählige Bedürfnisse - nicht zuletzt auch das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu Gemeinschaften - , Gefühle, Denkanstöße und Erfahrungen gegenseitig beeinflussen. „Wo also beginnt und wo endet das menschliche Gehirn“, wenn alle Gehirne gleichsam fließend ineinander übergehen und ein unteilbares Ganzes darstellen? Und das Fließgleichgewicht zwischen jedem Ich und seiner Bereitschaft zur Anpassung an seine Umgebung ist Hüther zufolge dann am stabilsten, wenn niemand von Not, Elend und Existenzängsten bedrängt wird. Besonders Existenzängste in Zeiten mit sozialen Auflösungserscheinungen können ein geradezu archaisches Klammern an Familienbande sowie an Pseudogemeinschaften und Sekten auslösen. „Verbundenheit entsteht jenseits von Angst und Not.“¹²⁶

Ökonomische Ungleichgewichte führen demnach unweigerlich zu „Störungen des emotionalen Gleichgewichts. ... Viele Probleme, die unser Zusammenleben so schwer machen ... , sind in den letzten Jahren eher größer als geringer geworden.“ Nach Auffassung von Hüther „sind wir auf unserer Suche nach einem glücklichen und sinnerfüllten Leben vom Weg abgekommen“ und haben uns in Sackgassen „verrannt“ - besonders in die Vorstellung, dass Menschen wie Maschinen zu funktionieren hätten und im Falle von Funktionsstörungen von Ärzten repariert werden könnten. Die „Interessen des Wirtschaftssystems“ mit ihrem vom Wettbewerb erzeugten Leistungsdruck hätten die Menschen in die „abstrusesten Spezialisierungen“ hineingetrieben. Hüthers Forderung nach einem „Abschied vom Machbarkeitswahn“ hat unzweifelhaft ihre Berechtigung. Aber hat nicht gerade Marx, dem Hüther eine Referenz erweist, diesen Machbarkeitswahn mit seinem Glauben an die Planbarkeit des gesamten Wirtschaftslebens geradezu auf eine Spitze getrieben? Jedenfalls stellt Hüthers möglicherweise von Marx übernommene undifferenzierte Abneigung gegen den Wettbewerb eine ebenso undifferenzierte Reaktion auf die einseitige ideologische Überhöhung des Marktes durch seine neoliberalen Protagonisten dar und sie übersieht die Möglichkeit einer Unterscheidung zwischen dem bestehenden monopolistischen Verdrängungswettbewerb, der die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer spaltet, und der Realutopie eines monopolfreien Wettbewerbs in einer Gesellschaft ohne Verlierer, der sich auch mit kooperativem Handeln verträgt.¹²⁷

Mit den Mitteln der Hirnforschung möchte Hüther auch zu einem Ausstieg aus dem „sozialen Hamsterrad der von uns selbst geschaffenen Organisations- und Verwaltungsstrukturen“ und zu einem „Wechsel von einer Gesellschaft der Ressourcenausnutzung zu einer Gesellschaft der Potenzialentfaltung mit mehr Raum und Zeit für das Wesentliche“ beitragen. Da er jedoch zum einen nicht so weit geht,

¹²⁶ Martin A. Nowak & Roger Highfield (2013). - Gerald Hüther (2011/2017), S. 19 (Menschen als verbundene Einzelwesen), 37 und 40 (neuronale Verknüpfungen), 44 (Gehirn als Sozialorgan), 56 (Balance zwischen Ich und Anpassung) sowie 23 - 27 und 69 (Existenzängste und archaische Reflexe).

¹²⁷ Gerald Hüther (2011/2017), S. 66 (Probleme des Zusammenlebens), 69 (Marx), 71 (emotionale Gleichgewichtsstörungen), 77 (Reparaturmedizin), 80 - 82 (Wettbewerb und Leistungsdruck), 85 - 86 (Machbarkeitswahn, Zunahme von Problemen), 104 („Wir sind keine Maschinen.“), 111 (verlorene Orientierung) und 158 (Friedrich Engels).

das „alle Bereiche durchdringende Wirtschaftssystem“ mit seinem gnadenlosen Wettbewerb und Leistungsdruck völlig abschaffen zu wollen, und da ihm zum anderen die Perspektive eines monopolfreien und kooperativen Wettbewerbs noch unbekannt ist, bleibt ihm am Ende nur die Möglichkeit, innerhalb der falschen Verhältnisse Anregungen für kleine Schritte zur sinnvolleren Gestaltung des Lebens in den Familien und Schulen sowie in der Arbeitswelt zu geben. „In jedem einzelnen Menschen steckt mehr als das, was bisher aus ihm ... geworden ist. ... Statt so weiterzumachen wie bisher, könnten wir auch versuchen, über uns hinauszuwachsen.“ Da besonders Kinder große Potentiale für eine bessere Zukunft mitbringen, konzentriert sich Hüther bei den Schlussfolgerungen aus seinen neurobiologischen Befunden auf die Erziehung und Bildung.¹²⁸

Dies ist zweifellos von großer Bedeutung, bleibt aber letztlich im begrenzten Rahmen individuellen Handelns und reicht noch nicht an die falschen gesellschaftlichen Strukturen heran. Um den von Hüther angestrebten Übergang aus dem „sozialen Hamsterrad“ der „auf maximale Ressourcenausnutzung orientierten Gesellschaft“ in eine „Gesellschaft der Potentialentfaltung“ auch auf der Ebene der Gesamtstrukturen vorzubereiten, könnte es hilfreich sein, sich zusätzlich zum sozialen Charakter eines jeden menschlichen Gehirns auch noch das Geld als ein überindividuell-gesellschaftliches ‚Gesamtgehirn‘ vorzustellen. Von da aus könnte es dann nur noch ein kleiner Schritt bis zur Überlegung sein, dass das Geld in seiner bisherigen Gestalt nicht nur verbindend, sondern auch sozial spaltend wirkt und dass es erst noch zu jenem Medium der gesellschaftlichen Selbstorganisation umgeformt werden muss, das gerechte und gleichgewichtige ‚Verschaltungen‘ im quasi sozioökonomisch-neuronalen Netzwerk des Preiskosmos vorzunehmen vermag. Ein durch eine Geldreform herbeigeführter geschlossener Kreislauf eines stetig zirkulierenden Geldes und ein durch die Bodenrechtsreform herbeigeführtes im Durchschnitt unentgeltliches Daseinsrecht aller Menschen auf dieser Erde könnten allen Menschen jene von Not, Elend und Existenzängsten freie Sicherheit des gleichberechtigten Dazugehörens zum Ganzen geben, die sie brauchen, um - statt in Krisensituationen als beschädigte Individuen auf „archaische Notfallprogramme im Hirnstamm“ zurückzugreifen - im Sinne von Suhrs „Freiheit durch Geselligkeit“ als selbstsichere, freie und gleiche Individuen ein stabiles und weltoffenes „Wir-Gefühl“ entwickeln zu können. Solche Reformen könnten Hüthers Bestreben, auf individueller Ebene „Brücken zu bauen und Vertrauen zu stiften“, auf sozialer Ebene unterstützen und das Gefühl der Menschen von „Geborgen- und Gehaltensein in der Welt“ stärken. Insofern erweitern sie den Ansatz der Hirnforschung, „in Beziehungen zu denken und in Beziehungsfähigkeit zu investieren“.¹²⁹

¹²⁸ Gerald Hüther (2011/2017), S. 11 (menschliche Potentiale), 114 (soziales Hamsterrad), 120 (Wirtschaftssystem), 122 (menschliche Potentiale), 145 (Potentialentfaltung) und 161 - 171 (Erziehung und Bildung).

¹²⁹ Gerald Hüther (2011/2017), S. 25 - 27 (Verbundenheit und Wir-Gefühl), 118 (Notfallprogramme), 119 (Brücken und Vertrauen), 124 - 125 (Sicherheit, Gehaltensein), 126 (soziales Hamsterrad) - 127 (Beziehungsfähigkeit), 137 - 140 (Wir-Gefühl) und 145 (Gesellschaft der Potentialentfaltung).

Eine Umformung des Geldes zu einem „inneren Band“, das die „menschliche Gemeinschaft ... zusammenhält“ und eine dauerhafte „soziale Resonanz“ gewährleistet, wäre im Gegensatz zum Glauben an eine Planbarkeit aller wirtschaftlicher Vorgänge keine Neuauflage des von Hüther zu Recht kritisierten „Machbarkeitswahns“. Sie würde das Geld von seinem widersprüchlichen Doppelcharakter als dienendes Tauschmittel und strukturell herrschenden Machtmittel befreien und es in ein Mittel der gewaltfreien ökonomischen Kommunikation umwandeln, das keine leistungslosen Kostenfaktoren mit in die dezentralen Preisbildungsprozesse mehr einschleust und das jeden Handel zu einem fairen Handel mit wirklich fairen Preisen macht. Die Einsicht, dass Märkte eine gerechte rechtsstaatliche Rahmenordnung des Zugangs zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen brauchen, um den sozialdarwinistischen Verdrängungswettbewerb zu überwinden und zu einer „vollständigen Konkurrenz“ (Eucken) zwischen vielen kleinen und mittleren, auch miteinander kooperierenden Mitbewerbern werden, wäre eine Erweiterung des ordoliberalen „Denkens in interdependenten, sich selbst steuernden Ordnungen“, für die eine in das Soziale ausgeweitete Hirnforschung vielleicht noch einmal eine Unterstützung liefern wird.¹³⁰

13.4 Wettbewerb und Kooperation auf monopolfreien Märkten

Gerade die urliberale Marktform des vollständigen, d.h. von mächtigen Mono- und Oligopolen freien Wettbewerbs, die sowohl von Marx & Engels und ihren Nachfolgern als „planlos-anarchische Konkurrenz“ als auch von späteren Neoliberalen als „Schlafmützenkonkurrenz“ (Friedrich A. Lutz) belächelt wurde, könnte diejenige dezentralisierte Marktform werden, die sich nahtlos in soziale und ökologische Lebenswelten einbetten lässt, d.h. sie könnte sich nach langen Umwegen der privaten und staatlichen Kapitalkonzentration und des generellen Misstrauens gegen den Markt als solchen schließlich - angereichert mit kooperativen Elementen - als erstrebenswertes Ziel einer Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ erweisen.

Diese einzige Marktform, in der Wettbewerbsfähigkeit nicht gleichbedeutend ist mit einer Verdrängung von Schwächeren durch Stärkere, nämlich die Marktform der vollständigen Konkurrenz, war jedoch nach der ersten systematischen Darstellung ihrer „konstituierenden Prinzipien“ durch Walter Eucken jahrzehntelang kein Gegenstand wissenschaftlicher Forschungen mehr. Ihre Voraussetzungen - freier Marktzutritt, umfassende Informationen über die Märkte und Anpassung der Anbieter an die von den Nachfragern gewünschten Mengen und Qualitäten von Gütern - galten als unerfüllbar und darum als weltfremd.

¹³⁰ Gerald Hüther (2011/2017), S. 85 (Machbarkeitswahn) und 181 (inneres Band der Gesellschaft). - Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch das Buch „Der symbiotische Planet - wie die Evolution wirklich verlief“ von Lynn Margulis (Frankfurt/M. 2018).

Nachdem aber die kanadische Journalistin Naomi Klein bereits um die Jahrtausendwende in ihrem globalisierungskritischen Buch „No Logo“ gegen die markenrechtliche Grundlage der Marktmacht von Global Playern gekämpft hatte, führte Euckens Enkel Walter Oswalt (1959-2018) die Machtbasis der Konzerne in seinem Buch „No Mono“ (2017) nicht nur auf das Markenrecht zurück, sondern mehr noch auf die Rechtsform der Aktiengesellschaft und auf die Beschränkung der Haftung für die Folgen wirtschaftlichen Handelns. Der Untertitel seines Buches „Kapitalismus ohne Konzerne“ ist allerdings irreführend, denn Oswalt wollte gerade keinen Kapitalismus, sondern eine „konzernfreie Marktwirtschaft“ mit einer „gleichen Freiheit für alle“. Ganz im Sinne des frühen Ordoliberalismus lautete Oswalts zentrale Aussage: „Nicht der Missbrauch von Konzernmacht, die Existenz der Konzerne selbst ist das Problem.“ Die ordoliberalen Zweifel an der politischen Kontrollierbarkeit von wirtschaftlicher Macht erhalten ihre Bestätigung nicht zuletzt durch die Einflussnahme der Konzerne auf die Gesetzgebung und ihre systematische Vermeidung von Steuerzahlungen.

Im vorherrschenden neoliberalen Glauben an die Selbststeuerungsfähigkeit der monopolistisch vermachteten Märkte und an die Kontrollierbarkeit der konzentrierten Macht von Agrar-, Chemie- und Pharma-, Energie-, Rüstungs- und Internetmultis sah Oswalt sehr zu Recht eine Pervertierung des Ordoliberalismus in sein Gegenteil. „Die Neoliberalen sind heute die mächtigsten Feinde der Freiheit“, weil sie ihre Machtinteressen mit einer (schein-)liberalen Rhetorik ummänteln. Um dem von Hayek und anderen verwässerten Liberalismus wieder einen „starken Liberalismus“ entgegenzusetzen, hat Oswalt wichtige Quellentexte von Walter Eucken, Franz Böhm und Alexander Rüstow in der „Edition Zweite Aufklärung“ neu herausgegeben.¹³¹ Mit einer „Politischen Ökonomie der Machtminimierung“ wollte er Euckens Ziel einer „vollständigen Konkurrenz“, d.h. eines Wettbewerbs mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen ohne jede marktbeherrschende Konzernmacht wiederbeleben. Dieses Ziel einer „antimonopolistischen Transformation“ stellte Oswalt sowohl dem vorherrschenden neoliberalen Marktfundamentalismus als auch den staatsinterventionistischen Denkrichtungen entgegen und hoffte insbesondere, den oftmals noch in der „Sackgasse der alten Linken“ steckenden globalisierungskritischen Bewegungen eine neue ordnungspolitische Orientierung geben zu können.¹³²

Um die ursprüngliche ordoliberalen Perspektive zu untermauern, erinnerte Oswalt an einige ideengeschichtlichen Vorläufer aus der „Tradition des individualistischen Sozialismus“ während der Zeit der großen bürgerlichen Revolutionen in England, in den USA und in Frankreich. Besonders hob er Thomas Paine hervor, der die Sklaverei bekämpfte und mit seiner Schrift „Common Sense“ einen er-

¹³¹ Walter Oswalt (2017), S. 16 (konzernfreie Marktwirtschaft, gleiche Freiheit), 24 (gleiche Freiheit), 45 (nicht Machtmissbrauch ist das Problem, sondern die Existenz der Macht), 56 (Neoliberalismus als Feind der Freiheit), 110 (starker Liberalismus) und 129.

¹³² Walter Oswalt (2017), S. 8 - 22, 25 und 58 (politische Ökonomie der Machtminimierung, antimonopolistische Transformation, Sackgasse der Linken).

heblichen Einfluss auf die von Thomas Jefferson verfasste Unabhängigkeitserklärung der USA von 1776 hatte, und die sog. „Antifederalists“. Allerdings erwähnte Oswald nicht, dass Paine in seiner Schrift „Agrarian Justice“ auch schon erste Anregungen für Bodenreform- und Grundeinkommensüberlegungen gab. Bei den englischen Vorläufern verwies er besonders auf die Bewegung der Levellers, die der Privatisierung des „common land“ entgegentraten, und verwies auch auf John Stuart Mill. Und von den französischen Vorläufern schätzte er besonders die antimonopolistischen Bestrebungen des „Cercle social“ und der Zeitschrift „L’Atelier“, deren Mitarbeiter in Anlehnung an die Frühsozialisten Buchez und Saint-Simon für ein soziales Unternehmertum sowie für Produktionsgenossenschaften eintraten. Schließlich finden sich in Oswalds Wegweisung in die Richtung einer „egalitären Form der Modernisierung“ auch Anklänge an die neuere „Small is beautiful“-Bewegung von Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich sowie an die verschiedenen Ansätze selbstverwalteter Unternehmen.¹³³

Leider ging Oswald bei alledem nicht weiter auf die Kritik der Vorläufer eines „starken Liberalismus“ am privaten Bodeneigentum bzw. an der Privatisierung der Boden- und Ressourcenrenten als leistungslosen Einkünften ein. Dabei war es ihm durchaus ein wichtiges Anliegen, den „unerfüllten Auftrag der gestürzten Demokratien“ im Iran 1953, in Guatemala 1954 und in Chile 1973 „dem Vergessen zu entreißen“. Angesichts des gegenwärtigen Landgrabblings „ahnen wir, wie aktuell das Vermächtnis dieser strangulierten Revolutionen und ihrer Agenda ist.“¹³⁴

Ebenso bedauerlich ist, dass Oswald den Gedankenhorizont des ursprünglichen Ordoliberalismus auch nach der Finanzkrise von 2008 nicht stärker in die Richtung einer Kritik an der dem Geld innewohnenden strukturellen Macht und Akkumulationskraft ausweitete, obwohl - wie er zutreffend feststellte - die Finanzmärkte mit ihrer Macht in zunehmendem Maße die politische Gewaltenteilung unterlaufen. Als Antriebskräfte der Akkumulation und Konzentration von wirtschaftlicher Macht sah er nur die Beschränkung der Haftung von Aktiengesellschaften und deren Subventionierung durch den Staat, aber nicht die Kraft des Geldes bzw. des Geldkapitals, sich durch den Zins und Zinseszins zu vermehren. Dabei hat diese Form der Konzentration von leistungslosen Einkünften zusammen mit der Privatisierung der Boden- und Ressourcenrenten die Grundlage für die Überdimensionierung von Unternehmen und deren Bedürfnis geschaffen, sich der Haftung für die immensen Folgen ihres Handelns und ihrer Steuerpflichten zu entziehen.¹³⁵

Ohne eine Kritik an der problematischen Struktur des Geldes beließ es Oswald bei der Forderung nach einem „Finanzsystem, in welchem alle sogenannten sys-

¹³³ Walter Oswald (2017), S. 20 (bürgerliche Revolutionen), 25 (Schumacher und Small is beautiful), 40 (Illich), 109 - 114 (Paine und die Antifederalists, Levellers), 114 - 116 (Cercle Social, L’Atelier) und 118 (Mill).

¹³⁴ Walter Oswald (2017), S. 72 - 73 (weggeputschte demokratische Regierungen im Iran, in Guatemala und in Chile; Landgrabbing).

¹³⁵ Walter Oswald (2017), S. 26 und 32 (Haftungsbeschränkungen und staatliche Subventionen), 130 - 132 (politische Gewaltenteilung) und 145 (Beschädigung der Demokratie durch die Finanzmärkte).

temrelevanten Banken in einem Maße schrumpfen, bis sie nicht mehr ‚too big to fail‘ sind“, sowie nach Vermögens- und höheren Erbschaftssteuern. Ansonsten erinnerte er an Euckens „konstituierende Prinzipien der Wettbewerbsordnung“, vor allem an das Plädoyer für eine Aufhebung der Haftungsbeschränkungen und der im Patent- und Markenrecht verfestigten Privilegien, ging aber nicht darüber hinaus. Dem „Goodbye Lenin“ soll nun auch ein „Goodbye Coca-Cola, Goodbye Google, Goodbye Gazprom“ folgen, um Platz zu schaffen für „die große Vision einer Gesellschaft der Selbstständigen im vollen Sinn des Begriffs“. Eine wirklich freie Marktwirtschaft soll frei werden nicht nur von sozialistischen Kombinat, sondern auch von kapitalistischen Konzernen. Nach dem Vorbild der früheren US-amerikanischen Anti-Trust-Politik soll generell eine „Zivilisierung der Märkte“ eingeleitet werden. „Eine jedweder Macht feindliche Wirtschaftsverfassung sollte ausschließlich den Wettbewerb legitimieren. Ohne Sozialisierung von Verlusten, ohne Haftungsbeschränkung, ohne Protektion durch Diktaturen und Subvention durch Demokratien, ohne ökologischen Raubbau, ohne militärischen Schutz und ohne rechtliche Privilegien - auf tatsächlich freien Märkten hätte kaum einer der großen Konzerne die Chance zu existieren.“¹³⁶

Obwohl Oswald Euckens ordoliberalen „konstituierende Prinzipien“ eines monopolfreien Wettbewerbs nicht um eine Kritik des geltenden Bodenrechts und des bestehenden Geldwesens erweiterte, leistete er mit seinem Buch „No Mono“ einen wertvollen Beitrag zur Aufklärung darüber, dass es dem Neoliberalismus gelungen ist, „durch Etikettenschwindel eine am Interesse von Konzernen orientierte Politik als liberalen Freiheitskampf zu verkaufen. Der Neoliberalismus vertritt eine politische Ökonomie, die das Gegenteil der Ökonomie des ursprünglichen Liberalismus ist“, und entpuppt sich als ein „falscher Freund der Offenen Gesellschaft“.¹³⁷ Ein „starker Liberalismus“ erfordert also - wenn er jedwede Form von wirtschaftlicher Macht überwinden und die Freiheit auf sozialer Gleichheit gründen will - nicht nur einen Abbau der Privilegien im Gesellschafts-, Haftungs-, Marken- und Patentrecht. Wo Oswalds „antimonopolistischer Imperativ“ vorzeitig endete, erfordert er auch noch, gleichsam im Stockwerk darunter, einen Abbau der Privilegien im Zugang zur privaten Nutzung der gemeinschaftlichen natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen.

Während die boden- und ressourcenrechtlichen Bedingungen einer vollständigen Konkurrenz bislang noch nicht wettbewerbstheoretisch betrachtet worden sind, hat Fritz Andres in Anknüpfung an Proudhon, George, Oppenheimer, Gesell, Key-

¹³⁶ Walter Oswald (2017), S. 10 (Anti-Trust-Politik und Zivilisierung der Märkte), 14 (Finanzsystem), 20 (Vermögens- und Erbschaftssteuern), 50 (Goodbye), 58 (Gesellschaft der Selbstständigen), 61 (weder privater noch staatlicher Monopolismus), 64 (Haftungs-, Marken- und Patentrecht, Subventionen) und 78 (Leistungs- statt Machtwettbewerb). – Zum „komplexen Subventionsdickicht, durch das private Konzerne mit Steuergeldern kontinuierlich gefördert werden“, vgl. auch Fabian Scheidler (2015), S. 57 – 64, und die Anm. 171.

¹³⁷ Walter Oswald (2017), S. 85 (Neoliberalismus vs. ursprünglicher Liberalismus) und 106 (Neoliberalismus als falscher Freund der Offenen Gesellschaft).

nes und vor allem Franz Böhm eine erste Begründung geliefert, warum es für eine Verwirklichung des ordoliberalen Leitbilds des vollständigen Wettbewerbs notwendig ist, den „Defekt unseres Geldwesens“ als „eigentliche Quelle für die Vermachtungstendenzen der Wirtschaft“ zu erkennen. Demnach wurde in der Moderne zwar die staatliche Macht an das Recht gebunden, so dass die alten feudalabsolutistischen Staaten in neue demokratische Rechtsstaaten übergehen konnten. Jedoch wurde es dabei versäumt, auch die privatwirtschaftliche Macht dem staatlichen Recht und Gewaltmonopol zu unterstellen, „obwohl private Macht in jeder Form ein Feind des Rechts ist“. Auch die Gründer des Ordoliberalismus hätten noch nicht erkannt, dass eine in jeder Hinsicht „machtfreie Begegnung“ zwischen den Anbietern und Nachfragern erst dann auf freien Märkten stattfinden kann, wenn eine völlige Parität zwischen dem Geld einerseits und den arbeitenden Menschen und den Produkten ihrer Arbeit andererseits hergestellt wird. Solange dies nicht geschehe, würden das strukturelle Übergewicht des Geldes über die Arbeit und ihre Erzeugnisse sowie die Störanfälligkeit und Unregelmäßigkeit der Geldzirkulation der gesamten Realwirtschaft den Charakter des Spiels „Die Reise nach Jerusalem“ verleihen, in dem die Zahl der vorhandenen Stühle nicht für alle Mitspieler reicht. Aus Angst, in der nächsten Spielrunde keinen Stuhl zu bekommen, entwickeln *alle* Produzenten je nach ihren Möglichkeiten der Kapitalakkumulation und -konzentration und völlig unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion aggressive Strategien, durch ihr Größenwachstum und Fusionen sowie durch Marketing und Werbung die Märkte zu beherrschen und im rücksichtslosen Verdrängungswettbewerb ‚wettbewerbsfähig‘ zu sein.¹³⁸

In diesem Zusammenhang sprach Andres von einer „monetären Kernspaltung“, bei der es sich genau genommen sogar um eine doppelte monetäre Kernspaltung handelt:

- Zum einen wird der Waren-Geld-Kreislauf im engeren Sinn durch die Möglichkeit seiner vorübergehenden Unterbrechung in sich gespalten und durch die Dominanz des Strebens nach einem G' auch noch in eine nach oben offene und instabile Spirale verwandelt.
- Und zum anderen wird der Geldkreislauf im weiteren Sinn auch noch durch die private Vereinnahmung der Bodenrente aus der Balance gebracht, so dass das Angebot und die Nachfrage sowohl mikro- als auch makroökonomisch in ein dauerhaftes Ungleichgewicht geraten.

Diese doppelte monetäre Kernspaltung führt zu einem unmittelbaren Marktversagen und mittelbar auch zu einem Staatsversagen, weil der Staat die Folgen des Marktversagens bislang nur durch unzureichende Maßnahmen einer sekundären

¹³⁸ Walter Oswalt (2017), S. 27 - 28 (antimonopolistischer Imperativ). - Fritz Andres (2009/2020a), S. 353 - 354 und 362 - 363 (Macht und Machtfreiheit, Defekt des Geldwesens, Parität und machtfreie Begegnung). Fritz Andres (2009/2020b), S. 367 und 374 - 375 (Reise nach Jerusalem) sowie 375 - 376 (Proudhon, Gesell und Keynes).

Umverteilung bekämpft statt von vornherein für eine ungestörte Primärverteilung zu sorgen - was aber notwendig wäre, um die für ein „funktionsfähiges Preissystem“ (Eucken) erforderliche Gleichwertigkeit der Anbieter und Nachfrager und letztlich eine „Eliminierung von Macht aus der Wirtschaft“ (Andres) zu erreichen. „Als Ergebnis kann man davon ausgehen, dass eine Reform, die diesen monetären Defekt behebt“ (und von Reformen des Gesellschafts-, Haftungs-, Marken-, Patent- und Steuerrechts begleitet wird),

- „die Tauschmärkte aus der Verfassung eines Existenzkampfes, einer Gewinner-Verlierer-Gesellschaft usw. befreien und in eine solche des Parallellaufs der Mitbewerber, in dem allein das ‚Leisten für andere‘ maßgebend wird, überführen und - mittelfristig eine Umwandlung der Unternehmensverfassungen auslösen würde, die die Arbeiter aus der Abhängigkeit vom Unternehmer und diesen aus der Umklammerung durch das Kapital befreit und damit sowohl zu einer Dezentralisierung der Unternehmen als auch zu einer Dezentralisierung und Entflechtung der Gesamtwirtschaft entscheidend beiträgt.“¹³⁹

13.5 Qualitativer Strukturwandel der Arbeitswelt - Von der Lohnabhängigkeit zu selbstbestimmten Tätigkeiten

Ganz zweifellos ist es seit der Mitte des 20. Jahrhunderts dank des Einflusses der Gewerkschaften und der Sozialverbände sowie des staatlichen Handelns gelungen, die auf Kosten der Natur errungenen Produktivitätsfortschritte so zu verteilen, dass sich die Arbeitswelt schrittweise humanisieren ließ. Innerhalb der Hierarchie von Kapital und Arbeit, die vielerorts sogar etwas flacher wurde, ließ sich die Lage der abhängig Beschäftigten verbessern. Nach und nach ging die kapitalistische Lohnarbeit in ein sog. Normalarbeitsverhältnis über, das den Schrecken der Entfremdung der Arbeitenden von sich selbst zumindest scheinbar verlor. Durch Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte in den Betrieben sowie durch gesetzlichen Schutz vor den Risiken von Krankheit und Alter, durch Leistungen für Familien oder Arbeitslose unterschied es sich erheblich von der Lohnarbeit des 19. und frühen 20. Jahrhunderts und erst recht von der früheren Sklaverei und Leibeigenschaft. Trotz all ihrer Rechte blieben die ‚freien‘ Arbeitnehmer/innen jedoch in einem Abhängigkeitsverhältnis - nicht nur mehr oder weniger ‚frei‘ in der Wahl ihrer Arbeitsplätze, sondern auch ‚frei‘ von eigenem Eigentum an Produktionsmitteln. Deren Konzentration in immer weniger Händen

¹³⁹ Fritz Andres (2009/2020a), S. 356 - 357 (Gleichwertigkeit der Anbieter und Nachfrager), 361 - 363 (Eliminierung von Macht, Umwandlung des Verdrängungs- in einen Leistungswettbewerb und Dezentralisierung der Unternehmen). - Fritz Andres (2009/2020b), S. 366 - 367 (monetäre Kernspaltung), 380 - 381 und 385 - 386.

von weltweit verflochtenen Großunternehmen schritt in den letzten Jahrzehnten der Globalisierung noch in großem Tempo voran.¹⁴⁰

Nach einer zwischenzeitlichen Phase der sog. Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit haben sich die Kräfte zwischen ihnen während der letzten drei Jahrzehnte wieder eindeutig verschoben, und zwar zugunsten des Finanz- und Realkapitals. Zwar wurde die Humanisierung der Arbeitswelt nicht auf ganzer Linie zurückgenommen, aber der Arbeitsmarkt ist mittlerweile tief gespalten in einen ersten Arbeitsmarkt, auf dem Arbeitnehmerrechte noch weitgehend Bestand haben, und in einen zweiten Arbeitsmarkt, auf dem Menschen zur schleichend entrechteten, flexibilisierten Verfügungsmasse des hauptsächlich am shareholder value interessierten Kapitals geworden sind. „Man hat vom Investorenkapitalismus gesprochen, der sich neben dem älteren Managerkapitalismus und dem noch älteren Eigentümerkapitalismus geltend machte, diese zwar nicht verdrängend, wohl aber durchdringend.“ Im Zuge dieser „Fragmentierung der Arbeit“ hat Jürgen Kocka zufolge auch ihre Flexibilisierung zugenommen: „Während 1970 die Relation zwischen vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern und die Summe der Teil- und Kurzzeitbeschäftigten, der befristet und geringfügig Beschäftigten ... in der Bundesrepublik Deutschland etwa 5:1 betrug, verschob sie sich bis 1990 auf 4:1 und bis heute auf etwa 2:1. Jeder Dritte arbeitet in Teilzeit, befristet, als Leiharbeiter oder in einem Minijob. Die Elastizität der Erwerbsarbeit und die Fluidität der Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Die Flexibilisierungszumutungen an die Einzelnen steigen.“¹⁴¹

Dass diese Entwicklung in Einzelfällen auch individuelle Vorteile mit sich bringt, zum Beispiel für „neue Selbstständige“ oder bei der Verbindung von Familie und Berufstätigkeit, kann nicht darüber hinweg täuschen, dass sie gesamtgesellschaftlich und in globaler Perspektive, in deren Mittelpunkt die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Drittweltländer mit minimalen oder gar keinen sozialen und ökologischen Standards steht, eine soziale Rückwärtsentwicklung darstellt. Innerhalb der Hierarchie von Kapital und Arbeit spalten sich die hierarchischen Strukturen sowohl aufseiten des großen und kleineren Kapitals als auch aufseiten der abhängig Beschäftigten auf dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt sowie aufseiten der ‚industriellen Reservearmee‘ immer noch weiter auf. Angesichts des sich beschleunigenden strukturellen und technologischen Wandels verbreiten sich in den unteren Mittelschichten wie auch in den unteren Schichten Ängste vor einem Schwinden der Erwerbsarbeit, einem sozialen Abstieg in den prekären Niedriglohnsektor und überhaupt vor einer Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

¹⁴⁰ In der betriebswirtschaftlichen Organisationslehre spielt der Herrschaftscharakter von Organisationen allerdings keine Rolle. Darin werden Organisationen zwar auch als veränderbare „soziale Konstruktionen“ mit hochkomplexen internen und externen sozialen Beziehungen betrachtet, aber nur unter institutional-instrumental-funktionalen Aspekten; vgl. hierzu Niklas Lang & Norbert Lang 2010, S. 8 - 38.

¹⁴¹ Jürgen Kocka (2015), S. 15 - 16. - Zu den Schattenseiten der flexibilisierten Arbeit im Kapitalismus vgl. auch Richard Sennett (1998/2008).

13.5.1 Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz

Ohne jede Erinnerung an technikkritische Debatten der 1970er und 1980er Jahre über eine Neutralität oder Nichtneutralität der Technik - nicht zuletzt der Atombomben und der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie - und über den Zusammenhang zwischen Technik und Herrschaft preisen die Protagonisten der „Vierten Industriellen Revolution“ die Digitalisierung der Produktion geradezu euphorisch als Chance für eine Dezentralisierung von Produktionsprozessen an. Ihr Ziel ist es, „möglichst alle Elemente von Produktionsprozessen, die sie flankierenden Dienstleistungen und die verschiedenen Logistikprozesse durchgängig digital miteinander zu vernetzen. Das Stoffliche soll mit dem Digitalen verschmelzen. Von der lokalen Produktion bis zu globalen Wertschöpfungsketten soll sich alles dezentral über elektronisch eindeutig identifizier- und nachverfolgbare Produkte bzw. Produktkomponenten steuern lassen.“¹⁴²

Als Vorsitzender des Davoser Weltwirtschaftsforums erwartet Klaus Schwab gar ein allgemeines „Empowerment“ der Menschen durch die „Vierte Industrielle Revolution“. Eine solche „Ermächtigung beziehungsweise Befähigung zur Selbstbestimmung“ werde alle Beziehungen zwischen den Menschen und dem Staat, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie zwischen großen und kleinen Staaten grundlegend verändern. „Ermächtigte Akteure werden sich als Teile eines weitverzweigten Machtsystems verstehen, das nur mit kooperativen Formen der Interaktion erfolgreich sein kann.“¹⁴³

Die Verheißungen der „Vierten Industriellen Revolution“, die seit der Hannover-Messe 2011 auch unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ wie ein „digitaler Tsunami“ verbreitet werden, lauten: „Smart Factory“ und „Smart Service Welt“. Auch ‚grüne‘ Verfechter einer ökologischen Modernisierung sehen in der „Vierten Industriellen Revolution“ trotz der Überwachungsmöglichkeiten von Big Data und der Gefahren der Internetkriminalität¹⁴⁴ Chancen für die Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit und für mehr ‚Nachhaltigkeit‘ des Wirtschaftens in einer „smarten grünen Welt“. Allzu verlockend erscheinen offenbar die Möglichkeiten einer ‚Zusammenarbeit‘ von Menschen und Maschinen/Robotern, von 3D-Druckern, selbst fahrenden Autos sowie am Körper tragbaren digitalen Geräten wie Datenbrillen und sog. smarten Handschuhen, die das menschliche Handeln stressfrei steuern sollen.¹⁴⁵

Abgesehen davon, dass die komplexen Auswirkungen einer „Vierten Industriellen Revolution“ auf den Arbeitsmarkt noch weitgehend unübersehbar sind, stellt sie - auch in einer ‚grünen‘ Variante - lediglich eine Fortschreibung der vorangegangenen drei industriellen Revolutionen der Mechanisierung, der Elektrifizierung und

¹⁴² Zu den technikkritischen Debatten vgl. Otto Ullrich (1977). - Sabine Pfeiffer (2015), S. 6 – 7, und Helmut Woll (2018), S. 3 – 10.

¹⁴³ Klaus Schwab (2016), S. 46.

¹⁴⁴ Vgl. hierzu Yvonne Hofstetter (2014) und (2016) sowie Constanze Kurz & Frank Rieger (2018).

¹⁴⁵ Sabine Pfeiffer (2015), S. 6. - Steffen Lange & Tilman Santarius (2018).

der Informatisierung der Produktion auf der verfehlten Grundlage der Akkumulation und Konzentration von Kapital in Großunternehmen dar. Zementiert werden dabei auch die marktbeherrschende Macht der Internetkonzerne und deren Überwachungsmöglichkeiten.¹⁴⁶

Die „Vierte Industrielle Revolution“ führt zu einer weiter fortschreitenden Entfremdung der Menschen voneinander und von der Natur und sie erfordert einen mehr als nur ‚nachhaltigen‘ Verbrauch von Ressourcen und Energie. Mit einer echten Dezentralisierung der Produktion auf der Basis einer Dezentralisierung der Produktionsmittel in einer von Konzernen befreiten Marktwirtschaft hat sie nichts zu tun und sie entspricht auch nicht der von Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich angedachten Entwicklung einer „mittleren Technologie“ bzw. von „konvivialen Werkzeugen“. Im Gegenteil - sie stellt eine noch ‚höhere‘ technische Perfektion der schon von Lewis Mumford kritisierten „Megamaschine“ dar. Es bleibt also mit den Worten von Klaus Schwab ein „weit verzweigtes Machtssystem“ erhalten, das in keiner Weise einer von einem Rechtsstaat herrschaftsfrei und gerecht geordneten Marktwirtschaft ohne private Machtgebilde entspricht.

Es kommt im Übrigen nicht von ungefähr, dass die Wirtschaftspolitik die Digitalisierung vorantreibt, denn sie sieht hierin ganz im Sinne von Schumpeters Vorstellung eines unendlichen Wettlaufs um immer neue Innovationen einen Weg zur Schaffung neuer rentabler Wachstumsmärkte. Nachdem die Wachstumsraten der Weltwirtschaft infolge der großen Finanzkrise von 2008 zurückgingen, befürchteten manche Ökonomen sogar eine dauerhafte „säkulare Stagnation“. Schlimmstenfalls könnte Schwab zufolge „in einem extremen Szenario die jährliche Wachstumsrate des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf zwei Prozent fallen, was bedeuten würde, dass es 36 Jahre dauern würde, bis sich das globale BIP verdoppelte.“ Schließlich macht Schwab keinen Hehl aus seiner Ansicht, dass große und mittelständische Unternehmen und ganze Wirtschaftszweige „einem permanenten darwinistischen Auslesedruck unterworfen sein“ werden. Überleben könne nur, wer sich in der entstehenden „Ich-zentrierten Gesellschaft“ bei einem „enormen Tempo des Wandels“ durch ständige Innovationen wachse.¹⁴⁷

Eine Studie des IT-Branchenverbands BITKOM und des Fraunhofer-Instituts geht von einem „durch Industrie 4.0 generierten Wirtschaftswachstum für Deutschland in Höhe von 78 Milliarden Euro bis 2025“ aus, „verbunden mit Wachstumsraten von bis zu 30 Prozent in einzelnen Branchen, etwa dem Maschinen- und Anlagenbau“. Der Vorstandsvorsitzende des Siemens-Konzerns Joe Kaeser erklärte die Digitalisierung sogar zu einer „Schicksalsfrage der deutschen Industrie“. Und als Wirtschaftsminister pflichtete Sigmar Gabriel (SPD) dem mit seiner Forderung bei, dass Deutschland „als digitales Wachstumsland Nr. 1 in Europa etabliert“ werden müsse. Genau so stand es auch im Koalitionsvertrag der „GroKo“ von CDU/CSU

¹⁴⁶ Vgl. hierzu Philipp Staab (2020).

¹⁴⁷ Klaus Schwab (2016), S. 48 - 49, 98 [darwinistische Auslese], 106 (Tempo des Wandels) und 140 - 141 [Ich-Zentrierung].

und SPD vom Januar 2018. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch die sprunghaft ansteigende Zahl der Anmeldungen von neuen Patenten.¹⁴⁸

Dementsprechend breitet sich auch in der Ökonomie eine unkritische, geradezu euphorische Begeisterung für die Künstliche Intelligenz (KI) aus. Als Direktor des WeltWirtschaftsinstituts in Hamburg schwärmt beispielsweise Henning Vöpel von der durch die KI entstandenen „Möglichkeit, den Wachstums- und Innovationsprozess zu endogenisieren, was gelegentlich mit dem Begriff der Singularisierung umschrieben wird. ... KI ist ökonomisch somit keine Fortsetzung der industriellen Automatisierung mit anderen Mitteln, sondern ein qualitativer Sprung in die Automatisierung von Prozessen und Entscheidungen. ... KI erhöht“ – auch das sieht Vöpel positiv – „die Substituierbarkeit von hochqualifizierter Arbeit und spezialisiertem Humankapital.“ Im diametralen Gegensatz zu Binswangers Bestreben in den ökobewegten 1970er Jahren, den Boden und die Natur in die ökonomische Produktionsfunktion zurückzuholen, plädiert Vöpel dafür, dass die Ökonomie sich noch weiter von der Natur entfernt und „Daten als eigenständigen ... dritten Produktionsfaktor in die Produktionsfunktion neben Kapital und Arbeit“ aufnimmt. Dies wäre aus seiner Sicht ein willkommener Ausdruck der „Ablösung des Industriekapitalismus durch den Datenkapitalismus. So wie im Industriekapitalismus das Kapital die Arbeit beschäftigt hat, werden im Datenkapitalismus die Daten das Kapital beherrschen“ - und, was Vöpel nicht sagt, auch die substituierbare menschliche Arbeit - , „weil sie“, was er ebenfalls nicht problematisiert, „die ökonomischen Renten abschöpfen wie der Faktor Boden in der Agrarwirtschaft und das Kapital in der Industrialisierung.“¹⁴⁹

Während Ökonomen mit der Vierten Industriellen Revolution in erster Linie Hoffnungen auf die Erschließung neuer rentabler Wachstumfelder verbinden, forschen sog. transhumanistische Biologen, Genetiker, Mediziner und Philosophen schon an der Frage, wie sich Menschen mit Hilfe der Künstlichen Intelligenz mit Maschinen verschmelzen und in einer schönen neuen künstlichen Welt von „Mängelwesen“ (Arnold Gehlen) zu „Übermenschen“ (Friedrich Nietzsche) weiterentwickeln (züchten?) lassen.¹⁵⁰ Wenn es gelingen sollte, Menschen durch technische Beherrschungen von Lebensanfang, -verlauf und -ende schrittweise aus dem Eingebettetsein in das rhythmische Werden und Vergehen allen Lebens herauszulösen, würden sie sich nach und nach dem gewissermaßen über diesem Leben stehenden unsterblichen kapitalistischen Geld angleichen. An die Stelle einer notwendigen Einbettung ihrer ersten Natur in eine freiheitliche, gerechte und mit der übrigen Natur verträglichen Ordnung ihres gesellschaftlichen Zusammenlebens

¹⁴⁸ Sabine Pfeiffer (2015), S. 10. - Vgl. den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD auf der Website <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>, S. 97, und die Studie „Eine Wachstumsstrategie für das digitale Zeitalter“, auf der Website http://research.handelsblatt.com/assets/uploads/Wachstumsstrategie_Digitales_Zeitalter.pdf

¹⁴⁹ Henning Vöpel (2018), S. 829 – 830 [Daten als neuer dritter, ökonomische Renten abschöpfender Produktionsfaktor].

¹⁵⁰ Zum Transhumanismus vgl. Oliver Krüger (2019).

würde dann eine von Allmachtsphantasien geleitete technische Perfektionierung ihrer zweiten, künstlichen ‚Natur‘ treten.

13.5.2 Zukunft der Arbeit - Von der fremdbestimmten Beschäftigung zur selbstbestimmten Tätigkeit

Die durch die Digitale Revolution und die Künstliche Intelligenz noch verstärkte Befürchtung, dass der Arbeitsgesellschaft die (noch immer männlich dominierte) Erwerbsarbeit ausgehen könnte¹⁵¹, hat Diskussionen über die innere Zwiespältigkeit der Erwerbsarbeit und über selbstbestimmte, sinnerfüllende und Existenzen sichernde Tätigkeiten in den Hintergrund gedrängt. Dabei hatten die Philosophin Hannah Arendt sowie der Philosoph Fritjof Bergmann und der Ökonom Jeremy Rifkin die Grundfrage nach dem Sinn der menschlichen Arbeit schon während der 1960er bzw. 1980er und 2000er Jahre neu gestellt.

In den Jahren des westdeutschen Wirtschaftswunders thematisierte Hannah Arendt die „neuzeitliche Umkehrung des Verhältnisses von Vita contemplativa und Vita activa“ und den „Sieg von Homo faber“, der sich in seiner Fixierung auf das „Machen, Fabrizieren und Herstellen“ einseitig auf den naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt konzentrierte, um eine „Verfeinerung in der Herstellung neuer Instrumente und Apparate“ zu erreichen. „Produktivität und schöpferische Genialität, die Götter und Götzen der Neuzeit, sind die maßgebenden Ideale für Homo faber und sein fabrizierendes Herstellen.“ Auch Marx habe übrigens den „selbstverständlichen Anspruch auf Gerechtigkeit für die Arbeiterklasse im Namen ihrer ‚Produktivität‘“ erhoben.¹⁵²

Aufgrund dieser „Radikalität der Weltentfremdung“ des modernen „Homo faber“, der im „Homo oeconomicus“ der neoklassischen Ökonomie gleichsam einen Zwilling Bruder hatte, hegte Hannah Arendt jedoch Zweifel, ob die „Tendenz, alles Vorfindliche und Gegebene als Mittel zu behandeln“ und ob die „Hochschätzung der Produktivität im Sinne des Hervorbringens künstlicher Gegenstände, die Verabsolutierung der Zweck-Mittel-Kategorie“ und das primäre Streben nach einer Steigerung des Nutzens dieser Gegenstände schon als Gipfel der Menschheitsentwicklung betrachtet werden könnten. Vielmehr attestierte sie ein „eigentümliches Versagen von Homo faber“, dessen Denken ohne „anschauende Kontemplation ... zu einer Gehirnfunktion degradiert“ werde, „welche die elektronischen Rechenmaschinen erheblich besser, schneller und reibungsloser vollziehen als das menschliche Gehirn.“ Und lange bevor der Begriff der Künstlichen Intelligenz aufkam, mahnte Hannah Arendt weitblickend: „Es ist durchaus denkbar, dass die

¹⁵¹ Vgl. hierzu eine Studie vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf der Website <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2016/fb1316.pdf> [Zugriff: 11.5.2020].

¹⁵² Hannah Arendt (1958/1998), S. 375 - 377 (Homo faber) und 390 (Marx).

Neuzeit ... schließlich in der tödlichsten, sterilsten Passivität enden wird, die die Geschichte je gekannt.“¹⁵³ -

In die Richtung einer neuen Balance von *Vita activa* und *Vita contemplativa* ging auch der österreichisch-amerikanische Sozialphilosoph Frithjof Bergmann, der 1984 in den USA ein erstes „Zentrum für neue Arbeit“ gründete und damit eine „New Work“-Bewegung auslöste. Ihr Leitbild war die Vorstellung einer Dreiteilung der „neuen Arbeit“. Zu jeweils einem Drittel sollte sie aus der herkömmlichen „Pathologie des Lohnarbeitssystems“ sowie aus Selbstversorgung und aus Arbeit bestehen, „die man wirklich will“.¹⁵⁴ Zum einen wollte Bergmann der Erwerbsarbeit einen geringeren Stellenwert verschaffen und die Arbeitszeiten flexibler gestalten und zum anderen wollte er den Stellenwert von Subsistenz- und Familienarbeiten erhöhen. Auf diese Weise sollten der mit Erwerbsarbeiten verbundene Stress und die seelischen Folgen von Arbeitslosigkeit ausgeglichen werden.

Ähnlich wie Bergmann hoffte auch der US-amerikanische Ökonom Jeremy Rifkin, dass sich parallel zu einem durch eine „High-Tech-Wirtschaft“ ermöglichten Rückgang der Erwerbsarbeit in den Industrie- und Dienstleistungsbereichen in Zukunft ein „Dritter Sektor“ mit gemeinnützigen und zivilgesellschaftlichen Non-profitunternehmen ausbreiten könne. Durch steuerliche Begünstigungen sollte er als „nichtkommerzielles ... soziales Rückzugsgebiet“ wettbewerbsfähig gemacht werden und mit sog. „Zeitbanken“ auch eine parallel zum US-Dollar zirkulierende „Sozialwährung“ erhalten. „Wir treten in ein neues Zeitalter ein, in dem die menschliche Arbeitskraft mehr und mehr durch Maschinen ersetzt wird. Die automatisierte Zukunft steht vor der Tür. ... Um der drohenden Sturmflut der technologischen Veränderungen und ihrer Folgen etwas entgegenzusetzen, werden wir den dritten Sektor zu einem gut befestigten Auffangbecken für all die vom Marktbereich frei gesetzten Menschen ausbauen müssen.“¹⁵⁵

Bergmann und Rifkin stießen zwar Debatten über ein erweitertes Verständnis von menschlicher Arbeit an, das neben der Erwerbsarbeit auch Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe und obendrein noch Mußezeiten einschloss. Aber sie vermochten nicht zu sagen, wie sich die neue Drei-Drittel-Arbeit bzw. ein „Dritter Sektor“ innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft ohne eine Änderung der Grundstrukturen der Gesamtwirtschaft und der Unternehmen durchsetzen könnte und wie sich auf dieser Grundlage die soziale Sicherung gewährleisten ließe. Im Gegenteil - indem sie ignorierten, dass eine automatisierte High-Tech-Wirtschaft auf einer enorm hohen Konzentration von Kapital beruht, kapitulierten Bergmann und Rifkin geradezu vor der real existierenden kapitalistischen Marktwirtschaft und verzichteten von vornherein ganz auf weitergehende Überlegungen über grundlegende Strukturreformen der modernen Industrie-, Dienstleistungs- und Informations-

¹⁵³ Hannah Arendt (1958/1998), S. 383 (Weltentfremdung), 389 (künstliche Gegenstände), 397 (Versagen von Homo faber) und 410 - 411 (degradiertes Denken).

¹⁵⁴ Frithjof Bergmann (2004), S. 79 - 120 (Lohnarbeit) und 121 - 191 (selbst gewählte Arbeit).

¹⁵⁵ Jeremy Rifkin (2004), S. 37 und 39 (nichtkommerzieller dritter Sektor), 39 - 44 (Steuerumschichtung), 44 - 49 (Sozialwährungen), 53 (High-Tech-Wirtschaft) und 226 - 227 (automatisierte Zukunft).

gesellschaft. Abgesehen davon, dass der gemeinnützige Dritte Sektor auf eine staatliche Unterstützung aus Steuern (deren Zahlung sich große Konzerne immer mehr entziehen) angewiesen bliebe, würde seine Koexistenz mit den renditeorientierten Ersten und Zweiten Sektoren kaum etwas an der Vorherrschaft des konzentrierten Geld- und Realkapitals ändern. -

In den krisenhaften Umbrüchen der Arbeitsgesellschaft¹⁵⁶ geht es jedoch nicht nur um eine *quantitative* Verringerung der lohn- und gehaltsabhängigen Erwerbsarbeit, sondern auch um ihren *qualitativen* Wandel von einer fremd- zu einer selbstbestimmten Tätigkeit und um deren gleichrangige Verbindung mit Subsistenz- und Carearbeiten. Ein solcher sowohl quantitativer als auch qualitativer Wandel der Arbeitswelt erfordert freilich auch eine nur mit sozialer statt künstlicher Intelligenz erreichbare Systemtransformation von der kapitalistischen zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft. In deren Verlauf können die hierarchisch strukturierten (Groß-)Unternehmen in eine Vielfalt von mittleren und kleineren Unternehmen übergehen. In diesem Sinne hatte schon Pierre Proudhon um die Mitte des 19. Jahrhunderts erstmals einen Übergang der wenigen großen Aktiengesellschaften in viele kleinere und mittlere genossenschaftliche „Arbeiter-Assoziationen“ und in ein „Gleichgewicht des Eigentums“ mit einem „durchschnittlichen Umfang“ vor Augen.¹⁵⁷ Unter solchen Umständen kann dann die alte Hierarchie von Kapital und Arbeit in eine neue egalitäre Arbeitswelt übergehen, in der sich leitend und ausführend Tätige auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Hierüber haben innerhalb der Geld- und Bodenreformbewegung zuerst Dieter Suhr in den 1980er Jahren und um 2000 Fritz Andres am gründlichsten nachgedacht. Im Anschluss an die Diskussionen über die Mitarbeiterunternehmen während der 1970er im „Seminar für freiheitliche Ordnung“¹⁵⁸ haben sie beschrieben, wie eine Geldreform die Voraussetzung sowohl für eine Überwindung von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit als auch für eine Überwindung der unfreiwilligen Lohn- und Gehaltsabhängigkeit schaffen würde.

Als tiefere Ursache der hochkomplexen und in sich widersprüchlichen sozialen und ökologischen Krise betrachtete Suhr das herkömmliche nicht neutrale, sondern parteiliche „Geld mit Mehrwert“. Es bewirkt eine permanente Umverteilung von Arbeitenden zu Vermögenden und schafft dabei eine innere Unordnung der Wirtschaft mit „anschwellenden Zinsströmen“ und Schulden, mit einem Gegensatz zwischen „Bedarf ohne Geld“ und „Geld ohne Bedarf“ sowie mit einem Gemisch aus Massenarbeitslosigkeit und „pathologischem Wachstum“.¹⁵⁹ Diese „monetäre

¹⁵⁶ Vgl. hierzu den von der Hans-Böckler-Stiftung herausgegebenen „Atlas der Arbeit“ (2018), auf der Website

https://www.boeckler.de/pdf/atlas_der_arbeit_2018.pdf (Zugriff: 25.6.2019).

¹⁵⁷ Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 161 - 168 (Arbeiter-Assoziationen). - Pierre Proudhon (1866/2010), S. 131 - 133 und 174 - 177 (Gleichgewicht des durchschnittlichen Eigentums).

¹⁵⁸ Vgl. hierzu das Kap. 10.4 des vorliegenden Buches.

¹⁵⁹ Dieter Suhr (1983b), S. 5 (Zinsströme), 8 - 9 (Bedarf ohne Geld und Geld ohne Bedarf) und 13 (Wachstum und Arbeitslosigkeit).

Absurdität“ machte Suhr auch für „institutionelle Spuren“ in der Arbeitswelt verantwortlich, d.h. die Parteilichkeit des Geldes hat zu „Vorrechten des Kapitals“ geführt, die sich wiederum in den historisch gewachsenen Machtstrukturen innerhalb der Unternehmen niedergeschlagen haben. „Die Vorteile des Kapitals gegenüber den anderen Beteiligten sind zu Institutionen unserer Rechtsordnung geronnen und gesetzlich kodifiziert worden. Sie sitzen uns so tief in den Gewohnheiten und Institutionen, dass sie uns vollkommen legitim zu sein scheinen. Sie werden sogar nach dem Modell ‚Sacheigentum‘ vorgestellt und auf diesem Umweg geradezu als grundrechtlich geschützte Herrschaftsrechte verkleidet, obwohl es sich dabei um alles andere handelt als um Sachherrschaft von Menschen über tote Gegenstände. So legt das überlieferte Gesellschafts-, Arbeits- und Unternehmensrecht im großen Stile Zeugnis dafür ab, dass und in welchem Umfang das überlieferte Geld kraft seiner kapitalistischen Parteilichkeit zu kapitalistischen Institutionen geführt hat.“ Unter diesen Umständen haben Genossenschaften Suhr zufolge einen schweren Stand gegenüber den großen Kapitalgesellschaften und es zeichne sich auch ab, „dass immer weniger Menschen selbstständig arbeiten oder in Partnerschaften mit ebenbürtigen Rechtsstellungen tätig sind.“¹⁶⁰ -

Fritz Andres verband schließlich Elemente des Ordoliberalismus von Eucken und Böhm mit der Geldreform von Gesell und entwickelte daraus ordnungspolitische Vorstellungen, wie die Herstellung einer „völligen Parität und Äquivalenz zwischen Geld und Arbeit/Ware“ (Gesell¹⁶¹) und eines geschlossenen Geldkreislaufs zum einen die unfreiwillige Arbeitslosigkeit unmöglich macht und wie sie sich zum anderen auch ausgleichend auf die Kapital- und Arbeitsmärkte auswirkt, indem sie in Verbindung mit Reformen der Bodenordnung sowie des Haftungs-, Marken- und Patentrechts deren bisherige vertikale Schieflagen in horizontale Kräftegleichgewichte transformiert und dabei Hierarchien zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen abbaut. Zwar konzentrierte sich Andres in diesem Zusammenhang auf die Auswirkungen einer Geldreform auf die Unternehmensverfassung, jedoch werden diese Auswirkungen auch durch eine Entprivatisierung der Boden-/Ressourcenrenten und den Abbau von Privilegien in den Bereichen des Haftungs-, Marken- und Patentrechts begünstigt, also durch einen Übergang aller leistungslosen Einkommen in einen vollen Arbeitsertrag.¹⁶²

13.5.3 Allmählicher Wandel des Arbeitsmarktes

Als eine zuerst eintretende Wirkung einer Geldreform erwartete Andres eine Inkraftsetzung des von der neoklassischen Ökonomie voreilig für längst wirksam

¹⁶⁰ Dieter Suhr (1983b), S. 15 (monetäre Absurdität), und ders. (1983/2015), S. 18 - 19 (strukturelle Übermacht des Kapitals in der Arbeitswelt). Zur strukturellen Asymmetrie zwischen Kapital und Arbeit vgl. auch Dieter Suhr (1988d), S. 65 - 77, bes. S. 72 - 73.

¹⁶¹ Silvio Gesell (1897/1988), S. 24. - Vgl. hierzu auch das Kap. 7.3 im vorliegenden Buch.

¹⁶² Vgl. die entsprechende Andeutung in Fritz Andres (2005), S. 34, Anm. 2. - Zum Patentrecht vgl. Fritz Andres (2000/2020), S. 513 - 525, und Dirk Löhner (2009), S. 11 - 29.

gehaltenen Sayschen Gesetzes. Erst jetzt könne jedes Angebot seine Nachfrage finden und vom Markt geräumt werden, so dass es keine Absatzstockungen mehr gebe, welche Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nach sich ziehen könnten. Nach einer Schließung des Geld- und Wirtschaftskreislaufs werde sich die industrielle Reservearmee nach und nach auflösen. „Ein geschlossener Wirtschaftskreislauf und damit Dauerkonjunktur beseitigt im Laufe einiger Jahre die Arbeitslosigkeit. Arbeitsplätze werden reichlich angeboten, Mitarbeiter werden knapp und gesucht. Damit ändert sich das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer am sogenannten Arbeitsmarkt.“ Ähnlich wie in den 1960er Jahren während des damaligen Wirtschaftswunders würden „sich Unternehmen gezwungen sehen, immer mehr auf die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter (und derer, die es werden wollen) einzugehen. Das bedeutet zunächst höhere Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter kommen allmählich aus ihrer traditionellen Unterlegenheit gegenüber den Unternehmern heraus.“¹⁶³ Unter solchen Umständen einer sich allmählich einstellenden Dauerkonjunktur könnte sich neben der industriellen Reservearmee auch der zweite Arbeitsmarkt auflösen und damit die Spaltung des Arbeitsmarktes überwunden werden. Damit verband Andres aber nicht unbedingt die Vorstellung einer Vollbeschäftigung bei einem herkömmlichen Acht-Stunden-Tag - die sich aus ökologischen Gründen kritisieren ließe - , sondern das Ende der *unfreiwilligen* Arbeitslosigkeit und die ersten Anfänge einer Wahl von Arbeitsplatz und -zeit, die nicht mehr wie in der Vergangenheit von Kapitalinteressen vorgegeben wird¹⁶⁴, sondern von den Arbeitenden souverän selbst bestimmt wird.

Vollbeschäftigung kann dann je nach ihren individuellen Vorstellungen vom Lebensstandard für bescheidene Menschen eine drei- oder vierstündige tägliche Erwerbsarbeit bedeuten oder für anspruchsvollere Menschen auch einen sechs- oder neunstündigen Arbeitstag. Entscheidend ist, dass sie nicht mehr vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden und nicht mehr in eine industrielle Reservearmee oder ein Prekariat herabfallen können. Dann könne im Übrigen auch die Rivalität zwischen den Arbeitswilligen um knappe Arbeitsplätze aufhören und es werde ein „Übergang vom Gewinner-Verlierer-Verhältnis zum Ergänzungsverhältnis“ möglich. „Ergänzung in der Zusammenarbeit und Beteiligung aller am ökonomischen Erfolg dieser Zusammenarbeit gehören zusammen wie zwei Seiten einer Medaille.“¹⁶⁵

Allerdings würde Andres zufolge eine solche Entwicklung noch „in einem zentralen Punkt unbefriedigend ... bleiben.“ Damit meinte er die nunmehr zwar gemilderte, aber im Grundsatz vorläufig fortbestehende Lohn- und Gehaltsabhängigkeit der Arbeiter und Angestellten, die der Regie der Unternehmer untergeordnet bleiben. Für die Unternehmer bleiben sie ein Kostenfaktor und indem sie

¹⁶³ Fritz Andres (2005), S. 32.

¹⁶⁴ Zur fremdbestimmten Arbeitszeitflexibilisierung vgl. Krause, Alexandra & Köhler, Christoph Köhler Hrsg. (2012).

¹⁶⁵ Fritz Andres (1999/2013), S. 56; auch in ders. (1999/2020), S. 428.

unselbstständig für die Unternehmer arbeiten, bleiben die Arbeiter und Angestellten vorerst noch im buchstäblichen Sinn des Wortes Beschäftigte, die in erster Linie wegen des Gelderwerbs und weniger aus eigenem Antrieb arbeiten. Da sich gleichwohl in einem geschlossenen Geld- und Wirtschaftskreislauf die Position der Beschäftigten gegenüber den Unternehmern tendenziell bessert, könnten die Unternehmer angesichts ihrer tendenziell schwindenden Macht versuchen, ihr „betriebliches Antriebs- und Kontrollsystem“ durch einen Abbau der vermeintlichen „Überbeschäftigung“ aufrecht zu erhalten - beispielsweise durch eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer und ein Festhalten an prekären Beschäftigungsverhältnissen. „Das wäre jedoch ein echter sozialer Rückschritt, dem die Politik widerstehen muss.“ Als Aufgabe der Politik betrachtete es Andres deshalb, die nach einer Schließung des Geld- und Wirtschaftskreislaufs entstehende bessere Position der Arbeitenden gegenüber den Unternehmern als Chance für einen schrittweisen „Ersatz des Lohnverhältnisses durch Beteiligungsverhältnisse“ zu nutzen, „durch die der Arbeiter in irgendeiner Weise am Ergebnis seiner Leistung und am Unternehmenserfolg beteiligt wird. Dadurch entsteht eine partnerschaftliche Beziehung zwischen dem Unternehmer und seinen Mitarbeitern“, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten schon ansatzweise von einigen Mitarbeiterunternehmen erprobt wurde. In diesem frühen Stadium der Transformation der Arbeitswelt behält der Unternehmer noch seinen Doppelcharakter als Unternehmerkapitalist, der einerseits - wie es Engels im 3. Band des „Kapital“ ausdrückte - den Produktionsprozess wie ein „bloßer Dirigent“ leitet und dabei auch selbst arbeitet und der andererseits als „Verwalter“ von eigenem und fremdem Kapital dessen rentable Verwertung betreibt. Und der Arbeiter wird in diesem Stadium noch nicht zum Mitunternehmer und Miteigentümer. „Er hat keine Außenverantwortung und -haftung; aber er bleibt im Innenverhältnis gegenüber dem Unternehmer auch nach Abschluss des Arbeitsvertrags ein gleichberechtigter Partner (sog. Innenverhältnis).“¹⁶⁶

13.5.4 Parallel laufender allmählicher Wandel des Kapitalmarkts

Über solche Verbesserungen der Lage der abhängig Beschäftigten hinaus fragte Andres auch noch nach Möglichkeiten einer völligen Überwindung von Abhängigkeitsverhältnissen in der Arbeitswelt. „Wie können der Unternehmer und die Mitarbeiter bzw. der Unternehmer und die Kapitalgeber in ein Verhältnis der Machtgleichheit oder richtiger: der gleichgewichtigen Machtlosigkeit gebracht werden, in dem keine Seite mehr der anderen überlegen ist? ... Wie wird die Unternehmensverfassung aussehen, wenn keiner der Beteiligten: Unternehmer, Mitarbeiter,

¹⁶⁶ Fritz Andres (2005), S. 32 - 33. - Vgl. Fritz Andres (1999/2013), S. 42 - 44; auch in ders. (1999/2020), S. 405 - 409. - Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), S. 393, 395, 452 (bloßer Dirigent und Kapitalverwalter) und 822. - Zu den Mitarbeiterunternehmen vgl. das Kap. 10.4 in diesem Buch.

Sparer/Kapitalgeber mehr dem anderen überlegen ist, wenn sich also alle in einem Gleichgewicht der Machtlosigkeit zueinander befinden?“¹⁶⁷

Ein solches höheres Stadium der Transformation der Arbeitswelt erwartete Andres mittel- und längerfristig davon, dass sich parallel zum qualitativen Wandel des Arbeitsmarktes auch der Kapitalmarkt qualitativ wandeln werde. Und zwar werde bei geschlossen bleibendem Geld- und Wirtschaftskreislauf das Kapitalangebot vermehrt werden, bis bei einem langfristigen Zinssatz von durchschnittlich null eine Sättigung des Kapitalmarkts erreicht werde. Abgesehen von Konsumentenkrediten und Krediten an den Staat bleibt dann „nur noch die Sachinvestition des Unternehmers als Möglichkeit der Wertaufbewahrung übrig. Die Sparer bzw. die ihre Ersparnisse weiter vermittelnden Banken sind dann in gleicher Weise auf die die Sachinvestitionen tätigen Unternehmer angewiesen wie diese es schon immer auf die Sparer/Banken und ihre Ersparnisse waren. Dadurch entsteht ein Gleichgewicht zwischen Unternehmern und Sparern bzw. Banken, das auch in der Art und Weise, wie Kapital dem Unternehmen zugeführt wird, seinen Niederschlag finden wird. Im Zustand des Machtgleichgewichts oder besser: der gleichen Machtlosigkeit beider Seiten werden sich sachlich sinnvolle und den beiderseitigen Interessen angemessene Formen der Kapitalzuführung durchsetzen. Dabei ist das Interesse des Unternehmers auf eine freie Verfügungsbefugnis über das Kapital ohne die Mitwirkung des Kapitalgebers bei seinen unternehmerischen Entscheidungen gerichtet, das Interesse des Kapitalgebers dagegen auf die Werterhaltung seiner Ersparnisse. Dieser Interessenlage entspricht der Kredit (Kredit = Vertrauen). Es ist daher zu erwarten, dass das sogenannte Eigenkapital, durch das der Kapitalgeber heute eine quasi-unternehmerische Position erlangt, weitgehend ersetzt wird durch Fremdkapital. Eigenkapital bleibt dann nur noch dort notwendig, wo der Unternehmer Risiken eingehen will, deren Bewältigung der Kapitalmarkt ihm nicht zutraut. Aber dann wird es funktionell nur ein Anhängsel des Unternehmers sein und nicht wie heute die Unternehmerfunktion für sich usurpieren.“¹⁶⁸

Im Zuge einer solchen Entwicklung des Kapitalmarkts in die Richtung seines Gleichgewichts bei einem langfristigen Durchschnittszins von null - und einer gleichzeitigen pro-Kopf-Rückverteilung der Boden- und Ressourcenrenten! - können alle am Wirtschaftsleben beteiligten Akteure den in sich widersprüchlichen Doppelcharakter ablegen, den sie in der kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft hatten. Sämtliche Unternehmen sind dann - unabhängig davon, ob sie Güter produzieren oder Bank-, Handels- oder sonstige Dienstleistungen erbringen - nicht mehr gleichzeitig Anbieter *und* Renditemaximierer, sondern nur noch Dienstleister für die Gesellschaft, deren Bedürfnisse sie durch Preise erfahren, welche

¹⁶⁷ Fritz Andres (1999/2013), S. 45 und 47 - 51 (bisherige Macht- und Interessenlage auf der Kapitalseite); auch in ders. (1999/2020), S. 410 - 420.

¹⁶⁸ Fritz Andres (1999/2013), S. 43 und 56 - 57 (Verhältnis zwischen Sparen und Investieren); auch in ders. (1999/2020), S. 407 und 428 - 430.

sowohl die soziale als auch die ökologische Wahrheit sagen. In der Gesamtten-
denz wird - wie es Andres ausdrückte - „im Verhältnis zum Unternehmer die Posi-
tion der Arbeit aufgewertet, die des Kapitals abgewertet. Die Arbeit wird gewis-
sermaßen von unten her zum Unternehmer ins Gleichgewicht gebracht, die Posi-
tion des Kapitals dagegen von oben ins Gleichgewicht herabgesenkt.“ Und weiter:
„Der Arbeiter rückt in die Nähe des Unternehmers und bleibt auch im Vollzug des
Arbeitsverhältnisses sein gleichberechtigter Partner, das Kapital wird aus seiner
heutigen pseudo-unternehmerischen Position herausgedrückt in eine einfluss-
lose, dafür aber auf Vertrauen (Kredit) beruhende Vertragsbeziehung. Das Arbeits-
verhältnis wandelt sich vom Austauschvertrag (Lohnverhältnis) zum Beteiligungs-
vertrag, die Kapitalbeziehung vom Beteiligungsverhältnis (unternehmerfremdes
Eigenkapital) zum Austauschvertrag (Kredit). Arbeit und Kapital erhalten dadurch
im Unternehmen die ihnen angemessene und ihren legitimen Interessen entspre-
chende Stellung.“¹⁶⁹

13.5.5 Mittel- und langfristige Dezentralisierung der Unternehmen in einer Vielfalt von kleineren und mittleren Dimensionen

Sobald der Kapitalmarkt aus seiner bisherigen chronischen Schieflage im Laufe
der Zeit in ein dauerhaftes Gleichgewicht übergeht und der Zins für langfristige
Geldanlagen sich um null einpendelt, können sich alle an den Unternehmen be-
teiligten Personen als Freie und Gleiche auf gleicher Augenhöhe begegnen und
egalitäre Unternehmensformen entwickeln. Hinzu kommt Andres zufolge, dass
dann „alle heutigen, auf Beteiligung am Eigenkapital basierende Konzernbildun-
gen in selbstständige unternehmerische Einheiten zerfallen (können) ... , wenn von
der Kapitaleite kein Einfluss mehr auf die Unternehmen ausgeübt werden kann.
... Kapitalbeteiligungen ... werden angestrebt, weil über den Kapitalbesitz“, d.h.
über die Beteiligung am Eigenkapital, „das Unternehmen beeinflusst bzw. be-
herrscht werden kann. Alle auf diesem Wege heute miteinander verbundenen und
voneinander abhängigen Unternehmen würden durch die Zurückdrängung des
Kapitals aus dem Beteiligungs- ins Austauschverhältnis in selbstständige Teile
auseinanderfallen.“ Die bisherige ‚Monokultur‘ der (welt-)marktbeherrschenden
multinationalen Konzerne kann in eine breite Vielfalt von zugleich konkurrieren-
den und kooperierenden Unternehmen in kleineren und mittleren Unternehmen
übergehen. Dank ihres nicht mehr durch Kapitalzinsen und Bodenrenten ge-
schmälerten vollen Arbeitsertrags können die Arbeitenden mehr Ersparnisse bil-
den als bisher und damit auch eigene Unternehmen gründen oder sich zu Ge-
nossenschaften zusammenschließen. „Es ergibt sich also nicht nur eine Dezen-
tralisierung innerhalb der Unternehmen, die bis zur Verselbstständigung und

¹⁶⁹ Fritz Andres (2005), S. 33; auch in: ders. (2005/2020), S. 387 – 390.

Ausgliederung von Unternehmensteilen führen kann, sondern auch eine Dezentralisierung der gesamten Unternehmenslandschaft durch Auflösung der Konzernverflechtungen und der sonstigen auf Beteiligungsbesitz beruhenden Beherrschungsverhältnisse zwischen den Unternehmen.“¹⁷⁰

Solchermaßen entkapitalisierte und dezentralisierte Produktionsmittel würden ihren Herrschaftscharakter verlieren, den sie in der kapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft hatten, und zu bloßen Hilfsmitteln der Produktion werden. Die notwendige „Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten“ würde im Gegensatz zu Marx & Engels nicht die Form eines ‚volkseigenen‘ „unmittelbaren Gesellschaftseigentums“ annehmen¹⁷¹, sondern die von ihnen bekämpfte, aber von Proudhon, Mill, Oppenheimer und Gesell befürwortete Rückverwandlung des konzentrierten Kapitals in das private und genossenschaftliche Eigentum einzelner oder frei assoziierter Produzenten. In Anknüpfung daran und an die später von den Ordoliberalen wieder aufgenommene Vorstellung von einer „vollständigen Konkurrenz“ zwischen vielen machtlosen Unternehmen hob Andres besonders hervor, dass unter solchen Umständen auch noch der Börsenhandel und die Spekulation auf fallende oder steigende Aktienkurse hinfällig werden. „Wenn aus dem Kapitalbesitz kein Einfluss mehr auf das Unternehmen abgeleitet werden kann ... , entfällt ... die Grundlage auch für den Kauf und Verkauf von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen.“¹⁷² Im Verbund mit einer Geld- und Bodenreform könnten also die ordoliberalen Reformen des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent- und Markenrechts die bisherige Dominanz anonymer Kapitalgesellschaften beenden und dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Akteure keine ihre persönlichen Haftungsmöglichkeiten übersteigenden Risiken mehr eingehen und die Folgen ihrer Dispositionen nicht mehr wie bei Unternehmen, die „too big to fail“ sind, auf die Allgemeinheit abwälzen können. Die Verfügungsgewalt über privates, genossenschaftliches oder öffentliches Produktionsmitteleigentum beschränkt sich dann auf ein Nutzungsrecht ihrer jeweiligen Inhaber an diesen Produktionsmitteln, während ihr Vermögenswert allein bei den Sparern läge, deren Interesse es unter diesen Rahmenbedingungen ist, den Wert ihrer Geldersparnisse durch zeitlich befristete Realinvestitionen zu erhalten statt ihn vermehren zu wollen. Letztlich gehören Unternehmen sich unter solchen Umständen selbst, ohne dass sie den Unternehmern Machtpositionen verschaffen.¹⁷³

¹⁷⁰ Fritz Andres (1999/2013), S.61 (Zerfall der Konzerne); auch in: ders. (1999/2020), S. 435. - Fritz Andres (2005), S. 33 - 34; auch in: ders. (2005/2020), S. 387 - 390.

¹⁷¹ Karl Marx & Friedrich Engels (1894/1973), S. 453.

¹⁷² Fritz Andres (2005), S. 34; auch in: ders. (2005/2020), S. 387 - 390.

¹⁷³ Keine kleinere oder mittlere Bank wäre so systemrelevant, dass sie im Falle ihres Eingehens zu hoher Risiken vom Staat ‚gerettet‘ werden müsste. Und kein kleineres oder mittleres Unternehmen würde jemals Atomkraftwerke, Supertanker oder andere Großprojekte betreiben. Selbst die großen Energiekonzerne wurden dafür vom Staat mit irrsinnigen Milliardensummen subventioniert, um den angeblich ‚billigen‘ Atomstrom anbieten zu können. Gemäß einer Greenpeace-Studie wurde die Atomenergie seit 1950 in Deutschland mit mehr als 200 Milliarden Euro vom Staat bzw. Steuerzahler subventioniert und weitere hohe Milliardensummen kamen durch zwischenzeitliche Laufzeitverlängerungen

Sobald auf der Grundlage eines geschlossenen Geld- und Wirtschaftskreislaufs ein Übergang von der Kapitalakkumulation und -konzentration zur Dezentralisierung entkapitalisierter Produktionsmittel einsetzt, kann eine breite ökonomische Diversität von Privatunternehmen, Genossenschaften, Non-Profit-Betrieben und öffentlichen Versorgungsbetrieben entstehen. Und im Sinne der „Small is beautiful“-Vorstellungen von Leopold Kohr, Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich können ihre Produktionsmittel die Gestalt von „mittleren Technologien“ bzw. von „konvivialen Werkzeugen“ annehmen. Mit einer solchen Dezentralisierung der Unternehmen kann schließlich auch eine Regionalisierung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen einhergehen, so dass die überdimensionierten globalen Wertschöpfungsketten kürzer werden und der mit ihnen einhergehende Transportverkehr mit gigantischen Containerschiffen und Flugzeugen geringer werden kann. Überhaupt könnte ein geschlossener Geldkreislauf als integrierende Kraft auch die innerhalb einzelner Länder und weltweit aus den Fugen geratene Teilung und Spezialisierung der Arbeit gewissermaßen wieder einfangen und auf ein sinnvollerer Maß reduzieren.

13.5.6 Selbstverwaltung und Demokratisierung der Unternehmen

Auch nach einer Befreiung der Unternehmer von ihrer widersprüchlichen Doppelrolle als Unternehmer und Kapitalisten betrachtete Andres die Unternehmer weiterhin als zentrale Knotenpunkte in den nunmehr egalitären statt hierarchischen Netzwerken von Arbeitenden und Sparern/Banken. Aufgrund von ernüchternden Erfahrungen mit selbstverwalteten Unternehmen im Westen und im früheren Jugoslawien äußerte er sich skeptisch zu der „Vorstellung ... , die Gleichheit als Begegnungsebene und Basis der Unternehmensverfassung müsse zur Demokratisierung der Unternehmen, ja der ganzen Wirtschaft führen. Über alle Unternehmens- und Betriebsangelegenheiten sollte basisdemokratisch unter gleichberechtigter Mitwirkung aller Mitarbeiter durch Abstimmung entschieden werden. Jedes Problem müsste letztlich vor die Vollversammlung aller Betriebsangehörigen gebracht und dort für alle verbindlich geregelt werden können.“ Einer solchen Unternehmensverfassung sollte „rechtlich ... nichts in den Weg gestellt werden“ und es „gibt sicher Fragen, in denen eine gleichberechtigte Mitwirkung aller im Prinzip gerechtfertigt ist. Dazu gehören insbesondere die innerbetrieblichen Rechts- und Verfahrensfragen.“ Aber es gebe im Zusammenwirken zahlreicher Menschen in einem Unternehmen auch individuell ganz unterschiedliche Kompetenzen bei der Beurteilung von Sachfragen, die in Entscheidungsprozessen nicht ignoriert werden sollten. Es könnte „sich herausstellen, dass basisdemo-

hinzu; vgl. hierzu <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-10/atomkraft-subventionen-greenpeace> (Zugriff: 20.7.2019). Auch der Rückbau der Atomkraftwerke wird irrsinnige Milliardensummen verschlingen. - Zum zukünftigen Charakter des Produktionsmitteleigentums vgl. Fritz Andres (1999/2013), S. 58 – 60; auch in: ders. (1999/2020), S. 430 – 435.

kratische Vollversammlungen - außerhalb der genannten Bereiche - weder zweckmäßig noch notwendig sind.“¹⁷⁴

Auf der Grundlage einer Begegnung aller Betriebsangehörigen unter Gleichen braucht eine Respektierung unterschiedlicher fachlicher Kompetenzen keineswegs zur Bildung neuer innerbetrieblicher Machtstrukturen zu führen. Vielmehr können sich diese unterschiedlichen Kompetenzen bei den vielfältigen leitenden und ausführenden Aufgaben auch auf gleicher Augenhöhe sinnvoll ergänzen. „Die Gemeinsamkeit der Zielsetzungen und der Gleichlauf der Interessen erlaubt es, dem Einzelnen im Leistungsbereich sehr weit gehende Freiheiten einzuräumen und die Kontrolle ebenfalls zu dezentralisieren, nämlich den Mitarbeitern und angrenzenden Abteilungen zu überlassen. All diese wünschenswerten Entwicklungen könnten sich nicht ausbreiten, wenn aus einem falsch aufgefassten Gleichheitsgedanken heraus ein basisdemokratischer Zentralismus etabliert wird, hinter dessen Tendenz, alle betrieblichen Fragen durch ein allgewaltiges Plenum ‚demokratisch‘ entscheiden zu lassen, im Grunde ein Misstrauen gegen die Freiheit des Einzelnen und ihre gesellschaftliche Organisierbarkeit steht.“¹⁷⁵ Auf diese Weise könnten in einem Unternehmen schwerfällige und ineffiziente Entscheidungsstrukturen entstehen, die auch abschreckend auf qualifizierte Mitarbeiter wirken könnten.

Wenn die ordnungspolitische Grundlage einer Begegnung aller leitend und ausführend Arbeitenden als Gleiche erst einmal gelegt sein wird, kann man es der Experimentierfreudigkeit der in den einzelnen Unternehmen tätigen Menschen überlassen, sich an bisherigen Erfahrungen und Forschungen zu orientieren¹⁷⁶ und sich innerhalb der rechtlichen Rahmenordnung der Wirtschaft die ihnen adäquate Unternehmensverfassung zu geben und sie gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Dies können je nach branchenspezifischen Besonderheiten private Familienbetriebe und Genossenschaften ebenso sein wie kommunale und staatliche oder auch kirchliche und gewerkschaftliche Betriebe, die der Gesellschaft das ihrem jeweiligen Selbstverständnis entsprechende Modell einer herrschaftsfreien Unternehmensverfassung als Vorbild vorleben wollen. In der von der Agrarindustrie pervertierten Landwirtschaft können sich die bereits in Ansätzen bestehenden Formen einer solidarischen Landwirtschaft und eines „Urban Gardening“ ausbreiten und weiterentwickeln. Im Bereich der Banken gibt es ebenfalls schon Pioniere

¹⁷⁴ Fritz Andres (1999/2013), S. 52 - 55 [Demokratisierung der Wirtschaft]; auch in: ders. (1999/2020, S. 422 - 426. Als Jurist verfügte Fritz Andres über langjährige praktische Erfahrungen als Leiter eines mittelständischen Familienunternehmens, bevor er sich um die Mitte der 1990er Jahre daraus zurückzog und sich als Privatgelehrter wissenschaftlichen Studien widmete. Vgl. seine Aufsatzsammlung „Boden-Ressourcen-Klima - Geld - Unternehmen“ (Münster 2020). Skeptisch war Andres nicht nur gegenüber „basisdemokratischen Vollversammlungen“, sondern auch gegenüber den Assoziationen in Rudolf Steiners „Dreigliederung des sozialen Organismus“, obwohl er ansonsten durchaus Sympathien für die Dreigliederung und darin besonders für die Forderung nach einem (staats-)freien Bildungswesen hegte.

¹⁷⁵ Fritz Andres (1999/2013), S. 53; auch in ders. (1999/2020), S. 423.

¹⁷⁶ Vgl. hierzu zum Beispiel Gerard Endenburg (1992) und Gustav Bergmann (2017).

eines ethischen, sozial- und umweltverträglichen Umgangs mit Geldanlagen, die nach und nach an die Stelle der herkömmlichen (Groß-)Banken treten können, wenn deren Kund/innen sich gemäß einer ATTAC-Kampagne auf eine „Krötenwanderung“ begeben¹⁷⁷ und ihre Ersparnisse bei alternativen Banken anlegen. Im Bereich des Handels gibt es den „Fairen Handel“, genossenschaftliche oder kommunale Dorfläden und „Unverpackt“-Läden als erste Beispiele, die beim Strukturwandel des Handels Denkanstöße geben können. Gleichermäßen gibt es in den Bereichen des Hand- und Kunsthandwerks, der Dienstleistungen und des kulturellen Schaffens zahlreiche Beispiele von „solidarischen Ökonomien“, von denen im Übergang von der kapitalistischen in eine nachkapitalistisch-marktwirtschaftliche Arbeitswelt wichtige Impulse ausgehen könnten.¹⁷⁸

Freilich wird dieser Transformationsprozess mehr als nur einige Jahrzehnte dauern, denn die herkömmlichen Übergrößen von Unternehmen sind im Laufe von mehr als 100 Jahren entstanden und werden sich nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen lassen, zumal sie durch entsprechende Banken- und Versicherungshochhäuser, industrielle Großanlagen usw. im buchstäblichen Sinne für längere Zeiträume zementiert und betoniert worden sind. Eine von Dinosaurier-Unternehmen und Megakonzernen befreite nachkapitalistische Marktwirtschaft wird auch eine ihr adäquate dezentrale Architektur und Stadtplanung benötigen und sich dabei vielleicht von der Transition-Town-Bewegung inspirieren lassen.

Abgesehen von der längeren Dauer dieser Umstrukturierung der Arbeitswelt wird sie nicht nur mit einem qualitativen Wandel der Erwerbsarbeit einhergehen, sondern auch mit einem Wandel der Arbeitsteilung. Innerhalb kleinerer und mittlerer Unternehmen bringt er die leitenden und ausführenden Arbeiten einander wieder näher und nimmt auch die übertriebene Spezialisierung von Arbeiten im fordistischen Zeitalter der industriellen Massenproduktion, mit der die kapitalistische Wirtschaft ökologische Grenzen gesprengt hat, tendenziell wieder zurück.

13.5.7 Auswirkungen auf den Gütermarkt

Nach einer Schließung des Geldkreislaufs und einem Absinken der Zinsen gegen null sowie einer Entprivatisierung der Boden-/Ressourcenrenten und einer Begrenzung des Naturverbrauchs kann schließlich auch der Gütermarkt eine nachkapitalistische Gestalt annehmen. Die arbeitsteilige Produktion von Waren würde dann fortbestehen - aber in Formen, in denen die Gebrauchswerte und Tauschwerte der Waren zur Übereinstimmung kommen, d.h. die Produktion von Waren ist dann nicht mehr primär an ihren Tauschwerten orientiert, um die Rentabilität

¹⁷⁷ Näheres hierzu gibt es auf der Website <https://www.attac.de/kampagnen/bankwechsel/worum-geht-es/> (Zugriff: 24.7.2019).

¹⁷⁸ Vgl. hierzu Susanne Elsen (2007). - Clarita Müller-Plantenberg (2008). - Sven Giegold & Dagmar Embshoff Hrsg. (2008). - Christine Ax (2009). - Elisabeth Voss (2010) und Susanne Elsen (2011).

des eingesetzten Kapitals zu maximieren, sondern es geht im Sinne eines sparsamen Umgangs mit menschlicher Arbeit und natürlichen Ressourcen um die Erzeugung von Gebrauchswerten, deren Tauschwerte ihnen nahezu entsprechen. Anstelle der bisher vom Geld- und Warenfetischismus fehlgeleiteten rentablen Produktion von Wegwerfwaren mit eingebautem Verschleiß wird es wirtschaftliche, länger haltbare und reparierbare Güter geben. Auf solchen Gütermärkten bedarf es keiner aggressiven Marketing- und Werbestrategien mehr, um den Konsumenten ‚billige‘ Massenartikel aufzudrängen. Die Marktpreise sagen dann die ganze soziale und ökologische Wahrheit und steuern damit die Produktion dezentral gemäß den menschlichen Bedürfnissen. Die Produzentensouveränität kann in eine Konsumentensouveränität übergehen – aber nicht in dem Sinne, dass Kunden nun in bloßer Umkehrung der bisherigen Hierarchie zu Königen werden. Vielmehr sind ja alle wirtschaftlichen Akteure sowohl Produzenten als auch Konsumenten, so dass sie im Gleichgewicht zwischen ihren beiden Rollen zu Prosumenten werden. In Ergänzung zum Preissystem können zwischen ihnen noch weitere Informationen fließen, wenn persönlich verantwortliche und in den einzelnen Regionen bekannte Unternehmen an die Stelle von anonymen Kapitalgesellschaften treten; aber diese Informationen haben keinen manipulativen Werbecharakter mehr.

13.5.8 Funktionswandel der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften

Bei alledem konnten Suhr und Andres nur erste Umriss einer nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen Arbeitswelt andeuten, so dass weitere Detailforschungen unerlässlich sind, um ihr den Weg zu bereiten. Dies gilt besonders auch für einen Funktionswandel der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, der sich im Zuge des Übergangs von der Kapitalakkumulation und -konzentration zu einer Dezentralisierung des Produktivvermögens ergeben wird. In ferner Zukunft werden sie sich nicht mehr als Macht und Gegenmacht gegenüberstehen und sich hierauf rechtzeitig einstellen müssen. Vorläufig behalten die Gewerkschaften noch ihre historisch gewachsene Rolle als Gegenmacht zur Macht des Kapitals und es wäre darum absurd, sie wie in totalitären Regimen gleichschalten oder zerschlagen zu wollen. Die Gewerkschaften bleiben noch lange unverzichtbar als Hebammen einer menschenwürdigen und naturverträglichen Arbeitswelt.

In diesem Sinne legt auch Ulrich Brand den Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, als „Kindern des Industriekapitalismus“ nahe, sich von ihrer Fixierung auf die Sicherung von Arbeitsplätzen insbesondere in den exportorientierten Kohle-, Stahl-, Chemie- und Pharma- sowie Autoindustrien zu lösen. Ihr Eintreten für eine ökologische Modernisierung allein durch effizientere Technologien ist für Brand noch ein Zeichen eines „eher korporatistischen Interesses an der Aufrechterhaltung des Status quo“. Ebenso sieht er auch in der Elektromobilität noch keine hinreichend zukunftsfähige Alternative zur fossil basierten Mobilität. Stattdessen

sollten die Gewerkschaften Brand zufolge stärker nach einer „Industriekonversion“ streben und sich nicht der Einsicht verschließen, „dass die Industrieproduktion – aber auch die industriellen Anteile der Dienstleistungen wie etwas das Fliegen – stark reduziert werden müssen.“¹⁷⁹

13.5.9 Internetkonzerne

Weitgehend ungeklärt ist noch die Frage, ob und inwieweit sich Reformen der Geld- und Boden-/Ressourcenordnung sowie des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent- und Markenrechts gleichsam automatisch auch dezentralisierend auf die während der letzten 30 Jahre entstandenen großen Internetkonzerne wie Microsoft, Apple, Google, Amazon, Facebook und Twitter in den USA oder Huawei, Tencent und Alibaba in China auswirken oder ob es zur Überwindung von deren gewaltiger Marktmacht zusätzlicher Maßnahmen bedarf. Im Unterschied zu der schon von Rosa Luxemburg beschriebenen Landnahme und Akkumulation begrenzter natürlicher Ressourcen sprengte die digitale Revolution diesen Rahmen, indem sie die Landnahme und Akkumulation im schier grenzenlosen virtuellen Raum der Daten und Clouds fortsetzte. Zwar blieb auch sie letztlich auf Ressourcen und Energie angewiesen; jedoch ist „die erzeugte und verarbeitete digitale Datenmenge, ausgedrückt in Zettabytes (= 1000^7 Bytes = 1 Trillion Bytes), längst ins Astronomische gestiegen. Nach Auffassung der Berkeley School of Information hat die Menschheit seit der Verwendung von Computern zu Beginn der 1970er Jahre etwa 85mal so viele Daten prozessiert wie in der gesamten Geschichte davor analoge Daten.“¹⁸⁰ In diesem Zusammenhang spricht der Soziologe Philipp Staab von einer „relativen Unknappheit digitaler und digitalisierter Güter“.¹⁸¹

Zweifellos brachten die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien den Menschen vielerlei Möglichkeiten, in Sekundenschnelle rund um die ganze Welt Informationen miteinander auszutauschen und sich im buchstäblichen Sinn des Wortes Internet miteinander universal zu vernetzen. Den Annehmlichkeiten stehen jedoch auch etliche Schattenseiten gegenüber – und zwar nicht nur die Entstehung des Internets während des Kalten Krieges innerhalb des „Kapital-Digital-Militär-Komplexes“ (Werner Rügemer¹⁸²) und ihre enge Verflechtung mit der Raumfahrtindustrie.

Statt die strukturellen Funktionsmängel des Geldes und des Preiskosmos als ‚Internet‘ der Märkte zu beheben, schufen sich das dysfunktionale kapitalistische Geld und die internationalen Finanzmärkte mit der Digitalisierung das zu ihrer

¹⁷⁹ Ulrich Brand (2019), S. 79 – 88, hier: S. 82 (Gewerkschaften als Kinder des Industriekapitalismus), 83 (Reduktion der Industrieproduktion), 87 (Status quo vs. Industriekonversion). –

¹⁸⁰ Heinz D. Kurz (2017), 785 – 792, hier: S. 787 (astronomische Datenmengen).

¹⁸¹ Philipp Staab (2019), S. 76 – 81 (Unknappheit).

¹⁸² Werner Rügemer (2018), S. 232 – 245. – Susanne Lange (2017), S. 7 – 26. – Philipp Staab (2019), S. 63 – 67 (US-amerikanischer Militärkeynesianismus, der – so eine Anmerkung des Verfassers – Keynes niemals in den Sinn gekommen wäre).

weiteren Entfesselung notwendige technische Instrumentarium. Herkömmliche (Groß-)Banken entwickelten sich mehr und mehr zu Investmentbanken, neben denen sich fortan auch noch Schattenbanken, Private-Equity-Fonds und Hedgefonds ausbreiteten. Die größte Schattenbank BlackRock stieg zum Großaktionär bei rund 17.000 multinationalen Konzernen auf und verwaltete im Jahr 2018 bereits ein Gesamtvermögen in Höhe von 6 Billionen US-Dollar. Mit Hilfe seines ‚allwissenden‘ Computerprogramms „Aladdin“ beeinflusst Blackrock die geschäftlichen Dispositionen der Konzerne und ist mittlerweile ein Hauptmotor der weiteren Monopolisierung von Märkten.¹⁸³ Zugleich bieten die Internetkonzerne neue gigantische Anlagemöglichkeiten für renditehungriges Kapital, von denen es auf den herkömmlichen Märkten zunehmend weniger gibt. „Das viele Geld kommt aus der ganzen Welt, oft von im Auftrag staatlicher Vermögensfonds agierender Finanzinvestoren“, so dass man mit Evgeny Morozov von einer „wechselseitigen Durchmischung von Finanzkapitalismus und technologischem Kapitalismus“ und mit Philipp Staab von „historischen Filiationen zwischen Finanzwirtschaft und Internetökonomie“ sprechen kann.¹⁸⁴

Innerhalb von nur drei Jahrzehnten sind geradezu „Internetgiganten“ entstanden, die die früheren Großkonzerne nochmals weit in den Schatten stellen. „Ihr gemeinsamer Börsenwert übersteigt das Bruttosozialprodukt der meisten Länder der Welt und ist Ausweis ihrer immensen Macht. Noch vor fünf Jahren (2013) dominierten Ölmultis die Top-Ten-Liste der weltweit wertvollsten Unternehmen; heute rangieren Apple, Alphabet (Google), Microsoft und Amazon auf den Plätzen eins bis vier, auf den Plätzen sechs bis acht folgen die Internetriesen Alibaba, Tencent (beide China) und Facebook.“ Die technischen ‚Hilfsmittel‘ in den Haushalten und Unternehmen haben ein riesiges Konglomerat aus Nachrichten, Werbung, Onlinehandel und digitaler Unterhaltung hervorgebracht. Weil Information und Manipulation fließend ineinander übergehen, insistiert Thilo Bode, der frühere Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland und Gründer von „Foodwatch“, darauf, dass „Algorithmen nicht neutral sind“.¹⁸⁵

Die Renditemaximierung ist freilich auch im IT-Bereich nur auf der Basis niedriger Sozial- und Umweltstandards möglich, also auf der Basis stark eingeschränkter Arbeitnehmerrechte, einer zu billigen Inanspruchnahme von Ressourcen und Energie, einer Ausnutzung von Lagevorteilen für die Logistikzentren, einer kostenlosen Nutzung der öffentlichen Infrastrukturen, zu deren Unterhalt die Internetkonzerne als Steuervermeider kaum etwas oder gar nichts beitragen, und einer Externalisierung der Kosten der Berge von Computerschrott. An diesen Missständen ändert auch die Gründung großer Stiftungen wie derjenigen von Bill Gates, der längere Zeit im Steuerparadies Irland produzieren ließ, nichts. Als

¹⁸³ Heike Buchter (2015). – Werner Rügemer (2018), S. 12 – 139 und 149 – 226. – Christian Brees (2019).

¹⁸⁴ Evgeny Morozov (2018), S. 94 – 95. – Vgl. auch Philipp Staab (2019), S. 85 – 87, 97 – 100 und 143 – 149.

¹⁸⁵ Thilo Bode & Stefan Scheytt (2018), S. 123 – 125 (Internetriesen) und 134 (Algorithmen).

Gigant im Online-Handel steigert Amazon noch die Verödung von Städten, deren Erscheinungsbilder ohnehin schon von Handelsketten beeinträchtigt waren. Als historisches Vorbild für seinen weltweiten Onlinehandel diente dem Amazon-Gründer Jeff Bezos übrigens bezeichnender Weise die von der früheren britischen Kolonialmacht gegründete „East-India-Company“, die das ausdrückliche Ziel hatte, den Weltmarkt zu monopolisieren.¹⁸⁶

„Konzerne durchdringen alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche wie nie zuvor.“ Deren wirtschaftliche Macht vermischt sich durch den Lobbyismus und die Einrichtung von sog. „Drehtüren“ zwischen Wirtschaft und Politik mit politischer Macht und höhlt die Demokratie aus. „Gewiss werden noch politische Entscheidungen getroffen, aber nicht mehr gegen die Interessen der Konzerne.“ Deshalb spricht Thilo Bode geradezu von einer „Diktatur der Konzerne, in der die Demokratie leise verschwindet“ – nicht zuletzt auch durch die Verbreitung von Fake-news, Hass und Gewalt in den sozialen Medien und durch die Überwachungsmöglichkeiten durch Big Data, deren riesige Ausmaße zum Glück von Edward Snowden sichtbar gemacht wurden.¹⁸⁷

Auch im digitalen Kapitalismus bleibt die menschliche Gesellschaft wie im fossil basierten Kapitalismus in sozialer Hinsicht gespalten und von der Natur entfremdet. Ihre virtuelle Gemeinschaft trägt deshalb – anders als Pseudogemeinschaften von Klassen und Rassen – Züge eines bloß technischen Ersatzes für die fehlende soziale Einheit. Als Instrument zur Vernetzung der Menschen zu einer Weltgemeinschaft bewirkt das Internet zugleich auch deren Vereinzelung als Anhänger ihrer PCs und Smartphones. Nicht nur bei vielen Erwachsenen, sondern auch schon bei vielen Kindern und Jugendlichen führt dies häufig zu einem kompensatorischen Suchtverhalten. Und ganz besonders auffällig wird die Isolierung und Anonymisierung der Menschen beim Onlinehandel, der den unmittelbaren menschlichen Kontakt zwischen Nachfragern und Anbietern noch unmöglicher macht als das Einkaufen in großen Kaufhäusern.

Weitere Schattenseiten der Digitalisierung sind die von der Mikrowellenstrahlung von Smartphones und Funkmasten ausgehenden Gefahren für die menschliche Gesundheit und schließlich die Cyberkriminalität und Cyberkriege sowie das Darknet als schauerliche Unterwelt des Internets.¹⁸⁸ -

So wie die Reformen der Geld- und Bodenordnung, des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent-, Marken- und Steuerrechts den herkömmlichen Mono- und Oli-

¹⁸⁶ Zum perversen Wachstumswahn von Amazon-Chef Jeff Bezos gehört auch sein „Blue Origin“-Weltraumprojekt, das eine menschliche Besiedelung anderer Planeten zum Ziel hat. Näheres dazu in der am 12.5.2020 gesendeten ARTE-Dokumentation „Der unaufhaltsame Aufstieg von Amazon“; auf der Website <https://www.arte.tv/de/videos/058375-000-A/der-unaufhaltsame-aufstieg-von-amazon/> (Zugriff: 13.5.2020).

¹⁸⁷ Thilo Bode und Stefan Scheytt (2018), S. 183 (Diktatur der Konzerne vs. Demokratie). – Yvonne Hofstetter (2014) (Überwachungsmöglichkeiten von Big Data).

¹⁸⁸ Zum Darknet vgl. Stefan Mey (2017), S. 4 – 9.

gopolen den strukturellen Nährboden entziehen sollen¹⁸⁹, so könnten sie auch der Macht der Internetkonzerne entgegenwirken. Angesichts der engen Verflechtung des Finanzmarkt- und des digitalen Kapitalismus könnte eine Zähmung des Finanzmarktkapitalismus nicht ohne Auswirkungen auf den digitalen Kapitalismus bleiben. Die Stilllegung der Kapitalakkumulations- und Konzentrationsdynamik und die Herstellung einer echten sozialen Einheit der (Welt-)Gesellschaft könnten den Bedarf an Informations- und Kommunikationstechnologien verringern – auf jeden Fall in den Bereichen der dann gezähmten Finanzmärkte und der staatlich-bürokratischen Reparatur der sozialen Folgen des dysfunktionalen kapitalistischen Geldes. Eine soziale und ökologische Bepreisung von Ressourcen und Energie würde auch für Internetkonzerne die Kostenstrukturen und Absatzmöglichkeiten gravierend verändern. Aber wie weit könnte eine durch gerechte Preise für Arbeit und Natur ausgelöste Reduktion des Digitalen in einer Welt gehen, die nicht mit allen möglichen KI-basierten ‚smarten‘ Gerätschaften durchdrungen und künstlich neu erschaffen wird? Und bedarf es zusätzlich zu denjenigen Reformen, die im vordigitalen Kapitalismus zur Entkapitalisierung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen konzipiert wurden, noch weiterer Reformen zur Einhegung der von Staab charakterisierten „proprietären Märkte“? Nachdem im vordigitalen Kapitalismus knappe Güter zum großen Teil von herkömmlichen Konzernen in fordistischer Massenproduktion hergestellt und auf monopolisierten Märkten gehandelt wurden, werden Staab zufolge im postfordistisch-digitalen Kapitalismus „unknappe Güter“ von den kommerziellen Internetgiganten auf extrem vermachteten Märkten gehandelt, die ihnen auch noch selbst gehören. „Die Leitunternehmen des digitalen Kapitalismus *sind* Märkte“. Und weil die Internetgiganten den Zugang zu ihren Märkten, d.h. zu sich selbst kontrollieren, können sie auch leistungslose Renteneinkünfte erzielen, was in den herkömmlichen Wirtschaftsbereichen wegen der dortigen „Saturierung der Märkte“ schwieriger geworden ist. Da sie über „Instrumente der künstlichen Verknappung potenziell unknapper Güter“ verfügen, haben proprietäre Märkte die „Fähigkeit, aus eigentlich unknappen Gütern Profit zu schöpfen.“ Damit „tut sich ein Feld für die Generierung leistungsloser Einkommen, also ökonomischer Renten auf. ... Im Kern sind proprietäre Märkte Strukturen zur Extraktion ökonomischer Renten. ... Die Leitunternehmen des kommerziellen Internets sind weniger Produzenten, die auf Märkten agieren, als Märkte, auf denen Produzenten agieren. ... Als Marktbesitzer wachen sie in wachsenden Bereichen der Ökonomie darüber, wer Zugang zum Markt erhält und unter welchen Bedingungen dies geschieht. Ihr Profitmodell liegt in der Erwirtschaftung ökonomischer Renten aus eben diesem Privileg.“ Aus diesem Grund

¹⁸⁹ Zu den herkömmlichen Konzernen vgl. Thilo Bode & Stefan Scheytt (2018), S. 11 – 60 (außer Kontrolle geratene Konzerne).

hält Staab den digitalen Kapitalismus auch nicht nur für einen bloßen „Wiedergänger des klassischen Monopolkapitalismus“.¹⁹⁰

Zwar bleibt auch der digitale Kapitalismus weiterhin gleichsam als Basis auf die Verfügung über menschliche Arbeit und natürliche Ressourcen angewiesen, aber darüber hinaus hat er sich als Überbau eine eigene virtuelle Welt erschaffen, zu deren Regulierung es als Ergänzung zu den Reformen der Geld- und Bodenordnung sowie des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent-, Marken- und Steuerrechts möglicherweise weiterer Reformen bedarf. Doch wie könnten solche weiteren Reformen aussehen? Würden gesetzliche Regulierungen im Bereich des Datenschutzes und des Schutzes vor Werbung ausreichen, die Möglichkeiten der Macht ausübung und Überwachung durch private Konzerne und staatliche Geheimdienste einzuschränken?

Und wie könnte das Internet – wenn seine positiven Seiten erhalten bleiben sollen – nach der Ära des digitalen Kapitalismus in einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus überhaupt aussehen? Da es sich nicht von kleinen und mittleren Unternehmen betreiben lässt, können Internetdienste nur von großen Unternehmen angeboten werden. Von daher könnte „eine viel ambitioniertere Denkweise“ notwendig werden, die auch im IT-Bereich die „Eigentumsfrage“ neu stellt und Möglichkeiten einer „anderen Eigentumsordnung für Daten“ sondiert.¹⁹¹ Internetfirmen sollten dann nicht mehr in der Rechtsform von privaten Aktiengesellschaften betrieben werden, sondern als öffentlich-rechtliche Körperschaften ähnlich wie Rundfunk- und Fernsehanstalten. Könnte eine solche Entwicklung von Europa ausgehen? Und welche Rolle könnten die Vereinten Nationen spielen?¹⁹²

13.6 Produktion und Reproduktion: Von der Geschlechterhierarchie über die „Subsistenzperspektive“ und das „Vorsorgende Wirtschaften“ zu einem egalitären Geschlechterverhältnis

Ein qualitativer Wandel der Erwerbsarbeit von der fremdbestimmten Beschäftigung zur selbstbestimmten Mitwirkung der Arbeitenden in den Unternehmen bei selbstbestimmt flexibler Arbeitszeit könnte auch zu ihrer besseren Vereinbarkeit mit der Familienarbeit, mit Subsistenztätigkeiten oder mit Nachbarschaftshilfen führen. Insofern könnte er beiden Geschlechtern zugutekommen. Aber wird er

¹⁹⁰ Philipp Staab (2019), S. 28 (digitaler Kapitalismus kein bloßer Wiedergänger des klassischen Monopolkapitalismus), 30 (digitale Leitunternehmen als Märkte), 32 (Zugangskontrollen), 34 (proprietäre Märkte), 151 - 152 (Saturierung der herkömmlichen Märkte und säkulare Stagnation), 162 (Fordismus und Postfordismus), 173 - 175 (Vermachtung), 205 - 210 (proprietäre Märkte und künstliche Verknappung unknapper Güter), 210 (Extraktion von ökonomischen Renten) und 222 - 223 (Profitmodell).

¹⁹¹ Evgeny Morozov (2018), S. 95 - 96 und 103 (Eigentumsfrage).

¹⁹² Philipp Staab (2019), S. 287 - 296 (Europa). - Werner Rügemer (2018), S. 236 - 237 (Vereinte Nationen). Vgl. hierzu auch den Schluss von Abschnitt 13.8.2 in diesem Buch.

schon ausreichen, um auch die Geschlechterhierarchie gleichsam automatisch mit einzuebnen? Zusätzlich zu einem strukturellen Wandel der Erwerbsarbeitswelt dürften weitere Maßnahmen zur Angleichung der Chancen beider Geschlechter auf eine gleiche Teilhabe am Erwerbsleben erforderlich sein. Um sie zu konzipieren, könnte es hilfreich sein, sich der engen Verflechtung von Kapitalismus und Patriarchat und des bisherigen Kampfes um die Rechte von Frauen zumindest in knappen Umrissen zu erinnern.

Frauen vom aktiven und passiven Wahlrecht sowie vom Zugang zu Bildung und Berufen auszuschließen und ihr Leben auf Küche & Kinder zu beschränken, war ein großes historisches Unrecht, dem Olympe de Gouges (1748-1793) frühzeitig entgegentrat, als sie im Jahr 1791 - zwei Jahre nach der Proklamation der männlich verstandenen Menschenrechte in der Französischen Revolution - die Menschenrechte auch für Frauen proklamierte und dafür ihr Leben auf dem Schafott lassen musste.¹⁹³ Seitdem mussten sich Frauen ihre Würde und ihre Rechte erst mühsam gegen die Übermacht von Männern erkämpfen. Gleichwohl hat die ihnen nach dem Ersten Weltkrieg (in der Schweiz erst 1971) zugestandene Mitwirkung in der Politik, wo sie noch immer unterrepräsentiert sind, bislang zu keiner grundlegenden Änderung der kapitalistischen Grundstrukturen der Wirtschaft geführt. Im Gegenteil, auch Politikerinnen trugen zu deren Konservierung bei.¹⁹⁴

Trotz der in den Artikeln 1 und 2 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 und im Artikel 3.2 des deutschen Grundgesetzes von 1949 verankerten rechtlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern erhielten Frauen in Deutschland erst seit den 1970er Jahren ihr Recht auf die Selbstbestimmung über ihren Körper und ihre von Männern unabhängige Geschäftsfähigkeit. Und noch immer steht die Verwirklichung ihrer ökonomischen Gleichberechtigung aus. In unzähligen Fällen hat das gleiche Recht von Frauen auf Bildung und Zugang zu Berufen vorerst nur zu ihrer Doppelbelastung durch oftmals noch traditionelle Familien und durch ihre vielfach in Teilzeit ausgeübten Berufe geführt. Zwar gibt es inzwischen gesetzliche Elternzeitregelungen, Kindertagesstätten und viele Unternehmen bieten auch familienfreundliche Arbeitszeitregelungen an, aber im Großen und Ganzen haben Frauen dennoch die Doppelbelastung sowie eine schlechtere Bezahlung, weniger Aufstiegschancen und Nachteile bei ihrer späteren Alterssicherung zu tragen. Für gleiche abhängige Beschäftigungen erhalten Frauen im Durchschnitt etwa 20 Prozent weniger Löhne und Gehälter als Männer. Und im Jahr 2014 „erhielten Frauen ... im Durchschnitt 40 Prozent weniger Altersrente als Männer.“ Daran ändert sich auch trotz der Einführung einer Grund-

¹⁹³ Olympe de Gouges (1791/1995).

¹⁹⁴ Zum Frauenwahlrecht vgl. Isabel Rohner & Rebecca Beerheide (2017) und zur Geschichte der Frauenbewegung vgl. Herrad Schenk (1983) und Elisabeth Meyer-Renschhausen (1998). Vgl. auch die Website https://www.lpb-bw.de/12_november.html (Zugriff: 26.7.2019)

rente für Geringverdiener (deutlich mehr als die Hälfte aller Minijobs werden von Frauen ausgeübt) nichts.¹⁹⁵

Im Großen und Ganzen sind Frauen in der Wirtschaft gegenüber Männern noch immer stark benachteiligt. Es gibt zwar auch Unternehmerinnen, aber vom gesamten Eigentum am Geld-, Boden- und Realkapital befindet sich nur ein verschwindend geringer Teil in den Händen von Frauen. Bereits 1980 stellte ein „United Nations Report“ fest: „Frauen sind die Hälfte der Weltbevölkerung, sie leisten fast zwei Drittel der Arbeitsstunden - sie erhalten ein Zehntel des Welt-einkommens und sie besitzen weniger als ein Hundertstel des Eigentums der Welt.“¹⁹⁶ Die Führungsetagen von Unternehmen sind nach wie vor Männerdomänen, in denen Frauen wie überall deutlich unterrepräsentiert sind und weniger verdienen als Männer. „In knapp 34 Prozent der 200 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland war Ende 2018 mindestens eine Frau im Vorstand vertreten. ... Die Vorstandsvorsitze wurden jedoch zu fast 99 Prozent von Männern eingenommen.“ Nachdem seit 2016 in Deutschland eine Geschlechterquote in Aufsichtsräten gilt, haben Frauen darin mittlerweile 27 Prozent der Sitze inne.¹⁹⁷ Gleichwohl bleibt nach den Erfahrungen in der Politik zumindest ungewiss, ob zu gleichen Teilen aus ‚Lehman Brothers & Sisters‘ zusammengesetzte Vorstände und Aufsichtsräte von Großunternehmen ‚ganz anders‘ handeln würden.

Nicht zuletzt haben Trennungen bzw. Scheidungen oft zur Folge, dass Alleinerziehende auf den zweiten Arbeitsmarkt geraten. Darüber hinaus gibt es noch immer eine hohe Dunkelziffer von Gewalt in Ehen sowie erschreckende Ausmaße von sexuellem Missbrauch, Handel mit Frauen/Mädchen und (Zwangs-) Prostitution als Symptome massiver Störungen im Verhältnis zwischen den Geschlechtern.¹⁹⁸

In seinem tieferen strukturellen Kern enthält der Kapitalismus offenbar einen patriarchalischen Zwillingbruder, der sich allein durch gleiche politische und wirtschaftliche Frauen- und Männerrechte nicht bezwingen lässt. Zudem stellen die zweifellos berechtigten Forderungen nach einem „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ vorerst ‚nur‘ realpolitische Forderungen nach einer gleichen Entlohnung

¹⁹⁵ Vgl. hierzu Janine Bernhard (2017), S. 28 - 33, bes. S. 31. - Zum Gender Wage Gap vgl. Mustafa Coban & Selina Foshag (2018), S. 34 - 44. - Zur vorwiegend weiblichen Altersarmut vgl. Kristina Vaillant (2016). - Vgl. auch die Oxfam-Studie zur „systematischen Abwertung von Hausarbeit, Pflege und Fürsorge (2020a).“

¹⁹⁶ United Nations Report 1980, zitiert nach Hannelore Schröder (1986, Teil 1), S. 7. - Dieses Hundertstel das in der Hand von Frauen befindlichen Vermögens ist ähnlich ungleich verteilt wie das in den Händen von Männern befindliche Vermögen und konzentriert sich zum großen Teil auf Frauen wie früher Grete Schickedanz (Quelle) oder Susanne Klatten-Quandt (BMW).

¹⁹⁷ Über Unternehmerinnen vgl. Thomas Dobler (1998). - Zum Frauenanteil in Aufsichtsräten vgl. Elke Holst & Katharina Wrohlich (2019), S. 20 - 34. Vgl. hierzu auch eine IAB-Studie „Oberste Chefetage bleibt Männerdomäne“ von Susanne Kohaut & Iris Möller auf der Website <http://doku.iab.de/kurzber/2017/kb2417.pdf> [Zugriff: 26.7.2019].

¹⁹⁸ Janine Bernhard (2017), S. 31 (Alleinerziehende). - Margret Karsch (2016), S. 262 - 275 (Gewalt gegen Frauen).

für die von Frauen und Männern geleistete kapitalistische Erwerbsarbeit dar. Dasselbe gilt für die Forderung nach mehr Einfluss von Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten von großen Unternehmen. Im Hinblick auf deren ‚Restlaufzeit‘ im Übergang von der kapitalistischen zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft behält sie selbstverständlich vorläufig noch ihre Berechtigung. Aber die gleiche Teilhabe an der kapitalistische Erwerbsarbeit in großen Konzernen stellt weder für Frauen noch für Männer eine über die Systemtransformationsphase hinausgehende Zukunftsperspektive dar, denn in regionalen kleineren und mittleren Unternehmen könnten Frauen auch deutlich bessere Chancen auf eine gleiche Teilhabe an leitenden und ausführenden Arbeiten und auf ihre eigene Vermögensbildung haben.

Allerdings könnte auch eine zukünftige „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ mit einer strukturell gewandelten Erwerbsarbeit die hierarchische Ungleichheit zwischen den Geschlechtern noch nicht ganz überwinden. Es bliebe immer noch ein zu Lasten von Frauen gehender ‚Rest‘ an Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Er muss ausgeräumt werden, wenn Männer nicht mehr die sog. „Familienernährer“ und die Frauen nicht mehr „nur Hausfrauen“ bzw. Hinzuverdienerinnen bleiben sollen und wenn die Entwicklung aufbauend auf den bislang schon erreichten Frauenrechten in die Richtung einer vollständig geschlechtergerechten egalitären Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern weitergehen soll. Wie also ließe sich eine nicht nur politische, sondern auch vollständige ökonomische Gleichberechtigung von Frauen und Männern erreichen?

13.6.1 Bezahlte Erwerbsarbeit vs. unbezahlte Hausarbeit - Zur Hausarbeitsdebatte der 1970er Jahre (Mariarosa Dalla Costa & Selma James)

Als ein wesentlicher neuralgischer Aspekt der ökonomischen Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern wurde in der neueren Frauenbewegung seit den 1970er Jahren die Tatsache diskutiert, dass die häusliche Familienarbeit zum allergrößten Teil von Frauen und obendrein auch noch unentgeltlich geleistet wird - gleichsam als ein ehrenamtlicher Liebesdienst an ihre Männer und Kinder sowie an die gesamte Gesellschaft. Angestoßen wurde diese sog. „Hausarbeitsdebatte“ 1973 in Italien durch das Buch „Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft“, in dem sich Mariarosa Dalla Costa & Selma James kritisch mit dem Verhältnis zwischen der überwiegend männlichen bezahlten Erwerbsarbeit und der überwiegend weiblichen unbezahlten Hausarbeit auseinandersetzten. Hierin sahen sie im Gegensatz zum Marxismus mehr als nur einen Nebenwiderspruch neben dem vermeintlichen Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit. Wer nur die industrielle Fabrikarbeit als Weg zur Befreiung der Frauen ansehe, habe die Geschlechterfrage nicht verstanden. „Die Sklaverei des Fließbandes ist keine

Befreiung von der Sklaverei des Spülbeckens.“ Wer das nicht verstehe, verstehe keine der beiden Sklavereien.¹⁹⁹

Der moderne Kapitalismus löste frühere Familienstrukturen auf, warf die Männer als ‚freie‘ Lohnarbeiter auf den Arbeitsmarkt und verbannte die Frauen, spätestens wenn sie Kinder bekamen, in die Häuser, wo sie isoliert waren und ihre gesellschaftlich unsichtbare Hausarbeit leisteten, während die ausgebeutete Erwerbsarbeit der Männer immerhin durch ihre Bezahlung sichtbar war. So entstand Costa & James zufolge auch die moderne Kleinfamilie. Selbst der auf die männliche Erwerbsarbeit fixierte Marx habe nicht erkannt, dass auch die Hausarbeit produktiv sei. Die auch von ihm nicht problematisierte Ausbeutung der Hausfrauen sei die eigentliche Grundlage für die Reproduktion der Lohnarbeiter und damit die Grundlage für die gesamte sichtbare kapitalistische Mehrwertproduktion.

Für Costa & James wurden die Frauen zum eigentlichen revolutionären Subjekt. Allerdings zogen sie noch nicht den Schluss, einen Lohn für die von Frauen geleistete Hausarbeit zu fordern, um sie sichtbar zu machen. Ihr Buch entfachte jedoch zuerst in Italien und danach auch in anderen Ländern eine höchst kontroverse Diskussion über genau diese Forderung. Neben zahlreichen unterstützenden Stimmen, dass die Hausarbeit auch Arbeit und die Frauen nicht „nur Hausfrauen“ seien, blieb umstritten, ob und wie ein Lohn für die Hausarbeit finanziert werden könnte. Und es gab auch vehement vorgebrachte Einwände wie die Befürchtungen, dass im Falle einer nur geringen Bezahlung der Hausarbeit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verfestigt werden könnte oder dass überhaupt durch einen Lohn für die Hausarbeit auch noch die privaten Haushalte als gewissermaßen letzte vom Kapitalismus noch nicht durchdrungene Inseln marktförmig monetarisiert und kommerzialisiert werden könnten. „Anders als das Schlagwort vermuten ließ, war das zentrale Anliegen nicht eine Geldleistung für Hausfrauen, sondern vielmehr die Politisierung der Arbeitsteilung und der geschlechtsspezifischen Zuweisung der privaten, unbezahlten Sorgearbeit an Frauen – Stichwort: Das Private ist politisch.“ Die Haushaltsdebatte wurde bald zum „vergessenen Stiefkind beiderlei Geschlechts“ und verebte schließlich bzw. fand ihre inhaltliche Fortsetzung mit anderen Themenschwerpunkten.²⁰⁰ So blieb es mehr oder weniger ungewollt bei der Unsichtbarkeit der Familienarbeit, bei nur begrenzten Modifikationen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und bei einer in der Tat fragwürdigen Kommerzialisierung billiger, wenig qualifizierter Pflegete arbeiten.

¹⁹⁹ Mariarosa Dalla Costa & Selma James (1973), S. 41. - Zur aktuellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern vgl. die 2017 von der Hans-Böckler-Stiftung herausgegebene Studie „Wer leistet unbezahlte Arbeit? - Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege im Geschlechtervergleich“ von Dietmar Hobler, Christina Klenner u.a. auf der Website https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_35_2017.pdf (Zugriff: 27.7.2019).

²⁰⁰ Almut Bachinger (2011), S. 36.

13.6.2 Die Bielefelder „Subsistenzperspektive“ (Maria Mies & Veronika Bennholdt-Thomsen & Claudia von Werlhof)

Im Anschluss an die „Hausarbeitsdebatte“ wandten sich in Deutschland die Soziologinnen Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies sowie die Politologin Claudia von Werlhof gegen eine Verengung des Arbeitsbegriffs auf die männliche lohnabhängige Erwerbsarbeit. Vor dem Hintergrund ihrer Forschungen in Lateinamerika und Indien wollten sie die Kapitalismusanalyse von Marx & Engels und Luxemburg erweitern und zeigen, dass nicht nur die männliche Erwerbsarbeit in den Industrieländern und in den Fabriken und Plantagen des globalen Südens produktiv war und ausgebeutet wurde, sondern auch die in Nord und Süd vorwiegend von Frauen geleisteten häuslichen und kleinbäuerlichen Arbeiten. Deshalb veranschaulichten Mies & Bennholdt-Thomsen die globale Arbeitswelt als Eisberg, von dem nur die aus Kapital und Lohnarbeit bestehende Spitze oberhalb des Meeresspiegels zu sehen ist, während alle anderen unter dem Meeresspiegel liegenden Arbeiten einen noch viel größeren Gesamtumfang haben, aber unsichtbar bleiben.

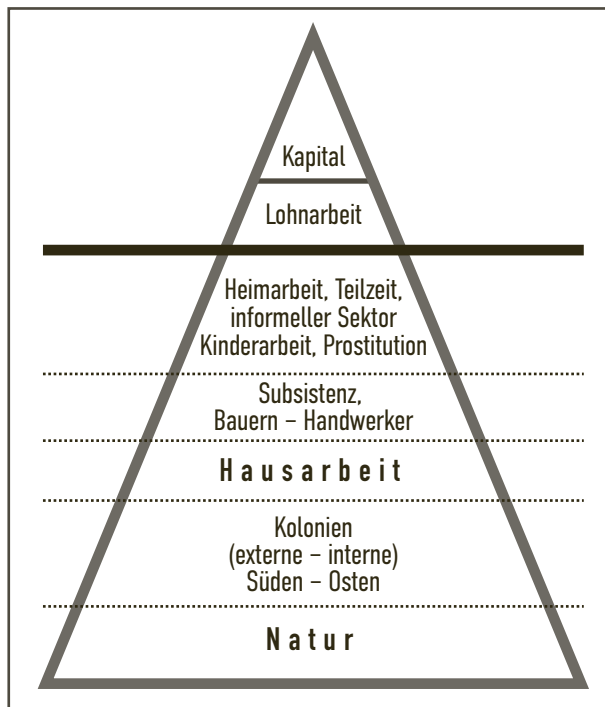


Abb.: Eisberg-Modell der kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaft (Maria Mies²⁰¹)

²⁰¹ Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 38, und Maria Mies (1998), S. 57.

Um die „Unter-Wasser-Ökonomie“ mit ihren unsichtbaren Arbeiten und Naturleistungen ins Bewusstsein zu heben, entwickelten Mies, Bennholdt-Thomsen und Werlhof eine „Subsistenzperspektive“, die sie nicht nur dem Marxismus, sondern auch der neoklassischen Ökonomie gegenüberstellten. „Das gesamte moderne Industriesystem – sowohl in seiner kapitalistischen wie in seiner sozialistischen Variante baut ... auf der Kolonisierung von Natur, Frauen und hinunter entwickelten Völkern auf.“²⁰²

Innerhalb der neoklassischen „New Home Economics“ war damals der US-amerikanische Ökonom Gary Becker gerade dabei, die Ehe bzw. Paarbeziehung von Mann und Frau als „Zwei-Personen-Firma“ zu interpretieren, die ihre Entscheidungen über die Einteilung ihrer Zeit auf Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Freizeit rational trifft wie der von der Neoklassik als geschlechtsneutral unterstellte homo oeconomicus. Auch gesamtwirtschaftlich sei es rational, dass Männer überwiegend die Erwerbsarbeit und Frauen überwiegend die Haus- und Familienarbeit leisten.²⁰³ Dem Marxismus hielten Mies, Bennholdt-Thomsen und Werlhof entgegen, dass in der kapitalistischen Wirtschaft nicht nur die männliche Erwerbsarbeit unterbezahlt und damit teilweise ausgebeutet werde. Sie analysierten deshalb die Totalausbeutung der vorwiegend weiblichen Haus- und Familienarbeit als „letzte Kolonie“ (Werlhof), in der die Reproduktion der erwerbstätigen und Mehrwert produzierenden Arbeitskräfte kostenlos erfolgt, und weitere Formen der „Hausfrausierung“²⁰⁴ im globalen Süden.

Bei einem solchen „Eisberg“ lassen sich oben und unten allerdings nicht auf revolutionärem Weg vertauschen. „Es geht nicht darum, die Pyramide umzukehren. Wir müssen ein ganz anderes Paradigma erfinden.“ Nach dem Auseinanderbrechen und Schmelzen des Eisbergs „brauchen wir zum Überleben so etwas wie ein Floß, das uns wieder an Land, vielleicht auf eine Insel bringt.“ Grundelement einer solchen „Überlebenswirtschaft“ müsse eine „Moral Economy“ sein. Anstelle von Egoismus und Konkurrenz sollen die bislang „im kapitalistischen Patriarchat den Frauen zugewiesenen und darum ‚entwerteten‘“ Potentiale der „gegenseitigen Fürsorge und Hilfe, Liebe, Mitmenschlichkeit und zweckfreier Lebensfreude ... , Kooperation und Gegenseitigkeit“ die ausschlaggebenden Antriebskräfte der Wirtschaft werden. „Ziel ist nicht die Befriedigung künstlich geschaffener Nachfrage, sondern die Erhaltung des Lebens, der Subsistenz. ... Unbegrenzt Wachstum von Geld und Waren kann es nicht geben.“ Maßgebend sollen auch die „Prinzipien der Regionalisierung (Lokalisierung) und Dezentralisierung“ werden und die Wirtschaft soll dann „nicht mehr auf dem globalen Handel beruhen. ... Der Han-

²⁰² Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 17.

²⁰³ Bettina Haidinger & Käthe Knittler (2016), S. 16 - 41 (Kritik an der männlichen Ökonomie) und 60 - 85 (Kritik am homo oeconomicus).

²⁰⁴ Claudia von Werlhof (1983 / „letzte Kolonie). - Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 40 - 41 (Hausfrausierung).

del sollte dem Austausch von Gütern dienen, nicht der Akkumulation von Kapital.“²⁰⁵

Die Kritik der „Subsistenzperspektive“ an den großen Agrarkonzernen und deren Patentierung von Saatgut und Genen, die auch im Gedankenaustausch mit der indischen Naturwissenschaftlerin und Philosophin Vandana Shiva (der Trägerin des Alternativen Nobelpreises von 1993) entstand, beinhaltet keineswegs die vom Begriff Subsistenz geweckte falsche Vorstellung, dass alle Menschen wieder von der Industrie- zur Agrargesellschaft zurückkehren sollten. Vielmehr ging es um eine Regeneration der Landwirtschaft in ökologischen, familien- und kleinbäuerlichen Formen bzw. in Form von Genossenschaften und Landkooperativen. Eine solche Landwirtschaft sollte die Grundlage von lediglich verringerten Sektoren der Industrie und Dienstleistungen werden, um „die Haut unserer Erde zu schützen“. Sie sollte auch um Formen der „urbanen Subsistenz“ ergänzt werden. Dennoch wurde die „Subsistenzperspektive“ innerhalb der Linken als „Rückkehr auf's Land“ kritisiert und absurder Weise sogar einer Nähe zur nationalsozialistischen „Blut- und Boden“-Ideologie bezichtigt.²⁰⁶

In Wirklichkeit wollten Bennholdt-Thomsen & Mies & Werthof den damals schon wieder entpolitisierten und auf individuelle Befreiungen der Frauen von Benachteiligung, Sexismus und Gewalt reduzierten Feminismus erneut über eine „Gleichberechtigung mit den Männern *im* System“ hinaus politisieren. Schwierig blieb jedoch nach ihrem eigenen Bekunden noch immer die Lösung der durch den nationalsozialistischen Mutterkult belasteten „Mütterfrage“, die in Teilen der Frauenbewegung sogar zu einer „Ablehnung von ... Mütterlichkeit als solcher“ führte. „Mutterschaft und die direkte Überlebensarbeit, Hausfrauenarbeit eben, galten als unfeministisch. So gab es Frauen, die sich deshalb sterilisieren ließen.“²⁰⁷ Wie sollten sich also Schwangerschaft, Geburt und die Fürsorge für kleine Kinder in Emanzipationsbestrebungen integrieren lassen, ohne in konservative oder gar reaktionäre Frauenbilder zurück zu verfallen oder sich in „biotechnologische Entwicklungen“ zu verirren?²⁰⁸

Ebenso wie die ihr vorausgegangene „Haushaltsdebatte“ hatte auch die „Subsistenzperspektive“ nicht das Ziel, die unsichtbaren Leistungen von Frauen und der Natur in der Weise über den Meeresspiegel zu heben und dadurch sichtbar zu

²⁰⁵ Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 65 - 68 (Charakteristika einer „Überlebenswirtschaft“).

²⁰⁶ Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 19 - 20 (Kritik an der Subsistenzperspektive), 21 (Gewerkschaften und Wachstum), 87 (Haut der Erde) - 90 (Agrarkonzerne), 137 - 150 (urbane Subsistenz) und 174 (Patente auf Saatgut und Gene). - Im nordindischen Bundesstaat Sikkim konnte übrigens während der vergangenen 20 Jahre die Landwirtschaft komplett auf den Öko-Landbau umgestellt werden. Vgl. Bernward Geiger (2018), Willkommen in Sikkim, in: Schrot und Korn Nr. 3, S. 41 - 47; auf der Website <https://www.rapunzel.de/besuch-bio-paradies-sikkim-1217.html> (Zugriff: 31.7.2019). - Vgl. auch Elisabeth Meyer-Renschhausen (2002).

²⁰⁷ Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 203 (nicht nur Gleichberechtigung im System), 207 (Problem Mütterlichkeit)

²⁰⁸ Veronika Bennholdt-Thomsen & Maria Mies (1997), S. 210 (biotechnologische Entwicklungen).

machen, dass ihre Inanspruchnahme mit gerechten Preisen belegt wird. Die Übertragung der auf Märkten vorherrschenden Tauschlogik des „do ut des“ („ich gebe, damit du gibst“) auf die Fürsorge für Kinder, Menschen mit Handicaps, Kranke und Alte wäre ihnen als unangemessen erschienen. Mies & Bennholdt-Thomsen & Werlhof zogen auch noch keine Transformation der kapitalistischen Lohnarbeit in selbstbestimmte Erwerbstätigkeiten in einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ in Betracht, obwohl sie der „Ideologie des Lohnarbeitsregimes“ sehr kritisch gegenüberstanden. Zunächst erstrebten sie ähnlich wie Fritjof Bergmann und Jeremy Rifkin eine quantitative Reduktion der Lohnarbeit und eine gleichzeitige quantitative Ausdehnung der nicht monetär bewerteten „Nicht-Lohnarbeiten“: „Innerhalb einer solchen Gesellschaft werden Menschen ihren Lebensunterhalt sowohl durch Lohnarbeit als auch durch Nicht-Lohnarbeit erwerben. ... Damit die Nicht-Lohnarbeit einen zentralen Wert in der Gesellschaft bekommt, muss sie anders bewertet werden als jetzt, da Geld der einzige Wertmaßstab ist. Das kann geschehen, wenn Männer die Hälfte aller notwendigen Nicht-Lohnarbeit tun und die Gemeinwesen diese Arbeit höher schätzen als die Arbeit für Geld“ und wenn außerdem die Gemeinwesen „wieder die Kontrolle über ihre natürlichen, lebenswichtigen Ressourcen gewinnen - über Wasser, Land, Wälder, Artenvielfalt - und diese weder privatisiert noch verstaatlicht werden.“²⁰⁹

Eine gleiche Teilhabe von Männern und Frauen an sichtbaren außerhäuslichen Arbeiten und an unsichtbaren innerhäuslichen Arbeiten war gewiss ein erstrebenswertes Ziel der „Subsistenzperspektive“; jedoch blieb im Unklaren, wie die Bedeutung des Geldes als Wertmaßstab herabgesetzt und wie die Wertschätzung der „Nicht-Lohnarbeit“ so erhöht werden könnte, dass sich mehr Männer an der „lohnlosen Hausarbeit“²¹⁰ beteiligen. Gleichwohl ergaben sich einige Berührungspunkte zwischen der „Subsistenzperspektive“ und der Geld- und Bodenrechtsreform.

- Ohne auf die von Oppenheimer, Gesell und dem frühen Ordoliberalismus vorgenommene Unterscheidung zwischen der bestehenden monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft und dem Zukunftsbild einer von jeglichen Mono- und Oligopolen befreiten Marktwirtschaft zurückzugreifen, hoben auch Bennholdt-Thomsen & Mies hervor, dass „Markt nicht gleich Markt ist“, weil es auch schon in vorkapitalistischen Zeiten Tauschhandel und Märkte als „wichtige soziale Akte“ gegeben habe. „Es hat niemals Gesellschaften ohne Tauschverhältnisse gegeben; was es allerdings gegeben hat, sind Tauschbeziehungen, die einer

²⁰⁹ Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 66 - 67 (Reduktion der Lohnarbeit), 188 und 198 (Lohnarbeitsregime) und 243 (Reduktion der Lohnarbeit). Mit weder privatisierten noch verstaatlichten Ressourcen meinten die Autorinnen der „Subsistenzperspektive“ möglicherweise Gemeingüter (Commons), die zu der Zeit bereits von der späteren Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom erforscht wurden. Sie stellten sich auch eine Dezentralisierung der politischen Strukturen vor, ließen es aber offen, wie eine „Grassroots-Demokratie“ als Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie aussehen könnte. (S. 67)

²¹⁰ Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 26 (lohnlose Hausarbeit).

anderen Moral als in der Maximierungsgesellschaft gehorchen.“ Da es Märkte also - wie schon Karl Polanyi dargestellt hat - nicht nur in den modernen, auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Zerrbildern gegeben habe, müsse der gängige „Marktbegriff revidiert“ und eine „Verbindung von Markt und Subsistenz wiedergewonnen“ werden. „Das Tauschen ist für sich genommen ein wichtiger sozialer Akt. ... Markt und Tausch ... können ... anders als konkurrenzbetont und auf Verdrängungswettbewerb gerichtet sein“, wie Bennholdt-Thomsen am konkreten Beispiel von Juchitan, einer „Stadt der Frauen“ im Süden Mexikos, zeigte, die wie eine Insel im Meer der patriarchalisch-kapitalistischen Gesellschaft Mexikos liegt und wo sich der Handel größtenteils in der Hand von Frauen befindet.²¹¹

- Aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Großgrundbesitz sowie der Lage von Kleinbäuerinnen, Kleinbauern und Landlosen in Indien und Lateinamerika brachten Bennholdt-Thomsen & Mies den Gedanken in die „Subsistenzperspektive“ ein, dass im Interesse eines „Gesellschaftsentwurfs, der nicht mehr auf der fortgesetzten Kolonisierung der Natur, der Frauen und fremder Völker basiert ... , der Kampf der Frauen auch darum gehen müsste, dass Land in Frauenhand kommt, nicht notwendigerweise in der Form von Privatbesitz, sondern in der Form eines den Frauen zustehenden Verfügungsrechts.“ Leider blieb dabei noch offen, wem das Land letztlich gehören und wie die private Nutzung generell in Stadt und Land und im globalen Süden insbesondere durch Kleinbäuerinnen und Landkooperativen geregelt werden sollte. Immerhin nahm die „Subsistenzperspektive“ die von der neoklassischen Ökonomie verdrängte Bodenfrage wieder in den Blick - allerdings ohne eine Auswertung von Erfahrungen mit bisherigen Landreformen im globalen Süden. Sie knüpfte vielmehr an die früher in Mitteleuropa weit verbreiteten Allmenden an, setzte sich kritisch mit Garrett Hardins „Tragedy of the Commons“ auseinander und entwickelte Vorstellungen von einer „globalen Allmende“ - rund 20 Jahre, bevor Elinor Ostroms Forschungen über Gemeingüter mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet und in Deutschland durch Silke Helfrich popularisiert wurden.²¹²

- Schließlich wandte sich die „Subsistenzperspektive“ auch gegen den „Mythos des Geldes. Nicht des Geldes als einfachem Tauschmittel oder Wertmesser, sondern des Geldes, das immer mehr Geld gebiert. ... Das Geld, das aus sich neues Geld ‚gebirt‘ (z.B. qua Zinsen), ist ein Mythos.“ Während allein Frauen Kinder

²¹¹ Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 122 - 136, besonders S. 124 und 130 sowie 134 - 135 (Handel in Juchitan). Über Juchitan vgl. Veronika Bennholdt-Thomsen (1997). Juchitan liegt im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca, in dessen benachbartem Bundesstaat Chiapas sich 1994 Landkonflikte so sehr zuspitzten, dass die indigenen Zapatisten unter Subcommandante Marcos einen Aufstand gegen die mächtigen Großgrundbesitzer und Politiker unternahmen, der von der mexikanischen Armee mit blutiger Gewalt niedergeschlagen wurde. - Zur Verbindung von Markt und Eigenarbeit im Ordoliberalismus vgl. Walter Eucken (1952/1960), S. 246 - 247.

²¹² Maria Mies (1992), S. 276 und 290, sowie Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 159 (Allmenden), 167 (globale Allmenden) - 181. - Vgl. Silke Helfrich (2012).

und Enkelkinder hervorbringen können, beansprucht Geld bzw. Geldkapital, durch Zinsen und Zinseszinsen ‚fruchtbar‘ und ‚schöpferisch‘ zu sein. Auch die feministische Ökonomin Mascha Madörin aus der Schweiz sah im herkömmlichen Geld einen „männlichen Maßstab“ und in der Finanzwelt eine „phallokratische Ordnung“, in der sich „männliche Unsterblichkeits-, Machbarkeits-, Schöpfer-, Potenz- und Allwissenheitsphantasien“ ausleben. Außerdem sei der „Börsenjargon stark sexistisch aufgeladen“, ebenso die Werbung.²¹³

Im Gegensatz dazu sollte die kapitalistische Wachstumsspirale G-W-G' in einen nachkapitalistischen Ware-Geld-Kreislauf W-G-W transformiert werden. Bennholdt-Thomsen & Mies äußerten auch Sympathien für Tauschringe und lokale bzw. regionale Komplementärwährungen. Und sie erinnerten an das Erfolg versprechende kommunale Experiment mit einem Freigeld 1932/33 in Wörgl/Tirol. „In Deutschland sind die Ideen Silvio Gesells 1990 von Margrit Kennedy und 1993 von Helmut Creutz popularisiert worden.“²¹⁴ Dennoch gingen weder Bennholdt-Thomsen & Mies noch Madörin der Überlegung nach, dass sich Gesells „rostende Banknoten“ als ein Mittel erweisen könnten, dem Geld seine zinszeugende Kraft (grch. tokos = das Neugeborene und der Zins) zu nehmen, und dass es in reformierter Gestalt eine Chance eröffnen könnte, den „Mythos des Geldes“ zu entzaubern, die Wirtschaft an die Rhythmik des Werdens und Vergehens von allem Leben anzupassen und sie von der Wachstumsspirale in eine Kreislaufwirtschaft übergehen zu lassen.

Bennholdt-Thomsen wollte ausdrücklich „nicht an die bei uns geläufigere Diskussion der Ideen, Erfahrungen und Theorien der Freiwirtschaftler und verwandter Richtungen anknüpfen“. Stattdessen verwies sie auf den anderen Umgang mit dem herkömmlichen Geld in der ‚matriarchalen‘ Gesellschaft in Juchitan/Mexico. Als ihre „Zweifel am Tauschparadigma des Nehmens statt am Paradigma des Gebens“ noch stärker wurden, wandte sie sich schließlich den soziologisch-ethnologischen Forschungen von Marcel Mauss und der „Schenkökonomie“ von Geneviève Vaughan zu. Im Gegensatz zum Tauschparadigma der Ökonomie sollte es in der Wirtschaft nicht nur um das Produzieren, Leihen und Tauschen, sondern auch viel mehr als bisher um das Schenken gehen. „Geben ist das Grundmuster der Kommunikation.“ Anstelle des homo oeconomicus postulierte Bennholdt-Thomsen einen „homo donans“ und verabschiedete sich sogar ganz von der Vorstellung einer anzustrebenden Reziprozität von Geben und Nehmen, indem sie den „Mythos vom Äquivalent“ zurückwies und fragte: „Wie kann eine komplexe Gesellschaft entlang der Prinzips des bedingungslosen Gebens funktionieren? ... Der Weg ins Freie liegt dort, wo wir die Teilhabe am Geldmechanismus aufkün-

²¹³ Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 23 und 27 (Mythos des Geldes). - Mascha Madörin (1991), S. 4. - Mascha Madörin (1997), S. 86.

²¹⁴ Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies (1997), S. 61 (G-W-G' und W-G-W), 86 (Tauschringe und LETS) und 149 (Freigeld in Wörgl, Gesell, Kennedy und Creutz). Über das Freigeldexperiment von Wörgl entstanden 2018 ein Spielfilm „Das Wunder von Wörgl“ und ein Dokumentarfilm „Der Geldmacher“.

digen.“²¹⁵ Gewiss haben die Neoklassik und der Marxismus in ihrer Fixierung auf das Produzieren, Leihen und Tauschen das Phänomen des Schenkens völlig ausgeblendet; aber die Anerkennung einer größeren Bedeutung des Schenkens müsste nicht zu ihrer Verabsolutierung im Sinne einer nunmehrigen Verdrängung des Tauschens führen, zumal auch dem Schenken ein Gespür für die Reziprozität der Gaben innewohnt.²¹⁶

13.6.3 „Vorsorgendes Wirtschaften“ (Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister)

Als die Debatten über die „Subsistenzperspektive“ ihren Höhepunkt überschritten hatten, drang das Nachdenken über das Geschlechterverhältnis und den patriarchalen Charakter der kapitalistischen Marktwirtschaft zu guter Letzt auch noch in die Ökonomie vor, die bis dahin - von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen²¹⁷ - eine Männerdomäne geblieben war. Einer der Auslöser war dafür eine von der Ökonomin Elisabeth Allgöwer und anderen im Oktober 1995 an der Universität St. Gallen/Schweiz veranstaltete Tagung „Ökonomie weiterdenken“, bei der es um die Lage von Frauen in der Ökonomie und auf dem Arbeitsmarkt sowie um das Verhältnis von Frauen zur Natur ging.²¹⁸ Bei dieser Tagung stellte die Ökonomin Adelheid Biesecker ohne Anknüpfung an die „Subsistenzperspektive“ auch erste Grundzüge eines „Vorsorgenden Wirtschaftens“ vor, die sie in den folgenden Jahren zusammen mit Sabine Hofmeister und anderen weiterentwickelte und zur Grundlage eines wissenschaftlichen „Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften“ machte.

Als Ziel des Wirtschaftens sollte nicht mehr wie in der Neoklassik die größtmögliche individuelle Nutzenmaximierung auf der Basis einer geschlechtsspezifischen Trennung von Markt- und Versorgungsökonomie gelten, sondern eine beide Geschlechter miteinander verbindende „vorsorgende Wirtschaft“, die „durch ein von vornherein als soziales Handlungsprinzip verstandenes ‚Sorgen für mich und andere‘“ charakterisiert ist. Nachdem sich „sorgendes Wirtschaften“ früher „traditionell im Familien- und Nachbarschaftsnetz“ abgespielt habe, „bedeutet die Erweiterung des traditionellen Sorge-Prinzips zum Vorsorgen, dass in diese ‚anderen‘ nicht nur die Mitglieder der Familie bzw. des Haushalts einbezogen werden, sondern alle ‚Betroffenen‘ des heutigen Wirtschaftens, insbesondere die natürliche

²¹⁵ Veronika Bennholdt-Thomsen (1999), S. 40 - 48 (Distanz zur Geldreform). - Veronika Bennholdt-Thomsen (2010), S. 47 - 54, hier: S. 49 (homo donans), 50 (Paradigma des Gebens), 72 (Ausstieg aus dem Geldmechanismus) und 88 - 89 (Geld als ein Baustein im Imperium der Schande).

²¹⁶ Der Begriff des Schenkens war bei Vaughan und Bennholdt-Thomsen sehr viel weiter und allgemeiner gefasst als bei Rudolf Steiner, der in seiner „Dreigliederung des sozialen Organismus“ das Schenken hauptsächlich im Sinne des sozialen Unternehmertums als ein Spenden von Gewinnanteilen für kulturelle Zwecke verstand.

²¹⁷ Bettina Haidinger & Käthe Knittler (2016), S. 16 - 41. - Elisabeth Allgöwer (2018).

²¹⁸ Elisabeth Allgöwer u.a. (1997).

Mitwelt und die zukünftigen Generationen. Damit ist die Wertebasis dieser Wirtschaftsweise eine andere: Im Mittelpunkt steht nicht mehr das den Eigennutz maximierende Individuum, sondern die Gewährleistung der Lebens- und Entwicklungsbedingungen der in einem solchen Zusammenhang (Netzwerk) eingebetteten heute lebenden Menschen, der zukünftigen Generationen sowie der natürlichen Mitwelt. ... Die dauerhafte Handlungsweise im vorsorgenden Wirtschaften ist dadurch gekennzeichnet, dass die Menschen nicht individualistisch-eigeninteressiert, sondern sozialinteressiert handeln, indem eben alle Betroffenen einbezogen werden. ... Im Konzept des vorsorgenden Wirtschaftens wird das Prinzip der Vorsorge mit dem der Orientierung am Lebensnotwendigen kombiniert.“ Es steht also auch im Widerspruch zum Glauben der Moderne an ein immerwährendes Wirtschaftswachstum.²¹⁹

Da vorsorgendes Wirtschaften „Verständigungsprozesse zwischen den Beteiligten über ihr gemeinsames Handeln notwendig“ mache, entwickelte Biesecker anknüpfend an das Werk von Karl Polanyi eine „Kombination der Theorie der sozialen Konstruktion von Institutionen mit dem Begriff des kommunikativen Handelns“ von Jürgen Habermas und stellte sich die Teilnahme der nachfolgenden Generationen und der Natur an diesem gesellschaftlichen Diskurs in Form seiner Ergänzung durch „eine Art fiktiven Diskurs“ vor, „über den ihren Interessen Geltung verschafft wird.“ Unklar blieb, ob und wie dieser Gesamtdiskurs die dezentrale Selbstorganisation der Märkte ersetzen oder ergänzen sollte. Bieseckers Abneigung gegen Märkte war jedenfalls sehr stark ausgeprägt. Die Geschlechterhierarchie war für sie ein „elementarer Bestandteil der marktvermittelten Ökonomie“, ohne dass sie wie die „Subsistenzperspektive“ wenigstens ansatzweise eine Transformierbarkeit der kapitalistischen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft in Erwägung zog.²²⁰

Auf der Tagung 1995 in St. Gallen warf Biesecker auch die Frage nach den zu einem vorsorgenden Wirtschaften passenden Institutionen auf. Eine „neue Geldverfassung, neue Formen von Eigentum, Nutzungsrechte statt Eigentum, Einheit von Versorgungsökonomie und Erwerbsökonomie, neue Formen der Güterverteilung, Neuregelung des Zinses, Diskurs, Kooperation, neue Unternehmen, neue Formen des Haushaltens und dezentralisierte Verwaltungen (gelebte Subsidiarität)“ sollten dazu gehören. Damals konkretisierte Biesecker allerdings nur erst ihre Vorstellungen von einer „Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft“, die mit einem „Prozess der kommunikativen Kreditvergabe“ gleichermaßen ein „Element einer vorsorgenden Wirtschaftsweise und deren Wegbereiterin“ sein sollte.²²¹ -

²¹⁹ Adelheid Biesecker (1997), S. 62 - 63.

²²⁰ Adelheid Biesecker (1997), S. 53 (Polanyi), 59 (soziale Konstruktion, Habermas' kommunikatives Handeln) und 63 (Verständigungsprozesse). Zum Zusammenhang zwischen dem Markt und der Geschlechterhierarchie vgl. Adelheid Biesecker & Sabine Wolf (1995), S. 139 und 140 - 141 (Habermas).

²²¹ Adelheid Biesecker (1997), S. 66 (neue Institutionen) und 67 - 74 (Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft).

Die in den folgenden Jahren hinzugekommenen Resultate weiterer Forschungen legte das „Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften“ im Jahr 2013 gleichsam als ein Kompendium vor, um weiterhin feministisch-kritische Blicke auf die Wirtschaft zu ermöglichen, denn „die Menschen sind zwar besorgter geworden, aber das Wirtschaften nicht sorgsamer“ - auch nicht nach dem Beginn der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten im Herbst 2008. Unter anderem wurde in diesem Sammelband eine „Ethik des Vorsorgenden Wirtschaftens“ entfaltet und Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister stellten ihr Konzept „(Re)Produktivität als Kategorie Vorsorgenden Wirtschaftens“ dar. Damit erhoben sie den Anspruch, „die Trennung von Produktion und Reproduktion, die in den Marktökonomien der Moderne festgeschrieben ist, kritisch analytisch aufzudecken und praktisch zu unterlaufen“.²²²

Mit dem Ziel eines egalitären statt hierarchischen Geschlechterverhältnisses vor Augen suchten Biesecker & Hofmeister nach einer „Verbindung von Produktion mit Reproduktion - wie kann das gelingen?“ Wie könnten die bisher von der Neoklassik „als ‚reproduktiv‘ abgespaltenen Bereiche der unbezahlten Tätigkeiten, von denen ein großer Teil sozial Frauen zugewiesene Sorge- oder Care-Arbeit ist, und der Natur“ auf gleicher Ebene mit der bezahlten Produktion verbunden werden? „Kapitalistische Produktion für den Markt setzt die ‚reproduktiven‘ Leistungen von Frauen wie die der ökologischen Natur immer schon voraus.“ Deshalb bedürfe es der „Kategorie (Re)Produktivität“ als Ausdruck eines „erweiterten Begriffs von Arbeitsproduktivität“, damit die Produktion und die „aus dem Ökonomischen ausgegrenzte und unsichtbar gehaltene“ Reproduktion eine „nicht durch Abwertungen getrennte Einheit aller produktiven Prozesse in Natur und Gesellschaft“ werden und ein neues „Ganzes“ der Arbeit bilden können.²²³

Die von Biesecker & Hofmeister als ein hierarchisierende „Trennungsverhältnisse“ überwindendes Bindeglied zwischen Produktion und Reproduktion konzipierte „Kategorie (Re)Produktivität“ besteht im Wesentlichen - auch wenn dies in ihrer „Vision von einem nachhaltigen Wirtschaften“ nicht explizit zum Ausdruck gebracht wird - aus der Vorstellung, die dezentrale Selbstorganisation der Wirtschaft mit Hilfe von Marktpreisen abzuschaffen, weil das „(Markt-)Ökonomische“ eine „paradoxe Funktionsweise“ hat und „im Akt des Bewertens ausgrenzt (externalisiert), was es im Akt des Verwertens umfassend vereinnahmt (internalisiert): die sog. reproduktiven Leistungen der lebendigen Natur und der lebendigen Menschen.“ Anstelle des Marktes stellten sich Biesecker & Hofmeister im Rahmen ihrer „Kategorie (Re)Produktivität“ eine „Vielzahl aufeinander abgestimmter produktiver Prozesse (vor), deren stofflich qualitative und wertmäßige Dimensionen ... durch gesellschaftliche Aushandlungsprozesse auf allen Ebenen der gesell-

²²² Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften Hrsg. (2013), S. 9 (Motivation des Netzwerks), 21 - 42 (Ethik) und 134 (Anspruch des Konzepts von Biesecker & Hofmeister).

²²³ Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister (2013), S. 137 - 143 (Ausgangsfrage, Verbindung von Produktion und Reproduktion als „Ganzes“ der Arbeit, ungetrennte Einheit).

schaftlichen (Re)Produktion bestimmt werden.“ Diese „Aushandlungsprozesse“ sollen „auf vielen Ebenen stattfinden: auf der einzelwirtschaftlichen eines Haushalts oder eines Unternehmens, auf der regionalen, auf der gesamtwirtschaftlichen, auf der globalen.“ In diesen „Aushandlungsprozessen“ sollen produktive und reproduktive Arbeiten nicht mehr ungleich bewertet werden. Zudem sollen sie am „für das gute Leben Notwendigen und auf Kooperation“ ausgerichtet werden. „Verfahrensregeln ... für demokratisch verfasste gesellschaftliche Aushandlungsprozesse“ sollen Biesecker & Hofmeister zufolge „Kooperation, Partizipation und Diskursivität“ statt Konkurrenz werden, wobei sie hinsichtlich der „sozial-ökologischen Kriterien“ für Bewertungs- und Aushandlungsprozesse unkonkret blieben. Es bestünden noch „Forschungs- und Konkretisierungsbedarfe“. Aber man könne davon ausgehen, dass dann nach einer „Erweiterung des Begriffs Arbeit ... nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch nicht-erwerbliche Arbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit“ als gleichwertige Arbeiten angesehen würden. Die Gesamtheit der Arbeiten werde dann in das Ganze der sozialen und ökologischen Lebenswelten eingebettet sein.²²⁴ -

In einem anderen, von Adelheid Biesecker gemeinsam mit Uta von Winterfeld verfassten Beitrag zu diesem Sammelband erscheint eine „Rückgewinnung von Souveränität gegenüber Geld und Wachstumszwang (als) eine Voraussetzung für ein gutes Leben“. Von den verschiedenen Funktionen des Geldes problematisierten sie am meisten seine „Tendenz zur Grenzenlosigkeit“ und stellten in Anlehnung an die Kritik von Karl Marx, Hans Christoph Binswanger und Margrit Kennedy am „Vermehrungs- bzw. Anhäufungszwang“ des Geldes die gewiss berechtigte Forderung nach einer „Relativierung des Geldes“ auf. Es genüge nicht, wenn Frauen nur „gleichberechtigter Anteil ... an der Geschichte des Geldes“ bekämen. „Ebenso wenig kann das Geld bleiben, wie es ist und was es ist und dadurch ‚gut‘ werden, dass es fortan von Banken nach ethischen Kriterien der Geldanlage verwaltet werden würde. Nicht, dass dies unwichtig wäre. Aber es genügt nicht.“ Vor allem die Sorge-/Carearbeit mit ihrer „Hinwendung zum konkreten Menschen erfordert in Teilen die Abwendung vom abstrakten Geld ... und seiner Tendenz zur Sorglosigkeit, zur Schrankenlosigkeit bis hin zum autistischen Kreisen um die eigene Selbstvermehrung. ... Das heißt, der Dynamik des Geldes müssen an Sorge und Vorsorge orientierte Grenzen gesetzt werden. Nur so kann Geld die Funktion erhalten, die ihm in einer vorsorgenden Wirtschaftsweise zukommt: die dienende, unterstützende Funktion für sozialökologische Wirtschaftsprozesse. Aus Geld als Gewalt wird so Geld als Lebensmittel.“²²⁵

²²⁴ Adelheid Biesecker & Sabine Hofmeister (2013), S. 144 (paradoxe Funktionsweise des Marktökonomischen), 146 (Vision, Aushandlungsprozesse auf allen Ebenen), 152 (gutes Leben) und 155 (Forschungsbedarf). - Eine ideengeschichtliche Parallele könnten die Aushandlungsprozesse auch in den „Assoziationen“ in Rudolf Steiners „Dreigliederung des sozialen Organismus“ gehabt haben.

²²⁵ Adelheid Biesecker & Uta von Winterfeld (2013), S. 258 (Geld und Wachstumszwang), 260 - 266 (Grenzenlosigkeit des Geldes; Marx, Binswanger und Kennedy; Relativierung des Geldes).

Die Forderung nach einer Umgestaltung des Geldes von einem Medium der Ungerechtigkeit und der Ausübung von struktureller Gewalt zu einem lebensdienlichen Vermittler von gerechten gesellschaftlichen Austausch- und Kreditprozessen hat ohne jeden Zweifel ihre Berechtigung. Aber Biesecker & Winterfeld legten leider nicht dar, wie eine generelle „Abwendung vom abstrakten Geld“ und seiner Logik der Renditemaximierung erreicht werden könnte. Sie begnügten sich mit kurzen Hinweisen auf Herman Dalys Plädoyer für „andere Maße“, womit ein anderes Wohlstandsmaß als das Bruttoinlandsprodukt gemeint sein könnte, das auch die bislang unsichtbaren Sorge-/Carearbeiten einschließt, und auf „lokale und regionale Währungen“, die „das Geld erneut an konkrete Lebensbedürfnisse rückbinden“.²²⁶ Schließlich äußerten sich Biesecker, Hofmeister und Winterfeld auch nicht zu der letztlich entscheidenden Frage, welche Rolle ein wie auch immer verändertes Geld bei den gesellschaftlichen „diskursiven Aushandlungsprozessen“ einnehmen soll. Soll es dabei als bloße Verrechnungseinheit zum Einsatz kommen? Oder soll es vielleicht doch auch die Qualität der Produktion und des Marktes verändern?

13.6.4 Nach „Subsistenzperspektive“ und „Vorsorgendem Wirtschaften“ - Gibt es bessere Wege zu ihren richtigen Zielen?

Bei aller Sympathie für die feministischen Ansätze der Ökonomiekritik lässt sich nicht leugnen, dass sie sich derzeit in einer Sackgasse befinden. Wenn es gemäß der Grundorientierung von „Haushaltsdebatte“ und „Subsistenzperspektive“ dabei bleibt, dass die Haus- und Reproduktionsarbeit auch weiterhin nicht bezahlt wird, dann wird damit auch der Fortbestand der patriarchalisch-kapitalistischen Geschlechterhierarchie mit den Männern als sog. ‚Familienernährern‘ und den Frauen als doppelt belasteten ‚Hinzuverdienerinnen‘ zementiert. Im „Vorsorgenden Wirtschaften“ sollen zwar Produktion und Reproduktion gleich bewertet werden, aber erstens gibt es die erforderlichen Bewertungskriterien nicht und es wird sie auch in Zukunft nicht geben und zweitens droht neben vielem anderen auch das große Ziel einer gleichen Teilhabe von Männern und Frauen an außerhäuslichen Erwerbsarbeiten und innerhäuslichen Sorgearbeiten an der Undurchführbarkeit einer Steuerung der Wirtschaft durch „diskursive Aushandlungsprozesse“ zu scheitern. Im Interesse einer Erreichbarkeit dieses Ziels führt also kein Weg daran vorbei, sich dem bislang ungelösten „Dauerbrenner Haus- und Reproduktionsarbeit und unbezahlte Arbeit“ (Haidinger & Knittler²²⁷) erneut zu stellen und zu versuchen, die Anliegen der bisherigen Ansätze einer feministischen Ökonomiekritik gleichsam mitzunehmen und zugleich bei der Suche nach einem Ausweg aus diesem Dilemma auch über sie hinauszudenken. Dabei sei hier vorab in einer ideengeschichtlichen Rückblende noch einmal kurz an die Überlegung von

²²⁶ Adelheid Biesecker & Uta von Winterfeld (2013), S. 263.

²²⁷ Bettina Haidinger & Käthe Knittler (2016), S. 14.

Silvio Gesell vor rund 100 Jahren erinnert, die Bodenrente als Gehalt für die innerhäusliche Haus- und Sorgearbeit zu verwenden, um danach auch über diese Überlegung hinauszudenken.

- Obgleich Silvio Gesell noch in patriarchalen Denkgewohnheiten gefangen war und sich obendrein auf darwinistische Abwege begeben hatte, ist ihm zugute zu halten, dass er wie vor ihm Charles Fourier im Frühsozialismus und wie John Stuart Mill als letztem großen Vertreter der klassischen Ökonomie immerhin schon die von der klassischen und neoklassischen ebenso wie von der marxistischen Ökonomie ausgeblendete innerhäusliche Reproduktionsarbeit im Blick hatte. Er hatte erkannt, dass ihre Unentgeltlichkeit eine erhebliche Benachteiligung gegenüber bezahlten Erwerbsarbeiten in der Produktion darstellte, und wollte deshalb die vergesellschaftete Bodenrente als „Mütterrente“ an die Mütter entsprechend der Zahl ihrer minderjährigen Kinder auszahlen. Ohne die zwischenzeitlich überwundenen darwinistischen Ideologeme wurde die Idee eines solchen Gehalts für die innerhäusliche Sorgearbeit noch bis in die 1990er Jahre innerhalb von Gesells Anhängerschaft von Wera Wendnagel und Margrit Kennedy vertreten. Helmut Creutz versuchte eine erste Quantifizierung eines solchen Entgelts für die Sorgearbeit.²²⁸

Bei einer Tagung im Rahmen der Reihe „Mündener Gespräche“ diskutierte Wera Wendnagel mit der feministischen Politologin Hannelore Schröder, die als Alternative zu Gesells „Mütterrente“ eine 1979 von Galinka Ehrenfest in den Niederlanden konzipierte „Kindheitsversicherung“ als Weg zur Überwindung der „Nicht-Emanzipation“ von Frauen mit kleinen Kindern ins Gespräch brachte. Anstelle eines Lohns bzw. Gehalts für Sorgearbeit könne durch die Einführung einer Kindheitsversicherung analog zur Altersversicherung ein Weg zur Überwindung der „ungeheuerlichen Ausplünderung von Frauen durch Männer“ gebahnt werden, insbesondere der Ausplünderung von Alleinerziehenden. „Das größte essentielle Handicap ist die ökonomische Tatsache, dass jedes Mädchen eine potenzielle Mutter ist, die als Versorgerin, Mutter eines kleinen abhängigen Kindes selbst ökonomisch abhängig wird und damit unsicher in ihrer gesamten Existenz. ... Selbstverwirklichung, Lohnarbeit außer Haus - also Doppelarbeit für Frauen, Kindergärten, gleicher Lohn und individuelle Besteuerung treffen den Kern des Problems nicht.“ Solange an der patriarchalisch-kapitalistischen Grundkonstel-

²²⁸ Zu Gesells „Mütterrente“ vgl. das Kap. 7.3 des vorliegenden Buches und außerdem Margrit Kennedy (1984), S. 64 - 71. - Helmut Creutz (1986), S. 30 - 33. - Wera Wendnagel (1987), S. 8 - 15, und dies. (1990). - Zur Aufarbeitung von Gesells darwinistischen Verirrungen vgl. Werner Onken (2007b). Es genügt aber nicht, nur Gesells problematische Vorstellungen von einer „Hochzucht“ des gesamten Menschengeschlechts aufzugeben. Ebenso fragwürdig sind die neueren Entwicklungen in der Humangenetik, durch die die frühere Eugenik gleichsam durch eine Hintertür zurückgekommen ist. Vgl. hierzu die Vorbehalte der „Subsistenzperspektive“ gegenüber modernen Biotechnologien; Anm. 206. - Die Entschlüsselung des menschlichen Genoms, die Pränataldiagnostik und technische Möglichkeiten zur Hervorbringung von ‚neuen Menschen‘ oder das sog. Social Freezing, also das Einfrieren und Wiederauftauen von Eizellen zur besseren Karriereplanung wären Gesell vermutlich als Ausdrucksformen der „irrenden Vernunft des Menschen“ erschienen; vgl. ders. (1920/1991a), S. XX).

lation der Wirtschaft nichts geändert werde, „werden Frauen nicht die gleichen Chancen haben, Kinder, Familie und Beruf so selbstverständlich wie Männer zu vereinigen. Sozialisierung der sogenannten Produktion und Kollektivierung der Hausarbeit sind keine Garantie.“²²⁹

In ihrer Darstellung der von Ehrenfest vorgeschlagenen Kindheitsversicherung nahm Schröder keinen Bezug zur „Mütterrente“ und ihrem geld- und bodenreformerischen Hintergrund, so dass offen blieb, innerhalb welcher Rahmenbedingungen sie sich die Einführung einer solchen Kindheitsversicherung vorstellte. „Eine Regelung über die Staatskasse ist unvermeidlich. Und Kinderlose müssen sich an der Finanzierung beteiligen. ... Die Altersversicherung gilt auch allgemein. Und die Kindheitsversicherung kann als Finanzierung der Kosten für die eigene Jugend - im Nachhinein betrachtet werden.“ Wichtiger noch als Details zu erörtern war es Schröder zu betonen, dass „ökonomische Verhältnisse ... prinzipiell von allen anderen getrennt werden: Sexuelle und persönliche Beziehungen einerseits und Bezahlung für bestimmte Arbeiten andererseits sind damit entkoppelt. Die Familie ist keine ökonomische Einheit mehr“, sondern eine allein auf liebevoller Zuneigung beruhende freiwillige Verbindung von zwei wirtschaftlich eigenständigen und voneinander unabhängigen Menschen. Im Hinblick auf das weltweite Bevölkerungswachstum habe Ehrenfest Schröder zufolge erwogen, die Leistungen aus der Kindheitsversicherung auf Zahlungen für zwei Kinder zu begrenzen. „Das langsam abnehmende Einkommen während des Heranwachsens des ersten Kindes wird wieder auf volle Höhe angefüllt bei der Geburt des zweiten Kindes. Für ein eventuelles drittes Kind wird der Versorger-Lohn nicht mehr angefüllt, sondern nach der Geburt von zwei Kindern wieder angebaut, so dass sich die Mutter / der Vater schrittweise wieder auf die außerhäusliche Lohnarbeit vorbereitet und eingliedert.“ Für die Dauer der Leistungen für Familien aus der Kindheitsversicherung könne man sich unterschiedlich lange Zeiten bis zur Einschulung oder dem 12. Lebensjahr oder noch länger vorstellen. Noch zu Hause bei ihren Eltern lebende Jugendliche sollten sich Schritt für Schritt durch Eigenleistungen an der Familienarbeit beteiligen. Letztlich sei es „keine christliche oder sozialistische, sondern eine zynische Auffassung, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass durch diese neue Versicherung die heilige Ehe bedroht wird. Menschliche Beziehungen können nur gewinnen, wenn sie nicht mehr an ökonomische Interessen gekoppelt sind, was in vielen Ehen der Fall ist. ... Ein vergoldeter Käfig bleibt ein Käfig, auch dann, wenn das Elend erst sichtbar wird bei Verlust des Ehemannes (durch Scheidung z.B.). Väter müssen nicht mehr als ‚Verdiener‘ betrachtet werden und können in Zukunft genauso wie Mütter ihre

²²⁹ Galinka Ehrenfest (1910-1979) war eine in Estland geborene niederländische Kinderbuchautorin und -illustratorin. Nachdem ihr Partner Jaap Kloots 1943 im Vernichtungslager Sobibor ermordet worden war, war ihr als schwangerer Frau die Flucht in die Niederlande gelungen. - Hannelore Schröder (1986, Teil 1), S. 8, und (1986, Teil 2), S. 12.

uneigennützig die Liebe der Familie widmen. ... Die Abschaffung der ökonomischen Abhängigkeit von Müttern darf niemals zulasten von Kindern gehen.“²³⁰

Durch die Ablehnung einer Kindheitsversicherung nicht nur vonseiten konservativer Kräfte, sondern auch vonseiten „wortführender Emanzipatrices“ würden Frauen mit kleinen Kindern „einfach im Stich gelassen“. Ebenso dürften außer Haus arbeitende Mütter mit Kindern nicht durch ein „Trinkgeld“ wie das damals von der CDU in Deutschland geforderte Erziehungsgeld „wieder zurückgelockt werden ... auf das Niveau von Kinder-Küche-Kirche, um damit Arbeitsplätze frei zu machen für Familienväter. Die Kindheitsversicherung ... ist mit solcher Rückwärtspolitik nicht zu verwechseln. ... Das ausschlaggebende Kriterium bei der Erörterung der Höhe dieses Einkommens ist, dass es so hoch wird, dass ein Mann die Arbeit dafür übernehmen würde.“ Eine entsprechende Höhe der Kindheitsversicherung und ihrer Leistungen sei auch finanzierbar, denn sie „bedeuten genau wie die Altersversicherung lediglich eine Verschiebung, Umverteilung von Lasten. ... Und außerdem oder gerade deshalb würden sie nivellierend wirken.“ Im Wissen um die in der Frauenbewegung verbreitete Ablehnung des Lohns für Hausarbeit stellte Schröder noch ausdrücklich klar, dass sie in der Kindheitsversicherung keine dem Erwerbseinkommen vergleichbare Bezahlung von Haushaltsdienstleistungen sah, sondern ein solidarisches Sorgen der gesamten Gesellschaft für ihre Kinder.²³¹ -

Den Ausführungen von Schröder konnte Wendnagel „in weiten Teilen nur zustimmen. ... Wir sind uns einig, dass die biologische Funktion die Ursache von ‚Nicht-Emanzipation‘ von Frauen ist, und wir haben das gleiche Ziel: Wir wollen die ökonomische Abhängigkeit der Mütter von Familienvätern überwinden.“ Allerdings bestünden „hauptsächlich in zwei Punkten noch unterschiedliche Auffassungen: Zum einen im Selbstverständnis dieses Erziehungsgeldes und zum anderen in der Frage, aus welcher Quelle es zu finanzieren wäre.“ Wendnagel hatte keineswegs die Absicht, die größtenteils männlichen Erwerbstätigen vor Beiträgen in eine Kindheitsversicherung zu bewahren und die These einer Unbezahlbarkeit dieser Kindheitsversicherung zu unterstützen, aber sie erinnerte daran, dass das gesamte Sozialversicherungssystem seit seiner Entstehung in der Ära Bismarck eine Zwangsinstitution geblieben ist, die der vordergründigen Reparatur des von Ungerechtigkeit und Inflation gekennzeichneten kapitalistischen Systems dient. Sie „ist ja auch besser als der vorige Zustand oder die Lage in solchen Ländern, die diese [Zwangs-]Versicherung nicht haben.“ Eine zusätzliche Kindheitsversicherung stelle also nur die Erweiterung einer problematischen Zwangsinstitution dar. „Eine staatliche Kindheitsversicherung wäre ohne Zweifel im Augenblick besser als gar nichts, in Deutschland vielleicht sogar denen einsichtig zu machen, die selbst keine Kinder haben. Wenn sie heute eingeführt würde, wäre das sicher eine große Erleichterung für alle Mütter und Kinder und ein Fortschritt für die Frauen insge-

²³⁰ Hannelore Schröder [1986, Teil 2], S. 14 und 16.

²³¹ Hannelore Schröder [1986, Teil 2], S. 15 - 16 und 19.

samt. ... Aber die Kindheitsversicherung ... würde als weitere Sozialversicherung in die ansonsten weiterbestehende kapitalistische Unordnung hineingestellt. Unter den Bedingungen einer durch und durch ungerechten Einkommensverteilung würde sie durch eine Umverteilung der Einkommen von der Allgemeinheit aufzubringen sein ... , während fraglich ist, in wie weit auch Bezieher von Vermögenseinkommen zahlen sollen.“ Aus diesen Gründen blieb für Wendnagel unverständlich, warum auf die Bodenrente als Finanzierungspotenzial für den ökonomischen Ausgleich der Geschlechterhierarchie verzichtet werden sollte.²³²

So blieb es innerhalb der Geld- und Bodenreformbewegung vorerst bei ihrer traditionellen Präferenz für eine Verwendung der Bodenrente als „Mütterrente“ - obwohl auch Dieter Suhr 1990 unabhängig von Ehrenfest & Schröder Gedanken über die Einführung einer Kindheitsversicherung analog zur Altersversicherung als Weg zur Überwindung der „transferrechtlichen Ausbeutung von Familien, Müttern und Kindern“ entwickelte. Sie erschien kurz vor seinem Tod in der juristischen Fachzeitschrift „Der Staat“²³³, so dass sie zunächst von der Geld- und Bodenreformbewegung nicht wahrgenommen wurden. Bei einer Tagung 1998 in Birkenwerder bei Berlin kam es zu einem Dialog zwischen ihr und der „Subsistenzperspektive“, bei dem es im Rahmen eines Bemühens, sich die Geschichte der älteren und neueren Frauenbewegungen zumindest in ihren Grundlinien zu vergegenwärtigen und die „Subsistenzperspektive“ zu rezipieren, weiterhin um den Versuch ging, den Gedanken einer Verwendung der Bodenrente als „Mütterrente“ in den feministisch-ökonomiekritischen Diskurs einzubringen.²³⁴

- Die Gedanken von Suhr fanden erst Beachtung, als Fritz Andres sie 1998 in der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ nachdruckte und sie wenige Jahre danach in eine eigene kritische Auseinandersetzung mit einem schon während der 1950er Jahre von Wilfried Schreiber vorgelegten, aber von der Politik nur teilweise umgesetzten Vorschlag für einen Drei-Generationen-Vertrag einbezog.²³⁵

Vor dem Hintergrund öffentlicher Diskussionen über die zunehmende Kinderarmut und die Zukunft der Altersrenten und in Anknüpfung an Veröffentlichungen von Ferdinand Oeter und Jürgen Borchert über Ungerechtigkeiten in den Verhältnissen zwischen den drei Generationen sowie zwischen Eltern und Kinderlosen erhob Suhr starke verfassungsrechtliche Bedenken „gegen die komplexen familien-, steuer- und sozialrechtlichen Transfersysteme, deren Effekte den Geboten eines sozialen Rechtsstaates und ganz besonders dem Schutz der Familie und Mutter in Art. 6 GG Hohn sprechen. ... Erfüllen Eltern ihre verfassungsrechtlichen Pflichten, bleiben kaum Ressourcen für zwei Einkommen und damit für zwei

²³² Wera Wendnagel (1987), S. 8 - 9. - Helmut Creutz (1986), S. 30 - 33.

²³³ Dieter Suhr (1990), S. 69 - 86.

²³⁴ Elisabeth Meyer-Renschhausen (1998), S. 3 - 14. - Maria Mies (1998), S. 15 - 25. - Wera Wendnagel (1998), S. 26 - 36. - Renate Börger (1998), S. 37 - 47.

²³⁵ Wilfried Schreiber (1955/2004), S. 5 - 46. - Fritz Andres (2004b), S. 47 - 64; auch in ders. (2004/2020b), S. 452 - 468. - Den von Hannelore Schröder 1986 in der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ vorgestellten „Ehrenfest-Plan“ haben offenbar weder Suhr noch Andres bewusst wahrgenommen.

eigenständige Rentenansprüche, ganz zu schweigen von allen anderen drastischen Einschränkungen. Steht die Mutter gar allein, bleibt ihr praktisch nichts außer ihren Pflichten und der Sozialhilfe. ... Die kapitalistische Struktur unserer sozio-ökonomischen Welt selbst ist familien- und kinderfeindlich: Kinder kosten ihre Eltern Gegenwartsgeld; das kapitalistische System jedoch prämiert den Ausgabenaufschub in die Zukunft mit Kapitalerträgen. Wer sein Gegenwartseinkommen für Kinder ausgibt, ist nicht nur sein Geld los. Außerdem wird er durch entgangene Erträge benachteiligt. Wer gar Geld für Ausbildung aufnimmt, wird mit Zinsen bestraft. Der Kinderlose dagegen erwirbt – dank Zins und Zinseszins – mit verhältnismäßig wenig Gegenwartsgeld unverhältnismäßig viel Zukunftsgeld. Und ‚Zukunftsgeld‘, das sind Ansprüche an die Kinder! Er erwirbt gegen die fremden Kinder diskontierte bzw. wachsende Zukunftsforderungen, deren Wachstum ein exponentiell wachsender Transfereffekt ist. Denn jede Forderung ist eine Schuld, jeder Abstrom ein Zustrom. Die Summe aller Geldvermögen und Transfers ist Null. Geldvermögensbildung zur Alterssicherung läuft ganz überwiegend darauf hinaus, dass soziale Asymmetrien zu Lasten der Familien und Kinder aufgebaut bzw. verschlimmert werden.“ Das Steuerrecht, das Suhr für ebenso „ehefeundlich wie familienfeindlich“ hielt, bringe „keinen echten Familienlastenausgleich. ... Der Denkfehler liegt schon darin, dass die Kosten der Kinderaufbringung nach wie vor als private Einkommensverwendung angesehen werden.“ Außerdem würden Eltern auch noch mehr indirekte Steuern zahlen, indem sie für ihre Kinder Lebensmittel, Kleidung, Spielsachen und Artikel für die Schule anschaffen müssen.²³⁶ Hinzu kommt der größere Bedarf an Wohnraum für Familien.

An die Stelle des vorindustriellen „Dreigenerationenverbundes“, bei dem die mittlere Generation für die Kinder und Alten sorgte, ist im modernen Kapitalismus die bürgerliche Kleinfamilie getreten und die mittlere Generation ist über die Sozialversicherung nur noch mit der alten Generation verbunden, während die mittlere Generation und besonders die Mütter und Alleinerziehenden die Kosten für die junge Generation als eine Privatangelegenheit ohne Rückhalt durch eine Sozialversicherung zu tragen haben. Besiegelt wurde dieses Unrecht in Deutschland durch die Rentenreform von 1957, bei der die damalige CDU-Regierung unter der Leitung von Bundeskanzler Adenauer einen vom katholischen Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning unterstützten Vorschlag von Wilfried Schreiber vom „Bund Katholischer Unternehmer“ für einen Drei-Generationen-Vertrag abwehrte und stattdessen den Generationenvertrag ohne Berücksichtigung der Jungen auf die mittleren und alten Generationen beschränkte. „Seitdem täuschten sich viele Sozial-, Familien- und Rentenpolitiker, viele ihrer juristischen Berater sowie der Verfassungsjuristen des Sozialstaates über die wirklichen Befunde hinweg. ... Im schroffen Kontrast zu dieser Fiktion steht die Wirklichkeit: Zwangstransfers, Ungerechtigkeit, Ausbeutung. ... Die Idee vom ‚Generationenvertrag‘ fungierte bei alledem ... als schiere Harmonisierungsoptik bei der Verschleierung von Wirklichkeit im All-

²³⁶ Dieter Suhr (1990/1998), S. 4 - 6.

gemeinen sowie von Zwang und von Ungerechtigkeit im Besonderen. ... Heute kumulieren alle Lasten nach wie vor typischerweise bei der Mutter: Sie, die gemäß Art. 6 Abs. 4 GG besonders geschützt sein soll, ist die am meisten transferausgebeutete von allen. Mir ist“ - wie Suhr als Verfassungsrechtler beklagte - „bislang kein Verstoß gegen das Grundgesetz bekannt geworden, der so evident und so weitreichend ist wie dieser.“²³⁷

Die „blinde Vorstellung, Kinderaufbringungskosten gingen niemanden etwas an außer die Eltern“, hielt Suhr für einen Ausdruck „patriarchalischer Wahrnehmungsweisen“. Deshalb erscheine es uns „auch heute noch richtig, wenn Mütter in Erfüllung heiliger familiärer Opferpflichten gegenüber den Kindern ihren Dienst und Sachaufwand für Gotteslohn erbringen.“ Dieses große Unrecht, dass „die Mütter leer ausgehen“, müsse durch eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen allen *drei* Generationen und einen „Geldstrom z. B. in Form eines ‚Müttergehalts‘ und Aufwandsausgleichs“ aus einer erweiterten Sozialversicherung überwunden werden. „Die ‚Mutter‘ wäre dann so gestellt wie andere Lohn- und Gehaltsempfänger auch, die ein Äquivalent für ihre Leistung bekommen, und zwar nicht nur fiktiv und nach ihrem Tode mit Bezug auf die Witwerrente, sondern real, zu Lebzeiten und zu eigenen Gunsten. Wie bei anderen Arbeitseinkommen müsste dann auch ein Teil des Müttergehalts als Beitrag zur Alterssicherung (und – in einem gerechten Generationenverbund – ein anderer Teil als finanzieller Beitrag zur Kinderaufbringung) einbehalten werden. Der Rest würde ihr – ausbezahlt! ... Wenn wir heute die Reproduktion des Humankapitals arbeitsteilig organisieren wie andere Produktionen auch, dann muss man daraus die transferrechtlichen Konsequenzen ziehen: Man muss die arbeitsteilige Aufbringungsleistung anerkennen und im Wesentlichen ausgleichen, um dann die anteilmäßige Beteiligung an Kinderaufbringung und Altersversorgung (und an den Steuern) durch faire Beiträge zu verwirklichen. Der Ausgleich der Kinderaufbringungsleistungen von Familien schließt nicht aus, sondern ermöglicht überhaupt erst, dass Eltern ihren genuin familiären Pflichten nachkommen können, ohne durch eine ständige Überlastquote an Aufbringungsleistungen überfordert zu werden.“²³⁸ Das Wort „Mutter“ setzte Suhr in Anführungszeichen, um damit möglicherweise anzudeuten, dass er sich jenseits traditioneller Geschlechterrollen auch vorstellen konnte, dass Väter die Sorgearbeit nach der Stillzeit ihrer Kinder in größerem Umfang übernehmen.

Seine Überlegungen über einen Ausweg aus der ökonomischen Diskriminierung von Müttern rundete Suhr mit einem Hinweis ab, der Wendnagels durchaus berechtigte Einwände gegen eine Sozialversicherungslösung zumindest auf längere Sicht entkräften könnte. Er verwies nämlich auf den „bisher kaum durchschauten“ Zusammenhang zwischen der bisherigen Sozialversicherung und dem „Komplex Geld, Monetisierung, Kapital“ und den damit einhergehenden „kapitalistischen Täuschungen“. Damit meinte Suhr besondere die „vergeblichen Hoffnungen, die

²³⁷ Dieter Suhr (1990/1998), S. 7 - 9 und 19.

²³⁸ Dieter Suhr (1990/1998), S. 17 - 19.

an Kapitaldeckungskonzepte für die Rentenversicherung geknüpft werden“. In der kapitalistisch verzerrten Marktwirtschaft wird nämlich der Zusammenhang zwischen den Generationen dadurch schwer gestört, dass das kapitalistische Geld unterschiedliche Gegenwarts- und Zukunftspräferenzen in den Kreislauf von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hineinragen und Zeit zu Geld machen kann. Dies lasse sich durch die Einführung eines „Geldes ohne Mehrwert“ unmöglich machen. „Tatsächlich lässt sich ein Geld einrichten, das in dem Sinne ‚neutral‘ ist, dass es nicht schon kraft seiner eigenen Kosten-Nutzen-Struktur die Zeitpräferenzen durch Prämien und Strafen mit unsozialen und familienfeindlichen Effekten verfälscht. ... Unter neutralem Geld werden Gegenwartstransaktionen nicht mehr künstlich verteuert, Transaktionsaufschübe nicht mehr künstlich belohnt. Man kann dann z. B. im idealtypischen Fall sein Lebenseinkommen optimal auf der Zeitachse verteilen, ohne von den real besten Entscheidungen durch monetäre Prämien oder Strafen abgedrängt zu werden.“ Bei einer Nullinflation und einem durchschnittlichen Nullzins werden Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ökonomisch gleichwertig, was eine elementare Voraussetzung für ein „vorsorgendes Wirtschaften“ ist. Mit Hilfe eines neutralisierten Geldes lasse sich Suhr zufolge also indirekt auch die „familienfeindliche Struktur des monetären Systems“ korrigieren und in Verbindung mit einem echten Drei-Generationen-Vertrag auch ein qualitativer Wandel der Sozialversicherung von einem kapitalistischen Reparaturbetrieb zu einem nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen Solidarverbund der Generationen einleiten.²³⁹ -

Nachdem Suhr sich weder zustimmend noch ablehnend zur Idee einer Verwendung der Bodenrente als Entgelt für die Sorgearbeit geäußert hatte, brachte Andres ein Argument gegen die „Mütterrente“ und für die Überwindung der Geschlechterhierarchie im Rahmen eines echten Drei-Generationen-Vertrags in die Debatten ein, dessen Berechtigung sich kaum anzweifeln ließ. Auch wenn Gesells Vorschlag „zu seiner Zeit“ eine Bedeutung gehabt habe, war er Andres zufolge durch „die Idee eines richtig verstandenen Generationenvertrags, bei dem die Kosten der Kinderaufbringung ebenso wie die Renten der Alten von der mittleren Generation im Umlageverfahren aufgebracht werden, überholt, so dass sich erneut die Frage nach der Verwendung der Bodenrente stellt.“ Und hier hatte Andres eine eindeutige Präferenz für eine „gleichmäßige Rückverteilung ... der Bodenrente“ in gleichen pro-Kopf-Beträgen an *alle* Menschen, „weil sie allein das Menschenrecht auf gleiche Teilhabe am Boden garantiert. Jemand, der nicht mehr

²³⁹ Dieter Suhr (1990/1998), S. 4 (familienfeindliche Struktur des herkömmlichen Geldes) und 19 - 22 (Sozialversicherung im Kapitalismus und danach). - Entsprechend dem auf zwei Generationen verkürzten Rentensystem bestehe in der Politik „auch auch nur ein Zweigenerationen-Wahlsystem, in dem die Kinder ein demokratisches Nichts sind“. Suhr plädierte deshalb für ein „volles Dreigenerationen-Wahlsystem“, damit bei politischen Entscheidungen ihre zukünftigen Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt besser mitberücksichtigt werden. (S. 23) - Suhrs Gedanken zum Dreigenerationenvertrag wurden vom Sozialrichter Jürgen Borchert vom Hessischen Landessozialgericht aufgegriffen; vgl. Jürgen Borchert (2013).

oder weniger Boden nutzt als der Durchschnitt seiner Zeitgenossen, hat diese Nutzung im Ergebnis kostenlos, weil er als Entgelt dafür so viel bezahlen muss, wie er im Wege der Rückverteilung wiedererhält. Wer mehr Boden nutzt als der Durchschnitt aller anderen, wäre Nettozahler; wer weniger nutzt, Nettoempfänger.“²⁴⁰

Es gibt also ein menschenrechtlich fundiertes Argument für einen endgültigen Abschied von Gesells. „Mütterrente“ und zugleich besteht die Aussicht, dass sich die ökonomische Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern auf einem anderen Weg im Rahmen einer reformierten Sozialversicherung überwinden lässt. Dabei ist nicht nur die unmittelbare Erweiterung ihrer bestehenden Form zu einer „durchgängigen Ganzheit des Drei-Generationen-Umlageverfahrens“ von Bedeutung (Andres²⁴¹), sondern mittel- und langfristig auch ein qualitativer Wandel der Sozialversicherung vom bisherigen Instrument einer notdürftigen Reparatur des ungerechten kapitalistischen Systems zu einem Solidarverbund von Frauen und Männern, Kindern und Alten innerhalb einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft. Als Fundament eines echten Drei-Generationen-Vertrags kann eine zu Nullzins und Nullinflation führende Reform der Geldordnung in Verbindung mit einer gleichzeitig einsetzenden Rückverteilung der Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beiträgen an alle Menschen und mit einer Beseitigung aller weiteren Arten von Vermögens Einkünften zu einer gerechteren Verteilung der Einkommen aus außerhäuslichen Erwerbstätigkeiten führen. Aus diesen tendenziell gleicher verteilten Erwerbseinkommen der mittleren Generation, von Männern wie von Frauen, lassen sich dann - auch aufgrund der Entlastung der Sozialversicherung von den Kosten der Arbeitslosigkeit - ausreichend hohe Beiträge für die Kindheits- und Jugendversicherungen aufbringen. Auf diese Weise wäre den Vorbehalten der Frauenbewegung gegen eine Ökonomisierung der Sorgearbeit Rechnung getragen, ohne dass deshalb die Sorgearbeit weiterhin umsonst und unsichtbar bleiben müsste. Ihr struktureller Nachteil der Unentgeltlichkeit gegenüber entgeltlichen Erwerbsarbeiten ließe sich durch Leistungen aus der Kindheitsversicherung kompensieren.

Nebenbei bemerkt, würde der nicht mehr durch Vermögenseinkommen geschmälernte volle Ertrag aus Erwerbstätigkeiten neben den Beiträgen für die Kindheits- und Altersversicherung²⁴² auch Steuern zur Finanzierung öffentlicher Güter tragen können²⁴³, falls diese vielleicht doch nicht aus der Single Tax kommen

²⁴⁰ Fritz Andres (2001a), S. 48 (Drei-Generationen-Vertrag statt Mütterrente); auch in ders. (2001/2020a), S. 108.

²⁴¹ Fritz Andres (2004), S. 63; auch in ders. (2004/2020b), S. 467.

²⁴² Zur Sozialversicherung würde selbstverständlich auch weiterhin die gemeinschaftliche Sorge für Menschen mit Handicaps sowie mit akuten und chronischen Erkrankungen gehören. Zur gesetzlichen Krankenversicherung vgl. Dieter Suhr (1989/1996).

²⁴³ Außerdem entfällt dann auch die bislang in großem Stil betriebene Flucht in Steueroasen, durch die die Staaten als Sozialstaaten in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt und als demokratische Rechtsstaaten stark beschädigt wurden.

sollten. Wenn Gesells „Mütterrente“ nicht mehr als Verwendungsmöglichkeit für die Bodenrente in Betracht kommt, bleibt nämlich noch zu klären, ob die Bodenrente im Sinne von Andres an alle Menschen zurückverteilt wird oder ob sie gemäß dem „Single Tax“-Vorschlag von Henry George und Dirk Löhr für die Finanzierung öffentlicher Güter verwendet wird. Rein rechnerisch dürften beide Varianten in etwa auf dasselbe Ergebnis hinauslaufen. Es geht aber um richtige funktionale Zuordnungen der Geldströme, die sich möglicherweise nicht durch eine Entweder-Oder-Entscheidung zwischen Rückverteilung oder „Single Tax“ erreichen lassen, sondern im Sinne von Löhr und Tideman durch eine Aufteilung der Boden- und Ressourcenrenten in Lage- und Naturrenten. Dann könnten die Lagerenten zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur herangezogen und die Naturrenten in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die Bevölkerung zurückverteilt werden.²⁴⁴

Davon abgesehen setzte sich Andres im Rahmen seiner Variante Rückverteilung und Drei-Generationen-Vertrag in einem weiteren Aufsatz nochmals detailliert mit dem „Schreiber-Plan“ aus den 1950er Jahren auseinander und beklagte nicht nur die Tatsache, dass die damalige CDU-Bundesregierung die Kinder und Jugendlichen aus der Rentenreform ausgeklammert und nur einen Zwei-Generationen-Vertrag zwischen den Erwerbstätigen und Rentnern beschlossen hat. Auch in dem alle drei Generationen einschließenden „Schreiber-Plan“ habe es schon eine „merkwürdige Inkonsequenz“ gegeben, die der politischen Fehlentscheidung Vorschub geleistet habe. Im Ergebnis blieb der „elementare Sachverhalt“ unbeachtet, „dass wir nämlich in unserer Kindheit und Jugend durch die empfangene Versorgung und Pflege Schuldner der Elterngeneration werden und diese Schuld in unserer Lebensmitte gegenüber denen, von denen wir die Leistungen empfangen haben, nämlich der Generation der dann Alten, durch deren Versorgung abtragen.“ Auf der Grundlage eines bloßen Zwei-Generationen-Vertrags „werden Kinder - ökonomisch gesehen - zu einer reinen Last.“ Damit hat die „Politik eine echte Halbheit realisiert, deren ökonomische Konsequenzen wir jetzt in Gestalt von Kinderarmut und Finanzierungsproblemen des Rentensystems zu spüren bekommen.“²⁴⁵ -

- In der Reform der Geld- und Bodenordnung und ihrer Verbindung mit einem qualitativen Strukturwandel der Erwerbsarbeit und einem Drei-Generationen-Vertrag liegt trotz mancher noch zu lösender Detailfragen ein großes Potential zur Herstellung einer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen. Es birgt schließlich auch Chancen für eine gleiche Teilhabe von Frauen und Männern sowohl an der außerhäuslichen, strukturell gewandelten, arbeitszeitlich geregelten und bezahlten Erwerbsarbeit als auch an der von der ganzen Gesell-

²⁴⁴ Vgl. hierzu den Abschnitt 13.1.4 in diesem Buch und die Anm. 37.

²⁴⁵ Fritz Andres (2004b), S. 59 (Inkonsequenz) und 62 - 63 (politische Halbheit); auch in ders. (2004/2020b), S. 463 und 466 - 467. - Gegenwärtig sind in Deutschland nach Schätzungen des Kinderschutzbundes etwa 4,4 Millionen Kinder von Armut betroffen - 1,4 Millionen mehr als in den offiziellen Statistiken; vgl. die Wochenzeitung „Das Parlament“ Nr. 8/2019, S. 1.

schaft solidarisch mitgetragenen innerhäuslichen, zeitlich weniger begrenzten Sorgearbeit.²⁴⁶

Um traditionelle Geschlechterrollen und soziale Geschlechtskonstrukte in größerem Umfang als bisher zu verändern²⁴⁷, ist es freilich notwendig, dass die Leistungen aus der Kindheitsversicherung so hoch bemessen werden, dass sie - was schon Ehrenfest & Schröder hervorgehoben haben - auch die Bereitschaft von Männern wecken, innerhäusliche Sorgearbeiten zu übernehmen und damit für Frauen größere Freiräume für außerhäusliche Erwerbstätigkeiten zu öffnen. Dann könnte sich die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern auf mittlere und längere Sicht dem großen Ziel aller Strömungen innerhalb der neueren Frauenbewegung annähern, nämlich der Verwirklichung ihres „Anspruchs auf Anerkennung und Gleichverteilung von Sorgearbeit“ (Barbara Holland-Cunz²⁴⁸) - und auch von Erwerbsarbeit. Die Höhe der Leistungen aus der Kindheitsversicherung soll allerdings auch jene Grenze nicht überschreiten, über der Kinder zu einer Geldquelle werden könnten. Diese Leistungen sollen nur die Kosten des Lebens mit Kindern aufwiegen, also die Zahl der Kinder ökonomisch neutralisieren.

- Sobald Mütter und Väter gleiche Möglichkeiten bekommen, neben ihren solidarisch von der Gesamtgesellschaft mitgetragenen Sorgearbeiten zum Beispiel vier oder fünf Stunden täglich ohne Doppelbelastung bezahlten außerhäuslichen Erwerbstätigkeiten nachzugehen, d.h. wenn das ‚Risiko‘ des Schwangerwerdens und des Kinderbekommens zu annähernd gleichen Teilen auf beide Geschlechter entfällt, wird aus der Sicht von Unternehmen das Geschlecht der Mitarbeiter/innen und Stellenbewerber/innen unerheblich. Der sog. „Gender Wage Gap“ kann dann von derzeit etwa 20 % nach und nach gegen null sinken und damit wird eine Angleichung der Einkommen für die Erwerbstätigkeiten von Männern und Frauen möglich. Die soziale Gleichheit der Geschlechter macht ihre biologischen Unterschiede so bedeutungslos wie die individuellen Unterschiede zwischen Frauen oder zwischen Männern.
- Unter solchen Umständen stellen Kinder für ihre Eltern kein Armutsrisiko mehr dar, sondern in vollem Umfang geschenktes Leben. Und die Kinder bekommen eine Chance auf eine ausgewogene Nestwärme von ihren beiden Elternteilen. Zwischen den Extremen des ‚männlichen Ernährers‘ und der ‚Nur-Hausfrau-und-Mutter‘ sowie zwischen rechtskonservativen Weiblichkeits- und Mütterlichkeits-

²⁴⁶ In einem Artikel von Pia Ratzesberger in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 29.4.2016 über Studien der feministischen Ökonomin Katharina Mader hieß es: „Die Deutschen verbringen im Jahr 89 Milliarden Stunden mit unbezahlter Arbeit. Viel mehr Zeit als die 69 Milliarden Stunden, die Geld einbringen.“ Demnach habe bereits der Ökonom Simon Kuznets vor mehreren Jahrzehnten eine Aufnahme der unbezahlten Sorgearbeiten in die Sozialproduktsberechnungen gefordert. Vgl. auch Luise Gubitzer & Katharina Mader (2008).

²⁴⁷ Zum gegenwärtigen Stand der Entwicklung in Deutschland vgl. die OECD-Studie „Dare to Share“ (2017) und die Gleichstellungsberichte der deutschen Bundesregierung.

²⁴⁸ Barbara Holland-Cunz (2018), S. 4 - 11, hier: S. 9.

mythen²⁴⁹ und dem linken Emanzipationsideal von Vollzeit-Arbeiterinnen, die entweder kinderlos bleiben oder ihre Kinder außerhalb ihrer Familie erziehen lassen, kann es die verschiedensten Lebensmodelle geben, zwischen denen sich Eltern je nach ihren Lebenslagen, Ausbildungen und Berufschancen frei entscheiden können. Ebenso frei können Eltern entscheiden, ob und in welchem Umfang sie ihre (Teilzeit-)Erwerbstätigkeiten und Sorgearbeiten unter Einbeziehung außerfamiliärer Kinderbetreuungen miteinander vereinbaren.²⁵⁰

- Unter diesen Umständen erhalten Männer und Frauen auch ohne Quotenregelungen gleiche Chancen, sich aus ihrem Erwerbseinkommen Anwartschaften auf spätere Altersrenten zu erarbeiten, und auch gleiche Chancen, eigene Ersparnisse zu bilden. D.h. sie können entweder kleinere und mittlere (Frauen-)Unternehmen betreiben oder sich an Genossenschaften oder sozialen und kulturellen Einrichtungen beteiligen.²⁵¹

- In Verbindung mit der Geld- und Bodenreform verwandelt der Drei-Generationen-Vertrag die ganze Gesellschaft einschließlich der Zuwander/innen gleichsam in eine Großfamilie, in der sich im Kleinen die verschiedensten Familienformen entfalten können. Auf der Basis der Gleichwertigkeit von Erwerbs- und Sorgearbeiten sowie von nicht nur politischer, sondern auch ökonomischer Gleichberechtigung können sich Frauen und Männer unabhängig von finanziellen Erwägungen zu ehelichen und anderen Lebensgemeinschaften verbinden. Gegenwärtig sind in Deutschland etwa 70 % aller Familien sog. Kernfamilien mit Müttern, Vätern und Kindern. „Weitere Familienformen ... sind Einelternfamilien mit etwa 15 % und Stieffamilien mit etwa 14 %. Adoptiv- und Pflegefamilien kommen im Vergleich dazu mit insgesamt etwa 0,4 % sehr selten vor. Nur der Anteil von gleichgeschlechtlichen Familien ist mit weniger als 0,05 % noch geringer. Wie viele Inseminationsfamilien es in Deutschland gibt, ist nicht bekannt. Schätzungen gehen aber von einem Anteil von nicht mehr als etwa 0,01 % aus.“²⁵² Die ökonomische Neutralisierung der Geschlechterdifferenz und die damit einhergehende Befreiung von existenziellen Sorgen wie Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit könnte Lebensgemeinschaften mit und ohne Trauschein stabiler machen und die Lage von Alleinerziehenden erleichtern. Und beim Übergang von der alten Geschlechterhierarchie zur neuen egalitären Geschlechterbeziehung verlieren schließlich auch noch (Zwangs-)Prostitution und Gewalt gegen Frauen ihren strukturellen Nährboden.²⁵³

²⁴⁹ Waren nicht auch Männer im patriarchalen Kapitalismus ihrer „Väterlichkeit“ entfremdet?

²⁵⁰ Anregungen geben hierfür Karin Jurczyk & Ulrich Mückenberger (2016), S. 1 - 2, mit ihren Überlegungen zu „atmenden Lebensläufen“.

²⁵¹ Über Unternehmerinnen und Frauenbetriebe vgl. Sibylle Plogstedt (2006) und Friederike Welter & Jutta Gröschl (2016), S. 6 - 7.

²⁵² Anja Steinbach (2017), S. 5.

²⁵³ Zu aktuellen feministischen Debatten vgl. die Übersicht von Ilse Lenz (2018), S. 20 - 27.

13.7 Vom Glauben an die Grenzenlosigkeit des Wirtschaftswachstums zu einer Postwachstumsökonomie

Sobald die Geschlechter parallel zu einem qualitativen Wandel der Erwerbsarbeit und einer gerechteren Aufteilung der Sorgearbeit ihr Verhältnis zueinander auf eine neue Ebene gebracht haben, bleibt ihnen noch die gemeinsame Aufgabe, auch ihr Verhältnis zur Natur neu zu bestimmen. Sowohl die „Subsistenzperspektive“ als auch das „Vorsorgende Wirtschaften“ enthalten deutliche Mahnungen, die kapitalistische Wachstumsspirale in eine sozialökologische Kreislaufwirtschaft zu transformieren. Aber ist dieses Ziel mit einer Geldreform vereinbar, die für eine stetige Zirkulation des Geldes sorgen soll? Könnte sie vielleicht die Zirkulation sogar noch beschleunigen und damit den Konsum noch stärker als bisher anheizen, wie Ernst Ulrich von Weizsäcker und Otto Schily es von ihr erwarteten?²⁵⁴

Gesells häufig gebrauchte Formulierung, „neben jedem Haus, jeder Fabrik noch ein Haus, noch eine Fabrik“ bauen zu wollen, um „den Zins in einem Meer von Kapital zu ersäufen“ und ein Gleichgewicht zwischen Real'kapital'angebot und -nachfrage zu erreichen²⁵⁵, erweckt vordergründig den Eindruck, dass es das Ziel einer Geldreform sein könnte, die Wirtschaft zu einem unaufhörlichen Wachstum anzutreiben. Diesen Eindruck könnte Gesells mit der Neoklassik übereinstimmende Ansicht noch bestätigen, dass die Bedürfnisse der Menschen unbegrenzt seien.²⁵⁶ Und auch mit seiner Bodenreform strebte Gesell erst einmal ‚nur‘ einen gleichen Zugang für alle Menschen zum Boden und den Ressourcen an; aber er dachte vor rund 100 Jahren noch nicht die Notwendigkeit, diesen Zugang zu Boden und Ressourcen aus ökologischen Gründen auch zu begrenzen.

Entgegen diesem ersten Eindruck könnte sich eine Geld- und Bodenreform bei näherem Hinsehen dennoch als ein Mittel zur mittel- und langfristigen Herbeiführung eines schon von John Stuart Mill für eine spätere Zeit erwarteten stationären Wirtschaftens erweisen. Sobald der „tendenzielle Fall der Profitraten“ (Marx) mit dem Ausgleich von Angebot und Nachfrage von bzw. nach Real'kapital' bei null ankommt, könnte nämlich infolge der Marktsättigung der Bau von noch mehr Häusern und Fabriken aufhören. Trotz der Zinslosigkeit von Krediten wären dann darüberhinausgehende Investitionen nicht kostenlos, sondern mit weiteren Materialkosten, Löhnen, Instandhaltungskosten, Abschreibungen, Versicherungen und Steuern verbunden. „Die Kapitalanlagen kosten Unterhaltskosten und diese sind regelmäßig, namentlich bei industriellen Anlagen, sehr hoch. ... Die Zinsfreiheit wird einen Unternehmer nicht reizen, eine grenzenlose Nachfrage nach zinsfreien

²⁵⁴ Ernst Ulrich von Weizsäcker (1993), S. 52. – Otto Schily (1994), S. 79 – 89, bes. S. 85. – Vgl. auch das Kap. 11.5.8 in diesem Buch.

²⁵⁵ Silvio Gesell (1915/1990), S. 213 (Senkung des Zinses auf null während einer Übergangszeit von 10 - 20 Jahren) und (1920/1991a), S. 3 - 6 und 241 (Meer von Kapital).

²⁵⁶ Silvio Gesell (1906/1989), S. 165.

Darlehen zu halten. Diese Grenze ist durch die Lohnforderungen der Arbeiter gezogen, denen ganz allein die Zinsfreiheit zugutekommt.“²⁵⁷

Hätte es überhaupt einer Verdoppelung der Anzahl der Wohnungen und Fabriken bedurft, um das Zinsniveau gegen Null zu senken? Gesell stellte sich deren Vermehrung ‚nur‘ während einer einmaligen, etwa 10 bis 20 Jahre andauernden Übergangsphase vor und nicht etwa als eine endlos fortzusetzende Kapitalvermehrung. Entgegen der falsche Vorstellungen weckenden Formulierung „Meer von Kapital“ ging es ihm nicht darum, den zinsträchtigen Kapitalmangel in einen permanenten Überfluss an Kapital umzukehren - der das Kapital entwertet hätte! - , sondern um eine Balance zwischen einem Mangel und einem Überfluss an Real'kapital'. Es sollte also gerade so viel, d.h. *genug* Real'kapital' geschaffen werden, dass es seinen Wert behält, aber sich nicht mehr aus sich heraus vermehren kann. Wenn Gesell damals schon über diesen Übergangszeitraum bis zum Erreichen eines Gleichgewichts zwischen dem Angebot von und der Nachfrage nach Wohnungen und Produktionsmitteln hinausgedacht und auch den Abschnitt über die „Stationäre Wirtschaft“ in John Stuart Mills „Grundsätzen der Politischen Ökonomie“ gekannt hätte, dann hätte er schon selbst wie nach ihm Keynes mittel- und langfristig in die Richtung eines stationären Wirtschaftens weiterdenken und sich fragen können, ob die menschlichen Bedürfnisse wirklich unendlich sind.

Im Übrigen hätte eine die Knappheit überwindende Vermehrung des Real'kapitals' - bei seiner gleichzeitigen Dezentralisierung! - im frühen 20. Jahrhundert noch eine Sättigung auf einem Niveau des Boden- und Ressourcenverbrauchs herbeigeführt, das erst einen Bruchteil der später entstandenen naturzerstörischen Kapitalfülle darstellte. Zudem wurde die den Zins sichernde (relative) Knappheit des Kapitals nicht nur durch seine fortwährende Konzentration, sondern auch durch kriegerische und zivile Zerstörungen konserviert.

Trotz aller sinnlosen Zerstörungen durch Rüstungsproduktion und Kriege sowie durch häufigen Modewechsel und die geplante Obsoleszenz ist mittlerweile eine so große, mit Null- und Negativzinsen einhergehende globale Kapitalfülle entstanden, dass nicht nochmals eine absolute Verdopplung des weltweit vorhandenen Real'kapitals' erforderlich wäre, um den Geld- und Real'kapital'zins noch weiter sinken zu lassen. Wichtiger wäre es, das aufgrund der hohen Konzentration *relativ* verknappte Kapital mit Hilfe des Gesamtpakets der Reformen der Geld- und Bodenordnung, der Unternehmensverfassung, des Haftungs-, Patent-, Marken- und Steuerrechts sowie des Generationenvertrags zu dezentralisieren und in kleineren Teilen für diejenigen zugänglich zu machen, die davon bislang ausgeschlossen waren.

Der im Vergleich zu Gesells Zeiten im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts exorbitant gestiegene Boden- und Ressourcenverbrauch muss im Rahmen einer Reform der Boden- und Ressourcenordnung aus ökologischen Gründen dringend

²⁵⁷ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 353 - 354.

reduziert werden. Es lässt sich jedoch nicht völlig ausschließen, dass eine Geld- und Bodenrechtsreform tatsächlich noch einen weiteren letzten Wachstumsschub im Sinne einer homöopathischen Erstverschlimmerung auslöst. Das hängt ganz von der Höhe des Zinsniveaus bei ihrer Einführung ab. Neben einem vorübergehenden Mehr vom Falschen könnte dann auch der Um- und Rückbau der Realwirtschaft noch einmal mit einem die Erde belastenden Verbrauch an Ressourcen und Energie einhergehen. Um diesen letzten Schub zu dämpfen, wäre es unerlässlich, sich beim „Rostenlassen“ des Geldes behutsam an die optimale Höhe heranzutasten. Parallel dazu müsste die zirkulierende Geldmenge auf das Maß verringert werden, das bei einem stabilisierten Preisniveau für die Abwicklung realwirtschaftlicher Transaktionen erforderlich ist. Wenn Geld nur noch für realwirtschaftliche Transaktionen verwendet werden und generell nicht mehr aus dem Kreislauf entweichen kann, genügt eine deutlich kleinere Geldmenge und der darüberhin- ausgehende Teil der Geldmenge, der bislang für spekulative Zwecke missbraucht wurde, kann schrittweise abgebaut werden. -

Zusätzlich zur Möglichkeit einer Reduktion der Geldmenge spricht ein weiterer Umstand gegen die Befürchtung, dass eine Geld- und Bodenrechtsreform ein unbegrenztes Wachstum der Wirtschaft auslösen könnte. Sobald sich nämlich das Zinsniveau um seine neue Gleichgewichtslage bei null einpendelt und auch die Reformen der Bodenordnung, der Unternehmensverfassung und des Generationenvertrags ihre Wirkungen entfalten, kommt der bisherige Drang konzentrierten Geldkapitals zum Erliegen, fortwährend neue rentable Anlagemöglichkeiten zu suchen. Es bedarf dann keines Innovationswettkampfs um „schöpferische Zerstörungen“ (Schumpeter) und auch keiner Weckung neuer Bedürfnisse mehr, um die Wirtschaft auf einem sog. Wachstumspfad zu stabilisieren. Die überdrehte und zugleich immer wieder krisenhaft gestörte ‚Reproduktion des Kapitals auf erweiterter Stufenleiter‘ (G-W-G' bzw. G-G') könnte bei einem sinkenden und schließlich einem in geringer Bandbreite um Null pendelnden Zins in eine ‚Reproduktion auf gleich bleibender, einfacher Stufenleiter‘ (W-G-W) übergehen. Hinzu kommt, dass im Zuge eines Übergangs von großen Aktiengesellschaften in viele mittlere und kleinere Genossenschaften auch noch die einstmals von Hilferding gefeierte „Wachstumsenergie der Aktiengesellschaften“ nachlässt.²⁵⁸ Durch eine Dezentralisierung des Real'kapitals' könnte sich die Wirtschaft wieder innerhalb jener ökologischen Grenzen in die natürlichen Kreisläufe integrieren, die sie im Zuge der Kapitalkonzentration und der Monopolisierung insbesondere in den fossil basierten Industrien durchbrochen hat.

Je nach dem Umfang der dann nicht mehr von Kapitalinteressen beeinflussten Bedürfnisse der Menschen ließe sich eine von einer dynamischen Spirale zum stationären geschlossenen Kreislauf gewordene Wirtschaft durch eine Anpassung der verlässlich zirkulierenden Geldmenge an den Umfang der Bedürfnisse auf

²⁵⁸ Rudolf Hilferding (1910/1947), S. 165 - 169 und 173. - Zur Rolle der Aktiengesellschaften als Wachstumstreiber vgl. auch Hans Christoph Binswanger (2009), S. 150 - 160.

einem stationären, wachsenden oder auch schrumpfenden Pfad stabilisieren. Zudem könnte eine allgemeine Zustimmung zu ökologischen Begrenzungen auf demokratischem Weg leichter erreichbar werden, wenn die Menschen nicht mehr als Privilegierte und Benachteiligte nur um ihre jeweiligen eigenen Lebensgrundlagen rivalisieren, sondern sich auf der Grundlage ihrer gleichen Teilhabe am Boden und anderen Ressourcen auch für das Ganze mitverantwortlich fühlen.²⁵⁹ Schon allein aufgrund der Überlegung, dass die Boden- und Ressourcenrenten wegen der natürlichen Knappheit von Boden und Ressourcen niemals bis auf null fallen können, ist die Einsicht in ihre natürliche Knappheit und Begrenztheit schon in der Bodenrechtsreform angelegt bzw. lässt sich nachträglich vertiefen.

So wie die Reformen der Geld- und Bodenordnung sich bereits in sozialer Hinsicht als einheitliches Ganzes erwiesen haben, so können sie auch in ökologischer Hinsicht als solches vollendet werden. Die Geld- und Bodenreformen arbeiten also nicht in dem Sinne gegeneinander, dass die ökologisch erweiterte Reform der Boden- und Ressourcenordnung das Wachstum hemmt und die Reform der Geldordnung das Wachstum forciert. Vielmehr können sie beide dazu beitragen, dass die Wirtschaft aus ihrer bisherigen schon von Aristoteles als „Chrematistik“ bezeichneten Geldvermehrungswirtschaft in eine der eigentlichen Bedeutung des Wortes ‚Ökonomie‘ entsprechende „Hausverwaltungskunst“ übergehen kann, die mit den menschlichen und natürlichen Ressourcen wirtschaftlich haushält, sie aber nicht mehr als Durchlauferhitzer für eine Maximierung der Rentabilität von Geld- und Realkapital benutzt.

Gegen den Eindruck von einer Geldreform als permanent wirkendem Wachstumsmotor spricht auch Gesells mehrfach angedeuteter Ausblick auf eine dezentralisierte Wirtschaft mit einer Vielfalt von kleineren, mittleren und auch größeren, aber nicht überdimensionierten Unternehmen. Gegenüber dem technischen Fortschritt und dem Einsatz von Maschinen war er positiv eingestellt und sah auch noch nicht den Zusammenhang zwischen der Kapitalkonzentration und konkreten Formen der Technik. So wollte er mit einer dezentralisierten Wirtschaft keineswegs zurück zu einer romantisch verklärten Natur oder gar in die Steinzeit.²⁶⁰ Aber er war nicht so sehr auf eine schrankenlose Steigerung der Produktivkräfte durch den technischen Fortschritt bedacht wie die Neoklassik und Marx, und technische Höchstleistungen hielt er nicht unbedingt für erstrebenswert. „Man kann sich ja heute leicht eine Wirtschaftsordnung vorstellen, die technisch hohe

²⁵⁹ Vgl. Silvio Gesell (1906/1989a), S. 46: Durch „die Verstaatlichung der Grundrente sollen alle Bürger ein gleiches persönliches Interesse am wirtschaftlichen Gedeihen des Landes erhalten.“ - Fritz Andres (2001a), S. 56 (Erde als Gemeinschaftsgut und Menschheit als Gutsgemeinschaft); auch in ders. (2001/2020a), S. 115.

²⁶⁰ Ein Indiz hierfür ist eine Passage in Gesells Hauptwerk: „Mit Salpeter füllt man Granaten und düngt man die Felder. Soll man zum Zwecke der Abrüstung auch die technischen Hochschulen eingehen lassen, weil man dort zeigt, wie man den Salpeter aus der Luft gewinnt für die Landwirtschaft u n d für den Krieg? Aus den Tiegeln deutscher Farbwerke kommt Pulver oder Ostereierfarbe zum Vorschein, je nach dem man den Hahn A oder B dreht.“ (1920/1991a, S. 60) - Einen Zusammenhang zwischen Technik und Herrschaft wie später Otto Ullrich erkannte Gesell noch nicht.

Leistungen aufweist, bei der aber Raubbau am Menschen betrieben wird.“ Und obwohl Gesell noch keine Bedenken gegen die Anwendung von künstlichen Düngemitteln in der Landwirtschaft hatte, verwies er zugleich auf die Möglichkeit, Klauseln zur Verhinderung eines Raubbaus am Boden in die Pachtverträge aufzunehmen. Wie in der früheren Dreifelderwirtschaft erschien ihm ein zeitweises Brachliegenlassen von Anbauflächen als eine gute Methode, „um erschöpften Boden wieder fruchtbar zu machen“.²⁶¹

Hinsichtlich der Erzeugung von Energie stellte sich Gesell neben der Kohle als Energiequelle besonders die Nutzung von Wasserkräften vor, die er wie den Boden und die übrigen Ressourcen als ein Gemeinschaftsgut betrachtete. „Ein Bodenerzeugnis eigener Art bilden die Wasserkräfte, die in vielen Gegenden schon jetzt eine große Rolle spielen und deren Bedeutung mit den Fortschritten der Technik nur wachsen kann.“ In kleineren und mittleren Unternehmen wie Mühlen und Sägewerken könnten die Anlagen zur Nutzung der Wasserkräfte zu den jeweiligen Unternehmen gehören, während „größere Kraftwerke, die der Stadt Licht und Kraft für die Straßenbahnen liefern“ bzw. die Haushalte mit Strom und Wärme versorgen, von den Gemeinden oder vom Staat betrieben werden sollten.²⁶² Im Blick auf die zunehmende Bedeutung des Auto- und Luftverkehrs wiederholte Gesell seine Forderung nach einer „Internationalisierung der Rohstoffe, vor allem der Kohle, des Eisens, des Kalis, des Petroleums“. Und wenn es bei einem Sinken des Zinsniveaus gegen Null nicht mehr auf die Rentabilität, sondern auf die Wirtschaftlichkeit von Investitionen ankomme, könnte auch die „Ausnutzung der Flut- und Ebbegefälle zwecks Ersparnis der Kohle“ wirtschaftlich werden.²⁶³

Alles in allem betrachtete Gesell ähnlich wie Thorstein Veblen einen über einen annähernd gleichmäßig verteilten Wohlstand hinausgehenden Luxus- und Prestigekonsum von „allem möglichen dummen Tand“ als abwegig und „wünschte den Tag zu sehen, wo all dem Unsinn ein Ende gemacht wird.“²⁶⁴ Und ohne dass Gesell dies schon mitbedacht hätte, könnte eine Geld- und Bodenrechtsreform, welche die soziale Spaltung durch eine Schließung des Wirtschaftskreislaufs überwindet und die innere Einheit von Kauf und Verkauf, Sparen und Investieren herstellt, auch dazu beitragen, die bislang übertriebene Teilung und Spezialisie-

²⁶¹ Silvio Gesell (1920/1991a), S. XV (technische Leistungen). Zu den künstlichen Düngemitteln und Pachtklauseln zur Verhinderung eines Raubbaus am Boden vgl. ders. (1906/1989a), S. 47 - 48, und (1920/1991a), S. 13 (Dreifelderwirtschaft) und 77 (Pachtklauseln). - „Die Interessen der Jagd, der Fischerei, des Vogelschutzes sind mit den reinen Grundsätzen des Privatgrundeigentums unverträglich.“ (1920/1991a, S. 80)

²⁶² Silvio Gesell (1920/1991a), S. 85 (Wasserkräfte und sowohl private, genossenschaftliche als auch staatliche Wasserwerke) und S. 168 (kommunale Energieversorgung der Haushalte).

²⁶³ Silvio Gesell (1921/1992d), S. 146 (Internationalisierung der Ressourcen) und 150 - 151 (Wirtschaftlichkeit statt Rentabilität von Gezeitenkraftwerken).

²⁶⁴ Silvio Gesell (1891/1988), S. 41 (unrichtige Bahnen der Produktion) und 61 (Ende des unsinnigen Konsums von Luxus- und Prestigegütern) sowie (1892/1988b), S. 159 (unproduktive Kapitalanlagen wie Luxusbauten und Militär).

rung der menschlichen Arbeit auf ein menschliches Maß zu reduzieren. Letztlich könnte also der Einbau eines kontinuierlichen Verschleißes in das Geld²⁶⁵ anstelle der „geplanten Obsoleszenz“ bei Waren dazu beitragen, die sich selbst beschleunigende Dynamik der Wirtschaft zu bremsen und diese Dynamik in einer gebändigten Form zu stabilisieren, so dass Güter ohne Rentabilitätswänge wirtschaftlich, d.h. haltbarer und reparierbar hergestellt werden können.

Postwachstumsökonomie als quasi-stationärer Zustand mit monopolfreiem Wettbewerb und mittleren Technologien

Bei näherer Betrachtung der Geld- und Bodenreform erweist sich also, dass sie entgegen ihrem vordergründigen ‚wachstumsfreundlichen‘ Eindruck sehr wohl mit dem gedanklich verbunden werden kann, was John Stuart Mill und John Maynard Keynes schon um 1848 bzw. 1936 in ersten Ansätzen als „stationäre Wirtschaft“ bzw. als „quasi-stationäres Gemeinwesen“ voraus gedacht haben. Im Gegensatz zur geradezu stürmischen Entwicklung im Frühkapitalismus charakterisierte Mill eine zukünftige stationäre Wirtschaft als einen „stillen See“. Damit waren keineswegs nur ein Stillstand und eine bloße ständige Wiederholung von Altbekanntem gemeint. Aber Mill sah das Ende „des fortwährenden Kampfes gegeneinander“ voraus, wenn Kapital nicht mehr akkumuliert und konzentriert wird. „Das Stoßen, Drängen, einander auf die Fersen Treten, das heute das Kennzeichen unserer gesellschaftlichen Zustände ist“, werde in einer stationären Wirtschaft aufhören. Ausdrücklich sprach Mill dabei von einem nur „*anscheinend* stillstehenden See. Ein Stillstand in der Kapital- und Bevölkerungszunahme ... schließt ... nicht notwendig auch einen Stillstand des menschlichen Kulturfortschritts in sich.“ Eine „bessere Eigentumsverteilung“ könne eine „Verschönerung der Lebenshaltung“ für breite Bevölkerungsschichten ermöglichen und einen weiten „Spielraum für alle geistige Kultur, für alle sittlichen und gesellschaftlichen Fortschritte“ eröffnen.²⁶⁶

Wie Fließgleichgewichte in der Natur nach außen ruhig wirken, aber im Inneren sehr viel Bewegung aufweisen, so kann auch Ruhe statt Hektik im Ganzen einer stationären Wirtschaft mit sehr viel Bewegung ihrer Teile einhergehen. Ein stabiles Preisniveau spiegelt ja auch keine statische Erstarrung wider, sondern nur das ruhende Gesamtbild einer pulsierenden Dynamik unzähliger Einzelpreisbewegungen.

Im Anschluss an Marx & Engels hatte Rosa Luxemburg die Kapitalakkumulation und Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter zwar mit Recht als Ausbeutung angeklagt, aber sie hielt sie dennoch für eine unverzichtbare Voraussetzung von

²⁶⁵ Vgl. den Vergleich des „Rostens“ von Geld mit einer geplanten Obsoleszenz bei Otto Schily (1994), S. 79.

²⁶⁶ John Stuart Mill (1848/1924), S. 388 (anscheinend stillstehender See), 391 (Verdrängungswettbewerb), 393 (bessere Eigentumsverteilung) und 395 (kulturelle Fortschritte).

wirtschaftlichem, technischem und kulturellem Fortschritt. In der „einfachen Reproduktion“ sah sie bloß ein „sicheres Zeichen des allgemeinen wirtschaftlichen und kulturellen Stillstands.“²⁶⁷

Im Gegensatz zu Schumpeter und seinem Plädoyer für „schöpferische Zerstörungen“ und Innovationswettläufe - die im Übrigen nicht nur von dynamischen Unternehmern, sondern durchweg von Großkonzernen und vom Militär angetrieben werden - hat Keynes im Rahmen seiner Überlegungen zu einem „quasi-stationären Gemeinwesen“ sehr viel klarer erkannt, dass bei Geldzinsen und einer Grenzleistungsfähigkeit des Real'kapitals' von durchschnittlich null große Freiräume für unternehmerisches Handeln erhalten bleiben.²⁶⁸ Und wenn sich wirtschaftliche Aktivitäten in der Zukunft vielleicht mehr von der Produktion materieller Güter für den Prestige Konsum von „feinen Leuten“ (Veblen) zur 'Produktion' immaterieller sozialer und kultureller Güter verlagern, kann dies der Regeneration der geschundenen Natur nur dienlich sein.

Ebenso entsprach die vom frühen Ordoliberalismus entwickelte Vorstellung einer vollständigen Konkurrenz zwischen vielen kleineren und mittleren Unternehmen dem Ideal einer resilienten ökonomischen ‚Biodiversität‘ viel mehr als die real existierenden ‚Monokulturen‘ der mono- und oligopolistisch vermachteten kapitalistischen Marktwirtschaft. Jedenfalls war sie keineswegs so „schlafmützig“ und fortschrittsfeindlich, wie der (pseudo-)liberale Ökonom Friedrich A. Lutz behauptete.²⁶⁹ Warum sollten in einer Wirtschaft, in der es nur noch um Wirtschaftlichkeit, aber nicht mehr um die unwirtschaftliche Renditemaximierung und um zu Lasten der Natur gehende Produktivitätsfortschritte geht - scheinheilig Effizienz genannt - , Phantasie und technischer Fortschritt erlahmen? Stattdessen könnte eine Verbindung der Gedanken von Mill und Keynes mit der Geld- und Bodenrechtsreform und dem frühen Ordoliberalismus jene ökonomisch-wachstums-kritische Grundlage legen, auf der sich im Sinne der „Small is beautiful“-Bewegung der Natur angepasste „mittlere Technologien“ (Schumacher) entwickeln lassen. Zu Ende wäre damit nur das schon frühzeitig von Ordoliberalen wie Röpke und Rüstow sowie von den „Small is beautiful“-Vordenkern Kohr, Schumacher und Illich kritisierte Zeitalter der Gigantomanie und der „Elefantiasis“ der Wirtschaft mit multinationalen Mega-Super-Stars, die oftmals in Skandale verwickelt sind und die Welt mit neuzeitlichen Pyramiden überziehen, indem sie völlig überdimensionierte Agrarfabriken, Container- und Kreuzfahrtschiffe, Großflughäfen und vielerlei andere zweifelhafte Großprojekte in der Energie-, Verkehrs- Rüstungs- und Informationswirtschaft oftmals gegen den Widerstand der Menschen durchsetzen.²⁷⁰

²⁶⁷ Rosa Luxemburg (1913/1969), S. 12.

²⁶⁸ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 184 – 185.

²⁶⁹ Friedrich A. Lutz (1956), S. 30 und 34.

²⁷⁰ Leider unterstützen bislang auch Sozialdemokraten und Gewerkschaften noch die Strategie von Konzernen, die Akzeptanz in der Bevölkerung für industrielle Großprojekte durch eine verbesserte Kommunikation zu erhöhen, um dadurch, wie es immer heißt, den Standort Deutschland zu stärken.

Wenn die Geld- und Bodenreform in den gesamten postwachstumsökonomischen Diskurs Eingang findet²⁷¹ und dabei immer auch ihre Erweiterung um einen Drei-Generationen-Vertrag mit bedacht wird, kann schließlich auch die von Christine Bauhardt und anderen feministischen Autorinnen beklagte bisherige „Geschlechterblindheit“ dieses Diskurses überwunden werden. Alle Ansätze einer Postwachstumsökonomie „schweigen sich aus zur Frage der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern wie auch zur feministischen Debatte über die Organisation von Ökonomie und Gesellschaft.“ Indem der Forderung nach einer Gleichverteilung der unbezahlten Sorgearbeit die ihr gebührende Beachtung geschenkt wird, kann auch eine „systematische Integration feministisch-ökonomischer Ansätze“ in die Debatten über eine Postwachstumsökonomie erfolgen.²⁷²

13.8 Europa und die übrige Welt

Seit mehr als 500 Jahren kämpfen Groß- und Mittelmächte, die sich für entwickelt und zivilisiert halten, um die Vorherrschaft in Europa und um Einflussgebiete in anderen Erdteilen, in denen sie sich im Interesse ihrer Akkumulation und Konzentration von Kapital als Basis für ihren modernen Lebensstil den Zugang zu billigen Arbeitskräften und Ressourcen mit struktureller und offener Gewalt sichern.

Nach einer langen Reihe von innereuropäischen Kriegen und zwei großen Weltkriegen begann in (West-)Europa der Bau eines „Gemeinsamen Hauses Europa“ als großes Friedensprojekt und auf globaler Ebene sollten die Vereinten Nationen und die bei der berühmten Konferenz in Bretton Woods (1944) konzipierten Institutionen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und des GATT als Vorläufer der späteren WTO für einen ausgeglichenen, die Völker friedlich miteinander verbindenden freien Welthandel sorgen. Jedoch wurde die Neuordnung Europas und der Welt nach 1945 auf dem nicht tragfähigen Fundament der restaurierten kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen vorgenommen. Die Folge waren Verwerfungen im gemeinsamen europäischen Haus und innerhalb der Weltwirtschaft entstand anstelle der kolonialen Hierarchie von „Zivilisation“ und „Unterentwicklung“ ein post-/neokoloniales Nord-Süd-Gefälle mit Schuldenkrisen in zahlreichen sog. Entwicklungsländern und einer Serie von Stellvertreterkriegen zwischen West und Ost um knapper werdende Ressourcen im globalen Süden.

Der sich auch nach dem Ende des Kalten Krieges weiter wie ein Knoten zusammenziehende Konflikt zwischen West und Ost, Nord und Süd erfordert zu seiner Lösung innerhalb Europas und auch weltweit die Entwicklung einer freiheitlichen Alternative sowohl zum bisherigen „kapitalistischen Weltsystem“ (Immanuel Wal-

Vgl. dazu Anna-Lena Schönauer von der Friedrich-Ebert-Stiftung (2013) und Andreas Schulte von der Hans-Böckler-Stiftung (2013). – Zu einer auch ordoliberal begründeten Wachstumskritik, die obendrein noch die Boden-/Ressourcenproblematik einbezieht, vgl. Oliver Richters & Andreas Siemoneit (2019), S. 117 – 128.

²⁷¹ Vgl. die Übersicht von Matthias Schmelzer & Andrea Vetter (2019).

²⁷² Christine Bauhardt (2013a), S. 31 und 33, dies. (2013b), S. 18 – 23, und (2015).

lerstein) als auch zu Protektionismus und Totalitarismus jedweder Couleur. Die Erde und alle auf ihr lebenden Menschen bilden ein großes unteilbares Ganzes und die sozialen und ökologischen Globalisierungskrisen lassen sich nicht mit nationalen oder kontinentalen Abschottungen, Handelskriegen und Mauerbauten bewältigen, sondern nur mit einer „Weltinnenpolitik“. Deren Aufgabe ist die Entwicklung eines gerechten Fundaments sowohl für das „Gemeinsame Haus Europa“ als auch für die Weltwirtschaft, damit auf den einzelnen Kontinenten und auf der ganzen Erde egalitäre Gemeinschaften von freien, gleichen und solidarisch miteinander verbundenen Weltbürgerinnen und Weltbürgern entstehen können. Sobald die Akkumulation und Konzentration von Kapital in dessen allgemeine Dezentralisierung übergehen, kann die Selbstüberhöhung und die Erniedrigung von Menschen aufhören und ein „kollektiver Aufstieg zum Menschsein“ beginnen. „Dann gibt es“, wie es der kamerunische Philosoph und Kolonialismuskritiker Achille Mbembe ausdrückte, „weder Schwarz noch Weiß mehr. ... Es gibt nur noch eine Welt, die endlich von der Last der Rasse befreit ist und deren Erbe nun jeder wird ... - eine Welt jenseits der Rassen, die alle an ihren Tisch einlädt.“²⁷³

13.8.1 Europäische Einigung? Ja, aber auf einem marktwirtschaftlichen statt kapitalistischen Fundament und nicht als „Festung Europa“

Wenige Jahre nach der Französischen Revolution hatte Immanuel Kant seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass auf die Kriege zwischen rivalisierenden europäischen Feudalmächten nunmehr ein Zeitalter des „ewigen Friedens“ zwischen den zu freiheitlichen Republiken gewandelten europäischen Staaten anbrechen könne. Zwischen diesen europäischen und auch außereuropäischen Republiken könne eine „föderative Vereinigung“ entstehen. Sogar einen weltweiten „Friedensbund“ stellte sich Kant schon vor. „Auf diese Art können entfernte Weltteile miteinander friedlich in Verhältnisse kommen, die zuletzt öffentlich gesetzlich werden und so das menschliche Geschlecht endlich einer weltbürgerlichen Verfassung immer näherbringen können.“²⁷⁴

²⁷³ Achille Mbembe (2014), S. 307, 322 und 325 (Welt ohne Rassismus, Aufstieg zum Menschsein). – Zu Mbembes derzeit umstrittenen israelkritischen Äußerungen aus dem Jahr 1992 hat sich die israelische Soziologin Eva Illouz in bemerkenswert differenzierter Weise geäußert; vgl. das Interview mit ihr unter dem Titel „Die Doppelmoral macht mir Sorgen“ in: Die Zeit Nr. 20(2019), S. 47, und Mbembes eigene Stellungnahme unter dem Titel „Gigantische Diffamierungskampagne“ in der taz vom 11.5.2020; auf der Website <https://taz.de/Mbembe-zum-Antisemitismusvorwurf/!5684094/> (Zugriff: 20.7.2020).

²⁷⁴ Immanuel Kant (1795/2008), S. 18 - 19 und 22. – 20 Jahre vorher hatte Kant in seiner Schrift „Über die verschiedenen Rassen der Menschen“ (1775; Neuaufgabe Berlin 2015) noch rassistische Ansichten vertreten, von denen er sich im Laufe der Zeit in die Richtung einer weltbürgerlichen Haltung entfernte; vgl. dazu Patrick Spät (2014) und Micha Brumlik (2020).

Der Verwirklichung von Kants großer Vision standen jedoch das ökonomisch-politische West-Ost-Gefälle innerhalb Europas und der Kampf der westlichen Groß- und Mittelmächte um die kontinentale Vorherrschaft und um koloniale Eroberungen in den anderen Erdteilen entgegen. „Wenn Frankreich und England weiterhin Rivalen bleiben“ - so warnte der französische Frühsozialist Claude Henri Saint-Simon unmittelbar vor dem Wiener Kongress 1815 - , „dann werden für beide und für Europa die schlimmsten Übel entstehen.“ Europa bräuchte ein gemeinsames Parlament, „das über alle nationalen Regierungen gestellt und mit der Macht versehen wäre, ihre Streitigkeiten zu entscheiden. ... So gilt der oft wiederholte Grundsatz: ‚Man kann nur wahrhaft glücklich sein, wenn man sein Glück im Glück des anderen sucht.‘“ Eine „anglo-französische Föderation“ solle auch die in Deutschland sich regenden „Freiheitsideen“ und eine bürgerliche Revolution fördern. „Sobald der Zeitpunkt eintreten wird, an dem die anglo-französische Gesellschaft sich durch den Zusammenschluss mit Deutschland vergrößert haben und ein gemeinschaftliches Parlament der drei Nationen geschaffen sein wird, wird die Reorganisation des übrigen Europas rascher und leichter gelingen. ... Zweifellos wird die Zeit kommen, in der alle Völker Europas erkennen werden, dass sie Fragen von allgemeinem Interesse gemeinsam regeln müssen, bevor sie sich den nationalen Interessen zuwenden. Dann wird das Unheil allmählich nachlassen, die Zwietracht wird weichen und Kriege werden aufhören.“²⁷⁵

Entgegen den Hoffnungen von Kant und Saint-Simon oder auch entgegen Proudhons Vorstellungen von einer „Dezentralisation der Großstaaten und einer allgemeinen Abrüstung“ sowie einer breiten Vielfalt europäischer „Souveräne mittlerer Größe“²⁷⁶ kam es im Laufe des 19. Jahrhunderts zu weiteren Kriegen um die Vorherrschaft in Europa und in der Welt - bis hin zum ersten großen, vom deutschen Kaiserreich verursachten Weltenbrand von 1914 bis 1918, bei dem erstmals großindustriell hergestellte Waffensysteme ein verheerendes Leid für Menschen und für die Natur anrichteten.

- Am Vorabend des Ersten Weltkriegs warnte der von dem Philosophen Karl Christian Planck²⁷⁷ beeinflusste Theologe Otto Umfrid (1857-1920) vor dem nationalistischen Großmachtstreben Deutschlands. Sein Eintreten für eine den Frieden sichernde Einigung Europas entsprang allerdings gemäß dem damaligen Zeitgeist auch der Sorge, dass ein Europa, das sich durch „Militärdespotismus und Rüstungssklaverei“ selbst zerfleischt, gegenüber der aufstrebenden Weltmacht USA und gegenüber der sog. ‚gelben Gefahr‘ aus Asien ins Hintertreffen geraten

²⁷⁵ Claude Henri Saint-Simon, Über die Reorganisation der europäischen Gesellschaft oder über die Notwendigkeit und die Mittel, die Völker Europas unter Wahrung ihrer nationalen Unabhängigkeit in einer einzigen Körperschaft zu vereinigen, in: ders. (1814/1977), S. 139 - 141 (Frankreich und England), 157 - 158 (europäisches Parlament), 172 und 187 - 193 (anglo-französische Föderation, deutsche Revolution und gesamt-europäischer Frieden).

²⁷⁶ Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 238 und 241 - 242.

²⁷⁷ Karl Christian Planck hatte schon 1852 die Idee zur Bildung einer internationalen Staatengemeinschaft und zur Bildung einer Weltregierung, welche den Frieden sichern sollte.

könnte. Einerseits hielt Umfrid „die Westmächte für berechtigt, an einer Erschließung des chinesischen Reiches zu arbeiten“; andererseits fürchtete er die „ungeahnte Mächtigkeit und Gefährlichkeit“, die China als bevölkerungsreichstes Land der Erde erlangen könnte, wenn dieses „Riesenreich ... in den stürmischen Verkehrskreislauf der Westländer einbezogen würde“.²⁷⁸

Auch war Umfrid noch nicht frei von geringschätzigen Ansichten über die romanischen und slawischen Völker Europas; gegenüber rassentheoretischen Konstrukten von Houston Stewart Chamberlain nahm er sie aber in Schutz und verurteilte jegliche „Herrenmoral und den gefährlichen nationalen Verfolgungswahn“ von sich selbst überhöhenden Deutschen. Ebenso verurteilte Umfrid den Antisemitismus als „krasseste Barbarei“. Erst wenn die Deutschen „gelernt haben werden, die Menschheit über die Nation zu stellen, werden sie auch die Juden als ihre Brüder begrüßen.“²⁷⁹

Im Interesse einer gesamteuropäischen Einigung postulierte Umfrid schließlich eine „germano-romano-slawische Gesamtkultur“. Weitblickendes und zeitgeistbedingt Problematisches lagen bei ihm noch nah beieinander. So verurteilte er gewaltsame Eroberungen von Kolonien, hielt aber die Pachtung von Gebieten zum Beispiel an der chinesischen Ostküste (Kiautschou/Tsingtao, Hongkong und Macao) und einen „Abstrom vom Bevölkerungsüberschuss aus Deutschland“ zum Beispiel in den dünn besiedelten Süden Brasiliens für legitim. Wenn die Arbeitslosen aus den Industrieländern in „überseeische Kulturländer abgeführt werden könnten“, gäbe es „keine industrielle Reservearmee mehr im Land“.²⁸⁰

Solche Vorstellungen zeigen das Fehlen von Einsichten in die strukturellen Ursachen von ökonomischer und sozialer Ungleichheit und von Arbeitslosigkeit. So ging Umfrids weitblickende Überzeugung, dass Deutschland mit „Vernunft und Kultur statt Gewalt und Krieg“ und mit einer „deutsch-russisch-französischen Annäherung“ als „Hort des Rechts ... den Kristallisationspunkt für ein völkerbeglückendes Föderationssystem“ bilden sollte, „in dem jedem Volk Ruhe und Sicherheit garantiert wäre“, noch einher mit ganz unzureichenden wirtschaftlichen Grundlagen eines „Zusammenschlusses der mitteleuropäischen Staaten zu einem großen, durch erhöhten Zollschatz gegen außen abgegrenzten Wirtschaftsgebiet“. In einer mitteleuropäischen Zollunion sah Umfrid einen „dritten Weg“ als Alternative sowohl zum Freihandel auf der Basis einer „rücksichtslosen Durchführung des manchesterlichen Systems“, in dem „Riesensyndikate“ die Märkte beherrschen und „fremde Länder mit Waren überschwemmen“, als auch zu einem protektionistischen System, in dem alle Länder mehr ex- als importieren wollen und sich mit sog. Schutzzöllen vor ausländischer Konkurrenz abschotten. „Wir

²⁷⁸ Otto Umfrid (1913), S. 1 – 2, 5 (Militärdespotismus und Rüstungssklaverei) sowie 186 – 189 und 193 (China als „gelber Gefahr“).

²⁷⁹ Otto Umfrid (1913), S. 92 (Rüstungsfieber und Verfolgungswahn in Deutschland), 110 (Herrenmoral), 112 und 117 (Chamberlain), 118 – 120 (Antisemitismus) und 195 (Romanen und Slawen).

²⁸⁰ Otto Umfrid (1913), S. 2 (europäische Gesamtkultur), 62 und 69 („Abstrom“ zum Beispiel nach Brasilien) und 136 (industrielle Reservearmee).

leiden unter der Hypertrophie des Außenhandels. Eine spätere Zeit wird es einsehen, wie unnatürlich das Bestreben war, den fremden Markt mit Produkten zu überschwemmen, die man dort selber herzustellen fähig war.“²⁸¹

Vorerst erinnerte Umfrid an Gustav Schmoller, der „Großbritannien, Russland und Nordamerika (als) die drei riesenhaften Eroberungsreiche“ betrachtet habe, gegen „deren aggressive Politik der Weltmächte“ einzelne und sich zudem noch gegenseitig bekämpfende europäische Länder nichts ausrichten könnten. Schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert habe es vom Beispiel des innerdeutschen Zollvereins angeregte Überlegungen zu einem handelspolitischen Zusammenschluss mehrerer europäischer Länder gegeben, um sich gemeinsam der Weltmächte zu erwehren. 1878 habe Frankreich dem deutschen Reichskanzler Bismarck die „Gründung einer Zollunion zwischen Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn, Schweiz, Holland, Belgien und Dänemark“ vorgeschlagen, was Bismarck aber abgelehnt habe. Umfrid hoffte, dass eine mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft zum „Kristallisationspunkt für die Vereinigten Staaten Europas werden könnte“, und sah darin auch schon „eine Etappe auf dem Weg zur Friedfertigung der Erde“.²⁸² Jedoch erkannte er noch nicht, dass eine europäische Zollunion das Grundproblem der monopolkapitalistischen Vermachtung der Weltmärkte und der damit einhergehenden „Hypertrophie des Außenhandels“ noch nicht lösen würde. Es hätte die Rivalitäten zwischen den Großmächten und den schwächeren europäischen Einzelstaaten nur auf eine höhere Stufe des Kampfes zwischen den Großmächten und einem vergleichsweise stärkeren europäischen Staatenbund oder Bundesstaat angehoben. Insofern blieb das im Titel seines Buches zum Ausdruck gebrachte Motto „Europa den Europäern“ auf höherer Ebene im alten Denkmuster „Deutschland den Deutschen“ verhaftet, obwohl Umfrid in weiten Teilen seines Buches längst darüber hinaus ging und weltoffen dachte. Übrigens ahnte er bereits, „dass der Weltmarkt nicht ewig aufnahmefähig bleiben wird, dass eines Tages sämtliche Kulturländer industrialisiert sein werden, dass dann unsere Waren im Ausland keine lohnende Abnahme mehr finden werden, weil die Ausländer imstande sein werden, ihren Bedarf selbst zu decken.“²⁸³

Es hätte also gerechter ökonomischer Strukturen als Grundlage für einen sozialen und internationalen Frieden bedurft, in denen sich sowohl binnen- als auch außenwirtschaftliche Beziehungen frei von jeglichem aggressiven Expansionsdrang und ebenso frei von hierarchischen Herrschaftsverhältnissen in einem gleichgewichtigen Geben und Nehmen befinden. Ein solches ökonomisches

²⁸¹ Otto Umfrid (1913), S. S. 92 – 111 (Vernunft, Krieg und Recht), 145 (europäische Zollunion), 147 (manchesterliches System), 156 (Hypertrophie des Außenhandels), 160 (Manchestertum), 165 (Deutschland als Hort des Rechts und der Kultur anstelle von Gewalt) und 171 – 175 (Deutschland, Russland und Frankreich).

²⁸² Otto Umfrid (1913), S. 148 (französischer Vorschlag einer Zollunion), 150 (Zollunion als Keimzelle von Vereinigten Staaten Europas), 155 (Friedfertigung der ganzen Erde).

²⁸³ Otto Umfrid (1913), S. 135 (begrenzte Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts).

Fundament fehlte Umfrid für sein politisches Ziel, das schon weit über eine bloße Einigung Europas hinausging. Er dachte nämlich schon an eine von einseitigen Interessen freie weltweite Rechtspolitik, die im Dienst „des uns angeborenen Menschenrechts ... das Recht des Stärkeren, das Faustrecht auf dem Gebiete des Völkerlebens beseitigt. ... Die Gerechtigkeit verlangt, dass wir in allem, was Menschenantlitz trägt, die Menschenwürde ehren und das Gute anerkennen, das die Fremden für sich haben.“ Alle Völker der Erde waren für Umfrid „Glieder eines Leibes der Menschheit“, die auf dem Weg zu einer „allumfassenden Gesamtordnung“ sei. Besonders bedeutsam sei die „Zusammengehörigkeit der Völker“ auf „dem Gebiet des Handels und des Verkehrs, der Geldwirtschaft und des Kreditwesens“. Dort gelte es, „international und solidarisch zu denken“. Als einziges Mittel der Regelung von Konflikten kam für Umfrid eine „internationale Gerichtsbarkeit“ in Frage.²⁸⁴

Bald nach dem Erscheinen von „Europa den Europäern“ schlug die berühmte Pazifistin Bertha von Suttner Otto Umfrid für den Friedensnobelpreis 1914 vor. Es gab noch fünf weitere Vorschläge; aber als der Erste Weltkrieg begann, wurde das Auswahlverfahren zur Vergabe des Friedensnobelpreises abgebrochen. Danach spielte Umfrid noch eine bedeutende Rolle in der „Deutschen Friedensgesellschaft“; jedoch geriet er nach seinem Tod im Jahr 1920 in Vergessenheit.²⁸⁵

- Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg nahmen die damaligen Siegermächte sogleich eine machtpolitische Neuaufteilung der Welt vor – nicht zuletzt im Nahen und Mittleren Osten, um sich den Zugriff auf Erdöl, Erdgas und andere natürliche Ressourcen als Treibstoffe für ihre ‚moderne Zivilisation‘ zu sichern. Um einen weiteren großen Krieg zu verhüten, setzten auch bald wieder Bestrebungen zur Einigung Europas ein. Bedeutsam wurde nunmehr die Vorstellung einer „Paneuropa-Union“, die der österreichisch-japanische Philosoph Richard Coudenhove-Kalergi (1894-1972) 1923 in einem gleichnamigen Buch beschrieb. Ein Jahr später gründete er eine „Paneuropa-Union“ mit dem Ziel, nach dem „Niedergang Europas“ und seiner „Weltherrschaft ... die europäische Anarchie“ und seine politische und wirtschaftliche Zersplitterung auch angesichts der „wachsenden außereuropäischen Weltmächte“ durch einen „Zusammenschluss Europas zu einem politisch-wirtschaftlichen Zweckverband“ zu überwinden. Zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ sollten alle europäischen Staaten „von Polen bis Portugal“ gehören, aber nicht das „britische Weltreich“ mit seinen Gebieten in Übersee und auch nicht das bolschewistische „russische Reich“. Nur die politisch vereinigten kontinental-europäischen Staaten sollten nach den Vorstellungen von Coudenhove-Kalergi zum einen eine „paneuropäische Zollunion“ bilden, d.h. sie sollten beim Handel mit „Panamerika“ und den britischen, russischen und asiatischen Staatenbünden

²⁸⁴ Otto Umfrid (1913), S. 9 – 25 (Rechts- statt Interessenpolitik), besonders S. 24 (angeborene Menschenrechte), 119 – 124 (Menschenwürde aller Menschen, weltweite Zusammengehörigkeit und Solidarität) und 157 (internationale Gerichtsbarkeit).

²⁸⁵ Zu Otto Umfrid vgl. Helmut Donat (2020).

weiterhin Außenzölle erheben, aber die Binnenzölle allesamt abschaffen. Und zum anderen sollten sie das innereuropäische „Währungschaos“ überwinden, indem eine „paneuropäische Konferenz“ unter anderem einen „Ausschuss für die Währungsfrage“ bildet.“²⁸⁶ Ob Coudenhove-Kalergi schon an eine kontinentaleuropäische Gemeinschaftswährung dachte, geht aus seinem Buch allerdings nicht hervor.

Im Gefolge der „Bildung eines Paneuropäischen Staatenbundes ... wäre Europa fähig und berufen, durch seine Mittellage zwischen England und Amerika einerseits - Russland und dem Orient andererseits sowie durch die Tradition und Begabung seiner Einwohner noch lange Kulturzentrum der Erde zu sein.“ Diese noch eurozentrische Sicht Coudenhove-Kalergis ging mit einer eindeutigen Ablehnung nationalistischer und rassistischer Ideologien einher. In Anbetracht zahlreicher Völkerwanderungen in der Geschichte Europas hielt er es für einen „dilettantischen Trugschluss“, dass es in Europa romanische, germanische und slawische Menschenrassen gebe. „Alle Völker Europas (mit Ausnahme vielleicht der Isländer) sind Mischvölker.“ Hinzu komme, dass die moderne Nachrichten- und Verkehrstechnik die Völker Europas und der ganzen Welt so eng miteinander verwebt, dass die Vorstellung ihrer voneinander getrennten Existenz obsolet werde.

Davon abgesehen gebe es im Großen und Ganzen „fünf Kraftfelder der Erde: 1. das amerikanische, 2. das britische, 3. das russische, 4. das ostasiatische, 5. das europäische.“ Der Frieden zwischen ihnen sollte durch die Schaffung von supranationalen Schiedsgerichten und durch Abrüstungsmaßnahmen gesichert werden. Allerdings fehlte Afrika in Coudenhove-Kalergis Aufzählung der fünf koexistierenden „Weltmächte statt Großmächte“ als eigenständiges Kraftfeld. Große Teile Afrikas stellte er sich als koloniales Hinterland von Paneuropa vor - er sprach von der „Westhälfte Afrikas von Tripolis und Marokko bis Kongo und Angola“ - , während die übrigen Teile Afrikas als Kolonialgebiete zum britischen Weltreich gehören sollten. Afrika spielte also in den geostrategischen Überlegungen von Coudenhove-Kalergi eigenartiger Weise nur eine Rolle als Ressourcenlieferant. „Durch einheitliche Organisation und rationelle Erschließung seines afrikanischen Kolonialreiches ... könnte Paneuropa alle Rohstoffe und Nahrungsmittel, die es braucht, selbst erzeugen und so auch wirtschaftlich unabhängig werden.“²⁸⁷ Die Vorstellung einer Einteilung der Erde in fünf „Kraftfelder“ mit zollfreien Binnenmärkten und ihrer Trennung durch Außenzölle war jedoch ebenso

²⁸⁶ Richard Coudenhove-Kalergi (1923/1926), S. 7 - 8 [Zweckverband] und 14 - 15 [Niedergang Europas], 22 und 25 [europäischer Staatenbund von Polen bis Portugal] sowie 30, 34 und 36 [Paneuropa]; S. 38 - 46 [England], 49 - 56 [Russland], 65 - 70 [Panamerika], 100 und 140 [Währungschaos], 103 und 141 [Zollunion].

²⁸⁷ Richard Coudenhove-Kalergi (1923/1926), S. 20 [fünf Kraftfelder der Erde], 21 [Afrika als Kolonie], 36 [Europas Mittellage und halb Afrika als Kolonie Europas], 87 - 95 [Schiedsgerichte und Abrüstung], 123 - 130 [Nationalismus und Rassismus] und 145 [Afrika als „künftige Kornkammer und Rohstoffquelle Europas“].

widersprüchlich wie die Annahme, dass sich Europa mit Hilfe von Ressourcen aus Afrika ‚selbst‘ versorgen könne.

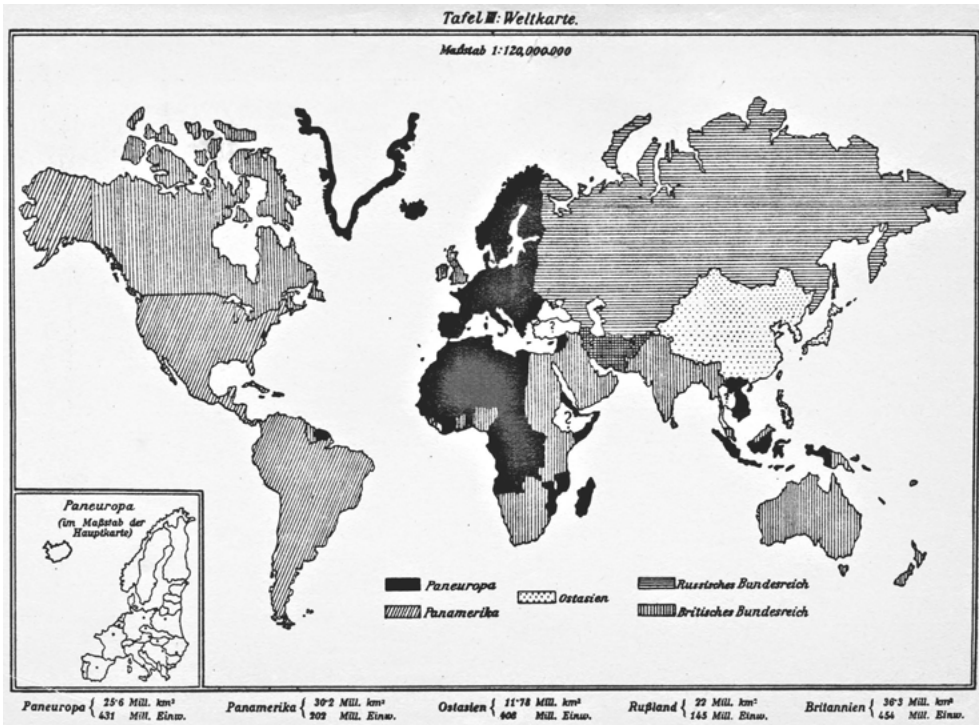


Abb.: Coudenhove-Kalergis Aufteilung der Welt in „fünf Krafftfelder“²⁸⁸

Trotz seiner weitgehend weltoffenen und pazifistischen Grundhaltung war Coudenhove-Kalergi also noch weit entfernt von Kants Kritik am „inhospitalen Verhalten“ von Europäern in Übersee und an dessen weltbürgerlichem Ziel eines erdumspannenden „Föderalismus freier Staaten“. Ebenso weit entfernt war sein Konzept auch von Henry Georges Ziel eines „Bundes der Menschheit“ und von Gustav Landauers Vision einer „die Volksschranken übersteigenden Erdgesellschaft“, die mit föderalen Strukturen als „Republik von Republiken“ entstehen sollte.²⁸⁹ Die politische Einigung des europäischen Kontinents ging bei Coudenhove-Kalergi ebenso wie bei Umfrid auch noch nicht mit einer gleichzeitigen Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen einher. Dementsprechend waren die zu

²⁸⁸ Richard Coudenhove-Kalergi (1923/1926), S. 177 (Abb. Aufteilung der Welt).

²⁸⁹ Immanuel Kant (1795/2008), S. 21 - 24. - Henry George (1887/1968), S. 293 - 295 (Bund der Menschheit). - Gustav Landauer (1911/1967), S. 152 - 153 (Erdgesellschaft) und 166 (föderaler Aufbau von Wirtschaft und Staat).

vereinigenden europäischen Staaten bei ihm noch keine reinen Rechtsstaaten, sondern Staaten in ihrer bisherigen Gestalt als in sich widersprüchliche und darum auch noch nicht friedfertige Rechts- und Machtstaaten. Dasselbe galt auch für den 1920 bei den Friedensverhandlungen in Paris gegründeten Völkerbund, der seinen Sitz in Genf erhielt. Unabhängig davon sah Coudenhove-Kalergi im Völkerbund sogar eine „dauernde Gefahr für die Selbstständigkeit Europas“. „Außereuropäische Mächte“ würden die Möglichkeit bekommen, auf dem Weg über den Völkerbund „in die europäischen Angelegenheiten einzugreifen“. Im Zusammenhang mit seiner Furcht vor einer „Bevormundung Europas durch den Völkerbund“ betrachtete Coudenhove-Kalergi sogar die sog. Monroedoktrin, mit der die USA die Einwanderung beschränkten, als ein Vorbild für Europa und rief die Devise „Europa den Europäern“ aus - was nichts anderes war als die nationalistische, nur räumlich ausgeweitete Devise „Deutschland den Deutschen“. Zudem ließ sich vor allem in Grenzgebieten zwischen den einzelnen „Weltmächten“ nur über die Köpfe der dort lebenden Minderheiten hinweg entscheiden, zu welchem „Kraftfeld“ sie gehören wollten. So waren auf Coudenhove-Kalergis Weltkarte Fragezeichen bei der Türkei und in Ostafrika eingetragen.²⁹⁰

Trotz dieser gravierenden Mängel unterstützten auch berühmte Wissenschaftler wie Albert Einstein, Schriftsteller wie Thomas Mann und Politiker wie der französische Außenminister Aristide Briand oder der tschechoslowakische Staatspräsident Tomáš Masaryk die „Paneuropa“-Bewegung. Auch die meisten Sozialdemokraten und Gewerkschaftler sahen in der Einigung Europas einen Schlüssel zu seiner Selbstbehauptung gegenüber den zur Weltmacht aufstrebenden USA und einer zunehmenden Konkurrenz aus Asien. So gab es für Rudolf Hilferding „keinen Zweifel ... , dass wir der amerikanischen Konkurrenz nur gewachsen sein können, wenn sich Europa zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammenschließt.“²⁹¹

- Aber es gab auch Europaskeptiker innerhalb der Arbeiterbewegung, denen es nicht so sehr um eine Selbstbehauptung Europas auf dem zunehmend monopolisierten Weltmarkt ging. Nach Ansicht des österreichischen Sozialisten Otto Bauer lief „Paneuropa“ nur darauf hinaus, „dass über die Schutzzöllnerei der einzelnen Staaten des europäischen Festlandes noch eine gesamteuropäische Überschutzzöllnerei aufgebaut würde, die gegen England und das britische Weltreich, gegen die Sowjetunion und gegen Nord- und Südamerika gerichtet wäre.“ Bauers Einwände gegen eine Vereinigung kapitalistischer Staaten von Europa als Ziel der Arbeiterbewegung waren berechtigt; andererseits wären auch die von ihm stattdessen geforderte Erringung der politischen Macht durch das Proletariat und

²⁹⁰ Richard Coudenhove-Kalergi (1923/1926), S. 37 - 41 (unklare Zugehörigkeiten), 74 - 75 (Völkerbund, Monroedoktrin und „Europa den Europäern“) und 177 (Fragezeichen).

²⁹¹ Rudolf Hilferding in: Freie Presse vom 29.5.1925, zitiert nach Willy Buschak (2014), S. 85.

eine anschließende zentralistische Neuorganisation der Wirtschaft Europas und der ganzen Welt kein erstrebenswertes Ziel gewesen.²⁹²

Zu den vehementen Kritikern des „Vereinigten Unsinn von Europa“ gehörte auch Silvio Gesell – aber nicht etwa, weil er kein friedliches Miteinander der Völker in Europa gewollt hätte, sondern weil er die Aufteilung der Erde in fünf große Zollunionen für den Keim eines neuen, noch größeren Weltkrieges hielt. Für ihn stellte „die ganze Erde ein unteilbares einheitliches Wirtschaftsgebiet“ dar und darin sollten die Menschen und Völker sich unabhängig von ihrer Größe selbst und nicht zu willkürlich konstruierten Gebilden wie Paneuropa, Panamerika oder Panasien ‚gehören‘. „Machen wir uns keine Illusionen. Europäische Zollunion heißt auf Deutsch nichts anderes als der europäische geschlossene Handelsstaat. ... Die Zollgrenzen der europäischen Einzelstaaten schufen die wirtschaftlichen Gründe zum europäischen Krieg. Und ebenso werden die Grenzen der europäischen Zollunion die Interessen und die Stimmungen schaffen, die uns in den Weltkrieg gegen die panamerikanische und die mongolische Zollunion treiben werden. ... Wer daher den Frieden wirklich will, der lehne die Formel Paneuropa ab und fordere gleich das Ganze, die Beseitigung aller Zollgrenzen, den Weltfreihandel“ - und zwar nicht auf der von Bauer angestrebten Grundlage einer ins Globale gesteigerten zentralistischen Organisation der Wirtschaft, sondern auf der Grundlage einer in allen Staaten mittels einer Geld- und Bodenrechtsform freiheitlich und gerecht geordneten Marktwirtschaft ohne kapitalistische Mono- und Oligopole und ohne Zölle. „Lassen wir den vollen Freihandel nur einige Jahrzehnte sich frei entwickeln und entfalten, und wir werden bald sehen, wie innig das Wohl der Völker mit der Förderung und Aufrechterhaltung dieses Handels verknüpft ist, mit welcher Liebe gute Beziehungen zu den Nachbarvölkern vom ganzen Volke gepflegt werden, wie die Familien hüben und drüben durch Bande der Blutsverwandtschaft fest aneinander gekettet werden, wie die Freundschaft zwischen Künstlern, Gelehrten, Arbeitern, Kaufleuten, Geistlichen alle Völker der Welt zu einer einzigen großen Gesellschaft verkettet wird, zu einem Völkerbund, den die Zeit und die Einzelbestrebungen immer nur inniger und fester schnüren.“ Unter solchen Umständen würden dann die Grenzen ihren Charakter als Trennlinien verlieren und zu „einfachen Verwaltungsgrenzen“ werden. Auch die Begriffe Import und Export würden ihre Bedeutung verlieren. Und eine „Internationale Valuta-Assoziation“ sollte schließlich die Wirtschaft aller einzelnen Länder zu einer in sich ausgeglichenen monopol- und zollfreien Weltwirtschaft vernetzen.²⁹³ Auch von Coudenhove-Kalergis Sympathie für die US-amerikanische Monroe-Doktrin und ihrer Übertragung auf Europa hielt Gesell nichts. „Wir fordern die Beseitigung jeder Einwanderungskontrolle. Die Gelben, die Weißen, die Schwarzen - alle

²⁹² Otto Bauer, zitiert nach Willy Buschak (2014), S. 100 - 101.

²⁹³ Silvio Gesell (1919/1991b), S. 300 (Erde als unteilbares Wirtschaftsgebiet); ders. (1920/1991a), S. 69, 72 (Grenzen als reine Verwaltungsgrenzen, Im- und Export) und 94 (Verschmelzung der Völker zu einem großen Völkerbund); ders. (1920/1992c), ders. (1924/1994c), S. 240 (Menschheitsbund) und ders. (1926/1995h), S. 76 - 77 (Weltfreihandel statt Paneuropa). – Vgl. auch das Kap. 7.3, S. 113 - 115.

sollen das gleiche Recht auf die Erde, auf den amerikanischen Kontinent haben, genau wie wir jedem Amerikaner Europa und die Mongolei zu Nutz' und Freude zur freien Verfügung stellen wollen. ... Die Rassen werden dann die Welt nicht mehr nebeneinander, sondern durcheinander bewohnen.“ Anstelle des Völkerbundes, der den einzelnen Staaten nicht das Recht absprach, Zölle zu erheben, sprach sich Gesell „für einen Menschheitsbund“ aus, „d.h. für Gleichberechtigung aller, die Menschenantlitz tragen“.²⁹⁴

- Im Widerstand gegen die NS-Tyranei und ihr schauerliches Ziel, ganz Europa zu germanisieren, entwickelte der „Kreisauer Kreis“ um Helmuth James Graf von Moltke und Yorck von Wartenburg Vorstellungen von einem friedlich geeinten Nachkriegseuropa, die Ähnlichkeiten mit Coudenhove-Kalergis „Paneuropa“ aufwies. Während Moltke sich für eine Übertragung von nahezu allen nationalstaatlichen Souveränitätsrechten auf einen europäischen Gesamtstaat aussprach, wollten andere Mitglieder des Kreisauer Kreises die Souveränität der Nationalstaaten nur in geringerem Umfang einschränken. Unterschiedliche Vorstellungen gab es auch über die Verläufe der zukünftigen innereuropäischen Grenzen. Eine europäische Gesamtregierung sollte aus Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Planungs- sowie Verteidigungsministerien bestehen. Für den Bereich der Wirtschaft stellte sich der Kreisauer Kreis einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb mit einer europäischen Kontrolle von Kartellen und Schwerindustrien sowie mit einem Abbau von Binnenzöllen und mit einer europäisch koordinierten Steuer-, Kredit- und Verkehrspolitik vor. Ein vereinigtes Europa sollte - vorerst ohne Großbritannien und sein Empire - ein Gegengewicht zu den USA und zur Sowjetunion und zugleich eine Brücke zwischen ihnen werden. Der „Kreisauer Kreis“ diskutierte auch über Außenhandelsbeziehungen mit der übrigen Welt und registrierte im Rahmen seiner Gedanken über einen „Weltbund der Großräume“ offenbar auch schon die damals gerade von John Maynard Keynes ganz neu entwickelten Gedanken über eine „International Clearing Union“.²⁹⁵

- Auch nach dem Zweiten Weltkrieg hielt Coudenhove-Kalergi an seinem Ziel einer Bildung von „Vereinigten Staaten von Europa“ fest. In seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des „Internationalen Karlspreises zu Aachen“ (1950) bedauerte er, dass „der Weg zu einem einigen Europa von Island bis zur Türkei und darüber hinaus von Finnland bis Portugal weit“ ist und dass „die Mehrzahl der dort vertretenen Regierungen die Idee eines europäischen Bundesstaates ablehnt und Europa organisieren will als losen Staatenbund souveräner Völker.“ Nach der Jahrhunderte langen Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland sprach sich Coudenhove-Kalergi für einen „föderativen Zusammenschluss der beiden Staaten“ als Kern der europäischen Einigung „mit gemeinsamer Außen- und Rüstungspolitik, gemeinsamer Wirtschaftspolitik und gemeinsamer Währung“ aus. Zusammen mit Italien und den Benelux-Staaten sollten Frankreich

²⁹⁴ Silvio Gesell (1924/1994b), S. 245 - 249, hier. S. 248.

²⁹⁵ Jan Kubišta (2004), S. 3 - 14, hier: S. 8 - 9.

und Deutschland eine „Erneuerung des Karolinger-Reiches auf demokratischer, föderalistischer und sozialer Grundlage“ vorantreiben und sich dabei nicht von der Sorge aufhalten lassen, dass eines dieser Länder eine Hegemonie innerhalb ihrer Föderation anstreben könnte. „Ein neues Weltreich würde entstehen, dessen Bevölkerung größer wäre als die Vereinigten Staaten von Amerika und dessen Territorium, von der Ostsee bis Katanga, nur der Sowjetunion an Größe nächstehen würde.“ Auch eine „gemeinsame Armee“ fehlte nicht in Coudenhove-Kalergis Vorstellungen von einem zukünftigen europäischen Bundesstaat, der zusammen mit Amerika und dem „Britischen Reich als Brücke zwischen Amerika und Europa ... eine Atlantische Union“ bilden könne.²⁹⁶

- Während der Nachkriegsjahrzehnte wurde die Einigung Europas schrittweise vorangetrieben - allerdings auf der instabilen Grundlage des in den einzelnen europäischen Ländern restaurierten kapitalistischen, auf der Kapitalakkumulation und -konzentration aufgebauten Wirtschaftssystems und einer dementsprechend demokratiefernen EU-Bürokratie in Brüssel. Bereits die Gründung der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OEEC, später OECD) im Jahr 1948 erfolgte mit dem ausdrücklichen Ziel einer Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in (West-)Europa.²⁹⁷ Die Montanunion (1951) schuf zwar eine transparente Zusammenarbeit hinsichtlich der auch für die Rüstung relevanten Kohle- und Stahlindustrien; ein erster kleiner Schritt in die Richtung einer Bewirtschaftung der Ressourcen als europäische Gemeinschaftsgüter im Sinne der Bodenreform war die Montanunion jedoch nicht. Auch die 1957 gegründete „Europäische Atomgemeinschaft“ (EURATOM) diente ausdrücklich dem Ziel, einer wachsenden Wirtschaft eine breitere fossile Energiebasis zu verschaffen und den Lebensstandard innerhalb der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) zu steigern.

Nach mehreren Jahren einer „Eurosklерose“²⁹⁸ wurden 1993 mit dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags die innereuropäische Zollunion und der europäische Binnenmarkt vollendet. Mit der Zollunion grenzte sich die „Europäische Gemeinschaft“ (EG) fortan von der übrigen Welt ab und der europäische Binnenmarkt blieb wie die Märkte innerhalb ihrer Mitgliedsländer von der strukturellen Macht des Geldes und der großen Mono- und Oligopole beherrscht. Insbesondere die Agrarpolitik der sich weiter entwickelnden „Europäischen Union“ (EU) schuf gemäß ihrem Leitbild „Wachsen oder Weichen“ mit gigantischen Subventionen an größer werdende Agrarfabriken die Voraussetzungen für eine Industrialisierung der Landwirtschaft auf Kosten der bäuerlichen Familienbetriebe. Mehr als ein Drittel der EU-Haushaltsmittel floss Jahr für Jahr in die fragwürdige EU-Agrarpolitik und mit EU-Geldern werden nach wie vor Exporte von landwirtschaftlichen Produkten nach Afrika subventioniert. Auf den dortigen lokalen Märkten stellen

²⁹⁶ Richard Coudenhove-Kalergi (1950).

²⁹⁷ Matthias Schmelzer (2015), S. 1 - 37.

²⁹⁸ Gerhard Brunn (2002/2017), S. 230 - 231.

sie eine unlautere Konkurrenz dar, die die Existenz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in den Ländern Afrikas untergräbt. Mehr und mehr soll die Verwendung der EU-Haushaltsmittel auch der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in den Bereichen der Industrie, der Dienstleistungen und der Digitalisierung dienen. Die europäische Integration wurde also vom Friedensprojekt zum Instrument der Wachstumspolitik und der Förderung der den europäischen Binnenmarkt beherrschenden exportorientierten Großunternehmen. Dementsprechend ließen sich Heerscharen von Lobbyisten in Brüssel nieder, um den Einfluss der Konzerne auf die Entscheidungsorgane der EU sicherzustellen.

Im Großen und Ganzen lässt sich nicht in Abrede stellen, dass Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit Ausnahme der Erschütterung durch den Balkankrieg während der 1990er Jahre eine mittlerweile 75-jährige Friedenszeit erlebt und dies sicherlich auch der europäischen Integration zu verdanken hat. Dennoch wurde das „Gemeinsame Haus Europa“ auf dem Treibsand einer die Freiheit pervertierenden und die Demokratie beschädigenden monopolkapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft erbaut, deren innere Unordnung einen gigantischen bürokratischen Regelungsbedarf hervorgebracht hat. So hat die Integration Europas während der Nachkriegsjahrzehnte die schon älteren Grundtendenzen zur Akkumulation und Konzentration von wirtschaftlichem Kapital sowie zur Bildung von politisch großen Mächten nicht überwunden, sondern ihnen nur einen größeren europäischen Raum gegeben, der mit anderen Großräumen der Welt konkurriert. Statt sich auf die weitblickenden Ziele von Kant und Saint-Simon, Proudhon, George, Landauer und Gesell zuzubewegen und sich an Leopold Kohrs Ideal einer Föderation von vielen kleineren und mittleren Staaten und Regionen zu orientieren, hat sich die europäische Integration davon immer nur noch weiter entfernt. Mittlerweile befindet sich Europa in einer höchst komplexen und störanfälligen weltpolitischen Gemengelage zwischen den Großmächten USA, Russland und China, die sich in zunehmendem Maß in Handelskriege verstricken.

- Mit der 1998/2002 eingeführten europäischen Gemeinschaftswährung „Euro“ wurde die kapitalistische Struktur der einzelnen europäischen Landeswährungen schließlich unverändert in die „Europäische Währungsunion“ übernommen. Seitdem konnte sich die bisherige soziale Zerklüftung innerhalb der einzelnen europäischen Länder weiter vertiefen. Und obendrein verfestigte sich entgegen den vielbeschworenen „Konvergenzkriterien“ noch ein wirtschaftliches Gefälle zwischen sog. Hart- und Weichwährungsländern im Norden und Süden Europas, weil seit der Euro-Einführung innereuropäische Ungleichgewichte nicht mehr wie vorher durch Anpassungen der Wechselkurse zwischen den einzelnen Landeswährungen abgefedert werden konnten.

In der Abschaffung dieser innereuropäischen Wechselkursanpassungen sahen viele Kritiker/innen der Einführung des Euro einen entscheidenden ökonomischen Konstruktionsfehler der europäischen Gemeinschaftswährung. Aus diesem Grund und auch weil mit der Euro-Einführung keine politische Vereinigung Europas einherging, kritisierte auch Dirk Lühr die Euro-Einführung aus Sicht der Geldreform

als eine „Niederlage der Vernunft“, bei der „sachfremde politische Aushandlungsprozesse ... eine entscheidende Rolle spielten“. Dabei ließ sich Löhr keineswegs von einem historisch rückwärtsgewandten DM-Nationalismus leiten und er sah durchaus einen „währungspolitischen Integrationsbedarf in Europa“. Nur erschien ihm Europa als Ganzes wegen der stark differierenden Verhältnisse in den einzelnen Ländern (noch) nicht als ein optimaler Währungsraum, der Europa erst werden könne, wenn die soziale Spaltung innerhalb der einzelnen europäischen Länder und innerhalb ganz Europas nach einer Geldreform überwunden werde. Anstelle der voreiligen Einführung einer europaweiten Einheitswährung zog Löhr als Zwischenschritt die Bildung mehrerer „Währungsclubs“ mit ökonomisch und politisch zueinander passenden Ländern und deren gesamteuropäische Vernetzung im Sinne von Gesells „Internationaler Valuta-Assoziation“ in Erwägung. Ebenfalls in Anknüpfung an Gesells IVA verwies Thomas Betz auf die Möglichkeit, den Euro nicht als europäische Einheitswährung einzuführen, sondern ihn im Sinne von Keynes' 1944 bei der Konferenz in Bretton Woods nicht zum Zug gekommenen „Bancor-Plans“ als einen europäischen „Bancor“ zu konzipieren.²⁹⁹

Statt die Lebensbedingungen überall in Europa einander anzugleichen - was die EU mit regionalpolitischen Maßnahmen vergeblich anstrebte - , verschaffte die mit Hilfe des Euro erhöhte freie Mobilität von Menschen, Waren und Kapital innerhalb der EU vor allem dem Kapital rentable Verwertungsmöglichkeiten, u.a. durch die Verlagerung von Produktionen an die Billiglohn-Peripherien Europas oder durch die Anziehung billiger Arbeitskräfte von dort in die reicheren Zentren, wo zum Beispiel Rumänen und Bulgaren unter menschenunwürdigen Umständen in der Fleischindustrie ausgebeutet werden.

Als die Euphorie über den Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetimperiums und die EU-Osterweiterung verfliegen war, geriet der Euro im Zuge der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten ab dem Herbst 2008 in eine tiefe Krise, die die Risse im Fundament des „Gemeinsamen Hauses Europa“ sichtbar machte. Zur ersten großen Belastungsprobe wurde die Schuldenkrise in den Euro-Ländern Irland, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland. Über sie wurde ein sog. „Euro-Rettungsschirm“ aufgespannt, wobei die „Troika“ aus Vertretern der EU-Kommission, der EZB und des IWF besonders Griechenland sehr schmerzhaftige Strukturanpassungen auferlegte.

Die milliardenschweren ‚Rettungspakete‘ für die von der Krise am härtesten betroffenen peripheren Euroländer lösten nicht nur rechtspopulistische Proteste gegen eine ‚Rettung‘ der angeblich ‚faulen‘ Südeuropäer wie diejenige von Thilo Sarrazin aus³⁰⁰, sondern auch eine linksintellektuelle Euro-Kritik. Sie richtete sich vor allem dagegen, dass den südeuropäischen Ländern als Gegenleistung für

²⁹⁹ Dirk Löhr (1998), S. 21 – 34, insbesondere S. 23 (sachfremde politische Erwägungen), 25 und 29 (Großunternehmen), 31 (fehlende politisch-wirtschaftliche Fundierung des Euro) und 32 (suboptimaler Währungsraum und Bildung mehrerer, durch eine IVA verbundener Währungsclubs). – Vgl. auch Thomas Betz (1998), S. 35 – 43.

³⁰⁰ Werner Onken (2012), S. 83 – 87 (Rezension zu Sarrazins Euro-Kritik).

„Euro-Rettungsmaßnahmen“ äußerst harte Einschnitte in deren Sozialsysteme auferlegt wurden und dass es bei dieser drastischen Austeritätspolitik letztlich um die „Rettung“ von Gläubigerbanken in den europäischen Zentren ging.

In Anbetracht der sozialen Härten der Euro-Rettungspolitik in Griechenland und anderen peripheren Euro-Ländern kritisierte der Soziologe Wolfgang Streek die Einführung des Euro wegen der Abschaffung flexibler Wechselkurse geradezu als ein „frivoles Experiment“, das in erster Linie einer „Vollendung des europäischen Binnenmarkts“ gemäß „dem Ideal einer durch Politik von Politik befreiten Marktwirtschaft“ gedient habe. „Der Euro war und ist auch ein Geschöpf der Globalisierungseuphorie der 1990er Jahre.“ Demnach war die Einführung des Euro Bestandteil der Strategie einer weitgehenden Deregulierung der europäischen und internationalen Finanzmärkte und einer Stärkung der Dominanz von Großunternehmen auf dem „freien“, aber de facto monopolistisch vermachteten europäischen Binnenmarkt. Streek sprach von einer „politischen Ökonomie ohne Parlament und Regierung“, also eigentlich von einer entpolitisierten europäischen Ökonomie, „zusammengesetzt zwar aus nach wie vor formal unabhängigen Nationalstaaten, die aber für immer auf eine eigene Währung und damit auf die Möglichkeit verzichtet hatten, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ihrer Bürger das Mittel der Abwertung einzusetzen“.³⁰¹

Gerade nicht aus nationalistischen, sondern aus ökonomischen und sozialen Erwägungen empfahl Streek als Antwort auf die sog. Euro-Krise ein Nachdenken über eine „Rückkehr zu einem geordneten System flexibler Wechselkurse in Europa“, um die Dominanz der nördlichen gegenüber den südlichen Euro-Ländern zu überwinden und Debatten über einen Austritt Griechenlands oder anderer europäischer Länder aus Europa zu beenden. Mit einer Wiederherstellung der früheren Landeswährungen verband er zwar nicht die Vorstellung, ihre herkömmliche kapitalistische Grundstruktur durch eine Geldreform zu überwinden. Bemerkenswert war jedoch, dass auch Streek wie Löhr und Betz, aber unabhängig von ihnen, an die unverfälschte Originalversion von Keynes' „Bancor-Plan“ als Modell für eine europäische Währungsintegration erinnerte. Eine Wiedereinführung von DM, Franc, Lira, Peseta usw. sollte Streek zufolge nämlich keineswegs auf eine Abschaffung des Euro hinauslaufen, sondern auf seinen Umbau nach dem Vorbild von Keynes' „Bancor“. „Die dem System eigene Weisheit lag darin, dass es auf eine erzwungene Konvergenz der inneren Ordnung der Mitgliedstaaten und ein „Durchregieren“ der stärkeren in die schwächeren Länder verzichtete.“ Indem ein nach dem Vorbild des „Bancor“ umgebauter Euro die einzelnen Landeswährungen auf europäischer Ebene locker miteinander verbinde, könne er sich vom „gesellschaftlich rücksichtslosem technokratischem Modernisierungsprojekt“ zu einer „denationalisierten Leit- und Ankerwährung“ wandeln. Als neutrale supranationale Gemeinschaftswährung würde sie die demokratische Souveränität der National- bzw.

³⁰¹ Wolfgang Streek (2013), S. 237 (frivoles Experiment), 246 – 250 (aufgegebene Abwertungsmöglichkeiten) und 254 (Globalisierungseuphorie).

Rechtsstaaten respektieren und zu einem echten europäischen Integrationsmittel werden. Allerdings ließ Streek am Ende offen, „wie teuer eine Abkehr vom Euro als Einheitswährung werden würde.“³⁰²

Vor dem Hintergrund der sich besonders in Griechenland zuspitzenden Euro-Krise entwickelten Eckhard Behrens & Fritz Andres & Jobst von Heynitz aus geld-reformerischer Perspektive noch einen anderen Ausweg, wobei sie diese Krise nicht für ein spezifisches Problem des Euro hielten, sondern für einen sich auf den Euro auswirkenden Teilaspekt der internationalen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise. Um Griechenland einen Austritt aus dem Euro („Grexit“) zu ersparen, empfahlen Behrens & Andres & Heynitz einen „ordnungspolitischen Dreischritt“ – bestehend aus

- a) einer geordneten Staatsinsolvenz, um die „nie erklärte, aber faktische und ungeregelte Staatsinsolvenz“ und die damit verbundene „Entmündigung des Schuldners“ zu beenden und eine Grundlage für einen „demokratisch gestaltbaren Neuanfang“ in Griechenland zu legen,
- b) Strukturreformen zur Überwindung von Privilegien der griechischen Oberschicht und der verbreiteten Korruption sowie
- c) einer Einführung einer mit „künstlichen Durchhaltekosten“ (Keynes) ausgestatteten nationalen Parallelwährung, mit deren Hilfe sich die griechische Binnenkonjunktur beleben und stabilisieren ließe.

Durch diese drei Maßnahmen sollten sich „die nationalistisch-emotionalen Aufwallungen zwischen einzelnen EU-Ländern wieder beruhigen und zugleich eine Ausuferung der EU zu einem Superstaat verhindert werden“.³⁰³

Der Vorschlag, den Verbleib Griechenlands im Euro-Raum mit Hilfe einer zur nationalen Parallelwährung ausgedehnten Regionalwährung zu sichern, fand durchaus eine Resonanz in der Politik - auch bei dem damaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis, der allerdings nur eine konventionelle Parallelwährung ohne ihre Ausstattung mit „künstlichen Durchhaltekosten“ erwog.³⁰⁴ Wenige Jahre danach übernahmen zeitweise auch rechtspopulistische Politiker wie Le Pen in Frankreich und Berlusconi in Italien die Forderung nach einer Einführung von nationalen Parallelwährungen. Auch ihnen blieb der Gedanke ihrer Ausstattung mit „künstlichen Durchhaltekosten“ fremd und zudem waren Parallelwährungen für sie gerade kein Mittel zum Verbleib einzelner gestärkter Binnenwirtschaften im Euro-Raum. Im Gegensatz zum ursprünglichen Selbstverständnis von Regionalwährungen als „Ergänzung zum Euro“ stellten nationale

³⁰² Wolfgang Streek (2013), S. 251 – 255 (lockere Kopplung der europäischen Landeswährungen durch eine denationalisierte Ankerwährung). – Ähnliche Überlegungen entwickelte auch Sahra Wagenknecht; vgl. dies. (2016), S. 228 – 229, und das Kap. 12 dieses Buches, S. 71, Anm. 166. – Thomas Betz (1998), S. 35 – 43.

³⁰³ Eckhard Behrens (2011), S. 3 - 9. – Eckhard Behrens & Fritz Andres / Jobst von Heynitz (2012); Wiederabdruck in: Fritz Andres (2020), S. 394 – 397. – Vgl. außerdem Christian Gelleri & Thomas Mayer (2012) sowie Christian Gelleri (2015).

³⁰⁴ Vgl. hierzu Andreas Oswald (2015).

Parallelwährungen für Rechtspopulisten gleichsam Hintertüren zu einem Ausstieg aus dem Euro dar.³⁰⁵

Da die finanziellen Kosten und politischen Folgen des Austritts eines Landes wie Griechenland aus dem Euro oder gar eines Auseinanderbrechens des Euro und einer Rückkehr zu den früheren europäischen Landeswährungen unkalkulierbar waren und weil sich mit einer bloßen Rückkehr zu den kapitalistisch strukturierten Landeswährungen ohnehin nichts für gerechtere Verhältnisse innerhalb der einzelnen europäischen Länder hätte erreichen lassen, blieben Behrens & Andres & Heynitz bei ihrer grundsätzlichen Befürwortung des Euro und sie hofften, dass sich ein über Krisen hinweg geretteter Euro als Ganzes noch nachträglich gemäß den Geldreformgedanken mit „künstlichen Durchhaltekosten“ (Keynes) versehen lassen könnte. Dann könne der Euro für ganz Europa zu einem gemeinschaftlichen neutralen Tausch- und Kreditmittel werden, das innereuropäische Ungleichgewichte und räumliche Disparitäten im Laufe der Zeit zum Ausgleich bringt. Im Gegensatz zur Theorie optimaler Währungsräume von Robert Mundell war für Behrens & Andres & Heynitz nicht so sehr die Größe eines Währungsraums entscheidend, sondern die kapitalistische oder eben nicht kapitalistische Struktur des Euro und anderer Währungen.³⁰⁶

In Ergänzung zu den geldpolitischen Vorschlägen der Geldreformbewegung zur Optimierung der Eurorettungspolitik brachten Dirk Lühr & Fred Harrison noch eine bodenreformerische Überlegung ins Gespräch. Und zwar verwiesen sie darauf, dass die Bodenrenten in den europäischen Zentren im Durchschnitt deutlich höher sind als in der Peripherie Europas. Anstelle der der Peripherie von der Troika auferlegten Austeritätspolitik könne eine auf der EU-Ebene erhobene Bodenwertabgabe zur Sanierung und Stabilisierung der Peripherieländer beitragen. „Nach dem Henry-George-Theorem ist jedoch die in den Kernstaaten Europas reichlich sprudelnde Bodenrente die Abgabenquelle der Wahl. Deren teilweise Abschöpfung mittels einer auf EU-Ebene verankerten Bodenwertabgabe und ihre solidarische Rückverteilung an die Mitgliedstaaten nach Zahl der Einwohner könnte die Staaten der Peripherie entlasten, ohne die ökonomische Effizienz der übrigen EU-Staaten zu beeinträchtigen.“³⁰⁷

Brexit und Separatismus in Schottland und Katalonien

Aufgrund der durch die innere soziale Spaltung der europäischen Länder bedingten Fragilität von EU und Euro kam es im Zuge von deren erster großer Zerreißprobe nicht nur zu Debatten über einen Ausschluss einzelner Länder aus dem

³⁰⁵ Margrit Kennedy & Bernard Lietaer (2004) und Christian Gelleri (2009) (Regionalwährungen als Ergänzungen zum Euro). – Anne-Barbara Luft (2017) (Le Pens Forderung einer Parallelwährung). – FMW-Redaktion (2017) (Berlusconis Forderung einer Parallelwährung).

³⁰⁶ Eckhard Behrens (2004), S. 31 - 42.

³⁰⁷ Dirk Lühr & Fred Harrison (2013), S. 702 – 709, hier: S. 709.

Euro, sondern auch zum Bestreben einzelner Länder, von sich aus die EU zu verlassen. In Großbritannien wurde die Abneigung gegen die EU sogar so stark, dass eine knappe Mehrheit der Bevölkerung sich 2016 bei einem Referendum für einen Austritt aus der EU entschied.³⁰⁸ Jedoch ist dieser „Brexit“ eine lediglich nationalistisch motivierte Halbheit, da er in keiner Weise mit dem Bestreben einherging, die soziale Ungleichheit in Großbritannien zu überwinden und die Demokratie über die bestehende Herrschaft von Parteien und Lobbyverbänden hinaus zu einer interessenneutralen Selbstregierung der Bevölkerung weiterzuentwickeln.

Parallel zum Brexit kam es auch noch zu innerstaatlichen Auflösungserscheinungen in einzelnen europäischen Ländern – insbesondere in Großbritannien/Schottland und Spanien/Katalonien. Doch was hätte eine Abspaltung Schottlands von Großbritannien vielleicht bewirkt, wenn das Referendum im September 2014 erfolgreich gewesen wäre? Würden Abspaltungen Kataloniens von Spanien oder des Baskenlandes von Spanien und Frankreich, Flanderns von Belgien oder Südtirols von Italien mehr bewirken als nur die Erfüllung separatistisch-nationalistischer Hoffnungen und das Gefühl einer Befreiung von Zentralmächten in London, Paris, Madrid oder Rom? Da damit noch keine Herstellung einer gleichen Teilhabe der Menschen in den betreffenden Gebieten an den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen verbunden wäre, würden aus den größeren Einheitsstaaten bloß mehrere kleinere Nationalstaaten hervorgehen, die genauso in sich widersprüchliche Rechts- und Machtstaaten blieben, wie es vorher die größeren Staaten waren. Nach einer Abspaltung von Großbritannien hätte Schottland – wenn es sich dann konsequenter Weise auch vom britischen Pfund gelöst hätte – eine Mitgliedschaft in der EU und im kapitalistisch strukturierten Euro anstreben können oder es hätte – wie die Karibikinsel Anguilla, deren Unabhängigkeit Leopold Kohr in den 1960er Jahren unterstützte, entsprechend dem „Anguilla Liberty Dollar“ ein eigenes ebenfalls kapitalistisch strukturiertes Geld eingeführt, das genauso wie der Euro die soziale Spaltung innerhalb ihres nunmehr kleineren eigenen Rechts- und Machtstaates fortsetzen würde.³⁰⁹ Und wäre ein unabhängiger schottischer Staat bereit gewesen, die jahrhundertlange Konzentration von Land in den Händen von Großgrundbesitzern aufzugeben und einen neuen bodenpolitischen Weg mit Nutzungs- statt Eigentumsrechten zu gehen?³¹⁰ Und hätte er das vor seiner Nordseeküste lagernde ‚schottische‘ Erdöl als Erbe der gesamten Menschheit mit der Weltgemeinschaft geteilt? Regionalismus sollte also keine

³⁰⁸ Vgl. hierzu Rudolf G. Adam (2019).

³⁰⁹ Erst mehr als 20 Jahre nach Kohrs Tod (1994) wandte sich die in Salzburg ansässige Leopold-Kohr-Akademie – möglicherweise angeregt durch das räumlich nicht sehr weit entfernte „Chiemgauer“-Regionalgeld – auch der Geldproblematik zu; vgl. hierzu Michael Breisky (2015), S. 117 - 141.

³¹⁰ Nach einer Schätzung befindet sich die Hälfte des privaten Landes in Schottland von den fruchtbaren Lowlands im Süden bis zu den kargen Highlands im Norden und den einsamen Hebrideninseln in der Hand von 432 Familien – bei einer Gesamtzahl von 5,3 Millionen Einwohnern. Vgl. hierzu Marcus Theurer (2015).

Umetikettierung des Nationalismus sein, sondern eine Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie durch wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Nachdem Tschechen und Slowaken die nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Tschechoslowakei nach der Wende vom Herbst 1989 auf unblutige Weise aufgelöst und jeweils eigene Rechts- und Machtstaaten gegründet hatten³¹¹, führten nationale Unabhängigkeitsbestrebungen im ebenfalls 1918 gegründeten Vielvölkerstaat Jugoslawien im weiteren Verlauf der 1990er Jahre zu einem langen Balkankrieg, bei dem neben wieder virulent gewordenen historischen Rivalitäten auch das wirtschaftliche Gefälle zwischen dem vergleichsweise reicheren Norden und dem ärmeren Süden eine Rolle spielte. Und auch in der Ukraine trug neben historischen Konflikten das spannungsreiche Gefälle zwischen den stärker nach Westen orientierten Landesteilen und den mit Russland verbundenen östlichen Landesteilen zum Bürgerkrieg bei. Um die frühere ‚Kornkammer‘ mit Krediten vom IWF modernisieren zu können, beschloss die ukrainische Regierung kürzlich eine ‚Bodenreform‘, die den privaten Handel mit Agrarflächen zulässt und auch Umgehungsmöglichkeiten für ihren verbotenen Verkauf an ausländische Investoren offen lässt.³¹²

Nach den Jahrzehnten der auf kapitalistischen Grundlagen begonnenen europäischen Integration ist noch unklar, ob sich Europa in die Richtung eines Staatenbundes oder eines Bundesstaates weiterentwickeln wird. Für den Historiker Gerhard Brunn „bleibt offen, welche Form und welche politische Finalität das Konstrukt ‚Europa‘ letztlich haben soll.“ Bis auf Weiteres bleibe Europa, wenn es denn noch mehr Zerreißproben übersteht, ein „unvollendetes Projekt ohne klare Zielbestimmung“.³¹³

Eine nicht von ökonomisch-machtpolitischen Interessen, sondern nur noch von ‚eigenen‘ Interessen der Menschen geprägte Staatenlandschaft dürfte sich in Europa und in der übrigen Welt erst in ferner Zukunft ganz allmählich entwickeln können, wenn die im Kapitalismus entstandenen großen, mittleren und kleinen Rechts- und Machtstaaten im Zuge einer einzelstaatlichen und internationalen Neuordnung des Boden- und Ressourcenrechts sowie des Geldwesens in privilegierten- und machtfreien Rechtsstaaten übergehen. Dann wird sich sowohl in Europa als auch in anderen Teilen der Welt wie zum Beispiel im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika - wo europäische Kolonialmächte oftmals willkürliche Staatsgrenzen festgelegt haben - zeigen, ob aus den aus machtpolitischen Erwägungen entstandenen größeren Staaten tatsächlich einmal mittlere und kleinere Staaten hervorgehen - wie Leopold Kohr es erhoffte - oder ob es sich als möglich erweist, Konflikte zwischen Nationalitäten und Minderheiten durch eine

³¹¹ Auf eine ähnlich gewaltlose Weise ist schon 1905 Norwegen im Wege einer Volksabstimmung aus der Union mit Schweden ausgeschieden und hat danach einen eigenen Rechts- und Machtstaat gegründet.

³¹² Ohne Verfasser (2020b).

³¹³ Gerhard Brunn (2002/2017), S. 340.

Schaffung von gerechten wirtschaftlichen Strukturen und regionalen Autonomiegebieten zu befrieden.

Auf dem Weg dorthin sollten große Staaten ihren Minderheiten eine weitestgehende regionale Autonomie zugestehen, um sowohl aktuelle Konflikte zu entschärfen als auch den Übergang in eine zukünftige internationale Friedensordnung zu erleichtern. Die bisherige Größe von Groß- und Mittelmächten könnte wahrscheinlich schon *vor* ihrer etwaigen Aufteilung allein dadurch an Brisanz verlieren, dass sie mit der Überwindung der inneren sozialen Spaltung in reine Rechtsstaaten übergehen. Unabhängig von ihrer dann an Bedeutung verlierenden Größe könnten sich die Staaten in Zukunft primär zu Verfassungen garantierenden Rechtsstaaten entwickeln, die mehr auf gleichen universalen Rechten ihrer Bürger/innen, Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie beruhen als auf ‚nationalen‘ Eigenheiten, zumal die sog. ethnopluralistische Vorstellung von abgeschlossenen Staaten für unvermischte Ethnien ohnehin abwegig ist und Grenzen ihren Charakter als Trennlinien verlieren. Auch als kleiner Staat ist beispielsweise die Schweiz ein gutes Vorbild für einen funktionierenden Mehr- bzw. Vielvölkerstaat. Gleichwohl bleibt Kohrs Hinweis beachtenswert, dass kleinere und mittlere Staaten weniger Möglichkeiten haben als große Staaten, Unheil durch industrielle zivile wie militärische Großprojekte anzurichten. Und wie die Beispiele Dänemarks und Schwedens zeigen, könnten kleine und mittlere Staaten vielleicht auch eher politische Gestaltungsmöglichkeiten für Reformen des Bodenrechts und des Geldwesens haben als große Staaten.³¹⁴ Bei alledem wird es schließlich nicht nur um eventuelle macht- und gewaltfreie Veränderungen von Staaten und ihrer Grenzverläufe gehen, sondern auch um ihre über eine europäische Integration hinausgehende freie Assoziation zu einem „Menschheitsbund“ (Gesell), in dem offene Grenzen nur noch den Stellenwert von Verwaltungsgrenzen haben.³¹⁵

Ulrike Guérots Utopie einer Republik Europa

Wenn das instabile und bürgerferne „Gemeinsame Haus Europa“ nicht in jeder weiteren Krise nur mit milliardenschweren Rettungspaketen notdürftig ausgebessert werden und wenn es nicht eines Tages trotzdem auseinanderbrechen, sondern den Menschen in Europa tatsächlich einen „ewigen Frieden“ (Kant) bringen soll, dann muss die EU ein sozial gerechtes und demokratieförderliches Fundament bekommen. In diese Richtung weist die Kritik der Politologin Ulrike Guérot am „Ausverkauf Europas an die Finanzmärkte“ mit einer „Währungsunion, die den europäischen Staaten ohne demokratische Einbettung aufgepfropft wurde“. Ihrer Utopie eines sozialen „Europas der Bürger, nicht der Banken“, „eines

³¹⁴ Zum Bodenrecht in Dänemark vgl. Beate Dieterich (1991), S. 39 - 43, und dies. (1997), S. 94 - 108. - Schweden war Vorreiter beim Übergang zu Null- und leicht negativen Leitzinsen.

³¹⁵ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 69 und 72. - Zu gegenwärtigen Unabhängigkeitsbestrebungen vgl. Marc Engelhardt Hrsg. (2015).

europäischen Gemeinwesens in Form eines flachen, horizontalen, dezentralen Netzwerks aus Regionen und Städten unter dem gemeinsamen Dach einer Republik“³¹⁶ fehlt allerdings noch ein tragfähiges ökonomisches Fundament, auf dem alle Menschen in Europa gemäß dem Text der Europahymne zu Geschwistern werden können.

An der real existierenden EU bemängelt Guérot deren „Gerinnung in ein System von Nationalstaaten“, in dem sich alles primär um Macht, Markt und Geld dreht. „Das Ökonomische hat sich in Europa verselbstständigt.“ Hinzu kommt, dass „die nationalen Parlamente nicht mehr ausreichend zuständig sind und das Europäische Parlament noch nicht ausreichend zuständig ist.“ Auf der EU-Ebene gebe es noch keine Gewaltenteilung im Sinne von Montesquieu, sondern eher eine von Colin Crouch beschriebene „Postdemokratie“, die auch noch von einer „mächtigen EU-Lobby“ umlagert wird.³¹⁷ Der Euro ist für Guérot „ein weitgehend industriegetriebenes Projekt, ein Herzensanliegen vor allem der deutschen Exportindustrie und Banken ... , ohne innereuropäisch für sozialen Ausgleich Verantwortung zu übernehmen“. Zu den „systemischen Mängeln des Euro“ gehört für sie, dass „über Währung und Wirtschaft auf europäischer Ebene, über Steuer- und Sozialpolitik hingegen weiter auf nationaler Ebene entschieden wird.“³¹⁸ Das könne auf die Dauer nicht gutgehen.

Mit der Eurorettungspolitik wurde nach Auffassung von Guérot „ein abgewirtschaftetes und pervertiertes Finanzsystem zu Lasten der Steuerzahler gerettet“ – mit der Folge, dass sich vor allem rechts-, aber auch linkspopulistische Bewegungen gegen die europäische Integration erhoben. Aufgrund der Konstruktionsfehler von EU und Euro schaffe Europa selbst den Nährboden für den Aufstieg seiner nationalistischen Gegner. Folglich bestehe die eigentliche Gefahr für Europa darin, dass die „politische Mitte diese Situation kollektiv verdrängt“. Guérot befürchtet, dass es auch bereits „zu spät“ sein könnte, „den Euro systemisch so zu korrigieren, dass er sozial verträglich und demokratisch wird“. Deshalb ist es für sie an der Zeit, Europa radikal neu zu denken“. Es gebe eine weit verbreitete „Sehnsucht nach einem anderen Europa“, nach einem „Europa der Bürger, nicht der Banken. ... Europa muss umgestülpt und vom Gleichheitsgrundsatz der Bürger her neu gedacht werden.“³¹⁹

Ausgangspunkt ihrer Suche nach Wegen zu einem anderen Europa ist für Guérot als Politologin nicht so sehr eine ökonomisch-kritische Analyse des „pervertierten

³¹⁶ Ulrike Guérot (2016), S. 21 (Euro, republikanische Utopie) - 24 (anderes Europa) und 28 (Finanzmärkte).

³¹⁷ Ulrike Guérot (2016), S. 19 und 66 (Nationalstaaten), 27 (Verselbstständigung des Ökonomischen in Europa), 30 (EU-Lobby), 34 (unklare parlamentarische Zuständigkeiten).

³¹⁸ Ulrike Guérot (2016), S. 21 (Demokratiedefizit des Euro), 27 (systemische Mängel) und 31- 32 (fehlender sozialer Ausgleich).

³¹⁹ Ulrike Guérot (2016), S. 24 (anderes Europa der Bürger statt der Banken), 28 (pervertiertes Finanzsystem), 39 (Gleichheitsgrundsatz), 41 – 44 (Rechts- und Linkspopulismus), 50 (kollektive Verdrängung), 75 (systemische Korrektur des Euro) sowie 81 und 84 (Europa neu denken).

Finanzsystems“ einschließlich der Konstruktionsfehler des Euro, sondern ihr Bestreben, „Europa von den Nationalstaaten freizukratzen“. An die Stelle der herkömmlichen Nationalstaaten soll ihr zufolge ein „horizontales Netzwerk aus europäischen Regionen und Städten“ treten, „über die das schützende Dach einer Europäischen RePublik gespannt wird“. Unter diesem Dach solle die politische Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger Europas verwirklicht werden. „Die Neuordnung des europäischen Kontinents muss notwendigerweise eine politische und demokratische sein. Sie muss darum dem allgemeinen Grundsatz der politischen Gleichheit aller europäischen Bürger und dem Prinzip der Gewaltenteilung genügen.“³²⁰

Manches davon erinnert an Pierre Proudhons Vorstellung einer breiten Vielfalt europäischer „Souveräne mittlerer Größe“ und an Leopold Kohrs „Europa der Regionen“. Guérot erinnert auch ausdrücklich an Kohrs Vorstellung eines Europas mit „etwa 50 – 60 alten, historischen Regionen auf dem Territorium der heutigen EU.“ Mit jeweils etwa 7 - 15 Millionen Einwohnern hätten diese Regionen eine „optimale Betriebsgröße“. Und Guérot schließt sich auch Kohrs und Schumachers Leitbild „Small is beautiful“ an.³²¹ Das Ziel einer dezentral aus vielen kleineren und mittleren Regionen und Städten (bei den Städten dachte sie an die oberitalienischen Stadtstaaten während der frühen Neuzeit und vielleicht auch an große Hansestädte) zusammengefügt RePublik Europa ist gewiss erstrebenswert. Aber ist die Existenz von Nationalstaaten das eigentliche Hindernis auf dem Weg zu seiner Erreichung? Sind es nur die Nationalstaaten, von denen Europa auf seinem Weg zu einer RePublik der Regionen „freigekratzt“ werden müsste?

In *National*staaten wie zum Beispiel in der Schweiz und Belgien leben keine in sich homogenen ‚Völker‘, sondern jeweils drei oder vier Bevölkerungsgruppen. Andere Ethnien wie zum Beispiel die Basken oder Tiroler leben jeweils in zwei ‚National‘staaten wie Frankreich und Spanien bzw. Österreich und Italien. Insofern ist der Begriff ‚National‘staat fragwürdig. Die tiefere Ursache für die bisherige Schiefelage der europäischen Integration könnte nicht so sehr die diffuse Eigenschaft der EU-Mitgliedstaaten als ‚National‘staaten sein, sondern eher die Tatsache, dass die europäischen ‚National‘staaten in den Jahrhunderten des Feudalismus und Kapitalismus durch eine von der Akkumulation und Konzentration von Kapital und ökonomisch-politischer Macht angetriebene Heirats- und Eroberungspolitik entstanden sind - oftmals ohne Rücksicht auf unterschiedliche Sprachen, Religionen und Kulturen oder auf topografische ‚Grenzen‘ wie Flüsse und Gebirge.

³²⁰ Ulrike Guérot (2016), S. 14 – 15 (europäische Republik), 21 – 22 (Europa freikratzen von Nationalstaaten, politische Gleichheit der Bürger, Gewaltenteilung, Netzwerk aus Regionen und Städten), 99 (Republikanismus), 110 (Republikanismus), 119 – 146 (erste postnationale Demokratie) und 149 (horizontales Netzwerk).

³²¹ Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 238 und 241 - 242. – Zu Kohrs Europa der Regionen vgl. das Kap. 10.1 in diesem Buch. – Ulrike Guérot (2016), S. 152 – 156 (Kohr und Small is beautiful).

Das Nachdenken über eine neue Einheit Europas als Europäische RePublik von offenen und fließend ineinander übergehenden Regionen sollte also nicht primär in Abgrenzung von der Fiktion von ‚National‘staaten fortgesetzt werden. Vielmehr sollte es um die Suche nach Auswegen aus den historisch gewachsenen, zu Expansionen drängenden feudalistisch-kapitalistischen Machtstrukturen gehen, in denen sich die modernen Staaten nur vordergründig als ‚National‘staaten entwickelt haben. In erster Linie sind sie in sich widersprüchliche Rechts- und Machtstaaten mit mehr oder weniger unterschiedlichen Ethnien (Mehr- und Minderheiten), die allesamt in die gleichen ungerechten ökonomischen Strukturen verstrickt sind. Solange die Staaten als sowohl Rechts- als auch Machtstaaten nicht durch eine Überwindung der ökonomischen Machtstrukturen in reine, Verfassungen garantierende Rechtsstaaten übergehen, könnten diese ökonomischen Machtstrukturen eine voreilige und vermutlich auch sehr konfliktreiche „politische und territoriale Neuordnung der europäischen RePublik“ (Guérot) in ähnlicher Weise für sich selbst instrumentalisieren und deformieren, wie sie in der Vergangenheit schon einzelne ‚nationale‘ Republiken in Europa und die EU nach ihren eigenen Machtinteressen deformiert haben. Und wenn im Zuge einer Überwindung der ökonomischen Machtstrukturen alle europäischen Staaten zu reinen Rechtsstaaten werden, verlieren auch die Größenunterschiede zwischen ihnen an Bedeutung. Entscheidungen über die Beibehaltung von großen Rechtsstaaten oder ihre Aufgliederung in mehrere Regionen werden dann zumindest nicht mehr von Machtkalkülen beeinflusst.

Der Schlüssel für einen Übergang der herkömmlichen Staatenkarte Europas zu einer europäischen RePublik, die zumindest vorläufig noch aus den bisherigen großen, mittleren und kleinen, aber allesamt entkapitalisierten Staaten weiterbesteht oder sich allmählich behutsam zu einer „RePublik der Regionen und Städte“ (Guérot) wandelt, könnte demnach vorrangig in ökonomischen Strukturreformen innerhalb der einzelnen europäischen Rechts- und Machtstaaten sowie in einer Strukturreform der europäischen Gemeinschaftswährung Euro liegen. Diese Reformen könnten das bisherige Bemühen beenden, ein einheitliches gemeinsames Haus Europa aus in sich selbst sozial gespaltenen Staaten zu bauen und es in Zeiten größerer Krisen notdürftig mit teuren Rettungspaketen zu stützen. Außerdem könnten sie der politischen Gleichheit aller Europäer/innen ein dazugehörendes ökonomisches Fundament in Gestalt ihrer sozialen Gleichheit geben.

Auch Guérot sieht die Notwendigkeit, als Alternative zur „neoliberalen Marktordnung ... über neue Ökonomien nachzudenken“. Besonders bemerkenswert ist dabei ihr Vorbehalt gegen einen „falsch verstandenen Liberalismus“, bei dem der „Liberalismus absolut gesetzt (wird) und nicht mehr ans Gemeinwohl gebunden (ist)“, denn er öffnet den Blick für die Frage nach einem sozial gebundenen Liberalismus in Wirtschaft und Politik. Und tatsächlich empfiehlt Guérot, „nachzuschauen, was die deutschen ordoliberalen Klassiker denn gemeint und gewollt haben. Zurück an die Quellen – und darüber nachdenken, welche Elemente man sich für eine wirkliche ordoliberale Neuordnung in Europa zunutze machen

könnte.“ Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack hätten frühzeitig „vor einer Hypostasierung des Marktdenkens gewarnt, die den Liberalismus in eine gefährliche Ideologie oder gar in eine ‚Religion‘ verwandeln könnte.“ Dabei hatten sich schon Erhard und Müller-Armack von den von Böhm und Eucken, Rüstow und Röpke formulierten Quellen des Ordoliberalismus entfernt und nach Euckens Tod (1950) hatten alle Ordoliberalen aufgehört, sich der monopolkapitalistischen Vermachtung der angeblich ‚freien‘ Märkte entgegenzustellen.³²² Unabhängig davon erinnert Guérot im Rahmen ihrer Überlegungen über eine „Re-Organisation des eigenen Marktes“ nicht nur an den Ordoliberalismus, sondern auch daran, dass Menschen auf den Märkten keine bloßen Nutzenmaximierer sind, und daran, dass bereits Karl Polanyi nach einer sozialen Einbettung der Logik von Märkten gesucht habe. „Anstelle der Idee von Märkten als natürlicher Ordnungsform hat die moderne ethnologische Forschung gezeigt, dass die ‚ursprüngliche‘ Organisation der materiellen Grundlage einer Gesellschaft auf den Prinzipien der Reziprozität, der Redistribution und/oder des Haushaltens beruhen.“³²³

Allerdings kommt weder bei Polanyi und in den neueren Forschungen noch in den daraus von Guérot gezogenen Schlussfolgerungen eine Unterscheidung zwischen dem real existierenden monopolkapitalistisch vermachteten Markt und einem in eine gerechte Rahmenordnung eingebetteten monopolfreien Markt vor, auf dem ein gerechtes Geld den Austausch auf der Grundlage einer strukturellen Reziprozität ermöglicht. Insofern entfaltet Guérot noch kein ordnungspolitisches Gesamtkonzept für einen zugleich freiheitlichen und gerechten Ordnungsrahmen einer nicht mehr von kapitalistischen Machtstrukturen verfälschten Marktwirtschaft, in der ein im Sinne des frühen Ordoliberalismus und darüber hinaus der Bodenrechts- und Geldreformer aufgeklärter Liberalismus an das Gemeinwohl gebunden und die Wirtschaft in die Lage versetzt wird, sich innerhalb einer strukturell gerechten Rahmenordnung auf dezentrale Weise selbsttätig zu steuern und in ihrem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht zu stabilisieren.³²⁴

Am nächsten kommt Guérot bei ihrer „archäologischen Suchbewegung (nach) einer Wiederentdeckung klassischen Wissens“ einem solchen Gesamtkonzept mit ihrem Eintreten für „neue Formen der Allmende“, in denen sie eine Chance sieht, „über den Begriff des Eigentums neu nachzudenken“ und eine „Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums“ zu entwickeln. Sie unterscheidet zwischen dem privaten Eigentum am Boden einschließlich der darunter befindlichen Ressourcen und der darüber befindlichen Atmosphäre einerseits und andererseits dem Besitz im Sinne eines privaten Nutzungsrechts an einem Grundstück („Jeder hat für seine Lebensspanne nur ein Stückchen von Mutter Erde ‚gepachtet‘“) und einer „Teilhabe aller an der globalen Allmende“. Diese Ansätze weisen eindeutig in die Rich-

³²² Ulrike Guérot (2016), S. 51 – 52 (absolut gesetzter, nicht an das Gemeinwohl gebundener Liberalismus) und 181 (Ordoliberalismus). Zum Ordoliberalismus vgl. des Kap. 9 dieses Buches.

³²³ Ulrike Guérot (2016), S. 183 – 185 (Re-Organisation des Marktes, Smith und Polanyi).

³²⁴ Ulrike Guérot (2016), S. 16 (neue Ökonomien), 29 (neoliberale Marktordnung), 51 – 52 (falsch verstandener Liberalismus), 98 - 103 (pervertiertes Verständnis von Liberalismus).

tung einer Reform des Boden- und Ressourcenrechts. „Die gemeinsame Nutzung, nicht das private Eigentum von öffentlichen Gütern ist das zentrale Element des Republikgedankens.“ Die ideengeschichtlichen Wurzeln des an „soziale Verpflichtungen gebundenen ... Besitzes“ sieht Guérot in der katholischen Soziallehre, obwohl diese nicht genügend klar erkannt habe, „wie stark der innere Widerspruch des Kapitalismus ist“. Außerdem spricht sie sich für genossenschaftliche Formen des Wirtschaftens aus. „Die Gemeinwohlökonomien, genossenschaftliches Denken oder die katholische Soziallehre, aus der übrigens originär der Begriff der Subsidiarität entstammt, sind darum im Kern dezentrale Konzepte zur gesellschaftlichen Organisation der öffentlichen Güter.“ Am Rande erwähnt Guérot auch das Grundeinkommen, ohne es detailliert in ihre Überlegungen einzubeziehen. Ausdrücklich betont sie, dass es ihr bei allem auch um das Ziel einer Gendergerechtigkeit geht. „War Europa nicht eine Frau?“³²⁵

In Verbindung mit dem Allmende-Gedanken adaptiert Guérot von der neueren Postwachstumsökonomie schließlich noch die Kritik am „Wachstumswang des Kapitals“ und die Vorstellung einer „Stärkung regionaler Produktionsketten“ innerhalb einer „europäischen Manufaktur als Antipode zur ruinösen Globalisierung“. Dabei will sie keineswegs das Eingebundensein Europas in die Weltwirtschaft ignorieren, aber die weltweiten Wertschöpfungs- und Lieferketten nach Möglichkeit abkürzen. Dementsprechend geht es ihr auch „nicht um Technik- und Fortschrittsverzicht“. Stattdessen plädiert sie für die Entwicklung eines eigenen europäischen „dritten Wegs zwischen Sozialismus und Kapitalismus“. Von den Weltmächten USA und China solle sich Europa unter anderem durch ein „eigenes europäisches Internet“ unabhängiger machen. Wie Europa sollten – so Guérots Hoffnung – auch die USA, China und Indien eines Tages zur Bildung von „regionalen Netzwerkstrukturen“ übergehen.³²⁶

Darüberhinaus bietet Guérot noch keinen konkreten Gegenentwurf zur „pervertierten Finanzordnung“. Zwar sieht sie im „Akkumulationsimperativ (aus Geld mehr Geld machen)“ und in der „Kapitalüberakkumulation“ ein zentrales Problem; aber sie lässt noch offen, ob der Euro in seiner bestehenden Form weiterhin das ökonomische Steuerungselement der europäischen Wirtschaft bleiben soll, ob und wie sich eventuell die „systemischen Mängel des Euro“ überwinden lassen oder ob er wieder durch mehrere Landeswährungen ersetzt werden soll.³²⁷

³²⁵ Ulrike Guérot (2016), S. 16 (Grundeinkommen), 178 und 186 - 187 (Allmenden), 189 - 190 (katholische Soziallehre) sowie 191 - 193 (Eigentum vs. Besitz/Nutzung, Genossenschaften und katholische Soziallehre), 215 - 227 (Europa auf dem Stier, Gendergerechtigkeit) und 248 (Teilhabe aller an der globalen Allmende).

³²⁶ Ulrike Guérot (2016), S. 180 (dritter Weg), 192 (regionale statt globale Lieferketten), 194 (Wachstumswang), 195 (kein Technik- und Fortschrittsverzicht), 204 - 206 (europäische Manufaktur und europäisches Internet) 210 (Europa, USA und China) und 247 (regionale Netzwerke in den USA, China und Indien).

³²⁷ Ulrike Guérot (2016), S. 27 (systemische Mängel des Euro), 191 und 198 (Kapitalakkumulation),

Schließlich belässt es Guérot bei der Suche nach einer „postkapitalistischen Produktionsweise“, obwohl es im weiteren Sinne um die Suche nach einer ‚postkapitalistischen Produktions- und Zirkulationsweise‘ gehen müsste, wenn die unheilige Allianz von ökonomischer Kapitalkonzentration und politischem Zentralismus dezentralen Strukturen in Wirtschaft und Politik weichen soll und wenn dann ein „Nebeneinander der Andersartigkeit unter den Bedingungen gleichen Rechts für alle“ und eine „unmittelbare Bürgerbeteiligung in einer nachnationalen europäischen Demokratie“ möglich werden sollen. Guérot redet nicht darum herum, dass es auf mancherlei Fragen „derzeit noch keine plausible Antwort“ gibt; aber sie ermutigt dazu, „sokratische Fragen“ zu stellen und sich einer zukünftigen europäischen Realität über Entwürfe einer Utopie zu nähern. „Utopien sind ein Kompass für gesellschaftliche Entwicklungen“.³²⁸

Für Europa sollte es keine erstrebenswerte Utopie sein, neben den USA und China ein weiteres großes „Kraftfeld der Erde“ (Coudenhove-Kalergie) sein zu wollen und zu versuchen, in der weltweiten Hierarchie von Groß- und Mittelmächten sowie von Ohnmächtigen möglichst weit oben auf den monopolisierten Weltmärkten mitzuhalten. Vielmehr könnte Europas Utopie darin bestehen, Vorreiter einer Überwindung des „kapitalistischen Weltsystems“ (Wallerstein) zu werden und im Sinne von Braudels „Reliefkarte“³²⁹ eine wirtschaftliche und politische ‚Landschaft‘ zu entwickeln - und der übrigen Welt vorzuleben - , in der es keine hohen Berge und tiefen Täler, also kein hierarchisches Macht- und Ohnmachtsgefälle mehr gibt, sondern eine weite, leicht hügelige Ebene, d.h. ein egalitäres, nach innen und außen weltoffenes Netzwerk von europäischen Rechtsstaaten/Regionen mit jeweils dezentralisiertem Kapital und monopolfreien, nachkapitalistischen Märkten, auf denen sich Menschen aus allen Himmelsrichtungen auf gleicher Augenhöhe begegnen können und das sich ebenfalls auf gleicher Augenhöhe mit anderen kontinentalen Netzwerken zu einer globalen „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ verknüpfen lässt.

13.8.2 Neuordnung der Weltwirtschaft - Von der nachholenden Entwicklung zur Einebnung des Nord-Süd-Gefälles

Nachdem sich Adam Smith noch kritisch zum Großgrundbesitz, zur „Plünderung wehrloser Eingeborener“ und zur Sklaverei geäußert hatte, formulierte David Ricardo zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine weniger kritische Theorie der sog. komparativen Kostenvorteile als Grundlage der klassischen Außenhandelstheorie. Sie rückte allein Vergleiche der Höhe der Produktionskosten und Preise von bestimmten Gütern in verschiedenen Ländern in den Mittelpunkt – zum Beispiel von Tuch und Wein als Grundlage für die Entscheidung, wo was produziert wird.

³²⁸ Ulrike Guérot (2016), S. 196 – 197 (Produktionsweise), 221 (sokratische Fragen), 253 – 254 (Bürgerbeteiligung, gleiches Recht für alle), 254 (keine plausible Antwort) und 256 (Utopien).

³²⁹ Vgl. hierzu das Kap. 12.1 in diesem Buch, S. 3.

„Dieses Verfolgen des individuellen Nutzens ist wunderbar mit der allgemeinen Wohlfahrt der Gesamtheit verbunden“, glaubte Ricardo, wobei er nur erst die „Universalgesellschaft der Nationen der zivilisierten Welt“ vor Augen hatte. „Dieser Grundsatz ist es, welcher bestimmt, dass Wein in Frankreich und Portugal, Getreide in Amerika und Polen angebaut und Metall und andere Waren in England verfertigt werden sollen.“ In seinen Ausführungen zum „Kolonialhandel“ relativierte Ricardo einige von Smiths Ausführungen über Nachteile von Monopolen im Kolonialhandel und er fragte auch nicht nach den Umständen, unter denen die Preise von menschlicher Arbeit und natürlichen Ressourcen in den Kolonien zustande kamen.³³⁰

Die klassische und neoklassische Ökonomie kannte und kennt bis heute keine differenzierten Abwägungen der Licht- und Schattenseiten der internationalen Arbeitsteilung geschweige denn Zweifel am ‚freien‘ Welthandel als Garanten eines weltweit steigenden Wohlstands und der Überwindung von Armut und Hunger. „Angesichts der durchgreifenden Veränderungen, die der internationale Handel seit Ricardos Zeit erlebt hat, stellt sich die Frage, ob diese Ideen aus der Vergangenheit heute noch von Bedeutung sind.“ In ihrem Standardlehrbuch über die Theorie und Politik der Außenwirtschaft beantworteten Paul Krugman & Maurice Obstfeld diese Frage mit einem „klaren Ja. Obwohl sich der internationale Handel stark verändert hat, sind die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten, welche die Wirtschaftswissenschaften bei Anbruch der globalen Ökonomie entdeckt haben, nach wie vor in Kraft.“ Im Zusammenhang mit den starken Veränderungen des internationalen Handels spielte bei Krugman & Obstfeld die Entwicklung des Kapitalismus von der ‚freien Konkurrenz‘ zu Lebzeiten Ricardos zum späteren organisierten Monopolkapitalismus keinerlei Rolle. In ihren Ausführungen über die Vergrößerung der Absatzmärkte durch den Außenhandel unterstellten sie von vornherein als Selbstverständlichkeit, dass auf den Weltmärkten „Bedingungen des allgemeinen Oligopols“ vorherrschen.³³¹

Die Realität der internationalen Arbeitsteilung und des vermeintlich ‚freien‘ Welthandels entsprach von Anfang an nicht den Gleichgewichtsmodellen der klassischen und neoklassischen Ökonomie. Schon seit den Anfängen der ersten Moderne entfernten sich Westeuropa und die USA nicht nur im Inneren von ihrem eigenen Ideal einer Bürgergesellschaft von Freien und Gleichen, indem sie der Kapitalakkumulation und -konzentration und der Monopolisierung der Märkte

³³⁰ Adam Smith (1776/1978), 319 (Großgrundbesitz und Sklavenarbeit), 470 („Plünderung wehrloser Eingeborener“) sowie 471 (unstillbarer Hunger nach Gold) und 494 („Torheit und Ungerechtigkeit“ als Motive bei der Eroberung von Kolonien und der Unterwerfung von „harmlosen Eingeborenen, die weit davon entfernt waren, jemals einen Europäer zu beleidigen. Vielmehr haben sie die ersten Abenteurer mit allen Zeichen von Gutherzigkeit und Gastfreundschaft aufgenommen.“) – David Ricardo (1817/1972), S. 107 – 123, bes. S. 111 (Außenhandel) und 249 – 255 (Kolonialhandel).

³³¹ Paul Krugman & Maurice Obstfeld (2009), S. 51 und 57 – 58 (bleibende Gültigkeit von Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile) sowie S. 173 – 186 (Modell des monopolistischen Wettbewerbs), hier: S. 178 (Oligopolisierung der Märkte).

freien Lauf ließen. Auch nach außen hin verstießen sie gegen ihre eigenen Ideale, indem sie für den Fernhandel Großunternehmen in der Rechtsform von Aktiengesellschaften bildeten und indem sie den feudalen Großgrundbesitz auf ihre gewaltsam eroberten Kolonien übertrugen. Dort eigneten sie sich zum einen das Land und die Ressourcen an und beuteten zum anderen indigene Völker (sofern sie sie nicht ermordeten) und Menschen aus Afrika als Sklaven aus - in riesigen Plantagenbetrieben, die mit Zwangsarbeit, Folter und Hinrichtungen bereits wesentliche Merkmale von späteren Arbeitslagern aufwiesen. Insofern hat der kamerunische Philosoph Achille Mbembe völlig recht, wenn er „das Plantagen- und das Kolonialsystem geradezu (als) Fabriken der Rasse und des Rassismus“ bezeichnet. „Der europäische Liberalismus entsteht parallel zum imperialen Streben. ... Die ‚Moderne‘ ist in Wirklichkeit nur der andere Name für das europäische Projekt grenzenloser Expansion.“³³²

Schon der Philosoph Immanuel Kant hatte deutlicher noch als Smith das „inhospitale Betragen der gesitteten, vornehmlich Handel treibenden Staaten unseres Weltteils“ in Übersee verurteilt. Auch der Naturforscher Alexander von Humboldt beklagte die von Europäern in den Kolonien verübten Grausamkeiten gegen Mensch und Natur als großes Unrecht und unterstützte den Befreiungskampf von Simon Bolívar in „Neuspanien“.³³³

Während sich die Länder Lateinamerikas schon seit dem frühen 19. Jahrhundert ihre politische Unabhängigkeit von den spanischen und portugiesischen Kolonialmächten erkämpfen konnten, aber wirtschaftlich in Abhängigkeiten von ihnen blieben und oftmals unter die Herrschaft von Militärdiktaturen gerieten, begann die politische Befreiung des afrikanischen Kontinents von den europäischen Kolonialmächten erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Anders als in Indien, wo Gandhi die Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft mit den Mitteln des gewaltfreien Widerstands herbeiführen konnte, erreichten die „Verdammten dieser Erde“ (Frantz Fanon) in den Ländern Afrikas ihre staatliche Selbstständigkeit erst nach blutigen Befreiungskriegen.³³⁴ Gleichwohl blieben auch sie in neokolonialen Abhängigkeiten gefangen und der rassistischen Willkür von Apartheidregimen wie in Südafrika oder brutalen Diktaturen wie in Zimbabwe noch lange ausgeliefert.

Als ein u.a. an Rosa Luxemburgs Kolonialismuskritik anknüpfender Gegenpol zur wachstumsorientierten Außenwirtschafts-, Entwicklungs- und Modernisierungstheorie war die Unterentwicklung von Ländern der sog. Dritten Welt gemäß der Dependenztheorie (das spanische Wort „dependencia“ bedeutet „Abhängigkeit und Unterordnung“) eine zwangsläufige Kehrseite der kapitalistischen Überentwicklung in den Industrieländern der Ersten Welt. Diese Theorie blieb aber insofern unvollständig, als sie die Rolle von korrupten Eliten und eigenen Entwick-

³³² Achille Mbembe (2014), S. 19, 55, 78 – 79 (Fabriken des Rassismus) und 110 (europäische Expansion).

³³³ Immanuel Kant (1795), S. 22. – Zu Humboldt vgl. das Kap. 13.2.3 in diesem Buch und Andrea Wulf (2015), S. 188 – 209 (Simon Bolívar).

³³⁴ Frantz Fanon (1961/1968), S. 27 – 83 (Gewalt).

lungshemmnissen in Drittweltländern bei deren Unterentwicklung ausblendete und auch nicht erklären konnte, weshalb sich einige asiatische Entwicklungsländer schließlich doch als Schwellenländer auf den Weg einer nachholenden kapitalistischen Entwicklung begeben konnten. Vor allem aber fehlte der Dependenztheorie noch jede Vorstellung von einer autonomen, d.h. nicht länger auf der Akkumulation und Konzentration von Kapital, sondern auf deren Dezentralisierung beruhenden Entwicklung sowohl von Dritt- als auch von Erstweltländern.³³⁵

Während der Jahrzehnte des Kalten Kriegs, in denen die USA mörderische Kriege zunächst in Korea und danach in Vietnam führten, gerieten die Befreiungsbewegungen in Afrika, Arabien und auch Asien zwischen die Fronten des westlichen Kapitalismus und des östlichen Kommunismus. Gefangen in neokolonialen und auch ideologischen Abhängigkeiten gelang es weder in lateinamerikanischen noch in afrikanischen, arabischen oder asiatischen Ländern, mit jeweils eigenen Varianten eines Sozialismus eine sowohl politische als auch wirtschaftliche Selbstständigkeit zu erreichen. Nirgendwo in den Ländern der sog. Dritten Welt wurden rechtlich gesicherte private Nutzungsrechte am gemeinschaftlichen Boden und an den Ressourcen geschaffen, obwohl die Vorstellungen zum Beispiel des tansanischen Präsidenten Julius Nyerere in diese Richtung gingen.³³⁶ Und nirgendwo entstand eine gerechte Ordnung des Geldwesens als Grundlage einer autonomen Entwicklung mit einer Dezentralisierung statt einer Konzentration von Geld- und Realkapital. Auch Kuba war davon weit entfernt, als Che Guevara in den Jahren von 1956 bis 1965 zuerst das „Nationale Institut für Agrarreform“, danach die Nationalbank und schließlich das Industrieministerium leitete. Wie Che Guevara und der 1973 durch einen Militärputsch gestürzte und ermordete chilenische Präsident Salvador Allende, der den Großgrundbesitz aufteilen, Ressourcen verstaatlichen und ausländische Großunternehmen enteignen wollte, orientierten sich auch Leopold Senghor im Senegal oder Julius Nyerere in Tansania trotz ihrer Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion bei ihren Vorstellungen von einem „Afrikanischen Sozialismus“ mehr oder weniger an Marx' Ziel einer staatlichen Planung der Wirtschaft.³³⁷

Das Scheitern des kubanischen, afrikanischen und arabischen Sozialismus begünstigte – erst recht nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetimperiums und dem Aufstieg des kommunistisch-kapitalistischen Chinas zur neuen Großmacht – ein Streben von Schwellenländern und sog. Tigerstaaten, vor dem Frantz Fanon schon während der 1960er Jahre gewarnt hatte, nämlich ein Streben, „Europa nachzuäffen“ und die kapitalistische Entwicklung des globalen

³³⁵ Zur Dependenztheorie vgl. Dieter Senghaas (1974).

³³⁶ Julius Nyerere (1979).

³³⁷ Stephan Lahrem (2005), S. 90 – 93 (Kuba und Che Guevara). – Leopold Senghor (1964) und Rainer Tetzlaff (2018), S. 129 - 139 (Afrikanischer Sozialismus). – Wolfgang G. Schwanitz (1993) (Arabischer Sozialismus). 1953 war bereits die im Iran demokratisch gewählte Regierung von Premierminister Mohammad Mossadegh vom Westen gestürzt worden, als sie die „Anglo-Iranian Oil Company“ verstaatlichen wollte; vgl. dazu Michael Lüders (2015), S. 12 – 22 (Sturz der Regierung Mossadegh).

Nordens einschließlich der USA ‚nachzuholen‘.³³⁸ Die globale Verallgemeinerung dieser kapitalistischen Fehlentwicklung verschärfte jedoch die sozialen Gegensätze innerhalb der Länder und weltweit und sie kollidierte obendrein mit den ökologischen Grenzen des Planeten Erde.

Im Rückblick auf die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg kann man nur zu tiefst bedauern, dass es in keinem Land der sog. Dritten Welt und auch nicht auf der Ebene der Vereinten Nationen gelungen ist, mit Reformen der Boden-, Ressourcen- und Klima- sowie der Geldordnung und Unternehmensverfassung eine für alle Menschen gleiche Teilhabe an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen herzustellen. Stattdessen grassiert weltweit das Landgrabbing und es werden erbitterte Kriege um die abnehmenden Ressourcenvorräte der Erde geführt.³³⁹ IWF, Weltbank und GATT/WTO zementierten die Kluft zwischen den Industrieländern und dem globalen Süden, auch wenn sich einige Tigerstaaten/Schwel­lenländer und Boom-Regionen in Ländern des globalen Südens auf den Weg einer den westlichen Kapitalismus nachholenden Entwicklung begaben. Den armen und ärmsten Ländern wurden ihre Schulden in einem viel zu geringen Umfang erlassen und die Einführung einer Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen unterblieb ganz.

Das alles hinderte Krugman & Obstfeld nicht daran zu behaupten, dass „Humanressourcen und von Menschen geschaffene Ressourcen wie zum Beispiel Maschinen und andere Arten von Kapital wichtiger sind als Rohstoffe“. Hinweise auf die Problemfelder des Großgrundbesitzes und der Landlosigkeit, der überdimensionierten Megastädte und der Slums an ihren Rändern sowie der Verfügungsmacht über endliche Ressourcen und die Marktmacht der multinationalen Konzerne sucht man vergeblich in ihrem Standardlehrbuch der Außenwirtschaft. Stattdessen wiesen Krugmann & Obstfeld allen Ernstes die Auffassung als „Irrtum“ zurück, „dass Handel nur dann gut ist, wenn man hohe Löhne erhält“. Und das Argument, dass „ein Land durch Handel ausgebeutet wird, wenn seine Arbeiter viel geringere Löhne erhalten als Arbeiter in anderen Ländern“, war für sie lediglich „emotionsgeladen“. Die Resultate des Welthandels ließen sich nicht nach moralischen Kriterien bewerten. „Man muss vielmehr beurteilen, ob es ihnen und ihrem Land aufgrund des Exports von auf niedrigen Löhnen basierenden Gütern schlechter geht, als wenn sie sich diesem entwürdigenden Tausch verweigern würden.“ Die Monopolisierung des Außenhandels fanden Krugman & Obstfeld nicht nur unproblematisch, sondern geradezu wünschenswert. Und im Hinblick auf die Globalisierungskritik der 1990er Jahre verwiesen sie darauf, dass „die meisten Ökonomen die Globalisierungskritiker bestenfalls für irregeleitet ... hal-

³³⁸ Frantz Fanon (1961/1968), S. 239.

³³⁹ Zu fehlgeschlagenen Landreformen in Lateinamerika vgl. Tobias Lambert (2011). – Zum Landgrabbing vgl. Wilfried Bommert (2012). – Solveig Richter (2018).

ten. Aus der Standardanalyse des komparativen Vorteils geht hervor, dass Außenhandel für alle beteiligten Länder günstig ist.“³⁴⁰

Im Windschatten dieser globalisierungseuphorischen und völlig unkritischen, reale Probleme ausblendenden Außenwirtschaftstheorie haben sich multinationale Konzerne in den Bereichen der Agrar-, Chemie- und Pharma-, Energie- und Transportwirtschaft ihre vernetzten Werkbänke in vielen Ländern rund um den Globus eingerichtet, wo sie die zu den einzelnen Produktionsabschnitten am besten passenden niedrigen Sozial- und Umweltstandards vorgefunden haben. Nachdem im Zeitalter der „ersten Globalisierung“, das um 1870 begonnen hatte, „der Ort der Produktion und der Ort des Verbrauchs für eine immer größere Zahl von Waren weit voneinander entfernt“ gelegen waren, wurde für die um 1980 einsetzende „zweite Globalisierung“ eine weltweite „Fragmentierung der Wertschöpfungsketten“ kennzeichnend. Die einzelnen Glieder dieser Wertschöpfungsketten wurden durch das Internet, die satellitengestützte Mobiltelefonie sowie Flugzeuge und Containerschiffe verbunden. „Die Veränderung der Informations- und Kommunikationstechnologie hat außerdem zu einer enormen Aufwertung von Banken und Finanzmärkten geführt, welche die globale Fragmentierung der Produktion finanzieren und länderspezifische Risiken absichern. ... Prägnanter noch als die ‚Kette‘ erlaubt es der Netzwerkbegriff, der Koexistenz unterschiedlicher ‚Knoten‘ und dem Nebeneinander divergenter Produktionsweisen, Beschäftigungsformen und Regulierungen Rechnung zu tragen.“³⁴¹

Obwohl die Global Player die Weltwirtschaft geradezu umschlungen haben, spielten Krugman & Obstfeld deren Bedeutung mit dem Hinweis herunter, „dass multinationale Unternehmen für die Weltwirtschaft wahrscheinlich ein weniger wichtiger Faktor sind, als ihre auffallende Allgegenwärtigkeit vermuten ließe“. Obendrein beklagten sie, dass sie dennoch „gern als Inkarnation des Bösen oder (seltener) des Guten dargestellt“ werden.³⁴²

Weltwirtschaft in der „Globalisierungsfalle“ (Martin & Schumann)

Entgegen solchen Beteuerungen der Unschuld der kapitalistischen Form der Globalisierung wiesen die beiden Journalisten Hans-Peter Martin & Harald Schumann schon um die Mitte der 1990er Jahre darauf hin, dass die Weltwirtschaft in der Ära des neoliberalen Turbokapitalismus und der Deregulierung der internationalen Finanzmärkte in eine „Globalisierungsfalle“ geraten war. Aus der Sicht von Martin & Schumann waren es besonders zwei Ereignisse in den Jahren 1973/74, die den

³⁴⁰ Paul Krugman & Maurice Obstfeld (2009), S. 52 (Kapital wichtiger als Rohstoffe), 72 (unproblematisches Lohndumping) und 75 (niedrige Löhne besser als gar keine Löhne) sowie 179 (monopolistischer Außenhandel), 206 („Ressourcen sind im internationalen Handel von nachgeordneter Bedeutung.“) und 369 (Globalisierungskritik).

³⁴¹ Nikolaus Wolf (2013), S. 9 – 15, hier: S. 11 und 14 – 15 (erste und zweite Globalisierung). – Klaus Dörre (2013), S. 29 (Produktionsnetzwerke).

³⁴² Paul Krugman & Maurice Obstfeld (2009), S. 233.

„Freiheitskampf für das Kapital“ entschieden hatten: zum einen die Ablösung des postkeynesianischen Staatsinterventionismus durch die neoliberalen Lehren von Friedman und Hayek und zum anderen auf internationaler Ebene der Übergang vom Bretton-Woods-System mit den im US-Dollar verankerten, festen Wechselkursen zu frei floatenden Wechselkursen und zur weltweiten Freiheit des Kapitalverkehrs. „In einer globalen Zangenbewegung hebt die neue Internationale des Kapitals ganze Staaten und deren bisherige gesellschaftliche Ordnung aus den Angeln. ... Börsenkurse und Konzerngewinne steigen mit zweistelligen Raten, während Löhne und Gehälter sinken.“ Die entgrenzte Mobilität des Kapitals mache Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile beim Welthandel vollends zur Farce und das neoliberale Versprechen einer Wohlstandssteigerung für alle Menschen durch die Globalisierung erweise sich insofern als ein leeres Versprechen, als sie die Menschheit in eine 20:80-Gesellschaft spalte. Die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte habe für die wohlhabenden 20 % der Menschheit eine weltweite „Renditejagd mit Lichtgeschwindigkeit“ und auch die Entstehung einer „Offshore-Anarchie“ ermöglicht, also Steueroasen geschaffen, wo multinationale Konzerne ihre Firmensitze anmelden, um sich dadurch ihrer Steuerpflicht in denjenigen Ländern zu entziehen, in denen sie produzieren und in denen sie ihre Gewinne realisieren. Mit ihrer im buchstäblichen Sinne entgrenzten Konzentration wirtschaftlicher Macht in multinationalen Konzernen und Steueroasen untergrub die Globalisierung das Recht und die Demokratie in den ‚National‘staaten – was sogar bis zur selbstgerechten Vorstellung ging, zum Schutz von weltweiten Investitionen eine privatwirtschaftliche Gerichtsbarkeit zu schaffen, um Ansprüche gegen Staaten durchsetzen zu können. „Wieviel Markt hält die Demokratie aus?“ fragten Martin & Schumann besorgt, wobei die Frage eigentlich hätte lauten müssen: Wie viel monopolkapitalistisch vermachteten Markt hält die Demokratie aus? Unabhängig davon war ihre Kritik am „Verfall der staatlichen Lenkungsmöglichkeiten im Weltmarkt“ vollauf berechtigt. „Anhaltende Lohnsenkungen, längere Arbeitszeiten, gekürzte Sozialleistungen, in den Vereinigten Staaten sogar der Verzicht auf ein Sozialsystem sollen die Völker ‚fit machen‘ für den globalen Wettbewerb“, d.h. für den monopolkapitalistisch vermachteten Wettbewerb auf dem Weltmarkt, dessen weitere „unaufhaltsame“ Expansion als eine historische Gesetzmäßigkeit hingestellt wurde.³⁴³

Mehr als ein Jahrzehnt vor dem Beginn der Weltfinanzkrise im Herbst 2008 sahen Martin & Schumann auch bereits die Gefahr voraus, dass im „Guerillakrieg im Finanzdschungel ... die Tage der globalen Finanzanarchie gezählt“ sein könnten – auch weil sich gegen den Widerstand der Finanzmärkte keine Devisentransaktionssteuer (Tobin-Tax) hatte einführen lassen und weil die internatio-

³⁴³ Hans-Peter Martin & Harald Schumann (1996), S. 9 (20:80-Gesellschaft), 17 (Internationale des Kapitals), 74 (Renditejagd mit Lichtgeschwindigkeit), 91 – 95 (Offshore-Anarchie), 152 (Freiheitskampf für das Kapital), 156 (Ricardo) und 311 – 312 (Markt vs. Demokratie). – Zu den Investitionsschutz-Abkommen MAI und TTIP & Co. vgl. Maria Mies & Claudia von Werthof (1998) und Harald Klimenta & Andreas Fisahn (2014).

nale Bankenaufsicht versagen könnte. Deshalb warnten sie eindringlich vor einem „Supergau im staatsfreien Cyber-Space der Weltfinanz: ... So wächst Jahr für Jahr die Wahrscheinlichkeit, dass die wild gewordene Finanzmaschine weltweite Krisenwellen auslöst, die allein mit dem Glauben an die ordnende Kraft des Marktes nicht zu beherrschen sind.“ Als einzigen Ausweg aus der „Globalisierungsfalle“ betrachteten Martin & Schumann ein durch seine politische Einigung gestärktes Europa mit einer Gemeinschaftswährung. „Die Beseitigung von Europas monetärer Zersplitterung durch den gemeinsamen Euro kann das Kräfteverhältnis zwischen den Finanzmärkten und den europäischen Staaten vom Kopf auf die Füße stellen.“ Unabdinglich seien auch eine gemeinsame europäische Steuer- und Sozialpolitik sowie eine Tobin-Tax.³⁴⁴

Zwei Stimmen aus dem globalen Süden: Amartya Sens Hoffnung auf „geeignete Institutionen“ zur Bändigung der kapitalistischen Marktwirtschaft und Hernando de Sotos Plädoyer für eine Kapitalisierung des Bodens

Neuere Entwicklungen wie der „Brexit“, die Devise „America first“ und die Verbreitung weiterer rechtspopulistischer Desorientierungen in zahlreichen Ländern deuten darauf hin, dass die Globalisierungseuphorie ihren Zenit bereits überschritten hat. Der zunehmende Protektionismus ist jedoch nur eine Art Zwillingbruder der kapitalistischen Globalisierung und kein Ausweg aus den falschen Strukturen, in denen sie beide gleichermaßen gefangen sind. Könnte es als Alternative zu ihnen beiden eine nichtkapitalistische, aber dennoch marktwirtschaftliche Form einer zukünftigen Globalisierung geben?

Außerhalb Europas gab es Versuche wie diejenigen von Amartya Sen und Hernando de Soto, aus der Perspektive des globalen Südens Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung zu finden.

- Der aus Indien stammende und in den USA lehrende Ökonom Amartya Sen (*1933) hatte einen klareren Blick als die meisten anderen Ökonomen für den Gegensatz zwischen Fortschritt bis hin zum Überfluss einerseits und Armut, Hunger und Elend sowie politischer Despotie andererseits.³⁴⁵ Längere Zeit hatte er an dem von den Vereinten Nationen herausgegebenen Berichten „Index of Human Development“ mitgearbeitet. Eines seiner Werke, das Buch „Ökonomie für den Menschen“, beruhte auf Vorträgen, die Sen in den 1990er Jahren vor der Weltbank gehalten hatte, obwohl oder gerade weil „die Weltbank ... nicht immer ... zu den von mir besonders geschätzten Organisationen gezählt ... hat.“³⁴⁶ 1998 erhielt

³⁴⁴ Hans-Peter Martin & Harald Schumann (1996), S. 109 (Guerillakrieg), 118 (Tobin-Tax), 123 (globale Finanzanarchie) und 127 – 136 (Super-GAU).

³⁴⁵ Amartya Sen (1999/2000), S. 13, 27 und 335 („fürchterliche Zustände, von denen wir uns umgeben sehen“).

³⁴⁶ Amartya Sen (1999/2000), S. 11.

er als einer von wenigen nicht ausschließlich neoliberal denkenden Ökonomen sogar den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften und im Jahr 2020 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Obwohl Sen anders als der vorherrschende neoliberale Zeitgeist den kapitalistischen Markt nicht nur unter dem Aspekt seiner Effizienz, sondern nach dem Vorbild von Adam Smith auch unter den Aspekten der Freiheitsrechte aller Menschen und der Fairness zwischen ihnen betrachtete, blieben für ihn wegen der historisch erwiesenen Ineffizienz der staatlichen Zentralplanung der Wirtschaft - auch unter dem Einfluss von Hayek - die „Freiheit oberstes Ziel der Entwicklung“ und der kapitalistische Marktmechanismus das entscheidende Instrument zur Überwindung von Unterentwicklung. „Wir müssen im System der kapitalistischen Moral sehr viel mehr sehen als nur einen Kodex, der die Habsucht verherrlicht und das Gewinnstreben bewundert.“ Immerhin ging es Sen nicht nur um eine pauschale Verteidigung oder Ablehnung des bestehenden Marktes, sondern im Gegensatz zum neoliberalen Marktfundamentalismus um eine „breitere und reichere Perspektive“ auf ihn und um ein Nachdenken über eine soziale Bändigung der weiterhin auf Wachstum eingestellten kapitalistischen Marktwirtschaft durch „geeignete Institutionen“, denn „individuelles Handeln und soziale Einrichtungen sind zwei Seiten einer Medaille.“³⁴⁷

Sen zufolge sollte die globale Entwicklung nicht als ein „grimmiger Prozess“ weitergehen, sondern als ein „im wesentlichen freundlicher Prozess“, in dem auch Frauen dieselben Rechte bekommen sollten wie Männer und in dem es neben der Privatwirtschaft auch in größerem Umfang öffentliche Güter in den Bereichen der Bildung, Gesundheit und einer „richtigen Sozialpolitik“ geben sollte.³⁴⁸ Jedoch fragte Sen nur ein einziges Mal und das auch nur eher unauffällig danach, ob der Markt „wettbewerbsorientiert oder monopolistisch bzw. sonst wie wettbewerbsfeindlich“ organisiert sei, und die weltwirtschaftlichen Machtstrukturen stellte er nicht grundsätzlich in Frage. „Die Probleme, die auftreten, entspringen regelmäßig anderen Quellen, nicht der Existenz des Marktes an sich. ... So groß die Reichweite des Marktmechanismus auch ist, er muss um den Gerechtigkeit willen durch die Schaffung elementarer sozialer Chancen ergänzt werden.“³⁴⁹

Zwar stellte Sen auch ganz kurz die Fragen nach dem „Zugang zu Geldmitteln“ und dem „Zugang zu Ressourcen ...“, z.B. Land für den Ackerbau“. Aber er ging diesen Fragen nicht weiter nach und beließ es bei der generellen Akzeptanz der Marktwirtschaft in ihrer herkömmlichen kapitalistischen Form und seiner Vorstellung, diese mit Hilfe einer „guten Wohlfahrtspolitik“ erträglicher gestalten zu

³⁴⁷ Amartya Sen (1999/2000), S. 9 (individuelles Handeln und soziale Institutionen), 15 (Freiheit) und 17 (Markt und Wachstum) -18, 41 (Markt) sowie 55 (Wachstum) und 69 (Institutionen). S. 304 - 310 (Hayek) und 317 (kapitalistische Moral).

³⁴⁸ Amartya Sen (1999/2000), S. 49 (grimmiger vs. freundlicher Prozess), 230 - 246 (Frauenrechte), 156 - 158 (öffentliche Güter) und 176 (Sozialpolitik).

³⁴⁹ Amartya Sen (1999/2000), S. 145 (Wettbewerbsmärkte und Monopole) und 175.

können. So genügte ihm nach der Überwindung von Sklaverei und feudalen Abhängigkeitsverhältnissen anstelle einer Überwindung der kapitalistischen Lohn- und Gehaltsabhängigkeit auch die bloße Durchsetzung eines „Zugangs zum freien Arbeitsmarkt“ für alle Menschen. Sen sprach ausdrücklich von einem „Grundrecht ... , Lohnarbeit zu suchen“ und er problematisierte weder die Hierarchie zwischen Kapital und Arbeit noch die Marktmacht von multinationalen Konzernen geschweige denn überhaupt die Existenz von Großunternehmen und die Zwiespältigkeit der besonders von Muhammad Yunus propagierten Mikrokredite.³⁵⁰

Sens Verständnis von Landreform beschränkte sich auf die bloße Forderung, dass sich Menschen in Verbindung mit der „freien Wahl des Arbeitsplatzes ... auch das Eigentum an dem Land erkämpfen“ können, also auf die Forderung nach einer Aufteilung des ländlichen Großgrundbesitzes in kleineres Privateigentum.³⁵¹ Darüber hinaus nahm Sen aber bei seinen Studien in keiner Weise auf Henry Georges „Fortschritt und Armut“ Bezug, obwohl die Bodenproblematik in seinem Herkunftsland Indien eine große Rolle spielte. Einmal erwähnte Sen Gandhis Fastenaktion, ging aber ansonsten weder auf dessen Vorstellungen über eine autonome Entwicklung noch auf die Bodenreformbewegung „Bhudan“ von dessen Mitarbeiter Vinoba Bhave und auch nicht auf Ernst Friedrich Schumachers „Small is beautiful“ und dessen „mittlere Technologien“ ein, obwohl er wie Schumacher an buddhistischen Vorstellungen über die Wirtschaft durchaus interessiert war.³⁵² Und schließlich nahm Sen auch von Keynes' Bancor-Plan keinerlei Notiz.

Ohne eine grundlegende Unterscheidung zwischen Einkommen aus Arbeitsleistungen und leistungslosen Einkommen aus Boden- und Ressourcenrenten, Kapitalzinsen³⁵³ usw., die es leider auch in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nicht gibt, blieben Sens Vorstellungen von wirtschaftlicher Gerechtigkeit in einer sozialpolitisch gebändigten kapitalistischen Marktwirtschaft letztlich diffus. Die Gerechtigkeitstheorien des Utilitarismus und Liberalismus sowie von John Rawls hätten alle ihre „spezifischen Vorzüge“ und „signifikanten Beschränkungen“ und in seiner Auseinandersetzung mit diesen Theorien kam Sen unter Ausblendung der Rolle von Privilegien bei der Einkommensverteilung schließlich zu der Ansicht, dass „die Verschiedenheit der Menschen vermutlich das größte Problem für jeden Ansatz“ sei, „der das Realeinkommen als Maßstab für Wohlergehen wählt.“ Mit Verschiedenheiten meinte Sen „disparate physische Eigenschaften, die mit Behinderung, Krankheit, Alter oder Geschlecht verbunden sind“, wie auch

³⁵⁰ Amartya Sen (1999/2000), S. 18 („freier“ Arbeitsmarkt); vgl. dazu auch S. 10, 15, 36, 53 (Zugang zu Geld, Mikrokredite, Großunternehmen), 141 (Lohnarbeit) - 142, 153 (Wohlfahrtspolitik) und 176 (Boden und Ressourcen, Wohlfahrtspolitik).

³⁵¹ Amartya Sen (1999/2000), S. 141 - 142 und 176 (Landreform als Privatisierung des Bodens).

³⁵² Amartya Sen (1999/2000), S. 281 (Buddhismus und Wirtschaft) und 346 (Gandhi). - Vinoba Bhave (1976) und Jean Lanza del Vasto (1988).

³⁵³ Adam Smith's Kritik am kanonischen Zinsverbot hatte für Sen ihre selbstverständliche Berechtigung; vgl. dazu Amartya Sen (1999/2000), S. 154.

unterschiedliche soziale oder klimatische Lebensbedingungen. Unter diesen Umständen seien „interpersonelle Vergleiche“ schwierig und „das Realeinkommen ist daher ein dürftiger Indikator der verschiedenen Komponenten des Wohlergehens und der Lebensqualität, die Menschen vernünftigerweise anstreben.“ Sen hielt es deshalb für erforderlich, „den verschiedenen Komponenten der Lebensqualität (oder des Wohlergehens) ausdrücklich wertende Gewichtungen beizumessen.“³⁵⁴

Abgesehen von der unlösbaren Frage, wer nach welchen Kriterien solche „wertende Gewichtungen“ vornehmen sollte bzw. dürfte, geht die globale Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen weit über den Umfang hinaus, der sich auf die Verschiedenheit der Menschen zurückführen ließe. Trotz ihrer „Fixierung auf Effizienz“ nahm Sen die Ökonomie sogar noch gegen den Vorwurf in Schutz, „sie würde Ungleichheit als ein Thema ignorieren“. Angesichts der „drückenden Armut in einer Welt nie gekanntem Wohlstands“ sah er die eigentliche Aufgabe der Ökonomie nur darin, die kapitalistische Marktwirtschaft in dem Sinne zu „erweitern“, dass „Institutionen“ geschaffen werden, „die jenseits der kapitalistischen Marktwirtschaft angesiedelt sind“ und die Ergebnisse des Marktmechanismus modifizieren.³⁵⁵

- In eine völlig falsche Richtung gingen die entwicklungspolitischen Vorstellungen des peruanischen Ökonomen Hernando de Soto (*1941), der zeitweise bei der Weltbank und der Welthandelsorganisation WTO tätig gewesen war. Seit dem Ende des Kalten Krieges wurde der westliche Kapitalismus für ihn zur „einzigen ernsthaften Option für Entwicklung“. Die den Ländern des globalen Südens im Zuge der Schuldenkrise und die den früheren kommunistischen Ländern des Ostens nach der großen Wende vom Herbst 1989 auferlegten Strukturanpassungen hielt de Soto für „gut und schön“, aber für „nicht ausreichend“. Um der Wirtschaft des Südens und Ostens „Leben einzuhauchen“, empfahl er, den bislang „extralegalen Boden“ zur Ware und zum Kapitalgut zu machen, mit dem sich Handel treiben lässt.³⁵⁶

Mit dem „extralegalen Boden“ meinte de Soto gerade nicht den Armut, Hunger und Landflucht erzeugenden Großgrundbesitz, den er als ein Phänomen abtat, das es nur in der Zeit vor 1950 gegeben habe. Vielmehr dachte er an die übrigen 40 - 53 % des ländlichen Bodens und an rund 85 % des städtischen Bodens mit den Slums und Favelas außerhalb der Zentren der Megastädte. Bislang seien alle diese Flächen unproduktives „totes Kapital“, weil es keine klaren Eigentumsverhältnisse gebe. Dieses „extralegale“ Immobilienvermögen könnte nach Ansicht von de Soto weltweit einen Wert von rund 9 Billionen Dollar haben und es sollte ihm zufolge im Interesse einer nachholenden Entwicklung des Südens und des

³⁵⁴ Amartya Sen (1999/2000), S. 71 - 109, hier: S. 89 (Verschiedenheit der Menschen), 98 (interpersonelle Vergleiche), 101 - 102 (Realeinkommen und wertende Gewichtungen) und 108 (Gerechtigkeitstheorien).

³⁵⁵ Amartya Sen (1999/2000), S. 134 (Effizienz, Ökonomie) und 317 (Institutionen jenseits des Marktes).

³⁵⁶ Hernando de Soto (2002), S. 29, 81, 239 - 240 und 259.

Ostens nach westlichem Vorbild kapitalisiert werden. Er forderte die Schaffung von privaten Eigentumsrechten an diesem „extralegalen Boden“, damit er zur Kreditsicherung beliehen und mit Hypotheken belastet werden könne, denn der kapitalisierte Boden sei „das Lebensblut des kapitalistischen Systems“. Nach dem Vorbild der USA solle dem Boden durch seine Kapitalisierung die Fähigkeit verliehen werden, „Mehrwert zu produzieren“, damit sich auch im Süden und Osten ein „umfassendes kapitalistisches System“ entfalten könne. Das auf diese Weise induzierte wirtschaftliche Wachstum solle nicht nur den Eliten und Mittelschichten, sondern auch den Armen und Ärmsten der Armen zugutekommen.³⁵⁷

Gleichwohl schien de Soto unterschwellig schon geahnt zu haben, dass die auf den Süden und Osten ausgedehnte kapitalistische Marktwirtschaft die Polarisierung von Reichtum und Armut noch weiter vertiefen könnte. Sonst hätte er wohl nicht befürchtet, dass die Gedanken von Marx, der die innere Widersprüchlichkeit „klar gesehen“ habe, früher oder später „wieder auferstehen“ könnten.³⁵⁸

Zweifelloso bedarf es rechtstaatlich gesicherter Beziehungen der Menschen zum ländlichen und städtischen Boden. Doch wäre die Privatisierung und Kapitalisierung des Bodens hierfür die einzig mögliche Form? Trotz mancherlei falsch gehandhabter Landreformen in Lateinamerika oder in Afrika wäre es notwendig, bei der Überwindung des feudal-kolonialen Großgrundbesitzes das kapitalistische Zwischenstadium zu überspringen und entgeltliche Rechte zur privaten Nutzung des auf öffentliche Hände übergehenden Großgrundbesitzes einzuführen. Das entspräche nicht nur den Bodenreformvorstellungen, die in Europa und in Nordamerika im 19. und frühen 20. Jahrhundert entstanden und seitdem weitgehend verdrängt wurden, sondern auch den Zielen der brasilianischen Landlosenbewegung MST und anderen Agrarreformbewegungen wie La Via Campesina, die – in Verbindung mit Ausbildungs- und Kreditprogrammen – in Ländern der sog. Dritten Welt eine vom Land ausgehende kleinbäuerliche Entwicklung des globalen Südens ermöglichen wollen.³⁵⁹

Machtkampf zwischen den Giganten USA und China

Trotz einer weltweit verbreiteten Globalisierungskritik zeichnet sich bislang noch keine grundsätzliche Kurskorrektur in die Richtung einer ausgleichenden Entwicklung der Weltwirtschaft ab, die auf eine Einebnung des aus den Zeiten des Kolonialismus und Neokolonialismus stammenden Nord-Süd-Gegensatzes hinauslaufen könnte. Die sich mittlerweile verstärkende protektionistische Gegenbewegung zur Hyperglobalisierung stellt die Kapitalakkumulation und -konzent-

³⁵⁷ Hernando de Soto (2002), S. 20 – 21 und 27 (totes Kapital), 32 (Großgrundbesitz vor 1950), 46 sowie 217, 223 und 235 (Boden als Mehrwert).

³⁵⁸ Hernando de Soto (2002), S. 243 – 244 (Marx).

³⁵⁹ Vgl. hierzu Werner Onken (2004), S. 63 – 80. – Zu Südafrika vgl. Farai Mtero (2020) und zu Namibia vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2020).

tration als die tiefere Antriebskraft der globalen Expansion der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft noch überhaupt nicht in Frage. So verharren sowohl der neoliberale sog. Freihandel als auch der Protektionismus mit seinen handelsbeschränkenden Zöllen und Boykotten im Teufelskreis von Kämpfen zwischen wenigen, sich auf der Konzentration wirtschaftlicher Macht stützenden kontinentalen „Krautfeldern“ (Coudenhove-Kalergie) um eine absolute Vormachtstellung in der Welt. Nachdem Russland infolge des Niedergangs des Sowjetimperiums an Macht und Einfluss verloren hat, spitzt sich der Kampf um die Vormachtstellung in der Welt mittlerweile zwischen den USA, die rund 100 Jahre die unangefochtene Nr. 1 auf der Welt waren, und China zu, das sich nach dem Tod des kommunistischen Diktators Mao (1976) unter der weiterbestehenden Herrschaft der Kommunistischen Partei „in den stürmischen Verkehrskreislauf der Westländer“ integrierte (Otto Umfrid) und dabei ist, die USA zu einzuholen.

Dass China, als sich nach dem Ende der kaiserlichen Feudalzeit vor allem an seiner Ostküste eine bürgerliche Gesellschaft zu entwickeln begann, keinen eigenen weder kapitalistischen noch kommunistischen Weg in die Moderne gehen konnte, hat seine Ursachen u.a. darin, dass das Land a) seit den beiden um die Mitte des 19. Jahrhunderts verlorenen Opiumkriegen und nach dem im Jahr 1900 niedergeschlagenen Boxeraufstand von westlichen, russischen und japanischen Kolonialmächten gedemütigt worden war und dass es b) dem 1912 zum ersten provisorischen Präsidenten der Republik China gewählten Arzt Sun Yat-sen (1866-1925) nicht gelang, gegen in- und ausländische Widerstände eine zu seinen demokratischen Zielen passende Bodenreform mit einer Umverteilung des bis dahin feudalen Großgrundbesitzes und mit einer Bodenwertsteuer vor allem auf Grundstücke in den städtischen Handelszentren zu verwirklichen. Der Sino-Login Helga Stahl zufolge war die „nicht verwirklichte Bodenreform“ ein „gravierender politischer Fehler“, durch den „das dringendste und am schwersten wiegende Problem der Zeit den Kommunisten überlassen wurde“.³⁶⁰ Nach einer im Sinne von Sun Yat-sen, der sich u.a. an Henry George und Adolf Damaschke orientierte, durchgeführten Bodenreform hätte die KPCh kaum jene Massenbasis innerhalb der chinesischen Landbevölkerung bekommen, auf die die Partei in den nächsten Jahrzehnten ihre Macht stützen konnte. Deren Macht ließ sich dauerhaft festigen, als Mao Zedong 1949 nach dem Bürgerkrieg mit der Gründung der Volksrepublik die nationale Einheit Chinas herstellen konnte – nur ohne die Insel Taiwan. In Verbindung mit der Einführung von Volkskommunen betrieb Mao während der 1950er Jahre eine brutale Politik des als „großer Sprung nach vorn“ bezeichneten Aufbaus von Schwer-, Chemie- und Rüstungsindustrien, bei der rund 30 Millionen Menschen verhungerten.³⁶¹

³⁶⁰ Helga Stahl (2014/2018), S. 189 (nicht realisierte Bodenreform). – Zu Sun Yat-sens Bodenreformzielen vgl. Johannes Chang (1965). – Zur Bodenreform auf der Insel Taiwan in den Jahren 1949 – 1953 vgl. Sven Hansen (2005).

³⁶¹ Helga Stahl (2014/2018), S. 200 – 201 (großer Sprung nach vorn mit 30 Millionen Toten).

Erst nach der sog. Kulturrevolution und Maos Tod (1976) und etwa zeitgleich mit der Entfesselung der internationalen Finanzmärkte in den westlichen Ländern setzte in China eine schrittweise Politik der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Reformen und der Öffnung für westliche Investitionen ein, wobei die KPCh ihr totalitäres Regime 1989 und danach gewaltsam gegen alle Demokratisierungsbestrebungen verteidigte. Die liberalsozialistischen Gedanken von Proudhon, Mill, George, Gesell und Keynes wurden in China bislang nur von dem Ökonomen Zhiyuan Cui wissenschaftlich rezipiert.³⁶² Während im Westen Marktwirtschaft und Demokratie gleichsam als Zwillinge begannen, bis die kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft die Demokratie schließlich immer mehr aushöhlte, gingen die ursprüngliche und fortgesetzte Akkumulation von Kapital in der staatskapitalistischen Marktwirtschaft Chinas von Anfang an mit einer politischen Diktatur einher.

Mittlerweile stehen sich mit China und den USA zwei hochgerüstete Supermächte³⁶³ mit unterschiedlichen Wachstumsdynamiken gegenüber, die neben ihren Handelsverflechtungen auch Handelskriege mit Strafzöllen und Sanktionen gegeneinander führen und um die Hegemonie in der Welt ringen. Angesichts schnell verlaufender weltpolitischer Gewichtsverschiebungen und neuer interessenpolitischer Konstellationen, wie sie sich zum Beispiel durch den von China betriebenen Ausbau einer ‚neuen Seidenstraße‘ ergeben, wird mittlerweile wieder wie schon vor einhundert Jahren über die Frage diskutiert, welche Rolle Europa bei der Neujustierung der weltwirtschaftlichen und -politischen Kräfte spielen könnte. Könnten die USA, die sich gemäß der Devise „America first“ aus mehreren internationalen Zusammenhängen zurückgezogen haben, das diktatorisch regierte China und das zwar demokratische, aber trotz EU und Euro noch sehr inhomogene Europa ein „strategisches Dreieck“ bilden, um die wechselnden Kräfteverhältnisse zwischen den Großmächten innerhalb einer multipolaren Weltpolitik annähernd in der Balance zu halten? Das Konfliktlösungspotenzial der EU ist offenbar sehr begrenzt, weil sie weder von den USA noch von China als gleich starkes Gegenüber empfunden wird. Außerdem gelten die Eurozone als nicht ausreichend stabil und die Kompetenzen der Länder- und EU-Parlamente als nicht genügend klar geregelt, weshalb der EU ein „strukturell sinkendes weltpolitisches und wirtschaftliches Gewicht“ beigemessen wird.³⁶⁴

³⁶² Zhiyuan Cui (2006) und (2011). – Unter der Leitung von Eiichi Morino entstand in Yokohama/Japan übrigens eine „Gesell Research Society“, die von 1995 – 2000 dreißig Ausgaben einer Zeitschrift „Jiyuu Keizei Kenkyuu“ herausgab. Außerdem erschien 2015 in Japan noch eine Studie von Tsuyoshi Yuki, in der Gesells Kritik an Marx geprüft wurde.

³⁶³ „Die weltweiten Militärausgaben werden für 2018 auf 1.822 Mrd. US-Dollar ... geschätzt. ... Die USA, China, Saudi-Arabien, Indien und Frankreich tätigten 2018 zusammen 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben. ... Erstmals seit sieben Jahren erhöhten die USA ihre Militärausgaben auf insgesamt 649 Mrd. US-Dollar, was 36 Prozent der weltweiten Militärausgaben entspricht. Diese waren 2,6-mal so hoch wie die des zweitgrößten Ausgabenträgers China. ... China hat 2018 schätzungsweise 250 Mrd. US-Dollar für sein Militär bereit-gestellt.“ (Stockholm International Peace Research Institute 2019, S. 6)

³⁶⁴ Hanns W. Maull (2014/2018), S. 841 – 887, bes. S. 861 (strategisches Dreieck) und 882 (Europas Schwächen).

Nicht nur aus solchen Erwägungen, sondern weil es bei diesen Debatten überhaupt wie selbstverständlich nur um realpolitische Abwägungen von Machtverhältnissen und Einflussmöglichkeiten geht, könnte es aus europäischer Sicht angebracht sein, sich nicht darauf zu fixieren, ein dritter mächtiger Faktor und Gegengewicht zu den USA und China im weltweiten Kampf um Macht und Einfluss sein zu wollen. Zusätzlich zur vorerst noch weiterlaufenden herkömmlichen *Machtpolitik* könnte es sich Europa in Zukunft verstärkt zur Aufgabe machen, eine freiheitliche und zugleich gerechte, herrschaftsfreie *Rechtsordnung* für die Wirtschaft und die Politik zu entwickeln. Sie könnte zunächst nur für seine einzelnen Staaten bzw. Regionen gelten und bräuchte sich in keiner Weise gegen die USA, China, Russland und andere Länder zu richten – als Zukunftsmodell könnte sie aber eine gewaltfreie Ausstrahlungskraft entfalten und sowohl Groß- und Mittelmächte als auch kleine Länder zu einem allmählichen Übergang von der Macht- und geostrategischen Interessenpolitik zu einer das Recht und die Demokratie stärkenden Ordnungspolitik anregen.

Bislang ist allerdings auch Europa noch allzu sehr in herkömmlichen Denkmustern verhaftet und müsste sich erst einmal auf eigene in Vergessenheit geratene Ansätze eines macht- und interessenfreien ordnungspolitischen Denkens besinnen und sie zeitgemäß weiterentwickeln. Nach den Jahrzehnten der entfesselten Globalisierung der westlich-monopolkapitalistisch pervertierten Marktwirtschaft und des rasanten chinesischen Hineinwachsens in diese kapitalistische Weltökonomie sind Europa und die Welt noch weit entfernt von dem von Neoliberalen verheißenen zunehmenden und gerechter verteilten Wohlstand für die gesamte Menschheit. Noch weiter haben sie sich von dem Traum von Martin Luther King³⁶⁵ und Nelson Mandela von einer gerechten und friedlichen Welt entfernt, in der es überall gleichmäßig verteilte Lebenschancen gibt.

Flucht und Vertreibung als dramatischer Ausdruck der anhaltenden Schiefelage der Weltwirtschaft

Noch in einer anderen Hinsicht hat sich Europa vorerst vom Ziel einer freiheitlichen und zugleich gerechten Ordnung des menschlichen Zusammenlebens entfernt. Als seit dem Herbst 2015 mehrere Hunderttausend geflüchteter Menschen aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten über die Balkan-Route und über das Mittelmeer nach Europa kamen, geriet die fortschwellende Euro- und Finanzmarkt-/Staatsschuldenkrise in den Hintergrund. Die anfängliche Willkommenskultur schlug jedoch bald in ihr Gegenteil um und die weit verbreitete Europa- und Euroskepsis steigerte sich zu einem fremdenfeindlichen Rechtspo-

³⁶⁵ Martin Luther King kannte offenbar den „Single Tax“-Bodenreformvorschlag von Henry George und sympathisierte damit; vgl. ders. [1967].

pulismus.³⁶⁶ Alsbald schotteten die Regierenden die „Festung Europa“ gegen Flüchtende ab, so dass viele von ihnen ihr Leben auf der Flucht durch die Sahara und über das Mittelmeer verloren, und aus Angst vor einem weiteren Erstarken des Rechtspopulismus beschränkten sie die Zuwanderung auf woanders gut ausgebildete Fachkräfte.³⁶⁷ Sowohl durch die Kriminalisierung von Seenotretter/innen und Abschiebungen in vermeintlich sichere Herkunftsländer, durch die Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Herrschern bei der Abwehr von Fliehenden und das unermessliche Leid in Flüchtlingscamps als auch durch die selektive Zuwanderungspolitik stellt sich Europa als westliche Wertegemeinschaft selbst in Frage – ebenso wie die USA, die an ihrer Grenze zu Mexiko Flüchtende aus Mittel- und Südamerika abwehren.

Zweifellos ist es weder möglich noch sinnvoll, größere Teile der Weltbevölkerung auf einem Kontinent zu konzentrieren; aber zum einen sind Völkerwanderungen ein ‚normaler‘ Teil der Menschheitsgeschichte und zum anderen hatten Wanderungsbewegungen oftmals ökonomische Ursachen. Statt von persönlichen Motiven wurden sie von wirtschaftlich-politischen Machtinteressen, Unterdrückung und Armut ausgelöst. Gerade die Akkumulation und Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital in Europa und in den USA sowie Eroberungen und Kriege in anderen Erdteilen waren in der Vergangenheit sehr häufig die treibenden Kräfte hinter unfreiwilliger Migration, Flucht und Vertreibung.³⁶⁸

Nicht nur fremdenfeindliche Rechtspopulisten, sondern auch sog. Normalbürger in Europa und in den USA verdrängen häufig historische Erinnerungen an das große, bis heute nicht gesühnte Unrecht, das ihre Vorfahren als Siedler in Nord- und Südamerika, Afrika, Asien und Australien den indigenen Völkern und den als Sklaven aus Afrika deportierten Menschen zugefügt haben, als sie ihre kolonialen Fremdherrschaften errichteten, Land und Ressourcen raubten und Großplantagen für den Export von Kaffee, Zucker, Tabak, Baumwolle usw. nach Europa anlegten. Während der Jahre des westdeutschen Wirtschaftswunders war es das Interesse des Kapitals an billigen Arbeitskräften, das Millionen von Menschen aus südeuropäischen Ländern als sog. ‚Gastarbeiter‘ anzog. Wenige Jahrzehnte später waren es abermals Kapitalinteressen, die zur Verlagerung von Produktionen in ferne Länder mit Billiglöhnen und geringen Umweltstandards führten.

³⁶⁶ Eine Ausnahme bildet das nicht so stark wie Spanien, Italien und vor allem Griechenland von der Krise betroffene Portugal, das unter der Regierung des sozialistischen Präsidenten Costa einen vergleichsweise erfolgreichen Ausweg aus der Krise fand und keinen Nährboden für den Rechtspopulismus bot; vgl. dazu Steffen Vogel (2017), S. 15 – 18.

³⁶⁷ Zur Migrationsabwehr vgl. Richard Klasen (2018), S. 6 – 9.

Zur selektiven Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt vgl. die Studie der Bertelsmann-Stiftung „Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2020; auf der Website https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IB_Zuwanderungsbedarf_aus_Drittstaaten_in_Deutschland_bis_2020_2015.pdf (Zugriff: 8.6.2020).

³⁶⁸ Zur Geschichte der Migration vgl. Patrick Manning (2007), Dirk Hoeder (2016) und Jochen Oltmer (2017).

Sind es nicht geradezu Anzeichen einer schizophrenen westlichen Doppelmoral, einerseits beispielsweise

- Fleischreste nach Afrika zu exportieren und damit die dortige lokale kleinbäuerliche Landwirtschaft zu zerstören
- Textilien zu tragen, die in asiatischen Billiglohnländern unter katastrophalen Arbeitsbedingungen hergestellt wurden,
- das für die Herstellung von Mobiltelefonen nötige Coltan in kongolesischen Bergwerken von Kinderhänden fördern zu lassen,
- Elektroschrott nach Afrika und Asien zu transportieren, um dort den Müll von den Ärmsten der Armen trennen zu lassen, die dabei giftige Dämpfe einatmen,
- Rüstungs'güter' in Krisengebiete zu exportieren und Kriege um Ressourcen zu führen³⁶⁹

und andererseits die EU-Außengrenzen und die Grenze zwischen den USA und Mexiko mit paramilitärischen Mitteln für Flüchtende zu schließen?³⁷⁰

Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR befinden sich derzeit weltweit rund 80 Millionen Menschen auf der Flucht vor Hunger und Elend, Vertreibung und Krieg. Fast 70 Prozent von ihnen kommen aus nur fünf von Kriegen besonders betroffenen Ländern: Syrien, Venezuela, Afghanistan, Südsudan und Myanmar.³⁷¹ Das Sterben von Tausenden von Geflüchteten auf dem Mittelmeer, in der Sahara und an anderen Brennpunkten ist ein erschütterndes Symptom für die Schiefelage, in die die Welt als Ganze durch den Kapitalismus in den industriell ‚entwickelten‘ Zentren und den (Neo-)Kolonialismus in der ‚unterentwickelten‘ Peripherie geraten ist. Und die Bekämpfung von Fluchtursachen bleibt so lange unglaublich, wie sie nicht mit der Bereitschaft von Menschen auf den europäischen, US-amerikanischen und anderen Wohlstandsinseln einhergeht, eigene Privilegien zugunsten von weltweit gleichen Lebenschancen aufzugeben. Die Absicht der Industrieländer, mindestens 0,7 % ihres jährlichen Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, ist nicht umgesetzt worden. Stattdessen steigen Militärausgaben, Waffenexporte und Ausgaben für die Sicherung der EU-Außengrenzen. Die EU stellt damit ihr Selbstverständnis als Zivilmacht in Frage. „Ein Staatenbund, der angetreten war, die blutigen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts zu überwinden und die Freundschaft zwischen den Völkern zu fördern, positioniert sich zu Anfang des 21. Jahrhunderts als Förderer von Rüstungsindustrie und Grenzfesten zu ihren Nachbarregionen im Nahen Osten und Nordafrika.“³⁷²

³⁶⁹ Vgl. Michael Lüders (2015) über die westliche Interessenpolitik im Nahen und Mittleren Osten sowie Nils Ole Oermann & Hans-Jürgen Wolff (2020) über die Geschichte und Gegenwart von Wirtschaftskriegen. Zum internationalen Waffenhandel vgl. Stockholm International Peace Research Institute (2019), S. 8 – 9 (USA, Russland, Frankreich, Deutschland und China als größte Waffenexporteure).

³⁷⁰ Vgl. hierzu Mark Akkerman (2019).

³⁷¹ Dietrich Karl Mäurer (2020).

³⁷² Richard Klasen (2018), S. 6 – 9, hier: S. 9.

Wie sehr sich parallel zur Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital in Geschichte und Gegenwart auch Menschenrechtsverletzungen ‚akkumuliert‘ haben, wie sehr große Teile der Menschheit dadurch traumatisiert sind und wie schnell vernarbte Wunden durch scheinbar ‚kleine‘ Ereignisse wieder aufreißen können, zeigen aktuell die weltweiten Proteste gegen rassistische Gewalt nach der Tötung des schwarzen US-Bürgers George Floyd durch einen weißen Polizisten („Black lives matter“) und die kontroversen Debatten um Denkmäler aus den Zeiten des Kolonialismus und der Sklaverei. Die Auseinandersetzungen mit der Geschichte ungerechter (welt-)wirtschaftlicher Strukturen und den davon ausgegangenen vielfältigen Formen von struktureller und offener Gewalt fördern hoffentlich eine allgemeine Einsicht in das Unrecht, das weiße Europäer sich lange Zeit gegenseitig und anderen Menschen in Nord- und Südamerika, Afrika, Asien und Australien und das auch andere Menschen in aller Welt sich gegenseitig zugefügt haben. Und es fördert hoffentlich auch die Einsicht in die Notwendigkeit eines weitweiten Versöhnungsprozesses, als dessen Resultat die europäischen und weltwirtschaftlichen Institutionen neu zu ordnen wären - und zwar so, dass anstelle der auf der Akkumulation und Konzentration von Kapital beruhenden Über-/Unterentwicklung und der ‚nachholenden‘ Entwicklung des globalen Südens eine das Kapital weltweit dezentralisierende, ausgleichende Entwicklung beginnen kann.

Zukunftsaufgaben der Vereinten Nationen: Verwaltung der globalen Ressourcen und Neuorganisation des Weltwährungssystems

Wie könnten die Grundzüge einer zukünftigen internationalen Wirtschafts- und Währungsordnung aussehen, welche die einzelnen Staaten bzw. Währungsräume, die eine Transformation zu einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ in Gang setzen, nach und nach integriert und den Nord-Süd-Gegensatz allmählich im Laufe einer ausgleichenden Entwicklung einebnet? Und von wo könnte eine Transformation der kapitalistischen Globalisierung zu einem offenen „Weltmarkt ohne Kapitalismus“ ausgehen?

Auf dem Höhepunkt der neoliberalen Globalisierungseuphorie stellte der Soziologe Ulrich Beck (1944-2015) die Frage, ob es nach der „neoliberalen Destruktion des Nationalstaats“ – er sprach geradezu von einem „Denationalisierungsschock“ - notwendig werden könnte, mit einer Renationalisierung der Politik zu antworten, um die sich in die mehr oder weniger rechtsfreien supranationalen Räume ausdehnende Macht der internationalen Finanzmärkte und der multinationalen Konzerne wieder einzufangen und die Souveränität der Nationalstaaten wiederherzustellen. Oder könnte – so fragte Beck für den Fall, dass es kein Zurück zu einer „nationalstaatlichen Idylle“ geben sollte – die Schaffung eines Weltstaates und einer Weltregierung notwendig werden, die so mächtig wäre, dass sie die

erdumspannende Wirtschaftsmacht der internationalen Finanzmärkte und der multinationalen Konzerne bändigen könnte?³⁷³

Schon die frühen Ordoliberalen hatten geahnt, dass es ein schwerwiegender Fehler sein würde, die Entstehung von wirtschaftlichen Machtballungen überhaupt zuzulassen und sie nur nachträglich mit politischen Mitteln kontrollieren zu wollen. Könnte sich also die seitdem ins Grenzenlose gesteigerte Macht der internationalen Finanzmärkte und der multinationalen Konzerne in die ‚Flasche falscher ökonomischer Strukturen, aus der ihr Geist entwich‘, zurückdrängen lassen? Oder geht es bei Überlegungen zur Renationalisierung der Politik nur darum, dieser prinzipiell fortbestehenden Macht der Finanzmärkte und Konzerne analog zur früheren Sozialpartnerschaft von Kapital und Arbeit eine etwas stärkere Gegenmacht gegenüberzustellen – in der Hoffnung, dass es der Gegenmacht einer renationalisierten Politik in einzelnen ‚National‘staaten – oder einer Weltregierung – gelingen könnte, die Macht der Finanzmärkte und Konzerne wenigstens teilweise einzugrenzen?

Wenn es auf der globalen Ebene nur um einen Wechsel vom angelsächsischen zu einem rheinischen Kapitalismus und um die Herstellung einer Sozialpartnerschaft zwischen Macht und Gegenmacht gehen sollte, bliebe es bei dem zaghaften Versuch, die Souveränität der wirtschaftlichen Macht etwas zu beschränken und im Gegenzug die Souveränität der einzelnen ‚National‘staaten etwas zu stärken, also Macht und Gegenmacht im günstigsten Fall annähernd in eine Balance zu bringen. Die ‚National‘staaten würden dabei allerdings ihren widersprüchlichen Doppelcharakter als Rechts- und Machtstaaten behalten und zusammen mit den kapitalistisch globalisierten Finanzmärkten und multinationalen Konzernen im Dickicht von Recht und Macht gefangen bleiben. Ebenso behielte ein Weltstaat, wenn er denn entstände, unter diesen Umständen ein Doppelgesicht als Rechts- und Machtstaat – möglicherweise mit einem stark schwindenden Anteil des Rechts. Die bisherigen Erfahrungen mit der europäischen Einigung lassen allerdings keine Entstehung eines weltweiten Einheitsstaates erwarten.

Besser als ein solches in sich widersprüchliches Konglomerat aus Recht und Macht wäre eine völlige Zurückdrängung derjenigen Souveränität, die sich das kapitalistische Geld, die internationalen Finanzmärkte und die multinationalen Konzerne angemäht haben, durch die Herstellung einer uneingeschränkten Souveränität des Rechts – und zwar auf mehreren, keineswegs nur ‚nationalen‘ Funktionsebenen der Politik:

- Auf der *unteren Ebene* wird es Aufgabe der einzelnen Rechtsstaaten einschließlich ihrer föderalen Untergliederungen, allen ihren Einwohner/innen – mittels einer Reform des Bodenrechts einen für alle gleichen Zugang zu Grundstücken als elementarste Voraussetzung für das Leben auf der Erde zu verschaf-

³⁷³ Ulrich Beck (1997), S. 26 – 27 (Dekonstruktion der Nationalstaaten), 32 (Weltstaat), 34 (Denationalisierungsschock) und 35 (nationalstaatliche Idylle).

fen und mit den der Allgemeinheit zufließenden Entgelten für die private Nutzung von Grundstücken den Rechtsstaat und die Bereitstellung öffentlicher Güter zu finanzieren.

- Mittels einer Reform der Geldordnung sowie der Unternehmensverfassung, des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent- und Markenrechts können einzelne Rechtsstaaten die Voraussetzungen für eine Dezentralisierung von Geld- und Real'kapital' und einen Übergang in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft ohne mono- und oligopolistische Verfälschungen des Wettbewerbs durch Global Player schaffen.

- Auf der *mittleren kontinentalen Ebene* bleibt für Europa bei dieser Transformation der Rechts-/Machtstaaten zu reinen Rechtsstaaten die Aufgabe einer Harmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik ebenso von Bedeutung wie koordinierte Maßnahmen zur Bändigung der Finanzmärkte, u.a. eine Größenbegrenzung bei Geschäfts- und Schattenbanken, die Erhöhung der Eigenkapitalquoten von Banken, die Einführung eines Trennbankensystems, eines Verbots von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen (Swaps) usw.³⁷⁴ Außerdem sollte Europa bei diesem Transformationsprozess mit Russland sowie den Kontinenten Afrika und Australien kooperieren – selbstverständlich auch mit den USA und China oder, wenn die beiden Großmächte sich zurückhalten sollten, vorerst nur mit den kleineren und mittleren Rechtsstaaten Mittel- und Südamerikas und Asiens.

- Der Übergang von der Akkumulation und Konzentration des Geld- und Real'kapitals innerhalb einzelner Rechtsstaaten und des Euro-Währungsraums zu seiner Dezentralisierung könnte in ihnen selbst eine ausgleichende Entwicklung einleiten, die sich schließlich auch auf der *globalen Ebene* fortsetzen lässt und auf längere Sicht zu einem nachkapitalistischen Weltmarkt ohne Monopole und ohne Protektionismus, ohne Billiglohnländer und ohne Steueroasen führt.

Bislang sind die Vereinten Nationen wie vormals der Völkerbund nur ein ‚Dach‘ über den in sich strukturell ungerecht und unfriedlich bleibenden, hoch gerüsteten kapitalistischen Rechts-/Machtstaaten. Schon vor 100 Jahren bedauerte Silvio Gesell gerade deshalb, dass der Völkerbund nur eine „taube Nuss“ und noch kein auf wirtschaftlicher Gerechtigkeit gegründeter „Menschheitsbund“ war.³⁷⁵ Auch die Vereinten Nationen, insbesondere der Weltsicherheitsrat, konnten – wenn sie nicht durch Veto-Mächte blockiert wurden - immer nur mit Resolutionen die Einhaltung der Menschenrechte anmahnen oder sie konnten mit Blauhelmeinsätzen reagieren und militärischen, sog. ‚humanitären‘ Auslandseinsätzen von Staaten bzw. der NATO zustimmen, wenn wieder irgendwo ein gewaltsamer Konflikt ausgebrochen war. Auf diese Weise blieben die UN jedoch Gefangene im Labyrinth der geostrategischen Machtpolitik der Groß- und Mittelmächte und immer wieder

³⁷⁴ Vgl. den im Kap. 12.5, S. 19 - 25 dargestellten Maßnahmenkatalog gemäß den Vorschlägen von Helge Peukert.

³⁷⁵ Silvio Gesell (1921/1992j], S. 304 (Völkerbund), und ders. (1921/1992a), S. 280 – 281 (Menschheitsbund).

wurden sie zum Spielball widerstreitender Interessen. Ein ums andere Mal wie in Somalia, Ruanda und Bosnien oder in Afghanistan, im Irak, in Syrien oder in Libyen konnten die UN ihren Auftrag, für Frieden und kollektive Sicherheit zu sorgen, nicht erfüllen.³⁷⁶ Zudem haben dabei auch die Potenziale der zivilen Konfliktlösung noch längst nicht die ihnen gebührende Bedeutung erlangt. Ebenso konnten die Vereinten Nationen auch immer nur wie zum Beispiel mit dem Brundtland-Report (1987) sowie auf Konferenzen von Rio, Kyoto und vielen weiteren Konferenzen eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft einfordern und Jahr für Jahr eindringlich vor dramatischen Folgen der Erderhitzung warnen. Sie konnten die Politiker in den Mitgliedstaaten zum Handeln auffordern, hatten aber selbst keinerlei eigene Handlungsmöglichkeiten.³⁷⁷

So betrachteten es die Vereinten Nationen in ihrer „Millenniums-Erklärung“ vom September 2000 als zentrale Herausforderung der Staats- und Regierungschefs der Welt, „sicherzustellen, dass die Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen der Welt wird“. Jedoch bedachten sie dabei nicht, dass die kapitalistische, auf der Akkumulation und Konzentration von Kapital beruhende „grimmige“ Form der Globalisierung (Amartya Sen) gar nicht für *alle* Menschen gleichermaßen eine „positive Kraft“ werden kann, sondern dass es dafür einer anderen nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen Form der Globalisierung bedürfte, bei der das entkapitalisierte Geld- und Real'kapital' weltweit in kleineren und mittleren Dimensionen breit gestreut wird und bei der der Boden, die Ressourcen und die Erdatmosphäre als Gemeinschaftsgüter aller Menschen behandelt werden. Erst auf einer solchen strukturell veränderten ökonomischen Grundlage können sämtliche Mitgliedstaaten der UN jene „souveräne Gleichheit“ erlangen, die sie gemäß Artikel 2.1 der UN-Charta haben sollen.³⁷⁸

Mithin sollten die Vereinten Nationen in Anknüpfung an bisherige Gedanken zu einer Weltinnenpolitik³⁷⁹ parallel zur Transformation ihrer Mitgliedstaaten zu herrschaftsfreien Rechtsstaaten auch zu einer „Weltföderation“ (Kant) weiterentwickelt werden, die zur weltweiten Sicherung von Menschenrechten und Frieden auch eigene konstruktive wirtschaftspolitische Gestaltungsaufgaben erhält. ‚Oberhalb‘ der einzelnen sich zu reinen Rechtsstaaten wandelnden Staaten könnte diese „Weltföderation“ für die Weltmärkte eine gerechte Rahmenordnung schaffen, in denen Menschen aus aller Welt auf gleicher Augenhöhe, d.h. ohne neokoloniale

³⁷⁶ Zu neuen Formen von Kriegen vgl. Monika Heupel (2009), S. 9 – 14.

³⁷⁷ Zur Entstehung und gegenwärtigen Lage der Vereinten Nationen vgl. Manuela Scheuermann (2014), S. 15 – 20 (Völkerbund), 44 – 56 (UN-Sicherheitspolitik) und 63 – 86 (Sicherheitsrat), sowie Sven Bernhard Gareis & Johannes Varwick (2014), S. 87 – 176 (Schaffung kollektiver Sicherheit). – Zu den Möglichkeiten der zivilen Konfliktlösung vgl. die Website <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/faq-fragen-und-antworten> (Zugriff: 7.7.2020)

³⁷⁸ Zitiert nach Manuela Scheuermann (2014), S. 36 (Millenniums-Erklärung); vgl. dazu auch die Website <http://www.un-kampagne.de/fileadmin/downloads/erklaerung/millenniumerklaerung.pdf> (Zugriff: 11.7.2020). – Manuela Scheuermann (2014), S. 42 – 43 (souveräne Gleichheit).

³⁷⁹ Vgl. United Nations – Committee for Development Policy (2014) und Jürgen Habermas (2006).

Abhängigkeiten und ohne rassistische Ressentiments wirtschaftliche, politische, wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen pflegen können.

Zentrale Elemente einer Rahmenordnung eines nachkapitalistischen mono- und oligopolfreien sowie zollfreien Weltmarkts und Garanten einer gleichen Teilhabe aller Menschen an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen könnten eine auf der Ebene der Vereinten Nationen institutionalisierte internationale Verwaltung der weltweiten Ressourcen und der Erdatmosphäre sowie eine neue internationale Währungsordnung werden. Im „Planetensystem“ der UN und ihrer Zweigorganisationen bräuchte es möglichst in unmittelbarer Nähe zur Vollversammlung zwei neue UN-Organisationen für den Aufbau von internationalen Ressourcen- und Klima- sowie Währungs- und Wirtschaftsordnungen, die in Zukunft den Stellenwert erhalten, den bislang der Sicherheitsrat als das vermeintlich „wirkmächtigste Organ der Vereinten Nationen“ hatte.³⁸⁰

- Im Anschluss an die bisherigen Diskussionen über Global Common Goods³⁸¹ sollten Zweigorganisationen der UN wie der „Weltressourcenrat“, die „Internationale Energieagentur“ und der „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) zu UN-Institutionen zusammengeführt und ausgebaut werden, die die globalen Ressourcen und die Erdatmosphäre als Gemeinschaftsgüter der ganzen Menschheit hüten und die deren entgeltliche private Nutzung organisieren.

Weder sollten multinationale Konzerne noch einzelne Staaten länger frei über globale Ressourcen verfügen und sie ohne Rücksicht auf Menschen und die Natur aus der Erde extrahieren dürfen. Ressourcen sollten also weder Privateigentum sein noch sollten sie verstaatlicht werden, was mehrere Staaten vor allem in der sog. Dritten Welt aus durchaus verständlichen Gründen angestrebt haben. So wie sich Gesell schon vor mehr als 100 Jahren gegen Begriffe wie „englische Kohle, deutsches Kali oder amerikanisches Erdöl“ wandte und stattdessen eine „Internationalisierung der Bodenschätze“ forderte³⁸², so sind zum Beispiel die Seltenen Erden nicht Eigentum Chinas, das Kupfer nicht Eigentums Chiles, das für die Produktion von Handys erforderliche Coltan nicht Eigentum des Kongo, das für die keineswegs unproblematische E-Mobilität erforderliche Lithium nicht Eigentum Argentiniens und das Erdöl nicht Eigentum der arabischen Länder, Venezuelas, Norwegens und Schottlands. Auch der ‚brasilianische‘ Regenwald gehört nicht Brasilien und schon gar nicht der Bolsonaro-Regierung, die die schändliche Rodung des Regenwaldes für den Anbau von Soja-Futtermitteln für die weltweite Agrarindustrie noch dramatisch verschärft. Die in Brasilien, Indonesien und anderen Ländern gelegenen Regenwälder gehören nicht den jeweiligen Ländern, sondern sie gehören wie alle Ressourcen einschließlich derjenigen, die unter den Polkappen lagern, sowie die Weltmeere und die Erdatmosphäre zum gesamten

³⁸⁰ Manuela Scheuermann (2014), S. 59 – 63 (von D. Göthel entworfenes Planetensystem der UN), 63 (wirkmächtiger Sicherheitsrat) und 86 – 126 (Vollversammlung und bisherige Generalsekretäre).

³⁸¹ Vgl. hierzu besonders Inge Kaul (2016).

³⁸² Silvio Gesell (1920/1991a), S. 72; ders. (1921/1992c), S. 145 - 147, und ders. (1921/1992g), S. 150 – 151 (Internationalisierung der Ressourcen).

Naturerbe der Menschheit einschließlich der zukünftigen Generationen, das die Vereinten Nationen im Interesse der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen verwalten sollten. Weder private Konzerne noch einzelne Staaten haben legitime Ansprüche auf diese Gemeinschaftsgüter der Menschheit.

Aufbauend auf regelmäßigen Bestandsaufnahmen der nach mehr als 200 Jahren des Raubbaus noch vorhandenen globalen Ressourcen sollte die UN-Ressourcenverwaltung ökologisch vertretbare Grenzen für weitere jährliche Verbräuche, Arbeitsbedingungen bei der Förderung von Ressourcen und faire Preise für die Förderrechte festlegen – ebenso faire Preise für die private Nutzung der Atmosphäre als Aufnahmespeicher für Abgas-Emissionen.³⁸³ Sodann gehören die bei der privaten Nutzung von Ressourcen und der Atmosphäre entstehenden Ressourcen- und Luftrenten in eine internationale, von den UN zu verwaltende Kasse, von wo aus sie nach Abzug der Verwaltungskosten in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die ganze Weltbevölkerung zurückzuzahlen sind. Auf diese Weise wird jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft, Hautfarbe, Religion und gesundheitlichen Verfassung zu einer/m gleichen Teilhaber/in an der Erde als einer globalen Allmende und kann unter solchen Bedingungen ein stärkeres Bewusstsein der Mitverantwortung für die Erde entwickeln.³⁸⁴

Da die Menschen im ‚entwickelten‘ globalen Norden bisher und bis auf Weiteres mehr Ressourcen und mehr von der Atmosphäre in Anspruch nehmen als die Menschen im ‚unterentwickelten‘ globalen Süden, zahlen sie vorläufig noch mehr in die UN-Gemeinschaftskasse ein als der globale Süden, der die Natur noch deutlich weniger nutzt. Nachdem der globale Norden lange Zeit von billiger Arbeit und billigen Ressourcen profitiert und über den Schuldendienst der verschuldeten Länder des globalen Südens auch noch mehr Geld erhalten als er ihnen als sog. ‚Entwicklungshilfe‘ gegeben hat, fließen in Zukunft also vorerst mehr Ressourcen- und Luftrenten von Nord nach Süd als in umgekehrter Richtung. Zusätzlich zur Transformation der kapitalistischen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft in Nord und Süd trägt also die Rückverteilung der Ressourcen- und Luftrenten an die ganze Menschheit in gleichen pro-Kopf-Beträgen zur Einebnung des Nord-Süd-Gefälles und zu einer unabhängigen Eigenentwicklung des globalen Südens bei, bis sich eines fernen Tages Nord und Süd, West und Ost in der Mitte zwischen ihnen bzw. auf einem ökologisch vertretbaren einheitlichen Niveau angleichen. Von da an trägt die Rückverteilung ‚nur‘ noch zur Stabilisierung des Nord-/Süd- und West-/Ost-Gleichgewichts bei.

- Die Transformation der Weltwirtschaft in die Richtung eines Nord- und Süd- sowie Ost- und West-Gleichgewichts ließe sich des Weiteren durch eine großzügigere Entschuldung der armen und ärmsten Länder im globalen Süden voranbringen. Und sie ließe sich auch durch die Schließung von Steueroasen und der weltweiten Einführung einer die Spekulation mit Devisen hemmenden Finanz-

³⁸³ Vgl. den UN-Report über die Entwicklung der globalen Ressourcen in: Vereinte Nationen (2019).

³⁸⁴ Vgl. hierzu das Kap. 13.1 in diesem Buch.

transaktionssteuer auf internationale Devisengeschäfte („Tobin-Tax“) unterstützen³⁸⁵ - besonders dann, wenn die Einnahmen aus einer solchen Steuer bei den Vereinten Nationen zusammenfließen und deren Finanzierung auf eine breitere Basis stellen.

Ein weiteres ganz besonders wichtiges Instrument zur Stabilisierung einer Weltwirtschaft in einem globalen Gleichgewicht wäre eine Reform der Weltwährungsordnung gemäß den Grundgedanken der von John Maynard Keynes während des Zweiten Weltkriegs entwickelten Konzeption einer „International Clearing Union“ (ICU). Bei der ICU als Weltzentralbank sollten alle sich ihr anschließenden Staaten der Erde Konten unterhalten, über die ihre Außenhandelsbeziehungen verrechnet werden – und zwar mittels einer Verrechnungseinheit „Bancor“, die die Funktion einer neutralen Weltwährung hätte übernehmen sollen. Außerdem sah Keynes’ Bancor-Plan vor, dass Schuldner- und Gläubigerländer gleichermaßen eine ‚Strafgebühr‘ an die ICU zahlen sollten, wenn sie sich zu sehr verschulden oder auch wenn sie zu hohe Guthaben aufbauen.³⁸⁶ Damit wären Schuldner- und Gläubigerstaaten gleichermaßen unter einen Anpassungsdruck gesetzt worden, ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen immer wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

Dieser besondere Ausgleichsmechanismus fehlte in der Konzeption der von Harry D. White angeführten US-amerikanischen Delegation bei der berühmten Konferenz des Völkerbundes 1944, gegen die sich die britische Delegation unter der Leitung von John Maynard Keynes in den Beratungen über eine Weltwirtschafts- und Weltwährungsordnung für die Nachkriegszeit nicht durchsetzen konnte. Außerdem wurde in Bretton Woods anstelle des neutralen Bancor der US-Dollar in den Rang einer globalen Leitwährung erhoben. Die Wechselkurse aller Landeswährungen wurden fest an den US-Dollar gebunden, der seinerseits bei einem unveränderlichen Preis von 35 US-Dollar pro Feinunze an das Gold gebunden wurde. Keynes’ Einwände gegen den US-Dollar als globaler Leitwährung entsprangen übrigens nicht etwa einem antiamerikanischen Ressentiment, sondern seiner tieferen Überzeugung, dass allein eine neutrale, keine einzelne Landeswährung bevorzugende Weltwährung zur wirtschaftlichen und politischen Ebenbürtigkeit aller Menschen in einer egalitären Weltgesellschaft passt.

Im Jahr 1973 brach das System fester Wechselkurse unter dem Druck der zunehmenden Dynamik der Weltwirtschaft zusammen. Bei der Lösung des US-Dollars vom Gold und beim Übergang zu frei beweglichen Wechselkursen sowie zur Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs behielt der US-Dollar aber weiterhin seine Rolle als globale Leitwährung. Nach der Freigabe der Wechselkurse traten die vielfach vom freien Floating befürchteten größeren Turbulenzen auf den Devisenmärkten nicht ein.³⁸⁷ Jedoch hätte die Wechselkursflexibilität zu mehr

³⁸⁵ Zur Tobin-Tax vgl. Paul Bernd Spahn (2002).

³⁸⁶ John Maynard Keynes (1943/1980) und das Kap. 8.4, S. 77 – 80 in diesem Buch.

³⁸⁷ Paul Krugman & Maurice Obstfeld (2009), S. 600 – 642 und 684 – 726 (feste und freie Wechselkurse).

weltwirtschaftlicher Stabilität führen können, wenn die einzelnen Staaten schon zu einer wirksamen Stabilisierung ihrer Binnenwirtschaften übergegangen wären.

Wäre die Weltwirtschaft nach 1945 oder spätestens ab 1973 gemäß den Vorstellungen von Keynes neu geordnet worden, hätte die weitere wirtschaftliche Entwicklung vom kolonialen und neokolonialen Nord-/Süd-Gefälle schrittweise in die Richtung eines globalen Ausgleichs weitergehen können. Mexiko und andere sog. Entwicklungsländer des globalen Südens wären vermutlich nicht in große Schuldenkrisen geraten und es wären ihnen die harten Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF erspart geblieben. Ebenso wäre es vielleicht nicht dazu gekommen, dass Deutschland und einige andere Länder im Wettlauf um Exportweltmeisterschaften ihre Arbeitslosigkeit und andere ungelöste Strukturprobleme durch andauernde Exportüberschüsse auf andere Länder abwälzen.

Obwohl sich Keynes auf der Konferenz in Bretton Woods tragischer Weise nicht gegen die konkurrierende US-amerikanische Konzeption hatte durchzusetzen können, galt er später oftmals als geistiger Urheber des Systems von Bretton Woods. Diesem Irrtum widersprachen auch Krugman & Obstfeld nicht in ihrem Lehrbuch über die Außenwirtschaftstheorie und -politik. In ihren Ausführungen über die Entwicklung der internationalen Währungsordnung der Nachkriegsjahrzehnte erwähnten sie weder, dass es in Bretton Woods noch einen Gegenentwurf zu dem gab, was dann tatsächlich beschlossen wurde, noch erinnerten sie in ihren Ausführungen über neuere Ansätze zur Reform des Weltwährungssystems an Keynes' Bancor-Plan.³⁸⁸

Während der Nachkriegsjahrzehnte fiel Keynes' Bancor-Plan in einen „Dornröschenschlaf. Lange Zeit war der Plan auch Fachleuten, auch Ökonomen, auch solchen, die sich explizit auf Keynes beriefen, weitgehend unbekannt“, bis der Ökonom Jan Kregel schließlich Ende der 1980er für eine deutsche Übersetzung sorgte. Sie erschien aber nicht etwa in einer Fachzeitschrift, sondern im Kultur- und Literaturjournal „Lettre International“.³⁸⁹ Diese Übersetzung trug dazu bei, dass Keynes' Bancor-Plan verschiedentlich wiederentdeckt wurde. 1999 erinnerte die „Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen“ in ihrem „Bericht über die menschliche Entwicklung“ in UN-Kreisen an ihn. In den folgenden Jahren griffen auch einige Ökonomen wie Georges Mombiot in England, Elke Muchlinski in Deutschland und Walter Handler in Österreich den Bancor-Plan wieder auf. Auch die US-amerikanische Globalisierungskritikerin Susan George setzte sich für eine erneute Debatte über den Bancor-Plan ein: „Keynes' Plan ist vor 60 Jahren entstanden. Er müsste entstaubt, modifiziert und den Bedingungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Aber im Kern ist er auch heute noch höchst re-

³⁸⁸ Paul Krugman & Maurice Obstfeld (2009), S. 671 – 731, bes. S. 671 – 673 (Bretton Woods) und 726 – 731 (Reformansätze). – Nach einer Recherche in Keynes' Nachlass im King's College in Cambridge/UK bereitet Thomas Betz eine Studie über die näheren Umstände der Verhandlungen in Bretton Woods vor; vgl. ders. (2020, in Vorbereitung).

³⁸⁹ Thomas Betz (2018), S. 48.

levant.“³⁹⁰ Ein Jahr nach dem Beginn der großen Weltfinanzkrise von 2008 trat sogar der chinesische Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan für den Bancor-Plan ein. Es folgten noch der italienische Ökonom Luca Fantacci und in Österreich zwei weitere Studien von Paul Klaffenböck und Andrea Thuile, die darauf hindeuten, dass Keynes' Bancor-Plan zum Gegenstand weiterer Forschungen werden könnte. Und genau 100 Jahre nach Keynes' Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs erinnerte Jörg Bibow auf der Jahrestagung der deutschen „Keynes-Gesellschaft“ 2019 wieder an den auch von ihr kaum beachteten Bancor-Plan, mit dem Keynes 1944 in Bretton Woods den Grundstein für eine „Weltwährungsordnung ohne Hegemon“ legen wollte. „Im Keynes-Plan gibt es weder eine dominante nationale Währung noch ein integriertes globales Finanzsystem. Stattdessen sieht er eine neue internationale Währung vor, die im Mittelpunkt der internationalen Währungsordnung steht, während Finanzsysteme im Kern national organisiert werden. ... Im Keynes-Plan soll die Weltwährungsordnung einerseits nationale Handlungsspielräume sichern und andererseits den internationalen Handel fördern und im Gleichgewicht halten. ... Es wäre heute an der Zeit, sich an die Vorzüge von Keynes' Vision einer Weltwährungsordnung zu erinnern, die auf einer internationalen statt hegemonialen nationalen Währung basiert und in erster Linie dem ausgeglichenen Handel dient.“³⁹¹ –

Gewiss hatte Susan George Recht mit ihrer Bemerkung, dass Keynes' Bancor-Plan einer Aktualisierung und Weiterentwicklung bedarf. Noch viel Forschungsbedarf besteht auch beim Aufbau einer internationalen Ressourcenverwaltung. Davon abgesehen wäre eine auf den Schultern von Rechtsstaaten und multilateralen Verträgen aufgebaute „Weltföderation“ kein zentralistischer Weltstaat, der von oben nach unten durchregiert. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip würden die Rechtsstaaten ‚vor Ort‘ regeln, was sich am besten in überschaubaren Gebieten demokratisch entscheiden lässt. Sie würden gewissermaßen lokal/regional/global denken und handeln, indem sie nur diejenigen Aufgaben nach ‚oben‘ verlagern, die sich ‚unten‘ nicht bewältigen lassen – nämlich die internationale Verwaltung der Ressourcen und der Erdatmosphäre als Gemeinschaftsgütern aller derzeit Lebenden und kommender Generationen sowie die internationale Vernetzung der in den Händen von Rechtsstaaten bleibenden Währungen incl. des Euro. Zu einer solchen stufenweise aus Regionen, Rechtsstaaten, kontinentalen Organisationen und der Weltföderation zusammengesetzten politischen Ordnung könnte das Kunstwort ‚Glokalisierung‘ passen – aber gerade nicht in dem Sinne, dass wie bei multinationalen Konzernen die Entscheidungen global getroffen und auf lokale Verhältnisse zugeschnitten werden, sondern in dem Sinne, dass politische

³⁹⁰ Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen Hrsg. (1999), S. 112. – Georges Monbiot (2003), S. 173, 178 – 179, 182 – 186. – Elke Muchlinski (2005), S. 58 – 72. – Susan George (2007), S. 18 – 19. – Walter Handler (2008), S. 1 – 40.

³⁹¹ Zhou Xiaochuan (2009). – Luca Fantacci (2012). – Paul Klaffenböck (2008) (Diplomarbeit) und Andrea Thuile (2016) (Masterarbeit) sowie Jörg Bibow (2020), S. 149 – 192, hier: S. 157 und 187 (Weltwährungsordnung ohne Hegemon).

Entscheidungen innerhalb dieses auf Recht statt Macht aufgebauten föderalen Gesamtgefüges mit Blick auf das Ganze jeweils auf der Ebene getroffen werden, wo sie ihren sachlich angemessenen Platz haben.

- Neben diesen beiden neuen zentralen UN-Funktionen, deren Erfüllung selbstverständlich auch einer demokratischen Kontrolle bedarf, könnte eine aus vielen Rechtsstaaten bzw. rechtsstaatlich geordneten Regionen bestehende Weltföderation weitere bislang von den Vereinten Nationen wahrgenommene Aufgaben fortführen. Da der Übergang in eine dezentralisierte und gleichgewichtige Weltwirtschaft nach mehr als 500 Jahren des kapitalistisch-(neo)kolonialistischen Nord-Süd-Gefälles vermutlich lange dauern wird und da die damit verbundenen Konflikte nicht schlagartig gelöst sein werden, wird auf längere Sicht der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag unverzichtbar bleiben und es wird in deutlich größerem Umfang als bisher gewaltfreie Konfliktlösungen brauchen. Auch das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und zivilgesellschaftliche Organisationen wie „Pro Asyl“ oder „Seawatch“ werden noch längere Zeit unverzichtbar bleiben.

Im Zuge der Transformation der bisherigen kapitalistischen in eine zukünftige nachkapitalistische Marktwirtschaft innerhalb einzelner Staaten und auf internationaler Ebene kann die „Food and Agricultural Organization“ (FAO) den Übergang von der von Agrar- und Pharmakonzernen beherrschten industriellen Landwirtschaft zu einer kleinräumigen bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft begleiten.³⁹² In den Bereichen der Industrie und Dienstleistungen, der Banken und des Handels können andere UN-Organisationen wie der „Wirtschafts- und Sozialrat“ („Economic and Social Council“, ECOSOC), die „International Labour Association“ (ILO), die „United Nations Industrial Development Organization“ (UNIDO), die „United Nations Conference of Trade and Development“ (UNCTAD) und das „United Nations Development Programme“ (UNDP) – auch in Zusammenarbeit zum Beispiel mit dem „Internationalen Gewerkschaftsbund“ – beim Übergang von den multinationalen Aktiengesellschaften in eine dezentralisierte Arbeitswelt mit vielen kleineren und mittleren Unternehmen und Anbietern von öffentlichen Gütern zusammenarbeiten. In den Bereichen der Gesundheit und des Schutzes von Kindern werden die „World Health Organization“ (WHO) und das Kinderhilfswerk „United Nations International Children’s Fund“ (UNICEF) weiterhin ebenso wichtige Aufgaben erfüllen wie im Bereich von Bildung, Wissenschaft und Kultur die „United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization“ (UNESCO).

Als eine neue Aufgabe der Vereinten Nationen könnte schließlich der Aufbau eines im buchstäblichen Sinne internationalen Internets hinzukommen. In den 1990er Jahren gingen bereits entsprechende Bestrebungen von China und Russ-

³⁹² Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass es in Sikkim, einem nordöstlichen Bundesstaat in Indien, gelungen ist, die dortige Landwirtschaft innerhalb einer Generation vollständig auf bäuerliche und ökologische Formen des Pflanzenanbaus und der Tierhaltung umzustellen; vgl. hierzu Bernward Geier (2018).

land aus, die jedoch von den USA mit der Unterstützung von Großbritannien, Kanada und Australien abgewehrt wurden. Im Jahr 2005 unternahm der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan nochmals einen Vorstoß in diese Richtung, der ebenfalls erfolglos blieb.³⁹³ Der Gedanke, vom „Digitalkapitalismus“ (Philipp Staab³⁹⁴) zu einem nicht mehr privatwirtschaftlich-kommerziellen Internet in der quasi öffentlich-rechtlichen Trägerschaft der UN überzugehen, steht jedoch weiterhin im Raum. Dem Charakter des im Internet gesammelten Wissens und des weltweiten Informationsaustausches als globaler Wissensallmende und auch dem Charakter der zukünftigen wirtschaftsordnungspolitischen Aufgaben der UN entspricht er jedenfalls mehr als die bestehende Verfügungsmacht von privaten und staatlichen Megakonzerne sowie staatlichen Geheimdiensten über das Wissen der Welt und die kommunikative Vernetzung der Weltbevölkerung. Dementsprechend kommen auch Überlegungen über ein eigenes europäisches Internet nicht an der Frage vorbei, ob sich ein etwaiges europäisches Internet qualitativ vom Internet in den USA und China unterscheiden sollte oder ob es bloß darum geht, neben den beiden Internet-Weltmächten eine konkurrierende dritte Internet-Macht zu schaffen.

Unabhängig davon, ob ein europäisches Internet nur als eine konkurrierende Gegenmacht zu den profitorientierten Internetkonzernen der USA und Chinas oder ob es als Vorform eines späteren entkapitalisierten Nonprofit-Internets der UN konzipiert würde, bleibt es zusätzlich zu einem verbesserten Schutz personenbezogener Daten eine vordringliche aktuelle Aufgabe, die vorerst noch weiterbestehenden Internetkonzerne zur Zahlung einer Digitalsteuer zu verpflichten, um die von ihnen in einem gigantischen Umfang generierten „Cyberrenten“ (Dirk Lühr³⁹⁵) so zu Gunsten der Allgemeinheit abzuschöpfen, wie dies auch bei den Boden-, Ressourcen- und Luftrenten notwendig wäre. Die internationalen, von mehr als 130 Staaten geführten Verhandlungen über die Einführung einer internationalen Digitalsteuer sind derzeit festgefahren, da vor allem, aber nicht nur die USA Benachteiligungen für Amazon, Google, Facebook & Co. befürchten. Wenn aber die Einnahmen aus einer Digitalsteuer gar nicht den Staaten zugutekämen, in denen die Internetkonzerne ihre Firmensitze haben, und wenn sie stattdessen an eine Internet-Organisation der Vereinten Nationen zu zahlen wären, die sie wie die Ressourcen- und Luftrenten in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die Weltbevölkerung zurückverteilt oder Teile davon für die Erfüllung von Aufgaben der UN erhält, dann ließe sich das schwierige Problem der Verteilung der Einnahmen aus einer internationalen Digitalsteuer zumindest entschärfen. Die Finanzierung der UN könnte dann in einem geringeren Umfang durch nicht mehr so ungleiche Beiträge der Mitgliedstaaten und in größerem Umfang durch die Einnahmen aus einer Tobin-Steuer und einer Digitalsteuer auf eine insgesamt breitere Basis ge-

³⁹³ Werner Rügemer (2018), S. 236 – 237 (Internet in der der Trägerschaft der Vereinten Nationen).

³⁹⁴ Vgl. Philipp Staab (2019) und den Abschnitt 13.5.9 in diesem Buch.

³⁹⁵ Dirk Lühr (2014).

stellt werden. Und möglicherweise würden den UN auf diese Weise auch finanzielle Mittel zufließen, die dem Aufbau eines nichtkommerziellen Internets unter ihrem Dach dienen könnten. –

Angesichts einer Reihe von Misserfolgen der Vereinten Nationen bei der Sicherung des Weltfriedens gibt es vielerlei Vorschläge zur Reform der UN, um sie für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts besser aufzustellen. Als Reaktion auf den mit der kapitalistischen Globalisierung einhergegangenen Bedeutungsverlust der ‚National‘staaten gehen die Reformbestrebungen bislang allerdings nur in die Richtung einer stärkeren Einbeziehung des Handelns von nichtstaatlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen in das Denken und Handeln der UN. „Gerade für die Vereinten Nationen bieten die Regierungsformen jenseits des Staates neue Chancen. Erstens wird die Uno zunehmend als eigenständiger Akteur im Global Governance-Gefüge perzipiert und aus dem engen Korsett der staatlichen Arena befreit. Zweitens hat sie früh die Zeichen der Zeit erkannt und sich der Zivilgesellschaft geöffnet.“ Großen Wert legen die UN mittlerweile auf eine enge Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Als Kennerin der UN sieht die Politologin Manuela Scheuermann aber auch die Gefahr für die UN, dass sie vor allem durch die „G-isierung der Weltpolitik“, also durch den Aufbau eigener internationaler Netzwerke durch die G7-, G8- oder G20-Staaten, noch weiter an Bedeutung verlieren und zu einer Einrichtung werden könnten, die andernorts getroffene Entscheidungen nur noch absegnen soll. „Will die Uno als Akteur Bestand haben, so muss sie die Bewältigung der globalen Herausforderungen pro-aktiv mitgestalten und die globale intellektuelle Agenda weiterhin prägen.“ Als ein „globaler und quasi-universeller Akteur, der realistische Utopien in die Welt bringt und Visionen umsetzt“, sind die UN „gerade heute unersetzlich“.³⁹⁶ Andererseits schätzen Gareis & Varwick die Chancen einer grundlegenden Reform der UN skeptisch ein und befürchten vorerst eher ein „Muddling-Through-Szenario“.³⁹⁷

Umso mehr sollten die Reformbestrebungen innerhalb der UN und ihre Öffnung für realistische Utopien nicht bei nachnationalen Formen der Politik stehen bleiben, sondern sich auch in die Richtung einer Suche nach einer nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen Form der Globalisierung erweitern, denn im Falle eines Verbleibs in der alten kapitalistischen Form der Globalisierung ist es unvermeidlich, dass auch die Zivilgesellschaft und die NGOs genauso wie die ‚National‘staaten unter die Räder falscher Prioritäten des Wirtschaftens geraten.

Gemäß der UN-Charta und der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ vom 10. Dezember 1948 sollten die weiteren Reformen der UN und der Wirtschaftspolitik in ihren Mitgliedstaaten zum Ziel haben, dass alle auf der Grundlage

³⁹⁶ Manuela Scheuermann (2014), S. 196 – 204 (Reform der UN, neue Chancen und Gefahren der G-isierung und Unentbehrlichkeit der UN). – Sven Bernhard Gareis & Johannes Varwick (2014), S. 295 – 358 (Reformdiskussionen und Perspektiven).

³⁹⁷ Sven Bernhard Gareis & Johannes Varwick (2014), S. 344 – 358, hier: S. 356

einer „gleichen Freiheit“ (Dieter Suhr³⁹⁸) geschwisterlich miteinander verbundenen Weltbürger/innen in einer egalitären und offenen Weltgesellschaft ohne neokoloniale Abhängigkeiten und ohne rassistische Ressentiments friedlich miteinander leben und weltweit faire Handelsbeziehungen unterhalten können. Und alle ohne Ausnahme sollten sie das Recht bekommen, sich unbedrängt von Existenznöten und Diskriminierungen überall auf der Welt anzusiedeln und/oder weiterzuziehen. Sobald Menschen nicht mehr durch kapitalistische Privilegien in ihrer gleichen Würde strukturell verletzt werden, können auch ‚Fremde‘ nicht mehr als Gefahr für das eigene Dasein empfunden werden. Vielmehr wird das Leben mit ihnen dann zur Chance für die gemeinsame Entfaltung der jeweiligen eigenen Potenziale.

Silvio Gesell zufolge ist „die Welt nicht ein zoologischer Garten, wo die Völker, durch bunte Eisenstäbe voneinander getrennt, in Einzelhaft leben sollen. Die Kugel, die da im weiten Bogen um die Sonne kreist – das ist des Menschen Heimat.“ Ohne ein Zusammenwachsen aller Menschen zu einer „Menschheitsfamilie“ auf der ganzen Erde, die Gesell als ein „einheitliches, unteilbares Wirtschaftsgebiet“ betrachtete³⁹⁹, beeinträchtigen zu sollen, könnte der Umfang des globalen Handels nach den ansatzweise dargestellten wirtschaftspolitischen Reformen innerhalb einzelner Rechtsstaaten und auf der Ebene der Vereinten Nationen bzw. einer aus reinen Rechtsstaaten bestehenden „Weltföderation“ (Kant) in der Gesamttendenz abnehmen – zu guter Letzt auch noch dadurch, dass fragwürdige Subventionen für die Transportindustrie, welche die Überwindung weiter Entfernungen künstlich verbilligt haben, wegfallen. Aber auch ein weniger umfangreicher Welthandel ohne Mono- und Oligopole und ohne protektionistische Einschränkungen bliebe grundsätzlich offen. Eine solche quantitativ und qualitativ veränderte Form des Welthandels hatte auch John Maynard Keynes schon in ersten Umrissen vor Augen, als er wenige Jahre nach der ersten großen Weltwirtschaftskrise und noch zehn Jahre vor der Fertigstellung seines Bancor-Plans schrieb, dass er „mit jenen ... sympathisiere, die die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Nationen eher minimieren als maximieren wollen. Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen - dies sind Bereiche, die aufgrund ihrer Natur international sein sollten. Aber lasst uns auf heimische Produkte zurückgreifen, wann immer dies vernünftig und in angemessener Weise möglich ist.“⁴⁰⁰ Damit und mit seinem Bancor-Plan war Keynes ein in seiner Bedeutung nicht zu über-

³⁹⁸ Dieter Suhr (1988/2001).

³⁹⁹ Silvio Gesell (1920/1991a), S. 72 (unbeschränkte Ansiedlungs- und Wanderfreiheit) und 229 (Erde als Heimat des Menschen). Ders. (1919/1991b), S. 300 (Erde als einheitliches, unteilbares Wirtschaftsgebiet) und ders. (1920/1991a), S. 225 (Menschheitsfamilie). – Vereinte Nationen (1948).

⁴⁰⁰ Vgl. das Kapitel 7.3 in diesem Buch, S. 72 – 79 (Erde ein einheitliches Wirtschaftsgebiet) und 118 – 120 (Internationale Valuta-Assoziation). – John Maynard Keynes (1933/1982), S. 236 (Regionalökonomie und Weltoffenheit). Unter „Reisen“ würde Keynes heute vermutlich etwas anderes verstehen als den modernen Massentourismus mit Billigfliegern und Kreuzfahrtschiffen.

schätzender Vordenker einer neuen Verbindung von Regionalisierung und nachkapitalistischer Globalisierung.

Exkurs „Alles unter dem Himmel“ – Das chinesische „Tianxia“-System

Ohne detailliert auf die kapitalistische Globalisierung einzugehen, skizzierte der zeitgenössische chinesische Philosoph Zhao Tingyang (*1961) kürzlich Grundrisse einer posthegemonialen Weltordnung. Die internationale Politik ist ihm zufolge bisher „definiert durch Modelle des Nationalstaaten-Systems, des Imperialismus und des Hegemonialstrebens“ von einigen Teilen der Welt über andere Teile. Wie schon von Immanuel Wallerstein beschrieben, habe die herkömmliche internationale Politik im „kapitalistischen Weltsystem“ mit ihren „partikularen Kämpfen ... keinen einzigen ernsthaften Konflikt gelöst“ und damit letztlich nur zu einer weltweiten Unordnung geführt. Insbesondere kritisierte Tingyang das frühere britische Empire und die globale Dominanz der USA mit ihrer 1944 auf der Konferenz in Bretton Woods besiegelten „Hegemonie über das Finanzwesen“, die auch nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems seit den frühen 1970er Jahren fortbestanden habe. Die Kriege der vergangenen drei Jahrzehnte seien zur Stützung der Dollar-Hegemonie und des American Way of Life geführt worden.⁴⁰¹

Der hierarchischen Schichtung von Macht und Ohnmacht im „internationalen Ausbeutungssystem“ stellte Tingyang das aus der Geschichte Chinas überlieferte „Tianxia“-System als ein alle Menschen in einer „Welt universeller Teilhabe“ vereinigendes System gegenüber. An die Stelle der bisherigen Exklusion von Teilen der Welt müsse eine „Inklusion der Welt“ treten. „Entsprechend dem Prinzip der Allumfassenheit muss die gesamte Welt zur Binnenwelt werden, um Ordnung und Prosperität des Tianxia zu erreichen. ... Da der Himmel die Gesamtheit alles Existierenden umfasst, muss auch ‚Alles unter dem Himmel‘ die Gesamtheit des Existierenden umfassen. ... Das wäre die notwendige Voraussetzung für ewigen Frieden, allgemeine Sicherheit bis hin zu universeller Kooperation.“⁴⁰²

Um das „konfuzianische Optimum“ für alle Menschen in einer einheitlichen ungeteilten Welt zu erreichen, müsse die Hierarchie aus unterschiedlich mächtigen souveränen Nationalstaaten eingeebnet werden. Die Aufgabe, sie als horizontales globales Netzwerk mit „reziproken Beziehungen der Begünstigung“ zu integrieren, sollten die zu einer „Weltsouveränität“ weiterentwickelten Vereinten Nationen übernehmen. Tingyangs Ziel ist eine „Welt im gemeinsamen Besitz und mit gemeinsamer Teilhabe“ bzw. eine Welt als „gemeinsame Ressource aller Men-

⁴⁰¹ Zhao Tingyang (2020), S. 13 (bisherige internationale Politik), 24 – 26 (Kämpfe und ungelöste Konflikte), 120 (Wallerstein) und 206 – 208 (britisches Empire und Dominanz der USA).

⁴⁰² Zhao Tingyang (2020), S. 14 (Alles unter dem Himmel), 24 – 25 (inklusive „Tianxia“-System), 31 (kooperative Welt ohne abgespaltetes Außen), 71 und 77 (Allumfassenheit) sowie 182 – 185 (internationales Ausbeutungssystem).

schen“. Deren Nutzung soll nicht länger nach der einzelwirtschaftlichen „Rationalität der Konkurrenz“ erfolgen, sondern nach einer neuen „kooperativen relationalen Rationalität“. Allerdings sagte Tingyang noch nicht, wie eine „Änderung der Spielregeln“ in Wirtschaft und Politik konkret aussehen könnte.⁴⁰³

Der von dem britischen Politologen William Callahan geäußerten Befürchtung, dass hinter der Hoffnung auf eine weitere Verbreitung dieser Grundgedanken des „Tianxia“-Systems ein chinesischer Anspruch auf eine neue Weltherrschaft stecken könnte, begegnete Tingyang mit einer klaren Ablehnung von jeglicher hegemonialer Herrschaft und stellte sich damit nicht nur gegen die USA, sondern auch mutig gegen die kommunistisch-kapitalistische Führung seines eigenen Landes. Eine Schwäche des von Tingyang empfohlenen „Tianxia“-Systems besteht stattdessen darin, dass es noch Spuren seiner Entstehung in der Feudalgesellschaft im frühen China aufweist. Diese Spuren müsste es abstreifen, wenn die in ihrem Kern richtige Vorstellung des Tianxia-Systems von einer hegemoniefreien, egalitären Allverbundenheit aller Menschen mit den Grundgedanken einer machtfreien regionalen und globalen „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ in Einklang kommen soll.

Seine Wurzeln hat das Tianxia-System in den von allem von Konfuzius und Laotse geprägten philosophischen Traditionen im China der Zhou-Dynastie, die vor mehr als 2000 Jahren endete und von „absolutistischer Staatspolitik“ abgelöst wurde. Die im Tianxia-System enthaltene durchaus richtige Vorstellung von der Welt als unteilbarer Ganzheit und von einer horizontalen Verbundenheit von 10.000 chinesischen Völkern beruhte trotz der Einflüsse von Laotse allerdings noch nicht auf einer ihr gemäßen gerechten Ordnung, in der sich das gesellschaftliche Leben selbsttätig und dezentral hätte steuern können. Vielmehr beruhte es noch ganz im Sinne der feudalgesellschaftlichen Lehenssystems auf der fraglichen Voraussetzung einer „tugendhaften Herrschaft“ des an der Spitze stehenden Regenten. Gemäß dem Prinzip der austeilenden Gerechtigkeit sei im Tianxia-System „das wichtigste Projekt tugendhafter Politik ... die Bodenpolitik“ gewesen. „Laut Gesetz musste jeder Sippe ein Stück Land von einem bestimmten Umfang zugeteilt werden. Es gewährleistete, dass derjenige, der das Land bestellte, darüber verfügte. Zugleich legte es fest, dass Land weder gekauft noch verkauft oder anderen überlassen werden durfte, um sicher zu stellen, dass niemand seines Landes verlustig ging. Es liegt auf der Hand, dass gesicherter Lebensunterhalt und Stabilität der gesellschaftlichen Ordnung gewährleistet waren, solange das Nutzungsrecht am Boden erhalten blieb (das Eigentumsrecht lag beim Himmelssohn).“⁴⁰⁴

⁴⁰³ Zhao Tingyang (2020), S. 32 (Spielregeln), 33 (Weltsouveränität), 75 (Welt als gemeinsamer Besitz), 119 (Welt als gemeinsame Ressource aller Menschen), 119 - 120 (individuelle und kooperative Rationalität, konfuzianisches Optimum), 195 - 196 (Vereinte Nationen als Weltsouveränität) und 235 (reziproke Beziehungen).

⁴⁰⁴ Zhao Tingyang (2020), S. 50 - 121 (historische Wurzeln des Tianxia-Systems), u.a. S. 57 - 59 (Tugend), 99 (tugendhafte Herrschaft), 102 - 103 (Bodenverteilung), 112 (China der 10.000 Völker) und 116 (absolutistische Staatspolitik).

Das rund 2000 Jahre währende Tianxia-System sei schließlich zusammengebrochen, als die Herrscher den Pfad der Tugend verlassen und begonnen hätten, eine Politik der hegemonialen Machtentfaltung und Eroberung zu betreiben. Eine innere Schwäche des Tianxia-Systems sei es Tingyang zufolge auch gewesen, dass es zwar eine „netzwerkartige Interdependenz, die wechselseitige Begünstigung und gemeinsame Übernahme von Lasten“ hervorgebracht habe, dass aber „der gemeinsam geteilte Nutzen umfangmäßig gering“ gewesen sei. „Vor allem fehlte ihm ein entsprechendes Netzwerk der Zirkulation von Wirtschaftsgütern und es war kaum in der Lage, öffentliche Güter bereitzustellen, von denen das Gesamtsystem profitierte.“⁴⁰⁵

Im Verborgenen habe das Tianxia-System mit seinem Kern des „Alles unter einem Himmel“ in den darauffolgenden absolutistischen Dynastien aber weiter existiert, so dass es Tingyang zufolge gleichsam auf einer höheren nachhegemonialen Stufe wiederhergestellt werden könne. Eine solche nichthegegonial-inklusive, auf Kooperation statt Konkurrenz beruhende Neuordnung der Welt mit einer „kompatiblen Koexistenz aller Menschen“ kann jedoch keinesfalls in einer quasi-feudalen Weise erfolgen. Statt wie Tingyang an der „politischen Methodologie“ des Tianxia-Systems festzuhalten, weil es „sich grundsätzlich vom Dominierungssystem des Imperialismus unterscheidet“, wäre es angebracht, eine zukünftige Gerechtigkeit nicht von der Tugend eines weisen Herrschers – auch nicht von einem posthegemonialen „Weltsoverän“⁴⁰⁶ – zu erwarten. Vielmehr bedarf es der Schaffung freiheitlicher und strukturell gerechter Rahmenordnungen in einzelnen Rechtsstaaten und auf der Ebene der Vereinten Nationen, in denen die wirtschaftlich-kulturell-wissenschaftlichen Beziehungen aller unter dem einen Himmel auf der gemeinsamen Erde lebenden Menschen sich dezentral selbsttätig steuern und in denen sich Individuelles und Gemeinschaftliches, Wettbewerb und Kooperation wechselseitig ergänzen können.

⁴⁰⁵ Zhao Tingyang (2020), S. 110 – 118 (Untergang des Tianxia-Systems), u.a. S. 114 (niedriger Standard und fehlende Zirkulation)

⁴⁰⁶ Zhao Tingyang (2020), S. 65 (kompatible Koexistenz der Menschen), 118 - 121 (politische Methodologie, Weltsoverän) und 112 – 180 (verborgener Fortbestand des Tianxia-Systems).

Teil 14

Anstelle eines Nachworts: Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus, Transformationstheorie und Corona-Krise

14 Anstelle eines Nachworts: Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus, Transformationstheorie und Corona-Krise

Am Ende dieses langen Streifzugs durch die Ideengeschichte von Ökonomie und Teilen der Soziologie einschließlich ihrer unkonventionellen Unterwelten, nach dem Blick auf die gegenwärtige Lage zu Beginn des 21. Jahrhunderts und dem Ausblick auf die Realutopie einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ stellt sich unausweichlich die Frage nach politischen Implikationen und Konsequenzen dieser Realutopie. Mehrere ihrer Vordenker haben diese Frage zumindest berührt und auch über die Entwicklung der modernen Demokratie nachgedacht. Ansatzweise haben einige von ihnen auch bereits erkannt, dass es nicht nur um die Entwicklung einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ geht, sondern darüber hinaus auch um die Entwicklung einer zukünftigen „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“. Sie erfordert eine kritische Rückbesinnung auf die Anfänge der Demokratie in der griechischen Antike und in der europäischen Moderne.

14.1 Siegeszug, Rückschläge, Gefährdungen und Vollendung der modernen Demokratie

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Erkenntnis, die schon der antike Philosoph Aristoteles und einige Wegbereiter der modernen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie hatten – nämlich die Erkenntnis, dass das Zusammenleben der Menschen in einer freiheitlich verfassten Republik nur dann gelingen kann, wenn sie nicht nur vor Gott und dem Gesetz gleich werden, sondern wenn sie sich in der „Polis“, d.h. im öffentlichen Raum der Politik, auch in ökonomischer Hinsicht ohne Sonderrechte als Ebenbürtige begegnen können.

Wie in der Einleitung zu diesem Buch ausführlicher erläutert, bestand für Aristoteles eine zentrale politische Aufgabe darin, bei einer möglichst gleichmäßigen Vermögensverteilung „auch nach einer mittleren Größe zu zielen“. Auch Montesquieu ging in seinem „Geist der Gesetze“ von der Prämisse aus, dass jeder Mensch ein „Gleicher unter Gleichen“ sei. „Gesunder Sinn und das Glück der Einzelpersonen bestehen größtenteils in der Mittellage ihrer Talente und Vermögen. ... Wirkliche Gleichheit ... ist ... in der Demokratie die Seele des Staates.“ Und Emmanuel Sièyes betrachtete nicht nur die alten Privilegien von Feudalherrschern, sondern auch neue wirtschaftliche Privilegien als Hindernisse für den Übergang vom Ancien Regime zu einer republikanisch-demokratischen Bürgergesellschaft. „Alle Privilegien sind ihrem Wesen nach ungerecht ... und dem höchsten Zweck jeder staatlichen Gemeinschaft entgegengesetzt.“ Deshalb sollte die nachfeudale bür-

gerliche Gesellschaft nur aus einem einzigen „dritten Stand“ von wirtschaftlich ebenbürtigen Menschen bestehen.¹

Bekanntlich fehlte der Demokratieentwicklung sowohl im antiken Athen als auch in der westlichen Moderne diese „Seele“ als tragendes Fundament für die Entwicklung von nicht nur freiheitlichen, sondern auch gerechten Strukturen des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen. Ohne „wirkliche ökonomische Gleichheit“ erwiesen sich die gesellschaftlichen Strukturen und politischen Institutionen im antiken Athen ebenso wie nach den bürgerlichen Revolutionen in den USA und in Frankreich und in der modernen westlichen Welt als sehr verletzlich. Immer wieder untergruben wirtschaftliche Privilegien die Stabilität und Glaubwürdigkeit der Demokratie und brachten sie in die Gefahr, von ihren Gegnern geschleift zu werden.

Das antike Athen unter der Regentschaft von Perikles wurde in der Demokratietheorie oftmals als Geburtsstätte und leuchtendes Beispiel einer räumlich überschaubaren, direkten und darum bürgernahen Demokratie angesehen. Hans Vorländer zufolge galt Athen als das historische „Modell der unmittelbaren, radikalen Demokratie, der Versammlungsdemokratie“, bei der sich die Bürger der Polis versammelten, um nach ausführlichen Debatten politische Entscheidungen zu treffen. Das aus den griechischen Wörtern „demos“ („das Volk“) und „kratein“ („herrschen“) zusammengesetzte Wort „Demokratie“ wurde zum Inbegriff einer Herrschaft der vom souveränen Volk gemeinschaftlich beschlossenen Gesetze, die die obrigkeitliche Herrschaft von Aristokraten und Monarchen ablöste.²

Dieses Idealbild der antiken Demokratie entsprach jedoch aus drei Gründen nicht der historischen Realität:

- Athen war schon damals eine bedeutende Seemacht und damit mehr als nur ein kleiner überschaubarer Stadtstaat, in dem sich das arbeitende Volk häufiger in der Polis versammeln, debattieren und die Staatsgewalt unmittelbar ausüben konnte.
- Die zu debattierenden und gemeinsam zu entscheidenden Sachverhalte waren auch damals schon komplexer, als dass sie von allen Bürgern gleichermaßen hätten beurteilt werden können.
- Schließlich bestand das Volk noch keineswegs aus wirtschaftlich gleichen Bürgern, sondern es gab eine soziale Ungleichheit mit einflussreichen (Groß-)Grundbesitzern und Kaufleuten einerseits und ‚einfachen‘ Leuten andererseits. Auch Aristoteles hatte nur erst Athener Bürger im Blick und ansonsten weder Frauen noch Metöken (Fremde ohne Bürgerrechte) und erst recht keine Sklaven. So kam besonders bei den Mächtigen, aber auch bei den Philosophen die Befürchtung auf,

¹ Aristoteles (1978), S. 83, 183 und 242. – Charles Montesquieu (1748/1989), S. 139 – 140 und 144. – Emmanuel Sieyès (1788-89/1968), S. 24 – 25, 28 und 55 – 59. – Vgl. S. 19 – 22 in der Einleitung zu diesem Buch.

² Hans Vorländer (2003), S. 9 – 11 (unmittelbare Versammlungsdemokratie in Athen) und 13 – 25 (Entwicklung der Demokratie in Athen). – Vgl. auch Klaus Bringmann (2019), S. 139 – 147 (antikes Athen).

dass die Demokratie zu einer Herrschaft des sog. gemeinen Volkes oder gar des dummen Pöbels werden könnte.³

Dieses dritte und größte Problem der antiken Demokratie entsprang der in veränderten, nunmehr zugleich in aristokratischen und bürgerlichen Formen fortbestehenden sozialen Ungleichheit. Es war gesellschaftlich bedingt und hätte sich nur durch eine die Machtfrage klärende Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen lösen lassen. Das erste Problem der unmittelbaren Versammlungsdemokratie – die nicht für alle Bürger gleichermaßen räumlich überschaubare und zeitlich zu bewältigende Dimension – war dagegen ‚naturegegeben‘ und hätte sich darum nicht beheben lassen.⁴ Das galt zumindest teilweise auch für das zweite Problem der Demokratie – die Komplexität der Sachverhalte. Es hätte sich allenfalls durch eine Herstellung wirtschaftlich-sozialer Gleichheit mit einer entsprechenden Anhebung der politischen Allgemeinbildung verringern lassen. Unter den bestehenden Bedingungen der sozialen Ungleichheit und der damit verbundenen Ungleichheit der Bildung flossen also zwangsläufig private Interessen in die Ausübung von politischen Ämtern ein – ganz unabhängig davon, wer gerade die Ämter innehatte. Auch eine Rotation der Ämter und eine Auswahl von Amtsträgern per Los konnten nicht verhindern, dass Angehörige von Eliten ihre Ämter auch für ihre Sonderinteressen ausnutzten oder dass Angehörige des ‚einfachen‘ Volkes mit der Ausübung von Ämtern teilweise überfordert waren. Neben ihrer Existenzsicherung durch Arbeit hätten sie politische Aufgaben zudem nicht ohne finanzielle Entgelte übernehmen können. „Das System der rotierenden Heranziehung der Bürgerschaft zu öffentlichen Dienstleistungen auf Zeit wäre ohne Geld nicht möglich gewesen. Tagesgelder mussten gezahlt werden. ... Die Höhe der Zahlungen war gering. Sie orientierten sich am Tagesverdienst eines ungelernten Arbeiters beziehungsweise eines gelernten Handwerkers.“⁵

Das antike Rom brachte keinen Versuch einer Lösung die Grundkonflikte der Demokratie hervor. Es blieb von Anfang an eine oligarchische „Herrschaft der Aristokraten, allerdings mit einem hohen legitimatorischen Anteil des Volkes“. Und im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit waren auch die oberitalienischen Stadtstaaten zwar Republiken und relativ kleinräumig wie Athen, aber noch keine Demokratien.⁶

Erster Vordenker der Demokratie in der Moderne war der französische Philosoph Jean-Jacques Rousseau, der in seinem Buch „Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts“ (1762) für eine unmittelbare und direkte Teilhabe des gesamten Volkes an politischen Entscheidungsprozessen eintrat. Rousseaus Ideal einer politischen Souveränität des ganzen Volkes und einer Verwirklichung seines gemeinschaftlichen allgemeinen Willens („volonté général“) stieß in der

³ Hans Vorländer (2003), S. 9 - 11 (Herrschaft des ‚gemeinen‘ Volkes).

⁴ Klaus Bringmann (2019), S. 12 - 14 (Probleme der antiken Demokratie).

⁵ Klaus Bringmann (2019), S. 14 (Ämterrotation und Entgelte).

⁶ Hans Vorländer (2003), S. 9 - 11 (Aristokratenherrschaft in Rom), 39 (Rom) und 44 (oberitalienische Stadtstaaten).

Praxis jedoch auf unüberwindbare Hindernisse. Im Vergleich zum antiken Athen war Frankreich ein noch viel größerer Flächenstaat und die Bevölkerung war in sehr unterschiedlichem Maße in der Lage, die Tragweite einzelner politischer Entscheidungen zu überblicken und sich rhetorisch zu artikulieren. Rousseau strebte die Gleichheit aller Menschen bzw. aller Männer vor Gott und dem Gesetz an und ihm war auch bewusst, dass ohne eine „fast vollkommene Gleichheit in Bezug auf Stand und Vermögen die Gleichheit der Rechte und der Macht keinen langen Bestand haben könnte. ... Nichts ist gefährlicher als der Einfluss der Privatinteressen in den öffentlichen Angelegenheiten.“ Jedoch fehlte Rousseau noch eine Vorstellung von einem Weg zur Überwindung der sozialen Spaltung des „politischen Körpers“. So konnte kein einheitlicher „volonté général“ entstehen, sondern nur eine von Partikularinteressen durchgesetzte politische Willensbildung und Gesetzgebung – obwohl Rousseau ausdrücklich vor der Entstehung von Gruppen und Parteien gewarnt und gefordert hatte, dass das ganze „Volk, das den Gesetzen unterworfen ist, ... auch ihr Urheber sein ... muss.“ Nur dann werde die Volkssouveränität verwirklicht und nur dann könne auch der „Allgemeinwille stets richtig“ sein.⁷

Die bürgerlichen Revolutionen in den USA (1776) und Frankreich (1789) stellten die beiden großen Durchbrüche zur Entwicklung der modernen Demokratie dar. Während die demokratischen Kräfte sich in Frankreich, England und anderen europäischen Staaten noch lange mit den reaktionären Kräften des Ancien Regime auseinandersetzen mussten, konnten sie sich in der Neuen Welt ohne einen Kampf gegen solche Widerstände entfalten. Während der Französischen Revolution endete der Versuch einer gewaltsamen Herstellung von sozialer Gleichheit blutig und in England gelang es den alten restaurativen Mächten, die Forderungen der Chartisten nach politischer und sozialer Gleichheit durch eine „Mischung von Repression und Entschärfung“ abzuschwächen. Der Weg von dem an Privilegien und Vermögen gebundenen Zensuswahlrecht bis zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht war noch weit, besonders für Frauen.⁸ Auch wenn die Politik in der Neuen Welt vorerst nur weißen Männern vorbehalten blieb, wurden die USA etwa ab 1830 zum „Gelobten Land einer Demokratisierung“. Und die Demokratie wurde fortan zum „Gegenbegriff der absolutistisch-feudalen Herrschaftsordnung“.⁹

In den USA schien sich die Demokratieentwicklung seit der revolutionären „Declaration of Independence“ wie von selbst auf der Grundlage einer sozialen Gleichheit zu vollziehen. Thomas Paine's Verständnis der Demokratie als „government by the people, of the people, and for the people“ wurde zum Leitbild der US-amerikanischen Demokratieentwicklung. In diesem neuen Flächenstaat, der nach und

⁷ Jean-Jacques Rousseau (1762/1978), S. 61 – 62 (Gruppen und Parteien), 70 (Volk als Urheber der Gesetze), 77 und 80 (politischer Körper), 97 – 98 (gefährlicher Einfluss der Privatinteressen). Zu Rousseau vgl. Klaus Bringmann (2019), S. 156 – 161.

⁸ Zur Erlangung des Frauenwahlrechts vgl. Kerstin Wolff (2018), S. 11 – 19.

⁹ Klaus Bringmann (2019), S. 25 (Chartisten in England, USA). – Hans Vorländer (2003), S. 50 (Demokratie als Gegenbegriff zum Ancien Regime) und 60 – 75 (Entwicklung der Demokratie).

nach noch um ein Vielfaches größer wurde als das kaum noch überschaubare Frankreich und andere europäische Staaten, wurde die Demokratie unter maßgeblichem Einfluss von Thomas Paine zur repräsentativen Demokratie mit einer auf Montesquieu zurückgehenden Teilung der staatlichen Gewalten von Legislative, Exekutive und Judikative weiterentwickelt - zu jener Form also, die Rousseau als Verfechter einer direkten Demokratie unmissverständlich verurteilt hatte: „Sobald ein Volk Vertreter ernennt, ist es nicht mehr frei.“¹⁰

Doch sollte die repräsentative Demokratie wirklich eine Verirrung gewesen sein, nachdem sich die direkte Versammlungsdemokratie als nicht realisierbar erwiesen hatte? Ergaben sich die Funktionsprobleme der modernen Demokratie fortan wirklich aus dem Prinzip der Repräsentation als solchem? Oder könnten sie sich noch viel mehr aus der Tatsache ergeben haben, dass die für die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie (und auch der direkten Versammlungsdemokratie!) unverzichtbare soziale Gleichheit weder in Frankreich noch in den USA und weiteren großen, mittleren und kleinen demokratischen Ländern hergestellt wurde?

Die Prinzipien der Repräsentation und damit auch der Berufspolitik schufen Auswege aus den ‚naturgegebenen‘ Beschränkungen der direkten Demokratie. Einerseits ermöglichten sie eine enorme Vergrößerung der räumlichen und zeitlichen Reichweiten der politischen Entscheidungsbildung; andererseits ging die weitere Demokratieentwicklung aber auch mit Funktionsmängeln einher, die nicht nur mit unterschiedlichen Fähigkeiten der Menschen und der Größe der sich neu formierenden Staaten zusammenhingen. Zwar ging die räumliche Überschaubarkeit der politischen Willensbildung oberhalb der Kommunen auf den Ebenen der Departements, Bundesstaaten, Kantone usw. und des Gesamtstaats größtenteils verloren, weshalb Konflikte zwischen Föderalisten und Zentralisten entstanden und immer wieder Forderungen nach mehr Bürgernähe der Politik erhoben wurden. Entscheidender war bei alledem jedoch, dass die im kapitalistischen Geld wurzelnde soziale Ungleichheit und Kapitalkonzentration parallel zu der sich seit dem Frühkapitalismus komplex ausdifferenzierenden wirtschaftlichen Arbeitsteilung auch die durch das Prinzip der Repräsentation möglich gewordene politische Arbeitsteilung und Produktivitätssteigerung kapitalistisch deformierte. Parallel zur wirtschaftlichen Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital setzte sie auch eine Tendenz zur Konzentration von politischer Macht in Gang. Jedoch blieb dies im Anfangsstadium dieser Fehlentwicklung noch weitgehend unbemerkt.

Im ersten Teil seiner berühmten Schilderung der amerikanischen Demokratieentwicklung ging der französische Historiker und Politiker Alexis de Tocqueville (1805-1859) noch von der Annahme aus, dass die soziale Gleichheit damals in den USA verwirklicht sei. Gleich zu Beginn des ersten, 1835 erschienenen Teils seiner berühmten Schilderung der amerikanischen Demokratieentwicklung betonte Tocqueville, dass ihn anders als in Frankreich in den USA „nichts so lebhaft beein-

¹⁰ Jean-Jacques Rousseau (1762/1978), S. 124 (Kritik an Repräsentation).

druckt (habe) wie die Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen“. Obwohl es kein anderes Land gebe, „in dem die Liebe zum Geld einen so großen Platz im Herzen der Menschen einnimmt“, hätten die Menschen in den USA „die Gleichheit des Vermögens und die Gleichheit der Geistesbildung oder – um es anders auszudrücken – die Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen in viel stärkerem Maße verwirklicht als in irgendeinem Land der Erde.“¹¹

Dank der in den USA verwirklichten „allgemeinen Nivellierung“ war nach Auffassung von Tocqueville dort die Voraussetzung für die Entwicklung einer Gesellschaft erfüllt, „in der alle das Gesetz als ihr Werk betrachten.“ In dem „mit seinen wahren Interessen vertrauten Volk“ würden „sich dann zwischen allen Klassen ein gesundes Vertrauen und eine gewisse gegenseitige Nachgiebigkeit einstellen. ... Das Volk wird sich friedliebend zeigen.“ Alle staatliche Macht gehe von gleichermaßen souveränen Bürgern aus, so dass man von einer demokratischen „Selbstverwaltung und Selbstherrschaft“ in den USA sprechen könne. In den USA gebe es zudem eine unbeschränkte Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die „Freiheit, sich zu politischen Zwecken zusammenzuschließen“. In Europa dagegen würden sich die ersten Parteien „gewissermaßen für den gesetzgebenden und vollziehenden Vormund der Nation ... halten, die ihre Stimme nicht selbst erheben kann.“¹²

Schon im ersten Teil seines Buches über die amerikanische Demokratie hatte Tocqueville nicht ganz über die Gefahren einer nur knappen Mehrheit gegenüber einer großen Minderheit sowie einer „Allmacht der Mehrheit“ über eine Minderheit hinwegsehen können. Es könnte der Fall eintreten, dass auf Seiten einer Mehrheit auch einmal nicht automatisch „mehr Bildung und Weisheit“ regiere und es dann zu einer „Tyrannei der Mehrheit“ komme.¹³ Außerdem berichtete Tocqueville noch von Begegnungen mit Vertretern der „Indianervölker“, denen nach seiner Auffassung „ein gewisser Grad der Zivilisation und Bildung“ fehlte, um sich als souveräne Bürger an der demokratischen Politik beteiligen zu können. „Ich habe gehört, wie diese Indianer das ihrer Rasse zuge dachte Schicksal selber voraussahen“, es aber nicht verstanden hätten.¹⁴ Ambivalent war auch Tocquevilles Einstellung zur Versklavung von Schwarzafrikanern in den USA, besonders in den Südstaaten, und zu den Rassenkonflikten. Einerseits folgte er dem Bild vom „weißen Mann mit all seiner körperlichen und geistigen Überlegenheit“; andererseits stellte für ihn „die Sklavengesetzgebung der Südstaaten ... in unseren Tagen eine Art unerhörter Grausamkeit dar. ... Die Sklaverei kann inmitten der demokra-

¹¹ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 15 (Gleichheit der Bedingungen), 41 (Liebe zum Geld) – 44 (soziale Gleichheit in den USA).

¹² Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 18 (Nivellierung), 24 – 25 (Vertrauen zwischen den Klassen, Friedensliebe), 103 (bürgerliche Freiheiten) und 109 (Parteien in Europa).

¹³ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 105 und 140 (Allmacht der Mehrheit) sowie 145 – 149 (Tyrannei der Mehrheit).

¹⁴ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 132 (indigene Völker).

tischen Freiheit und der Bildung unseres Zeitalters als Einrichtung nicht fortbestehen.“¹⁵

Im fünf Jahre später erschienenen zweiten Teil seines Buches über die amerikanische Demokratie blieb Tocqueville bei seiner Überzeugung, dass die soziale Gleichheit in den USA verwirklicht sei; aber es entging ihm auch nicht, dass das von ihm angenommene Vertrauen zwischen den Klassen größere Risse bekam. Tocqueville beobachtete die ersten Anfänge einer „Landaristokratie und Geldindustrie“ in den USA und vor allem einer „Aristokratie der Industrie“. Auf der Grundlage von konzentriertem Kapital und Krediten entstanden größere Industrien mit einer Massenproduktion von speziellen Waren, bei der die Arbeiter zu bloßen Anhängseln der Maschinen wurden. „Während der Arbeiter immer mehr seinen Verstand auf die Durchführung eines kleinen Details beschränkt, überblickt der Unternehmer täglich ein größeres Ganzes. ... Der eine sinkt fast zum Tier herab, während der andere immer mehr dem Verwalter eines großen Königreiches gleicht.“ Und der eine müsse den Befehlen des anderen gehorchen. „So sieht man ... die Aristokratie von selbst aus dem Schoße der Demokratie hervortreten.“ Geradezu weitblickend forderte Tocqueville, „dass die Freunde der Demokratie hierauf immer ihre Blicke besorgt lenken“, damit die politische Volkssouveränität nicht durch eine größere wirtschaftliche Macht ausgehebelt werde. „Die industrielle Klasse bedarf daher in größerem Maße als alle anderen der Reglementierung, der Überwachung und des Zwangs.“ Tocqueville ging sogar so weit zu gehen, dass er „gar kein Vertrauen in den Geist der Freiheit“ habe.¹⁶

Sein mahrender Hinweis auf die Notwendigkeit einer rechtsstaatlichen Reglementierung der Wirtschaft wurde in den USA jedoch ignoriert. Zu schlecht waren die Erfahrungen, die ihre Gründergeneration mit der Macht europäischer Staaten gemacht hatte und zu unbändig war dementsprechend ihr Drang nach einer nicht staatlich reglementierten individuellen Freiheit. So wirkte Tocquevilles Hymne auf die amerikanische Demokratie ohne seine abschließende Warnung vor dem Aufstieg einer neuen Form der wirtschaftlichen Machtentfaltung und ihren politischen Folgen weiter. Wenn der „mittelgroße“ Umfang aller Vermögen durch die Entstehung einzelner großer Vermögen durchbrochen werde, „droht ... den demokratischen Völkern ... eine Art der Unterdrückung ... , die mit nichts, was ihr in der Welt voraufging, zu vergleichen sein ... wird. ... Die alten Begriffe Despotismus und Tyrannei passen nicht. Die Sache ist neu“ – so neu, dass diese Gefahr für die

¹⁵ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 198 – 209 (Sklaverei), hier: S. 200 (überlegener weißer Mann), 206 (Grausamkeit der Sklaverei) und 208 (Unhaltbarkeit der Sklaverei).

¹⁶ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 258 – 263 und 332 (Geldindustrie, Landaristokratie und industrielle Aristokratie) sowie 339 (kein Vertrauen in den Geist der Freiheit). Als Beispiel einer industriellen Massenproduktion nannte Tocqueville die Produktion von Stecknadelköpfen (S. 259), was die Vermutung weckt, dass er Adam Smith's „Wohlstand der Nationen“ gelesen hatte. Die Vorzüge der industriellen Arbeitsteilung hatte Smith gleich zu Beginn seines Hauptwerks anhand der Produktion von Stecknadeln erläutert; vgl. Adam Smith (1776/1978), S. 9.

Demokratie in ihren Anfängen geahnt, aber noch nicht genau verstanden werden konnte.¹⁷

Die mit dem Aufstieg des modernen, als ‚freie Marktwirtschaft‘ deklarierten Laissez-faire-Kapitalismus einhergehende schleichende Aushöhlung der Demokratie durch eine Konzentration wirtschaftlicher Macht wurde weder in den USA, wo ein besonders starkes Misstrauen gegen die Staatsgewalt vorherrschend blieb, noch in Europa, wo der Laissez-faire-Kapitalismus im Laufe der Zeit sozialpolitisch abgeschwächt wurde, mit der strukturellen Macht des kapitalistischen Geldes in Verbindung gebracht. So wurden bis heute Rechtsstaatlichkeit und Demokratie durch die auf der Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital beruhende wirtschaftliche Macht beschädigt. Noch immer gilt ein Satz von Rousseau, den er auf die Zeit vor seinem „Gesellschaftsvertrag“ bezogen hatte: „Es hat noch nie eine wahre Demokratie gegeben.“¹⁸ Weder die unverwirklicht gebliebene direkte Versammlungsdemokratie noch die später in verschiedenen länderspezifischen Varianten realisierte repräsentative Demokratie waren bzw. hätten eine „wahre Demokratie“ sein können, weil die im kapitalistischen Geld sowie in Privilegien des privaten Boden-/Ressourcen- und Realkapitaleigentums wurzelnde soziale Spaltung sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik durch die gesamte Bevölkerung und durch jedes einzelne Individuum hindurchging. Alle einzelnen politisch handelnden Bürgerinnen und Bürger waren bzw. sind – unabhängig davon, ob sie unmittelbar handeln oder gewählte Repräsentanten sind – mehr oder weniger mit dem Virus der sozialen Ungleichheit infiziert. Und dieser innere Riss ging bzw. geht auch durch die Parlamente und die anderen politischen Institutionen der Staaten, die sich fortan zu in sich widersprüchlichen Rechts- und Machtstaaten weiterentwickelt haben.

Von privatkapitalistischen Machtinteressen strukturell durchsetzt, entfernte sich die real existierende Demokratie von ihrem Ideal einer herrschaftsfreien Selbstregierung der Völker. Der Widerspruch zwischen Rechtsstaatlichkeit und repräsentativ-parlamentarischer Demokratie einerseits und der sie unterwandernden strukturellen wirtschaftlichen und politischen Macht wurde zu einem schwankenden Boden für die weitere Demokratieentwicklung, auf dem die Demokratie besonders in Krisenzeiten von links und rechts kritisiert oder gar heftig bekämpft und durch totalitäre Herrschaftsformen ersetzt wurde.

Vereinzelt gab es Sozialreformer wie Pierre Joseph Proudhon in Frankreich und den US-Amerikaner Henry George, die sich noch an den liberalen Gründungs-idealen von Marktwirtschaft und Demokratie orientierten und sie beiderseits vom Einfluss der sich immer mehr konzentrierenden wirtschaftlichen und politischen Macht befreien wollten. Proudhon wollte „die Regierung des Menschen über den

¹⁷ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 341 – 345 (Gefahr neuer wirtschaftlicher und politischer Machtballungen). – Zur Demokratieentwicklung in den USA vgl. Hans Vorländer (2003), S. 60 – 71, und Klaus Bringmann (2019), S. 234 – 245, bes. S. 237 – 238 (Wirtschaftskrise von 1819 und ihre politischen Folgen, sog. Ära des kleinen Mannes) und 242 (Sklaverei und Bürgerkrieg).

¹⁸ Jean-Jacques Rousseau (1762/1978), S. 97.

Menschen ebenso wenig ... dulden ... wie die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“. Ein freiheitlicher Sozialismus müsse das „Gegenteil des Gouvernamentalismus“ in föderalen Strukturen werden, in denen die Menschen ihr Zusammenleben ohne hierarchisch übergeordnete „Autoritäten“ auf gleicher Augenhöhe miteinander gestalten.¹⁹

George warnte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eindringlich vor einer Perversion der bürgerlichen Gesellschaft in den USA in eine Gesellschaft, die durch soziale Ungleichheit auf subtile Weise in eine Gesellschaft von Herrschern und Beherrschten gespalten wird und in der sich die Demokratie immer weiter von den Gründungsidealen der USA entfernt. „Diese Umwandlung einer volkstümlichen Regierung in eine Despotie der niedrigsten und gemeinsten Art ... hat in den Vereinigten Staaten schon begonnen und schreitet in unseren Augen mit Riesenschritten voran.“ Unter den Bedingungen der wirtschaftlich-sozialen Ungleichheit falle die politische Macht den „am lautesten blökenden Demagogen“ zu und „die Macht des Geldes nimmt laufend zu. ... Vertreter von Privatinteressen“ würden „in den Vorzimmern der Parlamente umherschleichen. ... Dies alles sind Zeichen des politischen Verfalls.“ Mit großer Besorgnis um die Demokratie verwies George auf die „Gefahr einer allmählichen Umwandlung der Regierung in etwas von dem Volke Unabhängiges und außerhalb des Volkes Stehendes. ... Der große Reichtum unterstützt stets die an der Macht befindliche Partei, sei sie so verderbt, wie sie wolle. ... Die demokratischen Formen können bleiben, aber unter demokratischen Formen können sich eben so viel Tyrannei und Missregierung verbergen wie in allen anderen - ja sie bieten sich gerade am bereitwilligsten der Tyrannei und Missregierung dar.“²⁰ Durch eine Beseitigung der sozialen Ungleichheit wollte George die „demokratischen Formen“ mit demokratischen Inhalten im Sinne der Ursprungsideale der USA füllen.

Im Allgemeinen fehlte der Demokratiekritik in den USA und auch in Europa jedoch als Grundorientierung die wichtige Unterscheidung zwischen dem Markt und der modernen liberalen repräsentativen Demokratie als solchen und ihren real existierenden kapitalistischen Zerrbildern. Aus diesem Versäumnis ergaben sich nicht nur antiliberalen Vorurteile gegen den Markt als solchen, sondern vielfach auch voreilige antidemokratische und antiparlamentarische Schlussfolgerungen. So hielten Marx & Engels die Demokratie in ihrer damaligen Form zwar für einen Fortschritt gegenüber dem Ancien Regime; aber für sie war die „zentralisierte Staatsmacht mit ihren allgegenwärtigen Organen - stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand“ und dem damals gerade neu entste-

¹⁹ Pierre Joseph Proudhon (1848/49), zitiert nach Pierre Rosanvallon (2016), S. 104 und 181 - 182. - Zu Pierre Proudhon vgl. das Kap. 4.2 dieses Buches, S. 22 - 60, bes. S. 30 und 50 - 55.

²⁰ Henry George (1879/2017), S. 250 (Verselbstständigung der Regierung gegenüber dem Volk, Geld in der Politik), 324 (USA), 355 (Lobbyismus), 437 - 440 („freie“ politische Tyrannei, Demagogen, Macht des Geldes) und 453 (subtile Alchemie). - Ders. (1885/1967), S. 11 - 14 (Gefahren für die Demokratie), S. 86 - 87 (Unabhängigkeitserklärung). - Zu Henry George vgl. das Kap. 7.1 dieses Buches, S. 5 - 29, bes. S. 15 - 18.

henden Spektrum von Parteien nur ein Herrschaftsinstrument in den Händen der Bourgeoisie, eine „abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft“ der Bourgeoisie über das unterdrückte Industrieproletariat. Eine „entschiedene Negation jener Staatsmacht“ erblickte Marx in der während des deutsch-französischen Kriegs im Frühjahr 1871 entstandenen Pariser Kommune, in der die Arbeiter quasi basisdemokratisch über ihre Produktion und sozialpolitische Maßnahmen bestimmten. Die lokal auf Paris begrenzte Kommune hielt Marx für eine „ausdehnungsfähige politische Form“ des Regierens und für ein kleines Beispiel einer zukünftigen gesamtstaatlichen „Diktatur des Proletariats“, welche sich Marx & Engels schon in ihrem „Kommunistischen Manifest“ (1848) als gewaltsame Entmachtung der Kapitalistenklasse und als Tor zu einer Selbstregierung aller ‚frei assoziierten‘ Produzenten vorgestellt hatten.²¹

Die Pariser Kommune galt fortan in den kommunistisch orientierten Teilen der Arbeiterbewegung als Vorbild für eine direkte Rätedemokratie und damit als ein Gegenstück zur repräsentativ-parlamentarischen Demokratie in der kapitalistischen Klassengesellschaft. Im Laufe der Russischen Revolution ersetzten die Bolschewisten jedoch schon bald die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) durch eine totalitäre Herrschaft der Kommunistischen Partei. Statt den Staat nach der Verstaatlichung der Produktionsmittel allmählich „absterben“ zu lassen, wie Engels es vorausgesagt hatte, übte deren Funktionärselite fortan eine als „Volksdemokratie“ deklarierte Diktatur über das Proletariat aus.

Nach dem Übergang vom deutschen Kaiserreich zur Weimarer Demokratie verstärkten die sozialdemokratischen Teile der Arbeiterbewegung ihre u.a. von dem Revisionisten Eduard Bernstein vorgedachten und auch von den Gewerkschaften unterstützten Bestrebungen, durch ihre Mitwirkung am bürgerlichen Parlamentarismus sozialpolitische Verbesserungen der Lage der Arbeitenden zu erreichen und nach und nach auf parlamentarisch-demokratischem Weg eine sozialistische Wirtschaft herbeizuführen. In Anbetracht der Hungersnot und des Bürgerkriegs im nachrevolutionären Russland fand das Ziel des demokratischen Sozialismus, durch Reformen statt durch eine gewaltsame Revolution eine soziale Gerechtigkeit herbeizuführen und die Demokratieentwicklung auf diesem Weg schrittweise zu vollenden, viel Verständnis. Jedoch blieb die Demokratie im kapitalistischen Westen in sich widersprüchlich und außerdem war die angestrebte Sozialistische Produktionsweise kein geeignetes Mittel zur Verwirklichung der Demokratie, weil sie die im Organisierten Monopolkapitalismus konzentrierte wirtschaftliche Macht nicht zerstreuen, sondern sie in der Hand des Staates beibehalten und noch vermehren sollte.

²¹ Karl Marx [1871/1973], S. 332 (politische Herrschaft des Produzenten), 336 (Klassenherrschaft) und 541 (Staat als Fehlgeburt der Gesellschaft). – Zur Pariser Kommune vgl. Helmut Swoboda (1972).

Von der Herrschaft des Volkes zur Herrschaft von gewählten Eliten

Dem Fortbestand der Konzentration von Kapital und Macht entsprachen zwei Umdeutungen der Demokratie zu einer Herrschaft von Eliten von Vilfredo Pareto und Joseph Schumpeter. In ihnen spiegelte sich analog zur ökonomischen Entwicklung von der ‚freien‘ Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus die noch weiter zunehmende Gefahr, auf die schon Henry George hingewiesen hatte, dass sich nämlich die Regierung schleichend in eine Form verwandelt, in der sie die Rückbindung an das Volk verliert und sich als „Autorität“ (Proudhon) über das Volk erhebt.

Der italienische Ökonom und Soziologe Vilfredo Pareto (1848-1923) betrachtete die Regierenden während des ersten Weltkriegs und danach als politische Eliten, die die Geschicke der Massen leiten. Damit meinte er keineswegs nur autokratische Herrscher, sondern die der Masse unterschiedlich begabter Menschen entstiegene „Besten“, die er deshalb auch als „Aristokraten“ bezeichnete. Pareto dachte dabei an die „besten“ Politiker, aber auch an die „besten“ Wissenschaftler, Künstler, Ärzte, Ingenieure usw. Die Geschichte erschien Pareto als eine evolutionäre oder revolutionäre Aufeinanderfolge von niedergehenden und aufsteigenden Eliten, weshalb er einen ewigen Kreislauf der Eliten postulierte.²² Pareto näherte sich dem italienischen Faschismus an, aber es blieb umstritten, wie weit seine Hinwendung zu Mussolini ging.

Nachdem die Weimarer Demokratie durch die Folgen des Ersten Weltkriegs sowie der sozialen Ungleichheit und schwerer wirtschaftlicher Inflations- und Deflationskrisen in ihren Grundfesten erschüttert worden war, beendete der Nationalsozialismus das von ihm verachtete sog. „Parteiengozänk“. Wissenschaftlich legitimiert u.a. von dem Staatsrechtler und „Hitlers Kronjuristen“ Carl Schmitt, errichtete die NSDAP mit brutaler Gewalt ihre totalitäre Ein-Parteien-Herrschaft, die die bis dahin gegen Widerstände der alten Mächte und unter schwierigen Umständen erreichte, aber noch instabile Demokratieentwicklung jäh unterbrach.

Während des Zweiten Weltkriegs entwickelte der österreichische, in die USA übergesiedelte Ökonom Joseph A. Schumpeter ein Demokratieverständnis, das auf andere Weise als dasjenige von Pareto ebenfalls auf eine Herrschaft von Eliten hinauslief. So wie Schumpeter einen „vollkommenen Wettbewerb“ in der Wirtschaft bereits als „Fiktion“ abgetan und die „Vorherrschaft der Großkonzerne“ als unabänderliche Tatsache hingenommen hatte²³, so verabschiedete er sich auch dezidiert von der klassisch-demokratischen Vorstellung vom Volk als Souverän, das von der Politik Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls erwarten dürfe.

²² Vilfredo Pareto (1916/1962), §§ 2025 und 2031- 2043.

²³ Joseph Alois Schumpeter (1942/1950), S. 134 – 135 [vollkommener Wettbewerb vs. Großkonzerne]. - Zu Schumpeters ökonomischen Theorien vgl. das Kap. 8.3 in diesem Buch.

Aufgrund der Vielgestaltigkeit individueller Lebensentwürfe und Interessen lasse sich überhaupt kein einheitliches Gemeinwohl definieren, das als „sichtbarer Leitstern der Politik“ fungieren könne. „Es gibt kein solches Ding wie ein eindeutig bestimmtes Gemeinwohl.“ Außerdem sei die „Rationalität im Denken und Handeln ... nicht garantiert“. Gerade in Deutschland, wo Hitler auf demokratischem Weg und nicht durch einen Staatsstreich an die Macht gelangt war, habe sich gezeigt, dass die breite Masse mit Hilfe von „Psychotechniken ... analog zur Art und Weise der kommerziellen Reklametechnik“ beeinflusst werden konnte. Dadurch könnten leicht eine „größere Empfänglichkeit für nicht-logische Einflüsse ... und ein tieferes Niveau der Denkeenergie“ entstehen.²⁴

Aus diesen beiden Gründen forderte Schumpeter die Bereitschaft, „die ‚Regierung durch das Volk‘ fallen zu lassen und durch die ‚vom Volk gebilligte Regierung‘ zu ersetzen.“ Die klassische Demokratietheorie habe „der Wählerschaft ein völlig wirklichkeitsfremdes Ausmaß von Initiative beigelegt, was praktisch auf ein Ignorieren der Führung hinauskam. Kollektive handeln jedoch beinahe ausschließlich dadurch, dass sie eine Führung akzeptieren.“ Ohne jede Partizipation der Bürger an der politischen Willensbildung sei es die „Hauptfunktion der Wählerschaft ... , eine Regierung hervorzubringen“ und von Zeit zu Zeit durch Wahlen eine „Akzeptierung eines Führers oder einer Gruppe von Führern“ zu bestätigen oder eine „Rücknahme dieser Akzeptierung“ vorzunehmen und eine neue Führung zu wählen. „Die Leute, die die Parteimaschine bedienen“, bezeichnete Schumpeter gar als „Menschenmaterial der Politik“. So verkümmerte die Demokratietheorie bei ihm zu einer bloßen „Lehre von der Führerkonkurrenz. ... Das Prinzip der Demokratie bedeutet dann einfach, dass die Zügel der Regierung jenen übergeben werden sollten, die über mehr Unterstützung verfügen als die anderen in Konkurrenz stehenden Individuen oder Teams. ... Demokratie bedeutet nur, dass das Volk die Möglichkeit hat, die Männer, die es beherrschen sollen, zu akzeptieren oder abzulehnen.“²⁵

Die Frage, woran sich denn die Politik einer Elite orientieren sollte, wenn es kein Gemeinwohl als „sichtbaren Leitstern“ gebe, umging Schumpeter mit der Vorstellung, dass die Abwahl einer Elite wie auf einem Gütermarkt eine souveräne Konsumentenentscheidung gegen ihr politisches Produkt darstelle. Ähnlich wie in der Wirtschaft gebe es auch „im politischen Leben immer einige Konkurrenz, wenn auch vielleicht nur potenziell, um die Gefolgschaft des Volkes. ... Parteipolitiker und Parteimaschinen ... bilden einen Versuch, den politischen Konkurrenzkampf genau gleich wie die entsprechenden Praktiken eines Wirtschaftsverbands zu regulieren. Die Psychotechnik der Parteileitung und der Parteireklame, der

²⁴ Joseph A. Schumpeter (1942/1950), S. 397 (Leitstern der Politik), 399 (Gemeinwohl), 402 (Heterogenität der individuellen Interessen), 408 (nicht-logische Einflüsse), 411 (mangelnde Rationalität), 418 – 419 (Psychotechniken und kommerzielle Reklame).

²⁵ Joseph A. Schumpeter (1942/1950), S. 390 (vom Volk gebilligte Regierung), 429 (Initiative vs. Führung in Kollektiven), 432 – 433 (Auswahl der Führung), 461 (Menschenmaterial) und 474 (Demokratie als Führerkonkurrenz).

Schlagworte und der Marschmusik ist kein bloßes Beiwerk. Sie gehören zum Wesen der Politik.“²⁶

Dass in Deutschland ein „ganzes Volk ... schrittweise zu etwas verführt werden kann, was es nicht eigentlich will“ und dass das NS-Regime gleichsam als politischer Monopolist herrschte und nicht abgewählt werden konnte, ist unzweifelhaft ein tragischer Tiefpunkt in der Geschichte der Demokratieentwicklung.²⁷ Aber diese traumatische Erfahrung spricht nicht zwangsläufig für eine Elitenkonkurrenz, bei der zwei Eliten unter Beibehaltung einer die Wähler beeinflussenden „Psychotechnik“ um die politische Macht konkurrieren. Und sie spricht auch nicht gegen die Demokratie im klassischen Sinne, sondern sie ist ein Indiz für folgenschwere Versäumnisse bei ihrer nicht zuletzt auch ökonomischen Grundlegung. Zwar war Schumpeters Argument nicht falsch, dass sich kein konkret sachliches Gemeinwohl als Summe aller verschiedenen Einzelinteressen definieren lässt; aber er hätte überlegen können, ob es für alle Individuen in einer klassischen Demokratie („government by the people, of the people, and for the people“) anstelle eines fiktiven Gemeinwohls eines realen „Leitsterns der Politik“ in Gestalt einer alle Menschen einenden, rechtlich verbürgten sozialen Gleichheit im Sinne einer Beseitigung aller schon von Emmanuel Sièyes als „ungerecht“ empfundenen Privilegien bedurft hätte.²⁸ Hätte sich Schumpeter in Wirtschaft und Politik eine egalitäre Gesellschaft von verschiedenen menschlichen Individuen ohne hierarchische Herrschaftsverhältnisse vorstellen können, hätte er auf den Gedanken kommen können, dass politisch anwendbares Wissen nicht zwangsläufig zum Aufstieg in eine Elite führen muss, sondern auch gleichsam in der Nähe eines Gemeinwohls im Sinne einer allgemeinen sozialen Rechtsgleichheit bleiben kann. Und er hätte auch auf den Gedanken einer sich unter solchen Umständen auf deutlich höherem Niveau nivellierenden politischen Bildung kommen können.

Mit einer Bemerkung hatte Schumpeter allerdings ohne Zweifel recht. „Die moderne Demokratie ist ein Produkt des kapitalistischen Prozesses.“ Gerade deshalb hätte er nach einem ökonomischen Fundament für ihre Erneuerung im Sinne ihrer Ursprungsideale suchen können – das auch ihrem erneuten Absturz in autoritäre Herrschaftsformen vorbeugen könnte. Stattdessen ging es ihm lediglich um die Legitimierung einer der mono- und oligopolistischen Kapitalkonzentration im Kapitalismus angepassten und entsprechend reduzierten Form der Demokratie, bei der nur noch zwei oder drei große Parteien den politischen ‚Markt‘ wie rivalisierende Oligopolisten beherrschen und bei der eine gerade regierende Elite nur abgewählt und durch eine andere Elite ersetzt wird, wenn ihre Politik den Er-

²⁶ Joseph A. Schumpeter (1942/1950), S. 430 (Konkurrenz in der Politik) und 450 (politischer Konkurrenzkampf).

²⁷ Joseph A. Schumpeter (1942/1950), S. 420 (Verführung eines ganzen Volkes)

²⁸ Zu Emmanuel Sièyes vgl. oben die Anm. 1.

wartungen der Wählermassen nicht mehr entspricht. „Die amerikanische Ordnung zeigt“, so glaubte Schumpeter, „in diesem Punkte manche Vorteile.“²⁹

Demokratieentwicklung nach 1945 bis hin zur „marktförmigen Demokratie“

Als Reaktion auf die NS-Tyrannie knüpfte das westdeutsche Grundgesetz in den Artikeln 20 und 21 wieder an die klassisch-demokratische Vorstellung einer Volkssouveränität an. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ und wird in Wahlen und Abstimmungen durch die Legislative, Exekutive und Judikative ausgeübt. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“, d.h. die ausdrückliche Nennung von Parteien im Plural war eine Distanzierung von der Ein-Parteien-Herrschaft des Nationalsozialismus und die Parteien sollten auch nicht die einzigen und allein herrschenden Akteure in der Politik werden. Sie sollten sich nicht als politische Machtkonglomerate zwischen die Wähler/innen und die staatlichen Organe der Legislative, Exekutive und Judikative schieben und an der politischen Willensbildung nur „mitwirken“, wobei unklar blieb, wer außer ihnen daran auch noch mitwirken sollte.

Im Laufe der Zeit unterminierte die Konzentration privatwirtschaftlicher Macht jedoch den ursprünglich vom Ordoliberalismus angestrebten starken, über den wirtschaftlichen Interessen stehenden Rechtsstaat und das Recht vermischte sich mit wirtschaftlicher und politischer Macht. Im Schutz der 5%-Klausel, die die Wiederholung von ‚Weimarer Verhältnissen‘ verhindern sollte, entwickelten sich die größeren politischen Parteien gleichsam als Monopol- bzw. Oligopolparteien zu beherrschenden Kräften der Politik. Außer durch Wahlen war die „neue politische Elite des demokratischen Zeitalters“ nur noch durch Medienberichterstattungen und Meinungsumfragen an die Bevölkerung rückgebunden. Wie es sich Schumpeter schon vorgestellt hatte und wie es Brinkmann beschrieb, wurde „das Wahlvolk weder an der Regierungsbildung noch an der Gesetzgebung noch an der Regierungstätigkeit beteiligt. Nach vollzogener Wahl ist alles Weitere Sache der Parteien.“³⁰

Vorerst erwies sich die westliche repräsentativ-parlamentarische Demokratie trotz der restaurierten kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen aber noch als weitgehend stabil. „Parteiensystem, Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Sozialstaat – das waren wesentliche Garanten für die Stabilität der westeuropäischen und nordamerikanischen Demokratien.“³¹ Ausgehend von den USA wurde diese Entwicklung noch durch die „Ökonomische Theorie der Politik“ flankiert, in der der Politologe Anthony Downs und der Ökonom Mancur Olson im Anschluss an Schum-

²⁹ Joseph A. Schumpeter (1942/1950), S. 434, 438 und 458 (USA) und 471 (moderne Demokratie als Produkt des Kapitalismus).

³⁰ Klaus Bringmann (2019), S. 248. – In neuerer Zeit kamen noch Online-Petitionen hinzu.

³¹ Hans Vorländer (2003), S. 91.

peter das politische Wahlverhalten mit wirtschaftlichen Kaufentscheidungen verglichen. Für sie war die Politik gleichsam ein Marktgeschehen, bei dem einzelne, an ihrem eigenen Nutzen interessierte Individuen analog zum homo oeconomicus rationale Wahlentscheidungen zugunsten derjenigen Parteien treffen, von denen sie am ehesten eine Maximierung ihres Nutzens erwarten können, und bei dem die Parteien ihren Nutzen maximieren, indem sie durch Wahlversprechen und politische Werbung mit Hilfe von „Psychotechniken“ (Schumpeter) möglichst viele Stimmen gewinnen. Politische Wahlen stellten für diese Theorie demnach Märkte dar, auf denen sich Bürger und Politiker als Anbieter und Nachfrager gegenüberstehen. Abgesehen von der Fragwürdigkeit eines solchen Vergleichs der Politik mit der Wirtschaft blendete die Ökonomische Theorie der Politik die Frage ganz aus, ob der ‚politische Markt‘ frei oder mono- bzw. oligopolistisch vermarktet ist. So ist es kein Zufall, dass zu ihren Forschungsfragen auch ein politisches Rent-Seeking gehört, also die Frage, wie sich Unternehmen durch den Einfluss ihrer Lobbyisten auf die Politik Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten verschaffen können.³²

Die erste größere Wirtschaftskrise in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre veranlasste die verunsicherte Politik zu einer Notstandsgesetzgebung, was eine bis dahin unbekannte Außerparlamentarische Opposition (APO) auf den Plan rief. Als einer ihrer Vordenker kritisierte der Politikwissenschaftler Johannes Agnoli, dass die staatstragend gewordenen Parteien nicht nur den Volkswillen repräsentierten, sondern sich trotz des gleichen Wahlrechts der gesamten Bevölkerung auch von den Machtinteressen einer Minderheit von Großunternehmen leiten ließen. Sie würden den Interessengegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit geradezu wegretouchieren. Mit Bezug auf die Elitetheorien von Pareto und Schumpeter kritisierte Agnoli die Trennung der Regierenden von der politischen Basis sowie die widersprüchliche Mischung aus „sichtbar vom Volke gewählten“ Vertreter/innen im Parlament und aus für die Massen unsichtbar bleibenden Einflüssen der wirtschaftlichen Macht.³³ Die Demokratie habe sich damit nicht in einem Prozess ihrer evolutionären Entwicklung befunden, sondern in einem Prozess ihrer „involutionären Transformation“ vom reinen „Verfassungsstaat“ über einen „Wohlfahrtsstaat“, der sich die Loyalität der Wähler/innen durch eine „Konsumhypertrophierung“ sichert, und einen „autoritären Staat rechtsstaatlichen Typus“ bis hin zu einem „Notstandsstaat“. Einen Ausweg aus dieser Sackgasse der reprä-

³² Zur Ökonomischen Theorie der Politik vgl. Jochen Dehling und Klaus Schubert (2011). – Zur Kritik an dieser Theorie vgl. Peter Ulrich (1995), S. 74 – 95.

³³ Johannes Agnoli (1967/1990), S. 11 (Pareto), 33 - 34 (Trennung von Regierenden und politischer Basis), 38 (Schumpeter), 46 (für die Massen unsichtbare Einflüsse der wirtschaftlichen Macht) und 62 (sichtbar gewählte Abgeordnete).

sentativ-demokratischen Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen sah Agnoli nur in einer außerparlamentarischen „Fundamentalopposition“ gegen sie.³⁴

Als die 1968er Studentenbewegung in die Ökologiebewegung übergang, organisierten sich viele mit den etablierten Parteien unzufriedene Menschen in Bürgerinitiativen, die gegen einzelne industrielle Großprojekte kämpften, vor allem gegen Atomkraftwerke und Vergrößerungen von Flughäfen. Ende der 1970er Jahre machte der Sozialphilosoph Ivan Illich der Politik den Vorwurf, die Bürger durch die Herrschaft von Experten zu entmündigen. Der Jurist Rudolf Wassermann sah die Politik auf einem Weg in die „Zuschauerdemokratie“ (1986) und der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim erhob die Forderung, die repräsentative Parteiendemokratie in Deutschland wie in der Schweiz durch ‚direktdemokratische‘ Volksabstimmungen zu einzelnen Sachfragen zu ergänzen (was erfahrungsgemäß keine Garantie für bessere politische Entscheidungen ist). Mit seinen Büchern wie u.a. „Demokratie ohne Volk“, „Der Staat als Beute“ (beide 1993) und „Vom schönen Schein der Demokratie“ (2002) stieß Arnim intensive Diskussionen über Abgeordnetendiäten, Ämterpatronage, Parteienfinanzierung, Parteispenden und Korruption an. Und unterdessen trug besonders der Aufstieg der aus den Bürgerinitiativen hervorgegangenen grünen Partei in das politische Establishment zur Entstehung einer neuartigen Zivilgesellschaft mit zahlreichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei, die ähnlich wie die 1968er APO von außen Einfluss auf das parlamentarische Geschehen zu nehmen versuchten.

Infolge der zunehmenden Macht der multinationalen Konzerne und der globalen Finanzmärkte kam es seit den 1990er Jahren zu einem fortschreitenden Prozess der „neoliberalen Dekonstruktion des Nationalstaates“ und einer „Denationalisierung der Politik“.³⁵ Sowohl bürgerlich-konservative als auch sozialdemokratisch-grüne Regierungen wandelten die Demokratie vollends in eine „marktkonforme Demokratie“ um, in deren scheinbar „neuer Mitte“ (Tony Blair & Gerhard Schröder) die Machtinteressen der Finanzmärkte eine deutliche Oberhand gegenüber den Interessen der Menschen erlangten.³⁶ Das führte zu einem Verlust der Glaubwürdigkeit von parlamentarisch-demokratischer Politik und zu einer zunehmenden Politikverdrossenheit.

Zwischenbilanz der modernen Demokratieentwicklung

In einer Zwischenbilanz der Entwicklung der modernen Demokratie seit 1776 bzw. 1789 sprach der Demokratietheoretiker Hans Vorländer zu Beginn des 21. Jahr-

³⁴ Johannes Agnoli (1967/1990), S. 10 (Involution zum autoritären Rechtsstaat), 28 (Konsum), 53 (Verfassungs-, Wohlstands- und Notstandsstaat), 70 (Schumpeter) und 73 (Fundamentalopposition). – Vgl. auch Wolfgang Kraushaar (2001) und Guido Speckmann (2018).

³⁵ Ulrich Beck (1997), S. 27 und 34.

³⁶ Zur „neuen Mitte“ von Tony Blair & Gerhard Schröder vgl. Anthony Giddens (1999). – Zur „marktkonformen Demokratie“ vgl. Jasper von Altenbockum (2012).

hunderts trotz dramatischer Rückschläge in mehreren Ländern von einem in mehreren größeren Wellen verlaufenen „Siegeszug der Demokratie“. Die erste Welle begann ihm zufolge in den 1820er Jahren und ebte seit der Mitte der 1920er Jahre ab, als Faschisten in Italien und Nationalsozialisten in Deutschland die politische Macht eroberten und die Zahl der westlichen Demokratien auf zwölf zurückging. Nach dem Untergang der totalitären Gewaltherrschaften sei die Zahl der westlichen Demokratien in einer zweiten Welle bis zu den 1960er Jahren wieder auf 36 gestiegen. Ab Mitte der 1970er Jahre bis 1990 seien weitere 30 Länder von autoritären Herrschaftsformen zur Demokratie übergegangen, darunter Portugal, Spanien und Griechenland sowie Südkorea, Taiwan und einige Länder Lateinamerikas, die wie Chile und Argentinien zuvor in Militärdiktaturen abgestützt waren. Und seit dem Niedergang des kommunistischen Sowjetimperiums mit scheindemokratischen Volksrepubliken sei die Zahl der demokratisch regierten Länder auf etwa 120 gestiegen. Allerdings seien nur 75 von diesen 120 Ländern „anspruchsvolle Demokratien“ mit höheren Standards hinsichtlich der Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte, der Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit, der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der Justiz.³⁷

Knapp zwanzig Jahre nach Vorländers Zwischenbilanz der weltweiten Demokratieentwicklung erscheint es als ungewiss, ob sich der „Siegeszug der Demokratie“ fortsetzen wird oder ob es erneute Rückschläge geben wird. In den westlichen Demokratien nahm der Einfluss von Finanzmärkten und Großkonzernen auf die Politik noch weiter durch die Schaffung von „Drehtüren“ zwischen Chefetagen und Ministerien zu.³⁸ Der Unmut über die nach dem Beginn der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise von 2008 ausgebliebene Bändigung der internationalen Finanzmärkte löste vielerorts Proteste der Occupy-Bewegung aus. Weitere Großprojekte wie Kohlekraftwerke, Stuttgart 21, Flussvertiefungen und Autobahnbauprojekte führten zu Massenprotesten wie der Aktion „Ende Gelände“ im Braunkohlerevier Hambacher Forst zwischen Köln und Aachen oder im Dannenröder Forst in Hessen. Bei vielen Bürger/innen entstand auch das ohnmächtige Gefühl, dass ‚die da oben‘ ohnehin machen, was sie wollen.

Immer weniger ist in westlichen Gesellschaften noch gegeben, was Vorländer für eine der wesentlichen Funktionsbedingungen moderner Demokratien hielt, nämlich das Vorhandensein einer Gesellschaft, „in der die Machtressourcen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft breit gestreut sind und nicht zu vermachteten Monopolen aggregiert sind.“ Die „empirische Demokratieforschung“ habe eindeutig gezeigt: „Je stärker die Machtressourcen auf viele Träger verteilt sind, desto höher ist der Demokratiegehalt; je stärker die Machtressourcen konzentriert sind, desto

³⁷ Hans Vorländer (2003), S. 6 – 7 (Wellen der Demokratieentwicklung) und 93 (ausgehendes 20. Jahrhundert).

³⁸ Vgl. hierzu Sascha Adamek & Kim Otto (2008), S. 13 – 15 (rot-grünes Personalaustauschprogramm „Seitenwechsel“), 21 – 22 (Fraport-Gesetz) und 147 – 150 (Toll Collect).

niedriger fällt der Demokratiegehalt aus.“³⁹ Letzteres ist in den westlichen Demokratien seit Jahrzehnten der Fall. Konzerne und Parteien sind längst zu einem ökonomisch-politischen Machtkomplex verflochten. Allerdings sind die Angehörigen der politischen Eliten keineswegs ‚allmächtig‘; trotz ihrer eigenverantwortlichen Entscheidungsmöglichkeiten sind sie innerhalb der kapitalistischen Machtstrukturen und Sachzwänge auch selbst Gefangene und Getriebene.

Mit Worten des französischen Historikers Pierre Rosanvallon reduzierte sich die repräsentative Demokratie auf eine bloße „Genehmigungsdemokratie“, in der die Bürger/innen nur noch alle vier Jahre bei Wahlen ‚ihre Stimme abgeben‘.⁴⁰ Die schleichende Aushöhlung des Rechtsstaates und der Demokratie durch wirtschaftliche Macht zog bei den tendenziell entmündigten Bürger/innen einen beträchtlichen Verlust von Vertrauen in die regierenden Parteien, die die Vertretung der ‚bürgerlichen Mitte‘ für sich reklamieren, nach sich. Die Paralyse ebenjener ‚politischen Mitte‘, die de facto eher eine das Recht durch Macht beschädigende Pseudomitte war, führte im vergangenen Jahrzehnt zu einer Stärkung der linken und noch sehr viel mehr der rechten Ränder des politischen Spektrums. Dort entstanden neue populistische Parteien (von lat. *populus* = das Volk), die den Anspruch erhoben, den vom Establishment missachteten Willen des Volkes wirklich zu kennen und politisch durchsetzen zu wollen. Jedoch stehen sich mit den etablierten und populistischen Parteien keine politischen Lager gegenüber, die sich entweder vollständig über den Volkswillen hinwegsetzen oder ihn vollständig respektieren. Auf beiden Seiten verwebt sich die politische Vertretung der Interessen von Menschen und der Interessen von wirtschaftlicher Macht zu einem unentwirrbaren Knäuel, das dem gleichermaßen in kapitalistischen Strukturen gefangenen Wechselspiel zwischen dem monopolistisch deformierten Freihandel und dem Protektionismus in der Wirtschaft ähnelt.

Dass sich der neue Populismus auch noch „vom Populismus in der Demokratie zu einem Populismus gegen die Demokratie“ entwickelt, zeigt sich nicht nur in Ländern wie Ungarn und Polen, die Jahrzehnte lang unter Diktaturen gelitten haben, oder in der Türkei, in Russland und in Brasilien.⁴¹ Selbst in den USA als Ursprungsland der modernen Demokratie, wo beide großen Parteien die Demokratie durch ein Gewährenlassen der wirtschaftlichen Macht stark beschädigt haben, hat sich mit den Republikanern eine der beiden großen etablierten Parteien zu einer rechtspopulistischen Partei gewandelt. So äußern Steven Levitsky & Daniel Ziblatt am Ende ihrer Studie „Wie Demokratien sterben“ ihren Eindruck, „dass die Demokratie sich weltweit auf dem Rückzug befindet“, und sie erwähnen den US-amerikanischen Demokratieforscher Larry Diamond, der von einer „Phase demokratischer Rezession“ spreche. Nachdem die westliche De-

³⁹ Hans Vorländer (2003), S. 97 (Funktionsbedingungen der Demokratie) und 100 (empirische Demokratieforschung).

⁴⁰ Pierre Rosanvallon (2016), S. 19 – 20 (Genehmigungsdemokratie).

⁴¹ Zum Populismus vgl. Dirk Jörke & Veith Selk (2017), S. 72 – 79 (Populismus in/gegen Demokratie).

mokratie früher „gegen äußere Bedrohungen zu verteidigen“ war, müsse heute verhindert werden, „dass sie von innen her zerstört wird“.⁴² Analog zu den Schattenbanken gibt es in den USA mit den sog. PACs („Political Action Committee“) und Super-PACs mittlerweile lobbyistische Schattenparteien, die die bisherige Fehlentwicklung der Demokratie noch weiter auf die Spitze treiben. Für die Einflussnahme auf showmäßige Wahlkämpfe aquirieren sie sowohl für die Demokraten als auch für die Republikaner horrenden Geldsummen.⁴³ Dass Trump bei der Wahl im Herbst 2020 keine zweite Amtszeit erhielt, ist gewiss positiv; aber er verfehlte seine Wiederwahl nur knapp und der nur hauchdünne Rückstand zu Biden zeigt, wie berechtigt schon die Mahnung von Alexis de Toqueville war, dass es nicht gut sein kann, wenn die Mehrheit einer Regierung nur geringfügig größer ist als die unterlegene Minderheit. An der sowohl von Demokraten als auch von Republikanern zu verantwortenden weit fortgeschrittenen inneren Zerstörung der Demokratie durch wirtschaftliche Macht änderte der Wahlerfolg Bidens noch gar nichts – im Gegenteil, das Wahlergebnis macht nur die abgrundtiefe soziale Spaltung des Landes sichtbar.

Die schon länger anhaltende Krise der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie spiegelt sich seit längerer Zeit im politikwissenschaftlichen Diskurs über einen allgemeinen Trend zu einer „Postdemokratie“, den der britische Sozialwissenschaftler Colin Crouch bereits im Jahr 2004 angestoßen hat. Ähnlich wie es Henry George schon vor mehr als 100 Jahren beobachtet hatte, verwies auch Crouch darauf, dass demokratische Institutionen zwar als äußere Formen bestehen bleiben, aber substanziell entkernt werden – besonders, wenn multinationale Großunternehmen der Politik den Verlust von Arbeitsplätzen androhen und den Staat auf diese Weise zu ihrem „Selbstbedienungsladen“ umfunktionieren können. Crouch beobachtete einen über einen längeren Zeitraum wachsenden Einfluss privilegierter Eliten auf die Politik und eine gleichzeitige Abnahme der Bürgerbeteiligung an ihr. Eine bedeutende Rolle spielten dabei für ihn auch die Medien, vor allem jene, die sich in privaten Händen von Medienmogulen wie Silvio Berlusconi und Rupert Murdoch befinden. Durch sie komme es zu einem „Verfall der Kommunikation“.⁴⁴

Ansatzpunkte für eine Verbesserung der „demokratischen Vitalität“ sah Crouch in einer Zurückdrängung der wirtschaftlichen Macht aus der Politik – freilich nicht ohne vor „extremen Fraktionen der antikapitalistischen Globalisierungsgegner“ zu warnen - und in einer Ausweitung der Bürgerbeteiligung vor allem auf kommunaler Ebene. Um mehr Einfluss auszuüben, müssten die zivilgesellschaftlichen

⁴² Steven Lewitsky & Daniel Ziblatt (2018), S. 239.

⁴³ Zu den PACs und Super-PACs vgl. R. Sam Garrett (2016).

⁴⁴ Colin Crouch (2004/2008), S. 29 – 30 (inhaltliche Entkernung der politischen Institutionen) und 38 und 41 (Verfall der Kommunikation).

Organisationen freilich denselben „postdemokratischen“ Lobbyismus betreiben wie die Unternehmen.⁴⁵

Zwar wurden Einzelaspekte von Crouch's „Postdemokratie“ kontrovers diskutiert und es kamen weitere Vorschläge zur Stärkung der bürgerschaftlichen Teilhabe an der Demokratie ins Gespräch wie zum Beispiel die schon in den 1970er Jahren von Peter Dienel angeregte Bildung von „Planungszellen“, bei der zufällig ausgewählte Bürger/innen Bürgergutachten zu einzelnen Sachfragen erstellen und sie an die entsprechenden parlamentarischen Instanzen adressieren.⁴⁶ Seit längerem tritt die Vereinigung „Mehr Demokratie e.V.“ für die Einführung von Volksbegehren und Volksabstimmungen ein. Noch nicht näher geprüft wurde das von Dieter Suhr zur besseren Durchsetzung der Interessen von Kindern und Jugendlichen ins Gespräch gebrachte „Dreigenerationen-Wahlsystem“, bei dem Eltern zusätzliche Stimmen entsprechend der Anzahl ihrer Kinder bekämen, „damit sie ihrer Pflicht, dem Kindeswohl zu dienen, auch mit ihrem Beitrag zur demokratischen Willensbildung nachkommen können.“ In der Demokratie dürfe es nicht nur um Erwachsene gehen, sondern auch um das Wohl der Kinder und ihre Zukunftsperspektiven. Neben dem Gestern und Heute müsse auch das Morgen im Parlament repräsentiert werden.⁴⁷

Um die in den kapitalistisch geprägten repräsentativ-parlamentarischen Demokratien agierenden Politiker/innen der mächtigen Parteien noch stärker zu kontrollieren, plädierte Rosanvallon für die Neubelebung einer „Betätigungsdemokratie“ durch die Schaffung von drei Instanzen: Ein „Rat für den demokratischen Prozess“ solle auf die formal korrekte Einhaltung demokratischer Prinzipien achten. „Öffentliche Kommissionen“ sollen für eine „demokratische Qualität des Zustandekommens politischer Konzepte und der Praxis der Verwaltungsapparate“ sorgen und „zivile Wachsamkeitsorganisationen“ wie zum Beispiel „Transparency International“ sollen die Integrität von Politiker/innen beobachten.⁴⁸ Doch wie und durch wen werden diese Instanzen besetzt und demokratisch legitimiert? Die Politik- und Kulturwissenschaftler Patrizia Nanz & Claus Leggewie regten die Bildung einer „Konsultative“ als eine die Legislative, Exekutive und Judikative ergänzende vierte Gewalt an. Um die Bürger/innen stärker an Entscheidungen vor allem über Großprojekte wie Stuttgart21, die Energiewende und Autobahnbauten zu beteiligen, fordern sie die Institutionalisierung von Zukunftsräten als ein flächendeckendes Netz konsultativer Gremien von der lokalen bis zur europäischen Ebene.⁴⁹

⁴⁵ Colin Crouch (2004/2008), S. 133 (Stärkung der Demokratie), 144 (Bürgerversammlungen), 149 (Globalisierungsgegner), 150 (demokratische Vitalität) und 155 – 156 (zivilgesellschaftliche Lobbyarbeit).

⁴⁶ Vgl. Peter Dienel (2002). Die zufällige Auswahl mit Mitgliedern der Planungszellen erinnert an das Losverfahren, mit dem im antiken Athen zeitweise politische Amtsträger ausgewählt wurden. Sie entspricht dem Gedanken einer gleichen politischen Mündigkeit aller Bürger/innen und kann auch Personen politisch aktivieren, die an dieser Aufgabe wachsen oder sich von ihr auch überfordert fühlen.

⁴⁷ Dieter Suhr (1990/1998), S. 85 – 86 bzw. S. 23.

⁴⁸ Pierre Rosanvallon (2016), S. 341 – 347 (Betätigungsdemokratie).

⁴⁹ Vgl. die Websites www.mehr-demokratie.de und www.omnibus.org. Vgl. Pierre Rosanvallon (2016), S. 342 – 347 (neue Betätigungsdemokratie); außerdem Patrizia Nanz & Claus Leggewie (2018). – Vgl.

Skepsis ist demgegenüber bei Vorschlägen zur Beschränkung oder gar Abschaffung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts angebracht. Vom Austritt Großbritanniens aus der EU und von der Wahl des Rechtspopulisten Donald Trump zum Präsidenten der USA (2016) fühlte sich der US-amerikanische Politologe Jason Brennan verständlicherweise in seinen Zweifeln an der qualifizierten politischen Informiertheit der Bürger bestätigt. Er plädierte deshalb für eine Beschränkung des politischen Wahlrechts auf eine Minderheit politisch gebildeter Bürger, um „die Politik nicht den Unvernünftigen zu überlassen“. In einer Art Gelehrtenrepublik dürften nur noch „informierte Eliten“ das aktive und passive Wahlrecht ausüben.⁵⁰ Doch wer sollte nach welchen Kriterien entscheiden, wer zur Elite der Gebildeten und wer zur unvernünftigen Masse gehört? Noch problematischer als die bislang unzureichende politische Bildung der breiten Massen ist, dass die Gesellschaft analog zu ihrer tiefen sozialen Spaltung weiterhin in politische Eliten und Massen gespalten ist, und ein ungleiches Wahlrecht würde diese Spaltung nur zementieren.

Sehr problematisch ist auch der Vorschlag des belgischen Historikers David van Reybrouck, die von ihm als nicht demokratisch kritisierten Wahlen durch Auslosungen zu ersetzen. Da auch ‚Unvernünftige‘ ausgelost werden können, wäre Bringmann zufolge eine Ersetzung der Wahlen durch das „Vabanquespiel des Auslosens“ eine „Verschlimmbesserung des Repräsentativsystems“.⁵¹

Ansonsten wären die tendenziell basisdemokratischen Vorschläge geeignet, Gegengewichte zur Herrschaft der Parteien zu schaffen und die Partizipation von Bürger/innen und sozialen Bewegungen an der Politik zu erhöhen. Jedoch könnte ihre praktische Umsetzung nicht verhindern, dass sich das politische Handeln sowohl der Parteien als auch der sie ergänzenden bürgernäheren Einrichtungen noch immer im Teufelskreis der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen bewegt. Vor knapp 200 Jahren konnte Alexis de Tocqueville sie nur erst als noch ganz „neu“ erahnen und seitdem sind sie noch immer nicht weit genug analytisch durchdrungen worden. Angesichts des unverminderten Einflusses von wirtschaftlicher Macht auf die Politik – unterstützt durch einflussreiche Think Tanks –, angesichts der Auflösungserscheinungen bei den ehemals großen Volksparteien, des Aufstiegs von rechts- und linkspopulistischen Parteien und des gleichzeitigen Zerfließens der Grenzen zwischen den Populisten und nicht zuletzt angesichts der anhaltenden und sich in Zukunft vermutlich verschärfenden ökonomisch-ökologischen Gesamtkrise drängen sich unausweichlich zentrale Fragen auf:

- Wie können sich eine weitere Aushöhlung der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie durch die strukturelle Macht des Geldes, der Finanzmärkte und der Konzerne und ihr schließliches Abdriften in die Richtung autoritärer Herrschafts-

außerdem die Studie von Donatella della Porta über die partizipative Mitwirkung der neuen sozialen Bewegungen an der „Schönen neuen Demokratie“ (2020).

⁵⁰ Klaus Bringmann (2019), S. 35. – Jason Brennan (2017) und Cordula Meyer (2017) (Interview mit Jason Brennan im „Spiegel“).

⁵¹ David van Reybrouck (2016) und Klaus Bringmann (2019), S. 292 – 294.

formen, in denen letztlich auch die Herrschenden selbst gefangen sind, aufhalten lassen?

- Können Demokratie und wirtschaftlich-politische Macht weiterhin koexistieren, wenn doch Vorländer zufolge die „empirische Demokratieforschung“ klar gezeigt hat, dass die Zusammenballung von wirtschaftlich-politischer Macht die Demokratie über kurz oder lang zerstört?
- Sind die real existierende kapitalistische Marktwirtschaft und die repräsentativ-parlamentarische Demokratie überhaupt Zwillinge und können sie als solche - wie immer wieder behauptet wurde – wirklich „wesentliche Garanten für die Stabilität der westeuropäischen und nordamerikanischen Demokratien“ sein?⁵² Oder könnten sie vielleicht in Wirklichkeit unversöhnliche Kontrahenten sein?
- Genügt es, nur innerhalb der real existierenden kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen über politische Modifikationen der Demokratie im Sinne einer Zurückdrängung der Parteienmacht und einer Stärkung von partizipativen Formen der Demokratie nachzudenken? Könnte es angebracht sein, zumindest als Denkmöglichkeit darüber hinausgehend auch zu überlegen, ob es eine andere Wirtschaftsordnung geben könnte, die die Demokratie dadurch neu belebt, dass sie sie im Sinne von Montesquieu durch die Herstellung von „wirklicher Gleichheit ... als Seele des Staates“ auf eine dauerhaft stabile Grundlage stellt?⁵³

Könnte eine von sozialer Ungleichheit und den schon von Rousseau gefürchteten privaten Sonderinteressen befreite Form der Marktwirtschaft besser zu einer liberalen Demokratie passen und es möglich machen, dass ‚alle Staatsgewalt tatsächlich vom Volke ausgeht‘ ? Könnte eine in diesem Buch in ihren Grundzügen dargestellte „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“⁵⁴ vielleicht eine zu einer solchen Demokratie passende Wirtschaftsordnung werden, nachdem sich frühere Versuche, die Demokratie mit einem Sozialismus statt mit dem Kapitalismus zu verbinden, nicht bewährt haben?

⁵² Hans Vorländer (2003), S. 91 (Garanten für die Stabilität der Demokratie).

⁵³ Charles Montesquieu (1748/1989), S. 139 – 140 und 144.

⁵⁴ Vgl. besonders die Kapitel 7 und 13 dieses Buches. – Bemerkenswert ist, dass auch der Soziologe Wolfgang Streeck in seinem Buch „Gekaufte Zeit“ (2013) ganz unabhängig von der Realutopie einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ überlegt hat, dass sich irgendwann „die Wege von Kapitalismus und Demokratie trennen“ müssen, nachdem ihre nach dem zweiten Weltkrieg geschlossene „Zwangsheirat“ in den Jahrzehnten des Neoliberalismus tiefe Risse bekommen habe. Streeck überlegte, ob es als „Alternative zu einem Kapitalismus ohne Demokratie ... eine Demokratie ohne Kapitalismus“ geben könnte – „zumindest ohne den Kapitalismus, den wir kennen. Sie wäre die andere, mit der Hayekschen konkurrierende Utopie“. Damit meinte Streeck – ohne sie schon zu näher konkretisieren – demokratische Institutionen, „mit denen Märkte wieder unter soziale Kontrolle gebracht werden können“. Allerdings erschien ihm eine solche Alternative als „heute ... vollkommen unrealistisch“. Vgl. Wolfgang Streeck (2013), S. 27 (Zwangsheirat) und 235 – 237 (Demokratie ohne Kapitalismus).

Umriss einer mit einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft konformen repräsentativ-parlamentarischen und partizipativen Demokratie

Der Sackgasse, in die die Demokratieentwicklung geraten ist, könnte sie entkommen, wenn sich die Politikwissenschaften das Vorländer zufolge „höchst ambivalente“ Verhältnis zwischen Demokratie einerseits und Marktwirtschaft/Kapitalismus⁵⁵ andererseits noch einmal genauer ansehen und sich auf den ungewohnten Gedanken einlassen würden, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus gar keine Synonyme, sondern geradezu Gegensätze sind, und dass die Demokratie zwar zur Marktwirtschaft, aber nicht zum Kapitalismus passen könnte.

Vielleicht war es gleichsam eine optische Täuschung, Marktwirtschaft und Kapitalismus für zwei Seiten derselben Medaille zu halten und in ihnen ohne weitere kritische Durchleuchtung wie selbstverständlich das ökonomische Fundament einer liberalen Demokratie zu sehen. Könnte die liberale Demokratie im Laufe einer Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ vielleicht eine bislang noch nicht für möglich gehaltene neue enge Verbindung mit einer solchen nachkapitalistischen Form der Marktwirtschaft eingehen und dadurch zu ihrer eigenen Vollendung kommen?

Wenn in der Wirtschaft nicht ‚freie‘ Märkte als solche die tiefere Ursache von Machtstrukturen sind, sondern ihre Beschränkung durch Privilegien, so könnte auch in der Politik nicht die repräsentativ-parlamentarische Demokratie als solche die Wurzel von elitärer Herrschaft und politischer Entmündigung der Massen sein, sondern ebenfalls ihre Verfälschung durch dieselben Privilegien. Das die soziale Ungleichheit abbauende Gesamtpaket aus Reformen der Geld- und Boden-/Ressourcenordnung, der Unternehmensverfassung sowie des Haftungs-, Patent- und Markenrechts könnte nicht nur einen „wirtschaftlichen Gezeitenwechsel“ (Keynes) im Sinne einer Transformation der kapitalistischen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft zur Folge haben. Analog dazu könnte es auch einen „politischen Gezeitenwechsel“ im Sinne einer Transformation der kapitalistisch deformierten Demokratie in nachkapitalistische Formen der Demokratie auslösen. Eine Neutralisierung der strukturellen Macht des Geldes, die Entkapitalisierung und Dezentralisierung der Produktionsmittel sowie eine Aufhebung aller wirtschaftlichen Privilegien könnten nicht nur Unternehmen und Banken von ihrer widersprüchlichen Doppelrolle als Dienstleister und Kapitalverwerter befreien und ihnen die Grundlage für ihre lobbyistische Durchsetzung von Sonderinteressen entziehen⁵⁶, sondern sie könnten auch entsprechende Auswirkungen auf Politi-

⁵⁵ Hans Vorländer (2003), S. 108 („höchst ambivalentes“ Verhältnis zwischen Marktwirtschaft/Kapitalismus und Demokratie).

⁵⁶ Kleinere und mittlere Unternehmen können dann – besonders wenn sie sich zu Mitarbeiterunternehmen wandeln und wenn sich auch noch die Strukturen der Weltwirtschaft verändern (vgl. das Kap. 13.8.2 dieses Buches) – die Politik nicht mehr damit unter Druck setzen, dass sie im Falle einer Nicht-

ker/innen, die Parteien und die staatlichen Institutionen haben. Die Einebnung der sozialen Ungleichheit könnte Raum schaffen für eine sich allmählich von Machteinflüssen befreiende demokratische Politik in einem nachkapitalistischem Rechtsstaat und in einer egalitären Bürgergesellschaft, in der die Bürger/innen ihre volle wirtschaftliche und politische Souveränität erlangen.

So wie in der Wirtschaft die Märkte, Akteure und Institutionen nach und nach ihren in sich widersprüchlichen marktwirtschaftlich-kapitalistischen Doppelcharakter ablegen, so können auch in der Politik die Akteure und Institutionen schrittweise ihren demokratisch-kapitalistischen Doppelcharakter als Organisatoren des menschlichen Zusammenlebens und gleichzeitig als ausführende Organe der von Machtinteressen von konzentriertem Kapital ausgehenden politischen Sachzwänge ablegen und dann nur noch als politische Mitgestalter der Gesellschaft weiterwirken. Wenn durch das erwähnte Gesamtpaket von wirtschaftlichen Reformen gleichsam der kapitalistische Grauschleier sowohl von der Marktwirtschaft als auch von der Demokratie weggezogen wird, können sich beide im Sinne ihrer Ursprungsideale erneuern. Der gleichen ökonomischen Teilhabe aller Frauen und Männer an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen könnte dann ihre gleiche Teilhabe an politischen Entscheidungen über ihr gesellschaftliches Zusammenleben entsprechen.

Parallel zur Befreiung von Wirtschaft und Politik von der strukturellen Macht des Geldes und von weiteren Privilegien und zum damit einhergehenden Struktur- und Funktionswandel der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften können sich unter solchen Umständen auch die Parteien und staatlichen Institutionen wandeln. Im Laufe dieses Transformationsprozesses können sie den ihnen bislang eingeschriebenen Machtcharakter allmählich ablegen und zu herrschaftsfreien Mitgestaltern der „Polis“ werden. Der Strukturwandel der Parteien, der aus rivalisierenden Interessenvertretern von Teilen der Gesellschaft (Partei von lat. pars = der Teil) und den sich ähnlicher gewordenen Volksparteien echte Vertreter des Gemeinwohls macht, wird eine längere Übergangszeit benötigen. Und er braucht durchaus nicht dazu führen, dass die Parteien dann irgendwann zu einer einheitlichen Partei ineinanderfließen. Nicht der pluralistische Charakter der politischen Willensbildung war in der Vergangenheit problematisch, sondern der Umstand, dass die pluralistische politische Willensbildung von mächtigen Sonderinteressen durchsetzt war. Bislang repräsentierten die gewählten Abgeordneten die ihnen oftmals kaum als widersprüchlich bewusste Mischung aus den Interessen ihrer Wähler/innen und aus den strukturellen wirtschaftlichen Machtinteressen. Im Zuge von deren Überwindung kann das politische Leben auch auf der Grundlage von sozialer Gleichheit pluralistisch bleiben und es können also auch auf längere Sicht verschiedene, nur noch dem Gemeinwohl verpflichtete Parteien gemäß Art. 21.1 des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung der Bevölkerung „mit-

beachtung ihrer Interessen ihre Produktion in Billiglohnländer verlagern und dem Staat die Folgen einer erhöhten Arbeitslosigkeit aufbürden.

wirken“. Sie können möglichst je zur Hälfte Frauen und Männer aus allen Bereichen der Gesellschaft als gewählte Repräsentant/innen in Parlamente entsenden, die dort dann authentische, nicht mehr von Machteinflüssen und „Psychotechniken“ (Schumpeter) manipulierte Interessen ihrer Wähler/innen artikulieren. Aus dem bisherigen in sich widersprüchlichen Gemisch aus Wahrheiten, Halbwahrheiten und Ideologien bis hin zu perfiden Fake News in den sozialen Medien kann mit der Einebnung der sozialen Hierarchie und der Unterstützung durch unabhängige Medien nach und nach diejenige Wahrheit hervorgehen, die gemäß einer Sentenz von Karl Jaspers allein die Menschen wirklich miteinander verbinden kann.⁵⁷

Unter solchen Umständen büßen die Parteien ‚nur‘ ihre bislang beherrschende Stellung ein, während im Gegenzug basisdemokratische und zivilgesellschaftliche Formen der Mitwirkung bei der politischen Willensbildung an Bedeutung gewinnen können. Alle gemeinsam können sie sich zu machtfreien Mitgestaltern von demokratischen Rechtsstaaten entwickeln. Die repräsentativ-parlamentarische und fortan stärker um basisdemokratisch-partizipative und zivilgesellschaftliche Elemente erweiterte Demokratie wäre dann an das Gemeinwohl im Sinne einer sozialen Gleichheit aller freien und geschwisterlich miteinander verbundenen Bürger/innen und an deren nicht mehr durch Privilegien gespaltenen „volonté générale“ (Rousseau) rückgebunden.

Ohne Machtinteressen und Fraktionszwänge können gewählte Parteipolitiker/innen oder auch parteilose Politiker/innen, die über die jeweils erforderlichen Fähigkeiten verfügen, dem Parlament angehören und politische Aufgaben übernehmen, ohne dass sie zugleich als Expert/innen für ein bestimmtes Fachgebiet in eine von der Masse abgehobene Elite aufsteigen, denn Eliten und Massen gehen beiderseits in eine egalitäre Bürgergesellschaft über. Politische Kompromisse sind darin keine ‚faulen‘ Kompromisse mehr zwischen antagonistischen Interessen mächtiger und ohnmächtiger Gruppen, durch die die notwendigen Agrar-, Energie- und Verkehrswenden ausgebremst werden. Vielmehr sind Kompromisse dann Ergebnisse von Auseinandersetzungen zwischen ökonomisch gleich starken und politisch gleichberechtigten Bürger/innen, wobei sich schwierigere Probleme auf gleicher Augenhöhe unter Zuhilfenahme von wissenschaftlicher Expertise sowie von politischen Mediationsverfahren⁵⁸ lösen lassen – anders als in kapitalistischen Verhältnissen, in denen zum Beispiel Konflikte um Flughafenerweiterungen

⁵⁷ Vgl. hierzu Reinhard Schulz Hrsg. (2009).

⁵⁸ Im Rahmen seiner alles in allem unsystematischen und zum Teil auch sehr problematischen politischen Überlegungen schrieb Silvio Gesell u.a.: „Politik aber, die nicht mehr von Sonderbestrebungen geleitet wird, vielmehr allein von der höheren Warte des öffentlichen Wohls, ist keine Politik mehr, sondern angewandte Wissenschaft. Die Volksvertreter werden sich also in alle Staatsangelegenheiten wissenschaftlich vertiefen und eine Arbeitsweise sich aneignen müssen, bei der alle Leidenschaften schweigen und wo man mit nüchternem Sinne den nüchternen Beratungsstoff mit Hilfe der Statistik und Mathematik prüfen wird.“ (Silvio Gesell 1920/1991a, S. 89 – 90) – Zu politischen Mediationsverfahren vgl. Horst Zilleßen (2005), S. 83 – 94, und die Website <https://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/politische-mediation/> (Zugriff: 11.10.2020).

dadurch ‚gelöst‘ wurden, dass die von zusätzlichem Lärm in der Umgebung von Flughäfen belästigten Menschen finanzielle Entschädigungen bekamen. Unter den skizzierten neuen Umständen könnte sich auch das Problem der Herrschaft von Mehrheiten über Minderheiten durch einen tatsächlichen Ausgleich von Interessen entschärfen lassen.

Bei einer unter solchen Umständen tendenziell abnehmenden Komplexität der Gesellschaft – eine gerecht geordnete Gesellschaft dürfte weniger komplex sein als eine durch Interessengegensätze gespaltene und in Unordnung geratene Gesellschaft –, könnte sich eine von struktureller Wirtschaftsmacht befreite repräsentativ-parlamentarische Demokratie besser als bisher mit basisdemokratisch-partizipativen Elementen verbinden lassen – vor allem in kleineren und mittleren Rechtsstaaten sowie in größeren Rechtsstaaten zumindest auf den Kommunal- und Länderebenen. Zwar weisen längst nicht alle bestehenden Staaten der Welt eine von ihren Bevölkerungen überschaubare ‚optimale Größe‘ auf – aber das Problem der unterschiedlichen Größe von Rechtsstaaten verliert seine Brisanz, wenn sie alle gleichermaßen ihre innere soziale Spaltung überwinden.⁵⁹ Davon abgesehen können von Land zu Land auch unterschiedliche Kombinationen einer sich nach und nach von Machteinflüssen befreienden repräsentativ-parlamentarischen Demokratie mit Elementen einer direkt-partizipativen Demokratie wie Volksabstimmungen, Planungszellen, Runde Tische, die Konsultative, Bürgerhaushalte und Bürgerräte usw. erprobt werden. Sobald schließlich in einer sich entwickelnden egalitären Bürgergesellschaft auch Bildungschancen gleichmäßiger verteilt sein werden, könnten auch einzelne politische Ämter versuchsweise durch das Losverfahren besetzt werden – wie es bereits jetzt im Rahmen von Bürgerräten erwogen wird – und nach einer gewissen Zeit rotieren.

Die hier angedeuteten Parallelen zwischen einer Übereinstimmung von Eigeninteressen und Gemeinwohl in der Wirtschaft und in der Politik im Denkmodell einer „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ unterscheiden sich grundlegend von der Anwendung ökonomischer Theorien auf die demokratische Politik durch die „Ökonomische Theorie der Politik“ von Downs und Olson. Während diese Theorie Begriffe aus der kapitalistischen Ökonomie verwendete, um die kapitalistisch deformierte demokratische Politik zu beschreiben und zu legitimieren, geht es hier darum, ordnungspolitische Ähnlichkeiten von beider Strukturwandel auf dem Weg zu einer egalitären Gesellschaft von Wirtschaftsbürger/innen und politischen Bürger/innen sichtbar zu machen.

Eine offen bleibende große Frage der Demokratie

Da die real existierende, von kapitalistischer Wirtschaftsmacht beschädigte westliche Demokratie bislang ganz besonders gegenüber zwei existenziellen Herausforderungen versagt hat – zum einen bei der Bändigung der entgrenzten Macht

⁵⁹ Vgl. hierzu auch das Kap. 13.7 dieses Buches über die europäische Integration.

der internationalen Finanzmärkte und der großen Konzerne und zum anderen bei der Begrenzung der gefährlich zunehmenden Erderwärmung als den beiden höchsten Gipfeln der multiplen ökonomisch-sozialen und ökologischen Gesamtkrise – stellt sich schließlich die große Frage, ob sie entgegen allen bisherigen enttäuschenden Erfahrungen doch noch die Kraft aufbringen wird, mit dem erwähnten Gesamtpaket ökonomischer Strukturreformen den Primat der Politik gegenüber der strukturellen Macht des Geldes, der internationalen Finanzmärkte und der umweltzerstörerischen Realwirtschaft zu erlangen. Wird die repräsentative Demokratie in ihrer bestehenden Form eine parlamentarische Mehrheit für den Übergang aus der „kapitalistischen Marktwirtschaft und Demokratie“ in eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ hervorbringen – statt immer nur auf neue technische Pseudolösungen zu setzen wie zuletzt auf die grüne Wasserstofftechnologie, um den Verbleib in den alten falschen Strukturen noch eine Weile hinauszögern zu können? Wird die in unzählige widerstreitende Teile aufgespaltene bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft angesichts existenzieller Gefahren für das gesamte Leben auf der Erde doch noch einen Überlebenswillen mobilisieren und sich als fähig erweisen, sich mit den Mitteln der kapitalistisch beschädigten Demokratie zum Ganzen einer nachkapitalistischen Bürgergesellschaft zusammenzufügen und sich zu einer nachkapitalistischen Demokratie weiterzuentwickeln? Ist dies wie die Quadratur des Kreises eine Unmöglichkeit oder kann sich die Gesellschaft doch noch gleichsam wie Münchhausen am eigenen Schopf aus dem kapitalistischen Durcheinander herausziehen?

Dass die bislang in Interessenkämpfe verstrickte Politik der Parteien trotz vieler hehrer Wahlversprechen kaum mehr als Minimalkompromisse vollbracht hat, könnte nicht nur am organisierten Einfluss der die Machtstrukturen konservierenden Kräfte liegen, sondern zu einem großen Teil auch am weit verbreiteten Mangel an einer ökonomischen Allgemeinbildung. Zwar hat in der jüngeren Vergangenheit auch ökonomische Bildung Einzug in die Schulen gehalten, aber noch längst nicht in einem notwendigen Umfang und vor allem nicht – wie die Verbreitung von Börsenspielen im Unterricht zeigt – mit der notwendigen inhaltlichen Ausrichtung. Nach Auffassung des Wirtschaftspädagogen Andreas Leining ist „die Vorbereitung der jungen Menschen auf das Leben ... zentrale Aufgabe von Schule. ... Die soziale Marktwirtschaft prägt dabei wesentlich unser Leben.“ Ökonomische Kenntnisse sollen die Menschen bei vermeintlich „strukturell gleichen Lebens- und Handlungssituationen ... zur eigenverantwortlichen Bewältigung“ ihres „Lebens in der Wirtschaftswelt“ verhelfen. Statt wie Leining das Hauptaugenmerk auf die „Entrepreneurship Education“ als Handwerkszeug für Schülerunternehmen und Startups zur Gestaltung des „jeweilig eigenen Lebens nach eigenen Vorstellungen“ zu legen, sollte es in der Ökonomischen Bildung nicht nur im Sinne einer „geistigen Monokultur“ um die Vermittlung von Kenntnissen der als alternativlos dargestellten neoliberalen Orthodoxie gehen, sondern auch um eine „Befähigung

zur Multiperspektivität“ (Silja Graupe⁶⁰) und um eine Ermutigung junger Menschen zum kritischen Nachdenken über Wege zu einer zweiten Großen Transformation von Wirtschaft und Politik.

Erinnert sei an dieser Stelle an die Bildungsideale von Rousseau, Kant und Schiller, die die Erziehung der Menschen zu freien und gleichen Mitgestaltern des gesellschaftlichen Zusammenlebens einschloss. Während Rousseau junge Menschen auch zu „Teilhabern der Staatssouveränität“ erziehen wollte, sollten die Schulen Kant zufolge die in ihnen angelegten „Keime der Menschheit und Zivilisierung“ zur Entfaltung bringen und sie befähigen, an der Schaffung eines „zukünftigen besseren Zustands“ der menschlichen Gesellschaft mitzuwirken. Von Kant als Mensch und Weltbürger sehr beeindruckt, sah Friedrich Schiller in seinen Briefen „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“ den „Bau einer wahren politischen Freiheit“ als das „vollkommenste aller Kunstwerke“ an, das politisch gereifte Menschen hervorbringen sollte. Und noch in den Anfängen des 20. Jahrhunderts sollten Schulen nach Ansicht des US-amerikanischen Pädagogen John Dewey in besonderem Maße auch „Schulen der Demokratie“ sein.⁶¹ Zu deren Aufgaben sollte auch der Unterricht in Rhetorik und gewaltfreier Kommunikation gehören. –

Aufgrund großer Enttäuschungen darüber, dass die seit dem Erscheinen des Reports über die „Grenzen des Wachstums“ (1972) vergangenen fünf kostbaren Jahrzehnte nicht für einen grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Wandel genutzt wurden, sind Erwartungen an demokratische Politik u.a. in wachstums-kritischen Debatten mittlerweile gesunken. Die für eine Überwindung der „öko-suizidalen Daseinsform“ notwendige Reduktion des ökologischen Fußabdrucks von mehr als sieben Milliarden auf der Erde lebenden Menschen ist für Niko Paech ein „zivilisatorisches Großvorhaben, für das keine historische Parallele existiert“. Jedoch hält Paech „demokratische Mehrheiten für eine Postwachstumsstrategie“ für „unerreichbar“. Statt „das große politische Rad drehen“ und den „zunehmend manövrierunfähigen Tanker umlenken zu wollen“, setzt er seine Hoffnungen nur noch auf die persönliche Bereitschaft zum „Wandel von Lebensstilen und Alltagspraktiken“ sowie zum Bau „autonomer Rettungsboote. ... Individuen darin zu stärken, unter bescheidenen Bedingungen ein resilientes und würdiges Dasein zu

⁶⁰ Zur gegenwärtigen ökonomischen Bildung vgl. exemplarisch Andreas Leining (2019), S. V - VI (Vorbereitung auf die soziale Marktwirtschaft), 21 (vermeintlich strukturell gleiche Lebens- und Handlungssituationen) und 205 - 260 (Entrepreneurship Education). – Silja Graupe (2015), S. S. 43 - 68, hier: S. 59. - Im Zusammenhang mit den Börsenspielen ist interessant, dass das weit verbreitete kapitalistische Gesellschaftsspiel „Monopoly“ mit dem Spiel „The Landlord’s Game“ einen sozialkritisch-bodenreformerischen Vorläufer hatte; vgl. hierzu Michael Prüller (2007) und Daniel Meßner & Richard Hemmer (2020).

⁶¹ Zu den klassischen Bildungsidealen vgl. Dietrich Benner & Friedhelm Brüggem (2011), S. 5 (Schiller), 91 (Rousseau), 127 und 131 (Kant), sowie 245 - 263 (Dewey). – Vgl. auch John Dewey (1916/2000). - Bemerkenswert war ebenfalls das Bestreben des polnischen Arztes und Pädagogen Janusz Korczak, schon Kindern und Jugendlichen eigene Erfahrungen mit dem Erkennen von Recht und Unrecht zu vermitteln.

meistern, ist die demokratische Alternative zu einer Politik, die auf unerreichbare Mehrheiten setzt.“ Neben der Solidarischen Landwirtschaft, dem Urban Gardening, den Repaircafés, den Transition Towns usw. zählt Paech auch geldreformerisch konzipierte Regionalwährungen zu diesen „Rettungsbooten“.⁶²

In ähnlicher Weise sieht auch der US-amerikanische Soziologe Erik Olin Wright die Schaffung von kleinen Zukunftinseln und den Bau von Rettungsbooten als Möglichkeiten für eine sowohl utopische als auch realistische Linke, den Kapitalismus zu „untergraben. ... Anstatt den Kapitalismus durch Reformen ‚von oben‘ zu zähmen oder mittels eines revolutionären Bruchs zu zerschlagen, sollte ... der Kapitalismus dadurch erodiert werden, dass in den Räumen und Rissen innerhalb kapitalistischer Wirtschaften emanzipatorische Alternativen aufgebaut werden. ... Reale Utopien sind somit Institutionen, Verhältnisse und Praktiken, die in der Welt, wie sie gegenwärtig beschaffen ist, entwickelt werden können, die dabei aber die Welt, wie sie sein könnte, vorwegnehmen und dazu beitragen, dass wir uns in dieser Richtung voran bewegen.“ Durch zeichenhaftes Handeln in kleinen praktischen Modellen könnten zukünftige Alternativen zum Kapitalismus schon innerhalb der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse ansatzweise sichtbar gemacht werden. Obwohl es kein vollständig richtiges Leben in falschen Verhältnissen gebe, könnten kleine Inseln und Rettungsboote dennoch Auswege aus dem Falschen sein, die in richtige Richtungen weisen.⁶³

Bei anderen Kapitalismus- und Wachstumskritiker/innen, die die Hoffnungen auf ein demokratisch herbeigeführtes Umsteuern des „großen Tankers“ noch nicht aufgegeben haben, stößt diese empirisch durchaus nicht unbegründete Skepsis gegenüber dem Weltrettungspotenzial der vom Kapitalismus beschädigten Demokratie auf einen genauso verständlichen Widerspruch. Freilich bleibt vorerst ungewiss, wie ein demokratisch legitimierter Übergang aus der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ einmal aussehen könnte. Dennoch argumentieren Oliver Richters & Andreas Siemoneit, die zu den wenigen zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus differenzierenden Wachstumskritikern gehören, dass sich sozial gerechtes und umweltverträgliches Wirtschaften „nur in machtarmen Strukturen erreichen“ lässt. Deshalb halten sie ein „institutionelles Trockenlegen von Quellen systematisch leistungsloser Einkommen“ für eine zentrale „Aufgabe der Politik. ... Die entschei-

⁶² Niko Paech (2019), S. 22 (Verminderung des ökologischen Fußabdrucks), 24 (öko-suizidale Daseinsform), 25 (unerreichbare demokratische Mehrheiten), 45 (großes politisches Rad), 47 (Lebensstile und Alltagspraktiken) und 48 (Tanker und Rettungsboote). Zu den Regionalwährungen vgl. Margrit Kennedy & Bernard Lietaer (2004), Niko Paech (2008), S. 10 – 19, und Christian Gelleri (2009) und (2020). Zu Paechs genereller Wachstumskritik vgl. das Kap. 11.5.15 dieses Buches.

⁶³ Erik Olin Wright (2017), S. 69 – 71 (den Kapitalismus untergraben), 75 (Grundeinkommen) und 77 – 78 (Alternativen zum Kapitalismus im Kapitalismus). – Die historischen Vorläufer solcher kleiner Inseln und Rettungsboote in der von Franz Oppenheimer und Gustav Landauer angestrebten Gestalt von Siedlungsgenossenschaften erwähnt Wright allerdings nicht. Eine große Rolle spielt in seinem Denken, das in seinem Buch „Reale Utopien“ (Berlin 2017) weiter ausgeführt ist, stattdessen die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens.

denden Faktoren einer Transformation hin zu einer freiheitlichen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft lassen sich nur institutionell und damit politisch lösen.“⁶⁴

Beide scheinbar konträren, entweder ‚unten‘ oder ‚oben‘ ansetzenden Sichtweisen haben jeweils ihr Für und Wider und brauchen sich keinesfalls auszuschließen.⁶⁵ Vielmehr können sie sich sinnvoll ergänzen, indem sie die gegenwärtige Zeit sowohl für ein Einüben zukunftsfähiger individueller Lebensstile und Produktionsformen als auch für gedankliche Vorarbeiten an zukunftsfähigen Strukturen und Institutionen des gesellschaftlichen Lebens nutzen. Keine der beiden Sichtweisen kann für sich den Anspruch erheben, allein zum Ziel einer zweiten Großen Transformation zu führen. Die Wahrscheinlichkeit, dass mehr als die Hälfte der Menschen in absehbarer Zeit einen zukunftsfähigen Lebensstil einüben wird, dürfte nicht höher sein als die Wahrscheinlichkeit einer parlamentarischen Mehrheit für eine Änderung der wirtschaftlichen Grundstrukturen.

Egal, ob man der einen oder der anderen Sichtweise nähersteht oder beide für notwendig hält – die Welt befindet sich in einer Situation der „Verfahrenheit, Sinnlosigkeit und Ausweglosigkeit“, die die Philosophin Hannah Arendt schon während der 1950er Jahre unter dem nachwirkenden Eindruck von Auschwitz und Hiroshima diagnostizierte und auf einen wahrlich großen Gedanken brachte. „Bereits die Entstehung der Erde ... ist ... eine ‚unendliche Unwahrscheinlichkeit‘.“ Deshalb könne man sich „vergegenwärtigen, dass der gesamte Rahmen unserer realen Existenz: die Existenz der Erde, des organischen Lebens auf ihr, das Dasein des Menschengeschlechts auf einer Art Wunder beruht.“ Seit Jahrzehnten hängt das Leben auf der Erde gleichsam an einem seidenen Faden; es ist ebenfalls ein Wunder, dass dieser Faden noch nicht gerissen ist und dass das Leben noch nicht durch einen atomaren Overkill ausgelöscht wurde. Dementsprechend lässt sich mit Hannah Arendt „nur sagen: eine entscheidende Änderung zum Heil kann nur durch eine Art Wunder geschehen.“⁶⁶ Es lässt sich nicht ‚machen‘, weil das Leben unverfügbar ist; aber man kann ihm den Weg durch emanzipatorisches Denken und zeichenhaftes Handeln bereiten.

⁶⁴ Oliver Richters & Andreas Siemoneit (2019), S. 32 – 35 und 155 (Marktwirtschaft vs. Kapitalismus) sowie 156 - 157 und 164 (machtarme Strukturen, institutioneller Wandel). – Der Europäischen Zentralbank ist das Fehlen einer demokratischen Legitimation für ihre Null- und Negativzinspolitik der vergangenen Jahre bewusst geworden, weshalb sie einen Bürgerdialog begonnen hat; vgl. hierzu die Website <https://www.ecb.europa.eu/home/search/review/html/index.de.html> (Zugriff: 12.10.2020). An diesem Bürgerdialog haben sich Matthias Klimpel, Beate Bockting und Prof. Dr. Dirk Lühr seitens der „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung“ (INWO) mit einem Brief an die EZB-Präsidentin Christine Lagarde beteiligt. Vgl. Matthias Klimpel & Beate Bockting & Dirk Lühr (2020).

⁶⁵ Die Diskussionen hierüber waren ein ‚Dauerbrenner‘ in der Ringvorlesung bzw. Vortragsreihe zur Postwachstumsökonomie, die ich von 2008 bis 2018 gemeinsam mit Niko Paech, Oliver Richters, Marcel Hackler und Marius Rommel in Oldenburg organisieren konnte. Vgl. hierzu Website <http://www.postwachstumsoekonomie.de/vortragsreihe/> - Oliver Richters ist im Herbst 2020 mit dem Hans-Christoph-Binswanger-Preis ausgezeichnet worden.

⁶⁶ Hannah Arendt (1950-1959/2006), S. 82 – 83.

Niemand kann sagen, wie weit der Bau von kleinen Inseln und Rettungsbooten und die gedankliche Arbeit an einer großen politischen Strukturreform noch von einem solchen „Wunder“ entfernt sind. Und dennoch stellen sie schon seine ersten kleinen Keimzellen dar. In diesem Sinne lässt sich hoffen, dass sich nach dem „Wunder“ der friedlichen Revolution im Herbst 1989, bei dem Diktaturen und staatszentralistische Planwirtschaften in kapitalistische Demokratien und Marktwirtschaften übergangen, ein weiteres großes, ebenfalls „unwahrscheinliches Wunder“ ereignen wird, bei dem sich das als Ende der Geschichte missverstandene „stahlharte Gehäuse“ (Max Weber) der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft und Demokratie doch noch öffnet und in eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ übergeht – und zwar auf einem freiheitlichen, gewaltlos-friedlichen Weg, den auch schon John Maynard Keynes vor Augen hatte, als er wenige Jahre nach der ersten großen Weltwirtschaftskrise schrieb, dass diese „Ereignisfolge ... nichts Plötzliches sein wird ... und keine Revolution erfordern wird“.⁶⁷

Abschließend sei noch den Fragen nachgegangen, welche Rolle die neuere Transformationsforschung bei der Vorbereitung dieser „Ereignisfolge“ (Keynes) spielt und ob die gegenwärtige Corona-Krise neben mancherlei Gefahren für die Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft auch Chancen für einen großen Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik mit sich bringen könnte.

14.2 Transformationsforschung zwischen einem ‚Nicht mehr‘ und einem ‚Noch nicht‘

Nach der friedlichen Wende in den mittel- und osteuropäischen Ländern richtete sich die damals neu aufgekommene Transformationsforschung längere Zeit hauptsächlich auf den Übergang von der Plan- zur kapitalistischen Marktwirtschaft.⁶⁸ Diese Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa war gewissermaßen eine mit historischer Verspätung nachgeholte Vollendung der ersten „Großen Transformation“ (Karl Polanyi, 1944), die auch die nicht-westliche Welt in die kapitalistische Marktwirtschaft hineinführte. Mittlerweile sucht die neuere Transformationsforschung für die ganze Welt in Nord und Süd, West und Ost nach Wegen in nachhaltige Formen des Wirtschaftens. Bislang hat sie jedoch noch keine aus der kapitalistischen Marktwirtschaft wieder herausführende zweite „Große Transformation“ in eine zweite, andere Moderne mit einer nachkapitalistischen, wieder in soziale Bezüge eingebetteten Marktwirtschaft in den Blick genommen.

Besonders seit dem UN-Klimagipfel 2015 in Paris ist eine betriebs-, regional- und gesamtwirtschaftliche Transformation vom fossil basierten zu einem Ressourcen schonenden und regenerative Energiequellen nutzenden Wirtschaften in den Vordergrund getreten. Dementsprechend und auch im Hinblick auf das Wachstum

⁶⁷ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317 (evolutionärer wirtschaftspolitischer Gezeitenwechsel).

⁶⁸ Vgl. hierzu exemplarisch Benjamin Benz & Jürgen Boeckh & Ernst-Ulrich Huster (2020).

der Weltbevölkerung mahnen die Vereinten Nationen (UN) in einer „Agenda 2030“ die praktische Umsetzung ihrer „Sustainable Development Goals“ an und sie fordern die Entwicklung von Maßnahmen, die die mit dieser ökonomischen Transformation einhergehenden sozialen Verwerfungen abfedern können.⁶⁹

Die UN-„Agenda 2030“ verband sich in Deutschland mit dem Diskurs über Wechselwirkungen zwischen den Wissenschaften und gesellschaftlichen Veränderungen, den der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU) kurz zuvor in einem Gutachten zur „Großen Transformation“ angestoßen hatte. Es wies den Wissenschaften die Aufgabe zu, als „transformative Wissenschaften“ Wissen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung hervorzubringen. Daraufhin forderten die Ökonomen Uwe Schneidewind und Reinhard Pfriem die ökonomische Fachwissenschaft in einem Aufruf dazu auf, „neue technologische Lösungen auf der Grundlage natur- und ingenieurwissenschaftlicher Forschung oder neuer Behandlungsmethoden auf der Grundlage medizinischer Forschung“ als „neue Handlungsoptionen“ zu entwickeln und „neue Denkräume für den politischen, gesellschaftlichen und unternehmensbezogenen Diskurs (zu) eröffnen. ... Aber auch durch ökonomische Forschung ermöglichte innovative Finanzmarktinstrumente oder das Aufzeigen neuer gesellschaftlicher und ökonomischer Handlungsmodelle wie einer ‚Sharing Economy‘ fallen hierunter. ... Für eine nachhaltige Entwicklung braucht es daher eine transformative Wirtschaftswissenschaft, die sich ausdrücklich zu ihrem Charakter als ‚Handlungstheorie‘ (Beschorner) und ‚Möglichkeitwissenschaft‘ (Pfriem) bekennt.“ Als einen „gemeinsamen Wärmestrom für eine bessere Zukunft von Mensch und Natur“ betrachteten Schneidewind, Pfriem und die Mitunterzeichner ihres Aufrufs die Ökologische Ökonomik, die Nachhaltigkeitsökonomik, die Evolutorische Ökonomik, Ansätze der Commons-Ökonomie von Elinor Ostrom sowie die Genossenschafts-, Gemeinwesen- und Gemeinwohlökonomien, die Postwachstumsökonomie, die Ökonomie des Genug und das Nachhaltigkeitsmanagement. Zum Programm einer „transformativen Wirtschaftswissenschaft“ gehörten für Schneidewind und Pfriem u.a. die Fragen, „wie bestehende nicht-nachhaltige Produktions- und Konsummuster rascher und wirkungsvoller aufgebrochen werden können“, „wie Nachhaltigkeitsziele als integraler Bestandteil der Fiskal-, Verteilungs-, Arbeitszeit- und Außenwirtschaftspolitik konzipiert werden können“ und wie einzelne Unternehmen und Branchen ihre Produktionsziele und -methoden verändern können.⁷⁰

Im Anschluss an das WBGU-Gutachten und an diesen Aufruf vertiefte Schneidewind in seinem ambitionierten Buch „Die Große Transformation“ (2018) das Verständnis von Transformationsprozessen und knüpfte hierbei auch ausdrücklich an Karl Polanyis gleichnamiges Buch an, in dem es um eine Wiedereinbettung der

⁶⁹ Uwe Schneidewind & Reinhard Pfriem (2016). Zu den „Sustainable Development Goals“ der UN vgl. die Website http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/ (Zugriff: 10.10.2020) Ob die praktische Umsetzung „weltweit im vollen Gange“ ist, wie Entwicklungsminister Gerd Müller im Vorwort zur deutschen Ausgabe schrieb, erscheint allerdings sehr zweifelhaft.

⁷⁰ Uwe Schneidewind & Reinhard Pfriem (2016).

verselbstständigten Wirtschaft in soziale – und natürliche – Lebenswelten ging.⁷¹ Er entfaltete das Nachhaltigkeitsziel als eine „kulturelle Revolution“ und einen „moralisch-zivilisatorischen Fortschritt“, führte in das „Konzept einer Zukunftskunst“ ein und beschrieb die „Arenen der Großen Transformation“, auf denen jeweils eine große Wende vorstattengehen soll: Landwirtschaft, Energie, Ressourcen, Mobilität, Ernährung und Konsum, Städte und Industrien. „Die letzte Phase einer moralischen Revolution zeigt sich schließlich darin, dass Menschen nicht nur alte Praktiken für falsch und neue für richtig erklären, sondern sie erkennen auch, dass die alten Praktiken etwas Schändliches an sich hatten.“ Schließlich wandte sich Schneidewind den „Akteuren der Großen Transformation“ zu und fragte nach der Bedeutung der „Zukunftskunst“ für die Politik, Unternehmen, Wissenschaften, Zivilgesellschaft und einzelne Pionier/innen.⁷²

Schneidewind ging es darum, „durch Übersetzung der moralischen Intuitionen in ein ethisches Regelsystem, durch innovative Lösungen und Institutionalisierungen den zivilisatorischen Sprung zu stabilisieren und ihm zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen“. Neben neuen Ideen und dem technischen Fortschritt hielt er auch „politische und institutionelle Regelungen“ für erforderlich und es war ihm bewusst, dass eine Nachhaltige Entwicklung nicht nur eine kulturelle und soziale Frage ist, sondern auch eine „Gerechtigkeitsfrage. ... Transformative Kräfte müssen sich mit bestehenden Interessen und sozialen und strukturellen Machtstrukturen auseinandersetzen, die der sozial-ökologischen Transformation im Weg stehen.“⁷³

Wie wichtig es wäre, die „Gerechtigkeitsfrage“ und die Nachhaltigkeitsfrage im Zusammenhang zu sehen und sich im Interesse von beider Lösung mit den bestehenden Machtstrukturen auseinanderzusetzen, unterstrich eine gemeinsame Studie von OXFAM und dem Stockholmer Umweltinstitut „Confronting Carbon Inequality“. Ihr Ergebnis lautete: „Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung waren für mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Emissionen verantwortlich, die zwischen 1990 und 2015 in die Atmosphäre gelangten. Das eine Prozent der Reichsten war in dieser Zeit für 15 Prozent der Emissionen verantwortlich - mehr als alle Bürgerinnen und Bürger der EU und mehr als doppelt so viel wie die ärmste Hälfte der Menschheit (7 Prozent).“⁷⁴ Umso fragwürdiger ist es, dass sich die neuere Transformationsforschung überwiegend auf technische Nachhaltigkeitsziele focussiert und die ökonomischen Machtstrukturen umgeht. So entfernten sich Schneidewind und andere Transformationsforscher bislang noch nicht weit genug von den globalisierten Grundstrukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft. Zwar ging Schneidewind der Frage „Was ist eigentlich Kapitalismus?“

⁷¹ Zu Karl Polanyi und seinem Werk vgl. das Kap. 8.5 in diesem Buch.

⁷² Uwe Schneidewind (2018), S. 13 (kulturelle Revolution, Zukunftskunst), 15 (Arenen der Transformation), 23 (moralisch-zivilisatorischer Fortschritt) und 28 (moralische Revolution).

⁷³ Uwe Schneidewind (2018), S. 30 (endgültiger Durchbruch, politische und institutionelle Regelungen) und 34 – 35 (Gerechtigkeitsfrage).

⁷⁴ OXFAM und Umweltinstitut Stockholm (2020).

nach und sah auch, dass „das Akkumulationsprinzip als Garant von Wohlstand und Wohlbefinden ... fragwürdiger“ wird. Aber auf die Rolle des kapitalistischen Geldes als tieferer Antriebskraft der Kapitalakkumulation und -konzentration mitsamt der Vermachtung der Märkte ging er überhaupt nicht ein und definierte „eine Wirtschaftsform als umso kapitalistischer, je mehr Marktwirtschaft und Privateigentum das Wirtschaftssystem prägen.“ Im Zusammenhang mit seiner Frage, „ob und in welchem Umfang sich die Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung modifizieren und erweitern lassen ... , ohne dass die produktive Grunddynamik eines marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems dabei verloren geht“, zog Schneidewind nicht in Betracht, dass das Geld strukturell verändert werden könnte, um die Marktwirtschaft zu entkapitalisieren und im Sinne von Polanyi in soziale und natürliche Lebenswelten einzubetten. Auch die einer Dekarbonisierung im Wege stehende Tatsache, dass die fossil basierte kapitalistische Marktwirtschaft auf einer besonders in den Grundstoffindustrien sehr hohen Konzentration von Geld- und Realkapital aufgebaut war, berücksichtigte er bislang noch nicht.⁷⁵ Und noch sah er nicht, dass der Übergang in eine nachhaltige und sozial ausgewogene Wirtschaft neben Veränderungen in Unternehmen und Technologien auch eines ökonomisch-strukturellen Wechsels von der Kapitalakkumulation und -konzentration hin zu deren Dezentralisierung durch Reformen der Geldordnung, des Boden- und Ressourcenrechts sowie der Unternehmensverfassung bedürfte, um eine Ressourcenwende, eine Urbane Wende oder eine Industrielle Wende zu vollbringen und „mittlere Technologien“ (Ernst Friedrich Schumacher) anstelle der bisherigen „Mega-Maschine“ (Lewis Mumford) entstehen zu lassen. Statt den globalen Finanzkapitalismus - weil er „blind gegenüber ökologischen und sozialen Nebenfolgen ist“ - grundsätzlich in Frage zu stellen, begnügte sich Schneidewind damit, seinen „Blick auf die Akteure des Finanzsektors“ zu richten. Die „Zukunftskunst in globalisierten Finanzmärkten“ bestehe darin, dass einzelne große Akteure nicht mehr in der Logik des Shareholder Value mitschwimmen, sondern im Sinne der „Divestment-Bewegung“ Entscheidungen treffen, mit denen sie große Weichen in die Richtung von mehr technischer Nachhaltigkeit stellen. Außerdem gelte es, den „Sektor sozialökologischer Alternativfinanzierungen“ mit „Reallaboren“ wie der GLS-Gemeinschaftsbank und anderen alternativen Banken zu stärken. „Alle diese Ansätze können Impulse für die Verringerung von Dysfunktionalitäten des heutigen globalen Kapital- und Finanzsystems leisten.“⁷⁶

Im Übergang vom alten ‚Nicht-Mehr‘ zum neuen ‚Noch-Nicht‘ orientiert sich die Transformationsforschung also noch stärker an realpolitisch-systemimmanenten als an realutopisch-systemtranszendierenden Denkmustern. Erstere haben ge-

⁷⁵ Uwe Schneidewind (2018), S. 68 (Kapitalismus), 69 (Definition des Kapitalismus), 73 (Modifikation und Erweiterung der Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung) und 76 (Akkumulationsprinzip). Siehe auch S. 104 (Reformation statt Revolution), 143 – 154 (Dekarbonisierung) und 279 – 294 (Grundstoffindustrien).

⁷⁶ Uwe Schneidewind (2018), S. 413 – 419 (blinder Finanzkapitalismus, Akteure, Divestment, GLS-Bank) und 447 – 451 (Reallabore).

wiss ihre teilweise Berechtigung und dennoch sind sie unzureichend. Die „moralischen Intuitionen“ (Schneidewind) müssten über betriebliches Handeln hinaus auch in einen realutopischen Ausblick auf Auswege aus den bestehenden Machtstrukturen und auf eine strukturell gerechte Ordnung übersetzt werden. Ein solcher Ausblick auf eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ erscheint der Transformationsforschung aber offenbar noch als zu utopisch, ‚nicht anschlussfähig‘, ‚weltfremd, unmodern oder ‚kleinbürgerlich‘. Die ökologischen Grenzen des Wachstums sind jedoch bekanntermaßen unausweichlich und ganz aktuell bestätigen die Hinweise des Teams des Forschungsschiffes „Polarstern“ auf das dramatisch fortschreitende Abschmelzen des arktischen Eises die Auffassung der „Fridays for Future“, dass das Zeitfenster für eine zweite Große Transformation nur noch klein ist und dass keine kostbare Zeit mehr mit Halbheiten verhandelt werden darf.⁷⁷ Deshalb darf die Frage nicht länger verdrängt werden, ob sich resiliente ‚Mischkulturen‘ nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in den anderen Bereichen der Wirtschaft vielleicht doch besser auf mono- und oligopolpolfreien Märkten mit vielen dezentralen kleinen und mittleren Unternehmen erreichen lassen als innerhalb der bisherigen, auf Kapitalakkumulation und -konzentration beruhenden ‚fortschrittlichen‘ Großstrukturen.

14.3 Corona-Krise – Ein mit herkömmlichen Mitteln überwindbarer Schock für die Wirtschaft oder auch eine Chance für ein Vorankommen der Transformation?

Im Dezember 2018 klagte die schwedische Schülerin und Klimaaktivistin Greta Thunberg in einer Rede vor der UN-Klimakonferenz in Kattowitz die Politiker der Industriestaaten an: „Ihr sprecht nur von grünem ewigem Wirtschaftswachstum, weil ihr zu viel Angst habt, unpopulär zu sein. Ihr redet nur davon, mit denselben schlechten Ideen weiterzumachen, die uns in diesen Schlamassel gebracht haben. Selbst wenn es das einzige Vernünftige ist, die Notbremse zu ziehen.“ Und im Januar 2019 wiederholte Greta Thunberg ihre Mahnung vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos: „Unser Haus steht in Flammen. Laut Weltklimarat sind wir weniger als zwölf Jahre von dem Punkt entfernt, an dem wir unsere Fehler nicht mehr korrigieren können. In dieser Zeit müssen beispiellose Veränderungen in allen Aspekten der Gesellschaft erfolgen.“⁷⁸ Die in Davos versammelten Fach-

⁷⁷ Vgl. hierzu den Rundfunkbericht auf der Website https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Expeditionsleiter-Polarstern-Das-Eis-der-Arktis-stirbt,polarstern408.html (Zugriff: 13.10.2020).

⁷⁸ Greta Thunberg (2019), S. 37 – 38 (Notbremse) und 43 (weniger als 12 Jahre). – Eine von den „Fridays for Future“ mit Unterstützung der GLS-Gemeinschaftsbank beim Wuppertal-Institut in Auftrag gegebene Studie „CO₂-neutral bis 2035“ verzichtet auf eine Diskussion über notwendige Strukturreformen der Wirtschaft. Die „Denkanstöße“, die sie nach eigenem Bekunden geben will, konzentrieren sich auf „zentrale technologische Bausteine“ in den Bereichen Energie, Verkehr, Industrie und Gebäude sowie auf den Hinweis, dass „damit möglicherweise verbundene Verschärfungen sozialer Ungleichhei-

leute aus Wirtschaft und Politik zeigten sich davon jedoch wenig beeindruckt. Statt die Mahnungen von Klimaforschern und der „Fridays-for-Future“-Bewegung ernst zu nehmen, verstieg sich Thomas Mayer, der frühere Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, sogar zu dem Vorwurf an ihre Initiatorin Greta Thunberg, dass eine von ihr geschürte Angst vor einem Klimawandel in Verbindung mit negativen Zinsen eine wirtschaftliche Rezession heraufbeschwören würde.⁷⁹

Ein Jahr später ist die umweltzerstörerische Wachstumsmaschinerie aus einem ganz anderen Grund in eine schwere Rezession geraten. Was Greta Thunberg und die „Fridays-for-Future“-Bewegung nicht erreichen konnten, nämlich angesichts der drohenden Klimakatastrophe „die Notbremse zu ziehen“, das bewirkte im Frühjahr 2020 die akute Angst vor einer unkontrollierbaren exponentiellen Ausbreitung des Corona-Virus. Während mehrerer Wochen gab es einen weitgehenden Lockdown der ‚Normalität‘ des gesellschaftlichen Lebens. Im Vergleich damit waren die vier autofreien Sonntage während der sog. Ölkrise im Herbst 1973 eine Banalität. Warum waren vor dem Lockdown nicht einmal ein Tempolimit auf Autobahnen oder ein wöchentlicher „Veggie day“ ernsthaft diskutierbar? Und gab bzw. gibt es neben dem Coronavirus keine weiteren Gefahren wie zum Beispiel die Produktion und den Export von Giftstoffen wie Glyphosat oder von Waffen⁸⁰, vor denen das Leben als höchstes Gut zu schützen wäre?

Das Ausmaß der gegenwärtigen Corona-Pandemie und ihrer ökonomischen Folgen geht über die Ausmaße früherer Pandemien wie Sars, Mers und Ebola weit hinaus. Binnen kurzer Zeit hat sich die Corona-Pandemie weltweit verbreitet. Zudem ist sie kein singuläres Ereignis, sondern eine weitere Facette der multiplen ökonomisch-ökologischen und nunmehr auch der medizinisch-sozialen Gesamtkrise. Sie verschärft diese Gesamtkrise noch und dürfte auch nach der Entwicklung von Impfstoffen nicht sofort ausgestanden sein. Außerdem könnte es in Zukunft zu ähnlichen Pandemien kommen.⁸¹ Gewiss bedarf es eines offenen Dialogs in der Gesellschaft und im Parlament über medizinische Aspekte solcher Pandemien und die Angemessenheit von Schutzmaßnahmen – es ist jedoch abwegig, die Gefahren durch solche Pandemien klein zu reden oder darin gar Inszenierungen ‚böser Mächte‘ zu sehen.⁸² Vielmehr verschärfen solche Pandemien

ten und Benachteiligungen vermieden werden müssen“. Vgl. Wuppertal-Institut & Fridays for Future Hrsg (2020), S. 10 (Denkanstöße), 13 (Gefahr zunehmender sozialer Ungleichheiten) und 101 – 104 (zentrale technologische Bausteine).

⁷⁹ Thomas Mayer (2019).

⁸⁰ Vgl. hierzu die Webseiten <https://www.ohne-ruestung-leben.de/ziele/ruestungsexporte-stoppen.html> und <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/ruestungsexporte/> (Zugriffe: 31.10.2020) sowie die einschlägigen Veröffentlichungen von Jürgen Grässlin.

⁸¹ Auf Zusammenhänge zwischen der ökonomisch-ökologischen und der medizinisch-sozialen Krise weist der Umstand hin, dass Pandemien vor allem dort ‚ausbrechen‘, wo die globalisierte Industriegesellschaft viel zu weit in natürliche Lebensräume vorgedrungen ist und/oder wo es eine extreme Armut gibt. Vgl. hierzu Simone Sommer (2020a) und (2020b).

⁸² Vgl. die ARTE-Dokumentation „Corona – Sicherheit contra Freiheit“ am 10.11.2020; auf der Website <https://www.youtube.com/watch?v=ebPB5egg4X4> (Zugriff: 11.11.2020) - Zu den Corona-

die ohnehin schon gefährliche multiple ökonomisch-ökologische Gesamtkrise noch zusätzlich. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Corona-Pandemie nicht nur das Gefahrenpotenzial der multiplen Gesamtkrise noch erhöht oder ob sie vielleicht wegen des zunehmenden Problemdrucks sogar auch Chancen für deren schnellere Lösung mit sich bringen könnte. So witterten während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 sowohl die Anhänger eines Bedingungslosen Grundeinkommens als auch die Befürworter des Helikoptergeldes Morgenluft und auch innerhalb der Geld- und Bodenreformbewegung kamen Überlegungen auf, ob die historische Stunde ihres Beitrags zu einer zweiten „Großen Transformation“ näher rücken könnte.⁸³

Vom Neoliberalismus zur Wiederanerkennung der Notwendigkeit staatlichen Handelns

Die neoliberale Standardökonomie könnte die Corona-Krise als einen externen Schock abtun, der die Überzeugungskraft ihrer Modellwelt in keiner Weise verringere. Jedoch hat schon die Krise auf den internationalen Finanzmärkten vom Herbst 2008 ihre Annahme widerlegt, dass sich selbst überlassene ‚freie‘ Märkte solch große Krisen aus eigener Kraft überwinden könnten. Und bedarf es noch weiterer praktischer Beweise dafür, dass es ein schwerer Fehler in der Ära des Neoliberalismus war, das Gesundheitswesen an wirtschaftlichen Effizienzkriterien auszurichten und sich (nicht nur) bei Medikamenten und Schutzkleidung von weltweiten Lieferketten abhängig zu machen?

Während die große Krise auf den internationalen Finanzmärkten 2008 nur eine Krise einiger durch ‚faule‘ Kredite in Schieflagen geratener Großbanken war, hat die gegenwärtige Corona-Pandemie zu einer Krise der gesamten Realwirtschaft geführt. Der erste Lockdown und seine schrittweise Lockung stellten ein historisch beispielloses gesellschaftliches Großexperiment dar – ebenso wie der zweite, weniger weit gehende ‚Lockdown light‘, der im Herbst 2020 aufgrund erneut steigender Zahlen von Neuinfektionen beschlossen wurde, nachdem sich Politik und Wirtschaft während der Sommermonate schon auf eine wirtschaftliche Kon-

Verschwörungstheorien vgl. Michael Butter (2018) und Katharina Nocun & Pia Lamberty (2020) sowie das Interview mit Pia Lamberty auf der Website <https://www.geistes-und-sozialwissenschaften-bmbf.de/de/Interview-mit-Sozialpsychologin-Pia-Lamberty-M-Sc-2008.html> (Zugriff: 24.10.2020).

⁸³ Zum Grundeinkommen vgl. den Aufruf von Werner Rätz (2020). Außerdem sammelte eine Volksinitiative „Hamburg soll Grundeinkommen testen“ mit dem Ziel eines Volksentscheids im Jahr 2021 und eines im Jahr 2023 beginnenden dreijährigen Modellversuchs, bei dem 2000 Hamburger/innen drei Jahre lang ein monatliches Grundeinkommen zwischen 200 und 1300 Euro erhalten sollen. Vgl. dazu Ilka Kreuzträger (2020) und Adrienne Göhler (2020). – Zum BGE in Spanien vgl. Reiner Wandler (2020), S. 9. – Zur Diskussion über das Helikoptergeld beim IWF vgl. Astrid Dörner & Jan Mallien (2020) und zum Helikopter-Geld in Hongkong vgl. Markus Diem Meier (2020). – Vgl. auch die Anmerkung 82 im Kapitel 12 dieses Buches und die Nr. 2/2020 der Zeitschrift „Fairconomy“ mit dem Motto „Corona zum Wandel nutzen!“; aber der Website <https://www.inwo.de/fairconomy/> (Zugriff: 31.10.2020).

solidierung eingestellt hatten. Noch lassen sich die Langzeitwirkungen der Corona-Pandemie kaum überblicken. Und erst recht werden sie unübersehbar, wenn noch mehr Infektionswellen, andere Pandemien⁸⁴ und die Folgen eines weiteren Aufschubs der Lösung der multiplen ökonomisch-ökologischen Gesamtkrise hinzukommen sollten.

Nach Schätzungen von Wirtschaftsforschungsinstituten könnte die Wirtschaft in Deutschland und in anderen Ländern im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie um 5 oder noch mehr Prozent schrumpfen. „Das ist ein deutlich stärkerer Rückgang als derjenige der weltweiten wirtschaftlichen Aktivität in der Finanzkrise 2008/2009.“⁸⁵ Infolgedessen wird die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen zur Rettung der gesamten Realwirtschaft ebenso wie vor Jahren die Notwendigkeit der staatlichen Bankenrettung nirgendwo bestritten. Die besonders die private Nachfrage durch kreditfinanzierte Ersatznachfrage stützenden Rettungsmaßnahmen gehen gegenwärtig noch weit über den Umfang der staatlichen Bankenrettung im Jahr 2008 hinaus. Bislang bewegen sie sich allerdings noch ganz in den herkömmlichen Denkmustern des keynesianischen Deficitspendings. Um sie als kraftvoll und wirkmächtig erscheinen zu lassen, gelten sie gemäß dem Sprachgebrauch des deutschen Bundesfinanzministers Olaf Scholz (SPD) als großer „Wumms“.⁸⁶

Gleich einer ‚Ersten Hilfe am Unfallort‘ wurden in Deutschland und anderen Ländern sowie in der EU unmittelbar nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Eiltempo staatliche Kredite in gigantischen Höhen aufgenommen, um die Staaten und die EU in die Lage zu versetzen, das allzu lange unter Kostendruck gesetzte Gesundheitswesen etwas nachzubessern und um den vielen plötzlich in Not geratenen Firmen und Institutionen über diese Krise hinwegzuhelfen. Und als Hilfsprogramm beschloss die Europäische Zentralbank zusätzliche Anleihekäufe in einem gigantischen Umfang.⁸⁷

Als ‚systemrelevant‘ erwiesen sich in der Corona-Krise nicht nur einzelne Großbanken, sondern die ganze Bandbreite der Realwirtschaft von den Großunternehmen bis hin zu unzählig vielen mittleren und kleinen Unternehmen, Solo-Selbstständigen, Kulturschaffenden und Geringverdienern, was die Auszahlungen von Hilfgeldern aufwändig machte und auch zu Betrugsversuchen führte. Davon abgesehen waren diese akuten Rettungsmaßnahmen trotz ihres systemimmanenten Charakters notwendig, denn ihre Unterlassung hätte zu einem Kollaps

⁸⁴ Zu möglichen weiteren Pandemien vgl. eine Studie des Weltbiodiversitätsrats IPBES (2020) und die Website <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/117877/Pandemien-werden-in-Zukunft-haeufiger-auftreten> (Zugriff: 31.10.2020).

⁸⁵ Vgl. hierzu das Sondergutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage (SVR) zur Corona-Pandemie (2020) und Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020) sowie Hanno Beck & Aloys Prinz (2020), S. 34, und Marcel Fratzscher (2020), S. 24 – 28 (Ausbreitung der Pandemie) und 34 – 43 (wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie).

⁸⁶ Olaf Scholz (2020).

⁸⁷ Zu Einzelheiten der Rettungspakete vgl. Hanno Beck & Aloys Prinz (2020), S. 35 – 36. – Zum Coronanotfall-Paket der EZB vgl. Christine Lagarde (2020).

sämtlicher wirtschaftlicher Strukturen führen können. „Alles wird mobilisiert“, schreibt Daniel Stelter in „Cononomics“, „um eine neue große Depression zu verhindern und die wirtschaftlichen Folgen für die Menschen zu begrenzen.“⁸⁸

Innerhalb der widersprüchlichen Strukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft und der immer noch sozial gespaltenen Gesellschaft handelten die Staaten gleichwohl als dem Druck von wirtschaftlichen Interessengruppen ausgesetzte Rechts- und Machtstaaten. Auf das Marktversagen folgte also keineswegs ein von Schwächen und Versagen freies Handeln der Staaten, auch wenn das „erste Fazit“ der Corona-Rettungsmaßnahmen „im Großen und Ganzen“ nach Einschätzung von Marcel Fratzscher, dem Präsidenten des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW) „sehr positiv“ ausfiel. „Die Politik hat schnell und mutig reagiert, damit Vertrauen geschaffen, viele Unternehmen zumindest teilweise vor der Insolvenz gerettet und einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert.“ Allerdings bezweifelt Fratzscher, ob das in der Corona-Krise gestärkte Vertrauen der Bevölkerung in die Politik von Dauer sein könne, weil die soziale Ungleichheit in dieser Krise nochmals zugenommen habe.⁸⁹

Sowohl als Nehmer von gigantischen Krediten wie auch als Geber von Rettungsgeldern standen die Staaten - bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen! - vor riesigen hochkomplexen Herausforderungen, die sie nur unvollkommen bewältigten. So konnten sie weder die immensen Kosten der Rettungspakete halbwegs gerecht auf alle unterschiedlich betroffenen Gesellschaftsschichten verteilen, noch konnten sie diese Rettungsgelder allen Betroffenen entsprechend ihrer konkreten Notlagen zugutekommen lassen.

Wie bei früheren Krisen gab es auch jetzt wieder Krisengewinner, die dank ihrer Erfahrungen im Umgang mit Subventionen mehr ‚mitnahmen‘ als ihren tatsächlichen krisenbedingten Zahlungsschwierigkeiten entsprach. Beispielsweise beantragten Autokonzerne wie Daimler, VW und BMW Kurzarbeitergeld, obwohl sie noch finanzielle Reserven hatten, um Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten zu können. Und ebenso gab es Krisenverlierer/innen wie vor allem die Eltern, Alleinerziehenden und Pflegenden. Deren in ihrer Bedeutung immer noch weit unterschätzte, aber dennoch ‚systemrelevante‘ Familien- und Sorgearbeit wurde auch in dieser Krise nicht angemessen gewürdigt.⁹⁰

Die Kosten der Rettungspakete werden letztendlich wieder von der Steuern zahlenden Allgemeinheit (und der nachfolgenden Generation) getragen – also hauptsächlich von denjenigen Teilen der Allgemeinheit, die auch bisher schon mit ihren Lohn- und Einkommensteuern den Löwenanteil zum Staatshaushalt beitragen, während Menschen aus den oberen Schichten und große Unternehmen vielfach die Zahlung entsprechend hoher Steuern vermieden haben. Nach einer

⁸⁸ Daniel Stelter (2020), S. 189.

⁸⁹ Marcel Fratzscher (2020), S. 84 – 92, 117 – 119 und 130 – 135 (Unvollkommenheiten von Märkten du Staaten), hier: S. 91 (erstes Fazit).

⁹⁰ Zu den Schwächen des Corona-Rettungspakets vgl. Sebastian Dullien (2020).

Studie der schweizerischen Großbank UBS und der international agierenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse Coopers, die beide der Kapitalismuskritik unverdächtig sind, sind die Vermögen von Superreichen während der Corona-Krise nochmals stark gestiegen: „In Deutschland - der größten europäischen Volkswirtschaft - kommen die 119 Milliardäre auf ein Gesamtvermögen von 595 Milliarden Dollar. Bei der Untersuchung im März 2019 lag diese Summe noch bei 500,9 Milliarden Dollar. ... Covid-19 beschleunigt nun überdurchschnittlich das Vermögenswachstum in den innovationsgetriebenen Bereichen wie dem Technologie- oder Gesundheitssektor und sorgt damit für eine Verschiebung des Vermögens.“ Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kam im Herbst 2020 in einer Studie zu dem Ergebnis, dass „das reichste Prozent der Bevölkerung rund 35 Prozent des Vermögens auf sich vereint“ und dass „die oberen 10 Prozent ... gut zwei Drittel des gesamten individuellen Nettovermögens ... besitzen.“⁹¹

Warum sollte es angesichts dieser extremen sozialen Ungleichheit nicht angestrebt werden, mit der realpolitischen Rettung bestehender falscher Wirtschaftsstrukturen vor einem finalen Kollaps auch erste Schritte zu deren Korrektur durch eine ‚gerechtere‘ Verteilung der Kosten der Rettungsmaßnahmen auf alle Bevölkerungsschichten und durch Anreize zu einem ökologischen Umbau der Realwirtschaft zu verbinden?

Erinnert sei daran, dass es in einer ebenfalls sehr schwierigen Lage nach dem Zweiten Weltkrieg möglich war, was nach dem Ersten Weltkrieg mit weitreichenden tragischen Folgen unterblieben war. Damals hatte Silvio Gesell zusätzlich zu einer Geld- und Bodenreform eine einmalige gestaffelte, bis zu 75%ige Vermögensabgabe zur Sanierung der durch den Ersten Weltkrieg ruinierten Staatsfinanzen gefordert. Stattdessen wurden die kriegsbedingten Staatsschulden mittels einer Hyperinflation ‚bereinigt‘, was die Weimarer Republik destabilisierte und weitreichende tragische Folgen nach sich zog.⁹² Auch wenn der Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg noch keineswegs einer gestaffelten, bis zu 75%igen Vermögensabgabe entsprach, so gelang es damit dennoch, die materiellen Folgen des Zweiten Weltkriegs zumindest tendenziell gleichmäßiger auf viele Schultern zu verteilen. Auf diese Weise wurden große Vermögensunterschiede zwischen Reichen und Armen, Einheimischen und Geflüchteten bzw. Vertriebenen wenigstens gemildert. Da die Zahlungen in jährlichen Teilbeträgen über einen längeren Zeitraum gestreckt werden konnten, „entsprach das einer Vermögenssteuer von rund zwei Prozent“ im Jahr. „Das konnte in aller Regel aus den Kapitalerträgen bezahlt werden; die Substanz wurde nicht angegriffen. ... Der Las-

⁹¹ Zur UBS- und PwC-Studie vgl. einen Bericht der ARD-Tagesschau (2020). – Zur DIW-Studie vgl. Carsten Schröder & Charlotte Bartels & Konstantin Göbler & Markus Grabka & Johannes König (2020), S. 512. – Vgl. auch die Website <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/weniger-millionaere-in-deutschland-laut-studie-zu-vermoeegen-a-1276428.html> [Zugriff: 26.10.2020]. Vgl. auch Marcel Fratzscher (2020), S. 119 [zunehmende soziale Polarisierung].

⁹² Silvio Gesell (1919/1991c), S. 277 – 279, und ders. (1921/1992j), S. 305 – 310.

tenausgleich hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Deutschland zu Beginn des Nachkriegsbooms eines der egalitärsten Industrieländer weltweit war.“⁹³

Warum also sollte in der gegenwärtigen Krise nicht mindestens so etwas wie ein Pendant zum Lastenausgleichsgesetz von 1952 möglich sein? Als die Partei Die Linke und die SPD-Vorsitzende Saskia Esken gleich zu Beginn der Corona-Pandemie eine einmalige Corona-Vermögensabgabe ins Gespräch brachten, ließen jedoch die üblichen Abwehrreflexe nicht lange auf sich warten. Auch von Bündnis90/DieGrünen kam keine Unterstützung für diesen Vorschlag.⁹⁴ Dabei belaufen sich die in Deutschland vorhandenen, aber extrem ungleichmäßig verteilten Geldvermögen auf 6,3 Billionen Euro, wovon rund 890 Milliarden Euro liquide auf Konten gehalten werden.⁹⁵ Es ist deshalb unverständlich, weshalb nicht alle Bevölkerungsschichten ihrem jeweiligen Vermögen entsprechend zu den vergleichsweise ‚geringen‘ Kosten der Corona-Rettungspakete herangezogen wurden.

In weiten Teilen der Ökonomie stoßen solche Überlegungen jedoch auf Ablehnung. Zum Beispiel polemisiert Hans-Werner Sinn, der frühere Leiter des IFO-Instituts, gegen den „Wunsch ... , die Reichen zu schröpfen“, und findet ihn „ein wenig einfältig“.⁹⁶ Nur die „Memorandum-Gruppe“, die den Jahresgutachten des Sachverständigenrats schon seit vielen Jahren Alternativgutachten gegenüberstellt, plädiert für eine nicht nur am Geld-, sondern am gesamten Geld- und Immobilienvermögen anknüpfende „einmalige Vermögensabgabe in einen solidarischen Corona-Fonds. ... Vergleichbar mit dem Lastenausgleichsgesetz von 1952 sollte der Corona-Solidarfonds auf mindestens 30 Jahre angelegt werden. ... Im Sinne der Gleichbehandlung wird die Vermögensabgabe ohne Unterschiede auf das Realvermögen (also auch auf Immobilien) und das Geldvermögen erhoben. Wichtigste Zielgruppe dieser Abgabe sind die privaten Haushalte in der Spitzengruppe der Reichen.“⁹⁷

⁹³ Zum Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Lutz Wiegand (1992) und Moritz Schularick (2020), S. 23.

⁹⁴ Zur Position der Linken vgl. Fabio De Masi (2020). –

Zum Vorschlag der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken vgl. die Webseiten

<https://spd.berlin/magazin/aktuelles/vermoegenssteuer/>

https://www.deutschlandfunk.de/spd-esken-forderung-nach-vermoegensabgabe-loest-debatte-aus.1939.de.html?drn:news_id=1116636

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-04/lastenausgleich-coronavirus-vermoegensabgabe-saskia-esken-spd>

Zum Schweigen der Grünen vgl. die Website <https://taz.de/Die-steile-These!/5675232/>

[Zugriffe: 20.4.2020].

⁹⁵ Deutsche Bundesbank (2020) und Philipp Frohn (2019) (Angaben über Geldvermögen in Deutschland).

⁹⁶ Hans-Werner Sinn (2020), S. 162.

⁹⁷ Zur Position der Memorandum-Gruppe zur Corona-Pandemie vgl. Rudolf Hickel & Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2020a) und Rudolf Hickel & Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2020b). – Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW setzte sich bereits 2012 für eine solche Vermögensabgabe ein; vgl. dazu das DIW & Stefan Bach (2012) und die Website

<https://www.immobilien-zeitung.de/1000009763/diw-fordert-vermoegensabgabe-zur-staatssanierung> [Zugriff: 3.11.2020].

Die Frage, ob die Corona-Rettungspakete überwiegend von der Steuern zahlenden Allgemeinheit bezahlt werden oder ob sich auch Reiche und Superreiche entsprechend ihrer 'Leistungsfähigkeit' an den Kosten beteiligen, stellt sich auch auf europäischer und globaler Ebene⁹⁸ und sie dürfte eher eine Frage des politischen Willens als eine Frage des wirtschaftlichen Könnens sein. Noch weit entfernt von echter struktureller wirtschaftlicher Gerechtigkeit geht es bei ihr nur erst darum, ob die Finanzierung der Corona-Rettungspakete mehr oder weniger ungerecht ausgestaltet wird. Aufgrund der Komplexität der sozialen Spaltung der Gesellschaft werden sich die Schäden durch die Corona-Pandemie ohnehin nicht völlig 'gerecht' ausgleichen lassen. Vorerst geht es nur darum sichtbar zu machen, ob alle in einem Boot sitzenden Menschen bereit sind, die große Krise gleichsam in einem symbolischen Akt wie beim früheren Lastenausgleich halbwegs solidarisch zu bewältigen, was ein Zeichen einer Gewinnung von mehr Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber der wirtschaftlichen Macht wäre – oder ob sie es nicht sind. Letzteres wäre im Hinblick auf die noch viel größeren Herausforderungen durch die multiple ökonomisch-ökologische Gesamtkrise ein schlechtes Omen – ebenso wie die mangelnde Bereitschaft der Politik, den Patentschutz für Impfstoffe aufzuheben und sie zu globalen Gemeinschaftsgütern zu machen.⁹⁹

⁹⁸ Zum europäischen Corona-Rettungspaket vgl. die Website <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-eu-gipfel-einigung-bruessel-100.html> (Zugriff: 25.10.2020). - Stefan Reinecke & Christian Jakob (2020), S. 3. Demnach zahlen die 85 ärmsten Länder der Welt derzeit etwa 10 Mrd. US-Dollar an private Gläubiger und 18 Mrd. US-Dollar an Staaten des globalen Nordens sowie 12 Mrd. US-Dollar an den IWF und die Weltbank. Vgl. auch die OXFAM-Studie „Gerechte Wege aus der Corona-Krise“ (2020b). – Unter Berufung auf eine Studie des „Tax Justice Network“ berichtet Ulrike Herrmann, dass multinationale Konzerne weltweit in den letzten Jahren jährlich mehr als 427 Milliarden US-Dollar in Steueroasen versteckt haben, um sie nicht versteuern zu müssen; vgl. Ulrike Herrmann, 427 Milliarden fehlen bei den Steuern, in: taz vom 13.11.2020, S. 8.

⁹⁹ Auffällig ist übrigens, dass der im Bundeshaushalt für das Gesundheitswesen im Jahr 2020 vorgesehene Etat in Höhe von 15,33 Mrd. Euro nur einem Drittel des für die Verteidigung bzw. Rüstung vorgesehenen Etats in Höhe von 44,92 Mrd. Euro entspricht. Und der finanzielle Schaden, der dem deutschen Staat während mehrerer Jahre durch kriminelle Cum-Ex-Steuerbetrügereien entstanden ist, belief sich auf deutlich mehr als 10 Mrd. Euro, also auf eine Größenordnung, die annähernd dem Gesundheitsetat eines ganzen Jahres entsprechen könnte. Vgl. dazu Sören Christian Reimer (2019), S. 3 (Haushalt 2020). – Zu den Cum-Ex-Machenschaften, die nur mit vergleichsweise geringen Geld- und mit Bewährungsstrafen geahndet wurden, vgl. Bündnis90/DieGrünen (2020) und einen Medienbericht über den Cum-Ex-Prozess auf der Website <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/cum-ex-urteil-in-bonn-gericht-haelt-geschaefte-fuer-straftbar-a-352e1d30-fe93-4262-bdaa-fd3764f3d697> (Zugriff: 24.4.2020). – Nach Angaben von Christoph Spengel, einem Steuerexperten an der Universität Mannheim, ist dem deutschen Fiskus während der Jahre 2001 bis 2016 ein gesamter Schaden von knapp 32 Milliarden Euro entstanden. „In Frankreich soll ein Schaden von mindestens 17 Milliarden Euro, in Italien von 4,5 Milliarden und in Dänemark von 1,7 Milliarden Euro entstanden sein. Europaweit summiert sich der Schaden auf über 55 Milliarden Euro, wenn man weitere undurchsichtige Steuerkonstruktionen hinzuzählt.“ Vgl. dazu die Websites <https://www.dw.com/de/cum-ex-aktiengesch%C3%A4fte-steuerbetrug-in-gigantischem-ausma%C3%9F/a-50266743> und <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw05-de-cum-ex-677970> (Zugriffe am 10.4.2020).

Der Historiker Heinrich August Winkler geht davon aus, dass die Kosten der Bewältigung der Corona-Pandemie die Kosten der deutschen Wiedervereinigung noch deutlich übersteigen werden. „Deutschland wird um eine Umverteilung großen Stils nicht herkommen - einen Lastenausgleich zwischen denen, die unter den materiellen Folgen dieser Krise weniger zu leiden haben als die, deren berufliche Existenz auf dem Spiel steht.“¹⁰⁰ Unter dem Eindruck des zweiten Lockdowns im November 2020 bringt die Partei Die Linke gerade wieder ein vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgerechnetes Konzept für eine Vermögensabgabe ins Gespräch.¹⁰¹

Unabhängig davon, ob die 2020er Corona-Rettungspakete in ihrer bisherigen oder in einer solidarischeren Weise finanziert werden, bleiben sie noch weitgehend im Rahmen einer mehr oder weniger stark ausgeprägten systemimmanenten Strategie der Krisenbewältigung. Und es wäre auch gewiss noch kein grundlegender Systemwandel, wenn bei der Vergabe von Geldern aus den Rettungspaketen stärker auf eine Umweltverträglichkeit der geretteten Produktionsstrukturen geachtet würde, wenn also zukunftsweisende Produktionen in kleinen und mittleren Unternehmen mehr unterstützt würden als die fossil basierte Produktion bis hin zur Herstellung von SUVs, Kreuzfahrtschiffen und Flugzeugen. Auch wenn die staatlichen Rettungspakete richtiger Weise keine Abwrackprämien für Autos enthalten, so profitieren von der (zeitlich befristeten) Senkung der Mehrwertsteuer alle Unternehmen - unabhängig davon, ob sie umweltzerstörerisch produzieren oder ob sie sich bereits um einen ökologischen Wandel ihrer Produktionsverfahren bemühen. Mit ökologischen Auflagen, die angesichts der fortschreitenden Erderwärmung dringend geboten wären, sind die Rettungspakete noch nicht verbunden. Angesichts riesiger Waldbrände von den USA bis Sibirien, extremer Trockenperioden in Europa, Heuschreckenplagen in Afrika und gigantischer Überschwemmungen in Asien ist es unverantwortlich, dass sich Hans-Werner Sinn in der Corona-Krise schützend vor die Autoindustrie stellte und obendrein noch glaubte, „dass wir uns die Zerstörung einer funktionierenden und klimaneutralen Energieproduktion durch Kernkraft eigentlich nicht erlauben können.“¹⁰²

Sehr fraglich ist im Übrigen auch, ob der große Schub, den die Digitalisierung während der Corona-Krise durch das Arbeiten im Homeoffice mit Konferenzschaltungen, durch Online-Bildungsangebote und durch den Online-Handel erhält, auf längere Sicht wirklich in eine gute Richtung führt. Bei allen praktischen Erleichte-

¹⁰⁰ Heinrich August Winkler (2020).

¹⁰¹ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW und Daniel Pokraka (2020).

¹⁰² Hans-Werner Sinn (2020), S. 113 – 125 (Autoindustrie) und 126 – 134 (Energiewirtschaft, hier: S. 130 (Plädoyer für die Atomenergie)).

rungen während der Krise wird auf diese Weise die problematische Macht der großen Internet-Konzerne nochmals enorm gestärkt.¹⁰³

Von der bloßen Rettung falscher Wirtschaftsstrukturen zur vorübergehenden Doppelstrategie von systemimmanenter und systemtranszendierender Krisenbekämpfung bis zur ordnungspolitischen Grundsanieung der Wirtschaftsstrukturen

Bei der Frage, ob zusätzlich zu den ‚normalen‘ Steuergeldern noch eine Corona-Vermögensabgabe, europäische Corona-Bonds und auf globaler Ebene eine Tobin-Steuer zur Finanzierung von deutschen, europäischen und weltweiten Rettungspaketen herangezogen werden oder nicht, geht es um nicht weniger als um eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland, in Europa und in der Welt. Jedoch geht es bei der vielleicht noch solidarischeren Finanzierung der Corona-Rettungsmaßnahmen noch nicht um eine Transformation der monopolkapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft in eine monopolfreie „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“. Ähnlich wie die während der 1930er Jahre vom damaligen US-Präsidenten Roosevelt betriebene Politik des New Deal oder wie der Lastenausgleich in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg würden etwaige weitergehende Umverteilungsmaßnahmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt tendenziell festigen, aber sie würden noch nicht an den als sozialer Spaltplatz wirkenden Grundstrukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft rütteln. Da die Möglichkeiten einer solidarischeren Finanzierung der Corona-Rettungsmaßnahmen noch nicht ausgeschöpft wurden, bleibt vorläufig offen, ob der Anteil der Corona-Krise an der multiplen Gesamtkrise der kapitalistischen Gesellschaften schon ein Meilenstein am Weg zu ihrer zweiten „Großen Transformation“ ist. Aufgrund früherer Erfahrungen mit großen Kriegen, Pandemien und der Weltfinanzkrise von 2008 ist eher zu befürchten, dass das Beharrungsvermögen falscher Strukturen auch weiterhin stark sein wird. Bleiben sie noch längere Zeit bestehen, wäre die Corona-Pandemie aus späterer Sicht keine historische Zäsur, sondern nur eine Zwischenstation auf einem Weg, der weiter in eine falsche Richtung führt.

In modifizierter Form knüpft auch die neuere „Modern Monetary Theory“ (MMT) nur an die Tradition des keynesianischen Deficitspendings an und bleibt damit bei einer Umgehung des Grundproblems der sozialen Ungleichheit in der kapitalistischen Marktwirtschaft. In ihrer Darstellung der Entwicklung der MMT erinnert die US-amerikanische Ökonomin Stephanie Kelton daran, dass es die Überlegung, die private Nachfrageschwäche durch staatliche Ersatznachfrage auszugleichen, ansatzweise schon bei Keynes in „Vom Gelde“ (1930) und danach auch

¹⁰³ Zur Macht der Internetkonzerne vgl. die ARTE-Dokumentationen „Überwachung Total“ und „Überwacht – 7 Milliarden im Visier“ auf den Websites <https://www.youtube.com/watch?v=Uf-9Ah-pq2I> und <https://www.youtube.com/watch?v=ubePmAtsBsQ> [Zugriffe: 21.4.2020].

bei Abba Lerner gegeben habe. Dass sich Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ neben dem kurzfristigen Deficitspending auch mit einer mittel- und langfristigen Reform der Geldordnung beschäftigt hat, lässt Kelton unerwähnt.¹⁰⁴ In den 1990er Jahren habe dann der Finanzinvestor Warren Mosler der Entwicklung der MMT mit seinem Buch „Soft Currency Economics“ wichtige Impulse gegeben.¹⁰⁵ In ihrem Kern ist die MMT für Kelton eine wissenschaftlich fundierte Empfehlung an die Politik, der Fiskalpolitik einen eindeutigen Vorrang vor der Geldpolitik einzuräumen. „MMT urges us to demote monetary policy – at least in its current form – and elevate fiscal policy as the primary tool for macroeconomic stabilization.“ Damit werde auch ein Green New Deal möglich, also ein Umbau der Wirtschaft zu einer nachhaltigen und dekarbonisierten „people’s economy“.¹⁰⁶

Statt im Sinne von Keynes einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“ mit einer anderen als der „current form“ der Geldpolitik anzugehen¹⁰⁷, vermeidet die MMT Diskussionen über eine Änderung der Grundstrukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft und eine Überwindung der sozialen Ungleichheit. Auch in ihren Bezugnahmen auf den US-amerikanischen Ökonomen William Vickrey umgeht Kelton dessen Plädoyer für eine Bodenwertsteuer à la Henry George.¹⁰⁸ Letztlich beschränkt sich die MMT im Hinblick auf die Überwindung der gegenwärtigen Krise und den Umbau der bestehenden Wirtschaft zu einer „people’s economy“ auf die Forderung nach einer höheren Verschuldung des Staates am Kapitalmarkt, d.h. bei den Vermögenden.¹⁰⁹ Besonders in Zeiten mit Null- und Negativzinsen könne der Staat weitere hohe Schulden aufnehmen, denn bei deren späterer Fälligkeit könnten günstig neue Kredite aufgenommen werden. Doch warum sollten dann nicht gleich noch mehr Schulden aufgenommen werden, um zum Beispiel bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen für Ärzt/innen und Pfleger/innen in den überlasteten Kliniken zu finanzieren? Was ist, wenn schon vor dem Beginn der langfristigen Tilgung der für die Bewältigung der Corona-Krise aufgenommenen Staatsschulden noch mehr hohe Kredite vom Staat aufgenommen werden müssen, um die wirtschaftlichen Folgen von weiteren Infektionswellen und Lockdowns abfedern zu können? Können wirklich noch beliebig viele Staatsschulden aufgenommen werden?

¹⁰⁴ Stephanie Kelton (2020), S. 23 – 24 und 56 (Keynes) sowie 60 – 63 (Lerner). Zu Lerner vgl. auch S. 55, 77 und 81 im Kap. 8 dieses Buches. – John Maynard Keynes (1936/1976), S. 110 (Deficitspending). – Auch in Keltons Ausführungen zum System von Bretton Woods (S. 140 – 141) fehlt übrigens ein Hinweis, dass Keynes dort ursprünglich eine Alternative zum dort 1944 beschlossenen Bretton-Woods-System anstrebte.

¹⁰⁵ Stephanie Kelton (2020), S. 23 – 24 (Warren Mosler’s Buch „Soft Currency Economics“).

¹⁰⁶ Stephanie Kelton (2020), S. 234 – 237, hier: S. 236 (Fiskal- statt Geldpolitik), und 259 – 263 (nachhaltige und dekarbonisierte „people’s economy“).

¹⁰⁷ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317 (vorübergehende Rentnerseite des Kapitalismus und Gezeitenwechsel).

¹⁰⁸ Stephanie Kelton (2020), S. 57, 67 und 126 (Vickrey). – William Vickrey (1999) und (2001).

¹⁰⁹ Zur MMT und ihrer Rolle in der Corona-Krise vgl. Dirk Ehnts (2017) und (2020) sowie die Website <https://forum-geldpolitik.ch/medienspiegel/category/MMT> (Zugriff: 1.11.2020).

Nicht ohne Grund mehrten sich warnende Stimmen wie diejenige von Daniel Stelter und Stephan Kaufmann, die bezweifeln, dass sich die Welt auf Dauer gleichsam sintflutartig mit billigem Geld fluten lässt. Stelter zufolge war die globale Verschuldung im Herbst 2019 mit 253 Billionen US-Dollar auf ein „Allzeit-hoch von 322 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts“ gestiegen. Infolge der Corona-Pandemie stieg die weltweite Verschuldung nochmals rasant an. Im Frühjahr 2020 erreichten sie nach Angaben von Stephan Kaufmann unter Berufung auf Zahlen des Instituts of International Finance (IIF) mit 330 Prozent der Wirtschaftsleistung einen Rekordwert. „Um ihre Wirtschaften am Laufen zu halten, nehmen die Regierungen rund um die Welt Billionen neue Schulden auf. Das Geld überweisen sie an Unternehmen, Banken und private Haushalte; sie verhindern Massenpleiten, Entlassungen und ersetzen Lohneinbußen. Das wirft die Frage auf: Wie lange kann das gutgehen, wer muss am Ende für die Schulden geradestehen?“¹¹⁰

Sollte es für die Staaten und die EU und für deren Zentralbanken kein anderes Mittel zur Bekämpfung der Corona- und anderer Krisen geben, als sich mit immer noch mehr horrenden Kreditaufnahmen bei den Vermögenden zu verschulden, immer noch mehr Riesenmengen von Anleihen aufzukaufen und mit alledem die zukünftigen Generationen immer noch mehr zu belasten? Eine stärkere Umverteilung durch höhere Vermögens- und Erbschaftssteuern, die der französische Ökonom Thomas Piketty schon vor der Corona-Krise forderte¹¹¹, oder durch eine Corona-Vermögensabgabe gemäß den Vorstellungen der „Memorandum“-Gruppe würden das System der kapitalistischen Marktwirtschaft zwar nur erst modifizieren, aber sie könnten ähnlich wie der New Deal während der 1930er Jahre in den USA dazu beitragen, dass sich nicht nur immer noch mehr Vermögen einerseits und (Staats-)Schulden andererseits auftürmen und das Gesamtsystem destabilisieren.

Bei aller Sympathie hierfür gibt Dirk Löhrr jedoch auch eine sehr hohe „Komplexität bei der Vermögensbewertung“ zu bedenken. Deshalb verweist er darauf, dass es neben den Eigentümern von Geld- und Produktivvermögen in ganz besonderem Maße die Eigentümer von Immobilienvermögen sind, die zu einer angemessenen Beteiligung an den Folgekosten der Corona-Pandemie herangezogen werden könnten. „Gesamtwirtschaftlich sind Immobilien der mit Abstand wichtigste Vermögenswert – sie machen ca. 87 % des volkswirtschaftlichen Sachvermögens aus.“ Sehr viel mehr noch als die Gebäudewerte sind besonders die Bodenwerte als Nachwirkung der Finanzkrise von 2008 und der Negativzinsentwicklung explosionsartig gestiegen. Im Bereich der leistungslosen Vermögenseinkünfte findet seit mehreren Jahren eine große Umschichtung von sinkenden Zinsen zu steigenden Bodenrenten statt. Weil die lange Zeit übersehene Bedeutung des Produktionsfaktors Boden als „Umverteilungsmaschine“ nach 2008 enorm gestiegen ist,

¹¹⁰ Daniel Stelter (2020), S. 16 – 19 und 108 sowie Stephan Kaufmann (2020).

¹¹¹ Thomas Piketty (2013/2014).

schlägt Löhr vor, „die Bodenerträge zur Finanzierung der Folgelasten der Corona-Krise wenigstens für einen begrenzten Zeitraum über eine solidarische Bodenwertabgabe abzuschöpfen. Durch einen solchen ‚Boden-Soli‘ wird aufgrund der o.a. dargestellten typischen Finanzierungs constellation primär das Eigenkapital der Immobilieneigentümer herangezogen. Eine Belastung von Arbeit und Investitionen sowie des Verbrauchs, welche die wirtschaftliche Erholung bremsen könnten, wäre hingegen für die wirtschaftliche Erholung kontraproduktiv.“¹¹²

Ähnlich wie schon während der großen Weltwirtschaftskrise ab 1929 und der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise ab 2008 wäre es auch jetzt in der Corona-Krise wieder notwendig – erst recht, wenn es zu weiteren Lockdowns kommen sollte – zusätzlich zu den kurzfristig realpolitisch mit staatlicher Kreditaufnahme finanzierten Rettungspaketen deren Finanzierung im Sinne der Vorschläge der „Memorandum“-Gruppe sowie von Piketty und Löhr auf eine breitere Grundlage zu stellen. Und als mittelfristige Rettungsmaßnahme sollte auch die schon von John Maynard Keynes ernsthaft erwogene Geld(und Boden)reform stärker in den Blick genommen werden – sie könnte nämlich ohne fortwährende Kreditaufnahmen der Staaten und ohne Anleihekäufe der Zentralbanken auskommen und sie könnte – da sie eine Korrektur der ungerechten Verteilung einleitet – sogar die Staatsverschuldung auf längere Sicht abbauen, ohne zugleich eine Austeritätspolitik betreiben oder das Wachstum der Wirtschaft befeuern zu müssen.

Zusätzlich zu den aktuellen Corona-Rettungsmaßnahmen könnten eine einmalige Corona-Vermögensabgabe gemäß den Vorschlägen der „Memorandum“-Gruppe und die von Piketty geforderten dauerhaft höheren Vermögens- und Erbschaftssteuern eine deutliche Reduktion der Staatsschulden und der Anleihekäufe ermöglichen. Parallel zu diesen realpolitisch-systemimmanenten Maßnahmen zur Krisenbekämpfung könnte ein zunächst vielleicht nur zeitlich befristeter „Boden-Soli“ (Löhr) diese Maßnahmen um eine erste systemtranszendierende Maßnahme erweitern. Darüber hinaus könnte ein solcher „Boden-Soli“ zu einem Einstieg in eine dauerhafte Bodenwertsteuer werden.¹¹³

Ein zweites systemtranszendierendes, transformatives Element von Corona-Rettungsmaßnahmen könnte eine zunächst vielleicht auch nur zeitlich befristete Erprobung der Geldreform sein. So schlägt Roger Svensson von der Schwedischen Riksbank als Alternative zum Helikoptergeld eine vorübergehende Herausgabe

¹¹² Dirk Löhr (2020a). – Vgl. auch ders. (2018), S. 3 – 19, und Dirk Löhr & Norbert Olah & Thomas Huth (2020).

¹¹³ Bedauerlicherweise bezweifelt ausgerechnet Piketty die auf Henry George fußende Bodenwertsteuer, „weil es praktisch unmöglich ist, den reinen Wert des Bodens von den vielfältigen Verbesserungen und Aufwertungen im Laufe der Zeit zu trennen.“ Vgl. Thomas Piketty (2019/2020), S. 705 -706. Ansonsten ist bemerkenswert, dass auch Piketty Wege von der „Hyperkonzentration des Vermögens“ (S. 856 – 861) zu einer „Eigentumsstreuung und allgemeinen Kapitalausstattung“ (S. 1202 – 1205) einschließlich einer „progressiven Eigentums- und Erbschaftsteuer auf das gesamte Vermögen ... , d.h. auf den Wert ausnahmslos aller Immobilien-, Gewerbe- und Finanzvermögen, abzüglich Schulden“ (S. 1212 – 1213) sucht.

von „Gesell-Geld“ parallel zur schwedischen Krone vor: „Zum Beispiel könnte jede erwachsene Person 10.000 Schwedische Kronen und jedes Kind 5.000 Schwedische Kronen Gesell-Geld auf einem speziellen Konto erhalten, das mit einer digitalen Karte verbunden ist. In jeder neuen Woche, die beginnt, wird der Wert des verbleibenden Geldes auf dem Konto automatisch um zwei oder drei Prozent reduziert. ... Das Geld wäre in erster Linie im Einzelhandel und privaten Dienstleistungssektor gültig, im begrenzten Umfang im Lebensmittelhandel, aber definitiv nicht verwendbar für Investitionen an der Börse oder in Immobilien.“¹¹⁴



Abb.: „Gesell-Geld“ nach Roger Svensson

aus: Fairconomy Nr. 2/2020, S. 3. | ©Mediengestalter/pixabay.com/Christinav.Puttkamer

Wäre die von Svensson vorgesehene Menge von „Gesell-Geld“ ausreichend, um genügend aussagekräftige Informationen über dessen Wirkung zu bekommen? Umgekehrt dürften die „künstlichen Durchhaltekosten“ dieses Parallelgeldes mit zwei bis drei Prozent pro Woche viel zu hoch bemessen sein. Der Wert dieses Parallelgeldes könnte Svensson zufolge „nach 50 bis 100 Wochen (abhängig vom Steuersatz) auf null gehen und es würde wieder aus der Wirtschaft verschwinden.“ Während dieser Zeit lasse sich die Wirtschaft stabilisieren und danach allein mit der ‚normalen‘ Währung weiterbetreiben.¹¹⁵

Ein Vorteil einer solchen Testphase als Parallelgeld wäre es, dass sich die nachfragestabilisierende Wirkung des „Gesell-Geldes“ ohne einen abrupten Wechsel des gesamten Geldsystems gleichsam in einem „Reallabor“ (Schneidewind) prak-

¹¹⁴ Roger Svensson (2020), S. 3. – Auch bei dem legendären Freigeldexperiment in Wörgl/Tirol (1932/33) liefen die mit „künstlichen Durchhaltekosten“ ausgestatteten „Arbeitswertbestätigungen“ parallel zum österreichischen Schilling um.

¹¹⁵ Roger Svensson (2020), S. 3. - Vgl. auch Willem Buiter „The Strikes against the FED“ auf der Website <https://voxeu.org/article/three-strikes-against-fed> (Zugriff: 27.10.2020).

tisch erproben ließe. Von Nachteil könnte für die Aussagekraft eines solchen Versuchs sein, dass die Nachfrageschwäche der offiziellen Landeswährung unterdessen weiterbesteht und nach dem Ende der Laufzeit des „Gesell-Geldes“ wieder deutlicher hervortritt. In einer solchen Testphase wäre es auch noch nicht möglich, die gesamte Geldmenge – statt sie weiter aufzublähen – behutsam in eine stetige Bewegung zu versetzen und sie dabei nach und nach zu verringern und stabilitätsgerecht an die Realwirtschaft anzupassen, und zwar auch dann, wenn die Realwirtschaft nicht mehr wächst, sondern stagniert oder schrumpft und dadurch die Natur schont. Gerade eine solche Verstetigung der gesamten Geldmenge und ihre exakte Mengensteuerung wären jedoch notwendig, weil die von Staaten und Zentralbanken geschaffene Ersatznachfrage erfahrungsgemäß ebenso wie die private Nachfrage nicht zuverlässig nachfragewirksam wird und vielfach in Vorsichts- und Spekulationskassen versickert. Gemäß einer im Auftrag der ING Deutschland von der Barkow Consulting durchgeführten Studie hat die ohnehin schon erhebliche Hortung von Bargeld in der Corona-Krise nochmals deutlich zugenommen. „In der gesamten Eurozone betrug das Plus acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Von diesem entfallen laut Studie rund 20 Prozent oder sechs Milliarden Euro allein auf deutsche Privathaushalte. Dabei hatten deutsche Verbraucher bereits Ende 2019 insgesamt 253 Milliarden Euro als Bargeld zuhause. Das ist ein Anstieg von 31 Milliarden Euro gegenüber 2018. Durchschnittlich hat demnach jeder Deutsche daheim mehr als 3.000 Euro auf dem Schrank oder unter dem Kopfkissen.“ Hinzu kommt die in der Krise erhöhte Nachfrageschwäche vieler Unternehmen.¹¹⁶

Abgesehen von den Details könnte ein solches „Gesell-Geld“ auf den ersten Blick als Banalität erscheinen. Und dennoch – es geht dabei, wie es Gesell schon im Vorwort zu einem seiner frühen Werke ausdrückte, um die Überwindung des „völlig anormalen, ungesunden Zustands“, in dem „die Zirkulation des Geldes von der wankelmütigen Phantasie Privater, von der Laune und Gewinnsucht der Spekulatoren“ abhängt. Letztlich geht es um die „Herstellung völliger Parität zwischen Ware und Geld“ bzw. zwischen der Geld- und Realwirtschaft durch den Staat, m.a.W. um das Allerwichtigste im wirtschaftlichen und sozialen Leben: nämlich um eine Vernetzung aller Menschen zu einem egalitären gesellschaftlichen Ganzen.¹¹⁷

Trotz der großen Sympathien, die John Maynard Keynes als berühmtester Ökonom des 20. Jahrhunderts für Gesell als Angehörigen der „Unterwelt der Ökonomie“ und dessen Geldreformansatz hegte, steckt dessen wirtschaftswissenschaftliche Rezeption immer noch in ihren Anfängen. Die Lage, in der sich Keynes nach dem Beginn der ersten großen Weltwirtschaftskrise im Laufe der 1930er Jahre

¹¹⁶ Angelika Breinich-Schilly [2020]. – Vgl. auch Georg Meck (2020) und einen Bericht in der ARD-Tagesschau auf der Website <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/deutsche-ersparnisse-ausland-103.html> [Zugriff: 26.10.2020]. – Vgl. hierzu auch das Kap. 12.7.4 in diesem Buch.

¹¹⁷ Silvio Gesell (1897/1988), S. 22 – 24.

befand, ähnelt in gewisser Hinsicht der Lage, in der sich auch heutige Ökonomen befinden. Damals erkannte Keynes die Notwendigkeit einer Strukturreform des Geldes und empfahl nur deshalb ihren kurzfristigen Ersatz durch das Deficit-spending, weil es noch keine in großem Stil anwendbare praktische Methode für die Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ gab. Weil seine Nachfolger die Geldreform aus den Augen verloren und allein auf das Defi-citspending setzten, gerieten die Staaten in eine Überschuldung, was dazu führte, dass auf die keynesianische Revolution eine monetaristisch-neoliberale Gegen-revolution folgte. Nachdem deren Glauben an die Selbsteheilungskräfte von kapi-talistischen Märkten durch weitere große Krisen erschüttert wurde, befürworten derzeit viele Ökonomen wieder nur das Deficitspending und das Quantitative Easing als zweitbeste Mittel der Krisenbekämpfung, obwohl die damit „gekaufte Zeit“ (Wolfgang Streek¹¹⁸) intensiv für die Entwicklung praktisch umsetzbarer Methoden der Geldreform genutzt werden sollte.

Immerhin ist dieser Reformansatz während der vergangenen 20 Jahre nach und nach bei angelsächsischen Geldtheoretikern und sogar auf höchster Ebene der Zentralbanken diskutierbar geworden.¹¹⁹ Nachdem es zunächst große Befürch-tungen gab, dass die Weltwirtschaft wie in Japan in eine Deflation abgleiten könnte, nimmt gegenwärtig die Sorge zu, dass die gigantische Staatsverschul-dung irgendwann zu einer großen Inflation führen könnte und/oder dass die bislang durch Kurzarbeitergeld eingedämmte Arbeitslosigkeit massiv ansteigen könnte. So geht der US-amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff auch während der Corona-Krise wieder mit der Überlegung voran, dass noch tiefere Negativ-zinsen, d.h. die schon von Gesell und Keynes empfohlenen „künstlichen Durch-haltekosten des Geldes“ in Höhe von etwa 5 Prozent im Jahr, ein Ausweg aus der nicht nur Corona-bedingten Wirtschaftskrise sein könnten. Allerdings lässt Rogoff an dieser Stelle offen, welche Rolle das Bargeld weiterhin spielen könnte. Davon abgesehen könnte ihm zufolge in einer „postpandemischen Welt“ mit einer „Covid-Coin ... eine Umstellung auf digitale Währungen die Einführung stark nega-tiver Zinsen erleichtern, die, wie ich seit Jahren argumentiere, viel dazu beitra-gen würden, die Wirksamkeit der Geldpolitik in Krisen wiederherzustellen.“ Nicht zuletzt geht es Rogoff auch darum, dass die westlichen Zentralbanken im Wettlauf mit der vom Facebook-Konzern geplanten „Libra“-Kryptowährung und mit einer Digitalwährung der chinesischen Zentralbank nicht das Nachsehen haben. Aus demselben Grund arbeitet auch die Europäische Zentralbank daran, neben dem Bargeld einen digitalen Euro zu entwickeln.¹²⁰

¹¹⁸ Wolfgang Streek (2013).

¹¹⁹ Vgl. die Literaturübersicht auf der Website <https://www.silvio-gesell.de/englisch.html>, die Kapitel 12.6 und 12.7 dieses Buches und eine neue Studie der Deutschen Bundesbank über die Auswirkungen von Null- und Negativzinsen auf Geschäftsbanken, in: Deutsche Bundesbank (2020c).

¹²⁰ Kenneth Rogoff (2020a), (2020b) und (2020c), hier: (2020c). – Zur Entwicklung eines digitalen Euro vgl. Europäische Zentralbank (2020) und die Website

Mit ausdrücklicher Bezugnahme auf Gesell, Keynes und Irving Fisher's „Stamp Scrip“ empfiehlt auch David Andolfatto von der Federal Reserve Bank St. Louis „Hot Money Credits“ als wirksames Instrument einer „economic recovery“. Andolfatto hat erkannt, dass eine ordnungspolitisch fundierte Geldpolitik dem Geld einen „heiße-Kartoffeln-Effekt“ verleihen und ihm dadurch zu einer verlässlicheren Nachfragewirksamkeit verhelfen würde als eine auf einem unzureichenden geldpolitischen Fundament agierende und mit Schulden finanzierte diskretionäre Fiskalpolitik.¹²¹

Nachdem die Geld(und Boden)reformgedanken Jahrzehnte lang von der Ökonomie vernachlässigt wurden, wäre es unrealistisch zu erwarten, dass gleichsam im Handumdrehen ausgereifte, sofort anwendbare Methoden ihrer praktischen Umsetzung vorliegen könnten. Entscheidend ist, dass im Bewusstsein der großen Verantwortung für die Lösung der multiplen ökonomisch-ökologischen-medizinischen Gesamtkrise überhaupt eine intensive wissenschaftliche Diskussion über die Theorie und Praxis der Geld- und Bodenreform und ihre Übersetzung in eine allgemeinverständliche ökonomische Bildung in Gang kommt.

Wie sehr die gesamte Gesellschaft einschließlich der Wirtschaftswissenschaften zwischen der Skylla medizinisch-sozialer und der Charybdis wirtschaftlicher und ökologischer Gefährdungen eingezwängt ist, lässt sich abschließend durch zwei Bilder aus der Seefahrt veranschaulichen. Man könnte sie sich als Reisende vorstellen – zum einem auf einem „Neurath-Schiff“, an das Lisa Herzog erinnerte¹²², und zum anderen auf dem legendären Luxusdampfer „Titanic“. Unterwegs auf hoher See stellen die Besatzung und die Passagiere des „Neurath-Schiffs“ fest, dass einige morsch gewordene Planken ausgewechselt werden müssen, wenn das Schiff nicht untergehen soll. Aber ihr Reiseziel liegt noch in weiter Ferne und auf dem Weg dorthin gibt es keine Insel, wo sich das Schiff in einem Trockendock wieder seetüchtig machen ließe. Wie also können während der Weiterfahrt einzelne Planken so ausgebessert werden, dass kein Wasser in den Schiffsrumpf eindringen kann? Und zusätzlich zu dieser dringend notwendigen Reparatur des Schiffes während seiner Fahrt auf einem Ozean geht es auch noch wie bei dem Luxusdampfer „Titanic“ um die Notwendigkeit einer Kurskorrektur, damit das unterwegs notdürftig reparierte Schiff nicht einfach nur weiter geradeaus auf die (letzten noch nicht abgeschmolzenen) Eisberge zufährt, sondern seine Fahrtrichtung und Geschwindigkeit auch noch so ändert, dass sich drohende Kollisionen mit Eisbergen abwenden lassen. Wird es der sich in einer vergleichbaren Situation befindlichen Politik gelingen, die vielfältigen Symptome der multiplen Krise

<https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/europaeische-zentralbank-laesst-digitalen-euro-testen,SEEvTNg> [Zugriff: 27.10.2020]. - Vgl. auch die Kap. 12.6 und 12.7 dieses Buches.

¹²¹ David Andolfatto (2020a) und (2020b).

¹²² Lisa Herzog (2015/2018), S. 139 (Neurath-Schiff), zitiert nach W.V.Q. Quine, der dieses von dem Wiener Sozialisten Otto Neurath (1882-1945) gezeichnete Bild in seinem Buch „Word and Object“ (Cambridge MA 1964) bekannt gemacht hat.

der Moderne kurzfristig mit systemimmanenten Mitteln zu bekämpfen und gleichzeitig ihren Kurs mit systemtranszendierenden Mitteln zu korrigieren und schrittweise von einer realpolitischen Maßnahmenpolitik zu einer realutopischen Ordnungspolitik überzugehen?

Die unmittelbare Bedrohung durch die rasante Ausbreitung des Coronavirus machte im Frühjahr 2020 eine im Glauben an die Notwendigkeit eines immerwährenden Wirtschaftswachstums bis dahin für undenkbar gehaltene zeitweise Unterbrechung der auf permanente Expansion programmierten marktwirtschaftlich-kapitalistischen „Mega-Maschine“ (Lewis Mumford¹²³) möglich. Ein noch längerer Lockdown wäre gewiss noch keine Lösung der großen multiplen Gesamtkrise gewesen. Aber statt mit den Erfahrungen dieses Lockdowns eine Suche nach einer tragfähigen Lösung zu beginnen, kursierten nach seinem Ende schon sehr schnell Prognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 wieder mit einer Zuwachsrate von 5,8 % kräftig steigen werde.¹²⁴ Trotz der gewaltigen Irritation durch die Corona-Krise haben sowohl Fachleute als auch die breite Bevölkerung und selbst diejenigen Kreise, die die Gefährlichkeit des Virus anzweifeln, nur das eine Ziel, dass Wirtschaft und Gesellschaft schnell wieder zu ihrem ‚normalen Alltag‘ zurückkehren.

Doch sind der bisherige Way of Life und eine von Jahr zu Jahr wachsende Wirtschaft wirklich ‚normal‘? Während die exponentielle Zunahme von Neuinfektionen mit dem Corona-Virus als eine existentielle Bedrohung erkannt wurde, wird die Gefährlichkeit von jährlichen Wachstumsraten in der Wirtschaft noch immer unterschätzt. Bei aller Verständlichkeit des Wunsches nach einer Rückkehr zur gewohnten und das Gefühl von Sicherheit gebenden ‚Normalität‘ bleibt es angesichts der in Zukunft zu erwartenden noch viel größeren Herausforderungen durch die Folgen der sozialen Spaltung, der weiteren Verschwendung von Ressourcen und der Aufheizung des Weltklimas unerlässlich, unverzüglich sowohl für eine notdürftige Stabilisierung des „Neurath-Schiffes“ als auch für eine gleichzeitige Kurskorrektur der „Titanic“ zu sorgen. Es wäre allemal besser, im gegenwärtigen Hier und Heute damit zu beginnen, die in der Vergangenheit aufgetürmten ökonomischen und ökologischen Ungleichgewichte allmählich abzubauen statt sie immer nur mit zweit- oder drittbesten ‚Lösungen‘ wie dem ins Uferlose gesteigerten Deficitspending und Quantitative Easing in eine vermeintlich ferne Zukunft zu verschieben. Und parallel dazu ist es notwendig, die wirtschaftliche Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch der technologische Wandel nicht mehr der Logik von Kapitalakkumulation und -konzentration folgt, sondern den Interessen von Mensch und Natur in einer „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“. So ist zu guter Letzt zu hoffen, dass in der bis zu einem klimapolitischen point of no return noch verbleibenden Zeit an zeitgemäßen Mitteln zur

¹²³ Lewis Mumford (1974).

¹²⁴ <http://gemeinschaftsdiagnose.de/2020/04/08/wirtschaft-unter-schock-finanzpolitik-haelt-dagegen/> (Zugriff: 20.7.2020).

praktischen Umsetzung einer Reform der Geld- und Bodenordnung und der Unternehmensverfassung genauso intensiv geforscht wird wie an einem Impfstoff, der die menschliche Gesundheit und die gesellschaftliche Stabilität vor dem Coronavirus schützen soll - damit die weltweite Menschengemeinschaft sich auf der Grundlage von Freiheit und Gerechtigkeit friedlich vereinen und auch ihren Frieden mit der Natur finden kann.

Teil 15
Literaturverzeichnis

Literaturverzeichnis

Abbe, Ernst (1906): Sozialpolitische Schriften, Jena.

Abendroth, Wolfgang (1965/1975): Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M.

Acosta, Alberto (2012/2015): Buen Vivir - Vom Recht auf ein gutes Leben (spanische Erstausgabe 2012), München.

Adam, Rudolf G. (2019): Brexit – Eine Bilanz, Berlin.

Adamek, Sascha & Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat – Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben, 3. Aufl. Köln.

Adloff, Frank & Mau, Steffen Hrsg. (2005): Vom Geben und Nehmen - Zur Soziologie der Reziprozität, Frankfurt/M.

Adorno, Theodor W. (1944-1947/1997): Minima moralia, in: Gesammelte Schriften Band 4, Frankfurt/M.

Adorno, Theodor W. (1967/2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus, Berlin.

Agarwal, Ruchir & Krogstrup, Signe (2019): Cashing In - How to Make Negative Interest Rates Work; im Blog <https://blogs.imf.org/2019/02/05/cashing-in-how-to-make-negative-interest-rates-work/>

Agnoli, Johannes & Brückner, Peter (1967/1974): Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M.

Akkerman, Mark (2019): The Business of Building Walls; auf der Website <https://www.tni.org/en/businessbuildingwalls>

Albrecht, Gerhard (1927): Eugen Dühring – Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialwissenschaften, Jena.

Allais, Maurice (1947): Economie et Intérêt, Paris.

Allgöwer, Elisabeth und Diskussionskreis Frau und Wissenschaft Hrsg. (1997): Ökonomie weiterdenken! - Beiträge von Frauen zu einer Erweiterung von Gegenstand und Methode, Frankfurt/M.

Allgöwer, Elisabeth Hrsg. (2018): Frühe deutsche Nationalökonominnen - Eine Spurensuche, Marburg.

Altenbockum, Jasper von (2012): Marktkonforme Demokratie? Oder demokratie-konformer Markt?, in: FAZnet vom 14. April; auf der Website <https://www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/marktkonforme-demokratie-oder-demokratiekonformer-markt-11712359.html>

Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland, Berlin.

Alternative für Deutschland (2019): Große Anfrage der Abgeordneten Stefan Keuter, Kay Gottschalk, Dr. Bruno Hollnagel, Franziska Gminder und der Fraktion der AfD an den Deutschen Bundestag – Drucksache 19/8124; auf der Website <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910144.pdf>

Altwater, Elmar (2004): Eine andere Welt mit welchem Geld? , in: Attac Deutschland Hrsg.: Globalisierungskritik und Antisemitismus - Zur Antisemitismuskritik in Attac, Frankfurt/M.

Altwater, Elmar (2009/2010): Die Finanzkrise ist eine Systemkrise des Kapitalismus, in: Leviathan - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Nr. 2. Nachdruck in: Zeitschrift für Sozialökonomie 164./165. Folge, S. 3 – 12; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

Altwater, Elmar (2015): Fetischartigste Form - Der Schulden-Himalaya oder: Zinskritik versus Kritik der Politischen Ökonomie?, in: Neues Deutschland vom 30. Mai - auf der Website <https://www.neues-deutschland.de/artikel/972683.fetischartigste-form.html>

Amery, Carl (1980): Die philosophischen Grundlagen und Konsequenzen der Alternativbewegung, in: Lüdke, Hans-Werner & Dinné, Olaf Hrsg.: Die Grünen – Personen - Projekte - Programme, Stuttgart, S. 9 - 21.

Amery, Carl (2002): Global Exit - Die Kirchen und der totale Markt, München.

Andalfatto, David (2020a): Hot Money Credits to Kick-Start a Stalled Economy?; auf der Website <https://www.stlouisfed.org/on-the-economy/2020/may/hot-money-credits-kick-starting-economy>

Andalfatto, David (2020b): COVID-19 and Hot Money Credits, in: Federal Reserve Bank of St. Louis – Economy Blog July 15, 2020; auf der Website <https://www.stlouisfed.org/timely-topics/covid-19-and-hot-money-credits>

Andelson, Robert (2000): Land-Value Taxation around the World, in: American Journal of Economics and Sociology, Vol. 59 (2000), Nr. 5, p. 1 - 490.

Andres, Fritz & Heynitz, Jobst von (1991/2020): Privatisierung der Bodennutzung durch die Vergabe von Erbbaurechten - Mustervertrag für die Bestellung eines Erbbaurechts, in: Fragen der Freiheit Nr. 210, S. 3 – 33; Nachdruck in: Fritz Andres (2020): Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Münster, S. 166 – 179.

Andres, Fritz (1992/2020): Bodenpolitik mit dem Erbbaurecht in Berlin und Brandenburg - Bericht mit Dokumenten, in: Fragen der Freiheit Nr. 215, S. 24 – 48; Nachdruck in: ders. (2020): Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Münster, S. 197 – 221.

Andres, Fritz (1993/2020): Die Bodenfrage in Russland, in: Fragen der Freiheit 223/1993: 48–60; Nachdruck in: ders. (2020): Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Münster, S. 219 – 229.

Andres, Fritz (1999/2013): Zur Zukunft der Unternehmensverfassung - Wirkungen verbesserter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, in: Fragen der Freiheit Nr. 250, S. 17 - 47; Nachdruck in: Zeitschrift für Sozialökonomie 176./177. Folge, S. 42 - 62; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-172-183.html>; weiterer Nachdruck in: ders. (2020): Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Münster, S. 408 – 438.

Andres, Fritz (2000/2020): Gedanken zum Patentrecht, in: Fragen der Freiheit Nr. 253, S. 3 – 16; Nachdruck in: ders. (2020): Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Münster, S. 513 – 525.

Andres, Fritz (2001/2020a): Für einen erweiterten Begriff der Nachhaltigkeit - Wie viel Erde braucht der Mensch?, in: Fragen der Freiheit Nr. 257, S. 3 - 21 und 22 – 67; Nachdruck in: ders. (2020): Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Münster, S. 84 – 129 und 231 – 247.

Andres, Fritz (2001/2020b): Klimapolitik als Ordnungspolitik, in: Fragen der Freiheit Nr. 258, S. 33 – 65; Nachdruck in: ders. (2020): Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Münster, S. 251 – 281.

Andres, Fritz (2004/2020a): Der Boden als Privileg und Kapitalgut, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 140. Folge, S. 3 - 11; auf der Website <http://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-136-143.html>

Andres, Fritz (2004/2020b): Anmerkungen zum Schreiber-Plan, in: Fragen der Freiheit Nr. 286, S. 47 – 64; Nachdruck in: ders. (2020): Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Münster, S. 452 – 468.

Andres, Fritz (2005/2020): Geldreform und Unternehmensverfassung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 145. Folge, S. 32 - 34; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-144-151.html>

Andres, Fritz (2007/2020): Gedanken über eine Wassergemeinschaft von Israelis und Palästinensern, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 153. Folge, S. 25 – 29; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-152-159.html>

Andres, Fritz (2009/2020a): Der Tausch im Spannungsfeld von Allokation und Distribution - Anmerkungen zur Idee der vollständigen Konkurrenz, in: Fragen der Freiheit Nr. 277-278, S. 33 – 44; Nachdruck in: ders. (2020): Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Münster, S. 353 – 363.

Andres, Fritz (2009/2020b): Die Auswirkungen der Unterlegenheit der Ware gegenüber dem Geld auf das Verhältnis der Anbieter zu den Nachfragern und der Anbieter untereinander - Zugleich eine Untersuchung über die Quellen der Vermachtung der Wirtschaft, in: Fragen der Freiheit Nr. 277-278, S. 55 – 79; Nachdruck in: ders. (2020): Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Münster, S. 364 – 385.

Andres, Fritz (2010/2020): Nach der Klimakonferenz von Kopenhagen - Gründe ihres Scheiterns und daraus zu ziehende Folgerungen, in: Zeitschrift für Sozial-

ökonomie 164./165. Folge, S. 62 - 65; auf der Website <http://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

ARD-Tagesschau (2020): Noch reicher trotz Corona-Krise – Studie über Milliardäre; Bericht am 7. Oktober auf der Website <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/milliardaere-corona-101.html>

Arendt, Hannah (1948/1991): Frieden oder Waffenstillstand im Nahen Osten?, in: dies., Israel, Palästina und der Antisemitismus, hrsg. von Geisel, Eike & Bittermann, Klaus, Berlin.

Arendt, Hannah (1950-1959/2006): Was ist Politik? - Fragmente aus dem Nachlass 1950–1959, in: Bohnert, Heidi & Stadler, Klaus Hrsg. (2006): Hannah Arendt – Denken ohne Geländer – Texte und Briefe, München.

Arendt, Hannah (1955/2014): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft - Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft (mit einem Vorwort von Karl Jaspers), 14. Aufl. München.

Arendt, Hannah (1958/1998): Vita activa oder: Vom tätigen Leben (amerikanische Erstausgabe 1958, 10. Auflage der deutschen Übersetzung), München.

Arendt, Hannah (2006): Denken ohne Geländer - Texte und Briefe, hrsg. von Bohnert, Heidi & Stadler, Klaus, München.

Aristoteles (1972/1978): Nikomachische Ethik (dt. Übersetzung von Olof Gigon), München.

Aristoteles (1978): Politik (dt. Übers. von Olof Gigon). München.

Arndt, Helmut (1974): Wirtschaftliche Macht - Tatsachen und Theorien, München.

Arndt, Helmut (1976): Kapitalismus, Sozialismus, Konzentration und Konkurrenz, 2. Auflage Tübingen.

Arnim, Friedmund (1843): Was ist Eigentum? - Darin das einzige Mittel, die jetzigen Staatsgewalten vor den unsinnig kommunistischen Ideen zu retten, Wandsbek.

Arschinoff, Peter (1998): Geschichte der Machno-Bewegung, Münster.

Assenmacher, Katrin & Krogstrup, Signe (2018): Monetary Policy with Negative Interest Rates - Decoupling Cash from Electronic Money. Washington: IMF Working Paper WP/18/191; auf der Website

<https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2018/08/27/Monetary-Policy-with-Negative-Interest-Rates-Decoupling-Cash-from-Electronic-Money-46076>

Assenmacher, Katrin & Seitz, Franz & Tenhofen, Jörn (2019): The demand for Swiss banknotes - some new evidence, SNB Working Papers No. 2, Zürich; auf der Website

https://www.snb.ch/n/mmr/reference/working_paper_2019_02/source/working_paper_2019_02.n.pdf

Auerbach, Felix (1918): Ernst Abbe - Eine Lebensbeschreibung, Leipzig.

Ax, Christine (2009): Die Könnensgesellschaft, Berlin.

Bachinger, Almut (2011): Lohn für Hausarbeit reloaded - Die Debatte um den Lohn für Hausarbeit und was daraus wurde, in: Grundrisse - Zeitschrift für linke Theorie und Debatte Nr. 37, S. 36 - 42; auf der Website

https://www.researchgate.net/publication/235575879_Lohn_fur_Hausarbeit_reloaded_Die_Debatte_um_den_Lohn_fur_Hausarbeit_und_was_daraus_wurde

Baecker, Dirk (2015): Zur Nullzinspolitik der Notenbanken - An der Schwelle zur nächsten Gesellschaft, in: Merkur - Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken Nr. 788, S. 18 - 29.

Bahro, Rudolf (1987): Logik der Rettung – Wer kann die Apokalypse aufhalten? – Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik, Stuttgart.

Bandulet, Bruno (2019): Bis zur finalen Systemkrise, in: Junge Freiheit vom 11. August; auf der Website <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2019/bis-zur-finalen-systemkrise/>

Barens, Ingo (2018): Hicks über Keynes und die „Klassiker“ - Das IS-LM-Modell in einem Scheingefecht, in: Hagemann, Harald & Kromphardt, Jürgen & Marterbauer, Markus Hrsg. (2018): Keynes, Geld und Finanzen, Marburg, S. 57 - 86.

Barkai, Avraham (1988/1995): Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, Frankfurt/M.

Barkai, Avraham (1990): Brief an Gerhard Senft vom 20.8.1990; im Archiv für Geld- und Bodenreform / Korrespondenzakten.

Barth, Karl (1915/2012): Krieg, Christentum und Sozialismus. Vortrag am 14. Februar 1915; in: Karl Barth Gesamtausgabe Band 48: Vorträge und kleinere Arbeiten 1914–1921, Zürich.

Barth, Karl (1946): Christengemeinde und Bürgergemeinde, Stuttgart.

Barthel, Michael & Jung, Benjamin (2013): Völkischer Antikapitalismus? - Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts, Münster.

Bartzsch, Nikolaus & Rösl, Gerhard & Seitz, Franz (2012): Schätzungen des In- und Auslandsumlaufs von Euro-Banknoten, in: Wirtschaftsdienst Nr. 5, S. 345 - 351; auf der Website <http://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2012/5/in-und-auslandsumlauf-von-euro-banknoten/>

Bauer, Joachim (2006): Prinzip Menschlichkeit - Warum wir von Natur aus kooperieren. Hamburg.

Bauerkämper, Arnd Hrsg. (1996): „Junkerland in Bauernhand“? - Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der SBZ, Stuttgart.

Bauhardt, Christine (2013a): Postwachstum - Die große Geschlechterblindheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 11, S. 31 - 36.

Bauhardt, Christine (2013b): Wege aus der Krise? - Green New Deal - Postwachstumsgesellschaft - Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht, in: Gender Nr. 2, S. 9 - 26; auf der Website http://www.postwachstumsoekonomie.de/wp-content/uploads/Bauhardt_Postwachstum.pdf

Bauhardt, Christine (2015): Feministische Kapitalismuskritik und postkapitalistische Alternativen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 21 vom 19.8.; auf der Website <http://www.bpb.de/apuz/211047/feministische-kapitalismuskritik-und-postkapitalistische-alternativen?p=all>

Baumgartner, Daniel & Bader, Michael (2007): SEKEM - Im Puls der Zukunft. Wie eine Vision Ägypten verändert, Dornach.

Baumgartner, Judith (1992): Ernährungsreform - Antwort auf Industrialisierung und Ernährungswandel, Frankfurt/M.

Beck, Hanno & Prinz, Aloys (2019): Die Zombies der Ökonomie kehren zurück; auf der Website <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bargeldabschaffung-vollgeld-negativzinsen-zombies-der-oekonomie-a-1267770.html>

Beck, Hanno & Prinz, Aloys (2020): Coronavirus-Pandemie – Eine makroökonomische Analyse – Folgen für Wachstum, Beschäftigung und Preisniveau, in: Wirt-

schaftswissenschaftliches Studium (WiSt) Nr. 9, S. 33 – 41; auf der Website https://rsw.beck.de/docs/librariesprovider75/default-document-library/beitrag-beck-prinz-wist-09-2020.pdf?sfvrsn=8a42e043_0

Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung?, Frankfurt/M.

Behrens, Eckhard (1962): Partnerschaft – Gedanken zur Neuordnung des Arbeitsverhältnisses, in: Fragen der Freiheit Nr. 28, S. 36 – 47.

Behrens, Eckhard (1971a): Mitbestimmung und Marktwirtschaft, in: Fragen der Freiheit Nr. 86, S. 30 – 42.

Behrens, Eckhard (1971b): Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Korreferat zum gleichnamigen Vortrag von Ota Sik, in: Fragen der Freiheit, Nr. 87/88, S. 25 - 48.

Behrens, Eckhard (2004): Hat sich der Euro bewährt? - Eine Zwischenbilanz, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 143. Folge, S. 31 - 42; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-136-143.html>

Behrens, Eckhard (2008): Die Notenbanken, die Kapitalmärkte und der Boden, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 156./157. Folge, S. 35 - 44; auf der Website <http://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-152-159.html>

Behrens, Eckhard (2011): Euro- oder Schuldenkrise? - Eine Verbindung des Euro mit nationalen Regiogeldern überwindet Rezessionen, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 170./171. Folge, S. 3 - 9; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

Behrens, Eckhard & Andres, Fritz & Heynitz, Jobst von (2012): Ein ordnungspolitischer Dreischritt aus geordneter Insolvenz, geldpolitischer Innovation und Strukturereformen erspart Griechenland den Euro-Austritt und den Europäern einen Superstaat, in: Fragen der Freiheit Nr. 283, S. 3 – 6; auf der Website <http://fragen-der-freiheit.de/hefte/FdF-283.pdf>; Nachdruck in Andres, Fritz (2020), S. 394 – 397.

Bein, Alex (1983): Theodor Herzl - Eine Biografie, Frankfurt/M. - Berlin - Wien.

Benjamin, Walter (1921/1985): Kapitalismus als Religion, in: Gesammelte Schriften Band 6, Frankfurt/M., S. 100–103.

Benner, Dietrich & Brüggem, Friedhelm (2011): Geschichte der Pädagogik - Vom Beginn der Neuzeit bis zur Gegenwart, Stuttgart.

Bennholdt-Thomsen, Veronika & Mies, Maria (1997): Eine Kuh für Hillary - Die Subsistenzperspektive, München.

Bennholdt-Thomsen, Veronika (1997): Juchitan: Stadt der Frauen - Vom Leben im Matriarchat, Reinbek b/ Hamburg.

Bennholdt-Thomsen, Veronika (1999): Dass wir es bis hierher schaffen würden, hättest du das gedacht? - Zum 25-jährigen Bestehen des Verlags Frauenoffensive, München.

Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010): Geld oder Leben - Was uns wirklich reich macht, München.

Benz, Benjamin & Boeckh, Jürgen & Huster, Ernst-Ulrich (2000): Sozialraum Europa - Ökonomische und politische Transformation in Ost und West, Opladen.

Benz, Ute Hrsg. (1993/1997): Frauen im Nationalsozialismus - Dokumente und Zeugnisse, 2. Auflage München.

Beretta, Edoardo (2013): Zwischen Gesells IVA-Note und Keynes' Bancor-Plan - Ansätze zu einer Weltwährung in der Zeit zwischen 1920 und 1944/45, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 178./179. Folge, S. 25 - 36; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-172-183.html>

Berger, Johannes & Funder, Maria & Domeyer, Volker & Voigt-Weber, Lore Hrsg. (1986): Selbstverwaltete Betriebe in der Marktwirtschaft, Bielefeld.

Bergmann, Frithjof (2004): Neue Arbeit - Neue Kultur, Freiamt/Schwarzwald.

Bergmann, Gustav (2017): Das Demokratische Unternehmen. Mitwirkung - Teilhabe - Verantwortung (Konzeptpapier im Studiengang Plurale Ökonomik), Siegen; auf der Website <https://plurale-oekonomik-siegen.de/publikationen/>

Bernal, John Desmond (1970): Wissenschaft - Science in History Band 3: Die Naturwissenschaften der Gegenwart, Reinbek bei Hamburg.

Bernhard, Janine (2017): Geschlechter-(Un)Gerechtigkeit - Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 30 - 31, S. 28 - 33.

Bernoulli, Hans (1925): Brief an John Maynard Keynes vom 27. März aus Basel; im Nachlass von Keynes im King's College in Cambridge/UK (NS/1/220-221).

Betz, Thomas (1998): Was der Euro soll und was eine internationale Währung wirklich sollte, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 117. Folge, S. 35 – 43; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-112-119.html>

Betz, Thomas (2010): Keynes' Bancor-Plan reloaded, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 164./165. Folge, S. 38 - 49, auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

Betz, Thomas (2012): Von der klassischen Geldhortung zum modernen Investmentbanking - Fluchtwege des Geldes aus der Realwirtschaft und wie sie zu verhindern wären, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 174./175. Folge, S. 25 - 35; auf der Website <http://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-172-183.html>

Betz, Thomas (2017): Vom Freigeld zum Vollgeld und vom Vollgeld zum Freigeld, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 194./195. Folge, S. 31 - 39; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Betz, Thomas (2018): Europa und die Welt – Keynes' Bancor-Plan als Grundlage für einen friedlichen Welthandel, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 198./199. Folge, S. 45 – 54; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Betz, Thomas (2021): Keynes' Bancor-Plan zur Neuordnung der Weltwirtschaft - Eine Spurensuche im Keynes-Archiv in Cambridge/GB (in Vorbereitung; erscheint auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/aufsaetze.html>).

Beveridge, William (1936): Brief an John Maynard Keynes vom 9.7. und Notizen zur „Allgemeinen Theorie“ im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur GTE 2/1/4 und 14-19.

Bhave, Vinoba (1976): Struktur und Technik des Inneren Friedens, Gladenbach.

Bibow, Jörg (2020): Zur US-Dollar-Hegemonie – Ein Blick zurück und in die Zukunft, in: Adam, Hermann & Hagemann, Harald & Kromphardt, Jürgen (2020):

Keynes und das internationale Währungs- und Finanzsystem, Marburg, S. 149 – 192.

Bierbaum, Heinz (1991): Selbstverwaltung und Gewerkschaften, in: Notz, Gisela & Heß, Klaus-Dier & Buchholz, Ulrich & Bühler, Theo Hrsg. (1991): Selbstverwaltung in der Wirtschaft – Alte Illusion oder neue Hoffnung?, Köln, S. 63 - 72.

Bierl, Peter (2004): Schwundgeld, Menschenzucht und Antisemitismus - Die Tauschringe, die Lehre von Silvio Gesell und die Antiglobalisierungsbewegung, auf der Website

http://www.rote-ruhr-uni.com/texte/bierl_tauschring.shtml

Bierl, Peter (2012): Schwundgeld, Freiwirtschaft und Rassenwahn - Kapitalismuskritik von rechts: Der Fall Silvio Gesell (mit einem Vorwort von Friedrich Burschel), Hamburg.

Biesecker, Adelheid & Wolf, Sabine (1995): Ökonomie und Geschlechterverhältnis - Stand der Diskussion und Theorieskizze, in: Seifert, Eberhard & Priddat, Birger Hrsg. (1995): Neuorientierungen in der ökonomischen Theorie - Zur moralischen, institutionellen und evolutorischen Dimension des Wirtschaftens, Marburg, S. 123 - 152.

Biesecker, Adelheid (1997): Für eine vorsorgende Wirtschaftsweise notwendige (neue?) Institutionen. in: Allgöwer, Elisabeth und Diskussionskreis Frau und Wissenschaft Hrsg. (1997): Ökonomie weiterdenken! - Beiträge von Frauen zu einer Erweiterung von Gegenstand und Methode, Frankfurt/M.. S. 53 - 77.

Biesecker, Adelheid & Hofmeister, Sabine (2013): (Re)Produktivität als Kategorie vorsorgenden Wirtschaftens, in: Biesecker, Adelheid & Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaftens Hrsg. (2013): Wege Vorsorgenden Wirtschaftens, Marburg, S. 137 - 158.

Biesecker, Adelheid & Winterfeld, Uta von (2013): Geld, Wachstum und gutes Leben, in: Biesecker, Adelheid & Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaftens Hrsg. (2013): Wege Vorsorgenden Wirtschaftens, Marburg, S. 257 - 276.

Binswanger, Hans Christoph (1972): Ökonomie und Ökologie - Neue Dimensionen der Wirtschaftstheorie, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Band 108, S. 251 - 281.

Binswanger, Hans Christoph (1978): Eigentum und Eigentumspolitik - Ein Beitrag zur Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung, Zürich.

Binswanger, Hans Christoph (1979): Natur und Wirtschaft - Die Blindheit der ökonomischen Theorie gegenüber der Natur und ihrer Bedeutung im Wirtschaftsprozess, in: Klaus-Michael Meyer-Abich Hrsg.: Frieden mit der Natur, Freiburg, S. 149 - 173.

Binswanger, Hans Christoph & Geissberger, Werner & Ginsburg, Theo (1979/1981): Wege aus der Wohlstandsfalle - Der NAWU-Report - Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, 3. Aufl. Frankfurt/M.

Binswanger, Hans Christoph & Nutzinger, Hans Georg & Scherhorn, Gerhard u.a. (1983): Arbeit ohne Umweltzerstörung - Strategien einer neuen Wirtschaftspolitik, Frankfurt/M.

Binswanger, Hans Christoph (1985): Geld und Magie - Deutung und Kritik der modernen Wirtschaft anhand von Goethes Faust II, Stuttgart.

Binswanger, Hans Christoph (1991): Geld & Natur - Das wirtschaftliche Wachstum im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie, Stuttgart.

Binswanger, Hans Christoph & Flotow, Paschen von Hrsg. (1994): Geld & Wachstum - Zur Philosophie und Praxis des Geldes, Stuttgart und Wien.

Binswanger, Hans Christoph (2006): Die Wachstumsspirale - Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg.

Binswanger, Hans Christoph (2008): Wachstumswang vs. Nachhaltigkeit - Die Feststellung des Konflikts als Voraussetzung seiner Lösung, Vortrag in der „Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie“ an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg am 12.11.2008, auf der Website <http://www.postwachstumsoekonomie.de/termine/wachstumswang-vs-nachhaltigkeit/>

Binswanger, Hans Christoph (2009): Vorwärts zur Mäßigung, Hamburg, S. 150 - 160. (Kapitel „Nachhaltigkeitsorientierte Unternehmensverfassungen“)

Birnie, Arthur (1947): A New Liberalism for the New Age, Glasgow-Edinburgh-London.

Blankertz, Herwig (1982): Die Geschichte der Pädagogik - Von der Aufklärung bis zur Gegenwart, Wetzlar.

Blaschke, Ronald & Otto, Adeline & Schepers, Norbert Hrsg. (2010): Grundeinkommen: Geschichte - Modelle - Debatten, Berlin.

Blees, Christian (2019): Die wachsende Macht der Schattenbanken, in: Deutschlandfunk vom 23. April; auf der Website https://www.deutschlandfunkkultur.de/globales-finanzsystem-die-wachsende-macht-der-schattenbanken.976.de.html?dram:article_id=446952

Bloch, Ernst (1959/1979): Das Prinzip Hoffnung Band 2, 6. Aufl. Frankfurt/M.

Blomert, Reinhard (2007): John Maynard Keynes, Reinbek bei Hamburg.

Bockting, Beate (2017): Negativzinsen - Erkenntnisstand bei einer Konferenz der Brookings-Denkfabrik, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 192./193. Folge, S. 21 - 29; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Bockting, Beate (2019): Bargeld im Focus der aktuellen Geldpolitik, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 200. Folge, S. 23 - 43; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Bockting, Beate (2021): Keynes' Sympathien für Gesells Geldreform - Ergebnisse einer Recherche in Keynes' Nachlass in Cambridge/GB (in Vorbereitung; erscheint auf der Website www.sozialoekonomie-online.de).

Bode, Thilo & Scheytt, Stefan (2018): Die Diktatur der Konzerne - Wie globale Unternehmen uns schaden und die Demokratie zerstören, Frankfurt/M.

Böcking, David (2018): Subventionen - Wie Deutschland seine Wirtschaft päppelt; auf der Website <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/subventionen-wie-die-deutsche-wirtschaft-gepaepelt-wird-a-1201607.html>

Böhm, Franz (1928/2007): Das Problem der privaten Macht, in: Goldschmidt, Nils & Wohlgemuth, Michael Hrsg., Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen, S. 49 - 67.

Böhm, Franz & Eucken, Walter & Großmann-Doerth, Hans (1937): Unsere Aufgabe - Editorial zur Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“, in: Ordnung der Wirtschaft Heft 1, Stuttgart und Berlin, S. VII - XXI.

Böhm, Franz (1937): Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, in: Ordnung der Wirtschaft, Band 1, S. 1 - 189.

Böhm, Franz (1947/2007): Kartellauflösung und Konzernentflechtung - Spezialisten-aufgabe oder Schicksalsfrage?, in: Süddeutsche Juristenzeitung, S. 495 - 505; Wiederabdruck in: Traugott Roser und Walter Oswald Hrsg., Entmachtung durch Wettbewerb, Münster, S. 59 - 91.

Böhm, Franz (1950): Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, Tübingen.

Böhm, Franz (1950/2007): Der Antisemitismus und die Deutschen, in: Die Gegenwart Nr. 21, S. 10 - 13; Wiederabdruck in: Traugott Roser und Walter Oswald Hrsg., Entmachtung durch Wettbewerb, Münster, S. 126 - 149.

Böhm, Franz (1960): Reden und Schriften, Karlsruhe.

Böhm, Franz (1961/2009): Das Janusgesicht der Konzentration, Nachdruck in der Schriftenreihe Fragen der Freiheit, Folge 277 - 278, S. 45 - 54; auf der Website <http://fragen-der-freiheit.de/hefte/FdF-277-278.pdf>

Böhm, Franz (1976/2009): Die Kapitalgesellschaft als Instrument der Unternehmenszusammenfassung, Nachdruck in der Schriftenreihe Fragen der Freiheit, Folge 277 - 278, S. 80 -97; auf der Website <http://fragen-der-freiheit.de/hefte/FdF-277-278.pdf>

Böhm-Bawerk, Eugen von (1884/1921): Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien, 4. Auflage Jena.

Boelke, Willi (1983): Die deutsche Wirtschaft 1930 - 1945 - Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf.

Börger, Renate (1998): Die Wirtschaft aus weiblicher Sicht, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 118. Folge, S. 37 - 47; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-112-119.html>

Börger, Renate (2011): „Small is beautiful“ - Zum 100. Geburtstag von Ernst Friedrich Schumacher am 16. August 2011, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 170./171. Folge, S. 57 - 61, auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

Bofinger, Peter & Ries, Mathias (2017): Sparschwemme und Niedrigzinsen - Auch in der Ökonomie dreht sich die Erde um die Sonne, auf der Website <https://makronom.de/sparschwemme-niedrigzinsen-auch-in-der-oekonomie-dreht-sich-die-erde-um-die-sonne-22247>

Bollerey, Franziska (1977/1991): Architekturkonzeptionen der utopischen Sozialisten – Alternative Planung und Architektur für den gesellschaftlichen Prozess, Berlin.

Bollmann, Stefan (2017): Monte Verità 1900 - Der Traum vom alternativen Leben beginnt, München.

Bombach, Gottfried (1976): Keynesianische Ökonomie und die Ökonomie vor Keynes, in: Wirtschaftsdienst Nr. 7, S. 329 - 333.

Bommarius, Christian (2009): Das Grundgesetz - Eine Biografie, Berlin.

Bommert Wilfried (2012): Bodenrausch – Die globale Jagd nach den Äckern der Welt, Köln.

Bontrup, Heinz-J. & Müller, Julia (2006): Wirtschaftsdemokratie – Alternative zum Shareholder-Kapitalismus, Hamburg.

Bontrup, Heinz-J. (2016): Pervertierter Kapitalismus, in: Ossietzky - Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Nr. 15, S. 545 - 547.

Borchert, Jürgen (2013): Sozialstaatsdämmerung, München.

Bourdieu, Pierre (1992/2005): Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg.

Bosch, Robert (1885): Brief an Anna Kayser, zitiert nach: Hans-Erhard Lessing (2007), Robert Bosch, S. 42.

Bosch, Gerhard & Kalina, Thorsten (2015): Die Mittelschicht in Deutschland unter Druck - IAQ-Report Nr. 4, auf der Website: <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2015/report2015-04.pdf>

Brand, Ulrich & Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise - Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, 5. Auflage München.

Brand, Ulrich & Acosta, Alberto (2018): Radikale Alternativen - Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann, München.

Brand, Ulrich (2019): In der Wachstumsfalle - Die Gewerkschaften und der Klimawandel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 7, S. 79 - 88.

Braudel, Fernand (1986): Die Dynamik des Kapitalismus, Stuttgart.

Braun, Dietrich (2013): Kleine Geschichte der Kunststoffe, München.

Breinich-Schilly, Angelika (2020): Verbraucher betrachten Bargeld als sicheren Hafen; auf der Website
<https://www.springerprofessional.de/zahlungsverkehr/anlageberatung/verbrauch-er-betrachten-bargeld-als-sicheren-hafen/17930676>

Breisky, Michael (2010): Groß ist ungeschickt - Leopold Kohr im Zeitalter der Post-Globalisierung, Wien.

Breisky, Michael (2015): Halbzeit im Kampf gegen den Mammon - Wie menschliches Maß das Bild vom berechenbaren Menschen überwindet und den Weg zu gelungenem Leben ebnet, St. Lorenz bei Salzburg.

Brennon, Jason (2017): Gegen Demokratie – Warum wir Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen, Berlin.

Bresler, Siegfried (2009): Auf den Spuren von Heinrich Vogeler, Bremen.

Bringmann, Klaus (2019): Das Volk regiert sich selbst – Eine Geschichte der Demokratie, Darmstadt.

Brumlik, Micha (2020): Lasst das Denkmal stehen; auf der Website
<https://taz.de/Immanuel-Kant-und-der-Rassismus/!5692764/>

Brunn, Gerhard (2002/2017): Die Europäische Einigung - Von 1945 bis heute, 4. Auflage Stuttgart.

Bruns, Julian & Glösel, Kathrin & Strobl, Natascha (2015): Rechte Kulturrevolution - Wer sind die Rechtsintellektuellen von heute?, Hamburg.

Buber, Martin (1947/1985): Pfade in Utopia - Über Gemeinschaft und deren Verwirklichung, Heidelberg.

Bucharin, Nikolaj & Evgenij Preobraschensky (1920): ABC des Kommunismus - Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Russlands, 2 Bände, Wien.

Buchter, Heike (2015): BlackRock – Eine heimliche Weltmacht greift nach unserem Geld, Frankfurt/M.

Budde, Gunilla & Conze, Eckardt & Rauh, Cornelia Hrsg. (2010): Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter – Leitbilder und Praxis seit 1945, Göttingen.

Büchi, John Henry (1936a): Brief an John Maynard Keynes vom 5.2. im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur GTE 2/1/34.

Büchi, John Henry (1936b): Brief an John Maynard Keynes vom 30.3. im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur GTE 2/1/36-41.

Büchi, John Henry (1936c): Brief an John Maynard Keynes vom 24.5. im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur GTE 2/1/43-47.

Bündnis90/Die Grünen (2010): Thesenpapier zum Wachstum (verfasst von Renate Künast und Jürgen Trittin), auf der Website <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nrw-wahl-gruene-kaempfen-gegen-die-wunderwaffe-wachstum-a-689237.html>

Bündnis90/Die Grünen & SPD (2010): Bundestagsdrucksache Nr. 17/2950 vom 14. September, auf der Website <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/029/1702950.pdf>

Bündnis90/DieGrünen (2020): Cum-Ex; auf der Website <https://www.gruene-bundestag.de/themen/cum-ex>

Buiter, Willem & Panigirtzoglou, Nikolaos (2003): Overcoming the Zero Bound on Nominal Interest Rates with Negative Interest on Currency - Gesell's Solution, in: Economic Journal, Vol. 113, Issue 490, S. 723 - 746; auf der Website https://www.researchgate.net/publication/254844326_Overcoming_the_Zero_Bound_on_Nominal_Interest_Rates_with_Negative_Interest_on_Currency

Buiter, Willem (2005): Overcoming the Zero Bound: Gesell vs. Eisler - Discussion of Mitsuhiro Fukao's "The Effects of 'Gesell' (Currency) Taxes in Promoting Japan's Economic Recovery"; auf der Website <https://willembuiter.com/fukao.pdf>

Buiter, Willem (2009): Negative Nominal Interest Rates - Three ways to overcome the zero lower bound; auf der Website <https://core.ac.uk/download/pdf/96289.pdf>

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Bafin Hrsg. (2017): Gemeinsame Pressemitteilung von Bafin und Deutscher Bundesbank - Ergebnisse der Niedrigzinsumfrage vom 30.8.2017; auf der Website https://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Pressemitteilung/2017/pm_170830_niedrigzins_bafin_bundesbank.html

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (1949): Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, auf der Website <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/index.html>

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020): Erbbaurechte – Ein Beitrag zur Bereitstellung von Wohnbauland für den bezahlbaren Wohnraum? - Ergebnisdokumentation zum ExWoSt-Projekt Fachdialog Erbbaurecht, Berlin.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2020): Landreform in Namibia – Ein neuer Anfang auf sicherem Grund; auf der Website http://www.bmz.de/de/themen/ernaehrung/03_laendliche_entwicklung/03_landrechte/bausteine/bausteinOrdner_07_beispiele/beispiel_namibia/index.html

Busch, Ulrich (2004): Alternative Geldtheorien und linker Geldfetischismus, in: Utopie kreativ Nr. 160, S. 137 - 149.

Busch, Ulrich (2015): Das heutige Geld im Focus alternativer Theorien und Geschichtsbilder, in: Z - Zeitschrift für marxistische Erneuerung Nr. 102, S. 33 - 40.

Busch-Lüty, Christiane (1989): Leben und Arbeiten im Kibbuz - Aktuelle Lehren aus einem achtzigjährigen Experiment, Köln.

Buschak, Willy (2014): Die Vereinigten Staaten von Europa sind unser Ziel - Arbeiterbewegung und Europa im frühen 20. Jahrhundert, Essen.

Butter, Michael (2018): Nichts ist wie es scheint, Frankfurt/M.

Butterwegge, Christoph (2015): Das bedingungslose Grundeinkommen zerstört den Wohlfahrtsstaat, auf der Website <https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/217778/das-bedingungslose-grundeinkommen-zerstoert-den-wohlfahrtsstaat>

Butterwegge, Christoph & Rinke, Kuno (2018): Grundeinkommen kontrovers - Plädoyers für und gegen ein neues Sozialmodell, Weinheim.

Caspari, Volker & Lichtblau, Klaus (2014): Franz Oppenheimer - Ökonom und Soziologe der ersten Stunde, Frankfurt.

Chang, Johannes (1965): Der Sozialismus Sun Yat-sens - Ein Beitrag zur Ideengeschichte des „dritten Volksprinzips“, Münster.

Chick, Victoria (2013): Economics and the Good Life - Keynes and Schumacher, in: Economic Thought vol. 2, no. 2, pp. 33 – 45.

Chick, Victoria & Tily, Geoff (2014): What happened to Keynes' monetary theory?, in: Cambridge Journal of Economics Vol. 38, pp. 681 – 699.

Christ, Peter & Gaul, Richard & Gehrman, Wolfgang Hrsg. (1982): Gegenwirtschaft – Die Firma ohne Chef: Ökonomie der Alternativen, München.

Christen, Theophil (1917): Die Durchführung der absoluten Währung, in: Annalen des Deutschen Reiches Nr. 10 - 12, S. 742 - 763.

Christen, Theophil (1920): Das Geldwesen - Ein dynamisches System, Bern.

Christoph, Franz (1906): Die ländlichen Gemeingüter (Allmenden) in Preußen, Jena.

Clarck, Karl (1927): Bodenreformerische Siedlungspläne - Geschichte und Kritik, München.

Clark, John Bates (1893): The Genesis of Capital, in: Yale Review No. 11, S. 302 - 315.

Clark, John Bates (1899): The Distribution of Wealth - A Theory of Wages, Interest and Profits, New York.

Clark, Peter (1990/2009): Hobson and Keynes a Economic Heretics, in: Freedom, Michael Hrsg. (1990/2019): Reappraising J.A. Hobson - Humanism and Welfare, London, pp. 87 - 99.

Clasen, Bernhard (2020): Kiew beschließt Bodenreform – Schlupflöcher für Nicht-ukrainer, in: taz vom 2. April; auf der Website <https://taz.de/Kiew-beschliesst-Bodenreform/!5676138/>

Cleveland, Mary (2017): Zurück in die „Space Age Economics“ - eine Zeitreise, in: Löhr, Dirk & Harrison, Fred Hrsg. (2017): Das Ende der Rentenökonomie - Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, Marburg; S. 91 - 118.

Cœuré, Benoit (2014): Life below zero: Learning about negative interest rates - Presentation at the annual dinner of the ECB's Money Market Contact Group, Frankfurt am Main, 9 September; auf der Website <http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2014/html/sp140909.en.html>

Cœuré, Benoit (2016): Assessing the implications of negative interest rates - Speech at the Yale Financial Crisis Forum, Yale School of Management, New Haven, 28 July 2016 <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2016/html/sp160728.en.html>

Cole, George D. H. (1954): Die britische Genossenschaftsbewegung – Ein Diskussionsbeitrag zu einigen Fragen der Neugestaltung des Handels, Köln-Deutz.

Conkin, Paul (1992): The New Deal, in: The American History Series, Oxford.

Conrad, Otto (1908): Kapitalzins, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Band 35, S. 325 - 359.

Conrad, Otto (1913): Der subjektive Wert als Grundlage der Zinstheorie Böhm-Bawerks, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Band 46, S. 289 - 320.

Conrad, Otto (1934): Die Todsünde der Nationalökonomie, Wien.

Constancio, Vitor (2015): Die Erfahrung mit Abkehr von Nullzinspolitik fehlt, in: Handelsblatt vom 5.7.2016.

Costa, Mariarosa Dalla & James, Selma (1973): Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin; auf der Website <http://www.fau-mannheim.de/wordpress/wp-content/uploads/2015/01/dallacostadiefrauenundderumsturzergesellschaft.pdf>

Coudenhove-Kalergi, Richard (1923/1926): Paneuropa, 4. Aufl. Wien und Leipzig.

Coudenhove-Kalergi, Richard (1950): Rede bei der Verleihung des Internationalen Karlspreises der Stadt Aachen; auf der Website <https://www.karlspreis.de/de/preistraeger/richard-nikolaus-graf-coudenhove-kalergi-1950/rede-von-richard-nikolaus-graf-coudehove-kalergi>

Creutz, Helmut (1986): Leistungslose Einkünfte aus Bodenbesitz und ihre Verwendung als Lohn für Erziehungsarbeit, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 69. Folge, S. 30 - 33; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-56-71.html>

Creutz, Helmut (1993/2003): Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, unveränderter Nachdruck der überarbeiteten 5. Aufl. Aachen.

Creutz, Helmut (2002): Vollgeld und Grundeinkommen, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 133. Folge, S. 14 - 19; auf der Website <http://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-112-119.html>

Creutz, Helmut (2004): Wachstum, Wachstum über alles – welche Rolle spielt das Geld?, in: Politische Ökologie Nr. 89, S. 78 – 79.

Creutz, Helmut (2009): Bedingungsloses Grundeinkommen oder Reduzierung der Kapitaleinkünfte?, in: Humane Wirtschaft Nr. 3, S. 35 - 41.

Creutz, Helmut (2010): Negativzinsen erfordern eine Geldumlaufsicherung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 164./165. Folge, S. 30 - 37; auf der Website <http://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt/M. (englische Erstausgabe Oxford 2004).

Cui, Zhiyuan (2003): Xiaokang socialism' - a petty-bourgeois manifesto, in: Chinese Economy No. 36.3 (May-Jun), S. 50 - 70.

Cui, Zhiyuan (2006): Liberal socialism and the future of China - a petty bourgeoisie manifesto, in: Cao, Tianyu Ed. (2005): The Chinese model of modern development, London, S. 157-174; auf der Website http://www.networkideas.org/featart/jan2006/Liberal_Socialism.pdf

Cui, Zhiyuan (2011): Partial Intimations oft he Coming Whole - The Chongqing Experiment in Light oft he Theories of Henry George, James Meade, and Antonio Gramsci, in: Modern China Vol. 37, No. 6, pp. 646 - 660.

Dahlmann, Frank (2015): Was wurde aus dem Grundeinkommen in Namibia?, in: brandeins; auf der Website <https://www.brandeins.de/zugabe/rubriken/was-wurde-aus/dem-grundeinkommen-in-namibia>

Daly, Herman (1996): Beyond Growth - The Economics of Sustainable Development, Boston.

Daly, Herman (2009): Steady-State-Economy - Ein Wirtschaftssystem des langfristigen Gleichgewichts, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 162./163. Folge, S. 39 - 42; auf der Website <http://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

Damaschke, Adolf (1931): Brief an Edith Eucken vom 6. August, Nachlass Walter Eucken in der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) in Jena, Kasten V.1.

Danzmann, Max (2019): Warum staatliche Währungen privaten Kryptowährungen überlegen sind, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 200. Folge, S. 65 - 74; auf der Website

<https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Darity, William jr. (1995/1998): Keynes' Political Philosophy - The Gesell Connection, in: Eastern Economic Journal Vol. 1, No. 1 (deutsche Übersetzung in der Zeitschrift für Sozialökonomie 35. Jahrgang, 116. Folge, S. 3 - 12.

Dathe, Uwe (2014): Walter Eucken – von der liberalen Krisendeutung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Maier, Hans Hrsg., Die Freiburger Kreise - Akademischer Widerstand und Soziale Marktwirtschaft, Paderborn, S. 85 - 112.

Davidson, Paul (2000): There Are Major Differences between Kalecki's Theory of Employment and Keynes's General Theory of Employment Interest and Money, in: Journal of Post Keynesian Economics Vol. 23, No. 1, pp. 3 - 25.

Davies, Stephen J. (2002): Japan's Deflation and the Feasibility of Negative Interest Rates, in: Kobe Economic & Business Review, Kobe University / Japan, vol. 47, pp. 93 - 115.

Decker, Oliver (2015): AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung das Parlament Nr. 40, S. 27 - 32.

Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010 – Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, auf der Website <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf>

Decker, Oliver & Kiess, Johannes & Brähler, Elmar (2016): Die enthemmte Mitte - Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Leipzig; auf der Website <https://www.boell.de/de/2016/06/15/die-enthemmte-mitte-studie-leipzig>

Dehling, Jochen & Schubert, Klaus (2011): Ökonomische Theorien der Politik, Wiesbaden.

Deutsche Bundesbank (2009): Die Entwicklung und die Bestimmungsfaktoren des Euro-Bargeldumlaufs in Deutschland, in: Monatsbericht Juni, Frankfurt/M., S. 49 - 60, auf der Website https://silo.tips/queue/die-entwicklung-und-bestimmungsfaktoren?&queue_id=-1&v=1605018969&u=OTMuMjMxLjQ0LjE1NQ==

Deutsche Bundesbank (2016): Vermögen und private Haushalte in Deutschland - Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014, in: Monatsbericht Nr. 3, S. 61 - 86, auf der Website

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/604904/bb345ad5999c923eebdbd4fcce69914d/mL/2016-03-vermoeegen-finanzen-private-haushalte-data.pdf>

Deutsche Bundesbank (2018): Zur Entwicklung der Nachfrage nach Euro-Banknoten bei der Deutschen Bundesbank, in: Monatsbericht Nr. 3, S. 37 - 52.

Deutsche Bundesbank & EHI Retail Institute (2019): Kosten der Bargeldzahlung im Einzelhandel, auf der Website

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/776464/16e3a025236aa4d52f1b2c0a27e1b852/mL/kosten-der-bargeldzahlung-im-einzelhandel-data.pdf>

Deutsche Bundesbank (2020a): Private Haushalte haben Geldvermögen in Höhe von 6,3 Billionen Euro, 17. Januar; auf der Website

<https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/private-haushalte-haben-geldvermoeegen-in-hoehe-von-6-3-billionen-euro-822388>

Deutsche Bundesbank (2020b): Monatsbericht Juli, S. 47 - 60 (Ausmaß und Motive der Aufbewahrung von Bargeld in deutschen Haushalten); auf der Website

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/837650/462f47d8e468e5537cbaac70763c6b5e/mL/2020-07-monatsbericht-data.pdf>

Deutsche Bundesbank (2020c): Entwicklungen im deutschen Bankensystem in der Negativzinsphase, in: Monatsbericht Oktober; auf der Website

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/848886/b8c1a60092cb6a40561d08d171680af9/mL/2020-10-entwicklung-bankensystem-negativzinsphase-data.pdf>

Deutscher Bundestag (2013): Abschlussbericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Bundestagsdrucksache Nr. 17/1330 vom 3.5.2013, auf der Website

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf>

Deutscher Bundestag - Wissenschaftlicher Dienst, Fachbereich Haushalt und Finanzen (2016): Schattenbankenaktivitäten in Deutschland, auf der Website

<http://www.bundestag.de/blob/409400/e2c84e6e3d53f3e0d758584990833169/wd-4-006-16-pdf-data.pdf>

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen Hrsg. (1999): Bericht über die menschliche Entwicklung (UNDP), Bonn.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW & Bach, Stefan (2012): Vermögensabgaben - Ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa, Berlin.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW & Pokraka, Daniel (2020): Vermögensabgabe gegen Corona-Schulden – Ein Konzept der Linkspartei; auf der Website <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/vermoegensabgabe-diw-linkspartei-101.html>

Deutsches Reich (1919): Weimarer Verfassung vom 11. August, auf der Website <http://www.verfassungen.de/de/de19-33/verf19-i.htm>

Deutschmann, Christoph (1999): Die Verheißung des absoluten Reichtums - Zur religiösen Natur des Kapitalismus, Frankfurt/M.

Deutschmann, Christoph Hrsg. (2002): Die gesellschaftliche Macht des Geldes, Wiesbaden (Leviathan-Sonderheft Nr. 21).

Deutschmann, Christoph (2003): Ende und Wiederkehr des Keynesianismus - Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik, in: Leviathan, Nr. 3, S. 291 - 302.

Deutschmann, Christoph (2004): Gibt es eine Alternative zur keynesianischen Fiskalpolitik?, in: Leviathan – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Nr. 2, S. 154 - 163.

Deutschmann, Christoph (2006): Keynes und die Rentiers - Warum die Überflussgesellschaft bis heute auf sich warten lässt, in: Berliner Debatte Initial, Nr. 4, S. 22 - 36.

Deutschmann, Christoph (2008): Kapitalistische Dynamik - Eine gesellschaftstheoretische Perspektive, Wiesbaden.

Deutschmann, Christoph (2009): Geld - die verheimlichte Religion unserer Gesellschaft?, in: Konrad Liessmann (2009): Geld - was die Welt im Innersten zusammenhält?, Wien, S. 239 - 263.

Dewey, John (1916/2000): Demokratie und Erziehung - Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik, Weinheim.

Dewey, John (1927): An Appreciation of Henry George, auf der Website http://www.wealthandwant.com/HG/PP/Dewey_Appreciation_HG.html

Diehl, Karl (1888-1896/1968): Pierre Joseph Proudhon – seine Lehre und sein Leben, Aalen.

Diehl, Karl (1908): Neuere Streitfragen der Bodenreform, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Band 36, S. 721 - 763.

Dienel, Peter (2002): Die Planungszelle - Der Bürger als Chance. Mit einem Statusreport, 5. Auflage Wiesbaden.

Diesel, Rudolf (1903/2007): Solidarismus – Natürliche wirtschaftliche Erlösung des Menschen, Augsburg.

Dierks, Leef H. (2016): Auswirkungen der US-Zinswende - Der Beginn eines neuen Zinszyklus?, in: Wirtschafts-Studium (WIST), Nr. 7, S. 363- 368.

Dieterich-Buchwald, Beate (1991): Das dänische Beispiel der Bodenwertsteuer, in: Fragen der Freiheit Nr. 208, S. 39 - 43.

Dieterich-Buchwald, Beate (1997): Blicke ins Ausland - Dänemark, in: Dieterich-Buchwald, Beate & Dieterich, Hartmut (1997): Boden: Wem nutzt er, wen stützt er? - Neue Perspektiven des Bodenrechts, Braunschweig und Wiesbaden, S. 94 - 108.

Dillard, Dudley (1940a): Proudhon, Gesell and Keynes: An Investigation of some 'anti-marxian socialist' Antecedents of Keynes' "General Theory", Dr.-Thesis, University of California.

Dillard, Dudley (1940b): Brief an Austin Robinson vom 27.3. im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur EJ 1/6/118.

Dillard, Dudley (1942a): Keynes and Proudhon, in: Journal of Economic History, pp. 63 - 76.

Dillard, Dudley (1942b): Gesell's Monetary Theory and Social Reform, in: American Economic Review Vol. 32, S. 348 - 352.

Dillard, Dudley (1948): The Economics of John Maynard Keynes - The Theory of a Monetary Economy, Englewood Cliffs.

Dillard, Dudley (1983/1988): Effective Demand and the Monetary Theory of Employment, in: A. Barrère (1988): The Foundations of Keynesian Analysis - Keynesian Studies, London, pp. 49 - 64; auf der Website https://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-1-349-08062-5_3

Dillard, Dudley (2010): The Theory of a Monetary Economy, Nachdruck in: Kenneth K. Kurihara (2010): Post Keynesian Economics, London, pp. 3 - 30; auf der Website <https://books.google.de/books?id=Fn6HV6frFFMC&pg=PA3&lpg=PA3&dq=dudley+dillard&source=bl&ots=hJ5jgkXhaq&sig=ACfU3U2PQfR79kssYwlBXPgqqqXpea4Gkg&hl=de&sa=X&ved=2ahUKewiev5fanqvlAhWCLFAKHQ5ADsk4HhDoATAAegQICRAE#v=onepage&q=dudley%20dillard&f=false>

Dörre, Klaus (2013): Unternehmen in transnationalen Wertschöpfungsketten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 1 – 3, S. 28 – 40.

Dimand, Robert (1991): Cranks, Heretics and Macroeconomics in the 1930s, in: History of Economics Review vol. 16 , no. 1, pp. 11 - 30.

Diogenes (= Martin Hoffmann) (1926): Marx – Lenin – Gesell, Windischleuba/Thür.

Dobberstein, Baukje (2018): Grundeinkommen in Finnland?; auf der Website des Netzwerks Grundeinkommen
<https://www.grundeinkommen.de/08/09/2018/grundeinkommen-in-finnland-2.html>

Dobler, Thomas (1998): Frauen als Unternehmerinnen – Erfolgspotentiale weiblicher Selbstständiger, Wiesbaden.

Dobrinski, Claudia & Gedderth, Brunhilde & Wipfler, Katrin Hrsg. (2007): Kloster und Wirtschaftswelt im Mittelalter, Paderborn.

Dodson, Edward (1999): Henry George's Influence on the Life and Work of Leo Tolstoy, auf der Website http://www.cooperative-individualism.org/dodson-edward_henry-george's-influence-on-leo-tolstoy-1999.htm

Dörner, Astrid & Mallien, Jan (2020): Bargeld für die Bürger – Ökonomen loben das Helikoptergeld, in: Handelsblatt vom 8. April; auf der Website <https://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/massnahmen-gegen-die-krise-bargeld-fuer-die-buerger-oekonomen-loben-das-helikoptergeld/25723120.html?ticket=ST-2056247-pFH7ef0xBCsjKSXhRlco-ap2>

Dörr, Julian & Kutzner, Maximilian (2017): „Außerparlamentarischer Wachhund?“ - Die Entstehungsgeschichte der Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und deren Aktivitäten zur Vermittlung der Wirtschaftsordnung in Deutschland, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Nr. 104, S. 487 - 524.

Dörre, Klaus & Lessenich, Stephan & Rosa, Hartmut (2009): Soziologie, Kapitalismus, Kritik - Eine Debatte unter Mitarbeit von Thomas Barth, Frankfurt/M.

Dörre, Klaus (2015): Das demokratische Unternehmen - ein zukunftstaugliches Leitbild?, in: Sattelberger, Thomas & Welppe, Isabelle M. & Boes, Andreas (Hrsg.): Das demokratische Unternehmen - Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft, Freiburg, S. 95 - 114.

Donat, Helmut (2020): Der „Friedenshitzer“ Otto Umfrid, in: Kontext-Wochenzeitung Nr. 480 vom 10. Juni; auf der Website <https://www.kontextwochenzeitung.de/zeitgeschehen/480/der-friedenshitzer-6807.html>

Dow, Sheila (2015): The Political Economy of Monetary Reform - Ideas in Canada in the 1930s, in: Cambridge Journal of Economics vol. 40, no. 5, pp. 1363 - 1376; auf der Website <http://www.uvic.ca/socialsciences/economics/assets/docs/seminars/The%20Political%20Economy%20of%20Monetary%20Reform%20160715.pdf>

Draghi, Mario (2017): Warum wir noch lange auf Zinsen warten müssen; auf der Website <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/europaeische-zentralbank-warum-wir-noch-lange-auf-zinsen-warten-muessen-a-1158929.html>

Drewermann, Eugen (1996): Jesus von Nazareth - Befreier zum Frieden, Band 2, Zürich und Düsseldorf.

Drewermann, Eugen (2017): Finanzkapitalismus (= Band 2 von Kapital & Christentum), Düsseldorf.

Duchrow, Ulrich (2013): Gieriges Geld - Auswege aus der Kapitalismusfalle - Befreiungstheologische Perspektiven, München.

Dürmeier, Thomas (2005): Post-Autistic Economics - Eine studentische Intervention für plurale Ökonomie, in: Intervention - Zeitschrift für Ökonomie Nr. 2, S. 65 - 76; auf der Website https://www.plurale-oekonomik.de/fileadmin/redakteure/bund/pdf/Paecon_intervention.pdf

Dürr, Hans-Peter (2009): Warum es ums Ganze geht - Neues Denken für eine Welt im Umbruch, München.

Duhm, Rainer (1990): Wenn Belegschaften ihre Betriebe übernehmen - Probleme und Chancen selbstverwalteter Fortführung von Krisenbetrieben, Frankfurt/M.

Dullien, Sebastian (2020): Es fehlt der große Wumms, in: taz vom 20. Juni; auf der Website <https://taz.de/Volkswirt-zum-Konjunkturprogramm/!5688534/>

Dutschke, Gretchen (1998): Rudi Dutschke - Wir hatten ein barbarisch schönes Leben - Eine Biografie, München.

Dutschke, Rudi (1978): Warum ich Marxist bin – doch Marx sagte: „Ich bin kein Marxist“, in: Fritz Raddatz Hrsg.: Warum ich Marxist bin. München 1978, S. 95 - 135.

Dutschke, Rudi (1980): Mein langer Marsch - Reden, Schriften und Tagebücher aus 20 Jahren, hrsg. von Gretchen Dutschke-Klotz, Helmut Gollwitzer und Jürgen Miermeister, Reinbek bei Hamburg.

Duwendag, Dieter (1971): Bodenmarkt und Bodenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 91. Jg., Nr. 5, S. 596 - 597.

Dyttrich, Bettina & Wuhrer, Pi Hrsg. (2012): Wirtschaft zum Glück - Solidarisch arbeiten heute und weltweit, Zürich.

Eckhardt, Wolfgang (2012): Rudi Dutschke 1940 - 1979 - Findbuch zum Teilnachlass, Berlin.

Ehnts, Dirk & Zeddies, Lino (2016): Die Krise der VWL und die Vision einer Pluralen Ökonomik, in: Wirtschaftsdienst Nr. 10, S. 769 - 775; auf der Website <https://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2016/10/die-krise-der-vwl-und-die-vision-einer-pluralen-oekonomik/>

Ehnts, Dirk (2017): Modern Monetary Theory und europäische Makroökonomie, in: Berliner Debatte Nr. 3, S. 89–102; auf der Website https://issuu.com/samuelpufendorf/docs/berliner_debatte_initial_2017-3_ehn

Ehnts, Dirk (2020): Covid 19 und die wirtschaftlichen Folgen für Europa; auf der Website https://www2.weed-online.org/uploads/ehnts_covid_19.pdf

Eichengreen, Barry & O'Rourke, Kenneth (2010): A Tale of Two Depressions, auf der Website <http://voxeu.org/article/tale-two-depressions-what-do-new-data-tell-us-february-2010-update>

Einstein, Albert (1931): Brief an Mrs. R.W. Evans vom 8. Oktober; auf der Website http://www.cooperative-individualism.org/einstein-albert_henry-george-1931.pdf

Einstein, Albert (1934): Zwei Briefe an Henry George's Tochter Anna George De Mille vom Mai/Juni, in: Land and Freedom, May/June, auf der Website http://www.cooperative-individualism.org/einstein-albert_henry-george-and-his-principles-1934.htm

Einstein, Albert (1934/1972): Mein Weltbild (hrsg. von Carl Seelig), Frankfurt/M., Berlin und Wien.

Einstein, Albert (1939): Brief an Henry George's Tochter Anna George De Mille vom 18. April; auf der Website http://www.cooperative-individualism.org/einstein-albert_henry-george-1939-apr.pdf

Einstein, Albert (1949): Warum Sozialismus?, in: Monthly Review No. 1; auf der Website <http://www.linke-buecher.de/k-einst.htm>

Eisenberg, Christiane (1985): Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften - Theorie und Praxis der Produktivgenossenschaften in der deutschen Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften der 1860er und 1870er Jahre, Bonn.

Eisler, Robert (1924): Das Geld - Seine geschichtliche Entstehung und seine gesellschaftliche Bedeutung, München.

Eisler, Robert (1932): The Money Maze, London.

Eisler, Robert (1933): Stable Money - The Remedy for the Economic World Crisis. A Programme of Financial Reconstruction for the International Conference, London.

Elias, Norbert (1939/1990): Über den Prozess der Zivilisation - Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweiter Band: Wandlungen der Gesellschaft - Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Frankfurt/M.

El Maghraoui, Abdelaali (2015): Grundlagen des islamischen Wirtschaftsdenkens - Eine Einführung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 186./187. Folge, S. 28 - 40; auf der Website <http://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

El Maghraoui, Abdelaali (2019): Das Geld im islamischen Recht - Die Grundzüge einer Geldtheorie nach der Rechtslogik ausgewählter klassisch-muslimischer Gelehrter, Baden-Baden.

Elsen, Susanne (2007): Die Ökonomie des Gemeinwesens - Sozialpolitik und soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung, Weinheim und München.

Elsen, Susanne Hrsg. (2011): Ökosoziale Transformation - Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens - Perspektiven und Ansätze von unten, Neu-Ulm.

Emmet, Ross B. (2008): Frank H. Knights Criticism of Henry George, in: American Journal of Economics and Sociology, February.

Emunds, Bernhard (2010): Renditedruck der Finanzmärkte – schwere Zeiten für die Unternehmensethik, in: Zeitschrift für Wirtschaft- und Unternehmensethik (zfwu) 11. Jg., Nr. 2, S. 97 – 121.

Endenburg, Gerard (1992): Soziokratie - Königsweg zwischen Diktatur und Demokratie, Wiesbaden.

Engelhardt, Marc Hrsg. (2015): Unabhängigkeit! - Separatisten verändern die Welt, Berlin.

Engels, Friedrich (1833-34/1970): Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie, in: Marx-Engels-Werke Band 1 (MEW 1), Berlin-Ost, S. 499 - 524.

Engels, Friedrich (1845/1969): Zur Lage der arbeitenden Klassen in England, in: MEW 2, Berlin-Ost, S. 225 - 506.

Engels, Friedrich (1845/1969): Deutsche Zustände, in: MEW 2, Berlin-Ost, S. 564 - 584.

Engels, Friedrich (1847/1969): Grundsätze des Kommunismus, in: MEW 4, Berlin-Ost, S. 361 - 380.

Engels, Friedrich (1848/1969): Der dänisch-deutsche Waffenstillstand, in: MEW 5, Berlin-Ost, S. 393 - 397.

Engels, Friedrich (1849/1968a): Der magyarische Kampf, in: MEW 6, Berlin-Ost, S. 165 - 176.

Engels, Friedrich (1849/1968b): Der demokratische Panslawismus, in: MEW Band 6, Berlin-Ost, S. 270 - 286.

Engels, Friedrich (1849/1968c): Proudhon, in: MEW Band 6, Berlin-Ost, S. 562 - 565.

Engels, Friedrich (1876-1878/1968): Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), in: MEW 20, Berlin-Ost, S. 3 – 303.

Engels, Friedrich (1880/1969): Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW 19, Berlin-Ost, S. 177 – 228.

Engels, Friedrich (1882/1967): Brief an Eduard Bernstein vom 22.-25. Februar 1882, in: MEW 35, Berlin-Ost, S. 278 - 285.

Engels, Friedrich (1884/1967): Brief an August Bebel vom 18.1.1884, in: MEW 36, Berlin-Ost, S. 86 – 88.

Engels, Friedrich (1886/1967): Brief an Laura Lafargue vom 24.11.1886, in: MEW 36, Berlin-Ost, S. 719 – 720.

Engels, Friedrich (1890/1972): Über den Antisemitismus, in: MEW 22, Berlin-Ost, S. 49- 51.

Erhard, Ludwig (1957/1990): Wohlstand für alle, 3. Auflage Düsseldorf.

Erhard, Ludwig (1964/1988): Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund - Rede zu Oppenheimers 100. Geburtstag in der FU Berlin am 30.4.1964, in: ders., Gedanken aus fünf Jahrzehnten - Reden und Schriften, Düsseldorf, S. 858 - 864.

Erhard, Ludwig (1966): Die formierte Gesellschaft - Reden und Interviews des Bundeskanzlers und bemerkenswerte Stellungnahmen, Bonn.

Ericsson, Neil & Hendry, David & Hood, Stedman (2017): Milton Friedman and data adjustment, auf der Website <https://voxeu.org/article/milton-friedman-and-data-adjustment>

Eucken, Irene (1931): Brief an Adolf Damaschke vom 19. August, Nachlass Walter Eucken in der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) in Jena, Kasten V.6.

Eucken, Walter (1932/1997): Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, zuerst in: Weltwirtschaftliches Archiv Band 36, S. 297 - 321, Nachdruck in: Ordo-Jahrbuch zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Band 48, S. 5 - 27.

Eucken, Walter (1934): Kapitaltheoretische Untersuchungen, Jena.

Eucken, Walter (1940/1944): Die Grundlagen der Nationalökonomie, 4. Auflage Jena.

Eucken, Walter (1943): Handschriftliches Fragment über die Freiheit vom November 1943 in der von Uwe Dathe kuratierten Walter-Eucken-Ausstellung der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek, Vitrine 7, 2017 in Jena.

Eucken, Walter (1946): Brief an Friedrich August von Hayek vom 12.3.1946, Nachlass Walter Eucken in der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) in Jena.

Eucken, Walter (1946/1999): Über die Verstaatlichung der privaten Banken, in: Walter Oswalt Hrsg. (1999): Walter Eucken - Ordnungspolitik, Münster.

Eucken, Walter (1947a): Brief an Otto Lautenbach vom 9.10.1947, Nachlass Walter Eucken in der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) in Jena.

Eucken, Walter (1947b): Brief an Otto Lautenbach vom 31.12.1947, Nachlass Walter Eucken in der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) in Jena.

Eucken, Walter (1948): Brief an Otto Lautenbach vom 7.2.1948, Nachlass Walter Eucken in der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) in Jena.

Eucken, Walter (1950a): Technik, Konzentration und Ordnung der Wirtschaft, in: Ordo-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Band 3, S. 3 - 17.

Eucken, Walter (1950b): Brief an Friedrich August von Hayek am 2.3.1950, Nachlass Walter Eucken in der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) in Jena.

Eucken, Walter (1950/1953): Wettbewerb, Monopol und Unternehmer (Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Unternehmer, hrsg. von Edith Eucken-Erdsiek), Bad Nauheim.

Eucken, Walter (1950/2001): Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung - Londoner Vorträge zur Wirtschaftspolitik und zwei Beiträge zur Antimonopolpolitik (Hrsg. Walter-Eucken-Archiv, mit einem Nachwort von Walter Oswalt), Münster.

Eucken, Walter (1952/1960): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 3. unveränderte Auflage, Tübingen.

Europäisches Patentamt & Handelsblatt Research Institute (2018): Patente und die Vierte Industrielle Revolution, auf der Website [http://documents.epo.org/projects/babylon/eponet.nsf/0/17FDB5538E87B4B9C12581EF0045762F/\\$File/fourth_industrial_revolution_2017_key_findings_de.pdf](http://documents.epo.org/projects/babylon/eponet.nsf/0/17FDB5538E87B4B9C12581EF0045762F/$File/fourth_industrial_revolution_2017_key_findings_de.pdf)

Europäische Zentralbank (2020): Report on a Digital Euro; auf der Website https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/Report_on_a_digital_euro~4d7268b458.en.pdf

Ewald, Günter Hrsg. (1977): Religiöser Sozialismus, Stuttgart.

Faltlhauser, Kurt (1974): Versäumnisse und Aufgaben partnerschaftlicher Betriebsgestaltung, in: Fragen der Freiheit Nr. 109, S. 40 - 50.

Fama, Eugene (1970): Efficient Capital Markets - A Review of Theory and Empirical Work, in: Journal of Finance, Vol. 25, S. 383-417.

Fanon, Frantz (1961/1968): Die Verdammten dieser Erde (mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre), Frankfurt/M.

Fantacci, Luca (2012): Why not bancor? - Keynes's currency plan as a solution to global imbalances; auf der Website https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwjs8v6F5PDsAhUj4YUKHfToAmgQFjAAegQIBhAC&url=https%3A%2F%2Fwww.wen.uni.lu%2Fcontent%2Fdownload%2F52451%2F628639%2Ffile%2FPaper_Prof.%2520Fantacci_19.01.2012.pdf&usg=AOvVaw3RupECNytQb2o_7dB3xtzl

Fatheuer, Thomas & Fuhr, Lili & Unmüßig, Barbara (2015): Kritik der grünen Ökonomie, München.

Faust, Helmut (1958): Ursprung und Aufbruch der Genossenschaftsbewegung, Neuwied/Rh.

Fauth, Dieter (2017): Martin Luthers Zinskritik als Chance und Belastung für heutige Geldreformbestrebungen, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 192./193. Folge, S. 3 - 10; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Feder, Gottfried (1919/1934): Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft, in: ders. (1934), Kampf gegen die Hochfinanz, München.

Feder, Gottfried (1920): Die Irrlehre des Freigelds, in: Der Hammer Nr. 441, S. 405 - 408.

Feder, Gottfried (1922): Linzer Beschlüsse zur Geldreform in drei Teilen, in: Volk und Gemeinde - Monatsblätter für nationalen Sozialismus und Gemeindepolitik, Jg. 4, Nr. 3, S. 27 - 31 (Teil 1); Nr. 5, S. 49 - 51 (Teil 2); Nr. 8, S. 73 - 75 (Teil 3).

Feder, Gottfried (1923): Falsche Propheten und Schwarmgeister, in: Völkischer Beobachter vom 27. 10. 1923.

Feder, Gottfried (1923/1933): Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage, 11. Auflage München.

Feder, Gottfried (1933): Freigeld-Freiland, die Utopie Gesells, in: Deutsche Wochenschau, Nr. 7.

Feder, Gottfried (1934): Kampf gegen die Hochfinanz, München.

Felber, Christian (2009): Kooperation statt Konkurrenz - 10 Schritte aus der Krise, Wien.

Felber, Christian (2010): Geld - Die neuen Spielregeln, Wien.

Felber, Christian (2010/2012): Gemeinwohl-Ökonomie - Eine demokratische Alternative wächst, Wien.

Felber, Christian (2012): Retten wir den Euro!, Bonn.

Felsch, Bernadette (2010): Wege zu einer gerechten Bodenordnung, München, auf der Website

<https://www.sozialoekonomie.info/forschung/bernadette-julia-felsch-wege-zu-einer-gerechten-bodenordnung.html>

Felsch, Bernadette Julia (2018): Von den Physiokraten bis zur Neoklassik - Henry George und der vergessene Faktor Land, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 196./197. Folge, S. 11 - 18; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Ferber, Michael (2019): Bargeld schützt vor noch stärker negativen Zinsen – manchen Ökonomen ist es ein Dorn im Auge, in: Neue Zürcher Zeitung vom 21. Februar; auf der Website <https://www.nzz.ch/finanzen/bargeld-ld.1460275>

Fernandes, Santiago (1952): Brief an Joan Violet Robinson vom 27.12. im Nachlass von Joan Robinson im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur JVR VII/138,1-8.

Fetscher, Iring (1967): Karl Marx und der Marxismus – Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung, München.

Feuchter-Schawelka, Anne (1998): Siedlungs- und Landkommunebewegung, in: Diethart Kerbs & Jürgen Reulecke Hrsg.: Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880 - 1933, Wuppertal, S. 227 - 244.

Fischer, Stanley (2016a): Speech at the Annual Meeting of the American Economic Association January 3, 2016 in San Francisco/California "Monetary Policy, Financial Stability, and the Zero Lower Bound".

Fischer, Stanley (2016b): "Monetary Policy, Financial Stability, and the Zero Lower Bound" - Speech at the Annual Meeting of the American Economic Association January 3, 2016 in San Francisco/California, in: American Economic Review Vol. 106, No. 5, S. 39 - 42.

Fisher, Irving (1933): Stamp Scrip, New. York.

Fisher, Irving (2007): 100%-Geld, Kiel.

Flach, Karl-Hermann (1977): Noch eine Chance für die Liberalen oder: Die Zukunft der Freiheit - Eine Streitschrift, Frankfurt.

Flieger, Burghard (1989): Produktivgenossenschaften - Geschichte und Gegenwart der Idee einer fortschrittsfähigen Organisation, in: Heise, Arne Hrsg. (1989): Arbeiterselbstverwaltung, München, S. 131 - 148.

Flieger, Burghard (1996): Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation - Theorie, Fallstudie, Handlungshilfen, Marburg.

Flotow, Paschen von (1995): Geld, Wirtschaft und Gesellschaft - Georg Simmels Philosophie des Geldes, Frankfurt/M.

FMW-Redaktion (2017): Gefahr für den Euro – Berlusconi will Parallelwährung für Italien: die „Neue Lira“, in: FinanzMarktWelt vom 22. August; auf der Website <https://finanzmarktwelt.de/gefahr-fuer-den-euro-berlusconi-will-parallelwaehrung-fuer-italien-die-neue-lira-66603/>

Föhl, Carl (1936/1955): Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf, 2. Auflage Berlin.

Foldvary, Fred (2017): Ein neues Konzept - Mason Gaffney, der ultimative Heterodoxe, in: Löhr, Dirk & Harrison, Fred Hrsg. (2017): Das Ende der Rentenökonomie - Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, Marburg, S. 119 - 148.

Foucault, Michel (1966/1971): Die Ordnung der Dinge - Eine Archäologie der Humanwissenschaften, Frankfurt/M.

Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens – Für eine neue Infrastrukturpolitik, dt. Übers. von Stephan Gebauer, Berlin.

Fourier, Charles (1803/1980): Über den Handel und das Geldsystem, in: ders. (1980): Ökonomisch-Philosophische Schriften – Eine Textauswahl hrsg. von Lola Zahn, Berlin-Ost.

Fourier, Charles (18??): Fragment über den Handel, in: Thilo Ramm Hrsg. (1956): Der Frühsozialismus – Ausgewählte Quellentexte, Stuttgart. Mit einem Vorwort von Friedrich Engels auch wieder abgedruckt in: Fourier, Charles (1980), S. 122 – 170.

Fourier, Charles (1808/1980): Theorie der vier Bewegungen, in: ders., Ökonomisch-philosophische Schriften, Berlin-Ost.

Fourier, Charles (18??/1970): Pamphlet gegen das Goldene Kalb der Händler, Zürich.

Fourier, Charles (1980): Ökonomisch-Philosophische Schriften – Eine Textauswahl hrsg. von Lola Zahn, Berlin-Ost.

Fratzscher, Marcel (2019): Top-Ökonom knöpft sich deutsche Notenbank-Nörgler vor, in: FOCUS vom 26. November; auf der Website https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/gastbeitrag-von-diw-chef-fratzscher-top-oekonom-raeumt-mit-vorurteilen-auf-20-deutsche-mythen-zu-ezb-geldpolitik_id_11388947.html

Fratzscher, Marcel (2020): Die neue Aufklärung – Wirtschaft und Gesellschaft nach der Corona-Krise, Berlin.

Freistaat Bayern (1946): Landesverfassung vom 8. Dezember, München.

Freiwirtschaftsbund Hrsg. (1932): Das befreiende Regierungsprogramm - Eine Denkschrift, Essen.

Friebe, Holm & Ramge, Thomas (2008): Marke Eigenbau – Der Aufstand der Massen gegen die Massenproduktion, Frankfurt/M.

Fried, Ferdinand (1931): Das Ende des Kapitalismus, Jena.

Friedman, Milton (1962/1971): Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart.

Friedman, Milton (1968/1974): Die Rolle der Geldpolitik, in: Karl Brunner, Hans Monissen und Manfred Neumann Hrsg. (1974): Geldtheorie, Köln, S. 314 - 331; auch in: Friedman, Milton (1969/1976), S. 135 - 156.

Friedman, Milton (1969/1976): Die optimale Geldmenge und andere Essays, Frankfurt/M.

Friedman, Milton (1978): Interview, in: The Times Herald (Norristown/ Pennsylvania) vom 1. Dezember.

Friedman, Milton (1982): Brief an Werner Onken vom 16. August (in den Korrespondenzakten des Archivs für Geld- und Bodenreform in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg).

Frohn, Philipp (2019): Deutsche Bunkern fast eine Billion Euro auf Girokonten, in: Handelsblatt am 4. Oktober; auf der Website <https://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/vermoegen-deutsche-bunkern-fast-eine-billion-euro-auf-girokonten/25084136.html?ticket=ST-2262700-ds6E07RiMxE9mi9WCaUY-ap5>

Fromm, Erich (1955/1991): Wege aus einer kranken Gesellschaft - Eine sozial-psychologische Untersuchung, München

Fromm, Erich (1976/1979): Haben oder Sein - Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, Stuttgart.

Fuchs, Carl Johannes (1907): Die Spekulation im modernen Städtebau, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, S. 1339 - 1367.

Fuchs, Christian & Middelhoff, Paul (2019): Das Netzwerk der Neuen Rechten - Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern, Reinbek bei Hamburg.

Fuchs, Johann & Kubis, Alexander & Schneider, Lutz (2015): Szenarien für ein konstantes Erwerbspersonenpotenzial unter Berücksichtigung der zukünftigen inländischen Erwerbsbeteiligung und der EU-Binnenmobilität, Studie der Stiftung Bertelsmann, Gütersloh; auf der Website https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IB_Zuwand_erungsbedarf_aus_Drittstaaten_in_Deutschland_bis_2050_2015.pdf

Fücks, Ralf (2013): Intelligent wachsen - Die grüne Revolution, München.

Fukao, Mitsuhiro (2005): The Effects of 'Gesell' (Currency) Taxes in Promoting Japan's Economic Recovery. Tokyo: Institute of Economic Research of the Hitotsubashi University, Discussion Paper Series No.94 / June; auf der Website

<http://hi-stat.ier.hit-u.ac.jp/>; auch in: International Economics and Economic Policy 2005.

Funke, Manuel & Schularik, Moritz & Trebesch, Christoph (2015): Going to Extremes - Politics after Financial Crises, 1870-2014; CESifo Working Paper Series No. 5553; auf der Website https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2688897

Gabbert, Karl-Wilhelm (1970): Heinrich Freese - Sein Wirken, seine Gedankenwelt, seine Bedeutung, Göttingen.

Gaffney, Mason (2018): Neo-Classical Economics as a Stratagem against Henry George, auf der Website http://masongaffney.org/publications/K1Neo-classical_Stratagem.CV.pdf

Gandhi, Mahatma (1953): Sarvodaya - Wohlfahrt für alle, Gladenbach.

Gareis, Sven Bernhard & Varwick, Johannes (2014): Die Vereinten Nationen – Aufgaben, Instrumente und Reformen, 5. Auflage Opladen und Toronto.

Garrett, R. Sam (2016): Super PACs in Federal Elections – Overview and Issues for Congress, in: Congressional Research Service 7-5700; auf der Website <https://fas.org/sgp/crs/misc/R42042.pdf>

Garvy, George (1976): Keynesianer vor Keynes, in: H.-J. Ramser, M. Timmermann und W. Wittmann (Hrsg.), Der Keynesianismus Band 2, Berlin-Heidelberg-New York, S. 21 - 34.

Gaugler, Eduard (2002): Die Anfänge der Mitarbeiterbeteiligung im 19. Jahrhundert, in: Wagner, Klaus-R. Hrsg. (2002): Mitarbeiterbeteiligung - Visionen für eine Gesellschaft von Teilhabern - Festschrift für Michael Lezius zum 60. Geburtstag, Wiesbaden, S. 17 - 26.

Geier, Bernward (2018): Willkommen in Sikkim, in: Schrot & Korn vom 12. Februar; auf der Website <https://schrotundkorn.de/umwelt/willkommen-in-sikkim>

Geitmann, Roland (1993a): Erbbaurecht in Ost und West - Bericht über ein innovatives Projekt - Teil 1, in: Fragen der Freiheit Nr. 220, S. 12 - 32.

Geitmann, Roland (1993b): Erbbaurecht in Ost und West - Bericht über ein innovatives Projekt - Teil 2, in: Fragen der Freiheit Nr. 224, S. 17 - 32.

Geitmann, Roland (2007): Grundeinkommen - eine Idee mit langer Geschichte, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 154. Folge, S. 3 - 6; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-152-159.html>

Geitmann, Roland (2016): Sozialökonomische Weisheitsschätze der Religionen, Zell am Main.

Gelleri Christian (2009): Chiemgauer Regiomoney - Theory and Practice of a Local Currency, auf der Website https://www.researchgate.net/publication/284372113_Chiemgauer_regiomoney_Theory_and_practice_of_a_local_currency

Gelleri, Christian & Mayer, Thomas (2012): Expressgeld statt Euroaustritt – Wirtschaftsaufschwung in den Krisenstaaten durch umlaufbeschleunigtes und abflussgebremstes Regiogeld; auf der Website <https://www.eurorettung.org/expressgeld-statt-euroaustritt> (griechische Übersetzung auf der Website <https://www.eurorettung.org/greek>)

Gelleri, Christian (2015): Parallelwährung für Griechenland, in: Fairconomy Nr. 2, S. 16 – 19; auf der Website https://www.chiemgauer.info/fileadmin/user_upload/Theorie/16-19_gelleri_deutsch_web.pdf

Gelleri, Christian (2020): The Phenomenon of Complementary Currencies; auf der Website <https://justmoney.org/the-phenomenon-of-complementary-currencies/>

George, Henry (1879/2017): Fortschritt und Armut - Eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armut bei zunehmendem Reichtum (herausgegeben und eingeleitet von Dirk Löhr), Marburg/Lahn.

George, Henry (1883): Letter at the Funeral of Karl Marx, in: Voice of the People vom 25. März, auf der Website: <http://www.georgistjournal.org/2012/09/25/henry-georges-letter-at-the-funeral-of-karl-marx/>

George, Henry (1885/1967): Soziale Probleme, Berlin.

George, Henry (1887/1968): Schutz oder Freihandel, Berlin.

George, Henry (1893/1981): Zur Erlösung aus sozialer Not - Offener Brief an Seine Heiligkeit Papst Leo XIII, Berlin.

George, Susan (2007): Zurück zu Keynes in die Zukunft, in: Le Monde diplomatique 12. Januar, S. 18 – 19; auf der Website <https://monde-diplomatique.de/artikel/!330568>

Gerlach, Erich (1956-1957/2011): Arbeiterräte und industrielle Demokratie in der spanischen Revolution, in: Sozialistische Politik November 1956/Januar 1957, S. 6 – 18.

Gesell, Silvio (1891/1988): Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat, in: Gesammelte Werke (GW) Band 1, Hann.-Münden, S. 25 – 68.

Gesell, Silvio (1892/1988a): Nervus rerum - Erste Fortsetzung zur Reformation im Münzwesen, in: GW Band 1, Hann.-Münden, S. 69 – 152.

Gesell, Silvio (1892/1988b): Die Verstaatlichung des Geldwesens - Zweite Fortsetzung zur Reformation im Münzwesen, in: GW Band 1, Hann.-Münden, S. 153 – 258.

Gesell, Silvio (1897/1988): Die Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs, in: GW Band 2, Lütjenburg.

Gesell, Silvio (1898/1988): La cuestion monetaria argentina, in: GW Band 2, Lütjenburg.

Gesell, Silvio (1899/1988): Anti-capitalistisches Geld, in: GW Band 2, Lütjenburg, S. 278 – 279.

Gesell, Silvio (1902/1989a): Handelsfreiheit, in: GW Band 3, Lütjenburg, S. 56 – 57.

Gesell, Silvio (1902/1989b): Warum die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber versagt, in: GW Band 3, Lütjenburg, S. 108 – 113.

Gesell, Silvio (1902/1989c): Goldtrust! - Ein Vorschlag zur nachhaltigen Bekämpfung der Not der Rentner, in: GW Band 3, Lütjenburg, S. 114 – 119.

Gesell, Silvio (1903/1989a): Zinsfreie Darlehen (Unentgeltlichkeit des Kredits) vom Standpunkt des Real- und Geldkapitals aus untersucht, in: GW Band 3, Lütjenburg, S. 256 – 316.

Gesell, Silvio (1903/1989b): Das Zinsproblem, in: GW Band 3, Lütjenburg, S. 200 – 213.

Gesell, Silvio (1904/1989a): Die Goldene Regel in der Volkswirtschaft, in: GW Band 3, Lütjenburg, S. 317 – 320.

Gesell, Silvio (1904/1989b): Krieg und Bodenmonopol, in: GW Band 3, Lütjenburg, S. 321 – 326.

Gesell, Silvio (1904/1997): Brief an Ph. W. Dressel vom 23.5.1904, in: GW Band 18, Lütjenburg, S. 34 – 37.

Gesell, Silvio (1906/1989a): Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform, in: GW Band 4, Lütjenburg.

Gesell, Silvio (1906/1989b): Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag - Unveröffentlichter Entwurf zu einem Werbeprospekt, in: GW Band 5, Lütjenburg, S. 251.

Gesell, Silvio (1907/1997): Brief an Georg Blumenthal vom 22.4.1907, in: Gesammelte Werke Band 18, Lütjenburg, S. 58.

Gesell, Silvio (1909/1989): La plethora monetaria de 1909 y la anemia monetaria de 1898, in: GW Band 5, Lütjenburg, S. 178 – 245.

Gesell, Silvio (1912/1990a): Grundbesitz-Ablösungsschein, in: GW Band 7, Lütjenburg, S. 21 – 22.

Gesell, Silvio (1912/1990b): Physiokratische Lohnpolitik, in: GW Band 7, Lütjenburg, S. 63 – 81.

Gesell, Silvio (1912/1990c): Geld oder Krieg?, in: GW Band 7, Lütjenburg, S. 166 – 170.

Gesell, Silvio (1912/1990d): Die Ablösung der Kornzölle, in: GW Band 7, Lütjenburg, S. 54 – 60.

Gesell, Silvio (1912/1990e): Physiokratisches Geld (Abbildung), in: GW Band 7, Lütjenburg, S. 23 - 24.

Gesell, Silvio (1912/1990f): Die Metallwährung in der Geschichte, in: GW Band 6, Lütjenburg, S. 271 – 281.

Gesell, Silvio (1914/1990): Kriegsflugblatt Nr. 4, in: GW Band 8, Lütjenburg, S. 163 – 173.

Gesell, Silvio (1915/1990a): Der archimedische Stützpunkt für die Bezwingung des Kapitals, in: GW Band 8, Lütjenburg, S. 211 – 213.

Gesell, Silvio (1915/1990b): Der Krämergeist, in: GW Band 8, Lütjenburg, S. 224 – 226.

Gesell, Silvio (1916/1990): Die Weltkraftzentrale VIER und ihre Verfassung, in: GW Band 8, Lütjenburg, S. 295 – 306.

Gesell, Silvio (1916/1991a): Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 1. Auflage, in: GW 9, Lütjenburg.

Gesell, Silvio (1916/1991b): Aufruf zum Eintritt in den Schweizerischen Freiland- und Freigeld-Bund, in: GW Band 10, Lütjenburg, S. 21 – 34.

Gesell, Silvio (1919/1991a): Das Not-Wirtschaftsprogramm der sozialistischen Einheitsfront, in: GW 10, Lütjenburg, S. 323 – 328.

Gesell, Silvio (1919/1991b): Leitsätze der physiokratischen Politik, in: GW Band 10, Lütjenburg, S. 298 – 301.

Gesell, Silvio (1919/1991c): Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch die absolute Währung - Denkschrift zu einer Eingabe an die Nationalversammlung, in: GW Band 10, Lütjenburg, S. 247 - 264.

Gesell, Silvio (1919/1991d): Für das sozialistische Wörterbuch der Volkswirtschaft (II), in: GW Band 10, Lütjenburg; S. 338 - 340.

Gesell, Silvio (1919/1991e): Sozialistischer Freiheitsbund, in: GW Band 10, Lütjenburg, S. 302 - 305.

Gesell, Silvio (1920/1991a): Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 4. Aufl. Rehbrücke bei Berlin, in: GW Band 11, Lütjenburg.

Gesell, Silvio (1920/1991b): Verteidigungsrede, in: GW Band 12. Lütjenburg, S. 17 – 40.

Gesell, Silvio (1920/1992c): Internationale Valuta-Assoziation, in: GW Band 12, Lütjenburg, S. 149 – 190.

Gesell, Silvio (1920/1992d): Das Reichswährungsamt - Wirtschaftliche, politische und finanzielle Vorbereitungen für seine Errichtung, in: GW Band 12, Lütjenburg, S. 54 – 148.

Gesell, Silvio (1920/1996): Vortrag am 24.4.1920 über Gesells Arbeit als Finanzminister in der ehemaligen Räterepublik Bayern und über die heutige wirtschaftliche Lage, in: GW Band 17, Lütjenburg, S. 258 – 268.

Gesell, Silvio (1920/1997): Brief an Georg Blumenthal vom 31.10. 1920, in: GW Band 18, Lütjenburg, S. 222.

Gesell, Silvio (1921/1992a): Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes und für die Überprüfung der Versailler Verträge, in: GW Band 12, Lütjenburg, S. 275 – 296.

Gesell, Silvio & Frankfurt, Ernst (1921/1992b): Aktive Währungspolitik - Sollen wir zur Goldwährung zurück?, in: GW Band 12, Lütjenburg, S. 317 – 393.

Gesell, Silvio (1921/1992c): Freikohle, die Formel für den Frieden in Oberschlesien, in: GW Band 13, Lütjenburg, S. 92 – 93.

Gesell, Silvio (1921/1992d): Petroltrust, in: GW Band 13, Lütjenburg, S. 145 – 146.

Gesell, Silvio (1921/1992e): Die Stellung der Wissenschaft zu den Bestrebungen des Schweizerischen Freiland-Freigeld-Bundes, in: GW Band 12, Lütjenburg, S. 232 – 274.

Gesell, Silvio (1921/1992f): Gewinnbeteiligung, in: GW Band 13, Lütjenburg, S. 174 – 175.

Gesell, Silvio (1921/1992g): Das Freigeld und der Mond, in: GW Band 13, Lütjenburg, S. 150 – 151.

Gesell, Silvio (1921/1992h): Wie man Proletarier macht, in: GW Band 13, Lütjenburg, S. 149 – 150.

Gesell, Silvio (1921/1992i): Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft - 2. Auflage, in: GW Band 13, Lütjenburg, S. 45 – 78.

Gesell, Silvio (1921/1992j): An das deutsche Volk! - Kundgebung auf dem Kongress zu Hannover, in: GW Band 12, Lütjenburg, S. 297 – 316.

Gesell, Silvio (1921/1992k): Wie viel gewinnt Deutschland durch die Abtretung der polnischen Gebiete?, in: GW Band 13, Lütjenburg, S. 109 – 110.

Gesell, Silvio (1921/1992l): Proletarische Stellungnahme zu den Forderungen der Entente, in: GW Band 13, Lütjenburg, S. 90 – 91.

Gesell, Silvio (1922/1992a): Denkschrift für die Deutschen Gewerkschaften zum Gebrauch bei ihren Aktionen in der Frage der Währung, der Valuta und der Reparationen, in: GW Band 13, Lütjenburg, S. 193 – 350.

Gesell, Silvio (1922/1992b): Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung - Eine Gegenüberstellung meiner Kapitaltheorie und derjenigen von Karl Marx - Zweite Denkschrift für die Deutschen Gewerkschaften zum Gebrauch bei ihren Aktionen gegen den Kapitalismus, in: GW Band 13, Lütjenburg, S. 351 – 398.

Gesell, Silvio (1922/1993): Das Trugbild der Auslandsanleihe und ein neuer Vorschlag zum Reparationsproblem, in: GW Band 14, Lütjenburg, S. 95 – 126.

Gesell, Silvio (1922/1997c): Brief an Hanna Blumenthal vom 23.11.1922, in: GW Band 18, Lütjenburg, S. 261 – 262.

Gesell, Silvio (1922/1997d): Briefe an Dr. Karl Kautsky vom 30.3.1922 und vom 10.4.1922, in: GW Band 18, Lütjenburg, S. 248 – 249 und 250.

Gesell, Silvio (1922/1997e): Briefe an Dr. Alexander Schneider vom 8.2.1922 und 21.3.1922, in: GW Band 18, Lütjenburg, S. 241 - 242 und 245 - 246.

Gesell, Silvio (1923/1993a): Aufstieg des Abendlandes, in: GW Band 14, Lütjenburg, S. 199 – 218.

Gesell, Silvio (1923/1993b): Die Erfüllung und was wir persönlich sowie welt-, staats- und sozialpolitisch von ihr zu erwarten haben, in: GW Band 14, Lütjenburg, S. 269 – 278.

Gesell, Silvio (1923/1993c): Die argentinischen Geldreformer und wir, in: GW Band 14, Lütjenburg, S. 370 – 373.

Gesell, Silvio (1923/1993e): Mehr aktive Außenpolitik!, in: GW Band 14, Lütjenburg, S. 322 – 325.

Gesell, Silvio (1923/1993f): Fort mit der Diktatur der Unfähigen!, in: GW Band 14, Lütjenburg, S. 311 – 314.

Gesell, Silvio (1923/1993g): Die Reparation als direkte Aktion des deutschen Proletariats, in: GW Band 14, Lütjenburg, S. 395 – 398.

Gesell, Silvio (1924/1993): Die Reparation im Dienste der Lebensmittelversorgung Berlins, in: GW Band 14, Lütjenburg, S. 352 – 354.

Gesell, Silvio (1924/1994a): Fort mit Dr. Schacht!, in: GW Band 15, Lütjenburg, S. 193 – 197.

Gesell, Silvio (1924/1994b): Drohender Rassekrieg zwischen Amerikanern und Mongolen, in: GW Band 15, Lütjenburg, S. 245 – 248.

Gesell, Silvio (1924/1994c): Was ist Freiwirtschaft?, in: GW Band 15, Lütjenburg, S. 124 – 125.

Gesell, Silvio (1925/1997): Brief an Benedikt Uhlemayr vom 1.1.1925, in: GW Band 18, Lütjenburg, S. 299 – 302.

Gesell, Silvio (1926/1995a): Die Landwirtschaft, ein Luxus des Deutschen Reiches, in: GW Band 16, Lütjenburg, S. 166 – 170.

Gesell, Silvio (1926/1995b): Flucht, in: GW Band 16, Lütjenburg, S. 239 – 241.

Gesell, Silvio (1926/1995c): Der Proletarier war wieder am Ende seines Lateins, in: GW Band 16, Lütjenburg, S. 205 – 209.

Gesell, Silvio (1926/1995d): Die allgemeine Enteignung im Lichte physiokratischer Ziele, in: GW Band 16, Lütjenburg, S. 25 – 67.

Gesell, Silvio (1926/1995e): Fürsten- oder Kriegsbeschädigtenentschädigung, in: GW Band 16, Lütjenburg, S. 186 – 190.

Gesell, Silvio (1926/1995f): Wie wir Deutschland im Völkerbund vertreten würden, in: GW Band 16, Lütjenburg, S. 93 – 100.

Gesell, Silvio (1926/1995g): Ein Fürstendiener als Präsident der Republik, in: GW Band 16, Lütjenburg, S. 190 – 192.

Gesell, Silvio (1926/1995h): Der vereinigte Unsinn von Europa - Gegen den europäischen Zollverein, in: GW Band 16, Lütjenburg, S. 72 – 77.

Gesell, Silvio (1926/1995i): Schacht vor dem Geld- und Kreditausschuss der Wirtschaftsenquete, in: GW Band 16, Lütjenburg, S. 216 – 220.

Gesell, Silvio (1927/1995): Der abgebaute Staat, in: GW Band 16, Lütjenburg, S. 252 – 346.

Gesell, Silvio (1928/1997a): Brief an Heinrich Rissom vom 28.3.1928, in: GW Band 18, Lütjenburg, S. 353 – 354.

Gesell, Silvio (1928/1997b): Brief an Hugo Fack vom 20.10.1928, in: GW Band 18, Lütjenburg, S. 376.

Gesell, Silvio (1929a): The Natural Economic Order (englische Übersetzung der "Natürlichen Wirtschaftsordnung" von Philip Pye), Eden-Oranienburg. (Volltext der 1958 in London erschienenen Überarbeitung von Philip Pye im Internet auf der Website <https://www.silvio-gesell.de/das-hauptwerk.html>)

Gesell, Silvio (1929b): Brief an John Henry Büchi vom 30.12.1929, in: Gesammelte Werke Band 18, Lütjenburg, S. 404 - 405.

Gesell, Silvio (1929/1996): Reparationsbank und IVA-Note, in: GW Band 17, Lütjenburg, S. 195 – 196.

Gide, Charles & Rist, Charles (1923): Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, 3. Aufl. Jena.

Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg - Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/M.

Giegold, Sven & Embshoff, Dagmar Hrsg. (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, Hamburg.

Giegold, Sven & Philipp, Udo & Schick, Gerhard (2016): Finanzwende - Den nächsten Crash verhindern, 2. Auflage Berlin.

Gilcher- Holtey, Ingrid (2001): Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA. 3. Auflage München.

Godschalk, Hugo (1986): Pilotprojekte zur neutralen Liquidität: WIR-Wirtschaftsring Genossenschaft, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 68. Folge, S. 19 – 25, auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-56-71.html>

Godschalk, Hugo (2021): Notgiralgeld – Bargeldlose Komplementärwährungen am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt/M. (in Vorbereitung).

Göbel, Jan; Gornig, Martin; Häußermann, Martin (2010): Polarisierung der Einkommen – Die Mittelschicht verliert, in: Wochenbericht des DIW Nr. 24, S. 2–8.

Göhler, Adrienne (2020): Nachhaltigkeit braucht Entschleunigung braucht Grundein/auskommen ermöglicht Entschleunigung ermöglicht Nachhaltigkeit, Berlin.

Göllner, Wolfgang & Finkbeiner, Tanja (1997): Die Bodenrechtsdebatte nach der Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes 1972 - 1996, in: Dieterich-Buchwald, Beate & Dieterich, Hartmut (1997): Boden: Wem nutzt er, wen stützt er? - Neue Perspektiven des Bodenrechts, Braunschweig und Wiesbaden, S. 138 - 161.

Goldschmidt, Nils (2001): Entstehung und Vermächtnis ordoliberalen Denkens - Walter Eucken und die Notwendigkeit einer kulturellen Ökonomik, Münster.

Goldschmidt, Nils (2005): Hermann Schumacher – nur ein weiterer Erbe Schmollers oder der erste Ordoliberale? - Anmerkungen zu einem „missing link“ zwischen der Historischen und der Freiburger Schule, in: Jürgen G. Backhaus Hrsg., Historische Schulen, Münster, S. 53 -93.

Goldschmidt, Nils & Wohlgemuth, Michael Hrsg. (2008): Entwicklung des Ordoliberalismus, in: dies., Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen, S. 1 - 20.

Goldschmidt, Nils (2016): Ein widersprüchlicher Geist - Wilhelm Röpke gilt als Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft - Zu seinem 50. Todestag, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.2.2016, S. 18.

Goodfriend, Marvin (2000): Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy, in: Journal of Money, Credit, and Banking Vol. 32(4), S. 1007 – 1035; auf der Website <http://ideas.repec.org/a/mcb/jmoncb/v32y2000i4p1007-35.html>

Gorbatschow, Michail (1995): Erinnerungen, Berlin.

Gossen, Hermann Heinrich (1853/1927): Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, 3. Aufl. Berlin.

Gouges, Olympe de (1791/1995): Mensch und Bürgerin - Die Rechte der Frau (hrsg. von Hannelore Schröder, Aachen).

Grabka, Markus & Westermeier, Christian (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland - Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, in: DIW-Wochenbericht Nr. 9, S. 151 - 164.

Graupe, Silja (2015): Ökonomische Bildung – Geistige Monokultur oder Befähigung zum eigenständigen Denken?, in: Spieker, Manfred Hrsg. (2015): Ökonomische Bildung – Zwischen Pluralismus und Lobbyismus, Schwalbach/Ts., S. 43 – 68.

Grebing, Helga (1959/1964): Der Nationalsozialismus - Ursprung und Wesen, 18. Auflage München und Wien.

Grebing, Helga (1970/1975): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Ein Überblick, 6. Auflage München.

Greenpeace (2010): Studie „Nutzung der Kernkraft seit 1950 mit mehr als 200 Milliarden Euro gefördert“; auf der Website <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-10/atomkraft-subventionen-greenpeace>

Greenpeace (2019): Deep Sea Mining Report; auf der Website <https://recyclingportal.eu/Archive/49231>

Grefe, Christiane (2012): Leopold Kohr - Er war der Denker der kleinen Einheiten und des menschlichen Maßes. Heute entdeckt ihn die Occupy-Bewegung wieder, in: Zeit-Magazin Nr. 26.

Grimmel, Eckhard (1993): Kreisläufe und Kreislaufstörungen der Erde, Reinbek bei Hamburg.

Grotkopp, Wilhelm (1954): Die große Krise, Düsseldorf.

Gubitzer, Luise (1989): Geschichte der Selbstverwaltung, München.

Gubitzer, Luise & Mader, Katharina u.a. (2008): Gender Budgeting als Beitrag zur Demokratisierung europäischer Wirtschaftspolitik? - Endbericht, Wien; auf der Website https://www.femtech.at/sites/default/files/Gender_Budgeting_Demokratisierung_Wirtschaftspolitik_Lang.pdf

Guérot, Ulrike (2016): Warum Europa eine Republik werden muss - Eine politische Utopie, 2. Auflage Bonn.

Gutzeit, Paula (1907): Die Bodenreform - Eine dogmengeschichtlich-kritische Studie, Leipzig.

Haarmann, Moritz Peter (2015): Wirtschaft, Macht, Bürgerbewusstsein - Walter Euckens Beitrag zur sozioökonomischen Bildung, Wiesbaden.

Haber, Franz (1926): Irrtümer moderner Geldverbesserer, Jena.

Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus, Frankfurt/M.

Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns Band 2, Frankfurt/M.

Habermas, Jürgen (2006): Die Erweiterung des Horizonts, in: Neue Rundschau, Nr. 11; auf der Website <https://rundschau-hd.de/2006/11/jurgen-habermas-die-erweiterung-des-horizonts/>

Hädecke, Wolfgang (1982): Versuch über Ernst Friedrich Schumacher, Baiersbronn.

Häring, Norbert (2018): Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen - Der Weg in die totale Kontrolle, Köln.

Hauptling Seattle (1855/1992): Rede an den Präsidenten der USA - Wir sind ein Teil der Erde, Olten.

Hafner, Astrid (2009): Genossenschaftliche Realität im baskischen Mondragon, in: Journal für Entwicklungspolitik Nr. 3, S. 43 - 64.

Hagemann, Harald & Rühl, Christof (1990): Nicholas Johanssen and Keynes' „Finance Motive“, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics No. 3, S. 445 - 469.

Hagemann, Harald (2008): Zur frühen Rezeption der „General Theory“ durch deutschsprachige Wirtschaftswissenschaftler, in: Hagemann, Harald & Horn, Gustav & Krupp, Hans-Jürgen Hrsg., Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht - Festschrift für Jürgen Kromphardt, Marburg, S. 71 - 104.

Hahn, Albert (1949): Die Grundirrtümer in Lord Keynes' General Theory of Employment, Interest and Money, in: Ordo - Jahrbuch zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Band 2, S. 170 - 190.

Hahn, Manfred (1974): Vormarxistischer Sozialismus, Frankfurt/M.

Hahn, Karl (1975): Föderalismus - die demokratische Alternative, München.

Haidinger, Bettina & Knittler, Käthe (2016): Feministische Ökonomie - Intro. Eine Einführung, 2. überarb. Aufl. Wien.

Hallensleben, Anna (1984): Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? - Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980, Göttingen.

Handler, Heinz (2008): Vom Bancor zum Euro – Und weiter zum Intor?, WiFo – Working Paper Nr. 317, S. 1 – 40; auf der Website [https://www.researchgate.net/publication/228220035 Vom Bancor Zum Euro Und Weiter Zum Intor From Bancor to Euro And Intor Next](https://www.researchgate.net/publication/228220035_Vom_Bancor_Zum_Euro_Und_Weiter_Zum_Intor_From_Bancor_to_Euro_And_Intor_Next)

Hansen, Alvin (1953/1959): Keynes' ökonomische Lehren, Erstausgabe New York und deutsche Übersetzung Villingen.

Hansen, Klaus (1984): Auf der Suche nach der neuen Welt – Gütergemeinschaftsexperimente in Nordamerika, in: Hans-Jürgen Goertz Hrsg. (1984): Alles gehört allen – Das Experiment Gütergemeinschaft vom 16. Jahrhundert bis heute, München, S. 118 – 142.

Hansen, Sven (2005): Taiwans Aufstieg zum Tiger – Erfolgreiche Agrarreform, in: Südwind-Magazin – Internationale Politik, Kultur und Entwicklung Nr. 3; auf der Website <https://www.suedwind-magazin.at/inhalt?ausgabe=200503>

Harder, Johannes (1978): Christoph Blumhardt – Ansprachen, Predigten, Reden, Briefe Band 2 (1896-1906), Neukirchen.

Harper, Joel William (1948): Scrip and Other Forms of Local Money. Dissertation at the University of Chicago/Illinois - Department of Economics, 1948.

Harrison, Fred (2017): Jenseits des Sozialismus - Kultur und Wissenschaft, in: Löhr, Dirk & Harrison, Fred Hrsg. (2017): Das Ende der Rentenökonomie - Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, Marburg, S. 29 - 46.

Harrod, Roy (1949): Dynamische Wirtschaft, Wien.

Harrod, Roy (1951): The Life of John Maynard Keynes, London.

Harrod, Roy (1968): Zweiter Essay zur Dynamischen Theorie, in: Heinz König Hrsg. (1968): Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft, Köln, S. 203 - 222.

Hartmann, Günther (2017): „Der Boden stellt eine gigantische Umverteilungsmaschinerie dar“ - Interview mit Prof. Dr. Dirk Löhr am 24.7. auf der Website <https://www.heise.de/tp/features/Der-Boden-stellt-eine-gigantische-Umverteilungsmaschinerie-dar-3778718.html>

Hartmann, Kristiana (1998): Gartenstadtbewegung, in: Diethart Kerbs & Jürgen Reulecke Hrsg., Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880 - 1933, Wuppertal, S. 289 - 300.

Harvey, David (2015): Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus, Berlin.

Hayek, Friedrich August von (1944/1976): Der Weg zur Knechtschaft, München.

Hayek, Friedrich August von (1948): Wahrer und falscher Individualismus, in: ORDO-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Band 1, S. 19 - 55.

Hayek, Friedrich August von (1952): Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Erlenbach-Zürich.

Hayek, Friedrich August von (1960/2005): Die Verfassung der Freiheit (englische Erstausgabe 1960; in deutscher Übersetzung herausgegeben von Alfred Bosch und Reinhold Veit 1971 (erste Auflage) und 2005 (4. Auflage)).

Hayek, Friedrich August von (1969): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: Freiburger Studien - Gesammelte Aufsätze, Tübingen, S. 249 - 265.

Hayek, Friedrich August von (1981): Wir brauchen mehr Ungleichheit! - Interview mit der Wirtschaftswoche vom 6.3.1981.

Hayek, Friedrich August von (1996): Die Anmaßung von Wissen, Tübingen.

Heinsohn, Gunnar (1984a): Zins, Hexen, Habermas - Gesellschaftserklärung oder Wirklichkeitsverleugnung, in: Neue Praxis - Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Nr. 2, S. 180 - 186.

Heinsohn, Gunnar (1984b): Privateigentum, Patriarchat, Geldwirtschaft - Eine sozialtheoretische Rekonstruktion zur Antike, Frankfurt/M.

Heinsohn, Gunnar & Steiger, Otto (1996): Eigentum, Zins und Geld - Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft, Reinbek.

Heise, Arne (1989): Sozialdemokratie, Keynesianismus und Arbeiterselbstverwaltung, in: Heise, Arne Hrsg. (1989): Arbeiterselbstverwaltung, München, S. 71 - 87.

Heißenbüttel, Dietrich (2020): Das Ländle als Blaupause? – Baden-Württemberg geht bei der Grundsteuerreform einen eigenen Weg – Interview mit Dirk Löhr, in: Kontext: Wochenzeitung Nr. 474 vom 2. Mai, S. 2; auf der Website <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/474/dirk-loehr-6705.html>

Heisterkamp, Jens Hrsg. (2009): Kapital = Geist. Pioniere der Nachhaltigkeit – Anthroposophie in Unternehmen, Frankfurt/M.

Helfrich, Silke (2012): Commons - Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat; hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung UFZ (2019): Das „Globale Assessment“ des Biodiversitätsrats IPBES; auf der Website
https://www.helmholtz.de/fileadmin/user_upload/IPBES-Factsheet.pdf

Helmig, Jan (2007): Geopolitik – Annäherung an ein schwieriges Konzept; auf der Website
<https://www.bpb.de/apuz/30477/geopolitik-annaeherung-an-ein-schwieriges-konzept?p=all>

Herbst, Ludolf (1982): Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft - Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939 - 1945, Stuttgart.

Hermant, Jost (1991): Grüne Utopien in Deutschland - Zur Geschichte des ökologischen Bewusstseins, Frankfurt/M.

Herrmann, Ulrike (2010): Hurra, wir dürfen zahlen – Der Selbstbetrug der Mittelschichten, 4. Aufl. Frankfurt/M.

Herrmann, Ulrike (2015): Vom Anfang und Ende des Kapitalismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 35 - 37, S. 3 - 9.

Herrmann, Ulrike (2019): Überfälliger Denkmalssturz – Ludwig Erhard, ein Profiteur der Nazis, in: taz vom 4. November auf der Website
<https://taz.de/Überfaelliger-Denkmalsturz/!5624636/>

Herrmannstorfer, Udo (2015): Vom Marktmechanismus zur sozialen Gestaltung - Auf dem Weg zu einer Verständigungswirtschaft, in: Initiative Netzwerk Dreigliederung Hrsg., Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des Sozialen Organismus Nr. 4, S. 3 - 8.

Hertzka, Theodor (1890/1896): Freiland - Ein soziales Zukunftsbild, 10. Auflage Dresden.

Herzl, Theodor (1902/1933): Altneuland - Utopischer Roman, 10. Aufl. Wien.

Herzog, Lisa (2015/2018): Freiheit gehört nicht nur den Reichen – Plädoyer für einen zeitgemäßen Liberalismus, 2. Aufl. München.

Hession, Charles H. (1984/1986): John Maynard Keynes (dt. Übersetzung von Ulrich Enderwitz), Stuttgart.

Hession, Charles H. (1986): E. F. Schumacher as Heir to Keynes' Mantle, in: Review of Social Economy Vol. 44, Issue 1, S. 1 - 12.

Hettlage, Robert (1987): Genossenschaftstheorie und Partizipationsdiskussion, 2. Aufl. Göttingen.

Heuer, Philipp & Kriese, Ulrich (2020): Grundsteuer heute – Bodenwertsteuer morgen?; auf der Website https://www.sozialoekonomie-online.de/files/archiv/ab%202019:%20Online-Beitraege/ZFS%C3%96-ONLINE_Heuer_Kriese_Bodenwertsteuer.pdf

Heupel, Monika (2009): Die Gewaltökonomien der "neuen Kriege", in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 46, S. 9 – 14.

Heuss, Theodor (1963): Erinnerungen 1905 - 1933, Tübingen.

Heuvel, Gerd von (1988): Revolutionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Rolf Reichardt Hrsg.: Die Französische Revolution, Freiburg und Würzburg.

Heynitz, Jobst von (1997): Ordnungspolitische Leitlinien und konkrete Gestalt einer künftigen Bodenordnung, in: Dieterich-Buchwald, Beate & Dieterich, Hartmut (1997): Boden: Wem nutzt er, wen stützt er? - Neue Perspektiven des Bodenrechts, Braunschweig und Wiesbaden, S. 266 - 282.

Hickel, Rudolf (2012a): Zerschlagt die Banken - Entmachtet die Finanzmärkte. Eine Streitschrift, Berlin.

Hickel, Rudolf (2012b): Geld spiegelt unsere Erwartung an die Zukunft – Kontroverse mit Joseph Huber über das „Vollgeld“, in: sonntaz vom 4.2.2012.

Hickel, Rudolf (2016a): Macht und Ohnmacht der EZB - Warum Europa eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik braucht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 3, S. 93 - 100.

Hickel, Rudolf (2016b): Im Minuszinskapitalismus - Das billige Geld und das Versagen der Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 11, S. 83 - 90.

Hickel, Rudolf (2018): Zehn Jahre nach dem Crash - Trotz vieler Aktivitäten bleiben die Risiken einer neuen Finanzmarktkrise hoch!, Bremen.

Hickel, Rudolf & Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2020a): Wer trägt die langfristigen Kosten der Covid-19-Wirtschaftskrise? – Solidarischer Lastenausgleichsfonds; auf der Website <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656343.wer-tr%C3%A4gt-die-langfristigen-kosten-der-covid-19-wirtschaftskrise.html>

Hickel, Rudolf & Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2020b): Memorandum 2020 und Sondermemorandum zur Corona-Krise; auf der Website <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656347.memorandum-2020-und-sondermemorandum-zur-corona-krise-vorgestellt.html>

Hicks, John (1936): Brief an John Maynard Keynes vom 2.9. im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur GTE 2/2/299-300.

Hicks, John (1937a): Mr. Keynes' Theory of Employment, in: Economic Journal No. XX, pp. 118 - 123.

Hicks, John (1937b): Mr. Keynes and the "Classics" - A Suggested Interpretation, in: Econometrica No. 2, pp. 147 - 159; auf der Website <http://www.keynes-gesellschaft.de/pdf/Hicks.pdf>

Hilferding, Rudolf (1910/1947): Das Finanzkapital - Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus (mit einem Vorwort von Fred Oelßner), Berlin.

Hilferding, Rudolf (1927/1973): Organisierter Kapitalismus - Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik, Gießen. Nachdruck aus: Protokoll der Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitags 1927 in Kiel, Berlin, S. 165 - 224.

Hillebrand, Ernst Hrsg. (2015): Rechtspopulismus in Europa - Gefahr für die Demokratie?, Bonn.

Hilmer, Johannes (1997): Philosophie de la Misère oder Misère de la Philosophie? - Die Marxsche Polemik im Kampf um die Führung der internationalen Arbeiterbewegung als Beginn der Durchsetzung des etatistischen Sozialismus, Frankfurt/M.

Hitler, Adolf (1905-1924/1980): Sämtliche Aufzeichnungen, hrsg. von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn, Stuttgart.

Hitler, Adolf (1925-1927/2016): Mein Kampf - Eine kritische Edition des Instituts für Zeitgeschichte München und Berlin, hrsg. von Othmar Plöckinger u.a., 2 Bände München und Berlin.

Hobler, Dietmar & Klenner, Christina & Pfahl, Svenja & Sopp, Peter & Wagner, Alexandra (2017): Wer leistet unbezahlte Arbeit? - Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege im Geschlechtervergleich, WSI GenderDatenPortal hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf; auf der Website https://www.boeckler.de/106598_108373.htm

Hochstetter, Franz (1932): Leihkapital und Goldwährung als Grundlagen der Geldversklavung in Deutschland, 2. Aufl. München (Nationalsozialistische Bibliothek Heft 26).

Hochstetter, Franz (1935): Die Gütertauschlehre - Eine Musterung der liberalen Nationalökonomie, Lauf bei Nürnberg.

Hochstetter, Franz (1936): Geld und Kredit als Störer der modernen Tauchwirtschaft, 2. Aufl. Lauf bei Nürnberg.

Hochstetter, Franz (1948): Archivalien EL 902/21 Bü 1800 und PL 530 Bü 47 aus dem Spruchkammerverfahren der US-Militärregierung in Ulm; im Landesarchiv Baden-Württemberg – Staatsarchiv Ludwigsburg.

Hock, Wolfgang (1960): Deutscher Antikapitalismus - Der ideologische Kampf gegen die freie Wirtschaft im Zeichen der großen Krise, Frankfurt/M.

Hoerder, Dirk (2016): Arbeitsmigration und Flucht vom 19. bis 21. Jahrhundert, in: Mittelweg 36, Nr. 1, S. 3 – 32.

Hofer, Sigrid (1999): Die Deutsche Gartenstadtbewegung - eine gescheiterte Utopie, in: Alan Nothnagle & Carl Holmberg Hrsg.: „Auf freiem Grund mit freiem Volke“ - Alternative Siedlungen in Deutschland und Schweden im industriellen Zeitalter, Berlin, S. 93 - 109.

Hoffmann, Martin „Diogenes“ (1926): Marx - Lenin - Gesell: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Windischleuba/Thüringen.

Hofmann, Werner (1971): Sozialökonomische Studentexte Band 3 – Theorie der Wirtschaftsentwicklung, Berlin.

Hofstetter, Yvonne (2014): Sie wissen alles – Wie intelligente Maschinen in unser Leben eindringen und warum wir für unsere Freiheit kämpfen müssen, München.

Hofstetter, Yvonne (2016): Das Ende der Demokratie – Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt, München.

Homer, Sidney & Sylla, Richard (2005): A History of Interest Rates, Wiley/US.

Holland-Cunz, Barbara (2018): Was ihr zusteht - Kurze Geschichte des Feminismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Nr. 17, S. 4 - 11.

Holst, Elke & Wrohlich, Katharina (2019): Frauenanteile in Aufsichtsräten großer Unternehmen in Deutschland auf gutem Weg - Vorstände bleiben Männerdomänen, in: DIW-Wochenbericht Nr. 3, S. 20 - 34.

Holub, Hans-Werner & Eberharder, Veronika & Tappeiner, Gottfried (2004): Der Aufstieg und Niedergang der modernen Wachstumstheorie, München.

Honneth, Axel & Herzog, Lisa (2014): Vom Wert des Marktes - Ein ökonomisch-philosophischer Diskurs vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Berlin.

Honneth, Axel (2015): Die Idee des Sozialismus - Versuch einer Aktualisierung, Berlin.

Hopmann, Erich (1991): Wirtschaftsordnung und Wettbewerb, Baden-Baden.

Horkheimer, Max & Adorno, Theodor (1947/1971): Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M.

Horkheimer, Max (1947/1967): Zur Kritik der instrumentellen Vernunft - Aus den Vorträgen und Aufzeichnungen seit Kriegsende, Frankfurt/M.

Horn, Gustav u.a. (2017): Was tun gegen die Ungleichheit? - Wirtschaftspolitische Vorschläge für eine reduzierte Ungleichheit, IMK-Report 129/2017; auf der Website https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_129_2017.pdf

Horvat, Branko (1973): Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, München.

Huber, Joseph (1980): Wer soll das alles ändern - Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin.

Huber, Joseph (1982): Die verlorene Unschuld der Ökologie, Frankfurt/M.

Huber, Joseph (1998): Vollgeld - Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung, Berlin.

Huber, Joseph (2011): Monetäre Modernisierung - zur Zukunft der Geldordnung, 2. Aufl. Marburg/Lahn.

Huber, Joseph (2012): Geld entsteht aus dem Nichts - Kontroverse mit Rudolf Hickel über das „Vollgeld“, in: sonntaz vom 4.2.2012.

Huber, Joseph (2014): Vollgeld in der Kritik - Erläuterungen zum Vollgeld-Konzept anlässlich Kritik aus verschiedenen ökonomischen Denkrichtungen; auf der Website <https://www.dropbox.com/s/h1hbirwin2usxuf/Vollgeld%20in%20der%20Kritik%20PDF.pdf?dl=0>

Huber, Joseph (2019a): Negativzins - das Wundermittel das keins ist; auf der Website <https://vollgeld.page/negativzins>

Huber, Joseph (2019b): Modern Money Theory – die falsche Verheißung; auf der Website <https://vollgeld.page/mmt-falsche-verheissung>

Hubert, Eva-Maria (2008): Rezension zu Joachim Bauer „Prinzip Menschlichkeit - Warum wir von Natur aus kooperieren, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 158./159. Folge, S. 59 - 61; auf der Website <http://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-152-159.html>

Hubert, Eva-Maria (2009): Zinsfunktionen und das Problem doppelter Inkonsistenz, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 160./161. Folge, S. 11 - 27; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

Hüther, Gerald (2011/2017): Was wir sind und was wir sein könnten - Ein neurobiologischer Mutmacher, 8. Aufl. Frankfurt/M.

Huffschnid (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 2. erweiterte Auflage Hamburg.

Huffschnid (2007): Jenseits der Spekulationskrise – Das Diktat der Finanzmärkte und Perspektiven der Gegensteuerung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 11, S. 1332 – 1341.

Hugler, Klaus (2015): Adolf Damaschke - Gesinnung und Tat, Cottbus.

Humboldt, Alexander von (1808/1814): Versuch über den politischen Zustand des Königreichs Neuspanien – Teile 1 und 2, in: ders., Gesammelte Werke Bände 9 und 10, Stuttgart.

Humboldt, Alexander von (1845-1862/2019): Kosmos – Entwurf einer physischen Weltbeschreibung Band 1, Göttingen.

Humboldt, Alexander von (1859): Reise in die Aequinoktial-Gegenden des neuen Kontinents Band 1, in: Gesammelte Werke Band 5, Stuttgart.

Hunt, Tristram (2017): Friedrich Engels - Der Mann, der den Marxismus erfand, 2. Aufl. Berlin.

Huth, Thomas (2001): Die Goldene Regel als Wettbewerbsgleichgewicht - Ein Versuch über Keynes, Berlin.

Huxley, Aldous (1932/2000): Schöne neue Welt, 58. Auflage Frankfurt/M. 2000.

Ilgmann, Cordelius (2015): Silvio Gesell - 'A strange, unduly neglected' monetary theorist, in: Journal of Post Keynesian Economics Vol. 38, No. 4, p. 532 -564; auf der Website
<http://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/01603477.2015.1099446>

Illich, Ivan (1974/1983): Fortschrittsmythen - Schöpferische Arbeitslosigkeit, Energie und Gerechtigkeit, Wider die Verschuldung, Reinbek.

Illich, Ivan (1975/1980): Selbstbegrenzung - Eine politische Kritik der Technik“ („Tools of Conviviality“), Reinbek.

Illich, Ivan (1982): Vom Recht auf Gemeinheit, Reinbek.

Illich, Ivan (1982): Leopold Kohr als Initiator der Sozialmorphologie, in: Leopold Kohr (1962/2003), S. 193 - 198.

Illich, Ivan (1983): Genus - Zu einer historischen Kritik der Gleichheit, Reinbek.

Illich, Ivan (1990/2011): Hebenhausener Erklärung zum Boden, in: Charlotte Jurk & Reimer Gronemeyer Hrsg. (2011): Bodenlos - Vom Verschwinden des Verlässlichen - Marianne Gronemeyer zum 70. Geburtstag, Frankfurt/M.

Illich, Ivan (2006): In den Flüssen nördlich der Zukunft - Letzte Gespräche über Religion und Gesellschaft mit David Cayley, München.

Immler, Hans (1985): Natur in der ökonomischen Theorie, Opladen.

Ingham, Geoffrey & Coutts, Ken & Konzelmann, Sue (2016): Introduction: 'cranks' and 'brave heretics': rethinking money and banking after the Great Financial Crisis, in: Cambridge Journal of Economics, vol. 40, no. 5, pp. 1247 - 1257; auf der Website http://econpapers.repec.org/article/oupCambje/v_3a40_3ay_3a2016_3ai_3a5_3ap_3a1247-1257..htm

International Monetary Fund (2017): Negative Interest Rates Policies - Initial Experiences and Assessments, Policy Paper August 3, by Giovanni Dell'Ariccia, Vikram Haksar and Tommaso Mancini-Griffoli, auf der Website <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/08/03/pp080317-negative-interest-rate-policies-initial-experiences-and-assessments>

Jaeger, Carlo C. (1996): Die Zählung des Drachens - Führt der globale Schock zu einer ökologischen Wende?, Opladen.

Jaeger, Carlo C. (2011): Wachstum - wohin? Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts, München.

Janssen, Hauke (1998): Nationalökonomie und Nationalsozialismus - Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren, Marburg.

Jaspers, Karl (1931/1971): Die geistige Situation der Zeit, Nachdruck der 5. Aufl., Berlin.

Jaspers, Karl (1950-1963/2016): Briefe an Alexander Rüstow vom 3.7.1950, 5.12.1952, 20.8.1960, 30.8.1960 und 22.11.1960, in: ders., Korrespondenzen - Politik und Universität, hrsg. von Dutt, Carsten & Wolgast, Eike, Göttingen.

Jaspers, Karl (1958): Die Atombombe und die Zukunft des Menschen - Politisches Bewusstsein in unserer Zeit, München.

Jaspers, Karl (1960/1996): Wo stehen wir heute?, in: Saner, Hans Hrsg., Das Wagnis der Freiheit - Gesammelte Aufsätze zur Philosophie, München und Zürich.

Jaspers, Karl (1962/1996): Freiheit und Schicksal in der Wirtschaft, in: Saner, Hans Hrsg., Das Wagnis der Freiheit - Gesammelte Aufsätze zur Philosophie, München und Zürich.

Jaspers, Karl (1963/1996): Die Kraft der Hoffnung, in: Saner, Hans Hrsg., Das Wagnis der Freiheit - Gesammelte Aufsätze zur Philosophie, München und Zürich.

Jaspers, Karl (1966): Wohin treibt die Bundesrepublik?, München.

Jaspers, Karl (1967): Antwort – Zur Kritik meiner Schrift „Wohin treibt die Bundesrepublik?“, München.

Jörke, Dirk & Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg.

Johannsen, Nikolas A.L. (1913): Die Steuer der Zukunft, Berlin.

Jüdisches Museum Berlin & Stiftung Warburg Archiv Hrsg. (2019): Carl Melchior - Jüdischer Vorkämpfer eines europäischen Friedens, Katalog zur gleichnamigen Ausstellung vom 17. Januar bis 30. März in Berlin, zusammengestellt von Christoph Kreuzmüller und Dorothea Hause, Hamburg.

Jurczyk, Karin & Mückenberger, Ulrich (2016): Atmende Lebensläufe - Utopie und zeitpolitische Baustelle, in: Zeitpolitisches Magazin der der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik Nr. 28, S. 1 - 2.

Jureit, Ulrike (2012): Das Ordnen von Räumen - Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert, Hamburg.

Kafka, Peter (1989): Das Grundgesetz vom Aufstieg - Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt, München.

Kafka, Peter (1994): Gegen den Untergang - Schöpfungsprinzip und globale Beschleunigungskrise, München.

Kahn, Richard (1984): The Making of Keynes' „General Thoery“, Cambridge/UK.

Kaienburg, Hermann (2001): KZ-Häftlingsarbeit im Spannungsfeld von Repression und Wirtschaftsinteresse, in: Winfried Meyer & Klaus Neitmann (Hrsg.): Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg - Formen, Funktion und Rezeption, Potsdam, S. 23 -44.

Kaienburg, Hermann (2003): Die Wirtschaft der SS, Berlin.

Kaiser, Tobias (2016): Star-Ökonom für Minuszinsen von bis zu sechs Prozent, in: Die Welt vom 18. September; auf der Website <https://www.welt.de/wirtschaft/article158217156/Star-Oekonom-fuer-Minuszinsen-von-bis-zu-sechs-Prozent.html>

Kambartel Friedrich (1998): Philosophie und Politische Ökonomie, Göttingen.

Kampffmeyer, Hans (1908): Die Gartenstadtbewegung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Band 36, S. 577 - 609.

Kant, Immanuel (1781/1998): Kritik der praktischen Vernunft, Stuttgart.

Kant, Immanuel (1795/2008): Zum ewigen Frieden, Stuttgart.

Kantzenbach, Erhard (1967): Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, 2. Auflage Göttingen.

Kapp, Karl William (1958): Die volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft, Tübingen.

Karsch, Margret (2016): Feminismus - Geschichte und Positionen, Bonn.

Kaufmann, Stephan (2020): Eine Welt voller billigem Geld, in: Frankfurter Rundschau vom 31. Juli; auf der Website <https://www.fr.de/wirtschaft/eine-welt-voller-billigem-geld-90016138.html>

Kaul, Inge (2016): Global Public Goods, Cheltenham/UK.

Kautsky, Karl (1910/11): Finanzkapital und Krisen, in: Die Neue Zeit 1. Band, S. 771 - 772.

Kautsky, Karl (1918): Die Diktatur des Proletariats, Wien.

Kelton, Stephanie (2020): The Deficit Myth – Modern Monetary Theory and How to Build a Better Economy, London.

Kennedy, Margrit (1984): Frauen tragen die größte Last - Krieg, Geldsystem und Bodenrecht, in: Lutz, Rüdiger Hrsg. (1984): Frauenzukünfte - Öko-Log-Buch Bd. 3, Weinheim, S. 64 - 71.

Kennedy, Margrit & Lietaer, Bernard (2004): Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, München.

Kennedy, Margrit (2009): Geld regiert die Welt - Doch wer regiert das Geld?, in: Konrad Liessmann Hrsg. (2009): Geld - Was die Welt im Innersten zusammenhält?, Wien, S. 148 - 167.

Keppler, Wilhelm (1933): Keine privaten Geldschöpfungsversuche! - Bekanntgabe des Wirtschaftsbeauftragten des Führers, in: Berlin am Wochenende Nr. 16 vom 8. September, S. 3.

Kerbs, Diethart & Reulecke, Jürgen Hrsg. (1998): Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880 - 1933, Wuppertal.

Keynes, John Maynard (1910/1983): A First Study of the Influence of Parental Alcoholism on the Physique and Ability of the offspring - Letter to The Times June 6, in: ders. (1983): Collected Writings Vol. 11 - Economic Articles and Correspondence Academic, London, S. 186 - 188.

Keynes, John Maynard (1919/2006): Krieg und Frieden - Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles, Berlin. (Erstveröffentlichung unter dem Titel „Economic Consequences of Peace“).

Keynes, John Maynard (1925/1972): A Short View of Russia, in: ders. Collected Writings Vol. 9, pp. 253 - 271.

Keynes, John Maynard (1925/1998): Bin ich ein Liberaler? (dt. Übersetzung von Norbert Reuter), in: Norbert Reuter (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität - Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg, S. 103 - 114; englisches Original in den Collected Writings Vol. 9, pp. 295 - 306).

Keynes, John Maynard (1926a): Das Ende des Laissez-faire – Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft, München und Leipzig.

Keynes, John Maynard (1926b): Postkarte an Silvio Gesell vom 31. März 1926; abgebildet in: Zeitschrift für Sozialökonomie 146. Folge 2005, S. 34; einsehbar auf der Website

<https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-144-151.html>

Keynes, John Maynard (1930/1983): Vom Gelde (englische Erstausgabe 1930, 3. Auflage der erstmals 1931 erschienenen deutschen Übersetzung von Carl und Louise Krämer), Berlin.

Keynes, John Maynard (1930/ 1998): Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder (dt. Übersetzung von Norbert Reuter), in: Norbert Reuter (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität - Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg, S. 115 - 127.

Keynes, John Maynard (1933/1972): Essays in Biography - Alfred Marshall, in: Collected Writings Vol. 5, über Alfred Marshall S. 161 - 231.

Keynes, John Maynard (1933/1982): National Self-Sufficiency, in: Collected Writings Vol. XXI, London.

Keynes, John Maynard (1934): Brief an John H.G. Pierson in New Haven/ Connecticut am 12. September, in Keynes' Nachlass im King's College in Cambridge/UK (TM/1/3/138-140).

Keynes, John Maynard (1935): Brief an Mrs. Austin (Joan) Robinson vom 3. September, in Keynes' Nachlass im King's College in Cambridge/UK (GTE/1/237) und auch in Joan Robinsons Nachlass im King's College in Cambridge/UK (JVR/VII/240/8).

Keynes, John Maynard (1936/1976): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (englische Erstausgabe 1935, 6. Auflage der erstmals 1936 erschienenen deutschen Übersetzung von Fritz Waeger), Berlin.

Keynes, John Maynard (1936a): Brief an Karl Walker vom 31. Dezember (in den Korrespondenzakten des Archivs für Geld- und Bodenreform in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg).

Keynes, John Maynard (1936b): Brief an John Henry Büchi vom 13.2. im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur GTE 2/1/33 in der Box 31.

Keynes, John Maynard (1936c): Brief an John Henry Büchi vom 31.3. im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur GTE 2/1/42 in der Box 31.

Keynes, John Maynard (1936d): Brief an John Henry Büchi vom 28.5. im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur GTE 2/1/49-51 in der Box 31.

Keynes, John Maynard (1936e): Brief an Austin Robinson vom 28.5. im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur GTE 2/1/62-63 in der Box 31.

Keynes, John Maynard (1936f): Brief an Franz Hochstetter vom 24.3. im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur GTE 2/2/363-364.

Keynes, John Maynard (1937/1973a): Brief an John Hicks vom 31.3., in: ders. Collected Writings Vol. 14, pp. 79 - 81.

Keynes, John Maynard (1937/1973b): The General Theory of Employment, in: Quarterly Journal of Economics Vol. 51, S. 209-223, und in: Collected Writings, Vol. 14, pp. 109 - 123.

Keynes, John Maynard (1937/1973d): Some Economic Consequences of a Declining Population, in: ders. (1973): Collected Writings Vol. 14 - The General Theory and after - Part 2, London, pp. 124 - 133.

Keynes, John Maynard (1940): Brief an Dudley Dillard vom 25.4. im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur EJ 1/6/119.

Keynes, John Maynard (1943/1980): Proposals for an International Clearing Union, in: Collected Writings Vol. XXV, Cambridge, S. 168 - 195. (deutsche Übersetzungen von Jan Kregel in: Lettre International Nr. 2/1988, S. 39 - 48, und Werner Liedke auf der Website http://www.postwachstumsoekonomie.de/wp-content/uploads/2008-12-10_Keynes-Bancor-Plan.pdf)

Keynes, John Maynard (1971/1989): Biography and Index, in: Collected Writings Vol. 1 - 30, Cambridge.

Kimball, Miles (2013): Silvio Gesell's Plan for Negative Nominal Interest Rates, auf der Website <http://blog.supplysideliberal.com/post/56754781054/silvio-gesells-plan-for-negative-nominal-interest>

Kimball, Miles & Agarwal, Ruchir (2015): Breaking through the Zero Lower Bound - IMF-Working Paper 15/224 October; auf der Website <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2015/wp15224.pdf>

Kimball, Miles (2016): Negativzinspolitik als konventionelle Geldpolitik, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 188./189. Folge, S. 25 - 37, auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsqe-online-archiv-folge-184-191.html>

King, Martin Luther (1967): Where are we going?, in: ders., Where Do We Go From Here: Chaos or Community; auf der Website http://cooperative-individualism.org/king-martin-luther_where-are-we-going-1967.htm

Kissenkoetter, Udo (1978): Gregor Strasser und die NSDAP, Stuttgart.

Klaffenböck, Paul (2008): Reforming the Global Financial Architecture – A Comparison of Different Proposals including Keynes' Bancor-Plan, Diplomarbeit, Linz.

Klasen, Richard (2018): Militarisierung und Migrationsabwehr in Europa – Die EU verliert die Globalen Nachhaltigkeitsziele aus dem Blick, in: Forum Ziviler Friedensdienst Hrsg. (2018): forumZFD-Magazin Nr. 3, S. 6 – 9.

Klein, Lawrence (1949): The Keynesian Revolution, London.

Klein, Lawrence & Olson, Mancur & Samuelson, Paul & Solow, Robert & Tobin, James (1995): Reminiscences of Dudley Dillard, in: Eastern Economic Journal, Vol. 21, No. 1, pp. 1 - 6.

Klimenta, Harald & Fisahn, Andreas (2014): Die Freihandelsfalle – Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP, Hamburg.

Klimpel, Matthias & Bockting, Beate & Löhr, Dirk (2020): Brief an die EZB-Präsidentin Christine Lagarde vom 18.2.2020 in den Korrespondenzakten des „Archivs für Geld- und Bodenreform“ in Oldenburg.

Klönne, Arno & Reese, Hartmut (1986): Kurze Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt/M.

Koch, Hannes (2007): Soziale Kapitalisten, Zürich.

Kocka, Jürgen (2008): Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 9 - 10, S. 3 - 9.

Kocka, Jürgen (2010): Bürgerlichkeit – Wovon reden wir eigentlich?, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte Nr. 4, S. 4 - 8.

Kocka, Jürgen (2015): Arbeit im Kapitalismus - Lange Linien der historischen Entwicklung bis heute, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 35 - 37, S. 10 - 17.

Köhler, Detlef (1986): Ökonomie und Autonomie – Historische und aktuelle Entwicklungen genossenschaftlicher Bewegungen, Frankfurt/M.

König, Heinz Hrsg. (1968): Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft, Köln.

König, Johann-Günther (2003): Finanzmarktkriminalität - Geldwäsche, Insidergeschäfte und Spekulation, Frankfurt/M.

König, Tilo (2018): Instabile Finanzmärkte und Freigeld - Was leistet eine Liquiditätsgebühr zur Reduktion sozial generierter Ungewissheit?, in: Beyer, Jürgen & Senge, Konstanze Hrsg., Finanzmarktsoziologie - Entscheidungen, Ungewissheit und Geldordnung, Wiesbaden, S. 217 - 236.

Körner, Christoph (2017): Christliche Sozialökonomie - Auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Zell am Main.

Koerrenz, Ralf (2014): Reformpädagogik - Eine Einführung, Paderborn.

Kohlhepp, Klaus G. (2005), Wachstum im Wandel der Zeiten – Entwicklungsgeschichte der Kunststoffe, in: Kunststoffe Nr. 5, S. 22 – 32.

Kohr, Leopold (1941/2006): Einigung durch Teilung - Gegen nationalen Wahn, für ein Europa der Kantone, in: ders., Die Lehre vom rechten Maß - Aufsätze aus fünf Jahrzehnten, mit einem Vorwort von Jakob von Uexküll herausgegeben von Ewald Hiebl und Günther Witzany, Salzburg, S. 21 - 28.

Kohr, Leopold (1955): Toward a New Measurement of Living Standards, in: American Journal of Economy and Sociology Vol. 15.1, S. 93 - 104.

Kohr, Leopold (1957/2002): Das Ende der Großen - Zurück zum menschlichen Maß, Salzburg und Wien.

Kohr, Leopold (1962/2003): Die überentwickelten Nationen, Salzburg und Wien (deutsche Erstausgabe 1986 mit dem Untertitel „Rückbesinnung auf die Region“).

Kohr, Leopold (1964): Rezension zu Anatol Murad „What Keynes means“, in: Zeitschrift für Nationalökonomie Jahrgang 24,3, S. 326 - 328.

Kohr, Leopold (1965/2004): Weniger Staat - Gegen die Übergriffe der Obrigkeit, Salzburg und Wien.

Kohr, Leopold (1973/2007): Entwicklung ohne Hilfe - Die überschaubare Gesellschaft, Salzburg und Wien.

Kohr, Leopold (1989/2006): Ursprung und Natur der Slums, in: ders., Die Lehre vom rechten Maß - Aufsätze aus fünf Jahrzehnten, mit einem Vorwort von Jakob von Uexküll herausgegeben von Ewald Hiebl und Günther Witzany, Salzburg, S. 1 - 3.

Kohr, Leopold (1989/2008): Probleme der Stadt - Gedanken zur Stadt- und Verkehrsplanung, Salzburg und Wien.

Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns – Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld.

Krabbe, Wolfgang (1974): Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform, Göttingen.

Krämer, Werner (2003): Mittelstandsökonomik – Grundzüge einer umfassenden Analyse kleiner und mittlerer Unternehmen, München.

Krause, Werner & Graupner, Karl-Heinz & Sieber, Rolf (1989): Ökonomen-Lexikon, Berlin-Ost.

Kraushaar, Wolfgang (2001): Denkmodelle der 68er Bewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) – Beilage zur Wochenzeitung das Parlament Nr. 22 – 23, S. 14 – 27.

Kreutzträger, Ilka (2020): Ganz leise Hoffnung auf Erfolg, in: taz vom 11.-13. April.

Krier, Frederic (2009): Sozialismus für Kleinbürger - Pierre Joseph Proudhon, Wegbereiter des Dritten Reiches, Köln und Wien.

Kriese, Ulrich (2016): Die Bodensteuer - Politische Debatte und Perspektiven, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 188./189. Folge, S. 53 - 56; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

Kriese, Ulrich (2017): Grundsteuerreform: Die Politik in der Sackgasse?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 192./193. Folge, S. 30 - 32; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Kriese, Ulrich & Heuer, Philipp (2020): Grundsteuer heute – Bodenwertsteuer morgen?; auf der Website https://www.sozialoekonomie-online.de/files/archiv/ab%202019:%20Online-Beitraege/ZFS%C3%96-ONLINE_Heuer_Kriese_Bodenwertsteuer.pdf

Kropotkin, Peter (1902/1976): Landwirtschaft, Industrie und Handwerk oder: Die Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft, von geistiger und körperlicher Arbeit, Berlin.

Krüger, Oliver (2019): Virtualität und Unsterblichkeit - Gott, Evolution und die Singularität im Post- und Transhumanismus, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Freiburg/Br.

Krugman, Paul (2006): Einleitung zur Neuauflage von John Maynard Keynes' „Allgemeiner Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“; auf der Website http://www.keynes-gesellschaft.de/pdf/EinleitungKrugmanStand%2004.11.06_.pdf

Krugman, Paul & Obstfeld, Maurice (2009): Internationale Wirtschaft – Theorie und Politik der Außenwirtschaft, München.

Kubišta, Jan (2004): Die europapolitischen Gedanken des Kreisauer Kreises und ihre Bedeutung für die europäische Einigung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 143. Folge, S. 3 - 14; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-136-143.html>

Kück, Marlene (1985a): Alternative Ökonomie in der Bundesrepublik – Entstehungsanlässe, wirtschaftliche Bedeutung und Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 32, S. 26 - 38.

Kück, Marlene (1985b): Neue Finanzierungsstrategien für selbstverwaltete Betriebe, Frankfurt/M.

Küng, Hans (2020): Weltpolitik und Weltwirtschaft, in: ders. Sämtliche Werke Band 20, Tübingen.

Kugler, Walter (1978/2010): Rudolf Steiner und die Anthroposophie - Eine Einführung in sein Lebenswerk, Köln.

Kurz, Heinz D. (1996): Zins, Geld, Profit und Kapital: Ein theoriegeschichtlicher Abriss, in: Riedl, Rupert & Delplos, Manuela Hrsg. (1996): Die Ursachen des Wachstums - unsere Chancen zur Umkehr, Wien, S. 139 - 161.

Kurz, Heinz D. (2013): Geschichte des ökonomischen Denkens, München.

Kurz, Heinz D. (2017): Auf der Schwelle zur „Vierten industriellen Revolution“, in: Wirtschaftsdienst Nr. 11, S. 785 - 792; auf der Website <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2017/heft/11/beitrag/auf-der-schwelle-zur-vierten-industriellen-revolution.html>

Kurz, Constanze & Rieger, Frank (2018): Cyber War - Die Gefahr aus dem Netz, München.

Kurz, Robert (1995): Politische Ökonomie des Antisemitismus, in: Krisis - Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft Nr. 16-17, Bad Honnef, S. 177 - 218.

Kurz-Scherf, Ingrid (2009): Monopoly-Kapitalismus - Reservat der Männlichkeit in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5.

Laak, Dirk van (2017): Eine kurze (Alltags-)Geschichte der Infrastruktur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 16 – 17, S. 3 – 11.

Laaser, Claus-Friedrich & Rosenschon, Astrid (2019): Steigende Subventionen des Bundes bis zum Jahr 2018; auf der Website https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/Kieler_Beitraege_zur_Wirtschaftspolitik/wipo_22.pdf

Lagarde, Christine & Europäische Zentralbank (2020): Unsere Reaktion auf den Coronavirus-Notfall am 19. März; auf der Website <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2020/html/ecb.blog200319~11f421e25e.de.html>

Lahrem, Stephan (2005): Che Guevara, Reinbek bei Hamburg.

Lambert, Tobias (2011): Die Landfrage bleibt ungelöst, in: Lateinamerika-Nachrichten vom 16. September; auf der Website <https://amerika21.de/analyse/40224/landfrage-ungeloest>

Landauer, Gustav (1911/1967): Aufruf zum Sozialismus, Frankfurt/M.

Lang, Niklas & Lang, Norbert (2010): Organisationslehre - Repetitorium für Studium und Praxis, Zürich.

Lang, Susanne (2017): Eine kurze Geschichte des Internets - Die Inkorporation des Internets in kapitalistische Verhältnisse ist keinesfalls abgeschlossen und noch immer umkämpft, in: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Nr. 186, S. 7 – 26.

Lange, Steffen & Santarius, Tilman (2018): Smarte Grüne Welt? - Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit, München.

Lanza del Vasto, Jean (1988): Vinoba – König der Armen, Paris.

Lassalle, Ferdinand (1862): Das Arbeiterprogramm - Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes, Berlin.

Latouche, Serge (2015): Es reicht! - Abrechnung mit dem Wachstumswahn (mit einem Vorwort von Niko Paech), München.

Laurent, Eric & Barberis, Patrick (2011): Das Öl-Zeitalter - Eine Welt wird geteilt - Eine Zeit für Manipulationen, Dokumentation gesendet am 27.8.2011 auf dem TV-Sender Phönix.

Lautenbach, Otto (1948): Spruchkammer-Verfahrensakte EL 902/15 Bü 13447 und Karteikarte EL 902/15 Bü 13701 im Landesarchiv Baden-Württemberg – Staatsarchiv Ludwigsburg.

Lautenbach, Wilhelm (1937/1952): Zins, Kredit und Produktion, Tübingen.

Laveleye, Emile de (1874): De la propriété et de ses formes primitives, Paris (dt. Übers. Das Ureigentum, Norderstedt 2017).

Leber, Stefan (1989): Wesen und Funktion des Geldes - Zahlen, Leihen und Schenken im volkswirtschaftlichen Prozess, Stuttgart.

Leber, Stefan (2000): Eigentum - Die Frage nach der Sozialbindung des Eigentums an Boden und Unternehmen, Stuttgart.

Le Bon, Gustave (1895/1951): Psychologie der Massen, Stuttgart.

Lederer, Emil (1922): Die Motive des Freigeldes, in: Der Freie Angestellte, Nr. 10.

Lee, Leon Francis (1956): The Place of Keynes in the History of Economic Theory - Dr.-Thesis at the Louisiana State University and Agricultural & Mechanical College, Louisiana/USA; auf der Website https://digitalcommons.lsu.edu/cgi/viewcontent.cgi?referer=https://www.google.com/&httpsredir=1&article=1149&context=gradschool_disstheses

Leersch, Hans-Jürgen (2019): Geld aus dem Boden - Grundsteuer - Nur AfD will sie abschaffen, in: Das Parlament Nr. 13-14 vom 25. März, S. 8.

Leggewie, Claus & Welzer, Harald (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten - Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt/M.

Lehner, Gerald (1994): Die Biografie des Philosophen und Ökonomen Leopold Kohr, Wien.

Lehner, Gerald (2014): Das menschliche Maß - eine Utopie? - Gespräche mit Leopold Kohr über sein Leben, Wien.

Leining, Andreas (2019): Ökonomische Bildung – Grundlagen und neue synergetische Ansätze, 2. Aufl. Wiesbaden.

Leitl, Christoph (1974): Vermögensbeteiligung und Mitbestimmung - Das Partnerschaftsmodell der Bauhütte Leitl & Lang, in: Fragen der Freiheit Nr. 109, S. 51 - 60.

Lemke, Thomas (2007): Die Natur in der Soziologie - Versuch einer Positionsbestimmung, in: Leviathan Nr. 2, S. 248 - 255.

Lemnitz, Alfred (1950): Die Auferstehung Silvio Gesells - Die Lehre von der "Freiwirtschaft", in: Deutsche Finanzwirtschaft - Zeitschrift für die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe, für Fragen des Staatshaushaltes und Kreditwesens, für Steuer- und Preisrecht Nr. 7, S. 324 - 329.

Lenhard, Philipp (2019): Friedrich Pollock – Die graue Eminenz der Frankfurter Schule, Berlin.

Lenin, Vladimir (1913/1977): Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: ders. Werke Band 19, Berlin-Ost.

Lenin, Vladimir I. (1917/1970): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 12. Aufl. Berlin-Ost.

Lenin, Vladimir I. (1917/1972): Staat und Revolution - Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Leipzig.

Lenin, Vladimir I. (1920/1959): Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei - Rede am 21. November, in: ders., Werke Band 31, Berlin-Ost.

Lenin, Vladimir I. (1921/1962): Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus - Rede am 5. November, in: ders., Werke Band 33, Berlin-Ost.

Lenz, Ilse (2018): Von der Sorgearbeit bis #METOO - Aktuelle feministische Themen und Debatten in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 17, S. 20 - 27.

Lerner, Abba (1933): Brief an Joan Robinson vom 21. November, im Nachlass von Joan Robinson im King's College in Cambridge/UK; verzeichnet unter der Signatur JVR 1/260/10.

Lewitsky, Steven & Ziblatt, Daniel (2018): Wie Demokratien sterben – Und was wir dagegen tun können, Bonn.

Liefmann, Robert (1920): Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation, Stuttgart.

Liessmann, Konrad (2009): Eine kleine Philosophie des Geldes, in: ders. (2009), Geld - Was die Welt im Innersten zusammenhält“, Wien (Beiträge zum Philosophicum Lech), S. 7 - 19.

Lilley, Andrew & Rogoff, Kenneth (2019): The Case for Implementing Effective Negative Interest Rate Policy, Presentation for the Conference „Strategies for Monetary Policy“ at the Hoover Institution May 2019; auf der Website https://www.hoover.org/sites/default/files/lilley_rogoff_hoover_monetary_conference.pdf

Linden, Marcel van der & Thorpe, Wayne (1999): Aufstieg und Niedergang des revolutionären Syndikalismus, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 5. Jg. (1990), Nr. 3, S. 9 – 38.

Linse, Ulrich (1983): Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde - Landkommunen in Deutschland 1890 - 1933, München.

List, Friedrich (1841/1928): Das nationale System der politischen Ökonomie, 5. Aufl. Jena.

List, Friedrich (1932-1935): Schriften, Reden, Briefe Band 5, Berlin.

Loccumer Initiative Kritischer Wissenschaftler Hrsg. (2003): Mut zur konkreten Utopie – Alternativen zur herrschenden Ökonomie, Hannover.

Locke, John (1689/2007): Zweite Abhandlung über die Regierung, Frankfurt/M.

Löhr, Dirk (1996): Das Verhältnis von Freiwirtschafts- und Gewerkschaftsbewegung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 111. Folge, S. 19 - 28.

Löhr, Dirk (1998): Der Euro - Niederlage der Vernunft, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 117. Folge, S. 21 - 34; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-112-119.html>

Löhr, Dirk (2007): Wie eine ‚unsichtbare Hand‘ nach der ‚Allmende‘ greift – Eine Kritik der Property-Rights-Theorie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 155. Folge, S. 12 – 30; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-152-159.html>

Löhr, Dirk (2009): Die neue Landnahme - Patente als virtueller Grundbesitz, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 162./163. Folge, S. 11 - 29; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

Löhr, Dirk (2010): Nullwachstum und Nullzins - Renaissance einer alten Idee, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 166./167. Folge, S. 3 - 20; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

Löhr, Dirk (2013): Das Ende der Rentenökonomie, Marburg.

Löhr, Dirk & Harrison, Fred (2013): Ricardo und die Troika – Für die Einführung einer EU-Bodenwertabgabe, in: Wirtschaftsdienst Nr. 10, S. 702 – 709; auf der Website <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2013/heft/10/beitrag/ricardo-und-die-troika-fuer-die-einfuehrung-einer-eu-bodenwertabgabe.html>

Löhr, Dirk (2014): „Cyberrenten“ – Die korrumpierte Share-Ökonomie; auf der Website <https://bodenwertsteuer.org/tag/cyberrente/>

Löhr, Dirk (2015): Negativzinspolitik - Die EZB als jene Kraft, die Gutes will und doch das Böse schafft?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 184./185. Folge, S. 57 – 69; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

Löhr, Dirk & Harrison, Fred Hrsg. (2017): Das Ende der Rentenökonomie - Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, Marburg.

Löhr, Dirk (2017a): Kapitalgesellschaften auf der Jagd nach ökonomischen Renten, in: Löhr, Dirk & Harrison, Fred Hrsg. (2017a): Das Ende der Rentenökonomie - Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, Marburg, S. 211 - 240.

Löhr, Dirk (2017b): Vollgeld - monetaristischer Aufguss oder Wunderwaffe, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 194./195. Folge, S. 11 - 21; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Löhr, Dirk (2018): Boden - Die verkannte Umverteilungsmaschine, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 198./199. Folge, S. 3 - 19; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Löhr, Dirk (2019a): Stakeholder Value durch kommunale Erbbaurechte. Mehrwert für bezahlbaren Wohnraum - eine finanztechnische Perspektive, in: vhw / FWS Nr. 4, S. 188 - 191.

Löhr, Dirk & Kempny, Simon (2019b): Zur Grundsteuerreform - Grundzüge eines Bodenwertsteuergesetzes, in: Deutsches Steuerrecht Nr. 11, S. 537 - 543.

Löhr, Dirk (2020a): The Day After Corona – Solidarisch aus der Krise!; auf der Website <https://bodenwertsteuer.org/>

Löhr, Dirk (2020b): Marktgerechte Erbbaurechte - Wie Kommunen über Erbbau-rechte bezahlbares Wohnen ermöglichen können, Berlin.

Löhr, Dirk & Olah, Norbert & Huth, Thomas (2020): Ricardo 2.0 – Land is back!?! – Zur Rolle der Bodenerträge in der primären Einkommensverteilung (voraussichtlich in: Wirtschaftsdienst Nr. 12).

Löw, Konrad (1977): Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, 2. Aufl. Köln.

London School of Economics (1938): Structure of Interest Rates - unpublished programme of an „Oxford-London-Cambridge Economic Seminary“ im Juni, im Keynes-Nachlass im King's College in Cambridge/UK unter der Signatur GTE 2/4/2.

Lüders, Michael (2015): Wer den Wind sät - Was westliche Politik im Orient anrichtet, 6. Aufl. München.

Lüthmann, Michael (2013): Das anthroposophische Warenhaus - Über die bürgerliche Sehnsucht nach einer anderen Moderne, in: INDES Nr. 2, S. 80 - 89.

Luft, Anne-Barbara (2017): In Europa drohen nach Frankreich-Wahl steigende Zinsen, in: Neue Zürcher Zeitung vom 3. Mai; auf der Website <https://www.nzz.ch/finanzen/anleihemaerkte-in-europa-drohen-nach-frankreich-wahl-steigende-zinsen-ld.1289940>

Luft, Christa (1994): Die nächste Wende kommt bestimmt, 2. Auflage Berlin.

Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme - Grundriss einer allgemeinen Theorie, Frankfurt/M.

Luhmann, Niklas (1988/1989): Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt/M.

Lukacs, Georg (1923): Geschichte und Klassenbewusstsein, Amsterdam.

Lutz, Friedrich A. (1956): Bemerkungen zum Monopolproblem, in: ORDO - Jahrbuch für Wirtschaft und Gesellschaft Band 8 / 1956, S. 19 - 44.

Luxemburg, Rosa (1898/1974): Wirtschaftliche und sozialpolitische Rundschau, in: dies., Gesammelte Werke Band 1, 1. Halbband 1893 - 1905, Berlin-Ost.

Luxemburg, Rosa (1900/1908): Sozialreform oder Revolution?, in: Rosa Luxemburg - Politische Schriften I, hrsg. von Ossip Flechtheim, Frankfurt/M.

Luxemburg, Rosa (1913/1969): Die Akkumulation des Kapitals, 3. Auflage Frankfurt/M.

Luxemburg, Rosa (1914/1973): Die Proletarierin, in: Gesammelte Werke Band 3, Berlin-Ost.

Luxemburg, Rosa (1917/1983): Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke Band 4, Berlin-Ost.

Luxemburg, Rosa (posthum 1921/1969): Die Akkumulation des Kapitals oder: Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben, Leipzig/Frankfurt/M. (in: Rosa Luxemburg 1913/1969).

Madörin, Mascha (1991): Männliche Ökonomie - Ökonomie der Männlichkeit, in: Emanzipation Nr. 1.

Madörin, Mascha (1997): Die Ökonomie und der Rest der Welt - Überlegungen zur Problematik einer feministischen Politischen Ökonomie, in: Diskussionskreis Frau und Wissenschaft Hrsg. (1997): Ökonomie weiterdenken! - Beiträge von Frauen zu einer Erweiterung von Gegenstand und Methode, Frankfurt/M.

Madörin, Mascha (2006): Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie, Marburg.

Maier, Kurt (1974): Betriebliche Partnerschaft als dritter Weg in der sozialen Marktwirtschaft?, in: Fragen der Freiheit Nr. 109, S. 7 - 29.

Mankiw, Gregory (2009): It May Be Time for the Fed to Go Negative, in: New York Times vom 18. April, auf der Website

http://www.nytimes.com/2009/04/19/business/economy/19view.html?_r=1

Manning, Patrick (2007): Wanderung - Flucht - Vertreibung. Geschichte der Migration, Essen.

Manow, Philip (2001): Ordoliberalismus als ökonomische Ordnungstheologie, in: Leviathan - Zeitschrift für Sozialwissenschaft Nr. 2, S. 179 - 198.

Mantel, Peter (2009): Betriebswirtschaftslehre und Nationalsozialismus - Eine institutionen- und personengeschichtliche Studie, Wiesbaden.

Marcuse, Herbert (1970): Der eindimensionale Mensch - Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, 5. Auflage Neuwied.

Maris, Bernard (2000): Pourquoi livre Keynes aujourd'hui?, in: Alternatives Economiques, No. 183/Julie.

Maris, Bernard (2007): Keynes ou l'économiste citoyen, Paris.

Maris, Bernard & Dostaler, Gilles (2009): Capitalisme et Pulsions de Mort, Paris.

Marshall, Alfred (1893): On rent, in: Economic Journal Vol. 3, S. 74 - 90.

Martin, Hans-Peter & Schumann, Harald (1996): Die Globalisierungsfalle - Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, 3. Auflage Reinbek bei Hamburg.

Martins, Ansgar (2012): Rassismus und Geschichtsmetaphysik - Esoterischer Darwinismus und Freiheitsphilosophie bei Rudolf Steiner, Frankfurt/M.

Marx, Karl (1843/1970): Zur Judenfrage, in: Marx-Engels-Werke (MEW) Band 1, Berlin-Ost, S. 347 - 377.

Marx, Karl (1843-44/1970): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW 1, Berlin-Ost, S. 201 - 333.

Marx, Karl (1844/1974): Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW Ergänzungsband 1, Berlin-Ost, S. 465 - 588.

Marx, Karl & Engels, Friedrich (1844/1969): Die Heilige Familie, in: MEW 2, Berlin-Ost, S. 3 - 223.

Marx, Karl (1845/1969): Thesen über Feuerbach, in: MEW 3, Berlin-Ost, S. 5 – 7.

Marx, Karl & Engels, Friedrich (1845-47/1969): Die deutsche Ideologie, in: MEW 3, Berlin-Ost, S. 9 – 530.

Marx, Karl (1846/1965): Briefe an Pierre Joseph Proudhon am 5.5.1846 aus Brüssel und an Pawel W. Annenkow am 28.12.1846 aus Brüssel, in: MEW 27, Berlin-Ost, S. 442 – 444 und 451 – 463.

Marx, Karl & Engels, Friedrich (1848/1969): Das Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW 4, Berlin-Ost, S. 459 – 493.

Marx, Karl (1847/1969): Das Elend der Philosophie - Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, in: MEW 4, Berlin-Ost, S. 63 - 182

Marx, Karl (1849/1968): Lohnarbeit und Kapital, in: MEW 6, Berlin-Ost, S. 397 – 423.

Marx, Karl (1857-58/1953): Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin-Ost.

Marx, Karl (1859/1969), Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW 13, Berlin-Ost, S. 3 – 160.

Marx, Karl (1865 bzw. 1898/1968): Lohn, Preis und Profit, in: MEW 16, Berlin-Ost, S. 101 – 152.

Marx, Karl (1867/1972): Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie. Band 1: Der Produktionsprozess des Kapitals, in: MEW 23, Berlin-Ost.

Marx, Karl (1871/1973): Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW Band 17, Berlin-Ost, S. 313 – 365.

Marx, Karl (1881/1967): Brief an Friedrich Adolph Sorge in Hoboken vom 20.6.1881, in: MEW 35, S. 198 – 201.

Marx, Karl (1885/1973): Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie. Band 2: Der Zirkulationsprozess des Kapitals, in: MEW 24, Berlin-Ost (posthum von Friedrich Engels herausgegeben).

Marx, Karl (1894/1973): Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie. Band 3: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion, in: MEW 25, Berlin Ost (posthum von Friedrich Engels herausgegeben).

Martin, Hans-Peter & Schumann, Harald (1996): Die Globalisierungsfalle – Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, 3. Auflage Reinbek bei Hamburg.

Mäurer, Dietrich Karl (2020): UNHCR-Bericht – 80 Millionen Menschen auf der Flucht; auf der Website <https://www.tagesschau.de/ausland/unhcr-fluechtlingsbericht-101.html>

Maschkin, Michail (1982): Die Pariser Kommune 1871 - Chronik einer Revolution, Berlin.

Masi, Fabio De (2020): Corona-Schock: Milliardäre in die Pflicht!; auf der Website <https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/corona-schock-milliardaere-in-die-pflicht/>

Mason, Paul (2016): Postkapitalismus - Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin.

Mau, Steffen (2012): Lebenschancen – Wohin driftet die Mittelschicht?, Frankfurt/M.

Mau, Hanns W. (2014/2018): USA – China – EU – Chancen für ein strategisches Dreieck?, in: Fischer, Doris & Müller-Hofstede, Christoph (2014/2018): Länderbericht China, Bonn, S. 841 – 887.

Mauss, Marcel (1923-24/1968): Die Gabe - Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften, Frankfurt/M.

Mayer, Thomas (2016): Negativzinsumfeld hängt über uns wie das Tiefdruckgebiet - Interview mit Tobias Armbrüster im Deutschlandfunk am 14.6.2016; auf der Website http://www.deutschlandfunk.de/finanzexperte-mayer-negativzinsumfeld-haengt-ueber-uns-wie.694.de.html?dram:article_id=357229

Mbembe, Achille (2014): Kritik der schwarzen Vernunft, Berlin.

Meersmann, Arno (1985): Wirtschaftliche Selbsthilfe und Selbstverwaltung als politische Bewegung, in: Klaus Novy, Bodo Hombach u.a. (1985): Anders leben – Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur – Beispiele aus Nordrhein-Westfalen, Berlin, S. 17 – 38.

Meier, Markus Diem (2020): Helikoptergeld als Folge des Coronavirus; auf der Website <https://www.fuw.ch/article/nmtm-helikoptergeld-als-folge-des-coronavirus/>

Meier-Rust, Kathrin (1993): Alexander Rüstow - Geschichtsdeutung und liberales Engagement, Stuttgart.

Melchior, Carl (1923): Brief an John Maynard Keynes vom 9. Januar in Keynes' Nachlass im Archiv des King's College in Cambridge/UK - Fl/2/44-47.

Menger, Anton (1886): Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung, Stuttgart.

Mensching, Christopher (2005): Umlaufsicherung und Geldsystem - Zur Notwendigkeit einer doppelten Geldreform, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 147. Folge, S. 33 - 38, auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-144-151.html>

Mersmann, Arno (1985): Anders Leben - Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur, Berlin.

Mey, Stefan (2017): „Tor“ in eine andere Welt? – Begriffe, Technologien und Widersprüche des Darknets, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 46 - 47, S. 4 – 9.

Meyer, Ahlrich (1977), Der Frühsozialismus – Theorien der sozialen Bewegung 1789 – 1848, Freiburg/Br. und München.

Meyer, Cordula (2017): „Die Wähler sind Hobbits“ – Interview mit Jason Brennan, in: Spiegel-Online vom 5. April; auf der Website <https://www.spiegel.de/spiegel/jason-brennan-zu-donald-trump-wahlsieg-waehler-sind-hobbits-a-1141615.html>

Mayer, Thomas (2019): Ein Klima der Angst droht den Wirtschaftsabschwung zu verschärfen, in: Focus Money Online vom 24. Oktober; auf der Website https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/negativzins-und-klimawandel-ein-klima-der-angst-droht-den-wirtschaftsabschwung-zu-verschaerfen_id_11259159.html

Meck, Georg (2020): Deutsche horten in der Krise Bargeld, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Mai; auf der Website <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/deutsche-horten-in-der-krise-bargeld-16773431.html>

Meßner, Daniel & Hemmer, Richard (2020): Kleine Geschichte von Monopoly und warum wir es heute verkehrt spielen; auf der Website <https://www.spektrum.de/kolumne/monopoly-die-geschichte-eines-der-erfolgreichsten-brettspiele/1748112>

Meyer-Renschhausen, Elisabeth (1994): Vom Dritten Weg nach Eden - Franz Oppenheimer (1864-1943), in: Ästhetik & Kommunikation, 23. Jg., Heft 85/86, S. 168 – 174.

Meyer-Renschhausen, Elisabeth (1998): Hauptströmungen der älteren und neueren Frauenbewegung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 118. Folge, S. 3 - 14; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-112-119.html>

Meyer-Renschhausen, Elisabeth (1999): Bodenrechtsreform - Von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 120. Folge, S. 3 - 9; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-120-127.html>

Meyer-Renschhausen, Elisabeth Hrsg. (2002): Die Gärten der Frauen - Zur sozialen Bedeutung der Kleinstlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit, Herbolzheim.

Meyer-Renschhausen, Elisabeth & Prätör, Klaus (2018): Allmenden, Commons und Gemeinheit – Vom Verschwinden und Wiederauftauchen der Allmenden, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 196./197. Folge, S. 51 – 60; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Mies, Maria (1992): Patriarchat und Kapital, Zürich.

Mies, Maria (1998): „Moral Economy“ und Subsistenzperspektive im Norden und Süden - Globalisierung der Wirtschaft und Hausfrauisierung international, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 118. Folge, S. 15 - 25; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-112-119.html>

Mies, Maria & Werthof, Claudia von (1998): Lizenz zum Plündern - Das Multi-laterale Abkommen über Investitionen MAI, Hamburg.

Migge, Leberecht (1918/1999): Der soziale Garten - Das grüne Manifest, Berlin.

Mill, John Stuart (1848/1924): Grundsätze der Politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie, Jena.

Mill, John Stuart (1863/1948): Über die Freiheit, Heidelberg.

Mill, John Stuart & Taylor-Mill, Harriet & Mill, Helen (1869/1991): Über die Hörigkeit der Frauen, Frankfurt/M.

Miller, Susanne & Potthoff, Heinrich (1981): Kleine Geschichte der SPD – Darstellung und Dokumentation 1848 – 1980, 4. erweiterte Auflage Bonn.

Million, Claude (2006): Frederic Soddy und die Physik des Schuldenmachens, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 151. Folge, S. 31 - 36; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-144-151.html>

Million, Claude (2007): Irving Fisher als Geldreformer, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 152. Folge, S. 3 - 13; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-152-159.html>

Million, Claude (2019): Stamp Your Scrip - Stamp out Depression. Irving Fisher's Advocacy of Stamped Money 1932 - 1934, Bern.

Minsky, Hyman P. (1970/2011): Financial Instability Revisited - The Economics of Disaster, deutsche Übersetzung von Michaela Grabinger & Florian Oppermann, in: Josef Vogl Hrsg. (2011): Instabilität und Kapitalismus, Zürich, S. 67 - 137.

Minsky, Hyman P. (1975/1990): John Maynard Keynes - Finanzierungsprozesse, Investition und Instabilität des Kapitalismus, Marburg.

Minsky, Hyman P. (1982/2011): The Financial Instability Hypothesis - Capitalist Process and the Behaviour of the Economy, deutsche Übersetzung von Michaela Grabinger & Florian Oppermann, in: Josef Vogl Hrsg. (2011): Instabilität und Kapitalismus, Zürich, S. 21 - 66.

Mises, Ludwig von (1922): Die Gemeinwirtschaft - Untersuchungen über den Sozialismus, Jena.

Mises, Ludwig von (1925): Goldwährung, in: Neues Wiener Tagblatt Nr. 101 vom 12. April; auf der Website <http://www.misesde.org/?p=5401>

Mitchell, Wesley (1927): Business cycles - The problem and its setting, New York.

Mohr, Paul (1907): Beiträge zur Frage der Bodenspekulation und ihrer Gewinne, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, S. 1057 - 1098.

Mombiot, George (2003): United People – Manifest für eine neue Weltordnung, München.

Monopolkommission (2014): Hauptgutachten 20 - 2012/2013, Berlin.

Montesquieu, Charles-Louis de (1748/1989): Vom Geist der Gesetze, Stuttgart.

Morozow, Evgeny (2018): Silicon Valley oder die Zukunft des digitalen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1, S. 93 – 104.

Morscher, Christof & Horsch, Andreas (2015): Nominelle Negativzinsen, in: Wirtschaftsdienst Nr. 2, S. 148 - 150; auf der Website <https://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2015/2/nominelle-negativzinsen/>

Mosse, George (1991): Die völkische Revolution - Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt/M.

Mosse, George (2006): Die Geschichte des Rassismus in Europa, Frankfurt/M.

Mtero, Farai (2020): Südafrika – Eine Landreform voller Versäumnisse, in: Wirtschaft und Menschenrechte Nr. 4; auf der Website <https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/wirtschaft-menschenrechte/suedafrikas-landreform-in-der-krise/>

Muchitsch, Nikolaus (2019): Negativzinsen und Bargeldabschaffung - IWF fordert Enteignung; auf der Website <https://www.hayek-institut.at/iwf-negativzinsen-bargeld/>

Muchlinski, Elke (2005): Kontroversen in der internationalen Währungspolitik – Retrospektive zu Keynes-White-Boughton und IMF, in: Intervention – Zeitschrift für Ökonomie Nr. 1, S. 61 - 77.

Mülberger, Arthur (1898/1979): Pierre Joseph Proudhon - Leben und Werke, 2. Aufl. Freiburg.

Müller, Adam (1812/1983): Agronomische Briefe, in: Nationalökonomische Schriften (ausgewählt und eingeleitet von Albert Josef Klein), Lörrach.

Müller, Alfred (2016): Mit Marx in eine bessere Gesellschaft - Über die Nutzlosigkeit von Geldreformen im kranken Kapitalismus, Marburg/Lahn.

Müller, Dirk „Mr. DAX“ (2009): Crashkurs – Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance?, München.

Müller, Elmar (1988): Widerstand und Wirtschaftsordnung - Die wirtschaftspolitischen Konzepte der Widerstandsbewegung gegen das NS-Regime und ihr Einfluss auf die Soziale Marktwirtschaft, Frankfurt/M.

Müller, Oliver (2015): Heideggers Dorf, in: Idee - Zeitschrift für Ideengeschichte Nr.9/2, S. 12 - 18.

Müller-Armack, Alfred (1927): Formen der Kreditexpansion und der Kreditpolitik, in: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln Hrsg. (1927): Die Kreditwirtschaft, Leipzig, S. 155 - 169.

Müller-Armack, Alfred (1932): Entwicklungsgesetze des Kapitalismus – ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung, Berlin.

Müller-Armack, Alfred (1933): Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich, Berlin.

Müller-Armack, Alfred (1947): Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg.

Müller-Armack, Alfred (1948a): Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen, in: ORDO-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Band 1, S. 125 - 154.

Müller-Armack, Alfred (1948b): Das Jahrhundert ohne Gott - Zur Kultursoziologie unserer Zeit, Münster.

Müller-Armack (1950): Soziale Irenik, in: Weltwirtschaftliches Archiv Band 64.1, S. 181 - 203.

Müller-Armack, Alfred (1951): Die Notwendigkeit einer positiven Konzeption des Wettbewerbs und der Marktwirtschaft, in: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hrsg.: Kartellverbot oder Kartellaufsicht? Schriftenreihe zu aktuellen Wirtschafts- und Rechtsfragen Nr. 1, Stuttgart, S. 51 - 59.

Müller-Armack, Alfred (1956): Soziale Marktwirtschaft, in: Erwin von Beckerath u.a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Band 9, Stuttgart und Göttingen, S. 390 - 392.

Müller-Plantenberg, Clarita (2007): Solidarische Ökonomie in Europa - Betriebe und regionale Entwicklung, Kassel.

Münchau, Wolfgang (2014): Die Spur des Geldes - Die größte Gefahr heißt Schuldendeflation, Spiegel-Kolumne auf der Website
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deflation-eine-schuldendeflation-waere-besonders-gefaehrlich-a-944860.html>

Mumford, Lewis (1974): Mythos der Maschine - Kultur, Technik, Macht, Wien. (Erstausgabe New York 1967 und 1970)

Murad, Anatol (1956): The Ineffectiveness of Monetary Policy, in: Southern Economic Journal Vol. 22.3, S. 339 - 351.

Murad, Anatol (1959): Rezension zu Michel Falise „La Demande de Monnaie“, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft Vol. 1959/4, S. 679 - 681.

Murad, Anatol (1962): What Keynes means, New York.

Nanz, Patrizia & Leggewie, Claus (2018): Die Konsultative - Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Berlin.

Naphtali, Fritz (1928/1966): Wirtschaftsdemokratie - Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt/M.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (1920): 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 24.02.1920, in: document Archiv.de / www.documentArchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html

Negt, Oskar (1989): Die Herausforderung der Gewerkschaften - Plädoyers für die Erweiterung ihres politischen und kulturellen Mandats. Frankfurt am Main/New York.

Negt, Oskar (2004): Wozu noch Gewerkschaften? - Eine Streitschrift, Göttingen.

Neumann, Antje (2012): Energetische Rohstoffe in den Polargebieten; auf der Website
<https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/146303/energetische-rohstoffe-in-den-polargebieten>

Neumann, Salomon (1847): Die öffentliche Gesundheitspflege und das Eigentum, Berlin.

Niehuus, Heinrich (1910): Geschichte der englischen Bodenreformtheorien, Leipzig.

Nietzsche, Friedrich (1883-84/1987): Also sprach Zarathustra, Stuttgart.

Nocun, Katharina & Lamberty, Pia (2020): Fake Facts – Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen, Köln.

Nölting, Erik (1948): Die Wirtschaftspolitik und das Geldproblem - Eine Auseinandersetzung mit den Schwundgeldaposteln der Radikalsozialen Freiheitspartei (hrsg. von der SPD), Hannover.

Notz, Gisela (1991a): Selbstverwaltung - mehr als Beteiligung und Mitbestimmung, in: Notz, Gisela & Heß, Klaus-Dier & Buchholz, Ulrich & Bühler, Theo Hrsg. (1991): Selbstverwaltung in der Wirtschaft – Alte Illusion oder neue Hoffnung?, Köln, S. 87 - 125.

Notz, Gisela (1991b): Gibt es ein richtiges Leben im falschen? - Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft, in: Notz, Gisela & Heß, Klaus-Dier & Buchholz, Ulrich & Bühler, Theo Hrsg. (1991): Selbstverwaltung in der Wirtschaft – Alte Illusion oder neue Hoffnung?, Köln, S. 188 - 215.

Nowak, Martin A. & Highfield, Roger (2013): Kooperative Intelligenz - Das Erfolgsgeheimnis der Evolution, München.

Nutzinger, Hans Georg (1989): Funktionsprobleme selbstverwalteter Betriebe, in: Heise, Arne Hrsg. (1989), Arbeiterselbstverwaltung, München, S. 165 - 172.

Nutzinger, Hans Georg (1998): Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum, in: Jürgen Blazejcak Hrsg., Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum? - DIW-Diskussionspapiere Nr. 168/1998, S. 101 - 109.

Nutzinger, Hans Georg (2014): Rezension zu Silvio Gesell „Reichtum und Armut gehören nicht zu einem geordneten Staat“ - Werkauswahl zum 150. Geburtstag, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik Nr. 1, S. 154 - 158.

Nyerere, Julius (1979): Afrikanischer Sozialismus - Reden und Schriften, dt. Übers. von Klaus Steinmetz, Frankfurt/M.; auf der Website <https://www.boell.de/de/navigation/afrika-ujamaa-grundlage-des-afrikanischen-sozialismus-10245.html>

OECD Hrsg. (2017): Dare to Share - Deutschlands Weg in die Partnerschaftlichkeit von Familie und Beruf, Paris; auf der Website https://read.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/dare-to-share-deutschlands-weg-zur-partnerschaftlichkeit-in-familie-und-beruf_9789264263420-de#page4

Oelßner, Fred (1947): Hundert Jahre "Elend der Philosophie", in: Einheit - Theoretische Zeitschrift des Wissenschaftlichen Sozialismus Nr. 6, S. 549 und 556.

Oermann, Nils Ole & Wolff, Hans-Jürgen (2020): Wirtschaftskriege – Geschichte und Gegenwart, Bonn.

Ötsch, Rainald & Troost, Axel (2018): Chance vertan - 10 Jahre Finanzkrise und Regulierung der Finanzmärkte - Eine Bilanz. Berlin (Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Ohlin, Bertil & Robertson, Dennis H. & Hawtrey, Ralph G. (1937): Alternative Theories of the rate of Interest - Three Rejoinders, in: Economic Journal Vol. 47, No. 187 September, pp. 423 - 443.

Ohne Verfasser (1992): Indiogedicht „Mutter Erde“, in: Misereor-Arbeitshefte Guatemala im Brennpunkt, Aachen, S. 47.

Ohne Verfasser (2015a): Wirtschaftsweiser Bofinger fordert Ende des Bargeldes; auf der Website <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bargeld-peter-bofinger-will-muenzen-und-scheine-abschaffen-a-1033905.html#ref=nl-dertag>

Ohne Verfasser (2015b): Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 186./187. Folge, S. 23 – 25; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

Ohne Verfasser (2017a): „Negativzinsen sind der neue Normalzustand“, in: Finanzmarktwelt am 4.8.2017; auf der Website <https://finanzmarktwelt.de/iwf-2-65390/>

Ohne Verfasser (2017b): Negativzinsen: Banken horten tonnenweise Bargeld, auf der Website www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/banken-horten-tonnenweise-bargeld-wegen-negativzinsen-a-1159334.html

Ohne Verfasser (2018): Chinesischer Zentralbanker spricht sich für „tief negative Zinsen“ aus, in: Wirtschaftswoche vom 6.4.2018.

Ohne Verfasser (2019a): Weltweit steigender Ressourcenverbrauch treibt Klimawandel und Artenverlust; auf der Website <https://www.factory-magazin.de/news/beitrag/artikel/weltweit-steigender-ressourcenverbrauch-treibt-klimawandel-und-artenverlust.html>

Ohne Verfasser (2019b): Superreiche wenden sich von Banken ab und gründen eigene „Family Offices“, 16. Juli auf der Website <https://www.bazonline.ch/wirtschaft/geld/superreiche-wenden-sich-von-banken-ab/story/17138226>

Ohne Verfasser / ms (2019c): Deutsche horten immer Bargeld; auf der Website boerse.ard.de vom 29.11.2019 <https://boerse.ard.de/anlagestrategie/deutsche-horten-immer-mehr-bargeld100.html>

Ohne Verfasser (2020a): Gerd Müller will EU-Corona-Schutzschirm auch für Nordafrika und Nahen Osten; auf der Website <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/gerd-mueller-will-eu-corona-schutzschirm-auch-fuer-nordafrika-und-nahen-osten-a3217435.html>

Ohne Verfasser (2020b): Kiew beschließt Bodenreform – Schlupflöcher für Nichtukrainer, in: taz vom 2. April; auf der Website <https://taz.de/Kiew-beschliesst-Bodenreform/!5676138/>

Olten, Rainer (1995): Wettbewerbstheorie, München.

Oltmer, Jochen (2017): Globale Migration - Geschichte und Gegenwart, München.

Onken, Werner (1990): Silvio Gesell und Rudolf Steiner, in: Fragen der Freiheit Nr. 202, S. 4 - 38, auf der Website https://www.werner-onken.de/files/modern_green/images/Onken.Gesell-und-Steiner.2.pdf

Onken, Werner (1994): Der Zins als Angelpunkt von Wirtschaft und Moral – Gedanken zu Otmar Issings Einwänden gegen eine ‚zinslose‘ Wirtschaft, in: Fragen der Freiheit Nr. 226, S. 42 - 51; auf der Website <https://www.sozialoekonomie.info/Grundlagen-4-werner-onken-der-zins-als-angelpunkt-von-wirtschaft-und-moral.html>

Onken, Werner & Bartsch, Günter (1996): Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz - Anpassung und Widerstand, Lütjenburg.

Onken, Werner (1997): Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld, Lütjenburg, S. 3 - 33; auf der Website

https://www.werner-onken.de/files/modern_green/images/Onken.MODELLVERSUCHE.pdf

Onken, Werner (1999): Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung, Lütjenburg, auf der Website

https://www.werner-onken.de/files/modern_green/images/Onken-SGW-Vorworte.pdf

Onken, Werner (2000): Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit, Lütjenburg; auf der Website

https://www.werner-onken.de/files/modern_green/images/Onken.FRIEDEN.pdf

Onken, Werner (2004): Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende, Lütjenburg; auf der Website

https://www.werner-onken.de/files/modern_green/images/Onken.AGRARWENDE.pdf

Onken, Werner (2007a): Das Verhältnis der Geld- und Bodenreformbewegung zum Judentum und zum Antisemitismus, auf der Website

<https://www.sozialoekonomie.info/kritik-antwort/kritik-antwort-3-antisemitismus-in-der-geld-und-bodenreformbewegung/kritik-antwort-3-3-werner-onken-das-verhaeltn.html>

Onken, Werner (2007b): Vom Sozialdarwinismus zur Solidarischen Ökonomie – Kritische Aufarbeitung des Einflusses der Evolutionstheorie auf die Geld- und Bodenreformbewegung, auf der Website

<https://www.sozialoekonomie.info/kritik-antwort/kritik-antwort-4-sozialdarwinismus-in-der-geld-und-bodenreformbewegung/kritik-antwort-4-1-werner-onken-vom-sozial.html>

Onken, Werner (2007c): Gefahren für die Geld- und Bodenrechtsreform von rechts - Kritische Auseinandersetzung mit den Programmen von NPD und PNOS, auf der Website

<https://www.sozialoekonomie.info/kritik-antwort/kritik-antwort-6-vereinnahmungsversuche-von-rechts/kritik-antwort-6-2-werner-onken-gefahren-fuer-die-geld-und-bod.html>

Onken, Werner (2010): Geld und Natur in Literatur, Kunst und Musik, Kiel.

Onken, Werner (2012): Rezension zu Thilo Sarrazin „Europa braucht den Euro nicht – Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat“, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 174./175. Folge, S. 83 – 87; auf der Website

<https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-172-183.html>

Onken, Werner (2015): Evangelii Gaudium (2013) und Laudato si' (2015) – Alternativökonomische Anmerkungen zum Apostolischen Schreiben und zur Umweltzyklika von Papst Franziskus; auf der Website https://www.werner-on-ken.de/files/modern_green/images/Papst%20Franziskus%202013%20und%202015.2.pdf

Onken, Werner (2018): Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik - Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen im April 1919, Oldenburg; auf der Website https://www.werner-on-ken.de/files/modern_green/images/Onken_Silvio%20Gesell%20in%20der%20M%203%BCnchener%20R%C3%A4terepublik.pdf

Opielka, Michael & Trede, Wolfgang (1986): Der Kibbuz als „Dritter Weg“?. in: Schwendter, Rolf Hrsg. (1986): Die Mühen der Ebenen - Grundlegungen zur alternativen Ökonomie 2 Bände, München, S. 119 - 129.

Oppenheimer, Franz (1896): Die Siedlungsgenossenschaft - Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage, Leipzig.

Oppenheimer, Franz (1898/1995): Großgrundeigentum und soziale Frage, in: Gesammelte Schriften Band 1 - Theoretische Grundlegung, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1901/1995): Das Bevölkerungsgesetz des T. R. Malthus, in: Gesammelte Schriften Band 1 - Theoretische Grundlegung, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1907/1996): Der Staat, in: Gesammelte Schriften Band 2 - Politische Schriften, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1913/1996): Die soziale Frage und der Sozialismus - Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie, in: Gesammelte Schriften Band 2 - Politische Schriften, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1914/1996): Demokratie, in: Gesammelte Schriften Band 2 - Politische Schriften, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1914/1998): Kriegswirtschaft, in: Gesammelte Schriften Band 3 - Schriften zur Marktwirtschaft, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1914/1998): Zur Geldtheorie, in: Gesammelte Schriften Band 3 - Schriften zur Marktwirtschaft, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1918/1996): Sozialismus oder Liberalismus?, in: Gesammelte Schriften Band 2 - Politische Schriften, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1919/1996a): Der Ausweg - Notfragen der Zeit, in: Gesammelte Schriften Band 2 - Politische Schriften, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1919/1996b): Die soziale Forderung der Stunde - Gedanken und Vorschläge, in: Gesammelte Schriften Band 2 - Politische Schriften, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1926): Fürst Kropotkin und der Anarchismus, in: ders. (1926), Soziologische Streifzüge - Gesammelte Reden und Aufsätze Band 2, München.

Oppenheimer, Franz (1930/1996): Rassenprobleme, in: Gesammelte Werke Band 2 - Politische Schriften, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1933/1996): Weder so noch so - Der Dritte Weg, in: Gesammelte Schriften Band 2 - Politische Schriften, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1934/1996): Sprung über ein Jahrhundert, in: Gesammelte Schriften Band 2 - Politische Schriften, Berlin.

Oppenheimer, Franz (ca. 1932/1964): Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes - Lebenserinnerungen, Düsseldorf.

Oppenheimer, Franz (1938/1998): Das Kapital - Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin.

Oppenheimer, Franz (1943/2014): Übersicht über die Bestände des Franz Oppenheimer-Nachlasses im Zionistischen Zentralarchiv in Jerusalem, Abteilung A 161, bearbeitet von Klaus Lichtblau; auf der Website http://www.fb03.uni-frankfurt.de/53737354/CZA_Oppenheimer_Nachlass_31_12_2014.pdf

O'Rahilly, Alfred (1941): Money, Cork/Ireland.

Orangotango-Kollektiv Hrsg. (2010): Solidarische Räume und kooperative Perspektiven <http://solikoop.wordpress.com/2010/08/11/das-buch/>

Orni, Efraim (1973): Bodenreform und sozialer Fortschritt in Israel, Jerusalem.

Ortega y Gasset, José (1929/1949): Der Aufstand der Massen, Stuttgart.

Ostermann, Ingrid (2010): Fabrikbau und Moderne in Deutschland und in den Niederlanden der 1920er und 1930er Jahre, Berlin.

Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende - Jenseits von Staat und Markt, Tübingen.

Ostrom, Elinor & Helfrich, Silke (2011): Was mehr wird, wenn wir teilen - Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter, München.

Ostwald, Wilhelm (1914): Geld, in: Monistische Sonntagspredigten Nr. 98 vom 7. Februar, S. 337 - 352 (Teil 1) und Nr. 100 vom 7. März, S. 369 - 384 (Teil 2).

Oswald, Andreas (2015): Yanis Varoufakis musste gehen, weil er Schuldscheine als Parallelwährung drucken lassen wollte, in: Der Tagesspiegel vom 13. Juli; auf der Website <https://www.tagesspiegel.de/politik/griechenland-krise-yanis-varoufakis-musste-gehen-weil-er-schuldscheine-als-parallelwaehrung-drucken-wollte/12047808.html>

Oswalt, Walter (2001): Die falschen Freunde der offenen Gesellschaft, Nachwort zu Walter Eucken (1950/2001): Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung - Londoner Vorträge zur Wirtschaftspolitik und zwei Beiträge zur Antimonopolpolitik, Münster, S. 87 - 152.

Oswalt, Walter (2008): Offene Fragen zur Rezeption der Freiburger Schule, in: Nils Goldschmidt & Michael Wohlgemuth: Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen, S. 127 - 132.

Oswalt, Walter (2017): No Mono - Kapitalismus ohne Konzerne - Für eine liberale Revolution, Münster.

Ottacher, Gebhard (2007): Der Welt ein Zeichen geben - Das Freigeldexperiment von Wörgl/Tirol 1932/33, Lütjenburg; auf der Website <https://www.silvio-gesell.de/files/luxe/img/Download-Dateien/Ottacher.Woergl.1932-33.pdf>

Otto, Georg (2019): Vom marxistischen Revolutionär zum Sucher nach einem dritten Weg? - Zum 40. Todestag Rudi Dutschkes am 24.12.2019; unveröffentlichtes Manuskript für die Nr. 86 der Zeitschrift „Alternativen“.

Owen, Robert (1812-1814/1956a): Eine neue Gesellschaftsauffassung – Vier Aufsätze über die Bildung des menschlichen Charakters als Einleitung zu der Entwicklung eines Planes, die Lage der Menschheit allmählich zu verbessern, in: Thilo Ramm Hrsg. (1956).

Owen, Robert (1812-1814/1956b): Bericht an die Grafschaft Lamarck vom 1. Mai 1820, in: Thilo Ramm Hrsg. (1956), S. 283 – 305.

Owen, Robert (1842/1989): Das Buch der Neuen Moralischen Welt, in: Lola Zahn Hrsg., Robert Owen – Eine neue Auffassung von der Gesellschaft – Ausgewählte Texte, Berlin-Ost 1989.

Oxfam International (2016): An Economy for the 1%, auf der Website <https://www.oxfam.de/system/files/bp210-economy-one-percent-tax-havens-180116-en.pdf>

Oxfam Deutschland (2020a): Im Schatten der Profite – Wie die systematische Abwertung von Hausarbeit, Pflege und Fürsorge Ungleichheit schafft und vertieft; auf der Website https://www.oxfam.de/system/files/2020_oxfam_ungleichheit_studie_deutsch_schatten-der-profite.pdf

Oxfam Deutschland (2020b): Gerechte Wege aus der Corona-Krise; auf der Website <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/dignity-destitution-wuerde-statt-elend-gerechte-wege-corona-krise>

Oxfam International & Umweltinstitut Stockholm (2020): Das reichste Prozent der Menschen verursacht 15 % der CO₂-Emissionen; auf der Website <https://www.fairunterwegs.org/news-medien/news/detail/reichstes-prozent-stoesst-doppelt-so-viel-co2-aus-wie-die-aermere-haelfte-der-menschheit/>

Paech, Niko (2008): Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 158./159. Folge, S. 10 – 19; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-152-159.html>

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss - Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München.

Paech, Niko (2018): Grünes Wachstum als Irrweg, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 198./199. Folge, S. 60 – 64; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Paech, Niko (2019): Kleine Boote bauen zur Rettung der Welt – Postwachstumsökonomie als Programm der Selbstermächtigung, in: Niko Paech & Rauch, Claudia & Engelmann, Uta (2019): Ökonomie der Genügsamkeit – Impulse für eine Gesellschaft ohne Wachstum, Karlsruhe, S. 22 – 50.

Paine, Thomas (1798/2013): Agrarian Justice; deutsche Übersetzung in: Gerhard Senft (2013), S. 51 - 54.

Papcke, Sven (1979): Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform – Fragen und Vergleiche, Stuttgart.

Pareto, Vilfredo (1916/1962): System der allgemeinen Soziologie, Stuttgart.

Patalano, Rosario (2017): The Gesell Connection during the Great Depression, in: Journal of the History of Economic Thought Vol. 39., No. 3, vol. 39, Pages 349-379; auf der Website

<https://www.cambridge.org/core/journals/journal-of-the-history-of-economic-thought/article/gesell-connection-during-the-great-depression/56235414FB4CD26B49CA3157B4A07E32>

Paul, Axel C. (2004/2012): Die Gesellschaft des Geldes - Entwurf einer monetären Theorie der Moderne, 2. Aufl. Wiesbaden.

Paul, Axel T. (2009): Die Unverfügbarkeit des Geldes und die Rolle der Zentralbanken, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 49, S. 243 - 265.

Pesl Ludwig (1932): Nationalsozialismus und Bodenreform, Berlin.

Pestalozzi, Johann Heinrich (1826/1946): Rede als Präsident der Helvetischen Gesellschaft am 26.4.1826 in Langenthal, in: ders., Gesammelte Werke Band 6 - Politische Schriften seit 1798, Zürich, S. 471 - 538.

Peukert, Helge (1993): Zuflucht am Bosphorus - Die Emigration deutscher Wissenschaftler ins Land Atatürks (1933-1953), in: Forschung Frankfurt - Wissenschaftsmagazin der J. W. Goethe-Universität Frankfurt a.M., Nr. 11/3, S. 66 - 67.

Peukert, Helge (1999): Nationalökonomie und Nationalsozialismus – Sammelrezension, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte Band 2, S. 215 - 228.

Peukert, Helge (2010a): Wilhelm Röpke als Pionier einer ökologischen Ökonomik, in: Heinz Rieter und Joachim Zweynert Hrsg., Wort und Wirkung – Wilhelm Röpkes Bedeutung für die Gegenwart, 2. Aufl. Marburg.

Peukert, Helge (2010b): Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise - Eine staatswissenschaftlich-finanzsoziologische Untersuchung, Marburg.

Peukert, Helge (2013/2015): Das Moneyfest - Ursachen und Lösungen der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise, 2. aktualisierte Auflage Marburg.

Pfahl-Traughber, Armin (1998): Konservative Revolution und Neue Rechte - Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen.

Pfeiffer, Sabine (2015): Industrie 4.0 und die Digitalisierung der Produktion - Hype oder Megatrend?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 31 - 32, S. 6 - 12.

Pfister, Bernhard (1943): Brief an Walter Eucken vom 7.7.1943, Nachlass Walter Eucken in der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) in Jena.

Phillips, Ronnie J. (1988): Veblen and Simons on Credit and Monetary Reform, in: Southern Economic Journal, Vol. 55, No. 1 (July), S. 171 - 181.

Pieroth, Elmar (1974): Kapital und Arbeit - Einzelbetriebliche Initiativen und gesetzliche Notwendigkeiten, in: Fragen der Freiheit Nr. 109, S. 30 - 39.

Pigou, Arthur Cecil (1928): A Study in Public Finance, London.

Pigou, Arthur Cecil (1936): Mr. J.M. Keynes' General Theory of Employment, Interest and Money, in: Economica No. 3 (10), p. 115 - 132.

Piketty, Thomas (2013/2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München (frz. Erstausgabe 2013).

Piketty, Thomas (2019/2020): Kapital und Ideologie, München (frz. Erstausgabe 2019).

Pischke; Wilhelm (2019): Die bekanntesten Regionalgelder in Deutschland, in: Capital vom 7. März; auf der Website <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/regionalwaehrungen>

Planungsamt der Bundeswehr - Dezernat Zukunftsanalyse (2012): Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologien im 21. Jahrhundert - Umweltdimensionen von Sicherheit / Teilstudie 1: Peak Oil - Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, 3. Aufl. Berlin.

Plate, Markus & Groth, Torsten & Ackermann, Volker & Schlippe, Arist von (2011): Große deutsche Familienunternehmen - Generationenfolge, Familienstrategie und Unternehmensentwicklung, Göttingen.

Plickert, Philip (2016a): Die Schrumpfgeldverschwörer, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 28.2., S. 22.

Plickert, Philip (2016b): Der Mann der das Geld entwerten wollte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.3.

Plickert, Philip (2017): Ein globaler Krieg gegen das Bargeld, in: FAZ vom 11.1.2017; auf der Website <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/geldpolitik-ein-globaler-krieg-gegen-das-bargeld-14610127.html>

Plöckinger, Othmar (2006): Geschichte eines Buches - Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922 - 1945, München.

Plöckinger, Othmar (2018): Gottfried Feders Einfluss auf die wirtschafts- und staatspolitischen Vorstellungen der frühen NSDAP und auf Hitlers „Mein Kampf“ in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Nr. 4, S. 497 - 527.

Plogstedt, Sibylle (2006): Frauenbetriebe – Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin, Frankfurt/M. 2006.

Polanyi, Karl (1922): Sozialistische Rechnungslegung, in: Archiv für Sozialwissenschaft Band 49.

Polanyi, Karl (1944/1978): The Great Transformation - Politische und Ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/M.

Polanyi, Karl (1979): Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt/M.

Polleit, Thorsten (2019a): Negativzinsen sind der Untergang - Zentralbank beendet die freie Marktwirtschaft, in: Focus Online am 17. August; auf der Website https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/kommentar-negativzinsen-sind-der-untergang_id_11026856.html

Polleit, Thorsten (2019b): Keine Umkehr in Sicht, in: Junge Freiheit vom 1. Dezember; auf der Website <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2019/keine-umkehr-in-sicht/>

Pollock, Friedrich (1923): Die Geldtheorie von Karl Marx, Frankfurt/M.

Pollock, Friedrich (1932/1975): Die gegenwärtige Lage des Kapitalismus und die Aussichten einer planwirtschaftlichen Neuordnung, in: ders., Stadien des Kapitalismus (hrsg. von Helmut Dubiel), München.

Popper, Karl Raimund (1944/1995): Stückwerk-Sozialtechnik, in: David Miller Hrsg. (1995): Karl Popper-Lesebuch, Tübingen, S. 293 - 308.

Popper, Karl Raimund (1945/1973): Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bände, Bern (Band 1: Der Zauber Platons / Band 2: Falsche Propheten).

Porta, Donatella della (2020): Die schöne neue Demokratie, Frankfurt/M.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020): Wirtschaft unter Schock – Finanzpolitik hält dagegen. Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Berlin; auf der Website http://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2020/04/GDF2020_V2_unkorrigierte_Langfassung.pdf

Prokop, Dieter (2013): Kritische Soziologie der Wirtschaft - Wie Oligopol-Konzerne, Machtkomplexe und Zocker-Banken die Gefühle der Menschen vermarkten und deren Verstand ausschließen, Marburg.

Prokop, Dieter (2014): Kritische Theorie des Gelds, Marburg.

Proudhon, Pierre Joseph (1839): De l'Utilité de la célébration du dimanche, Besançon.

Proudhon, Pierre Joseph (1840/1971): Was ist das Eigentum? – Erste Denkschrift. Untersuchungen über den Ursprung und die Grundlagen des Rechts und der Herrschaft, Graz. (Kapitel 1 – 3 auch in Thilo Ramm Hrsg. (1963), S. 1 – 119)

Proudhon, Pierre Joseph (1841/2020): Was ist das Eigentum? – Zweite Denkschrift. Brief an Herrn Blanqui über das Eigentum, dt. von Lutz Römheld und eingeleitet von Gerhard Senft, Wien.

Proudhon, Pierre Joseph (1846/2003): System der ökonomischen Widersprüche oder: Die Philosophie des Elends (herausgegeben von Gerhard Senft und Lutz Roemheld) Berlin.

Proudhon, Pierre Joseph (1848/1963): Revolutionäres Programm, Stuttgart (in: Thilo Ramm Hrsg. 1963, S. 120 - 154).

Proudhon, Pierre Joseph (1849/1986): Die Tauschbank, Wien.

Proudhon, Pierre Joseph (1849/1969): Bekenntnisse eines Revolutionärs um zur Geschichtsschreibung der Februarrevolution beizutragen, Reinbek bei Hamburg.

Proudhon, Pierre Joseph (1849/1937): Kapital und Zins - Die Polemik zwischen Bastiat und Proudhon; gekürzte Wiedergabe in der Zeitschrift Schule der Freiheit Nr. 2 - 12.

Proudhon, Pierre Joseph (1854/ 2009): Handbuch des Börsenspekulanten (hrsg. von Gerhard Senft), Münster.

Proudhon, Pierre Joseph (1858/1963): Kleiner politischer Katechismus, in: Thilo Ramm Hrsg., Stuttgart 1963, S. 155 - 192.

Proudhon, Pierre Joseph (1861/2012): Theorie der Steuer (dt. Übersetzung von Lutz Roemheld mit einem Vorwort von Dirk Löhr), Marburg.

Proudhon, Pierre Joseph (1863/1963): Über das föderative Prinzip und die Notwendigkeit, die Partei der Revolution wiederherzustellen, in: Thilo Ramm Hrsg., Stuttgart 1963, S. 193 - 264.

Proudhon, Pierre Joseph (1866/2010): Theorie des Eigentums (dt. Übersetzung von Lutz Roemheld und hrsg. von Gerhard Senft), Kiel. (Auszugsweise in: Thilo Ramm Hrsg., Stuttgart 1963, S. 265 - 346).

Prüller, Michael (2007): Monopol, Mammon, Moral - Über die Entstehung des Brettspiels „Monopoly“, in: Die Presse, 4 Teile vom 8. - 29. September, Wien.

Ptak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft - Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen.

Ptak, Ralf (2008): Grundlagen des Neoliberalismus, in: Christoph Butterwege, Bettina Lösch und Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, 2. Auflage Wiesbaden.

Puls, Hendrik (2012): Antikapitalismus von rechts? - Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD, Münster.

Puschner, Uwe (2001): Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich - Sprache, Rasse, Religion, Darmstadt.

Quent, Matthias (2019a): Deutschland rechts außen - Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München.

Quent, Matthias (2019b): (Nicht mehr) warten auf den „Tag X“ - Ziele und Gefahrenpotenzial des Rechtsterrorismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 49-50, S. 20 - 25.

Quent, Matthias (2019c): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus - Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage mit einem Vorwort von Tanjev Schultz, Weinheim.

Rackete, Carola (2019): Handeln statt hoffen – Aufruf an die letzte Generation, München.

Radkau, Joachim (1983): Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 - 1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek.

Radkau, Joachim (1995): Nationalsozialismus und Modernisierung, in: Hans-Ulrich Wehler Hrsg.: Scheidewege der deutschen Geschichte - Von der Reformation bis zur Wende, 1517 - 1989. München, S. 183 - 197.

Radkau, Joachim & Uekötter, Frank Hrsg. (2003): Naturschutz und Nationalsozialismus, Frankfurt/M.

Radkau, Joachim & Hahn, Lothar (2013): Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München.

Rätz, Werner (2020): Aufruf „Grundeinkommen – es ist Zeit“; auf der Website <https://grundeinkommen-es-ist-zeit.com>

Ramm, Thilo Hrsg. (1956): Der Frühsozialismus – Ausgewählte Quellentexte, Stuttgart.

Ramm, Thilo Hrsg. (1963): P.J. Proudhon – Ausgewählte Texte, Stuttgart.

Raworth, Kate (2018): Die Donut-Ökonomie - Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört (dt. Übers. von „Doughnut Economics - Seven Ways to Think like a 21st Century Economist“, London 2017), München.

Raz, Adam & Wagner, Yigal (2014): Financialization and its Enemies: Marx, Marxism and some neglected Episodes Part 2, in: Critique - Journal of Socialist Theory Vol. 42, No. 2, p. 233 - 261; auf der Website <http://dx.doi.org/10.1080/03017605.2014.940161>

Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten – Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin.

Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusionen – Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, 2. Aufl. Berlin.

Reheis, Fritz (2019): Die Resonanz-Strategie - Warum wir Nachhaltigkeit neu denken müssen, München.

Rehme, Günther (2018): On „rusting money“ - Silvio Gesell's Schwundgeld reconsidered, Darmstadt Discussion Papers in Economics, No. 233; auf der Website <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/180662/1/102667364X.pdf>

Reimer, Sören Christian (2019): Etat 2020 – Ein Minister und Kandidat, in: Das Parlament Nr. 38-39 vom 16. September, S. 3.

Reinecke, Stefan & Jakob, Christian (2020): „Wehe, wenn die globale Pandemie kommt“, in: taz vom 6.4.2020, S. 3.

Reiner, Sabine (2017): Mit Keynes und Marx und darüber hinaus - Joan Robinson und eine ausstehende Revolution, in: OXI – Wirtschaft anders denken vom 21. Dezember; auf der Website <https://oxiblog.de/mit-keynes-und-marx-joan-robinson-oekonomie/>

Renard, Georges & Jaurès, Jean (o.J.): Histoire Socialiste Vol. 9 - La République de 1848, auf der Website http://images.google.de/imgres?imgurl=https%3A%2F%2Fupload.wikimedia.org%2Fwikipedia%2Fcommons%2Fthumb%2F0%2F04%2FJaures-Histoire_Socialiste-9-p333.jpg%2F440px-Jaures-Histoire_Socialiste-9-p333.jpg&imgrefurl=https%3A%2F%2Ffr.wikisource.org%2Fwiki%2FHistoire_socialiste%2FLa_R%25C3%25A9publique_de_1848%2FP2-08&h=253&w=440&tbnid=fT4cdi00_v-zuM%3A&docid=ATrGuolBdY46TM&hl=de&ei=duLBV5STBOTKgAbsh7SoAw&tbm=isch&iact=rc&uact=3&dur=423&page=0&start=0&ndsp=23&ved=0ahUKewiUppiOo-LOAhVkJcAKHewDDTUQMwg4KA0wDQ&bih=564&biw=1280

Reulecke, Jürgen & Kerbs, Diethart Hrsg. (1998): Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880 - 1933, Wuppertal.

Review of Keynesian Economics (2019): The economics of negative interest rates; auf der Website <https://www.elgaronline.com/view/journals/roke/7-2/roke.2019.7.issue-2.xml>

Reybrouck, David van (2016): Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist, Göttingen.

Ricardo, David (1817/1972): Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, Frankfurt/M.

Richter, Solveig (2018): Ressourcenkonflikte; auf der Website <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/76755/ressourcenkonflikte>

Richters, Oliver & Siemoneit, Andreas (2019): Marktwirtschaft reparieren – Entwurf einer freiheitlichen, gerechten und nachhaltigen Utopie, München.

Rifkin, Jeremy (2004): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft - Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert, Frankfurt/M.

Riha, Katja & Riha, Clemens (2017): Reichsbürger - Die unterschätzte Gefahr, Berlin.

Robinson, Joan (1938): The Concept of Hoarding, in: Economic Journal Vol. 18, June, pp. 231 - 236.

Robinson, Joan (1962): Review of H.G. Johnson "Money, Trade and Economic Growth", in: Economic Journal 72, S. 690 - 692.

Robinson, Joan (1971/1980): Ökonomische Theorie als Ideologie - Über einige altmodische Fragen der Wirtschaftstheorie, dt. von Erwin Weissel, Frankfurt/M.

Robinson, Joan (1973): Die zweite Krise der ökonomischen Theorie (zuerst in der „American Economic Review“ Mai 1972), in: Winfried Vogt Hrsg., Seminar: Politische Ökonomie – Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt/M.

Rocker, Rudolf (1919): Kleine Prinzipienklärung des Syndikalismus, Berlin.

Rocker, Rudolf (1953): Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus, Darmstadt.

Röpke, Andrea & Speit, Andreas Hrsg. (2013): Blut und Ehre - Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Berlin.

Röpke, Wilhelm (1933a): Die sekundäre Krise und ihre Überwindung, in: Economic Essays - In Honour of Gustav Cassel, London, S. 553 - 568.

Röpke, Wilhelm (1933b): Schwundgeld?, in: Das Tagebuch Nr. 1/1933, S. 11 - 13.

Röpke, Wilhelm (1933/1962): Epochenwende?, in: ders., Wirrnis und Wahrheit - Ausgewählte Aufsätze, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1962, S. 105 - 124.

Röpke, Wilhelm (1937/1954): Die Lehre von der Wirtschaft, 7. Auflage Erlenbach-Zürich

Röpke, Wilhelm (1942/1948): Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 5. Auflage Erlenbach-Zürich.

Röpke, Wilhelm (1944/1979): Civitas Humana - Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Ausgewählte Schriften Band 3, Bern.

Röpke, Wilhelm (1945/1979): Internationale Ordnung - Heute, in: ders., Ausgewählte Schriften Band 4, Bern.

Röpke, Wilhelm (1948a): Muss der Sozialismus kommen? - Rezension zu Joseph A. Schumpeter „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, in: ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Band 1, S. 277 - 281.

Röpke, Wilhelm (1948b): Klein- und Mittelbetriebe in der Volkswirtschaft, in: ORDO-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Band 1, S. 155 - 174.

Röpke, Wilhelm (1949): Brief an Alexander Rüstow vom 9.5.1949; im Nachlass von Alexander Rüstow im Bundesarchiv in Koblenz, Signatur: NL169/007,67

Röpke, Wilhelm (1950): Maß und Mitte, Erlenbach-Zürich.

Röpke, Wilhelm (1958): Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach-Zürich und Stuttgart.

Röpke, Wilhelm (1959): Gegen die Brandung, Erlenbach-Zürich und Stuttgart.

Röpke, Wilhelm (1960/61): Blätter der Erinnerung an Walter Eucken, in: ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Band 12, S. 3 - 19.

Röpke, Wilhelm (1964): Südafrika - Versuch einer Würdigung, in: Schweizer Monatshefte Nr. 2, S. 97 - 112.

Rösl, Gerhard & Tödter, Karl-Heinz (2015): Was kostet die EZB-Niedrigzinspolitik die deutschen Sparer?, in: Ökonomenstimme vom 10.4.2015; auf der Website <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2015/04/was-kostet-die-ezb-niedrigzinspolitik-die-deutschen-sparer/>

Rösl, Gerhard & Seitz, Franz & Tödter, Karl-Heinz (2017a): Was kostet die Bargeldabschaffung?, auf der Website <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2017/08/was-kostet-die-bargeldabschaffung/>

Rösl, Gerhard & Seitz, Franz & Tödter, Karl-Heinz (2017b): Besser ohne Bargeld? Gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsverluste der Bargeldabschaffung, in: Die Hochschule im Dialog - Weidener Diskussionspapiere Nr. 58, S. 1 - 33; auf der Website https://www.oth-aw.de/files/oth-aw/Professoren/Seitz/OTH_DP58_Besser_ohne_Bargeld.pdf

Roggemann, Herwig (1970): Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Frankfurt/M.

Rogoff, Kenneth (2014a): Costs and benefits to phasing out paper currency, in: NBER-Paper May 2014 - presented at the Macroeconomics Annual Conference, auf der Website <http://scholar.harvard.edu/files/rogoff/files/c13431.pdf>

Rogoff, Kenneth (2014b): It's time to kill cash, auf der Website <http://www.smh.com.au/business/markets/currencies/its-time-to-kill-cash-saysharvard-professor-kenneth-rogoff-20140530-398ot.html>

Rogoff, Kenneth (2016): Der Fluch des Geldes - Warum unser Bargeld verschwinden wird, München.

Rogoff, Kenneth (2017): Dealing with Monetary Paralysis at the Zero Bound, in: Journal of Economic Perspective, Vol. 31, No. 3, pp. 47 - 66.

Rogoff, Kenneth (2020a): Negative interest rate policy in the post COVID-19 world; auf der Website <https://voxeu.org/article/negative-interest-rate-policy-post-covid-19-world>

Rogoff, Kenneth (2020b): Die Argumente für stark negative Zinsen; auf der Website <https://www.project-syndicate.org/commentary/advanced-economies-need-deeply-negative-interest-rates-by-kenneth-rogoff-2020-05/german>

Rogoff, Kenneth (2020c): Ein Covid-Coin?, in: Finanz und Wirtschaft vom 18. August; auf der Website <https://www.fuw.ch/article/ein-covid-coin/>

Rohner, Isabel & Beerheide, Rebecca (2017): 100 Jahre Frauenwahlrecht - Ziel erreicht! ... und weiter?, Sulzbach.

- Roon, Ger van (1979/1994): Widerstand im Dritten Reich, 6. Auflage München.
- Rosa, Hartmut (2016): Resonanz - Eine Soziologie der Weltbeziehung, Frankfurt/M.
- Rosa, Hartmut & Lessenich, Stephan & Kennedy, Margrit & Waigel, Theo (2014): Weil Kapitalismus sich ändern muss, Wiesbaden 2014.
- Rosanvallon, Pierre (2016): Die gute Regierung, Hamburg.
- Rose, Klaus (1973): Grundlagen der Wachstumstheorie, Göttingen.
- Rosenbohm, Elimar (1968): Kybernetisch-soziale Ordnung, in: mensch, technik, gesellschaft - Zeitschrift für Sozialökonomie 15. Folge, Juni, S. 21 - 29.
- Roser, Traugott & Oswald, Walter (2007): Die Aktualität liberaler Machtkritik - Nachwort zur Edition von Franz Böhm, Entmachtung durch Wettbewerb, Münster 2007, S. 213 - 263.
- Rost, Norbert (2008): Der Homo Oeconomicus - Eine Fiktion der Standardökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 158./159. Folge, S. 50 - 58; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-152-159.html>
- Rousseau, Jean-Jacques (1755/2010): Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen, Stuttgart.
- Rousseau, Jean-Jacques (1762/1978): Der Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des politischen Rechtes, Frankfurt/M.
- Rowe, Nicolas (2016): Keynesian parables of theft and hoarding, in: Review of Keynesian Economics Vol. 4, No. 1, pp. 50 - 55.
- Roy, Arundhati (2014): Gandhis vergiftetes Erbe - Interview mit Jan Roß, in: ZEIT-Online am 9. Oktober.
- Roy, Arundhati (2020): The Pandemic is a Portal, in: Financial Times vom 3. April; auf der Website <https://www.ft.com/content/10d8f5e8-74eb-11ea-95fe-fcd274e920ca>
- Rügener, Werner (2008): Privatisierung in Deutschland, 4. Aufl. Münster.
- Rügener, Werner (2011): „Heuschrecken“ im öffentlichen Raum - Public Private Partnership - Anatomie eines globalen Finanzinstruments, Bielefeld.

Rügemer, Werner (2012): Ratingagenturen - Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart, Bielefeld.

Rügemer, Werner (2018): Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts, Köln.

Rüss, Kurt (1968): Art. „Freiwirtschaftsbund (1919 - 1933)“, in: Dieter Fricke Hrsg. (1968): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland vom Vormärz bis 1945 Band 2, Berlin-Ost, S. 90 - 92.

Rüstow, Alexander (1929/1959): Diktatur innerhalb der Grenzen der Demokratie - Dokumente des Vortrags und der Diskussion von 1929 an der Deutschen Hochschule für Politik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 1, S. 85 - 111.

Rüstow, Alexander (1932): Interessenpolitik oder Staatspolitik?, in: Der deutsche Volkswirt Nr. 6, S. 169 - 172.

Rüstow, Alexander (1945/2001): Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, Marburg.

Rüstow, Alexander (1949): Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, in: Ordo - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Band 2, S. 100 - 169.

Rüstow, Alexander (1950/1952/1957): Ortsbestimmung der Gegenwart - Eine universalgeschichtliche Kulturkritik in 3 Bänden (Ursprung der Herrschaft / Weg in die Freiheit / Herrschaft oder Freiheit?), Zürich-Erlenbach.

Rüstow, Alexander (1951): Kritik des technischen Fortschritts, in: Ordo - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Band 4, S. 373 - 407.

Rüther, Daniela (2002): Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft - Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler, Paderborn.

Ruhland, Gustav (1903 - 1908): Das System der Politischen Ökonomie 3 Bände, Berlin.

Runge, Manuela & Lukasch, Bernd (2007): Erfinderleben - Die Brüder Otto und Gustav Lilienthal, Berlin.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage SVR (2020): Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie - Sondergutachten, Wiesbaden; auf der Website <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/sondergutachten-2020.html>

Saint-Simon, Claude Henri (1802 – 1821/1977): Ausgewählte Schriften (Hrsg. von Lola Zahn), Berlin-Ost.

Salzborn, Samuel (2015): Rechtsextremismus - Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Bonn.

Salzborn, Samuel (2016): Vom rechten Wahn - „Lügenpresse“, „USrael“, „Die da oben“ und „Überfremdung“, in: Mittelweg 36 - Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung Nr. 6, S. 76 - 96.

Samuelson, Paul (1948): Economics - An Introductory Analysis, New York 1948.

Samuelson, Paul (1962): Economists and the History of Ideas, in: American Economic Review No. 1, S. 1 - 18.

Samuelson, Paul & Nordhaus, William (2016): Volkswirtschaftslehre - Das internationale Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie, 5. Aufl. München.

Sarfert, Hans-Jürgen (1999): Hellerau - Die Gartenstadt und Künstlerkolonie, Dresden

Sauer, Beate (2017): Virtuelle Währungen und Online-Zahlssysteme: Entgrenzung der Geldschöpfung oder Möglichkeit für ein alternatives Vollgeld-/Freigeld-System?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 194./195. Folge, S. 40 - 49; auf der Website

<https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Sayer, Andrew (2015/2017): Warum wir uns die Reichen nicht leisten können (engl. Originalausgabe: „Why We Can't Afford the Rich“, 2015), München 2017.

Schachtschneider, Ulrich (2017): Ökologisches Grundeinkommen - Freiheitliche Umwelt- und Sozialpolitik, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 192./193. Folge, S. 63 - 70; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Schäfer, Michael (2009): Geschichte des Bürgertums - Eine Einführung, Köln.

Schäfer, Michael (2014): Kapitalismus und Kulturkrise - Walter Eucken und die Philosophie Rudolf Euckens, in: Steinberg, Swen & Müller, Winfried Hrsg., Wirtschaft und Gemeinschaft - Konfessionelle und neureligiöse Gemeinsinnsmodelle im 19. und 20. Jahrhundert (= Historie. Bd. 43), Bielefeld, S. 303 - 318.

Schäffler, Frank (2019): Kleine Anfrage an den Deutschen Bundestag „Horten von Bargeld“ vom 28. November; auf der Website <https://www.frankschaeffler.de/13034-2/>

Schanetzky, Tim (2015): ‚Kanonen statt Butter‘ - Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, München.

Scheer, Olga & Hosp, Gerald & Kelén, Joana & Fleckenstein, Eugen (2019): Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde verstärkt erwärmt - ist das der Preis des Wohlstands?, in: Neue Zürcher Zeitung vom 25. April; auf der Website <https://www.nzz.ch/wirtschaft/erderwaermung-seit-der-industrialisierung-analyse-der-co2-daten-ld.1475661>

Scheidler, Fabian (2015): Das Ende der Megamaschine – Geschichte einer scheiternden Zivilisation, Wien.

Schelsky, Helmut (1953): Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Dortmund.

Schenk, Herrad (1983): Die feministische Herausforderung - 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland, München.

Scherer, Andreas Georg (2003): Multinationale Unternehmen und Globalisierung - Zur Neuorientierung der Theorie der Multinationalen Unternehmung (= Band 9 der Reihe „Ethische Ökonomie - Beiträge zur Wirtschaftsethik und Wirtschaftskultur“), Heidelberg.

Scherf, Harald (1980): Marx und Keynes, Frankfurt/M.

Scherhorn, Gerhard (1997a): Arbeitsplatzvernichtung und Umwelterstörung haben die gleiche Ursache (Wuppertal Spezial 7), Wuppertal.

Scherhorn, Gerhard (1997b): Das Ganze der Güter, in: Klaus-Michael Meyer-Abich (Hrsg.), Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens, München 1997, S. 162 - 251.

Scherhorn, Gerhard (2008): Das Finanzkapital zwischen Gier und Verantwortung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 156./157. Folge (2008), S. 3 – 13, auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsqe-online-archiv-folge-152-159.html>

Scherhorn, Gerhard (2009): Geld soll dienen, nicht herrschen – Die aufhaltsame Expansion des Finanzkapitals, Wien.

Scherhorn, Gerhard (2010): Unternehmen ohne Wachstumszwang, in: Irmi Seidl & Angelika Zahrnt Hrsg., Postwachstumsgesellschaft, Marburg/Lahn, S. 134 – 141.

Scheuermann, Manuela (2014): Die Vereinten Nationen – Eine Einführung, Wiesbaden.

Schieritz, Mark (2016): Tod eines Dogmas - Ausgerechnet der Internationale Währungsfonds ruft das Ende des Neoliberalismus aus - und was kommt jetzt?, in: Die Zeit Nr. 24 vom 5. Juni.

Schieritz, Mark (2020): Der Zins kommt nicht zurück, Kolumne auf ZEIT-Online vom 13. Januar.

Schily, Otto (1994): Flora, Fauna und Finanzen - Über die Wechselwirkung von Natur und Geld, Hamburg.

Schipperges (1994): Rudolf Virchow, Reinbek bei Hamburg.

Schladebach, Marcus (2019): Wem gehört der Weltraum? – Grundlagen des Weltraumrechts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (APuZ) Nr. 47 – 48, S. 26 – 32, hier: S. 30.

Schlemmer, Gisbert & Schmitthenner, Horst & Spoo, Eckart Hrsg. (1998): Kapitalismus ohne Gewerkschaften? - Eine Jahrhundertbilanz, Hamburg.

Schmalenbach, Eugen (1928): Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung Band 22, S. 241 - 251.

Schmelzer, Matthias (2010): Freiheit für Wechselkurse und Kapital - Die Ursprünge neoliberaler Währungspolitik und die Mont Pélerin Society, Marburg.

Schmelzer, Matthias (2015): „Expandiere oder stirb“ - Das Wachstumsparadigma, die OECD und wie sich die Erwartung exponentiellen Wirtschaftswachstums durchsetzte, in: Geschichte und Gesellschaft Band 41, S. 1 - 37; auf der Website <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0921800915003201>

Schmelzer, Matthias & Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg.

Schmelzig, Paul (2020): Eight centuries of global real interest rates, R-G, and the suprasecular decline, 1311 – 2018, Staff Working No. 845; auf der Website

<https://www.bankofengland.co.uk/-/media/boe/files/working-paper/2020/eight-centuries-of-global-real-interest-rates-r-g-and-the-suprasecular-decline-1311-2018.pdf?la=en&hash=5197703E8834998B56DD8121C0B64BFB09FF4881>

Schmidt, Conrad (1924): Geld- und Schwundgeldzauberei - Silvio Gesells Erlösungsbotschaft, Berlin.

Schmidt, Johannes (2018): Streit ums Geld - und ein Versuch der Klärung. Zur Debatte um die Geldschöpfungsfähigkeit des Bankensystems, in: Gischer, Horst & Hartwig, Jochen & Sahin, Bedia Hrsg. (2018): Bewegungsgesetze des Kapitalismus - Festschrift für Fritz Helmedag, Marburg.

Schmiester, Carsten (2019): Grundeinkommen in Finnland - Durchwachsene Bilanz eines Experiments, tagesschau.de vom 8. Februar; auf der Website <https://www.tagesschau.de/ausland/finnland-grundeinkommen-107.html>

Schmitt, Carl (1922/1993): Politische Theologie - Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, 6. Aufl. Berlin.

Schmölders, Günter (1969): „Der sanfte Tod des Rentiers“ - Schicksal einer Prognose, Wiesbaden.

Schmoller, Gustav (1881): Die Gerechtigkeit in der Volkswirtschaft, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 5. Jg., S. 19 - 54.

Schmoller, Gustav (1882): Rezension zu „Fortschritt und Armut“ von Henry George, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 6. Jg., S. 354 - 359.

Schmoller, Gustav (1895): Die Einkommensverteilung in alter und neuer Zeit, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 19. Jg., S. 1067 - 1094.

Schmoller, Gustav (1900): Die Wandlungen in der Handelspolitik des 19. Jahrhunderts, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 24. Jg., S. 373 ff

Schmoller, Gustav (1907): Ernst Abbes Sozialpolitische Schriften, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 31. Jg., Nr.1, S. 1 - 29.

Schnabel, Gunther (2018): Die Nullzinspolitik der EZB ist ein Fall für den Verbraucherschutz!, in: Institut für Finanzdienstleistungen (2018): Konferenz-Reader „10

Jahre Finanzkrisen“, Hamburg; auf der Website <https://www.iff-hamburg.de/wp-content/uploads/2018/06/Konferenzreader-online-1.pdf>

Schnack, Hans-W. (1951/52): Die Depressionstheorie bei N.A.L.J. Johannsen und John M. Keynes (mit einer Einleitung von Erich Schneider), in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften Band 2/3, S. 129 - 156.

Schneider, Alexander (1919): Geldreform als Voraussetzung für Wirtschaftsge-sundung, München.

Schneider, Hans-Peter (2011): „Eigentum verpflichtet“ - Zur Entstehung von Arti-kel 14, Absatz 2, Grundgesetz, in: Peine, Franz-Joseph & Wolff, Heinrich Amadeus Hrsg. (2011), Nachdenken über Eigentum, Baden-Baden, S. 67 - 81.

Schneidewind, Uwe & Pfriem, Reinhard (2016): Plädoyer für eine transformative Wirtschaftswissenschaft - Für einen neuen Vertrag zwischen Wirtschaftswissen-schaft und Gesellschaft; auf der Website <https://www.oekonomenstimme.org/artikel/2016/06/plaedoyer-fuer-eine-transformative-wirtschaftswissenschaft/>

Schneidewind, Uwe (2018): Die Große Transformation – Eine Einführung in die Kunst des gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt/M.

Schober, Volker (2000): Der junge Kurt Schumacher 1895 - 1933, Bonn.

Schönauer, Anna-Lena (2013): Industrie-feindlichkeit in Deutschland - Zur Akzep-tanz von Großprojekten, in: Friedrich-Ebert-Stiftung Hrsg. (2013): WISO-direkt Juni; auf der Website <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10097.pdf>

Scholz, Olaf (2020): Wir wollen mit Wumms aus der Krise kommen; auf der Websi-
te <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/-wir-wollen-mit-wumms-aus-der-krise-kommen--1757510>

Schor, Juliet (2010/2016): Wahrer Wohlstand - Mit weniger Arbeit besser leben (am. Erstausgabe 2010, dt. Übersetzung mit einem Vorwort von Harald Welzer, München.

Schreiber, Wilfried (1955/2004): Existenzsicherheit in der industriellen Gesell-schaft, in: Fragen der Freiheit Nr. 268, S. 5 - 46.

Schreiber-Martens, Alwine (2007): Ein Grundeinkommen für alle aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 154. Folge,

S. 27 - 32; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-152-159.html>

Schröder, Carsten & Bartels, Charlotte & Göbler, Konstantin & Grabka, Markus & König, Johannes (2020): MillionärInnen unter dem Mikroskop – Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen, DIW-Wochenbericht Nr. 29, S. 512 – 521.

Schröder, Gerhard & Blair, Tony (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, auf der Website <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html>

Schröder, Hannelore (1986): Zur Empirie und Theorie ökonomischer Verelendung von Müttern - Zum Zusammenhang von unbezahlter Hausarbeit, Leichtlohn-Arbeit, Doppelarbeit und Teilzeit-Arbeit von Frauen, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 70. Folge, S. 7 - 12 (Teil 1) und 71. Folge, S. 12 - 19 (Teil 2).

Schuhmanns, Dirk (2020): Negativzinsen und die Lehren in Schweden: Es bringt nichts!, auf der Website <https://finanzmarktwelt.de/negativzinsen-in-schweden-und-die-lehren-es-bringt-nichts-153335/>

Schularick, Moritz (2020): Wer soll das bezahlen?, in: Die Zeit Nr. 16 vom 8. April, S. 23.

Schult, Jürgen (1995): Repensando el desarrollo - Hacia una concepción alternativa para los países andinos, Quito/Ecuador: Centro Andino de Acción popular - Flacso Biblioteca; auf der Website <https://biblio.flacsoandes.edu.ec/catalog/resGet.php?resId=47190>

Schulte, Andreas (2013): Umkämpfte Industriestandorte, in: Hans-Böckler-Stiftung Hrsg. (2013): Magazin Mitbestimmung Nr. 10; auf der Website <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-umkaempfte-industrieprojekte-5183.htm>

Schulte von Drach, Markus & Oswald, Bernd (2010): Leo Szilard - Vater und Gegner der Atombombe, in: Süddeutsche Zeitung vom 19.5.2010; auf der Website <https://www.sueddeutsche.de/wissen/60-jahre-hiroshima-vater-und-gegner-der-atombombe-1.910836>

Schulz, Reinhard Hrsg. (2009): „Wahrheit ist, was uns verbindet“ – Karl Jaspers' Kunst zu philosophieren, Göttingen.

Schumacher, Ernst Friedrich (1941): Some Aspects of Post-war Economic Planning, London.

Schumacher, Ernst Friedrich (1943): Multilateral Clearing, in: *Economica New Series*, Vol. 10, No. 38 / May 1943, S. 150-165.

Schumacher, Ernst Friedrich (196?), Über Freiheit und Ordnung, in: ders. (1974), S. 208 - 230.

Schumacher, Ernst Friedrich (1964): Armut und Elend - Gedanken über Entwicklungspolitik und Auslandshilfe (Vortrag im Bergedorfer Gesprächskreis), in: ders. (1974), S. 94 - 118.

Schumacher, Ernst Friedrich (1966): Buddhistische Ökonomie, in: Guy Wint Hrsg. (1966): *Asia - A Handbook*, London. Wiederabdruck in Ernst Friedrich Schumacher (1973), S. 58 - 66, und ders. (1974), S. 81 - 93.

Schumacher, Ernst Friedrich (1967): Aufgaben des nach-modernen Nationalökonomen, in: *Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis* Nr. 10. Wiederabdruck in Ernst Friedrich Schumacher (1974), S. 53 - 70.

Schumacher, Ernst Friedrich (1971): Wirtschaft und Lebensinhalt, in: ders. (1974), S. 29 - 52.

Schumacher, Ernst Friedrich (1973): Meta-Ökonomisches - oder: Wo das Rechnen aufzuhören hat, in: Joan Robinson Hrsg. (1973): *After Keynes*, Oxford. Wiederabdruck in: Ernst Friedrich Schumacher (1974), S. 71 - 80.

Schumacher, Ernst Friedrich (1973/2013), *Small is beautiful - Die Rückkehr zum menschlichen Maß* (mit einem Vorwort von Niko Paech), München.

Schumacher, Ernst Friedrich (1974): *Es geht auch anders - Jenseits des Wachstums - Technik und Wirtschaft nach Menschenmaß*, München.

Schumann, Hans & Mäder, Erich (1932): Letzter Appell, in: *Arbeit und Geldpolitik* Nr. 6/1932.

Schumpeter, Joseph Alois (1911/1926): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung - eine Untersuchung über Unternehmervergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*, 2. Aufl. München und Leipzig.

Schumpeter, Joseph Alois (1917/18): Das Bodenmonopol - Eine Entgegnung auf Dr. Oppenheimers Artikel, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* Band 44, S. 495 - 502.

Schumpeter, Joseph Alois (1929/1970): Das Wesen des Geldes (posthum hrsg. von Fritz Karl Mann), Göttingen.

Schumpeter, Joseph Alois (1936): Review of the General Theory of Employment, Interest, and Money, in: Journal of the American Statistical Association Vol. 31 / December.

Schumpeter, Joseph Alois (1942/1987): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 6. Auflage Tübingen.

Schumpeter, Joseph Alois (1954/2007): Geschichte der ökonomischen Analyse - 2 Bände, 2. Auflage Göttingen.

Schwab, Klaus (2016): Die Vierte Industrielle Revolution, München.

Schwabe, Klaus & Reichardt, Rolf Hrsg. (1984): Gerhard Ritter - Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard am Rhein.

Schwalbach, Joachim (2016): Ehrbare Kaufleute als Leitbild verantwortungsvoller Unternehmensführung, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik Nr. 17/2, S. 216 - 230.

Schwandt, Michael (2010): Kritische Theorie - Eine Einführung, 2. Auflage Stuttgart.

Schwanitz, Wolfgang G. (1993): Arabischer Sozialismus; auf der Website <http://www.trafoberlin.de/pdf-dateien/ArabischerSozialismusHKWM.pdf>

Schwendter, Rolf Hrsg. (1986): Die Mühen der Ebenen - Grundlegungen zur alternativen Ökonomie 2 Bände, München.

Seattle, Häuptling (1855/1982): Wir sind ein Teil der Erde - Rede an den Präsidenten der USA, Olten.

See, Hans (1998), Können wir Menschen gleichberechtigt zusammenarbeiten oder brauchen wir Chefs und Eigentümer? - Erfahrungen bei der Glashütte Süßmuth GmbH, in: Heckmann, Friedrich & Spoo, Eckhard Hrsg. (1998): Wirtschaft von unten - Selbsthilfe und Kooperation, Heilbronn.

Seltmann, Thomas (2019): Geld mit Ablaufdatum - Wie sich eine Liquiditätsgebühr auf Bargeld praktisch realisieren ließe, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 200. Folge, S. 15 - 22; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Sen, Amartya (1999/2000): Ökonomie für den Menschen - Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft (dt. Übers. von Development as Freedom), Frankfurt/M.

Senft, Gerhard (1990a): Vom „Volksgeld“ zum „Mefo-Wechsel“, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 85. Folge, S. 13 - 19.

Senft, Gerhard (1990b): Brief an Avraham Barkai (undatiert, Juli 1990); im Archiv für Geld- und Bodenreform / Korrespondenzakten.

Senft, Gerhard (1995): Antikapitalismus von Rechts? - Eine Abrechnung mit Gottfried Feders „Brechung der Zinsknechtschaft“, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 106. Folge.

Senft, Gerhard (2002): Im Vorfeld der Katastrophe - Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates 1934 - 1938, Wien (<http://austrofaschismus-wirtschaftspolitik.at/>)

Senft, Gerhard (2003): Aufstieg und Niedergang der Technokratie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 139. Folge, S. 3 - 19; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-136-143.html>

Senft, Gerhard (2009): Nachwort zu Proudhons Handbuch der Börsenspekulation, in: Proudhon, Pierre Joseph (1854/2009), S. 277 - 310.

Senft, Gerhard (2013): Land und Freiheit - Zum Diskurs über das Eigentum an Grund und Boden in der Moderne, Wien.

Senft, Gerhard (2015): Baupläne für einen alternativen Kapitalismus? Problematische Ansätze von Arthur Kitson, Clifford H. Douglas und Frederic Soddy, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 184./185. Folge, S. 26 - 43; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

Senft, Gerhard (2017): WildCat-Banking - Materialien von Benjamin Tucker u.a. zur monetären Gestaltungsfreiheit, Leipzig.

Senft, Gerhard (2019): „Auf uns sind die Blicke der Welt gerichtet ...“ - Die Rätebewegung 1919 in Ungarn, Wien.

Senghaas, Dieter Hrsg. (1974): Peripherer Kapitalismus - Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt/M.

Senghaas, Dieter (2010): Rettung durch den Kleinstaat!? - Überlegungen zum „Anti-Leviathan“-Leitmotiv im Werk von Leopold Kohr, in: Leviathan - Zeitschrift für Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 38. Jahrgang, S. 251 - 267.

Senghor, Leopold (1964): On African Socialism, New York.

Sennett, Richard (1998/2008): Der flexible Mensch - Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.

Siedenbiedel, Christian (2015): Negativzinsen breiten sich aus, in: FAZnet vom 16. Oktober; auf der Website <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/anleihen-zinsen/negative-renditen-auf-staatsanleihen-werden-haeufiger-13858858.html>

Sieyes, Emmanuel (1788-1789/1968): Abhandlung über Privilegien - Was ist der dritte Stand?, Frankfurt/M.

Šik, Ota (1971): Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, in: Fragen der Freiheit Nr. 87/88, Bad Boll, S. 3 - 24.

Šik, Ota (1972): Der dritte Weg - Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft, Hamburg.

Šik, Ota (1976): Das kommunistische Machtsystem, Hamburg.

Šik, Ota (1979:): Humane Wirtschaftsdemokratie - Ein Dritter Weg, Hamburg.

Silagi, Michael (1973): Henry George und Europa - Zur Entstehungsgeschichte der europäischen Bodenreformbewegung, München.

Simmel, Georg (1900/1989): Philosophie des Geldes, in: Gesamtausgabe Band 6 (Hrsg. Ottheim Rammstedt), Frankfurt/M.

Simmel, Georg (1903/1995a): Die Großstädte und das Geistesleben, in: Gesamtausgabe Band 7 - Aufsätze und Abhandlungen 1901 - 1908 (Hrsg. Ottheim Rammstedt), Frankfurt/M., S. 116 - 131.

Simmel, Georg (1903/1995b): Soziologie des Raumes, in: Gesamtausgabe Band 7 - Aufsätze und Abhandlungen 1901 - 1908 (Hrsg. Ottheim Rammstedt), Frankfurt/M., S. 132 - 183.

Simmel, Georg (1903/1995c): Soziologie der Konkurrenz, in: Gesamtausgabe Band 7 - Aufsätze und Abhandlungen 1901 - 1908 (Hrsg. Ottheim Rammstedt), Frankfurt/M., S. 221 - 246.

Singerman, David Roth (2016): Keynesian Eugenics and the Goodness of the World, in: Journal of British Studies Vol. 55, pp. 538 - 565.

Sinn, Hans-Werner (2020): Der Corona-Schock – Wie die Wirtschaft überlebt, Freiburg/Br.

Sismondi, Sismonde de (1819/1971): Neue Grundsätze der Politischen Ökonomie oder vom Reichtum in seinen Beziehungen zur Bevölkerung – 2 Bände, Berlin-Ost.

Skidelsky, Robert (2016): A tweak to helicopter money will help the economy take off, auf der Website <https://robertskidelsky.com/2016/08/04/a-tweak-to-helicopter-money-will-help-the-economy-take-off/>

Smith, Adam (1759/1977): Theorie der ethischen Gefühle, Hamburg.

Smith, Adam (1776/1978): Der Wohlstand der Nationen – Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, hrsg. von Horst Claus Recktenwald, München.

Sofsky, Wolfgang (1993): Die Ordnung des Terrors - Das Konzentrationslager, Frankfurt/M.

Sombart, Werner (1911): Die Juden und das Wirtschaftsleben, Leipzig.

Sombart, Werner (1913/1987): Der Bourgeois – Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen, München.

Sombart, Werner (1915): Händler und Helden, München und Leipzig.

Sombart, Werner (1928): Der moderne Kapitalismus Band 3, München und Leipzig.

Sombart, Werner (1934): Der Deutsche Sozialismus, Berlin.

Sommer, Simone (2020a): Auslöser sind Umweltveränderungen, Interview in: taz vom 31. März; auf der Website <https://taz.de/Biologin-ueber-Pandemien/!5675740/>

Sommer, Simone (2020b): Für Corona ist allein der Mensch verantwortlich, in: Böll – Thema Nr. 4, S. 36 – 37; auf der Website <https://www.boell.de/de/2020/10/02/pandemien>

Soto de, Hernando (2002): Freiheit für das Kapital! – Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert, Berlin.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD Hrsg. (1972): Vorschläge zur Reform der Bodenordnung, vorgelegt von der Kommission für Bodenrechtsreform beim Parteivorstand der SPD, Bonn.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD Hrsg. (1974): Warum Bodenrechtsreform?, Bonn.

Spät, Patrick (2014): Der verschwiegene Rassismus der Philosophen, in: Telopolis vom 23. Februar; auf der Website <https://www.heise.de/tp/features/Der-verschwiegene-Rassismus-der-Philosophen-3363965.html>

Spahn, Paul Bernd (2002): Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer – Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn; auf der Website <https://www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/spahn/tobintax/>

Spann, Othmar (1922): Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, 10. Aufl. Jena.

Spann, Othmar (1920/1972): Der wahre Staat, in: Gesamtausgabe Band 5, Graz.

Spann, Othmar (1921/1967): Tote und lebendige Wissenschaft, in: Gesamtausgabe Band 6, Graz.

Spann, Othmar (1926/1975): Eigennutz, in: Gesamtausgabe Band 8, Graz.

Spann, Othmar (1928/1975): Universalismus, in: Gesamtausgabe Band 8, Graz.

Spann, Othmar (1928/1968): Gesellschaftsphilosophie, in: Gesamtausgabe Band 11, Graz.

Spann, Othmar (1931/1975): Fluch und Segen der Wirtschaft im Urteil der verschiedenen Lehrbegriffe, in: Gesamtausgabe Band 8, Graz.

Spann, Othmar (1950/1975): Vom Gemeinleben des Menschen mit der Natur, in: Gesamtausgabe Band 8, Graz.

Speckmann, Guido (2018): Demokratie im Rückwärtsgang – Johannes Agnoli's „Transformation der Demokratie“ gilt als APO-Bibel und ist noch heute lesenswert, in: neues deutschland vom 8. Juni; auf der Website <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1090585.johannes-agnoli-demokratie-im-rueckwaertsgang.html>

- Speit, Andreas Hrsg. (2018): Das Netzwerk der Identitären - Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Berlin.
- Speit, Andreas & Röpke, Andrea (2019): Völkische Landnahme - Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, Berlin.
- Spence, Thomas (1775/1904): Das Gemeineigentum am Boden, dt. Übers. Leipzig.
- Staab, Philipp (2019): Digitaler Kapitalismus – Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit, Berlin.
- Stackelberg, Heinrich von (1934/1992): Marktform und Gleichgewicht, in: ders. Gesammelte wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen Band 1, Regensburg, S. 187 - 330.
- Stahl, Helga (2014/2018): Vom Kaiserreich zur Volksrepublik – Chinas langes 20. Jahrhundert, in: Fischer, Doris & Müller-Hofstede, Christoph Hrsg. (2014/2018): Länderbericht China, Bonn, S. 181 – 220.
- Stalin, Josef (1926/1952): Über die wirtschaftliche Länge der Sowjetunion und die Politik der Partei - Rede vor dem ZK der KPdSU am 13.4.1926, in: ders., Werke Band 8, Berlin, S. 103 - 131.
- Stalin, Josef (1926/1953): Die Frage des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR - Rede vor dem erweiterten Plenum des EKKI am 16.12.1926, in: ders., Werke Band 9, Berlin, S. 102 - 126.
- Stanisic, Pavel (1924): Marx oder Gesell - Ein Mahnruf an Karl Kautsky und die deutschen Sozialistenführer, Zemun-Beograd.
- Starbatty, Joachim (1977): Eine kritische Würdigung der Geldordnung in Silvio Gesells utopischem Barataria (Billigland), in: Fragen der Freiheit Nr. 129, S. 5 - 31.
- Statistisches Bundesamt (2012): Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.
- Stehr, Nico & Voss, Dustin (2019): Geld – Eine Gesellschaftstheorie der Moderne, Weilerswist bei Bonn.
- Steinbach, Anja (2017): Vater, Mutter, Kind - Was heißt Familie heute?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Nr. 30 - 31, S. 4 - 8.
- Steiner, Hillel (1981): Liberty and Equality, in: Political Studies No. 29, S. 555 - 569.

Steiner, Rudolf (1894/1962): Die Philosophie der Freiheit, in: Gesamtausgabe (GA) Band 4, Dornach.

Steiner, Rudolf (1906/1960): Geisteswissenschaft und soziale Frage - Das Soziale Hauptgesetz, in: Gesamtausgabe Band 34 (Lucifer-Gnosis), Dornach.

Steiner, Rudolf (1904-1908/1975): Aus der Akasha-Chronik, Dornach (auch in: GA 11).

Steiner, Rudolf (1909/1986): Vortrag am 13.11.1909, in: GA Band 117, Dornach.

Steiner, Rudolf (1910/1978): Vortrag am 11.9.1910, in: GA Band 123, Dornach.

Steiner, Rudolf (1910/1962): Die Mission einzelner Volksseelen im Zusammenhang mit der nordisch-germanischen Mythologie - Vorträge in Oslo am 10. und 16.6 sowie am 12.6.1910, in: GA Band 121, Dornach.

Steiner, Rudolf (1910/1973): Vortrag am 11.12.1910, in: GA Band 125, Dornach.

Steiner, Rudolf (1913/1973): Vortrag am 14.3.1913, in: GA Band 150, Dornach.

Steiner, Rudolf (1914/1982): Anthroposophie und Christentum - Vortrag am 13.7.1914, in: GA Band 155.

Steiner, Rudolf (1917/1968): Vortrag am 26.10.1917, in: GA Band 177, Dornach.

Steiner, Rudolf (1918/1979): Die soziale Grundforderung unserer Zeit - In geänderter Zeitlage. Vortrag am 12.12.1918, in: GA Band 186, Dornach.

Steiner, Rudolf (1919/1972): Aufsätze zur Dreigliederung des Sozialen Organismus, Stuttgart (auch in: GA Band 24).

Steiner, Rudolf (1919/1980a): An das deutsche Volk und die Kulturwelt (Anhang zu den Kernpunkten der sozialen Frage), Dornach, S. 125 - 129 (auch in: GA Band 23, S. 157 - 162).

Steiner, Rudolf (1919/1980b): Kernpunkte der sozialen Frage, Dornach (auch in: GA Band 23).

Steiner, Rudolf (1919/1981): Soziale Zukunft. Sechs im Oktober 1919 in Zürich gehaltene Vorträge. Dornach.

Steiner, Rudolf (1919/1983): Neugestaltung des sozialen Organismus. 14 vom 22.4 - 30.7. 1919 in Stuttgart gehaltene Vorträge, in: GA 330, Dornach.

Steiner, Rudolf (1919/1985): Die Befreiung des Menschenwesens als Grundlage für eine soziale Neugestaltung. Vorträge am 11., 17. und 19. März, 2. und 9. April, 14. und 20. Oktober sowie am 6. und 10. November 1919, in: GA Band 329, Dornach.

Steiner, Rudolf (1920): In Ausführung der Dreigliederung des sozialen Organismus, Stuttgart.

Steiner, Rudolf (1920/1988): Die Brücke zwischen der Weltgeistigkeit und dem Physischen des Menschen. Vortrag am 11. Dezember 1920, in: GA 202, Dornach.

Steiner, Rudolf (1920/1999a): Soziale Ideen - Soziale Wirklichkeit - Soziale Praxis, Band 1. Vorträge von Mai bis September 1920, in: GA Band 337a, Dornach.

Steiner, Rudolf (1920/1999b): Soziale Ideen - Soziale Wirklichkeit - Soziale Praxis, Band 2. Vorträge von Mai bis September 1920, in: GA Band 337b, Dornach.

Steiner, Rudolf (1921/1962): Die Kardinalfrage des Wirtschaftslebens. Vortrag am 30.11.1921 in Kristiania/Oslo, Dornach.

Steiner, Rudolf (1922/1973): Nationalökonomisches Seminar - 6 Besprechungen mit Teilnehmern des Nationalökonomischen Kurses vom 31.7. - 5.8.1922 in Dornach, Dornach.

Steiner, Rudolf (1922/1978): Die geistig-seelischen Grundkräfte der Erziehungskunst, Dornach.

Steiner, Rudolf (1922/1979a): Der Mensch in der sozialen Ordnung - Individualität und Gemeinschaft. Drei im August 1922 in Oxford gehaltene Vorträge. Dornach.

Steiner, Rudolf (1922/1979b): Nationalökonomischer Kurs - 14 Vorträge vom 24.7. - 6.8.1922 in Dornach, Dornach.

Steiner, Rudolf (1923/1961): Vom Leben des Menschen und der Erde - Vortrag am 3.3.1923, in: GA 349, Dornach.

Steiner, Rudolf (1924/1991): Die Weltgeschichte in anthroposophischer Beleuchtung und als Grundlage der Erkenntnis des Menschengestes, Dornach.

Steiner, Rudolf (1957): Landwirtschaft und Industrie - Neuordnung des Bodenrechts als soziale Forderung der Gegenwart; Wortlaute aus Schriften und Vorträgen von Rudolf Steiner herausgegeben von Roman Boos, Stuttgart.

Steiner, Rudolf Nachlassverwaltung (2019): Rudolf Steiners Bibliothek - Verzeichnis einer Büchersammlung, bearbeitet von Martina Maria Sam, Basel.

Steinvorth, Ulrich (1999): Gleiche Freiheit - Politische Philosophie und Verteilungsgerechtigkeit, Berlin.

Steininger, Rolf (2004): Der Vietnamkrieg, Frankfurt/M.

Stelter, Daniel (2020): Coronomics - Nach dem Corona-Schock - Neustart aus der Krise, Frankfurt/M.

Stern, Fritz (2007): Fünf Deutschland und ein Leben - Erinnerungen, München.

Stiftung Familienunternehmen Hrsg. (2019): Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Familienunternehmen, 5. Aufl. München; auf der Website https://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/publikationen-studien/studien/Die-volkswirtschaftliche-Bedeutung-der-Familienunternehmen-2019_Stiftung_Familienunternehmen.pdf

Stiglitz, Joseph (2014): Der Preis der Ungleichheit - Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, 3. Aufl. Berlin.

Stiglitz, Joseph (2015a): Reich und Arm - Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft, München.

Stiglitz, Joseph (2015b): Rewriting the Rules of the American Economy, New York.

Stiglitz, Joseph (2015c): Speech at the New Economic Thinking Conference April 8th in Paris, auf der Website <https://www.youtube.com/watch?v=OPTBr9LExRs>

Stirner, Max (1844-45/1981): Der Einzige und sein Eigentum, Stuttgart.

Stockholm International Peace Research Institute (2019): SIPRI-Yearbook 2019 - Armaments, Disarmament and International Security, Stockholm; auf der Website https://www.sipri.org/sites/default/files/2019-11/yb19_summary_de.pdf

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin.

Stojanovic, Svetozar (1970): Kritik und Zukunft des Sozialismus, 2. Aufl. München 1970.

Stopczyk, Annegret (1980): Was Philosophen über Frauen denken, München.

Storbeck, Olaf (2010): Über einen schlimmen Trugschluss der Ökonomen, in: Handelsblatt vom 14. Januar; auf der Website <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/oekonomie/wissenswert/makro-modelle-ueber-einen-schlimmen-trugschluss-der-oekonomen/3345794-all.html>

Straubhaar, Thomas (2014): Negativzinsen - Das ist das Ende des Kapitalismus, in: Die Welt vom 10.6.2014; auf der Website <http://www.welt.de/wirtschaft/article128893318/Das-ist-das-Ende-des-Kapitalismus.html>

Straubhaar (2015): Der Zinswahnsinn - Eine Nullzinswelt zerstört das Wesen des Zinses, in: Finanz und Wirtschaft vom 13.11.2015; auf der Website <http://www.fuw.ch/article/der-zinswahnsinn/>

Streek, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit, Berlin.

Suhr, Dieter (1982): Vom selbstständigen Menschen im verfassten Gemeinwesen, in: Fragen der Freiheit Nr. 160], S. 3 - 17; auf der Website https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/FdF.160_Suhr-Vom%20selbsta%CC%88ndigen%20Menschen.pdf

Suhr, Dieter (1983a): Geld ohne Mehrwert - Befreiung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten, Frankfurt/M.; auf der Website https://dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Geld%20ohne%20Mehrwert.pdf

Suhr, Dieter (1983b): Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft - Diagnose und rechtstechnische Behandlung des Mehrwertsyndroms, in: Zeitschrift für Rechtspolitik Nr. 16, S. 221 - 227; Nachdruck in: Fragen der Freiheit Nr. 165/1983, S. 3 -22; auf der Website https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/FdF.165_Suhr-Auf%20Arbeitslosigkeit.pdf

Suhr, Dieter (1983/2015): Gerechtes Geld, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie Nr. 3, S. 322 - 339; Nachdruck in: Zeitschrift für Sozialökonomie 184./185. Folge, S. 13 - 25; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

Suhr, Dieter (1984): Freiheit durch Geselligkeit, in: Europäische Grundrechte Zeitschrift N11., S. 529 - 546; auf der Website https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Freiheit%20durch%20Geselligkeit.pdf

Suhr, Dieter (1986): Plädoyer für eine neue Geldordnung - Eine keynesianische Alternative zum Keynesianismus, in: Projektgruppe grüner Morgentau Hrsg.: Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik, Frankfurt/M., S. 431 - 461; auf der Website https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Pl%C3%A4doyer%20f%C3%BCr%20eine%20neue%20Geldordnung.pdf

Suhr, Dieter (1987): Brief an Ekkehard Lindner vom 2. September; auf der Website <https://dieter-suhr.info/de/briefe.html>

Suhr, Dieter (1988a): Die Geldverfassung im System der Bedürfnisse - Plädoyer der praktischen Philosophie für einen postkapitalistischen Monetarismus, in: Hegel-Jahrbuch 1984/85. Bochum, S. 55-69; auf der Website https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Die%20Geldverfassung%20im%20System%20der%20Bed%C3%BCrfnisse.pdf

Suhr, Dieter (1988b): Der Kapitalismus als monetäres Syndrom – Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie, Frankfurt/M.; auf der Website https://dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Kapitalismus.pdf

Suhr, Dieter (1988c): Alterndes Geld - Das Konzept Rudolf Steiners aus geldtheoretischer Sicht, Schaffhausen; auf der Website https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Alterndes%20Geld.pdf

Suhr, Dieter (1988d): Organisierte Ausübung mediatisierter Grundrechte im Unternehmen - Ein Beitrag zur juristischen Grundrechtsperson (Art. 19 Abs. 3 GG), in: Arbeit und Recht - Zeitschrift für Arbeitsrechtspraxis Nr. 36/1988, S. 65-77; auf der Website [https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Organisierte%20Aus%C3%BCbung%20media-tisierter%20Grundrechte%20im%20Unternehmen.pdf](https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Organisierte%20Aus%C3%BCbung%20mediatisierter%20Grundrechte%20im%20Unternehmen.pdf)

Suhr, Dieter (1988/2001): Gleiche Freiheit – Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft; Nachdruck in der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ Nr. 259-260, S. 4 - 97; auf der Website https://dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/Suhr_Gleiche-Freiheit.pdf

Suhr, Dieter (1989/1996): Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) im Lichte des Grundgesetzes, in: Fragen der Freiheit Nr. 238, S. 5 - 62; auf der Website

https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/FdF%20238_Suhr-Die%20Gesetzliche%20Krankenversicherung.pdf

Suhr, Dieter (1988/2016): Grundrechte gegen die Natur - Haftung für Naturgüter?, in: Berichte der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege Nr. 12, S. 3 - 12. Nachdruck in: Zeitschrift für Sozialökonomie 190./191. Folge, S. 49 - 63; auf der Website <http://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

Suhr, Dieter (1990/1998): Transferrechtliche Ausbeutung und verfassungsrechtlicher Schutz von Familien, Müttern und Kindern, in: Der Staat - Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte Band 29/1, S. 69 - 86; Nachdruck in den „Fragen der Freiheit“, Nr. 248/1998, S. 3 - 23; auf der Website https://www.dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/FdF%20248_Suhr-Transferrechtliche%20Ausbeutung.pdf

Svensson, Roger (2020): Wirtschaftliche Erholung durch Gesell-Geld, in: Fair-economy Nr. 2/2020, S. 3; auf der Website <https://www.inwo.de/uploads/media/FAIRCONOMY/ausgaben/ausgabe-2020-2.pdf>

Swiss Free-Economy League (1920): Memorandum upon The International Exchanges - Adressed to The Governments of all Nations, Bern.

Swoboda, Helmut Hrsg. (1972): Die Pariser Kommune 1871, München.

Szeemann, Harald (1980): Monte Verità - Berg der Wahrheit, München.

Szilard, Leo (1949): Free market economy in a 'constant flow' monetary system - typewritten notes, in: Leo Szilard Papers. MSS 32. Special Collections & Archives, UC San Diego Library; auf der Website <https://library.ucsd.edu/dc/object/bb5086907h>

Taghizadegan, Rahim (2019): Die Nullzinspolitik deformiert die Gesellschaft, in: WirtschaftsWoche vom 1. November.

Taghizadegan, Rahim & Stöferle, Ronald & Hochreiter, Gregor (2019): Die Nullzinsfälle - Wie die Wirtschaft zombifiziert und die Gesellschaft gespalten wird, München.

Tawney, Richard Henry (1921/1982): The Acquisitive Society, Brighton.

Tetzlaff, Rainer (2018): Afrikanischer Sozialismus, Wiesbaden.

Theurer, Marcus (2015): Monopoly in den Highlands - Bodenreform in Schottland, auf der Website <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-wirtschaft/schottlands-scottish-national-party-legt-bodenreform-vor-13760297.html>

Thompson, E.P. (1974): Owenismus, in: Manfred Hahn Hrsg., Vormarxistischer Sozialismus, Frankfurt/M., S. 232 – 258.

Thuile, Andrea (2016): Keynes' Idee einer Weltwährung und die Einführung der Sonderziehungsrechte im Vergleich“, Wien; auf der Website <https://pdfs.semanticscholar.org/1864/220f2775d009667b2d326be83f5e8e266d9f.pdf>

Tichy, Gunther (2016): Vom Kapitalmangel zum Savings Glut - Ein Phänomen der Wohlstandsgesellschaft? in: Hagemann, Harald & Kromphardt, Jürgen Hrsg. (2016): Keynes, Schumpeter und die Zukunft der entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften, Marburg, S. 33 - 68.

Tideman, Nicolaus. et al. (1991): Open Letter to Mikhail Gorbachev, in: Richard Noyes Hrsg. (1991): Now the Synthesis - Capitalism, Socialism & the New Social Contract, London; auf der Website https://en.wikisource.org/wiki/Open_letter_to_Mikhail_Gorbachev_%281990%29

Tideman, Nicolaus. (1994): Land and Taxation, London.

Tideman, Nicolaus (2017): Eine moralische Erneuerung ist nötig, in: Löhr, Dirk & Harrison, Fred (2017): Das Ende der Rentenökonomie – Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, Marburg/Lahn, S. 339 - 353.

Tingyang, Zhao (2020): Alles unter dem Himmel – Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung, Berlin.

Titz, Christoph (2017): Populismus in Europa - Was die neuen Rechten stark macht, auf der Website <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/neue-rechte-in-europa-globalisierungsangst-macht-populisten-stark-a-1123655.html>

Tocqueville, Alexis de (1835-1840/2006): Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart.

Tolstoi, Leo (1974): Philosophische und sozialkritische Schriften, Berlin-Ost.

Tooze, Adam (2018): Finanzkrise - Ein Oligopol der Großbanken, auf der Website

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-09/finanzkrise-lehman-brothers-crashed-adam-tooze/seite-3>

Triebler, Wolfram (1973): Mitarbeiter-Partnerschaft - Überwindet die Mitbestimmung den Gegensatz von Kapital und Arbeit?, in: Fragen der Freiheit Nr. 105, S. 35 - 44.

Tsermias, Nikos (2017): Marine le Pen bläst zum Angriff, auf der Website <https://www.nzz.ch/international/parteikongress-des-front-national-marine-le-pen-blaest-zum-angriff-ld.143793?reduced=true>

Tsipopoulos, Stefanos (2013): History Zero - 55th International Art Exhibition - La Biennale di Venezia - The Greek Pavillon 1. June - 24. November, Athens.

Tucker, Benjamin (1911): Die Stellung des Anarchismus zur Trustfrage, Treptow bei Berlin.

Türcke, Christoph (2015): Mehr - Philosophie des Geldes, München.

UBS & Pricewaterhouse Coopers PwC (2020): Noch reicher – trotz Corona-Krise. Billionaires Report; auf der Website <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/milliardaere-corona-101.html>

Uekötter, Frank (2012): Wie grün waren die Nazis?, in: Politische Ökologie Nr. 131 - Ökologie von rechts, München.

Uekötter, Frank (2019): Kleine Geschichte der Klimadebatte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (APuZ) Nr. 47 – 48, S. 10 – 15.

Uhlemayr, Benedikt (1923): Das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in: Die Freiwirtschaft Nr. 6, S. 150 - 152 (Teil1) und Nr. 7, S. 169 - 176 (Teil 2).

Ullmann, Wolfgang & Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches (1990): Entwurf einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin; auf der Website http://www.documentarchiv.de/ddr/1990/ddr-verfassungsentwurf_runder-tisch.html

Ullrich, Otto (1977): Technik und Herrschaft – Vom Handwerk zur verdinglichten Blockstruktur industrieller Produktion, Frankfurt/M.

Ulrich, Peter (1995): Demokratie und Markt – Zur Kritik der Ökonomisierung der Politik, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften Nr. 36, S. 74 – 95.

Ulrich, Peter (2005): Zivilisierte Marktwirtschaft - Eine wirtschaftsethische Orientierung, Freiburg/Br.

Ulrich, Peter (2008): Geleitwort zu Weis, Matthias & Spitzbeck, Heiko Hrsg.: Der Geldkomplex - Kritische Reflexion unseres Geldsystems und mögliche Zukunftsszenarien, Bern, S. 5 - 6.

Ulrich, Peter (2009): Die gesellschaftliche Einbettung der Marktwirtschaft als Kernproblem des 21. Jahrhunderts - Eine wirtschaftsethische Fortschrittsperspektive (Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik), St. Gallen.

Ulrich, Peter (2016): Abschied von der kommunistischen Fiktion der Hyperglobalisierung, auf der Website

<http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2016/11/abschied-von-der-kommunistischen-fiktion-der-hyperglobalisierung/>

Umfrid, Otto (1913): Europa den Europäern – Politische Ketzereien, Esslingen.

United Nations – Committee for Development Policy (2014): Global Governance and Global Rules for Development in the Post-2015 Era, Washington; auf der Website https://www.un.org/en/development/desa/policy/cdp/cdp_publications/2014cdppol icynote.pdf

Vaillant, Kristina (2016): Die verratenen Mütter - Wie die Rentenpolitik Frauen in die Armut treibt, München.

Vanderborght, Yannick & Parijs, Philipp van (2005): Ein Grundeinkommen für alle? - Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags, mit einem Vorwort von Claus Offe, Frankfurt/M.

Veblen, Thorstein (1899/1997): Theorie der feinen Leute - Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen, Frankfurt/M.

Veblen, Thorstein (1901/1993): Industrial and Pecuniary Employments, in: R. Tilman Hrsg. (1993): A Veblen treasury, New York.

Veblen, Thorstein (1904): Theory of Business Enterprise, New Brunswick and New Jersey.

Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2012): Die Vollgeld-Reform - Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können, Solothurn.

Vereinte Nationen (1948): Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte vom 10. Dezember, auf der Website

<http://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>

Vereinte Nationen (2019): UN-Report Neueste Trends der globalen Ressourcennutzung, Bonn.

Vester, Frederic (1974): Das kybernetische Zeitalter - Neue Dimensionen des Denkens, Frankfurt/M.

Vester, Frederic (1988): Leitmotiv vernetztes Denken - Für einen besseren Umgang mit der Welt, München.

Vickrey, William (1999): Four Chapters in Land Value Taxation, New York.

Vickrey, William (2001): Site value taxes and the optimal pricing of public services, in: American Journal of Economics and Sociology; auf der Website

<https://www.questia.com/read/1G1-82469380/site-value-taxes-and-the-optimal-pricing-of-public>

Virchow, Fabian (2019): Zur Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Nr. 49 – 50, S. 15 – 19.

Vitali, Stefania & Glattfelder, James & Battiston, Stefano (2011): The network of global corporate control", Zürich, auf der Website

https://arxiv.org/PS_cache/arxiv/pdf/1107/1107.5728v1.pdf

Vöpel, Henning (2018): Wie künstliche Intelligenz die Ordnung der Wirtschaft revolutioniert, in: Wirtschaftsdienst Nr. 11, S. 828 – 830.

Vogel, Hans-Jochen (1971): Bodenloses Bodenrecht, in: Stern Nr. 23, S. 15.

Vogel, Hans-Jochen (1997): Nachsichten - Meine Bonner und Berliner Jahre, München.

Vogel, Hans-Jochen (2018): Bedarf es wirklich keiner Bodenrechtsreform? - Eine verdrängte Herausforderung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 196./197. Folge, S. 19 - 24, auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Vogel, Hans-Jochen (2019): Mehr Gerechtigkeit! - Wir brauchen eine neue Bodenordnung, nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar, Freiburg/Br.

Vogel, Steffen (2017): Portugal – mit links aus der Krise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 11, S. 15 – 18.

Vogeler, Heinrich (1919/1973): Das neue Leben - Schriften zur proletarischen Revolution und Kunst, Darmstadt und Neuwied.

Vollmer, Antje & Ritz, Hauke (2014): 25 Jahre nach dem Mauerfall - Mutwillig verspielt, in: Frankfurter Rundschau am 21.1., auf der Website <http://www.fr.de/kultur/25-jahre-nach-dem-mauerfall-mutwillig-verspielt-a-622059>

Vorländer, Hans (2003): Demokratie – Geschichte, Formen, Theorien, Bonn.

Vorländer, Hans & Herold, Maik & Schäller, Steven (2016): Pegida - Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Heidelberg.

Voß, Elisabeth (2010): Wegweiser Solidarische Ökonomie - Anders Wirtschaften ist möglich, Neu-Ulm.

Voß, Elisabeth (2013): Der Genossenschaftsverbund Mondragón, in: Sozialistische Zeitung (SoZ), Nr. 5, auf der Website <http://www.sozonline.de/2013/05/der-genossenschaftsverbund-mondragon/>

Wagenknecht, Sarah (2011): Freiheit statt Kapitalismus, Frankfurt/M.

Wagenknecht, Sahra (2016): Reichtum ohne Gier - Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten, Frankfurt/M.

Wagner, Adolf (1870): Die Abschaffung des privaten Grundeigentums, Freiburg/Br.

Wagner, Hans-Günter (2012): Geld, Arbeit und Natur in der buddhistischen Ökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 174./175. Folge, S. 46 - 56; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-172-183.html>

Wagner, Hans-Günter (2013): Die Wirtschaftsethik der Hindu-Religionen - Eine Annäherung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 178./179. Folge, S. 47 - 59; auf der Website

<https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-172-183.html>

Wagner, Hans-Günter (2017a und b): Zwischen Vernunft und Emotion - Wirtschaftsethische Paradigmen im Spannungsfeld von Markthandeln, akademischen Debatten und der Macht sozialer Bewegungen, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 192./193. Folge, S. 11 - 20 (Teil 1) und 194./195. Folge, S. 50 - 58 (Teil 2); auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Walker, Karl (1932): Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung, Lauf bei Nürnberg.

Walker, Karl (1952): Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes, Heidelberg-Ziegelhausen.

Walker, Karl (1973): Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie, Lauf bei Nürnberg.

Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik – Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts (amerikanische Erstausgabe 1998), Wien.

Walpen, Bernhard (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft - Eine hege-
monietheoretische Studie zur Mont Pelerin Society, Hamburg.

Walras, Leon (1860): L'économie politique et la justice - Examen critique et réfutation des doctrines économiques de M. P. J. Proudhon précédés d'une introduction à l'étude de la question sociale, Lausanne (Dissertation).

Walras, Leon (1924 posthum/1990): Théorie de la Propriété, in: Oeuvres Economiques Complètes Vol. IX - Etudes d'Economie Sociale, Paris.

Walter, Franz & Dürr, Tobias & Schmittke, Klaus (1993): Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Bonn.

Walter, Johann (2017): Theoretische, politische und praktische Aspekte einer Vollgeldreform, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 194./195. Folge, S. 3 - 10; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Walter-Busch, Emil (2010): Geschichte der Frankfurter Schule - Kritische Theorie und Politik, München.

Wandler, Reiner (2020): Grundeinkommen, olé, in: taz vom 8.4.2020, S. 9.

Weber, Adolf (1904): Über Bodenrente und Bodenspekulation in der modernen Stadt, Leipzig 1904.

Weber, Beat (2013): Ordoliberaler Geldreform als Antwort auf die Krise? – Bitcoin und Vollgeld im Vergleich, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung Band 82, Heft 4, S. 73 – 88; auf der Website <https://elibrary.duncker-humboldt.com/zeitschriften/id/25/vol/82/iss/1429/art/5235/>

Weber, Beat (2015): Geldreform als Weg aus der Krise? - Ein kritischer Überblick auf Bitcoin, Regionalgeld, Vollgeld und Modern Money Theory, in: Prokla - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Nr. 179, S. 217 - 236.

Weber, Max (1904/1973): Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in: ders.: Soziologie - Universalgeschichtliche Analysen - Politik (eingeleitet von Eduard Baumgarten, herausgegeben von Johannes Winkelmann), 5. Auflage Stuttgart, S. 186 - 262.

Weber, Max (1905/2009): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, Köln.

Weber, Max (posthum 1922/2005): Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt/M.

Weber, Wolfgang & Höge, Thomas Hrsg. (2008): Mitarbeiterbeteiligung oder demokratische Mitentscheidung? - Zum Stand der organisationspsychologischen Forschung über deren Auswirkungen. in: Heinz Leitsmüller Hrsg. (2008): Gewinnbeteiligung - Mitarbeiterbeteiligung zwischen Mythos und Realität, Wien, S. 193 - 214.

Weber, Wolfgang & Höge, Thomas Hrsg. (2009): Demokratie und Partizipation in Organisationen, in: Wirtschaftspsychologie Nr. 4.

Wehberg, Heinrich (1913): Die Bodenreform im Lichte des humanistischen Sozialismus, Leipzig.

Wehler, Hans Ulrich (2013): Die Neue Umverteilung - Soziale Ungleichheit in Deutschland, München.

Weirauch, Wolfgang (1993): Über die Menschenrassen in der Darstellung Rudolfs Steiners, in: Flensburger Hefte Nr. 41 - Anthroposophie und Rassismus, Flensburg, S. 54 - 59

Weizsäcker, Carl Christian von (2016): Keynes und das Ende der Kapitalknappheit, in: Hagemann, Harald & Kromphardt, Jürgen Hrsg. (2016): Keynes, Schumpeter und die Zukunft der entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften, Marburg, S. 21 - 32.

Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1993): Für die Armen gilt: Geld oder Leben, in: Natur Nr. 7/1993, S. 52.

Weltbiodiversitätsrat (2019): Das „Globale Assessment“ des Weltbiodiversitätsrats – Die umfassendste Beschreibung des Zustands unserer Ökosysteme und ihrer Artenvielfalt seit 2005; auf der Website https://www.ufz.de/export/data/2/228053_IPBES-Factsheet_2-Auflage.pdf

Weltbiodiversitätsrat (2020): IPBES Workshop on Biodiversity and Pandemics; auf der Website https://ipbes.net/sites/default/files/2020-10/20201028%20IPBES%20Pandemics%20Workshop%20Report%20Plain%20Text%20Final_0.pdf

Welter, Erich (1952): Hermann Schumacher - Bild eines akademischen Lehrers, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Oktober 1952, S. 6.

Welter, Friederike & Gröschl, Jutta (2016): Unternehmer und Unternehmerinnen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 16 – 17, S. 3 – 11.

Wendnagel, Wera (1987): Mütter arbeiten für uns alle, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 72. Folge, S. 8 - 15.

Wendnagel, Wera (1990): Mama Moneta oder die Frauenfolge, Frankfurt/M.

Wendnagel, Wera (1998): Die Frauenfrage in der männlichen Ökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 118. Folge, S. 26 - 36; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-112-119.html>

Wenzlaff, Ferdinand (2011): Vorläufer der Geldreform, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 168.-169. Folge, S. 11 – 17; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-160-171.html>

Wenzlaff, Ferdinand (2017): Vollgeld - Eine [keynesianische] makroökonomische Analyse, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 194./195. Folge, S. 22 - 30; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Wenzlaff, Ferdinand (2019): Robert Eisler und die virtuelle Parallelwährung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 200. Folge, S. 44 - 54; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Werlhof, Claudia von (1983): Frauen, die letzte Kolonie. Reinbek b/Hamburg.

Wermke, Christian (2015): „Draghis Geschenk“, in: Handelsblatt vom 4.-6.12., S. 52 - 55.

Wessel, Michael (2014): Michael Flürscheim - Industrieller, Sozialökonom, Utopist, Gaggenau.

Wicksell, Knut (1898), Geldzins und Güterpreise, Jena.

Wiegand, Lutz (1992): Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1985, Frankfurt/M.

Wiggershaus, Renate (1984): Frauen unterm Nationalsozialismus, Wuppertal.

Wiggershaus, Rolf (1987): Die Frankfurter Schule, 2. Aufl. München.

Wilkinson, Richard & Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin.

Willms, Claudia (2015): Der Jerusalemer Nachlass von Franz Oppenheimer, in: Zyklus Nr. 2, S. 167 – 176; auf der Website https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-09619-9_7

Winkel, Harald (1977): Die Deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert, Darmstadt.

Winkler, Ernst (1951a): John Maynard Keynes und Silvio Gesell (Hrsg. von der Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und sozialologische Forschung, Heidelberg-Ziegelhausen).

Winkler, Ernst u.a. (1951b): Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft, Heidelberg.

Winkler, Ernst (1971): Schwerpunkte einer geistigen Auseinandersetzung – Anregungen zur Diskussion über die Referate von Ota Šik und Eckhard Behrens, in: Fragen der Freiheit Nr. 87 - 88, S. 49 - 57.

Winkler, Ernst (1975a): Was heißt ‚sozial‘ in der Sozialen Marktwirtschaft?, in: Fragen der Freiheit Nr. 118, S. 13 - 31 (mit einem Brief an Jürgen Habermas vom 30.6.1975 auf den Seiten 26 - 27).

Winkler, Ernst (1975b): Das Problem des Wirtschaftswachstums, in: Fragen der Freiheit Nr. 115, S. 7 - 30.

Winkler, Ernst (1980): Freiheit? - Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur ‚Sozialen Marktwirtschaft‘, Bad Boll. (Sonderdruck der „Fragen der Freiheit“)

Winkler, Heinrich August (2015): Sich der Geschichte zu stellen, ist ein Europäischer Imperativ - Rede zum 8. Mai 2015 im Deutschen Bundestag, in: Das Parlament - Dokumentation Nr. 20 - 21, S. 1 - 4.

Winkler, Heinrich August (2020): Das Prinzip Solidarität - Deutschland wird wegen der Coronakrise um eine Umverteilung großen Stils nicht herumkommen. Das gilt für die gesamte EU, in: Tagesspiegel vom 29. März; auf der Website <https://www.tagesspiegel.de/kultur/plaedoyer-fuer-einen-neuen-lastenausgleich-der-historiker-heinrich-august-winkler-fordert-corona-soli/25692726.html#>

Winterhager, W. Dietrich (1997): Bodeneigentum und Bodenrente in der ökonomischen Theorie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 114. Folge, S. 3 - 13; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-112-119.html>

Wirth, Roland (2003): Marktwirtschaft ohne Kapitalismus - Eine Neubewertung der Freiwirtschaftslehre aus wirtschaftsethischer Sicht, Bern.

Wirth, Roland (2004): Eine Neubewertung der Freiwirtschaftslehre aus wirtschaftsethischer Sicht, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 141. Folge, S. 16 - 24; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-136-143.html>

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG (2019): EZB ist Hauptverursacher der Überhitzung an den Immobilienmärkten; auf der Website <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2019/06/08/studie-ezb-ist-hauptverursacher-der-ueberhitzung-immobilienmarkt/>

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (2019): Das Konzept der „Formierten Gesellschaft“ nach Ludwig Erhard, Berlin - WD 1 - 3000 - 016/19; auf der Website

<https://www.bundestag.de/resource/blob/666920/2386572122a1e0a76f74191bac16107a/WD-1-016-19-pdf-data.pdf>

Witt, Ulrich (2006): Evolutionsökonomik – ein Überblick, in: Güth, Werner & Kliemt, Hartmut & Weise, Peter & Witt, Ulrich Hrsg., Ökonomie und Gesellschaft Jahrbuch 19 - Evolution in Wirtschaft und Gesellschaft, Marburg.

Wladika, Michael (2005): Hitlers Vätergeneration - Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k. und k. Monarchie, Wien-Köln-Weimar.

Wolf, Nikolaus (2013): Kurze Geschichte der Weltwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 1 – 3, S. 9 – 15.

Wolff, Kerstin (2018): Auch unsere Stimme zählt! – Der Kampf der Frauenbewegung um das Wahlrecht in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 42, S. 11 – 19.

Woll, Helmut (1988): Die Wirtschaftslehre des deutschen Faschismus, München.

Woll, Helmut (1999): Kontroversen der Ordnungspolitik, München.

Woll, Helmut (2008): Das Menschenbild bei Karl Jaspers und das Konzept des Homo oeconomicus - Vortrag am 30. Juni im Rahmen der Karl Jaspers-Ringvorlesung an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, auf der Website http://www.helmut-woll.de/documents/jaspers-und-die-oekonomie_1468056815.pdf

Woll, Helmut (2015): Leopold Kohr - Wachstumskritiker der ersten Stunde, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 186./187. Folge, S. 49 - 56, auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

Woll, Helmut (2016a): Ivan Illichs sozialphilosophische Kritik an der modernen Industriegesellschaft, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 188./189. Folge, S. 45 - 52, auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

Woll, Helmut (2016b): Ernst Friedrich Schumacher - Prophet einer Mittleren Technologie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 190./191. Folge, S. 41 - 48, auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

Woll, Helmut (2018): Der homo oeconomicus technicus, in: Zeitschrift für Sozial-
ökonomie 196./197. Folge, S. 3 - 10, auf der Website
<https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html>

Wood, Barbara (1984): Alias Papa - The Life of Fritz Schumacher, London.

World Economic Forum (2014): Global Risks 9th Edition, Cologny-Geneva, auf der
Website
http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalRisks_Report_2014.pdf

Wray, Randall L. (2007): Veblen's „Theory of Business Enterprise“ and Keynes' Monetary Theory of Production, in: Journal of Economic Issues Vol. 16, No. 2, pp. 1 – 8.

Wright, Erik Olin (2017): Untergraben wir den Kapitalismus – Wie die Linke utopisch und realistisch zugleich sein kann, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 10; auf der Website
<https://www.blaetter.de/ausgabe/2017/oktober/untergraben-wir-den-kapitalismus>

Würz, Michael (2019): Soldaten und Polizisten pflanzen den Tag X, in: taz vom 18. März; auf der Website
<https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/zollernalb/soldaten-und-polizisten-planten-den-tag-x-30458553.html>

Wulf, Andreas (2015): Alexander von Humboldt und die Erfindung der Natur, 9. Aufl. Berlin.

Wuppertal-Institut & Fridays for Future Deutschland Hrsg. (2020): CO2-neutral bis 2035 – Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze; auf der Website https://wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/projects/CO2-neutral_2035.pdf

Xiaochuan, Zhou (2009): Reform of the International Monetary System - Speech by the Governor of the People's Bank of China, March 23; auf der Website
<http://www.bis.org/review/r090402c.pdf>

Yuki, Tsuyoshi (2015): Reconsideration of Gesell's Critique of Marx's Capital Theory, Tokyo/Japan: Uno Newsletter - Rejuvenating Marxian Economics Through Uno Theory Nr. 15 - Working Paper Series 2-15-4, April 20; auf der Website
<http://www.unotheory.org/files/2-15-4.pdf>

Zeidler, Wolfgang (1984): „Die laufen ins offene Messer“ - Interview mit dem Bundesverfassungsgerichtspräsidenten über Ungerechtigkeiten im Steuer- und Sozialrecht, in: Der Spiegel Nr. 50/1984, S. 52 - 61.

Zibell, Stephanie & Bahles, Peter J. (2009): Freistaat Flaschenhals - Historisches und Histörchen aus der Zeit zwischen 1918 und 1923, Frankfurt/M.

Zilberfarb, Johanson (1974): Charles Fourier und die Französische Revolution, in: Manfred Hahn Hrsg., Vormarxistischer Sozialismus, Frankfurt/M.

Zilleßen, Horst (2005): Demokratiepolitische Aspekte der Mediation, in: Handbuch Mediation und Konfliktmanagement Wiesbaden, S. 83 – 94.

Zucman, Gabriel (2014): Steueroasen - Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird, Frankfurt/M.

Band 3

Die Moderne begann mit Hoffnungen auf eine egalitäre Bürgergesellschaft. Unerkannte Privilegien führten jedoch zur Konzentration von struktureller wirtschaftlicher und politischer Macht. Soziale Ungleichheit, Geschlechterhierarchie, Krisen, koloniale Expansionen, Kriege, Abstürze von Demokratien in Diktaturen sowie Wachstum und Naturzerstörung waren die Folgen. Bislang wird versucht, die Krisensymptome der kapitalistischen Marktwirtschaft realpolitisch zu mildern. Es gibt jedoch auch realutopische Denkansätze, das Geld auf seine dienende Funktion zu beschränken und natürliche Lebensgrundlagen als Gemeinschaftsgüter statt als Waren zu behandeln. In diesem Buch werden sie ideengeschichtlich und ordnungspolitisch rekonstruiert.

Sichtbar werden dabei Umriss einer Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus« mit einer breiten Dezentralisierung des Geld-, Boden- und Realkapitals. Eine solche menschenrechtlich und demokratisch fundierte zweite Moderne könnte Chancen eröffnen für eine egalitäre Arbeitswelt, für eine Überwindung von Geschlechterhierarchie und Nord-Süd-Gefälle sowie für wirtschaftliche Stabilität ohne Wachstum.